ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK VON DER BOSNISCHEN KRISE 1908 BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MINISTERIUMS DES ÄUSSERN

SECHSTER BAND

ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN LEIPZIG

v.6
JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 1001426N

The Woman's College
University of North Carolina

The LIBRARY

DB
46
A5
1930
v.6

This book must
not be taken
from the building

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/osterreichungarn0000vari

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER KOMMISSION FÜR NEUERE GESCHICHTE ÖSTERREICHS
24.

ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK

VON DER BOSNISCHEN KRISE 1908 BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE
DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MINISTERIUMS
DES ÄUSSERN

AUSGEWÄHLT VON
LUDWIG BITTNER, ALFRED FRANCIS PRIBRAM,
HEINRICH SRBIK UND HANS UEBERSBERGER

BEARBEITET VON
LUDWIG BITTNER UND HANS UEBERSBERGER

Austro-Hungarian Monarchy. Ministerium des
K. und K. Hauses und des äussern

ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN UND LEIPZIG
1930

COPYRIGHT 1930 BY
ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN UND LEIPZIG

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

DB
46
A5
1930
v.6

DRUCK DER ÖSTERREICHISCHEN STAATSDRUCKEREI IN WIEN

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MINISTERIUMS DES ÄUSSERN

6. BAND

1. APRIL BIS 31. JULI 1913

Tel. nach Berlin, 1. April 1913 Nr. 261 (chiffr. 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 6403.

*Nr. **6398**. Tel. aus Berlin, 1. April 1913 Nr. 167 (eing. 7 U. 20 M. p. m.).[a] Entziff.*

Zu meinem Telegramme Nr. 166[b] von heute betreffs Flottendemonstration. Staatssekretär läßt mir soeben sagen daß infolge telephonischer Ermächtigung Kaiser Wilhelms dem deutschen Kreuzer „Breslau" telegraphischer Befehl nach Athen erteilt worden sei, sich zur Beteiligung an der maritimen Aktion sofort nach Antivari zu begeben. Szögyény.

[a] Oe. U. Balkan 201 Nr. 381. Vgl. n. 6383, 6391. — [b] Mit Tel. Nr. 166, 1. April 1913 (eing. 4 U. 50 M. p. m.) wurde aus Berlin gemeldet, daß Staatssekretär wegen Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes erst Entscheidung Kaiser Wilhelms einholen müsse.'

*Nr. **6399**. Bericht aus Bukarest, 1. April 1913 Nr. 28 (eing. 3. April). Ausfert.*

Vertraulich. Wie Euere Excellenz meinem gehorsamsten Chiffre-Telegramm Nr. 93[a] entnommen haben werden, hatte ich mir von Seiner Majestät dem König eine Audienz erbeten, um Höchstdemselben von der Euerer Excellenz berichteten, in Sofia anscheinend eingetretenen Sinnesänderung Kenntnis zu geben. Seine Majestät nahm meine Ausführungen mit größtem Interesse und Genugtuung entgegen und ersuchte mich, Euerer Excellenz, wie ich bereits einzuberichten die Ehre hatte, nicht nur dafür zu danken, dass Herrn Mişu die Gelegenheit geboten wurde, vor der Botschafter-Réunion zu erscheinen, sondern auch Euerer Excellenz für das Interesse Seine Dankbarkeit auszusprechen, welches Hochdieselben an Rumänien nehmen. Seine Majestät fügte hinzu, Er wisse, dass eine solche Haltung des k. und k. Ministers des Äussern den Intentionen Seiner k. und k. Apostolischen Majestät entspreche, Er wisse aber auch, dass das Schicksal Rumäniens Euerer Excellenz warm am Herzen liege. Der höchste Herr äusserte sich des Weiteren ganz in dem Sinne meines ergebensten Berichtes Nr. 27 vom 29. März 1913. Er bemerkt, dass Er seit Beginn des Krieges für eine Annäherung an Bulgarien eingenommen war und alles unternommen hätte, was billiger Weise zu einer solchen hätte führen können; Er habe sogar Herrn Danew rund heraus gesagt, dass Er die Freundschaft Bulgariens anstrebe, dieselbe im Interesse beider Länder gelegen sei und die Abtretung eines minimalen Landstreifens, wie ihn Rumänien fordere, welcher gegen

277858

den bulgarischen Ländergewinn absolut nicht ins Gewicht falle, wahrlich einen geringen Preis für die dauernde Freundschaft Rumäniens darstelle. Der bulgarische Kammerpräsident habe dergleichen getan, von dieser Wahrheit überzeugt zu sein, und empörend sei es gewesen, wie er später im Laufe der Ereignisse davon nichts mehr wissen wollte und kein anderes Ziel verfolgt habe, als Rumänien hinzuhalten und in den Augen der Grossmächte verächtlich zu machen. Was Ihm, dem Könige, vor drei Monaten ein Leichtes gewesen wäre, nämlich mit Bulgarien ein gutes Verhältnis ohne Abtretung Silistrias anzubahnen, sei jetzt zu einem Ding der Unmöglichkeit geworden. Alle politischen Kreise des Landes seien über Bulgarien wegen der geringschätzenden Behandlung, die es Rumänien angedeihen liess, tief entrüstet und wenn auch jetzt in Sofia eingelenkt werden würde, so werde es sich immerhin als eine ungemein schwere Aufgabe darstellen, die rumänischen politischen Machtfaktoren zu einer Politik der Freundschaft mit Bulgarien zu bewegen. Die Avanien, welche von bulgarischen Politikern aller Parteien Rumänien zugefügt wurden und noch immer zugefügt werden, könnten nicht leicht aus dem Gedächtnisse des rumänischen Volkes verschwinden. Sowohl die öffentlichen Auslassungen Danews als die Reden der bulgarischen Sobranie-Deputierten strotzten von Böswilligkeiten, ja sogar Invektiven und mit jedem solchen bulgarischen Wutausbruch werde hier die Stimmung verbitterter. Sollte demnach die St. Petersburger Botschafter-Konferenz nicht die gewünschte Erledigung des Streitfalles bringen, so würde es ausserhalb Seiner Macht liegen, Sein Land von einer Parteiergreifung für einen künftigen Gegner Bulgariens zurückhalten zu können oder auch davon, einen Konflikt bei der ersten besten Gelegenheit vom Zaune zu brechen. Seine Majestät geruhte mir auch mitzuteilen, dass Er vor wenigen Tagen bei einer dem russischen Gesandten gewährten Audienz diesem mit grösster Deutlichkeit dieselben Ausführungen wie mir gemacht habe und bei dieser Gelegenheit auch darauf hingewiesen hätte, Rumänien würde eine Ausdehnung Bulgariens bis an das Marmara-Meer nicht ruhig[1]) hinnehmen können. Über die serbischen Annäherungsversuche äusserte Sich Seine Majestät dahin, dass dieselben keinen Erfolg erzielen können, und habe Er Herrn Maioresco beauftragt, mich von denselben auf dem Laufenden zu erhalten.

[1]) Conflikt! K. E. Fürstenberg.

[a]) Vom 29. März.

Nr. 6400. Tel. aus Cetinje, 1. April 1913 Nr. 94 (eing. 6 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge des Telegrammes Nr. 82 vom 28. v. Mts., Evakuierung Albaniens. Antwort montenegrinischer Regierung auf beide Kollektivschritte eben eingetroffen. Korrespondiert mit bereits erteilter mündlicher Antwort auf ersten Punkt. Evakuierung Albaniens wird mit derselben Begründung wie ad Punkt 2 zurückgewiesen. Bezüglich Minoritätenschutz verweist Regierung darauf, dass nur Friedensvertrag mit der Türkei Titel für dieses Gebiet bilden könne, bis zu welchem Zeitpunkt Bevölkerung unter dem wirksamen Schutze der montenegrinischen Gesetze stehe. Be-

treffs Evakuierung Bevölkerung Skutaris erklärt Montenegro, dass Armeekommando Übergabe Chiffredepesche nicht gestatten könne, vielleicht jedoch eine von der Pforte signierte Kommunikation in claris. Giesl.

a) Oe. U. Balkan 200 Nr. 379. Vgl. n. 6401, 6435.

Nr. 6401. Tel. aus Cetinje, 1. April 1913 Nr. 95 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Mit Rücksicht auf gänzlich ablehnende Antworten der montenegrinischen Regierung auf beide Kollektivschritte, die darin ausgesprochene Zurückweisung unseres Kultusprotektorates und den am Tage nach der Démarche begonnenen und seither fortgesetzten Angriff auf Skutari erlaube ich mir, der Erwägung Euer Exzellenz anheimzustellen, ob nicht Abberufung der diplomatischen Vertreter der Großmächte aus Cetinje bis zur Beschlußfassung über Koërzitivmaßregeln ins Auge zu fassen wäre. Giesl.

a) Vgl. n. 6400.

Nr. 6402. Tel. aus Cetinje, 1. April 1913 Nr. 97 (eing. 2. April 8 U. a. m.).a) Entziff.

Kampf vor Skutari seit Mittag eingestellt, soll erst Donnerstag wieder aufgenommen werden, bis alle in Medua gelandeten serbischen Truppen eingetroffen. Abstinenz Deutschlands, welches Kreuzer „Goeben" in der Levante hat, von aktiver Teilnahme an Flottendemonstration wird hier für die Einigkeit der Großmächte ungünstig kommentiert. Blosses Erscheinen der Schiffe in den montenegrinischen Gewässern, wenn diese nicht präzise Forderungen stellen und nach deren Zurückweisung aktiv einzugreifen befugt sind, dürfte nach heute vom König gemachter Äußerung keine Wirkung hervorbringen. Giesl.

a) Vgl. n. 6416.

Nr. 6403. Tel. nach London Nr. 279 (1), Berlin Nr. 261 (2) und Rom Nr. 329 (3), 1. April 1913 (chiffr. 2 U. 30 M. a. m.). Konz. (S. u. G. Berchtold).

1. Militär-Attaché in Cetinje telegrafirt, daß große Gefahr für Skutari und daß, falls Stadt und Bevölkerung gerettet werden soll, energische Gewaltmaßregeln noch im Laufe der Nacht angeordnet und sofort durchgeführt werden müßten. Nachdem Bombardement bereits seit Samstag andauert, hätte bei rechtzeitigem Einsetzen internationaler Maßnahmen Katastrophe vielleicht verhütet werden können. Nunmehr dürfte Eingreifen hinsichtlich Rettung der Stadt und Bevölkerung zu spät kommen, was verzögertem Vorgehen anderer Cabinete zuzuschreiben ist. Trotzdem somit der eine Zweck der internationalen Aktion verfehlt erscheint, wäre letztere keinesfalls aufzugeben, weil sowohl Schutz der albanesischen Bevölkerung in Skutari wie die eheste Räumung des gegen den Willen der Mächte besetzten Gebietes nur durch rechtzeitig angewandte Zwangsmaßregeln gesichert werden können. Im Speziellen muß darauf verwiesen werden, daß Skutari nicht nur von regulären Truppen, sondern zu großem

Theile von bewaffneten Stadt- und Landbewohnern verteidigt wird, welche den zu besorgenden Gewaltthätigkeiten der Occupationstruppen preisgegeben erscheinen. Euer Exzellenz wollen sich in vorstehendem Sinne dem Herrn Staatssekretär gegenüber aussprechen und dabei neuerlich die Notwendigkeit raschesten Vorgehens betonen.

2.—3. Ich telegraphire wie folgt an Grafen Mensdorff: (Inseratur Erledigung 1. in extenso.) Vorstehendes zur Mitteilung an den

2. Herrn Staatssekretär.

3. Herrn Minister des Aeußern. Berchtold.

Nr. 6404. Tel. nach London, 1. April 1913 Nr. 280 (chiffr. 2 U. 25 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Rappaport; G. Nemes).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 259 vom 31. v. M. Über Allerhöchsten Befehl geht heute Schlachtschiffdivision samt einem kleinen Kreuzer und einigen Torpedobooten unter Befehl des Kontre-Admirals Negovan behufs Theilnahme an der internationalen Flottendemonstration nach Antivari ab. Vorstehendes zur unverzüglichen Mittheilung an Sir Edward Grey. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 201 Nr. 380. Vgl. n. 6407, 6410 Anm. b, 6413.

Nr. 6405. Tel. nach London, 1. April 1913 Nr. 283 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; V. Szápáry u. Berchtold; G. Berchtold).*

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 256 vom 30. v. M. Wie Euer Exzellenz bereits aus meinem Telegramme Nr. 276 vom 30. v. M. entnommen haben werden, kann ich die Ansicht Sir A. Nicolsons nicht teilen, daß der Ersetzung der Worte „protection effective" durch „la liberté de culte effective" keine Bedeutung beizumessen sei. Während nämlich der Londoner Text, dem alle Regierungen zugestimmt hatten, den Schutz sowohl in nationaler wie in religiöser Hinsicht gewährleistet, ist in der von den Belgrader Vertretern der Ententemächte gewählten Version der Minoritätenschutz in nationaler Beziehung übergangen. Hiezu wäre noch zu bemerken, daß der Gebrauch des Wortes „culte" im Zusammenhange mit „albanais" einen inneren Widerspruch enthält. Abgesehen von dem prinzipiellen Bedenken gegen eine Modifikation des in voller Übereinstimmung festgesetzten Textes bei Ausführung einer gemeinsam vereinbarten Demarche scheint mir in dem speziellen Falle die Abgabe von nicht gleichlautenden Erklärungen geeignet gewesen zu sein, bei der serbischen Regierung gewisse Hoffnungen zu erwecken, auf welche die völlig unbefriedigende Antwort Herrn Pašić' zurückzuführen sein dürfte. Unter diesen Umständen schiene es mir billig und im allgemeinen europäischen Interesse gelegen zu sein, daß das Belgrader Kabinett über den in der Londoner Réunion zum Ausdruck gelangten einverständlichen Willen nicht im unklaren gelassen werde und sie von dem tatsächlichen Wortlaute des akzeptirten Beschlusses in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise Kenntnis erhalte, umsomehr als die seinerzeitigen weiteren Entschließungen der Mächte über die Modalitäten des Minoritätenschutzes doch nur auf Grundlage des Réunionsbeschlusses

gefaßt werden können. Euer Exzellenz wollen sich im vorstehenden Sinne Sir E. Grey gegenüber vernehmen lassen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6451.

Erlaß nach London, 1. April 1913 Nr. 1387. Siehe n. 6409.

*Nr. **6406**. Tel. aus London, 1. April 1913 Nr. 265 (eing. 6 U. 45 M. p. m.). Entziff.*

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 276 vom 30. v. Mts., betreffend Ausführung der Kollektivdémarche in Belgrad. Sowohl in der Botschafterréunion als in Konversation mit mir sprach sich Sir E. Grey dahin aus, dass die Haltung Herrn von Hartwigs und sein Bestehen auf Veränderung des Textes (protection etc.) sehr bedauerlich sei. Am Wesentlichen der Démarche sei jedoch glücklicherweise durch die Verspätungen und die Modifikation des Textes nichts geändert worden. Wenn das Wesentliche der Démarche verändert worden wäre, erschiene die Situation viel ernster. Die Hauptsache sei, dass die Démarche tatsächlich gemacht wurde und weitere Diskussion über Herrn von Hartwig wäre Zeitverlust gewesen. Staatssekretär kennt Herrn von Hartwig von seiner persischen Tätigkeit her und denkt über ihn ungefähr so wie wir. Sir E. Grey weiss auch, was für ein Opponent Herrn Sazonows der russische Gesandte in Belgrad ist. Sir E. Grey schien über Vorgänge in Belgrad sehr verstimmt. Er hatte nach den früheren Erklärungen Herrn Pašić' auf die serbische Regierung gerechnet, damit die Belagerung von Skutari ende. Er sprach, wie ich mit Telegramm Nr. 257 von gestern meldete, sehr energisch mit Herrn Vesnić, der ihm, wie er mir sagte, nicht viel entgegnen oder entschuldigen konnte. Auch bei der Botschafterréunion sprachen wir in privater Weise über Haltung Herrn von Hartwigs, den, wie mir französischer Botschafter sagte, Herr Sazonow nicht den Mut und die Autorität hat zu massregeln. Auch Graf Benckendorff hat keine Illusionen über Herrn von Hartwig. Mensdorff.

*Nr. **6407**. Tel. aus London, 1. April 1913 Nr. 266 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.*

Erhalten heutiges Telegramm Nr. 280 und soeben Sir E. Grey Entsendung der Schlachtschiffdivision nach Antivari mitgeteilt. Staatssekretär erwartet Antwort der anderen Mächte. Sobald er hört, dass Frankreich und Italien Schiffe zur Demonstration entsenden, ist er bereit, die zwei englischen Kreuzer vor Korfu nach Antivari zu dirigieren. Er scheint aber abgeneigt, vorzugehen, bevor Zustimmung der übrigen Mächte vorliegt. Es handelt sich dabei um Frankreich und Italien. Russland ist ausgeschlossen und, falls Deutschland aus irgendeinem Grunde nicht teilnehmen sollte, würde er darüber hinweggehen. An der Teilnahme Frankreichs und Italiens liegt ihm offenbar sehr viel und er versprach mir, in Paris und Rom zu drängen (was er schon getan hat). Auf meine Frage gab er zu, dass, wenn einmal Zustimmung dieser zwei Mächte zur Teilnahme an Flottendemonstration vorliegt, er bereit wäre, englische Schiffe nach Antivari zu entsenden, selbst wenn die französischen und italienischen noch nicht zur Stelle wären. Ich

machte den Staatssekretär im Nachhange zu meinen früheren Erklärungen darauf aufmerksam, dass Entsendung der k. u. k. Schlachtschiffdivision nicht als eine isolierte Aktion anzusehen ist, sondern als Teilnahme an der von allen Mächten beschlossenen Flottendemonstration. Auch, dass der Allerhöchste Befehl erst erflossen zu sein scheint, nachdem meine Meldung über den gestrigen Beschluß der Reunion (puissances ayant acquiescé à une démonstration navale)[b] in Wien vorlag. Staatssekretär erwiderte, er fasse unsere Aktion ganz in diesem Sinne auf und werde auch in diesem Sinne sich den anderen Mächten gegenüber über die von uns erhaltene Mitteilung aussprechen. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6417, 7418. — [b] Vgl. n. 6386.

Nr. 6408. Bericht aus London, 1. April 1913 Nr. 35 (eing. 3. April).[a] *Ausfert.*

Ich hatte nicht verfehlt, auf Grund des letzten Alineas[b] der telegraphischen Weisung vom 13. März l. J. Nr. 234 die Aufmerksamkeit Sir E. Greys und der hiesigen Botschafter der Signatarmächte darauf zu lenken, dass es Euer Exzellenz behufs Wahrung der auf dem türkischen Kapitulationsregime beruhenden traktatmässigen Rechte in den den Balkanstaaten zufallenden türkischen Gebieten unerlässlich schiene, falls die Friedenspräliminarien von den Grossmächten formuliert werden sollten, zu bestimmen, dass die Aufhebung oder Beschränkung dieser Rechte an den ausdrücklichen Verzicht der berechtigten Macht gebunden ist. Ich habe zu diesem Zwecke die beiliegende Notiz[c] in der Botschafter-Réunion vom 15. März unter den Teilnehmern an derselben verteilt. Die Angelegenheit wurde damals nicht weiter diskutiert. In der gestrigen Réunion übergab der russische Botschafter Sir E. Grey und seinen Kollegen die im weiteren Anbuge mitfolgende Notiz,[d] in welcher russischerseits der Standpunkt vertreten wird, dass cedierte Gebiete nicht mehr den vertraglichen Verpflichtungen unterliegen, welche vom cedierenden Staate eingegangen worden sind, dass vielmehr die Verträge des annektierenden Staates auf diese Gebiete eo ipso Anwendung zu finden haben. Auch bei der gestrigen Réunion kam es zu keiner Diskussion der Angelegenheit. Ich erlaube mir Euer Exzellenz zu bitten, mir hochgeneigtest eine Weisung zukommen lassen zu wollen, ob und in welcher Weise ich auf diese russische Gegenäusserung zu antworten habe. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6665, 6670. — [b] Das letzte Alinea von n. 6129 beginnt mit „Falls die Friedenspräliminarien ...". — [c] Erste Beilage. — [d] Zweite Beilage.

Erste Beilage zu n. 6408.

Dans les cas où les Puissances décideront de formuler elles-mêmes les conditions d'une paix préliminaire elles devront sauvegarder leurs droits découlant des capitulations turques dans les territoires cédés aux Alliés contre toute dépossession qui pourrait être faite sans accord entre les intéressés et devront stipuler que l'abolition ou la restriction desdits droits ne pourra être décidée qu'après avoir obtenu de la Puissance intéressée une rénonciation formelle.

Zweite Beilage zu n. 6408.a)

Le Gouvernement Impérial est d'avis que la question soulevée par M. le Comte Mensdorff (promemoria du 3/16 Mars a. c.) devrait être réglée conformement aux principes du droit international. Or, la doctrine ainsi que la pratique enseignent qu'en cas de cession d'une province d'un Etat à un autre Etat, la portion annexée cesse d'être soumise aux traités conclus par le cédant et subit l'application des conventions qui lient l'Etat annexant. Comme précédent pourraient être invoquées les cessions de portions de territoire turc à la Russie qui ont suivi les guerres russo-turques, et notemment celle de 1877—78, et où il n'a jamais été question de faire subir à la Russie, même provisoirement, le régime des capitulations. Quant à la doctrine, il semble que les auteurs (Bonfils, page 133; Huber, Staatensuccession, page 63; Oppenheim, I, page 131) appuient le point de vue du Gouvernement Impérial. D'autre part, le précédent des articles 8, 37 et 49 du traité de Berlin ne saurait être invoqué en faveur de la proposition autrichienne, car il s'agissait alors de poser certaines conditions à la reconnaissance de la souveraineté ou de la mi-souveraineté des Etats Balcaniques. A l'heure qu'il est, la situation est tout autre. Du moment que les Puissances ont libéré les Etats Balcaniques eux-mêmes du régime des capitulations, il ne parait pas possible de souscrire à leur conservation dans les territoires annexés à ces Etats.

a) Vgl. n. 6762.

Tel. nach Rom, 1. April 1913 Nr. 329 (chiffr. 2 U. 30 M. a.m.). Siehe n. 6403.

*Nr. **6409.** Erlaß nach Rom Nr. 1386 (1) und London Nr. 1387 (2), 1. April 1913.a) Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).1)*

1. Vertraulich. Wie Euer Exzellenz dem samt Beilage abschriftlich anverwahrten Schreiben Herzog Avarnas*b)* entnehmen, hat derselbe im Anschlusse an die jüngste Berathung der Londoner Botschafterréunion auftraggemäß bei mir angefragt, welche Konzession wir unter Aufrechterhaltung der Kalamaslinie bezüglich der Südgrenze Albaniens im Laufe der Verhandlungen zu machen geneigt wären. Ich ersuche Euer Exzellenz, Marquis di San Giuliano unter Berufung auf diese Demarche des Herrn italienischen Botschafters mitzutheilen, daß es uns mit Rücksicht auf den uns bekannten Wunsch Italiens, die Grenze durch den Küstenpunkt Phanari zu ziehen, schwer fällt, concrete Vorschläge bezüglich der auf der Strecke zwischen dem Meere und dem Pindus zu machenden Konzessionen zu erstatten. Wir sehen daher bezüglich dieses südlichen Teiles der Grenze den Anträgen Italiens entgegen; bezüglich des weiteren Verlaufes der Linie im Südosten möchte ich indes nochmals darauf verweisen, daß uns die Zugehörigkeit des Gebietes der Pinduswalachen und Korčas zu Albanien als ein undiscutirbares Axiom erscheint. Die Argumente, welche russischerseits vorgebracht werden und insbesondere auf die Loslösung der letztgenannten Stadt von Albanien abzielen, erscheinen schon aus dem Grunde hinfällig, weil sie auf der falschen Voraussetzung aufgebaut sind, daß die künstliche Propaganda und sonstigen Machenschaften Griechenlands in rein albanesischen Gebieten einen Rechtstitel darstellen. Ebensowenig kann

der Hinweis auf das orthodoxe Glaubensbekenntnis eines Teiles der Südalbanesen die Prätensionen Griechenlands rechtfertigen, da in dem künftigen Albanien dank der in Aussicht genommenen internationalen Garantien das orthodoxe Element dieselben Freiheiten genießen soll wie die Katholiken und Mohammedaner.

2. Vertraulich. In der Anlage übersende ich Euer Exzellenz zu Hochderen vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis Imperiali die Abschrift eines Erlasses samt Beilagen, welchen ich unter einem an Herrn von Mérey richte und der sich auf die Frage der Südgrenze Albaniens bezieht.

l) Avarna schicken. *a)* Vgl. n. 6553. — *b)* n. 6367.

Nr. 6410. Tel. aus Rom, 1. April 1913 Nr. 184 (eing. 2. April 7 U. a. m.).a) Entziff.

Flottendemonstration. Habe nach Erhalt des hohen Telegrammes vom 1. d. M. Nr. 330*b)* Minister des Äussern abends aufgesucht und ihm Abgang unserer Schiffe nach Antivari mitgeteilt. Marquis San Giuliano beanständete zunächst unser einseitiges Vorgehen. In einem solchen Falle hätten sich die betreffenden Regierungen auf Grund internationaler Courtoisie über Tag, Stunde und Ort des Zusammentreffens der cooperierenden Flotten zu einigen gehabt. Der Minister wird nach Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten den heute abends in Brindisi eintreffenden Schiffen Befehl zur Fahrt nach Antivari erteilen, wo dieselben morgen früh eintreffen dürften. Mérey.

a) Vgl. n. 6417. — *b)* Mit Tel. Nr. 330, 1. April 1913 (chiffr. 5 U. p. m.) ging nach Rom analoge Mitteilung wie n. 6404.

Nr. 6411. Tel. an den Thronfolger Erzh. Franz Ferdinand in Miramare, 1. April 1913 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. u. G. Hoyos).

Nachdem die Mächte auf der Botschafterconferenz in London eine Flottendemonstration an der montenegrinischen Küste beschlossen haben und die englische Regierung sich bereit erklärte, die in Corfu bereitgestellten beiden Schiffe nach Antivari zu entsenden, sobald andere Mächte ähnliche Instructionen ertheilen, hat der k. u. k. Escadrecommandant in Cattaro heute die Allerhöchste Weisung erhalten mit der Schlachtschiffdivision, einem kleinen Kreuzer und einigen Torpedobooten auszulaufen und das Eintreffen der fremden Kriegsschiffe vor Antivari zu erwarten. Die Commandanten der vereinigten Geschwader sollen auf Vorschlag Englands über die weiter zu ergreifenden Zwangsmassregeln berathen und ihren Regierungen Anträge unterbreiten. Berchtold.

a) Vgl. n. 6319, 6428.

Nr. 6412. Tel. des Flügeladjutanten des Thronfolgers Erzh. Franz Ferdinand, Oberst Karl Bardolff; Miramare, 1. April 1913 (eing. 2. April 1 U. 40 M. a. m.).a) Entziff.

Kaiserliche Hoheit erfahren, dass Montpensier in Valona gewesen. Sehen keinen Grund, warum nicht sofort Urach unter unserem Schutz nach

Albanien gebracht werden sollte. Italiener spielen falsches Spiel. Grosse Gefahr, in dieser Angelegenheit düpiert zu werden. Erbitte Mitteilung Entschlusses telegraphisch. Im höchsten Auftrage Bardolff.

a) Vgl. n. 6319, 6422, 6428.

Nr. 6413. Vortrag an den Kaiser, 1. April 1913.a) Konz. (S. u. G. Hoyos) u. Ausfert.

In dem alleruntertänigst angeschlossenen Telegramme b) meldet Euer Majestät Botschafter in London, daß die Botschafterkonferenz die ehetunlichste Entsendung von Kriegsschiffen nach Antivari zur Teilnahme an der von allen Mächten beschlossenen Flottendemonstration in Anregung gebracht hat und daß die königlich großbritannische Regierung ihre beiden in Korfu bereit gehaltenen Kreuzer unverzüglich nach der montenegrinischen Küste zu dirigieren beabsichtigt, sobald andere Mächte ähnliche Instruktionen erteilt haben. Mit Rücksicht auf diese Meldung des Grafen Mensdorff habe ich geglaubt, mich der mir erteilten Allerhöchsten prinzipiellen Ermächtigung bedienen und ungesäumt das Einvernehmen mit der Marinesektion pflegen zu dürfen, damit der Eskaderkommandant in Cattaro angewiesen werde, mit der Schlachtschiffdivision der Radetzky-Klasse, einem kleinen Kreuzer und einigen Torpedobooten auszulaufen und vor Antivari die Ankunft des fremden Schiffsgeschwaders zu erwarten. Die diesbezüglichen Befehle an Admiral Njegovan ergehen sofort, damit die Eskader noch heute abends auslaufen könne. Ich wage es, Euer Majestät zu bitten, diesen Verfügungen Allerhöchstderen nachträgliche Allergnädigste Genehmigung erteilen zu wollen. Berchtold.

Auf der Ausfertigung: Mit Befriedigung nachträglich genehmigt. Franz Joseph. *(eigenhändig)*

a) Vgl. n. 6404. — b) Beiliegend n. 6386.

Nr. 6414. Bericht aus Belgrad, 2. April 1913 Nr. 70 A (eing. 3. April).a) Ausfert.

Der k. u. k. Militärattaché — dessen Studienreise ich in meinem Berichte vom 26. v. M. Nr. 67 A b) erwähnt habe — ist vorgestern von derselben zurückgekehrt. Leider hat er die nordalbanesischen Schlachtfelder, auf die sich die Mitteilungen seines italienischen Kollegen bezogen haben, nicht besucht, so dass seine Beobachtungen nicht zur Kontrolle der im obcitierten Berichte mitgeteilten Angaben des Grafen Costigliole dienen können. Major Gellinek ist in Salonik und Monastir gewesen. Er konstatiert vor Allem eine sehr rege militärische Tätigkeit seitens der Serben in und um Monastir herum. Nach seiner Berechnung befindet sich heute das Gros der serbischen Armee auf albanesischem Boden und zwar vier Divisionen des ersten und zwei bis drei Divisionen des zweiten Aufgebotes. Es werden fortwährend Munitions- und Verpflegsmaterial über Salonik nach Monastir nachgeschoben. Es hat den Anschein, als ob man sich daselbst dauernd festsetzen wollte. Aber auch gegen Elbassan wurden grössere Truppenkontingente gesendet. Der eigentliche Zweck all dieser militärischen Vorkehrungen ist nicht sehr einleuchtend. Es heisst, dass man mit einem grösseren

albanesischen Aufstand rechnet und dagegen entsprechende Vorkehrungen trifft. Wie Major Gellinek gesagt wurde, sollen in der Malissia von Dibra allein 50000 aufständische Albanesen versammelt sein und auch Djavid Pascha soll die serbischen Truppen fortwährend beunruhigen. Serbischerseits wurde dem k. u. k. Militärattaché gesagt, dass der Vormarsch der Griechen auf Berat das Militäroberkommando in Uesküb veranlasst habe, auch serbische Truppen in diese Gegenden zu dirigieren. In Uesküber Offizierskreisen bezeichnete man diese Truppenkonzentrierungen als gegen eventuelle bulgarische Aspirationen gerichtete, notwendige militärische Massnahmen. Man ist in jenen Kreisen überzeugt, dass die Bulgaren ohne Krieg sich am rechten Vardarufer nicht werden festsetzen können, und man scheint mit der Lösung der Besitzfrage durch Waffengewalt zu rechnen. Ich halte beide Argumente für richtig. Man will einen eventuellen bewaffneten Albanesen-Aufstand im Keime ersticken und man rechnet im Geheimen auf die Möglichkeit, schon in nächster Zeit mit den Bulgaren abrechnen zu müssen, und will auch in dieser Hinsicht nicht unvorbereitet sein. Allerdings dürfte diese Tendenz nur in militärischen Kreisen schon gewisse greifbare Formen angenommen haben, da Herr Pašić und die Regierung noch immer eine friedliche Austragung der Kontroverse mit den Bulgaren für möglich halten. In letzter Zeit sind aber auch schon in Zivilkreisen Stimmen laut geworden, die ein energisches und viel schärferes Auftreten den Bulgaren gegenüber wünschenswert erachten. Dass die Truppenansammlungen auf albanesischem Boden auch andere Ziele verfolgen, namentlich dass die serbische Regierung ins Auge gefasst hätte, dass Albanien ihrerseits nicht evakuiert werden müsste, will ich bei einer friedlichen Austragung der Skutari-Frage nicht annehmen. Allerdings, wenn das Verhalten Montenegros weitgehende Complicationen zur Folge haben wird, und wenn eine allgemeine Kriegsgefahr nicht vermieden werden könnte, dann wäre es immerhin möglich, dass Serbien, von Russland dazu ermuntert, die Frage des Besitzes eines Adriahafens und Nordalbaniens neuerlich aufwerfen würde. Kommt aber der Friede jetzt endlich zu Stande und gelingt es den Grossmächten, den Trotz König Nikolaus zu brechen, nehme ich doch an, dass Serbien nicht versuchen wird, seinerseits neuerliche Schwierigkeiten zu bereiten. Man kann aber mit den Serben nie sicher sein und peinliche Überraschungen gehören hier nie in das Reich des Unmöglichen. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6492, 6950. — [b]) Dieser Bericht wurde nicht aufgenommen. Er enthält außer der Ankündigung der Studienreise des öst.-ung. Militärattachés auch Mitteilungen über die Reise des italienischen Militärattachés Grafen Costigliole, der behauptet, daß manche Meldungen über Grausamkeiten der Serben gegen Albanesen übertrieben seien.

Tel. nach Berlin, 2. April 1913 Nr. 267 (chiffr. 4 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6417.

Tel. nach Berlin, 2. April 1913 Nr. 268 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 6418.

Nr. 6415. *Tel. aus Berlin, 2. April 1913 Nr. 173 (eing. 10 U. p. m.).*[a]) *Entziff.*

Streng vertraulich. Staatssekretär ist, wie ich aus seinen Worten entnehmen konnte, durch einen soeben eingetroffenen Bericht des deutschen

Militärattachés in Wien sichtlich impressioniert. Graf Kageneck erstattet darin Meldung über eine Unterredung mit unserem Generalstabschef. Baron Conrad hätte in derselben eine sehr kriegerische Sprache geführt und auf die eventuelle Notwendigkeit hingewiesen, den Sandschak ehestens wieder zu besetzen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 6432.

Nr. 6416. Tel. aus Cetinje, 2. April 1913 Nr. 98 (eing. 3. April 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ich erfahre aus sicherer Quelle: König ist entschlossen, Widerstand gegen Europa trotz der Flottendemonstration fortzusetzen. Präfekt Antivari erhielt Instruktion, den Schiffsmannschaften Entgegenkommen zu zeigen, bei dem ersten Gewaltakte aber mit Geschützfeuer aus den Batterien auf dem Sutorman und Volovica zu antworten. Russisches Schiff ist seit gestern im Begriffe, Kanonen, 24 Millionen Patronen, 4000 Granaten, 7000 Mäntel und andere Materialien in Antivari auszuschiffen. Diese Ausschiffung soll bis morgen beendigt sein, Granaten an die österreichische Grenze gebracht werden. Installation schwerer serbischer Artillerie vor Skutari wird nicht vor Ende der Woche abgeschlossen sein, erst dann soll Generalangriff fortgesetzt werden. Herr Pašić hat montenegrinische Regierung verständigt, daß Serbien nur bis zur Einstellung der Feindseligkeiten Montenegro Beistand leisten kann. Erfolgt diese vor dem Fall Skutaris, würden serbische Truppen abziehen, Artilleriematerial aber Montenegro überlassen, letzteres Belagerung allein fortsetzen. Giesl.

[a]) Vgl. n. 6402, 6502.

Nr. 6417. Tel. nach London Nr. 286 (1), Rom Nr. 337 (2), Berlin Nr. 267 (3), St. Petersburg Nr. 247 (4) und Paris Nr. 205 (5), 2. April 1913 (chiffr. 4 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes u. Rappaport; V. u. G. Szápáry).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 266 vom 1. l. M. Für die Erteilung des Befehles zum Auslaufen unserer Schlachtschiffe war der Tenor der von Sir E. Grey in der Botschafterréunion vom 31. v. M. abgegebenen Erklärung maßgebend, daß die englischen Kreuzer nach Antivari beordert werden, aussitôt qu'il sera informé de l'envoi de semblables instructions par d'autres Puissances. Hieraus, sowie aus den von Euer Exzellenz gemeldeten Äußerungen des Herrn Staatssekretärs ging keineswegs hervor, daß derselbe die Teilnahme Englands an der Flottendemonstration von jener bestimmter Mächte (Frankreich und Italien) abhängig mache. Noch weniger konnte ich annehmen, daß Sir E. Grey angesichts der von allen Mächten in der Botschafterréunion bereits ausgedrückten Zustimmung zur Flottendemonstration jetzt neuerlich die Zustimmung einzelner Mächte einholen und abwarten werde, dies umsoweniger, als durch einen solchen Meinungsaustausch über diese von der Réunion bereits erledigte Frage eine Erzwingung der ersten von den Mächten aufgestellten Forderung, Einstellung der Belagerung Skutaris, angesichts der äußerst bedrohten Lage

der Stadt von vornherein illusorisch werden müßte. Falls nicht ein Mißverständnis unterlaufen ist, müßte mich jedes weitere Zögern Sir E. Greys überraschen, zumal derselbe unterdessen davon Kenntnis erhalten haben dürfte, daß außer Österreich-Ungarn auch Italien und Deutschland an der Demonstration teilnehmen und daher sogar die von ihm früher aufgestellte weitergehende Bedingung der Teilnahme zweier oder dreier Mächte im vollsten Umfange erfüllt erscheint. Eine isolirte Aktion unsererseits liegt, wie Euer Exzellenz mit Recht zu Sir E. Grey bemerkt haben, nicht vor, da das Auslaufen der k. u. k. Schiffe nur die Teilnahme an der von allen Mächten beschlossenen Flottendemonstration darstellt und da unsere Kriegsschiffe ausdrücklich angewiesen sind, das Eintreffen anderer Kriegsfahrzeuge auf offener See abzuwarten, um sich sodann mit diesen über die zu unternehmenden Aktionen ins Einvernehmen zu setzen. Auch ich bin der Ansicht, daß es im allgemeinen Interesse gelegen ist, den Anschein einer isolirten Aktion zu vermeiden, welcher aber gerade dadurch erweckt werden könnte, wenn England wider Erwarten seine Schiffe zurückhielte. Euer Exzellenz wollen sich unverweilt in obstehendem Sinne zu Sir E. Grey aussprechen.

2. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 183*b)* von gestern.

2.—5. Einem Telegramme Grafen Mensdorffs vom 1. d. M. entnehme ich, daß sich bei Sir E. Grey ein gewisses Zögern hinsichtlich der Theilnahme Englands an der Flottendemonstration bemerkbar macht, er jedoch bereit wäre, wenn einmal die Zustimmung Frankreichs und Italiens zur Teilnahme vorliegt, englische Schiffe nach Antivari zu entsenden. Ich lasse hierauf nachstehende telegraphische Weisung an Grafen Mensdorff ergehen: „(Inseratur Telegramm sub 1 von „Für die Erteilung" bis zum Schlusse.)

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und geeignet erscheinenden Verwertung Marquis di San Giuliano gegenüber,

3. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an Herrn von Jagow,

4. u. 5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information,

2., 4. u. 5. wobei ich bemerke, daß der Passus über die Instruktionen an die k. u. k. Kriegsschiffe meines oben wiedergegebenen Telegrammes an Grafen Mensdorff der dortigen Regierung im Verfolge meines gestrigen Telegrammes

2. Nr. 330*c)*

4. Nr. 242*d)*

5. Nr. 200*d)*

2., 4. u. 5. mitzuteilen ist.

2. Hiebei wollen Euer Exzellenz bemerken, daß aus diesen Instruktionen klar hervorgeht, daß wir alle Formen zu wahren bestrebt sind und von einem einseitigen Beginne der Aktion unsererseits keine Rede sein kann. Die von Marquis di San Giuliano laut Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 184 von gestern als richtiger bezeichnete Modalität wäre mit Rücksicht auf die Nachrichten aus Montenegro, welche eine Demonstration dringend erheischen, schon deshalb undurchführbar gewesen, da die

Besprechungen zwischen den betreffenden Regierungen mit großem Zeitverlust verbunden gewesen wären. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6386, 6410, 6436, 6437, 6440. — [b] Mit Tel. Nr. 183, 1. April 1913 (eing. 2. April 8 U. a. m.) wurde nach Unterredung mit Marquis San Giuliano aus Rom gemeldet, daß man auf Italiens Kooperation bei der Flottendemonstration selbst dann rechnen könne, wenn England ausspringen sollte. — [c] Vgl. n. 6410 Anm b. — [d] Gleichlautend wie Tel. Nr. 330 nach Rom, vgl. n. 6410 Anm. b.

Nr. 6418. Tel. nach London Nr. 287 (1), Rom Nr. 338 (2) und Berlin Nr. 268 (3), 2. April 1913 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Szápáry; G. Berchtold).

1.—3. Von Seiten verschiedener Botschafter wurde die Frage an mich gerichtet, welche Mittel meiner Ansicht nach ins Auge zu fassen wären, falls das bloße Erscheinen der internationalen Flotte in den montenegrinischen Gewässern nicht zum gewünschten Erfolg führen sollte. Sir F. Cartwright warf unter anderem den Gedanken auf, daß in diesem Falle zunächst eine Blokade des in Betracht kommenden Litorales und dann die Landung gemischter Detachements in Frage käme. Da es mir von größtem Werthe erscheint, daß die vereinigten Seestreitkräfte in die Lage gesetzt werden, eine einheitliche Aktion zu entfalten, habe ich dem Kommandanten unserer Flottenabteilung den Befehl ertheilen lassen, sich mit den zu gleichem Zwecke eintreffenden fremden Kriegsschiffen in Verbindung zu setzen und im Sinne der internationalen Regeln sich mit diesen unter ein einheitliches Kommando zu stellen. Er ist weiters ermächtigt, an einer Blokade im entsprechenden Umfange sowie an einer Besetzung der in Betracht kommenden Küsten durch Landung gemischter Detachements theilzunehmen. Es erschiene mir im Interesse der gemeinschaftlichen Aktion gelegen, wenn die Kommandanten der Flottenabtheilungen der betheiligten Mächte analoge Instructionen erhielten. Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne bei der dortigen Regierung unverweilt aussprechen. Gleichlautende Weisung unter einem vorläufig nach

1. Rom und Berlin.
2. London und Berlin.
3. London und Rom.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 6518.

Nr. 6419. Tel. aus London, 2. April 1913 Nr. 268 (eing. 3. April 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Als wir zur heutigen Réunion erschienen, teilte man uns mit, sie sei verschoben und Sir E. Grey, der eben französischen und russischen Botschafter empfangen hatte, bat mich zu sich. Staatssekretär sagte mir, es hätten sich Schwierigkeiten ergeben, die ihn nötigten, die internationale Situation dem Ministerrate vorzulegen, der für morgen einberufen wird. Er wird mich nach demselben sprechen und hat vorläufig Botschafterréunion für Freitag Früh festgesetzt. Sir E. Grey definierte die Situation folgendermaßen: Nach seiner Meinung müssten die Beschlüsse der Mächte bezüglich

der Grenzen Albaniens jedenfalls respektiert und durchgeführt werden. Hiezu wären zwei Alternativen, entweder internationale Durchführung, oder sollte diese nicht möglich sein, so könnte man gegen die Maßnahmen derjenigen Mächte, welche die bereits gefassten Beschlüsse der Mächte durchführen, nichts einwenden. Er erklärte mir auch, dass er gar nichts gegen die Maßregeln einwenden könnte, die wir bereits ergriffen hätten. Sollte sich herausstellen, dass ein Einverständnis unter den Mächten nicht bestehe, so schiene es ihm nutzlos, die Botschafterréunion weiter fortzusetzen. Er müsse aber jedenfalls die Lage dem Kabinett auseinandersetzen, bevor er zu einem Entschluss über seine Stellungnahme gelangen könne. Ich erwiderte dem Staatssekretär, die Situation scheine mir sehr ernst und ich brauche ihm wohl nicht erst zu sagen, dass unsere konziliante Politik und unsere Konzessionen auf dem festen Glauben basiert waren, dass er dafür sorgen werde, dass die Beschlüsse der Mächte auch durchgeführt werden. Er antwortete, dies könne wohl nicht so weit gehen, dass er ein Mandat zur Durchführung durch England übernehme, doch wiederholte er mir, daß er an der Ansicht festhalte, die Beschlüsse der Mächte müssten respektiert und durchgeführt werden. Mehr könne er mir nicht mitteilen bis nach dem Kabinettsrat. Meinem deutschen und italienischen Kollegen gegenüber sprach sich Sir E. Grey in gleichem Sinne aus. Dem Fürsten Lichnowsky sagte er, es scheine in Paris irgend ein Missverständnis unterlaufen zu sein, das erst aufgeklärt werden müsse (wahrscheinlich ein Werk Iswolskys). Herr Cambon hatte heute nichts weiteres zu bringen, als die Mitteilung, dass ein französisches Schiff nach Korfu dirigiert wird, ohne sagen zu können, ob Frankreich an der Demonstration teilnimmt, auch wenn nicht alle anderen Mächte sich beteiligen. Offenbar will Staatssekretär Nachricht und Aufklärung von Paris abwarten; denn diesmal scheint Komplikation von Paris zu kommen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6420, 6436.

*Nr. **6420**. Tel. aus London, 2. April 1913 Nr. 270 (eing. 3. April 8 U. a. m.).[a]) Entziff.*

In Ergänzung meines Telegrammes Nr. 268 von heute. Ich habe seither Sir A. Nicolson gesehen, der mir Petersburger Telegramm über Botschafterréunion und Herrn Sazonows Erklärung[a]) betreffs der Flottendemonstration und Blockade vorlas. Auch sonst hätte man von russischer Seite englische Regierung nur aufgefordert und ermuntert, an der Demonstration teilzunehmen. Unterstaatssekretär versteht nicht, was in Paris vorgefallen ist. Er hofft zuversichtlich, dass französische Regierung zur aktiven Teilnahme an Flottendemonstration bewogen werden wird. Er erklärte mir aber, dass, falls Frankreich nicht teilnimmt, er nicht glaube, dass England daran teilnehmen könne. Jedenfalls würde es aber ganz klar gemacht werden, dass man gegen unsere Aktion nichts einwenden könne und dass diejenigen, welche an der Demonstration teilnehmen, im Namen Aller handeln. Sir E. Grey ist, wie ich von seinem Privatsekretär höre, sehr verstimmt durch französische Haltung. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6395.

Tel. nach Paris, 2. April 1913 Nr. 205 (chiffr. 4 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6417.

*Nr. **6421.** Tel. aus Paris, 2. April 1913 Nr. 64 (eing. 8 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.*

Hatte gestern längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten, der mich von der Friedensliebe Frankreichs versicherte und sagte, welch' großen Wert die Regierung auf Aufrechterhaltung der besten Beziehungen zu uns lege. Herr Barthou war Mitglied des Kabinetts zur Zeit der Algeciras-Konferenz und während des Casablanca-Deserteurzwischenfalles und versicherte mich, dass man hier unsere versöhnliche Haltung und die Dienste, die wir der Sache des Friedens geleistet haben, nicht vergessen hat. Auf Skutari-Frage übergehend, lenkte ich seine Aufmerksamkeit auf die widerspruchsvolle Haltung der russischen Regierung, die in London gemeinsamen Massregeln gegen Montenegro zustimme, die Ausführungen derselben aber direkt oder indirekt zu hintertreiben suche. Frankreich hätte jetzt eine gute Gelegenheit, im Vereine mit England im Interesse der Aufrechterhaltung des europäischen Konzertes in Petersburg einzuwirken. Herr Barthou versicherte mich, dass die französische Diplomatie in diesem Sinne eifrig tätig sei; die Londoner Beratungen wären zwecklos, wenn eine Macht schon getroffene Vereinbarungen zu verhindern hoffe. Er erwarte eben jetzt den Besuch des russischen Botschafters, dem er diesen Standpunkt sehr energisch entwickeln wolle. Wenn Russland unter dem Vorwande, keine verfügbaren Schiffe zu haben, an der navalen Demonstration in diesem Sinne nicht teilnehmen wolle, so sei dies irrelevant, es sei aber von großer Wichtigkeit, dass es derselben zustimme und die Verantwortung mit den anderen Grossmächten teile. Szécsen.

[a] Vgl. n. 6437, 6584.

Tel. nach Rom, 2. April 1913 Nr. 337 (chiffr. 4 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6417.

Tel. nach Rom, 2. April 1913 Nr. 338 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 6418.

*Nr. **6422.** Tel. nach Rom, 2. April 1913 Nr. 340 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berchtold; V. Szápáry; G. Berchtold).*

Aus dem Telegramme Euer Exzellenz Nr. 180[b] vom 31. März geht hervor, daß Marquis di San Giuliano die Absicht habe, dem Herzog von Montpensier gegenüber nicht nur zu betonen, daß sich Österreich-Ungarn und Italien mit der Frage der Besetzung des albanesischen Thrones noch nicht befaßt haben, sondern auch speziell hervorzuheben, daß seine Kandidatur in Italien nicht genehm sei. Herzog Avarna hat sich heute zu mir in ähnlichem Sinne ausgesprochen, wobei ich ihm bemerkte, daß es mir angezeigt schiene, um diesfalls bestehenden irrigen Auffassungen zu begegnen, im Wege der Presse eine offiziöse Notiz erscheinen zu lassen, die dem ablehnenden Standpunkt Österreich-Ungarns und Italiens gegenüber dieser Candidatur Ausdruck geben sollte. Ich ersuche Euer Exzellenz, auf Marchese

di San Giuliano einzuwirken, um denselben für diesen Gedanken zu gewinnen und, im Falle er keine Einwendung dagegen vorzubringen wüßte, die Modalitäten der Veröffentlichung mit demselben zu vereinbaren und mir telegraphisch hierüber zu berichten. Zu Euer Exzellenz persönlicher Information: Obwohl keine positiven Anhaltspunkte für ein illoyales Vorgehen der italienischen Regierung im vorliegenden Falle gegeben sind, scheint es uns doch ein Gebot der Vorsicht, auf die angedeutete Weise den Italienern die Gelegenheit zu benehmen, dieser Kandidatur, die vom Herzog mit großer Insistenz betrieben wird, gegebenen Falles ihre Protection angedeihen zu lassen.

a) Vgl. n. 6412, 6428, 6438. — *b)* Der wesentliche Inhalt des Tel. Nr. 180 vom 31. März 1913 (eing. 1. April 8 U. a. m.) aus Rom wird hier wiederholt.

Tel. nach St. Petersburg, 2. April 1913 Nr. 247 (chiffr. 4 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6417.

Nr. 6423. Tel. nach St. Petersburg, 2. April 1913 Nr. 249 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 125 vom 31. v. M. erhalten. Euer Exzellenz wollen in der nächsten Sitzung die nachstehenden Konsiderationen verwerten. Herr Sazonow hat es selbst als den Zweck der Mediationsaktion der Mächte bezeichnet, eine Lösung zu finden, die sowohl für Rumänien als auch für Bulgarien akzeptabel ist und einen dauernden Frieden zwischen den beiden Nachbarstaaten gewährleistet. Dieser Zweck kann nach unserer Ansicht nur durch eine Entscheidung der Mächte, wie wir sie im Auge haben, erreicht werden: nämlich dadurch, daß man die rumänischen Ansprüche wenigstens in der Hauptsache, Silistria, voll befriedigt und daß man andererseits Bulgarien eine entsprechende Kompensation zuspricht. Wir nehmen mit Befriedigung davon Akt, daß auch Herr Sazonow eine Entschädigung Bulgariens für angezeigt erachtet. Als das geeignetste Kompensationsobjekt erscheint uns nach wie vor Salonik, unter anderem auch deshalb, weil es das natürliche Débouché des bulgarischen Hinterlandes zum Meere bildet. Die Einwendung, daß die Frage der Zugehörigkeit Saloniks nicht in die Kompetenz der Petersburger Réunion falle, ist wohl nicht stichhältig. Da, wie Herr Sazonow mit Recht bemerkt hat, die rumänisch-bulgarische Kontroverse nicht nach rechtlichen, sondern nach Gesichtspunkten der politischen Opportunität entschieden werden muß und da die von diesem Standpunkt aus gebotene Befriedigung beider Teile angesichts der Gegensätze durch ein Kompromiß in der Grenzfrage selbst nicht möglich erscheint, muß eine Entschädigung Bulgariens in einer anderen Richtung in Erwägung gezogen werden. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Bestimmung einer solchen Entschädigung etwa auf Kosten der Türkei, wie sie Herr Sazonow in Aussicht nimmt, in die Petersburger Verhandlungen einbezogen werden sollte, die Frage von Salonik dagegen nicht. Euer Exzellenz wollen zunächst darauf hinwirken, daß der uns vorschwebende Gedanke: Erfüllung der rumänischen Desiderata — anderweitige Entschädigung Bulgariens im Prinzipe von allen Seiten akzeptiert werde. Hiebei

können Euer Exzellenz bemerken, daß, falls unsere Anregung betreffs Salonik von den Mächten nicht akzeptiert werden sollte, unseres Erachtens Bulgarien auf andere Art eine entsprechende Kompensation geboten werden müßte, zum Beispiel durch die Vergrößerung bis ans Marmarameer, vorausgesetzt, daß sich hiedurch der Abschluß des Friedens nicht verzögere oder durch weitgehende Berücksichtigung der territorialen Ansprüche Bulgariens im westlichen Teile der Balkanhalbinsel. Was die Frage Herrn Delcassés anbelangt, inwieweit wir auf ein Kompromiß einzugehen bereit wären, so wollen Euer Exzellenz erwidern, daß unser Vorschlag bezüglich Saloniks, wie die Kompensationsidee überhaupt, von dem Streben nach einem billigen Ausgleich der rumänischen und der bulgarischen Interessen ausgeht. Ein Kompromiß in der Grenzfrage selbst, das — ohne weitere Kompensation — beide Teile zufriedenstellen würde, scheint uns nicht recht denkbar, da es sich doch vor allem um Silistria handelt. Auf die Bemerkung Ihres französischen Kollegen, daß die Zuweisung Saloniks an Bulgarien zu der rumänisch-bulgarischen eine bulgarisch-griechische Kontroverse schaffen würde, wollen Euer Exzellenz antworten, daß wir der Ansicht seien, gerade durch die Angliederung Saloniks an Bulgarien würde einem griechisch-bulgarischen Konflikt für die Zukunft am besten vorgebeugt. Falls konkrete Vorschläge über ein Kompromiß in der Grenzfrage selbst in der Réunion gemacht würden, wollen Euer Exzellenz sie mit dem Bemerken, daß Sie diesbezüglich ohne Instruktionen seien, ad referendum nehmen. Gegen einen eventuellen Vorschlag, Silistria bei Bulgarien zu belassen und Rumänien durch sonstige territoriale Konzessionen abzufertigen, wollen Euer Exzellenz jedoch sofort mit der Motivierung Stellung nehmen, daß bei der bekannten Stimmung in Rumänien der Gegensatz zu Bulgarien auf diese Weise nur verschärft und die Gefahr eines künftigen Konfliktes gesteigert würde. Zu Euer Exzellenz rein persönlicher Orientierung bemerke ich, daß wir auf der Erfüllung aller rumänischen Ansprüche nicht durchaus bestehen wollen, für die Abtretung von Silistria aber unbedingt eintreten müssen. Wir besitzen übrigens Anhaltspunkte dafür, daß man sich in Sofia mit dem von den Großmächten auferlegten Verlust von Silistria oder der Abtretung eines Küstenstreifens abfinden würde, keinesfalls aber mit beiden Konzessionen. Was die Idee einer Halbierung von Silistria anbelangt (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 116 vom 27. v. M.), so halte ich diese Lösung für praktisch undurchführbar, ganz abgesehen davon, daß ich nach der bisherigen Sprache der rumänischen Regierung nicht daran glauben kann, daß Rumänien sich damit zufrieden geben würde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6439, 6469.

Nr. 6424. Tel. aus St. Petersburg, 2. April 1913 Nr. 126 (eing. 3 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 242[b]) von gestern betreffend Entsendung einer Schlachtschiffdivision nach Antivari behufs Teilnahme an der internationalen Flottendemonstration und Inhalt Herrn Sazonow mitgeteilt. Der Herr Minister nahm meine Mitteilung zur Kenntnis, indem er sagte, er habe hiezu keine Bemerkung zu machen, da es sich jetzt um die

Ausführung einer im gemeinsamen Einvernehmen der Mächte beschlossenen Maßregel handle. Nur die verhältnismäßig große Zahl der unserseits entsendeten Schiffe schien Sazonow, offenbar mit Rücksicht auf den Eindruck hierzulande, etwas zu beunruhigen; ich machte ihn aber darauf aufmerksam, dass es sich doch darum handle, auf König Nikolaus einen entsprechenden Eindruck zu machen, was jedenfalls durch ein stärkeres Aufgebot leichter erreicht werden dürfte als durch ein schwaches. Thurn.

a) Oe. U. Balkan 202 Nr. 383. — b) Vgl. n. 6417 Anm. d.

Nr. 6425. Tel. aus St. Petersburg, 2. April 1913 Nr. 127 (eing. 6 U. p. m.).a) Entziff.

Vertraulich. Mein italienischer Kollege erzählt mir soeben, er habe heute ein Telegramm des italienischen Gesandten in Bukarest mitgeteilt erhalten, der über eine Unterredung mit König Karl berichte, in welcher ihm Höchstderselbe — ebenso wie einige Tage vorher Herr Majoresco — gesagt hat, Rumänien würde sich im äussersten Falle auch mit einem Teile von Silistria begnügen. Marquis Carlotti knüpfte hieran die Bemerkung, dass, wenn die Regierungen der Tripelententemächte von dieser Nachgiebigkeit Rumäniens Wind erhalten haben sollten, hiedurch unser Standpunkt, für die Abtretung von ganz Silistria einzustehen, völlig untergraben wäre. Dass man hier von einer solchen Herabminderung der Minimalforderungen Rumäniens Kenntnis erhalten haben könnte, scheint meinem italienischen Kollegen auf Grund einer Bemerkung Herrn Neratows nicht ausgeschlossen, der ihm kürzlich von „konzilianteren Dispositionen Rumäniens" gesprochen habe. Thurn.

a) Vgl. n. 6339, 6361, 6433.

Nr. 6426. Tel. aus St. Petersburg, 2. April 1913 Nr. 128 (eing. 3. April 8 U. a. m.).a) Entziff.

Vertraulich. Mein italienischer Kollege gab mir streng vertraulich Kenntnis von einem ihm mitgeteilten Telegramm des italienischen Gesandten in Bukarest, wonach der dortige bulgarische Vertreter zu verstehen gegeben habe, Bulgarien wäre unter Umständen geneigt, der Zession von Silistria zuzustimmen, wenn Rumänien mit demselben ein Abkommen schliessen wollte, dahin gehend, dass es die bulgarischen Aspirationen gegen Serbien (!)b) unterstützen wolle. Baron Fasciotti bemerkte hiezu, es scheine dies die Konterpartie der serbischerseits in Bukarest eingeleiteten Aktion zu sein, welche zum Zwecke hat, die Unterstützung Rumäniens gegen Bulgarien zu erlangen. Thurn.

a) Vgl. n. 6442 — b) Rufzeichen in der Entziff.

Nr. 6427. Tel. aus St. Petersburg, 2. April 1913 Nr. 129 (eing. 3. April 8 U. a. m.).a) Entziff.

In einer Besprechung, welche ich heute mit meinem deutschen und italienischen Kollegen hatte, wurde die Frage erörtert, ob es sich mit Rück-

sicht darauf, dass auch Herr Sazonow den Gedanken einer Bulgarien eventuell zu bietenden Kompensation nicht a limine abgewiesen hat, anderseits aber keine Aussicht besteht, die allgemeine Zustimmung dazu zu erlangen, dass Salonik als Kompensationsobjekt in Aussicht genommen werde, empfehlen würde, eine solche Kompensation auf finanziellem Gebiete zu suchen. Im Falle, als diesem Gedanken näher getreten werden sollte, könnte die in Rede stehende Kompensation etwa die Form einer Zahlung Rumäniens für die in dem abzutretenden Gebiete, speziell in Silistria befindlichen öffentlichen Güter sowie eine Indemnität für die durch Bulgarien auf dem fraglichen Terrain im Laufe der Zeit aufgewendeten Meliorationsauslagen tragen. Ich bitte um Instruktionen, ob Euer Exzellenz mit einem derartigen Arrangement eventuell einverstanden wären, sowie, ob ich bejahenden Falles eine dahin gehende Anregung vorbringen beziehungsweise einer solchen, falls sie von deutscher oder italienischer Seite erfolgen sollte, zustimmen soll. Meine Kollegen von Deutschland und Italien telegraphieren im gleichen Sinne an ihre Regierungen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6439.

Nr. 6428. Tel. an den Flügeladjutanten des Thronfolgers Erzh. Franz Ferdinand, Oberst Karl Bardolff, nach Miramare, 2. April 1913 (chiffr. 2 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Berchtold).

Es liegen keinerlei Anzeichen vor, dass Italien bezüglich Monpensiers zweideutige Haltung einnehme. Eher dürfte griechische Intrige vorliegen, welches von Frankreich offenkundig unterstützt gegen Italien äusserst gehässig auftritt. Da Ismail Kemal von jeher in griechischem Solde stand, wäre es allerdings im Bereiche der Möglichkeit, dass dieser Kandidatur Monpensier freundlich gegenübersteht. Wie Herr von Mérey telegrafirt, hat Ismail Kemal Marquis San Giuliano allerdings erklärt, Monpensier habe in Albanien keine Aussichten und die Albanesen hielten es für das entsprechendste, jetzt überhaupt keinen Fürsten zu wählen. Ich kann mich dieser letzteren Auffassung, soferne sie aufrichtig ist, meinerseits nur vollkommen anschliessen. In der gegenwärtigen äusserst ernsten Lage, wo Russland sich anschickt das von Österreich-Ungarn und Italien gemeinsam aufgestellte und von Europa sanktionirte albanesische Programm durch Serbien und Griechenland via facti ad absurdum zu führen, steht für uns das möglichste Zusammengehen mit Italien im Vordergrund, während die Kandidaturfrage einstweilen vollkommen in die zweite Linie gerückt erscheint. Durch eine Unterstützung Urachs kämen wir jedoch in Gefahr, selbst vor Italien in zweideutigem Lichte zu erscheinen. Da durch gelegentliche Indiskretionen der Albanesen die Angelegenheit Urach allmählig bekannt wird, dürften wir in absehbarer Zeit in die Lage kommen, Urach offiziell zu desavouiren. Mit Rücksicht auf die am Spiele befindlichen höchsten Interessen der Monarchie wäre es dringend geboten, dass Urach veranlasst werde, sich vom Schauplatze der Ereignisse derzeit fernzuhalten und jedweden praktischen Versuch, für seine Kandidatur zu wirken, einstweilen aufzugeben. Bezüglich Monpensiers werde ich darauf hinwirken,[b]) dass sich die italienische Regierung, so wie sie es uns vertraulich bereits erklärt

hat, auch öffentlich zu verstehen gebe, dass diese Kandidatur Italien nicht genehm sei. Berchtold.

a) Vgl. n. 6411, 6412. — b) Vgl. n. 6422.

Nr. 6429. Tel. aus Athen, 3. April 1913 Nr. 203 (eing. 6 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Südgrenze Albaniens. Streng vertraulich teilt mir deutscher Gesandter mit, dass Staatssekretär griechischem Geschäftsträger sagte, Plebiszitantrag bezüglich Epirus (confer mein Telegramm Nr. 194 vom 30. v. M.) wäre abgesehen von anderen dagegen sprechenden Erwägungen auch schon deshalb inopportun, weil bei Etablierung dieses Prinzipes dasselbe auch auf Salonik Anwendung finden könnte, dessen Bevölkerung (namentlich die Juden) mehr für die Angliederung an Bulgarien als an Griechenland gestimmt sei. Griechischer Regierung wurde vom Staatssekretär vielmehr geraten, in Wien und Rom auf Konzedierung einer mittleren Linie (etwa von der Nordspitze Corfus an ostwärts) hinzuwirken. Deutscher Gesandter will sich auch hier in diesem Sinne vernehmen lassen. Geheim. Es ist vorauszusehen, dass die deutsche Politik bezüglich Griechenlands seit dem Regierungsantritte König Konstantins mit Rücksicht auf die Königin Sofie sich nicht unwesentlich freundlicher gestalten wird als bisher, umsomehr, als Prinz Heinrich von Preussen während seines hiesigen Aufenthaltes mit Höchstseinem Schwager, dem neuen König, intensiv verkehrte und mit höchst gräcophilen Eindrücken, die er gewiss in Berlin verwerten wird, von hier abreiste. Braun.

Nr. 6430. Tel. aus Athen, 3. April 1913 Nr. 204 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).a) Entziff.

Geheimhaltung der Verhandlungen Londoner Botschafterréunion. Südgrenze Albaniens. Griechenfreundliche Haltung Frankreichs. Streng vertraulich. Es ist in letzter Zeit nicht nur mir aufgefallen, daß sich griechische Regierung über obige Verhandlungen eingehend und rasch informiert zeigt. Übrigens hat Minister des Äußern unlängst einem Kollegen eine dies bestätigende Bemerkung gemacht. Anläßlich der kürzlichen Besprechungen der Londoner Botschafter über die Südgrenze Albaniens (gelegentlich welcher, wie ich höre, Marquis Imperiali bei Vertretung der italienischen Anschauungen fortdauernd heftiger Opposition Herrn Cambons begegnete, der energisch griechischen Standpunkt verfocht) ist oberwähnte Orientiertheit griechischer Regierung besonders zu Tage getreten und äußerte sich in der mit Telegramm Nr. 194 vom 30. v. Mts. gemeldeten Démarche Coromilas'. Verschiedene Indizien lassen darauf schließen, daß es Frankreich ist, welches beschlossene Geheimhaltung der Réunion nicht respektiert, wenigstens insoweit, als es sich um die vorliegende Frage und Griechenland handelt Jedenfalls ist jetzt Pariser Kabinett äußerst philhellenisch gesinnt und betätigt dies, wie aus manchen Anzeichen hervorgeht, unzweideutig. Mein italienischer Kollege ist darüber äußerst besorgt, wittert schon ein engeres Verhältnis Frankreichs zu Griechenland und, als Folge

davon, eine die italienischen Mittelmeerinteressen bedrohende Ausgestaltung der griechischen Flotte mit Hilfe Frankreichs sowie eine Art Marinekonvention zwischen diesem und Griechenland. Braun.

a) Vgl. n. 6381, 6457 Anm. b.

Nr. 6431. Bericht aus Belgrad, 3. April 1913 Nr. 72 (eing. 5 April). Ausfert.

Obgleich Herr Pašić noch immer an dem in letzter Zeit so oft betonten und wiederholten Axiom, dass Serbien eine Annäherung an Österreich-Ungarn suchen müsse und dass seine Politik auf die dauernde Besserung der Beziehungen gerichtet sei, festzuhalten behauptet, so hat es doch den Anschein, dass dies nur leere Worte sind, auf die wir kein allzugrosses Gewicht legen können. Wenn auch in einzelnen Fragen die Regierungskreise ein Entgegenkommen uns gegenüber betätigen wollen und besonders in wirtschaftlichen Fragen den aufrichtigen Wunsch einer Annäherung zeigen, so können wir von dieser Tendenz in den grossen Linien der serbischen Politik nicht viel merken. Entgegen den mündlich abgegebenen Versicherungen tragen die Taten und die Beschlüsse der serbischen Regierung eher den Charakter des eigensinnigen unfreundlichen Widerstandes allen Wünschen gegenüber, die seitens der Grossmächte in letzter Zeit geäussert worden sind. Nach serbischer Auffassung sind aber ausschliesslich wir die treibenden serbenfeindlichen Kräfte im europäischen Staatenconcerte. Deutschland hält nach hiesiger Auffassung ungern und nur aus Bundestreue mit und Italien wartet nur auf den Augenblick, wo es sich von uns lostrennen und mit offenem Visier für die Interessen der Balkanstaaten eintreten kann. Russland und Frankreich haben genügende Beweise gegeben, dass sie nie und nimmer etwas gegen Serbien unternehmen werden, und England wird ganz bestimmt im Ernstfalle zu ihnen halten. Von der Tripel-Entente hat das Land nichts zu befürchten. Es seien auch nicht Serbien und Montenegro, die sich gegen ganz Europa auflehnen, sondern vielmehr Österreich-Ungarn wolle seinen Willen allen anderen Großstaaten aufdrängen, wogegen sich diese aber schliesslich energisch wehren werden. Die Aktion Englands beunruhigt hier keineswegs, man nimmt sie nicht ernst, und die Sprache, die Sir Ralph Herrn Pašić gegenüber führt, ist der grossen Menge nicht bekannt. Mit einem Worte Österreich-Ungarn ist der Störenfried und die einzige Ursache, dass Europa nicht im Frieden leben kann; aber dies muss und wird bald ein Ende nehmen. In dieser Tonart schreiben in letzter Zeit alle Zeitungen, besonders seitdem „Skutari" zum Schlagwort der südslawischen Sache geworden ist und man sich hier plötzlich von unbezwingbarer Liebe zu Montenegro beseelt fühlt. Wie im Herbst die Adriafrage, so ist jetzt die Skutariangelegenheit auf fremde Ingerenz zurückzuführen und reichen die Fäden über das hiesige russische Gesandtschaftshôtel bis nach Petersburg und Moskau. Die Sprache der serbischen Presse ist auch in letzter Zeit wieder recht aggressiv geworden; was mich aber besonders peinlich berührt, ist der Umstand, dass auch die officiöse Samouprava plötzlich in dieses journalistische Concert mit eingreift. In meinem Bericht vom 29. März Nr. 68 habe ich gemeldet, dass das Organ des Herrn Pašić uns des Neutralitätsbruches beschuldigt hat,

worauf ich eine Richtigstellung verlangt und auch durchgesetzt habe. Die „Serbien und die Grossmächte" betitelten Artikel vom 30. März und 1. April sind zwar gegen die Grossmächte gerichtet, aber alle Klagen und Beschuldigungen beziehen sich eigentlich nur auf uns. Es wird in diesem letzten Artikel gesagt, dass die Collectiv-Démarche,[a] die fassungsloses Staunen bei den Balkanstaaten hervorgerufen hat, mit der „Neutralität" nicht vereinbar sei, sie müsse als ein Eingriff in die Souveränitätsrechte der Balkanstaaten und als eine Attacke gegen ihre Unabhängigkeit aufgefasst werden. Durch diesen Schritt würden die Gefühle der Balkanstaaten in brutaler Weise mit den Füssen getreten. Am meisten ist das Regierungsorgan über die Forderung betreffend die Garantien für die Katholiken und Mohammedaner albanesischer Rasse aufgebracht und findet die serbische Regierung in dieser Beziehung die nachhaltigste Unterstützung seitens der hiesigen russischen Gesandtschaft. In der gestrigen Nummer publicirt die Samouprawa einen „das Protektorat über Albanien" betitelten Artikel, den ich Euer Excellenz hochgeneigter Aufmerksamkeit besonders empfehle. Derselbe wendet sich direkt gegen uns und kritisirt unsere Albanien gegenüber verfolgte Politik in nicht erlaubter Weise. Es wird behauptet, dass wir unter dem Vorwande des Protektorates ganz andere Ziele verfolgen und dass die Selbstständigkeit Albaniens nur ein Deckmantel sei, hinter dem wir unsere Absichten verbergen. Eine solche Sprache seitens Serbiens ist doch unstatthaft und ich werde dies bei der nächsten Gelegenheit in sehr ernster Form zur Sprache bringen. Ich werde darauf hinweisen, dass wir allen ihren Versicherungen und Versprechungen in ein gutes Verhältnis zur Monarchie zu treten keinen rechten Glauben schenken können, wenn sie eine solche Sprache uns gegenüber in ihrer Presse dulden und insbesonders erlauben, dass ihr eigenes Organ in einem solchen Tone schreibe. Die russische Wühlarbeit, die in den letzten Monaten, wenigstens ostentativ, etwas nachgelassen hat, hat wieder mit Nachdruck eingesetzt. Tausend Momente sprechen dafür, dass dies nicht erfolglos war. Dies ist wieder ein Beweis für die in meinen Berichten schon wiederholt zum Ausdruck gebrachte Auffassung, dass die serbische Frage gründlich nur in Petersburg gelöst werden kann. Ugron.

[a] Vgl. n. 6357.

Nr. 6432. Tel. nach Berlin, 3. April 1913 Nr. 270 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 173 vom 2. l. Mts. Euer Exzellenz wollen sich dem Herrn Staatssecretär gegenüber betreffs Inhaltes der Meldung Graf Kagenecks in beruhigendem Sinne vernehmen lassen und hiebei ausdrücklich bemerken, dass Freiherrn von Conrads Ansichten für die Richtung unserer auswärtigen Politik nicht ausschlaggebend ist.[a]

[a] So! Berchtold.

Nr. 6433. Tel. nach Bukarest, 3. April 1913 Nr. 189 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Graf Thurn telegrafirt unter dem 2. l. Mts. wie folgt: ... *wie n. 6425 in extenso* ... Da die Meldungen Ihres italienischen Kollegen über die

Äusserungen König Carols und Herrn Majorescos (Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 92 vom 29. v. Mts.) nicht im Einklange stehen mit der Euer Durchlaucht gegenüber geführten Sprache, würde ich Wert darauf legen Ihren Eindruck über diesen Widerspruch kennen zu lernen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6434, 6458.

Nr. 6434. Tel. nach Bukarest, 3. April 1913 Nr. 191 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Mit Bezug auf Euer Durchlaucht Telegramme Nr. 91 und 93 vom 29. v. M. Ich bin sehr angenehm berührt von den bulgarenfreundlichen Dispositionen, die Euer Durchlaucht in Ihren letzten Unterredungen mit König Carol und Herrn Majoresco konstatieren konnten und speziell von der Bereitwilligkeit der rumänischen Regierung, unter der Voraussetzung des Verzichtes Bulgariens auf Silistria und im Rahmen der Dreibundpolitik mit diesem ein geheimes Abkommen abzuschließen. Nach den mir zugekommenen Informationen ist man in Sofia bereit, sich durch ein Opfer in der Silistriafrage die Freundschaft Rumäniens zu sichern. Euer Durchlaucht wollen sich gegenüber Herrn Majoresco in diesem Sinne aussprechen und hiebei zu erfahren trachten, ob sich die in meinem heutigen Telegramme Nr. 189[b]) mitgeteilte Petersburger Nachricht bestätigt, wonach der bulgarische Gesandte in Bukarest wegen eines eventuellen Abkommens sondiert hätte. Bei diesem Anlasse wollen Euer Durchlaucht darauf hinweisen, daß wir Rumänien seit langem konsequent eine Verständigung mit Bulgarien empfohlen haben. Das Zustandekommen eines Geheimvertrages zwischen den beiden Staaten könnten wir als in ihrem beiderseitigen Interesse gelegen nur begrüßen. Was den Inhalt dieser Abmachungen anbelangt, so dächten wir, daß Rumänien für den Verzicht auf Silistria Bulgarien seine Neutralität im Falle eines Konfliktes des letzteren mit anderen Staaten zusichern sollte. Euer Durchlaucht wollen weiters Herrn Majoresco oder König Carol gegenüber auf die Petersburger Pourparlers zu sprechen kommen und streng vertraulich mitteilen, daß wir dort im Verein mit den zwei anderen Dreibundmächten für die Erfüllung der rumänischen Wünsche warm eingetreten seien. Da wir eine beide Teile befriedigende Lösung der Frage, die ja auch im Interesse Rumäniens liege, für wünschenswert halten, seien wir gleichzeitig bemüht, für Bulgarien eine entsprechende Kompensation ausfindig zu machen, die von den Mächten Bulgarien wenigstens im Prinzip zugesprochen werden soll. Wir hofften, mit dem Vorschlag, Silistria Rumänien zuzuweisen, durchzudringen, doch wäre dies jedenfalls nur dadurch zu erreichen, daß wir auf der Befriedigung der sonstigen Ansprüche Rumäniens (bezüglich des Küstenstreifens) nicht in ihrer Totalität bestehen. Was den Zeitpunkt der Regelung der rumänisch-bulgarischen Frage anbelangt, so hätten wir Grund anzunehmen, daß der bulgarischen Regierung die Zession von Silistria leichter fallen würde, wenn der Friede mit der Türkei und der sich daraus ergebende Gebietszuwachs Bulgariens nach Osten bereits gesichert wäre.[c]) Daß eine Verzögerung der Entscheidung bis zu diesem Moment für Rumänien nachteilig wäre, sei umso weniger zu erwarten, als nach dem Friedensschluß mit der Türkei die Beute unter den Verbündeten zu teilen sein wird. Man könne

darauf rechnen, daß Bulgarien dann zu einer Verständigung mit Rumänien mindest ebensoviel Neigung zeigen werde wie heute. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6478, 6495, 6511, 6512, 6630. — [b] Diese Mitteilung erfolgte nicht mit n. 6433, sondern mit n. 6442. — [c] Vgl. n. 6355.

Tel. nach Bukarest, 3. April 1913 Nr. 192 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6442.

Nr. 6435. Tel. nach Konstantinopel, 3. April 1913 Nr. 182 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Da montenegrinische Regierung aus strategischen Rücksichten die Zustellung der in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 180[b] vom 28. v. M. erwähnten Depesche des Großveziers an den Kommandanten von Skutari ablehnt[c] und dies mit Rücksicht auf die Eventualität, daß der Inhalt dieser chiffrirten Depesche militärisch bedenklich sein könnte, vielleicht doch nicht als ganz unbegründet anzusehen ist, ersuche ich Euer Exzellenz, sich bei Mahmud Schefket Pascha zu verwenden, daß ein oder mehrere diplomatische Vertreter neutraler Mächte, zum Beispiel Deutschlands, ermächtigt werden, Essad Pascha den Befehl der Pforte, den Abzug der Zivilbevölkerung zuzulassen, zu notificiren. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 203 Nr. 384. Vgl. n. 6452 Anm. b, 6461. — [b] Mit Tel. Nr. 180, 28. März 1913 (eing. 29. März 7 U. a. m.) wurden aus Konstantinopel technische Erläuterungen zu dem nunmehr in Chiffern übermittelten Pfortenbefehl an Essad Pascha betreffs Evakuierung der Zivilbevölkerung Skutaris gegeben — [c] Vgl. n. 6400.

Nr. 6436. Tel. aus London, 3. April 1913 Nr. 272 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Ich habe eben Sir E. Grey gesprochen, der mir erklärte, er könne mir erst Morgen vormittags bei der Botschafterréunion die Stellungnahme des britischen Kabinettes zu der Frage der Flottendemonstration mitteilen. Er bat mich um Geduld bis dahin, heute könne er mir noch gar nichts sagen. Auf meine direkte Frage antwortete er mir aber, dass bis jetzt ein Befehl an die in Corfu befindlichen britischen Kreuzer nicht ergangen sei, sich nach Antivari zu begeben. Er wollte oder konnte mir absolut nicht sagen, ob ich Euer Exzellenz einen günstigen oder ungünstigen Beschluss melden darf. Den Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 286, den ich ihm heute früh mitteilte, hatte er aufmerksam gelesen und er erklärte mir, nichts gegen die darin enthaltenen Tatsachen einwenden zu können. Er sagte mir wieder, die Beschlüsse der Mächte müssten durchgeführt werden. Auf meine eingehende Erörterung, unsere jetzige Politik in der albanesischen Frage und in der Flottendemonstration beruhe auf unserem Vertrauen in ihn, dass er dafür sorgen werde, dass die Beschlüsse der Mächte durchgeführt werden, sprach er in demselben Sinne wie gestern (Telegramm Nr. 268 von gestern). Ich erörterte ausführlich, dass wenn wir etwa allein gelassen werden sollten, das Odium von Koerzitivmassregeln auf uns allein geladen würde, was von den zwei kleinen slawischen Königreichen in der allerprovokatorischesten Weise gegen uns ausgenützt würde und bei ent-

sprechender Ermunterung aus russischen panslawistischen Kreisen eine sehr ernste Gefährdung des europäischen Friedens bilden könnte. Ferner, dass der Eindruck an Boden gewinnen müsste, als seien wir durch absichtlich dilatorische procédés von gewissen Seiten in diese Situation hineinmanövriert worden, wobei ich ihm auch sagte, diese Manöver scheinen mir ebenso gegen ihn gerichtet, unter dessen Leitung die Beschlüsse der Mächte gefasst wurden, als gegen uns. Staatssekretär widersprach meinen Ausführungen in keiner Weise, wollte sich aber zu keiner weiteren Erklärung herbeilassen. Sein Privatsekretär Tyrrel versichert mir immer wieder, ich könne sicher sein, dass ich in meinem Vertrauen an die Verlässlichkeit Sir E. Greys mich nicht getäuscht sehen werde. Es handle sich jetzt um irgendeine noch unklare Manipulation in Paris und Sir E. Grey müsse Aufklärung der französischen Regierung, auf die er dränge, erhalten, bevor Beschluss der britischen Regierung gefasst werden kann. Sir E. Grey sagte mir auch, er werde voraussichtlich nächsten Montag im Unterhause eine Erklärung über seine auswärtige Politik abgeben. Mensdorff.

Nr. 6437. Tel. aus Paris, 3. April 1913 Nr. 65 (eing. 10 U. 50 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 205 vom 2. d. Mts. und Instruktionen an unsere Kriegsschiffe im Ministerium des Äußern mitgeteilt, wo diese guten Eindruck zu machen schienen. Herr Pichon zeigte sich weit weniger dezidiert in Flottendemonstrationsfrage als vorgestern Ministerpräsident. Er betonte zwar seine Bereitwilligkeit, an derselben teilzunehmen, jedoch unter Bedingung, daß Russland Frankreich formales Mandat erteilt, es zu vertreten. Von Englands Zögern wurde mir nichts erwähnt, dagegen behauptete heute Herr Paléologue, italienischer Botschafter in Petersburg habe erklärt, daß Italien an Demonstration nicht teilnehmen wolle. Herr Tittoni stellt dies entschieden in Abrede. Minister des Äußern wies auf schwierige Situation Herrn Sazonows hin, russische öffentliche Meinung sei furchtbar erregt. Auch in Frankreich sei öffentliche Meinung gegen jede Pression auf Montenegro. Viele Deputierte hätten diesbezüglich Schritte bei ihm gemacht. Meine Impression ist, daß man hier mit baldigem Sturz Herrn Sazonows rechnet und darum Reserve beobachtet. „Temps" hetzt ganz offen gegen Herrn Sazonow. Szécsen.

[a] Vgl. n. 6421, 6452, 6584.

Nr. 6438. Tel. aus Rom, 3. April 1913 Nr. 192 (eing. 4 April 8 U. a. m.). Entziff.

Mit Beziehung auf hohes Telegramm vom 2. d. M. Nr. 340. Kandidatur Montpensier. Der Herzog ist entgegen den einschlägigen Nachrichten nicht nach Rom gekommen, sondern auf seiner Yacht von Brindisi wieder abgereist. Auf der Consulta hält man nicht für ausgeschlossen, dass er neuerlich in Albanien lande und sich etwa zum Fürsten proklamiere. Dass hiesige Regierung seine Kandidatur absolut nicht wünscht, steht für mich ausser Zweifel. Die Veröffentlichung der von Euer Exzellenz

angeregten offiziösen Notiz wurde mir bereitwilligst zugestanden; wir entwarfen folgenden Text: „Mit Beziehung auf die in den letzten Tagen kursierenden Gerüchte einer eventuellen Kandidatur des Herzogs von Montpensier auf den Thron von Albanien erfahren wir an kompetenter Stelle, dass weder die italienische noch die österreichisch-ungarische Regierung die Absicht haben, die Kandidatur des Herzogs von Montpensier anzunehmen oder zu unterstützen.“ Nach meiner Verabredung würde dieses Kommuniqué übermorgen Samstag Früh hier von der „Agenzia Stefani“, in Wien von dem „Fremdenblatt“ zu publizieren sein. Mérey.

Nr. 6439. Tel. nach St. Petersburg Nr. 251 (1) und Sofia Nr. 171 (2), 3. April 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Matscheko u. Nemes; G. Berchtold).*

1. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 129 vom 2. l. M. erhalten. Nach den mir vorliegenden Informationen aus Sofia bezweifle ich, daß der bulgarischen Regierung der Gedanke sympathisch wäre, für die eventuelle Abtretung von Silistria eine finanzielle Entschädigung zu erhalten und ich glaube kaum, daß diese Modalität bei der Lösung der Frage eine Rolle spielen wird. Euer Exzellenz wollen daher davon absehen, diese Idee in der Botschafterréunion vorzubringen und einen etwaigen diesbezüglichen Vorschlag von anderer Seite ad referendum nehmen. Im übrigen wollen Euer Exzellenz sich in Ihrer Sprache nach den in meinem gestrigen Telegramm Nr. 249 enthaltenen Instruktionen richten.

2. Graf Thurn telegraphiert unter dem 2. l. M. wie folgt: ... *wie n. 6427* ... Ich telegraphiere an Grafen Thurn wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1 von „Nach den mir“ bis inklusive „ad referendum nehmen.“) Vorstehendes zu Euer Hochgeboren streng vertraulicher Information. Es würde mich interessiren, Ihre Meinung im Gegenstande kennen zu lernen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6454.

Nr. 6440. Tel. aus St. Petersburg, 3. April 1913 Nr. 130 (eing. 4 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Betreffend Flottendemonstration. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 247 von gestern und Herrn Sazonow Inhalt der an k. u. k. Kriegsschiffe erteilten Instruktionen mitgeteilt, auf hoher See Ankunft anderer Schiffe abzuwarten, um mit deren Kommandanten gemeinsame Aktion zu vereinbaren. Der Herr Minister war über diese Mitteilung sehr befriedigt und fügte hinzu, daß angesichts der riesige Dimensionen annehmenden Effervescenz der hiesigen öffentlichen Meinung größte Vorsicht geboten sei, um gefährliche Zwischenfälle und Komplikationen zu vermeiden, und ersuchte mich, Euer Exzellenz dringend zu bitten, bei Hochderen weiteren Entschließungen diese kritischen Umstände in Berücksichtigung zu ziehen, damit ihm (Herrn Sazonow) die Erfüllung seiner Aufgabe, die er nach wie vor in Erzielung einer friedlichen Lösung erblicke, ermöglicht werde. Herr Sazonow sagte mir weiter, er halte es für unbedingt nötig, daß auch

England und Frankreich sich an der Demonstration beteiligen. Diese beiden Mächte scheinen aber gegenwärtig wenig Geneigtheit zu zeigen, sich Koerzitivmaßregeln, die, gerade weil sie gegen einen so kleinen Staat gerichtet sind, ein gewisses Odium in sich bergen, anzuschließen. Er, Herr Sazonow, habe deshalb noch gestern sowohl den französischen als den englischen Botschafter dringend ersucht, bei ihren Regierungen vorstellig zu werden, daß auch sie Schiffe nach Antivari entsenden. Besonders Sir George Buchanan habe er vorgehalten, daß englische Regierung, nachdem der erste Vorschlag zu der Flottendemonstration von Sir E. Grey ausgegangen sei, gar nicht das Recht habe, sich der Ausführung dieses Beschlusses jetzt zu entziehen. Was Herr Sazonow über die hiesige Stimmung gesagt hat, ist zweifellos richtig, da hier in der Tat in den weitesten Kreisen eine hochgradige Aufregung herrscht und das zwangsweise Vorgehen gegen den bisher stets verhätschelten Freund Russlands alle slawophilen Instinkte aufgestachelt hat, so daß man es der Regierung im höchsten Grade übel nimmt, hiezu ihre Zustimmung gegeben zu haben. Nur der Umstand, daß sie auf den einstimmigen Beschluß aller Mächte und die Teilnahme auch Frankreichs und Englands hinweisen könnte, würde ihr die nötige Widerstandskraft gegen ein Debordiertwerden durch die öffentliche Meinung verleihen können. Thurn.

Nr. 6441. Tel. nach Sofia, 3. April 1913 Nr. 169 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Mit Bezug auf Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 295, 296 und 297[b] vom 28. v. M. Euer Hochgeboren wollen sich Herrn Geschoff gegenüber in folgendem Sinne aussprechen: Ich habe die Nachricht, daß der Herr Ministerpräsident zum Verzicht auf Silistria bereit wäre, um hiedurch die Freundschaft Rumäniens zu gewinnen, mit lebhafter Befriedigung aufgenommen und ich begrüße es auch, daß Herr Majoresco den bulgarischen Vertreter in Bukarest von dem Wunsche Rumäniens nach einem näheren Verhältnis der beiden Staaten zu einander gesprochen hat. Dies bestätigt das Vorhandensein der für Bulgarien günstigen Dispositionen in Bukarest, auf die wir die bulgarische Regierung bereits aufmerksam gemacht haben und in denen wir das rumänische Kabinet zu bestärken unausgesetzt bemüht sind. Nach unserer Ansicht wäre es im Interesse Bulgariens gelegen, wenn man in Sofia den Moment benützen und den Besitz von Silistria gegen ein vertragsmäßiges Verhältnis zu Rumänien eintauschen würde, das ihm für den Fall künftiger Komplikationen am Balkan die Neutralität des nördlichen Nachbars garantiert. Was die Petersburger Verhandlungen anbelangt, so müssen wir uns, da ihre Geheimhaltung beschlossen wurde, eine gewisse Reserve auferlegen. Die bulgarische Regierung kann aber versichert sein, daß die Sprache des Grafen Thurn ganz mit dem übereinstimmt, was wir seinerzeit in Sofia in Aussicht gestellt haben: Wir streben eine beide Teile befriedigende Lösung an, indem wir darauf hinwirken, daß das Minimum der Wünsche Rumäniens, Silistria, erfüllt und andererseits der Anspruch Bulgariens auf eine entsprechende Kompensation von den Mächten anerkannt werde. Eine solche Erklärung der Mächte wäre für Bulgarien von wesent-

licher Bedeutung, da seine Position bei der bevorstehenden Regelung der territorialen Fragen unter den Alliierten hiedurch gewiß gestärkt würde. Den Wunsch Herrn Geschoffs, daß Bulgarien nicht etwa vor dem Abschluß des Präliminarfriedens mit der Türkei die Abtretung von Silistria auferlegt werde, begreifen wir vollkommen und werden bei den Verhandlungen mit den Mächten darauf Rücksicht nehmen. Wir verschließen uns auch nicht der Einsicht, daß es der bulgarischen Regierung schwer möglich wäre, außer der Abtretung von Silistria auch noch im Küstengebiete wesentliche Konzessionen zu machen, glauben aber, daß, wenn in der Hauptfrage — das ist Silistria — eine befriedigende Lösung gefunden ist, sich in jener Hinsicht keine ernsten Schwierigkeiten mehr ergeben würden.

Berchtold.

a) Vgl. n. 6455. — b) Mit Tel. Nr. 297 vom 28. März 1913 (eing. 29. März 9 U. a. m.) wurden nur in vorliegender Edition bereits durchgeführte Textänderungen zu n. 6354 aus Sofia gemeldet.

Nr. 6442. Tel. nach Sofia Nr. 170 (1) und Bukarest Nr. 192 (2), 3. April 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1.—2. Graf Thurn telegraphiert mir unterm 2. d. M. wie folgt: ... *wie n. 6426 in extenso* ... Vorstehendes zu Euer Hochgeboren (Durchlaucht) rein persönlicher Information.

2. Hiezu möchte ich bemerken, dass ich es für angezeigt hielte, wenn Euer Durchlaucht gegenüber Ihrem italienischen Kollegen eine gewisse Reserve, namentlich was Serbien anbelangt, beobachten würden.

Berchtold.

a) Vgl. n. 6434 Anm. b, 6458.

Tel. nach Sofia, 3. April 1913 Nr. 171 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6439.

Nr. 6443. Tel. aus Belgrad, 4. April 1913 Nr. 185 (eing. 6 U. 50 M. p. m.).a) Entziff.

Aussprache mit Herrn Pašić. Hatte heute sehr lange Unterredung, bei welcher er seinem lebhaften Bedauern Ausdruck gegeben hat, daß man bei uns das Vorgehen Serbiens in der Skutarifrage als einen unfreundlichen Akt der Monarchie gegenüber betrachte. Er wiederholte seine früheren Argumente und erklärte, daß, wenn Skutari fallen sollte, serbische Regierung die Stadt König Nikolaus übergeben und ihre Truppen noch am selben Tage von dort abberufen werde. Serbien wolle sich nicht in Gegensatz zu Europa bringen, dies hätte sie auch in Cetinje wissen lassen, aber König war für Vernunftgründe nicht zugänglich. Mit dem Falle Skutaris betrachten die Serben ihre Bundespflicht erfüllt zu haben; das Weitere soll König Nikolaus mit den Grossmächten ausmachen. Herr Pašić erklärte, die Gerüchte über neuere Truppensendungen entsprechen nicht der Wahrheit. Von Anfang an wurde beschlossen, eine Division hinzusenden, nicht ein Mann mehr ist abgegangen und wird auch keiner mehr abgehen. Die unlängst

in Medua gelandeten Truppen gehören zu dieser Division und ihre Ankunft wurde nur durch Leichenfeier für König Georg verzögert. Ministerpräsident war augenscheinlich von Herrn Jovanović unterrichtet über die Stimmung in Wien, denn er ersuchte mich nachdrücklichst, Euer Exzellenz zu versichern, daß er an der Politik der Annäherung und freundnachbarlichen Beziehungen uns gegenüber festhalte. Ugron.

[a]) Oe. U. Balkan 204 Nr. 388. Vgl. n. 6377.

Nr. 6444. Tel. aus Belgrad, 4. April 1913 Nr. 186 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Äusserungen des russischen Gesandten. Herr von Hartwig soll seinen Unmut über die gegen Montenegro ergriffenen Maßregeln gar nicht verheimlichen und ist Verhalten serbischer Regierung bestimmt auf seine Ingerenz zurückzuführen. Man behauptet sogar, er habe die Idee lanciert, dass die Serben Albanien eventuell gar nicht werden evakuieren müssen. Unlängst sagte er dem italienischen Geschäftsträger: „On ne peut pas empêcher le courant fatal de l'histoire; un jour le Monténégro et la Serbie devront être réunis." Bei solchem Ideengange des hiesigen russischen Gesandten ist es begreiflich, dass Serbien grosses Gewicht auf Erwerbung Skutaris legt. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6377.

Nr. 6445. Tel. nach Berlin Nr. 273 (1), Rom Nr. 345 (2), Paris Nr. 210 (3), London Nr. 292 (4) und Cetinje Nr. 71 (5), 4. April 1913 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport u. Wiesner; V. u. G. Berchtold).

1.—4. Konteradmiral Njegovan erhält nachstehende Instruktion: „Zusammentretung Admiralsréunion veranlassen, bis Deutschland, Italien, England und Frankreich durch Schiffe vertreten sein werden. Hiebei beantragen und durchzusetzen trachten, daß von Admiralsrat an montenegrinische Regierung Folgendes notifiziert werde: Anwesenheit internationalen Geschwaders in montenegrinischen Gewässern habe Zweck, dem Beschluß der Botschafterréunion vom 22. März Nachdruck zu verleihen, da sich Montenegro den auf Grund derselben unternommenen Kollektivdemarchen der Mächte nicht füge. Falls Montenegro nicht binnen einer vom Admiralsrate festzusetzenden kurzen Frist — etwa 24 Stunden — diesem Begehren der Mächte nachkomme, würde zur Blockade der montenegrinischen und der von Montenegro und Serbien okkupirten türkischen Küste geschritten werden. Als Blokaderayon vorschlagen Spizza bis 41° 15′ n. B. Der Blokadebeschluß wäre von Admiralsrat zu fassen und montenegrinischen und serbischen Hafenbehörden zu notifiziren."

1.—2. Euer Exzellenz wollen vorstehende Instruktion zur streng vertraulichen Kenntnis des dortigen Kabinets bringen und bemerken, daß wir demselben dankbar wären, wenn es den Kommandanten des (der) an der Flottendemonstration theilnehmenden kaiserlich deutschen Kriegsschiffes (königlich italienischen Kriegsschiffe) eine analoge Ordre ertheilen wollte.

Ferner wollen Euer Exzellenz beifügen, daß vorstehende Weisung gleichlautend nach Rom (Berlin), Paris und London ergeht, Graf Szécsen und Graf Mensdorff jedoch beauftragt sind, obige Demarche erst dann auszuführen, bis sie volle Bestimmtheit darüber erlangt haben werden, daß die betreffende Regierung an der Flottendemonstration activ theilnimmt.

3.—4. Erst sobald Euer Exzellenz volle Gewißheit darüber erlangt haben werden, daß die französische (königlich großbritannische) Regierung an der Flottendemonstration activ theilnimmt, wollen Hochdieselben vorstehende Instruktion zur vertraulichen Kenntnis derselben bringen und bemerken, daß wir dem Pariser Kabinette (Kabinette von St. James) dankbar wären, wenn es dem betreffenden Schiffs- oder Divisionscommando eine analoge Ordre ertheilen wollte.

5. Ich richte heute nachstehendes Telegramm nach Berlin: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.) Vorstehendes ist bis auf weiteren Auftrag ausschließlich zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulichen und rein persönlichen Information bestimmt. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 203 Nr. 385. Vgl. n. 6448, 6456, 6465, 6482.

Tel. nach Cetinje, 4. April 1913 Nr. 71 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 6445.

Nr. 6446. Tel. aus Cetinje, 4. April 1913 Nr. 101 (eing. 5. April 6 U. a. m.).a) Entziff.

Serbischer General Bojović war gestern Cetinje und hat in Stellvertretung Königs Oberkommando vor Skutari übernommen, worauf Erbprinz Cetinje zurückkehrte. Bojović erklärt, daß Positionen vor Eintreffen der Verstärkungen, die auf 16 Dampfern demnächst erwartet werden, nicht zu nehmen. Daraus geht hervor, daß Serbien vor Skutari führende Rolle übernommen. Wenn die Flotte nicht unverzüglich in Aktion tritt, könnte es geschehen, daß obige Verstärkungen ungehindert eintreffen und landen können. Skutari wurde gestern morgens und heute nachts bombardiert. Giesl.

a) Vgl. n. 6456.

Tel. nach London, 4. April 1913 Nr. 292 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 6445.

Nr. 6447. Tel. aus London, 4. April 1913 Nr. 274 (eing. 6 U. 20 M. p. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Mein deutscher Kollege sagt mir vertraulich, Kaiser Wilhelm interessiere sich jetzt lebhaft für die griechischen Wünsche bezüglich der Südgrenze Albaniens, wobei Rücksicht auf die persönliche Stellung der Königin Sofie eine Rolle zu spielen scheine. Man strebe in Berlin ein Kompromiß in der Grenzfrage an, womöglich bei Erreichung einer Grenze in der Nähe des Kap Kefali. Ich machte Fürst Lichnowsky aufmerksam, daß dies bei der k. u. k. sowie bei der italienischen Regierung wenig Aussicht auf Annahme finden dürfte. Mensdorff.

a) Vgl. n. 6457.

Nr. 6448. Tel. aus London, 4. April 1913 Nr. 275 (eing. 6 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

A la réunion de ce matin Sir E. Grey nous communique les instructions de l'amirauté anglaise au vice-amiral à bord du „Roi Edouard VII" à Corfou en date du 1er avril, confirmées le 4 avril: „Se rendre à Antivari avec vos bâtiments de (concert)[b] avec le croiseur français. A l'arrivée à Antivari réunir les officiers plus anciens de l'escadre internationale pour s'entendre sur les moyens les plus pratiques d'exercer une pression sur le gouvernement monténégrin afin d'amener déférence à la décision des Puissances. La mise à terre des compagnies de débarquement ou de pièces de canon ou bombardement de la ville ne doit pas être envisagée sans de nouvelles instructions. L'ambassadeur de France nous informe que le commandant français a reçu ordre de s'entendre avec les commandants des navires anglais pour se rendre conjointement avec eux à Antivari. L'ambassadeur d'Italie nous informe que les deux bateaux italiens sont partis le 3 avril de Brindisi pour les eaux d'Antivari. Le commandant a reçu l'instruction de se mettre en rapport avec les autres. Aucune opération ne doit être commencée avant que les navires des autres pays ne soient arrivés. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 204 Nr. 387. Vgl. n. 6445. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 6449. Tel. aus London, 4. April 1913 Nr. 276 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Nächste Réunion vorläufig für Dienstag festgesetzt. Sir E. Grey war bei heutiger Réunion der Ansicht, wir müßten zunächst abwarten, bis entweder eine Antwort der Alliierten auf Mediationsvorschlag eintrifft oder irgendeine Macht eine weitere Anregung bezüglich der ...[b] von Skutari und des Druckes auf Montenegro zu machen hätte. Die Frage, was zu geschehen hätte, falls Flottendemonstration erfolglos bliebe und Skutari fiele, wurde aufgeworfen, ohne näher besprochen zu werden. Sir E. Grey meinte, wenn von irgendeiner Seite ein Vorschlag gemacht wird, könnten wir ihn diskutieren, es scheine ihm aber für den Augenblick nicht die Aufgabe der Réunion, diesbezüglich Propositionen vorzubringen. Einige Kollegen sprachen von Möglichkeit, König Nikolaus durch finanzielle Unterstützung dazu zu bewegen, sich dem Willen der Mächte zu fügen. Sir E. Grey meinte, diejenigen Mächte, welche hiezu bereit wären, täten am besten, sich direkt mit König von Montenegro in Verbindung zu setzen. Er sehe aber keine Ursache, warum England König Nikolaus Geld geben sollte. Ich wäre dankbar für eine Mitteilung zu meiner vertraulichen Information, inwieweit Nachrichten meines deutschen, russischen und italienischen Kollegen richtig sind, nach welchen eine finanzielle Unterstützung für König Nikolaus von einzelnen Kabinetten — inklusive der k. u. k. Regierung — erwogen werden soll. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6466. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 6450. Tel. aus London, 4. April 1913 Nr. 277 (eing. 9 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Nach heutiger Réunion sprach mir Sir E. Grey seine Befriedigung darüber aus, daß es gelungen sei, die Einigkeit der Mächte

in der Frage der Flottendemonstration gesichert zu haben. Ich schloß mich seiner Befriedigung an mit der Bemerkung, daß dieses Resultat zweifellos ihm zu verdanken sei. Staatssekretär sagte mir, er werde Montag im Unterhause sprechen müssen, nachdem sich Wißbegierde geltend gemacht, sowie eine gewisse Sympathie für das „kleine Land, auf das die Großmächte drücken". Er wolle darlegen, daß Beschlüsse der Mächte vorliegen, die respektiert werden müssen, sowie daß es nebst den Montenegrinern noch andere Nationalitäten gibt, die ein Anrecht auf Existenz haben. Es ist somit zu hoffen, daß, wenn Staatssekretär in dieser Disposition bleibt, er eine für Albanien nicht ungünstige Erklärung abgeben wird. Mensdorff.

Nr. 6451. Tel. aus London, 4. April 1913 Nr. 279 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm vom 2. d. M. Nr. 283 betreffend divergierenden Text der in Belgrad gemachten Demarche der Vertreter der Mächte. Ich habe Inhalt Telegrammes Sir E. Grey am 2. l. M. mitgeteilt und ihm ein diesbezügliches Memorandum übergeben. Ich habe ihn heute darüber befragt und er antwortete mir, persönlich sei auch er der Ansicht, dass es besser wäre, wenn der in London festgesetzte Wortlaut von allen Vertretern in Belgrad mitgeteilt würde. Er habe Auftrag erteilt festzustellen, ob die russische Regierung dazu bewogen werden kann. Ich werde, falls ich nichts weiteres höre, Angelegenheit baldigst im Foreign Office wieder zur Sprache bringen. Mensdorff.

Tel. nach Paris, 4. April 1913 Nr. 210 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 6445.

Nr. 6452. Tel. aus Paris, 4. April 1913 Nr. 66 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 208[b] von gestern betreffs Instruktionen für Essad Pascha. Herr Pichon sagte mir, er werde Herrn Bompard heute telegraphisch anweisen, diesbezügliche Schritte des Markgrafen Pallavicini zu unterstützen. Minister des Äußern teilte mir ferner mit, französische Regierung habe, nachdem sie gewünschtes Mandat von Russland erhalten, heute nachts telegraphisch Befehl an französisches Kriegsschiff in Corfu gerichtet, sofort nach Antivari abzugehen, um an der Flottendemonstration teilzunehmen. Herr Pichon sprach Befriedigung aus, daß europäisches Konzert wieder einheitlich auftritt. Ich bemerkte, daß Eindruck viel eindringlicher gewesen wäre, wenn nach ganz klaren Londoner Beschlüssen nicht neuerlich ungerechtfertigtes Zögern eingetreten wäre. Ich benützte Anlaß, um den Minister aufmerksam zu machen, daß navale Demonstration nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zur Durchführung der europäischen Beschlüsse sei. Sollte Montenegro nicht nachgeben, so müßten weitere Maßnahmen ins Auge gefaßt werden. Pichon sprach Hoffnung aus, daß dies nicht notwendig sein werde. Von allen Seiten werde auf König Nikolaus eingewirkt; den stärksten Eindruck dürfte es machen, wenn Alliierte erklären, Montenegro nicht weiter unterstützen zu wollen.

In dieser Hinsicht werde von verschiedenen Mächten in Belgrad, Sofia und Athen nachdrücklichst gearbeitet. Szécsen.

[a]) Oe. U. Balkan 204 Nr. 386. Vgl. n. 6437, 6465. — [b]) Mit Tel. Nr. 208, 3. April 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 6435 nach Paris mitgeteilt.

Tel. nach Rom, 4. April 1913 Nr. 345 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 6445.

Nr. 6453. Tel. aus St. Petersburg, 4. April 1913 Nr. 132 (eing. 5. April 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Betreffend rumänisch-bulgarische Frage. In heutiger Réunion wurde allgemeine Besprechung fortgesetzt, wobei ich im Vereine mit deutschem Kollegen und italienischem Kollegen mit allem Nachdruck für die rumänischen Ansprüche und insbesonders für die unbedingte Notwendigkeit der Zedierung Silistrias an Rumänien eintrat. Am schärfsten wurde dieser Standpunkt von englischem Botschafter bekämpft, der von der Abtretung Silistrias nichts hören wollte und der sogar vertrat, dass auch das allerdings zu schleifende Fort Medschidie Tabia bei Bulgarien verbleibe. Nach langer Diskussion erklärte Herr Delcassé, dass er sich mit Rücksicht auf die von mir vorgebrachten Argumente vielleicht herbeilassen könnte, der Zedierung Silistrias zuzustimmen, wenn er die vorgängige Sicherheit hätte, dass dann keine weiteren territorialen Konzessionen von Bulgarien verlangt würden. Die genannte Stadt bilde zweifellos den wichtigsten Teil der rumänischen Ansprüche; wenn daher diesen Rechnung getragen werden sollte, könne man unmöglich noch weitere Gebietsabtretung von Bulgarien verlangen. Jedenfalls wäre er nur dann in der Lage, bei seiner Regierung für die Abtretung Silistrias zu plädieren, wenn der von ihm erwähnten Bedingung Rechnung getragen werde. Herr Sazonow erklärte sich mit dem Standpunkt des französischen Botschafters einverstanden und auch Sir G. Buchanan pflichtete demselben, allerdings erst nach längerem Widerstreben, bei. Meine Kollegen von Deutschland und Italien hoben so wie ich hervor, dass uns eine solche Lösung nicht befriedigend erscheine und wohl auch kaum Aussicht hätte, von Rumänien akzeptiert zu werden. Trotzdem waren die Vertreter der Tripleentente-Mächte zu weiteren Konzessionen absolut nicht zu haben. Auch meine Bemerkung, dass für die weiteren von Bulgarien zu verlangenden Konzessionen demselben auf anderem Gebiete ja entsprechende Kompensationen gesucht werden könnten, hatte keine Wirkung. (Auf Detail der Kompensationsfrage einzugehen, war heute keine Gelegenheit.) Da unter diesen Umständen eine weitere Diskussion für den Augenblick keinen Zweck hatte, vertagte sich die Réunion auf Montag nachmittags, nachdem Herr Delcassé den Standpunkt der Tripleentente-Mächte wie folgt redigiert hatte: „Les représentants de la Russie, de l'Angleterre et de la France accepteraient en principe la cession de Silistrie à la Roumanie à condition, 1° que tombent toutes les autres revendications territoriales de la Roumanie, 2° que le gouvernement roumain dédommage les habitants bulgares qui voudraient quitter cette ville et la partie de son territoire qui passerait à la Roumanie. Il est entendu que pour donner à la Roumanie

tous ses apaisements au point de vue stratégique, la Bulgarie prendra l'engagement de n'élever aucune fortification le long de la frontière actuelle de Silistrie à la Mer Noire". Ich bitte Euer Exzellenz für die Montagssitzung um hochgeneigte Instruktionen, wobei ich mir zu bemerken gestatte, dass bei der ausserordentlich entschiedenen Ablehnung, die jede weitere Konzession an Rumänien seitens Herrn Delcassés und Herrn Sazonows gefunden hat, und der geradezu feindseligen Stellung, die mein englischer Kollege den rumänischen Wünschen gegenüber einnimmt, eine weitere Nachgiebigkeit der Vertreter der Tripleentente-Mächte wenig wahrscheinlich erscheint.

a) Vgl. n. 6396, 6469, 6470, 6488, 6505, 6594. Thurn.

Nr. 6454. Tel. aus Sofia, 4. April 1913 Nr. 314 (eing. 5. April 8 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 171 vom 4. d. Mts. betreffend Frage, ob Bulgarien von Rumänien finanzielle Kompensation für Zession Territoriums annehmen würde. Auf Grund dessen, was mir hier stets versichert wurde, muß ich für absolut ausgeschlossen halten, daß Bulgarien Bezahlung in welcher Form immer annehme. In meinen zahlreichen Konversationen mit bulgarischen Staatsmännern und speziell mit Herrn Geschoff über rumänische Frage habe ich in meinem Bestreben, Mittel zu finden, wodurch Lösung erleichtert würde, wiederholt auch in dem Sinne sondiert, ob bulgarische Regierung keine finanziellen Vorteile wünschen würde. Es wurde mir immer geantwortet, daß solche Proposition nicht in Betracht gezogen würde. Herr Geschoff hat mir ganz kürzlich gesagt: „Jamais nous ne nous exposerons au reproche d'avoir vendu du territoire bulgare."

Tarnowski.

Nr. 6455. Tel. aus Sofia, 4. April 1913 Nr. 318 (eing. 5. April 8 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 169 vom 4. d. Mts. rumänische Frage betreffend. Ich habe Inhalt unter Berufung auf Euer Exzellenz Auftrag Konseilspräsidenten genau mitgeteilt. Man hat ihm angesehen, dass er befriedigt war, und er sagte auch dankend, „qu'il était très satisfait de tout ce que je lui ai communiqué." Nur hätte er Eindruck, dass Euer Exzellenz von Abtretung Silistrias wie von einer bereits von bulgarischer Regierung beschlossenen Sache sprechen, wo mir doch Herr Geschoff ausdrücklich gesagt hätte, dass dies nicht der Fall. Ich beruhigte Konseilspräsidenten, dass ich seine Äusserungen Euer Exzellenz genau vermeldet und betont hätte, dass Regierung punkto Silistria noch nicht definitiv Stellung genommen habe, dass aber aus meiner Meldung, in welcher davon die Rede war, dass Konseilspräsident Opposition Sobranjes für Abtretung Silistrias gewonnen, doch hervorging, er selbst habe Abtretung dieser Stadt ernstlich ins Auge gefasst. „Oui, certainement", antwortete Mitredner, „j'envisage la cession de Silistrie, mais seulement contre des compensations et je vous ai donc dit, que nous ne voulions rien décider tant que certaines autres questions ne seront règlées. Monsieur Daneff s'occupe à Pétersbourg de la question des compensations, qui pourraient nous être attribuées, et

nous attendrons son rapport. Je vous ferai savoir dès que je l'aurai reçu. En attendant je vous prie renseigner le Comte Berchtold sur ma manière de voir au sujet de Silistrie et de lui dire aussi que du reste toute votre communication m'a donné la satisfaction la plus complète." Dobrovič, dessen nicht so ungemein vorsichtige Sprache wie jene Herrn Geschoffs eine wertvolle Ergänzung zu Äusserungen des letzteren bildet, ist seit Fall Adrianopels mit König abwesend. Tarnowski.

Nr. 6456. Tel. nach Berlin Nr. 276 (1), Rom Nr. 348 (2), Paris Nr. 211 (3), London Nr. 294 (4), St. Petersburg Nr. 253 (5) und Cetinje Nr. 73 (6), 5. April 1913 (chiffr. 5 U. 15 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).*

1.—4. Im Verfolge meines Telegrammes von gestern Nr. 273 (beziehungsweise 345, 210, 292). Baron Giesl telegraphiert unter dem 4. l. M. wie folgt: ... *wie n. 6446* ... Vorstehende Meldung wird Kontreadmiral Njegovan mit dem Auftrage mitgeteilt, dieselbe vor Admiralsrat zu bringen und auf Verhängung der Blockade im Rayon Spizza bis 41° 15′ nördlicher Breite zu dringen, um den fortwährenden Transporten serbischer Verstärkungen ein Ziel zu setzen. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes unverweilt zur Kenntnis der dortigen Regierung bringen und um Erteilung analoger Instruktionen an Kommandanten der betreffenden Schiffe bitten. Hiebei wollen Euer Exzellenz bemerken, daß es im dringenden Interesse des durch die internationale Flottendemonstration angestrebten Zweckes gelegen sei, weitere für die Belagerung Skutaris bestimmte Verstärkungen am Landen zu hindern und daß es ein für das Ansehen Europas erniedrigendes Schauspiel wäre, wenn wenige Meilen von dem Koncentrationspunkte der Flotte entfernt Operationen vorgenommen würden, die einem dem Gesamtwillen Europas zuwiderlaufenden Zweck dienen. Weiters wäre hinzuzufügen, daß nur ein kraftvolles Auftreten der internationalen Flottenmacht geeignet ist, den provokatorischen Widerstand Montenegros und Serbiens zu brechen und die Anwendung schärferer Zwangsmittel zu vermeiden.

5. Ich telegraphiere unter einem an die k. u. k. Botschaften in Berlin, Rom, Paris und London wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1—4 von „Baron Giesl telegraphiert" bis zum Schlusse.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache.

6. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 101 vom 4. l. M., dessen Inhalt den k. u. k. Botschaften in Berlin, Rom, Paris und London mit folgendem Auftrage mitgeteilt wird: (Inseratur Telegramm sub 1—4 von „Vorstehende Meldung wird Konteradmiral Njegovan" bis zum Schlusse.) Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache Ihren Kollegen von den Großmächten gegenüber. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 205 Nr. 390. Vgl. n. 6481, 6484, 6500.

Tel. nach Berlin, 5. April 1913 Nr. 277 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 6466.

Nr. 6457. Tel. nach Berlin, 5. April 1913 Nr. 278 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

Streng vertraulich. Graf Mensdorff telegraphiert unter dem 4. l. Mts., wie folgt: ... *wie n. 6447 in extenso* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz ausschließlich persönlicher Kenntnisnahme. Sollte deutscherseits Euer Exzellenz gegenüber der Versuch gemacht werden, unsere Zustimmung zu der oberwähnten Grenze zu erlangen, wollen Euer Exzellenz darauf hinweisen, daß ein solcher Vorschlag in London von Herrn Cambon eingebracht worden ist, jedoch nicht nur mit den Interessen Italiens sondern auch jenen Österreich-Ungarns unvereinbar ist. Die maritime Stellung beider Länder in der Adria erheischt es, daß das neutrale Albanien soweit nach Süden reiche, daß der Kanal von Corfu nicht zu einer Flottenbasis ausgestaltet werden könne. Wir müssen hierauf umso größeres Gewicht legen, als bezüglich der künftigen politischen Orientierung Griechenlands trotz der durch den Thronwechsel derzeit in Betracht kommenden dynastischen Momente gewichtige Zweifel vorliegen (vide mein gestriger Erlaß Nr. 1482).[b]

Berchtold.

[a] Vgl. n. 6531. — [b] Mit Eil. Nr. 1482 vom 4. April wurden n. 6430 und Tel. Nr. 205 vom 3. April 1913 (eing. 11 U. 50 M. p. m.) aus Athen, enthaltend die Wiedergabe eines italienfeindlichen Artikels der Zeitung „Patris", nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 6458. Tel. aus Bukarest, 5. April 1913 Nr. 95 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramme Nr. 189 und 192 Silistria und rumänisch-bulgarische Annäherung betreffend. Minister des Äussern teilt mir mit, dass Herr Fasciotti sowohl König Karl als auch ihm gegenüber neuerlich spontan auf eine Teilung Silistrias zu sprechen gekommen wäre, ein Gedanke, welchen er, Majoresco, seinerzeit gehabt hätte, jedoch nur unter der Bedingung Abtretung Kavarnas. Jetzt würde dieser Plan vom französischen Gesandten propagiert. Italienischer Gesandter habe von höchster Seite als auch von ihm die Antwort erhalten, dass man unbedingt auf Silistria bestehe, selbstverständlich aber es besser wäre, die Hälfte zu erhalten, als am Ende gar nichts. Eine Lösung mittelst Teilung würde aber hier im Lande als ungenügend betrachtet werden und Annahme ernsten Widerstand hervorbringen. Ministerpräsident ist es unklar, warum italienischer Gesandter auf Teilung Silistrias besteht und hiesige diesbezügliche Aussprüche entstellt wiedergegeben. Bezüglich bulgarischer Annäherungsversuche verweise ich auf hieramtliches Telegramm Nr. 91, worin Mitteilung enthalten, dass Herrn Majoresco indirekte Winke zugekommen. Dieselben bestanden darin, dass oppositioneller liberaler Abgeordneter Stere durch Mittelsperson Ministerpräsidenten wissen liess, Herr Kalinkoff habe ihm darüber Andeutungen gemacht, dass bulgarische Regierung sich kulant erweisen würde, falls Rumänien auf finanziellem und politischem Gebiete Konzessionen machen würde. Dies war vor zehn Tagen. Nachdem bulgarischer Gesandter in dieser Zeit jedoch in gar keiner Richtung mit irgend welcher, auch nur verhüllten Proposition an rumänische Regierung herangetreten sei, so glaube er diesem Gerede keine ernste Bedeutung zumessen zu sollen. Von Unter-

stützung bulgarischer Aspirationen gegen Serbien sei von autoritativer Seite bisher nicht gesprochen worden, sollte dies geschehen, so würde bereitwillig auf eine Konversation eingegangen werden. Er bedauere, dass italienischer Gesandter unkontrollierbares Gerede als bare Münze nehme.
K. E. Fürstenberg.

Tel. nach Cetinje, 5. April 1913 Nr. 73 (chiffr. 5 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 6456.

Tel. nach Cetinje, 5. April 1913 Nr. 74 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 6466.

Nr. 6459. Tel. aus Cetinje, 5. April 1913 Nr. 102 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Ich erfahre aus sicherer Quelle vertraulich: Zar hat gestern durch russischen Gesandten Chiffredepesche an den König gerichtet, demselben ratend, sich dem Willen Europas zu unterwerfen. König antwortete, sich Befehl des Zaren nicht fügen zu können. Giesl.

[a] Vgl. n. 6501.

Nr. 6460. Tel. aus Cetinje, 5. April 1913 Nr. 104 (eing. 6. April 4 U. a. m.).[a] Entziff.

Englischer Kollege teilt mir Telegramm britischen Admirals als ältesten Offiziers der internationalen Flotte an die montenegrinische Regierung, datiert Cattaro von heute, mit. Dasselbe ankündigt und motiviert Anwesenheit der Flotte und verlangt sofortige Antwort, dass Regierung bereit, sich den Wünschen der Grossmächte zu fügen. Giesl.

[a] Oe. U. Balkan 206 Nr. 391. Vgl. n. 6480, 6482.

Nr. 6461. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 5. April 1913 Nr. 196 (eing. 6 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 182 vom 3. d. M. Mahmud Schefket Pascha hat auf meine Intervention folgendes Telegramm an den deutschen Vertreter in Cetinje abgesendet: „Je prie Votre Excellence de faire parvenir ordre suivant au commandant de Scutari Essad Pacha: Vous êtes autorisé à laisser sortir population civile de la ville de Scutari conformément à la décision prise par la réunion des ambassadeurs des Grandes Puissances à Londres, décision acceptée aussi par les belligérants. Signé Mahmoud Chevket Pacha, Grand-Visir et Ministre de la guerre." Zur größeren Sicherheit richtete Großvezier gleichlautendes Ersuchen auch schriftlich an den deutschen Gesandten in Cetinje. Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 206 Nr. 392.

Nr. 6462. Bericht aus Konstantinopel, 5. April 1913 Nr. 20 A (eing. 7. April).[a] Ausfert.

Aus meiner telegrafischen[b] Berichterstattung sind Euer Excellenz die Gründe bekannt, welche die Übergabe der letzten Collectivnote an die hiesige Regierung verzögerten; zuerst war es der französische und in der Folge der russische Botschafter, welcher Instruktionen zu erwarten hatte. Es kann nun keinem Zweifel unterliegen, dass Herr Bompard desshalb solange ohne Weisung blieb, weil man in Paris den Fall Adrianopels abwarten

wollte. Hiefür spricht auch der Umstand, dass ich kaum 24 Stunden nach dem Bekanntwerden der Einnahme Adrianopels bereits von meinem französischen Collegen die Mitteilung erhielt, dass er nunmehr im Besitze der erwarteten Instruktionen sei. Ich habe Grund zur Annahme, dass sowohl meinem russischen als auch dem französischen Kollegen der Grund der Verzögerung bekannt war und dass letztere zwischen Petersburg und Paris abgemacht wurde. Die beiden Kabinette haben eben zusammengearbeitet und das französische dürfte russischerseits vorgeschoben worden sein. Sowohl die hiesigen Regierungskreise als auch meine andern Kollegen teilen diese Auffassung. Die Verzögerung der allgemein erwarteten Demarche gab übrigens zu den verschiedensten Gerüchten Anlass, die zum Teile auch in die hiesige Presse Eingang fanden. So wurde beispielsweise erzählt, dass es infolge dieser Verzögerung zwischen Herrn Bompard und Baron Wangenheim zu unliebsamen Differenzen gekommen sei. Sobald ich erfuhr, dass Herr Bompard seine Instruktionen erhalten hatte, versammelte ich meine Kollegen zu einer Reunion. Es war dies letzten Freitag. Wie ich Eurer Exzellenz zu melden[b]) die Ehre hatte, erhielt Herr von Giers im Verlaufe unserer Besprechung ein Telegramm seiner Regierung und erklärte daraufhin, dass er sich nur dann an der Kollektiv-Demarche beteiligen könne, wenn bei derselben die zukünftige türkisch-bulgarische Grenzlinie Enos—Ergene—Midia ohne Nennung von Ergene blos als Enos—Midia bezeichnet würde. Nachdem wir keine gegenständliche Instruktion besassen, verlief diese Reunion resultatlos. Tags darauf suchte mich Herr von Giers auf und machte mir von einer inzwischen erhaltenen ausführlichen Instruktion Mitteilung. Dieselbe besagte, dass Herr Danew im Verlaufe einer Besprechung mit Herrn Sassonow auf die gerade Linie Enos—Midia insistiert habe, und dass sich ein Vorrücken der Bulgaren auf Konstantinopel nach Ansicht des Herrn russischen Ministers des Äussern nur durch die Annahme dieser Grenzlinie verhindern lasse. Nachdem Sonntag früh alle meine Kollegen bereits im Besitze von Instruktionen waren, welche diesem Standpunkte Rechnung trugen, und ich mit Bestimmtheit voraussetzte, dass mir eine solche ebenfalls zukommen werde, habe ich die Herrn Botschafter für denselben Nachmittag zu mir gebeten. In dieser Versammlung haben wir die Eurer Exzellenz vorgelegte Note signiert und beschlossen, die Demarche Montag zu unternehmen, vorausgesetzt, dass ich bis dahin ebenfalls im Besitze der Instruktion sei. Nachdem letzteres tatsächlich der Fall war, habe ich unsern Empfang bei Prinz Said Halim veranlasst. Über den Verlauf desselben war ich bereits Eurer Exzellenz telegraphisch[c]) zu berichten in dem Falle. Die Hochdenselben vorliegende Antwortnote der Pforte hat insbesondere wegen ihrer Kürze und Präzision in den hiesigen diplomatischen Kreisen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Der Text derselben war bereits vor dem Kollektivschritte festgesetzt, da die türkische Regierung au courant der Sache war. Der Grossvezier hatte im Gegenstande mit Baron Wangenheim eingehende Besprechungen gepflogen und gab mir bereits am Tage vor der Demarche vom Inhalte der Antwortnote Kenntnis. Die in der Note gebrauchte Wendung „dans son ensemble" wurde in dieselbe über Anregung Herrn Bompards aufgenommen. Der Zweck, den der

Herr Botschafter mit dieser Einschaltung verfolgte, muss der gewesen sein, dass die Frage der Grenz-Linie in engstem Zusammenhange mit jener der Kriegs-Entschädigung gebracht werde und zwar in dem Sinne, dass die türkische Regierung den direkten Grenzverlauf Enos—Midia unter der Voraussetzung akzeptiere, dass ihr keine Indemnität auferlegt werde. Herr Bompard hat sich seinen Kollegen gegenüber dahin ausgesprochen, es sei seines Erachtens ein Fehler gewesen, dass die Grossmächte in der Grenzfrage Bulgarien nachgaben.*d)* Seiner Ansicht nach würde es das Prestige der Grossmächte erfordert haben, dass die von der Botschafterreunion aufgestellten Prinzipien als unantastbar, à prendre ou à laisser, hätten gelten sollten. Nun würden eben auch die andern Alliierten nach bulgarischem Muster Abänderungen verlangen und werde es auf diese Weise schwierig werden, zu einem positiven Resultate zu gelangen. Ich stimme dieser Auffassung meines französischen Kollegen, dem offenbar die Frage der Indemnität vorschwebt, vollkommen bei und würde eine Gefahr darin erblicken, wenn den Balkanstaaten auch weiterhin eine derartige Einflussnahme auf die Friedensfrage und die Beschlüsse der Grossmächte zugestanden würde. In letzterem Falle wäre es auch möglich, dass die Mächte binnen kurzem vor ein neues fait accompli gestellt werden und dass die Balkanstaaten in die Geschicke Europas entscheidend eingreifen. Infolge des Falles Adrianopels ist nämlich die militärische Lage der Türkei eine recht kritische geworden, da die Möglichkeit keineswegs von der Hand zu weisen ist, dass es den Bulgaren gelingt, mit Hilfe der freigewordenen schweren Geschütze die Tschataldja-Linie zu durchbrechen. Meines unmassgeblichen Erachtens sind es zwei Gründe, welche diese Situation geschaffen haben. Erstens, dass man den Grundsatz annahm, wonach militärische Erfolge der Alliierten nicht nur der Türkei, sondern auch Europa gegenüber als faits accomplis zu gelten haben, ein Prinzip, welches dem Verzichte der Grossmächte auf ihre führende Rolle gleichkommt. Zweitens, die heutige Schwäche Europas, welche, so paradox es klingen mag, in den zwei Worten „si omnes" zum Ausdruck gelangt. Die Mächte hängen eben in ihren Entschlüssen allzusehr von einander ab und paralisieren sich dadurch gegenseitig. Auf diese Weise ist es auch zu erklären, dass man heute genötigt ist, unverhältnismässig grosse Machtmittel zu entwickeln, um das kleine Montenegro zur Raison zu bringen, wobei es überdies noch fraglich erscheint, ob dieses Königreich und Serbien sich durch dieselben in der Belagerung Skutaris stören lassen werden. Die Balkanstaaten wissen eben, dass sich unter den „omnes" auch ihr Protektor befindet und haben sich, wie die Erfahrung lehrt, wenigstens bisher nicht verrechnet. In der gegenwärtigen Flottendemonstration erblicke ich diesfalls insoweit eine Wendung zum Bessern, als nicht „omnes" dabei vertreten sind. Für wirksamer würde ich dieselbe allerdings erachten, wenn an der Aktion blos die Dreibundmächte und England vertreten wären, denn die Beteiligung Frankreichs wird den Effekt dieser Massnahme in Cetinje keineswegs erhöhen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 6215. — *b)* Der Inhalt dieser Telegramme erscheint in dem vorliegenden Bericht wiederholt; sie wurden daher nicht aufgenommen. — *c)* Wurde nicht aufgenommen. — *d)* Vgl. n. 6389.

Nr. 6463. Bericht aus Konstantinopel, 5. April 1913 Nr. 20 B (eing. 7. April). Ausfert.

Vorgestern stattete mir Mahmoud Schevket Pascha einen Besuch ab. Der Zweck desselben dürfte hauptsächlich gewesen sein, in Erfahrung zu bringen, ob die Alliierten die Collectivdémarche der Mächte bereits beantwortet haben. Die Ungeduld, mit welcher die türkischen Staatsmänner diese Antwort erwarten, kann als ein Zeichen dafür angesehen werden, dass man hier allen Grund hat, die ehemöglichste Finalisierung des Kriegszustandes herbei zu wünschen. Die militärische Lage der Türkei ist — wie ich dies an anderer Stelle meiner heutigen Berichterstattung[a]) hervorhebe — auch thatsächlich eine kritische, obwohl der linke türkische Flügel an der Tschataldschalinie jüngst einen bulgarischen Angriff mit Erfolg abgewehrt hat. Mahmoud Schevket Pascha gab mir dies auch ohne weiteres zu. Die unmittelbare Gefahr für Constantinopel wird aber in dem Momente gekommen sein, wenn die schweren bulgarischen Geschütze, die vor Adrianopel standen, vor der Tschataldschaposition in Aktion treten werden, weil die türkische Armee denselben kein gleichwertiges Geschützmaterial gegenüberzustellen vermag. Mahmud Schevket Pascha sagte mir bei dieser Gelegenheit auch, dass dieser Tage eine Sendung schwerer Geschütze älteren Systems, darunter auch 15 cm. Haubitzen, aus Deutschland für die Türkei zum Versand gelangen werden; bis dieselben jedoch sammt der erforderlichen Munition hier eintreffen, dürfte es vielleicht bereits zu spät sein. Wenn der bulgarische Belagerungs-Park bis dahin in Tschataldscha zur Verwendung gelangt, so kann dort nämlich der Widerstand der türkischen Streitkräfte, auch nach Ansicht des Grossveziers, kaum ein nachhaltiger sein. Den weiteren Äusserungen Mahmud Schevket Paschas konnte ich entnehmen, dass man hier jetzt grosse Hoffnungen auf England setzt. Der Grossvezier sagte mir, dass die türkisch-englischen Beziehungen den einzigen Punkt bilden, der in der letzten Zeit eine für die Türkei günstige Änderung erfahren habe. Die Ursache dieses Umschwunges sei darin zu suchen, dass in England die Furcht vor dem „Drang nach Osten" Deutschlands und der Monarchie aufgehört hat, da man erkannte, dass die Gefahr des germanischen Einflusses bis an den persischen Golf via Türkei infolge der Ereignisse des letzten Krieges wahrscheinlich definitiv behoben ist. England sieht daher — nach Ansicht Mahmud Schevket Paschas — die Dinge in der Türkei mit einem anderen Auge an, als dies früher der Fall war. In Erkenntnis dieser Sachlage habe er, der Grossvezier, nach seinem Regierungsantritt Hakki Pascha nach London entsendet, um dort über eine Reihe von pendenten Fragen eine Verständigung anzubahnen. Die Bereinigung derselben sei äusserst schwierig und heikel, da bei allen der englisch-deutsche Interessen-Gegensatz hervortritt. Wenngleich diese Fragen noch keineswegs erledigt sind, so stünden sie doch im Begriffe, ihre Lösung zu finden. Zu diesem Fragencomplex gehört unter anderen die Frage von Koweit, jene der türkisch-persischen Südgrenze, der Bagdad-Basrah Bahn, die Frage des Ägyptischen Tributes, der Schiffahrt auf dem Schatt-El Arab etc. In Bezug auf diese Fragen sagte mir Baron Wangenheim, dass seiner Ansicht nach Deutschland dahin trachten müsse, dass England nicht eine oder die andere der-

selben aus dem ganzen Complexe herausgreife und im englischen Interesse lösen lasse, sondern dass alle diese Fragen als ein Ensemble erledigt werden.

[a]) Vgl. n. 6464. Pallavicini.

Nr. 6464. Bericht aus Konstantinopel, 5. April 1913 Nr. 20 C (eing. 7. April).[a]) Ausfert.

Die Nachricht von dem Falle Adrianopels hat auf die hiesige öffentliche Meinung einen äusserst deprimierenden Eindruck gemacht, obwohl man schon seit längerer Zeit damit rechnete, dass diese Festung den Bulgaren auf die Dauer nicht würde Stand halten können. So meinte schon Noradounghian Effendi kurz vor seinem Rücktritte, Adrianopel könne sich wohl noch 14 Tage halten. Mahmud Schevket Pascha sagte mir vor wenigen Tagen, dass die Festung einige Zeit Widerstand leisten könne; wenn indess die Bulgaren keine Menschenopfer scheuen und stürmen, so würde sie fallen. Letzteres schien ihm aber deshalb ausgeschlossen, weil zu jener Zeit die Bulgaren bereits ohnedies wussten, dass Adrianopel ihnen unter allen Umständen zufallen werde. Jetzt wo der Verlust der Festung zur Thatsache geworden ist, fängt man hier erst an, sich darüber klar zu werden, wie ungünstig der Fall Adrianopels die militärische Situation der Türkei beeinflusst. Man erkennt, dass nunmehr das vor Adrianopel freigewordene schwere Artillerie-Material vor Tschataldja in Action treten dürfte, und verhehlt sich nicht, dass die Lage der dortigen türkischen Streitkräfte dann höchst bedenklich würde, da letztere zur Zeit über keine grossen Geschütze verfügen. Es scheint, dass derlei Gedanken auch unter den Truppen Platz greifen und dass daher die Nachricht über den Fall Adrianopels auch auf die Tschataldja-Armee einen nachteiligen Eindruck gemacht hat. Aber nicht nur in Regierungskreisen und in militärischen Milieux, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit wird befürchtet, dass mit dem Fall Adrianopels auch der Widerstand an der Tschataldjalinie gebrochen werden könnte. Man kann sagen, dass unter dem Eindrucke dieser Erkenntnis die Nutzlosigkeit eines weiteren Widerstandes allgemein eingesehen wird und überall der Wunsch nach dem Frieden zu Tage tritt. Infolge dieses Umstandes und hauptsächlich, weil das Gefühl der Gefahr ein gemeinsames ist, haben sich letzter Tage hier auch die politischen Gegensätze etwas gemildert und findet die Haltung, welche das Cabinet Mahmud Schevket Pascha hinsichtlich der Friedensratschläge der Mächte eingenommen hat, allem Anscheine nach eine ungeteilte Billigung. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 6463.

Tel. nach London, 5. April 1913 Nr. 294 (chiffr. 5 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 6456.

Tel. nach London, 5. April 1913 Nr. 295 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 6466.

Tel. nach Paris, 5. April 1913 Nr. 211 (chiffr. 5 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 6456.

Tel. nach Paris, 5. April 1913 Nr. 212 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 6466.

Nr. 6465. Tel. aus Paris, 5. April 1913 Nr. 67 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 210 von heute: Flottendemonstration. Herr Pichon bestätigt mir, daß französisches Kriegsschiff bereits zur Teilnahme an Demonstration abgegangen. Habe ihm hierauf Instruktionen für Konteradmiral Njegovan mitgeteilt und Wunsch ausgesprochen, französische Regierung möge ihren Kommandanten im gleichen Sinne instruieren. Minister nahm Mitteilung ohne weitere Bemerkung zur Kenntnis und sagte, er müsse Angelegenheit mit seinen Ministerkollegen besprechen, stellte baldige Antwort in Aussicht. Herr Pichon dürfte sich jedenfalls früher mit London und speziell Petersburg in Verbindung setzen.

Szécsen.

[a] Vgl. n. 6452, 6497.

Tel. nach Rom, 5. April 1913 Nr. 348 (chiffr. 5 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 6456.

Nr. 6466. Tel. nach Rom Nr. 349 (1), Berlin Nr. 277 (2), St. Petersburg Nr. 254 (3), Paris Nr. 212 (4), Cetinje Nr. 74 (5) und London Nr. 295 (6), 5. April 1913 (chiffr. 8 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Rappaport u. Berchtold; G. Berchtold).*

1. Der italienische Botschafter hat mir am 4. April auftraggemäß mitgetheilt, daß nach Ansicht seiner Regierung die ablehnende Antwort, welche ich unlängst dem russischen Botschafter betreffs eventueller finanzieller Compensation für König Nikita gegeben, das zu lösende Problem schwieriger zu gestalten geeignet scheine. Es wäre eine solche Schadloshaltung im Interesse des europäischen Friedens und speciell auch im Interesse Österreich-Ungarns gelegen, da auf diese Art die Möglichkeit nicht ausgeschlossen wäre, den König von der weiteren Belagerung Skutaris abzubringen. Der Botschafter wisse zwar aus einer früheren Unterredung, daß ich diesen Gedanken perhorrescire, er wolle aber doch mich auf die eventuellen Vorteile aufmerksam machen, die ein Eingehen auf denselben rechtfertigen würden. Ich entgegnete dem Botschafter, daß ich ihm schon bei unserer letzten Conversation bedeutet habe, es widerstrebe mir, diese Anregung auch nur zum Gegenstande einer Erörterung zu machen. Seither hätte ich meine Anschauung nicht geändert. Ich müßte es als geradezu würdelos bezeichnen, wenn wir nach den weitgehenden Concessionen, die wir bereits für Skutari eingeräumt haben, und nach der rücksichtslosen und unverschämten Art, in welcher König Nikita uns den Abzug der Civilbevölkerung aus Skutari, die Einstellung der Feindseligkeiten und die Räumung ihm abgesprochener Gebiete verweigert hat, nun auch noch Erpressungsversuche an uns zulassen und dem Gedanken nähertreten wollten, unter diesem Drucke Geldopfer zu bringen. Die besagte Idee erschiene mir aber auch höchst inopportun, da sie im Momente, wo die Mächte den Entschluß gefaßt haben, ihrem Willen Achtung zu verschaffen, den Balkanstaaten einen willkommenen Beweis der Ohnmacht Europas geben würde, aus welchem Capital zu schlagen, ihnen nicht schwer fallen möchte. Man dürfe nicht übersehen, daß die Belagerung von Skutari vielmehr eine serbische als eine montenegrinische Angelegenheit geworden sei, welcher durch eine finanzielle Abfindung König Nikitas nur Vorschub

geleistet und dadurch das Terrain zur Fusionirung Serbiens und Montenegros vorbereitet würde. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis di San Giuliano.

2.—6. (Inseratur Telegramm sub 1 von „Der italienische Botschafter" bis inklusive „König Nikitas nur Vorschub geleistet.")

2.—5. Vorstehendes ist ausschließlich zu Euer etc. streng vertraulicher Information bestimmt, doch sind Euer etc. ermächtigt, bei allfälliger Erörterung der Frage einer finanziellen Entschädigung an Montenegro

2.—4. der dortigen Regierung

5. Ihren Kollegen von den Großmächten

2.—5. gegenüber für unsere ablehnende Haltung dieselben vertraulichen Argumente vorzubringen, welche ich dem italienischen Botschafter gegenüber gebraucht habe.

6. Vorstehendes ausschließlich zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information, doch sind Hochdieselben ermächtigt, falls die Réunion trotz der ablehnenden Haltung Sir Edward Greys (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 276 vom 4. d. M.) auf die Frage einer financiellen Entschädigung an Montenegro zurückkommen sollte, dieselben vertraulichen Argumente zu verwerthen, welche ich Herzog Avarna gegenüber gebraucht habe.

1. Hiezu bemerke ich ferner,

2.—5. Zur Regelung Ihrer Sprache bemerke ich ferner,

1.—5. daß auch England obiger Compensationsidee ablehnend gegenübersteht, wie folgende Meldung Grafen Mensdorffs aus der Réunion vom 4. d. M. dartut: ... *wie n. 6449 von „Einige Kollegen sprachen" bis „Geld geben sollte".* ... Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5804, 6479, 6486, 6510, 6519.

Nr. 6467. Tel. nach Rom, 5. April 1913 Nr. 351 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Obwohl wir die Hoffnung nicht fallen lassen wollen, daß es der Aktion der Mächte gelingen wird, die Londoner Beschlüsse bezüglich Albaniens zur Durchführung zu bringen, schiene es mir doch wünschenswert, schon jetzt mit Italien in eine Konversation darüber einzutreten, welches Vorgehen seitens der beiden verbündeten Mächte für den Fall zu beobachten wäre, als sich obige Hoffnung wider Erwarten als illusorisch herausstellen sollte. Wie Euer Exzellenz meinem Telegramme Nr. 328 vom 31. v. M. entnommen haben werden, hatte eine ähnliche Eventualität bereits den Gegenstand einer persönlichen Aussprache zwischen mir und Herzog Avarna gebildet. Ich habe mich hiebei von dem Gedanken leiten lassen, daß Österreich-Ungarn und Italien durch ein gemeinsames Vorgehen den Prinzipien unseres Akkords Geltung zu verschaffen hätten. Ich hielte den Zeitpunkt für die Wiederaufnahme dieser Konversation seitens Euer Exzellenz Marquis San Giuliano gegenüber — wobei ich es Hochdenselben überlasse, die passende Gelegenheit zu finden — deshalb für gekommen, weil in der italienischen Presse Stimmen laut wurden, welche einer Interessensphärenpolitik in Albanien in dem Sinne das Wort reden, daß Österreich-Ungarn besonders im Norden, Italien im Süden dieses Landes hervorzutreten hätten. Da

eine solche Differenzierung weder im Geiste unseres Akkords, noch in meinen Absichten gelegen ist, würde ich es gerne sehen, daß den eventuell notwendig werdenden weiteren Maßnahmen der beiden Mächte das Prinzip zugrunde gelegt bleibe, daß sich die Solidarität Österreich-Ungarns und Italiens in gleicher Weise auf ganz Albanien erstrecke. Hieran dürfe auch der Umstand nichts ändern, daß bei Anwendung eines Druckes zugunsten der Räumung Albaniens etwa infolge der geografischen Verhältnisse dem einen Staate wirkungsvollere Maßnahmen leichter zu Gebote stünden als dem anderen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6485.

Nr. 6468. Tel. aus Rom, 5. April 1913 Nr. 193 (eing. 6. April 4 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ich halte mich für verpflichtet Euer Exzellenz zu melden, dass nach meinem Gefühl die Teilnahme Italiens an der jetzigen Flottendemonstration (noch dazu im Anfang mit dem Risiko, mit uns allein zu bleiben) nur durch unser dermaliges gutes Verhältnis ermöglicht ist, aber das äusserste Maximum der Belastungsprobe darstellt, welcher wir dieses Verhältnis unterziehen können. Noch vor wenigen Jahren wäre 1.) eine gemeinsame maritime Aktion von uns und Italien 2.) überdies gegen Montenegro, welches hier viele Sympathien geniesst und dessen König der Vater der so populären Königin Helene ist, 3.) schliesslich wegen Skutari, welches als katholisch-albanesisches Zentrum doch mehr in unsere Interessensphäre gehört, einfach undenkbar gewesen. Wenn daher, was ich nach wie vor glaube, die Einnahme oder Übergabe von Skutari eintritt und wir dann direkt militärische Koerzitivmassregeln beabsichtigen, so dürfen wir, meiner Überzeugung nach, hiebei nicht nur nicht auf die Mitwirkung Italiens zählen, sondern die hiesige Regierung würde in diesem Falle sogar die grösste Mühe haben, der öffentlichen Meinung zu widerstehen, welche — bereits jetzt verstimmt — dann die Stellungnahme gegen uns fordern würde. Vermutlich im Hinblicke auf diese Situation sowie auf die voraussichtliche Haltung Russlands scheint dermalen zwischen den Kabinetten die Modalität erwogen zu werden, den König Nikolaus nach der Einnahme von Skutari zur Räumung der Stadt durch Kompensationen finanzieller und territorialer Natur zu bewegen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6485.

Tel. nach St. Petersburg, 5. April 1913 Nr. 253 (chiffr. 5 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 6456.

Tel. nach St. Petersburg, 5. April 1913 Nr. 254 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 6466.

Nr. 6469. Tel. nach St. Petersburg, 5. April 1913 Nr. 255 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher u. Berchtold; G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 132 vom 4. d. M. erhalten. Ich entnehme daraus mit Befriedigung, daß es Ihren Bemühungen im Vereine mit

denen Ihres deutschen und italienischen Kollegen gelungen ist, die Vertreter der Triple-Entente für die Zession von Silistria an Rumänien im Prinzip zu gewinnen. Dagegen bin ich davon überrascht, daß Euer Exzellenz im Laufe der letzten Sitzung keine Gelegenheit gefunden haben, auf das Prinzip einer Bulgarien zu gewährenden Kompensation im Sinne meiner letzten Instruktionen zurückzukommen. Ich glaube nicht neuerlich betonen zu müssen, daß wir in der rumänisch-bulgarischen Frage von dem Grundgedanken einer beide Teile befriedigenden Lösung ausgehen. Nur wenn wir eine solche Haltung einnehmen, können wir eine ernste Verstimmung des einen oder des anderen Staates gegen uns vermeiden und jene freundschaftliche Gestaltung ihrer beiderseitigen Beziehungen, welche die Vorbedingung einer unseren Interessen entsprechenden Entwicklung am Balkan bildet, läßt sich nur dann erwarten, wenn eine solche Lösung auch tatsächlich von den Mächten akzeptiert wird. Durch ein Kompromiß, das sich einzig und allein auf die Grenzfrage beschränkt, kann dieses Ziel nicht erreicht werden. Der Verzicht auf Silistria kann durch andere Vorteile auf diesem Gebiete für keinen der beiden Teile ausreichend kompensiert werden. Wir suchen eine Kompensation für Bulgarien daher anderswo und haben zunächst an Salonik gedacht. Wir legen den größten Wert darauf, daß unsere diesbezügliche Anregung nicht unter den Tisch falle, sondern daß die Mächte, welche die Zuweisung Saloniks an Bulgarien perhorreszieren, — ich denke hier vor allem an Rußland — genötigt werden, offen und entschieden Farbe zu bekennen. Daß die abweichende Ansicht Deutschlands hiebei eventuell zutage treten wird, ist bedauerlich, wir können uns davon aber nicht beirren lassen. Sollte die Réunion, wie allerdings vorauszusehen ist, auf die von uns proponierte Entschädigung Bulgariens durch Salonik nicht eingehen, so wird es unser nächstes Ziel sein, auf eine ausreichende Kompensation Bulgariens im Westen hinzuwirken. Zum mindesten müßten wir jedoch darauf bestehen, daß die Botschafterréunion gleichzeitig mit der Entscheidung über Silistria erklärt, daß Bulgarien aus Gründen der Billigkeit auf eine entsprechende territoriale Kompensation in anderer Richtung Anspruch habe. Ich kann hier nur wiederholen, daß die einseitige Befriedigung Rumäniens, wie sehr wir auch auf die Erfüllung seiner Hauptforderung, Silistria, dringen müssen, unseren Interessen und daher meinen Intentionen nicht entsprechen würde. Im Sinne des vorstehenden Résumés meiner bisherigen Instruktionen, das übrigens nur zu Euer Exzellenz rein persönlicher Orientierung bestimmt ist, ersuche ich Hochdieselben, in der Sitzung vom 7. d. M. zunächst von der prinzipiellen Zustimmung der Entente-Mächte zur Zession von Silistria Akt zu nehmen, sodann aber neuerlich unseren Vorschlag betreffs Salonik vorzubringen und auf einer meritorischen Stellungnahme, namentlich Herrn Sazonows, zu bestehen. Ich habe bereits in einer früheren Weisung[b]) auf die Argumente hingewiesen, mit welchen Euer Exzellenz dem etwaigen Versuch, einer präzisen Stellungnahme unter Berufung auf die Inkompetenz der Petersburger Réunion auszuweichen, entgegentreten können. Ist diese Stellungnahme — und zwar im ablehnenden Sinne — erfolgt, so wollen Euer Exzellenz für die anderweitige territoriale Kompensation Bulgariens eintreten, beziehungsweise auf der prinzipiellen

Anerkennung eines solchen Kompensationsanspruches seitens der Réunion im Sinne des oben Gesagten bestehen. Die Argumente, auf welche Euer Exzellenz sich hiebei stützen können, habe ich in früheren Instruktionen gleichfalls bereits dargelegt. Ich glaube übrigens nicht, daß wir in dieser Hinsicht auf unüberwindlichen Widerstand stoßen werden, da die Dreibundmächte hierin ja wieder eines Sinnes sind und auch die Triple-Entente, insbesondere aber Rußland, sich diesem für Bulgarien günstigen Vorschlage kaum ernstlich widersetzen kann. Übrigens hat Herr Sazonow bereits, wie Euer Exzellenz gemeldet,[c] die Opportunität einer Kompensation für Bulgarien anerkannt. Was schließlich die Bedingungen anbelangt, an welche die Vertreter der Triple-Entente ihre Zustimmung zur Zuweisung Silistrias an Rumänien geknüpft haben, so möchte ich zu Punkt 1 bemerken, daß auf die integrale Berücksichtigung der rumänischen Wünsche weder unsererseits noch in Bukarest ernstlich gerechnet wurde. Euer Exzellenz wollen aber im Einvernehmen mit Ihren Dreibundkollegen darauf hinzuwirken trachten, daß außer Silistria noch mindestens die eine oder andere Grenzrektifikation für Rumänien durchgesetzt werde. Mit Punkt 2 (Entschädigung der bulgarischen Einwohner durch Rumänien) sowie mit der zu stipulierenden Verpflichtung Bulgariens, an der Grenze keine Befestigungen zu errichten, wollen Euer Exzellenz sich einverstanden erklären. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6487, 6488, 6499, 6505. — [b] n. 6423. — [c] n. 6396.

Nr. 6470. Tel. aus St. Petersburg, 5. April 1913 Nr. 134 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Zu meinem Telegramm Nr. 132 von gestern betreffend rumänisch-bulgarische Mediation. Aus einem Gespräche mit dem bekanntlich in offiziöser Mission hier weilenden rumänischen Gesandten in Sofia, Herrn Ghika, dem ich selbstverständlich von dem bisherigen Gange der Botschafterbesprechung keine Mitteilung machte, scheint mir deutlich hervorzugehen, dass man in Rumänien seit dem Falle von Adrianopel das Gefühl hat, Bulgarien gegenüber eine weniger starke Stellung einzunehmen und aus diesem Grunde, sowie angesichts der offenkundig ungünstigen Dispositionen der Tripleentente-Mächte geneigt wäre, sich mit sehr viel weniger zufrieden zu geben, als bisher erwartet wurde. Silistria allerdings, sagte mir Herr Ghika, sei eine conditio sine qua non. Könne aber dieses erreicht werden, so sei alles andere nebensächlich. Höchstens die Erwerbung einiger Kilometer Küste am Schwarzen Meer mit einem gegen die jetzige Grenze in einem stumpfen Winkel anschliessenden Gebietsstreifen wäre noch von grösserer Wichtigkeit, jedoch auch in keinem Vergleich mit jener Silistrias. Was die beiden dreieckigen Einbisse in die jetzige Grenzlinie anbelangt, so hätten sie für Rumänien gar keine Bedeutung. Sollte diese Darstellung der Auffassung der rumänischen Regierung tatsächlich entsprechen, so wäre, falls man diese Basis annehmen wollte, die Erreichung eines Einvernehmens mit den Tripleentente-Mächten wohl nicht ganz ausgeschlossen, da trotz ihrer bisherigen schroffen Ablehnung, ausser Silistria noch irgend eine weitere Konzession zu machen, vielleicht doch noch die Möglichkeit bestehe, sie

zur Konzedierung eines einige Kilometer langen Küstenstreifens zu bewegen, wenn die übrige Grenze unberührt bleibt. Thurn.

[a] Vgl. n. 6471, 6487.

Nr. 6471. Tel. aus St. Petersburg, 5. April 1913 Nr. 135 (eing. 7 U. p. m.).[a] Entziff.

Zu meinem Telegramm Nr. 134 von heute betreffend rumänisch-bulgarische Mediation. Mein deutscher Kollege, der aus einem Gespräche mit dem rumänischen Gesandten den gleichen Eindruck gewonnen hat, wie ich ihn im obzitierten Telegramm wiederzugeben mir erlaubte, unterbreitete seiner Regierung einen Vermittlungsvorschlag. Sein bezügliches Telegramm an Herrn von Jagow hat folgenden Wortlaut: „Aus Gespräch mit rumänischem Gesandten entnehme ich, dass Rumänien eventuell bereit wäre, alten Wunsch Bulgariens zu erfüllen und seine bisher aus Furcht vor Konkurrenz der bulgarischen Bahnen verweigerte Einwilligung zu einer Donaubrücke bei Sistow behufs Herstellung einer Verbindung zwischen rumänischem und bulgarischem Eisenbahnnetz zu erteilen. Bitte im Anschlusse meines Telegrammes Nr. ... vom ...[b] um Weisung, ob Euer Exzellenz damit einverstanden sind, dass ich, um Verbesserung der Grenze Silistria-Schwarzes Meer zu erreichen, als Kompensation für Bulgarien den Bau der erwähnten Brücke durch Rumänien vorschlage." Marquis Carlotti, mit dem sich Graf Pourtalès im Gegenstande besprochen hat, richtete ein gleiches Telegramm an seine Regierung. Ich bitte um geneigte Instruktion, wie ich mich diesem Vorschlag gegenüber zu verhalten habe.

[a] Vgl. n. 6487. — [b] Nummer und Datum fehlen. Thurn.

Nr. 6472. Tel. aus Sofia, 5. April 1913 Nr. 319 (eing. 3 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Soeben erhalte Antwort auf Mediationsanerbieten, welche wie folgt lautet: „Les Etats alliés expriment leur reconnaissance aux grandes Puissances pour leurs efforts à amener la conclusion de la paix et, désirant sincèrement les faciliter dans leur tâche, acceptent leurs conditions pour la médiation sous les réserves suivantes: 1° Lors de la fixation définitive de la frontière en Thrace, la ligne indiquée dans les conditions formulées sera prise comme base et non comme ligne définitive. 2° Les îles de la Mer Egée seront cédées par la Turquie aux alliés. 3° Les alliés estiment qu'ils doivent connaître au préalable les frontières projetées de l'Albanie, espérant qu'elles seront conformes à celles qu'ils ont proposées à Londres. 4° La demande d'une indemnité de guerre doit être acceptée en principe en laissant le soin d'en fixer le montant à la commission qui étudiera les questions financières, commission dans laquelle les Etats alliés seront représentés. 5° Les Etats alliés acceptent que les opérations de guerre cessent dès que les conditions ci-dessus exposées ont été favorablement accueillies et admises. Sophia, le 23 mars/5 avril 1913." Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 207 Nr. 393. Vgl. n. 6215, 6389, 6496, 6507, 6514, 6525, 6701.

Nr. 6473. Tel. aus Sofia, 5. April 1913 Nr. 320 (eing. 6. April 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 313[b] vom 4. d. Mts. betreffend Demarche zwecks Herbeiführung der Einstellung der Feindseligkeiten. Dieser Schritt wurde soeben, bereits nach Erhalt der Antwort auf Mediationsvorschlag, ausgeführt; wir Vertreter der Grossmächte besuchten jeder einzeln Konseilspräsidenten und übergaben ihm Notiz im Sinne der im hohen Telegramme Nr. 162[c] vom 2. d. Mts. enthaltenen Resolution der Botschafterreunion. Herr Geschoff dankte mir und bemerkte, dass Anerkennung durch Mächte direkter Linie Enos-Midia grossen Schritt nach vorwärts bedeute. Mit einigen geringen Modifikationen, die aus strategischen Rücksichten verlangt werden müssten, werde sich Bulgarien mit der erwähnten Grenze begnügen. Konseilspräsident übergab jedem Vertreter eine Aufzeichnung, worin diese Modifikationen zu bestehen hätten und zwar: En ce qui concerne la frontière en Thrace, la Bulgarie demande la ligne Midia-Sarai-gare de Mouratli, au sud d'Airabol, entre Keschan et Malgara, suivant la ligne de partage des eaux jusqu'à la Mer Egée à l'est d'Enos. Herr Geschoff fügte hinzu, dass er ähnliche Verständigung bulgarischen Vertretern bereits habe zugehen lassen, ersuchte mich aber, Euer Exzellenz davon Mitteilung zu machen. Bezüglich Kriegsentschädigung äusserte sich Konseilspräsident zu mir ungefähr wie gestern (vide mein Telegramm Nr. 315[d] vom 5. d. Mts.). Den englischen Gesandten hat er in diesem Punkte besonders lange gesprochen und günstig zu stimmen getrachtet. Was Zweck der Demarche, nämlich Einstellung der Feindseligkeiten, anbelangt, so sagte mir Geschoff, Bulgarien wäre dazu bereit, müsse sich aber, wozu er vertragsmässig verpflichtet ist, mit Verbündeten verständigen. Ohne Zustimmung der Alliierten könne Bulgarien Feindseligkeiten weder endgiltig einstellen, noch provisorisch unterbrechen. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 207 Nr. 394. Vgl. n. 6474, 6990. — [b] Mit Tel. Nr. 313 vom 4. April 1913 (eing. 5. April 7 U. a. m.) wurde aus Sofia gemeldet, daß alle Vertreter der Großmächte Instruktionen haben und die Demarche am 5. April gemacht werde. — [c] Mit Tel. Nr. 162 vom 1. April 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurde n. 6389 nach Sofia mitgeteilt und Tarnowski ermächtigt, „si omnes", an der Demarche teilzunehmen. — [d] Mit Tel. Nr. 315 vom 4. April 1913 (eing. 5. April 7 U. a. m.) wurde aus Sofia gemeldet, daß „Bulgarien sich selbstredend mit der Zusage, daß finanzielle Fragen von einer Kommission in Paris verhandelt werden würden, nicht begnügen, sondern prinzipielle Anerkennung seines Anspruches auf Kriegsentschädigung verlangen" werde.

Nr. 6474. Tel. aus Sofia, 5. April 1913 Nr. 321 (eing. 10 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 320. In demselben Sinne sprach sich Herr Geschoff auch zu meinen Kollegen aus und blieb dabei trotz Insistenz einiger Gesandter, die auch einwendeten, dass erster Waffenstillstand ohne Griechenland geschlossen wurde. Ich habe nicht insistiert und unter Berufung darauf, was mir Konseilspräsident wiederholt gesagt hatte, nämlich dass Bulgarien eventuell ohne Alliierte Feindseligkeiten einstellen würde, wies ich auf Unannehmbarkeit Bedingungen Griechenlands und

Serbiens hin, die Verschleppung Kriegszustandes zur Folge haben könnten, und fragte blos freundschaftlich, was bulgarische Regierung in diesem Falle machen würde. Herr Geschoff antwortete mit Ausdruck der Erwartung, dass es Mächten gelingen würde, Hindernisse Friedens zu beseitigen. Die grösste Schwierigkeit bildeten Forderungen Griechenlands — meinte er —, Serbien dürfte von Mächten fixierte Grenze Albaniens annehmen und Skutarifrage werde in Anbetracht Einigkeit Grossmächte und wenn König Nikolaus Kompensation (eventuell eine finanzielle) bekomme, vermutlich sehr bald gelöst. Auf meine Frage, was plötzlich geschehen sei, da mir Konseilspräsident noch gestern [von] von Seite Serbiens kommenden grössten Schwierigkeiten gesprochen habe, antwortete Mitredner, dass gestern abends Nachricht eingelaufen sei, wonach Serbien und Montenegro Bedingung, dass westlich der künftigen bulgarisch-türkischen Grenze noch kampffähige türkische Truppen sich ergeben, fallen gelassen hätten. Ohne sich klar auszusprechen, schien Herr Geschoff mir und auch deutschem Kollegen andeuten zu wollen, dass Serben gerne Vorwand finden würden, sich von Skutari zurückzuziehen. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6475, 6489.

Nr. 6475. Tel. aus Sofia, 5. April 1913 Nr. 322 (eing. 6. April 9 U. a. m.). Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 321. Eindruck Mehrheit Kollegen von Art, wie Herr Geschoff Demarche aufgenommen, und von Antwort auf Mediationsvorschlag ist ungünstig. Es sei verschleierter Refus, finden die Meisten. Einige Gesandte sind nicht frei von Befürchtung einer Überraschung bei Tschataldja. Mir ist Herrn Geschoffs unklare, davon, was er mir kürzlich wiederholt sagte, abweichende Sprache bezüglich Einstellung der Feindseligkeiten aufgefallen. Ob Bulgarien nur auf Anerkennung seitens aller Mächte seines Anspruches auf Kriegsentschädigung wartet, ob es mit Rücksicht auf allgemeine politische Lage Solidarität mit Verbündeten jetzt bestätigen wolle oder ob Absicht Angriffes auf Tschataldja besteht oder etwa aus Petersburg, wo Anwesenheit russophiler Koryphäen mich misstrauisch stimmt, anderer Wind weht, ist mir derzeit ein Rätsel. Tarnowski.

Nr. 6476. Tel. aus Belgrad, 6. April 1913 Nr. 191 (eing. 8 U. p. m.).[a]) Entziff.

Réponse à la démarche collective. Faisant suite à ma dépêche du 29 du mois dernier Nr. 173 je transmets la réponse du gouvernement Royal de la Serbie: „En réponse à la démarche faite le 16/29 mars année courante par les représentants des Grandes Puissances le gouvernement Royal de Serbie a l'honneur de déclarer ce qui suit: La paix avec la Turquie n'étant pas encore conclue et les troupes ottomanes se trouvant en état de guerre avec celles des Etats alliés, le gouvernement Royal ne peut retirer ses troupes du siège de Scutari que lorsque ce fort sera pris ou la paix avec la Turquie sera conclue. Toutefois le gouvernement Royal maintient sa déclaration antérieure faite aux Puissances par rapport à l'évacuation des régions aban-

données à l'Albanie après la conclusion de la paix. En tout cas pour être en mesure d'effectuer sa déclaration le gouvernement Royal aura besoin de connaître au préalable les frontières projetées de l'Albanie lesquelles, le gouvernement Royal se plait de croire, seront conformes à celles que les alliés ont proposées à Londres. En ce qui concerne les mesures à prendre afin d'assurer la protection des populations catholiques, musulmanes et albanaises le gouvernement Royal ne saurait admettre l'ingérence étrangère dans les affaires intérieures du pays, ce qui constituerait une atteinte à sa souveraineté, d'autant plus que la constitution et les lois du Royaume garantissent efficacement la liberté du culte la plus large." Ich habe Antwort entgegengenommen, ohne mich darüber zu äussern, und erklärte, dieselbe Euer Exzellenz vorzulegen. Ugron.

[a]) Oe. U. Balkan 209 Nr. 399. Vgl. n. 6492, 6517 Anm. a.

Nr. 6477. Privatschreiben nach Berlin, 6. April 1913.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Hoyos).

Ich glaube, Dir in den nachstehenden Ausführungen meine Auffassung über die gegenwärtige Situation mittheilen zu sollen, weil ich das Gefühl habe, daß man in Berlin kein rechtes Verständnis für den Ernst der Lage besitzt. In der letzten Zeit, besonders seit der Einnahme von Adrianopel, sind die Wogen der panslavistischen Begeisterung in Rußland sehr hoch gestiegen, daher Sasonows übertriebene Bestürzung über unsere ganz schüchterne selbständige Handbewegung gegen Montenegro. Diese Tatsache beherrscht gegenwärtig, meiner Ansicht nach, die internationale Lage. Auf europäischem Terrain wirkt sie aufmunternd auf den gesteigerten französischen Chauvinismus, der zum Krieg gegen Deutschland vor Durchführung des neuen deutschen Wehrgesetzes drängt, am Balkan aber auf serbische Aspirationen bezüglich Albaniens und auf den Widerstand Montenegros. Hartwig und Pašić stehen vertraulichen Informationen zufolge in direktem Verkehre mit den panslavistischen Führern und intriguieren in Petersburg gegen Sasonow. Hartwig erklärt in Belgrad, daß wir uns keinesfalls rühren werden, daß man in Serbien ganz recht daran that, den Montenegrinern Unterstützung zu leihen, und daß unsere Forderung wegen des Schutzes der Katholiken und Mohamedaner in den von Serbien und Montenegro besetzten Gebieten unannehmbar sei. Schon trägt die aufreizende Sprache Hartwigs Früchte; die serbischen Zeitungen erklären fast täglich, daß Serbien sich mit der Räumung Albaniens Zeit lassen kann, bis dort geordnete Verhältnisse eintreten, Skutari wird für Montenegro reclamirt und leider befestigt sich die Auffassung überall, daß unsere bisherige friedliche Politik der Unfähigkeit, uns zu rühren, entsprungen ist, und daß man sich Alles erlauben kann, weil Rußland schützend dahinter steht. Dazu kommt noch eine für uns sehr unerfreuliche Möglichkeit. Die große Anzahl serbischer Truppen und Kriegsmaterialien, welche gegen Skutari dirigiert wurden, stehen außer allem Verhältnis zu der bisher von Serbien für Montenegro bewiesenen Freundschaft oder Bundestreue. Unser Gesandter in Cetinje hat den Eindruck, daß da auch Unionsideen eine große Rolle spielen, die von Rußland unterstützt werden und die zur Lösung der Skutari- und

albanischen Frage benützt werden könnten, indem wir für unsere Zustimmung zur dauernden Vereinigung der beiden serbischen Königreiche die Räumung Albaniens und Skutaris erhalten würden.[b] Es ist klar, daß so ein Tauschgeschäft, das möglicherweise den Russen und Serben vorschwebt, für uns nicht annehmbar wäre. Momentan wollen wir die Flottendemonstration möglichst bald in eine effektive Blokade der montenegrinischen und albanischen Küste umgewandelt sehen. Wenn dies von den anderen Mächten nicht zu erreichen ist, so würde uns meiner Ansicht nach nichts mehr übrig bleiben, als uns von dem europäischen Terrain zurückzuziehen und wenn möglich im Vereine mit Italien die Räumung Albaniens durchzuführen. Dies kann man natürlich nur durch einen Krieg gegen Serbien und Montenegro, respektive Griechenland thun, und ob wir diesen Krieg führen müssen oder nicht, hängt einzig und allein von Rußland ab. Persönlich sehe ich nicht ein, was wir anderes thun sollen, wenn die Beschlüsse der Botschafterkonferenz nicht executiert werden können, als selbständig zu handeln, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Russland hin. Wir haben von allem Anfange an unsere Forderung sehr bescheiden bemessen, dann weitgehende Koncessionen gemacht, sollten wir jetzt noch das uns von Europa zugestandene Existenzminimum nur um des Friedens willen hingeben, so würde dies meiner Ansicht nach schon jetzt katastrophale Folgen für unsere Stellung am Balkan nach sich ziehen, in der Zukunft aber die Erhaltung unseres südslavischen Besitzstandes in Frage stellen. Darum liegt die Frage, ob Krieg oder Frieden, derzeit nur bei Rußland. Wenn man von Petersburg aus den Regierungen von Cetinje und Belgrad nicht klar zu verstehen giebt, daß man sie ihrem Schicksal überlassen würde, wenn sie die Beschlüsse der Botschafterréunion nicht respektieren, so halte ich es für ausgeschlossen, daß sie nachgeben. Die Folge wäre, daß die Botschafter-Réunion aufhören würde für uns bindend zu sein und wir dann selbständig vorgehen müßten.

[a] Vgl. n. 6494, 6510. — [b] Vgl. n. 6479.

Nr. 6478. Tel. aus Bukarest, 6. April 1913 Nr. 97 (eing. 3 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 191 vom 4. d. M. betreffend rumänisch-bulgarische Verständigung. Werde Inhalt desselben bei heutiger Konversation mit Minister des Äussern teilweise verwerten. Möchte jedoch darauf hinweisen, dass Anwurf Euer Exzellenz, mit Regelung pendenter Streitfrage bis zu definitivem Friedensschluss zuzuwarten, hier äusserst ungünstigen Eindruck hervorrufen wird, nachdem künftige Ostgrenze Bulgariens im Prinzipe bestimmt erscheint und man hier nach wie vor ernsteste Befürchtungen hegt, dass Degagement bulgarischer Armee in Sofia Widerstand gegen Abtretung Silistrias verstärkt. Ausserdem dürfte hiesige Kriegspartei mit Berechtigung militärische Massnahmen verlangen, um nicht Bulgarien wehrlos gegenüberzustehen. Deshalb herrscht an massgebenden Stellen dringendster Wunsch, bulgarische Angelegenheit vor Friedensschluss geordnet zu sehen. Ich ersuche Euer Exzellenz daher um Instruktionen, ob trotz dieser Bedenken gedachten Passus Minister des Äussern mitteilen soll. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 6511.

Nr. 6479. Tel. aus Cetinje, 6. April 1913 Nr. 108 (eing. 7. April 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 82 vom 28. v. M. und mit Bezug auf hohes Telegramm Nr. 74 von heute erlaube ich mir Euer Exzellenz Aufmerksamkeit auf Nachstehendes zu lenken. Eine Union Serbiens mit Montenegro wird hierorts immer offener propagiert und von der russischen Gesandtschaft anscheinend protegiert. Anwesenheit der 20.000 Serben vor Skutari und die Übernahme des Oberkommandos durch den serbischen General ist vielleicht mit dieser Tendenz im Zusammenhang. Bei Eintritt dieses Ereignisses, welches möglicherweise von Militärrevolution und Bürgerkrieg begleitet sein würde, ist es nicht ausgeschlossen, dass der König, wenn auch nicht ohne Widerstand, beseitigt werden könnte. Die Monarchie stünde vor der Alternative, entweder serbisches Reich von Donau bis zur Adria und mit stärkster Anziehungskraft für unsere Serben hinzunehmen, oder aber Krieg zu führen. Um dem vorerwähnten eventuellen Pronunziamento vorzubeugen, könnte schon jetzt auf Mittel gedacht werden, um den König in seinem Kampf um den Thron zu unterstützen. Dazu rechne ich die materielle Unterstützung des Landes, um demselben die Möglichkeit einer ökonomischen Selbstständigkeit zu geben, unter der Garantie einer finanziellen Kontrolle. Deutsche und italienische Regierung, letztere aus dynastischen Rücksichten, würden wahrscheinlich gern diesbezüglich mit der Monarchie im Einvernehmen vorgehen. Weiters dürfte sich im obigen Falle König von Montenegro voraussichtlich auf die Anwesenheit unserer Truppen stützen wollen und vielleicht sogar bereit sein, der Abtretung eines Teiles des von Montenegro besetzten Gebietes im Sandschak an uns zuzustimmen, um eine materielle Trennung von Serbien durchzusetzen. Ich bitte um Instruktionen zur Regelung meiner Sprache gegenüber dem König für den Fall, als die angeführten Möglichkeiten unvermutet rasch eintreten würden.

Giesl.

[a] Vgl. n. 6477 Anm. b, 6519.

Nr. 6480. Tel. aus Cetinje, 6. April 1913 ohne Nummer (eing. 6 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 104 von gestern, Flottendemonstration. Minister des Äussern hat heute früh an britischen Admiral telegrafiert: Er bedauere Anwesenheit Flotte in den montenegrinischen Gewässern, berufe sich auf erteilte montenegrinische Antwort auf Kollektivschritt vom 28. v. M. und erkläre Aktion der Grossmächte als Neutralitätsbruch. Giesl.

[a] Oe. U. Balkan 209 Nr. 397.

Nr. 6481. Tel. aus London, 6. April 1913 Nr. 281 (eing. 6 U. 10 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 294 betreffs Verhinderung Landung serbischer Verstärkungen. Sir E. Grey über Sonntag fort, habe heute früh Sir A. Nicolson gesprochen, der schon, bevor er mich sprach, die Admiralität ersucht hatte, heute folgende telegrafische Instruktionen an den englischen Admiral abzusenden: „Wenn alle Ihre Kollegen zustimmen,

sollten Schritte unternommen werden, um die nach San Giovanni di Medua unterwegs befindlichen Transportdampfer zu warnen, dass ihnen nicht gestattet wird, Truppen oder Munition zu landen oder in den Hafen einzufahren." Sir A. Nicolson wird sogleich Herrn Cambon bitten, auf französische Regierung einzuwirken, damit dieselbe analoge Instruktionen erteile, und er ist ganz der Ansicht, dass die Landung von Verstärkungen unter den Augen der Schiffe der Mächte absolut unzulässig ist.

[a]) Oe. U. Balkan 208 Nr. 395. Vgl. n. 6482. Mensdorff.

*Nr. **6482.** Tel. aus London, 6. April 1913 Nr. 282 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.*

Bezug auf Telegramm Nr. 292 von gestern betreffend Instruktion an Konteradmiral Njegovan. Ich habe Inhalt Telegrammes noch gestern nachmittags im Foreign Office mitgeteilt. Heute sagte mir Sir A. Nicolson, er habe Meldung vom Beschluss gestrigen Admiralsrates erhalten. Ohne natürlich denselben rückgängig machen zu wollen, schiene es ihm, dass Admirale, namentlich was die Kürze der Frist, welche Montenegro zur Antwort gegeben wird, aus eigener Initiative etwas weit gegangen sind. Es wurde dem englischen Admiral telegraphiert, keine weiteren Sommationen an die montenegrinische Regierung zu richten und die Blockade nicht zu verhängen, bevor er nicht weitere Instruktionen erhalten hat, die morgen an ihn abgehen sollen. Dies hindert natürlich nicht die anderen Instruktionen (mein heutiges Telegramm Nr. 281) zur Verhinderung der Landung der Verstärkungen. Unterstaatssekretär scheint vollständig von der Notwendigkeit durchdrungen, die Landung der Verstärkungen für die Belagerung von Skutari zu verhindern. Nachdem dieselbe aber nur in San Giovanni di Medua vorgenommen werden kann, scheint er vorläufig gewisse Bedenken gegen eine Ausdehnung der Blockade bis auf Durazzo zu haben. Wie er mir sagte, sei es nicht gegen die Blockade als solche, sondern gegen die Ausdehnung derselben, dass er vielleicht Bedenken tragen würde. Rücksicht auf französische Wünsche scheint mir auch hier wieder Einfluss auszuüben.

[a]) Vgl. n. 6460. Mensdorff.

*Nr. **6483.** Tel. aus London, 6. April 1913 Nr. 283 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Seit zwei oder drei Tagen zeigen sich Sir A. Nicolson und Tyrell in ihren Gesprächen mit mir wieder besorgt über Möglichkeit bulgarischen Angriffes auf Tschataldjalinie und sprechen von der wahrscheinlichen Velleität König Ferdinands in Konstantinopel einziehen zu wollen, wenn er auch sich darüber Rechenschaft gibt, dass er nicht dort bleiben kann.

[a]) Vgl. n. 6534. Mensdorff.

*Nr. **6484.** Tel. aus Paris, 6. April 1913 Nr. 69 (eing. 6 U. 30 M. p. m.). Entziff.*

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes von gestern Nr. 211 im Auswärtigen Amte mitgeteilt. Herr Pichon hat sich wegen Blockade mit Sir

E. Grey sofort in Verbindung gesetzt. Da heute Sonntag, dürfte Antwort aus London bestenfalls morgen eintreffen. Herr Paléologue sagte mir streng vertraulich und ohne Obligo, dass Frankreich ungern, aber doch Blockadevorschlag zustimmen dürfte. Man finde hier aber Rayon zu ausgedehnt und glaubt, Spizza bis Drinmündung würde genügen. Für Skutari, um das es sich jetzt allein handelt, käme doch nur Hafen von Medua in Betracht. Durazzo sei so entfernt, dass Truppen und speziell Kanonen von dort nur sehr langsam vor Skutari gelangen könnten. Ich trat diesen Ausführungen entgegen, wies Möglichkeit einer Landung südlich des Drin hin. Unbehinderte Ausschiffung serbischer Truppen in Durazzo würde Hoffnungen Montenegros jedenfalls verstärken. Falls die internationale Flotte serbische Transporte zur Umkehr zwingt, würde dies grossen Eindruck machen. Der bei diesem Anlasse energisch zum Ausdruck gebrachte Wille der Mächte und ihre Einigkeit müsste auch Friedensverhandlungen mit der Türkei günstig beeinflussen. Ich wies ferner darauf hin, dass Admiralsrat Situation besser beurteilen könne und es nicht angezeigt sei, Rayon in Voraus zu sehr zu limitieren. Definitive Antwort für morgen in Aussicht gestellt. Szécsen.

Nr. 6485. Tel. aus Rom, 6. April 1913 Nr. 195 (eing. 7. April 5 U. a. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm vom 5. d. M. Nr. 351 hat sich mit meinem Telegramm vom 5. d. M. Nr. 192[b] gekreuzt. Ich hatte heute lange Unterredung mit Minister des Äußern über das quid faciendum im voraussichtlichen Falle eines Fiaskos der Flottendemonstration. Der Standpunkt, dass von einer Interessensphärenpolitik in Albanien keine Rede sein dürfe, sondern wir und Italien bezüglich ganz Albaniens solidarisch sein müssen, fand die vollste Zustimmung Marquis San Giulianos. Obwohl Euer Exzellenz Telegramm zu keiner Konklusion oder konkreten Proposition gelangt, habe ich von mir aus akademisch Eventualität einer gemeinsamen österreichisch-ungarisch-italienischen militärischen Zwangsaktion erörtert. Wie vorhergesehen, zeigte sich der Minister sehr ablehnend. Von allem anderen abgesehen, sei es fraglich, ob die Regierung, selbst wenn sie sich dazu entschlösse, im Stande wäre, dies gegenüber der öffentlichen Meinung durchzusetzen. Mein Eindruck am Ende des Gespräches war, dass es gegebenenfalls eines enormen Hochdruckes von unserer Seite bedürfte, um Italien zu einer solchen Aktion mit uns zu bestimmen, dass die Stimmung im Land hiefür sehr ungünstig, vielleicht sogar bedenklich sein würde und dass unerlässliche Voraussetzungen wären: 1. Die frühere Erschöpfung anderer Mittel, um Montenegros Widerstand zu beseitigen; 2. die Erteilung eines europäischen Mandats an uns und Italien; 3. die Giltigkeit dieses Mandats für ganz Albanien, also nicht bloß für Skutari. Hiedurch würde, wenigstens im Prinzipe, sich unsere gemeinsame Aktion gegen alle Balkanstaaten richten können und die hier so speziell odiose einseitige Pointe gegen Montenegro verwischt werden. Mérey.

[a] Vgl. n. 6498. — [b] Richtig Nr. 193.

Nr. 6486. Tel. aus Rom, 6. April 1913 Nr. 196 (eing. 7. April 5 U. a. m.).[a] Entziff.

Als ich mich heute auf Grund des hohen Telegrammes 5. d. M. Nr. 349 neuerlich nachdrücklich gegen die Idee der Montenegro zu bietenden finanziellen und territorialen Kompensationen aussprach, zeigte sich Minister des Äußern überaus besorgt. Alle seine Nachrichten bestätigen, daß durch derartige Kompensationen König Nikolaus zum Verzicht auf Skutari — sei es vor, sei es nach dessen Einnahme — zu bewegen wäre. Andernfalls sieht der Minister — da er an Koerzitivmaßregeln nicht glaubt und eine Aktion zu zweit mit uns begreiflicherweise perhorresziert — eine isolierte militärische Aktion der Monarchie mit dem Risiko einer europäischen Konflagration. Zudem meint er, daß es zu derartigen Kompensationen an Montenegro doch jedenfalls kommen werde, ob nun König Nikolaus freiwillig oder gezwungen auf Skutari verzichte. Da sei es doch klüger, dieselben im voraus zu verwerten, wenn man damit eine gefährliche Situation abwenden könne. Die Haltung Englands in dieser Frage scheint dem Minister belanglos zu sein, da doch nur wir, Italien und Russland als meistinteressierte Mächte in Betracht kämen. Ich trat dieser ganzen Argumentation ausführlich und eindringlich entgegen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6498.

Nr. 6487. Tel. nach St. Petersburg, 6. April 1913 Nr. 258 (chiffr. 4 U. 50 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 134 und 135 vom 5. d. M. erhalten, die sich mit meiner gestrigen Weisung Nr. 255 gekreuzt haben. Was die Äußerungen Herrn Ghikas anbelangt, so wollen Euer Exzellenz bei der Ausführung meiner Instruktion, nebst Silistria noch auf eine Grenzrectifikation für Rumänien hinzuwirken, auf jene Bemerkungen Rücksicht nehmen. Gegen die Anregung Ihres deutschen Kollegen, betreffend die Donaubrücke bei Sistow, habe ich nichts einzuwenden und ermächtige Euer Exzellenz, sich einem dahin gehenden Vorschlage in der Réunion anzuschließen. Selbstverständlich ändert dies nichts daran, daß wir auf der prinzipiellen Anerkennung eines territorialen Kompensationsanspruches Bulgariens bestehen müssen. Berchtold.

Nr. 6488. Tel. aus St. Petersburg, 6. April 1913 Nr. 137 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 255 von heute und werde ich im Sinne mir darin erteilter Instruktionen bei morgiger Réunion vorgehen. In Ergänzung meines die letzte Sitzung betreffenden Telegrammes Nr. 132 vom 4. d. M. gestatte ich mir zu bemerken, dass ich in derselben zu wiederholten Malen auf die Notwendigkeit einer Kompensation für Bulgarien hingewiesen habe und dass sich nur zur Besprechung der Details dieser Frage keine Gelegenheit geboten hat. Zu Anfang der Sitzung resümierte ich das Ergebnis der ersten Besprechung von vorigem Montag dahin, dass alle Teilnehmer darin übereingestimmt hatten, dass: 1. Es sich darum

handle, eine beide streitende Teile befriedigende Lösung zu finden, die keinen Keim zu künftigen Animositäten zwischen den beiden Nachbarn zurücklässt. 2. Man bei dem Suchen nach einer solchen Lösung sich vor allem von Erwägung der Zweckmäßigkeit leiten lassen müsse und dass 3. Zur Erreichung dieses Zieles im Prinzipe anerkannt worden sei, dass für Bulgarien eine entsprechende Kompensation gesucht werden müsse. Diese Konstatierung fand von keiner Seite einen Widerspruch, so dass das Kompensationsprinzip im allgemeinen als anerkannt angenommen werden könnte. Als dann auf Vorschlag Herrn Delcassés die Zustimmung zur Zession Silistrias unter der Bedingung, dass keine weitere Grenzrectifikation erfolge, von den Tripleentente-Vertretern ausgesprochen wurde, glaubte ich nicht sofort von aus diesem Anlasse Bulgarien zu gewährender Kompensation sprechen zu sollen, um in den Augen der Tripleentente-Vertreter die von ihnen gemachte Konzession nicht allzu gross erscheinen zu lassen, zumal ich voraussetzte, dass wir doch noch eine weitere Grenzberichtigung, wenigstens an der Schwarzen Meer-Küste, zu erreichen trachten müssten, bei welchem Anlasse sich die Gelegenheit bieten würde, die Kompensationsfrage wieder aufs Tapet zu bringen und dann auch unseren Standpunkt bezüglich Saloniks neuerdings zu vertreten. Wenn ich in meinen telegraphischen Sitzungsbericht diese Details nicht ausdrücklich aufgenommen habe, so geschah dies nur, um mein einschlägiges Telegramm nicht ungebührlich lang zu machen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6499.

Nr. 6489. Tel. aus Sofia, 6. April 1913 Nr. 323 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Im Verlaufe unverbindlicher Unterhaltung, die ich soeben mit Herrn Geschoff hatte, machte er einige Äusserungen, die ich wiedergeben möchte. Konseilspräsident bestätigt, dass Serbien sich von Skutari zurückzuziehen wünsche (vide mein Telegramm Nr. 321 von gestern). Warten der Serben auf weitere Verstärkung, bevor Sturm wieder aufgenommen werde, sei nur Vorwand; es sei zweifelhaft, ob diese Verstärkungen je kommen werden, da Griechen mit Transport zögern dürften. Weitgehende Forderungen Griechenlands, die Frieden verzögern, seien für Bulgarien bedauerlich. Aus dem Umstande, dass Bulgarien Feindseligkeiten nicht jetzt schon einstelle, soll nicht auf Absicht Angriffs auf Tschataldja geschlossen werden. Bulgarien wünscht Krieg zu beendigen, habe aber Vertragspflichten und wolle sich Verbündeten gegenüber nicht ins Unrecht setzen. In Kriegsentschädigungsfrage sei von England Opposition zu erwarten, Bulgarien werde aber darauf bestehen. Nachrichten über angeblichen Verzicht Bulgariens auf Salonik werden absichtlich von Griechenland lanciert; Haltung Bulgariens in Skutarifrage sei unverändert. Rumänische Frage wäre in kein neues Stadium getreten. Auf meine Frage, ob Herr Geschoff an Annäherung beider Staaten arbeite, antwortete er, Regierung wolle sich Regelung der Frage von den Mächten aufdrängen lassen und mit Rücksicht darauf sei derzeit jede direkte Fühlungnahme mit Bukarest unmöglich. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6527.

Nr. 6490. Tel. nach Belgrad, 7. April 1913 Nr. 99 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 192[a] vom 7. d. M. Euer Hochwohlgeboren wollen — ohne sich auf einen Auftrag zu berufen — die Zeitungsmeldung von der Übertragung des Oberbefehles vor Skutari an General Bojović Herrn Pašić gegenüber relevieren und ihn fragen, wie sich diese Nachricht, falls sie sich bestätigen sollte, mit den von Ihnen anher einberichteten früheren Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten in Einklang bringen lasse. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6491, 6529.

Nr. 6491. Tel. aus Belgrad, 7. April 1913 Nr. 192 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Belagerung Skutaris. Anläßlich meiner Aussprache mit Herrn Pašić, worüber ich am 28. v. Mts. sub Nr. 170 telegraphiert habe, sagte derselbe, Serbien könnte über seine Truppen vor Skutari nicht frei disponieren, da sie unter das Oberkommando des Königs Nikolaus gestellt sind. Laut heutigen Zeitungsnachrichten hat aber König Oberbefehl dem serbischen General Bojović übergeben. Ich bitte um Weisung, ob ich angesichts dieses Kommandowechsels unser Verlangen nicht nochmals vorbringen soll.

[a] Vgl. n. 6490. Ugron.

Nr. 6492. Bericht aus Belgrad, 7. April 1913 Nr. 74 A (eing. 9. April).[a] Ausfert.

Schon in meinem Berichte vom 2. l. M. Nr. 70 A habe ich auf die grossen serbischen Truppenansammlungen in albanischen Gebieten hingewiesen. Nach der Berechnung des k. u. k. Militärattachés kann ihre Zahl auf über 110000 Mann geschätzt werden, während er die gesamten kombattanten Truppen Serbiens momentan mit nur circa 200000 Mann angibt. Mehr als die Hälfte befindet sich also auf albanischen Boden und zwar: 1) Um Skutari und an der Adriaküste 35—40000 Mann der I. und II. Drinadivision (15—20000 Mann waren schon früher dort und die neu angekommenen Hilfstruppen werden auf 20000 geschätzt). 2) Bei Elbassan die im Kriege formierte selbständige Moravabrigade mit 8—10000 Mann. 3) Im Raume Dibra-Ochrida die ganze I. Moravadivision mit 16—18000 Mann. 4) Bei Monastir 2 Regimenter der I. Donaudivision mit 8—10000 Mann. 5) Im Raume Kalkandelen-Gostivar (Moravadivision II.) mit 12000 Mann. 6) Im Raume Djakova-Prizren 8000 Mann. 7) Im Etappengebiet Prizren-Alessio 3000 Mann. 8) In Uesküb selbst circa 10000 Mann. — Ausserdem sollen noch circa 8000 Mann aus Serbien nach Monastir und Umgebung abgehen. Allerdings würde dann das Land von kombattanten Truppen fast vollständig entblösst werden, da die Zahl derselben nicht mehr als 2—3000 betragen würde. Ausserhalb Albaniens stehen der serbischen Kriegsverwaltung noch zur Verfügung 32—36000 Mann, die bei Adrianopel frei geworden sind, die aber sehr hergenommen und sehr erholungsbedürftig sein dürften und die vor ihrer Rückkehr sich einer 2—3 wöchigen Quarantaine unterziehen

müssen; allerdings heisst es, dass die Quarantainevorschriften gar nicht genau beobachtet werden. Ausserdem befinden sich im Raume Uesküb-Prilep-Gevgeli circa 15000 Mann (Timokdivision II.); im Raume Mitrovica-Pristina ebenfalls 15000 Mann und im Sandjak lediglich 4000 Mann. Die Aufgaben der um Skutari und an der Adriaküste concentrierten Truppen sind einleuchtend. Die Brigade bei Elbassan dürfte gegen Djavid Pascha Stellung genommen haben, da die auf seine Kapitulation Bezug habenden Gerüchte sich nicht bewahrheitet haben. Nach unzuverlässigen Meldungen soll derselbe noch über 30000 Mann verfügen, was aber jedenfalls stark übertrieben zu sein scheint. Die im Raume Dibra-Ochrida befindliche Division soll mit dem Schutz gegen eventuelle Albanesenaufstände betraut sein. Es heisst, dass in der dortigen Malissia circa 50000 waffenfähige Albanesen concentriert sind und dass ein weit angelegter Aufstand im Zuge sei; doch fehlen diesbezüglich verlässliche Nachrichten. Die Truppen bei Kalkandelen-Gostivar und Djakova-Prizren dürften die Bestimmung haben, die Ordnung aufrecht zu erhalten und Aufstandsbewegungen sofort zu unterdrücken. Auch die bei Mitrovica, Novipazar und Pristina vorgenommenen Befestigungsarbeiten sollen zum Schutze gegen Albanesenüberfälle dienen. Wenn man die ganze Dislokation der serbischen Truppen ins Auge fasst, muss es einem auffallen, dass dieselben fast einen geschlossenen Kreis um den unberührten Kern Nordalbaniens bilden. Wenn man dazu die Stimmung und die immer mehr zum Ausdruck kommenden Tendenzen der Armee in Betracht zieht, so hat es fast den Anschein, als ob die serbische Regierung in Albanien mit weittragenden militärischen Ereignissen rechnen würde und die Möglichkeit ins Auge gefasst hätte, selbst nach Friedensschluss die besetzten Gebiete behalten zu wollen. Diese Auffassung scheint seit einiger Zeit auch in der hiesigen Presse und in der Zivilbevölkerung immer mehr zur Geltung zu kommen, wozu das Verhalten der russischen Diplomatie gewiss viel beigetragen hat. Die ganz kategorischen Erklärungen aber, die mir seitens der serbischen Regierung zuteil wurden, würden allerdings eine solche Annahme ausschliessen. Der Generalsekretär hat mir noch unlängst in der allerbestimmtesten Form erklärt, dass Serbien nach Friedensschluss seine Truppen aus Albanien zurückziehen werde und sagte: Nous l'avons très catégoriquement promis; nous l'avons officiellement déclaré à Londres, ce serait donc de la perfidie de notre part de ne pas remplir nos engagements. Eine so dezidierte Sprache wäre selbst in Serbien unmöglich, wenn diesbezüglich die Regierung noch Hintergedanken hätte. Übrigens ist der eben dargelegte Standpunkt der serbischen Regierung auch in der Antwortnote auf unsere letzte Collectivdémarche — vide mein einschlägiges Telegramm[b] — nochmals in der bestimmtesten Form zum Ausdruck gebracht. Ich kann nur meine im eingangs zitierten Berichte zum Ausdruck gebrachte Annahme wiederholen. Wenn der Friede jetzt zu Stande kommt, ohne dass die Skutari-Frage zu Komplikationen führen sollte, so glaube ich, dass Serbien — trotz der in militärischen Kreisen bestehenden Strömungen — doch keine weiteren Schwierigkeiten machen und sich dem Machtspruch Europas fügen wird. Anders würde es sein, wenn es den russischen Umtrieben gelingen würde, die friedliche Austragung der

schwebenden Fragen zu vereiteln; dann würde die serbische Regierung kaum noch Herr der aus Militärkreisen ausgehenden Bewegung werden, und — gestützt auf Russland — würden die Aufteilung Albaniens und der Erwerb der adriatischen Küste bestimmt mit grösstem Nachdruck verlangt werden. Auf ein friedliches Nachgeben könnte man dann kaum mehr rechnen. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6575, 6950. — [b]) Vgl. n. 6476.

Nr. 6493. Bericht aus Belgrad, 7. April 1913 Nr. 74 C (eing. 9. April). Ausfert.

Herr Pašić trachtet mit wachsamer Sorgsamkeit alles zu verhüten, was die russische Empfindsamkeit verletzen könnte. In der „Politika" vom 15. respektive vom 19. März sind zwei Artikel erschienen, die einige scharfe Worte gegen die Tripelentente (Russland inbegriffen) enthielten. Ich erlaube mir dieselben in auszugsweiser Übersetzung[a]) Euer Exzellenz gehorsamst in Vorlage zu bringen. Ähnliche und noch viel schärfere Angriffe gegen die Monarchie und seit einiger Zeit gegen Italien und auch gegen Bulgarien sind in der hiesigen Presse an der Tagesordnung und es fällt der „Samouprava" nicht ein dagegen Stellung zu nehmen. Die Angriffe gegen Russland haben aber das offiziöse Organ sofort zu einer Gegenäusserung veranlasst. Es heisst in diesem Artikel, dass einige „nicht genügend unterrichtete serbische Blätter" sich herausnehmen, den Grossmächten (verstehe die Tripelentente) förmliche Lektionen zu erteilen und wagen sogar so weit zu gehen, dass sie selbst das befreundete russische Kaiserreich — über dessen freundschaftliche Gefühle Serbien gegenüber kein Zweifel bestehen kann — angreifen. So hat zum Beispiel die „Politika" sich zweimal getraut, Russland einer abfälligen Kritik zu unterziehen. Ein derartiges Vorgehen — meint die „Samouprava" — kann bei den heutigen Verhältnissen nur als ein gefährliches bezeichnet werden, welches schon aus Vaterlandsliebe unterbleiben sollte. Aus diesem Grunde vertraut die serbische Regierung auf die Einsicht der kompetenten Faktoren, damit eine solche Mahnung in Hinkunft sich als überflüssig erweise. Übrigens waren bis jetzt diese Ausfälle gegen Russland nur ganz vereinzelt. Wenn auch hie und da Stimmen der Enttäuschung laut werden, so kann von einem tiefer gehenden Umschlag in der Stimmung dem Czarenreich gegenüber nicht gesprochen werden. Im Gegenteil; die Stellungnahme Russlands für Montenegro und der Gegensatz, in den es sich zum übrigen Europa gestellt hat, hat hier einen vortrefflichen Eindruck gemacht und wurden daran die allerweitgehendsten Hoffnungen geknüpft. Gerade aus diesem Grunde war die scharfe Kritik der „Politika" der serbischen Regierung sehr unangenehm. Ugron.

[a]) Wurde nicht abgedruckt.

Nr. 6494. Tel. aus Berlin, 7. April 1913 Nr. 182 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Vor Empfang Euer Exzellenz Privatschreibens vom 6. d. Mts. hatte ich heute früh lange Unterredung mit Staatssekretär und Unterstaatssekretär, bei welchem Anlaß sich neuerdings in mir die Über-

zeugung bekräftigt hat, daß sie eine ganz richtige Auffassung von der sehr ernsten politischen Lage haben. Die Haltung Russlands, der hiebei vor allem entscheidende Bedeutung zukommt, wird hier auf das schärfste verurteilt und der Gedanke einer Union zwischen Serbien und Montenegro, der zweifellos, wenn auch nur indirekt, von Russland eifrigst unterstützt werde, erscheint den hiesigen Staatsmännern als nicht nur für uns, sondern auch für Deutschland undiskutierbar. Staatssekretär sagte mir, er habe Fürst Lichnowsky den Auftrag erteilt, Sir E. Grey nahezulegen, daß die Blockade noch weiter südlich, eventuell über Durazzo hinaus ausgedehnt werde. Sollte auch das von keinem Erfolg begleitet sein, bliebe wohl nichts anderes übrig, als Truppen zu landen. Staatssekretär meint, daß zu einer solchen Maßregel England schwer zu gewinnen sein würde, doch glaubt er, daß Italien mit uns mittun würde, und er zweifle auch nicht daran, daß Kaiser Wilhelm zu einer deutschen Beteiligung hieran die Zustimmung geben würde. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 6510.

Nr. 6495. Tel. aus Bukarest, 7. April 1913 Nr. 98 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Bei heutiger Konversation mit Minister des Äußern Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 191 teilweise verwertet. Herr Majoresco erklärte, daß rumänische Regierung länger denn drei Monate auf Standpunkt stehe, wenn Bulgarien ihre berechtigten Wünsche befriedige, mit diesem auch ein weiteres als nur Neutralitätsabkommen zu schließen; ebenso bereit sei man hier, Bulgarien Silistria abzukaufen, billiges Darlehen zu gewähren oder Brücken zu bauen, wo Bulgarien es wünscht, überhaupt jede mögliche Konzession zu machen. Minister erwartet diesbezügliche Anregung zu einer Konversation seitens Bulgariens und würde auf diese bereitwilligst eingehen. In betreff Küstenstrichs bemerkte Mitredner, daß Rumänien nur soviel verlange, als ihm tatsächlich von Bulgarien bereits zugesichert worden ist, das heisst soviel als nötig, um aus Mangalia gesicherten Hafen machen zu können. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 6542 Anm. b.

Nr. 6496. Tel. nach London, 7. April 1913 Nr. 299 (chiffr. 11 U. 40 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Rappaport u. Berchtold; G. Berchtold).

Mit Rücksicht auf die für übermorgen anberaumte Réunion lege ich Werth darauf, Euer Exzellenz einige Anhaltspunkte bezüglich unserer Stellungnahme zu den in der Antwort der verbündeten Balkanstaaten auf das Mediationsanerbieten der Großmächte formulierten Reserven[b]) an die Hand zu geben, wobei ich bemerke, daß nachstehende Ausführungen lediglich zu Euer Exzellenz vertraulicher Orientierung bestimmt sind. ad 1: Thrazische Grenze. Der gegenständliche Vorbehalt gibt uns zu keinerlei Einwänden Anlaß, wie denn unsere Politik darauf gerichtet sein muß, dem Drange Bulgariens nach Osten nicht entgegenzutreten und überhaupt die territorialen und ökonomischen Desiderata dieses Königreiches soweit zu fördern,

als dies im Rahmen des Konzertes der Mächte tunlich erscheint. ad 2: Inseln. Mit Rücksicht auf unsere prononcierte Haltung in der Frage der nordalbanischen Delimitierung müssen wir es vermeiden, in der Inselfrage besonders hervorzutreten und wird es diesbezüglich angezeigt erscheinen, Deutschland und Italien das Wort zu lassen und uns auf die Unterstützung des Standpunktes unserer Verbündeten zu beschränken. ad 3: Notifizierung der Ergebnisse der Delimitierung Albaniens an die Balkanstaaten. Wir finden gegen diesen Wunsch der Verbündeten nicht blos nichts einzuwenden, sondern sind sogar der Ansicht, daß die Beschlüsse der Réunion über die Nord- und Nordostgrenze den Balkanstaaten bereits hätten notifiziert werden sollen. Euer Exzellenz wollen anregen, daß dies nunmehr nachgeholt werde und weiters nach Erzielung eines Einverständnisses über die Südost- und Südgrenze die sofortige Mitteilung des betreffenden Beschlusses der Réunion an die Balkanstaaten beantragen. ad 4: Kriegsentschädigung und Vertretung der Balkanstaaten bei der Pariser Kommission erscheint uns aus den sub 1 erwähnten Gründen unbedenklich, doch würden wir natürlich nicht opponieren, falls andere Regierungen aus wirtschaftlichen Gründen einschränkende Amendements proponieren sollten. ad 5: Einstellung der Feindseligkeiten gibt vorläufig zu keinen besonderen Bemerkungen Anlaß. Berchtold.

a) Vgl. n. 6514, 6517. — *b)* Vgl. n. 6472.

Nr. 6497. Tel. aus Paris, 7. April 1913 Nr. 70 (eing. 10 U. 40 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Bezug auf mein Telegramm Nr. 67 vom 5. d. Mts. Herr Pichon läßt mir auf meine Démarche wegen Instruktion an Kommandanten der internationalen Flotte nachstehende Antwort zukommen: „Le gouvernement de la République accepte l'idée du blocus aux conditions suivantes: 1° Un ...[b] de (trois)[c] jour sera (imparti)[c] au Monténégro; 2° Le blocus sera pacifique, c'est à dire que les navires qui tenteraient de le forcer seront arrêtés mais ne pourront être ni coulés ni confisqués; 3° Le blocus s'étendra à la partie littorale comprise entre Antivari et l'embouchure du Drin". Instruktionen in diesem Sinne sind an den Kommandanten des französischen Kriegsschiffes abgegangen. Szécsen.

a) Vgl. n. 6522. — *b)* Chiffre fehlt. — *c)* Chiffre verstümmelt.

Nr. 6498. Tel. nach Rom, 7. April 1913 Nr. 354 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 195 und 196 vom 6. l. M. Zu der darin wiedergegebenen Konversation mit Marquis di San Giuliano hätte ich folgendes zu bemerken: Ich unterschätze die Schwierigkeiten nicht, welche in Italien eine gemeinsame österreichisch-ungarisch-italienische militärische Zwangsaktion gegen Montenegro begegnen müßte. Mein Bestreben ist auch dahin gerichtet, daß eine solche Aktion nicht notwendig werde, weshalb ich auch — wie Euer Exzellenz es als unerläßliche Voraussetzung bezeichnen — bemüht bin, vorerst abzuwarten, daß alle zu Gebote stehenden Mittel erschöpft sind, um Montenegros Widerstand zu beseitigen. Wenn

ich auch aus den Hochdenselben bekannten Gründen auf die Frage einer finanziellen oder territorialen Kompensation nicht einzugehen vermag, so ist damit jenen Mächten, welche ein besonderes Interesse daran haben, Montenegro befriedigt zu sehen oder die Anwendung von Koerzitivmaßregeln zur Durchsetzung des Willens Europas zu vermeiden, keineswegs die Möglichkeit genommen, einer Vergrößerung Montenegros nicht auf Kosten Albaniens, sondern etwa im Sandjak das Wort zu reden oder Montenegro finanzielle Beihilfe zu gewähren. Die Erteilung eines europäischen Mandates an Österreich-Ungarn und Italien, von welcher Euer Exzellenz sprechen, scheint mir unerreichbar; hingegen halte ich es für selbstverständlich, daß, wenn die beiden Staaten wider Willen gezwungen wären, für die Räumung Albaniens gemeinsam mit Koerzitivmaßregeln eintreten zu müssen, eine solche Aktion nicht allein gegen Montenegro, sondern gegen alle jene Staaten gerichtet sein müßte, welche sich dem diesbezüglich kundgegebenen Willen Europas widersetzen würden. Daß aber selbst eine solche Eventualität, die auch die Anwendung von Zwangsmitteln gegen Montenegro involvirt, der italienischen Regierung äußerst ungelegen wäre, ist nur zu begreiflich. Indessen wird sich das römische Kabinet, wenn alle anderen Mittel fehlschlagen sollten, darüber klar werden müssen, daß Italien sich über diese Schwierigkeiten hinwegsetzen muß, wenn es unser gemeinsames albanesisches Programm durchgeführt sehen will. Dasselbe beruht bekanntlich auf der Schaffung eines lebensfähigen neutralen Albaniens, welches die Festsetzung einer dritten, das bestehende Gleichgewicht in der Adria störenden Macht unmöglich machen soll. Um dieses Programm zu verwirklichen, ist es aber unerläßlich, daß Österreich-Ungarn ebenso wie Italien für seine Durchführung in toto gemeinsam auftreten, das heißt, daß beide Mächte mit derselben Energie gegen die Festsetzung einer slavischen Macht in Nordalbanien wie gegen jene Griechenlands in Südalbanien auftreten. Wir haben gewiß auch ein Interesse daran, daß Valona nicht in den Machtbereich eines dritten Staates gelange und dadurch das Gleichgewicht in der Adria eine Störung erleide. Wenn aber schon in Nordalbanien die Durchführung unseres Programmes durchbrochen und hiedurch die Gewähr für die Aufrechterhaltung der jetzigen Machtverhältnisse in der Adria nicht mehr gegeben wäre, so würde auch unser Interesse an dem Schicksale der südalbanesischen Küste naturgemäß zurücktreten. Da aber die Verteidigung unseres gemeinsamen albanesischen Programmes in seiner Totalität unter Umständen auch die Anwendung von Zwangsmitteln gegen Montenegro notwendig macht, wird Italien dieselben mit uns ergreifen müssen, wenn es vermeiden will, daß ein Balkanstaat sich in Durazzo, ein anderer aber in Valona festsetze. Vorstehendes zur geeignet erscheinenden Verwertung Marquis di San Giuliano gegenüber. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6520.

*Nr. **6499**. Tel. nach St. Petersburg, 7. April 1913 Nr. 259 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).*

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 137 vom 6. d. M. erhalten. Ich habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß Euer Exzellenz die Not-

wendigkeit einer Entschädigung Bulgariens in der letzten Sitzung wiederholt betont haben und daß das Kompensationsprinzip im allgemeinen als anerkannt anzusehen ist. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, bemerke ich, daß wir uns mit einer platonischen Zustimmung der Mächte zu diesem Gedanken nicht begnügen können. Euer Exzellenz wollen im Sinne meiner letzten Instruktionen[b]) vielmehr unbedingt darauf bestehen, daß die Réunion, wenn nicht eine konkrete Entschädigung für Bulgarien festgesetzt wird, doch wenigstens dessen Anspruch auf eine territoriale Kompensation in einem formellen Beschluß anerkennt. Was das schriftliche Résumé der ersten Sitzung[c]) anbelangt, das Herr Delcassé Euer Exzellenz zur Verfügung gestellt hat, so hielte ich es für wünschenswert, daß in solchen Aufzeichnungen trotz ihres inoffiziellen Charakters die von Euer Exzellenz vertretenen Ansichten und Vorschläge mit derselben Ausführlichkeit, wie diejenigen anderer Teilnehmer an der Réunion, wiedergegeben werden. Euer Exzellenz wollen darauf hinwirken, falls Hochdenselben wieder ein solches Résumé zur Einsicht vorgelegt werden sollte.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6526. — [b]) n. 6469. — [c]) Wurde, weil inhaltlich im wesentlichen gleichlautend mit n. 6396, nicht abgedruckt.

Nr. 6500. Tel. aus St. Petersburg, 7. April 1913 Nr. 140 (eing. 6 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Ich nahm heute die Gelegenheit wahr, um Herrn Sazonow auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, behufs Verhinderung weiterer serbischer Transporte die montenegrinische und albanesische Küste bis südlich von Durazzo zu blockieren, und erwähnte bei diesem Anlasse, daß der k. u. k. Konteradmiral Befehl erhalten habe, bei den übrigen Schiffskommandanten der internationalen Eskader auf die Durchführung dieser Maßregel zu dringen. Sazonow machte hiegegen keinerlei Einwendung und bemerkte nur, daß diese Maßregel für die in Rede stehenden 16 Dampfer wohl zu spät komme, da nach den vorliegenden Nachrichten dieselben bereits eingetroffen zu sein scheinen.

Thurn.

[a]) Vgl. n. 6456, 6522.

Nr. 6501. Tel. aus St. Petersburg, 7. April 1913 Nr. 141 (eing. 7 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Herr Sazonow sagte mir heute, Kaiser Nikolaus habe vor einigen Tagen dem König von Montenegro eine sehr deutliche Message zukommen lassen,[b]) worin dem König in nachdrücklicher Weise vor Augen geführt wurde, daß der Zar seine gegenwärtige Haltung ernstlich mißbillige. Kaiser Nikolaus habe ferner dem König von Montenegro neuerdings kategorisch erklärt, er möge sich nicht einbilden, Skutari, selbst wenn es fallen sollte, behalten zu können; es sei dies eine res judicata, an der absolut nicht mehr zu deuteln und zu ändern sei. Der Herr Minister sprach die Hoffnung aus, daß diese kaiserliche Kundgebung doch allmählich ihre Wirkung auf König Nikolaus ausüben werde und betonte, die Hauptsache sei, daß die Mächte auch weiterhin vereint vorgehen und daß man nicht vorzeitig die

Geduld verliere. Was Serbien anbelangt, auf dessen Haltung ich unter einem anspielte, auf die Rolle Herrn von Hartwigs den Minister aufmerksam machend, so versicherte mir dieser, daß die Unterstützung, welche es jetzt Montenegro gewähre, nur rein militärischen Gründen entspringe und ihre Ursache im Allianzverhältnis habe. Sobald entweder Skutari gefallen sei oder der Friede geschlossen werde, würden sich die serbischen Truppen ganz bestimmt sofort von Skutari zurückziehen. Die serbische Regierung habe diesbezüglich erst kürzlich wieder die bündigsten Zusagen gemacht.
Thurn.

[a]) Vgl. n. 6523. — [b]) Vgl. n. 6459.

Nr. 6502. Tel. aus St. Petersburg, 7. April 1913 Nr. 142 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Sazonow kam mir gegenüber spontan auf den gegen Russland in unseren Blättern erhobenen Vorwurf zu sprechen, dass es im gegenwärtigen Momente Montenegro mit Kriegsmaterial versehen habe. Die Sache verhalte sich wie folgt: Noch im Jahre 1911 seien dem König Nikolaus wie schon wiederholt verschiedene militärische Ausrüstungsgegenstände — ob sich auch Patronen darunter befinden, wisse er nicht — geschenkt worden. Nun sei der italienisch-türkische Krieg dazwischen gekommen, der den Transport durch die Dardanellen unmöglich gemacht habe. So seien die Sachen lange liegen geblieben, bis es dem Unternehmer endlich gelungen sei, den Transport via Varna und Bulgarien nach Salonik zu bewerkstelligen, von wo aus sie dann jetzt weiter geschickt worden sind. Die russische Regierung habe somit mit diesem Transport nicht das geringste zu schaffen.
Thurn.

[a]) Vgl. n. 6416, 6523.

Nr. 6503. Tel. aus St. Petersburg, 7. April 1913 Nr. 143 (eing. 7 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Im Laufe heutiger Unterredung erwähnte Herr Sazonow auch die Besprechungen, welche er an zwei aufeinanderfolgenden Tagen mit den leitenden Mitgliedern der verschiedenen Duma-Parteien gehabt hat. Er sagte mir, er sei mit dem Ergebnis dieser Konferenzen recht zufrieden, da er mit seinen Darlegungen nicht nur bei den Parteien der Linken, sondern namentlich auch bei jenen der Rechten volles Verständnis gefunden habe. Was speziell die Haltung Montenegros anbelange, habe er den Herren gegenüber ausgeführt, daß die Politik des Königs offenbar darauf hinausgeht, zwischen Russland und Österreich-Ungarn Zwietracht zu säen, und dass es Aufgabe der Regierungen dieser beiden Staaten sei, Montenegro nicht auf den Leim zu gehen. Dies scheint den Herrn eingeleuchtet zu haben.
Thurn.

Nr. 6504. Tel. aus St. Petersburg, 7. April 1913 Nr. 144 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Sazonow sagte mir heute unter Bezugnahme auf die gestrige Demonstration,[b]) daß in Hinkunft keine Straßendemonstrationen mehr

geduldet werden würden. Die gestrige war es, speziell mit Rücksicht auf die Angriffe, denen die Regierung wegen des Vorgehens der Polizei anläßlich der Demonstration des vorletzten Sonntags ausgesetzt war, nicht möglich gewesen, zu verbieten. Jetzt aber sei beschlossen worden, keine weiteren zu dulden. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6596. — [b]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 144.

Nr. 6505. Tel. aus St. Petersburg, 7. April 1913 Nr. 145 (eing. 8 April 5 U. 55 M. a. m.).[a]) Entziff.

Heute dritte Reunion in der bulgarisch-rumänischen Mediationsangelegenheit. Nachdem Herr Sazonow das Ergebnis der letzten Sitzung[b]) dahin resumiert hatte, dass die Vertreter der Triple-Entente-Mächte der Zession Silistrias unter der Bedingung zustimmen, dass von jeder weiteren Grenzrektifikation abgesehen wird, ergriff Graf Pourtalès das Wort und führte aus, dass wenn wir uns auch durch die Zustimmung zur Zession Silistrias wesentlich näher gekommen seien, er doch noch, namentlich aus strategischen Gründen, für eine Verbesserung der übrigen Grenzlinie, vor Allem an der Schwarzen-Meer-Küste, eintreten müsse; anderseits fände er, dass Bulgarien in der Richtung eine Kompensation geboten werden könnte, dass Rumänien einerseits für Staatsgüter eine Entschädigung leiste und sich andererseits verpflichte, die im Interesse Bulgariens gelegene Brücke bei Sistowo zu bauen. Mein englischer Kollege wiederholte seinen bei der ersten Sitzung[c]) vertretenen Standpunkt, indem er mit der grössten Entschiedenheit erklärte, er könne unter keinen Umständen über das bereits Konzedierte hinausgehen. Sodann versuchte ich, nachdem ich von der Konzedierung Silistrias Akt genommen hatte, an der Hand der mir von Euer Excellenz mitgeteilten Argumente[d]) einerseits die Notwendigkeit nachzuweisen, Rumänien ausser Silistria noch eine entsprechende Grenzrektifikation zu gewähren, andererseits aber eine angemessene territoriale Kompensation für Bulgarien zu finden. Als eine solche schlug ich nochmals Salonik vor, indem ich alle, mir seitens Euer Excellenz an die Hand gegebenen Argumente verwertete. Meine Ausführungen fanden von Seiten der Triple-entente-Vertreter den schärfsten Widerspruch und wurde speziell die Idee, Salonik als Kompensationsobjekt zu wählen, sowohl von Herrn Sazonow als von meinem französischen und englischen Kollegen auf das Entschiedenste abgelehnt. Ich schlug sodann im Sinne Euer Excellenz Instruktionen vor, wenigstens im Prinzipe den Anspruch Bulgariens auf eine territoriale Kompensation in anderer Richtung anzuerkennen, aber auch dieser Vorschlag fand, obwohl in der letzten Reunion im allgemeinen das Prinzip einer Kompensation für Bulgarien keinen Widerspruch gefunden hatte, keinen Anklang. Herr Sazonow führte aus, dass Rumänien durch Erlangung Silistrias vollkommen genügend berücksichtigt sei und damit auch vollständig zufrieden sein werde. Zum Beweise, dass es sich nicht einmal soviel erwartet habe, führte Sazonow aus, König Karl habe kürzlich dem russischen Gesandten in Bukarest gegenüber geäussert, er würde schon zufrieden sein, wenn Rumänien die Hälfte Silistrias bekäme. Diese Mitteilung war natürlich nicht geeignet, die Vertreter der Triple-Entente gefügiger zu machen. Ich

trachtete dieser unglücklichen Äusserung des Königs dadurch die Spitze abzubrechen, dass ich bemerkte, dass, falls es sich nicht um ein Missverständnis Herrn Schebekos handle, König von Rumänien dies nur unter der Voraussetzung gesagt haben dürfte, dass mindestens die bulgarischerseits bereits zugestandenen Konzessionen aufrecht blieben. Was die Idee einer Bulgarien zu gewährenden Kompensation anbelangt, war seit der letzten Sitzung ein entschiedener Umschwung zu konstatieren. Herr Sazonow stellt sich auf den Standpunkt, dass solche territorialer Natur nicht gefunden werden können, da die Mächte sich nicht in den Streit um die Verteilung der mazedonischen Beute mischen könnten und ein noch weiteres Vordringen Bulgariens gegen Konstantinopel im Interesse der Sicherheit der Meerengen nicht akzeptabel wäre. Finanzielle Kompensationen würde aber Bulgarien — nach seinen letzten Nachrichten aus Sofia — nicht annehmen. Es sei auch keine Notwendigkeit vorhanden, Bulgarien besondere Kompensation zu offerieren, da es, wie er nunmehr überzeugt sei, sich in die Zession Silistrias finden werde, wenn sonst keine territorialen Opfer von ihm verlangt werden. Herr Delcassé stellt sich auf den gleichen Standpunkt und betont, dass eine rasche Entscheidung notwendig sei, weil, wenn die Tschataldjalinie, die gegenwärtig kaum mehr ein ernstes Hindernis bilde, genommen sei, Bulgarien wahrscheinlich zu keinerlei Konzession gegen Rumänien mehr geneigt wäre. Fortsetzung folgt. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6506, 6521, 6526, 6573, 6594. — [b]) Vgl. n. 6453. — [c]) Vgl. n. 6396. — [d]) Vgl. n. 6469.

Nr. 6506. Tel. aus St. Petersburg, 7. April 1913 Nr. 146 (eing. 8. April 5 U. 55 M. a. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 145 von heute. Nach längeren Diskussionen, in welchen mein deutscher und italienischer Kollege mich mit Ausnahme des Verlangens nach territorialer Kompensation für Bulgarien kräftigst unterstützten, kamen wir angesichts des absoluten Widerstandes der Triple-Entente-Vertreter auf einen toten Punkt, indem diese erklärten, unter keinen Umständen über das bisher Konzedierte hinausgehen zu können. Nachdem meine und meiner Dreibundkollegen Instruktionen uns nicht gestatteten, auf diesen Vorschlag einzugehen, wurde die Sitzung auf übermorgen, Mittwoch nachmittags, vertagt, bei welchem Anlasse Herr Sazonow noch bemerkte, Bulgarien habe dringend gebeten, den seinerzeitigen endlichen Beschluß der Konferenz zunächst geheim zu halten. Die Proposition der Triple-Entente-Vertreter geht dahin: I.) Silistria mit einem Gebiete, dessen Radius von der Peripherie der Stadt gerechnet etwa drei Kilometer betrüge, Rumänien zuzusprechen. II.) Hätte Rumänien jene Bewohner des abgetretenen Gebietes, welche dasselbe innerhalb einer zu fixierenden Zeit zu verlassen wünschten, für ihre Immobilien zu entschädigen. III.) Verpflichte sich Bulgarien, längs der Grenze zwischen Silistria und dem Schwarzen Meere keinerlei Befestigungen anzulegen und IV.) den Kutzowalachen die rumänischerseits geforderten nationalen und kulturellen Privilegien zu sichern. — Weitergehende Konzessionen für Rumänien oder territoriale Kompensationen für Bulgarien sind bei der Haltung der Triple-

Ententemächte nicht mehr zu erreichen. Der Bau der Donaubrücke bei Sistow ließe sich allerdings wahrscheinlich durchsetzen, aber nicht in Verbindung mit irgendwelcher weiteren Grenzrektifikation für Rumänien. Falls somit Euer Exzellenz Wert darauf legen, daß die Reunion nicht ohne Ergebnis auseinandergehe, wodurch auch die Erwerbung Silistrias für Rumänien in Frage gestellt würde, bliebe wohl nichts übrig, als sich mit den vorbezeichneten Bedingungen, welche seitens Russlands, Frankreichs und insbesondere Englands als äußerstes Maß des Entgegenkommens bezeichnet werden, zu begnügen. Weitere Verhandlungen und Argumente wären nach dem übereinstimmenden Eindruck des Grafen Pourtalès und Marquis Carlottis vollständig aussichtslos. Ich bitte um Instruktionen für die Mittwochsitzung. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6509, 6521, 6526, 6573, 6594, 6605, 6650, 6661.

Nr. 6507. Tel. nach Sofia, 7. April 1913 Nr. 174 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) *Konz. (S. Berger; V. u. G. Macchio).*

Der königlich bulgarische Gesandte hat hier mitgetheilt, daß die Serben gegen die bulgarische Bevölkerung in den von ihren Truppen besetzten Gebieten sehr inhuman und gewaltthätig vorgehen und daß die Bedrückung seiner Landsleute unter dem serbischen Regime ärger sei als unter dem türkischen. Seine Regierung habe ihm diesbezügliches Material zur Verfügung gestellt und ihm anheimgegeben, dasselbe publizistisch zu verwerten. Im weiteren Verlaufe der Unterredung kam die Antwort der Verbündeten auf das Mediationsanerbieten der Mächte zur Sprache. Herr Sallabascheff konnte nicht umhin zuzugeben, daß das Friedensbedürfnis Bulgariens ein dringendes wäre. Er bemerkte, daß Serbien und Griechenland allein die Schuld an der neuerlichen Verschleppung träfe, denn die in der Antwort der Alliierten enthaltenen Reserven seien über ihren Wunsch aufgenommen worden, Bulgarien hätte an denselben kein unmittelbares Interesse. Darauf wurde dem Herrn Gesandten erwidert, es erscheine auch hier, vom bulgarischen Standpunkte aus betrachtet, keineswegs günstig, daß eine solche Verschleppung eingetreten sei. Denn die bulgarische Armee sei im Falle der Fortdauer des Krieges die einzige, welche die Lasten eines solchen zu tragen hätte, nachdem nur ihr eine starke reguläre türkische Armee gegenüberstehe. Auch habe Bulgarien in diesem Falle die Wahl, ob es die festen Positionen von Tschataldscha angreifen und sich so in eine auch in politischer Hinsicht nicht ganz einfache Aktion einlassen oder ob es unthätig verbleiben wolle, was wiederum eine Kritik über die Leistungsfähigkeit seiner Armee zur Folge haben könnte. In letzterer Hinsicht wurde der Herr Gesandte an die an der bulgarischen Armee vor der Einnahme Adrianopels geübte Kritik erinnert. Herrr Sallabascheff nahm diese Entgegnung anscheinend mit lebhafter Zustimmung entgegen und bemerkte nur, er kenne zwar nicht genau den Inhalt des Vertrages, den Bulgarien mit seinen Alliierten geschlossen habe, doch vermuthe er, daß eine Verpflichtung vorliege, welche Bulgarien zu diesem Vorgehen zwinge. Im übrigen könne er nur als seine persönliche Ansicht neuerlich wiederholen, daß kein bulgarisches Interesse die Fortsetzung des Krieges erheische. Vor-

stehendes zu Euer Hochgeboren vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Herrn Geschoff. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6472, 6600.

Nr. 6508. Bericht aus Belgrad, 8. April 1913 Nr. 75 A (eing. 9. April). Ausfert.

... *Stimmungsbericht über Skutarifrage und Vereinigung Serbiens und Montenegros* ... Wie sich zu dieser Frage der grosse Protector, Russland, stellt, ist mir nicht bekannt. Herr von Hartwig ergreift aber offen Partei für die Serben. Er sagte neulich dem rumänischen Gesandten: „La dynastie des Njegouche n'est pas viable; elle doit disparaître avec le vieux. Le prince héritier est un crétin et ne pourra pas se tenir. L'union avec la Serbie n'est qu'une question de temps". Solche weittragende Ziele und Pläne dürften für die serbische Regierung bei der Stellungnahme in der Skutarifrage gewiß maßgebend gewesen sein. Ugron.

Tel. nach Berlin, 8. April 1913 Nr. 283 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 6522.

Nr. 6509. Tel. nach Berlin Nr. 284 (1) und Rom Nr. 358 (2), 8. April 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

1.—2. Über die letzte Sitzung der Petersburger Botschafterréunion telegraphiert mir Graf Thurn unterm 7. d. M. im wesentlichen folgendes: „Nach längeren Diskussionen, in welchen mein italienischer und deutscher Kollege mich kräftigst unterstützten, formulierten die Triple-Ententevertreter den Vorschlag: ... *wie n. 6506 von „Silistria mit einem Gebiete" bis „kulturellen Privilegien zu sichern"* ... Weitergehende Konzessionen für Rumänien oder territoriale Kompensationen für Bulgarien lehnten die Ententevertreter entschieden ab. Nachdem meine und meiner Dreibundkollegen Instruktionen uns nicht gestatteten, auf obige Propositionen einzugehen, wurde die Sitzung auf übermorgen, Mittwoch nachmittags, vertagt." Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information, da die dortige Regierung über den Verlauf der Sitzung jedenfalls bereits unterrichtet ist. Euer Exzellenz wollen jedoch im Auswärtigen Amte mitteilen, daß ich an Grafen Thurn die nachstehende telegraphische Instruktion richte: ... *wie n. 6521 von „Trotz der ablehnenden" bis zum Schluß* ... Euer Exzellenz wollen hiezu bemerken, daß ein vorgängiges Einvernehmen mit den Kabinetten von Berlin und Rom mir infolge der Kürze der Zeit nicht möglich war, daß ich aber auf ein einheitliches Vorgehen der Dreibundmächte in Petersburg nach wie vor Wert lege und es dankbar begrüßen würde, wenn die dortige Regierung ihren Vertreter in der Réunion für die übernächste Sitzung in analoger Weise instruieren würde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6530, 6539, 6546.

Tel. nach Berlin, 8. April 1913 Nr. 286 (chiffr. 9. April 12 U. 40 M. a. m.) Siehe n. 6519.

Nr. 6510. Privatschreiben aus Berlin, 8. April 1913. Ausfert.

Dein gütiges Schreiben vom 6. d. M. habe ich gestern Vormittag erhalten. Kurz vorher hatte ich, wie ich Dir telegraphisch[a)] meldete, mit dem Staatssecretär und dem Unterstaatssecretär eine längere Unterredung über die politische Lage. Dass beide Herren sowie alle hiesigen maßgebenden Persönlichkeiten die Situation für sehr gefährdet halten, steht ausser allem Zweifel. Die gestrige Rede des Reichskanzlers[b)] bildet auch einen Beweis hiefür. Herr von Jagow versäumt übrigens keine Gelegenheit sich in diesem Sinne nicht nur mir, sondern auch allen meinen Collegen gegenüber auszusprechen. Wie Du in Deinem Schreiben so richtig ausführst, liegt die Frage, ob Krieg oder Frieden, derzeit bei Russland. Diese Überzeugung wird auch hier vollkommen geteilt und da die panslavistischen Strömungen, die nunmehr in Russland leider die Oberhand gewinnen, offenbar zum Kriege drängen, befürchtet man hier, dass trotz der Friedensliebe des Zaren und auch seiner jetzigen Ratgeber es zu einem kriegerischen Zusammenstoss kommen könnte. Nachdem in diesem Falle für Deutschland ein Krieg gegen drei Fronten in Aussicht stehen würde, ist es wohl begreiflich, dass die deutsche Politik darauf gerichtet ist, soweit als möglich vermittelnd zu wirken. Wenn dies nicht gelingen sollte, so würde Deutschland — daran zweifle ich nicht — mit voller Kraft an unserer Seite stehen. In vorsichtiger aber doch sehr entschiedener Weise hat auch Herr von Bethmann Hollweg gestern in seiner Rede unter dem Beifall des Reichstages darauf hingewiesen, dass Deutschland seine Bundestreue Österreich-Ungarn gegenüber auch über die diplomatische Vermittlung hinaus gewähren würde. Für uns klingt dieses Bekenntnis ganz selbstverständlich. Doch ist es immer von grossem Nutzen, wenn solches vor der Oeffentlichkeit von autorativer Seite bekundet wird. In manchen unserer Kreise hätte man zwar gewünscht, dass Deutschland seine Bundestreue uns gegenüber in einer anderen, entschiedeneren Weise zum Ausdruck bringe und uns nicht seine jeweiligen Bedenken mitteile, sondern uns zu einer activeren Politik aufmuntere. Wenn dieses Letztere nicht geschehen ist, so glaube ich, dass dies darauf zurückzuführen ist, dass man deutscherseits der Überzeugung war und ist, dass ein Forcieren der Note bei der gegenwärtigen europäischen Konstellation nicht wie im Jahre 1909 zu einem Nachgeben des Widerparts sondern bestimmt zum Kriege führen würde. Von massgebender Seite wurde mir hier immer wieder versichert, es sei ganz selbstverständlich, daß Deutschland, wenn es auch einer friedlichen Lösung aller pendenten Fragen das Wort rede, keinen Augenblick zögern werde, wenn es zur ultima ratio kommen müsste, uns mit den Waffen in der Hand beizustehen. Die Haltung der russischen Regierung wird von den hiesigen leitenden Staatsmännern einstimmig als eine zweideutige stigmatisiert. Allerdings wird sie einigermassen damit entschuldigt, dass die Stellung der Herren Kokowzev und Sasonow der russischen öffentlichen Meinung gegenüber, die durchaus panslavistische Alluren annimmt, immer schwieriger wird. Mein russischer College, der bekanntlich zu Herrn Sasonow in einem freundschaftlichen Verhältnisse steht und, wie er mir erst unlängst sagte, mit seinem Minister einen intimen persönlichen Briefwechsel unterhält, behauptet, dass der russische Minister des Äussern

infolge der Haltung der russischen Presse und insbesondere der sich täglich mehrenden und immer grössere Dimensionen annehmenden öffentlichen panslavistischen Demonstrationen sich in seiner Stellung ernstlich gefährdet sehe. Herr Sasonow habe in Cetinje sowie auch in Belgrad die ernsteste Sprache geführt und kategorisch erklärt, dass Skutari nach dem Willen der Mächte an Albanien kommen werde und für Montenegro absolut verloren sei; mehr könne von ihm nicht verlangt werden. Nach der Meinung Herrn Swerbéews wäre jetzt das einzige richtige Mittel um König Nikita zur Raison zu bringen, die (durch Avarna auch Dir gegenüber erwähnte)[c] Geldentschädigung. Bei den eigentümlichen Verhältnissen in Montenegro würde dies — so meinte mein russischer College — des Königs Stellung befestigen. Die Behauptungen, daß König Nikolaus gern bereit wäre, sein Königtum aufzugeben, um die Union Montenegros mit Serbien in die Wege zu leiten, bezeichnet er als rein aus der Luft gegriffen. Der König habe im Gegenteil keinen sehnlicheren Wunsch, als sich und sein Haus auf dem montenegrinischen Thron zu befestigen. Für die Vereinigung der beiden südslavischen Königreiche werde wohl hauptsächlich in Serbien Propaganda gemacht, doch würden diese Unionsideen vom offiziellen Russland schon aus dem Grunde gewiss nicht unterstützt, weil bei den verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen dem russischen Kaiserhause und dem Hause Njegosch das Ausscheiden des Letzteren aus den regierenden Häusern sehr ungern gesehen würde. Ob diese Behauptungen des russischen Botschafters den Tatsachen entsprechen, muss ich dahin gestellt sein lassen. Wie mir Herr von Jagow sagte, hat Herr Swerbéew die Frage einer König Nikolaus zu gewährenden Geldunterstützung auch bei ihm zur Sprache gebracht, doch von ihm die Antwort erhalten, dass nach seinen Informationen die österreichisch-ungarische Regierung für ein solches Geschäft nicht zu haben wäre. Szögyény.

[a] n. 6494. — [b] Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 133. — [c] n. 6466.

Nr. 6511. Tel. nach Bukarest, 8. April 1913 Nr. 195 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 97 vom 6. d. M. erhalten. Der Wunsch der bulgarischen Regierung geht dahin, daß eine eventuelle Entscheidung der Mächte, welche die Abtretung Silistrias ausspricht, der bulgarischen Öffentlichkeit nicht früher bekannt werde, als bis durch einen Präliminarfrieden mit der Türkei wenigstens die Gebietserweiterungen Bulgariens nach Osten öffentlich festgestellt sind. Es handelt sich somit nicht um eine Verzögerung der Entscheidung der Mächte, sondern darum, daß sie nicht vor jenem Zeitpunkte veröffentlicht werde. Ich halte mich umsomehr für berechtigt, in Bukarest auf Verständnis für die Berücksichtigung dieses bulgarischen Wunsches zu rechnen, als die Petersburger Pourparlers durch unsere und der beiden anderen Dreibundstaaten energischen Bemühungen einen Verlauf nehmen, welcher ein für Rumänien günstiges Resultat erwarten läßt. Euer Durchlaucht wollen sich daher im Sinne des Schlußalineas[b] meines Telegrammes

Nr. 191 vom 3. d. sowie der vorstehenden Ergänzung zu Herrn Majoresco aussprechen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6547, 6630, 6872. — [b]) Schlußalinea von n. 6434 beginnt mit „Was den Zeitpunkt der Regelung".

Nr. 6512. Tel. aus Bukarest, 8. April 1913 Nr. 99 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Bei heutigem Diplomatenempfang brachte Minister des Äussern bei allen Vertretern der Grossmächte Zeitpunkt der Regelung rumänisch-bulgarischer Frage zur Sprache, hervorhebend, dass möglichste Beschleunigung ausnehmend wünschenswert wäre oder wenigstens offizielle Bestimmung des Zeitpunktes, wann Botschafterbeschluss bekanntgegeben wird. Wollte man bis definitivem Friedensschluss warten, so würde hier die sich langsam beruhigende öffentliche Meinung in der Zwischenzeit durch die Ungewissheit wieder erregter werden. Durch den Fall Adrianopels sei Bulgarien nunmehr auch voll befriedigt. Ich brachte die im Telegramme Nr. 191 vom 4. d. Mts. angeführten Argumente ins Treffen, begegnete jedoch geringem Verständnisse. Ich insistierte nicht weiter, da das eventuelle Odium einer ungünstigeren Lage Rumäniens durch Umschlagen Bulgariens nach Friedensschluss nicht auf die Monarchie laden wollte und wusste, dass russischer Kollege auf Zuwarten dringendst einraten wird. K. E. Fürstenberg.

Nr. 6513. Privatschreiben aus Bukarest, 8. April 1913 (eing. 11. April). Ausfert.

Geheim. Euer Excellenz hatten die Güte gehabt Baron Haymerle, als demselben vor einiger Zeit die Ehre zu Teil wurde bei Hochdenselben zu erscheinen, einige Aufklärungen über den Inhalt der Depesche[a]) zu geben, mittelst welcher Euer Excellenz eine Anfrage Seiner Majestät des Königs beantworteten, die dahin ging, ob Rumänien im Falle eines Angriffes auf Bulgarien und eines darauf erfolgenden bewaffneten Eingriffes Serbiens, auf die Hilfeleistung Österreich-Ungarns rechnen könne. Seine Majestät nahm damals die von Euer Excellenz erteilte Antwort blos mit dem Bemerken entgegen, dass die Monarchie durch die erteilte Zusicherung über seine[b]) Bündnisverpflichtungen hinausgegangen sei. Der Herr Minister-Präsident hingegen, welcher auch zugeben musste, dass Österreich-Ungarn seine Verpflichtungen überschritten habe, liess in seiner Antwort durchblicken, dass ihm die in der Depesche Euer Excellenz enthaltene Verklausulierung („wenn Rumänien sich in seiner Existenz bedroht fühlen würde") enigmatisch erscheine und jedenfalls zu verschiedenen Interpretationen Anlass geben könnte, was seinem eventuellen Nachfolger (Maioresco's Sturz schien damals, wie es Euer Excellenz erinnerlich sein dürfte, imminent, und Herr Bratiano war zur Übernahme der Nachfolgerschaft designirt), der weniger von der Loyalität der Monarchie durchdrungen sei, wie er, veranlassen könnte, in der bewussten Phrase, vielleicht ein Ausweichen Österreich-Ungarns zu erblicken, was umso bedauerlicher sein müsste, als Rumänien sich ohne allen Rückhalt verpflichtet habe, bei einem eventuellen Angriff der Monarchie auf Serbien und eines darauf erfolgenden militärischen Eingreifens

Russlands, gegen dieses sogleich offensiv vorzugehen. Da ich durch die Reserve Seiner Majestät und die Anwürfe Herrn Maiorescos den Eindruck gewonnen hatte, dass man hier auf eine Antwort ohne jede Klausel gerechnet hatte und eine weitere Fortsetzung der Discussion über dieses Thema zu keinem erspriesslichen Resultate führen konnte, so brach ich dieselbe ab und vermied jede weitere Gelegenheit einer neuerlichen Aussprache. Die eingangserwähnten, mir durch Baron Haymerle übermittelten Erläuterungen veranlassten mich jedoch bei Seiner Majestät dem König, als auch beim Herrn Ministerpräsidenten, die Angelegenheit neuerlich zur Sprache zu bringen, um die damals von Euer Excellenz eingelangte Antwort dahin zu präcisiren, dass in der bewussten Phrase nicht eine Verklausulirung im ungünstigen Sinne liege, sondern dieselbe nur den Zweck verfolge, es in die Hand Rumäniens zu legen, an dem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkte die Unterstützung der Monarchie anzurufen. Ich hob auch hervor, dass die zugesicherte Hilfe seitens der Monarchie umso mehr als eine Überschreitung der Vertragsverpflichtungen aufgefasst werden müsse, als dermalen Bulgarien in einem Bündniss-Verhältnisse stehe und ein Angriff auf Bulgarien einer Aggression gegen die 4 verbündeten Staaten gleichkomme. Diese Erläuterungen machten sowohl auf Seine Majestät den König als auch auf den Minister-Präsidenten den ausgezeichnetsten Eindruck und beauftragte mich Seine Majestät, die bereits mit hieramtlichen Telegramm Nr. 93 vom 29. v. Mts. gemeldete dankende Anerkennung Euer Excellenz zu übermitteln. Auch der Herr Minister ersuchte mich, Euer Excellenz seinen Dank für diese Aufklärungen zu unterbreiten. Ich möchte bei diesem Anlasse auch eine andere Angelegenheit zur Sprache bringen, welche mir zum Verständnisse der hiesigen Verhältnisse von einer gewissen Bedeutung erscheint. Als ich einmal im Laufe des Winters Euer Excellenz eine Conversation mir einzuberichten erlaubte, welche ich mit dem Führer der Liberalen, Herrn Bratiano, zu führen die Gelegenheit hatte, geruhten mich Euer Excellenz anzuweisen, mich in meinem Verkehr mit dem Führer der Opposition der grössten Vorsicht zu befleissen.*c)* Dem gegenüber möchte ich mir nun die ganz ergebenste Bemerkung erlauben, dass mein fortlaufender Verkehr mit dem Führer der Opposition auf directen Wunsch des Königs erfolgte, Höchstwelcher mich gleich zu Beginn meiner hiesigen Tätigkeit ersuchte, und speciell dieses Ersuchen, als die heutige Crise einsetzte, wiederholte, den Contact mit Herrn Bratiano ja nicht zu verlieren, da Er einen grossen Wert darauf legen müsse, dass sowohl ich, als auch meine Dreibund-Collegen, mit dem Führer der Opposition, der über kurz oder lang wieder zur Regierung gelangen werde, in guten politischen Beziehungen stünden. Seine Majestät hält Herrn Bratiano persönlich über alle grossen politischen Fragen im Laufenden; nur über die letzthin erfolgte Verlängerung des Geheimvertrages — so sagte mir Seine Majestät — habe Er Herrn Bratiano bisher nicht informirt und zwar aus dem Grunde, weil Herr Bratiano seinerzeit, vermutlich durch eine Indiscretion des schwatzhaften italienischen Gesandten, von dem Plane einer Verlängerung Wind bekommen hatte, und gegen eine solche, wie ich es seinerzeit einberichtete, Stellung nahm, was den Höchsten Herrn veranlasste die Verschiebung der Ratification anzustreben.*d)* Als sich nun Seine Majestät

trotzdem entschloss, die Unterfertigung der Vertragsinstrumente doch vorzunehmen, hielt Er es für angezeigt, vorderhand, bis zur Beilegung der politischen Crise von der erfolgten Verlängerung Herrn Bratiano nicht in Kenntnis zu setzen. Dies waren die Gründe, die mich veranlassten in einem für unsere Beziehungen zu Rumänien sehr critischen Moment, Herrn Bratiano, den Minister-Präsidenten von Morgen, aufzusuchen[c] und zu trachten das Misstrauen, welches er gegen die Politik der Monarchie zur Schau trug, zu zerstreuen und ihn auch davon zu überzeugen, dass ein freundschaftlicher Ausgleich mit Bulgarien im Interesse Rumäniens gelegen sei und dessen mehr denn 30jährige Politik glücklich ergänzen würde. Wenn Herr Bratiano sich auch während der damaligen zweistündigen scharfen Discussion nicht den Anschein gab von seinen Ansichten abweichen zu wollen, so hatte ich doch die Befriedigung aus Aussprüchen, die er sowohl bei späteren Begegnungen mir gegenüber als auch Anderen, zum Beispiel Herrn Kalindero gegenüber machte, zu entnehmen, dass sich bei dem Führer der Liberalen eine gerechtere Beurteilung unserer Politik und eine mildere Auffassung der Lage Bulgarien gegenüber bemerkbar machte. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5334. — [b] So! — [c] Vgl. n. 5794, 5806. — [d] Vgl. n. 5758.

Tel. nach Cetinje, 8. April 1913 Nr. 78 (chiffr. 9. April 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 6519.

Tel. nach London, 8. April 1913 Nr. 303 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 6522.

*Nr. **6514.** Tel. aus London, 8. April 1913 Nr. 287 (eing. 9. April 2 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.*

Beschluss der heutigen Reunion. Vorschlag einer Antwort an die Alliierten betreffend Mediation. La réunion pense que la réponse des Puissances aux alliés pourrait être ainsi conçue: „Les Puissances prenant acte avec satisfaction des dispositions des alliés pour la cessation des hostilités, répondent de la façon suivante sur les quatre points de la note des alliés: 1° Le premier point ne soulève pas d'objection. 2° Sur le second point les Puissances font observer que le sort des îles de la Mer Egée ayant été réservé à l'appréciation des Puissances, ce point ne peut être admis que sous réserve des décisions à prendre au sujet de certaines de ces îles. 3° Sur le troisième point les Puissances déclarent qu'elles seront prêtes à faire connaître dès maintenant aux alliés la délimitation nord et nord-est de l'Albanie et que celle du sud-est et du sud leur sera communiquée aussitôt qu'elle aura été établie. 4° Sur le quatrième point la solution de toutes les questions d'ordre financier ayant été réservée à la commission technique de Paris à laquelle prendront part les délégués des belligérants, les Puissances estiment qu'il n'y a pas lieu de s'expliquer quant à présent sur le principe de l'indemnité." Sir E. Grey communique ce projet de réponse aux représentants britanniques auprès des Etats belligérants en les invitant à le remettre collectivement aux gouvernements auprès desquels ils sont accrédités, aussitôt que leurs collègues auront reçu des instructions semblables. Il prescrit en même temps aux représentants britanniques à Sophia, Athènes, Belgrade

et Cettigné de communiquer avec leurs collègues aux gouvernements auprès desquels ils sont accrédités la délimitation nord et nord-est de l'Albanie telle qu'elle a été arrêtée par les Puissances. Mensdorff.

a) Vgl. n. 6472, 6496, 6517, 6528, 6557, 6593 Anm. b, 6632, 6694, 6701.

Nr. 6515. Tel. aus London, 8. April 1913 Nr. 289 (eing. 9. April 12 U. 40 M. a. m.). Entziff.

Im Foreign Office heute nachmittags Telegramm der englischen Gesandtschaft in Belgrad eingetroffen, demzufolge serbische Regierung erklärt hätte, keine Truppen- und Munitionstransporte nach Skutari mehr zu schicken. Mensdorff.

Nr. 6516. Tel. aus London, 8. April 1913 Nr. 291 (eing. 9. April 12 U. 40 M. a. m.).a) Entziff.

Bei heutiger Reunion wurde in eine Besprechung der Südgrenze Albaniens nicht eingegangen. Sir E. Grey warf aber die Anregung ein, ob die Bestellung einer internationalen Kommission zur Festsetzung der Südgrenze diese Aufgabe nicht erleichtern könnte. Mein italienischer Kollege meinte, es schienen ihm dagegen Bedenken obzuwalten. Ich erklärte, zu dieser Anregung, von der ich zum ersten Male höre, nicht Stellung nehmen zu können und daß ich nur darüber an Euer Exzellenz berichten könne. Mensdorff.

a) Vgl. n. 6535, 6551.

Nr. 6517. Tel. aus London, 8. April 1913 Nr. 292 (eing. 9. April 12 U. 40 M. a. m.). Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 299 vom 7. d. Mts. und Telegramm Nr. 300a) von heute, Antwort der Alliierten auf Mediationsanerbieten. Wie Euer Exzellenz aus meinem heutigen Telegramm Nr. 287 entnehmen wollen, ist bei heutiger Reunion bezüglich des Punktes 3 unser Standpunkt, der von mir dargelegt und von Sir E. Grey unterstützt wurde, vollständig zum Ausdruck gekommen. Schwierig war die Redaktion von Punkt 2 und 4, die dann auch etwas vage gehalten wurden. Bei Punkt 2 wehrte sich namentlich mein italienischer Kollege, von meinem deutschen Kollegen lebhaft unterstützt, gegen jede Fassung, welche der Zukunft der Inseln präjudizieren könnte. Bei Punkt 4 sprach sich mein deutscher Kollege wieder energisch gegen Zulassung des Prinzipes einer Kriegsentschädigung aus, während mein russischer Kollege begann, behutsam dafür einzutreten. Ich hielt mich mit Ausnahme des Punktes 3 passiv. Mensdorff.

a) Mit Tel. Nr. 300, 7. April 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 6476 nach London mit dem Beifügen mitgeteilt, Berchtold sehe in der Textierung dieser Note ein weiteres Argument für die in n. 6496 „ad 3 ausgesprochene Ansicht, daß die Beschlüsse der Réunion über die Nord- und Nordostgrenze Albaniens den Balkanstaaten bereits hätten notificiert werden sollen, und dies nunmehr nachzuholen wäre".

Nr. 6518. Tel. aus London, 8. April 1913 Nr. 293 (eing. 9. April 12 U. 40 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Kommandant der englischen Eskader vor Antivari hat gestern nachstehende Instruktion erhalten: „Sie wollen sofort friedliche Blockade aktivieren von Antivari bis Mündung des Drin, unter Voraussetzung, daß Ihre Kollegen zustimmen. Im Falle, daß Transporte, die Kriegsmaterialien oder Truppen an Bord führen, innerhalb des Blockadegebietes eintreffen, haben Sie diese zu warnen, die Fahrt fortzusetzen. Falls dieselben diese Warnung nicht beachten, was äußerst unwahrscheinlich ist, haben Ihre Schiffe eine derartige Stellung zu nehmen, welche die Absicht anzeigt, die Landung zu verhindern. Sie dürfen jedoch nur im Falle aggressiven Vorgehens der anderen Seite feuern und dies nur im äußersten Falle. Sie haben selbstverständlich in allen Blockademaßregeln im Einvernehmen mit allen Ihren Kollegen vorzugehen. In Fällen, welche nicht unter diese Instruktionen fallen, haben Sie Instruktionen einzuholen, ausgenommen Fälle äußerster Dringlichkeit." Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6418.

Tel. nach Paris, 8. April 1913 Nr. 216 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 6522.

Tel. nach Rom, 8. April 1913 Nr. 357 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 6522.

Tel. nach Rom, 8. April 1913 Nr. 358 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6509.

Nr. 6519. Tel. nach Rom Nr. 359 (1), Berlin Nr. 286 (2) und Cetinje Nr. 78 (3), 8. April 1913 (chiffr. 9. April 12 U. 40 M. a. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

1. u. 2. Baron Giesl telegraphiert unter dem 6. l. M. wie folgt: ... *wie n. 6479 bis „finanzielle Kontrolle"* ...

1. Obwohl ich die Hoffnung nicht aufgeben will, daß ein energischeres Vorgehen der internationalen Eskader, welches angesichts der dem englischen Admiral und somit Europa erteilten schroff ablehnenden Antwort unvermeidlich scheint, die montenegrinische und serbische Regierung noch zur Vernunft bringen kann, halte ich es angesichts des Ernstes der obigen Cetinjer Meldung für notwendig, die Eventualität einer gegen die Dynastie gerichteten Bewegung in Montenegro zum Gegenstande eines Gedankenaustausches mit der italienischen Regierung zu machen. Euer Exzellenz wollen bei Mitteilung der Meldung Baron Giesls Marquis di San Giuliano fragen, ob ihm ähnliche Nachrichten aus Cetinje zugekommen sind und was er gegebenen Falles zum Schutz der Dynastie zu unternehmen gedenke. Zur Regelung Euer Exzellenz Sprache teile ich Hochdenselben meinen bezüglichen Standpunkt im Nachstehenden mit. Die Gewährung von territorialen Kompensationen auf Kosten Albaniens über das Maß der Londoner Beschlüsse, wie dies etwa angeregt werden könnte, muß ich schon aus dem Grunde als ausgeschlossen bezeichnen, weil hiedurch Öster-

reich-Ungarns und Italiens gemeinsames albanesisches Programm ad absurdum geführt werden würde. Sollte die italienische Regierung die Initiative zur Gewährung einer internationalen, die ökonomische Selbstständigkeit Montenegros gewährleistenden finanziellen Unterstützung ergreifen, so wären wir unter Umständen bereit, dieser Frage näherzutreten, wobei ich jedoch ausdrücklich bemerke, daß es sich nicht um die Gewährung einer Kompensation an König Nikolaus handeln dürfte, sondern nur darum, der Dynastie Njegus nach Einstellung der Belagerung Skutaris beziehungsweise nach erfolgter Räumung der eventuell eroberten Stadt dadurch einen Rückhalt im eigenen Lande zu bieten, daß die Vorbedingungen einer günstigen ökonomischen Entwicklung Montenegros durch Gewährung einer finanziellen Hilfe gesichert erscheinen. Zu diesem Zwecke müßten ausreichende Garantien dafür geboten werden, daß die internationale finanzielle Unterstützung auch wirklich dem Lande zugute komme.

2. Bei Mitteilung obiger Meldung telegrafiere ich unter einem an Herrn von Mérey wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1 von „Obwohl ich die Hoffnung" bis zum Schluß). Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an Herrn von Jagow.

3. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 108 vom 6. l. M. Bei Mitteilung eines Auszuges aus Euer Hochwohlgeboren Meldung telegrafiere ich unter Einem an Herrn von Mérey wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1 von „Obwohl ich die Hoffnung" bis zum Schluß). Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren rein persönlicher Orientierung.

[a] Vgl. n. 6466, 6538. Berchtold.

Nr. 6520. Tel. aus Rom, 8. April 1913 Nr. 200 (eing. 9. April 5 U. 50 M. a. m.). Entziff.

Vertraulich. Heute fand ich Minister des Äussern in wesentlich optimistischerer Stimmung auf Grund eines in der Tat sehr wichtigen Telegrammes aus Paris, welches er mir vorlas und worin Herr Tittoni über eine Unterredung mit M. Paléologue berichtet. Letzterer erklärte hiebei mit Nachdruck, dass Frankreich Alles zu tun bereit sei, um Montenegro zum Nachgeben zu bewegen, also auch Ausdehnung der Blockade auf albanesische Küste und Verhinderung der Landung serbischer Verstärkungen zustimme. Des weiteren äusserte sich der politische Direktor dahin, dass — falls diese Massnahmen unwirksam blieben — man graduell zu weiteren Aktionen schreiten werde. Die Gradation sei nötig, um die öffentliche Meinung Frankreichs allmählich umzustimmen. Schliesslich sagte M. Paléologue, im äussersten Falle — wenn nämlich nach dem Versagen aller anderen Mittel eine Aktion Österreich-Ungarns unvermeidlich würde — sollte die Monarchie, bevor sie etwas unternehme, noch früher mit einer Intimation (oder einer Art von Sommation) an die Mächte herantreten. Herr Tittoni fügt bei, er habe Überzeugung gewonnen, dass man sich französischerseits der Gefahr der Situation durchaus bewusst und einen europäischen Konflikt zu vermeiden bemüht sei. Marquis San Giuliano erblickt in diesen Äusserungen zunächst den Beweis, dass der Aktion auch in ihren weiteren Stadien der internationale Charakter gewahrt bleiben

wird. Wenn ausser dem Dreibund zwei Mächte der Triple-Entente (er wies auf die Rede Sir E. Greys hin) so energisch gegen Montenegro aufzutreten entschlossen sind, sei die Situation gerettet und Russlands Stellungnahme keine Gefahr mehr. Der Minister stimmte mir aber auch zu, als ich aus den Ausführungen des M. Paléologue den Schluss zog, dass gegebenenfalls auch ein europäisches Mandat — vielleicht mit Ausnahme Russlands — für eine Aktion der Monarchie — sei es allein, sei es mit Italien, zu erreichen sein wird. In der Frage der Kompensation, welche der Minister wieder aufwarf, verhielt ich mich ablehnend, gab aber im Sinne des hohen Telegrammes vom 7. d. M. Nr. 355[a]) zu verstehen, dass wir der Grossmut anderer Staaten keine Schranken setzen wollen. Marquis San Giuliano bemerkte, für Italien bestehe die Schwierigkeit, dass dann die Zuwendung den Charakter eines dynastischen Geschenkes erhielte, was vermieden werden müsse. Der Minister erinnerte ferner daran, dass Euer Excellenz in einem früheren Stadium der Krise bereits zugestimmt hätten, Montenegro finanziell beizuspringen, wenn die betreffenden Geldmittel für bestimmte kulturelle Zwecke festgelegt würden. Ich habe im Ganzen den Eindruck, dass wir entgegen dem äusseren Anscheine am Ausgange der Gefahrenzone der Skutarifrage stehen. Mérey.

[a]) Irrtümlich statt 354.

Nr. 6521. Tel. nach St. Petersburg, 8. April 1913 Nr. 262 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 145 und 146 vom 7. d. M. erhalten. Trotz der ablehnenden Haltung der Triple-Entente lege ich doch Wert darauf, daß Euer Exzellenz in der morgigen Sitzung noch einen letzten Versuch machen, für Rumänien eine Grenzberichtigung an der Küste wenigstens in dem Ausmaße zu erreichen, daß aus Mangalia ein gesicherter Hafen gemacht werden kann. Was Bulgarien anbelangt, wollen Euer Exzellenz erwähnen, daß man in Sofia nach unseren Informationen allerdings bereit wäre, sich mit der Abtretung von Silistria abzufinden, aber nur unter der Voraussetzung einer Kompensation. Wir hielten daher an der Überzeugung fest, daß es im Interesse der allseits gewünschten Herstellung eines freundlichen Verhältnisses zwischen Rumänien und Bulgarien erforderlich sei, der bulgarischen Regierung die Möglichkeit zu geben, durch den Hinweis auf einen gleichzeitig erlangten Vorteil das Land über den Verlust von Silistria zu beruhigen. Euer Exzellenz wollen weiters unserem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß unsere Anregung bezüglich Saloniks von der Réunion nicht akzeptiert worden sei, hiebei betonend, daß wir auf einer Entschädigung Bulgariens in irgend einer Form bestehen müßten. Wir schlügen daher vor, daß die Réunion schon jetzt aussprechen möge, die Mächte würden bei der seinerzeitigen Regelung der Frage der ägäischen Inseln nebst Thasos auch Samothrake Bulgarien zusprechen. Zur Begründung wollen Euer Exzellenz bemerken, daß Samothrake der künftigen bulgarischen Küste vorgelagert sei, was allein schon für dessen Einbeziehung in das bulgarische Gebiet spreche. Andererseits liege die Insel so weit von den Dardanellen entfernt, daß von dort eine Bedrohung der Meer-

engen nicht zu befürchten sei. Endlich könne wohl von keiner Seite die Kompetenz der Mächte bezweifelt werden, über das Schicksal von Samothrake zu beschließen, da sie sich ja die Entscheidung über die Inseln des Ägäischen Meeres ausdrücklich vorbehalten hätten. Euer Exzellenz wollen, wenn dies mit Rücksicht auf die knapp bemessene Zeit möglich ist, sich noch vor der Réunion mit Ihrem deutschen und italienischen Kollegen in Verbindung setzen und ihnen den Inhalt der vorstehenden Instruktion vertraulich mitteilen. Es schiene mir überhaupt wünschenswert, wenn die Vertreter des Dreibundes ebenso geschlossen auftreten würden wie jene der Triple-Entente. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6509, 6524, 6526, 6540, 6541, 6556.

Nr. 6522. Tel. nach St. Petersburg Nr. 263 (1), Paris Nr. 216 (2), London Nr. 303 (3), Berlin Nr. 283 (4) und Rom Nr. 357 (5), 8. April 1913 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1.—5. Laut einer telegraphischen Meldung des Generalkonsulates Salonik vom 7. l. M. liegen 17 mit serbischen Truppen und Material voll beladene griechische Dampfer seit 5. l. M. im dortigen Hafen zur Abreise nach Albanien bereit. Der definitive Abfahrtsbefehl sei noch ausständig.

1. Euer Exzellenz wollen vorstehende Meldung bei Herrn Sazonow verwerthen und bei dieser Gelegenheit auf dessen in Hochdero Telegramm Nr. 140 vom 7. l. M. gemeldete Äußerung, die Verhängung der Blokade bis südlich von Durazzo wäre eine verspätete Maßregel, reagirend bemerken, daß das seinerzeitige Einlangen der 16 Dampfer in Medua zwar von europäischem Standpunkte aus bedauerlich erscheine, daß aber Sicherheitsmaßregeln gegen weitere Transporte auch jetzt noch gerechtfertigt seien.

2. Euer Exzellenz wollen vorstehende Meldung zur Kenntnis Herrn Pichons bringen und beifügen, daß mir diese Nachrichten geeignet erscheinen, die Kommandanten der vor Antivari liegenden Schiffe mit weitgehenderen Instruktionen zu versehen, als jene, welche laut Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 70 vom 7. l. M. an den französischen Kommandanten ergangen sind. Bei dieser Gelegenheit wollen Hochdieselben darauf hinweisen, daß die Landung weiterer serbischer Truppentransporte, ob diese nun für Skutari oder Durazzo bestimmt seien, unbedingt verhindert werden müsse, wenn die Großmächte die von ihnen bezüglich der Adriahafenfrage und der Grenzen Albaniens gefaßten Beschlüsse nicht ad absurdum geführt sehen wollen.

3. Euer Exzellenz wollen vorstehende Meldung zur Kenntnis Sir E. Greys bringen und seine Aufmerksamkeit darauf lenken, wie wichtig es für die tatsächliche Durchführung der Londoner Beschlüsse bezüglich der Adriahafenfrage und der Delimitirung Albaniens wäre, daß die von der internationalen Flotte verhängte Blokade eine effektive sei und sich unserem Vorschlage gemäß bis südlich von Durazzo erstrecke. Über die Stellungnahme der französischen Regierung meldet mir Graf Szécsen unter dem 7. l. M. wie folgt: ... *wie n. 6497 von „Le Gouvernement“ bis inkl. „du Drin“* ... Die in diesem Sinne an den Kommandanten des französischen Kriegsschiffes abgegangenen Instruktionen sind meiner Ansicht nach nicht nur nicht geeignet, die internationale Flottendemonstration zu einem Ergeb-

nisse zu bringen, sondern können nicht verfehlen, den Widerstand Montenegros und Serbiens gegen die Londoner Beschlüsse anzuspornen. In diesem Belange ist eine gestrige Meldung Baron Giesls von Interesse, welche besagt, nach Informationen französischen Geschäftsträgers sei friedliche Blockade und nur montenegrinischer Küste in Aussicht genommen. Es verlaute neuerdings in Cetinje, daß Generalangriff auf Skutari demnächst bevorstehe. Vorstehendes gleichfalls zur Verwertung Sir E. Grey gegenüber.

4. u. 5. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes zur Kenntnis der dortigen Regierung bringen und bemerken, daß mir unter den obwaltenden Umständen die Erstreckung der Blokade bis südlich von Durazzo unumgänglich notwendig erscheint und ich in diesem Sinne auch in London und Paris für die Erlassung weitgehenderer Instruktionen an die Schiffskommandanten eintrete.

Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 212 Nr. 404. Vgl. n. 6536, 6549.

Nr. 6523. Tel. nach St. Petersburg, 8. April 1913 Nr. 264 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 142 vom 7. l. M. Wenn Euer Exzellenz in unauffälliger Weise Gelegenheit finden könnten, Herrn Sazonow gegenüber die Konversation auf die jüngste Ausschiffung russischen Kriegsmaterials in Antivari zu bringen, so würde ich Wert darauf legen, daß Hochdieselben die Lieferung von Kriegsmaterial an Montenegro im gegenwärtigen Momente als äußerst inopportun bezeichnen. Ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, könnten Hochdieselben vielmehr als Ihre eigene Ansicht beifügen, daß es in Wien gewiß einen günstigen Eindruck hervorgerufen hätte, wenn die russische Regierung auch diesmal das bereits unterwegs befindliche, für Montenegro bestimmte Schiff von Petersburg aus aufgehalten hätte, wie dies in einem ähnlichen Falle während der Annexionskrise mit der Motivirung, die Situation nicht kompliciren zu wollen, geschehen ist. Zu der im Schlußalinea[a]) Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 141 vom 7. l. M. wiedergegebenen Äußerung Herrn Sazonows könnten Hochdieselben gleichfalls als eigene Ansicht bemerken, daß die Erfahrungen, welche wir bisher mit den bündigsten Zusagen der serbischen Regierung gemacht haben, unser Vertrauen in derartige Enunciationen stark erschüttert haben und diese daher nicht in unser Kalkül gezogen werden können.

Berchtold.

[a]) Schlußalinea von n. 6501 beginnt mit „Sobald entweder Skutari ...“.

Nr. 6524. Tel. nach St. Petersburg, 8. April 1913 Nr. 265 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 148 vom 8. d. nach Expedition meines heutigen Telegrammes Nr. 262 erhalten. Die von Euer Exzellenz gemeldete Ablehnung einer Kompensation für Bulgarien durch die Triple-Entente beruht, wie Euer Exzellenz hervorheben, auf dem von ihr vertretenen Prinzip der Nichteinmischung der Mächte in die Aufteilung der neu zu erwerbenden Gebiete unter den Alliierten. Von diesem Standpunkte aus

können jedoch gegen die in meinem heutigen Telegramme[a] in Aussicht genommene Entschädigung Bulgariens durch Samothrake keine Einwendungen erhoben werden, da die Mächte, wie in meiner citierten Weisung bereits bemerkt, sich die Entscheidung über das Schicksal der Inseln vorbehalten haben. Euer Exzellenz wollen daher im Sinne meiner letzten Instruktion den besprochenen Kompensationsvorschlag in der morgigen Sitzung vorbringen. Berchtold.

[a] n. 6521.

Nr. 6525. Tel. aus St. Petersburg, 8. April 1913 Nr. 147 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Nach Schluss der heutigen Réunion besprach Herr Sazonow mit uns die von den Balkanstaaten auf das Friedensvermittlungsanbot der Mächte erteilte Antwort,[b] die er als recht unbefriedigend bezeichnete. Er meinte aber, dass man trotzdem versuchen sollte, um einen Schritt weiter zu kommen. Die wichtigste Frage sei seiner Ansicht nach entschieden die der Kriegskontribution. Hierauf halte speziell Bulgarien am meisten und er sei überzeugt, dass, wenn es gelinge, in dieser Angelegenheit einen Ausweg zu finden, der Frieden um ein gutes Stück näher gebracht wäre. Er mache daher folgenden Vorschlag: Bekanntlich sei im Jahre 1904 der Türkei eine 3%ige Zollerhöhung bewilligt worden, deren Ergebnis ausschliesslich den Bedürfnissen der drei mazedonischen Vilajets reserviert worden sei. Wenn nun bestimmt würde, dass die Türkei auch fernerhin diesen 3%igen Zuschlag zu den Zöllen zu Gunsten der Alliierten abzuführen hätte, wären letztere in der Lage, auf Grund desselben eine Anleihe aufzunehmen, welche die von ihnen reklamierte Kriegsentschädigung vorstellen würde. Der Türkei würde hiedurch keine neue Last aufgebürdet und die bisherigen Gläubiger der Türkei wären in keiner Weise geschädigt. Was Serbien betreffe, so habe es das Verlangen nach Mitteilung der albanischen Grenzen gestellt. Da diese, wenigstens was das Serbien allein interessierende Nordalbanien betreffe, bereits festgelegt seien, sehe er nicht ein, warum man dieselben nun nicht in offizieller Form Serbien zur Kenntnis bringen sollte. Hiedurch wäre das Verlangen Serbiens erfüllt und dieses hätte dann keine Ausrede mehr, sich an den Kriegsoperationen zu beteiligen. Den Griechen endlich könnte man nach der Meinung Herrn Sazonows sagen, dass sämtliche Inseln in den Händen der Mächte seien, mit welchen sich Griechenland über deren Schicksal auseinanderzusetzen hätte. Bliebe noch Montenegro. Dieses wäre aber auf diese Weise ganz isoliert und könnte allein nicht mehr viel machen. Ich bitte um geneigte Weisung, wie Euer Exzellenz über den erwähnten Vorschlag Herrn Sazonows denken. Thurn.

[a] Vgl. n. 6528, 6557, 6619. — [b] Vgl. n. 6472.

Nr. 6526. Tel. aus St. Petersburg, 8. April 1913 Nr. 148 (eing. 7 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm von heute Nr. 259, welches sich mit meinen gestrigen Telegrammen Nr. 145 und 146 gekreuzt hat. Wie

Euer Exzellenz aus letzterem entnommen haben werden, hat sich die in der ersten Sitzung bestandene Geneigtheit, für Bulgarien eine Kompensationsnotwendigkeit im Prinzipe anzuerkennen, bei den Vertretern der Tripleententemächte nicht erhalten. Ein formelles Festnageln auf die zuerst ausgesprochene Kompensationsgeneigtheit hatte ich zwar durch Rekapitulierung der bezüglichen Aussprüche der ersten Sitzung versucht, doch war dies in bindender Weise nicht möglich, da kein Protokoll geführt wird und bisher auch keine bindenden Beschlüsse gefasst worden sind. Bei der absolut intransigenten Haltung, die die genannten Vertreter derzeit einnehmen, indem sie erklären, bereits zum äussersten Grade der Konzessionen gelangt zu sein, und dabei von der Einbeziehung anderer Fragen, wie speziell jener einer Kompensation Bulgariens und schon gar einer territorialen, absolut nichts mehr hören wollen, wäre es ganz aussichtlos, diese Frage nochmals aufs Tapet zu bringen. Die Frage stellt sich vielmehr, wie mir scheint, nur mehr dahin, ob wir das in meinem gestrigen Telegramme wiedergegebene, als äusserste Konzession bezeichnete Anbot anzunehmen in der Lage sind oder nicht. Im letzteren Falle muss allerdings mit dem Abbruche der Réunion als mit einer sicheren Konsequenz gerechnet werden. Was speziell die Eventualität territorialer Kompensation im Westen anbelangt, so scheitert jede diesbezügliche Anregung an dem von der Tripleentente als unumstösslich aufgestellten Prinzipe der Nichteinmischung in die Länderteilung zwischen den Alliierten. Ausserdem machte mir gegenüber privatim der italienische Botschafter die Bemerkung, die Forderungen der Bulgaren seien in dieser Beziehung Serbien gegenüber so weitgehend, dass es unmöglich wäre, an eine darüber hinausgehende Kompensation Bulgariens auch nur zu denken. Würde man aber etwas als Kompensation anbieten, was sehr wahrscheinlich weniger wäre, als die Bulgaren ohnehin vindizieren, so würde man damit nicht ihren Dank, sondern im Gegenteil deren Unzufriedenheit hervorrufen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6521, 6524.

Nr. 6527. Tel. aus Sofia, 8. April 1913 Nr. 326 (eing. 9. April 3 U. 40 M. a. m.).[a]) *Entziff.*

Konseilspräsident ist unpässlich und seit vorgestern (vide mein Telegramm Nr. 323) konnte ich ihn nicht sehen. Es wäre sehr bedauerlich, wenn mein Kontakt mit Herrn Geschoff jetzt längere Unterbrechung erleiden sollte. Der Moment, wo die noch immer zögernde und zuwartende Politik je nach der Wendung der so unsicheren allgemeinen Lage und unter dem Einflusse der Haltung Russlands, des Verhältnisses zu Verbündeten und der rumänischen Frage eine bestimmtere (Richtung)[b]) nehmen wird, dürfte bevorstehen. Herr Danew gestern nachts aus Petersburg hier eingetroffen, ist bis jetzt unsichtbar. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6542. — [b]) Chiffre fehlt.

Tel. nach Athen, 9. April 1913 Nr. 84 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6528.

Nr. 6528. Tel. nach Belgrad Nr. 104 (1), Cetinje Nr. 80 (2), Athen Nr. 84 (3), Sofia Nr. 180 (4), Berlin Nr. 290 (5), Rom Nr. 363 (6), Konstantinopel Nr. 187 (7), Paris Nr. 219 (8), St. Petersburg Nr. 268 (9), Bukarest Nr. 198 (10) und London Nr. 307 (11), 9. April 1913 (chiffr. 12 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

1.—10. Fortsetzung zu meinem Telegramm von heute.[b]

1.—4. Ich ersuche Euer etc., die von Sir E. Grey in Aussicht genommenen, im zitierten Telegramme erwähnten beiden Kollektivdemarchen — si omnes — auszuführen.

1.—2. Die von der Londoner Botschafterréunion vereinbarte Nord- und Nordostgrenze Albaniens wollen Euer Hochwohlgeboren aus meinem Telegramm vom 23. v. M.

1. Nr. 76

2. Nr. 44

1.—2. entnehmen.

3.—10. ... *wie n. 6273 von „Die von der Londoner Botschaftsréunion vereinbarte" bis „lac d'Okhrida"* ...

5.—10. Ich beauftrage die k. u. k. Gesandtschaften in Athen, Belgrad, Cetinje und Sofia die von Sir E. Grey in Aussicht genommenen, im eingangs zitierten Telegramm erwähnten Kollektivdemarchen — si omnes — auszuführen.

9. Im Hinblick auf diese Beschlüsse der Londoner Réunion betrachte ich die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 147 vom 8. d. M. wiedergegebenen Anregungen Herrn Sazonows als überholt. Die Frage einer Verwendung der 3%igen Zollerhöhung wird hierorts noch einem besonderen Studium unterzogen, bevor die entsprechenden Instruktionen nach Paris ergehen.

5., 6., 8., 9. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

7. u. 10. Vorstehendes zu Euer etc. vertraulichen Information.

10. und Mitteilung an König Carol.

11. Zu Euer Exzellenz Telegramm 287 vom 8. d. M. Ich beauftrage die k. u. k. Gesandten in Athen, Belgrad, Cetinje und Sofia die von Sir E. Grey in Aussicht genommenen beiden Kollektivdemarchen — si omnes — bei den dortigen Regierungen auszuführen. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber dem Herrn Staatssekretär und Ihren Kollegen von der Réunion. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 214 Nr. 409. Vgl. n. 6544, 6561, 6564, 6620. — [b] Mit diesen Telegrammen Nr. 103 (1), 79 (2), 83(3), 179 (4), 289 (5), 362 (6), 186 (7), 218 (8), 267 (9), 197 (10) wurde n. 6514 mitgeteilt.

Nr. 6529. Tel. aus Belgrad, 9. April 1913 Nr. 196 (eing. 11 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Belagerung von Skutari. Ad Telegramm Nr. 99 vom 8. d. M. Herr Pašić sagte mir, dass König Nikolaus das Oberkommando nur teilweise General Bojović übergeben habe. Die prinzipiellen Entscheidungen in großen Fragen habe er sich vorbehalten; mithin hänge die Frage der Fortsetzung der Belagerung weiter vom König ab. Serbischer Regierung sei Übertragung des Oberkommandos eigentlich gar nicht recht gewesen, da sie Verantwortung nicht übernehmen wolle. Versuche, König zur Vernunft zu bringen, sollen von hier aus angeblich fortgesetzt werden. Ugron.

Tel. nach Berlin, 9. April 1913 Nr. 290 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6528.

Nr. 6530. Tel. aus Berlin, 9. April 1913 Nr. 184 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Antwort auf gestriges Telegramm Nr. 284 betreffend Petersburger Reunion. Über den Verlauf vorgestriger Botschafterreunion in Petersburg ist deutsche Regierung durch Grafen Pourtalès benachrichtigt. Staatssekretär teilt Euer Exzellenz Meinung, dass in der nächsten Sitzung noch ein Versuch gemacht werden soll, für Rumänien eine Grenzberichtigung an der Schwarzen Meer-Küste zu erlangen. Eine entsprechende Instruktion hat der deutsche Botschafter in Petersburg schon erhalten. Hingegen hat Herr von Jagow in Betreff Euer Exzellenz Vorschlages, bei der seinerzeitigen Regelung der Frage der ägäischen Inseln auch Samothrake Bulgarien zuzusprechen, ernste Bedenken. In dieser Beziehung sollten wir uns nach Ansicht des Staatssekretärs die Hände nicht binden. Übrigens hat er mir zugesagt, seine definitive Antwort mir ehebaldigst mitzuteilen. Szögyény.

[a] Vgl. n. 6546.

Nr. 6531. Bericht aus Berlin, 9. April 1913 Nr. 11 A (eing. 10. April). Ausfert.

Dem hohen streng vertraulichen Erlasse[a] vom 5. d. M. Nr. 278 entnehme ich, dass Fürst Lichnowsky dem Grafen Mensdorff gegenüber sich dahin geäussert habe, dass Kaiser Wilhelm sich jetzt lebhaft für die griechischen Wünsche betreffs der Südgrenze Albaniens interessire und dass man demzufolge hier — in Berlin — ein Kompromiss in der Grenzfrage anstrebe. Schon vor einiger Zeit brachte Herr von Jagow mir gegenüber diese Angelegenheit zur Sprache und gestand mir, dass Kaiser Wilhelm tatsächlich infolge seiner persönlichen Stellung zur Königin Sophie von Griechenland ihm, dem Staatssekretär, den Auftrag erteilt habe, sich den betreffenden griechischen Wünschen gegenüber entgegenkommend zu verhalten. Einen Versuch, unsere Zustimmung hiezu zu erlangen, hat Herr von Jagow mir gegenüber bisher nicht gemacht, da er — wie ich aus seinen Worten ersehen konnte — aus den Berichten Herrn von Tschirschkys und aus den diesbezüglichen Äusserungen meines italienischen Kollegen entnommen hatte, dass die Festsetzung der Grenzlinie, so wie sie von Griechenland gewünscht wird, nach Euer Excellenz und Marquis di San Giulianos Ansicht mit den Interessen Österreich-Ungarns und Italiens unvereinbar wäre. Nur so viel erwähnte mir der Staatssekretär, dass, wenn diesen Wünschen Griechenlands in keiner Weise entsprochen würde, Griechenlands politische Orientierung in der Zukunft der Entente und speziell Frankreich zuneigen würde. Einer Mitteilung meines französischen Kollegen zufolge hätte Herr von Jagow die ihm gegenüber vom griechischen Geschäftsträger zur Sprache gebrachte Möglichkeit, durch ein Plebiszit die Zugehörigkeit der Bevölkerung des heute von den Griechen besetzten Teiles Albaniens zu bestimmen, rundweg abgelehnt. Szögyény.

[a] Irrig statt Telegramm.

Tel. nach Bukarest, 9. April 1913 Nr. 198 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6528.

Tel. nach Cetinje, 9. April 1913 Nr. 80 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6528.

Nr. 6532. Tel. aus Cetinje, 9. April 1913 Nr. 111 (eing. 10. April 5 U. a. m.). Entziff.

König hat gestern zu meinem italienischen Kollegen, wahrscheinlich tendenziös, geäussert, dass er Macht über Armee verloren und diese, wenn er Rückzug von Skutari befehle, nicht gehorchen würde. Armee verdächtigt König angeblich eines geheimen Abkommens mit Österreich-Ungarn, wonach Skutari nicht fallen dürfe. Deshalb Entscheidung bei serbischem Oberkommandanten, welcher erklärt haben soll, dass die Stadt nur nach Niederringen mit Artillerie und nach Eintreffen von Verstärkungen, sonst nur mit schwersten Opfern genommen werden könnte. König versicherte, er sei gezwungen, bis auf Äusserstes Widerstand zu leisten, der erneuerte Angriff auf Skutari hänge vom serbischen General ab. Über die Verhängung der Blockade noch keine Nachricht. Finanzminister Belgrad abgereist, um Geldunterstützung zu erbitten und Zufuhr Lebensmittel im Falle Grenzsperre sicherzustellen. Giesl.

Tel. nach Konstantinopel, 9. April 1913 Nr. 187 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6528.

Nr. 6533. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 9. April 1913 Nr. 200 (eing. 8 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Wie mir deutscher Botschafter streng vertraulich mitteilt, werden Kriegsschiff „Göben" und eventuell noch zwei deutsche Kriegsschiffe wahrscheinlich nächster Tage nach Mersina gehen, um einerseits dortige Tätigkeit Frankreichs zu beobachten, andererseits gewissermaßen zu markieren, dass Deutschland jene Gegend als deutsche Interessensphäre ansieht. Pallavicini.

Tel. nach London, 9. April 1913 Nr. 307 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6528.

Nr. 6534. Tel. aus London, 9. April 1913 Nr. 295 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Die von mir gemeldete [a]) Besorgnis des Foreign Office über bulgarische Pläne ist geschwunden. Man sagte mir, man sei beruhigt, und dass Bulgaren die Idee eines ...[b]) und Angriffe auf Tschataldja aufgegeben hätten. Sie scheinen vielmehr ihre Stellungen gegenüber ihren Alliierten sichern zu wollen, mit Rücksicht auf die wahrscheinlichen Divergenzen bei Aufteilung der neuerworbenen Gebiete. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6483. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 6535. Tel. aus London, 9. April 1913 Nr. 296 (eing. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 291, Südgrenze Albaniens. Nach Äusserungen, die mir Tyrrell machte, scheint Idee der

Bestellung internationaler Kommission zur Festsetzung der Südgrenze ernstlich hier erwogen zu werden. Tyrrell meinte, er sehe nicht, wie sonst eine Einigung erzielt werden könne, Frankreich gehe in Unterstützung griechischer Wünsche zu weit, Italien hingegen sei zu ablehnend. In Griechenland sei alles chauvinistisch, inklusive König und dessen Brüder, so dass Herr Venizelos für vernünftige und mässigende Politik nicht dieselbe Stütze oben finden wird, wie unter dem klugen verstorbenen König. Auf meine Bemerkung, dies würde Regelung weit hinausschieben, meinte Tyrrell, dies wäre kein grosses Übel. Es schwebe ihm vor eine internationale Kommission, Einholung eines Plebiszits der Bevölkerung, während dessen die griechischen Truppen die besetzten Territorien evacuieren müssten. Das Ganze scheint wohl nicht sehr praktisch und wäre eine Feststellung durch Kompromiss wohl vorzuziehen. Ich melde es aber für alle Fälle, da vielleicht der Vorschlag gemacht werden wird. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6551.

Nr. 6536. Tel. aus London, 9. April 1913 Nr. 297 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm Nr. 303 von heute betreffs Ausdehnung der Blockade. Ich konnte Sir E. Grey nicht sehen, habe seinem Kabinettschef Inhalt des Telegrammes mit dem Ersuchen mitgeteilt, es zur Kenntnis seines Chefs zu bringen. Tyrrell sagte mir, man habe Bestätigung, daß die serbischen Truppen in Salonik wieder ausgeschifft wurden und griechische Regierung erklärt habe, ihre Flotte nicht als Convoi für weitere Truppensendungen verwenden zu lassen, wodurch sich Situation wohl etwas modificiere. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 213 Nr. 406. Vgl. n. 6549, 9516.

Nr. 6537. Tel. aus London, 9. April 1913 Nr. 298 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Aus Konversationen, die ich mit Privatsekretär Sir E. Greys hatte, gewann ich folgenden Eindruck: Dank der Politik Euer Excellenz, die an dem europäischen Konzert festhielt, konnten die Verleumdungen von Wünschen Österreich-Ungarns nach einer isolierten Aktion ihr Ziel nicht erreichen. Sir E. Grey konnte im kritischen Momente eingreifen und hat durch seine Rede[b]) nicht nur sich, sondern alle Mächte öffentlich verpflichtet, die Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien aufrecht zu erhalten. Unsere Stellung ist soweit betreffs der bereits bestimmten Grenzen Albaniens unanfechtbar, selbst wenn Skutari fiele. Ich glaube bestimmt, dass dies auch die Auffassung Sir E. Greys ist und dies sich nicht ändern wird, ausser wenn die k. u. k. Regierung sich gezwungen sehen würde, ohne vorherige Vereinbarung mit den anderen Mächten allein und isoliert einzugreifen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6567. — [b]) Vom 7. April. Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 141.

Tel. nach Paris, 9. April 1913 Nr. 219 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6528.

Tel. nach Rom, 9. April 1913 Nr. 363 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6528.

Nr. 6538. Tel. aus Rom, 9. April 1913 Nr. 202 (eing. 10. April 5 U. 15 M. a. m.).[a] Entziff.

Hatte heute Aussprache mit dem Minister des Äussern über Euer Exzellenz Telegramm vom 8. d. M. Nr. 359 (Skutarifrage). Auch Consulta hat Nachrichten aus Cetinje, wonach im Falle eines kompensationslosen Verzichtes auf Skutari Stellung der Dynastie Njeguš vielleicht bedroht, diese Gefahr aber voraussichtlich durch eine finanzielle Zuwendung beschworen werden könnte. Auch aus diesem Grunde haben das hiesige und andere Kabinette schon seit längerer Zeit die Idee einer solchen finanziellen Unterstützung im Falle des Verzichtes auf Skutari vertreten, welche nie als ein persönliches Geschenk an den König, sondern immer nur als eine Zuwendung an das Land gemeint war. Rechtzeitig zugestanden, hätte diese Konzession vielleicht die Flottendemonstration überflüssig gemacht. Immerhin ist Marquis San Giuliano, welchem ich gestern noch unser Eingehen auf diesen Vorschlag als ganz ausgeschlossen bezeichnen musste, hoch erfreut, dass Euer Exzellenz nunmehr diesem Gedanken unter Bedingungen, welche auch er als unerlässlich bezeichnet, zustimmen. Ob man die Zuwendung „Kompensation" nenne oder nicht, sei ein rein äusserliches Detail. Italien sei bereit, die Initiative zu ergreifen, sei es allein, sei es — was man vorziehe — gemeinsam mit einer anderen Macht (Russland?). Mehr noch wie wir, müsse hiesige Regierung aber dabei darauf achten, dass die Sache nicht den Charakter eines Geschenkes an den König und keinen italienisch-dynastischen Einschlag bekomme. Man werde also eine Formel zu finden trachten, welche dies ausschließe. Vorläufig und unverbindlich entwarfen wir diesbezüglich folgenden Gedankengang: „Montenegro habe im Kriege relativ sehr erhebliche Opfer gebracht, sei daher auch ökonomisch erschöpft, was vom ...[b] Standpunkt des Gleichgewichtes auf dem Balkan und der zukünftigen Ruhe in jenen Gebieten bedenkliche Aussichten eröffne. Dagegen sei bei einer von entsprechenden Garantien umgebenen internationalen finanziellen Unterstützung des Landes dessen wirtschaftliche Erholung vorauszusehen, was auch erhoffen ließe, dass dann Montenegro ein Element der Ordnung würde und Aspirationen auf fremdes Territorium aufgebe." Schließlich bemerkte der Minister des Äussern, in praxi würden für diese finanzielle Zuwendung wahrscheinlich nur wir, Italien und Russland in Betracht kommen.

Mérey.

[a]) Vgl. n. 6552, 6586. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 6539. Tel. aus Rom, 9. April 1913 Nr. 203 (eing. 10. April 5 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 358 vom 8. d. M. Bulgarisch-rumänischer Konflikt. Auch hiesiger Minister des Äussern wünscht, Rumänien ausser Silistria eine zum Schutze Mangalias nötige Grenzberichtigung an der Küste zu verschaffen. Das Verlangen Bulgariens nach Samothrake hatte hiesiger bulgarischer Gesandter schon wiederholt in der Consulta

vorgebracht, Marquis di San Giuliano ist damit einverstanden, obwohl er wegen der relativen Nähe der Insel zu den Dardanellen sowie mit Rücksicht auf die dermalige griechische Okkupation Samothrakes gewisse Bedenken hegt. Bezüglich beider Punkte geht noch heute an den italienischen Botschafter in Petersburg Instruktion im Sinne Euer Exzellenz ab. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6546, 6588.

Tel. nach St. Petersburg, 9. April 1913 Nr. 268 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6528.

Nr. 6540. Tel. aus St. Petersburg, 9. April 1913 Nr. 149 (eing. 1 U. p. m.). Entziff.

Mit soeben eingelangtem Telegramme Nr. 262 von gestern beauftragten mich Euer Exzellenz, einen letzten Versuch zu machen, für Rumänien noch eine weitere Grenzberichtigung zu erlangen. Da Sitzung heute drei Uhr stattfindet, bitte ich um dringendste telegraphische Weisung, wie ich mich zu verhalten habe, wenn dies, wie ich befürchte, nicht zu erreichen ist.

Thurn.

Nr. 6541. Tel. aus St. Petersburg, 9. April 1913 Nr. 150 (eing. 7 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Nach Erhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 262 von gestern habe ich mich auftraggemäß mit meinem deutschen und italienischen Kollegen in Verbindung gesetzt. Es hat sich bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß keiner von beiden über die (gegenüber)[b]) dem letzten Vorschlag Euer Exzellenz betreffs Zuweisung Samothrakes an Bulgarien einzunehmende Haltung eine Instruktion besaß, sowie, daß überhaupt unsere Instruktionen nicht ganz konform sind. Wir sind übereinstimmend der Ansicht, daß, wenn überhaupt noch irgend eine Konzession von der Gegenseite zu erlangen ist, dies nur dann denkbar wäre, wenn die Vertreter der Dreibundmächte ganz geschlossen auftreten. Da dies durch die bisherigen Instruktionen nicht völlig gesichert ist und namentlich der deutsche und italienische Botschafter auf Grund ihrer bisherigen Weisungen zu dem Vorschlage betreffs Samothrake nicht entschieden Stellung nehmen könnten, haben wir auf Vorschlag des Grafen Pourtalès beschlossen, Herrn Sazonow zu ersuchen, die für heute anberaumte Sitzung auf Freitag nachmittags zu vertagen, unter dem Vorwande, daß wir die nach der letzten Réunion von unseren Regierungen erbetenen Instruktionen noch nicht erhalten haben. Wie ich bei dieser Gelegenheit feststellen konnte, lauteten die bisherigen Instruktionen meiner Dreibundkollegen wie folgt: Für Marquis Carlotti ist die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit folgendermaßen limitiert: „1° Cession de la ville entière de Silistrie à la Roumanie. 2° Rectification de la frontière à partir de cette ville jusqu'à la mer en y comprenant un trait de la côte suffisant pour assurer le port militaire de Mangalia. D'insister surtout sur cette dernière partie. Si impossible d'obtenir le tout, l'ambassadeur d'Italie se croirait autorisé, quoique dépourvu d'instructions précises à cet égard, à abandonner les deux triangles. L'ambassadeur d'Italie a en outre l'instruction de parler

en faveur d'une compensation à la Bulgarie". — L'ambassadeur d'Allemagne résume ses instructions ainsi qu'il suit: „La proposition de la triple entente est inacceptable; l'ambassadeur devra continuer d'appuyer les dernières demandes de la Roumanie, à savoir la ligne de Silistrie — Ṣabla Burun, telle qu'elle avait été convenue entre Monsieur Ghika et Monsieur Danew le 15 février. Si les représentants de la triple entente continuent à refuser toute autre concession, l'ambassadeur d'Allemagne est chargé de faire entendre — si ses collègues d'Autriche-Hongrie et d'Italie ont les mêmes instructions — qu'il ne pourrait accepter la proposition de la triple entente que dans le cas où la Roumanie en donnerait l'autorisation expresse. A cet effet il serait nécessaire, si la réunion y consent, de donner confidentiellement connaissance au gouvernement roumain de la proposition Delcassé." — Mit Rücksicht auf Vorstehendes bitte ich um geneigte neuerliche Instruktionen für die für Freitag 5 Uhr nachmittags festgesetzte Sitzung. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6546, 6556. — [b]) Chiffre fehlt.

Tel. nach Sofia, 9. April 1913 Nr. 180 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6528.

Nr. 6542. Tel. aus Sofia, 9. April 1913 Nr. 327 (eing. 10. April 7 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 326 von gestern. Herrn Geschoff geht es besser und er empfing mich heute in seiner Privatwohnung. Konseilspräsident hätte aus Petersburg zurückgekehrten Herrn Danew noch nicht länger sprechen können, wollte daher über Stand rumänischer Frage nicht informiert sein und erkundigte sich diesbezüglich bei mir, worauf ich antwortete, dass auch ich ohne frische Nachrichten und nur auf Zeitungsnachrichten angewiesen, die mir nicht richtig zu sein scheinen. Herr Geschoff bestätigte, dass Pressberichte, wonach Dreibundmächte sich ganz auf Seite Rumäniens gestellt hätten, nur Unkenntnis wahrer Haltung Österreich-Ungarns entsprungen sein können. Mitredner bedauere, dass — wie er dies annehmen müsse — Indiskretion begangen, da rumänische Presse jubiliere, was hiesige öffentliche Meinung beunruhige. Ich versicherte Herrn Geschoff, dass unserseits Verhandlungen und etwaige Beschlüsse mit Rücksicht auf bulgarische Regierung gewiss geheim gehalten werden. Im Verlaufe der weiteren Konversation bemerkte ich, es sei mir wieder zu Ohren gekommen, dass Griechenland und Serbien sich bemühen, Rumänien heranzuziehen und dass ich anderseits neue Beweise ausgezeichneter Dispositionen Rumäniens für Bulgarien hätte. „Vous devriez battre le fer tant qu'il est chaud", sagte ich. Herr Geschoff antwortete ähnlich wie (laut meines Telegrammes Nr. 296 vom 28. v. M.) unlängst der Finanzminister, nämlich, dass kein Grund zu Befürchtung, dass Rumänien den Griechen und Serben aufsitze und dass ausserdem bulgarische Regierung sich vor öffentlicher Meinung Blösse geben könnte, wenn sie jetzt vor Regelung rumänischer Frage Entente mit Rumänien suchen würde. Meine Beweise guter Dispositionen in Bukarest wollte Herr Geschoff kennen lernen und ich informierte ihn vertraulich im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 176[b]) vom 8. d. M. über Äusserungen

Herrn Majorescos. Zu den Konzessionen, zu welchen sich rumänischer Ministerpräsident bereit erklärte, bemerkte Herr Geschoff, dass Annahme Bezahlung für Silistria absolut unmöglich und einige Minister haben sogar Bedenken, Proposition eines Darlehens — welche rumänische Regierung hier bereits gemacht hätte — anzunehmen. Ich meinte unverbindlich, bulgarische Regierung könnte Darlehen geheim vereinbaren und dasselbe könnte später, wenn es mit Silistria nicht mehr in Zusammenhang gebracht wäre, effektuiert werden. Mitredner sagte, dies sei auch seine Ansicht und er wolle noch versuchen, Bedenken seiner Kollegen zu zerstreuen. Proposition Baues Donaubrücke, und zwar an der seinerzeit bulgarischerseits gewünschten Stelle bei Rustschuk oder zwischen Rustschuk und Sistowo würde hier ausgezeichneten Eindruck machen und was auch sehr gut stimmen würde, wäre Erklärung Rumäniens, dass Bulgaren, die aus Silistria auszuwandern wünschen, werden indemnisiert werden. Rumänien werde es konvenieren, wenn bulgarisches Element im erworbenen Gebiete geschwächt wird, und wenn auswandernden Bulgaren ihre Immobilien abgekauft würden, würde es keine Malkontenten geben. Konseilspräsident bemerkte, dass wenn auch erwähnte Konzessionen wertvoll, sie keinesfalls genügende Kompensation für Silistria bilden könnten. Bulgarien werde sich — da es sein müsse — Entscheidung der Mächte fügen, auf entsprechende politische Kompensationen möchte es aber nicht verzichten. Ich erwiderte, dass, wie Herrn Geschoff bekannt, Euer Exzellenz bestrebt sind, Bulgarien Kompensationen in Mazedonien zu verschaffen. Wie sich Petersburger Konferenz dazu verhalte und ob und was entschieden wurde, sei mir nicht bekannt, Herr Danew dürfte aber darüber authentische Informationen besitzen. Konseilspräsident wiederholte, dass er mit Danew noch nicht eingehend gesprochen; sein Eindruck sei aber, dass Kammerpräsident nicht sehr zufrieden und dass diesfalls Aussichten nicht glänzend. Wir kamen auf Salonik zu sprechen und Mitredner meinte, dies sei eine besondere Frage für sich, und zwar eine, die sich äusserst schwierig zu gestalten scheine. Wie in soviel anderen Fragen begegneten sich auch punkto Saloniks unsere Interessen mit den bulgarischen, erwiderte ich, wir wünschten, dass diese Stadt bulgarisch werde und Euer Exzellenz förderten gewiss in Petersburg Ansprüche Bulgariens. Leider hätte auch ich eher Eindruck, dass Sache nicht leicht, und zwar umsoweniger, als Griechenland, nach Bewegungen griechischer Truppen zu urteilen, intransigent. So ungern Herr Geschoff Reibungen mit Verbündeten zugibt, versuchte er nicht, Konzentration von zwei griechischen Divisionen bei Salonik zu leugnen. „C'est très sérieux," meinte er. Es verlautet, sagte ich mit Absicht, dass auch Serbien Truppen nach Salonik schicke und vielfach höre ich hier, dass griechisch-serbische Allianz perfekt. Über Sendung serbischer Truppen nach Salonik sei bulgarischer Regierung noch nichts bekannt — antwortete Herr Geschoff —, es werden dort jetzt nur diese serbischen Truppen ausgeschifft, die für Albanien bestimmt worden wären. „Ce qui nous préoccupe, c'est si ces troupes resteront à Salonique." Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6558, 6599. — [b]) Mit Tel. Nr. 176, 8. April 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 6495 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 6543. Tel. aus Belgrad, 10. April 1913 Nr. 198 (eing. 2 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, hat gestern abends Herr von Hartwig serbischer Regierung Mitteilung gemacht, k. u. k. Regierung habe in Petersburg offiziell erklärt, sie wolle Ultimatum an Serbien stellen, und wenn Truppen vor Skutari nicht sofort zurückgezogen werden, werden unsere Truppen unverzüglich in den Sandjak einmarschieren. Diese Erklärung scheint tiefen Eindruck gemacht zu haben und serbische Regierung soll angeblich entschlossen sein, nachzugeben. Ugron.

[a] Vgl. n. 6545.

Nr. 6544. Tel. aus Belgrad, 10. April 1913 Nr. 199 (eing. 5 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Grenzen Albaniens. In mit Telegramm Nr. 104 vom 10. d. Mts. mir zugekommener Weisung heisst es, Grenzen Albaniens im Sinne Telegrammes Nr. 76 vom 24. v. Mts. serbischer Regierung bekanntzugeben. In demselben ist bezüglich Djakovas keine Entscheidung mitgeteilt worden. Soll ich mich über Überlassung dieser Stadt an Alliierte nicht äussern? Ugron.

Nr. 6545. Tel. aus Belgrad, 10. April 1913 Nr. 200 (eing. 5 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Ultimatum an Serbien. Ad Telegramm Nr. 198 von heute. Nachricht vom unmittelbar bevorstehenden Ultimatum ist in der ganzen Stadt verbreitet und wird in Abgeordnetenkreisen viel besprochen. Im Ministerium des Äußern hat man das ganze Gerücht meinem englischen Kollegen gegenüber in Abrede gestellt, während im Preßbureau Herrn Lončarević vertraulich die Wahrheit desselben bestätigt wurde. Es ist möglich, daß es sich um eine tendenziöse Verbreitung Gerüchtes handelt. Ugron.

Nr. 6546. Tel. nach Berlin, 10. April 1913 Nr. 291 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).*

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 184 vom 9. d. M. erhalten. Herr von Mérey telegraphiert mir unter dem 9. d.,[b] daß Marquis di San Giuliano den italienischen Botschafter in St. Petersburg im Sinne meiner Weisung an Grafen Thurn (mein Telegramm Nr. 284 vom 8. d. M.) instruiert hat. Da nach den Meldungen des Grafen Thurn auf eine Modifikation der Haltung der Triple-Entente nur dann gerechnet werden könnte, wenn die Vertreter des Dreibundes geschlossen und einheitlich vorgehen, wollen Euer Exzellenz sich sofort im Auswärtigen Amt dahin aussprechen, daß wir es dankbar begrüßen würden, wenn Graf Pourtalès umgehend beauftragt würde, in der morgen Freitag 5 Uhr nachmittags stattfindenden Sitzung konform mit Grafen Thurn und Marquis Carlotti vorzugehen. Ganz besonderen Wert würden wir darauf legen, daß unser Vorschlag bezüglich Samothrake auch von Deutschland unterstützt werde. Euer Exzellenz wollen hinzufügen, wir hätten uns, zum Teil auch im Hinblick auf die Ansicht des Berliner Kabinetts, mit der Ablehnung der Kombination Salonik

abgefunden. Die Kompensationsidee könnten wir jedoch nicht ganz fallen lassen. Gegen die Zuweisung von Samothrake an Bulgarien scheinen uns keine gewichtigen Bedenken zu sprechen, da, wenn von einer Gefährdung der Meerengen angesichts der Entfernung überhaupt die Rede sein kann, dies weit eher der Fall wäre, wenn die Insel an Griechenland käme, das im Gegensatz zu Bulgarien heute schon eine ansehnliche Seemacht besitzt. Auch die griechische Nationalität der — wenig zahlreichen — Bevölkerung könne kein Hindernis sein, da ja auch das Küstengebiet zwischen der Chalcidice und Enos, das jedenfalls an Bulgarien fallen werde, vorwiegend von Griechen bewohnt sei. Für die gestrige — auf morgen verschobene — Sitzung hatte der deutsche Botschafter, wie mir Graf Thurn telegraphiert, seine Instruktionen folgendermaßen resümiert: ... *wie n. 6541 von „La proposition de la Triple-entente" bis „de la proposition Delcassé"* ... Euer Exzellenz wollen im Auswärtigen Amte darauf hinweisen, daß ein starres Festhalten an der Linie Silistria—Sabla Burun das Scheitern der Mediationsaktion zur Folge haben könnte und eine Berufung auf frühere, unter anderen Voraussetzungen (Belassung Silistrias bei Bulgarien) erfolgte Anbote Bulgariens uns nicht zulässig erscheint. Auch gegen eine vorgängige Befragung Rumäniens sprechen gewichtige Bedenken, da die Triple-Entente dann mit gleichem Rechte ihr Votum von dem vorherigen Einverständnis Bulgariens abhängig machen könnte, was die Gefahr in sich schließt, daß die Verhandlungen auf einen todten Punkt gelangen. Endlich wollen Euer Exzellenz bemerken, daß es mir durchaus nicht opportun erscheine, von einer Proposition Delcassé zu sprechen, da hiedurch der Eindruck entstehen könnte, daß Rumänien Silistria der Triple-Entente zu verdanken hätte, während doch gerade das Gegenteil der Fall ist. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6562, 6563. — [b]) Nr. 203.

*Nr. **6547**. Tel. aus Bukarest, 10. April 1913 Nr. 100 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 195 betreffend Zeitpunkt Veröffentlichung Petersburger Beschlüsse. Minister des Äussern Inhalt zur Kenntnis gebracht, der mich ersuchte, Euer Exzellenz seinen Dank für Mitteilung auszusprechen. Er brachte Wunsche Bulgariens betreffend Veröffentlichung volles Verständnis entgegen. Ihm sei es nur darum zu tun gewesen, den vor Ostern auseinandergehenden Kammern über Moment der Veröffentlichung vertraulich Mitteilung machen zu können und Opposition diesbezüglich zu beruhigen, welche Verschleppung der Entscheidung bis zum definitiven Friedensschluss befürchtete. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 6548.

*Nr. **6548**. Tel. aus Bukarest, 10. April 1913 Nr. 101 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Fortsetzung heutigen Telegrammes Nr. 100. Minister las mir Depesche Herrn Nanos aus Petersburg von gestern vor, wonach Herr Sazonow demselben mitteilte, dass entscheidende Botschafterkonferenz vermutlich morgen

Freitag erfolgen werde. Herr Majoresco erzählte mir auch streng vertraulich, dass deutscher Kollege auftraggemäss hier eröffnet hätte, dass Petersburger Konferenz resultatlos verlaufen würde, falls Rumänien nicht auf jeden Streifen am Schwarzen Meere vollkommen verzichte. Er habe geantwortet, dass dies ausnehmend bedauerlich, aber um diese Gefahr, die unabsehbare Folgen erzeugen könnte, abzuwenden, würde Rumänien schwersten Herzens auf diese bereits gemachte Konzession verzichten. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 6625.

Tel. nach London, 10. April 1913 Nr. 309 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 6551.

*Nr. **6549.** Tel. aus London, 10. April 1913 Nr. 299 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.*

Bezug auf Telegramm Nr. 303 von gestern und im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 297 betreffs Ausdehnung der Blokade. Sir E. Grey ließ mir durch seinen Privatsekretär sagen, er würde mir antworten, sobald er Entschluß gefaßt haben würde, ob er auf unseren Vorschlag zur Ausdehnung der Blokade eingehen kann. Mit Rücksicht auf Ausschiffung der serbischen Truppentransporte in Salonik scheint er zu der Meinung hinzuneigen, daß gewünschte Ausdehnung nicht mehr unbedingt notwendig. Mensdorff.

*Nr. **6550.** Note des französischen Botschafters, 10. April 1913 (eing. 12. April).[a]) Ausfert.*

L'échange des ratifications de la convention franco-espagnole du 27 novembre[b]) dernier au sujet de la situation respective des deux pays au Maroc ayant eu lieu le 2 de ce mois, j'ai l'honneur, d'après les instructions que je viens de recevoir de mon Gouvernement, d'en donner avis à Votre Excellence, suivant ce qui est prévu par l'article 29 du dit traité. Vous voudrez donc bien considérer dorénavant comme officiel le texte de ce document que j'avais communiqué en son temps à titre officieux à Votre Excellence, ainsi que le protocole y annexé relatif au chemin de fer Tanger-Fez. Dumaine.

[a]) Vgl. n. 3416. — [b]) Martens, N. R. G. 3. S. VII 323.

*Nr. **6551.** Tel. nach Rom Nr. 366 (1) und London Nr. 309 (2), 10. April 1913 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).*

1. Graf Mensdorff telegraphiert unterm 8. d. M. wie folgt: ... *wie n. 6516 in extenso* ... Ein weiteres Telegramm aus London vom 9. d. M. lautet: ... *wie n. 6535 von „Nach Äußerungen" bis zum Schluß* ... Ich ersuche Euer Exzellenz, die Anregung Sir Edward Greys mit Marquis di San Giuliano besprechen und darauf hinweisen zu wollen, daß unsere Stellungnahme zu der Idee der Feststellung der Süd- und Südostgrenze Albaniens durch eine internationale Kommission wohl davon abhängig gemacht werden müßte, welches die Basis der Verhandlungen dieser Kommission zu bilden hätte. Völlig inacceptabel wäre der Vorschlag, wenn — nach Analogie des griechischerseits lancirten Gedankens eines Plebiscites —

die Kommission bloß dazu berufen wäre, die durch die Anwesenheit der hellenischen Okkupationstruppen erzwungenen Enunciationen der Bevölkerung zu registriren, über deren Wert wir nach den uns vorliegenden Meldungen (vgl. mein gestriges Telegramm Nr. 361)[b] nicht im Zweifel wären. Die Herrn Tyrrell vorschwebende Eventualität der Vornahme eines Plebiscites nach Abzug der griechischen Truppen hätte aber, selbst falls man in Athen darauf eingehen sollte, den Ausbruch eines Rassenkampfes zwischen Griechen und Albanesen zur Folge. Anders stünde die Sache, wenn der Kommission bloß die Aufgabe der detaillirten Grenzabsteckung zufiele, was unter der Voraussetzung annehmbar erschiene, daß vorher die Hauptpunkte des Grenzverlaufes in London fixiert würden, wozu, meiner Ansicht nach, die in dem Erlasse Nr. 1419[c] vom 2. d. und meinem Telegramme Nr. 344[d] vom 4. d. behandelten Kompromißvorschläge eine geeignete Basis abgeben würden. Ich hoffe, daß Marquis di San Giuliano meinen vorstehenden Anschauungen umso eher zustimmen wird, als, wie bereits Graf Mensdorff zu Herrn Tyrrell mit Recht bemerkt hat, die verfrühte Einsetzung einer internationalen Kommission zur Festsetzung der Süd- und Südostgrenze Albaniens die laut der vorgestrigen Londoner Réunionsbeschlüsse ins Auge gefaßte seinerzeitige Mittheilung dieser Abgrenzung an die Balkanstaaten wesentlich verzögern und so einen äußerst unerwünschten Aufschub sowohl des Friedensschlusses als auch der Räumung der griechischerseits besetzten Teile Albaniens nach sich ziehen müßte.

2. Im Verfolge des Erlasses Nr. 1420[c] vom 2. d. und meiner Telegramme Nr. 290[e] vom 4. d. und Nr. 306[b] von gestern. Ich teile Euer Exzellenz Telegramme Nr. 291 und 296 vom 8., beziehungsweise 9. d. an Herrn von Mérey mit nachstehendem Auftrage mit: (Inseratur aus Telegramm sub 1 von „Ich ersuche Euer Exzellenz, die obige“ bis zum Schlusse.) Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis Imperiali. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6572. — [b] Mit Tel. Nr. 306 nach London, Nr. 361 nach Rom vom 9. April 1913 wurde eine Konsularmeldung aus Monastir — dahingehend, daß die Bevölkerung von Korča und von Kolonia am 2. April eine Resolution zu Gunsten der Einverleibung dieser Gebiete in Griechenland beschlossen habe — mitgeteilt. Dieser Beschluß sei aber durch Pression seitens der griechischen Behörden erzwungen worden. — [c] Im Erlaß Nr. 1419 nach Rom und Nr. 1420 nach London vom 2. April 1913 wurde mitgeteilt, daß Berchtold der Kompromißgrenzlinie San Giulianos in Südalbanien unter gewissen Bedingungen zustimme. — [d] Mit Tel. Nr. 344 vom 4. April 1913 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.) wurde eine von Sektionschef Ippen vorgeschlagene Kompromißlinie bezüglich der Südgrenze Albaniens nach Rom mitgeteilt. — [e] Mit Tel. Nr. 290 vom 4. April (chiftr. 5 U. 30 M. p. m.) wurde nach London mitgeteilt, daß der Kompromißvorschlag Ippens bezüglich der Südgrenze Albaniens nach Rom übermittelt wurde.

Nr. 6552. Tel. nach Rom, 10. April 1913 Nr. 367 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 202 vom 9. d. M. Es würde vollkommen meinen Intentionen widersprechen, unserer eventuellen Theilnahme an einer internationalen finanziellen Sicherstellung der Selbständigkeit Montenegros den Charakter einer Compensation für den Verzicht König Nikitas auf Skutari zu geben, wie auch, daß dieselbe derzeit irgendwie

publicistisch erörtert werde. Ein unter den angegebenen Umständen offerirtes Darlehen müßte von der öffentlichen Meinung als ein unserer Machtstellung unwürdiger Bestechungsakt angesehen werden, die bloße Thatsache der publicistischen Verlautbarung einer solchen Transaktion im gegenwärtigen Stadium der Skutarikrise aber kaum eine andere als die angedeutete Interpretation zulassen. Abgesehen von diesen für uns maßgebenden Momenten schiene es mir auch gar nicht im Interesse der Dynastie Njeguš gelegen, die Letztere in den Verdacht zu bringen, für ein Geldgeschäft die Ansprüche auf „die alte Hauptstadt des Königreiches Zeta" aufgeben zu wollen. Was die Bemerkung des Marchese di San Giuliano anbelangt, daß nur wir, Italien und Russland für eine eventuelle Zuwendung in Betracht kämen, vermag ich diese Auffassung nicht zu theilen und müßte mir gegebenen Falles meine diesbezügliche Stellungnahme vorbehalten. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Orientirung und Regelung Ihrer Sprache.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6571.

Nr. 6553. Bericht aus Rom, 10. April 1913 Nr. 24 A (eing. 12. April).[a]) Ausfert.

Mit den hohen Erlässen vom 1. und 2. l. Mts. Nr. 1386 und 1419[b]) sowie dem hohen Telegramme vom 4. l. Mts. Nr. 344[c]) haben mich Euer Excellenz beauftragt, drei Varianten eines Compromiss-Vorschlages für die Süd- und Südost-Grenze Albaniens mit dem Minister des Äussern zu besprechen. Hiebei hatte ich zu betonen, dass der Einschluss Koricas und des Gebietes der Pindus-Walachen in Albanien für uns eine conditio sine qua non unserer Zustimmung zu einem solchen Vorschlage bilde. Ferner sollte ich ausführen, dass Filat, Vustina, Deloinaki, Višani und Tscharaplana zu Griechenland geschlagen werden könnten, dagegen Konitza und Samarina bei Albanien verbleiben müssten. Die Küste betreffend konnte ich unsere Einwilligung dazu geben, dass die Grenzlinie nördlich von der Mündung des Kalamas-Flusses, und zwar von der Bucht Kalaito, ihren Ausgang nehme. An der Hand der Vogelschen Karte, in welche ich speciell die von Sectionschef Ippen proponierte Kompromiss-Linie eingezeichnet hatte, erörterte ich in mehreren Unterredungen mit dem Marchese di San Giuliano die obigen Varianten. Derselbe erklärte sich hiebei — zunächst von der Küste abgesehen — mit den von Euer Excellenz hinsichtlich der verschiedenen Ortschaften vorgeschlagenen Entscheidungen durchaus einverstanden. Was die Küste anlange, so wiederholte der Minister neuerlich, dass der italienische Generalstab um jeden Preis an der Kalamas-Mündung als Grenzpunkt festhalten möchte. Nach der Ansicht dieser Militärs sei nur der Kalamas die einzig geographisch und strategisch richtige Grenze, da sonst Albanien gegen Griechenland zu offen sei und Letzteres die Zugänge zu Valona sozusagen in seiner Hand habe. Ganz den gegenteiligen Standpunkt vertrete aber Deutschland, welches die Grenzlinie vom Kap Kephali gezogen sehen möchte. Der Minister des Äussern klagte mir wiederholt über diese Stellungnahme Deutschlands, welche sich durch dynastische Motive, ferner durch die Tendenz, die Griechen gegenüber den Slaven zu begünstigen, und vielleicht auch durch den kaiserlichen Besitz in Corfu erkläre. Käme nach dem deutschen Vorschlage der ganze Kanal von Corfu in den Besitz

Griechenlands, so könne Letzteres daselbst eine maritime Basis von solcher Stärke errichten, dass dies fast dem Besitze von Valona gleichkäme. Neuestens werde allerdings die Idee ventilirt, den Kanal von Corfu in diesem Falle zu neutralisiren. Von der eigenen öffentlichen Meinung — nicht bloss jener der Militärs — hinsichtlich der Südgrenze Albaniens zu einer gewissen Intransigenz gedrängt, von griechischer Seite hierüber angefeindet und sogar mit Boykott bedroht und von Deutschland nicht nur nicht unterstützt, sondern im Sinne weitgehender Nachgiebigkeit beraten und beeinflusst, befindet sich die hiesige Regierung in einer ziemlichen Klemme. Der Minister des Äussern möchte am Liebsten an der Kalamas-Linie festhalten, sieht aber voraus, dass in London nicht nur die Triple-Entente hiegegen opponieren, sondern dass auch Deutschlands Unterstützung im besten Falle eine sehr flaue sein werde. Er gab mir zu verstehen, dass wir vielleicht in Berlin entsprechend einwirken könnten. Im Ganzen hat sich der Minister, als Resultirende aus allen diesen Schwierigkeiten für die von Sectionschef Ippen beantragte Kompromiss-Linie ausgesprochen. Er hofft, den Generalstab für dieselbe zu gewinnen, und wird dann dem Marchese Imperiali die entsprechenden Weisungen erteilen. Hiebei wird betont werden, dass das Kompromiss ein Ganzes zu bilden hätte, welches vollständig und allseits angenommen werden müsste. Auf die oberwähnten Friktionen mit Griechenland zurückkommend, möchte ich mir nur noch gestatten, zu bemerken, dass dieselben zwar bestehen und hauptsächlich in einem Teile der beiderseitigen Presse zum Ausdruck kommen, von der Wiener Presse aber — was hier übel vermerkt wurde — einigermassen übertrieben werden. Die Boykottdrohung ist bereits zurückgenommen worden, wäre übrigens auch nicht sonderlich gefährlich, weil es sich um relativ geringe Werte handelt. Italien exportirt nämlich für 36 Millionen Lire Waaren nach Griechenland, wovon aber 25 Millionen auf Schiffsbau-Artikel entfallen, welche man nicht gut boykottiren kann. Vom Reste ist das Meiste sizilianischer Schwefel. Allerdings ist ein Gegenboykott noch weniger durchführbar, da Griechenlands Export nach Italien im Ganzen nur 5 Millionen Lire beträgt. Mérey.

a) Vgl. n. 6592. — *b)* Vgl. n. 6551 Anm. c. — *c)* Vgl. n. 6551 Anm. d.

Nr. 6554. Bericht aus Rom, 10. April 1913 Nr. 24 B (eing. 12. April).[a] Ausfert.

Sogleich nach Erhalt des Telegrammes Euer Excellenz vom 15. v. M. Nr. 274 sowie des hohen Erlasses vom 15. v. M. Nr. 1166[b] habe ich auf Grund der darin enthaltenen Aufträge und Direktiven die Verhandlungen mit der hiesigen Regierung über das albanesische Statut wieder aufgenommen. Zunächst konnte ich zu § 5 die Zustimmung Euer Excellenz zu der letzten italienischen Formulierung bekanntgeben. Die mir von Euer Excellenz vertraulich mitgeteilte Motivierung dieses Entschlusses deckt sich im Wesen mit jener Auffassung, welcher ich in meinem Privatschreiben vom 14. v. M. Ausdruck gegeben hatte, dass sich nämlich die anderen Mächte bezüglich der Verwaltung Albaniens voraussichtlich nicht einfach bei Seite schieben lassen dürften. Über die Frage unseres katholischen Kultus-Protektorates habe ich abgesonderte Verhandlungen gepflogen und gestatte mir, darüber separat Bericht zu erstatten.[c] Hinsichtlich des § 7 bestand die mir von Euer

Excellenz gestellte Aufgabe darin, die italienische Regierung zur Aufgabe der von ihr gewünschten beiden Zusätze zu bewegen. Es hat wiederholter langer Auseinandersetzungen zwischen mir und dem Minister des Äussern sowie dem General-Sekretär der Consulta und der nachdrücklichsten Verwertung der mir von Euer Excellenz an die Hand gegebenen Argumente bedurft, um diesem Ziele näher zu kommen. Die betreffenden Verhandlungen zogen sich auch noch aus dem weiteren Grunde in die Länge, weil die Consulta sich in dieser, in wirtschaftlicher Beziehung wichtigen Frage nicht selbständig zu entscheiden für berechtigt hielt und daher ihrerseits wieder mit dem Handels- und dem Finanz-Ressort Rücksprache zu pflegen bemüssigt war. Auf mein wiederholtes Drängen versprach mir gegen Ende der vorigen Woche Marchese di San Giuliano eine baldige und zufriedenstellende Antwort. Dieselbe ist mir am 7. l. M. in Gestalt der sammt einer Beilage[d]) abschriftlich anverwahrten Note Nr. 43[e]) zugekommen. Hiernach lässt die hiesige Regierung die fraglichen Zusätze zum § 7 fallen, so dass der beiliegende Entwurf des albanesischen Statuts nunmehr in allen Punkten den übereinstimmenden Auffassungen der Kabinette von Wien und Rom entspricht. Wohl aber schlägt man italienischerseits an Stelle jener beiden Zusätze eine geheime Abmachung zwischen uns und Italien vor, wonach ein eventuell von einem der beiden Staaten mit Albanien abgeschlossener Handelsvertrag nur gleichzeitig mit einem Handelsvertrage des anderen Staates mit diesem Lande in Wirksamkeit treten könnte. Es ist dies ein Vorschlag, welcher eine gewisse Verwandtschaft mit der am Schlusse des hohen Erlasses vom 15. v. M. Nr. 1166[b]) entwickelten Idee aufweist. Nebenbei bemerkt, habe ich von der letzteren dem Minister des Äussern nie eine Erwähnung gemacht und hiezu auch umso weniger einen Anlass gehabt, als meine einschlägigen Ausführungen immer nur auf die völlige Weglassung der beiden Zusätze zum § 7 abzielten und die letzten mündlichen Äusserungen des Marchese di San Giuliano mir auch nur die schliessliche Annahme dieses meines Petits in Aussicht stellten. Nachdem indes Euer Excellenz sich selbst mit dem Austausche geheimer Erklärungen abgefunden hätten, wonach weder wir noch Italien differenzielle Privilegien in Albanien beanspruchen, darf ich annehmen, dass Hochdieselben auch dem italienischen Vorschlage zustimmen werden, welcher meiner Auffassung nach weniger weit geht, indem er nicht den meritorischen Inhalt unserer seinerzeitigen Handelsverträge mit Albanien tangiert, sondern lediglich das gleichzeitige Inkrafttreten der Letzteren ins Auge fasst. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5918, 6668 Anm. b, 6954, 7002, 7096, 7198. — [b]) Erlaß Nr. 1166 vom 15. März 1913 enthält nur handelspolitische Forderungen zum Statut Albaniens und wurde daher nicht abgedruckt. — [c]) Wurde nicht aufgenommen. — [d]) Zweite Beilage. [e]) Erste Beilage.

Erste Beilage zu n. **6554.** *Note des italienischen Ministers des Äußern an Botschafter von Mérey; Rom, 7. April 1913 Nr. 43. Abschrift.*

J'ai soumis au plus sérieux examen les considérations que Vous avez bien voulu me communiquer de la part du Comte Berchtold à la suite de ma note verbale du 21 Février dernier (Nr. 15).[a]) Relativement au point

1er de cette communication Vous avez bien voulu me dire que le Gouvernement Impérial et Royal accepte notre rédaction de l'article 5 du projet de Statut de l'Albanie, pour ce qui concerne l'organisation et le contrôle de l'Administration civile. Relativement au point 3ème le Gouvernement Impérial et Royal insiste sur la suppression des deux amendements que nous avons proposés. Le Comte Berchtold est d'avis que nos deux Pays doivent se réserver en Albanie la possibilité d'un régime douanier plus favorable que celui qui serait accordé aux autres Etats. Je partage entièrement la manière de voir du Comte Berchtold. Cette ligne de conduite correspond, du reste, à la politique d'amitié et de solidarité que les deux Gouvernements ont loyalement suivie et ont l'intention de suivre dans les affaires albanaises et constitue une application nouvelle des accords existants entre l'Autriche-Hongrie et l'Italie, accords dont la crise actuelle a démontré encore une fois la haute valeur et l'utilité réciproque. C'est précisement à ce point de vue que les deux amendements dont il est question pourront être avantageusement substitués par un engagement de nos deux Gouvernements en force duquel le Traité de commerce éventuellement stipulé par l'un des deux Etats avec l'Albanie ne pourrait avoir exécution que lorsque le traité de commerce stipulé par l'autre Etat avec l'Albanie reçoive en même temps son exécution. Cet accord naturellement devra rester secret et aura pour but d'empêcher aussi sur le terrain économique tout antagonisme entre les deux Pays et de mettre en harmonie leurs intérêts respectifs. J'ai l'honneur de Vous communiquer ci-joint une nouvelle rédaction du projet de Statut pour l'Albanie et je saisis ...

a) Vgl. Beilage zu n. 5918.

Zweite Beilage zu n. 6554. Beilage zur Note des italienischen Ministers des Äußern an Botschafter von Mérey; Rom, 7. April 1913 Nr. 43.a) Amtlicher Druck.

Statut de l'Etat albanais.

1.

L'Albanie sera autonome sous la suzeraineté de Sa Majesté le Sultan.

2.

La suzeraineté de Sa Majesté le Sultan devra être purement nominale.

Tout autre lien entre la Turquie et l'Albanie doit être exclu d'une manière définitive.

3.

L'Albanie devra être neutralisée; sa neutralité est garantie par les six Puissances.

4.

La sécurité et l'ordre public seront assurés par l'organisation internationale de la gendarmerie. Cette organisation sera confiée à des officiers étrangers qui auront le commandement supérieur et effectif de la gendarmerie.

Ces officiers seront choisis dans les armées européennes, comme par exemple de la Belgique, Hollande, Suisse, Suède, Norvège, Espagne, à

l'exclusion des six Puissances, des Etats balkaniques et des Gouvernements ayant intérêts directs dans les questions balkaniques. La mission des officiers instructeurs étrangers ne portera pas atteinte ni à l'uniformité du service ni à l'emploi d'officiers, sous-officiers et gendarmerie indigènes.

5.

Une commission composée d'un représentant de chacune des Grandes Puissances et du Gouvernement albanais sera chargée de proposer un régime judiciaire pour une période de dix années adapté aux conditions de l'Albanie et s'inspirant aux principes adoptés pour la constitution du régime judiciaire introduit en Egypte.

L'organisation et le contrôle de l'administration civile et des finances de l'Albanie seront confiés à un Comité composé d'un représentant de chacune des Grandes Puissances et du Gouvernement albanais, dont les attributions seront proposées par la Commission internationale susnommée.

6.

A l'expiration du délai mentionné à l'article 5 les six Puissances décideront, d'après les conditions du pays, si le régime établi au point 4 et 5 sera renouvelé ou s'il y aura lieu de le modifier.

7.

Afin de prévenir les effets préjudiciables qu'une transition trop rapide du régime des capitulations à un régime de droit international doit nécessairement produire sur les intérêts du commerce étranger, les Puissances tombent d'accord de maintenir le régime des capitulations en matière de commerce et des institutions commerciales, d'industrie, de navigation, des droits de douane et des impôts ainsi que de leur perception, enfin de tous les privilèges dont jouissent leurs ressortissants sous ces rapports.

Les Puissances se réservent de renoncer chacune pour son compte et en échange de nouveaux traités à conclure avec l'Albanie, à l'exercice des dits privilèges dès que la consolidation politique et administrative de l'Albanie offrira des garanties suffisantes qui leur permettront d'abandonner leur position privilégiée sans porter préjudice à leurs intérêts commerciaux et aux conditions économiques de leur ressortissants établis en Albanie.

Il va sans dire que les concessions spéciales qui ont été données en Albanie par le Gouvernement Impérial ottoman à des compagnies ou entrepreneurs étrangers ou bien à des entreprises dans lesquelles le capital étranger est engagé, seront reconnues valables par le Gouvernement albanais.

8.

Le Prince sera proposé par l'Autriche-Hongrie et l'Italie aux autres Grandes Puissances.

9.

L'Italie et l'Autriche-Hongrie proposent qu'il soit laissé aux Albanais la faculté d'exprimer leurs propres désirs tant que ces derniers, bien entendu, soient compatibles avec les dispositions générales prises par les Grandes Puissances.

10.

Tant que le régime judiciaire dont il est question à l'article 5 ne sera pas appliqué, les capitulations resteront en vigueur dans leur intégrité, et non-seulement dans les limites prévues par l'article 7.

[a]) Oe. U. Balkan 222 Nr. 426 Beilage. Vgl. n. 6821, 7855.

Nr. 6555. Bericht aus Rom, 10. April 1913 Nr. 24 H (eing. 12. April). Ausfert.

Der Minister des Äussern teilte mir kürzlich mit, es habe Tags vorher ein Herr, dessen Karte auf den Namen „Comte de Hauterive" lautete, bei ihm vorgesprochen und sich als der Prinz Louis Bonaparte zu erkennen gegeben. Derselbe habe gleichzeitig seine Kandidatur auf den Thron von Albanien angemeldet. Marchese di San Giuliano erklärt, dem Prinzen auseinandergesetzt zu haben, dass die Frage der Bestellung eines Fürsten von Albanien dermalen noch verfrüht sei, und dass man im gegebenen Momente sich darüber mit uns verständigen müsse. Der Minister will ferner dem Prinzen eine Bemerkung gemacht haben, welche andeutete, dass dessen langjährige Verwendung in der russischen Armee vielleicht seiner Kandidatur hinderlich sein werde. Der Prinz hätte erwidert, er hege zwar für Russland, in dessen Armee er so lange gedient habe, grosse Sympathien, würde jedoch, wenn er zur Leitung der Geschicke Albaniens berufen wäre, ausschliesslich auf das Beste dieses Landes bedacht sein. Marchese di San Giuliano hat von dem Prinzen Louis Bonaparte sowohl nach dessen Vergangenheit wie auch auf Grund des persönlichen Eindruckes eine gute Meinung, hält ihn für einen anständigen und energischen Mann, scheint aber gleichwohl seine Kandidatur nicht ernsthaft in Betracht zu ziehen. Mérey.

Nr. 6556. Tel. nach St. Petersburg, 10. April 1913 Nr. 271 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 150 vom 9. d. M. erhalten. Die Instruktionen Ihres italienischen Kollegen stimmen in den Hauptpunkten: 1. Silistria, 2. Grenzberichtigung an der Küste zur Sicherung des Hafens von Mangalia, 3. Kompensation für Bulgarien, mit den an Euer Exzellenz ergangenen überein. Daß in Bukarest auf eine Zuweisung der Grenzdreiecke kein Gewicht gelegt wird, ist Euer Exzellenz aus den Äußerungen Herrn Ghikas bekannt und es wäre daher hierauf nicht zu insistieren. Was die Kompensationsfrage anbelangt, so habe ich den beiden verbündeten Kabinetten von unserem Vorschlag bezüglich Samothrakes Mitteilung gemacht. Wie mir Herr von Mérey telegraphiert, ist Marquis San Giuliano damit einverstanden und hat an Marquis Carlotti einen entsprechenden Auftrag ergehen lassen. Das Berliner Kabinett hat noch nicht definitiv Stellung genommen, doch nehme ich an, daß es unserer Proposition wenigstens nicht opponieren wird. Euer Exzellenz wollen sich daher in der morgigen Réunion im Sinne meines Telegrammes Nr. 262 und unter Verwertung der darin enthaltenen Argumente äußern. Sollten im Laufe der Diskussion gegen unsere Proposition unter Hinweis auf die Meerengen oder auf die griechische

Bevölkerung der Insel Einwendungen erhoben werden, so könnten Euer Exzellenz bemerken, daß Samothrake in griechischem Besitz jedenfalls eine größere Gefahr für die Dardanellen darstellen würde, da Griechenland heute schon über eine ansehnliche Flotte verfüge, Bulgarien dagegen auf absehbare Zeit nicht als Seemacht auftreten dürfte. Dem zweiten Einwand wäre mit dem Hinweis entgegenzutreten, daß auch das Küstengebiet zwischen der Chalcidice und Enos, das jedenfalls an Bulgarien kommen werde, vorwiegend von Griechen bewohnt sei. Dagegen kann ich Euer Exzellenz nicht ermächtigen, Erklärungen in jenem Sinne abzugeben, wie sie die mit Telegramm Nr. 150 gemeldeten Instruktionen Ihres deutschen Kollegen vorsehen. Ein starres Festhalten an der Linie Silistria-Sabla Burun unsererseits würde zweifellos die Gefahr eines Scheiterns der Mediationsaktion in sich schließen. Ebenso halte ich eine Berufung auf frühere, unter anderen Voraussetzungen (Belassung von Silistria bei Bulgarien) erfolgte Anbote Bulgariens weder für opportun noch für zulässig. Wollten wir ferner unser Votum in der Réunion von der vorherigen Zustimmung Rumäniens abhängig machen, so könnte sich die Triple-Entente hiedurch mit Recht veranlaßt sehen, in analoger Weise in Sofia anzufragen. Das Ergebnis wäre wohl, daß die Gegensätze in voller Schärfe wieder aufleben und die Verhandlungen auf einen todten Punkt gelangen würden. Überhaupt widerspricht es, wie schon mehrfach betont, unserem Interesse, daß wir oder die Dreibundmächte als Mandatare eines der beiden Teile auftreten. Die spezifischen Interessen der Monarchie am Balkan erfordern vielmehr, daß wir auf die möglichste Befriedigung beider Teile hinwirken. Endlich würde ich es für eine unglückliche Wendung ansehen, wenn in einer Erklärung eines Dreibundvertreters die Formel, welche im wesentlichen die Abtretung von Silistria an Rumänien ausspricht, als proposition Delcassé bezeichnet würde. Bei der Durchlässigkeit des Petersburger Bodens würde diese Wendung sicherlich in die Presse gelangen und den Eindruck erwecken, daß Rumänien Silistria der Entente zu verdanken hat, während doch gerade das Gegenteil der Fall ist. Euer Exzellenz sind ermächtigt, von meinen vorstehenden Einwendungen, die ich durch Grafen Szögyény in Berlin habe mitteilen lassen, Ihrem deutschen Kollegen zu sprechen. Sollte es in der morgigen Sitzung zu einer Einigung auf der von mir in Aussicht genommenen Basis nicht kommen, so wollen Euer Exzellenz neue Instruktionen einholen und zu diesem Zweck die Vertagung für mehrere Tage verlangen.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6573.

Nr. 6557. Privatschreiben an den russischen Botschafter v. Giers, 10. April 1913 Nr. 1590.[a]) Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

En faisant suite à notre conversation du 9 de ce mois concernant l'emploi proposé par Mr. Sazonow des recettes provenant de l'augmentation de 3% des droits de douane en Turquie, je m'empresse de vous faire savoir que cette question me parait être pour le moment d'une moindre actualité, vu la décision prise à la réunion des Ambassadeurs à Londres le 8 avril,[b]) d'après laquelle la solution de toutes les questions d'ordre financier est

réservée à la commission tecnique à Paris. L'idée de Mr. Sazonow sera néanmoins étudiée dans les bureaux compétents en vue de donner des instructions à ce sujet à l'Ambassade Impériale et Royale à Paris.

[a]) Vgl. n. 6525, 6593. — [b]) Vgl. n. 6514.

Nr. 6558. Tel. aus Sofia, 10. April 1913 Nr. 332 (eing. 11. April 5 U. a. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 327 vom 10.[b]) d. Mts. über Unterredung mit Konseilspräsidenten. Herr Danew gestern abends Hauptquartier zum König abgereist und konnte ihn noch immer nicht sehen. Im Verlaufe heutiger kurzer Unterredung mit Finanzminister sagte er, Reise Herrn Danews nach Petersburg habe keinen befriedigenden Erfolg gehabt. Mit den Kompensationen, die Bulgarien für Konzessionen an Rumänien in Mazedonien anstrebt, für die sich Danew verwendet hätte, sehe es nicht gut aus. Griechenland und Serbien wünschen, betreffend strittige Gebiete in Mazedonien Entscheidung Ententemächte anzurufen, was für Bulgarien ungünstig wäre. In der Hoffnung auf unsere Unterstützung werde sich Bulgarien wahrscheinlich dafür entschliessen, dass alle sechs Mächte darüber entscheiden. Herr Todorow fügte hinzu, er schwätze aus der Schule und bat mich um Diskretion. Finanzminister sagte auch, Konzentration griechischer Truppen bei Salonik imponiere Bulgarien nicht, was aber in diesem Punkte Aussichten Bulgariens verderbe, seien Verwandtschaften griechischen Hofes. Gedanke, dass einer Konferenz aller Grossmächte Entscheidung über künftige Grenzen der Balkanstaaten untereinander überlassen werden sollte, habe ich bereits einmal von meinem russischen Kollegen aussprechen gehört. Ich weiss nicht, ob diese Art Lösung für uns erwünscht: 1.) erscheint es fraglich, ob es uns gelingen wird, Aspiration Bulgariens auf Kosten Griechenlands und Serbiens mit gewünschtem Erfolge in einer Konferenz sämtlicher Mächte zu vertreten und 2.) würde ein Schiedsspruch aller Mächte auf Differenzen unter Balkanstaaten gewissermassen ausgleichend wirken. Wenn Bulgarien nicht befriedigt sein soll, wäre besser, dass Triple Entente dafür verantwortlich wird und Ausgleich der Schwierigkeiten unter Balkanstaaten kann uns auch nicht nützen. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 217 Nr. 413. — [b]) n. 6542, aufgegeben 10. April (3 U. 10 M. a. m.).

Nr. 6559. Bericht aus Sofia, 10. April 1913 Nr. 26 D (eing. 14. April). Ausfert.

Es verlautet hier, dass kürzlich zwischen meinem russischen Collegen und Herrn Geschoff eine heftige Auseinandersetzung stattgefunden habe, als Herr Nekludow dem Ministerpräsidenten ein formelles Veto Russlands gegen einen bulgarischen Angriff auf die Tschataldja [-Linie] mitgeteilt hätte. Wie dem immer sein mag, so gewinnt jedenfalls obiges Gerücht an Wahrscheinlichkeit, wenn ich es mit einer mir hinterbrachten Äusserung in Zusammenhalt bringe, die ein Cabinetsmitglied gemacht und die folgendermassen gelautet haben soll: „Russland hat uns wissen lassen — und der Beweis hiefür liegt „leider" in unseren Archiven —, dass wir, falls wir es wagen sollten die Tschataldja-Linie anzugreifen, dahinter auf russische Bajonette stossen könnten." Diese und ähnliche Gerüchte tragen gewiss

dazu bei hier eine momentane gegen Russland gereizte Stimmung zu erzeugen, welche mir als Symptom registrierenswert scheint, ohne dass ich es jedoch wagen wollte daraus weitgehende, für uns günstige Schlüsse zu ziehen. Herr Daneff soll aus Petersburg verstimmt zurückgekehrt sein; das wurde mir sowohl von Herrn Geschoff als auch vom Finanzminister bestätigt, allerdings ohne die Angabe, dass sich die schlechte Laune gegen Russland richtet. Nicht uncharacteristisch ist es auch, dass den fremden Zeitungscorrespondenten bis jetzt nicht eine einzige Depesche, welche von Unstimmigkeiten mit Russland sprach, von der Censur durchgelassen wurde, während gestern plötzlich Depeschen an die fremden Zeitungen expedirt werden konnten des Inhaltes, „die bulgarische Regierung müsse die Richtung ihrer bisherigen äusseren Politik von Grund aus ändern und enge Anlehnung an die Dreibundmächte suchen." Man spricht hier auch davon, dass Interpellationen in der Sobranje über die auswärtige Politik bevorstehen, welche die Regierung wegen derselben heftig angreifen sollen. Tarnowski.

Nr. 6560. Tel. aus Belgrad, 11. April 1913 Nr. 203 (eing. 5 U. 20 M. p. m.).[a] Entziff.

Einstellung der Feindseligkeiten. Soeben teilt mir Generalsekretär mit, serbische Regierung habe an ihre Truppen Befehl erlassen, sofort alle Feindseligkeiten einzustellen. „König Nikolaus wird wütend sein," fügte er hinzu „und uns des Verrates beschuldigen, aber wir haben ihm wissen lassen, daß Serbien Pflichten gegen sich selbst habe und nicht weiter gegen seine eigenen Interessen handeln könne." Herr Stefanović sagte mir auch, daß die serbischen Truppen von Adrianopel direkt nach Serbien zurückkehren, nur vorerst an Grenze kurze Quarantäne absolvieren. Ugron.

[a]) Oe. U. Balkan 217 Nr. 414. Vgl. n. 6576.

Nr. 6561. Tel. aus Belgrad, 11. April 1913 Nr. 204 (eing. 12. April 2 U. a. m.). Entziff.

Kollektivdemarche. Ad Telegramm Nr. 104 vom 10. d. Mts. Deutscher, italienischer und englischer Kollege haben Instruktionen für beide Demarchen erhalten, französischer Gesandter nur bezüglich der Friedensbedingungen; bezüglich Delimitierung Albaniens ist er nicht verständigt worden. Herr von Hartwig erklärte, noch nicht autorisiert zu sein sich Demarche anzuschließen. Französischer Gesandter hat telegraphisch um Bekanntgabe der albanesischen Grenzen gebeten. Da Antwort darauf eventuell länger ausbleiben kann und Überreichung der Antwort in Mediationsfrage an die Alliierten dringend erscheint, glauben wir, die zwei Demarchen auch getrennt vornehmen zu können, sobald russischer Gesandter erklärt, Ermächtigung erhalten zu haben. Ugron.

Nr. 6562. Tel. aus Berlin, 11. April 1913 Nr. 188 (eing. 4 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Gestriges Telegramm Nr. 291 betreffend Petersburger Botschafterréunion heute nachts erhalten und habe ich mich heute nach 8 Uhr Früh

des mir darin erteilten Auftrages Staatssekretär gegenüber entledigt. Herr von Jagow sagte mir, er habe gestern früh dem Grafen Pourtalès Instruktion erteilt, die er gleichzeitig an Herrn von Tschirschky behufs Mitteilung an Euer Exzellenz nach Wien telegraphierte. Diesen Instruktionen zufolge hätte deutscher Botschafter in Petersburg, wenn Graf Thurn die Samothrake betreffende Kompensationsidee auf der Réunion vorbrächte, sie als diskutierbar zu erklären. Aus der Stellung, welche die Vertreter der Tripleentente hiezu nehmen würden, könnte man dann gleich ersehen, ob dieser Vorschlag Aussicht habe, von ihnen angenommen zu werden. Staatssekretär wollte durch diese Instruktion Euer Exzellenz sein Entgegenkommen zeigen, trotzdem er formelle und materielle Bedenken gegen diese Kompensationsidee habe. Was die formelle Seite anbelangt, hätten nämlich die Verbündeten die Entscheidung über die ägäischen Inseln den Großmächten noch nicht zugestanden, in materieller Beziehung bleibe er aus den schon wiederholt vorgebrachten Gründen dabei, „daß wir den Bulgaren nicht nachlaufen sollen." Die in Rede stehende Instruktion, die Euer Exzellenz inzwischen durch Herrn von Tschirschky wohl zur Kenntnis gebracht worden sein dürfte, enthält auch in vier Punkten das Minimum dessen, mit dem rumänische Regierung, wie sie auf direkte Anfrage des Berliner Kabinetts hieher wissen ließ, sich begnügen würde. Eine neuerliche Instruktion für die heutige Botschafterréunion in Petersburg an Grafen Pourtalès zu erteilen, ist Staatssekretär nicht geneigt und würde diese, wie er meint, ohnehin zu spät kommen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 6563.

*Nr. **6563.** Tel. aus Berlin, 11. April 1913 Nr. 189 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Zu meinem heutigen Telegramme Nr. 188 betreffend Botschafterréunion in Petersburg. Staatssekretär sagte mir, er glaube zu wissen, daß Herr Sazonow keinesfalls die Petersburger Réunion scheitern lassen wolle. Was die sogenannte „Proposition Herrn Delcassés" betreffe, so stamme deren Inhalt, soweit man hier informiert sei, von Herrn Sazonow, und Herr Delcassé habe ihr nur die Formulierung gegeben. Als Proposition Delcassé werde sie von französischer Seite lanciert. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 6546.

*Nr. **6564.** Tel. aus London, 11. April 1913 Nr. 301 (eing. 12. April 3 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.*

Bezug auf Telegramm Nr. 307, Mediation betreffend. Beschluß heutiger Réunion: „Après avoir déclaré que son gouvernement accepte les trois premiers points de la réponse aux alliés, le comte Benckendorff dit qu'il est chargé par son gouvernement d'insister auprès de la réunion pour l'admission du principe d'indemnité que le gouvernement Impérial considère de la plus haute importance comme étant seule de nature à assurer la cessation immédiate des hostilités. Des objections ayant été soulevées contre une modification de la formule précédemment adoptée et la réunion ne paraissant

pas disposée à revenir sur cette prèmiere résolution, le comte Benckendorff déclare que pour rester en accord avec les autres Puissances, son gouvernement accepte le quatrième point tel qu'il a été formulé. Ambassadeur de France dit que son gouvernement adhère formule en quatre points pour la réponse aux alliés. L'adhésion de toutes les Puissances étant acquise, la réunion pense que la communication aux alliés doit être faite dans le plus bref délai. L'ambassadeur de France fait connaître à la réunion le point de vue de son gouvernement qui est le suivant: „Le gouvernement de la République est disposé à examiner, si l'attribution d'une compensation pécuniaire aux alliés balkaniques peut se concilier avec les intérêts légitimes de la Turquie et la sauvegarde des garanties octroyées aux porteurs français". Sir E. Grey et les ambassadeurs feront part de cette information à leurs gouvernements respectifs". Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6581, 6606 Anm. b, 6691.

Nr. 6565. Tel. aus London, 11. April 1913 Nr. 302 (eing. 12. April 4 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

Bei heutiger Réunion Nachstehendes redigiert: „Sir E. Grey fait observer que si les négociations pour la paix ne commencent pas, il convient d'(envisager)[b]) les conséquences d'une continuation des hostilités et d'une avance éventuelle de l'armée bulgare sur Constantinople. L'ambassadeur de France dit que d'après informations de son gouvernement de sérieux préparatifs d'attaque contre les lignes de Chataldja seraient signalés d'Andrinople et de Sophia. Le gouvernement français proposerait en conséquence d'examiner s'il ne conviendrait pas de procéder, le moment venu, à l'envoi d'une flotte internationale aux Dardanelles à Rodosto et à Constantinople. Cette flotte aurait pour mission: 1° de maintenir l'ordre à Constantinople, 2° d'empêcher les opérations de guerre dans la presqu'île de Gallipoli sur la rive septentrionale de la mer de Marmara et sur le Bosphore, 3° d'assurer la liberté de la navigation dans les détroits. Elle ne se retirerait qu'après la conclusion de la paix. L'ambassadeur de Russie dit que son gouvernement a déjà donné son adhésion à ce projet. Secrétaire d'Etat se réserve d'en conférer avec le premier ministre. Les autres ambassadeurs soumettent la proposition française à leurs gouvernements. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6582, 6604, 6628. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 6566. Tel. aus London, 11. April 1913 Nr. 303 (eing. 12. April 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bei heutiger Réunion wurde Nachstehendes redigiert: „Les ambassadeurs d'Italie et de France ont été invités par leurs gouvernements à entretenir la réunion de la situation financière du Monténégro et de rechercher les moyens d'y remédier dans le but d'arriver le plus rapidement possible à la pacification du pays. On peut considérer un emprunt garanti par les Puissances comme le moyen le plus pratique d'assurer au gouvernement monténégrin les ressources nécessaires. Sur le montant de cet emprunt il serait utile d'avoir quelques indications. Le Marquis Imperiali a entendu parler

de trente millions de couronnes. Sir E. Grey ne peut se prononcer sans consulter l'administration financière britannique. La réunion demande au gouvernement italien et au gouvernement français de formuler des propositions et de fixer éventuellement le montant de l'emprunt." Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6637.

Nr. 6567. Bericht aus London, 11. April 1913 Nr. 38 A (eing. 14. April.). Ausfert.

Vertraulich. Mit streng vertraulichem Telegramm Nr. 298 vom 9. l. Mts. habe ich mir erlaubt, in Kürze den Eindruck zu melden, den ich aus verschiedenen Conversationen — namentlich mit dem klugen und vertrauenswürdigen Cabinetschef Sir Edward Greys, Sir W. Tyrrell, gewonnen hatte. Die consequent durchgeführte Politik Euer Exzellenz, trotz aller Provocationen an dem europäischen Concert und an dem internationalen Charakter aller Massnahmen festzuhalten, findet hier volle Würdigung. Dieser loyale und correcte Standpunkt der k. u. k. Regierung hat es bewirkt, dass die systematischen Verleumdungen über angebliche Wünsche der Monarchie, allein und isoliert vorzugehen, ihr Ziel nicht erreichen konnten. Die Angriffe von russischer, französischer und natürlich serbisch-montenegrinischer Seite, um uns zu einer ungeduldigen Aktion zu bewegen, welche dann als Agression hätte dargestellt werden können, haben ihren Zweck verfehlt. Unsere Stellung ist somit unanfechtbar geblieben, selbst wenn Skutari fiele. Sir Edward Grey konnte im kritischesten Momente eingreifen und durch seine Erklärungen am vorigen Montag im Unterhause sämmtliche Mächte öffentlich verpflichten, die Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien unter allen Umständen aufrecht zu erhalten und an der Flottendemonstration teilzunehmen, respektive ihr zuzustimmen. Das ist jedenfalls ein erfreuliches Ergebnis, wenn man die kritische Situation zu Ende voriger Woche bedenkt. Mein Vertrauen in Sir Edward Grey, dass er eine einmal übernommene Verpflichtung selbst unter für ihn schwierigen Verhältnissen auch wirklich durchführen würde, ist nicht getäuscht worden. Die Gefahr einer Änderung seiner Haltung könnte nach meiner unmassgeblichen Ansicht nur eintreten, falls die k. u. k. Regierung sich gezwungen sehen sollte, ohne vorherige Vereinbarung mit den Mächten, isoliert einzugreifen. Dadurch könnte alles bereits beschlossene in Frage gestellt werden, die anderen Cabinete würden wieder ihre Aktionsfreiheit beanspruchen und die bisherigen Resultate der Berathungen der letzten vier Monate würden illusorisch werden. Dass heute die Lage allgemein und überall viel günstiger beurteilt werden kann, als vor acht Tagen, ist wohl in erster Linie dem Eingreifen des Herrn Staatssecretärs zu verdanken. Hatte schon seine erste Rede zu Beginn der Osterwoche[a]) Gutes bewirkt, so hat jedenfalls seine Erklärung im Unterhause am vorigen Montag[b]) alle diejenigen, die noch daran zweifelten, davon überzeugen müssen, dass er auf der Durchführung der einmütigen Beschlüsse Europas bestehe und dass er, was er sagte, auch im Ernst meine. In Paris und in Petersburg dürfte man sich endlich darüber klar geworden sein, dass Sir Edward Grey, wenn es sich darum handelt, internationale Ver-

pflichtungen durchzuführen, ein „Ausbrechen“ nicht mitmachen würde. Seine Sprache gegenüber Mr. Cambon und Graf Benckendorff gegen Ende der vorigen Woche soll deutlich und ernst gewesen sein und Leute, die meinen zwei Collegen auf der Treppe des Foreign Office begegneten, als sie nach einer gemeinschaftlichen Besprechung aus dem Zimmer des Staatssekretärs herauskamen, sagten mir, dass ihre Mienen keinen Zweifel darüber liessen, dass sie recht unangenehme Wahrheiten zu hören bekommen hatten. Es ist vielleicht nicht am Platze, sich heute in speculative Betrachtungen darüber einzulassen, was hätte geschehen können, aber ich hatte vorige Woche die Empfindung, dass, falls Frankreich und Russland nicht zu bewegen wären, ihre europäischen Verpflichtungen einzuhalten und der Flottendemonstration zuzustimmen, respective sie mitzumachen, die Zukunft der Tripleentente als solche hätte gefährdet werden können. Dies wäre von unermesslichem Vorteile für Deutschland gewesen; momentan wären wir aber diejenigen gewesen, welche dadurch in eine sehr schwierige Lage versetzt worden wären. Für den europäischen Frieden und die Überwindung der gegenwärtigen Krise ist es jedenfalls besser, dass die französische und russische Regierung der Führung Sir Edward Greys gefolgt sind, der mit Geschick und richtigem Urtheil die russische Erklärung in seiner Rede citiert und somit nicht nur sich sondern auch die anderen zur Respectierung der von allen Mächten angenommenen Beschlüsse über die Nordgrenze Albaniens gebunden hat. Zu Ende voriger Woche war die Lage entschieden wenig hoffnungsvoll. Als Grey mir sagte, „die Beschlüsse der Mächte müssen durchgeführt werden; lässt sich darüber eine Einigung nicht herstellen, so ist eine Fortsetzung der Botschafterkonferenzen zwecklos“ war er selbst sichtlich besorgt und — wie ich bestimmt weiss — gegen die Ententefreunde verstimmt. Diese Verstimmung dürfte nun wieder gewichen sein. Was eigentlich der Grund des Zurückhaltens der französischen Regierung war, darüber sind Euer Exzellenz gewiss besser unterrichtet als ich. Hier sagt man mir jetzt, Herr Pichon habe sich — vielleicht nicht mit Unrecht — gegenüber den wahrscheinlichen Angriffen der französischen und auch russischen Presse durch eine zweifellose und öffentliche Erklärung Russlands betreffs der Flottendemonstration decken wollen. Nach hiesigen Informationen hätte Herr Sazonow schon früher in Herrn Delcassé gedrungen, Frankreich möge nur ja gewiss an der Flottendemonstration teilnehmen und auch Herr Iswolsky soll diesmal nicht dagegen agitiert haben, wenigstens nicht im letzten Stadium. Was Italien betrifft, habe ich den Eindruck, dass man hier findet, die italienischen Schiffe hätten sich etwas rascher in Bewegung setzen können. Man scheint zu glauben, dass Italien auch etwas gezögert hat. Falls die italienische Regierung in demselben Augenblick wie die k. u. k. Regierung ihre Schiffe nach Antivari dirigiert hätte, wäre es für England leichter gewesen, auch sofort den Befehl an die in Corfu wartenden Kreuzer ergehen zu lassen. Dass hier im Publikum die Flottendemonstration und die Blokade nicht populär ist, scheint zweifellos. Es widerspricht dem englischen Gefühle, einen Druck oder Coerzitiv-Massregeln gegen einen kleinen Staat auszuüben, wenn kein direktes britisches Interesse im Spiele steht. Überdies geniesst Montenegro hier noch eine gewisse Sympathie.

Die alten Schlagworte aus Gladstonescher Zeit von dem heldenmütigen Gebirgsvolke, das seine Freiheit gegen die Türken verteidigt hat, leben noch fort. Ich erinnere mich, wie zur Zeit der Annexionskrise im Winter 1908 und 1909 der Premier-Minister mich einmal ersuchte, den verstorbenen Grafen Aehrenthal darauf aufmerksam zu machen, dass in England für Serbien keine wirkliche Sympathie bestehe, dass aber, wenn es sich um Montenegro handle, man mit einem gewissen „feeling" in der hiesigen Öffentlichkeit rechnen müsse. Aber auch in dieser Beziehung scheint die vortreffliche Rede Sir E. Greys zu beginnen gute Früchte zu tragen. In den radikalen Blättern, wo die stärkste Sympathie für Montenegro ausgedrückt wurde, beginnen sich Stimmen zu regen, welche den Gedanken Greys aufnehmen und ausführen, dass es sich hier nicht um einen Befreiungs-, sondern um einen Eroberungskrieg handelt und dass das albanesische Volk dieselbe Existenzberechtigung besitze wie die Montenegriner. Korrespondenzen in der „Daily News" und im „Daily Chronicle" vom 9. und 10. beginnen ein richtiges Bild der tatsächlichen Verhältnisse zu geben. Interessant ist es, dass die Verfasser dieser Briefe Radikale sind (wie Brailsford, Nevinson und Trevelyan), welche bis jetzt stets Gegner der Politik Sir E. Greys waren. Daneben befinden sich aber auch einige andere Briefe mit ganz unsinnigen Anregungen, wie zum Beispiel Cession Spizzas und Cattaros an Montenegro oder dergleichen. Man darf diesen Briefen keine Bedeutung beimessen. Sie stammen von den unpraktischen radikalen humanitären Schwärmern, welche Sir Edward Grey auf das Heftigste angreifen, weil er mit dem autokratischen Russland gut steht, gleichzeitig aber ihr slavophiles Herz entdecken, sobald es sich um einen kleinen christlichen Staat auf dem Balkan handelt. Leider hat sich auch der Balkanberichterstatter der „Times", Mr. Bourchier, verleiten lassen, in einem Schreiben in der gestrigen „Times" die Idee zu lancieren, Österreich-Ungarn möge dem König Nikolaus eine Grenzberichtigung in den Bezirken Kriwoschie, Trebinje und Bilek anbieten, wodurch Montenegro in Risano ein débouché in die Bocche di Cattaro hätte. Auch das Küstengebiet von Spizza, welches Österreich-Ungarn im Jahre 1879 Montenegro vorenthalten hat, möchte Mr. Bourchier Montenegro zurückgegeben sehen. Es handelt sich hier um eine rein persönliche Idee des Korrespondenten, die bisher von der „Times" nicht vertreten wurde und voraussichtlich auch nicht vertreten werden wird. Mensdorff.

[a]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 99. — [b]) Ebenda 141.

Nr. 6568. Bericht aus London, 11. April 1913 Nr. 38 B (eing. 14. April.). Ausfert.

Streng vertraulich. Aus einer vertraulichen und privaten Unterredung, die ich gestern abend mit dem für wenige Tage hier weilenden Prinzen Heinrich von Preussen hatte, konnte ich entnehmen, dass Seine königliche Hoheit sich nicht nur für die griechischen Wünsche bezüglich der Südgrenze Albaniens interessiert, sondern auch der Schaffung eines unabhängigen Albanien überhaupt sehr skeptisch gegenübersteht. Nach-

dem Seine königliche Hoheit allerdings die Bemerkung vorausgeschickt hatte, es sei jetzt zu spät, um auf das bereits Beschlossene zurückzukommen, und man müsse offenbar an den einmal gefassten Entschlüssen festhalten, meinte der Prinz, er kenne Albanien ziemlich genau und es scheine ihm ausgeschlossen, daraus einen lebensfähigen Staat zu bilden. Er könne nicht begreifen, warum eine Einverleibung Skutaris in Montenegro und überhaupt eine Ausdehnung slavischer Kleinstaaten an die Adria die Interessen der Monarchie tangiere. Meine Antwort, Häfen in slavischen Händen an der Adria könnten leicht anderen stärkeren Mächten in gewissen Eventualitäten zur Verfügung gestellt werden, wollte er nicht gelten lassen. Seine Argumente waren allerdings nicht sehr überzeugend und ich will auch die Zeit Euer Exzellenz nicht mit der Wiedergabe unserer Conversation in Anspruch nehmen. Wie mir schien, waren es hauptsächlich die griechischen Wünsche, die ihn, wohl in Folge seiner eben in Athen gewonnenen Eindrücke, beschäftigten. Sehr erfreut zeigte sich Seine königliche Hoheit von der fortschreitenden Besserung der Beziehungen zwischen London und Berlin und als ich ihn darauf aufmerksam machte, dass dies mit grösster Vorsicht und Takt behandelt werden müsste, nicht proclamiert und unterstrichen werden dürfe, stimmte er mir auf das lebhafteste zu. Prinz Heinrich flösst am hiesigen Hofe — wie ich bereits bei früheren Anlässen zu melden die Ehre hatte — kein besonderes Vertrauen ein. Man hält ihn nicht für sehr geschickt und macht einen grossen Unterschied zwischen seiner Bedeutung und der seines kaiserlichen Bruders. Mensdorff.

Nr. 6569. Bericht aus London, 11. April 1913 Nr. 38 C (eing. 14. April.). Ausfert.

Ich habe anlässlich einer Besprechung mit Marquis Imperiali über die Südgrenze im Sinne des hohen Erlasses vom 2. d. M. Nr. 1420*a)* ihm mitgeteilt, dass unsererseits als Kompromissgrenzlinie eine Linie nördlich des Kalamas von der Bucht von Paganià bis Tscharaplana angenommen werden würde. Marquis Imperiali hatte bis vorgestern keine Mitteilung aus Rom bezüglich der von ihm proponierten Linie Kap Stylos-Tscharaplana oder der in Wien approbierten Kompromisslinie erhalten. In der Strecke Jonisches Meer—Konitza ist die Differenz zwischen der franco-russischen Linie und der Kompromisslinie eine sehr geringe; die Distanz zwischen Kap Kephali und Kap Stylo, den Ausgangspunkten beider Linien, ist bloss 27 Kilometer, während die Bucht von Paganià noch 9 Kilometer über Kap Stylo hinaus liegt. Die Differenz zwischen beiden Linien ist bloss die südliche Hälfte des Bezirkes Delvino, während die Kompromisslinie im Bezirke Pagon für Griechenland sogar günstiger ist als die franco-russische Linie. Die südliche Hälfte des Bezirkes Delvino kann aber nicht gut von Albanien abgetrennt werden, einmal weil der Hafen von Santi Quaranta in dieselbe fällt, der für das albanische Hinterland von Argyrokastro, Premet, etc. notwendig ist und ferner weil sämtlicher Grund und Boden in jener Hälfte des Bezirkes Delvino dem Bey und Aga von Delvino gehört, während die zum Teil griechischen Bauern nur Colonen sind. Marquis Imperiali hat mir Kenntnis von einem Telegramm aus Rom vom 8. d. M. gegeben,

in welchem ihm eine Démarche des dortigen deutschen Botschafters zu Gunsten der griechischen Ansprüche in der albanischen Delimitationsfrage mitgeteilt wird, was Euer Exzellenz auch durch Herrn von Mérey werden erfahren haben. Was nun den weiteren Verlauf der Grenzlinie um das vlachische Territorium betrifft, so wurde nach Anhörung des Herrn Mişu auf der Réunion die Anregung gemacht, den griechischen Delegierten Skouloudis zuzuziehen und darüber in der Réunion zum Worte kommen zu lassen; da dies auf Widerspruch stiess, einigte man sich schliesslich dahin, dass Herr Skouloudis in einem schriftlichen Exposé seinen Standpunkt entwickeln möge. Dies ist bisher nicht geschehen und daraus resultiert eine weitere Verzögerung in der Festsetzung der Südgrenze. Alle diese Schwierigkeiten haben bei Sir E. Grey wieder den Gedanken hervorgerufen, die Fixierung der Grenze gegen Griechenland einer internationalen Kommission eventuell mittels Durchführung des von den Griechen vorgeschlagenen Plebiszites zu übertragen. Gegen eine solche Vorgangsweise bestehen jedoch die gewichtigsten Bedenken. Die Griechen haben in den Bischöfen, dem Klerus und den Lehrern in den von ihnen reklamierten albanischen Bezirken eine wirkungsvolle Parteiorganisation, durch welche sie die Gesamtheit der christlichen Bevölkerung, auch die albanische, beherrschen; dieselbe würde also unter diesem Drucke mit sehr geringen Ausnahmen für Griechenland votieren. Aber auch unter den mohammedanischen Albaniern, besonders unter den grösseren Grundbesitzern würden sehr viele in der Unsicherheit, ob das Land schliesslich nicht doch unter Griechenland kommen wird, aus Angst um ihre materielle Zukunft sich davon abhalten lassen, für Albanien zu votieren. Die ganze Bevölkerung ist übrigens in Unwissenheit über die Vorgänge erhalten und es wäre den griechischen Okkupationstruppen ein Leichtes glauben zu machen, dass die Zugehörigkeit des Landes zu Griechenland von den Mächten entschieden worden und das Plebiszit bloss eine Formalität ohne Bedeutung sei. Die Bedingungen, unter welchen Albanien und Griechenland an das proponierte Plebiszit herantreten würden, wären demnach für das erstere so ungünstige, dass eine Entscheidung auf diesem Wege von vornherein mit dem Makel der Unkorrektheit behaftet wäre und kein wahrheitsgetreues Ergebnis der Volksstimmung darstellen würde. Aus dem beigeschlossenen Tableau[b] geht hervor, dass in den von Griechenland reklamierten albanischen Bezirken eine ganz geringe Minorität von wirklichen Griechen nach Muttersprache und Rasse sich vorfindet. Es wird vielleicht möglich sein, bei der detaillierten Grenzabsteckung an Ort und Stelle, speziell im Bezirke Argyrokastro, noch einige griechische Dörfer aus Albanien auszuscheiden, da diese von der Küste weiter entfernt sind und damit gewisse Bedenken entfallen. Dadurch würde die Zahl der Griechen noch vermindert werden können. Doch muss Griechenland sich damit abfinden, dass es von der von ihm im Vereine mit dem oekumenischen Patriarchate in Konstantinopel durch mehr als 50 Jahre betriebenen Propaganda und Agitation in Südalbanien nicht alle erwarteten Früchte einheimsen kann.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6551 Anm. c. — [b]) Enthält eine Bevölkerungsstatistik der von den Griechen beanspruchten albanischen Bezirke.

Nr. 6570. Privatschreiben des Sektionschefs Grafen Friedrich Szápáry nach Rom, 11. April 1913. Abschrift.[a])

Streng geheim. Ich habe in einem von Dir an Hoyos gerichteten Briefe[b]) gelesen, daß Du unseren leitenden Kreisen den Vorwurf machst, daß sie den Konflikt mit Rußland scheuen, statt dieser mehr oder weniger unausweichlichen Auseinandersetzung beherzt ins Auge zu sehen. Ohne zu dieser Appreziation Stellung nehmen zu wollen, glaube ich, daß es von Nutzen sein könnte, Dir einige Konsiderationen darüber zu entwickeln, unter welchen Auspizien Oesterreich-Ungarn gegenwärtig, so weit es auf Italien ankommt, in einen solchen Konflikt eintreten würde. Da diese Frage mit der italienischen Balkanpolitik im allgemeinen und in concreto auf das innigste zusammenhängt, wirst Du mir gestatten, hiebei etwas weiter auszugreifen. Vom Standpunkte unserer Balkaninteressen bedeutet die seit dreißig Jahren verfolgte Dreibundpolitik speziell mit Rücksicht auf Artikel VII des Allianzvertrages[c]) geradezu den Verzicht auf territoriale Erwerbungen auf der Balkanhalbinsel. Einigermaßen gemildert erschien die Tragweite dieser Verpflichtung durch den albanesischen Akkord,[d]) welcher an der Ostküste der Adria die Grundlage einer für die Monarchie nicht ungünstigen Entwicklung abgeben konnte, wenn auch hier an eine spätere territoriale Erwerbung nur im Falle einer völligen Lahmlegung Italiens hätte gedacht werden können. Die von Oesterreich-Ungarn in der gegenwärtigen Orientkrise eingenommene Haltung ist den im Dreibundvertrage übernommenen Verbindlichkeiten auf das peinlichste angepaßt. Die Forderungen der Monarchie beschränken sich auf die Wahrung der seitens Italiens durch den 1897-er Akkord[e]) gewährleisteten Interessen an der adriatischen Ostküste und die Inanspruchnahme einer entsprechenden Ingerenz auf die Gestaltung der Verhältnisse an unseren Grenzen. Diese Haltung ist die logische Konsequenz des unserer Balkanpolitik seit den 80-er Jahren zugrunde liegenden Gedankens der territorialen Saturierung und der im Bündnisvertrage übernommenen Verpflichtungen, deren Einhaltung nicht nur vom Gesichtspunkte der Vertragstreue sondern auch deshalb geboten war, weil jede Außerachtlassung derselben Italien mit Recht veranlassen konnte, sich seiner sorgsam gepflegten Beziehungen zu Rußland zu bedienen, um den zwischen den italienischen und russischen Balkaninteressen gegenüber Oesterreich-Ungarn bestehenden Parallelismus gegen die Monarchie auszunützen. Oesterreich-Ungarn hatte sich seit Beginn der Krise trotz vielfacher Widerstände und Bedenken auf den Boden der auch für Italien maßgebenden Parole: „Der Balkan den Balkanvölkern" gestellt und durfte somit die volle Unterstützung Italiens zur Verwirklichung dieses Grundsatzes gewärtigen und erwarten, daß Italien im eigenen wohlverstandenen Interesse dem russischen Wahlspruche: „der Balkan den Balkanslaven" mit Oesterreich-Ungarn gemeinsam entgegenwirken werde. So sehr aber das von beiden Staaten aufgestellte Programm den beiderseitigen Interessen und den bestehenden Vereinbarungen entspricht, hat sich Italien vom Anbeginn der Balkankrise eine Attitüde zurechtgelegt, die weit mehr von dem tiefeingewurzelten Mißtrauen gegen die Monarchie und von dem Bestreben, jede Stärkung derselben hintanzuhalten, diktiert schien, als von dem ehrlichen Wunsche, mit uns auf dem

vertragsmäßig umschriebenen Boden zu kooperieren. Trotz der zweifellos im Spiele stehenden italienischen Interessen gewährte man Oesterreich-Ungarn nur eine äußerst laue Unterstützung, ließ die Monarchie in allem vorangehen und das Odium der ganzen Aktion tragen, während man sich hinter den Kulissen alle erdenkliche Mühe gab, Rußland und die Südslaven zu menagieren, wobei man sich mehr oder weniger im Lichte des durch lästige Verpflichtungen an Oesterreich-Ungarn geketteten und in der Betätigung seiner Slavophilie gehemmten Slavenfreundes darzustellen suchte. Dieser im Grunde für die Monarchie wenig freundlichen Haltung, dieser Lauheit im diplomatischen Kampfe ist es in erster Linie zuzuschreiben, daß die Dinge auf den heutigen kritischen Punkt geraten sind. Hätte sich Italien vom Anfang an voll und ganz in den Dienst des von beiden Reichen vereinbarten Programmes gestellt, statt Serbien und Montenegro unter der Hand zu encouragieren und Rußland durch Ergebenheitsbeteuerungen zu stärken, hätte Italien — wenn auch nur zum Scheine — die Entschlossenheit markiert, für die albanesische Frage gleichwie Oesterreich, erforderlichenfalls auch mit seinen Machtmitteln einzutreten, so wäre der ganze Spuk schon vor Monaten verflogen und die albanesische Frage wäre ohne Opfer in vollem Frieden und ohne ernsthaften Widerspruch vielleicht schon im Jänner geordnet gewesen, womit wir das Hauptziel unserer Politik, aus Anlaß des Zusammenbruches der Türkei in keinen den Charakter der Bundesgenossenschaft mit diesem Kadaver gegen das Slaventum tragenden Krieg verwickelt zu werden und die Chancen der offenbar mehr im Sinne unserer als der russischen Interessen zu gewärtigenden Entwicklung abzuwarten, erreicht hätten, abgesehen davon, daß in diesem Falle das autonome Albanien anders ausgesehen hätte, als es im besten Falle heute noch auszusehen die Aussicht hat. Nun sind aber die Dinge — nicht zum geringsten durch Italiens Schuld — soweit gediehen, die Zeit ist verstrichen, der Mut der Gegner der albanesischen Idee gewachsen und wir erleben das Schauspiel, daß trotz eines inzwischen mit schweren Opfern erkauften europäischen Beschlusses und trotz Anwendung internationalen Druckes Montenegro, Serbien und Griechenland auf das bereits halb menschenleere, zur Wüste gewordene Albanien einstürmen. Statt sich mit uns zur Erzielung einer internationalen Pression in die erste Reihe zu stellen, hat sich Italien wieder tunlichst gedrückt; statt Europa mit der zweifellos schweren Verlegenheit einer österreichisch-ungarisch-italienischen Sonderaktion zu bedrohen, mußte Oesterreich-Ungarn wieder allein die Veranstaltung der internationalen Flottendemonstration erzwingen und nun, wo wir genötigt sind, uns für den Fall eines Fiascos der letzteren Aktion vorzusehen, müssen wir uns wieder mit unserem Bundesgenossen herumschlagen, um ihn zu veranlassen, weitere Maßnahmen zur Durchführung des gemeinsamen Programmes ins Auge zu fassen, welche er an unerfüllbare Vorbedingungen, wie jene eines europäischen Mandates, knüpfen will. Diese Umstände führen uns leider wieder vor Augen, daß Italien sich nicht von dem Gedanken emanzipieren kann, das Südslaventum gegen die Monarchie unter Hintansetzung seiner eigenen Adria-Interessen auszuspielen und daß die Anläufe, nach der Tripoliskrise Dreibundpolitik zu machen, entweder überhaupt nicht ernst

gemeint waren oder nur so lange ernst waren, als es nur italienische Interessen zu sichern galt. Wohin soll dies aber führen in einem Augenblicke, wo die Triple-Entente trotz aller scheinbaren englischen Abschwenkungen solidarisch gegen Oesterreich-Ungarn auftritt, sobald dieses Miene macht, von seiner Aktionsfreiheit Gebrauch zu machen? Entschließt sich Italien nicht, im Falle eines Versagens der internationalen Aktion den gemeinschaftlichen Interessen im Vereine mit uns auf eigene Faust Nachdruck zu verleihen, so wird sich Oesterreich-Ungarn in die Lage versetzt sehen, entweder auf Deutschland allein gestützt das Wagnis eines Krieges nach mehreren Fronten zu riskieren, oder aus der politischen Situation die Konsequenzen abzuleiten und eine radikale Aenderung seiner Balkan-Politik vorzunehmen, denn leider liegen gewichtige Anzeichen dafür vor, daß man Unrecht hätte, ein absolutes Vertrauen in die Bundestreue Italiens zu setzen, da Italien zweifellos die Neigung hat, seine Bündnispflichten für den Fall einer infolge der albanesischen Frage entstehenden allgemeinen Konflagration sehr restriktiv zu interpretieren. Dies würde die Isolierung der beiden Zentralmächte, trotz Tripolis und Erneuerung des Dreibundes bedeuten! Es wäre unnütz, mit dem Kopf gegen die Wand rennen zu wollen. Aber der Welt würde es klar werden, daß nicht die Kraftlosigkeit der Monarchie an dieser Niederlage Schuld trägt, sondern die Unverläßlichkeit Italiens, welche die Gruppen-Politik Europas zur Farce gemacht hat. Damit Rußland alles auf dem Balkan erreiche, was es nur wünschen kann, dazu brauchen wir die italienische Bundesgenossenschaft nicht; damit wir sogar im Rahmen des Dreibundvertrages keine Balkanpolitik machen können, brauchen wir uns mit Rußland nicht zu verfeinden. Fort mit Schaden! müßte dann die Losung unserer albanesischen Politik lauten und „Front gegen Italien“ hieße es dann in unserer öffentlichen Meinung. Es wäre der Bankerott des Dreibundes, aber auch jener der italienischen Mittelmeer-Politik mit allen ihren Zukunftsträumen. Ein neues Kapitel europäischer Politik müßte folgen, welches, wenn es uns viel kosten könnte, Italien noch teuerer zu stehen kommen kann. Was den Balkan anbelangt, würde ein griechisches Valona, von uns den Griechen garantiert, die erste Etappe bilden müssen. Die Garantie, daß unsere und unserer Bundesgenossen Interessen einigermaßen zu Geltung kommen, liegt nur in der allgemeinen Ueberzeugung, daß die beiden europäischen Gruppen, welche auch nach den Balkanereignissen sich noch ziemlich die Wage halten können, einen gewissen Grad von Solidarität und Kohäsion aufweisen. In dieser Hinsicht scheinen wir aber der Triple-Entente gegenüber übel daran zu sein. Denn sollte England auch bei einem Zusammenstoße Deutschlands und Oesterreich-Ungarns mit Rußland und Frankreich neutral bleiben, so kann Frankreich mit Sicherheit darauf rechnen, daß es im Falle der Niederlage an England eine Stütze finden wird. Ob wir die gleiche Sicherheit in dem Falle hätten, wenn Italien mit Hilfe eines Interpretationskunststückes diesem Konflikte ferne bliebe, steht dahin. Sollte Italien nun zum zweitenmale im Laufe eines Jahrzehntes die Bundesgenossen im Stiche lassen oder gar zu den Gegnern abschwenken, dann gäbe es wohl in Oesterreich-Ungarn, aber auch in Deutschland keinen Staatsmann, der noch an der Dreibundpolitik festzuhalten vermöchte. Auch die öffentliche

Meinung könnte es wohl kaum verstehen, daß die Zentralmächte zuwarten sollen, bis sie sich das Vergnügen leisten können, einmal für ein italienisches Interesse einzustehen, nachdem Italien hintereinander Deutschland und Oesterreich-Ungarn im Stich gelassen hat. Der Prüfstein für Italiens Absichten dürfte aber die Haltung sein, welche es einnehmen wird, wenn die internationale Flottenaktion mit einem Mißerfolg enden sollte und wir an die Vereinbarung weiterer Maßnahmen schreiten müssen. Nach den neuesten eingetretenen Anzeichen serbischer Nachgibigkeit und im Hinblick auf die Fortschritte, welche die Idee einer materiellen Unterstützung Montenegros für den Fall eines Einlenkens in der Skutari-Frage aufzuweisen hat, wird es vielleicht zu dieser Eventualität nicht kommen. Immerhin dürfte es sich der Mühe verlohnen, den Fall auch heute ins Auge zu fassen. Es wäre mir von größtem Werte, wenn Du mir Deine kompetente Ansicht zu diesem Thema mitteilen wolltest, wenn man auch hoffen darf, daß es in absehbarer Zeit der Aktualität entrückt werden könnte. Szápáry.

[a] Laut Amtsvermerk vom 14. April 1913 hat Graf Szápáry das Konzept an sich genommen. — [b] Liegt nicht vor. — [c] Pribram I 103. — [d] Ebenda 83. — [e] Wohl ebenda 241 Anm. 247.

Nr. 6571. Tel. aus Rom, 11. April 1913 Nr. 205 (eing. 12. April 5 U. a. m.). Entziff.

Skutarifrage. Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 367 vom 10. d. M. Minister des Äussern betont, daß die von ihm für die finanzielle Zuwendung an Montenegro entworfene Formel eben den Zweck habe, dieser Aktion jeden dynastischen Einschlag sowie den Charakter einer Kompensation möglichst zu nehmen. Dies sei zur Wahrung der Form und für die grosse urteilslose Masse nützlich. Es schiene ihm aber eine Illusion, zu glauben, daß irgendein politisch zurechnungsfähiger Mensch in Europa — möge man die Sache wie immer darstellen — in der Zuwendung etwas anderes erblicken werde als eine Kompensation an Montenegro für den Verzicht auf Skutari. Die vorläufige Unterlassung einer publizistischen Erörterung dieses Gedankens, welche ich ihm schon neulich ans Herz legte, erklärte der Minister auch als seinen Wunsch. Nachdem diese finanzielle Kompensation aber schon seit geraumer Zeit in der europäischen Presse erörtert werde und er nunmehr eine einschlägige Initiative bei den Kabinetten unternommen habe, sei es nicht erstaunlich und auch gar nicht zu verhindern, daß das Thema jetzt von der gesamten Presse aufgegriffen werde. Mit den bisherigen Ergebnissen seiner Initiative ist Marquis di San Giuliano zufrieden. Es sei eine gewisse Aussicht vorhanden, daß auch Frankreich sich an der Zuwendung, welche die Form eines von den betreffenden Mächten garantierten Anlehens annehmen dürfte, beteiligen werde. Der Minister meinte schliesslich, daß die partizipierenden Mächte sich hiedurch eine Vorzugsstellung in Montenegro verschaffen würden. Mérey.

Nr. 6572. Tel. aus Rom, 11. April 1913 Nr. 206 (eing. 12. April 5 U. a. m.). Entziff.

Delimitation Albaniens. Rücksprache mit dem Minister des Äußern auf Grund des hohen Telegrammes Nr. 366 vom 10. d. Mts. ergab völlige

Übereinstimmung mit der Auffassung Euer Exzellenz, wonach die englische Anregung der Bestellung einer internationalen Kommission zur Festsetzung der Südgrenze Albaniens höchstens in dem Falle akzeptabel wäre, wenn vorher die Grenzlinie in der Hauptsache in London fixiert würde. Hiebei bemerkte der Minister, daß man bei der Diskussion in London zunächst von der Kalamas-Linie ausgehen werde. Als Kompromißvorschlag erschien ihm nach wie vor der vom Sektionschef Ippen entworfene (hohes Telegramm vom 4. d. Mts. Nr. 344)[a] der entsprechendste. Nach einem Telegramme des Marquis Imperiali habe übrigens Herr Ippen es seither als indifferent bezeichnet, ob man als Ausgangspunkt an der Küste die Bucht von Kalaito oder das Kap Stylos wähle. Definitiv werde man über eine Kompromißlinie erst schlüssig werden können, wenn ein von Frankreich angekündigter, aber noch nicht mitgeteilter Vorschlag bekannt sein und man sehen werde, wie weit Deutschland auf seinem vom Marquis di San Giuliano beklagten griechenfreundlichen Standpunkt verharren werde. Mérey.

[a] Vgl. n. 6551 Anm. d.

Nr. 6573. Tel. aus St. Petersburg, 11. April 1913 Nr. 154 (eing. 12. April 6 U. a. m.).[a] Entziff.

In der heutigen Botschafterreunion sprach zunächst deutscher Botschafter Bedauern seiner Regierung darüber aus, daß seitens der Triple Entente bisher (außer)[b] der Zession Silistrias jede weitere Grenzberichtigung im Sinne der rumänischen Wünsche abgelehnt worden sei. Deutsche Regierung könne sich dieser Auffassung nicht anschließen und müsse er daher auf die Notwendigkeit zurückkommen, Rumänien wenigstens noch einen Streifen am Schwarzen Meere zuzusprechen. Graf Pourtalès begründete dies mit strategischen Konsiderationen. Englischer Botschafter sprach sich mit größter Entschiedenheit gegen jede weitere Konzession aus, die er absolut ablehnen müsse. Ich sprach mich auch für die Notwendigkeit der Zuweisung mindestens eines Küstenstriches an Rumänien aus. Unser Ziel sei eine beide Teile befriedigende Lösung zu finden, was, insoferne Rumänien in Betracht komme, jedenfalls ohne die erwähnte weitere kleine Grenzberichtigung nicht erreicht werden würde. Was Bulgarien anbelangt, halten wir an der Notwendigkeit einer territorialen Kompensation fest, die auch ihm das zu treffende Arrangement vorteilhaft erscheinen lasse. Ich brachte sodann den Vorschlag betreffs Samothrakes vor, indem ich denselben an der Hand der mir gütigst zur Verfügung gestellten Argumente[c] begründete. Nach mir sprach mein italienischer Kollege, der sowohl das Verlangen nach einem Küstenstrich für Rumänien als meinen Vorschlag bezüglich Samothrakes wärmstens unterstützte. Herr Delcassé, der zunächst zum Worte kam, sprach sich sehr entschieden sowohl gegen eine weitere Konzession für Rumänien als gegen die Wahl einer Insel zum Kompensationsobjekt für Bulgarien aus. Es heiße dies aus dem Rahmen unserer Aufgabe heraustreten; die rumänsich-bulgarische Streitfrage erstrecke sich bloß auf die gegenseitige Grenzlinie und nur über diese hätten wir uns auszusprechen. Außerdem sei die Inselfrage eine sehr heikle Angelegenheit und man sei nur deshalb zu dem Ausweg gelangt, deren Schicksal vorläufig in die Hände

der Mächte zu legen, weil eben darüber bisher keine rechte Einigung habe erzielt werden können. Es könne sich aber nur darum handeln, ob gewisse Inseln aus strategischen Rücksichten den Griechen nur unter gewissen restringierenden Bedingungen überlassen werden sollen oder etwa gar an die Türkei zurückfallen sollen. Keinesfalls könnte aber die Frage erwogen werden, eine derselben, mit Ausnahme des ganz nahe am bulgarischen Festlande gelegenen Thasos, an Bulgarien abzugeben. Es würde hiedurch nur eine Streitfrage aufgerollt, was gegen den Zweck der Reunion wäre. Herr Sazonow schloß sich den Ausführungen des französischen Botschafters an und erklärte auch seinerseits einer weiteren Konzession umsoweniger zustimmen zu können, als nach seinen Nachrichten die Rumänen mit dem Erreichten ohnehin schon sehr zufrieden sein würden. Bezüglich der Inseln sagte Herr Sazonow, die russische Regierung sei diesbezüglich der griechischen gegenüber gebunden, insoferne sie Griechenland seinerzeit erklärt habe, sie sei im Prinzipe für die Zession aller Inseln an Griechenland mit der einzigen Einschränkung, daß es vielleicht aus strategischen Gründen notwendig sein könnte, die am Eingang der Dardanellen gelegenen eventuell an die Türkei zurückfallen zu lassen. Er sei daher in der Unmöglichkeit, dem Vorschlage Euer Exzellenz zuzustimmen. Hingegen meinte der Herr Minister, daß die von uns gesuchte territoriale Kompensation für Bulgarien vielleicht in nachstehender Weise gefunden werden könnte. Bekanntlich begnügten sich die Bulgaren jetzt nicht mit der geraden Grenzlinie Enos—Midia, sondern wünschen verschiedene aus der topographischen Lage sich ergebende Abweichungen und Ausbuchtungen zum Nachteil der Türkei. Es werde nicht möglich sein, sich diesem Verlangen zu widersetzen. Herr Sazonow meinte nun, man könnte bei Mitteilung des eventuellen Beschlusses der Reunion an Bulgarien demselben erklären, daß bei der Berücksichtigung seiner vorerwähnten Wünsche der Umstand mit maßgebend gewesen sei, ihm einen Ersatz für das Opfer zu bieten, welches die Réunion bei Schlichtung des rumänisch-bulgarischen Streites von ihm verlangt habe. Ich erwiderte, daß ich diesen Vorschlag Herrn Sazonows ad referendum nehme. Meiner unmaßgeblichen Meinung nach ist dies das äußerste, was in der Richtung einer territorialen Kompensation für Bulgarien erreichbar wäre und es nähert sich wenigstens einigermaßen dem von Euer Exzellenz im Auge behaltenen Kompensationsprinzip. Was die Erreichung irgend welcher weiteren Grenzberichtigungen anbelangt, so wird es bei jeder Sitzung klarer, daß in dieser Richtung von den Entente-Vertretern absolut keine weitere Konzession mehr zu erlangen ist und daß, wenn wir darauf bestehen, die Reunion bei der nächsten Sitzung resultatlos wird auseinandergehen müssen. Graf Pourtalès hat nicht davon gesprochen, daß die deutsche Regierung, bevor sie eine Lösung auf der gegenwärtigen von den Entente-Mächten eingenommenen Basis akzeptiert, sich der Zustimmung Rumäniens versichern zu müssen glauben würde, nachdem ich ihm gesagt hatte, daß ich eine solche Deklaration nicht unterstützen könne. Nächste Sitzung Dienstag den 15. 2. d. Mts. um 11 Uhr vormittags. Bitte bis dahin um hochgeneigte weitere Weisungen.

Thurn.

[a] Vgl. n. 6505, 6506, 6594, 6605, 6641. — [b] Chiffre fehlt. — [c] Vgl. n. 6556.

Nr. 6574. Bericht aus Sofia, 11. April 1913 Nr. 27 D (eing. 17. April). Ausfert.

Die Möglichkeit, dass die Tschataldja-Linie von den Bulgaren angegriffen und Dank der starken Artillerie, die ihnen nach dem Falle Adrianopels zur Verfügung steht, auch forciert werde, wird hier, wenn auch jetzt nur vereinzelt, immer noch in Betracht gezogen. Diejenigen, die mit der Eventualität rechnen, dass man — während die Diplomatie der Mediation die Wege zu ebnen bemüht ist — plötzlich von der Nachricht überrascht werden könnte, dass die Bulgaren auf Constantinopel marschieren, begründen ihre Befürchtung durch die Erwägung, dass erstens das Armeecommando, wenn es keine weiteren Absichten haben würde, nicht so viele Truppen und Belagerungsgeschütze (vide mein gehorsames Telegramm Nr. 317[a]) vom 5. d. Mts.) von Adrianopel nach Tschataldja befördert hätte und zweitens, dass die Regierung zwar selbst den Krieg rasch zu beenden aufrichtig wünscht, auf das Hauptquartier aber keinen Einfluss hat. Die seit einigen Tagen hier kursierenden Gerüchte über angebliche Kämpfe bei Tschataldja, die wenn auch nicht bedeutend doch sehr blutig und für die Bulgaren verlustreich gewesen sein sollen, geben auch zu denken und der lange Aufenthalt König Ferdinands bei der Armee, seine Ansprachen an die Soldaten und seine Schwärmerei für die Marmara-Küste — von der mir auch der Ministerpräsident gesprochen hat — tragen ebenfalls dazu bei, dass, wenn der Friede nicht sofort zu Stande kommt, mit der Möglichkeit einer Überraschung gerechnet wird. Von einem mit der Regierung in nahen Beziehungen stehenden Gewährsmann wird mir versichert, dass dem Armeecommando jetzt keine Pläne mehr wie die obbesprochenen zugemutet werden dürfen. Vor kurzem noch hätte sowohl der König als die Generalität die Forcierung der Tschataldja-Linie gewünscht, vor wenigen Tagen hätte aber der Standpunkt der Regierung gesiegt und König Ferdinand den Gedanken des Einzuges in Constantinopel aufgegeben. Man wird vermutlich nicht mehr lange warten müssen, um sich zu überzeugen, ob diese Version die richtige ist, oder ob die erwähnten Befürchtungen begründet waren.

Tarnowski.

[a]) Mit Tel. Nr. 317, 4. April 1913 (eing. 5. April 7 U. a. m.) wurden aus Sofia Truppenverschiebungen von Adrianopel ausschließlich nach Tschataldja gemeldet.

Tel. nach Belgrad, 12. April 1913 Nr. 107 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6580.

Nr. 6575. Tagesbericht über einen Besuch des serb. Gesandten, 12. April 1913 Nr. 1655.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Macchio).

Der königlich serbische Gesandte ist heute hier erschienen und hat folgende Mitteilung gemacht. Seine Excellenz der Herr Minister habe sich unlängst ihm gegenüber dahin ausgesprochen, er habe Nachrichten, denen zu Folge die serbische Regierung fortfahre, Truppen in das Innere Albaniens zu entsenden, woraus auf die Absicht Serbiens sich dort dauernd niederlassen zu wollen, geschlossen werden könnte. Er, der serbische Gesandte, habe sich über die bezüglichen Truppenbewegungen in Belgrad erkundigt

und nun den Auftrag erhalten, zu erklären, dass in der Tat serbische Truppen unlängst über Dibra in die Gegend von Elbassan dirigirt worden seien, doch seien dies nur unbedeutende Truppennachschübe zur Verstärkung der gegen die noch dort befindlichen türkischen Truppen kämpfenden Detachements.

[a]) Vgl. n. 6492.

Nr. 6576. Tel. aus Belgrad, 12. April 1913 Nr. 206 (5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Pašić sagte mir, serbische Regierung habe General Bojović formellen Befehl erteilt, sofort alle Feindseligkeiten vor Skutari einzustellen, ausser wenn er von türkischen Truppen angegriffen werden sollte. Es wäre vielleicht angezeigt, Essad Pascha entsprechende Verständigung zukommen zu lassen. Ministerpräsident glaubt, dass serbische Truppen sich von Skutari bald zurückziehen werden. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6560, 6579, 6580, 6611.

Nr. 6577. Tel. aus Belgrad, 12. April 1913 Nr. 208 (eing. 7 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Grenzen Albaniens. Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramm Nr. 202.[b]) Französischer Gesandter hat Weisungen bezüglich der albanesischen Grenzen erhalten. Dieselben sind identisch mit jenen, welche dem englischen Kollegen zukamen, differieren aber von den meinigen, in denen die Grenzen viel genauer und ausführlicher beschrieben sind. Deutscher und italienischer Kollege haben meinen Text angenommen. Ich bitte um Instruktionen, ob ich auf der mir zugekommenen Textierung bestehen soll. Herr von Hartwig erklärte, die Ermächtigung zur Demarche noch nicht erhalten zu haben. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6273, 6602. — [b]) Betrifft die irrtümliche Chiffrierung des Satzes: Diakova qui est laissée hors de conversation" anstatt „hors de l'Albanie" in n. 6273, welche Ugron vermuten ließ, daß damals die Entscheidung über Diakova noch nicht getroffen wurde, weshalb er auf weitere Verständigung wartete.

Nr. 6578. Bericht aus Belgrad, 12. April 1913 Nr. 79 A (eing. 14. April). Ausfert.

In meinem ergebenen Bericht vom 14. vorigen Monates Nr. 58 A habe ich die Ehre gehabt, Euer Exzellenz Aufmerksamkeit auf den Umstand zu lenken, dass Herr Spalajković an einer Annäherung zwischen Rumänien und Serbien zu arbeiten scheint; da er aber ein intimer Vertrauensmann des Herrn Pašić ist, ist anzunehmen, dass auch dieser Letztere dieser Idee nicht abgeneigt sein dürfte. Seit der Zeit habe ich keine Gelegenheit gehabt, über diesen Gegenstand etwas Neues in Erfahrung zu bringen. Der gestrige Trgovinski Glasnik, das Organ der hiesigen Handelskreise, berührt nun in einem Artikel — den ich in Vorlage zu bringen mir erlaube[a]) — diesen Gegenstand. Es wird in demselben auf die zahlreichen Berührungspunkte hingewiesen, welche zwischen Serbien und Rumänien bestehen sowie auf den Umstand, dass es nie Konflikte zwischen den beiden Staaten gegeben

habe. Es wird auch angedeutet, dass im Weltverkehr der Besitz der Schwarzenmeerküste für Rumänien wegen der häufigen Sperrung der Dardanellen nur von sekundärer Bedeutung sei, während Serbien nunmehr einen eigenen Hafen an der Adria besitzen wird und die dahin führende Eisenbahn wird fast durchaus auf serbischem Territorium laufen. Dieser Hafen könnte demnach auch für Rumänien von unschätzbarem Wert sein. Anfechtbarer scheinen die Ausführungen, in denen betont wird, dass ausserhalb der Grenzen Rumäniens 2—3 Millionen Rumänen leben, das Land also noch wichtige „nationale Aufgaben" zu lösen hat; und ebensolche Aufgaben bestehen auch für Serbien selbst nach Niederwerfung der Türkei noch weiter. „Skutari darf uns nicht kleinmütig machen — es muss uns anspornen" fügt das Blatt hinzu. Es entschuldigt sich auch, dass offen von einer künftigen rumänisch-serbischen Freundschaft zu einem Zeitpunkt gesprochen wird, wo der bulgarische Bundesgenosse mit Rumänien noch im Streit liegt. Serbien habe aber immer an der Beilegung dieses Konfliktes gearbeitet und sei derselbe schon nahe seiner Austragung. Es scheint, dass die Idee einer serbisch-rumänischen Annäherung anfängt in weitere Kreise zu dringen. Allerdings ist es nicht unmöglich, dass der „bulgarische Bundesgenosse" — wenn ich den Anspielungen des Herrn Toscheff Vertrauen entgegenbringen kann, auch in dieser Beziehung den Serben zuvorkommen wird. Ugron.

[a]) Wegen Raummangel nicht abgedruckt.

Tel. nach Berlin, 12. April 1913 Nr. 297 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6580.

Tel. nach Cetinje, 12. April 1913 Nr. 89 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6580.

Nr. 6579. Tel. aus Cetinje, 12. April 1913 Nr. 115 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

König von Montenegro hat Verständigung vom Befehl betreffend Abzug serbischer Truppen von Skutari heute nachts erhalten. Giesl.

[a]) Vgl. n. 6576.

Nr. 6580. Tel. nach Konstantinopel Nr. 191 (1), Berlin Nr. 297 (2), Rom Nr. 372 (3), Paris Nr. 226 (4), St. Petersburg Nr. 276 (5), London Nr. 314 (6), Belgrad Nr. 107 (7) und Cetinje Nr. 89 (8), 12. April 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

1.—8. Der königlich serbische Gesandte ist heute hier erschienen und hat sich auftragsgemäß betreffs der Einstellung der Feindseligkeiten dahin ausgesprochen, Serbien wünsche seine Truppen von Skutari baldmöglichst zurückzuziehen. Im Interesse der Sicherheit dieses Rückzuges bedürfe jedoch die serbische Belagerungsarmee einer Garantie, daß sie beim Verlassen ihrer Positionen nicht von dem in Skutari befindlichen türkischen Heere angegriffen werde. Er (Jovanović) sei beauftragt, die hierortige Vermittlung zu erbitten, damit Essad Pascha einen in diesem Sinne lautenden Befehl erhalte. Auf die Frage, ob der von ihm ausgeführte Auftrag ein

Zirkularauftrag sei, erwiderte der Herr Gesandte, die ihm zugekommene Depesche enthalte keinen diesbezüglichen Vermerk; doch vermuthe er, daß ein gleicher Auftrag auch an die anderen serbischen Gesandten ergangen sei. Herr Jovanović wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die k. u. k. Regierung keine Verbindung mit dem Skutariner Kommandanten besitze und daß Montenegro sich bereits in einem früheren Falle geweigert habe, eine Message an Essad Pascha weiterzubefördern. Aus diesem Grunde schiene es daher angezeigt, einen Ordre an den türkischen Befehlshaber mittels eines oder mehrerer Parlamentäre durch die serbischen Linien gelangen zu lassen. Weiters wurde dem Herrn Gesandten gesagt, wir wären bereit, die Ertheilung eines diesbezüglichen Befehles an Essad Pascha in Konstantinopel anzuregen. Gleichzeitig erhalte ich ein Telegramm Herrn von Ugrons vom 12. d. M., laut welchem Herr Pašić dem k. u. k. Gesandten mitgeteilt hat, ... *wie n. 6576 von „serbische Regierung" bis „werden sollte"* ...

1. Ich ersuche Euer Exzellenz, Vorstehendes zur Kenntnis Mahmud Schefket Paschas bringen und bei demselben anregen zu wollen, daß Essad Pascha den Befehl erhalte, die serbischen Truppen — wenn dieselben ihre Positionen vor Skutari verlassen — nicht anzugreifen. Euer Exzellenz wollen hiebei betonen, daß diese Lösung der kaiserlich ottomanischen Regierung gewiß nur erwünscht sein könne und daß es im allgemeinen Interesse liege, wenn der bezügliche Befehl dem Kommandanten von Skutari je früher zukomme. Der Kommandat der k. u. k. Eskader vor Antivari, Konter-Admiral Njegovan, wird unter einem von Vorstehendem in Kenntnis gesetzt und beauftragt — unabhängig von dem durch Euer Exzellenz bei der Pforte zu erwirkenden Ordre an Essad Pascha — beim Admiralsrathe der internationalen Blokadeflotte anzuregen, den Skutariner Kommandanten von der oben erwähnten Rückzugsabsicht der Serben und ihrem Verlangen nach einem unbehelligten Abzug zu verständigen.

2.—8. Ich telegrafiere Vorstehendes an Markgrafen Pallavicini und füge bei: (Inseratur Telegramm sub 1 von „Ich ersuche Euer" bis zum Schlusse.)

2., 3., 4., 6. Vorstehendes zur Mittheilung an

2. Herrn von Jagow,

3. Marquis di San Giuliano,

4. Herrn Pichon,

6. Sir Edward Grey,

2., 3., 4., 6. wobei Euer Exzellenz die Erteilung einer diesfälligen Instruktion an den Kommandanten der dortseitigen Seestreitkräfte vor Antivari anregen wollen.

5. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

7., 8. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Information.

Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 217 Nr. 415. Vgl. n. 6576, 6603.

Tel. nach London, 12. April 1913 Nr. 314 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6580.

Nr. 6581. Tel. aus London, 12. April 1913 Nr. 308 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

In Ergänzung meines gestrigen Telegrammes Nr. 301 betreffend Mediation. Bei Beginn der Réunion erklärte Sir E. Grey, nach seinen Informationen hätten bisher nur die österreichisch-ungarischen, deutschen und englischen Vertreter in Sofia, Athen, Belgrad und Cetinje die Instruktion erhalten, die Kollektivdemarche bei den Regierungen der Alliierten zu machen. Italienischer Botschafter versicherte, dass Instruktion an italienischen Vertreter ergangen ist. Russischer Botschafter bringt Wunsch seiner Regierung betreffs Zulassung des Prinzipes der Kriegsentschädigung vor. Deutscher und italienischer Botschafter sprachen sich entschieden dagegen aus. Ich hielt mich passiv. Sir E. Grey, der auch Kriegsentschädigung nicht wünscht, verhielt sich im Gegensatze zu meinen gesprächigen zwei Kollegen ganz ruhig, resümierte aber die Situation dahin, dass über Kriegsentschädigung eine Einigung der Reunion kaum zu erzielen wäre. Russischer Botschafter erklärte, seine Regierung wünsche sich nicht von den anderen Mächten zu trennen, bittet aber, dass sein Antrag in unserer Resolution zum Ausdrucke komme. Französischer Botschafter teilt den Gesichtspunkt seiner Regierung mit, betonend, dass er damit keine Proposition vorbringe.

[a] Vgl. n. 6654. Mensdorff.

Nr. 6582. Tel. des Militärattachés in London an den Chef des Generalstabs, 12. April 1913 (eing. vormittags, mitgeteilt vom Chef des Generalstabs am 12. April unter Evb. Nr. 1818).[a] Abschrift.

„Französische Regierung erhält Nachricht aus Adrianopel und Sofia, dass ein bulgarischer Angriff auf Čataldža bevorstehe. Stellt daher Vorschlag zur Entsendung internationaler Flottendetachements mit der Aufgabe, Sicherheit in Konstantinopel aufrechtzuerhalten, kriegerische Operationen auf der Halbinsel Galipoli und der Nordküste des Marmarameeres zu verhindern und den ungestörten Handelsverkehr durch die Meerenge zu sichern. Russland hat es bereits gutgeheissen, englischer Minister des Äussern will zuvor geheim mit Ministerpräsidenten beraten, Dreibundbotschafter melden den Vorschlag an ihre Regierungen. Der französische und italienische Botschafter traten für eine von den Grossmächten zu garantierende Anleihe für Montenegro ein, wurden aufgefordert konkreten Vorschlag ihrer Regierung einholen."

Eigenhändige Nachschrift des Chefs des Generalstabs: Euer Exzellenz beehre ich mich bezüglich der umstehenden Nachrichten meine Anschauung dahin zu präcisieren, daß wir gar kein Interesse haben die Operationen der Bulgaren zu behindern und daß, wenn dies von anderer Seite verlangt wird, wir das Gleiche hinsichtlich Albaniens fordern müssen. Daß wir in finanzieller Hinsicht gar keine Unterstützung an Montenegro leisten sollen, habe ich mir erlaubt schon wiederholt auszusprechen. Wien, 12. April 1913. Conrad.

[a] Vgl. n. 6565.

Tel. nach Paris, 12. April 1913 Nr. 226 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6580.

Nr. 6583. Bericht aus Paris, 12. April 1913 Nr. 34 A (eing. 14. April). Ausfert.

Die Discussion im deutschen Reichstage über die Militärvorlagen wurde hier mit grossem Interesse verfolgt. Man muss der französischen Presse die Gerechtigkeit widerfahren lassen, dass sie im Allgemeinen dieses sehr heikle Thema ziemlich objectiv und ohne Gehässigkeit behandelt hat. Die in den Reden im deutschen Parlamente oft wiederkehrende Behauptung, dass das Anwachsen des kriegerischen Geistes in Frankreich eine der hauptsächlichsten Ursachen der deutschen Rüstungen sei, wird natürlich unter Beteuerung der friedlichen Gesinnungen Frankreichs allseitig in Abrede gestellt. Ich glaube aber, dass viele Franzosen, ohne es offen einzugestehen, sich darüber Rechenschaft geben, dass die nationalistische Hetzcampagne der letzten zwei Jahre der deutschen These eine gewisse Berechtigung verleiht. Freilich behaupten sie aber, dass diese Campagne durch den „coup d'Agadir" hervorgerufen ward. Was speziell die Rede des deutschen Reichskanzlers in der Rüstungsfrage[a] betrifft, so hat dieselbe durch ihre mutige und klare Sprache eher imponiert und kann man nicht sagen, dass sie einen ungünstigen Eindruck gemacht hätte. Herr Pichon hat mit dem deutschen Botschafter ganz offen und freundschaftlich über diese Rede gesprochen und nur bemerkt, dass jetzt, nach derselben, die Votierung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich gesichert sei. Ich habe keinen Grund diese Behauptung Herrn Pichons in Zweifel zu ziehen, muss aber doch konstatieren, dass nach den Zeitungsnachrichten zu urteilen, im Lande sich eine ziemlich starke Opposition gegen die dreijährige Dienstzeit bemerkbar macht. In verschiedenen Städten haben Demonstrationen gegen die Gesetzesvorlage stattgefunden, die natürlich tunlichst unterdrückt und totgeschwiegen wurden. Die Regierung hat, wie ich dies bereits gemeldet, verschiedene Erleichterungen des ursprünglichen Projects in Aussicht gestellt; sie wird, um die Annahme der Vorlage zu sichern, vielleicht noch einige weitere Konzessionen machen müssen. Szécsen.

[a] Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 133.

Nr. 6584. Bericht aus Paris, 12. April 1913 Nr. 34 C (eing. 14. April). Ausfert.

Die gemeinsame Flotten-Action der Mächte Montenegro gegenüber scheint nunmehr gesichert und im Gange zu sein. Die Schwankungen der französischen Politik, die gleich nach den diesbezüglichen in London gefassten Beschlüssen zu Tage traten und die Teilnahme Frankreichs an dieser Action in Frage stellten, haben daher nur mehr ein retrospectives Interesse, verdienen aber doch erwähnt zu werden. Wie ich telegrafisch[a] meldete, zeigte sich am 1. l. M. Herr Barthou entschieden geneigt, die Londoner Beschlüsse sofort durchzuführen. Am 2. April sprach ich mit dem Minister des Äussern, der eine sehr schwankende Haltung einnahm, auf die grossen Schwierigkeiten der Action und auf den Widerstand hinwies, dem dieselbe bei der französischen und russischen öffentlichen Meinung begegne (conf. mein Chiffre-Telegramm vom 3. April Nr. 65). In einer

Conversation, die ich am 3. April mit Herrn Paléologue hatte, sprach ich mein Befremden über das Zögern der französischen Regierung aus, die Londoner Beschlüsse auszuführen. Ich wies darauf hin, dass eine derartige schwankende Haltung den moralischen Eindruck, den der einmütige Beschluss der Mächte hervorgerufen hatte, stark herabmindere und die Hoffnungen der Alliirten auf einen Zerfall des europäischen Conzerts neu belebe. Frankreich habe Europa in diesem Falle einen recht schlechten Dienst erwiesen. Aber auch für Russland könne diese Haltung Frankreichs nur unangenehm sein. Herr Sazonow habe mit einer starken Opposition zu kämpfen und könne es ihm sicher nicht genehm sein, wenn diese gegen seine Politik gerichtete Opposition eine directe Unterstützung bei der französischen Regierung und in der hiesigen Presse finde. Herr Paléologue antwortete mir hierauf: „Nous avons des renseignements très positifs qu'à Londres le Comte de Benckendorff est allé beaucoup trop loin et qu'il n'est pas approuvé par son Gouvernement." Ich bemerkte, dass mir dies mit Hinblick auf die bekannte Vorsicht des genannten russischen Botschafters ganz ausgeschlossen erscheine. Die Londoner Botschafter-Réunion würde aber jeden Zweck verlieren, wenn dort einmütig gefasste Beschlüsse immer wieder umgestossen werden können. Herr Paléologue wies auch auf die Haltung der hiesigen öffentlichen Meinung hin, mit welcher die Regierung rechnen müsse und die sich jeder Pression Montenegro gegenüber abgeneigt zeige. Auf meine Frage, wer die Presse in dieser Hinsicht beeinflusse, gab Herr Paléologue zwar nur indirect, aber auf nicht misszuverstehende Weise zu, dass Herr Iswolsky dabei die Hand im Spiele haben dürfte. Er schien aber vorauszusetzen, dass derselbe im Sinne der Instructionen seiner Regierung handle. Sir F. Bertie ist überzeugt, dass unser russischer College bei dieser Gelegenheit wieder einmal versucht hat, Politik auf eigene Faust zu machen. Es ist ihm jedenfalls gelungen, in der Presse eine Action einzuleiten, die die hiesige Regierung stark impressioniert hat. Sir Francis sagte mir, er glaube nicht, dass die grossen finanziellen Mittel, die Herrn Iswolsky für Press-Zwecke zur Verfügung stehen, ausschliesslich aus dem offiziellen Geheim-Fonds stammen. Herr Sazonow werde doch nicht die französischen Zeitungen zahlen, damit selbe die russische Opposition unterstützen. Der englische Botschafter vermutet, dass die panslavistischen Vereine in Petersburg und Moskau Herrn Iswolsky einen Pressfond zur Verfügung gestellt haben dürften, den derselbe ganz nach seinen eigenen Ideen verwendet. Ich will nicht behaupten, dass Herr Iswolsky hier direct den baldigen Sturz Herrn Sazonows in Aussicht gestellt hat. Er hat aber genug Mittel, um auf indirectem Wege durch Journalisten und so weiter eine solche Nachricht zur Kenntnis der hiesigen Regierung gelangen zu lassen. Die Sprache, die während dreier Tage am Quai d'Orsay geführt ward, war in dieser Hinsicht sehr charakteristisch. Man merkte deutlich die Unsicherheit und den Wunsch, sich ja nicht zu engagiren, um einen eventuellen Umschwung der russischen Politik mitmachen zu können. Es dauerte einige Tage, bis Herr Pichon den Mut fand, für die Durchführung der von Frankreich bereits acceptirten Londoner Beschlüsse einzutreten. Als Herr Iswolsky merkte, dass seine Regierung die Londoner Beschlüsse

nicht désavouiren wolle, scheint er seine Action gegen dieselben wieder eingeschränkt zu haben. Mit meinem gehorsamen Privat-Schreiben vom 5. l. M.[b]) habe ich über eine Conversation berichtet, in welcher er sich als unbedingter Anhänger der Politik Herrn Sazonows bekannte. Der letzte Obstructionsversuch meines russischen Collegen scheint mir ein nützliches Resultat gezeitigt zu haben: dass man in London, wie ich aus den Äusserungen Sir F. Berties schliessen kann, gegen Herrn Iswolsky und die von ihm verfolgte zweideutige Politik eher gereizt ist. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 6421. — [b]) Mit Privatschreiben vom 5. April 1913 (eing. 8. April) wurde aus Paris über eine Unterredung mit Iswolsky berichtet, in welcher derselbe sich über einen Angriff in der Wiener Korrespondenz „Information" unter der Chiffre „Ae." beklagte und sagte, er billige und unterstütze nach Kräften Sazonows Politik.

Nr. 6585. Bericht aus Paris, 12. April 1913 Nr. 34 D (eing. 14. April). Ausfert.

Vertraulich. Von der angeblich bevorstehenden Versetzung Herrn Iswolskys nach London ist es wieder ziemlich still geworden. Er selbst vermeidet es den Gegenstand zu berühren. Am Quai d'Orsay ist man, glaube ich, langsam auch zur Überzeugung gelangt, dass mein russischer College kein bequemer Botschafter ist. Herr Pichon und Herr Paléologue machen oft versteckte Anspielungen auf seine agitatorische Thätigkeit und seine vielfachen Beziehungen zur Pariser Presse, speciell zum „Temps", welch letzteres Blatt thatsächlich dem mot d'ordre des Ministeriums des Aeussern nicht immer zu folgen scheint. Man zeigt ihm aber noch immer ziemlich viel Vertrauen denn man rechnet hier doch noch vielfach mit der Möglichkeit, dass die Politik Herrn Iswolskys in St. Petersburg die Oberhand gewinnen könnte. Der beiliegende Artikel des Courrier-Européen[a]), dessen Spitze sich allerdings in erster Linie gegen Herrn Poincaré richtet, ist immerhin bemerkenswerth, denn er zeigt, dass auch in der hiesigen Presse die blinde Bewunderung Herrn Iswolskys nicht mehr als absolute Regel gilt. Allerdings muss ich bemerken, dass dieser Zeitung an und für sich keine besondere Bedeutung zukommt. Ein oft gut unterrichteter Journalist erzählte mir gestern, er habe erfahren, dass die englische Regierung ohne eine Agréments-Anfrage für Herrn Iswolsky abzuwarten das Praevenire gespielt und in St. Petersburg vertraulich zu verstehen gegeben hätte, dass ihr eine Ersetzung des Grafen Benckendorff durch Herrn Iswolsky wenig erwünscht wäre. Sir Francis Bertie, der für unseren hiesigen russischen Collegen sehr wenig Smypathien hat, scheint die Möglichkeit seiner Versetzung nach London nicht als ausgeschlossen zu betrachten. Er meinte aber, dass derselbe in England weniger Schaden anrichten könnte als hier. Man kenne ihn und seine Kniffe genau, die englische Presse steht auf einem ganz anderen moralischen Niveau als die Pariser Zeitungen und Herr Iswolsky werde nicht in der Lage sein, mit finanziellen Mitteln die Presse so zu beeinflussen, wie er es hier thut. Szécsen.

[a]) Artikel vom 11. April 1913 mit der Überschrift: M. Isvolski partira-t-il? wurde nicht aufgenommen.

Tel. nach Rom, 12. April 1913 Nr. 372 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6580.

Nr. 6586. Tel. nach Rom, 12. April 1913 Nr. 373 (aufg. 13. April 2 U. 30 M. a. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).*

Bei Fortsetzung des Gedankenaustausches mit Marquis di San Giuliano betreffs einer eventuellen finanziellen Unterstützung Montenegros wollen Euer Exzellenz sich die nachstehenden Gesichtspunkte vor Augen halten. Der in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 202 vom 9. l. M. wiedergegebenen Auffassung des italienischen Ministers des Äußern, die finanzielle Aktion zu Gunsten Montenegros dürfe nicht den Charakter eines Geschenkes an den König annehmen, kann ich nur beipflichten und würdige die Bedenken Marquis di San Giulianos, welcher eben so bestrebt sein muß, dieser Aktion den italienisch-dynastischen Einschlag zu benehmen, als wir den Anschein vermeiden müssen, als ob wir, außer Stande, unseren Willen betreffs der Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien aus eigener Kraft durchzusetzen, zu einem finanziellen Aushilfsmittel zu greifen gezwungen wären. Der von Hochdenselben mit Marquis di San Giuliano entworfene Gedankengang (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 202) trägt diesen Bedenken im Großen und Ganzen Rechnung und scheint mir auch geeignet, den übrigen Großmächten die Teilnahme an einer einvernehmlichen Lösung des Problemes der finanziellen Sicherstellung der Selbständigkeit Montenegros zu ermöglichen. Daß sich an einer diesfälligen Aktion nur Österreich-Ungarn, Italien und Rußland beteiligen sollten, möchte ich schon aus dem Grunde vermieden sehen, weil in diesem Falle die öffentliche Meinung eher geneigt sein würde, die oben angedeuteten Motive zu präsumiren, als wenn auch andere Mächte sich an einer solchen Aktion beteiligen möchten. Wie Euer Exzellenz aus einem Hochdenselben abschriftlich mitgeteilten Erlaß an Graf Szögyény Nr. 753 vom 15. Februar l. J. erinnerlich sein wird, stand die deutsche Regierung damals dem Gedanken sympatisch gegenüber, Montenegro im Falle des Verzichtes auf Skutari eine finanzielle Entschädigung zu gewähren. Wenn dieselbe wenigstens teilweise in die Form einer fruktifizirenden Anlage gekleidet wird, dürfte es der russischen Regierung nicht schwer fallen, auch das Pariser und eventuell das Londoner Kabinett zur Teilnahme zu gewinnen. Letzteres dürfte aber wohl nicht der Fall sein, wenn die Zuwendung auch nur im entferntesten den Charakter einer „Kompensation" annehmen soll. Da auch ich, wie Euer Exzellenz bekannt, auf dem Standpunkte stehe, daß von einer Kompensation an Montenegro nicht die Rede sein kann, vermag ich auch die Auffassung Marquis di San Giulianos (Euer Exzellenz mehrcitirtes Telegramm) nicht zu teilen, daß es ein rein äußerliches Detail sei, wie man die in Rede stehende finanzielle Unterstützung nennen wolle. Bei Fixirung des Planes der einzuleitenden Transaktion müßte daher der eigentliche Zweck derselben — die Sicherung der ökonomischen Selbständigkeit Montenegros — festzustellen sein. Für uns ist es übrigens unmöglich die Stimmung der öffentlichen Meinung außer Acht zu lassen, die eine Belastung des Budgets zu Gunsten jenes Balkanalliirten, der das Signal zum Kriege gegeben und während des ganzen Verlaufes der Krise eine feindselige Haltung gegen die Monarchie zur Schau getragen hat, aufs schärfste mißbilligen würde. Es sollte daher wenn möglich ein Mittel gefunden werden, die Belastung unseres Budgets aus diesem Anlasse zu umgehen. Hiebei schwebt

mir der Gedanke vor, die zur Bereinigung der finanziellen Fragen berufene Pariser Kommission auch mit dieser Angelegenheit zu betrauen und die für Montenegro aufzubringende Summe eventuell a conto der in Aussicht genommenen mehr oder minder verschleierten Kriegsentschädigung zu stellen. Sollte dies sich als nicht durchführbar erweisen und auch kein anderer Ausweg dieser Art gefunden werden können, müßte zum Mindesten eine Lösung ausgedacht werden, durch welche sämtliche Mächte in gleicher Weise engagirt würden. Schließlich möchte ich noch bemerken, daß die geplante Zuwendung keinesfalls auch nur theilweise vor Räumung der Albanien zugesprochenen Gebiete erfolgen dürfte und auch dann nur successive zur Auszahlung gelangen könnte. In dieser Auffassung bestärkt mich eine Meldung des Grafen Thurn, wonach man im russischen Finanzministerium der Ansicht wäre, König Nikolaus würde sich zwar finanziellen Argumenten kaum verschließen, aber wahrscheinlich nach deren Flüssigmachung abdanken. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6639.

Nr. 6587. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 12. April 1913 Nr. 1659. Konz. (S. Schreibmaschine; V. Berchtold).

Herzog Avarna hat heute auftraggemäß mir gegenüber die französischerseits ventilierte Idee zur Sprache gebracht, daß die Türkei Skutari den Mächten abtrete, und beigefügt, Marquis di San Giuliano meine, es würde dies die Lösung des Problemes vereinfachen. Auf die Anfrage des Herrn Botschafters nach meiner Ansicht über diesen Gedanken erwiderte ich, daß ich mir vorbehalten müsse, darüber noch schlüssig zu werden, daß ich aber dem ersten Eindrucke nach dächte, es wäre praktischer, wenn man schon von der Türkei diese Zession verlange, sie gleich auf ganz Albanien auszudehnen; ich befürchte jedoch, die Türkei könne an diese Zession Bedingungen knüpfen, die wir vielleicht nicht in der Lage wären anzunehmen.

Nr. 6588. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 12. April 1913 Nr. 1660.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

In meiner heutigen Unterredung mit Herzog Avarna teilte mir derselbe mit, Marquis di San Giuliano habe von unserer Bereitwilligkeit, die Insel Samothrake an Bulgarien zu überlassen, Kenntnis genommen. Dessen Ansicht gehe dahin, daß, nachdem die Insel von den Griechen besetzt sei, es schwer wäre, sie der Türkei zurückzugeben. Wenn nun aber einmal die Pforte auf die Inseln Verzicht leisten müsse, so schiene es auch dem Herrn italienischen Minister des Äußern angezeigt, dem Wunsche Bulgariens Rechnung zu tragen, zumal die anderen Inseln größtenteils den Griechen zufallen würden. Das kompetente Forum hiefür seien aber nicht die Petersburger Botschafter sondern die Londoner Réunion und könnte dem König Ferdinand auf seine Samothrake betreffende Anfrage mitgeteilt werden, daß die Mächte der Tripelallianz bereit seien, die diesbezüglichen bulgarischen Wünsche in London zu unterstützen.

[a]) Vgl. n. 6539.

Nr. 6589. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 12. April 1913 Nr. 1661. Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Wie mir der königlich italienische Botschafter heute mitteilte, hat Marquis Imperiali seiner Regierung vorgeschlagen, daß man sich nunmehr ernstlich mit der Inselfrage beschäftigen solle und die Dreibundmächte diesfalls zu einem Einvernehmen zu gelangen hätten. Nach den Ansichten der italienischen Regierung hätte der deutsche Botschafter in London diesfalls die Initiative zu ergreifen und den Standpunkt der Dreibundmächte zu verdolmetschen. Die italienischerseits besetzten Inseln unterlägen zwar derzeit einem eigenen Regime, würden aber schließlich wohl Griechenland zu überantworten sein. Diese Anschauung entspräche nicht einer Sympathie für Griechenland, denn man gebe sich in Rom nicht denselben Illusionen bezüglich des Anschlusses Griechenlands an den Dreibund hin, wie dies in Berlin der Fall sei, es kämen aber Konsiderationen praktischer Art hiefür in Betracht. So erscheine es beinahe unmöglich, die fraglichen Inseln der Türkei zurückzustellen, nachdem sie von Griechen bewohnt seien und keine türkischen Behörden mehr zur Stelle seien. Auch die übrigen Inseln würden nach Ansicht des Kabinettes von Rom aus dem gleichen Grunde an Griechenland zu fallen haben, wobei namentlich das Moment in Betracht komme, daß die Tripel-Entente geschlossen für die Überantwortung der Inseln an Griechenland stimmen werde und englischerseits im Hinblicke auf die öffentliche Meinung eine intransigente Haltung in diesem Belange zu gewärtigen sei. Dem gegenüber müßten aber, nach Ansicht der italienischen Regierung, Garantien für die ottomanischen Interessen in der asiatischen Türkei geschaffen werden. Marquis di San Giuliano ersuche um Mitteilung meiner Stellungnahme zu der vorstehenden Auffassung des italienischen Botschafters in London. In meiner Antwort wies ich darauf hin, daß Italien nach dem Gesagten im Begriffe zu sein scheine, in der Inselfrage eine vollkommene Schwenkung und zwar zu Gunsten Griechenlands auf Kosten der Türkei auszuführen. Was uns anbelange, sei die Inselfrage bisher au second plan gestanden und müsse ich mich noch mit dem Probleme näher beschäftigen; ich könne nur soviel sagen, daß, wenn man den Griechen in der Inselfrage noch mehr Entgegenkommen zeigen wolle, dies voraussetze, daß sie uns bezüglich der Abgrenzung Albaniens Konzessionen machen werden.

Nr. 6590. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 12. April 1913 Nr. 1662.a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Herzog Avarna teilte mir heute auftraggemäß mit, seine Regierung sei, was die montenegrinische Frage anlangt, der Ansicht, es genüge nicht, Montenegro finanziell zu unterstützen, sondern man müsse auch dafür sorgen, das Prestige des Königreiches zu heben, in welchem Belange Marquis di San Giuliano folgende Ideen vorschweben würden: Die Mächte, welchen Skutari zu übergeben wäre, sollten zulassen, daß die montenegrinischen Truppen in die Stadt einziehen, was natürlich nur zum Scheine und um der montenegrinischen Eitelkeit zu schmeicheln erfolgen würde. Ferner könnte man Montenegro die mit Rücksicht auf die ethnischen und geo-

graphischen Verhältnisse zulässig erscheinenden territorialen Satisfaktionen geben. Sollte dies auf Kosten Albaniens unmöglich erscheinen, so ließe sich dies vielleicht auf Kosten Serbiens realisieren, wobei allerdings für letzteres eine Entschädigung materieller, moralischer, finanzieller oder sonstiger Natur in Betracht käme. Diesen Ausführungen gegenüber habe ich mich völlig ablehnend verhalten, bemerkend, daß dieselben nicht geeignet seien, in ernste Erwägung gezogen zu werden.[b])

[a]) Vgl. n. 6639. — [b]) Auf einer amtlichen Abschrift Randbemerkung des Kaisers: Sehr richtig. Franz Joseph.

Nr. 6591. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 12. April 1913 Nr. 1663. Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Aus einer heutigen Mitteilung des italienischen Botschafters ging hervor, daß seine Regierung Kenntnis von der Auffassung des Pariser Kabinettes bezüglich der Frage der Kriegsentschädigung an die Balkanstaaten erlangt habe. Die französische Regierung stehe den Ansprüchen letzterer weder absolut günstig, noch absolut ungünstig gegenüber. Auf der einen Seite müsse sie vor allem darauf bedacht sein, die Interessen der ottomanischen Staatsgläubiger zu wahren und sich die Notwendigkeit vor Augen halten, der Türkei die Bedingungen zu erhalten, unter welchen sie ihr Leben fristen könne. Wenn nach Beachtung dieser Momente noch Geld verfügbar bleibe, so könne dies wohl den Alliierten zugute kommen. Wie mir der Herr Botschafter weiters mitteilte, habe Marquis di San Giuliano zu dieser französischen Auffassung bemerkt, er sei der Ansicht, die Hauptsache liege darin, de mettre la Turquie en état de vivre. Auf die Frage des Botschafters, wie ich mich zu dieser Frage stelle, verwies ich meinen Mitredner darauf, daß wir seinerzeit für Zuweisung derselben an die Pariser Commission plaidirt hatten, ohne uns in merito zu präjudiciren, daß ich aber keinen Anstand nehme, dem französischen Standpunkte insoferne beizupflichten, als wir keinen Grund haben, dem Gedanken einer Kriegsentschädigung principiell entgegenzutreten.

Nr. 6592. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 12. April 1913 Nr. 1664.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Herzog Avarna gab mir heute auftraggemäß von einem Vorschlage Herrn Tittonis bezüglich der südalbanischen Grenze Kenntnis. Nach dessen Ansicht sei es recht wenig wahrscheinlich, daß man die Kalamasgrenze werde durchsetzen können. Man müsse bezüglich dieser Abgrenzung sich vor Augen halten, daß ein Akkord der sechs Mächte notwendig erscheine. Ohne einen solchen wäre das Eintreten einer isolierten Aktion zu besorgen, in deren Folge es zu einem europäischen Kriege kommen könnte. Wir müßten uns daher schließlich in eine Transaktion bezüglich dieser Frage einlassen. Während die Dreibundmächte die Kalamasgrenze wünschen, streben die Tripel-Entente-Regierungen einen Ausgleich an und habe Herr Cambon diesbezüglich in London von dem Küstenpunkte Kefali gesprochen. Wenn Italien, um sich den Wünschen der Mächte zu konformieren, von der

Kalamasgrenze abgehen wolle, müsse aber vorher der königliche Generalstab darüber befragt werden, ob dies ohne Gefahr möglich erschiene. Es werde sich darum handeln, welche Ausgleichslösung die vorteilhafteste wäre, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß der italienische Generalstab keine Bedenken dagegen äußere und namentlich die Garantien für genügend erachte, welche bezüglich der Neutralität Korfus durch die Protokolle vom 14. November 1863 [b] und vom 24. November 1864 [c] geboten werden. Auf die Frage des Herrn Botschafters nach meiner einschlägigen Stellungnahme erwiderte ich, auch ich müsse mich vorerst diesbezüglich mit dem k. u. k. Generalstabe in Verbindung setzen.

[a] Vgl. n. 6553, 6638. — [b] Martens N. R. G. 2. S. XVIII 55. — [c] Wohl 25. Jan. 1864. Vgl. Archives Diplomatiques 1864 IV 364 u. 1865 IV 140 ff.

Tel. nach St. Petersburg, 12. April 1913 Nr. 276 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6580.

Nr. 6593. Tel. aus St. Petersburg, 12. April 1913 Nr. 155 (eing. 2 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Nach Schluss der gestrigen Sitzung besprach Herr Sazonow die in Londoner Konferenz vom 8. d. M. vereinbarte Antwort an die Balkanregierungen in der Frage der Friedensvermittlung (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 267 [b] vom 10. d. M.). Der Herr Minister ist der Ansicht, dass die auf Punkt 4, Kriegsentschädigung, bezügliche Antwort nicht genügend präzis gefasst ist und den bulgarischen Wünschen etwas mehr entgegenkommen sollte, da sie in der gegenwärtigen Form Bulgarien kaum genügen würde. Herr Sazonow meint, dass man der Bemerkung, die finanziellen Fragen seien der technischen Kommission in Paris überwiesen worden, hinzufügen könnte, dass diese Kommission sich auch darüber auszusprechen haben werde, in welchem Maße dem Wunsche der Alliierten nach Gewährung einer Kriegsentschädigung entsprochen werden könnte. Der Herr Minister hält eine solche, das Prinzip im Allgemeinen zulassende Antwort im Interesse eines baldigen Friedensschlusses für nötig, umsomehr, als sonst zu befürchten wäre, dass Bulgaren die Kriegsoperationen an der Tschataldjalinie wiederaufnehmen, was in kürzester Zeit mit deren Vordringen nach Konstantinopel enden dürfte, eine Eventualität, die neue große Schwierigkeiten hervorrufen würde. Er bat uns, dies unseren Regierungen zu melden und ihnen seinen vorerwähnten Vorschlag zu unterbreiten. Thurn.

[a] Vgl. n. 6557. — [b] Mit Tel. Nr. 267, 9. April 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 6514 nach Petersburg mitgeteilt.

Nr. 6594. Bericht aus St. Petersburg, 30. März/12. April 1913 Nr. 16 A (eing. 14. April). Ausfert.

Der bisherige Verlauf der hiesigen Botschafterréunion ist Euer Exzellenz aus meiner gehorsamsten telegraphischen Berichterstattung [a] im Detail bekannt, so dass ich derselben, was die tatsächlichen Vorgänge bei den fraglichen Besprechungen anbelangt, kaum mehr etwas hinzufügen könnte. Nichtsdestoweniger möchte ich mir gestatten, heute einige Bemerkungen allgemeinerer Natur nachzutragen. Zunächst möchte ich mir erlauben

über die Art des Geschäftsganges zu bemerken, dass derselbe mehr den Charakter vertraulicher Besprechungen als jenen formeller Sitzungen an sich trägt. Dies hängt einerseits damit zusammen, dass kein Protokoll geführt wird und Herr Sazonow, welcher präsidiert, nie einen Vorschlag zu einer formellen Abstimmung bringt. Durch diese Art der Leitung der Verhandlungen ist es unmöglich gemacht, einzelne Punkte, auch wenn ihnen bei ihrer Besprechung von keiner Seite ein Widerspruch entgegengesetzt wurde, in bindender Weise für die Zukunft festzulegen. Dieser Nachteil kam bereits mehrmals in Erscheinung. So wurde, als ich in der ersten Sitzung die Frage einer Kompensation für Bulgarien aufs Tapet brachte, dieses Prinzip von keiner Seite bekämpft, ja Herr Sazonow sprach sich sogar direkt für dasselbe aus. Dies veranlasste mich bei der zweiten Sitzung die Annahme des allgemeinen Prinzipes einer Bulgarien zu gewährenden Kompensation zu konstatieren, wobei ich abermals keinem Widerstande begegnete. Als es sich aber darum handelte, dieses Prinzip näher zu erörtern und Mittel und Wege zu suchen, wie demselben entsprochen werden könnte, derobierten sich plötzlich wieder die Vertreter der Triple-Entente, indem sie erklärten, einerseits über die nach langen Kämpfen ihnen abgerungene Abtretung Silistrias an Rumänien unter keinen Umständen hinausgehen zu können, andererseits aber andere, wie sie sagten, nicht unmittelbar hieher gehörende Fragen, worunter sie die Kompensation für Bulgarien verstanden, nicht in den Komplex der Beratungen einbeziehen zu wollen, um dieselben nicht unnütz zu komplizieren. Ein Umstand, der in einer für mich und die anderen Dreibund-Vertreter sehr ungünstigen Weise in Erscheinung tritt, ist, dass, während wir selbstverständlich stricte an unsere Instruktionen gebunden sind, die übrigens meist nicht einmal ganz konkordieren, die Vertreter der Triple-Entente vollkommen freie Hand haben, da Herr Sazonow direkt im Namen und mit der Autorität der russischen Regierung spricht, und die Vertreter Englands und Frankreichs offenbar den Auftrag zu haben scheinen, allem zuzustimmen, was der russische Minister des Äussern vorbringt. Sehr gehandicapped waren wir auch durch die in der dritten Sitzung durch Herrn Sazonow verkündete Äusserung König Karols dem russischen Gesandten gegenüber, dahingehend, dass sich Rumänien à la rigueur mit der Abtretung eines Teiles von Silistria begnügen würde. Für die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Ausspruch tatsächlich erfolgt sein dürfte, spricht eine gleichlautende Äusserung des Königs dem italienischen Gesandten gegenüber, welche Marquis Carlotti meinem deutschen Kollegen und mir vertraulich mitgeteilt hatte; über welche wir aber selbstverständlich das absoluteste Stillschweigen bewahrten. Dass die fragliche Äusserung des Königs sich nur auf den Fall bezogen haben kann, dass Rumänien eben ausserdem zum Mindesten alles das erhalte, was Bulgarien seinerzeit bereits konzediert hatte, wollten unsere Gegner absolut nicht gelten lassen. Eine sehr schädliche Ungeschicklichkeit hat ferner der hiesige rumänische Gesandte begangen. Graf Pourtalès hatte nämlich mit ihm in streng vertraulicher Weise seinen Kompensations-Vorschlag, den Bau der Donaubrücke bei Sistow betreffend, besprochen, um sich einigermassen darüber zu orientieren, ob Rumänien eventuell hierauf eingehen würde. Herr Nano hatte

nun nichts besseres zu tun, als zu Herrn Sazonow zu gehen und ihm diese Kompensation anzubieten. Er scheint dies überdies auch noch in keiner sehr geschickten Form getan zu haben, da er bei Herrn Sazonow den übrigens ganz falschen Eindruck erweckte, als läge diese Brücke mindestens ebenso im Interesse Rumäniens wie in jenem Bulgariens. Hiedurch wurde die Wirkung des durch Graf Pourtalès vorgebrachten Kompensationsvorschlages vollkommen verdorben und auch die weiteren Deductionen meines deutschen Kollegen waren nicht mehr im Stande, die einmal gefasste irrige Meinung wieder zu korrigieren. Was nun die Haltung der einzelnen Vertreter auf der Réunion anbelangt, werden Euer Exzellenz aus meiner telegraphischen Berichterstattung ersehen haben, dass meine Kollegen von Deutschland und Italien, ebenso wie ich, für die möglichst weitgehende Berücksichtigung der rumänischen Wünsche eingetreten sind. In der Frage der Bulgarien zu gewährenden Kompensationen hingegen fand ich bei ihnen eine geringere Unterstützung. Zwar haben sich beide für das Prinzip einer Kompensation im Allgemeinen ausgesprochen, auf das Gebiet einer territorialen Entschädigung aber folgte mir nur Marquis Carlotti, der sogar meinen Vorschlag, für diesen Zweck Salonichi heranzuziehen, in der zweiten Sitzung unterstützte. Graf Pourtalès konnte dies seinen Instruktionen zufolge nicht tun und trat nur mit dem Euer Exzellenz bekannten Vorschlag einer durch Rumänien zu erbauenden Donaubrücke bei Sistow hervor, der aber seitens der Vertreter der Triple-Entente ebenfalls nicht günstig aufgenommen wurde. Aus den Äusserungen Herrn Sazonows ging hervor, dass er über die Bewilligung der Cession von Silistria für Rumänien unter keinen Umständen hinausgehen wolle und hiezu auch durch keine Konzessionen, die auf anderem Gebiete Bulgarien angeboten werden könnten, sich bewegen lasse. Für Silistria allein scheint ihm aber eine Kompensation zu Gunsten Bulgariens nicht nötig zu sein. Wenn allerdings die in Rede stehende Donaubrücke, ohne dass Rumänien deswegen ausser Silistria etwas Weiteres gegeben werden würde, gewissermassen als Geschenk für Bulgarien angeboten werde, so hätte er schliesslich nichts dagegen, wenngleich es ihm auch in diesem Falle besser scheine, diese Frage einer separaten eventuellen direkten Verständigung zwischen den beiden Ländern zu überlassen. Zu Anfang trat bei den Triple-Entente Vertretern eine für Rumänien ganz besonders ungünstige Stimmung zu Tage und tat sich in dieser Beziehung namentlich der englische Botschafter durch seine Intransigenz hervor. Schon der Umstand, dass er gleich zu Anfang so nachdrücklich betonte, die seinerzeit von Bulgarien angebotenen Zugeständnisse seien, weil von Rumänien damals nicht angenommen, nicht als etwas bereits Erworbenes zu betrachten, liess den Widerstand voraussehen, den wir speziell bei ihm finden würden. Es hat denn auch einen harten Kampf gekostet, wenigstens die prinzipielle Zusage zur Cession Silistrias zu erlangen. Jeder Versuch darüber hinaus etwas zu erreichen, scheiterte am absoluten Widerstande der Triple-Entente Vertreter, in erster Linie Sir G. Buchanans, der wohl als Vertreter der fernestehenden Macht die Rolle der schroffsten Negation übernommen zu haben scheint, welche insbesondere Russland, das es doch mit Rumänien nicht ganz verderben will, wohl nicht gerne

selbst spielen wollte. Überhaupt machte das ganze Vorgehen der Triple-Entente Vertreter stark den Eindruck nach einem vorher konzertierten Plane eingerichtet worden zu sein. Hiebei mag von vorne herein die Aussicht genommen gewesen sein, Silistria, von dem es bekannt war, dass auf dessen Cession sowohl Rumänien als auch die Dreibund-Mächte bestehen würden, nach einigem Widerstreben an Rumänien abzugeben, aber dafür sich auf keine weiteren Konzessionen einzulassen. Hiemit scheint auch die Abneigung gegen die von uns vertretenen Kompensationen für Bulgarien Hand in Hand zu gehen, da bei Gewährung einer entsprechenden Entschädigung an Bulgarien kein vernünftiger Grund gegen eine etwas weiter gehende Berücksichtigung der rumänischen Wünsche bestanden hätte. Wie Euer Exzellenz aus meinem gehorsamen gestrigen Telegramme Nr. 154 ersehen haben werden, hat auch der letzte Vorschlag, für Bulgarien eine Kompensation durch Zuweisung der Insel Samothrake zu suchen, bei den Vertretern der Triple-Entente keinen Anklang gefunden. Der Kompromiss-Vorschlag Herrn Sazonows, die ohnehin notwendig werdende weitere Hinausschiebung der türkisch-bulgarischen Grenze über die gerade Linie Enos—Midia hinaus in der Weise zur Kompensation Bulgariens zu verwenden, dass diesem bei Mitteilung des Mediationsbeschlusses erklärt werde, die Mächte hätten bei Anerkennung der bezüglichen Wünsche Bulgariens auch auf die von Bulgarien in der rumänischen Frage geforderten Opfer Rücksicht genommen, ist allerdings im besten Falle nur ein pis-aller im Vergleiche zu dem von Euer Exzellenz ursprünglich in Aussicht genommenen Kompensationsprojekte. Mehr war aber absolut nicht zu erreichen. Wenn in geschickter Weise formuliert, dürfte aber wohl auch auf diese Weise der angestrebte Zweck erzielt werden können. Weitere Grenzregulierungen für Rumänien weigerten sich die Triple-Entente Vertreter auch in der vierten Sitzung zuzugestehen, und zwar war deren Ablehnung eine so dezidierte und endgiltige, dass es als ganz ausgeschlossen bezeichnet werden muss hierin eine Sinnesänderung herbeizuführen. Unter diesen Umständen blieb uns, wie ich telegraphisch zu melden die Ehre hatte, nichts anderes übrig, als die Sitzung zu vertagen und unsere Regierungen um neue Instruktionen zu bitten. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6396, 6453, 6505, 6506.

Nr. 6595. Bericht aus St. Petersburg, 30. März/12. April 1913 Nr. 16 B (eing. 14. April). Ausfert.

Seit einiger Zeit ist hier das Gerücht im Umlaufe, die Stellung Herrn Kokowzows sei erschüttert, auch sei er selbst bereits regierungsmüde und trage sich mit Rücktrittsgedanken. In wieweit diese Gerüchte einen tatsächlichen Hintergrund haben, ist schwer zu konstatieren. Tatsache jedoch ist, dass gegen den Ministerpräsidenten seit längerer Zeit eine sehr energische Campagne geführt wird, an der einflußreiche Kreise und wie es scheint sogar auch einzelne Mitglieder seines Kabinettes sich beteiligen. In letzterer Beziehung wird als der Hauptgegner des Ministerpräsidenten der Ackerbauminister Kriwoschejn genannt. Den „echt russischen Leuten" ist Herr Kokowzow nicht genug „rechts" stehend; auch vermissen sie bei ihm jenen

Grad nationalen Chauvinismus, der einen Teil ihres Glaubensbekenntnisses ausmacht. Auch die dem Geschmacke dieser Parteien nicht entsprechende auswärtige Politik der Regierung wird dem Ministerpräsidenten zum Vorwurfe gemacht. Ob und inwieweit derlei Intriguen in der Lage sind, das Vertrauen zu erschüttern, welches Seine Majestät Kaiser Nikolaus Herrn Kokowzow bisher in hohem Masse schenkte, ist nahezu unmöglich zu konstatieren, und doch hängt es ausschließlich hievon ab, ob von einer wirklichen Erschütterung seiner Stellung gesprochen werden darf. Auch mit Herrn Sazonow beschäftigten sich ähnliche Gerüchte und es wussten sogar einige zu melden, dass er bereits seine Demission angeboten habe, die allerdings von Seiner Majestät Kaiser Nikolaus als derzeit inopportun abgelehnt worden sei. Wenn es nun auch durchaus nicht unmöglich ist, dass die Stellung der in Rede stehenden beiden Minister in Folge der gegen sie gerichteten Angriffe eine Zeit lang etwas schwankend gewesen sein mag, lassen verschiedene Anzeichen der letzten Zeit aber darauf schliessen, dass sie, wenigstens im gegenwärtigen Augenblicke, wieder die volle Unterstützung an Allerhöchster Stelle geniessen. Einerseits ist mir aus guter Quelle berichtet worden, dass Seine Majestät der Zar erst seit ganz kurzer Zeit Kenntnis von den Intriguen habe, welche die beiden montenegrinischen Grossfürstinnen hier betreiben, worüber Höchstderselbe in hohem Grade empört gewesen sein soll. Anderseits geht aus Äusserungen eines Mitgliedes des kaiserlichen Hofes hervor, dass Grossfürst Nikolaus Nikolajewitsch momentan bei Seiner Majestät dem Kaiser nicht in Gnade sei, ein Umstand, der bei der letzten Revue in Zarskoe Sselo deutlich in Erscheinung getreten sei. Lassen schon diese Umstände darauf schliessen, dass an massgebendster Stelle gegenwärtig wieder ein günstigerer Wind weht, so sind auch die in den letzten Tagen erfolgten Kundgebungen der Regierung geeignet, diese Annahme zu bestätigen. Es scheint, dass gerade die Masslosigkeit der jüngsten öffentlichen Demonstrationen[a] ernüchternd gewirkt habe. Während noch am vergangenen Sonntag die Euer Exzellenz bekannte Strassen-Demonstration unter den Augen der Polizei und unter Beteiligung sogar zahlreicher Offiziere erfolgen und Tags darauf im Adelssaal eine von den besten Kreisen besuchte Versammlung stattfinden konnte, in der die ungereimtesten Beschuldigungen gegen die Monarchie unter frenetischem Beifall der Zuhörer vorgebracht wurden, ist in rascher Folge ein Verbot jeglicher Strassendemonstrationen und eine Verwarnung der aktiven und Reserve-Offiziere, sich an keinerlei Demonstrationen oder politischen Versammlungen zu beteiligen, erfolgt. Ferner erschien das offenbar auf offiziösen Ursprung zurückzuführende Interview mit einem „russischen Diplomaten" und endlich gestern das in allen Blättern gleichzeitig verlautbarte Regierungs-Kommuniqué,[b] in dem die Regierung endlich der Öffentlichkeit gegenüber in entschiedener Weise Stellung nimmt, nachdem Herr Sazonow einige Tage früher den Vertretern der Dumaparteien die Richtung seiner Politik bei zwei „Tee-Abenden" vertraulich auseinandergesetzt hatte. Alle diese Umstände scheinen mir darauf hinzuweisen, dass die Regierung entschlossen ist, ihre bisherige, auf die Aufrechterhaltung des Friedens gerichtete Politik allem Geschrei zum Trotze unentwegt fortzusetzen und dass sie sich im

Bewusstsein des Einverständnisses der Krone auch stark genug fühlt, mit dieser Politik auch offen hervorzutreten. Dies alles würde darauf schliessen lassen, dass die Eingangs erwähnten Gerüchte über eine Erschütterung der Stellung des Ministerpräsidenten sowie Herrn Sazonows den Tatsachen nicht entsprechen. Es ist nur bedauerlich, dass die Regierung nicht schon längst darauf bedacht war, ihre Politik in der Balkanfrage durch entsprechende Enunciationen vor der Öffentlichkeit zu erklären und zu vertreten. Hiedurch wäre vielen Angriffen a priori die Spitze abgebrochen und die Stellung der Regierung sehr wesentlich erleichtert worden, gar nicht zu reden von der Beruhigung, die es im Auslande hervorgerufen hätte, wenn das offizielle Russland bei Zeiten gezeigt hätte, dass es den Intriguen des inoffiziellen die Stirne zu bieten wisse. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6596. — [b]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 144.

Nr. 6596. Bericht aus St. Petersburg, 30. März/12. April 1913 Nr. 16 D (eing. 14. April).[a]) Ausfert.

Wie Euer Exzellenz meiner telegraphischen Berichterstattung[b]) entnommen haben dürften, war Petersburg in der letzten Woche der Schauplatz verschiedener panslavistischer Demonstrationen, in welchem sich einesteils die Freude über die Einnahme Adrianopels und anderseits die Enttäuschung über die beschlossene Einverleibung Skutaris zu Albanien Luft machte. Die erste Demonstration hatte zum Mittelpunkt einen Festgottesdienst in der Kazankathedrale, dem ein vieltausendköpfiges Publikum beiwohnte, worauf ein Umzug durch die Hauptstrassen veranstaltet wurde, der die Demonstranten auch zu den Gesandtschaften Bulgariens und Serbiens führte. Man kann sagen, dass alle Gesellschaftsschichten, namentlich auch viele Offiziere hiebei beteiligt waren. Im Allgemeinen gieng die Demonstration ruhig von statten. Alle Strassen, welche zur k. u. k. Botschaft führen, waren wohlweislich in unauffälliger Weise polizeilich bewacht, sodass es hier zu keiner hostilen Volksäusserung kam. Dem Zuge wurden Fahnen und Embleme mit Aufschriften, wie: „Skutari den Montenegrinern" und „Das heilige Kreuz auf der St. Sofia", und dergleichen vorangetragen. (Letzterer Wunsch dürfte, sofern er sich auf Bulgarien bezog, von den hiesigen massgebenden Kreisen mit weniger Enthusiasmus wahrgenommen worden sein.) Bedeutungsvoller, weil ausschliesslich von den höheren Schichten inszeniert, war eine Versammlung, die dieser Tage im Saale der Petersburger Adelsgesellschaft stattfand. Einberufen war diese Versammlung vom bekannten Nationalisten Grafen Bobrinsky, als Schlagwort war gewählt „Die Verfolgung der Orthodoxie in Österreich-Ungarn" und „Die Befreiung der russischen Brüder von österreichisch-ungarischen Joch ist die heilige Aufgabe Russlands." Anwesend waren eine große Anzahl Männer von Rang und Stellung, Erzbischöfe und andere hohe geistliche Würdenträger, der Kommandant der kaiserlichen Sommerresidenz Peterhof, General Parensow, viele Generale und Offiziere. Am meisten akklamiert wurden die Rufe ‚Es lebe die russische Armee", „Nieder mit Österreich-Ungarn" und „Weg mit Sazonow". Es scheint, dass im Verlaufe der Versammlung von Bobrinsky und seinen Genossen eine Anzahl „Dokumente"

beigebracht wurden, welche die angebliche Unterdrückung der „orthodoxen Brüder“ in Österreich-Ungarn beweisen sollten und dass die Versammelten von der Stichhältigkeit dieser „einwandfreien“ Beweise nunmehr felsenfest überzeugt sind. Charakteristisch und für uns am Interessantesten ist die Haltung der Regierung gegenüber diesen Äusserungen der masslos verhetzten russischen Volksseele. Während die beiden Veranstaltungen nicht nur in breitestem Rahmen ungehindert stattfanden, sondern sich auch der Beteiligung der höheren Volksschichten erfreuten, kommt jetzt bereits die offizielle Gegenströmung. Die Veranstaltung jeglicher weiterer Strassendemonstrationen wurde mittelst dieser Tage in den Strassen affichierten Manifests des Stadthauptmanns unbedingt verboten und seitens des Kriegsministers allen aktiven und Reserveoffizieren die Teilnahme an irgend welchen Demonstrationen, Versammlungen und politischen Kundgebungen überhaupt strengstens untersagt. Es heisst, dass die letztere Massregel auf direkten Befehl Seiner Majestät des Kaisers erflossen sei. Die panslavistischen Kundgebungen der letzten Zeit hatten sich nicht ohne Geschick hinter die dynastischen Gefühle verschanzt und die Kaisertreue als Aushängeschild benützt. Es wird nunmehr interessant sein zu beobachten, welche Wirkung die ablehnende Auffassung Seiner Majestät des Czaren auf die panslavistischen Führer haben wird. Insoweit die Anhänger der Rechten in Betracht kommen, wird wohl die ernüchternde Wirkung nicht ausbleiben. Hingegen ist es nicht ausgeschlossen, dass die vom dynastischen Standpunkt weniger verlässlichen Richtungen in gewohnter Weise versuchen dürften der Krone die Gefahren vor Augen zu führen, welche aus einer Divergenz ihrer Auffassung mit der der Nation entstehen könnten und dass hieraus wieder eine Richtungsänderung entstehen könnte. Thurn.

[a]) Vgl. auch n. 6504, 6597, 6651. — [b]) Telegramme (außer n. 6504) nicht aufgenommen, weil deren Inhalt ausführlich hier wiedergegeben.

Nr. 6597. Bericht aus St. Petersburg, 30. März/12. April 1913 Nr. 16 E (eing. 14. April). Ausfert.

Im Nachhange zu meinem ergebensten Berichte von heute lit. D,[a]) die panslavistischen Demonstrationen betreffend, beehre ich mich Euer Exzellenz gehorsamst zu melden, dass hier am 10. April/28. März l. J. unter dem Vorsitze des Generals Skugarewski das IV. Slavenbankett stattgefunden hat. Ich erlaube mir Euer Exzellenz eine deutsche Übersetzung der bei diesem Bankett gefassten Resolutionen in der Anlage ergebenst vorzulegen.[b]) In diesen Resolutionen kommen die in meinem eingangs erwähnten Berichte geschilderten panslavistischen Tendenzen neuerlich und zwar in noch gesteigertem Masse zum Ausdrucke und wird Herrn Sazonow, dessen Politik „von der historischen russischen Richtschnur“ abweiche, ein entschiedenes Misstrauensvotum ausgesprochen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6596. — [b]) Beilage.

Beilage zu n. 6597.

Das 4. Slawenbankett fand am 28. März unter Vorsitz General Skugarewskis im Hotel d'Europe statt. Es waren zahlreiche Politiker, Professoren,

Literaten und Künstler erschienen. Zum Schluß wurden folgende Resolutionen gefaßt: 1) Russland kann sich nicht mit dem Gedanken aussöhnen, daß ein Albanisches Reich, das früher nie bestanden hat, unter Benachteiligung der historischen Rechte der Slawen begründet werden soll. 2) Die russische Gesellschaft protestiert gegen die Abtrennung irgend eines Teiles des siegreichen Bulgariens und insbesondere Silistrias (dessen Regiment den Namen unseres Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch trägt). 3) Die russische Gesellschaft läßt den Gedanken gar nicht aufkommen, daß Serbien der Besitz der für seine Lebensinteressen erforderlichen Küste des Adriatischen Meeres nicht eingeräumt werden wird. 4) Indem die russische Gesellschaft den Besitz Skutaris als den LebensinteressenMontenegros entsprechend anerkennt, hält sie die Übergabe dieser Stadt an ein nicht bestehendes Albanien und die Feinde des Slawentums für eine empörende Verletzung des Völkerrechts. 5) Da unsere Diplomatie obenerwähnte Grundlagen nicht zu verwirklichen gedenkt, finden die Banketteilnehmer, daß der Minister des Äussern eine schwere Verantwortung vor der Zukunft Russlands und dessen Bedeutung unter den slawischen Völkern in dem Falle übernimmt, wenn er den sich in der Geschichte nicht wiederholenden augenblicklichen Moment zur Entscheidung der slawischen Orientfrage unausgenutzt ließe. 6) Eine derartige Abweichung der ministeriellen Politik von der historischen russischen Richtschnur bestärkt die russische Gesellschaft nicht in der Überzeugung, daß Russland bei der Entscheidung der byzantinischen und Meerengen-Frage die Verwirklichung der großen Aufgabe seiner tausendjährigen Geschichte berücksichtigen wird.

Nr. 6598. Bericht aus St. Petersburg, 30. März/12. April 1913 Nr. 16 H (eing. 14. April).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Aus verschiedenen gelegentlichen Andeutungen, die mir teils Herr Sazonow selbst gemacht hat, teils aber mir von dritter Seite hinterbracht wurden, scheint mir hervorzugehen, dass der Herr Minister mit der Tätigkeit seines Wiener Botschafters nicht besonders zufrieden ist. Im Zusammenhange mit dieser gewinnt eine mir von privater Quelle zugekommene Nachricht einige Wahrscheinlichkeit, wonach der gegenwärtige russische Gesandte in Bukarest, Herr Schebeko, dazu ausersehen sein soll, in absehbarer Zeit Herrn von Giers auf dem Wiener Posten abzulösen. Ich glaube nicht, dass dieser Wechsel unmittelbar bevorsteht, sondern dass damit zumindest der Abschluss der gegenwärtigen Orientkrise abgewartet werden wird. Immerhin stammen die bezüglichen Nachrichten aus einer genügend verlässlichen Quelle um deren streng vertrauliche Meldung, wenn auch unter aller Reserve, zu rechtfertigen. Wie ich höre, soll es Herr Sazonow Herrn von Giers übelnehmen, dass er in seiner Berichterstattung fast nie eigene Wahrnehmungen und Appreciationen der Lage einberichte, sondern sich meist darauf beschränke, Eindrücke zu melden, welche verschiedene seiner Kollegen empfangen und ihm mitgeteilt haben. In nationalistischen Kreisen hinwiederum, welche ja bekanntlich auch im Ministerium des Äussern verschiedene einflussreiche Vertreter haben — ich erinnere an den Referenten für den näheren Orient Fürst Trubetzkoy und den Presschef

Nelidow — findet man, dass Herr von Giers eine zu konziliante Richtung einnimmt. Indem ich Euer Exzellenz noch ersuchen darf, die vorstehende Meldung als streng vertraulich behandeln zu wollen, ... Thurn.

a) Vgl. n. 8248.

Nr. 6599. Tel. aus Sofia, 12. April 1913 Nr. 334 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Konseilspräsident ist sehr präokkupiert von Meldung Telegraphen-Agentie, wonach in Petersburg letzte Sitzung Botschafterreunion in rumänischer Frage stattgefunden hätte. „Si la question est définitivement décidée, elle ne restera certainement pas secrète. Pourquoi s'est on dépêché tellement, évidemment pour être agréable à la Roumanie, mais s'il s'ébruite avant que les négociations de la paix ...b) que nous devons céder Silistrie, cela nous mettra dans une position très difficile. Ich versuchte Herrn Geschoff zu beruhigen, dass Mächte-Entscheidung, falls eine solche gefällt wurde, geheimgehalten würde; Euer Exzellenz hätten sich dafür gewiss verwendet und andere Kabinette werden doch nicht absichtlich der bulgarischen Regierung Verlegenheiten bereiten. Herr Geschoff ließ sich nicht recht beruhigen und war ausserdem besorgt, ob Mächte Kompensationen an Bulgarien gesichert haben. „Si nous n'avons pas Salonique et si on ne nous donne pas satisfaction au sujet de notre frontière occidentale, la cession de Silistrie deviendrait une calamité pour le gouvernement." Ich sagte, dass ich ohne Nachrichten, aber überzeugt bin, dass unserseits Möglichstes geschehe, um Bulgarien zu kompensieren. Konseilspräsident war sehr präokkupiert und meinte, es wäre sehr wichtig, dass er über Beschluss der Mächte in rumänischer Frage, wenn ein solcher gefasst, gleich informiert werde. Vielleicht könnte dann bulgarische Regierung mit der rumänischen gleich in Konversation treten und von Rumänien namhaftere Kompensationen erhalten. Er erwähnte Donaubrücke und Indemnität für Private (vide mein Telegramm Nr. 327 vom 10.c) d. M.). Ich sagte, dass ich Euer Exzellenz gemeldet, was mir Herr Geschoff diesbezüglich kürzlich mitgeteilt hatte; direkte Aussprache mit Rumänien könne ich Konseilspräsidenten nur empfehlen. „Oui, mais il faut que je sache à quoi m'en tenir au sujet de la décision des Puissances à Pétersbourg." „Si vous voulez je ferai part au Comte Berchtold de vos préoccupations," antwortete ich. „Oui, je vous serais très reconnaissant si vous vouliez dire au Comte Berchtold qu'autant je tiens à ce que décision, si elle a été prise, reste secrète, autant je désirerais la connaître confidentiellement. Veuillez télégraphier au Comte Berchtold et le prier de me faire savoir ce qui a été décidé à Pétersbourg." Ich versprach, dies zu tun. Telegramm über restliche Unterredung folgt. Tarnowski.

a) Vgl. n. 6600, 6607, 6626. — b) Chiffre verstümmelt. — c) Vgl. n. 6558 Anm. b.

Nr. 6600. Tel. aus Sofia, 12. April 1913 Nr. 335 (eing. 10 U. p. m.).a) Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 334 von heute. Ich hatte günstigen Eindruck aus meiner heutigen Unterredung mit Herrn Geschoff. Aus der Art, in der er sich ausließ, sprach Vertrauen, das man hier jetzt zu uns hat. In Verbindung damit, was mir laut obzitierten Telegrammes Konseils-

präsident sagte, hatte ich Gelegenheit, wiederholt zu betonen, wie sehr wir wünschen, Regelung der rumänischen Frage der bulgarischen Regierung zu erleichtern, die Bulgarien so nötige Freundschaft Rumäniens ihm zu sichern und ihm territoriale Kompensationen in Mazedonien zu verschaffen. Konseilspräsident sagte, er könne sich zu unserer Haltung nur beglückwünschen und mit Befriedigung konstatierte er für Bulgarien freundliche Stimmung öffentlicher Meinung nicht nur in Österreich, sondern auch in Ungarn. „Enfin vous arrivez à reconnaître que vous avez en nous des amis sincères", sagte ich und fügte hinzu, „que je voudrais que la politique bulgare soit aussi peu hésitante que la nôtre." Herr Geschoff protestierte und meinte, dass ich mich doch jetzt über Haltung bulgarischer Regierung und Ton hiesiger Presse nicht beklagen könnte. Ich insistierte nicht weiter und Mitredner erwähnte, es hätte ihn gefreut, dass „Reichspost" Salonik für Bulgarien wünsche. Obwohl ich Geschoff sagte, dass ich ohne Informationen und jetzigen Stand Salonikfrage nicht kenne, blieb er länger dabei. Er fragte unter anderem, ob auf dem Wege, Griechenland durch Inseln und in Südalbanien zu kompensieren, Salonik sich nicht für Bulgarien erlangen ließe; ich hätte ihm seinerzeit gesagt, dass Euer Exzellenz Kombination wüssten, Griechenland für Salonik zu entschädigen (vide hohes Telegramm Nr. 125 vom 9. v. M.). Konseilspräsident erkundigte sich weiter, was ich von Haltung einzelner Großmächte betreffend Salonik dächte. Ich konnte nur betonen, dass unsere Unterstützung gesichert und das Wenige, was ich sonst sagte, gab ich nur als meine rein persönliche Impression. Konseilspräsident glaubte bis vor kurzem, dass Bulgarien ausser auf uns auch auf Italien, Deutschland und England rechnen könnte, jetzt sei er aber dessen nicht ganz sicher. Bulgarische Regierung hätte daran gedacht, in ihren Differenzen mit Griechen und Serben, die Bulgarien Salonik und Gebiet bis Vardar nehmen wollten, Mediation aller Großmächte anzurufen. Jetzt frage sich Herr Geschoff, ob Bulgarien diese Mediation wünschen solle. Über Antwort der Großmächte bezüglich Friedensbedingungen, die Herr Geschoff offiziell noch nicht mitgeteilt, die er aber kenne, sagte er, daß dieselbe Bulgarien befriedige. Die hiesige öffentliche Meinung wünsche Rodosto und der König — fügte Mitredner vertraulich hinzu — verzichte nicht gerne auf diese Stadt, die Vernunft diktiere aber, sich mit Linie Enos—Midia zu begnügen. Ich erwähnte, was laut hohem Telegramm Nr. 174 vom 8. d. Mts. im hohen Ministerium Herrn Salabascheff eröffnet wurde. Ministerpräsident fand dies absolut richtig, nur bemerkte er, leider könnte Bulgarien ohne Verbündete Frieden nicht schließen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6607, 6626.

*Nr. **6601.** Tel. aus Sofia, 12. April 1913 Nr. 339 (eing. 13. April 4 U. a. m.). Entziff.*

Vertraulich. Ich habe über Bulgarophobie meines deutschen Kollegen wiederholt berichtet. Ob mit seinem Urteil in Berlin gerechnet wird, weiß ich nicht, möchte aber für alle Fälle melden, daß er Feind des Gedankens, daß Salonik bulgarisch wird. Herr von Below vertraute mir an, er tue sein Möglichstes, um Berlin schlecht für Bulgarien zu stimmen. Tarnowski.

Nr. 6602. Tel. nach Belgrad, 13. April 1913 Nr. 109 (chiffr. 1 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm von gestern Nr. 208. Falls die Weisungen Ihres englischen und französischen Kollegen bezüglich der Nord- und Nordostgrenze Albaniens mit Ihren einschlägigen Instruktionen nur darin differieren, daß sie weniger ausführlich sind, so wollen Euer Exzellenz auf dem Ihnen übermittelten Texte bestehen. Wenn dieselben aber hinsichtlich des Zuges selbst der Grenze Verschiedenheiten aufweisen, so wollen Euer Exzellenz über die bestehenden Unterschiede telegrafisch berichten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6612.

Tel. nach Berlin, 13. April 1913 Nr. 299 (chiffr. 14. April 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6604.

Tel. nach Konstantinopel, 13. April 1913 Nr. 193 (chiffr. 14. April 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6604.

Nr. 6603. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 13. April 1913 Nr. 203 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 191 vom 12. d. M. Großvezier hat über meine Intervention an Essad Pascha im Wege deutscher Gesandtschaft in Cetinje telegraphisch den Befehl erteilen lassen, serbische Truppen, welche über Weisung ihrer Regierung Feindseligkeiten einstellen werden, beim Verlassen ihrer Positionen nicht zu beschießen. Gleichlautenden Befehl sandte Mahmud Schefket auch mit der Post ab. Pallavicini.

Nr. 6604. Tel. nach London Nr. 315 (1), Rom Nr. 375 (2), Berlin Nr. 299 (3), St. Petersburg Nr. 278 (4), Paris Nr. 227 (5) und Konstantinopel Nr. 193 (6), 13. April 1913 (chiffr. 14. April 1 U. 20 M. a. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. Nemes; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 302 vom 11. d. M. Ich würde Wert darauf legen, wenn Euer Exzellenz noch vor der nächsten Réunion Gelegenheit fänden, sich bei Sir E. Grey über die Stellungnahme des Kabinettes von St. James zu der für den Fall eines Fehlschlagens der Friedensverhandlungen französischerseits proponierten und russischerseits unterstützten Idee einer internationalen Flottendemonstration im Marmarameere zu orientieren. Bei diesem Anlasse wollen Euer Exzellenz bemerken, daß der Umstand, daß die geplante Flottendemonstration in erster Linie einen Druck auf Bulgarien darstelle, meiner Auffassung nach weder der Sachlage noch auch der Billigkeit und Gerechtigkeit entspricht. Es sei ja nicht Bulgarien, welches gegenwärtig der Friedensaktion der Mächte Schwierigkeiten bereite. Wenn man von der Frage der Kriegsentschädigung absehe, an der aber auch alle anderen Balkanstaaten mitinteressiert seien, kommen bei den kürzlich seitens der vier Regierungen formulierten Vorbehalten gegen die Londoner Beschlüsse bloß montenegrinische, serbische und griechische Prätensionen in Betracht. Die drei westlichen Balkanstaaten hätten nämlich schon längst das bei Beginn des Krieges in Aussicht

genommene Ziel der Befreiung ihrer ottomanischen Stammesbrüder überschritten und fahren auch heute noch fort, ihre Truppen zu Eroberungszügen auf Kosten anderer Balkannationalitäten zu verwenden. Wenn Bulgarien sich entschließen sollte, die bisherige Grenze seiner militärischen Operationen zu überschreiten, so wäre das Bestreben, hinter den territorialen Erfolgen der Expansivpolitik Serbiens und Griechenlands nicht zurückzubleiben, nur zu begreiflich. Hieraus ergebe sich, daß die den Kabinetten vorschwebende Aktion nicht bei Bulgarien, sondern bei Serbien und Montenegro, namentlich aber bei Griechenland einzusetzen hätte. Bulgarischerseits würde jeder Widerstand sicherlich in Wegfall kommen, sobald die Aktionen der drei genannten Balkanstaaten durch ein geschlossenes Auftreten der Großmächte in ihre Grenzen zurückgewiesen und ihnen die gebührende Achtung vor dem Willen Europas auferlegt sein wird.

2.—6. Graf Mensdorff telegraphiert unterm 11. d. M. wie folgt: ... *wie n. 6565 in extenso* ... Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 von „Ich würde Wert darauf legen" bis zum Schlusse.)

2.—3. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an die dortige Regierung.

4.—6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

4.—5. und Regelung Ihrer Sprache nur für den Fall, als die dortige Regierung spontan den Wunsch äußern sollte, unsere einschlägige Ansicht kennen zu lernen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6615, 6621, 6622, 6623, 6628, 6644 Anm. a.

Tel. nach Paris, 13. April 1913 Nr. 227 (chiffr. 14. April 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6604.

Tel. nach Rom, 13. April 1913 Nr. 375 (chiffr. 14. April 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6604.

*Nr. **6605**. Tel. nach St. Petersburg, 13. April 1913 Nr. 277 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Berchtold).*

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 154 vom 11. d. M. erhalten. Euer Exzellenz wollen sich in der nächsten Sitzung — nach vorheriger Besprechung mit Grafen Pourtalès und Marquis Carlotti behufs Erzielung eines möglichst einheitlichen Vorgehens der Dreibundvertreter — im folgenden Sinne äußern: Um ein positives Ergebnis der Mediationsaktion und damit die baldige Wiederherstellung des Friedens am Balkan nicht in Frage zu stellen, wollen wir nicht weiter darauf bestehen, daß Rumänien nebst Silistria noch ein Grenzstreifen an der Küste zuerkannt werde, obwohl wir eine volle Befriedigung Rumäniens für höchst wünschenswert gehalten hätten. Wir sehen uns auch deshalb veranlaßt, auf dieser Forderung nicht zu beharren, da die Zuweisung einer territorialen Kompensation an Bulgarien von den Mächten der Triple-Entente bedauerlicherweise hartnäckig abgelehnt wurde. Wir haben nicht starr an einem bestimmten Kompensationsobjekt festgehalten, sondern als solches der Reihe nach Salonik, einen Gebietszuwachs bis ans Marmarameer und endlich die Insel Samothrake vorgeschlagen.

Angesichts der Zurückweisung all dieser Propositionen durch die Vertreter der Ententemächte müssen wir mit Bedauern constatiren, daß nach unserer Ansicht die ins Auge gefaßte Entscheidung dem allseits anerkannten Zweck der Mediation, der möglichsten Befriedigung beider Streitteile, nur unvollkommen Rechnung trägt. Worauf wir jedoch bestehen müssen, ist, daß der Kompensationsgedanke wenigstens in einer prinzipiellen Enuntiation der Réunion zum Ausdruck komme, etwa in folgender Formulierung: Indem die Mächte Bulgarien zur Abtretung von Silistria an Rumänien einladen, erklären sie zugleich, daß sie es als ein Gebot der Billigkeit ansehen, bei sich ergebender Gelegenheit den bulgarischen Interessen eine spezielle Berücksichtigung angedeihen zu lassen. Ein solcher Beschluß der Réunion erscheint uns unerläßlich, um die bulgarische Regierung in die Lage zu setzen, das Land über den Verlust von Silistria durch den Hinweis auf den im Prinzip anerkannten Anspruch Bulgariens auf spezielle Begünstigungen wenigstens einigermaßen zu beruhigen und die Entscheidung der Mächte auch tatsächlich zur Ausführung zu bringen. Dagegen halten wir die von Herrn Sazonow in Aussicht genommene Erklärung, in welcher die Abweichungen von der geraden Linie Enos—Midia als Kompensation für Silistria bezeichnet würden, für ungenügend. Es kann den Bulgaren unserer Ansicht nach nicht zugemutet werden, diesen unbedeutenden Gebietsstreifen, der ihnen — darüber ist niemand im Lande im unklaren — unter allen Umständen zufallen muß, als eine Entschädigung aufzufassen. Euer Exzellenz sind ermächtigt, unter der Voraussetzung, daß die obige Formel von der Réunion akzeptiert und in den endgiltigen Beschluß aufgenommen wird, einer Entscheidung im Sinne der in Ihrem Telegramme Nr. 146 vom 7. d. M. enthaltenen vier Punkte zuzustimmen. Im Falle der Ablehnung auch dieses Vorschlages behalte ich mir meine weiteren Entschließungen vor.

[a]) Vgl. n. 6614 Anm. b, 6624 Anm. a, 6625, 6641. Berchtold.

Tel. nach St. Petersburg, 13. April 1913 Nr. 278 (chiffr. 14. April 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6604.

Nr. 6606. Tel. aus Sofia, 13. April 1913 Nr. 342 (eing. 14. April 5 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 185[b]) vom 13. d. M. Friedensmediation betreffend. Die vier Punkte wurden heute im Wege Kollektivdemarche aller Vertreter der Großmächte Herrn Geschoff mitgeteilt. Der Schritt betreffend Bekanntgabe Nord- und Nordostgrenze Albaniens unterblieb, da französischer und russischer Kollege ohne Auftrag. Die offizielle Antwort Herrn Geschoffs war, dass sich bulgarische Regierung bezüglich Antwort mit Verbündeten verständigen werde; unoffiziell sagte er mir, dass Bulgarien bereit, Mediation auf vorgeschlagener Basis anzunehmen und dass es jetzt, nachdem Serbien Feindseligkeiten eingestellt, kein anderes Hindernis mehr gebe als griechische Forderungen. Mächte sollten in Athen Hebel ansetzen und bulgarische Regierung werde auch ihrerseits auf Griechenland einwirken. Herr Geschoff war in gehobener Stimmung und meinte, Friede sei nunmehr vor der Thür. Er erwähnte auch, dass

Aussichten auf Kriegsentschädigung gebessert; Russland wäre dafür und Frankreich werde sich nicht ganz ablehnend verhalten. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 218 Nr. 416. Vgl. n. 6640 Anm. b. — [b]) Mit Tel. Nr. 185, 12. April 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurde n. 6564 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 6607. Tel. aus Sofia, 13. April 1913 Nr. 343 (eing. 14. April 5 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf meine Telegramme Nr. 334, 335 und 336[b]) vom 12. d. M. über Unterredung mit Herrn Geschoff. Anläßlich heutiger Konversation erkundigte sich Konseilspräsident, ob ich seine Bitte, ihm Beschluss der Petersburger Konferenz in rumänischer Frage vertraulich bekanntzugeben, Euer Exzellenz vermittelt hätte. Ich antwortete, dass über gestriges Gespräch berichtet hatte, machte aber Geschoff aufmerksam, dass erstens ungewiss, ob Entscheidung bereits gefällt, und ausserdem hätten sich Kabinette zur Geheimhaltung der Verhandlungen verpflichtet und wird es Euer Exzellenz vielleicht unmöglich sein, Beschluss vorzeitig bekanntzugeben. Konseilspräsident ersuchte mich, ihm bewusste Information, falls ich dieselbe erhalte, gleich mitzuteilen. Dann kam er wieder auf Salonik zu sprechen. Es beschäftigt ihn offenbar die Frage, ob Bulgarien Mediation der Mächte anrufen soll. „Je crois," sagte er, „que la Bulgarie peut compter sur l'Angleterre qui ne veut pas que la Mer Egée devienne tout à fait grecque; l'Italie est bien disposée aussi, mais l'Allemagne est incertaine." Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6652. — [b]) Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 6608. Tel. aus Sofia, 13. April 1913 Nr. 344 (eing. 14. April 5 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Geschoff erwähnte heute gesprächsweise in Skupština gehaltenes Exposé serbischen Finanzministers, der gesagt hätte, dass Serbien auch nach Friedensschluss so lange eroberte Gebiete nicht aufgeteilt, nicht demobilisieren könnte. Konseilspräsident schien davon stark und unangenehm impressioniert zu sein. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6653, 6662.

Nr. 6609. Note des Kriegsministeriums-Marinesektion an den Chef des Generalstabs, 13. April 1913 Nr. 1717 (eing. mit Einsichtsstück des Kriegsministeriums-Marinesektion Nr. 1717 am 19. April).[a]) Abschrift.

Geheim. Bezugnehmend auf die geschätzte Note Evb. Nr. 1586 vom 8. 1. M. beehre ich mich, Euer Exzellenz zur geneigten Kenntnis zu bringen, daß seitens des Kriegsministeriums — Marinesektion der vom k. u. k. Militär-Attaché in Rom vertretenen Anschauung,[b]) besser keine maritime Abmachung mit Italien zu treffen, absolut nicht beigepflichtet werden kann, da Italien der strategischen Verhältnisse (Operationsbasen) wegen, weit mehr bisher Unbekanntes wird entschleiern müssen, als dies unsererseits notwendig werden dürfte.

[a]) Amtsvermerk: Aus einer mündlichen Rücksprache im Marinecommando geht hervor, daß demnächst ein deutscher und ein italienischer Offizier der Marine zur Aufnahme der Verhandlungen hier eintreffen wird. Vgl. auch n. 5468, 6711, 6832, 8833. — [b]) Vgl. n. 6366.

Nr. 6610. Tel. aus Athen, 14. April 1913 Nr. 229 (eing. 15. April 12 U. 50 M. a. m.).[a] Entziff.

Griechisch-serbisches Bündnis respektive griechisch-türkische Annäherung. Ohne bestimmte Fakten anführen zu können, verstärkt sich bei mir auf Grund einiger Indizien Meinung, dass angesichts der recht unerquicklichen Beziehungen Bulgariens zu Serbien und Griechenland die sich schon seit längerem anbahnende engere Verständigung zwischen beiden letzteren Staaten, und zwar mit der Spitze gegen Bulgarien, in letzter Zeit wesentliche Fortschritte gemacht hat. Andererseits deuten verschiedene Symptome darauf hin, dass sowohl in Konstantinopel wie Athen Neigung wächst, sich gegenseitig zu verständigen. Braun.

[a]) Oe. U. Balkan 220 Nr. 420. Vgl. n. 6626.

Nr. 6611. Tel. aus Belgrad, 14. April 1913 Nr. 211 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Skutari. Generalsekretär teilte heute meinem deutschen Kollegen folgendes mit: König Nikolaus habe serbischer Regierung erklärt, er werde nicht nachgeben und mache Serbien verantwortlich, ihn im kritischen Momente im Stiche gelassen zu haben. Herr Pašić aber sei ebenso fest entschlossen, serbische Truppen zurückzuziehen, und habe sich bereits nach Athen wegen Rücktransportes auf griechischen Schiffen gewendet. Herr Pašić bemerkte weiter, dass König Nikolaus bestimmt keine Message an Essad Pascha zukommen lassen werde. Wenn aber türkische Regierung solche in französischer Sprache durch hiesigen deutschen Gesandten Herrn Pašić zusende, wird er dieselbe durch General Bojović im Wege eines Parlamentärs Essad Pascha zukommen lassen. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6576.

Nr. 6612. Tel. aus Belgrad, 14. April 1913 Nr. 213 (eing. 15. April 6 U. a. m.). Entziff.

Demarche betreffend Abgrenzung Albaniens. Ad Telegramm Nr. 109 vom 14. d. Mts. Englischer Kollege hat heute eine zweite Instruktion erhalten, die mit der meinen identisch ist. Es ist demnach anzunehmen, daß auch französischer Gesandter analoge Weisung erhalten wird. Herr von Hartwig erklärt, bezüglich Abgrenzung noch immer nicht Instruktionen erhalten zu haben. Sir E. Grey teilte englischem Gesandten mit, daß Instruktionen für Herrn von Hartwig eine kleine Abweichung von den meinen haben werden. Im 5. Alinea heißt daselbst letzter Satz: quitte cette crête un peu au nord de la ville de Dibra qui avec le district de Dibra supérieur (Benna Dibra) reste hors de l'Albanie, la frontière etc.[a]) Bei mir fehlen die 8 unterstrichenen Worte. Englischer Gesandter wird beauftragt, sich mit mir und Herrn von Hartwig in das Einvernehmen zu setzen, ob man dieser Korrektur Platz geben soll. Im Sinne heutigen Telegrammes Nr. 109 halte ich mich an meinen Text, es wäre denn, daß mir entgegengesetzte Weisungen zukommen. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6573. Fünftes Alinea reicht von „De là elle" bis „du lac d'Okhrida".

Nr. 6613. Bericht aus Belgrad, 14. April 1913 Nr. 81 A (eing. 15. April). Ausfert.

Die serbische öffentliche Meinung steht ziemlich ratlos und ganz desorientirt da. Das russische Communiqué hat hier tiefen Eindruck gemacht, der vielleicht nicht lange anhalten wird, momentan aber doch den serbischen Politikern Anlass zum Nachdenken gibt. Die Beziehungen zu Bulgarien werden immer gespannter und es ist schwer zu sagen, wie die Controverse in der Abgrenzungsfrage gelöst werden wird. Die Unterstützung der bulgarischen Forderungen seitens der Monarchie hat gewiss viel zur Versteifung der bestehenden Differenzen zwischen den Bundesgenossen beigetragen. Dass es in der albanesischen Frage der Monarchie gelungen ist, ihre Forderungen — trotz des russischen Widerstandes und der Hetzereien der Panslavisten — durchzusetzen, hat hier grosse Enttäuschung und Überraschung verursacht. Die Erbitterung gegen die Monarchie hat in der Armee und auch bei der grossen Masse der Bevölkerung ihren Höhepunkt erreicht. Die heftigen Angriffe in den Zeitungen sind ein treuer Ausdruck dieser Volksstimmung; auch in den kaufmännischen Kreisen hat eine erhöhte gegen die Monarchie gerichtete Strömung eingesetzt, die in der bekannten Boykottresolution ihren Ausdruck gefunden hat. In offiziellen Kreisen scheint man dagegen der Erwägung nicht unzugänglich zu sein, dass es im Interesse des Landes liegt, eine Annäherung an die Monarchie zu suchen. Herr Pašić betont mir gegenüber bei jeder Gelegenheit, dass er diese Annäherung wünsche, und hoffe, dass sie jetzt, wenn alle pendenten Fragen bereinigt sein werden, eine greifbare Form wird annehmen können. Er will der Boykottbewegung keine grössere Bedeutung beimessen und behauptet, dass die momentane Erregung gegen die Monarchie sich bald legen und nüchternerer Überlegung Platz machen wird. Man dürfe auch der erregten Schreibweise der Zeitungen keine zu weitgehende Bedeutung beimessen. Das ganze Land mache eine grosse Krise durch und befinde sich in einem Zustande des Paroxismus, wobei nicht alle Worte ernst genommen werden können. In kurzer Zeit hofft der Herr Ministerpräsident, dass man mit allem Ernst und in aller Ruhe an die Regelung der wirtschaftlichen Fragen wird schreiten können, wodurch erst die Basis zu einem andauernd gebesserten Verhältnis gelegt werden kann. Es mag viel Wahres in diesen Ausführungen des Herrn Pašić sein, er und seine Regierung scheinen tatsächlich eine dauernde Besserung der Beziehungen zur Monarchie zu wünschen; nur wollen sie stets die Empfangenden und nie die Gebenden sein und vor allem fürchten sie den Anschein zu erwecken, dass sie das „grosserbische Prestige“ uns gegenüber aufgeben. Leicht wird es bestimmt nicht sein, sich mit ihnen zu verständigen, und man kann leider — und das ist das Traurigste — ihren Versprechungen und Versicherungen kein rechtes Vertrauen entgegenbringen. Seit der Annexionskrise bringen die Serben uns hochgradige Abneigung entgegen und dieses an Hass grenzende Gefühl hat in der Zwischenzeit keine Abschwächung gefunden. Sie schreiben es ausschliesslich der Monarchie zu, dass sie nicht im vollen Besitze ihrer kriegerischen Erfolge bleiben können; sie glauben, dass das praepotente Auftreten Bulgariens ihnen gegenüber unserseits gefördert und unterstützt wird, und da sie

russischerseits in dieser ihrer Sinnesrichtung nur bestärkt werden, kann es einen nicht wunder nehmen, wenn die Abneigung und das Misstrauen zur Monarchie — gerade im Gefühl ihrer Machtlosigkeit — immer tiefer Wurzeln geschlagen hat. Wenn also Herr Pašić und sein Kabinett nun wirklich beschlossen haben, eine Annäherung an uns zu suchen, so darf man daraus noch keineswegs auf eine aufrichtige Sinnesänderung schliessen. Es ist nur die kluge Einsicht, dass Serbien auf die Dauer — ohne seine Interessen zu kompromittieren — mit dem mächtigen Nachbar nicht in Feindschaft leben kann. Die grossen auf Russland gesetzten Hoffnungen haben sich auch diesmal nicht erfüllt. Ich kann zwar nicht sagen, dass deshalb die russischen Sympathien schon merklich abgenommen hätten, aber ein serbisches Sprichwort sagt, „ein guter Nachbar ist mehr wert wie ein entfernter Bruder" und man gibt sich den Anschein, nunmehr auch mit dem Nachbar rechnen zu wollen. Man darf sich aber keinen zu weit gehenden Illusionen hingeben, wenn Herr Pašić auch mit Bestimmtheit erklärt, dass sein sehnlichster Wunsch dahingeht, in dauernd gute und herzliche Beziehungen zur Monarchie zu treten. Momentan scheint er tatsächlich zu glauben, dass dies im Interesse seiner Politik liegt, und deshalb wird er diese Annäherung suchen, aber sehr zugänglich und accomodant wird er deshalb bestimmt nicht sein. Er wird immer mit einem Ohr nach Petersburg horchen und sich von dort aus beeinflussen lassen. Gerade deshalb geht meine unmassgebliche Ansicht dahin, dass die serbische Frage nur in Petersburg einer dauernden Lösung entgegen geführt werden kann, und ich teile nicht die Auffassung meines bulgarischen Collegen, der in letzter Zeit mir wiederholt und mit Nachdruck zu beweisen sucht, dass die definitive Regelung der serbischen Frage nur in Wien und Sofia erfolgen könne (wobei er auf ein gemeinsames Vorgehen gegen Serbien anspielt und dabei sogar die weitgehendsten Consequenzen aus diesem Vorgehen zu ziehen nicht abgeneigt ist). ... *Vorlage von Zeitungsartikeln.* ... Ugron.

Tel. nach Berlin, 14. April 1913 Nr. 304 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 6619.

*Nr. **6614.** Tel. aus Berlin, 14. April 1913 Nr. 192 (eing. 15. April 4 U. a. m.).[a] Entziff.*

Antwort auf gestriges Telegramm Nr. 298[b] betreffend Petersburger Botschafterreunion. Staatssekretär Inhalt Telegrammes heute Früh zur Kenntnis gebracht; soeben lässt er mir sagen, dass er Grafen Pourtalès telegraphisch angewiesen habe, bei der morgigen Reunion die Annahme der vom Grafen Thurn vorzuschlagenden Formel zu unterstützen. Staatssekretär gesteht mir, er habe dies nur ungern getan und nur um Euer Exzellenz einen neuen Beweis seines Entgegenkommens zu geben. Die Kompensationsidee für Bulgarien sei ihm unsympathisch, da er von verschiedenen Seiten dahin informiert sei, dass Rumänien infolge dieser von Österreich-Ungarn aufgeworfenen Kompensationsidee dem Dreibund gegenüber in letzter Zeit sehr misstrauisch geworden sei. Ausserdem befürchte er, dass die in Rede stehende Formel Bulgarien zu weiteren Prätensionen

ermutigen werde, die zu erfüllen man nicht im Stande oder nicht gewillt sein würde. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 6629. — [b]) Mit Tel. Nr. 298, 13. April 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 6605 mit dem Beifügen nach Berlin mitgeteilt, Graf Berchtold würde es dankbar begrüßen, wenn Graf Pourtalès den Auftrag erhielte, in analoger Weise vorzugehen und sich namentlich für die von ihm in Aussicht genommene Erklärung nachdrücklichst einzusetzen.

Nr. 6615. Tel. aus Berlin, 14. April 1913 Nr. 193 (eing. 15. April 4 U. a. m.).[a]) Entziff.

Inhalt des gestrigen Telegrammes Nr. 299 betreffend Flottendemonstration im Marmarameer Herrn von Jagow zur Kenntnis gebracht. Staatssekretär teilt mir mit, Sir E. Grey habe hier durch englischen Botschafter anfragen lassen, welche Stellung deutsche Regierung zu der französischerseits proponierten und russischerseits unterstützten Idee einer Flottendemonstration im Marmarameer einnehmen werde, und seinen Standpunkt dahin präzisiert, dass er zwar nicht einsehe, wie die Flotte kriegerische Operationen auf Gallipoli verhindern könnte, das Londoner Kabinett aber dennoch si omnes seine Zustimmung erteilen würde. Staatssekretär hat geantwortet, dass er obige Bedenken Sir E. Greys teile, aber auch si omnes an der Demonstration teilzunehmen bereit sei, allerdings unter der Bedingung, dass der Türkei präalabiliter bekanntgegeben werde, dass die Flottendemonstration nicht gegen die Türkei, sondern zum Schutz derselben stattfinden würde. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 6628.

Nr. 6616. Tel. aus Bukarest, 14. April 1913 Nr. 102 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Nachdem französischer und italienischer Kollege über Petersburger Botschafterverhandlungen und Beschlüsse genaue Informationen erhalten und diese bei hiesiger Regierung zu ihrem Vorteile verwenden, was Stellung der Monarchie nachträglich, ersuche ich Euer Exzellenz im Interesse des Allerhöchsten Dienstes, mir ebenfalls diesbezügliche Mitteilungen zukommen zu lassen. Minister des Äußern, der sich mit dem Gedanken abzufinden scheint, nur Silistria zu erhalten, brachte heute Gespräch auf Silistria, daß bulgarische Sobranje Abtretung Silistrias nicht zustimme, sich dahin äussernd, in diesem Falle würde Rumänien doch Silistria besetzen müssen. Er vermute und hoffe, daß Sobranje nötige Einsicht haben wird, da Wiederholung montenegrinischen Beispiels weder mit Würde Rumäniens noch Bulgariens vereinbar wäre. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 6630.

Nr. 6617. Tel. des Vizekonsuls in Prisren Tibor von Pözel aus Djakova, 14. April 1913 Nr. 37 (eing. 16. April 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Gemischte Kommission hat heute Enquête im Falle Palić in dem Sinne geschlossen, dass keine vollgiltigen Beweise bekannt wurden, einerseits zur Bestätigung der Version, welche Geistlichkeit vertritt, nämlich

dass der Franziskanerpater in kriminaler Weise misshandelt und ermordet, andererseits zur Widerlegung montenegrinischer Erklärung des Falles, wonach der Priester anlässlich Fluchtversuches erschossen. Wir müssen mit Rücksicht auf äusserst ungünstigen Verlauf des Beweisverfahrens mit diesem Resultate zufrieden sein, denn Stilisierung des Enquêteprotokolles lässt Möglichkeit der erstzitierten Version offen. Gleichlautend Belgrad 23, Cetinje 16.

[a]) Vgl. n. 6786. Pözel.

Nr. 6618. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. April 1913 Nr. 204 (eing. 15. April 12 U. 45 M. a. m.). Entziff.

Großvezier sagte mir, dass seit heute Früh auf dem linken Flügel der Tschataldjalinie gekämpft wird. Mahmud Schefket Pascha fügte hinzu, es sei ihm noch nicht bekannt, ob die Bulgaren ihre Belagerungsgeschütze bereits aus Adrianopel dorthin gebracht hätten; er verhehle mir nicht, dass die Situation in diesem Falle gefährlich werden könnte. Großvezier machte mir heute sehr besorgten Eindruck. Pallavicini.

Nr. 6619. Tel. nach London Nr. 318 (1), Berlin Nr. 304 (2), Rom Nr. 379 (3), St. Petersburg Nr. 284 (4) und Paris Nr. 231 (5), 14. April 1913 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1.—5. Laut Meldung der k. u. k. Gesandten bei den verbündeten Balkanstaaten hat die Mittheilung der Nord- und Nordostgrenze Albaniens bisher noch nicht stattgefunden. Über die Gründe dieses Aufschubes liegt mir nachstehendes Telegramm Baron Brauns[b]) von heute vor: „Bezüglich Nord- und Nordostgrenze Albaniens konnte Schritt nicht gemacht werden, da russischer Gesandter bei heutiger gemeinsamer Besprechung erklärte, noch immer ohne einschlägige Instruktionen zu sein. Überdies hatte englischer Gesandter heute früh telegraphischen Auftrag erhalten, betreffs obiger Grenzen vorläufig mit Schritt zuzuwarten." Ich ersuche

1. Euer Exzellenz,

2.—5. Graf Mensdorff unter einem,

1.—5. sich im Foreign Office über die Gründe dieses auffälligen Aufschubes eines von der Réunion gefassten Beschlusses zu orientieren.

2.—3. Vorstehendes zur vertraulichen Mittheilung an die dortige Regierung.

4. Euer Exzellenz wollen sich in analogem Sinne bei Herrn Sazonow informiren und hiebei auf seine eigene einschlägige Anregung (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 147 vom 8. April) verweisen.

5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulichen Information und eventuellen Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6634, 6640. — [b]) Tel. Nr. 225 aus Athen, 14. April 1913 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).

Nr. 6620. Tel. aus London, 14. April 1913 Nr. 309 (eing. 9 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 307 vom 10. d. M. Russischer Botschafter hatte schon bei letzter Reunion Notwendig-

keit hervorgehoben, dass gleichlautender Text der Beschreibung der Nord- und Nordostgrenze Albaniens bei den Regierungen der Alliierten übergeben werde, so dass kein Missverständnis eintreten könne. Graf Benckendorff hat mir seither nachstehendes, von Herrn Sazonow erhaltenes Telegramm mitgeteilt: „Pour éviter tout malentendu il serait désirable d'établir un texte identique pour la communication aux alliés de la délimitation du nord et nord-est de l'Albanie. Veuillez le communiquer aux légations balkaniques et aussi au ministère." Über Anregung russischen Botschafters haben Ippen und Petrajew Text der Grenzbeschreibung einer rein redaktionellen Redaktion unterzogen, welche Gelegenheit Ippen benützte, um einzelne unklare Fassungen des Textes in eine für uns günstigere Form zu bringen. Diese Änderungen sind folgende: Im zweiten Alinea statt „district des Gousinje et Plava" — „territoire de etc." Im nächsten Satz statt „ce district" — „ces villes avec leurs dépendances." In der Bestimmung über Diakowa anzufügen nach „Albanie" — „et continue sur cette crête jusqu'au Drin blanc". Im nächsten Satz statt „du Drin blanc" — „de ce fleuve" und statt „la frontière entre le etc." — „la ligne-frontière entre le etc." Im letzten Alinea statt „Dibra inférieure" — „la basse Dibra", ferner nach „village de Loukovo d'où" einzufügen „en se dirigeant par les crêtes principales séparant le bassin du Drin de celui du Chkoumbi et" und nach „Okhrida" anzufügen „dans les environs du village Lin".[b] Graf Benckendorff hat diesen Änderungen zugestimmt und sie nach Rücksprache mit Sir A. Nicolson an russische Vertreter bei Balkanstaaten und nach Petersburg telegraphiert. Sir A. Nicolson wird abgeänderte Redaktion den übrigen Botschaftern bekanntgeben und seinerseits britischen Vertretern bei Balkanstaaten telegraphieren. Ich darf Euer Exzellenz Genehmigung zu obigen Änderungen voraussetzen und ersuchen, sie auch unseren Vertretern bei den Balkanstaaten telegraphisch mitzuteilen. Die Vorteile der Änderungen erörternder Bericht[c] folgt mit heutiger Post. Ich glaube annehmen zu können, dass auch Euer Exzellenz die ehebaldigste Mitteilung des Textes bei den Alliierten wünschen werden. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6634. — [b] Vgl. n. 6273. Das zweite Alinea reicht von „Elle se confond" bis „le Drin de l'autre", das letzte beginnt mit „de là elle". — [c] Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 6621. Tel. aus London, 14. April 1913 Nr. 312 (eing. 15. April 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 315 von heute betreffend internationale Flottendemonstration im Marmarameer. Sir E. Grey leider auf 10 Tage abwesend. Habe eben mit Sir A. Nicolson gesprochen, der bereits aus Meldung Sir F. L. Cartwrights entnommen hatte, dass Euer Exzellenz gewisse Bedenken gegen die französischerseits vorgebrachte Idee haben. Unterstaatssekretär stellte die Richtigkeit der Erwägungen nicht in Abrede, welche ich in Gemäßheit Euer Exzellenz Ausführungen vorbrachte. Er resümierte aber die Situation dahin, dass die bulgarische Regierung den Vormarsch nicht wünsche. Man sei aber nicht sicher, ob die Armee und namentlich König Ferdinand der Versuchung eines triumphierenden

Einzuges in Konstantinopel widerstehen können. Dies berge aber die allergrößten Gefahren in sich. Der Sultan müsste fliehen, um — wie Sir A. Nicolson mit Sicherheit glaubt — nie zurückzukehren. Wenn einmal der Sultan Konstantinopel verlassen hätte, sei es mit dem türkischen Regime zu Ende und wir stünden vor dem Problem der Liquidation des ottomanischen Reiches in Kleinasien, eine noch viel ernstere Frage, als das Ende der türkischen Herrschaft am Balkan. Im Foreign Office glaubt man, eine Intimation der Mächte, dass der Einzug in Konstantinopel nicht geduldet werde, würde genügen, um der bulgarischen Regierung die willkommene Handhabe zu bieten, den Versuchungen der Eitelkeit König Ferdinands entgegenzutreten. Denn schließlich handle es sich doch nur um Befriedigung seiner Eitelkeit, denn an ein Verbleiben Bulgariens in Konstantinopel sei nicht zu denken. Bulgarische Regierung verstehe dies ganz gut und wisse, dass es eine Torheit wäre, sich in weiteren Kämpfen militärisch zu erschöpfen, wo es doch gelte, bei bevorstehenden Problemen am Balkan jetzigen Alliierten stark gegenüber zu stehen. Sir A. Nicolson sagte mir, britische Regierung nehme soweit französische Anregung sympathisch auf, hege aber Bedenken, gegen solche Punkte vorzugehen, die, wie Rodosto, von Bulgarien okkupiert sind. Er schien zu glauben, dass deutsche Regierung ähnlichen Standpunkt wie britische einnehme. Eventualität des Aufrollens der Frage von Konstantinopel und besonders des türkischen Besitzes in Kleinasien flösst hier allergrößte Besorgnis ein mit Rücksicht auf mögliche Haltung sowohl Russlands als Deutschlands. Mensdorff.

a) Vgl. n. 6636.

Tel. nach Paris, 14. April 1913 Nr. 231 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 6619.

Nr. 6622. Tel. aus Paris, 14. April 1913 Nr. 76 (eing. 15. April 3 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm von heute Nr. 227. Herr Paléologue brachte heute den darin erwähnten Vorschlag einer Flottendemonstration in den Dardanellen und vor Konstantinopel zur Sprache und frug, ob mir bezügliche Ansicht Euer Exzellenz bekannt sei. Ohne in Details einzugehen, wies ich darauf hin, dass geplante Maßregeln nach Ansicht Euer Exzellenz zur Herbeiführung des Friedens vielleicht nicht genügen würden, da sie einen Druck gerade auf jenen Balkanstaat bedeuten, der dem Friedensschlusse die wenigsten Schwierigkeiten bereite, während Serbien, Griechenland und die Pforte, die noch immer zahlreiche unerfüllbare Prätensionen haben, durch die Demonstration gar nicht berührt werden und sich höchstens freuen werden, dass für Bulgarien neue Schwierigkeiten erwachsen. Herr Paléologue stellte Richtigkeit dieser Argumente nicht in Abrede, meinte aber, die Frage der Meerengen hätte besonders gefährlichen Charakter. Die Bulgaren hätten sehr ernste Vorbereitungen für einen Angriff auf Konstantinopel gemacht und auf türkische Widerstandskraft könne man sich nicht verlassen. Eine gemeinsame Aktion aller Mächte sei daher absolut nötig, sonst würde, falls bulgarischer Angriff auf Konstantinopel gelinge, eventuell eine Macht allein Flotte hinschicken und dies könne sehr ernste

Folgen haben. Die französischen Propositionen scheinen in Sofia schon bekannt geworden zu sein und dürften ernüchternd wirken. Ich vermute, man befürchte hier, falls Bulgaren Konstantinopel einnehmen, einseitiges Eingreifen Englands, was leicht Konflikt mit Russland hervorgerufen hätte, darum legt man hier so großes Gewicht auf internationale Aktion. Herr Paléologue sprach dringend Hoffnung aus, dass wir französischem Vorschlag, der vielleicht praktisch gar nicht zur Anwendung kommen werde, aber geeignet sei, Bulgarien von unbedachtsamen Schritten zurückzuhalten, beistimmen werden. Szécsen.

Tel. aus Prisren, 14. April 1913 Nr. 37. Siehe n. 6617.

Tel. nach Rom, 14. April 1913 Nr. 379 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 6619.

Nr. 6623. Tel. aus Rom, 14. April 1913 Nr. 214 (eing. 15. April 8 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Zum Thema einer internationalen Flottendemonstration in Konstantinopel (hohes Telegramm Nr. 375 vom 13. d. M.) sagte mir Marquis San Giuliano, dass er bereits — si omnes — zugestimmt habe. Der Minister verkennt nicht die Richtigkeit der Argumentation Euer Exzellenz, bemerkte aber, nach seinen Informationen sei der wahre Grund der Präokkupation Frankreichs darin gelegen, dass das bulgarische Heer Miene mache, selbst gegen den Willen der Regierung gegen Konstantinopel vorzugehen, was unübersehbare Folgen in der asiatischen Türkei nach sich ziehen könnte. Mérey.

Nr. 6624. Tel. aus Rom, 14. April 1913 Nr. 215 (eing. 15. April 8 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm vom 13. d. M. Nr. 374.[a]) Bulgarisch-rumänischer Konflikt. Minister des Äussern hat dem Wunsche Euer Exzellenz entsprechend noch heute dem italienischen Botschafter in Petersburg Instruktion erteilt, für die von dem Grafen Thurn vorzuschlagende Erklärung einzutreten. Er schien aber daran zu zweifeln, ob die Mächte ein so allgemeines Engagement, pro futuro die bulgarischen Interessen zu fördern, übernehmen werden. Nach einem der Consulta aus Bukarest zugekommenen Telegramm würde sich dortige Regierung schlimmsten Falles mit der Abtretung Silistrias, den Privilegien für die Kutzowalachen und dem Verbot einer bulgarischen Befestigung zwischen Silistria und dem Meer zufrieden geben. Mérey.

[a]) Mit Tel. Nr. 374, 13. April 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p.m.) wurde n. 6605 mit dem Beifügen nach Rom mitgeteilt, Graf Berchtold würde es dankbar begrüßen, wenn Marquis Carlotti den Auftrag erhielte, in analoger Weise vorzugehen und sich namentlich für die von Berchtold in Aussicht genommene Erklärung in Petersburg nachdrücklichst einzusetzen.

Nr. 6625. Tel. nach St. Petersburg, 14. April 1913 Nr. 282 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Wie Herr von Tschirschky hier mitgeteilt hat, ist an Grafen Pourtalès der Auftrag ergangen, in der morgigen Sitzung der Botschafterréunion, im Einvernehmen mit seinen Dreibundkollegen, nochmals zu versuchen,

entweder die beiden Dreiecke oder einige Kilometer an der Schwarzen Meerküste für Rumänien durchzusetzen. Sollte dies nicht gelingen, ist der deutsche Botschafter angewiesen, auf eine nochmalige Vertagung der Réunion hinzuwirken. Ich habe dem deutschen Botschafter behufs Verständigung seiner Regierung den Inhalt der Euer Exzellenz für die morgige Réunion mit meinem gestrigen Telegramme Nr. 277 erteilten Instruktionen mitgeteilt und hiebei im Sinne Euer Exzellenz Privatschreibens vom 12. l. M.[b]) darauf hingewiesen, daß nach Hochdero sowie Ihrer Dreibundkollegen Überzeugung über die Cession Silistrias hinaus ein Mehr in territorialer Beziehung für Rumänien absolut nicht zu erreichen sei. Da, laut einer Meldung Prinzen Fürstenbergs,[c]) Herr Maioresco dem deutschen Gesandten in Bukarest erklärt hat, daß Rumänien sich mit Silistria begnügen würde, bin ich der Ansicht, daß es nicht angezeigt wäre, mit einer aussichtslosen Forderung nach weiteren territorialen Konzessionen für Rumänien das bereits Erreichte, Silistria, wieder in Frage zu stellen. Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne Grafen Pourtalès gegenüber vor der Réunion aussprechen, welcher über meine Anregung, wie ich hoffe, analoge Instruktionen wie Hochdieselben erhalten haben wird. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6641. — [b]) Liegt nicht bei den Akten. — [c]) Vgl. n. 6548.

Tel. nach St. Petersburg, 14. April 1913 Nr. 284 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 6619.

Nr. 6626. Tel. nach Sofia, 14. April 1913 Nr. 189 (chiffr. 6 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher u. Berchtold; G. Berchtold).

Zu Euer Hochgeboren Telegrammen Nr. 334 und 335 vom 12. d. M. Die Sprache Euer Hochgeboren Herrn Geschoff gegenüber billige ich vollkommen. Euer Hochgeboren wollen den Herrn Konseilspräsidenten aufsuchen und sich zu ihm im folgenden Sinne streng vertraulich äußern: Mit Rücksicht auf die von den Kabinetten vereinbarte Geheimhaltung der Petersburger Verhandlungen konnten wir bisher der bulgarischen Regierung keine Informationen hierüber zukommen lassen. Da aber vor kurzem von anderer Seite diesbezüglich Nachrichten in die Presse gedrungen sind, sind Euer Hochgeboren ermächtigt, Herrn Geschoff à titre personnel über die Haltung, die wir in Petersburg eingenommen haben, zu informieren. Wir haben in der Réunion den Standpunkt vertreten, den wir auch in Sofia wiederholt bekannt gegeben haben, daß in der rumänisch-bulgarischen Frage die Befriedigung beider Teile angestrebt werden müsse. In diesem Sinne haben wir die Abtretung von Silistria befürwortet, gleichzeitig aber auch die Idee einer Entschädigung Bulgariens vertreten. Als Kompensationsobjekt haben wir zunächst Salonik vorgeschlagen, sind aber mit dieser Proposition auf den Widerstand Rußlands und Frankreichs gestoßen, welche die Einbeziehung dieser Frage in die Petersburger Beschlüsse kategorisch ablehnten. Wir haben sodann andere territoriale Kompensationen, zuletzt die Zuweisung der Insel Samothrake, zur Diskussion gestellt. Auch diese Vorschläge wurden von der Triple-Entente zurückgewiesen und namentlich war es Rußland, das bezüglich Samothrakes erklärte, in der Inselfrage

Griechenland gegenüber gebunden zu sein. Gegenwärtig sind wir bemüht, eine Erklärung der Mächte durchzusetzen, des Inhaltes, daß sie für die Abtretung von Silistria im gegebenen Moment auf die bulgarischen Interessen speziell Rücksicht nehmen würden. Wenn es uns auch nicht gelungen ist, die Kabinette zur Bestimmung einer konkreten Entschädigung für Bulgarien zu bewegen und wenn auch die Annahme unserer letzten Proposition noch nicht gesichert ist, so können wir doch eine Entscheidung, welche die Zession von Silistria unter gewissen günstigen Modalitäten (Indemnität für die bulgarischen Einwohner) ausspricht, nicht als nachteilig für Bulgarien ansehen und wollen wir bis auf weiteres uns der Erwartung hingeben, daß die Mächte unserem Vorschlage betreffs Berücksichtigung der bulgarischen Interessen keine Hindernisse in den Weg legen werden. Wir glauben auch im Interesse Bulgariens zu handeln, wenn wir es vorziehen, einer solchen Lösung zuzustimmen, als ein Scheitern der Mediationsaktion herbeizuführen. Denn Bulgarien bietet sich nun die Möglichkeit, auf eine Art und Weise, die seinem Prestige keinen Eintrag tut, ein verhältnismäßig nicht zu großes Opfer zu bringen, um dadurch einen eventuellen Gegner in einen zuverlässigen Freund zu verwandeln. Wir haben die bulgarische Regierung wiederholt auf die günstigen Dispositionen aufmerksam gemacht, die in Bukarest unter der Voraussetzung der Zession von Silistria für eine Annäherung der beiden Staaten und selbst für den Abschluß eines Geheimvertrages bestehen. Wir können Herrn Geschoff nur nochmals den wohlgemeinten Rat geben, den Moment zu benützen und ohne Zeitverlust auf dieser Grundlage in direkte Verhandlungen mit Rumänien einzutreten. Führen diese, wie wir alles Recht haben anzunehmen, zu einem Akkord und hat sich Bulgarien der rumänischen Freundschaft versichert, dann kann es wohl mit voller Beruhigung der bevorstehenden Regelung jener Fragen entgegensehen, welche sich aus der Aufteilung des von der Türkei abzutretenden Gebietes ergeben. Unseres Wohlwollens und unserer diplomatischen Unterstützung kann Bulgarien auch in diesen Fragen sicher sein. Wenn Euer Hochgeboren wahrnehmen, daß Herr Geschoff auf unseren Ideengang eingeht, so können Sie, um den Wert der rumänischen Freundschaft zu illustrieren, im strengsten Vertrauen hinzufügen, wir seien im Besitze ganz verläßlicher und bestimmter Anhaltspunkte dafür, daß die zwischen Serbien und Griechenland bestehende Interessengemeinschaft sich verdichtet und eine für Bulgarien keineswegs günstige Form angenommen hat.[b] Wir erwarteten hierüber noch nähere Nachrichten und seien bereit, Herrn Geschoff seinerzeit weitere Informationen zukommen zu lassen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6652, 6653, 6675. — [b] Vgl. n. 6610.

Nr. 6627. Bericht aus Sofia, 14. April 1913 Nr. 27 B (eing. 17. April). Ausfert.

Der officiöse „Mir" weist in seinem gestrigen Leitartikel auf den nahe bevorstehenden Frieden hin und stellt im Zusammenhange damit einige Betrachtungen über die Lage und die Aussichten Bulgariens auf. Seine Ausführungen schliesst das Regierungsorgan mit der Behauptung, dass das Königreich dank der Politik, die es befolgt, sich der Freundschaft

aller Grossmächte erfreut, woraus zu folgern ist, dass diejenigen, die an der Politik der Regierung Kritik üben und die Ansicht vertreten, dass Bulgarien sich einer der Mächtegruppen vollständig anschliessen hätte sollen, in einem Irrtum befangen sind und dass es für die bulgarischen Interessen gleich schädlich ist, wenn gegen Russland oder Österreich-Ungarn — die zwei am Balkan meistinteressierten verschiedenen Gruppen angehörenden Staaten — Angriffe gerichtet werden. Auf welche Angriffe der „Mir" anspielt sagt er zwar nicht näher, dieselben sind aber nicht schwer zu erraten. Da die Monarchie letzter Zeit mit einer nie dagewesenen Rücksicht von den hiesigen Blättern behandelt wird, kann es der Regierungszeitung nur darum zu tun sein, gegen einige vereinzelnte Presstimmen Stellung zu nehmen, die sich kürzlich gegen die Politik Russlands und für den Anschluss Bulgariens an den Dreibund erhoben haben. Ich glaube, dass wir keinen Grund haben, uns über die oberwähnte Stellungnahme des „Mir", in welcher der Gedanke zum Ausdrucke gebracht wurde, dass Bulgarien sich zugleich unsere und Russlands Freundschaft erhalten soll, enttäuscht zu fühlen. Bulgarien könnte jetzt tatsächlich auf die Unterstützung Russlands nicht verzichten und sollte man hier auch zu der Einsicht gekommen sein, dass Bulgarien in der Zukunft zu uns und nicht zu Russland gravitiren muss, so könnte man dennoch unter den obwaltenden Umständen diesen neuen Kurs ohne eine grobe Ungeschicklichkeit zu begehen nicht jetzt schon anschlagen. Wie die Sachen stehen, lässt sich noch keineswegs voraussehen, wie sich nach der vollständigen Liquidirung der Balkan-Krise das Verhältniss Bulgariens zu Russland gestalten wird. Was unsere Beziehungen zu diesem Lande anbelangt, so lässt sich jedenfalls jetzt schon sagen, dass dieselben in keinem Falle schlechter sein werden als vor dem Kriege. Wenn man bedenkt, wie stark und ausschliesslich Bulgarien zu Beginn des Krieges zu Russland geneigt hat und mit welchem Misstrauen wir damals und auch seither noch hier betrachtet wurden und welchen Gefahren unsere Beziehungen zu Bulgarien ausgesetzt waren, soll man — glaube ich — in der vorbesprochenen Ausserung des Regierungsorganes nicht nur keinen Grund zur Unzufriedenheit finden, sondern es als eine Errungenschaft ansehen, dass sich der „Mir" — es ist dies zum ersten Mal seitdem ich in Sofia bin — offen dazu bekannt hat, que son coeur balance entre nous et les Russes. Man könnte vielleicht einwenden, dass es nur ein mageres Resultat und ein zu geringer Preis ist für alles, was wir für Bulgarien tun. Ich könnte eine solche Anschauung nicht teilen und würde antworten, dass für weniger als das, was wir für Bulgarien geleistet haben, das Erzielte nicht zu haben war. Die Regierung ist die russophilste, die es in diesem Lande, in dem keine Russophoben existiren, geben kann. Wenn uns die Verbündeten Bulgariens und speciell Serbien dazu nicht verhelfen, dürfte es uns schwer fallen, hier viel mehr an Boden zu gewinnen. Tarnowski.

Nr. 6628. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 15. April 1913 Nr. 1733.a) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Herr von Tschirschky hat heute mir gegenüber von dem Antrage des französischen Botschafters in der Londoner Réunion vom 11. d. M. betreffs

einer eventuellen Flottendemonstration im Marmara-Meere Erwähnung getan.[b] In diesem Belange hätte der englische Botschafter in Berlin Herrn von Jagow die Stellung seiner Regierung dahin präzisiert, daß, falls diese Maßnahme notwendig wäre und alle Mächte zustimmen würden, auch England sich beteiligen würde, obwohl man sich in London frage, ob diese Aktion auch den gewünschten Effekt haben könnte. Der kaiserlich deutsche Botschafter bemerkte, seine Regierung teile die Bedenken, daß die Flotte vielleicht nicht imstande wäre, alles das durchzusetzen, wozu sie berufen sei. Sie hoffe auch, daß sich die Nachrichten über das Vordringen Bulgariens als unbegründet erweisen und daß so die an sich wenig sympathische Aktion überflüssig werde und unterbleiben könne. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein und sich eine Demonstration im Marmara-Meere als notwendig erweisen, wäre auch die deutsche Regierung bereit, dabei — si omnes — mitzutun, um sich vom Konzerte der Mächte nicht zu trennen. In diesem Falle würde sie die im östlichen Mittelmeere befindlichen Schiffe ins Marmara-Meer dirigieren, hiebei jedoch zur Bedingung machen, daß die türkenfreundliche Intention des ganzen Vorgehens der Mächte früher ausdrücklich in Konstantinopel hervorgehoben werde. Ich erwiderte darauf Herrn von Tschirschky, wir hätten bereits alle Bedenken zum Ausdruck gebracht, die wir gegen diese Maßnahme hegen und die wir auch zum Anlaß genommen hätten, um in London bei Sir E. Grey auf die Inopportunität der gedachten Aktion aufmerksam zu machen.[c]

[a] Vgl. n. 6615. — [b] Vgl. n. 6565. — [c] Vgl. n. 6604.

Nr. 6629. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 15. April 1913 Nr. 1737.[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Herr von Tschirschky hat heute mir gegenüber die Frage der bulgarisch-rumänischen Differenzen zur Sprache gebracht und im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, dieselbe habe sich mit Rücksicht auf unsere Stellungnahme in dieser Angelegenheit entschlossen, den deutschen Botschafter in Petersburg zu beauftragen, sich bei der heutigen Réunion Grafen Thurn anzuschließen. Es wurde sohin die ursprüngliche Absicht der deutschen Regierung fallen gelassen, die Vertagung der Réunion zu verlangen, falls der deutsche Vertreter mit den Ansprüchen für Rumänien hinsichtlich der Meeresküste nicht durchdringen sollte. Der kaiserlich deutsche Botschafter teilte mir gleichzeitig mit, das Berliner Kabinett habe die von uns beabsichtigte Anregung, den bulgarischen Kompensationsansprüchen in einer allgemein gehaltenen Phrase Rechnung zu tragen, angenommen. Herr von Jagow ließ mir jedoch mitteilen, daß er Grafen Pourtalès diesen Auftrag nur mit größtem Widerstreben gegeben habe und nur, um mir persönlich zu Gefallen zu sein. Der Herr Staatssekretär wisse, daß in Bukarest bereits lebhaftes Mißtrauen wegen unserer Rücksichtnahme auf Bulgarien herrsche und daß uns der Vorwurf gemacht werde, daß wir, obwohl wir mit Rumänien in einem engeren Verhältnisse stehen und Bulgarien uns bisher niemals Beweise seiner Verläßlichkeit gegeben habe, dennoch die bulgarischen Interessen in gleicher Weise wie die rumänischen ver-

treten. Andererseits schiene ihm (Jagow) auch, daß durch eine solche vage Formel, welche bulgarische Kompensationsansprüche anerkenne, zukünftigen Forderungen aus Sofia Tür und Tor geöffnet werde und daß uns daraus noch große Schwierigkeiten erwachsen könnten. Auch frage er sich, zu welchem Zeitpunkte die von uns befürwortete Rücksichtnahme auf Wünsche Bulgariens wirklich eintreten könnte. Ich erwiderte Herrn von Tschirschky, ich ließe dem Staatssekretär für seine Mittheilung danken und ihn versichern, daß ich seine Rücksichtnahme auf meine Person hoch zu schätzen wisse, es aber lieber gesehen hätte, wenn er mir auch aus sachlichen Motiven beigestimmt hätte. Rumänien habe meiner Ansicht nach keinen Grund zu dem von ihm erwähnten Mißtrauen, da wir in letzterer Zeit wiederholt in Bukarest zu verstehen gegeben haben, welch großes Interesse für Rumänien in der Herstellung eines guten Verhältnisses zu Bulgarien liege. Eine gewisse Rücksichtnahme auf letzteres bilde eben die Voraussetzung für einen beiderseits befriedigenden Ausgleich der Differenz. Was aber die Zusicherung an Bulgarien anbelange, seine Interessen im gegebenen Zeitpunkte in Berücksichtigung zu ziehen, so könnte ich keine Gefahr in einer solchen Enunziation erblicken, weil es ja in unserer Hand liege, den Moment zu bestimmen, welchen wir hiefür am geeignetsten ansehen würden. Abgesehen davon sei aber auch die Zusicherung in einer solchen Art gehalten, daß wir uns hiedurch in keiner Wese unsere Hände gebunden haben.

[a]) Vgl. n. 6614.

*Nr. **6630**. Tel. nach Bukarest, 15. April 1913 Nr. 202 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).*

Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 101 vom 14. d. M. erhalten. Ich habe Euer Durchlaucht bereits mit meinen Telegrammen Nr. 191 und 195 vom 3. und 8. d. M. zu konfidentiellen Mitteilungen über unsere Haltung in Petersburg und den für Rumänien in der Hauptsache günstigen Stand der Angelegenheit ermächtigt. Euer Durchlaucht wollen sich zur Ergänzung dieser Mitteilungen zu König Carol oder Herrn Majoresco im folgenden Sinne aussprechen, hiebei aber um strenge Geheimhaltung ersuchen, da ein vorzeitiges Bekanntwerden der Entschließungen der Mächte zu unerwünschten Rückwirkungen in der bulgarischen öffentlichen Meinung führen könnte. Es ist den Vertretern des Dreibundes nach langen und hartnäckigen Kämpfen gelungen, die Ententemächte für eine Entscheidung zu gewinnen, welche die Abtretung von Silistria samt den Forts an Rumänien sowie die Verpflichtung Bulgariens, an der Grenze von dort bis zum Schwarzen Meere keine Befestigungen zu errichten, ausspricht und auch in der kutzowalachischen Frage auf die rumänischen Interessen Rücksicht nimmt. Dagegen hat sich die Tripelentente gegenüber unseren wiederholten Versuchen, noch weitere territoriale Konzessionen an der Küste für Rumänien zu erreichen, absolut ablehnend verhalten. Wir haben auf der Erfüllung auch dieser rumänischen Wünsche schließlich nicht weiter bestanden, weil wir angesichts der Intransigenz der Tripelentente hiedurch ein positives Resultat der Mediationsaktion in Frage gestellt hätten und weil wir anderer-

seits nach Allem, was uns von kompetenter rumänischer Seite seit langem versichert wurde, davon überzeugt sind, daß der friedliche Gewinn von Silistria sowie die Verbesserung der strategischen Position Rumäniens an der Grenze, welche sich aus den in Aussicht genommenen weiteren Bestimmungen ergibt, im ganzen Lande als bedeutsamer Erfolg der weisen Friedenspolitik des Königs und seiner Regierung empfunden und begrüßt werden wird. Wir haben der rumänischen Regierung nicht verschwiegen, daß wir in Petersburg auch dafür eingetreten sind, den Gedanken einer Entschädigung Bulgariens auf anderem Gebiet in irgend einer Form zur Anerkennung zu bringen. Hiebei haben wir uns von der Erwägung leiten lassen, daß die möglichste Befriedigung beider Teile sowie die Herstellung dauernder freundschaftlicher Beziehungen zwischen ihnen in ihrem beiderseitigen Interesse gelegen ist. Zu diesem Zwecke halten wir es für notwendig, daß ein Mittel gefunden werde, damit die Zession von Silistria in Bulgarien keine Bitternis hinterlasse. Angesichts der patronisierenden Haltung, welche die Tripelentente gegenüber den serbischen und griechischen Aspirationen einnimmt, haben wir aber wenig Hoffnung auf einen greifbaren Erfolg. Umsomehr rechnen wir aber darauf, daß Rumänien nun jene bulgarenfreundliche Politik zur Tat werden lasse, zu der man sich in Bukarest Euer Durchlaucht gegenüber unter der Voraussetzung der Abtretung von Silistria wiederholt bereit erklärt hat. (Ich verweise auf Ihre Telegramme Nr. 83, 87, 89, 91 und 93.) Auf Grund dieser rumänischen Erklärungen haben wir die bulgarische Regierung mehrfach darauf aufmerksam gemacht, daß Rumänien unter jener Voraussetzung zu einer Annäherung und selbst zum Abschlusse eines Abkommens bereit wäre. Durch diesen Hinweis ist es uns gelungen, die begreifliche Abneigung der bulgarischen Regierung, nach einem siegreichen Feldzuge in eine Gebietsabtretung einzuwilligen, zu überwinden, ein Umstand, der sicherlich für den glücklichen Ausgang der Frage von großer Bedeutung war. Wenn wir auch die Befürchtung Herrn Majorescos, daß die Sobranje der Zession von Silistria nicht zustimmen könnte, keineswegs teilen, so halten wir es doch für ein Gebot politischer Klugheit, daß die rumänische Regierung durch eine eheste direkte Aussprache mit Sofia dem Kabinett Geschoff die Möglichkeit biete, über die künftige Haltung Rumäniens den Mitgliedern der Sobranje vertraulich günstige Aufklärungen zu geben. Schließlich wollen Euer Durchlaucht darauf hinweisen, daß wir ganz abgesehen von der Silistriafrage von allgemeinen Gesichtspunkten aus eine Orientierung der rumänischen Politik im Sinne eines engen Anschlusses an Bulgarien, welcher Rumäniens südliche Grenze sichert, als eine logische Konsequenz und ein unerläßliches Korrelat seines Zusammengehens mit dem Dreibunde ansehen. Eine andere Richtung der rumänischen Politik, etwa im Sinne einer Annäherung an Serbien, läge, wie Herr Majoresco Euer Durchlaucht gegenüber selbst konstatiert hat, außerhalb des Rahmens der von ihm befolgten Dreibundpolitik Zu Euer Durchlaucht persönlicher Information füge ich bei, daß nach der obigen Darstellung Ihr französischer Kollege wohl in keiner Weise Veranlassung hat, sich in Bukarest auf den Verlauf der Petersburger Pourparlers zu berufen. Berchtold.

a) Vgl. n. 6656, 7165.

Nr. 6631. Tel. aus Cetinje, 15. April 1913 Nr. 120 (eing. 16. April 1 U. a. m.).[a] Entziff.

König hat nachts an seine Vertreter in London und Paris Depesche folgenden Inhalts gerichtet: Belagerung von Skutari wird fortgesetzt bis zur Eroberung oder Okkupation durch Detachements Großmächte oder Bombardement eines montenegrinischen Hafens. In beiden letzteren Fällen wäre Montenegro ehrenvoller Rückzug gesichert. Montenegro weise jede finanzielle Entschädigung energisch zurück, ausgenommen eine der Türkei aufzuerlegende Kriegskostenentschädigung. Giesl.

[a]) Oe. U. Balkan 221 Nr. 424.

Nr. 6632. Tel. aus Cetinje, 15. April 1913 Nr. 121 (eing. 16. April 1 U. a. m.).[a] Entziff.

Bulgarischer Gesandter teilte nachmittags montenegrinischer Regierung mit, dass Bulgarien Annahme der vier Punkte der Grossmächte[b]) und Einstellung der Feindseligkeiten dringend anrate und Antwort bis heute abends verlange. Er fügte hinzu, dass Bulgarien im Falle der Ablehnung Frieden allein schliessen würde. Giesl.

[a]) Vgl. n. 6645, 6646. — [b]) Vgl. n. 6514.

Nr. 6633. Bericht aus Konstantinopel, 15. April 1913 Nr. 22 A (eing. 17. April).[a] Ausfert.

Am Tage nach dem Sturze des Kabinetts Kiamil Paschas trafen sich bei mir ganz zufällig der russische, französische, sowie der englische Botschafter, die gekommen waren, um mit mir die Lage zu besprechen. Alle stimmten darin überein, daß sich das neue Kabinett blos einige Tage halten dürfte. Herr von Giers sprach sich diesbezüglich mit ganz besonderer Sicherheit aus. Seither sind zwei Monate vergangen und das Kabinett hat inzwischen nicht blos sich zu erhalten gewusst, sondern sogar seine Stellung gefestigt. Bemerkenswert ist auch die Rolle, welche Mahmud Chevket Pascha in demselben spielt; er ist nämlich nicht blos Führer, sondern auch die Seele des Kabinetts. Speziell was die Leitung der äusseren Politik anbelangt, so hat er dieselbe vollständig an sich gerissen, so daß die hiesigen Botschafter politische Fragen irgendwelcher Wichtigkeit ausschließlich mit ihm besprechen. Der Großvezier hat auf diesem Gebiete unzweifelhaft bedeutende Erfolge aufzuweisen. Es ist allerdings sehr wahrscheinlich, dass Kiamil Pascha günstigere Friedensbedingungen erwirkt hätte, mit voller Bestimmtheit läßt sich dies indessen auch nicht sagen, da man ja nicht wissen kann, ob die Alliierten auf die Bedingungen des damaligen türkischen Kabinetts eingegangen wären, nachdem, insoweit bekannt, auch die Antwort Kiamil Paschas auf die Kollektivdemarche den vollständigen Verzicht auf Adrianopel nicht vorsah, sondern dessen Neutralisierung ins Auge fasste. Von der Friedensfrage abgesehen, muss man jedoch zugeben, dass die internationale Lage der Türkei — wie ich dies in meiner ergebensten Berichterstattung wiederholt hervorzuheben Gelegenheit nahm — unter der Leitung Mahmud Chevket Paschas eine wesentliche Besserung erfahren hat. Schon

die Antwort des jetzigen Kabinetts auf die erste Kollektivdemarche hat insoferne einen guten Eindruck hervorgerufen, als man eine solche gerade vom jungtürkischen Kabinette nicht erwartet hatte. Sie war, ebenso wie die Antwort auf die zweite Demarche, das Werk Mahmud Chevket Paschas. Letzterer hat den ihm von mehreren Botschaftern ertheilten Rat, die Friedensfrage den Mächten anzuvertrauen, akzeptiert und auf die Weise die Situation der Türkei gebessert, indem sich dieselbe durch ihre Antwort im Gegensatze zu den Verbündeten auf die Seite der Mächte stellte. Aber auch sonst hat der Großvezier geschickt operiert; es gelang ihm nämlich, England mehr, als dies in der letzten Zeit der Fall war, für die Türkei zu interessieren. Gelegentlich einer Besprechung, die ich vor einigen Tagen mit ihm hatte, kam Mahmud Chevket Pascha auf dieses Thema zurück und wiederholte, sein Bestreben gehe hauptsächlich dahin, England zu gewinnen; er hoffe, bezüglich der bekannten Fragen mit dem Londoner Kabinett in Bälde zu einem Einvernehmen zu gelangen. In der Tat scheinen die praktischen Engländer diese Politik schon jetzt honorieren zu wollen, denn die gegenwärtige Haltung Englands der Türkei gegenüber ist eine wesentlich andere als noch kurz vorher. Auch in Bezug auf Russland verfolgt der Großvezier eine ähnliche Taktik, indem er sich bemüht, die persische Grenzfrage ihrer Erledigung zuzuführen. Dieses Bestreben scheint mir ebenfalls von Erfolg zu sein. Die in den letzten Tagen zum Vorscheine gekommene Tendenz des Petersburger Kabinetts, dem Kriege baldigst ein Ende zu machen, dürfte teilweise darauf zurückzuführen sein, dass Russland jetzt neben dem grossen slavischen Sieg am Balkan einen spezifisch russischen in der erwähnten Grenzfrage registrieren kann. In der innern Politik hat das gegenwärtige Kabinett jedenfalls gewisse Erfolge für sich; in erster Linie eine Detente, welche sich hier in der letzten Zeit auf diesem Gebiete geltend macht. Von der Spannung zwischen den verschiedenen Gruppen ist speziell in Konstantinopel selbst momentan kaum etwas zu merken. Die Nachrichten, welche die europäische Presse, insbesonders auf Grund falscher Meldungen der südslavischen Korrespondenz, bezüglich der großen Beunruhigung bringt, die hier herrschen soll, sind teils ganz erfunden, zum Teil arg übertrieben. Zu diesen unrichtigen Nachrichten gehört beispielsweise jene über eine Revolte in Smyrna und die Ermordung des dortigen Metropoliten. Ein Mitglied der k. u. k. Botschaft, das dieser Tage einen Ausflug nach Smyrna unternommen hatte und zur angeblich kritischen Zeit in Smyrna war, teilte mir mit, dass dort nichts vorgefallen und diese Stadt ebenso ruhig wie Konstantinopel gewesen wäre. Bei Beurteilung des gegenwärtigen Kabinetts darf, glaube ich, dessen Bestreben in legislatorischer Beziehung auch nicht übersehen werden und verweise ich diesfalls nebst der Serie von provisorischen Immobiliar-Gesetzen auf das jüngst promulgierte Vilajets-Gesetz. Unter solchen Umständen kann man mit einiger Beruhigung in die Zukunft blicken. Durch den Krieg hat zwar die Türkei einen namhaften Teil ihres Besitzstandes eingebüsst, sie hat aber auch im Verlaufe desselben den Beweis seltener Zähigkeit erbracht. Man darf nicht vergessen, dass das Reich nach einem einjährigen Kriege mit einer Großmacht nun seit einem halben Jahre mit den vier Balkanstaaten kämpft,

die zusammen eine der türkischen überlegene Heeresmacht aufbringen konnten und den Kampf aber auch im Vertrauen auf ihre Helfer gewagt haben. Hinsichtlich letzteren Faktums wird man sich bei den Verbündeten wohl keinen Illusionen hingeben; speziell in Sofia nicht, wo man sich zweifellos darüber klar sein muß, dass das Königreich nach der Niederlage an der Tschataldja-Linie ohne die russische Rückendeckung in eine höchst gefährliche Lage geraten wäre, wenn Rumänien in diesem Augenblicke einen Schlag gegen dasselbe geführt hätte. Wie bisher, so werden die Balkanstaaten schon aus religiösen und nationalen Gründen auch in Hinkunft die Anlehnung an Russland suchen und insbesondere Bulgarien wird dies umsomehr tun müssen, je weiter es gegen Osten, also an den Machtbereich seines grossen Protektors vordringt. Man kann daher meines Erachtens, ohne sich Enttäuschungen auszusetzen, nicht mit Sicherheit damit rechnen, dass Bulgarien für den Dreibund zu gewinnen ist. Mag es — was recht wahrscheinlich ist — zwischen den Balkanstaaten zu Reibungen, ja selbst zu ernsten Differenzen kommen, und mag Bulgarien auch sein altes Schaukelspiel zwischen Russland und Österreich-Ungarn wiederaufnehmen, so dürften die Slaven ihre Stütze selbst nach gänzlicher Vertreibung der Türken von der Balkanhalbinsel doch stets bei Russland suchen. Die in manchen Blättern vertretene Ansicht, wonach die Balkanstaaten ohne Hilfe Russlands gesiegt haben und in Zukunft auf dessen Unterstützung nicht angewiesen sein werden, scheint mir eine ganz unrichtige zu sein. Gerade das Gegenteil dessen sagt das Communiqué des russischen Auswärtigen Amtes den Alliierten nur zu deutlich, indem es denselben zur Pflicht macht, die Ratschläge Russlands zu respektieren, ohne dessen Hilfe sie nicht die Erfolge errungen hätten und welche sie stets, besonders aber zur gegenseitigen Versöhnung, brauchen werden. Ich glaube daher, dass ein Gegengewicht gegen den Slavismus im nahen Osten in Hinkunft in einer möglichst starkenTürkei zu suchen ist. Letzteres wäre auch dann der Fall, wenn Bulgarien keine slavische, sondern eine spezifisch bulgarische Politik verfolgen würde, denn dann hätte das junge Königreich alles Interesse, sich an eine möglichst starke Türkei anzulehnen. Das osmanische Reich hat seine Zähigkeit bewiesen und wenn ihm nun Zeit gelassen wird, um sich in seinem restlichen Besitzstande in Asien, der ja stets die Basis seiner Macht war, zu konsolidieren, so vermag es auch seine Stellung am Goldenen Horn zu behaupten und kann dadurch ein ernstlich in Rechnung zu stellender Faktor werden. Gelingt dies der Türkei nicht und wird sie auf das asiatische Ufer zurückgedrängt, so fällt hiemit allerdings die Unabhängigkeit und die Bedeutung Konstantinopels. Sie beruhen nämlich auf der Beherrschung beider Ufer der Meerengen durch eine Macht, die sich in dieser Stellung behaupten kann. Unter den heutigen Verhältnissen ist indessen kaum anzunehmen, dass sich Bulgarien oder Griechenland auf beiden Ufern der Meerengen definitiv festsetzen könnte, wie ich dies bereits in meiner bisherigen Berichterstattung zu erwähnen in dem Falle war. Wenn aber das europäische Ufer allein durch einen dieser beiden Staaten besetzt würde, wobei das asiatische in türkischen Händen bliebe, wäre dies die für Russland ungünstigste Lösung der Meerengen-Frage, weil das Schwarze Meer aufhören würde, ein mare clausum zu sein. Herr

Sasonow soll jüngst gesagt haben, dass die Meerengen-Frage noch nicht reif sei. Der russische Minister des Äussern dürfte hiemit gemeint haben, dass diese Frage für Russland erst dann reif sein wird, wenn die Asiatische Türkei zertrümmert ist und das Zarenreich Anatolien in Besitz genommen haben wird, denn wenn eine Großmacht wie Russland das asiatische Ufer der Meerengen auf diese Weise beherrscht, so ist sie auch Gebieter von Konstantinopel und damit zugleich Herr auf dem Balkan. Im Verlaufe eines freundschaftlichen und ganz privaten Gespräches, das ich vor einigen Tagen mit Herrn von Giers hatte, sagte er, dass jeder Russe im Interesse seines Herzens das Endziel der russischen Politik in der Beherrschung Konstantinopels erblicke, da dies für Russland die einzige Möglichkeit sei, ans freie Meer zu gelangen. Dies ist an und für sich ein sattsam bekanntes Faktum; wenn ich diesen Ausspruch dennoch hier erwähne, so geschieht dies blos, weil es bezeichnend ist, dass ein russischer Botschafter heute dergleichen so offen ausspricht. Jedenfalls scheint Herr von Giers der Ansicht, dass die Ereignisse der letzten Monate für Russland in der Richtung auf dieses Ziel einen gewaltigen Schritt nach Vorwärts bedeuten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 6993.

Nr. 6634. Tel. aus London, 15. April 1913 Nr. 315 (eing. 6 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 318 von heute betreffend Mitteilung der Nord- und Nordostgrenze Albaniens. Das Telegramm hat sich mit meinem gestrigen Telegramme Nr. 309 gekreuzt. Graf Benckendorff hatte den Auftrag seiner Regierung, direkt von hier den russischen Gesandtschaften bei den Alliierten den Text zu telegraphieren, was er gestern getan hat. Sir A. Nicolson hat ebenfalls gestern an die britischen Gesandten telegraphiert. Der Aufschub der englischen Instruktion ist dadurch zu erklären, daß das Foreign Office genaue Übereinstimmung zwischen dem von mir und dem von Benckendorff übergebenen Texte feststellen wollte, was nunmehr geschehen ist, nachdem Ippen und Petrajew den Text gemeinschaftlich revidiert haben. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6642.

Nr. 6635. Tel. aus London, 15. April 1913 Nr. 316 (eing. 10 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Da Sir E. Grey von der unausgesetzten Arbeit der letzten Monate sehr ermüdet ist, beabsichtigt er, wenn irgend möglich, durch 14 Tage, eventuell auch länger, abwesend zu bleiben. Lord Morley vertritt den Staatssekretär, damit das Prinzip gewahrt werde, daß ein Mitglied des Kabinetts die Verantwortung für das Foreign Office trägt. Tatsächlicher Leiter des Amtes ist Sir A. Nicolson, der jedoch über alles an Morley sowie an den Premierminister referiert. Mensdorff.

Nr. 6636. Tel. aus London, 15. April 1913 Nr. 317 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramm Nr. 312 internationale Flottendemonstration im Marmarameer betreffend. Sir A. Nicolson sagte

mir eben, er habe Bestätigung vom Abschluss des Waffenstillstandes zwischen Türkei und Bulgarien erhalten, wodurch hoffentlich Gefahr bulgarischen Vormarsches nach Konstantinopel entfällt und jede weitere Diskussion über projektierte Flottendemonstration überflüssig erscheint. Lord Morley, den ich heute im Auswärtigen Amte besuchte, sagte mir, er habe heute mit Premierminister konferiert und es schien ihm, dass Plan einer Flottendemonstration manche große Schwierigkeit enthalte. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6648.

Nr. 6637. Tel. aus London, 15. April 1913 Nr. 318 (eing. 10 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 303 vom 11. d. M. betreffend Darlehen an Montenegro. Sir A. Nicolson sagte mir heute, der Premierminister trage gewisse Bedenken, für England die Garantie eines Teiles des Darlehens an Montenegro zu übernehmen. Er könne dies nicht ohne Beschluss des Parlamentes tun, erwarte dabei lange Erörterungen und Schwierigkeiten, die er lieber vermeiden möchte. Herr Asquith hat zwar nicht definitiv nein gesagt, doch ist seine Haltung, wie mir Unterstaatssekretär sagte, entschieden ablehnend. Sir A. Nicolson wusste mir zu sagen, daß auch Euer Exzellenz dagegen sind. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6658.

Nr. 6638. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 15. April 1913 Nr. 1734.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Herzog Avarna hat mich heute aufgesucht und mir mitgeteilt, einem Telegramme Marquis Imperialis zufolge hätte der königlich italienische Botschafter in London eine eingehende Konversation mit Fürsten Lichnowsky über die Frage der südlichen Abgrenzung Albaniens gehabt. Marquis Imperiali habe bei diesem Anlaß gesagt, nach Auffassung seiner Regierung sei man überrascht, wie man deutscherseits auf den Gedanken gekommen sei, als südlichen Grenzpunkt das Kap Kefali zu fixieren, was doch vom Standpunkte der albanesischen Interessen schwer akzeptabel wäre. Fürst Lichnowsky habe sich jedoch davon nicht abbringen lassen und in der Erörterung der Frage den Wunsch seiner Regierung mit Nachdruck vertreten, Kefali zur Grenze zu machen. Nach Ansicht Marquis San Giulianos müßten wir (Österreich-Ungarn und Italien) trachten, eine Mittellinie zu finden, welche Aussicht hätte, in London akzeptiert zu werden und wo man nicht Gefahr laufen würde, sich einem diplomatischen Echec auszusetzen. Es könnte in dieser Beziehung vielleicht eine Grenze zwischen Kap Kefali und der Mündung des Kalamas gewählt werden, entweder Kap Stilos oder das nördlich gelegene Butrinto. Der italienische Generalstab und zwar sowohl der des Landheeres wie jener der Marine haben sich bisher kategorisch gegen die Idee ausgesprochen, eine Grenze zu bestimmen, durch welche die Festlandsküste bis zur Höhe der Nordspitze von Korfu griechisch würde; dies auch in dem Falle, wenn diese Festlandsküste ebenso neutralisiert werden sollte, wie dies bezüglich Korfu der Fall ist. Aus diesem Grunde wird es

daher vom königlich italienischen Generalstab als unmöglich bezeichnet, die Linie Kap Kefali als Grenze anzunehmen, da dies eine schwere Schädigung der italienischen Interessen bedeuten würde. Diese bisherigen Äußerungen des italienischen Generalstabes seien zwar noch nicht definitiv und wird ein genaues technisches Gutachten diesbezüglich von der Regierung noch erwartet; immerhin wird sich dieses letztere aber kaum außerhalb des eben bezeichneten Rahmens bewegen. Die italienische Regierung würde Wert darauf legen, unsere Ansicht zu erfahren, ob wir eine Ausgleichsgrenze akzeptieren könnten, die nördlich Kap Stilos' gelegen wäre, eventuell Butrinto. Ich habe dem Herzog Avarna darauf erwidert, daß sich unser Generalstab in analoger Weise wie der italienische gegen die Akzeptierung der Linie Kap Kefali ausgesprochen habe und selbst für den Fall, als die Kalamaslinie angenommen würde, die Reserve formuliert hätte, daß der südlich der Kalamaslinie befindliche Küstenstrich — insoweit er Korfu gegenüber liege — neutralisiert werden sollte. Was die Frage der Fixierung einer Ausgleichslinie nördlich des Kalamas beziehungsweise Kap Stilos anbelange, würde diese Frage gegenwärtig noch einem Studium unterzogen werden und behielte ich mir vor, seiner Regierung eine gegenständliche Mitteilung zukommen zu lassen.

[a]) Vgl. n. 6592, 6671.

Nr. 6639. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 15. April 1913 Nr. 1735.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Der königlich italienische Botschafter brachte gelegentlich seines heutigen Besuches auch die Frage der Anleihe von Montenegro und zwar auf Grund eines Berichtes der italienischen Gesandtschaft in Cetinje zur Sprache. Herzog Avarna fragte mich, ob wir im Prinzipe mit der Zubilligung einer solchen Anleihe einverstanden seien, worauf ich erwiderte, daß wir bereits Marquis di San Giuliano durch Herrn von Mérey die Voraussetzungen für unsere Zustimmung mitgeteilt hätten. Dieselben ließen sich im wesentlichen dahin zusammenfassen, daß wir wünschen, es sollte vorerst der Versuch gemacht werden, die betreffenden Kosten in die von der Türkei zu fordernde Kriegsentschädigung einzurechnen. Nur wenn dies nicht gelingen sollte, wären wir bereit, bei der Gewährung einer solchen Anleihe mitzuwirken, jedoch unter der Bedingung, daß sämtliche Mächte in gleicher Weise sich engagieren würden. Eine weitere Voraussetzung sei, daß die Union zwischen Serbien und Montenegro nicht zustande käme und daß die finanzielle Unterstützung Montenegros imstande wäre, eine solche Fusion zu verhindern. Wir müßten daher entsprechende Garantien verlangen, um die Sicherstellung unserer Forderungen zu erreichen. Herzog Avarna bemerkte darauf, er würde nicht ermangeln, diese Voraussetzungen seiner Regierung auch von sich aus mitzuteilen. Was die Anleihe anbelange, sei bereits ein Präzedens vorhanden. Kreta hätte eine solche erhalten, an der wir uns beteiligt hätten. Auch für Montenegro würde es sich nach seiner Ansicht um einen emprunt de l'Europe handeln. Im Anschlusse hieran warf der italienische Botschafter neuerlich die Frage auf, in welcher Weise Montenegro eine territoriale Kompensation erhalten könnte, die nicht auf Kosten

Albaniens ginge, nachdem letzteres von mir bereits wiederholt als ausgeschlossen bezeichnet wurde. Marquis di San Giuliano meine, daß ich vielleicht einem Gebietszuwachs auf Kosten Serbiens meine Zustimmung geben würde, in welchem Falle man natürlich den Serben Kompensationen gewähren müßte. Als solche denke sich der italienische Minister des Äußern eventuell eine Rücksichtnahme auf die serbische Eigenliebe und die serbischen Suszeptibilitäten in der Frage der Forderung nach einem Schutze der albanischen katholischen und mohammedanischen Minoritäten, ferner eine Unterstützung der serbischen territorialen Aspirationen gegenüber den anderen Alliierten und endlich eine Förderung der serbischen Wünsche bei den Beratungen der Pariser Finanzkommission. Ich erwiderte Herzog Avarna, daß diese Kompensationsidee in ihrer praktischen Durchführung uns allzu weit führen könnte und uns vor schwierige Probleme stellen würde. Aus diesem Grunde hielte ich es für besser, von dem Auskunftsmittel, Montenegro weitere territoriale Begünstigungen zuzusichern, abzusehen.

[a]) Vgl. n. 6586, 6590, 6649.

Nr. 6640. Tel. aus St. Petersburg, 15. April 1913 Nr. 157 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramme Nr. 281[b]) und 284 von heute betreffend Unterbleiben der Mitteilung Nord- und Nordostgrenze Albaniens an die Balkanstaaten. Herr Sazonow gab mir auf meine Frage, wieso es komme, daß russische Vertreter bezüglich dieser Démarche, die doch seiner eigenen Anregung entsprungen sei, keine Instruktionen haben, nachdem er vorerst vom betreffenden Referenten sich hatte Bericht erstatten lassen, die Auskunft, daß die authentischen Grenzen, wie sie von der Londoner Konferenz vereinbart worden seien, der russischen Regierung von Grafen Benckendorff noch nicht mitgeteilt wurden. Da es aber notwendig sei, daß der Grenzverlauf ganz genau und von allen Vertretern der Großmächte ganz identisch den Balkanregierungen mitgeteilt werde, habe er, Herr Sazonow, die bezügliche Instruktion noch nicht erteilen können; er werde aber sofort an Grafen Benckendorff telegraphieren, um den Text der vereinbarten Delimitation zu verlangen. Ich konnte nicht umhin, dem Herrn Minister mein Erstaunen merken zu lassen, daß er jetzt noch nicht in Kenntnis des die Grenzen fixierenden Protokolles der Londoner Reunion vom 8. d. Mts. sein sollte. Eine andere Erklärung war vom Herrn Minister aber nicht zu erhalten, obwohl der Umstand, daß auch der französische und englische Vertreter nicht im Besitze der einschlägigen Instruktionen sind, auf das Vorhandensein eines anderen Grundes schließen ließen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6642. — [b]) Mit Tel. Nr. 281, 14. April 1913 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.) wurde n. 6606 nach St. Petersburg mitgeteilt.

Nr. 6641. Tel. aus St. Petersburg, 15. April 1913 Nr. 158 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 277 und 282 vom 14. d. M., beziehungsweise 15. d. M. betreffend bulgarisch-rumänische Mediation.

Graf Pourtalès, mit dem ich mich vor heutiger Sitzung in Verbindung setzte, war inzwischen ermächtigt worden, falls ein neuerlicher letzter Versuch, für Rumänien noch wenigstens eine kleine Grenzberichtigung zu erlangen, fehlschlagen sollte, der Lösung unter den bisher seitens der Tripleentente zugestandenen Modalitäten zuzustimmen. Bei heutiger Sitzung machte denn deutscher Botschafter noch einen Versuch, eine weitere Berücksichtigung rumänischer Wünsche durchzusetzen, wobei er auch vom italienischen Botschafter an der Hand besonders militärischer Argumente kräftig unterstützt wurde. Um ein gleichmäßiges Vorgehen mit den Dreibundkollegen zu wahren, führte auch ich nochmals aus, wie wünschenswert es wäre, eine ausgiebigere Befriedigung Rumäniens zu erlangen. Wie zu erwarten war, scheiterten diese Versuche an dem starren Widerstande der Vertreter der Tripleentente, wobei abermals englischer Botschafter den entschiedenst ablehnenden Standpunkt einnahm. Da sich deutscher und italienischer Vertreter noch nicht dezidiert für das Fallenlassen weiterer Grenzberichtigungen aussprachen, ging ich, ohne meinen Standpunkt in dieser Frage endgiltig zu präzisieren, auf das Thema Kompensationsidee über und forderte Annahme einer bezüglichen Deklaration im Sinne Euer Exzellenz einschlägiger Weisung in den seinerzeitigen Endbeschluss der Reunion. Der von Euer Exzellenz in Aussicht genommene Text, in dem Bulgarien eine bei sich ergebender Gelegenheit eintreten sollende spezielle Berücksichtigung der bulgarischen Interessen in Aussicht stellen[b] würde, fand aber sowohl bei Herrn Sazonow als bei Herrn Delcassé lebhaften Widerstand, indem beide, hierin vom englischen Botschafter unterstützt, ausführten, dass ein solch' vages Versprechen bei dem bekannten bulgarischen Charakter sehr gefährlich sei und zu weitgehenden Konsequenzen führen könnte, indem es die Begehrlichkeit Bulgariens ins Ungemessene steigern könnte. Hingegen fand Herr Sazonow kein Bedenken, in die Bulgarien seinerzeit zu machende Mitteilung über den Reunionsbeschluss eine Phrase aufzunehmen, in welcher die Mächte Bulgarien in irgend einer Form ihre Anerkennung und Erkenntlichkeit aussprechen würden dafür, dass dieses auch durch seine konziliante Haltung das Gelingen der Mediationsaktion ermöglicht und dadurch um die Sache des Friedens sich verdient gemacht hätte. Der Herr Minister ersuchte sodann den französischen Botschafter, ein Projekt zu einer solchen Erkenntlichkeitsphrase auszuarbeiten. Herr Delcassé versprach, sich dieser Aufgabe zu unterziehen, erbat sich aber hiefür Zeit bis heute abends. Ich sagte, dass ich nicht ermächtigt sei, eine Formel anzunehmen, in der nicht der Kompensationsgedanke deutlich zum Ausdruck kommen würde. Letzteren in Form, wenn auch noch so vagen Versprechens zu kleiden, wollte aber weder Herr Sazonow noch Herr Delcassé annehmen. Wir einigten uns daher dahin, dass Herr Delcassé eine Formel redigieren solle, in der dem beiderseitigen Standpunkt so weit als möglich Rechnung getragen werde und dass ich diese Redaktion Euer Exzellenz zur geneigten Genehmigung unterbreite. Ich hoffe, Euer Exzellenz diesen Textentwurf heute abends telegraphisch einberichten zu können. Die nächste Sitzung wurde für Donnerstag 3 Uhr nachmittags angesetzt. Thurn.

[a] Vgl. n. 6573, 6643, 6650, 6661, 6916. — [b] So! Soll wohl heißen: „gestellt".

Nr. 6642. Tel. aus St. Petersburg, 15. April 1913 Nr. 159 (eing. 16. April 2 U. 20 M. a. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow ließ mir soeben sagen, daß der die genaue Delimitation der Nord- und Nordostgrenze Albaniens enthaltende Bericht Grafen Benckendorffs eben eingelangt ist und daß somit die russischen Vertreter bei den Balkanstaaten nunmehr die Instruktion erhalten haben, diese Delimitation, sofern der Text genau mit dem den übrigen Vertretern der Signatarmächte übermittelten übereinstimmt, im Vereine mit ihren Kollegen den Regierungen der Balkanstaaten mitzuteilen. Thurn.

[a] Oe. U. Balkan 221 Nr. 423. Vgl. n. 6634, 6640.

Nr. 6643. Tel. aus St. Petersburg, 15. April 1913 Nr. 160 (eing. 16. April 2 U. 40 M. a. m.).[a] Entziff.

Zu meinem Telegramm Nr. 158 von heute. Die Deklaration, welche der französische Botschafter auf Vorschlag Herrn Sazonows redigiert hat und in der Bulgarien die Erkenntlichkeit der Mächte ausgedrückt werden sollte, hat nachstehenden Wortlaut: „Avant de se séparer la conférence a à cœur de constater que les dispositions connues de la Bulgarie à consentir des sacrifices au maintien et au resserrement de ses liens d'amitié avec la Roumanie ont singulièrement facilité leur tâche. Elle exprime la conviction que la cession de Silistrie à la Roumanie ne saurait manquer de produire le résultat unanimement recherché. La nation bulgare et son Roi méritent qu'on leur en sache gré." Da, wie ich Euer Excellenz zu melden die Ehre hatte, eine wirkliche Formulierung der Anerkennung des Kompensationsrechtes für Bulgarien von den Ententevertretern nicht zu erlangen war, bitte ich um hochgeneigte Weisung, ob ich diesem Surrogat, das immerhin wenigstens dem bulgarischen Selbstbewusstsein und der Eitelkeit des Königs Ferdinand schmeicheln dürfte, zustimmen soll. Thurn.

[a] Vgl. n. 6650, 6811, 6897, 6918.

Nr. 6644. Tel. aus Sofia, 15. April 1913 Nr. 348 (eing. 16. April 10 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 190[a] vom 15. d. Mts., die von Frankreich proponierte Flottendemonstration betreffend, erhalten. Im Verlaufe der Unterredung mit Herrn Geschoff sagte ich, ich glaube, ihm Dienst zu erweisen, indem ich ihn streng vertraulich davon verständige, daß Frankreich, von Russland unterstützt, um Forcierung Tschataldjas vorzubeugen, Flottendemonstration beantragte. In Details ging ich nicht ein, sondern erwähnte Sinn Instruktionen, die Grafen Mensdorff diesbezüglich erteilt wurden. Herr Geschoff dankte und sagte, er hätte bereits im Gegenstande eine Andeutung aus Paris erhalten und auch englischer Gesandter hätte ihm vertraulich davon gesprochen. Konseilspräsident sagte weiter, Russland hätte hier wiederholt eindringliche Vorstellungen gegen Forcierung Tschataldjas und Gallipolis gemacht. Wie mir bekannt, sei Regierung, die baldigst Frieden wünsche, einer solchen Absicht ferne gestanden, nur einige Generale und speziell der bei Tschataldja kommandierende General Kutin-

scheff, der noch kein größeres haut fait auf seinem Konto habe, wären schwer zu zähmen gewesen. Nunmehr hätten sich die Militärs beruhigt und es sei bereits ein Befehl an die Armee ergangen, nach welchem zwar kein formeller Waffenstillstand, aber faktische Waffenruhe eingetreten wäre. Tarnowski.

[a]) Mit Tel. Nr. 190, 14. April 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 6604 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 6645. Tel. aus Cetinje, 16. April 1913 Nr. 124 (eing. 5 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 121 von gestern, Mediation. Montenegrinische Regierung hat dem bulgarischen Gesandten geantwortet, Bulgarien möge handeln, wie es wolle. Montenegrinischer Finanzminister telegraphierte aus Belgrad, dass serbische und griechische Regierung am Ende ihrer Mittel und deshalb ebenso wie Bulgarien schleunigsten Abschluss Präliminarfriedens anstreben. Giesl.

Nr. 6646. Tel. aus Cetinje, 16. April 1913 ohne Nummer (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Kollektivdemarche betreffend Friedensvermittlung heute Vormittag mit Berücksichtigung redaktioneller Änderung bezüglich Grenze durchgeführt. Minister des Äussern erklärte, Gegenstand Ministerrat vorlegen, die Alliierten konsultieren und dann antworten zu wollen. Giesl.

[a]) Oe. U. Balkan 224 Nr. 428. Vgl. n. 6632.

Nr. 6647. Tel. nach Konstantinopel, 16. April 1913 Nr. 199 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Der königlich italienische Botschafter bemerkte anläßlich seines heutigen Besuches, seine Regierung hätte Nachrichten erhalten, daß auf Kastelorizo (kleine Insel im Ägäischen Meere) unter den dortigen Griechen Unruhen ausgebrochen seien und daß die Türken gegen dieselben Repressivmaßregeln in Anwendung bringen, welche einen gewalttätigen Charakter zeigen. Marquis di San Giuliano sei der Ansicht, es handle sich jedenfalls um eine Übertreibung und würden die dortigen Unruhen von den Türken als willkommener Prätext genommen werden, um ihre Macht zu zeigen und auf diese Weise die Insel für sich zu erhalten. Die italienische Regierung möchte diese Insel der Türkei bewahrt wissen, nachdem sie sich in unmittelbarer Nähe der ottomanischen Küste befinde. Es schiene dem italienischen Minister des Äußern daher opportun, dies in Athen wissen zu lassen, um zu verhindern, daß die Unruhen auf Kastelorizo von Griechenland aus unterstützt würden. Andererseits müsse man aber, um die Entstehung von Massakers zu verhindern, bei der Pforte darauf hinweisen, daß ein eventuelles, gewaltsames Vorgehen gegen die Inselbevölkerung keinen Unterschied hinsichtlich der endgiltigen Zuteilung des Eilandes machen würde. Ich erwiderte Herzog Avarna, daß mir über diese Vorfälle auf Kastelorizo nichts bekannt sei. Es scheine mir aber nicht möglich, diese eine Insel aus dem Komplex der Inselfrage herauszuschälen und, darüber

selbständig verfügend, die Demarche in Athen zu machen, die seinem Minister vorschwebe. Hingegen würde ich keinen Anstand nehmen, in Konstantinopel warnen zu lassen, diese Frage durch Gewalt auf die Spitze zu treiben, da in dieser Beziehung einer Entscheidung der Mächte nicht vorgegriffen werden könnte und die Pforte durch ein inkorrektes Vorgehen nur ihre eventuellen Ansprüche auf den Besitz dieser Insel verwirken könnte. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und wollen sich Hochdieselben mit Ihrem italienischen Kollegen ins Einvernehmen setzen, um den oben angedeuteten Schritt gleich ihm bei der Pforte zu unternehmen.

Berchtold.

Nr. 6648. Tel. aus London, 16. April 1913 Nr. 319 (eing. 11 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramm Nr. 317 betreffend internationale Flottendemonstration im Marmarameer. Unterstaatssekretär, der gestern glaubte, Waffenstillstand zwischen Türkei und Bulgarien sei abgeschlossen, sagte mir eben, er werde aus der Nachricht nicht klug. Es soll kein formeller Waffenstillstand bestehen, aber doch eine Suspension der Feindseligkeiten. Er hoffe, dies sei Einleitung zu Waffenstillstand und Frieden. Sir A. Nicolson meint, wenn eine Suspension der Feindseligkeiten eingetreten ist, könnten wir wohl auch vorläufig die Diskussion über die eventuelle Flottendemonstration aufschieben. Mensdorff.

Nr. 6649. Tel. aus Rom, 16. April 1913 Nr. 218 (eing. 17. April 4 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Skutarifrage. Die Haltung Montenegros besprechend sagte mir Minister des Äussern heute, er habe das Gefühl, König Nikolaus sei sich zwar jetzt darüber im Klaren, daß er Skutari nicht bekomme, wünsche aber, um nachgeben zu können, noch drei Dinge: 1. Irgendeinen äußerlichen Akt, vor welchem er zurückweichen könne. 2. Die finanzielle Zuwendung, wenn er auch scheinbar dieselbe verächtlich zurückweise. 3. Noch irgendeine territoriale Entschädigung. — Meinem sofortigen Einwande, daß Punkt 3 ausgeschlossen sei, da sonst die Londoner Beschlüsse auch den übrigen Balkanstaaten gegenüber alle Autorität verlieren, stimmte der Minister zu. Er scheint sich aber zu fragen, ob nicht eine kleine Zession an Montenegro seitens Serbiens erfolgen könnte, falls letzterem irgendein Vorteil — zum Beispiel seitens der Finanzkommission in Paris — geboten würde. Zu Punkt 1 bemerkte Marquis di San Giuliano, daß es vielleicht zu einer stärkeren militärischen Pression werde kommen müssen, daß aber hierüber, so wie über die bisherigen Maßnahmen, die Mächte sich zu einigen haben werden.

[a]) Vgl. n. 6639.

Mérey.

Nr. 6650. Tel. nach St. Petersburg, 16. April 1913 Nr. 286 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 158 und Nr. 160 vom 15. d. M. erhalten. Mit der von Herrn Delcassé ausgearbeiteten Formel bin ich im allgemeinen einverstanden. Aus Rücksicht für König Ferdinand hielte

ich aber eine andere Stilisierung des letzten Alineas für wünschenswert, etwa die folgende: „Sa Majesté le Roi Ferdinand et son Gouvernement méritent que les Puissances leur en sachent gré.“ Unter der Voraussetzung, daß diese Formel in den endgiltigen Beschluß der Mächte als integrierender Teil aufgenommen wird, sind Euer Exzellenz ermächtigt, einer Entscheidung im Sinne der vier Punkte (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 146 vom 7. d. M.) zuzustimmen, wobei sich Hochdieselben jedoch vorbehalten wollen, den Text des Beschlusses meiner Genehmigung zu unterbreiten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6661, 6811.

Nr. 6651. Tel. aus St. Petersburg, 16. April 1913 Nr. 161 (eing. 3 U. 20 M. p. m.).[a]) Entziff.

Minister des Innern äusserte sich gestern mir gegenüber in scharf missbilligender Weise über die in der vorletzten Woche stattgehabten Demonstrationen und bestätigte mir, dass nunmehr jede weitere ähnliche Kundgebung strengstens untersagt werde. Auch die in letzter Zeit so beliebten slavischen Bankette wurden verboten, weil die Regierung endlich zur Überzeugung gelangt ist, dass die vehementen Angriffe, denen die von Seiner Majestät dem Zaren gebilligte äußere Politik der Regierung auf denselben ausgesetzt war, in letzter Linie auch eine Spitze gegen die höchste Person in sich schlössen. Der bekannte Organisator dieser Bankette sowie der letzten Strassendemonstrationen, General Skugarewski, wurde vom Minister des Innern einer scharfen Verwarnung unterzogen und zog es vor, plötzlich ins Ausland zu verschwinden. Ob gegen verschiedene Teilnehmer an dem letzten Bankett gerichtlich vorgegangen werden wird, ist, wie mir der Minister des Innern sagte, noch nicht entschieden und wird vom Berichte des Justizministers abhängen, der Erhebungen darüber pflegt, ob genügendes Belastungsmaterial vorliegt, um im Falle einer Verfolgung auch eine Verurteilung sicherzustellen. Aus den Äusserungen des Ministers des Innern war jedenfalls deutlich zu ersehen, dass die Regierung sich nach oben vollständig gestärkt fühlt und dass die so schädliche Periode der Schwankungen und Kompromisse mit den panslavistischen Schreiern, wenigstens vorläufig, ein Ende gefunden hat. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6596, 6780, 7041.

Nr. 6652. Tel. nach Sofia, 16. April 1913 Nr. 193 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Pogatscher u. Berchtold; G. Berchtold).

Zu Euer Hochgeboren Telegramm vom 13. d. M. Nr. 343. Mein Telegramm Nr. 189 vom 14. d. M. hat Euer Hochgeboren bereits Gelegenheit gegeben, Herrn Geschoff über den bisherigen Verlauf der Petersburger Botschafterréunion zu orientieren. Aus der Haltung der verschiedenen Mächte bei diesen Beratungen kann sich der Herr Conseilspräsident wohl ein Bild darüber machen, was Bulgarien in der weiteren Entwicklung der Dinge von den einzelnen Großmächten zu erwarten hat. Auf ein Entgegenkommen Frankreichs und Rußlands, die sich auch jetzt bei der Petersburger Réunion gegen jede Kompensation zugunsten Bulgariens ablehnend ver-

halten haben, kann das Sofioter Kabinet demnach wohl nicht rechnen. England hat sich in Petersburg ebenfalls gegen eine Kompensation für Bulgarien ausgesprochen. Immerhin haben wir den Eindruck, daß die Stimmung des Kabinetts von St. James im allgemeinen den bulgarischen Aspirationen günstiger ist als jene am Quai d'Orsay und an der Sängerbrücke. Wir — unterstützt von Italien — haben bisher keine Gelegenheit versäumt, uns im Interesse des Königreiches zu verwenden. Auch Deutschland nimmt — wie Herr Geschoff ganz richtig herauszufühlen scheint und wie wir zu unserem Bedauern zugeben müssen — eine weniger wohlwollende Haltung gegenüber den bulgarischen Wünschen ein, als wir dies wünschen würden. In dieser letzten Beziehung würden wir gerne sehen, wenn bulgarischerseits ein Schritt gemacht würde, um die Stimmung in Berlin in einer für das Königreich günstigen Weise zu influenzieren. Eine freundschaftliche Kourtoisie des Königs auf militärischem Gebiete dürfte bei der bekannten Vorliebe des deutschen Herrschers für alles Militärische und bei seinem impulsiven Charakter sicherlich nicht auf unfruchtbaren Boden fallen. Die bulgarische Regierung kann sicher sein, daß unsererseits die Bemühungen fortgesetzt werden, in Berlin eine Bulgarien günstige Atmosphäre zu erzeugen. Gelänge es, Deutschland zu gewinnen, so könnte Bulgarien auf die Unterstützung des ganzen Dreibundes rechnen und dabei die Hoffnung haben, daß es bis zu einem gewissen Grade auch von England gefördert würde. Immerhin können wir — um auf realem Boden zu bleiben — natürlich keine Garantie dafür übernehmen, daß im Falle einer Mediation zwischen Bulgarien und seinen Alliierten die Entscheidung der Mächte unbedingt zugunsten des ersteren falle. Wir sind daher gegenwärtig nicht in der Lage, Herrn Geschoff den Rathschlag zu erteilen, die Mediation der Mächte anzurufen. Soviel können wir aber jedenfalls schon heute sagen, daß Bulgarien die Durchsetzung seiner Aspirationen — sei es im Wege der direkten Auseinandersetzung mit seinen Alliierten, sei es im Wege der Mediation — nur dann erwarten könnte, wenn das Königreich sich entschlossen zeigt, seine Desiderata gegenüber seinen Alliierten auch durchzusetzen, und die Mächte daher unter dem Drucke einer gefahrdrohenden Situation am Balkan stehen. Nach uns zugekommenen vertraulichen Nachrichten sind zwischen Belgrad und Athen Verhandlungen im Zuge, die den Zweck haben, eine solche Vertheilung der eroberten Gebiete herbeizuführen, daß in Mazedonien Serben und Griechen aneinandergrenzen und die Bulgaren vom rechten Ufer des Vardar völlig verdrängt werden. Hiebei sollen Monastir und Ochrida in den serbischen Rayon fallen. Es ist sohin nicht ausgeschlossen, daß das Sofioter Kabinet schon in nächster Zeit gezwungen sein wird, gegen die serbischen und griechischen Prätensionen Stellung zu nehmen. Für seine Position in diesem Falle wird sein Verhältnis zu der Bukarester Regierung von Ausschlag sein, weshalb wir nicht umhin können, neuerlich das vitale Interesse zu betonen, welches Bulgarien an der Herstellung möglichst enger Beziehungen zu Rumänien besitzt. Ich ersuche Euer Hochgeboren, vorstehende Konsiderationen Herrn Geschoff gegenüber zu verwerthen, hiebei aber zu betonen, daß dieselben zu dessen rein persönlicher Information bestimmt sind. Hochdieselben wollen nicht ermangeln, bei diesem Anlasse dem Herrn

Konseilspräsidenten zu versichern, Bulgarien könne darauf rechnen, daß wir uns für seine Aspirationen — sollten dieselben in direkten Verhandlungen mit seinen Alliierten oder im Rate der Großmächte zur Sprache kommen — jedenfalls aufs wärmste einsetzen und keiner definitiven Regelung der Balkanangelegenheiten zustimmen werden, bei welcher die Interessen Bulgariens nach unserer Ansicht nicht entsprechend berücksichtigt würden. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6662, 6677, 6713, 7030, 7044, 7045.

Nr. 6653. Tel. aus Sofia, 16. April 1913 Nr. 346 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 189 vom 14. d. M. betreffend rumänische Frage erhalten und Inhalt Herrn Geschoff mitgeteilt. Eröffnungen machten starken Eindruck und musste ich einzelne Abschnitte drei- und viermal vorlesen. Die so entschieden ablehnende Haltung der Ententemächte gegen Konzessionen schien überraschend und peinlichst zu wirken, und zwar speziell Salonik und Zögern, eine Erklärung über besondere Rücksichtnahme auf bulgarische Interessen abzugeben. Auf Samothrake verzichtet Geschoff leichter, da diese Insel Silistria nicht kompensieren würde. Wenn schon nichts anderes, sollte doch Bulgarien wenigstens in Südmazedonien (Vodenagegend) die ethnographische Grenze — ungefähr wie durch San Stefano-Frieden bestimmt wurde — erhalten. Ich erklärte mich bereit, diesen Wunsch Herrn Geschoffs zu Euer Exzellenz Kenntnis zu bringen, bemerkte aber zugleich, dass Hochdieselben sich vielleicht dafür bereits verwendet hätten, jedoch auf Opposition Tripleentente gegen jede konkrete Entschädigung gestossen wären. Tief enttäuscht suchte Geschoff einige Beruhigung in der von Euer Exzellenz gehegten Erwartung, dass Mächte auf unsere Proposition betreffend Berücksichtigung bulgarischer Interessen doch noch eingehen würden. Auch der zweite Teil des Telegrammes, enthaltend Auffassung Euer Exzellenz über Standpunkt, auf den sich Bulgarien bei Lösung rumänischer Frage stellen sollte, fesselte Aufmerksamkeit Herrn Geschoffs, der noch anläßlich vorletzter Unterredung nur zerstreut meinen Argumenten über Wert rumänischer Freundschaft gefolgt zu haben schien. Da Interesse des Konseilspräsidenten evident war, habe ich ihn auch streng vertraulich über Haltung Griechlands und Serbiens informiert. Er wollte betreffendes Alinea[b]) wiederholt hören. Dann besprach er serbische Prätensionen und meinte, Griechenland und Serbien wünschen gemeinsame Grenze zu haben und Bulgarien aus der Gegend westlich vom Vardar auszuschließen. Die Äusserung des serbischen Finanzministers, wonach Serbien auch nach Friedensschluss nicht demobilisieren würde, sei nach Auffassung Herrn Geschoffs für Absichten Serbiens bezeichnend. Ich unterließ nicht, alle mir aus Konsularberichten bekannten diesfälligen Symptome zu erwähnen. Herr Geschoff dankte sehr für Information über Serbien und Griechenland und ersuchte, Euer Exzellenz zu melden, dass er für weitere Auskünfte dankbar sein wird. Von Rumänien sprach Konseilspräsident zuerst undeutlich, bis ich ihn zur klaren Formulierung seines Standpunktes und um Äusserung, was er von Rat Euer Exzellenz denke, aufforderte, worauf er folgendes erwiderte: Es sei ausgeschlossen, dass rumänische Frage noch zu Krieg führe.

Es habe hier eine große Evolution stattgefunden: vor nicht so langer Zeit noch hätte Herr Geschoff nicht erlaubt, dass ihm von Silistria gesprochen werde; nunmehr habe man sich mit diesem Gedanken versöhnt, nur müsse selbstredend keine andere Zession verlangt werden. Silistria oder Küste, beides nicht. Nicht nur die Minister und Politiker, sei es Geschoff gelungen, mit Notwendigkeit einer Konzession an Rumänien zu versöhnen, sondern auch öffentliche Meinung finge an, Frage ruhiger aufzufassen. Wenn sich die Stimmung so radikal verändere, so sei es nur dank der hier kürzlich durchgedrungenen Überzeugung, dass Bulgarien die Freundschaft Rumäniens brauche. Selbstverständlich müsste Bulgarien das, was es von Rumänien erwarte, auch erhalten, sonst würde Regierung mit Vorschlag einer Zession Silistrias vor Nationalversammlung nicht durchdringen. Bulgarische Regierung warte nur auf Resultat der Mediation und werde dann an Rumänien herantreten und sagen: „Les Puissances proposent que nous vous cédions ceci ou cela; que nous donnerez-vous en échange, si nous acceptons cette proposition?" Bulgarien erwarte — Konseilspräsident sagte mir dies streng vertraulich — nicht nur materielle Gegenleistungen, von welchen mir Herr Geschoff gesprochen, sondern auch politische. „La neutralité de la Roumanie ne nous suffira probablement pas, nous demanderons une convention qui nous assure l'appui actif des Roumains. Il nous faut l'alliance d'un petit Etat comme nous-mêmes, car chez vous nous ne pourrions compter que sur un appui diplomatique — vous ne pensez pas? " Ich beglückwünschte Herrn Geschoff zu der Absicht, Annäherung an Rumänien zu suchen, und wies auf Äußerung Herrn Majorescos hin, wonach Rumänien auch zu einer über Neutralitätsvertrag hinausgehenden Abmachung bereit wäre. Bezüglich Anspielung, ob von uns mehr als diplomatische Unterstützung zu erwarten, bemerkte ich, dass ich auf Beantwortung einer so wichtigen Frage nicht vorbereitet. Diese Anspielung schien zwar Herrn Geschoff nur so nebenbei auszurutschen, nachdem ihm aber nie etwas ausrutscht, war es jedenfalls ein Fühler. Im Verlaufe weiterer Unterredung bemerkte Konseilspräsident, wie es auffallend wäre, dass bereits viermal von offizieller deutscher Seite betont wurde, dass sich Deutschland für volle Befriedigung rumänischer Wünsche einsetze. Herr Geschoff befürchtet, dass die wiederholten Versicherungen Rumänien unbescheiden stimmen könnten. Ich erwiderte, dass mir diese Befürchtung unbegründet schiene und vielmehr aus Äußerungen Herrn Majorescos Eindruck habe, dass Rumänien alles aufbieten werde, um Bulgarien entgegenzukommen, nur sollte Herr Geschoff baldigst dem Bukarester Kabinett die Hand entgegenstrecken. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6608, 6662. — [b]) Letztes Alinea von n. 6626 beginnt mit „Wenn Euer Hochgeboren wahrnehmen".

Nr. 6654. Tel. aus Sofia, 16. April 1913 Nr. 347 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Geschoff sagte mir heute, bulgarische Regierung erfahre aus Paris, dass Österreich-Ungarn gegen in Botschafterreunion von Russland gestellten Vorschlag, Anspruch der Verbündeten auf Kriegsentschädigung im Prinzipe anzuerkennen, opponiert hätte. Aus Frankreich kämen, wenn

es sich um Dreibund handelt, seit einiger Zeit unglaublichste und nur selten nichttendenziöse Nachrichten, erwiderte ich. Konseilspräsident bemerkte, dass auch ihm Sache unglaubwürdig erscheine; nachdem die bezügliche Meldung dem König vorgelegt, fragte er, ob sie bei Seiner Majestät dementieren könne. Herrn Geschoff sei es doch, antwortete ich, aus meinen Mitteilungen bekannt, dass Euer Exzellenz sich prinzipiell betreffs Kriegsentschädigung nicht ablehnend verhielten und dass wir uns sogar in London für gewisse Nachgiebigkeit in Botschafterreunion verwendet hätten. Aus meinen Informationen ginge hervor, dass russischer Botschafter Änderung des auf Kriegsentschädigung bezüglichen Artikels der Antwort an Alliierte vorgeschlagen, seine Proposition aber sofort in derselben Reunion zurückgezogen hätte, da einige Botschafter gegen Änderung der bereits formulierten Antwort protestierten. Wie mir Konseilspräsident selbst gesagt, wäre englische Regierung intransigent. Herr Geschoff erwiderte, dass auch Deutschland unnachgiebig und dass er, Konseilspräsident, hoffe, wir würden nicht nur selbst punkto Kriegsentschädigung uns in Paris entgegenkommend zeigen, sondern auch Deutschland dazu bewegen, wie Russland Frankreich von dessen ablehnender Haltung abgebracht hätte. Ich erwiderte Herrn Geschoff, dass wir in allen Fragen für Bulgarien Stimmung machen; ob dies bezüglich Kriegsentschädigung sich mit Erfolg machen lassen werde, wüsste ich nicht, da jede Macht ihren Interessen entsprechenden eigenen Standpunkt habe. Russland fielen Largessen auf Kosten anderer leicht, Frankreich, welches zugleich in der Türkei und hier Gläubiger, habe leichtes Spiel, Deutschland habe aber nur in Türkei Interessen. Da mir unbekannt, wie wir uns zum Vorschlag des Grafen Benckendorff geäußert haben, konnte ich Herrn Geschoff nichts anderes sagen. In Ungewissheit, wollte ich französische Meldung nicht direkt als unwahr bezeichnen, da ich durch Unwahrheit Vertrauen hier erschüttern könnte. Ich habe letzter Zeit stets befriedigende Antworten auf alle Fragen Herrn Geschoffs geben können, nur bezüglich Kriegsentschädigung musste ich heute lavieren. Sollte diesbezüglich eine befriedigende Erklärung möglich sein, wäre eine solche sehr erwünscht. Tarnowski.

a) Vgl. n. 6581.

Nr. 6655. Tel. aus Belgrad, 17. April 1913 Nr. 216 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).a) Entziff.

Beziehungen zu Bulgarien. Die Spannung mit Bulgarien nimmt immer Besorgnis erregendere Dimensionen an. Man fängt selbst in offiziellen Kreisen an, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Konflikt mit Waffen ausgetragen werden müsse. In militärischen Kreisen spricht man darüber schon ganz offen. Der letzte Besuch Herrn Pašić' in Üsküb wird mit der Besprechung dieser Eventualität mit dem Generalkommando in Beziehung gebracht. Die Stimmung gegen Bulgarien wird immer erregter. Sogar die gestrige „Samouprava" spricht von der Notwendigkeit einer eventuellen Revision des Bündnisvertrages, wovon Bulgaren nichts wissen wollen. Bulgarischer Gesandter beurteilt Lage sehr ernst. Ugron.

a) Oe. U. Balkan 226 Nr. 434.

Nr. 6656. Tel. aus Bukarest, 17. April 1913 Nr. 105 (eing. 7 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 202 vom 16. d. Mts., Silistria betreffend. Inhalt desselben Herrn Majoresco zur Kenntnis gebracht. Er ersuchte mich, Euer Exzellenz seinen warmen Dank für Mitteilung auszusprechen und Versicherung daran zu knüpfen, daß rumänische Regierung vollkommen bereit sei, in direkte Besprechungen mit Sofia einzutreten, nicht nur in offizieller Weise über die von Mächten vorgeschlagene Lösung Streitfalles, sondern auch in geheimen Gedankenaustausch über künftige Haltung Rumäniens. Er habe bereits dem bulgarischen Gesandten bei letztem Diplomatenempfange vor 10 Tagen, bei dem letzten war er nicht erschienen, in nicht mißzuverstehender Weise angedeutet, daß er bereit sei, in direkten Verkehr mit bulgarischer Regierung über künftiges Verhältnis Rumäniens zu Bulgarien zu treten, und Herrn Kalinkoff Vorteile einer solchen Aussprache vor Augen geführt. Nachdem bulgarischer Vertreter während Verlaufes der Krisis sich zwar als konziliant und wohl gesinnt gezeigt hatte, man hier jedoch die Überzeugung gewonnen hat, daß er wenig Einfluß in Sofia besitze und sich geringen Vertrauens erfreue, so wäre Minister des Äußern Euer Exzellenz dankbar, wenn Euer Exzellenz in Sofia anregen würden, daß Herr Kalinkoff beauftragt wird, auf seine (Herrn Majorescos) Anregungen irgend eine Antwort zu geben, damit er Konversation weiter fortsetzen könne. Minister des Äußern fügte hinzu, Herr Ghika, der krankheitshalber längeren Urlaub angetreten, könne nicht auf Posten zurückbeordert werden und sei seine Stellung Herrn Danew gegenüber so schwierig, daß er kaum auf seinen Posten zurückkehren dürfte. K. E. Fürstenberg.

[a] Oe. U. Balkan 226 Nr. 433. Vgl. n. 6675 Anm. b, 6706, 6732, 6740.

Nr. 6657. Tel. aus London, 17. April 1913 Nr. 322 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Aus verschiedenen ganz privaten Konversationen gewinne ich den Eindruck, daß der Gedanke, eventuell die Ausarbeitung des Status' von Albanien einer Subkommission anzuvertrauen, hier Aussicht hätte, von englischer und russischer Seite gut aufgenommen zu werden. Dieselbe könnte zusammengesetzt sein aus Sektionschef Ippen, Herrn Petrajew und dem Referenten des Foreign Office, Herrn Vansittart, die ein Projekt auszuarbeiten hätten, welches der Botschafterkonferenz zur Unterbreitung an ihre Regierungen vorgelegt würde. Voraussichtlich würde Italien wünschen, ebenfalls einen Delegierten zu bestellen. Ich habe mit meinem italienischen Kollegen noch nicht über diesen Gedanken gesprochen. Ich frage mich vor allem an, ob Euer Exzellenz prinzipiell mit einem derartigen Vorschlage einverstanden oder ob bezüglich der Ausarbeitung des Status' von Albanien andere Projekte erwogen werden; ist letzteres nicht der Fall, so würde die Bestellung einer Subkommission jedenfalls mehr Aussicht einer rascheren Ausarbeitung bieten, als es durch die Botschafterkonferenz möglich wäre. Sollte meine Anregung die Billigung Euer Exzellenz finden, so erbitte ich mir ausführliche Weisungen für Sektionschef Ippen auf Grund des von Euer Exzellenz mit der italienischen Regierung gepflogenen Gedankenaustausches.

[a] Vgl. n. 6668. Mensdorff.

Nr. 6658. Tel. aus London, 17. April 1913 Nr. 323 (eing. 18. April 3 U. 40 M. a. m.).[a] Entziff.

Bei heutiger Botschafterreunion war in Abwesenheit Sir E. Greys die englische Regierung vertreten durch den Premierminister selbst, Lord Morley und Sir A. Nicolson. Es wurde nur über Montenegro gesprochen. Nachrichten über Haltung des Königs und seiner Regierung, die verglichen wurden, lauten ungünstig. Herr Popović hat Sir A. Nicolson erklärt, Montenegro würde nicht nachgeben und jedes landende ...[b] als Feind betrachten. Lange Diskussion über Möglichkeit, daß Montenegro sich schließlich doch mit Geld abfinden lasse. Französisch-italienischer Vorschlag wird vorgebracht (meine heutigen Telegramme Nr. 324[a] und 325),[a] Premierminister meint, es werde nicht leicht sein, Einwilligung des Parlamentes zur Garantie eines Darlehens zu erhalten, das de facto ein Geschenk für Montenegro sein wird. Trotzdem will er es aber übernehmen, um Einmütigkeit der Mächte zu manifestieren und Aufgeben der Belagerung von Skutari herbeizuführen, vorausgesetzt, dass alle Mächte dasselbe tun. Mein deutscher Kollege und ich erklärten beide, daß wir über die Ansichten unserer Regierungen keine Instruktionen erhalten haben, die Resolution aber vorlegen werden. Es wurde nach längerer Diskussion davon abgesehen, in der Resolution auszudrücken, daß das Darlehen an die Bedingung geknüpft ist, daß montenegrinische Regierung sich dem Willen der Mächte füge. Man glaubt, um es Montenegro möglich zu machen anzunehmen, müsse der Anschein vermieden werden, daß es sich durch Geld befriedigen lasse. Es wurde aber wiederholt betont, daß selbstverständlich das Darlehen nicht gegeben würde, falls Belagerung von Skutari nicht aufgegeben wird. Wichtig schiene es, rasch vorzugehen, um den Versuch zu machen, einen Sturmangriff auf Skutari zu verhindern, der bei der verzweifelten Stimmung der Montenegriner möglich ist. Ich machte wieder aufmerksam auf Wahrscheinlichkeit eines grossen Massakers im Falle der Einnahme; Herr Asquith und Lord Morley zeigten viel Verständnis für die Notwendigkeit, diese Gefahr, wenn irgendwie möglich, zu verhindern. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6637, 6659, 6660. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 6659. Tel. aus London, 17. April 1913 Nr. 324 (eing. 18. April 12 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Bei heutiger Reunion folgendes redigiert: „La proposition des gouvernements italien et français appuyée par l'ambassadeur de Russie relative à l'aide financière à donner au Monténégro ayant été examinée, les ambassadeurs pensent qu'il convient de proposer à leurs gouvernements de faciliter au gouvernement monténégrin la conclusion d'un emprunt d'environ 1,200.000 livres sterling (30,000.000 de francs) pour régulariser sa situation financière et lui permettre de satisfaire aux charges résultant de la guerre. Vu l'unanimité des ambassadeurs le premier ministre déclare qu'il ne peut opposer d'objection au principe de la proposition et qu'il la soumettra le cas échéant à l'assentiment du parlement si toutes les Puissances y donnent leur adhésion."

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6658.

Nr. 6660. Tel. aus London, 17. April 1913 Nr. 325 (eing. 18. April 12 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Heutige Reunion. Le gouvernement anglais envoie le télégramme suivant très confidentiel à son représentant à Cettigné: „Les ambassadeurs ont proposé à leurs gouvernements respectifs que les Puissances garantissent un emprunt du gouvernement monténégrin d'environ 1,200.000 livres sterling pour régulariser la situation financière et lui permettre de satisfaire aux charges resultant de la guerre. Quand tous vos collègues auront reçu des instructions pareilles, vous devrez faire une communication dans ce sens au gouvernement monténégrin dans la forme que vos collègues et vous jugerez la plus appropriée.“ D'après des informations sûres communiquées par l'ambassadeur d'Italie les opérations de l'armée monténégrine seraient suspendues pour six ou huit jours à cause du mauvais temps. La réunion pense qu'il convient de profiter de ce délai et d'envoyer d'urgence à nos représentants à Cettigné les instructions nécessaires. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6658, 6707.

Nr. 6661. Tel. aus St. Petersburg, 17. April 1913 Nr. 162 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Bei heutiger Réunion gaben zunächst deutscher und italienischer Botschafter Erklärung ab, daß ihre Regierungen nunmehr einem Beschlusse im Sinne der bekannten vier Punkte (vide mein Telegramm Nr. 146 vom 7. d. M.) zustimmen. Ich ergriff sodann das Wort, um nochmals dem Bedauern Ausdruck zu geben, daß es zufolge des Widerstandes der Ententemächte nicht möglich gewesen sei, eine beide Teile voll befriedigende Lösung zu erzielen, wie dies bei Annahme der Vorschläge der k. u. k. Regierung zweifellos der Fall gewesen wäre. Ich fügte hinzu, daß Euer Exzellenz, um ein Scheitern der Mediationsaktion zu vermeiden, sich angesichts dieses Widerstandes entschlossen hätten, eine Entscheidung auf Basis der vier Punkte anzunehmen unter der Bedingung, daß die Schlußformel im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 286 von heute abgeändert und in den endgiltigen Beschluß als integrierender Teil aufgenommen werde. Hiegegen wurde von keiner Seite eine Einwendung erhoben und der von Euer Exzellenz vorgeschlagene Text des letzten Alineas unverändert angenommen. Es wurde sodann der Wortlaut des ganzen Beschlusses einer Schlußredaktion unterzogen. Bei Punkt 1 wird die genaue Festlegung der Silistria in einem Umkreise von zirka 3 Kilometern umkreisenden neuen Grenze einer gemischten bulgarisch-rumänischen Kommission zugewiesen, die sich im Bedarfsfalle von den Mediationsmächten zu ernennende Experten beiziehen kann. Bei Punkt 2 wird die Feststellung der eventuell an die Auswanderer zu zahlenden Entschädigung ebenfalls einer gemischten Kommission zugewiesen, die nach Prüfung des von den Betreffenden im einzelnen Falle erlittenen Schadens entscheiden wird. Wenn nötig, kann auch diese Kommission von den Mediationsmächten zu ernennende Sachverständige beiziehen. Termin für diese Auswanderung sechs Monate. Bei Punkt 3 ist vorgesehen, daß eine gemischte Kommission, eventuell unter Zuziehung von Delegierten der vermittelnden Mächte, innerhalb sechs Monaten die

genaue Tiefe der Zone festsetzen soll, innerhalb welcher bulgarischerseits keine Grenzbefestigung errichtet werden dürfe und eventuell bereits bestehende geschleift werden müssen. Die Bestimmungen des Punktes 4 sind textuell dem Londoner Protokoll entnommen, welches die Besprechungen zwischen Herrn Danew und Herrn Mişu resumierte. Schließlich folgt, nach dem Punkte 4 angefügt, die bekannte Höflichkeitsformel für Bulgarien. Meine sämtlichen Kollegen erklärten sich ermächtigt, diesen Text definitiv anzunehmen, während ich auftragsgemäß erklärte, denselben Euer Exzellenz zur Genehmigung vorerst noch vorlegen zu müssen. Da Herr Sazonow heute auf sein Landgut abreist, von wo er erst nächsten Montag zurückkehrt, kann die endgiltige Unterzeichnung nicht vor diesem Tage erfolgen. Ich erlaube mir daher, den Wortlaut des Beschlusses Euer Exzellenz aus Ersparungsrücksichten durch die Post zu unterbreiten. Der Herr Minister schlägt vor, daß er den Beschluß, sobald er die endgiltige Billigung aller beteiligten Regierungen erhalten haben wird, im vollen Wortlaute den Vertretern Bulgariens und Rumäniens behufs Mitteilung an ihre Regierungen mitteile, mit dem Beifügen, daß derselbe vor dem Friedensschluß nicht veröffentlicht werden soll. Letzteres ist, wie Euer Exzellenz wissen, ein besonderer Wunsch der bulgarischen Regierung. Bitte nach Einlangen des mit heutigem Berichte vorgelegten Wortlautes des Beschlusses um weitere geneigte Instruktionen.

[a]) Vgl. n. 6641, 6682, 6779, 6811, 6897, 6918. Thurn.

Nr. 6662. Tel. aus Sofia, 17. April 1913 Nr. 351 (eing. 18. April 8 U. 45 M. a. m.).[a]) Entziff.

Hohes Telegramm Nr. 193 vom 17. d. M. mit vertraulichen Eröffnungen an Herrn Geschoff erhalten und ihm Inhalt unter Betonung, dass zu seiner persönlichen Information bestimmt, mitgeteilt. Konseilspräsident folgte meinen Ausführungen mit größter Aufmerksamkeit, schien zufrieden, ersuchte mich, Euer Exzellenz zu danken und behielt sich vor, nur Seiner Majestät dem König zu berichten, was ich als selbstverständlich bezeichnete. Passus über Haltung einzelner Mächte interessierte Mitredner, speziell das auf Deutschland bezügliche. Im Laufe der Unterredungen letzterer Zeit hatten wir diese Frage wiederholt berührt und ich hatte Geschoff freundschaftlich im eigenen Namen sehr empfohlen, deutschen Gesandten, der wegen hiesiger antideutscher Strömung gegen Bulgarien geladen, gut zu stimmen. Als ich ihm heute im Sinne des hohen Telegrammes von Deutschland sprach, bemerkte er, es sei derselbe Rat, den ich ihm erteilt, nur leichter zu befolgen, da zugleich das anzuwendende Mittel angegeben. Herrn Geschoff schien Modus, dass König direkt Kaiser Wilhelm gut zu disponieren trachte, exzellent; hoffentlich werde König Ferdinand Rat befolgen. Gedanke, dass Bulgarien nur dann Durchsetzung seiner Aspirationen erwarten könnte, wenn Königreich sich entschlossen zeigte und so weiter, frappierte Herrn Geschoff; er dachte nach und sagte: „Mais vous n'avez donc rien contre que nous essayions de nous entendre avec nos alliés s'il y a moyen." Je répondis: „C'est évident que nous n'avons rien contre, nous ne croyons seulement pas que vous réussissiez et nous vous disons ce qu'il y a à faire pour aboutir, car nous ne voudrions pas que les Serbes et les Grecs vous

dépouillent." Konseilspräsident versteht deutsch und ich wiederholte diesen Passus, ihn langsam vorlesend, wonach ich bemerkte: „Vous comprenez que si vous avez l'air indécis, si vous parlementez et attendez les bienfaits de vos alliés ou de l'Europe, vous n'aurez rien." „Nous n'aurons pas l'air indécis, car nous sommes absolument décidés de ne pas céder Silistrie,[b])" erwiderte Herr Geschoff. Zu dem auf Absichten Serbiens und Griechenlands bezüglichen Teile meiner Eröffnungen richtete ich an Konseilspräsidenten Frage, ob seine Informationen mit den unsrigen zusammenstimmen. Er antwortete ohne Zögern bejahend und fügte hinzu: „D'après ce que nous savons les Grecs et les Serbes n'auraient pas encore conclu d'alliance, mais ils seraient en train de la négocier. Nous savons aussi que le but de cette alliance est de nous prendre tout le territoire au delà du Vardar. Les Grecs veulent garder Salonique et pour que Salonique puisse exister, ils veulent aussi le hinterland; même si nous renoncions à Salonique, nous ne pourrions pas renoncer au hinterland. Avec les Serbes nous avons un traité, mais on commence déjà en Serbie à le renier officiellement. Vous savez ce qu'a dit le ministre des finances serbe; Monsieur Pašić ne l'a pas désavoué et la ‚Samouprava' d'hier a commencé déjà à discuter la valeur des stipulations du traité. Nous sommes décidés d'exiger que le traité soit strictement observé et si c'est nécessaire nous défendrons notre droit par la force. Avant d'y avoir recours — fatigués que nous sommes par une guerre de six mois — nous voulons faire toute notre possible afin de nous entendre à l'amiable. Nous désirons éviter la guerre avec nos alliés et nous préférerions nous passer aussi d'une médiation." Herr Geschoff bemerkte noch, dass er wenig Hoffnung hat, dass sich gütlicher Ausgleich als möglich erweise. Zu dem Passus meiner Mitteilung betreffs Rumänien sagte Geschoff nichts. Ich bemerkte, dass ich Entschluss Konseilspräsidenten, sobald Petersburger Konferenz beendigt, an rumänische Regierung heranzutreten und Annäherung zu suchen (vide mein Telegramm Nr. 346 vom 16. d. M.), Euer Exzellenz gemeldet. Er erwiderte nur, dass es dabei bleibe. Offenbar ist alles in suspenso, bis der Versuch des gütlichen Ausgleiches nicht gemacht ist. Im Zusammenhange damit [ist] interessant, was mir Konfident soeben meldet, nämlich, dass Herr Tscharykow als Courtier zwischen Verbündeten herkommen soll. König soll in einigen Tagen Sofia zurückkommen und mit ihm Dobrović. Wenn Euer Exzellenz gestatten, hielte für zweckmäßig, Dobrović in meine letzten Unterredungen mit Herrn Geschoff einzuweihen. Einerseits gelangen durch ihn meine Mitteilungen unverfälscht zu Ohren Königs und zweitens ist Dobrović mitteilsam und kann ich wertvolle Eindrücke empfangen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6608, 6675, 6677, 6684, 6901, 7044. — [b]) Amtsvermerk: sic!

Nr. 6663. Bericht aus Sofia, 17. April 1913 Nr. 28 (eing. 20. April).[a])
Entziff.

Um meinen russischen Kollegen zum Sprechen zu bewegen, ließ ich heute Bemerkung gesprächsweise fallen, ich hätte Eindruck, die Spannung zwischen den Verbündeten wäre weniger akut. Herr Nekludow hat über meine Urteilslosigkeit nur lachen können, worauf ich ganz ernst bemerkte, dass die bulgarischen Regierungsmänner mit ihm vielleicht aufrichtiger und

anders reden; daraus, was sie mir sagen, könnte ich aber nur die oberwähnte Impression haben. „La situation est tout ce qu'il y a de plus tendu," meinte russischer Kollege. Er befürchtet das Schlimmste, speziell was Bulgaren und Griechen anbelangt. Il y a près de Salonique deux divisions grecques et autant de troupes bulgares qui pourraient à chaque moment arriver aux coups. Les Bulgares étant durs à la détente et les Grecs n'ayant — comme il n'y a rien de stipulé dans le traité — aucune raison de céder, il est très difficile qu'on s'entende à l'amiable. Jamais les Grecs ne quitteront Salonique, bien au contraire ils réclameront une portion du hinterland. Les choses vont aussi au plus mal entre Bulgares et Serbes, mais là il y a des stipulations précises et il sera très difficile que la Serbie passe outre. Il est vrai que les Bulgares en traitant avec les Serbes déclaraient qu'Andrinople ne leur appartiendra pas et que c'est en raison de cela que les Serbes leur ont concédé d'autres avantages territoriaux — mais dans le traité il n'y a rien de dit là-dessus. Si seulement les Bulgares n'insistent pas à avoir tout ce qui devrait leur revenir en vertu du traité, ils réussiraient à s'arranger avec les Serbes, vu que ces derniers ne pourront pas ignorer leurs engagements et devront se montrer conciliants. Si Bulgares, Grecs et Serbes tombent d'accord à présent, la chose sera réglée une fois pour toutes ou au moins pour longtemps. Une guerre entre les alliés serait une complication très pénible pour la Russie; Monsieur Nekludow ne veut même pas y penser. Il a confiance en la sagesse du Roi Ferdinand et il puise aussi quelque espoir dans l'épuisement complet de la Bulgarie. Bei der entscheidenden Wichtigkeit, die die Frage der Beziehungen Bulgariens zu Serbien und Griechenland für unsere Politik haben wird, glaubte ich, dass vorstehende Äusserungen des russischen Gesandten eines gewissen Interesses nicht entbehren. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6733.

Tel. nach Belgrad, 18. April 1913 Nr. 119 (chiffr. 19. April 1 U. a. m.). Siehe n. 6669.

Tel. nach Belgrad, 18. April 1913 Nr. 120 (chiffr. 19. April 1 U. a. m.). Siehe n. 6664.

*Nr. **6664**. Tel. nach Berlin Nr. 309 (1), Rom Nr. 393 (2), St. Petersburg Nr. 291 (3), Paris Nr. 235 (4), London Nr. 326 (5), Belgrad Nr. 120 (6) und Cetinje Nr. 99 (7), 18. April 1913 (chiffr. 19. April 1 U. a. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Szápáry u. Berchtold; G. Berchtold).*

1.—6. Baron Giesl telegraphiert unterm 18. d. M. wie folgt: ... *wie n. 6666 gekürzt* ... Ich theile Vorstehendes Contreadmiral Njegovan mit dem Auftrage mit, diese Meldung im Admiralsrathe zur Sprache zu bringen und darauf zu verweisen, daß, abgesehen von dem peniblen Eindrucke einer Erneuerung des Bombardements von Skutari in Anwesenheit des internationalen Geschwaders, diese und andere Nachrichten über die Situation der belagerten Stadt die Möglichkeit naherücken, daß dieselbe durch Hunger zur Kapitulation gezwungen werden könnte, wobei sich die beschämende Situation eines, sozusagen unter den Augen der Admiräle der Großmächte sich abspielenden Massakers ergeben könnte. Der Komman-

dant der k. und k. Schiffe werde daher angewiesen, zu beantragen, daß die herausfordernde Haltung Montenegros gegenüber den Mächten mit einer Verschärfung der Pressionsmaßregeln beantwortet werde. Als Minimum dieser als dringlich zu bezeichnenden Maßnahmen wäre die Landung von Detachements und Besetzung eines oder mehrerer Küstenpunkte in Betracht zu ziehen.

1.—5. Ich ersuche Euer Exzellenz Vorstehendes zur Kenntnis der dortigen Regierung zu bringen

1., 2., 4., 5. und die Ertheilung analoger Weisungen an deren Schiffskommandanten zu erbitten.

3. und zu bemerken, daß ich die Kabinete der an der Flottendemonstration betheiligten Mächte um Erteilung analoger Weisungen an ihre Schiffskommandanten ersuchen lasse.

1.—5. Zur Begründung wollen Euer Exzellenz anführen, daß die Fortsetzung der Belagerung von Skutari schon derzeit in der öffentlichen Meinung Österreich-Ungarns den Eindruck hervorruft, als ob die internationale Flottendemonstration ihre Wirkung auf Montenegro gänzlich verfehlen würde. Einen geradezu deplorablen, in seinen Wirkungen kaum abschätzbaren Effekt müßte es jedoch haben, wenn die obigen Eventualitäten eintreten sollten. Um einer solchen Diskreditirung der internationalen Aktion zuvorzukommen und zu vermeiden, daß wir hiedurch vor die Erwägung gestellt werden, den Beschlüssen der Mächte durch einseitige Maßregeln unsererseits Geltung zu verschaffen, erscheine mir eine Verschärfung der internationalen Pression wenigstens in dem oben angedeuteten Minimalausmaße dringend geboten.

7. Ich theile das letzte Alinea[b]) Euer Hochwohlgeboren Telegramm von heute Nr. 129 (Inseratur aus Telegramm 1.—6. von „Contreadmiral Njegovan“ bis „in Betracht zu ziehen.“)

6. u. 7. Ich lasse die Kabinete der an der Flottendemonstration betheiligten Mächte in eindringlicher Weise ersuchen, ihren Schiffskommandanten analoge Weisungen zukommen zu lassen. Vorstehendes vorläufig zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Information. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 228 Nr. 439. Vgl. n. 6686, 6692, 6698. — [b]) Das letzte Alinea von n. 6666 beginnt mit „Erbprinz Danilo teilte“.

Nr. 6665. Erlaß nach Berlin Nr. 1753 (1) und Rom Nr. 1754 (2), 18. April 1913.[a]) Konz. (S. Joannovics; G. Macchio).

1. u. 2. Die dortige Regierung dürfte durch ihren Botschafter in London bereits darüber informirt worden sein, daß Graf Mensdorff *... wie n. 6408 von „die Aufmerksamkeit Sir E. Greys“ bis „Diskussion der Angelegenheit“* ... Graf Mensdorff hat mich nun um Instruktionen ersucht, ob und in welcher Weise er auf die russische Gegenäußerung zu antworten habe. Ich beehre mich, Euer Exzellenz anverwahrt Abschrift des gegenständlichen Erlasses [b]) an Grafen Mensdorff mit dem Ersuchen zur Verfügung zu stellen, die dortige Regierung über die unserem Botschafter in London erteilten Instructionen mit dem Beifügen informiren zu wollen, daß Graf Mensdorff beauftragt ist, auf die Erklärung des kaiser-

lich russischen Botschafters schon jetzt mit den im beiliegenden Erlasse sub I zusammengefaßten Erklärungen zu erwidern. Für den Fall der Notwendigkeit einer weiteren eingehenderen Erörterung der Angelegenheit im Sinne der Ausführungen sub II möchte ich vorerst der Unterstützung der dortigen Regierung vergewissert sein und wollen Euer Exzellenz daher dieselbe ersuchen, falls sie unserer Auffassung beipflichtet, ihre Vertreter in London zu beauftragen, die gegenständlichen Erklärungen des Grafen Mensdorff zu unterstützen. Da die Angelegenheit unter Umständen bald zur Sprache gelangen könnte, wollen Euer Exzellenz auf eine rasche Entscheidung der dortigen Regierung hinzuwirken bemüht sein und hierüber telegraphisch berichten.

[a]) Vgl. n. 6689. — [b]) Vgl. n. 6670.

Tel. nach Cetinje, 18. April 1913 Nr. 99 (chiffr. 19. April 1 U. a. m.). Siehe n. 6664.

Nr. 6666. Tel. aus Cetinje, 18. April 1913 Nr. 129 (eing. 4 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erbprinz erklärte italienischem Kollegen, daß ein Nachgeben Montenegros, wenn dieses nicht die Bojana-Grenzlinie erhalte, ausgeschlossen. Italienischer Gesandter erwiderte, daß die Erfüllung dieser Forderung absolut untunlich. Erbprinz Danilo teilte ferner mit, daß gestern Forts von Skutari bombardiert wurden und daß binnen zwei Tagen auch die Stadt unter Feuer genommen werden soll. Man wisse bestimmt, daß in Skutari täglich zirka 70 Menschen Hungers sterben, daß sich 8000 Kranke dort befinden und daß Garnison erschöpft sei. Der Fall sei daher wahrscheinlich. Giesl.

[a]) Vgl. n. 6664, 6667.

Nr. 6667. Bericht aus Cetinje, 18. April 1913 Nr. 39 (eing. 21. April).[1])[a]) Ausfert.

Geheim. Die Situation ist trotz zweier bedeutsamer Ereignisse, von welchen man voraussetzen konnte, daß sie die Entschlüsse König Nikolaus' günstig beeinflussen würden, — ich meine den Abzug der serbischen Truppen von Skutari und das russische Communiqué — unverändert geblieben, und die Großmächte sind ihrem Ziele, den halsstarrigen Gospodar zum Nachgeben zu bewegen, kaum näher gekommen. Die Nachricht von dem Abmarsche der Serben mußte zur Hoffnung berechtigen, daß die Krise nunmehr einer raschen Lösung entgegengehe. Der Angriff durch die Montenegriner allein erschien allen Lokalkundigen als Wahnsinn und der König konnte, sich auf den Verrat der Serben berufend, unter dem Drucke dieser Tatsache und jenem der Großmächte einen anständigen Rückzug antreten. Der Erfolg ist aber ausgeblieben. Das russische, in seiner Sprache so deutliche Communiqué wurde im Amtsblatte mit Hohn und Grobheit beantwortet. König Nikolaus hält sowohl in amtlichen, wie in privaten Mitteilungen bis zur Stunde daran fest, dass er den Kampf um Skutari nicht aufgebe und hat nur die eventuelle Konzession angedeutet, daß er für den Fall

effektiver Gewaltanwendung (Besetzung Skutaris durch internationale Detachements oder Beschießung eines Hafens durch die Flotte) nachgeben könnte. Eine zuletzt gefallene Äußerung des Königs zu einem meiner Kollegen besagt neuerdings, daß er, der König, wohl ganz bereit wäre, nachzugeben, dies aber nicht tun könne, weil er die Macht über die Armee verloren und sich einer „Regierung von Narren" gegenüber befinde. Es scheint aber heute kaum mehr zweifelhaft, daß das Gros der Armee nichts anderes verlangt, als nach Hause entlassen zu werden und daß die Hetzer, die den Widerstand zum äußersten predigen, nur eine kleine Partei im Offizierskorps bilden. Diese findet ihren Halt an den drei Ministern, welche man immer wieder nur als Narren und Verbrecher kennzeichnen kann. Von der Abdankung des Königs oder der ganzen königlichen Familie, welche bereits vorbereitet gewesen sein soll, wird kaum mehr gesprochen. Diese Absicht hatte von Haus aus keine innere Wahrscheinlichkeit für sich und wurde diese Nachricht ausgegeben, um die an der Dynastie interessierten Mächte, in erster Linie Italien und Österreich-Ungarn, zu schrecken und zur Milde gegenüber Montenegro zu verleiten. Der an die Macht gewöhnte König und der herrschsüchtige Charakter der am Hofe so einflussreichen Grossfürstin Militza und der Prinzessin Xenia hätten sich kaum je freiwillig zur Abdankung entschlossen. Ernster erschien die Gefahr einer Proklamierung der Union mit Serbien, welche hier von allen Klubaschi, den Unzufriedenen, propagiert und vorbereitet wurde, und welche Idee sich der speziellen Protektion Russlands, respektive der hiesigen russischen Vertretung erfreut. Russland unterscheidet heute in allen seinen Enunziationen und Handlungen genau zwischen dem Könige und dem Lande, der König wurde fallen gelassen, das Land aber unterstützt und die Union mit dem weit stärkeren, erfolg- und ressourcenreichen und gut organisierten serbischen Brudervolke als die politische und wirtschaftliche Rettung Montenegros dargestellt. Russland verfolgt dabei den sehr durchsichtigen Zweck, unter der Flagge Serbiens an die Adria zu gelangen, respektive daselbst einen starken und verlässlichen Feind der Monarchie dauernd zu etablieren. Ich höre vertraulich, dass auch der montenegrinische Finanzminister Drljević, der jetzt in Belgrad weilt, um Geld und die Approvisionierungsfrage zu regeln, sich mit der Propaganda für die Union beschäftigt und gewisse bezügliche Abmachungen erreichen will. Die projektierte Vereinigung soll eine diplomatische, politische, militärische und Zoll-Union werden. Gestern hat Erbprinz Danilo dem italienischen Gesandten erklärt, daß, wenn Montenegro seine Forderungen (Zuerkennung der Bojana als Grenze) nicht durchbringen würde, die Dynastie entschlossen sei, sich Serbien anzuschließen. Die Anwesenheit von circa 20.000 Mann serbischer Truppen im Lager vor Skutari brachte jedenfalls die Gefahr nahe, daß die Proklamation der Union, wie dies tatsächlich geplant war, im Lager von beiden Armeen, deren Mannschaften kurz vorher eng durcheinandergemischt wurden, erfolge, und so ein fait accompli geschaffen würde, welchem gegenüber die Monarchie sofort hätte Stellung nehmen müssen. Welche Rolle in all diesen Machinationen König Nikolaus und seine Familie spielt, und wie weit er in die Tendenzen der Unionisten eingeweiht ist, konnte ich bisher

nicht einwandfrei aufklären. Der König vermied es, selbst Vertrauten gegenüber, sich zu äußern und seine öfteren Anwürfe: „Ich werde mein Land an Serbien abtreten", können nicht ernst genommen werden. Anderseits muß sich König Nikolaus klar sein, dass im Falle einer Realunion mit Serbien das weit schwächere Montenegro bald vollständig absorbiert würde und auch für seine Dynastie kein Platz wäre. Ich bin der Meinung, dass der König niemals ohne Zwang in die Abdankung eingewilligt hätte, daß er sich aber über die Ziele des Umsturzes nicht im Klaren war und die Gefahr, die ihm und seiner Dynastie drohte, nicht voll erkannte. Die vom Könige und dem Erbprinzen ausgehenden Drohungen von der Abdankung und der Union mit Serbien, letztere hauptsächlich an unsere Adresse gerichtet, mögen bezwecken, der Forderung nach einer Grenzregulierung Nachdruck zu geben und uns einzuschüchtern. Heute scheint mir die Gefahr, wenigstens für den Moment, abgewendet, weil die Serben angeblich nicht mehr vor Skutari sind, der Druck der Mächte auf beide Staaten schon fühlbare Formen angenommen hat und die Serben sich nahe vor einem Konflikt mit Bulgarien befinden, sich also kaum schwerwiegende Komplikationen an zwei Fronten werden schaffen wollen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß König Nikolaus diesen Konflikt in seiner Widerstandspolitik schon jetzt eskomptiert. Was die Frage von Skutari betrifft, so scheint, wenn auch noch wenig äußere Anzeichen dafür vorliegen und der König beharrlich leugnet, sich bei ihm dennoch langsam die Erkenntnis durchzuringen, dass das Aufgeben seiner verbrecherischen Trotzpolitik nur eine Frage der Zeit sein kann. Bis aber dieser Zeitpunkt eintritt und die maritime Absperrung und die teilweise Beschränkung der Einfuhr zu Lande den König zwingt, bedingungslos nachzugeben, dürften noch Wochen vergehen. Aus dem großen russischen Geschenke (Getreide für $1^1/_2$ Millionen Rubel) und den von den Serben herangeführten Vorräten sind noch zahlreiche große Depôts gefüllt und wie ich telegrafisch zu berichten mir erlaubte, werden bereits Vorsorgen getroffen, um die Approvisionierung des Landes via Sandschak sicherzustellen. Ein Teil der erwarteten Getreidetransporte wurde nach Durazzo dirigiert, um von dort nach Skutari und Montenegro gebracht zu werden. Die Einbeziehung des Hafens Durazzo in die Blokade ist deshalb dringend notwendig, um nicht von vorneherein den ohnedies schwachen Erfolg der Blokade zu paralysieren. So lange nicht die Grossmächte zur Anwendung eines stärkeren Druckes schreiten, hat der König gar keine Veranlassung, seine Kapitulation zu beschleunigen. Die Zeit wird benützt, um noch in zwölfter Stunde territoriale Kompensationen (das Gebiet zwischen dem rechten Bojana-Ufer und dem Skutari-See) herauszuschlagen, wobei der König von dem französischen Geschäftsträger und dem deutschen Gesandten mit Eifer und Überzeugungstreue unterstützt wurde und wird. Ob diese Frage, nach den energischen Erklärungen der k. u. k. und schließlich auch der italienischen Regierung nunmehr endgiltig begraben erscheint, ist mir nicht bekannt. Das Gespräch, welches der Erbprinz gestern mit dem italienischen Gesandten hatte, und in welchem Prinz Danilo die Erwerbung der Bojana-Grenze als Bedingung für das Nachgeben hinstellte, zeigt wenigstens, dass man hier noch solche Hoffnungen hegt. Bliebe noch die Möglichkeit

einer geldlichen Entschädigung in irgend einer Form, in welcher Angelegenheit sich mein italienischer Kollege seinerzeit wahrscheinlich etwas zu weit vorgewagt und dem Könige vage Versprechungen, gewiß aber nur mit Autorisation seitens des italienischen Kabinettes, gemacht hat. Aus der unangenehmen Lage wurde Baron Squitti durch das Dementi der montenegrinischen Regierung und die bestimmte Erklärung des Königs, nie und von Niemandem und unter keiner Form, außer von der Türkei als Kriegsentschädigung, Geld zu nehmen, befreit und hat Baron Squitti auch seinen, schon mit der bestimmten Ziffer von 30 Millionen rechnenden Antrag zurückgezogen. Die schroffe Ablehnung jeder finanziellen Unterstützung seitens des Königs und der Regierung möchte ich darauf zurückführen, dass man vorläufig noch die Forderung auf territoriale Kompensation durch die Annahme von Geld nicht abschwächen oder aufgeben will. Wenn alle Stricke reissen, wird Montenegro noch immer Zeit haben, an die Mächte um eine Unterstützung heranzutreten und wird sie dann vermutlich auch erhalten. Eine Störung in der naturgemäßen Entwicklung der Dinge könnte der Fall von Skutari bringen. Es hat zwar nicht den Anschein, dass die Stadt und Festung schon am Ende ihrer Verteidigungsmittel wäre und man sollte auch glauben, daß die 20.000 Montenegriner (der König behauptet, es wären 34.000 Mann) nach dem Abzuge der Serben, den Angriff mit Erfolg nicht forcieren könnten. Es fehlt aber hier vollständig die Kenntnis der näheren Umstände, ob noch Geschützmunition und Lebensmittel genügend vorhanden, ob die Serben ihr schweres Artilleriematerial und vielleicht auch die Bedienungsmannschaft zurückgelassen etc., um einen Kalkül über die Wahrscheinlichkeit des Falles anzustellen. Die Angaben, welche der Erbprinz von zahlreichen Überläufern erhalten hat, und welche ich mir telegrafisch einzuberichten erlaubte, würden, wenn sie nicht tendenziös erfunden sind, die Fortsetzung des Widerstandes kaum für längere Zeit als möglich erscheinen lassen. Dieselbe Zuversicht trägt natürlich auch der König zur Schau. Selbst der baldige Abschluß des Präliminarfriedens würde die hiesige Lage kaum direkte und augenblicklich beeinflussen, und man wird sich mit der Alternative zu befassen haben, entweder mit Geduld, vielleicht noch durch Wochen und Monate, auf die Wirkung der Blokade (die aber auch ganz ausbleiben kann) und das Nachgeben des Königs zu warten oder in voller Erkenntnis der Aussichtslosigkeit eines Erfolges zu stärkeren Pressionsmitteln greifen müssen. Giesl.

[1]) Berlin über die Tätigkeit des deutschen Vertreters in Cetinje aufklären.
[a]) Vgl. n. 6666, 6737.

Nr. 6668. Tel. nach London Nr. 324 (1) und Rom Nr. 389 (2), 18. April 1913 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 322 vom 17. l. M. Im Sinne des in der ersten Botschafterréunion am 17. Dezember v. J. gefaßten Beschlusses „les deux Gouvernements d'Autriche-Hongrie et d'Italie sont invités à indiquer leurs vues générales sur l'organisation futur de cet Etat autonome" haben zwischen den Kabinetten von Wien und Rom Besprechungen stattgefunden, als deren Resultat der Euer Exzellenz mit Erlaß

Nr. 1718[b]) vom 16. l. M. mitgeteilte Entwurf eines Statutes für Albanien anzusehen ist. Ich hätte prinzipiell nichts dagegen einzuwenden, daß das Statut für Albanien einer Subkommission zur Ausarbeitung anvertraut werde, möchte aber hiezu die Anregung nicht geben. Meiner Ansicht nach hätte der Tätigkeit einer solchen Subkommission das austro-italienische Projekt zur Basis zu dienen und habe ich auch keine Einwendung gegen die in Euer Exzellenz eingangs citiertem Telegramme erwähnte Zusammensetzung der Kommission, soferne dieselbe durch einen italienischen Vertreter ergänzt wird, was ich für unerläßlich halte.

2. Graf Mensdorff telegraphiert unter dem 17. l. M. wie folgt: ... *wie n. 6657 vom Anfang bis „möglich wäre“* ... Ich telegraphiere hierauf an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1 von „Im Sinne des“ bis zum Schluß.) Euer Exzellenz wollen Marquis di San Giuliano von Vorstehendem Kenntnis geben und mir dessen gegenständliche Auffassung telegraphisch einberichten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6680. — [b]) Mit Erlaß Nr. 1718, 16. April 1913 wurde nach London der Text des zwischen den Kabinetten von Wien und Rom verabredeten albanischen Statuts übermittelt (vgl. n. 6554 zweite Beilage).

Nr. 6669. Tel. nach London Nr. 325 (1), Rom Nr. 391 (2) und Belgrad Nr. 119 (3), 18. April 1913 (chiffr. 19. April 1 U. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

1.—3. Herzog Avarna hat mir gestern von einer Meldung des italienischen Konsuls in Durazzo Mitteilung gemacht, derzufolge die Serben — Militär- und Zivilbeamte — sich in genannter Stadt häuslich einzurichten scheinen und, nach den auf ein Jahr abgeschlossenen Miethsverträgen zu schließen, zumindest mit einer längeren Okkupationsdauer rechnen. Diese Informationen stimmen übrigens auch mit den meinigen überein. Herr Pašić behaupte zwar, so fuhr der italienische Botschafter fort, die serbischerseits in Durazzo getroffenen Verfügungen seien nur temporäre, doch müsse Serbien vor dem Abzuge seiner Truppen Bürgschaften erhalten für die Effektuierung des ihm in Aussicht gestellten wirtschaftlichen Débouchés an die Adria. Dies sei der Zweck der Aufrechterhaltung der Okkupation, der übrigens auch — laut Herrn Pašić — im Friedensvertrage erwähnt sei. Herzog Avarna fügte hinzu, Marquis di San Giuliano finde, daß diese Auffassung der serbischen Regierung, wenn sie ehrlich gemeint sei, zu keinerlei Gegenbemerkungen Anlaß biete. Man müsse Serbien die gewünschte Garantie sobald als möglich geben. Ich vermag dieser Auffassung des italienischen Ministers des Äußern nicht beizupflichten, da ich in dem von den Mächten sanktionierten und der serbischen Regierung mitgeteilten Beschlusse der Londoner Botschafterréunion eine vollauf genügende Garantie für die serbische Regierung erblicke, und bin ich umsoweniger geneigt, einer weiteren Dauer der serbischen Okkupation albanesischen Gebietes zuzustimmen, als das Verlangen nach sofortiger Räumung desselben bereits namens ganz Europas an Serbien ergangen ist. Andererseits hielte auch ich es für nützlich, daß Serbien über die Modalitäten der Durchführung des ihm zu gewährenden wirtschaftlichen Débouchés informirt werde, sobald

diesbezüglich endgiltige Beschlüsse vorliegen werden. Jeder Versuch Serbiens, einen Konnex zwischen der Lösung der Débouchéfrage und der Räumung albanesischen Gebietes herzustellen, wäre aber, meiner Ansicht nach, unbedingt zurückzuweisen.

1. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

2. Euer Exzellenz wollen sich in vorstehendem Sinne Marquis di San Giuliano gegenüber vernehmen lassen.

3. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache nur für den Fall, als Herr Pašić sich in obigem Sinne auch Euer Hochwohlgeboren gegenüber aussprechen sollte.

[a]) Vgl. n. 6679. Berchtold.

Tel. nach London, 18. April 1913 Nr. 326 (chiffr. 19. April 1 U. a. m.). Siehe n. 6664.

Nr. 6670. Erlaß nach London, 18. April 1913 Nr. 1752.[a]) Konz. (S. Berger, Joannovics u. Peter; G. Macchio).

Ich habe den Bericht Euer Exzellenz vom 1. d. M. Nr. 35 erhalten und aus demselben entnommen, daß die kaiserlich russische Regierung in der Frage der Aufhebung beziehungsweise Beschränkung der Kapitulationsrechte in den den Balkanstaaten zufallenden türkischen Gebieten auf der Réunion den Standpunkt vertritt, daß die zedierten Gebiete nicht mehr den bisherigen vertraglichen Verpflichtungen unterliegen werden, sondern daß vielmehr auf diese Gebiete die Verträge des annektierenden Staates eo ipso Anwendung zu finden hätten. I. Diese von Graf Benckendorff in seiner Notiz[b]) enthaltene und mit Verweisen auf die einschlägige Literatur belegte Behauptung ist, vom Standpunkte der Theorie des Völkerrechtes aus betrachtet, zwar richtig, doch ist hiebei der unter Umständen und in praxi ausschlaggebende Faktor außeracht gelassen, daß dieser völkerrechtliche Satz keinen zwingenden, sondern bloß einen dispositiven Charakter besitzt, daß er also nur dann zur Anwendung gelangt, wenn über die Frage der Fortdauer des im neu erworbenen Gebiete bisher in Geltung gestandenen Vertragsregimes aus Anlaß der Gebietserwerbung keine spezielle Norm geschaffen wurde (zum Beispiele Friedensvertrag) oder wenn die Erwerbung vorbehaltslose beziehungsweise stillschweigende Anerkennung gefunden hat. Wenn also die Mächte die Bedingungen des zwischen der Türkei und den übrigen Balkanstaaten zu schließenden Präliminarfriedens formulieren, dann steht ihnen bei eventueller Aufstellung der Forderung, daß die Aufhebung beziehungsweise Beschränkung der Kapitulationsrechte in den an die Alliierten fallenden, vordem türkischen Territorien an den ausdrücklichen Verzicht der berechtigten Mächte gebunden sein soll, der von russischer Seite bezogene Völkerrechtssatz nicht im geringsten entgegen. Die Geschichte kennt übrigens Beispiele, welche zeigen, daß der russischerseits herbeigezogene völkerrechtliche Satz nicht unter allen Umständen bis in seine letzte Consequenz zur Geltung gekommen ist. So kann aus der letzten Zeit das Beispiel Koreas zitiert werden, welcher Staat nach einem siegreichen Kriege von Japan annektiert wurde. Dennoch hat Japan trotz der formellen Aufhebung der zwischen Korea und den fremden Mächten in Geltung

gewesenen Handelsverträge zugestanden, daß das auf diesen Verträgen aufgebaute koreanische Zollregime für die Dauer von zehn Jahren unverändert fortbestehe und nicht durch das japanische ersetzt werde, so daß der fremde Handel in Korea in dieser Beziehung dem japanischen heute noch gleichgestellt ist. Vorstehendes wollen Euer Exzellenz verwerthen, um dem in der russischen Notiz aufgestellten Satze zu begegnen, daß das materielle Vertragsrecht des annektierenden Staates in den annektierten Gebieten unbedingt Anwendung finden müsse. II. Was die praktische Seite der Frage anbelangt, ob die Großmächte die nach dem Vorhergesagten auch nach der Theorie des Völkerrechtes zulässige Forderung aufzustellen haben werden, daß nämlich die Aufhebung beziehungsweise Beschränkung der Kapitulationsrechte an den ausdrücklichen Verzicht der interessierten Staaten gebunden sein soll, so sind die Gründe, welche für unseren Antrag in dieser Hinsicht maßgebend sind, im Folgenden des näheren ausgeführt. Die auf der Balkanhalbinsel eingetretene Umwälzung ist nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich für die europäischen Großmächte von einschneidender Bedeutung. Ein großes Reich, in welchem die Mächte eine besonders privilegirte Stellung eingenommen haben, verliert den größten Teil seines europäischen Besitzstandes, welcher in die Hände der kleinen Balkanstaaten übergeht, deren kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung und Handelsverträge den neuen Verhältnissen gar nicht angepaßt sind, weil sie auf ganz anderen Voraussetzungen beruhen. Die Balkanstaaten erhalten einen im Verhältnisse zu ihrem gegenwärtigen Territorium so beträchtlichen Gebietszuwachs, daß vorauszusehen ist, daß sie ihre Erwerbungen mit ihren eigenen wirtschaftlichen Kräften zunächst nicht werden beherrschen können. Hieraus müßten sich unvermeidlich Nachteile ergeben, wenn die Mächte nicht eingreifen, um die Grundlagen der künftigen Entwicklung nicht bloß im eigenen Interesse, sondern auch in jenem der Balkanstaaten zu schaffen. Es darf nicht außeracht gelassen werden, daß es sich heute nicht mehr um das Schicksal der einen oder anderen türkischen Provinz handelt, an welcher ein Nachbarstaat allein interessirt sein mochte, sondern um die Verteilung eines sehr ansehnlichen Teiles des Besitzstandes eines großen Reiches, in welchem alle Großmächte so wichtige Interessen haben, daß sie berechtigt erscheinen, den Übergang an die neuen Besitzer an gewisse Vorbehalte zu knüpfen, welche diese Interessen wenigstens einigermaßen vor Schaden bewahren sollen. Es hieße mit der bisherigen Haltung der Mächte in den orientalischen Angelegenheiten vollständig brechen, wollte man die Neuordnung der Dinge auf dem Balkan ausschließlich in die Hände der Balkanstaaten geben. Was speziell den wirtschaftlichen Teil der den Mächten in den türkischen Gebieten traktatsmäßig zustehenden Rechte anbelangt, so sind darunter in der Hauptsache das gegenwärtige türkische Wertzoll-System, die sonstige Abgabenfreiheit des fremden Handels, die Steuerfreiheit der Fremden, die Rechte der fremden Schiffahrt und die konsularämtliche Intervention in solchen Angelegenheiten bei Einschreiten der Lokalbehörden gegen fremde Staatsangehörige verstanden. Die Aufrechthaltung dieser Rechte ist nicht als Definitivum, sondern als Provisorium bis zu jenem Zeitpunkte gedacht, in welchem zwischen den Mächten und

den Balkanstaaten neue Vereinbarungen zustande gekommen sein werden, welche die Mächte in den Stand setzen, auf ihre Traktatsrechte ohne wesentliche Schädigung ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen zu verzichten. Ohne diese Vorsorge wären diese Interessen der Willkür der Balkanstaaten vollständig preisgegeben und die Liquidation der europäischen Türkei käme einer Liquidation der wirtschaftlichen Stellung der Mächte auf dem Balkan nahezu gleich. Die im Vorstehenden sub I zusammengefaßten Erwägungen sind dazu bestimmt, der mit dem eingangs bezogenen Berichte vorgelegten russischen Erklärung entgegengehalten zu werden und sind Euer Exzellenz ermächtigt, auf die Notiz des kaiserlich russischen Botschafters sogleich in diesem Sinne zu antworten. Wenn Rußland daraufhin seinen Standpunkt dem unsrigen anpaßt und auch die übrigen in der Botschafterréunion vertretenen Mächte die von Euer Exzellenz am 15. März übergebene Notiz *c)* im wesentlichen annehmen, entfällt die Notwendigkeit einer eingehenderen Begründung unseres Antrages im Sinne der vorstehenden Ausführungen sub II. Sollte die Zustimmung jedoch nicht erfolgen, so müßte unser Standpunkt, wie sub II auseinandergesetzt, in der Botschafterréunion eingehend motivirt werden. Hiebei möchte ich aber vor allem der Unterstützung der kaiserlich deutschen und königlich italienischen Regierung versichert sein und beauftrage daher die k. u. k. Botschafter in Berlin und Rom unter einem, die dortigen Regierungen über unsere Auffassung mit dem Ersuchen zu informiren, dieselbe durch ihre Vertreter in London bei der Botschafterréunion zu unterstützen. Ich werde Euer Exzellenz die gegenständlichen Erklärungen der genannten beiden Regierungen nach Einlangen ungesäumt mitteilen. Bis dahin wollen Euer Exzellenz in die nähere Erörterung der Frage nach Punkt II nicht eingehen.

Bezüglich des übrigen Komplexes unserer Kapitulationsrechte, insoweit sie nicht wirtschaftlicher Natur sind, wozu die Consulargerichtsbarkeit und das Cultusprotectorat gehören, beehre ich mich, Euer Exzellenz vorläufig zu Ihrer persönlichen Information Nachstehendes mitzuteilen: An der Aufrechterhaltung der jurisdiktionellen Kapitulationsrechte sind wir allerdings nicht in dem Maße interessiert, wie an dem Weiterbestande des Kapitulationsregimes in wirtschaftlichen Belangen. Immerhin liegt für uns jedoch kein Anlaß vor, von vornherein auf diesen Komplex von Rechten zu verzichten. Sollte aber im weiteren Verlaufe der Erörterungen der Gedanke auftauchen, zwischen den einzelnen Seiten des Kapitulationsregimes zu differenzieren und sohin die Absicht bestehen, die jurisdiktionellen Kapitulationen fallen zu lassen, so würden unsererseits der Realisierung dieser Intention keine Schwierigkeiten bereitet werden. Bezüglich des Kultusprotektorates möchte ich das Nachstehende bemerken: Unser Protektorat stellt einerseits ein uns gegenüber der Türkei zustehendes Recht, andererseits aber auch eine dem Heiligen Stuhle gegenüber übernommene Verpflichtung dar. Die künftige Gestaltung dieser Frage in den an die siegreichen Balkanstaaten abzutretenden türkischen Gebietsteilen hängt daher nicht ausschließlich davon ab, wie weit wir geneigt sind, Einschränkungen jenes Rechtes zuzugeben, sondern wird vor allem durch die Rücksicht auf unsere der römischen Kurie gegenüber bestehenden Verpflichtungen

bestimmt. Hieraus ergibt sich, daß wir bei der Weiterausübung unseres Kultusprotektorates zwar der geänderten Situation Rechnung tragen, uns jedoch der dem Heiligen Stuhle gegenüber bestehenden Verpflichtungen insolange nicht als enthoben erachten können, als nicht durch ein zwischen dem Vatikan und Serbien beziehungsweise Montenegro zustande gekommenes Übereinkommen für die Wahrung jener moralischen und materiellen Interessen vorgesorgt wird, zu deren Schutz gegenwärtig das Kultusprotektorat besteht. Ein solches spezielles Übereinkommen wird unter allen Umständen notwendig sein, ganz unabhängig von dem prinzipiellen Einverständnis der Mächte über einen nationalen und religiösen Schutz der Minoritäten. Ich bemerke, daß Euer Exzellenz, falls Sie in die Lage kommen sollten, den auf das Kultusprotektorat bezüglichen Teil der vorliegenden Instruktion zu verwerten, auch auf die bekannte Empfindlichkeit Italiens in dieser Frage Rücksicht zu nehmen und jede auf die Ausübung des Kultusschutzes in dem künftigen Albanien selbst bezügliche Äußerung, welche einen Widerspruch Ihres italienischen Kollegen hervorrufen müßte, zu vermeiden hätten.

[a]) Vgl. n. 6665, 6762. — [b]) Vgl. n. 6408 zweite Beilage. — [c]) Vgl. n. 6408 erste Beilage.

Tel. nach Paris, 18. April 1913 Nr. 235 (chiffr. 19. April 1 U. a. m.). Siehe n. 6664.

Tel. nach Rom, 18. April 1913 Nr. 389 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 6668.

Nr. 6671. Tel. nach Rom, 18. April 1913 Nr. 390 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).

Laut Mittheilung Herzog Avarnas hat Marquis Imperiali kürzlich seiner Regierung über die Frage der südalbanesischen Grenze im nachstehenden Sinne berichtet: „Die Annahme der durch das Kap Kefali laufenden Grenzlinie sei italienischerseits auszuschließen, da ein Nachgeben gegenüber den einschlägigen Wünschen Frankreichs und Deutschlands das Prestige Italiens bei den Albanesen in eclatanter Weise beeinträchtigen würde. Falls Österreich-Ungarn Italien unterstütze, sei zu erwarten, daß das Berliner Kabinet nachgeben werde. Italien hätte die von Pagania ausgehende Grenzlinie zu vertreten, welche im äußersten Falle nach dem Kap Stylos verlegt werden könnte, falls dies in Wien acceptirt werden sollte. Aus Äußerungen Herrn Pichons zu Herrn Tittoni gehe hervor, daß Frankreich einen solchen Vermittlungsvorschlag annehmen würde, während Italien, wie erwähnt, die Kap Kefali-Linie nicht adoptiren dürfe, da dies mit der Überantwortung des ganzen Kanals von Korfu an die Griechen gleichbedeutend wäre. Falls hingegen Frankreich obigem Vermittlungsvorschlage zustimme, glaubt Marquis Imperiali nicht, daß weitere Hindernisse seitens Rußlands oder Englands zu gewärtigen stünden. Jedenfalls sei es von Wichtigkeit, daß die südalbanesische Grenzangelegenheit nicht in die Länge gezogen werde, da bei Fortdauer der griechischen Okkupation die Räumung erschwert, den griechischen Intriguen bei der Bevölkerung Vorschub geleistet und der Friedensschluß verzögert würde. Es müßte daher raschestens ein Beschluß der Mächte und dessen Notification an Griechenland erzielt

werden. Bezüglich der Südostgrenze meint Marquis Imperiali, daß die Annahme des Projektes Sektionschef Ippens, welches die ethnische Scheidung in gerechter Weise zur Anwendung bringe, im Interesse des inneren Friedens gelegen sei. Der königlich italienische Botschafter teile schließlich die Ansicht, daß an der Zugehörigkeit Korčas zu Albanien unbedingt festgehalten werden müsse und diesbezüglich auf keine Transaktion eingegangen werden könne." Herzog Avarna fügte vorstehender Mittheilung auftraggemäß die Anfrage bei, ob ich damit einverstanden sei, daß, im Falle das definitive Gutachten des italienischen Generalstabes der italienischen Regierung ein weiteres Entgegenkommen gestatten sollte, die Verhandlungen ihren Ausgang von der Linie Pagania zu nehmen und äußersten Falles auf Kap Stylos zurückzugehen hätten. In meiner Erwiderung habe ich dem Botschafter bemerkt, meinerseits gleichfalls diese gutächtliche Äußerung unseres Generalstabes diesfalls einholen zu müssen. Bisher habe sich derselbe jeder Konzession an Griechenland im Bereiche des Kanals von Korfu abgeneigt gezeigt und betont, daß im Falle der Annahme der Kalamas-Linie die den Griechen zufallende Strecke der Kanalküste unbedingt neutralisiert und die Errichtung von Befestigungen daselbst untersagt werden müsse. Ich habe seit vorstehender Besprechung mit Herzog Avarna Gelegenheit gefunden, den Chef des Generalstabes über die Bedeutung der eventuellen Festsetzung der Grenzlinie ausgehend vom Cap Stylos vom Standpunkte der Interessen der Marine zu befragen. Der Genannte hegt das Bedenken, daß durch den Besitz dieses Caps Griechenland die Möglichkeit geboten würde, den südlich von der durch das genannte Cap und das gegenüberliegende Kerkyra gebildeten Enge gelegenen Theil des Canals von Korfu zu einer erstklassigen Flottenbasis auszugestalten. Ich ersuche Euer Exzellenz, von Vorstehendem dem Marchese di San Giuliano Mittheilung zu machen und daran die Frage zu knüpfen, welche definitive gegenständliche Äußerung der italienische Generalstab abgegeben hat und zu welchen Schlußfolgerungen die königliche Regierung gelangt ist. Berchtold.

a) Vgl. n. 6638, 6681, 6687, 6700, 6717.

Tel. nach Rom, 18. April 1913 Nr. 391 (chiffr. 19. April 1 U. a. m.). Siehe n. 6669.

Tel. nach Rom, 18. April 1913 Nr. 393 (chiffr. 19. April 1 U. a. m.). Siehe n. 6664.

Nr. 6672. Tel. nach Rom, 18. April 1913 Nr. 395 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Rappaport; G. Berchtold).

Laut Meldung des k. und k. Konsulates Valona wurde am 2. d. an der Vojussa-Mündung von dem österreichischen Dampfer „Liburnia" eine aus dem hiesigen Journalisten Sieberth und acht Albanesen (darunter mehrere ehemalige türkische Offiziere) bestehende Gesellschaft ans Land gesetzt. Die Genannten begaben sich nach Valona, wo ihr Erscheinen großes Aufsehen erregte und zur Proklamierung des Belagerungszustandes führte. Sie erklärten, im Auftrage Seiner k. und k. Hoheit des Herrn Erzherzogs Franz

Ferdinand gekommen zu sein, um den Albanesen zu sagen, daß man in Wien wünsche, es möge eine albanische Deputation anher entsendet werden, um sich nach einem geeigneten Kandidaten für den albanesischen Thron umzusehen, wobei man ihnen den Herzog von Urach namhaft machen würde. Ich wisse angeblich von diesem Projekte und sei damit einverstanden. Der Stellvertreter Ismail Kemal Beys, Muhfid Bey Libochova, hat sich der Agitation der genannten Reisenden gegenüber sehr reserviert verhalten und mit Recht daran Zweifel geäußert, daß ein einseitiger Schritt in Wien opportun erscheint. Auch Konsul Lejhanec hat eine vorsichtige Haltung eingenommen und auf seinen italienischen Kollegen beruhigend eingewirkt. Um Anfragen der italienischen Regierung zuvorzukommen, beziehungsweise eventuellen Preßangriffen im vorhinein die Spitze abzubrechen, lasse ich in der politischen Korrespondenz ein Communiqué erscheinen, daß die k. und k. Regierung diesem Unternehmen gänzlich fernesteht und die Bethätigung der in Rede stehenden Reisegesellschaft ihren Intentionen vollkommen zuwiderläuft. Dieses Communiqué wird nach Rom telegraphisch weitergegeben werden. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich Marquis di San Giuliano gegenüber in analogem Sinne auszusprechen.

[a]) Vgl. n. 6961.

Erlaß nach Rom, 18. April 1913 Nr. 1754. Siehe n. 6665.

*Nr. **6673**. Tel. aus Rom, 18. April 1913 Nr. 222 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.*

Laut einem der Consulta zugekommenen Telegramme des Botschafters in Konstantinopel hätte Grossvezier die Absicht, angesichts der zunehmenden Bewegung in Syrien die Entsendung von Kriegsschiffen der Mächte dorthin anzuregen. Minister des Äussern vermutet, dass man hiemit türkischerseits einer isolierten Aktion Frankreichs vorbeugen will. Er besorgt aber den entgegengesetzten Effekt, da es Frankreich gelingen könnte, zum Beispiel durch eine besonders starke Beteiligung an einer solchen Flottendemonstration sich eine führende Rolle zu verschaffen. Marquis Garroni erhielt daher Auftrag, dem Grossvezier zu raten, jene Idee aufzugeben. Mérey.

*Nr. **6674**. Tel. aus Rom, 18. April 1913 Nr. 223 (eing. 7 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Abgrenzung Albaniens. Minister des Äußern stimmt der in den Beilagen des hohen Erlasses vom 13. d. M. Nr. 1657[b]) skizzierten Grenzlinie zu und hat den Botschafter in London entsprechend instruiert. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6710 Anm. b. — [b]) Mit Erl. Nr. 1657, 13. April 1913 wurde ein Bericht Mensdorffs vom 7. April (Nr. 37 C) mit einem Elaborate des Sektionschefs Ippen über die Süd- und Südostgrenze Albaniens unter besonderer Berücksichtigung der kutzowalachischen Desiderata nach Rom übermittelt.

Tel. nach St. Petersburg, 18. April 1913 Nr. 291 (chiffr. 19. April 1 U. a. m.). Siehe n. 6664.

Nr. 6675. Tel. nach Sofia, 18. April 1913 Nr. 198 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Pogatscher; G. Berchtold).

Zu Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 351 von gestern und Fortsetzung meines Telegrammes von heute Nr. 197.[b] Euer Hochgeboren wollen dem Herrn Konseilspräsidenten à titre personnel noch folgendes mitteilen. Die von der St. Petersburger Réunion angenommene, Bulgarien gewidmete Erklärung ist zwar nicht in der von uns proponierten Fassung zustande gekommen (mein Telegramm Nr. 189 vom 14. d. M.); immerhin wurde aber dem uns vorschwebenden Gedanken insoweit Rechnung getragen, als in den Réunionsbeschluß eine Phrase aufgenommen werden wird, in welcher die Mächte Bulgarien ihre Anerkennung und Erkenntlichkeit aussprechen, dafür, daß dieses durch seine konziliante Haltung das Gelingen der Mediationsaktion ermöglicht hat; Bulgarien verdiene, daß die Mächte ihm hiefür Dank wissen. Wenn auch diese Formel nicht demjenigen entspricht, was wir angestrebt haben, so erscheint sie uns doch für Bulgarien nicht ohne Werth und haben wir derselben zugestimmt, um den Abschluß der Mediationsaktion, der auch im Interesse Bulgariens liegt, nicht weiter zu verzögern. Dem Wunsche der königlich bulgarischen Regierung entsprechend, wird die Veröffentlichung des Réunionsbeschlusses erst nach dem Friedensschluß erfolgen, ein Ereignis, welches wir uns sehr balde erhoffen. Bei diesem Anlasse können wir nur neuerlich betonen, daß es uns im Interesse Bulgariens überaus wünschenswert erscheint, für die Anbahnung engerer Beziehungen zu Rumänien keine Zeit zu verlieren und die bezügliche Konversation mit Bukarest je früher zu beginnen. Aus den Euer Hochgeboren bereits bekannten Äußerungen Herrn Majorescos geht auch hervor, daß das Bukarester Kabinett zur Einleitung dieser Konversation nur den Anwurf der Sofioter Regierung erwartet. Euer Hochgeboren sind ermächtigt, sich zu Herrn Dobrović im Sinne des Vorstehenden sowie Ihrer letzten Unterredungen mit Herrn Geschoff streng vertraulich zu äußern. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6684. — [b] Mit Tel. Nr. 197, 18. April 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 6656 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 6676. Tel. aus Sofia, 18. April 1913 Nr. 355 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Konseilspräsident sagte mir, er habe von Athen und Cetinje Antworten bezüglich Mediation erhalten, die günstig seien. Griechenland hätte Forderung Abtretung sämtlicher Inseln fallen gelassen und behielte sich nur vor, Frage der Inseln und Südgrenze Albaniens mit Großmächten zu diskutieren. Auf diese Weise existieren diese Fragen zwischen Türkei und Alliierten nicht mehr, nur zwischen Griechenland und Mächten. Montenegro habe griechischen Text Antwort akzeptiert. Von Serbien hätte Herr Geschoff noch keine Antwort; es scheine, daß Serbien Anerkennung des Prinzipes Kriegsentschädigung verlangen werde. Damit diese Forderung Serbiens Frieden nicht verzögere, könnten vielleicht Mächte, wenn nicht Anspruch der Verbündeten auf Kriegsentschädigung als solche, so doch ihre Ansprüche auf Entschädigung aus speziellen Gründen prinzipiell anerkennen. England hätte bereits anerkannt, daß Verbündete berechtigt, Indemnität für Kosten

der Erhaltung der Kriegsgefangenen zu verlangen. Es wären auch andere spezielle Gründe, aus welchen Entschädigung gefordert werden könnte.

[a]) Vgl. n. 6683. Tarnowski.

Nr. 6677. Tel. aus Sofia, 18. April 1913 Nr. 356 (eing. 19. April 1 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 351 von heute[a]) über Unterredung mit Herrn Geschoff. Da ich nicht ganz sicher war, daß Konseilspräsident Sinn meiner Eröffnungen vollkommen erfaßt und sich eingeprägt hat, habe ich ihn heute besucht und gestriges Gespräch wieder angeknüpft. Ich hatte Recht, da mir Herr Geschoff gleich sagte, daß König Ferdinand, der übermorgen nach Sofia zurückkehren sollte, seine Rückkehr verschob und er, Konseilspräsident, Seiner Majestät brieflich berichten müsse und in Verlegenheit sei, da ihm Gedankengang meiner Mitteilung nicht ganz erinnerlich. Ich habe Sinn hohen Telegrammes Nr. 193 vom 17. d. Mts. genau wiederholt und dasselbe zum Teile vorgelesen. Es war mir speziell darum zu tun, daß Ministerpräsident den Passus dieses Telegrammes: „Soviel können wir ... am Balkan stehen" nicht mißverstehe und falsch dahin interpretiere, als ob wir Bulgarien in Krieg mit Serbien und Griechenland treiben wollten, da durch einen solchen Eindruck Herrn Geschoffs Vertrauen in unsere Absichten nur erschüttert wäre. Konseilspräsident verstand, „qu'il ne s'agit pas que la Bulgarie fasse la guerre aux Grecs et Serbes, mais qu'elle prenne une attitude déterminée ou même comminatoire ce qui rendra possible d'éviter une guerre". Ich betonte, welch' ein bedeutsames Zeichen Euer Exzellenz persönlichen Vertrauens zu Herrn Geschoff in dieser konfidentiellen Mitteilung Euer Exzellenz Auffassung enthalten sei. Konseilspräsident solle nicht vergessen, daß es nur zu seiner persönlichen Information bestimmt und er nur König allein davon Kenntnis geben dürfe. Bezüglich Schaffung günstiger Stimmung für Bulgarien in Berlin habe ich auf diesfällige Bemühungen Euer Exzellenz und darauf, daß, was in dieser Hinsicht erreicht wurde, Bulgarien nur Hochdenselben zu verdanken habe, sehr appuyiert und betont, daß eine spontane Courtoisie König Ferdinands erwünscht wäre. Herr Geschoff (erwiderte, er)[b]) sei für diesen Rat sehr dankbar, zweifle nicht, daß König gute Idee, wie diese zu machen wäre, haben wird und versprach sich davon günstige Wirkung. Ich lenkte auch Gespräch auf rumänische Frage und Herr Geschoff wiederholte Versicherung, „que le gouvernement bulgare est décidé de chercher un rapprochement avec la Roumanie, et qu'il attend seulement la fin de la conférence de Pétersbourg pour entamer conversation avec le Cabinet de Bucarest". Tarnowski.

[a]) n. 6662, am 18. April 3 U. 30 M. a. m. aufgegeben. — [b]) Chiffres fehlen.

Nr. 6678. Tel. aus Paris, 19. April 1913 Nr. 80 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Am Auswärtigen Amte zeigt man sich über die Differenzen unter den Alliierten betreffs der Aufteilung der eroberten Gebiete eher besorgt und befürchtet akute Konflikte nach Abschluss des Friedens mit der Türkei. Herr Paléologue vertrat die Ansicht, dass die Mächte in diesem Falle am

besten täten, sich jeder Einmischung zu enthalten. Meiner Bemerkung, die Vorbedingung einer solchen neutralen Haltung wäre, dass die Balkanstaaten die Entscheidung der Mächte bezüglich Albaniens, Grenzen und so weiter unbedingt respektieren, stimmte er bei. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 6726, 6776.

Nr. 6679. Tel. aus Rom, 19. April 1913 Nr. 224 (eing. 20. April 3 U. a. m.). Entziff.

Ich habe mich heute dem Minister des Äußern gegenüber in dem mir durch das hohe Telegramm vom 18. d. Mts. Nr. 391 anbefohlenen Sinne hinsichtlich der Räumung Albaniens durch die serbischen Truppen ausgesprochen. Anfangs wollte Marquis di San Giuliano den serbischen Standpunkt verteidigen, wonach der seinerzeitige Beschluß der Londoner Botschafterreunion über das wirtschaftliche Debouché an der Adria in seiner Unbestimmtheit keine genügenden Garantien für Serbien biete. Schließlich gab aber der Minister zu, daß detailliertere Vereinbarungen über die Adria-Bahn und den Hafen noch geraume Zeit beanspruchen dürften und daß daher Serbien früher Albanien räumen müßte. In letzterer Beziehung ist der Minister eher optimistisch und meint, so wie hinsichtlich Skutaris der Abzug der Serben den Mächten zu Hilfe gekommen sei, so werde vielleicht die serbisch-bulgarische Spannung, die Evakuation Albaniens durch die serbischen Truppen beschleunigen. Mérey.

Nr. 6680. Tel. aus Rom, 19. April 1913 Nr. 226 (eing. 20. April 3 U. a. m.). Entziff.

Statut Albaniens. Minister des Äußern stimmt der mit dem hohen Telegramme vom 18. d. Mts. Nr. 389 mir bekanntgegebenen Anschauung Euer Exzellenz bezüglich der Beratung des albanesischen Statuts durch eine Subkommission, sowie hinsichtlich des Substrates und der Zusammensetzung derselben in allen Punkten zu. Mérey.

Nr. 6681. Tel. aus Rom, 19. April 1913 Nr. 227 (eing. 20. April 3 U. a. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramm vom 18. d. Mts. Nr. 390. Delimitation Albaniens. Der Generalstab des Heeres möchte nach wie vor an der Kalamaslinie festhalten, äußersten Falles aber als Ausgangspunkt an der Küste die Punta Ftelia (nördlich der Bucht von Kalaito) konzedieren, keinesfalls aber das Kap Stylos. Vom Generalstab der Marine steht die Äußerung noch aus. Nach deren Einlangen wird hiesige Regierung über eine Kompromißlinie schlüssig werden. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6699, 6710 Anm. b, 6717.

Nr. 6682. Tel. nach St. Petersburg, 19. April 1913 Nr. 293 (chiffr. 9 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 162 vom 17. d. M. Mit dem von Euer Exzellenz mit Bericht Nr. 17[b]) vom 17. d. M. vorgelegten Text

des Beschlusses der dortigen Botschafterréunion bin ich einverstanden und ermächtige Hochdieselben, in der nächsten Réunion die Zustimmung der k. und k. Regierung zu dieser definitiven Formulierung zu erklären.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6766. — [b]) Mit Bericht Nr. 17 vom 17. April 1913 (eing. 19. April) wurde nur der Wortlaut der ohnehin durch die vorangegangenen Telegramme bekannten Beschlüsse der Petersburger Botschafter-Réunion gemeldet.

Nr. 6683. Tel. aus Sofia, 19. April 1913 Nr. 357 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 355 von gestern. Konseilspräsident sagte mir heute, er wird Antwort betreffend Mediation morgen Früh erteilen. Er sei Ansicht, dass Großmächte auf Antwort der Alliierten nicht mehr antworten, sondern ohne weiters Entscheidung treffen sollten. Herr Geschoff sprach denselben Wunsch auch meinen Kollegen aus und hofft dadurch zu erreichen, que la question sera tranchée définitivement par l'entremise de la réunion des ambassadeurs lundi prochain. Il ne s'agit plus que de l'indemnité et d'après les informations, arrivées de Londres et Berlin, on serait là aussi devenu plus conciliant à ce sujet. Quant aux îles et frontière méridionale albanaise ces questions seront discutées ultérieurement entre les Puissances et la Grèce ce qui n'empêche pas que la paix soit conclue avant.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6691, 6701.

Nr. 6684. Tel. aus Sofia, 19. April 1913 Nr. 358 (eing. 20. April 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 198 vom 19. d. M. mit Message an Herrn Geschoff in rumänischer Frage erhalten. Anläßlich heutiger Unterredung mit Konseilspräsidenten habe ich im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 197[b]) vom 18. d. M. Äusserung Herrn Majorescos an Prinzen Fürstenberg erwähnt und bemerkt, aus derselben ginge hervor, dass man sich in Bukarest über Schweigen bulgarischer Regierung zu wundern anfange. Ich habe Herrn Geschoff seine kunktatorische Politik vorgehalten, worauf er mir sagte, Herr Kalinkoff hätte bereits dieser Tage Instruktion erhalten, rumänischem Ministerpräsidenten mitzuteilen, dass bulgarische Regierung in Verhandlungen mit Rumänien eintreten wolle, dies jedoch vor Bekanntmachung des Resultates Petersburger Konferenz nicht tun könne. „J'ai fait dire à Monsieur Majoresco ce que je vous ai dit", meinte Mitredner. Zu dem dann à titre personel, ihm von mir mitgeteilten Inhalt eingangs bezogenen hohen Telegrammes bemerkte Konseilspräsident, „que la phrase de reconnaissance que les Puissances adresseraient à la Bulgarie valait mieux que rien, mais qu'en vérité elle était peu substantielle et n'engage nullement les Puissances. Il faudra une compensation sérieuse de la part de la Roumanie pour le sacrifice que fera la Bulgarie, autrement l'assemblée nationale et l'opinion publique se révolteraient contre la cession de Silistrie." Ich fragte Herrn Geschoff, an welche Kompensationen er denke, damit ich von einem eventuellen neuen Wunsch Geschoffs Euer Exzellenz gleich verständige. Konseilspräsident antwortete, er habe keine neuen Prä-

tensionen, müsse aber erwarten, dass Rumänien die materiellen Wünsche Bulgariens, wie Donaubrücke und Entschädigung an auswandernde Bulgaren (Anleihe käme nicht in Betracht), voll befriedige und außerdem, was das Wichtigste sei, sich in politischer Hinsicht entgegenkommend zeige. „J'ai rapporté tout cela au Comte Berchtold," erwiderte ich, „et d'après ce qui vous m'avez dit, j'ai remarqué aussi que vous ne vous contentez probablement pàs d'un engagement de neutralité de la part de la Roumanie, mais que vous demanderiez une convention secrète." „Quel genre d'arrangement nous proposerons à la Roumanie, il est encore impossible de prévoir," antwortete Herr Geschoff. „Cela dépendra des évènements et des circonstances, mais dans tous les cas nous comptons que la Roumanie nous donne satisfaction sur ce point." Konseilspräsident fragte mit Insistenz, ob ich ihm vollen Inhalt Petersburger Beschlusses nicht bekanntgeben könnte, damit er endlich erfahre, was Bulgarien abzutreten haben werde. Ich erwiderte, dass ich ausser dem, was ich Geschoff eröffnet, nichts und überhaupt nicht wüsste, ob ganze Frage schon gelöst. Er bat sehr, dass ich mir, wenn möglich, diese Information verschaffe und ihm bekanntgebe. Ich glaube, der hauptsächlichste Grund, warum bulgarische Regierung entscheidenden Schritt zur Annäherung an Rumänien hinausschiebe, ist neben allgemeiner Abneigung russophiler Regierung gegen solche von uns gewissermaßen patronisierte Politik der Umstand, dass dadurch Unmöglichkeit gütlichen Ausgleiches mit Verbündeten offen anerkannt wäre und Balkanbund Todesstoss erhielte. Konseilspräsident hat mir gesagt (vide mein Telegramm Nr. 351 vom 18. d. M.), er wolle alles versuchen, um sich mit Serbien und Griechenland zu verständigen. Ich habe sichere Anzeichen dafür, dass man sich hier in Regierungs- und Hofkreisen nicht nur Lächerlichkeit, die Bulgarien zusammen mit übrigen Balkanstaaten im Falle Krieges unter Verbündeten auf sich laden würde, bewusst ist, sondern, dass man abgesehen von Sorge wegen neuer ökonomischer Kalamitäten für erschöpftes Land, auch rein militärisch Krieg gegen Serben und Griechen, deren Armeen relativ frisch und nicht dezimiert, sich gar nicht leicht vorstellt. Man ist hier sehr präokkupiert und größte Deprimierung herrscht unter Russophilen wegen der durch eventuellen serbisch-bulgarischen Krieg dem Panslavismus drohenden Schlappe. Lage der Regierung und des Königs zwischen Alternative Krieg oder Nachgeben Griechen und speziell Serben gegenüber, was hiesige öffentliche Meinung nicht dulden würde, äusserst schwierig. Für uns ist Situation günstig, für Russland unerfreulich. So unwahrscheinlich Verständigung zwischen Verbündeten erscheint, in der Weise, dass alle halbwegs zufrieden, bin ich doch, solange gütliche Ausgleiche versucht werden, nicht ganz ruhig. Ein Ausgleich würde unsere Chancen sofort verderben. Nur notgedrungen und unter Zwangsumständen werden sich König und Regierung entschließen, Richtung einzuschlagen, in der wir hiesige Politik sehen möchten. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6732, 6733, 6770, 6901. — [b]) Vgl. n. 6675 Anm. b.

Tel. nach Belgrad, 20. April 1913 Nr. 122 (chiffr. 11 U. 5 M. p. m.). Siehe n. 6685.

Nr. 6685. Tel. nach Berlin Nr. 312 (1), Rom Nr. 397 (2), St. Petersburg Nr. 296 (3), Paris Nr. 238 (4), London Nr. 329 (5), Cetinje Nr. 103 (6) und Belgrad Nr. 122 (7), 20. April 1913 (chiffr. 11 U. 5 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Berchtold).

1.—7. Ich beauftrage Kontreadmiral Njegovan telegrafisch, im Admiralsrathe anzuregen, daß festgestellt werde, ob gegenwärtig die Einschließung von Skutari wirklich noch eine vollständige sei und ob nicht ein Ravitaillement der Stadt möglich wäre.

1.—5. u. 7. Gleichzeitig beauftrage ich den k. und k. Gesandten in Cetinje, vorstehender Frage ebenfalls seine Aufmerksamkeit zu widmen.

6. Euer Hochwohlgeboren wollen vorstehender Frage ebenfalls Ihre Aufmerksamkeit widmen.

1.—5. Ich ersuche Euer Exzellenz Vorstehendes zur Kenntnis der dortigen Regierung zu bringen

1.—2., 4. u. 5. und die Ertheilung analoger Weisungen an deren Schiffskommandanten erbitten.

3. und zu bemerken, daß ich die Kabinete der an der Flottendemonstration betheiligten Mächte um Ertheilung analoger Weisungen an ihre Schiffskommandanten ersuchen lasse.

6. u. 7. Ich lasse die Kabinete der an der Flottendemonstration betheiligten Mächte ersuchen, ihren Schiffskommandanten analoge Weisungen zukommen zu lassen.

1.—6. Nachdem serbischerseits die Belagerung von Skutari aufgehoben wurde, bin ich der Ansicht, daß die Belgrader Regierung General Bojović den Auftrag ertheilen sollte, über ein allfälliges Ersuchen des internationalen Geschwaders dem Ravitaillement der Stadt auf seiner Seite keine Hindernisse entgegenzustellen. Ich beauftrage daher Herrn von Ugron, sich bei Herrn Pašić für die Ertheilung eines diesbezüglichen Auftrages an den serbischen Oberkommandanten zu verwenden

1.—5. und ersuche Euer Exzellenz, bei der dortigen Regierung die Ertheilung eines analogen Auftrages an ihren Vertreter in Belgrad zu erwirken.

3. Durch diese Demarche trage ich der in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 165[b] vom 19. d. M. wiedergegebenen Gedanken Herrn Neratows Rechnung.

6. und ersuche die Kabinete von Berlin, Rom, St. Petersburg, Paris und London um Ertheilung analoger Aufträge an ihre Vertreter in Belgrad. Vorstehendes vorläufig zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Information.

7. (Inseratur aus Telegramm 1.—6. von „Nachdem“ bis „entgegenzustellen.“) Ich ersuche daher Euer Hochwohlgeboren, sich bei Herrn Pašić für die Ertheilung eines diesbezüglichen Befehles an den serbischen Oberkommandanten zu verwenden. Gleichzeitig erbitte ich mir von den

Kabineten von Berlin, Rom, St. Petersburg, Paris und London die Ertheilung analoger Aufträge an ihre Vertreter in Belgrad. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 230 Nr. 444. Vgl. n. 6698. — [b]) Mit Tel. Nr. 165, 19. April 1913 (eing. 20. April 6 U. a. m.) berichtete Thurn über eine Unterredung mit Neratow, worin dieser bemerkte, daß jede Anwendung von Gewalt gegen Montenegro in Rußland unsympathisch und daß es daher nötig sei, zu einer solchen nicht ohne die äußerste Notwendigkeit und nicht vor Erschöpfung aller anderen Mittel zu schreiten. Könne man Skutari verpflegen, dann liege nach Neratows Ansicht keine Gefahr vor, daß die nach dem Abzuge der Serben allein auf sich angewiesenen Montenegriner die Stadt nehmen könnten.

Tel. nach Cetinje, 20. April 1913 Nr. 103 (chiffr. 11 U. 5 M. p. m.). Siehe n. 6685.

Tel. nach London, 20. April 1913 Nr. 329 (chiffr. 11 U. 5 M. p. m.). Siehe n. 6685.

Tel. nach London, 20. April 1913 Nr. 330 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6687.

Tel. nach Paris, 20. April 1913 Nr. 238 (chiffr. 11 U. 5 M. p. m.). Siehe n. 6685.

Nr. 6686. Tel. aus Paris, 20. April 1913 Nr. 81 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Habe im Sinne des Telegrammes Euer Exzellenz Nr. 235 von gestern mit Herrn Pichon gesprochen. Derselbe zeigte mir verschiedene Telegramme, darunter eines von Herrn Dumaine, laut welchem König von Montenegro Belagerung von Skutari aufgebe. Unter diesen Umständen seien neue Pressionsmittel wohl nicht mehr nötig. Unter Hinweis auf Unverläßlichkeit der Zusagen des Königs Nikolaus insistierte ich auf Erteilung gewünschter Instruktionen an französischen Kommandanten vor Antivari. Herrn Pichon sagte mir, derselbe habe Auftrag, sich der Vorgangsweise des englischen Admirals anzuschließen. Sollte Admiralsrat weitere Pression, auch Landung von Detachements, für nötig halten, so sei französischer Kommandant schon jetzt ermächtigt, einem solchen Projekt zuzustimmen. Minister wird für alle Fälle in diesem Sinne an französischen Kommandanten telegraphieren. Szécsen.

[a]) Oe. U. Balkan 230 Nr. 443. Vgl. n. 6692.

Tel. nach Rom, 20. April 1913 Nr. 397 (chiffr. 11 U. 5 M. p. m.). Siehe n. 6685.

Nr. 6687. Tel. nach Rom Nr. 398 (1) und London Nr. 330 (2), 20. April 1913 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1—2. Herzog Avarna richtete heute auftraggemäß die Frage an mich, ob ich damit einverstanden wäre, daß die Vertreter Österreich-Ungarns und Italiens beauftragt würden, in den geplanten Kompromißvorschlag bezüglich der Südgrenze Albaniens auch die Bestimmung aufzunehmen, daß Griechenland ausdrücklich auf die Rechte zu verzichten habe, welche es auf die Insel Sasseno zu besitzen glaube. Ich habe diese Anfrage bejaht und ersuche

1. unter einem Grafen Mensdorff
2. Euer Exzellenz

1. u. 2. diesbezüglich im Einvernehmen mit Marquis Imperiali vorzugehen.

1. Vorstehendes zur Regelung Euer Exzellenz Sprache gegenüber dem Herrn königlich italienischen Minister des Äußern. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6671.

Tel. nach St. Petersburg, 20. April 1913 Nr. 296 (chiffr. 11 U. 5 M. p. m.). Siehe n. 6685.

Nr. 6688. Tel. aus Sofia, 20. April 1913 Nr. 359 (eing. 7 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Seine Majestät der König ist mit Königin und Thronfolger heute aus Thrazien Sofia zurückgekehrt. Dobrovič, den soeben sprach, sagte mir, Rückkehr sei wegen Erkrankung des Thronfolgers (Masern) beschleunigt. Im Verlaufe kurzen Gespräches bemerkte Dobrovič, Situation hätte sich sehr zugespitzt: Griechenland und Serbien rüsten gegen Bulgarien. Militärische Vorbereitungen der Serben gestatten keinen Zweifel, daß sie einen Krieg nicht scheuen oder sogar einen hervorrufen wollen. Ob [er] sich jetzt vermeiden lassen werde, sei unsicher, jedenfalls wäre Auskommen mit Serben unmöglich und es werde dazu kommen müssen, daß sich Bulgarien mit Österreich-Ungarn verständige und Serbien teile. Dieses Volk müsse verschwinden, sonst werde es keine Ruhe geben. Herr Dobrovič habe bereits Herrn Geschoff gesehen, der ihm über interessante Mitteilungen, die er von mir kürzlich erhalten, gesprochen. Dobrovič hätte schon darüber König kurz berichtet und Seine Majestät habe zuerst Absicht ausgesprochen, mich gleich unauffällig zu empfangen, dann aber habe König bemerkt, daß diese Audienz jetzt wegen ansteckender Krankheit des Prinzen Boris unmöglich und daß Dobrovič sich bei mir genau informieren und König berichten solle. Dobrovič stellte mir seinen Besuch für morgen in Aussicht. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6712, 6713.

Nr. 6689. Tel. aus Berlin, 21. April 1913 Nr. 200 (eing. 10 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Antwort auf Erlaß Nr. 1753 vom 18. d. M. betreffend Kapitulationsregime. Staatssekretär bittet mich, zu melden, daß er mit den sub I und II zusammengefaßten Erklärungen ganz einverstanden sei und Euer Exzellenz Wunsch entsprechend deutschen Botschafter in London beauftragt hat, die gegenständlichen Erklärungen Grafen Mensdorffs zu unterstützen. Szögyény.

Nr. 6690. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. April 1913 Nr. 213 (eing. 10 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Großvezier sagte mir, daß die beiderseitigen Armeekommandanten an der Tschataldschalinie morgen oder übermorgen wegen eventueller Verlängerung der Waffenruhe in Berührung kommen werden; letztere läuft bekanntlich übermorgen ab. Stillschweigende Verlängerung war nicht vor-

gesehen, Mahmud Schefket Pascha zweifelt jedoch nicht, daß man sich diesfalls einigen wird. Gleichzeitig teilte mir Großvezier mit, daß von den in Deutschland bestellten Geschützen 36 Stück 15 cm Haubitzen morgen eintreffen sollen. Ende der Woche werden sie schon in Position gestellt sein, so daß dann seiner Ansicht nach türkische Stellung an der Tschataldscha stark geng wäre, um sich gegen einen eventuellen Angriff zu verteidigen.

Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 233 Nr. 451.

*Nr. **6691**. Tel. nach London, 21. April 1913 Nr. 332 (chiffr. 11 U. a. m.). Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).*

Graf Tarnowski telegrafirt unterm 19. d. wie folgt: ... *wie n. 6683 in extenso* ... Sollte wider Erwarten auf der Réunion die Idee einer Discussion mit Griechenland über die Inselfrage oder die südalbanische Grenzfrage auftauchen, ersuche ich Euer Exzellenz hiegegen selbstverständlich Stellung zu nehmen. Was die Kriegsentschädigung betrifft, so hätten Euer Exzellenz bezüglich Ihrer Stellungnahme den Umstand in Betracht zu ziehen, dass wir in einem frühern Stadium der Verhandlungen bereits einen den Wünschen der Verbündeten bis zu einem gewissen Grade entgegenkommenden Standpunkt eingenommen hatten. Sollte daher die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 301 vom 11. d. wiedergegebene Formel Herrn Cambons oder eine ähnlich redigierte Resolution noch von einer oder mehreren andern Mächten unterstützt werden, so wollen auch Euer Exzellenz für deren Annahme eintreten.

Berchtold.

*Nr. **6692**. Tel. nach London, 21. April 1913 Nr. 335 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Nemes).*

Bezug auf mein Telegramm Nr. 326 vom 18. l. M. Graf Szécsen telegraphiert unterm 20. d. M. wie folgt: ... *wie n. 6686* ... Euer Exzellenz wollen Vorstehendes bei dortiger Regierung verwerthen und hiebei darauf hinweisen, daß, wenn die englische Regierung gegen die Anwendung schärferer Pressionsmittel gegen Montenegro Stellung nehmen sollte, Frankreich, welches denselben bereits zugestimmt hat, dem englischen Beispiel folgen würde. Die sich hieraus ergebende Erfolglosigkeit der Flottendemonstration könnte aber in unserer öffentlichen Meinung ein Drängen nach einem einseitigen Vorgehen Österreich-Ungarns auslösen.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6708.

*Nr. **6693**. Tel. nach London, 21. April 1913 Nr. 336 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).*

Konteradmiral Njegovan telegraphiert unterm 17. d. wie folgt: „Der englische (colonel Thompson) und der französische Militärattaché sind aus dem Serbenlager hiehergekommen. Colonel Thompson meinte, daß Skutari auch nach dem Abzuge der Serben in einer kritischen Position verbleibe, da die zur Besatzung gehörigen türkischen Truppen sehr zur Übergabe des Platzes neigen und nur der aus Albanern bestehende Teil der Garnison Skutari um jeden Preis halten wolle. Vizeadmiral Burney kam

heute morgens zu mir, um über Montenegro gegenüber zu ergreifende Maßnahmen zu beraten. Ich schlug ihm vor, er möge beim Admiralsrat dafür eintreten, daß man, falls Montenegro auch nach dem Abzuge der Serben nicht nachgeben sollte, zur Besetzung Antivaris und Dulcignos durch internationale Detachements schreite. Er akzeptierte meinen Vorschlag mit dem Vorbehalte, daß er dies gleich seiner Regierung beantragen werde. Daraufhin telegraphierte ich den Inhalt dieser Unterredung an das Kriegsministerium, Marinesektion. Nachmittags sagte mir aber Sir Burney, er habe sich die Sache überlegt, überlasse jede Initiative (in Ansehung der Haltung Montenegros) seiner Regierung und werde — ohne in dieser Richtung anzufragen — deren Befehle abwarten." Euer Exzellenz wollen Vorstehendes behufs Erzielung einer rascheren und energischeren Aktion des internationalen Geschwaders verwerthen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6708.

Nr. 6694. Tel. aus London, 21. April 1913 Nr. 332 (eing. 22. April 12 U. 5 M. a. m.).[a]) Entziff.

Heutige Botschafterréunion. Le gouvernement britannique envoie à ses représentants à Sophia, Athènes, Belgrade et Cetigné le télégramme suivant: „Aussitôt que vos collègues auront reçu les instructions nécessaires, veuillez demander d'urgence et collectivement au gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité de donner sans délai une réponse aux propositions des Puissances pour les bases de la paix". Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6514, 6697.

Nr. 6695. Tel. aus London, 21. April 1913 Nr. 333 (eing. 22. April 12 U. 5 M. a. m.).[a]) Entziff.

Heutige Botschafterreunion. La réunion pense que les déclarations des représentants des Puissances au Roi Nicolas et à son gouvernement ne peuvent avoir d'effet que si l'accord est établi sur la question du concours financier des Puissances et s'il peut être offert au gouvernement monténégrin dès à présent. Quant aux mesures qui pourraient être annoncées à Cettigné et qui dans la pensée du Roi semblent devoir être formulées dans des termes tels que sa responsabilité vis-à-vis de son peuple soit complétement dégagée, elles pourraient consister dans la remise aux Puissances par la Sublime Porte de la ville de Scutari. Cette manière de procéder exige le consentement du gouvernement ottoman à qui il convient de le demander confidentiellement. Mais, au préalable, il importe d'obtenir l'engagement formel du Roi Nicolas et de son gouvernement que les pavillons des Puissances seront respectés. Sur ce dernier point les représentants des Puissances à Cettigné pourraient s'entendre pour charger l'un d'eux d'en parler confidentiellement au Roi Nicolas et de s'assurer que la remise de la ville aux Puissances lui suffirait pour justifier vis-à-vis du peuple monténégrin la levée du siège. Le gouvernement britannique donnera des instructions dans ce sens à son représentant à Cettigné pour agir dès que ses collègues auront les mêmes instructions. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6696, 6703.

Nr. 6696. Tel. aus London, 21. April 1913 Nr. 335 (eing. 22. April 12 U. 10 M. a. m.).[a] Entziff.

Bei heutiger Réunion wieder Premierminister, Lord Morley und Sir A. Nicolson anwesend. Abwesenheit Sir E. Greys macht sich empfindlich fühlbar. Sehr lange Diskussion darüber, wie man auf König Nikolaus einen weiteren Druck ausüben könnte. Nach verschiedenen Anzeichen scheint er selbst zu wünschen, auf einen Zwang hinweisen zu können. Nicolson stets sehr abgeneigt gegen alle Koerzitivmaßregeln. Endlich wird die frühere französische Idee der Übergabe Skutaris durch die Türkei an die Mächte wieder vorgebracht (mein heutiges Telegramm Nr. 333). Es wird von verschiedenen Seiten lebhaft betont, daß vor allem das Angebot eines Darlehens in Cetinje gemacht werden müsse. Alle Kollegen erklären, Zustimmung ihrer Regierungen dazu erhalten zu haben. Ich erkläre, keine diesbezüglichen Instruktionen zu besitzen, jedoch bereit zu sein, meiner Regierung alles vorzulegen, was Aktion in Cetinje beschleunigen könnte. Eindruck aus den verschiedenen, vielfach widersprechenden Meldungen aus Montenegro ist der, daß dort allgemeine Verwirrung herrscht und König Nikolaus nicht mehr Herr der Regierung ist. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6707.

Nr. 6697. Tel. aus London, 21. April 1913 Nr. 336 (eing. 22. April 4 U. 15 M. a. m.).[a] Entziff.

Bei heutiger Reunion wird Wunsch ausgesprochen, Antwort der Alliierten an die Mächte etwas zu beschleunigen. (Telegramm Nr. 332 von heute). Englische Nachrichten lauten dahin, dass Bulgarien sich bemühe, Widerstand oder Reserven Griechenlands und Serbiens zu überwinden, es aber bisher nicht gelungen ist. Herr Cambon erzählte, dass Herr Pašić in seinen Konversationen mit griechischem Gesandten Reserven mache betreffs Grenzbestimmungen in Gegend von Ljuma. Mein italienischer Kollege und ich machen entschieden geltend, dass eine Diskussion einer von den Mächten sanktionierten Grenzlinie nicht zugelassen werden kann. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6709.

Nr. 6698. Tel. aus London, 21. April 1913 Nr. 337 (eing. 22. April 4 U. 15 M. a. m.).[a] Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 329 von gestern betreffend Ravitaillement von Skutari. Ich habe mit Sir A. Nicolson gesprochen und auch mit Mr. Asquith. Premierminister betrachtet Frage des Ravitaillement von Skutari beinahe wie eine Kriegsoperation, jedenfalls mit den Pflichten der Neutralität nicht vereinbar. Es kann also auf eine englische Unterstützung dieser Anregung nicht gerechnet werden. Auch einer Landung von Detachements und Besetzung von Küstenpunkten (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 326 vom 19. d. M.) ist der Premierminister entschieden abgeneigt. Er will nicht sich der Gefahr aussetzen, dass englische Detachements beschossen werden könnten. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6708.

Nr. 6699. Tel. aus Rom, 21. April 1913 Nr. 232 (eing. 22. April 12 U. 5 M. a. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 227 vom 19. d. M. Delimitation Albaniens. Auch Generalstab der Marine hat sich wie jener des Heeres ausgesprochen. Hiesige Regierung möchte, falls Euer Exzellenz einverstanden, äußersten Falles Ausgangspunkt der Kompromißlinie unmittelbar südlich von Kap Stylos konzedieren, welch' letzteres aber unbedingt bei Albanien verbleiben müßte. Nach einer Meldung Herrn Tittonis soll französischer Minister des Äußern dem Botschafter in London, welcher bisher in dieser Beziehung intransigenten Standpunkt einnahm, konziliante Instruktionen erteilt haben. Mérey.

[a] Vgl. n. 6710, 6717.

Nr. 6700. Privatschreiben des ital. Botschafters, 21. April 1913 (eing. 22. April).[a] Ausfert.

En me référant à l'entretien que j'ai eu l'honneur d'avoir hier avec Vous je me permets de Vous remettre, ci-joint, un aide-memoire[b] concernant la proposition du Marquis Imperiali au sujet de l'accouplement de la question des îles occupées par les Grecs et celle des frontières méridionales de l'Albanie. Je Vous serais très reconnaissant de vouloir bien me faire connaître, aussitôt que possible, Votre manière de voir sur la proposition dont il s'agit. Avarna.

[a] Vgl. n. 6671, 6751. — [b] Beilage.

Beilage zu n. 6700. Ausfert.

Aide-Mémoire. Si la Triple Entente acceptait, pour la frontière méridionale de l'Albanie, la ligne italo-autrichienne partant du Cap Stilos ou d'un autre point à déterminer mais toujours au sud de celle du Cap Kefali et, en même temps, elle adhérait à toutes les demandes italo-autrichiennes ayant pour but d'obtenir qu'il soit garanti, moyennant des accords internationaux, la neutralisation du Canal de Corfou, l'Italie et l'Autriche-Hongrie — avec le consentiment de l'Allemagne — ne devraient plus s'opposer à la cession à la Grèce de toutes les îles occupées actuellement par ses troupes à l'exception de Samotracia qui serait attribuée à la Bulgarie. Cette cession serait naturellement subordonnée à toutes les restrictions pour la sauvegarde de l'integrité de la Turquie asiatique. La proposition dont il s'agit aurait les avantages suivantes: 1) de donner une ample satisfaction aux aspirations légitimes de la Grèce; 2) de justifier l'attribution de Samotracia à la Bulgarie parce qu'il ne semblerait équitablement possible de satisfaire aux aspirations de ce dernier Etat au cas où on laisserait à la Turquie les autres îles adjacentes aux Dardanelles occupées par les Grecs; 3) d'offrir à l'Allemagne l'occasion favorable de manifester sans préjudice pour les intérêts de ses alliés, sa sympathie envers la Grèce; 4) de faciliter à la Triple Entente, en échange de cette satisfaction à ses exigences sur la question des îles, son adhésion aux demandes italo-autrichiennes relatives à la délimitation de l'Albanie méridionale; 5) de hâter la conclusion de la paix. Quant aux îles occupées par l'Italie on ne devrait, selon la proposition du Marquis Imperiali, pas même en parler.

Nr. 6701. Tel. aus Sofia, 21. April 1913 Nr. 362 (eing. 22. April 12 U. 5 M. a. m.).[a] Entziff.

Soeben erhaltene Antwort betreffend Mediation lautet wie folgt: „Les Etats alliés se font un devoir d'adresser aux Grandes Puissances leurs vifs remerciements pour la communication qu'elles leur ont faite et d'après laquelle: 1° La ligne Enos—Midia sera prise comme base des négociations et non comme ligne définitive. 2° La cession des îles de la Mer Egée par la Turquie est admise sous la réserve des décisions à prendre au sujet de certaines d'entre elles. 3° Les Grandes Puissances sont prêtes à faire connaître dès-à-présent la délimitation projetée nord et nord-est de l'Albanie et feront connaître celle du sud et sud-est dès qu'elle aura été établie. 4° La solution de toutes les questions financières ayant été réservée à la commission technique de Paris à laquelle prendront part les délégués des belligérants, les Puissances estiment qu'il n'y a pas lieu de s'expliquer quant à présent sur le principe d'indemnité. — Les Etats alliés constatent que les conditions ci-dessus, auxquelles les Puissances consentent d'intervenir comme médiatrices en vue de la conclusion de la paix avec la Turquie, diffèrent un peu de celles qu'ils ont formulées dans leur réponse du 5 avril. Cependant, dans leur sincère désir de faciliter et de faire aboutir la médiation offerte, les Etats alliées, en priant de nouveau les Grandes Puissances de vouloir bien admettre le principe de l'indemnité de guerre, déclarent qu'ils acceptent cette médiation se réservant dans le cours des négociations de débattre avec les Grandes Puissances les questions se rapportant aux îles et à la fixation définitive des frontières de la Thrace et de toute l'Albanie". Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 231 Nr. 445. Vgl. n. 6472, 6514, 6683, 6702, 6709.

Tel. nach Athen, 22. April 1913 Nr. 92 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6702.

Tel. nach Belgrad, 22. April 1913 Nr. 126 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6702.

Nr. 6702. Tel. nach Berlin Nr. 314 (1), Rom Nr. 401 (2), London Nr. 340 (3), Paris Nr. 240 (4), St. Petersburg Nr. 298 (5), Konstantinopel Nr. 202 (6), Athen Nr. 92 (7), Belgrad Nr. 126 (8), Bukarest Nr. 206 (9), Cetinje Nr. 108 (10) und Sofia Nr. 203 (11), 22. April 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1.—6., 9. u. 10. Der aus den Zeitungen bekannte Text der Antwortnote der verbündeten Balkanstaaten in der Mediationsangelegenheit enthält den Passus: ... *wie n. 6701 von „qu'ils acceptent" bis zum Schluß* ... Hiezu

7., 8. u. 11. Erhalten Euer etc. Telegramm vom 21. d. M.

7. ohne Nummer.[b])

8. Nr. 229.[b])

11. Nr. 362.

7., 8. u. 11. Zu der im Schlußsatze der Antwort der Balkanstaaten enthaltenen Reserve

1.—11. bemerke ich, daß dieser Vorbehalt insbesondere bezüglich der albanesischen Delimitierungsfrage vom Standpunkte der k. und k. Regierung

inakzeptabel erscheint, da er mit den bereits gefaßten und noch zu fassenden Londoner Beschlüssen in flagrantem Widerspruche steht.

1. u. 2. Euer Exzellenz wollen sich in vorstehendem Sinne bei der dortigen Regierung vernehmen lassen und die Erwartung aussprechen, daß dieselbe unseren Standpunkt theilen und ihren Botschafter in London dementsprechend instruieren wird.

3. Ich teile Vorstehendes nach Berlin und Rom mit und lasse den beiden Kabineten gegenüber die Erwartung aussprechen, daß sie unseren Standpunkt theilen und ihre Botschafter in London dementsprechend instruieren werden.

3.—5., 7.—11. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information.

Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 234 Nr. 455. Vgl. n. 6709, 6718, 6723, 6727, 6731. — [b]) Enthalten analogen Text der Antwortnote wie n. 6701.

Nr. 6703. Tel. nach Berlin Nr. 315 (1), Rom Nr. 402 (2), London Nr. 341 (3), Paris Nr. 241 (4), St. Petersburg Nr. 299 (5) und Cetinje Nr. 109 (6), 22. April 1913 (chiffr. 23. April 12 U. 20 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

3. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 333 vom 21. d. M.

1., 2., 4., 5., 6. Graf Mensdorff telegraphiert unterm 21. d. M. wie folgt: ... *wie n. 6695 in extenso* ...

1.—6. Bezüglich des Vorschlages, das formelle Engagement König Nikolaus und der montenegrinischen Regierung zu erwirken, daß die Flaggen der Großmächte respektiert werden sollen, bin ich nicht in der Lage, meine Zustimmung dazu zu ertheilen, daß eine solche Proposition, sei es auch im indirekten und vertraulichen Wege, in Cetinje gemacht werde, da dieselbe meiner Auffassung nach mit der Würde der Mächte unvereinbar erscheint und jedenfalls in den Augen unserer öffentlichen Meinung diesen Eindruck hervorrufen würde. Fortsetzung folgt.

[a]) Vgl. n. 6704, 6722, 6728.

Nr. 6704. Tel. nach Berlin Nr. 316 (1), Rom Nr. 403 (2), London Nr. 342 (3), Paris Nr. 242 (4), St. Petersburg Nr. 300 (5) und Cetinje Nr. 110 (6), 22. April 1913 (chiffr. 23. April 12 U. 40 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

1.—6. Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 315 (beziehungsweise 402, 341, 241, 299, 109). Anläßlich eines Besuches, den mir heute der englische Botschafter machte, nahm ich Gelegenheit, mich zu Sir Fairfax Cartwright in nachstehendem Sinne zu äußern: Der in der Réunion vom 21. l. M. gemachte Vorschlag einer Übergabe Skutaris an Detachements der Großmächte scheint mir nicht geeignet, die Sache zu beschleunigen, weil König Nikita keineswegs gewillt sein dürfte, das Engagement zu übernehmen, diese Truppenkontingente nicht zu beschießen. Abgesehen davon, wäre es meines Erachtens mit der Würde der Mächte nicht vereinbar, ein solches Verlangen an Montenegro zu stellen. Wir seien unangenehm berührt

von dem Widerstande Englands gegen die Landung von Marinedetachements, ein Pressionsmittel, welches doch schon vom Anfange an ins Auge gefaßt wurde und zu welchem Sir E. Grey selbst bemerkte, daß dies der „naheliegendste Schritt" wäre.

3. (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 263 vom 31. v. M.)

1.—6. Alle an der Demonstration theilnehmenden Großmächte — auch Frankreich — hätten nunmehr dieser Maßregel zugestimmt, letzteres allerdings mit der Reserve, seine Schritte jenen Englands anpassen zu wollen. Nur England bereite, wie es scheint, Schwierigkeiten, nachdem Sir A. Nicolson erklärt habe, jeder Koerzitivmaßregel abgeneigt zu sein. Ich hielte die Situation Skutaris für eine sehr prekäre. Wenn diese Stadt einmal von den Montenegrinern eingenommen sei, sei zu erwarten, daß dieselben nur mit Gewalt wieder aus Skutari entfernt werden könnten. Nachdem wir aber fest entschlossen seien, nicht zuzugeben, daß an den Grenzen Albaniens, wie sie in der Londoner Réunion festgesetzt wurden, etwas geändert werde, ließen sich — falls Skutari fiele — Komplikationen fast mit Sicherheit voraussehen. Wir müßten daher betonen, daß es für uns schon jetzt hoch an der Zeit sei, klar zu sehen, was wir vom europäischen Konzerte in der Richtung einer Durchsetzung der einschlägigen Réunionsbeschlüsse zu erwarten hätten. Ich für meine Person hielte es nur für klug, das, was die Mächte im Belange Pression zu thun bereit wären, auch sofort zu thun; denn jedes Zuwarten und Hinhalten könnte die Situation nur verschlechtern. Wäre aber — was ich nicht annehmen wolle — in dieser Beziehung nichts zu erwarten, dann wären wir allerdings gezwungen, selbständig vorzugehen. Der Herr Botschafter erwiderte auf meine obigen Ausführungen, er habe die Absicht, seiner Regierung meine Auffassung noch heute telegrafisch zu melden und sie auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen. Fortsetzung folgt.

[a]) Vgl. n. 6705, 6722, 6728. Berchtold.

Nr. 6705. Tel. nach Berlin Nr. 317 (1), Rom Nr. 404 (2), London Nr. 343 (3), Paris Nr. 243 (4), St. Petersburg Nr. 301 (5) und Cetinje Nr. 111 (6), 22. April 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

1.—6. Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 316 (beziehungsweise 403, 342, 242, 300, 110).

1., 2., 4., 5., 6. Ich theile Vorstehendes Grafen Mensdorff mit folgendem Auftrage mit:

1.—6. Euer Exzellenz wollen meinen aus obigen Ausführungen ersichtlichen Standpunkt sowohl dem Foreign Office gegenüber als auch in der Réunion auf das Nachdrücklichste vertreten und dahin konkludieren, daß es dringend erforderlich erscheint, daß die Flottendemonstration nunmehr durch Ergreifung schärferer Maßnahmen, wie es die Landung von Detachements und die Besetzung von Küstenpunkten wäre, den Charakter einer effektiven Pression auf Montenegro annehme. Sollte es hiezu wider Erwarten nicht kommen, so würde die Flottendemonstration in den Augen der Öffentlichkeit auf das Niveau einer Scheinaktion herabgedrückt, was weder mit dem Prestige noch mit der Würde der Großmächte vereinbar

erschiene und speziell in Österreich-Ungarn berechtigte Entrüstung auslösen müßte. Eine solche Scheinaktion kann umsoweniger den Intentionen der englischen Regierung entsprechen, als Sir Edward Grey noch vor Beginn der Aktion in seiner bekannten Parlamentsrede als Ziel derselben „die Ausübung eines gemeinschaftlichen Druckes aller Mächte auf Montenegro“[b] an Stelle der Aktion einer einzelnen Macht bezeichnet hatte. Unter diesen Umständen müßte aber letztere Eventualität ernstlich ins Auge gefaßt werden. Da überdies mit der Übergabe Skutaris immer mehr zu rechnen ist, muß schon heute Vorsorge getroffen werden, damit im gegebenen Falle ohne Verzug eine entsprechende Zwangsmaßregel angewendet werde, welche nicht nur den widerrechtlichen Charakter der Besetzung der Stadt zu dokumentiren, sondern auch die sofortige Räumung derselben sicherzustellen hätte. In diesem Falle würde bei Mangel entsprechender internationaler Vorkehrungen ein sofortiges selbstständiges Vorgehen zur Notwendigkeit werden.

1.—2. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes zur Kenntnis

1. Herrn von Jagows

2. Marquis di San Giulianos

1.—2. bringen und um Unterstützung der Demarche Grafen Mensdorffs ersuchen.

2. Hiebei wollen Euer Exzellenz hervorheben, daß wir auf alle Fälle auf dem Boden unseres Akkords mit Italien stehen bleiben und uns vorbehalten, das Einvernehmen mit der Consulta zu pflegen.

3. Ich lasse unter einem die Kabinete von Berlin und Rom um Unterstützung der Euer Exzellenz aufgetragenen Demarche ersuchen.

4.—5. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

6. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Information und eventueller Regelung Ihrer Sprache im Kreise Ihrer Kollegen von den Großmächten. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 235 Nr. 456. Vgl. n. 6716, 6722, 6728. — [b] Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 100.

Tel. nach Bukarest, 22. April 1913 Nr. 206 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6702.

Nr. 6706. Bericht aus Bukarest, 22. April 1913 Nr. 30 A (eing. 24. April).[a] Ausfert.

Vertraulich. Meiner gehorsamsten Berichterstattung über meine Wahrnehmungen betreffs der Geneigtheit der hiesigen maßgebenden Faktoren, mit der bulgarischen Regierung in einen direkten und freundschaftlichen Gedankenaustausch zu treten, welcher gegebenenfalls auch zu einem geheimen Abkommen führen könnte, werden Euer Excellenz entnommen haben, daß eine derartige Disposition seit Beginn der Krise im Schoße der rumänischen Regierung stets vorhanden war, jedoch durch die Verkennung der Lage in Sofia gehindert, erst jetzt durch die Nachgiebigkeit Bulgariens in der Silistria-Frage einen festeren Hintergrund gewonnen hat. In meinem diesbezüglichen Gespräche mit Herrn Maioresco, welches den Gegenstand meines gehorsamsten Chiffretelegrammes Nr. 105[b] bildete, betonte ich dem Herrn Ministerpräsidenten gegenüber, wie schon

bei vielen vorhergegangenen Unterredungen, dass für die künftige Gestaltung der Dinge am Balkan ein Handinhandgehen Rumäniens mit Bulgarien von ausschlaggebender Bedeutung sein werde. Rumänien könne keine Expansionsgelüste gegen Bulgarien nähren, da ihm dies innerpolitische Gründe und die einheitliche Nationalität seiner Bevölkerung verböten; außerdem bestünden keine Interessen-Gegensätze zwischen den beiden Ländern, und würde eine gegenseitige Rückendeckung ihnen eine unbedingte Überlegenheit gegenüber den andern Balkanstaaten sichern. Dazu komme noch, daß Bulgarien in den nächsten Jahren jedenfalls nicht nur vollkommen von der Sorge um die Regelung seines Verhältnisses zu den heutigen Alliierten absorbiert werden wird, sondern auch seine ganzen intellektuellen, wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte bis zum Äußersten werden anspannen müßen, um das neu angegliederte Gebiet auf ein entsprechendes Kulturniveau zu heben. Als ausschlaggebend falle auch in die Wagschale, daß Rumänien, sobald es sich nicht mit Bulgarien auf einen freundschaftlichen Fuß stellt, naturgemäß in das Fahrwasser der künftigen Antagonisten desselben geraten wird, was eine Annäherung an das durch und durch panslavistische Serbien unausweichlich erscheinen läßt. Eine derartige politische Wendung laufe aber der Dreibund-Politik, deren Befolgung Rumänien jahrzehnte lange Ruhe und eine bedeutende Prosperität verdankt, diametral entgegen. Alle diese Gründe fanden weder bei Seiner Majestät dem Könige, noch dem Herrn Minister des Äußern irgendeinen Widerspruch, nur machte der höchste Herr, welcher gewöhnt ist, über die Dauer des gerade am Ruder befindlichen Regimes hinauszublicken, mit einem gewissen Nachdrucke geltend, daß ein geheimes Abkommen mit Bulgarien wohl von dem heutigen Ministerium bewilligt werden würde, jedoch kaum die Zustimmung einer künftigen liberalen Regierung finden dürfte, welche in absehbarer Zeit das Heft wieder in die Hand bekommen wird, und deren Führer Er heute schon unbedingt in ein solches Vorhaben einweihen müßte. Diese Ansicht des Königs fußt darauf, daß die liberale Partei, welche sich nicht umsonst national-liberal nennt, auf dem Standpunkte steht, daß der rumänischen Nation im Südosten Europas die dominierende Rolle zukomme, eine Rolle, welche ohne bedeutende Einbuße nicht nur an Prestige, sondern auch an reellen Werten nicht aufgegeben werden darf und auch mit den größten Opfern gewahrt werden müsse. Der gefährlichste und ernsteste Konkurrent in dieser Hinsicht sei aber unbedingt Bulgarien, welches durch die jüngsten Ereignisse einen ungemessenen Zuwachs an Macht und Ansehen gewonnen habe, ohne daß Rumänien ein Aequivalent dafür erhielt. Sollte sich nun Rumänien in irgendeiner Form mit Bulgarien einigen und dadurch seine Aktionsfreiheit preisgeben, sei es auch nur durch eine bedingte Neutralitätszusicherung, so würde dies eine solche Stärkung Bulgariens gegenüber den andern Balkanstaaten bedeuten, daß die Suprematie Rumäniens, auch noch durch eigenes Verschulden, in Verlust geraten würde. Abgesehen hievon sei es auch noch gar nicht erwiesen, daß man es in Sofia nicht noch immer auf eine eventuelle Eroberung der Dobrudscha abgesehen habe und nur den geeigneten Moment hiezu abwarte. Das Interesse Rumäniens erheische es

daher, in der striktesten Reserve zu verbleiben und seine Politik gegenüber Bulgarien von Fall zu Fall, je nach dessen Verhalten, einzurichten. In den vereinigten konservativen Parteien hingegen ist unbedingt eine starke Disposition vorhanden, jetzt, nachdem in der Silistria-Frage das Ansehen Rumäniens im Großen und Ganzen gewahrt wurde und diese nunmehr mit einem Erfolg abgeschloßen erscheint, mit Bulgarien in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten. Der gegenteiligen Ansicht ist nur der chauvinistische äußerste rechte Flügel, welcher unter Führung des eben ausgeschiedenen Domänenministers Herrn Filipescu fast auf demselben Standpunkte steht, wie die Opposition. Auf die führenden Männer des Kabinettes, den Ministerpräsidenten Herrn Maioresco und Minister des Innern Herrn Take Jonescu, ist jedoch zu rechnen, da Ersterer am Schluße seiner politischen Karriere stehend, nach dem mit Unterstützung der Dreibundmächte erlangten Teilerfolge in der bulgarischen Grenzangelegenheit, seiner seit jeher befolgten Dreibund-Politik bestimmt nicht untreu werden wird und Letzterer sozusagen avant la lettre die Bulgarophilie als einen leitenden Programmpunkt aufgenommen hatte. Faßt man das Vorhergesagte zusammen, so kann gesagt werden, daß die Chancen für ein freundliches, ja vielleicht auch intimeres Verhältnis zwischen Rumänien und Bulgarien nicht schlecht stehen, vorausgesetzt, daß die derzeitige Regierung, wie es den Anschein hat, noch ein bis anderthalb Jahre an der Macht verbleibt. Im Laufe dieser Zeit dürfte in die erregten Gemüter die Beruhigung eingekehrt sein und der nationale Chauvinismus der Linken, wie der äußersten Rechten durch den möglichen Lauf, den die Dinge am Balkan nehmen könnten, eine heilsame Korrektur erfahren. Unter den gegebenen Verhältnissen dürfte es auch der Krone gelingen, Herrn Bratianu, der die liberale Partei vollkommen dominiert und welcher meiner Ansicht nach vor einer Extratour mit Russland durch die dort herrschende großrussische, respektive panslavistische Agitation abgeschreckt wurde, und der absolut kein prinzipieller Gegner der Dreibund-Politik ist, von seiner Feindschaft gegen Bulgarien abzubringen. Was das Eingehen in die unmittelbare Aussprache zwischen Rumänien und Bulgarien selbst anbetrifft, möchte ich auf das hieramtliche obzitierte Telegramm verweisen. Die Bereitwilligkeit Herrn Maiorescos dazu steht außer allem Zweifel, nur darf von dem Herrn rumänischen Minister des Äußern nach allen Avanien, welche Rumänien von Bulgarien in den letzten Monaten zu schlucken bekam, nicht erwartet werden, daß er mit konkreten Vorschlägen an die bulgarische Regierung herantritt. Es ist die Reihe an den Sofioter Machthabern, in richtiger Einschätzung der von Herrn Maioresco gemachten Anspielungen die Konversation zu beginnen und auf jenes Terrain zu bringen, welches ihnen geeignet erscheint. Der Herr rumänische Minister-Präsident dürfte es umso weniger wagen, sich einem neuerlichen Refus Bulgariens nach den gemachten Erfahrungen auszusetzen, als Seine Majestät der König tief verletzt durch die in London erfolgte schroffe Ablehnung diplomatischer oder militärischer Hilfe seitens Herrn Danews,[1] durch ein abermaliges Zurückweisen rumänischer Propositionen Sich bestimmt veranlasst sehen würde, in Hinkunft auf jede Aussprache mit Bulgarien

zu verzichten. In diesem Belange möchte ich auch nicht unerwähnt lassen, daß ich während meiner letzten Audienz bei Seiner Majestät den Eindruck gewann, daß Er die politische Nützlichkeit guter Beziehungen zu Bulgarien nach wie vor richtig einschätzt, sich jedoch bei dem höchsten Herrn zu dem immer bestandenen Mißtrauen gegen König Ferdinand noch das Gefühl des gekränkten Stolzes gesellte, von einem Manne wie Danew hinters Licht geführt worden zu sein und den Vorwurf erduldet haben zu müssen, daß Seine Regierung und damit implicite Er Selbst, ein von Raubgier diktiertes Doppelspiel getrieben habe. Es ist dies ein Moment, welches bei der Weisheit des Königs auf die eventuellen Verhandlungen wohl kaum eine tiefere Wirkung ausüben wird, jedoch auf die Anbahnung eines wirklich aufrichtigen rumäno-bulgarischen Verhältnisses von einem abträglichen Einfluß sein dürfte. Sollte daher Herr Danew von der bulgarischen Bildfläche auf einige Zeit verschwinden, so würde dies vermutlich zur Förderung der guten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn nicht wenig beitragen. K. E. Fürstenberg.

[1]) !

[a]) Vgl. n. 6845, 7093. — [b]) Vom 17. April.

Tel. nach Cetinje, 22. April 1913 Nr. 108 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6702.

Tel. nach Cetinje, 22. April 1913 Nr. 109 (chiffr. 23. April 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6703.

Tel. nach Cetinje, 22. April 1913 Nr. 110 (chiffr. 23. April 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 6704.

Tel. nach Cetinje, 22. April 1913 Nr. 111 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6705.

Tel. nach Konstantinopel, 22. April 1913 Nr. 202 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6702.

Tel. nach London, 22. April 1913 Nr. 340 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6702.

Tel. nach London, 22. April 1913 Nr. 341 (chiffr. 23. April 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6703.

Tel. nach London, 22. April 1913 Nr. 342 (chiffr. 23. April 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 6704.

Tel. nach London, 22. April 1913 Nr. 343 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6705.

Tel. nach London, 22. April 1913 Nr. 344 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6710.

Nr. 6707. Tel. nach London, 22. April 1913 Nr. 345 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) *Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).*

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 335 vom 21. d. M. Bezüglich einer finanziellen Zuwendung an Montenegro habe ich Baron Giesl unterm

18. d. M.[b]) bei gleichzeitiger Mittheilung Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 325 vom 17. d. M. Nachstehendes telegrafiert: „Euer Hochwohlgeboren sind ermächtigt — si omnes — die gleiche Demarche zu machen wie Ihr englischer Kollege, unter der Voraussetzung, daß nach Ihrem Dafürhalten ein Herantreten an die montenegrinische Regierung in dieser Angelegenheit nicht die Gefahr involviere, dieselbe in ihrer Widersetzlichkeit noch zu bestärken." Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache beim dortigen Auswärtigen Amte und in der Réunion. Selbstverständlich halten wir — wie in der Instruktion an Baron Giesl erwähnt und wie Euer Exzellenz auch betonen können — daran fest, daß die Demarche nur dann ausgeführt werden sollte, wenn sie nicht zur Konsequenz hätte, die königlich montenegrinische Regierung in ihrer Widersetzlichkeit zu bestärken. Auch müßte dieselbe an die Voraussetzung gebunden werden, daß, wenn König Nikolaus den Widerstand gegen die Mächte soweit treibt, die Stadt Skutari zu besetzen, von einer Zuwendung der finanziellen Unterstützung auch dann nicht die Rede sein könnte, wenn die Stadt wieder geräumt würde.

[a]) Vgl. n. 6720. — [b]) Nr. 100.

Nr. 6708. Tel. aus London, 22. April 1913 Nr. 338 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 335 vom 21. d. M. und 336 vom 22. d. M. betreffend Aktion gegen Montenegro. Ich habe wieder eingehend mit Sir A. Nicolson gesprochen, der mir wiederholte, Premierminister sei für eine Landung von Detachements nicht zu haben und glaube, er könne sie vor der öffentlichen Meinung Englands nicht vertreten und durchsetzen. Englische Detachements könnte er nicht der Gefahr einer Beschiessung aussetzen, wo es sich nicht um direkte britische Interessen handelt. Unterstaatssekretär wollte trotzdem noch einmal mit Herrn Asquith sprechen und ihm meine Argumente vortragen. Ich verwies auf die klägliche Rolle, welche die Mächte spielen, wenn Flottendemonstration erfolglos bliebe und unter den Augen unserer Admirale Skutari kapitulieren oder genommen würde mit den wahrscheinlichen Greueln von Massakers. Ich betonte stark die wachsende Ungeduld der öffentlichen Meinung der Monarchie, welche die k. u. k. Regierung zu einem einseitigen Vorgehen dränge. Auch dass diese Aktion nach dem Falle Skutaris schwieriger wäre und grössere Dimensionen annehmen müsste als vorher. Ich verwies auf Erklärungen Sir E. Greys, dass die Beschlüsse der Mächte durchgesetzt werden müssten etc. Unterstaatssekretär erwiderte, er habe volles Verständnis für unseren Standpunkt und die Schwierigkeiten der Lage Euer Exzellenz. Er erklärte auch, dass die Mächte sich nicht trennen dürften und selbst im Falle einer isolierten Aktion Österreich-Ungarns es klar gemacht werden müsste, dass dieselbe mit Zustimmung der anderen Mächte vorgenommen werde. „Wir werden" — so meinte er — „Sie nicht sitzen lassen". Ich sagte ihm, dass, wenn er oder der Premierminister ein besseres Pressionsmittel auf Montenegro wüssten als Ausschiffung und Besetzung von Küstenpunkten, ich nur zu glücklich wäre, Euer Exzellenz dasselbe melden zu können.

Sir A. Nicolson hofft noch immer auf Nachgeben König Nikolaus' und Einstellung der Feindseligkeiten. Sir E. Grey, der sehr erholungsbedürftig war, wird leider kaum vor Ende des Monates zurück sein. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6698.

Nr. 6709. Tel. aus London, 22. April 1913 Nr. 339 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Unterstaatssekretär hatte heute Text[b]) der Antwort der Alliierten erhalten. Sir A. Nicolson meinte, derselbe befriedige ihn zwar nicht vollständig, doch handle es sich vor allem darum zu konstatieren, dass die Alliierten, ebenso wie die Türkei, schriftlich die Mediation der Mächte angenommen hätten, und die Einstellung der Feindseligkeiten zu bewirken. Ich machte den Unterstaatssekretär, als er mir die Antwort vorlas, sogleich darauf aufmerksam, dass wir absolut nicht darauf eingehen könnten, eine Diskussion über die Inseln und die albanesischen Grenzen zuzulassen und daß ich persönlich nicht glaube, daß man diese Reserven stillschweigend hinnehmen könne. Sir A. Nicolson stimmte mir zu. Aus Äußerungen meines russischen Kollegen entnehme ich, er neige der Ansicht zu, jetzt nur rasch Einstellung der Feindseligkeiten herbeizuführen, die Ablehnung der Reserven der Alliierten könne später erfolgen, wann sie dieselben zur Diskussion bringen wollen. Ich glaubte deshalb bei Unterstaatssekretär dafür eintreten zu sollen, daß kein équivoque darüber bestehen sollte, daß die Fragen, welche die Mächte sich reserviert haben, nicht von den Alliierten zur Diskussion zwischen ihnen und den Mächten (gebracht)[c]) werden dürften. Unterstaatssekretär schien meiner Ansicht zu sein. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6697, 6702. — [b]) Vgl. n. 6701. — [c]) Chiffre verstümmelt.

Tel. nach Paris, 22. April 1913 Nr. 240 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6702.

Tel. nach Paris, 22. April 1913 Nr. 241 (chiffr. 23. April 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6703.

Tel. nach Paris, 22. April 1913 Nr. 242 (chiffr. 23. April 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 6704.

Tel. nach Paris, 22. April 1913 Nr. 243 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6705.

Tel. nach Rom, 22. April 1913 Nr. 401 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6702.

Tel. nach Rom, 22. April 1913 Nr. 402 (chiffr. 23. April 12. U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6703.

Tel. nach Rom, 22. April 1913 Nr. 403 (chiffr. 23. April 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 6704.

Tel. nach Rom, 22. April 1913 Nr. 404 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6705.

Nr. 6710. Tel. nach Rom Nr. 405 (1) und London Nr. 344 (2), 22. April 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 232 vom 21. d. M. Ich bin mit dem italienischen Vorschlage einverstanden, äußersten Falles Ausgangspunkt der Kompromißlinie unmittelbar südlich von Kap Stylos zu concediren, und ertheile Grafen Mensdorff eine entsprechende Instruction. Vorstehendes zur Mittheilung an Marquis San Giuliano.

2. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 331[b] vom 20. d. M. Herr von Mérey telegrafirt unterm 21. d. wie folgt: ... *wie n. 6699* ... Ich telegraphiere nachstehende Antwort nach Rom: ... *wie sub 1. von „Ich bin mit dem" bis „entsprechende Instruction"* ... Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis Imperiali und Vereinbarung eines gemeinsamen Vorgehens in der Réunion. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6747. — [b] Mit Tel. Nr. 331, 20. April 1913 (chiffr. 9 U. 20 M. p. m.) wurde n. 6674 nach London mit dem Bemerken mitgeteilt, daß die Verhandlungen zwischen der Konsulta und dem italienischen Generalstab über den Ausgangspunkt der südalbanischen Grenze noch nicht zum Abschluß gelangt seien; die letzte Meldung aus Rom darüber sei n. 6681.

Nr. 6711. Bericht des Marineattachés in Rom an das Kriegsministerium-Marinesektion, 22. April 1913 Nr. 60 (eing. mit Note des Kriegsministeriums-Marinesektion vom 28. April 1913 O. K. M. S. Nr. 2008).[a] Abschrift.

Geheim. Ich melde dem k. u. k. Kriegsministerium, Marinesektion, daß heute vormittags der Personaladjutant des Marine-Generalstabschefs, Kontreadmirals Thaon de Revel, bei mir in meinem Bureau in der k. u. k. Botschaft vorsprach und mir im Auftrage des Admirals die Mitteilung machte, daß nächster Tage der kgl. italienische Fregattenkapitän Conz in dienstlicher Mission zur Besprechung eines Marineabkommens nach Wien abgehen werde. Die königlich italienische Botschaft in Wien ist von der bevorstehenden Ankunft dieses Offiziers verständigt und wird die entsprechenden Schritte zu seiner Einführung einleiten.

Prinz Johann von und zu Liechtenstein.

[a] Vgl. n. 5940, 6609, 6832.

Tel. nach St. Petersburg, 22. April 1913 Nr. 298 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6702.

Tel. nach St. Petersburg, 22. April 1913 Nr. 299 (chiffr. 23. April 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6703.

Tel. nach St. Petersburg, 22. April 1913 Nr. 300 (chiffr. 23. April 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 6704.

Tel. nach St. Petersburg, 22. April 1913 Nr. 301 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6705.

Tel. nach Sofia, 22. April 1913 Nr. 203 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6702.

Nr. 6712. Tel. aus Sofia, 22. April 1913 Nr. 364 (eing. 23. April 4 U. 10 M. a. m.).[a]) Entziff.

Hatte heute längere Unterredung mit Dobrovič, der sich im Auftrage Seiner Majestät des Königs bei mir über schwebende politische Fragen informierte. Chiffrebericht folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6688, 6713.

Nr. 6713. Bericht aus Sofia, 22. April 1913 Nr. 30 A (eing. 25. April).[a]) Ausfert.

Unter Bezugnahme auf meine Telegramme Nr. 359 und Nr. 364 vom 20. und vom 22. d. Mts. beehre ich mich über den Besuch, den mir Herr Dobrovitch heute abgestattet hat, folgendes zu melden: Der Chef des geheimen Cabinets des Königs blieb bei mir über zwei Stunden. Zuerst besprach er ausführlich die Schwierigkeiten Bulgariens mit den Verbündeten, wobei er hauptsächlich scharf gegen die Serben, „die Erzfeinde Bulgariens", loszog; die Haltung der Griechen bezeichnete Dobrovitch als viel anständiger. Ich schlug absichtlich den Ton der Zuversicht an, dass sich die Verbündeten allmählich calmiren, beiderseits nachgeben und sich verständigen würden und dass es meiner Überzeugung nach zu keinem Krieg zwischen ihnen kommen werde. Herr Dobrovitch wunderte sich über meinen Optimismus. Bulgarien könne — meinte er — in Versöhnlichkeit nicht mehr weitergehen als es dies bereits getan, indem es bereit sei, auf die Kasas Kumanovo, Üsküb, Kitchevo und Dibra zu verzichten, über welche Zone erst im Wege eines Schiedsspruches hätte entschieden werden sollen. Die Serben concentrirten Truppen in Gebieten, die nie strittig gewesen seien, sondern im Vertrage ausdrücklich Bulgarien zugesprochen worden wären. Wenn nach Friedensschluss die bulgarische Armee diese Gegenden zu besetzen haben und serbische Truppen dort antreffen werde, würde der Krieg von selbst ausbrechen müssen. Ob es zwischen Griechenland und Serbien bereits zu einer positiven Annäherung gekommen, wisse Herr Dobrovitch nicht, Venizelos gebe diesbezüglich dem bulgarischen Gesandten in Athen beruhigende Versicherungen; ob dieselben aufrichtig seien, bliebe dahingestellt. Serbien trachte Griechenland heranzuziehen und eine Einigung zwischen den beiden könnte jeden Moment zu Stande kommen. Ein Krieg zugleich gegen Serbien und Griechenland wäre jetzt eine schwere Aufgabe für Bulgarien und es wäre dringend zu wünschen, dass man sich mit Griechenland so gut es ginge und zwar baldigst verständige, da Serbien dann nachgeben müsste, und wenn nicht, würde es allein von Bulgarien mit Leichtigkeit geschlagen werden. Ob aber eine Verständigung mit Griechenland möglich sein werde, erschiene Herrn Dobrovitch sehr fraglich: Herr Geschoff hätte ihm noch gestern gesagt, dass Bulgarien auf Salonik nicht verzichten könnte. Bezüglich der künftigen westlichen Grenze Bulgariens sprach sich Mitredner mit grosser Entschiedenheit dahin aus, dass Bulgarien Albanien, mit dem es in Freundschaft leben würde, zum Nachbar haben müsse; vom rechten Vardar-Ufer werde sich Bulgarien unter keiner Bedingung abdrängen

lassen. Der eigentliche Zweck des Besuches Herrn Dobrovitch' war der, sich bei mir über die schwebenden politischen Fragen und insbesondere über meinen Verkehr mit dem Conseilspräsidenten in letzter Zeit zu informiren, um König Ferdinand darüber zu berichten. Nachdem sich mein Mitredner in dem vorskizzierten Sinn über die Differenzen Bulgariens mit Serbien und Griechenland ausgesprochen hatte, habe ich ihm dann einige von den letzten Telegrammen Euer Exzellenz und den meinigen abschnittsweise vorgelesen und ihn speciell über unseren Standpunkt in der Petersburger Reunion unterrichtet. Der Passus des hohen Telegrammes Nr. 193 vom 17. d. Mts., laut dessen wir keiner Regelung der Balkanfrage zustimmen würden, bei der die Interessen Bulgariens nach unserer Ansicht nicht genügend berücksichtigt würden, schien Herrn Dobrovitch ganz besonders zu befriedigen. Er ersuchte mich, ihm diesen Satz ein zweites Mal vorzulesen, und sagte dann, „mehr könnte man überhaupt nicht verlangen". Um die günstige Impression durch den Contrast zwischen unserer und Russlands Haltung zu vertiefen, habe ich auf die von Frankreich proponirte und von Russland unterstützte Flottendemonstration angespielt und meinem Besucher die Instructionen vorgelesen, die Graf Mensdorff diesbezüglich erhalten hatte. Es sei kein Zweifel zulässig, sagte Dobrovitch, dass es Russland gewesen sei, welches diesen Druck auf Bulgarien ausüben wollte, und dass es, um sich selbst nicht zu exponiren, Frankreich vorgeschoben habe. Wegen jedes Kilometers, um den Bulgarien seine Grenzen näher an das Marmara Meer rücken möchte, sei man in Petersburg in alle Zustände versetzt. Wir wissen auch — fügte mein Mitredner hinzu, nachdem ich Gespräch auf dieses Thema absichtlich lenkte —, mit welch' gemischten Empfindungen in Russland die Nachricht von der Einnahme Adrianopels empfangen worden sei; es sei eine Ironie gewesen, als der dumme Pöbel hier vor der russischen Gesandtschaft aus diesem Anlasse demonstrirt hat und von dem Gesandten durch eine Ansprache begrüsst wurde. Was die Attitude Deutschlands anbelangt, so hätte der König schon seit einiger Zeit auf Grund der Meldungen aus Berlin einen Umschwung in der Stimmung Kaiser Wilhelms constatirt, Höchstwelchletzterer sich anfangs für bulgarische Siege enthusiasmirt hätte, dann aber allmählich viel kühler geworden wäre. Seine Majestät der König vermute dahinter die Berichterstattung des sehr turkophilen hiesigen deutschen Gesandten und zum Teile auch Rücksichten auf die neue Königin von Griechenland. König Ferdinand sei für den Rat, dass er durch eine directe Courtoisie den Kaiser besser zu disponiren trachte, sehr dankbar und möchte denselben befolgen, nur wisse er nicht recht, was getan werden könnte; eroberte Trophäen seien zum grossen Teile deutschen Ursprungs und ein Regiment dem Kaiser im gegenwärtigen Moment zu verleihen, wäre nicht möglich. Da Kaiser Wilhelm für alles, was die deutsche Industrie betreffe, äusserst empfindlich sei, habe König Ferdinand auch an eine sofortige grössere Bestellung für Armee-Zwecke in Deutschland gedacht. Dobrovitch wollte meine Ansicht hören und ich sagte, dass mir eine Courtoisie direct an die Person des Kaisers das Entsprechende zu sein schiene, dass aber niemand besser als der König beurteilen könnte, was das Richtigste und Zweck-

mässigste sein wird. Mit besonderem Interesse informirte sich bei mir Dobrovitch über meinen Meinungsaustausch mit Herrn Geschoff betreffend den Eintritt Bulgariens in directe Verhandlungen mit der rumänischen Regierung. Ich habe ihn genau eingeweiht und gab ihm auch einige Äußerungen Herrn Majorescus an den Prinzen Fürstenberg bekannt, die von den guten Dispositionen für Bulgarien zeugen. Mein Mitredner schien einerseits für die Notwendigkeit einer Annäherung Bulgariens an Rumänien volles Verständnis zu haben, andererseits schien er aber auch zu begreifen, dass Herr Geschoff einen entscheidenden Schritt in dieser Hinsicht nicht sofort tun wolle. Dobrovitch hatte nur einige Bedenken, ob Herr Kalinkoff, der, als der demokratischen Partei angehörend, kein Freund des Cabinets Geschoff sei, in Bucarest nicht auf eigene Faust Politik treibe und ob er ganz aufrichtig Geschoff informire. Herr Dobrovitch werde noch die letzten Berichte des bulgarischen Gesandten in Bucarest durchlesen, um sich zu überzeugen, ob dieselben damit, was ich ihm (Dobrovitch) mitgeteilt, übereinstimmten. Tarnowski.

P. S. Da sich mir sichere Gelegenheit zur Beförderung dieses Berichtes bot, habe ich von Absendung in Chiffern abgesehen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6816, 6949.

Nr. 6714. Tel. aus Belgrad, 23. April 1913 Nr. 234 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Manifestation für Skutari. Hiesige Polizei verlangte von Agentur der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, dass sie anläßlich des Falles von Skutari flagge, was ich selbstverständlich nicht gestatte. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6715.

Nr. 6715. Tel. aus Belgrad, 23. April 1913 Nr. 237 (eing. 24. April 3 U. a. m.).[a]) Entziff.

Fall Skutaris. Im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 234 von heute. In der Stadt herrscht freudige Begeisterung, wie ich sie seit Anfang des Krieges nicht konstatiert habe, weder nach den ersten grossen serbischen Siegen, noch nach der Einnahme Adrianopels, nicht einmal bei der Rückkehr des Königs vom Schlachtfelde. Umzüge durchziehen mit Musikbanden die Stadt. Der König, von ungezählten Menschenmengen lebhaftest akklamiert, erschien mit Hofstaat auf teppichgeschmücktem Balkon. Eine begeisterte Ansprache beantwortete er in längerer Rede (Inhalt derselben unverständlich, wird wahrscheinlich in den morgigen Blättern veröffentlicht werden). Wiederholt wird Volkshymne gespielt. Volk singt mit und Hüte werden mit begeisterten Živiorufen geschwenkt. Abends Illumination. Eine ähnliche begeisterte Manifestation dürfte hier zu den allergrößten, vielleicht nie dagewesenen Seltenheiten gehören. Mit echt südslavischer Leidenschaft wurden an den Fall Skutaris bereits die weitgehendsten Kombinationen geknüpft. Derselbe wird als der Triumph der serbischen Sache angesehen, die Europa zum Trotze endlich sich doch durchgezwungen hat. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6735, 6736, 6831.

Nr. 6716. Tel. nach Berlin Nr. 319 (1), Rom Nr. 407 (2), London Nr. 347 (3), Paris Nr. 245 (4), St. Petersburg Nr. 303 (5) und Cetinje Nr. 112 (6), 23. April 1913 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1.—6. Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr. 317 (beziehungsweise 404, 343, 243, 301, 111).

1.—5. Die von uns ins Auge gefaßte Eventualität der Übergabe Skutaris ist nunmehr eingetreten. Daß dieselbe trotz der in Cetinje abgegebenen ausdrücklichen Erklärungen der Vertreter der Großmächte und ungeachtet der in den montenegrinischen Wässern versammelten internationalen Flotte von Montenegro erzwungen wurde, macht die unerhörte Ignorirung des Willens Europas seitens Montenegros vor aller Welt offenkundig. Hiedurch erscheint das Prestige der beteiligten Mächte in solchem Grade verletzt, daß wir von keiner derselben ein ruhiges Hinnehmen eines solchen Affronts voraussetzen und jedenfalls für unseren Teil entschlossen sind, denselben nicht ohne Remedur zu lassen. Es ist somit zur unabweislichen Notwendigkeit geworden, daß die Großmächte ohne jeden Verzug mit einer energischen Aktion einsetzen, um ihr so schwer verletztes Ansehen voll wiederherzustellen und die von ihnen gefaßten Beschlüsse nunmehr endlich durchzusetzen. Wir müssen also erwarten, daß die Mächte sofort einen konkreten Beschluß bezüglich der von ihnen unverweilt zu ergreifenden Koerzitivmaßnahmen fassen, als welche wir die Besetzung der montenegrinischen Hafenplätze durch internationale Detachements oder die Beschießung eben jener Plätze beantragen. Sollten sich die Mächte hiezu nicht entschließen können, so ergäbe sich hieraus für uns das moralische Obligo, für die Durchsetzung des in internationalen Vereinbarungen festgelegten Willens der Mächte selbst Sorge zu tragen und die Räumung Skutaris zu erzwingen. Euer Exzellenz wollen sich unverweilt bei der dortigen Regierung in obigem Sinne aussprechen und hinzufügen, daß wir gleichzeitig im selben Sinne so wie an die dortige Regierung auch an die anderen Kabinette mit dem dringenden Ersuchen herantreten, ihre Botschafter in London mit den nötigen Instruktionen zu versehen, damit ein bezüglicher Réunionsbeschluß ehebaldigst zustande komme.

3. Hochdieselben wollen unter Hinweis auf die Dringlichkeit der Lage bemerken, daß, falls nicht bereits in der morgigen Sitzung sämtliche Vertreter instruirt sein sollten, der bezügliche Beschluß mit Rücksicht auf die offenbare Unaufschiebbarkeit der Angelegenheit längstens in einer für übermorgen Freitag anzuberaumenden Sitzung gefaßt werden müßte.

1., 2., 4., 5. Hochdieselben wollen weiters bemerken, daß wir großen Wert darauf legen, daß die dortige Regierung ihren Vertreter in London in die Lage versetze, bereits in der morgigen Sitzung an einer einschlägigen Beschlußfassung teilzunehmen. Ich telegrafire gleichzeitig an Grafen Mensdorff, daß er, falls letzteres nicht bezüglich aller Vertreter der Fall sein sollte, mit Rücksicht auf die offenbare Unaufschiebbarkeit der Angelegenheit den neuerlichen Zusammentritt der Réunion für übermorgen Freitag verlange.

6. Ich telegrafire an Graf Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 3 in extenso.)

2. Euer Exzellenz wollen sich auch bei dieser Gelegenheit im Sinne des Schlußalineas des eingangs zitierten Telegrammes bei Marquis di San Giuliano aussprechen. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 235 Nr. 458. Vgl. n. 6729, 6739, 6741, 6746, 6748, 6749, 6754, 6784, 6790.

Tel. nach Berlin, 23. April 1913 Nr. 321 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 6720.

Nr. 6717. Erlaß nach Berlin, 23. April 1913 Nr. 1832.[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Streng vertraulich. ... *wie n. 6671 mit Kürzungen* ... Die mir hierauf zugekommene Antwort des k. u. k. Botschafters am königlich italienischen Hofe vom 19. beziehungsweise 21. d. M. besagt: ... *wie n. 6681 und n. 6699 mit Auslassungen* ... Ich habe mich mit dem vorstehenden italienischen Vorschlage einverstanden erklärt und Grafen Mensdorff beauftragt, mit Marquis Imperiali ein gemeinsames Vorgehen in der Réunion zu concertieren. Wie Euer Exzellenz vorstehenden Ausführungen, die ich Hochdenselben zur streng vertraulichen Verwerthung bei Herrn von Jagow zur Verfügung stelle, entnehmen werden, ist bezüglich des Standpunktes, den Österreich-Ungarn und Italien in der Frage der Süd- und Südostgrenze Albaniens einnehmen, nicht nur das Interesse an der Lebensfähigkeit des albanesischen Gemeinwesens, sondern vor allem auch das eminente militärische Interesse beider Adriamächte maßgebend, welches nach dem übereinstimmenden Urtheil der beiderseitigen kompetenten Faktoren erheischt, daß die Südgrenze Albaniens ihren Ausgang von einem südlich vom Kap Stylos gelegenen Küstenpunkte nehme. Unter besonderer Hervorhebung dieses militärischen Momentes wollen Euer Exzellenz bei Herrn von Jagow zu dem Zwecke vorstellig werden, damit dem kaiserlich deutschen Botschafter in London der Auftrag erteilt werde, die Anträge Marquis Imperialis und Grafen Mensdorffs bezüglich der Süd- und Südostgrenze Albaniens zu unterstützen. Hiebei wollen Euer Exzellenz den Herrn Staatssecretär darauf aufmerksam machen, daß es behufs Erzielung des für uns und Italien unabweislich erscheinenden Minimums nöthig erscheinen wird, aus taktischen Gründen vorerst größere Anforderungen zu stellen, und daß uns gerade in diesem Stadium die Unterstützung Fürsten Lichnowskys besonders werthvoll erscheint, um schließlich unsere Minimalgrenze in der Form eines Kompromisses durchsetzen zu können. Indem ich Euer Exzellenz Berichterstattung über die Aufnahme Ihrer Demarche bei Herrn von Jagow mit Interesse entgegensehe, erneuere ich etc.

[a]) Vgl. n. 6928.

Nr. 6718. Tel. aus Berlin, 23. April 1913 Nr. 203 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 314 von gestern betreffend Antwortsnote der verbündeten Balkanstaaten. Staatssekretär teilt Euer Exzellenz Standpunkt und wird sofort deutschen Botschafter in London dementsprechend instruieren. Szögyény.

Nr. 6719. Bericht aus Berlin, 23. April 1913 Nr. 13 D (eing. 25. April). Ausfert.

Der Euer Exzellenz aus den Zeitungen bekannte Zwischenfall in Nancy, wo Deutsche in einem Vergnügungslokal und später in der Bahnhofrestauration von Franzosen arg belästigt und sogar tätlich insultiert wurden, hat einige Tage lang die deutsche wie die französische Öffentlichkeit in starke Erregung gesetzt, bis er eine gütliche Beilegung gefunden hat. Ob die ganze Sache nicht eher aufgebauscht war, möchte ich dahingestellt sein lassen, doch ist an dem Vorgange der Umstand jedenfalls bezeichnend, wie gefährlich die Aufpeitschung der chauvinistischen Leidenschaften für die internationalen Beziehungen ist und wie bedenklich der Nationalcharakter davon beeinflusst werden kann. Es lässt sich schwer denken, dass die Belästigung scheinbar harmloser deutscher Besucher in Nancy möglich gewesen wäre, wenn nicht ein gewisser Teil der französischen Presse mit verwerflichen Mitteln deutschfeindliche Stimmungen verbreitet hätte. Aber gleichwie in Frankreich, so wird auch vielfach in Deutschland von gewissenlosen Hetzern der nationale Chauvinismus künstlich angestachelt. Gerade der Vorgang in Nancy gab einigen alldeutschen Blättern Anlass zur masslosen Herausforderung und Verunglimpfung des französischen Volkes. Es kann der französischen Regierung das Zeugnis nicht versagt werden, dass sie die Angelegenheit sofort mit dem gebührenden Ernst behandelt, für eine Klarstellung der Vorgänge gesorgt und die schuldigen Beamten in raschem Verfahren rektifiziert hat. Damit dürfte wohl der Zwischenfall — soweit dabei die offiziellen deutsch-französischen Beziehungen in Frage kommen — auch erledigt sein. Mein französischer Kollege teilt ebenfalls diese Meinung, obwohl er anfangs dem Staatssekretär und auch mir gegenüber seinen aufrichtigen Befürchtungen Ausdruck gegeben hatte, dass dieser Inzidenzfall, wenn es auch gelingen sollte, denselben gütlich beizulegen, noch recht unangenehme Folgen haben könnte. Insbesondere wirft er dem Reichskanzler vor, in seiner grossen Rede im Reichstage[a]) ganz ungerechtfertigterweise Frankreich chauvinistischer Bestrebungen geziehen zu haben. Herr Cambon behauptet, dass diese Redewendungen, die nach seiner Ansicht Herr von Bethmann-Hollweg aus Gründen der innern Politik (Wehrvorlage) gebraucht hat, in Frankreich sehr viel böses Blut gemacht und viel dazu beigetragen hätten, Zwischenfälle wie den von Nancy hervorzurufen. Szögyény.

[a]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 133.

Tel. nach Cetinje, 23. April 1913 Nr. 112 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6716.

Tel. nach Cetinje, 23. April 1913 Nr. 113 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 6720.

Tel. nach London, 23. April 1913 Nr. 347 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6716.

Nr. 6720. Tel. nach London Nr. 349 (1), Cetinje Nr. 113 (2), Berlin Nr. 321 (3), St. Petersburg Nr. 305 (4), Paris Nr. 247 (5) und Rom Nr. 409 (6), 23. April 1913 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1. Euer Exzellenz wollen in der morgigen Réunion die Erklärung abgeben, daß wir die Instruktionen, die ich an Baron Giesl im Sinne des Réunionsbeschlusses vom 17. d. M. wegen einer Demarche in Cetinje bezüglich der finanziellen Zuwendung an Montenegro habe ergehen lassen (Euer Exzellenz mitgeteilt mit meinem Telegramme Nr. 345 vom 22. d. M.), nicht mehr aufrechterhalten, da Skutari nunmehr kapituliert habe und das Vorgehen Montenegros Europa gegenüber ein derartiges sei, daß wir eine finanzielle Unterstützung dieses Landes, soweit wir in Betracht kommen, ablehnen müssen. Wir könnten auf diese Frage keinesfalls zurückkommen, bevor die Beschlüsse der Mächte tatsächlich durchgeführt sind.

2. Angesichts des Falles von Skutari und des Vorgehens Montenegros Europa gegenüber müssen wir eine finanzielle Unterstützung dieses Landes, soweit wir in Betracht kommen, ablehnen und können auf diese Frage keinesfalls zurückkommen, bevor die Beschlüsse der Mächte tatsächlich durchgeführt sind. Unter diesen Umständen kann ich die Euer Hochwohlgeboren mit meinem Telegramme Nr. 100[b] vom 18. d. M. erteilte Ermächtigung, unter gewissen Voraussetzungen bei der dortigen Regierung eine Demarche in Angelegenheit einer finanziellen Zuwendung an Montenegro zu unternehmen, nicht aufrechterhalten. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber den anderen Vertretern der Großmächte.

3.—6. Ich kann die Instruktionen, die ich an Baron Giesl im Sinne des Beschlusses der Londoner Botschafterréunion vom 17. d. M. ... *wie sub 1. von „wegen einer Demarche in Cetinje" bis „tatsächlich durchgeführt sind"* ... Euer Exzellenz wollen sich im Sinne des Vorstehenden dortigen Auswärtigen Amte aussprechen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6752. — [b] Vgl. n. 6707 (inseriert).

Nr. 6721. Tel. aus London, 23. April 1913 Nr. 340 (eing. 10 U. 20 M. p. m.).[a] Entziff.

„Heutige Réunion: La Réunion est d'avis qu'il convient déclarer collectivement au gouvernement monténégrin que la prise de Scutari ne modifie en rien les décisions des puissances relatives à la délimitation nord et nord-est de l'Albanie, que, par conséquent, la ville de Scutari doit être évacuée dans le plus bref délai et qu'elle devra être remise aux puissances représentées par les commandants des forces navales internationales. Le gouvernement monténégrin sera invité donner une prompte réponse à cette communication. Le gouvernement britannique envoie à son représentant à Cetigné l'instruction de faire collectivement avec ses collègues au gouvernement monténégrin la déclaration ci-dessus aussitôt qu'ils auront reçu des instructions analogues. La Réunion pense qu'il convient faire cette démarche à Cetigné sans retard et d'avertir en même temps les commandants de la flotte internationale." Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6722, 6741, 6746, 6748, 6760, 6769, 6790.

Nr. 6722. Tel. aus London, 23. April 1913 Nr. 341 (eing. 24. April 4 U. a. m.). Entziff.

Die für morgen festgesetzte Reunion wurde für heute einberufen. Habe mich für alle Fälle derselben und vorher Sir A. Nicolson gegenüber im Sinne Euer Exzellenz Telegramme Nr. 341, 342 und 343 ausgesprochen und namentlich Notwendigkeit betont, eine einmütige Erklärung der Mächte herbeizuführen, aus der deutlich hervorgeht, dass der Fall von Skutari keinen Einfluss auf künftige Zugehörigkeit der Stadt haben könne und dass dieselbe ehetunlichst von Montenegrinern evakuiert werden müsse. Premierminister, Sir A. Nicolson und Kollegen stimmten zu und wir redigierten Resolution (mein heutiges Telegramm Nr. 340). Auf die Frage, wem die Stadt übergeben werden soll, schien uns die beste Lösung, wenn zunächst die Kommandanten der internationalen Flotte damit betraut würden. Ich erklärte, dass, wenn keine gemeinsame Aktion stattfände, wir gezwungen wären, den einmütigen Beschlüssen der Mächte Geltung zu verschaffen. Einzelne Kollegen schienen der Ansicht, dass es nach Einnahme Skutaris für König Nikolaus leichter als vorher wäre, sich dem Willen der Mächte zu fügen. Mensdorff.

Nr. 6723. Tel. aus London, 23. April 1913 Nr. 342 (eing. 24. April 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 340 von heute. Ich habe bei Reunion erklärt, dass die in der Antwortnote der Alliierten enthaltene Reserve betreffs Inseln und albanesischer Grenzen der k. und k. Regierung inakzeptabel erscheine. Bei Diskussion der Antwortnote wurde Wert darauf gelegt, Akt zu nehmen von der Annahme Mediation und auf Einstellung der Feindseligkeiten hinzuwirken. Bezüglich Reserve machte italienischer Botschafter richtigerweise geltend, dass Thrazien nicht in demselben Verhältnis stehe, wie Inseln und Albanien, da die zwei letzten von Anfang an der Entscheidung der Mächte vorbehalten wurden, „dans les autres questions nous sommes médiateurs, pour les îles et la délimitation de l'Albanie nous sommes juges". In unserer Resolution (mein heutiges Telegramm Nr. 343) wird gegen die Reserve der Alliierten Stellung genommen. Das dritte Alinea[b] der Resolution wurde aufgenommen, weil die Verbündeten in ihrer Antwort den § 2 der letzten Note der Mächte etwas modifiziert hatten. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6724. — [b] Das 3. Alinea in n. 6724 reicht von „En conséquence" bis „de leur réponse".

Nr. 6724. Tel. aus London, 23. April 1913 Nr. 343 (eing. 24. April 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Heutige Reunion. „Les Puissances prennent acte avec satisfaction de la réponse des Alliés à leur dernière note et de leur acceptation des bases de paix formulées dans cette note. Ces bases de paix ayant déjà été agréées par la Sublime Porte les Puissances invitent les belligérants à cesser immédiatement les hostilités, à désigner leurs plénipotentiaires et le lieu de la réunion pour la négociation de la paix. Quant aux réserves de la réponse des Alliés relative aux îles et à la délimitation de l'Albanie les Puissances

font de nouveau observer que ces questions sont exclusivement de leur ressort. En conséquence elles font remarquer que la cession des îles par la Turquie ne peut être mentionnée comme le font les Alliés dans le paragraphe 2 de leur réponse. Le gouvernement britannique envoie à ses agents à Belgrade, Sophia, Athènes et à Cetigné une instruction de faire la démarche collective si omnes." Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 241 Nr. 469. Vgl. n. 6723, 6775, 6814 Anm. a.

Nr. 6725. Tel. aus London, 23. April 1913 Nr. 344 (eing. 24. April 6 U. a. m.). Entziff.

Heutige Réunion. „La réunion pense qu'il convient prescrire aux ambassadeurs des Puissances à Constantinople de faire connaître à la Sublime Porte par une démarche collective l'acceptation par les Alliés des bases de la paix et l'invitation adressée à ces derniers de cesser les hostilités, de désigner leurs plénipotentiaires et de choisir un lieu de réunion pour les négociations de la paix. La Sublime Porte sera invitée en même temps à cesser les hostilités, choisir ses représentants et à se prononcer sur le choix d'un lieu de réunion pour la conférence de la paix." Mensdorff.

Tel. nach Paris, 23. April 1913 Nr. 245 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6716.

Tel. nach Paris, 23. April 1913 Nr. 247 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 6720.

Tel. nach Rom, 23. April 1913 Nr. 407 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6716.

Tel. nach Rom, 23. April 1913 Nr. 409 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 6720.

Nr. 6726. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 23. April 1913.[a]) Konz. (S. Berger; V. Berchtold).

Der kgl. italienische Botschafter ist heute bei mir erschienen, um mir auftragsgemäß mitzutheilen, es liege von französischer Seite eine Anregung in dem Sinne vor, daß die Mächte erklären, sich in eventuelle Zwistigkeiten zwischen den Balkanstaaten — außer wenn spezielle eigene Interessen verletzt würden — nicht einmischen zu wollen. Der Konsulta erscheine die Fixierung dieses Standpunktes wünschenswert; auch Deutschland sei mit dieser Auffassung einverstanden. Rußland erhebe nur die eine Einwendung, daß sich diese Nichteinmischung nicht auf Ansuchen um Vermittlung oder um Schiedsspruch erstrecken könne. Ich erwiderte Herzog Avarna, diese desintéressement Erklärung erinnere mich lebhaft an die seinerzeitige Poincarésche Formel. Aus denselben Gründen, aus denen ich damals diese abgelehnt hätte, müsse ich mich auch jetzt gegen die neue Anregung aussprechen, nachdem wir uns nicht in einer Frage die Hände binden könnten, in der eventuell unsere Interessen tangiert würden. Auf den Einwurf des Herzogs, dieser Fall sei in der proponierten Formel vorgesehen, bemerkte ich, daß diese Formel dann ohnehin nichts heiße, was er nicht in Abrede stellte.

[a]) Vgl. n. 6678, 6750.

Nr. 6727. Tel. aus Rom, 23. April 1913 Nr. 234 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Abgrenzung Albaniens. Hiesiger Minister des Äußern teilt die in dem hohen Telegramme Nr. 401 vom 22. d. M. dargelegte Auffassung bezüglich der Unzulässigkeit des Vorbehaltes der Alliierten hinsichtlich der albanesischen Delimitation und wird den Botschafter in London entsprechend instruieren. Mérey.

[a]) Oe. U. Balkan 236 Nr. 459.

Nr. 6728. Tel. aus Rom, 23. April 1913 Nr. 235 (eing. 10 U. 50 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Internationale Aktion gegen Montenegro. Ich hatte soeben mit dem Minister des Äußern eine Unterredung auf Grund der hohen Telegramme vom 22. d. M. Nr. 402, 403 und 404, welche allerdings durch die seitherige Einnahme Skutaris teilweise überholt erscheinen. Marquis di San Giuliano ist nicht nur bereit, die Démarche Grafen Mensdorffs in London zu unterstützen, sondern hatte schon sogleich nach der Nachricht vom Falle Skutaris spontan an alle Botschafter telegraphiert, daß nunmehr die europäische Aktion wirksam gemacht werden müsse. Er hofft, daß wir uns auch diesmal nicht von den Mächten trennen werden und meint, es werde den letzteren — wenn auch bei der Schwerfälligkeit des europäischen Konzertes vielleicht nicht mit der von uns gewünschten Schnelligkeit — leichter gelingen, Montenegro zum Verlassen Skutaris zu bewegen als an dessen Einnahme zu verhindern. Meiner Überzeugung, daß ein Teil der Großmächte es auf den Fall Skutaris abgesehen hatte, um Montenegro den moralischen Erfolg und uns einen Mißerfolg zu verschaffen, trat der Minister allerdings mit wenig überzeugenden Argumenten entgegen. Dagegen widersprach er nur sehr teilweise meiner Annahme, daß es sich bei dem ganzen um einen coup monté handle, bei welchem vielleicht auch die Türkei eine Rolle gespielt und Serbien den Abzug seiner Truppen nur simuliert hat. Die letzten gestrigen Telegramme des italienischen Gesandten in Cetinje melden einerseits eine demselben von König Nikolaus und dem Erbprinzen Danilo gespielte Komödie, als ob der Verzicht auf Skutari im Zuge sei, anderseits Nachrichten, daß die Stadt neuerlich beschossen werde und hiebei ein Teil der schweren serbischen Geschütze und serbische, in montenegrinische Uniform gesteckte Artilleristen in Aktion seien. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6729, 6752 Anm. a.

Nr. 6729. Tel. aus Rom, 23. April 1913 Nr. 236 (eing. 24. April 2 U. 50 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Meine auf Grund des hohen Telegrammes Nr. 407 von heute dem Minister des Äussern soeben gemachten Mitteilungen wurden von demselben mit sichtlicher Befriedigung entgegengenommen, da sie ihn von der Besorgnis einer isolierten Aktion der Monarchie befreiten. Marquis di San Giuliano sprach neuerlich Überzeugung aus, dass König Nikolaus nach diesem moralischen Erfolge zur Räumung Skutaris zu veranlassen sein wird.

Vielleicht werde es hiezu nötig sein, ausser der Pression der Mächte und ausser der Millionenzuwendung noch irgendeine Konzession für Montenegro zu finden. Obwohl der Minister bereits heute früh an alle Botschafter im Sinne einer Verschärfung der europäischen Aktion telegraphiert hat, wird er noch heute nachts Marquis Imperiali beauftragen, auf einen baldigsten Reunionsbeschluss in dieser Richtung hinzuwirken. Nach seinen Informationen hat indessen die für morgen, Donnerstag, anberaumt gewesene Sitzung der Botschafter bereits heute stattgefunden, sodass voraussichtlich die nächste Sitzung erst Freitag abgehalten wird. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6728, 6752 Anm. a.

Tel. nach St. Petersburg, 23. April 1913 Nr. 303 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6716.

Tel. nach St. Petersburg, 23. April 1913 Nr. 305 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 6720.

Nr. 6730. Tagesbericht über einen Besuch des russ. Botschafters, 23. April 1913 Nr. 1853. Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Der kaiserlich russische Botschafter theilte mir gelegentlich seines heutigen Besuches mit, die königlich bulgarische Regierung habe durch den französischen Gesandten in Sofia angeregt, daß die Mächte auf die Demobilisierung der Balkanstaaten dringen sollten. Herr von Giers frug mich, ob wir eine diesbezügliche Mittheilung erhalten hätten und wie ich mich eventuell zu diesem Verlangen zu verhalten gedächte. Ich habe dem Herrn Botschafter erwiedert, daß mir über diese Anregung nichts bekannt sei.

Nr. 6731. Tel. aus Sofia, 23. April 1913 Nr. 366 (eing. 24. April 9 U. a. m.). Entziff.

Hatte heute Besuch Herrn Geschoffs. Unter dem Eindrucke der Nachricht vom Falle Skutaris sprach er Besorgnis aus, dass dies Verzögerung des Friedensschlusses zur Folge haben könnte. Ich nahm Gelegenheit, Inhalt hohen Telegrammes Nr. 203 vom 23. d. M. zu erwähnen und bemerkte, dass inakzeptabler Vorbehalt der Verbündeten nicht danach angetan, Mediation zu beschleunigen. Konseilspräsident erwiderte, dass Serbien auf Bedingungen betreffs Grenze ganz Albaniens bestanden hätte, dass diese aber wie auch Inselfrage zwischen Verbündeten und Mächten erledigt werde und kein Hindernis für Präliminarfrieden bilden sollte. Pourvu que les Puissances n'entrent plus en discussion avec les alliés, mais qu'elles déclarent catégoriquement que les hostilités doivent cesser définitivement et qu'il doit être procédé de suite à la conclusion de la paix préliminaire qu'il faudrait faire accompagner du retrait des troupes turques et bulgares de leurs positions. La Bulgarie est impatiente de retirer ses troupes de Tchataldja. Tarnowski.

Nr. 6732. Tel. aus Sofia, 23. April 1913 Nr. 367 (eing. 24. April 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Geschoff sagte mir im Verlaufe heutigen Gespräches, Herr Kalinkoff hätte dieser Tage Herrn Majoresco besucht und ihm Wunsch

Bulgariens, sobald Resultat Mediation in rumänischer Frage bekanntgegeben wird, mit Rumänien in direkte Verhandlungen zu treten, mitgeteilt (vide mein Telegramm Nr. 358 vom 20. *b)* d. M.). Rumänischer Ministerpräsident hätte dem bulgarischen Gesandten geantwortet, dass er den Zweck direkter Negoziationen zwischen Rumänien und Bulgarien, nachdem Streitfall von Mächten einmal entschieden sein wird, nicht einsehe. Geschoff sei über diese Meldung Kalinkoffs, die mit Äußerungen Herrn Majorescos an Prinzen Fürstenberg im Widerspruche,*c)* erstaunt. Ich erwiderte, dass es mich auch wundere, dass aber ein Missverständnis vermute: Wahrscheinlich hat sich Kalinkoff nicht richtig ausgesprochen. Immerhin sei es schade, meinte ich, daß Herr Geschoff Herrn Majoresco solange auf Antwort auf dessen Ouverture warten ließ, da dies froissieren könne. Wir hätten wiederholt geraten, keine Zeit zu verlieren. „J'ai fait expliquer à Monsieur Majoresco", antwortete Herr Geschoff, „les raisons pour lesquelles le gouvernement bulgare ne peut pas entrer en conversation avec la Roumanie avant que la décision de la réunion à Pétersbourg ne soit publiée. Notre politique est de nous faire imposer la cession de Silistrie par les Puissances après quoi nous désirons entrer en pourparlers avec le gouvernement roumain pour trouver une base de rapprochement entre les deux pays." Herr Geschoff hofft, dass es sich nur um falschen Eindruck Herrn Kalinkoffs handle; er ersuchte mich, Euer Exzellenz Vorstehendes zu melden, in Erwartung, dass Missverständnis aufgeklärt wird. Tarnowski.

a) Vgl. n. 6740, 6770. — *b)* n. 6684, aufgegeben 20. April 3 U. a. m. — *c)* Vgl. n. 6656.

Nr. 6733. Tel. aus Sofia, 23. April 1913 Nr. 368 (eing. 24. April 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Anläßlich heutiger Unterredung mit Konseilspräsidenten überraschte er mich durch spontane Bemerkung, bulgarische Regierung werde sich wahrscheinlich dafür entschließen, in Salonikfrage Mediation der Mächte anzurufen. Was der Grund dieses Entschlusses, kann ich noch nicht erraten; vielleicht nur der, sich, wenn Salonik griechisch bleibe, vor öffentlicher Meinung durch Spruch der Mächte zu decken. Viel überraschender war die Antwort, die mir Herr Geschoff auf die Frage gab, wie es sich mit Differenzen mit Serbien verhielte und ob Bulgarien auch da Mediation anrufen wolle. Konseilspräsident antwortete verneinend und sagte, dass zwischen Bulgarien und Serbien Russland entscheiden werde. Ich bemerkte, dass, soviel mir bekannt, das Arbitrium russischen Kaisers nur für eine gewisse Zone (Üsküb, Kumanova, Kičevo, Dibra) im serbisch-bulgarischen Vertrag vorgesehen; was aber mit (jenen) *b)* Gebieten, die Serbien besetzt habe und behalten (wolle)*b)*? Russland werde auch darüber entscheiden, antwortete Geschoff. Fragte weiter, ob bulgarische Regierung einen für Bulgarien günstigen Spruch von Russland erwarte, worauf Mitredner bejahende Antwort gab, die er damit motivierte, dass Recht auf Seite Bulgariens und serbischer Standpunkt sich nicht vertreten ließe. Bulgarien werde nur auf oberwähntes strittiges Gebiet verzichten, worauf es von Anfang an gefasst gewesen sei. Ich warf noch Bemerkung ein, dass sich Serbien eventuell weigern könnte,

besetzte Gebiete trotz Schiedsspruches auszufolgen und erhielt darauf Antwort, die dahin zu verstehen, daß Bulgarien zugleich nicht unterlassen werde, militärische Maßnahmen zu treffen. Bezeichnend ist, daß russischer Gesandter, der laut meines Berichtes vom 17. d. M. Nr. 28 sich kürzlich sehr pessimistisch über Differenzen zwischen Verbündeten ausgesprochen hatte, gestern Lage als viel weniger besorgniserregend bezeichnete. Ein russischer Sekretär, der seines Chefs Echo, meinte heute, solange Kabinett Geschoff am Ruder, könne man sicher sein, daß Krieg zwischen Verbündeten vermieden werde. Mein im gehorsamen Telegramme Nr. 358 vom 20.*c)* d. M. ausgesprochenes Urteil über Politik russophiler Regierung scheint nicht unrichtig gewesen zu sein. Immerhin bleibt noch festzustellen, was der wahre Grund plötzlichen Frontwechsels. Tarnowski.

a) Vgl. n. 6770, 6771, 6815, 6857. — *b)* Chiffre verstümmelt. — *c)* Vgl. n. 6732 Anm. b.

Nr. 6734. Privatschreiben aus Stockholm, 23. April 1913 (eing. 27. April).a) Ausfert.

Vertraulich. Ich bin heute mittags bei Seiner Majestät dem Könige in Privataudienz erschienen, um Höchstdenselben persönlich zu einem Diner auf dieser k. u. k. Gesandtschaft einzuladen, welches für den 6. Mai anberaumt wurde. Eine halbe Stunde vor meiner Audienz kam die offizielle Nachricht ins Palais, dass Skutari gefallen sei. Der König sprach mir über diesen Vorfall und beklagte ihn aufrichtigst. Seine Majestät meinte, es sei wirklich ein Unglück, dass nun, wo sich die schweren Gewitterwolken am politischen Horizonte langsam zu zerstreuen anfingen, Europa durch diesen Streich sich neuerdings vor einem schwierigen Problem befände. Ich benützte die Gelegenheit um endlich aus aller authentischester Quelle zu erfahren, ob was Wahres an dem Gerüchte sei, dass Seine Königliche Hoheit Prinz Wilhelm der „Kandidat der Triple Entente" für den Thron von Albanien ist. Der König antwortete mit Höchstseiner Ihm eigenen Offenherzigkeit: „Während meines Aufenthaltes in Paris" sagte mir Seine Majestät, „hat mir Herr Poincaré in einer äusserst liebenswürdigen Weise nahegelegt, dass er sich sehr freuen würde, wenn mein Sohn die Kandidatur für den Thron von Albanien annehmen würde. Ich dankte, fügte aber gleich hinzu, dass dies ausgeschlossen sei. Prinz Wilhelm hat gar keine Ambition den in Frage kommenden Thron zu besteigen, und ich erlaube ihm auch keinesfalls, in ein so wildes Land zu ziehen; die diesbezüglichen Zeitungsnachrichten, in welchen es heisst, dass mein Sohn die Kandidatur angenommen hätte, sind vollkommen aus der Luft gegriffen." Hadik.

a) Vgl. n. 7405.

Nr. 6735. Tel. aus Belgrad, 24. April 1913 Nr. 239 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).a) Entziff.

Fall Skutaris. Der in meinem Telegramme Nr. 237 von gestern gemeldete Enthusiasmus der Belgrader Bevölkerung scheint aufrichtig zu sein, wobei die Schadenfreude, daß Europa und namentlich der Monarchie neue Schwierigkeiten mit Montenegro entstehen können, eine nicht unbedeutende

Rolle spielt. In Regierungskreisen betrachtet man die Frage viel nüchterner; man ärgert sich, daß es Montenegro gelungen sei, ohne serbische Hilfe die Stadt einzunehmen. Es wird auch mit großem Nachdrucke behauptet, daß Skutari nicht erstürmt wurde, sondern sich ergeben habe. Man befürchtet, daß das serbische Prestige in Cetinje sehr gelitten haben könnte und so die Verwirklichung der auch vom Herrn von Hartwig stark poussierten Idee einer Vereinigung der zwei serbischen Staaten unter dem Szepter der Karageorgević sehr problematisch geworden sei. Generalsekretär sagte mir mit gewisser Schadenfreude: „A quoi sert tout cela au Monténégro? Le Roi Nicolas ne pourra guère jouir longtemps de sa victoire; l'Europe le chassera, il peut en être sûr et il le sait." Herr Pašić bestreitet, daß bei der Einnahme sich serbische Truppen betätigt hätten, es könnten serbischerseits höchstens fünf große Geschütze und zwölf von den Türken weggenommene Kanonen noch in ihren Stellungen belassen geblieben und verwendet worden sein.

[a]) Vgl. n. 6831. Ugron.

Nr. 6736. Tel. aus Belgrad, 24. April 1913 Nr. 240 (eing. 3 U. p. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zum gestrigen Telegramme Nr. 237. Gestern haben auch vor der russischen Gesandtschaft Manifestationen stattgefunden. Herr von Hartwig wurde lebhaft akklamiert, worauf er am offenen Fenster erschien und für die Ovation dankte und sagte, daß er diese Manifestation als eine große Genugtuung für Russland betrachte. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6767.

Tel. nach Berlin, 24. April 1913 Nr. 322 (chiffr. 11 U. a. m.). Siehe n. 6750.

Nr. 6737. Tel. nach Berlin, 24. April 1913 Nr. 323 (chiffr. 7 U. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Ein Bericht Baron Giesl vom 18. d. M. Nr. 39 enthält nachstehenden Passus: „Die Zeit wird benützt, um noch in zwölfter Stunde territoriale Kompensationen (das Gebiet zwischen dem rechten Bojana-Ufer und dem Skutari-See) herauszuschlagen, wobei der König von dem französischen Geschäftsträger und dem deutschen Gesandten mit Eifer und Überzeugungstreue unterstützt wurde und wird." Ich ersuche Euer Exzellenz, diesen Anlass zu benützen, um das Berliner Kabinet in vertraulicher Weise über die Thätigkeit seines Cetinjer Vertreters aufzuklären und auf die Gefahren hinzuweisen, welche es bei der jetzigen Situation bietet, wenn Herrn von Eckhardts Sprache bei König Nikolaus einen Zweifel an dem geschlossenen Auftreten nicht bloss der Mächte überhaupt, sondern speziell auch des Dreibundes aufkommen läßt. Berchtold.

Tel. nach Berlin, 24. April 1913 Nr. 324 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.). Siehe n. 6741.

Tel. nach Berlin, 24. April 1913 Nr. 325 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6746.

Nr. 6738. Erlaß nach Berlin Nr. 1854 (1), Rom Nr. 1855 (2) und London Nr. 1856 (3), 24. April 1913 (2 chiffr. 24. April 1913 11 U. 30 M. a. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Berchtold).

1.—3. Herzog Avarna hat mir das hier in Abschrift mitfolgende Aide-mémoire[b] überreicht, in welchem ein Vorschlag Marquis Imperialis über unser gemeinsames Vorgehen in der Inselfrage sowie in der Frage der Südgrenze Albaniens formuliert ist und daran auftragsgemäß die Frage geknüpft, wie ich mich zu dieser Proposition verhalte. Ich habe dem Botschafter erwidert, daß ich diesem Vorschlage im Prinzip zustimme und zugleich bemerkt, daß ich es für richtig halte, daß nur von den griechischerseits besetzten Inseln gesprochen werde, da die von Italien okkupierten nach den mir von ihm im Namen seiner Regierung wiederholt abgegebenen Erklärungen seinerzeit der Türkei zurückgegeben werden würden.

1. Euer Exzellenz wollen vom Vorstehenden Herrn von Jagow vertraulich Mitteilung machen.

2. Vorstehendes ist zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis di San Giuliano bestimmt.

3. Vorstehendes ist zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Ihrem italienischen Kollegen bestimmt.

[a] Vgl. n. 6774, 7111. — [b] Beilage zu n. 6753.

Nr. 6739. Tel. aus Berlin, 24. April 1913 Nr. 204 (eing. 4 U. p. m.).[a] Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 319 von gestern, betreffend Vorgehen gegen Montenegro, habe ich sofort nachts Staatssekretär mitgeteilt, welcher bereits heute in aller früh deutschem Botschafter in London telegraphisch formellen Auftrag erteilt hat, unsere ...[b] in heutiger Botschafterreunion zu unterstützen und dahin zu wirken, daß England als Führer in der Reunion und in der internationalen Flottendemonstration brauchbare Vorschläge für eine Aktion als verdiente Antwort auf das Vorgehen König Nikolaus' macht. England solle auch bei der Exekution die Führung beibehalten. Fürst Lichnowsky ist zur Regelung seiner Sprache weiters telegraphiert worden, daß es vom militärischen Standpunkte aus nach hiesiger Auffassung ratsam wäre, wenn unter Englands Führung eine Art Bundesexekution gegen Montenegro ins Werk gesetzt werde, an der die beiden meist beteiligten Mächte, Österreich-Ungarn und Italien teilnehmen sollten. England hätte von Malta aus eine Brigade verfügbar, während die beiden anderen Mächte angemessene Truppen je nach Bedarf stellen könnten; sollte Sir E. Grey nicht selbst auf diese Idee kommen, so wäre sie ihm eventuell durch Grafen Mensdorff zu soufflieren. Die Vorteile hiebei wären: I° Führung Englands wie in der Reunion und in der Flottendemonstration jetzt auch in der Aktion; II° einheitliche Haltung der Mächte; III° keine Sonderaktion; IV° annehmbare Basis für Italien gemeinsam mit Oesterreich-Ungarn vorzugehen. — Sollte England wider Erwarten versagen, so käme nach hiesigem Dafürhalten — dies wurde Lichnowsky ebenfalls telegraphiert — ein Mandat an Oesterreich-Ungarn und Italien respektive an Oesterreich-Ungarn allein in Betracht. Szögyény.

[a] Vgl. n. 6746, 6784. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 6740. Tel. nach Bukarest, 24. April 1913 Nr. 207 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Ich habe auf Grund des Telegrammes Euer Durchlaucht vom 17. d. M. Nr. 105 Herrn Geschoff in vertraulicher Weise neuerlich von der Geneigtheit der rumänischen Regierung zu einem Gedankenaustausch mit Sofia informieren und ihm auch den Wunsch Herrn Majorescos zur Kenntnis bringen lassen, auf seine diesbezüglichen Anregungen durch den bulgarischen Gesandten in Bukarest eine Antwort zu erhalten. Graf Tarnowski telegrafirt mir nun unterm 23. d. wie folgt: ... *wie n. 6732 mit Korrekturen und Auslassungen* ... Euer Durchlaucht wollen von dieser Meldung Herrn Majoresco vertraulich Mitteilung machen und hinzufügen, dass auch ich nach den wiederholten mir von Euer Durchlaucht einberichteten Äusserungen des Herrn Ministers nur annehmen könne, es sei hier ein Missverständnis von einer oder der anderen Seite im Spiel. Jedenfalls hielte ich es für sehr wünschenswert, dies möglichst bald aufzuklären, um die im Interesse beider Teile gelegene direkte Aussprache und Verständigung nicht länger zu verzögern. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6758, 6770, 6785, 6845.

Nr. 6741. Tel. nach Cetinje Nr. 114 (1), Berlin Nr. 324 (2), St. Petersburg Nr. 307 (3), Paris Nr. 249 (4), Rom Nr. 411 (5) und London Nr. 351 (6), 24. April 1913 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

1.—5. Graf Mensdorff telegraphiert mir unterm 23. d. M. wie folgt: ... *wie n. 6721 in extenso* ...

1. Euer Hochwohlgeboren wollen sich, sobald Ihre Kollegen von den Großmächten analoge Instruktionen erhalten haben, an einer Kollektivdémarche in diesem Sinne beteiligen.

6. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 340 vom 23. d. M. erhalten.

2.—6. Ich beauftrage Baron Giesl, sich, sobald seine Kollegen von den Großmächten analoge Instruktionen erhalten haben, an einer Kollektivdémarche im Sinne

2.—5. dieses

6. des gemeldeten

2.—6. Réunionsbeschlusses zu beteiligen und veranlasse gleichzeitig die entsprechende Verständigung des Kontreadmirals Njegovan.

1.—6. Der in Aussicht genommene Kollektivschritt in Cetinje ändert jedoch nichts an meiner in meinem gestrigen Telegramme

1: Nr. 111[b])

2: Nr. 319

3: Nr. 303

4: Nr. 245

5: Nr. 407

6: Nr. 347

1.—6. dargelegten Auffassung von der Notwendigkeit eines sofortigen konkreten Beschlusses der Mächte über die von ihnen unverweilt zu ergreifenden Koerzitivmaßnahmen.

1.—5. Ich weise Grafen Mensdorff daher an,

6. Ich ersuche Euer Exzellenz daher,

1.—6. darauf hinzuwirken, daß die Botschafterréunion ehestens zusammentrete und daß in dieser Sitzung jene Zwangsmaßregeln beschlossen werden, die seitens der Mächte gegen Montenegro für den Fall anzuwenden wären, wenn Montenegro das Begehren der Mächte nicht prompt beantworten oder ablehnen sollte oder trotz einer befriedigenden Erklärung die verlangte Räumung und Übergabe von Skutari hinausziehen würde. Nur wenn ein solcher Beschluß der Mächte in der allerkürzesten Zeit zustande käme, würden wir noch zuwarten und davon absehen können, die Durchsetzung des Willens Europas selbst sofort in die Hand zu nehmen und zu erzwingen.

2.—5. Euer Exzellenz wollen sich bei der dortigen Regierung im Sinne des Vorstehenden aussprechen und auf Erteilung entsprechender Instruktionen nach London hinwirken. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 238 Nr. 463. Vgl. n. 6761, 6765, 6768, 6787, 6790. — [b]) Wohl irrtümlich für 112.

Nr. 6742. Tel. des Vizekonsuls in Prisren Tibor von Pözel aus Djakova, 24. April 1913 Nr. 43 (eing. 25. April 5 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.

Anläßlich der Kapitulation Skutaris gestern montenegrinisch-serbischer Umzug in der Stadt unter Teilnahme Soldaten. Demonstranten, deren Führer ein montenegrinischer Funktionär Sava Mehmetović, haben hiebei und insbesondere vor der katholischen Pfarre und der Franziskanerkapelle leidenschaftliche Schmährufe gegen Oesterreich-Ungarn ausgestoßen; auf hiesige Bevölkerung, welche pöbelhafte Demonstrationen gegen eine Großmacht nicht kennt, (wirkt)[b]) dies demoralisierend, zumal österreichisch-ungarischer Vertreter anwesend. Erbitte daher Intervention Cetinje zur strengen Ahndung genannten Funktionärs. Ich habe vor 10 Tagen im Namen der Geistlichkeit Erlaubnis montenegrinischer Behörden verlangt zur Ueberführung Leichnams Pater Palić', der noch nicht rituell bestattet, und würdigem Begräbnis, nach Zumbi (serbisches Okkupationsgebiet); diese bisher nicht erteilt. Bitte energische Betreibung Cetinje. Gewaltsam konvertierte Katholiken montenegrinischerseits aufgefordert, anläßlich orthodoxer Ostern vollzählig bei Gottesdienst zu erscheinen (montenegrinischer Stadtteil). Bitte wenn tunlich, durch Cetinje Ausführung dieses Befehles verhindern. Alle diese Inzidenzen und soviele ähnliche seit meiner Anwesenheit und bisherige Machtlosigkeit Montenegrinern gegenüber, deren Anmaßung hier bald keine Grenzen kennt, sind geeignet, Vertrauen hiesiger Albanesen in die Monarchie ganz zu vernichten; auch Nachricht Kapitulation Skutaris wirkt niederschmetternd. Ich sehe Enquête betreffs der Konversion wegen der allgemeinen Demoralisation und zu erwartender montenegrinischer Schikanen pessimistisch entgegen und wiederhole mein Petit, religiösen status quo zunächst vor der Untersuchung herzustellen, da diese von den Zeugenaussagen abhängig. Schließlich ist es wichtige Frage, was mit den vielen Hunderten zu rekonvertierenden Katholiken zu ...[b]), die selbstverständlich nicht mehr in das montenegrinische Territorium werden

zurückkehren wollen. Wäre nicht materielle Hilfsaktion Heiligen Stuhles möglich? Pözel.

[a]) Vgl. n. 6786. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 6743. Bericht aus Konstantinopel, 24. April 1913 Nr. 23 A (eing. 26. April). Ausfert.

Vertraulich. Meine Kollegen von Russland und Frankreich haben in einem früheren Stadium des Balkankrieges des öftern gesprächsweise auf die Gefahr hingewiesen, welche der Türkei in Asien namentlich für den Fall drohe, als sie nicht sobald als möglich mit den Verbündeten Frieden schliesst. Seit sich jedoch die deutschen Staatsmänner so deutlich darüber ausgesprochen haben, dass Kleinasien für Deutschland ein „noli me tangere" sei, taten meine vorerwähnten Kollegen dieser Gefahr keine Erwähnung mehr. Dessenungeachtet bin ich der Ansicht, dass in Kleinasien derzeit sowohl russischer — wie französischerseits, wenn auch nach verschiedenen Methoden, mit grösserem Nachdrucke denn je gearbeitet wird, um früher oder später die Hand auf Teile der asiatischen Türkei legen zu können. Die Methode, die speziell Russland in Armenien zur Anwendung bringt, ist dieselbe, welche sich in Mazedonien bewährte; der Unterschied ist blos, dass das Zarenreich seinerzeit in Mazedonien durch seine Schützlinge handelte, in Armenien dagegen direkt vorgeht. Letzterer Zeit mehren sich die Anzeichen dafür, dass dieses Vorgehen ein systematisches ist. Symptomatisch erscheint nämlich, dass der armenische Patriarch den hiesigen Botschaftern seit einiger Zeit wöchentlich Mitteilungen über Ausschreitungen und Gewaltakte gegen Armenier zusendet, wie dies seinerzeit der ökumenische Patriarch und der bulgarische Exarch hinsichtlich der Vorkommnisse dieser Art in Mazedonien getan haben. Hiebei arbeiten russische Emissäre sowohl im armenischen wie im kurdischen Lager und die hiedurch vielfach künstlich geschaffenen Zwischenfälle geben dem Herrn russischen Botschafter Anlass, dem türkischen Minister des Äussern gegenüber bezüglich der Lage in Armenien Besorgnisse zu äussern. Tatsächlich wurde kürzlich in Erzindjian infolge einer Explosion eine Bombenfabrik entdeckt. Unter diesen Umständen muss man bereits jetzt mit der Möglichkeit rechnen, dass in Armenien in nicht zu ferner Zeit grössere Unruhen auftreten und dass Russland sich dann genötigt sehen wird, in irgendeiner Weise einzuschreiten. Wie ich bereits eben anzudeuten die Ehre hatte, weist die französische Aktion in Kleinasien bei Verfolgung des gleichen Zieles einen bei weitem weniger gewalttätigen Charakter auf als die russische. Die türkischen Staatsmänner sind sich der Gefahren, welche ihnen in Kleinasien namentlich russischerseits drohen, bewußt; leider verfällt aber die türkische Regierung auch diesmal in denselben Fehler, welchen sie seinerzeit in Mazedonien begieng, indem sie sich mit halben Massregeln begnügt, anstatt das Übel an der Wurzel zu fassen. Wie Euer Exzellenz aus der Berichterstattung des Generalkonsulates Beirut ersehen haben werden, trifft dies insbesondere in Syrien zu, wo man sich nicht entschliessen kann, radikale Reformen und zwar Reformen im wahren Sinne des Wortes einzuführen. In einem Gespräche, das ich neulich mit dem Grossvezier hatte, äusserte er sich dahin,

dass er beabsichtige, alle rumeliotischen Gensdarmen nach Armenien und Syrien zu transferieren und überdies nach dem Friedensschlusse auch einen bedeutenden Teil der Armee dahin zu verlegen. Durch diese Massnahme hoffe er die Ruhe und Ordnung in jener Gegend zu sichern und auf diese Weise den Gegnern jeden Vorwand zum Eingreifen zu nehmen. Ob dies der Türkei gelingt, erscheint fraglich, da — wie es sich in Mazedonien gezeigt hat — es unendlich schwierig ist, Ordnung zu schaffen, wenn dieselbe stets von aussen gestört wird. Ebenso schwierig dürfte sich die Durchführung ernster Reformen in Armenien gestalten, da eine ruhige Entwicklung dieses Gebietes den russischen Wünschen gar nicht entspricht. Ein Beweis dafür ist auch der Widerstand, den Russland der Anlage eines Eisenbahnnetzes im Schwarzen-Meer-Becken entgegensetzt. Bei dieser Sachlage erscheint es meines unmaßgeblichen Erachtens keineswegs ausgeschlossen, dass Russland in verhältnismäßig kurzer Zeit die Frage des Fortbestandes der Türkei aufs Tapet bringt und wir in Asien einem Prozesse gegenüberstehen, welcher jenem ähnlich sieht, den wir jetzt in der europäischen Türkei erleben. Der Unterschied wäre dann blos der, dass dort die jetzige Rolle der Balkanstaaten von Grossmächten gespielt würde. Dass man sich mit dem Gedanken einer Aufteilung des türkischen Reiches auch ausserhalb Petersburg und Paris beschäftigt, scheint mir auch daraus hervorzugehen, dass Deutschland nunmehr auf die Sicherung seiner Interessenspähre in Anatolien noch mehr Gewicht legt, als dies bisher der Fall war. Einigen Bemerkungen meines deutschen Kollegen konnte ich nämlich entnehmen, dass man deutscherseits die Absicht hat, sich für den Schutz der Armenier in jenen Gegenden zu interessieren und denselben nicht Russland zu überlassen. Wenn es also zum tatsächlichen Zerfall des Türkischen Reiches kommen sollte, so würden, ausser der Monarchie, wahrscheinlich alle Mächte einen Gebietserwerb zu verzeichnen haben. Schon von diesem Gesichtspunkte hätten wir, glaube ich, ein besonderes Interesse daran, dass die Türkei nicht zerstückelt werde. Aber hievon ganz abgesehen liegt meiner Ansicht nach die grösste Wichtigkeit der Frage, ob die Türkei erhalten bleiben soll oder nicht, darin, dass der Weg nach Konstantinopel für Russland über Anatolien führt. Zerfällt die Türkei, so wird Russland Herr des türkischen Litorales des Schwarzen Meeres, auch nimmt es dann das asiatische Ufer des Bosporus und der Marmara in Besitz und beherrscht dadurch nicht blos Konstantinopel, sondern auch die Balkanhalbinsel. Die territoriellen Vorteile, welche den andern Mächten aus der Aufteilung der asiatischen Türkei erwachsen, sind angesichts der dadurch entstehenden Verschiebung der Mächteverhältnisse, die allerdings in erster Linie den Dreibund und England berührt, als verschwindende zu bezeichnen. In diesem Lichte betrachtet ist es nicht unmöglich, dass die europäischen Mächte in Bälde vor Fragen von weitergehender Bedeutung stehen werden, als selbst jene, die sie heute beschäftigen, nämlich vor der Frage, ob das türkische Reich überhaupt erhalten werden kann oder nicht. Wenn die Mächte die Erhaltung der Türkei wünschen, so müsste man schon jetzt Mittel und Wege ins Auge fassen, um dieses Ziel zu erreichen. Der Berliner Vertrag ist nunmehr durch die Ereignisse der letzten Jahre sozusagen gegenstandslos geworden:

meiner unmaßgeblichen Meinung nach wäre es vielleicht angezeigt, an dessen Stelle einen Vertrag zu setzen, welcher bis zu einem gewissen Grade eine Gewähr dafür böte, dass der neue Zustand wenigstens für eine Reihe von Jahren sichergestellt werde. In demselben müsste aber alles vermieden werden, was einzelnen Mächten eine Handhabe zu Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der Türkei bieten könnte. Ob es unter den heutigen Verhältnissen möglich wäre, den Berliner Vertrag in der mir vorschwebenden Weise zu ersetzen, vermag ich allerdings nicht zu beurteilen, eine praktische Maßnahme aber um die Verhältnisse in den armenischen Vilajets, welche russischerseits am meisten gefährdet erscheinen, möglichst zu bessern, würde, glaube ich, darin liegen, wenn man die Möglichkeit fände, den Widerstand Russlands gegen Bahnbauten in jener Gegend zu brechen. Dies könnte vielleicht in der Weise geschehen, dass man die Türkei in finanzieller Beziehung instandsetze, diese Bahnen als Staatsbahnen zu bauen, wogegen Russland nach dem bekannten Vertrage keine Einwendungen erheben könnte. Vorderhand scheint der Herr russische Botschafter in der Bahnfrage ganz untraitabel zu sein, denn er sagte kürzlich dem Großvezier, Russland könne nicht zugeben, dass die Türkei vor Ablauf der nächsten 15 Jahre im Schwarzen-Meer-Becken Bahnen baue. Ein Beharren auf dieser merkwürdigen Prätension wäre jedenfalls der eklatanteste Beweis dafür, dass das Begehren Russlands nach Reformen in Armenien ein ebenso unaufrichtiges ist, wie es dessen seinerzeitiges Verlangen nach Reformen in Mazedonien war. Pallavicini.

Nr. 6744. Bericht aus Konstantinopel, 24. April 1913 Nr. 23 B (eing. 26. April).[a] Ausfert.

Die zwischen der türkischen und der bulgarischen Armee zustandegekommene Waffenruhe hat tatsächlich am 14. d. M. begonnen. Am selben Tage hatte ich mit Mahmud Schefket Pascha eine Besprechung. Der Grossvezier war bei dieser Gelegenheit auffallend zurückhaltend und machte mir — wie ich dies Eurer Exzellenz telegraphisch zu melden die Ehre hatte — den Eindruck, besorgt zu sein. Ich war der Meinung, dass er ungünstige Nachrichten von der Tschataldja-Linie erhalten habe und einen bulgarischen Durchbruch befürchte. Diese Impression war indessen eine irrtümliche, der wahre Grund der Zurückhaltung Mahmud Schefket Paschas war der, dass der Grossvezier nur im Sinne seiner Vereinbarung mit den Bulgaren nicht die Wahrheit über die Waffenruhe sagen konnte. Diese Geheimtuerei wurde seitens Bulgariens veranlasst, das auf seine Verbündeten Rücksicht nehmen musste und daher darauf bedacht war, der Waffenruhe einen ganz unverfänglichen Charakter zu geben. Tatsächlich verlautete in der Folge, dass die Waffenruhe zwecks Bestattung der Gefallenen erfolgte, während in Wahrheit ein formelles, mehrere Stipulationen enthaltendes Abkommen über den Waffenstillstand getroffen wurde. Das gegenständliche türkische Communiqué missbilligte mein russischer Kollege deshalb als zu weitgehend.[b] Wie ich Eurer Exzellenz bereits zu melden die Ehre hatte, spielte Russland beim Zustandekommen der türkisch-bulgarischen Waffenruhe eine hervorragende Rolle. Allgemein wird angenommen, dass dies aus dem

Grunde geschehen sei, um den Durchbruch der Bulgaren durch die Tschataldja-Linie und deren Einmarsch in Konstantinopel zu verhindern. Diese Auffassung vermag ich nicht zu teilen, sondern glaube vielmehr, dass sich das russische Kabinett bei dieser Sache von andern Erwägungen leiten liess. Für diese Annahme spricht der Umstand, dass Mitte November die militärische Lage ganz dieselbe wie jetzt, ja die Gefahr eines bulgarischen Einmarsches in Konstantinopel noch imminenter war, und dass Russland doch keinen Finger gerührt hatte, um die Bulgaren aufzuhalten. Herr von Giers sah damals dem allgemein erwarteten bulgarischen Einmarsche in Konstantinopel sogar mit Genugtuung entgegen. Ich glaube daher, dass die Frage eines bulgarischen Einzuges in Konstantinopel Russland ganz gleichgiltig liesse, nicht aber jene eines Festsetzens der Bulgaren am Goldenen Horne. Letztere Eventualität erscheint indessen ganz unmöglich und einsichtige bulgarische Politiker dürften noch nicht auf den Gedanken gekommen sein, dass das Königreich Konstantinopel auf die Dauer erwerben könnte. Übrigens sprechen schon die ethnographischen Verhältnisse gegen eine solche Annahme. Das vergrösserte Bulgarien besitzt nämlich kaum sechs Millionen Einwohner, von denen circa eine Million Nicht-Bulgaren; wie sollte demnach das Königreich imstande sein, die Millionen-Stadt Konstantinopel mit einer von der seinigen verschiedenen Bevölkerung sich zu assimilieren und zu sichern? Dazu kommt noch die spezifische Frage Konstantinopels, welche für den dauernden Besitz der Stadt auch jenen des gegenüberliegenden asiatischen Ufers erforderlich macht. Möglicher erscheint, dass Griechenland einst Konstantinopel erwerbe, da dessen Bewohner vorwiegend Griechen sind und auch die kleinasiatische Küste eine überaus starke griechische Bevölkerung aufweist. Der wahre Grund, weshalb Russland in der Frage des Waffenstillstandes interveniert hat und diesfalls auf Bulgarien selbst durch eine Flotten-Demonstration einwirken wollte, scheint mir demnach der zu sein, dass das Petersburger Kabinett die Gefahr erkannt hat, welche für den Balkanbund darin liegt, dass zwischen den Alliierten Differenzen zutage treten, die selbst zu einem Kampfe zwischen denselben führen können. Vor dem Friedensschlusse mit der Türkei kann nämlich ein solcher Krieg eine totale Umwälzung der neugeschaffenen Verhältnisse herbeiführen. Es ist ja gar nicht ausgeschlossen, dass in einem solchen Falle sich einer der Alliierten gegen die andern mit der Türkei verbündet. Türkischerseits bestehen tatsächlich Neigungen, sich einem oder dem andern der Verbündeten zu nähern. In einer meiner letzten Unterredungen mit dem Grossvezier sagte mir Mahmud Schefket Pascha, dass seines Wissens Venizelos alles daran setze, um den Balkanbund zu erhalten, dass er aber viele Gegner habe, die anderer Ansicht und Anhänger einer Annäherung an die Türkei sind. Auch in der Türkei fände diese Idee Anklang, da manche durch eine Annäherung an Griechenland die Sympathieen der ottomanischen Griechen dem Reiche zu erwerben und zu sichern hoffen; doch sei er selbst dagegen, weil seines Erachtens Griechenland der einzige der Verbündeten sei, der auch in Zukunft Aspirationen auf Kosten der Türkei haben werde. Ihm, Mahmud Schefket Pascha, scheine ein Bündnis mit Bulgarien natürlicher, da letzteres von der Türkei nichts mehr erhoffen könne. Auch meinte der Grossvezier,

dass eine Annäherung der Türkei an Bulgarien mit einer Annäherung derselben an die Dreibund-Mächte besser vereinbarlich wäre. Ich habe den Grossvezier in dieser Auffassung natürlich bestärkt und sagte ihm, dass die Türkei vorläufig alles tun möchte, um Frieden zu schliessen, und um sich baldmöglichst ihrer wichtigsten Aufgabe, nämlich der Konsolidierung in Asien, widmen zu können. Der Grossvezier stimmte dem zu, bemerkte aber, die Türkei müsse, solange der Friede nicht vollkommen gesichert ist, in ihren Rüstungen fortfahren. Er lasse auch jetzt noch Truppen aus Asien hierher kommen und bestelle Kriegsmaterial aus Europa. Bei dieser Gelegenheit erwähnte Mahmud Schefket Pascha, dass er die Absicht habe, bei Skoda Auftrag auf baldmöglichste Lieferung von 36 Stück 10½ cm-Haubitzen zu geben. Die in Deutschland angekauften schweren Geschütze dürften Ende dieser Woche bereits in Position gebracht sein und glaubt nunmehr Mahmud Schefket Pascha, einem eventuellen bulgarischen Angriff auf Tschataldja mit Ruhe entgegensehen zu können. Pallavicini.

a) Vgl. n. 7134. — b) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 149.

Nr. 6745. Bericht aus Konstantinopel, 24.a) April 1913 Nr. 23 F (eing. 26. April). Ausfert.

Nach dem Sturze Kiamil Paschas haben sich sowol dieser als auch mehrere seiner Ministercollegen nach Aegypten zurückgezogen. Der Senatspräsident Ferid Pascha hielt sich während des Winters ebenfalls dort auf und zwar auch aus Familienrücksichten, da sein Sohn eine Tochter des Khediven geheiratet hat. Wie ich höre, sollen diese türkischen Staatsmänner in steter Verbindung mit ihren hiesigen politischen Freunden geblieben sein, aber auch, wenigstens auf indirektem Wege, Beziehungen zu der hiesigen englischen Botschaft unterhalten. In Kreisen der Ententepartei scheint man nämlich damit zu rechnen, dass das gegenwärtige Ministerium nach dem Friedensschluss leicht zu Fall gebracht werden könnte. Man sagt auch, dass sich unter der türkischen Generalität viele Feinde Machmud Schewket Paschas befänden, die den Versuch machen werden, ihn zu stürzen und Kiamil Pascha an seine Stelle zu setzen. Um einem solchen Coup vorzubeugen, soll die Regierung beschlossen haben, weder Kiamil Pascha noch auch Ferid Pascha die Rückkehr zu gestatten. Die beiden Politiker sollten gegebenenfalls verhindert werden, hier zu landen. Wie ich dies Euer Excellenz bereits zu melden die Ehre hatte, dürfte die Ernennung Machmud Muktar Paschas zum Botschafter in Berlin auf ähnliche Erwägungen zurückzuführen sein, da man diesen General, welcher einer der wenigen ist, die sich im gegenwärtigen Feldzuge ausgezeichnet haben, zu fürchten scheint. Obwol er seinerzeit Anhänger der Jungtürkischen Partei war, muss er jetzt zu deren Gegnern gezählt werden. Der neue türkische Botschafter in Berlin ist übrigens ein Mann, der seine politischen Ansichten leicht und oft ändert. General Machmud Muktar Pascha ist vor einigen Tagen von hier abgereist und dürfte bereits auf seinem Posten angekommen sein. Pallavicini.

a) Obwohl alle andern mit Nr. 23 bezifferten Berichte vom 24. April datiert sind, trägt dieser Bericht offenbar irrtümlich das Datum 23. April; vgl. n. 6929 Anm. a.

Tel. nach London, 24. April 1913 Nr. 350 (chiffr. 11 U. a. m.). Siehe n. 6750.

Tel. nach London, 24. April 1913 Nr. 351 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.). Siehe n. 6741.

Nr. 6746. Tel. nach London Nr. 352 (1) und Berlin Nr. 325 (2), 24. April 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 347 von gestern. Graf Szögyény telegraphiert unterm Heutigen wie folgt: ... *wie n. 6739 in extenso* ... Euer Exzellenz wollen im Sinne der Anregung Herrn von Jagows bei Sir E. Grey dahin wirken, daß er den fraglichen Gedanken in der Réunion vorbringe, wobei Hochdieselben zu bemerken hätten, daß uns derselbe nur als eine weitere Ausführung des Réunionsbeschlusses vom 23. d. M.[b] erscheine, wonach Skutari in der kürzesten Frist geräumt und den bei der internationalen Flottendemonstration durch ihre Schiffskommandanten vertretenen Mächten übergeben werden solle. Was uns betrifft, so wären wir bereit, an einer solchen Aktion unter der Voraussetzung theilzunehmen, daß sämtliche vor Antivari vertretenen Flaggen zumindest jene Englands und Italiens sich an derselben betheiligen. Es erschiene uns auch nicht recht denkbar, daß König Nikolaus seinen Wahnwitz so weit treibt, auf ein kombiniertes internationales Detachement feuern zu lassen, da er sich doch bewußt sein muß, in diesem Falle eine nur noch stärkere Gewaltanwendung seitens der betreffenden Großmächte auszulösen. Zu Euer Exzellenz Information füge ich bei, daß, falls Österreich-Ungarn in die Lage käme, allein in Aktion zu treten, es selbstverständlich den hiesigen militärischen Faktoren vorbehalten bleiben müßte, die Mittel für diese Pression auf Montenegro selbst zu wählen.

2. Ich theile Euer Exzellenz Telegramm Nr. 204 vom 24. d. M. Grafen Mensdorff mit und instruiere denselben im Verfolge zu der meinem Telegramm Nr. 319 vom 23. d. M. analogen Weisung in nachstehendem Sinne: (Inseratur aus Telegramm sub 1 von „Euer Exzellenz wollen“ bis „zu wählen.“) Vorstehendes zur Mittheilung an den Herrn Staatssekretär. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 239 Nr. 465. Vgl. n. 6757. — [b] Vgl. n. 6721.

Nr. 6747. Tel. nach London Nr. 353 (1) und Rom Nr. 412 (2), 24. April 1913 (chiffr. 25. April 12 U. 10 M. a. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

1.—2. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 344 (beziehungsweise 405). Bei einer Besprechung am 23. l. M. über die Frage der südalbanesischen Grenze hat der Herr italienische Botschafter erwähnt, daß nunmehr der Generalstab der königlichen Armee das Kap Stylos als Grenzpunkt akzeptiert, jedoch Ftelia als solchen vorziehen würde. Der Generalstab der königlichen Marine hätte nichts gegen Stylos als Grenzbeginn. Ich machte den Herrn Botschafter darauf aufmerksam, daß der Generalstab der Armee früher absolut gegen Stylos gewesen sei. Herzog Avarna machte

hierauf die vertrauliche Bemerkung, daß für die Haltung dieses Generalstabes auch politische Gründe maßgebend gewesen seien. Der Botschafter teilte mir weiter mit, Marquis di San Giuliano würde es gerne sehen, wenn der Dreibund zuerst das Kap Pagania als Ausgangspunkt der Grenzlinie vorschlagen würde, um Ftelia und im Notfalle Stylos anzunehmen. Als Bedingung für diese Nachgiebigkeit müßte aber aufgestellt werden der formelle Verzicht Griechenlands auf die Insel Sasseno sowie die Formulierung einer Klausel, laut welcher der Kanal von Corfu neutralisiert werden wird, damit dortselbst keine Flottenbasis gebildet werden könne. Ich erwiderte, daß ich mich der Anregung des Herrn italienischen Ministers des Äußern unter der Bedingung anschließe, daß Stylos selbst, auch wenn die Grenze bis zu diesem Kap gehe, albanisch bleibe und weiters, wenn das ganze Küstengebiet südlich der künftigen albanisch-griechischen Grenze bis zum Festlandskap gegenüber der Südspitze von Corfu neutralisiert werde. Herzog Avarna gab noch der Ansicht Ausdruck, daß es sich empfehlen würde, wenn Herr Ippen, im Einvernehmen mit Grafen Mensdorff und Marquis Imperiali, die betreffende ins Innere des Landes führende Grenze von den drei erwähnten Küstenpunkten aus auf der Karte markieren würde. Ich sicherte dem Herrn Botschafter eine entsprechende Instruktion an Grafen Mensdorff zu. Vorstehendes zur Regelung Euer Exzellenz Sprache gegenüber

1. Marquis Imperiali.
2. Marquis di San Giuliano.

a) Vgl. n. 6753, 6764, 6801.

Erlaß nach London, 24. April 1913 Nr. 1856. Siehe n. 6738.

Nr. 6748. Tel. aus London, 24. April 1913 Nr. 345 (eing. 5 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Telegramm Nr. 347 von gestern abends erhalten. Noch gestern abends Gelegenheit gehabt, in Kürze mit Premierminister darüber zu sprechen. Heute früh mit Sir A. Nicolson gesprochen. Er wird mit Herrn Asquith besprechen und für morgen Reunion festsetzen. Wie Euer Exzellenz aus meinem gestrigen Telegramme Nr. 340 entnommen haben, ist schon gestern in der Reunion der einmütige Beschluss gefasst worden, daß der Fall Skutaris an der Entscheidung der Mächte nichts ändern kann. Bis morgen dürften Äußerungen sämtlicher Regierungen auf diesen Reunionsbeschluß eingetroffen sein, sowie die Instruktionen der anderen Botschafter infolge Euer Exzellenz Demarche. Sir A. Nicolson ist nicht pessimistisch und scheint auch der sich hier verbreitenden Meinung hinzuneigen, daß nach der Einnahme Skutaris es König Nikolaus leichter sein würde, sich zu fügen, allerdings wenn er Geld-Kompensation und vielleicht noch kleine Grenzregulierung erhielte. Ich erklärte, letztere schiene mir ganz ausgeschlossen, nachdem albanische Nordgrenze festgestellt und den Balkanstaaten mitgeteilt worden ist, jede noch so geringe Modifikation also die ganze Frage der Grenze wieder eröffnen und die Arbeit der Botschafterreunion illusorisch machen würde. Sir A. Nicolson stimmte mir hiezu bei und erklärte, er habe

bereits gestern Herrn Asquith gesagt, man müsse jedenfalls vermeiden, daß die albanische Grenzfrage wieder eröffnet werde. Er und Premierminister wollten vor allem an Einmütigkeit der Mächte festhalten. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß theoretische Einmütigkeit wenig nütze, wenn sie ende, sobald es sich um die Mittel zur Durchsetzung der einmütigen Beschlüsse der Mächte handle. Sir A. Nicolson hofft, daß man Mittel finden werde, über die man sich verständigen kann und die wirkungsvoll wären. Mein Eindruck nach dem, was ich höre, ist der, daß hiesige öffentliche Meinung gegen Landungen oder gar Bombardement sehr abgeneigt sein dürfte. Falls Euer Exzellenz schon weitere konkrete Vorschläge formuliert hätten, so erbitte ich mir Weisung vor morgiger Reunion. Vielleicht ließe sich im Anschlusse an den gestrigen Beschluß der Reunion eine Frist bestimmen, innerhalb welcher die Evakuierung der Stadt Skutari stattfinden müßte. Gleichzeitig sollte man dann aber auch sich darüber einigen, was für Schritte und von wem unternommen werden müssen, wenn die Evakuierung innerhalb der bestimmten Frist nicht stattfindet. Mensdorff.

Tel. nach Paris, 24. April 1913 Nr. 248 (chiffr. 11 U. a. m.). Siehe n. 6750.

Tel. nach Paris, 24. April 1913 Nr. 249 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.). Siehe n. 6741.

Nr. 6749. Tel. aus Paris, 24. April 1913 Nr. 85 (eing. 3 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm von gestern Nr. 245 kam mir so spät zu, daß ich dasselbe erst heute früh Herrn Pichon mitteilen konnte. Minister des Äußern teilte mir gestrige Beschlüsse der Botschafterreunion betreffs Skutari mit und meinte, daß diese den Wünschen Euer Exzellenz entsprechen dürften. Ich bemerkte, daß die Reunion, wie so oft, die Absichten der Mächte zwar energisch formuliert, aber leider wieder unterlassen habe, zu sagen, was geschehen solle, wenn Montenegro diesen Wünschen nicht Rechnung trage. Herr Pichon sagte: „C'est une mise en demeure si positive que le Monténégro devra en tenir compte. Si contre toute probabilité le Monténégro refusait de se soumettre aux décisions des Puissances, il est évident qu'il faudra envisager des mesures coërcitives et vous pouvez être sûr que le gouvernement français est bien décidé à faire triompher la volonté de l'Europe". Hiesige Presse nimmt entschieden für Montenegro Partei. Szécsen.

[a] Oe. U. Balkan 240 Nr. 466. Vgl. n. 6838.

Tel. aus Prisren, 24. April 1913 Nr. 43. Siehe n. 6742.

Nr. 6750. Tel. nach Rom Nr. 410 (1), London Nr. 350 (2), Paris Nr. 248 (3), Berlin Nr. 322 (4) und St. Petersburg Nr. 306 (5), 24. April 1913 (chiffr. 11 U. a. m.).[a] Konz. (S. Hohenlohe u. Nemes; G. Berchtold).

1.—5. ... *wie n. 6726 in extenso* ...

1. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache,

2.—5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache, nur für den Fall, als die Angelegenheit Euer Exzellenz gegenüber zur Sprache gebracht werden sollte,

1.—5. wobei Hochdieselben zu bemerken hätten, daß wir — wie den Kabinetten bekannt — immer daran festgehalten haben, daß alle territorialen Veränderungen am Balkan unserer Zustimmung bedürfen. Wir gäben uns der Hoffnung hin, daß es bei der Aufteilung der eroberten Gebiete zu keinen Zwistigkeiten zwischen den Balkanstaaten kommen werde, wir seien aber nicht in der Lage, zu solchen Eventualitäten im vorhinein Stellung zu nehmen.

[a]) Vgl. n. 6776. Berchtold.

Tel. nach Rom, 24. April 1913 Nr. 411 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.). Siehe n. 6741.

Tel. nach Rom, 24. April 1913 Nr. 412 (chiffr. 25. April 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 6747.

Erlaß nach Rom, 24. April 1913 Nr. 1855. Siehe n. 6738.

Nr. 6751. Privatschreiben an den ital. Botschafter, 24. April 1913 Nr. 1876. Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Berchtold).

En réponse à Votre lettre en date du 21. ct. je m'empresse de porter à Votre connaissance que j'adhère, en principe, à la manière de procéder envisagée par le Marquis Imperiali et qui consisterait à régler conjointement la question des îles de la Mer Egée et celle des frontières méridionales de l'Albanie. Il me semble juste de ne parler que des îles occupées par les Grecs vu que conformément aux déclarations réitérées que Vous m'avez faites au nom du Gouvernement Royal, les îles occupées actuellement par l'Italie seront remises, en son temps, à la Turquie.

Nr. 6752. Tel. aus Rom, 24. April 1913 Nr. 237 (eing. 25. April 6 U. a. m.). Entz.

Ich habe Inhalt hohen Telegrammes vom 23. d. Mts. Nr. 409, die finanzielle Zuwendung an Montenegro betreffend, zur Kenntnis des Ministers des Äußern gebracht. Marquis di San Giuliano betonte in seiner Antwort: 1.) daß speziell auf unseren Wunsch jener Zuwendung der Charakter einer Kompensation für Skutari genommen und die Formel der ökonomischen Hebung und Pazifikation Montenegros ersonnen worden sei, 2.) daß die Zuwendung von jeher erst nach Ausführung des Beschlusses der Mächte gedacht war. Ich erwiderte ad 1), daß es sich immerhin um ein Cadeau handle, welches Montenegro nach seiner jetzigen Haltung wirklich nicht mehr verdiene, ad 2), daß die Mitteilung an Montenegro schon jetzt hätte erfolgen sollen. Zum Schlußsatze meines heutigen Berichtes Nr. 28 B[a]) (daß nämlich der Verzicht auf Skutari nicht erzwungen sondern erkauft werden wird) bemerkte ich, daß in der Presse bereits die Idee auftauche, die ursprünglich mit 20 und dann in London mit 30 Millionen bezifferte Zuwendung auf 50 Millionen zu erhöhen. Mérey.

[a]) Bericht Nr. 28 B, 24. April 1913 (eing. 26. April) wurde, weil im Wesentlichen nur eine Wiederholung von n. 6728 und n. 6729, nicht abgedruckt.

Nr. 6753. Privatschreiben des ital. Botschafters, 24. April 1913 (eing. 25. April).[a] Ausfert.

Conformément au désir que Vous avez bien voulu m'exprimer hier, je me permets de Vous remettre, ci-joint, un aide-mémoire[b] contenant les différents points dont j'ai eu l'honneur de Vous entretenir relativement à la frontière méridionale de l'Albanie. J'ai eu déjà soin de télégraphier hier au soir au Marquis di San Giuliano, en l'informant que Vous approuviez ces différents points et que Vous étiez disposé à donner au Comte Mensdorff des instructions conformes à celles qui auraient été données au Marquis Imperiali dans le sens du pro-mémoria susdit. Avarna.

[a] Vgl. n. 6747. — [b] Beilage.

Beilage zu n. 6753. Ausfert.

Aide-Mémoire. Selon l'avis de l'Etat Major de l'Armée Italienne, la ligne transactionnelle dans le détroit de Corfou pourrait partir du Cap Stilos et préférablement de Phtelia. De son côté, l'Etat Major de la Marine Royale a émis l'avis que la ligne de frontière pourrait partir du Cap Stilos. Il semble partant au Marquis de San Giuliano que l'Italie et l'Autriche-Hongrie, avec l'appui de l'Allemagne, pourraient commencer par proposer la ligne de Pagania, pour accepter la frontière du Phtelia et, en cas de nécessité, même celle du cap Stilos. En outre on devrait demander, comme condition absolue pour cette concession, la renonciation formelle de la part de la Grèce à toute prétention sur l'île de Saseno et l'adoption de quelques clauses pour la neutralisation du détroit de Corfou et pour empêcher qu'il puisse devenir une base navale. Le Marquis Imperiali et le Comte Mensdorff pourraient rédiger, ad referendum, les articles y relatifs, en tenant compte des propositions des Etats Majors italien et austro-hongrois. En prenant comme base les avis des Etats Majors, Mr. Ippen pourrait rédiger, ad referendum, en y ajoutant une esquisse, le tracé entier de la ligne transactionnelle aussi à l'intérieur, bien entendu par grandes lignes. Le Marquis de San Giuliano ajoute que si le Comte Berchtold approuve ce qui précède il pourrait donner au Comte Mensdorff des instructions analogues à celles données au Marquis Imperiali et qui seront conformes au contenu de cet aide-mémoire.

Tel. nach St. Petersburg, 24. April 1913 Nr. 306 (chiffr. 11 U. a. m.). Siehe n. 6750.

Tel. nach St. Petersburg, 24. April 1913 Nr. 307 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.). Siehe n. 6741.

Nr. 6754. Tel. aus St. Petersburg, 24. April 1913 Nr. 170 (eing. 8 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz im Voraus avisiertes Chiffretelegramm 303 ist hier erst heute um 4 Uhr morgens eingelangt, so dass es unmöglich war, den darin enthaltenen Auftrag den Intentionen Euer Exzellenz gemäß noch gestern auszuführen. Ich habe heute Herrn Sazonow auf die durch den Fall von Skutari geschaffene Lage aufmerksam gemacht und hiebei betont, dass nun,

soll das europäische Konzert nicht zum europäischen Gelächter werden, ungesäumt ernste Maßregeln ergriffen werden müssen, um dem Willen der Mächte endlich Geltung zu verschaffen. Ich betonte hiebei, dass die Monarchie durchaus nicht den Wunsch habe, sich von den anderen Mächten zu trennen, dass aber, wenn diese zu einem weiteren energischen Handeln nicht zu bewegen seien, für Österreich-Ungarn nichts anderes übrig bleiben würde, als eben selbst für die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen durch eine Separataktion Sorge zu tragen. Eben um dieser Notwendigkeit auszuweichen hätten Euer Exzellenz den Vorschlag gemacht, zu weiteren gemeinsamen Koerzitivmaßregeln zu schreiten und sei ich beauftragt, ihn, Herrn Sazonow, zu ersuchen, dem russischen Botschafter in London entsprechende Instruktionen mit aller möglichen Beschleunigung zu erteilen. Herr Sazonow erwiderte mir, indem er zunächst in feierlicher Form wiederholte, die Frage der Zugehörigkeit Skutaris sei eine res judicata, auf die in keinem Falle zurückgekommen werden könne, so dass darüber keinerlei Zweifel bestehe, dass König Nikolaus die Stadt werde wieder räumen müssen. Vielleicht sei es im Interesse glatter Abwicklung der Angelegenheit gar nicht so schlecht, dass der König die moralische Genugtuung hatte, die Stadt zu nehmen, da hiedurch seine schon sehr prekäre Situation seinem Volke gegenüber zweifellos befestigt worden sei und es ihm hiedurch vielleicht leichter möglich werde, jetzt dem Willen der Mächte sich zu fügen. Der Herr Minister beschwor ferner Euer Exzellenz, jetzt die Geduld nicht zu verlieren und keine Separataktion zu unternehmen, sondern auch ferner gemeinsam mit den übrigen Mächten vorzugehen. „Le seul moyen de ne pas nous brouiller est de rester unis". Jetzt, wo der Friede zum ersten Male wirklich in greifbarer Nähe sei, wäre es zu traurig, alles Erreichte wieder aufs Spiel zu setzen. Ein Krieg der Monarchie gegen das kleine Montenegro könne doch auch dieser nicht sympathisch sein; auch wäre bei der Disparität der Kräfte hiebei nicht viel Ehre einzustecken und wir hätten hiebei nicht den beau rôle. Fortsetzung folgt. Thurn.

a) Oe. U. Balkan 240 Nr. 467. Vgl. n. 6755, 6768, 6782.

Nr. 6755. Tel. aus St. Petersburg, 24. April 1913 Nr. 171 (eing. 9 U. 40 M. p. m.).a) Entziff.

Fortsetzung des heutigen Telegrammes Nr. 170. Ich erwiderte, dass wir es gewiss uns gern ersparen würden, eine solche, jedenfalls undankbare Exekution auf uns nehmen zu müssen; es hängt aber in erster Linie von den anderen Mächten, vor allem aber von Russland selbst ab, ob wir hiezu gegen unseren Willen gezwungen würden. Wir könnten, was immer die anderen Mächte täten, uns nicht ruhig den montenegrinischen Affronten aussetzen, es liege daher an diesen, ob sie uns in dieser Beziehung im Stiche lassen und so zu einer Separataktion zwingen oder nicht. Was die Mahnung Herrn Sazonows zur Geduld anbelangt, so machte ich ihn darauf aufmerksam, dass die k. u. k. Regierung schon mit Rücksicht auf die von Tag zu Tag erregter werdende öffentliche Meinung auf der ungesäumten Vornahme weiterer energischer Schritte bestehen müsste. Sazonow gab schliesslich die Richtigkeit dieser Argumente zu und erklärte, er habe gar nichts dagegen, dass die

ja schon seinerseits als weiterer Schritt ins Auge gefasste Landung kombinierter internationaler Detachements in den montenegrinischen Hafenplätzen nunmehr zur Ausführung gelangten. Parallel mit diesem verstärkten Druck meinte aber Herr Sazonow, dass man den Montenegrinern, die schliesslich doch durch die Einnahme von Skutari einen bedeutenden Waffenerfolg aufzuweisen hätten, nun den Rückzug etwas erleichtern sollte, indem man einerseits die bereits in Aussicht gestellte finanzielle Unterstützung aufrechterhalten und anderseits vielleicht eine kleine Grenzberichtigung an der Bojana ihnen gewähren würde. Ich erwiderte, dass Euer Exzellenz angesichts des Vorgehens Montenegros derzeit nicht mehr in der Lage seien, an eine finanzielle Unterstützung dieses Landes zu denken und auf diese Frage keinesfalls zurückkommen könnten, bevor die Beschlüsse der Mächte tatsächlich durchgeführt sind. Was aber Grenzregulierung betrifft, so hätte ich keine Instruktionen, bezweifle aber, dass k. u. k. Regierung auf eine Abänderung der einmal beschlossenen Grenzen, und sei es auch in einem an sich unbedeutenden Ausmaße, werde zurückkommen wollen. Zum Schlusse sicherte Herr Minister zu, er werde ungesäumt an Grafen Benckendorff telegraphieren, um ihm Unveränderlichkeit seines Standpunktes bezüglich Skutaris mitzuteilen, das unbedingt bei Albanien bleiben müsse, und sein Einverständnis damit kundzugeben, dass eine Besetzung montenegrinischer Häfen durch internationale Detachements erfolge. Gleichzeitig gedenke er auch die Vorschläge zu formulieren, welche seiner Meinung nach zur raschesten Erreichung der Evakuierung Skutaris durch die Montenegriner führen könnte. Als eines dieser Mittel bezeichnete mir Minister auch das Aushungern, das zwar etwas langsamer, aber sicher sei, da Montenegro schon jetzt buchstäblich nichts mehr zu essen habe. Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 240 Nr. 467. Vgl. n. 6768, 6782.

Nr. 6756. Tel. nach Berlin, 25. April 1913 Nr. 329 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) *Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).*

In dem Telegramm Nr. 151 vom 22. v. Mts. hatten Euer Exzellenz berichtet, daß Fürst Lichnowsky Instruktionen erhalten werde, die Inselfrage auf der Réunion im Sinne meiner bezüglichen Anregung (mein Telegramm Nr. 241 vom 21. v. Mts.) zu vertreten. Wie Hochderselben erinnerlich sein dürfte, hat es sich hiebei vor Allem darum gehandelt, daß Deutschland zur Vertretung des Standpunktes des Dreibundes in dieser Frage auf der Londoner Réunion die Initiative ergreife. Herzog Avarna ist nun unlängst mir gegenüber wieder auf diesen Gegenstand zurückgekommen und hat mich gebeten, seiner Regierung durch ihn baldmöglichst wissen zu lassen, ob das Berliner Kabinet diesem modus procedendi zustimme. Ich ersuche daher Euer Exzellenz sich bei Herrn von Jagow zu vergewissern, ob die deutsche Regierung noch weiters geneigt sei, dem Wunsche Marquis di San Giulianos zu entsprechen, wobei Euer Exzellenz nochmals die Gründe vorbringen wollen, welche das italienische Ansinnen motiviren und sehe ihrer einschlägigen telegrafischen Berichterstattung entgegen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6774.

Nr. 6757. Tel. aus Berlin, 25. April 1913 Nr. 205 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Inhalt Euer Exzellenz Telegramm Nr. 325 von gestern, Instruktionen an Grafen Mensdorff, Staatssekretär mitgeteilt. Derselbe befürchtet, daß die Ententemächte, insbesonders England, sich nicht entschliessen werden, an einer gemeinsamen Aktion teilzunehmen oder ein Mandat an Österreich-Ungarn zu erteilen. Staatssekretär habe es für notwendig erachtet, daß sämtliche Mächte hiezu aufgefordert werden, damit sie nicht die Entschuldigung hätten, nachträglich zu behaupten, nicht aufgefordert worden zu sein. Streng vertraulich erklärte er mir, deutsche Regierung werde Österreich-Ungarn aus begreiflichen Gründen nicht ermuntern, eine Separataktion durchzuführen, doch glaube er versichern zu können, daß alle maßgebenden Faktoren Deutschlands eine solche — käme sie zustande — billigen würden. Szögyény.

[a] Vgl. n. 6784.

Nr. 6758. Tel. aus Bukarest, 25. April 1913 Nr. 107 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 207, rumänisch-bulgarische Aussprache betreffend. Herr Majoresco befindet sich auf Urlaub in Predeal, kehrt erst Dienstag zurück. Habe ihm schriftlich Inhalt obzitierter Depesche mitgeteilt und um schleunigste Remedur in dieser Angelegenheit gebeten, die mir vollkommen unbegreiflich und nur auf gewolltes Mißverstehen seitens bulgarischen Vertreters oder Ministers zurückzuführen sein kann. K. E. Fürstenberg.

Nr. 6759. Bericht aus Bukarest, 25. April 1913 Nr. 31 A (eing. 26. April).[a] *Ausfert.*

Wie ich von autoritativer Seite vernehme und zwar von Persönlichkeiten, welche der Regierung angehören, beginnt sich im ganzen Lande eine äußerst heftige Agitation gegen die Entscheidung der St. Petersburger Botschafter-Konferenz in der Grenzregulierungsfrage bemerkbar zu machen. Wenn auch offiziell über die an der Newa gefaßten Beschlüße nichts verlautbarte, so hält man die vom „Temps" publizierten Bestimmungen allgemein für authentisch. Das Einsetzen der erwähnten Agitation koinzidiert mit dem Austritt des Herrn Filipescu aus dem Kabinette und der am letzten Samstage erfolgten Vertagung der Kammern bis zum 5-ten Mai neuen Stils. Als Führer der Bewegung wurden mir die Herren Carp und Filipescu genannt, welche die Meinung vertreten, daß der Besitz der Stadt Silistria allein weit davon entfernt sei, die berechtigten Wünsche Rumäniens nach einer Grenzregulierung zu befriedigen. Sollte daher der St. Petersburger Mächtebeschluß tatsächlich nur die Abtretung Silistrias mit einem für dessen Befestigung gänzlich ungenügenden drei Kilometer-Streifen und sonst keine weitere Konzession begreifen, so dürfte Rumänien sich keines Falles so weit erniedrigen, sich dieser Entscheidung zu unterwerfen. Die einzige Haltung, welche der Würde und der heutigen politischen Lage des Landes entspräche, wäre die, die Zession Silistrias überhaupt nicht anzunehmen, die gesamte Grenzregulierungsfrage, da sie schon einmal auf ein schlechtes Geleise geraten, in suspenso zu belassen und die Regelung

Sinne. Marquis Imperiali ebenfalls und plaidierte namentlich für Ausschiffung und Besetzung von Hafenstädten. Graf Benckendorff entwickelte Ideen Herrn Sazonows von Verschärfung der Blockade, Absperrung von Lebensmitteln und finanziellen Mitteln, gleichzeitig aber von Zuwendung von gewissen Vorteilen an Montenegro, wenn es nachgiebt; „que les moyens de pression, sans recourir à la force sont loin d'être épuisés". Er wollte aber nichts von anderen Pressionsmitteln hören, bevor nicht eine Antwort auf Kollektivdemarche erfolgt sei. Herr Cambon sprach in ähnlichem Sinne; man könne weitere Mittel erwägen, wenn Antwort nicht befriedigend sei. Er erklärte, öffentliche Meinung in Frankreich und England sympathisiere mit Montenegro und es wäre den Regierungen unmöglich, Landungen und Besetzungen vorzunehmen. Wir diskutierten ziemlich lange und lebhaft die Nachteile von Aufschüben und dilatorischen Maßnahmen. Deutscher Botschafter und ich stark dagegen eintretend, Herr Cambon und Graf Benckendorff wieder vor Überstürzungen warnend. Herr Asquith erklärte, er könne für die britische Regierung sich nicht für eine Landung aussprechen; sei aber für möglichst rasche Ausführung der Kollektivdemarche, deren Aufschub er lebhaft bedauern würde. Er proponiert Feststellung einer Frist für die Antwort König Nikolaus auf die Kollektivdemarche. Wir einigten uns auf eine Frist von 4 Tagen, als Graf Benckendorff dringend bat, die Frist nicht schon jetzt in Tagen auszusprechen, da dies, wenn es bekannt würde, die Aufgabe Herrn Sazonows noch erschweren könnte. Aus allem Vorstehenden entstand die heutige Resolution (mein Telegramm Nr. 348 von heute), die nicht sehr befriedigend ist, aber unter den Umständen noch das bestmöglichste war. Ich sprach noch nachher mit Herrn Asquith, der mir auf meine Frage erklärte, im Ministerrate habe man sich gegen Landung und Besetzung ausgesprochen. Er hielte es für nutzlos, da es mit den vorhandenen Kräften nicht mehr Eindruck auf König Nikolaus machen würde, als die Kollektivdemarche. Ich machte sowohl Herrn Asquith als Lord Morley und Sir. A. Nicolson auf den großen Ernst der Situation aufmerksam, auf den Druck unserer öffentlichen Meinung und die Notwendigkeit, die Beschlüsse der Mächte, eventuell von uns selbst, durchzuführen. Sie anerkannten die Schwierigkeit der Lage. Ich erklärte wieder eindringlich, unsere konziliante Politik und unsere bisherigen Konzessionen seien basiert auf unser Vertrauen, daß die englische Regierung dafür sorgen werde, daß die Beschlüsse der Mächte auch durchgeführt werden. Premierminister versicherte mir, wir würden in unserem Vertrauen nicht getäuscht werden und die englische Regierung werde „so gut wie ihr Wort" sein. Ich antwortete, ich sei davon überzeugt, aber es sei manchmal schwierig, diese Überzeugung am Kontinent durchzusetzen, wenn man sieht, daß die Einmütigkeit der Mächte versagt, sobald es sich um die Durchführung ihrer Beschlüsse handelt. Mein Eindruck ist, daß englische Regierung wohl auf Grund russischer und französischer Mitteilungen darauf rechne, daß König Nikolaus nachgeben wird — gegen kleine Konzessionen — und die Notwendigkeit von Koerzitivmaßregeln nicht eintreten wird. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6790 Anm. c.

Nr. 6762. Bericht aus London, 25. April 1913 Nr. 43 A (eing. 28. April). Ausfert.

Die hohe Weisung vom 18. d. M. Nr. 1752 in Angelegenheit der Frage der Aufhebung beziehungsweise Beschränkung der Kapitulationsrechte in den den Balkanstaaten zufallenden türkischen Gebieten, habe ich durch die letzte Kurier-Gelegenheit zu erhalten die Ehre gehabt. Ich habe in der Botschafter-Réunion vom 23. d. M. die in Punkt I der zitierten Weisung niedergelegte Argumentierung als Antwort auf die in der Réunion vom 31. März vom russischen Botschafter übergebene Notiz[a]) vorgebracht, und Sir A. Nicholson sowie den Botschaftern der Grossmächte meinerseits eine Notiz eingehändigt, welche den Standpunkt der k. u. k. Regierung in der Frage im Sinne der erhaltenen Instruktion wiedergibt. Eine Diskussion der Frage auf der Réunion hat nicht stattgefunden, und so beschränke ich mich vorläufig darauf, die Antworten der Teilnehmer an den Botschafter-Réunionen abzuwarten. Mensdorff.

[a]) Zweite Beilage zu n. 6408.

Nr. 6763. Privatschreiben aus London, 25. April 1913 (eing. 28. April). Ausfert.

Streng vertraulich. ...*Reise König Georgs nach Berlin betreffend*... Bei Besprechung der Lage am Balkan finde ich stets bei König Georg eine ausgesprochene persönliche Sympathie für Griechenland und die nahverwandte königliche Familie, sowie einen Mangel von Sympathien für König Ferdinand — „your friend Ferdinand", wie Er mir immer sagt. Seine Majestät erklärte mir, König Konstantin werde niemals Salonik aufgeben und bis zum letzten Mann dafür kämpfen. Auch wisse Seine Majestät, dass Griechenland mit Serbien Abkommen getroffen habe und Seine Majestät glaube, es bestünden auch zwischen Serbien und Rumänien gewisse Verabredungen, da keines dieser Länder wünschen könne, Bulgarien ganz freie Hand auf dem Balkan zu lassen. Ob letztere Behauptung, die immerhin von bedeutendem Interesse wäre, dass nämlich Verabredungen zwischen Serbien und Rumänien bestehen, auf positiven Informationen beruhe oder nur eine dahingeworfene Bemerkung darstellt, vermochte ich nicht festzustellen. Ich glaubte aber doch, sie für alle Fälle zur Kenntnis Euer Exzellenz bringen zu sollen. Mensdorff.

Nr. 6764. Tel. aus Rom, 25. April 1913 Nr. 240 (eing. 26. April 3 U. a. m.). Entziff.

Südgrenze Albaniens. Minister des Äußern stimmt dem von Euer Exzellenz laut Telegrammes vom 24. d. M. Nr. 412 dem Herzoge von Avarna gegenüber entwickelten Standpunkte vollkommen zu und betonte zur (Vermeidung)[a]) Mißverständnisses nochmals, daß die Kompromißlinie zwar äußersten Falles bis zum Cap Stylos gehen könnte, das letztere aber unbedingt bei Albanien bleiben müsse. Mérey.

[a]) Chiffre fehlt.

Nr. 6765. Tel. aus Rom, 25. April 1913 Nr. 242 (eing. 26. April 4 U. a. m.).[a] Entziff.

Mit Beziehung auf hohes Telegramm vom 24. d. M. Nr. 411. Aktion gegen Montenegro. Minister des Äussern hat nicht nur Marquis Imperiali mit den von Euer Exzellenz gewünschten Instruktionen versehen, sondern in von mir eingesehenen Telegrammen an die Botschafter in Petersburg, Paris und London nachdrücklichst unter Hinweis auf unsere Absicht, sonst allein vorzugehen, und auf die daraus für den europäischen Frieden drohende Gefahr, die Notwendigkeit der schleunigen Beschlussfassung über weitere Koerzitivmassnahmen gegen Montenegro betont. Aus Paris und London liege befriedigende Antwort vor, aus Petersburg allerdings noch sehr vage und verklausulierte Andeutung, dass Russland eventuell einer Zwangsaktion zustimmen könnte. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6790.

Nr. 6766. Tel. nach St. Petersburg, 25. April 1913 Nr. 311 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Ich ersuche Euer Exzellenz um telegraphische Meldung, ob die Entscheidung der Petersburger Réunion durch allseitige Unterfertigung des vorgelegten Textes nunmehr definitiv erfolgt ist und für wann deren Mitteilung an die Vertreter Rumäniens und Bulgariens in Aussicht genommen ist.

[a]) Vgl. n. 6682, 6779. Berchtold.

Nr. 6767. Tel. nach St. Petersburg, 25. April 1913 Nr. 312 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Aus Zeitungsmeldungen habe ich entnommen, daß die russischen Vertreter in Athen und Belgrad bei den dort aus Anlaß der Einnahme von Skutari stattgefundenen Straßenmanifestationen Ansprachen an die vor ihren Palais demonstrierenden Volksmengen gehalten haben. Diese Nachrichten der Tagesblätter werden durch Meldungen unserer Vertreter in jenen Städten bestätigt. Ich ersuche Euer Exzellenz, diese Angelegenheit bei Herrn Sazonow zur Sprache zu bringen und sich bei diesem Anlasse in nachstehendem Sinne vernehmen zu lassen. Ich sei von dem Verhalten der in Rede stehenden russischen Gesandten überrascht, speziell von jenem Herrn Demidoffs, welcher seine Rede an das Volk mit den Worten geschlossen haben soll: „Rußland ist jene Macht, welche verlangte und verlangen wird, daß die Alliierten die Früchte ihrer Siege genießen sollen," Worte, welche bei dem Anlasse, bei welchem sie gesprochen wurden, sich nur zu leicht dahin interpretieren ließen, daß Montenegro die Früchte seines Sieges — das ist Skutari — genießen solle. Das Verhalten Herrn von Hartwigs[b]) und Herrn Demidoffs, welches als eine Teilnahme an der Feier des Volkes von Athen und Belgrad zu Ehren des Falles von Skutari angesehen werden müsse, stimme wohl nicht mit der auf der Londoner Réunion vertretenen Auffassung ihrer Regierung überein, die — gleichwie die anderen europäischen Kabinete — auf dem Standpunkte stehe, daß der Verbleib Skutaris bei Albanien eine res judicata sei. Das Vorgehen der genannten beiden Gesandten dürfte aber auch — meiner Auffassung nach — nur zu leicht

geeignet sein, bei den Balkanstaaten Eindrücke hervorzurufen oder Illusionen zu erwecken, welche die weiteren Aktionen Europas gewiß nicht erleichtern.

[a]) Vgl. n. 6825. — [b]) Vgl. n. 6736. Berchtold.

Unterredung mit dem russ. Botschafter am 25. April 1913. Siehe n. 6778.

Nr. 6768. Tel. aus St. Petersburg, 25. April 1913 Nr. 172 (eing. 26. April 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Habe mich heute Herrn Sazonow gegenüber im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 307 von heute ausgesprochen und auf die Notwendigkeit hingewiesen, nebst der durch die Londoner Reunion beschlossenen Sommation an Montenegro schon jetzt ungesäumt Beschlüsse über die weiteren Pressionsmittel zu fassen, die im Falle einer Weigerung oder eines Temporisierens der montenegrinischen Regierung zu ergreifen wären. Ich habe insbesonders darauf Gewicht gelegt, daß nur das eheste Zustandekommen eines solchen Beschlusses es der k. u. k. Regierung ermöglichen würde noch zuzuwarten, ohne die Durchführung des Beschlusses der Mächte in die eigene Hand zu nehmen. Herr Sazonow, der gestern gegen die eventuelle Landung internationalen Detachements mir gegenüber keine Einwendung erhoben hatte, suchte heute der Frage der weiteren Pressionsmittel und insbesonders der Landung von internationalen Truppen tunlichst auszuweichen, indem er hervorhob, daß man doch an diesen immerhin ernsten Schritt nicht herantreten sollte, ehe nicht eine Antwort der montenegrinischen Regierung vorliege und wiederholte, wie schon gestern, daß vorher doch alle anderen verfügbaren Mittel erschöpft werden müßten, was bisher noch nicht der Fall sei. Er wiederholte, daß seiner Ansicht nach ein sehr wirksames Mittel in der Androhung und Verhängung des finanziellen und wirtschaftlichen Boykotts liegen würde. Das Land sei ohnehin schon am Rande einer Hungersnot und könne ohne Hilfe von außen nicht mehr lange existieren. Auf meine Bemerkung, daß dieses Mittel, wenn auch vielleicht wirksam, ein zu qualvolles wäre, beschwor der Minister mich neuerdings, Euer Exzellenz zu bitten, etwas Geduld zu haben. Es sei dies für die k. u. k. Regierung umso leichter möglich, als sie ja volle Gewähr dafür habe, daß von keiner Seite an den bisher gefassten Beschlüssen gerüttelt werde und insbesonders was Russland anbelangt, die volle Gewähr geboten sei, daß es seine Engagements loyal erfüllen und sich auch durch die Strömungen der öffentlichen Meinung in dieser Haltung nicht beirren lassen werde. Das Wichtigste sei, daß Europa beisammen bleibe und keine Macht sich von dem Konzert trenne. Dann sei es ganz außer allem Zweifel, daß der einmütige Wille der Mächte auch schließlich zur Durchführung gelange. Ich erwiderte, daß dies auch der Wunsch der k. u. k. Regierung sei, doch müssen es eben die anderen Mächte uns ermöglichen, dadurch, daß sie sich der gemeinsamen, durch die weitere Haltung des Königs Nikolaus etwa notwendig werdenden Aktion nicht derobieren. Eine bestimmte Antwort konnte ich von Herrn Sazonow nicht erzielen, doch gewann ich die Überzeugung, daß, wenn er sieht, daß es wirklich ernst wird und nur durch eine gemeinsame Landung unsere Separataktion vermieden werden kann, er einer solchen

Nr. 6765. Tel. aus Rom, 25. April 1913 Nr. 242 (eing. 26. April 4 U. a. m.).[a] Entziff.

Mit Beziehung auf hohes Telegramm vom 24. d. M. Nr. 411. Aktion gegen Montenegro. Minister des Äussern hat nicht nur Marquis Imperiali mit den von Euer Exzellenz gewünschten Instruktionen versehen, sondern in von mir eingesehenen Telegrammen an die Botschafter in Petersburg, Paris und London nachdrücklichst unter Hinweis auf unsere Absicht, sonst allein vorzugehen, und auf die daraus für den europäischen Frieden drohende Gefahr, die Notwendigkeit der schleunigen Beschlussfassung über weitere Koerzitivmassnahmen gegen Montenegro betont. Aus Paris und London liege befriedigende Antwort vor, aus Petersburg allerdings noch sehr vage und verklausulierte Andeutung, dass Russland eventuell einer Zwangsaktion zustimmen könnte. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6790.

Nr. 6766. Tel. nach St. Petersburg, 25. April 1913 Nr. 311 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Ich ersuche Euer Exzellenz um telegraphische Meldung, ob die Entscheidung der Petersburger Réunion durch allseitige Unterfertigung des vorgelegten Textes nunmehr definitiv erfolgt ist und für wann deren Mitteilung an die Vertreter Rumäniens und Bulgariens in Aussicht genommen ist.

[a]) Vgl. n. 6682, 6779. Berchtold.

Nr. 6767. Tel. nach St. Petersburg, 25. April 1913 Nr. 312 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Aus Zeitungsmeldungen habe ich entnommen, daß die russischen Vertreter in Athen und Belgrad bei den dort aus Anlaß der Einnahme von Skutari stattgefundenen Straßenmanifestationen Ansprachen an die vor ihren Palais demonstrierenden Volksmengen gehalten haben. Diese Nachrichten der Tagesblätter werden durch Meldungen unserer Vertreter in jenen Städten bestätigt. Ich ersuche Euer Exzellenz, diese Angelegenheit bei Herrn Sazonow zur Sprache zu bringen und sich bei diesem Anlasse in nachstehendem Sinne vernehmen zu lassen. Ich sei von dem Verhalten der in Rede stehenden russischen Gesandten überrascht, speziell von jenem Herrn Demidoffs, welcher seine Rede an das Volk mit den Worten geschlossen haben soll: „Rußland ist jene Macht, welche verlangte und verlangen wird, daß die Alliierten die Früchte ihrer Siege genießen sollen," Worte, welche bei dem Anlasse, bei welchem sie gesprochen wurden, sich nur zu leicht dahin interpretieren ließen, daß Montenegro die Früchte seines Sieges — das ist Skutari — genießen solle. Das Verhalten Herrn von Hartwigs[b]) und Herrn Demidoffs, welches als eine Teilnahme an der Feier des Volkes von Athen und Belgrad zu Ehren des Falles von Skutari angesehen werden müsse, stimme wohl nicht mit der auf der Londoner Réunion vertretenen Auffassung ihrer Regierung überein, die — gleichwie die anderen europäischen Kabinete — auf dem Standpunkte stehe, daß der Verbleib Skutaris bei Albanien eine res judicata sei. Das Vorgehen der genannten beiden Gesandten dürfte aber auch — meiner Auffassung nach — nur zu leicht

geeignet sein, bei den Balkanstaaten Eindrücke hervorzurufen oder Illusionen zu erwecken, welche die weiteren Aktionen Europas gewiß nicht erleichtern.

[a]) Vgl. n. 6825. — [b]) Vgl. n. 6736. Berchtold.

Unterredung mit dem russ. Botschafter am 25. April 1913. Siehe n. 6778.

Nr. 6768. Tel. aus St. Petersburg, 25. April 1913 Nr. 172 (eing. 26. April 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Habe mich heute Herrn Sazonow gegenüber im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 307 von heute ausgesprochen und auf die Notwendigkeit hingewiesen, nebst der durch die Londoner Reunion beschlossenen Sommation an Montenegro schon jetzt ungesäumt Beschlüsse über die weiteren Pressionsmittel zu fassen, die im Falle einer Weigerung oder eines Temporisierens der montenegrinischen Regierung zu ergreifen wären. Ich habe insbesonders darauf Gewicht gelegt, daß nur das eheste Zustandekommen eines solchen Beschlusses es der k. u. k. Regierung ermöglichen würde noch zuzuwarten, ohne die Durchführung des Beschlusses der Mächte in die eigene Hand zu nehmen. Herr Sazonow, der gestern gegen die eventuelle Landung internationalen Detachements mir gegenüber keine Einwendung erhoben hatte, suchte heute der Frage der weiteren Pressionsmittel und insbesonders der Landung von internationalen Truppen tunlichst auszuweichen, indem er hervorhob, daß man doch an diesen immerhin ernsten Schritt nicht herantreten sollte, ehe nicht eine Antwort der montenegrinischen Regierung vorliege und wiederholte, wie schon gestern, daß vorher doch alle anderen verfügbaren Mittel erschöpft werden müßten, was bisher noch nicht der Fall sei. Er wiederholte, daß seiner Ansicht nach ein sehr wirksames Mittel in der Androhung und Verhängung des finanziellen und wirtschaftlichen Boykotts liegen würde. Das Land sei ohnehin schon am Rande einer Hungersnot und könne ohne Hilfe von außen nicht mehr lange existieren. Auf meine Bemerkung, daß dieses Mittel, wenn auch vielleicht wirksam, ein zu qualvolles wäre, beschwor der Minister mich neuerdings, Euer Exzellenz zu bitten, etwas Geduld zu haben. Es sei dies für die k. u. k. Regierung umso leichter möglich, als sie ja volle Gewähr dafür habe, daß von keiner Seite an den bisher gefassten Beschlüssen gerüttelt werde und insbesonders was Russland anbelangt, die volle Gewähr geboten sei, daß es seine Engagements loyal erfüllen und sich auch durch die Strömungen der öffentlichen Meinung in dieser Haltung nicht beirren lassen werde. Das Wichtigste sei, daß Europa beisammen bleibe und keine Macht sich von dem Konzert trenne. Dann sei es ganz außer allem Zweifel, daß der einmütige Wille der Mächte auch schließlich zur Durchführung gelange. Ich erwiderte, daß dies auch der Wunsch der k. u. k. Regierung sei, doch müssen es eben die anderen Mächte uns ermöglichen, dadurch, daß sie sich der gemeinsamen, durch die weitere Haltung des Königs Nikolaus etwa notwendig werdenden Aktion nicht derobieren. Eine bestimmte Antwort konnte ich von Herrn Sazonow nicht erzielen, doch gewann ich die Überzeugung, daß, wenn er sieht, daß es wirklich ernst wird und nur durch eine gemeinsame Landung unsere Separataktion vermieden werden kann, er einer solchen

Maßregel, die er allerdings — wie auch aus seinen Äußerungen zu meinem italienischen Kollegen hervorgeht — wenn irgend möglich gerne vermieden sehen möchte, keine weiteren Hindernisse in den Weg legen wird. Thurn.

a) Oe. U. Balkan 242 Nr. 471. Vgl. n. 6754, 6755, 6769, 6778, 6782, 6790, 6810, 9487.

Nr. 6769. Tel. aus St. Petersburg, 25. April 1913 Nr. 173 (eing. 26. April 9 U. a. m.).a) Entziff.

Ich hatte heute abends eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten. Herr Kokowzow betonte zunächst in nachdrücklichster Weise, daß der Fall Skutaris an der Frage seiner Zugehörigkeit nicht das geringste ändern könne und daß der einmütige Wille Europas auf jeden Fall zur Geltung gebracht werden müsse. Für die russische Regierung könne in dieser Frage umsoweniger ein Zweifel bestehen, als das Wort des Souveräns engagiert sei. Der Ministerpräsident machte sodann einige sehr bittere Bemerkungen über König Nikolaus und sagte mir, daß Seine Majestät der Zar, der doch auf einige Rücksichten seitens desselben Anrecht zu haben glaube, durch die Haltung und das Vorgehen des Königs von Montenegro auf das tiefste verletzt sei. Er fuhr dann fort, es bestehe somit volle Einigkeit darüber, daß die Räumung Skutaris unter allen Umständen durchgesetzt werden müsse. Es sei aber im Interesse aller Mächte und er glaube auch der Monarchie gelegen, daß die zu ergreifenden weiteren Maßregeln das Ergebnis gemeinsamer Übereinkunft seien und gemeinsam durchgeführt werden. Was nun diese Maßregeln anbelangt, ist der Ministerpräsident ebenso wie Herr Sazonow der Ansicht, daß man, ohne sich zu überstürzen, methodisch vorgehen solle und zuerst alle friedlichen Maßregeln versuchen und erschöpfen sollte. Unter diesen hält auch er die finanzielle Aushungerung für die wirksamste. Er denke sich daher das Vorgehen etwa so, daß man zunächst an Montenegro eine Sommation im Sinne des Londoner Réunionsbeschlusses vom 23. d. M.b) ergehen lassen sollte, wobei man unter der Hand durchblicken lassen könne, daß es Montenegros Schaden nicht wäre, sich dem Willen der Mächte zu fügen. Gleichzeitig sollte demselben erklärt werden, daß es im Falle des Ungehorsams auf keinerlei finanzielle oder wirtschaftliche Hilfe von irgendeiner Seite zu hoffen habe. Was Russland anbelange, sei er fest entschlossen, vor Erfüllung des Willens der Mächte jedwede Hilfeleistung zu unterbinden und sich auch durch keinerlei Regung des Mitleids hierin beirren zu lassen. Als dritte Etappe könnte nach Ansicht des Ministerpräsidenten erst die Landung internationaler Truppen ins Auge gefasst werden. Ich machte Kokowzow darauf aufmerksam, daß wir in der ganzen Angelegenheit bisher eine geradezu bewunderungswürdige Geduld an den Tag gelegt haben, daß dieselbe nunmehr aber nachgerade erschöpft sei und wir uns auf ein längeres Temporisieren nicht einlassen könnten. Es sei daher nötig, die von ihm als dritte Etappe bezeichnete Eventualität schon jetzt ins Auge zu fassen und über die Maßregeln schlüssig zu werden, welche zu ergreifen wären, wenn Montenegro auch angesichts der Sommation in seinem Widerstande beharre. Ministerpräsident resümierte zum Schlusse seine Auffassung wie folgt: Unbedingtes Festhalten an der

Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien; gemeinsames Vorgehen der Mächte ohne Übereilung, aber mit aller Entschiedenheit; vorerst Erschöpfung aller friedlichen Mittel, dann erst Ergreifung weiterer gemeinsamer Pressionsmittel; insbesondere würde er es für wichtig halten, daß selbst im Falle wider Erwarten Anwendung faktischen Zwanges unvermeidlich werde, daß dies nicht von Österreich-Ungarn allein geschehe; letzteres wäre seiner Meinung nach nicht nur vom russischen Standpunkte aus geboten, sondern wohl auch im Interesse der Monarchie selbst gelegen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6768, 6782, 6790. — [b]) Vgl. n. 6721.

Nr. 6770. Tel. nach Sofia, 25. April 1913 Nr. 209 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Zu Euer Hochgeboren Telegrammen Nr. 358 vom 19. d. M. und Nr. 367 und 368 vom 23. d. M. Euer Hochgeboren sind ermächtigt, die Frage Herrn Geschoffs, was Bulgarien nach den Petersburger Beschlüssen abzutreten haben werde, im strengsten Vertrauen dahin zu beantworten, daß lediglich die Zession von Silistria beschlossen worden sei mit der schon erwähnten ergänzenden Bestimmung, daß Rumänien auswandernde bulgarische Bewohner des abgetretenen Gebietes entsprechend zu entschädigen habe. Außerdem hat die Réunion nur noch ausgesprochen, daß Bulgarien sich verpflichte, an der Grenze zwischen Silistria und dem Meere keine Befestigungen zu erhalten, sowie endlich jene Zugeständnisse enregistriert, zu denen sich Bulgarien seinerzeit in London bezüglich der Kutzowalachen bereit erklärt hat. Euer Hochgeboren wollen bei diesem Anlasse nochmals betonen, daß wir diese Lösung nicht als nachteilig für Bulgarien ansehen können, da wir an der Überzeugung festhalten, daß sie der bulgarischen Regierung die Möglichkeit bietet, sich mit geringen Opfern und ohne Einbuße an Prestige die Freundschaft Rumäniens zu gewinnen. Hierin könnten wir auch durch von Herrn Geschoff erwähnte Meldungen Herrn Kalinkoffs über eine ablehnende Äußerung des rumänischen Ministerpräsidenten hinsichtlich eines Gedankenaustausches mit Bulgarien nicht irre werden. Die Sprache, die Herr Majoresco uns gegenüber in dieser Hinsicht seit Monaten geführt habe, sei eine so konsequente und klare gewesen, daß hier zweifellos auf der einen oder der anderen Seite ein Mißverständnis im Spiele sein müsse. Ich hätte Prinz Fürstenberg daher auch beauftragt,[b]) auf die eheste Klärung dieses Mißverständnisses hinzuwirken, damit die im beiderseitigen Interesse gelegene direkte Aussprache zwischen Bukarest und Sofia nicht länger verzögert werde. Bezüglich der phrase de reconnaissance wollen Euer Hochgeboren bemerken, daß wir ihren Wert nicht überschätzen möchten, immerhin aber glauben, daß es Bulgarien einmal von Nutzen sein könnte, sich auf seinen dokumentarisch festgelegten Anspruch auf die Dankbarkeit Europas zu berufen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6783. — [b]) Vgl. n. 6740.

Nr. 6771. Tel. aus Sofia, 25. April 1913 Nr. 370 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Aus meiner laut gehorsamen Telegrammes Nr. 368 vom 24. d. Mts. vorgestern mit Konseilspräsidenten gepflogenen Unterredung und aus

kurzem Gespräche, das ich heute mit ihm hatte, gewann ich Eindruck, daß Herr Geschoff Differenzen mit Verbündeten derzeit viel ruhiger auffasse. Dieselbe Impression hat auch mein deutscher Kollege, der Herrn Geschoff gestern gesehen und als ich heute gesprächsweise Herrn Dobrovič meinen obigen Eindruck erwähnte, bezeichnete er denselben als richtig, meinte aber, daß er diese ruhige Auffassung Herrn Geschoffs nicht begreife und nicht teile, da laut eintreffenden Meldungen sowohl Serbien als Griechenland in besetzten Gebieten, die Bulgarien beansprucht, immer mehr Truppen konzentrieren. Auf meine Bemerkung, daß Konseilspräsident offenbar aus Petersburg Versicherung erhalten haben dürfte, wonach Russland die Prätensionen Serbiens nicht unterstützen, sondern als Schiedsrichter Serbien Erfüllung serbisch-bulgarischen Vertrages auferlegen würde, antwortete Dobrovič, daß die Zuversicht Herrn Geschoffs sich wohl nur auf so eine beruhigende Erklärung Russlands stützen könne, daß aber Kabinett Geschoff nach Ansicht Dobrovič' in seinem Vertrauen zu Russland zu weit ginge: erstens sei es fraglich, ob Schiedsspruch Russlands wirklich für Bulgarien ganz günstig ausfallen werde und zweitens, sollte dies auch der Fall sein, gebe Russland gar keine Garantien dafür, dass sich Serbien fügen werde. Inzwischen verschiebe Serbien Truppen bis in die Nähe bulgarischer Grenze und bulgarische Armee könne sich von Tschataldja nicht rühren. Herr Dobrovič begreift nicht Optimismus und Ruhe Herrn Geschoffs. Bulgarien sollte nicht auf Russland rechnen, sondern Präliminarfrieden mit Türkei sofort schließen und mit ganzer Macht sich gegen Serbien wenden. So sprach sich heute zu mir Dobrovič aus und so äußern sich oppositionelle führende Politiker und, wie ich sicher erfahre, auch General Savoff und Generalstabschef Fitchef, die sogar sofortige Anlehnung an Österreich-Ungarn wünschen. Das russophile Kabinett ist nicht dieser Ansicht, sondern Petersburger Einfluß folgend, will es zuerst friedlichen Ausgleich versuchen, auf dessen Gelingen es seit einigen Tagen zu hoffen scheint. Im Zusammenhange damit ist auch laut meiner weiteren Impression Interesse bulgarischer Regierung an einer intimen Entente mit Rumänien momentan abgeflaut. Ich sondierte heute Konseilspräsidenten und er sprach nur von seinem Wunsche, bisherige Freundschaft mit Rumänien zu bekräftigen; auf einen Vertrag, der Bulgarien Neutralität oder gar Unterstützung Rumäniens sichern würde, scheint bulgarische Regierung jetzt wieder keinen Wert zu legen. Wenn Herr Geschoff trotzdem direkte Konversation mit Bukarester Kabinett wünscht, so mag er zwar dabei auch von Erwägung geleitet sein, daß Haltung Serbiens Krieg eventuell doch unvermeidlich machen könnte, in erster Linie will aber derzeit Konseilspräsident — glaube ich — kein anderes Ziel durch direkte Verhandlungen mit Rumänien erreichen, als sich Extrakompensationen für Silistria herauszuschlagen. Bezüglich der in meinem eingangs zitierten Telegramme erwähnten nunmehrigen Absicht Herrn Geschoffs, in Salonikfrage Mediation aller Mächte anzurufen, sagte Herr Dobrovič, daß bulgarische Regierung auf Tripleallianz und England rechne und wenn enttäuscht werden sollte, sich durch Spruch Europas vor öffentlicher Meinung decken wolle.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6857, 6901.

Nr. 6772. Bericht aus Sofia, 25. April 1913 Nr. 32 (eing. 28. April). Ausfert.

Der heutige offiziöse „Mir" wendet sich in ziemlich scharfer Weise gegen die Sprache eines Teiles der russischen Presse in der serbisch-bulgarischen Streitfrage. Gegenüber diesen russischen Zeitungsstimmen müsse es wie eine „Ironie" erscheinen, dass eine „andere Presse", die gewiß nicht als Freund der Slaven oder gar des Balkanbundes gelten könne, worunter selbstredend nur wir gemeint sind, sich für die stricte Erfüllung des serbisch-bulgarischen Vertrages einsetze. Die in obigem kurz gestreiften Ausführungen des Regierungsblattes bilden mit ihrer an Russland gerichteten Mahnung zur Umkehr eine volle Bestätigung meiner Berichterstattung der letzten Zeit über die Stellungnahme des Sofioter Cabinets in der serbisch-bulgarischen Streitfrage. Das oberste Prinzip der hiesigen Politik ist die Erhaltung der slavischen Solidarität; jedes Abweichen von dieser Richtlinie wäre für die jetzige Regierung nur ein pis-aller, zu dem man, wie ich dies so oft betont, nur unter dem Druck zwingender Umstände Zuflucht nehmen wird. Tarnowski.

Nr. 6773. Bericht des Militärattachés in Belgrad, 26. April 1913 Res. Nr. 148 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 30. April 1913 Nr. 2104). Abschrift.

Serbische Hetze gegen die Monarchie.

Die entschiedene Stellungnahme der Monarchie in der Skutari-Frage hat den serbischen Haß — wenn dies überhaupt noch möglich ist — neuerdings verschärft. Konnte man es eher verstehen, wenn die große Masse des aufgehetzten Volkes die Nachricht von dem Falle Skutaris dahin auffaßte, daß diese „serbische Stadt" nun auch serbisch bleiben müsse, und in Belgrad Freudenkundgebungen veranstaltete, wie sie die Stadt seit König Milans Zeiten nicht gesehen hatte, so muß man es vonseiten der Regierung als einen großen Fehler bezeichnen, nicht den Mut gefunden zu haben, da beschwichtigend einzugreifen. Gegen ihre bessere Ueberzeugung erklärte die Regierung in der „Samouprava", daß angesichts der vollendeten Tatsache Europa auf seine bezüglich Skutari gefällte Entscheidung zurückkommen und sie mit mehr Gerechtigkeit und „nach den Grundsätzen europäischer Kultur" rektifizieren müsse. Da ist es begreiflich, daß die serbischen Chauvinisten durch die Stellungnahme der Monarchie gegen Montenegro neuen Stoff und williges Gehör finden. In Zusammenhang mit diesen Ereignissen wird die Boykott-Idee konsequent verfolgt. Fast alle Zeitungen machen für sie Stimmung. Das Blatt der Fortschrittler meint, es wäre überhaupt ganz überflüssig, Erwägungen anzustellen, ob der Boykott jetzt am Platze sei; mit einem so feindseligen Staate könne man nicht auf freundnachbarlichem Fuße leben; es gäbe nur eine Ansicht gegenüber der schwarzgelben Politik: So wenig Berührungspunkte mit der Monarchie, wie nur möglich, darum den Boykott, aber für immer! Auch das Blatt der Kaufmannschaft erörtert in einem ausführlichen Leitartikel, daß es angezeigt wäre, den Handelsvertrag mit der Monarchie dahin zu ändern, daß der Import aus der Monarchie ebenso durch ein Kontingent begrenzt werde wie der Export serbischen Viehs nach Oesterreich-Ungarn. In der

hiesigen Handelskammer soll angeblich schon ein ausführliches Programm für den Boykott ausgearbeitet worden sein und man warte nur auf die Entscheidungen der bulgarischen und griechischen Handelskammern, um den Boykott ins Leben treten zu lassen. Es ist für den Außenstehenden schwierig, die Bedeutung der bisherigen Boykottbewegung abzuschätzen. Sie ist jedoch ein neues Glied in der langen Kette serbischer Herausforderungen und ein neues Beispiel für die unentwegte Wühlarbeit unserer gehässigen Feinde südlich der Save. Und daß diese konsequente Aufreizung gegen die Monarchie die Stimmung in der Bevölkerung wesentlich beeinflußt, das können die hiesigen Vertreter der Monarchie, auch bei den nur flüchtigen Relationen mit der serbischen Gesellschaft, täglich wahrnehmen. Zu dem blinden Hasse gegen die Monarchie hat sich jetzt ein gesteigertes Selbstgefühl gesellt, mit dem man in Hinkunft bei der Abschätzung der Möglichkeiten serbischer Politik wird ernstlich rechnen müssen. Das Anschwellen dieses Selbstgefühles wurde ebenso durch die die Allgemeinheit bestechenden Erfolge der serbischen Waffen hervorgerufen, wie auch durch die in der österreichisch-ungarischen Presse häufig enthaltenen Nachrichten über slavophile Kundgebungen in der Monarchie, die in der hiesigen Presse stets in tendenziösester Weise aufgebauscht werden. Wenn zum Beispiel irgendwo in Böhmen einige Hitzköpfe eine Demonstration anläßlich eines Sieges auf dem Balkan veranstalteten, brachten die hiesigen Blätter diese Nachricht in fettem Drucke unter dem Titel „Die Čechen für uns". Daß auf die slavischen Regimenter in der Monarchie nicht mehr gezählt werden kann und daß unsere gesamtem südslavische Bevölkerung den Moment herbeisehnt, wo sie mit dem serbischen Piemont vereint wird, ist hier eine ausgemachte Sache! Bei dieser mehrjährigen konsequenten Bearbeitung der öffentlichen Meinung kann es nicht wundernehmen, wenn sich hier Ideen festsetzen, wie sie folgendes, in der heutigen „Politika" wiedergegebenes Gespräch eines hohen Beamten mit einem Offizier kennzeichnet: „Jetzt brauchen wir uns vor nichts mehr zu fürchten", sagte der Beamte, „wir haben uns unsere Zukunft gesichert." „Bei Gott, ich fürchte mich", antwortete der Offizier, „ich fürchte mich, daß uns jemand zuvorkommen könnte, Oesterreich-Ungarn anzufallen und zu zertrümmern!" Gellinek.

Tel. nach Berlin, 26. April 1913 Nr. 333 (chiffr. 27. April 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6775.

Nr. 6774. Tel. aus Berlin, 26. April 1913 Nr. 211 (eing. 10 U. 10 M. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 329 vom 25. d. Mts. betreffend Inselfrage. Wie mir Staatssekretär versichert, ist deutsche Regierung auch weiterhin entschlossen, dem Wunsche Marquis di San Giulianos entsprechend, zur Vertretung des Standpunktes des Dreibundes in der Inselfrage auf der Londoner Reunion die Initiative zu ergreifen. Der Vorschlag Marquis Imperialis über unser gemeinsames Vorgehen in dieser Frage (Erlaß vom 24. d. Mts. Nr. 1854) war hier bisher nicht bekannt. Staatssekretär ist mit diesem Vorschlag nicht ganz einverstanden und versprach mir seine diesbezüglichen Bedenken demnächst mitzuteilen. Szögyény.

Tel. nach Konstantinopel, 26. April 1913 Nr. 209 (chiffr. 27. April 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6775.

Nr. 6775. Tel. nach London Nr. 357 (1), Berlin Nr. 333 (2), Rom Nr. 421 (3), St. Petersburg Nr. 315 (4), Paris Nr. 254 (5), Konstantinopel Nr. 209 (6) und Sofia Nr. 210 (7), 26. April 1913 (chiffr. 27. April 1 U. 20 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport u. Berger; V. Pogatscher; G. Berchtold).

1. Ich würde Werth darauf legen, wenn Euer Exzellenz Gelegenheit fänden, sich noch vor der montägigen Réunion im nachstehenden Sinne bei den maßgebenden englischen Staatsmännern vernehmen zu lassen. Ich hätte den Eindruck gewonnen, daß die Mediationsfrage seitens der Botschafterréunion abermals in ein langsames Tempo zu gerathen drohe, welches mit dem allseits — und insbesondere seitens mehrerer der Kriegführenden — gehegten dringenden Wunsche nach unmittelbarem Abschlusse des Präliminarfriedens nicht recht vereinbar sei. Meines Erachtens hätte die Réunion, nachdem sich die Türkei den Entscheidungen der Mächte unterworfen habe, die jüngste Antwort der Verbündeten schon zur Basis nehmen können, um die Grundzüge eines Präliminarfriedens zu entwerfen. Wenn die Réunion statt dessen eine neuerliche Demarche bei den Kriegführenden beschlossen habe, so sei ich doch der Ansicht, daß diese Demarche keine aufschiebende Wirkung auf die weiteren Verhandlungen der Réunion in der Friedensfrage auszuüben hätte, sondern es von allergrößter Wichtigkeit wäre — womöglich bereits in der Montagsréunion — die Grundzüge eines Präliminarfriedens festzulegen. Behufs Vermeidung des mit Kollektivdemarchen bei den Balkanstaaten verbundenen Zeitverlustes könnte sodann dieses von der Réunion festgelegte Friedensprojekt zum Gegenstande von Pourparlers mit den in London anwesenden Delegirten der Kriegführenden gemacht werden. Ich sehe Euer Exzellenz telegraphischer Berichterstattung über die Aufnahme dieser Anregung englischerseits entgegen.

2.—7. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.)

2. u. 3. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an

2. Herrn von Jagow.

3. Marquis di San Giuliano.

4. u. 5. Vorstehendes zur eventuellen Regelung Ihrer Sprache gegenüber der dortigen Regierung.

6. u. 7. Vorstehendes ist in erster Linie zu Euer etc. streng vertraulichen Information bestimmt. Falls jedoch Euer etc. gegenüber seitens der dortigen Regierung Bemerkungen über das Interesse an einem baldigen Friedensschlusse gemacht würden, so wollen Hochdieselben Vorstehendes verwerthen. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 244 Nr. 476. Vgl. n. 6724, 6792, 6800, 6805, 6814.

Tel. nach Paris, 26. April 1913 Nr. 254 (chiffr. 27. April 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6775.

Nr. 6776. Bericht aus Paris, 26. April 1913 Nr. 40 B (eing. 28. April). Ausfert.

Das hohe Telegramm Euerer Excellenz vom 24. l. Mts. Nr. 248 habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Die darin erwähnte, vom Herzog von Avarna Euerer Excellenz gegenüber zur Sprache gebrachte französische „Anregung" dürfte auf ähnlichen Mittheilungen des hiesigen Auswärtigen Amtes beruhen wie jene, über welche ich mit meinem gehorsamsten Telegramme vom 19. l. Mts. Nr. 80 berichtete. Ich hatte, als Herr Paléologue die Sache erwähnte, nicht den Eindruck, dass es sich um einen förmlichen Desinteressements-Vorschlag handelte. Herr Paléologue wies auf die grossen Schwierigkeiten hin, die die Mediations-Action der Mächte begegne und meinte, wenn einmal der Friede zwischen der Türkei und den Alliirten abgeschlossen sei, würden sicherlich zwischen letzteren Schwierigkeiten, eventuell sogar Conflicte wegen Auftheilung der Beute auftauchen. Wollte man diese Differenzen im Voraus in Betracht ziehen, so würde die Mediation unmöglich werden. Die Hauptsache sei, dass der Friede zu Stande komme. „Après la paix, les alliés n'ont qu'à se débrouiller entre eux." Meiner Bemerkung, dass die Entscheidungen der Mächte über Albanien, Grenzen, Inseln und so weiter von den Alliirten unbedingt respectirt werden müssten, stimmte er bei. Herr Pichon hat den Gegenstand mir gegenüber auch gesprächsweise gestreift, aber keinerlei Vorschlag gemacht. Er meinte, ob die serbisch-bulgarische Grenze einige Kilometer mehr östlich oder westlich festgesetzt werde, sei für die Mächte gleichgiltig, dies mögen die Alliierten unter sich ausmachen. Die Auftheilung der Beute werde sicher bei allen Betheiligten Unzufriedenheit zurücklassen, denn jeder werde finden, er bekomme zu wenig. Die Mächte hätten keine Ursache, sich durch eine Einmischung in diese Fragen eine Verantwortung und das Odium aufzuhalsen. Seither ist der Gegenstand mir gegenüber nicht mehr erwähnt worden.

Szécsen.

Nr. 6777. Bericht aus Paris, 26. April 1913 Nr. 40 D (eing. 28. April). Ausfert.

Streng vertraulich. Wie mir vertraulich erzählt ward, wird im hiesigen Ministerium des Äussern behauptet, dass Herr Iswolsky eine directe, sehr umfangreiche telegraphische Correspondenz mit Cetinje unterhält, natürlich en chiffres, und vermutet man, dass mein hiesiger russischer College ohne Vorwissen seiner Regierung seinen politischen Einfluss in Montenegro geltend macht. Ich bin natürlich nicht in der Lage, die Richtigkeit dieser Nachricht zu controllieren. Der Gewährsmann, der sie mir erzählte, ist gewissen Übertreibungen nicht abgeneigt, aber oft gut informirt.

Szécsen.

Tel. nach Rom, 26. April 1913 Nr. 421 (chiffr. 27. April 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6775.

Tel. nach St. Petersburg, 26. April 1913 Nr. 315 (chiffr. 27. April 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6775.

Nr. 6778. Tagesbericht über einen Besuch des russ. Botschafters, 26. April 1913 Nr. 1910.[a] Konz. (S. Berchtold).

Der russische Botschafter erschien am 25. April bei mir, um auftraggemäß mitzutheilen, daß nach Ansicht seiner Regierung die europäischen Mächte noch lange nicht alle Mittel erschöpft hätten, um auf König Nikolaus im Wege von Pression und Versprechungen einzuwirken. Er (Giers) sei daher beauftragt, meine Aufmerksamkeit auf die ernsten Gefahren zu lenken, die eine überstürzte Aktion nach sich ziehen könnte. Ich entgegnete dem Botschafter, daß die heutige Botschafterréunion in London[b] Gelegenheit geben werde, alle in Betracht kommenden Coerzitivmittel zu erörtern, und gehe mein Wunsch dahin, daß wir der Notwendigkeit eines selbstständigen Eingreifens enthoben werden.

[a] Vgl. n. 6768. — [b] Vgl. n. 6760.

Nr. 6779. Tel. aus St. Petersburg, 26. April 1913 Nr. 174 (eing. 27. April 1 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 311 von heute. Unterfertigung des Textes erfolgt Montag bei Herrn Sazonow, welcher die Absicht hat, den Wortlaut der Entscheidung hiesiger Botschafterkonferenz den Gesandten Bulgariens und Rumäniens hierauf unverweilt mitzuteilen (vide vorletztes Alinea[b] meines Telegrammes Nr. 162 vom 17. d. Mts.). Thurn.

[a] Vgl. n. 6811. — [b] Vorletztes Alinea von n. 6661 reicht von „der Herr Minister schlägt vor" bis „Wunsch der bulgarischen Regierung".

Nr. 6780. Bericht aus St. Petersburg, 13./26. April 1913 Nr. 18 B (eing. 28. April).[a] Ausfert.

Die panslavistische Entspannung hält im allgemeinen noch an und wenn man von einer unbedeutenden Freuden-Demonstration absieht, die nach dem Falle Skutaris in Form eines Gottesdienstes in der Kasankathedrale stattfand, so ist auf diesem Gebiete in den letzten Wochen überhaupt nichts zu registrieren. Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass der höchste Wille, wenn er nur in entschiedene Formen gekleidet wird, Wunder wirken kann. Dass die früher so erregten Offiziers- und Beamtenkreise eine plötzliche Schwenkung ins richtige Fahrwasser ausführten, ist noch erklärlich, direkt auffallend ist aber der Umschwung in der nationalistischen Presse. Denn wenn dieselbe auch jetzt noch in ziemlich heftiger Weise ihren panslavistischen Gefühlen Luft macht, so ist doch die Tonart eine ganz andere und unvergleichlich gemässigtere geworden. Vielfach aufgefallen ist es auch, dass kurz nach der erwähnten Kursänderung Grossfürst Nikolaus Nikolajewitsch, bekanntlich der oberste Protektor aller panslavistischen Gefühle, nach der Krim abgereist ist. Es heisst, diese Abreise sei auf direkten höchsten Wunsch erfolgt. Was immer ihr letzter Grund war, so ist die Abwesenheit dieses slavophilen Grossfürsten eine nicht zu unterschätzende Friedensgewähr. Thurn.

[a] Vgl. n. 6651, 6986.

Nr. 6781. Bericht aus St. Petersburg, 13./26. April 1913 Nr. 18 G (eing. 28. April).[a]) *Ausfert.*

Der „Swjet" befasst sich in dem anbei in Übersetzung mitfolgenden, nicht uninteressanten Artikel[b]) mit dem in Folge der politischen Lage seitens der höheren russischen Gesellschaft gegen die k. und k. Botschaft inszenierten „Boykott" und es ist symptomatisch, dass der Umstand, dass die Gräfin Kleinmichel, geb. Gräfin Keller, sich diesem „Boykott" nicht anschliesst und ihm sogar offen zuwiderhandelt, von der fraglichen Zeitung zu heftigen Angriffen gegen die von internationalen Kulturregeln geleitete Dame benützt wird. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6782. — [b]) Beilage.

Beilage zu n. 6781. „Swjet" vom 7./20. April 1913.

Die slavische Bewegung und der österreichische Botschafter.

Die in der diplomatischen Welt bekannte Gräfin Kleinmichel (geborene Gräfin Keller), welche den Ruf der Protectrice solcher Jesuitenzoglinge wie Wiercinski, Deubner etc. geniesst, hat dieser Tage ein Diner zu Ehren des österr.-ungar. Botschafters Grafen Thurn-Valsassina gegeben, um demselben für die in den letzten zwei Wochen, während der slavischen Manifestationen, gehabte Aufregung Satisfaction zu bieten. Zu diesem Diner waren alle Renegaten der höheren russischen Aristokratie, welche von der Orthodoxie zur römischen oder unirten Kirche übergegangen sind, und viele Vertreter des deutschen Adels der Ostsee-Provinzen geladen. Das erwähnte Diner hat viele Vertreter des alten russischen Adels empört und zur Folge gehabt, dass die bekannte Wohlthäterin Gräfin Schuwaloff ihr übliches Diner in dieser Saison nur deshalb ausfallen liess, um nicht zusammen mit anderen Diplomaten auch den Vertreter Österreich-Ungarns einladen zu müssen. Graf Thurn-Valsassina hat seinerseits ein Diner für die Mitglieder der russischen höheren Gesellschaft gegeben. Zur Ehre vieler derselben müssen wir konstatiren, dass nicht alle Eingeladenen zum Diner erschienen sind, viele sind unter verschiedenen Vorwänden ausgeblieben. Jetzt spricht man sogar vom Boykott gegen den österr.-ungar. Botschafter seitens des Theils der höheren Gesellschaft in St. Petersburg, welcher seine nationalen und patriotischen Gefühle nicht eingebüsst hat.

Nr. 6782. Privatschreiben aus St. Petersburg, 13./26. April 1913 (eing. 28. April). Ausfert.

Ich war jetzt wieder durch einige Wochen recht elend und musste auch in Folge eines acuten gastrischen Fiebers während einiger Zeit das Bett hüten. Zum Glück war ich gerade am Tage des Falles von Skutari wieder zum ersten Male aufgestanden, so dass ich mich, wenn auch mit grosser Anstrengung, Deines einschlägigen Auftrages bei Herrn Sazonow persönlich entledigen konnte. Aus meinen einschlägigen Telegrammen[a]) und meinem heutigen Berichte Littera A[b]) wirst Du ersehen haben, dass die russische Regierung im Gegensatze zu den hiesigen Blättern unentwegt

auf dem Standpuncte steht, dass der Beschluss der Mächte betreffend die Zugehörigkeit Montenegros durch den Fall der Stadt nicht modificirt werden kann und dass auch nach dem Willen Kaiser Nikolaus und der russischen Regierung Montenegro diese Stadt wird wieder räumen müssen. Im übrigen begeht die Regierung aber wieder ihren alten Fehler, nicht rechtzeitig mit ihrer Überzeugung offen und nachdrücklich vor die Öffentlichkeit zu treten und so diese bei Zeiten in der gewünschten Richtung zu beeinflussen. Sie lässt es vielmehr ruhig geschehen, dass die Zeitungen aller Schattierungen ganz offen für das Verbleiben Skutaris bei Montenegro Propaganda machen und dass selbst Beamte des Ministeriums des Äussern in dieser Richtung sich äußern. So soll sich der Referent für Orientangelegenheiten Fürst Trubetzkoi einem Journalisten gegenüber in diesem Sinne ausgesprochen haben. Das in Rede stehende Interview (Petersburgska Gazetta) wurde zwar wieder dementiert, doch spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, dass es trotzdem ungefähr in dem veröffentlichten Sinne stattgefunden hat. Ich schliesse dies daraus, dass, wie ich höre, ein Beamter des Ministeriums des Äussern sich in ganz ähnlichem Sinne dem schwedischen Gesandten gegenüber ausgesprochen hat. Solche Disziplinwidrigkeiten sind aber im hiesigen Auswärtigen Amte so häufige Erscheinungen, dass ihnen wol keine allzugrosse Bedeutung beigemessen werden kann. Dass Sazonow und vor Allem auch der Ministerpräsident nicht daran denken, bezüglich Skutari umzufallen, geht aus deren wiederholten Äusserungen mir gegenüber mit Bestimmtheit hervor, wobei insbesondere Herr Kokowzow sich direct auf das verpfändete Wort seines Souverains bezog. Die Frage ist nur, ob die hierseits in Aussicht genommenen zahmen Mittel auf König Nikolaus irgend eine Wirkung haben werden und wie lange andererseits wir noch zuwarten können, um zu sehen, ob der erwünschte Erfolg eintritt oder nicht. In meinem vorerwähnten gehorsamsten Bericht habe ich mir erlaubt, es Deiner Erwägung anheimzustellen, ob wir nicht der russischen Regierung einen angemessenen Termin angeben sollten, innerhalb welches wir noch ruhig auf die Wirkung der gemeinsamen Ermahnungen und Druckmittel warten können, indem wir gleichzeitig als Bedingung für dieses weitere Gedulden uns ausbedingen, dass, falls innerhalb dieser Zeit ein Erfolg der gemeinsamen Schritte nicht eingetreten sein sollte, wir dann für die Durchführung der Beschlüsse der Mächte im eigenen Wirkungskreis uns freie Hand ausbedingen. Wie die Dinge heute liegen, halte ich es nicht für ganz ausgeschlossen, dass die Regierung hierauf eingehen könnte oder doch wenigstens hiezu ihre stillschweigende Zustimmung giebt. Man hat hier grosse Angst vor unserer Separat-Action und würde vielleicht in der Hoffnung, sie auf diese Weise überflüssig zu machen, auf einen ähnlichen Vorschlag eingehen und in diesem Falle jedenfalls mit allen hier zu Gebote stehenden Mitteln den Trotz des Königs zu überwinden trachten, ehe wir durch Ablauf der gestellten Frist unsere ganze Actionsfreiheit erhalten. Sollte es aber dann doch dazu kommen, so hätte die Regierung die Hände gebunden und die Separataction hätte dann keine Gefahr mehr für den europäischen Frieden. Für ein sicheres Gelingen eines solchen Versuches kann ich allerdings

keine absolute Gewähr übernehmen; die Chancen scheinen mir aber doch solche zu sein, dass es meiner unmassgeblichen Meinung nach probirt werden könnte. Ohne eine solche Vorbereitung würde doch eine grosse Gefahr bestehen, dass Russland einer Separataction unsererseits nicht ruhig zuschauen würde, wenngleich auch dies heute nicht als absolut sicher bezeichnet werden kann und ich fast der Ansicht zuneigen würde, dass auch so unsere Separataction, soferne sie nur rechtzeitig angekündigt wird, uns nicht notwendiger Weise in einen Conflict mit Russland zu stürtzen brauchte. Die Gefahr hiezu wäre aber immerhin vorhanden und es schiene mir doch eines Versuches wert, ob man diese nicht auf dem von mir angedeuteten Wege für alle Fälle aus dem Wege räumen könnte. Schon aus Rücksicht auf die weitere Gestaltung unseres Verhältnisses zu Russland, das zwar schon jetzt einigermassen erschüttert, aber doch noch nicht „passed all remedy" compromittirt ist, schiene mir eine solche Vorgangsweise sehr empfehlenswert. Ich bin sehr neugierig, wie Du darüber denkst, und sehe Deinen einschlägigen Weisungen mit grossem Interesse entgegen. Unter meinen heutigen Berichten wirst Du auch eine Übersetzung eines Artikels aus dem „Swjet" [c] finden, welcher für die seit mehreren Monaten hier schon geübte socielle Boycottirung unserer Botschaft eintritt und sogar die Gräfin Kleinmichel heftig angreift, weil sie es gewagt hat, uns einmal zu einem Diner einzuladen. Thatsache ist, dass ich seit Weihnachten mit Ausnahme eben dieses Diners Kleinmichel und zwei Festen beim Minister des Äussern und dem Minister-Präsidenten keine einzige Einladung in ein russisches Haus erhalten habe! Einer solchen Culturwidrigkeit hätte ich die sich für so civilisirt haltenden Russen doch nicht für fähig gehalten. Ich glaube, es wäre sehr gut, wenn die hiesige Botschaft während der nächsten Saison nicht bewohnt wäre, da es doch schwer sein würde, so ohneweiters gleich wieder die im heurigen Winter durch die russische Gesellschaft thatsächlich unterbrochenen Beziehungen zwischen ihr und der Botschaft wieder aufzunehmen und denselben Leuten mit freundlichem Entgegenkommen zu begegnen, die sich heuer derart rüppelhaft benommen haben. Eine Ausnahme hatte bis vor kurzem die Grossfürstin Maria Pavlowna gemacht, die immer sehr freundlich war und die sich sogar vor ungefähr 14 Tagen einmal im Principe zum Essen bei uns angesagt hatte. Als es aber sich darum handelte, einen Tag zu fixiren — es war damals gerade unser sogenanntes Ultimatum an Montenegro ergangen, das dann zur internationalen Flottendemonstration geführt hatte —, machte sie plötzlich allerlei Ausflüchte, aus denen ich ersehen konnte, dass auch sie sich nicht mehr traut, den Fuss auf unsere Botschaft zu setzen! Du wirst aber jetzt so vielerlei Wichtigeres zu thun haben, dass ich Deine Zeit nicht durch Wiedergabe derartigen Tratsches vergeuden will. Thurn.

[a] Vgl. n. 6754, 6755, 6768, 6769. — [b] Bericht Nr. 18 A, 26. April 1913 (eing. 28. April) ist nur eine Wiederholung der unter a) citierten Telegramme. — [c] Vgl. n. 6781.

Tel. nach Sofia, 26. April 1913 Nr. 210 (chiffr. 27. April 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6775.

Nr. 6783. Tel. aus Sofia, 26. April 1913 Nr. 371 (eing. 7 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 209 vom 26. d. M. betreffend rumänische Frage erhalten. Ich besuchte Herrn Geschoff und sagte, dass in der Lage bin, ihm Beschluss Petersburger Reunion streng vertraulich bekanntzugeben. Konseilspräsident kannte bereits denselbem, gab aber dies nur halb zu und ersuchte um Information, welchen Wunsch ich erfüllte und mich sonst im Sinne des obzitierten hohen Telegrammes aussprach. Herr Geschoff äußerte sich nicht klar, wann er Konversation mit Bukarester Kabinett beginnen und ob auf Klärung des Missverständnisses durch Prinzen Fürstenberg warten werde. Konseilspräsident bemerkte, dass Resultat der Mediation für Bulgarien, welches keine der erhofften teritorialen Kompensationen in Mazedonien erhielt, wenig befriedigend und bulgarische Regierung müsse umso größeres Gewicht darauf legen, dass es von Rumänien entsprechend entschädigt werde. Auf meine Frage, auf welche Kompensationen ausser der Indemnität, die Rumänien den auswandernden Bulgaren zu geben haben wird, Herr Geschoff Wert legen würde, erhielt ich keine klare Antwort. Mitredner erwähnte, dass es sich hauptsächlich um Kompensationen politischer Natur handle, führte aber Gedanken nicht aus, sondern bemerkte: „On verra ... je ne sais pas encore ..., cela dépendra ...“.[b] Ich glaubte, dass es weder geschickt, noch zweckmäßig gewesen wäre, wenn ich ausser dem bereits im Sinne des obbezogenen hohen Telegrammes Gesagten noch weiter direkte Aussprache mit Rumänien zugeredet oder versucht hätte, Konseilspräsidenten seine Hintergedanken herauszulocken. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6859. — [b] Punkte in der Entziff.

Tel. nach Berlin, 27. April 1913 Nr. 334 (chiffr. 3 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6790.

Nr. 6784. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 27. April 1913 Nr. 1928.[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. Berchtold u. Nemes; G. Nemes).

Der hiesige deutsche Botschafter teilte mir heute auftraggemäß den Inhalt der an Fürsten Lichnowsky ergangenen Instruktion für sein Verhalten bei der morgigen Botschafterréunion mit. Diese Weisung läßt sich im Nachstehenden resumieren: Der durch die Einnahme Skutaris seitens Montenegros geschaffene Zustand erscheine unerträglich und müsse demselben schleunigst ein Ende gemacht werden. Die Mächte seien dies Österreich-Ungarn schuldig, welches vom Anbeginne der Krise an mit größter Selbstverleugnung und Rückstellung seiner eigenen Interessen auf die Erhaltung des Mächtekonzertes Rücksicht genommen habe. Ein energisches Handeln sei aber für die Großmächte auch aus Selbstachtung gebieterisch erforderlich. Eine weitere Ertragung der montenegrinischen Höhnung würde dieselben vor der Welt und der Geschichte erbarmungslos bloßstellen. Die bisher von der Botschafterréunion vorgesehenen Maßnahmen, insbesondere auch die am 25. l. M.[b] ins Auge gefaßte Verschärfung der Blockade und Abhaltung finanzieller Ressourcen von Montenegro, müssen

als völlig unzureichend angesehen werden. König Nikolaus werde nur der Gewalt weichen; je schneller dieselbe einsetzen werde, desto leichter werde die Aufgabe und desto geringer werde die Gefahr weiterer Verwicklungen sein. Es ist schon jetzt wahrzunehmen, daß von Rußland ausgehende Unterströmungen sowohl in Frankreich als in England verständnisvolle Aufnahme finden, Unterströmungen, die darauf hinausgehen, die Besitzergreifung Skutaris durch Montenegro als eine Heldentat hinzustellen, welche entweder sanktioniert werden müsse oder wenigstens Montenegro Anspruch auf Kompensationen gebe. Das Berliner Kabinett halte daher für unerlässlich, daß, falls Montenegro die Festung nicht binnen 48 Stunden nach Empfang der Aufforderung räumt, für diesen Fall sofort auszuführende Zwangsmaßregeln seitens der Botschafterréunion beschlossen werden müssen. Eine gemeinsame Aktion aller engagierten Mächte erschiene Herrn von Jagow allerdings am angemessensten und wäre diesfalls auch Deutschland zur Mitwirkung bereit. Sollte dies jedoch nicht zu erreichen sein, so wären, nach dem Dafürhalten der deutschen Regierung Österreich-Ungarn und Italien gemeinsam mit der Vollstreckung des europäischen Willens zu betrauen, oder, falls Italien ablehnen sollte, Österreich-Ungarn allein als unmittelbar benachbarte Macht. Im Falle eine Mandatserteilung nicht zustande käme, erkläre das Berliner Kabinett schon jetzt, nicht in der Lage zu sein, Österreich-Ungarn vom selbständigen Vorgehen abzuhalten. Zum Schlusse wird dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß es wünschenswert wäre, wenn Italien, dessen öffentliche Meinung einer Aktion Schwierigkeiten in den Weg lege, im Falle eines Vorgehens Österreich-Ungarns wenigstens acte de présence mache und sich in bescheidenem Maße an dieser Aktion beteiligen würde. Ich habe Herrn von Tschirschky für seine Mitteilung gedankt und ihm gesagt, daß dieselbe in allen wesentlichen Punkten mit unserer Auffassung übereinstimme; nur mit der Idee einer Mandatserteilung könne ich mich, wie ihm übrigens bekannt sei, nicht befreunden, nachdem im Falle der Ablehnung einer solchen unsere selbständige Aktion in einem ungünstigeren Lichte erscheinen müßte, als wenn diese Anfrage nicht vorhergegangen wäre.

Kurz nach dieser Unterredung habe ich vom deutschen Botschafter ein Privatschreiben erhalten, worin er mir mitteilt, Herr von Jagow habe, von meinen Bedenken wegen einer Mandatserteilung unterrichtet, Fürst Lichnowsky angewiesen, von der Beantragung eines Mandates für Österreich-Ungarn abzusehen und Grafen Mensdorffs Anträge zu unterstützen. Dagegen würde man in Berlin eine Kooperation Englands, Österreich-Ungarns und Italiens, womit Italien einverstanden wäre, für eine gute Lösung halten, selbst wenn England nur in bescheidenem Maße, eventuell zur See, sich beteilige. Fürst Lichnowsky solle in diesem Sinne auf Sir E. Grey einzuwirken suchen.

[a]) Vgl. n. 6716, 6739, 6757. — [b]) Vgl. n. 6760.

Nr. 6785. Tel. aus Bukarest, 27. April 1913 Nr. 109 (eing. 4 U. p. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 207 vom 25. d. M., rumänisch-bulgarische Annäherung betreffend. Soeben telegraphiert mir Minister des Äussern

aus Predeal in claris: „Naturellement un malentendu . . .[a] rentrant mercredi soir, viendrai jeudi matin chez vous." K. E. Fürstenberg.

[a] Chiffre verstümmelt.

Tel. nach Cetinje, 27. April 1913 Nr. 122 (chiffr. 3 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6790.

Nr. 6786. Tel. nach Cetinje, 27. April 1913 Nr. 123 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. Musulin; G. Berchtold).

Das in dem Telegramme Nr. 16 vom 14. d. M. aus Djakova erwähnte Enquête-Protokoll liegt mir nunmehr vor. Der Umstand, daß nach dem Wortlaute dieses Schriftstückes auch für die montenegrinische Version der Ermordung des P. Palić keine Beweise erbracht werden konnten, tut dar, daß es den montenegrinischen Organen nicht gelungen ist, ihrem Vorgehen gegen Palić auch nur den Schein der Legalität zu geben. Hiezu kommen die Tatsachen, daß 1. das polizeiliche Verhör P. Palić' ohne Konsularassistenz stattgefunden hat; 2. der genannte Franziskaner — ohne Rücksicht auf seinen priesterlichen Charakter — vor seiner Aburteilung in Fesseln und zu Fuß wie ein gewöhnlicher Verbrecher eskortiert wurde; 3. dass nach Aussage des Geistlichen P. Clementi vor der Kommission zumindest der dringende Verdacht besteht, daß P. Palić im Gefängnisse mißhandelt wurde. — Es liegen sonach hinlängliche Gründe vor, um in der Angelegenheit der Ermordung des mehrgenannten Ordenspriesters Satisfaktionsforderungen an die montenegrinische Regierung zu stellen. Was die Frage der gewaltsamen Konversionen anbelangt, so haben wir sie — wie Euer Hochwohlgeboren bekannt — im Einvernehmen mit der montenegrinischen Regierung zu regeln gewünscht und die Wiederherstellung des religiösen status quo als das Ziel unserer Aktion vor Augen gehabt. Aus der ablehnenden Haltung, die die montenegrinische Regierung unter nichtigen Vorwänden Ihrer Demarche wegen des ungehinderten Verkehres der Konvertiten mit ihrer zuständigen Pfarre entgegengesetzt hat und aus der auch Euer Hochwohlgeboren zugekommenen telegraphischen Meldung Herrn von Pözels vom 24. l. M.[b] ersehen wir, daß die Annahme hinfällig ist, man könnte mit der montenegrinischen Regierung wie im Verkehre mit einem Rechtsstaate auf dem Wege gütlicher Verhandlungen die Durchsetzung begründeter Ansprüche und die Abhilfe begangener Rechtsverletzungen erreichen. Da dies bedauerlicherweise nicht der Fall ist, müssen wir es ablehnen, Delegierte der k. u. k. Regierung noch weiterhin an Erhebungen teilnehmen zu lassen, die angesichts der obstruierenden Haltung der montenegrinischen Organe nicht ernst genommen werden können. Herr von Pözel wird daher von hier aus angewiesen werden, Djakova eventuell in Begleitung Monsignore Miedias zu verlassen und seine Abreise den montenegrinischen Delegierten mit der nachfolgenden Erklärung zu notifizieren: J'ai l'honneur de porter à la connaissance de Messieurs les délégués du Monténégro que les obstacles apportés par le Gouvernement Royal à l'accomplissement de ma tâche ont décidé le Gouvernement I. et R. qui se réserve ses résolutions ultérieures à mettre fin à ma mission. Je quitterai donc Djakova dans le courant de la journée de . . . ce dont le Gouvernement Royal Monténégrin a été immédiatement

avisé par les soins de la Légation Impériale et Royale à Cetinje. Es ergibt sich aus dem Gesagten, daß wir nach dem Abbruch der Unterhandlungen in Djakova auf andere Weise für die religiöse Freiheit der Katholiken in Djakova sorgen müssen, wobei uns auch die Erwägung leitet, daß nach den gemachten Erfahrungen Leben und Sicherheit der Konvertiten gefährdet gewesen wäre, auch wenn sie den Mut gehabt hätten, dem montenegrinischen Terrorismus zum Trotz ihre Rückkehr zur katholischen Kirche öffentlich kund zu geben. Euer Hochwohlgeboren wollen daher vom Vorstehenden der königlich montenegrinischen Regierung Kenntnis geben und erklären, daß die k. u. k. Regierung bezüglich der beiden in Rede stehenden Affairen die nachfolgenden Forderungen stellt: 1. Die königlich montenegrinische Regierung errichtet an einem näher zu bestimmenden Ort des ihr zufallenden Gebietes ein auf den Tod P. Palić' bezügliches Erinnerungskreuz; weiters trifft die montenegrinische Regierung die nötigen Vorkehrungen, damit der seitens der k. u. k. Regierung aus demselben Anlasse geplante Bau eines katholischen Gotteshauses unverzüglich in Angriff genommen werden könne, und wird sich bei der feierlichen religiösen Einweihung beider Kultusobjekte durch einen im Minister- oder Generalsrang stehenden Zivil- oder Militärfunktionär vertreten lassen. 2. Die königlich montenegrinische Regierung gibt die notwendigen Anordnungen für die Überführung des Leichnams des P. Palić nach Zumbi und wird sich bei der definitiven Beisetzungsfeier wie sub 1 vertreten lassen. 3. Da die katholischen Konvertiten im Falle ihrer Rückkehr zu ihrem alten Glauben an Leben und Sicherheit gefährdet erscheinen, garantiert die montenegrinische Regierung in manifester Weise (durch Maueranschlag, öffentliche Verlautbarung etc.) den Konvertierten die Freiheit der Wahl des Aufenthaltsortes, das heißt den unbehinderten Übertritt auf das gegenwärtig von den Serben besetzte Gebiet beziehungsweise auf jenes des künftigen autonomen Albanien. — Zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Ihren Kollegen bemerke ich, daß ich die Kabinette der Großmächte von dem Inhalte dieses Telegrammes in Kenntnis setze. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6617, 6742, 6878. — [b]) Aus Djakova; vgl. n. 6742.

Nr. 6787. Tel. aus Cetinje, 27. April 1913 Nr. 154 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 114 vom 25. d. M. Kollektivschritt heute vormittags schriftlich unternommen. Nachdem wegen des Ostersonntags weder ein Minister noch ein stellvertretendes Organ aufzufinden war, wurde Kommunikation mit einem von uns allen unterschriebenen Begleitschreiben, welches feststellt, dass die Demarche damit gemacht ist, dem Minister des Äussern in seinem Hause übergeben. Giesl.

[a]) Oe. U. Balkan 246 Nr. 479. Vgl. n. 6788, 6803, 6810.

Nr. 6788. Tel. aus Cetinje, 27. April 1913 Nr. 157 (eing. 28. April 7 U. 10 M. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern bestätigt in Note an Vertreter der Großmächte Empfang heutiger Kommunikation, betont aber, dass während der Ostern

nach alter Tradition keinerlei Mitteilung, ausser im Falle höchster Dringlichkeit, beraten, ja selbst nur empfangen werden kann. Minister behält sich vor, nach den Feiertagen im Namen der montenegrinischen Regierung zu antworten.

[a]) Oe. U. Balkan 246 Nr. 480. Vgl. n. 6787. Giesl.

Nr. 6789. Tel. des Vizekonsuls in Prisren Tibor von Pözel aus Diakova, 27. April 1913 Nr. 45 (eing. 28. April 11 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

Letzten Donnerstag, anläßlich der Nachricht des Falles Skutaris, große feindselige serbische Demonstration in Prisren gegen österreichisch-ungarische Monarchie. General Janković hielt vor Öffentlichkeit eine Rede, welche er mit (Aufforderung)[b]) schloss, nunmehr nicht zu ruhen, bis nicht auch die bosnischen Brüder befreit. In einer Versammlung vor der Munizipalität hielt ein Serbe in Uniform vor der versammelten mohammedanischen, katholischen und serbischen Bevölkerung vehemente Rede, in welcher er auch die Person Seiner Majestät des Kaisers und Königs empörend beleidigte. Identität dieses Individuums würde zu ermitteln sein, doch möchte ich vor Einleitung nötiger Schritte wissen, ob Ministerium des Äussern angesichts der gegenwärtigen politischen Lage mich hiebei nachdrücklichst unterstützen könnte. Gleichlautend Belgrad 27. Pözel.

[a]) Vgl. n. 6796. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 6790. Tel. nach London Nr. 358 (1), St. Petersburg Nr. 316 (2), Rom Nr. 423 (3), Berlin Nr. 334 (4), Paris Nr. 255 (5) und Cetinje Nr. 122 (6), 27. April 1913 (chiffr. 3 U. 15 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 348 von gestern. Das gestrige Réunionsergebnis gibt mir zu folgenden Bemerkungen Anlaß. Nachdem bereits in der Réunion vom 23. l. M.[b]) die Notwendigkeit anerkannt worden war, die vorgeschlagene Demarche in Cetinje ohne Verzug auszuführen und es sich gestern herausgestellt hat, daß dies nicht erfolgt ist, weil nicht alle Mächte die bezügliche Instruktion an ihre Vertreter gerichtet hatten, erscheint es als sehr fraglich, ob die von den Botschaftern ausgesprochene Ansicht „qu'il y a lieu de procéder d'urgence" und „de fixer au gouvernement monténégrin pour sa réponse un court délai à déterminer par les Puissances" von allen beteiligten Mächten gebilligt und à la lettre zur Ausführung gebracht werden wird. Letzteres wäre nach Ansicht der Réunion die Voraussetzung zur Ergreifung weiterer Maßnahmen. Abgesehen davon, daß ich nach Obgesagtem keinerlei Garantie dafür erblicken kann, daß der Réunionsbeschluß vom 25. l. M. rascher zur Ausführung gelangt als jener vom 23. l. M.,[b]) erscheinen mir die neuerlich ins Auge gefaßten Pressionsmittel durchaus nicht geeignet, Montenegro zu einem raschen Einlenken im Sinne des kundgegebenen europäischen Willens zu bewegen. Die Verhängung der Blokade respektive deren Ausdehnung hätten in einem früheren Zeitpunkte, bevor das aus Serbien und Rußland stammende Kriegsmaterial und die für Montenegro bestimmten Sendungen von Nahrungsmitteln zur Ausschiffung gelangt waren, immerhin eine gewisse Bedeutung gehabt. Im gegenwärtigen Augenblicke werden durch

die Blokade die Albanesen viel härter betroffen als die Montenegriner, für deren Verproviantierung laut Meldungen Baron Giesls durch Zurücklassung von Nahrungsmitteln seitens Serbiens für die Dauer von 2—3 Monaten sowie durch Schaffung einer Automobilstrasse und Bereitstellung von je 4000 Tragtieren in Serbien und Montenegro vorgesorgt ist. Eine Absperrung Montenegros von der Zufuhr von Lebensmitteln erscheint somit als ausgeschlossen und könnte die Blokade erst nach langer Zeit sich daselbst unangenehm fühlbar machen. Völlig zwecklos erscheint der Vorschlag der Réunion, de resserrer le blocus, da unser Marinekommando für die vollkommene Effektivität der Blokade einsteht und unsere Schiffe sich gewiß nicht dazu hergegeben hätten, an einer nicht effektiven Blokade teilzunehmen. Die gleichfalls in Aussicht genommene finanzielle Absperrung mag zwar ein wirkungsvolles Mittel sein, um Montenegro in der Zukunft dem Willen Europas gefügiger zu machen, kann aber nicht als ein geeignetes Pressionsmittel angesehen werden, um den König und die Regierung zu einer raschen Räumung des albanesischen Gebietes zu zwingen. Es dürfte wohl Montenegro nicht schwer fallen, sich auf Umwegen die nötigen Beträge zu verschaffen und erscheint eine diesfällige Controle ganz unmöglich. Was den von Graf Benckendorff in der Réunion vorgebrachten Gedanken anbelangt, Montenegro gleichzeitig die Zuwendung von gewissen Vorteilen, wenn es nachgibt, in Aussicht zu stellen, so muß bemerkt werden, daß es zwar jeder Regierung selbstverständlich anheimgestellt ist, in welcher Weise sie auf Montenegro im Sinne eines Einlenkens einwirken will, die k. u. k. Regierung bei dem heutigen Stande der Dinge jedoch nicht in der Lage ist, ihrerseits der Frage einer finanziellen Unterstützung des Königreiches näherzutreten. Ebensowenig vermöchten wir demselben eine territoriale Vergrößerung in Aussicht zu stellen, da einer solchen auf Kosten Albaniens unsererseits keinesfalls zugestimmt werden würde. Vorstehendes zur Regelung Euer Exzellenz Sprache der dortigen Regierung gegenüber sowie in der nächsten Réunion. Unter allen Umständen wollen Euer Exzellenz unter neuerlicher Verwertung der in meinem Telegramme Nr. 347 vom 23. l. M. niedergelegten Argumente in der Réunion darauf bestehen, daß — falls dies mittlerweile nicht schon geschehen — die am 23. l. M.[b)] beschlossene und von allen Mächten ausdrücklich akzeptierte Demarche in Cetinje zur Ausführung gebracht werde. Hochdieselben hätten hiezu zu bemerken, daß Baron Giesl beauftragt ist, bis zum 29. l. M., dem angeblich für den feierlichen Einzug des Königs in Skutari bestimmten Tag, zuzuwarten, ob alle seine Kollegen den Auftrag zur Ausführung des Kollektivschrittes erhalten haben, im entgegengesetzten Falle aber im Sinne des Botschafterbeschlusses im Namen der k. u. k. Regierung zu sprechen, da wir keinesfalls gewillt sind, diesen Versuch einer solennen Besitzergreifung der gegen den Willen der Mächte okkupirten Stadt ohne förmlichen Protest vor sich gehen zu lassen. Euer Exzellenz hätten in der Réunion weiters darauf zu dringen, daß eine Einigung über die Koerzitivmaßregeln erzielt werde, welche seitens der Großmächte im Falle einer Verzögerung der Antwort Montenegros, einer Weigerung desselben oder des Nichteinhaltens einer eventuellen Zusage in Anwendung zu kommen hätten. Als solche

könnten keineswegs die in der Réunion vom 25. l. M. beantragten unwirksamen Maßnahmen in Betracht kommen und hätten Euer Exzellenz neuerlich die Besetzung beziehungsweise Beschießung montenegrinischer Hafenplätze oder aber eine Expedition nach Skutari zu beantragen. Sollte ein solcher Beschluß wider Erwarten auch diesmal nicht zustande kommen, müßten wir von der Stellung weiterer Anträge absehen und uns vorbehalten, im gegebenen Augenblicke die uns geeignet erscheinenden Maßnahmen zur Durchsetzung der europäischen Beschlüsse zur Anwendung zu bringen.

2. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 314.*c)* Ich telegrafire an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.) Die in diesem Telegramme enthaltenen Konsiderationen wollen Euer Exzellenz mit Bezug auf die in Hochdero Telegrammen Nr. 172 und 173 von gestern wiedergegebenen Konversationen in geeignet erscheinender Weise verwerthen. Den Grafen Mensdorff für die nächste Botschafterréunion erteilten Auftrag wollen Euer Exzellenz Herrn Sazonow mitteilen und hiezu bemerken, daß ich seine Ansicht teile, wonach mit der Ergreifung von Koerzitivmaßregeln insolange zugewartet werden sollte, bis die montenegrinische Regierung eine Antwort auf die im Sinne des Réunionsbeschlusses vom 23. l. M.*b)* erfolgte Kollektivdemarche erteilt haben wird. Die natürliche Voraussetzung hiezu sei aber, daß die Demarche ausgeführt werde, was bisher nicht der Fall war, da der kaiserlich russische Vertreter in Cetinje hiezu nicht beauftragt war. Euer Exzellenz wollen bei diesem Anlasse auch bemerken, ich müsse annehmen, daß Herr Sazonow umsoweniger Bedenken tragen werde, Graf Benckendorff jenen des Grafen Mensdorff analoge Instruktionen zu geben, als der Herr Minister schon in seiner Unterredung vom 24. vollkommen bereit war, den russischen Vertreter in London anzuweisen, einer Landung von internationalen Truppen zuzustimmen. Wenn ich heute auf dem Standpunkte stehe, daß die Zeit zur Einleitung einer energischen Aktion gekommen ist, so gehe ich von der Erwägung aus, daß die Räumung von Skutari heute vielleicht noch mit der Androhung empfindlicher Gewaltmaßregeln erreicht werden kann, während dies in kurzer Zeit nur mehr mit Anwendung schärferer Mittel zu erzwingen sein dürfte. Mit Befremden habe ich den Äußerungen Herrn Sazonows und Herrn Kokowzows Euer Exzellenz gegenüber entnommen, daß dieselben einem Temporisiren der internationalen Aktion das Wort reden, wo doch die europäischen Beschlüsse auf eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und rasche Räumung der albanesischen Gebiete gelautet hatten, Bedingungen, welche unter anderem die Voraussetzung des Verzichtes auf Djakowa gebildet haben. Durch die bisher angewendete Methode, welche schon mehr als einen Monat im Gange ist, wurde nur das Resultat erzielt, daß die eine dieser Bedingungen, die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und Aufhebung der Belagerung von Skutari, in unwiederbringlicher Weise hinfällig geworden ist.

3. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 418.*c)* Ich telegrafire an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.) Euer Exzellenz wollen Marquis di San Giuliano meinen wärmsten Dank für die Haltung Marquis Imperialis in der Réunion sowie für die

laut Euer Exzellenz Telegramm Nr. 242 vom 25. l. M. nach Petersburg, Paris und London erteilten Instruktionen aussprechen und ihm den Grafen Mensdorff für die montägige Réunion erteilten Auftrag mitteilen. Hochdieselben wollen weiters bemerken, der Umstand, daß der russische Vertreter in Cetinje allein ohne Instruktion betreffs Ausführung der Kollektivdemarche im Sinne des Réunionsbeschlusses vom 23. l. M.[b] geblieben ist, sei ein klarer Beweis, daß das Petersburger Kabinet die Taktik des Temporisirens fortzusetzen gewillt ist. In meinen Augen war es für König Nikolaus ein Unglück, daß er nicht rechtzeitig zur Einstellung der Feindseligkeiten gezwungen worden ist. Wenn nach der Einnahme von Skutari noch der feierliche Einzug des Königs erfolgt sein wird, wird ihm die Räumung der Stadt noch schwerer fallen. Unter diesen Umständen habe ich mich zu der im Auftrage an Grafen Mensdorff widergegebenen Vorgangsweise entschlossen. Da wir nunmehr die Eventualität demnächstiger scharfer und Aussicht auf Erfolg bietender Maßnahmen zum Schutze des albanesischen Skutaris gegen Montenegro in Aussicht nehmen müssen, halte ich es für meine Pflicht, den Bundesgenossen hievon zu verständigen und wollen Euer Exzellenz Marquis di San Giuliano fragen, ob und in welchem Umfange Italien sich an einer eventuellen Aktion zu diesem Zwecke beteiligen wollte.

4. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 331.[c] Ich telegrafire an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.) Euer Exzellenz wollen Vorstehendes unter dem Ausdruck meines Dankes für die Haltung Fürsten Lichnowskys zur Kenntnis Herrn von Jagows bringen und bemerken, daß ich unter einem im Gegenstande an Herrn von Mérey wie folgt telegrafire: (Inseratur Text des Telegrammes sub 3 von „Hochdieselben wollen" bis zum Schluß.)

5. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 253.[c] Ich telegrafire an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.) Die in diesem Telegramme enthaltenen Konsiderationen wollen Euer Exzellenz in geeignet erscheinender Weise Herrn Pichon gegenüber verwerthen und demselben den Grafen Mensdorff für die montägige Réunion erteilten Auftrag mitteilen.

6. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 121.[c] Ich telegrafire an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.) Falls die in meinem Telegramme Nr. 114 vom 23.[d] l. M. erwähnte Kollektivdemarche bis zum 29. d. M. nicht erfolgt sein sollte, wollen Euer Hochwohlgeboren im Namen der k. u. k. Regierung der montenegrinischen Regierung Nachstehendes eröffnen: Die Einnahme der Stadt Skutari ändere in keiner Hinsicht die Beschlüsse der Großmächte betreffs der Nord- und Nordostgrenze Albaniens. Die Stadt Skutari muß daher in der allerkürzesten Zeit geräumt und den Kommandanten der internationalen Flotte übergeben werden. Euer Hochwohlgeboren wollen eine Antwort in der allerkürzesten Zeit verlangen. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 245 Nr. 478. Vgl. n. 6793, 6794, 6803, 6804, 6809, 6810, 6868. — [b] Vgl. n. 6721. — [c] Mit Tel. nach St. Petersburg Nr. 314 (1), Rom Nr. 418 (2), Berlin Nr. 331 (3), Paris Nr. 253 (4) und Cetinje Nr. 121 (5), 26. April 1913 (chiffr. 5 U. p. m.) wurde n. 6761 bis inklusive „erschweren könnte" mitgeteilt. — [d] Irrtümlich statt 24.

Nr. 6791. Tel. aus London, 27. April 1913 Nr. 353 (eing. 1 U. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Gestern abends nach einem Diner lange Konversation über die Lage mit König Georg gehabt. Ansicht Seiner Majestät resümiert sich dahin, dass mit etwas Geduld Mittel gefunden werden wird, damit König Nikolaus Skutari räume, dass aber eine sofortige isolierte Aktion unsererseits mit Rücksicht auf Stimmung der öffentlichen Meinung in Russland große Gefahr eines europäischen Krieges in sich berge. Seine Majestät ist überzeugt, dass russische Regierung ebenso wie die englische loyal die Durchführung der Beschlüsse Europas herbeizuführen wünscht. Auf meine wiederholte Frage, wie es zu geschehen hätte, wusste der König allerdings keine positive Antwort, sprach aber immer die Hoffnung aus, man werde irgend etwas finden. Er sprach von Möglichkeit — ein ihm im Laufe der Konversation kommender Gedanke — Flottenoffiziere gemeinsam nach Skutari zu entsenden, um König Nikolaus den einmütigen Willen Europas kundzugeben oder etwas dergleichen. Landung von Detachements hätte nach Seiner Majestät Ansicht nicht mehr Wirkung ausgeübt, als Flottendemonstration und uns nur der Gefahr ausgesetzt, dass sie beschossen würden, was dann eine noch schwierigere Lage geschaffen hätte. Ich erwiderte, es hätte wenigstens Ernst und Einmütigkeit der Mächte dargetan; ich wies auf die Verzögerungen und Aufschiebungen hin, die wir bisher erlebt hätten und appellierte an die Loyalität der englischen Regierung. Leitendes Motiv der Ausführungen des Königs war: „Nur nichts überstürzen; jetzt wo König Nikolaus in Skutari ist und keine Massakers, wie Ihr sie prophezeit hattet, stattgefunden haben, macht es doch nicht viel aus, ob er einige Tage länger dort verbleibt. Es wird schon ein Mittel gefunden werden, ihn hinauszubringen. Die Hauptsache ist aber, einen europäischen Krieg zu verhindern, den ein isoliertes Vorgehen Österreich-Ungarns gewiss hervorbringen müsste." Deutscher Botschafter sagte mir, Marquis Imperiali habe ihm gesagt, Italien werde einer Mandatserteilung an uns nicht zustimmen. Mensdorff.

Nr. 6792. Tel. aus London, 27. April 1913 Nr. 354 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 357 von heute betreffend Mediation. Ich habe mit Sir A. Nicolson gesprochen, der meinte, Euer Exzellenz Ansichten sollten jedenfalls eingehend erwogen werden. Er hatte aus einer Konversation mit Herrn Majarof[b] den Eindruck, dass der bulgarische Gesandte persönlich es entschieden vorziehen würde, wenn nicht eine neue Konferenz von Delegierten der Kriegführenden zusammentrete (wahrscheinlich — so meinte Sir A. Nicolson — aus Sorge, es könnten die Gegensätze zwischen den Alliierten zu sehr ersichtlich werden). Der Gedanke, die Grundlage des Präliminarfriedens von der Reunion entwerfen zu lassen, schien dem Unterstaatssekretär sympathisch. Ich werde morgen Früh Sir E. Grey sehen und ihm instruktionsgemäß Mitteilung machen und nachher telegraphisch berichten. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 245 Nr. 477. — [b] Richtig Madscharow.

Tel. nach Paris, 27. April 1913 Nr. 255 (chiffr. 3 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6790.

Tel. aus Prisren, 27. April 1913 Nr. 45. Siehe n. 6789.

Tel. nach Rom, 27. April 1913 Nr. 423 (chiffr. 3 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6790.

Nr. 6793. Tel. nach Rom, 27. April 1913 Nr. 427 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 423 von gestern.[b] Ich gebe die Hoffnung zwar nicht auf, daß die morgige Botschafterréunion unserem Verlangen betreffs Ausführung der Kollektivdemarche in Cetinje und Beschlußfassung über die weiteren Koerzitivmaßnahmen der Mächte nachkommen wird. Sollte diese Hoffnung nicht in Erfüllung gehen, womit ich allerdings leider rechnen muß, so blieben betreffs der weiteren Entwicklung der Ereignisse nur zwei Eventualitäten übrig. Die erste bestünde darin, daß die Monarchie, wie wir dies bereits angekündigt, selbst diejenigen Maßnahmen in die Hand nehme, um Montenegro zur Erfüllung des europäischen Beschlusses zu zwingen. Es ist selbstverständlich, daß wir uns in diesem Falle bezüglich der Modalitäten unseres Vorgehens vollkommen freie Hand vorbehalten müssen und daß unsere Aktion gegen Montenegro, welches ja auf zwei Seiten unser Nachbar ist, ob dies nun ausdrücklich ausgesprochen werde oder nicht, den Charakter des Krieges an sich tragen wird, in welchem die militärischen Notwendigkeiten in erster Linie maßgebend sein müssen. Es liegt in der Natur der Sache, daß sich die Folgen solcher Ereignisse, insbesondere bei einem blutigeren Verlaufe, nicht im vorhinein übersehen lassen. Sie könnten für die montenegrinische Dynastie verhängnisvoll sein. Soll diese für Italien ebenso wie für uns durchaus nicht erwünschte Entwicklung vermieden werden, gäbe es — immer unter der Voraussetzung des Versagens des europäischen Konzertes — nur die andere Alternative, nämlich eine militärische Kooperation Italiens und Österreich-Ungarns, welche die Räumung Skutaris zum Objekte hätte, wobei im Gegensatz zur ersten Alternative die Aktion gegen Montenegro thunlichst an diesem Punkte einsetzen würde. Ich verhehle mir keineswegs, daß Italien ein solcher Entschluß nicht leicht fallen dürfte. Aber ich baue darauf, daß das römische Kabinet sich den Vorteilen einer solchen gemeinsamen Aktion nicht verschließen wird. Einerseits würde den von mir angedeuteten Gefahren, die ein isoliertes Vorgehen der Monarchie sowol für Montenegro als auch vielleicht für den europäischen Frieden mit sich bringen würde, vorgebeugt, andererseits würden die Prinzipien des zwischen uns und Italien bestehenden Akkords über Albanien durch eine solche Kooperation eine neue prägnante Bekräftigung erfahren, welche sowol für die uns vorschwebende Entwicklung Albaniens, als auch für das Verhältnis der beiden Staaten zu einander und für die europäische Situation überhaupt von wesentlicher Bedeutung sein würde. Ich ersuche Euer Exzellenz, vorstehende Konsiderationen ehemöglichst bei Marquis di San

Giuliano in eindringlicher Weise zu verwerten und würde es lebhaft begrüßen, wenn es der bewährten Einwirkung Euer Exzellenz gelingen würde, das römische Cabinet in diesem wichtigen Momente für unsere Auffassung zu gewinnen. Berchtold.

a) Vgl. n. 6790, 6807, 6808. — b) n. 6790. Wurde in den ersten Morgenstunden chiffriert.

Nr. 6794. Tel. aus Rom, 27. April 1913 Nr. 247 (eing. 28. April 6 U. 40 M. a. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Aktion gegen Montenegro. Auf Grund des hohen Telegrammes vom 26.b) d. M. Nr. 423 hatte ich heute eine lange und ernste Unterredung mit Minister des Äussern, welcher durch die Perspektive einer isolierten Aktion der Monarchie sehr konsterniert erschien. Marquis di San Giuliano stellt nach wie vor als seine Überzeugung hin, dass eine wirksame europäische Aktion gegen Montenegro zustandekommen werde, wenn man die Dinge nicht überstürze und mit der unvermeidlichen Langsamkeit des europäischen Konzertes rechne. Er sei unausgesetzt in der intensivsten Weise bei den Kabinetten der Tripleentente für europäische Koërzitivmaßregeln tätig. Dagegen erblicke der Minister des Äussern in unserer isolierten Aktion eine eminente Gefahr für den europäischen Frieden, da — man möge darüber wie immer urteilen — Montenegro überall Sympathien genieße, wir bereits mit viel Odium belastet seien und man auch die ohnedies in ganz Europa bestehende Spannung in Betracht ziehen müsse. Wir würden in einem solchen Falle nicht nur die öffentliche Meinung Italiens, sondern jene ganz Europas gegen uns haben. Schließlich wäre auch mit dem neuesten Auftreten Essad Paschas — worüber bisher hier allerdings noch keine offiziellen Nachrichten vorliegen — und daher mit der Eventualität zu rechnen, dass man auch gegen seine Truppen und, falls Albanien sich ihm anschliesse, gegen Albanien operieren müsste. Aber nicht nur nach der europäischen und der balkanischen Seite hin würde unsere isolierte Aktion unabsehbare Komplikationen erzeugen, sondern auch für das Verhältnis zwischen uns und Italien hätte es die bedenklichsten Folgen. Unser Vorgehen wäre dann mit unserem Albanien-Akkord (unvereinbar)c) und (würde)c) ausserdem automatisch die im Artikel VII des Dreibundvertrages vorgesehenen Folgen erzeugen, welchen Artikel Italien in diesem Falle bekanntlich mit ungleich mehr Recht anrufen könnte, als dies unserseits während des italienisch-türkischen Krieges zur Verhinderung notwendiger militärischer Aktionen Italiens geschehen sei. Die Konklusion dieser Erwägungen war die in den verschiedensten Varianten betonte These, ob es denn zu rechtfertigen sei, alle diese Folgen und Gefahren heraufzubeschwören, nur um einige Wochen früher zu einem — nach Ansicht des Ministers des Äussern ohnedies sicheren — Resultate zu gelangen. Auf alle Fälle sei auch der von Euer Exzellenz gesetzte Termin, wonach die Londoner Reunion schon morgen die entscheidenden Beschlüsse zu fassen hätte, zu kurz. Fortsetzung folgt. Mérey.

a) Vgl. n. 6795, 6807. — b) n. 6790. — c) Chiffre fehlt.

Nr. 6795. Tel. aus Rom, 27. April 1913 Nr. 248 (eing. 28. April 6 U. 10 M. a. m.).[a] Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 247. Über die Frage der Teilnahme Italiens an einer selbständigen und isolierten Aktion der Monarchie wollte der Minister sich vor Rücksprache mit dem Konseilspräsidenten noch nicht definitiv aussprechen. Er ließ mir aber keinen Zweifel darüber, dass die hiesige Regierung diese Aktion als durchaus inopportun beurteile und daher — von dem Hindernis der öffentlichen Meinung abgesehen — daran nicht teilnehmen könnte. Er gab mir auch zu verstehen (was übrigens die öffentliche Meinung für diesen Fall in der letzten (Zeit)[b] stürmisch fordere), dass Italien dann gezwungen wäre, auch seinerseits eine Parallelaktion zu unternehmen, sowohl im Interesse des adriatischen Gleichgewichtes als auch, weil bei einer Aktion wie der unsrigen im Vorhinein nicht abzusehen sei, mit welchen konkreten Folgen sie abschließen werde. Meine, alle Argumente erschöpfende, sehr nachdrückliche und energische Verteidigung unseres Standpunktes und unserer Entschließungen glaube ich nicht reproduzieren zu müssen. Schließlich möchte ich noch bemerken, dass man nach den Erfahrungen der letzten sechs Monate und angesichts der auf einen friedlichen Ton gestimmten Artikel eines Teiles unserer Presse sowie verschiedener ministerieller Erklärungen gegenüber österreichischen Finanzmännern vielleicht auch heute hier noch immer nicht an den Ernst unserer Entschließungen glaubt. Es würde hierzulande den Verlust auch des Restes unseres in der letzten Zeit sehr gesunkenen Prestiges bedeuten, wenn dieser Eindruck sich in letzter ...[b] bewahrheiten sollte.

[a] Vgl. n. 6807, 6808. — [b] Chiffre verstümmelt. Mérey.

Tel. nach St. Petersburg, 27. April 1913 Nr. 316 (chiffr. 3 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6790.

Tel. nach Athen, 28. April 1913 Nr. 99 (chiffr. 29. April 1 U. a. m.). Siehe n. 6802.

Nr. 6796. Tel. nach Belgrad, 28. April 1913 Nr. 131 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Pogatscher u. Berchtold; G. Berchtold).

Zu dem Telegramme Herrn von Pözels Nr. 27[b] vom 27. d. M. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, die im zweiten Alinea [c] dieser Depesche gemeldete angebliche Rede des General Janković bei Herrn Pašić zur Sprache zu bringen. Falls nun der Herr Ministerpräsident diese Äußerungen Herrn Janković' in Abrede stellt, so wollen Euer Hochwohlgeboren aufs nachdrücklichste verlangen, daß dies sofort auch offiziell dementiert werde, mit dem Beifügen, daß ein aktiver serbischer General solche Äußerungen gegen die Integrität der Nachbarmonarchie unmöglich thun könne. Wenn Herr Pašić aber Mangel an Informationen vorgeben sollte, so wollen Euer Hochwohlgeboren die Einholung von Erkundigungen verlangen und bemerken, daß wir uns die weiteren Schritte vorbehielten. Euer Hochwohlgeboren wollen Vizekonsul Pözel auffordern, den Wortlaut der angeblichen Ansprache möglichst genau festzustellen. Gleichzeitig ersuche ich Euer Hochwohlgeboren, Herrn von Pözel zu dem im letzten Alinea seines Tele-

grammes erwähnten Vorfalle (Rede eines Serben in Uniform vor der Munizipalität) mittheilen zu wollen, daß uns seine Meldung in dieser allgemeinen Fassung vollkommen werthlos ist, da wir — um dieselbe zum Gegenstande einer Demarche machen zu können — genau wissen müssen, wer es war, der die Rede hielt und was gesprochen wurde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6830, 6861, 6871, 6914 Anm. a. — [b]) n. 6789. Nach Belgrad 27, nach Wien 45. — [c]) Zweites Alinea von n. 6789 reicht von „General Janković" bis „befreit".

Tel. nach Belgrad, 28. April 1913 Nr. 132 (chiffr. 29. April 1 U. a. m.). Siehe n. 6802.

Tel. nach Berlin, 28. April 1913 Nr. 337 (chiffr. 29. April 1 U. a. m.). Siehe n. 6802.

Tel. nach Berlin, 28. April 1913 Nr. 338 (chiffr. 29. April 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 6798.

*Nr. **6797**. Tel. aus Bukarest, 28. April 1913 Nr. 110 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Seine Majestät der König äußerte sich in samstägiger, deutschem Kollegen erteilter Audienz, daß Unzufriedenheit im Lande mit Entscheidung der Großmächte in Silistria-Frage stetig zunehme und keine rumänische Regierung im Stande wäre, falls Bulgarien mit Alliierten in kriegerische Komplikation geraten würde, dem Drucke zu widerstehen, sich Gegner Bulgariens anzuschließen. Bei einer eventuell jetzt stattfindenden Aussprache könnte Bulgarien sich durch geringe Konzessionen am Schwarzen Meere Neutralität Rumäniens sichern, dessen Prätensionen würden aber mit wachsender Kriegsgefahr [sich] steigern. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 6759, 6833.

Tel. nach Cetinje, 28. April 1913 Nr. 125 (chiffr. 29. April 1 U. a. m.). Siehe n. 6802.

*Nr. **6798**. Tel. nach Cetinje Nr. 126 (1), Berlin Nr. 338 (2), Rom Nr. 434 (3), Paris Nr. 259 (4), St. Petersburg Nr. 322 (5), London Nr. 364 (6) und Konstantinopel Nr. 212 (7), 28. April 1913 (chiffr. 29. April 2 U. 30 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. und G. Berchtold).*

1. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Bericht Nr. 41 A[b]) vom 23. d. M. Der Vorfall vom 21. d. M. weist folgende völkerrechtlich zu relevierende Momente auf: 1. Da das Recht der freien Korrespondenz durch Kurier zu den Fundamentalbefugnissen der diplomatischen Vertreter gehört, durften die montenegrinischerseits ergriffenen Maßnahmen den freien Verkehr der k. und k. Gesandtschaft nach außen hin keinesfalls berühren. Die vorgefallene Verletzung der Verkehrsfreiheit unserer Vertretungsbehörde in Cetinje wird noch dadurch verschärft, daß sie erfolgte, ohne daß sie der k. und k. Mission notifiziert worden wäre und in einer Weise durchgeführt wurde, daß sie für Hauptmann Hubka eine Gefährdung seiner persönlichen Sicherheit nach sich zog (Aufwerfen von Gräben quer über die Straße, Aufstellung von Posten, die Auftrag zum Schießen haben).

Es muß betont werden, daß die königliche Regierung verpflichtet war, einerseits die k. und k. Gesandtschaft von diesen Anordnungen zu verständigen und dafür zu sorgen, daß diese Maßnahmen gegenüber den Missionsmitgliedern und Kurieren nicht zur Anwendung gelangen. 2. Die Bedrohung des Hauptmannes Hubka durch die schußbereiten Grenzwächter und dann das Bewerfen des Automobils desselben seitens der Bevölkerung mit Steinen ist als ein Eingriff in die Unverletzlichkeit des Gesandtschaftspersonales anzusehen, der die montenegrinische Regierung auch dann für die Eruierung und Bestrafung der Täter haftbar macht, wenn die betreffenden Täter von der Eigenschaft Hauptmann Hubkas als eines Missionsmitgliedes keine Kenntnis gehabt hätten. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, vorstehende Ausführungen mittels Note zur Kenntnis der montenegrinischen Regierung zu bringen und derselben nachdrücklichst zu erklären, daß wir nicht bloß eine strenge Untersuchung, Feststellung der Verantwortlichkeit sowie Bestrafung der Schuldigen fordern, sondern auch darauf bestehen müssen, daß ein Mitglied der Regierung auf der k. und k. Gesandtschaft einen Entschuldigungsbesuch abstatte und das Bedauern der montenegrinischen Regierung über den Vorfall ausspreche.

2.—7. Wie Euer Exzellenz aus den Zeitungen bekannt, hatte die königlich montenegrinische Regierung am 21. d. M. den Post- und Telegraphenverkehr mit Cattaro abgesperrt, weshalb Baron Giesl um die Mittagszeit des 21. d. M. den Militärattaché mit Depeschen auf dem Gesandtschaftsautomobil nach Cattaro entsandte. Das Automobil wurde aber zwischen dem montenegrinischen Orte Njeguš und der österreichischen Grenze durch einen über die Straße gezogenen, erst im letzten Momente sichtbaren Graben aufgehalten und wäre ohne besondere Vorsicht des Chauffeurs abgestürzt. Der k. und k. Militärattaché, welcher das Automobil nach Cetinje zurücksandte und Weg nach Cattaro zu Fuß fortsetzen wollte, wurde von montenegrinischen Soldaten aufgehalten und ihm erst nach einigen Stunden über energische Intervention Baron Giesls die Weiterfahrt nach Cattaro mit dem inzwischen wieder zurückgelangten Gesandtschaftsauto gestattet. Auf dem Rückwege nach Cetinje wurde das Automobil von der Bevölkerung mit Steinen beworfen. Ich telegraphiere darüber an Baron Giesl wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1 von „Der Vorfall vom“ bis zum Schluß.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz Kenntnisnahme und allfälliger Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

a) Vgl. n. 6819, 6846. — b) Der wesentliche Inhalt des Berichtes wiedergegeben sub 2.—7.

Nr. 6799. Tel. aus Cetinje, 28. April 1913 Nr. 158 (eing. 10 U. p. m.).a) Entziff.

König hat mich nach vierwöchentlicher Pause gestern und heute zu sich gebeten. Aus den sprunghaften und auf Täuschung (berechneten)b) Ausführungen Seiner Majestät hebe ich Folgendes heraus: Er verlangt, dass durch Landung internationaler Detachements ...b) und Antivari oder durch militärische Intervention unsererseits, gegen die seine Truppen

zum Scheine feuern würden, die Gewalttätigkeit Europas dargetan werde, worauf er dann leichter nachgeben könnte. Ich lehnte ab, einem so frevelhaften Spiele Vorschub zu leisten. Weiters legte mir König nahe, dass Österreich-Ungarn sich allein mit ihm auseinandersetze. Später wurde er deutlicher und proponierte, dass wir montenegrinisches Gebiet (gemeint war Lovčen) besetzen, natürlich im Austausch gegen Skutari. Ich wies Ansinnen energisch (zurück)[b], weil er, wenn ich auch nur Möglichkeit der Diskussion eines solchen Handels zugelassen hätte, dies sofort übrigen Großmächten mitgeteilt und unsere Politik, wie schon früher, als perfid gebrandmarkt hätte. Auf dringendes mehrmaliges Ersuchen Seiner Majestät, ihm eine mögliche Lösung vorzuschlagen, antwortete ich, dass territoriale Kompensationen bekanntlich ausgeschlossen seien, und nunmehr durch seine eigene Haltung und Erklärung auch die Möglichkeit finanzieller Unterstützung nicht gegeben erscheint. Es bliebe nur die unbedingte Unterwerfung unter den Willen Europas. König erklärte nochmals, dass er eine Geldkompensation (als)[b] Insulte zurückweise. König bemerkte dann, dass er für Samstag Skupschtina einberufen wolle, welche Sitzung Montag beginnen könnte, um die Antwort zu beraten. Diese Antwort könne übrigens erst nach Friedensschluss gegeben werden, denn er habe es bloss mit der Türkei zu tun. Resümé: König wollte offenbar erfahren, welche Koerzitivmaßregeln und ob Sonderaktion seitens Österreich-Ungarn geplant, dabei acht Tage Zeit gewinnen, damit inzwischen panslavistische Bewegung sich entwickeln könne. Giesl.

[a] Vgl. n. 6820, 6932. — [b] Chiffre fehlt.

Tel. nach Konstantinopel, 28. April 1913 Nr. 211 (chiffr. 29. April 1 U. a. m.). Siehe n. 6802.

Tel. nach Konstantinopel, 28. April 1913 Nr. 212 (chiffr. 29. April 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 6798.

*Nr. **6800**. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 28. April 1913 Nr. 226 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.*

Großvezier hatte vom türkischen Botschafter in Petersburg Meldung erhalten, Herr Sazonow vertrete die Ansicht, dass es praktisch wäre, durch die Botschafter in London Entwurf des Präliminarfriedens ausarbeiten zu lassen, welchen dann die Kriegführenden auf Grund der von ihnen akzeptierten Mediation der Mächte anzunehmen hätten. Mahmud Schefket Pascha hat der russischen Regierung sagen lassen, dass er diese Idee für praktisch (halte)[a], da es (nach seiner)[b] Ansicht nicht möglich wäre, sich mit den Alliierten direkt zu verständigen. Auf Grund des Telegrammes Euer Exzellenz Nr. 209 vom 26. d. M. war ich in der Lage, dem Großvezier zu sagen, dass auch Euer Exzellenz in Vorschlag gebracht haben, Grundzüge der Friedenspräliminarien durch die Botschafter schon jetzt festsetzen zu lassen. Mein russischer Kollege hat bisher in Angelegenheit kürzlich vorgeschlagenen Kollektivschrittes noch keine Instruktionen erhalten. Pallavicini.

[a] Chiffre fehlt. — [b] Chiffre verstümmelt.

Nr. 6801. Tel. nach London Nr. 361 (1) und Rom Nr. 430 (2), 28. April 1913 (chiffr. 10 U. 55 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).*

1. Herzog Avarna hat heute mir gegenüber die Frage der Südgrenze Albaniens zur Sprache gebracht und mitgetheilt, daß die äußerste Konzession, die seine Regierung machen könne, das Cap Ftelia sei. Marquis Imperiali sei ermächtigt worden, bis zu dieser Grenze zu gehen. Über Wunsch Marquis di San Giulianos ersuche ich Euer Exzellenz, die Stellungnahme Ihres italienischen Kollegen zu unterstützen.

2. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.) Vorstehendes zur Mittheilung an die Consulta.

[a] Vgl. n. 6747, 6853, 6972, 6983. Berchtold.

Nr. 6802. Tel. nach London Nr. 363 (1), Berlin Nr. 337 (2), Rom Nr. 433 (3), Paris Nr. 258 (4), St. Petersburg Nr. 321 (5), Konstantinopel Nr. 211 (6), Sofia Nr. 213 (7), Athen Nr. 99 (8), Belgrad Nr. 132 (9) und Cetinje Nr. 125 (10), 28. April 1913 (chiffr. 29. April 1 U. a. m.).[a] *Konz. (S. Schreibmaschine; V. Rappaport; G. Berchtold).*

1.—10. Ein heute von Hussein Hilmi Pascha überreichtes türkisches Aide-Mémoire hebt den Zeitverlust hervor, welchen die Diskussion der Friedensbedingungen zwischen den Bevollmächtigten der Türkei und der Balkanstaaten zur Folge haben dürfte, und führt sodann weiter aus: „La Sublime Porte croit opportun que les Puissances arrêtent la formule des bases de paix pour la proposer à l'acceptation des belligérants et invitent en même temps ceux-ci à cesser les hostilités et à se réunir à Londres en vue de la conclusion du traité de paix. Il faudrait en outre que les Puissances laissent entendre dans leur communication qu'elles interviendront pour décider sur tous les différends qui surgiraient au cours des négociations." Diese Anregung der Pforte erscheint mir durchaus zweckentsprechend und verdient in ernste Erwägung gezogen zu werden.

1.—3. Vorstehendes zur Mitteilung an die dortige Regierung.

1. und zur Regelung Ihrer Sprache in der Réunion.

4.—6. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

7.—10. Vorstehendes vorläufig zu Euer etc. vertraulicher Information.

[a] Vgl. n. 6826. Berchtold.

Tel. nach London, 28. April 1913 Nr. 364 (chiffr. 29. April 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 6798.

Nr. 6803. Tel. aus London, 28. April 1913 Nr. 355 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 358 vom 26. d. M. Ich habe heute früh den gestern zurückgekehrten Sir E. Grey (aufgesucht)[b] und ihn im Sinne der erhaltenen Instruktionen gesprochen. Staatssekretär hatte Telegramm erhalten, daß Kollektivdemarche in Cetinje gestern erfolgt ist, was immerhin doch etwas sei. Ich wiederholte, ich müsse auf eine Einigung über die Koerzitivmaßregeln dringen, welche ergriffen werden

sollen, wenn, wie wahrscheinlich, Verzögerung der Antwort Montenegros, Weigerung oder Nichteinhaltung einer Zusage zu konstatieren ist. Ich legte ihm dringend nahe, in diesem Sinne etwas Wirkungsvolles vorzuschlagen, und teilte ihm mit, was ich vorzubringen hatte. Staatssekretär erklärte abermals, darüber, daß König Nikolaus Skutari herausgeben müsse, seien alle Mächte einig und daran werde nicht gerüttelt. Im übrigen müsse er erst mit den anderen Botschaftern sowie mit dem Premierminister sprechen, bevor er mir mehr sagen könnte. Deutscher Botschafter, der nach mir bei Sir E. Grey war, drang in ihn, damit England mit uns und Italien an einer Aktion gegen Montenegro teilnehme, wenn auch nur formell, so daß Einheit der Mächte gewahrt bleibe. Staatssekretär zeigte wenig Neigung dazu, gab aber keine bestimmte Antwort. Italienischer Botschafter, der mir sagte, seine Regierung sei bereit, ein gemeinsames Mandat mit uns zu übernehmen, vorausgesetzt, daß England sich in irgend einer Weise beteilige, wird Sir E. Grey in demselben Sinne wie Fürst Lichnowsky sprechen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6787. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 6804. Tel. aus London, 28. April 1913 Nr. 356 (eing. 29. April 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Heutige Reunion. Le Comte Mensdorff, d'ordre de son gouvernement,[b]) revient sur la question des mesures coërcitives à employer contre le Roi du Monténégro et son gouvernement pour le cas où il userait à l'égard des puissances de procédés dilatoires ou s'il leur répondait négativement ou encore si, après leur avoir donné une réponse satisfaisante, il ne faisait pas évacuer Scutari. L'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie considère que les moyens de coërcition pourraient consister soit dans un bombardement d'une ou plusieurs villes de la côte, soit dans l'occupation de ces parties, soit même dans une expédition sur Scutari. Il insiste pour que la réunion envisage ces éventualités et il ajoute que dans le cas où elle ne parviendrait pas à préciser les mesures à prendre, le gouvernement austro-hongrois se réserve de prendre, au moment donné, les mesures qui lui paraîtraient nécessaires pour mettre à exécution les résolutions de l'Europe. Le Prince Lichnowsky appuie les vues du Comte Mensdorff. Le Marquis Imperiali les appuie également, il insiste sur la nécessité d'une action énergique et internationale. Dans cet ordre d'idées il ajoute que l'occupation d'un ou plusieurs ports aurait un certain effet moral, que ce serait le signe de l'union des puissances et que la mesure suffirait sans doute à déterminer le Roi Nicolas à se soumettre. Le Prince Lichnowsky s'exprime dans le même sens. L'Ambassadeur de France, interrogé par Sir Edward Grey, répond qu'il ne croit pas que son gouvernement se prête à un débarquement et que d'ailleurs, à son avis personnel, un débarquement pas plus qu'un bombardement n'aurait d'effet. Il estime qu'avant de s'occuper de mesures coêrcitives il conviendrait de rechercher le moyen de faciliter au Roi Nicolas une réponse satisfaisante en lui faisant comprendre qu'aussitôt après l'évacuation de Scutari les puissances prendront en considération certaines compensations à accorder au Monténégro. Sir Edwârd Grey dit qu'il soumettra au cabinet la suggestion d'une action militaire, mais il doute que ce soit un cas où l'on puisse attendre

de la Grande Bretagne une action de ce genre. D'autre part, il pense que la Grande Bretagne ne pourrait faire d'objection à ce que d'autres puissances recourent en dernier ressort aux mesures raisonnables et nécessaires qui pourraient être prises pour faire exécuter l'accord auquel elle a pris part au sujet de Scutari. Ce que Grey préfererait ce serait une déclaration au Roi du Monténégro disant que, s'il se soumet à la volonté des puissances, elles discuteront avec lui après l'évacuation de Scutari des compensations raisonnables. Si, au contraire, il se refuse à la demande des puissances, le gouvernement britannique ne lui donnera aucun appui et se désintéressera de son sort. Sir Edward Grey doit cependant soumettre ces vues au premier ministre et au cabinet et s'exprimer dans ce sens au conseil mercredi prochain et il fera connaître à la réunion la décision définitive du gouvernement. Les Ambassadeurs porteront l'opinion de Sir Edward Grey à la connaissance de leurs gouvernements respectifs en les priant de leur faire connaître leurs vues à ce sujet avant la prochaine réunion qui aura lieu jeudi. Mensdorff.

a) Vgl. n. 6806, 6823 Anm. b und d, 6824, 6847, 6870 Anm. c. — b) Vgl. n. 6790.

Nr. 6805. Tel. aus London, 28. April 1913 Nr. 357 (eing. 29. April 5 U. a. m.).a) Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 357 vom 27. d. M. betreffend Mediation. Bulgarischer Gesandter hat heute vor der Reunion Sir E. Grey aufgesucht und ihm nahegelegt, dass die Reunion Friedenspräliminarien entwerfe. Grey hatte entschiedenen Eindruck, dass Bulgarien neuerliche Pourparlers zwischen Alliierten über einzelne Friedensbestimmungen vermeiden will. Graf Benckendorff hatte ähnliche Nachrichten und analoge Instruktionen wie ich. Sir E. Grey will im Foreign Office etwas entwerfen lassen auf Grund der vier Punkte, das als Friedensentwurf dienen könnte und es am Donnerstag vorlegen. Graf Benckendorff bat nur, dass man Mont Athos dazu nehme. Bitte um Instruktion, ob die im letzten Alinea[b]) Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 234 vom 13. v. M. aufgetragene Formulierung unserer Reserven bezüglich der Kapitulationsrechte von mir wieder beantragt werden soll trotz des russischen Widerspruches und der von Euer Exzellenz hierüber geführten Verhandlungen. Ich würde befürchten, dass ein derartiger Antrag den Abschluss Präliminarfriedens wesentlich verzögern müsste. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 247 Nr. 482. Vgl. n. 6867, 6941 Anm. b. — b) Das letzte Alinea von n. 6129 beginnt mit: „Falls die Friedenspräliminarien ...".

Nr. 6806. Tel. aus London, 28. April 1913 Nr. 359 (eing. 29. April 5 U. 30 M. a. m.).a) Entziff.

In Ergänzung meines heutigen Telegrammes Nr. 356. Unmittelbar vor heutiger Reunion sagte mir Sir E. Grey, er könne mir für den Moment nur sagen, daß er nicht glaube, daß England als eine nicht direkt interessierte Macht an einer militärischen (nicht navalen) Aktion teilnehmen könne, daß aber England keine Einwendung erheben könnte gegen Maßnahmen, welche eine oder mehrere Mächte zur Durchführung der Beschlüsse, an denen

England teilgenommen hat, ergreifen würden, falls es notwendig werden sollte. Bei der Reunion sehr lange mühselige Diskussion, in der ich immer wieder auf die Beschlußfassung drang für den Fall einer unbefriedigenden Antwort Montenegros, die, wie ich erklärte, viel wahrscheinlicher schiene, als der Fall einer Zusage, für welchen meine Kollegen immer von Kompensationen sprechen wollten. Schließlich wiederholte Sir E. Grey in der Reunion ungefähr das, was er mir vorher sagte und fügte bei, es wäre ihm am liebsten, dem König Nikolaus zu sagen, daß, wenn er sich füge, man geneigt wäre — nach Evakuation Skutaris — gewisse Kompensationen für ihn in Erwägung zu ziehen; falls er sich aber nicht füge, man ihn seinem Schicksal überlassen würde. Diese Erklärung machte auf meinen russischen und italienischen Kollegen einen starken, sichtlich deprimierenden Eindruck. Herr Cambon resumierte es dahin, „si le Roi Nicolas se soumet aux puissances, Sir Edward Grey lui fait espérer certaines concessions, si non, il l'abandonne à l'Autriche". Mein französischer, russischer und italienischer Kollege, ohne Sir E. Grey zu widersprechen, versuchten dessen Erklärungen auf jede mögliche Weise abzuschwächen und der Staatssekretär machte die einzige Einschränkung, daß er seine Ansicht noch dem Kabinett unterbreiten müsse. Deutscher Botschafter wollte eine Beschlußfassung provozieren, daß wir alle die Ansicht Sir E. Greys unseren Regierungen zur Annahme anempfehlen. Das war nicht durchzusetzen und man redigierte nur, daß man die Regierungen bitte, sich darüber auszusprechen. Mein deutscher Kollege fasst die Erklärung Sir E. Greys auf als gleichbedeutend mit seiner Zustimmung zu einer Mandatserteilung an Österreich-Ungarn und telegraphierte in diesem Sinne nach Berlin. Jedenfalls würde die Ansicht des Staatssekretärs, wenn sie die Zustimmung Russlands fände, noch die Möglichkeit bieten, einen Ausweg zu finden. Nachdem kein Beschluß über die künftigen Koerzitiv-Maßregeln gefasst wurde, machte ich namens k. u. k. Regierung die Erklärung, wir müßten uns reservieren, im gegebenen Momente die notwendigen Maßnahmen zur Durchsetzung des Willens Europas zu ergreifen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6847.

Tel. nach Paris, 28. April 1913 Nr. 258 (chiffr. 29. April 1 U. a. m.). Siehe n. 6802.

Tel. nach Paris, 28. April 1913 Nr. 259 (chiffr. 29. April 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 6798.

Tel. nach Rom, 28. April 1913 Nr. 430 (chiffr. 10 U. 55 M. p. m.). Siehe n. 6801.

Nr. 6807. Tel. nach Rom, 28. April 1913 Nr. 431 (chiffr. 12 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Pogatscher; G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 247 und 248 von gestern haben sich mit meinem gestrigen Telegramm Nr. 427 gekreuzt. In letzterem haben wir der königlich italienischen Regierung vorgeschlagen, an einer militärischen Aktion in Albanien gegen Montenegro theilzunehmen. Wenn die Konsulta sich nicht bereit zeigen sollte, bei einer solchen Aktion mit-

zuthun, bliebe uns natürlich nichts übrig, als einseitig vorzugehen und durch einen direkten Druck auf Montenegro dasselbe zu zwingen, sich dem Willen der Mächte zu fügen. Für die Aktion in Albanien haben wir also Italien zu einer Kooperation eingeladen. Unser Vorgehen war ganz im Geiste unseres Albanien betreffenden Akkords mit Italien und keineswegs — wie Marquis di San Giuliano Euer Exzellenz gegenüber bemerkte — mit dieser Vereinbarung unvereinbar. Im Falle einer einseitigen Aktion der Monarchie gegen Montenegro würde es sich aber hinwiederum durchaus nicht um die Okkupation oder gar Annexion türkischen Territoriums handeln. Ich muß daher konstatieren, daß der Artikel VII des Dreibundvertrages auf diesen Fall keine Anwendung finden kann. Die Taktik der Triple-Entente geht offenbar — und dies nicht erst seit heute — darauf hinaus, durch fortwährende Verschleppungen und Verzögerungen ein energisches Eingreifen in Albanien zu verhindern, dadurch zu bewirken, daß die dortigen Zustände immer anarchischer werden — ich verweise hiebei speziell auf die Haltung Essad Paschas — und so durch Schaffung einer Reihe von faits accomplis praktisch die Durchführung der Beschlüsse der Mächte bezüglich Albaniens unmöglich zu machen. Durch diese Politik der Triple-Entente und speziell Rußlands wird aber auch die Erreichung des Zieles vereitelt, welches wir und Italien uns gesteckt haben. Es ist daher für unser weiteres Vorgehen nothwendig zu wissen, ob Italien bereit ist, ebenso dezidiert für die Durchführung unseres einvernehmlichen albanischen Programmes einzustehen wie wir. Ich ersuche daher Euer Exzellenz, unter Verwerthung des Vorstehenden alles daranzusetzen, um von Marquis di San Giuliano eine klare Antwort in dieser Beziehung zu erhalten, weil unsere künftige Politik — wie Euer Exzellenz bemerken wollen — selbstverständlich von der Haltung Italiens abhängig gemacht werden müßte. Sollte nämlich die Konsulta nicht mehr auf dem Boden unseres albanischen Programmes stehen, so würde sich für uns hieraus eine veränderte politische Sachlage ergeben. Ich sehe Euer Exzellenz ehestthunlicher telegraphischer Berichterstattung entgegen. Zu Euer Exzellenz vertraulicher Information: Ich hielte es nicht für opportun, daß Hochdieselben auf den Anwurf Marquis di San Giulianos einer eventuellen parallelen Aktion Italiens in Albanien aus eigenem zurückkommen, weil mir im gegenwärtigen Momente vor allem daran gelegen ist, eine Kooperation Italiens mit uns in der Skutarifrage zu erzielen. Jedoch stehen wir allerdings auf dem Standpunkte, daß — wenn sich Italien zwar zu einer solchen Kooperation nicht geneigt zeigt, aber einer Aktion unsererseits zustimmt und sich auch sonst energisch für das albanische Programm einsetzt — wir bereit wären, mit dem Kabinete von Rom in eine Konversation darüber einzutreten, falls sich zum Beispiele im südlichen Albanien eine ähnliche zwingende Nothwendigkeit zu einer militärischen Aktion ergeben sollte wie dies bei Skutari der Fall ist. Wir setzen hiebei selbstredend voraus und müssen es auch verlangen, daß uns Italien in einem solchen Falle, gleich wie wir es getan haben, zu einer Kooperation auffordert. Euer Exzellenz wollen diesen Teil meiner Konsiderationen Marquis di San Giuliano gegenüber nur dann verwerthen, wenn der Herr Minister selbst darauf zu sprechen käme. Zu Euer Exzellenz

weiterer rein persönlicher Orientierung füge ich schließlich noch bei, daß der im Schlußalinea[b]) Ihres Telegrammes Nr. 248 registrierte friedliche Ton unserer Presse während einiger Tage auf den Abschluß einer Anleiheoperation zurückzuführen war und keineswegs eine Änderung unserer Haltung bedeutet. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6824. — [b]) Das Schlußalinea von n. 6795 beginnt mit „Schließlich möchte ich noch bemerken".

Tel. nach Rom, 28. April 1913 Nr. 433 (chiffr. 29. April 1 U. a. m.). Siehe n. 6802.

Tel. nach Rom, 28. April 1913 Nr. 434 (chiffr. 29. April 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 6798.

Nr. 6808. Tel. aus Rom, 28. April 1913 Nr. 250 (eing. 29. April 6 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Evakuierung Skutaris. Am Beginn unserer heutigen Unterredung sagte mir Minister des Äussern, dass auch der Konseilspräsident unsere eventuelle isolierte Aktion gegen Montenegro als unberechtigt betrachte, da sie zum mindesten verfrüht und noch nicht der Beweis erbracht sei, dass Europa sich nicht zu entsprechenden Maßnahmen entschließen werde. Auch wurde mir neuerlich der Artikel VII des Dreibundvertrages vorgehalten mit dem Beifügen, man brauche nicht die demselben von uns gegenüber Italien während dessen Krieges mit der Türkei gegebene sehr strenge Interpretation anzuwenden, um ihn gegen unsere beabsichtigte Aktion geltend zu machen. Italien könne daher an einer solchen Aktion nicht teilnehmen und müsse sich dann seinerseits die volle Freiheit seiner Entschließungen vorbehalten. Nach einer langen Diskussion über diese von mir bekämpfte Stellungnahme gab mir der Minister schließlich ganz persönlich und vertraulich zu, es werde vielleicht möglich sein, von dieser Auffassung abzukommen, aber von heute auf morgen sei dies ausgeschlossen. Man müsste ihm mindestens die Zeit lassen, gewisse maßgebende andere Faktoren (vielleicht die radikalen Minister oder den Konseilspräsidenten?) zu kapazitieren und die öffentliche Meinung vorzubereiten, welche dermalen eine Mitwirkung Italiens an unserer Aktion nicht zulasse. Auch die militärischen Vorbereitungen liessen sich nicht in 24 Stunden improvisieren und vermutlich will San Giuliano auch früher den anderen Mächten gegenüber klar darauf hinweisen können, dass sich Europa nicht rechtzeitig zu einer dezisiven Aktion entschlossen hat. Auch die von mir auf Grund des hohen Telegrammes Nr. 427 vom 27. d. M. gepflogenen eingehenden Erörterungen der beiden dort behandelten Alternativen führten momentan noch keine andere Entscheidung herbei. Trotz alledem habe ich aber den Eindruck, im Falle eines kurzen Aufschubes unserer Aktion (längstens um eine Woche) Italien doch zu einer gemeinsamen Aktion bringen zu können, unter der — wieder auch aus der obzitiertem hohen Telegramme zu entnehmenden — ausdrücklichen Voraussetzung, dass diese Aktion sich dann nicht gegen das Königreich Montenegro richtet, sondern von der Küste ausgehend über albanesisches

Territorium ausschließlich auf Skutari und dessen Evakuierung beschränkt würde. Der Minister betonte auch heute, dass er Hoffnungen in die Beschlüsse der Londoner Reunion setze und dem Gedanken einer isolierten Aktion nur dann näher treten könnte, wenn sich Europa nicht bald zu energischen Maßregeln entschliesse. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6795, 6824.

Nr. 6809. Tel. nach St. Petersburg, 28. April 1913 Nr. 319 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Der russische Botschafter erschien heute bei mir, um im Auftrage Herrn Sazonows mitzuteilen, dass die Zustimmung Russlands zur Kollektivdemarche der Vertreter der Großmächte beim König von Montenegro, um letzteren aufzufordern, sich den Beschlüssen der Großmächte zu fügen, russischerseits in Konnex gebracht werden wird mit der von Herrn Sazonow dem deutschen Botschafter in St. Petersburg gegenüber betonten Auffassung, dass es möglich sein werde, die Frage der Kompensationen aufzuwerfen, sobald der König sich dem Willen der Großmächte unterworfen haben wird. Die russische Regierung sei bereit, diese Frage nicht jetzt schon mit der Erklärung des Königs zu verquicken, es erscheine aber notwendig, in diesem Belange zu einer Übereinstimmung zu gelangen. Herr Sazonow hoffe, dass ich die Bemühungen Russlands, die Solidarität unter den Mächten zu erhalten, nach Gebühr einschätzen werde. Eine intransigente Haltung Österreich-Ungarns könnte zu sehr ernsten Schwierigkeiten Anlass geben. Ich habe mich diesem Ansinnen gegenüber selbstverständlich ablehnend verhalten. Wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramm Nr. 316 vom 27. d. M. bekannt, ist durch die widerrechtliche Occupation Skutaris eine der Bedingungen unwiederbringlich hinfällig geworden, welche für uns bei Annahme des Compromisses betreffs Diakowas maßgebend war. Von einer Compensation könnte daher nur insoferne gesprochen werden, als eine solche für uns beziehungsweise für Albanien in Betracht kommen könnte. Wenn wir eine solche Frage nicht aufwerfen, so ist dies ein Beweis unserer Concilianz, die wir im Interesse der Aufrechterhaltung der Einigkeit unter den Mächten üben. Aber auch abgesehen davon glauben wir nicht, dass es dem Ansehen und der Würde der Mächte entsprechen möchte, dem König von Montenegro eine Compensation aus einem Anlasse zuzusprechen, in welchem er sich sowohl mit Russland wie mit den anderen Großmächten in direkten Widerspruch gesetzt hat. Wir sind daher im Gegentheil der Meinung, dass die Verfolgung des in Rede stehenden Gedankens gerade zu den von der russischen Regierung befürchteten ernsten Schwierigkeiten Anlass geben könnte. Euer Exzellenz wollen sich in vorstehendem Sinne Herrn Sazonow gegenüber aussprechen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6828.

Tel. nach St. Petersburg, 28. April 1913 Nr. 321 (chiffr. 29. April 1 U. a. m.). Siehe n. 6802.

Tel. nach St. Petersburg, 28. April 1913 Nr. 322 (chiffr. 29. April 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 6798.

Nr. 6810. Tel. aus St. Petersburg, 28. April 1913 Nr. 177 (eing. 29. April 1 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe heute Gelegenheit genommen, mich bei Herrn Sazonow im Sinne Euer Exzellenz Telegramme vom 26. und 27. d. Mts. Nrs. 314[b] und 316 vernehmen zu lassen, wobei ich ihm zunächst mein Befremden darüber aussprach, daß, während er mir gegenüber noch vor wenigen Tagen geäußert hatte, er würde gegen eine Landung internationaler Detachements in den montenegrinischen Häfen kein Bedenken erblicken, die Haltung Grafen Benckendorffs in den Reunionen vom 23. und 25. d. Mts. auf ganz gegenteilige Instruktionen schließen lasse. Herr Minister erwiderte, daß sein jetziges Bedenken daher stamme, daß es seither klar geworden sei, daß wir die Besetzung der Hafenorte nur als einen vorbereitenden Schritt betrachten, dem weiteres Vorgehen gegen Skutari selbst zu folgen hätte. Letzterem aber könnte die russische Regierung wegen der damit verbundenen Gefahr eines bewaffneten Konfliktes mit Montenegro niemals zustimmen. Hätte er die Garantie, daß es bei Besetzung der Hafenorte bleibe und es somit eine Art erweiterter Blockade bedeuten würde, hätte er auch jetzt dagegen keine Einwendung zu erheben. Im übrigen bewegten sich die Ausführungen Herrn Sazonows in demselben Gedankengange wie gelegentlich unseres letzten Gespräches (mein Telegramm Nr. 172 vom 25. d. Mts.) und gipfelten wieder in der Versicherung, daß die russische Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß Skutari unter allen Umständen von den Montenegrinern geräumt werden müsse, dies aber auch ohne gewaltsames Mittel bei einiger Geduld erreicht werden könne. Meine Argumente, weshalb die in Aussicht genommenen Palliativmittel keine Wirkung versprechen können, wollte Herr Sazonow nicht gelten lassen. Was die an den Gesandten in Cetinje zu erteilenden Instruktionen bezüglich Ausführung der Kollektivdemarche anbelangt, so sagte mir der Herr Minister, die Demarche sei nach den ihm zugekommenen Nachrichten bereits gestern ausgeführt worden.[c] Er beschwor mich neuerlich, uns zu keiner einseitigen gewaltsamen Aktion hinreißen zu lassen, die nicht nur in Russland, sondern auch in anderen Ländern einen für die Monarchie überaus ungünstigen Eindruck machen würde. Ich erwiderte, daß die auf der Londoner Reunion eingeschlagene Verschleppungstaktik ein solch einseitiges Vorgehen geradezu provoziere und wies neuerdings auf die unbedingte Notwendigkeit hin, daß die von uns jetzt vorgeschlagenen Koërzitivmaßregeln, die im Falle einer unbefriedigenden Antwort Montenegros in Anwendung zu kommen hätten, ungesäumt beschlossen werden, wolle man verhindern, daß wir zur Selbsthilfe greifen. In diesem Zusammenhange warf Herr Sazonow eine Bemerkung hin, die beweist, daß er sich mit dem Gedanken einer Separataktion doch vertraut zu machen beginne. Er sagte nämlich: „mais vous (avez)[d] des alliés; si déjà vous vous obstinez à avoir recours à des mesures violentes, il serait encore moins dangereux si vous preniez ces mesures ensemble avec eux". Auf meine Bemerkung, daß es noch vorteilhafter wäre, wenn sich alle Mächte zu ernsten Zwangsmaßregeln aufraffen wollten, erwiderte Herr Sazonow, daß, ganz abgesehen von Russland, auch Frankreich und England sich

mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung niemals zu militärischen Maßregeln gegen Montenegro herbeilassen würden, welche die Gefahr eines Blutvergießens mit sich bringen könnten. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6812, 6823, 6896 Anm. 3. — [b]) Vgl. n. 6790 Anm. c. — [c]) Vgl. n. 6787. — [d]) Chiffre fehlt.

Nr. 6811. Tel. aus St. Petersburg, 28. April 1913 Nr. 178 (eing. 29. April 1 U. a. m.).[a]) Entziff.

Die für heute anberaumte Unterzeichnung des Protokolles über den Mediationsbeschluß in der bulgarisch-rumänischen Streitfrage konnte nicht erfolgen. Als wir uns nämlich heute zu diesem Zwecke vereinigten, eröffnete uns Herr Sazonow, daß er, nachdem ihm von allen Mächten das Einverständnis mit dem vorliegenden Text kundgegeben war, von demselben den Gesandten Rumäniens und Bulgariens vertraulich Kenntnis gegeben hatte. Vorgestern sei nun der bulgarische Gesandte bei ihm erschienen und habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß seine Regierung es vorziehen würde, wenn das letzte Alinea, in dem dem König Ferdinand und seiner Regierung die Anerkennung der Mächte ausgesprochen wird, weggelassen würde, weil aus demselben der Schluß gezogen werden könnte, als habe sich die bulgarische Regierung im vorhinein mit der Abtretung Silistrias einverstanden erklärt, was aus innerpolitischen Gründen besser zu vermeiden wäre. Unter diesen Umständen schlug der Herr Minister vor, das letzte Alinea fallen zu lassen. Auf meine Bemerkung, daß damit aber gerade eine Höflichkeit für den König beabsichtigt war, wurde der Vorschlag gemacht, in dem ersten Alinea des Schlußsatzes eine noch verbindlichere Form zu wählen, das letzte Alinea aber wegzulassen, da der Zweck, dem König eine Liebenswürdigkeit zu erweisen ja nicht erfüllt werden würde, wenn man den von der bulgarischen Regierung selbst beanständeten Passus beibehalten würde. Nach diesem Antrag hätte die Schlußformel[b]) zu lauten: „Avant de se séparer la conférence a à coeur de rendre hommage aux dispositions connues de la Bulgarie à consentir des sacrifices au maintien et au resserrement de ses liens d'amitié avec la Roumanie qui ont singulièrement facilité sa tâche. La conférence exprime la conviction que les arrangements conclus par elle ne sauraient manquer de produire le résultat unanimement recherché"; das Schlußalinea „Sa Majesté le Roi Ferdinand et son gouvernement méritent que les puissances leur en sachent gré" hätte demgemäß ganz zu entfallen. Ich bitte um geneigte Instruktion, ob Euer Exzellenz der erwähnten, den bulgarischen Wünschen Rechnung tragenden Abänderung zustimmen und ob ich das Protokoll in dieser Form zu unterzeichnen ermächtigt bin. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6779, 6829, 6855, 6897. — [b]) Vgl. n. 6643, 6650, 6661.

Nr. 6812. Tel. aus St. Petersburg, 28. April 1913 Nr. 179 (eing. 29. April 2 U. a. m.).[a]) Entziff.

Mein deutscher Kollege hat heute im Auftrage seiner Regierung bei Herrn Sazonow auf die unbedingte Notwendigkeit hingewiesen, angesichts des Widerstandes Montenegros zu schärferen Maßregeln zu greifen und

vorzuschlagen, daß, wenn schon einzelne Mächte sich an energischen Koërzitivmaßregeln nicht beteiligen wollen, seitens aller Mächte ein Mandat an Österreich-Ungarn und Italien, eventuell auch an Österreich-Ungarn allein, gegeben werden sollte, dem Willen Europas Geltung zu verschaffen. Herr Sazonow bezeichnete die Erteilung eines solchen Mandates als ganz und gar undiskutierbar. Im übrigen erging er sich meinem deutschen Kollegen gegenüber in ähnlichen Ausführungen wie mir gegenüber, indem er immer wieder zur Geduld mahnte, die sicher zum Ziele führen würde. Es seien ihm auch schon gewisse Anzeichen zur Kenntnis gekommen, die auf eine gewisse Ernüchterung in Montenegro schließen ließen. Ein einseitiges Vorgehen der Monarchie würde der Minister, wie er Grafen Pourtalès sagte, für einen großen Fehler halten, weil dies nur das Spiel Montenegros machen würde, das sich bestimmt zur Wehr setzen würde, um es hiedurch zu einem Blutvergießen kommen zu lassen, das, wie man auch in Montenegro sehr gut wisse, in der ganzen slavischen Welt einen Alles vor sich herfegenden Sturm der Entrüstung hervorrufen würde. Auch Marquis Carlotti sprach heute Herrn Sazonow in dem Sinne der Notwendigkeit der Ergreifung energischer Maßnahmen, fand aber, ebenso wie wir, in dieser Beziehung die schärfste Opposition beim Herrn Minister. Die Frage einer Separataktion der Monarchie besprechend, unterstrich Sazonow die große Gefahr, die ein solches Unternehmen mit sich brächte, und ließ in diesem Zusammenhange sogar die Bemerkung fallen, es könnte hieraus ein europäischer Krieg entstehen, eine Bemerkung, die er aber dann wieder etwas abzuschwächen suchte. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6810.

Nr. 6813. Tel. des Generalkonsuls Adolf Ritter von Zambaur aus Skutari, 28. April 1913 Nr. 23 (eing. 30. April 12 U. 40 M. a. m.). Entziff.

Geheim. Im Auftrage des Königs ist gestern Herr Gregović bei Monsignore Sereggi erschienen, um ihn zu veranlassen, das von Montenegro als Sanktion der Einverleibung beabsichtigte Plebiszit (Chiffre-Telegramm von vorgestern Nr. 14)[a]) durch seine Unterschrift zu eröffnen. Erzbischof hat, wie er mir mitteilte, sich diesem Ansinnen gegenüber vollkommen ablehnend verhalten, indem er ausführte, einen Schritt von so weittragender politischer Bedeutung nicht ohne Instruktionen aus Rom unternehmen zu können und dass er auch aus nationalen Gründen persönlich nicht geneigt sei, den albanesischen Standpunkt — auf dem früher auch Montenegro hinsichtlich der Zukunft der Malissoren stand — aufzugeben. Gregović, der insistierte, will morgen wiederkommen. Erzbischof behauptet, bei seinem Entschluss beharren zu wollen, glaubt aber, dass katholische Stadtbevölkerung teils aus Sympathie, teils Furcht, anstandslos fast einstimmig unterzeichnen wird. Zambaur.

[a]) Amtsvermerk: Hier nicht eingetroffen.

Tel. nach Sofia, 28. April 1913 Nr. 213 (chiffr. 29. April 1 U. a. m.). Siehe n. 6802.

Nr. 6814. Tel. aus Sofia, 28. April 1913 Nr. 372 (eing. 2 U. 40 M. p. m.) Entziff.

Da Konseilspräsident — wie ich darüber jedesmal telegraphisch berichtete — wiederholt Wert, den Bulgarien auf baldigsten Abschluß Präliminarfriedens legt, mir gegenüber betont hatte und auch heute diesbezüglich Ungeduld manifestierte, habe ich Inhalt hohen Telegrammes Nr. 210 vom 27. d. Mts. verwertet. Herr Geschoff klagt sehr über unnütze Verzögerung und meinte, er habe bulgarische Vertreter angewiesen, bei Kabinetten sofortigen Entwurf Präliminarfriedens durch Mächte [zu] beantragen. Konseilspräsident war ungehalten, daß Demarche laut hohen Telegrammes Nr. 207[a]) vom 25. d. M., zu der, wie ihm bekannt, ich und einige Kollegen schon seit mehreren Tagen Instruktionen besäßen, noch nicht stattgefunden. Ich sagte Herrn Geschoff, was tatsächlich der Fall, daß russischer Kollege bis jetzt ohne Instruktion. Tarnowski.

[a]) Mit Tel. Nr. 207, 25. April 1913 (chiffr. 12 U. 30 M. a. m.) wurde n. 6724 nach Sofia mit der Weisung mitgeteilt, — si omnes — sich an einer Kollektivdemarche bei der dortigen Regierung in diesem Sinne zu beteiligen.

Nr. 6815. Bericht aus Sofia, 28. April 1913 Nr. 33 A (eing. 4. Mai).[a]) Ausfert.

Nach unzähligen Schwierigkeiten, die sich seit dem Beginne der Balkankrise unserer diplomatischen Action in Bulgarien entgegengestellt hatten, sind schliesslich während des zweiten Abschnittes des Krieges Umstände eingetreten, die geeignet waren, unsere hiesige Politik zu erleichtern. Dank den Differenzen zwischen den Verbündeten und dem Misstrauen, mit dem Russland die militärischen Operationen Bulgariens betrachtete, hat sich diese für uns günstige Situation ergeben. Zwischen der anmassenden und feindlichen Haltung Serbiens und Griechenlands und der kühlen Attitude Russlands fing die bulgarische Regierung an, sich vereinsamt zu fühlen und musste sich fragen, ob sie ausser uns noch einen Freund besitzt und ob ihr ein anderer Weg offen steht, als der unserem Rate folgend in einer Annäherung an Rumänien Schutz gegen die Verbündeten zu suchen. Es war eine schwere Prüfung für Geschoff, die Notwendigkeit einer politischen Richtung in Betracht ziehen zu müssen, die Bulgarien von Russland entfernen und den Bruch zwischen den Verbündeten besiegeln würde. Wenn der Conseilspräsident nur sehr zögernd eine solche Schwenkung ins Auge fasste, waren seine Collegen und Daneff entschlossen, es darauf nicht ankommen zu lassen, sondern der unklaren Lage, die in dem Falle, dass die bulgarische Armee die Tchataldja-Linie forcieren würde, zu einem Riss zwischen Petersburg und Sofia führen müsste, ehebaldigst ein Ende zu machen. Der Kammerpräsident begab sich ins Hauptquartier, und es kam zu der zehntägigen seither verlängerten Waffenruhe, von der die gewünschte Entspannung der Beziehungen zu Russland erwartet wurde. Nach der Haltung Herrn Geschoffs zu urteilen muss man glauben, dass es auch zu einer solchen gekommen ist. Ich habe nämlich damals eine Änderung in seiner Sprache, seine geringere Mitteilsamkeit und sein vermindertes Interesse an meinen Informationen constatirt, und bald darauf

ging auch der Conseilspräsident zu einer ruhigeren Auffassung der Schwierigkeiten mit Serbien über und erklärte dieselbe damit, dass Russland zwischen Serbien und Bulgarien entscheiden werde und dass diese Entscheidung nur zu Gunsten des Letzteren ausfallen könnte (vide mein Telegramm Nr. 368 vom 24. April l. J.) So war die für unsere Politik seit dem Beginne des Krieges günstigste Phase beendet, ohne die Consequenzen gezeitigt zu haben, zu welchen sie, wenn hier nicht gerade die russophile Partei am Ruder stünde, hätte führen können. Wir stehen noch nicht am Ende der Entwicklung der Ereignisse und die sich von Tag zu Tag verändernde Lage gestattet kein sicheres und jedenfalls kein abschliessendes Urteil. Immerhin drängt sich jetzt die Befürchtung auf, dass unserer Politik die wichtigste Vorbedingung einer Réussite entzogen wurde. Der Umstand, dass Bulgarien in seiner Differenz mit Serbien auf Russland rechnet, auf eine friedliche Regelung hofft, auf die Annäherung an Rumänien nicht reflektieren zu müssen glaubt und unsere Zusage, dass es im Streite mit den Verbündeten auf Rückhalt bei uns rechnen könne, nicht zu escomptiren braucht, nimmt uns gewissermassen den Wind aus den Segeln. Es erscheint zwar dadurch das bescheidenere Ziel unserer Politik, nämlich die Erhaltung guter Beziehungen zu Bulgarien, nicht compromittirt, die vor Kurzem in dem Bereiche der Wahrscheinlichkeit gelegen gewesene Aussicht, dass Bulgarien seine Politik anders orientiren und sich zuerst Rumänien nähern würde, muss aber bis auf weiteres als geschwunden angesehen werden, es wäre denn, dass die Erwartungen, die die bulgarische Regierung an Russland knüpft, illusorisch werden oder die Serben unter allen Umständen entschlossen sein sollten, nicht nachzugeben. So unerfreulich diese letzte Wendung in der Lage und so unerquicklich es ist, immer wider dieselbe Arbeit von neuem anfangen zu müssen, gibt es selbstredend gar keinen Grund, aus dem ungünstigen Rückschlage eine andere Consequenz zu ziehen als die, dass wir unsere freundliche Politik, die jetzt nur durch glücklichen Zufall von vollem Erfolge gekrönt werden könnte, sonst aber auf lange Dauer berechnet sein muss, nur noch intensiver gestalten. Von der weiteren Zukunft nicht zu reden, in der, je tiefer man sich in dieselbe hineindenkt, man umso mehr Möglichkeiten von Reibungen zwischen Bulgarien und Russland und umso mehr Constellationen, in welchen die Bulgaren auf den Beistand eines starken, aus der gegenwärtigen Krise ungeschwächt hervorgegangenen Österreich-Ungarn angewiesen sein werden, entdeckt, kann auch der morgige Tag schon Überraschungen bringen, die uns eventuell, aber nur dann, wenn wir Bulgarien unser Wohlwollen erhalten, zu Gute kommen können. Und sollten es schlechte Überraschungen sein, so ist es für uns nur umso notwendiger in unserer bisherigen Politik zu verharren, damit wenigstens einer der Balkanstaaten nicht zu unseren entschlossenen Feinden zählt. Selbstredend setze ich voraus, dass diese Politik nicht auf der Täuschung beruhen darf, dass wir gegenwärtig auf Bulgarien politisch rechnen können, und dass sie zum Principe hat, in der Betätigung unseres Wohlwollens für dieses Land jene Grenzen einzuhalten, deren Überschreiten anderweitigen wertvolleren Beziehungen schaden könnte. Tarnowski.

a) Vgl. n. 6901, 7012.

Nr. 6816. Bericht aus Sofia, 28. April 1913 Nr. 33 B (eing. 4. Mai).[a] Ausfert.

Vertraulich. Seit meiner, in meinem gehorsamen Berichte Nr. 30A vom 22. v. Mts. wiedergegebenen Unterredung mit Herrn Dobrovitch, in der auch von der Courtoisie die Rede war, die König Ferdinand Seiner Majestät Kaiser Wilhelm erweisen könnte, um dadurch eine günstigere Stimmung für Bulgarien in Berlin hervorzurufen, hatte ich Gelegenheit sowohl mit dem Chef des Cabinettes des Königs als auch mit dem Conseilspräsidenten auf dieses Thema zurückzukommen. Herr Dobrovitch sagte mir gestern, dass sein Königlicher Herr Sich bis jetzt noch nicht entschlossen hat, welche Art persönlicher Attention dem Deutschen Kaiser erwiesen werden könnte, dass aber beschlossen worden sei, eine grössere Munitionsbestellung an die deutsche Industrie zu vergeben, was hoffentlich die gewünschte gute Impression in Berlin hervorrufen würde. Herr Geschoff bestätigte mir dies und sagte, dass es sich um eine Lieferung von Geschossen im Werte von ungefähr 6 Millionen handle, die der französischen Industrie zufallen sollte, nunmehr aber zur grösseren Hälfte in Deutschland placirt werden würde. Der Conseilspräsident wolle dafür sorgen, dass Herr von Jagow von der Bestellung Kenntniss erhalte. Ich bin überzeugt, dass es nicht die Unmöglichkeit ist, eine passende Form der Kaiser Wilhelm zu erweisenden Courtoisie zu finden, welche König Ferdinand davon abhält, unseren diesbezüglichen Rat zu befolgen, sondern die Unsicherheit, ob ein solcher Schritt eine gute Aufnahme finden würde, da, wie mir Dobrovitch sagte, der König selbst eine gewisse Abkühlung in den Dispositionen des Kaisers für Sich gemerkt habe. Ausserdem will auch wahrscheinlich König Ferdinand, nachdem er Sich von dem Anfang der Krise an im Hintergrunde gehalten hat, auch jetzt jede Geste vermeiden, die politisch interpretirt werden könnte. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6949.

Nr. 6817. Bericht aus Sofia, 28. April 1913 Nr. 33 C (eing. 4. Mai).[a] Ausfert.

Solange die Strömung, welche die bulgarische Armee zur Forcierung der Tchataldja-Linie drängte, hier hohe Wogen schlug und solange die bulgarische Regierung einerseits an unsere Unterstützung in der Petersburger Reunion grosse Hoffnungen knüpfte und andererseits der Haltung Russlands in der rumänischen Frage misstraute und dessen Stellungnahme für die territorialen Ansprüche der Serben befürchtete, hielt sich die russophile Partei im Hintergrund und vermied es, ihrer Devotion für Russland laut Ausdruck zu geben oder mit ihrem Programm offen hervorzutreten. Nachdem die Tchataldja- und die Rodosto-Fragen eine überwundene Sache geworden sind, nachdem die Erwartung, dass man uns Salonik oder andere Compensationen für Silistria zu verdanken haben wird, in Petersburg nicht in Erfüllung gegangen ist und nachdem eine Partialität Russlands zu Gunsten Serbiens seitens der Regierung nicht mehr befürchtet wird, erachten die Russophilen den Moment für gekommen, in dem sie wieder ihre Stimmen erheben und sich gegen die Angriffe wenden können, die hier letzter Zeit gegen die russophile Politik der Regierung gerichtet wurden. Die zum grössten Teil auf entstellten Tatsachen und notorischen

Unwahrheiten beruhende Argumentation des gestrigen Leitartikels der „Bulgaria" war die folgende: Bezüglich der „angeblichen" Opposition Russlands gegen das Vordringen Bulgariens bis Constantinopel führt das Organ Herrn Daneffs aus, dass dieser Vormarsch nie in den Absichten der bulgarischen Regierung gelegen sei und dass in dem Falle, wenn die bulgarische Armee dennoch die Tchataldja-Linie forciert hätte, es gewiss nicht Russland, sondern nur das mit der Türkei befreundete Deutschland oder der Dreibund gewesen wäre, der dagegen protestirt hätte. Ähnlich verhielte es sich mit Rodosto und der Marmara-Küste, wo Bulgarien, falls es dort bleiben wollte, mit den Interessen des gesamten Europa, speciell aber wieder mit deutschen Interessen in Collision geraten würde. In der rumänischen Frage sei es der Dreibund gewesen, der ausser der Stadt Silistria auch einen 15 Kilometer langen Küstenstreifen für das ihm ergebene Rumänien zu erlangen suchte, und Bulgarien habe es blos Russland zu verdanken, wenn die Ansprüche Rumäniens auf das Minimum reducirt worden seien. Der Vorwurf, dass es Russland sei, welches Bulgarien daran hindere in den Besitz Saloniks zu gelangen, wäre auch nicht gerechtfertigt. Es wäre keine ernste Politik, sondern das Benehmen eines capriciösen Kindes, von Russland, das auch seine eigenen nationalen und dynastischen Interessen zu berücksichtigen hat, zu verlangen, dass es alle Launen seiner Protégés am Balkan erfülle. Salonik sei in den Händen Griechenlands und Russland lasse es dabei bewenden; sollte es Bulgarien gelingen diese Stadt den Griechen abzunehmen, werde Russland dagegen kein Veto erheben. Was die angeblich russischerseits unterstützten Pretentionen Serbiens auf Macedonien anbelangt, so sei zwar der officielle Standpunkt der russischen Regierung noch nicht bekannt, das Organ Herrn Daneffs sei aber voll Zuversicht, dass auch in diesem Punkte die Unstichhältigkeit der Angriffe gegen Russland erwiesen wird. Diejenigen, die genug blind seien — so schliesst die „Bulgaria" — eine Abschwenkung von Russland und ein Bündniss mit Österreich-Ungarn zu wünschen, mögen bedenken, dass es nur dank Russland möglich gewesen sei, die europäische Türkei unter die Balkanvölker aufzuteilen. Es gebe für Bulgarien (das ist die Conclusion) keine andere Politik als die seiner bisherigen traditionellen Haltung treu zu bleiben und sich auf Russland, seine Befreierin, zu stützen, womit es aber durchaus nicht unvereinbar sei, dass Bulgarien im Falle einer Interessengemeinschaft mit einem anderen Staate auch von diesem eine Unterstützung annehme oder eine solche sogar anrufe.[1]) Die „Bulgaria" spricht zwar nur für die Daneff-Partei und die von ihr zum Ausdruck gebrachten warmen Gefühle für Russland entsprechen nicht der hier jetzt allgemein herrschenden Stimmung, mit dem in der Conclusion des obskizzirten Artikels enthaltenen politischen Credo ist aber gewiss das ganze Cabinet einverstanden. Es ist dies eigentlich dasselbe, nur in weniger gefällige Worte gefasste Programm, zu dem sich Herr Daneff anlässlich seines Besuches in Pest zu Anfang des Krieges bekannt hat. Die Haltung Herrn Geschoffs bestand seit Beginn der Krise in dem beständigen Bestreben an diesem Programm festzuhalten und die Schwierigkeiten, die sich der Befolgung dieser Richtlinien entgegenstellten, zu beseitigen. Bis jetzt ist ihm das auch

vollkommen gelungen: politisch blieb er Russland treu und unser Wohlwollen fährt er fort, bei stricter Vermeidung sich der Monarchie auch nur im geringsten zu verpflichten, nach Möglichkeit auszunützen. Tarnowski.

P. S. Sofia, am 30. April 1913. In Ihrem heutigen Leitartikel spricht sich die „Bulgaria" weniger zuversichtlich über die Lösung der serbo-bulgarischen Differenzen durch einen Schiedsspruch Russlands aus. Das Organ Herrn Daneffs appellirt an das officielle Russland, dass es die interessirten Staaten nicht länger in Unkenntnis seines Standpunktes lasse, da sich sonst die Lage infolge der Haltung der Verbündeten so compliciren könnte, dass der Spruch Russlands zu spät kommen würde. Die Action Russlands sollte eine preventive sein, findet die „Bulgaria". Es ist bezeichnend, dass auch der heutige „Mir" Griechenland und Serbien warnt, durch ihre Rüstungen Bulgarien nicht zu Gegenmassregeln zu zwingen. Der Eindruck, den man aus allen vorskizzierten Stimmen der hiesigen officiösen Presse haben muss, ist der, dass sich die Regierung an die russophile Richtung anklammert, dass sie aber gerade wegen ihres Festhaltens an dieser Politik Schwierigkeiten begegnet. Tarnowski.

[1]) !!

[a]) Vgl. n. 6925, 7004.

Nr. 6818. Bericht des Militärattachés in Belgrad, 29. April 1913 Res. Nr. 150 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 2. Mai Nr. 2164 am 10. Mai). Abschrift.

Der russische Gesandte am serbischen Hofe, Herr Hartwig, wurde vom Zaren mit dem Weissen Adler-Orden I. Kl. dekoriert; diese aussergewöhnliche Auszeichnung erscheint noch auffallender, als gleichzeitig das ganze Personal der Gesandtschaft dekoriert wurde; dem Militärattaché war vor wenigen Wochen der Annen-Orden II. Kl. verliehen worden. Diese demonstrative Dekorierung der ganzen russischen Gesandtschaft wird hier dahin aufgefasst, dass man russischerseits betonen will, wie ungerechtfertigt die Angriffe gegen Herrn Hartwig und seine hiesige Politik in der ausländischen Presse gewesen sind, — wie unrichtig vor allem die Behauptung war, dass die Tätigkeit Herrn Hartwigs im Gegensatze zur offiziellen russischen Politik stand. Da die politischen Anschauungen Herrn Hartwigs mit den serbischen Aspirationen vollkommen übereinstimmen, fasst man seine Dekorierung auch als ein Gutheissen, als eine Aufmunterung der serbischen Bestrebungen auf. Die Nachricht von der Auszeichnung Herrn Hartwigs, sagt eine hiesige Zeitung, wird, da er der aufrichtigste Freund Serbiens ist, im ganzen Lande Genugtuung und freudigen Widerhall erwecken. Von hiesiger russischer Seite wird dieser Auffassung gewiss nicht entgegengetreten; der Militärattaché, Oberst Artamanoff, der in seinen Sympathiekundgebungen für Serbien mit den hiesigen Chauvinisten wetteifert, machte gestern, gelegentlich eines gemeinsamen Diners der Militärattachés, diesbezüglich ganz eindeutige Bemerkungen. Gellinek.

Tel. nach Berlin, 29. April 1913 Nr. 342 (chiffr. 30. April 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6823.

Nr. 6819. Tel. aus Cetinje, 29. April 1913 Nr. 161 (eing. 30. April 12 U. 40 M. a. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 126 von heute. Zwischenfall k. u. k. Militärattaché. Note heute nachmittags übermittelt. Giesl.

Nr. 6820. Tel. aus Cetinje, 29. April 1913 Nr. 162 (eing. 30. April 12 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Italienischer Kollege erschien heute beim König, um ihm auftraggemäß Nachgiebigkeit zu raten. Letzterer und der Kronprinz bemühten sich zu erfahren, ob alle Mächte an den Koërzitivmaßregeln teilnehmen oder ob Österreich-Ungarn ein Mandat erhalten würde und wo Angriff zu erwarten wäre. Sie erklärten später italienischem Gesandten, daß man (sich)[a] mit der Monarchie schlagen würde, gemeinsamer Aktion aber vielleicht nachgeben müßte. In jedem Falle würde man auf die Landungsdetachements schießen. Diese Äußerungen interessant, weil sie die mir gestern vorgebrachten Lügen des Königs von Montenegro illustrieren.[b] Giesl.

[a] Chiffre fehlt. — [b] Vgl. n. 6799.

Nr. 6821. Tel. nach London Nr. 362 (1) und Rom Nr. 432 (2), 29. April 1913 (chiffr. 12 U. 30 M. a. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. Marquis S. Giuliano hat mich durch Herzog Avarna wissen lassen, dass er meinen Standpunkt vollkommen billigt, demzufolge die Bestimmungen in unserem gemeinsamen Vorschlage für ein albanesisches Statut, worin die Souzerainität des Sultans über Albanien ausdrücklich ausgesprochen wird, fallen gelassen werden sollten. Euer Exzellenz italienischer Kollege ist in diesem Sinne instruirt und wollen Hochdieselben im Einvernehmen mit ihm bei Sir E. Grey und Ihren Kollegen dahin wirken, dass jedes Band, welches Albanien und die Türkei verbindet, beseitigt werde.

2. Ich telegrafire an Grafen Mensdorff wie folgt: (describatur 1. in extenso.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache Marquis San Giuliano gegenüber. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 249 Nr. 484. Vgl. n. 6554, 6837, 6937, 6943.

Nr. 6822. Tel. nach London, 29. April 1913 Nr. 365 (chiffr. 4 U. 20 M. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold.)

Laut Mittheilung Herzog Avarnas wäre eine aus elf Notablen von Koritza und Kolonia bestehende Kommission nach London abgereist, um bei der Botschafter-Réunion für die Zuweisung jener Gegenden an Griechenland Stimmung zu machen. Diese Kommission sei griechischerseits aus den verschiedenen christlichen und mohammedanischen Fraktionen der Bevölkerung mit großem Geschicke zusammengestellt worden, um den Eindruck einer einmütigen Zustimmung hervorzurufen. Da mir auch Konsularmeldungen über derartige Manöver der Griechen vorliegen, ersuche ich Euer Exzellenz, die englische Regierung und Ihre Kollegen über diese Machinationen entsprechend aufzuklären. Berchtold.

Nr. 6823. Tel. nach London Nr. 367 (1), Berlin Nr. 342 (2), Rom Nr. 441 (3), Paris Nr. 263 (4) und St. Petersburg Nr. 325 (5), 29. April 1913 (chiffr. 30. April 12 U. 20 M. a. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).*

1. Euer Exzellenz wollen in der nächsten Réunion den Standpunkt der k. u. k. Regierung, wie er sich nach dem Ergebnisse der gestrigen Réunion[b] darstellt, in nachstehendem Sinne präcisiren. Nachdem gestern eine Einigung über die Koercitivmaßregeln nicht erzielt werden konnte, welche seitens der Mächte für den Fall zur Anwendung gebracht werden sollten, als die Kollektivdemarche in Cetinje nicht zu einem raschen und befriedigenden Ergebnisse führe, ist die von Hochdenselben in der letzten Sitzung angekündigte Situation eingetreten, in der wir es uns vorbehalten müssen, die nötigen Maßregeln zu ergreifen, um die Beschlüsse der Mächte zur Durchführung zu bringen. Der von M. Cambon gegen die Ausschiffung von Truppen erhobene Einwand scheint mir nicht berechtigt, da es durchaus nicht ausgeschlossen ist, daß König Nikolaus eine — wenn auch unblutige — Gewaltmaßregel seinem Volke gegenüber als genügendes Motiv zum Nachgeben geltend machen könnte. Allerdings ist es klar, daß eine solche Aktion wirkungslos bleiben könnte, wenn, wie dies Herr Sazonow Grafen Thurn gegenüber angeregt hat,[c] schon heute festgestellt wird, daß es bei Besetzung der Hafenorte bleiben und nicht weiter gegangen werde. Die Haltung, welche einige Vertreter in der letzten Sitzung gegenüber unserem Antrage betreffs Beschließung weiterer Koerzitivmaßnahmen eingenommen haben, läßt uns hoffen, daß, obwohl ein bezüglicher Réunionsbeschluß nicht zu Stande kam, sich andere Mächte doch entschließen werden, bei der notwendig werdenden Aktion mit uns zu Lande oder zur See zu kooperiren. Was den Gedanken Sir E. Greys anbelangt, König Nikolaus bereits jetzt zu erklären, daß die Mächte, wenn er sich ihrem Willen fügt, nach der Räumung von Skutari mit ihm über „compensations raisonnables" diskutiren würden, hätte ich Folgendes zu bemerken. Vor allem müsse Montenegro die Beschlüsse der Mächte respektiren und Skutari räumen, ohne daß ihm hiefür ein Recht auf irgendwelche Kompensationen seitens der Mächte zugesprochen würde. Wie schon öfters erwähnt, sind wir nicht in der Lage, territoriale Zuwendungen auf Kosten der von den Mächten definitiv festgesetzten Nord- und Nordostgrenze Albaniens in Betracht zu ziehen. Sollten die Mächte nach erfolgter Räumung Skutaris den Moment für gekommen halten, über Mittel zu beraten, um dem erschöpften Königreiche eine wirtschaftliche Existenzmöglichkeit zu bieten, würden wir uns vorbehalten, an bezüglichen Konversationen teilzunehmen. Euer Exzellenz wollen sich noch vor der nächsten Réunion, womöglich vor dem morgigen Ministerrathe, Sir E. Grey gegenüber in obstehendem Sinne vernehmen lassen, wobei Hochdieselben bezüglich der Teilnahme anderer Mächte an einer notwendig werdenden Aktion gegen Montenegro besonders zu bemerken hätten, daß wir es mit größter Genugthuung begrüßen würden, wenn er in der Lage wäre, in der Réunion zu erklären, daß wir auf eine Kooperation — wenigstens der englischen Seestreitkräfte — rechnen könnten. Wir würden hierauf einen umso größeren Wert legen, als, wie Euer Exzellenz Äußerungen Marquis Imperialis entnehmen, dies Italien die Teilnahme

an der Aktion erleichtern würde, welche dadurch einen mehr internationalen Charakter erhalten würde, was uns im allgemeinen europäischen Interesse gelegen zu sein scheint.

2.—5. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 341[d]) (beziehungsweise 440,[d]) 262,[d]) 324).[d]) Ich telegrafire an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Euer Exzellenz wollen in der" bis „teilzunehmen.")

2.—3. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an

2. Herrn von Jagow.

3. Marquis di San Giuliano.

4—5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber

4. Herrn Pichon.

5. Herrn Sazonow.

Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 249 Nr. 486. Vgl. n. 6836, 6848, 6868. — [b]) Vgl. n. 6804. — [c]) Vgl. n. 6810. — [d]) Mit Tel. nach Berlin Nr. 341 (1), St. Petersburg Nr. 324 (2), Paris Nr. 262 (3) und Rom Nr. 440 (4), 29. April 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 6804 mitgeteilt.

Tel. nach Paris, 29. April 1913 Nr. 263 (chiffr. 30. April 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6823.

Tel. nach Rom, 29. April 1913 Nr. 432 (chiffr. 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 6821.

Tel. nach Rom, 29. April 1913 Nr. 441 (chiffr. 30. April 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6823.

Nr. 6824. Tel. aus Rom, 29. April 1913 Nr. 252 (eing. 30. April 6 U. 5 M. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Skutarifrage. Ergebnis gestriger Londoner Reunion[b]) erscheint auch dem hiesigen Minister des Äussern unbefriedigend. Er bedauert, dass die Tripleentente sich noch nicht zu energischen Massregeln entschliessen kann und findet die Formel Sir E. Greys zweideutig und daher bedenklich. Nur darauf insistiert er nach wie vor, dass man die Antwort Montenegros abwarten müsse und daher vor der übermorgigen Reunion keinen entscheidenden Schritt machen solle. Hieran schloss sich abermals eine lange Diskussion über die Frage unserer Kooperation. Mein schliesslicher Eindruck war heute wieder um einiges günstiger als gestern. Zunächst bekämpfte ich neuerlich mit verschiedenen Argumenten (von welchen das im hohen Telegramme vom 28. d. M. Nr. 431 entwickelte mir nicht als das zutreffendste erschien) und mit einigem Erfolg die These, dass unsere eventuelle isolierte Aktion mit dem Artikel VII des Dreibundvertrages unvereinbar sei. Ferner erhielt ich von Marquis San Giuliano auf meine im Sinne des obzitierten hohen Telegrammes an ihn gestellte Anfrage die bestimmte Antwort, dass Italien unentwegt für die Durchführung unseres gemeinsamen albanesischen Programmes eintreten wolle. Es könne sich also nur um die Wahl der Mittel, des Zeitpunktes etc. handeln. Schliesslich glaube ich es bereits erreicht zu haben, dass Italien im Prinzipe geneigt ist, unserem Antrage zuzustimmen und vereint mit uns an einer militärischen

Aktion behufs Evakuierung Skutaris teilzunehmen. Ausser der in meinem gestrigen Telegramme Nr. 250 präzisierten, dem Vorschlage Euer Excellenz übrigens ganz entsprechenden Voraussetzung würde die hiesige Regierung nur einige, mir auf den ersten Blick akzeptabel erscheinende Bedingungen stellen, welche ich morgen früh telegrafieren werde. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6839, 6852. — [b]) Vgl. n. 6804.

Tel. nach St. Petersburg, 29. April 1913 Nr. 325 (chiffr. 30. April 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 6823.

Nr. 6825. Tel. aus St. Petersburg, 29. April 1913 Nr. 181 (eing. 11 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Ich habe heute im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 312 vom 26. d. Mts. die ernste Aufmerksamkeit Herrn Sazonows auf das Vorgehen der russischen Gesandten in Belgrad und Athen gelenkt, die anläßlich der zur Feier des Falles von Skutari inszenierten Demonstrationen Ansprachen an die Menge gehalten haben. Herr Sazonow gab ohne weiters zu, daß, wenn dies wirklich vorgekommen sei, eine solche Vorgangsweise als ganz unkorrekt bezeichnet werden müsse, zumal die Einnahme Skutaris im direkten Gegensatze zu dem Willen Russlands erfolgt sei. Was speziell die Worte anbelange, die Herr Demidov bei dieser Gelegenheit gebraucht haben soll, so sagte mir Herr Sazonow, er werde diesen sofort zur Äußerung hierüber einladen und hinzufügen, daß, wenn er, Demidov, wie zu hoffen sei, diese Sprache nicht geführt hat und trotzdem die griechischen Blätter ihm die inkriminierenden Worte in den Mund gelegt haben, er dafür sorgen möge, daß sie widerrufen werden. Thurn.

Nr. 6826. Tel. aus St. Petersburg, 29. April 1913 Nr. 182 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Betrifft türkisches Memorandum, es mögen die Mächte die Formel für die Basis Friedenspräliminarien ausarbeiten (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 321 von heute). Herr Sazonow sagte mir, daß auch er den türkischen Vorschlag für sehr zweckentsprechend halte und dass derselbe mit seiner Ansicht vollkommen im Einklang sei. Leider scheine aber diese Anregung in London und Paris keine gute Aufnahme gefunden zu haben, wo man der Ansicht sei, daß sich die Mächte hiedurch eine zu große Verantwortung aufladen würden. Der bulgarische Gesandte, den ich im Vorzimmer des Ministers sprach, sagte mir, auch seine Regierung sei schon sehr ungeduldig, den Präliminarfrieden abgeschlossen zu sehen und wäre ebenfalls sehr dafür, daß die Mächte die Formulierung der einschlägigen Bestimmungen in die Hand nehmen würden. Thurn.

Nr. 6827. Tel. aus St. Petersburg, 29. April 1913 Nr. 183 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Bulgarischer Gesandter erzählte mir, daß die Spannung zwischen den Alliierten leider immer mehr zunehme. Insbesondere seien es die Nachrichten über Truppenkonzentrierungen bei Salonik, die seiner Regierung Besorgnis einflößen. So seien in jener Gegend bereits 7 griechische Divi-

sionen konzentriert. Auch die von Skutari zurückgekehrten serbischen Truppen scheinen Stellungen beziehen zu wollen, die nur gegen Bulgarien gerichtet sein können. Es werden nämlich, wie er aus Sofia höre, alle Vorbereitungen getroffen, um die erwähnten, in Salonik zur Ausschiffung gelangenden Truppen mit größter Beschleunigung in die Gegend von Veles und Üsküb zu transportieren. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6985.

Nr. 6828. Tel. aus St. Petersburg, 29. April 1913 Nr. 184 (eing. 11 U. 20 M. p. m.).[a]) Entziff.

Betrifft russisches Kompensationsprojekt für Montenegro. Ich habe mich heute im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 319 von heute bei Herrn Sazonow vernehmen lassen. Der Herr Minister gab zwar zu, daß gegenwärtig nicht davon die Rede sein könne, Montenegro Kompensationen anzubieten, blieb aber bei seiner Ansicht, daß man später, wenn Montenegro sich dem Willen der Mächte gefügt haben werde, darauf zurückkommen sollte. Ich erwiderte, daß König Nikolaus durch sein Vorgehen sich jeden Anspruches auf eine wohlwollende Behandlung verlustig gemacht hätte. Herr Sazonow erwiderte, daß König Nikolaus allerdings durch sein Benehmen, das aber gegen Russland noch weit unqualifizierbarer gewesen sei als gegen was immer für eine andere Macht, jedes Anrecht auf Rücksichtnahme verscherzt habe, daß man aber zwischen ihm und seinem Volke unterscheiden müsse. Was König Nikolaus persönlich anbelange, so habe er jede Sympathie nicht nur bei der russischen Regierung, sondern insbesondere bei Seiner Majestät dem Zaren auf immer verwirkt. Das Land und das Volk aber könne man nicht die Sünden des Königs, für die es nicht verantwortlich sei, büßen lassen. Auf die gestrige Botschafterréunion in London übergehend, sagte mir Herr Sazonow, qu'on y avait envisagé la possibilité d'un débarquement. Im übrigen betonte er nochmals die Notwendigkeit, das Konzert der Mächte aufrechtzuerhalten und meinte, eine Separataktion der Monarchie würde nur das Spiel König Nikolaus' machen, der geradezu darauf hinarbeite, in der Hoffnung, daß es bei einer solchen zu einem Blutvergießen komme, auf welches er in leichtfertiger Weise spekuliere, um hier einen Ausbruch der öffentlichen Meinung heraufzubeschwören. Wir sollten doch nicht dem König Nikolaus in diese plumpe Falle gehen. Im weiteren Verlaufe der Unterredung erwähnte der Herr Minister eine ihm zugekommene Nachricht, die, wenn sie sich bewahrheite, doch vielleicht als ein gutes Omen zu betrachten sei. Es sollen nämlich die meisten montenegrinischen Truppen aus Skutari gegen Norden abgezogen sein und sich dort jetzt nur mehr 5 Bataillone befinden. Dies ließe doch darauf schließen, daß Montenegro doch nicht die Absicht habe, in Skutari Widerstand zu leisten. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6868, 6869.

Nr. 6829. Tel. nach Sofia, 29. April 1913 Nr. 215 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Berchtold).

Graf Thurn telegraphiert mir unterm 28. d. M. wie folgt: ... *wie n. 6811 in extenso* ... Euer Hochgeboren wollen vom Inhalte der vor-

stehenden Meldung des Grafen Thurn Herrn Geschoff streng vertraulich Mitteilung machen und sich hiezu folgendermaßen aussprechen: Nachdem die von uns beantragte Formel, in welcher der Kompensationsgedanke klar zum Ausdruck gekommen wäre, von der Triple-Entente entschieden abgelehnt worden war, haben wir schließlich der oben wiedergegebenen Formel (in der bisherigen Fassung) zugestimmt, und zwar hauptsächlich im Hinblick auf das Schlußalinea, welches unserer Ansicht nach Bulgarien die Möglichkeit geboten hätte, in einem gegebenen Moment an die Dankbarkeit der Mächte zu appellieren. Die Vorgangsweise Herrn Sazonows erweckt den Eindruck, als ob einzelne Mächte Bulgarien diese Möglichkeit entziehen wollten und deshalb das Schlußalinea eliminieren möchten. Bevor ich Grafen Thurn mit Instruktionen versehe, läge mir daran, vertraulich zu erfahren, ob die Eliminierung dieses Alineas tatsächlich auf einen Wunsch Bulgariens zurückzuführen ist und ob die abgeänderte Redaktion der bulgarischen Auffassung entspricht, da wir nur in diesem Falle der Abänderung des bereits beschlossenen Textes zustimmen würden. Euer Hochgeboren können noch hinzufügen, daß sich, abgesehen von anderen Eventualitäten, zum Beispiel bei der Regelung der Inselfrage für Bulgarien hätte die Gelegenheit ergeben können, sich den Mächten gegenüber auf jenen Passus zu berufen. Wir hätten die Absicht, falls Bulgarien Ansprüche auf Samothrake anmeldet — die Zuweisung von Thasos halten wir für ausgemacht — uns für die Erfüllung dieses Wunsches einzusetzen, wobei gleichfalls ein Hinweis auf die Dankesschuld den Mächten gegenüber Bulgarien von Nutzen wäre.

[a]) Vgl. n. 6841, 6884, 6897, 7501. Berchtold.

Nr. 6830. Tel. aus Belgrad, 30. April 1913 Nr. 256 (eing. 1. Mai 1 U. a. m.).[a]) Entziff.

Affäre Janković. Ad Telegramm Nr. 131 vom 29. d. M. Herr Pašić erklärt, von der fraglichen Rede des Generals Janković keine Kenntnis zu haben, da hiesige Blätter darüber Stillschweigen beobachtet haben. Er werde sofort Informationen einholen und wenn der General sich in diesem Sinne geäußert haben sollte, wird gegen ihn ein sehr strenges Verfahren eingeleitet werden. Ich habe auch unser Verlangen eines Dementis vorgebracht und hinzugefügt, daß dasselbe, nachdem hiesige Zeitungen Nachricht nicht gebracht haben, im Wege serbischen Preßbureaus an die ausländische Presse gerichtet werden soll. Nach Eintreffen der Antwort aus Prisren werden wir Details vereinbaren. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6861.

Nr. 6831. Bericht aus Belgrad, 30. April 1913 Nr. 91 A (eing. 2. Mai).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Seit dem Falle Skutaris hat sich der öffentlichen Meinung Serbiens die höchste Aufregung bemächtigt; dieselbe schwelgt in echt südslawischer Leidenschaftlichkeit und ist nüchterner Erwägung nicht mehr zugänglich. Wie ich schon in meiner telegraphischen Berichterstattung[b]) hervorzuheben mir erlaubt habe, hat in den breiten Schichten der Bevölkerung eine optimistische Beurteilung der Lage Platz gegriffen, die ihre Spitze selbstverständlich wieder gegen die Monarchie richtet. Man will hier gar

nicht mehr mit der Möglichkeit rechnen, dass Montenegro schliesslich doch gezwungen werden könnte, Skutari wieder herauszugeben und man glaubt noch immer, dass Russland im Ernstfalle für die südslawische Sache in die Schranken treten werde. Das Verhalten der russischen Gesandten in Belgrad und Athen nach dem Einzuge der Montenegriner in Skutari hat diesen Glauben bedeutend vertieft. Die von Cetinje lancirte Nachricht von der Proclamation Essad Paschas zum König von Albanien hat hier — obgleich sich dieselbe wenigstens bis jetzt noch nicht bewahrheitet hat — ebenfalls das Gefühl freudiger Befriedigung ausgelöst. Man erblickt darin eine neue Complication, die für die Grossmächte und speciell für die Monarchie sehr ungelegen kommen würde. Man will bestimmt wissen, dass Essad Pascha Montenegro versichert hätte, auf den Besitz Skutaris zu verzichten und dem Balkanbunde beizutreten. Durch die Aufrechterhaltung der Souzerenität des Sultans will man Österreich-Ungarn einen Streich spielen und hofft, dass daraus Reibungen zwischen der Monarchie und der Türkei entstehen könnten. Man nimmt auch an, dass ein eingeborener Herrscher sich nicht wird lange halten können und dadurch würden sich Serbien neue Chancen eröffnen. All diese Combinationen haben bei den sanguinischen serbischen Politikern eine recht optimistische Beurteilung der Lage hervorgerufen. Die aus London eingelangten sehr ernsten Nachrichten über das entschlossene Auftreten der Monarchie haben etwas ernüchternd auf die sehr erhitzten Gemüter gewirkt; doch man gibt sich noch immer den Anschein, als ob man nicht recht an den unsererseits gefassten festen Entschluss, mit aller Energie aufzutreten, glauben wollte. In den Regierungskreisen beurteilt man aber die Situation schon ganz anders. Der nachdrücklichst kundgemachte Wille, auch auf eigene Hand unsere berechtigten Forderungen durchzusetzen, hat hier einen tiefen Eindruck gemacht. Dieses Vorgehen stand doch in auffallendem Widerspruch mit der seit Anfang der Krise von Russland aus suggerierten Idee, dass Österreich-Ungarn sich unter keiner Bedingung zu einem selbständigen Vorgehen wird aufraffen können und wollen und gerade aus diesem Grunde musste der Schritt der k. u. k. Regierung wenigstens in den verantwortlichen Kreisen überraschend und ernüchternd wirken. Herr Pašić scheint den Ernst der Lage vollkommen zu begreifen; er zweifelt nicht mehr an unserem festen Entschluss auch ohne Europa vorzugehen und weiss, dass sich Serbien in diesem Falle in einer sehr precären Lage befindet. Lässt es König Nicolaus im Stiche, so hat sein Prestige als „südslawisches Piemont" eine Schlappe erlitten, die kaum wieder gut gemacht werden kann. Die grosserbischen Pläne sind dann in weite Ferne gerückt. Andererseits weiss aber Herr Pašić sehr gut, dass seine Hände durch Bulgarien vollkommen gebunden sind. Serbien ist von Truppen ganz entblösst. Selbst die aus Albanien zurückgezogenen Heeresteile werden im strittigen macedonischen Gebiete concentrirt, um jedes aggressive Vorgehen Bulgariens abzuwehren. Unter solchen Umständen kann Serbien wohl nicht daran denken, Montenegro zu Hilfe zu kommen, ohne zu riskiren, aller grosser Erfolge des letzten Krieges verlustig zu werden. Denn, dass Bulgarien sofort einmarschieren und ganz Macedonien militärisch besetzen würde, erscheint selbst dem sehr bulgarenfreundlich gesinnten Minister-Präsidenten sehr wahrscheinlich; und

auf leichte Weise würden die Bulgaren das besetzte Gebiet nicht räumen. Herr Pašić soll auch die Situation als sehr ernst und kritisch betrachten und soll entschlossen sein, wenn Österreich-Ungarn in den Sandjak — wie es hier heisst — einmarschieren sollte, sich dagegen nicht zu widersetzen. Aus diesem Grunde scheint er auch momentan grosses Gewicht darauf zu legen, dass die Beziehungen zur Monarchie keine weitere Trübungen erfahren. Bei den zahlreichen Reclamationen und Vorstellungen, die ich in diesen letzten Tagen vorbringen musste (in Fragen der albanischen Schulen, der militärischen Provocationen, der aggressiven Rede des General Janković etc. etc.) konnte ich constatiren, dass Herr Pašić bemüht ist, uns gegenüber grosses Entgegenkommen zu zeigen. Er muss allerdings auch auf die Strömungen der inneren Politik Rücksicht nehmen, um seine Stellung nicht zu compromittiren, wodurch sein Vorgehen vielfach uns gegenüber unconsequent erscheint und mit seinen Worten und Versprechungen nicht immer in Übereinstimmung zu bringen ist. Zu dem ist er der typische Balkanpolitiker, der es mit der Wahrheit nie ernst nimmt und der gegen ein Doppelspiel keine principielle Abneigung fühlt. Während er mich stets nachdrücklich versichert, aufrichtig bemüht zu sein, die Beziehungen zur Monarchie einer dauernden Besserung entgegenzuführen, tritt er doch nie mit entsprechender Energie den gegen uns gerichteten Hetzereien entgegen. Die hiesige Presse kann weiter nach Herzenslust über die Monarchie schimpfen, ja sogar in seinem eigenen Organ, in der „Samouprava", kommen vielfach nicht die Tendenzen seiner Politik, wie vielmehr jene seiner uns noch viel weniger freundlich gesinnten Collegen (Herr Protić und Costa Stojanović) zum Ausdruck, ohne dass er diesem Unfug Einhalt bieten würde. Es ist ganz besonders schwer die eigentlichen Ziele seiner Politik zu ergründen, da er ausserordentlich verschlossen ist und sich besonders mit Diplomaten nie in eine politische Diskussion einlässt; was übrigens schon aus dem Grunde fast ausgeschlossen erscheint, weil er die fremden Sprachen nur ausserordentlich mangelhaft beherrscht und sich nur schwer ausdrücken kann. Er teilt übrigens selbst seinen Minister-Collegen nur das allernötigste mit, lässt sie über seine wirklichen Ideen und seine weiterreichenden Pläne in Unkenntnis. Besonders unangenehm wird von uns diese seine Verschlossenheit seinem Generalsekretär gegenüber empfunden, der oft gar nicht orientirt ist, dessen Äusserungen sich — wie ich es selbst erfahren habe — in principiellen Dingen vielfach mit jenen seines Chefs nicht ganz decken und oft sogar im Widerspruche stehen. So weiss heute niemand, welchen Standpunkt eigentlich Herr Pašić in der Controverse mit Bulgarien einnehmen wird. Bald hat es den Anschein, als ob er den unterschriebenen Vertrag selbst gegen die hier allgemein kundgegebenen Wünsche der serbischen öffentlichen Meinung respectiren will, bald wieder — und dies ist besonders in letzter Zeit der Fall gewesen — scheint er den hier zur Geltung kommenden Strömungen Rechnung tragen zu wollen. Ebenso wenig bekannt sind seine eigentlichen Intentionen Montenegro gegenüber. Nach aussen hin spielt er sich auf den aufrichtigen Bundesgenossen hinaus, im Stillen soll er aber, unterstützt von Herrn von Hartwig, für die Idee einer Vereinigung der zwei Staaten unter dem Szepter der Karageorgjević gearbeitet haben. Er war

früher der bestgehasste Mann in Cetinje und er hat diese Gefühle vollauf erwidert; wie er eigentlich heute denkt und fühlt, ist unbekannt. Allerdings ist er der nüchternste Realpolitiker, bei dem Gefühlsduselei ein unbekannter Begriff ist. Noch weniger ist man über seine albanische Politik orientirt; selbst seine nächste Umgebung ist hierüber im Unklaren. Ich nehme an, dass er das Land im gegebenen Momente wirklich räumen wird wollen. Ich teile auch nicht — wie ich in meiner Berichterstattung von Anfang an betont habe — die in unserer Presse immer lauter werdenden Befürchtungen, dass er sich in Durazzo festsetzen wolle, und dass er — wenigstens auf absehbare Zeit — die Idee eines eigenen Adriahafens nicht aufgegeben hätte. Dagegen ist es nicht ganz klar, welche Politik er dem zukünftigen Albanien gegenüber verfolgen will. Hält er noch an der Idee der Kandidatur des Kronprinzen Alexander fest oder begrüsst er mit Genugtuung die Combination mit Essad Pascha? Jedenfalls scheint er grosses Gewicht darauf zu legen, dass Serbien gute Beziehungen mit Albanien unterhalte und möchte in dieser Beziehung Bulgarien — das gleiche Ziele zu verfolgen scheint — zuvorkommen.*1)* Tatsache ist es, dass er in fortwährender Fühlung mit albanesischen Notabeln steht, ohne dass man in Erfahrung hätte bringen können, worüber er eigentlich mit ihnen verhandelt. In letzter Zeit hatte er wieder sehr häufig lange Zusammenkünfte mit Herrn von Hartwig, was kein gutes Omen ist. Der russische Gesandte ist vielleicht die einzige Persönlichkeit, der er sein Herz öffnet und bei dem er sich für seine Zukunftspläne Ratschläge holt; dieselben dürften aber für die guten Beziehungen zur Monarchie nicht besonders fördernd sein, deshalb erscheint der serbischen Politik gegenüber die äusserste Vorsicht geboten. Ugron.

1) !

[a]) Vgl. n. 6950. — [b]) Vgl. n. 6715, 6735.

Nr. 6832. Bericht des Marineattachés in Berlin an das Kriegsministerium-Marinesektion 30. April 1913 Res. Nr. 67 (eing. mit Note des Kriegsmin.-Marinesekt. vom 2. Mai 1913 O. K./M. S. Nr. 2090).[a]) Abschrift.

Der Chef des italienischen Marinenachrichtenbureaus, Fregattenkapitän Conz, ist gestern in Berlin eingetroffen, um wegen Nachrichtenaustausch mit dem deutschen Admiralstabe Besprechungen zu pflegen. Außerdem will er die Ansichten des Admiralstabes über die Verwendung der Dreibundflotten, speziell der k. u. k. und italienischen Flotten, kennen lernen, und zwar ist, wie man mir im Admiralstabe sagte, nur eine vorbereitende, ganz unverbindliche Aussprache geplant. Ich wurde heute in den Admiralstab gebeten, da die mit der Führung dieser Angelegenheit betrauten Herren, Kapitän zur See Behnke und Korvettenkapitän Köhler, vor ihrer Besprechung mit Conz mich fragen wollten, ob ich über die Ansichten des k. u. k. Marinekommandos näher informiert sei, damit sie in ihrer Stellungnahme zu eventuellen italienischen Vorschlägen auf die Wünsche und Absichten des k. u. k. Marinekommandos Rücksicht nehmen könnten. Mangels von Informationen war ich nicht in der Lage mehr zu sagen, als daß ich die Überzeugung hätte, daß ein Flottenabkommen gewünscht werde und daß eine Verwendung der k. u. k. Flotte außerhalb der Adria wohl in

Aussicht genommen sein dürfte. Dieser letzte Punkt scheint besonders zu interessieren, und meinte Behnke, daß sie auch durch den deutschen Marineattaché in Wien informiert seien, daß dem so sei. Hier ist man nach wie vor der Ansicht, daß eine Vereinigung der verbündeten Flotten in einem süditalienischen Hafen am angezeigtesten wäre, und würden in solchem Falle die deutschen Seestreitkräfte nicht erst in die Adria einlaufen, sondern sich gleich direkt am Rendezvous Orte einfinden. Bei der gegenwärtigen Situation ist es nun geplant, die derzeit im Mittelmeere befindlichen deutschen Seestreitkräfte dort zu belassen, einesteils weil ihre rechtzeitige Zurückziehung Schwierigkeiten machen dürfte und da sie im Anschluß an die k. u. k. und italienische Flotte, da es sich um Schiffe großer Geschwindigkeit handelt, gute Dienste leisten könnten. Es wäre auch nicht unmöglich, daß man durch diese Maßnahme den Anschluß zwischen Österreich und Italien in der Flottenfrage zu erleichtern und zu befestigen erhofft, da es ursprünglich jedenfalls nicht geplant war, den „Goeben" in einem europäischen Konflikte im Mittelmeer zu belassen. Wie immer sich die Frage des Oberbefehles gestalten würde, auf die man hier keinen Einfluß nehmen will, würde man daran festhalten wollen, daß die deutschen Seestreitkräfte unmittelbar dem Höchstkommandierenden unterstellt werden, das heißt in anderen Worten, daß wenn Italien den Oberbefehl hätte, die deutschen Schiffe nicht erst der k. u. k. Flotte angegliedert, sondern ohne Zwischenvorgesetzten direkt dem italienischen Höchstkommandierenden unterstehen würden. In der Besprechung mit Conz ist es dem Admiralstabe besonders von Wichtigkeit, in der Frage der Kohlenbeschaffung für die deutschen Schiffe einigermaßen Klarheit zu schaffen und zu wissen, ob Italien in eigenen Häfen solche beistellen würde, oder ob sie selber dafür zu sorgen hätten. Man glaubt im Admiralstabe, daß Frankreich mit Spanien ein Übereinkommen getroffen hätte, nach dem der Transport der afrikanischen Truppen über Spanien geleitet würde. Diese Verlegung der Transportlinien weiter nach Westen würde natürlich den vereinigten Seestreitkräften das Unterbinden des Transportes erschweren, andererseits für Frankreich der Nachteil entstehen, daß das Eintreffen der Truppen am Kriegsschauplatz um wenigstens 5 Tage verzögert würde. Bei der gegenwärtigen Dislokation der in Afrika stehenden Truppen soll der weitaus größere Teil, gegen 80.000 Mann in Marokko, der Rest von zirka 20.000 Mann in Algier stehen.

Graf Hieronymus Colloredo-Mannsfeld.

[a]) Vgl. n. 5333, 6609, 6711, 8245, 8833.

Nr. 6833. Tel. nach Bukarest, 30. April 1913 Nr. 211 (chiffr. 4 U. p. m.).[a]) *Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).*

Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 110 vom 28. d. M. erhalten. Die Bemerkungen König Carols zu Ihrem deutschen Kollegen haben mich aufs lebhafteste überrascht, da sie mit Allem, was uns von verantwortlichen rumänischen Stellen in den letzten Monaten erklärt wurde, in eclatantem Widerspruche stehen. Auf die Abtretung von Silistria hat man in Rumänien stets das Hauptgewicht gelegt. Man hat sich unter dieser Voraussetzung in Bukarest bereit erklärt, eine bulgarophile Richtung einzuschlagen, eventuell

in Verhandlungen über eine Unterstützung Bulgariens gegen Serbien einzutreten und sogar ein über die Neutralität hinausgehendes Geheimabkommen mit Bulgarien abzuschließen. Auch nachdem die rumänische Regierung von dem Resultate der Petersburger Verhandlungen bereits vertraulich in Kenntnis gesetzt worden war, hat sich Herr Majoresco keineswegs unbefriedigt gezeigt, sondern sich nach wie vor zu einem geheimen Gedankenaustausch mit Bulgarien bereit erklärt. Umsoweniger verständlich erschiene es mir, wenn man sich in Bukarest nunmehr, da der Augenblick bevorstehe, welcher Rumänien ohne Schwertstreich, ohne Opfer an Gut und Blut einen bedeutenden Gebietszuwachs, eine erhebliche Verbesserung seiner strategischen Situation und die Erfüllung seiner Wünsche hinsichtlich der Kutzowalachen bringt, mit dieser Lösung nicht begnügen und seine Neutralität im Konfliktsfalle von weiteren territorialen Konzessionen Bulgariens an der Küste abhängig machen wollte. Ganz abgesehen davon, daß eine solche Haltung das ganze, von den Dreibundmächten mühsam errungene Resultat der Petersburger Pourparlers wieder in Frage stellen könnte, würde eine eventuelle Gegnerschaft zu Bulgarien und der sich daraus mit Notwendigkeit ergebende Anschluß an Serbien bedeuten, daß Rumänien mit seiner traditionellen Dreibundpolitik zu brechen vor habe. Ich kann daher vorläufig nur annehmen, daß Ihr deutscher Kollege die Äußerungen König Carols unrichtig interpretiert hat, halte es aber für dringend erwünscht, daß Euer Durchlaucht trachten, durch eine Aussprache mit Herrn Majoresco über das Thema Silistria sich über die Absichten der rumänischen Regierung Bulgarien gegenüber Klarheit zu verschaffen. Euer Durchlaucht wollen hiebei die Äußerungen Seiner Majestät des Königs nicht direkt erwähnen; sollte sich aber Herr Majoresco in ähnlichem Sinne aussprechen, so wollen Hochdieselben unter Verwertung der vorstehenden Konsiderationen nachdrücklichst Vorstellungen erheben. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6845, 7024, 7060.

Nr. 6834. Tel. aus Cetinje, 30. April 1913 Nr. 165 (eing. 1. Mai 1 U. a. m.). Entziff.

Gestern abends bis ein Uhr nachts hatten König von Montenegro und der Erbprinz Unterredung mit dem deutschen Kollegen. Es wurde Projekt ventiliert, internationales Matrosendetachement nach Skutari einzuladen, sie dort als Gäste zu behandeln, um später zu einem Arrangement zu kommen. König ist dem Projekt geneigt. Ich habe Anzeichen, dass der Urheber dieser absurden Idee, welche nur auf eine Verschleppung berechnet ist, deutscher Gesandter sei, welcher um jeden Preis den Retter Montenegros spielen will und auf diese Weise die deutsche Politik in ein ganz falsches Licht setzt. Giesl.

Nr. 6835. Telegramm in claris aus Cetinje, 30. April 1913 ohne Nummer (eing. 1. Mai 6 U. 30 M. a. m.).[a])

Antwort montenegrinischer Regierung auf Kollektivdemarche vom 27. d. M. lautet unter Hinweis auf Erklärung vom 21. d. M. ablehnend. Regierung behält sich vor, erst bei Friedensverhandlungen gelegentlich

Diskussion der Alliierten mit den Großmächten über die definitiven Grenzen Albaniens Skutarifrage zu debattieren. Giesl.

a) Vgl. n. 6932.

Nr. 6836. Tel. aus London, 30. April 1913 Nr. 362 (eing. 1. Mai 6 U. a. m.). Entziff.

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 367 und im Nachhange zu meinem heutigen Telegramme Nr. 361.a) Ich habe eben Sir E. Grey wieder gesehen, der mir sagte, er werde in einem Telegramme an seine Botschafter in Wien und Berlin den Standpunkt der britischen Regierung niederlegen, habe es aber bis jetzt nicht redigieren können. Sein Standpunkt sei ungefähr folgender: Er gebe zu, daß Montenegros Haltung irritierend und herausfordernd sei. Nachdem aber alle Mächte darüber absolut einig sind, daß Montenegro Skutari evakuieren müsse, so könne er sich der Erwägung nicht verschließen, daß eine sofortige Separataktion das europäische Konzert gefährden könnte. Er hoffe, die k. u. k. Regierung werde die von ihr zu ergreifenden Maßregeln erwägen, da die Natur derselben den größten Unterschied machen könnte für die Frage, ob das europäische Konzert erhalten werden kann. Er führte aus, daß die hiesige öffentliche Meinung, welche die Erklärung im Unterhaus, daß die Beschlüsse der Mächte jedenfalls aufrecht erhalten werden müssen, ohne Widerspruch aufgenommen hat, stark erregt würde, wenn äußerst strenge Strafmaßregeln gegen einen so kleinen Staat wie Montenegro ergriffen würden. Ich wendete ein, dies Alles sei etwas orakelhaft. Im Falle der Anwendung von Koerzitivmaßregeln müßten dieselben doch auch wirksam sein und die militärischen Faktoren müßten darüber entscheiden. Mein Eindruck ist der, daß Sir E. Grey damit meint, es würde für die Beurteilung einen Unterschied machen, ob eine Besetzung der durch die Mächte Albanien zugesprochenen Gebiete oder eine Besetzung montenegrinischen Gebietes stattfinden würde. (Fürst Lichnowsky hatte denselben Eindruck nach seiner Konversation mit dem Staatssekretär). Auf Diskutierung einer Beteiligung Englands an einer Aktion wollte Sir E. Grey weder mit mir, noch mit meinem deutschen Kollegen eingehen. Auf meine wiederholten Vorstellungen, ich hätte ja immer wieder darauf gedrängt, daß eine Entscheidung getroffen werde über Koerzitivmaßregeln, wenn Kollektivdemarche resultatlos, meinte er stets, man hätte aber noch nicht sich mit der Natur derjenigen Maßregeln befaßt, welche eine isolierte Aktion einer Macht in sich schließe. Mein Eindruck ist im ganzen nicht günstig. Rücksichten auf hiesige öffentliche Meinung und auf Russland und Frankreich scheinen wieder starken Einfluß auszuüben. Bei morgiger Réunion wird man vielleicht klares Urteil sich bilden können. Mensdorff.

a) Mit Tel. Nr. 361, 30. April 1913 (eing. 3 U. 30 M. p. m.) wurde aus London nur die Übermittlung des mit n. 6823 erteilten Auftrages an Sir E. Grey gemeldet.

Nr. 6837. Tel. aus London, 30. April 1913 Nr. 365 (eing. 1. Mai 2 U. 30 M. a. m.).a) Entziff.

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 362 vom 29. d. M. Statut Albaniens. Marquis Imperiali und ich haben vereinbart, den mit Erlass Nr. 1718b)

vom 16. d. M. übermittelten Text vorerst Sir E. Grey zu übergeben und die Mitteilung daran zu knüpfen, dass unsere beiden Regierungen die Modifikation der Artikel 1 und 2 in dem Sinne wünschen und proponieren, dass Bestimmungen über Suzeränität Sultans fallen gelassen und jedes Band zwischen der Türkei und Albanien beseitigt werde. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6937. — [b]) Vgl. n. 6668 Anm. b.

Nr. 6838. Tel. aus Paris, 30. April 1913 Nr. 91 (eing. 1. Mai 7 U. a. m.).[a]) Entziff.

Sowohl Herr Poincaré als Herr Pichon haben mir heute auf das bündigste versichert, daß Frankreich unerschütterlich an dem Beschlusse, Skutari für Albanien, festhalte. Russische Regierung habe gestern und heute äußerst energische Schritte in Cetinje unternommen, von denen man sich hier baldigen Erfolg verspricht. Montenegro müsse sich dem Willen Europas unterwerfen, erst nachher könne man von Kompensationen reden. Herr Pichon meinte, man solle Montenegro erklären, daß es, solange es sich nicht füge, nirgends Geld bekommen wird, diese Pression werde jedenfalls wirken. Beide Genannte wiederholten, daß sie ein Nachgeben Montenegros in kürzester Zeit erwarten und hoffen, daß wir uns nicht vom europäischen Konzert trennen würden. Ohne irgendwie zu drohen, sagte ich, daß es nach meiner Ansicht die höchste Zeit sei, daß dieses Konzert praktische Resultate erziele. Szécsen.

[a]) Oe. U. Balkan 253 Nr. 489. Vgl. n. 6749, 9474, 9484.

Nr. 6839. Tel. aus Rom, 30. April 1913 Nr. 253 (eing. 1 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Evakuierung Skutaris. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 252 von gestern. Die Bedingungen Italiens wären: 1.) Ein ...[b]) der Kooperation, insolange die Hoffnung auf eine internationale Aktion oder auf ein Nachgeben Montenegros nicht verloren ist. 2.) Vorheriges Einvernehmen über die Details, zum Beispiel Höhe der beiderseitigen Kontingente, Operationsplan, Wahl Ausschiffungsortes, Marsch auf Skutari etc. 3.) Vorheriges Festsetzen, daß Montenegro territorial auf keinen Fall angegriffen werde. 4.) Vorherige Vereinbarung über die nach den voraussichtlichen Folgen dieser Aktion zu treffenden gemeinsamen Entscheidungen. 5.) Skutarifrage wäre nicht zu isolieren, sondern vorher gemeinsames Vorgehen hinsichtlich Süd- und Südostgrenze Albaniens sowie gegenüber der durch Essad Pascha neuestens geschaffenen Situation zu vereinbaren. Durch Depeschenkasten sende ich einschlägige Aufzeichnung des Marquis di San Giuliano. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6840, 6852, 6854, 6870 Anm. d. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 6840. Bericht aus Rom, 30. April 1913 Nr. 30 (eing. 2. Mai).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Im Drange der Geschäfte muss ich es mir leider versagen, auf eine weitläufige Wiedergabe meiner — ohnedies telegrafisch

ziemlich ausführlich einberichteten — täglichen langen Unterredungen mit dem Minister des Äussern über die Frage einer, sei es europäischen, sei es österreichisch-ungarisch-italienischen, sei es endlich isolierten Action der Monarchie behufs Evacuation von Skutari einzugehen. Wohl aber glaube ich Euerer Excellenz in der Anlage Abschrift einer Aufzeichnung[b]) unterbreiten zu sollen, welche mir Marchese die San Giuliano gestern abends mit dem ausdrücklichen Bemerken übergeben hat, daß ich dieselbe nicht etwa als eine officielle und formelle Äusserung der hiesigen Regierung, sondern als eine flüchtige Skizze seines Gedankenganges und als eine gedrängte Widergabe seiner mündlichen Ausführungen betrachten möge. Der Minister hat daher auch keinen Einwand dagegen erhoben, als ich nach einer ersten Durchsicht des Schriftstückes gegen den vom Artikel VII des Dreibund-Vertrages und von unserem albanesischen Accord handelnden Absatz mehrfache Einwendungen erhob und denselben sowohl wegen seiner Unrichtigkeit als auch wegen seiner Inopportunität als zur Mitteilung an meine Regierung nicht geeignet bezeichnete und in seiner Gegenwart durchstrich. Andererseits glaubte ich meinerseits im Sinne Euerer Excellenz Instructionen auf die folgenden, mit „Si l'Autriche" etc. beginnenden Ausführungen umso weniger näher eingehen zu sollen, als dieselben im Grunde sehr vag gefasst sind und nicht ausdrücklich eine parallele Action Italiens ankündigen. Ich habe mich daher darauf beschränkt, diesen Teil des Schriftstückes dem Minister des Äussern gegenüber als unklar und phrasenreich zu kritisieren. Wichtig erscheinen mir dagegen die in fünf Punkten ausgeführten Bedingungen, unter welchen Italien gesonnen wäre, einer gemeinsamen Action mit uns zuzustimmen. Dieselben dürften zwar ebenso sehr von dem Wunsche der hiesigen Regierung dictiert sein, sich nicht ohne entsprechende Sicherung in ein von ihrem Standpunkte gewiss ernstes und bedenkliches Abenteuer einzulassen, wie auch der Tendenz Rechnung tragen, auch uns bei dieser gemeinsamen Action gewisse Schranken zu setzen, doch halte ich prima facie keine dieser Bedingungen für inacceptabel. Jedesfalls aber wird es sich darum handeln, ob eine Einigung über diese Punkte in allerkürzester Zeit herzustellen sein wird. Zur Motivierung der Skrupel der hiesigen Regierung und des von ihr gewünschten kurzen Aufschubes der Action darf immerhin darauf verwiesen werden, dass wir uns seit einem halben Jahre auf diese Action vorbereitet, die italienische Regierung aber erst vor einigen Tagen zur Cooperation aufgefordert haben.

[a]) Vgl. n. 6839, 6852. — [b]) Beilage. Mérey.

Beilage zu n. 6840. Aufzeichnung des ital. Ministers des Äußern, (29.) April 1913.[a]) Abschrift.

L'Italie est disposée à examiner la proposition austro-hongroise d'une coopération militaire des deux Puissances alliées pour obtenir l'évacuation de Scutari. Le Gouvernement Italien fait toutefois remarquer: 1° que cette action serait prématurée et par conséquent non justifiée aujourd'hui car tout espoir d'action internationale n'est pas encore perdu, et on peut aussi espérer encore que le Roi Nicolas cédéra devant la volonté unanime de l'Europe; 2° qu'il faut se mettre d'accord préalablement sur toutes les

modalités, par exemple les proportions des contingents respectifs, le plan des opérations, le choix de la localité pour le débarquement, la marche sur Scutari et tout le reste; 3° qu'il faut établir, aussi préalablement, que le territoire monténegrin ne sera attaqué dans aucun cas; 4° qu'il faut se mettre préalablement d'accord sur les décisions communes à prendre sur les conséquences plus faciles à prévoir de cette action; 5° qu'il ne faut pas isoler la question de Scutari, mais avant d'agir il faut se mettre d'accord aussi sur la conduite commune à tenir dans la question des frontières sud et sud-est de l'Albanie et sur l'attitude à prendre envers Essad Pascha et en vue de la situation nouvelle créée par ses accords avec le Monténégro et par sa proclamation comme Prince d'Albanie. — Toute action isolée de l'Autriche ou toute action italo-autrichienne doit en effet, conformément aux accords italo-autrichiens de 1897[b]) et 1900[c]) et à l'article 7 du traité de la Triple Alliance,[d]) fréquemment rappelé par l'Autriche à l'Italie pendant la guerre italo-turque, être précédée par des accords spéciaux entre les deux Puissances. Ces accords spéciaux ne peuvent pas être pris en 24 heures. Mais tout en évitant tout délai excessif ou volontaire ils demandent toutefois un examen calme et sérieux. Si l'Autriche, contre les prévisions et les désirs du gouvernement Italien voudra, malgré les considérations susmentionnées exécuter une action au moins prématurée et par conséquent non justifiée, l'Italie devra nécessairement se réserver sa liberté d'action, et elle a confiance de pouvoir prendre les mesures nécessaires pour sauvegarder ses intérêts, tout en maintenant et développant les rapports de réciproque amitié avec l' Autriche-Hongrie, qui se sont de plus en plus resserrés depuis quelque temps et qui ont permis de surmonter heureusement les difficultés qui ont surgi jusqu'à présent et permettront de surmonter également celles qui pourront survenir en continuant à y apporter l'esprit de confiance et de loyauté réciproque qui correspond à la lettre et à l'esprit de l'alliance et des accords sur l'Albanie. En effet, la note de Visconti Venosta et celle de Gołuchowski de Janvier et Février 1901[c]) établissent que les deux Gouvernements rechercheront en commun, toutes les fois qu'il y aura lieu, les voies et le moyens plus propres à concilier et sauvegarder leurs intérêts réciproques. Toute action isolée de l'Autriche serait donc en contradiction avec ces accords.

[a]) Vgl. n. 6870 Anm. e. — [b]) Pribram I 241 Anm. 247. — [c]) Ebenda 83. — [d]) Ebenda 103.

*Nr. **6841.** Tel. aus Sofia, 30. April 1913 Nr. 375 (eing. 1. Mai 1 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Hohes Telegramm Nr. 215 vom 30. d. M., die Petersburger Réunion betreffend, erhalten und Herrn Geschoff entsprechend verständigt. Konseilspräsident sagte, einige seiner Kollegen hätten tatsächlich aus Rücksichten innerer Politik wegen Fassung letzten Alineas Bedenken gehabt. Herr Geschoff habe dies bulgarischem Gesandten in Petersburg mitgeteilt und ermächtigt, Herrn Sazonow davon Erwähnung zu machen. Den Auftrag, die Weglassung des fraglichen Alineas zu verlangen, habe aber Konseilspräsident Herrn Bobcheff nicht erteilt; Herr Geschoff würde sogar gänzliche Streichung bedauern. Herr Bobcheff habe sich offenbar Herrn Sazonow

gegenüber undeutlich ausgedrückt. Konseilspräsident notierte sich Wortlaut neuester Schlußformel und wird mir morgen nach Rücksprache mit seinen Kollegen antworten, wofür er sich entschließe. Er glaube, die ursprüngliche Fassung mit geringen Modifikationen wäre vorzuziehen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6859, 6897.

Nr. 6842. Tel. aus Sofia, 30. April 1913 Nr. 376 (eing. 1. Mai 12 U 40 M. a. m.). Entziff.

Konseilspräsident sagte mir heute, er habe Informationen erhalten, wonach in Konstantinopel gute Dispositionen für Bulgarien bestünden. Bulgarische Regierung sei auch ihrerseits vom Wunsche erfüllt, sich Türkei zu nähern. Sobald Friede geschlossen, wolle Herr Geschoff in Verhandlungen mit Türkei treten und einen Spezialdelegierten zu diesem Zwecke nach Konstantinopel entsenden. Auf meine Frage, ob Negociationen nur ökonomischer oder auch politischer Natur sein werden, antwortete Herr Geschoff: „Beides". Tarnowski.

Nr. 6843. Tel. aus Athen, 1. Mai 1913 Nr. 268 (eing. 2. Mai 8 U. a. m.). Entziff.

Griechisch-bulgarische Beziehungen. Mein deutscher Kollege teilte mir streng vertraulich folgende Äußerungen Coromilas' mit, welcher ihn angelegentlich bat, sie für sich zu behalten (ich bitte daher um ganz geheime Behandlung). Beziehungen Griechenlands zu Bulgarien wären noch immer sehr gespannte und hätten in den letzten Wochen besonders dadurch Verschärfung erfahren, dass bulgarisches Militär Gebiete okkupierte oder sich zu besetzen anschicke, welche bisher als unbestritten griechischer Besitz galten. Dieser bulgarischen Taktik gegenüber hätte griechische Regierung energisch Stellung genommen und unter anderem mittelst Note in Sofia wissen lassen, dass Griechenland gegen diese Vorgangsweise Bulgariens Defensivmassnahmen ergriffen habe. Tatsächlich wären auch alle irgend wie disponiblen Truppen in Mazedonien konzentriert worden. Dadurch sei Herr Geschoff impressioniert worden und hätte seinerseits durch den bulgarischen Gesandten hier Vorstellungen erhoben, indem er darauf hinwies, dass die inkriminierten Vorfälle auf Konto der bulgarischen Truppen zu setzen wären, die angeblich ohne Befehl der Regierung vorgegangen. Auch Herr Venizelos habe sich zu deutschem Gesandten äußerst besorgt über die beiderseitigen Beziehungen geäußert und scheine kriegerische Konflagration für nicht so unwahrscheinlich zu halten. Deutscher Kollege ebenso wie ich halten noch immer an der Ansicht fest, dass eine griechisch-serbische Kooperation gegen Bulgarien (wenn dieses sich nicht nachgiebig zeigt und zum Beispiel auch Griechenland für Seres, auf das dieses noch immer Ansprüche zu erheben scheint, Kompensationen gewährt) wahrscheinlich. Auch mir klagte Coromilas über die Beziehungen zu Bulgarien, jedoch mehr in vager Form, betonte hingegen die militärische Stärke Griechenlands in Mazedonien. Von Einzelnheiten führte er nur die Ermordung von Griechen durch Bulgaren an, die von letzteren anfangs geleugnet wurde, aber dann dadurch bestätigt wurde, dass die Leichen von der Struma angespült wurden. Braun.

Nr. 6844. Tel. aus Athen, 1. Mai 1913 Nr. 269 (eing. 2. Mai 2 U. 45 M. a. m.). Entziff.

Schiedsgerichtliche Behandlung der bulgarisch-griechischen Differenzen. Herr Venizelos sagte deutschem Gesandten, wie dieser mir streng vertraulich mitteilt, er wirke schon seit einiger Zeit in Sofia dahin, damit bulgarische Regierung schiedsgerichtliche Austragung ihrer Differenzen mit Griechenland akzeptiere, bisher jedoch erfolglos. Auf die Frage, von wem nach der Idee Herrn Venizelos' Schiedsgericht auszuüben wäre, meinte dieser: von den nichtinteressierten Mächten, und bezeichnete als interessierte Mächte Österreich-Ungarn und Italien (die also vom Schiedsgericht auszuschliessen wären). Nachdem Graf Quadt auf die Aussichtslosigkeit dieser Vorgangsweise hingewiesen und als seiner rein persönlichen Ansicht [nach] den Haag als diesfalls geeignet erscheinendes Forum bezeichnete, hätte Venizelos diesen Gedanken lebhaft aufgegriffen. Nach Ansicht meines deutschen Kollegen würde Griechenland aber wohl jedenfalls Salonik von diesem schiedsrichterlichen Verfahren ausnehmen. Braun.

Nr. 6845. Tel. aus Bukarest, 1. Mai 1913 Nr. 210 recte 111 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramme Nr. 207 und 211 und hieramtliche Berichte Nr. 30 A und 31 A, rumänisch-bulgarische Aussprache betreffend. Minister des Äußern gab mir folgende Aufklärungen: „Letzten Dienstag vor drei Wochen, als Petersburger Entscheidung der Mächte noch nicht erfolgt war, berechtigte Annahme jedoch vorlag, daß Silistria rumänisch würde, habe er Herrn Kalinkoff zu verstehen gegeben, daß rumänische Regierung bereit sei, in direkte Verhandlungen mit Bulgarien auf Grund gegenseitiger Konzessionen zu treten. Erst nach 17 Tagen, als Petersburger Verhandlungen bereits abgeschlossen, sei bulgarischer Vertreter bei ihm erschienen und habe mitgeteilt, daß kein Grund vorliege, in weitere Erörterungen des Streitfalles einzutreten, da er bereits beigelegt, und fragte Herrn Majoresco, ob er irgendwelche andere Propositionen wegen künftigen Verhaltens Rumäniens zu Bulgarien zu machen habe. Minister verneinte, drückte jedoch seine Verwunderung darüber aus, daß Herr Geschoff nichts zur Lage zu bemerken habe. Seit dieser Unterredung habe er bulgarischerseits nichts gehört. Auf meinen Einwurf, daß Majoresco mir gesagt habe, er würde auch auf Grund alleiniger Abtretung Silistrias mit Bulgarien Abkommen treffen, äußerte dieser sich dahin, daß er auch weiter bereit sei, in Verhandlungen einzutreten, nachdem die Bedingungen dazu erfüllt, stets jedoch Absicht gehabt hätte, während dieser Verhandlungen, falls Bulgarien Wunsch betreffs künftiger Haltung Rumäniens geäußert hätte, Erfüllung von weiteren bulgarischen territorialen Konzessionen abhängig zu machen. Nachdem nun, wie es scheint, Bulgarien über Streitfall als res judicata nicht sprechen wolle, so sei ein Abkommen wieder in die Ferne gerückt. Rumänien habe Silistria nicht aus den Händen Bulgariens, sondern der Großmächte erhalten, wolle es die Haltung Rumäniens für Zukunft binden, müsse es jetzt selbst guten Willen zeigen. Auf mein Drängen meinte Minister, daß Neutralität Rumäniens für Abtretung Küstenstreifens

zu haben wäre, militärische Hilfe für Zedierung Balčiks. Rumänien sei mit Abtretung Silistrias soweit zufrieden, Kammern würden auch Petersburger Entschließungen nach seiner Ansicht mit großer Majorität annehmen, positive Leistungen oder Neutralität, wegen welcher während letzten Krieges öffentlich König und Regierung größter Vorwurf gemacht, müßten aber von Bulgarien im Verhandlungswege erreicht werden. Minister fügte bei, daß Serbien und Griechenland mit weitgehenden, wenn auch noch nicht konkreten Angeboten herangetreten seien und er nur Finger rühren brauche, um Allianz mit denselben einzugehen, bisher habe er aber ablehnende Haltung eingenommen. Er könne jedoch vor Land, das ohnehin gegen Bulgarien ungemein eingenommen und Zusammengehen mit dessen Feinden auf das freudigste begrüßen würde, nicht verantworten, ohne freundliche Disposition beweisende Konzessionen Bulgariens sich diesem gegenüber Hände zu binden. — Gewisse Abweichung in Stellungnahme Majorescos führe zurück I.) auf wachsende Schwierigkeiten Bulgariens mit Alliierten, welche rumänische Freundschaft höher bewerten lassen, II.) intensive Anbiederung Serbiens und Griechenlands, III.) Beeinflußung Auffassung des gegen Bulgarien stark aufgebrachten und frühere Festigkeit vermissen lassenden Königs durch liberale Partei, welche bulgarophob und im Herbste doch ans Ruder kommen dürfte. Ein Abkommen, das durch spontane territoriale Konzessionen Bulgariens früher leicht zu erlangen gewesen wäre, kann heute auch nur vermittelt werden, wenn Bulgarien freundschaftlichen und guten Willen durch direktes Anerbieten wenn auch geringer Abtretung bezeigt. Mit einigen Kilometern an Küste, eventuell einragendes Eck, wäre Neutralität und auch mehr zu erlangen.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 6863, 6864, 6900 Anm. b, 7024, 7062.

Nr. 6846. Tel. aus Cetinje, 1. Mai 1913 ohne Nummer (eing. 2. Mai 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Montenegrinische Regierung übermittelte mir Antwort auf Satisfaktionsbegehren in Angelegenheit Militärattachés. In der Note wird unseren Forderungen nach Einleitung Untersuchung und Bestrafung Schuldigen entsprochen, dagegen die zweite Forderung ignoriert und die Einleitung einer Untersuchung unsererseits gegen Militärattaché und Bekanntgabe deren Resultats verlangt.

Giesl.

[a]) Vgl. n. 6798, 6878, 6932.

Tel. nach London, 1. Mai 1913 Nr. 372 (chiffr. 2. Mai 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 6853.

Nr. 6847. Tel. aus London, 1. Mai 1913 Nr. 366 (eing. 9 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Sir E. Grey ließ mich eben zu sich bitten, um vor der Réunion mit mir zu reden. Er wird uns auf derselben mitteilen, daß das Kabinett seine bei der letzten Réunion gemachten Anregungen billige (meine Telegramme Nr. 356 und 359 vom 28. v. M.), wenn der Bemerkung „falls König Nikolaus

sich aber nicht füge, man ihn seinem Schicksale überlassen würde" folgender Zusatz beigefügt werde: „insoweit Skutari in Betracht kommt". Sir E. Grey betonte wieder die Verhütung einer Sprengung des europäischen Konzertes und ist der Ansicht, daß wir noch nicht an dem „en dernier ressort" angelangt sind, in welchem eine isolierte Aktion geboten erscheine. Er sagte mir, der montenegrinische Vertreter, Herr Popović, dem man nichts mitgeteilt hatte, sei gestern spontan beim Unterstaatssekretär erschienen und habe folgende Erklärung abgegeben: „J'ai l'ordre de mon gouvernement de demander au gouvernement Royal d'Angleterre, si dans le cas oú le Monténégro céderait à la volonté des Grandes Puissances et ferait le sacrifice de ses ambitions les plus naturelles en acceptant la solution Scutari à l'Albanie, les Grandes Puissances lui accordaient une compensation territoriale digne de ses sacrifices et dont la ligne-frontière passerait ... avec une aide efficace pour rétablir sa situation économique et rendre la vie plus possible à ses habitants". Nachdem dies das erstemal sei, daß von montenegrinischer Seite eine Neigung zum Einlenken gezeigt wird, so würde es sich doch lohnen, sie in Betracht zu ziehen. Der Staatssekretär weiß, daß ich in Gemäßheit meiner Instruktionen nicht an Diskussion von territorialen Kompensationen teilnehmen kann; er beabsichtigt bei heutiger Réunion einen Vorschlag, ungefähr wie folgt, vorzubringen: „Die spontane Mitteilung Herrn Popović' ist ein fait nouveau und scheint zu zeigen, daß König Nikolaus anfängt, den Ernst der Situation zu erkennen. Unter diesen Umständen wäre ein Versuch — selbst wenn es der letzte wäre — der Mühe wert, um zu vermeiden, Gewalt anzuwenden. Dieser Versuch könnte die Form einer starken Vorstellung nehmen, in welcher definitiv erklärt würde, daß, falls König Nikolaus Skutari friedlich evakuiere, wie es die Mächte verlangen, er finanzielle Unterstützung erhalten wird zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Montenegros. Wenn er es aber nicht tut, werde er gewiß auf die eine oder andere Weise von Skutari expulsiert werden und Montenegro werde keine Unterstützung erhalten und die Folgen würden verhängnisvoll für Montenegro sein." Ich sagte dem Staatssekretär, fälls eine derartige Resolution heute angenommen würde, wäre ich bereit, sie Euer Exzellenz vorzulegen, ohne mich darüber aussprechen zu können, wie Euer Exzellenz sie aufnehmen würden. Ich werde jedenfalls vorschlagen, wenn etwas derartiges zustande kommt, daß eine Frist zur Beantwortung seitens Montenegros gestellt werde. Ich hoffe, daß Euer Exzellenz eine derartige weitere Demarche noch der Erwägung wert finden werden, nachdem darin ausdrücklich gesagt würde, daß König Nikolaus „gewiß Skutari verlassen" müsse und wir von territorialen Kompensationen nicht sprechen. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 255 Nr. 497. Vgl. n. 6848, 6866, 6869, 6876, 6879.

Nr. 6848. Tel. aus London, 1. Mai 1913 Nr. 367 (eing. 2. Mai 2 U. a. m.).a) Entziff.

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramm Nr. 366. Bei heutiger Reunion teilte uns Sir E. Grey zunächst Billigung seiner Anregung durch Kabinett mit dem gemeldeten Zusatz „insoweit Skutari in Betracht kommt"

mit und forderte mich dann auf, meinen Instruktionen gemäß Mitteilungen zu machen, was ich genau nach dem Telegramm Nr. 367 vom 30. v. M. tat. Dann gab uns Staatssekretär Kenntnis von der mit Telegramm Nr. 366 gemeldeten Mitteilung des Herrn Popović und nachstehendes Resumé wurde aufgesetzt: „Sir E. Grey pense que la communication spontanée et volontaire de Monsieur Popović constitue un fait nouveau et semble indiquer que le Roi Nicolas commence à réaliser la gravité de la situation. Vu cette situation le gouvernement britannique ne peut dire que les derniers moyens aient été épuisés et dans ces circonstances un effort, serait-il le dernier, mérite d'être tenté pour éviter un recours à la force. Cet effort peut prendre la forme d'une sérieuse représentation dans les termes suivants: „Si le gouvernement monténégrin évacue pacifiquement Scutari ainsi que le demandent les Puissances il recevra l'appui qu'elles ont déjà envisagé pour améliorer la situation économique du pays. Mais s'il n'évacue pas Scutari, il en sera certainement expulsé d'une manière ou d'une autre et le Monténégro devra renoncer à l'espérance d'un appui ultérieur de la part des Puissances. Dans ce cas les conséquences de son attitude seraient désastreuses." Si les gouvernements approuvent les termes de la communication proposée par Sir E. Grey, la réunion pense qu'il importerait de donner aux représentants des Puissances à Cettigné des instructions pour que cette représentation collective fût faite sans retard." Ich habe erklärt, dass ich mich nicht aussprechen könne, wie Euer Exzellenz diese Anregung auffassen werden, sie aber Hochdenselben vorlegen werde. Ich bat Sir E. Grey und meine Kollegen, alles zu vermeiden, was ein Bekanntwerden der neuen Anregung des Staatssekretärs in der Presse herbeiführen könnte, bevor ich eine Antwort Euer Exzellenz erhalten hätte. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 256 Nr. 498. Vgl. n. 6850, 6866, 6898.

Nr. 6849. Tel. aus London, 1. Mai 1913 Nr. 368 (eing. 2. Mai 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Ich habe heute nach Schluß der Reunion längere streng vertrauliche Konversation mit Sir E. Grey gehabt. Seine Bemerkungen möchte ich folgendermassen resumieren: Die absolute Einigkeit der Mächte darüber, daß Skutari zu Albanien gehören muß, bleibt aufrechterhalten. Wichtiger noch als alle Grenzbestimmungen, an welchen ja nicht gerüttelt werden soll, ist aber die Aufrechterhaltung des europäischen Konzertes. Wenn nur eine Macht nicht mehr am Konferenztisch erscheint, ist das Konzert zu Ende. Die Gefahren werden groß, wenn auch nicht im allerersten Moment. Es könnte sich die Situation so entwickeln, daß die ursprünglichen Fragen, wie Grenzen und Skutari, namentlich in der öffentlichen Meinung der einzelnen Länder, in den Hintergrund treten und nur die Interessen jedes individuellen Landes gesehen würden, mit dem Resultate, daß man sich in getrennten Gruppen gegenüber stehen würde. Nach seiner Ansicht würde das Konzert höchstwahrscheinlich gesprengt werden, wenn unsere Aktion uns entweder I.) in einen Konflikt mit Serbien involvieren oder II.) eine Invasion Montenegros bedeuten würde. Sollten wir solche

Maßregeln ergreifen, wodurch der internationale Charakter unserer Aktion gewahrt würde, so könnte man darüber in eine Diskussion eintreten, wodurch die Sprengung des Konzertes verhütet würde. Auf mein wiederholtes Drängen, ob ich nicht Euer Exzellenz melden könne, auf welcher Basis der internationale Charakter gewahrt werden kann, wodurch die anderen Mächte mit uns, sei es auch nur zur See, kooperieren und der Beweis erbracht wird, daß wir im Einvernehmen mit den anderen Mächten vorgehen, wollte sich Staatssekretär nicht binden, mit der Motivierung, er könne nicht versprechen, ob er Russland und Frankreich dazu bringen könne, „de rester en ligne". Es wurde mir aber aus unserer Unterredung klar, daß die Möglichkeit, den internationalen Charakter zu wahren, nur auf dem Wege zu finden wäre, daß wir von jeder Invasion Montenegros absehen und unsere Operationen auf albanesisches Gebiet beschränken. Auf dieser Basis könnte vielleicht noch ein Versuch gemacht werden, ein Versprechen Sir E. Greys zu erlangen, einen (Druck)[b] auf Russland auszuüben, damit es nicht dagegen opponiere. Heute wollte er mir keine Zusage geben, weil er nicht weiß, was er von Russland erreichen kann, er erklärte mir aber, er wolle nach wie vor alles versuchen, um Konzert aufrechtzuerhalten. Eine private Äußerung meines französischen Kollegen bestärkte mich in der Annahme, daß alle Aussicht noch nicht verloren wäre, internationalen Charakter unserer Aktion zu wahren, wenn wir sie auf albanesisches Gebiet beschränken. Sir E. Grey wiederholte mir, er halte noch nicht den Moment gekommen, die Situation so aufzufassen, daß wir auf den letzten Punkt gelangt wären, an dem wir nicht länger warten könnten. Er meint, eine Aktion unserseits, ohne deren Charakter noch mit den Mächten zu diskutieren, würde auch in der englischen Öffentlichkeit als übereilt angesehen werden und die Regierung wäre wahrscheinlich auch genötigt, sich darüber öffentlich zu erklären, was besser vermieden wäre. Unsere Konversation war streng vertraulich und sehr freundschaftlich. Ich sprach natürlich viel von unserer bisher bewiesenen Geduld, der Erregung unserer öffentlichen Meinung, Schwierigkeit der Stellung Euer Exzellenz etc. Er anerkennt das alles sowie die provokatorische Haltung Montenegros, will aber nicht zugeben, daß ein unbedingtes Losgehen unserseits ohne weitere Diskussion mit den Mächten schon heute gerechtfertigt wäre. Jedenfalls hat er aber den lebhaften Wunsch, an der Erhaltung des Friedens und des Konzertes auch weiter mitzuarbeiten. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6866. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 6850. Tel. aus London, 1. Mai 1913 Nr. 369 (eing. 2. Mai 8 U. a. m.).[a] Entziff.

In Ergänzung meines heutigen Telegrammes Nr. 367. Meine wiederholten energischen Versuche, dass bei der von Sir E. Grey angeregten neuerlichen Vorstellung in Cetinje eine Frist festgestellt werden sollte, binnen welcher Montenegro zu antworten hätte, scheiterte an dem Widerspruche Grafen Benckendorffs und Herrn Cambons. Grey sagte mir aber, er werde für seinen Teil nach Cetinje telegraphieren, damit der britische Gesandte die dortige Regierung auf den Ernst der Situation aufmerksam mache.

Staatssekretär sendet mir soeben spät abends ein Resumé dieses Telegrammes an englische Gesandtschaft in Cetinje wie folgt: „Sie sollten versuchen, dem König von Montenegro und seiner Regierung den Ernst der Lage klar zu machen. Österreich-Ungarn steht auf dem Punkte, eine getrennte Aktion vorzunehmen. Falls Montenegro es unterlässt, sich den von den Mächten bereits gemachten Vorstellungen zu fügen, welche Montenegro in sehr unkluger Weise nicht als äußerst dringlich behandelt hat, so könnte Österreich-Ungarn sofortige Aktion unternehmen. Ich habe dafür plädiert, dass der montenegrinischen Regierung noch Zeit gegeben werde, die Situation aufzufassen und dass Gewaltanwendung verschoben werde. Sollte die Forderung der Mächte nach Evakuation Skutaris von Montenegro ausgeführt werden, so werde Montenegro gewisse ökonomische Unterstützung finden. Dies werde bereits von den Mächten wohlwollend erwogen. Sollte Montenegro in seinem Widerstande fortfahren, so würde es sicherlich gewaltsam von Skutari expulsiert werden; es müsste jede Hoffnung auf ökonomische Unterstützung aufgeben und Konsequenzen desaströser Natur würden für Montenegro folgen. Das ist die tatsächliche Alternative. Österreich-Ungarn hat mir keine Zusicherung gegeben, dass es nicht sofort eine Aktion beginne und wenn die montenegrinische Regierung nicht in sehr wenigen Tagen den Forderungen der Mächte nachkomme, so kann Montenegro nur die genannte Alternative erwarten.“ In dem Briefe, mit welchem Grey mir dieses Telegramm schickt, bemerkte er, dass wenn Montenegro vorher weiss, dass eine weitere Demarche in Aussicht genommen ist, es sicherlich dies zum Vorwand einer Aufschiebung seiner Antwort auf die erste Demarche machen würde. Er habe deshalb sein Telegramm nach Cetinje so stilisiert, dass für den Moment nicht davon gesprochen wird, wenn aber die zweite Demarche tatsächlich erfolgt, die Montenegriner verstehen müssten, dass dies ihre letzte Chance wäre und sie rasch antworten müssen. Ich glaube unvorgreiflich, dass es wünschenswert wäre, wenn vorläufig noch nichts von der in Aussicht genommenen weiteren Demarche in Cetinje in die Öffentlichkeit dringe, bevor die Mächte nicht auf diese Anregung geantwortet haben.

Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 255 Nr. 496. Vgl. n. 6866.

Nr. 6851. Tel. aus London, 1. Mai 1913 Nr. 370 (eing. 2. Mai 6 U. a. m.). Entziff.

Nächste Reunion für Montag festgesetzt. Mensdorff.

Nr. 6852. Tel. nach Rom, 1. Mai 1913 Nr. 444 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) *Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).*

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 252 von vorgestern und 253 von gestern. Herzog Avarna hat heute auftragsgemäß den Euer Exzellenz bekannten Text[b]) der von Marquis di San Giuliano für seine Kooperation gegen Montenegro in der Skutarifrage gestellten Bedingungen zu meiner Kenntnis gebracht. Die einzelnen Punkte dieser Pièce geben mir zu folgenden Bemerkungen Anlaß: ad 1. Gegen die italienischerseits

gebrauchte Wendung, ein sofortiges Einschreiten Österreich-Ungarns wäre prématuré und injustifié, müßte ich mich verwahren, da unsere Aktion eher verspätet als verfrüht komme und durch das Vorgehen Montenegros vollauf gerechtfertigt sei. ad 2. Euer Exzellenz könnten gegebenen Falles erwähnen, daß ein Gedankenaustausch der beiden Generalstabschefs zu diesem Behufe Platz greifen könnte und würden wir zu diesem Zwecke die Delegierung des Militärattachés Oberstleutnants Albricci in Vorschlag bringen. Dieser Gedankenaustausch erscheint umso notwendiger, als ad 3. nach Einvernahme der militärischen Autoritäten ein Angriff auf Skutari mit Ausschließung des montenegrinischen Territoriums praktisch undurchführbar wäre. ad 4. Bezüglich der vorherigen Vereinbarung der nach der Aktion zu treffenden gemeinsamen Beschlüsse erscheint es schwer möglich, alle in Betracht kommenden Eventualitäten vorauszusehen; wir müßten daher abwarten, daß Italien in die Lage komme, konkrete Fälle namhaft zu machen. ad 5. Diesen Punkt akzeptiere ich gerne unter der Voraussetzung, daß durch die hierüber und über die vorhergehenden Punkte zu führenden Verhandlungen keine Verzögerung der Aktion eintrete. — Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Mitteilung an Marquis di San Giuliano. Als sich Herzog Avarna im weiteren Verlaufe der Konversation auftragsgemäß auf unsere Akkords mit Italien und den Artikel VII des Dreibundvertrages berief, erklärte ich dem Herrn Botschafter, daß wir auf dem Boden der Akkords stehen und dieselben einzuhalten gedenken. Was aber den zitierten Vertragsartikel betreffe, so könne auch er im vorliegenden Falle, nur soweit albanesisches Gebiet in Frage kommt, Anwendung finden. Wir müssen uns in unseren Beziehungen zu den Balkanstaaten freie Hand wahren, wie wir dies auch Italien zubilligen. Jener Artikel sei im Hinblicke auf die Erhaltung des status quo in der europäischen Türkei beziehungsweise die Liquidierung des Besitzstandes derselben geschaffen worden, könne aber nicht auf unser künftiges Verhältnis zu den Balkanstaaten Bezug haben. Schließlich habe ich Herzog Avarna gefragt, was unter der Reserve verstanden werde, welche Marquis di San Giuliano für den Fall einer Separataktion unsererseits folgendermaßen formuliert habe: l'Italie devrait nécessairement se réserver sa liberté d'action et pourvoir à la sauvegarde de ses intérêts, etc. Der Herr Botschafter antwortete, er glaube, es handle sich um die Eventualität einer Aktion in Südalbanien. Auch erwarte man, daß — falls wir zu einer Sonderaktion schreiten sollten — dieselbe durch die Rücksichten auf die Interessen Italiens zu limitieren wäre. Ich erwiderte hierauf, daß wir in diesem Falle tunlichste Rücksicht auf die Interessen des Verbündeten nehmen wollen, uns aber natürlich nicht verpflichten können, über die in den Verträgen festgelegten Verbindlichkeiten hinauszugehen. Es könne dies daher nur für Albanien, nicht aber für die Balkanstaaten gelten und setze voraus, daß auch italienischerseits auf Österreich-Ungarn im Rahmen unserer albanesischen Abmachungen Rücksicht genommen werde. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und eventueller Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis di San Giuliano.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6854, 6881, 6882. — [b]) Beilage zu n. 6840.

Nr. 6853. Tel. nach Rom Nr. 447 (1) und London Nr. 372 (2), 1. Mai 1913 (chiffr. 2. Mai 12 U. 30 M. a. m.).[a] *Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).*

1.—2. Herzog Avarna hat mir am 29. v. M. nachstehendes Aidemémoire überreicht: „La frontière méridionale de l'Albanie proposée par l'Autriche-Hongrie paraît pleinement justifiée dans les deux parties extrèmes: la première entre le lac de Ochrida et sa jonction avec le fleuve Belitza et la seconde entre le village de Vostina et le Cap Phtelia. Par contre la partie moyenne qui constituerait un coin qui s'avancerait vers Metzovo jusqu'à réjoindre presque la frontière actuelle greco-albanaise paraît trop défavorable à la Grèce. En conséquence tout en présentant la proposition austro-hongroise et en restant intransigeant pour les traits Ochrida-Belitza et Vostina-Phtelia il faudrait être disposés à faire quelque concession pour le trait moyen." Ich stehe diesem Vorschlage gegenüber auf dem Standpunkte, daß die italienischerseits ins Auge gefaßten Koncessionen auf dem mittleren Teile der Grenzlinie deshalb nicht gemacht werden können, weil dies die Preisgabe der Pinduswalachen an Griechenland bedeuten würde. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber

1. Marquis di San Giuliano.
2. Marquis Imperiali.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6801, 6880.

Tel. nach Rom, 1. Mai 1913 Nr. 448 (chiffr. 2. Mai 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 6856.

Nr. 6854. Tel. aus Rom, 1. Mai 1913 Nr. 258 (eing. 2. Mai 8 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Skutari. Mit Befriedigung gab mir Minister des Äussern Einsicht in ein Telegramm des Herzogs von Avarna über eine Unterredung mit Euer Exzellenz in Angelegenheit der in meinem Telegramm Nr. 253 vom 30. d. M. skizzierten Bedingungen einer österreichisch-ungarisch-italienischen Cooperation. Er äusserte sich optimistisch darüber, dass wir uns verständigen und unsere guten Beziehungen auch aus dieser harten Probe intact hervorgehen dürften. Unsere Cooperation könne je nach dem weiteren Gange der Dinge gemeinsam oder parallel (aber auch in letzterem Falle im vollen Einvernehmen) erfolgen. Die einzige Schwierigkeit bilde für Italien die Unmöglichkeit, direct gegen Montenegro zu operieren. Ich werde mich morgen früh in der Consulta über das Ergebnis der heutigen Londoner Reunion erkundigen und behalte mir, falls dasselbe — wie wahrscheinlich — unbefriedigend ist, auch noch eine persönliche Einwirkung auf den Ministerpräsidenten vor.

[a]) Vgl. n. 6852.

Mérey.

Nr. 6855. Tel. aus St. Petersburg, 1. Mai 1913 Nr. 185 (eing. 2. Mai 1 U. 30 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Nachdem nunmehr alle meine Kollegen bereits im Besitze der Instruktionen sind, die sie zur Unterzeichnung des rumänisch-bulgarischen Mediationsprotokolles in der letzten vorgeschlagenen Fassung des Schluß-

satzes (vide mein Telegramm Nr. 178 vom 28. v. Mts.) ermächtigen, und Herr Sazonow nur mehr auf eine Mitteilung meinerseits wartet, um die nächste Reunion, in welcher die Unterzeichnung eventuell erfolgen soll, einzuberufen, bitte ich Euer Exzellenz um eine hochgeneigte telegraphische Weisung im Gegenstande. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6897.

Nr. 6856. Tel. nach Skutari Nr. 2 (1) und Rom Nr. 448 (2), 1. Mai 1913 (chiffr. 1: 6 U. 40 M. p. m.; 2: 2. Mai 12 U. 40 M. a. m.). Konz. (S. Sonnleithner u. Rappaport; G. Macchio).

1. Angesichts der in Ihrem Telegramme Nr. 29[a]) vom 30. April erwähnten Situation und mit Rücksicht auf Möglichkeit, daß eine oder mehrere Mächte zu bewaffneter Intervention behufs Erzwingung der Räumung von Skutari durch Montenegriner schreiten werden, wäre es vielleicht angezeigt, daß Ihre Familie sowie die Familien unserer anderen Beamten Skutari verlassen. Ich stelle es Euer Hochwohlgeboren anheim, zu deren Schutz einen Consularbeamten und Cawassen mitzugeben. Weiters wollen Euer Hochwohlgeboren Erzbischof und Vorstände aller unter unserem Schutze stehenden Anstalten vertraulich auf Möglichkeit zweiter Belagerung aufmerksam machen, damit dieselben in die Lage kommen, sich zu verproviantieren und solche Personen baldigst aus der Stadt zu entfernen, deren Gesundheit oder andere Rücksichten dies als rätlich erscheinen lassen. Um Schwierigkeiten bei Abreise zu vermeiden, würde es sich empfehlen, die Abreise unauffällig und partienweise durchzuführen. Behufs Verständigung des Blokadegeschwaders erwarte telegraphischen Bericht über Zeitpunkt, Anzahl und Route der Abreisenden. Euer Hochwohlgeboren wollen den Empfang dieses Telegrammes bestätigen.

2. Generalkonsul von Zambaur telegraphiert unterm 30. v. M. wie folgt: „Herr Gregović hat sich nach Bekanntwerden des Ultimatums Österreichs Vertrauensperson dieses und des italienischen Generalkonsulates gegenüber dahin vernehmen lassen, daß Montenegro im Falle, daß es durch die Mächte gezwungen würde Skutari zu räumen, die Stadt vorher in Trümmer schießen werde. Hierzu ist zu bemerken, daß Gregović noch zur gemäßigteren Partei gehört. Die ganz intransigente Richtung ist hier durch General Vukotić und den Exgeschäftsträger in Konstantinopel Plamenac repräsentiert. Wenn mit Ausstreuung solcher Gerüchte vielleicht auch nebenbei Zweck verfolgt wird, Mächte von Anwendung äußerster Mittel abzuhalten, ist montenegrinischer Heeresleitung, die bereits einmal Plünderung von Skutari vorgesehen hatte, alles zuzutrauen und daher rechtzeitige Maßnahmen zum Schutze der fremden Staatsangehörigen Gebot dringendster Notwendigkeit. Conte Mancinelli telegraphiert in gleichem Sinne nach Rom.“ Vorstehendes zur Besprechung mit Marquis di San Giuliano, wobei ich zu der Euer Exzellenz geeignet erscheinenden Verwerthung bemerke, daß ich heute folgende Antwort nach Skutari richte: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Berchtold.

[a]) Vgl. sub 2.

Nr. 6857. Tel. aus Sofia, 1. Mai 1913 Nr. 378 (eing. 5 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Aus Unterredungen mit Herrn Geschoff, die ich in meinen Telegrammen Nr. 368 und 370 vom 24. v. Mts. und 25. v. Mts. besprochen, empfing Eindruck, den zuerst auch andere Indizien bekräftigten, daß ruhigere Auffassung Geschoffs der Schwierigkeiten mit Serbien einer Zusicherung Russlands, daß dieses für Serbien nicht Partei nehmen werde, entspringen müsse. Nach meinem gestrigen Gespräche mit Konseilspräsidenten und nach Rücksprache mit einigen oppositionellen Politikern, wie auch wegen Sprache offiziöser Presse habe jetzt Impression, daß bulgarische Regierung keine ganz positive Zusage von Russland erhalten und daß Kabinett außerdem ernste Gründe haben müsse zu fürchten, daß Serbien nicht nachgeben werde. Herr Geschoff trachtet, seine Besorgnis nicht zu verraten, war aber gestern viel weniger ruhig als vor einigen Tagen. Er gab zu, daß Serben in entsetzlicher Weise in bulgarischen Gebieten hausen und Bulgaren verfolgen und daß hierzulande — wofür ich auch sonst Beweise habe — Erregung sehr tief. Gestern sagte Herr Geschoff, daß laut Vertrag nicht nur territoriale Fragen, sondern alle Streitfälle zwischen Serbien und Bulgarien dem Schiedsspruche Russlands unterworfen seien. Geschoff könne nicht annehmen, daß Russland Rolle Arbiters refüsiere, und wolle nicht glauben, daß Serbien es auf Skandal Krieges ankommen lasse; mit mehr Bestimmtheit hat sich Konseilspräsident nicht geäußert. Von oppositionellen Politikern höre, daß serbische Regierung hier formell Revision des Vertrages verlangt hätte. Geschoff soll eher konziliant gestimmt sein, einige andere Minister aber und Herr Danew nicht. Habe Ansicht gehört, die auch russischer Kollege teilt, daß wachsende Schwierigkeiten mit Verbündeten Demission Herrn Geschoffs zur Folge haben könnten. Deutscher Kollege, den ersuchte, russischen Gesandten auszuholen, hatte gestern Eindruck daß Herr Nekludow wieder pessimistisch. Er bezeichnete Aufgabe Russlands zwischen Serbien und Bulgarien sehr schwierig; wohin solle das kommen, meinte er: Russland interessiere sich für Serbien und könne es nicht preisgeben und Österreich-Ungarn unterstütze bis zum Äußersten Bulgarien und finde auch Mittel, hier Sympathien zu gewinnen. Ich bleibe in Fühlung mit Führern oppositioneller Parteien, wo, wie auch in Armeekreisen, Unzufriedenheit mit russophiler Politik unverkennbar. Der durch „Agence télégraphique bulgare" vorgestern veröffentlichte Artikel der „Wiener Allgemeinen Zeitung" kam mir à propos.

Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 254 Nr. 492.

Nr. 6858. Tel. aus Sofia, 1. Mai 1913 Nr. 379 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Es besuchte mich soeben Herr Dobrovič. Er sprach sich in schärfster Weise über russophile Politik der Regierung aus, die nicht einsehen wolle, daß Rußland gegen Bulgarien arbeite. Russland fürchte nichts so wie ein starkes Bulgarien und deswegen wolle es Serbien möglichst groß machen. Die allgemeine Stimmung sei jetzt hier antirussisch und speziell sei die Armee sehr gegen Russland montiert. Mit wem immer Herr Danew spreche,

höre er nur Wunsch ausdrücken, daß sich Bulgarien Österreich-Ungarn anschließe. Dobrovič insistiere unaufhörlich bei König, daß Seine Majestät die Politik des Kabinettes Herrn Geschoffs nicht weiter gestatte. Wenn Sachen schief gehen werden, werde man dann König dafür verantwortlich machen und Russland werde seinerseits alles tun, um „den Koburger" zu diskreditieren. Mit Herrn Geschoff ließe sich nichts anfangen; er gebe Notwendigkeit, sich Wohlwollen Österreich-Ungarns zu erhalten, zwar zu, wolle sich aber um keinen Preis von Russland entfernen. Dobrovič sagte, Artikel der „Wiener Allgemeinen Zeitung" hätte hier ermutigt und ausgezeichneten Eindruck gemacht. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6860.

Nr. 6859. Tel. aus Sofia, 1. Mai 1913 Nr. 381 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Bezug auf mein Telegramm Nr. 375 vom 30. v. M. betreffend Petersburger Botschafterreunion. Herr Geschoff sagte mir, er werde mir erst morgen antworten, da er Frage dem am Lande weilenden Könige vorlegen musste. Charakteristisch für Haltung Geschoffs ist, dass er weder gestern noch heute Rumänien oder direkte Konversation mit rumänischer Regierung mir gegenüber erwähnte und seit in meinem Telegramm Nr. 371 vom 26. v. M. wiedergegebener Unterredung keine Neugierde zeigte zu erfahren, wie Prinz Fürstenberg bewusstes Missverständnis aufgeklärt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6884.

Nr. 6860. Tel. aus Sofia, 1. Mai 1913 Nr. 383 (eing. 2. Mai 6 U. a. m.). Entziff.

Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 379. Ich begegnete heute abends Dobrovič und wir setzten Gespräch fort. Bezeichnend ist, daß er sagte, man täusche sich hier nicht über Grund, warum russischer Gesandter erst heute Instruktion zur Demarche betreffend Mediation bekommen. Russland wolle Frieden verzögern, damit bulgarische Armee länger bei Tschataldja bleibe und Serben ihre militärischen Vorbereitungen gegen Bulgarien vollenden. Im Verlaufe der Unterredung wies ich auf Euer Exzellenz bulgarischer Regierung freundliche Politik, die möglichst starkes Bulgarien bezwecke und bemerkte, daß russophiles Kabinett Geschoff auf diese unsere Attitude mit einer ganz unklaren Haltung antworte, so daß ich auch heute noch ganz unsicher, ob nicht Bulgarien im Falle Krieges, in den Monarchie verwickelt wäre, zusammen mit Serbien gegen uns kämpfen würde. Dobrovič bezeichnete Politik russophilen Kabinetts als untolerabel und sagte, daß dessen Stellung erschüttert. Ich könne versichert sein, — meinte Mitredner — daß von dem Moment an, wo Bulgarien nach Friedensschluß freie Hand bekomme, es für immer ausgeschlossen sei, daß sich Bulgarien je mit Serbien solidarisiere. Sollte es auch zur friedlichen Teilung Mazedoniens kommen, werde es doch für Bulgarien nichts so verhasstes geben wie die Serben und von dem Balkanbund werde keine Spur übrig bleiben. Dobrovič denkt daran, mit Rücksicht auf Wichtigkeit gegenwärtigen Momentes, König dringend zu empfehlen, außer Mitgliedern

der Regierung zugleich auch Führer der Opposition und Generale einzuladen und Kronrat abzuhalten. Mit Ausnahme Herrn Geschoffs und einiger Minister wären hier alle dafür, mit Rumänien Bündnis zu schließen und sich an Österreich-Ungarn anzulehnen. Tarnowski.

Nr. 6861. Tel. aus Belgrad, 2. Mai 1913 Nr. 261 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Hetzrede General Janković'. Im Nachhange Telegrammes Nr. 256 vom 30. v. M. Serbische Regierung hat ein im Sinne Telegrammes vom 28. v. M. Nr. 131 abgefaßtes Dementi den ausländischen Telegraphenagenturen zugesendet. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6871.

Tel. nach Berlin, 2. Mai 1913 Nr. 347 (chiffr. 12 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 6866.

Nr. 6862. Erlaß nach Berlin, 2. Mai 1913 Nr. 2001.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Streng vertraulich. Infolge der krisenhaften Zuspitzung der Skutarifrage, welche eine Aktion zu dem Zwecke, Montenegro dem Willen der Mächte gefügig zu machen, unbedingt erheischt, ist die Balkanfrage in ein neues akutes Stadium getreten, dessen weitere Entwicklung sich heute noch nicht überblicken läßt. Die Konnexität der Verhältnisse gestattet es nicht, die Frage von Skutari von den übrigen Problemen, die die Balkankrise gezeitigt hat, zu trennen. Damit das geschlossene Auftreten der Dreibundstaaten in dieser Frage zum Erfolg führe, ist es unbedingt erforderlich, daß ihre Politik am Balkan überhaupt ebenso einheitlich und kongruent sei. In den internen Besprechungen, die wir in den letzten Monaten mit der deutschen Regierung über die rumänisch-bulgarische Angelegenheit geführt haben, konnten wir nun eine gewisse Verschiedenheit der Auffassung über die den einzelnen Balkanstaaten gegenüber einzunehmende Haltung konstatieren, eine Diskrepanz, die, wie Euer Exzellenz aus dem hier in Abschrift mitfolgenden streng vertraulichen Privatschreiben entnehmen wollen, auch durch den persönlichen Gedankenaustausch nicht ausgeglichen werden konnte, der im März d. J. zwischen mir und Herrn von Jagow stattgefunden hat.[b]) Aus den oben angeführten Gründen kann ich es aber hiebei nicht bewenden lassen, es erscheint mir vielmehr unerläßlich, durch eine offene Aussprache mit dem Berliner Kabinette und durch nochmalige Darlegung unserer Gesichtspunkte die notwendige übereinstimmende Orientierung unserer Politik gegenüber allen Balkanstaaten herbeizuführen und eine klare Situation zu schaffen. Nach den verschiedenen Aeußerungen der kompetenten deutschen Stellen aus der letzten Vergangenheit läßt sich die Auffassung des Berliner Kabinettes in den Fragen des nahen Orients folgendermaßen resumieren: Eines der Hauptziele der deutschen Orientpolitik bildet die Erhaltung des engen Verhältnisses Rumäniens zum Dreibunde. Um ein Abschwenken Rumäniens zu verhüten, ist es unerläßlich, für die rumänischen Interessen warm und energisch einzutreten. Die deutsche Regierung hält es ferner für wünschenswert, auch Griechenland als nichtslavischen Balkanstaat, zum Dreibund

heranzuziehen und zu diesem Zwecke dessen Wünsche und Aspirationen möglichst zu berücksichtigen. Was Serbien anbelangt, so war man in Berlin noch bis vor kurzem der Anschauung, daß wir uns, wie die Dinge gegenwärtig stehen, wohlwollend und entgegenkommend verhalten und eine Verständigung anstreben sollten. Gegenüber Bulgarien ist das deutsche Kabinett dagegen von tiefem Mißtrauen erfüllt. Es sei höchst wahrscheinlich, daß ein russisch-bulgarischer Geheimvertrag bestehe und jeder Versuch, Bulgarien von Rußland zu emanzipieren und dem Dreibund näherzubringen, sei aussichtslos. Zudem hätten bei der Unverläßlichkeit König Ferdinands und seiner Minister alle Engagements und Erklärungen Bulgariens nur einen sehr problematischen Wert. Weit entfernt davon, die bulgarischen Interessen unterstützen zu wollen, hielte es das Berliner Kabinett im Gegenteile für angezeigt, die Ralliierung der drei eben genannten Staaten gegen Bulgarien und dessen weitgehende Zukunftspläne anzustreben und sich im Konfliktsfalle, soweit eine diplomatische Unterstützung in Betracht kommt, auf die Seite der Gegner Bulgariens zu stellen. Wenn wir auch in einzelnen Punkten mit den Anschauungen der deutschen Regierung einverstanden sind, so können wir uns doch mit dem Grundgedanken, auf dem diese Konzeption basiert, vom Standpunkte unserer Interessen aus nicht befreunden. Wir legen allerdings ebenso wie das Berliner Kabinett den größten Wert auf die Freundschaft Rumäniens und haben dies auch durch unser Eintreten für die rumänischen Wünsche in der Petersburger Réunion in einer Art und mit einem Erfolge bewiesen, daß Rumänien wohl keinerlei Anlaß hat, gegen uns mißtrauisch zu sein. Auch was Griechenland anbelangt, begegnen wir uns — bei dem Fehlen eines jeden direkten Interessengegensatzes — mit Deutschland in der Sympathie für die griechische Nation und ihre Dynastie. In letzter Zeit hat Griechenland jedoch — allerdings vielleicht nicht aus freiem Entschluß, sondern durch die Macht der Verhältnisse genötigt — eine Richtung eingeschlagen, welche zu den von uns verfolgten Zielen in einem gewissen Gegensatze steht. Die griechische Regierung erhebt in Albanien territoriale Ansprüche, die weit über das durch die ethnographischen Verhältnisse gerechtfertigte Maß hinausgehen und kommt dadurch mit den Erfordernissen des künftigen albanesischen Staates in Kollision, welche von Italien und von uns vertreten werden. Andererseits manifestiert sich immer deutlicher, daß Griechenland Hand in Hand mit Serbien geht und erst kürzlich sind mir verläßliche Informationen zugekommen, welche den Abschluß eines — wohl gegen Bulgarien gerichteten — serbisch-griechischen Separatabkommens als nahe bevorstehend bezeichnen. Der Punkt jedoch, in dem wir den Anschauungen des Berliner Kabinettes nicht beipflichten können, betrifft unser Verhältnis zu Serbien einer- und Bulgarien andererseits. Bezüglich Serbiens haben wir den Rat des deutschen Kabinettes sozusagen befolgt, ehe er gegeben wurde. Wir sind in der gegenwärtigen Krise bis zur äußersten Grenze des Entgegenkommens, ja der Abnegation, gegangen. Wenn Serbien dessenungeachtet heute mehr denn je unter russischem Einflusse steht, wenn die serbische öffentliche Meinung mit größerer Feindseligkeit und Zuversicht als zuvor auf die Realisierung

großserbischer Träume auf unsere Kosten hofft, so beweist dies wohl zur Evidenz, daß wir Serbien für absehbare Zeit als Gegner betrachten und darnach behandeln müssen. Unter diesen Umständen bildet ein möglichst gutes Verhältnis zu Bulgarien als Gegengewicht gegen Serbien einen notwendigen Faktor unserer Orientpolitik und wir haben, wie der deutschen Regierung ja bekannt ist, seit Jahren konsequent auf dieses Ziel hingearbeitet. Bulgarien ist, wie sich neuerlich gezeigt hat, das militärisch stärkste Element am Balkan, dessen Haltung das Kräfteverhältnis sehr bedeutend zu verschieben imstande ist. Die bulgarischen Interessen kollidieren nicht nur in keinem Punkte mit den unseren, es besteht vielmehr zwischen ihnen insoferne ein gewisser Parallelismus, als Oesterreich-Ungarn und Bulgarien in gleicher Weise ein Interesse daran haben, einen weiteren Machtzuwachs Serbiens zu verhindern. Endlich kommt für uns auch der Umstand in Betracht, daß Bulgarien ein slavischer Staat ist. Die Rücksichtnahme auf unsere Slaven schließt es aus, daß wir am Balkan eine Politik verfolgen, welche die nichtslavischen Elemente zu einem Bunde gegen die Slaven zu vereinigen trachtet. Wenn es aber einmal zur Austragung der serbischen Frage kommt, dann wäre das Zusammengehen Bulgariens mit der Monarchie für uns auch in dieser Hinsicht von größtem Werte. Der nahe bevorstehende Moment, wo gleichzeitig der Friede mit der Türkei zustande kommen, die Entscheidung der Mächte in der rumänischen Kontroverse bekanntgegeben werden und die Frage der Aufteilung der abgetretenen türkischen Gebiete in ein akutes Stadium treten wird, stellt Bulgarien vor die Entscheidung, wie es sein Verhältnis zur Türkei, zu Rumänien und zu seinen bisherigen Verbündeten für die Zukunft gestalten soll. Wollten wir in diesem Augenblicke Bulgarien unsere Unterstützung versagen, so würden wir damit in Sofia dem Einflusse Rußlands das Feld räumen, unter dessen Patronanz nach dem Ausgleiche der Differenzen unter den Alliierten der Balkanbund neugestärkt fortbestehen dürfte. Es bedarf keines weiteren Beweises, daß diese Entwicklung für uns wie für Deutschland eine höchst ungünstige wäre. Allerdings würde auch unsere Unterstützung Bulgarien kaum ohne weiteres zum Anschlusse an den Dreibund veranlassen. Bulgarien würde aber in seinem seit jeher bestehenden Streben, eine von Rußland unabhängige Politik zu verfolgen, durch den Rückhalt an den Dreibundmächten bestärkt werden, womit schon viel gewonnen wäre. Denn wie immer man über die Zuverlässigkeit der maßgebenden Faktoren in Bulgarien denken mag, so viel steht fest: Während Serbien heute nur ein Werkzeug in der Hand Rußlands ist und sein mot d'ordre aus Petersburg empfängt, hat Bulgarien seit jeher nicht russische, sondern bulgarische Politik gemacht und wird dies auch in Zukunft tun, wenn wir es nicht geradezu in die Arme Rußlands treiben. Die Befürchtung, die man in Berlin zu hegen scheint, daß die Unterstützung Bulgariens Rumänien dem Dreibunde entfremden könnte, vermögen wir nicht zu teilen. Wir haben in der bulgarisch-rumänischen Frage von allem Anfange an einen billigen Ausgleich und die Anbahnung einer Annäherung zwischen den beiden Staaten angestrebt und nach allem, was wir aus Bukarest und Sofia hören, haben wir begründete Hoffnung, daß es zu einer vollen Verständigung

kommen wird. Ein Akkord mit Rumänien würde aber, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich, die Angliederung Bulgariens an die Dreibundgruppe bedeuten. Auch was die Türkei anbelangt, dürfte Bulgarien in absehbarer Zeit eine Politik verfolgen, die mit jener der Dreibundmächte harmoniert. Der bevorstehende Friedensschluß befreit das ganze von Bulgaren bewohnte Gebiet von der türkischen Herrschaft und damit fällt das stärkste Motiv zu einer anti-türkischen Politik Bulgariens weg. Es ist im Gegenteil mit Sicherheit anzunehmen, daß man in Sofia bemüht sein wird, sich mit der Türkei gut zu stellen und daß der Dreibund in dem Bestreben, die Reste des türkischen Staates zu erhalten und ein Vordringen Rußlands nach Kleinasien oder an die Meerengen zu verhindern, auf die tatkräftige Mitwirkung Bulgariens rechnen kann. Nicht dasselbe läßt sich, nebenbei bemerkt, von Griechenland erwarten, dessen Politik, wie immer die Inselfrage entschieden werden mag, auf die Befreiung der noch bei der Türkei verbliebenen griechischen Bevölkerung der Inseln und des kleinasiatischen Festlandes gerichtet sein wird. Die Tätigkeit der panhellenistischen Bewegung ist in dieser Beziehung von maßgebenderer Bedeutung, als die Erklärungen einer von der öffentlichen Meinung abhängigen Regierung. Um schließlich auf die aktuelle Phase der Balkankrise, die Skutarifrage, zurückzukommen, so haben auch in dieser Frage die Dreibundmächte allen Grund, darauf hinzuwirken, daß Bulgarien — und zwar, wie oben erwähnt, in erster Linie durch eine rasche und volle Verständigung mit Rumänien — sich ihnen und nicht der gegnerischen Gruppe anschließe. Denn die Rückwirkung dieser Verständigung auf das serbisch-bulgarische Verhältnis wird von entscheidender Bedeutung für die Haltung Serbiens sein. Noch größer wäre die Bedeutung der Stellungnahme Bulgariens, wenn der immerhin nicht auszuschließende Fall eintreten sollte, daß die Skutarifrage zu Verwicklungen unter den Mächten führt, da der militärische Wert Rumäniens als Bundesgenosse in diesem Falle je nach seinem Verhältnis zu Bulgarien verdoppelt oder geradezu nullifiziert würde. Alles in allem genommen, sind wir daher der Ueberzeugung, daß Sofia der Punkt ist, wo der Dreibund einsetzen muß, um unter geschickter Ausnützung der gegenwärtigen Konstellation zu verhindern, daß die Balkankrise mit einem Saldo zu seinen Ungunsten und zu Gunsten Rußlands und der Entente abschließe. Um hier erfolgreich zu sein, ist, wie oben erwähnt, aber ein einiges Vorgehen des Dreibundes unbedingt erforderlich. Da Italien in der letzten Zeit eine Haltung beobachtet hat, welche erkennen läßt, daß es mit den hier entwickelten Gesichtspunkten im großen und ganzen einverstanden ist, so kommt es nun darauf an, ob Deutschland sich bestimmt findet, mit uns in diesem Sinne zusammenzuwirken. Das enge Bundesverhältnis zwischen den beiden Reichen schließt es an sich aus, daß sie am Balkan eine verschiedene oder gar entgegengesetzte Politik verfolgen. Da die Monarchie aber infolge ihrer geographischen Lage und ihrer inneren Struktur von den Vorgängen am Balkan am unmittelbarsten berührt wird und sich unsere politischen und wirtschaftlichen Interessen weit mehr als die irgend einer anderen Großmacht auf diesem Gebiete konzentrieren, so glauben wir wohl mit einer gewissen Berechtigung darauf

rechnen zu können, daß die deutsche Regierung sich den vorstehenden, für unsere Haltung maßgebenden Erwägungen nicht verschließen werde. Eine Disharmonie in diesen für die Monarchie vitalen Fragen könnte nur den Gegnern des Dreibundes zustatten kommen. Wir möchten umso eher annehmen, in dieser Beziehung beim Berliner Kabinette Verständnis zu finden, als die von uns in Aussicht genommene Politik den speziellen Interessen des Deutschen Reiches nicht nur nicht widerspricht sondern meiner innersten Ueberzeugung nach vom deutschen Standpunkte aus ebenso geboten ist, wie von dem unserigen. Euer Exzellenz wollen in der allernächsten Zeit Gelegenheit suchen, sich im Sinne des Vorstehenden sowohl zum Herrn Reichskanzler wie zu Herrn von Jagow auszusprechen und abschließend bemerken, daß die kaiserliche Regierung bei Rücksichtnahme auf unsere politische Orientierung nur zu jenem Programme zurückkehren würde, das Kaiser Wilhelm im Dezember v. J. (Euer Exzellenz Bericht Nr. 50A vom 9. Dezember v. J.) gegenüber dem rumänischen Gesandten in Berlin in überaus klarer und präziser Weise entwickelt und als den offiziellen Standpunkt Deutschlands bezeichnet hat.

[a]) Vgl. n. 6895, 6929, 7284, 7506. — [b]) n. 6126, 6275.

Nr. 6863. Tel. aus Bukarest, 2. Mai 1913 Nr. 112 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung der Chiffredepesche vom 1. d. M. Nr. 111. Minister zeigte mir strikt konfidentielle Mitteilung russischen Auswärtigen Amtes an rumänischen Vertreter in St. Petersburg Mächte-Entscheidung in Grenzstreit betreffend. Er fügte hinzu, er beabsichtige, bald nach dem am 8. d. M. erfolgenden Kammerzusammentritt, dieser in vertraulicher Sitzung Mächte-Beschluß vorlegen und votieren zu lassen. Dieser Vorgang würde rumänisch-bulgarischem Streitfall ein offizielles Ende bereiten und Stellung Regierung sehr erleichtern, ebenso Agitation im Lande Boden entziehen. Voraussetzung dafür sei aber, daß Mächte und Bulgarien keine Bedenken dagegen trügen. Er bitte mich, Euer Exzellenz von seinem Plane Mitteilung zu machen. Russische Regierung werde er ebenfalls durch hiesigen Gesandten in diesem Belange sondieren lassen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 260 Nr. 503. Vgl. n. 6872, 6948.

Nr. 6864. Tel. aus Bukarest, 2. Mai 1913 Nr. 113 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Gestrige, durch Ministerrat unterbrochene Unterredung mit Minister des Äußern heute wieder aufgenommen. Hielt demselben vor, daß Euer Exzellenz durch mein gestriges Bericht erstattendes Telegramm Nr. 111 peinlich berührt werden würden, hauptsächlich durch Widerspruch, der in seiner jetzigen und früheren Auffassung zu Tage tritt, nachdem er mir auch nach vertraulicher Information über alleinige Zession Silistrias Arrangement mit Bulgarien in Aussicht stellte. Minister des Äußern konnte dies nicht leugnen, bemerkte, er hätte noch immer geglaubt, daß in letzter Stunde wenigstens ein Teil der von Bulgarien bereits zedierten Abtretungen noch erlangt werden würde. Er könne sich des Gedankens nicht erwehren,

daß man in Sofia im Grunde gar kein Abkommen mit Rumänien wünscht, da von dieser Seite auch nicht das mindeste Empressement dazu gezeigt werde. Nach längerer Diskussion erklärte sich Minister nach wie vor bereit, in Pourparlers mit Bulgarien einzutreten, vorausgesetzt, daß dieses konkreten Wunsch oder Vorschlag ausspricht. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7165.

Tel. nach Cetinje, 2. Mai 1913 Nr. 131 (chiffr. 12 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 6866.

Nr. 6865. Tel. aus Cetinje, 2. Mai 1913 Nr. 173 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Laut Mitteilung des Ministerpräsidenten war gestriger Kronrat einstimmig in der Auffassung, daß gegen jede militärische Aktion, also auch gegen eine internationale Landung von Detachements, Widerstand auf das Äußerste geleistet werden müsse. Giesl.

[a]) Oe. U. Balkan 258 Nr. 501. Vgl. n. 6932.

Nr. 6866. Tel. nach London Nr. 373 (1), Rom Nr. 453 (2), Berlin Nr. 347 (3), Paris Nr. 266 (4), St. Petersburg Nr. 329 (5) und Cetinje Nr. 131 (6), 2. Mai 1913 (chiffr. 12 U. 10 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Rappaport, Pogatscher u. Berchtold; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme vom 1. d. M. Nr. 366—369. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich Sir E. Grey gegenüber in nachstehendem Sinne vernehmen zu lassen. Man habe in Wien das vollste Verständnis sowohl für den Wert der Bemühungen, welche der Herr Staatssekretär in der Réunion für die Erhaltung der Einhelligkeit unter den Mächten entwickelt habe als auch für die Eindringlichkeit der Sprache, welche dem englischen Gesandten in Cetinje aufgetragen wurde und — wie wir hoffen — nicht ohne Wirkung bleiben wird. Was unsere Haltung zu dem von der gestrigen Réunion gefaßten Beschlusse anbelangt, so halten wir unsere früheren Mittheilungen an die Mächte aufrecht, Mittheilungen, mit deren Inhalte der in Rede stehende Réunionsbeschluß in zweifacher Richtung nicht übereinstimmt, und zwar: 1. Der Beschluß nimmt konkrete Koerzitivmaßregeln nicht in Aussicht, überdies enthält er nicht einmal die Bestimmung einer Frist, innerhalb welcher Skutari von den Montenegrinern zu räumen ist. 2. Die von der Réunion beschlossene Démarche in Cetinje stellt Montenegro für den Fall der gutwilligen Räumung Skutaris eine ökonomische Kompensation in Aussicht, während unser Standpunkt dahingeht, daß Montenegro sich jetzt bedingungslos den Beschlüssen Europas fügen müsse, wobei es den Mächten allerdings unbenommen bleibe, nach erfolgter Unterwerfung Montenegros unter ihren Willen eine financielle Hilfe für das Land wieder in Erwägung zu ziehen. Wenn wir uns auch vorbehalten haben, an seinerzeitigen einschlägigen Konversationen der Mächte über diesen Gegenstand theilzunehmen, ist es uns doch unmöglich, eine Demarche mitzumachen, die eine diesbezügliche Zusage an Montenegro enthält. Infolge dieser Differenzen sind wir nicht in der Lage, dem k. u. k. Gesandten in Cetinje die

Weisung zu erteilen, die in London in Aussicht genommene Kollektivdemarche mitzumachen und bleibt die Situation insoferne dieselbe, als wir nach wie vor von der Stellung weiterer Anträge absehen und uns vorbehalten müssen, im gegebenen Augenblicke die uns geeignet erscheinenden Maßnahmen zur Durchsetzung der europäischen Beschlüsse zur Anwendung zu bringen. Euer Exzellenz wollen jedoch nicht ermangeln, dem Herrn Staatssekretär zu sagen, daß wir mit unserer Enthaltung von der in Aussicht genommenen Kollektivdemarche in Cetinje durchaus nicht den Zweck verfolgen, die anderen Mächte an der Ausführung einschlägiger Einzelvorstellungen bei der montenegrinischen Regierung zu behindern, daß es uns vielmehr ganz erwünscht wäre, wenn durch die eindringliche Sprache der Vertreter der anderen Großmächte König Nikolaus zum Einlenken veranlaßt und so der unsererseits an Montenegro zu richtenden Sommation zuvorgekommen würde.

2.—6. Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 452 *b)* (beziehungsweise 346,*b)* 265,*b)* 328,*b)* 130*b)*). Ich telegrafiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur ex Telegramm sub 1. von „Ich ersuche Euer Exzellenz, sich Sir E. Grey“ bis zum Schlusse.)

2.—3. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mittheilung an Marquis di San Giuliano (Herrn von Jagow) mit dem Beifügen, daß unserer oben erwähnten Sommation an Montenegro selbstverständlich eine Konversation mit Italien vorausgehen wird.

4.—5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und eventueller Regelung Ihrer Sprache.

6. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Information mit dem Bemerken, daß Euer Hochwohlgeboren es sohin selbstverständlich unterlassen wollen, an der in London in Aussicht genommenen Demarche teilzunehmen. Ihren Kollegen von den Großmächten gegenüber sind Euer Hochwohlgeboren ermächtigt, Ihre Enthaltung von dem Schritte in der oben ersichtlichen Weise zu motivieren. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 258 Nr. 502. Vgl. n. 6876, 6898. — *b)* Mit Tel. nach Rom Nr. 452 (1), Berlin Nr. 346 (2), Paris Nr. 265 (3), St. Petersburg Nr. 328 (4) u. Cetinje Nr. 130 (5), 2. Mai 1913 (chiffr. 3. Mai 12 U. 40 M. a. m.) wurden n. 6847, 6848 und 6850 korrigiert und auszugsweise mitgeteilt.

Nr. 6867. Tel. aus London, 2. Mai 1913 Nr. 372 (eing. 3. Mai 5 U. a. m.).a) Entziff.

Sir E. Grey wird heute dem türkischen Botschafter und bulgarischem Gesandten den Entwurf eines Präliminarfriedens übergeben, damit sie denselben benützen, wenn es ihnen genehm ist. Gleichzeitig wird er ihnen mitteilen, daß er diesen Entwurf den Mächten vorlegte, aber noch keine Antwort erhalten hat. Der Entwurf in französischer Übersetzung enthält nach üblichem Präambule die folgenden Bestimmungen: Article I. La frontière entre la Turquie et la Bulgarie s'étendra d'Enos sur la Mer Egée à Midia sur la Mer Noire. Le tracé exact de cette frontière sera déterminé par une commission internationale nommée par... Tous les territoires ottomans situés en Europe à l'ouest de cette frontière, à l'exception de l'Albanie, sont cédés

aux alliés par Sa Majesté le Sultan. Article II. Le règlement de la délimitation des frontières de l'Albanie et de toutes autres questions concernant ce pays est réservé aux Grandes Puissances. Article III. Sa Majesté Impériale le Sultan renonce à tous droits de souveraineté et autres sur l'île de Crète qu'il cède à Sa Majesté le Roi des Hellènes. Le soin de statuer sur le sort de toutes les îles de la Mer Egée et sur celui de la péninsule du Mont Athos est remis aux Grandes Puissances. Article IV. Le règlement de toutes les questions d'ordre financier est remis à la commission internationale de Paris à laquelle prendront part les délégués de l'Empire ottoman et ceux des Etats alliés. Article V. Le présent traité sera ratifié et les ratifications seront déposées à ... dans le plus bref délai possible. Bitte um telegraphische Weisung, ob ich Euer Exzellenz Zustimmung zu vorstehender Redaktion aussprechen darf.

Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 257 Nr. 500. Vgl. n. 6805, 6875, 6893 Anm. b, 6924, 6936.

Tel. nach Paris, 2. Mai 1913 Nr. 266 (chiffr. 12 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 6866.

Tel. nach Rom, 2. Mai 1913 Nr. 453 (chiffr. 12 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 6866.

Tel. nach St. Petersburg, 2. Mai 1913 Nr. 329 (chiffr. 12 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 6866.

Nr. 6868. Privatschreiben an den russ. Botschafter, 2. Mai 1913 Nr. 2008.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

J'ai eu l'honneur de recevoir Votre communication d'hier[b]) et je tiens, avant tout, à Vous dire à quel point je sais apprécier la valeur des assurances de Votre Gouvernement contenues dans l'annexe de Votre lettre. Je ne veux cesser d'espérer que les efforts du Gouvernement Impérial réussiront à amener le Monténégro à se conformer à la volonté des Puissances. Il n'est pas de ma compétence de me prononcer sur les moyens que le Gouvernement Impérial jugera utile d'employer pour atteindre ce but. En ce qui concerne la question des compensations à concéder au Monténégro, notre point de vue à ce sujet a été nettement précisé dans la réunion des Ambassadeurs à Londres par le Comte Mensdorff.[c]) De même, le Comte Thurn en a informé, en mon nom, Monsieur Sazonow.[d]) Je tiens toutefois à Vous répéter que, les frontières du côté nord et nord-est de l'Albanie ayant été unanimement fixées par les Puissances, nous ne pourrions admettre des compensations territoriales aux dépens de l'Albanie, et qu'une discussion de la question d'un secours financier à apporter au Monténégro ne nous paraît possible qu'après l'évacuation de Scutari par les Monténégrins. Finalement je me permets d'attirer l'attention de Votre Excellence sur le fait que notre attitude dans cette question ne saurait être influencée par les dangers que le Gouvernement Impérial croit devoir nous signaler et que notre ligne de conduite dépendra entièrement de la résistance que le Monténégro continuera à opposer aux décisions de l'Europe.

[a]) Vgl. n. 6828, 6869. — [b]) Liegt nicht bei den Akten. — [c]) Vgl. n. 6790. — [d]) Vgl. n. 6823.

Nr. 6869. Tel. aus St. Petersburg, 2. Mai 1913 Nr. 188 (eing. 3. Mai 1 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow ließ mich heute zu sich bitten und teilte mir mit, daß nach den ihm aus London zugekommenen Meldungen, der dortige montenegrinische Vertreter Sir E. Grey gegenüber schriftlich erklärt habe, König Nikolaus sei bereit, sich dem Wunsche der Mächte zu fügen und auf Skutari zu verzichten, wenn ihm gewisse territoriale und finanzielle Kompensationen geboten werden würden.[b] Der Herr Minister ersuchte mich, Euer Exzellenz vorzustellen, daß durch diese Erklärung dem Willen der Mächte im Wesentlichen Genüge geleistet werde, so daß im Interesse der friedlichen Beilegung der ganzen Angelegenheit wohl ein Auge zugedrückt und auf den Wunsch des Königs von Montenegro nach entsprechender Kompensation Rücksicht genommen werden sollte. Es sei dies auch aus Rücksicht auf die Stellung des Königs seinem Lande gegenüber geboten, die durch den Verzicht auf Skutari jedenfalls eine Erschütterung erfahren würde; und wenn auch die Persönlichkeit des Königs nichts weniger als sympathisch sei, so könne doch keine Macht und speziell auch nicht Österreich-Ungarn ein Interesse daran haben, seine Stellung zu untergraben. Ich erwiderte, daß mir über die Angelegenheit nichts bekannt sei, daß aber die k. u. k. Regierung immer auf dem Standpunkt gestanden ist, daß territoriale Kompensationen auf Kosten Albaniens unzulässig seien und daß überdies auf einer bedingungslosen Annahme des Willens der Mächte bestanden werden müsse. Herr Sazonow warnte vor den Gefahren, die mit einer Prestigepolitik verbunden seien und meinte überdies, daß ja das Prestige der Monarchie in dieser Frage überhaupt nicht berührt werde, zumal ja der König sich nun dem Willen der Mächte zu fügen bereit sei. Über dem Prestige stehe immer das eigene Interesse und dies müßte nach Ansicht Herrn Sazonows die Monarchie geneigt machen, keinen intransigenten Standpunkt einzunehmen.[1] Sollte jetzt, wo König Nikolaus, der sich immer auf den Standpunkt starrer Negation verlegt hatte, in der Hauptsache nachgegeben hat, die Monarchie noch immer auf einem gewaltsamen Einschreiten bestehen, so würde eine solche Haltung nirgends in Europa Verständnis finden und die k. u. k. Regierung würde sich hiedurch eine schwere Verantwortung aufladen. Thurn.

[1] Wenn Sazonow solche Lehren gibt, soll der Botschafter antworten, dass das unsere Sache ist, dies zu beurtheilen.

[a] Vgl. n. 6828, 6868, 6883. — [b] Vgl. n. 6847.

Nr. 6870. „Protokoll des zu Wien am 2. Mai 1913 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten, unter dem Vorsitze des Ministers des k. u. k. Hauses und des Äußern Grafen Berchtold". G. M. K. P. Z. 506. Konz. (S. Schreibmaschine; V. Günther u. Berchtold) und Ausfert.

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Graf Stürgkh, der königl. ungar. Ministerpräsident Dr. von Lukács, der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Ritter von Bilinski, der k. u. k. Kriegsminister Feldzeugmeister Ritter von Krobatin, der k. k. Finanzminister Ritter von Zaleski, der königl. ungar. Finanzminister Dr. Teleszky.

Protokollführer: Hof- und Ministerialrat Alexander Ritter von Günther.*a)*

Gegenstand: Der gegenwärtige Stand der politischen Lage.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um $^{1}/_{4}$12 Uhr vormittags und hält folgendes Exposé: Ich habe mich genötigt gesehen, den heutigen Ministerrat einzuberufen, um angesichts des bedrohlichen Charakters der internationalen Lage den beiden Regierungen den derzeitigen Stand unserer auswärtigen Beziehungen darzulegen und — daran anknüpfend — die Massnahmen zu erörtern, welche die Monarchie gegebenen Falles zur Wahrung ihrer Lebensinteressen zu treffen gezwungen sein könnte. Wie den beiden Regierungen bekannt, hatten wir im Laufe der Balkankrise unser politisches Programm in folgenden Punkten festgesetzt: 1.) Schaffung eines selbständigen Albaniens; 2.) Nichtzulassung der Serben zur Adria; 3.) Tunlichste Beschränkung des serbischen Elementes auf seine natürlichen ethnischen Grenzen; 4.) Kompensationen für Rumänien. — Vor vierzehn Tagen noch hatte es geschienen, dass dieses Programm — allerdings nach langwieriger und mühsamer diplomatischer Arbeit — mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden könnte. Das selbständige Albanien sowie der Ausschluss der Serben von der Adria waren durch internationale Beschlüsse sanktioniert, die Serben dadurch im grossen und ganzen innerhalb ihrer ethnischen Grenzen zurückgewiesen und die von Rumänien beanspruchte Kompensation — Silistria — war demselben gleichfalls durch internationalen Beschluss zugesprochen worden. Da nebstbei der Friede zwischen der Türkei und den Balkanstaaten nahezu gesichert war, konnte mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit auf eine befriedigende Lösung gerechnet werden. Der Fall von Skutari am 23. April hat diese Berechnungen durchkreuzt. Skutari ist sozusagen der Schlüssel zu unserem Balkanprogramme. Die Gründe hiefür sind folgende: 1.) Ohne diese Stadt ist, nach allen albanesischen Autoritäten, ein lebensfähiges Albanien nicht zu denken. Mit dem Verluste derselben müsste somit die Bildung eines selbständigen Albaniens aufgegeben werden. 2.) Ist einmal Skutari in den Besitz Montenegros gelangt, so steht zu befürchten, dass sich der natürliche Hafen desselben, der Hafen von San Giovanni di Medua, auf die Dauer auch nicht bei Albanien wird halten können. Montenegro käme dadurch in den Besitz eines neuen Hafens, den es schon mit Rücksicht auf die von den Serben bei der Aktion von Skutari geleistete Hilfe gegen Entgelt den Serben überlassen könnte, wodurch letztere — ganz abgesehen von der Eventualität einer Fusion zwischen Serbien und Montenegro — gegen unseren Willen doch an die Adria gelangen würden und 3.) würde durch Einverleibung Skutaris rein albanesisches Gebiet einem serbischen Staatswesen zugeschlagen werden und dadurch das Serbentum eine Ausbreitung über seine ethnischen Grenzen hinaus erfahren. In allen drei Belangen ist somit unser Balkanprogramm mit dem Schicksal von Skutari eng verbunden. Hiezu kommt, dass eben mit Rücksicht auf die dadurch aufgeworfene Frage der Durchsetzung unseres Programmes und unseres Willens das Skutari-Problem innerhalb und ausserhalb der Monarchie zu einer Prestigesache der letzteren geworden ist, bei deren Lösung das ganze moralische Gewicht derselben, deren Ansehen, Macht

und Einfluss in Frage kommen. Indem König Nikolaus den Beschlüssen der Mächte zum Trotze die Stadt eingenommen und gleichzeitig erklärt hat, dieselbe nicht wieder herauszugeben, haben wir uns somit vor die Alternative gestellt gesehen: entweder den wesentlichen Teil unseres Balkanprogrammes aufzugeben und damit nicht nur vitale politische Interessen der Monarchie preiszugeben, sondern auch das Prestige derselben aufs Spiel zu setzen, oder der Möglichkeit ins Antlitz zu schauen, unser Programm und unseren Willen eventuell mit Waffengewalt durchsetzen zu müssen. Die Wahl zwischen diesen zwei Alternativen konnte selbstverständlich nicht einen Augenblick in Zweifel kommen. Unsere Sorge war nun nur mehr darauf gerichtet, die diplomatische Lage den veränderten Verhältnissen tunlichst zu unseren Gunsten anzupassen. Vom Beginne der Krise an hatten wir, um den europäischen Frieden nach Möglichkeit vor Gefährdung zu bewahren, mit Rückstellung augenfälliger eigener Interessen den Kontakt mit den anderen Mächten aufrechtgehalten. Diese stete Fühlungnahme hat uns den Vorteil geboten, mit rein diplomatischen Mitteln unser Balkanprogramm bei allen Mächten durchzusetzen und dadurch eine völkerrechtlich festgefügte Plattform gegenüber den Balkanstaaten zu gewinnen. Der Apparat des europäischen Konzertes hat aber den Nachteil, langwierig und schwerfällig zu arbeiten und so ist es gekommen, dass der Beschluss vom 22. März,[b] wodurch die Frage der Zugehörigkeit Skutaris endgiltig in unserem Sinne gelöst worden war, bis heute dem König von Montenegro nicht aufgezwungen werden konnte. Die internationale Blockade hat den gewünschten Zweck nicht erreicht und zu wirksameren Koerzitivmassregeln wollten sich einzelne der beteiligten Mächte nicht bereit finden. Nur so konnte es kommen, dass König Nikolaus die Stadt eingenommen und bis heute nicht herausgegeben hat. Jeder verlorene Tag bedeutet aber eine Verschlechterung unserer Position. Wenn gestern noch alle Mächte mit Emphase betonten, Skutari müsse unter allen Umständen unbedingt zu Albanien kommen, wird heute schon von der Opportunität gesprochen, durch territoriale Kompensationen, natürlich auf Kosten Albaniens, den König zur Nachgiebigkeit zu zwingen und der Panslavismus ist inzwischen rastlos an der Arbeit, um die Einnahme von Skutari als Heldentat einer slavischen Nation zu feiern, die historischen Rechte Montenegros auf den Besitz Skutaris zu begründen und jeden Eingriff in die geschaffene Sachlage als Verletzung des Völkerrechtes hinzustellen. Die Minierarbeit dieser Elemente ist umso gefährlicher, als dadurch nicht nur die Stellung der mässigenden Faktoren in den leitenden Kreisen Russlands gefährdet und die öffentliche Meinung in Frankreich vergiftet wird, sondern auch die Haltung des uns bisher wohlgesinnten englischen Kabinettes durch Rücksichtnahme auf die Entente-Genossen und die äusseren Einflüssen zugängliche Stimmung im eigenen Lande eine unerfreuliche Änderung erfahren könnte. Wir haben uns angesichts dieser Umstände bemüssigt gesehen, in der Sitzung der Londoner Botschafter-Réunion vom 28. April[c] unseren Standpunkt dahin zu präzisieren, dass wir uns vorbehalten müssten, „im gegebenen Momente die notwendigen Massnahmen zur Durchsetzung des Willens Europas zu ergreifen." Es ist damit nicht gesagt, dass wir uns offen vom

Konzert der Mächte trennen, wir haben uns nur freie Hand gesichert, um nicht weiter von der Verschleppungsmethode des Mächtekonzertes abhängig zu sein. Eine selbständige Aktion der Monarchie gegen Montenegro würde unmittelbar zu dem angestrebten Doppelziele führen: 1.) Durchsetzung unseres Balkanprogrammes und 2.) Wahrung unseres Prestiges. Ein solches Vorgehen dürfte aber zweifelsohne einen lebhaften Sturm in Russland und dessen Exposituren am Balkan hervorrufen. Um uns gegen dessen eventuelle Konsequenzen sicher zu stellen, schien es uns klug, mit Italien in Fühlung zu treten und dies umsomehr, als wir in früherer Zeit mehrere, Albanien betreffende Übereinkommen mit dem Königreiche geschlossen haben, die uns eine spezielle Berücksichtigung des letzteren auferlegen. Aus diesem Grunde sind wir an die italienische Regierung mit der Mitteilung herangetreten, dass, falls die beschlossene Kollektivdemarche in Cetinje zu keinem positiven Resultate führen würde und die Mächte sich über das Ergreifen wirksamer Koerzitivmassnahmen nicht einigen könnten, für uns bloss zwei Eventualitäten übrig bleiben: Entweder der Krieg mit Montenegro oder eine militärische Kooperation mit Italien zum Zwecke der Erzwingung der Räumung Skutaris. Das römische Kabinett hat sich nach einigem Zaudern entschlossen, die zweite Eventualität in Erwägung zu ziehen und unter gewissen Bedingungen seine Mitwirkung in Aussicht gestellt. Auch hat Italien im Wege der Presse zu verstehen gegeben, dass es im Hinblicke auf die derzeitigen anarchischen Zustände in Albanien gezwungen sein könnte, eine militärische Expedition dahin ins Auge zu fassen. Es lässt sich heute absolut nicht voraussehen, was die nächste Zukunft bringen wird. Ob sich die Botschafter-Réunion in letzter Stunde zu wirksamen internationalen Zwangsmassnahmen aufraffen werde, ob die Kooperation mit Italien trotz der von letzterem gestellten, namentlich in militärischer Hinsicht, onerosen Bedingungen, ausführbar sein wird, oder wir selbständig gegen Montenegro werden vorgehen müssen, ob weiters eine militärische Besetzung Albaniens sich als notwendig erweisen wird, schliesslich wie sich König Nikolaus zu der veränderten Sachlage stellen werde: all dies lässt sich heute nicht feststellen. Soviel aber ist gewiss, dass wir mit der Möglichkeit, um nicht zu sagen Wahrscheinlichkeit eines Konfliktes mit Montenegro zu rechnen haben, in dessen weiterem Verlaufe auch die Eventualität eines Eingreifens des serbischen Schwesterstaates in Rechnung zu stellen ist. Ich halte mich für verpflichtet, die Aufmerksamkeit der beiden Regierungen auf diese Sachlage zu lenken und daran den Appell zu knüpfen, die gemeinsame Regierung in den Stand setzen zu wollen, im gegebenen Falle über die Mittel zur Bedeckung der sich als unvermeidlich erweisenden Kosten verfügen zu können.

Der königl. ungarische Ministerpräsident fragt, ob die Nachrichten der Zeitungen über Montenegro zu gewährende Kompensationen und über die Beschlüsse der Londoner Botschafter-Konferenz richtig seien.

Der Vorsitzende erwidert, dass er die Gewährung von Kompensationen an Montenegro im gegenwärtigen Augenblicke als ein unstatthaftes Entgegenkommen bezeichnen müsse. Was die gestrige Botschafterkonferenz betreffe, so sei ihm das bezügliche Telegramm noch nicht

vorgelegt worden. Die Botschafter-Réunion tage konstant seit 22. März und habe seit dem Falle Skutaris, 23. April, schon 3 Sitzungen abgehalten, ohne greifbares Resultat zu erzielen. Die englische Regierung sei zu wirksamen Massnahmen nicht bereit, weil britische Interessen nicht tangiert werden und sie Rücksicht auf die beiden anderen Ententemächte nehmen müsse.

Der k. k. Ministerpräsident gibt seiner Ansicht dahin Ausdruck, es sei wohl kein Zweifel möglich, dass Koerzitivmassregeln gegen Montenegro unerlässlich wären. Solche, welche eine diesbezügliche Vereinigung aller Grossmächte in sich schlössen, böten wohl keine Chance, in Erfüllung zu gehen. Es erübrigten daher nur Koerzitivmassregeln, welche Italien und Oesterreich-Ungarn ohne eigentliches Mandat gleichsam als negotiorum gestor anwenden oder solche, welche Oesterreich-Ungarn allein zur Wahrung seiner Lebensinteressen und seines Prestiges durchführen würde. Er erlaube sich daher die Anfrage, welches der letzte Stand der Besprechungen mit Italien sei.

Der Vorsitzende entgegnet, dass vorgestern ein Telegramm Herrn von Méreys *d)* aus Rom eingelangt sei, welches folgende Bedingungen Italiens mitteilt: 1.) Ein Aufschieben der Kooperation, insolange die Hoffnung auf eine internationale Aktion oder auf ein Nachgeben Montenegros nicht verloren sei, dies heisse soviel, als dass die Kooperation gegenwärtig noch prämaturiert wäre. 2.) Vorheriges Einvernehmen über die Details, z. B. Höhe der beiderseitigen Kontingente, Operationsplan, Wahl des Ausschiffungsortes, Marsch auf Skutari etc. 3.) Vorheriges Festsetzen, dass Montenegro territorial auf keinen Fall angegriffen werde. 4.) Vorherige Vereinbarung über die nach den voraussichtlichen Folgen dieser Aktion zu treffenden gemeinsamen Entscheidungen. 5.) Skutarifrage wäre nicht zu isolieren, sondern vorher gemeinsames Vorgehen hinsichtlich Süd- und Südostgrenze Albaniens sowie gegenüber der durch Essad Pascha neuestens geschaffenen Situation zu vereinbaren. — Er teile diese Bedingungen den Konferenzmitgliedern streng vertraulich mit und möchte nur hinzufügen, dass dieselben infolge der telegraphischen Berichterstattung nur einen Auszug der einschlägigen Aufzeichnung des Marquis di San Giuliano darstellen und er letztere in extenso *e)* für heute erwarte.

Der Kriegsminister sagt, dass er in Anlehnung an die Frage des Grafen Stürgkh kurz ausführen wolle, wie er sich die Situation vorstelle. Europa habe gezeigt, dass es uns nur immer zurückhalten wolle. Es wird zuweilen langsam nachgegeben, nur damit wir nicht energisch werden. Zunächst wollte man überhaupt keine Blockade der montenegrinischen Gewässer. Dann wurde sie unwirksam durchgeführt und man liess sie nicht sich ausdehnen. Die Serben konnten ihre Soldaten und ihr Kriegsmaterial, ein russischer Dampfer Munition und dergleichen ausladen. Ueber Drängen der Monarchie wurde die Blockade bis Durazzo ausgedehnt, aber erst in einem Momente, wo nichts mehr zu verhindern war. Seiner Meinung nach sei es ausgeschlossen, dass Europa wirksame Koerzitivmassnahmen ergreifen werde. Was eine Kooperation Italiens betreffe, so glaube er nach den Ausführungen des Vorsitzenden schliessen zu dürfen, dass auch da

nichts zu machen sein werde und Italien uns nur zurückhalten wolle, was schon die Zumutung beweise, dass Montenegro territorial auf keinen Fall angegriffen werden dürfe. Der Kriegsminister verliest die jüngsten, ihm zugekommenen Telegramme. Es meldet der Militärattaché in Rom, dass ein Expeditionskorps in der Stärke einer Truppendivision aus zwei Korps gebildet werden soll. Das würde lange Zeit dauern und sonach die Monarchie abermals gehindert werden, was umsoweniger angeht, als auch er gleich dem Vorsitzenden der Meinung sei, dass jeder verlorene Tag eine Verschlechterung unserer Position bedeute. Der Vorsitzende habe gesagt, dass man im gegebenen Falle über die nötigen Mittel verfügen müsse. Er bitte, ihm zu sagen, was man unter diesem gegebenen Falle zu verstehen habe. Seiner Ansicht nach müssen wir unbedingt den Krieg mit Montenegro ins Auge fassen und zwar allein. Wenn die Italiener wollen, können sie sich uns ja anschliessen. Italien beabsichtige ohnehin, ein Kriegsschiff nach Valona zu schicken unter dem Vorwand, dort Ordnung zu schaffen. Wenn wir energisch auftreten, wird Italien sofort bereit sein. Man müsse sich klar werden, ob man das Prestige der Monarchie durch eine Mobilisierung aufrecht erhalten wolle. Er denke sich die Sache so, dass man das 15., 16. und 13. Korps mobilisiere und einige Formationen aufstelle, sobald König Nikolaus auf eine Aufforderung erkläre, dass er Skutari nicht räumt. Wenn aber nach dieser Mobilisierung der König die Räumung zugibt, so sei eine Milliarde ausgegeben und eigentlich nichts erreicht. Er wolle dahingestellt sein lassen, ob die serbische Schwesternation mittun und ob Russland zu einer ernsten Auseinandersetzung bereit sein werde. Er bitte aber zu fixieren, wie weit das Ziel gesteckt werden solle und sich dabei nicht darauf zu beschränken, ein Albanien mit Skutari zu schaffen, denn werde man dann der Bevölkerung die Rechnung präsentieren, so werde sie damit nicht zufrieden sein. Er glaube daher, dass eine Besetzung des Sandjaks und Nordalbaniens ins Auge gefasst werden müsse. Vor allem dürften die bosnischen Nichtaktiven und der Landsturm in Dalmatien und eventuell in Kroatien-Slavonien einzuberufen sein. Er verweist auf das berechtigte Drängen des Armeeinspektors in Sarajevo, verliest ein Telegramm aus Sofia, wonach der Ministerrat ein Vorgehen gegen Serbien beschlossen habe und ein solches aus Athen, betreffend die bevorstehende Räumung Albaniens durch die serbischen Truppen und bespricht die Dislozierung der montenegrinischen Armee. König Nikolaus beabsichtige offenbar, einen Guerillakrieg gegen uns zu führen. Der Kriegsminister gibt weiters an, dass er angeordnet habe, die Pferdekäufe nur im Umfange der bewilligten Geldmittel durchzuführen. Da sich die Zuweisung von Militärärzten und so weiter als unumgänglich notwendig erwies, habe er die Allerhöchste Ermächtigung eingeholt, sämtliche Reservegagisten für Bosnien einzuberufen, weiters habe er alle Urlaube eingestellt. Der Armeeinspektor verlange das Inkrafttreten des Kriegsleistungsgesetzes und meldet, dass zahlreiche Wehrpflichtige über die Grenze flüchten und die Bildung von Banden bevorstehe. Nach seinen Informationen habe König Nikolaus angeordnet, auf jede österreichische Patrouille, welche 10 m vor der Grenze erscheine, zu schiessen. Es sei nun an der Zeit, dezidierte Massregeln zu ergreifen.

Der gemeinsame Finanzminister erklärt, dass jetzt ein historischer Augenblick gekommen sei, wo es Pflicht ist, seine Ansicht über die Zukunft der Monarchie offen auszusprechen. Seit dem verflossenen Herbste habe man eine Politik geführt, die dazu dienen sollte, auf friedlichem Wege einen diplomatischen Erfolg zu erzielen. Unser politisches Programm war in den 4 vom Vorsitzenden aufgezählten Punkten festgesetzt. Wenn es gelungen wäre, hätten wir viel Geduld und viel Geld aufgewendet, aber schliesslich einen Erfolg erzielt, wenn man auch nicht übersehen dürfe, dass ein grosser Teil der Bevölkerung mit dieser Politik nicht einverstanden sei. Dank der perfiden, aber glänzenden Politik Russlands seien wir in dem Momente, wo wir glaubten nur zugreifen zu müssen, um den ganzen Erfolg gekommen. Was nun immer geschehe, werde dabei ein Misserfolg herauskommen. Mobilisiere man, so werde man eine Menge Geld ausgeben und gibt der König dann nach, so bedeute dies doch nur einen schwachen Erfolg für uns. Er müsse sich vollkommen dem Gedankengange des Kriegsministers anschliessen. Die Mächte wollen uns hinziehen und jetzt wolle dies auch das römische Kabinett. Es würden wieder Wochen vergehen ohne den geringsten Erfolg. Es sei keine Zeit zu verlieren und er begreife nicht, weshalb man warten wolle. Tatsache sei, dass uns leider nichts übrig bliebe als der Krieg. Wenn wir nur in Skutari der Polizeimann Europas sein sollen und 330 Millionen ausgeben werden, so werde man etwas am Prestige retten, aber auf Jahre hinaus geschwächt sein. Redner müsse aber auch als Verwalter Bosniens sprechen, wo sich immer mehr die Ansicht durchbreche, dass die Monarchie ganz kraftlos sei. Er verliest ein ihm soeben zugekommenes an Seine Majestät gerichtetes Loyalitätstelegramm des Männergesangsvereines „Harmonie" in Zenica, worin der Kampf für die Interessen der Dynastie und der Monarchie glorifiziert wird und erzählt, dass der Landtagspräsident Šola dem Chef der Landesregierung vertraulich mitgeteilt habe, dass Unruhen in den Grenzbezirken zu erwarten seien. Alles neige sich den Serben zu, auch die Kroaten, berauscht durch die Siege der Alliierten und dadurch impressioniert, dass wir uns alles gefallen lassen. Den Gedankengang: Bestrafung Montenegros und Rettung Skutaris für Albanien könne er sich nicht aneignen, denn wer habe eigentlich Skutari genommen? Die Antwort lautet: die serbischen Truppen, die serbische Artillerie, der serbische Oberkommandant. Er rufe das Zeugnis des Vorsitzenden an, dass er stets der Ansicht gewesen: entweder Krieg mit Serbien und Aufteilung desselben oder andauernde Freundschaft mit diesem Königreiche. Ungeklärte Verhältnisse, wie sie jetzt bestehen, könne man nicht weiter bestehen lassen; denn er glaube zwar, dass Russland sich jetzt nicht rühren wird, aber dauernd auf die Zertrümmerung der Monarchie ausgeht. Im gegebenen Falle müssten wir gegen drei Fronten Krieg führen und somit müssen wir uns schon jetzt speziell des serbischen Gegners entledigen entweder durch Krieg oder in Freundschaft. Redner glaubt alles getan zu haben, um freundschaftliche Beziehungen zu Serbien anzubahnen. Er habe den serbischen Gesandten gewarnt, Soldaten nach Skutari zu schicken, man habe auf allen Gebieten Konzessionen gemacht, aber in demselben Augenblicke, wo man glauben konnte, dass etwas zu machen wäre, kam der serbische Sturm auf Skutari.

Daraus folge, dass Serbien keine Freundschaft wolle. Selbst nach Verhängung der Blockade habe es in Salonik noch 17 Schiffe beladen und erst dann ausgeschifft, als es sah, dass der Transport nicht möglich sei. Der Minister komme daher zu dem Schlusse, dass, wenn der Krieg unerlässlich ist, er auf Serbien auszudehnen sei. Wenn wir die Südgrenze nicht sichern, dann sei auch Bosnien auf die Dauer nicht zu halten. Er fasse seine Ausführungen in folgende drei Punkte zusammen: 1.) Hinsichtlich der Mobilisierung sei auf gar nichts mehr zu warten, 2.) der Krieg müsse so geführt werden, dass er auch gegen Serbien gerichtet sei und Serbien als selbständiger Staat zu existieren aufhöre, 3.) das serbische Volk müsse der Monarchie als gleichberechtigter Teil angegliedert werden und hier national und politisch sein Heim finden. Vielleicht habe Pašić guten Willen, aber die radikale Partei sei mächtiger als er.

Der Vorsitzende sympathisiert mit der Idee des gemeinsamen Finanzministers, er müsse aber auf die Gefahren aufmerksam machen, die dessen Plan habe. Es sei ins Auge zu fassen, dass Italien eine solche Störung des Gleichgewichtes nicht ruhig hinnehmen und Russland gegen uns auftreten werde.

Der gemeinsame Finanzminister macht aufmerksam, dass Russland sich in einem Dilemma befinden werde, da einerseits Serbien und Montenegro, andererseits Bulgarien und Rumänien in Frage kämen.

Der königl. ungarische Finanzminister teilt vollständig die Meinung, dass wir vor einem kritischen Augenblicke stehen, in welchem man über die Situation und die zu ergreifenden Massnahmen vollkommen klar sein müsse. Vor allem lege er vom Standpunkte seines Ressorts das grösste Gewicht darauf, dass man aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen, um die Wiederkehr normaler, wirtschaftlicher Verhältnisse tunlichst zu beschleunigen, so früh als möglich einen durchschlagenden Erfolg erziele, hiebei aber nur einen kleinen Aufwand an Geldmitteln ins Auge fasse. Wir haben schon über 500 Millionen aufgewendet, hiezu käme noch im Falle *Mf)* 330 Millionen, so dass man einen Gesamtaufwand von ungefähr 850 Millionen in Kalkul zu ziehen habe. Wird der dadurch erzielte Erfolg ausschliesslich in der Räumung Skutaris und in der Schaffung eines unabhängigen Albaniens bestehen, so wird die Bevölkerung allerdings zwischen dem Erfolge und dem Aufwande kein zufriedenstellendes Verhältnis finden. Die Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Verhältnisse wird aber allmählich die Beruhigung der Bevölkerung herbeiführen. Die Ansicht des gemeinsamen Finanzministers wegen Hineinziehung Serbiens könne er nicht teilen. Das von diesem gewünschte Resultat wäre ja sehr erfreulich, aber es unterliege keinem Zweifel, dass unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen im Falle B*g)* unsere Geldverfassung gänzlich zugrunde gerichtet würde, weil wir nur durch solche Anstrengungen die erforderlichen Geldmittel aufbringen könnten, welche die Grundlage unserer Geldverfassung in ihrem Wesen erschüttern würden. Die Geldbeschaffung im Falle B sei fast mit grösseren Schwierigkeiten verbunden wie im Falle einer allgemeinen Mobilisierung. Bei letzterer Eventualität könne man sich viel leichter mit der Idee der Suspendierung der Statuten der Notenbank und der Dekre-

tierung eines Moratoriums befreunden als im Falle B. Die Emissionsfähigkeit unserer Notenbank ist äusserst beschränkt, die an sie gerichteten Ansprüche sind aber enorm. Am 30. April habe die Budapester Bankhauptanstalt mit 60 Millionen Einreichungen einen Rekkord erzielt, in Wien seien an einem Tage 20 Millionen lombardiert worden. Man bedürfe keiner besonderen Phantasie, um vorauszusagen, welche wirtschaftliche und finanzielle Situation im Falle B sich ergeben würde. Russland, das sonst auch schwer einer Aufteilung Serbiens ruhig zusehen könnte, wird unbedingt eingreifen, wenn es sieht, wie schlecht wir wirtschaftlich stünden. Wir müssten daher alles aufbieten, uns auf den Fall M*f)* zu beschränken.

Der k. k. Ministerpräsident möchte nochmals die aktuelle Situation beleuchten. Von der Botschafterkonferenz sei nichts zu erwarten. Man müsse daher das Schwergewicht auf die Verhandlungen mit Italien legen. Er begreife vollkommen, weshalb man, diplomatisch genommen, hohen Wert darauf lege, Italien und Russland auseinanderzuhalten. Andererseits käme die militärisch-strategische Seite in Betracht. Italiens Zusammengehen mit uns würde nur aus Eifersucht diktiert, Italien mache nur ungern, nur der Kontrolle wegen mit. Daher verfolge es die gleiche Tendenz wie die Botschafterkonferenz, das heisst, es versuche, die aktive Kraft Oesterreich-Ungarns lahmzulegen. Die vom Römer Kabinett aufgestellten 5 Punkte beweisen uns das. Was speziell den 1. Punkt betreffe, dass die Aktion prämaturiert wäre, so wüsste er nicht, auf welche Reife man noch warten soll. Hinsichtlich des Punktes 3 widerspreche dem die Auffassung des Königs Nikolaus selbst. Dieser stehe auf dem Standpunkte der Eroberung. Skutari wäre daher nach des Königs Meinung ein Bestandteil Montenegros und somit auch jede Aktion gegen Skutari soviel wie eine solche gegen montenegrinisches Gebiet. Das ganze sei daher nur eine völkerrechtliche Illusion, wozu noch die militärischen Schwierigkeiten kämen. Um den Preis, dass Italien scheinbar mitgehe, könne man eine weitere Verschleppung nicht dulden, weil darunter unser diplomatisches und militärisches Prestige leiden würde. Wir dürfen uns nicht in eine zweite dilatorische Phase hineinziehen lassen, wo Italien die Rolle der Londoner Konferenz übernimmt. Unter diesen Umständen stehe der diplomatische Vorteil einer Kooperation mit Italien, welche, wenn sie rasch und korrekt erfolgen würde, sehr schätzbar wäre, weit hinter dem zurück, wenn wir selbst bald und energisch handeln. Was geschehen muss, soll daher schnell und von Oesterreich-Ungarn allein getan werden. Jeder verlorene Tag bedeute einen Verlust militärischerseits, sei aber auch ein solcher für unser Prestige. Er sei in der Lage nachzuweisen, dass der Verlust unseres Prestiges nicht bloss ein idealer sondern ein sehr realer sei. Die Nullifizierung der Kraft unserer Monarchie und der unerhörte Aufschwung der Balkanstaaten, welcher den Gipfel politischen und staatlichen Selbstbewusstseins erreicht hätte, habe bei unserer südslavischen, temperamentvollen Bevölkerung den stärksten Eindruck hervorgerufen. In gleichem Masse geht aber in den Augen der Bevölkerung das Bewusstsein von der Machtentwicklungsfähigkeit der Monarchie zurück und so müssten Dalmatien und die Küstengebiete moralisch für die Monarchie verloren gehen. Wenn die k. k. Regierung den Sympathiebezeugungen, solange

dieselben rein theoretisch waren, ruhig gegenübergestanden sei, so sei dies jetzt nicht mehr möglich; die k. k. Regierung habe daher längst in Dalmatien energische Massnahmen ergriffen. Wie weit es gekommen, zeigen die Fälle, dass man Advokaten und Notare suspendiert und in Anklagestand versetzt, einen Staatsanwalt plötzlich zu entheben und den Bürgermeister Spalatos unter Anklage des Hochverrates vor ein delegiertes Gericht zu stellen genötigt sei. Auch in den nördlichen Ländern seien bedenkliche Symptome vorhanden. Wohl werden sich die Tschechen geographisch mit den Serben nicht alliieren wollen, aber es seien Beweise genug vorhanden, wie tief man uns einschätze.

Der k. k. Finanzminister hegt gleichfalls die Ueberzeugung, dass die Monarchie auf dem Scheidewege stehe, da sie zu beurteilen habe, ob ihre Stimme kräftig genug sei im Konzerte der Mächte oder ob sie sich passiv verhalten müsse. In den letzten 6—7 Jahren habe man ungeheuere Opfer, nämlich weit mehr als eine Milliarde, von der Bevölkerung verlangt. Man habe diese Opfer gebracht, weil die Monarchie intakt bleiben muss und ihre Lebensinteressen auch jenseits der Grenzen zu vertreten habe. Ein weiteres dilatorisches Vorgehen würde uns aber in einigen Monaten bedeutend grössere Opfer und bedeutend grössere Gefahren bringen. Was uns die Krise an Volksvermögen kostet, das abzuschätzen sei nicht möglich. Bei weiterer Verschleppung würde sich das aber fast in geometrischer Proportion vermehren. Es erübrigt daher nichts anderes, als den Knoten zu durchschneiden. Er müsse bemerken, dass wir uns im Falle M*f)* eigentlich schon befinden, er möchte von seinem Standpunkte der Mobilisierung der 3 Korps zustimmen und glaube, es werde unvermeidlich sein, auf den B-Fall*g)* zu kommen. Wenn er auch gleich seinem ungarischen Kollegen die Ansicht teile, dass die finanziellen Konsequenzen äusserst peinlich seien, fast ärger wie jene einer vollständigen Mobilisierung, so müsse er doch der Ueberzeugung Ausdruck geben, dass die Rücksichten auf Finanzen und Volkswirtschaft, so bedauerlich dies sei, in den Hintergrund gestellt zu werden haben. Hiebei sei er von dem Gedanken geleitet, dass, wenn sich ein Erfolg unserer Aktion einstelle, auch der wirtschaftliche Erfolg nicht fehlen werde. Es sei schwer, den Propheten zu spielen, aber so wie Herr von Bilinski glaube auch er daran, dass Russland passiv verbleiben werde. Es handle sich darum, unsere Aktion derart zu führen, dass unser Erfolg auch anderen Balkanstaaten zugute komme. Dadurch stünde Russland vor einem Dilemma. Zu einer Abrechnung zwischen Russland und uns werde es vielleicht einmal kommen, aber er hoffe auf ein entsprechendes Spatium, so dass wir dann, gekräftigt durch unsere Erfolge im Süden und finanziell gestärkt, der Entscheidung gegenüberstünden. Wenn uns Russland für 100 Jahre den Frieden garantierte, dann könnte man ruhig zusehen, so aber sei ein weiteres Zuwarten unmöglich.

Der königl. ungarische Finanzminister wäre ganz der Meinung seines österreichischen Kollegen, wenn der Fall B*g)* uns wirtschaftlich und finanziell nicht zugrunde richten würde. Da aber, wie er schon angeführt hat, der Fall B sehr böse wirtschaftliche und finanzielle Konsequenzen nach sich ziehen wird, müsse er daraus den Schluss ziehen, dass Russland, wenn es das sieht, Abrechnung halten wird, da es nie einen geeigneteren Moment

fände und nie den Fehler begehen wird, wie wir ihn anlässlich des japanisch-russischen Krieges begingen. Sobald uns der Fall B finanziell und wirtschaftlich zugrunde richtet, wird uns Russland kein Spatium gewähren. Was die Zukunft betrifft, sei er der Meinung, dass, wenn es uns jetzt gelingt, in Montenegro Ordnung zu schaffen und dadurch die Wiederkehr normaler Verhältnisse zu sichern, wir im Zusammenhange mit einer friedlichen auswärtigen Politik durch wenigstens 4—5 Jahre eine sehr kluge wirtschaftliche und finanzielle Politik treiben müssten, um genügende Kräfte zu sammeln und dann energisch mit den Rüstungen zu beginnen. Hiedurch kämen wir für den Fall einer Abrechnung sowohl nach Norden als auch nach Süden hin in eine bessere Lage als in der wir uns jetzt befinden.

Der gemeinsame Finanzminister wirft ein, dass uns inzwischen Bosnien und Dalmatien verloren gehen könne; ihm erwidert der ungarische Finanzminister, dass er daran nicht glaube. Die Situation sei in Kroatien besser als in den gleichen Gegenden Oesterreichs, weil man dort energisch vorgegangen sei, wenn auch die ungarische Regierung deshalb so stark befeindet wurde.

Der k. k. Finanzminister gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, dass, wenn wir den Fall M*f)* annehmen, alles andere Theorie sei; sobald der erste Schuss gefallen, könne man nicht wissen, wohin die Sache führe.

Der königl. ungarische Finanzminister gibt dies in dem Sinne zu, dass man nur darüber schlüssig werden kann, was man erzielen will, nicht aber was tatsächlich erfolgen wird. Er legt daher das grösste Gewicht darauf, dass man nicht Prätexte suche, um Serbien hineinzuziehen, im Gegenteile müsse man einem Kriege mit Serbien solange als tunlich ausweichen. Das wäre die von ihm befürwortete Richtlinie.

Der königl. ungarische Ministerpräsident weist darauf hin, dass in Ungarn sich die Südslaven viel ruhiger verhalten haben als in Oesterreich. Der Grund hiefür liege darin, dass man 1.) rechtzeitig energisch vorgegangen sei und 2.) dass die intelligenten Klassen nicht in so grosser Zahl vorhanden seien wie in Oesterreich, daher die strengen Massregeln grössere Wirkung ausgeübt haben. Die österreichische Regierung befinde sich daher in einer schwierigeren Lage. Die Situation sei eine sehr traurige. Man könne nur Theorien aufstellen und müsse sich Faktoren anbequemen, die nicht von uns abhängen. Er glaube, dass die Rücksichten auf das Prestige der Monarchie und deren vitalsten Interessen es nicht zulassen, dass man die jetzige Situation weiter dulde. Da wir bei keiner Seite Unterstützung finden, müssen wir durchführen, was wir mit eigener Kraft durchführen können. Der Krieg müsse einen raisonablen Zweck haben, sonst sei er nicht zu rechtfertigen. Der Grund sei nicht die Frage, ob Skutari zu Albanien zu gehören habe oder nicht, sondern die südslavische Frage. Ob sich Russland passiv verhalten werde, könne man nicht wissen. Sicher sei aber, dass, wenn die Idee Herrn von Bilińskis durchdringe, die Folge der Trialismus sein werde. Wir hätten dann eine slavische Majorität und diese bedeute das Ende des Dualismus. Abgesehen von der furchtbar schwierigen internationalen Situation, wo wir nur auf Deutschland rechnen können, verlieren wir die moralische Basis, wenn wir einen Prätext suchen, um aus dem Rahmen

hinauszutreten. Wir bedürfen eines europäischen Mandates. Trotz der traurigen Erfahrung, die wir mit der Diplomatie gemacht, könne er doch nicht glauben, dass Europa gegen seinen eigenen Mandatar auftreten werde. Vorläufig müsse man sich auf die Skutarifrage beschränken, allerdings könne man im voraus nicht wissen, wie weit wir werden gehen müssen, aber den formellen Rechtsstandpunkt haben wir vorläufig einzuhalten, das weitere könne man ruhig dem lieben Herrgott überlassen. Wir sind gegenwärtig nicht in der Lage, einen fixen Plan jetzt auszuarbeiten. Die wichtigste Aufgabe sei, der Sache je schneller ein Ende zu machen, weil, je länger wir zögern, desto mehr liege die Gefahr einer inneren Verblutung vor.

Der Vorsitzende bedauert konstatieren zu müssen, dass im Schosse des Ministerrates die Fühlungnahme mit Italien einer gewissen Antipathie zu begegnen scheine. Er halte sie aber nicht für nützlich, sondern für notwendig, und zwar einerseits weil wir uns nicht der Gefahr aussetzen können, am Balkan Krieg zu führen mit der Möglichkeit eines Konfliktes mit Russland ohne Rückendeckung gegen Italien und andererseits, weil wir positive Abmachungen mit Italien über Albanien haben, welche wir nicht ignorieren können. Auch dürfe der grosse politische Vorteil nicht übersehen werden, der darin besteht, dass durch die Kooperation Italiens letzteres in Bezug auf die Balkanpolitik mit Oesterreich-Ungarn solidarisch werde statt ins gegnerische Lage abzufallen und der österreichisch-ungarischen Politik gemeinsam mit Russland Schranken zu setzen. Die Stärkung, die dadurch der derzeit wenig koherente Dreibund erfahren muss, brauche nicht näher erörtert zu werden. Allerdings werde die Monarchie durch das Zusammengehen mit Italien einigermassen in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt, dasselbe gelte aber auch für den Partner.

Der königl. ungarische Ministerpräsident erwidert, dass er die Fühlungnahme mit Italien als etwas selbstverständliches betrachte, aber Fussfesseln dürfe man sich nicht anlegen lassen, dagegen erklären, dass wir nicht länger warten können.

Der k. k. Ministerpräsident will gleichfalls nicht kritisieren, dass der Minister des Aeussern mit Italien Fühlung genommen habe, eine andere Frage sei es aber, ob nach dem Stande dieser Pourparlers unsere Zwecke zeitlich oder inhaltlich zu erreichen sein werden. Es müsse die Möglichkeit vorhanden sein, die Pourparlers abzuschliessen und zwar sehr bald. Eine weitere Verzögerung vertrage die politische Lage nicht, umsoweniger, als die Bewegung nicht nur die Südslaven ergriffen habe.

Der Kriegsminister wollte gleichfalls die Verhandlungen mit Italien nicht angreifen, aber auch er sei der Meinung, dass man sich keine Fussfesseln anlegen lassen dürfe. Nachdem der Vorsitzende erwidert, dass er darüber in Rom keinen Zweifel gelassen, führt der Kriegsminister weiter aus, dass man die bosnischen Reserven und den Landsturm in Dalmatien schon jetzt mobilisieren müsse und, wenn die Verhandlungen mit Italien zu keinem Resultate führen, Montenegro ein 48-stündiges Ultimatum zu stellen sei. Gibt Montenegro nicht nach, so seien das 15., 16. und 13. Korps zu mobilisieren und der Krieg unter jeder Bedingung zu führen, auch wenn dann Montenegro nachgeben sollte.

Der k. k. Ministerpräsident verweist auf die wirtschaftliche Lage Dalmatiens. Das Land sei bereits durch die sogenannte Mobilisierung des 16. Korps wirtschaftlich sehr bedroht. Durch die Einberufung des Landsturmes bekäme es die Schrecken des Kriegs schon jetzt zu fühlen, sie würde eine wirtschaftliche Katastrophe bedeuten, trotzdem würde er keine Einwendung erheben, wenn er bestimmt wüsste, dass es zum Kriege käme. Andernfalls könnte er aber diese Massnahme schon jetzt nicht verantworten.

Der k. k. Finanzminister schliesst sich dieser Ansicht an.

Der k. u. k. gemeinsame Finanzminister ist der Ansicht des Kriegsministers. Was insbesondere Bosnien betreffe, so werden von den einzuberufenden 48.000 Mann 30.000 Mann unverlässliche Elemente in die Monarchie geleitet, der Rest bei der Sanität, als Koppelführer und so weiter verwendet. Beruft man diese Leute erst gelegentlich der Mobilisierung ein, so würde durch die in beiden Richtungen verkehrenden Züge bei der schmalspurigen Bahn und dem geringen Transportmaterial eine riesige Verzögerung eintreten.

Der k. k. Ministerpräsident betont, dass er nur schildern wollte, welchen Effekt die Einberufung des Landsturmes in Dalmatien hätte. Er würde trotzdem nicht einen Moment zögern, dem Ministerrate die Zustimmung vorzuschlagen, wenn er die Garantie hätte, dass es binnen einigen Tagen zum Kriege käme. Wenn man aber anstatt dessen, wie bisher, nur diplomatisch verhandeln wollte, müsste über eine voreilige und vielleicht überflüssige Aufbietung des Landsturmes das Gesamtkabinett demissionieren.

Der k. k. Finanzminister macht auch auf den klaren Wortlaut des bezüglichen Gesetzes aufmerksam, welches die Einberufung des Landsturmes nur im Falle eines Krieges oder der Bedrohung mit einem Kriege vorsieht.

Der königl. ungarische Finanzminister schlägt vor, dass, wenn wir beschliessen, mit Montenegro eventuell auch allein möglichst bald abzurechnen, man Italien sagen soll, was wir tun werden mit dem Beisatze, dass wir alle bisherigen Abmachungen einhalten werden und Italien die Kooperation vorbehalten sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass man Italien natürlich kein Ultimatum für den Zeitpunkt einer Einigung stellen könne, dass aber das gleiche praktisch erreichbar sein dürfte.

Nachdem noch der gemeinsame Finanzminister darauf aufmerksam machte, dass man von Wien aus nicht beurteilen könne, was der Landeschef an Ort und Stelle verlange, und man ihm, der auch als zukünftiger Armeekommandant volle Verantwortung trage, vertrauen dürfe, und der königl. ungarische Finanzminister darauf verweist, dass eine solche Einberufung unseren diplomatischen Schritten einen gewissen Nachdruck verleihen würde, wird folgendes beschlossen:

1. Die Einberufung der bosnischen Nichtaktiven der 1., 2. und 3. Reserve, 2.) die Bewilligung der Geldmittel für den vollen Umfang des Pferdeankaufes (12.9 Millionen), 3.) die Bewilligung von 5 Millionen für Cattaro, 4.) die Erhaltungskosten für die beschafften Pferde sowohl für April als Mai.

Auf die Einberufung des dalmatinischen Landsturmes wird infolge der Ausführungen des k. k. Ministerpräsidenten vorläufig verzichtet.

Sohin schliesst der Vorsitzende um 2 Uhr nachmittags die Sitzung.

Berchtold. Günther, Protokollführer.

Die Klausel über die Kenntnisnahme durch den Kaiser fehlt.

[a]) Die Teilnehmer an dem Ministerrat haben die Einsichtnahme in dieses Protokoll durch ihre Unterschrift bestätigt. — [b]) Vgl. n. 6261. — [c]) Vgl. n. 6804. — [d]) Vgl. n. 6839. — [e]) Vgl. Beilage zu n. 6840. — [f]) Offenbar Kriegsfall Montenegro. Bezeichnung des Generalstabs für die Kriegsvorbereitungsarbeiten, vgl. Conrad a. a. O. I. 364 Anm. * — [g]) Kriegsfall Balkan (Serbien und Montenegro). Vgl. Conrad a. a. O. I 364 Anm.*

Nr. 6871. Bericht des Militärattachés in Belgrad an den Chef des Generalstabes, 3. Mai 1913 Res. Nr. 155 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 8. Mai 1913 Nr. 2231 am 17. Mai).[a]) Abschrift.

General Božo Janković. Der Kommandant der 3. Armee, General Janković, hat gelegentlich der Feier des Falles von Skutari in Prisren eine patriotische Rede gehalten, welche mit der Behauptung schloß, daß auch Bosnien nunmehr vom fremden Joche befreit werden müsse. Die serbische Regierung hat auf eine Demarche des k. u. k. Gesandten die Nachricht über die herausfordernde Rede des Generals durch das Preßbureau dementiert, — noch bevor auf eine bezügliche Anfrage in Prisren eine Antwort eingetroffen sein konnte. Die Persönlichkeit des Generals Janković und seine Vergangenheit werfen auf seine Stellungnahme gegen die Monarchie ein eigenartiges Licht. Janković gehörte zu den Anhängern König Alexanders und galt als austrophil. Zur Zeit des Königsmordes kommandierte er die Moravadivision in Nisch. Am Morgen nach der Ermordung des Königs wurde er durch den nach Nisch gesandten Verschwörer, Oberstleutnant Božanović, jetzigen General und Kriegsminister, mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, die neugeschaffene Situation anzuerkennen und Peter Karagjeorgjević in Nisch zum König zu proklamieren. Nach dem Dynastiewechsel wurde General Janković pensioniert; auch im Partei-Getriebe spielte er keine Rolle. Aus den hiesigen Akten ist zu entnehmen, daß am 4. Dezember 1905, über Antrag des damaligen k. u. k. Militärattachés, dem General Janković durch den k. u. k. Chef des Generalstabes ein Freiplatz im Institut Notre Dame de Sion für dessen Tochter Danica erwirkt wurde. Die Kosten wurden durch die Direktion der Allerhöchsten Privat- und Familienfonds bestritten. Diese Versorgung der Tochter des Generals währte bis inklusive 1908. Diese Relation mit der Monarchie sollte den Schluß zulassen, daß General Janković nicht mit Unrecht als Freund Österreich-Ungarns gegolten hat. 1908 bewies Janković das Gegenteil, stellte sich an die Spitze der damals gegründeten „narodna odbrana“ und zählt seither zu den größten Hetzern gegen die Monarchie. Die Ursache mag darin liegen, daß seine Bemühungen, reaktiviert zu werden, an dem Widerstande seiner radikalen Gegner scheiterten und er in extremem Chauvinismus das Mittel erblickte, wieder Einfluß zu gewinnen. Tatsächlich wurde er zu Beginn des Krieges — nach 10jährigem Ruhestand — in die Reserve rückversetzt und zum Kommandanten der

3. Armee ernannt. Um seine Position zu erhalten und auch die letzten Zweifel an seiner Verläßlichkeit zu beseitigen, scheint er es für angezeigt zu halten, sich auch weiterhin in politischer Hetze hervorzutun. Die Differenzen mit den k. u. k. Konsuln Prohaska und Tahy sind auf sein Konto zu setzen, und seine jetzt gehaltene Rede gegen die Monarchie steht damit in vollem Einklange. Wenn sie aus diesen Gründen auch nicht als sehr ernst zu nehmend und gefährlich bezeichnet werden kann, so ist sie doch charakteristisch, denn jedenfalls hat General Janković damit jene Ansichten ausdrücken wollen, die in Serbien gerne gehört werden. Gellinek.

a) Vgl. n. 6796, 6861, 10187 zweite Beilage Anm. a.

Nr. 6872. Tel. nach Bukarest Nr. 212 (1), Sofia Nr. 222 (2) und St. Petersburg Nr. 332 (3), 3. Mai 1913 (chiffr. 1 U. a. m.).a) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

1. Antwort auf Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 112 vom 2. d. M. Wie Euer Durchlaucht aus meinem Telegramm Nr. 195 vom 8. v. M. bekannt, ist es ein ausdrücklicher Wunsch Bulgariens gewesen, daß eine Entscheidung der Mächte, welche die Abtretung Silistrias ausspricht, der bulgarischen Öffentlichkeit nicht vor dem Abschlusse des Präliminarfriedens mit der Türkei bekannt werde. Diesem Wunsche wurde bekanntlich auch seitens der Petersburger Réunion Rechnung getragen. Wir hielten es daher jedenfalls für nothwendig, daß das Bukarester Kabinett vor einer Besprechung dieser Frage in der dortigen Kammer mit der Sofioter Regierung Fühlung nehme. Anderenfalls schiene uns eine Enunziation der rumänischen Regierung selbst in der beabsichtigten vertraulichen Form höchst bedenklich, da dieselbe es der bulgarischen Regierung erschweren könnte, die Annahme der Petersburger Beschlüsse im eigenen Lande durchzusetzen. Sollte es sich bei dieser Fühlungnahme herausstellen, daß in Sofia gegen die Vorgangsweise Herrn Majorescos keine Bedenken bestehen, so hätten wir keinen Einwand diesfalls geltend zu machen. Ich ersuche Euer Durchlaucht, sich in vorstehendem Sinne bei Herrn Majoresco vernehmen zu lassen.

2. u. 3. Prinz Fürstenberg telegraphiert unterm 2. d. M. wie folgt: ... *wie n. 6863* ... Ich antworte dem k. und k. Gesandten wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Wie Euer Durchlaucht" bis Schluß.) Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information. Berchtold.

a) Vgl. n. 6886, 6948.

Nr. 6873. Tel. aus Cetinje, 3. Mai 1913 Nr. 176 (eing. 4. Mai 4 U. 45 M. a. m.).a) Entziff.

König hat sich aus Furcht vor Aktion Österreich-Ungarns, die hier als imminent gilt, seit einigen Stunden entschlossen, bedingungslose Räumung Skutaris anzubieten. Der Reihe nach wollte er sich telegraphisch an unseren Allergnädigsten Herrn, dann an Herrn Poincaré und den Zaren wenden und ist dermalen bei Sir E. Grey angelangt. Soeben sandte Erbprinz deutschen Kollegen zu mir, mich zu verständigen, dass das Ministerium demissioniert habe und dass morgen neues Kabinett ernannt würde, das die bedingungs-

lose Räumung Skutaris beschliessen soll. Erbprinz bittet mich, dies Euer Exzellenz mit der Bitte zu melden, eventuelle militärische Aktion um achtundvierzig Stunden aufzuschieben. Ich liess Prinzen sagen, dass ich vor Erfüllung dieses Ansuchens eine Garantie für die rückhaltlose Erfüllung der Reklamationen Diakova und Militärattaché fordere. Deutscher Kollege glaubt, mir dieselbe noch in dieser Nacht bringen zu können. Ich beantrage, um Montenegro zu zwingen, sich zuerst und vor aller Welt vor uns zu beugen, mir ohne Zeitverlust Auftrag zu geben, Montenegro ein Ultimatum mit höchstens zwölfstündiger Frist zur Erfüllung der Forderungen Skutari, Diakova und Militärattaché zu stellen. Giesl.

a) Oe. U. Balkan 261 Nr. 506. Vgl. n. 6888, 6894, 6932.

Tel. nach Konstantinopel, 3. Mai 1913 Nr. 219 (chiffr. 1 U. p. m.). Siehe n. 6875.

Nr. 6874. Bericht aus Konstantinopel, 3. Mai 1913 Nr. 24 B (eing. 5. Mai). Ausfert.

Bei meinem letzten Besuche beim Grossvezier lenkte derselbe das Gespräch auf die Kriegsentschädigungsfrage und bemerkte, es habe ihn sehr unangenehm berührt, zu sehen, dass Österreich-Ungarn in dieser Angelegenheit einen für die Türkei ungünstigen Standpunkt einzunehmen scheine. Mahmud Schevket Pascha glaubt, unsere Haltung durch unser Bestreben erklären zu müssen, Bulgarien dadurch an uns zu ketten, dass wir ihm zu einer Kriegsentschädigung verhelfen. Er erkenne zwar unseren Wunsch, Bulgarien in unser Fahrwasser zu lenken, als vollkommen berechtigt an, doch verdienten bei einer solchen Frage seiner Meinung nach alle Vorteile und Nachteile genauestens erwogen zu werden und erlaube er sich, darauf hinzuweisen, dass eine eventuelle bulgarophile Haltung Eurer Exzellenz in der Entschädigungsfrage auch Serbien und Montenegro zugute käme, ein Umstand, der für uns doch sehr unangenehm sein müsste. Abgesehen von der uns sicher unerwünschten finanziellen Erstarkung, welche Serbien und Montenegro erfahren würden, wenn die Mächte die Entschädigungsansprüche der Alliierten nicht glatt zurückwiesen, sei es doch auch gegen unser Interesse, wenn die Türkei, die in Hinkunft gezwungen sein werde, an uns Anlehnung zu suchen, finanziell stark geschwächt würde Ich antwortete dem Grossvezier, dass mir über die in der Frage der Kriegsentschädigung beobachtete Haltung sowie über die diesbezüglichen Absichten Eurer Exzellenz nichts bekannt sei. Meine Anschauungen über den von uns in diesem Belange einzunehmenden Standpunkt habe ich bereits in meinem Berichte vom 27. März l. J. Nr. 18 D[a]) niedergelegt und habe ich damals besonders darauf hingewiesen, dass wir durch eine Unterstützung der bulgarischen Wünsche unsern Interessen zuwiderlaufende finanzielle Vorteile für Serbien und Montenegro erwirken würden. Nun wäre aber meiner Ansicht nach noch der Umstand in Erwägung zu ziehen, dass Bulgarien immer nur eine vom momentanen eigenen Vorteile diktierte Politik machen wird und Gefühle der Dankbarkeit für die Orientierung derselben sicherlich nicht ausschlaggebend sein werden. Bulgarien wird voraussichtlich

Anschluss an uns suchen, weil dies wahrscheinlich in seinem Interesse gelegen sein wird. Diesen Anschluss wird es aber dann suchen, was immer für eine Haltung wir in der Kriegsentschädigungsfrage einnehmen. Sollte es aber das Interesse Bulgariens erheischen, sich unsern politischen Gegnern zu nähern, so bin ich überzeugt, dass es sich durch keine Bande der Dankbarkeit davon wird abhalten lassen. Wir würden daher mit einer bulgarophilen Haltung in der Frage der Kriegsentschädigung Bulgarien einen grossen Dienst erweisen, von welchem wir in der Zukunft so ziemlich nichts hätten. Ganz anders steht die Sache mit der Türkei. Diese wird in Hinkunft kaum eine Wahl für ihre politische Orientierung haben und gezwungen sein, stets Anlehnung an den Dreibund und vor allem an uns zu suchen; wir haben es also hier mit einem Faktor zu tun, der stets auf unserer Seite in Rechnung zu stellen sein wird. Dass wir kein Interesse daran haben können, an der Schwächung eines solchen Faktors mitzuarbeiten, liegt wohl auf der Hand. Dass die Zubilligung einer einigermaßen den Wünschen der Alliierten entsprechenden Kriegsentschädigung an dieselben die Existenz des türkischen Reiches in Frage stellen und den finanziellen Zusammenbruch desselben in absehbarer Zeit herbeiführen könnte, habe ich in meiner gegenständlichen Berichtersattung bereits erwähnt. Pallavicini.

[a]) Der Bericht Nr. 18 D, 27. März 1913 (eing. 29. März) behandelt ausführlich die finanztechnischen Folgen einer Kriegsentschädigung für das türkische Budget und wendet sich gegen die Praetensionen der Alliierten in diesem Punkte.

Nr. 6875. Tel. nach London Nr. 375 (1), Sofia Nr. 221 (2) und Konstantinopel Nr. 219 (3), 3. Mai 1913 (chiffr. 1 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm vom 2. d. M. Nr. 372. Euer Exzellenz sind ermächtigt, meine Zustimmung zu dem gemeldeten Entwurfe des Präliminarfriedens-Instrumentes zu erklären.

2. u. 3. Graf Mensdorff telegraphiert unterm 2. d. M. wie folgt: ... *wie n. 6867 in extenso* ... Ich antworte dem Herrn Botschafter wie folgt: ... *wie ad 1. von „Euer Exzellenz" bis „zu erklären"* ... Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

3. Zu Euer Exzellenz streng vertraulichen Orientierung füge ich bei, daß ich, nachdem die Textierung des Artikel I zweites Alinea,[b]) Prätensionen der Verbündeten auf die von uns militärisch okkupierte Donauinsel Ada-Kaleh auslösen könnte, beschlossen habe, das Präveniere zu spielen und die königlich ungarische Regierung unter einem ersuche,[c]) durch Entsendung eines Verwaltungsbeamten samt Gendarmen auf die Insel, daselbst die ungarische Verwaltung einzurichten und die Thätigkeit der türkischen Lokalbehörde — jedoch ohne Gewaltanwendung gegen dieselbe — de facto auszuschalten. Sollte die Besprechung des Präliminarfriedens-Entwurfes oder sonst ein Euer Exzellenz geeignet erscheinender Anlaß Hochdenselben Gelegenheit geben, mit den leitenden türkischen Staatsmännern die Frage von Ada-Kaleh zu besprechen, so stelle ich es Hochdenselben anheim, sich im Gegenstande informiert zu zeigen. Bei Ihrer eventuellen einschlägigen Konversation könnten Euer Exzellenz das Argument verwerthen, daß, ganz

abgesehen von unserem unerschütterlichen Entschlusse, die seit Jahrzehnten von k. und k. Truppen besetzte Insel nicht in den Besitz eines Balkanstaates übergehen zu lassen, die Einführung der königlich ungarischen Verwaltung jedenfalls auch vom Standpunkte des künftigen Schicksales der dortigen rein mohammedanischen Bevölkerung die beste Lösung darstelle. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6893, 6935, 6936, 7008, 7107. — [b]) Zweites Alinea des Art. I in n. 6867 beginnt mit „Tous les territoires". — [c]) n. 6885.

Nr. 6876. Tel. aus London, 3. Mai 1913 Nr. 374 (eing. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 373 von heute; Inhalt desselben soeben Sir E. Grey mitgeteilt. Staatssekretär sagte mir, er bedauere, daß Euer Exzellenz es nicht für möglich halten, an der Demarche in Cetinje teilzunehmen. Er hatte gehofft, daß, wenn die Demarche stattgefunden hätte und dann einige wenige Tage ohne Ergebnis verflossen wären, es ihm leichter geworden wäre, auf die russische Regierung einzuwirken, damit diese anerkenne, daß man zu einer Situation angelangt sei, wo eine Aktion „en dernier ressort" notwendig würde und man dann unserer Aktion, über die man sich verständigen müsste, den europäischen Charakter wahren könnte. Unser Standpunkt bezüglich Zusicherung ökonomischer Kompensationen betreffe doch eigentlich nur eine Formsache. Ihm persönlich sei hauptsächlich daran gelegen, es Herrn Sazonow zu ermöglichen, vor der russischen öffentlichen Meinung eine isolierte Aktion unserseits zu akzeptieren und dadurch eine Sprengung des europäischen Konzertes zu verhindern. Ich erklärte dem Staatssekretär, daß die offizielle montenegrinische Antwort wesentlich anders klinge als die Mitteilungen des Herrn Popović[b]) in London, erinnerte ihn daran, daß ich bei Besprechung der Demarche mit Insistenz für die Bestimmung einer Frist plädiert hätte, innerhalb welcher Montenegro Skutari zu räumen hätte, und wiederholte ihm eindringlich, daß wir es nur begrüßen könnten, wenn die anderen Mächte auf König Nikolaus einwirken und unserer Sommation zuvorkommen. Sir E. Grey erwiderte, der englische Gesandte habe schon Instruktion, sich in dem Sinne auszusprechen. Vorläufig wolle er nicht weiter in eine Diskussion eingehen, müsse es noch überlegen, wird mich aber jedenfalls Montag vor der Reunion sehen; ich sprach ihm wieder von meinem Vertrauen in seine Erklärungen, daß die Beschlüsse der Mächte ausgeführt werden müssten, was ich immer wieder meiner Regierung gemeldet hätte. Er erwiderte, allein könne er sie nicht ausführen und deshalb bemühe er sich eben, das europäische Konzert aufrechtzuerhalten, das zu einem Ende käme, wenn Russland sich zurückziehen würde. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6877. — [b]) Vgl. n. 6847.

Nr. 6877. Tel. aus London, 3. Mai 1913 Nr. 375 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

In Ergänzung meines heutigen Telegrammes Nr. 374. Ich habe eben meinen französischen Kollegen begegnet und mit ihm Situation besprochen. Il m'a demandé: „Si vous nous demandiez de fixer un délai

pour la réponse du Monténégro et nous acceptions cette condition, croyez-vous que votre gouvernement consentirait à faire la démarche collective à Cettigné?" J'ai répondu que j'avais fait cette demande avant-hier avec insistance à la réunion avec l'insuccès qu'il savait. J'ai ajouté que nous ne verrions aucune objection à ce que les autres Puissances fassent la démarche, au contraire. Il a dit qu'elle ne pourrait plus être collective. Je répondis „faites-la séparément, mais à peu près simultanément et dans les termes rédigés par la dernière réunion des ambassadeurs." Dans le courant de notre conversation Monsieur Cambon me déclara que le gouvernement russe et par conséquent le gouvernement français ne pourraient pas prendre de résolution au sujet des mesures coercitives contre le Monténégro à cause de l'opinion publique. „L'essentiel serait de maintenir votre action isolée dans les limites qui permettraient à la France et à l'Angleterre de laisser leurs vaisseaux là-bas. Si nous sommes obligés de les rappeler, c'est la rupture du concert avec toutes les suites désastreuses etc." J'ai répondu: „Proposez nous quelque chose. Vous n'avez jamais répondu à mes questions réitérées pour savoir quelles mesures on pourrait prendre si le Monténégro ne cède pas. Si une action isolée de notre part devient indispensable nous ne (pouvons)[a] pas attendre indéfiniment. Faites la démarche à Cettigné; si elle a du succès et rend notre action inutile nous serons enchantés. Mais faites vite, il n'y a plus de temps à perdre et je n'aurai pas de nouvelles propositions à vous faire lundi." Mensdorff.

[a] Chiffre fehlt.

Nr. 6878. Tel. nach Rom, 3. Mai 1913 Nr. 454 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. Musulin u. Berchtold; G. Berchtold).

Die in Euer Exzellenz Telegramme Nr. 259 vom 3. d. M. wiedergegebene Meldung Baron Squittis, daß die montenegrinische Regierung in der Angelegenheit unseres Militärattachés völlige Satisfaktion zu geben bereit sei, stimmt mit den Tatsachen nicht überein. Wie mir Baron Giesl nämlich unterm 1. d. M. telegraphiert,[b] wird in der ihm übermittelten montenegrinischen Antwortnote unserer Forderung nach Einleitung einer Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen zwar entsprochen, dagegen unsere zweite Forderung (Entschuldigungsbesuch) ignoriert und die Einleitung einer Untersuchung gegen Hauptmann Hubka und die Bekanntgabe ihres Resultates verlangt. Wir müssen es uns vorbehalten, diese Angelegenheit in angemessener Weise zur Austragung zu bringen, hielten es aber für zweckmäßig, wenn Marquis di San Giuliano unter den oben angeführten Umständen an Baron Squitti, der die seiner Meldung zugrunde liegenden Informationen ja jedenfalls von montenegrinischer Seite erhalten hat, den Auftrag ergehen ließe, der dortigen Regierung den Widerspruch zwischen den ihm gegebenen Versicherungen und ihrem tatsächlichen Vorgehen vorzuhalten. Was die Angelegenheit Palić anbelangt, so ist unser Satisfactionsbegehren zwar nicht direkt zurückgewiesen worden, die Antwort der montenegrinischen Regierung ist aber so unbestimmt und ausweichend, daß wir sie unserer erregten Öffentlichkeit gegenüber nicht verwerthen können und in Cetinje noch weiter insistieren müssen,

damit unserem bei einigem guten Willen leicht erfüllbaren Begehren Rechnung getragen werde.[c] Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne dem Herrn Minister gegenüber aussprechen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6879. — [b] n. 6846. — [c] Vgl. n. 6786.

Nr. 6879. Tel. aus Rom, 3. Mai 1913 Nr. 259 (eing. 3 U. p. m.).[a] Entziff.

Hiesige Regierung und noch mehr die öffentliche Meinung beurteilen das Ergebnis der gestrigen Londoner Reunion als günstig und eine friedliche Lösung ermöglichend. Minister des Äussern sagt mir, er habe zuerst an einen Kniff Montenegros geglaubt. Es sei ihm nämlich Nachricht zugekommen, dass unser Satisfaktionsbegehren in der Angelegenheit Palić (das er als übertrieben bezeichnete) von Montenegro zurückgewiesen worden sei. Er habe daher angenommen, dass dieser Staat einerseits uns provozieren und gleichzeitig Europa gegenüber sich in der Skutarifrage nachgiebig zeigen wolle, was ein gefährliches Spiel wäre. Nun habe ihm aber heute der Gesandte in Cetinje telegraphiert, dass dortige Regierung in der Angelegenheit unseres Militärattachés völlige Satisfaktion zu geben bereit sei. Er müsse daher die montenegrinische Erklärung in London[b] für bare Münze nehmen. Ich erwiderte, dass ich trotz der oberwähnten letzten Meldung aus Cetinje den fraglichen Kniff nicht für ausgeschlossen halte. Auch sei die montenegrinische Regierungs(erklärung)[c] allenfalls für die Galerie aber nicht für die Eingeweihten neu und einen Fortschritt bedeutend. Marquis San Giuliano betonte schliesslich, der Eindruck der Erklärung in ganz Europa sei jedenfalls ein so günstiger, dass ihm eine Aktion gegen Montenegro in diesem Momente schwer möglich erscheine. Mérey.

[a] Vgl. n. 6878. — [b] Vgl. n. 6847. — [c] Chiffre fehlt.

Nr. 6880. Tel. aus Rom, 3. Mai 1913 Nr. 261 (eing. 4 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Abgrenzung Albaniens. Wie mir Minister des Äussern sagt, sah er sich zu dem in dem hohen Telegramme vom 1. d. M. Nr. 447 besprochenen Vorschlag bezüglich der Süd- und Südostgrenze Albaniens durch eine Meldung des Botschafters in Paris veranlasst, wonach französische Regierung bei Annahme dieser Variante voraussichtlich der Kompromisslinie zustimmen würde. Sektionschef Ippen, dem das Amendement von Marquis Imperiali mitgeteilt worden sei, hätte sich dahin ausgesprochen, dass bezüglich einiger kleinerer Orte noch eine Konzession an Griechenland möglich wäre. Angesichts der ablehnenden Haltung Euer Exzellenz besteht Marquis San Giuliano nicht auf seiner Anregung, welche mehr den Charakter einer Anfrage gehabt habe. Mérey.

Nr. 6881. Tel. aus Rom, 3. Mai 1913 Nr. 264 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Eventuelle Kooperation mit Italien. Von dem im hohen Telegramm vom 1. d. M. Nr. 444 enthaltenen Bemerkungen Euer Exzellenz

zu den Bedingungen der hiesigen Regierung war dem Minister des Äussern nur die Ablehnung des Punktes 3 neu und bedenklich. Eine direkte Aktion italienischer Truppen gegen montenegrinisches Gebiet hält er schon im Hinblicke auf hiesige öffentliche Meinung für unmöglich. Über die Frage der Anwendbarkeit des Artikels VII des Dreibundvertrages entspann sich wieder eine längere Diskussion. Dieselbe schloss damit, dass Marquis San Giuliano meinte, selbst wenn vom Standpunkte des Vertragsrechtes unsere These zutreffend wäre, bezweifle er, dass es politisch richtig sei, wenn wir und Italien hinsichtlich der Balkanstaaten völlig selbständig und ohne gegenseitiges Einvernehmen vorgingen. Ich erwiderte, dass dies stets anzustreben, aber nicht eine conditio sine qua non sei, da sonst, wenn uns zum Beispiel ein Balkanstaat angriffe, wir in unserer Gegenaktion durch die Notwendigkeit eines Akkordes mit Italien behindert wären. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6882.

Nr. 6882. Tel. aus Rom, 3. Mai 1913 Nr. 266 (eing. 4. Mai 3 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Meine heutigen Eindrücke in der Unterredung mit dem Minister des Äussern über die Skutarifrage waren die folgenden: 1.) Die unmittelbare Kooperation mit uns behufs Evakuierung Skutaris wird von der italienischen Regierung nicht mehr ins Auge gefasst. Sie sieht, dass wir auf ihre Bedingungen (speziell Punkt 1 und 3) nicht eingehen und ist überdies davon sehr impressioniert, dass Euer Exzellenz bei Besprechung des Punktes 5 sich dem Herzog von Avarna gegenüber bezüglich des Ausschlusses territorialer Erwerbungen in Montenegro nicht binden wollten. Man könnte sich, so führte der Minister auf den Lovčen anspielend aus, nicht der grotesken Eventualität aussetzen, dass die der hiesigen Öffentlichkeit ohnedies so schwer verdauliche gemeinsame militärische Aktion mit uns gegen Montenegro schließlich zu einem Resultat führe, welches hier eine nicht dagewesene Erregung auslösen würde. 2. Die hiesige Regierung nimmt eine einvernehmliche, aber geteilte Kooperation mit uns in Aussicht, wobei wir allein gegen Montenegro respektive Skutari, Italien allein in Südalbanien gegen Djavid Pascha und Essad Pascha vorgehen würde. Beide Aktionen sollen rein temporär ohne irgendwelchen egoistischen Zweck einer dauernden Besetzung verlaufen. Auch einer Teilung der Interessensphäre in Albanien ist man durchaus abgeneigt. Offenbar will man auch für alle Fälle gegenüber der Lovčengefahr ein ungleich wertvolleres Faustpfand (Valona) besitzen. Für diese geteilte Aktion hat man hier in den letzten Tagen die öffentliche Meinung sehr geschickt gewonnen. 3. Man scheint hier noch immer anzunehmen, dass Montenegro im entscheidenden Moment nachgeben wird. Hiefür spräche auch, dass die bisherigen militärischen Vorbereitungen Italiens nur einen sehr geringen Umfang besitzen. Trotzdem frage ich mich, ob dieser scheinbare Optimismus nicht ein gewollter Zeitverlust auf unsere Kosten ist. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6852, 6881, 6915.

Nr. 6883. Tel. nach St. Petersburg, 3. Mai 1913 Nr. 331 (chiffr. 8 U. p. m.). Konz. (S. u. G. Berchtold).

Es hat mich unangenehm berührt, aus dem Telegramme Euer Exzellenz vom 2. d. M. Nr. 188 ersehen zu müssen, daß sich Herr Sazonow bemüßigt fühlt, Hochdenselben Belehrungen darüber zu ertheilen, welche Politik den Interessen der Monarchie entsprechen würde. Der Herr Minister hat speciell dahin verwiesen, daß unser Prestige im gegenwärtigen Falle nicht engagirt sei, und bemerkt, das eigene Interesse sei jedenfalls über das Prestige zu stellen. Auch hat Herr Sazonow das vermeintliche Urtheil Europas gegen uns auszuspielen gesucht, wenn wir durch selbständiges Vorgehen gegen Montenegro eine Russland nicht genehme Richtung einschlagen würden, die Warnung beifügend, daß wir in diesem Falle eine schwere Verantwortung auf uns laden würden. Eine solche Sprache, welche sich die russische Diplomatie vermutlich im Verkehre mit den Balkanstaaten angewöhnt hat, erscheint dem österreichisch-ungarischen Botschafter gegenüber nicht am Platze und ist nicht aufkommen zu lassen. Euer Exzellenz wollen daher in Hinkunft derartigen Erörterungen von vornherein in höflich ablehnender Weise begegnen und dem Minister zu verstehen geben, daß es unsere Sache ist, zu bestimmen, was für die Monarchie eine Prestigefrage ist und welche Politik unseren wohlverstandenen Interessen am besten entspricht. Sachlich wäre zu bemerken, daß die Berechtigung eines Vorgehens unsererseits gegen Montenegro sogar in Frankreich von einem großen Teile der öffentlichen Meinung nicht mehr in Abrede gestellt wird, daher Herrn Sazonows Behauptung, eine solche Haltung würde „nirgends in Europa Verständnis finden", nicht einmal den Thatsachen Rechnung trägt und nur in der Sorge um das gefährdete Prestige am Balkan eine Erklärung finden kann. Berchtold.

Tel. nach St. Petersburg, 3. Mai 1913 Nr. 332 (chiffr. 1 U. a. m.). Siehe n. 6872.

Tel. nach Sofia, 3. Mai 1913 Nr. 221 (chiffr. 1 U. p. m.). Siehe n. 6875.

Tel. nach Sofia, 3. Mai 1913 Nr. 222 (chiffr. 1 U. a. m.). Siehe n. 6872.

Nr. 6884. Tel. aus Sofia, 3. Mai 1913 Nr. 385 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 215 vom 30. v. M. und mein Telegramm Nr. 381 vom 1. d. M. betreffend Petersburger Reunion. Konseilspräsident sagte mir, bulgarische Regierung würde wünschen, dass Schlussformel anstatt proponierten Textes den folgenden Wortlaut habe: „Avant de se séparer la conférence a à coeur de rendre hommage aux dispositions connues de la Bulgarie à maintenir et resserrer ses liens d'amitié avec la Roumanie. Ces dispositions ayant singulièrement facilité sa tâche, la conférence exprime la conviction que les Grandes Puissances tiendront compte à la Bulgarie, lors du réglement définitif des questions territoriales dans la Péninsule balkanique, des sacrifices qui lui ont été imposés." — Herrn

Geschoff sei darum zu tun, dass zum Ausdrucke komme, dass Bulgarien nicht freiwillig territoriale Konzessionen gemacht, sondern, dass ihm dieselben seitens der Großmächte aufgedrängt. Konseilspräsident hatte Bedenken, ob Reunion mit Wendung „les Grandes Puissances tiendront" bis „imposés" einverstanden sein wird, und bemerkte, dass dieser Gedanke eventuell ein wenig modifiziert werden könnte. Herr Geschoff ersuchte, Euer Exzellenz zu bitten, die von bulgarischer Regierung gewünschte Fassung der Schlussformel der Reunion zur Annahme zu empfehlen. Ich fragte, ob er sich diesbezüglich nur an uns wende. Mitredner gestand, dass er selbe Bitte an Herrn Sazonow richte. Tarnowski.

a) Vgl. n. 6897, 6964.

Nr. 6885. Note an den ungarischen Ministerpräsidenten Ladislaus von Lukács in Budapest, 3. Mai 1913 Nr. 2009.a) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Vertraulich. Aus den bisherigen Mediationsverhandlungen läßt sich schließen, daß in den zwischen der Türkei und den Balkanstaaten abzuschließenden Friedensvertrag die Bestimmung aufgenommen werden wird, daß — mit Ausnahme Albaniens — das gesamte westlich von der Linie Enos-Midia gelegene ottomanische Gebiet von der Pforte den Verbündeten cedirt wird. Da nun einerseits diese Bestimmung dahin interpretirt werden könnte, als ob auch die Donauinsel Ada-Kaleh zu dem den Balkanstaaten abgetretenen Gebiete gehören würde, anderseits gewisse Anzeichen dafür sprechen, daß der Abschluß des Friedens schon recht nahe bevorstehen könnte, erachte ich es für dringlich, daß unserseits nunmehr eine Action eingeleitet werde, welche geeignet erscheint darzuthun, daß wir auf der schon bei Beginn des Balkankrieges den Mächten gegenüber abgegebenen Erklärung bestehen, wonach Österreich-Ungarn zwar keinen territorialen Erwerb, wohl aber gewisse Grenzberichtigungen anstrebe, zu welchen auch die Regelung der Stellung Ada-Kalehs gehöre. Es würde sich daher in erster Linie darum handeln, zu der schon seit über drei Jahrzehnten bestehenden Occupation der Insel durch ein k. u. k. Truppendetachement noch vor Abschluß des Friedens das fait accompli der Einrichtung der kgl. ungarischen Verwaltung auf Ada-Kaleh zu schaffen. Ich würde daher Werth darauf legen, wenn Euer Exzellenz die ehethunliche Entsendung eines kgl. Verwaltungsorganes sowie einiger Gendarmen auf die Insel verfügen und ersteres beauftragen wollten, sofort mit der Ausübung seiner Agenden zu beginnen. Hiebei wäre von einer formellen Übernahme der Amtsagenden des kaiserlich ottomanischen Müdirs vorläufig abzusehen und auch keinerlei Behinderung dieses Functionärs vorzunehmen, nachdem dessen Amtswirksamkeit mit Beginn der Thätigkeit der königlich ungarischen Organe nur mehr einen rein formalen Charakter tragen kann und infolge der einzig und allein den königlich ungarischen Functionären zustehenden Assistenz des k. u. k. Detachements und der königlichen Gendarmen ohnehin in Kürze ad absurdum geführt werden wird. An die Einführung der ungarischen Gerichtsorganisation sowie die Regelung des Zoll-, Steuer- und sonstigen Finanzwesens wäre — da dies

wol längere Vorarbeiten erfordert — erst später allmählig zu schreiten und hätten diese Fragen die Schaffung des erwähnten fait accomplis ebensowenig aufzuhalten, als die seinerzeitige internationale Regelung der Frage, welche meinerseits im Auge behalten werden wird. Indem ich einer sehr geschätzten Mittheilung über die im Gegenstande getroffenen Verfügungen Euer Exzellenz entgegensehe, möchte ich schließlich bemerken, daß ich besonderen Werth darauf legen würde, daß über die Einführung der königlich ungarischen Verwaltung auf Ada-Kaleh der Presse gegenüber vollkommenes Stillschweigen beobachtet werde.[b]) Eine Abschrift dieser Note übersende ich unter Einem dem k. u. k. Kriegsminister zur streng vertraulichen Verständigung des k. u. k. 7. Korpskommandos.

[a]) Vgl. n. 6875, 6893, 7013. Die Regelung der Ada-Kalehfrage wurde über ungarische Anregung schon im Januar 1909 in Erwägung gezogen. Man kam jedoch damals wegen der infolge der Annexion Bosniens und der Herzegowina in der Türkei herrschenden Erregung davon ab. — [b]) Die gemäß dieser Note getroffenen Verfügungen der ungarischen Regierung wurden dem Ministerium des Äußern mit Note des ungarischen Ministeriums des Innern vom 7. Mai 1913 Nr. 1352 res. (Ausfert.) mitgeteilt. Vgl. auch n. 7013.

Nr. 6886. Tel. aus Bukarest, 4. Mai 1913 Nr. 114 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 212. Glaube annehmen zu können, dass Minister des Äussern es dankbar begrüssen würde, wenn Euer Exzellenz durch unseren Vertreter in Sofia dortige Regierung sondieren liessen, ob dieselbe kein Bedenken trägt, gegen eine etwaige Publikation Mächtebeschlusses in vertraulicher Sitzung rumänischer Kammer.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 260 Nr. 503. Vgl. n. 6903.

Nr. 6887. Bericht aus Bukarest, 4. Mai 1913 Nr. 33 B (eing. 5. Mai).[a]) Ausfert.

Vor etlichen Wochen machte mein russischer Kollege während des Diplomatenempfanges im Wartesalon des Ministers des Äußern vor mehreren anderen Missionschefs die folgende Bemerkung: „Ils (les Roumains) crient tellement pour avoir Silistria que ça serait vraiment une bonne farce à leur faire de leur donner que Silistria, rien de plus; ils seraient alors bien attrapés!“ Diese nur als guter Witz von Herrn Schebeko in Aussicht genommene Lösung des rumänisch-bulgarischen Grenzstreites ist nun zur Tatsache geworden und es zeigt sich jetzt, wie die hiesigen regierenden Kreise (was vom Standpunkt unserer Balkanpolitik nur begrüßenswert erscheint) sich von der ursprünglichen Absicht des Erhaltes einer verbesserten Gesamtgrenze entfernt haben und wie sehr der Wunsch in letzter Zeit überwog, in den Besitz des vielgenannten Symboles zu gelangen, um nur, auch mit Hintansetzung der äußeren Sicherheit des Landes, einen Erfolg auf dem innerpolitischen Kampfgebiete zu erringen. Unter dem ersten Eindrucke der Freude, den Gewinn der viel und lang begehrten Stadt Silistria mit seinem Namen und der Herrschaft seiner Partei verknüpft zu haben, war Herr Maioresco zu allem bereit. Jetzt aber, wo allmählich die Entnüchterung eintritt und er

sich darüber Rechenschaft gibt, daß in praktischer Hinsicht im Grunde genommen nicht viel erreicht wurde und die Stadt Silistria mit dem Drei-Kilometer-Halbkreis zwar einen moralischen Sieg über Bulgarien bedeute, keineswegs aber eine eingreifende strategische Verbesserung, macht sich bei dem Herrn Minister die kühle Überlegung wiederum stark geltend. Ich glaube es daher nicht einer Hinterhältigkeit des Herrn Ministerpräsidenten zuschreiben zu sollen, wenn er mir während der Petersburger Verhandlungen und auch, als die erste authentische Nachricht über das Resultat derselben bekannt wurde, versicherte, er wünsche nicht nur eine direkte Aussprache mit Sofia, sondern sei auch bereit, eventuell ein Abkommen zu treffen. Er dürfte auch jedenfalls den Eindruck überschätzt haben, den der Erhalt Silistrias auf die rumänische Öffentlichkeit ausüben wird. Erst jetzt, als ihm schwarz auf weiß die Petersburger Beschlüsse vorlagen, begann er einzusehen, daß der erzielte Gewinn zwar einen achtenswerten Erfolg für seines höchsten Herrn und seine eigene Friedenspolitik bedeute, der geeignet scheint, das stark wankende Prestige der Krone, das der konservativen Partei und der Regierung wieder teilweise herzustellen, aber dem Lande selbst doch nur einen höchst imaginären Nutzen bringt. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Rumänisierung Silistrias eine unumgängliche Notwendigkeit für den Erhalt des Ansehens des Herrschers darstellte, ebenso aber auch Ihm die einzige Möglichkeit bot, Seine dreibundfreundliche Politik weiter fortzuführen. Man würde sich aber einer vollkommenen Verkennung des rumänischen Volkscharakters schuldig machen, wenn man glaubte, daß die Rumänen, welche von Eigendünkel und Selbstüberhebung geradezu strotzen, jetzt, wo Bulgarien nur gezwungen weniger als das Minimum des Geforderten abzutreten gesonnen scheint, und nach der seit Monaten durch den Nachbar erduldeten Mißachtung, sich jetzt bereit finden würden, sich in seine Arme zu werfen. Das Erreichte erscheint daher nicht genügend, um in der überwältigenden Majorität des rumänischen Volkes freundschaftliche Gefühle für Bulgarien hervorzurufen, und man darf es sich daher nicht verhehlen, daß es eine schwere Aufgabe für den Minister eines parlamentarisch regierten Landes darstellt, die Aktionsfreiheit seines Landes durch ein Abkommen zu beschränken, welches nur dem andern Teile, der bisher stets feindlich gesinnt war, einen Vorteil bietet.*1)* Ein solches Abkommen würde auch bestimmt durch die ans Ruder kommende Opposition (was, wie es scheint, doch bereits im Herbste erfolgen soll) rückgängig gemacht werden, wobei noch der abgetretenen Partei nicht nur das Odium aufgebürdet werden würde, die Schwierigkeiten, in welchen sich der Nachbarstaat befand, nicht zum Vorteile des Vaterlandes ausgenützt zu haben, sondern derselben auch noch der Vorwurf nicht erspart bliebe, ein neuerliches schweres und unverzeihliches Opfer dem bulgarophilen Österreich-Ungarn gebracht zu haben. Herr Maioresco befindet sich daher in einer ausnehmend schwierigen Lage, indem sich die öffentliche Meinung Rumäniens gegen den Gedanken einer Vereinbarung mit Bulgarien, insolange dieses keinen eklatanten Freundschaftsbeweis gegeben, bestimmt auflehnen würde, andersteils die traditionelle Politik des Landes ein freundnachbarliches Verhältnis zu Bulgarien erheischt. Bisher hat Bulgarien durch keinen irgendwie gearteten Akt den Beweis

erbracht, daß es seinen bisherigen feindlichen Sinn gegen Rumänien geändert habe. Allgemein herrscht hier die Überzeugung vor, daß Bulgarien nur mit dem höchsten Widerstreben und nur unter dem Drucke der Großmächte die Stadt Silistria zedierte und herausgeben wird. Es muß daher, ehe der Ministerpräsident ernstlich daran schreiten kann, ein dauerndes Abkommen mit Bulgarien zu treffen, seitens der dortigen Regierung der untrüglichste Nachweis erbracht werden, daß sie eine vollkommene Aussöhnung mit Rumänien wünscht. Wie dieser Beweis anders erbracht werden könnte als durch eine freiwillige Abtretung irgendeines, wenn auch noch so geringen Gebietsteiles, ist nicht recht ersichtlich. Von Sofia aus müßte also jetzt die Frage an die rumänische Regierung gestellt werden, wie diese sich in Zukunft gegenüber Bulgarien zu verhalten gedenkt. Es dürfte die Anbahnung von Auseinandersetzungen auf Grund einer solchen Frage bereits genügen, um hier eine gewisse Bereitwilligkeit hervorzubringen, sich mit minimalen Konzessionen zu begnügen, da man in derselben einen Beweis der Aufgabe der intransigenten Haltung Bulgariens erblicken würde. Das bisher Gesagte zusammenfassend ergibt sich daher, daß die Abtretung Silistrias gerade genügte, um die Stellung des Herrschers, Seiner Politik und dadurch auch der Monarchie und des Dreibundes im Lande wieder ins Gleichgewicht zu bringen, aber mit Hinblick auf die Stimmung des Landes nicht zureichte, um die Aversion und das Mißtrauen der obersten Faktoren gegen Bulgarien zu bannen. Dazu gehört ein spontaner Schritt Bulgariens, welcher, eine Art Genugtuung für Rumänien darstellend, vom König und Seinen Ministern als Beweis der in Sofia eingetretenen freundschaftlichen Dispositionen verwertet werden könnte. K. E. Fürstenberg.

1) ?
a) Vgl. n. 6930, 7165.

Nr. 6888. Tel. nach Cetinje, 4. Mai 1913 Nr. 133 (chiffr. 4 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 176 vom 3. l. Mts. Euer Hochwohlgeboren wollen Ihren deutschen Kollegen ersuchen Erbprinzen zu verständigen, daß Sie dessen Mission an mich weitergeleitet haben, daß Euer Hochwohlgeboren aber auf Grund der erhaltenen Antwort nicht in der Lage seien, dem Erbprinzen irgendwelche Mitteilung über die von uns ins Auge gefaßte militärische Aktion und über den Zeitpunkt deren Beginnes zukommen zu lassen. Dies biete somit Euer Hochwohlgeboren persönlicher Ansicht nach Montenegro vielleicht noch die Gelegenheit, durch ein rasches und bedingungsloses Eingehen auf die Einladung des internationalen Flottenkommandos, Skutari zu räumen und die Stadt einem internationalen Detachement zu übergeben, einer Sommation Österreich-Ungarns zuvorzukommen, welches den Mächten bereits erklärt habe, die Durchführung der europäischen Beschlüsse nunmehr selbst in die Hand nehmen zu müssen. Euer Hochwohlgeboren könnten sich mit Hinsicht auf die Ihnen zugekommenen Instruktionen, welche eine eventuelle sofortige Rückberufung ins Auge fassen, des Eindruckes nicht erwehren, daß eine solche in nahe Aussicht genommen sei und es somit im montenegrinischen

Interesse gelegen wäre, daß Ihnen raschestens eine offizielle Mitteilung über den Entschluß Montenegros zukomme, sich dem Willen Europas zu fügen und den Admiralsrath von der unmittelbar bevorstehenden bedingungslosen Räumung Skutaris zu verständigen. Zu Euer Hochwohlgeboren rein persönlicher Orientierung füge ich bei, daß ich eine Verquickung der im Vordergrunde des europäischen Interesses stehenden Skutarifrage mit unseren Forderungen betreffs Djakova und Militärattaché in der von Ihnen contemplirten Weise nicht für opportun halte. Dies schließt aber keineswegs aus, daß Euer Hochwohlgeboren die Gelegenheit der durch Ihren deutschen Kollegen vermittelten Konversation mit dem Erbprinzen benützen, um demselben zu verstehen zu geben, daß eine Meldung Euer Hochwohlgeboren über den erfolgten Entschuldigungsbesuch bei dem Militärattaché und eine zweite entgegenkommendere Note in der Djakovaangelegenheit Ihnen allein eine Sicherheit dafür zu bieten scheine, daß diese Differenzen zu keinen weiteren Complicationen führen werden.

[a]) Vgl. n. 6904.

Nr. 6889. Tel. aus Cetinje, 4. Mai 1913 Nr. 178 (eing. 11 U. 55 M. p. m.).[a]) Entziff.

Montenegrinischer Vertreter in London erhielt heute telegraphischen Auftrag, bedingungslose Räumung Skutaris Sir E. Grey mitzuteilen. Um überraschendes Moment zu sichern, darf Auftrag, den König streng geheim hält, erst zur morgigen Botschafterreunion ausgeführt werden. Giesl.

[a]) Vgl. n. 6904, 6907, 6915, 6932.

Nr. 6890. Tel. aus Cetinje, 4. Mai 1913 Nr. 180 (eing. 5. Mai 3 U. a. m.).[a]) Entziff.

Mittags erschien deutscher Kollege bei mir, um von König autorisiert mitzuteilen, dass Letzterer (Erfüllung)[b]) meiner gestrigen Forderung auf vorhergehende rückhaltlose Satisfaktion in Angelegenheit Diakowa und Militärattaché zusage. Ich wiederholte, Mitteilung erst zur Kenntnis nehmen zu können, bis ich bezügliche Note in Händen habe. Diese ist bis jetzt nicht eingetroffen. Alle Alliierten haben Aufforderungen Montenegros, ihm im Konfliktsfalle beizustehen, ablehnend beantwortet. Skupschtina wird keine offizielle Sitzung halten. Über Ernennung neuen Kabinettes noch keinerlei Entscheidung. Giesl.

[a]) Vgl. 6891, 6932. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 6891. Tel. aus Cetinje, 4. Mai 1913 Nr. 181 (eing. 11 U. 55 M. p. m.).[a]) Entziff.

In Angelegenheit Satisfaktionsforderungen Diakowa und Militärattaché kommt mir soeben offizielle Note zu, welche den Passus enthält, dass montenegrinische Regierung beschlossen habe, der Erfüllung aller in meinen bezüglichen Noten aufgestellten Forderungen zuzustimmen. Giesl.

[a]) Vgl. n. 6890, 6915, 6932.

Nr. 6892. Tel. nach Konstantinopel, 4. Mai 1913 Nr. 220 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Obzwar die von Euer Exzellenz mit Telegramm vom 4. d. Nr. 234 vorgeschlagene Umstilisierung des 2. Alineas des Artikels I des Präliminarfriedensentwurfes dem Hochdenselben vorschwebenden Zwecke durchaus entsprechen würde, so trage ich doch Bedenken, mit einem diesbezüglichen Ansinnen an die Pforte heranzutreten. Wir müßten nämlich diesen Antrag sowohl in Konstantinopel als auch namentlich in London motivieren und kämen so in die ungünstige Lage, wegen einer so unbedeutenden Frage, als es jene von Adakaleh ist, gerade in dem jetzigen wenig günstigen Momente als Petenten aufzutreten. Hiezu kommt noch der Umstand, daß die bisherige Fassung der in Rede stehenden Entwurfspassage auch wegen der russischerseits angeregten Autonomisierung der Athoshalbinsel nicht à la lettre durchgeführt werden kann und Adakaleh daher nicht die einzige Ausnahme darstellen wird. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6893, 7013.

Nr. 6893. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 4. Mai 1913 Nr. 234 (eing. 6 U. 10 M. p. m.).[a] Entziff.

Im Besitze Euer Exzellenz gestrigen Telegrammes Nr. 219 über den Friedensvertragsentwurf erlaube ich mir, darauf aufmerksam zu machen, dass Prätensionen der Verbündeten auf Ada Kaleh vielleicht am sichersten durch eine Umstilisierung des zweiten Alineas[b] des Artikels 1 dieses Entwurfes ausgeschlossen werden könnten. Wenn es dort anstatt der Worte „à l'ouest de cette frontière à l'exception de l'Albanie" hiesse, „entre cette frontière, les frontières antérieures des états alliés et celle de l'Albanie", so wäre kein Zweifel, dass Ada Kaleh nicht inbegriffen sei. Wenn es Euer Exzellenz Intention entspricht, könnte ich eventuell auch versuchen, Pforte zu bestimmen, diese Formulierung vorzuschlagen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 6885, 6892. — [b] Zweites Alinea des Artikels I (vgl. n. 6867) beginnt mit „Tous les territoires ottomans ..."

Nr. 6894. Tel. nach London, 4. Mai 1913 Nr. 378 (chiffr. 10 U. 10 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Wie mir Baron Giesl telegraphisch meldet,[b] hat König Nikolaus in der Erkenntnis des nutzlosen Widerstandes gegen den Willen Österreich-Ungarns, die Durchführung der Beschlüsse Europas zu erzwingen, sich entschlossen, die bedingungslose Räumung Skutaris anzubieten. Dem Herrn Gesandten ist gleichzeitig von Seite des montenegrinischen Hofes eine vertrauliche Message zugekommen, wonach das Kabinett demissionirt habe. Hieran wurde die Bitte geknüpft, bei mir dahin zu wirken, daß eine eventuelle militärische Aktion Österreich-Ungarns um achtundvierzig Stunden aufgeschoben werde. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes in der morgigen Réunion vertraulich mitteilen und hinzufügen, daß ich diese Anfrage nicht beantwortet, jedoch von einer kurzfristigen Sommation noch abgesehen habe, um Montenegro, wenn es ehrlich an ein Einlenken denkt, die Gelegenheit zu geben, innerhalb der von ihm erbetenen Frist der seiner-

zeitigen Aufforderung des internationalen Flottenkommandos nachzukommen und den Admiralsrath ehestens um die Entsendung von Marinedetachements zu ersuchen, damit diese Skutari von den montenegrinischen Besatzungen übernehmen. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 262 Nr. 509. Vgl. n. 6907, 6908, 6911. — [b]) Vgl. n. 6873.

Nr. 6895. Erlaß nach Rom, 4. Mai 1913 Nr. 2026. Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

In der letzten Zeit hat es sich bei verschiedenen Anlässen, namentlich bei der Besprechung der rumänisch-bulgarischen Angelegenheit, herausgestellt, daß zwischen unserer Auffassung und jener des Berliner Kabinettes über die Orientierung unserer Politik gegenüber den einzelnen Balkanstaaten, insbesondere gegenüber Bulgarien, eine gewisse grundsätzliche Verschiedenheit besteht. Während man in Berlin die Tendenz verrät, sich auf die Seite der Gegner Bulgariens zu stellen, betrachten wir es als einen Faktor, dessen Interessen infolge der natürlichen Entwicklung der Ereignisse mit den unseren parallel laufen. Ich habe es daher für notwendig befunden, Graf Szögyény mit einer eingehenden Aussprache mit den deutschen Staatsmännern zu betrauen. Da es mir nicht ausgeschlossen erscheint, daß von Berlin aus der Versuch unternommen werde, das italienische Kabinett, welches sich im allgemeinen unseren Anschauungen angeschlossen hat, zur deutschen Auffassung zu bekehren, übermittle ich Euer Exzellenz hier eine Abschrift der Instruktion an Grafen Szögyény[a]) und stelle es Hochderen Ermessen anheim, das eine oder andere der darin dargelegten Argumente bei Marquis di San Giuliano streng vertraulich zu verwerten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6862.

Nr. 6896. Tel. aus Rom, 4. Mai 1913 Nr. 271 (eing. 5. Mai 4 U. a. m.).[1]) Entziff.

Geheim. Minister des Äußern gab mir ganz vertraulich Kenntnis von einer Demarche russischer Regierung, welche unter Hinweis darauf, daß Montenegro bereit sei, gegen finanzielle und territoriale Kompensationen Skutari zu räumen, sowie auf die gefährlichen Folgen einer Aktion der Monarchie Italien bewegen wollte, uns allein operieren zu lassen[2]) und seinerseits von jeder Aktion abzustehen.[3]) Hiesige Regierung hat, wie ich aus einem von mir eingesehenen Telegramme an den italienischen Botschafter in Petersburg entnehme, sich diesem Anwurf gegenüber ablehnend verhalten und geantwortet, daß sie zwar in Cetinje für völlige Nachgiebigkeit und in Wien gegen eine isolierte Aktion tätig sei, im Falle einer solchen aber auch ihrerseits in Albanien operieren werde. Mérey.

[1]) Italienische diplomatische Kunstgriffe. — [2]) lourde faute? — [3]) Dem Thurn hat er das Gegentheil gesagt *(vgl. n. 6810)*.

Nr. 6897. Tel. nach St. Petersburg, 4. Mai 1913 Nr. 333 (chiffr. 5. Mai 12 U. 30 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Zu Euer Exzellenz Telegrammen Nr. 178 vom 28. v. M. und Nr. 185 vom 1. d. M. Die Vorgangsweise Herrn Sazonows in der rumänisch-

bulgarischen Angelegenheit hat mich einigermaßen überrascht. Denn entweder ist die Entscheidung der Mächte noch nicht als definitive zu betrachten, dann war die Mitteilung an die Vertreter Rumäniens und Bulgariens verfrüht, nicht im Einklang mit den getroffenen Vereinbarungen und jedenfalls politisch nicht opportun. Ist hingegen der Beschluß der Réunion als bereits endgiltig gefaßt anzusehen, dann kann von einer Änderung dieses Beschlusses, wie es Herr Sazonow vorgeschlagen hat, natürlich keine Rede sein. Der letzte Satz des Réunionsbeschlusses, dessen Streichung nun proponiert wird, ist bekanntlich das letzte Residuum unserer weitergehenden Anträge, welche den Kompensationsgedanken zugunsten Bulgariens zum Ausdruck bringen wollten. Es schien sonderbar, daß gerade gegen diesen Passus von bulgarischer Seite Bedenken gehegt werden. Jedenfalls wollte ich mich vor meiner Stellungnahme über die Auffassung der bulgarischen Regierung direkt informieren und ich habe mich daher mit einer vertraulichen Anfrage[b]) nach Sofia gewendet, was ich angesichts der Mitteilungen Herrn Sazonows an den bulgarischen Gesandten unbedenklich tun konnte. Die Antwort Herrn Geschoffs ergab zunächst, daß er Herrn Bobtscheff allerdings von gewissen Bedenken gegen die Fassung des letzten Alineas Mitteilung gemacht habe. In dieser Fassung komme nämlich nicht genügend zum Ausdruck, daß Bulgarien nicht freiwillig territoriale Konzessionen gemacht habe, sondern daß sie ihm von den Mächten auferlegt worden seien. Herr Bobtscheff dürfte sich jedoch in Petersburg undeutlich ausgesprochen haben, denn ein Auftrag, die Streichung des letzten Satzes zu verlangen, sei an ihn nicht ergangen und Herr Geschoff würde dessen gänzliche Streichung sogar bedauern.[c]) Der bulgarische Ministerpräsident würde demnach wünschen, daß die Schlußformel statt des proponierten Textes folgendermaßen laute: *... wie n. 6884 von „Avant de se séparer" bis „été imposés" ...* Herr Geschoff ersuchte mich, diese Formel der Réunion zur Annahme zu empfehlen und hat sich mit derselben Bitte auch an Herrn Sazonow gewendet. Ich halte die Annahme dieser Formel, die unserem seinerzeitigen Antrage durchaus konform ist, für wünschenswert. Euer Exzellenz sind ermächtigt, einem Beschlusse in diesem Sinne selbst dann zuzustimmen, wenn die Formel unwesentlich, etwa durch Hinweglassung des Hinweises auf Regelung der territorialen Fragen am Balkan, modifiziert würde. Sollte diese Formel jedoch von der Réunion abgelehnt werden, so wollen Euer Exzellenz darauf bestehen, daß der in der Réunion vom 17. v. M. beschlossene Text[d]) unverändert aufrecht erhalten bleibe. Euer Exzellenz wollen sich im Sinne des Vorstehenden zu Herrn Sazonow aussprechen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6916, 6918, 6946. — [b]) n. 6829. — [c]) Vgl. n. 6841. — [d]) Vgl. n. 6643, 6661.

Nr. 6898. Tel. aus St. Petersburg, 4. Mai 1913 Nr. 190 (eing. 5. Mai 6 U. a. m.).[1])[a]) Entziff.

Als ich heute zu Herrn Sazonow kam, verließen ihn soeben der englische Botschafter und der französische Geschäftsträger, welche eine lange gemeinsame Konferenz mit dem Minister des Äußern gehabt hatten. Ich fand Herrn Sazonow sehr besorgt und deprimiert. Ich besprach zunächst

die letzte Londoner Reunion und erwähnte die Gründe, aus welchen Euer Exzellenz nicht in der Lage wären, den k. u. k. Gesandten in Cetinje zu beauftragen, die in der erwähnten Reunion in Aussicht genommene Kollektivdemarche bei der dortigen Regierung mitzumachen, fügte jedoch bei, daß diese Enthaltung durchaus nicht den Zweck verfolge, die anderen Mächte an der Ausführung einschlägiger Vorstellungen bei der montenegrinischen Regierung zu behindern, daß es uns vielmehr nur erwünscht wäre, wenn durch die eindringliche Sprache der Vertreter der anderen Großmächte König Nikolaus zum Einlenken veranlaßt und so der unserseits an Montenegro zu richtenden Sommation zuvorgekommen würde.[b] Hier unterbrach mich Herr Sazonow mit der Bemerkung, dann müßten wir doch zumindestens den anderen Mächten Zeit lassen, diese Demarche zu machen und eine Antwort darauf zu erhalten, während wir nach seinen, ihm von mehreren Seiten zugekommenen Informationen die Absicht hätten, falls nicht schon in der morgigen Reunion das uneingeschränkte Nachgeben König Nikolaus konstatiert werden könne, sofort bewaffnet einzuschreiten. Ich verhehlte dem Minister nicht, daß die k. u. k. Regierung mit Rücksicht auf die bisherigen Resultate der Reunion von der Stellung weiterer Anträge absehen und sich vorbehalten müsse, im gegebenen Momente die ihr geeignet erscheinenden Maßnahmen zur Durchsetzung der europäischen Beschlüsse zur Anwendung zu bringen. Wann dieser Moment eintreten werde und welche militärischen Maßnahmen die Monarchie zu treffen genötigt sein werde, darüber sei ich jedoch nicht im speziellen informiert; jedenfalls sei aber keine Zeit zu verlieren. Der Herr Minister führte weiter aus, daß, wenn sich wenigstens unsere Aktion auf Skutari selbst beschränken würde, er noch hoffen könnte, die hiesige öffentliche Meinung im Zaume zu halten; wenn jedoch, wie es nach den ihm aus Wien zugekommenen Informationen den Anschein habe, Österreich-Ungarn einen Einmarsch in Montenegro selbst und somit einen förmlichen Krieg gegen dieses Land beginnen sollte, so könne er für nichts mehr gutstehen. Ich erwiderte, daß dies gewiß sehr bedauerlich sei, aber auf die Haltung der Monarchie in dieser Frage keinen Einfluß ausüben könnte, die nur durch den Widerstand, den Montenegro den Beschlüssen der Mächte fernerhin entgegenstellen würde, sowie durch Erwägungen militärischer Natur diktiert werden könnte. Fortsetzung folgt. Thurn.

[1]) Klassisches Beispiel von russischen diplomatischen Manövern!
[a]) Vgl. n. 6899, 6917. — [b]) Vgl. n. 6848, 6866.

Nr. 6899. Tel. aus St. Petersburg, 4. Mai 1913 Nr. 191 (eing. 5. Mai 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung des heutigen Telegrammes Nr. 190. Im weiteren Verlaufe der heutigen Unterredung sagte mir Herr Sazonow, es sei zu seiner Kenntnis gelangt, dass wir mit Italien ein Abkommen geschlossen hätten, in welchem wir uns über die Teilung Albaniens in Einflusssphären und über eine militärische Besetzung dieses Landes geeinigt hätten. Er müsse mich aufmerksam machen, dass Russland seine Zustimmung zur Gründung eines autonomen Albaniens an die Bedingung geknüpft habe, dass dieses zu neutralisierende Land unter die Kontrolle aller Großmächte komme. Einen

privilegierten Einfluss Österreich-Ungarns und Italiens könnte Russland keinesfalls anerkennen. Es dürfe daher seiner Ansicht nach eine behufs Pazifizierung Albaniens zu unternehmende militärische Intervention nur mit einem eventuellen Mandat Europas erfolgen, zu dessen Erteilung an Österreich-Ungarn und Italien Russland jedoch seine Zustimmung nicht geben könnte. Sollten diese beiden Mächte ohne Mandat eine militärische Expedition nach Albanien unternehmen wollen, so müsste Russland gegen ein solches Vorgehen nachdrücklichst Verwahrung einlegen. Wenn Russland zugestimmt habe, dass die Alliierten aus Albanien wieder hinausgedrängt würden, so sei dies unter der vorerwähnten Voraussetzung geschehen, dass ein neutrales, unter der Kontrolle aller Großmächte stehendes Albanien geschaffen werde, weshalb Russland einer mehr oder weniger dauernden Besetzung dieses Landes durch Österreich-Ungarn und Italien nicht zustimmen könnte. Ich erwiderte, dass ich im Gegenstande nicht informiert sei, verwahrte mich jedoch gegen die Zumutung Herrn Sazonows, unsere Aktionsfreiheit bestreiten zu wollen, indem ich darauf hinwies, dass wir und Italien schon durch unsere geographische Lage in Albanien die meistinteressierten Mächte seien und gewiss ein Recht hätten, dafür zu sorgen, dass dort nicht anarchische Zustände einreissen. Die vorerwähnten Äußerungen Herrn Sazonows beziehen sich, wie sich aus dem Kontexte deutlich ergab, nicht auf eine gegen Montenegro gerichtete Aktion in der Richtung auf Skutari (mein heutiges Telegramm Nr. 190), sondern speziell auf eine eventuelle Aktion in Albanien im weiteren Sinne. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6917, 6947.

Nr. 6900. Tel. aus Sofia, 4. Mai 1913 Nr. 386 (eing. 6 U. 20 M. p. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 217[b]) vom 3. d. M. über Unterredung Prinzen Fürstenbergs mit Herrn Majoresco erhalten. Habe Konseilspräsidenten auftraggemäss verständigt und zwar nur vom Inhalt Alineas „letzten Dienstag" bis „nichts gehört", woran ich Erwähnung knüpfte, dass Herr Majoresco unserem Gesandten erklärt hat, er sei trotz mangelnden Empressements bulgarischer Regierung nach wie vor bereit, in Pourparlers mit Bulgarien einzutreten, sobald letzteres konkrete Vorschläge aussprechen werde. Konseilspräsident sagte, dass Sprache Herrn Kalinkoffs, wie sie Herr Majoresco geschildert, instruktionswidrig gewesen wäre, da unwahrscheinlich, dass bulgarischer Gesandter Weisungen nicht befolgt hätte, müsse ihn Herr Majoresco, da schwerhörig, falsch verstanden haben. Schliesslich gab Herr Geschoff zu verstehen, dass Herr Majoresco keine aufrichtige Aufklärung Prinzen Fürstenberg gegeben; Herr Geschoff hätte nämlich rumänischem Ministerpräsidenten Grund, warum bulgarische Regierung vor Ende Petersburger Reunion keine Konversation beginnen will, angegeben und Herr Majoresco hätte Kalinkoff versichert, er begriffe dies vollkommen. Konseilspräsident bestand darauf, dass nicht Kalinkoff, sondern rumänischer Ministerpräsident direkt Konversation als überflüssig bezeichnet hätte. Ich wendete ein, dass, wie immer dem sei, es nicht freundlich gewesen, Majoresco 17 Tage auf Antwort warten zu lassen, worauf

Mitredner erwiderte, es sei rumänischer Ministerpräsident, der bulgarischen Gesandten wegen Ministerkrise nicht empfangen. Ich wies einerseits auf grosses Entgegenkommen, das aus Erklärungen Majorescos spreche, die auch ich Herrn Geschoff bekannt gegeben und anderseits auf zögernde Haltung bulgarischer Regierung und, um Herrn Geschoff zu Antwort herauszufordern, bemerkte ich, ich sei nicht überzeugt, dass Geschoff intimere Annäherung an Rumänien wünsche. Konseilspräsident versicherte, dass er stets Freund Rumäniens gewesen, dass bulgarische Regierung bisherige Freundschaft zu Rumänien kräftigen wolle, (sic!) sobald Protokoll in Petersburg unterzeichnet, er an Majoresco herantreten werde. Hoffentlich werde sich Rumänien auch dann entgegenkommend zeigen, bemerkte Herr Geschoff und spielte auf hiesige öffentliche Meinung an, die für alles, was rumänische Frage betreffe, Dreibund verantwortlich mache. Ich erwiderte durch freundschaftliche Bemerkung, dass mich nach allem, was wir für Bulgarien in rumänischer Frage getan, letzte Anspielung Herrn Geschoffs wundere. Mit Rücksicht auf Standpunkt Majorescos habe vermieden, neuerlich Konversation mit Rumänien speziell zuzureden. Nach Unterredung mit Konseilspräsidenten habe ich Dobrovič gesehen, der wieder unentschlossene Politik Geschoffs und dessen blindes Vertrauen zu Russland kritisierte und, nachdem ich ihm Gespräch mit Ministerpräsidenten erzählt hatte, sagte Dobrovič, auch in Haltung Rumänien gegenüber begehe Herr Geschoff Fehler. Wenn er vor öffentlicher Meinung Angst habe, hätte er im geheimen Abmachung mit Majoresco schliessen sollen; er werde solange zögern, bis sich Rumänien mit Feinden Bulgariens verbünden werde. Der bulgarische Gesandte in Rom hätte gestern gemeldet, russischer Botschafter hätte ihm gesagt, Rumänien sei unzufrieden mit Resultat Petersburger Entscheidung und sei im Begriffe, sich Serbien und Griechenland zu nähern. Dobrovič fragte, was ich von der Nachricht meinte, worauf ich erwiderte, meines Wissens hätten Serbien und Griechenland versucht, Rumänien heranzuziehen, Herr Majoresco verhielt sich aber ablehnend. Herr Geschoff stand offenbar unter Eindruck oberwähnten Telegrammes aus Rom, was ihn so gereizt gegen Majoresco stimmte. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6901, 6920, 6925. — [b]) Mit Tel. Nr. 217, 2. Mai 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 6845 mit kleinen Abänderungen nach Sofia mit der Bemerkung mitgeteilt, daß es nur, insoweit es sich um die Aufklärung des Mißverständnisses zwischen Kalinkoff und Majoresco handelt, der bulgarischen Regierung zur Kenntnis gebracht werden kann. Der restliche Teil sei nur zu Tarnowskis eigener Information.

Nr. 6901. Tel. aus Sofia, 4. Mai 1913 Nr. 387 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 217[b]) vom 3. d. M. und im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 386 rumänische Frage betreffend. Dass bei bulgarischer Regierung keine Neigung zur Entente mit Rumänien mit Spitze gegen Verbündete vorhanden ist, ist Euer Exzellenz aus meiner Berichterstattung bekannt. Nur während kurzer Phase unter Eindruck erster feindlicher Haltung Serbiens und Griechenlands und solange Russland vor türkisch-bulgarischer Waffenruhe Bulgarien kühl behandelte, schien Herr Geschoff Interesse für politische Abmachung mit Rumänien zu

haben. Meine Telegramme Nr. 351 vom 18. v. M., Nr. 358 vom 20. v. M. und Nr. 370 vom 25. v. M., wie auch mein Bericht vom 28. v. M. Nr. 33 A beleuchten Haltung Herrn Geschoffs in rumänischer Frage. Welche Vorschläge schliesslich bulgarische Regierung machen wird, wenn nach Schluss Petersburger Reunion Pourparlers mit Rumänien beginnen, ist in diesem Momente, wo sich Lage täglich ändert, unmöglich zu sagen. Sicher ist aber, dass Herr Geschoff Möglichstes tun wird, um Schwierigkeiten mit Serbien friedlich zu regeln und Notwendigkeit weitergehenden Anschlusses an Rumänien zu vermeiden, was nicht nur seiner Richtung in auswärtiger Politik entspricht, sondern ihm auch innere Politik erleichtert. Ganz unzweifelhaft ist auch für mich, dass Bulgarien gegen jede, auch nur geringste territoriale Konzession an Rumänien ausser Silistria sich aufs entschiedenste wehren wird. Nicht nur Regierung, sondern allgemein ohne Ausnahme ist man hier der Ansicht, dass Silistria äusserste Konzession darstelle, für welche Bulgarien noch ausserdem Kompensationen seitens Rumäniens gebühren. Sollte Rumänien keine gewähren, ist Verstimmung zu befürchten. Für absolut sicher halte ich schliesslich, dass jede Einwirkung unserseits, um bulgarische Regierung zu weiteren Konzessionen zu bewegen, ganz aussichtslos wäre und grösstes Misstrauen gegen uns hervorrufen würde. Aus letzter Unterredung mit Herrn Geschoff hatte Eindruck, dass er Rumänien jetzt schon verdächtigt, dieses drohe mit seiner Annäherung an Serbien und Griechenland, um von Bulgarien weitere Konzessionen zu erpressen, wofür Konseilspräsident uns Verantwortung zuschieben will. Kein anderer Gedanke als dieser hat Herrn Geschoff zur Bemerkung veranlasst, dass man hier für Haltung Rumäniens Dreibund verantwortlich mache. Veränderten Standpunkt Herrn Majorescos halte ich für sehr bedauerlich und bin nicht frei von Befürchtung ungünstiger Folgen für hiesige Dispositionen für uns. So sehr ich davon überzeugt, dass Rumänien unvergleichlich mehr Rücksichtnahme verdient als Bulgarien, auf das wir gar nicht rechnen können, und so sehr ich wünschen würde, bulgarische Regierung dem neuen Standpunkt Herrn Majorescos näher zu bringen, müsste ich von so einem Versuch aufs dringlichste abraten. Machen lässt sich nichts, nur intransigente Haltung Serbiens könnte eventuell helfen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6920, 6922. — [b]) Vgl. n. 6900 Anm. b.

Nr. 6902. Tel. aus Belgrad, 5. Mai 1913 Nr. 266 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Serbische Aspirationen auf Monastir. Serbische Regierung hat sich eine Deputation aus Monastir herkommen lassen, die hier sehr gefeiert wurde. Herr Pašić soll nach Angabe hiesiger Blätter der Deputation gesagt haben: Monastir und die von Serbien besetzten Gebiete werden serbisch bleiben. Ein hervorragendes Mitglied der Deputation bestätigt die Wahrheit dieser Nachricht. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6950, 6989, 7004, 7059.

Tel. nach Berlin, 5. Mai 1913 Nr. 349 (chiffr. 6. Mai 12 U. 5 M. a. m.). Siehe n. 6915.

Nr. 6903. Tel. nach Bukarest, 5. Mai 1913 Nr. 213 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Berchtold).*

Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 114 vom 4. d. M. erhalten. Wie ich wiederholt betont und durch Euer Durchlaucht der rumänischen Regierung habe erklären lassen, wäre eine direkte Aussprache zwischen Bukarest und Sofia im Interesse beider Teile meiner Ansicht nach dringend erwünscht. Die Frage der von Herrn Majoresco ins Auge gefaßten vertraulichen Mitteilungen an die rumänische Kammer über das Resultat der Petersburger Verhandlungen scheint mir nun der geeignetste Anknüpfungspunkt für eine solche Konversation zu sein und ich würde der rumänischen Regierung empfehlen, diesbezüglich direkt in Sofia anzufragen. Euer Durchlaucht wollen Herrn Majoresco gegenüber auf diesen Gegenstand zurückkommen und sich im vorstehenden Sinne aussprechen. Bei diesem Anlaß wollen Euer Durchlaucht neuerlich auf das künftige Verhältnis Rumäniens zu Bulgarien zu sprechen kommen und sich beiläufig folgendermaßen äußern: Wir waren seit dem Beginn der rumänisch-bulgarischen Differenzen bemüht, vermittelnd zu wirken und haben den Standpunkt und die Wünsche Rumäniens in Sofia bekanntlich wiederholt vertreten. Um die bulgarische Regierung für ein Entgegenkommen gegenüber diesen Wünschen zu gewinnen, haben wir ihr auf Grund der mehrfachen Erklärungen Herrn Majorescos als Gegenleistung ein freundschaftliches Verhalten Rumäniens in Aussicht gestellt. Nur den auf diese Weise erzeugten günstigen Dispositionen der bulgarischen Regierung ist es zuzuschreiben, daß wir in Petersburg die Abtretung von Silistria durchzusetzen vermochten, was wir — darüber muß man sich in Bukarest klar werden — von den Mächten der Triple-Entente niemals hätten erreichen können, wenn Bulgarien auf dem Standpunkt des starren non possumus verblieben wäre. Wenn man in Bukarest nun, da die Zession von Silistria beschlossen ist, diese lediglich als Geschenk Europas an Rumänien, keineswegs aber als Zugeständnis Bulgariens auffaßt, wenn man glaubt, dem südlichen Nachbar gegenüber jetzt völlig freie Hand zu haben und die Entscheidung über den Anschluß Rumäniens an diesen oder an seine Gegner davon abhängig machen will, ob sich Bulgarien zu weiteren territorialen Konzessionen bereit findet oder nicht, so zeigt dies nicht nur von einer irrigen Ansicht über die letzten Phasen der Silistria-Frage und einem gewissen Mangel von Verständnis für das erfolgreiche Eintreten der Monarchie und des Dreibundes zu Gunsten Rumäniens: diese Auffassung scheint mir vielmehr auch zu beweisen, daß Herr Majoresco die Konsequenzen einer solchen Politik für die weitere Entwicklung nicht richtig abschätzt. Vor allem ist zu bemerken, daß nach den uns aus Sofia zugekommenen Informationen an weitere territoriale Konzessionen Bulgariens absolut nicht zu denken ist und daß man dort im Gegenteil angesichts der bekannten früheren Erklärungen der maßgebenden rumänischen Faktoren auf ein gewisses Entgegenkommen Rumäniens als Gegenwert für Silistria rechnet. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß eine entgegengesetzte Haltung Rumäniens die Regelung der Angelegenheit im Sinne der Entscheidung der Mächte bedeutend erschweren könnte. Wollte man in Bukarest sich mit Silistria nicht begnügen, dann bliebe

nichts anderes übrig, als aggressiv aufzutreten und sich den Gegnern Bulgariens, als welches in erster Linie Serbien in Betracht kommt, in die Arme zu werfen. Es ist evident, daß ein solches Zusammengehen mit einer Dreibundpolitik nicht vereinbar wäre. Ich vermag aber nicht zu glauben, daß ein Staat wie Rumänien, der sich durch das klare und konsequente jahrzehntelange Festhalten an einer vorgezeichneten Linie verläßliche Freundschaften und einen hohen politischen Kredit erworben hat, um einiger unbedeutender Landstriche willen mit seiner traditionellen Politik brechen wolle. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 263 Nr. 510. Vgl. n. 6930, 6948, 7024, 7060.

Nr. 6904. Tel. nach Cetinje, 5. Mai 1913 Nr. 136 (chiffr. 11 U. 30 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 178 von gestern, welches sich mit meinem Telegramm Nr. 133 gekreuzt hat. Da ich großen Wert darauf lege, daß Euer Hochwohlgeboren eine offizielle Mitteilung betreffs bedingungsloser Räumung Skutaris direkt seitens der montenegrinischen Regierung zukomme, wollen Sie, ohne aus diesem Anlasse eine comminatorische Haltung einzunehmen, zu erreichen trachten, daß dies — falls es nicht ohnehin geschehen — nunmehr erfolge. Ich würde mich auch mit einer mündlichen Mitteilung an Euer Hochwohlgeboren von offizieller Seite begnügen und zwar etwa auch in der Form, daß Ihnen die an montenegrinischen Vertreter in London ergangene Instruktion zur Kenntnis gebracht wird. Euer Hochwohlgeboren wollen mir im Gegenstande ehetunlichst telegrafisch berichten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6905, 6938.

Nr. 6905. Tel. aus Cetinje, 5. Mai 1913 Nr. 184 (eing. 6. Mai 12 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 136 von heute: Übergabe Skutaris. König von Montenegro hat gestern nachts in Ergänzung und teilweiser Abänderung seines an den Londoner Vertreter gerichteten Auftrages durch den hiesigen englischen Gesandten an Sir E. Grey eine Depesche gerichtet, deren Schlußpassus lautet: „Ma dignité et celle de mon peuple ne me permettant pas de me soumettre à une sommation isolée, je remets le sort de la ville de Scutari dans la main des Grandes Puissances.“ Da wir niemals getrennt von den Großmächten Übergabe der Stadt verlangten, die Entscheidung der Angelegenheit in London liegt und hier überdies noch kein Kabinett ernannt ist, bitte ich um Weisung, ob ich dessenungeachtet erhaltenen Auftrag auszuführen trachten soll. Giesl.

[a]) Oe. U. Balkan 264 Nr. 513. Vgl. n. 6938.

Nr. 6906. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 5. Mai 1913 Nr. 237 (eing. 6. Mai 3 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Großvezir sagte mir heute vertraulich, russischer Botschafter trachte auf ihn einzuwirken, daß er die türkischen Truppen aus Albanien nicht

zurückziehe. Auch den türkischen Botschafter in Petersburg versuche man in demselben Sinne zu beeinflußen. Mahmud Schefket Pascha versicherte mir, er bleibe trotzdem bei seinem Entschluß, türkische Streitkräfte so bald als möglich aus Albanien nach Asien zu verlegen. Er habe Essad Pascha Befehl zukommen lassen, seine Truppen dem General Riza Ali Pascha zu unterstellen. Ob dieser Befehl an seine Bestimmung gekommen, sei ihm jedoch nicht bekannt. Bei diesem Anlasse erwähnte Großvezir gesprächsweise, seiner Ansicht nach wäre es im Interesse der Türkei gelegen, daß Österreich-Ungarn und Italien in Albanien nicht nur Ordnung schaffen, sondern auch dort bleiben würden. Auf diese Weise kämen auf der Balkanhalbinsel Faktoren zur Geltung, welche das durch die slavischen Staaten gestörte Gleichgewicht wiederherstellen könnten. Der in Aussicht genommene, zu eng begrenzte Staat schiene ihm, wenn er sich selbst überlassen bleiben sollte kaum lebensfähig zu sein. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 6971, 7010.

Nr. 6907. Tel. nach London, 5. Mai 1913 Nr. 379 (chiffr. 8 U. 30 M. a.m.). Konz. (S. u. G. Berchtold).

Geheim. Baron Giesl telegraphiert unterm 4. d. M. Nr. 178 wie folgt: ... *wie n. 6869* ... Euer Exzellenz wollen sich trotzdem des gegenständlich an Sie ergangenen Auftrages[a]) entledigen, damit Zurückweichen Montenegros vor dem Auftreten der Monarchie, sowie unser correktes Verhalten bezüglich Verlangens der Antwortertheilung an Admiralsrath entsprechend zum Ausdrucke komme. Berchtold.

[a]) n. 6894.

Nr. 6908. Tel. aus London, 5. Mai 1913 Nr. 376 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 378 von gestern, Nachgeben Montenegros betreffend. Ich habe Inhalt desselben Sir E. Grey soeben mitgeteilt. Staatssekretär hatte heute früh ein Telegramm aus Cetinje erhalten, enthaltend eine Message des Königs Nikolaus an Grey, in welcher Seine Majestät nach wohltönenden und heroischen Phrasen schließlich erklärt: „Je remets le sort de la ville de Scutari entre les mains des Puissances." Sir E. Grey wird uns das bei Reunion mitteilen und ich werde auftraggemäße Mitteilung machen. Sir E. Grey schien hocherfreut und meinte, wenn die Evakuation Skutaris erfolgt, so seien alle bisherigen Beschlüsse der Mächte durchgeführt. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6912, 6919.

Nr. 6909. Tel. aus London, 5. Mai 1913 Nr. 377 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Heutige Reunion. Sir E. Grey ayant reçu un message du Roi du Monténégro déclarant qu'il remet le sort de la ville de Scutari entre les mains des Puissances, la réunion est d'avis qu'il y a lieu de prendre acte avec satisfaction de cette déclaration. Les représentants des Puissances à Cettigné feront savoir en même temps au gouvernement monténégrin

que des dispositions sont prises pour assurer la remise de la ville aux commandants de l'escadre internationale. Ils réclameront l'envoi aux autorités monténégrines de Scutari d'instructions leur prescrivant de procéder d'accord avec les commandants à l'évacuation de la ville. Sir E. Grey envoie au représentant britannique à Cettigné des instructions dans ce sens pour être exécutées si omnes. Fortsetzung folgt. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 264 Nr. 514. Vgl. n. 6910, 6911, 6934, 6938.

Nr. 6910. Tel. aus London, 5. Mai 1913 Nr. 378 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Fortsetzung zu Telegramm Nr. 377 von heute. La réunion pense également qu'il y a lieu de prescrire à l'amiral commandant l'escadre internationale de se mettre en rapport avec les autorités monténégrines de Scutari pour fixer le jour où une commission composée d'officiers désignés par les commandants, accompagnée de détachements internationaux procédera à la prise de possession de la ville au nom des Puissances. Cette commission règlera les détails de l'évacuation et de l'enlèvement du matériel de guerre. Les Puissances resteront en possession de la ville jusqu'à l'organisation d'un gouvernement autonome. Le blocus sera levé aussitôt après la prise de possession de la ville par les Puissances. Des instructions conformes seront envoyées à l'amiral britannique qui les exécutera aussitôt que les commandants auront reçu de leurs gouvernements respectifs des instructions analogues. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 264 Nr. 514. Vgl. n. 6911, 6934, 6939.

Nr. 6911. Tel. aus London, 5. Mai 1913 Nr. 379 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Die heutige Reunion begann in der allgemeinen freudigen Stimmung, daß die schwere Skutarikrise nunmehr hoffentlich überwunden ist. Sir E. Grey gab Kenntnis von der Message des König Nikolaus an ihn, „de remettre le sort de Scutari aux Puissances" und knüpfte daran die Bemerkung, nach seiner Ansicht sollten nunmehr die Flottenkommandanten mit der Durchführung der (Übernahme)a) der Stadt durch die Mächte betraut werden. Ich teilte der Reunion vertraulich Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 378 mit und hatte im Laufe der Diskussion wiederholt Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß Euer Exzellenz der montenegrinischen Regierung Gelegenheit geboten haben, jetzt der seinerzeitigen Aufforderung des Flottenkommandos nachzukommen. Die Ansicht aller Anwesenden ging dahin, daß es besser wäre, ohne noch einmal auf die seinerzeitige Aufforderung der Admirale zurückzukommen, jetzt ohne Verzug von der an Sir E. Grey gerichteten Erklärung des Königs von Montenegro Akt zu nehmen und die mit Telegrammen Nr. 377 und Nr. 378 von heute gemeldeten Resolutionen wurden redigiert. Eine Mitteilung des montenegrinischen Vertreters in London ist bis zur Stunde im Foreign Office nicht erfolgt. Mensdorff.

a) Chiffre fehlt.

Nr. 6912. Tel. aus London, 5. Mai 1913 Nr. 380 (eing. 6. Mai 12 U. 50 M. a. m.). Entziff.

In Ergänzung meines heutigen Telegrammes Nr. 376, Message des Königs von Montenegro an Sir E. Grey betreffend. Grey beantwortet diese Botschaft, indem er englischen Gesandten in Cetinje anweist, dem König zu sagen, Staatssekretär wisse diese Mitteilung sehr zu schätzen und sei überzeugt, daß der Entschluß des Königs dem Frieden diene und den wahren Interessen Montenegros entspreche. Gleichzeitig soll der Gesandte dem König mitteilen, daß die Admirale Instruktion erhalten zur Durchführung der Übernahme Skutaris. Mensdorff.

Nr. 6913. Tel. aus London, 5. Mai 1913 Nr. 382 (eing. 10 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Nächste Botschafterreunion Donnerstag. Mensdorff.

Nr. 6914. Tel. des Vizekonsuls Tibor von Pözel aus Prisren, 5. Mai 1913 Nr. 47 (eing. 6. Mai 9 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Ich telegraphiere Belgrad 28: Antwort auf Telegramm Nr. 19[a]) vom 30. v. M.: Präziser Wortlaut Rede Generals nicht bekannt; er sagte laut Aussage Anwesender unter anderem: „Skutari ist trotz der Bemühungen der Großmächte, dank der Aufopferung unserer Truppen gefallen; so wie unsere braven Krieger nicht geruht haben, bis sie Euch befreiten, müsst Ihr nunmehr mit uns vereint nicht eher rasten, bis die in Bosnien lebenden Brüder nicht befreit." Autor der Schimpfbeleidigungen ist ein gewisser Narednik Pera (?), ein in Serbien angeblich wohlbekannter politischer Agitator. Er sagte, wie Anwesende berichten, zum Schlusse seiner eineinhalbstündigen, von Gehässigkeiten gegen die Monarchie triefenden Rede (streng vertraulich): „... Wir werden nach Wien marschieren und dem Kaiser Franz Joseph wie einem Esel die Haut über den Kopf ziehen." Dieses Individuum soll gegenwärtig noch in Prisren weilen. Rede wohnten nebst einheimischer Bevölkerung auch zahlreiche serbische Offiziere und Soldaten bei. Was die Bemerkung des k. und k. Ministeriums des Äussern anbelangt, dass meine erste Meldung über Angelegenheit wegen der allgemeinen Fassung vollkommen wertlos ist, bemerke ich, 1.) dass ich in Diakowa nichts Näheres über diese Person erfahren konnte, 2.) sollte meiner Meinung nach Wiederholung einer derartigen schändlichen Majestätsbeleidigung in einer offiziellen Meldung so lange als möglich vermieden werden. Gleichlautend Wien 47. Pözel.

[a]) Das nicht vorliegende Tel. von Belgrad nach Prisren entsprach dem Auftrage in n. 6796.

Nr. 6915. Tel. nach Rom Nr. 463 (1) und Berlin Nr. 349 (2), 5. Mai 1913 (chiffr. 6. Mai 12 U. 5 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

1. u. 2. Der königlich italienische Botschafter hat mir heute mitgetheilt, daß nach Auffassung Marquis di San Giulianos eine Kooperation Italiens mit uns gegen Skutari unter den von uns vorgeschlagenen Modalitäten (Einbeziehung montenegrinischen Territoriums in die militärische Aktion)

unmöglich wäre. Hingegen ginge der Vorschlag seines Ministers dahin, daß Italien parallel und gleichzeitig mit unserer Aktion im Norden eine solche im Süden Albaniens unternehme, um dort den Widerstand Essad Paschas zu brechen und die Ordnung wiederherzustellen. Italien bezwecke damit, wie Herzog Avarna beifügte, keineswegs eine Zweitheilung Albaniens in Interessensphären anzubahnen; seine Regierung stehe vielmehr nach wie vor auf dem Boden unserer bezüglichen Akkords, welche die Schaffung eines einheitlichen Albaniens bezwecken. Auch habe die Konsulta nicht die Absicht, die italienischen Truppen dauernd in Südalbanien zu belassen, sondern würde dieselben nach Erfüllung ihrer Aufgabe sofort wieder zurückziehen. Ich entgegnete dem Herrn Botschafter, daß ich nach den neuesten Nachrichten aus Cetinje[b]) annehmen zu können glaube, unsere geplante Aktion im Norden werde gegenstandslos werden und daher auch unterbleiben können. Eine Parallelaktion, wie sie Marquis di San Giuliano vorzuschweben scheine, sei aber für uns auf keinen Fall akzeptabel, nachdem dadurch der Anschein geweckt würde, es sei eine Teilung in Interessensphären geplant, was doch, wie schon betont, mit unseren Absichten im diametralen Gegensatze stehe. Mein Wunsch gehe daher dahin, jedwede militärische Aktion in Albanien thunlichst zu vermeiden; falls sich aber dennoch eine solche als notwendig herausstellen sollte, so wäre nach meiner Ansicht nur ein kooperatives Einschreiten in den Kreis der Erwägungen zu ziehen.

Herzog Avarna nahm meine Antwort mit dem Bemerken zur Kenntnis, er werde von derselben Marquis di San Giuliano Mittheilung machen. Doch müsse er jetzt schon sagen, die öffentliche Meinung in Italien habe den Gedanken einer Parallelaktion Italiens im Süden Albaniens mit so großer Begeisterung aufgenommen, daß es wünschenswerth wäre, wenn unsere Absage an das Kabinet von Rom nicht in die Öffentlichkeit käme. Der Verzicht Montenegros auf Skutari, welches die ganze Aktion überhaupt von der Tagesordnung abstellen dürfte, würde eine geeignete Motivirung für das Unterbleiben der Parallelaktion abgeben. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6882. — [b]) Vgl. n. 6889, 6891.

Nr. 6916. Tel. aus St. Petersburg, 5. Mai 1913 Nr. 192 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Betrifft rumänisch-bulgarische Mediation. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 333 von heute und werde mich für den von Herrn Geschoff proponierten Text einsetzen. Mit Rücksicht auf die Haltung der Tripleententevertreter in der Reunion vom 15. April,[b]) wo gegen die Aufnahme einer, wenn auch in noch so unverbindliche Form gekleideten, den Charakter einer Art Versprechens an sich tragenden Formel der lebhafteste Widerstand erhoben wurde, erscheint mir jedoch die Annahme der von Herrn Geschoff proponierten Fassung vollkommen aussichtslos. Die Opposition der Tripleententevertreter dürfte sich aber voraussichtlich nicht bloß gegen den Hinweis auf die Regelung der territorialen Fragen, sondern auch gegen den Ausdruck „tiendront compte“ richten, der schon seinerzeit, als ein Versprechen

involvierend, abgelehnt worden war. Da Euer Exzellenz mich zwar ermächtigten, gegebenenfalls einer unwesentlich modifizierten Fassung zuzustimmen, in der der Hinweis auf die Regelung der territorialen Fragen weggelassen wäre, ich mich aber ohne spezielle Weisung nicht für berechtigt halten kann, auch auf eine Änderung der Worte „tiendrons compte" einzugehen, die doch eine nicht unwesentliche Verschiebung des Sinnes bedeuten würden, bitte ich, um einer eventuellen neuerlichen Vertagung der nächsten Reunion womöglich vorzubeugen, schon jetzt um geneigte Instruktion, ob ich eventuell dem folgenden Amendement der von Herrn Geschoff nunmehr vorgeschlagenen Fassung des letzten Alineas zustimmen könnte, von dem immerhin zu erwarten wäre, dass es keinem ernstlichen Widerstande begegnen dürfte: „... ayant singulièrement facilité sa tâche, la conférence exprime la conviction que les Puissances sauront gré à la Bulgarie des sacrifices qui lui ont été imposés." Thurn.

a) Vgl. n. 6918, 6940. — b) Vgl. n. 6641.

Nr. 6917. Tel. aus St. Petersburg, 5. Mai 1913 Nr. 193 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Marquis Carlotti erzählte mir soeben, dass Herr Sazonow auch ihm gegenüber gestern die Sprache auf die zu seiner Kenntnis gelangte Absicht Österreich-Ungarns und Italiens gebracht habe, gemeinsam in Albanien zu intervenieren. Auch dem italienischen Botschafter gegenüber wies der Herr Minister darauf hin, dass an der Regelung der Verhältnisse in Albanien alle Mächte ein gemeinsames Interesse haben, es daher gegen dieses Prinzip verstossen würde, wenn einzelne Mächte diese Frage selbständig in die Hand nehmen wollten. Die Sprache Herrn Sazonows meinem italienischen Kollegen gegenüber war aber lange nicht so kategorisch wie mir gegenüber. Eine Erklärung dieser Divergenz der Tonart des Ministers ist vielleicht darin zu suchen, dass zwischen dem Besuch Marquis Carlottis und dem meinen die in meinem Telegramm Nr. 190 von gestern erwähnte Konferenz Herrn Sazonows mit den Vertretern Englands und Frankreichs stattgefunden hatte, deren Haltung dem Herrn Minister scheinbar das Rückgrat gestärkt hat. Für die Wahrscheinlichkeit dieser Annahme spricht auch ein offenbar inspirierter Artikel der heutigen „Rjetsch", in welchem unter direkter Bezugnahme auf diese Konferenz die vollständige Einigkeit der Tripleentente in der albanesischen Frage betont und das eigenmächtige Vorgehen einzelner Mächte als „unerwünscht" bezeichnet wird. Thurn.

a) Vgl. n. 6899, 6947.

Nr. 6918. Tel. aus St. Petersburg, 5. Mai 1913 Nr. 194 (eing. 6. Mai 6 U. a. m.).a) Entziff.

Nachhang zu meinem heutigen Telegramme Nr. 192, betreffend bulgarisch-rumänische Mediation. Ich habe mich heute auftraggemäß im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 333 von heute Herrn Sazonow gegenüber ausgesprochen. Der Herr Minister bezeichnet den nach der Redaktion Herrn Geschoffs im Schlußsatze des Mediationsprotokolles enthaltenen Hinweis auf die Regelung der Territorialfragen am Balkan

für unannehmbar und beanständet auch den Ausdruck „tiendront compte" als ein Versprechen implizierend. Er macht sodann den Vorschlag, den Schlußsatz wie folgt zu amendieren: „... sa tâche, la conférence apprécie à leur juste valeur les sacrifices qu'elle a été dans le cas de demander à la Bulgarie." Im äußersten Falle würde er, wenn die übrigen Teilnehmer zustimmen, auch eine Redaktion wie die im letzten Alinea meines heutigen Telegrammes Nr. 192 erwähnte akzeptieren, in der die Worte „tiendront compte" durch „sauront gré" bei gleichzeitiger Hinweglassung des Hinweises auf die Territorialfragen ersetzt erscheinen. Sollten Euer Exzellenz keiner dieser beiden Redaktionen zustimmen, würde Herr Sazonow mit Rücksicht auf die Äußerungen Herrn Geschoffs dem k. u. k. Gesandten in Sofia gegenüber sich schließlich auch mit Wiederherstellung des ursprünglich in der Reunion vom 17. v. Mts. n. St.[b] beschlossenen Textes einverstanden erklären. Ich bitte Euer Exzellenz um eine ehegütige Weisung im Gegenstande, da Sazonow die nächste Reunion, in der er hofft, daß die Unterzeichnung werde erfolgen können, für nächsten Freitag anberaumt hat und vorher noch das Einverständnis der übrigen Konferenzteilnehmer eingeholt werden müßte und ferner die neuerliche Drucklegung einige Zeit in Anspruch nimmt. Thurn.

[a] Vgl. n. 6940. — [b] Vgl. n. 6643, 6661.

Nr. 6919. Tel. aus St. Petersburg, 5. Mai 1913 Nr. 195 (eing. 6. Mai 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow sagte mir heute, er habe eben ein Telegramm des russischen Gesandten in Cetinje erhalten, in welchem derselbe meldet, König Nikolaus habe dem englischen Vertreter auf dessen von ihm allein unternommene letzte Demarche geantwortet, „qu'il remet Scutari dans les mains des Puissances". Herr Minister war zufolge dieser Nachricht in einer sehr optimistischen Stimmung. Thurn.

[a] Oe. U. Balkan 264 Nr. 512. Vgl. n. 6908.

Nr. 6920. Tel. aus Sofia, 5. Mai 1913 Nr. 389 (eing. 1 U. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf meine gestrigen Telegramme Nr. 386 und 387 betreffend rumänische Frage. Dobrovič sagte mir soeben, Regierung habe Kalinkoff telegraphisch nach Sofia berufen, um Bericht über Verkehr mit Majoresco zu hören und um Instruktion für Pourparlers mit rumänischer Regierung zu erteilen. Herr Geschoff hätte aus ihm durch mich bekanntgegebenen Aufklärungen Majorescos an Prinz Fürstenberg Eindruck gehabt, dass rumänischer Ministerpräsident froissiert, was Konseilspräsident zum obigen Schritte bestimmt hätte. Ich freue mich, dass Herr Geschoff diesen Eindruck erhalten hat, den ich absichtlich bei ihm und Dobrovič hervorzurufen bestrebt war, damit, wenn durch geänderten Standpunkt Majorescos enttäuscht, bulgarische Regierung sich sagen muss, dass daran nur ihre eigene zögernde Haltung, die in Bukarest verstimmt hätte, schuld. Auf diese Weise wird möglichst vorgebeugt, dass man hier uns nicht verantwortlich macht. Werde Konseilspräsidenten heute sehen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6922, 6923.

Nr. 6921. Tel. aus Sofia, 5. Mai 1913 Nr. 390 (eing. 12 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Erfahre von Herrn Dobrovič, daß Russland hier bereits erklärt hat, Arbitrium zwischen Bulgarien und Serbien anzunehmen. Herr Dobrovič sagte mir, Herr Geschoff hoffe, daß Russland Serbien nur strittige Zone zusprechen und ihm sonst Einhaltung des Vertrages auferlegen wird und daß sich Serben fügen werden. Herr Dobrovič bewundert Optimismus des Konseilspräsidenten, teilt ihn aber gar nicht. Herr Dobrovič glaubt mehr an Möglichkeit Verständigung mit Griechenland. Tarnowski.

Nr. 6922. Tel. aus Sofia, 5. Mai 1913 Nr. 391 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Zu meinem Telegramme Nr. 387 von gestern betreffend rumänische Frage. In Befolgung des hohen Telegrammes Nr. 217[b] vom 3. d. M. glaubte ich nur meine Ansicht aussprechen zu sollen, ohne alle Schlüsse daraus zu ziehen. Für den Fall, daß Euer Exzellenz auch letzteres von mir erwartet haben, möchte unter Voraussetzung, daß Frage auch in Rumänien so heikel wie hier, glauben, daß am vorsichtigsten wäre, sich jetzt weder hier noch in Bukarest hineinzumischen, sondern auf bulgarisch-rumänische Konversation ankommen zu lassen. Falls Herr Geschoff — wie ich das glaube — nur mit allgemeinen Phrasen über Wunsch Bulgariens nach Erhaltung guter Beziehungen mit Rumänien an Herrn Majoresco herantreten und hiebei blos bestrebt sein wird, sich ökonomische Kompensationen herauszuschlagen, ist ziemlich gleichgiltig, ob er wenig Entgegenkommen in Bukarest finden wird. Er wird sich sagen müssen — was er bereits befürchtet — daß er sich Sache selbst durch sein Zögern verpfuscht (vide mein heutiges Telegramm Nr. 389). Im viel weniger wahrscheinlichen Falle, daß Geschoff rumänischer Regierung auf wirkliche Annäherung oder positive Abmachungen ausgehenden Vorschlag machen sollte, würde man eventuell dann erst versuchen können, vermittelnd beiderseitige Standpunkte näher zu bringen. Jeder Versuch Einwirkung wäre hier jetzt vergebens und würden wir uns selbst schaden. Wenn überhaupt, wird es viel eher möglich sein, hier Rat zu erteilen, nachdem Herr Geschoff über Aufnahme seiner Proposition in Bukarest enttäuscht zu mir klagen kommen wird, und in Bukarest dürfte auch Vermittlung leichter sein, wenn ihr einmal eventuelle ernste politische Eröffnung Geschoffs zu Grunde gelegt werden kann. Herr Geschoff wird mir jedenfalls — zumal Kalinkoff herkommen soll — von seinen Absichten noch näher sprechen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6923, 6948, 6966. — [b] Vgl. n. 6900 Anm. b.

Nr. 6923. Tel. aus Sofia, 5. Mai 1913 Nr. 393 (eing. 11 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Bezug auf meine heutigen Telegramme Nr. 389 und 391 betreffend rumänische Frage. Herr Geschoff besuchte mich soeben und sagte, er sei gekommen, um mir zu sagen, dass Regierung beschlossen hat, Herrn Kalinkoff nach Sofia zu berufen, um sich genau über dessen Verkehr mit Herrn Majoresco zu informieren und ihm Instruktionen für Pourparlers mit rumänischer

Regierung zu erteilen. Kalinkoff hätte Auftrag, sich bei Herrn Majoresco abzumelden, woraus letzterer schon jetzt Eindruck ernster Absicht bulgarischer Regierung, mit Rumänien in Negoziationen einzutreten, haben werde. Herr Geschoff möchte meiner Ansicht nach Herrn Majoresco, der offenbar froissiert, wieder gut stimmen, damit direkte Konversation zu einem befriedigenden Resultat führe. Ich betonte, dass mich gar nicht wundern würde, wenn Herr Majoresco über die wenig freundliche Art bulgarischer Regierung verstimmt wäre, ich hätte keine andere Information als das, was ich Herrn Geschoff über Aufklärung Majorescos an Prinz Fürstenberg gesagt, fürchte aber, ob gute Gelegenheit nicht verpasst werde. Seit Monaten hätte ich Herrn Geschoff im Auftrage Euer Exzellenz zugeredet, mit Rumänien aufrichtig zu sprechen und ohne Zeitverlust gute Dispositionen in Bukarest auszunützen. Statt unserem Rate zu folgen, hätte ihn Herr Geschoff — wie immer, da von uns kommend — mit Misstrauen betrachtet und habe nicht verstehen wollen, dass wir stark am Balkan prädominierendes, der Freundschaft Rumäniens sicheres Bulgarien für uns selbst brauchen. „Si Monsieur Majoresco a vraiement pris la mouche par suite de votre attitude peu obligeante", fügte ich hinzu, „je vous en voudrais personnellement de n'avoir pas écouté mes conseils après toute la peine que je me suis donnée". Konseilspräsident erging sich in Entschuldigungen, dass er vor Unterzeichnung Protokolles in Petersburg Pourparlers nicht anfangen konnte, er sprach Hoffnung aus, dass schlechte Laune Majorescos vergehen werde und betonte, dass ich nicht zweifeln dürfe, „que le gouvernement bulgare désire consolider l'amitié existant entre la Roumanie et la Bulgarie". Zum Schlusse fragte Konseilspräsident, ob ich erlaube, dass er Kalinkoff, wenn dieser Sofia komme, zu mir schicke. Tarnowski.

Nr. 6924. Tel. aus Sofia, 5. Mai 1913 Nr. 394 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Konseilspräsident besuchte mich soeben. Er klagte bitter über Verzögerung Friedensschlusses, was furchtbar hart für Bulgarien. Griechenland und Serbien wollten nicht ohne weiters von den Mächten vorgeschlagene Basis der Mediation annehmen und anderseits sei auch von Sir E. Grey entworfenes Projekt Präliminarfriedens[b] für Bulgarien unannehmbar, nämlich die Formel betreffend Grenze Enos-Midia. Bulgarien müsse verlangen, dass Grenzlinie näher bezeichnet werde und gewisse Orte, auf die Bulgarien Wert lege, als in bulgarisches Territorium fallend bezeichnet werden. Herr Geschoff hätte bulgarische Vertreter bei den Großmächten entsprechend instruiert und hofft, dass heutige Botschafterreunion Projekt Sir E. Greys nach Modifizierung ersten Alineas Artikels I[b] akzeptieren werde, damit Bulgarien und Türkei Präliminarfrieden endlich unterzeichnen können. Auf meine Frage, ob bulgarische Regierung entschlossen, Präliminarfrieden auch ohne Verbündete zu zeichnen, antwortete Herr Geschoff, dass dies heikle Sache sei, er glaube aber, dass Alliierte eigentlich dagegen nichts einwenden könnten. Regierung hätte sich diesbezüglich noch nicht entschlossen, ihr Wunsch nach Frieden sei aber dringend. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6935, 6977. — [b] Vgl. n. 6867. Erstes Alinea des Art. I reicht von „La frontière" bis „ nommée par —".

Nr. 6925. Tel. aus Sofia, 5. Mai 1913 Nr. 395 (eing. 6. Mai 6 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Anläßlich Besuches, den mir heute Konseilspräsident abstattete, kam ich auf seine (vide mein Telegramm Nr. 386 vom 4. d. Mts.) vorgestrige Bemerkung, daß hiesige öffentliche Meinung uns für rumänische Frage verantwortlich mache, zurück und sagte, die in dieser Anspielung enthaltene Insinuation hätte ich Herrn Geschoff nicht vergessen. Die beständigen Verdächtigungen als Antwort auf unsere Freundschaft seien mir unerträglich und wenn mich Konseilspräsident mit hiesiger öffentlicher Meinung zu schrecken versuche, so kann ich ihm nur sagen, daß ich mich vor Ungerechtigkeiten derselben nicht fürchte, wohl aber die verlogenen und tendenziösen Artikel untolerabel finde, mit welchen offiziöse „Bulgaria" kürzlich Stimmung zu machen versuchte. Herr Geschoff erging sich in Protestationen und sagte, daß ich mich doch (nicht)[b] über Ton seines Organes „Mir" beklagen könnte; die taktlose „Bulgaria" wäre Organ der Danew-Partei. „Si votre politique était plus sincère, vous envisageriez la nôtre avec moins de méfiance," erwiderte ich und führte verschiedene eklatante Beweise unserer beständigen Rücksichtnahme auf bulgarische Interessen an. Konseilspräsident war ziemlich konsterniert, entschuldigte sich wieder und betonte, „vous pouvez assurer le Comte Berchtold qu'il n'aura pas à se repentir de la bienveillance qu'il témoigne à la Bulgarie". „En attendant", warf ich ein, „après la prise de Scutari quand la situation est devenue grave (si)[b] le Comte Berchtold m'avait demandé de me prononcer sur l'attitude qu'observerait la Bulgarie dans le cas d'un conflit de la monarchie avec la Serbie ou le Monténégro j'aurais dû dire que nos amis les Bulgares marcheront contre nous avec les Serbes." „Mais non, mais comment," antwortete Herr Geschoff, „le Roi Nicolas a envoyé ici message sur message pour demander s'il pouvait compter sur la Bulgarie et on ne lui a premièrement rien répondu et à la fin on lui a donné une réponse catégoriquement négative." Ich gab nicht nach, sondern bemerkte, daß diese negative Antwort nur an Montenegro, nicht an Serbien gerichtet war, welch' letzterem gegenüber Bulgarien zur Kooperation gegen uns vertragsmäßig verpflichtet. Herr Geschoff hat sich très mal à son aise gefühlt, wußte nicht recht, was antworten und ich half ihm durch Bemerkung, daß er es nicht leugnen könne. Mitredner meinte, daß sich Inhalt Vertrages nicht ändern ließe, daß aber Friedensschluss bevorstehe. „Alors une fois la paix conclue, vous n'avez plus cet engagement vis-à-vis de la Serbie," warf ich ein. Konseilspräsident schwieg und ich meinte, es würde mich unendlich freuen, wenn ich Euer Exzellenz melden könnte, daß mich Ministerpräsident versicherte, Bulgarien werde nach Friedensschluß ganz freie und ...[c] bulgarische Politik machen. „Non, ne rapportez rien encore, je vous prie," erwiderte Herr Geschoff, „je ne puis pas me prononcer aujourd' hui — de graves questions se décident — attendez quelques jours." Weniger diskreter Ton schadet hier ab und zu nicht und auch heute schieden Herr Geschoff und ich in freundschaftlichster Weise von einander. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6817, 6993, 7045, 7071. — [b] Chiffre fehlt. — [c] Chiffre verstümmelt.

Nr. 6926. Tel. aus Sofia, 5. Mai 1913 Nr. 396 (eing. 6. Mai 7 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Anläßlich Besuches, den mir heute Herr Geschoff abstattete, fragte ich ihn, ob es wahr, daß Russland Rolle des Arbiters zwischen Bulgarien und Serbien formell angenommen hat. Herr Geschoff antwortete bejahend, bemerkte aber, daß er noch keine Nachricht habe, ob Serbien sich russischer Arbitrage unterwerfen, und daß ihn heutige Meldung Telegraphenagentur aus Belgrad, wonach Serbien ein Memorandum über Aufteilung der eroberten Gebiete Großmächten in London unterbreiten würde, sehr überrascht. Sollte das heißen — meinte er — daß Serbien Entscheidung aller Mächte jener Russlands vorziehe? Konseilspräsident schien desorientiert. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 263 Nr. 511. Vgl. n. 6927.

Nr. 6927. Tel. aus Belgrad, 6. Mai 1913 Nr. 268 (eing. 5 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Friedenskonferenz. Herr Novaković begibt sich heute über Paris nach London und soll der Botschafterreunion ein Memorandum über die Verteilung der eroberten Gebiete vorlegen. Herr Nikolić wird wegen Skupschtina erst in einigen Tagen abreisen. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6926, 6989, 6995, 7006.

Tel. nach Berlin, 6. Mai 1913 Nr. 351 (chiffr. 5 U. p. m.). Siehe n. 6938.

Tel. nach Berlin, 6. Mai 1913 Nr. 352 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 6939.

Nr. 6928. Tel. aus Berlin, 6. Mai 1913 Nr. 222 (eing. 10 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Mit Bezug auf streng vertraulichen Erlaß vom 23. v. M. Nr. 1832, betreffend südalbanesische Grenze. Deutscher Botschafter in London hat, wie mir Staatssekretär mitteilte, Auftrag erhalten, die Anträge des Grafen Mensdorff und Marquis Imperialis in Betreff der von uns aufgestellten Minimalgrenze in der Botschafterreunion zu unterstützen. Szögyény.

Nr. 6929. Privatschreiben aus Berlin, 6. Mai 1913 (eing. 8. Mai). Ausfert.

Den streng vertraulichen Erlass vom 2. d. M. Nr. 2001 habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und nicht verfehlt, mich im Sinne der Ausführungen desselben Herrn von Jagow gegenüber auszusprechen. Auf Wunsch des Staatssecretärs habe ich ihm auch eine diesbezügliche ausführliche Notiz übergeben, welche er nach genauer Prüfung auch dem Reichskanzler — wie er mir versicherte — vorlegen werde. Bei einer demnächst sich bietenden Gelegenheit versprach mir Herr von Jagow auf den von Euerer Excellenz angeregten hochwichtigen Gegenstand eingehend zurückzukommen. Auch nach seiner Überzeugung schliesse das enge Bundesverhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland es vollkommen aus, dass die beiden Reiche eine verschiedene oder gar entgegengesetzte Politik am Balkan verfolgten. In dieser Beziehung bestehe allerdings in der von Euerer Excellenz einerseits und von der kaiserlich deutschen Regierung andererseits befolgten Politik ein Unterschied, welcher die

Beziehungen der beiden Centralmächte zu Bulgarien betreffe. Er habe sich bisher die grösste Mühe gegeben, die Differenz auszugleichen und werde sich auch weiterhin bemühen, dies zu tun, doch könne er zu seinem lebhaften Bedauern in der Saloniki- und in der Samothrakefrage unmöglich Euerer Excellenz' Wünschen entsprechen. Er gestehe mir ganz offen, dass nach seiner Ansicht eine aufrichtige Angliederung Bulgariens an die Dreibundgruppe schwer zu erreichen sein werde; hingegen glaube er, dass die Erhaltung des engen Verhältnisses Rumäniens zum Dreibunde trotz der augenblicklich dort herrschenden Unzufriedenheit mit uns gelingen werde. Ebenso hoffe er, dass auch die Heranziehung Griechenlands an den Dreibund zustande kommen dürfte, in welcher Hoffnung er durch die ihm zukommenden, fortlaufenden günstigen Nachrichten aus Athen bestärkt werde. Was Serbien betreffe, so gebe er Euerer Excellenz nachträglich vollkommen Recht, dass die Bestrebungen eines verständnisvollen Zusammenwirkens mit diesem Staate, welcher sich in seiner Rolle als Exponenten Russlands am Balkan gefalle unter den gegebenen Verhältnissen in absehbarer Zeit von keinem Erfolg begleitet sein dürften. Wie gesagt, werde er — der Staatssecretär — demnächst mir seine und des Reichskanzlers Erwägungen zu Euerer Excellenz beachtenswerten Ausführungen mitteilen. Nach der günstigen Wendung in der Skutari-Frage gibt man sich hier der Hoffnung hin, dass nunmehr ein bewaffnetes Eingreifen Oesterreich-Ungarns und Italiens in Albanien werde unterbleiben können. Ein beachtenswerter Factor in diesem Lande sei jedenfalls — wie mir der Staatssecretär noch gestern sagte — Essad Pascha, der — wie es sich nunmehr herausgestellt hätte — keineswegs als einfacher Abenteurer behandelt werden könne. Mein neuer türkischer College Mahmud Schefket Pascha[a]) kennt ihn — wie er mir versicherte — ganz genau und behauptet, dass Essad Pascha durch seine einflussreichen Verbindungen in Albanien und durch seinen ausgedehnten Landbesitz daselbst einen grossen Einfluss auf die künftige Gestaltung dieses Landes ausüben werde. Szögyény.

[a]) Wohl irrtümlich für Mahmud Muktar Pascha; vgl. n. 6745.

Nr. 6930. Tel. aus Bukarest, 6. Mai 1913 Nr. 116 (eing. 7. Mai 1 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 213, rumänisch-bulgarische Aussprache betreffend. Werde nicht ermangeln, Minister des Äußern gegenüber Inhalt nachdrücklichst zu verwerten. Möchte aber richtigstellend darauf hinweisen, daß Regierung sich mit St. Petersburger Mächteentscheidung begnügt und ernste Kämpfe nicht nur mit Opposition, sondern auch mit Fraktion eigener Partei ausfechten muß, um dieselbe von Kammern zur Annahme zu bringen. Aggressives Auftreten liegt Kabinett vollkommen fern. Bulgarien hat aber hier in direkter Weise noch nicht zu erkennen gegeben, dass es seine bisherige feindselige Haltung gegen Rumänien aufgegeben habe und wird hier die etwaige, unter dem geforderten Minimum bleibende Abtretung Silistrias nur dem Drucke der Dreibundmächte zugeschrieben, nicht aber bulgarischer Sinnesänderung. Für eine solche müßte Sofia hier direkt einen Beweis erbringen. Insolange dies nicht

geschieht, dürften meine Bemühungen aussichtslos sein, hiesige maßgebende Faktoren von freundschaftlicher Gesinnung Bulgariens zu überzeugen und diese für eine Bindung zukünftiger rumänischer Haltung Bulgarien gegenüber zu gewinnen. Im Übrigen verweise auf hieramtlichen Bericht Nr. 33B vom 4. d. Mts. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 6931.

Nr. 6931. Tel. aus Bukarest, 6. Mai 1913 Nr. 117 (eing. 7. Mai 4 U. a. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 116 von heute. Minister, den eben aufsuchte, teilte mir mit, daß vorgestern, 4. d. M., bulgarischer Gesandter, der nach Sofia berufen wurde, sich bei ihm verabschiedet hätte. Bei diesem Anlasse hätte Herr Kalinkoff Sprache auf bulgarisch-rumänische Verständigung gebracht und Bemerkung fallen gelassen, daß, wenn er auch nicht dazu autorisiert sei, er doch Frage stelle, ob Rumänien nicht gesonnen sei, pour dorer la pillule à la Bulgarie eine Haltung in Zukunft einzunehmen, welche Herrn Geschoffs schwere Stellung in Sobranje erleichtern könnte. Herr Kalinkoff ließ auch während Konversation Wort Allianz fallen und sprach von eventuellen kleinen territorialen Abtretungen und von Möglichkeit des Besuches Herrn Geschoffs in Bukarest, gelegentlich Besuches seines rumänischen Gutes. Herr Majoresco ging mit Bereitwilligkeit auf Gegenstand ein, hervorhebend, er habe seit jeher Aussprache mit Bulgarien gesucht und sei bereit, auf detaillierte Erörterung einzugehen, entweder mit Kalinkoff, falls dieser beauftragt, oder persönlich [mit] Geschoff, den freudig begrüßen würde. Er habe bulgarischen Gesandten von seiner Absicht verständigt, Mächtebeschluß in geheimer Sitzung vor Kammer zu bringen. Ich betonte neuerlich Minister gegenüber, welch' ganz besonders großen Wert wir auf eine Verständigung mit Bulgarien legten, hervorhebend, daß Bulgarien Silistria in der Hoffnung zedierte, dadurch Rumänien zu gewinnen. Sprache Kalinkoffs auf Minister besten Eindruck gemacht, Eis scheint mir gebrochen und müßte in Sofia auf möglichst rasche Fortsetzung gedrängt werden und Formulierung konkreter Wünsche. Minister sagte, er werde (Gegenstand)[b]) Samstag nach Rückkehr Seiner Majestät des Königs bei Ministerrat vorbringen. Er glaubt Neutralitätszusicherung würde leicht und sehr billig zu erreichen sein, für positive Leistungen würden einige Kabinettsmitglieder nach Hetze Herren Carps und Philippescos gegen Bulgarien schwerer zu haben sein, aber es sei nicht unmöglich. Betreffend Petersburger Beschlüsse teilte mir Minister des Äußern mit, daß russischer Gesandter ihm erklärte, dieselben seien noch immer nicht formaliter erledigt, nachdem österreichisch-ungarische Botschaft, wahrscheinlich im Interesse Bulgariens, mangels Instruktionen noch nicht Akt unterfertigt habe. Verwunderung erregten bei König und Minister auch die Berichte der rumänischen Vertreter in Athen und Konstantinopel, wonach deutsche Vertreter für Anschluß Rumäniens an Griechenland plädieren, welches mit Bulgarien auf gespanntem Fuße. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 6948, 7014, 7019, 7021, 7024. — [b]) Chiffre fehlt.

Tel. nach Cetinje, 6. Mai 1913 Nr. 138 (chiffr. 5 U. p. m.). Siehe n. 6938.

Tel. nach Cetinje, 6. Mai 1913 Nr. 139 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 6939.

Nr. 6932. Bericht aus Cetinje, 6. Mai 1913 Nr. 49 A (eing. 10. Mai).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Die Entwicklung der Krise bis zu dem am 4. l. M. gefassten und auch ausgeführten Entschlusse des Königs, die Übergabe Skutaris an die Grossmächte Sir Edward Grey mitzuteilen und, wenigstens offiziell, keinerlei Kompensationen zu verlangen, bot manche psychologisch interessante Momente, und scheint es mir wichtig, den Verlauf derselben und das Eingreifen der verschiedenen Faktoren, ehe dessen Spuren durch jüngere Ereignisse verwischt werden, zu skizzieren. In den Unterredungen, welche ich am 27. und 28. v. M. mit dem Könige hatte, versuchte derselbe uns zu einem Sonderabkommen unter deutlicher Anspielung auf den möglichen Austausch des Lovčen gegen Skutari zu verleiten, natürlich ohne jede Absicht, die Stipulationen eines solchen Vergleiches auch einzuhalten. Wir sollten nur von jeder militärischen Aktion abgehalten und uns das Versprechen entlockt werden, dass Montenegro in Skutari bleiben könne, — dass wir aber keine Grenzregulierung und nicht den Lovčen erhielten, dafür würde der König durch Erhebung eines grossen Geschreies gegen die Vergewaltigung seitens Österreich-Ungarns und unter Hinweis auf dessen egoistische Pläne schon gesorgt haben. Er erhielt von mir eine kategorische Absage und versuchte sofort, das ist in derselben Unterredung, ein anderes Manöver, indem er mich frug, ob Höchstseine Reise nach Wien, um Seine Majestät, unseren Allergnädigsten Herrn, um Wohlwollen zu bitten, in Wien angenommen würde und Erfolg haben könnte. Ich war über diese Zumutung des Wolfes im Schafpelz so empört, dass ich dem Könige erwiderte: „Sire, Sie belieben zu scherzen, denn Sie sind der Letzte, der einen solchen Schritt ernstlich ins Auge fassen würde." Der König erwiderte: „Gewiss dachte ich daran, aber mein Gewissen ist jetzt beruhigt, weil ich diese Anregung gegeben habe." Ich habe es für überflüssig gefunden, Eurer Exzellenz über diese angebliche Absicht des Königs telegrafisch zu berichten. Mich am 28. v. M. verabschiedend, lud mich Seine Majestät ein, bei ihm täglich Vormittag vorzusprechen, wogegen ich bemerkte, dass ich vorziehen würde, wenn Höchstderselbe mich gegebenen Falles rufen lassen wollte, worauf der König auch einging. Seine Absicht war nur gewesen, zu demonstrieren, wie der österreichisch-ungarische Gesandte ihn überlaufe, um ein spezielles Arrangement der Monarchie mit Montenegro zustande zu bringen. Ähnliche Zwecke verfolgte der Erbprinz, der zweimal eine Vertrauensperson zu mir entsandte, um die Möglichkeit eines Sonderabkommens mit Österreich-Ungarn zu besprechen. Ich liess Seiner königlichen Hoheit sagen, dass Österreich-Ungarn vorläufig im Konzerte der Grossmächte handle und ich daher auf seine Anwürfe nicht eingehen könne. Ich habe seither, das ist seit dem 28. v. M. weder Seine Majestät den König, noch den Erbprinzen gesprochen. Nachdem die obangeführten Manöver nicht verfingen, nahm man wieder die Pose des ungerecht Vergewaltigten an und betonte, dass man

mit dem Mute der Verzweiflung sich gegen Jedermann, selbst gegen alle Grossmächte, bis aufs äusserste verteidigen werde. In rascher Folge erschienen am 30. v. M. respektive am 1. d. M. die Noten, in welchen die montenegrinische Regierung unsere Satisfaktionsbegehren abwies, am 1. l. M. erklärte sich der Kronrat einstimmig für die Fortsetzung des Widerstandes. An die Alliierten wurde die Aufforderung gerichtet, Montenegro im Konfliktsfalle mit Österreich-Ungarn zu unterstützen. Gleichzeitig wurden militärische Gegenmassregeln getroffen, die Armee bis auf 5 Bataillone von Skutari abgezogen und das Reisen im Innern des Landes untersagt, weil man zur Unterminierung der Strassen entschlossen war. Unmittelbar darauf kamen ungünstige Nachrichten, welche die Hoffnungen Montenegros auf eine tätige Unterstützung seitens Russlands oder selbst der Alliierten und auf den Sieg der panslavistischen Unterströmungen vernichteten. Es konnte kaum mehr einem Zweifel unterliegen, dass die Mächte der Tripleentente, wenn sie sich auch zu Gewaltmassregeln gegen Montenegro nicht entschliessen konnten, keine Möglichkeit hatten, die Monarchie zu hindern, den Schutz ihrer Interessen selbst in die Hand zu nehmen, und diese Aktion, welche Montenegro wahrscheinlich auch den Verlust des Sandschaks gekostet hätte, schien unmittelbar bevorstehend. Eile tat not, wenn die Monarchie gehindert werden sollte, ihr gutes Recht selbständig zu suchen, und dabei noch als Mandatar Europas aufzutreten. Die übrigen Grossmächte, inklusive Italien, welchen Allen das selbständige Vorgehen Österreich-Ungarns, dessen Ausdehnung und schliessliche Ziele sich nicht abschätzen liessen, sehr unangenehm sein musste, wirkten jede nach ihrem Standpunkte auf Montenegro ein, welches plötzlich von Panik ergriffen wurde. Am 2. l. M. wurde der Gedanke erwogen, ein Handschreiben an Seine Majestät den Kaiser und König zu richten und die Räumung Skutaris gegen eine Grenzregulierung an der Bojana anzutragen, und auch der montenegrinische Vertreter in London, Popović, hatte den Auftrag erhalten, Sir Edward Grey auf ähnlicher Basis zu sondieren. Die Idee eines Handschreibens, welches vielleicht zu spät gekommen wäre, wurde fallen gelassen, — es sollte durch ein Telegramm ersetzt werden. Teils durch direkte Aussprache mit dem Könige, teils durch Vermittlung dessen Beraters, des Conte Lujo Vojnović, wurden auch einzelne Diplomaten, so die Gesandten Italiens und Deutschlands, um Rat gefragt. Der Erstere riet entschieden ab, das Anbot der Räumung Skutaris mit der Forderung nach irgend einer Kompensation zu verbinden, und gab der König schliesslich nach. Gegen die Unterwerfung unter den Willen Österreich-Ungarns erhoben sich aber alle Stimmen, jene der Prinzen und Prinzessinnen, der Minister, welche überhaupt gegen jedes Nachgeben waren, — und natürlich auch der intimen Berater des Königs, in erster Linie des Conte Vojnović. Es schien eine Zeitlang, als ob man sich an den Präsidenten Frankreichs, dann, über Betreiben der Grossfürstin Militza, an den Kaiser von Russland wenden würde, bis man Abends zu dem vernünftigeren Entschlusse kam, die Übergabe Skutaris an England, welches die Präsidentschaft der Botschafter-Reunion innehat, bekanntzugeben. Das Ministerium, welches von einem Nachgeben nichts wissen wollte, demissionierte. Gegen Morgen des 4. l. M. wurde an Popović in London der Auftrag erteilt, — in oder

nach der Reunion am 5. l. M., aber nicht früher, um die überraschende Wirkung nicht zu beeinträchtigen — Sir Edward Grey den Entschluss des Königs mitzuteilen. Erst am Abend des 4. l. M. entschloss sich der König, auch in einer offiziellen, durch den britischen Gesandten an Sir Edward Grey vermittelten Depesche, den bedingungslosen Verzicht auf Skutari den Grossmächten anzuzeigen. Am späten Abende des 3. l. M., nachdem ich schon über die Vorgänge im Palais und den Entschluss, die Räumung Skutaris den Grossmächten anzubieten, informiert war, erschien der deutsche Gesandte bei mir, um mir dies im Auftrage des Erbprinzen mitzuteilen und von Eurer Exzellenz einen 48stündigen Aufschub der eventuellen militärischen Aktion zu erbitten. Das Debacle im Palais erkennend, verweigerte ich die Weitergabe dieser Bitte, ehe uns nicht volle Satisfaktion in den Reklamationen Djakova und Militär-Attaché gegeben sein würde. Gleichzeitig unterbreitete ich Eurer Exzellenz den Antrag, mich zur Stellung eines Ultimatums an Montenegro zu ermächtigen, in welchem die Forderung auf bedingungslose Räumung Skutaris an erster Stelle zu figurieren gehabt hätte. Nachdem die Aufgabe Skutaris schon prinzipiell entschieden war und deshalb die Bewilligung unserer Forderungen kaum einem Zweifel unterliegen konnte, hätte ich damit erreicht, dass Montenegro, noch ehe es sein Anbot den Grossmächten stellen konnte, sich vor uns, die wir die grössten Opfer gebracht und die Aktion allein durchzuführen entschlossen schienen, hätte beugen müssen. Diese direkte Erklärung an uns, diese moralische Genugtuung, schien mir auf andere Weise nicht erreichbar, nachdem ich nicht hindern konnte, dass der König den korrekten und verständigen Weg beschreite, nämlich seinen Entschluss, den Grossmächten zu notifizieren, welche es auch waren, die von ihm in ihren Kollektivdemarchen die Räumung Skutaris gefordert hatten. Am nächsten Tage, dem 4. l. M., entbrannten im Palais erbitterte Debatten um unsere Satisfaktionsbegehren, bei welchen der italienische und diesmal auch der deutsche Gesandte meinen Standpunkt auf das energischeste unterstützten, bis ich am Abende des 4. l. M. die vollkommen befriedigende Antwort erhielt, welche beweist, dass ich das Niederbrechen des Widerstandes richtig eingeschätzt hatte und zweifellos auch eine bejahende Antwort auf die Forderung bezüglich Skutaris erhalten hätte. Ich muss hier einschalten, dass ich am Vortage eine ernste Auseinandersetzung mit meinem deutschen Kollegen hatte, der mir vorwarf, dass ich seit meiner Rückkunft keine politische Intimität mit ihm pflege. Ich gab dies ohne weiters zu und bewies Herrn von Eckardt, wie ich glaube, in sehr überzeugender Weise, dass seine offenkundige Haltung seit Ausbruch der Krise in den Augen aller Welt eher die eines montenegrinischen Politikers als die eines Dreibundgesandten gewesen, was schon die Äusserung des Königs im Ministerrate beweise, Herr von Eckardt habe ihm in der Skutari-Krise mehr Dienste geleistet als irgend ein Gesandter der Tripleentente. Ich führte noch weitere Beweise für sein politisch nicht einwandfreies Verhalten an, erinnerte ihn daran, dass ich selbst zweimal seine Insinuationen und Vorschläge, als direkte unseren Intentionen und Interessen zuwiderlaufend, kurzweg abgewiesen habe. Er möge sein Vorgehen mit seinen Instruktionen und seinem Gewissen in Übereinstimmung zu bringen suchen,

ich liesse mir aber das Recht nicht nehmen, als politische Freunde Jene zu wählen, deren Sprache und sichtbare Handlungen unserer Politik entsprächen. Herr von Eckardt war von meinen Ausführungen sehr betroffen und sah sich veranlasst, in seinen am Nachmittag folgenden Gesprächen mit dem Könige und dem Erbprinzen durch energischestes Einwirken seine bisherigen Fehler gutzumachen. Er mochte fürchten, dass im Falle eines Krieges zwischen Montenegro und Österreich-Ungarn er für seine bisherige Haltung von seiner Regierung zur Verantwortung gezogen werden würde. Im Vorstehenden habe ich mir erlaubt, einzelne markante Momente der Krise hervorzuheben, deren Verlauf die Unverlässlichkeit und Hinterhältigkeit, das skrupellose Komödienspiel des Königs und seiner Ratgeber grell beleuchtet, aber auch den ganzen Humbug der verzweifelten Lage des Königs und der Dynastie, von einer im Falle des Aufgebens Skutaris unvermeidlichen Erhebung der Armee etc. unerbittlich ad absurdum führt. [1] Der König hat Skutari noch vor Anwendung der Gewalt aufgegeben und die Minister haben sich begnügt, zu demissionieren, und hatte der König nicht einmal nötig, sie einzusperren; auch von einer Militärrevolution ist nichts zu hören. Giesl.

[1] !

[a] Vgl. n. 6799, 6835, 6846, 6865, 6873, 6889, 6890, 6891.

Nr. 6933. Bericht aus Cetinje, 6. Mai 1913 Nr. 49 B (eing. 10. Mai). Ausfert.

Der deutsche Gesandte, der mich gestern wieder aufsuchte, um mir eine Message des Erbprinzen Danilo zu übermitteln, hob diesmal gleich zu Anfang unserer Unterredung hervor, dass er seinen fürstlichen Auftraggeber auf das Peinliche der ihm zugemuteten Vermittlerrolle mit dem Bemerken aufmerksam gemacht habe, dass Seine Hoheit wohl persönlich mit dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Verbindung treten könne. Prinz Danilo hätte die Richtigkeit dieser Auffassung eingesehen, sich jedoch mit der durch den Entschluss, Skutari zu räumen, hervorgerufenen ungeheuren seelischen Depression und mit den gegen ihn in diesem Zusammenhange erhobenen Anklagen und Vorwürfen entschuldigt. Die Petita, welche Herr von Eckardt bei diesem Anlasse im Namen des Erbprinzen in wohlwollende Erwägung zu ziehen bat, sind folgende: 1. Einstellung der Fahrten der österreichisch-ungarischen Torpedoboote in den montenegrinischen Häfen, 2. Einwirkung auf die Presse der Monarchie, ihren Ton gegen Montenegro zu mässigen, 3. Wiederherstellung des Warentransitverkehres Cattaro—Cetinje, 4. Einstellung unserer Manöver an der montenegrinischen Grenze, die die Bevölkerung beunruhigen. — Ad 1. bemerkte ich, dass sich diese Angelegenheit, die ausschliesslich Sache des britischen Admirals sei, unserer Einflussnahme entziehe. Der Umstand, dass nur österreichisch-ungarische Torpedoboote diesen Dienst versähen, sei darauf zurückzuführen, dass die anderen fremden Geschwader über solche Boote nicht verfügten. Ad 2. gab ich zu verstehen, dass eine Einwirkung mangels einer Präventivzensur untunlich sei, dass der Ton aber mit der Wiederkehr normaler Verhältnisse sich diesen von selbst anpassen würde. Ad 3. berief ich mich auf die Tatsache, dass dieser Verkehr de jure aufrechtbestehe, die faktischen Hindernisse

aber gegenwärtig wohl rasch verschwinden dürften. Ad. 4 gab ich meiner Verwunderung über die grosse Sensibilität der Nerven von Kriegern Ausdruck, welche keinen Anstand genommen, in zwei Tagen 3000 Bomben unter die friedliche Christenbevölkerung von Skutari zu schleudern und meinte, dass Manöver montenegrinischerseits ähnlichen Anständen bei uns gewiss nicht begegnen würden. Der deutsche Gesandte nahm meine Ausführungen zur Kenntnis und betonte beim Weggehen nochmals, dass man nur auf wohlwollende Erwägung dieser Petita reflektiert hätte. Giesl.

Nr. 6934. Tel. nach London, 6. Mai 1913 Nr. 381 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 377 und 378 vom 5. l. M. Ich ermächtige Baron Giesl, die von der Réunion in Aussicht genommene Demarche si omnes mitzumachen. (Inseratur gleichzeitiges Zirkulartelegramm II nach Rom Nr. 466 etc. *(n. 6939)* von „Kontreadmiral Njegovan" bis inklusive „vollzogen sein wird.") Vorstehendes zur Mitteilung an Sir E. Grey. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 265 Nr. 515.

Nr. 6935. Tel. nach London, 6. Mai 1913 Nr. 383 (chiffr. 7. Mai 12 U. 45 M. a. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Zu meinem Telegramm Nr. 375 vom 3. d. M. Nach einem gestrigen Telegramme Grafen Tarnowskis[b] erscheint dem Sofioter Kabinete ein baldigster Friedensschluß dringendst erwünscht. Dasselbe ist auch bereit, das von Sir E. Grey entworfene Projekt eines Präliminarfriedens zu akzeptieren mit Ausnahme jener Bestimmung des Punktes I, welche als bulgarisch-türkische Grenze die Linie Enos—Midia festsetzt, da Bulgarien auf jene — übrigens nur eine Variante darstellende — Grenzlinie Wert legt, welche es in einer anfangs April den Vertretern der Mächte in Sofia übergebenen Aufzeichnung niedergelegt hat. Eine Berücksichtigung dieses Wunsches Bulgariens durch die Londoner Réunion würde den allerseits erwünschten Abschluß des Präliminarfriedens jedenfalls beschleunigen. Da ich meinerseits dieses Verlangen vollkommen gerechtfertigt finde, ermächtige ich Euer Exzellenz, in der nächsten Réunion zu beantragen, im Artikel I des Greyschen Entwurfes nach den Worten: ... à Midia sur la Mer Noire noch die Worte einzufügen: „selon la proposition bulgare", ein Zusatz, der übrigens bereits einmal in einem französischen Projekte figurierte. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6942. — [b] Vgl. n. 6924.

Nr. 6936. Tel. aus London, 6. Mai 1913 Nr. 383 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zum Telegramme Nr. 372 vom 2. l. M. und unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 375 vom 4. l. Mts., Präliminarfrieden betreffend. Bei gestriger Reunion wurde uns französische Fassung des Präliminarfriedens, die Herr Cambon auf Grund des englischen Entwurfes aufgesetzt hat ...[b] Obwohl inhaltlich kaum ein Unterschied, ist die Form doch so verändert, daß ich Fassung noch einmal vorlege. Nach Ansicht Herrn Cambons wäre die Textierung des englischen Entwurfes, was

die Überlassung der Entscheidung über Albanien und Ägäische Inseln an die Mächte betrifft, formell nicht korrekt gewesen; es mußte vielmehr ausdrücklich ausgesprochen werden, daß die „parties contractantes" diese Entscheidung den Mächten überlassen. Bitte um telegraphische Weisung, ob Euer Exzellenz nachstehendem Texte zustimmen: Article Ier. Il y aura, à dater de l'échange des ratifications du présent traité, paix et amitié entre Sa Majesté Impériale le Sultan de Turquie d'une part et Leurs Majestés les Souverains alliés d'autre part, ainsi qu'entre leurs héritiers et successeurs, leurs Etats et sujets respectifs, à perpétuité. Article II. Sa Majesté Impériale le Sultan cède à Leurs Majestés les Souverains alliés tous les territoires de son Empire sur le continent européen, à l'ouest d'une ligne tirée d'Enos sur la Mer Egée à Midia sur la Mer Noire, à l'exeption de l'Albanie. Le tracé exact de la frontière d'Enos à Midia sera déterminé par une commission internationale nommé par ... Article III. Sa Majesté Impériale le Sultan et Leurs Majestés les Souverains alliés déclarent remettre à Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, à Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie, à Monsieur le Président de la République française, à Sa Majesté le Roi de Grande Bretagne et d'Irlande, Empereur des Indes, à Sa Majesté le Roi d'Italie et à Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, le soin de régler la délimitation des frontières de l'Albanie et toutes autres questions concernant l'Albanie. Article IV. Sa Majesté Impériale le Sultan déclare céder à Leurs Majestés les Souverains alliés l'île de Crète et renoncer en leur faveur à tous les droits de souveraineté et autres qu'il possédait sur cette île. Article V. Sa Majesté Impériale le Sultan et Leurs Majestés le Souverains alliés déclarent confier à Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie, Monsieur le Président de la République française, Sa Majesté le Roi d'Italie, Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies le soin de statuer sur le sort de toutes les îles ottomanes de la Mer Egée, l'île de Crète exceptée, et de la péninsule du Mont Athos. Article VI. Sa Majesté Impériale le Sultan et Leurs Majestés les Souverains alliés déclarent remettre le soin de régler les questions d'ordre (financier)[b] résultant de l'état de guerre qui prend fin et des cessions territoriales ci-dessus mentionnées à la commission internationale convoquée à Paris à laquelle ils ont délegué leurs représentants. Article VII. Les questions concernant les prisonniers de guerre, juridiction, nationalités et commerce seront réglées par des conventions spéciales. Article final. Le présent traité sera ratifié et les ratifications seront échangées à ... dans les plus bref délai possible. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 266 Nr. 516. Vgl. n. 6941, 7082. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 6937. Tel. aus London, 6. Mai 1913 Nr. 384 (eing. 7. Mai 2 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 362[b] vom 29. v. M. und im Nachhange zu Telegramm Nr. 365[c] vom 30. v. M. Statut Albaniens. Mein italienischer Kollege hat gestern Sir E. Grey unseren Wunsch mitgeteilt, im Statut Albaniens die Suzeränität des Sultans fallen zu lassen. Staatssekretär meinte, daß gerade nach Ausgang einer so ernsten Krise

es ihm nicht opportun schiene, eine Modifikation von etwas schon Bestimmtem vorzuschlagen. Er legte dem Marquis Imperiali nahe, jedenfalls vorher noch mit Grafen Benckendorff zu sprechen. Mein italienischer Kollege hat zunächst nach Rom telegraphiert. Wir sollen das Statut in der Reunion von Donnerstag vorlegen. Vielleicht wäre es unter diesen Umständen richtig, das Statut, wie es ist, vorzubringen und in der Reunion für das Fallenlassen der Suzeränität des Sultans einzutreten. Wenn ich Sir E. Grey morgen sehen kann, werde ich ihm jedenfalls sagen, daß Euer Exzellenz wünschen, jedes Band beseitigt zu sehen, das Albanien mit der Türkei verbindet. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6943. — [b]) nach London. — [c]) aus London.

Tel. nach Paris, 6. Mai 1913 Nr. 270 (chffir. 5 U. p. m.). Siehe n. 6938.

Tel. nach Paris, 6. Mai 1913 Nr. 271 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 6939.

Nr. 6938. Tel. nach Rom Nr. 465 (1), Berlin Nr. 351 (2), Paris Nr. 270 (3), St. Petersburg Nr. 335 (4) und Cetinje Nr. 138 (5), 6. Mai 1913 (chiffr. 5 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1.—5. Graf Mensdorff telegraphiert unter dem 5. l. M. wie folgt: ... *wie n. 6909* ...

5. Euer Hochwohlgeboren sind gleich Ihrem englischen Kollegen ermächtigt, eine Demarche im obigen Sinne si omnes auszuführen. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 184 vom 5. l. M. Nachdem Erbprinz durch Vermittlung Ihres deutschen Kollegen das Ansuchen um eine 48stündige Verschiebung unserer militärischen Aktion gestellt hatte, wäre es meiner Ansicht nach natürlich gewesen, daß Ihnen, da diesem Wunsche Rechnung getragen worden war, vor Ablauf der Frist in offizieller Weise mitgeteilt worden wäre, daß Montenegro die Räumung Skutaris beschlossen habe. Unter den gegenwärtigen Umständen wollen Euer Hochwohlgeboren aber auf die Sache nicht zurückkommen und meinen im Telegramm Nr. 136 vom 5. l. M. enthaltenen Auftrag als gegenstandslos ansehen.

1.—4. Ich ermächtige Baron Giesl, eine Demarche im obigen Sinne si omnes auszuführen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Mitteilung an die dortige Regierung.

1.—5. Fortsetzung folgt. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6939, 6952.

Nr. 6939. Tel. nach Rom Nr. 466 (1), Berlin Nr. 352 (2), Paris Nr. 271 (3), St. Petersburg Nr. 336 (4) und Cetinje Nr. 139 (5), 6. Mai 1913 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1.—5. Fortsetzung zu meinem heutigen Telegramm Nr.
1.: 465.
2.: 351.
3.: 270.
4.: 335.

5.: 138.

1.—5. Graf Mensdorff telegraphiert unter dem 5. l. M. wie folgt: ... *wie n. 6910* ... Kontreadmiral Njegovan erhält eine Instruktion im obigen Sinne, wird jedoch dahin verständigt, daß wir die Übernahme der Stadt Skutari seitens der Mächte so interpretiren müssen, daß selbstverständlich die Übernahme sich auch auf sämtliche Befestigungswerke der Stadt inklusive Tarabosch erstrecke. Derselbe wird daher im Admiralsrat der Aufhebung der Blokade erst dann zustimmen können, bis die Uebergabe im obigen Sinne vollzogen sein wird.

1. u. 2. Vorstehendes zur Mitteilung an die dortige Regierung, wobei Hochdieselben bemerken wollen, daß ich Wert darauf legen würde, daß dieselbe auch ihren Schiffskommandanten im gleichen Sinne instruire.

3. u. 4. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache.

5. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6934.

Tel. nach St. Petersburg, 6. Mai 1913 Nr. 335 (chiffr. 5 U. p. m.). Siehe n. 6938.

Tel. nach St. Petersburg, 6. Mai 1913 Nr. 336 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 6939.

Nr. 6940. Tel. nach St. Petersburg, 6. Mai 1913 Nr. 337 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 192 und 194 vom 5. l. M. erhalten. Ich bin mit der von Euer Exzellenz in Vorschlag gebrachten Redaktion der Schlußformel (Telegramm Nr. 192) einverstanden, kann dagegen der von Herrn Sazonow proponierten Fassung nicht zustimmen, da darin die Idee einer Dankesschuld der Mächte gegenüber Bulgarien, auf die wir Gewicht legen, nicht zum Ausdruck kommt. Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne zu Herrn Sazonow aussprechen und auch in der Réunion für die Annahme der Schlußformel in Ihrer Redaktion eintreten, wobei Hochdieselben bemerken können, wir seien nicht dafür verantwortlich, daß die Angelegenheit, trotzdem bereits ein definitiver Beschluß vorlag, noch einmal diskutiert werde. Da aber die bulgarische Regierung nun einmal befragt worden sei, hielten wir es für notwendig, auf die in Sofia geäußerten Wünsche und Bedenken wenigstens in dem Maße Rücksicht zu nehmen, wie es durch die von Euer Exzellenz proponierte Fassung geschieht. Sollte die Réunion diesen Antrag ablehnen, so wollen Euer Exzellenz auf der Wiederherstellung des am 17. v. M. beschlossenen Textes,[b]) dem bereits sowohl die k. u. k. Regierung als auch die anderen Kabinette zugestimmt haben, bestehen. Ihren deutschen und italienischen Kollegen wollen Euer Exzellenz von der vorliegenden Instruktion in Kenntnis setzen und darauf hinwirken, daß sie bei ihren Regierungen die Ermächtigung zu einem analogen Vorgehen beantragen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6946. — [b]) Vgl. n. 6918 Anm. b.

Nr. 6941. Tel. nach London, 7. Mai 1913 Nr. 387 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes und Joannovics; V. Szápáry u. Berchtold; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 383 von gestern. Zu der neuen Fassung des Präliminarfriedensentwurfes habe ich folgendes zu bemerken. Der Präliminarfriede muß als eine Abmachung zwischen den Kriegführenden angesehen werden, durch welche die Rechte dritter Mächte, ungeachtet auch des Umstandes, daß sie zu dessen Zustandekommen mitgewirkt haben, nicht tangirt werden können. Diese Mitwirkung kann auch dem Grundsatze nicht präjudicieren, welchen wir (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 95 vom 29. Jänner l. J.) seinerzeit in der Réunion bekanntgegeben haben, daß wir uns das Recht zur Erteilung unserer Zustimmung zu den territorialen Veränderungen am Balkan wie sie aus der Aufteilung der abgetretenen Gebiete resultieren werden, vorbehalten und daß diese Zustimmung von der Erzielung eines Einvernehmens über gewisse unsere und die Interessen dieser uns benachbarten Staaten berührende Fragen abhängig sein wird. Dem vorstehenden Grundsatze trägt auch die in meinem Telegramme 369[b]) vorgesehene Erklärung betreff Kapitulationsrechte Rechnung. Mit Rücksicht auf Artikel VI, welcher Regelung der finanziellen Fragen unter Mitwirkung der Mächte vorsieht, hätte jedoch nunmehr Erwähnung der finanziellen Fragen in dieser Erklärung zu entfallen. Zu Artikel VI wollen Euer Exzellenz, damit nicht alle Einwendungen von uns ausgehen, Ihren deutschen oder italienischen Collegen zur Constatierung veranlassen, daß Mitwirkung Balkandelegirter in Finanz-Commission nur mit beratender, nicht mit entscheidender Stimme gedacht ist. Euer Exzellenz sind somit ermächtigt, der Cambonschen Fassung des Präliminarfriedensentwurfes unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß die von Euer Exzellenz beziehungsweise von Ihren Kollegen im obigen Sinne vorgebrachten Erklärungen im Resumé der Réunion Aufnahme finden.

[a]) Oe. U. Balkan 269 Nr. 520. Vgl. n. 6942, 6969, 7034, 7084 Anm. b, 7095. — [b]) Mit Tel. Nr. 369, 30. April 1913 (chiffr. 6 U. p. m.) wurde in Beantwortung von n. 6805 London beauftragt, von der Aufnahme der in n. 6129 formulierten Reserven bezüglich Kapitulationsrechte im Präliminarfrieden mit der ausdrücklichen, in den betreffenden Reunionsbeschluß aufzunehmenden Erklärung abzusehen, daß durch den Präliminarfrieden die territorialen Verhältnisse auf dem Balkan noch nicht geordnet erscheinen und die Regelung jener Fragen, die mit der künftigen, gegenwärtig noch nicht bestimmten Territorialhoheit der einzelnen Länder im Zusammenhang stehen wie die finanziellen und die augenblicklich noch durch das Kapitulationsregime geregelten Fragen, der Zukunft überlassen werden muß. Die Anerkennung dieser Besitzrechte werde Österreich-Ungarn von der seinen Wünschen entsprechenden Regelung der in Rede stehenden Fragen abhängig machen.

Nr. 6942. Tel. nach London, 7. Mai 1913 Nr. 388 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Fortsetzung zu meinem heutigen Telegramme Nr. 387. Im Gegenstande des Artikels II des Präliminarfriedensentwurfes ist Euer Exzellenz gestern sub Nr. 383 eine telegraphische Instruction zugekommen. Der Passus „selon la proposition bulgare", dessen Aufnahme Hochdieselben hätten beantragen sollen, scheint mir zur Einschaltung in die gegenwärtige Formulierung nicht geeignet; dessenungeachtet wollen Euer Exzellenz zu

Artikel II die im obcitirten Telegramme wiedergegebenen Wünsche des Sofiaer Kabinettes zum Ausdrucke bringen und darauf hinwirken, daß etwa in Form eines Réunions-Beschlusses seitens der Mächte zugunsten der bulgarischen Wünsche Stellung genommen werde. Was die in dem Entwurfe offengelassene Frage betrifft, wer die internationale Commission zur Bestimmung der türkisch-bulgarischen Grenze zu ernennen habe, sind Euer Exzellenz ermächtigt, einer Ernennung durch alle Mächte zuzustimmen; im gegenteiligen Falle wollen Euer Exzellenz Instructionen einholen. Der Titel Seiner k. u. k. Apostolische Majestät wäre in dem Entwurfe wie folgt richtig zu stellen: Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6955, 6977.

Nr. 6943. Tel. nach London Nr. 389 (1) und Rom Nr. 471 (2), 7. Mai 1913 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 384 von gestern. Bezüglich der Vorlage des albanesischen Statutes an die Réunion wollen Euer Exzellenz im Einvernehmen mit Ihrem italienischen Kollegen vorgehen und unter der Voraussetzung seiner Zustimmung das Statut in der bisherigen Form vorbringen, wobei jedoch in der Réunion Hochdieselben für das Fallenlassen der Suzeränität des Sultans einzutreten hätten. Als Motive für diese Modifikation wollen Euer Exzellenz anführen: I. Daß seit den ersten Réunionsbeschlüssen, auf deren Grundlage das Statut ausgearbeitet worden ist, sich die Sachlage geändert habe und zwar: Während damals noch mit der Eventualität eines Verbleibens eines größeren Theiles der europäischen Türkei unter türkischer Herrschaft, eventuell auch einer Autonomisierung Mazedoniens zu rechnen war, haben es die kriegerischen Ereignisse mit sich gebracht, daß die Türkei auf das Gebiet östlich der Linie Enos-Midia beschränkt bleiben wird, so daß schon die räumliche Distanz jeden Zusammenhang zwischen Albanien und der Türkei als unhaltbar erscheinen läßt. II. Wenn auf der Suzeränität des Sultans über Albanien bestanden werden sollte, so ergäbe sich hieraus die logische Konsequenz, daß auch die zu autonomisierende Halbinsel Athos, welche ja den verbleibenden türkischen Territorien viel näher liege, unter ottomanischer Oberhoheit zu belassen wäre, was wohl mit den Interessen der dortigen Klöster ebensowenig vereinbar erschiene, als dies unter den jetzigen Verhältnissen dem Wohl der albanesischen Bevölkerung entspräche. III. In der türkischen öffentlichen Meinung mache sich immer mehr ein désintéressement an den albanischen Angelegenheiten geltend, welches auf der wohlbegründeten Erwägung beruht, daß die ottomanische Suzeränität über Albanien, die unter den gegebenen Umständen ja nur eine rein nominelle sein könne, für die Türkei keinen Vortheil, sondern nur eine Last darstelle und den Keim von Verwicklungen in sich trage, wie dies in den letzten Jahrzehnten bei den fiktiven türkischen Souveränitäten der Fall war, welche der Berliner Vertrag geschaffen hat. IV. Alle einsichtigen Elemente unter den Albanesen sträuben sich gegen die Beibehaltung der ottomanischen Suzeränität; es sei dies insbesonders bei den albanesischen Christen der Fall, welche von einer Fort-

dauer der türkischen Oberhoheit, möge sie auch nur eine Fiktion darstellen, besorgen, daß sie bei ihren mohammedanischen Stammesbrüdern die Tendenz auslösen könnte, auch in Zukunft eine ähnliche Vorzugstellung zu prätendieren, wie dies unter der direkten türkischen Herrschaft der Fall war. V. Die Neutralisierung Albaniens würde durch den völkerrechtlichen Zusammenhang mit der Türkei zwar nicht unmöglich gemacht, aber doch in praxi einigermaßen erschwert werden, da die mohammedanische Bevölkerung durch eine eventuelle Kriegführung der Türkei weit mehr erregt würde, wenn diese die Oberhoheit über Albanien ausüben würde, als wenn ein solches Verhältnis zur Pforte in Wegfall käme.

2. Im Gegenstande meines Telegrammes Nr. 432 vom 29. v. M. telegraphiert Graf Mensdorff unterm 6. d. M. wie folgt: ... *wie n. 6937 von „Mein italienischer Kollege" bis Schluß* ... Ich antworte dem Herrn Botschafter wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von: „Bezüglich der Vorlage" bis zum Schluß.) Vorstehendes zur Mitteilung an Marquis di San Giuliano mit dem Bemerken, daß Herzog Avarna heute mir gegenüber den Gedanken erörtert hat, die Pforte zum nachträglichen Verzichte auf ihre Suzeränität über Albanien zu bewegen, daß ich jedoch gewichtige Zweifel hege, ob diese Vorgangsweise zu dem gewünschten Erfolge führen könnte. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 268 Nr. 518. Vgl. n. 6954, 6958, 6971, 7000.

Nr. 6944. Tel. aus London, 7. Mai 1913 Nr. 385 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Rumänischer Gesandter ersuchte mich brieflich, „de vouloir bien insérer dans le traité de paix entre Turquie et Etats balkaniques les clauses concernant l'amnistie complète et entière des Roumains (Koutzovalaques) se trouvant sur les territoires des belligérants." Ich glaube den hohen Instruktionen Euer Exzellenz zu entsprechen, wenn ich diese Frage bei der Reunion zur Sprache bringe. Rumänischer Gesandter dürfte dasselbe Schreiben an meine Kollegen gerichtet haben. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 270 Nr. 521. Vgl. n. 6957, 7036 Anm. b.

Tel. nach Rom, 7. Mai 1913 Nr. 471 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 6943.

Nr. 6945. Tel. nach Rom, 7. Mai 1913 Nr. 473 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berchtold; G. Nemes).

Herzog Avarna hat im Laufe seiner heutigen Unterredung Erwähnung gethan, daß jetzt, wo König Nikolaus die bedingungslose Räumung Skutaris zugesagt und auch unsere Reclamation bezüglich des P. Palić und der Zwangsconversionen befriedigt habe, das Wiener Cabinet zweifelsohne Generosität dem montenegrinischen Nachbar angedeihen lassen werde. Wir hätten seinerzeit, als Skutari eingenommen worden war, geltend gemacht, daß dadurch das Zugeständnis bezüglich Djakovas hinfällig geworden sei; ebenso hätten wir damals auch unsere, bereits in Aussicht gestellte Theilnahme an einer internationalen Anleihe rückgängig gemacht. Die Ursache dieser Stellungnahme komme jetzt in Wegfall; es sei daher

wohl anzunehmen, daß wir nun nicht wieder auf die Frage von Djakova zurückkommen und uns an der finanziellen Unterstützung des verarmten Landes betheiligen werden. Ich erwiederte dem Botschafter, daß vor allem Skutari geräumt werden müsse, was bisher nicht erfolgt sei. Erst dann ließe sich den berührten Fragen nähertreten. Es schiene mir nützlich, wenn Euer Exzellenz dem Marchese di San Giuliano gegenüber gesprächsweise von dieser Äußerung des Herzogs Avarna Erwähnung tun wollten, um daran anknüpfend unseren Standpunkt in der Weise zu präcisiren, daß wir uns in eine Conversation über die künftige Behandlung Montenegros erst dann einlassen könnten, wenn die von den Mächten gestellten Bedingungen montenegrinischerseits vollinhaltlich erfüllt sein werden.

[a]) Vgl. n. 6973. Berchtold.

Nr. 6946. Tel. aus St. Petersburg, 7. Mai 1913 Nr. 196 (eing. 8. Mai 3 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Betrifft bulgarisch-rumänische Mediation. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 337 von heute. Herr Sazonow akzeptiert die auch von Euer Exzellenz gutgeheißene Redaktion der Schlußformel unter der Bedingung, daß der Ausdruck „imposer", der den Tatsachen nicht völlig entspräche, durch „demander" ersetzt werde. Der betreffende Schlußsatz würde somit wie folgt lauten: ... „ayant singulièrement facilité, sa tâche, la conférence exprime la conviction, que les Grandes Puissances sauront gré à la Bulgarie des sacrifices qu'elle a été dans le cas de lui demander." Da mich Euer Exzellenz in Hochderen Telegramm Nr. 333 vom 5. d. M. zur Annahme eventueller unwesentlicher Modifikationen zu ermächtigen die Güte hatten, und in der letzten von Herrn Sazonow gewünschten Änderung das Wesentliche, nämlich die Idee einer Dankesschuld der Mächte Bulgarien gegenüber nicht berührt erscheint, hielt mich für berechtigt, Herrn Sazonow mein Einverständnis mit der nun vorliegenden Formel auszusprechen. Da der Herr Minister bereits gestern mit den übrigen in Betracht kommenden Vertretern der Großmächte bezüglich der beiden letzten vorgeschlagenen Fassungen (Vorschlag Herrn Sazonows und die von mir proponierte Formel) Fühlung genommen und sich diese mit beiden Alternativen einverstanden erklärt hatten, wird, falls Euer Exzellenz mir nicht eine gegenteilige Weisung zukommen lassen, auf Grund deren ich meine bereits erklärte Zustimmung allerdings zurückzuziehen hätte, übermorgen, Freitag, die Unterzeichnung erfolgen können.

[a]) Vgl. n. 6963, 6964. Thurn.

Nr. 6947. Tel. aus St. Petersburg, 7. Mai 1913 Nr. 198 (eing. 8. Mai 1 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Sazonow kam heute nochmals auf die albanesische Frage zu sprechen und erwähnte, dass nach den ihm zugekommenen Nachrichten es nunmehr den Anschein habe, als wären wir von dem Gedanken abgekommen, im Vereine mit Italien eine Aktion zur Pazifizierung Albaniens zu unternehmen. Er betonte nochmals, dass Albanien, welches nach den Beschlüssen der Londoner Reunion unter die Kontrolle aller Großmächte

zu kommen habe, eine Angelegenheit internationalen Interesses sei. Sollte daher irgend eine Aktion daselbst notwendig sein, so müsste diese seiner Ansicht nach von allen Mächten zusammen ausgeführt werden, in welchem Falle sich auch Russland nicht ausschließen würde. Dieselbe Auffassung hege man auch in Paris. In Ermanglung spezieller Instruktionen im Gegenstande verhielt ich mich rezeptiv. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6899, 6917.

Nr. 6948. Tel. nach Sofia, 7. Mai 1913 Nr. 225 (chiffr. 8. Mai 12 U. 30 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Prinz Fürstenberg telegraphiert mir unterm 6. d. M. wie folgt: *... wie n. 6931 von „Minister, den eben" bis „sei nicht unmöglich" ...* Ich erblicke in dem Entschluß der bulgarischen Regierung, die Konversation mit Bukarest zu beginnen, wie auch in der Sprache Herrn Majorescos eine günstige Wendung und einen Erfolg unserer Bemühungen in dieser Richtung. Im Hinblick auf die Ausführungen Ihres Telegrammes Nr. 391 vom 5. d. M. sehe ich jedoch davon ab, Euer Hochgeboren zu einer diesbezüglichen Mitteilung an Herrn Geschoff zu beauftragen, sondern überlasse es Ihrer bewährten Beurteilung der Situation, ob und wie weit Euer Hochgeboren den Herrn Konseilspräsidenten von der Meldung des Prinzen Fürstenberg informieren wollen. Zu Euer Hochgeboren Orientierung. Herr Majoresco hat mich durch Prinzen Fürstenberg[b]) wissen lassen, daß er beabsichtige, auf Grund einer konfidentiellen Mitteilung des russischen Kabinettes der rumänischen Kammer in geheimer Sitzung von den Petersburger Beschlüssen Kenntnis zu geben, um die Stellung der Regierung zu befestigen und der Agitation im Lande den Boden zu entziehen. Als Voraussetzung hiefür hat Herr Majoresco das Einverständnis der Mächte und Bulgariens bezeichnet. Ich habe in Bukarest antworten lassen,[c]) daß die rumänische Regierung diesbezüglich in Sofia anfragen möge, da die Geheimhaltung der Entscheidung bis zum Abschluß des Präliminarfriedens bekanntlich auf Wunsch Bulgariens beschlossen worden sei. Ich habe ferner gegen die — wie es scheint und zu hoffen ist — nur vorübergehende Tendenz Herrn Majorescos, nunmehr, da Silistria für Rumänien gesichert ist, seine Haltung gegenüber Bulgarien von weiteren Zugeständnissen abhängig machen zu wollen, durch Prinzen Fürstenberg unter Hinweis auf die früheren Erklärungen der rumänischen maßgebenden Faktoren und auf die Konsequenzen einer solchen Politik nachdrücklich betonen lassen, daß nach den mir von Euer Hochgeboren zugekommenen Informationen von weiteren territorialen Konzessionen Bulgariens absolut keine Rede sein könne.[d]) Das eingangs bezogene Telegramm des Prinzen Fürstenberg hat sich mit meiner vorstehenden Instruktion nach Bukarest[d]) gekreuzt. Nach Inhalt der Meldung des Prinzen Fürstenberg hätte allerdings Herr Kalinkoff von „eventuellen kleinen territorialen Abtretungen" gesprochen, doch könnte es sich hier wieder um ein Mißverständnis handeln. Euer Hochgeboren werden vielleicht in der Lage sein, den richtigen Sachverhalt festzustellen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6965, 6966. — [b]) n. 6863. — [c]) n. 6872. — [d]) n. 6903.

Nr. 6949. Bericht aus Sofia, 7. Mai 1913 Nr. 34 A (eing. 10. Mai). Ausfert.

Mit meinen ergebenen Berichten Nr. 30 A vom 22. v. Mts. und 33 B vom 28. April hatte ich Euer Excellenz zu melden Gelegenheit gehabt, dass sowohl der Conseilspräsident als auch Herr Dobrovitch mir gesagt hatten, man hätte, da Seine Majestät der König nicht recht wisse, welche Art persönliche Courtoisie Er Seiner Majestät Kaiser Wilhelm erweisen könnte, um in Berlin eine für Bulgarien günstige Stimmung zu schaffen, beschlossen, zu diesem Zwecke der deutschen Industrie eine grössere Geschossbestellung zuzuwenden. In Verbindung hiemit möchte ich es nicht unterlassen, Euer Excellenz zu berichten, dass mir Herr von Below gestern spontan erzählt hat, die eben erwähnte Bestellung im Betrag von 6 Millionen sei in Deutschland bereits gemacht, „worüber die Franzosen wütend sind". Überhaupt habe er den Eindruck, dass Bulgarien in letzter Zeit trachte, sich Deutschland zu nähern. So hätte sich der Conseilspräsident neulich zum hiesigen Vertreter des Hauses Krupp dahin geäussert, „dass sein Gesandter nunmehr hoffentlich zufrieden sein werde." Die Ursache, die diesen „Annäherungsversuchen" zu Grunde liegt, ist Herrn von Below selbstredend absolut unbekannt. Tarnowski.

Nr. 6950. Bericht aus Belgrad, 8. Mai 1913 Nr. 95 A (eing. 10. Mai). Ausfert.

Wie es Euer Exzellenz bereits bekannt ist, haben die serbischen Truppen Durazzo verlassen. Merkwürdigerweise hat die hiesige Presse hierüber fast gar keine Mitteilungen gemacht; so dass die allgemeine Räumung Albaniens hier nur durch die ausländischen Blätter bekannt geworden ist. Die Nachricht hat hier keine weitere Aufregung hervorgerufen, denn wenn auch einzelne Hetzorgane bis zur letzten Stunde versucht haben, Propaganda für das Verbleiben an der Adriaküste zu machen, so hat man sich hier schon längst mit dem Verzicht auf den Besitz eines eigenen Hafens abgefunden. Ich habe mir auch wiederholt erlaubt gehabt, — entgegen der Behauptung unserer Presse — meiner festen Überzeugung Ausdruck zu geben (vide Bericht vom 2. April Nr. 70 A, vom 7. April Nr. 74 A etc. etc.) dass — wenn aus der Skutarifrage keine grossen allgemeinen Komplikationen entstehen — Serbien nach dem Friedensschluss Albanien bestimmt räumen werde. Nun hat die serbische Regierung diesen Zeitpunkt gar nicht abgewartet, was in erster Linie auf die sehr gespannten Beziehungen zum bulgarischen Bundesgenossen zurückzuführen sein dürfte. In letzter Zeit scheint zwar auch in dieser Frage eine kleine Beruhigung eingetreten zu sein. Die beiderseits mit Erbitterung und Leidenschaftlichkeit geführte Pressfehde hat doch viel nachgelassen; aber von einer meritorischen Nachgiebigkeit serbischerseits habe ich noch nichts merken können. Im Gegenteil, es heisst, daß sogar Herr Pašić für die Notwendigkeit der Revision des Bündnisvertrages gewonnen worden sei und seine dem Bürgermeister von Monastir erteilte Antwort (vgl. Tel. Nr. 266 vom 5. l. M.) würde für diese Annahme sprechen. In letzter Zeit wird hier mit grossem Nachdruck betont, dass die Bulgaren

bestimmt nachgeben werden; ihre Armee sei ganz erschöpft und würde gar nicht wagen den Kampf mit den Serben und den Griechen aufzunehmen. Die sehr ungünstige Bewertung der momentanen Schlagkräftigkeit des bulgarischen Heeres hat auch zur Folge gehabt, dass man in serbischen militärischen Kreisen auf die ehebaldige Entscheidung der strittigen Grenzfrage drängt, da man sich jetzt den Bulgaren überlegen fühlt. In 2—3 Jahren könnten die Kräfteverhältnisse für Serbien sich ungünstiger gestalten. Gerade deshalb wünscht auch die serbische Regierung den baldmöglichsten Friedensschluss und die Bereinigung aller anderen Fragen, um mit entsprechendem Nachdruck Bulgarien gegenüber auftreten zu können. Nur das zweideutige Verhalten Russlands flösst hier einige Besorgnis ein. Bis jetzt hat man gar nicht gezweifelt, dass der Schiedsspruch des Zaren für Serbien nur günstig lauten könne. Jetzt will man aber Symptome bemerken, aus denen man schliessen zu müssen glaubt, dass Russland es sich mit den Bulgaren nicht ganz verderben will und man möchte sich ungern blind einem Schiedsspruch unterwerfen, da derselbe auf der Basis des Bündnisvertrages doch nur zu Gunsten Bulgariens lauten könnte. Man wünscht aber gerade eine andere Basis für die Verteilung der eroberten Gebiete zu schaffen, in welchem Falle Serbien eher Chancen für die Anerkennung seiner Ansprüche haben würde. Der im letzten Augenblick gefasste Beschluss König Nikolaus' Skutari doch zu räumen, hat hier grosse Befriedigung hervorgerufen. Man ist hier dadurch aus einer sehr unangenehmen Situation herausgekommen. Die königlich serbische Regierung war entschlossen — wie ich es auch einberichtet habe[a] —, im Falle eines Waffenganges zwischen Montenegro und der Monarchie sich neutral zu verhalten und Herr Pašić soll erklärt haben, dass selbst, wenn wir in den Sandjak einmarschiert wären, Serbien gar keinen Widerstand hätte entgegenstellen können und wollen. Dass darunter sein Prestige bei den Südslaven stark gelitten hätte, weiss man hier genau und deshalb atmet man erleichtert auf, dass die Kriegsgefahr mit Montenegro vorbeigezogen ist. Der montenegrinische Finanzminister, über dessen langen Aufenthalt ich wiederholt berichtet habe, hat Belgrad endlich verlassen. Zu besonderen festen Abmachungen scheint es nicht gekommen zu sein, aber die Frage der Zollunion dürfte, wenn auch nicht abgeschlossen, so doch bestimmt in Erwägung gezogen worden sein. Serbien wird sich jetzt bemühen, den schlechten Eindruck, den es in Montenegro durch sein Verhalten in der Skutarifrage hervorgerufen hat, wieder gut zu machen und würde gern auf wohlfeile Art seinen Einfluss in Cetinje festigen. Die optimistische Beurteilung der allgemeinen politischen Lage, über die ich in letzter Zeit öfters berichtet habe, dauert hier weiter an und als der einzige schwarze Punkt am Horizont wird das Verhältnis zu Bulgarien bezeichnet; doch man hofft hier, dass auch diese Frage — ob friedlich oder nicht — nur zu Gunsten Serbiens entschieden werden kann. Die Position des Herrn Pašić ist auch wieder fester geworden, umsomehr als es ihm gelungen ist, die sieben altradikalen Dissidenten seiner Partei wieder zuzuführen. Auch die Gegensätze zu Herrn Protić sollen sich in letzter Zeit bedeutend ausgeglichen haben.

Ugron.

[a] n. 6831.

Nr. 6951. Tel. nach Berlin, 8. Mai 1913 Nr. 354 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).

Streng vertraulich. An die Kabinette von Wien und Rom wird demnächst die Aufgabe herantreten, sich mit der Frage der Candidatur für den albanischen Fürstenthron zu befassen. Nach dem Urtheile der massgebenden Kenner des Landes wird es sich empfehlen, dass das künftige Staatsoberhaupt kein Mohammedaner sei und zwar schon deswegen, weil sonst seine, die Mehrzahl der Landesbewohner bildenden Glaubensgenossen in die Versuchung kommen könnten, die zur Türkenzeit geübte Unterdrückung der Christen auch unter dem autonomen Regime fortzusetzen, was die christlichen Minoritäten in die Opposition treiben und so die Lebensfähigkeit des neuen Staates beeinträchtigen würde. Auch würde eine mohammedanische Hofhaltung Albanien ein orientalisches Gepräge aufdrücken, was selbst nach Ansicht einsichtiger mohammedanischer Albanesen die Gleichberechtigung des neuen Staates mit seinen Nachbarn in Frage stellen könnte. Desgleichen wäre die Wahl eines Fürsten orthodoxen Glaubens mit Rücksicht auf die Stimmung der Mohammedaner nicht opportun und könnten wir auch aus naheliegenden politischen Rücksichten zu derselben ebensowenig zustimmen als zu der eines Mitgliedes einer Balkandynastie oder einer den Tripleentente Mächten nahestehenden Persönlichkeit. Zu diesen Einschränkungen käme noch die Rücksicht auf die Parität zwischen Österreich-Ungarn und Italien, welche es als wünschenswert erscheinen läßt, dass der betreffende Vorschlag weder von Wien, noch von Rom ausgehe, was im ersteren Falle in Italien, im letzteren bei uns Verdacht eigennütziger Pläne erwecken könnte und im Interesse der Einmüthigkeit der beiden verbündeten Mächte zu vermeiden wäre. Von diesen Erwägungen geleitet, beschäftige ich mich mit dem Gedanken, dem römischen Kabinete den Vorschlag zu machen, dass die Regierungen von Österreich-Ungarn und Italien an Seine Majestät den Deutschen Kaiser mit der Bitte herantreten könnten, ihnen einen, den obigen Voraussetzungen entsprechenden Kandidaten für den Thron von Albanien namhaft zu machen. Bevor ich indess Herrn von Mérey mit einer diesbezüglichen Demarche bei Marquis di San Giuliano betraue, ersuche ich Euer Excellenz, durch eine streng geheime Sondirung feststellen zu wollen, ob Seine Majestät Kaiser Wilhelm im Prinzipe geneigt wäre, den Kabineten von Wien und Rom über deren Bitte einen Candidaten für den albanischen Thron namhaft zu machen.

[a] Vgl. n. 6968, 6998.

Tel. nach Berlin, 8. Mai 1913 Nr. 355 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 6962.

Nr. 6952. Tel. aus Cetinje, 8. Mai 1913 Nr. 188 (eing. 9. Mai 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Montenegrinische Regierung teilte Vertretern der Großmächte durch Note mit, daß sie ihrem Delegierten in Medua Instruktionen bezüglich Übergabe Skutaris an internationale Flotte, ferner Auftrag erteilt hat, sich den Forderungen britischen Admirals betreffend Tag und Modalitäten der Übergabe zu fügen. Mit Rücksicht auf diese Note haben wir die mit

Telegramm Nr. 138 vom 6. d. Mts. aufgetragene Demarche dahin abgeändert, mittelst Note montenegrinischer Regierung mitzuteilen, daß wir Mitteilung Königs an Sir E. Grey, Skutari bedingungslos zu räumen, mit Befriedigung und auch obige Note zur Kenntnis nehmen und Regierungen einberichten. König teilte italienischem Kollegen Telegramm mit, wonach zwischen britischem Admiral und montenegrinischem Delegierten vollkommenes Einverständnis erzielt wurde. Giesl.

[a]) Oe. U. Balkan 271 Nr. 525.

Nr. 6953. Tel. aus London, 8. Mai 1913 Nr. 387 (eing. 5 U. 10 M. p. m.). Entziff.

König Georg zeigte mir ein Telegramm aus Petersburg, demzufolge Kaiser Nikolaus Vorschlag Herrn Sazonows sanktioniert hätte, dass, falls eine eventuelle internationale Aktion in Albanien notwendig wird, Russland daran teilnehmen würde. Mensdorff.

Nr. 6954. Tel. aus London, 8. Mai 1913 Nr. 388 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Heutige Reunion. Les ambassadeurs d'Autriche-Hongrie et d'Italie ont communiqué à la réunion un projet d'organisation de l'Albanie[b]) en faisant observer qu'il a été préparé conformément à la résolution prise par la réunion en décembre dernier. Les deux ambassadeurs ont déclaré que l'article 7 de ce projet n'était pas encore définitif. L'ambassadeur d'Autriche-Hongrie a dit en motivant son opinion que son gouvernement préfererait supprimer les articles 1 et 2 relatifs à la suzeraineté du Sultan et écarter cette suzeraineté. L'ambassadeur d'Italie s'est exprimé dans le même sens. On a décidé de soumettre ce projet d'organisation à l'examen des differents gouvernements. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 271 Nr. 524. Vgl. n. 6943, 6958, 6971, 7002. — [b]) Vgl. zweite Beilage zu n. 6554.

Nr. 6955. Tel. aus London, 8. Mai 1913 Nr. 389 (eing. 9. Mai 5 U. a. m.).[a]) Entziff.

Heutige Reunion. Sir E. Grey a fait connaître une communication du ministre de Bulgarie relative à la délimitation de la frontière turco-bulgare entre Midia et Enos. Cette ligne serait établie à travers les points suivants à partir de Midia — Saraj—Mouradli — et au sud d'Hairrobol — passerait entre Keshan et Malgara — pour aboutir sur le versant de la Mer Egée à l'est d'Enos. Le 5 avril Monsieur Guéchoff avait exprimé aux représentants des Puissances à Sophie le désir de voir adoptée cette ligne, mais en se réservant de consulter à ce sujet les alliés de la Bulgarie. Aucune communication officielle dans ce sens n'a été adressée depuis aux Puissances. L'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie dit avoir reçu de son gouvernement l'instruction d'appuyer une demande bulgare qui aurait fait au commencement d'avril l'objet d'une note du gouvernement de Sophia, mais la réunion n'a pas connaissance de cette note. Elle a admis sur la demande du gouvernement bulgare que

la ligne Enos-Midia serait considérée comme base de négociation et non comme frontière définitive. Mais ainsi qu'elle l'a indiqué dans l'article 2 du projet de traité de paix approuvé par toutes les Puissances et communiqué en ce moment à tous les belligérants, les détails de la délimitation doivent être réglés par une commission internationale qui, de l'avis de la réunion, comprendrait des délégués de toutes les Puissances. La réunion estime donc qu'il n'y a pas lieu de revenir sur cette façon de procèder et qu'il ne convient pas d'examiner un voeu ayant pour objet la fixation détaillée de tous les points de la ligne. Sir E. Grey a communiqué à la réunion une note de Tevfik Pacha aux termes de laquelle la Sublime Porte accepte les principes posés par la réunion au sujet de cette délimitation. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6942, 6959, 6977, 7025.

*Nr. **6956**. Tel. aus London, 8. Mai 1913 Nr. 390 (eing. 9. Mai 5 U. a. m.). Entziff.*

Nächste Reunion für Dienstag, 20. d. M., festgesetzt. Sollte wegen Mediationsfrage frühere Sitzung wünschenswert erscheinen, so wird Sir E. Grey uns nächsten Donnerstag oder Freitag berufen. Ich glaube, dass es zweckmäßig wäre, wenn Sektionschef Ippen zur mündlichen Berichterstattung und Entgegennahme von Weisungen über Organisation Albaniens und wirtschaftliche Fragen nach Wien reisen würde, wo er Montag sein könnte, um vor Reunion vom 20. d. Mts. zurückzukehren. Bitte um umgehende telegrafische Weisung. Mensdorff.

*Nr. **6957**. Tel. aus London, 8. Mai 1913 Nr. 391 (eing. 9. Mai 4 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Heutige Reunion. La réunion pense qu'il convient de recommander aux alliés de proclamer aussitôt après la conclusion de la paix une amnistie générale pour tous les faits de guerre et la participation des minorités de race ou de religion aux opérations militaires. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 270 Nr. 523. Vgl. n. 6944, 7036 Anm. b.

*Nr. **6958**. Tel. aus London, 8. Mai 1913 Nr. 393 (eing. 9. Mai 4 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.*

Bei heutiger Réunion haben italienischer Kollege und ich Entwurf des Statuts für Albanien vorgelegt (mein heutiges Telegramm Nr. 388). Ich erklärte, dass es uns zweckmässiger erschiene, wenn die Suzeränität des Sultans eliminiert würde, und motivierte ausführlich mit den in Euer Excellenz Telegramm Nr. 389 enthaltenen Argumenten. Graf Benckendorff und Herr Cambon sprachen sich dafür aus, dass an dem einmal adoptierten Prinzip der Suzeränität nicht gerüttelt werde. Eine eigentliche Diskussion fand aber heute noch nicht statt und wurde verschoben, bis die Regierungen Gelegenheit gehabt haben würden, den Entwurf zu studieren. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6971.

Nr. 6959. Tel. aus London, 8. Mai 1913 Nr. 394 (eing. 9. Mai 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Bei heutiger Reunion informierte uns Sir E. Grey, dass bulgarischer Gesandter ihm eben über eine jetzt von der bulgarischen Regierung geforderte Grenzlinie Mitteilung gemacht habe, wobei Herr Madjarow erklärt habe, dass die gerade Linie Midia-Enos Bulgarien nicht mehr genüge. Es entspann sich lebhafte Discussion, man suchte alle früheren Mitteilungen hervor und die allgemeine Meinung gieng dahin, dass die jetzt von Bulgarien geforderte Linie viel zu weitgehend sei. Ich erklärte instruktionsgemäss, dass ich Weisung erhalten hätte, den bulgarischen Wunsch betreffs Grenzlinie zu unterstützen, wie sie in einer anfangs April den Vertretern der Mächte in Sofia übergebenen Aufzeichnung der bulgarischen Regierung niedergelegt war. Diese Aufzeichnung ist mir nicht mitgeteilt worden; auch im foreign office ist nichts darüber zu finden, nicht einmal mündliche Äusserung Herrn Geschoffs im April. Die einzige mir vorliegende Mitteilung ist das hohe Telegramm Nr. 275[b] vom 30. März, es spricht nur von gerader Linie Midia-Enos, Lüleburgas inbegriffen. Bei Vergleich dieser Linie mit der neuesten von Bulgarien geforderten konnte ich nicht umhin zu konstatieren, dass es sich nicht um eine Variante, sondern um eine neue Linie handelt, die bis in nächste Nähe von Rodosto vorgerückt ist. Sir E. Grey und alle Kollegen waren der Ansicht, dass die Mächte sich nicht darauf einlassen könnten, eine genaue detaillierte Linie festzusetzen und dieselbe mit der türkischen Regierung zu diskutieren. Mein russischer Kollege bezeichnete mir gegenüber die jetzt geforderte bulgarische Linie direkt als „Angriffsstellung auf Konstantinopel". Reunionsbeschluss darüber mein Telegramm Nr. 389 von heute Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6977, 6982. — [b] Mit Tel. Nr. 275, 30. März 1913 (chiffr. 6 U. p. m.) wurde nach London mitgeteilt, daß auf Grund eines Gespräches Thurns mit Sazonow (vgl. n. 6368) Pallavicini ermächtigt wurde, an der Kollektivdemarche in Konstantinopel unter Zugrundelegung einer auch von den Bulgaren acceptierten Grenzlinie teilzunehmen.

Nr. 6960. Privatschreiben aus Paris, 8. Mai 1913 (eing. 12. Mai). Ausfert.

Vertraulich. Als ich vor einigen Tagen — noch vor dem Verzicht Montenegros auf Skutari — den Präsidenten der Republik sah, zeigte sich derselbe hinsichtlich einer eventuellen Action Österreich-Ungarns recht besorgt. Herr Poincaré meinte hiebei, dass, abgesehen von möglichen europäischen Complicationen, die Stimmung gewisser slavischer Bevölkerungskreise der Monarchie doch recht bedenklich scheine. Ich griff diese Bemerkung gleich auf und sagte dem Präsidenten, es sei uns wohl bekannt, dass in gewissen slavischen Provinzen von ausländischen Agenten stark gewühlt werde. Die Ursprungsquelle dieser verräterischen Machinationen sei uns auch wohl bekannt. Diejenigen Leute aber, die an einen ernstlichen Erfolg dieser Wühlereien glauben, irrten sich gewaltig. Österreich-Ungarn sei ein monarchischer Staat. „Le jour ou Sa Majesté l'Empereur monte à cheval tout le monde marchera." Herr Poincaré merkte sofort, dass er

eine Taktlosigkeit gesagt hatte, und lenkte eiligst von diesem Gegenstande ab. Im weiteren Verlauf des Gespräches, das sonst einen sehr freundschaftlichen Charakter hatte, bedauerte der Präsident die für uns so feindselige Haltung des „Temps". „Mit Herrn Tardieu ist nichts zu machen", sagte er, „solange ich am Quai d'Orsay war, hat er mir viel Unannehmlichkeiten bereitet. Dabei behauptet er immer direkte Informationen aus Österreich-Ungarn zu besitzen und will Alles besser wissen als der Minister des Äussern. Er bekommt tatsächlich directe Nachrichten von gewissen Freunden, die er hat." Als ich darauf bemerkte, dass diese Freunde wohl hauptsächlich in Prag zu suchen sein dürften, meinte Herr Poincaré: „Ich weiss, dass Tardieu nicht nur aus Prag, sondern auch aus Ungarn von ernster politischer Seite informiert wird." Ich möchte Niemandem Unrecht thun, aber es ist mir bei dieser Conversation der séjour, den Dr. Kramarz[a] kürzlich in Paris machte und während welchem er mit Herrn Tardieu verkehrte, eingefallen. Szécsen.

[a] Vgl. n. 6149, 6232.

Nr. 6961. Tel. nach Rom, 8. Mai 1913 Nr. 477 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko u. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Herzog Avarna hat mir heute auftragsgemäß mitgeteilt, seine Regierung habe vom italienischen Konsul in Valona die Meldung erhalten, daß sich dort neuerdings Österreicher aufhalten, welche für die Kandidatur des Herzogs von Urach Stimmung zu machen suchen. Der Konsul habe in seiner Meldung ausdrücklich erwähnt, daß nach seinen Informationen die k. u. k. Regierung diesen Umtrieben ferne stehe. Im Auftrage Marquis di San Giulianos fügte der Herr Botschafter dieser Mitteilung die Erklärung bei, daß das italienische Kabinett einer Kandidatur des Herzogs von Urach auf den albanesischen Fürstenthron keinesfalls zustimmen könnte. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

[a] Vgl. n. 6672. Berchtold.

Nr. 6962. Tel. nach Rom Nr. 478 (1) und Berlin Nr. 355(2), 8. Mai 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Berchtold).

1. u. 2. Nach Informationen, die uns von verschiedenen Seiten zugegangen sind, bemüht sich die russische Diplomatie, Stimmung zu machen für Zuerkennung territorialer Compensationen an Montenegro. Ich würde Werth darauf legen, wenn Euer Exzellenz im Laufe Ihrer Unterredungen mit dem

1. Herrn Minister des Äussern,
2. Herrn Staatssekretär

1. u. 2. aufs Nachdrücklichste erneuert betonen würden, dass wir einem Abgehen von der auf der Londoner Botschafter-Conferenz festgesetzten Nord- und Nordostgrenze Albaniens unter keinen Umständen zuzustimmen in der Lage wären, daher es wünschenswerth erscheine, wenn seitens des dortigen Cabinetes etwaige russischerseits vorgebrachte Anwürfe in der angedeuteten Richtung a limine abgewiesen würden. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6975.

Nr. 6963. Tel. nach St. Petersburg, 8. Mai 1913 Nr. 339 (chiffr. 1 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 196 von gestern. Mit der nunmehrigen Formulierung des Bulgarien betreffenden Schlußsatzes bin ich einverstanden und heiße daher Hochderselben Zustimmung zu der in Alinea 4[b] gemeldeten Textierung gut. Ich begrüße mit Genugthuung die bevorstehende Unterzeichnung des Schlußprotokolles. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6976. — [b] Alinea 4 von n. 6946 reicht von „Der betreffende Schlußsatz" bis „de lui demander".

Nr. 6964. Tel. nach Sofia, 8. Mai 1913 Nr. 226 (chiffr. 10 U. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Ich habe nicht verfehlt, Grafen Thurn zu beauftragen, die in Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 385 vom 3. d. M. proponierte Schlußformel der Petersburger Réunion zur Annahme zu empfehlen. Wie Herr Geschoff jedoch vorausgesehen hat, ist die von ihm gewählte Fassung auf Widerstand gestoßen. Speziell russischerseits wurden ihrer Akzeptierung Schwierigkeiten bereitet und eine neue Formulierung vorgeschlagen, welche dem von uns stets vertretenen Gedanken, es müsse in unzweideutiger Weise die Dankesschuld der Mächte gegenüber Bulgarien zum Ausdruck gelangen, nicht entsprechend Rechnung trug. Schließlich ist es aber unseren Bemühungen gelungen, die nachstehende Textierung zur allgemeinen Annahme zu bringen, von welcher wir glauben, daß sie den bulgarischen Wünschen tunlichst entspricht. Dieselbe lautet: „Avant de se séparer la conférence a à coeur de rendre hommage aux dispositions connues de la Bulgarie à maintenir et resserrer ses liens d'amitié avec la Roumanie. Ces dispositions ayant singulièrement facilité sa tâche, la conférence exprime la conviction que les Grandes Puissances[a] sauront gré à la Bulgarie des sacrifices qu'elle a été dans le cas de lui demander."[b] Vorstehendes zur streng vertraulichen Verwerthung bei Herrn Geschoff. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6884. — [b] Vgl. n. 6946.

Nr. 6965. Tel. aus Sofia, 8. Mai 1913 Nr. 398 (eing. 5 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 225 vom 8. d. M. Ich finde, dass Konversation, die Herr Kalinkow spontan mit Herrn Majoresco angefangen, Situation zu einer viel weniger heiklen gemacht, zumal auch rumänischer Ministerpräsident nach dieser Unterredung in anderem Ton mit Prinz Fürstenberg gesprochen, als kürzlich laut hohen Telegrammes Nr. 217[b] vom 3. d. M., was seine konziliantere Haltung erwarten läßt und mir gestattet, direkte Verhandlungen mit Rumänien Herrn Geschoff zuzureden. Ich werde Geschoff heute sehen und versuchen anzuknüpfen, indem ich ihm sagen werde, es hätte mich freudig überrascht zu erfahren, was Kalinkow Majoresco eröffnet. Bemerkung Kalinkows, dass er ohne Ermächtigung sprach, werde verschweigen und meine weitere Haltung von Antwort, die mir Konseilspräsident geben wird, abhängig machen. Auf diese Weise kann ich nicht anstossen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6966. — [b] Vgl. n. 6900 Anm. b.

Nr. 6966. Tel. aus Sofia, 8. Mai 1913 Nr. 399 (eing. 9. Mai 7 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 225 vom 8. d. M. und mein heutiges Telegramm Nr. 398 betreffend rumänische Frage. Im Verlaufe des heutigen Besuches bei Konseilspräsidenten erwähnte ich, ich hätte über Unterredung Kalinkoffs mit Majoresco Informationen erhalten, die mich sehr freuten. Herr Geschoff meinte, dies würde ihn sehr interessieren, da Kalinkoff darüber nichts berichtet, nur seine Ankunft in Sofia angesagt. Ich erzählte nun, was Herr Majoresco Prinzen Fürstenberg über sein Gespräch mit bulgarischem Gesandten mitgeteilt, nur vermied ich zu erwähnen, dass letzterer im eigenen Namen gesprochen. Sobald ich gesagt, dass Kalinkoff Allianz, kleine Gebietsabtretung und so weiter Majoresco gegenüber erwähnt hatte, beeilte sich Konseilspräsident zu bemerken, dass er zu solchen Eröffnungen keine Ermächtigung erteilt; Herr Geschoff hätte Kalinkoff bloß beauftragt, rumänischen Ministerpräsidenten zu besuchen, Instruktionen für Konversation habe er aber keine gegeben, da er doch Kalinkoff zur Entgegennahme derselben nach Sofia berufen. Wie hätte denn Konseilspräsident bulgarischen Vertreter in Bukarest zur Proposition weiterer territorialer Konzession ermächtigen können, wo noch nicht alle Minister mit Abtretung Silistrias versöhnt? Was eventuelle Reise Geschoffs nach Bukarest anbelangt, so habe er daran nie gedacht und könnte auch jetzt Sofia nicht verlassen. Konseilspräsident argumentierte in dieser Weise, war aber gar nicht ungehalten, sondern nahm Sache von komischer Seite und belustigte sich über Geschwätzigkeit Kalinkoffs und Schwerhörigkeit Majorescos. Da ich nur sondieren und mir bloß Möglichkeit verschaffen wollte, von eventueller weiterer Gebietsabtretung zu sprechen, ohne dies als unseren Gedanken zu geben, und da mir anderseits darum zu tun war, keinen commérage zu machen, bemerkte ich nach obigen Ausführungen Herrn Geschoffs, dass Kalinkoff offenbar im eigenen Namen gesprochen und dies auch wahrscheinlich Herrn Majoresco gegenüber erwähnt haben dürfte, was aber aus mir zugegangenen lakonischen telegraphischen Informationen nicht hervorginge. Ich drückte meine Enttäuschung aus, dass Kalinkoff ohne Auftrag gewesen, und fügte Erwartung hinzu, dass Herr Geschoff zumindest Kalinkoff nicht desavouieren würde, was in Bukarest desastreuse Impression machen müsste. Konseilspräsident meinte, er würde dies in keinem Falle tun. Die Sprache Kalinkoffs — sagte ich — scheint Misstimmung Herrn Majorescos zerstreut zu haben und aus Äußerungen, die der letztere nach Gespräch mit dem ersteren Prinzen Fürstenberg gegenüber gemacht, ginge hervor, dass, wenn Herr Geschoff jetzt keine Zeit verlieren würde, er für bagatellartige territoriale Zession eine wichtige politische Kompensation von Rumänien erlangen könnte. Herr Geschoff antwortete nur, dass Kalinkoff heute Sofia eintreffe; nach Anhörung seines Berichtes werde ihn Regierung mit Instruktionen versehen und anfangs nächster Woche werde er Bukarest zurückkehren. Ich betonte, dass Hinausschiebung Konversation dermalige gute Dispositionen wieder verderben könnte. Meine Ansicht über Sachverhalt ist die folgende: Missverständnis scheint mir ausgeschlossen. Entweder hat Kalinkoff ohne

Auftrag gesprochen oder hatte er Instruktion, sich — unter Betonung, dass er keine habe — so zu äußern, wie er es getan. Beides kommt praktisch auf dasselbe hinaus, da in beiden Fällen bulgarische Regierung nicht engagiert und zugleich darüber informiert, was zu wissen für sie wertvoll. Herr Geschoff kennt jetzt gute Dispositionen in Bukarest und weiß, dass man dort zur Konversation bereit, die er je nach Wendung mit Serbien und Griechenland in der oder jener Richtung führen kann. Ein Vorteil für Bulgarien ist auch, dass Rumänien, welches auf Konversation mit bulgarischer Regierung rechnet oder dieselbe dann führt, kein Ohr für Serbien und Griechenland hat. Ob hiesige russophile Regierung nicht auch davon träumt, Konversation mit Rumänien eventuell dazu zu benützen, um letzteres für den Fall, dass sich vom Balkanbund etwas retten lassen sollte, an diesen heranzuziehen, lasse dahingestellt. Es ist vielleicht Utopie, jedenfalls wäre dies für Politik Kabinetts Geschoff die sympathischeste Lösung. Daran, was ich (mein Telegramm Nr. 391) über Abneigung bulgarischer Regierung gegen weitere, auch geringste territoriale Zession gesagt, habe keinen Grund, etwas zu ändern. Nur wenn zwingende Umstände Annäherung an Rumänien notwendig machen würden, würde man dafür etwas hergeben. Sprache Herrn Kalinkoffs Herrn Majoresco gegenüber hat, wie ich erwartete und wie sich auch gezeigt, mir Berührung Angelegenheit gestattet und ich werde auch diskret auf Gegenstand mit Herrn Geschoff zurückkommen können. Von Insistenz unsererseits auf eventuelle weitere territoriale Zession müsste nach wie vor abraten. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6978, 6991, 7024, 7029.

Nr. 6967. Bericht aus Belgrad, 9. Mai 1913 Nr. 96 A (eing. 10. Mai). Ausfert.

Streng vertraulich. Mein bulgarischer Kollege, der sich jetzt längere Zeit in Sofia aufgehalten hat, hat mir nach seiner Rückkehr interessante Mitteilungen gemacht. Er erklärte mir, Bulgarien werde Serbien gegenüber in der Abgrenzungsfrage bestimmt nicht nachgeben. König Ferdinand, Herr Geschoff und alle leitenden Politiker seien diesbezüglich eines Sinnes. In den breiten Schichten der Bevölkerung, wo der Hass gegen Serbien sehr im Zunehmen begriffen ist, will man von einer Nachgiebigkeit ebenfalls nichts wissen. Es sei in Sofia bekannt, wie man in Serbien die bulgarische Actionsfähigkeit gering einschätzt und ist darüber empört. Herr Toscheff will mit Herrn Geschoff eine eventuelle Action Bulgariens bis ins Detail besprochen haben und behauptet, dass man bulgarischerseits nur wünschen könne, dass die Abrechnung mit Serbien jetzt erfolge. Bulgarien könne jetzt 400.000 Kombattanten aufstellen, während Serbien höchstens über 250.000 verfügen kann, wovon ein bedeutender Teil zur Sicherung der Gebiete an der albanesischen Grenze festgenagelt erscheint. Es sei in Sofia wohl bekannt, dass Serbien in Monastir und anderen Punkten des besetzten Gebietes fortifikatorische Arbeiten ausgeführt hätte und sich in sicheren Stellungen befinde; es würde aber den Bulgaren gar nicht einfallen sie dort anzugreifen. Der Weg stünde ihnen nach Serbien selbst, nach Vranja, Pirot und Niš offen und sie würden bestimmt diesen wählen, wobei sie überzeugt sind, dass diesmal kein Graf

Khevenhüller sich ihnen entgegenstellen würde. Wenn man Herrn Toscheff reden hört, so gewinnt man den Eindruck, dass Bulgarien seiner Sache sehr sicher ist und sehr weitgehende Pläne hegt. Sogar der Besitz Üsküb soll im Falle eines Krieges den Serben strittig gemacht werden und es sei noch fraglich ob sie sich damit begnügen wollen. Aufs Wort braucht man eben nicht alles zu glauben, was Herr Toscheff sagt, aber es scheint doch, dass man in Sofia entschlossen sei, die vertragsmässig zugesicherten Rechte ohne Kampf nicht aufzugeben. Wie ich bereits Euer Exzellenz einzuberichten die Ehre hatte, steht man hier auf demselben Standpunkt. Der Balkanbund kracht bereits in allen Fugen und nur Russland bemüht sich nachdrücklichst die Einigkeit unter den Verbündeten zu retten; aber mit wenig Aussicht auf Erfolg. Wie mir Herr Toscheff sagt, soll es bereits beschlossen worden sein, in allen strittigen Fragen an die Entscheidung des Zaren zu appellieren, wie dies im Vertrag vorgesehen wurde. In Belgrad fängt man aber schon an zu befürchten, dass Russland als Schiedsrichter sich auf die Seite der Bulgaren stellen könnte, während man in Sofia eigentlich noch viel grösseres Misstrauen dem russischen Urteilsspruche entgegenzubringen scheint. Herr Toscheff behauptet, dass die Verstimmung gegen Petersburg bei den Bulgaren stetig zunehme; Herr Geschoff soll von seiner Russofilie bereits ganz geheilt sein und sogar Herr Daneff hat — nach der Versicherung meines Mitredners — schon wehmütig erklärt, er habe alle Illusionen verloren und Bulgarien könne sein Heil nicht mehr von Russland erwarten. Mein bulgarischer Kollege kam auch diesmal auf das Thema eines engen Anschlusses Bulgariens an Rumänien und die Türkei zu sprechen. Alle leitenden Staatsmänner in Sofia seien heute überzeugt, dass die Zukunft Bulgariens davon abhängt, ob dieser Anschluss und durch denselben eine enge Anlehnung an den Dreibund zu Stande kommen kann oder nicht. Durch diesen Anschluss würde das Gleichgewicht am Balkan gesichert werden, da man mit einem griechisch-serbisch-montenegrinischen Bund rechnen muss. Diese drei Staaten werden bestimmt alles versuchen, auch Albanien in ihren Bannkreis zu bekommen, und Herr Toscheff glaubt, dass gewisse Verhandlungen mit Essad Pascha gewiss schon eingeleitet worden seien. Er — der ein genauer Kenner der Verhältnisse am Balkan ist — behauptet, dass man Essad Pascha gegenüber die allergrösste Vorsicht beobachten müsse, da er bestimmt eigensüchtige Ziele verfolge und man sich mit ihm stets auf Überraschungen gefasst machen müsse. Dass Herr Toscheff seinerseits wünschen würde, dass Albanien sich an Bulgarien anschliesse und dass schon auch aus diesem Grunde Bulgarien verlangt, dass sein Gebiet bis an die albanesische Grenze reiche, habe ich schon vor längerer Zeit Euer Exzellenz einzuberichten die Ehre gehabt. Ugron.

Nr. 6968. Tel. aus Berlin, 9. Mai 1913 Nr. 227 (eing. 10 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz streng vertrauliches Telegramm Nr. 354 von gestern, betreffend Kandidatur für den albanesischen Fürstenthron. Staatssekretär, mit dem ich in der Angelegenheit streng vertraulich Rücksprache pflog, sagte mir zu, dieselbe bei allernächster Gelegenheit

Kaiser Wilhelm vorzutragen, doch glaubt er, als ganz bestimmt annehmen zu können, daß sein Allergnädigster Herr in keiner Weise in der Lage sei, einen Kandidaten für den albanesischen Thron namhaft zu machen. Kaiser Wilhelm hätte sich ihm gegenüber wiederholt dahin ausgesprochen, daß er — ganz abgesehen davon, daß er tatsächlich keinen geeigneten Kandidaten finden könne — zu dieser heiklen Frage keine Stellung nehmen wolle.
Szögyény.

Nr. 6969. Tel. aus London, 9. Mai 1913 Nr. 395 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 387 vom 7. d. M. betreffend Mitwirkung der Balkandelegierten in Finanzkommission nur mit beratender Stimme. Sowohl mein deutscher als mein italienischer Kollege waren abgeneigt, diesen Vorbehalt bei der Reunion vorzubringen, weil sie meinten, daß dadurch die Annahme der Friedensbedingungen durch die Alliierten überhaupt tangiert würde. Wir besprachen aber nach der Reunion mit Sir E. Grey, Sir A. Nicolson und den anderen Kollegen akademisch die Frage. Die Meinung aller ging dahin, daß, als man sich zuerst gegen die Kriegsentschädigung aussprach, man den Alliierten gleichsam als Ersatz die Beteiligung an der Pariser Finanzkommission zugesagt hatte, damit sie eben daselbst ihre Interessen vertreten könnten. Eine Einschränkung im gedachten Sinne würde bei den Alliierten große Erregung hervorrufen und auf sehr starken Widerspruch stoßen. Das seinerzeitige Telegramm Nr. 234 vom 23. März[a]), in welchem der Vorbehalt der Zulassung der Balkanstaaten mit beratender Stimme gemacht wurde, habe ich damals Sir E. Grey mitgeteilt. Die Reunion hat aber die Teilnahme der Alliierten an der Pariser Kommission nie näher diskutiert in der natürlichen Voraussetzung, daß die näheren Modalitäten dieser Kommission in Paris festgesetzt werden. In Euer Exzellenz Telegramm Nr. 252 vom 18. März, in welchem der die Kriegsentschädigung betreffende Artikel formuliert erscheint, ist blos gesagt: „Les alliés ainsi que la Turquie seront invités de prendre part aux delibérations de cette commission" ohne Einschränkung der nur beratenden Stimme. Meine unmaßgebliche Meinung ginge dahin, daß, falls Euer Exzellenz nicht sehr wichtige, mir nicht bekannte Gründe dafür haben, wir an dieser Beschränkung kein besonderes Interesse haben, nachdem ja Euer Exzellenz dem Wunsche der Alliierten bezüglich der Kriegsentschädigung nicht ablehnend gegenüber stehen. Ich würde befürchten, daß das Aufwerfen dieser Frage die Finalisierung des Präliminarfriedens in einer Weise stören würde, welche zu der Bedeutung dieser Frage in keinem Verhältnisse steht.
Mensdorff.

[a]) Richtig 13. März; vgl. n. 6129.

Nr. 6970. Bericht aus London, 9. Mai 1913 Nr. 46 A (eing. 12. Mai). Ausfert.

Streng vertraulich. Sir Edward Grey hat aufgeathmet, als vorigen Montag die Nachricht des Nachgebens König Nikolaus eintraf. Der Staatssekretär hat mir seither wiederholt erklärt, er fühle sich wie von einem Alp

befreit. Was nun noch kommt, werde ohne Zweifel noch sehr schwierig, lästig und langwierig sein, die wirkliche Gefahr für den europäischen Frieden jedoch sei hoffentlich überwunden. Die schwierigsten Momente, die er durchzumachen hatte, waren, wie er mir sagte, als es sich darum handelte, die gemeinsame Flottendemonstration durchzusetzen und dann vorige Woche, als unsere Aktion gegen Montenegro imminent schien. Vorigen Samstag, als die Majestäten mir die Ehre erwiesen, auf der Botschaft zu dinieren, zeigten sich sowohl König Georg als Sir E. Grey noch sehr besorgt und sprachen mir viel von dem Drucke der öffentlichen Meinung in Russland. Bei einigen meiner Unterredungen mit dem Staatssekretär im Laufe der vorigen Woche waren sowohl er als ich ziemlich bewegt. Ich hielt ihm immer wieder vor, dass wenn England in irgend einer Weise sich unserer Aktion zur Durchführung der einmütigen Beschlüsse Europas anschliessen würde, jede Gefahr behoben wäre und man auf ein Nachgeben des Königs von Montenegro sicher rechnen könnte. Ich erklärte ihm, dass alle unsere Concessionen und unsere conciliante Politik auf dem festen Glauben basiert waren, er würde dafür sorgen, dass die Beschlüsse der Mächte ausgeführt werden würden. Ich hätte stets meiner Regierung gegenüber den Standpunkt vertreten, dass wir unbedingt in dieser Beziehung auf ihn rechnen könnten und ich müsste persönlich, falls er uns „sitzen liesse", meine diplomatische carrière als abgeschlossen ansehen. Ich verhehlte ihm nicht, dass ich seine Abwesenheit von London tief beklagt und den Eindruck empfangen hätte, als ob sich während der Zeit „etwas verändert" hätte, als sei die Leitung der englischen Politik seinen Händen entschlüpft. Er versichert mir, dass während seiner Abwesenheit nichts geschehen sei, was er hätte verhindern können und dass er über Alles informiert war Wichtiger als Alles andere scheine ihm aber die Erhaltung des europäischen Konzertes Wenn nur eine Macht sich zurückziehe, stehe man vor sehr gefährlichen Möglichkeiten. „Wenn Russland zurücktritt, ist das Concert zu Ende. Das ist ein Faktum, über das keine raisonnements hinweghelfen." Ich glaube trotzdem, dass die zehntägige Abwesenheit des Staatssecretärs sehr beklagenswert war. Überdies war auch sein kluger Vertrauensmann und Cabinetschef, Sir W. Tyrrell, fort, der auf Urlaub im Auslande erkrankt ist und auch heute noch nicht zurückgekehrt ist, was für mich einen sehr empfindlichen Nachteil bedeutet, nachdem ich gewohnt bin, alle wichtigsten Fragen in confidentieller Weise mit Tyrrell, der ein selten richtiges und objektives Urteil besitzt, zu besprechen. Bei der Zurückhaltung Greys — oder vielmehr des Kabinetts — gegenüber jeder Beteiligung an einer Aktion gegen Montenegro wurde auch das Argument der englischen öffentlichen Meinung gebraucht, welche jede Coercitivmassregel gegen das kleine Königreich perhorrescieren würde. Dass dieses Gefühl vorhanden war, lässt sich nicht leugnen, doch schien es mir nicht so stark, dass die Autorität Sir Edward Greys es nicht — jedenfalls im Parlamente — hätte überwinden können. Als ich vorige Woche an einem Abende bei einem Mitgliede des Kabinetts dinierte, diskutirte ich diesen Punkt eingehend mit dem Gastgeber. Schliesslich sagte mir dieser im strengsten Vertrauen, dass die Regierung bei den Führern der Opposition sondiert hätte und von Mr. Bonar Law die Zusicherung nicht erhalten

konnte, dass die Opposition aus einer eventuellen Bewegung der öffentlichen Meinung gegen das Kabinett bezüglich der auswärtigen Politik kein Kapital schlagen würde. Dies war am Mittwoch den 30. April. Ich entschloss mich am nächsten Morgen, zu versuchen, mit dem früheren Premierminister Arthur Balfour zu sprechen, mit dem ich befreundet bin und dessen Wort für die Opposition massgebend ist, wenn er auch nicht mehr offiziell ihr Führer ist. Ich bat ihn telefonisch um eine Unterredung und er hatte die Freundlichkeit, sogleich zu mir zu kommen. Da ich seit Jahren gewohnt bin, mit ihm über alle wichtigen Phasen der internationalen Politik zu sprechen, erklärte ich ihm die heutige Situation; dass wir nur die Beschlüsse Europas durchzusetzen wünschen und dass ich volles Vertrauen in Grey setze, jedoch den Eindruck habe, als würden in den letzten Tagen gewisse Bedenken bezüglich der Haltung der hiesigen öffentlichen Meinung den Staatssekretär, respektive das Kabinett beeinflussen. Ich fragte ihn, ob vielleicht die Opposition, deren heutige Führer im Unterhause ja nicht die Erfahrung haben, welche er — Balfour — und Lord Lansdowne in so reichem Masse besitzen, durch ihre Haltung bei der Regierung Besorgnisse erwecken könnte. Nach unserer sehr eingehenden Konversation sagte mir Mr. Balfour, er werde im Laufe des Tages bei einer Sitzung des Defence Committees mit dem Premierminister zusammenkommen und jedenfalls mit ihm die Lage besprechen. Noch am selben Abend richtete Mr. Balfour ein Schreiben an mich, worin er mir sagte, dass, wenn es auch Momente geben könnte, in welchen die Opposition sich auf auswärtige Fragen erstrecke, dies in diesem Falle nicht geschehen werde. Er habe sehr eingehende Nachforschungen gemacht und festgestellt, dass was immer für Entschliessungen das Cabinet Asquith gefasst habe, dieselben nicht von den Führern der Opposition beeinflusst waren. Mr. Balfour bestätigte mir dies noch mündlich vorigen Samstag, als er mit Ihren Majestäten bei mir dinierte. Dies hat heute nur mehr historischen Werth, ich glaubte es aber Euer Exzellenz melden zu sollen mit der Bitte, diesen Bericht als streng vertraulich betrachten zu wollen. Jetzt ist ja die Situation ganz verändert und in Frankreich und Russland verlangt man, dass jede eventuelle Aktion in Albanien nicht auf Österreich-Ungarn und Italien beschränkt sein dürfe, sondern international sein müsse. Mensdorff.

Nr. 6971. Bericht aus London, 9. Mai 1913 Nr. 46 B (eing. 12. Mai).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Wie Euer Exzellenz aus meinen Telegrammen Nr. 388 und 393 entnommen haben, wurde bei der gestrigen Reunion von meinen italienischen Kollegen und mir das Projekt des Statuts für Albanien vorgelegt mit der Reserve, dass der Artikel 7 noch nicht ganz festgestellt sei. Die Kollegen nahmen unseren Vorschlag in Empfang mit der Bemerkung, dass sie denselben ihren Regierungen zur Prüfung übersenden würden. Sir E. Grey meinte, eine Discussion darüber sei bis nach Einholung der Meinungen der anderen Mächte verfrüht. Ich erklärte, dass ich auch durchaus keine Debatte hervorrufen wolle, aber nur einige „Considerationen" vorbringen möchte, mit welchen ich den Wunsch meiner und der italienischen

Regierung nach Eliminierung der Suzeränität des Sultans motiviere. Ich hielt mich genau an die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 389 enthaltenen Argumente. Aus den vorläufigen Äusserungen meines französischen und russischen Kollegen konnte ich entnehmen, dass wir uns in diesem Punkte auf eine starke Opposition gefasst machen müssen. Sir E. Grey, dem die Sache an und für sich wohl gleichgiltig wäre, neigt der Ansicht zu, es wäre besser, an dem zu Beginn Festgesetzten nichts mehr zu ändern. Ich mache mir keine Illusionen darüber, dass die Verhandlungen über das Statut mühsam und schwierig sein werden. Russland scheint darauf auszugehen, das künftige Albanien soviel wie möglich in ein Verhältnis zum Sultan zu bringen. Bezeichnend ist, was Tewfik Pascha sowohl Marquis Imperiali als mir erzählte, dass nämlich Herr Sazonoff dem türkischen Botschafter in Petersburg gesagt hätte, die Türkei solle nicht ihre Truppen von Albanien zurückziehen,[b)] und es müsse jedenfalls das Suzerainitätsverhältnis aufrecht erhalten werden. Mein greiser türkischer Kollege fügte bei, „je suis tout a fait opposé à cela; ils veulent que nous y restions pour avoir un prétexte de nous en faire sortir dans quelque temps." Das Beste wäre wohl, wenn die Türkei selbst erklären könnte, dass sie die Suzerainität über Albanien nicht erhalten sehen wolle. Etwas derartiges scheint ja jetzt, nach dem was mir mein italienischer Kollege sagt, dem Marquis San Giuliano vorzuschweben. Was die Südgrenze Albaniens anbetrifft, ist noch gar nicht abzusehen, wie sich das entwickeln wird. Frankreich und besonders M. Cambon scheint ein leidenschaftlicher Advokat der weitgehendsten griechischen Prätensionen sein zu wollen. In Frankreich sind die Philhellenen zahlreich und leider auch hier. Die Griechen auf der ganzen Welt sind geschickt und sehr reich und werden die öffentliche Meinung stark beeinflussen. Ich habe im Foreign Office, wo ich soviel in der Nord- und Nordost-Grenzfrage Albaniens zu tun hatte, nicht viel über die Südgrenze gesprochen und möchte gern meinem beweglichen und eloquenten italienischen Kollegen den Vortritt lassen. In wie weit man bei grösserem Entgegenkommen bezüglich der Inseln den griechischen Widerstand in der Grenzfrage überwinden könnte, ist noch schwer zu beurteilen. Ich glaube aber, dass Sir E. Grey viel mehr Gewicht auf die Inseln legt als auf die Grenzfrage. Die noch von Italien besetzten Inseln flössen, wie mir scheint, hier etwas Misstrauen ein. Marquis Imperiali wiederholt stets, Italien könne diese Inseln in Folge seines Vertrages nur an die Türkei zurückgeben. Wie soll das geschehen und wie kann die Türkei davon Besitz ergreifen? Für die Möglichkeit einer längeren Besetzung gewisser Inseln durch eine europäische Grossmacht wird man sich hier sehr empfindlich zeigen. Dann wieder die Haltung Deutschlands bezüglich der Inseln an der kleinasiatischen Küste, welche es für die Türkei erhalten sehen möchte. Wie sollen die Griechen veranlasst werden, dieselben zu räumen und wer soll die Türken wieder dort einsetzen? Für gewaltsame Massnahmen dazu wird England niemals zu haben sein! Fürst Lichnowsky ist sich auch darüber ganz klar und weiss, dass ein starker Gegensatz zwischen hier und Berlin in dieser Beziehung die angebahnte Besserung des anglo-deutschen Verhältnisses sehr empfindlich gefährden könnte. Meiner unmassgeblichen Meinung nach wäre es günstig,

wenn die griechenfreundlichen Gesinnungen Deutschlands sich mehr bezüglich der Inseln als bezüglich der Südgrenze manifestieren würden. Marquis Imperiali ist besorgt, dass bei der bevorstehenden Monarchenzusammenkunft in Berlin die persönlichen Gefühle der Herrscher von England, Deutschland und Russland, welche alle Drei aus verwandtschaftlichen Gründen mit dem Athener Hofe sympathisieren, Etwas hervorrufen könnten, was die hellenischen Aspirationen noch ermuntern würde. Falls ich nicht neue Weisungen von Euer Exzellenz erhalte, beabsichtige ich, mich in allen Besprechungen über die Inselfragen möglichst passiv zu verhalten. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6974. — [b]) Vgl. n. 6906.

Nr. 6972. Bericht aus London, 9. Mai 1913 Nr. 46 C (eing. 12. Mai).[a]) *Ausfert.*

Mein italienischer Kollege hat Sir Edward Grey die Kompromisslinie für die Südgrenze Albaniens mit dem Ausgangspunkte Porto Ftelia mitgeteilt. Marquis Imperiali hat den Eindruck gewonnen, dass Sir Edward Grey dieser Grenzlinie nicht vorbehaltlos gegenübersteht; die Reserve des Staatssekretärs geht nicht etwa darauf zurück, dass er an der Linie eine Kritik zu üben wünschte, er fürchtet aber die Opposition Griechenlands und die Haltung Frankreichs und möchte es um jeden Preis vermeiden, dass auch dieser Teil der Delimitation zu einer Krise führt. Marquis Imperiali hat den Eindruck, dass Sir Edward Grey ein Junktim zwischen der Delimitation in Südalbanien und der Frage der Ägäischen Inseln herstellen möchte und er selbst — Imperiali — befürwortet es lebhaft in Rom, die strittigen Inseln, soweit sie von den Griechen besetzt sind, also insbesonders Mytilene und Chios an Griechenland zuzuweisen; die von italienischen Truppen besetzten Inseln scheidet mein italienischer Kollege ganz aus jeder Diskussion aus, indem er behauptet, dies sei eine, blos Italien und die Türkei betreffende Frage und diese Inseln würden seinerzeit an Letztere zurückgegeben werden. Sollte ein derartiges Junktim nicht zustandekommen, so ist zu befürchten, dass Abänderungen der Kompromisslinie werden verlangt werden. Da besonders der Keil, welchen diese Linie in das griechische Gebiet macht, auffällt, so ist zu erwarten, dass verlangt werden wird, denselben abzuschneiden, also etwa auf eine Linie südlich von Konitza und Samarina zurückzugehen. Dadurch würde von dem vlachischen Territorium die Dörfergruppe von Zagori und jene am Ostabhange des Pindus in Wegfall kommen. Ein Interesse Albaniens würde durch eine Verkleinerung des vlachischen Territoriums nicht geschädigt werden. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6801, 7067.

Nr. 6973. Tel. aus Rom, 9. Mai 1913 Nr. 285 (eing. 4 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Kompensation für Montenegro. Minister des Aeussern, zu welchem ich mich im Sinne des hohen Telegrammes vom 7. d. M. Nr. 473 aussprach, erwiderte, indem er die Anfrage des Herzogs von Avarna als verfrüht bezeichnete, er mache den anderen Mächten unausgesetzt begreiflich, dass jetzt nicht der Moment sei, dieses Thema zu erörtern. Auch im geeigneten

Augenblick werde es sich nicht darum handeln, Montenegro „Kompensationen" zu geben, sondern es durch Verbesserung seiner ökonomischen Lage zu einem friedlichen Nachbarn und einem Faktor der Ruhe zu machen. Als ich betonte, dass aber auf keinen Fall von territorialen Zuwendungen die Rede sein könne, antwortete Marquis di San Giuliano anfangs ausweichend. In die Enge gedrängt, bemerkte schliesslich der Minister des Aeussern, bei der detaillierten Festsetzung der von der Londoner Reunion doch nur in grossen Zügen vereinbarten Grenzlinie werde man vielleicht Montenegro ein gewisses Wohlwollen erweisen können. Er fügte bei, dass nach seinen Informationen in diesem Falle von einzelnen Kabinetten bezüglich der Südgrenze eine konziliantere Haltung eingenommen werden würde. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6975.

Nr. 6974. Tel. aus Rom, 9. Mai 1913 Nr. 286 (eing. 10. Mai 7 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Vertraulich. Ich konstatiere bei dem Minister des Äußern zunehmende Besorgnis über die Haltung der Triple-Entente und Griechenlands bezüglich der Südgrenze Albaniens und der Inseln. In Frankreich sei Herr Pichon zwar konziliant, Herr Poincaré und die Brüder Cambon aber äußerst intransigent in der Grenzfrage. England scheine bezüglich der Grenze eher indifferent, dagegen in der Inselfrage ganz auf dem griechischen Standpunkt zu sein. Russland wolle Griechenland in beiden Fragen unterstützen. Griechenland endlich erkläre, nur der Gewalt weichen zu wollen. Sind diese Angaben richtig, so könnte allerdings eine bedrohliche Situation entstehen, da dann in Italien Regierung und öffentliche Meinung übereinstimmend zu einer Aktion drängen würden. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6971.

Nr. 6975. Tel. aus Rom, 9. Mai 1913 Nr. 287 (eing. 10. Mai 7 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Ich habe die Euer Exzellenz gleich nach dem Einlenken Montenegros signalisierte Gefahr, daß später noch territoriale Kompensationen für Skutari an jenen Staat zur Sprache kommen könnten, unausgesetzt im Auge. Infolgedessen habe ich mich wiederholt von mir aus und neuerlich auf Grund des hohen Telegrammes vom 8. d. Mts. Nr. 478 (welches sich mit meinem Telegramme vom 8.[b]) d. Mts. Nr. 285 gekreuzt hat) nachdrücklich gegen diese Eventualität ausgesprochen. Minister des Äußern, dessen in diesem Punkte recht schwaches Rückgrat ich zu stärken trachte, bezeichnete die Nord- und Nordostgrenze Albaniens gleichfalls als unabänderlich. Er scheint aber den auch bei ihm erfolgten russischen und französischen Anwürfen hinsichtlich jener territorialen Kompensationen vorläufig aus dem Grunde nicht kategorisch, sondern temporisierend entgegenzutreten, weil er diese Kabinette, seitens derer er sich ohnedies Schwierigkeiten bezüglich der Südgrenze versieht, nicht indisponieren will. Ich habe dem Marquis di San Giuliano abermals die Nachteile und Gefahren einer nicht ganz klaren Haltung in dieser Frage dargelegt. Lediglich als unmaßgebliche Anregung stelle ich zur

Erwägung, ob wir jetzt nicht die sofortige Vornahme der detaillierten Festsetzung des betreffenden Grenzzuges durch eine internationale technische Kommission vorschlagen und dadurch den Mächten die Möglichkeit nehmen sollten, einen günstigen Zeitpunkt für die Aufwerfung der Frage territorialer Konzessionen an Montenegro auf Kosten Albaniens abzuwarten. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7027. — [b]) Richtig vom 9.; vgl. n. 6973.

Nr. 6976. Tel. aus St. Petersburg, 9. Mai 1913 Nr. 199 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Rumänisch-bulgarisches Mediationsprotokoll wurde heute unterzeichnet. Bevor wir uns trennten, machte Herr Sazonow noch einmal darauf aufmerksam, daß Bulgarien eine Veröffentlichung der bezüglichen Konferenzbeschlüsse vor dem Friedensschlusse mit der Türkei nicht gerne sehen würde. Er habe daher die Absicht, von der Fertigung des Protokolles vorläufig die hiesigen Vertreter Bulgariens und Rumäniens nur vertraulich in Kenntnis zu setzen, mit der Übermittlung der für die bulgarische und rumänische Regierung bestimmten Exemplare des Protokolles aber zuzuwarten, bis der Präliminarfriede abgeschlossen sein wird. Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 278 Nr. 531. Vgl. n. 6963.

Nr. 6977. Tel. nach Sofia, 9. Mai 1913 Nr. 227 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Mit Bezug auf Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 394 vom 5. d. M. Auf Grund dieser Meldung hatte ich Grafen Mensdorff beauftragt,[b]) in der Réunion die Wünsche Bulgariens bezüglich der Abweichungen von der direkten Linie Enos—Midia zum Ausdruck zu bringen und dahin zu wirken, daß ein Réunionsbeschluß zugunsten des bulgarischen Petits zustande komme. Graf Mensdorff meldet mir nun unterm 8. d. M.,[c]) daß er für diesen Wunsch Bulgariens, welcher der Réunion durch Sir E. Grey auf Grund einer Mitteilung des bulgarischen Gesandten mitgeteilt worden war, eingetreten sei. Die Réunion habe nun unter Hinweis darauf, daß die Linie Enos—Midia nicht als definitive Grenze sondern als base de négociation zu betrachten sei und die Grenze im Détail von einer internationalen Kommission zu bestimmen sei, in welcher alle Mächte vertreten sein würden, von einer Fixierung der einzelnen Grenzpunkte Umgang genommen. Euer Hochgeboren wollen hievon Herrn Geschoff Mitteilung machen und hinzufügen, daß wir bereit seien, in der erwähnten internationalen Kommission für die von Bulgarien gewünschte Grenzlinie einzutreten. Zu Ihrer persönlichen Information füge ich bei, daß der russische Botschafter in der Réunion gegen die fragliche Grenzlinie Einwendungen erhoben und sie direkt als „Angriffsstellung gegen Konstantinopel" bezeichnet hat,[d]) eine Bemerkung, die allerdings nicht im Einklang steht mit einer Äußerung, die Herr Sazonow im Laufe der Petersburger Pourparlers getan hat und die dahin ging, daß es nicht möglich sein werde, sich dem diesbezüglichen bulgarischen Verlangen zu widersetzen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6990. — [b]) n. 6942. — [c]) n. 6955. — [d]) Vgl. n. 6959.

Nr. 6978. Tel. aus Sofia, 9. Mai 1913 Nr. 400 (eing. 10. Mai 7 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Im Verlaufe langer Unterredung, die ich heute mit Dobrović gepflogen, lenkte ich Gespräch auf Haltung Herrn Geschoffs in rumänischer Frage, auf hiesige Anwesenheit Kalinkoffs und erzählte auch des Letzteren Konversation mit Majoresco. Dobrović wunderte sich, wieso Kalinkoff, wenn auch nur im eigenen Namen, von Möglichkeit weiterer Gebietsabtretungen Majoresco gegenüber sprechen konnte. Ich meinte, daß ich es auch nicht recht begriffen und betonte, wir hätten stets Standpunkt gehabt, daß Bulgarien blos Silistria abtreten und daß dies Grundlage zur Annäherung beider Staaten bilden sollte; nunmehr möchte ich aber Dobrović wissen lassen, daß Herr Majoresco nach seinem Gespräche mit bulgarischem Gesandten Prinz Fürstenberg gesagt habe, Rumänien wäre gegen eine minimale territoriale Abtretung außer Silistria zu einer politischen Verständigung mit Bulgarien bereit. Ich erzählte meinem Mitredner meine Eindrücke aus Verkehr mit Herrn Geschoff und sprach Zweifel aus, ob bulgarische Regierung Annäherung an Rumänien unbedingt wünsche. Dobrović meinte, es sei schwer, in zögernder Politik Herrn Geschoffs klar zu sehen; soweit man aber urteilen könne, glaube er an Absicht Kabinetts, sich Rumänien zu nähern, was allerdings weitere territoriale Forderungen Rumäniens erschweren würde. Ich warf ein, daß laut meiner Eindrücke, Kabinett Geschoff nur eventuell und zwar dann, wenn Ausgleich mit Serbien nicht gelingen sollte, Entente mit Rumänien suchen würde. Dobrović bemerkte, daß Herr Geschoff sich Illusion friedlichen Ausgleiches mit Serbien hingebe und alles zu dem Zwecke aufbieten wolle, daß er aber doch nicht in dem Maße verblendet sein könne, zu erwarten, je wieder gute Beziehungen zu Serbien herzustellen; sollte es auch zu keinem Kriege mit Serbien kommen, Feindschaft und Haß werden doch bleiben und, da Regierung damit rechnen müsse, glaubt Dobrović daran, daß sie auch unter allen Umständen jetzt schon auf gutes Verhältnis zu Rumänien Wert lege. Dobrović erzählte mir, auch Kalinkoff hätte hier berichtet, daß man in Rumänien mit Petersburger Entscheidung unzufrieden und daß es in Bukarest Strömungen gegen Annahme Mediation gebe, was Herrn Geschoff präokkupiere. Ich hoffe Konseilspräsidenten morgen früh zu sehen und werde dann laut Verabredung mit Dobrović seinen Besuch haben. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 275 Nr. 529. Vgl. n. 6966, 7029.

Nr. 6979. Tel. aus Belgrad, 10. Mai 1913 Nr. 273 (eing. 11 U. 15 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Griechisch-serbische Beziehungen. Griechischer Gesandter konferiert täglich stundenlang im Ministerium des Äußern. Man hält Gegenstand der Besprechungen geheim. Es heißt, daß es sich um den Abschluß eines engeren Bündnisses handeln dürfte. Ugron.

[a]) Oe. U. Balkan 280 Nr. 533. Vgl. n. 7048.

Tel. nach Berlin, 10. Mai 1913 Nr. 356 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6983.

Tel. nach Berlin, 10. Mai 1913 Nr. 357 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6984.

Nr. 6980. Tel. aus Cetinje, 10. Mai 1913 Nr. 190 (eing. 11. Mai 3 U. a. m.). Entziff.

Ministerpräsident hat mir heute offiziellen Antrittsbesuch gemacht und erklärt, auf beste Beziehungen mit Monarchie hinarbeiten zu wollen. Protokoll wurde unterzeichnet, wonach internationale Detachements Mittwoch 2 Uhr nachmittags Skutari besetzen werden. Giesl.

Nr. 6981. Tel. nach London Nr. 393 (1) und Rom Nr. 483 (2), 10. Mai 1913 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.). Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Macchio).

1. Herzog Avarna hat mir auftragsgemäß mitgetheilt, seiner Regierung seien Informationen darüber zugekommen, daß man sich griechischerseits mit dem Gedanken trage, zu verlangen, bei der Bestimmung der Süd- und Südostgrenzen Albaniens vor der Réunion gehört zu werden. Wenn diesem Verlangen — wie ich vermuthe — auch von keiner Seite Rechnung getragen werden wird, so dürfte wohl kaum zu verhindern sein, daß die griechische Regierung der Réunion ein bezügliches schriftliches Mémoire vorlegt. Jedenfalls wollen Euer Exzellenz allen sich manifestierenden Velleitäten Griechenlands, bei der Delimitierung Albaniens mitzureden, entgegentreten und in dieser Richtung in enger Fühlung mit Ihrem italienischen Kollegen vorgehen.

2. Ich telegrafiere an Graf Mensdorff wie folgt: (describatur Erledigung 1. in extenso.) Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis di San Giuliano. Berchtold.

Tel. nach London, 10. Mai 1913 Nr. 394 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6983.

Nr. 6982. Tel. aus London, 10. Mai 1913 Nr. 396 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 394 vom 8. d. Mts., betreffend bulgarischen Wunsch einer detaillierten Grenzlinie. Sir A. Nicolson sagte mir, er habe alle Akten durchsuchen lassen, es finde sich nirgends eine Note, in welcher die bulgarische Regierung verlangt hätte, daß die detaillierte Grenzlinie hier festgestellt werde, nur ein mündlich ausgesprochener Wunsch des Herrn Geschoff. Die Botschafterreunion und die Mächte könnten aber nur auf Grundlage von offiziellen Noten vorgehen. Der Unterstaatssekretär hat sich in diesem Sinne bulgarischem Gesandten gegenüber ausgesprochen, der sich perturbiert zeigte, auch mir gegenüber, und zu erklären versuchte, daß ein Mißverständnis vorliege, vielleicht der englische Gesandte in Sofia etwas zu melden versäumte. Ich sagte dem bulgarischen Gesandten vertraulich, daß ich die Wünsche seiner Regierung auftraggemäß unterstützt hätte, aber allerdings auch mir von einer Note der bulgarischen Regierung diesbezüglich nichts bekannt war. Sir A. Nicolson gab mir auch die unerfreuliche Nachricht, daß Bulgarien bei Griechenland insistiere, damit Rücktransport der türkischen Truppen in Albanien nach Kleinasien nicht erfolge. Wenn einerseits Bulgarien nicht Frieden machen

will, ohne daß wir hier die Grenzlinie bestimmen, anderseits Griechenland zuerst Südgrenze (Albaniens) [a] und Schicksal der Inseln kennen will, bevor es Präliminarfrieden unterschreibt, so sind wir allerdings noch recht entfernt von dem so sehr gewünschten Friedensschluß. Sir E. Grey möchte — mit Recht —, daß die Friedensdelegierten nicht hieher kommen, bevor die Kriegführenden sich über die Bedingungen geeinigt haben. Er meint auch, daß, wenn sie einig sind, die hiesigen Vertreter zur Unterfertigung genügen würden. Mensdorff.

[a] Chiffre fehlt.

Nr. 6983. Tel. nach Paris Nr. 273 (1), London Nr. 394 (2), St. Petersburg Nr. 340 (3), Berlin Nr. 356 (4) und Rom Nr. 485 (5), 10. Mai 1913 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Macchio).

1.—3. Marquis di San Giuliano will, wie mir Herzog Avarna sagte, die Zeit bis zur nächsten Botschafterréunion dazu benützen, um bei den Kabinetten der Tripleententemächte dahin zu wirken, daß die Südgrenze Albaniens nicht nördlicher als Phtelia festgesetzt und Kap Stylos somit bei Albanien belassen werde. Der italienische Botschafter richtete auftragsgemäß das Ansuchen an mich, die Aufgabe der italienischen Vertreter bei den Tripleententemächten im obigen Sinne durch die k. u. k. Botschafter unterstützen zu lassen. Euer Exzellenz wollen, sobald Sie sich vergewissert haben, daß Hochdero italienischer Kollege sich seines bezüglichen Auftrages entledigt hat, Ihrerseits Gelegenheit finden, bei der dortigen Regierung unter Betonung unseres solidarischen Vorgehens mit Italien in dieser Frage für die Bestimmung Phtelias als Ausgangspunkt der albano-griechischen Grenze einzutreten.

4. u. 5. Ich telegrafiere unter dem heutigen an die k. u. k. Botschafter in Paris, London und Petersburg wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1.—3. in extenso). Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an

4. Herrn von Jagow.
5. Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6801, 6999, 7001, 7017.

Tel. nach Rom, 10. Mai 1913 Nr. 483 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6981.

Nr. 6984. Tel. nach Rom Nr. 484 (1) und Berlin Nr. 357 (2), 10. Mai 1913 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. u. G. Macchio).

1.—2. Herzog Avarna hat mich heute aufgesucht und bei Besprechung der Südgrenze Albaniens bemerkt, seine Regierung hoffe, daß Deutschland den von seinen beiden Verbündeten übereinstimmend eingenommenen Standpunkt auch seinerseits unterstützen werde. Wenn wir einer den griechischen Wünschen Rechnung tragenden Lösung der Frage des Schicksals der ägäischen Inseln zustimmen, wäre, nach Ansicht Marquis di San Giulianos, Griechenland vielleicht zu einem Nachgeben in der Epirusfrage zu bewegen; sollte dies aber nicht der Fall sein, so müsse man gegen Griechenland mit derselben Energie wie gegen Montenegro vorgehen. Das

Engagement, welches Italien behufs seinerzeitiger Rückgabe der von ihm besetzten Inseln an die Türkei eingegangen sei, biete zwar bezüglich deren Übergabe an Griechenland gewisse Schwierigkeiten, doch gäbe es zwei Wege, um über dieselben hinwegzukommen. Der eine wäre die Einführung eines Regimes auf diesen Inseln, durch welches gewisse, im Interesse der Türkei liegende Bestimmungen stipulirt würden (Verbot der Anlage von Befestigungen, Arsenalen etc. und Beschränkung der dortselbst stationirenden Militärmacht auf lokale Miliztruppen). Der andere Weg wäre eine freundschaftliche Demarche der Großmächte bei der Pforte, damit diese Italien von der ihr gegenüber eingegangenen Verpflichtung löse. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6999, 7111, 7126.

Tel. nach Rom, 10. Mai 1913 Nr. 485 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6983.

Tel. nach St. Petersburg, 10. Mai 1913 Nr. 340 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6983.

Nr. 6985. Bericht aus St. Petersburg, 27. April/10. Mai 1913 Nr. 20 D (eing. 12. Mai).[a]) Ausfert.

Der hiesige bulgarische Gesandte äusserte sich mir gegenüber vor einigen Tagen sehr besorgt über das Vorgehen der Serben und Griechen, welche eine regelrechte militärische Aufstellung gegen Bulgarien bezögen und die untereinander fraternisierten, indem sie gegen Bulgarien gemeinsame Sache machten. Wie mir Herr Bobtchew weiters erzählte, ist er kürzlich in der Lage gewesen im Auftrage seiner Regierung die Aufmerksamkeit Herrn Sazonows auf die vorgeschilderten Umstände zu lenken und ihn gleichzeitig zu ersuchen, in Athen und Belgrad beruhigend und mässigend einzuwirken. Bei diesem Anlasse war der Herr Gesandte beauftragt, auch über das Verhalten Herrn Hartwigs Klage zu führen, von dem die bulgarische Regierung wisse, dass er in Belgrad eine gegen Bulgarien direkt aufreizende Sprache führe, welche nur zu geeignet sei, die serbische Regierung den berechtigten Ansprüchen Bulgariens gegenüber intransigent zu machen. Wie gewöhnlich, wenn Jemand Anlass hat, sich über Herrn Hartwig zu beklagen, stellte Herr Sazonow alle gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen in Abrede, doch behauptet Herr Bobtchew in der Lage gewesen zu sein, seine Behauptungen an der Hand ganz konkreter Daten zu erhärten. Es scheint übrigens eher wahrscheinlich, dass es sich auch diesmal um eine persönliche Politik Herrn Hartwigs handelt, denn nach verschiedenen Andeutungen, die Herr Sazonow sowohl mir als einzelnen meiner Kollegen gemacht hat, wäre zu schliessen, dass die russische Regierung in dem bulgarisch-serbischen Streit über die Verteilung der Beute eher auf der bulgarischen Seite steht und, falls es zu einem Schiedsspruch kommt, auf die volle Ausführung des seinerzeitigen Teilungsvertrages erkennen dürfte. So sagte mir Herr Sazonow unlängst einmal, es könne in dem serbisch-bulgarischen Streite gar keine Frage sein, wer im Rechte sei, da es doch klar sei, dass der einmal geschlossene Vertrag auch eingehalten werden müsse

und die serbischerseits für dessen Abänderung vorgebrachten Argumente ganz und gar nicht stichhältig seien. Der Umstand, dass Herr Sazonow in dieser Frage so sehr zu Gunsten der ihm viel weniger sympathischen Bulgaren gegen das verhätschelte Lieblingskind Partei nimmt, scheint mir seine Erklärung wohl darin zu finden, dass er der bulgarischen Anhänglichkeit nicht allzu sicher ist und befürchten mag, dass, wenn Russland, das schon im rumänisch-bulgarischen Streite gegen die Zuerkennung von Kompensationen für Bulgarien sich ausgesprochen hatte, dieses nun auch noch Serbien gegenüber im Stiche lässt,[1]) der russische Einfluss in Sofia einen argen Stoss erleiden und Bulgarien in die Arme des Dreibundes getrieben werden könnte. Thurn.

[1]) Richtig.
[a]) Vgl. n. 6827.

*Nr. **6986**. Bericht aus St. Petersburg, 27. April 10. Mai 1913 Nr. 20 E (eing. 12. Mai).[a]) Ausfert.*

Im Nachhange zu meinem heutigen gehorsamsten Berichte Lit. B[b]) beehre ich mich Euer Exzellenz anbei eine mir seitens des k. u. k. Militärattachés Prinzen Hohenlohe zur Verfügung gestellte Kopie des Berichtes[c]) ganz ergebenst zu unterbreiten, welchen derselbe mit heutigem Kurier an den Chef des Generalstabes erstattet und worin die in meiner oberwähnten Relation kurz erwähnten grossfürstlichen und militärischen Umtriebe des näheren ausgeführt erscheinen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6780. — [b]) Bericht Nr. 20 B vom 10. Mai 1913 (eing. 12. Mai) wurde nicht abgedruckt, weil er sich im Wesentlichen mit der Beilage deckt. — [c]) Beilage.

*Beilage zu n. **6986**. Bericht des Militärattachés in St. Petersburg an den Chef des Generalstabs, 27. April/10. Mai 1913 Res. Nr. 137. Abschrift.*

Streng vertraulich. Wie ich jetzt aus verlässlicher Quelle höre, sollen die politischen Umtriebe des Grossfürsten Nikolaus Nikolajewitsch, die ihm dann die kaiserliche Ungnade anlässlich einer Parade eintrugen und zu seiner nicht ganz freiwilligen Abreise in die Krim geführt haben, viel ernsterer und weitgehender Natur gewesen sein, als ursprünglich angenommen worden war. Zur Zeit der Slavenbankette und der Demonstrationen hatte der Grossfürst und insbesondere die Grossfürstin Anastasia (geborene Prinzessin von Montenegro) veranlasst, dass das Komitee der Slavenbankette an den Grossfürsten als Oberkommandierenden von St. Petersburg mit der Bitte um Überlassung der grossen Michaelmanège für das nächste Slavenbankett herantrete. Dieses Slavenbankett sollte zum Unterschiede von den übrigen, an welchen eine verhältnismässig nur kleine Anzahl von panslavistischen Schreiern teilzunehmen pflegte, zu einer grossen und hauptsächlich militärischen Demonstration werden. Grossfürst Nikolaus Nikolajewitsch hatte eine sehr grosse Zahl hoher Generale und Stabsoffiziere zur Teilnahme an diesem Bankett zu bewegen gewusst, und es sollte bei dieser Gelegenheit zu einem grandiosen und „spontanen" Pronunziamento aus Militärkreisen kommen. Diese „spontane" Resolution für den Krieg und die Äusserung der schärfsten Missbilligung der äusseren Politik der

kaiserlichen Regierung war wohl vorbereitet und ausgearbeitet und es sollte auf diese Art der Regierung die Hand forciert werden. Am Vorabend gelangte der Plan zu Herrn Kokowzows Kenntnis, und erwirkte derselbe — die gefährliche Tragweite einer solchen, unter dem Deckmantel militärischen Patriotismusses sich abspielenden Demonstration gegen die Regierung erkennend — in einer aussergewöhnlich späten Audienz das kaiserliche Verbot. Es folgte dann der bekannte Erlass des Kriegsministers bezüglich Teilnahme von Offizieren an jeglichen politischen Veranstaltungen und überhaupt ein etwas schärferes Auftreten der kaiserlichen Regierung. Der Grossfürst verliess dann, als er anlässlich einer Parade von Seiner Majestät dem Kaiser in augenfälligster Weise äusserst ungnädig behandelt worden war, die Stadt und begab sich nach der Krim. Vor seiner Abreise äusserte der Grossfürst einem Generalen gegenüber, er sei froh, aus dem doppelten Feuer kaiserlicher Ungnade und dem Drängen seiner Gemahlin herauszukommen, in welchem er sich den ganzen Winter über beständig befunden habe. Auch der Prinzessin Helene Petrowna, geborenen Prinzessin von Serbien, soll von Allerhöchster Stelle aus bedeutet worden sein, dass man ihr politisches Hervortreten in höchstem Masse missbillige. Dies geschah auf Veranlassung Herrn Sazonows, der sich bei Seiner Majestät über das Benehmen des Gemahls der obgenannten Prinzessin, der ihn anlässlich einer Audienz in höchst unfreundlicher Weise wegen der offiziellen Aussenpolitik Russlands interpelliert hatte, beschwerte. Ein entdecktes und im Keim erstickes Attentat auf Herrn Sazonow, das von nationalistischer und planslavistischer Seite geplant war, war auch nicht dazu angetan, die Entschlussfähigkeit der ohnehin schwächlichen und schwankenden Regierung sehr zu fördern. Die in der letzten Zeit äusserst schwierige, durch Intriguen hochstehender Persönlichkeiten gefährdete Stellung der kaiserlichen Regierung hat sich seither wieder etwas gefestigt, und scheint der friedliche Kurs weiter beibehalten werden zu können. Franz Hohenlohe.

Nr. 6987. Bericht aus St. Petersburg, 27. April/10. Mai 1913 Nr. 20 G (eing. 12. Mai). Ausfert.

Zeitungsmeldungen zufolge hat der Herr Minister des Äussern dem Ministerrate eine Vorlage über die Gewährung von Begünstigungen für Studienreisende aus den „slavischen Balkanländern" zugehen lassen, welche sich auf Fahrpreisermässigungen, Erleichterung der Passformalitäten und billige Unterkunft erstrecken würden. Ohne dem Projekte eine zu weitgehende Bedeutung beizumessen, glaubte ich dasselbe doch kurz signalisieren zu sollen, da es zu beweisen scheint, dass man hier nach wie vor alle möglichen Mittel anzuwenden bestrebt ist, um den Kontakt mit den slavischen Balkanbrüdern zu beleben. Die Erstarkung jener Länder, ihre grössere moralische Unabhängigkeit und vielleicht auch der Umstand, dass ihnen vor Augen geführt wurde, dass die russische Allmacht nicht so schrankenlos ist, wird Russland wohl zwingen, in Zukunft die Rolle des Gebieters öfters mit der des Wohltäters zu vertauschen. Auch dürfte das Projekt wohl ein Kompliment an die Adresse der hiesigen Panslavisten und Nationalisten darstellen. Wie künstlich übrigens im Grunde genommen das nationalistische

Interesse der russischen breiteren Öffentlichkeit an dem Los der Balkanstaaten ist, erhellt aus dem Umstande, dass die Räumung Skutaris durch die Montenegriner hier eigentlich kein sehr lebhaftes Echo gefunden hat. Thurn.

Nr. 6988. Privatschreiben aus St. Petersburg, 27. April 10. Mai 1913 (eing. 12. Mai). Ausfert.

Wie Du aus meinem heutigen Bericht Nr. 20 A[a]) ersehen haben wirst, kann nunmehr als bestimmt angenommen werden, dass Kaiser Nikolaus der an Ihn Seitens des Deutschen Kaisers ergangenen Einladung, zur Hochzeit der Princessin Victoria Louise nach Berlin zu kommen, Folge leisten wird. Wenn nun die seinerzeitigen Zeitungsmeldungen auf Richtigkeit beruhen, dass auch unser Thronfolger Sich aus dem gleichen Anlass nach Berlin begiebt, so würde sich hieraus eine Begegnung zwischen den beiden höchsten Herren ergeben, die vielleicht eine nicht zu unterschätzende politische Bedeutung annehmen könnte. Bei dem ausserordentlichen Geschick, welches Seiner k. u. k. Hoheit in der Behandlung von Menschen eigen ist, wird es Höchstdemselben durch einen persönlichen, ungezwungenen Verkehr, wie er sich bei einem solchen Familienfeste wol ergeben wird, gewiss gelingen, auf Kaiser Nikolaus einen grossen Eindruck hervorzubringen und auch gewisse Vorurteile zu beseitigen, welche der Tsar leider gegen den Herrn Erzherzog hegt. Wie ich nämlich aus guter Quelle weiss, hegt Kaiser Nikolaus zwar in die erhabene Person und die freundschaftlichen Gesinnungen unseres allergnädigsten Herrn vollstes und uneingeschränktes Vertrauen, doch ist es gewissenlosen Hetzern gelungen, Ihm trotz der persönlichen Sympathien, die Er für den Herrn Erzherzog hegt, doch ein gewisses Misstrauen gegen Höchstdenselben einzuflössen, indem man Ihm den Erzherzog-Thronfolger als das Haupt einer gegen Russland feindlich gesinnten Kriegspartei in der Monarchie hinstellte und zum Beweise für diese falsche Behauptung verschiedene Auslassungen der „Reichspost" anführte, die als das Sprachrohr Seiner k. u. k. Hoheit geschildert wurde. Diese irrtümliche Auffassung, welche wol zum Teil mit ein Grund für das bei Kaiser Nikolaus gegen die Monarchie herrschende Misstrauen sein dürfte, würde nun gewiss einem mehrtägigen Verkehr mit dem Herrn Erherzog nicht Stand halten, dem es zweifellos gelingen würde, den Tsaren — wenn ich mich eines trivialen Ausdruckes bedienen darf — herumzukriegen. Die Bedeutung einer solchen Umstimmung Kaiser Nikolaus' für die weitere Orientierung der russischen Politik und unseres Verhältnisses zum Tsarenreiche haben es mir gerechtfertigt erscheinen lassen, Deine geneigte Aufmerksamkeit ganz besonders auf die bevorstehende Anwesenheit Kaiser Nikolaus' bei der Berliner Hochzeit zu lenken. Thurn.

[a]) Bericht aus St. Petersburg Nr. 20 A vom 10. Mai 1913 enthält nur Mitteilungen über Reisepläne des Caren.

Nr. 6989. Erlaß nach Sofia, 10. Mai 1913 Nr. 2147.[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Aus Euer Hochgeboren schriftlicher und telegrafischer Berichterstattung entnehme ich, daß Herr Geschoff sich nur mit Widerstreben

und unter dem Drucke zwingender Verhältnisse dazu entschließen dürfte, jenen politischen Kurs einzuschlagen, der uns genehm ist und auf den wir hinarbeiten, nämlich engere Beziehungen zu Rumänien anzubahnen, sich von Serbien und dem Balkanbund loszusagen und damit in einen mehr oder weniger offenkundigen Gegensatz zu Rußland zu treten. Diese Dispositionen Herrn Geschoffs können uns nicht wundernehmen. Wir dürfen schließlich nicht vergessen, daß in Bulgarien heute die russophile Partei am Ruder ist und daß das aus ihr hervorgegangene Kabinet Geschoff sich mit ihren Traditionen und Prinzipien nicht ohneweiters in Widerspruch setzen kann. Andererseits ist die russische Diplomatie sicherlich mit allen Mitteln bestrebt, eine solche Wendung zu verhindern. Herr Sazonow bietet offenbar den ganzen Einfluß Rußlands auf, um die Differenzen zwischen den Verbündeten durch ein Kompromiß auszugleichen. Die Methode, die er hiebei anwendet, dürfte darin bestehen, in Sofia die Erfüllung der hauptsächlichsten Forderungen bezüglich Mazedoniens in Aussicht zu stellen, Serbien aber, um es in der mazedonischen Frage zu einer gewissen Nachgiebigkeit zu bewegen, auf die Zukunft und die Verwirklichung seiner Aspirationen im Westen zu vertrösten. Den Bemühungen Rußlands in dieser Richtung kommt, abgesehen von dem früher erwähnten innerpolitischen Moment und dem historischen Gefühl der Dankbarkeit der Bulgaren gegenüber dem „Befreier", der reale Umstand zugute, daß Bulgarien durch den Krieg militärisch und finanziell in höherem Maße geschwächt wurde und dringender des Friedens bedarf als Serbien und Griechenland und daß man in Sofia heute noch nicht klar zu erkennen vermag, ob und unter welchen Voraussetzungen auf die Neutralität oder die Unterstützung Rumäniens zu rechnen ist. Bulgarien steht nun vor der Wahl, ob es auf seinen Ansprüchen in Mazedonien bestehen und es auf einen Konflikt ankommen lassen will oder ob es sich mit einer ungünstigeren Lösung abfinden soll, um sich den Frieden zu sichern und das Wohlwollen Rußlands zu erhalten. Die Entscheidung wird davon abhängen, ob sich Serbien unter der russischen Pression zu dem erforderlichen Minimum von Konzessionen in Mazedonien herbeiläßt und andererseits, ob die Freundschaft Rumäniens für Bulgarien zu billigen Bedingungen zu haben ist. Was Serbien anbelangt, so sprechen mancherlei Umstände dafür, daß man in Belgrad keine sonderliche Neigung zur Nachgiebigkeit besitzt. Hieher gehören die intimen Beziehungen Serbiens zu Griechenland, die Konzentrierung der serbischen Truppen in Mazedonien mit deutlicher Spitze gegen Bulgarien, die Ansprache Herrn Pašić' an eine Deputation aus Monastir,[b]) worin er erklärte, die besetzten Gebiete müßten serbisch bleiben, die mir auch aus Belgrad gemeldete Absicht der serbischen Regierung,[c]) der Londoner Réunion ein Memorandum über die mazedonischen Ansprüche Serbiens zu unterbreiten und so weiter. Mit der Berufung Herrn Kalinkoffs nach Sofia scheint die Frage der rumänisch-bulgarischen Beziehungen in ein neues Stadium getreten zu sein. Wir können es nur begrüßen, wenn man sich in Sofia nunmehr zu der von uns schon seit langem empfohlenen direkten Aussprache mit Rumänien entschließen würde. Allerdings muß ich es bedauern, daß die bulgarische

Regierung so lange gezögert hat, meinem Rate zu folgen und die Verhandlungen mit Bukarest zu beginnen. Hätte sie dies seinerzeit getan, so wäre heute ein Akkord mit Rumänien wohl schon zustande gekommen. Im Rücken durch Rumänien gedeckt, könnte Bulgarien heute mit voller Beruhigung und größter Entschiedenheit seine Rechte in Mazedonien geltend machen, während es sich nun, wie es den Anschein hat, genötigt sieht, auf manche seiner dortigen Aspirationen zu verzichten. Andererseits hat das Zögern der bulgarischen Regierung, wie Euer Hochgeboren Herrn Geschoff gegenüber bereits sehr richtig bemerkt haben, gewiß nicht dazu beigetragen, die Neigung Rumäniens zu einer Verständigung zu erhöhen. Die Gegner Bulgariens haben die Zeit gewiß nicht ungenützt verstreichen lassen, um in Bukarest Stimmung zu machen, die Kontroverse zwischen Bulgarien und seinen Alliierten ist deutlicher zutage getreten und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten sind in greifbarere Nähe gerückt. Wenn man in Bukarest daher weniger Empressement zeigen und die Freundschaft Rumäniens höher bewerten sollte, als Herr Geschoff erwartet hat, so muß er dies sich und seiner zaudernden Politik zuschreiben, keinesfalls darf er aber uns dafür verantwortlich machen. Es liegt wol überhaupt auf der Hand, daß jene Kräfte, welche in Rumänien für die Annäherung an Serbien und Griechenland tätig sind, gleichzeitig auf das Abschwenken Rumäniens zu den Gegnern des Dreibundes hinwirken. Es wäre daher absurd, wenn die öffentliche Meinung in Bulgarien, wie Herr Geschoff Euer Hochgeboren gegenüber angedeutet hat, uns die Schuld an solchen Velleitäten Rumäniens beimessen wollte. Aus der Art, wie die bulgarische Regierung die nun eingeleitete Konversation mit Rumänien weiterführt, werden wir bald ersehen können, welche Entwicklung die mazedonische Frage nimmt und zu welchem Entschluß Herr Geschoff bezüglich des Verhältnisses Bulgariens zu Serbien und Griechenland gelangt ist. Ich teile vollkommen die Anschauung Euer Hochgeboren, daß wir angesichts der schwankenden und wenig konsequenten Haltung, die Herr Majoresco in der letzten Zeit beobachtet hat, in Sofia vorläufig nicht allzusehr drängen und namentlich in der Frage der weiteren territorialen Konzessionen, auf welche man in Bukarest auszugehen scheint, höchst vorsichtig sein sollten. Dies schließt jedoch natürlich nicht aus, daß Euer Hochgeboren je nach der Situation fortfahren, in der Ihnen geeignet scheinenden Weise für die rumänisch-bulgarische Verständigung zu wirken. Eine noch größere Reserve müssen wir vorderhand auch hinsichtlich des Verhältnisses Bulgariens zu Serbien beobachten, um nicht Mißtrauen und den Verdacht zu erwecken, als wollten wir Bulgarien einer feindseligen Politik unsererseits gegen Serbien dienstbar machen. Es würde mich interessieren zu erfahren, ob Euer Hochgeboren nach Ihren Eindrücken an Ort und Stelle zur gleichen Konklusion gekommen sind. Bei der traditionellen Tendenz Bulgariens, eine selbständige und rein bulgarische Politik zu machen, sowie bei dem tiefgehenden Gegensatz der bulgarischen und der serbisch-griechischen Interessen in Mazedonien ist es wohl höchst unwahrscheinlich, daß es Rußland gelingt, einen völligen und dauernden Ausgleich zwischen den Alliierten herbeizuführen und Bulgarien ganz ins russische Fahrwasser zu

bringen. Es ist im Gegenteil anzunehmen, daß Bulgarien in dem Maße, als es erstarkt und nach Osten vorrückt, sich des Widerstreites seiner Interessen zu denen Rußlands bewußt wird. Selbst wenn man sich in Sofia entschließen sollte, mit Rücksicht auf das momentane Kräfteverhältnis die Austragung der Differenzen mit Serbien und Griechenland auf einen günstigeren Augenblick zu verschieben, würde ich darin allein noch keinen Grund erblicken, unsere wohlwollende Politik Bulgarien gegenüber zu modifizieren. Darüber allerdings muß man sich in Sofia klar sein, daß uns eine solche Haltung von dem Augenblick an unmöglich wäre, wo sich Bulgarien durch Rußland einer politischen Konzeption, wie der früher erwähnten, einfügen ließe, die ihre Spitze direkt gegen die Monarchie richtet. Nötigenfalls müßte in Sofia in dieser Hinsicht eine klare und entschiedene Sprache geführt werden. Die vorstehenden Ausführungen sind im allgemeinen zu Ihrer rein persönlichen Orientierung über meine Beurteilung der Situation bestimmt. Euer Hochgeboren sind jedoch ermächtigt, die eine oder die andere der vorstehenden Konsiderationen, falls es Ihnen angezeigt erscheint, zu verwerten. Schließlich möchte ich noch bemerken, daß, ebenso wie Ihre Sprache und Ihre Taktik dem Herrn Konseilspräsidenten gegenüber meine vollste Billigung und Zustimmung findet, ich auch damit sehr einverstanden bin, daß Euer Hochgeboren sich die Pflege guter persönlicher Beziehungen zu Herrn Dobrović sowie zu den Führern der Opposition angelegen sein lassen, die für den wol nicht unwahrscheinlichen Fall eines Systemwechsels in Bulgarien von großem Werte sein können.

[a]) Vgl. n. 7030, 7044, 7045. — [b]) Vgl. n. 6902. — [c]) Vgl. n. 6927.

Nr. 6990. Tel. aus Sofia, 10. Mai 1913 Nr. 401 (eing. 6 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Anläßlich heutigen Besuches bei Herrn Geschoff habe Inhalt hohen Telegrammes Nr. 227 vom 10. d. M. betreffend Behandlung Frage türkisch-bulgarischer Grenze durch Londoner Reunion Geschoff mitgeteilt. Konseilspräsident ersuchte, Euer Exzellenz zu melden, dass sich bulgarische Regierung begnügen würde, wenn wenigstens dem Operat Präliminarfriedens ein Auszug der Protokolle der Botschafterreunion beigeschlossen würde, in welchem der Wunsch Bulgariens zum Ausdruck gebracht wäre, den hiesige Regierung laut meines Telegrammes Nr. 320 vom 5. v. M. bezüglich Grenze ausgesprochen hatte. Dieser Wunsch sei seitens bulgarischer Regierung allen Großmächten mitgeteilt worden und bulgarische Regierung habe auch sicher darauf gerechnet, dass er berücksichtigt werde, da in nachträglicher Antwort der Großmächte an Alliierte betreffend Mediation (hohes Telegramm Nr. 179[b]) vom 10. v. M.) es geheissen habe, dass erster Artikel betreffend türkisch bulgarische Grenze „ne soulève pas d'objection." Bulgarischer Regierung sei es hauptsächlich darum zu tun, dass Eisenbahnstation Muratli bulgarisch werde und dass Grenzlinie zwischen Keschan und Malgara in der Weise gezogen werde, dass ersterer dieser Orte Bulgarien zufalle.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7025. — [b]) Vgl. n. 6528 Anm. b.

Nr. 6991. Tel. aus Sofia, 10. Mai 1913 Nr. 402 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Anläßlich heutiger Unterredung mit Herrn Geschoff habe ich gefragt, was Herr Kalinkoff über Stimmung in Bukarest und über seine letzte Unterredung mit Herrn Majoresco berichtet hätte. Konseilspräsident sagte, Kalinkoff habe kategorisch geleugnet, auch nur im eigenen Namen rumänischem Ministerpräsidenten gegenüber Möglichkeit weiterer territorialer Zession erwähnt zu haben; seit dem Beginne der Petersburger Reunion hätte Kalinkoff überhaupt weder mit Majoresco, noch mit irgend einem anderen rumänischen Minister Frage Gebietsabtretung berührt, was er auch nicht hätte tun können, da bulgarische Regierung vor Schluß Petersburger Mediation keine Pourparlers beginnen wollte. Anläßlich seiner letzten Unterredung mit rumänischem Ministerpräsidenten hätte Kalinkoff allerdings Wunsch bulgarischer Regierung nach baldigen direkten Pourparlers zum Zwecke Verständigung im allgemeinen ausgedrückt, darauf hätte ihm aber Herr Majoresco geantwortet, daß, wenn er auch Annäherung an Bulgarien wünsche, er doch der Ansicht sei, daß diesbezüglicher Meinungsaustausch zwischen rumänischer und bulgarischer Regierung unmöglich, bevor Petersburger Entscheidung durch beiderseitige Parlamente nicht angenommen werde. „Allianz" hätte Kalinkoff vor Majoresco nicht erwähnt; er habe in diesem Sinne von rumänisch-bulgarischem Verhältnis bloß einmal mit dem mit Herrn Take Jonesco befreundeten Rektor der Jassy'er Universität gesprochen. Eventuelle Reise Herrn Geschoffs nach Bukarest hätte Kalinkoff mit Majoresco auch nicht berührt, sondern habe letzterer Phrase darüber gemacht, daß er „leider" nach Sofia, um sich König Ferdinand vorzustellen, nicht kommen könnte. Zugleich hätte Majoresco gefragt, ob Herr Geschoff nicht Absicht hätte, nach Bukarest zu kommen, worauf Kalinkoff in artiger Weise erwidert hätte, daß er es nicht wisse. Konseilspräsident sagte, daß ihn die Absicht des rumänischen Ministerpräsidenten, Pourparlers bis nach parlamentarischer Erledigung der Petersburger Entscheidung (sohin vielleicht auf Monate) hinauszuschieben, sehr enttäuscht hätte und daß ihn dies im Zusammenhange damit, was er über in Rumänien herrschende Unzufriedenheit mit Petersburger Beschluß wie auch über Strömungen in der konservativen Partei selbst (unter Führung Herrn Carps) erfahren, sehr beunruhigt. Es scheint, — fügte Geschoff hinzu — daß man in Rumänien weitere territoriale Konzessionen von Bulgarien fordern wolle, was absolut ausgeschlossen. Wenn Rumänien mit sich jetzt gar nicht reden lassen werde und bulgarische Regierung keine Gegenkonzessionen für Silistria aufweisen können werde, sei Verstimmung hierzulande unvermeidlich. Außerdem werde Haltung Rumäniens, von der der „schlaue" serbische Gesandte in Bukarest sofort Wind bekommen werde, Serbien ermutigen. Konseilspräsident sagte, er werde Kalinkoff zu mir schicken, damit ich ihn selbst ausfrage. Indem ich vorstehende Äußerungen Herrn Geschoffs melde, enthalte ich mich jeden Urteils über Widerspruch in Angaben Kalinkoffs und Majorescos. Ich weiß noch nicht, was ich davon denken soll; an Mißverständnis kann ich nicht glauben, sondern muß Unaufrichtigkeit vermuten. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6966, 6997, 7024, 7029.

Nr. 6992. Tel. aus Sofia, 10. Mai 1913 Nr. 403 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Dobrovič sagte mir, Regierung habe Mitteilung erhalten, wonach Serbien und Griechenland sich bereit erklärt hätten, ihre Armeen zu demobilisieren. Dobrovič bemerkte, daß dies offenbar Einwirkung Russlands entspringen dürfte. Man könnte darin gutes Zeichen erblicken, meinte Dobrovič, nur müßte man an aufrichtigen Entschluß Serbiens und Griechenlands glauben, was unmöglich. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7004.

Nr. 6993. Tel. aus Sofia, 10. Mai 1913 Nr. 404 (eing. 11. Mai 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Am Schlusse heutigen Besuches bei Herrn Geschoff erinnerte ich ihn an die in meinem Telegramme Nr. 395 vom 6. l. Mts. wiedergegebene Unterredung und bemerkte halb scherzend, daß er mir auf meine Frage bezüglich Politik Bulgariens nach Friedensschluß Antwort schuldig geblieben. Konseilspräsident erwiderte, daß „les graves questions", die ihm nicht erlaubt hätten zu antworten, weiter fortbestünden, wozu ich bemerkte, daß ich dies begriffe, mir aber vorbehielte, auf das Sujet nach einiger Zeit wieder zurückzukommen. Ich betonte, daß es nur meine persönliche Neugier sei, die wohlgemeinter Absicht und der Erwägung entspringe, daß ich nach Friedensschluß vielleicht auf kurzen Urlaub nach Wien reise, wo ich jedenfalls über Politik Bulgariens zu berichten haben werde. „Je puis vous assurer aujourd'hui déjà que notre politique ne sera que bulgare," warf Herr Geschoff ein; „tant mieux," antwortete ich, „mais vous m'avez dit que vous ne pouviez pas donner de réponses précises actuellement et comme je ne me contenterais pas de réponse vague, je vous questionnerai plus tard quand vous pourrez parler et alors même votre silence sera une réponse." Nach Besuch bei Herrn Geschoff hatte ich Herrn Dobrovič — bei dem ich schon gestern lange gesprochen — bei mir zum Frühstück. Im Verlaufe der gestrigen Unterredung habe ich bereits Dobrovič letzten Teil meines im eingangs zitierten Telegramme erwähnten Gespräches mit Geschoff erzählt. Dobrovič erging sich in scharfen Kritiken über „unverantwortliche" Politik Herrn Geschoffs uns gegenüber und über dessen „verhängnisvolle" russophile Richtung. Wir tauschten einige Gedanken zum Gegenstande aus, wobei ich wieder betonte, daß ich nur im eigenen Namen spreche und Dobrovič sagte zuletzt, er werde dem auf Jagd weilenden König darüber, was er von mir gehört, berichten. Dobrovič hätte schon wiederholt seine Majestät aufmerksam gemacht, daß Politik Geschoffs schädlich. Da ich Dobrovič gestern erwähnte, daß ich auf fragliches Thema heute mit Herrn Geschoff zurückkommen würde, hat er, als er heute bei mir vorsprach, mich sofort nach Haltung Konseilspräsidenten gefragt und nachdem ich ihn informiert, machte er abfällige Bemerkungen über beständiges Ausweichen Geschoffs, der durch Russland hypnotisiert, Freundschaft Österreich-Ungarns nicht entsprechend zu würdigen wüßte. Im Verlaufe weiterer Konversation sagte Dobrovič, daß von Kabinett Geschoff keine andere als russophile Politik zu erwarten und daß gegenwärtig leider kein Regierungswechsel möglich, da keine Wahlen ausgeschrieben werden

könnten. Kabinett Geschoff könne sich aber nicht sehr lange halten, es stünde mit seiner russophilen Tendenz ganz vereinsamt da; alle anderen Parteien und speziell ganze Armee seien aufs entschiedenste antirussisch. Mit neuer Regierung müßte anderer Kurs kommen. Russophilismus hätte abgewirtschaftet. Ich las letztes Alinea[b] aus Bericht Margrafen Pallavicinis vom 15. v. Mts. Nr. 22A vor, ohne Ursprung zu berichten und Namen zu nennen. Dobrović war frappiert, „wunderte" sich aber nicht, da es doch klar, daß Großbulgarien nur einen Feind und Rivalen haben werde und zwar Russland. Da König ganz unnahbar, lege ich großen Wert auf beständigen Verkehr mit Dobrović, der bis jetzt stets verläßlich und diskret gewesen. Ich will König Ferdinand durch Dobrović über meine Beziehungen zu Regierung immer auf dem Laufenden halten, damit sich Seine Majestät nie auf Unkenntnis der Vorgänge berufen kann. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7045, 7071, 7088. — [b] Letztes Alinea von n. 6633 beginnt mit „Im Verlaufe eines freundschaftlichen ..."

Nr. 6994. Tel. aus Athen, 11. Mai 1913 Nr. 282 (eing. 12. Mai 7 U. a. m.). Entziff.

Friedensverhandlungen. Zufolge Äußerung Herrn Coromilas' zu einigen Kollegen in den letzten Tagen (ich hatte seit 6. d. Mts. keine Gelegenheit ihn zu sprechen) werde griechische Regierung Friedensschluß nicht von vorhergehenden befriedigenden Zusagen der Mächte in der albanesischen Abgrenzung und der Inselfrage abhängig machen. Hingegen müsse sie sich der zuversichtlichen Hoffnung hingeben, daß diese Frage nach Friedensschluß durch die Mächte nicht schiedsrichterlich behandelt, sondern zum Gegenstande von Verhandlungen mit den Interessenten gemacht würde. Nach einer mir zugekommenen sehr guten Information besteht hier gegen Bulgarien (welches auf den Antrag Griechenlands, obige Fragen vor Friedensschluß geordnet zu sehen, nicht eingegangen zu sein scheint) auch deshalb Gereiztheit, weil Kabinett von Sofia schon wiederholt Tendenz betätigt hätte, ohne seine Alliierten zu befragen oder auf dem Laufenden zu halten, auf eigene Faust zu verhandeln. Braun.

Nr. 6995. Tel. aus Belgrad, 11. Mai 1913 Nr. 274 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Serbisches Memorandum. Im Nachhange zu hieramtigem Telegramm Nr. 268 vom 6. d. M. Vom bulgarischen Gesandten interpelliert, hat Herr Pašić mit Entschiedenheit bestritten, dass Herr Novaković über Abgrenzung der eroberten Gebiete ein Memorandum nach London mitgenommen hätte, und wird dieses Gerücht nunmehr auch von Zeitungen dementiert. Ich weiß aber ganz bestimmt, dass Dementi der Wahrheit nicht entspricht.

[a] Vgl. n. 7006. Ugron.

Nr. 6996. Tel. des Generalkonsuls Adolf Ritter von Zambaur aus Skutari, 11. Mai 1913 Nr. 60 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Hiesiger englischer Honorarvizekonsul wurde gestern von seinem Admiral ersucht, für 15 Offiziere, welche 14. d. M. hier eintreffen, Quartier

zu machen. In katholischen Kreisen macht es keinen guten Eindruck, dass englischer Charakter der Expedition auf Kosten Österreich-Ungarns in den Vordergrund zu treten scheint. Bitte, wenn möglich, um vertrauliche telegraphische Information über Programm internationaler Aktion und geplanter erster Verwaltungsmaßnahmen für Gebiet Skutari. Zambaur.

[a]) Vgl. n. 7003.

Nr. 6997. Tel. aus Sofia, 11. Mai 1913 Nr. 408 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 402 von gestern betreffend rumänische Frage. Ich begegnete Konseilspräsidenten und wir sprachen kurz über unbegreifliche Widersprüche in meinen und Herrn Geschoffs Informationen betreffend Äußerungen und Dispositionen Herrn Majorescos. Ich bemerkte, dass mir Lage unverständlich und ich daher nicht wüsste, was und mit welchem Erfolg gemacht werden könnte; immerhin aber, wenn mir Herr Geschoff bestimmt erkläre, dass er gleich Entente mit Rumänien suchen will, würde ich dies Euer Exzellenz melden und könnte es vielleicht Hochdemselben gelingen, Lage aufzuklären und Weg zu sofortigen Pourparlers zu ebnen. Wie bisher werden Euer Exzellenz gewiss auch jetzt Möglichstes tun, um Lösung rumänischer Frage Bulgarien zu erleichtern, meinte ich. Konseilspräsident dankte und sagte ausdrücklich, dass er Entente mit Rumänien wünsche, nur müsste selbstverständlich rumänische Regierung keine weiteren territorialen Konzessionen fordern. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7011, 7024, 7029, 7031.

Nr. 6998. Tel. aus Berlin, 12. Mai 1913 Nr. 230 (eing. 6 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Zu Telegramm Nr. 354 vom 8. d. M. Staatssekretär teilte mir mit, daß Kaiser Wilhelm ihn beauftragt habe, mir zu erklären, daß Höchstderselbe nach wie vor zu seinem Bedauern nicht in der Lage sei, einen Kandidaten für den albanesischen Thron vorzuschlagen. Szögyény.

Nr. 6999. Tel. aus Berlin, 12. Mai 1913 Nr. 231 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 356 und Nr. 357 betreffend Südgrenze Albaniens. Staatssekretär wird ebenfalls die deutschen Vertreter in Paris, London und St. Petersburg instruieren, für die Bestimmung Phthelias als Ausgangspunkt der albanesisch-griechischen Grenze einzutreten.

[a]) Vgl. n. 7145 Anm. b. Szögyény.

Nr. 7000. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 12. Mai 1913 Nr. 244 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Mein italienischer Kollege hat im Auftrage seiner Regierung Großvezir gefragt, ob es nicht möglich wäre, daß die Pforte durch ihre Bevollmächtigten in London ihren Standpunkt in der albanesischen Frage dahin präzisiere, daß die Türkei nicht die Absicht hat, ihre Souveränitätsrechte

in Albanien aufrechtzuerhalten. Mahmud Schefket Pascha antwortete, daß türkische Regierung allerdings auf diesem Standpunkte stehe, daß es ihm jedoch mit Rücksicht auf hiesige öffentliche Meinung sowie auf die Gefühle der mohammedanischen Welt nicht tunlich erscheine, eine solche Deklaration in offizieller Weise abzugeben. Großvezir fügte hinzu, es scheine ihm dies auch überflüssig zu sein, da ja Türkei bereits erklärt hätte, daß sie alle auf Albanien bezüglichen Fragen den Mächten überlassen habe. In demselben Sinne hat sich heute Mahmud Schefket Pascha auch mir gegenüber ausgesprochen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 6943, 7010, 7016.

Nr. 7001. Bericht aus St. Petersburg, 29. April/12. Mai 1913 Nr. 21 A (eing. 15. Mai).[a]) Ausfert.

Nach Erhalt Euer Exzellenz hohen Telegrammes vom 11. d. Mts. Nr. 340 habe ich mich zunächst mit meinem italienischen Kollegen in Verbindung gesetzt. Marquis Carlotti sagte mir, er sei schon wiederholt in der Lage gewesen Herrn Sazonow gegenüber im Auftrage der italienischen Regierung darauf hinzuweisen, dass die Südgrenze Albaniens so gezogen werden müsse, dass jedenfalls noch das Cap Stylos zu Albanien falle. Über einen neuerlichen Auftrag des Marquis San Giuliano habe er vorgestern diese Demarche wiederholt, um womöglich bis zum Wiederzusammentritt der Londoner Konferenz eine Übereinstimmung in dieser Frage herbeizuführen. Sowohl bei den früheren Anlässen als gelegentlich seiner letzten Demarche stiess jedoch Marquis Carlotti bei Herrn Sazonow auf lebhaften Widerspruch. Heute nahm ich nun Gelegenheit dem Herrn Minister des Äussern im Sinne Euer Exzellenz vorbezogener hoher telegraphischer Weisung, unter Betonung unseres solidarischen Vorgehens mit Italien in dieser Frage, auch meinerseits für die Bestimmung Phtelias als Ausgangspunkt für die albanesisch-griechische Grenze einzutreten.[b]) Herr Sazonow erwiderte mir, die russische Regierung sei in dieser Frage nicht direkt interessiert und er betrachte sie daher hauptsächlich vom Zweckmässigkeitsstandpunkte. In dieser Hinsicht sei aber ein Festhalten an der Bestimmung der Grenzlinie in unserem Sinne gleichbedeutend mit einem Hinausschieben des Friedensschlusses, da Griechenland absolut darauf bestehe, dass auch das Festlandsufer des Kanals von Korfu noch in seine Hände gelange und daher voraussichtlich die Friedenspräliminarien nicht werde unterzeichnen wollen, solange es diesbezüglich keine Gewissheit erlange. Da er nun grössten Wert auf eine möglichst baldige Finalisierung der Krise lege, sei er gegen Alles, was ein Indielängeziehen derselben bedeuten würde, und aus diesem Grunde könne er sich auch mit unserem und dem italienischen Standpunkte in dieser Frage nicht befreunden. Andererseits seien auch Frankreich und England entschieden dafür, dass den griechischen Wünschen in dieser Beziehung Rechnung getragen werde. Der Herr Minister führte sodann aus, er begreife eigentlich nicht die Gründe, welche uns und Italien einen so grossen Wert auf die Zugehörigkeit des Cap Stylos zu Albanien zu legen veranlassen. Griechenland sei ja bereit, Korfu und die hinter dieser Insel liegende Festlandsküste zu neutralisieren. Ebenso wie nun Russland in

der Neutralisierung Albaniens eine genügende Garantie erblickt habe, so müsste doch auch von Seiten der anderen Mächte ein gleiches Vertrauen in die Wirksamkeit der griechischerseits versprochenen Neutralisierung des Wasserbeckens von Korfu und dessen Ufer gelegt werden. Hege man aber in derartige internationale Garantien kein Vertrauen, so sehe er auch nicht ein, was die Zugehörigkeit des Cap Stylos zu Albanien für einen Unterschied machen würde: da Albanien als neutrales Gebiet weder Befestigungen noch eine Kriegsflotte haben werde, so würde bei obiger Voraussetzung der Umstand, dass Cap Stylos zu Albanien gehören würde, eine mit Griechenland eventuell alliierte Flotte auch nicht hindern sich hinter Korfu zu sammeln. Herr Sazonow glaubt daher, dass dieser Frage seitens militärischer Kreise in Italien eine sehr übertriebene Bedeutung beigelegt werde, was er als sehr bedauerlich bezeichnete, da hiedurch nur die endliche Regelung aller noch pendenten Fragen erschwert und dadurch die allseits so dringend erwünschte allgemeine Beruhigung verzögert werde. Thurn.

[a]) Vgl. n. 7052. — [b]) So!

Nr. 7002. Bericht aus St. Petersburg, 29. April/12. Mai 1913 Nr. 21 B (eing. 15. Mai).[a]) Ausfert.

Bei meiner heutigen Unterredung mit Herrn Sazonow erwähnte dieser, es sei ihm durch Graf Benckendorf der Text unseres in der letzten Londoner Réunion vorgelegten Projektes für die Organisation Albaniens[b]) unterbreitet worden. Auf meine Bemerkung, dass mir dasselbe nicht bekannt sei, las er mir das betreffende Telegramm des russischen Botschafters in London vor. Er fügte bei, dass er eben dabei sei unsere Anregungen zu studieren und dass er die Gegenbemerkungen, zu denen sie ihm Anlass geben würden, in London vorbringen werde. In eine detaillierte Kritik liess sich der Minister nicht ein, doch konnte ich ersehen, dass er gegen einzelne Punkte wohl einige Einwendungen erheben dürfte. So meinte er, dass die Beschränkung der türkischen Suzeränität auf eine rein nominelle, doch nicht in der in unserem Memorandum enthaltenen schroffen Form ausgesprochen werden könne. Die Zeit von 6 Jahren,[1]) die als Probezeit für das provisorisch einzuführende Regime in Aussicht genommen ist, erscheint dem Herrn Minister für viel zu kurz und sollte seiner Ansicht nach auf das doppelte Ausmass erstreckt werden. Mit der geplanten Einführung der Tribunaux mixtes schien Herr Sazonow auch nicht sehr einverstanden zu sein, denn er meinte, diese Institution habe sich in Ägypten nicht auf das Beste bewährt. Auch der Umstand, dass Österreich-Ungarn und Italien sich vorbehalten über die Person des künftigen Fürsten einen Vorschlag zu machen, schien nicht besonders nach seinem Geschmack zu sein. Im vorstehenden habe ich nur einige Bemerkungen wiedergegeben, die Herr Sazonow im Laufe der Lekture des Memorandums so nebenhin fallen liess. Dieselben machen somit keinerlei Anspruch darauf, die Ansicht des russischen Ministers des Äussern über alle Punkte desselben vollständig wiederzugeben. Ich habe mir aber trotzdem gestattet, derselben hier gehorsame Erwähnung zu tun, weil aus diesen flüchtig hingeworfenen Bemerkungen doch bis zu einem gewissen Grade darauf geschlossen werden kann, in welcher Richtung sich die Einwendungen

des russischen Kabinets gegen unsere Vorschläge in grossen Linien bewegen dürften. Thurn.

[1]) recte 10.
[a]) Vgl. n. 6954. — [b]) Vgl. zweite Beilage zu n. 6554.

Nr. 7003. Tel. an den Generalkonsul Adolf Ritter von Zambaur in Skutari, 12. Mai 1913 Nr. 16 (chiffr. 12 U. 45 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 60 vom 11. d. M. erhalten. Euer Hochwohlgeboren wollen die dortigen katholischen Kreise darüber aufklären, daß die führende Rolle Englands bei der Aktion zur Besetzung von Skutari diese keineswegs zu einer vornehmlich englischen stempelt, sondern lediglich den internationalen Charakter derselben zum Ausdruck bringen soll. Die k. u. k. Regierung lege hierauf besonderes Gewicht, damit in Albanien sowie Europa gegenüber der Anschein vermieden werde, als ob die Monarchie in Albanien egoistische Pläne verfolge. Österreich-Ungarn bekundet nach wie vor das wärmste Interesse für die Konstituierung und das Gedeihen des einheitlichen albanesischen Staates. In der Kooperation aller Mächte können die Albanesen eine Garantie dafür erblicken, daß keine unter ihnen die Absicht habe, sich dauernd dort festzusetzen, sondern daß die Aktion der Mächte lediglich bezwecke, dem neuen albanesischen Staatswesen über die natürlichen Schwierigkeiten der ersten Zeit hinwegzuhelfen. Euer Hochwohlgeboren Wunsche, über das Programm der internationalen Aktion und die geplanten ersten Verwaltungsmaßnahmen unterrichtet zu werden, vermag ich derzeit nicht zu entsprechen, da der Admiralsrat der internationalen Eskader berufen ist, hierüber Beschlüsse zu fassen oder Anträge zu stellen, und dieselben in erster Linie von militärischen Rücksichten und den Erfordernissen der lokalen Situation abhängen werden. Berchtold.

Nr. 7004. Tel. aus Sofia, 12. Mai 1913 Nr. 410 (eing. 13. Mai 7 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ich habe letzter Zeit, um dadurch meine Misstimmung wegen einiger unaufrichtiger tendenziöser Artikel der „Bulgaria" zum Ausdruck zu bringen (was ich übrigens direkt Herrn Geschoff und Herrn Dobrovič gegenüber in scharfer Weise getan habe), kein Empressement gezeigt, Herrn Danew zu sehen. Heute wurde ich durch Anfrage des Kammerpräsidenten überrascht, ob er mich vor seiner morgigen Abreise nach London besuchen könnte, worauf ich bejahend antworten ließ. Die eineinhalbstündige Konversation begann mit Vorwurf, den ich meinem Besucher wegen Sprache seiner Zeitung nicht ersparte und der Entschuldigungen seinerseits hervorrief. Dann erklärte mir Kammerpräsident Zweck der Reise nach London, wohin er eilen müsste, um Unterzeichnung Präliminarfriedens zu beschleunigen. Herr Danew wolle hoffen, dass Unterzeichnung noch vor seiner Ankunft erfolge und er nur mit Negoziation betreffs definitiven Friedens zu tun haben werde; für alle Fälle wolle er aber baldigst London eintreffen, da bis jetzt Serben und Griechen Schwierigkeiten machten, die ersteren bestünden auf Aufnahme Klausel bezüglich Adria-Eisenbahn, die letzteren

bezüglich der Inseln und albanesischen Grenze, was Fragen wären, die mit Präliminarfrieden nichts gemein hätten und nachträglich erledigt werden könnten. Spontan richtete Herr Danew Frage an mich, ob sich letzter Zeit unsere Dispositionen für Serbien geändert hätten. Ich antwortete, dass sich rasch verändernde Umstände Fluktuationen in unserem Verhältnisse zu Serbien mit sich bringen können, dass mir aber von einem Umschwunge bis jetzt nichts bekannt. Kammerpräsident hätte diesen Eindruck aus unserer Presse, wo in letzten Tagen zahlreiche Korrespondenzen aus Belgrad zu finden wären, und speziell sympathisieren mit Serbien unsere Südslaven und die tschechischen Blätter. Es sei überflüssig, — meinte ich — dass sich Herr Danew um Richtung à la Klofač und Hribar soviel kümmere, die maßgebende Presse sowohl in Wien als in Budapest wäre, wie Kammerpräsident wissen dürfte, von Wohlwollen für Bulgarien erfüllt; ich wies auf einige offiziöse Enunziationen hin. Die Suszeptibilität Herrn Danews in diesem Punkte scheint mir bezeichnend. Antworten, die mir Kammerpräsident auf Fragen bezüglich Serbiens gab, deuten — wenn sie aufrichtig waren — auf allergrößte Spannung hin. Bulgarien hätte Arbitrage Russlands angenommen, Serbien nur unter einem Vorbehalt, der Revision Vertrages zulässig machen würde. Nachricht, dass Serbien und Griechenland zur Demobilisierung bereit (mein Telegramm Nr. 403 vom 10. d. M.), hätte sich nicht bestätigt. Empfang Bürgermeisters von Monastir in Belgrad[b]) wäre sehr schlechtes Zeichen. Als ich bemerkte, dass ausländische Presse dies durch Verzicht Bulgariens auf Monastir zu erklären suche, erwiderte Herr Danew, er erkläre es nur damit, dass Serben vollständig Kopf verloren. Ihre Haltung ist so, als ob sie mit Bulgarien ...[c]) wünschten. Bulgarien werde auf nichts verzichten, weder auf Monastir noch auf Ochrida. Mit großer Erbitterung sprach Kammerpräsident spontan von Misshandlung bulgarischer Geistlicher und Bischöfe durch Serben. Spontan fing auch Herr Danew von Haltung Griechenlands zu reden an. Er erwähnte nämlich Zusammenstösse im Gebiete westlich von Salonik, wo Griechen immer neue Ortschaften zu besetzen trachten. Zuerst müsste man dort provisorisch modus vivendi schaffen und dann planmäßig an Regelung aller strittigen Fragen mit Griechenland schreiten. Wie mit Serbien müsse Bulgarien auch mit Griechenland zu seinem Recht kommen, wenn nicht anders, durch Waffengewalt, auch wenn es untergehen sollte. Auf Salonik wolle Bulgarien auch nicht verzichten, nur scheint Herr Danew nicht recht zu wissen, wie diese Frage befriedigend zu lösen wäre. Mediation aller Großmächte perhorresziere er. Er besprach eventuelle Haltung verschiedener Mächte und erkundigte sich nach meiner Ansicht. Kammerpräsident rechne jedenfalls auf uns; wenn Salonik griechisch bleiben sollte, müsste Bulgarien mit allen Mitteln trachten, Verkehr von dieser Stadt und von den dort mündenden Eisenbahnen abzulenken. Des weiteren kam Mitredner auf Petersburger Reunion zu sprechen und gedachte dankbar unserer Unterstützung. Jetzigen Stand rumänischer Frage betrachte Herr Danew wegen Abneigung Herrn Majorescos gegen baldigen Beginn direkter Pourparlers als sehr unerfreulich. Ich meinte, man müsse abwarten bis Widerspruch zwischen meinen und Herrn Geschoffs Informationen über Dispositionen in Bukarest aufgeklärt

wird. Er sprach auch von Albanien und erwähnte, wir sollten bei Einrichtung Polizei und Verwaltung uns der Bulgaren bedienen. Mit Türkei möchte Bulgarien möglichst gut stehen und da könnte vielleicht Monarchie vermittelnd wirken und Annäherung erleichtern. Auch wenn Türken nach ihrer bekannten Methode Friedensschluss zu verzögern suchten, bitte Kammerpräsident um entsprechende Einwirkung in Konstantinopel. Ich schlug Ton an, dass Bulgarien in allen Fragen auf unser Wohlwollen rechnen könne, und riet zum Schluss, Herr Danew möge sich stets vertrauensvoll an Graf Mensdorff wenden. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 280 Nr. 534. Vgl. n. 6817, 7037. — [b]) Vgl. n. 6902. — [c]) Chiffre fehlt.

Nr. 7005. Tel. aus Athen, 13. Mai 1913 Nr. 290 (eing. 14. Mai 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Griechenland und Bulgarien. Streng vertraulich. Ich höre aus guter Quelle, daß König Konstantin, Höchstwelcher Armee-Oberkommando von Athen aus führt, entschlossen ist, allen Übergriffen Bulgariens energisch die Stirne zu bieten. Herr Venizelos versucht Ungestüm des Königs zu dämpfen. In der königlichen Familie soll die Eventualität eines Krieges mit Bulgarien ernstlich besprochen werden; eine Kooperation Griechenlands mit Serbien für diesen Fall ist, wie ich schon wiederholt meldete, wahrscheinlich, ebenso daß diesfalls bereits Abmachungen bestehen. Braun.

[a]) Oe. U. Balkan 283 Nr. 539.

Tel. nach Belgrad, 13. Mai 1913 Nr. 139 (chiffr. 14. Mai 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 7008.

Nr. 7006. Bericht aus Belgrad, 13. Mai 1913 Nr. 100 (eing. 15. Mai).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Ich habe bereits am 6. l. Mts. zu berichten die Ehre gehabt, dass der erste serbische Friedensdelegierte, Herr Novaković ein Memorandum, in welchem die Auffassung der serbischen Regierung über die Verteilung der durch die Verbündeten eroberten Gebiete zum Ausdruck gebracht wird, nach London mitnimmt. Dieses Gerücht hat in Sofia grosse Verstimmung und Beunruhigung hervorgerufen, so dass Herr Toscheff die königlich serbische Regierung diesbezüglich interpellirt hat. Herr Pašić hat nun erklärt, dass er von der Existenz dieses Memorandums gar keine Kenntnis habe. Wie ich bereits telegraphisch zu melden die Ehre hatte, entspricht diese Mitteilung des königlich serbischen Minister-Präsidenten nicht der Wahrheit. Das Memorandum existirt, Herr Pašić kennt den Inhalt desselben ganz genau, und es wurde dasselbe im Pressbureau des königlich serbischen Ministeriums des Äussern in 14 Exemplaren abgeschrieben, mit der Bestimmung, dass Herr Novaković solche Abschriften den Botschaftern der Grossmächte und eventuell anderen massgebenden Persönlichkeiten zukommen lasse. Es ist mir gelungen, ein von Herrn Novaković selbst corrigirtes Exemplar dieses Memorandums in die Hand zu bekommen, und da ich nicht weiss, ob auf die Stellungnahme Bulgariens hin Herr Novaković

nicht aufgefordert wird, die Verteilung dieses interessanten Schriftstückes zu unterlassen, habe ich von demselben eine Abschrift anfertigen lassen, die ich in der Anlage[b]) Euer Exzellenz vorzulegen mir erlaube. Die mit roter Tinte eingetragenen Correkturen waren auf meinem Exemplar nachträglich von Herrn Novaković eigenhändig eingetragen. Aus diesem Memorandum erfahren wir vorerst authentisch, dass der serbisch-bulgarische Vertrag am 13. März, also lange vor dem im August und im September des Vorjahres zu Stande gekommenen Balkanbunde, abgeschlossen wurde ... *Folgt eine Paraphrase des Memorandums (Vgl. Beilage)* ... Wir werden in Bälde sehen, ob Herr Novaković dieses Memorandum tatsächlich den Botschaftern der Grossmächte vorlegen oder ob die serbische Regierung hievon Abstand nehmen wird. Jedenfalls hat es Herr Novaković in mehreren Ausfertigungen nach London mit sich genommen. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6927, 6995, 7023. — [b]) Beilage.

Beilage zu n. 7006. Abschrift.

Pro Memoria sur le partage des pays balcaniques et les délimitations réciproques.

L'Alliance Balcanique n'existait pas encore à l'époque où s'élaborait et se signait le traité serbo-bulgare du 29 février-13 mars 1912. On la désirait sans pouvoir distinguer encore les bases possibles de l'entente. On avait le sentiment que l'Alliance Balcanique ne pourrait être crée qu'aprés la conclusion préalable d'une alliance serbo-bulgare, et qu'il faudrait, avant d'arriver à une telle alliance, aplanir les divergences de vues existant entre Sophia et Belgrade au sujet du partage des territoires à conquérir. On s'efforçait de surmonter ces difficultés afin d'établir un fondement solide pour la quadruple alliance. Les Serbes réclamaient obstinément que leur futur Etat aggrandi comprit la ville de Skoplié. Les Bulgares de leur côté avaient fini par ceder sur ce point, mais voulaient se procurer des compensations en restreignant les limites de la zonè serbe et en leur donnant une précision prématurée. Ne croyant sacrifier que de vaines prétentions et anxieux d'arriver à une entente le plus tôt possible, les Serbes avaient consenti à la proposition bulgare. Et c'est ainsi que le 29 février/13 mars 1912 on a pu signer la convention secrète d'alliance entre la Serbie et la Bulgarie, convention qui a servi de point de départ à l'Alliance Balcanique. Ni les Serbes ni les Bulgares n'avaient voulu comprendre qu'on ne peut se départager un territoire qu'après être sûr de conserver toute l'étendue conquise et sujette à partage et lorsqu'on en connait exactement les limites. On perdait aussi de vue que l'accession de la Grèce à l'Alliance exigeait que les propositions grecques fussent aussi entendues et prises en considération. Aucun autre traité de partage n'ayant été conclu entre les Etats Balcaniques jusqu'à présent, le traité du 29 février-13 mars 1912 reste le seul traité de délimitation entre eux. Ce traité n'a pu cependant prevoir ni l'existence d'autres alliés et leurs exigences, ni les conséquences de l'immixion des Grandes Puissances dan sles questions territoriales balcaniques. Et c'est lá qu'est son point faible, puisque l'intervention des Grandes Puissances a boulversé tous les projets émis à l'ordre du jour de nouvelles considérations et des questions de compensations;

que d'autre part l'extension de l'Alliance à toute la peninsule a rendu necessaire l'établissement d'un nouvel équilibre balcanique. Lorsque la Serbie, la Bulgarie, le Monténegro et la Grèce déclarèrent la guerre en 1912 on supposait, en tenant compte du traité du 29 février/13 mars 1912, que la mission principale de l'armée serbe serait de marcher dans la direction de Skutari et du Drin et de déboucher par les vallées du Drin, de la Boyana et du Mati sur les côtes de l'Adriatique. Plus au Sud les Serbes devaient descendre jusqu'au point de jonction avec l'armée grecque, pour que la communauté des limites entre la Grèce et la Serbie fût assurée au moins en Albanie, sur le Chkoumbi, puisque d'après le traité du 29 février 13 mars 1912 tout contact serbo-grecque à l'est du lac d'Ochrida était exclu. Etant le seul Etat balcanique isolé de la mer, la Serbie faisait surtout la guerre pour s'approprier par force une partie au moins du littoral qui lui avait appartenu durant la plus grande partie du moyen âge. Mais précisement la tendance de la Serbie à recuperer sa situation médiévale d'Etat maritime c'était heurtée à une opposition intransigeante de la part de l'Autriche-Hongrie et de l'Italie dont les points de vues furent approuvés par les autres Grandes Puissances, même par la Russie qui par son consentement nous liait aussi.*a)* Tout cela fit naître l'Albanie autonome, et la Serbie se trouva subitement devant la perspective bizzare de rester de nouveau le seul Etat balcanique sans littoral. Les Grandes Puissances s'en rendaient bien compte, mais ne trouvèrent, pour y remedier, qu'un palliatif fort douteux: elles offrirent à la Serbie sous leur garantie, des privilèges commerciaux et économiques dans un port albanais à son choix. La Grèce a rencontré les mêmes difficultés dans la question des îles de l'Archipel. Les Grandes Puissances lui denient le droit de conquête sur nombre d'îles purement grecques et se réservent de décider elles mêmes du sort de ces îles, en prétextant des raisons d'équilibre et des nécessités créés par les divers traités internationaux. Il n'y a que la Crète qu'on attribue à la Grèce sans conteste. Le sort de Salonique paraît aussi être incertain. Si les Grandes Puissances font de Salonique une ville internationale des nouveaux arrangements et des nouvelles compensations seraient nécessaires entre alliés pour rétablir l'équilibre rompu. On peut méconnaitre les prétentions hellènes sur Salonique et Chalcidique (au Sud-Est de Salonique) ainsi que sur les territoires contigus à Salonique sur la rive gauche du Vardar, mais on doit tenir compte des prétentions que la Grèce émet en Thessalie et dans la Macédoine occidentale sur la rive droite du Vardar, au Sud du mont Nidjé*b)* et ils reclament même Florina ainsi que Monastir, quoique cette ville ait été conquise par l'armée serbe. Quelque opinion que l'on ait des exigences grecques, on doit en tenir compte et leur donner satisfaction autant que possible. Pour des raisons d'équilibre balcanique on est obligé d'accorder au Grecs tout ce qu'ils demandent sur la rive droite du Vardar au Sud du mont Nidjé et de Mogléna, en exceptant seulement Monastir. S'il en est ainsi et si le traité du 29 février/13 mars 1912 doit conserver pour la Serbie toute sa valeur et sa force exécutoire, c'est en territoire bulgare que l'on passerait en quittant la Serbie entre Ochride et Veles sur la rive droite du Vardar et c'est à 40 à 50 km de sol bulgare qu'il faudrait traverser pour pénétrer en Grèce. Et comme la Serbie devra évacuer

le littorale albanais de l'Adriatique conquis par elle, les limites de la Serbie et de la Grèce ne se touchaient nulle part. Et cependant il est évident que le projet bulgare, qui attribue toute la Macédoine à la Bulgarie (en exceptant seulement Skoplié, Koumanovo et Tetovo) peut être attaqué non seulement par des arguments géographiques et politiques d'équilibre général balcanique mais aussi par des considérations purement ethnographiques. Nul n'ignore que la Macédoine est un pays de population mélangée. Même d'après les statistiques bulgares il s'y trouve 50% d'éléments slaves et 50% d'autre. Les groupements bulgares sont les plus compactes du côté de la Bulgarie, les Grecs du côté de la Thessalie et de la Grèce, les Serbes du coté de la Serbie. Ainsi donc, en faisant abstraction des nécessités de l'équilibre balcanique, les prétentions exclusives qu'elles soient serbes, grécques ou bulgares, à l'acquisition de toute la Macédoine, ne pourraient être approuvées ni du point de vue ethnographique ni du point de vue géographique. La conclusion de tout ce qui précède est que la formation de la quadruple alliance, la guerre et ses conséquences obligent la Serbie, la Bulgarie et la Grèce à procéder à un nouveau partage de la péninsule, partage qui sera définitif. Ce partage sera fait indépendamment des stipulations du traité serbo-bulgare du 29 février/13 mars 1912 et sans égards pour les traditions historiques ou le sentimentalisme ethnographique.*1)* On n'y tiendra compte que des considérations d'équilibre réciproque et de symétrie géographique des nouveaux Etats, et le partage sera en proportion des forces engagées dans la guerre et des territoires occupés par chacun des alliés. Le système de compensation rendra possible la concorde future et la permanence de l'alliance balcanique déjà si fertile en résultats et qui devra rester également dans l'avenir la base et la sauvegarde de chacun des Etats alliés. En procédant à ce travail important il faut avoir en vue que le partage actuel doit être définitif et que chaque nation doit rester invariablement dans les limites qui lui sont attribuées. Les relations réciproques doivent être établies sur une base suffisamment juste pour que les guerres entre alliés soient exclues pour toujours. Les alliés ne doivent plus faire la guerre que réunis contre les ennemis du dehors, jamais entre eux. *2)* La Bulgarie, la Grèce, la Serbie et le Monténégro doivent représenter désormais une unité en face d'autrui. Les rivalités intérieures doivent s'effacer peu à peu devant le nécessité de l'unité extérieure. Si le partage prive la Bulgarie d'un ou deux villages sur la rive droite du Vardar la Grèce en perdra bien d'avantage sur les côtes de l'Archipel et de la Mer noire, en Thrace, en Macédoine et Albanie. Il est impossible de réaliser le partage sans tenir compte de la symétrie géographique, et sans sacrifices et compensations réciproques. La Bulgarie a du déjà s'apercevoir que sa reconnaissance d'une partie des prétentions serbes, de celle notamment qui touche Skoplié, Koumanovo et Tétovo, a produit le meilleur résultat. Grâce à cette reconnaissance le traité du 29 fevrier/ 13 mars 1912 et l'alliance balcanique à sa suite ont pu être conclus et la glorieuse guerre de 1912—1913 a pu avoir lieu. Cela devrait encourager la Bulgarie à de nouvelles transactions. Il ne faut pas croire d'ailleurs que la revision du traité serbo-bulgare soit sans précédent dans l'histoire des traités internationaux. La France et l'Espagne n'ont-elles pas procédé ces jours ci même

à la revision du traité de 1904, révision qui a mis d'accord leurs intérêts réciproques au Maroc? Les lignes principales du partage ont été tracées au cours de la guerre par la conformation du sol et par les opérations militaires. Les armées serbes et grécques n'ont-elles pas liberé toute la Macédoine? Est-ce que la Grèce et la Serbie ne se touchent pas déjà par leurs limites dans cette même Macédoine occidentale et sur la rive droite du Vardar? On ne peut pas affirmer que l'attribution à la Serbie des pays auxquels prétendent les Bulgares fasse litière de la nationalité des habitants. Dans tous les cas qu'ils soient dévolus à Sofia ou à Belgrade, qu'ils deviennent serbes ou bulgares, les habitants perdront seulement leur dialecte local. Ils resteront dans tous les cas sous l'influence d'une culture slave qui leur est proche puisqu'au point de vue de la langue et de la culture les Bulgares et les Serbes sont aussi rapprochés que les Grands et les Petits Russiens. L'antagonisme serbo-bulgare ne peut donc être soutenu que par les personnes à vue étroite et manquant de profondeur d'esprit. La Serbie a été empêchée de conserver une partie, ne fut-ce qu'un port littoral adriatique, quoique ce fut le but principal de son action militaire. Si on ne lui accorde pas le contact avec la Grèce, contact que la Grèce, elle aussi reclame avec insistance, et si elle ne garde pas les villes de la rive droite du Vardar que son armée a conquise par d'éclatantes victoires, elle n'obtiendra que les sandjaks de Prichtina, de Skoplié et Prizrend ainsi qu'une partie des Sandjaks de Petch et de Novi-Pazar. Et cependant l'armée serbe a été la seule des armées alliées qui se soit battue à la fois sur trois champs de bataille, en Macédoine, en Thrace avec les Bulgares, à Scutari avec les Monténégrins. Un tel resultat équivaudrait à un châtiment et produirait en Serbie un immense mécontentement. Si l'on admettait les prétentions que les Bulgares posent sur Prilep, Ochride et Veles d'après le traité du 29 février/13 mars 1912, les conquêtes Bulgares seraient de 69.500 kilomètres carrés, grosso modo et sans compter Salonique, la Chalcidique et la partie Sud-Ouest de la Macédoine qui est sur la rive droite du Vardar, près de la frontière Thessalie. Les conquêtes grecques seraient de 29.500 km² en y comprenant la Chalcidique et Salonique (sans le mont Athos) jusqu'au golfe d'Orphano et Bechik Giol, et de 38.118 km² avec la Crête, les conquêtes serbes, dépouillées de l'Albanie et n'allant que jusqu'au Drin, et jusqu'au lac d'Ochride seraient seulement de 22.400 km² si l'on se tenait au traité du 29 février/13 mars 1912. Les conquêtes monténégrines en y comprenant les Plevlié mais sans Scutari et Djakovitza ne seraient que de 6.800 km². La superfice que la Serbie reclame pour compenser ses pertes de territoires dans l'Ouest est de 12.000 km². L'Alliance balcanique pas plus que la guerre n'ont pu avoir pour but de créer sur la péninsule un Etat démesurement grand qui placerait les autres dans une position subordonnée. Il est naturel et logique que la Serbie, la Bulgarie et la Grèce restent après la guerre et à peu prés dans les mêmes conditions territoriales puisque leurs forces militaires ont été presque égales (en tenant compte de la flotte grecque). Pendant que la Grèce secondait tous les autres par son action sur mer et que les Serbes ayant terminé leur tâche tout seuls, soutenaient les Monténégrins et les Bulgares à Adrinople, les Bulgares contenaient l'effort turc venant de Constantinople. On peut donc dire que les

alliés se sont également employés à vaincre l'ennemi commun. L'état des choses répondant aux exigences de l'équilibre s'est formé de lui même, naturellement, par le seul jeu des évenements, les besoins d'équilibre, de symétrie géographique, de compensations, l'entretien de rapports reciproques entre les alliés qui nécessitent un contact de la Grèce et de la Serbie seraient mieux servis si l'on subsistuait aux clauses du traité du 29 février/13 mars 1912 relatives à la frontière serbo-bulgare de nouvelles qui attribueront[c)] Prilep, Monastir et Ochride à la Serbie, en laissant le Vardar comme limite serbo-bulgare et en rendant possible le contact greco-serbe. Il sera séparement traité des frontières greco-bulgare et serbo-monténégrine. Telle serait la base nouvelle et définitive de la délimitation des Etats balcaniques qui devra être établie et qui formera pour l'avenir leur commune défense contre les immixions et interventions étrangères. Ce qu'un Etat croirait avoir perdu au partage ne serait qu'une perte apparente compensée largement par le gain commun.

[1)] Dieser und der folgende Satz mit Unterstreichungen Berchtolds und zwei Rufzeichen am Rande. — [2)] Von „que réunis" bis „entre eux" von Berchtold unterstrichen und am Rande durch Striche hervorgehoben.

[a)] Im Original von der Hand Novaković' „par son consentement nous liait aussi" verbessert anstatt „qui avait semblé tout d'abord nous pousser en quelque sorte vers l'Adriatique". — [b)] Von Novaković hier eingefügt: „prétentions qui deviendront d'autant plus sérieuses que la Grèce serait privée de Salonique et de son territoire. Les Grecs d'ailleurs semblent être intransigeants dans leurs demandes". — [c)] Von Novaković eingefügt: „Veles".

Tel. nach Berlin, 13. Mai 1913 Nr. 359 (chiffr. 14. Mai 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 7008.

Tel. nach Bukarest, 13. Mai 1913 Nr. 215 (chiffr. 14. Mai 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 7008.

Nr. 7007. Tel. aus Cetinje, 13. Mai 1913 Nr. 191 (eing. 6 U. 10 M. p. m.). Entziff.

Minister des Äußern hat heute Entschuldigungsbesuch in Angelegenheit Militärattachés auf Gesandtschaft abgestattet und bestätigt, daß bezügliche Untersuchung eingeleitet. Giesl.

Nr. 7008. Tel. nach Konstantinopel Nr. 233 (1), Berlin Nr. 359 (2), Rom Nr. 493 (3), Paris Nr. 277 (4), St. Petersburg Nr. 343 (5), London Nr. 399 (6), Belgrad Nr. 139 (7) und Bukarest Nr. 215 (8), 13. Mai 1913 (chiffr. 14. Mai 12 U. 40 M. a. m.).[a)] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Im Verfolge meines Telegrammes vom 3. d. M. Nr. 219.

1.—8. Auf der seit über drei Jahrzehnten von einem k. u. k. Truppendétachement besetzten türkischen Donauinsel Ada Kaleh ist nunmehr die königlich ungarische Verwaltung eingeführt worden. Der dortige türkische Mudir hat unsere Behörden verständigt, daß er den Vorgang seiner Regierung melden werde. Vorstehendes zu Euer etc. vertraulicher Information.

1.—6., 8. Nur für den Fall, als der Gegenstand Euer etc. gegenüber seitens der dortigen Regierung spontan zur Sprache gebracht werden sollte, wollen Euer etc. sich im Gegenstande informiert zeigen und

1. die im eingangs zitierten Telegramme enthaltenen Argumente verwerten.
2.—6., 8. bemerken, die Einführung der ungarischen Verwaltung auf Ada Kaleh gehöre zu jenen unbedeutenden Veränderungen, welche sich an unserer Grenze als Konsequenz der Balkankrise als notwendig erwiesen haben.
7. Sollte der Gegenstand Euer Hochwohlgeboren gegenüber serbischerseits berührt werden, so wollen Euer Hochwohlgeboren sich darauf beschränken zu erwidern, daß Ihnen hierüber keine Mitteilung zugekommen sei, was sich aus der Bedeutungslosigkeit der Sache erkläre. Berchtold.

a) Vgl. n. 7013, 7015, 7051, 7065, 7299.

Nr. 7009. Bericht aus Konstantinopel, 13. Mai 1913 Nr. 26 B (eing. 15. Mai). Ausfert.

Gelegentlich einer meiner jüngsten Unterredungen mit dem Grossvezier kam derselbe auf seine Pläne in Bezug auf die innere Verwaltung der Türkei zu sprechen. Mahmud Schefket Pascha sagte mir, er möchte sobald als möglich dem Kriege ein Ende machen, um sich vollständig der Reorganisation des Reiches widmen zu können. Der Plan, der ihm diesfalls vorschwebe, sei, das Reich — von den Provinzen der arabischen Halbinsel abgesehen — in sechs Zonen zu teilen, und zwar in vier anatolische und zwei arabische. Die Vilajete von Konstantinopel, Brussa und Kastamuni könnten etwa die nordwestliche der erstgedachten vier Zonen bilden. Die südwestliche könnte Smyrna, Konia, Adana und Angora umfassen, die nördliche Siwas, Trapezunt und Erzerum, die östliche etwa aus Bitlis, Diarbekir und Van bestehen. Die zwei arabischen Zonen würden Syrien und Mesopotamien umfassen. Die Gebiete der arabischen Halbinsel, das heisst Yemen, Hedjas und Assyr, sollen in diese Reformaktion nicht einbezogen, sondern gewissermaßen als Kolonien des Reiches behandelt werden. An die Spitze einer jeden Zone wird ein Generalinspektor gestellt werden. Für die Annahme dieses Amtes über die Syrische Gruppe beabsichtigt der Grossvezier Hussein Hilmi Pascha zu gewinnen und glaubt, dass derselbe sich einer solchen Aufgabe unterziehen würde. Den Generalinspektoren sollen ausländische Berater zugeteilt werden. Speziell in den armenischen Vilajets denkt Mahmud Schefket Pascha in erster Linie an Engländer, denen er in diesen Gegenden auch die Reorganisation der Gendarmerie übertragen möchte. Was die Vilajetsverwaltungen betrifft, so werden dieselben durch das neue Vilajetsgesetz mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet, so dass dem Parlamente eigentlich blos die direkten Reichsangelegenheiten vorbehalten bleiben. Der Grossvezier ist aber entschieden dagegen, die Valis, wie dies syrischerseits wahrscheinlich über französische Anregung verlangt wird, von dem Verwaltungsrate der Provinzen abhängig zu machen und letzterem das Recht einzuräumen, den Vali mit $^2/_3$-Majorität abzusetzen. Er will im Gegenteil den Generalgouverneur ausschließlich der Regierung unterstellt wissen. Dies wäre in grossen Zügen der Plan, welcher dem Grossvezier bezüglich der Reorganisierung der Türkei vorschwebt. Mahmud Schefket Pascha scheint mir auch der einzige mir bekannte türkische Politiker zu sein, der nebst entsprechenden Fähigkeiten auch die Energie besitzt, welche die Durchführung eines so bedeutenden Programmes erfordert.

Fraglich erscheint mir dagegen, ob ihm die notwendige Zeit gelassen werden wird, seine Pläne zu verwirklichen. Syrien und Armenien ist — wie ich dies in meiner ergebensten Berichterstattung bereits wiederholt hervorzuheben die Ehre hatte — der Schauplatz einer Wühlarbeit, wie es seinerzeit die europäische Türkei war, und die zwei Grossmächte, Russland und Frankreich, welche hinter derselben stehen, wollen der Türkei augenscheinlich keine Zeit lassen, sich in Asien zu reorganisieren, beziehungsweise zu kräftigen. Speziell in Armenien werden Kurden und Armenier systematisch gegeneinander gehetzt und es liegen bereits Anzeichen vor, welche dafür sprechen, dass man dort für die nächste Zeit mit grösseren Unruhen, wenn nicht gar mit Massakres zu rechnen hat. Ich bin überzeugt, dass, wenn ein baldiger Friedensschluss es der türkischen Regierung möglich machen würde, entsprechende militärische Kräfte nach Armenien zu verlegen, sie die Ruhe dort wiederherstellen könnte, vorausgesetzt, dass sie in dieser Aktion nicht von auswärts behindert wird. Vorläufig lässt es sich noch nicht beurteilen, ob die russische Wühlarbeit den Zweck verfolgt, schon jetzt einen Anlass für eine militärische Intervention des Zarenreiches zu provozieren, oder ob dieselbe Russland blos Gelegenheit bieten soll, beim bevorstehenden Friedensschluss sich wieder eine Handhabe für eine zukünftige Intervention in Armenien zu sichern. Kommt es zu einem tatsächlichen Einschreiten Russlands, so würde dasselbe unter den heutigen Umständen wohl den vollständigen Zusammenbruch des türkischen Reiches nach sich ziehen. Meines unmaßgeblichen Erachtens könnte dies immerhin noch dadurch verhindert werden, wenn man der Türkei sozusagen eine Schonzeit gewähren würde, während welcher sie den Beweis zu liefern hätte, dass sie überhaupt regenerierungsfähig ist. Wenn die Türkei in Asien denselben von aussen kommenden Schwierigkeiten begegnen sollte, wie dies in deren europäischen Provinzen seit Jahren der Fall war, so werden wir in Asien eine Wiederholung des Schauspieles erleben, dessen Zeugen wir in den letzten Monaten waren. Die Dreibundmächte und England müssen sich darüber klar werden, dass eine russische Einmischung in die armenische Angelegenheit der slavischen Flut den Weg nach Anatolien ebnet und dass, wenn letztere einmal sich über Kleinasien ergossen hat, Russland nicht blos die beiden Meerengen und den Balkan beherrscht, sondern auch im Mittelmeer eine prädominierende Stellung einnimmt. Hat das Zarenreich aber dies erreicht, so verlieren Fragen, wie zum Beispiel ob Salonik diesem oder jenem zufällt, Serbien einen Hafen an der Adria gewinnt oder nicht, jedenfalls sehr an Bedeutung und wird der Krieg der letzten Monate blos wie ein Präludium zu dem grossen Drama anmuten, welches sich dann abgespielt haben wird, dem vollkommenen Zusammenbruch des osmanischen Reiches. Pallavicini.

Nr. 7010. Bericht aus Konstantinopel, 13. Mai 1913 Nr. 26 C (eing. 15. Mai). Ausfert.

Das Kabinett Mahmud Schefket Pascha steht in der albanesischen Frage ohne Zweifel auf dem Standpunkte, dass es im türkischen Interesse liegt, keinerlei Bande zwischen diesem Reiche und dem zukünftigen Albanien aufrechtzuerhalten. Wie Euere Exzellenz aus meiner ergebensten Bericht-

erstattung[a]) entnommen haben werden, hat sich mir gegenüber sowohl der Grossvezier als auch der Minister des Äussern wiederholt in diesem Sinne geäussert. Sie führten diese Sprache auch mehreren meiner Kollegen gegenüber. Die Zeitungen, welche von der Regierung inspiriert sind, vertreten gleichfalls diesen Standpunkt. Der „Jeune Turc", dessen Eigentümer ein Mitglied dieses Kabinetts ist, hat eine Reihe von Artikeln gebracht, in welchen die Gründe auseinandergesetzt werden, die für eine vollständige Trennung Albaniens vom türkischen Reiche sprechen. Was die jungtürkische Partei selbst anbelangt, kann man wohl nicht sagen, dass sie in ihrer Gänze diese Auffassung teilt. So hat zum Beispiel der „Tanin" in letzter Zeit eine von der obigen abweichende Ansicht vertreten. Wohl spricht sich auch dieses Blatt dahin aus, dass Albanien von der Türkei in jeder Beziehung getrennt werde, doch möchte es ein gewisses Band aufrechterhalten wissen und zwar dadurch, dass der zukünftige Beherrscher Albaniens kein Christ, sondern ein Mohammedaner, jedoch kein Albanese, sein sollte. Bekanntlich hat der „Tanin" Beziehungen zu der russischen Botschaft. Es wäre also möglich, dass seine Haltung in der albanesischen Frage einigermassen von dieser Seite beeinflusst wird. Im grossen und ganzen herrscht aber in der jungtürkischen Partei die Auffassung, dass die Türkei keinerlei Interesse mehr an Albanien hat. Was die Haltung der Ententisten in dieser Frage anbelangt, so dürfte dieselbe schon deshalb eine wesentlich verschiedene sein, um der Regierung nach dem Friedensschlusse auch in diesem Punkte Opposition machen zu können. Mein russischer Kollege hat sich, wie ich weiss, viel Mühe gegeben, um die Regierung und die jungtürkische Partei zu bewegen, in der albanesischen Frage den von Russland vertretenen Standpunkt einzunehmen. Herr von Giers scheint nun zur Einsicht gekommen zu sein, dass seine Bemühungen fruchtlos waren. In einem Gespräche, welches ich kürzlich mit ihm hatte, äusserte er sich über diesen Punkt mit einer gewissen Resignation und sagte mir, seine Regierung werde in dieser Frage den andern Mächten gewiss keine Opposition machen. Seiner Ansicht nach wäre es aber besser, wenn die Souveränität des Sultans über Albanien aufrechterhalten bliebe und zwar hauptsächlich deshalb, weil sich dann in der Frage der Geltung der Kapitulationsrechte in Albanien leichter der Übergang finden liesse. Ein vollkommen unabhängiger Fürst auf dem albanesischen Throne könnte nämlich sofort die Abschaffung der Kapitulationen in Albanien fordern, was die Mächte gewiss nicht in der Lage wären zuzugeben. In allen andern Balkanstaaten, wie in Rumänien, Serbien und Bulgarien wären die Kapitulationen nur allmählig abgeschafft worden, dasselbe müsste seiner Ansicht nach auch in Albanien geschehen. Ich antwortete dem russischen Botschafter, dass mir die Auffassung meiner Regierung in diesem Belange nicht bekannt sei, meiner Ansicht nach wäre aber die Frage der Kapitulationen kein Grund, die Souveränitätsrechte des Sultans über Albanien aufrechtzuerhalten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 6906, 7000.

Tel. nach London, 13. Mai 1913 Nr. 399 (chiffr. 14. Mai 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 7008.

Tel. nach Paris, 13. Mai 1913 Nr. 277 (chiffr. 14. Mai 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 7008.

Tel. nach Rom, 13. Mai 1913 Nr. 493 (chiffr. 14. Mai 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 7008.

Tel. nach St. Petersburg, 13. Mai 1913 Nr. 343 (chiffr. 14. Mai 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 7008.

Nr. 7011. Tel. aus Sofia, 13. Mai 1913 Nr. 411 (eing. 11 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 408 vom 11. d. Mts., betreffend rumänische Frage. Es sprach bei mir heute Herr Kalinkoff vor und versicherte mir wiederholt auch in Gegenwart Herrn Dobrović', der mich zugleich besuchte, Majoresco habe auf seine, Kalinkoffs, Ouvertüren bezüglich in Bulgarien gewünschter intimer Annäherung an Rumänien formell geantwortet, daß rumänische Regierung eine Entente mit Bulgarien im Prinzipe sehr wünsche, in Verhandlungen darüber aber erst nach Annahme der Petersburger Entscheidung durch rumänische und bulgarische Parlamente eintreten könnte. Es sei keine Impression, die Kalinkoff gehabt hätte, sondern Herr Majoresco hätte sich ausdrücklich so ausgesprochen und trotz Einwendung Kalinkoffs, daß die große Nationalversammlung nicht so bald einberufen werden könnte, hinzugefügt: „Mon cœur est ouvert à la Bulgarie et je désire un rapprochement; mais je ne pourrais pas négocier avant que je ne sache que le parlement bulgare ait accepté la décision des Puissances." Übrigens sei es nicht das erste Mal, daß sich Herr Majoresco in diesem dilatorischen Sinne geäußert hätte — bemerkte Kalinkoff — und Herr Take Jonesco hätte sich zum bulgarischen Gesandten im analogen Sinne ausgesprochen. Was Bedingungen anbelangt, unter welchen Rumänien eine politische Abmachung mit Bulgarien treffen würde, so glaubt Herr Kalinkoff, daß für Neutralitätszusicherung Rumäniens nichts mehr verlangt würde; zu aktiver Unterstützung würde sich Rumänien — glaubt Kalinkoff — nur gegen Zession kleinen Küstenstreifens verpflichten. Nach Gespräch mit Kalinkoff sah ich Herrn Geschoff, der mich ersuchte, sobald ich von Euer Exzellenz eine Aufklärung der Widersprüche, die Dispositionen Herrn Majorescos betreffend, erhalten haben werde, ihn zu verständigen, damit er Kalinkoff entsprechend instruieren kann. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7024, 7029, 7117.

Nr. 7012. Bericht aus Sofia, 13. Mai 1913 Nr. 36 A (eing. 18. Mai).[a] Ausfert.

Euer Exzellenz hatten die Güte mir letzter Zeit einige Konsularmeldungen aus Macedonien mitzuteilen, die auf die feindselige Haltung Griechenlands und Serbiens Bulgarien gegenüber und speciell auf die Ziele der serbischen Politik ein grelles Licht werfen. Da ich puncto Verhältnis Bulgariens zu den Verbündeten hier stets mit Misstrauen uns gegenüber rechnen zu sollen glaubte, habe ich nur sehr vorsichtig von den oberwähnten Informationen dem Conseilspräsidenten gegenüber Gebrauch gemacht. Ich habe Herrn Geschoff die in Betracht kommenden Auskünfte nie spontan

mitgeteilt, sondern gewartet, bis er selbst von Schwierigkeiten mit Serbien und Griechenland sprach, und erst dann erwähnte ich ab und zu eine der fraglichen Informationen. Seitdem in der Haltung des Conseilspräsidenten die in meinem gehorsamen Berichte Nr. 33 A vom 28. v. Mts. näher besprochene Wendung eingetreten ist, habe ich mich noch vorsichtiger verhalten und es überhaupt vermieden, Herrn Geschoff Beweise für die feindlichen Absichten Serbiens zu geben, um ja nicht den Eindruck hervorzurufen, als ob wir hetzen oder intrigieren würden. Tarnowski.

a) Vgl. n. 7044.

Nr. 7013. Tel. des ungarischen Ministers des Innern; Budapest, 13. Mai 1913 Nr. 1412 res. (eing. 6 U. p. m.).a) Entziff.

Hiemit beehre ich mich, Euer Exzellenz mitzuteilen, dass die Inkorporation der Insel Ada Kaleh in die ungarische Verwaltung gemäss der Meldung des Obergespans in der Anwesenheit des Obergespans, des Vizegespans, des Bezirksoberstuhlrichters, des Kommandanten der auf der Insel liegenden Truppen und des Flügelkommandanten der Gendarmerie von Orsova vollbracht wurde. Der türkische kaiserliche „Mudir" vernahm die Inkorporation für die ungarische Verwaltung, teilte aber mit, dass er von der Angelegenheit seiner Regierung Meldung einsenden wird. Ich werde mich beehren, auch die schriftliche Meldung des Obergespans Euer Exzellenz mitzuteilen.b)

a) Vgl. n. 6885, 6892, 7008, 7073. — b) Erfolgte mit Note des ungarischen Ministerpräsidenten 16. Mai 1913 Nr. 3175 (nicht aufgenommen).

Nr. 7014. Tel. aus Bukarest, 14. Mai 1913 Nr. 119 (eing. 5 U. 10 M. p. m.).a) Entziff.

Minister des Äussern ersuchte mich, zur Kenntnis zu nehmen, dass er gezwungen sei, bis zum 11./24. d. M., Datum der Vertagung der Kammer, Petersburger Mächteentscheidung, welche jetzt unterfertigt wurde, in geheimer Sitzung vor dieselbe zu bringen, um Ermächtigung zu erhalten, im Namen Rumäniens Petersburger Protokoll seinerzeit annehmen zu können. Verlängerung der Session sei unstatthaft und Verschiebung der Annahme bis zum Herbst würde das Land den ganzen Sommer unheilvollen Agitationen aussetzen. Herr Majoresco, dem gestern in Kammer Vertrauen mit großer Majorität votiert wurde, hofft jetzt noch obige Ermächtigung ohne großen Kampf zu erhalten. Da er wünscht, womöglich alles zu vermeiden, was die Lage mit Hinblick auf Bulgarien verschlechtern könnte, ersucht er Euer Exzellenz, darauf hinzuwirken, dass entweder Präliminarfriede baldigst geschlossen werde oder bulgarische Regierung zu veranlassen, dass sie unter Berücksichtigung Zwangslage rumänischer Regierung zu ihrem Vorgehen Konsens erteile. Er könne aber mit Bitte um Zustimmung nicht direkt an Sofia herantreten, da Stellung Kabinettes untergraben würde, wenn es bekannt würde, dass er Regelung rumänischer Angelegenheit von bulgarischem Gutdünken abhängig gemacht. Er könne sich auch keinem Refus aussetzen. Seine letzthin gegen Herrn Kalinkoff in der Angelegenheit gemachten Anspielungen b) hätten bisher auch keinen

Erfolg gehabt. Minister des Äussern gab eingangserwähnte Erklärung allen Großmächtevertretern bei heutigem Diplomatenempfang ab. Russischer und französischer Kollege äußerten sich mir gegenüber dahin, dass sie ihren Regierungen unter Hinweis auf hiesige prekäre Lage dringendst zur Signierung Präliminarfriedens raten. K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 283 Nr. 541. Vgl. n. 7019, 7021. — [b]) Vgl. n. 6931.

Nr. 7015. Tel. nach Konstantinopel, 14. Mai 1913 Nr. 234 (chiffr. 10 U. 10 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Der kaiserlich ottomanische Mudir von Ada Kaleh ist nach Wien zum hiesigen türkischen Botschafter gekommen, um ihm (vide mein Telegramm von gestern Nr. 233) von der Einführung der ungarischen Verwaltung auf dieser Donauinsel — welche Maßregel er als Annexion bezeichnete — Meldung zu erstatten. Hilmi Pascha hat darüber an seine Regierung telegrafiert und hiebei — wie er hier vertraulich bemerkte — die Gründe auseinandergesetzt, welche uns zu diesem Schritte bewogen haben dürften: vor allem die Absicht, durch unsere Aktion eventuellen aus Artikel 2 des Präliminarfriedens resultierenden Reklamationen vorzubeugen; dann das Faktum, daß Ada Kaleh im Sinne dieses Artikels ohnehin nicht mehr bei der Türkei verbleiben würde; endlich die strategische Bedeutung dieser Insel für die Monarchie und die Nothwendigkeit, möglichen serbischen Prätensionen zuvorzukommen. Der Herr Botschafter bemerkte noch, er müsse, ohne eine Reklamation gegen unsere Vorgangsweise erheben zu wollen, da er noch ohne bezügliche Instruktionen sei, doch auf den unangenehmen Eindruck in der türkischen Öffentlichkeit aufmerksam machen, den der Umstand hervorrufen dürfte, daß unsere Aktion ohne Vorwissen der Pforte erfolgte. Es wurde Hilmi Pascha für seine Mittheilung und die Art gedankt, wie er unseren Schritt aufgefaßt habe, und ihm gesagt, Euer Exzellenz seien über unsere Absichten informiert und beauftragt worden, dieselben gelegentlich bei der Pforte zur Sprache zu bringen. Wir wüßten nicht, ob dies bereits geschehen sei, auch wäre es uns nicht möglich gewesen, Euer Exzellenz bestimmtere Weisungen zukommen zu lassen, da wir den Zeitpunkt der Durchführung der Maßregel der königlich ungarischen Regierung überlassen mußten. Es wurde dem Herrn Botschafter noch gesagt, daß durch unsere Aktion die Okkupation auf die Verwaltung ausgedehnt wurde, was zwar in seiner Wirkung einer Annexion gleichkomme, daß aber an eine förmliche Proklamierung einer Annexion Ada Kalehs durch die k. u. k. Regierung niemals gedacht war. Wir seien überzeugt, daß die Pforte bei ruhiger Prüfung der Sachlage zur Einsicht gelangen werde, daß diese Frage für sie von keinerlei Bedeutung sei und hofften auch zuversichtlich, daß diese Sache in keiner Weise auf die traditionell guten Beziehungen zwischen beiden Reichen einwirken werde. ich ersuche Euer Exzellenz, die Angelegenheit von Ada Kaleh — falls dies nicht schon geschehen sein sollte — unverzüglich bei der Pforte zur Sprache zu bringen und jedenfalls zu trachten, eventuell vorhandene Verstimmungen zu beseitigen. Ich gebe es Euer Exzellenz auch anheim, die kaiserlich ottomanische Regierung durch Mittheilung vorstehender Konsiderationen in

die Lage zu versetzen, auf ihre öffentliche Meinung in entsprechender Weise beruhigend einzuwirken. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7020, 7107.

Nr. 7016. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. Mai 1913 Nr. 246 (eing. 7 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Mein deutscher Kollege sagte mir, russischerseits trachte man, die türkische Regierung in der albanesischen Frage dadurch in eine schwierige Lage zu bringen, indem man von ihr verlangen würde, sich bezüglich der Aufrechterhaltung der türkischen Souveränität über Albanien offiziell auszusprechen. Mahmud Schefket Pascha äußerte sich deutschem Botschafter gegenüber dahin, türkische Regierung werde ohne Zweifel jede Entscheidung der Mächte betreffs Albanien akzeptieren, es wäre ihr aber nicht möglich, die Initiative zu ergreifen, um auf die Souveränitätsrechte des Sultans über Albanien zu verzichten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 7000.

Nr. 7017. Tel. aus Paris, 14. Mai 1913 Nr. 95 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 273 vom 11. d. M. betreffs der albanesischen Grenze. Nachdem Herr Tittoni Demarche wegen der Festsetzung der Südgrenze Albaniens bei Phtelia gemacht hatte, habe ich Herrn Pichon mitgeteilt, dass wir uns dieser Auffassung Italiens vollkommen anschließen. Minister des Äussern wies darauf hin, dass Griechenland in dieser Richtung ganz unnachgiebig sei und erklärt haben soll, die von seinen Truppen besetzten Gebiete keinesfalls räumen zu wollen. Er erwähnte die Möglichkeit der Neutralisierung gewisser Küstenstrecken, worauf ich bemerkte, dass Griechenland während des Feldzuges Korfu, das bekanntlich neutralisiert sei, vielfach als militärischen Stützpunkt benützte. Herr Pichon gab zu, dass Italien in der Inselfrage einen Druck auf Griechenland ausüben könne, der vielleicht Kompromiss erleichtern werde. Da Minister des Äussern erwähnte, dass Italien, was Grenze im Innern des Landes anbelange, weniger Schwierigkeiten machen dürfte, erinnerte ich ihn daran, dass alle Mächte einig seien, ein lebensfähiges Albanien zu schaffen, man daher die Grenzen nicht zu eng ziehen dürfe. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 7049 Anm. a.

Nr. 7018. Tel. aus Athen, 15. Mai 1913 Nr. 298 (eing. 16. Mai 4 U. a. m.). Entziff.

Zur angeblich bevorstehenden Mission Herrn Sarafows nach Athen sagte mir heute Minister des Äußern, er habe darüber noch keine offizielle Kenntnis. Sollte bulgarische Regierung mit dieser Mission die Fixierung der beiderseitigen Grenzen beabsichtigen, so werde griechische Regierung diesfälligen eventuellen Eröffnungen des Kabinettes von Sofia (gegenüber)[a]) ihren schon vor Langem dort bekanntgegebenen Standpunkt wiederholen: dass einerseits die bulgarisch-griechische Grenzfrage nur einen Teil der

zwischen beiden Regierungen zu bereinigenden Fragen bilde und dass andererseits die griechische Regierung ein sehr bedeutendes Interesse auch an anderen, von Bulgarien mit seinen übrigen Alliierten zu ordnenden Problemen zum Beispiel an der Fixierung der bulgarisch-serbischen Grenze habe. Aus diesem Grunde könnte griechische Regierung auf Separatverhandlungen mit Bulgarien, wie sie die Mission Herrn Sarafows im Auge zu haben scheine, nicht eingehen, sondern müsse ihren in Sofia sattsam bekannten Vorschlag erneuern: dass alle zwischen den Verbündeten pendenten Fragen, somit der gesamte Komplex derselben als Ganzes in einer gemeinsamen Konferenz der vier Verbündeten verhandelt werden sollte. Mit diesem Standpunkte der griechischen Regierung, fügte Herr Coromilas hinzu, hätten sich serbische und montenegrinische Regierung schon längst einverstanden erklärt, während bulgarische Regierung es immer wieder mit Separatverhandlungen versucht, die angesichts der hohen Bedeutung der zahlreichen in Frage stehenden vitalen, ein Ganzes bildenden Probleme, welche ein für allemal gründlich aus der Welt geschafft werden müssten, füglich nicht ausreichen. Braun.

a) Chiffre fehlt.

Nr. 7019. Tel. nach Bukarest, 15. Mai 1913 Nr. 218 recte 217 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 119 vom 14. l. M. Euer Durchlaucht wollen Herrn Majoresco sagen, daß seine Anregung für mich ein neuer Grund ist, meine bisherige Tätigkeit im Sinne eines baldigen Abschlusses des Präliminarfriedens mit noch mehr Nachdruck fortzusetzen. Was eine Einwirkung in Sofia in der Richtung anbelangt, daß die dortige Regierung unter Berücksichtigung der Zwangslage des rumänischen Kabinettes ihre Zustimmung erteile, daß die Petersburger Entscheidung in geheimer Sitzung der Bukarester Kammer mitgeteilt werde, wollen Euer Durchlaucht dem rumänischen Minister des Äußern vertraulich bemerken, daß Graf Tarnowski mit entsprechenden Weisungen versehen wird,[b] daß ich aber nach früheren Äußerungen bulgarischer Staatsmänner an dem Erfolge seiner Bemühungen zweifeln müsse. Im Gegenstande Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 117 vom 6. d. M. erhalten Euer Durchlaucht einen ausführlichen Ziffernerlaß.[c] Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 286 Nr. 546. Vgl. n. 7035, 7036. — b) n. 7021. — c) n. 7024.

Nr. 7020. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Mai 1913 Nr. 249 (eing. 16. Mai 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Telegramm von gestern Nr. 234 betreffend Adah-Kaleh heute erhaltend, suchte ich den Grossvezier auf, der von der eben erst dem Minister des Äussern zugekommenen Meldung Hilmi Paschas noch keine Kenntnis hatte. Ich teilte ihm unseren Standpunkt mit und liess hiebei einfliessen, dass Euer Exzellenz wahrscheinlich annahmen, ich hätte ihm schon früher über die Angelegenheit gesprochen. Grossvezier zeigte ziemliches Verständnis für unseren Standpunkt und erklärte, meine Mitteilung persönlich

zur Kenntnis zu nehmen, immerhin müsse er davon noch den Ministerrat informieren. Er fügte hinzu, es wäre am besten, wenn von der Sache publizistisch so wenig wie möglich gesprochen würde. Unangenehm sei ihm Perspektive, von russischer Seite in dieser Angelegenheit interpelliert zu werden. Ich legte ihm nahe, diesfalls das Argument zu brauchen, dass die Insel ja schon seit Langem durch unsere Truppen besetzt sei, also eigentlich kein Novum vorliege. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 7073.

Nr. 7021. Tel. nach Sofia, 15. Mai 1913 Nr. 235 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Prinz Fürstenberg telegraphiert mir unterm 14. d. M. wie folgt: ... *wie n. 7014 vom Anfange bis „Konsens erteile“* ... Vorstehendes zu Euer Hochgeboren rein persönlicher Information. Herrn Geschoff gegenüber wollen Euer Hochgeboren vertraulich bemerken, wie wir aus Bukarest erfahren hätten, habe Herr Majoresco vor kurzem dem bulgarischen Gesandten gegenüber von seinem Vorhaben gesprochen,[b]) die Petersburger Beschlüsse in geheimer Sitzung vor die rumänische Kammer zu bringen, und würde auf eine baldige Mitteilung darüber großen Wert legen, ob die bulgarische Regierung mit dieser aus innerpolitischen Gründen gebotenen Vorgangsweise einverstanden wäre, selbst wenn bis dahin der Präliminarfriede noch nicht geschlossen sein sollte. Über die Antwort Herrn Geschoffs wollen Euer Hochgeboren mir telegrafisch berichten. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 286 Nr. 545. Vgl. n. 7019, 7029, 7031. — [b]) Vgl. n. 6931.

Nr. 7022. Tel. aus Athen, 16. Mai 1913 Nr. 301 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Griechenland und Italien punkto albanesische Grenzen. Streng vertraulich teilte mir mein deutscher Kollege mit, Herr Coromilas hätte ihm gestern gesagt, ein Telegramm des griechischen Geschäftsträgers aus Rom erhalten zu haben, wonach Marquis San Giuliano erklärt hätte, Italien würde es gegebenen Falles auf einen Krieg mit Griechenland ankommen lassen. Auf die Frage, was Coromilas nun zu tun gedächte, hätte Letzterer gesagt, darüber noch nicht schlüssig zu sein, da er besagtes Telegramm erst unmittelbar vorher erhalten habe. Italienischer Gesandter seinerseits erzählte mir spontan, Coromilas habe ihm mitgeteilt, Marquis San Giuliano hätte in vehementer Weise mit dem griechischen Geschäftsträger Grenzfrage besprochen und hiebei das Wort „Krieg“ fallen gelassen. Braun.

[a]) Vgl. n. 7047, 7102.

Nr. 7023. Tel. aus Belgrad, 16. Mai 1913 Nr. 282 (eing. 5 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Revision serbisch-bulgarischen Vertrages. Serbische Regierung hat unlängst in einer Ministerratssitzung ihren Standpunkt in der bulgarischen Frage formuliert und beschlossen, daß die Revision des im März vorigen Jahres bezüglich der Verteilung der eroberten Gebiete geschlossenen Vertrages verlangt werden solle. Die Zeitungsnachricht, daß dieser Beschluß

durch Herrn Spalajković bereits zur Kenntnis der bulgarischen Regierung gebracht worden sei, entspreche nicht den Tatsachen. Erst zu einem späteren Zeitpunkte, vielleicht nur nach Abschluß Präliminarfriedens, scheint serbische Regierung Forderung in Sofia offiziell bekanntgeben zu wollen. Ugron.

a) Oe. U. Balkan 288 Nr. 550. Vgl. n. 7006, 7030.

Nr. 7024. Erlaß nach Bukarest, 16. Mai 1913 Nr. 2255.a) Konz. (S. Matscheko; V. Nemes u. Berchtold; G. Berchtold).

Zu Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 117 vom 6. d. M. Wie mir Graf Tarnowski meldet,b) haben ihm Herr Geschoff sowie Herr Kalinkoff persönlich Mitteilungen über die jüngste Unterredung Herrn Majorescos mit dem bulgarischen Gesandten gemacht, die in wesentlichen Punkten von dem abweichen, was der rumänische Ministerpräsident Euer Durchlaucht hierüber gesagt hat. Nach der bulgarischen Darstellung habe Herr Kalinkoff dem rumänischen Minister nur den Wunsch Bulgariens nach einer Annäherung an Rumänien zum Ausdruck gebracht, aber von weiteren territorialen Konzessionen Bulgariens (außer Silistria) nicht gesprochen. Andererseits habe Herr Majoresco sich Herrn Kalinkoff gegenüber zwar zu einer Entente mit Bulgarien im Prinzip bereit erklärt, jedoch hinzugefügt, sich auf Verhandlungen hierüber erst dann einlassen zu können, wenn die Beschlüsse der Petersburger Réunion durch die rumänische Kammer und die Sobranje genehmigt worden wären. Euer Durchlaucht wollen Herrn Majoresco ehestens auf diesen Widerspruch aufmerksam machen und hiezu Folgendes bemerken: Wir haben seinerzeit auf Wunsch Rumäniens die Vermittlerrolle zwischen diesem und Bulgarien übernommen und sind auch gerne bereit, weiter in diesem Sinne tätig zu sein. Eine ersprießliche Wirkung und ein Erfolg unserer Bemühungen in Sofia ist aber nur unter der Voraussetzung zu erwarten, daß wir über die Intentionen der rumänischen Regierung richtig und vollständig informiert werden. Ist dies nicht der Fall und stellen sich, wie mehrmals in der letzten Zeit, Mißverständnisse ein, so kann unsere vermittelnde Tätigkeit nur schädlich wirken und auf beiden Seiten Verstimmung und Enttäuschung hervorrufen. Im übrigen begrüßen wir es, daß die Konversation zwischen Bukarest und Sofia, zu der wir da wie dort seit langem geraten haben, nun angebahnt ist, da wir an der Ansicht festhalten, daß sich der von beiden Teilen gewünschte Akkord am ehesten durch eine direkte Aussprache herbeiführen läßt. Damit aber ein solcher Akkord tatsächlich zustande komme, ist zweierlei notwendig: Vor allem daß man in Bukarest den politischen und strategischen Wert der Zession von Silistria, die, wenn sie auch formell von den Mächten beschlossen wurde, unzweifelhaft ein bedeutendes Zugeständnis Bulgariens darstellt, voll anerkenne und nicht auf weiteren Gebietsabtretungen bestehe, die nach unseren Informationen ohne entsprechenden Gegenwerth bei der allgemeinen Stimmung in Bulgarien als so gut wie ausgeschlossen zu betrachten sind. Zu solchen weiteren Konzessionen hätte man sich in Sofia wohl bereit gefunden, wenn sie, wie wir es in Petersburg bekanntlich beantragt haben, gleichzeitig mit einer Kompensation für Bulgarien in anderer Richtung von den Mächten beschlossen worden wären. Unser Antrag ist jedoch an dem

Widerstand der Triple-Entente gescheitert und, wie die Dinge heute liegen ist wohl keine bulgarische Regierung in der Lage, die in Bukarest ins Auge gefaßten territorialen Zugeständnisse an der Küste zu machen, die sie vor der öffentlichen Meinung ihres Landes nicht durch Hinweis auf das Resultat der Mediationsaktion oder auf anderweitige vollwertige Kompensationen zu rechtfertigen vermag. Für das Zustandekommen eines rumänisch-bulgarischen Akkords ist es ferner erforderlich, daß Herr Majoresco die Absicht aufgebe, in diesbezügliche Pourparlers erst nach der Genehmigung der Petersburger Beschlüsse durch die beiderseitigen Parlamente einzutreten. Da die bulgarische Nationalversammlung, welche hierüber zu beschließen hat, erst nach geraumer Zeit einberufen werden kann, so würde dies einen Aufschub der Verhandlungen um viele Monate mit sich bringen. Für Bulgarien könnte sich aber eine Situation ergeben, welche es ihm nicht gestattet, solange zuzuwarten, sondern es zwingt, die für die Richtung seiner zukünftigen Politik maßgebenden Entschlüsse schon in der allernächsten Zeit zu fassen. Ein dilatorisches Verhalten Rumäniens, wie es Herr Majoresco beabsichtigt, würde in Sofia nicht nur Enttäuschung und Mißtrauen in die loyalen Absichten der rumänischen Regierung hervorrufen, sondern auch die Gefahr in sich schließen, daß man in Bukarest den günstigen Augenblick, in welchem die rumänische Freundschaft für Bulgarien den größten Wert besitzt, versäumt und daß Bulgarien in der Zwischenzeit eine andere Richtung einschlägt. Kurz zusammengefaßt, geht meine Ansicht also dahin, daß eine Verständigung mit Bulgarien so ziemlich aussichtslos wäre, wenn man in Bukarest die Forderungen zu hoch spannen oder den Beginn der Verhandlungen hinausziehen wollte. Herr Majoresco scheint nun — nach den Andeutungen, die er Euer Durchlaucht gemacht hat *c)* — gegenüber der Eventualität des Mißlingens der Verständigung mit Bulgarien den Standpunkt einzunehmen, daß es Rumänien in diesem Falle ein Leichtes wäre, mit den Gegnern Bulgariens, Serbien und Griechenland, unter günstigen Bedingungen ein Abkommen zu schließen. Diese Ansicht halte ich für eine irrige. Denn eine zweifelhafte oder feindselige Haltung Rumäniens Bulgarien gegenüber würde wohl nur zur Folge haben, daß sich dieses notgedrungen zu Konzessionen an Serbien und Griechenland herbeiläßt und daß unter dem Einflusse Rußlands, das mit allen Mitteln auf eine Beilegung der Differenzen unter den Alliierten hinarbeitet, der Fortbestand des Balkanbundes durch ein Kompromiß gesichert wird. Es ist klar, daß Serbien unter dem Drucke Rußlands weit eher auf diese Lösung eingehen wird als auf ein Abkommen mit Rumänien gegen Bulgarien, welches die von Rußland perhorreszierte Spaltung der Balkanslaven bedeuten würde. Ebenso kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Bulgarien sich dann ausgesprochen gegen Rumänien kehren würde. Hievon abgesehen, kann ich aber überhaupt nicht annehmen, daß man in Bukarest an eine Annäherung an Serbien oder gar an einen Akkord mit diesem ernstlich denkt, da dies mit der bisherigen Dreibundpolitik Rumäniens angesichts des bestehenden Gegensatzes zwischen uns und Serbien unvereinbar wäre. Euer Durchlaucht wollen die vorstehenden Ausführungen, sowie die in meinen Telegrammen vom 30. v. M. und vom 5. d. M., Nr. 211 und 213, enthaltenen Konsiderationen auch bei König Carol

verwerten und zu diesem Zwecke ehestens um eine Audienz bei Seiner Majestät ansuchen. Die Aufklärungen, die Euer Durchlaucht von Herrn Majoresco über seine letzte Unterredung mit Herrn Kalinkoff erhalten werden, wollen Euer Durchlaucht mir möglichst umgehend telegrafisch einberichten.

[a]) Vgl. n. 7019, 7029, 7043, 7053, 7060, 7062. — [b]) Vgl. n. 6966, 6991, 6997, 7011. — [c]) n. 6845.

Nr. 7025. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 16. Mai 1913 Nr. 251 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Großvezier sagte mir gestern, daß die türkische Regierung die Grenzlinie, wie sie laut Zeitungsnachrichten bulgarischerseits vorgeschlagen werden soll, nicht annehmen könne. Diese Linie würde nämlich, wenn sie über Muradli gehen sollte, von der beiderseits akzeptierten geraden Linie 20 Kilometer südlicher liegen. Entfernung Muradli-Rodosto beträgt 18 Kilometer, wogegen die gerade Linie 38 Kilometer nördlich von Rodosto liegt. Mahmud Schefket Pascha fügte hinzu, es sei selbstverständlich, daß beide Teile gewisse Abweichungen von der geraden Linie akzeptieren müßten, aber Unterschiede bis zu 20 Kilometer wären doch unzulässig; auch wäre es bei der ersteren Eventualität für die Türkei unmöglich, die Marmaraküste zu behaupten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 6955, 6990.

Nr. 7026. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 16. Mai 1913 Nr. 252 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Hiesige Zeitungen bringen seit einigen Tagen Meldungen vom Abschlusse eines englisch-türkischen Übereinkommens über die Koweit-Frage sowie über jene der Verlängerung der Bagdadbahn bis zum persischen Golfe. Großvezier, welchen ich gestern im Gegenstande befragte, bezeichnete die Zeitungsnachrichten über den Abschluß einer Vereinbarung sowie die Publizierung von Details derselben als falsch, gab aber zu, daß die in London in dieser Richtung geführten Verhandlungen sehr weit vorgeschritten seien und daß vielleicht schon in den allernächsten Tagen das Übereinkommen perfekt werden würde. Mahmud Schefket Pascha fügte hinzu, daß er bereits als Kriegsminister stets trachtete, Verständigung mit England herbeizuführen, und daß er jetzt, seit er an der Spitze der Regierung stehe, die Gelegenheit ergriffen habe, um ein besseres Verhältnis zwischen der Türkei und England anzubahnen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 7040, 7108.

Tel. nach London, 16. Mai 1913 Nr. 402 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 7027.

Nr. 7027. Tel. nach Rom Nr. 501 (1) und London Nr. 402 (2), 16. Mai 1913 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

1. Mit Rücksicht auf die nunmehr erfolgte Besetzung Skutaris durch das internationale Détachement halte ich den Moment für gekommen, um

der in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 287 vom 9. d. M. — Schlussalinea[b]) — enthaltenen Anregung näherzutreten. Ich würde sogar Werth darauf legen, dass ein diesbezüglicher Antrag bereits in der am 20. d. M. stattfindenden nächsten Sitzung der Réunion vorgebracht würde, und ersuche daher Euer Exzellenz, sich in dieser Richtung mit Marquis di San Giuliano ins Einvernehmen setzen und erwirken zu wollen, dass Marquis Imperiali einen entsprechenden Auftrag erhält. Graf Mensdorff, welchen ich unter Einem im Gegenstande informierte, wird beauftragt, diesen Schritt zu machen, sobald sein italienischer Kollege die erforderlichen Instruktionen erhalten haben wird.

2. Herr von Mérey hat vor einiger Zeit zur Erwägung gestellt, ob wir jetzt nicht die soforige Vornahme der detaillierten Festsetzung der Nord- und Nordostgrenze Albaniens auf Grundlage des bezüglichen, den Balkanstaaten mitgeteilten Réunionsbeschlusses durch eine internationale technische Kommission vorschlagen sollten. Ich beantworte diese Anregung des Herrn Botschafters nunmehr wie folgt: (describatur Erledigung 1. vom Anfang bis „erhalten haben wird.") Ich ersuche daher Euer Exzellenz, — sobald Marquis Imperiali im Besitze der bezüglichen Instruktionen sein wird — sich in der Réunion in dem vorstehenden Sinne vernehmen zu lassen, wobei Hochdieselben darauf hinweisen können, dass die Anwesenheit des internationalen Détachements in Skutari geeignet sei, die Arbeit der Kommission zu erleichtern. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 287 Nr. 549. Vgl. n. 7050, 7066, 7078, 7098, 7113 Anm. b, 7171, 7173. — [b]) Das Schlußalinea von n. 6975 beginnt mit „Lediglich als unmaßgebliche Anregung".

Nr. 7028. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 16. Mai 1913 Nr. 2295. Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Der königlich italienische Botschafter hat mir heute mitgetheilt, nach einer Meldung des italienischen Gesandten in Athen hätte Griechenland die Absicht, zu verlangen, daß in dem Präliminarfriedens-Instrumente nicht die Pforte und die Alliierten, sondern erstere allein genannt werde. (Pro domo: Dies war auch in dem ersten Entwurfe Sir E. Greys der Fall). Der Gesandte hat, wie Herzog Avarna noch bemerkte, in seiner Meldung an Marquis di San Giuliano beigefügt, er glaube, Griechenland bezwecke damit, sich für den Fall freie Hand zu halten, als die Entscheidung in der Inselfrage seinen Wünschen nicht entspräche, und sich sohin die Möglichkeit zu reservieren, den Krieg eventuell fortzusetzen. Ich habe dem Herzog für seine Mittheilung mit dem Beifügen gedankt, daß uns gegenständlich keine Information zugekommen sei.

Nr. 7029. Tel. nach Sofia, 16. Mai 1913 Nr. 236 (chiffr. 11 U. 20 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Zu Euer Hochgeboren Telegrammen Nr. 399, 400, 402, 408 und 411 vom 8., 9., 10., 11. und 13. d. M. Ich habe das Ergebnis Ihrer persönlichen Rücksprache mit Herrn Kalinkoff abgewartet und nun auf Grund Ihrer diesbezüglichen Meldung an Prinz Fürstenberg den Auftrag ergehen lassen,[b])

Herrn Majoresco darauf aufmerksam zu machen, daß seine Mitteilungen über seine letzte Unterredung mit dem bulgarischen Gesandten in wesentlichen Punkten mit der Darstellung des letzteren nicht übereinstimmen. Ich behalte mir vor, Euer Hochgeboren von den Aufklärungen, die ich diesbezüglich aus Bukarest erwarte, behufs Mitteilung an die bulgarische Regierung in Kenntnis zu setzen. Euer Hochgeboren wollen sich in diesem Sinne zu Herrn Geschoff aussprechen und hinzufügen, wenn wir auch zugeben müßten, daß zwischen der rumänischen und bulgarischen Version ein Widerspruch bestehe, darin doch keinen Grund erblicken, weshalb man in Sofia an den loyalen Absichten Rumäniens zweifeln sollte. In dieser Beziehung möchten wir besonders darauf hinweisen, daß Herr Majoresco dem bulgarischen Gesandten ausdrücklich erklärt hat, daß die rumänische Regierung die Entente mit Bulgarien sehr wünsche. Den Standpunkt Herrn Majorescos, daß er in diesbezügliche Verhandlungen erst nach der parlamentarischen Genehmigung der Petersburger Entscheidung eintreten könne, hielten wir nicht für unabänderlich und hätten Prinz Fürstenberg übrigens beauftragt, nachdrücklich dahin zu wirken, daß man in Bukarest hievon abgehe. Andererseits seien die ersten Schritte zu einer gegenseitigen direkten Aussprache ja tatsächlich bereits erfolgt und es läge nun an Herrn Geschoff, die Konversation fortzusetzen und einen ihm unerwünschten Aufschub nicht zuzugeben. Vielleicht bietet die in meinem heutigen Telegramme[c]) erwähnte Angelegenheit (die von der rumänischen Regierung gewünschte Mitteilung an die Kammer) ein Mittel hiezu und gleichzeitig auch eine Gelegenheit, durch ein gewisses Entgegenkommen in dieser mehr formellen Frage in Bukarest eine günstige Wirkung zu erzielen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7032. — [b]) n. 7024. — [c]) n. 7021; richtig vom 15. Mai.

Nr. 7030. Tel. nach Sofia, 16. Mai 1913 Nr. 239 (chiffr. 17. Mai 12 U. 30 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Berchtold).

Nach den mir vorliegenden Informationen[b]) hat es immer mehr den Anschein, daß Serbien tatsächlich mit dem Verlangen nach einer Revision der Vertragsbestimmungen über die Teilung der neuerworbenen Gebiete an Bulgarien herantreten wird und daß die serbisch-bulgarischen Differenzen demnächst einen akuten Charakter annehmen könnten. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß Serbien, welches sich heute stärker als Bulgarien zu fühlen scheint und vielleicht mit Griechenland zu positiven Abmachungen gelangt ist, in dieser Frage eine Sommation nach Sofia richtet. Was unser Verhalten anbelangt, so halte ich, wie Euer Hochgeboren aus meinem Erlaß vom 10. l. M. Nr. 2147 entnommen haben, daran fest, daß wir es sorgfältig vermeiden müssen, in Sofia den Verdacht zu erwecken, als ob wir Bulgarien aus egoistischen Motiven gegen Serbien aufhetzen wollten. Andererseits besteht aber die Gefahr, daß Bulgarien sich den durch eine comminatorische Haltung unterstützten Prätensionen Serbiens und Griechenlands gegenübergestellt sieht, bevor der Friede mit der Türkei definitiv geschlossen und das Verhältnis zu Rumänien geklärt ist. Würde sich Bulgarien

in dieser Situation gewissermaßen vereinsamt sehen, so wäre es nolens volens genötigt, auf die russischen Vorschläge einzugehen, die zweifellos auf ein Kompromiß mit den Alliierten und den Fortbestand des Balkanbundes hinauslaufen. Um dieser Entwicklung vorzubeugen, die dazu führen würde, daß Bulgarien sich ganz von uns ab- und Rußland zuwendet, halte ich es für notwendig, den maßgebenden bulgarischen Faktoren „das Rückgrat zu stärken", indem wir in Sofia zu verstehen geben, daß Bulgarien auf eine Unterstützung unsererseits unter der Voraussetzung rechnen kann, daß es nicht das Spiel Rußlands spiele und andererseits auch weiterhin auf unser Verhältnis zu Rumänien Rücksicht nehme. Ich hielte es nicht für angezeigt, bei dieser Gelegenheit in Sofia konkrete Propositionen zu machen, möchte aber durch eine solche Sprache bei den bulgarischen Staatsmännern den Eindruck hervorrufen, daß derartige Vorschläge, die von bulgarischer Seite an uns gerichtet würden, in Wien in ernstliche Erwägung werden gezogen werden. Als Ergebnis des Gesagten, das übrigens zu Ihrer rein persönlichen Orientierung bestimmt ist, ersuche ich Euer Hochgeboren, ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, jedoch in unzweideutiger Weise, Herrn Geschoff gegenüber auf die im Schlußalinea *c)* meines Telegrammes vom 16. April l. J. Nr. 193 enthaltenen Erklärungen zurückzukommen und ihn zu versichern, daß wir gesonnen sind, für die Aspirationen Bulgariens aufs wärmste einzutreten und keiner die bulgarischen Interessen nicht entsprechend berücksichtigenden Regelung der Balkanangelegenheiten zuzustimmen. Ergänzend wollen Euer Hochgeboren bemerken, daß wir bekanntlich auf dem Standpunkte stehen, Österreich-Ungarn hätte bei der Regelung der territorialen Fragen am Balkan ein gewichtiges Wort mitzusprechen und könne sich an diesen Fragen auf keinen Fall desinteressieren. Die Voraussetzung für eine solche Haltung unsererseits wäre allerdings, daß Bulgarien eine rein bulgarische Politik verfolge und auch weiterhin sich mit Rumänien zu verständigen trachte. Würde diese Voraussetzung nicht zutreffen, und würde sich Bulgarien etwa dazu bestimmen lassen, an einer politischen Kombination teilzunehmen, die sich gegen uns richtet (wie sie etwa die Verlängerung des Balkanbundes mit der Spitze gegen die Monarchie wäre), dann müßten wir selbstverständlich die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 288 Nr. 551. Vgl. n. 7045, 7055, 7056, 7071, 7088. — *b)* Vgl. n. 7023. — *c)* Das Schlußalinea von n. 6652 beginnt mit „Hochdieselben wollen nicht ermangeln..."

Nr. 7031. Tel. aus Sofia, 16. Mai 1913 Nr. 420 (eing. 17. Mai 12 U. 45 M. a. m.).[a] Entziff.

Hohes Telegramm Nr. 225*b)* vom 16. d. Mts., betreffend rumänische Frage, erhalten und mich auftraggemäß zum Konseilspräsidenten ausgesprochen. Herr Geschoff wußte nicht von Kalinkoff, daß es sich um Mitteilung Petersburger Beschlusses in geheimer Parlamentssitzung handle und, als er dies von mir gehört, schien er zuerst gewünschten Konsens gleich geben zu wollen. Nachdem er erfahren, daß ich ihm bezüglich widersprechender Informationen über Haltung Herrn Majorescos (mein Telegramm Nr. 408 vom 11. d. Mts.) noch keine Aufklärung geben könnte, formulierte

er seine Antwort wie folgt: Er wolle rumänischer Regierung keine Schwierigkeiten bereiten und werde im Ministerrate dahin wirken, daß Kalinkoff ermächtigt werde, Herrn Majoresco Zustimmung bulgarischer Regierung mitzuteilen. Herr Geschoff wünscht durch Kalinkoff Antwort, da dies vielleicht Mittel, gleich Konversation anzuknüpfen, welche rumänische Regierung sich jetzt zu führen weigere. Ich bemerkte, daß mir Gedanke glücklich schiene, nur sollte Kalinkoff nach Bukarest baldigst zurückkehren. Konseilspräsident meinte, daß er Kalinkoff zurückgehalten, da er Aufklärung zu erhalten hofft. Herr Geschoff war sehr enttäuscht, fragte wiederholt, ob ich seine Gespräche mit mir Euer Exzellenz gemeldet und meinte schließlich „que le Prince Fürstenberg n'arrive évidemment pas à bout avec Monsieur Majoresco." Ich bemerkte, daß Euer Exzellenz wie stets, gewiß auch jetzt, nichts unterlassen würden, um Sache zu erleichtern, sollten aber — fügte ich hinzu — größere Schwierigkeiten entstanden sein, so könne Herr Geschoff nur sich selbst und seiner Zaghaftigkeit Schuld zuschreiben. Konseilspräsident leugnete letzteres nicht, zollte unserer „wohlwollenden Aktion" Anerkennung und bemerkte, den wertvollsten Beweis unserer Freundschaft für Bulgarien würden wir dadurch geben, „si nous retenions la Roumanie." Ich fragte, was Mitredner darunter verstehe und erhielt Antwort, „daß wir Rumänien nicht gestatten, Bulgarien im Falle eines Krieges mit Serbien und Griechenland durch größere Forderungen zu überrumpeln oder gar mit Waffen zu überfallen". Ich warf ein, daß dies unmöglich in Absicht Rumäniens liegen könnte, worauf Herr Geschoff wie folgt weitersprach: „Gegen Willen Österreich-Ungarns werde sich Rumänien nicht rühren können; Russland wird es jedenfalls zurückhalten und wenn auch Monarchie von Rumänien Beobachtung der Neutralität verlangen wird, braucht Bulgarien nichts mehr, um mit Griechenland und Serbien fertig zu werden". „Nous cédons à la Roumanie Silistrie", fuhr Herr Geschoff fort, „nous lui donnerons toutes les garanties qu'elle désirera pour la sécurité du Dobroudja et en revanche nous ne demandons que la neutralité; nous n'avons pas besoin que la Roumanie nous soutienne activement, sa neutralité nous suffira."

Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 287 Nr. 547. Vgl. n. 7032, 7035, 7043, 7046. — [b]) Richtig 235 vom 15. Mai; vgl. n. 7021.

Nr. 7032. Tel. aus Sofia, 16. Mai 1913 Nr. 421 (eing. 17. Mai 6 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Bald nachdem das mit meinem heutigen Telegramme Nr. 420 gemeldete Gespräch über rumänische Frage mit Konseilspräsidenten gehabt hatte, empfing ich hohes Telegramm Nr. 236 von heute. Ich verständigte Herrn Geschoff telephonisch, der mich sofort besuchte. Inhalt obzitierten hohen Telegrammes wirkte auf ihn beruhigend. Er schien befriedigt und ersuchte, ihm die mir von Euer Exzellenz in Aussicht gestellten Aufklärungen mitzuteilen, sobald dieselben erhalte, damit er ohne weiteren Zeitverlust Kalinkoff mit Instruktionen versehen und nach Bukarest abreisen lassen kann.

[a]) Vgl. n. 7043.

Tarnowski.

Nr. 7033. Tel. aus Sofia, 16. Mai 1913 Nr. 422 (eing. 17. Mai 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Bezug auf mein Telegramm Nr. 417[b] vom 14. d. M. Anläßlich heutiger Unterredung mit Herrn Geschoff kamen wir auf Abtransport türkischer Truppen aus Albanien zu sprechen und ich bemerkte, daß Unterzeichnung Präliminarfriedens, vor welcher bulgarische Regierung Zustimmung zum Abtransport nicht erteilen wolle, sich wieder zu verzögern scheine. Konseilspräsident erwiderte, es sei jetzt Griechenland, welches Schwierigkeiten mache. Bulgarien könne und wolle nicht länger warten und wenn nur Türkei Präliminarfrieden mit Bulgarien allein unterzeichnen würde, wäre bulgarische Regierung dazu sofort bereit. Leider werfe die Pforte die Vakuf-Frage auf, wodurch Negoziationen auf Wochen verschleppt werden müßten. Ein sanfter Druck der Mächte auf die Türkei und Bulgarien wäre jetzt dringend erwünscht, meinte Herr Geschoff und ersuchte, dies Euer Exzellenz zu melden. Bulgarische Regierung, die Abschluß Präliminarfriedens sehnlichst wünscht, hofft offenbar dadurch, daß sie von Unterzeichnung desselben Zustimmung zum Truppentransport abhängig macht, Mächte zur Pression auf Türkei im Sinne sofortigen Friedens zu veranlassen. Ich sagte Konseilspräsidenten, daß ich ihn dieser Taktik verdächtige und er leugnete es nicht. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7046, 7063 Anm. a. — [b] Mit Tel. Nr. 417, 14. Mai 1913 (eing. 15. Mai 5 U. a. m.) wurde aus Sofia gemeldet, Geschow habe gesagt, Ministerrat habe beschlossen, Athener Kabinett wissen zu lassen, daß bulgarische Regierung mit Abtransport türkischer Truppen aus Albanien einverstanden, sobald Präliminarfriede unterzeichnet.

Nr. 7034. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 17. Mai 1913 Nr. 2329.[a] *Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).*

Der deutsche Botschafter hat mir heute mitgeteilt, Freiherr von Schoen habe den Auftrag erhalten, unseren Vorschlägen bezüglich der Abänderung des Punktes 3 des Programmes der Pariser internationalen Finanzkommission (Zuerkennung einer bloß beratenden Stimme an die Vertreter der Kriegführenden) sowie bezüglich des modus procedendi bei den Verhandlungen mit der Einschränkung zuzustimmen, daß vorerst eine Einigung der Delegierten der Mächte über die Hauptpunkte zu erzielen wäre. Als den wichtigsten Punkt betrachte die deutsche Regierung die Frage der Kriegsentschädigung. Es handle sich darum, die Bagdadbahngesellschaft gegen eine Schmälerung der ihr vertragsmäßig zukommenden finanziellen Grundlagen sicherzustellen. Unter den dem genannten Unternehmen zugewiesenen finanziellen Garantien (revenus concédés) figuriere nämlich in letzter Linie der der türkischen Regierung zur freien Verfügung verbliebene Budgetüberschuß. Frankreich und England stünden nun in der Frage der Kriegsentschädigung mehr auf Seite der Balkanstaaten und hätten es überhaupt seit längerer Zeit darauf abgesehen, den Ausbau der Bagdadbahn unmöglich zu machen. Von deutscher Seite sei die Bagdadbahn stets als wirtschaftliches Problem betrachtet worden, erst durch die Haltung Frankreichs und Eng-

lands sei sie zu einer hochpolitischen Frage geworden, in der das Prestige Deutschlands nun engagiert sei. Die deutsche Regierung rechne daher darauf, daß die Verbündeten, namentlich Österreich-Ungarn, sie in dieser Frage unterstützen würden. Ich erwiderte Herrn von Tschirschky, daß wir eben im Begriffe seien, die Instruktionen für unsere Delegierten bei der Pariser Finanzkommission zu revidieren und daß wir uns selbstverständlich die Unterstützung des mir bekanntgegebenen deutschen Standpunktes zur Aufgabe machen würden. Ich müsse jedoch darauf aufmerksam machen, daß wir Bulgarien schon vor längerer Zeit in Aussicht gestellt hätten, seinen Ansprüchen auf eine Kriegsentschädigung nicht entgegenzutreten. Wir werden unter diesen Umständen einen Ausweg zu finden haben, um diese unsere Zusage an Bulgarien mit der größtmöglichen Unterstützung des deutschen Bestrebens, die türkischen Finanzen zu schonen, in Einklang zu bringen.

[a]) Vgl. n. 6941, 7095 Anm. c.

Nr. 7035. Tel. nach Bukarest, 17. Mai 1913 Nr. 218 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Im Nachhang zu meinem Telegramm Nr. 218 vom 15. d. M. Wie mir Graf Tarnowski unterm 16. d. M. telegrafiert,[b]) hat der bulgarische Konseilspräsident auf eine Bemerkung seinerseits über die von Herrn Majoresco beabsichtigte Bekanntgabe der Petersburger Entscheidung in einer geheimen Sitzung der rumänischen Kammer erwidert, er (Geschoff) wolle der rumänischen Regierung keine Schwierigkeiten bereiten und werde im Ministerrat dahin wirken, dass Herr Kalinkoff ermächtigt werde, in Bukarest die Zustimmung der bulgarischen Regierung bekanntzugeben. Euer Durchlaucht wollen Herrn Majoresco hievon ehestens vertraulich in Kenntnis setzen und hinzufügen, Graf Tarnowski sei beauftragt worden, unter Hinweis auf die für den 24. d. M festgesetzte Vertagung der rumänischen Kammer in Sofia auf eine baldige definitive Antwort hinzuwirken. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7062. — [b]) n. 7031.

Nr. 7036. Tel. aus Bukarest, 17. Mai 1913 Nr. 120 (eing. 8 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Inhalt Euer Excellenz Depeschen Nr. 216[b]) und 218 Minister des Äussern mitgeteilt, welcher mich ersuchte, Hochdenselben besten Dank auszusprechen. Herr Majoresco teilte mir mit, dass vorgestern griechischer Gesandter bei ihm erschien und ihn befragte, ob rumänische Regierung nicht gesonnen wäre, Allianzvertrag mit Griechenland einzugehen. Bulgarische Stellungnahme in Angelegenheit Gebietserweiterung zwinge Griechenland, zur Wahrung seiner Interessen Vorsorge zu treffen. Als Gegenwert bot griechischer Gesandter für künftige kutzowalachische Bevölkerung Griechenlands gleiche Konzessionen wie Bulgarien. Minister antwortete, er werde Seiner Majestät dem Könige Bericht erstatten, könne aber als seine persönliche Meinung sagen, dass, insolange seitens Rumäniens bulgarischer Grenzstreit durch Annahme Petersburger Protokolles durch Kammern nicht

vollkommen abgeschlossen, rumänische Regierung sich auf Besprechungen seiner künftigen Haltung nicht werde einlassen können. Schliesslich bat er Herrn Diamantopoulos um schriftliche Formulierung in Aussicht gestellter Konzessionen. Minister fügte hinzu, dass er Eintreffen Petersburger Protokolloriginales erwarte, um dasselbe vor Kammern zu bringen, immerhin werde er aber bis zu äußerstem Termin damit warten, eventuell Kammern auch nach Nationalfest am 24. d. M. zusammenhalten, so dass geheime Debatten über Protokoll bis zum 3.—4. Juni dauern würden. Nach diesem Zeitpunkt müsse aber Rumänien über zukünftige Haltung schlüssig werden. Seit der Abreise Herrn Kalinkoffs nach Sofia habe er bulgarischerseits nichts vernommen. Sollte Sofia sich weiter in Schweigen hüllen, so werde er sich genötigt sehen, nicht serbischem, wohl aber griechischem Antrag nähertreten zu müssen. Geringe bulgarische Konzessionen würden aber genügen, um ein Bulgarien günstiges Abkommen hier zu erzielen, da man maßgebenden Ortes eine Orientierung nach der bulgarischen Seite bevorzuge. Minister hob hervor, dass Rumänien an Schwelle schwerwiegender Entschlüsse stehe, und hofft, dass österreichisch-ungarischer Einfluss in Sofia gewichtig genug sein werde, um es Rumänien zu ermöglichen, eine offen bulgarophile Politik zu treiben. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7053, 7062. — [b]) Mit Tel. Nr. 216, 14. Mai 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurden n. 6944 und 6957 mit dem Bemerken mitgeteilt, daß Mensdorff den Auftrag erhielt, dem Ersuchen des rumänischen Gesandten in der Réunion zu entsprechen.

Nr. 7037. Tel. aus London, 17. Mai 1913 Nr. 399 (eing. 10 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Danew hat mir eben einen langen Besuch gemacht. Er erklärte, sehr zu wünschen, ehetunlichst den Präliminarfrieden mit der Türkei abzuschließen und beklagte sich bitter über die dilatorische Taktik der serbischen und griechischen Alliierten. Er würde am liebsten „sur le conseil des Puissances“ Präliminarfrieden allein mit der Türkei abschließen. (Es würde mich nicht wundern, wenn er dies täte, falls die anderen Alliierten noch lange säumen!). Ohne auf seine Allusion bezüglich eines Rates der Mächte oder der Unterstützung „pour nous mettre en rapport d'une façon privée avec les Turcs“ näher einzugehen, habe ich ihm auf das Entschiedenste zugeredet, möglichst bald den Präliminarfrieden zustande zu bringen. Auf Serbien zeigt er sich sehr gereizt und fragte mich, was wir tun würden, falls Serbien Bulgarien angreifen würde, bevor dieses noch seine Truppen von Tschataldja zurückziehen könnte. Er erklärte mir, von einem Aufgeben Monastirs und Ochridas könne keine Rede sein. Wegen Mazedoniens habe Bulgarien Krieg gemacht. Serbien müsse die bestehenden Abmachungen respektieren. Sollte Russland in seiner Rolle als Schiedsrichter über den Geist des serbisch-bulgarischen Abkommens hinausgehen, so würde Bulgarien es nicht akzeptieren. Er hoffe noch immer, dass Serbien nicht an einen Angriff auf Bulgarien denke, sondern durch seine Vorbereitungen nur Petersburg beeinflussen wolle. Mit Albanien stünde Bulgarien sehr gut, „si l'on avait besoin de quelqu'un pour y maintenir l'ordre, nous serions toujours à la disposition

des Puissances et les Albanais nous recevront avec enthousiasme." Bezüglich Saloniks spricht Herr Danew ebenso intransigent wie früher. Er rechnet auf unsere Unterstützung und hofft, Euer Exzellenz werden auch Berlin beeinflussen, wo er einen kleinen Umschwung zu konstatieren glaubt und man nicht mehr so spricht, wie es Herr von Kiderlen-Waechter getan hat, der erklärte, Salonik müsse unbedingt bulgarisch werden. Auch die Insel Samothrake verlange er unbedingt. Er sprach mit Dank von Unterstützung, die Graf Thurn ihm gegeben, und scheint über das künftige Verhältnis Bulgariens zu Rumänien ganz beruhigt. Ich versicherte ihn unserer fortdauernden Sympathie für Bulgarien und erklärte ihm, dass ich jedenfalls alles, was eine Beschleunigung des Präliminarfriedens herbeiführen könnte, meinerseits unterstützen werde. Mensdorff.

a) Vgl. n. 7004.

Nr. 7038. Tel. nach Paris, 17. Mai 1913 Nr. 281 (chiffr. 11 U. p. m.).a) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Nach den heutigen Zeitungen enthielt die von Herrn Pichon in der Kammer zur auswärtigen Lage abgegebene Erklärung folgenden Passus: „Wir haben vorgeschlagen, eine internationale Flotte vor die türkische Hauptstadt zu entsenden, da es unsere Sorge war, jeden Bruch des Einvernehmens Europas zu vermeiden. Unser Vorschlag, der in Übereinstimmung mit Rußland und England gestellt worden war, hat die Zustimmung aller Regierungen gefunden." Es wird Euer Exzellenz gewiß nicht entgangen sein, daß diese vom Herrn Minister gewählte Darstellung den Thatsachen nicht entsprach, da — was speziell die k. u. k. Regierung anbelangt — dieselbe niemals ihre Zustimmung zu der von den Vertretern der Tripleentente in London vorgeschlagenen Flottendemonstration vor Konstantinopel gegeben hat. Mein diesfälliger Standpunkt ist Euer Exzellenz übrigens aus meinem Telegramme Nr. 13 vom 5. Jänner l. J. bekannt. Ich ersuche daher Euer Exzellenz, die Aufmerksamkeit Herrn Pichons auf diesen Passus seiner gestrigen Rede zu lenken und sich bei ihm in dringlicher Weise dafür zu verwenden, daß er seine gestrige Erklärung in der Kammer sobald als möglich entsprechend modifiziere, denn diese mit unserer Politik unvereinbare Äußerung Herrn Pichons würde uns sonst — was dem Herrn Minister gewiß nicht erwünscht wäre — zwingen, auch unsererseits eine Erklärung in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, welche mit jener des französischen Ministers des Äußern im Widerspruche stünde. Berchtold.

a) Vgl. n. 7069, 7086.

Nr. 7039. Tel. des Generalkonsuls August Kral aus Saloniki, 17. Mai 1913 Nr. 101 (eing. 18. Mai 9 U. a. m.).a) Entziff.

Hier verlautet mit Nachdruck, dass die Militärkonvention zwischen Griechenland und Serbien unterzeichnet wurde. Gleichlautend Athen 40, Belgrad 10. Kral.

a) Oe. U. Balkan 289 Nr. 552.

Nr. 7040. Bericht aus St. Petersburg, 4./17. Mai 1913 Nr. 22 A (eing. 27. Mai).[a] Ausfert.

Vertraulich. Die Nachricht von dem kürzlich zwischen England und der Pforte, wie es scheint, mit Zustimmung Deutschlands abgeschlossenen Koweit-Abkommens scheint in hiesigen Regierungskreisen nicht sehr erfreut zu haben, wie denn überhaupt die sich in letzter Zeit accentuierende Besserung in den anglo-deutschen Beziehungen hier mit recht geteilten Gefühlen begleitet wird. Man vermeidet zwar darüber zu sprechen oder trachtet, über die nach und nach zu Tage tretenden Unstimmigkeiten in der englischen Freundschaft einen Schleier zu breiten, aber zuweilen lässt doch ein weniger bedachtes Wort erkennen, dass die Flitterwochen der anglo-russischen Freundschaft nicht mehr so ganz ungetrübt sind. Auch von englischer Seite sind zuweilen ähnliche, wenn auch noch schüchterne Stimmen vernehmbar. So äusserte sich der sonst sehr zurückhaltende englische Botschafter unlängst meinem italienischen Kollegen gegenüber in ziemlich gereiztem Tone über die russische Vorgangsweise in Persien und fügte hinzu, dass wenn auch jetzt mit Rücksicht auf die Balkankrise der Moment hiezu noch nicht gekommen sei, es doch wohl notwendig sein werde, nach Schluss dieser Krise diesbezüglich mit Russland ein ernsteres Wort zu sprechen. Thurn.

[a] Vgl. n. 7026.

Nr. 7041. Bericht aus St. Petersburg, 4./17. Mai 1913 Nr. 22 E (eing. 27. Mai).[a] Ausfert.

Der Minister des Innern, Herr Maklakow, hat den glücklichen Einfall gehabt, die „Slaven-Bankette", diesen Herd panslavistischer und nationalistischer Wühlarbeit, nun definitiv abzuschaffen. Wenn man auch vorsichtshalber besser daran tun wird, vorerst hinter das „definitiv" ein Fragezeichen zu setzen, so ist doch schon viel gewonnen, wenn in diesen Veranstaltungen eine Pause eintritt, bis sich die Gemüter ein wenig beruhigt haben. Der Hauptorganisator der Bankette, General a. D. Skugarewski, hat vom Minister des Innern eine Aufklärung dieses Verbotes erbeten und wurde kurz und bündig auf die gesetzlichen Bestimmungen „zur Verhütung und Vorbeugung von Verbrechen" verwiesen, denen zufolge die Abhaltung von politischen Reden an öffentlichen Orten strafrechtlich verfolgt werden kann Die Verfügung des Ministers des Innern zeigt aufs Neue wie gross hier der Interpretierungsspielraum in administrativer Hinsicht ist, und wie mühelos die Regierung der Agitation einen Riegel vorzuschieben vermag, wenn sie hiezu den Willen und den Halt von Oben hat. Die Öffentlichkeit hat die Massregel mit ziemlichem Gleichmut aufgenommen; den Beziehungen zur Monarchie kann das Verbot gewiss nur förderlich sein. Thurn.

[a] Vgl. n. 6651.

Nr. 7042. Bericht aus St. Petersburg, 4./17. Mai 1913 Nr. 22 G (eing. 27. Mai). Ausfert.

Das Ministerium des Äussern hat von der Duma die nachträgliche Genehmigung eines bereits verausgabten Kredites von 1 Million Rubel

erbeten. Diese Summe wurde „für die von zwei Missernten betroffenen Montenegriner" verausgabt. Die Folgen der Missernten seien selbstredend durch den Ausbruch des Krieges noch verschärft worden und die russische Regierung habe sich daher bemüssigt gesehen, der verwandten Nation zu Hilfe zu kommen. Bisher habe die Regierung diese Hilfsaktion geheim gehalten, um nicht unliebsame Diskussionen über die Neutralitätsfrage hervorzurufen. Mir gegenüber hat Herr Sazonow die fragliche Hilfsaktion schon vor längerer Zeit erwähnt, dieselbe hat somit in einem viel früheren Stadium des Krieges stattgefunden. Der Herr Minister sagte damals, die für Montenegro bestimmten Lebensmittel, welche zumeist aus Mais bestanden hätten, seien grösstenteils in der Monarchie und zwar in Fiume beschafft worden. Thurn.

Nr. 7043. Tel. nach Sofia, 17. Mai 1913 Nr. 242 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Berchtold).

Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 420 und 421 vom 16. d. M. erhalten. Der Auftrag an Prinzen Fürstenberg, Herrn Majoresco auf die bekannten Widersprüche bezüglich seiner letzten Unterredung mit Herrn Kalinkoff aufmerksam zu machen, ist im Zusammenhang mit einer längeren Instruktion ergangen, die die Haltung Rumäniens Bulgarien gegenüber im allgemeinen behandelt.[b] Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß ich erst in zwei bis drei Tagen in die Lage komme, Euer Hochgeboren über die betreffenden Äußerungen Herrn Majorescos zu informieren. Euer Hochgeboren wollen den Herrn Konseilspräsidenten nur kurz davon in Kenntnis setzen, daß wir eventuell erst in einigen Tagen aus Bukarest eine Antwort erhalten könnten und hinzufügen, wir hielten es für höchst wünschenswert, wenn Herr Kalinkoff, ohne das Eintreffen dieser Mitteilungen abzuwarten, sofort zur Rückkehr auf seinen Posten beauftragt würde, um den direkten Kontakt mit der rumänischen Regierung wiederherzustellen. Euer Hochgeboren wollen ferner bemerken, daß ich von den entgegenkommenden Dispositionen Herrn Geschoffs in der Frage der Mitteilung der Petersburger Entscheidung an die rumänische Kammer sehr angenehm berührt sei. Ich würde aber auch in dieser Hinsicht dringend empfehlen, keine Zeit zu verlieren und in Bukarest die Zustimmung der bulgarischen Regierung möglichst bald und am besten direkt durch Herrn Kalinkoff bekanntzugeben. Eine Verzögerung der Antwort käme Herrn Majoresco sehr ungelegen, da die Vertagung der rumänischen Kammer für den 24. d. M. festgesetzt sei. Was den Wunsch Herrn Geschoffs anbelangt, wir mögen darauf hinwirken, daß Rumänien im Falle eines Konfliktes Bulgariens mit Serbien und Griechenland neutral bleibe, wollen Euer Hochgeboren sich dahin aussprechen, wir hätten in Bukarest mehrfach die bestimmte Erwartung ausgedrückt, daß Rumänien auf keinen Fall mit Serbien zusammen vorgehe. Wir machen auch weiterhin unseren Einfluß in Bukarest in dieser Richtung geltend. Sowohl unsere engen Beziehungen zu Rumänien als die Sprache Herrn Majorescos rechtfertigen die Erwartung, daß eine solche Eventualität von den maßgebenden rumänischen Faktoren nicht in Betracht gezogen wird. Auch daß Herr Majoresco in der Silistriafrage der Kammer möglichst bald

eine Mitteilung machen will, um einer anti-bulgarischen Agitation im Lande den Boden zu entziehen, sei ein Beweis seiner ehrlichen Absicht, mit Bulgarien zu einem Akkord zu gelangen. Nur ein auf die Dauer berechnetes und auf Gegenseitigkeit beruhendes Übereinkommen wäre geeignet, jedem der beiden Teile volle Sicherheit betreffs der Haltung des anderen Teiles zu gewähren. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7053, 7054, 7070, 7072. — [b]) n. 7024.

Nr. 7044. Tel. aus Sofia, 17. Mai 1913 Nr. 425 (eing. 18. Mai 12 U. 15 M. a. m.).[a]) Entziff.

In dem mir vorgestern zugekommenen hohen Erlasse vom 10. d. M. Nr. 2147 ist unter anderem davon die Rede, daß wir hinsichtlich des Verhältnisses Bulgariens zu Serbien, um hier nicht Mißtrauen zu erwecken, größte Reserve beobachten müssen. An diese Auffassung knüpften Euer Exzellenz Bemerkung, daß es Hochdieselben interessieren würde, meine diesbezügliche Anschauung zu erfahren. Ich hatte zuerst Absicht, mich im Gegenstande im Postwege zu äußern, glaube aber nunmehr, mit Rücksicht auf akuten Stand der Lage, mich in der oberwähnten, so aktuellen Frage telegraphisch aussprechen zu sollen. Daß die Euer Exzellenz notwendig erscheinende Reserve auch ich für dringend geboten halte und sie beobachte, werden Hochdieselben bereits aus meinem gehorsamen Bericht vom 13. d. M. Nr. 36 A ersehen haben. Wenn es schon an und für sich selbstverständlich ist, daß die bulgarische Regierung von der grundsätzlichen Anschauung ausgehend, daß Monarchie nur aus einem schlechten Verhältnis Bulgariens zu Serbien und nicht aus Freundschaft dieser Staaten für sich Nutzen ziehen könne, unsere Haltung, insoferne dieselbe die serbisch-bulgarischen Beziehungen betrifft, mit Mißtrauen betrachten muß, so unterliegt auch keinem Zweifel, daß alle uns feindlichen Faktoren sicherlich nichts unterlassen, um dieses Mißtrauen hier noch zu vertiefen. In einer Äußerung Herrn Geschoffs kam dieses Mißtrauen in eklatanter Weise zum Ausdruck, und zwar hat ihm der im Sinne Euer Ezxellenz Telegrammes Nr. 193 vom 17. v. M. ihm von mir mitgeteilte Gedanke, daß Bulgarien nur dann Durchsetzung seiner Aspirationen erwarten könnte, wenn es sich entschlossen zeige und so weiter, die Bemerkung entrissen: „Mais vous n'avec donc rien contre que nous essayons de nous entendre avec nos alliés" (vide mein Telegramm Nr. 351 vom 18. v. M.). Solange Herr Geschoff noch einen Schimmer Hoffnung hat, sich mit Serbien auszugleichen, wird er mit mir nicht ganz aufrichtig sein und wird uns verdächtigen. Von dem Moment an, wo Hoffnung auf Verständigung mit Serbien ganz schwinden würde, dürfte logischerweise der Grund, aus welchem uns bulgarische Regierung bis jetzt mit Mißtrauen begegnet, zur Quelle Vertrauens zu uns werden, da die bulgarischen Interessen dann auch punkto Serbien mit den unsrigen parallel laufen würden. Die zu unserem Unglück hier gerade am Ruder stehenden Politiker, welche die Einzigen hierzulande sind, die nicht rein bulgarisch fühlen, scheinen diese Hoffnung noch nicht aufgeben zu wollen. Alle anderen politischen Parteien, die sich durch Russland nicht hypnotisieren lassen, erblicken darin, was Kabinett Herrn Geschoffs mißtrauisch stimmt, den Grund uns zu trauen

und sich uns zu nähern. Von einem Großteil hiesiger öffentlicher Meinung werden wir gerade deswegen, da man uns als Feinde Serbiens betrachtet, als aufrichtige Freunde Bulgariens angesehen. Herr Geschoff und Konsorten suchen Inspirationen auf russischer und französischer Gesandtschaft und denken anders. Einige Hoffnung, dass Kabinett Herrn Geschoffs diesen Standpunkt eventuell wird ändern müssen, können wir nur in absoluter Intransigenz Serbiens und in dem Umstande schöpfen, daß die hiesige öffentliche Meinung der Regierung nicht gestatten dürfte, Serbien Konzessionen zu machen. Tarnowski.

a) Vgl. n. 7045.

Nr. 7045. Tel. aus Sofia, 17. Mai 1913 Nr. 426 (eing. 18. Mai 8 U. a. m.).a) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 239 vom 17. d. M. erhalten. Ich wollte Konseilspräsident gleich heute sprechen, nachdem er aber sehr beschäftigt, habe ihm für morgen Rendez-vous gegeben, um ihn nicht zerstreut zu finden. Wenn ich auch, wie dies aus meinem Telegramm Nr. 425 vom 17. d. M. hervorgeht, der Ansicht bin, dass hier, insoferne es sich um serbo-bulgarisches Verhältnis handelt, große Reserve geboten, glaube ich anderseits nicht, dass die aus wichtigen Gründen notwendige Sprache, wie sie mir mit obbezogenem hohen Telegramm aufgetragen, bei Herrn Geschoff Misstrauen erwecken wird. Erstens habe ich nicht direkt von Serbien zu sprechen und ausserdem habe ich Konseilspräsidenten auf derartige Eröffnungen letzter Zeit gewissermassen vorbereitet. In meinen (in gehorsamen Telegrammen Nr. 395 und 404 vom 6. und 11. d. M. skizzierten) Unterredungen mit Herren Geschoff und Dobrovič fand ich Gelegenheit, auf unser grenzenloses Wohlwollen und speziell auch auf meine Erklärung im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 193 vom 16. v. M. hinzuweisen, woran ich Bemerkung knüpfte, dass so fest meine Regierung an für Bulgarien freundlicher, dessen möglichste Erstarkung zum Ziele habender Politik hält, es doch undenkbar sei, dass sich à la longue ein freundschaftliches Verhältnis erhalten ließe, welches darin bestehe, dass nur ein Teil sich freundlich betätige, während der andere keine andere Sorge habe als die, sich dem ersteren nicht zu verbinden und von dessen Feinden sich nicht ganz zu trennen. Ich machte zugleich Herren Geschoff und Dobrovič aufmerksam, dass schließlich Moment kommen müsste, wo man sich in Wien fragen würde, was Saldo unserer hiesigen Politik sei, und dass es sich dringend empfehlen würde, dass uns Geschoff nicht länger in Zweifel lasse, ob Bulgarien rein bulgarische Politik machen werde. Ich habe selbstredend, da es nur gelegentlich und ohne besondere Ermächtigung war, bloß im Tone freundschaftlicher persönlicher Ratschläge ohne Insistenz gesprochen, dem Sinne nach glich aber meine Sprache zum Teile der, die ich laut eingangszitiertem hohen Telegramme morgen führen soll und zum Teile — nur nicht so entschieden — der Sprache, die Euer Exzellenz für gewisse Eventualitäten im hohen Erlass vom 10. d. M. Nr. 2147 vorsehen. Ich werde, wenn ich Herrn Geschoff morgen besuche, auf unsere vorbesprochenen Unterredungen und seine gestrigen Befürchtungen wegen Haltung Rumäniens

und wegen Möglichkeit Krieges mit Serbien anspielen und anknüpfend daran ihm mit Nachdruck meine Erklärung im Sinne hohen Telegrammes Nr. 193 vom 16. v. M. in Erinnerung bringen und mich auch sonst auftraggemäß äußern. Tarnowski.

a) Vgl. n. 7056.

Nr. 7046. Tel. aus Sofia, 17. Mai 1913 Nr. 427 (eing. 18. Mai 8 U. a. m.).a) Entziff.

Die Nervosität, mit welcher Konseilspräsident gestern von eventueller Haltung Rumäniens im Falle Konfliktes zwischen Bulgarien und Verbündeten, wie auch von Verzögerung des Präliminarfriedens sprach, und die offene Art, mit welcher er, der so Verschlossene, Möglichkeit dieses Krieges in Betracht zog (meine Telegramme Nr. 420 und 422 vom 16. und 17. d. M.), gestatten keinen Zweifel, dass sich Lage bedeutend zugespitzt haben muß. Ein anderes Kabinettsmitglied sagte mir heute: „Nous ne savons pas ce qu'il y aura demain, aujourd' hui la situation n'est rien moins que rassurante." Eingeweihten bulgarischen Politikern merkt man Präokkupation an und Verzögerung Friedensschlusses wirkt konsternierend. In Armeekreisen soll Erregung höchsten Grad erreicht haben. Meine Kollegen betrachten jetzt alle Lage als ernst und einige sagen, Serbiens Ultimatum an Bulgarien stünde bevor. Tarnowski.

a) Oe. U. Balkan 289 Nr. 553.

Nr. 7047. Tel. aus Athen, 18. Mai 1913 Nr. 307 (eing. 19. Mai 7 U. a. m.).a) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 301 vom 16. d. M., Griechenland und Italien punkto albanesische Grenzen. Streng vertraulich. Erklärung Marquis di San Giulianos, daß Beharren Griechenlands auf seinen albanesischen Ansprüchen casus belli darstelle, hat heute Herrn Venizelos veranlaßt, italienischen Gesandten aufzusuchen. Laut Andeutungen meines italienischen Kollegen zu mir, hat er Herrn Venizelos auseinandergesetzt, daß namentlich Haltung Frankreichs, welches so intensiv Partei für Griechenland ergriffen, in Italien Eindruck gemacht und zur Annahme berechtigt, daß französische Regierung durch ihre Haltung eigene Zwecke verfolge, die für Italien gefährlich. Herr Venizelos habe geantwortet, daß Griechenland keinerlei Entente mit Frankreich habe und überhaupt kein näheres Verhältnis mit einer der großen Mächtegruppen anstrebe. Freiheit der Bewegung sei für Griechenland vorteilhafter. Wichtigste Frage für Letzteres wären seine Beziehungen zu Bulgarien, die Herr Venizelos mit großer Skepsis zu beurteilen schien. Es scheint, daß Venizelos italienischem Gesandten zu verstehen gab, daß griechische Regierung mit Hinblick auf die Sachlage schließlich nichts anderes übrigbleiben werde, als sich in der albanesischen Grenzfrage dem Beschlusse der Mächte zu fügen. Herr Coromilas, der noch vor acht Tagen dem italienischen Gesandten diesbezüglich ein „niemals" zugerufen, hätte sich heute zu ihm gleichfalls resigniert geäußert. Braun.

a) Vgl. n. 7057, 7097.

Nr. 7048. Tel. aus Belgrad, 18. Mai 1913 Nr. 284 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Griechisch-serbische Abmachungen. Im Nachhange zu Telegramm Nr. 273 vom 10. d. Mts. Bulgarischer Gesandter glaubt, dass die über Abschluß einer Militärkonvention zwischen Griechenland und Serbien kursierenden Gerüchte richtig seien, doch konnte Positives hierüber nicht in Erfahrung gebracht werden. Reise des Athener serbischen Gesandten hieher wird mit der Frage in Verbindung gebracht. Wenn auch eine solche Konvention oder ein engerer Bundesvertrag noch nicht unterschrieben ist, sind Griechen und Serben in ihrem Vorgehen Bulgarien gegenüber gewiss vollkommen einig. Ugron.

Nr. 7049. Tel. aus Berlin, 18. Mai 1913 Nr. 233 (eing. 11 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm vom 16. d. M. Nr. 360[a]), Südgrenze Albaniens betreffend. Wie mir Staatssekretär versichert, wird sich deutsche Regierung ganz Euer Exzellenz und Italiens diesbezüglicher Auffassung anschließen. Szögyény.

[a]) Mit Tel. Nr. 360, 16. Mai 1913 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.) wurde n. 7017 nach Berlin mitgeteilt.

Tel. nach Bukarest, 18. Mai 1913 Nr. 219 (chiffr. 19. Mai 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 7053.

Nr. 7050. Tel. aus Rom, 18. Mai 1913 Nr. 296 (eing. 19. Mai 6 U. 40 M. a. m.).[a]) Entziff.

Des mir mit dem hohen Telegramme vom 16. d. M. Nr. 501 erteilten Auftrages bezüglich der nunmehrigen Vornahme der Detaildelimitierung Albaniens im Norden und Nordosten konnte ich mich erst heute nachmittags bei Minister des Äußern entledigen. Heute früh erhielt ich aber ein Schreiben Marquis di San Giulianos, wonach derselbe auf die ihm bereits durch Marquis Imperiali bekannt gewordene Nachricht unseres beabsichtigten Antrages hin, den Botschafter in Wien beauftragt hat, Euer Exzellenz darzulegen, daß es ihm nicht opportun erschiene, auf diese Art die Tripelentente gerade am Beginne der Diskussion der Südgrenze zu indisponieren. Dessenungeachtet ist es mir nach längerem Kampfe gelungen, den Minister von diesem Standpunkte abzubringen. Marquis Imperiali erhält noch heute Auftrag, den bezüglichen Vorschlag des Grafen Mensdorff zu unterstützen. Meine Argumente gingen hauptsächlich dahin, daß der einzige Punkt, auf welchen die Tripelentente in allen albanesischen Fragen spekuliere, der Mangel völliger Harmonie zwischen uns und Italien sei. Bezüglich Skutaris habe der Zweibund in dem Moment eingelenkt, als unser Akkord nach außen ersichtlich war. Unser jetzt beabsichtigter Antrag sei aber gleichfalls eine Manifestation unseres Einvernehmens und werde daher nicht nur den Kompensationsvelleitäten einen Riegel vorschieben, sondern auch bezüglich der Südgrenze ein nützliches Avertissement an die Adresse der Tripelentente bilden. Als ich im Laufe der Unterredung dem Marquis di San Giuliano

neuerlich Vorwürfe wegen augenscheinlich bisher unklarer und blos temporisierender Haltung gegenüber Frankreich und Russland in der Frage territorialer Kompensationen an Montenegro machte, erwiderte derselbe, die von der Londoner Réunion festgesetzte Grenze betrachte auch er als unverrückbar. Abgesehen davon aber, daß er jetzt jene Mächte nicht ...[b] wollte, wäre es nach seiner Ansicht möglich und nützlich, der technischen Delimitierungskommission im allgemeinen den Auftrag zu geben, innerhalb der ja vorläufig nur grosso modo fixierten Grenze „wohlwollend" für Montenegro vorzugehen. Ich entgegnete, ein solcher vager Auftrag erschiene mir bedenklich. Handle es sich bei derartigen Zuwendungen an Montenegro um Bagatelle, dann hätte sie für dieses Land keinen Wert, gegenteiligen Falles aber käme Albanien zu Schaden.

Mérey.

[a] Vgl. n. 7051, 7066, 7078, 7098, 7113 Anm. b. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 7051. Tel. aus Rom, 18. Mai 1913 Nr. 297 (eing. 19. Mai 7 U. 10 M. a. m.).[a] Entziff.

Minister des Äussern, welcher mir bisher von unserer Annexion der Insel Ada Kaleh nicht gesprochen hatte, teilt mir heute vertraulich mit, russischer Botschafter habe gestern (offenbar auf Grund einer Zirkulardepesche) bei ihm gegen dieselbe protestiert und beigefügt, dass man nun Montenegro territoriale Kompensationen geben müsse. Marquis di San Giuliano habe Krupensky erwidert, es scheine ihm „jetzt" nicht der Moment, diese Frage aufzuwerfen und soll man auch nicht von „Kompensationen" sprechen. Gegen dieses inopportune „jetzt" habe ich — wie Euer Exzellenz geneigtest aus meinem heutigen Telegramm Nr. 296 entnehmen wollen — auch bei diesem Anlasse entsprechend argumentiert. Mérey.

[a] Vgl. n. 7008, 7065, 7073, 7294, 7299 Anm. b.

Nr. 7052. Tel. aus St. Petersburg, 18. Mai 1913 Nr. 200 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Italienischer Botschafter kam unlängst Herrn Sazonow gegenüber auf die Frage der Südgrenze Albaniens und die Notwendigkeit Kap Stylos noch zu Albanien zu schlagen zu sprechen. Der Herr Minister war gleich ablehnend wie bei früheren einschlägigen Konversationen und führte insbesondere aus, dass, selbst wenn es gelingen sollte, die Zustimmung der anderen Grossmächte zu einer solchen Delimitation zu gewinnen, Griechenland in einem solchen Falle sein Anerbieten, Corfu und die hinter dieser Insel gelegene griechische Küste zu neutralisieren, selbstverständlich nicht aufrecht erhalten würde. Unter diesen Umständen meint Herr Sazonow, dass die Zuweisung des Kap Stylos an Albanien den von uns und Italien angestrebten Zweck nicht erreichen würde, der nach Ansicht des Ministers durch die griechischerseits angebotene Neutralisierung weit besser und sicherer gewährleistet würde. Thurn.

[a] Vgl. n. 7001, 7145.

Nr. 7053. Tel. nach Sofia Nr. 246 (1) und Bukarest Nr. 219 (2), 18. Mai 1913 (chiffr. 19. Mai 12 U. 20 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Berchtold).

1. Mit der in meinem gestrigen Telegramm Nr. 242 erwähnten Instruktion nach Bukarest bezüglich des Mißverständnisses Kalinkoff etc. hat sich ein Telegramm des Prinzen Fürstenberg gekreuzt, in welchem er folgendes meldet: „Herr Majoresco teilte mir mit, daß er ... *wie n. 7036 von „seit der Abreise" bis Schluß mit Auslassungen und Korrekturen* ... Euer Hochgeboren wollen Herrn Geschoff von Vorstehendem vertraulich Mitteilung machen und sich dahin äußern, wir erblicken in dieser Sprache des rumänischen Ministers eine Bestätigung unserer Ansicht, daß die Stimmung in Bukarest für Bulgarien günstig sei, daß man aber in Sofia nicht länger zögern dürfe, die direkte Konversation durch Herrn Kalinkoff wieder aufzunehmen und auch bezüglich der Mitteilung des Petersburger Protokolls an die rumänische Kammer, auf die Herr Majoresco gerade im Interesse einer Annäherung an Bulgarien großen Wert legt, eine entgegenkommende Antwort erteilten sollte. Ein weiteres Zuwarten bulgarischerseits schiene mir auch deshalb höchst inopportun, weil, wie ich aus verläßlicher Quelle erfahre, in Bukarest Einflüsse im Sinne einer antibulgarischen Orientierung der rumänischen Politik am Werke sind und von Serbien und Griechenland konkrete Anerbieten gemacht wurden, auf die man in Bukarest jedoch in der Hoffnung auf einen Akkord mit Bulgarien bis jetzt nicht eingegangen ist. Was die Bemerkung Herrn Majorescos über das Schweigen der bulgarischen Regierung anbelangt, so wollen Euer Hochgeboren Herrn Geschoff sagen, ich ließe den rumänischen Minister durch Prinz Fürstenberg darauf aufmerksam machen, daß sich dies wohl aus dem Standpunkte erkläre, den er (Herr Majoresco) dem bulgarischen Gesandten gegenüber bezüglich der Verhandlungen mit Sofia vertreten habe, wonach diesen erst die parlamentarische Genehmigung der Petersburger Entscheidung voranzugehen hätte, ein Standpunkt, den Herr Majoresco übrigens, wie es scheint, bereits aufgegeben hat.

2. Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 120 vom 17. l. M. erhalten. In Ergänzung der Mitteilungen, zu denen Euer Durchlaucht mit meinem Erlasse vom 16. l. M. Nr. 2255 beauftragt wurden, wollen Dieselben Herrn Majoresco darauf aufmerksam machen, daß das von ihm relevierte Schweigen der bulgarischen Regierung sich daraus erkläre, daß er, wie ich aus Sofia höre, dem bulgarischen Gesandten gegenüber den Standpunkt vertreten hätte, er könne in Verhandlungen mit Sofia erst nach der parlamentarischen Genehmigung der Petersburger Entscheidung eintreten. Aus den in der zitierten Instruktion dargelegten Gründen würde ich es nur begrüßen, wenn Herr Majoresco, wie ich aus seiner obigen Bemerkung schließe, diesen Standpunkt nicht aufrechterhalten würde. Auf die Äußerung Herrn Majorescos, daß er unter gewissen Voraussetzungen zwar nicht den serbischen, wohl aber den griechischen Anträgen nähertreten müßte, wollen Euer Durchlaucht mit der Bemerkung zurückkommen, daß eine Annäherung Rumäniens an Griechenland, wie die Dinge heute stehen, auch eine solche an Serbien impliciere, weshalb ihr derzeit dieselben gewichtigen Bedenken entgegen-

stünden, die ich im citierten Erlaß bezüglich eines etwaigen Zusammengehens mit Serbien geltend gemacht habe. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7070, 7072, 7089, 7099.

Nr. 7054. Tel. aus Sofia, 18. Mai 1913 Nr. 428 (eing. 19. Mai 6 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 242 vom 18. d. M. betreffend rumänische Frage erhalten und mich zu Herrn Geschoff, der mich heute besuchte, auftraggemäß ausgesprochen. Der Passus betreffend eventuelle Haltung Rumäniens im Falle eines Konfliktes Bulgariens mit Serbien und Griechenland schien auf Konseilspräsident beruhigend zu wirken. Er meinte, daß Euer Exzellenz wohl gute Gründe zu Hochderen Auffassung haben müßten und daß die beruhigende Versicherung, die ich Herrn Geschoff im Auftrage Euer Exzellenz gegeben, der bulgarischen Regierung genüge. Konseilspräsident teile Euer Exzellenz Ansicht, daß Kalinkoff binnen zwei Tagen abreisen und Herrn Majoresco Einwilligung bulgarischer Regierung zur Mitteilung Petersburger Entscheidung an die rumänische Kammer bringen werde. Tarnowski.

Nr. 7055. Tel. aus Sofia, 18. Mai 1913 Nr. 429 (eing. 19. Mai 6 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Das dritte[b]) Alinea Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 239 vom 17. d. M. drängt mir folgende Betrachtungen auf, die als meine Pflicht erachte zu melden: Ich wünsche nicht, daß Serbien und Bulgarien Gebiet der Kompromisse betreten und würde Krieg für viel erwünschter halten. Von einem Kompromiss, das durch Nachgiebigkeit Bulgariens zustande käme, würde ich aber dennoch keine bedenklichen Folgen befürchten. Sollte Bulgarien, da es sich momentan zu schwach fühlen würde, unter dem Einfluss Russlands Konzessionen an Serbien machen oder infolge russischen Schiedsspruches auf nur kleinen Teil von Serben okkupierter Gebiete verzichten müssen, würde dies unmöglich hiesige Sympathien für Russland kräftigen oder zur Folge haben, dass sich Bulgarien Russland mehr zuwende. Ich glaube vielmehr, dass ein in dieser Weise zustandegekommener Kompromiss — den ich übrigens mit Rücksicht auf hiesige Stimmung für wenig wahrscheinlich halte — gerade die entgegengesetzte Wirkung auf die hiesige Politik üben würde. Der Kompromiss zwischen Serbien und Bulgarien, den ich befürchten würde, wäre der, welcher durch Einlenken Serbiens herbeigeführt wäre. Ein vom russophilen Kabinett gelenktes, dank einem unter russischer Ägide erfolgten Ausgleich in seinen Aspirationen befriedigtes Bulgarien kann ich nicht wünschen, sondern — falls die Kontroverse im Wege Kompromisses gelöst werden sollte — wünschte ich, dass daraus ein Bulgarien hervorgehe, das seine territorialen Ansprüche momentan hat mäßigen müssen und das unserer Freundschaft bedürfen wird, um seine Aspirationen später zu befriedigen. Nach meiner Auffassung sind von unserem Standpunkt zwei Sachen von größter Wichtigkeit: 1.) Dass Serbien nicht eingeschüchtert wird und intransigent bleibe und 2.) dass eine Situation

entstehe, in welcher Bulgarien unsere Unterstützung unentbehrlich sein würde. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7089, 7133, 7458. — [b]) Das dritte Alinea von n. 7030 reicht von „Andererseits besteht aber" bis „des Balkanbundes hinauslaufen".

Nr. 7056. Tel. aus Sofia, 18. Mai 1913 Nr. 430 (eing. 19. Mai 7 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 426 vom 18.[b]) d. M. Im Verlaufe Besuches, den mir Konseilspräsident heute abstattete, spielte ich auf gewisse Unterredungen, die ich mit Herrn Geschoff kürzlich gepflogen, an. Sprach mich dann mit Nachdruck in Gemäßheit hohen Telegrammes Nr. 239 vom 17. d. M. aus, wobei ich Gedankengang durch einige drastische Kommentare ergänzte und hinzufügte, daß es mir Pflicht Loyalität zu sein scheine, in diesem für Bulgarien kritischen Momente Konseilspräsidenten einerseits gewisse Versicherungen bezüglich unserer Freundschaft und unserer Intentionen für Bulgarien zu wiederholen und ihn anderseits auf Vorbehalte aufmerksam zu machen, an die Erhaltung unserer Freundschaft geknüpft sei. Herrn Geschoff schien meine Eröffnung willkommen zu sein, er dankte und entschuldigte sich, mir nicht so antworten zu können, wie er es möchte: die Lage bulgarischer Regierung sei momentan eine sehr heikle und solange Serbien Vertrag nicht endgiltig mit Füßen getreten und Bulgarien formell mit Arbitrage Russlands zu rechnen habe, müßte sich Geschoff größte Zurückhaltung auferlegen, was ich doch gewiß einsehen würde; ich möge aber versichert sein, daß von dem Momente an, wo Serbien formell Revision des Vertrages verlangen werde, Bulgarien sich als von jeder Verpflichtung frei betrachten und daß Herr Geschoff dann ganz anders mit mir sprechen werde. Im Verlaufe weiterer Konversation betonte Konseilspräsident wiederholt, er glaube an Möglichkeit Ausgleiches mit Serbien nicht mehr und halte Krieg für unvermeidlich. Russischerseits werde zwar behauptet, daß Serbien Arbitrage Russlands angenommen, Herr Geschoff wüßte aber, daß dies nicht wahr. Sollte es, woran Konseilspräsident nicht glaubt, zur Arbitrage kommen, würde sich Bulgarien auch dann Entscheidung unterwerfen müssen, wenn ganze strittige Zone Serbien zugesprochen würde. Ein solcher Schiedsspruch würde aber hier die größte Verstimmung gegen Russland zur Folge haben, da öffentliche Meinung auch Teil strittiger Gebiete für Bulgarien unbedingt beansprucht. Konseilspräsident sei überzeugt, daß Serbien okkupierte Territorien nicht herausgeben werde, auch Monastir nicht, und was Bulgarien anbelange, so sei es absolut ausgeschlossen, daß außer strittiger Zone auch nur die geringste territoriale Konzession an Serbien gemacht werde. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 289 Nr. 554. Vgl. n. 7071, 7088. — [b]) n. 7045, aufgegeben am 18. Mai 1913 3 U. 30 M. a. m.

Nr. 7057. Tel. aus Athen, 19. Mai 1913 Nr. 310 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Griechenland und Epirusgrenze. Streng vertraulich. Ich habe den Eindruck, daß griechische Regierung anfängt, die aus egoistischen Motiven

so prononcierte griechenfreundliche, respektive antiitalienische Haltung Frankreichs als etwas unbequem zu empfinden, da diese Haltung den Gegensatz zwischen Griechenland und Italien verschärft und es griechischer Regierung nicht passen kann, mit Italien in einem Momente Händel zu bekommen, wo Spannung mit Bulgarien sich Höhepunkt zu nähern scheint. Gestrige Äußerung Coromilas: „La France fait de la politique sur le dos de la Grèce" hat meinen oberwähnten Eindruck verstärkt. Braun.

[a]) Vgl. n. 7047.

Nr. 7058. Tel. aus Athen, 19. Mai 1913 Nr. 313 (eing. 20. Mai 2 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Ada Kaleh. Minister des Äussern brachte die von uns kürzlich angeblich vollzogene Annexion dieser türkischen Donauinsel mir gegenüber in mehr humoristischer Weise zur Sprache und warf hiebei Bemerkung hin, dass nach dem Wortlaut von den Mächten approbierten Präliminar-Friedensentwurfes das ganze westlich der Linie Enos—Midia liegende Gebiet mit einziger Ausnahme Albaniens den Alliierten zediert werde. Obgleich Coromilas damit sagen zu wollen schien, dass die Monarchie sich wegen dieser Insel eigentlich mit den Verbündeten auseinanderzusetzen hätte, meinte er sarkastisch, von der an die Türkei dieserhalb eventuell zu zahlenden Entschädigungssumme werde eines nicht fett werden. Braun.

[a]) Vgl. n. 7065, 7073.

Nr. 7059. Tel. aus Belgrad, 19. Mai 1913 Nr. 287 (eing. 10 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Serbisch-bulgarische Beziehungen. Herr von Hartwig hat unlängst aus Petersburg strikte Weisung erhalten, alles aufzubieten, damit der Konflikt zwischen Bulgarien und Serbien nicht akut werde. Er hatte mit Herrn Pašić und bulgarischem Gesandten lange Besprechung, doch vorläufig erfolglos. Bulgarischer Gesandter reist heute auf mehrere Tage nach Sofia. Ich habe den Eindruck, daß serbische Regierung etwas nachgiebiger gestimmt sei, was allerdings offiziell energisch in Abrede gestellt wird. Mir scheint fast, daß man sogar mit der Eventualität des Verzichtes auf Monastir rechne, wenn man andere Kompensationen dafür erhalten würde. Allerdings steht dies im Widerspruche mit dem feierlichen Empfang der serbischerseits bestellten Deputation aus Monastir und der von Herrn Pašić derselben gemachten Erklärung (vide mein Telegramm Nr. 266 vom 5. d. Mts.). Auch die Dekorierung des Bürgermeisters und der Mitglieder der Deputation wurde als ein Zeichen angesehen, daß Monastir bereits als eine serbische Stadt betrachtet wird. Herr Stefanović machte mir heute eine charakteristische Äußerung: „Même si nous renonçons à Monastir, cela ne profiterait nullement aux Bulgares car dans ce cas Grecs feraient prévaloir leurs droits. Ils sont disposés céder leurs prétentions aux Serbes, mais jamais aux Bulgares et c'est tout naturel. Donc la Bulgarie ne pourrait en aucun cas entrer en possession de cette ville: nous tenons beaucoup et les Grecs de même à ce que notre territoire ne soit pas séparé par une enclave bulgare." Serbien scheint demnach Griechenland vorschieben zu wollen für den Fall,

dass es selbst die Stadt für sich nicht behaupten könnte. Herr Spalaiković ist vor zirka 14 Tagen auf kurze Zeit hergekommen, weilt aber noch immer hier und scheint zu warten, bis serbische Regierung in bulgarischer Frage definitiven Entschluß gefasst habe. Die Nachrichten über Entlassung des dritten Aufgebotes scheinen sich zu bewahrheiten. Ugron.

Nr. 7060. Tel. aus Bukarest, 19. Mai 1913 Nr. 121 (eing. 7 U. p. m.).[a] Entziff.

Bei gestrigen Pferderennen, denen Königspaar anwohnte, befahl mich Seine Majestät der König in die Loge, wobei sich Gelegenheit zu längerem politischem Gespräche bot, wodurch ich von Bitte um Audienz enthoben zu sein glaube. Seine Majestät betonte, daß bulgarische Politiker, insbesondere Herr Danew, sich als nicht vertrauenswürdig bewiesen hätten und gegen Rumänien eine unkluge, gehässige Politik gemacht haben, welche sich nun räche. Er lege persönlich keinen Wert weder auf Silistria, noch auf weitere Grenzregulierungen, die Stimmung im Lande sei aber eine derart gegen Bulgarien gereizte, daß weder er, noch irgend eine Macht der Erde im Stande wäre, Rumänien zurückzuhalten, in einem Konflikt Bulgariens mit seinen heutigen Alliierten für dessen Gegner Partei zu ergreifen. Er könne deshalb die Allianzangebote Serbiens und Griechenlands nicht a limine abweisen; er trachte nur, Entscheidung hinauszuschieben, um Bulgarien Zeit zu geben, durch spontanes Angebot geringer territorialer Konzessionen Freundschaftsbeweis zu geben. „Il ne s'agit que du geste." Sollte ein solcher erfolgen, so würde ihm dies eine bulgarophile Haltung ermöglichen. Für die Abtretung der beiden einragenden Winkel und einiger Kilometer an Küste würde Rumänien Neutralität wahren. Ich brachte, soweit dies gegenüber Seiner Majestät dem Könige möglich ist, mit größtem Nachdrucke die in den gegenständlichen Telegrammen[b] Euer Exzellenz und im Erlasse Nr. 2255 enthaltenen Vorstellungen zur Geltung, insbesondere auf die Gefahr einer serbischen Entente und auf die Wahrscheinlichkeit hinweisend, daß ein Eingehen auf serbisch-griechischen Annäherungsversuch neuerlichen Zusammenschluß des Balkanbundes zur Folge haben werde. Ich hob hervor, daß Bulgarien auf Silistria in der Hoffnung verzichtete, Rumänien günstig zu stimmen. Seine Majestät der König, den ich weniger zugänglich fand, wie Ministerpräsidenten, und der sich meinen Ausführungen gegenüber rein rezeptiv verhielt, erklärte, daß, wenn er sich durch bulgarische Verstocktheit gezwungen sehen würde, mit Serbien oder Griechenland in ein näheres Verhältnis zu treten, er auf dieses nur ad hoc eingehe und es nur insolange dauern würde, als es zur Erreichung des Zweckes unumgänglich notwendig wäre. Serbische und griechische Anbiederungsversuche böten ihm Pressionsmittel gegen Bulgarien, auf das er nicht verzichten könne.

K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 7077, 7093, 7103. — [b] n. 6833, 6903.

Nr. 7061. Tel. aus Bukarest, 19. Mai 1913 Nr. 122 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Entsende heute Legationsrat Baron Haymerle zur mündlichen Berichterstattung und Aufklärung der hiesigen Lage nach Wien.

[a] Vgl. n. 7093, 7103. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7062. Tel. aus Bukarest, 19. Mai 1913 Nr. 123 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Bei gestern stattgefundener Unterredung mit Minister des Äussern Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 218 mitgeteilt, der sich ausnehmend dankbar zeigte. Ich brachte dann Ausführungen hohen Erlasses Nr. 2255 zur Sprache. Herr Majoresco beharrt dabei, Herr Kalinkoff habe, freilich als seine persönliche Meinung, zum Ausdruck gebracht, dass unter gewissen Bedingungen Bulgarien noch weitere territoriale Konzessionen zu machen eventuell bereit sein würde. Als vollkommen falsch bezeichnete Mitredner die Aussage des bulgarischen Gesandten, wonach er sich geäußert hätte, erst dann auf Verhandlungen eingehen zu können, wenn rumänische Kammer und bulgarisches Sobranje Petersburger Protokoll angenommen hätten. Von bulgarischem Sobranje habe er nie gesprochen, sondern nur Wunsch ausgedrückt, womöglich vor weiteren Pourparlers Botschafterbeschluß von hiesigen Vertretungskörpern angenommen zu sehen, damit diese Frage endgiltig erledigt sei. Abwarten bis Sobranje Petersburger Beschlüsse ratifiziert, laufe rumänischen Interessen direkt entgegen (vide hieramtliches Telegramm Nr. 120 vom 17. d. M.). Um weitere Missverständnisse zu vermeiden, fasste Minister ins Auge, mich und Kalinkoff zu gemeinsamer Besprechung einzuladen, nachdem letzterer mit Graf Tarnowski rumänisch-bulgarische Entente besprochen hat. Minister schätzt Abtretung Silistrias als moralischen Sieg Rumäniens in Konferenz hoch ein, politischer und strategischer Wert ohne die weiteren, von Bulgarien bereits seinerzeit gemachten Grenzkonzessionen sei jedoch nicht nennenswert. Rumänien verlange auch nicht weitere Grenzregulierung ohne entsprechenden Gegenwert, es biete im Gegenteile Bulgarien Garantierung Neutralität und wirtschaftliche Vorteile an, eventuell auch militärische Hilfe bei größeren territorialen Konzessionen. In Betreff der serbischen Annäherungsversuche teilte mir Minister mit, dass Herr Ristić vor zirka drei Wochen Frage an ihn gestellt, wie Rumänien sich im Falle eines serbo-bulgarischen Konfliktes verhalten werde und ob rumänische Regierung nicht ein Defensivbündnis eingehen wolle. Er habe ausweichend geantwortet (hieramtliches Telegramm Nr. 111 vom 1. d. M.). Auf meinen Vorhalt, dass Rumänien durch feindselige Haltung Bulgarien gegenüber neuerliche Zusammenschweissung Balkanbundes herbeiführen werde, antwortete Minister, dass er Annäherungsversuche bulgarischer Alliierten weder hindern könne, noch in der Lage sei, dieselben vollkommen abzuweisen, insolange Bulgarien nicht durch Anbot auch nur geringer Abtretungen freundschaftliche Gesinnung manifestiere. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7093, 7103, 7117.

Nr. 7063. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 19. Mai 1913 Nr. 256 (eing. 20. Mai 2 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 238[a]) vom 17. d. Mts., betreffend eventuellen türkisch-bulgarischen Separatfrieden. Ich habe auftraggemäß Großvezier vertraulich von der Äußerung Herrn Geschoffs Mitteilung gemacht. Mahmud Schefket Pascha antwortete mir, er könne nur in dem Falle mit Bulgarien Separatfrieden schließen, wenn die

bulgarische Regierung ihre Bedingungen im vollen Umfange der Pforte bekanntgeben würde und wenn auf diese Weise ein definitiver Frieden mit Bulgarien zustande komme. Türkei könne nämlich, fügte Großvezir hinzu, nicht riskieren, der Vorteile der Mediation der Mächte verlustig zu werden und sich Gefahr auszusetzen, eventuell allein Bulgarien gegenüber zu stehen. Streng vertraulich und mit ausdrücklicher Bemerkung, er wünsche nicht, daß Bulgarien dies wisse, sagte mir noch Mahmud Schefket Pascha, Türkei werde sich keinesfalls in einen eventuellen Krieg, welcher zwischen den Balkanstaaten ausbrechen könnte, einmischen. Pallavicini.

a) Mit Tel. Nr. 238, 17. Mai 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurde n. 7033 auszugsweise nach Konstantinopel mitgeteilt.

Nr. 7064. Verbalnote der türkischen Botschaft, 19. Mai 1913 Nr. G[I] 39039, Nr. S[I] 21. Ausfert. Eingeschaltet in n. 7104.

Nr. 7065. Tel. nach London, 19. Mai 1913 Nr. 404 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Herr von Mérey telegrafiert mir unterm 18. d. M. wie folgt: ... *wie n. 7051 bis „Kompensationen geben müsse“* ... Ein analoger russischer Schritt ist bei mir nicht unternommen worden. Ich halte es jedoch nicht für ausgeschlossen, daß in der morgigen Réunion von irgend einer Seite der Versuch gemacht werde, unsere Verfügungen auf Ada Kaleh zur Sprache zu bringen. In diesem Falle wollen Euer Exzellenz ohne sich in eine längere Diskussion einzulassen, den Tatbestand auf Grund der in meinem Telegramme Nr. 399 vom 13. d. M. enthaltenen Mitteilungen feststellen und bemerken, daß Ihnen von einer Annexion der Insel nichts bekannt sei. Wenn in der Réunion die Forderung nach einem Junctim zwischen Ada Kaleh und irgend einer anderen Frage, namentlich der Abgrenzung Albaniens erhoben würde, wollen Euer Exzellenz nachdrücklich betonen, daß hievon keine Rede sein könne und daß speziell die Nord- und Nordostgrenze Albaniens eine definitiv beschlossene Sache sei, an der nicht mehr gerüttelt werden könne. Berchtold.

a) Vgl. n. 7058, 7073, 7090, 7104.

Nr. 7066. Tel. aus London, 19. Mai 1913 Nr. 400 (eing. 20. Mai 12 U. 10 M. a. m.).a) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 402 vom 17. d. Mts. Einsetzung einer internationalen technischen Kommission zur detaillierten Festsetzung der Nord- und Nordostgrenze Albaniens. Ich wollte den betreffenden Vorschlag, der mir sehr zweckmäßig scheint, bei morgiger Réunion vorbringen. Mein italienischer Kollege sagte mir aber, seine Regierung hege Bedenken, Diskussion darüber zu eröffnen, bevor man über Südgrenze einer Einigung näher gelangt sei. Marquis Imperiali hat zwar Instruktionen, mich zu unterstützen, wenn ich trotzdem Vorschlag einbringe, bat mich aber, es morgen noch nicht zu tun, da Marquis di San Giuliano seine Bedenken Euer Exzellenz mitteilen läßt. Unter diesen Umständen glaube ich, noch zuwarten zu sollen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 7050, 7078, 7116 Anm. b.

Nr. 7067. Tel. aus London, 19. Mai 1913 Nr. 401 (eing. 20. Mai 5 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Sir E. Grey sagte mir heute, es schiene zweckmäßig, sobald man sich in der Réunion über die Grundzüge geeinigt haben wird, eine Subkommission von ...[b] einzusetzen, um die Détails des Statuts für Albanien und der Südgrenze auszuarbeiten, so daß der Botschafterréunion dann nur mehr die Frage der Inseln übrig bleibe. Es ist dies eine Idee, die mir Sir William Tyrrel wiederholt entwickelte. Eine Kommission, bestehend aus Sektionschef Ippen, Petrajew, dem Referenten des Foreign Office und einem italienischen Vertreter. Sollte Frankreich auf einem Vertreter bestehen, so müßte natürlich auch Deutschland jemanden delegieren; nach Tyrrels Idee wären aber die vier Genannten hinreichend. Meine Konversation mit dem wiedergenesenen Tyrrel bestärkte mich in der Ansicht, daß Sir E. Grey die Frage der Südgrenze im Konnex mit der Inselfrage behandeln will und daß wir auf sein Entgegenkommen in ersterer Frage nur rechnen können, wenn er von Italien bezüglich Aufgabe von Rhodus beruhigt ist und von Deutschland Zusicherung erhält, daß es nicht darauf bestehe, daß Chios und Mytilene der Türkei erhalten bleiben müssen. Nach Äußerungen meines italienischen und deutschen Kollegen ist begründete Aussicht vorhanden, daß ihre Regierungen Sir E. Grey in den gedachten Punkten beruhigen werden. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6972, 7079. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 7068. Tel. aus London, 19. Mai 1913 Nr. 402 (eing. 20. Mai 5 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe heute Sir E. Grey gesprochen, der Herrn Danew und die serbischen Delegierten empfangen hatte. Danew, sehr ungeduldig Frieden zu schließen, wollte den Rat des Staatssekretärs haben, ob Bulgarien eventuell ohne seine Alliierten Frieden mit der Türkei schließen sollte. Grey antwortete, er könne ihm keine Ratschläge darüber erteilen, was zwischen Verbündeten loyal oder nicht sei und kenne auch nicht ihre Abmachungen. Serbische Delegierte wollten in den Text des Präliminarfriedens etwas über den zugesagten wirtschaftlichen Akzeß zu einem Adriahafen hineinbringen. Sir E. Grey erwiderte, daß diese Zusage von den Mächten gemacht sei, nichts mit der Türkei zu tun habe. Eine Wiederholung der Zusage könnte aber in dem Statute für Albanien oder in einem anderen von den Mächten unterfertigten Instrumente gemacht werden, nicht aber in dem Friedensvertrag. Serbische Delegierte schienen sich damit zufrieden zu geben. Griechische Delegierte hat Grey noch nicht gesehen. Er sagte aber den serbischen Delegierten, als diese von den griechischen Wünschen sprachen, daß, falls Griechenland durch seine Insistenz, die Südgrenze Albaniens und das Los der Inseln im Voraus zu kennen, die Mächte für sich geneigter machen würde, er die griechische Haltung begreiflich fände. Es sei aber das gerade Gegenteil der Fall. Die serbischen Delegierten brachten auch die Nord- und Nordostgrenze Albaniens zur Sprache mit der Bemerkung, daß die festgesetzte Linie, namentlich in der Gegend von Ljuma, „unausführbar“ sei. Grey antwortete, daß man darauf nicht zurückkommen könne,

sonst würde alles, was nach mühsamer Arbeit bestimmt wurde, sowie alle Konzessionen in Frage gestellt. Er sprach so deutlich, daß ein Delegierter ihn fragte, ob die bestimmte Grenzlinie als ein „noli me tangere" aufzufassen sei, was der Staatssekretär bejahte, womit die Sache erledigt war. Sir E. Grey dürfte bei morgiger Réunion Vorschläge zur Beschleunigung des Abschlusses Präliminarfriedens machen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 7080.

Nr. 7069. Tel. aus Paris, 19. Mai 1913 Nr. 99 (eing. 10 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 18. d. M. Nr. 281: Rede Pichons. Der von Euer Exzellenz beanständete Passus, der, wie die ganze Rede, hauptsächlich Zweck verfolgte, vermittelnde Tätigkeit hiesiger Regierung hervorzukehren, wurde hier gar nicht releviert und bezieht sich auf eine jener zahlreichen Anregungen, die im Sande verliefen. Ich werde Herrn Pichon auf seinen Irrtum aufmerksam machen, weiß aber nicht, ob er demnächst in der Kammer Gelegenheit finden wird, seine Erklärungen zu modifizieren, noch ob er hiezu geneigt sein wird. Neuerliche Erklärung über diese Frage, die nur mehr retrospektives Interesse hat, würde der Sache mehr Wichtigkeit geben als ihr vielleicht zukommt. Telegramm Euer Exzellenz vom 5. Jänner l. J. Nr. 13 enthält übrigens nur die Bemerkung, daß Euer Exzellenz sich hinsichtlich der Stellungnahme zu den in diesem Telegramme mitgeteilten Propositionen Sir E. Greys mit Berlin und Rom ins Einvernehmen setzen wollen. Szécsen.

Nr. 7070. Tel. aus Sofia, 19. Mai 1913 Nr. 431 (eing. 4 U. p. m.).a) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 246 von heute nachts, rumänische Frage betreffend, erhalten und Konseilspräsidenten, der eben im Ministerrate saß, mitgeteilt. Herr Geschoff war von Eröffnung Herrn Majorescos an Prinz Fürstenberg, wonach „geringe bulgarische Konzessionen genügen würden ...." peinlich impressioniert. Das heißt, — meinte er — daß man in Bukarest von Bulgarien weitere Konzessionen herauspressen wolle. Geschoff fragte, ob ich nichts Näheres darüber wüßte und zwar ob Rumänien auch für „wohlwollende Neutralität" weitere Bezahlung fordern werde oder nur dann, wenn Bulgarien aktive Kooperation Rumäniens gegen Serbien verlangen möchte. Ich sagte, ich wüßte nichts Näheres, nur soviel wisse ich, daß Euer Exzellenz Möglichstes tun, um rumänische Regierung von weiteren Forderungen abzubringen. Herr Geschoff betonte, daß Bulgarien keiner aktiven Unterstützung bedürfte und daß es sich nur wohlwollende Neutralität von Rumänien sichern möchte, wenn aber dafür weitere territoriale Zession gefordert werde, sei Sache unmöglich. Es sei ganz ausgeschlossen, — fügte Herr Geschoff hinzu — daß bulgarische Regierung sich darauf einlasse und in Konzessionen darüber hinausginge, was in Petersburg bestimmt wurde. So etwas könnte Kabinett vor öffentlicher Meinung unmöglich vertreten und müßte Geschoff diese Rolle einer anderen Regierung überlassen oder trachten, Politik Bulgariens anders zu orientieren. Konseilspräsident

bemerkte auch, daß die beruhigende Erklärung, die ich ihm gestern (im Sinne hohen Telegrammes Nr. 242 vom 18. d. Mts.) über eventuelle Haltung Rumäniens im Falle Krieges mit Serbien gemacht hatte, durch Äußerung Majorescos an Prinzen Fürstenberg, welche ich Herrn Geschoff heute mitgeteilt, sehr abgeschwächt erschiene. Geschoff ersuchte mich, seine peinliche Impression Euer Exzellenz zu melden und zugleich anzuzeigen, daß Kalinkoff morgen Bukarest abreisen und Ermächtigung erhalten werde, Majoresco Zustimmung bulgarischer Regierung zur Mitteilung Petersburger Entscheidung an Kammer bekanntzugeben. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 290 Nr. 556. Vgl. n. 7099.

Nr. 7071. Tel. aus Sofia, 19. Mai 1913 Nr. 432 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 239 vom 17. d. M. und mein Telegramm Nr. 430 vom 19. d. M. Herrn Dobrovič gestern und heute gesehen. Gestern hatte ich ihn besucht, unmittelbar bevor Konseilspräsident bei mir vorsprach. Dobrovič besprach zuerst Lage, die er mit Rücksicht auf Meldungen aus Belgrad als ernst bezeichnete, und zwar umso ernster, als Verdacht begründet, dass es zwischen Serbien und Griechenland zur Verständigung gekommen. Verzögerung Friedensschlusses sei auch Mache der Serben und Griechen, sagt Dobrovič. Ich erwiderte, ich hätte bereits seit einigen Tagen aus letzten Gesprächen mit Herrn Geschoff Eindruck, dass Situation zugespitzt, und unter dieser Impression habe ich meine Instruktionen und Korrespondenz mit Euer Exzellenz genau durchgesehen und hätte Absicht — da ich es an der Zeit fände — Konseilspräsidenten einige Erklärungen, die ich hier im Laufe letzter Zeit abgegeben, in Erinnerung zu bringen und ihn aufmerksam zu machen, dass die darin enthaltenen Prinzipien unserer Politik Bulgarien gegenüber zu Recht bestünden. Ich werde — meinte ich — Herrn Geschoff Folgendes sagen und führte an [den] Gedankengang Euer Exzellenz Auftrages im Sinne eingangszitierten hohen Telegrammes. Ich glaube, fügte ich hinzu, dass es im gegenwärtigen, für Bulgarien wichtigen Momente angezeigt ist, dass Konseilspräsident über unsere Politik nicht im Zweifel belassen werde und von mir genau erfahre, einerseits welches unsere Intentionen Bulgarien gegenüber seien und andererseits die Bedingung, von der Erhaltung unserer Freundschaft abhinge. Herr Dobrovič meinte, es sei sehr guter Gedanke, Herrn Geschoff in diesem Momente reinen Wein einzuschenken, und Dobrovič sei sehr gespannt, was mir Konseilspräsident antworten werde. Die so wichtige Versicherung, dass Monarchie bei territorialer Regelung Balkans gewichtiges Wort mitreden und keiner Teilung zustimmen wolle, bei der bulgarische Interessen nicht entsprechend berücksichtigt sein würden, müsste —meinte Dobrovič — für Konseilspräsidenten von größter Wichtigkeit und willkommen sein. Was Vorbehalt anbelange, an den wir unsere Freundschaft knüpften, so sei es ausgeschlossen, dass sich Bulgarien in eine Kombination mit Spitze gegen Monarchie hineinziehen lasse. Krieg mit Serbien sei unvermeidlich und sollte es gegen jede Erwartung dazu nicht kommen, hätten doch Russland und Serbien hier unter allen Umständen ausgespielt.

Auch die jetzige Regierung sei bereits für Russland abgekühlt und glaube an Möglichkeit Verständigung mit Serbien nicht mehr; jede andere Partei, ganzes Land und Armee seien gegen Russland und Serbien erbittert. Herr Dobrovič sagte, er werde Seiner Majestät über Gespräch mit mir sofort Meldung erstatten. Das war gestern; heute besuchte mich Dobrovič und erzählte, König betrachte Lage mit Besorgnis und, als Höchstderselbe Erklärung, die ich Geschoff machen wollte, erfuhr, habe Seine Majestät bemerkt, es sei gute und beruhigende Nachricht. König hätte nur gefürchtet, dass mir Konseilspräsident wie neulich (meine Telegramme Nr. 395 und 404 vom 6. und 11. d. M.) wieder ausweichende Antwort, die in Wien schlechten Eindruck machen würde, geben werde, und Dobrovič erhielt Auftrag, heute zuerst Geschoff zu sondieren und dann bei mir vorzusprechen. Ich erzählte Herrn Dobrovič laut meines vorzitierten Telegrammes Nr. 430 meine gestrige Unterredung mit Geschoff, wozu Mitredner bemerkte, dass Konseilspräsident mich eigentlich wieder ohne Antwort gelassen, und worauf ich erwiderte, dass ich eigentlich Antwort erhalten, und zwar die, dass Geschoff vorläufig noch auf Serbien und Russland warte und erst, wenn von dort endgiltige Enttäuschung erfahren werde, sich an mich wenden würde. Ich begriffe aber — fügte ich hinzu — heikle Lage Geschoffs und glaubte, dass man dieselbe, bei unserem Wohlwollen für Bulgarien, jetzt auch in Wien einsehen würde, „pourvu que le gouvernement bulgare ne s'embarque pas dans une politique qui l'amènerait dans des combinaisons hostiles à l'Autriche-Hongrie, car alors, malgré le ferme désir que nous avons de soutenir la Bulgarie aussi bien à présent qu'à l'avenir, nous devrions immédiatement nous détourner d'elle." Dobrovič meinte, dass Herr Geschoff auch ihm gegenüber kürzlich über schwierige Situation geklagt hätte, in welcher Bulgarien, obwohl es Österreich-Ungarn brauche, sich demselben, solange mit Serbien zu keinem Riss gekommen und solange mit Arbitrage Russlands zu rechnen sei, nicht offen zuwenden könnte. Auf meine Frage, ob Dobrovič seit gestern Geschoff gesehen und was dieser über gestrige Unterredung mit mir gesagt, antwortete Mitredner, Konseilspräsident hätte ihm den Teil Gespräches, den ich soeben erzählte, gänzlich verschwiegen. Ich konnte kaum glauben, Dobrovič führte aber aus, er hätte Konseilspräsidenten heute morgens besucht und für Vortrag an Seine Majestät gefragt, ob er mich gesprochen. Herr Geschoff habe geantwortet, dass ich ihm eine Mitteilung Euer Exzellenz betreffend rumänische Angelegenheit bekanntgegeben und schilderte dieselbe. Dobrovič habe direkte Frage gestellt, ob sonst kein Thema mit mir berührt worden wäre, und Geschoff antwortete verneinend. Ich gab meinem Befremden über diese Unaufrichtigkeit Konseilspräsidenten dem Monarchen gegenüber in unumwundener Weise Ausdruck und fragte, was Dobrovič davon dächte. Mitredner meinte, er finde es auch unerhört, Herr Geschoff sei aber bekannt als krankhaft verschlossen, was Seine Majestät wüsste und Konseilspräsidenten deswegen kontrollieren ließe. Mit Rücksicht darauf sei es ebenso nützlich, fügte Dobrovič hinzu, dass ich Mühe nehme, mich in allen wichtigen Fragen auch an ihn, Dobrovič, zu wenden. Nachdem ich vorgeschildertes unklares Spiel Herrn Geschoffs erfahren, las ich Dobrovič Teile aus meinem gehorsamen

Telegramm an Euer Exzellenz über gestriges Gespräch mit Konseilspräsidenten vor. Dobrovič sagte, er werde Seiner Majestät über seinen Besuch bei mir und bei Herrn Geschoff sofort berichten. Im Verlaufe weiterer Unterredung bemerkte noch Dobrovič, dass Serbien und Griechenland Frieden absichtlich verzögerten und für Bulgarien wäre es leider, da vertragswidrig, unmöglich, Separatfrieden zu unterzeichnen, da sich Serbien darauf in seinem Begehren nach Revision des Vertrages berufen würde. Wenn Mächte Separatunterzeichnung Friedens von Bulgarien und Türkei für zulässig erklären würden, würde Bulgarien nicht länger zögern. Er meinte auch, das Dringendste für Bulgarien sei, sich mit Türkei und Rumänien baldigst zu verständigen. Über Rumänien sprach er länger, worüber separat telegraphieren werde. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7088, 7089.

Nr. 7072. Tel. aus Sofia, 19. Mai 1913 Nr. 433 (eing. 20. Mai 5 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Im Verlaufe der heutigen Unterredung mit Herrn Dobrovič erzählte er mir, was ihm Konseilspräsident über meine letzten Mitteilungen in rumänischer Frage (hohe Telegramme Nr. 242 und 246 vom 18. und 19. d. M.) gesagt, und wir konstatierten, dass Information, die Herr Geschoff Dobrovič gegeben, richtig war. Aus Äusserungen Dobrovič' hatte ich Eindruck, dass auch er von Sprache Herrn Majorescos an Prinzen Fürstenberg, aus der hervorgeht, dass Rumänien „für ein für Bulgarien günstiges Abkommen geringe Konzessionen erwarte", sehr unangenehm berührt. Es entging auch nicht meiner Aufmerksamkeit, dass gleich Herrn Geschoff auch Dobrovič gewissermassen stutzig geworden ist, als ich auftraggemäß bemerkte, dass aus Sprache Majorescos dessen gute Dispositionen ersichtlich. Ich habe nicht insistiert, sondern, soweit mit hohem Auftrag vereinbar, möglichst hinweggeglitten, um nicht Eindruck zu geben, als ob wir etwaige weitere Forderungen Rumäniens vertreten möchten. Das würde nichts helfen, nur verstimmen. Wie sich bulgarische Regierung in Verhandlungen mit Rumänien verhalten wird, wird nur von Grad Schwierigkeiten, in welchen sich Bulgarien befinden wird, abhängen. Herr Geschoff bleibt dabei, dass er sich nur wohlwollende Neutralität Rumäniens sichern wolle, und Dobrovič bestätigt dies mit Versicherung, dass Geschoff nunmehr vom Wert rumänischer Freundschaft überzeugt und Absicht hätte, sich später, nachdem Balkanangelegenheiten abgewickelt, mit Rumänien viel intimer einzulassen. Abtretung bulgarischen Territoriums bildet hier einen furchtbar heiklen Punkt, in dem allgemein bei Regierung, beim König und sonst größte Empfindlichkeit herrscht. Von unserem hiesigen Standpunkte wäre es speziell auch mit Rücksicht auf meine Erklärung im Sinne des vorletzten Alineas[b] Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 242 vom 18. d. M. bedauerlich, wenn Rumänien auch schon für wohlwollende Neutralität weitere Konzessionen fordern würde. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7099. — [b] Das vorletzte Alinea von n. 7043 reicht von „Was den Wunsch Herrn Geschoffs anbelangt" bis „zu einem Akkord zu gelangen".

Nr. 7073. Tel. an den ungarischen Ministerpräsidenten Ladislaus von Lukács in Budapest, 19. Mai 1913 Nr. 19 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Zeitungsmeldungen zufolge beabsichtigen Euer Exzellenz in morgiger Sitzung dem Abgeordnetenhause die erfolgte Einverleibung der Insel Ada Kaleh in das Komitat Krassó-Szörény bekanntzugeben. Ich erlaube mir nun, Euer Exzellenz Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß es mir erwünscht wäre, wenn Angelegenheit derzeit nicht zur Sprache käme; sollte dies aber nicht zu vermeiden sein, würde ich größten Wert darauf legen, daß die Erklärung Euer Exzellenz sich darauf beschränke, daß am 13. l. M. auf der Insel Ada Kaleh ein ungarischer Verwaltungsbeamter installiert wurde und daß diese Maßnahme darauf zurückzuführen ist, daß nach Abschluß des Friedens zwischen der Türkei und den Balkanstaaten die Abberufung des dortselbst anwesenden ottomanischen Zivilfunktionärs gewärtigt werden mußte, so daß es geboten war, schon heute für die ungestörte Verwaltung dieser schon seit mehr als dreißig Jahren von Österreich-Ungarn besetzten Insel vorzusorgen. Von einer Einverleibung oder Annexion zu sprechen, hielte ich vom Standpunkte der äußeren Politik für inopportun. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7013, 7020, 7051, 7058, 7065, 7090.

Nr. 7074. Tel. aus Athen, 20. Mai 1913 Nr. 315 (eing. 21. Mai 1 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Griechisch-serbischer Akkord. Zur künftigen Orientierung der Politik Griechenlands. Streng vertraulich. Einem Kollegen, welcher kürzlich Herrn Coromilas über die sich immer mehr verdichtenden Gerüchte bezüglich eines Spezialabkommens zwischen Griechenland und Serbien sondierte, antwortete Seine Exzellenz so ausweichend, daß mein Gewährsmann neuerdings Eindruck empfing, daß solche Abmachungen entweder schon bestehen oder im Zuge. Hiebei deutete Minister an, daß es förmlicher Abmachungen zwischen beiden Staaten nicht bedürfe, da deren Zusammengehen für gewisse Eventualitäten ohnedies zweifellos. Gelegentlich vorgestriger Entrevue Herrn Venizelos' mit italienischem Gesandten hat sich Ersterer ähnlich ausgesprochen wie seinerzeit zum deutschen Gesandten (confer mein Telegramm Nr. 141 vom 13. März l. J.), wobei er betonte, daß ein dauernder Akkord mit dem slavischen Serbien wohl ausgeschlossen wäre, es hingegen im wohlverstandenen Interesse Griechenlands läge, in eine vertrauensvoll dauerhafte Entente mit der Türkei und Rumänien zu treten. Ich glaube, daß dieses angebliche politische Programm Herrn Venizelos' seinen Überzeugungen entspricht; ich habe auch Anhaltspunkte dafür, daß griechischerseits schon Sondierungen unternommen wurden, um dieses Programm zu verwirklichen. Alles aber scheint dafür zu sprechen, daß eine der nächsten Zukunft dienende geheime Abmachung Griechenlands mit Serbien bestehe. Sie ziehlt wohl zunächst auf ein Hand in Hand gehen im allgemeinen und speziell in der Frage der Gebietsverteilung hin und zwar mit einer Spitze gegen Bulgarien, gegen welches sich gegebenen Falles auch die beiden

kooperierenden Armeen wenden würden. Vorläufig besteht aber sicherlich seitens der griechischen Regierung Tendenz, ihre Differenzen mit Bulgarien, wenn irgend tunlich, auf friedlichem Wege zu bereinigen. Braun.

Nr. 7075. Tel. nach Berlin, 20. Mai 1913 Nr. 362 (chiffr. 6 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Der königlich italienische Botschafter machte mir die Mittheilung, daß seine Regierung Meldungen aus St. Petersburg hätte, denen zufolge das dortige Kabinet noch an dem Glauben festhalte, daß die kaiserlich deutsche Regierung in der Frage der Südgrenzen Albaniens den griechischen Wünschen Rechnung zu tragen bestrebt sei und unserem, beziehungsweise dem italienischen Standpunkte keine Unterstützung zu Theil werden lasse. Die Konsulta würde — wie Herzog Avarna bemerkte — Wert darauf legen, daß man auch in St. Petersburg authentisch darüber aufgeklärt werde, daß die kaiserlich deutsche Regierung die von uns und Italien einvernehmlich beschlossene Grenzlinie gleichfalls nachdrücklich zu vertreten entschlossen sei. Vorstehendes zur Mittheilung an Herrn von Jagow. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7124.

Tel. nach Berlin, 20. Mai 1913 Nr. 363 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7079.

Nr. 7076. Privatschreiben aus Berlin, 20. Mai 1913 (eing. 22. Mai).[a] Ausfert.

Herr von Jagow habe ich nach seiner Rückkehr von Wien nur ganz kurz sprechen können. Er selbst, sowie sämtliche Herren im Auswärtigen Amt sind gerade jetzt mit den Vorbereitungen zum Empfange der hohen Gäste, die anlässlich der Vermählung der Prinzessin Victoria Luise nach Berlin kommen, so sehr beschäftigt, dass sie, wie mir der Staatssecretär versicherte, sich eigentlich mit der Politik gar nicht mehr beschäftigen und bis auf Weiteres sich nur um die Hochzeit bekümmern! Mit seinem Aufenthalte in Wien war Herr von Jagow in jeder Beziehung zufrieden. Insbesondere war er von dem gnädigen Empfange, den ihm unser Allergnädigster Herr zuteil werden liess, ganz entzückt. Seine k. u. k. Apostolische Majestät, über Allerhöchstderen vorzügliches Aussehen sich der Staatssecretär mit grosser Freude äusserte, hatten die Gnade, mit ihm alle schwebenden Fragen der äusseren Politik zu besprechen und zeigten Sich, wie Herr von Jagow bemerkt, über alle Détails derselben in staunenswerter Weise informiert. Die wiederholten längeren Besprechungen mit Euerer Excellenz haben zu seiner aufrichtigen Befriedigung ihn in seiner Überzeugung bekräftigt, dass die Politik der beiden verbündeten Reiche in der Balkankrise sich auf dem gleichen Geleise bewege. Allerdings seien in den gegenseitigen Auffassungen einige Abweichungen zu constatieren, die aber hoffentlich in der Folge ausgeglichen werden können. Hiebei handle es sich in erster Linie um unser Verhältnis zu Bulgarien, in welcher Beziehung er trotz der Ausführungen Euerer Excellenz dabei bleiben müsse, dass, was die zukünftige Stellung dieses Landes zu Österreich-Ungarn und Deutschland betreffe, ihm noch

gewichtige Bedenken vorzuliegen scheinen. Auch nach den neuesten Nachrichten, die aus Sofia und aus St. Petersburg einträfen, sei es ihm nahezu zweifellos, dass zwischen Bulgarien und Russland geheime Abmachungen bestünden, welche ihre Spitze gegen den Dreibund richten. Sehr bezeichnend sei in dieser Richtung der drohende kriegerische Konflikt zwischen Bulgarien und Serbien. Im Gegensatz zu Euerer Excellenz Meinung glaube er, dass es zu einem Waffengange zwischen ihnen in nächster Zeit nicht kommen werde, da Russland sich die grösste Mühe gebe, die Differenz zwischen diesen beiden Staaten auszugleichen und den Frieden zwischen ihnen auf einer Basis zu erhalten, die aber gewiss nicht den Interessen Österreich-Ungarns Rechnung tragen soll. Ein zweiter Punkt, in dem sich die beiderseitigen Auffassungen vorderhand noch nicht ganz decken, sei unser Verhältnis zu Rumänien und zu Griechenland. Er glaube sich darin nicht zu irren, dass in Rumänien allgemein befürchtet werde, Österreich-Ungarn vernachlässige zu Gunsten Bulgariens die Interessen Rumäniens. Dies sei gewiss nicht richtig; es liege auf der Hand, dass es keine glückliche Politik wäre, das ganz sichere Rumänien für ein recht unsicheres Bulgarien zu opfern. Hoffentlich werde es auch wohl dem klugen König Carol gelingen, das Misstrauen, das sich in Betreff der Haltung der Donaumonarchie Rumänien gegenüber unleugbar in letzter Zeit im Lande verbreitet hat, wieder zu beseitigen. Inzwischen sei dennoch zu befürchten, dass die Treibereien aller oppositionellen Elemente in Rumänien eine Atmosphäre schaffen, die der Fortdauer des Verhältnisses dieses Landes zum Dreibunde grossen Schaden zufügen könnte. Dass Euere Exzellenz Griechenland kein allzugroßes Vertrauen entgegenbringen, findet der Staatssekretär ganz begreiflich, doch glaubt er, dass man nichtsdestoweniger die gegenwärtige Situation dazu benützen sollte, vorzuarbeiten, um dieses Land in der Zukunft für den Dreibund zu gewinnen. Hiezu könnten gerade jetzt die verschiedensten dortigen Elemente, der König mitgerechnet, herangezogen werden. Aus diesem Grunde hat Herr von Jagow mit grosser Befriedigung konstatiert, dass Euere Exzellenz die Frage der Zuteilung Saloniks an Bulgarien ihm gegenüber nicht zur Sprache brachten, da dies bekanntlich ein Punkt sei, in dem Kaiser Wilhelm und die deutsche Regierung nicht nachgeben könnten In der Frage der Delimitation der Südgrenze Albaniens werde hingegen Deutschland, so wie es bisher getan, die Wünsche Österreich-Ungarns und Italiens unterstützen. Die Angelegenheit der Kandidatur eines Herrschers für das künftige Albanien habe, so erzählt mir Herr von Jagow, bisher keine Fortschritte gemacht. Kaiser Wilhelm wolle sich ganz entschieden in diese Frage nicht hineinmengen. Gesprächsweise habe Höchstderselbe gestern erwähnt, dass Er aus den Blättern ersehe, der Fürst von Hohenzollern hätte sich auf der Rückreise von Bukarest dahin geäussert, dass König Carol für die Kandidatur des Prinzen Wilhelm zu Wied eintrete. Im Auswärtigen Amt sei über diese Nachricht nichts bekannt. Da dieser Prinz kein nennenswertes Vermögen besitze, werde seine Kandidatur hier nicht ernst genommen. Der Umstand, dass er bisher keinen Erben hatte, ist seit gestern geändert, da ihm ein Sohn geboren wurde. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 8043.

Nr. 7077. Tel. aus Bukarest, 20. Mai 1913 Nr. 124 (eing. 21. Mai 3 U. 40 M. a. m.).[a] Entziff.

Bei heutigem Diplomatenempfang brachte Minister spontan Rede auf mein sonntägiges Gespräch mit Seiner Majestät dem König,[b] über welches Höchstderselbe ihm Mitteilung gemacht hatte. Das Resumé der langatmigen Auseinandersetzung Herrn Majorescos, welche einer Art Desavouierung Seiner Majestät gleichkommt, ist folgendes: Seine Majestät befinde sich in einer sehr gereizten Stimmungsperiode, ähnlich der, in welcher er sich befand, als er vor einigen Monaten kurze Zeit die Absicht hatte, die Unterschrift auf das Vertragsinstrument hinauszuschieben Seine Majestät der König sei zwar ein gewiegter Politiker, doch hie und da zu mannigfaltig in seinen Mitteln, und könne er die Meinung seines königlichen Herrn nicht teilen, daß man die serbischen und griechischen Annäherungsversuche zu Pressionsmitteln auf Bulgarien anwenden müsse. Da Rumänien mit Dreibund verknüpft, was die einzig richtige Politik darstelle, so könne auch nur eine bulgarophile Politik gemacht werden. Eine Einigung mit Serbien oder Griechenland würde Rumänien auf eine schiefe Ebene bringen. Dies sei auch die Überzeugung Seiner Majestät, doch lasse sich Höchstderselbe von persönlichen Momenten beeinflussen und bewegen, zu Mitteln zu greifen, welche er als Minister nicht billigen könne. Auf meinen Einwurf, daß jetzt der Moment gekommen sei, um diese Politik in die Tat umzusetzen, replizierte Minister des Äußern, eine solche sei bei Abtretung Silistrias allein ohne vorhergehenden Freundschaftsbeweis Bulgariens trotz besten und aufrichtigsten Willens mit Rücksicht heutiger Stimmung des Landes und seiner maßgebendsten Faktoren ein Ding der Unmöglichkeit. Bulgarien müsse sich noch zu einem kleinen Opfer entschließen. Er erwarte daher Herrn Kalinkoff mit Ungeduld und werde mit demselben unverzüglich, falls er Träger eines Vorschlages wäre, in Diskussion eintreten. St. Petersburger Protokoll bringt Minister kommenden Montag vor die Kammern und hofft in einer Woche Angelegenheit erledigen zu können.

[a] Vgl. n. 7093, 7103. — [b] Vgl. n. 7060. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7078. Tel. nach London Nr. 405 (1) und Rom Nr. 506 (2), 20. Mai 1913 (chiffr. 8 U. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Im Gegenstande Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 400 vom 19. d. Mts. telegrafiert Herr von Mérey wie folgt: ... *auszugsweise wie n. 7050* ... Die in Euer Exzellenz Telegramme sowie in der Meldung Herrn von Méreys erwähnten Bedenken Marquis di San Giulianos wurden mir gestern auch vom hiesigen königlich italienischen Botschafter vorgetragen. Dieselben konnten mich jedoch von meiner gegenständlichen Auffassung nicht abbringen, was ich dem Herzog Avarna gegenüber entsprechend motivierte. Ich ersuche daher Euer Exzellenz ehestens Gelegenheit zu nehmen, um den in meinem Telegramm Nr. 402 vom 17. d. Mts. enthaltenen Auftrag auszuführen.

2. Graf Mensdorff telegrafiert unterm 19. d. M. wie folgt: ... *wie n. 7066* ... Ich theile dem Herrn Botschafter Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 296 vom 18. d. Mts. mit und beantworte sein Telegramm wie

folgt: (describatur Erlaß 1. von „Die in Euer Exzellenz Telegramme“ bis Schluß). Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis di San Giuliano. Berchtold.

Nr. 7079. Tel. nach London Nr. 407 (1), Berlin Nr. 363 (2) und Rom Nr. 508 (3), 20. Mai 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. u. G. Nemes).

1. Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 401 von gestern. Mit der Ausarbeitung der Details des Statutes für Albanien durch eine Subkommission — sobald man sich in der Réunion über die Grundzüge geeinigt haben wird — bin ich einverstanden, setze hiebei aber als natürlich voraus, daß das Projekt nach seiner Fertigstellung nochmals vor die Réunion gebracht werde. Was aber die Süd- und Südostgrenze Albaniens betrifft, halte ich dafür, daß bei ihrer Fixierung die gleiche Vorgangsweise wie bei der Festsetzung der Nord- und Nordostgrenze eingehalten werde, daß also ihre Tracierung in großen Zügen in der Réunion erfolge und ihre Ausarbeitung im Detail einer technischen Kommission an Ort und Stelle überlassen werde. Euer Exzellenz wollen sich in vorstehendem Sinne bei Sir E. Grey und Ihren Kollegen von der Réunion vernehmen lassen.

2. u. 3. Graf Mensdorff telegraphiert unterm 19. d. M. wie folgt: ... *wie n. 7067 in extenso* ... Ich antworte dem Herrn Botschafter wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von: „Mit der Ausarbeitung“ bis zum Schluß.) Vorstehendes zur streng vertraulichen Mittheilung an die dortige Regierung. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7085, 7115, 7230.

Tel. nach London, 20. Mai 1913 Nr. 408 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 7087.

Nr. 7080. Tel. aus London, 20. Mai 1913 Nr. 403 (eing. 21. Mai 12 U. 20 M. a. m.).[a] Entziff.

Heutige Reunion. Le gouvernement serbe avant de signer le traité de paix entre les alliés et la Turquie réclame des puissances une assurance relative au débouché commercial qui lui a été réservé sur l'Adriatique avec un chemin de fer international sous le contrôle européen. La réunion pense qu'il n'y a aucun inconvénient à répéter la déclaration sur laquelle elle s'est mise d'accord le 17 décembre dernier et qui a été approuvée par les six gouvernements. Cette déclaration ne peut pas être insérée dans le traité qui se conclut entre les alliés et la Sublime Porte, mais elle peut faire l'objet d'une mention spéciale dans un instrument diplomatique et en attendant elle peut être réitérée par Sir Edward Grey au nom des six puissances aux délégués serbes à la conférence de Londres. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 291 Nr. 560. Vgl. n. 7068, 7081, 7139, 7290.

Nr. 7081. Tel. aus London, 20. Mai 1913 Nr. 404 (eing. 21. Mai 12 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Zu meinem heutigen Telegramm Nr. 403 über Reunionsbeschluss. Erklärung betreffend serbischen Accès an die Adria, um die es sich handelt,

befindet sich im Beschluss erster Reunion (mein Telegramm Nr. 140 vom 17. Dezember v. J.). Ich bitte um telegrafische Weisung, ob Euer Excellenz mit Vorschlag der heutigen Reunion einverstanden sind, da Sir E. Grey um möglichst baldige Antwort bittet. Mensdorff.

Nr. 7082. Tel. aus London, 20. Mai 1913 Nr. 405 (eing. 21. Mai 1 U. 10 M. a. m.).[a] Entziff.

Heutige Reunion. M. de Kühlmann fait savoir à la réunion que le ministre de Grèce à Berlin a dit que son gouvernement réclamait dans les articles 3 et 5 la suppression des mots „et Leurs Majestés les Souverains alliés." M. Skuloudis a parlé dans le même sens au foreign office. D'autre part l'ambassadeur de Turquie a demandé l'insertion dans l'article 7 d'une mention relative aux vakoufs et des indications plus précises sur les questions de juridiction. Après un échange de vues sur ces diverses réclamations Sir Edward Grey a proposé à la réunion qui l'a adopté l'avis suivant: „Les puissances estiment qu'une discussion sur des modifications au traité entraînerait inévitablement des délais et elles expriment l'espoir que la Turquie et les alliés arriveront le plus tôt possible à un accord pour la conclusion de la paix." Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6936, 7083, 7109, 7110, 7143 Anm. a, 7167.

Nr. 7083. Tel. aus London, 20. Mai 1913 Nr. 406 (eing. 21. Mai 12 U. 20 M. a. m.).[a] Entziff.

In Ergänzung meines heutigen Telegrammes Nr. 405; Reunionsbeschluss. Sir E. Grey brachte bei Beginn heutiger Sitzung griechische Wünsche zur Eliminierung der Worte „et Leurs Majestés les Souverains alliés" in den Artikeln 3 und 5 des Friedensvertrages vor. Italienischer Botschafter und ich nahmen zuerst energisch Stellung gegen diese Auslassung, die wir so auffassten, als würde dadurch schon im Voraus den Griechen die Möglichkeit geboten, sich dem Beschluss der Mächte nicht zu unterwerfen. Die anderen waren der Ansicht, dass, wenn die Alliierten und die Türkei eine Modifikation im Text vornehmen, wir sie nicht daran hindern könnten. Ferner, dass, nachdem die Inseln und Albanien bis jetzt dem Sultan gehören, es genüge, wenn er sie den Mächten übergibt und dass durch diese Auslassung die Beschlüsse der Mächte über Inseln und Albanien in keiner Weise berührt werden. Ich proponierte, dass, wenn überhaupt einer Veränderung des Textes von uns zugestimmt würde, „que cela ne saurait porter préjudice aux questions réservées à la décision des Puissances". Es entspann sich recht lebhafte Diskussion. Sir E. Grey war der Ansicht, dass wir weder das Recht, noch die Macht hätten, eine Veränderung des Vertragstextes zu verhindern, falls die vertragsschliessenden Teile sich darüber einigen, dass er ihnen aber den dringenden Rat erteilen werde, nicht durch Diskussion von Veränderungen Verzögerung herbeizuführen. Es wurde die mit meinem Telegramm Nr. 405 gemeldete Redaktion aufgesetzt. Ich bitte um telegrafische Weisung, ob Euer Exzellenz damit einverstanden. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7109, 7143 Anm. b.

Nr. 7084. Tel. aus London, 20. Mai 1913 Nr. 407 (eing. 21. Mai 4 U. 40 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Bezug auf Telegramm Nr. 400[b] vom 16. d. M. Bei heutiger Reunion habe ich unsere Erklärungen betreffs Capitulationsrechte, sowie betreffend beratende Stimme der Balkandelegierten bei Pariser Finanzkommission schriftlich in Reunionsbeschluss aufnehmen lassen. Werde Text per Post vorlegen. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7095. — [b] Mit Tel. Nr. 400, 15. Mai 1913 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.) wurde Mensdorff angewiesen, eine schriftliche Fixierung der österreichisch-ungarischen Erklärungen zum Präliminarfriedensentwurfe zu verlangen, damit sie in den Resumés der Réunion figurieren. (Vgl. n. 6941).

Nr. 7085. Tel. aus London, 20. Mai 1913 Nr. 409 (eing. 21. Mai 4 U. 40 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Bei heutiger Reunion sagte Sir E. Grey bezüglich des Vorschlages eines Statuts für Albanien, es scheine ihm unmöglich, dass die Botschafterreunion alle die Details desselben ausarbeite und er habe an die Ueberweisung des Statuts an eine Kommission von Experten gedacht. Er habe aber eben vom französischen Botschafter gehört, dass dieser einen anderen Vorschlag zu machen habe. Herr Cambon sagte uns, er komme von Paris zurück und der ...[b] seiner Regierung sei der, dass eine Ausarbeitung der künftigen Verfassung Albaniens, Gerichtsbarkeit etc. nur an Ort und Stelle und nach und nach gemacht werden könnte. Er führte seine Ideen in einer langen Rede aus und wird uns morgen ein Résumé derselben schicken, das ich Euer Exzellenz telegrafisch vorlegen werde. Seine Idee wäre, ehetunlichste Bestellung eines Oberkommissärs für Albanien und eine provisorische europäische Kommission von Experten, welche die faktische Verwaltung sofort in Hände nehmen sollten, um nach und nach festzustellen und auszuarbeiten, was für Albanien möglich und praktisch sei. Ob mit oder ohne Suzeränität des Sultans, schiene vorläufig unwesentlich. Der Oberkommissär müsste von den Mächten ernannt werden. Er persönlich sei der Ansicht, dass derselbe ein Albanese sein müsste. (Auf meine Einwendung, dass nach allem, was ich höre, die Albanesen viel eher geneigt wären die Autorität eines Ausländers und Christen anzuerkennen, erklärte Herr Cambon, er würde auch damit einverstanden sein.) Graf Benckendorff sagte uns, er habe Instruktion erhalten, auf unsere Statutsvorschläge Bemerkungen seiner Regierung vorzubringen; wolle aber mit Rücksicht auf Cambonschen Vorschlag davon absehen. Er sagte uns aber, dass auch seine Regierung ihm mehr geneigt scheint, vor allem etwas Provisorisches einzusetzen. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 290 Nr. 557. Vgl. n. 7079, 7094, 7096, 7140 Anm. b, 7557 Anm. a. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 7086. Tel. aus Paris, 20. Mai 1913 Nr. 101 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 18. d. M., Nr. 281: Rede Herrn Pichons. Ich habe Minister des Äußern aufmerksam gemacht, daß seine Behauptung, wonach alle Regierungen einer Flottendemonstration

vor Konstantinopel zugestimmt hätten, den Tatsachen nicht entspricht. Pichon hob hervor, daß er nur von prinzipieller Zustimmung gesprochen hat. Abgesehen davon, daß alle Botschafter in London mit bezüglicher Anregung einverstanden waren, liege ihm auch ein Bericht Herrn Dumaines vor, wonach Euer Exzellenz Demonstration im Prinzipe nicht ablehnten und nur über Zeitpunkt und Art der Durchführung Vorbehalte gemacht haben. Unter diesen Umständen glaubte ich von Ansuchen um Modifizierung seiner Erklärungen in der Kammer absehen zu wollen. Herr Pichon betonte, daß er, wie aus dem ganzen Inhalte seiner Rede hervorgehe, bestrebt war, alles zu vermeiden, was in Wien unangenehm berühren könnte. Szécsen.

Tel. nach Rom, 20. Mai 1913 Nr. 506 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 7078.

Tel. nach Rom, 20. Mai 1913 Nr. 508 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7079.

Nr. 7087. Tel. nach Rom Nr. 509 (1) und London Nr. 408 (2), 20. Mai 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Macchio).

1. und 2. In meinen letzten Unterredungen mit Herzog Avarna wurde die Dringlichkeit der Einführung eines geordneten Gendarmeriedienstes in Albanien sowie die Frage erörtert, ob nicht bereits jetzt der Moment gekommen wäre, um im Sinne der einschlägigen Bestimmungen des österreich-ungarischen-italienischen Entwurfes des albanischen Statutes an die Regierung eines der darin genannten Kleinstaaten mit dem Ersuchen um Beistellung der nötigen Gendarmeriereformoffiziere heranzutreten. Der Herr Botschafter hat mir nun gestern mitgeteilt, dass Marquis di San Giuliano zwar meine Ansicht von der Dringlichkeit der albanesischen Gendarmerieorganisation teile, jedoch Bedenken trage, durch ein einseitiges Vorgehen der beiden Mächte in die Kompetenz der Londoner Réunion einzugreifen; der Herr Minister schlage daher vor, dass wir der provisorischen Regierung von Valona beziehungsweise deren in Europa weilenden Mitgliedern nahelegen sollten, bei der Londoner Botschafterréunion auf die Wichtigkeit der Gendarmeriereorganisation für Albanien und die Dringlichkeit einer umgehenden Inangriffnahme derselben hinzuweisen. Gegen diesen Modus procedendi ergibt sich das gewichtige Bedenken, dass die beiden Mächte hiedurch Ismail Kemal Bey und den anderen Mitgliedern der provisorischen Regierung ein zuweitgehendes pouvoir einräumen würden, was beinahe einer Anerkennung gleichsähe oder wenigstens von den betreffenden albanesischen Notabeln als Anerkennung interpretiert und ausgenützt werden könnte. Unter Mitteilung dieser Bedenken habe ich den Herrn Botschafter verständigen lassen, dass ich zwar damit einverstanden bin, dass die Wichtigkeit der Gendarmeriereorganisation für Albanien und die Dringlichkeit einer sofortigen Inangriffnahme derselben vor das Forum der Londoner Réunion gebracht werde, ich jedoch Wert darauf lege, dass dies nicht durch albanesische Vermittlung, sondern direkt durch die Londoner Botschafter Österreich-Ungarns und Italiens erfolge. Ich ersuche daher

1. unter einem Graf Mensdorff,

2. Euer Exzellenz,

1. und 2. sich, sobald Marquis Imperiali eine analoge Instruktion erhält, auf der Réunion im vorstehenden Sinne vernehmen zu lassen und auf die Beschleunigung der Beratung der Gendarmeriereorganisation und auf die sofortige Durchführung des betreffenden Beschlusses hinzuwirken. Schliesslich bemerke ich, dass mir von den für die Beistellung der Gendarmerieinstruktoren in Betracht kommenden Kleinstaaten die Wahl eines skandinavischen Staates, insbesondere Schwedens am sympathischesten wäre.

1. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis di San Giuliano.

a) Oe. U. Balkan 292 Nr. 561. Vgl. n. 7112, 7114, 7127, 7169, 7745.

Nr. 7088. Tel. aus Sofia, 20. Mai 1913 Nr. 435 (eing. 9 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Bezug Euer Exzellenz Telegramm Nr. 239 vom 17. d. M. und meine Telegramme Nr. 430 und 432 vom 19. d. M. Wenn auch Opposition jetzt, da keine Sobranjesession und Zensur, gegen Regierung machtlos, schien es mir doch unter allen Umständen opportun, die wichtigsten Parteichefs zu besuchen und in folgender Weise Gespräch mit jedem von ihnen anzuknüpfen: „Mit Rücksicht auf unklare Lage und Wichtigkeit des Momentes für Bulgarien lege ich Wert darauf, Sie wissen zu lassen, dass Erklärungen, die ich bulgarischer Regierung letzter Zeit abgegeben und kürzlich wiederholt habe, voll zu Recht bestehen, und zwar ist Monarchie, die Standpunkt hat, dass sie gewichtiges Wort bei Regelung der Balkanfragen zu reden haben wird, gesonnen, für Aspirationen Bulgariens wärmstens einzutreten und so weiter. Diese unsere Haltung ist nicht bedingungslos, sondern an Vorbehalt geknüpft, dass Bulgarien rein bulgarische Politik machen wird und so weiter." In Gesprächen, die gefolgt sind, haben sich sämtliche Mitredner mit mehr oder weniger Schärfe über Haltung des Kabinettes Geschoff abfällig ausgedrückt und entrüstet oder bedauernd ausgesprochen, dass Regierung sich noch immer nicht entschlossen, offen von Russland abzuschwenken und an Monarchie anzulehnen. Die ganze öffentliche Meinung Bulgariens sei bereits von Widerstreit russischer und bulgarischer Interessen überzeugt und man sei hier allgemein zum Bewusstsein gekommen, dass Russland starkes Serbien auf Kosten Bulgariens und Österreich-Ungarn starkes Bulgarien auf Kosten Serbiens wünsche. Nur das aus Männern, die von jeher nur an Russland glauben und zum Teile ganz russisch fühlen, zusammengesetzte Kabinett, obwohl es bereits auch zur Einsicht Unmöglichkeit russophiler Richtung gekommen, sei zu willensschwach, Konsequenzen daraus zu ziehen. Der Stambulowist Ghenadieff sagte mir, er wisse, dass in Ministerrat bereits zweimal erwogen worden sei, Herrn Geschoff zu ermächtigen, mir eine Erklärung, wonach Bulgarien mit Österreich-Ungarn gehen würde, abzugeben. Bis jetzt hätte aber Konseilspräsident diese Ermächtigung noch nicht erhalten und dürfte sie auch bei der Mentalität des zankowistischen Teiles des Kabinetts, solange es mit Serbien zu keinem Krach kommen werde, nicht bekommen. Andererseits trachteten mich alle Mitredner zu beruhigen, dass Eventualität Eintrittes Bulgariens in eine der Monarchie hostile Kombination nunmehr undenkbar sei, da Zusammen-

gehen Bulgariens mit Serbien, ob es zum Kriege kommen werde oder nicht, absolut ausgeschlossen. Was Haltung König Ferdinands, der die Regierung ihre Politik machen lässt, anbetrifft, so erklären diese Parteichefs, mit welchen ich gesprochen — und diese Auffassung halte ich für richtig — zum Teile durch Scheu Königs, Verantwortung auf sich zu nehmen und sich zu exponieren, zum Teile durch Angst Königs vor Russland und auch durch Unmöglichkeit Regierungswechsels im gegenwärtigen Momente. Kürzlich fragte ich Dobrović, ob er Seiner Majestät über meinen Verkehr mit Geschoff (vide mein Telegramm Nr. 404 vom 11. d. M.) berichtet und was König gesagt. Dobrović antwortete, König Ferdinand sei mit Richtung Geschoffs nicht einverstanden und hätte auch nach Vortrag Dobrović' über Gespräch mit mir einige Minister zu sich kommen lassen und mit ihnen gesprochen. Bezeichnend ist, dass Kronrat, den König auch mit Führern der Opposition schon vor ungefähr 8 Tagen abhalten wollte, bis jetzt nicht stattgefunden, da —, wie mir die oppositionellen Leader sagen — Regierung refusiert hätte, an Kronrat mit Opposition teilzunehmen. Ich werde noch diesbezüglich Dobrović sondieren und besonderes interessant wird sein, was er mir über Auffassung König Ferdinands betreffend Verschweigung durch Geschoff dessen politischer Unterredung mit mir (mein Telegramm Nr. 432 vom 19. d. M.) sagen wird. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7101.

Nr. 7089. Tel. aus Sofia, 20. Mai 1913 Nr. 437 (eing. 21. Mai 9 U. 50 M. a. m.). Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 432 vom 19. d. M. Es besuchte mich heute wieder Herr Dobrović. Er sagte, König ließe mir danken für meine Mitteilungen an Dobrović und überhaupt für meine wohlgemeinten Absichten. Dobrović erzählte, daß er König darüber, daß ihm Herr Geschoff meine Eröffnungen betreffend unsere Politik verschwiegen habe, Meldung erstattet und daß Seine Majestät darüber entrüstet gewesen und Konseilspräsidenten als alten Lügner und schlauen Fuchs bezeichnete. Seine Majestät glaubt, daß Herr Geschoff, wenn er nächstens zum Vortrag erscheint, dem König Wahrheit berichten werde. Anknüpfend hat Dobrović, wie bereits wiederholt, russophile Richtung Geschoffs kritisiert, als einzig mögliche Politik für Bulgarien Block mit Rumänien und künftigen Albanien bei gleichzeitiger Annäherung an Monarchie bezeichnet und so fort. Ich ließ ihn reden und dann bemerkte ich, daß dies Dobrović' persönliche Auffassung, die Regierung führe aber, wohl mit Sanktion Königs, eine Politik, die andere Ziele hätte. Dobrović erwiderte, daß König mit Richtung Herrn Geschoffs nicht einverstanden. Ich drückte Verwunderung aus, daß Regierung und schon gar in so ernster Zeit gegen Willen Königs Politik machen könne, worauf Mitredner meinte, Seine Majestät glaube noch warten zu sollen und vermeide es, vor Friedensschluß einzugreifen. Ich sah, daß Dobrović verlegen war und keine bessere Antwort geben konnte, und ich wollte mit Rücksicht auf König Ferdinand nicht insistieren, sondern fragte nur noch, was mit dem bewussten Kronrate mit oppositionellen Parteichefs sei, worauf Dobrović antwortete, er glaube, König würde diesen Kronrat nächstens

abhalten. Mitredner lenkte Gespräch auf rumänische Frage und erwähnte, König ließe mir sagen, daß er von Absicht rumänischer Regierung, weitere territoriale Konzessionen zu verlangen, was eine Erpressung wäre, sehr unangenehm impressioniert. Hoffentlich werde Rumänien — fügte Dobrovič hinzu — für wohlwollende Neutralität nichts verlangen. Ich antwortete, daß ich über Absichten rumänischer Regierung nur aus Äußerungen Herrn Majorescos an Prinz Fürstenberg, die ich Herrn Geschoff mitgeteilt (hohes Telegramm Nr. 246 vom 19. d. M.) informiert sei und nicht wüßte, was rumänischer Ministerpräsident unter „günstiges Abkommen" verstehe. Jedenfalls könnte ich Versicherung geben, daß unserseits alles getan wird, um auf Rumänien mäßigend einzuwirken, was aber durch zaghafte Haltung Geschoffs, der im besten Moment nicht zugegriffen hätte, nicht erleichtert. Wenn ich heute mein Urteil über bulgarische Politik aussprechen soll, so kann ich nur sagen, daß meine letzten Unterredungen mit Geschoff und Dobrovič und die neuen Symptome für die — sei es Angst vor Russland oder anderen Beweggründen entspringend — unklare Attitude König Ferdinands mich in meiner bisherigen Anschauung nur bekräftigt haben. Trotz unverkennbarer Änderung, die sich in hiesiger öffentlicher Meinung zu unseren Gunsten vollzogen, bleibt russophile Regierung ihrer bisherigen Richtung treu. Ob auf formelle Zusage aus Petersburg gestützt oder nicht, rechnet Herr Geschoff offenbar auf Russland und erwartet für Bulgarien günstigen Schiedsspruch im Streit mit Serbien wahrscheinlich, daß Russland außer strittiger Zone Serbien nichts zusprechen werde. Auf diese Weise hofft Geschoff als Autor Bündnisses mit Serbien seine von Petersburg aus inspirierte Politik vor Schiffbruch zu retten. Seine Taktik ist die, mit Petersburg Drähte nicht zerreissen und sich für alle Eventualitäten unsere Gunst nicht zu verscherzen. Unsere Freundschaft braucht er für den Fall Unnachgiebigkeit Serbiens und auch nur mit Rücksicht auf Haltung Serbiens und Griechenlands sucht er Pourparlers mit Rumänien, nicht in aufrichtiger Absicht, bleibende Entente herzustellen, sondern hofft er dadurch Serbien einzuschüchtern und zum Einlenken zu bewegen und dies sicher. Wenn unsere hiesige Politik gleich erfolgreich sein soll, muß — wie ich dies in meinem Telegramme Nr. 429 vom 19. d. M. ausgeführt — Serbien intransigent bleiben und Bulgarien in eine Klemme geraten, in der ihm unsere Unterstützung unentbehrlich sein wird; sonst wird russophiles Kabinett unsere Ziele für jetzt vereiteln. Tarnowski.

Nr. 7090. Tel. des ungarischen Ministerpräsidenten Ladislaus von Lukács; Budapest, 20. Mai 1913 Nr. 275 t (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

In Beantwortung gestrigen geschätzten Telegrammes[b] beehre ich mich mitzuteilen, dass ich überhaupt nicht die Absicht hatte, in der Frage der Einverleibung der Insel Ada Kaleh mich demnächst im Parlamente zu äussern, ausser wenn ich hiezu eventuell durch eine Interpellation genötigt wäre, was aber nicht wahrscheinlich ist. Sollte ich gegen Erwarten doch interpelliert werden, so werde ich mich jedenfalls in dem von Euer Exzellenz bezeichneten Sinne äussern. Lukács.

[a] Vgl. n. 7065, 7104, 7107. — [b] n. 7073.

Nr. 7091. Tel. aus Belgrad, 21. Mai 1913 Nr. 292 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Präliminarfriede. Serbische Regierung verlangt angeblich im Einvernehmen mit Verbündeten, dass bei der Pariser Finanzkonferenz Bundesstaaten nicht nur konsultative Stimme haben und wünscht entsprechende Abänderung des Artikels IV des Präliminarfriedensvertrages. In diesem Sinne wurden Londoner Delegierte instruiert und soll Friedensvertrag vor Bereinigung dieser Frage nicht unterschrieben werden. Ugron.

[a] Vgl. n. 7110.

Nr. 7092. Tel. aus Bukarest, 21. Mai 1913 Nr. 125 (eing. 8 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Wie erfahre, wurde Herr Ghika, Gesandter in Sofia, der sich noch auf Urlaub befindet, angewiesen, sich auf seinen Posten zu begeben. Sollte er sich nicht mehr für diesen Posten geeignet fühlen, so würde bald für Ersatz gesorgt werden, da man massgebenden Orts Eindruck vermeiden will, qu'on boude à la Bulgarie. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7093. Privatschreiben aus Bukarest, 21. Mai 1913 (eing. 23. Mai). Ausfert.

Den hieramtlichen Depeschen Nr. 121 und 123, welche meine an ein und demselben Nachmittage stattgehabten Gespräche mit Seiner Majestät dem Könige und dem Minister des Äußern wiedergeben, werden Euer Exzellenz geneigtest entnommen haben, daß zwischen der Auffassung der Lage seitens des Herrschers und Seines ersten Ministers insoferne Abweichungen bestehen, als Sich der Höchste Herr in mancher Beziehung schroffer zeigt als Herr Majoresco. Die Gründe, welche Seine Majestät zu dieser intransigenteren Haltung der rumänisch-bulgarischen Aussöhnung gegenüber veranlassen, so auch insbesondere, was die Frage einer Allianz mit Serbien oder Griechenland anbelangt, schienen mir so komplexer Natur, daß ich mir erlaubte, Legationsrat Baron Haymerle, welcher ohnehin einen mehrwöchigen Urlaub anzutreten wünschte, nach Wien zu entsenden, um Euer Exzellenz detaillierten Bericht zu erstatten.[a] Wie ich bereits in meinem ergebensten Berichte Nr. 30 A—B vom 22. vorigen Monats andeutete, spielt das persönliche Moment bei dem Allerhöchsten Herrn eine nicht unbedeutende Rolle und dürften vielleicht auch in der allerjüngsten Zeit Berliner Einflüsse sich geltend gemacht haben. Ich glaube aber auch, daß Seine Majestät vielleicht ohne Sich Selbst darüber Rechenschaft zu geben, mehr zu dem Gedankengange der liberalen Partei hinneigt, weil Ihm die am Ruder befindliche konservative Partei, welche durch den letzten coup de tête Carps und Filipescos auch noch an Kredit einbüßte, immer weniger sympatisch wird und der König bereits mit einem in Bälde zu erfolgenden Regimewechsel rechnet. Wenn sich also auch das Urteil des Höchsten Herrn vielleicht nicht ganz als ein vollkommen sachliches darstellt, so möchte ich nichts destoweniger darauf hinweisen, daß die Auffassung des Königs in zweifacher Hinsicht begründet erscheint. Vor Allem stellte es eine undurchführbare

Aufgabe dar, den hiesigen regierenden Kreisen und der öffentlichen Meinung den Glauben beizubringen, daß die Zedierung Silistrias nicht dem Einfluße der Mächte allein zu verdanken ist und daß Bulgarien gutwillig und zum Zwecke, eine künftige Gefügigkeit Rumäniens zu erreichen, auf die Stadt verzichtete. Das Anrecht auf Silistria glaubt ganz Rumänien sich durch seine kluge, zurückhaltende, dem Rate der Mächte entsprechende Haltung während der ganzen Krise verdient zu haben; Silistria stellt den Minimallohn Europas für die im Interesse des allgemeinen Friedens gehaltene Neutralität dar, deren Aufgeben jedenfalls besser das Prestige gewahrt und viel einträglicher gewesen wäre: Die unumstößliche Überzeugung geht dahin, daß Silistria, ob von Bulgarien gewollt oder nicht, jedenfalls durch den Mächtebeschluss rumänisch geworden wäre. Aus diesem Grunde erscheint es unmöglich, die günstige Erledigung der Silistria-Frage in der Richtung auszunützen, daß darin ein Zeichen der bulgarischen Freundschaft erblickt werde und daß dadurch der Beweis einer in Sofia eingetretenen Sinnesänderung erbracht ist. Wie schon so oft erwähnt, muß die freundschaftliche Gesinnung Bulgariens durch einen spontanen Akt erbracht werden, welcher nur darin bestehen kann, daß der südliche Nachbar auf die bereits im Londoner Protokoll zedierten Gebietsteile verzichtet. Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß heute noch in allen Kreisen Rumäniens Bulgarien als der Feind betrachtet wird und daß keine Regierung imstande wäre, eine bulgarophile Politik zu machen, insolange Bulgarien die kompetenten Faktoren und die Öffentlichkeit nicht eines Bessern überzeugt. Sollte also Bulgarien in der nächsten Zeit in einen Konflikt geraten, so würde es der König und Seine Regierung unmöglich wagen können, abermals eine neutrale Haltung zu bewahren. Der Herrscher und Seine Minister würden als im Solde Österreich-Ungarns stehende Vaterlandsverräter bezeichnet werden, welche die vitalsten Interessen des Landes pour les beaux yeux de l'Autriche-Hongrie aufgegeben haben, eine Stimmung, welche selbstverständlich für die hiesige Stellung der Monarchie den Todesstoß bedeuten würde. Um daher dem Herrscher und der Regierung die Möglichkeit zu bieten, im Konfliktsfalle Bulgarien gegenüber eine wohlwollende Neutralität zu beobachten, müßte seitens Bulgariens ein von ihm selbst ausgehender Beweis der Freundschaft gegeben werden, und zwar in direkten Verhandlungen von Regierung zu Regierung. Wäre ein solcher vor 4—5 Monaten erfolgt, wie anders würde sich heute die Situation gestaltet haben! Diese Geste Bulgariens ist also nicht nur notwendig, um Rumänien zu hindern, sich in die Arme der Feinde Bulgariens zu stürzen, sondern ist auch deshalb unerläßlich, um die Balkanpolitik der Monarchie hier mit Aussicht auf Erfolg weiterführen zu können. Bei dieser Gelegenheit gestatte ich mir in Erinnerung zu bringen, daß der schwerste Vorwurf, welchen das ganze Land während der letzten Krise gegen den Dreibund und speziell Österreich-Ungarn erhob und welcher am meisten zur Untergrabung des Ansehens der Zentralmächte beitrug, der war, daß diese Rumänien moralisch gezwungen hatten, die Neutralität gegenüber einem Nachbar zu bewahren, welcher offenkundig darauf ausgieng, wichtige Gebietsteile Rumänien zu entreißen.

K. E. Fürstenberg.

P. S. Dieser ergebenste Privatbrief war bereits am Dienstag Vormittag verfaßt, ist daher teilweise durch mein Chiffretelegramm Nr. 124, welches meine diensttägige Konversation mit Herrn Majoresco wiedergibt, überholt.

a) Vgl. n. 7061. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7094. Tel. aus London, 21. Mai 1913 Nr. 411 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).a) Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramm Nr. 409, betreffend die Ausführungen Herrn Cambons bezüglich des Statuts für Albanien. Mein französischer Kollege hat mir soeben eine Aufzeichnung b) über seine gestrigen Bemerkungen geschickt, die ich mit heutiger Post unterbreite, so daß sie Euer Exzellenz Freitag Früh vorliegen wird. Das Resumé der Ausführungen, wie er sie am Schlusse zusammenfasst, lautet wie folgt: „En résumé, nomination d'un haut commissaire et d'une commission internationale de contrôle qui seraient à la fois des agents de gouvernement et des agents d'étude. Organisation temporaire progressive et aussi peu centralisée que possible. Telles sont les conclusions que le gouvernement français soumet à l'examen des Puissances." Ich behalte mir vor, nach Rücksprache mit dem heute zurückkehrenden Sektionschef Ippen eine nähere Erörterung des Cambonschen Vorschlages zu unterbreiten. Mensdorff.

a) Vgl. n. 7140. — b) Vgl. Beilage zu n. 7096.

Nr. 7095. Bericht aus London, 21. Mai 1913 Nr. 48 (eing. 23. Mai). Ausfert.

Unter Bezugnahme auf mein ergebenstes Telegramm von gestern Nr. 407 beehre ich mich Eurer Exzellenz im Anbuge den Text der Erklärung a) zu unterbreiten, welche über meinen Antrag in das Resumé über die gestrige Réunion aufgenommen worden ist. Der erste Teil bezieht sich auf die Frage der Kapitulationsrechte in den durch die Balkanstaaten zu annektierenden türkischen Gebieten und entspricht den hohen telegraphischen Weisungen vom 30. April l. J. Nr. 369 b) und vom 7. Mai l. J. Nr. 387. Der zweite Teil bezieht sich auf die Frage der Zuerkennung einer blos beratenden Stimme an die Delegierten der Balkanstaaten in der Pariser Finanzkommission und entspricht den Ausführungen des hohen Telegrammes vom 12. Mai l. J. Nr. 395. c) Mensdorff.

a) Beilage. — b) Vgl. n. 6941 Anm. b. — c) Mit Tel. Nr. 395, 10. Mai 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde Mensdorff angewiesen, auf Einschränkung der Teilnahme der Vertreter der Kriegführenden an der Pariser Finanzkommission beim Auswärtigen Amte und seinen Kollegen hinzuwirken. Deutsche Regierung habe sich schon Wiener Standpunkte angeschlossen, italienische neige ihm zu; erwünscht, daß englische und französische Regierung diese Auffassung sich zu eigen machen. (Vgl. n. 7034).

Beilage zu n. 7095. Abschrift.

L'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie a fait à la réunion la communication suivante: En donnant son assentiment au texte du traité de paix préliminaire, le Gouvernement Impérial et Royal tient à ce que les observations suivantes, auxquelles ce texte donne lieu, fussent insérées dans une résolution de la réunion.

I. Le Gouvernement austro-hongrois tout en maintenant la proposition présentée dans la réunion du 15 mars relativement aux droits découlant des capitulations turques dans les territoires qui seront annexés par les Alliés, est prêt à ne pas insister pour qu'une stipulation à ce sujet soit insérée parmi les articles de la paix préliminaire. Cette décision a été prise par le Gouvernement Impérial et Royal pour les raisons suivantes: La paix préliminaire ne spécifie pas encore l'étendue des territoires qui seront annexés à chacun des états balcaniques et le règlement des questions rattachées à la souveraineté territoriale dans ces portions surtout des questions régies actuellement par les capitulations, est donc reservé à une date ultérieure quand il y aura pleine clarté sur les parts de territoire attribuées à chaque Etat Balcanique. L'Autriche-Hongrie fera alors dépendre sa reconnaissance de ces changements territoriaux d'une solution satisfaisante des questions susindiquées.

II. Il nous semble qu'il ne pourrait être dans l'intérêt des Grandes Puissances d'accorder aux représentants des Etats Balcaniques à la commission siégeant à Paris le même vote décisif qu'aux Grandes Puissances, vu que les Etats belligérants devront assumer dès la conclusion de la paix de nombreuses charges, résultant de la dette publique et des concessions accordées à des compagnies privées qui passeront dans leurs mains. Accepter un pareil principe serait dangereux et difficile à appliquer en pratique. D'ailleurs on avait tout d'abord eu l'idée de notifier simplement aux belligérants comme volonté des puissances les décisions qui auront été prises par la réunion des ambassadeurs (d'après le projet d'article proposé par la France) sur toute question de principe touchant des matières de finance. De même on avait proposé que la commission de Paris n'aurait à s'occuper que de l'élaboration des détails et qu'elle ne serait formée que par des représentants des Grandes Puissances. C'est seulement plus tard qu'on a décidé de confier à la commission de Paris le règlement de toutes les questions de principe et de permettre aux belligérants de se faire représenter à la dite commission. Par conséquent, il nous semble que les belligérants ne pourraient prétendre qu'à un vote consultatif.

Nr. 7096. Bericht aus London, 21. Mai 1913 Nr. 49 (eing. 23. Mai).[a] Ausfert.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramm Nr. 409 erlaube ich mir anliegend den Text[b] der gestrigen Ausführungen M. Cambons bezüglich des Statuts Albaniens[c] zu unterbreiten, das mir mein französischer College soeben zugeschickt hat. Ich erbitte mir eine hochgeneigte telegraphische Weisung über die Stellungnahme Euer Excellenz zu diesen neuen französischen Vorschlägen. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7140, 7174, 7198, 7230. — [b] Beilage. — [c] Zweite Beilage zu n. 6554.

Beilage zu n. 7096.[a]

Sur le projet d'organisation de l'Albanie présenté par les Ambassadeurs d'Autriche-Hongrie et d'Italie, l'Ambassadeur de France a formulé les observations suivantes. En ce qui concerne la suzeraineté du Sultan, une

décision peut être ajournée, car cette suzeraineté purement nominale ne peut avoir d'effet sur l'organisation intérieure de l'Albanie. Si elle est admise, l'action politique du Sultan sera nulle; si elle ne l'est pas, les populations musulmanes conserveront leurs rapports religieux avec le Khalife, comme toutes celles qui appartiennent à des régions séparées politiquement de la Turquie. L'examen de cette question peut donc être ajourné quant à présent. Il n'en est pas de même de la suggestion relative à la désignation d'un Prince ou Chef d'Etat qui serait proposé par l'Autriche et l'Italie. Cette désignation, si l'on adopte cette mesure, devrait appartenir à toutes les Puissances, mais il serait préférable de renoncer à donner un Prince au nouvel Etat autonome. L'Albanie ne possède encore ni Gouvernement, ni organisation, ni ressources; que fera-t-elle d'un Prince venu du dehors, sans compétence, sans autorité, à qui il faudra constituer une liste civile? Son rang lui imposera une réserve pleine d'inconvénients lorsqu'il faudra se mettre en rapports avec les chefs de clan. Il sera probablement voué à une fin violente et les Puissances se trouveront alors entrainées dans des interventions pleines de péril. En réalité, le moment n'est pas venu de créer en Albanie une institution définitive. Les Puissances devraient s'attacher d'abord à organiser un Gouvernement viable et ce Gouvernement aura d'autant plus de chances d'être accepté qu'il respectera davantage la vieille organisation féodale de régions qui, en réalité, n'ont jamais possédé de Gouvernement régulier. Nous avons assumé la charge de constituer ce Gouvernement, mais nous ne savons rien de l'Albanie et si nous trouvons une organisation ottomane sur la côte et dans les parties accessibles du pays, nous ignorons absolument s'il y a un ordre établi dans l'intérieur. Chaque fois que la Sublime Porte a voulu soumettre les populations de la montagne à une règle quelconque et leur imposer une charge, elle a provoqué des insurrections. Comment élaborer dès maintenant un statut définitif? Il semblerait plus opportun de confier d'abord à un mandataire temporaire le soin de mettre sur pied une machine dont la mise en oeuvre demandera du temps et de la patience. Ce mandataire, nommé pour deux ou trois ans, aurait le titre de Haut Commissaire des Puissances et, à moins qu'on ne trouve en Europe un homme assez expérimenté et assez au courant des affaires albanaises pour renoncer à nos procédés administratifs ordinaires, le mieux serait de choisir un Albanais de bonne race. Le Haut Commissaire une fois trouvé, on constituerait aussitôt la Commission internationale de contrôle administratif et financier. Le projet présenté par nos collègues d'Autriche-Hongrie et d'Italie propose d'abord une commission d'études qui, une fois ses projets d'organisation adoptés, procédera à l'installation d'une commission de contrôle. Cette commission d'études nous fera perdre du temps. Il vaut mieux instituer immédiatement la commission de contrôle qui pourra constituer avec le Haut Commissaire un Gouvernement dont l'action s'exercera utilement dans les parties accessibles de l'Albanie et qui se mettre en rapports avec les personnalités influentes de l'intérieur et établira avec elles un modus vivendi acceptable. Il peut paraitre singulier de constituer un contrôle administratif et financier avant que l'Albanie ne possède une administration et des finances, mais il serait encore plus

singulier de prétendre légiférer sur un pays dont nous ignorons tout. Ainsi le projet présenté par nos collègues d'Autriche et d'Italie mentionne une organisation judiciaire dans le genre de celle de l'Egypte, mais en Egypte l'organisation des tribunaux mixtes, avec leur législation et leur procédure calquées sur les institutions françaises est destinées aux étrangers, en Albanie, il n'y a pas d'étrangers. Prétendrons-nous édifier de toutes pièces une législation à l'usage des Albanais? Le Gouvernement français pense qu'il convient d'éviter les mesures hâtives et les organisations à la mode européenne. D'après lui la commission internationale de contrôle, d'accord avec le Haut Commissaire, aura la double mission de prendre des mesures immédiates et temporaires dans les régions déjà pourvues d'une organisation ottomane et de se renseigner, pour les autres parties de l'Albanie, sur les usages et les institutions traditionelles du pays afin de s'y conformer dans ses propositions d'organisation définitive. Dans quelle mesure la population sera-t-elle appelée à se prononcer sur ces propositions? Sous quelle forme exprimera-t-elle ses désirs? Existe-t-il déjà des assemblées populaires? Comment s'exerce la justice dans l'intérieur? Existe-t-il des juridictions reconnues ou n'y a-t-il simplement qu'un recours aux chefs de clan? Les populations sont-elles soumises à des taxes et sous quelle forme? Ces questions doivent être élucidées avant qu'il soit possible de songer à créer des institutions dont les agents provoqueraient, comme au temps de la domination turque, des insurrections contre les Puissances. En résumé, nomination d'un Haut Commissaire et d'une Commission internationale de contrôle qui seraient à la fois des agents de gouvernement et des agents d'étude. Organisation temporaire progressive et aussi peu centralisée que possible. Telles sont les conclusions que le Gouvernement français soumet à l'examen des Puissances.

[a]) Vgl. n. 7094.

Nr. 7097. Bericht aus Rom, 21. Mai 1913 Nr. 35 B (eing. 23. Mai).[a]) *Ausfert.*

Von allen bisher im Verlaufe der Balkankrise aufgetauchten Problemen wird jenem der Delimitirung Albaniens im Süden und Südosten von der hiesigen Regierung und Öffentlichkeit die grösste Bedeutung zugeschrieben. Insolange die einschlägigen Prätensionen Griechenlands allein im Vordergrunde standen, hat sich zwischen der hiesigen und der Athener Presse eine Fehde entsponnen, welche an Heftigkeit kaum mehr überboten werden konnte. Seitdem sich aber Frankreich immer deutlicher zum Anwalte der griechischen Ansprüche macht, kehrt sich die aigreur der italienischen öffentlichen Meinung fast noch schärfer gegen die lateinische Schwesternation als gegen die hellenischen Prätensionen. Man erblickt nämlich in dem französischen Eintreten für die letzteren nicht bloß den Wunsch, Griechenland für die Triple-Entente zu gewinnen, sondern darüber hinaus auch das Bestreben, sich für den Fall einer europäischen Conflagration eines maritimen Stützpunktes am Ausgange der Adria zu versichern, eine Eventualität, welche für die italienische — wie übrigens nicht minder auch für unsere — Marine eine eminente Gefahr bedeuten würde. Hat schon

die Haltung der französischen Regierung während des lybischen Feldzuges die hiesigen Sympathien für Frankreich wesentlich abgeschwächt, so ist vollends dermalen in ganz Italien — etwa mit Ausnahme der Republikaner und Sozialisten — die Verstimmung gegen Frankreich eine allgemeine und tiefe. Marchese di San Giuliano will auch in dieser Stellungnahme Frankreichs vor allem die Hand Mr. Poincarés erblicken, dessen Einflusse sich auch Mr. Pichon gegen seine eigene bessere Überzeugung nicht ganz entziehen könne. Auch Russland, welches Griechenland in der ganzen Krise zu unterstützen bestrebt war, trete für die griechischen Ansprüche in Epirus ein, wogegen England hinsichtlich der griechisch-albanesischen Grenze weniger intransigent sei, dafür aber in der Inselfrage sich gänzlich auf den griechischen Standpunkt stelle. Deutschland habe in der letzten Zeit viel Wasser in seinen griechischen Wein gegossen und sich speciell in der Grenzfrage unseren Propositionen angeschlossen. Was unsere Haltung betrifft, so ist dieselbe zwar vorläufig offiziell mit jener Italiens in voller Übereinstimmung. Man fühlt aber hier doch durch, dass uns die Sache weniger nahe berühre, und derselbe Eindruck scheint auch bei der Mehrzahl der Cabinette obzuwalten. Meiner unvorgreiflichen Meinung nach wäre es unsererseits ein Fehler, wenn wir auch nur ein relatives désintéressement an dieser Frage zeigen und in derselben nicht gegebenen Falles durch dick und dünn mit Italien gehen würden. Zunächst schon aus dem Grunde, weil das ohnehin im Nordosten schon stark zugestutzte Albanien eine immer problematischere Schöpfung würde, wenn auch seine südliche Delimitierung unbefriedigend ausfiele. Ferner, weil wir in strategischer Beziehung nicht nur ein gleiches, sondern auch ein grösseres Interesse als Italien daran haben, daß nicht Griechenland und in weiterer Folge eventuell durch dasselbe die Triple-Entente einen starken maritimen Stützpunkt im Canale von Corfu gewinnt und dadurch in die Lage kommt, die Adria abzusperren. Während nämlich Italien noch immer die Bewegungs-Freiheit im mittelländischen und im tyrrhenischen Meere behielte, wäre unsere Kriegsflotte dann völlig eingeschlossen. Des weiteren wird die Triple-Entente stets darauf bedacht sein, einen Punkt zu finden, wo zwischen uns und Italien nicht volles Einvernehmen besteht, um dort den Hebel anzusetzen und ihre eigenen Ziele mit besseren Chancen zu verfolgen. Endlich scheint es mir auch durchaus nicht in unserem Interesse gelegen zu sein, Italien und dem übrigen Europa den Eindruck zu geben, dass bezüglich Südalbaniens Italien die erste Stimme habe. Hier würde dies gewiss gar nicht ungerne gesehen, aber eben deshalb glaube ich, daß wir unser völlig identisches Interesse hinsichtlich dieses Teiles Albaniens sehr nachdrücklich markieren und unseren mit Italien vereinbarten Standpunkt mit gleicher Energie wie dasselbe, diplomatisch und nötigenfalls auch militärisch vertreten sollen, wollen anders wir verhindern, dass sich nicht wenigstens zunächst ideell hinsichtlich dieser Region eine italienische Vorzugsstellung in dem europäischen Bewusstsein einbürgert. Ich habe wiederholt dem Minister des Äußern Vorwürfe darüber gemacht, dass er die ursprünglich ins Auge gefasste Taktik, die Kalamas-Linie in der Londoner Réunion zu proponieren und dann im Laufe der Verhandlungen allmälig die weiteren Concessionen bis zu der

von uns festgesetzten Compromisslinie zu machen, dadurch aufgegeben hat, dass er schon jetzt den übrigen Cabinetten diese letzte Grenze bekanntgab. Nun sei das Maximum unserer Zugeständnisse schon bekannt und wir hätten nichts weiter zu concedieren. Marchese di San Giuliano verteidigte sich damit, dass er auf diese Art schon im voraus zu einer annähernden Einigung im diplomatischen Wege zu kommen hoffe. Es lässt sich heute noch schwer voraussehen, wie weit die Schwierigkeiten dieser Delimitierungs-Verhandlungen gehen werden und ob es, ähnlich wie im Norden, zu einer ernsten Spannung kommen wird. Trotz des angekündigten Widerstandes Griechenlands und trotz der bisherigen Haltung des Zweibundes ist der Minister des Äussern der Ansicht, daß sich die Dinge friedlich lösen und Griechenland schließlich grosso modo die von uns proponierte Grenzlinie annehmen wird. Er spricht sich heute diesbezüglich hoffnungsvoller aus als noch vor kurzem, wobei er allerdings damit rechnet, daß man in der Inselfrage Griechenland reichliche Compensationen werde bieten müssen. Den Küstenpunkt Phtelia bezeichnet er nach wie vor als das äusserste Zugeständnis; die Neutralisierung des Griechenland zufallenden Teiles des Canales von Corfu hält er gleichfalls als Forderung aufrecht, obwohl derartige Verpflichtungen à longue vue und vollends im Kriegsfalle nur einen sehr problematischen Wert besitzen; bezüglich des Gebietes der Pindus-Walachen habe ich ihn allmälig auch dahin gebracht, dasselbe als ein noli me tangere zu betrachten. Es könnte sich also höchstens um ganz unwesentliche Zuwendungen an Griechenland zwischen der Küste und dem Pindus-Gebiete handeln. Gestern ist in den hiesigen Zeitungen eine Nachricht aus London erschienen, wonach Sir Edward Grey vorschlagen wolle, eine internationale Commission von Marine-Fachleuten mit dem Studium der Frage zu betrauen, wie weit man ohne Schädigung der maritimen Interessen der beiden Adria-Mächte in den Concessionen an Griechenland gehen könne. Der Minister des Äussern, welchem gegenüber ich diese Nachricht erwähnte, äusserte sich über dieselbe sehr abfällig. Über strategische Interessen einer Großmacht könnten doch nur deren eigene Fachleute und nicht jene fremder Mächte, welche später einmal ihre Gegner sein könnten, urteilen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7047, 7102, 7197.

Nr. 7098. Bericht aus Rom, 21. Mai 1913 Nr. 35 C (eing. 23. Mai). Ausfert.

Wie ich seinerzeit beim Einlenken Montenegros in der Skutari-Frage voraussah, ist der Gedanke der Zuwendung territorialer Kompensationen an dieses Land noch keineswegs aufgegeben. Russland und Frankreich kommen bei jedem Anlasse auf diesen Wunsch wieder zurück und die wenig klare, immer nur temporisierende Haltung des hiesigen Ministers des Äussern im Gegenstande gibt mir den Eindruck, dass auch Marchese di San Giuliano im Grunde mit dieser Idee — wenigstens bis zu einem gewissen Grade — sympatisiert und lediglich einen geeigneten Zeitpunkt zu deren Realisierung abwarten möchte. Wenn zum Beispiel die noch pendenten wichtigeren Fragen erledigt wären und damit eine allgemeinen Détente einträte, wäre es für uns ungleich schwerer, das Odium einer neuerlichen

Spannung durch eine entschiedene Opposition gegen territoriale Kompensationen an Montenegro, falls solche dann angeregt würden, auf uns zu nehmen. Stimmen wir aber dann des lieben Friedens halber zu, dann wäre in letzter Analyse eben jene Situation geschaffen, gegen welche wir durch Monate mit allem diplomatischen und militärischen Hochdrucke auftraten, es wäre nämlich das Nachgeben Montenegros bezüglich Skutaris durch finanzielle und territoriale Zuwendungen kompensiert, wozu für uns noch das Gefühl des Dupirtseins kommen müsste. Diese Erwägungen haben mich veranlasst, Euerer Exzellenz die Anregung zu unterbreiten, schon jetzt die Vornahme der effectiven Détail-Delimitierung Albaniens im Norden und Nordosten zu proponieren. Damit würde künftigen Kompensations-Velleitäten ein Riegel vorgeschoben, die Mächte, welche mit dieser Idee kokettieren, würden gezwungen, schon jetzt Farbe zu bekennen und unser eventueller Widerspruch wäre nur die konsequente Aufrechterhaltung des Standpunktes, welchen wir diesfalls vor wenigen Wochen bis zum Risico einer militärischen Action verfochten haben. Aus dem hohen Telegramme vom 16. l. M. Nr. 501 habe ich ersehen, dass Euer Exzellenz meiner Anregung stattzugeben entschlossen sind. Bevor ich indes noch die Möglichkeit hatte, mich dem Minister des Äusseren gegenüber in dem anbefohlenen Sinne auszusprechen, erhielt ich das abschriftlich beiliegende Schreiben[a] des Marchese di San Giuliano vom 18. l. M., welches neuerlich den von ihm schon wiederholt geäusserten Skrupel enthält, die Mächte der Triple-Entente durch den fraglichen Vorschlag in einem Augenblicke zu verstimmen, wo man wegen der Südgrenze Albaniens deren konziliante Haltung benötige. Mit meinem Telegramme vom 18. l. M. Nr. 296 konnte ich Euerer Exzellenz melden, dass und mit welcher Argumentation es mir schliesslich gelungen ist, den Minister des Äussern umzustimmen und zum Anschlusse an unsere Proposition zu bewegen. Ich möchte nicht behaupten, dass wir damit schon alle einschlägigen Schwierigkeiten überwunden haben, und könnte mir vorstellen, dass vielleicht Russland und Frankreich dem Vorschlage gegenüber eine Obstruktions-Taktik versuchen werden. Mit einiger Zähigkeit dürfte sich aber dieselbe überwinden lassen, umsomehr als sich kaum ein ernstes sachliches Motiv dagegen ins Feld führen liesse, die von den Grossmächten definitiv festgesetzte und Serbien sowie Montenegro bereits mitgeteilte Grenzlinie nun auch materiell an Ort und Stelle durchzuführen. An dem Festhalten an dieser Grenzlinie habe ich den hiesigen Minister des Äussern in meinen wiederholten Unterredungen genugsam angenagelt. Bei dem letzten Anlasse sagte er mir, nach seiner innersten Ansicht wären Montenegro zwei Begünstigungen zu geben: das von den Mächten garantierte Anlehen und eine wohlwollende Behandlung bei der Detail-Delimitierung. In London sei der Grenzzug nur grosso modo an der Hand einer relativ kleinen Landkarte festgesetzt worden. Da bliebe also, ohne die getroffenen Beschlüsse zu tangieren, der Delimitierungs-Kommission noch immer die Möglichkeit, da und dort Montenegro etwas zu begünstigen. Ich erwiderte, dass man auf diese Art vor der Alternative stände, entweder Montenegro unbedeutende und daher wertlose oder aber erhebliche und daher für Albanien nachteilige Konzessionen zu machen,

und dass überdies bei der technischen Vornahme einer Delimitierung vorwiegend geographische, nicht aber politische Gesichtspunkte entscheidend sein müssen. Kommt es in der nächsten Zeit tatsächlich zur Ausführung unseres Vorschlages, so wird damit, ausser den oben erörterten politischen Vorteilen, auch Zeit gewonnen und endlich ein Teil des ganzen mit der Balkankrise zusammenhängenden umfangreichen Fragen-Komplexes endgiltig erledigt sein. Mérey.

a) Beilage.

Beilage zu n. 7098. Schreiben des ital. Ministers des Äußern an Botschafter von Mérey; Rom, 18. Mai 1913. Abschrift.

Imperiali me télégraphie que Mensdorff a reçu instruction de proposer à la réunion des Ambassadeurs que l'on procéde sans retard à la délimitation de la frontière nord-nord-est de l'Albanie pour profiter de la présence à Scutari des officiers de la flotte internationale. J'ai chargé le Duc Avarna de représenter au Comte Berchtold que cette proposition me paraît acceptable si elle ne rencontre pas des objections de la part des Puissances de la Triple Entente. Au cas contraire, il me semble qu'il serait préférable de s'abstenir de la présenter ou tout au moins de ne pas insister, au moment, où des prourparlers avec les dites Puissances pour arriver à une entente au sujet de la frontière méridionale et des îles sont en cours, car cette proposition pourrait influencer leurs dispositions et rendre par conséquent l'accord plus difficile.

Nr. 7099. Tel. aus Sofia, 21. Mai 1913 Nr. 439 (eing. 22. Mai 6 U. a. m.).a) Entziff.

Auf meine Frage, welche Instruktionen Herr Kalinkoff erhalten, antwortete Konseilspräsident, Kalinkoff habe zuerst rumänischer Regierung Zustimmung Bulgariens zur Mitteilung Petersburger Entscheidung an Kammer bekanntzugeben und dann im Wege Konversation mit Majoresco und Take Jonesco festzustellen, was gegenwärtige Dispositionen in Bukarest seien und zwar ob man sofortige Pourparlers oder dieselben erst nach parlamentarischer Erledigung Petersburger Beschlusses zu beginnen wünsche. Ich habe mit Absicht Bemerkung fallen gelassen, Herr Geschoff werde, während Konversation mit Majoresco angeknüpft wird, je nach Haltung Serbiens und Griechenlands sehen, ob er Abkommen mit Rumänien brauchen werde, was sich bald zeigen dürfte. Konseilspräsident, der mir sonst immer seinen Wunsch nach Entente mit Rumänien beteuerte, erwiderte auf meine Bemerkung nicht und nickte nur zustimmend. So bedauerlich es einerseits wäre, wenn, wie im gehorsamen Telegramme Nr. 433 vom 20. d. M. angedeutet, die rumänisch-bulgarischen Pourparlers, die Kalinkoff beginnen soll, sich zerschlagen und zur Verstimmung zwischen Bulgarien und Rumänien führen sollten, was unsere Stellung hier und wahrscheinlich in Bukarest erschweren würde, bin ich anderseits — vielleicht mit Unrecht — nicht frei von Befürchtung, daß rasche Verständigung, durch welche sich Bulgarien wohlwollende Neutralität Rumäniens sichern würde, Serbien vielleicht versöhnlich stimmen könnte. Würde ich an aufrichtiger Absicht

Herrn Geschoffs, engere Beziehungen zu Rumänien bleibend anzubahnen, glauben können, würde für mich, da ich in diesem Falle mit neuer Orientierung bulgarischer Politik rechnen würde, oberwähnte Befürchtung nicht in Betracht kommen. Nachdem ich aber gesehen, wie Herr Geschoff letzte Äußerung Majorescos an Prinzen Fürstenberg (hohes Telegramm Nr. 246 vom 19. d. M.) aufgenommen und speziell nachdem ich nach letzter Unterredung mit Dobrović daran, daß sich König Ferdinand mit Standpunkt seiner Regierung solidarisiert, nicht mehr zweifeln kann, befürchte ich, ob Bulgarien bei Pourparlers mit Rumänien nicht hauptsächlich erleichterte Verständigung mit Serbien im Auge hat. Ich habe diese Bedenken, ohne sicher zu sein, daß rumänische Frage tatsächlich in der gedachten Weise auf Haltung Serbiens rückwirken kann, da mir Lage in Belgrad nicht gut bekannt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7070.

Nr. 7100. Tel. aus Sofia, 21. Mai 1913 Nr. 440 (eing. 22. Mai 6 U. a. m.). Entziff.

Im Verlaufe heutiger Unterredung hat Herr Geschoff Serbien und Griechenland gar nicht erwähnt, was insoferne bezeichnend, als ich mich bereits überzeugt, daß er, wenn Lage als kritisch betrachtet, gleich mitteilsamer und Verhältnis zu Verbündeten mit mir bespricht. Konseilspräsident hat häufig Konferenzen mit russischem Gesandten und gestern empfing er langen Besuch russischen Militärattachés, der soeben aus Petersburg zurückgekehrt. Der „Mir", welcher letzter Zeit Serbien scharf zu apostrophieren pflegte, schließt gestrigen Leitartikel damit, daß, wenn nur Serbien Unterdrückung bulgarischen Elementes in Mazedonien aufgibt und Vertrag erfüllt, Eintracht wieder entstehen und Bündnis fester sein würde denn je. Heute schlägt „Mir" ähnlichen versöhnlichen Ton an und appelliert an serbische Intelligenz, den Chauvinisten nicht zu gestatten, Balkanbund zu zerschlagen. Tarnowski.

Nr. 7101. Tel. aus Sofia, 21. Mai 1913 Nr. 441 (eing. 22. Mai 6 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 435 vom 20. d. M. Wenn ich schon nach kürzlichem Beweis Unaufrichtigkeit Herrn Geschoffs, der sogar Dobrović Gespräch mit mir verheimlichte, nicht einen Moment zögern konnte, oppositionelle Parteichefs über unsere Politik zu orientieren, so bin ich in Überzeugung, daß dieser Schritt notwendig war, auch dadurch bekräftigt, daß mir diese Politiker seither für Auskunft mit dem Bemerken dankten, Herr Geschoff würde über wahre Haltung der Monarchie niemand informieren und seine Politik gegebenenfalls dadurch zu rechtfertigen suchen, daß er außer auf Rußland auf keine Macht rechnen konnte. Tarnowski.

Nr. 7102. Tel. aus Athen, 22. Mai 1913 Nr. 319 (eing. 23. Mai 2 U. a. m.).[a]) Entziff.

Griechenland und Italien. Mit der angelegentlichsten Bitte um streng geheime Behandlung anvertraute mir deutscher Kollege Nachstehendes:

Er sei vorgestern zum König berufen worden und hätte in den letzten Tagen wiederholt Konferenzen mit Herrn Venizelos und Herrn Coromilas bezüglich der griechisch-italienischen Differenzen gehabt. Er lege aber Wert darauf, festzustellen, daß er nach keiner Richtung hin Initiative ergriffen oder sich irgendwie eingemischt hätte. Resumé seiner Besprechung: Griechischerseits sähe man ein, daß italienische Regierung, dadurch daß Marquis di San Giuliano sich durch seine Kriegsdrohung festgelegt, aus Prestigegründen nicht leicht nachgeben könne. Deshalb wäre man hier geneigt, Albanien schmalen Küstenstreifen zu konzedieren unter Belassung Hinterlandes bei Griechenland. Santi Quaranta vielleicht Freihafen. Man befürchtet aber hier, daß direktes Anbot in Rom als Schwäche ausgelegt werden könnte; Herr Venizelos erwägt, ob nicht diesfalls von dritter Seite Vermittlung opportun. Demgegenüber vertrat deutscher Gesandter Vorteil direkter Konversation mit Rom etwa durch Entsendung markanter Persönlichkeit behufs unverbindlicher Sondierung. Auch Idee einer Reise Herrn Venizelos dorthin hiebei aufgetaucht, aber wieder fallen gelassen worden. Man wolle Abflauen der jetzt beiderseits so gereizten Stimmung abwarten, eventuell erst nach Präliminarfrieden, zu dessen rascher Unterzeichnung Graf Quadt eindringlich riet, Spezialverhandlungen mit Rom entrieren. Diese dürften sich auch auf die kutzowalachische Frage erstrecken, in welcher Beziehung die neuesten, von Italien unterstützten Postulate Rumäniens zwecks Zuweisung gewisser griechischerseits okkupierter, von Kutzowalachen bewohnter Gebiete an Albanien hier große Entrüstung und Depression hervorriefen. Speziell wäre, wie mir auch mein italienischer Kollege streng vertraulich mitteilte, Herr Venizelos darüber ganz außer Fassung geraten. Schließlich möchte ich eine heutige Bemerkung Coromilas' zu mir registrieren, die in das Vorberichtete nicht gut hineinpaßt. Er sagte: „Italien konversiert direkt mit Griechenland über alle diese Fragen; warum beschränkt es sich nicht darauf, in London seine Ansichten zu vertreten?“ Braun.

[a]) Vgl. n. 7022, 7097.

Tel. nach Berlin, 22. Mai 1913 Nr. 366 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7109.

Nr. 7103. Tel. nach Bukarest, 22. Mai 1913 Nr. 221 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Euer Durchlaucht Telegramme Nr. 121 bis 123 vom 19. d. M. erhalten. Die Ausführungen König Carols sowie Herrn Majorescos beweisen, daß die maßgebenden Faktoren in Rumänien bei der Beurteilung der Situation und des Verhältnisses zu Bulgarien von Gesichtspunkten ausgehen, die mir durchaus verfehlt scheinen und denen wir mit allem Nachdruck entgegentreten müssen. Zu diesem Zwecke wollen Euer Durchlaucht dringend um eine Audienz bei König Carol ansuchen und sich Seiner Majestät gegenüber bei aller Deferenz mit Ernst und Entschiedenheit im Sinne des Nachstehenden aussprechen sowie auch die in meinen früheren einschlägigen Instruktionen enthaltenen Argumente verwerten. In gleicher Weise wollen Euer Durchlaucht sich zu Herrn Majoresco äußern. Vor allem wollen Euer Durchlaucht betonen, daß wir den Umschwung in den Ansichten Rumäniens

über den Wert von Silistria nicht verstehen können. Während uns noch bis vor kurzem die Erwerbung dieser Stadt als der Kardinalpunkt der rumänischen Forderungen hingestellt wurde, neben dem die übrigen Petite nur geringe Bedeutung besaßen, stoßen wir nun, da es unserem Einfluß in Sofia und unseren hartnäckigen Bemühungen in Petersburg gelungen ist, die Erfüllung dieses rumänischen Wunsches im Prinzipe sicherzustellen, in Bukarest auf die Tendenz, diesen Gewinn zu bagatellisieren. Ich erblicke hierin nicht nur einen befremdenden Mangel an Anerkennung für das warme Eintreten Österreich-Ungarns und des Dreibundes für Rumänien — die Tripelentente hat der Zuweisung von Silistria bekanntlich heftig opponiert — sondern auch eine gänzliche Nichtbeachtung des Entgegenkommens, das Bulgarien, um sich die Freundschaft Rumäniens zu sichern, in dieser Frage an den Tag gelegt hat. Daß die Abtretung von Silistria von den Mächten beschlossen wurde, ist eine reine Formsache. Im Wesen ist durch die Bereitwilligkeit Bulgariens, die Entscheidung der Mächte zu akzeptieren und zur Ausführung zu bringen, jener spontane Freundschaftsbeweis bereits erbracht, den man in Bukarest von Bulgarien erwartet und zur Vorbedingung einer bulgarophilen Politik macht. Wir müssen Rumänien dringend davon abraten, seine Neutralität von weiteren territorialen Konzessionen Bulgariens abhängig zu machen. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß keine bulgarische Regierung in der Lage wäre, auf dieser Grundlage über die in Petersburg festgesetzten territorialen Zugeständnisse hinauszugehen, da dies die öffentliche Meinung des Landes nicht zugeben würde, da schon die Zession von Silistria nur durch den Hinweis auf die Entscheidung der Mächte plausibel gemacht werden kann. Rumänien steht, wie Herr Majoresco mit Recht bemerkt hat, vor schwerwiegenden Entschlüssen. Ich kann nicht annehmen, daß Rumänien ernstlich gewillt ist, diese für seine ganze Zukunft bedeutungsvolle Entscheidung von der Erwerbung eines unbedeutenden Gebietsstreifens abhängig zu machen, die, selbst wenn sie gelänge, schließlich doch nur ein momentaner Erfolg wäre und an den tatsächlichen Verhältnissen kaum etwas ändern würde. Wenn man in Bukarest die Vor- und Nachteile der gegebenen Alternativen nüchtern abwägt, wenn man nicht eine von Gefühlen der Rivalität gegen Bulgarien eingegebene Politik, sondern eine wahre Interessenpolitik verfolgen will, wird man zur Erkenntnis gelangen, daß die gegenwärtige Situation Rumänien die günstige und vielleicht nicht wiederkehrende Gelegenheit bietet, seine Neutralität gegen weit realere Vorteile einzutauschen, als es ein kleiner Gebietszuwachs wäre, nämlich gegen ein dauerndes, auf Gegenseitigkeit beruhendes freundschaftliches Verhältnis zu Bulgarien und sich auf diese Weise für alle Eventualitäten der Zukunft eine überaus wertvolle Rückendeckung zu schaffen. Die unumgängliche Voraussetzung hiefür wäre jedoch, wie gesagt, daß sich Rumänien mit den in Petersburg beschlossenen Konzessionen begnügt und von aussichtslosen weiteren territorialen Forderungen absieht. Während Rumänien sich durch eine solche Haltung die natürliche und unaufhaltsame Erstarkung Bulgariens zunutze machen kann, — was mir die einzig richtige Politik zu sein scheint, da ich nicht sehe, in welchen vitalen Fragen zwischen den beiden Staaten wirkliche Gegensätze bestehen, —

müßte das entgegengesetzte Vorgehen, nämlich ein feindseliges Auftreten gegen Bulgarien, zu einer Entwicklung führen, die den wahren Interessen Rumäniens keineswegs vorteilhaft ist und auch unser gegenseitiges Verhältnis nicht unberührt lassen könnte. Ich habe in meinen Instruktionen an Euer Durchlaucht bereits darauf hingewiesen, daß die Konsequenz einer Stellungnahme Rumäniens gegen Bulgarien aller Voraussicht nach ein Ausgleich unter den Alliierten in der mazedonischen Frage und der Fortbestand des Balkanbundes unter der Ägide Rußlands wäre. Ich kann es dem staatsmännischen Urteil König Carols und seiner Minister überlassen, die Frage zu beantworten, ob die sich hieraus ergebende Einkeilung Rumäniens, zwischen Rußland einerseits und einem wenig freundlich gesinnten Bulgarien und seiner Verbündeten andererseits, vom rumänischen Standpunkte aus erwünscht wäre. Träte aber die andere weniger wahrscheinliche Alternative ein, daß sich Bulgarien nämlich trotz des ungeklärten Verhältnisses zu Rumänien zu einem Kompromiß in der mazedonischen Frage nicht bereit findet und daß es zum Konflikt mit Serbien und Griechenland kommt, so hätte Rumänien nur die Wahl, ohne irgend einen Vorteil dafür zu erlangen neutral zu bleiben oder sich durch eine aktive Beteiligung auf die Seite der Gegner Bulgariens in Widerspruch mit seiner Dreibundpolitik zu setzen. Denn darüber muß man sich in Bukarest schon heute klar werden, daß wir uns im Falle eines serbisch-bulgarischen Konfliktes genötigt sehen werden, gegen Serbien Stellung zu nehmen und ihm gegebenen Falles auch mit den Waffen entgegenzutreten. Ich kann bis auf weiteres nicht glauben, daß Rumänien es auf eine solche Situation ankommen lassen will und es nicht vorzieht, in konsequenter Fortsetzung seiner traditionellen Politik auf der oben angedeuteten Basis einen dauernden Akkord mit Bulgarien zu suchen, der, in weiterer Folge ausgestaltet, zu einer Kooperation und dann auch zu einer territorialen Vergrößerung Rumäniens nach der einen oder der anderen Richtung hin führen kann. Euer Durchlaucht sind ermächtigt Seiner Majestät und Herrn Majoresco, falls es Ihnen angezeigt erscheint, die eine oder andere Stelle des vorliegenden Telegrammes vorzulesen. Ich erhalte eben Ihr Telegramm Nr. 124 vom 20. l. M., lege aber ungeachtet der Sprache Herrn Majorescos den größten Wert darauf, daß Euer Durchlaucht die vorstehenden Instruktionen ungesäumt zur Ausführung bringen.

[a]) Vgl. n. 7117, 7125, 7138, 7149, 7152, 7153, 7189.

Tel. nach Konstantinopel, 22. Mai 1913 Nr. 245 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7109.

Nr. 7104. Tel. nach Konstantinopel, 22. Mai 1913 Nr. 247 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

In der Angelegenheit von Ada-Kaleh hat die hiesige ottomanische Botschaft nachstehende Verbalnote anher gerichtet:[b]) „La décision du Gouvernement Royal Hongrois d'annexer l'Ile d'Ada-Kaleh au territoire du Royaume, n'a pas manqué d'impressionner péniblement la Sublime Porte. L'Ambassade Impériale ne croit pas devoir invoquer vis-à-vis du Ministère Impérial et Royal tous les arguments juridiques qui établissent

d'une manière incontestable les droits Souverains de l'Empire Ottoman sur cette Ile; ces droits ont été strictement définis par une correspondance officielle échangée en son temps entre les deux Gouvernements. D'autre part, la Sublime Porte est loin de méconnaître l'importance stratégique qui s'attache pour l'Autriche-Hongrie à l'Ile d'Ada-Kaleh; elle n'ignore pas également les précautions qui s'imposent en prévision de l'éventualité de prétentions sur cette Ile de la part des alliés. Mais tout en reconnaissant l'importance de ces considérations, on ne peut pas tout de même admettre que les Grandes Puissances, la Monarchie austro-hongroise y comprise, qui par l'article II de la formule des bases de paix, ont proposé à la Sublime Porte la cession de tous les territoires situés à l'ouest de la ligne Enos-Midia, aient envisagé la possibilité d'une cession d'Ada-Kaleh aux Etats balkaniques, ni que ces derniers aient aspiré à s'annexer l'Ile. En effet, Ada-Kaleh, qui depuis 35 ans est occupée militairement par l'Autriche-Hongrie, avec le consentement du Gouvernement Impérial, est administrée par des Autorités Ottomanes. Cette Ile jouit d'une forme d'administration spéciale et ne pouvait pas par conséquent être comprise dans le complexe des territoires cédés aux alliés. Le Gouvernement Impérial est persuadé que l'intérêt stratégique de l'Autriche-Hongrie ne sera nullement affecté par le maintien du statu quo et que des raisons de droit et d'équité militent en faveur de la conservation de cette île à la Souveraineté Ottomane." Ich habe vorläufig nicht die Absicht, auf diese Note zu reflektieren. Was die in der Zuschrift Hilmi Paschas niedergelegte Auffassung der Pforte in dieser Frage betrifft, so erscheint mir dieselbe im allgemeinen maßvoll und dürfte das vorletzte Alinea, in welchem erklärt wird, daß Ada-Kaleh nicht in den Komplex der durch Punkt 2 des Präliminarfriedens den Alliierten zedierten Territorien fallen könne, eine werthvolle Handhabe für die Zukunft bieten. Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7065, 7090, 7107. — [b]) n. 7064.

Unterredung mit dem türk. Botschafter, 22. Mai 1913. Siehe n. 7126.

Nr. 7105. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 22. Mai 1913 Nr. 259 (eing. 10 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Großvezier teilte meinem deutschen Kollegen mit, daß er heute die türkischen Vertreter bei den Großmächten beauftrage, zu erklären, daß die Türkei in der Inselfrage, wenn diese in dem Sinne gelöst werden sollte, daß die wichtigsten, längs des asiatischen Ufers gelegenen Inseln Griechenland zufallen sollten, nicht nachgeben werde. Türkei würde dann vorziehen, Krieg fortzusetzen. Pallavicini.

Nr. 7106. Bericht aus Konstantinopel, 22. Mai 1913 Nr. 29 B (eing. 24. Mai).[a]) Ausfert.

Bei einem Besuche, den mir mein russischer Kollege unlängst machte, brachte ich das Gespräch auf die Frage der projektierten Eisenbahnbauten in Nordost-Anatolien und bemerkte, es sei für die Türkei von vitalem Interesse, durch Ausbau jener wichtigen Kommunikationslinien den wirtschaft-

lichen Aufschwung der nordanatolischen Provinzen in Gang zu bringen. Herr von Giers replizierte sofort, dass das wirtschaftliche Aufblühen der dortigen Vilajets von selbst kommen würde, wenn einmal die von Russland verlangten Reformen appliziert würden. Nicht der sofortige Bau der Bahnen, sondern die Einführung von Reformen sei jetzt vor allem notwendig, und sei es im Interesse der Türkei gelegen, sich den russischen Wünschen bezüglich Nordost-Anatolien ganz zu fügen. Was das Eisenbahn-Programm anlange, meinte der Herr Botschafter, Russland könne aus ökonomischen Gründen nicht zugeben, dass die Türkei die Kommunikationslinien vom Schwarzen Meere ins Innere und nach der russischen Grenze ausbaue, weil durch die Verwirklichung dieses Bauprogrammes die wirtschaftlichen Interessen Russlands geschädigt würden. Übrigens sei die Türkei diesbezüglich vertragsmäßig mit Russland gebunden und könne letzteres nicht gestatten, dass die Bahnlinien in Gebiete geführt werden, die sich um weniger als 200 km der russischen Grenze nähern. Was den Vertrag selbst anlangt, meinte Herr von Giers, könne die Pforte Eisenbahn-Konzessionen in jenen Gegenden nur an russische Gesellschaften vergeben. Auf meine Einwendung, dass die türkische Regierung sich doch das Recht gewahrt hätte, die fraglichen Bahnen als Staatsbahnen zu bauen, und dass sie daher die Linien in eigener Regie ausführen und das nötige Geld im Wege einer Investitions-Anleihe beschaffen könne, erklärte mein russischer Kollege, dass die Türkei auch dies nicht tun dürfe, da Russland den Vertrag dahin versteht, dass die Türkei die Eisenbahnen nur selbst und mit eigenen Mitteln bauen dürfe. Eine Beschaffung der Mittel im Anleihewege wäre aber eine Umgehung der Vertragsbestimmungen. Wenn die Türkei in Nordost-Anatolien Bahnen bauen wolle, so müsse sie dieselben an Gesellschaften vergeben, welche Russland genehm wären und auch dann die Linien nur sukzessive in Perioden herstellen, wie sie den durch die wirtschaftlichen Interessen diktierten Wünschen Russlands entsprächen. Auf keinen Fall dürften die Bahnen vor 15 Jahren fertiggestellt werden. Als ich ihn frug, ob dies auch für die Strecke Samsun-Siwas gelte, meinte er, auch diese Linie könne nicht gleich, sondern nur in Perioden gebaut werden, wie sie die russischen Interessen erforderten. Herr von Giers fügte noch bei, er würde seiner Regierung sofort zur Annullierung des Vertrages raten, wenn die Türkei eine von ihm gestellte Bedingung annehmen würde. Über diese Bedingung sprach sich mein Kollege nicht aus; vielleicht steht dieselbe mit der Meerengen-Frage im Zusammenhange? Ich glaube, dass ich die Natur dieser Bedingung bald werde ans Tageslicht ziehen können. Mein Mitredner gieng dann auf die allgemeine Politik des Grossveziers über und meinte, für Russland könne die Anlehnung, die Mahmud Schefket an England suche, nur angenehm sein, da diese Macht mit Russland befreundet sei, doch würde er an Stelle des Grossveziers sich nicht so ganz in die Hände Englands geben, da dies für die Türkei nicht von Vorteil sein könne. Herr von Giers frug mich dann, ob ich etwas genaueres über den Stand der englisch-türkischen Verhandlungen in der Koweit- und Bagdad-Bahn-Frage wüsste, worauf ich ihm erwiderte, ich sei darüber nicht informiert und mein deutscher Kollege verhalte sich diesbezüglich sehr reserviert. Es machte mir den Eindruck,

als ob der russische Botschafter das Zustandekommen einer englisch-deutsch-türkischen Einigung besonders fürchten würde. Die ganze Haltung Herrn von Giers bestärkt mich in meiner Ansicht, dass Russland den Moment für gekommen hält, der Türkei gegenüber eine aktivere Politik zu inaugurieren und je nach der Gefügigkeit der hiesigen Regierung und der Entwicklung der Dinge in der nächsten Zukunft entweder auf eine Zerstückelung und Aufteilung des osmanischen Reiches oder doch wenigstens darauf hinzuarbeiten, die nordanatolischen Vilajete ganz in seine Hand zu bekommen. Die häufigen langen Unterredungen Herrn von Giers mit dem Grossvezier und die ausserordentlich aktive Tätigkeit, welche ersterer entfaltet, lassen mich darauf schliessen, dass er Mahmud Schefket Pascha von den Vorteilen einer russisch-türkischen Einigung überzeugen will. Eine mächtige Waffe, die Türkei seinen Wünschen gefügig zu machen, besitzt Russland im Geheimvertrage vom Jahre 1900, weil es tatsächlich den Ausbau der nordanatolischen Eisenbahnen verhindern kann und es ihm dann ein Leichtes wäre, die Bevölkerung jener Provinzen, welche seit Jahren in der Verwirklichung des Eisenbahnbau-Programmes ihr vitalstes Interesse sehen, gegen die Regierung zu hetzen, welche die so notwendigen Bahnen nicht bauen will! Einerseits kann daher Russland durch seine Haltung die Unzufriedenheit der Bevölkerung schüren und Unruhen provozieren, welche ihm einen Prätext zur Intervention geben würden, andrerseits kann es die türkische Regierung, welche diese Gefahr genau kennt, zwingen, die Eisenbahn-Konzessionen an die mit Russland Hand in Hand arbeitenden Franzosen zu vergeben. Dadurch käme aber wieder das ganze von diesen Bahnen durchzogene Gebiet unter russisch-französischen Einfluss und wäre diese friedliche Penetration nur die Vorarbeit für die faktische Besitznahme jener Provinzen. In diesen Tendenzen wird die russische Politik von Frankreich durch die betreffs der Konzessionen in Nord-Anatolien aufgestellten Prätentionen ausserordentlich gut sekundiert. Der Grossvezier gab mir gegenüber zu, dass Frankreich seine Zustimmung zur Anwendung der Temetü-Steuer auf die französischen Staatsangehörigen von der Gewährung aller in der seinerzeit in den Zeitungen publizierten Liste aufgestellten Bedingungen abhängig mache. Unter diesen figurieren aber auch die Erteilung der Eisenbahn-Konzessionen in Nord-Anatolien an französische Gesellschaften, sowie die Vergebung der Konzessionen für die Häfen von Heraklea und Ineboli. Wenn nun Frankreich mit russischer Zustimmung die Bahnen Samsun—Siwas, Kerassunt—Karahissar und späterhin die Strecken Siwas—Karput—Erzindjan—Erzerum—Trapezunt und die Häfen von Samsun, Trapezunt, Kerassunt, Ineboli und Heraklea in die Hand bekommt, so ist ganz Nord-Anatolien bis hart an die Mündung des Bosporus in französisch-russischen Händen; ich nehme natürlich an, dass Frankreich in diesen Gebieten nur Pionierarbeit für seinen Verbündeten macht. Wenn aber Russland einmal die Süd-Küste des Schwarzen Meeres in der Hand hat, ist es Herr von Konstantinopel. Dass, abgesehen von den politischen Bedenken gegen das allmählige aber sichere Fortschreiten der russischen Influenzsphäre gegen Konstantinopel, auch vom wirtschaftlichen Standpunkte das Übergehen aller erwähnten Konzessionen in französische Hände auf unsern Handel längs der türkischen

Schwarzen-Meer-Küste geradezu vernichtend wirken würde, liegt auf der Hand. Ob nun dieser Gefahr, dass wir aus jenen Gebieten ganz verdrängt werden, heute noch vorzubeugen ist, scheint mir angesichts des Umstandes, dass Deutschland und England sich ganz auf ihre Influenz-Sphären zu beschränken scheinen, sehr fraglich. Wenn es nun vorerst zu einer stillschweigenden Teilung der asiatischen Türkei in Einfluss-Sphären kommt, der vielleicht in nicht allzuferner Zeit eine faktische Aufteilung folgen könnte, werden wir nicht nur leer ausgehen, sondern wird auch unser Export in die asiatische Türkei mehr und mehr demjenigen der Staaten weichen müssen, welche an der, sei es wirtschaftlichen, sei es faktischen Aufteilung der Türkei partizipieren werden. Pallavicini.

a) Vgl. n. 7228.

Nr. 7107. Bericht aus Konstantinopel, 22. Mai 1913 Nr. 29 D (eing. 24. Mai).a) Ausfert.

Nach Empfang des hohen Telegrammes Nr. 234 vom 14. d. M. habe ich sofort den Grossvezier aufgesucht, um ihm mitzuteilen, dass die Verwaltung auf der Insel Ada Kaleh von der königlich ungarischen Regierung übernommen wurde. Der diesbezügliche Bericht Hilmi Paschas war, als ich mit dem Grossvezier sprach, bereits hier eingetroffen, jedoch noch nicht zur Kenntnis desselben gebracht worden, so dass er von der Sache erst durch mich unterrichtet wurde. Es war mir dies umso angenehmer, weil die „Agence de Constantinople" einige Stunden später ein Telegramm aus Wien brachte, laut welchem die dortigen und die Budapester Zeitungen die Angelegenheit bereits besprochen hätten. Mahmud Schefket Pascha ist ein vernünftiger und nüchtern denkender Mann; er nahm daher meine Mitteilung, obwohl sie ihn einigermassen überraschte, ganz ruhig entgegen. Er sagte blos, die Insel hätte für die Türkei gar keinen Wert; hingegen begreife er, dass sie für uns eine gewisse Bedeutung habe, er wolle daher keinerlei Schwierigkeiten machen und erkläre mir schon jetzt, dass er für seine Person meine Mitteilung zustimmend zur Kenntnis nehme, immerhin müsse er aber die Angelegenheit dem Ministerrate unterbreiten. Im späteren Verlaufe des Gespräches machte der Grossvezier eine Bemerkung, aus welcher ich ersehen konnte, dass ihn die verspätete Mitteilung etwas unangenehm berührt hätte. Obwohl ich durch die Telegramme Nr. 219 vom 3. und 234 vom 14. d. M. blos ermächtigt wurde, mich in der Frage eventuell informiert zu zeigen, dachte ich doch am besten zu tun, die Schuld auf mich zu nehmen, indem ich ihm sagte, ich hätte irrtümlicherweise noch auf weitere Instruktionen aus Wien gewartet und desshalb die Ausführung des mir aufgetragenen Schrittes etwas verzögert. Gleich nach Bekanntwerden der Angelegenheit erschienen in der hiesigen Presse mehrere Artikel, welche das Vorgehen der Monarchie scharf kritisierten und sogar von Kompensationen, die die türkische Regierung fordern müsste, sprachen. Schon am folgenden Tage wurden diese Angriffe eingestellt und augenscheinlich von der Regierung das mot d'ordre ausgegeben, dass die Sache für die Türkei von keinerlei Bedeutung sei. Bei meinem letzten Pfortenbesuche kam weder der Grossvezier noch der Minister des Äussern auf den Gegenstand zu reden, so dass

ich keine Veranlassung hatte, meinerseits auf denselben zurückzukommen. Man kann, glaube ich, annehmen, dass die Annexion der Insel Ada Kaleh seitens der türkischen Regierung nicht weiter angefochten werden dürfte, es sei denn, dass die Sache von anderer Seite aufgegriffen und zum Gegenstande einer Hetze gegen uns gemacht werden sollte. Pallavicini.

a) Vgl. n. 7090, 7104, 7294, 7299.

Nr. 7108. Bericht aus Konstantinopel, 22. Mai 1913 Nr. 29 F (eing. 24. Mai).a) Ausfert.

Bezugnehmend auf meinen telegrafischen Bericht vom 16. l. M. Nr. 252 beehre ich mich Euer Excellenz ergebenst zu melden, dass ich vor einigen Tagen den Grossvezir neuerdings über den Stand der mit der englischen Regierung geführten Verhandlungen über die Koweit- und Bagdadbahn-Frage sondierte. Machmud Schewket Pascha wiederholte mir, dass die Verhandlungen, welche zwischen hier, London und Berlin geführt würden, dem Abschlusse nahe seien und dass eine Vereinbarung zwischen den drei Regierungen über alle die Interessen Deutschlands und Englands betreffenden Fragen in Mesopotamien und dem Persischen Golfe zustandekommen werde. England werde auf die Beteiligung englischen Kapitals an der Eisenbahnstrecke Bagdad—Bassora—Persischer Golf verzichten, worauf dann die Konzession für den Bau und Betrieb der Bahn bis Bassora der Bagdadbahngesellschaft gegeben würde. Die Bahn werde in Bassora ihren definitiven Endpunkt haben. Natürlich werde England sich von Deutschland gewisse Bürgschaften dafür geben lassen, dass durch die Bahn seine Handelsinteressen in Mesopotamien nicht geschädigt werden. In der Koweit-Frage scheint den diesbezüglichen Andeutungen des Grossveziers zufolge England die Souveränität der Türkei über den Scheich von Koweit anzuerkennen, wogegen die Türkei der englischen Regierung gewisse Kontrollrechte über Koweit zugestehen wird, welche England vollkommen freie Hand im Persischen Golf geben werden. Wahrscheinlich werden auch die Schiffahrtsfragen am Schatt-el-Arab und die Seepolizeifrage im Persischen Golfe zu Englands Gunsten geregelt werden. Die Verhandlungen über den ganzen Fragenkomplex scheinen gegenwärtig vor allem zwischen London und Berlin zu spielen und schliesse ich dies, ausser aus den Andeutungen des Grossveziers, aus der Haltung meines deutschen Kollegen, mit welchem ich auf sehr vertrautem Fusse stehe, und der seit zwei Wochen im Gegensatze zu seiner gewöhnlichen Offenheit in dieser Frage sehr verschlossen und reserviert ist; offenbar weil er sich fürchtet, in dieser ungemein heiklen Angelegenheit — wie er sie selbst unlängst bezeichnete — etwas zu verraten Der Grossvezier betonte mir gegenüber, dass er dem Zustandekommen eines Arrangements in der Bagdadbahnfrage zwischen England und Deutschland die allergrösste Wichtigkeit beimesse, da er stets den Wunsch gehabt hätte, seine Politik auf England und Deutschland zu stützen, was bisher für die Türkei wegen der Differenzen zwischen jenen beiden Mächten in der Frage der Bahnstrecke zum Persischen Golfe nicht möglich gewesen wäre. Leider sei bisher in der Türkei viel zu sehr Prestigepolitik in kleinen Fragen gemacht worden und habe man darüber die grossen Ziele übersehen. Die Koweit-

frage hätte man schon längst mit England bereinigen und dadurch eine Basis für eine Entente zwischen England und Deutschland bezüglich der Bagdadbahn schaffen können, und dann hätte die Türkei in ihrer Politik an jene beiden Staaten Anlehnung gesucht und gefunden. Er hoffe, dass ihm dies nach erfolgter Einigung in der Bagdadbahnfrage auch gelingen werde. Man habe, fuhr der Grossvezier fort, früher nicht den Mut gehabt, Fragen, welche den Keim für alle möglichen künftigen Verwicklungen in sich getragen hätten, endgiltig zu bereinigen und habe man dann viel grössere Opfer bringen müssen, als im Anfange nötig gewesen wäre. „Hätten wir," schloss Machmud Schewket Pascha seine gegenständlichen Ausführungen, „vor einigen Jahren den Mut gehabt, Kreta aufzugeben, so hätte uns dieser Entschluss vielleicht den ganzen letzten Krieg erspart". Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 7129, 7227.

Nr. 7109. Tel. nach London Nr. 409 (1), Berlin Nr. 366 (2), Rom Nr. 515 (3), Paris Nr. 286 (4), St. Petersburg Nr. 347 (5) und Konstantinopel Nr. 245 (6), 22. Mai 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 405 und 406 von gestern.
2.—6. Fortsetzung zu meinem heutigen Telegramme
2.: Nr. 365.[b])
3.: Nr. 514.[b])
4.: Nr. 285.[b])
5.: Nr. 346.[b])
6.: Nr. 244.[b])

1. Euer Exzellenz wollen Sir E. Grey sagen, daß ich dem Réunionsbeschlusse betreffend baldigen Abschluß des Präliminarfriedens und Verweigerung eines Eingehens in Diskussionen über Textmodifikationen zustimme. Bei dieser Gelegenheit wollen Hochdieselben dem Herrn Staatssecretär eröffnen, daß ich mich seiner Anschauung nicht anzuschließen vermag, wonach die Mächte weder das Recht noch die Macht hätten, eine Veränderung des Vertragstextes zu verhindern, falls die Kriegführenden sich darüber einigen. Zur Begründung meiner bezüglichen Auffassung hätten Euer Exzellenz zunächst zu bemerken, daß ein Präliminarfriede, der durch Vermittlung der Großmächte zustandekomme, letztere gewissermaßen moralisch verpflichte, gegen die in diesem Instrumente ausdrücklich festgesetzten Bestimmungen nachträglich keinen Einwand zu erheben. Sollten aber die Kriegführenden sich über einen Text einigen, welcher nicht wörtlich mit dem von den Großmächten vorgeschlagenen übereinstimmt, so könnte der auf diese Weise zustandegekommene Präliminarfriede nicht als das Resultat einer Mediationsaktion der Mächte angesehen werden und müßten wir uns dann das Recht wahren, zu den getroffenen Vereinbarungen in der uns geeignet scheinenden Weise Stellung zu nehmen. Es scheine mir außer Zweifel, daß eine eventuelle Vereinbarung zwischen der Türkei und den Balkanstaaten über Fragen, deren Lösung der Londoner Réunion vorbehalten wurde, auf den Widerspruch der Großmächte stoßen würde und nehme ich an, daß diese auch über die erforderlichen Machtmittel

verfügen, um ihren Willen bei den Balkanstaaten durchzusetzen. Jedenfalls würde aber Österreich-Ungarn gegen jede Bestimmung eines ohne unser Zutun geschlossenen Friedensvertrages Stellung nehmen, durch welche irgendwie Interessen der Monarchie geschädigt werden könnten. Bei diesem Anlasse wollen Euer Exzellenz auch bemerken, daß ich von der Botschafterréunion eine energischere Sprache bezüglich des raschen Zustandekommens des Präliminarfriedens erwartet hätte als den einfachen Ausdruck der Hoffnung nach dessen baldmöglichstem Abschlusse.

2.—6. Ich telegraphiere im Gegenstande an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Euer Exzellenz wollen" bis zum Schlusse.)

2. u. 3. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an

1. Herrn von Jagow.

2. Marquis di San Giuliano.

4., 5., 6. Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7128, 7143. — [b]) Mit diesen Telegrammen wurde am 20. Mai 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) n. 7083 mitgeteilt.

Nr. 7110. Tel. nach London, 22. Mai 1913 Nr. 411 (chiffr. 23. Mai 12 U. 15 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport u. Matscheko; G. Berchtold).

Herr von Ugron telegraphiert unterm 21. d. M. wie folgt: ... *wie n. 7091 in extenso* ... Da diese Meldung ein typisches Beispiel der von gewissen Balkanstaaten in der Frage des Präliminarfriedens befolgten Verschleppungstaktik darstellt, würde ich Werth darauf legen, wenn Euer Exzellenz dies benützen würden, um bei Sir Edward Grey auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß die Mächte die Angelegenheit des Präliminarfriedens in die Hand nehmen und eine diesbezügliche Pression auf die betreffenden Balkanstaaten ausüben. Euer Exzellenz wollen bei diesem Anlasse auch bemerken, daß uns der Vorschlag, im Texte des Präliminarfriedens die Worte „et les Souverains alliés" wegzulassen,[b]) durchaus inakzeptabel erscheint, da hierin die Tendenz Serbiens und Griechenlands zum Ausdruck kommt, sich bezüglich Albaniens respektive der Inseln den Mächten gegenüber nicht zu binden. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7128, 7168. — [b]) Vgl. n. 7082.

Nr. 7111. Tel. nach London, 22. Mai 1913 Nr. 412 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Seit meiner Euer Exzellenz mit Erlaß vom 24. v. M. Nr. 1856 mitgeteilten Unterredung mit Herzog Avarna hat derselbe am 10. d. M. mir gegenüber ... *wie n. 6984 von „bei Besprechung" bis „dieselben hinwegzukommen"* ... Meinen Informationen zufolge wird von deutscher Seite bei der Botschafterréunion eine Anregung in vorstehendem Sinne vorgebracht werden und ersuche ich Euer Exzellenz, sich mit Ihrem italienischen Kollegen ins Einvernehmen zu setzen, um die gedachte deutsche Anregung tunlichst zu unterstützen. Berchtold.

Nr. 7112. Tel. aus London, 22. Mai 1913 Nr. 413 (eing. 23. Mai 12 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 408 betreffs Organisation der Gendarmerie in Albanien. Ich habe Marquis Imperiali gesprochen und ihm gesagt, dass ich, wenn irgendwie möglich, auf Reunion Montag Angelegenheit vorbringen möchte. Mein italienischer Kollege, der bisher ohne Instruktion, hat meine Mitteilung nach Rom telegraphiert mit Bitte, ihn zu ermächtigen, mich zu unterstützen und empfiehlt, dass auch Herr von Mérey Weisung urgieren möge, damit er sie noch vor Montag erhalte. Ich bitte meinerseits um Weisung, welche Antwort ich zu geben hätte, wenn auf Reunion Frage gestellt würde, woher Kosten der Gendarmerie gedeckt werden sollen. Ist etwa ein Vorschuss seitens Österreich-Ungarns und Italiens in Aussicht genommen? Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7127.

Nr. 7113. Tel. aus London, 22. Mai 1913 Nr. 414 (eing. 23. Mai 12 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 405[b] vom 21. d. M. betreffs detaillierter Festsetzung der Nord- und Nordostgrenze durch technische Kommission. Mein italienischer Kollege macht noch immer Bedenken geltend, dass Diskussion darüber schlechten Eindruck auf Vereinbarung über die Südgrenze ausüben dürfte. Es scheint mir nicht ausgeschlossen, dass bei italienischen Bedenken andere Gründe obwalten wie vielleicht Erreichung gewisser Grenzmodifikationen zugunsten des Königs von Montenegro. Ich werde also bei nächster Reunion Vorschlag auftraggemäß einbringen. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7116 Anm. a. — [b] Mit Tel. Nr. 405, 20. Mai 1913 (chiffr. 8 U. p. m.) wurde n. 7050 auszugsweise nach London mitgeteilt mit der Bemerkung, daß Berchtold trotz der in der Meldung Méreys erwähnten Bedenken, die ihm auch von Herzog Avarna vorgetragen wurden, bei seiner Auffassung und es bei der Weisung (n. 7027) bleibe.

Tel. nach Paris, 22. Mai 1913 Nr. 286 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7109.

Tel. nach Rom, 22. Mai 1913 Nr. 515 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7109.

Nr. 7114. Tel. aus Rom, 22. Mai 1913 Nr. 303 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Mit Bezug auf hohes Telegramm vom 20. d. M. Nr. 509. Gendarmerie für Albanien. Minister des Äußern ist mit der Auffassung Euer Exzellenz einverstanden und wird Marquis Imperiali entsprechend instruieren.

[a] Vgl. n. 7127. Mérey.

Nr. 7115. Tel. aus Rom, 22. Mai 1913 Nr. 306 (eing. 10 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Marquis di San Giuliano stimmt der in dem hohen Telegramme vom 20. d. M. Nr. 508 entwickelten Auffassung Euer Exzellenz hinsichtlich der Modalitäten der Beratungen des albanesischen Statuts sowie der Süd- und Südostgrenze Albaniens vollständig zu. Mérey.

Nr. 7116. Tel. aus Rom, 22. Mai 1913 Nr. 306 bis (eing. 10 U. 10 M. p. m.). Entziff.

Minister des Äußern, bei welchem ich auf Grund hohen Telegrammes vom 20. d. M. Nr. 506[a]) neuerlich bezüglich der Details der Delimitierung Albaniens im Norden und Nordosten insistierte, wiederholte zwar seine Skrupeln und sieht Schwierigkeiten seitens der Tripleentente voraus, hält aber an seiner mir gegebenen Zusage fest und wird den Botschafter abermals in London anweisen, den bezüglichen Antrag des Grafen Mensdorff zu unterstützen. Mérey.

[a]) Mit Nr. 506, 20. Mai 1913 (chiffr. 8 U. p. m.) wurde n. 7066 und Weisung nach London (vgl. n. 7113 Anm. b) nach Rom mitgeteilt.

Tel. nach St. Petersburg, 22. Mai 1913 Nr. 347 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7109.

Nr. 7117. Tel. nach Sofia, 22. Mai 1913 Nr. 251 (chiffr. 6 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Berchtold).

Wie mir Prinz Fürstenberg unterm 19. d. M.[b]) telegraphiert, hat Herr Majoresco ihm gegenüber in Abrede gestellt, sich zu Herrn Kalinkoff in dem Sinne geäußert zu haben, daß er auf Verhandlungen mit Bulgarien erst dann eingehen könnte, wenn das Petersburger Protokoll von der rumänischen Kammer und von der Sobranje genehmigt worden sei. Er habe lediglich den Wunsch geäußert, daß vor Beginn der Pourparlers das Protokoll in Rumänien parlamentarisch erledigt werde. Was die Frage weiterer territorialer Konzessionen anbelangt, so beharre Herr Majoresco dabei, daß der bulgarische Gesandte seine persönliche Ansicht dahin ausgesprochen habe, Bulgarien könnte sich hiezu unter gewissen Voraussetzungen eventuell bereit finden. Euer Hochgeboren wollen Herrn Geschow hievon vertraulich Mitteilung machen und hinzufügen, wie immer dem gewesen sein mag, so stehe es doch nunmehr außer Zweifel, daß man in Bukarest bereit sei, in Besprechungen mit Sofia ohne Aufschub einzutreten. Da Herr Kalinkoff dort bereits eingetroffen sein dürfte, so bestünde nun die Möglichkeit, die Mißverständnisse im Wege einer direkten Aussprache aufzuklären. Euer Hochgeboren wollen ferner bemerken, wir hätten die rumänische Regierung mehrfach darauf aufmerksam gemacht, daß eine Verständigung mit Bulgarien aussichtslos wäre, wenn Rumänien für seine Neutralität im Konfliktsfall weitere Gebietsabtretungen verlangen wollte. Prinz Fürstenberg erhalte neuerlich den Auftrag,[c]) in Bukarest eindringliche Vorstellungen in diesem Sinne zu erheben. Allerdings habe das Zögern Herrn Geschows zur Folge gehabt, daß man in Bukarest, worauf ich bereits hingewiesen habe, angesichts der in der Zwischenzeit eingetretenen Verschärfung der serbisch-bulgarischen Kontroverse, den Wert der Neutralität Rumäniens für Bulgarien höher taxiere als früher. Wir würden uns nachdrücklichst bemühen, Rumänien dazu zu veranlassen, Bulgarien seine Neutralität für den Konfliktsfall zuzusichern, jedoch glauben wir, darin nur unter der Voraussetzung reussieren zu können, daß zwischen beiden Ländern ein auf Dauer berechnetes und auf voller Reciprozität basiertes Abkommen in Aussicht genommen werde.

Eine solche Vereinbarung schiene uns übrigens auch vom bulgarischen Standpunkte durchaus wünschenswert und der geeignetste Ausgangspunkt für die im Interesse beider Länder gelegene künftige Ausgestaltung ihrer gegenseitigen Beziehungen. Berchtold.

a) Vgl. n. 7011, 7131. — b) n. 7062. — c) n. 7103.

Nr. 7118. Tel. aus Sofia, 22. Mai 1913 Nr. 443 (eing. 23. Mai 5 U. 20 M. a. m.). Entziff.

Allgemein wird in diplomatischen Kreisen Lage als kritisch betrachtet, nur englischer Kollege behauptet konsequent seit kurzer Zeit, er halte Krieg zwischen Verbündeten für ausgeschlossen und zweifle nicht, daß Mächte mediatorisch eingreifen würden. Ohne sich näher auszusprechen, gibt englischer Gesandter zu verstehen, Frankreich und England würden dafür sorgen, daß Russland von dessen verzweifelt schwieriger Rolle zwischen Serbien und Bulgarien befreit werde. Tarnowski.

Nr. 7119. Tel. aus Sofia, 22. Mai 1913 Nr. 444 (eing. 23. Mai 5 U. 20 M. a. m.). Entziff.

Von ehrlicher, uns aufrichtig gesinnter rumänischer Seite, die ich auch als wohlinformiert ansehen muß, wurde gesprächsweise Folgendes bemerkt: „Österreich-Ungarn habe Rumänien seit Beginn des Krieges zur Ruhe gemahnt und beruhigt, Rumänien würde die geforderten Kompensationen von Bulgarien erhalten. Petersburger Entscheidung hätte enttäuscht und Unzufriedenheit mache sich in breiten, speziell nationalliberalen Kreisen Rumäniens bemerkbar, was eine gewisse Suszeptibilität gegen Monarchie mit sich bringe. Wenn auch ausgeschlossen, daß dies unmittelbar neue Orientierung rumänischer Politik zur Folge haben könnte, seien doch Konsequenzen eventuell nicht undenkbar und zwar möglicherweise dann, wenn Bulgarien nach einem siegreichen Krieg gegen Serbien neuen Gebietszuwachs (strittige Zone, Pirot) bekommen sollte. In diesem Falle würde öffentliche Meinung Rumäniens die Regierung zum aggressiven Vorgehen gegen Bulgarien drängen und sollte Österreich-Ungarn dann Rumänien nicht zumindest ganz freie Hand in Verfolgung dessen vitaler Interessen lassen, würde dies bedenkliche Rückwirkung auf Verhältnis Rumäniens zur Monarchie haben.“ Tarnowski.

Nr. 7120. Tel. aus Athen, 23. Mai 1913 Nr. 322 (eing. 3 U. p. m.). Entziff.

Seine Majestät der König vor einer Stunde nach Salonik abgereist, was mit Hinblick auf die letzten bulgarisch-griechischen Zusammenstöße und die Situation als ein sehr ernstes Symptom aufgefasst werden muß. Braun.

Nr. 7121. Tel. aus Athen, 23. Mai 1913 Nr. 323 (eing. 6 U. p. m.).a) Entziff.

Serbisch-griechisches Spezialabkommen, beziehungsweise Militärkonvention, sei, wie ein Kollege erfahren haben will, gestern unterzeichnet worden. Braun.

a) Vgl. n. 7156 Anm. b.

Nr. 7122. Tel. aus Athen, 23. Mai 1913 Nr. 324 (eing. 5 U. 30. M. p. m.). Entziff.

Laut gestriger Äußerung Coromilas' zu mir wäre griechische Regierung geneigt, wenn Differenzen mit Bulgarien nicht durch Verhandlungen zwischen den vier Alliierten bereinigt werden können (Pourparlers mit Bulgarien allein würden hier abgelehnt), Schiedsgericht zu akzeptieren. Braun.

Nr. 7123. Tel. aus Athen, 23. Mai 1913 Nr. 325 (eing. 5 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Coromilas sagte mir gestern, obwohl Text serbisch-bulgarischen Vertrages hier nicht bekannt sei, wisse er doch, daß er einen Passus enthalte, der Bulgarien gegebenenfalls verpflichte, Serbien gegen Österreich-Ungarn mit den Waffen zu unterstützen. Braun.

[a] Vgl. n. 7411, 7433.

Nr. 7124. Tel. aus Berlin, 23. Mai 1913 Nr. 235 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 362 vom 20. d. M., betreffend Südgrenze Albaniens. Staatssekretär versichert mir, es sei ganz selbstverständlich, daß deutsche Regierung in der Frage der Südgrenze Albaniens den von uns befürworteten Standpunkt Italiens unterstütze. Hiesiger italienischer Botschafter habe hier ähnliche Demarche gemacht wie Herzog von Avarna in Wien. Deutscher Geschäftsträger in Petersburg sei beauftragt worden, Herrn Sazonow neuerdings zu erklären, daß deutsche Regierung entschlossen sei, für die von Österreich-Ungarn und Italien einvernehmlich beschlossene Grenzlinie nachdrücklichst einzutreten. Szögyény.

[a] Vgl. n. 7151, 7240.

Nr. 7125. Tel. aus Bukarest, 23. Mai 1913 Nr. 126 (eing. 24. Mai 3 U. a. m.).[a] Entziff.

Gestern abends sprach Herr Kalinkoff bei mir vor und teilte mir mit, er wäre Tags zuvor bei Herrn Majoresco gewesen, welcher ihm gesagt hätte, er könne erst mit Verhandlungen in 8 bis 10 Tagen (nach Beendigung der Kammerdebatten über Petersburger Protokoll) beginnen. Da heute Nationalfest, werde ich erst morgen diesen neuerlichen Widerspruch in den Aussprüchen des Ministerpräsidenten mir und bulgarischem Gesandten gegenüber aufklären können. Da Kalinkoff Wunsch aussprach, im Hinblicke auf gespannte Situation Bulgariens mit Serbien, möglichst bald mit hiesiger Regierung über künftiges Verhalten derselben in Gedankenaustausch zu treten, werde ich bei Majoresco mit größtem Nachdrucke auf umgehenden Beginn der Pourparlers hinwirken. Im Gegensatze zu Euer Exzellenz heutigem Telegramme Nr. 221 ließ Herr Kalinkoff, dem ich von meinen hiesigen Wahrnehmungen Kenntnis gab, es im Bereiche der Möglichkeit liegend erscheinen, daß seine Regierung sich noch zu weiteren territorialen Konzessionen werde bewegen lassen, doch hänge dies von rumänischer Gegenleistung ab. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 7137, 7149.

Nr. 7126. Tagesbericht über einen Besuch des türk. Botschafters, 23. Mai 1913 Nr. 2382.a) Konz. (S. Hohenlohe; V. u. G. Macchio).

Der türkische Botschafter hat am 22. d. M. hier mitgeteilt, es sei seiner Regierung die Nachricht zugekommen, Italien beabsichtige darauf hinzuwirken, daß Griechenland als Kompensation für ein etwaiges Nachgeben bezüglich der Südgrenze Albaniens einen größeren Teil der ägäischen Inseln und insbesondere auch die meisten der heute noch von Italien besetzten erhalten solle. Hilmi Pascha hat darauf hingewiesen, daß die Türkei hierin eine große Ungerechtigkeit erblicken würde, nachdem sich Italien im Lausanner Vertrag verpflichtet hätte, der Türkei die besetzten Inseln zurückzustellen. Er hoffe aber, daß im Sinne seiner früheren Unterredungen mit dem k. u. k. Minister des Äußern hieramts die damalige Geneigtheit noch fortbestehe, dafür einzutreten, daß die den Dardanellen unmittelbar vorgelagerten Inseln sowie Mytilene und Chios bei der Türkei verbleiben mögen. Was die von Italien besetzten Inseln anbelangt, so sehe er ein und habe dies auch seiner Regierung zu wiederholten Malen gemeldet, daß wir diesbezüglich weniger interessiert sind. Der Herr Botschafter concludirte dahin, daß, wenn die oberwähnte seiner Regierung zugekommene Nachricht sich bewahrheiten sollte, die Türkei kein Interesse mehr daran haben würde, mit Griechenland Frieden zu schließen und sich darauf beschränken dürfte, mit Bulgarien allein sich zu verständigen. Es wurde Hilmi Pascha geantwortet, daß angesichts der im Belange der Südgrenze Albaniens aufgetauchten Schwierigkeiten allerdings der Gedanke an Kompensationen für Griechenland erwogen worden sei und daß italienischerseits diesbezüglich auch von den Inseln des ägäischen Meeres gesprochen wurde. Es sei jedoch hier nicht bekannt, daß dieser Gedanke inzwischen zu konkreteren Vorschlägen geführt habe und sei er auch bei der Botschafterréunion in London bisher nicht erörtert worden. Übrigens sei die Frage der Rückgabe der von Italien besetzten Inseln eine Angelegenheit, bezüglich welcher sich die Pforte vor allem mit diesem Königreiche auseinanderzusetzen hätte.

a) Vgl. n. 6984.

Nr. 7127. Tel. nach London Nr. 419 (1) und Rom Nr. 523 (2), 23. Mai 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).a) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 413 vom 22. d. M. Ich theile Inhalt desselben Herrn von Mérey mit nachstehender Äußerung mit: „Nachdem mit der Organisation der Gendarmerie jedenfalls an den Küstenpunkten begonnen werden wird, wäre es wohl am einfachsten und naheliegendsten, daß die entstehenden Kosten soweit als möglich aus den Zolleinnahmen gedeckt würden. Nur im Falle der Undurchführbarkeit einer solchen Vorgangsweise könnte seitens der Monarchie und Italiens ein Vorschuß gewährt werden." Was den Inhalt meines Telegrammes Nr. 408 vom 20. d. M. betrifft, telegraphiert Herr von Mérey unterm gestrigen, daß ... *wie n. 7114 von „Minister" bis Schluß mit Korrekturen* ...

2. Im Gegenstande Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 303 vom 22. d. M. telegraphiert Graf Mensdorff unterm gestrigen wie folgt: ... *wie n. 7112 in extenso* ... Ich antworte dem Herrn Botschafter, daß ich Inhalt

desselben Euer Exzellenz mit nachstehender Äußerung mittheile. (Inseratur aus Telegramm sub 1. von: „Nachdem“ bis „gewährt werden.“) Vorstehendes zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

a) Vgl. n. 7144.

Nr. 7128. Tel. aus London, 23. Mai 1913 Nr. 415 (eing. 11 U. 45 M. p. m.).a) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 409 von heute und Sir E. Grey Euer Exzellenz Zustimmung zu Réunionsbeschluß betreffend baldigen Abschluß Präliminarfriedens mitgeteilt sowie ihm die Bemerkungen Euer Exzellenz gemacht. Staatssekretär definierte mir seinen Standpunkt zu dem Präliminarfrieden dahin, daß nach seiner Ansicht die Mächte nur an den Text gebunden sind, welchen sie festgesetzt haben. Das war auch der Sinn seiner Antwort an die Alliierten. Wenn aber die Kriegführenden die Großmächte um ihre Zustimmung zu Abänderungen bitten und die Großmächte dieselbe erteilen würden, dann wären sie allerdings gebunden. Infolgedessen würde Sir E. Grey wünschen, daß die Kriegführenden den Präliminarfrieden tel quel unterschreiben und ihre Reserven, Wünsche etc. in besonderen Protokollen niederlegen, die selbstverständlich die Großmächte in keiner Weise binden würden. Staatssekretär sagte mir, er habe sich heute heute Osman Nisami Pascha in diesem Sinne ausgesprochen und ihm gesagt: „Die Mächte würden nie einer Modifizierung zustimmen, aus welcher implicite gefolgert werden könnte, daß ihre künftigen Beschlüsse von der Zustimmung Griechenlands abhängig gemacht würden. Wenn Griechenland Reserven über seine Aktionsfreiheit gegenüber künftigen Beschlüssen bei Unterfertigung des Vertrages machen will, so ist ihm dies unbenommen; doch könne dies in keiner Weise die Mächte binden und Griechenland dürfe von den Mächten nicht verlangen, sein Recht anzuerkennen, solche Reserven zu machen.“ Ich glaube nach Vorstehendem, daß kein wirklicher Gegensatz zwischen der Auffassung Euer Exzellenz und des Staatssekretärs besteht. Ich habe ihm auch in Gemäßheit des Telegrammes Nr. 411 gesagt, daß wir einer Auslassung der Worte „et les Souverains alliés“ nicht zustimmen würden, was ihn nicht überraschte. Staatssekretär ist sehr ungeduldig den Frieden unterfertigt zu sehen und meinte, falls es sich Montag herausstelle, daß die Türkei und Bulgarien bereit sind, den Frieden zu schließen, so wäre er der Meinung, daß man erwägen müsse, welche Pressionsmittel auf die anderen Alliierten angewendet werden könnten, damit auch diese den Frieden unterfertigen. Natürlich in dem unwahrscheinlichen Falle, daß die Türkei und Bulgarien nicht Frieden schließen wollten, wäre nichts zu machen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 7141, 7142.

Nr. 7129. Bericht aus London, 23. Mai 1913 Nr. 50 A (eing. 26. Mai.)a) Ausfert.

Der Abschluss der englisch-türkischen Verhandlungen über die englichen Interessen am Persischen Golf ist für die allernächste Zeit zu erwarten. Wie ich von türkischer Seite höre, waren die Verhandlungen, die von der hiesigen türkischen Botschaft mit dem Foreign Officee geführt wurden,

schon ziemlich weit gediehen, als Hakki Pascha im Februar l. J. nach London kam, um ein Abkommen mit England über diese Frage abzuschliessen, welches von der englischen Regierung als Bedingung ihrer Zustimmung zur 4%igen Zollerhöhung aufgestellt worden war. Das Ergebnis der Verhandlungen, die von Hakki Pascha mit dem Foreign Office und den übrigen interessierten Ministerien geführt wurden, ist ad referendum den beiden Regierungen unterbreitet worden. Es scheint eine Einigung über folgende Punkte erzielt worden zu sein: (1) England anerkennt die türkische Suzeränität über Koweit, welches ein autonomes Kaza des ottomanischen Reiches wird. (2) Die Pforte übernimmt die Verpflichtung, sich in die inneren Angelegenheiten Koweits und die Erbfolge nicht einzumischen und anerkennt die Rechtskraft der zwischen dem Scheich und der englischen Regierung abgeschlossenen Abmachungen. (3) Die Türkei verzichtet auf ihre Suzeränitätsansprüche über die Halbinsel El Katr, die Bahrein-Inseln, Mascat und das Territorium der mit England durch Schutzverträge verbundenen arabischen Häuptlinge (trucial chiefs). (4) Die Pforte anerkennt das von England bisher ausgeübte und in der Zukunft auszuübende Recht der Seepolizei im persischen Golfe. — Gleichzeitig mit den englisch-türkischen Verhandlungen, über die übrigens die deutsche Regierung im Laufenden gehalten zu werden scheint, wird auch zwischen Deutschland und England über die Weiterführung der Bagdadbahn bis Basra verhandelt. Die letzten deutschen Propositionen werden gegenwärtig von der englischen Regierung geprüft, man scheint aber über alle wichtigen Punkte einig zu sein, so dass mir der deutsche Botschaftsrat versicherte, dass eine vollständige Einigung in kürzester Zeit unbedingt zustande kommen wird. Die gegenwärtigen Abmachungen werden auf einer ganz anderen Basis geschlossen, als es vor zwei Jahren beabsichtigt war. Als im März 1911 Deutschland beziehungsweise die Bagdadbahn-Gesellschaft als Gegenleistung für die Konzession der Linie nach Alexandrette auf den Ausbau der Strecke Bagdad—Persischer Golf durch die Bagdadbahn-Gesellschaft verzichtete, war die Bildung einer internationalen Gesellschaft inklusive Russland und Frankreich ins Auge gefasst. Die damaligen englischen Propositionen (die angeblich von Sir A. Nicholson ausgearbeitet wurden) waren für Deutschland und die Türkei mit Rücksicht auf die allzu starke Beteiligung der Triple-Entente-Mächte unakzeptabel und wurden abgelehnt. Nunmehr hat England auf die Cooperation Russlands und Frankreichs verzichtet und die beiden Regierungen verständigt dass es sich mit der Bagdadbahn-Gesellschaft über die Weiterführung der Linie direkt verständigen wird. Diese Mitteilung, die vor einigen Wochen erfolgte, scheint in Paris ziemlich verstimmt zu haben. Nach dem gegenwärtigen Projekte wird keine besondere Gesellschaft für die letzte Strecke gebildet und die Linie, die jedoch nur bis Basra geführt wird, von der Bagdadbahn-Gesellschaft ausgebaut. Die englischen Interessen werden dadurch gewahrt, dass in den Verwaltungsrat der Bagdadbahn-Gesellschaft (das heißt für sämtliche Linien) zwei englische Mitglieder entsendet werden. Auf der deutschen Botschaft ist man über diese Lösung sehr befriedigt. ... *Pressestimmen.* ... Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7108.

Nr. 7130. Privatschreiben aus London, 23. Mai 1913 Nr. 1 (eing. 26. Mai). Ausfert.

Streng geheim. Wiederholt ist mir im Laufe der Krise der letzten Monate seitens massgebender englischer Staatsmänner (wie Asquith, Morley und Andere) in Privatgesprächen mit Worten wärmster Anerkennung von der Haltung gesprochen worden, welche Euer Exzellenz in diesen so schwierigen Zeiten eingenommen und bewahrt haben. Namentlich wird immer die überlegene Ruhe bewundert, mit welcher Euer Exzellenz den Kritiken und Hetzen einer momentan aufgeregten öffentlichen Meinung gegenüberstehn. Ruhe und Mut sind die Ausdrücke, die ich am häufigsten gehört habe, wenn von Euer Exzellenz gesprochen worden ist. Vor einigen Tagen sprach mir Sir W. Tyrrell wieder einmal ganz in demselben Sinne und sagte mir, jemand habe Euer Exzellenz unlängst mit dem verstorbenen Herzog von Devonshire verglichen, der durch seine ausserordentliche Geradheit und Verlässlichkeit, sowie seine absolute Gleichgiltigkeit für Machtstellung und Popularität sich eine ganz einzige Stellung im Lande gemacht hatte, so dass im Augenblicke grosser Krisen sein Wort es stets war, das am meisten Gewicht hatte. Ich will Euer Exzellenz keine Schmeicheleien sagen, ich glaube aber, dass es nur richtig ist, wenn Hochdieselben wissen, in wie anerkennender Weise die massgebenden Persönlichkeiten Englands die Tätigkeit Euer Exzellenz unter den ungeheueren Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage beurteilen. Ein Abglanz dieser Anerkennung scheint unverdienter Weise auch auf mich gefallen zu sein, denn als die akute Skutarikrise zu Ende war, liess mich König Georg eines Morgens zu sich berufen, um mir zunächst seine grosse Befriedigung über die glücklich überwundene Krise auszusprechen und dann beizufügen, es gereiche ihm zur besonderen Freude, von Asquith und Grey gehört zu haben, wie viel man — angeblich — meiner persönlichen Mitwirkung zu verdanken habe. „Grey both assured me we all owed a deep debt of gratitude to You personally etc.“ Es ist mir ganz unklar, warum mir diese anerkennenden Worte gezollt werden, aber Sir E. Grey scheint offenbar auch anderen Persönlichkeiten gegenüber sich ähnlich geäussert zu haben, denn es ist mir von verschiedenen Kabinettsmitgliedern und Kollegen wiederholt worden, wobei immer die Worte „Your courage and Your tact“ gebraucht werden. Dass man bei Ausführungen seiner Instruktion in der Form sich nach Möglichkeit konziliant zeigen muss, ist doch wohl das A. B. C. der Diplomatie! Im Übrigen habe ich nur die Weisungen Euer Exzellenz ausgeführt und ich bin mir gar nicht bewusst, eine besondere Courage entfaltet zu haben. Interessant ist, dass Sir Edward, als er meine Haltung in der Réunion mit Einem seiner Vertrauten besprach, die Bemerkung fallen liess, „und er wird ja gar nicht unterstützt, im Gegenteil.“ Dies ist richtig! Ich war und bin in der Réunion allein. Mein italienischer Kollege spricht zu viel, was seine Argumente, die oft ausgezeichnet sind, nicht überzeugender macht. Dann sind doch manchmal, wie immer bei Italienern, gewisse Verzögerungen, Zurückhaltungen, sich es mit Niemand verderben wollen und so weiter. Jetzt allerdings, wo es sich um die Südgrenze handelt, ist Imperiali Feuer und Flamme für unser Zusammengehen! Mein vortrefflicher Freund

Lichnowsky wird hoffentlich ein vorzüglicher deutscher Botschafter in London sein und ist der geeignete Mann, hier dauernde Erfolge zu erzielen und Vertrauen einzuflössen, wobei ihm sogar seine Fehler zu Statten kommen werden. Aber in einer Konferenz ist er unglaublich dilettantenhaft, confus und ungeduldig. Er spricht stets gleich über jede Frage ohne Überlegung und hat schon einige kleine „gaffes" gemacht. Mit den besten und loyalsten Absichten ein vollendeter „Konfusionsrat." Ich bitte Euer Exzellenz Alles Vorstehende als absolut streng vertraulich ansehen zu wollen. Mensdorff.

Tel. nach Rom, 23. Mai 1913 Nr. 523 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7127.

Nr. 7131. Tel. aus Sofia, 23. Mai 1913 Nr. 447 (eing. 24. Mai 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 251 von gestern erhalten. Was Herr Majoresco über seine Unterredung mit Kalinkoff dem Prinzen Fürstenberg gesagt, impressionierte Konseilspräsidenten. Er schien Eindruck zu haben, daß es Kalinkoff gewesen, der es mit Wahrheit nicht genau genommen. „Il faut que je dise cela tout de suite à Sa Majesté", bemerkte Herr Geschoff. Die Versicherung, daß Euer Exzellenz in Bukarest eingewirkt haben und auch weiter Hochderen Einfluß geltend machen, damit Rumänien für Neutralität keinen Gebietszuwachs verlange, nahm Herr Geschoff mit sichtlicher Befriedigung zur Kenntnis und dankte. Zu der Bemerkung, wonach Abkommen auf Dauer berechnet und auf voller Reziprozität basiert sein sollte, meinte Konseilspräsident, daß Bulgarien im Sinne Reziprozität Rumänien für Neutralität Garantien bezüglich Dobrutscha geben würde. Ich bemerkte, Bulgarien werde analoge politische Engagements zu übernehmen haben wie die, welche es von Rumänien fordern werde, was sich aus Verhandlungen ergeben würde. Herr Geschoff betonte, Bulgarien wünsche nichts mehr als Sicherung Neutralität. Auf meine Frage, ob nach Absicht bulgarischer Regierung die Abmachung mit Rumänien nur für Zeit der Spannung zwischen Bulgarien und Mitverbündeten befristet oder bleibend sein solle, antwortete Konselspräsident, daß er auf Dauer berechnetes Abkommen zu schließen bereit und unserer Ansicht beipflichte, daß dies Ausgangspunkt für Ausgestaltung rumänisch-bulgarischer Beziehungen in Zukunft bilden könnte. Sollte aber Rumänien geringste territoriale Forderung stellen, wäre keine Verständigung möglich. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7149.

Nr. 7132. Tel. aus Sofia, 23. Mai 1913 Nr. 448 (eing. 24. Mai 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Spalajković ist nach fast dreiwöchentlicher Abwesenheit aus Belgrad zurückgekehrt und allgemein wird hier geglaubt, daß dies irgend eine Wendung in Lage bringen dürfte. Anläßlich Unterredung, die ich heute mit Konseilspräsidenten hatte, sagte er, daß auch er erwartet habe, Herr Spalajković würde nicht mit leeren Händen kommen, bis jetzt hätte aber serbischer Gesandter, obwohl ihn Herr Geschoff bereits gesehen, mit

keinem Worte pendente Fragen berührt. Konseilspräsident, der — da unter ungünstigem Eindruck — heute viel mitteilsamer war, erzählte spontan, daß seit Ende Februar kein Meinungsaustausch zwischen Sofioter und Belgrader Kabinett stattgefunden. Damals hätte Herr Pašić an Geschoff geschrieben und unter Hinweis auf Versperrung den Serben des Weges zur Adria, auf Einnahme Adrianopels und auf unvorhergesehene große militärische Leistungen der Serben, Revision Vertrages angeregt, worauf Herr Geschoff gleich abweislich geantwortet und bemerkt hätte, daß im Vertrag weder von Albanien noch von Adrianopel die Rede und daß laut zwei Tage vor Mobilisierung geschlossener Konvention, Serbien verpflichtet gewesen, Bulgarien, wenn notwendig, mit ganzer Macht in Thrazien zu unterstützen. Bezüglich Arbitrage Russlands sagte Herr Geschoff, Serbien hätte dieselbe angenommen, jedoch mit gleichzeitiger Erklärung, daß es vorerst direkte Verständigung mit Bulgarien versuchen und erst wenn diese Pourparlers, die die Serben noch nicht angefangen, scheitern sollten, sich dem russischen Schiedsspruche unterziehen wolle. Konseilspräsident machte heute Eindruck, daß präokkupiert, und sagte, daß Lage nicht gebessert. Die Erregung hat hier infolge Nachrichten über serbische Missetaten in einem bulgarischen Dorfe Mazedoniens noch zugenommen. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 293 Nr. 564.

Nr. 7133. Bericht aus Sofia, 23. Mai 1913 Nr. 37 A (eing. 28. Mai).[a]) Ausfert.[1])

Ich glaube in meiner Berichterstattung die Lage von allen Gesichtspunkten genügend beleuchtet zu haben. Jedenfalls drängt mir die momentane Situation von dem hiesigen Standpunkte keine Betrachtung mehr auf, die ich nicht bereits aufgestellt hätte, und das einzige, was mir noch erübrigt, ist einen schon ausgesprochenen Gedanken näher auszuführen, beziehentlich richtigzustellen. In meinem Telegramme Nr. 429 vom 19. d. Mts. habe ich gesagt, dass „mir Krieg zwischen Bulgarien und Serbien erwünschter wäre als ein Compromiss". Ursprünglich hatte ich diesen Satz nicht so allgemein formulieren sondern präcisieren wollen, dass „mir ein Krieg, der für Bulgarien schwierig sein und mit keinem entschiedenen bulgarischen Siege enden würde, lieber als ein Ausgleich wäre". Ich habe meinen Gedanken nicht in dieser letzten Fassung ausgesprochen und ich bedauere es, da er nur dann ganz richtig wäre. Aus denselben Gründen, aus welchen ich (laut meines obcitierten Telegrammes) die Folgen eines Compromisses, das durch das Einlenken der Serben zu Stande käme, befürchten würde, kann ich auch nicht einen für Bulgarien absolut glücklichen Krieg wünschen. Ich glaube von einem leicht siegreichen und nur Dank seiner eigenen Waffen völlig befriedigten Bulgarien, das am Balkan sofort eine erdrückende Präponderanz erlangen würde, nichts Gutes erwarten zu können und da der Ausgang des Krieges unsicher und ich auch keine gänzliche Niederlage Bulgariens herbeiwünschen kann, schiene mir fast, dass ein, sei es durch Vermittlung Russlands oder der Mächte herbeigeführter Ausgleich, wenn er nur Bulgarien den Verzicht auf einen Teil seiner territorialen Aspirationen auferlegen und es unzufrieden lassen würde, noch am sichersten zu jener

Situation führen möchte, die für uns die günstigste wäre. In diesem Falle würde es in Macedonien nicht zur Ruhe kommen und die Eintracht zwischen den Balkanstaaten wäre unmöglich, während ein aus dem Kriege siegreich hervorgegangenes Bulgarien den verprügelten Serben leicht die Hand zur Freundschaft reichen könnte, welche aller Voraussicht nach angenommen werden würde. Ein entscheidender Sieg der Bulgaren könnte auch unter Umständen mit Rücksicht auf Rumänien unsere Politik compliciren. Ob nach einem Kriege oder Compromisse wünsche ich ein nicht befriedigtes Bulgarien, dem unsere Freundschaft unentbehrlich sein wird. Tarnowski.

[1]) Ausgezeichnete Darstellung!
[a]) Vgl. n. 7458.

Nr. 7134. Bericht aus Sofia, 23. Mai 1913 Nr. 37 B (eing. 28. Mai). Ausfert.

In seinem Berichte dd. Konstantinopel 24. April l. J. Nr. 23 B tritt Markgraf Pallavicini der Ansicht entgegen, als ob Russland die türkisch-bulgarische Waffenruhe aus dem Grunde zu beschleunigen gesucht hätte, um den Einmarsch der Bulgaren in Konstantinopel zu verhindern. Ich bin kein Freund vom Polemisieren, kann aber, nachdem ich die angefochtene Anschauung vertreten habe und sie auch jetzt für richtig halte, die Behauptung des Herrn Botschafters nicht ohne Antwort lassen. Zur Begründung seiner, der meinigen entgegengesetzten Auffassung führt Markgraf Pallavicini den Umstand an, dass Mitte November (vor dem ersten Waffenstillstand) die militärische Lage ganz dieselbe war wie jetzt (vor der letzten Waffenruhe), ja die Gefahr eines bulgarischen Einmarsches in Konstantinopel noch imminenter war und dass Russland doch keinen Finger gerührt hatte, um die Bulgaren aufzuhalten. „Herr von Giers sah damals" — so heisst es in dem in Rede stehenden Berichte — „dem allgemein erwarteten bulgarischen Einmarsch in Konstantinopel sogar mit Genugtuung entgegen." Ohne mich mit der Frage, was das wahre Empfinden des russischen Botschafters am goldenen Horn im Monate November war, zu beschäftigen, möchte ich blos hervorheben, dass die dem Markgrafen Pallavicini als Argument dienende Behauptung, laut welcher Mitte November die militärische Lage ganz dieselbe gewesen wäre wie im April, nichts weniger als einwandfrei ist. Die Aktion der bulgarischen Armee war bekanntermassen nach Lüle Burgas erlahmt, die Bulgaren waren der Verfolgung der sich hinter die Tschataldjalinien zurückziehenden türkischen Truppen unfähig und als sie schliesslich nach mehreren Wochen mit der ihnen damals einzig zur Verfügung stehenden leichten Artillerie vor Tschataldja gelangten, musste das Armeekommando wegen der in Folge schlechter Verpflegung und trostloser Witterung umsichgreifenden epidemischen Krankheiten, speziell der Cholera — es waren 30.000 Erkrankungsfälle — bald auf weitere Operationen verzichten. Drei Monate später war die inzwischen durch neue Aufstellungen und Nachschübe ergänzte bulgarische Armee vor der Tschataldjalinie in einer nichts zu wünschen übrig lassenden Verfassung. Ihre Verpflegung gieng normal vor sich, ihre Gesundheitsverhältnisse waren ausgesprochen günstig und nach der Ein-

nahme von Adrianopel wurde sie noch weiter verstärkt und mit Belagerungsgeschützen versehen, ein Umstand, der für die Forcierung der fraglichen Linie von ausschlaggebender Wichtigkeit war. Die Ansicht, dass die Bulgaren im November auf den Durchbruch Tschataldjas verzichten mussten und mit Rücksicht auf die obangeführten Umstände nicht im Stande gewesen waren, diese Operation durchzuführen, ist hier ebenso allgemein wie die Anschauung, dass die bulgarische Armee im April die besten Aussichten hatte, diesen Erfolg verhältnismässig leicht zu erringen. Ich habe diese Auffassung auch von dem Oberstleutnant Laxa immer vertreten gehört und er bestätigt sie mir heute vollinhaltlich mit den Worten, dass sich die Bulgaren im November an der Tschataldja verbluten hätten müssen, wogegen im April Dank der bulgarischen Belagerungsartillerie der Durchbruch nur die Frage von einigen Tagen gewesen wäre. Wenn sohin in Konstantinopel — wie Markgraf Pallavicini sagt — der Einmarsch der Bulgaren schon Mitte November erwartet wurde, so war dies ein vergebenes Warten. Was die Behauptung des Herrn Botschafters anbelangt, dass Russland im November keinen Finger gerührt hat, um die Bulgaren aufzuhalten, so kann ich sie mir nur auf die Weise erklären, dass die in Frage stehende an und für sich nur schwer bemerkbare Geste, da sie nicht in Konstantinopel sondern selbstredend in Sofia gemacht werden musste, dort gar nicht konstatiert werden konnte. Wenn Russland sich im November blos auf diskrete Geberden beschränkt und an keine Flottendemonstration gedacht hat, so dürfte das seinen Grund zum Teile darin haben, dass damals ein gemeinsamer Schritt der Mächte undenkbar war und zum Teile darin, dass es sich nach einigen, — da die bulgarische Armee eines allgemeinen Angriffes auf die Tschataldja gar nicht fähig war — nur vereinzelten, für die Bulgaren sehr verlustreichen Stürmen auf die türkischen Positionen bald gezeigt hat, dass die Tschataldjalinie nicht forciert werden könnte, worüber mein russischer Kollege zumindest nicht schlechter als die anderen fremden Vertreter in Sofia informiert war. Ich war zwar nicht Zeuge der Vorstellungen, die Russland hier wiederholt erhoben haben soll; allgemein heisst es aber, dass sich der russische Finger öfters und zwar nicht nur im April und im November wegen Tschataldja, sondern auch schon früher wegen Adrianopel, welche Stadt Russland den Bulgaren zuerst nicht gönnen wollte, gerührt hat. Vielleicht ist dies nicht wahr, geläugnet wird es aber blos von der russophilen Partei, sonst von Niemandem. Der französische und englische Gesandte haben gleich nach den ersten entscheidenden Siegen der Bulgaren „mit Rücksicht auf Russland" mit Spannung die weitere Entwicklung der Ereignisse erwartet und von der russischen Nervosität wegen der Gefahr des bulgarischen Einmarsches in Konstantinopel als von etwas notorischem gesprochen. Herr Dobrowitsch sagte mir nicht einmal, „wäre nicht die Cholera gewesen, hätte es Russland nicht verhindern können, dass der König schon im November in Konstantinopel eingezogen wäre". Oberstleutnant Laxa und andere Militärattachés haben die Verstimmung des bulgarischen Hauptquartieres gegen Russland gleich nach den ersten größeren Erfolgen Bulgariens konstatieren können und der Stambulowistenführer Genadieff, der ein intimer Freund General Sawows ist und im November im Hauptquartiere

war, erzählte mir Äusserungen des Oberkommandierenden, die keinen Zweifel gestatten, dass Russland von der Forcierung Tschataldjas schon im November abgerathen haben dürfte. Die Empfindungen, die mein russischer Kollege nach Massgabe der immer grösseren und rascheren Erfolge der Bulgaren verriet, will ich zwar nicht als Beweis für meine These anführen, möchte aber doch erwähnen, dass er unverkennbar nervös war und ihm das Gefühl der Genugtuung nur dann anzumerken war, als die Aktion der Bulgaren vor der Tschataldja im November zum Stillstande kam. Es ist in dem Masse selbstverständlich, dass der Einzug König Ferdinands in Konstantinopel und der auch nur ganz vorübergehende dortige Aufenthalt der Bulgaren Russland nicht gleichgültig sondern im höchsten Grade unangenehm sein müsste, dass es zur Begründung meines Standpunktes der vorangeführten Ausführungen eigentlich gar nicht bedurft sondern genügt hätte, blos auf den letzteren Gedanken hinzuweisen. Tarnowski.

Nr. 7135. Tel. aus Belgrad, 24. Mai 1913 Nr. 295 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Präliminarfriede; serbisch-bulgarische Beziehungen. Herr Pašić glaubt infolge aus London kommender günstiger Nachrichten, dass Präliminarfriede anfangs nächster Woche wird unterfertigt werden können. Er war sehr ungehalten über die abgesonderte Stellungnahme des Herrn Danew. Ministerpräsident teilte mir mit, dass bulgarische Regierung in nächster Zeit serbischerseits offiziell wegen Revision des Vertrages angegangen werden wird. Er hofft auf friedliche Lösung des Konfliktes, obgleich er die Größe der Gegensätze nicht verkennt. Ich glaube, dass bereits gemeldete Disposition zu gewissen Konzessionen hier weiter besteht. Ugron.

[a] Vgl. n. 7136, 7158.

Nr. 7136. Bericht aus Belgrad, 24. Mai 1913 Nr. 109 (eing. 26. Mai). Ausfert.

Wie ich bereits in meinem heutigen Telegramm[a] Euer Exzellenz zu melden die Ehre hatte, hat sich Herr Pašić über die nicht sehr bundesfreundliche Haltung des Herrn Daneff in London beklagt und hinzugefügt, er wolle gar nicht annehmen, dass er im Sinne seiner Instruktionen gehandelt habe. Auch will er wissen, dass über eingelangte Weisungen aus Sofia Herr Daneff seinen Standpunkt geändert hat. Ein den Auslassungen des Herrn Ministerpräsidenten ganz analoger Artikel ist in der heutigen „Samouprava“ erschienen, dessen auszugsweise Übersetzung ich in Vorlage zu bringen mir erlaube.[b] Es ist das erste Mal, dass auch das offiziöse Organ der serbischen Regierung eine so offene Sprache gegen Bulgarien führt, dessen Benehmen „unbundesgenössisch“ bezeichnet wird. Das Vorgehen Bulgariens — führt das Regierungsorgan aus — muß bedauerlicherweise dahin gedeutet werden, dass die moralischen Bande des Balkanbundes sehr gelockert sind. Ein solches Vorgehen Bulgariens, angesichts der grossen Opfer, welche die Bundesgenossen für die Erstürmung Adrianopels gebracht haben, ist geradezu unbegreiflich. Eine solche Sprache wird schon seit langer Zeit in der hiesigen Presse geführt, dieselbe wurde aber offiziell

stets laut missbilligt; es ist das erste Mal, dass auch die „Samouprava“ sich in ähnlichem Sinne hören lässt. Und trotzdem versicherte mir auch heute noch Herr Pašić, dass er und sein Kabinett die Erhaltung des Friedens lebhaft wünschen und die Hoffnung nicht aufgegeben haben, dass dies ihnen gelingen wird. Gewisse Dispositionen zu Nachgiebigkeit serbischer Seits habe auch ich schon seit einiger Zeit bemerkt, und ich glaube, [daß,] wenn auch die Bulgaren sich zu Konzessionen hergeben wollen, die serbische Regierung alles aufbieten wird, um einen Waffengang mit Bulgarien zu vermeiden. Angesichts der Ungewissheit der Lage werden aber hier alle erforderlichen Dispositionen für einen eventuellen Krieg mit Bulgarien gemacht und sollen die Vorbereitungen im Grossen und Ganzen bereits zu Ende geführt worden sein. Des griechischen Bundesgenossen ganz sicher, sieht man hier, besonders in militärischen Kreisen den kommenden Ereignissen mit Beruhigung entgegen und man scheint überzeugt zu sein, dass Bulgarien nicht im Stande sein wird den Kampf mit Griechenland und Serbien gleichzeitig aufzunehmen. Die breiten Schichten scheinen die Sachlage analog zu beurteilen, während die Regierung und in erster Linie Herr Pašić, unter dem Eindruck der russischen Einwirkung, viel friedlicher und weniger kriegslustig disponiert zu sein scheint. Ugron.

[a]) n. 7135. — [b]) Wegen Raummangels nicht abgedruckt.

Nr. 7137. Tel. aus Bukarest, 24. Mai 1913 Nr. 127 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern teilt mir eben mit, dass er gestern abends Herrn Kalinkoff erklärt habe, bereit zu sein, in Diskussion über zukünftiges Verhalten Rumäniens einzutreten und diesbezügliche Eröffnungen Herrn Kalinkoffs, der jedenfalls in Sofia Instruktionen erhalten hätte, entgegenzunehmen. Bulgarischer Gesandter sei für diese Mitteilungen sehr dankbar gewesen, hätte jedoch geäußert, er müsse, bevor er Diskussion beginne, noch präzisere Instruktionen aus Sofia erbitten. Die Sinnesänderung Herrn Majorescos, sogleich in Pourparlers einzutreten, ist auf das Drängen Herrn Take Jonescos zurückzuführen, der Ministerpräsidenten, wie er mir gestern abends erzählte, vorhielt, dass weiteres Hinausschieben Situation verschlechtern könnte. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7125, 7155 Anm. a.

Nr. 7138. Tel. aus Bukarest, 24. Mai 1913 Nr. 129 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 221 Minister des Äußern heute mitgeteilt und um Audienz bereits gebeten. Minister erklärte mir kategorisch, es sei ihm vollkommen unmöglich, Ansicht Euer Exzellenz sich zu eigen zu machen, daß die alleinige Abtretung Silistrias genügen müsse, um Rumänien zu einer bulgarophilen Politik zu veranlassen. Silistria wäre von Großmächten als Rektifizierung des Berliner Vertrages und als Anerkennung rumänischen Verhaltens in letzter Krise diesem gegeben worden; in Zession erblicke niemand in Rumänien auch nur den geringsten Beweis freundschaftlicher Gesinnung Bulgariens, was auch dadurch bewiesen werde,

daß noch gestern Herr Kalinkoff Zweifel geäußert hätte, ob Sobranje Abtretung Silistrias ratifizieren werde. Gegen eine bulgarophile Politik (das heißt bindende Zusagen für die Zukunft zu geben) auf Grund des Petersburger Protokolles allein, sei nicht nur der König mit der größten Entschiedenheit, sondern auch alle seine Ministerkollegen und überhaupt alle Politiker des Landes ohne Unterschied der Partei (eine Behauptung, welche mir Take Jonesco gestern abends vollauf bestätigte). Er müsse mich daher ersuchen, bei Euer Exzellenz freundschaftlichst anzuzeigen, daß Hochdieselben auf diesen Punkt nicht mehr zurückkommen, da er mir eine andere Antwort in dieser Beziehung zu seinem Bedauern nicht werde geben können. Er stimme jedoch vollkommen mit Euer Exzellenz überein, daß eine Orientierung der rumänischen Politik nach serbischer Seite den Interessen Rumäniens vollkommen zuwiderlaufen würde; er qualifizierte eine solche Politik als „unsinnig", da diese Rumänien in einen Gegensatz zur Monarchie und Dreibund bringen müsse. Sollte sich aber Bulgarien in den jetzt beginnenden Verhandlungen von demselben Geiste beseelt zeigen, wie in Londoner Pourparlers im Herbste, und wiederum keinen spontanen Beweis seiner freundschaftlichen Gesinnung geben und würde es dann in einen Konflikt geraten, so könne er für die Stimmung des Landes keine Garantie übernehmen. Bis jetzt sei es ihm gelungen, den Extratour-Absichten sowohl seines königlichen Herrn als auch einiger seiner Ministerkollegen mit Erfolg entgegenzutreten, aber gestern wäre griechischer Gesandter wiederum bei ihm und anderen Ministern erschienen, um auf eine Allianz zu drängen. Minister des Äußern bat mich, Euer Exzellenz zu bedenken zu geben, daß die inneren Schwierigkeiten, mit denen er hier zu kämpfen habe, genau so groß, wenn nicht größer seien, als die Herrn Geschoffs; seit neun Monaten kämpfe er mit größter Anstrengung um die Erhaltung des Friedens, habe sogar die Einheit seiner Partei geopfert, gegen die übereinstimmende Meinung des ganzen Landes könne er aber unmöglich handeln. Streng vertraulich. Ich hege die begründete Befürchtung, daß das vollkommen aussichtslose weitere Insistieren in der von Euer Exzellenz gewünschten Richtung dem Einfluß, den wir auf die kommenden bulgarisch-rumänischen Verhandlungen hier etwa zu nehmen wünschen, sehr abträglich sein dürfte und auch bei Seiner Majestät dem Könige, der mir bereits zweimal in nicht mißzuverstehender Weise nachdrücklichst zu fühlen gab, daß er in der Abtretung keinen bulgarischen Freundschaftsbeweis erblicken könne, nicht geringe Mißstimmung hervorrufen wird. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7152.

Nr. 7139. Tel. nach London, 24. Mai 1913 Nr. 420 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Nemes).

In dem in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 403 vom 20. d. M. wiedergegebenen Réunionsbeschlusse heißt es, daß ein Beschluß der Réunion vom 17. Dezember v. J. betreffend den serbischen débouché commercial sur l'Adriatique „avec un chemin de fer international sous le contrôle européen" von den sechs Großmächten akzeptiert wurde. Da, wie Euer Exzellenz bekannt, über die Details der Frage dieser Eisenbahn eine Korrespondenz

mit St. Petersburg stattgefunden hat, würde ich Wert darauf legen, zu erfahren, wann und in welcher Form die von Sir E. Grey bezogene Zustimmung seitens Euer Exzellenz erfolgt ist, beziehungsweise ob dieselbe vorbehaltslos abgegeben wurde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7154.

Nr. 7140. Tel. nach London Nr. 421 (1) und Rom Nr. 524 (2), 24. Mai 1913 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Rappaport; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Bericht vom 21. l. M. Nr. 49.

2. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 519[b]) vom 23. d. M.

1. u. 2. Der Cambonsche Vorschlag

2. welcher mir nunmehr in seinem Wortlaute vorliegt,

1. u. 2. dient meinem ersten Eindrucke nach der von Rußland ausgehenden und von Frankreich in erster Linie unterstützten Tendenz, entgegen den Absichten Österreich-Ungarns und Italiens in Albanien keine definitive Staatsordnung, sondern bloß ein Provisorium zu schaffen oder mit anderen Worten, das autonome Albanien als ein labiles und a priori kaum lebensfähiges Gebilde zu organisieren, das bei einer eventuellen weiteren Konflagration unter die Balkanstaaten aufgeteilt werden soll. Ohne den Ergebnissen des genauen Studiums vorzugreifen, welchem der Cambonsche Vorschlag hierorts unterzogen wird,

1. und behufs dessen Abschlusses mir die ehetunlichste Bekanntgabe des Resultates Euer Exzellenz Rücksprache mit Sektions-Chef Ippen (Euer Exzellenz Telegramm vom 21. d. M. Nr. 411) erwünscht wäre,

1. u. 2. muß ich jetzt schon folgende zwei weitere Momente erwähnen, welche den Deduktionen des französischen Vertreters in London entgegenzuhalten wären: Erstens. Die Botschafter Österreich-Ungarns und Italiens sind seinerzeit von der Réunion zur Vorlage des albanesischen Statutes aufgefordert worden. Es ist nun wohl recht eigenthümlich, daß der Vertreter Frankreichs nunmehr einen Antrag stellt, welcher mit dem eben erwähnten Réunionsbeschlusse insoferne im Widerspruche steht, als er eigentlich nichts anderes als die Aufforderung enthält, über das Elaborat, welches unsere Botschafter, dem Wunsche der Réunion entsprechend, derselben vorgelegt haben, ohne in die Diskussion seines Inhaltes einzutreten, zur Tagesordnung überzugehen. Zweitens. So wenig unsererseits gegen die Mitarbeit aller Großmächte an der Lösung der albanischen Frage Einwendungen erhoben werden, scheint Herr Cambon denn doch den Umstand, daß die beiden Adria-Mächte infolge ihrer geographischen Lage die meistinteressierten Staaten in Albanien sind, allzu sehr ignorieren zu wollen. Die Unzukömmlichkeiten, welche mit dieser Tendenz verbunden sind, kommen schon dadurch zum Ausdrucke, daß sich Herr Cambon in seiner Argumentation auf eine weitgehende Unkenntnis der albanesischen Verhältnisse beruft, welche bei Frankreich und den anderen minder interessierten Mächten zutreffen mag, jedoch für Österreich-Ungarn und Italien wohl nicht in Betracht kommt. Es ließe sich gerade aus diesem Argumente vielmehr der Schluß ziehen, daß der Zeitverlust, welcher mit einer Informierung

der minder interessierten Regierungen über die albanesische Frage notwendigerweise verbunden ist, sicherlich keinen Grund dafür abgeben kann, daß die Interessen der beiden Adria-Mächte, welche über hinlängliche Landeskenntnisse verfügen oder gar jene Albaniens selbst in Mitleidenschaft gezogen werden. Vorstehendes zur vorläufigen Regelung Ihrer Sprache.

[a]) Vgl. n. 7176, 7198, 7230. — [b]) Mit Tel. Nr. 519, 23. Mai 1913 (chiffr. 6 U. 10 M. p. m.) wurde n. 7085 und die Weisung nach London (Tel. Nr. 413 vom selben Tage und derselben Chiffrierungszeit), Berchtold müsse vor Entschließung sich mit der italienischen Regierung ins Einvernehmen setzen, nach Rom mitgeteilt.

Nr. 7141. Tel. nach London, 24. Mai 1913 Nr. 423 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Nemes u. Berchtold; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 415 von gestern, aus welchem ich mit Befriedigung entnehmen konnte, daß Sir E. Greys Ansicht in der Frage des Abschlusses des Präliminarfriedens mit meiner gegenständlichen Auffassung im Wesentlichen übereinstimmt. Euer Exzellenz wollen daher Gelegenheit nehmen, sich beim Herrn Staatssekretär neuerlich in nachstehendem Sinne vernehmen zu lassen. Durch die Ausarbeitung des Präliminarfriedens-Instrumentes und dessen prinzipielle Annahme seitens der Kriegführenden wäre die bezügliche Aufgabe der Großmächte gelöst. Es wäre nach meinem Dafürhalten unter ihrer Würde, auf die seitens des einen oder des anderen Kriegführenden immer wieder unerwartet vorgebrachten Abänderungsvorschläge, Reserven, Retractationen etc. einzugehen und damit einer offenkundigen Verschleppungstaktik Vorschub zu leisten. Auch ich hielte dafür, daß die Kriegführenden den Präliminarfrieden ehebaldigst tel quel unterzeichnen und hätte nichts dagegen, daß sie ihre eventuellen Reserven und Wünsche in einem besonderen Protokolle niederlegen, wodurch natürlich die Großmächte in keiner Weise gebunden werden könnten. Bei diesem Anlasse wollen Hochdieselben trachten, Sir E. Grey zu suggerieren, daß er in der nächsten Réunion den Antrag stelle, daß die Mächte die Kriegführenden in eindringlicher Weise auffordern sollen, den Präliminarfrieden in seiner gegenwärtigen Fassung zu unterzeichnen. Sollte der Herr Staatssekretär auf diesen Gedanken nicht eingehen, so ersuche ich Euer Exzellenz, selbst mit einem diesbezüglichen Antrage in der nächsten Réunion hervorzutreten. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 293 Nr. 565.

Nr. 7142. Tel. aus London, 24. Mai 1913 Nr. 417 (eing. 25. Mai 7 U. a. m.). Entziff.

Im Nachhange zu gestrigem Telegramm Nr. 415, Abschluss des Präliminarfriedens betreffend. Sir E. Grey hat in Athen dringend raten lassen, nicht von den Mächten zu verlangen, einer Abänderung des Textes zuzustimmen, und beigefügt, dieses Verlangen würde ganz zwecklos sein. Osman Nizami Pascha sagte mir soeben, sein Standpunkt sei der, den Frieden nur so zu unterschreiben, wie er von den Mächten aufgesetzt würde (ausgenommen die Modifikation, die er wünsche, dass der Friede gleich in Kraft

trete, nicht erst nach Ratifikation). Er habe den Alliierten erklärt, er betrachte den von den Mächten aufgesetzten Text als den Frieden der Türkei mit dem Block der Alliierten. Was dann für Separatverträge zwischen der Türkei und den einzelnen alliierten Staaten geschlossen werden müssen, sei eine andere Sache. Osman Nizami Pascha war etwas beunruhigt über das neuerliche Begehren Bulgariens, in Verbindung mit der Evakuierungsfrage das Verlangen aufzustellen, die Grenzlinie im Friedensvertrag genauer zu präzisieren, was die türkische Regierung nicht annehmen könnte. Herr Danew hat mich auch gestern gebeten, dieses Verlangen zu unterstützen. Ich erwiderte ihm, ich sei seinerzeit instruiert worden, diesen bulgarischen Wunsch zu unterstützen, und würde es gegebenenfalls auch wieder tun; glaubte aber nicht, dass man jetzt mit Veränderung des Textes durchdringen könne, und gab ihm den Rat, den Friedensvertrag tel quel ehetunlichst zu unterschreiben. Mensdorff.

Tel. nach Rom, 24. Mai 1913 Nr. 524 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 7140.

Nr. 7143. Tel. aus Rom, 24. Mai 1913 Nr. 309 (eing. 25. Mai 6 U. a. m.). Entziff.

Antwort auf hohe Telegramme vom 22. d. M. Nr. 513,[a] 514[b] und 515. Präliminarfriede. Minister des Äussern findet Argumentation Euer Exzellenz hinsichtlich eventueller Veränderungen des Vertragstextes durch die Kriegführenden vollkommen zutreffend und wird Marquis Imperiali analog instruieren. Mérey.

[a] Mit Tel. Nr. 513, 22. Mai 1913 (chiffr. 6 U. p. m.) wurde n. 7082 nach Rom mitgeteilt. — [b] Mit Tel. Nr. 514, 22. Mai 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 7083 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 7144. Tel. aus Rom, 24. Mai 1913 Nr. 311 (eing. 25. Mai 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm vom 23. d. Mts. Nr. 523. Albanesische Gendarmerie. Minister des Äussern behauptet, dass Marquis Imperiali bereits Instruktionen besitze, einschlägigen Antrag Grafen Mensdorffs zu unterstützen. Bezüglich der Kosten der Gendarmerie ist Marquis di San Giuliano mit der vorläufigen Heranziehung der Zolleinnahmen einverstanden. Die späteren „Vorschüsse" der Monarchie und Italiens werden, wie der Minister befürchtet, wohl, trotz dieser Bezeichnung, nie zur Refundierung gelangen. Mérey.

[a] Vgl. n. 7172.

Nr. 7145. Bericht aus St. Petersburg, 11./24. Mai 1913 Nr. 23 A (eing. 26. Mai).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Herr Sazonow hat sich unmittelbar nach der Abreise Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus nach Berlin, auf sein Landgut begeben, von dem er erst in den nächsten Tagen zurückkehren dürfte. Vor seiner Abreise hatte Marquis Carlotti noch eine Unterredung mit dem

Minister des Äussern, in der er neuerdings die Frage der südlichen Abgrenzung Albaniens zur Sprache brachte. Wie mir mein italienischer Kollege mitteilte, fand er Herrn Sazonow bei dieser Gelegenheit wenn möglich noch ablehnender als bei früheren Anlässen. Er betonte dem italienischen Botschafter gegenüber, dass er nicht nur an der Fixierung des Kap Kephale als Ausgangspunktes für die künftige albanisch-griechische Grenze festhalte, sondern dass auch Koritza unbedingt zu Griechenland kommen müsste. Auch bezüglich der Inseln zeigte sich der Herr Minister sehr intransigent, indem er mit Nachdruck dafür eintrat, dass alle Inseln griechisch werden müssten. Von Seite der hiesigen deutschen Botschaft ist bisher hier in der Frage der albanischen Südgrenze kein Schritt unternommen worden, da, wie mir der deutsche Geschäftsträger heute neuerdings bestätigte, bisher keine Weisung an die Botschaft gelangt ist, auch ihrerseits für die Fixierung des Kaps Phtelia als Ausgangspunktes für die albanisch-griechische Grenze einzutreten. Dieses Ausbleiben einer Instruktion ist umso eigentümlicher, als Herr von Jagow die Erteilung derselben an Graf Pourtalès nicht blos Graf Szögyény gegenüber angekündigt hatte (Euer Exzellenz hohes Telegramm vom 13. d M. Nr. 341)[b], sondern, wie mir mein italienischer Kollege auf Grund eines Telegrammes des Marquis San Giuliano sagte, eine gleiche Mitteilung auch an den italienischen Botschafter in Berlin gemacht hatte. Im Zusammenhange hiemit erlaube ich mir eine vertrauliche Äusserung des hiesigen deutschen Geschäftsträgers zu erwähnen, der dieser Tage gesprächsweise die Worte fallen liess, die verwandtschaftlichen Bande zwischen Berlin und Athen seien eigentlich bei der Regelung der derzeit akuten südalbanesischen Abgrenzungsfrage recht unbequem. Thurn.

[a] Vgl. n. 7052, 7234. — [b] Mit Tel. Nr. 341, 13. Mai 1913 (chiffr. 6 U. 45 M. p. m.) wurde n. 6999 nach St. Petersburg mitgeteilt.

Nr. 7146. Bericht aus St. Petersburg, 11./24. Mai 1913 Nr. 23 E (eing. 26. Mai). Ausfert.

Der Chef des Generalstabes der französischen Marine Admiral Le Bris, dessen bevorstehende Ankunft ich bereits mit meinem gehorsamsten Berichte vom 17./4. Mai l. J. Nr. 22 J[a] zu melden die Ehre hatte, ist dieser Tage hier eingetroffen. Gleichzeitig langte auch das französische Schul-Schiff „Jeanne d'Arc" in Kronstadt ein. Der Besuch des französischen Admirals dürfte wohl von keiner besonders weittragenden Bedeutung sein und ist wohl als einer der periodischen Besuche aufzufassen, die einer längeren Übung gemäss zwischen den Generalstabschefs der beiden Länder ausgetauscht zu werden pflegen, eine Gewohnheit, die seit dem vorigen Jahre auch auf die Marine-Stabs-Chefs ausgedehnt worden zu sein scheint. Immerhin ist es beachtenswert, dass, gleich wie im vorigen Jahre anlässlich des Besuches Herrn Poincarés, auch heuer für den französischen Besuch ein Moment gewählt wird, welcher unter dem Zeichen der Annäherung an Deutschland steht. Hiemit ist wohl die Tendenz verbunden, der hiesigen und der französischen Öffentlichkeit ein Gegengewicht zu bieten. Thurn.

[a] Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 7147. Bericht aus St. Petersburg, 11./24. Mai 1913 Nr. 23 G (eing. 26. Mai). Ausfert.

Streng vertraulich. In den letzten Tagen hielt sich hier der bekannte Berliner Banquier Mendelssohn auf, der auch mehrere Unterredungen mit Herrn Kokovtzow hatte. Der Zweck der hiesigen Anwesenheit dieses Financiers war, wie mir der deutsche Geschäftsträger vertraulich mitteilte, der, bezüglich einer stärkeren Beteiligung deutschen Kapitales an der Wladikawkasbahn zu verhandeln. Es fand ihm zu Ehren auch ein Diner beim Herrn Ministerpräsidenten und Finanzminister statt, an dem auch Herr Sazonow und der deutsche Geschäftsträger teilnahmen. Wie mir letzterer erzählt, hätte Herr Sazonow im Gespräch mit Herrn von Mendelssohn unter Anderem die Bemerkung fallen lassen, er verstehe vollkommen, dass die deutsche Regierung in dem bisherigen Verlaufe der Krise stets auf seiten seines Bundesgenossen gestanden sei, doch scheine sie ihm manchesmal in dieser Beziehung weiter als notwendig gegangen zu sein, eine taktlose Bemerkung, die Herr von Mendelssohn in gebührender Weise zurückgewiesen habe. Herr von Lucius knüpfte an die Wiedergabe dieser Episode die Bemerkung, wie viel korrekter und taktvoller im Allgemeinen in dieser Hinsicht die Haltung des Ministerpräsidenten gewesen sei, der während des ganzen bisherigen Verlaufes der Krise dem deutschen Botschafter gegenüber nie die geringste desobligeante Äusserung gegen die Monarchie habe fallen lassen, während sich Herr Sazonow doch zu wiederholten Malen durch sein Temperament zu Bemerkungen über die Haltung Österreich-Ungarns habe hinreissen lassen, die Graf Pourtalès zu Verwahrungen Anlaß gegeben hätten. Als weiteres, nicht uninteressantes Detail, welches mir Herr von Lucius über das erwähnte Diner erzählte, möchte ich mir noch anzuführen gestatten, dass Herr von Mendelssohn dem Herrn russischen Ministerpräsidenten gegenüber gesprächsweise äusserte, man habe in Berlin das Gefühl, dass der zähe Widerstand, den das deutsche Bagdad-Bahn-Unternehmen bei jeder Gelegenheit in Paris gefunden habe, zu nicht geringem Teile auf russische Einflüsse zurückzuführen sei. Der Herr Ministerpräsident leugnete dies kategorisch ab und versicherte, dass zwischen St. Petersburg und Paris in den letzten 13 Monaten überhaupt über die Bagdad-Bahn nicht gesprochen worden sei. Dies mag, was St. Petersburg selbst anbelangt, ja richtig sein, doch schliesst dies, wie sowohl Herr von Mendelssohn als Herr von Lucius überzeugt sind, keineswegs aus, dass Herr Iswolsky in Paris doch in der angedeuteten Richtung intrigiert habe. Thurn.

Nr. 7148. Bericht aus St. Petersburg, 11./24. Mai 1913 Nr. 23 K (eing. 26. Mai). Ausfert.

In der Anlage beehre ich mich Euer Exzellenz einen Artikel des „Graschdanin“ *a)* ergebenst zu unterbreiten, in dem das Wirken Herrn Iswolskys und Herrn Hartwigs beleuchtet und auf das heftigste angegriffen wird. Thurn.

a) Beilage.

Beilage zu n. 7148.

„Graschdanin", vom 5./18. Mai 1913. (Tagebuch.) Zwei unserer Diplomaten erregen immer mehr Gerede wegen ihrer der Aufgabe des Ministers des Äussern entgegengesetzten Politik, das sind — unser Botschafter in Paris Iswolsky und unser Gesandter in Serbien Hartwig. Bis jetzt habe ich noch nie von solchen Diplomaten bei uns gehört, die eigene Politik machen, was übrigens begreiflich erscheint, weil früher mehr Disziplin und Solidarität unter den russischen Diplomaten war und weil jeder derselben genau wusste, dass die auswärtige Politik nicht Politik des Ministers, sondern des Kaisers war. Die beiden obengenannten Diplomaten sind Vertreter einer besonderen diplomatischen Sekte, welche sich das Recht aneignet, ihre eigene und nicht kaiserliche Politik zu führen. Iswolsky ist Minister des Äussern geworden und habe ich damals sprechen hören, dass er seine Ministerpolitik den Inspirationen anpasste, die er in der Redaktion der „Nowoje Wremja", von Suworin, zu empfangen pflegte. Er war nur kurze Zeit Minister, aber lange genug, um einen Diplomaten seines Schlages in der Person des Hartwig zu creiren; derselbe sass kusch und ruhig im Asiatischen Département des Ministeriums so lange, bis ihm Iswolsky eine Fliege ins Ohr setzte, die ihn so stark gestochen hat, dass er sich von dem Wunsche beseelt fühlte, nicht allein eine diplomatische Figur, sondern auch, nach dem Beispiel seines Chefs, eigene Politik machen zu können. Er wurde nach Persien geschickt, wo er sofort eine Position einnahm, die Alle im Ministerium des Äussern, ausser Iswolsky, in grosses Staunen versetzte: er hat für die Opposition gegen den Schah und für den revolutionären Medshilis Partei genommen, wodurch allein, nach Ansicht kompetenter Personen in Persien, die Möglichkeit entstand, eine Palaisumwälzung vorzunehmen und Anarchie in Persien einzuführen. Jedenfalls haben wir die Tatsache vor uns, dass ein Gesandter Russlands sich mit den revolutionären Parteien gegen denselben Herrscher verbunden hat, bei welchem er akkreditirt war. Als die Resultate einer solchen Politik vollkommen klar geworden waren, wurde Hartwig aus Persien abberufen und, als ob nichts geschehen wäre, nach Belgrad geschickt, wo er auch eine ganz unglaubliche Auffassung seiner Pflichten sehr bald zeigte. Mit dem Beginn des Balkankrieges erfuhren die slavischen Staaten, dass es zwei russische Regierungen giebt — die Regierung des russischen Monarchen und die Regierung des Herrn Suworin und Seinesgleichen in der Person der „Nowoje Wremja," und des russischen Gesandten in Belgrad. Folgende Losung des Herrn Hartwig wurde überall bekannt: die russische Regierung hat eine Politik, ich aber eine andere und solange ich in Belgrad bleibe, können die Slaven darauf rechnen, dass Russland im nöthigen Moment für sie eintreten und nicht einmal vor einem Krieg gegen Österreich und sogar gegen Deutschland zurückschrecken wird. Unsere Diplomaten in Wien, Bukarest und Konstantinopel waren von dieser groben Taktlosigkeit Hartwigs betroffen und dennoch wurde letzterer zugleich mit unseren anderen Diplomaten einer Auszeichnung gewürdigt! Was unseren Botschafter in Frankreich, Iswolsky, anbetrifft, so spielt derselbe eine Operettenrolle in Paris und verliert nach und nach das Prestige seiner Stellung. In Paris erzählt man sich in den officiösen Kreisen, als ein Kuriosum die

Aussprüche des Herrn Iswolsky wie zum Beispiel „ich kenne gar keine Politik Sazonows, ich kenne nur die Politik des Kaisers." Und auf die Einwendung, dass die Politik Sazonows gerade eben die Politik des Kaisers sei, antwortete er mit schlauer Miene: „cela dépend." Nur durch ein Wunder haben wir bis jetzt für die Politik der Herren Hartwig und Iswolsky nicht büssen müssen, woraus aber durchaus nicht folgt, dass es auch in der Zukunft ebenso sein wird, wenn die genannten Herren auf ihren Posten bleiben werden.

Nr. 7149. Tel. nach Sofia, 24. Mai 1913 Nr. 255 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Prinz Fürstenberg telegraphiert mir unterm 23. l. Mts., wie folgt: *... wie n. 7125 in extenso ...* Vorstehendes zu Euer Hochgeboren rein persönlicher Information. Zu Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 447 vom 23. l. M. Als nächstes konkretes Ziel unserer auf die Herbeiführung einer rumänisch-bulgarischen Verständigung gerichteten Bemühungen schwebt mir ein dauerndes Neutralitätsabkommen zwischen den beiden Staaten vor. Da es heute immerhin noch fraglich ist, ob man in Sofia zu einem Abkommen auf dieser Basis bereit ist, möchte ich es vermeiden, mit einer direkten diesbezüglichen Anregung an Bulgarien heranzutreten, sondern dies Rumänien überlassen. Ich habe Prinz Fürstenberg auch beauftragt,[b] in Bukarest eindringlich darzulegen, daß Rumänien, statt seine Neutralität von der weiteren Abtretung eines unbedeutenden Streifens bulgarischen Gebietes abhängig zu machen, — was eine Verständigung so ziemlich unmöglich machen würde — die günstige Situation dazu benützen sollte, sich auf der Basis der Reciprozität der dauernden Neutralität Bulgariens zu versichern. Ich bin daher sehr einverstanden damit, daß Euer Hochgeboren durch Ihre Sprache Herrn Geschoff gegenüber in dieser Richtung vorgearbeitet haben. Als nicht ungünstig betrachte ich, daß Herr Geschoff heute schon für die Neutralität Rumäniens zu Garantien bezüglich der Dobrudscha bereit wäre. Es würde sich demnach, wenn man in Bukarest auf unsere Anregung eingeht, darum handeln, Herrn Geschoff zu veranlassen, einen Schritt weiter zu gehen und die volle Reciprocität als Grundlage eines Akkords mit Rumänien zu akzeptieren. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7155, 7177. — [b] n. 7103.

Nr. 7150. Bericht aus Belgrad, 25. Mai 1913 Nr. 110 (eing. 26. Mai). Ausfert.

Streng vertraulich. Schon in meinem ergebenen Bericht vom 14. März l. J. Nr. 58 A habe ich die Ehre gehabt, Euer Exzellenz hohe Aufmerksamkeit auf den Umstand zu lenken, dass Serbien sich bemüht, einen engen Anschluss an Rumänien zu suchen. Der serbische Gesandte Spalajković, der aus einem exaltierten Bulgarenfreund der verbissenste Bulgarenhasser geworden ist, hat sich — wie ich damals berichtet habe — diesbezüglich die allergrösste Mühe gegeben und hat den rumänischen Gesandten in Sofia, Herrn Ghika, in diesem Sinne bearbeitet. Er ging sogar so weit, dass er ihm einen Vertrags-

entwurf dictiert hat, der aber, wie es scheint, in Bukarest gar nicht beachtet wurde. Der Wunsch der serbischen Regierung, sich mit Rumänien gut zu stellen, hält hier weiter an, obgleich die serbischen Liebesbewerbungen rumänischerseits bis jetzt keine lebhafte Erwiderung gefunden zu haben scheinen. Diese Tendenz der serbischen Regierung mag auch die Ursache sein, dass man im hiesigen Ministerium des Äussern meinem rumänischen Kollegen gegenüber manchmal weniger zugeknöpft ist, wie den anderen Gesandten gegenüber. Unlängst hatte Herr Filality mit dem Generalsekretär eine längere Aussprache, bei welcher Gelegenheit sie auch auf den serbo-bulgarischen Bundesvertrag zu sprechen kamen. Herr Stefanović hat aus diesem Anlasse meinem rumänischen Kollegen streng vertraulich mitgeteilt, dass in diesem Vertrag Bulgarien sich ausdrücklich verpflichtet habe, 200.000 Soldaten Serbien zur Verfügung zu stellen, wenn ein Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien ausbrechen sollte. Dementgegen versprach die serbische Regierung ihrerseits Bulgarien, falls es von einem dritten Staate angegriffen werden sollte, zu Hilfe zu kommen. Dieser dritte Staat war zwar direct nicht genannt, doch war darunter nur Rumänien gemeint. Herr Stefanović hat auch nicht gesagt, wie viel Soldaten Serbien gegen Rumänien zu stellen gehabt hätte. Wie mir Herr Filality mitgeteilt hat, sind weder Seine Majestät König Carol noch Herr Majorescu geneigt einen engeren Anschluss an Serbien zu suchen oder auf die serbischerseits erfolgte Anregung einzugehen. Ugron.

Nr. 7151. Tel. nach Berlin, 25. Mai 1913 Nr. 373 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Nemes).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 235 vom 23. d. M. erhalten. Herzog Avarna hat mir gestern mitgeteilt, nach den seiner Regierung vorliegenden Informationen sei das englische und das französische Kabinett noch in dem Glauben befangen, daß Deutschland in der Frage der Südgrenze Albaniens nicht denselben Standpunkt einnehme wie Österreich-Ungarn und Italien. Marquis di San Giuliano hielte es daher für wünschenswert, wenn die deutsche Regierung in analoger Weise wie dies in St. Petersburg geschehen sei, auch in London und in Paris zu verstehen gebe, daß Deutschland in dieser Frage in voller Übereinstimmung mit den beiden anderen Dreibundmächten vorzugehen gewillt sei. Vorstehendes zur Mitteilung an Herrn von Jagow. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7163.

Nr. 7152. Tel. nach Bukarest, 25. Mai 1913 Nr. 223 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Nemes).

Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 129 vom 24. d. M. erhalten. Als Entgegnung auf die Bemerkung Herrn Majorescos, daß es ihm ganz unmöglich sei, auf Grund der alleinigen Abtretung von Silistria eine bulgarophile Politik zu verfolgen, wollen Euer Durchlaucht den Herrn Ministerpräsidenten auf die gegenteilige Sprache verweisen, die man noch vor zwei Monaten diesbezüglich in Bukarest geführt hat (Euer Durchlaucht Telegramme

Nr. 89, 91 und 93 vom 27. und 29. März l. J.). Was den Petersburger Beschluß der Mächte anbelangt, wollen Euer Durchlaucht bemerken, wir müßten an der Ansicht festhalten, daß die bekannten entgegenkommenden Dispositionen Bulgariens, zu denen allerdings unsere eindringlichen Vorstellungen in Sofia sehr wesentlich beigetragen haben, hiebei eine entscheidende Rolle gespielt haben. Der leitende Gedanke der Mächte war, durch die Zession von Silistria die Basis für ein freundschaftliches Verhältnis Rumäniens zu Bulgarien zu schaffen, keineswegs sind sie aber von der Notwendigkeit einer Rectificierung des Berliner Vertrages ausgegangen. Euer Durchlaucht wollen weiter nachdrücklich betonen, daß wir Rumänien nicht geraten haben, für die Abtretung von Silistria allein Bulgarien bindende Zusagen für die Zukunft zu machen. Meine Ansicht, die in meinem Telegramme vom 22. d. M. Nr. 221 übrigens klar ausgedrückt ist, geht blos dahin, daß mit der Zession von Silistria die Voraussetzungen dafür gegeben sind, daß nun zwischen den beiden Regierungen freundschaftliche Verhandlungen zum Zwecke einer dauernden Verständigung eingeleitet werden und auf der Basis völliger Reciprocität, eventuell auf der Grundlage gegenseitiger Neutralität, ein Abkommen abgeschlossen wird, das später weiter ausgestaltet werden könnte. Die Gegenleistung für die eventuellen rumänischen Zusicherungen wäre daher nicht Silistria, sondern analoge Verpflichtungen Bulgariens. Ich ersuche Euer Durchlaucht, mir über die Stellungnahme Herrn Majorescos zu diesem Gedanken, worüber ich eine Mitteilung in Ihrem citierten Telegramme vermisse, zu telegrafieren. Schließlich wollen Euer Durchlaucht von der Erklärung des Herrn Konseilspräsidenten, daß eine Orientierung Rumäniens nach der serbischen Seite hin unsinnig wäre, in meinem Namen mit Befriedigung Akt nehmen, jedoch bemerken, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Allianz Rumäniens mit Griechenland, deren Möglichkeit Herr Majoresco unmittelbar darauf angedeutet hat, tatsächlich auf ein Zusammengehen mit Serbien hinauslaufen würde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7165.

Nr. 7153. Tel. aus Bukarest, 25. Mai 1913 Nr. 131 (eing. 10 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 221 Seiner Majestät dem Könige in gestern abends stattgefundener Audienz mitgeteilt. Höchstderselbe begann seine Antwort mit folgenden Worten: „Man muß sich darüber in Wien Rechenschaft geben, daß Rumänien ein übermächtiges Bulgarien nicht zugeben kann, ein solches würde eine stete Gefahr für Rumänien bilden". Der Gegensatz in der heutigen Politik der Monarchie und Rumäniens bestehe darin, daß Österreich-Ungarn ein großes Bulgarien auf Kosten Serbiens schaffen wolle, wogegen Rumänien wünschen müsse, daß Bulgarien durch Serbien in Schach gehalten werde. Bulgarien sei ein vollkommen unzuverlässiges Element, die Armee sei ebenso russisch wie die serbische, die Erziehung der Jugend ebenfalls, daher werde bei der ersten Gelegenheit Bulgarien die Monarchie im Stiche lassen. Das serbische Volk

sei in seinen Augen verlässlicher als das bulgarische. Auf die Einzelheiten meiner Ausführungen eingehend, bemerkte Seine Majestät: Er könne in Abtretung Silistrias absolut keinen Beweis eines Entgegenkommens Bulgariens erblicken; die Hetze gegen Rumänien habe dort absolut nicht aufgehört. Silistria sei der Lohn für seine neutrale bisherige Haltung. Bulgarien habe seit Beginn der Krise, noch bis vorgestern, als Herr Kalinkoff erklärte, keine Instruktionen zu haben, nichts anderes getan, als Rumänien und seinem König seine Verachtung bewiesen. Dieses Gefühl beherrsche hier alle Menschen und es sei jetzt der Augenblick gekommen, wo Bulgarien einsehen müsse, daß Rumänien ein Faktor sei, den man nicht verachten dürfe; zu dieser Überzeugung muß es eben im Notfalle auch gezwungen werden. Silistria mit drei Kilometer Umkreis stelle eine militärische Nonvaleur dar. Der Gegensatz zu Bulgarien bestehe darin, daß dieses seine Aspirationen auf die Dobrudscha nicht aufgegeben habe, bisher auch nicht durch den geringsten Fingerzeig Rumänien direkt zu erkennen gab, daß es freundlich gesinnt sei. Wolle man in Sofia wohlwollende Neutralität, so müsse durch eine freiwillige Gebietsabtretung dieselbe erworben werden. Durch sein hinterhältiges Verhalten habe Herr Danew die bulgarophilen Dispositionen, welche hier im Herbste vorhanden waren, auf Jahre hinaus verdorben; wenn er in London Streifen an Scharzem Meer abgetreten und rumänische Neutralität angenommen, so hätte weiteren Krieg vermieden und Rumänien gewonnen. Dagegen habe er Rumänien und seine Unterhändler mit empörender Geringschätzung behandelt, welche sich jetzt bitter rächt. König sprach Hoffnung aus, daß es zu keinem Konflikt zwischen heutigen Alliierten kommen werde, welcher ihn zwingen würde, Farbe zu bekennen. Er glaube auch, daß Großmächte denselben verhindern werden. Meinen in ernstestem Tone gehaltenen Einwürfen betreffs Gefahr einer Allianz mit Serbien, eventuelles militärisches Eingreifen unsererseits etc. begegnete Seine Majestät mit dem Bemerken, daß die Monarchie jedenfalls, wenn sie ernstlich wolle, in Sofia über genügenden Kredit verfüge, um 1). dort begreiflich zu machen, daß Rumänien keine quantité négligeable sei und dieses entschlossen wäre, jetzt seinen Vorteil mit Nachdruck zu wahren und 2). Bulgarien zu bewegen, gewisse geringe Gebietsabtretungen zu machen, um die Allianz Rumäniens mit seinen künftigen Gegnern zu verhüten. Es liege daher vollkommen in der Hand Österreich-Ungarns, den Lauf der Dinge zu gestalten. Sollte aber die Monarchie Rumänien in den Arm fallen und verhindern, gegen Bulgarien sein Recht zu suchen, so würde dies die hiesige Stellung derselben vollkommen untergraben. Auf meine zweimal gestellten präzisen Fragen, welche Gebietsabtretungen Seine Majestät im Auge habe, antwortete Seine Majestät der König ausweichend, daß dies Gegenstand der Verhandlungen bilden werde. Wie ich vermutete, befindet [sich] Seine Majestät, der mir auch von einem ausgezeichneten Mémoire Herrn Bratianos sprach, vollkommen im Gedankenkreise der liberalen Partei und ist von dem einzigen Gedanken beherrscht, Lage Bulgariens dazu zu benützen, um Ratifikation Petersburger Protokolles zu erzwingen.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7189, 7194.

Nr. 7154. Tel. aus London, 25. Mai 1913 Nr. 419 (eing. 26. Mai 5 U. 40 M. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 420 von heute, betreffend Reunionsbeschluß bezüglich wirtschaftlichen Akzesses Serbiens an die Adria. Der Beschluß vom 17. Dezember v. J., aus welchem bezogen wird, ist enthalten in meinem Telegramme Nr. 140 vom 17. Dezember und lautete: „un accès commercial sera réservè à la Serbie par un port albanais libre et neutre desservi par un chemin de fer international sous le contrôle européen et mis sous la garde d'une force spéciale internationale avec liberté de transit pour toutes les marchandises y compris les munitions de guerre". Mit Telegramm Nr. 145 vom 18. Dezember meldete ich, daß Sir E. Grey uns fragte, ob er ermächtigt sei, als Erwiderung auf eine serbische Demarche Serbien von der obgenannten Resolution des Tages zuvor Kenntnis zu geben und wir einigten uns an unsere Regierungen folgende Anfrage zu richten: „Nous demandons à nos gouvernements s'ils approuvent la décision à laquelle nous sommes arrivés hier et si nous pouvons prier Sir Edward Grey de la communiquer aux Serbes, c'est à dire qu'on a décidé en principe l'autonomie de l'Albanie et l'accès commercial de la Serbie sur l'Adriatique". Hiezu erteilten Euer Exzellenz mit Telegramm Nr. 106 vom 19. Dezember die Ermächtigung. Hier ist nun das bedauerliche Mißverständnis unterlaufen, an welchem mich ein unfreiwilliges, beklagenswertes Verschulden trifft, das in meinem Telegramme Nr. 159 vom 26. Dezember näher ausgeführt ist. Während ich die Zustimmung zur Mitteilung an die Serben so auffasste, sie beziehe sich auf „qu'on a décidé en principe l'autonomie de l'Albanie et l'accès commercial de la Serbie sur l'Adriatique", wurde es von Sir E. Grey und allen Kollegen so aufgefasst, daß wir die Zustimmung zur Mitteilung an Serbien der eingangs zitierten Resolution der Reunion vom 17. Dezember gegeben hätten, „un accès commercial sera réservé à la Serbie etc.". Ich habe dies in einem geheimen Privatbrief[b] vom 26. Dezember Euer Exzellenz noch näher ausgeführt und angetragen, das Verschulden an dem Mißverständnis ganz meiner Person zuzuschreiben. Darauf erhielt ich das Telegramm Nr. 138 vom 29. Dezember, worin Euer Exzellenz das Mißverständnis als aufgeklärt ansehen und mich beauftragen, von einer weiteren Demarche bei Sir E. Grey abzusehen, wobei Hochdieselben auch erklärten, daß wir keine prinzipielle Einwendung gegen die in der ersten Sitzung der Reunion vereinbarte Resolution bezüglich des kommerziellen Akzesses Serbiens an die Adria erheben und uns darauf beschränken, eine unserer Auffassung entsprechende Interpretation vorzunehmen. Infolgedessen bin ich auftraggemäß auf die Angelegenheit nicht zurückgekommen. Eine weitere formelle Zustimmung ist weder verlangt, noch erteilt worden. Doch wurde unzweifelhaft aus dem oben geschilderten Vorgang geschlossen, daß alle Mächte, also auch wir, zugestimmt hatten, daß Sir E. Grey den Reunionsbeschluß Serbien mitteile, wodurch implicite auch die Zustimmung zum Wortlaute des Reunionsbeschlusses als gegeben betrachtet wurde. Der Text dieser Resolution ist es nun, dessen Wiederholung — aber nicht im Friedensvertrag — Sir E. Grey jetzt den Serben in Aussicht stellen möchte. Nach so langer Zeit auf das damalige Mißverständnis zurückzukommen, das

wir seinerzeit den anderen gegenüber nicht releviert hatten, würde ich unvorgreiflich für inopportun halten. Mensdorff.

a) Vgl. n. 7290. — b) Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 7155. Tel. aus Sofia, 25. Mai 1913 Nr. 451 (eing. 6 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 255 und 256a) vom 25. d. M. erhalten. Zu der den Eindruck dilatorischer Absichten machenden, wankenden Haltung Herrn Majorescos möchte ich bemerken, dass ich auch von Sprache des hiesigen rumänischen Geschäftsträgers die Impression habe, Rumänien möchte in der Hoffnung, dass, wenn sich Lage für Bulgarien noch kritischer gestalten wird, letzteres dann mehr Neigung zu Konzessionen zeigen werde, die bulgarische Regierung zappeln lassen. Französischer Kollege hat in freundschaftlicher Konversation Ansicht ausgesprochen, für rumänische Regierung gebe es nur eine Politik, nämlich sich nicht zu binden und Ereignisse abzuwarten. Wenn von französischer und Triple-Entente-Seite solche Ratschläge in Bukarest oder gar Rat, sich mit Serbien zu verständigen, erteilt werden, kann nicht Wunder nehmen. Es hat sich aber auch deutscher Kollege mir gegenüber dahin geäussert, Rumänien sollte unbedingt freie Hand behalten. Hoffentlich ist dies nicht auch Standpunkt des deutschen Gesandten in Bukarest. Tarnowski.

a) Mit Tel. Nr. 256, 24. Mai 1913 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.) wurde n. 7137 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 7156. Tel. aus Belgrad, 26. Mai 1913 Nr. 300 (eing. 6 U. p. m.).a) Entziff.

Griechisch-serbische Abmachungen. Ad Telegramm Nr. 143b) vom 23. d. Mts. Herr von Hartwig hat gestern englischem Geschäftsträger mit großer Bestimmtheit erklärt, daß Serbien und Griechenland über Vorgehen Bulgarien gegenüber sich zwar vollkommen geeinigt hätten, ein geschriebenes Abkommen bestehe aber gewiß nicht. Russischer Gesandter, der täglich lange Konferenzen mit Herrn Pašić hat und in letzter Zeit wieder sehr große Aktivität entfaltet, muß orientiert sein. Es ist aber möglich, daß er absichtlich ein falsches Dementi gab, da diese Version der hiesigen öffentlichen Meinung entspricht. Daß Griechenland und Serbien im Konflikt mit Bulgarien auf vollkommene gegenseitige Unterstützung rechnen können, unterliegt wohl keinem Zweifel. Ugron.

a) Vgl. n. 7159. — b) Mit Tel. Nr. 143, 23. Mai 1913 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.), wurde n. 7121 nach Belgrad mitgeteilt.

Nr. 7157. Tel. aus Belgrad, 26. Mai 1913 Nr. 301 (eing. 5 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Zarenbesuch in Berlin. Der Aufenthalt des Zaren in Berlin scheint hiesige Regierung stark impressioniert zu haben. Herr Pašić soll einen geheimen Vertrauensmann nach Berlin entsendet haben, um in Erfahrung zu bringen, ob die beiden Kaiser den Balkan betreffende Vereinbarungen getroffen haben. Ugron.

Nr. 7158. Tel. aus Belgrad, 26. Mai 1913 Nr. 302 (eing. 5 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Präliminarfriede. Im Nachhange zu Telegramm Nr. 295 vom 24. d. Mts. Herr Pašić befürchtet, daß die Unterzeichnung des Präliminarfriedens eine neuerliche Verzögerung erleiden wird, da man sich über den Text noch nicht geeinigt hat. Er sagte, daß serbische Regierung offizielle Verhandlungen mit Bulgarien wahrscheinlich noch vor Abschluß Präliminarfriedens aufnehmen werde. Ugron.

Nr. 7159. Tel. aus Belgrad, 26. Mai 1913 Nr. 303 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Griechisch-serbisches Abkommen, Gerücht über Annexion und Konflikt. Im Nachhange zu Telegramm Nr. 300 und 298[a]) vom 26. d. M. Herr Stojanović[b]) erklärte mir heute gesprächsweise, dass die Mitteilungen englischer Blätter über den Abschluss eines neuen Vertrages zwischen Serbien und Griechenland falsch seien. Auch serbischer Geschäftsträger habe aus Athen gemeldet, dass ähnliches Gerücht im dortigen diplomatischen Korps zirkuliere; er könne und müsse aber ein entschiedenes Dementi entgegenstellen. Generalsekretär ließ durchblicken, dass beide Staaten auch ohne einen neuen schriftlichen Vertrag bestimmt gemeinsam vorgehen werden. Da der Abschluss eines Vertrages so kategorisch in Abrede gestellt wird, ist es immerhin möglich, dass ein Übereinkommen eventuell durch Notenwechsel erfolgte. Gleichzeitig hat Generalsekretär alle Gerüchte über die bevorstehende Proklamierung der Annexion der besetzten Gebiete dementiert und ebenso die Nachricht über Zusammenstoss an der serbisch-bulgarischen Grenze in Abrede gestellt. Allgemeine Lage wird auch hier sehr ernst beurteilt. Ugron.

[a]) Wohl ein Irrtum. Tel. aus Belgrad vom 26. Mai 1913 Nr. 298 betrifft die Gerüchte über das Auftreten von Cholerafällen in Serbien. Es liegt auch kein anderes Telegramm von diesem Tag über das griechisch-serbische Abkommen (außer Nr. 300) vor. — [b]) Wohl Stefanović.

Nr. 7160. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 26. Mai 1913 Nr. 2469.[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Der kaiserlich deutsche Botschafter theilte mir heute mit, aus der Berichterstattung des Grafen Quadt gehe hervor, daß die griechische Regierung in der Frage der Südgrenze Albaniens, was den Küstenstrich betreffe, nachgiebiger denke. Hinsichtlich des Hinterlandes müsse aber Griechenland — nach einer Äußerung Herrn Coromilas' — auf seinem Standpunkte beharren. Das Athener Kabinett wäre zwar bereit, den dort lebenden Kutzowalachen die von Rumänien eventuell gewünschten Garantien in nationaler Hinsicht zu gewähren, könne aber nicht zugeben, daß auf dieses Bevölkerungselement bei der Absteckung der Grenze Rücksicht genommen werde. Ich habe dem Herrn Botschafter sofort erwidert, daß für meine Haltung in dieser Frage zwei Konsiderationen in Betracht kämen, nämlich das Interesse an der Lebensfähigkeit Albaniens und die Rücksicht auf

Rumänien. Herr von Tschirschky entgegnete mir hierauf, nach seinen Informationen handle es sich im ganzen nur um drei von Kutzowalachen bewohnte Dörfer und frage sich bei einer solchen Sachlage die deutsche Regierung, ob man nicht aus diesen strittigen Plätzen Enklaven unter der Souveränität Rumäniens bilden könnte. Ich erwiderte dem Herrn Botschafter, diese Darstellung der ethnischen Verhältnisse, welche offenbar griechischen Ursprunges sei, scheine mir nicht richtig zu sein und hielte ich, nach den uns zustehenden Informationen eher die umgekehrte Vorgangsweise für gerechter, die darin bestünde, innerhalb der von uns fixierten Grenzen Albaniens rein griechische Gebiete zu Enklaven unter griechischer Souveränität zu machen. Als Herr von Tschischky auf seinem Vorschlage insistierte und den griechischen Standpunkt nachdrücklich wiederholte, entgegnete ich ihm, der einzige mir möglich erscheinende Ausweg sei der, daß man in Bukarest anfrage, inwieweit die Wünsche und Interessen Rumäniens ein Entgegenkommen unsererseits gegenüber dem griechischen Verlangen gestatten.

[a]) Vgl. n. 7164, 7197.

Nr. 7161. Tel. aus Berlin, 26. Mai 1913 Nr. 238 (eing. 4 U. 45 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Streng vertraulich. Anläßlich des Cercles bei der vorgestrigen Gala-Oper hat mich Kaiser von Russland in ein kurzes Gespräch gezogen. Seine Majestät erinnerte sich, dass ich ihm bei seiner Durchfahrt in Wien auf seiner Reise nach dem fernen Osten von Seiner k. und k. Apostolischen Majestät in Schönbrunn vorgestellt wurde. Höchstderselbe erkundigte sich angelegentlichst nach dem Wohlbefinden Seiner k. und k. Apostolischen Majestät und streifte dann ganz vorübergehend die politischen Fragen der Gegenwart, wobei er sich in außerordentlich friedlicher Weise aussprach. Für den k. u. k. Botschafter in Petersburg fand Zar nur freundliche Worte und versicherte mir, daß derselbe während der ganzen vergangenen kritischen Zeit sich sehr „korrekt" benommen und mit Herrn Sazonow die allerbesten Beziehungen aufrechterhalten habe. Zum Schlusse bemerkte Kaiser Nikolaus, daß Kaiser Wilhelm soeben ein sehr alarmierendes Telegramm seiner Schwester, der Königin von Griechenland, erhalten hätte, in welchem Höchstdieselbe sich über kriegerische, von Seiten Bulgariens provozierte Zusammenstöße zwischen der bulgarischen und der griechischen Armee sowie insbesonders über die feindselige Haltung König Ferdinands bitter beklagt. Kaiser Wilhelm selbst konnte ich im ganzen Verlaufe der Vermählungsfeierlichkeiten nicht sprechen. Heute früh begegnete der Kaiser bei einem Spazierritt im Tiergarten dem Legationsrat Grafen Larisch und trug ihm auf, mir zu melden, daß er infolge der ihm aus Athen zukommenden Nachrichten sehr besorgt sei. Die Haltung des Königs der Bulgaren flöße ihm für jetzt und für die Zukunft große Besorgnis ein. Im Einverständnisse mit Zaren und König von England hätte er an König Ferdinand ein Telegramm gerichtet und ihm in der eindringlichsten Weise vorgehalten, wie sehr es notwendig sei, daß er Griechenland gegenüber eine versöhnliche

Haltung einnehme. Bei diesem Anlasse erging sich Seine Majestät in bitteren Vorwürfen gegen König Ferdinand, den er nach wie vor als vollkommen unzuverlässig bezeichnete und der nach Kaiser Wilhelms Überzeugung eine große Gefahr für ganz Europa bedeute. Auch der Zar hätte, wie der deutsche Kaiser versicherte, an den König von Bulgarien ein ganz gleichlautendes Telegramm gesandt, in das König von England zustimmend Einsicht genommen hätte. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 7162, 7201.

Nr. 7162. Tel. aus Berlin, 26. Mai 1913 Nr. 239 (eing. 27. Mai 12 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Zu meinem heutigen Telegramme Nr. 237[b]). Wie mir Unterstaatssekretär bestätigt, hat auch Kaiser Nikolaus in sehr energischer Weise den bulgarischen König telegraphisch aufgefordert, Griechenland gegenüber eine versöhnliche Haltung einzunehmen. Der Zar und ebenso der König von England hätten sich — so versichert mir Herr Zimmermann — in ihren Unterredungen mit Kaiser Wilhelm über König Ferdinand sehr abfällig geäußert. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 7201. — [b]) Richtig 238 = n. 7161.

Nr. 7163. Tel. aus Berlin, 26. Mai 1913 Nr. 241 (eing. 10 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm von gestern Nr. 273[a]), betreffend Südgrenze Albaniens. Deutsche Vertreter in Paris und London sind — wie mir Unterstaatssekretär sagt — beauftragt worden, den dortigen Kabinetten ganz entschieden zu erklären, dass die deutsche Regierung in der Frage der Südgrenze Albaniens in voller Übereinstimmung mit den beiden anderen Dreibundmächten vorzugehen entschlossen sei. Szögyény.

[a]) Richtig 373 = n. 7151.

Nr. 7164. Tel. nach Bukarest, 26. Mai 1913 Nr. 224 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Bei den Verhandlungen, betreffend die Festsetzung der Süd- und Südostgrenze Albaniens, sind wir bemüht, die diesbezüglichen Wünsche Rumäniens, soweit uns dieselben bekannt, nach Thunlichkeit zu vertreten. Nachdem nun Griechenland speziell in der Pindusfrage jede Nachgiebigkeit ablehnt und wir infolge dieser Haltung des Athener Kabinettes auf große Schwierigkeiten stoßen, wäre es für unser weiteres Verhalten wertvoll, genau zu erfahren, welche die rumänischen Wünsche in diesem Belange sind, speziell in welchen Teilen dieses Gebietes die dortige Bevölkerung zum Bewußtsein ihrer rumänischen Nationalität gelangt ist und auf welche Punkte das Bukarester Kabinet besonderen Wert legt. Ich ersuche Euer Durchlaucht, sich diesbezüglich Gewißheit zu verschaffen und mir darüber telegrafisch zu berichten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7160, 7188, 7241.

Nr. 7165. Tel. aus Bukarest, 26. Mai 1913 Nr. 132 (eing. 11 U. 55 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 223, rumänisch-bulgarischen Konflikt betreffend. Bis zu Telegramm Euer Exzellenz Nr. 202 vom 16. d.[b] M., womit hiesiger Regierung in grossen Umrissen Mächte-Beschluss bekanntgegeben wurde, war es bei Seiner Majestät dem Könige und seiner Regierung nicht dem geringsten Zweifel unterworfen und es wurde als vollkommen selbstverständlich aufgefasst, dass die im Londoner Protokolle von Bulgarien bereits abgetretenen Gebietsteile für Rumänien acquiriert sind und überhaupt gar nicht den Gegenstand Petersburger Beratungen bilden können, was auch übrigens die Meinung aller meiner hiesigen Kollegen war. Von dieser selbstverständlichen Voraussetzung ausgehend sprachen König und Minister des Äussern mir von Silistria allein oder auch von Erwerbung der Hälfte Silistrias. Obiger Standpunkt ist auch im rumänischen Mémoire vertreten. Für Zurückziehung dieser bereits gemachten Konzessionen, das Ergebnis mühsamer langer Verhandlungen, macht man eben Bulgarien verantwortlich und fasst diese als neuerlichen Beweis bulgarischer Unversöhnlichkeit auf. Ich habe aber mehrfach in den letzten Konversationen mit Herrn Majoresco und jüngst auch Seiner Majestät dem Könige gegenüber mein Befremden geltend gemacht, dass, als Telegramm Nr. 202 zur Kenntnis gebracht hatte, Majoresco mich im Glauben liess, dass die günstigen Dispositionen gegen Bulgarien fortbestehen (vide hieramtliches Telegramm Nr 113[c]) und Bericht Nr. 33 B vom 4. Mai). Betreffend letztes Alinea[d]) obigen hohen Telegrammes Nr. 223. Minister erklärte ja, durch Silistria im Stande zu sein, mit Bulgarien in Gedankenaustausch einzutreten, bisher behauptete aber bulgarischer Vertreter mangels Instruktionen keine Verhandlungen pflegen zu können. Bei diesen werde es sich eben erweisen, ob Bulgarien durch eine Gebietsabtretung sich rumänische verscherzte Freundschaft erwerben wolle. Werde bei Herrn Majoresco Gedanken eines gegenseitigen Neutralitätsvertrages anregen, fürchte aber, dass ein solcher hier geringe reale Bewertung finden wird und zur Voraussetzung eine neue Gebietsabtretung wird haben müssen.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7194. — [b]) Richtig v[origen] = n. 6630. — [c]) Vom 2. Mai 1913 = n. 6864. — [d]) Letztes Alinea von n. 7152 beginnt mit „Schließlich wollen Euer Durchlaucht".

Nr. 7166. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 26. Mai 1913 Nr. 264 (eing. 27. Mai 1 U. 40 M. a. m.). Entziff.

... Vorbericht wie n. 7227. ... Pallavicini.

Nr. 7167. Tel. aus London, 26. Mai 1913 Nr. 420 (eing. 27. Mai 1 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Heutige Reunion. Sur la proposition de Sir Edward Grey la réunion adopte la motion suivante: „La réunion regrette le retard de la signature du traité de paix et maintient l'opinion qu'une discussion sur des modifications

au traité entraînerait des délais indéfinis et qu'elle doit être évitée." L'ambassadeur de France fait observer en son nom personnel qu'il a des raisons de penser que les délégués grecs refuseront leur signature, si dans les articles 3 et 5 la mention des Souverains alliés n'est pas supprimée.[b] Dans ce cas il se demande comment on déterminera les Grecs à signer le traité et il pense qu'on pourrait sous une forme ou sous une autre les assurer que, le moment venu, ils seront mis à même de faire valoir leurs intérêts devant les puissances. L'ambassadeur d'Italie fait l'objection qu'il est difficile de concéder aux Grecs un droit qui n'a été reconnu ni aux Serbes ni aux Monténégrins. L'ambassadeur d'Autriche-Hongrie, pas plus que celui d'Italie, n'est autorisé à donner son assentiment à une suggestion qui semble en contradiction avec les décisions précédentes de la réunion. Le Comte Mensdorff et le Marquis Imperiali se réservent en surplus d'en référer à leurs gouvernements. Monsieur Kühlmann fait la même déclaration. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 295 Nr. 569. Vgl. n. 7168. — [b] Vgl. n. 7082.

Nr. 7168. Tel. aus London, 26. Mai 1913 Nr. 421 (eing. 27. Mai 1 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Vertraulich. Zu meinem heutigen Telegramm Nr. 420. Sir E. Grey sprach uns von dem Stande der Friedensverhandlungen. Sämtliche Beteiligte wünschen Friedensschluss, Hauptschwierigkeit komme noch immer von Griechenland. Staatssekretär erklärte, sehr ungeduldig zu werden, meinte, wenn Bulgarien mit der Türkei einmal Frieden geschlossen hätte, sei der Krieg auf dem Festlande beendigt. Es bleibe dann nur ein Seekrieg zwischen der Türkei und Griechenland übrig. Staatssekretär gab zu verstehen, er wäre nicht abgeneigt, dann soweit England in Betracht komme, dafür zu sorgen, dass dieser Seekrieg ziemlich reduziert werde. Er erklärte noch, er würde am liebsten morgen allen Beteiligten sagen: „Ihr seid hier, um Frieden zu schliessen, wenn Ihr es nicht tut, ist es besser, nicht länger in London zu bleiben." Diese Sprache Sir E. Greys hatte heute die Natur einer „Boutade", aber er sagte mir auch nachher, er habe schon in ähnlichem Sinne mit Herren Danew und Genadieff gesprochen und sei geneigt, es zu wiederholen, nachdem er mit dem morgen zurückkehrenden Premierminister gesprochen haben würde. Sir E. Grey hat auch den Alliierten mitgeteilt, dass die Zustimmung der Mächte zur Auslassung der Worte „et les Souverains alliés" nicht zu erwarten ist. Herr Cambon vertrat die Meinung, Griechen würden absolut nicht dazu gebracht werden können, zu unterzeichnen, wenn man ihnen nicht in Aussicht stelle, dass ihnen erlaubt werden wird, ihre Wünsche bezüglich ägäischer Inseln etz. den Mächten vorzutragen, dass sie „gehört" werden sollten. Graf Benckendorff unterstützte ihn lebhaft, immer betonend, „ils meurent d'envie de signer la paix; rendons — le leur possible". Es entspann sich eine sehr lebhafte Debatte, in welcher namentlich mein italienischer Kollege den Cambonschen Äusserungen stark entgegentrat. Marquis Imperiali und ich vertraten den Standpunkt, dass ja die Griechen ihre Wünsche jedenfalls in Memoranden oder auf andere Weise vorbringen könnten und würden; wozu ihnen noch eine eigene Zusicherung geben? Ich erklärte, dies sei eine neue Suggestion, zu der ich ohne Instruktion

meiner Regierung nicht Stellung nehmen könnte. Ich sei nur beauftragt,[a] der Auslassung der Worte „et les Souverains alliés" nicht zuzustimmen. Marquis Imperiali und ich betonten, die Idee Sir E. Greys, den Alliierten gegenüber eine sehr energische Sprache zu führen, scheine uns viel geeigneter, den Friedensschluss durch eine derartige Pression herbeizuführen als die Anregung Herrn Cambons. Schließlich kam die mit Telegramm Nr. 420 gemeldete Resolution zustande, die eigentlich nur eine Wiederholung derjenigen der letzten Reunion ist. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7110.

Nr. 7169. Tel. aus London, 26. Mai 1913 Nr. 422 (eing. 27. Mai 3 U. 40 M. a. m.).[a] Entziff.

Bei heutiger Reunion haben mein italienischer Kollege und ich einen Vorschlag betreffs ehetunlichster Organisation der Gendarmerie in Albanien eingebracht und den Text unseres Vorschlages allen Anwesenden übergeben. Herr Cambon bemerkte, er bedauere, nicht schon bei der letzten Reunion die Bemerkung gemacht zu haben, warum man eigentlich Offiziere der Kleinstaaten wählen wolle. In Mazedonien hätten sich die Offiziere der Großmächte außerordentlich gut bewährt, sie würden mehr Ansehen genießen, man fände unter ihnen leichter passende Persönlichkeiten etz. Dieser Vorschlag von Herrn Cambon wurde von englischer und russischer Seite unterstützt, wobei aber allerdings von allen Seiten zugegeben wurde, dass eine Teilung in Sektoren, wie zum Beispiel in Mazedonien, in Albanien ausgeschlossen sei. Ich entgegnete, Verhältnisse in Albanien seien wesentlich anders als damals in Mazedonien, wo die fremden Offiziere im Dienste des Sultans standen, dass die k. und k. und die italienische Regierung die Sache genau studiert und erwogen hatten, somit guten Grund hatten, ihren Vorschlag bezüglich Offiziere der Kleinstaaten einzubringen. Ich benützte dies, um die Bemerkung einzuflechten, dass die Unkenntnis der Verhältnisse Albaniens, über die Herr Cambon unlängst sprach, bei unseren beiden Regierungen „n'était cependant pas aussi excessive que mon collègue de France a bien voulu le dire" etz. Ich betonte auch, dass jede weitere Verzögerung bedauerlich wäre und ich diese Angelegenheit als dringend ansehe. Ich fürchte, die Tripleentente wird für diesen Gedanken des französischen Botschafters eintreten und erbitte mir diesbezügliche Weisung. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 295 Nr. 568. Vgl. n. 7087, 7183, 7184, 7190.

Nr. 7170. Tel. aus London, 26. Mai 1913 Nr. 423 (eing. 27. Mai 1 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 422[b] vom 25. d. Mts., betreffend Evakuation Albaniens durch serbische und montenegrinische Truppen. Ich habe bei Schluß heutiger Reunion vorgebracht, daß die Räumung Albaniens durch serbische und montenegrinische Truppen uns dringend geboten scheint und es sich empfehlen würde, eine Frist zur Evakuierung festzustellen. Sir E. Grey erklärte, er würde den Admiral anweisen, die Wegschaffung des montenegrinischen Kriegsmateriales tunlichst zu beschleunigen ebensowie die Zurückziehung

der Truppen, die damit beschäftigt sind. Ich glaube, richtig zu handeln, wenn ich bei der nächsten Reunion darauf zurückkomme. Mensdorff.

a) Vgl. n. 7183. — b) Mit Tel. Nr. 422, 24. Mai 1913 (chiffr. 12 U. 30 M. p. m.) wurde mit Rücksicht auf eine Konsularmeldung aus Skutari nach London die Weisung erteilt, auf der nächsten Reunion auf den dringlichen Charakter der Räumung Albaniens durch die Montenegriner und Serben hinzuweisen und den Antrag zu stellen, daß denselben eine kurze Frist zur vollständigen Evakuierung gestellt werde. Dieses Tel. wurde gleichzeitig unter Nr. 525 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 7171. Tel. aus London, 26. Mai 1913 Nr. 425 (eing. 27. Mai 3 U. 40 M. a. m.).a) Entziff.

Bei heutiger Reunion brachte ich Vorschlag betreffs Kommission zur Absteckung der Nord- und Nordostgrenze ein und folgende Resolution wurde gefasst: „Le gouvernement austro-hongrois est d'avis que la frontière de l'Albanie au nord et au nordest — telle qu'elle a été délimitée par les résolutions de la réunion et communiquée aux Etats balkaniques — devrait être sans retard fixée sur les lieux par une commission technique internationale. La réunion est d'avis qu'il y a lieu de procéder le plus tôt possible, afin qu'elle puisse fonctionner durant la belle saison à la constitution de cette commission qui pourrait être composée d'officiers des Grandes Puissances." Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 295 Nr. 570. Vgl. n. 7027, 7173, 7196.

Nr. 7172. Tagesbericht über einen Unterredung mit dem ital. Botschafter, 26. Mai 1913 Nr. 2470.a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Wie mir Herzog Avarna heute mitteilt, liegt seiner Regierung ein Vorschlag Marquis Imperialis vor, wonach die vorschußweisen Zahlungen für die albanesische Gendarmerie von allen Mächten zu erfolgen hätten. Es würde dies eine Entlastung des italienischen Nationalvermögens bedeuten. Marquis di San Giuliano findet diesen Gedanken beherzigenswert und lege Wert darauf, meine Meinung im Gegenstande kennen zu lernen. Ich antwortete dem Herrn Botschafter, daß es mir in erster Linie um eine ungesäumte Durchführung der Gendarmerieorganisation zu tun sei. Ich fürchte, daß durch das Befragen der Mächte denselben Gelegenheit gegeben werde, auch hier ihre Verschleppungstaktik zur Anwendung zu bringen. Meiner Ansicht nach wäre der Gedanke in der Weise zu formulieren, daß man zwar keine prinzipielle Einwendung gegen eine Beitragsleistung aller Mächte erhebe, daß jedoch aus der Heranziehung sämtlicher Großmächte zu den Kosten der Gendarmerieorganisation keine Prinzipienfrage gemacht werde und daß, falls die anderen Mächte nicht sofort zustimmen, Österreich-Ungarn und Italien die antizipative Beitragsleistung auf sich nehmen würden.

a) Vgl. n. 7144.

Nr. 7173. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 26. Mai 1913 Nr. 2472.a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Herzog Avarna bemerkte in seiner heutigen Unterredung, daß Italien unseren Standpunkt bezüglich der Konstituierung einer Delimitierungskommission für Nordalbanien zwar unterstützen wolle, daß es aber nach

Ansicht seiner Regierung opportuner wäre, mit dieser Maßnahme zuzuwarten, bis die Abgrenzung von Südalbanien bestimmt sein werde. Wir hätten gesagt, daß man die Gegenwart der Admiräle in Skutari benützen könnte, um die Delimitierungskommission ins Leben zu rufen und an die Arbeit gehen zu lassen. Dieser Gedanke habe die italienische Regierung veranlaßt, in Berlin anzuregen, daß vorerst die Meinung des englischen Admirals darüber zu hören wäre, ob an diese Arbeit herangetreten werden könnte. Herr Zimmermann hätte sich hiezu dem italienischen Botschafter gegenüber im zustimmenden Sinne ausgesprochen. Ich entgegnete dem Botschafter, daß meiner Ansicht nach die Meinung der Admiräle in dieser Frage irrelevant sei, wo wir uns bereits in Klarem darüber befinden, daß die Konstituierung der Delimitierungskommission dringend notwendig erscheine.

[a]) Vgl. n. 7027, 7171.

Nr. 7174. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 26. Mai 1913 Nr. 2473.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Berchtold).

Der italienische Botschafter hat mir heute den ersten Eindruck wiedergegeben, welchen der Cambonsche Gegenantrag bezüglich Albaniens auf Marquis di San Giuliano gemacht hat. Dieser Eindruck läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen: 1.) Es wäre vorzuziehen, wenn die Frage bezüglich der Suzeränität des Sultans sofort und zwar im negativen Sinne entschieden wird. 2.) Bei der Schwierigkeit, einen geeigneten Kandidaten für den Fürstenthron ausfindig zu machen, wäre die Bestellung eines Oberkommissärs bis auf weiteres in Erwägung zu ziehen. 3.) Der Bestand von zwei internationalen Kommissionen zum Studium und zur Kontrolle der Zivilverwaltung erscheine dem italienischen Kabinett nicht begründet und würde nach Ansicht Marquis di San Giulianos eine einzige Kommission zu den besagten Zwecken genügen. 4.) Die Organisation der Justiz nach dem Muster von Ägypten sei unausführbar und seien die Einwendungen, welche von französischer Seite erhoben werden, berücksichtigenswert. Darnach würde es sich handeln, eine temporäre Organisation zu schaffen, die einen progressiven Charakter zu tragen und möglichst wenig zentralisiert zu sein hätte. Auf die Frage des Herrn Botschafters, was meine Auffassung im Gegenstande sei, erwiderte ich: Ad 1) daß der italienische Standpunkt dem unseren entspräche; ad 2) daß es nach unserer Auffassung und nach den uns aus Albanien zukommenden Informationen dringend wünschenswert erscheine, die Fürstenfrage einer ehebaldigsten Lösung zuzuführen; ad 3) daß wir in dem französischen Vorschlage bezüglich der zwei Kommissionen einen Versuch erblicken müssen, die so notwendige Lösung des Problemes der Konstituierung der Ziviladministration auf die lange Bank zu schieben; ad 4) daß ich der italienischen Auffassung nicht zustimmen könne, wonach das Vorbild Ägyptens unanwendbar sei; auch hier scheine das Bestreben vorzuliegen, die Lösung durch Herbeiführung von Diskussionen in die Länge zu ziehen. — Schließlich bemerkte ich, daß das Cambonsche Projekt uns gegenwärtig zum Studium vorliege, und ich mir vorbehalten müsse, noch eingehender darauf zu antworten.

[a]) Vgl. n. 7096, 7198.

Nr. 7175. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 26. Mai 1913 Nr. 2474. Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Der italienische Botschafter hat heute auftragsgemäß zu meiner Kenntnis gebracht, daß sich Herr Venizelos dem italienischen Gesandten in Athen gegenüber in einem wesentlich entgegenkommenderen Sinne als bisher bezüglich der Inselfrage geäußert hat und zwar hätte er demselben folgende Punkte im strengsten Vertrauen mitgeteilt: 1.) Griechenland legt besonderen Wert auf den Besitz von Chios und Mytilene. 2.) Die den Dardanellen vorgelagerten kleinen Inseln könnten der Türkei verbleiben. 3.) Die anderen kleinen Inseln würden griechisch werden, doch sei das Athener Kabinett bereit, all jenen Vorbehalten zuzustimmen, welche den Zweck verfolgen, daß aus diesen Inseln keine Operationsbasis gegen die Türkei gemacht werden könne. 4.) Bezüglich der von Italien besetzten Inseln erhebe Griechenland gegen deren Rückgabe an die Türkei keine Einwendung, es sei denn, daß es sich um Inseln von strategischer Bedeutung handle. — Aus vorstehenden Äußerungen glaubt die italienische Regierung ersehen zu können, daß die Griechen unter dem Eindrucke der Furcht vor Bulgarien nachgiebiger zu werden beginnen. Es wäre der Moment gekommen, Griechenland schriftlich festzulegen. Nach Ansicht des Herzogs Avarna sollte dies seitens der Dreibundmächte einvernehmlich erfolgen, wobei den Griechen kleine Konzessionen an der südalbanesischen Grenze gemacht werden könnten. Der Herr Botschafter fände ein solches Vorgehen umso begründeter als, den seiner Regierung zukommenden Informationen zufolge, die Triple-Entente-Mächte bemüht wären, uns in Athen entgegenzuarbeiten und auf eine dilatorische Behandlung der controversen Fragen hinzuwirken, offenbar in der Annahme, daß in Zukunft bessere Bedingungen für Griechenland zu erreichen wären.

Nr. 7176. Tel. aus Rom, 26. Mai 1913 Nr. 313 (eing. 27. Mai 4 U. a. m.).[a] Entziff.

Die in dem hohen Telegramme Nr. 524 vom 24. d. M. enthaltenen vorläufigen Einwendungen gegen den Cambonschen Vorschlag erscheinen auch hiesigem Minister des Äussern zutreffend. Anderseits bemerkte Marquis di San Giuliano, dass der gedachte Vorschlag auch manchen richtigen Gedanken enthalte, so zum Beispiel die Warnung, Albanien nicht nach europäischen Ideen verwalten zu wollen. Mérey.

[a] Vgl. n. 7198.

Nr. 7177. Tel. aus Sofia, 26. Mai 1913 Nr. 453 (eing. 8 U. p. m.).[a] Entziff.

Es besuchte mich soeben Konseilspräsident. Er erkundigte sich, ob mir nichts Neues in rumänischer Frage zugegangen und ob ich von dem neuerlichen Mißverständnis zwischen Kalinkoff und Majoresco Kenntnis hätte. Ich bestätigte, daß ich aus mir zugekommenen Informationen letzteres mit Bedauern ersehen habe, was aber, wie mir bekannt, an guten

Dispositionen rumänischer Regierung nichts ändere. Herr Geschoff erzählte, was ihm Kalinkoff im Gegenstande berichtet hätte, und schloß daraus, daß Take Jonesco entschiedener Anhänger einer sofortigen Verständigung mit Bulgarien, Herr Majoresco aber zögernd sei. Auf meine Frage, ob Kalinkoff präzise Instruktionen verlangt hätte und ob ihm dieselben erteilt wurden, antwortete Herr Geschoff verneinend und meinte, Kalinkoff hätte zuletzt gemeldet, daß Herr Majoresco und Herr Take Jonesco erklärt hätten, die Ermächtigung König Carols zu sofortiger Konversation erbitten zu müssen. Sobald Konseilspräsident Nachricht erhalten wird, daß rumänischerseits nichts mehr sofortigen Pourparlers im Wege stehe, werde er Kalinkoff mit Instruktionen versehen. Konseilspräsident kam wieder auf Frage zu sprechen, ob Rumänien weitere territoriale Forderungen stellen würde, worauf ich antwortete, daß Euer Exzellenz durch Prinzen Fürstenberg nachdrücklichst mäßigend einwirken. Geschoff betonte, eine weitere territoriale Cession sei ausgeschlossen. Im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 255 vom 25. d. Mts. vermied ich es ganz, davon zu sprechen, daß Neutralitäts-Abkommen auf Reziprozität basiert werden sollte. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7191.

Nr. 7178. Tel. aus Sofia, 26. Mai 1913 Nr. 455 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Im Verlaufe des heutigen Gespräches mit Herrn Geschoff erkundigte ich mich nach der Lage, die Geschoff als nicht gebessert bezeichnete. Auf meine Frage betreffend angeblichen größeren Kampf mit Griechen bei Angista (mein heutiges Telegramm Nr. 452)[b]) gab er keine direkte Antwort, sondern sprach im allgemeinen von Zusammenstössen und davon, dass Griechen provozieren und sich zugleich über Bulgarien bei Mächten beklagen. Auf meine weitere Frage, ob Gerücht wahr, dass Herr Spalajković hier gestern eine formelle Erklärung abgegeben, erhielt ich bejahende Antwort: „Serbischer Gesandter hat Note übergeben, in der Revision des Vertrages verlangt wird." Ich stellte noch Fragen und Konseilspräsident sagte, bulgarische Regierung habe serbische Note bis jetzt nicht beantwortet, bloß erwähnt, sie werde Angelegenheit prüfen. Die bulgarische Antwort könnte aber nur abweislich lauten; keine bulgarische Regierung könnte auf Revision des Vertrages eingehen. Situation sei kritisch, da in Serbien Militärpartei unnachgiebig und Herr Pašić müsste ihr folgen. Konseilspräsident sagte auch, er habe gestern Audienz bei König gehabt und Seine Majestät sei gegen Serbien sehr montiert. Herr Geschoff hatte heute einen zutraulichen, süssfreundlichen Ton, was ich, wie seinen Besuch, auf Rat Königs zurückführe, de me soigner. In serbischer Angelegenheit dürfte man hier, wenn Geschoff aufrichtig gesprochen, noch keine äußersten Konsequenzen ziehen, sondern Zeit gewinnen wollen. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 294 Nr. 566. Vgl. n. 7179, 7180. — [b]) Mit Tel. Nr. 452, 26. Mai 1913 (eing. 3 U. p. m.) wurde aus Sofia gemeldet, daß zwischen Griechen und Bulgaren eine richtige Schlacht bei Angista im Zuge sein soll.

Nr. 7179. Tel. aus Sofia, 26. Mai 1913 Nr. 456 (eing. 27. Mai 3 U. 40 M. a. m.). Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 455 vom 26. d. M. über Unterredung mit Herrn Geschoff. Gestern nach Audienz Konseilspräsidenten hat König Ferdinand russischen Gesandten empfangen, der $1^1/_2$ Stunden bei Seiner Majestät blieb und sich dann zu Geschoff begab. Es soll verabredet worden sein, daß bulgarische Regierung Verlangen Serbiens nach Revision des Vertrages nicht sofort beantworten, sondern Herrn Nekludow Zeit lassen würde, sich mit Petersburg in Verbindung zu setzen, damit Kompromiß noch auf diesem oder jenem Wege versucht wird. Russischer Kollege bezeichnet Lage als kritisch, ist sonst verschlossen und aufgeregt. Griechischer Gesandter hat heute „wegen Vordringens bulgarischer Truppen", wodurch Zusammenstöße hervorgerufen werden, beim Konseilspräsidenten interveniert und soll zugleich erklärt haben, daß griechische Regierung nunmehr bereit sei, in Verhandlungen bezüglich neutraler Zone, beziehungsweise bezüglich griechisch-bulgarischer Grenze einzutreten. Es herrscht hier Stimmung fast so wie zur Zeit Mobilisierung gegen Türkei, an militärischen Vorbereitungen wird fieberhaft gearbeitet und bedeutende Truppenmassen passieren Sofia nach der serbischen Grenze. Herr Spalajković hat einem Diplomaten der Triple-Entente erklärt, Serbien wolle keinen Krieg, werde aber von okkupierten Gebieten nichts herausgeben, auch Monastir nicht. Tarnowski.

Tel. nach Berlin, 27. Mai 1913 Nr. 376 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7183.

Nr. 7180. Tel. nach Berlin, 27. Mai 1913 Nr. 377 (chiffr. 12 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

Die Differenzen zwischen Serbien und Bulgarien spitzen sich immer mehr zu, besonders seitdem die königlich serbische Regierung das formelle Verlangen nach einer Vertragsrevision gestellt hat.[b] Hiedurch ist der Eintritt eines ernsten Konfliktes zwischen den beiden bisher alliierten Staaten in den Bereich einer nahen Möglichkeit gerückt. Diesem Zwiste im Lager der Verbündeten kommt aber nach meiner Auffassung schon an und für sich die Bedeutung einer Niederlage des Balkanbundgedankens — insoferne diese Allianz als ein den Krieg gegen die Türkei überdauerndes Gebilde gedacht war — und eines Echecs des von der Newa aus propagierten panslavistischen Gedankens zu. Eine eventuelle Austragung dieses Konfliktes mit den Waffen würde sogar dem völligen Niederbruche dieser Ideen am Balkan gleichkommen. Wie sehr man sich an der Sängerbrücke dieser Situation bewußt ist, davon zeugen die von der russischen Diplomatie bereits entfalteten fieberhaften Anstrengungen, den zutage getretenen Zwistigkeiten zwischen den Verbündeten durch Herbeiführung eines Ausgleiches ein Ende zu bereiten und so dem von Rußland gefürchteten Ausbruche eines offenen Konfliktes vorzubeugen. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, daß die Tendenzen, welche hinter den beiden Schlagworten Balkanbund und Panslavismus stehen, eben solche sind, die sich direkt

gegen die Monarchie richten. Daher ist auch alles, was die Entwicklung der Dinge am Balkan im Zeichen dieser beiden Schlagworte verhindert, im natürlichsten und vitalsten Interesse Österreich-Ungarns gelegen. Wir zweifeln nicht daran, daß die Interessen unseres bewährten deutschen Bundesgenossen sich diesfalls mit den unseren decken und dürfen daher annehmen, daß sich die Politik Deutschlands auch in diesem Belange auf einer Linie mit der unseren bewegen und daß man in der Wilhelmsstraße vermeiden wird, etwas zu tun, was die Bestrebungen der russischen Diplomatie — soweit sie auf Balkanbund und Panslavismus gerichtet sind — fördern könnte. Nach unseren Informationen ist man in Belgrad wie auch in Sofia nicht zur Nachgiebigkeit gesonnen und würde speziell Bulgarien zur Geltendmachung seiner Interessen auch nicht vor einem Waffengange zurückschrecken. Bulgarien allein einer Koalition Serbiens, Griechenlands — ein Vertrag zwischen Athen und Belgrad scheint in Vorbereitung zu sein — und Rumäniens gegenübergestellt, wäre aber diesen verbündeten Gegnern natürlich nicht gewachsen. Müßte daher das Sofioter Kabinett mit einer solchen Kombination rechnen, so bliebe ihm wohl nichts anderes übrig, als sich mit seinen bisherigen Alliierten auszugleichen. Damit wäre aber der Balkanbund zu neuem Leben erwacht und das Ziel der russischen Diplomatie erreicht. Unsere Bemühungen sind daher derzeit darauf gerichtet, auf Rumänien in dem Sinne einzuwirken, daß es sich nicht auf ein Zusammengehen mit Serbien einlasse, da doch ein solches Zusammengehen das Königreich notgedrungen in einen Gegensatz zur Monarchie, welche die Bildung eines Großserbiens auf Kosten Bulgariens nicht ruhig hinnehmen könnte, und damit auch überhaupt zur Dreibundpolitik bringen würde. Von diesen Konsiderationen ausgehend, wäre es natürlich für uns von größtem Werthe, wenn die kaiserlich deutsche Regierung in Bukarest auch ihrerseits eine Sprache führen würde, welche diese unsere Bemühungen unterstützen könnte. Euer Exzellenz wollen sich in vorstehendem Sinne bei Herrn von Jagow vernehmen lassen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7193. — [b]) Vgl. n. 7178.

Nr. 7181. Tel. aus Berlin, 27. Mai 1913 Nr. 242 (eing. 7 U. 10 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Vertraulich. Reichskanzler, der während des Berliner Aufenthaltes des Zaren mit Höchstdemselben eine längere Unterredung hatte, erzählte mir gestern, er sei mit dem Verlaufe derselben sehr zufrieden gewesen. Kaiser Nikolaus habe die aktuelle politische Situation mit besonderer Rücksicht auf die Balkankrise eingehend mit ihm besprochen, ohne hiebei spezielle Wünsche vorgebracht zu haben. Im Ganzen habe Seine Majestät sich außerordentlich friedlich ausgesprochen. Die Beziehungen Russlands zu Österreich-Ungarn habe er nur kurz erwähnt und sich dahin geäußert, daß dieselben sich fortwährend freundlicher gestalten. In eine Kritik der österreichisch-ungarischen Politik habe sich Zar mit keinem Worte eingelassen. Herr Sazonow betreffend versicherte Kaiser, daß er nach wie vor mit dessen Leitung russischer auswärtiger Politik vollkommen einverstanden sei. Von

den Besprechungen des Kaisers Nikolaus mit dem Staatssekretär wird es mir erst später möglich sein, Näheres zu erfahren. Meine Kollegen, insbesondere italienischer und französischer Botschafter, sagen mir, daß der Kaiser von Russland sich in seiner kurzen Konversation mit ihnen über die internationale Politik ganz kurz und nur in allgemeinen Phrasen sehr friedliebend geäußert und seinem lebhaften Wunsche Ausdruck verliehen habe, daß Friede zwischen der Türkei und den anderen Balkanstaaten ohne Verzug zustande kommen werde. Nach einem Déjeuner auf der englischen Botschaft zog (mich)[b] englisches Königspaar in längere Unterredungen, bei welchen es sich hauptsächlich nach dem Befinden Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät erkundigte. König Georg sagte mir, er hoffe, es werde ihm bald möglich sein, seinen Antrittsbesuch in Wien zu machen. Mit den bisherigen Ergebnissen der Botschafterreunion in London könne man wohl trotz der gegenteiligen Behauptungen unter den gegebenen Verhältnissen ganz zufrieden sein. Über die bei diesen Beratungen entwickelte Tätigkeit des Grafen Mensdorff sprach sich der König von England ganz besonders anerkennend aus. Szögyény.

[a] Vgl. n. 7187, 7257. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 7182. Tel. aus Bukarest, 27. Mai 1913 Nr. 133 (eing. 11 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Da mir zukam, daß mein bulgarischer Kollege über hiesige Situation falsche Auffassung hat und dementsprechend seine Regierung unrichtig informiert, suchte ich Herrn Kalinkoff heute auf und gab ihm Situationsbild auf Grund meiner Gespräche mit Seiner Majestät dem Könige und Ministern Majoresco und Jonesco. Mitredner schien sowohl über Beurteilung der Lage als auch Stimmung Allerhöchsten Ortes und der Minister nicht oder ungenau informiert; auch über Allianzanträge Alliierter schien er wenig zu wissen. Dafür war er im Glauben, daß Bulgarien vor Eintritt in Pourparlers bereits territoriale Konzessionen als Preis für diese machen müßte; ich klärte ihn dahin auf, daß erst im Laufe der Verhandlungen und entsprechend den bulgarischen Petita hier die Ausdehnung der gewünschten Konzessionen bemessen werden wird. Kalinkoff lehnte das Prinzip weiterer territorialer Abtretungen absolut nicht ab, machte nur die Ausdehnung derselben von rumänischen Leistungen abhängig und weiters davon, ob Bulgarien faktisch von seinen heutigen Alliierten angegriffen würde. Ich riet ihm dringend, seine Regierung von ernster hiesiger Situation zu unterrichten und jedenfalls auf Grund der hier angestrebten Konzessionen zumindest Neutralitätsvertrag abzuschließen, der bei den künftig jedenfalls unausweichlichen Differenzen mit heutigen Bundesgenossen bulgarischen Rücken decken würde. Kalinkoff ging auf meinen Gedanken zwar bereitwillig ein, scheint mir aber recht schwerfällig und hier für Unterhändlerrolle nicht gut geeignet. K. E. Fürstenberg.

Tel. nach Konstantinopel, 27. Mai 1913 Nr. 256 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7183.

Nr. 7183. Tel. nach London Nr. 436 (1), Rom Nr. 539 (2), Berlin Nr. 376 (3), Paris Nr. 305 (4), St. Petersburg Nr. 357 (5) und Konstantinopel Nr. 256 (6), 27. Mai 1913 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

1. Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 423 vom 26. d. M. Auch ich halte es für dringend angezeigt, daß Euer Exzellenz bei der nächsten Réunion auf die Frage der Evakuation Albaniens durch die serbischen und montenegrinischen Truppen zurückkommen.

2. Zu meinem Telegramme Nr. 525[b]) vom 24. d. M.

2.—6. Graf Mensdorff telegraphiert unterm 26. d. M. wie folgt: . . . *wie n. 7170* . . . Ich antworte dem Herrn Botschafter wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Auch ich“ bis zum Schluß.)

2.—3. Vorstehendes zur Mittheilung an

2. Marquis di San Giuliano.

3. Herrn von Jagow.

4.—6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7229. — [b]) Vgl. n. 7170 Anm. b.

Nr. 7184. Tel. aus London, 27. Mai 1913 Nr. 427 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 422, betreffend Organisation der Gendarmerie. Ich habe eben mit Tyrrell gesprochen und ihm nahegelegt, Sir E. Grey, der mich nicht sehen konnte, meine Bedenken gegen Vorschlag Herrn Cambons über Zuziehung von Offizieren der Großmächte zur Gendarmerie mitzuteilen. Ich wies auf die praktischen Nachteile (wie könnten sich die verschiedensprachigen Offiziere untereinander verständigen, wer sollte Kommandant sein, was würde geschehen, wenn eine Macht ihre Offiziere zurückberuft?) sowie auf die politischen Bedenken hin. Ich benützte diesen Anlaß, um auf die Tendenz meines französischen Kollegen hinzuweisen, in allen albanesischen Angelegenheiten Obstruktion zu machen. Dies ist auch im Foreign Office nicht unbemerkt geblieben und Tyrrell erklärte mir, Herr Cambon habe sich persönlich auf eine übertriebene Vertretung aller griechischen Interessen engagiert, vielleicht zu sehr avanciert, setze jetzt seine Eitelkeit hinein in einem Grade, der auch dem Staatssekretär schwer verständlich erscheine. Es soll mehr Cambon persönlich als die französische Regierung sein. Tyrrell persönlich hofft, daß, wenn einmal der Friede geschlossen ist, es seinem Chef gelingen wird, auf den französischen Botschafter etwas beruhigend einzuwirken. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7190, 7231.

Tel. nach Paris, 27. Mai 1913 Nr. 305 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7183.

Tel. nach Rom, 27. Mai 1913 Nr. 539 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7183.

Tel. nach St. Petersburg, 27. Mai 1913 Nr. 357 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7183.

Nr. 7185. Tel. aus St. Petersburg, 27. Mai 1913 Nr. 201 (eing. 28. Mai 1 U. a. m.).[a] Entziff.

Aus einer heutigen Bemerkung Herrn Sazonows war zu entnehmen, daß er über die Zuspitzung im Streite zwischen Bulgarien einerseits und Serbien und Griechenland andererseits recht besorgt ist und daß er neuerdings wieder mit allem Nachdrucke an die drei Regierungen Mahnungen zur Versöhnlichkeit gerichtet hat. Was speziell den serbisch-bulgarischen Streit anbelangt, sagte mir Herr Sazonow, daß Bulgarien denselben dem russischen Schiedsspruch je eher je lieber unterwerfen möchte, daß aber Serbien den Wunsch geäußert habe, erst noch einen Versuch zu einer direkten Verständigung zu machen. Da das Schiedsrichteramt durchaus nicht anstrebenswert sei, habe die russische Regierung keinen Grund, den Erfolg des erwähnten Versuches nicht abzuwarten. Auf meine Frage, ob sich der Schiedsspruch nur auf jene Gebiete zu beschränken hätte, die schon im Allianzvertrag der Arbitrage vorbehalten waren, (antwortete Sazonow),[b] daß bei der gegenwärtigen Sachlage das Schiedsrichteramt sich wohl auf den ganzen Komplex der jetzt zwischen den beiden Ländern strittigen Gebiete erstrecken müßte. Thurn.

[a] Oe. U. Balkan 297 Nr. 573. Vgl. n. 7213, 9487. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 7186. Tel. aus Sofia, 27. Mai 1913 Nr. 457 (eing. 28. Mai 4 U. 40 M. a. m.).[a] Entziff.

Es wird mir versichert, daß bulgarische Antwort auf Verlangen Serbiens nach Revision des Vertrages heute vom Ministerrat beschlossen und daß dieselbe ablehnend lauten, jedoch nicht Form Ultimatums haben würde. Die Antwort an Serbien soll nicht sofort erteilt werden, da bulgarische Regierung angeblich morgige Erklärung Herrn Pašić' in Skupschtina, auf die man hier sehr gespannt, wie auch Unterzeichnung des Präliminarfriedens abwarten möchte. Es verlautet, daß Lage Regierung unhaltbar und Demission wahrscheinlich. Konnte noch diese Gerüchte nicht feststellen und übrigens kann sich Lage jeden Moment ändern. Aus heutigen Unterredungen mit oppositionellen Parteichefs habe nur erfahren, daß Herr Geschoff tatsächlich an Rekonstruktion gedacht, oppositionelle Führer aber Eintritt in Kabinett verweigerten. Wie immer dem sei, bleibe ich im Kontakt mit hervorragenden oppositionellen Politikern, die, wie es sich immer deutlicher zeigt, über unsere und Russlands Haltung von Herrn Geschoff im Unklaren gelassen wurden. Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 296 Nr. 571.

Nr. 7187. Tel. aus Berlin, 28. Mai 1913 Nr. 243 (eing. 7 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Zu meinem Telegramm Nr. 242 von gestern. Nachträglich erzählte mir mein italienischer Kollege, dass Kaiser Nikolaus im Verlaufe seiner kurzen Unterredung mit ihm sehr eindringlich für die

Berücksichtigung der Wünsche Griechenlands in Betreff der Südgrenze Albaniens eingetreten sei. Herr Bollati habe getrachtet, Seine Majestät zu überzeugen, dass ein Nachgeben Italiens in dieser Frage mit Rücksicht auf dessen vitale Interessen im Adriatischen Meere kaum möglich sei; doch hatte er den Eindruck, dass es ihm keineswegs gelungen sei, Kaiser Nikolaus von seinem prononziert griechenfreundlichen Standpunkte abzubringen. Bezüglich der ägäischen Meerinseln habe der Zar — so sagte mir italienischer Botschafter — ihm übrigens kein Wort erwähnt. Szögyény.

Nr. 7188. Tel. aus Bukarest, 28. Mai 1913 Nr. 134 (eing. 11 U. p. m.).[a] *Entziff.*

In Erledigung der telegraphischen Weisung vom 26. d. M. Nr. 224 wandte mich an Minister des Äußern um schriftliche Fixierung rumänischen Standpunktes, worauf nachstehende Antwort erhielt: „Résumé des instructions pour le ministre à Londres (mars 1913). Veuillez demander que les régions entre Janina, Metzowo, Grébena et le mont Gramis jusqu'à Koritza comprenant 36 villages et bourgs roumains avec une population de plus de 80.000 habitants soient incorporées à l'Albanie. Insistez sur le principe, à inscrire dans la constitution de l'Albanie, que dans les localités où les Roumains sont en majorité, la langue roumaine soit langue administrative, comme dans les églises et écoles roumaines et que ces Roumains aient l'autonomie administrative, communale et — autant que possible — politique de même que leur chef spirituel avec droit reconnu du gouvernement roumain d'entretenir comme par le passé les instituts de culture macédo-roumains sans aucune restriction." K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 7197, 7240, 7241, 7262.

Nr. 7189. Bericht aus Bukarest, 28. Mai 1913 Nr. 35 A (eing. 30. Mai). Ausfert.

Meine ergebenste Depesche Nr. 131, welche mein Gespräch mit Seiner Majestät dem König in der letzten Audienz über die telegraphische Chiffreweisung Euer Excellenz Nr. 221 wiedergibt, habe ich so ausführlich gehalten, daß derselben kaum etwas hinzuzufügen habe und möchte ich mir nur erlauben, einige Worte der Charakteristik über den Gesamteindruck nachzutragen, welche die Ausführungen Seiner Majestät bei mir hervorriefen. Wie ich es schon mehrfach zu betonen Gelegenheit hatte, tritt bei Seiner Majestät in der Auffassung der heutigen politischen Lage die persönliche Note stark in den Vordergrund, und die nüchterne, reale Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse wird dadurch etwas getrübt. Abgesehen von dem bei dem höchsten Herrn durch das Verhalten Bulgariens stark gekränkten Selbstgefühl, welches hauptsächlich bei den Worten über die von Bulgarien Rumänien und seinem Könige bezeugte Verachtung zum Durchbruche kam, konnte ich aber auch zu meinem großen Bedauern feststellen, daß König Carol gegen die Monarchie respektive gegen die während der ganzen Krise verfolgte Politik derselben eine nicht geringe Mißstimmung im Herzen trägt. Wenn sich auch der König, vermutlich aus Deferenz für Seine kaiserliche und königliche Apostolische Majestät, jeder offenen

Kritik der äußeren politischen Geschäftsführung der Monarchie enthält, so konnte ich doch aus Bemerkungen, die Höchstderselbe fallen ließ, entnehmen, daß sich bei Ihm die Überzeugung festgesetzt hat, im politischen Kalkül der Monarchie hinter Bulgarien gestellt worden zu sein. Es scheint auch König Carol ausnehmend schwer zu fallen, Sich in den heutigen Gedankengang der Politik Österreich-Ungarns hineinzufinden. Er glaubt, durch Sein jahrzehntelanges Festhalten an dem Dreibund, was nicht ohne schwere innerpolitische Schwierigkeiten abgieng und durch das systematische Unterdrücken einer jeden großrumänischen Irredenta, Sich das Anrecht erworben zu haben, daß Österreich-Ungarn Seine, Seiner Dynastie und Seines Volkes Interessen stets in die erste Linie stellen wird. Das tiefe, seit jeher bestandene Mißtrauen, welches König Carol gegen Bulgarien beherrschte, die Befürchtung, daß dieser nächststarke Faktor im Südosten Europas, dessen mögliche Erstarkung bis zu einem gleichwertigen Rivalen Er und alle Rumänen perhorreszierten, mehr Wert in den Augen der Politiker der Monarchie gewinnen könnte als Rumänien, veranlaßten den Herrscher, mit einer argwöhnischen Aufmerksamkeit Alles zu verfolgen, was das Wiener Kabinett in der letzten die Kräfteverhältnisse umgestaltenden Krise Bulgarien gegenüber zu tun oder zu lassen für gut befand. Schwer dürfte es Seine Majestät empfinden, daß trotz des Besuches Euer Excellenz in Sinaia, trotz der Allerhöchsten Message, welche Freiherr Conrad von Hötzendorf im November überbrachte, in Wien das Bestreben zutage trat, Bulgarien in diesem Streite zu schonen, in welchem die Ehre Rumäniens, Sein Ansehen und das Seiner Dynastie am Spiele stand. Auch das leiseste Schwanken der Monarchie zwischen Rumänien und Bulgarien betrachtet der König als eine unverdiente Zurücksetzung. Er glaubt von Österreich-Ungarn erwarten zu können, daß es treu dem Geiste des bestehenden Bandes, das Er im heurigen Winter entgegen den Ratschlägen maßgebender Faktoren (zwar nicht ohne ein gewisses Schwanken) noch fester knüpfte, unbedingt und rückhaltlos sich auf die rumänische Seite stellen werde. Dies sind die psychologischen Gründe, welche König Carol veranlasst haben dürften, die bei meinen jüngsten Audienzen vorgebrachten Argumente zu einer unmittelbaren und nicht weiter bedingten Festlegung Seiner Haltung Bulgarien gegenüber Seine Würdigung zu versagen. Für Seine Majestät ist Bulgarien stets die bête noire gewesen, die langjährige Befürchtung, daß sich dieses einmal über das erlaubte Maß vergrößern würde, ist sozusagen über Nacht eingetreten, und jetzt tritt Österreich-Ungarn, der treue Freund, auf den zu bauen Er mit unbedingter Zuversicht rechnete, mit dem Ansinnen an Ihn heran, diesem ernstesten Konkurrenten um die Hegemonie auf dem Balkan, der durch die ganze Krisenzeit hindurch sich als harter, unnachgiebiger und hochmütiger Feind zeigte, die Hand zum Bunde zu reichen, ohne daß dieser amende honorable gemacht hätte. Es wird zu einer unmöglichen Aufgabe, dem höchsten Herrn den Glauben zu benehmen, daß nicht reiner Egoismus der Monarchie eine solche Haltung diktiert. Mit Berechtigung muß Sich König Carol fragen, warum Österreich-Ungarn vom Bundesgenossen das Aufgeben moralischer und realer Interessen verlangt, wenn es doch näher liegen würde, von einem Staate, der noch immer

einer feindlichen Mächtegruppe angehört und der sich stets als unverläßliches Element erwiesen, jene geringen Opfer zu erzwingen, welche Rumänien es ermöglichen würden, sich rückhaltslos an der Balkanpolitik der Monarchie zu beteiligen. Aus dem Vorhergesagten ergibt sich, dass die weitere Verfolgung dieser politischen Taktik der Monarchie gegen Rumänien, abgesehen von den weniger bedeutenden Faktoren, an der noch immer weitaus maßgebenden Stelle des Landes, einen solchen tiefen Groll gegen Österreich-Ungarn hervorrufen könnte, daß ich mich einer schweren Unterlassungssünde schuldig machen würde, wenn ich nicht die Aufmerksamkeit auf diese unmittelbare Gefahr lenken würde. Der Träger der Krone ist trotz Allem und Jedem heute noch die einzige wahre und feste Stütze der Dreibundpolitik, unbeeinflußt durch innerpolitische kleinliche Umtriebe, erhaben über äußere Verlockungen und in Treue und Ergebenheit unserem erhabenen Monarchen zugetan. Ich möchte aber ernstlich davor warnen, die Gefühle des Königs noch tiefer zu verletzen, da dadurch die Möglichkeit in greifbare Nähe gerückt wird, daß Höchstderselbe, welcher mit dem zunehmenden Alter die frühere Festigkeit vermißen läßt, leicht Sein Ohr unseren Antagonisten leihen könnte und dadurch Rumänien Wege einschlüge, welche schließlich zur Revision unseres heutigen Verhältnisses führen müßten. Diese hätte aber eine Neuorientierung der äußeren rumänischen Politik zur Folge, welche wiederum ein ungeahntes Anwachsen der rumänischen Irredenta in Ungarn nach sich zöge. Der Strick, der die Monarchie mit Rumänien verbindet, ist überaus gespannt, es wird ausnehmend schwer fallen, denselben wiederum fest zu knüpfen, falls er reißen sollte! Es versteht sich von selbst, daß ich Seiner Majestät dem Könige mit jenem Freimute entgegentrat, zu der mich Seine, auch bei dieser Gelegenheit stets bewiesene Gnade autorisiert. Nachdem ich mir bald klar geworden war, daß es sich als vollkommen aussichtslos darstellte, Seine Majestät davon zu überzeugen, daß die Abtretung Silistrias allein eine genügende Prämisse zum Abschluße der Neutralität bilden müsse, richtete ich mein Bestreben darauf, meinen hohen Mitredner wenigstens von der Gefährlichkeit eines Anschlußes an Serbien zu überzeugen. Ich führte alle schon so oft ins Treffen geführte Gründe nochmals an, welche in logischer Konsequenz der bisherigen Politik Rumänien zwängen, einen Anschluß an Bulgarien zu suchen. Alle meine Bemühungen scheiterten jedoch an dem Festhalten des Höchsten Herrn an folgenden Prinzipien: 1. Bulgarien ist der historische Feind und Rivale, dessen Größe gefährlich werden kann. 2. Bulgarien muß daher einen eklatanten Freundschaftsbeweis offen erbringen, ehe Rumänien sich ihm gegenüber die Hände binden könne. 3. Serbien, mit dem Rumänien nie Differenzen hatte, muß so gekräftigt werden, daß es ein Gegengewicht gegen Bulgarien am Balkan bieten könne. 4. Würde das Zusammengehen Rumäniens mit Serbien nur eine Extratour bedeuten, deren Zeit beschränkt und deren Bedeutung auf die allgemeine Richtung der Politik nicht von Belang wäre, was ich dahin deute, daß Seine Majestät die Absicht hegt, falls eine Einigung mit Bulgarien nicht stattfände, in einem bulgaro-serbischen Konfliktsfalle, diejenigen Landstriche zu besetzen, welche Er für Rumänien als notwendig erachtet. — Nachdem also Bulgarien

in einem künftigen Kriege auf jeden Fall Landeinbußen erleiden wird, so würde es klug daran tun, diese freiwillig im Verhandlungswege abzutreten, wodurch dieselben auf ein Minimum reduziert werden könnten und noch dazu die rumänische Freundschaft erworben werden würde. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7190. Tel. nach London Nr. 438 (1) und Rom Nr. 543 (2), 28. Mai 1913 (chiffr. 29. Mai 1 U. a. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 422 vom 26. d. M. und 427 vom 27. d. M. betreffend Organisation der Gendarmerie in Albanien. Mit der von Euer Exzellenz in der Réunion und bei Herrn Tyrrell geführten Sprache bin ich vollkommen einverstanden. Was die von Herrn Cambon vorgebrachte Anregung der Zuziehung von Offizieren aus verschiedenen Großstaaten zum Gendarmeriedienst betrifft, ersuche ich EuerExzellenz, sich in der nächsten Réunion, wie folgt, vernehmen zu lassen. Nachdem alle Vertreter auf der Réunion zugeben mußten, daß eine Theilung Albaniens in Gendarmeriesektoren, wie dies in Mazedonien der Fall war, ausgeschlossen ist, können die von Herrn Cambon erwähnten, in Mazedonien gemachten Erfahrungen nicht als maßgebend angesehen werden. Bei Verwendung von Offizieren verschiedener Nationalität würden die sprachlichen Schwierigkeiten zu gefährlichen Verwirrungen führen, die die so schwierige Organisationsarbeit illusorisch machen würden. Die Berufung von Elementen aus einem Lande wäre daher das einzige Mittel, um die notwendige Einheit zu erzielen. Daß man aber hiebei auf das Offizierskorps eines Kleinstaates greifen müsse, sei mehr als selbstverständlich, da es aus politischen Gründen wohl nicht anginge, zu dieser Aufgabe das Offizierskorps von nur einer Großmacht heranzuziehen.

2. Graf Mensdorff telegraphiert unterm 26. d. M. wie folgt: ... *wie n. 7169 in extenso* ... Ich antworte dem Herrn Botschafter wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Was die von Herrn Cambon vorgebrachte“ bis Schluß.) Vorstehendes zur streng vertraulichen Mittheilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7199.

Tel. nach Rom, 28. Mai 1913 Nr. 543 (chiffr. 29. Mai 1 U. a. m.). Siehe n. 7190.

Nr. 7191. Tel. nach Sofia, 28. Mai 1913 Nr. 259 (chiffr. 29. Mai 12 U. 20 M. a. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Zu Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 453 vom 26. d. M. Euer Hochgeboren wollen Herrn Geschoff gegenüber auf das Thema der eventuellen weiteren Prätensionen Rumäniens zurückkommen und sich im nachstehenden Sinne aussprechen: Nach den mir aus Bukarest vorliegenden Meldungen hegt die dortige Regierung nach wie vor den Wunsch, zu einer Verständigung mit Bulgarien zu gelangen, hat aber mit einer starken Gegenströmung in der rumänischen öffentlichen Meinung zu kämpfen, welche das Ergebnis der Petersburger Verhandlungen als ungenügend erachtet und deren Einfluß in dem Maße steigt, als die Möglichkeit eines Konfliktes Bulgariens

mit seinen bisherigen Verbündeten näherrückt. Die Schwierigkeiten, die der gegenwärtigen rumänischen Regierung in dieser Hinsicht nicht nur von der Opposition, sondern auch von einem Teil ihrer eigenen Partei bereitet werden, sind in Sofia ja bekannt und man weiß dort sicherlich auch, daß ein Regimewechsel in Rumänien, der die liberale Partei ans Ruder brächte, die Lage nur ungünstiger gestalten könnte. Wie Herrn Geschoff aus früheren Mitteilungen bekannt ist, sind wir fortgesetzt bemüht, in Bukarest nachdrücklich auf eine Verständigung mit Bulgarien hinzuwirken. Wir haben in sehr ernster Weise auf die Konsequenzen eines eventuellen Zusammengehens mit Serbien oder Griechenland hingewiesen, von weiteren territorialen Ansprüchen gegenüber Bulgarien auf das entschiedenste abgeraten und den Gedanken eines auf Gegenseitigkeit beruhenden Abkommens mit diesem angeregt. Obzwar uns, was speziell diesen letzten Punkt anbelangt, eine definitive Äußerung der rumänischen Regierung noch nicht vorliegt und wenn man auch in Bukarest jede Absicht, mit Serbien zu kooperieren, in Abrede stellt, so hat man dort doch, ungeachtet des inneren Widerspruches, der hierin liegt, die fortgesetzten Annäherungsversuche Griechenlands bis jetzt nicht zurückgewiesen, sondern dilatorisch behandelt. Nach alledem und nach der allgemeinen Sprache der maßgebenden rumänischen Faktoren haben wir keine Gewähr dafür, daß es unseren fortgesetzten Vorstellungen gelingt, Rumänien auf der Basis der Petersburger Beschlüsse zu einer wohlwollenden Haltung gegenüber Bulgarien zu bewegen. Dies gilt insbesondere für den Fall, daß es tatsächlich zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den Verbündeten kommen sollte. Unter Berufung auf die öffentliche Meinung des Landes, welche die Zession von Silistria nur als das Aequivalent der Neutralität Rumäniens im Kriege der Balkanstaaten gegen die Türkei ansieht, erklärt man uns in Bukarest, daß es der rumänischen Regierung unmöglich wäre, in einem etwaigen neuerlichen Kriege Bulgariens eine neutrale Haltung einzunehmen, ohne hiefür einen weiteren Gegenwert von Bulgarien zu erhalten, der von der rumänischen Öffentlichkeit als ausreichendes Motiv für eine bulgarophile Politik anerkannt würde. Wir haben seit dem Auftauchen der rumänisch-bulgarischen Differenzen die Rolle eines ehrlichen und desinteressierten Vermittlers gespielt und wollen auch heute nicht als Anwalt etwaiger übertriebener rumänischer Wünsche auftreten. Wir bedauern es, daß die momentane Volksstimmung in Rumänien der Verständigung mit Bulgarien derartige Hindernisse in den Weg legt, müssen mit dieser gegebenen Tatsache aber rechnen und halten es für unsere Pflicht, die bulgarische Regierung über die Situation in Bukarest aufzuklären. Unter diesen Umständen können wir Herrn Geschoff nur dringend anempfehlen, ohne weiteres Zuwarten — das bisher schon die ungünstige Entwicklung in Rumänien gefördert hat und die Lage sicherlich nicht verbessern würde — in Pourparlers mit Bukarest einzutreten, um sich über die wahren Absichten Rumäniens Klarheit zu verschaffen und die Voraussetzungen kennen zu lernen, unter denen es im Falle eines serbisch-bulgarischen Konfliktes zu einer wohlwollenden Neutralität oder vielleicht sogar zu einer aktiven Unterstützung Bulgariens bereit wäre. Es wird dann Sache der leitenden bulgarischen Stellen sein, darüber schlüssig

zu werden, ob das, was Rumänien bietet, im Verhältnis steht zu dem, was es verlangt. Soweit ich die Situation heute überblicke, möchte ich jedoch annehmen, daß die Zugeständnisse, die Rumänien verlangen dürfte und die vielleicht erst nach der Regelung der Differenzen unter den Verbündeten tatsächlich realisiert werden müßten, keine derartigen sein werden, daß sie nicht durch die Vorteile eines Abkommens reichlich aufgewogen würden, das Bulgarien nach der rumänischen Seite hin vollkommen sichert und seine Position in der mazedonischen Frage, in der doch weitaus das Schwergewicht der bulgarischen Interessen liegt, in geradezu ausschlaggebendem Maße stärkt. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 297 Nr. 574. Vgl. n. 7201, 7202, 7433, 7449.

Nr. 7192. Tel. nach Belgrad Nr. 149 (1) und Sofia Nr. 261 (2), 29. Mai 1913 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1.—2. Erhalten Euer etc. Telegramm Nr. 317[b])/461 vom 28./29. d. M. Nachdem die Antwort Herrn Pašić' auf die Interpellation Ribarac eine Reihe von tendenciösen Unrichtigkeiten enthält, wird sich ein morgen erscheinender Artikel des „Fremdenblattes" mit deren Zurückweisung befassen.

1. Sobald Ihnen der Text dieses Artikels vorliegen wird, wollen Euer Hochwohlgeboren die nächste Gelegenheit einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten benützen, um diese Unrichtigkeiten und den ungünstigen Eindruck, welchen dieselben hier gemacht haben, entsprechend zu releviren.

2. Auch ist der k. u. k. Gesandte in Belgrad angewiesen, Herrn Pasić gegenüber diese Unrichtigkeiten und den ungünstigen Eindruck, welchen dieselben hier gemacht haben, entsprechend zu releviren. In dem uns vorliegenden officiösen Texte der Rede Herrn Pašić' ist Österreich-Ungarn nicht als jene Macht genannt, welche Serbien die angeblichen Anerbietungen gemacht hätte. Es erscheint daher aus technischen Gründen aussichtslos, von Herrn Pašić das Dementi eines Ausdruckes zu verlangen, den er — wenn er ihn überhaupt gebraucht hat — in der officiösen Wiedergabe seiner Enunciation unterdrücken ließ. Euer Hochgeboren wollen Vorstehendes den bulgarischen Staatsmännern gegenüber verwerthen und darauf hinwirken, daß der „Fremdenblatt"-Artikel in der bulgarischen Presse, womöglich im „Mir" selbst, reproducirt werde. Auch könnten Euer Hochgeboren speziell Herrn Geschoff gegenüber bemerken, daß er sich wol erinnern werde, daß wir die ersten waren, welche Bulgarien auf die griechischen und serbischen Prätensionen auf den am rechten Ufer des Vardar gelegenen Theil Macedoniens aufmerksam gemacht hatten; auch sei dem Herrn Ministerpräsidenten bekannt, wie sehr sich Österreich-Ungarn in Petersburg für die bulgarischen Ansprüche auf Salonik eingesetzt habe. Diese beiden Thatsachen genügen wohl schon allein, um die Insinuationen des serbischen Premierministers ins richtige Licht zu rücken. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7200, 7219, 7269. — [b]) Mit Tel. Nr. 317, 28. Mai 1913 (eing. 8. U. 10 M. p. m.) wurde die Antwort des Ministerpräsidenten Pašić auf die Interpellation Ribarac in der Skupschtina am 28. Mai aus Belgrad gemeldet (vgl. Pol. Chronik der ö.-u. Mon. 1913, S. 200 ff.).

Tel. nach Berlin, 29. Mai 1913 Nr. 378 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7196.

Nr. 7193. Tel. aus Berlin, 29. Mai 1913 Nr. 244 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 377 vom 27. d. Mts., betreffend Differenzen zwischen Serbien und Bulgarien. Da ich den Staatssekretär, der gestern und heute nach Potsdam zum Vortrage bei Kaiser Wilhelm befohlen war, nicht sprechen konnte, habe ich Inhalt obzitierter Depesche vorläufig zur Kenntnis des Unterstaatssekretärs gebracht. Herr Zimmermann ist mit Euer Exzellenz Auffassung vollkommen einverstanden und versichert mir, daß die Politik Deutschlands auch in diesem Belange sich auf einer Linie mit der unseren bewegen und insbesondere alles vermeiden werde, was die tatsächlichen Bestrebungen der russischen Regierung bezüglich der weiteren Aufrechterhaltung des Balkanbundes fördern könnte. Unterstaatssekretär zweifelt nicht daran, daß der Staatssekretär, Euer Exzellenz Wunsch entsprechend, den deutschen Gesandten in Bukarest sofort beauftragen werde, unsere dortige Aktion zu unterstützen. Herr Zimmermann glaubt, daß König Carol und seine Regierung sich auf ein Zusammengehen mit Serbien nicht einlassen werden trotz der aufgeregten Stimmung, in welcher sich der König und die ganze öffentliche Meinung Rumäniens befinden. Einem Berichte Herrn von Waldthausens entnehme er, daß König Carol sich fortwährend in Beschuldigungen gegen die Haltung des Dreibundes, insbesondere Österreich-Ungarns und auch Deutschlands, in der Silistria-Frage ergehe und seinem lebhaften Wunsche Ausdruck verleihe, daß Deutschland und Österreich-Ungarn noch nachträglich dafür eintreten, damit Bulgarien außer der Festung Silistria noch einen weiteren Küstenstrich, von Mangalia ausgehend, an Rumänien abtrete. Von Seiten Russlands werde alles aufgeboten, die bestehenden ernsten Zwistigkeiten zwischen den einzelnen Balkanstaaten auszugleichen, und was den bedrohlichen Konflikt zwischen Bulgarien und Serbien betreffe, so werde wohl Russland — wenn es zum Schiedsspruche komme — im Interesse der Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zu Bulgarien und auch infolge einer zweifellos zwischen Russland und Bulgarien bestehenden geheimen Abmachung sein Votum für letzteres abgeben. Über meine einschlägige Unterredung mit dem Staatssekretär werde ich sobald als möglich berichten. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 7221.

Nr. 7194. Tel. nach Bukarest, 29. Mai 1913 Nr. 226 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Zu Euer Durchlaucht Telegrammen Nr. 131 und 132 vom 25. und 26. d. M. Was zunächst die Ausführungen Ihres Telegrammes Nr. 132 anbelangt, so muß ich bemerken, daß [ich] die Argumentation Euer Durchlaucht, in Rumänien habe man die in London gemachten bulgarischen Konzessionen bereits als definitive Vereinbarungen angesehen, die bei den Petersburger Verhandlungen nicht mehr in Frage gestellt werden könnten, und sei von

diesem Standpunkte auch bei jenen Erklärungen ausgegangen, die uns über die Bereitwilligkeit zu einer bulgarophilen Politik im Falle der Zession von Silistria wiederholt abgegeben wurden, durchaus nicht als zutreffend anerkennen kann. Man mußte in Bukarest wissen, — und hat es unzweifelhaft auch gewußt — daß mit der Annahme der Mediation der Mächte die ganze Frage auf eine vollkommen neue Basis gestellt wurde und daß die Mächte bei ihrer Entscheidung in keiner Weise gebunden waren, auf frühere Vorverhandlungen der beiden Teile Rücksicht zu nehmen. Auch geht aus Euer Durchlaucht Berichterstattung aus jener Zeit hervor, daß man in Bukarest konsequent das Hauptgewicht auf Silistria gelegt und einer weiteren Gebietsabtretung an der Küste nur nebensächliche Bedeutung beigemessen hat. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß der Standpunkt, den man in Bukarest offenbar in der Annahme einer schwierigen Situation Bulgariens heute diesbezüglich einnimmt, mit den früheren rumänischen Erklärungen und Versicherungen in eklatantem Widerspruch steht. Ich sehe davon ab, Euer Durchlaucht zu beauftragen, in diesem Sinne auf das Thema König Carol oder Herrn Majoresco gegenüber zurückzukommen, da man in Bukarest in einer so erregten Gemütsstimmung zu sein scheint, daß eine objektive Würdigung sachlicher Argumente nicht zu erwarten ist. Nur wenn Ihnen gegenüber diese Seite der Frage neuerlich berührt würde, wollen Euer Durchlaucht bei Ihren Gegenbemerkungen die vorstehenden Konsiderationen wie auch jenes Material verwerten, das Euer Durchlaucht in meinen zahlreichen Instruktionen zur Vertretung unserer Auffassung an die Hand gegeben wurde. Während ich somit weitere Rekriminationen, was die Vergangenheit anbelangt, vermeiden möchte, halte ich es für notwendig, die Bemerkungen, die König Carol Euer Durchlaucht in Ihrer letzten Audienz gemacht hat, soweit sie sich auf die künftige Haltung Rumäniens beziehen, auf keinen Fall unerwidert zu lassen, damit nicht der Eindruck entsteht, als ob wir die Auffassung des Königs acceptiert hätten und zu einer Modifikation unseres Standpunktes veranlaßt worden wären. Ich ersuche Euer Durchlaucht daher, sich bei passender Gelegenheit zu Seiner Majestät, jedenfalls aber ehestens Herrn Majoresco gegenüber, den Dieselben über Ihre Unterredung mit König Carol informieren wollen, im folgenden Sinne zu äußern: Wir müssen nachdrücklich darauf beharren, daß angesichts des zwischen der Monarchie und Serbien bestehenden, offenkundigen und tiefgehenden Gegensatzes eine militärische Kooperation Rumäniens mit diesem Staate oder mit dem voraussichtlich auf seiner Seite stehenden Griechenland im Falle eines serbisch-bulgarischen Konfliktes mit unserem Bundesverhältnis unvereinbar wäre und daß wir daher vor Abmachungen, sei es mit Serbien oder mit Griechenland, eindringlich warnen müssen, die in letzter Konsequenz Rumänien notwendigerweise in offenen Gegensatz zur Monarchie brächten. Was die Bemerkungen König Carols über unsere Sprache in Sofia anbelangt, so wollen Euer Durchlaucht darauf hinweisen, daß wir dort seit langem und gewiß nicht erfolglos (siehe Silistria) für ein Entgegenkommen Rumänien gegenüber eintreten. Wir hätten nicht den geringsten Anhaltspunkt, daß man in Bulgarien den nördlichen Nachbar als quantité négligeable ansieht, vielmehr wisse man dort den Wert der rumänischen Freundschaft

vollauf zu schätzen und es bestünden die besten Dispositionen für eine dauernde Verständigung. Hinsichtlich der Frage weiterer territorialer Konzessionen Bulgariens müssen wir es den maßgebenden rumänischen Faktoren überlassen zu beurteilen, ob es für Rumänien angezeigt wäre, solche Forderungen an Bulgarien zu stellen, auf die man in Sofia nicht eingehen könnte. Dies könnte, wie ich schon wiederholt betont habe, zu einer für Rumänien höchst ungünstigen Entwicklung führen (Einigung zwischen Serbien und Bulgarien, Fortbestand des Balkanbundes unter russischer Führung, dauernder Gegensatz zu Bulgarien, Gefährdung der tatsächlichen Durchführung der Petersburger Beschlüsse). Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7223.

Nr. 7195. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 29. Mai 1913 Nr. 268 (eing. 30. Mai 1 U. a. m.).[a]) Entziff.

Großvezier sagte mir, er hoffe, dass der Präliminarfrieden morgen unterzeichnet werde. Allgemeine Situation dürfte seiner Ansicht nach sich hiedurch insoferne nicht wesentlich ändern, als einerseits Fragen wie die der Kriegsentschädigung und der Inseln noch in suspenso bleiben, andererseits Lage auf der Balkanhalbinsel eine gefahrdrohende sei. Unter diesen Umständen könne Türkei, auch wenn Präliminarfrieden unterzeichnet sein wird, ihre in Europa stehenden Truppen nicht verabschieden. Mahmud Schefket Pascha betonte hiebei, dass er keineswegs Absicht habe, irgendwie in den Streit der Balkanstaaten einzugreifen; er müsse aber seine Armee beisammenhalten, da die Türkei nicht in der Lage ist, eine solche genügend rasch wieder zu sammeln. Letzteres könnte aber notwendig werden, wenn Türkei sich in den noch in suspenso bleibenden Fragen mit den Verbündeten nicht einigen könnte, oder aber auch, wenn infolge eines Krieges zwischen den Balkanstaaten solche Eventualitäten eintreten würden, welche die Türkei nicht ruhig hinnehmen könnte. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 7206.

Nr. 7196. Tel. nach London Nr. 439 (1), Berlin Nr. 378 (2), Rom Nr. 547 (3), Paris Nr. 307 (4) und St. Petersburg Nr. 358 (5), 29. Mai 1913 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 425 vom 26. l. M. Euer Exzellenz wollen in morgiger Réunion mitteilen, daß die k. und k. Regierung Vorsorge getroffen hat, daß ein österreichisch-ungarischer Offizier demnächst nach Skutari abgehe, um als Mitglied der internationalen technischen Kommission an den Absteckungsarbeiten der Nord- und Nordostgrenze Albaniens teilzunehmen. Es ist unsererseits ein k. und k. Stabsoffizier in Aussicht genommen worden, dessen Name Euer Exzellenz in allerkürzester Zeit bekanntgegeben werden wird. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich dahin verwenden zu wollen, daß die Entsendung der betreffenden Offiziere auch seitens der übrigen Mächte baldigst erfolge.

2.—5. Graf Mensdorff telegraphiert unter dem 26. l. M. wie folgt: *... wie n. 7171 in extenso ...* Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff unter

dem heutigen wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Euer Exzellenz wollen" bis zum Schluß.) Vorstehendes zur Mitteilung an die dortige Regierung. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 298 Nr. 576. Vgl. n. 7212, 7281.

Tel. nach Paris, 29. Mai 1913 Nr. 307 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7196.

Nr. 7197. Tel. nach Rom, 29. Mai 1913 Nr. 545 (chiffr. 5 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).

Aus Euer Exzellenz Bericht Nr. 35 B vom 21. d. M. habe ich mit besonderer Befriedigung entnommen, daß es Hochdenselben allmählig gelungen ist, Marquis di San Giuliano dazu zu bringen, die Zugehörigkeit des Gebietes der Pinduswalachen zu Albanien als ein noli me tangere zu betrachten. Es hat indes in der letzten Zeit wiederholt Herzog Avarna in ähnlicher Weise, wie dies seitens Herrn von Tschirschkys geschieht,[b]) mir gegenüber für die Überlassung der Pinduswalachen an Griechenland plaidirt und sich unter anderem darauf berufen, daß es sich eigentlich bloß um drei rumanisirende Dörfer handle. Ich muß daher annehmen, daß entweder Herzog Avarna über die eingangserwähnte jetzige Haltung seines Ministers nicht informirt oder Marquis San Giuliano unterdessen wieder schwankend geworden ist. Namentlich für letzteren Fall bemerke ich, daß laut einer aus dem rumänischen Ministerium des Äußern Prinzen Fürstenberg zugekommenen Information[c]) das Pindus- und Grammos-Gebiet nicht weniger als 36 Dörfer und Weiler kutzowalachischer Nationalität mit einer Bevölkerung von über 80.000 Seelen zählt. Ich ersuche Euer Exzellenz, vorstehende Daten bei Marquis di San Giuliano zu verwerthen, um ihn in der Überzeugung von der Nothwendigkeit der Zugehörigkeit der Pinduswalachen zu Albanien zu bestärken. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7210, 7211, 7256. — [b]) Vgl. n. 7160. — [c]) Vgl. n. 7188.

Tel. nach Rom, 29. Mai 1913 Nr. 547 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7196.

Nr. 7198. Erlaß nach Rom, 29. Mai 1913 Nr. 2526.[a]) Konz. (S. Berger; V. Rappaport, Pogatscher u. Berchtold; G. Berchtold).

Es liegt mir nunmehr das Resultat unserer Studien über den von Herrn Cambon zur Frage der Organisation Albaniens gemachten Vorschlag vor. Dieses Ergebnis hat mich nur in meinem ersten Eindrucke bestärkt, welcher in meinem Telegramme Nr. 524 vom 24. d. M. niedergelegt ist und den — wie ich Euer Exzellenz Telegramm Nr. 313 vom 26. d. M. entnehme — auch Marquis di San Giuliano theilt. Was nun die von Herrn Cambon angeregten Fragen im einzelnen betrifft, so hat der Herr Botschafter vor allem vorgeschlagen, die Entscheidung, ob Albanien unabhängig oder unter der Suzeränität des Sultans sein soll, zu vertagen. Eine Begründung wird von Herrn Cambon nicht angegeben, es wird nur ausgeführt, daß eine solche Vertagung die Organisationsarbeit nicht beeinträchtigen würde. Diese Ansicht erscheint nicht richtig. Wenn man nicht in London ausdrücklich proklamiert, daß die Suzeränität des Sultans abgeschafft wird oder eine

bloß nominelle ist, so müßten die Albanesen annehmen, daß die Suveränität in vollem Maße wie bisher fortbesteht. Die beantragte Vertagung wäre daher geeignet, die äußere und innere Situation Albaniens zu schädigen, einen Zustand der Unklarheit und Unfertigkeit zu schaffen und die Stellung des neuen Staates in der internationalen Völkerfamilie zu einer undefinierten zu gestalten; dadurch wäre aber auch die Gefahr offen, daß die Existenz des neuen Staates bedroht und selbst in Frage gestellt wird. Hiezu kommt noch, daß dieser unklare Zustand, beziehungsweise das rechtliche Fortbestehen der Suveränität des Sultans mit dem von der Londoner Réunion selbst proklamierten Prinzip der Neutralität Albaniens im Widerspruche stünde. Auch diese Neutralität muß noch in London in formeller Weise definiert und sanktioniert werden, wobei unserer Auffassung in der Frage, ob es sich um eine „neutralité collectivement garantie" oder einfach „garantie" handelt, deshalb eine mindere Bedeutung zukommt, weil der feste Boden, auf welchem die Neutralität Albaniens beruht, weit weniger in den Beschlüssen aller Großmächte als in dem unverrückbaren Fortbestande unseres Akkords mit Italien besteht. Aus letzterem Grunde wäre ich auch der Ansicht, daß der Vorstoß, welchen Herr Cambon gegen die Stellung der in Albanien meistinteressierten Adriamächte anläßlich der Designierung des Fürsten gemacht hat, nicht unerwidert zu lassen wäre, was eventuell mit dem Hinweis darauf geschehen könnte, daß jene Mächte, welche die Initiative bei der Kreierung Albaniens ergriffen haben, wohl auch dazu berufen seien, in der Fürstenfrage den ersten Schritt zu tun; dies umsomehr als die wenig freundliche Haltung, welche die anderen Großmächte in allen übrigen Albanien betreffenden Fragen an den Tag gelegt haben, nicht annehmen läßt, daß sie in der Fürstenfrage einen wohlwollenderen, den Interessen der albanischen Nation entsprechenderen Standpunkt einnehmen werden. Dieser Hinweis erhält seine neuerliche Begründung in der Behauptung Herrn Cambons, daß Albanien vorläufig überhaupt keinen Fürsten und keine definitive Staatsordnung zu erhalten, sondern sich mit einem Oberkommissär zu begnügen hätte, namentlich aber in den merkwürdigen Argumenten, welche für diese These von Herrn Cambon ins Treffen geführt werden. Diese Gründe sind aber auch vor allem nicht sehr überzeugend und können insgesamt gleicherweise gegen einen europäischen Haut-Commissaire geltend gemacht werden. Ihre Hinfälligkeit geht aber noch mehr aus dem Hinweis auf die Geschichte der Balkanstaaten hervor, welche in ihren Anfangsstadien genau dieselben Zustände aufwiesen wie das heutige Albanien, was vor allem von dem heute von Frankreich besonders protegierten Griechenland gilt, welches ebenso wie Bulgarien und Rumänien nur durch die Einsetzung europäischer Herrscher zu dem gegenwärtigen Zustande der Kultur und des Fortschrittes gelangen konnte. So nichtig aber manche der von Herrn Cambon gegen die Bestellung eines Fürsten in Albanien erhobenen Einwendungen erscheinen, so bedeutend sind die Beweggründe, welche gegen das von ihm vorgeschlagene Übergangsstadium eines Oberkommissariates sprechen. Solche Gründe sind: Der ausdrückliche Wunsch der Albanesen, von einem europäischen Fürsten regiert zu werden; die Instabilität, die dadurch hervorgerufen wird, daß das Staatsoberhaupt

in kurzer Zeit gewechselt werden soll; die Beeinträchtigung, welche Albanien dadurch gegenüber seinen Nachbarn erfahren würde. Auch wäre zu bedenken, daß es leichter ist, einen Haut-Commissaire zu entfernen und das Land zwischen den Nachbarn aufzuteilen, als einen Fürsten zu depossedieren. Endlich hätte ein Oberkommissär, der nach 2—3 Jahren den Platz räumen soll, keine genügende Autorität im Lande. Was die Bemerkung Herrn Cambons betrifft, dass man einen Albanais de bonne race zum Haut-Commissaire ernennen würde, so sieht dieselbe beinahe darnach aus, als ob sich der Herr Botschafter zum Anwalt Essad Paschas aufwerfen wollte und läßt sich ganz abgesehen von der Eifersucht der albanischen Chefs untereinander schon mit dem Hinweis darauf abtun, daß hervorragende Staatsmänner, wie Capodistrias und Couza, sich in ihrem Heimatlande als Staatsoberhäupter nicht halten konnten. Während demnach die Nachteile des von Herrn Cambon proponierten Übergangsstadiums klar sind, ist es schwer herauszufinden, welche Vorteile es mit sich brächte. Bei diesem Punkte möchte ich auch auf die mir gegenüber kürzlich gemachte Bemerkung Herzog Avarnas reflektieren, daß die Idee der Bestellung eines Oberkommissärs vielleicht für jenen Fall ins Auge zu fassen wäre, wenn man sich über die Person des Fürsten nicht einigen könnte und bemerken, daß meines Erachtens die Einigung über einen Oberkommissär oder über einen Fürsten wohl die gleichen Schwierigkeiten bietet, über welche man im Interesse der Sache schließlich hinwegkommen wird. Herr Cambon proponiert dann eine Commission internationale de contrôle administratif et financier und weist ihr ein doppeltes Mandat zu: 1. im Vereine mit dem Haut-Commissaire das Land zu regieren, 2. das Gewohnheitsrecht und die Stammesorganisation zu studieren, um dann eine definitive Organisation für Albanien auszuarbeiten. Dieser Vorschlag des Herrn Botschafters bietet ein Terrain, auf welchem wir uns in Übereinstimmung begegnen können, nachdem — wie Herzog Avarna mir gegenüber ausgeführt hat — der Frage, ob in Albanien eine oder zwei Kommissionen figurieren, faktisch nur eine untergeordnete Bedeutung zukommt. Wohl aber müßte die Entsendung der Kommission unsererseits an einige Vorbehalte geknüpft und deren Befugnisse gegenüber dem Cambonschen Vorschlage einigermaßen modifiziert werden. Die Vorbehalte bestünden meiner Ansicht nach darin, daß vorher in London 1. die Suzeränitätsfrage gelöst, 2. die Neutralität Albaniens definiert, 3. die Fürstenfrage mindestens im Prinzipe geregelt, 4. die Frage der Organisation der Gendarmerie im Sinne der Betrauung von Offizieren eines Kleinstaates resolviert, 5. die Süd- und Südostgrenze bestimmt und 6. die dringende vollständige Räumung Albaniens durch die Verbündeten durchgesetzt würde, wobei zu bemerken ist, daß die beiden letzten Punkte schon aus Gründen der räumlichen Kompetenzsphäre der Kommission die unbedingte Voraussetzung ihrer Thätigkeit bilden. Was die hinsichtlich der Zusammensetzung und der Befugnisse der Kommission zu machenden Reserven anbelangt, so bestünden dieselben nach meinem Dafürhalten in Folgendem: 1. daß in der Kommission auch ein Vertreter der albanischen Regierung zu figuriren hätte; 2. daß ein direktes Mandat, im Vereine mit dem Staatsoberhaupte das Land zu regieren, deshalb auszuschließen wäre,

weil, wenn auch diese Kommission im Anfange in praxi an der Regierung des Landes partizipieren dürfte, doch eine bezügliche ausdrückliche Bestimmung im Interesse des Zukunft-Albaniens zu vermeiden wäre. Es wäre daher der Kommission nur das Mandat zu ertheilen — und zwar auch bloß auf eine beschränkte Zeitdauer (etwa 5 oder 10 Jahre) — über die Thätigkeit der Regierung (anfangs die vorhandene provisorische Regierung) eine Kontrolle auszuüben; 3. daß für die Ausarbeitung des organischen Statutes für die innere Verwaltung und für jene der Finanzen der Kommission ein Termin von drei Monaten gesetzt werde, um zu verhüten, daß von französisch-russischer Seite innerhalb der Kommission dieselbe Obstruktionspolitik getrieben werde, wie dies leider auf der Londoner Réunion der Fall ist. Ferner möchte ich noch auf zwei, in den Cambonschen Ausführungen enthaltene Ideen reflektieren, welche nicht in Form konkreter Vorschläge, sondern mehr als Negationen erscheinen. Es ist dies erstens die Idee der Dezentralisation. Daß ein gewisses Maß von Dezentralisation bei dem in einem Teile Albaniens herrschenden Clanwesen nothwendig erscheint, kann ohneweiters zugegeben werden und ist übrigens auch in unserem Projekte eines Statutes vorgesehen, welches den bezüglichen Wünschen der albanesischen Bevölkerung in Punkt Nr. 9*b)* Raum läßt. Hingegen geht es absolut nicht an, den Albanesen a priori und gegen ihren Willen ein Dezentralisierungssystem förmlich aufzuoktroyieren, wobei abermals das Beispiel Griechenlands herbeigezogen werden kann, wo teilweise noch heute das gleiche Clanwesen wie in Albanien existiert und trotzdem die zentralistische Regierungsmethode ganz erhebliche Erfolge aufweist. Die Frage läßt sich eben weder auf dem grünen Tische der Londoner Réunion noch auf jenem der Cambon'schen Kommission lösen, sondern muß dadurch entschieden werden, daß sich die künftige Regierung Albaniens mit den Bedürfnissen der Bevölkerung dieses Landes in Einklang setzt. Die zweite Kathegorie von Einwendungen Herrn Cambons richtet sich speziell gegen Artikel 5, Alinea 1*b)* unseres Projektes. Dieselben beruhen darauf, daß der französische Botschafter unserem Ausdrucke des régime judiciaire in Ägypten die Worte organisation des tribunaux mixtes substituiert. Der Ausdruck régime judiciaire umfaßt aber natürlich viel mehr und bedeutet unser Antrag daher nur, daß nach ägyptischem Muster eine Scheidung zwischen einheimischen und gemischten Gerichten eingeführt werden soll, wobei erstere sich auf die bloß die Albanesen untereinander betreffenden Angelegenheiten zu beschränken hätten, während letztere alle Angelegenheiten internationalen Charakters zu behandeln hätten und so das Land von den Fesseln der Kapitulationen befreien könnten. In dieser richtig gestellten Form ist nicht einzusehen, warum das ägyptische Régime mutatis mutandis nicht auf Albanien Anwendung finden könnte, wobei natürlich abermals ein Zusammenwirken der albanischen Bevölkerung mit der Regierung und der Kommission erforderlich wäre. Wenn Herr Cambon schließlich die Existenz fremder Staatsangehöriger und Interessen in Albanien negiert, so ist dies eine pro domo-Bemerkung, welche auf die beiden Adriamächte schon heute keine Anwendung findet und in Hinkunft wohl noch weniger finden wird. Endlich könnte auf die etwas mysteriösen Bemerkungen des französischen

Botschafters reagiert werden, mit welchen er die primitive alte Organisation der Malzoren auf das ganze Land ausgedehnt wissen möchte. Diese Anregung läßt vermuthen, Herr Cambon sei sich darüber nicht klar, daß das heute noch auf der Blutrache aufgebaute albanische Gewohnheitsrecht einer wesentlichen Revision bedarf, um in einem Kulturstaate zur Anwendung zu gelangen, daß aber eine Modernisierung einerseits dieses Gewohnheitsrechtes, andererseits der bestehenden türkischen Einrichtungen in dem Sinne möglich ist, daß beide den Erfordernissen des Landes angepaßt werden können. In diesem Rahmen sollen auch gewisse traditionelle Einrichtungen der von Malzoren bewohnten Landesteile als Ausnahmsbestimmung berücksichtigt werden, welche aber nach einiger Zeit, sobald die Malzoren auf eine höhere Kulturstufe gebracht sein werden, wegzufallen hätten. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich in vorstehendem Sinne bei Marquis di San Giuliano vernehmen zu lassen und sehe der Berichterstattung über die Aufnahme, welche diese Darlegungen beim Herrn italienischen Minister des Äußern finden werden, mit Interesse entgegen.

[a]) Vgl. n. 7096, 7174, 7285, 7302, 7312. — [b]) Zweite Beilage zu n. 6554.

Nr. 7199. Tel. aus Rom, 29. Mai 1913 Nr. 320 (eing. 30. Mai 6 U. a. m.). Entziff.

Gendarmerie in Albanien. Bei Besprechung des Inhaltes des hohen Telegrammes vom 28. d. Mts. Nr. 543 bemerkte Minister des Äußern zwar, daß sich in den großen Staaten leichter Offiziere finden ließen, welche eine gewisse Kenntnis der in Albanien gangbaren Sprachen besäßen als zum Beispiel in Schweden und daß daher die sprachlichen Schwierigkeiten bei Offizieren eines Kleinstaates erheblicher sein werden, daß er aber dennoch sich dem Standpunkt Euer Exzellenz anschließe und noch heute Marquis Imperiali entsprechend instruieren werde. Mérey.

Tel. nach St. Petersburg, 29. Mai 1913 Nr. 358 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7196.

Tel. nach Sofia, 29. Mai 1913 Nr. 261 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 7192.

Nr. 7200. Tel. aus Sofia, 29. Mai 1913 Nr. 461 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

„Mir" von gestern abends brachte auszugsweise Erklärung Herrn Pašić', worin ein Passus, laut dessen Oesterreich-Ungarn Serbien Unterstützung versprochen hätte, damit letzteres Gebiete am rechten Vardar-Ufer bekomme, welches Anerbieten von Serbien nicht angenommen wurde. Im offiziellen, von bulgarischer Telegraphenagentur veröffentlichten Texte Rede Pašić' befindet sich so ein Passus nicht, die obererwähnte Korrespondenz des offiziösen „Mir" macht hier aber Eindruck und Befremden. Ich habe heute morgens vom Chefredakteur des „Mir", Unterrichtsminister Peew, Dementi verlangen lassen. Minister Peew antwortete, die Meldung stamme von einem verlässlichen Vertrauensmanne, der noch heute telegraphisch bestätigte, dass Pašić in seiner Rede tatsächlich fragliche Wendung gebraucht hätte. Mit Rücksicht darauf entschuldigte sich Peew, „Mir"-

Meldung nicht dementieren zu können, solange von serbischer Regierung keine Richtigstellung komme. Es wäre zu wünschen, dass Sache aufgeklärt wird und dass ich eventuell bulgarische Regierung veranlassen kann, Dementi zu veröffentlichen. Ich werde heute Herrn Geschoff sehen und bei ihm „Mir"-Korrespondenz zur Sprache bringen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7192, 7202.

Nr. 7201. Tel. aus Sofia, 29. Mai 1913 Nr. 462 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Es war nicht unrichtig, dass ich Dobrovič und Geschoff letzter Tage nicht aufgesucht. Heute besuchte mich spontan Dobrovič und sprach zuerst von rumänischer Frage, wobei er bemerkte, dass Geschoff von Kalinkoff Berichte erhalten, die ihn präokkupieren. Herr Majoresco hätte bulgarischem Gesandten erklärt, dass er zu sofortigen Pourparlers bereit, vorerst aber wissen möchte, ob Bulgarien geneigt, noch jene territorialen Konzessionen zu gewähren, die bereits in London durch Danew zugestanden worden wären. Auch hätte englischer Gesandter in Bukarest Kalinkoff gewarnt, er hätte König Carol gesehen und Eindruck bekommen, dass Rumänien sich eventuell Griechenland und Serbien nähern könnte. Ich erwiderte, ich sei seit einigen Tagen ohne Informationen aus Bukarest und wüsste nicht, wie dort momentane Stimmung, sollten sich aber exzellente Dispositionen verändert haben, so sei dies nur Schuld Zögern Geschoffs. Wir hätten seit Monaten direkte Pourparlers empfohlen und gewarnt. Ich fügte hinzu, dass ich soeben längeres Telegramm in rumänischer Frage (Nr. 259 vom 29. d. M.) erhalten und sobald es dechiffriert, würde ich Herrn Geschoff besuchen. Dobrovič meinte weiters, er hätte Herrn Geschoff, unmittelbar bevor er zu mir kam, gesehen und es sei Konseilspräsident gewesen, der ihn ersucht hätte, bei mir vorzusprechen und mich ein wenig zu sondieren, wie sich Österreich-Ungarn im Falle serbisch-bulgarischen Krieges verhalten werde. Dobrovič bemerkte, er hätte Herrn Geschoff gesagt, dass dies zwecklos, da ich nur das wiederholen würde, was Ministerpräsident oft von mir gehört und worauf er mir Antwort stets schuldig geblieben. Ich warf zustimmende Bemerkung ein und Dobrovič fuhr fort, dass Herr Geschoff wissen möchte, wie wir uns Serbien gegenüber im Falle des Krieges verhalten werden, mich aber über Politik im Unklaren lasse, die Bulgarien künftighin der Monarchie gegenüber befolgen werde. Dobrovič sagte, er habe Herrn Geschoff aufmerksam gemacht, dass seine Haltung unverantwortlich und dass er von uns nichts erwarten könne, solange wir damit zu rechnen hätten, dass Bulgarien sich unter Umständen auf Seite Serbiens und Russlands gegen uns schlagen könnte. Ich stimmte erneuert zu und bemerkte, dass ich keine Instruktionen hätte, von Herrn Geschoff irgendwelche Erklärung zu verlangen, dass aber beständig evasive Sprache Konseilspräsidenten meine Aufgabe faktisch erschwere. Dobrovič meinte, Herr Geschoff möchte am besten tun zu demissionieren; seine Politik sei bankerott, er warte noch immer auf Arbitrage Russlands, lasse sich von Petersburg zum Narren halten und die Serben werden vielleicht dieser Tage bulgarische Grenze überschreiten. Dobrovič bemerkte, er sei neugierig, ob Herr Geschoff selbst, wenn ich ihn heute

besuche, nicht versuchen werde, mich zu sondieren. Mitredner bestätigte, dass Herr Geschoff mit Herrn Pašić übermorgen in Zaribrod zusammentreffen soll; diese Begegnung sei vor der gestrigen Erklärung Herrn Pašić' beschlossen und hätte nunmehr keinen Sinn, da doch Vertrag serbischerseits gänzlich verleugnet. Dobrović machte dann noch sortie gegen Russland, welches in allen Fragen gegen Bulgarien arbeite und als ich absichtlich Bemerkung fallen ließ, dass russische Diplomatie tatsächlich in ganz Europa Stimmung für Griechenland zu machen scheine, erwiderte Mitredner, ein Beweis dafür seien die Telegramme, die König Ferdinand von Kaiser Wilhelm und dem Zaren aus Berlin erhalten.[b] Ich fragte, was dies für Telegramme gewesen wären, und Dobrović erzählte streng vertraulich, König Ferdinand sei von diesen Monarchen ersucht worden, auf Griechenland Rücksicht zu nehmen und keine Provokationen seitens der bulgarischen Truppen zu gestatten. Ich zeigte mich sehr erstaunt und als mir Dobrović weiter erzählte, dass Telegramme auf König keinen großen Eindruck gemacht und Seine Majestät geantwortet hätte, dass Provokationen von Griechen kämen, äußerte ich mich im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 258[c] vom 28. d. M., wofür ich bei Dobrović volles Verständnis fand. Ich bemerkte, dass russische Diplomatie offenbar durch Kaiser Nikolaus psychologischen Moment ausnützen habe wollen und Dobrović stimmte zu mit Bemerken, es wären bloß Familienrücksichten und Telegramme Kaiser Wilhelms hätten mit deutscher Politik nichts zu tun, in welcher Auffassung ich Mitredner bekräftigte. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7215, 7239. — [b] Vgl. n. 7161, 7162. — [c] Mit Tel. Nr. 258, 28. Mai 1913 (chiffr. 4 U. 45 M. p. m.) wurde nach Sofia mit Bezug auf oben erwähntes Telegramm des Caren und Kaiser Wilhelms an König Ferdinand die Weisung erteilt, falls Geschoff oder andere bulgarische Politiker darauf zu sprechen kommen, sich dahin zu äußern, daß für die Absendung dieses Telegrammes offenbar dynastische und Familienrücksichten maßgebend waren und demselben keine weittragende Bedeutung beizumessen sein dürfte.

Nr. 7202. Tel. aus Sofia, 29. Mai 1913 Nr. 463 (eing. 30. Mai 1 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe soeben Herrn Geschoff gesehen. Zuerst brachte ich Meldung des „Mir" (mein heutiges Telegramm Nr. 461) zur Sprache, worüber separat telegraphiere. Dann teilte ich Konseilspräsidenten Inhalt hohen Telegrammes Nr. 259 vom 29. d. M. mit. Er war offenbar auf Wendung in Bukarester Dispositionen aus Bericht Kalinkoffs gefasst und nahm Eröffnung ohne Ausdrücke der Ueberraschung zur Kenntnis. Am meisten schien ihn zu impressionieren sechstes Alinea[b] betreffend Haltung Rumäniens den griechischen Annäherungsversuchen gegenüber. Geschoff meinte, dass seine Stellung durch Abwesenheit Herrn Danews sehr erschwert, da die Minister aus Partei Danews nach wie vor keinen Entschluss fassen wollten. Konseilspräsident hätte Herrn Danew, der Präliminarfrieden vermutlich morgen unterzeichnen werde, zur sofortigen Rückkehr eingeladen, da Regierung nur nach dessen Rückkehr in rumänischer Frage Stellung nehmen könnte. Ich bemerkte, dass Konseilspräsident wohl am besten wissen dürfte, inwiefern Gefahr im Verzuge. Herr Geschoff verriet

Nervosität, fing an zu sprechen, unterbrach sich und sagte schliesslich: „On parle d'une guerre possible entre la Bulgarie et la Serbie et cette guerre est envisagée aussi dans la communication que vous venez de me faire; que pensez-vous de cette guerre?" Ich erwiderte, dass ich von Möglichkeit Krieges höre, in wahre Lage aber nicht eingeweiht sei und auf Grund dessen, was mir Herr Geschoff wiederholt gesagt, vermuten müsste, dass Russland Ausgleich vermitteln würde. Auch erzählte man hier, — fügte ich hinzu — dass Konseilspräsident Herrn Pašić begegnen würde. „Oui, nous devons nous rencontrer, mais après la déclaration de Monsieur Pachitch il n'y a plus de terrain pour une discussion. Pachitch ayant promis remettre sa déclaration après notre entrevue et n'ayant pas tenu cette promesse, il n'est plus possible d'espérer de faire aboutir un compromis et le moment est arrivé, oú je dois vous demander comment votre gouvernement envisage la question d'une guerre entre nous et la Serbie?" „Je n'ai aucun renseigenement et aucune instruction à ce sujet," antwortete ich, „et je n'ai pas pu les provoquer car à toutes les déclarations que je vous faisais relativement à notre politique envers vous, vous me laissiez sans réponse. Vous étiez évasif et moi, comptant avec votre méfiance habituelle, j'étais réservé en tout ce qui concerne vos relations avec les alliés.' „Vous comprenez", meinte Herr Geschoff, „que mes mains étaient liées, mais à présent si la guerre entre nous et la Serbie éclate, il n'y a plus d'engagement, plus d'alliance et le moment est venu de vous demander ce que l'Autriche-Hongrie compte faire. La guerre entre la Serbie et la Bulgarie vous convient-elle, laisserez-vous libre cours aux évènements ou allez-vous les arrêter par votre attitude; voulez-vous une Bulgarie forte et grande, oui ou non?" Ich erwiderte, dass ich nicht in der Lage sei, auf alle diese Fragen zu antworten; aus meinen bisherigen Instruktionen wüsste ich nur, was auch Herrn Geschoff bekannt, dass wir ein starkes und grosses Bulgarien unter der Voraussetzung wünschen, dass dieses Bulgarien rein bulgarische Politik mache und in keine gegen uns hostilen Kombinationen eintreten werde. „N'auriez-vous pas la bonté," so sprach Geschoff, „de demander au Comte Berchtold des instructions; en attendant veuillez demander seulement si l'Europe et en particulier l'Autriche-Hongrie permettront que la guerre se fasse et quelle serait votre attitude dans le cas où la guerre éclaterait?" Ich versprach, Euer Exzellenz Fragen Herrn Geschoffs zu berichten, und er meinte, dass Oesterreich-Ungarn, da ihm Erhaltung des Friedens konvenieren könnte, durch seine Haltung Krieg vielleicht verhindern möchte, in welchem Falle für Bulgarien Notwendigkeit weiterer territorialer Abtretung an Rumänien entfallen würde, da, wenn Bulgarien auch noch Küstenstreifen geben müsste, dies hier furchtbar verstimmen und dauernde Annäherung kaum möglich machen würde. Ich fragte, ob Mitredner wünsche, dass ich auch letzteres Euer Exzellenz berichte, und er ersuchte darum. Zum Schlusse fragte ich unverbindlich, wie Bulgarien mit der Türkei stünde und ob, was man hier erzählt, wahr sei, namentlich dass grosser Teil bulgarischer Truppen von Tschataldja zurückgezogen. Mitredner sagte mir, letzteres sei wahr, bedeutender Teil der Armee aber noch immer in Thrazien. „Entre nous il faut que je vous dise que les Serbes sont tout à fait prêts et nous pas encore." Wir schieden in sehr freundschaftlicher

Weise, Herr Geschoff machte Phrasen und ich versicherte ihm, dass er in mir immer einen wohlgesinnten Interpreten haben werde. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7214, 7215. — [b]) Sechstes Alinea von n. 7191 reicht von „Obzwar uns" bis „Bulgarien zu bewahren".

Nr. 7203. Tel. aus Athen, 30. Mai 1913 Nr. 349 (eing. 31. Mai 2 U. a. m.). Entziff.

Griechenland und Bulgarien. Minister des Äußern sagte mir, Situation sei unhaltbar, da griechische Regierung sich in Sofia keiner regulären Regierung gegenüber gestellt fühle. Herr Geschoff sei nach wie vor vis à vis der Militärpartei ohnmächtig und es scheine, daß auch die jüngsten sehr energischen Mahnworte aus Berlin der Kaiser von Deutschland und Russland an König Ferdinand nicht viel Effekt gehabt hätten. General Savoff folge seinem eigenen Kopf. So habe er zum Beispiel, obwohl Regierung ihn beauftragt, nach Salonik zu den Verhandlungen zwecks Fixierung der Demarkationslinie zu fahren, nicht gefolgt, sondern General Ivanow geschickt. Minister des Äußern betonte trotz bulgarischer Provokationen absolut friedliche Tendenzen Griechenlands. Seine Exzellenz fügte hinzu, Herr Sarafow werde schließlich doch hieher kommen und gab mir zu verstehen, daß Kabinett von Athen Widerstreben, mit Bulgarien zu zweit zu verhandeln, etwas modifiziert habe, betonte aber, daß es daran festhalte, Alliierte von Verhandlungen auf dem Laufenden zu halten. Analoger Standpunkt müsse auch gegenüber Serbien festgehalten werden, welchem griechische Regierung Berechtigung bestreite, mit Bulgarien Differenzen zu ordnen ohne Mitwirkung der Alliierten. Braun.

Nr. 7204. Tel. aus Athen, 30. Mai 1913 Nr. 350 (eing. 10 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Präliminarfriede. Minister des Äußern zeigte sich zu mir ziemlich unwirsch über die Art und Weise, wie die Großmächte einwirken, ihn zustande zu bringen. Namentlich Italien und dann Österreich-Ungarn wären wenig freundlich vorgegangen. Alles hätte die Nerven verloren. Das Resultat der unerwarteten Hast, mit der plötzlich vorgegangen würde, wäre nun ein Dokument, das füglich doch nicht als Friedensinstrument angesehen werden könne, denn es fehle ihm so gut wie alles. Über eine Menge Fragen enthielt es keinerlei indicati; so wisse man zum Beispiel nicht, auf welchem Status die Beziehungen der Alliierten sich bis zum definitiven Frieden aufbauen. Da sei der Präliminarfriede von 1897 doch anders gründlich und detailliert verhandelt worden. Braun.

Nr. 7205. Tel. aus Athen, 30. Mai 1913 Nr. 351 (eing. 5 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Verfolg Telegrammes von gestern Nr. 345.[a]) Serbisch-griechischer Spezialvertrag. Minister des Äußern stellte Bestehen respektive kürzliche Unterzeichnung eines solchen mir gegenüber heute klipp und klar in Abrede. Braun.

[a]) Mit Tel. Nr. 345, 29. Mai 1913 (eing. 5 U. 45 M. p. m.) wurde aus Athen über eine angebliche Äußerung Venizelos' berichtet, aus der geschlossen werden könne, daß griechisch-serbisches Abkommen am Abende des 27. Mai abgeschlossen worden sei.

Tel. nach Berlin, 30. Mai 1913 Nr. 380 (chiffr. 11 U. 25 M. p. m.). Siehe n. 7210.

Nr. 7206. Tel. nach Konstantinopel, 30. Mai 1913 Nr. 260 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Die mit Telegramm Nr. 268 von gestern gemeldete Änderung in der Sprache des Großveziers kam uns einigermaßen überraschend und stellt — wie ich zu Euer Exzellenz rein persönlicher Kenntnis bemerke — kein erfreuliches Symptom dar, da die Reibungsflächen der Balkanstaaten untereinander und die Chancen einer Auflösung des Balkanbundes gesteigert würden, wenn Bulgarien bezüglich der Haltung der Pforte beruhigt sein könnte. Bevor ich über die Euer Exzellenz in diesem Belange zu ertheilende Instruktion schlüssig werde, würde ich Werth darauf legen, Hochderselben Ansicht über die Frage zu erfahren, ob Euer Exzellenz diese Änderung in der Sprache Mahmud Schefkets auf eine spontane Wendung in der türkischen Politik oder auf die Beeinflußung seitens anderer Mächte — etwa Rußlands, Deutschlands oder Rumäniens — zurückführen. Auch wäre es mir erwünscht, Ihre Ansicht darüber kennen zu lernen, ob Euer Exzellenz glauben, daß thatsächlich an ein Eingreifen der Türkei in eine eventuelle Konflagration der Balkanstaaten untereinander zu denken ist, oder ob es sich nur um eine von der Pforte angenommene Pose handelt, durch welche sie gewisse Vortheile bei den weiteren Verhandlungen zu erreichen hofft. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7226.

Nr. 7207. Tel. aus London, 30. Mai 1913 Nr. 432 (eing. 31. Mai 4 U. a. m.).[a] Entziff.

Heutige Reunion. Sir Edward Grey informe la réunion de la signature de la paix par les délégués du gouvernement ottoman et des Etats alliés. Il ajoute que la réunion reste maintenant en présence de questions précises à la solution desquelles il est d'autant plus nécessaire de limiter ses travaux que des questions nouvelles, qui ne sont pas de sa compétence, pourraient se poser et qu'elle serait amenée à sortir du programme tracé par les différents gouvernements. Ces questions sont: I° L'organisation de l'Albanie. Il ne peut s'agir d'une organisation en détail, mais il importe que l'accord se fasse entre les puissances sur les lignes générales de l'institution de l'Etat autonome. II° La délimitation de la frontière de l'Albanie au sud et au sud-est. III° La question des îles de la Mer Egée. Une fois ces questions épuisées, il conviendrait d'ajourner la réunion. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 298 Nr. 577. Vgl. n. 7208, 7209.

Nr. 7208. Tel. aus London, 30. Mai 1913 Nr. 433 (eing. 31. Mai 4 U. a. m.).[a] Entziff.

In Ergänzung meines heutigen Telegrammes Nr. 432. Nachdem Sir E. Grey uns Unterfertigung des Friedensvertrages mitgeteilt hatte, begann er das weitere Programm der Reunion zu besprechen. Er meint, daß man unsere Arbeiten auf die übrig bleibenden wichtigen Fragen beschränken und vermeiden sollte, daß andere etwa noch auftauchende Fragen — wie zum Beispiel Zwistigkeiten zwischen Alliierten — vor uns gebracht werden,

wodurch wir zu einer Art permanentem Komitee gemacht würden. Er leugnet aber nicht, daß bei den zahlreichen anderen Geschäften, die auf seinen Schultern ruhen, er ungern seinen Sommer- und Herbsturlaub opfern möchte. Der Ausdruck ajourner ist also eigentlich in dem Sinne gemeint, daß nach Erledigung der drei genannten Fragen die Botschafter-Reunion beendigt wäre; außer die Regierung würde es für notwendig halten, daß wir für die eine oder andere Frage im Herbst wieder zusammentreten sollten. Nach einer längeren Diskussion, bei welcher der Wunsch aller Anwesenden ersichtlich wurde, die Reunion nicht über Gebühr hinauszuziehen, wurde die gedachte Resolution aufgesetzt. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7209.

Nr. 7209. Tel. aus London, 30. Mai 1913 Nr. 434 (eing. 31. Mai 6 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. In Ergänzung meiner heutigen Telegramme Nr. 433 und 432. Bei heutiger Reunion meinte Sir E. Grey, die Frage der Südgrenze Albaniens sei schwer von der Inselfrage zu trennen, so daß die beiden wohl im Konnex miteinander besprochen werden sollten. Wir stimmten bei. Marquis Imperiali machte aufmerksam auf die Schwierigkeiten für Italien, welches gebunden sei, die von ihm besetzten Inseln der Türkei zurückzuerstatten. Sir E. Grey sondierte ihn, ob italienische Regierung etwas dagegen hätte, daß dieselben griechisch würden, worauf mein italienischer Kollege sagte, er glaube, seine Regierung würde zustimmen, vorausgesetzt, daß eine Form gefunden wird, bei welcher gewisse Interessen und das amour propre der Türkei nach Möglichkeit geschont werde. Auch würde das Entgegenkommen in der Inselfrage davon abhängig sein, daß man über Südgrenze zu einer Verständigung gelangt, die dem Standpunkt Österreich-Ungarns und Italiens Rechnung trägt. Diesbezüglich erklärte Marquis Imperiali, die zwei „Säulen" des unverrückbaren Standpunktes, welchen die österreich-ungarische und die italienische Regierung einnehmen, seien Kap Stylos und Korča. Staatssekretär sondierte meinen deutschen Kollegen bezüglich Inselfrage und Fürst Lichnowsky meinte, er glaube, seine Regierung würde dem zustimmen, worüber sich alle Mächte einigen würden, vorausgesetzt, daß die unmittelbar die Dardanellen beherrschenden Inseln türkisch bleiben. Sir E. Grey resumiert die Lage vorläufig in großen Umrissen (aber nur für uns mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß dies nicht eine Resolution sei) folgendermassen: Mit Ausnahme von Imbros und Tenedos alle Inseln an Griechenland unter gewissen Beschränkungen bezüglich Neutralität etc. Südgrenze Albaniens auf der Basis von Kap Stylos und Korča, die albanesisch bleiben. Graf Benckendorff sagte, er habe nie eine Ermächtigung erhalten, Korča zu konzedieren, machte mir aber doch den Eindruck, daß man sich auf dieser Basis verständigen könnte. Mensdorff.

Nr. 7210. Tel. nach Rom Nr. 551 (1) und Berlin Nr. 380 (2), 30. Mai 1913 (chiffr. 11 U. 25 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Zu meinem Telegramm vom 29. d. M. Nr. 545. Herr von Tschirschky hat mir heute mitgetheilt, die königlich rumänische Regierung zeige — laut

einer Meldung des italienischen Gesandten in Bukarest an die Consulta — in letzterer Zeit in der Frage der Pinduswalachen ein gewisses désintéressement und habe auch zu verstehen gegeben, daß man sich mit einer Garantie der Großmächte hinsichtlich der nationalen Freiheit dieses Bevölkerungselementes begnügen würde. Der kaiserlich deutsche Botschafter bemerkte ferner, er sei beauftragt, mir hievon mit dem Beifügen Kenntnis zu geben, daß sich Marquis di San Giuliano dem deutschen Botschafter in Rom gegenüber dahin geäußert habe, daß unter diesen Umständen auf die Zugehörigkeit der Pinduswalachen zu Albanien verzichtet werden könnte. Herr von Tschirschky sagte noch, daß auch nach Ansicht seiner Regierung diese relativ geringfügige Angelegenheit nicht die ganze Delimitationsfrage zum Scheitern bringen sollte. Ich habe dem Herrn Botschafter mit dem Hinweise auf die Euer Exzellenz bekannte, aus rumänischer Quelle stammende Information geantwortet und hinzugefügt, die Grenzen Albaniens seien ohnehin bereits so enge gezogen, daß es nicht angehe, dem neuen Staate noch eine Bevölkerung von 80.000 Seelen zu entziehen.

2. Ich telegraphierte gestern an Herrn von Mérey wie folgt: ... *wie n. 7197 in extenso* ... Ich telegrafiere dem Herrn Botschafter heute wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von: „Herr von Tschirschky“ bis „zu entziehen.“)

1. u. 2. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber 1. Marquis di San Giuliano, 2. Herrn von Jagow. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7233, 7240, 7256.

Nr. 7211. Tel. aus Rom, 30. Mai 1913 Nr. 323 (eing. 8 U. a. m.). [a]) *Entziff.*

Als ich den Minister des Äußern heute auf Grund des hohen Telegrammes vom 29. d. Mts. Nr. 545 über seine Stellungnahme bezüglich der Zugehörigkeit des Gebietes der Pinduswalachen zu Albanien interpellierte, bemerkte San Giuliano, daß: I. die gesamte Süd- und Südostgrenze Albaniens seit längerer Zeit den Gegenstand von Verhandlungen mit den verschiedenen Kabinetten bilde, wobei sich naturgemäß Nüancen bezüglich des Festhaltens an diesem oder jenem Punkte ergeben; II. dermalen das Pindusgebiet (wie ich übrigens bereits meldete) die hauptsächlichste Schwierigkeit zu bilden scheine und man nicht wegen dieser Frage eventuell eine vollständige Einigung aufs Spiel setzen könne; III. Rumänien selbst eine gewisse Konzilianz bezüglich dieser Angelegenheit zeigt und sich mit der Gewährung einer Autonomie für die Kutzowalachen, besonders wenn dieselbe auch auf die in Griechenland befindlichen ausgedehnt würde, abzufinden scheine; IV. nach Telegramm des Herzogs Avarna sich Euer Exzellenz sowohl demselben wie dem deutschen Botschafter gegenüber durchaus nicht intransigent im Gegenstande gezeigt hätten; V. Herr von Jagow sich zu Bollati gleichfalls im Sinne eines Kompromisses ausgesprochen und textuell bemerkt habe, „man könne doch nicht rumänischer sein wollen, als die Rumänen“. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7233.

Nr. 7212. Tel. aus St. Petersburg, 30. Mai 1913 Nr. 203 (eing. 31. Mai 4 U. 5 M. a. m.).[a] Entziff.

Betrifft Absteckung der Nord- und Nordostgrenze Albaniens. Euer Exzellenz Telegramm von heute Nr. 358 erhalten und Auftrag ausgeführt. Herr Sazonow sagte mir, die russische Regierung sei mit dem in Rede stehenden Konferenzbeschluß ganz einverstanden. Da ich aber aus den weiteren Äußerungen Herrn Sazonows ersehen habe, daß man hier über prinzipielles Einverständnis noch nicht hinausgekommen ist und bisher keinerlei Schritte gemacht hat, um den Beschluß durch Designierung eines russischen Mitgliedes der mit Absteckung zu betrauenden Kommission zur Durchführung zu bringen, habe ich dem Herrn Minister die Dringlichkeit der Angelegenheit vorgehalten und auch darauf verwiesen, daß schon mit Rücksicht auf das rauhe Klima der in Betracht kommenden Gebirgsgegenden ein schleuniger Beginn der Arbeiten notwendig wäre, um diese während der guten Jahreszeit beendigen zu können. Thurn.

[a] Vgl. n. 7625.

Nr. 7213. Tel. aus St. Petersburg, 30. Mai 1913 Nr. 204 (eing. 31. Mai 5 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow, der heute abreist, um sich dem Gefolge des Kaisers von Russland auf Höchstdessen anläßlich der Romanowfeier unternommenen Reise an die Wolga und nach Moskau anzuschließen, sagte mir, er fahre mit sehr gemischten Gefühlen, da er wegen der Streitigkeiten zwischen den bisherigen Alliierten sehr besorgt sei. Insbesondere die letzte Rede des Herrn Pašić habe die Situation sehr verschärft und bezweifle Herr Sazonow, ob bulgarischer Ministerpräsident sich nach dieser Rede noch zu der vereinbarten Zusammenkunft verstehen werde. Bulgarischer Gesandter, den ich später sah, sagte mir, von der geplanten Begegnung könne unter den obwaltenden Umständen keine Rede sein und er sei beauftragt, dies Herrn Sazonow mitzuteilen. Herr Sazonow hat, wie er mir mitteilte, neuerdings in nachdrücklichster Weise in Belgrad und in Sofia eingewirkt, um die beiden streitenden Teile womöglich zu einer konzilianteren Haltung zu bewegen. Thurn.

[a] Vgl. n. 7185, 7336.

Nr. 7214. Tel. nach Sofia, 30. Mai 1913 Nr. 263 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 463 vom 29. d. M. erhalten. Ich billige vollkommen Ihre vorläufigen Bemerkungen Herrn Geschoff gegenüber. Unter Berufung auf einen Auftrag wollen Euer Hochgeboren auf die Anfragen des Herrn Konseilspräsidenten im nachstehenden Sinne erwidern: Es ist wahrscheinlich, daß im gegebenen Momente die Mächte versuchen werden, den Ausbruch des Krieges zwischen Bulgarien und Serbien durch ihre bons offices hintanzuhalten. Ich kann aber kaum glauben, daß die Mächte hiebei das diplomatische Terrain verlassen und stärkere Mittel zur Erhaltung des Friedens anwenden werden. Was uns anbelangt, so können wir nur wünschen, daß es Bulgarien auf friedlichem Wege gelinge, seine

berechtigten Ansprüche zur Geltung zu bringen, würden es aber andererseits bei der Bedeutung der Interessen, die für Bulgarien am Spiele stehen, begreifen, wenn man sich in Sofia entschlösse, in letzter Linie zur Geltendmachung derselben zu den Waffen zu greifen. Auf keinen Fall haben wir die Absicht, uns an einer Aktion zu beteiligen, die den Zweck hätte, Bulgarien in den Arm zu fallen. Die Frage Herrn Geschoffs, welche Haltung wir einnehmen würden, wenn es tatsächlich zum Kriege käme, müssen wir mit der Gegenfrage beantworten, ob Bulgarien nach dem Abschlusse des Friedens mit der Türkei, noch nach irgend einer Seite hin Verpflichtungen besitzt, die ihm, wenn auch nur in gewissen Fällen, ein aktives Vorgehen gegen die Monarchie auferlegen. Wie wir wiederholt erklärt und Euer Hochgeboren erst gestern wieder betont haben, sind wir bereit, die Erstarkung Bulgariens zu fördern, jedoch nur unter der natürlichen Voraussetzung, daß man in Sofia zu einer rein bulgarischen Politik entschlossen ist und sich in keine politische Kombination einläßt, die sich gegen uns richtet. Sollte die bulgarische Regierung in der Lage sein, diese Frage im befriedigenden Sinne zu beantworten, so wären wir gerne bereit, in weitere Besprechungen über unsere Haltung im Falle eines tatsächlichen kriegerischen Zusammenstoßes zwischen Bulgarien und Serbien einzugehen. Ich habe mich beim letzten Diplomatenempfange im obigen Sinne zu Herrn Sallabascheff geäußert, der mir ähnliche Fragen, wie Herr Geschoff an Euer Hochgeboren gestellt hat. Auf eine spezielle Frage des Gesandten, ob die Monarchie nicht durch eine militärische Demonstration an der Grenze Serbiens einen Druck auf dasselbe auszuüben geneigt wäre, habe ich mit dem Hinweise darauf geantwortet, daß unsere Truppen im Südosten noch auf erhöhtem Stande seien und dieser Umstand geeignet wäre, auf die Entschließungen der serbischen Regierung einen gewissen Einfluß zu üben. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7235, 7253, 7409, 7448.

Nr. 7215. Tel. aus Sofia, 30. Mai 1913 Nr. 469 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

In meinem Telegramme Nr. 463 von gestern habe ich Unterredung mit Herrn Geschoff, so wie sie verlief, wesentlichst objektiv geschildert und Äußerungen Mitredner wörtlich wiedergegeben. Ich habe durch meine Antwort und dadurch, daß ich Gedanken Geschoffs nicht gleich erraten wollte, ihn zu möglichst klarer Sprache zu zwingen versucht. Er konnte mit derselben nicht recht heraus, indem daß er sich geniert hätte, uns endlich doch kommen zu müssen und als ob er bezüglich seiner Haltung uns gegenüber noch immer nicht ganz entschlossen wäre. Vielleicht hätte er manche positivere Frage an mich gerichtet, wenn er guter Aufnahme ganz sicher wäre. Er hat es nicht getan, da er — das ging auch aus gestrigen Äußerungen Herrn Dobrovič' hervor (mein Telegramm Nr. 462) — befürchten dürfte, ob seine equivoque Haltung uns nicht bereits für Bulgarien ein wenig abgekühlt. Durch seine heutigen Fragen will Herr Geschoff vorläufig Fühler ausgestreckt haben und wird dann je nach unserer Antwort und je nachdem sich Lage entwickelt und Bulgarien uns mehr oder weniger brauchen wird, weiter mit mir reden. Daraus, was Konseilspräsident gesagt, geht hervor,

daß er einerseits Krieg mit Serbien für so gut wie unabwendbar halten dürfte und für diesen Fall von uns Zusicherungen erhalten möchte, und anderseits gestattet das wohl starke, fast naive Ansinnen, daß wir Serbien zum Einlenken zwingen, keinen Zweifel, daß Herr Geschoff noch nach Mitteln sucht, Serbien im letzten Momente einzuschüchtern und zwar möchte er — da sich Rumänien ohne Entgelt dazu nicht hergeben will — dies mit unserer Hilfe erreichen, wofür wir alle Aussicht hätten, durch Verstimmung Rumäniens und Versöhnung Bulgariens mit Serbien belohnt zu werden. Fortsetzung folgt.

[a]) Vgl. n. 7216. Tarnowski.

Nr. 7216. Tel. aus Sofia, 30. Mai 1913 Nr. 470 (eing. 11 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 469 von heute. Ich habe vergessen zu berichten, dass ich Herrn Geschoff gesagt, ich könnte mir nicht vorstellen, wie wir durch unsere Haltung Serbien vom Krieg abbringen könnten, da doch, solange Krieg nicht ausgebrochen, nur Russland als Arbiter Wort hätte. Konseilspräsident wüsste kein Mittel, meinte aber, dass wir vielleicht eines finden könnten. Ich kenne nicht die Absichten Euer Exzellenz, weiss insbesonders nicht, was für den Fall serbisch-bulgarischen Krieges in Intentionen Euer Exzellenz gelegen und es ist mir daher unmöglich, über an Herrn Geschoff zu erteilende Antwort eingehende Betrachtungen aufzustellen. Da ich immerhin auf Grund meiner bisherigen Instruktionen annehmen darf, dass Geschoff nicht abgewiesen, sondern freundliche Antwort von uns erhalten wird, glaube ich, hervorheben zu dürfen, dass es bulgarische Regierung ist, die ersten Schritt macht, um an uns heranzutreten und dass möglicherweise psychologischer Moment gekommen oder im Anzug ist, in welchem erster Versuch gemacht werden sollte, von bulgarischer Regierung Bekennung der Farbe zu verlangen. Ohne Rücksicht darauf, welche Unterstützung Bulgarien für den Fall des Krieges von uns erwarten mag und wie weit wir uns in diesbezügliche Zusagen einlassen wollen, schiene mir eine Antwort erwünscht, die Herrn Geschoff zu weiteren Eröffnungen zwar ermutigen wird, die aber auch — da mit russophilem Kabinett grösste Vorsicht geboten — eher allgemein gehalten wird und zuerst nicht nur darin, was wir in Aussicht stellen, sondern auch darin, was wir von bulgarischer Regierung verlangen mögen, wenig Konkretes enthalten wird. Es handelt sich darum, dass Herr Geschoff nicht kopfscheu und zum Weitersprechen verlockt wird und dass wir — bevor wir irgend ein konkretes Engagement übernehmen — vorerst von bulgarischer Regierung konkrete Zusage erhalten. Bei rascher Antwort, die ich für erwünscht halte, schwebt mir ein allmähliches, graduelles Eingehen auf Konversationen mit Herrn Geschoff vor, damit einerseits Gang der Ereignisse, wenn es so kommen soll, Bulgarien zur Einsicht bringe, dass es uns brauche und damit wir, je nachdem sich Lage wenden wird, das Mass beurteilen, in dem wir Bulgarien unentbehrlich sein werden. Habe Dobrovič meine gestrige Unterredung mit Herrn Geschoff genau erzählt. Über Herrn Geschoffs Ansinnen, dass wir Serbien durch unsere Haltung zum Einlenken bringen, damit Bulgarien Rumänien keine weiteren territorialen Konzessionen gewähren brauche, hat Dobrovič gelacht

und Bemerkung über „Geistesschwäche“ des Konseilspräsidenten gemacht. Ich ersuchte Dobrovič, mir zu sagen, was er von sonstigen Fragen, die Herr Geschoff an mich gerichtet, meine und wohin Konseilspräsident ziele? Mitredner antwortete wörtlich: Herr Geschoff wolle vorläufig nur sondieren; er möchte für alle Fälle wissen, was er von Österreich-Ungarn zu erwarten habe, zugleich sei er aber immer noch nicht entschlossen, an Monarchie Annäherung zu suchen, sondern, obwohl von Haltung Russlands unbefriedigt, möchte er, wenn ihm Haltung Serbiens und Griechenlands dies gestatten sollte, — was aber nicht der Fall sein werde — bei seiner bisherigen Politik bleiben. Herr Geschoff möchte Zusagen von mir erhalten, ohne selbst etwas sagen zu müssen und deswegen hätte er gestern Dobrovič ersucht, mich auszuholen, worauf Dobrovič ihm gleich gesagt habe, dass dies umsonst, da ich bereits gesprochen hätte und nunmehr vor Erteilung der Auskunft über Haltung der Monarchie im Falle serbisch-bulgarischen Krieges verlangen würde zu hören, wie die künftige Politik Bulgariens Serbien und Russland gegenüber sein werde. Ich bemerkte, es sei selbstverständlich, dass wir grosses und starkes Bulgarien nur unter der Voraussetzung wünschen können, dass wir in ihm Freund und nicht Feind haben werden. Tarnowski.

Nr. 7217. Tel. aus Sofia, 30. Mai 1913 Nr. 471 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Ich habe schon gestern gewusst, dass König oppositionelle Parteichefs endlich zu sich geladen und habe noch unmittelbar vor Audienz Meinungsaustausch gepflogen und sie speziell mit entsprechenden Kommentaren informiert, dass Meldung „Mir“ über Exposé Herrn Pašić' dementiert wird. Heute sprach mir Dobrovič spontan von Empfang oppositioneller Chefs. König hätte sie ohne Wissen Herrn Geschoffs — der dagegen gewesen — gestern abends jeden einzeln empfangen. Am entschiedensten hätte Radoslavoff Regierung kritisiert und direkt Anschluss an Österreich-Ungarn plädiert; Radoslavoff habe längste Audienz gehabt und guten Eindruck gemacht. Herr Geschoff[b] und Toncheff hätten sich auch für Annäherung an Dreibund ausgesprochen. Malinoff hätte trotz seiner russischen Sympathien einseitige russophile Haltung der Regierung abfällig beurteilt. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7236. — [b] Wohl irrtümlich für Genadieff.

Nr. 7218. Tel. aus Sofia, 30. Mai 1913 Nr. 475 (eing. 31. Mai 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Heute morgens sagte mir Dobrovič, Herr Geschoff sei nicht entschlossen, ob er Herrn Pašić begegnen soll oder nicht. Heute abends höre ich, Zusammenkunft werde morgen oder übermorgen in einem Grenzorte stattfinden, da Russland es dringend raten würde. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7235.

Nr. 7219. Tel. nach Belgrad, 31. Mai 1913 Nr. 150 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

In Euer Hochwohlgeboren Bericht Nr. 112[b] vom 28. d. Mts. besprechen Sie den Passus in der Rede Herrn Pašić': „Zur Zeit der Entscheidung über die Autonomie Albaniens und den Rückzug der serbischen

Truppen vom Küstenlande wurde Serbien die ganze Vorderebene bis Salonik angetragen, wenn es nur seinem Wunsche nach dem adriatischen Küstenlande entsage.“ Euer Hochwohlgeboren hätten hiebei den Eindruck gewonnen, dass sich obiger Passus auf die Monarchie beziehe, obwohl — wie Euer Hochwohlgeboren bemerken — Sie dem Herrn Ministerpräsidenten niemals einen solchen oder auch nur einen ähnlichen Antrag gemacht haben. Zu einem Verlangen nach einem ausdrücklichen Dementi erscheint mir im Hinblick auf die von Herrn Pašić gewählte anonyme Form vorläufig keine Nothwendigkeit gegeben, doch nehme ich es als selbstverständlich an, daß — falls vom Herrn Ministerpräsidenten oder von irgendeiner anderen Seite eine bezügliche Bemerkung in Ihrer Gegenwart fiele — Sie die Gelegenheit benützen, um jede derartige Insinuation als aus der Luft gegriffen, aufs energischeste zurückzuweisen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7192, 7255, 7269. — [b]) Mit Bericht Nr. 112, 28. Mai 1913 (eing. 30. Mai) wurde aus Belgrad eine ausführliche Analyse der Beantwortung der Interpellation Ribarac durch Pašić gegeben, deren wichtigster Teil hier zitiert erscheint. Vgl. Pol. Chronik der ö.-u. Mon. 1913 S. 204.

Nr. 7220. Tel. aus Berlin, 31. Mai 1913 Nr. 248 (eing. 4 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Serbischer Geschäftsträger suchte mich heute auf, um mir zu versichern, dass die in der letzten Rede Herrn Pašić' enthaltenen feindseligen Äußerungen gegen Österreich-Ungarn ihn in hohem Grade peinlich berührt hätten. Mit Rücksicht auf die aufgeregte Stimmung in ganz Serbien habe er die scharfen Auslassungen Herrn Pašić' Bulgarien gegenüber ganz erklärlich gefunden, hingegen begreife er es keineswegs, dass der Ministerpräsident sich zu geradezu provokatorischer Sprache gegen Österreich-Ungarn hinreissen ließ. Geschäftsträger ersuchte mich, diese seine persönliche Versicherung streng geheim behandeln zu wollen. Szögyény.

Nr. 7221. Tel. aus Berlin, 31. Mai 1913 Nr. 249 (eing. 6 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Zu meinen Telegrammen vom 29. und 30. d. M. Nr. 244 und 245[b]) betreffend unsere Demarche in Bukarest. Staatssekretär wiederholte mir gestern, dass er deutschen Gesandten in Rumänien angewiesen habe, die rumänische Regierung eindringlich vor einem Bündnis mit Serbien zu warnen, weil Rumänien sich dadurch in Gegensatz zu Österreich-Ungarn und zum Dreibund stellen würde. Nunmehr erkläre zwar rumänische Regierung — wie Herr von Waldthausen melde — sie verstehe vollkommen, dass Österreich-Ungarn kein „Großserbien“ dulden werde, füge aber hinzu, dass sie ihrerseits kein „Großbulgarien“ vertragen könne. Rumänien habe sich bemüht — wie dies auch Euer Exzellenz bekannt sei — für seine freundschaftliche oder wenigstens neutrale Stellungnahme in einem bulgarisch-serbischen Konflikt von Bulgarien bestimmte Zusicherungen zu erhalten, doch habe es bisher von dem immer schwankenden und unzuverlässigen Bulgarien noch keinerlei bestimmte Erklärungen erhalten können. Mit dem ungenügenden Resultat der Petersburger Konferenz sei man in Bukarest

sehr unzufrieden, wie dies auch bei den dortigen jüngsten Senatsverhandlungen deutlich zum Ausdruck gekommen sei. Staatssekretär ist der Überzeugung, dass für Bulgarien[c]) und dessen Forderungen der serbisch-bulgarische Konflikt ein Moment sei, und meint, dass wir unmöglich so weit gehen könnten, von Rumänien zu verlangen, dass es diesen „psychologischen" Moment wieder verpasse. Dies würde das rumänische Volk dem König Carol und seiner dreibundfreundlichen Politik niemals vergeben und wir würden Rumänien gewaltsam in die offenen Arme Russlands treiben. Wenn also Rumänien in einem eventuellen serbisch-bulgarischen Konflikt eine neutrale Haltung einnehmen soll, so müsste seines Erachtens Österreich-Ungarn im Einverständnis mit Deutschland in Sofia darauf dringen, dass Bulgarien territoriale Kompensation, etwa eine Gebietsabtretung bis Balčik, Rumänien gewähre. Andernfalls könnte nicht verlangt werden, dass dasselbe seine vitalen Interessen opfere. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 7224 Anm. b. — [b]) Mit Tel. Nr. 245, 30. Mai 1913 (eing. 3 U. 45 M. p. m.) wurde aus Berlin gemeldet, daß Staatssekretär deutschen Gesandten in Bukarest beauftragt habe, die Bemühungen des Ballplatzes dort nachdrücklichst zu unterstützen. — [c]) Wohl „Rumänien" zu setzen.

Nr. 7222. Tel. nach Bukarest, 31. Mai 1913 Nr. 228 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

In seinem Exposé im Senat hat Herr Majoresco — nach der „Indépendance Roumaine" vom 28. d. M. — unter anderem gesagt, daß die rumänische Regierung seinerzeit die bestimmte Information erhalten habe, es sei eine Aktion von Seite Rußlands zu gewärtigen, (falls Rumänien in den Balkankonflikt eingreifen würde) und ferner, daß man in Bukarest konstatiert habe, der Balkanbund sei nicht allein gegen die Türkei gerichtet, sondern habe noch andere Tendenzen. Ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, wollen Euer Durchlaucht von sich aus diese beiden Stellen seiner Rede bei Herrn Majoresco zur Sprache bringen und bemerken, die fraglichen Äußerungen hätten Ihre Verwunderung hervorgerufen, da uns von rumänischer Seite weder über den einen noch den anderen Punkt Mitteilungen zugekommen seien. In beiden Fällen hätte es sich um Dinge gehandelt, die unser gemeinsames Interesse berühren und angesichts des bestehenden Verhältnisses hätten Euer Durchlaucht erwartet, von Herrn Majoresco hierüber informiert zu werden. Euer Durchlaucht wollen trachten, von Herrn Majoresco nähere Aufklärungen über die in seiner Rede nur angedeuteten tatsächlichen Vorgänge zu erlangen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7243, 7262.

Nr. 7223. Tel. aus Bukarest, 31. Mai 1913 Nr. 135 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 226 erhalten. Ersuchte Minister des Äussern, der heute von Seiner Majestät dem König empfangen wird, Euer Exzellenz Standpunkt dahin zu formulieren, dass Anschluss Rumäniens an Serbien beziehungsweise Griechenland als mit unserem Bundesverhältnis unvereinbar erscheint, verwies auf Exposé Herrn

Pašić', Passus Albanien betreffend etc. etc., ebenso auf Gefahr, die derartige Orientierung nach sich ziehen könnte. Minister versprach mir, diesbezüglich sich zu äußern, ist nach wie vor für Vereinbarung mit Bulgarien eingenommen, hat jedoch seit mehreren Tagen Herrn Kalinkoff nicht gesehen.

[a]) Vgl. n. 7225. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7224. Tel. aus Bukarest, 31. Mai 1913 Nr. 136 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Deutscher Kollege, der eben von Herrn Majoresco zu mir kam, hat demselben im Auftrage seiner Regierung angeraten, eine Einigung mit Bulgarien anzustreben und vor Anschluss an Serbien respektive Griechenland gewarnt. Herr von Waldthausen teilt mir dies mit dem Bemerken mit, dass er nie in gegenteiligem (Sinne)[a]) hier gesprochen und ihm von Herrn Majoresco zur Kenntnis gebrachte, anders lautende Sprache deutscher Vertreter in Athen und in Konstantinopel nicht verstehe. Eben erhalte Euer Exzellenz Telegramm Nr. 227.[b]) K. E. Fürstenberg.

[a]) Chiffre fehlt. — [b]) Mit Tel. Nr. 227, 30. Mai 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.) wurde kurz die von Berlin mit n. 7221 gemeldete Instruktion für den deutschen Gesandten in Bukarest mitgeteilt.

Nr. 7225. Bericht aus Bukarest, 31. Mai 1913 Nr. 37 (eing. 4. Juni).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Bei einem meiner letzten Gespräche mit Herrn Maioresco, in welchem ich ihn mit großem Ernst und Nachdrucke nicht nur auf die Gefahren einer Kooperation mit Serbien aufmerksam machte, Gefahren, welche er übrigens vollkommen einsieht, sondern auch dem Minister neuerlich vor Augen führte, welche nachteiligen Folgen es zeitigen könnte, wenn Rumänien seine Forderungen zu hoch spannend, zu keiner Einigung mit seinem südlichen Nachbar käme, erzählte mir der Herr Minister, daß in seiner letzten Auseinandersetzung mit Herrn Ristić, welcher wieder auf das Thema Allianz gekommen war, er an diesen die Frage gerichtet habe, ob Serbien von seinen neuen Allianzplänen Russland oder Österreich-Ungarn verständigt hätte, nachdem doch bekanntermaßen Serbien zur Entente, Rumänien aber zur Tripel-Allianz hinneige; als der serbische Gesandte darauf eine ausweichende Antwort gab, habe er ihm zu verstehen gegeben, daß insolange über diesen fundamentalen Punkt seitens Serbien keine Aufklärung vorliege, nähere Erörterungen über ein Zusammengehen Rumäniens mit Serbien ausgeschlossen sei. Mein Mitredner fügte dieser Mitteilung hinzu, daß, wie er aus vollkommen authentischer Quelle gehört hätte, — und erfülle ihn dies mit Genugtuung — Herr Bratianu dem serbischen Gesandten, der wohl wissend, welcher Richtung in auswärtigen Fragen der Führer der Liberalen angehört, an ihn mit Allianzplänen herangetreten sei, fast wörtlich die gleiche Antwort gegeben habe. Herr Bratianu soll nur noch hervorgehoben haben, daß Serbien, falls es einen Anschluß an Rumänien suche, auch noch die Garantie seines heutigen Alliierten, Griechenlands, bringen müße, daß dieses auf den Besitz des Pindus verzichte. Des Weiteren brachte der Herr Ministerpräsident ein Gespräch zu meiner Kenntnis,

das er jüngst mit Herrn Schebeko geführt hatte. Er habe an meinen russischen Kollegen in der Absicht, ihm auf den Zahn zu fühlen, die Frage gerichtet, welchen Rat Russland Rumänien in der schwierigen Lage, bei der es sich bei Ausbruch eines Konfliktes zwischen den Alliierten befinden würde, geben könnte. Herr Schebeko äußerte als seine persönliche Ansicht, daß Rumänien die Neutralität wahren solle. Als der Minister darauf antwortete, daß dies ohne ein Arrangement mit der einen oder der andern Seite eine Unmöglichkeit darstelle, nachdem Silistria allein als Grenzregulierung nicht genügen könne, antwortete der russische Gesandte, daß momentan ein bewaffnetes Vorgehen Rumäniens gegen Bulgarien ihm nicht opportun erschiene. In Bulgarien herrsche eine solche Animosität gegen Rumänien wegen der erzwungenen Abtretung Silistrias, daß, wenn Rumänien wolle, es bald einen Konflikt werde provozieren können und dann seine territorialen Ambitionen in largester Weise zu befriedigen im Stande sei. Jedenfalls möchte er vor dem Verhandlungswege warnen, der zu keinem guten Ende führen könne. Herr Maioresco bemerkte dazu, er hätte über die gewundenen Ausführungen meines russischen Kollegen im Stillen lächeln müssen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7223.

Nr. 7226. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 31. Mai 1913 Nr. 601 recte 270 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 260 von gestern. Der von mir gemeldete Entschluß Mahmud Schefket Paschas, vorläufig trotz Abschluß des Präliminarfriedens nicht zu demobilisieren, kann meiner Meinung nach nicht als eine absolute Änderung bisherigen Standpunktes der Pforte aufgefaßt werden. Bisher war immer nur von Einstellung der Feindseligkeiten die Rede und nahm man die dann folgende gleichzeitige Demobilisierung der beiderseitigen Armeen allerdings als selbstverständlich an. Großvezier steht auch heute noch auf dem Standpunkte, daß er demobilisieren werde, wenn auch die Balkanstaaten ihre Armeen auf Friedensstärke bringen würden. Der Umstand, daß die anderen Balkanstaaten ihre Armeen trotz Abschlusses des Präliminarfriedens auf Kriegsfuß belassen und eventuell mit einander Krieg führen werden, sind Fakten, mit welchen noch vor kurzem nicht gerechnet werden konnte. Mahmud Schefket Pascha geht von Ansicht aus, daß die Türkei weiteren Ereignissen auf der Balkanhalbinsel nicht uninteressiert gegenüberstehen könne. Was die Frage anbelangt, ob die Haltung des Großveziers auf einen spontanen Entschluß zurückzuführen sei, kann ich mit Bestimmtheit sagen, daß es sich um keine fremde Ingerenz, wenigstens soweit Russland in Betracht kommt, handeln kann; mein russischer Kollege ist über den Entschluß Mahmud Schefket Paschas sehr aufgebracht. Ich halte übrigens diese Maßnahme nicht als absolut gegen Bulgarien gerichtet. Großvezier hat sich wenigstens mir gegenüber dahin ausgesprochen, daß er sich, wenn es zum Kriege kommen sollte, vorläufig vollkommen neutral verhalten wolle. Ausführlicher Bericht über mein Gespräch mit Mahmud Schefket Pascha per heutigem Kurier. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 7250.

Nr. 7227. Bericht aus Konstantinopel, 31. Mai 1913 Nr. 31 F (eing. 2. Juni). Ausfert.

Mit meinem Telegramme vom 26. d. M. Nr. 264 habe ich Euer Exzellenz zu melden die Ehre gehabt, dass Mahmud Schefket Pascha mir mitgeteilt habe, das Übereinkommen zwischen der Türkei und England in der Bagdad-Bahn- und Koweit-Frage sei bis auf zwei Punkte perfekt. Diese zwei noch nicht geregelten Fragen beziehen sich auf die Forderung Englands, dass die Pforte auf die Aegypten auferlegte Verpflichtung, vor dem Abschlusse von Anleihen die Zustimmung der ottomanischen Regierung einzuholen, verzichte und auf die Schiffahrts-Konzession der englischen Lynch-Gesellschaft am Schatt-el-Arab. Alle übrigen Bestimmungen der englisch-türkischen Übereinkunft sind, wie der Grossvezier mir sagte, bereits paraphiert. In der Frage der ägyptischen Staatsschuld dürfte eine Einigung unschwer zu bewerkstelligen sein, da es sich für die Pforte nur um das Aufgeben eines zu einer reinen Formalität herabgesunkenen Rechtes handelt. Über den Inhalt des Übereinkommens wird noch das Geheimnis gewahrt und sagt mir mein englischer Kollege, dass die Verhandlungen in London geführt werden und er von seiner Regierung über den Fortgang derselben nicht informiert werde, so dass auch er seine Informationen nur vom Grossvezier erhalte. Ausser den in meinem Berichte vom 22. d. M. Nr. 29 F erwähnten Hauptpunkten bezüglich der Konzessionierung der Bagdad-Bahn bei Bassorah und der türkisch-englischen Einigung in der Frage der Stellung des Scheichs von Koweit, soll das Übereinkommen die ganze Begrenzung des Gebietes von Koweit enthalten, was von Sir Gerald Lowther als ein grosser Schritt zur Klärung der Verhältnisse am persischen Golfe bezeichnet wird. Wie ich schon erwähnte, erkennt England die türkische Souveränität über den Scheich von Koweit an, doch wird andrerseits von der Pforte der englische Einfluss in Koweit zugegeben und alle englischen Rechte im persischen Golfe anerkannt, so dass effektiv England eine Art Protektorat über das nunmehr genau umgrenzte Gebiet von Koweit und im persischen Golfe in allen Seepolizei- und Schiffahrts-Fragen freie Hand haben wird. Wenn der noch strittige Punkt bezüglich der Konzession der Lynch-Gesellschaft zu Englands Gunsten geregelt wird, so wird die Einfluss-Sphäre Grossbritaniens den persischen Golf und den Flusslauf des Bassorah umfassen. Der Schatt-el-Arab wird bis zur Endstation der Bagdad-Bahn reguliert und die Arbeiten von einer Kommission überwacht werden, an deren Spitze ein ottomanischer und ein englischer Funktionär stehen werden. Damit die englischen Interessen durch die Fortführung der Bagdad-Bahn bei Bassorah nicht geschädigt werden, räumt Deutschland England das Recht ein, im Verwaltungsrate der Bahngesellschaft zwei Sitze zu haben. Mein englischer Kollege bezeichnet aber dieses Zugeständnis als vollkommen wertlos, weil die beiden englischen Verwaltungsräte seiner Meinung nach in der Bahngesellschaft nicht nur keinen Einfluss haben sondern überhaupt nichts zu Gesicht bekommen würden. Sir Gerald Lowther ist, wie ich mir Euer Exzellenz bereits telegraphisch zu berichten erlaubte, der Ansicht, dass seine Regierung in der ganzen Frage viel zu nachgiebig gewesen sei. Trotzdem giebt er zu, dass es Mahmud Schefket Pascha hoch anzu-

rechnen sei, dass er durch seine Initiative endlich eine Bereinigung der zwischen der Türkei, England und Deutschland seit so langer Zeit schwebenden Fragen wegen der Fortführung der Bagdad-Bahn und in der Koweit-Frage herbeigeführt hat. Den Andeutungen meines russischen Kollegen entnehme ich, dass Russland über das Zustandekommen einer englisch-türkisch-deutschen Einigung sehr beunruhigt sei und zu fürchten scheine, dass die Türkei ganz in englisch-deutsches Fahrwasser komme, ja dass sich mit der Zeit eine Art effektiven Protektorates der beiden Mächte über die Türkei entwickeln könnte. Ich habe schon in meinem Berichte vom 22. d. M. Nr. 29 A[a]) auf diese Eventualität hingewiesen und betont, wie wichtig es mir erschiene, dass wir uns mit Rücksicht auf unsere wirtschaftlichen Interessen in der asiatischen Türkei an einem eventuellen künftigen englisch-deutschen Protektorate über die Türkei beteiligen, und dass unsere diesfälligen Bestrebungen schon jetzt mit der Unterstützung der Türkei in der Kriegsentschädigungs-Frage und der Insel-Frage einsetzen. In diesem Zusammenhange muss ich einer Äusserung, welche mein deutscher Kollege unlängst mir gegenüber tat und welche mir für die Haltung der deutschen Regierung symptomatisch scheint, Erwähnung tun. Baron Wangenheim, dem als Endzweck der anglo-türkisch-deutschen Einigung eine Art englisch-deutschen Protektorates über die Türkei vorschwebt, sagte mir, dass, wenn England und Deutschland ein solches Protektorat über die Türkei erlangen würden, seiner Ansicht nach die Monarchie sich daran beteiligen müsste. Dann wäre es aber notwendig, dass unsererseits schon jetzt in dieser Richtung gearbeitet werde. Mein deutscher Kollege fügte noch hinzu, er sei der Ansicht, dass wir in der Türkei mit Deutschland gemeinsam vorgehen müssten; das Feld sei gross genug, damit für alle etwas abfalle. Deshalb sei er stets ein Gegner der uns so feindlichen deutschen Wirtschaftspolitik in der Türkei gewesen und er gehöre nicht zu denen, welche die Monarchie auf ökonomischen Gebiete hier bekämpfen und ausschliessen wollen und alles für sich beanspruchen. Er habe sich auch darüber gefreut zu sehen, dass die türkische Regierung uns an Regierungslieferungen beteilige und dass die Skodawerke einen bedeutenden Auftrag erhalten hätten. Pallavicini.

[a]) Im Berichte Nr. 29 A, 22. Mai 1913 (eing. 24. Mai) wurde auf die englisch-türkischen Verhandlungen und die Teilnahme Deutschlands an diesen hingewiesen.

Nr. 7228. Bericht aus Konstantinopel, 31. Mai 1913 Nr. 31 H (eing. 2. Juni). Ausfert.

In meinem Berichte vom 22. d. M., Nr. 29 B, habe ich erwähnt, dass Herr von Giers mir gegenüber die Bemerkung fallen liess, er würde seiner Regierung raten, das Eisenbahn-Übereinkommen vom Jahre 1910 zu anullieren, wenn die Pforte eine von ihm gestellte Bedingung akzeptieren würde, und habe ich daran die Vermutung geknüpft, dass Herr von Giers auf die russischen Wünsche in der Meerengen-Frage angespielt hätte. Wie ich nun durch eine direkte Interpellierung des Grossveziers feststellen konnte, kann mein russischer Kollege mit seiner Bemerkung nichts gemeint haben, was mit der Meerengen-Frage im Zusammenhange steht, da Mahmud

Schefket Pascha mir versicherte, dass, seitdem er Grossvezier sei, Herr von Giers die Meerengenfrage ihm gegenüber mit keinem Worte berührt hätte. Er ist der Ansicht, dass dem russischen Botschafter nur eine mit den Eisenbahn-Konzessionen in Nord-Anatolien im Zusammenhange stehende Bedingung vorgeschwebt haben könne. Was die französischen Wünsche anbelangt, erklärte mir der Grossvezier nochmals, dass sie nur mit der Frage der französischen Zustimmung zur Anwendung des Temetü-Steuer-Gesetzes auf die französischen Staatsangehörigen zusammenhänge. Die türkische Regierung finde, dass die Franzosen für ihre Zustimmung unglaublich viel verlangten, und man fürchte sich türkischerseits, den französischen Wünschen Rechnung zu tragen, weil die Gefahr bestehe, dass Frankreich durch die Nachgiebigkeit der Türkei ermuntert, in der Frage der 4%igen Zoll-Erhöhung mit einem neuen Wunschzettel hervortreten würde. Pallavicini.

Nr. 7229. Tel. aus London, 31. Mai 1913 Nr. 435 (eing. 6 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 436 vom 28. d. M. Ich habe bei heutiger Reunion wieder Evakuation Albaniens durch montenegrinische Truppen angeregt. Dem gegenüber wurde mir ein Telegramm entgegengehalten, nach welchem der Admiralsrat einstimmig erklärt hatte, die Fortschaffung des montenegrinischen Kriegsmaterials mache so rasche Fortschritte, dass dieselbe um eine Woche früher als man erwartet zu Ende gebracht sein wird. Ich erwiderte, desto besser, doch hindere dies nicht, dass montenegrinische Detachements sich noch überall befinden und dass dieselben zurückgezogen werden sollten bis über die von den Mächten festgesetzten Grenzen. Herr Cambon und Graf Benckendorff sprachen viel davon, dass dies nicht so rasch gehen könne, und ein Reunionsbeschluss konnte nicht erreicht werden. Ich habe aber unseren diesbezüglichen Vorschlag nachdrücklich vorgebracht. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 299 Nr. 578.

Nr. 7230. Tel. aus London, 31. Mai 1913 Nr. 439 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Statut Albaniens betreffend. Diese Frage wurde in gestriger Reunion in allgemeiner Konversation berührt. Ich machte wieder aufmerksam, daß Herr Cambon unsere Unkenntnis über Albanien übertrieben habe und daß er in seinen Gegenbemerkungen, womit er über unser Elaborat zur Tagesordnung hinwegging, nach meiner Ansicht die österreichisch-ungarische und die italienische Regierung mit etwas wenig Rücksicht behandelt hätte. Marquis Imperiali erklärte, wir erwarteten beide die Instruktionen unserer Regierungen bezüglich der Cambonschen Gegenbemerkungen und hofften auf dieselben bei der nächsten Reunion antworten zu können. Es wäre daher sehr wünschenswert, wenn Marquis Imperiali und ich ehebaldigst mit diesen Instruktionen versehen würden. Sir E. Grey zeigte mir ein Telegramm Sir F. L. Cartwrights über seine Konversation mit Euer Exzellenz. Staatssekretär meinte, es scheine ihm danach doch nicht unmöglich, dass man sich zwischen unserem Standpunkt und demjenigen des französischen

Botschafters begegnen könne. Dieser Berührungspunkt wäre die Kommission, welche sowohl in unserem Vorschlag wie im französischen vorgesehen ist, über deren Attributionen wohl einige Differenzen bestehen, die aber noch in der Diskussion überbrückt werden könnten. Für meine Argumente, daß im Gegensatz zu französischem Vorschlag, der nur Provisorium vorsieht, wir Schaffung permanenten Zustandes anstreben, schien Staatssekretär Verständnis zu haben. Sir E. Grey neigte immer zur Ansicht, daß ein Subkomitee von Experten zur Ausarbeitung der Details hier nützlich wäre, nachdem die Reunion durch die langen Verhandlungen über so wichtige und kritische Fragen jetzt nicht mehr in der Verfassung sei, Detail-Ausarbeitungen zu machen. Er wünsche es aber nicht selbst vorzuschlagen. Mein italienischer Kollege, mit dem ich sprach, scheint nicht für dieses Subkomitee eingenommen. Er sagt immer, die Grundprinzipien müßten wir doch auf der Reunion festsetzen, die Details könnten der Kommission überlassen werden, welche in der Proposition vorgesehen ist. Im Telegramme Euer Exzellenz vom 20. d. Mts. Nr. 407 ist allerdings die Forderung aufgestellt, daß zuvor die Grundzüge des Statuts von der Reunion vereinbart werden sollen. Ich glaube, Sir E. Grey denkt daran, daß das Subkomitee der Reunion ein Referat eben über die Grundzüge erstatte. Dies schiene mir zweckmäßig, da ja zwischen den Sitzungen der Reunion bedeutende Pausen eintreten; es wäre also für derartige vorbereitende Durchsprache durch Subkomitee Zeit und Gelegenheit gegeben. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7096, 7140, 7275.

Nr. 7231. Tel. aus London, 31. Mai 1913 Nr. 440 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Tyrrell sagte mir, es sei Sir E. Grey gelungen, Herrn Cambon von der Notwendigkeit zu überzeugen, zu einer Verständigung über die Südgrenze Albaniens und die ägäischen Inseln zu gelangen und die Sitzungen der Botschafterreunion nicht ins Unendliche hinauszuziehen. Tyrrell glaubt, sein Chef werde alles daran setzen, um die Arbeiten der Reunion anfangs Juli abzuschließen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7184, 7292.

Nr. 7232. Tel. nach Rom, 31. Mai 1913 Nr. 553 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Alle uns aus Albanien zukommenden Meldungen stimmen darin überein, daß das Interesse des Landes eine sofortige Lösung der Fürstenfrage dringend erheische. Ich bin mir der Richtigkeit dieser Auffassung bewußt, da jeder Aufschub in dieser Hinsicht den eben in Albanien so gefährlichen Parteiintriguen so wie den auch gegen Österreich-Ungarn und Italien gerichteten fremden Machenschaften Thor und Riegel öffnet. Wenn wir länger zögern wollten, bezüglich der Person des künftigen albanesischen Staatsoberhauptes zu einem Einvernehmen zu gelangen, so schiene mir die ernste Gefahr vorzuliegen, daß unser beiderseitiges Bemühen, im Sinne unseres Akkords ein selbständiges und lebensfähiges Albanien zu schaffen, illusorisch werden könnte. Unter Hinweis auf obige Argumente wollen

Euer Exzellenz Marquis di San Giuliano veranlassen, mit Hochdenselben in eine offene Aussprache einzutreten, um ein Einvernehmen über einen beiden Regierungen genehmen Kandidaten für den albanesischen Thron zu erzielen. Im Laufe des bezüglichen Gedankenaustausches wollen Euer Exzellenz sondiren, ob der Minister in der Lage ist, Kandidaten namhaft zu machen, welche seiner Auffassung nach die erforderlichen Eignungen besitzen. Was mich anbelangt, könnten Euer Exzellenz erwähnen, daß nach Ausschaltung jener Kandidaten, deren Anticedentien eine ausgesprochene Hinneigung zur Triple-Entente voraussehen lassen, mir für den Augenblick nur die Namen dreier Fürstlichkeiten vorschweben, die meinem Eindrucke nach in Betracht kommen könnten. Es sind dies der Herzog von Urach, Prinz Karl von Hohenzollern und Prinz Wilhelm zu Wied. Obwohl Äußerungen Herzog Avarnas zu entnehmen war, daß der Erstgenannte der italienischen Regierung nicht genehm wäre, so glaube ich doch, daß diese Kandidatur ernstlich in Erwägung gezogen zu werden verdient, und zwar mit Rücksicht auf seine persönlichen Eigenschaften und die ihm zur Verfügung stehenden nicht unbedeutenden Mittel. Für den Prinzen von Hohenzollern würde vor allem das mit seinem Namen verbundene Prestige sowie seine nahe Verwandtschaft zu dem belgischen und rumänischen Königshause sprechen. Die persönlichen Eigenschaften sowie die verwandtschaftlichen Beziehungen zum rumänischen Königshause würden auch zugunsten des Prinzen Wied sprechen. Zur weiteren eventuellen Regelung Hochdero Sprache bemerke ich, daß, wenn die katholische Religion des einen oder des anderen der Obgenannten italienischerseits ins Treffen geführt werden sollte, uns eine Aussprache hierüber wünschenswert schiene, da bei der Wichtigkeit einer raschen Bestellung eines Fürsten nichts unversucht gelassen werden sollte, was zu einer Einigung zwischen uns und Italien führen könnte, und es mir immerhin möglich schiene, die aus dem Grunde der religiösen Zugehörigkeit herrührenden italienischen Bedenken zu zerstreuen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7286.

Nr. 7233. Tel. aus Rom, 31. Mai 1913 Nr. 327 (eing. 1. Juni 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Mit Beziehung auf hohes Telegramm vom 30. d. M. Nr. 551. Pinduswalachen. In der Consulta zeigte man mir Telegramme des Botschafters in Paris sowie Gesandten in Bukarest, wonach sowohl rumänischer Gesandter in Paris als auch Herr Majoresco selbst auf Einschluß des Gebietes der Pinduswalachen in Albanien nicht insistieren und sich mit einer von den Großmächten garantierten Autonomie dieses Gebietes begnügen würden.

[a]) Vgl. n. 7211, 7241, 7283. Mérey.

Nr. 7234. Tel. aus St. Petersburg, 31. Mai 1913 Nr. 205 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Zu meinem Bericht Nr. 23[a]) vom 24./11. d. Mts. Deutscher Geschäftsträger hat nunmehr Instruktionen erhalten, sich ebenfalls für die Bestimmung Phtelias als Ausgangspunkt für die albanesisch-griechische Grenze bei Herrn Sazonow zu verwenden. Der Herr Minister, bei dem er sich gestern dieses

Auftrages entledigte, erklärte ihm, er könne weder selbst akzeptieren noch sich in Athen für die Annahme dieser Grenze einsetzen, wenn er nicht wisse, welche Kompensation Griechenland für diesen Verzicht auf der anderen Seite geboten werden könne. Er halte es daher für unerläßlich, daß die gesamte künftige albanesisch-griechische Grenze und die Inselfrage als ein Komplex behandelt werde, da nur auf diese Weise ein allseitig akzeptabler Kompromiß herbeigeführt werden könnte. In ähnlichem Sinne hat sich auch Herr Sazonow meinem italienischen Kollegen und mir gegenüber ausgesprochen. Was die Inseln anbelangt, sagte Sazonow dem deutschen Geschäftsträger, daß, nachdem deutsche Regierung ganz besonderes Gewicht darauf zu legen scheine, daß Imbros und Tenedos türkisch bleiben, er diesem Wunsche seinerseits keine Schwierigkeiten entgegen setzen wolle, zumal er die Frage der Zugehörigkeit dieser zwei kleinen Inseln als von sekundärer Bedeutung betrachte. Thurn.

a) Richtig 23 A = n. 7145.

Nr. 7235. Tel. aus Sofia, 31. Mai 1913 Nr. 476 (eing. 1. Juni 12 U. 30 M. a. m.).a) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 263 vom 30. d. M. betreffend unsere Haltung im Falle serbisch-bulgarischen Krieges erhalten und Inhalt Konseilspräsidenten mitgeteilt. Herr Gschoff sagte, er möchte unsere Frage erst nach seiner Zusammenkunft mit Herrn Pašić beantworten. Er hatte nach dem Exposé Pašić' Absicht, ihn zu begegnen, aufgegeben gehabt, seither habe er sich aber anders entschlossen. Herr Pašić wünscht Begegnung und Konseilspräsident, obwohl er dieselbe für so gut als aussichtslos halte, wolle doch kein Mittel zum gütlichen Ausgleich unversucht lassen. Herr Geschoff entschuldigte sich und sprach Erwartung aus, daß ich Reserve, die er sich noch auferlegen müsse, begreifen würde. Zusammenkunft werde — sagte Konseilspräsident — morgen oder übermorgen stattfinden. Dann sprachen wir von etwas anderem. Tarnowski.

a) Vgl. n. 7217, 7245, 7265.

Nr. 7236. Tel. aus Sofia, 31. Mai 1913 Nr. 477 (eing. 1. Juni 8 U. a. m.).a) Entziff.

Ich sprach mit Radoslawoff und Genadieff nach ihrer Audienz bei König Ferdinand. Beide sagten, daß auch geringstes Nachgeben Bulgariens ausgeschlossen. König gebe solchen Gedanken nicht zu und könnte es nicht tun. Regierung, wenn auch Geschoff Krieg fürchte und Daneffisten versöhnlichen Ratschlägen Russlands folgen möchten, würde nicht wagen, auch nur auf ein bulgarisches Dorf in Mazedonien zu verzichten. Nur wenn Serbien unter Druck Russlands einlenke, könnte Krieg vermieden werden. Beide Mitredner bestätigten, daß König Ferdinand Verständigung mit Rumänien dringend wünsche, beide bedauerten aber weitere Forderungen Rumäniens und fragten, ob es nicht doch möglich wäre, Neutralität Rumäniens ohne weitere territoriale Opfer zu erlangen. Ich äußerte mich in entsprechender Weise. Genadieff führte aus, es sei Russland, welches

Interesse daran habe, rumänisch-bulgarische Annäherung zu verhindern. Genadieff fragte ich über seine Beurteilung Politik Kabinettes Geschoff näher aus und er sagte, Regierung dürfte jedenfalls trachten, mit russischen Zielen in keine Kollision zu geraten und zu vermeiden, sich im Falle Krieges an Serbien selbst zu vergreifen. Anstatt, was einzig gute Politik wäre, mit Serbien endgiltig abzurechnen, dürfte bulgarische Regierung sich darauf beschränken, bloß Gebiete den Serben zu nehmen, die Bulgarien vertragsmässig zufallen sollten. Allein könnte Bulgarien Teil Serbiens nicht annektieren, sondern müßte es sich mit Österreich-Ungarn und Rumänien bezüglich Teilung Serbiens verständigen, wozu Kabinett Geschoff sich nicht entschließen dürfte. Wenn es zum Kriege kommen werde, dürfte derselbe sehr kurz dauern, Serben würden jedenfalls geschlagen werden, wonach Russland gleich einschreiten dürfte, um streitende Brüder zu versöhnen, wozu Geschoff und Daneff sofort zu haben sein werden. Bezüglich eventuellen Regierungswechsels konnten Radoslawoff und Genadieff nichts Sicheres sagen; falls zum Krieg kommen sollte, dürfte Rekonstruktion Kabinettes und Berufung der Vertreter aller Parteien unvermeidlich sein; Wille des Königs sei aber diesbezüglich ausschlaggebend. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7227, 7239.

Nr. 7237. Tel. aus Sofia, 31. Mai 1913 Nr. 479 (eing. 1. Juni 8 U. a. m.). Entziff.

Anläßlich heutiger Unterredung mit Herrn Geschoff sagte er, er habe nichts Neues aus Bukarest gehört. Was Haltung bulgarischer Regierung in rumänischer Frage anbelangt, so wartet Geschoff auf Rückkehr Herrn Danews. Rumänischer Sekretär sagte mir, auf Urlaub weilender Gesandter Ghika habe ihn durch Nachricht überrascht, daß er dieser Tage in Sofia eintreffen werde. Tarnowski.

Nr. 7238. Tel. aus Sofia, 31. Mai 1913 Nr. 481 (eing. 1. Juni 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Geschoff richtete heute spontan Frage an mich, ob ich Informationen aus Konstantinopel über Dispositionen Pforte für Bulgarien hätte. Ich antwortete, daß keine frische Information besitze, glaubte aber, daß Mahmud Schefket Pascha zur Verständigung mit Bulgarien neige. Des weiteren erzählte Geschoff, Konversation mit Türkei wäre bereits angeknüpft und zwar in Wien zwischen Hilmi Pascha und Sallabascheff. Auch Hilmi Pascha hätte gute Dispositionen, in welchen ihn — wie Herr Geschoff gehört habe — Euer Exzellenz bekräftigt hätten. Bulgarische Regierung wolle Pourparlers in Konstantinopel fortsetzen und habe zu dem Zwecke Herrn Natschowitsch delegiert, der bereits via Wien abgereist. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7246, 7251.

Nr. 7239. Tel. aus Sofia, 31. Mai 1913 Nr. 482 (eing. 1. Juni 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Zwei oppositionelle Parteiführer sagten mir nach ihrer Audienz bei König Ferdinand, daß Seine Majestät an Erwerbung Saloniks festhalte. Auf

meine Frage, ob sich im Hinblicke auf Standpunkt der bulgarischen Regierung betreffend Salonik etwas geändert, antwortete mir heute Herr Geschoff: Nous voulons avoir Salonique. Konseilspräsident sagte nicht klar, ob Bulgarien sich durch Waffen oder auf friedlichem Wege in Besitz Saloniks zu setzen gedenke. Er erwähnte, Herr Venizelos habe sich geäußert, daß Griechenland nur nach unglücklichem Krieg auf Salonik verzichten würde, und dann sprach er auch von Pourparlers, in die Herr Sarafow mit griechischer Regierung eintreten würde. Herr Geschoff erwähnte Telegramme Kaiser Wilhelms und Kaiser Nikolaus'; ich äußerte mich wie neulich zu Dobrovič (mein Telegramm Nr. 462 vom 29. d. M.), wozu Konseilspräsident bemerkte, hier hätte man Nachricht, daß Telegramm durch Königin von Griechenland, die sich an Kaiser Wilhelm gewendet, hervorgerufen; ich blieb bei meiner Auffassung. Mein deutscher Kollege, durch den Telegramm gegangen, hat mir, obwohl wir politisch intim, nichts davon erwähnt.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7236.

Nr. 7240. Tel. aus Berlin, 1. Juni 1913 Nr. 250 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 30. v. M. Nr. 380 und mein Telegramm vom 23. v. M. Nr. 235 betreffend Südgrenze Albaniens. Staatssekretär war ganz erstaunt zu hören, dass laut einer aus dem rumänischen Ministerium des Äussern Euer Exzellenz zugekommenen Information[a]) das Pindus- und Grammosgebiet etwa 36 Dörfer und Weiler kutzowalachischer Nationalität mit einer Bevölkerung von über 80.000 Seelen zähle; Herr von Tschirschky scheine bisher die bezüglichen Mitteilungen Euer Exzellenz nicht gehörig hieher gemeldet zu haben. Überhaupt ist Staatssekretär, wie ich seinen Worten entnehme, über diese ganze Frage nicht entsprechend orientiert und sprach mir von der Möglichkeit der Konzedierung einer „Enklave" der Pinduswalachen an Griechenland. Deutscher Geschäftsträger in Petersburg melde, Herr Sazonow hätte, als er ihm mitteilte, dass deutsche Regierung entschlossen sei, für die von Österreich-Ungarn und Italien einvernehmlich beschlossene Südgrenzlinie nachdrücklichst einzutreten, erwidert, er könne sich mit dieser Grenzlinie nicht einverstanden erklären und könnte derselben im äussersten Falle nur dann zustimmen, wenn Griechenland eine anderwärtige Kompensation erhielte. Auf dieselbe liess Herr Sazonow sich des Näheren nicht ein und hätte nur in dieser Beziehung auf das Pindusgebiet hingewiesen.

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 7188, 7256.

Nr. 7241. Tel. nach Bukarest, 1. Juni 1913 Nr. 229 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Herr von Mérey telegraphiert unterm gestrigen wie folgt: ... *wie n. 7233* ... Da demnach die Annahme naheliegt, daß die in Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 134 vom 28. v. M. wiedergegebenen Instruktionen an Herrn Mişu dem heutigen Standpunkte der königlich rumänischen Regierung in der Frage der Pinduswalachen nicht mehr voll entsprechen,

ersuche ich Euer Durchlaucht, im Sinne meines Telegrammes Nr. 224 vom 26. v. M. Erkundigungen einzuziehen und mich über deren Ergebnis telegraphisch zu informieren. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7262.

Nr. 7242. Tel. aus Bukarest, 1. Juni 1913 Nr. 137 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Kammersitzung heute nachts geschlossen. Regierungsmotion betreffs Petersburger Protokoll wurde mit 127 gegen 17 Stimmen angenommen. In allen Reden fast ohne Ausnahme kam tiefe Misstimmung gegen Monarchie zum Ausdrucke und Überzeugung, dass man in Wien während der ganzen Krise bulgarische Interessen höher als rumänische einschätzte. Da während geheimer Sitzung kein stenographisches Protokoll geführt wurde, ist es unmöglich, authentischen Text gehaltener Reden zu beschaffen. Wiedergabe derselben in Tagesblättern daher je nach Parteizugehörigkeit und aussenpolitischer Tendenz verschieden gefärbt. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7243. Tel. aus Bukarest, 1. Juni 1913 Nr. 138 (eing. 2. Juni 1 U. 20 M. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 228, Exposé Majorescos betreffend. Bin nicht in der Lage, mich in dem von Euer Exzellenz gewünschten Sinne (betreffs eventueller seinerzeitiger Aktion Russlands) Majoresco gegenüber auszusprechen, da Minister mir damals diesbezüglich Mitteilung gemacht und ich über die von Herrn Sazonow Nano gegenüber geführte drohende Sprache im hieramtlichen Telegramm Nr. 41 vom 8. Februar und Bericht vom 10. Februar Nr. 16 A—B eingehend berichtete. Übrigens hat Minister des Äussern in offiziellem Communiqué vom 23. d. M. ihm in Mund gelegte Äusserung dementiert. Betreffend Balkanbund werde Minister auftraggemäß interpellieren. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7244. Tel. aus Konstantinopel-Jenikőj, 1. Juni 1913 Nr. 272 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Mahmud Schefket Pascha sagte meinem deutschen Kollegen, daß, wenn er auch die Armee nicht demobilisiere, er doch Alles vermeiden wird, was irgendwie als eine Parteinahme für den einen oder den anderen der Balkanstaaten ausgelegt werden könnte. Er ist sich dessen bewußt, daß eine solche Parteinahme sofort die sich feindlich gegenüberstehenden Alliierten wieder einigen würde, was nicht im Interesse der Türkei stünde. Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 301 Nr. 581. Vgl. n. 7250, 7251.

Nr. 7245. Tel. aus Sofia, 1. Juni 1913 Nr. 483 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Soeben besuchte mich Dobrovič. Wir sprachen von meiner gestrigen Unterredung mit Herrn Geschoff. Dobrovič meinte, Konseilspräsident werde solange zögern, bis es zu spät sein werde. In der Lage habe sich

nichts verändert. Herr Spalajković, der wieder in Belgrad gewesen, sei gestern zurück und habe Nachricht gebracht, dass Herr Pašić Begegnung mit Herrn Geschoff wünsche; von Demobilisierung in Serbien sagte aber Spalajković nichts. Konseilspräsident habe gar keinen Grund, Situation als weniger kritisch zu betrachten; er schöpfe bloß gewisse Hoffnung aus dem Wunsche Herrn Pašić' nach Zusammenkunft. Dieselbe soll morgen stattfinden. Ich bemerkte, ich fürchte, dass Reserve, welche sich Geschoff auch nach Präliminarfrieden auferlegen zu sollen glaubt, in Wien eigentümlichen Eindruck machen könnte, zumal Herr Geschoff und Danew stets versichert hätten, nach Friedensschluss freie Hand zu haben. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7235, 7252.

Nr. 7246. Tel. aus Sofia, 1. Juni 1913 Nr. 484 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Anläßlich Besuches, den mir Dobrovič soeben machte, kam er wie gestern Konseilspräsident (mein Telegramm Nr. 481) spontan auf Türkei zu sprechen. Er erzählte, russischer Gesandter habe hier gestern mitgeteilt, dass Markgraf Pallavicini russischem Botschafter in Konstantinopel gesagt hätte, Mahmud Schefket Pascha hätte sich dahin geäußert, dass die Türkei bei Tschataldja jetzt nicht demobilisieren würde, da sie im Falle Krieges zwischen den Verbündeten in die Lage kommen könnte, Feindseligkeiten wieder aufzunehmen und Nutzen daraus zu ziehen. Dobrovič habe Verdacht, ob nicht russische Intrigue dahinter, ob Russland Bulgarien durch Türkei nicht einschüchtern wolle. Könnte ich nicht, meinte Mitredner, an Markgraf Pallavicini telegraphieren und russische Behauptung feststellen? Schließlich sagte Dobrovič, ich könnte vielleicht von Wien etwas erfahren. Mir ist wegen eventueller Einschüchterung Bulgariens nicht bange und fürchte nur Einlenken Serbiens. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7251, 7254.

Nr. 7247. Tel. aus Sofia, 1. Juni 1913 Nr. 485 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Seit gestern kursierten Gerüchte, wonach in serbischer Haltung sich gewisse Wendung im Sinne der Nachgiebigkeit vollziehen würde Man zitiert Äußerungen, die Herr Spalajković gemacht hätte und die auf oberwähnte Wendung deuten würden, und Konfident meldet soeben, man hielte hier maßgebendenorts nicht mehr für ganz ausgeschlossen, daß Entrevue Herrn Geschoffs mit Herrn Pašić Annahme russischer Arbitrage durch Serbien zum Resultate haben könnte. Wie ein Einlenken Serbiens, das heißt Einhaltung Vertrages, nach Erklärung Pašić' und Debatte in Skupschtina möglich wäre, kann man sich schwerlich vorstellen; bevorstehende, auf Einfluß Russlands zurückzuführende Zusammenkunft des serbischen und bulgarischen Ministerpräsidenten präokkupiert mich aber sehr, da, abgesehen davon, daß Serbien im Falle Krieges Existenz aufs Spiel setzen würde, sich Annahme aufdrängt, daß Herr Pašić, wenn er nichts zu bieten hätte, auf Begegnung nicht bestanden und Herr Geschoff, wenn er sich zur Entrevue

entschlossen, auch jedenfalls Serbien etwas zu offerieren haben dürfte. Da sämtliche bulgarische Staatsmänner territoriale Konzessionen bulgarischerseits für ausgeschlossen erklären, drängt sich Frage auf, welches Kompensationsobjekt für Serbien genug wertvoll wäre, um es zum Verzicht auf okkupierte Gebiete zu bringen. Es schwebt mir kein anderes vor, als neben wirtschaftlichen Vorteilen, wie freier Weg zu einem Hafen am Ägäischen Meer, für Serbien sehr günstige Allianz, etwa ein für lange Dauer geschlossener Vertrag, der Serbien seitens Bulgariens und Russlands volle Garantie gegen Österreich-Ungarn bieten würde und außerdem noch Verwirklichung nationaler Aspirationen im Nordwesten in Aussicht stellen würde. Ob sich Serbien auf Bulgarien verlassen wird und die wahrscheinlichen serbisch-bulgarischen Reibungen in Mazedonien den Vertrag, der für Bulgarien wenig Wert hätte, nicht illusorisch machen würden, ist fraglich, immerhin wäre dies vom bulgarischen Standpunkte eine denkbare Transaktion, die zur Folge haben müßte, daß Bulgarien im russischen Fahrwasser bliebe und unsere Politik — wie ich nie aufgehört zu befürchten — von russophilem Kabinett vereitelt sein wird. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7265.

Nr. 7248. Tel. aus Sofia, 1. Juni 1913 Nr. 486 (eing. 2. Juni 7 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Rumänischer Gesandter ist heute hier eingetroffen und sagte folgendes: „Er wurde von Italien, wo er auf Urlaub weilte, plötzlich zurückberufen und war jetzt in Bukarest, wo er von König Karol und Ministerpräsidenten Instruktionen erhalten, die — was bisher nicht immer der Fall gewesen — endlich klar lauteten. Herr Ghika erwartet noch morgen definitive telegraphische Weisungen von Herrn Majoresco und wenn dieselben an seinen mündlichen Instruktionen nichts ändern werden, wird seine Sprache Herrn Geschoff gegenüber Charakter d'un marché brutal haben. Der Moment ist zu günstig und könnte anderseits, wenn nicht entsprechend ausgenützt, zu bedenkliche Folgen für Rumänien haben, als daß rumänische Regierung aus Situation keine Konsequenzen ziehe. Vor allem wird Herr Ghika Einberufung Nationalversammlung und parlamentarische Erledigung Petersburger Protokolles verlangen und die übrigen Forderungen werden folgen. „Nous sommes décidés de nous faire payer et je ne laisserai aucun doute à Monsieur Guéchoff que notre amitié est recherchée ailleurs et que nous n'avons qu'à choisir. Si Monsieur Guéchoff hésite on le priera de ne pas réfléchir trop longtemps et on lui fera comprendre que plus le marché durera plus il sera cher." Auf meine Frage, ob, wenn Bulgarien politische Zusicherungen, wie zum Beispiel Neutralität verlangen wird, Herr Ghika analoge oder andere politische Engagements von Bulgarien fordern wird, wußte Mitredner keine rechte Antwort und ich hatte Eindruck, daß er diesbezüglich ohne Instruktionen. Ghika sagte auch, es gebe in Rumänien solche, die an Möglichkeit dauernder Freundschaft zwischen Rumänien und Bulgarien glauben; er, Herr Ghika, glaube daran nicht. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7266.

Nr. 7249. Tel. aus Athen, 2. Juni 1913 Nr. 355 (eing. 4 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Sir E. Grey über die Haltung des Wiener Kabinettes. Geheim. Ich erfahre aus sicherer Quelle, die nicht zu nennen ich mein Wort geben musste, dass Sir E. Grey sich äusserst scharf über unsere gegenwärtige Haltung ausspricht, welche in allen zur Diskussion stehenden Fragen absolut intransigent sei. Braun.

Tel. nach Berlin, 2. Juni 1913 Nr. 383 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.). Siehe n. 7250.

Nr. 7250. Tel. nach Konstantinopel Nr. 264 (1) und Berlin Nr. 383 (2), 2. Juni 1913 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

1. Euer Exzellenz Telegramme Nr. 270 und 272[b] erhalten. Der Auffassung Mahmud Schefket Paschas, daß es nicht im Interesse der Türkei gelegen wäre, in einem Konflikte der Balkanstaaten Partei zu ergreifen, kann ich nur beipflichten. Euer Exzellenz wollen dies dem Großvezier sagen und, was speziell das Verhältnis zu Bulgarien anbelangt, bemerken, daß nach meiner Ansicht Bulgarien, nachdem durch den Friedensschluß dessen nationale Aspirationen erfüllt und die Reibungsflächen in der mazedonischen Frage beseitigt sind, sicherlich bestrebt sein wird, freundschaftliche Beziehungen zur Türkei zu unterhalten. Vom politischen Gesichtspunkte muß man in Sofia wünschen, daß die Stellung der Türkei an den Meerengen eine möglichst starke sei, und auch in wirtschaftlicher Hinsicht dürften sich vielfach Berührungspunkte ergeben. Diese Dispositionen Bulgariens, die sich schon beim Friedensschluß manifestiert haben, sollte sich die Pforte zunutze machen, umsomehr als eine aktive Politik gegen Bulgarien — darüber dürfte man in Konstantinopel ja keine Illusionen hegen — selbst im Falle eines Erfolges der Türkei keinerlei Vorteile oder gar territorialen Gewinn bringen könnte. Ich erblicke die nächste und wichtigste Aufgabe der Türkei in ihrer inneren Kräftigung und der Konsolidierung ihres asiatischen Besitzstandes. Dazu bedarf sie des Friedens und der verläßlichen Freundschaft ihrer Nachbarn.

2. In Beantwortung einer einschlägigen Meldung telegraphiere ich an Markgrafen Pallavicini wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Der Auffassung Mahmud Schefket Paschas" bis „ihrer Nachbarn"). Vorstehendes zur vertraulichen Verwertung bei Herrn von Jagow. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7271. — [b]) Vom 31. Mai und 1. Juni.

Nr. 7251. Tel. nach Sofia, 2. Juni 1913 Nr. 266 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 481 und Nr. 484 vom 31. v. M. und 1. d. M. erhalten. Markgraf Pallavicini telegraphiert mir unterm 1. d. M., wie folgt: ... *wie n. 7244* ... Daraus geht hervor, daß, selbst wenn in Konstantinopel solche Velleitäten, wie sie Herr Dobrović erwähnt hat, einen Augenblick lang bestanden haben sollten, dieser Gedanke dort bald wieder

fallen gelassen wurde. Im übrigen bewegte sich auch die Sprache Markgrafen Pallavicinis auf der Pforte in dem Gedankengang, daß die Türkei sich nun ganz ihrer inneren Konsolidierung widmen und zu diesem Zweck ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis zu ihren Nachbarn, vor Allem zu Bulgarien, dessen günstige Dispositionen unverkennbar seien, anstreben sollte. Vorstehendes wollen Euer Hochgeboren streng vertraulich bei Herrn Dobrovič und — falls Sie es für opportun halten — auch bei Herrn Geschoff verwerten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7254, 7267.

Nr. 7252. Tel. aus Sofia, 2. Juni 1913 Nr. 488 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 487[b]) von heute nachts. Herr Geschoff heute früh zurückgekehrt. Er soll sich mit Herrn Pašić über eine Reunion der Ministerpräsidenten der vier verbündeten Staaten im Prinzipe geeinigt haben, was Vorschlag Russlands wäre, welches auch wünschen würde, daß die Reunion in Petersburg stattfinde. Vielfach wird behauptet, Bulgarien sei auf diesen Vorschlag eingegangen, nur um Zeit zum Aufmarsch der Truppen zu gewinnen. Kabinett soll Demission eingereicht haben; man glaubt, sie werde nicht angenommen werden. Hoffe Herrn Geschoff heute nachmittags zu sehen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7245, 7253. — [b]) Mit Tel. Nr. 487, 1. Juni 1913 (eing. 2. Juni 7 U. a. m.) wurde aus Sofia über die Abreise Geschows nach Zaribrod zur Begegnung mit Pašić berichtet.

Nr. 7253. Tel. aus Sofia, 2. Juni 1913 Nr. 490 (eing. 3. Juni 8 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Habe Herrn Geschoff heute gesehen. Er sagte, Resultat Reunion mit Pašić sei wenig zufriedenstellend; dasselbe bestehe bloß darin, dass Konseilspräsident Proposition Pašić' betreffend Reunion der Ministerpräsidenten der vier, respektive, wenn Montenegro sich nicht beteiligen sollte, der drei Staaten im Prinzipe angenommen habe. Geschoff erklärte, dass Anregung zu dieser Reunion von Russland ausgegangen. Pašić hätte auch vorgeschlagen, dass Petersburg als Ort der Reunion sofort angenommen werde, darauf sei aber Geschoff nicht eingegangen, sondern hätte sich bezüglich Ortes und Zeitpunktes Antwort vorbehalten. Er wolle — meinte er — Rückkehr Minister Teodoroffs und Herrn Danews, die übermorgen Sofia eintreffen, abwarten. Konseilspräsident bemerkte wiederholt, er sei eher pessimistisch. Auf meine Frage, ob er nicht Eindruck bekommen, que les Serbes mettent de l'eau dans leur vin, erwiderte Geschoff, dass Meritum Frage gar nicht besprochen worden, er daher keine sichere Impression hätte und als gewissermaßen günstiges Zeichen nur das betrachten könne, dass Pašić friedliche Regelung wirklich zu wünschen scheine. Für den Fall, dass direkte Verhandlungen in Reunion der Ministerpräsidenten resultatlos blieben, sei Arbitrage Russlands nicht positiv verabredet worden; Pašić hätte nur im allgemeinen davon gesprochen. Auf bezügliche Frage erklärte mir Geschoff, nach bulgarischem Standpunkt würde Russland nur über strittige Zone zu

entscheiden haben, und übrige, von Serben besetzte Gebiete seien dem Schiedsspruche nicht unterworfen, da sie vertragsmäßig unbedingt Bulgarien gehören müssten. Was die zwischen Bulgarien und Griechenland strittigen Gebiete anbelange, so sei Arbitrage überhaupt ganz ausgeschlossen. Ich fragte, ob nicht partielle Demobilisierung der Armeen in Betracht gezogen worden, worauf Mitredner antwortete, dass er darüber mit Pašić nicht gesprochen; Russland hätte aber schon vor einiger Zeit Demobilisierung empfohlen und Bulgarien hätte sich damit im Prinzipe einverstanden erklärt. Ob und auf welche Weise sich dies praktisch durchführen ließe, müsste erst geprüft werden; es sei schwierige Sache. Geschoff betonte, er habe, um kein Mittel unversucht zu lassen, Proposition Reunion der Ministerpräsidenten prinzipiell angenommen, mache sich aber keine Illusionen, da es sich um Besitz Gebiete handle, auf die Bulgarien nicht verzichten werde und die Serbien kaum freiwillig aufgeben dürfte. Wir berührten noch einige andere Themen und ich verließ dann Geschoff, ohne dass er auch nur mit einem Worte die Frage unserer Haltung im Falle serbisch-bulgarischen Konfliktes gestreift hätte. Ich habe ihn selbstredend nicht erinnern zu sollen geglaubt, dass er mir in Verbindung damit stehende, von uns (im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 263 vom 30. v. M.) verlangte Antwort schuldig geblieben. Nach Unterredung mit Geschoff sprach ich auch mit einigen Politikern. Es ist kaum möglich, sich über momentane Lage sicheres Urteil zu bilden. Situation wird durchsichtiger nach Rückkehr Danews. Heute wird hier einerseits Resultat Entrevue Geschoffs mit Pašić für so gut als Null betrachtet und gesagt, dass je länger Krise dauere und je vollkommener Kriegsbereitschaft Bulgariens, desto größer Wahrscheinlichkeit Krieges, anderseits aber — und dies scheint mir richtig — wird vielfach zugegeben, dass Umstand allein, dass Weg Verhandlungen betreten, der Erwartung eines Ausgleiches Raum gibt. Herr Spalajković seit gestriger Entrevue zuversichtlich und rechnet auf friedliche Lösung. Russischer Gesandter sagte: La situation est toujours très critique, mais il y a tout de même ombre espoir. Ich glaube, dass an allseitigem Wunsch maßgebender Faktoren nach friedlicher Regelung kein Zweifel zulässig und dass es sich nunmehr nur darum handelt, ob seitens Serbiens und Griechenlands Minimum solcher Konzessionen möglich, welches Bulgarien annehmen könnte. Lösung scheint jedenfalls auf lange Bank geschoben zu sein. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7252, 7266, 7268, 7305.

Nr. 7254. Tel. aus Sofia, 2. Juni 1913 Nr. 494 (eing. 3. Juni 8 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 484 vom 1. d. M. Herr Geschoff hat mich heute spontan gefragt, ob Dobrović über angebliche Absicht der Türkei, nicht zu demobilisieren, mit mir gesprochen und ob ich diesfalls Informationen erhalten. Er bemerkte, dass so eine Haltung der Türkei auf Entschlüsse bulgarischer Regierung nicht ohne Einfluss bleiben könnte. Stellung Bulgariens den Serben und Griechen gegenüber wäre dadurch geschwächt. Vielleicht sei es aber nur Versuch Russlands Bulgarien einzuschüchtern.

[a]) Vgl. n. 7251. Tarnowski.

Nr. 7255. Tel. aus Belgrad, 3. Juni 1913 Nr. 326 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Exposé Herrn Pašić'. Englischer Gesandter hat heute Herrn Pašić direkt gefragt, welche Macht ihm den Antrag bezüglich des rechten Vardarufers bis Salonik gemacht habe, worauf derselbe sehr verlegen und ganz rot wurde und erwiderte, es sei ihm nicht möglich, die Frage zu beantworten.

Ugron.

[a] Vgl. n. 7219, 7269.

Nr. 7256. Tel. nach Berlin Nr. 384 (1), Rom Nr. 565 (2) und London Nr. 445 (3), 3. Juni 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; G. Berchtold).*

1. u. 2. Im Gegenstande meines Telegrammes vom 30. v. M. Nr.
1.: 380
2.: 551
1. u. 2. telegraphiert Prinz Fürstenberg unterm gestrigen wie folgt:
3. Ich telegraphierte unterm 29. v. M. an Herrn von Mérey wie folgt: ... *wie n. 7197* ... In diesem Gegenstande telegraphiert mir Prinz Fürstenberg unterm gestrigen wie folgt:
1.—3. „Herr Majoresco ... *wie n. 7262 von „behauptet" bis Schluß* ... Unter diesen Umständen bin ich nach wie vor nicht in der Lage, das Gebiet der Pinduswalachen zum Gegenstand einer Konzession an Griechenland zu machen.
1. u. 2. Vorstehendes zur Mitteilung an
1. Herrn von Jagow.
2. Marquis di San Giuliano.
3. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 7240, 7283.

Nr. 7257. Bericht aus Berlin, 3. Juni 1913 Nr. 18 B (eing. 5. Juni).[a] *Ausfert.*

Im Laufe der wiederholten kurzen und längeren Unterredungen, welche Kaiser Nikolaus während Seines letzten Aufenthaltes in Berlin mit dem Staatssekretär hatte, äusserte Sich Höchstderselbe — wie mir Herr von Jagow erzählt — in ganz ausserordentlich sympathischer und anerkennender Weise über die Haltung Griechenlands zur Zeit der Balkankrise. Seine Majestät hätte ihm sogar versichert, Er halte es für seine Pflicht, für die Ihm ganz gerechtfertigt erscheinenden griechischen Ansprüche, insbesondere was die Südgrenze Albaniens betreffe, mit allem Nachdruck einzutreten. Was Serbien anbelange, hätte sich der Zar freundlich, aber zurückhaltend ausgesprochen, hingegen hätte Er für Montenegro nur Vorwürfe gehabt; was König Nikolaus betrifft, versichert er sogar, dass, wenn sich die Richtigkeit der Nachrichten über die Börsenspekulationen des Königs herausstellen würde, Er Seine Hand vom König definitiv zurückziehen würde. Auch für Bulgarien habe der Zar nicht genug Worte höchster Missbilligung finden können; Er bezeichnete König Ferdinand und seine Ratgeber als ganz unzuverlässige Leute, auf die weder Russland noch die anderen Mächte rechnen könnten. Ueber Oesterreich-Ungarn sei — so versicherte mich Herr

von Jagow — während aller dieser Unterredungen kein einziges Wort gefallen. Ob diese letzte Behauptung des Staatssekretärs auch ganz der Wahrheit entspricht, muss ich dahingestellt sein lassen, doch war ich in der Lage zu konstatieren, dass gleich dem Staatssekretär auch der Reichskanzler mir ganz dasselbe versicherte, und dass beide Herren meinem italienischen Kollegen, welcher sich angelegentlichst nach Aeusserungen Kaiser Nikolaus' über die Beziehungen zwischen Russland und Oesterreich-Ungarn erkundigte, erklärte, es wäre darüber kein Wort gesprochen worden. Auch mit dem König von England hatte der Staatssekretär einige Besprechungen, die sich wie jene mit dem Zaren ebenfalls auf die allgemeine politische Lage bezogen, ohne jedoch auf irgendwelche Einzelheiten besonders einzugehen; nur Griechenland betreffend habe der König jede Gelegenheit ergriffen, um Sich lobend und anerkennend über die Haltung des Königs Konstantin und seiner Regierung auszusprechen. Szögyény.

a) Vgl. n. 7181.

Nr. 7258. Bericht des Militärattachés in Berlin, 3. Juni 1913 Res. Nr. 165 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 5. Juni Nr. 2693 am 11. Juni). Auszug.

Kaiser Wilhelm zur Spionageaffaire Redl. Nach dem Paradediner (2. Juni 1913) gab Kaiser Wilhelm Allerhöchst seinem Abscheu Ausdruck gleichzeitig mit Seiner Antheilnahme für die Monarchie, die Armee und im besonderen den Generalstab. Insbesondere erfüllte es Ihn mit dem allergrössten Bedauern, dass Seine k. u. k. Majestät durch eine derartige Angelegenheit eine Enttäuschung erfahre. Hinsichtlich des Endes des Verräters meinte Seine Majestät, dass dessen Tod durch Selbstmord noch das beste gewesen sei. Es sei ganz unglaublich, in welcher Weise und mit welchen Mitteln Russland da gearbeitet habe. Auf die Bemerkung des k. u. k. Militär-Attachés, dass in Wien in der letzten Zeit die russischen Militärattachés wiederholt in ähnliche Affairen verwickelt gewesen seien, erwiderte Seine Majestät, dass auch Er sich kaum an einen russischen Militärattaché in Berlin erinnern könne, der einen natürlichen Abgang gehabt hätte.

Nr. 7259. Privatschreiben aus Berlin, 3. Juni 1913 (ohne Einlaufsdatum). Ausfert.

... Feierlichkeiten anläßlich der Vermählung der Prinzessin Viktoria Luise mit dem Prinzen Ernst August von Braunschweig ... Die ganze Feier war als reines Familienfest gedacht und aus diesem Grunde sind — wie Euer Exellenz bekannt — nur die allernächsten Verwandten des hohen Brautpaares geladen worden. Trotzdem hat es an einzelnen Stimmen nicht gemangelt, welche behaupteten, es sei ein Fehler gewesen, dass bei diesem Feste des deutschen Kaiserhauses die Bundesgenossen Deutschlands, insbesondere das engbefreundete Österreich-Ungarn, nicht vertreten waren. Doch war es ja — wie Euer Excellenz wissen — von allem Anfange an bestimmt, dass der Kreis der Einzuladenden auf die allernächsten Verwandten beschränkt sein solle und dass demzufolge weder ein Vertreter Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät, unseres Aller-

gnädigsten Herrn, noch ein solcher des italienischen Königs zu diesem Anlasse in Berlin erscheinen werde. Wie ich aus der Umgebung Kaiser Wilhelms erfahre, hat Seine Majestät König Victor Emmanuel hier anfragen lassen, ob Seine Teilnahme an den Hochzeitsfeierlichkeiten genehm wäre, und wurde dies mit obiger Begründung abgelehnt. Dass zwischen Kaiser Wilhelm sowie Höchstseinen ersten Ratgebern und den erlauchten Gästen aus Russland und England politische Gespräche geführt worden sind, liegt wohl auf der Hand; doch ist die Annahme gewisser Kreise, dass bei dieser Gelegenheit auch in politischer Beziehung die Tripleentente mehr zur Geltung gekommen sei als die bei diesem Anlasse in den Hintergrund getretene Tripleallianz, offenbar eine ganz irrige. Richtig ist es allerdings, dass die drei jetzt in Berlin vereint gewesenen mächtigen Herrscher in der Verurteilung Bulgariens und in der Sympathie für Griechenland eines Sinnes waren. Diese Tatsache wird wohl auch unsererseits in der Zukunft ins Calcul gezogen werden müssen. Dabei möchte ich aber hervorheben, dass dieser Übereinstimmung der drei Monarchen nicht die Bedeutung eines jetzt errungenen Sieges der politischen Ideen der Tripleentente über jene des Dreibundes zukommt, da Kaiser Wilhelm — wie Euer Excellenz wolbekannt — schon lange vorher Seine Sympathie für Griechenland und Seine Antipathie gegen Bulgarien wiederholt mit grossem Nachdrucke proklamierte ... *Hofnachrichten.* ... Szögyény.

Nr. 7260. Notiz der Deutschen Botschaft (ohne Datum, eing. im Referat I am 3. Juni 1913). Ausfert.

Geheim. Die Kaiserliche Regierung hat über die im vorigen Jahre unter den Balkanstaaten abgeschlossenen Verträge aus guter[a]) Quelle folgende Mitteilungen erhalten: Der erste Vertrag ist im Januar oder Februar zwischen Serbien und Bulgarien abgeschlossen worden. Im Mai wurde Griechenland von Sofia aus aufgefordert, diesem Vertrage beizutreten. Der Vertrag war nicht allein gegen die Türkei gerichtet, sondern auch gegen Österreich-Ungarn, weil man in Sofia und Belgrad nicht sicher war, auf welche Seite die Monarchie sich gegebenenfalls stellen würde. Griechenland hat abgelehnt, diesem Vertrage beizutreten. Alle ausschlaggebenden Stellen in Athen waren gegen eine kriegerische Stellungnahme gegenüber der Grossmacht Österreich-Ungarn. Nur zwei Militärs waren dafür, die aber überstimmt wurden. Griechenland schloss darauf einen Vertrag mit Bulgarien, in dem Reformen verlangt und ein Defensivbündnis gegen die Türkei stipuliert wurden. Dass Griechenland sich nur auf ein Defensivbündnis festlegte, hat seinen Grund darin, dass man in Athen fürchtete, Bulgarien werde — wie es dies schon einmal zurzeit des Ministers Trikoupis getan — den Türken unter der Hand davon Mitteilung machen. So standen die Sachen im Mai. Im September nahmen sie eine akutere Gestalt an, in erster Linie dadurch, dass die Albaner von der Pforte verlangt hatten, die vier Vilajets, wo Albaner wohnen, sollten administrativ zu Albanien geschlagen werden, welchem Wunsche man in Constantinopel durch Ernennung albanischer Valis für Mitrovitza und Janina bereits Rechnung getragen hatte. Dies hat in Belgrad, Sofia und Athen den Entschluss zum

Handeln hervorgerufen. Griechenland hat darauf hin eine Militärkonvention mit Bulgarien abgeschlossen, in welcher die Höhe der zu stellenden Truppenzahl festgelegt und bestimmt wird, dass Bulgarien auf Adrianopel, Griechenland auf Saloniki hin operieren solle. Mit Serbien hat Griechenland keinen besonderen Vertrag. Es haben lediglich Verhandlungen stattgefunden, die in einem Notenwechsel festgelegt worden sind.

[a]) Randbemerkung Pogatschers: offenbar griechischer.

Nr. 7261. Tel. nach Bukarest Nr. 230 (1), Sofia Nr. 267 (2) und Rom Nr. 563 (3), 3. Juni 1913 (chiffr. 6 U. 25 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

1. Der königlich italienische Botschafter hat mir mitgetheilt, Herr Majoresco hätte sich dem italienischen Gesandten in Bukarest gegenüber dahin geäußert, die rumänische Regierung würde großen Werth darauf legen, daß die durch das Petersburger Protokoll sanktionierte Entscheidung in der Frage von Silistria ehebaldigst ausgetragen werde. Sollte das bulgarische Cabinet noch länger zögern, Delegirte zur Fertigung des Protokolles zu nominiren, und auf diese Weise die Durchführung des Petersburger Beschlusses verschleppen, könnte sich die rumänische Regierung genötigt sehen, Silistria occupiren zu lassen. Der rumänische Ministerpräsident habe daran das Ersuchen geknüpft, Italien möge sich in Sofia im Sinne des rumänischen Wunsches vernehmen lassen. Im Auftrage des Marchese di San Giuliano brachte der italienische Botschafter die Anfrage vor, ob wir nicht geneigt wären, in Sofia auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die eine weitere Verzögerung dieser Angelegenheit nach sich ziehen könnte. Ich erwiderte dem Herzog Avarna, daß wir bereits der Sofioter Regierung zu verstehen gegeben hätten, wie wünschenswerth eine baldige Bereinigung des Ausgleiches mit Rumänien erscheine, und daß ich keinen Anstoß nehmen werde, in gleichem Sinne weiter auf die bulgarische Regierung einzuwirken. Ich ersuche Euer Durchlaucht, mir zu berichten, ob seitens der dortigen Regierung nicht mit einem ähnlichen Ansuchen an Euer Durchlaucht wie an Baron Fasciotti herangetreten wurde.

2. u. 3. Ich telegraphiere an Prinzen Fürstenberg wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.)

2. Euer Hochgeboren wollen sich im obigen Sinne bei dortiger Regierung vernehmen lassen.

3. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information.

[a]) Vgl. n. 7270, 7277, 7287. Berchtold.

Nr. 7262. Tel. aus Bukarest, 3. Juni 1913 Nr. 139 (eing. 4 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramme Nr. 228 und 229. Ad Telegramm Nr. 228. Minister des Äußern erklärte mir, er habe Äußerung betreffend andere Tendenzen Balkanbundes zum Beweise dessen getan, daß, wenn Rumänien Bulgarien im Laufe des Krieges angegriffen hätte, Serbien diesem hätte zu Hilfe eilen müssen, zumal aus den jüngsten Enthüllungen über den bulgarisch-serbischen Vertrag hervorzugehen scheint, daß die genannten

beiden Staaten sich gegenseitig militärische Assistenz im Falle Angriffes einer dritten Macht zugesichert haben. Euer Exzellenz hätten übrigens Rumänien auf diese Eventualität mit Nachdruck seinerzeit aufmerksam gemacht, hervorhebend, daß Angriff auf Bulgarien, solange Balkanbündnis bestehe, Provokation aller vier Staaten bedeute. Im Zusammenhange mit jetzigem akuten serbisch-bulgarischen Streit hätte ihm übrigens serbischer Gesandter vor acht Tagen erklärt, daß Bulgarien verpflichtet gewesen wäre, falls Monarchie Serbien angegriffen hätte, diesem mit 150.000 Mann beizustehen. Ad Telegramm Nr. 229. Minister behauptet, von den mit hieramtlichem Telegramm Nr. 134 gemeldeten Instruktionen an Herrn Mişu nie abgewichen zu sein. Von einer Autonomie der Pinduswalachen habe er nie etwas vernommen und sei ihm Begriff und Konstruktion einer solchen auch unklar. K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 7256, 7288.

Nr. 7263. Tel. aus Bukarest, 3. Juni 1913 Nr. 140 (eing. 5 U. 10 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Minister teilt mir mit, bulgarischer Gesandter hätte Samstag offiziell eröffnet, daß Bulgarien die drei im Petersburger Protokolle vorgesehenen Kommissionen ernennen werde, sobald Rumänien dieselben designiert haben wird, und dass die zwei Sobranjes erst nach vollzogener Kommissionsarbeit sich mit dieser Frage beschäftigen werden. Gleichzeitig eröffnete Herr Kalinkoff, dass Herr Geschoff um einige Tage Aufschub des Beginnes von weiteren Verhandlungen ersucht, nachdem er beabsichtige, nach Rückkehr Herrn Daneffs entweder einen Spezialdelegierten mit präcisen Instruktionen und Vollmachten nach Bukarest zu entsenden oder Kalinkoff mit diesen auszustatten. Minister vermutet, dass Sofiaer Regierung nur Zeit gewinnen will, schien aber von Antwort nicht unbefriedigt. Rumänische Kommissionen werden heute oder allernächster Tage ernannt werden, Vortrag hierüber wird heute Seiner Majestät dem Könige erstattet. Herr Majoresco bemerkte, serbischer Gesandter habe in letzten Tagen Anlehnungsvorschläge nicht erneuert, wogegen griechischer Gesandter Samstag ihn aufgesucht und pressanten Allianzvertrag gestellt habe, dem er entgegenhielt, er könne auf denselben nicht eingehen, insolange er nicht darüber informiert sei, ob und inwieweit Griechenland sich mit Serbien eingelassen habe und ob ersteres irgendeine andere Macht in Allianzabsichten eingeweiht habe oder ob rumänisch-griechischer geheimer Vertrag angestrebt werde. Auf meine Frage, was Rumänien im Falle eines plötzlichen Kriegsausbruches zwischen Alliierten tun würde, antwortete Minister, Rumänien würde diesmal unbedingt mobilisieren müssen. Er wünsche dringend, dass Fall nicht eintrete, sollte er sich jedoch ereignen, dass man rasch mit Bulgarien zu einer befriedigenden Einigung gelange. Glaube mit Bestimmtheit, dass durch entgegenkommende Haltung bulgarischer Kommissionen, insbesondere durch large Auslegung der ungenau gehaltenen Grenzbestimmungen des Protokolles günstigere Dispositionen für Bulgarien hier erzielt werden könnten.

K. E. Fürstenberg.

a) Oe. U. Balkan 301 Nr. 582. Vgl. n. 7270, 7287, 7308, 7318, 7437.

Tel. nach London, 3. Juni 1913 Nr. 445 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 7256.

Tel. nach London, 3. Juni 1913 Nr. 446 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.). Siehe n. 7264.

Tel. nach Rom, 3. Juni 1913 Nr. 563 (chiffr. 6 U. 25 M. p. m.). Siehe n. 7261.

Tel. nach Rom, 3. Juni 1913 Nr. 565 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 7256.

Nr. 7264. Tel. nach Rom Nr. 566 (1), London Nr. 446 (2) und St. Petersburg Nr. 360 (3), 3. Juni 1913 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).*

1.—3. Wie mir Herzog Avarna mitteilt, hat der russische Botschafter in Rom Marquis di San Giuliano folgenden Wunsch seiner Regierung vorgebracht: Bei der in Angriff zu nehmenden genauen Delimitierung Nordalbaniens würde sich eine entsprechende Rücksichtnahme auf Montenegro dringend empfehlen, welches ohnehin durch den Beschluß der Mächte um einen Teil des von ihm eroberten Gebietes komme. In dieser Hinsicht käme in Betracht, daß sich an der Ostgrenze des Skutarisees, etwa 5—7 *km* von Skutari entfernt, eine serbisch-orthodoxe Gemeinde befindet, die ungefähr 1000 Seelen und zirka 150 zerstreut gelegene Häuser zählt, in deren Mittelpunkte eine Kirche und eine Schule gelegen sind. Die Grenzlinie, welche vom westlichen Ufer bei der Gemeinde Zogai ausgeht, könnte dann in gerader Linie nach Vraka (dem oben erwähnten orthodoxen Dorfe) gezogen werden und, diese Ortschaft umkreisend, am Kamme der dem See nächstgelegenen Hügel das Ende der Bucht Litscheni Hotit erreichen. Nachdem die Mächte ohnehin die Grenzstämme Hoti etc. Montenegro zugewiesen haben, ließe sich diese geringfügige Abweichung in den Rahmen der allgemeinen Delimitierung einfügen. In seinen erläuternden Auseinandersetzungen war Herzog Avarna bestrebt, mir den Standpunkt seiner Regierung plausibel zu machen, wonach wir durch Eingehen auf diese russische Anregung das Petersburger Kabinett zu einer nachgiebigeren Haltung bezüglich der Südgrenze bestimmen könnten. In meiner Antwort an den Herrn Botschafter nahm ich diesem Ansinnen gegenüber eine völlig intransigente Haltung ein und bezeichnete es als eine eigentümliche Methode, daß man russischerseits auf die Abänderung einer von allen Mächten akzeptierten Grenzlinie hinzuarbeiten versuche. Gegenüber der Behauptung, man könne durch Nachgiebigkeit in diesem Punkte Rußland zu einer konzilianteren Haltung veranlassen, wies ich darauf hin, daß das Petersburger Kabinett dies gewiß als ein Zeichen von Schwäche ansehen und dazu benützen würde, um auch weiterhin auf Schritt und Tritt mit neuen Vorschlägen an die Mächte heranzutreten.

1. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

2. u. 3. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Sollte von irgend einer Seite an Euer Exzellenz mit einer solchen Anregung herangetreten werden, so wollen Hochdieselben sich gänzlich ablehnend verhalten.

[a] Vgl. n. 7274, 7293, 7295.

Tel. nach St. Petersburg, 3. Juni 1913 Nr. 360 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.). Siehe n. 7264.

Tel. nach Sofia, 3. Juni 1913 Nr. 267 (chiffr. 6 U. 25 M. p. m.). Siehe n. 7261.

Nr. 7265. Tel. nach Sofia, 3. Juni 1913 Nr. 268 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine; G. Szápáry).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramme[b] bis inklusive Nr. 495.[c] Das Ergebnis der Entrevue Herrn Geschoffs mit Herrn Pašić, die ausweichende Haltung des ersteren gegenüber der an ihn gerichteten Frage betreffend die zukünftige Politik Bulgariens und verschiedene sonstige uns vorliegende Informationen machen es höchst wahrscheinlich, daß die in Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 485 ausgesprochene Vermutung richtig ist und daß die bulgarische Regierung nur für den Fall, als sich ein Bulgarien einigermaßen befriedigender Ausgleich im Rahmen der von Rußland suggerierten, gegen die Monarchie gerichteten Politik nicht erreichen ließe, sich das Zusammengehen mit Österreich-Ungarn als äußerstes Auskunftsmittel, und zwar womöglich ohne sich uns gegenüber zu binden, offen halten will. Solange die Möglichkeit eines bulgarisch-serbischen Zusammenstoßes imminent erschien, habe ich es aus taktischen Gründen nicht für opportun gehalten, gegen diese höchst zweideutige Haltung des bulgarischen Premiers Stellung zu nehmen. Im gegenwärtigen Momente jedoch, wo Bulgarien sich anschickt, den Weg der Verhandlungen in dem von Rußland vorgeschlagenen Sinne zu betreten, halte ich es für angezeigt, Bulgarien den Glauben zu benehmen, daß uns keine andere politische Orientierung zu Gebote steht als die bisherige, während sich Bulgarien ad libitum zwei Eisen im Feuer halten kann. Ich ersuche Euer Hochgeboren demnach, Herrn Geschoff aufzusuchen und ihm in meinem Namen folgendes zu eröffnen: Wir haben die Initiative Herrn Geschoffs, bezüglich unserer Haltung im Falle eines bulgarisch-serbischen Konfliktes mit der natürlichen Gegenfrage beantwortet, ob Bulgarien auch nun, wo der Friede geschlossen sei, Verbindlichkeiten habe, die es zu einer Stellungnahme gegen die Monarchie verpflichten. Herr Geschoff habe seine Antwort bis nach seiner damals bevorstehenden Begegnung mit Herrn Pašić verschoben und die Fortsetzung der Konversation somit offenbar nur für den Fall des Mißlingens einer friedlichen Verständigung mit Serbien in Aussicht genommen. Bis dahin sollte die Monarchie die Entschließungen Herrn Geschoffs abwarten und ihm sozusagen im Worte bleiben. Dies sei ein Mißverständnis, da wir ein freundschaftliches Verhältnis zu Bulgarien als im natürlichen Interesse beider gelegen betrachten, ganz unabhängig von etwaigen Differenzen Bulgariens mit den anderen Balkanstaaten, deren kriegerische Austragung wir für bedauerlich halten würden. Dem natürlichen Parallelismus der beiderseitigen Interessen hätten wir von jeher Rechnung zu tragen gesucht, indem wir überall, in London und Petersburg, in Bukarest und Konstantinopel für die bulgarischen Interessen eingetreten seien, selbst um den Preis, daß unsere guten Beziehungen zu Staaten wie Rumänien, Griechenland und die Türkei, ja selbst Rußland hiedurch mehr oder minder unvorteilhaft beeinflußt wurden. Wir seien aber nicht mehr in der Lage, für unser Verhältnis zu Bulgarien irgendwelche Opfer zu bringen, wenn dieses seinerseits nicht unzweideutig kundgebe, daß es sich in seiner Politik

von denselben Intentionen leiten lassen wolle wie Österreich-Ungarn. Wir hätten Bulgarien bisher nicht drängen wollen, umsomehr, als Bulgarien uns versichert hatte, daß es nach dem Friedensschlusse nach jeder Richtung freie Hand haben werde. Nunmehr sei aber der Friede geschlossen und das Schweigen Herrn Geschoffs umso unstatthafter, als bedauerlicherweise Gerüchte umgingen, laut welchen Bulgarien den Ausgleich mit Serbien um den Preis einer Unterstützung des letzteren gegen die Monarchie suchen wolle, welche Gerüchte wir durch eine weitere ausweichende Haltung des Sofioter Kabinetts als bestätigt ansehen müßten. Die Schreibweise des bulgarischen Regierungsorganes stimme mit diesen Gerüchten bedenklich überein, doch könnten wir kaum glauben, daß Bulgarien sein Schicksal in dieser Weise an jenes Serbiens knüpfen wolle, da ihm doch die Gefahren gegenwärtig sein müßten, welche das zuweilen äußerst provokatorische Verhalten Serbiens gegenüber der Monarchie, zu welchem sich dieses, sobald ihm die bulgarische Unterstützung sicher sei, noch mehr ermutigt fühlen werde, vielleicht schon in naher Zukunft auch für Bulgarien mit sich bringen könnte. Auch müsse es Bulgarien klar sein, daß eine solche Orientierung nicht ohne Einfluß auf die von uns bisher bei seinen Nachbarn entfalteten Aktionen bleiben könne. Wir hätten in Rumänien zur Mäßigung gemahnt, auf die Türkei kalmierend eingewirkt, hätten Bulgarien gegenüber Griechenland — besonders in der Salonikfrage — favorisiert und auf Serbien durch unsere bulgarenfreundliche Haltung einen moralischen Druck ausgeübt. Alle diese, mit nicht geringen Nachteilen für die Monarchie verbundenen Einwirkungen müßten aufhören, sobald wir uns überzeugt hätten, daß Bulgarien auf unsere Freundschaft keinen Wert lege oder gar — wenn auch nur indirekt — hostilen Aspirationen gegen uns Vorschub leiste. Die unmittelbare Folge unseres geänderten Verhaltens dürfte dann alsbald in einer weniger konzilianten Politik der bisher von uns beeinflußten Staaten und in einer wachsenden Intransigenz seiner Alliierten zum Ausdruck kommen. Wir gäben uns jedoch der sicheren Erwartung hin, daß Herr Geschoff durch eine eheste klare Antwort den sich uns aufdrängenden Zweifel zerstreuen werde, umsomehr, als ein weiteres Unterbleiben derselben uns über die Situation vollkommen aufklären müßte. Ich lege Wert darauf, daß sich Euer Hochgeboren dieses Auftrages womöglich noch vor Ankunft Herrn Danews und Herrn Theodoroffs in Sofia entledigen und ersuche Euer Hochgeboren, sich auch Herrn Dobrovitsch gegenüber in gleichem Sinne auszusprechen.

[a] Vgl. n. 7235, 7276, 7300, 7326, 7350, 7409. — [b] Mit Tel. Nr. 491, 2. Juni 1913 (eing. 3. Juni 11 U. a. m.), wurde aus Sofia ein scharfer Artikel des „Mir" gegen Serbien, mit Tel. Nr. 492 von selben Tage (eing. 3. Juni 8 U. a. m.), daß Geschow die Richtigkeit des Gerüchtes über seine Demission bestätigt, endlich mit Tel. Nr. 493, 3. Juni 1913 (eing. 3 U. 30 M. p. m.) eine Unterredung mit dem Stambulowistenführer Genadiew gemeldet, der eine Verständigung auf der Grundlage, daß Griechenland Saloniki ohne Hinterland oder bei bulgarischem Saloniki Gebiete westlich von Saloniki bis zur Linie Vodena—Florina erhalte, für möglich hielte. — [c] Mit Tel. Nr. 495, 3. Juni 1913 (eing. 4 U. 30 M. p. m.), wurde aus Sofia gemeldet, daß eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Alliierten in Saloniki stattfinde; sollten Verhandlungen erfolglos sein, würden weitere Verhandlungen unter Sazonows Leitung in St. Petersburg folgen.

Nr. 7266. Tel. aus Sofia, 3. Juni 1913 Nr. 498 (eing. 4. Juni 8 U. 50 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Seit meiner in meinem Telegramme Nr. 486 vom 2. d. Mts. geschilderten Unterredung mit rumänischem Gesandten hatten wir wiederholt freundschaftliche Gespräche. Herr Ghika sagte mir heute, er sei vollständig desillusioniert und glaube, daß jene günstigen Umstände, aus welchen Rumänien Kapital schlagen könnte, gar nicht eintreten werden. Offenbar sei man auch in Bukarest zur Erkenntnis gekommen, daß sich Entspannung zwischen Verbündeten vorbereite, da Ghika die ihm von Herrn Majoresco in Aussicht gestellten ergänzenden Instruktionen bis jetzt nicht erhalten. Rumänischer Kollege habe Besuch Herrn Geschoffs gehabt, der fast affektiert freundlichen Ton angeschlagen, die Bereitwilligkeit zur sofortigen Ernennung Kommission zur Durchführung an Ort und Stelle des Petersburger Protokolles betonte, sonst aber vermied, auch nur mit einem Worte künftiges rumänisch-bulgarisches Verhältnis zu streifen. Bezeichnend ist, daß Konseilspräsident Herrn Ghika gesagt hätte, er sei von Entrevue mit Herrn Pašić „enchantiert", während er mir — laut meines Telegrammes Nr. 490 von gestern — von seinem Pessimismus sprach. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7277, 7287.

Nr. 7267. Tel. aus Sofia, 3. Juni 1913 Nr. 500 (eing. 4. Juni 7 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 266 vom 3. d. Mts. betreffend Frage Demobilisierung türkischer Armee erhalten und Dobrovič entsprechend verständigt. Er dankte und bemerkte, daß Rußland Intention Pforte hier offenbar absichtlich falsch geschildert. Dobrovič sagte, er werde Herrn Geschoff von meiner Mitteilung sofort verständigen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7338.

Nr. 7268. Tel. aus Sofia, 3. Juni 1913 Nr. 501 (eing. 4. Juni 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Ich besprach heute Lage mit Herrn Dobrovič. Die Entrevue zwischen Herrn Pašić und Herrn Geschoff habe zwar in merito — sagte Dobrovič — kein positives Resultat, immerhin aber eine günstige Wendung in Situation gebracht. Von Aufteilung eroberter Gebiete und von Frage der Revision des Vertrages hätten Geschoff und Pašić gar nicht gesprochen, der ganze Ton des serbischen Ministerpräsidenten sei aber unendlich konziliant gewesen, was Annahme gestattet, daß Serben — offenbar unter Pression Russlands — sich endlich eines Besseren besinnen wollen und sich nachgiebig zeigen würden, wofür man übrigens in der heute eingelangten Nachricht, daß serbische Truppen Monastir geräumt, Beweis hätte. Die Ministerpräsidenten der verbündeten Staaten werden sich, meinte Dobrovič, in ungefähr acht Tagen in Salonik versammeln und der Handel werde beginnen; wenn resultatlos, werde Russland zwischen Serbien und Bulgarien Schiedsrichteramt üben. Auf meine bezüglichen Fragen antwortend, sagte weiter Mitredner, daß Russland nur über strittige Zone entscheiden werde und bezüglich der übrigen Gebiete sich Serbien und Bulgarien direkt verständigen werden. Serbien dürfte Prilep und Veles verlangen, werde aber allmählich

nachgeben, da Bulgarien außer auf strittige Zone auf nichts verzichten werde. Für Differenzen zwischen Griechenland und Bulgarien sei keine Arbitrage vorgesehen und würden dieselben direkt geregelt werden müssen. Heute seien Forderungen der Griechen exorbitant, könnten aber[b]) ernst genommen werden. Entweder werden Griechen Salonik herausgeben und bekämen dafür Gebiete von Vodena, Florina und Kailar oder, falls Griechenland Salonik behalten werde, müßte es sich mit einem schmalen Streifen Landes begnügen und sonstiges Hinterland mit den vorerwähnten Gebieten Bulgarien abtreten. Es dürfte zu dieser letzteren Lösung kommen, — bemerkte Dobrovič — da Griechen Salonik nicht aufgeben dürften. Auf gemeinsame Grenze würden Serben und Griechen selbstredend zu verzichten haben. Bezüglich Möglichkeit Krieges äußerte sich Dobrovič dahin, daß er vor einigen Tagen noch Konflikt für unvermeidlich gehalten, nunmehr aber, Überraschungen ausgenommen, auf friedliche Lösung hoffen zu können glaube. Über eventuelle Demobilisierung sprach sich Mitredner so wie gestern Herr Geschoff aus (mein Telegramm Nr. 490 von gestern). Er bemerkte außerdem, daß — nachdem Regelung aller territorialen Fragen vermutlich sehr lange dauern werde — man sich über Demobilisierung der Hälfte oder drei Viertel der Armeen allmählich einigen dürfte. Ohne Stimmung in Belgrad und Athen zu kennen, bin ich nicht in der Lage zu beurteilen, inwiefern vorgeschilderte, so ungemein zuversichtliche Sprache Herrn Dobrovič' gerechtfertigt. Sollte sich wirklich die Krise in der Weise, wie dies Dobrovič erwartet, das heißt zur Zufriedenheit Bulgariens und so gut wie zum allgemeinen Wohlgefallen der Verbündeten lösen, so wäre das eben jene Lösung, die ich von unserem Standpunkte perhorresziere. Ob Krieg oder Kompromiß, nur keine Befriedigung Bulgariens hätte ich gewünscht. Ein, dank dem durch Einflußnahme Russlands hervorgerufenen Einlenken Serbiens zustande gekommenes Kompromiß schien mir stets ungünstigste Lösung. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 302 Nr. 583. — [b]) Hier fehlt wohl „nicht".

Nr. 7269. Bericht aus Belgrad, 4. Juni 1913 Nr. 117 recte 118 (eing. 6. Juni). Ausfert.

Auftraggemäß[a]) habe ich heute Herrn Pašić mitgeteilt, dass die Ausführungen seiner am 28. v. M. gehaltenen Rede[b]) über die auswärtige Politik Serbiens bei uns einen sehr ungünstigen Eindruck hervorgerufen haben, und habe die in denselben enthaltenen Unrichtigkeiten releviert. Seine Rede habe bei uns den Eindruck hervorrufen müssen, dass Serbien für Alles, was es im Kriege nicht habe erlangen können, ausschliesslich die Monarchie verantwortlich machen wolle. Die Rede wurde in Wien vielfach so gedeutet, als ob durch dieselbe die Gegnerschaft des serbischen Volkes von Bulgarien auf die Monarchie abgelenkt werden sollte; jedenfalls wurde durch dieselbe im serbischen Volke Stimmung gegen Österreich-Ungarn gemacht, was doch im Widerspruch steht mit der Versicherung, die Herr Pašić mir und Herr Jovanović in Wien bei jeder Gelegenheit abgeben. Dies habe in Wien sehr überrascht und einen unangenehmen Eindruck hervorgerufen. Der Herr Ministerpräsident müsse wissen, dass wir weder

eine Neutralitätserklärung abgegeben noch das Prinzip unseres territorialen Desinteressements offiziell ausgesprochen haben. Nichtsdestoweniger haben wir strenge Neutralität beobachtet und haben selbst den Anschein von territorialen Expansionsgelüsten sorgfältigst gemieden und haben den serbischen Interessen — soweit diese mit den unseren nicht collidiert haben — in weitgehendem Masse Berücksichtigung zu Teil werden lassen. Bei der Abgrenzung des autonomen Albaniens haben wir sogar grosses Entgegenkommen gezeigt und den Wünschen, welche der Herr Ministerpräsident betreffend Prizren, Djakova, Dibra etc. mir bekannt gegeben und die ich nicht ermangelt habe weiterzuleiten, schliesslich Rechnung getragen; dabei sind Gebiete, die ethnographisch gewiss eher zu Albanien gehören sollten, Serbien zuerkannt worden und auch das wirtschaftliche Princip — das im Exposé angeführt wurde — hätte vielfach eher für die Zuteilung einzelner Ortschaften zum albanischen Gebiet wie für die Ausscheidung aus demselben gesprochen. Uns lag es aber nicht daran uns Serbien gegenüber intransigent zu zeigen und wir haben auch Beweise davon gegeben. Wir hätten also wohl erwarten können, dass gerade bei dieser Gelegenheit der Herr Ministerpräsident eine andere Sprache führen werde. Herr Pašić unterbrach mich wiederholt während meiner Ausführungen, indem er sein lebhaftes Bedauern ausdrückte, dass unsererseits seine Worte in diesem Sinne aufgefasst worden seien. Er habe dies zu seinem Leidwesen schon unserer Presse entnommen und bedauere es noch mehr, dies auch von mir zu hören. Er könne mich nur neuerlich versichern, dass er das ernsteste Bestreben habe, mit der Monarchie freundschaftliche und andauernd wirklich gute Beziehungen zu unterhalten, und dass seine Herrn Jovanović gegebenen Instruktionen auch in diesem Sinne lauten. Er habe aber bei seiner Rede gar nicht vermutet, dass dieselbe in Wien anders ausgelegt werden könne. Er gebe mir die feierliche Versicherung, dass er gegen uns nicht habe aggressiv werden wollen. Zweck der Rede sei gewesen, die serbische Politik während des Krieges vor der Skupština zu rechtfertigen und den Beweis zu erbringen, dass Serbien gezwungen gewesen sei, auf die adriatische Küste zu verzichten, da ein weiterer Widerstand geradezu zu unberechenbaren Complicationen geführt hätte. Er habe in der albanesischen Frage ganz ausdrücklich gesagt, dass Italien den gleichen Standpunkt eingenommen habe wie Österreich-Ungarn, was ich zwar zugeben musste, aber gleichzeitig bemerkt habe, dass die Erwähnung Italiens eher nur incidentaliter erfolgte und das Hauptgewicht doch auf unseren Widerstand gelegt wurde, was Herr Pašić zugeben wollte. Er sagte, dass er bei der ganzen Rede in erster Linie auf die innerpolitische Lage habe Rücksicht nehmen müssen; er habe aber die öffentliche Meinung beruhigen und bestimmt nicht gegen uns aufreizen wollen. Er behauptet auch, dass er sein Ziel erreicht habe und will wissen, dass seit seiner Rede in der Beurteilung des Verhältnisses zur Monarchie eine besonnenere Ernüchterung Platz gegriffen habe. Herr Pašić erklärte auch, dass der Passus „eines Adriahafens auf eigenem Territorium“ in den ausländischen Depeschen unrichtig wiedergegeben worden sei. Er habe ausdrücklich — dies entspricht auch der Wahrheit — nur von einem Hafen auf unserem Territorium gesprochen

und sei hiezu ermächtigt gewesen, da ich am 10. November v. J. erklärt habe, dass Serbien eventuell unsere bosnische Transversalbahn und einen unserer Häfen als Debouché benützen könne. Er habe auch nichts anderes gemeint und tatsächlich auch nur dies gesagt. Als ich aber auf seine Bemerkung bezüglich des Angebotes des rechten Vardar-Ufers bis Salonik hinwies, sagte er, dass er diesbezüglich schon durch meine Kollegen interpelliert worden sei, ihnen aber die Erklärung abgegeben habe, dass er sich hierüber nicht äussern könne. (Tatsächlich hat er dem englischen Gesandten und dem italienischen Geschäftsträger in diesem Sinne geantwortet). Mir aber mache er kein Geheimnis, dass er dabei uns und die deutsche Regierung gemeint habe, welch letztere sich diesbezüglich „in viel präziserer Form geäussert hätte". Daraufhin habe ich ihm energisch vorgehalten, dass er meine Äusserung nie als ein Angebot habe auffassen können. Ich habe ihm lediglich erklärt, dass, wenn Serbien einen eigenen Hafen wünsche, so könne es einen solchen am Ägeischen Meere erwerben; wir würden dagegen keine Schwierigkeiten erheben, nur müsste es sich diesbezüglich mit seinen Verbündeten auseinandersetzen. Es war weder von einer Kompensation für die Adria-Küste, noch vom Vardar-Ufer und Salonik die Rede. Herr Pašić gab dies auch zu und sagte, dass meine Worte gewiss kein Angebot enthalten haben, aber er glaubte ihnen im Zusammenhang mit der Démarche meines deutschen Kollegen doch einen analogen Sinn entnehmen zu können. Worauf ich erwiderte, dass er aber bestimmt nicht das Recht hatte, unter solchen Umständen von einem Angebot zu sprechen. Er erklärte, dass seine Worte auch nicht ganz richtig verstanden worden seien; es lag ihm fern, das Moment des gemachten und nicht angenommenen Vorschlages zu betonen, er wollte nur die Bundestreue Serbiens nachdrücklichst unterstreichen und hinweisen, welch' Unterschied in dieser Beziehung zwischen dem Vorgehen der bulgarischen und der serbischen Regierung bestehe. Es tue ihm aufrichtig leid, wenn seine Worte bei uns anders ausgelegt worden sind. Es liege ihm fern, sich auf ein Angebot oder auf ein Versprechen berufen zu wollen, und bestehe gerade deshalb offiziell allen Anfragen gegenüber auf dem Standpunkte, dass er nicht erklären könne, von welcher Seite die Frage aufgeworfen worden ist. Als ihn heute Baron Griesinger seiner Seits über die Frage interpelliert hat und ihm sagte, dass weder er noch ich ihm ein analoges Angebot gemacht haben, antwortete Herr Pašić: „Es ist richtig, ein Angebot ist nicht gemacht worden, aber sehr starke Andeutungen", und als Baron Griesinger fragte, „von wem", antwortete er „fragen Sie nur in Berlin nach"; er gab sich den Anschein, als ob die deutsche Reichsregierung weitergehende Zusagen gemacht hätte. Baron Griesinger hatte den Eindruck, dass er sich überhaupt auf kein Angebot berufen könne, und dass er nur die ihm im November des Vorjahres hier und in Berlin gemachten Eröffnungen in einer wenig skrupulösen Art für seine Zwecke ausgelegt habe. Am Schlusse unserer Unterredung drückte Herr Pašić nochmals sein Bedauern darüber aus, dass sein Exposé eine ungünstige Aufnahme in Wien gefunden habe; jedenfalls wäre dies nicht in seiner Absicht gelegen und würde dies seiner Politik nicht entsprechen. Ugron.

[a]) Vgl. n. 7192, 7219, 7255. — [b]) Polit. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 200 ff.

Nr. 7270. Tel. aus Bukarest, 4. Juni 1913 Nr. 141 (eing. 5. Juni 1 U. 50 M. a. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 230, betreffend rumänisch-bulgarischen Streitfall. Herr Majoresco hat nie ein ähnliches Ansuchen wie an italienischen Gesandten an mich gerichtet. Glaube auch, dass Angelegenheit durch gestrige Mitteilung (hieramtliches Telegramm Nr. 140 vom 3. d. M.) Ministers des Aeussern über baldige Ernennung von Kommissionen in entsprechender Weise in die Wege geleitet ist. K. E. Fürstenberg

Nr. 7271. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 4. Juni 1913 Nr. 275 (eing. 10 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Ich habe gestern Gelegenheit gehabt, mich im Sinne hohen Telegrammes von gestern Nr. 264 Mahmud Schefket Pascha gegenüber auszusprechen. Grossvezier wiederholte, er sei entschlossen, bei einem eventuellen Konflikt zwischen den Balkanstaaten neutral zu bleiben. Auf meine Frage, ob er Neutralität unter allen Umständen zu bewahren beabsichtige, sagte mir Mahmud Schefket Pascha, dass dies von der Entwicklung der Dinge auf dem Balkan abhängen werde, da die Türkei auch heute noch grosses Interesse an demselben habe. Er dachte hiebei offenbar an das zukünftige Schicksal Konstantinopels; es liegt ihm jedoch ferne, wie ich seinen Äusserungen entnehme, eine Änderung der jetzigen territorialen Umwälzungen auf der Balkanhalbinsel irgend wie anzustreben. Grossvezier ist sich darüber klar, dass die Türkei an einem starken Bulgarien Interesse hätte, er glaubt jedoch, dass dies nicht so weit gehen dürfe, dass Serbien und Griechenland in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Bulgarien kämen, da dann Besitz Konstantinopels gefährdet werden könnte. Dies wäre seiner Ansicht nach der Fall, wenn sowohl Monastir als auch Salonik unter bulgarische Herrschaft gerieten. Im Laufe des Gespräches betonte Grossvezier wiederholt, Interessen Österreich-Ungarns und der Türkei seien jetzt ...[a] identisch. Er ist daher Euer Exzellenz für die in obiger Mitteilung erhaltene Äusserung dankbar. Auch bei diesem Anlasse sagte mir Grossvezier, dass die Türkei vorläufig nicht demobilisieren könne. Pallavicini.

[a] Chiffre verstümmelt.

Nr. 7272. Tel. nach London, 4. Juni 1913 Nr. 448 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Macchio).

Der hiesige türkische Botschafter hat mir heute mittels Verbalnote mitgeteilt, daß die griechische Regierung auf Mytilene Rekruten aushebe und sie zur Armee nach Salonik sende. Da die den Mächten vorbehaltene Entscheidung über das Schicksal der Inseln noch nicht erfolgt und Mytilene von Griechenland bloß okkupiert sei, entbehre das Vorgehen der griechischen Behörden jeder rechtlichen Grundlage. Die Pforte stelle daher das Ersuchen, die k. und k. Regierung möge in Athen darauf hinwirken, daß jene Maßregel rückgängig gemacht werde. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information. Sollte das türkische Ansuchen, mit dem sich die Pforte offenbar auch an die anderen Mächte gewendet hat, in der Réunion von anderer

Seite zur Sprache gebracht und eine Demarche in Athen proponiert werden, so wollen Euer Exzellenz, ohne zu sehr in den Vordergrund zu treten, einem solchen Vorschlag zustimmen. Berchtold

Nr. 7273. Tel. aus London, 4. Juni 1913 Nr. 441 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Der bulgarische Gesandte sagte mir, König Ferdinand lege das allergrößte Gewicht auf den Besitz der Insel Samothrake und er fragte mich, ob ich diesen Wunsch unterstützen würde. Ich antwortete im allgemeinen, daß wir bulgarische Wünsche stets nach Möglichkeit unterstützen; bei der letzten Reunion wurde dieser Wunsch Bulgariens von Marquis Imperiali erwähnt, fand aber außer bei mir wenig Anklang. Auch deutscher Botschafter schien durchaus nicht geneigt, dieses Projekt sympathisch aufzunehmen. Ich bitte um Weisung, wie ich mich bezüglich dieses bulgarischen Wunsches zu stellen habe. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7278.

Nr. 7274. Tel. aus London, 4. Juni 1913 Nr. 442 (eing. 5. Juni 4 U. a. m.).[a] Entziff.

Bevor ich Kenntnis von Euer Exzellenz Telegramm Nr. 446 von heute hatte, kam Marquis Imperiali, um mit mir den russischen Antrag zu besprechen, bei der Grenzabsteckung das Ostufer des Skutarisees von Vraka bis Litscheni Hotit an Montenegro zuzuweisen. Auf Grund einer Äußerung Sektionschefs Ippen brachte ich Marquis Imperiali folgende Argumente vor, die ein solches Arrangement unannehmbar machen: 1. Die geringe Entfernung von Vraka nach Skutari, wodurch letzteres gefährdet wäre. 2. Durch die proponierte Zession wäre für die Berggebiete der Zugang nach Skutari durch montenegrinisches Gebiet blokiert; auch Wanderung der Malissoren zwischen Sommer- und Winterweiden wäre behindert. 3. Das Gebiet, dessen Zession proponiert wird, begreift Stamm Kastrati und Gemeinde Koplik, ersterer vorwiegend katholisch, letztere mohammedanisch, zusammen 5000 Einwohner mit 170 Quadratkilometer Gebiet; dieselben sollen der Rücksicht auf 700 orthodoxe Serben mit 25 Quadratkilometer Gemeindegebiet in Vraka geopfert werden. 4. Kastrati und Koplik können keine Weidegründe für Hoti abgeben, da jeder Fleck Boden Privateigentum und kultiviert ist. Hoti hat übrigens Weide in Ebene von Tusi und am Tzem. — Nach Dechiffrierung des Telegrammes Nr. 446 habe ich italienischem Kollegen auch Kenntnis von Euer Exzellenz Antwort an Herzog Avarna gegeben. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7295 Anm. b.

Nr. 7275. Tel. aus London, 4. Juni 1913 Nr. 443 (eing. 5. Juni 7 U. a. m.).[a] Entziff.

In Ergänzung meines Telegrammes Nr. 439 vom 31. v. M. betreffend Einsetzung einer Subkommission. Tyrrell hat sowohl Marquis Imperiali wie mir wieder von der Nützlichkeit der Einsetzung eines Subkomités für

Ausarbeitung der Südgrenzen, der Inselfrage und des Statuts für Albanien gesprochen, und mein italienischer Kollege hat darüber nach Rom gemeldet. Die Idee, welche dabei Sir E. Grey vorschwebt, ist die der Vereinfachung und Beschleunigung der Prozedur. (Die englische Gewohnheit in Parlaments- und anderen Fragen über Schwierigkeiten durch Subkomités hinwegzukommen, welche Verständigung vorbereiten und ermöglichen.) Bei Diskussionen technischer Natur hat unsere Botschafterréunion bis jetzt sich nie bewährt. Einige Fachleute um einen Tisch würden manche Divergenzen vielleicht rascher in Einklang bringen können als wir es zu tun vermöchten. Da wir den Vorteil hätten, hiebei durch eine Autorität wie Sektionschef Ippen vertreten zu sein, schiene es mir von unserem Standpunkte opportun. Tyrrell erwähnte auch, ein derartiges Subkomité könnte französischem Botschafter — der sich bekanntlich sehr für Griechenland exponiert hat — als eine Brücke dienen, um einen würdigen Rückzug anzutreten. Ohne mir Illusionen darüber zu machen, daß diese Subkommission Wunder wirken kann, glaube ich doch unvorgreiflich, daß es gewiß nicht schaden, wahrscheinlich nützen und die Arbeit beschleunigen könnte. Gewisse Fragen könnten mehr geschäftsmäßig ohne politischen Vorbehalt durchgesprochen werden. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7303.

Nr. 7276. Tel. aus Sofia, 4. Juni 1913 Nr. 504 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 503[b]) von heute. Habe Herrn Geschoff soeben gesehen und ihm Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 268 von heute auftraggemäss bekanntgegeben. Konseilspräsident sagte, dass es eine sehr wichtige Mitteilung sei und ersuchte, sie ihm für König, Ministerrat und Herrn Danew, der morgen zurückkehrt, schriftlich zu geben, was ich höflich verweigerte mit dem Bemerken, dass ich selbe Eröffnung auch Herrn Dobrovič machen werde, der sie König berichten könnte, und was Ministerrat anbelangt, so werde sich Herr Geschoff den sehr einfachen Gedankengang merken und ihn seinen Kollegen auswendig wiedergeben können. Über Ersuchen Herrn Geschoffs wiederholte ich Mitteilung, worauf er einige Bemerkungen machte, wie unter anderem, dass unser Misstrauen unbegründet, „Mir"-Artikel nichts bedeute, dass die Gründe, die bulgarischer Regierung bis jetzt Reserve auferlegten, fortbestehen, dass Verhandlungen mit Serbien und Griechenland erst beginnen würden und wir doch keine Absicht hätten, sie zu verhindern und Krieg hervorzurufen. Bevor ich mit einigen sich mir aufdrängenden, nicht misszuverstehenden Gegenbemerkungen darauf reagierte, betonte ich, dass ich nicht mehr offiziell, sondern „ganz persönlich" spreche. Des weiteren fragte Konseilspräsident, ob ich glaubte, dass wenn Bulgarien gewünschte Erklärung abgeben würde, Monarchie sich verpflichten möchte, Serbien Krieg unmöglich zu machen. Ich antwortete, dass nicht ermächtigt, Frage zu beantworten, hätte aber Herrn Geschoff wiederholt offiziell versichert, dass wir friedliche Regelung wünschen, und Konseilspräsident hätte sich schon längst davon überzeugen sollen, dass Politik Euer Exzellenz Bulgarien gegenüber aufrichtig, und auch jetzt noch schiene Euer Exzellenz Herrn Geschoff Gelegenheit geben zu

wollen, uns weiterhin für Bulgarien wohlwollende Politik, die wir auf ganzer Linie geführt hätten, zu ermöglichen. Wir hätten unrecht — meinte Herr Geschoff — Erklärung sofort zu verlangen und nicht Abwicklung aller Fragen in London, Paris und zwischen Verbündeten abzuwarten. Ich fragte nur, ob dies Herrn Geschoffs Antwort auf offizielle Erklärung. Er ersuchte, Euer Exzellenz anzuzeigen, dass er sich Sache überlegen, sie mit Herrn Danew erwägen und mir dann vermutlich in einigen Tagen antworten würde. Herr Dobrovič ist seit heute morgens nicht in Sofia, seine Frau sagte mir, er dürfte mit König Ferdinand am Land weilen und wird übermorgen zurückkehren. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7315. — [b]) Mit Tel. Nr. 503, 4. Juni 1913 (eing. 6 U. 40 M. p. m.) wurde aus Sofia Empfang von n. 7265 bestätigt und gemeldet, daß Ministerpräsident den Gesandten bisher noch nicht empfangen konnte.

Nr. 7277. Tel. aus Sofia, 4. Juni 1913 Nr. 507 (eing. 5. Juni 5 U. 40 M. a. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 267 vom 3. d. M. erhalten. Erbitte Weisung, ob mit Rücksicht auf Erklärung, die Herr Geschoff dem rumänischen Gesandten über Bereitwilligkeit bulgarischer Regierung zur sofortigen Durchführung Petersburger Protokolles abgegeben (drittes Alinea[b]) meines Telegrammes Nr. 498 vom 4. d. M.), mir mit eingangs bezogenem hohen Telegramme erteilten Auftrag ausführen soll. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7287. — [b]) Drittes Alinea von n. 7266 reicht von „Rumänischer Kollege habe“ bis „Verhältnis zu streifen“.

Tel. nach Bukarest, 5. Juni 1913 Nr. 231 (chiffr. 9 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 7287.

Nr. 7278. Tel. nach London Nr. 450 (1) und Sofia Nr. 273 (2), 5. Juni 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Nemes u. Berchtold; G. Berchtold).

1. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 441 vom 4. d. M. erhalten. Ich bin mit der Sprache Euer Exzellenz dem bulgarischen Gesandten gegenüber ganz einverstanden. Sollte er auf den Gegenstand nochmals zurückkommen, wollen Euer Exzellenz bemerken, Sie hätten kürzlich den Auftrag erhalten, falls die Zuweisung von Samothrake an Bulgarien in der Botschafterréunion von anderer Seite angeregt würde, sich darauf zu beschränken, einer solchen Proposition nicht entgegenzutreten. Euer Exzellenz wollen sich auch tatsächlich in dieser Frage bis auf weiteres durchaus passiv verhalten.

2. Graf Mensdorff telegraphiert mir unterm 4. d. M. wie folgt: ... *wie n. 7273 vom Anfang bis „sympathisch aufzunehmen“*. .. Ich weise Grafen Mensdorff an, sich in dieser Frage bis auf weiteres ganz passiv zu verhalten. Sollte Herr Geschoff oder Herr Dobrovič Ihnen gegenüber auf die Angelegenheit zu sprechen kommen oder sich sonst eine Euer Hochgeboren geeignet erscheinende Gelegenheit darbieten, so können Euer Hochgeboren von dem Vorstehenden Mitteilung machen und von sich aus bemerken,

unsere kühlere Haltung gegenüber den bulgarischen Wünschen sei wohl nur eine Folge des ungünstigen Eindruckes, den das Verhalten des Herrn Konseilspräsidenten in letzter Zeit in Wien hervorgerufen hat. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 304 Nr. 590. Vgl. n. 7522.

Nr. 7279. Tel. aus London, 5. Juni 1913 Nr. 444 (eing. 6. Juni 1 U. a. m.).a) Entziff.

Réunion d'aujourd'hui, statut albanais: „Sans envisager dès-à-présent l'établissement d'un régime définitif en Albanie la réunion pense qu'il y aurait lieu de procéder à l'institution d'une commission internationale de contrôle composée de délégués de chacune des Grandes Puissances avec l'adjonction d'un élément albanais. Cette commission procéderait sur place à l'étude d'une organisation progressive du pays et prendrait les mesures nécessaires au maintien de l'ordre. La première de ces mesures devrait être la constitution d'une gendarmerie instruite et commandée par des officiers européens empruntés à une Puissance neutre à l'exclusion des six Grandes Puissances, des Etats balkaniques et de ceux qui ont des intérêts directs dans la région des Balkans." Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 303 Nr. 587. Vgl. n. 7289, 7291, 7296, 7302.

Nr. 7280. Tel. aus London, 5. Juni 1913 Nr. 445 (eing. 6. Juni 1 U. a. m.).a) Entziff.

Réunion d'aujourd'hui, statut albanais. Sir E. Grey fait observer qu'en attendant l'établissement d'un régime définitif, il est difficile de concevoir un gouvernement provisoire dépourvu d'un agent d'exécution, il suggère la désignation d'un délégué spécial chargé d'exécution des mesures prises par la commission de contrôle. Les ambassadeurs de France et de Russie se rallient à cette idée. Les ambassadeurs d'Autriche-Hongrie et d'Italie ne peuvent se prononcer car ils attendent la réponse de leurs gouvernements respectifs aux observations présentées par l'ambassadeur de France dans une réunion antérieure. Le Prince Lichnowsky adhère à la suggestion de Sir E. Grey en exprimant l'opinion que l'organisation définitive devra comporter la nomination d'un Prince. La réunion pense qu'il convient d'attirer l'attention des gouvernements sur la nécessité d'aviser dès le début aux moyens financiers indispensables pour assurer les services du contrôle international et de la gendarmerie. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 303 Nr. 588. Vgl. n. 7289, 7291, 7296, 7360.

Nr. 7281. Tel. aus London, 5. Juni 1913 Nr. 447 (eing. 6. Juni 5 U. a. m.).a) Entziff.

Grenzabsteckungskommission für Albanien. Auf mein Befragen teilte uns Sir E. Grey in der Réunion mit, daß er das Kriegsministerium aufgefordert hat, einen Offizier zu designieren für die Kommission zur Delimitation der Nord- und Nordostgrenze Albaniens. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 304 Nr. 589. Vgl. n. 7196.

Nr. 7282. Tel. aus London, 5. Juni 1913 Nr. 448 (eing. 6. Juni 2 U. a. m.).[a] Entziff.

Réunion d'aujourd'hui. Sur la proposition de l'ambassadeur de Russie la réunion pense qu'il y a lieu d'inviter les belligérants à réduire immédiatement leurs effectifs de guerre. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7297.

Tel. nach Rom, 5. Juni 1913 Nr. 574 (chiffr. 9 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 7287.

Nr. 7283. Tel. aus Rom, 5. Juni 1913 Nr. 335 (eing. 6. Juni 5 U. a. m.).[a] Entziff.

Pinduswalachen. Auf die Mitteilung des Inhaltes hohen Telegrammes Nr. 565 vom 3. d. M. erwiderte Minister des Äußern, Herr Majoresco wolle seinen Verzicht vielleicht nicht offen eingestehen, es stehe aber nach seinen Informationen außer Zweifel, dass die rumänische Regierung an diesem Petite nicht mehr festhalte, falls Autonomie der Kutzowalachen garantiert und gewisse zwischen Rumänien und Griechenland strittige Fragen bereinigt würden. Mérey.

[a] Vgl. n. 7233, 7288, 7325.

Nr. 7284. Bericht aus Rom, 5. Juni 1913 Nr. 37 A (eing. 7. Juni).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Ich habe unlängst Gelegenheit gehabt, dem Minister des Aueßern grosso modo und in streng vertraulicher Weise die Grundzüge des hohen Erlasses vom 2. v. M. Nr. 2001[b] mitzuteilen, mit welchem Euer Excellenz dem k. u. k. Botschafter in Berlin mit einer eingehenden Aussprache mit den deutschen Staatsmännern über gewisse prinzipielle Verschiedenheiten zwischen unserer Auffassung und jener des Berliner Kabinettes über die einzuschlagende Balkanpolitik betraut haben. Marchese di San Giuliano wandte diesen Ausführungen, deren wesentlicher Inhalt ihm indessen geläufig zu sein schien, sein besonderes Interesse zu. Hinsichtlich zweier hauptsächlicher Punkte, der Haltung gegenüber Rumänien und gegenüber Bulgarien, erklärte er, auch seinerseits sich der Auffassung Euerer Excellenz, welche sich als die Fortsetzung der schon seit längerer Zeit von uns befolgten Politik darstelle, anzuschließen. Die deutsche Tendenz, Griechenland zu begünstigen, halte er für unrichtig, zum mindesten schon aus dem Grunde, weil — wie sich in dem ganzen Verlaufe der Balkankrise zeige — Griechenland vorläufig und wohl auch in der Zukunft vollständig zur Triple-Entente hinneige. Gegen diese politischen, militärischen und finanziellen Bande würden auch eventuelle deutsche Sympathien des neuen Königs nicht aufkommen. Allerdings scheine es, dass die deutsche Regierung mittlerweile von ihrer Grecofilie etwas abgekommen sei. Bulgarien bilde aber das stärkste Element auf dem Balkan und werde sich auch voraussichtlich von seiner dermaligen Erschöpfung rasch erholen. Ein für die Zukunft nicht ganz unbedenklicher Punkt sei die Lösung des rumänisch-bulgarischen Konfliktes, welche keinen Teil recht befriedigt

und einen Bodensatz von rancune zwischen den beiden Staaten zurückgelassen habe. Nicht ganz zustimmend lauteten die Bemerkungen des Ministers des Aeussern zu dem Standpunkte Euerer Excellenz gegenüber Serbien. Wir hätten schon seit einiger Zeit und insbesondere in der jetzigen Krise über unsere berechtigten Forderungen hinaus Serbien drangsaliert, bedroht, wirtschaftlich eingeschnürt und ihm unsere Feindschaft in allen Tonarten gezeigt. Da sei es kein Wunder, wenn jenseits der Save eine solche Gehässigkeit gegen uns platzgreife. Je mehr wir in diesem Drucke fortfahren würden, desto stärker werde naturgemäß der Hass Serbiens gegen uns werden. In ökonomischer Beziehung sei Serbien auf die Monarchie angewiesen gewesen, wir haben ihm aber die Grenze gesperrt, Zollkriege mit ihm geführt und es so nicht nur irritiert, sondern gezwungen, anderwärts Beziehungen anzuknüpfen. Ich versuchte, dem Minister auseinanderzusetzen, dass er bei der Beurteilung unseres Verhältnisses zu Serbien Ursache und Wirkung, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, zu verwechseln scheine. Schließlich fragte mich Marchese di San Giuliano, ob mir bezüglich der Aufnahme unserer Ausführungen in Berlin sowie hinsichtlich der einschlägigen persönlichen Besprechungen Euerer Excellenz mit dem deutschen Staatssekretär des Aeussern etwas bekannt sei. Ich mußte diese Frage verneinen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7506, 7605. — [b]) n. 6862.

Nr. 7285. Bericht aus Rom, 5. Juni 1913 Nr. 37 D (eing. 7. Juni).[a]) *Ausfert.*

Schon vor der Einbringung des von uns und Italien ausgearbeiteten Entwurfes des albanesischen Statuts in der Londoner Botschafter-Réunion bemerkte der Minister des Aeussern wiederholt gesprächsweise, er mache sich keine Illusion darüber, dass dieser Entwurf in vielen Punkten einer scharfen Opposition seitens der Entente-Mächte begegnen und voraussichtlich vor seiner Annahme grundlegende Veränderungen erleiden werde. Die anlässlich der Skutari-Frage aufgetauchte Eventualität einer Action Österreich-Ungarns und Italiens in Albanien habe der Triple-Entente zu denken gegeben und seither sei das Bestreben derselben, allen albanesischen Angelegenheiten einen europäischen Charakter zu geben, wesentlich intensiver geworden. Auch anlässlich der Verhandlungen über den § 7 des Statuts sowie über die Aufrechterhaltung der Kapitulationen gab mir Marchese di San Giuliano zu wiederholten Malen zu verstehen, es scheine ihm, als teilten wir das Fell des nicht erlegten Bären und er frage sich, ob es eigentlich praktisch sei, künstlich Formeln auszuhecken, welche für uns oder allenfalls für uns und Italien vorteilhaft wären, aber schon gerade deshalb keine Aussicht hätten, von den anderen Mächten angenommen zu werden. Auf jeden Fall sah der Minister einer langen und mühevollen Verhandlung unseres Statut-Entwurfes mit von unserem Standpunkte zweifelhaftem Erfolge entgegen. Vorläufig hat der tatsächliche Verlauf der bisherigen einschlägigen Beratungen die Befürchtungen des Marchese di San Giuliano noch übertroffen, indem unser Entwurf bei Seite geschoben und von dem französischen Botschafter ein Vorschlag

eingebracht wurde, welcher beinahe hinsichtlich aller Punkte den unseren entgegengesetzte Tendenzen verrät. Die in dem hohen Erlasse vom 29. v. M. Nr. 2526 enthaltene Kritik des Vorschlages Herrn Cambons habe ich vorgestern dem Minister des Aeussern in schriftlicher Form übergeben. Er scheint in mancher Hinsicht unsere Ansicht zu teilen und stellte mir eine ausführliche Antwort in Aussicht. Im Ganzen habe ich den Eindruck, dass seine Beurteilung des Cambonschen Entwurfes um Einiges weniger ungünstig ausfallen dürfte als die unsere, teils weil er bekanntlich für einige der in diesem Elaborat niedergelegten Punkte (Oberkommissär, Ausschluss europäischer Verwaltungsmethoden etc.) selbst eingenommen ist, teils weil er überhaupt bezüglich der Zukunft Albaniens und der unser dort harrenden Schwierigkeiten vielleicht noch etwas pessimistischer urteilt als wir, teils endlich weil er, wie oben ausgeführt, mit einer oppositionellen Stellungnahme der Triple-Entente gerechnet hat und eine völlige Überwindung derselben nicht für möglich hält. Endlich mag hiebei auch die seit Beginn der Balkankrise hier bemerkbare, von mir wiederholt signalisierte Tendenz mitwirken, lieber die Unbequemlichkeiten einer europäischen Kontrolle über Albanien über sich ergehen als es auf ein tête-à-tête mit uns ankommen zu lassen. Die ursprüngliche Abneigung gegen diese letztere Eventualität hat sich seither durch manche Erscheinungen, wie unser Festhalten an dem Kultus-Protektorate[1], den Triester Albanesen-Kongress[2], unser Eintreten für streng katholische Kandidaten[3] auf den Thron Albaniens, unser Vorgehen bezüglich der albanesischen Transversalbahnen[4] und so weiter, noch einigermassen verstärkt. Mérey.

[1] Theorie. — [2] Ohne unser Zuthun. — [3] Wied? — [4] Volle Parität.
[a] Vgl. n. 7607.

Nr. 7286. Bericht aus Rom, 5. Juni 1913 Nr. 37 E (eing. 7. Juni).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. In zwei längeren Unterredungen, zwischen welchen eine Rücksprache des Marchese di San Giuliano mit Herrn Giolitti lag, habe ich mich dem Minister des Äussern gegenüber im Sinne des hohen Telegrammes vom 31. v. M. Nr. 553 über die Frage der Wahl des künftigen albanesischen Staatsoberhauptes ausgesprochen. Hiebei konnte ich zunächst konstatieren, dass die hiesige Regierung keinen Kandidaten namhaft zu machen in der Lage ist. Flüchtig erwähnte der Minister, insoweit es sich um die persönlichen Eigenschaften handle, schiene ihm allenfalls der Prinz Louis Napoléon der einzige genügend ernste und energische Mann zu sein. Er fügte aber sofort bei, dass derselbe — wenn auch vielleicht mit Unrecht — infolge seiner langen Dienstleistung in der russischen Armee als russischer Parteigänger gelten würde. Ferner erwähnte er, Sureya Bey Vlora habe im Gespräche mit ihm die Wahl eines englischen Prinzen angeregt, ohne jedoch einen bestimmten zu bezeichnen. Dem Marchese di San Giuliano schien diese Idee zu gefallen, wenigstens bemerkte er, Engländer hätten im Allgemeinen das Zeug, sich in unzivilisierten Ländern zu bewähren und ein englischer Prinz würde überdies als Fürst von Albanien die wünschenswerte Unbefangenheit gegenüber den verschiedenen Konfessionen an den Tag legen. Als ich dann auf die drei von Euerer Exzellenz als

diskutabel bezeichneten Fürstlichkeiten zu sprechen kam, eliminierte der Minister des Äussern vor Allem in sehr entschiedener Weise die Kandidatur des Herzogs von Urach, wobei ich aus einer hingeworfenen Bemerkung entnahm, dass er über die dilettantische Art, in welcher diese Kandidatur von einer bestimmten Gruppe seit einiger Zeit lanciert wird, unterrichtet ist und sich darüber lustig macht. In merito führte Marchese di San Giuliano aus, der Herzog von Urach sei nicht nur Katholik, was man hier nicht wünsche, sondern hochklerikal, erzreaktionär, mit den Bourbons verschwägert, repräsentiere also alles das, was hier als italienfeindliches Element gelte. Dass er überdies ein sehr mittelmässiger Mensch sei, erwähnte er nur nebenbei, da dies gegenüber den übrigen Momente kaum in Betracht komme. Auch der Hinweis auf die nicht unbedeutenden Geldmittel des Herzogs (welche übrigens von Sureya Bey Vlora und dessen Sohne sowie von Herrn Mayerhöfer unter ziffernmässigen Angaben nicht hoch veranschlagt werden) machte auf den Minister keinen Eindruck. Scherzend bemerkte er, es sei dem künftigen Fürsten von Albanien zu wünschen, dass er nicht reich sei, da ihn sonst die Albanesen in kürzester Zeit arm machen würden. Falls dies Euerer Exzellenz etwa noch nicht bekannt sein sollte, gestatte ich mir noch zu erwähnen, dass das von einer Anzahl von Albanesen aus Triest an den hiesigen und vermutlich auch die anderen Minister des Äussern gerichtete Telegramm, an dessen Schlusse es hiess, die Kandidatur des Herzogs von Urach sei von Niemandem bekämpft worden, unterm 29. v. M. — somit schon einige Tage bevor meine einschlägige Unterredung auf der Consulta stattfand — von der hiesigen Regierung mit einem offiziellen Communiqué von ungewöhnlicher Schärfe désavouiert worden ist. In hiesigen politischen und journalistischen Kreisen — den Korrespondenten der „Reichspost" eingeschlossen — galt die Kandidatur des Herzogs von Urach schon damals durch dieses Communiqué in der gleichen Weise als abgetan, wie dies seinerzeit mit der Kandidatur des Herzogs von Montpensier der Fall war. Auch der Prinz Karl von Hohenzollern fand nicht den Beifall des Marchese di San Giuliano. „Il est connu pour être un imbécile," war der erste Einwand. Noch wichtiger als dies sei aber der Umstand, dass dieser Zweig der Hohenzollern „tout ce qu'il y a de plus catholique" sei, was übrigens auch von der belgischen Dynastie gelte. Die Berufung auf diese Familien-Beziehungen sei also vom hiesigen Standpunkte keine Empfehlung. Habe doch der König von Rumänien, obwohl er das Staatsoberhaupt eines orthodoxen Landes sei, aus Rücksicht auf den Vatikan niemals am hiesigen Hofe einen Besuch abgestattet. Blieb somit nur der Prinz Wilhelm zu Wied, gegen welchen der Minister keinen Einwand erhob und dessen Kandidatur er, ohne sich näher über seine Eigenschaften zu verbreiten, als der Erwägung würdig bezeichnete. Als ich schliesslich im Sinne des Schluss-Alineas[b]) des obzitierten hohen Telegrammes in allgemeinerer Form auf die gegen den Katholizismus der beiden erstgenannten Kandidaten erhobenen Einwände reflektierte, führte der Minister aus, man müsse sich bei der Wahl des Fürsten von Albanien ausser unserem auch den italienischen Standpunkt vor Augen halten, sowie ferner nicht vergessen, dass unser gemeinsamer Kandidat auch den übrigen Mächten genehm sein müsse. Sonst

würden wir wieder die Rechnung ohne den Wirt machen. In ersterer Hinsicht handle es sich aber nicht blos um die italienische Regierung, sondern auch um die hiesige öffentliche Meinung, welche zum Beispiel einen Herzog von Urach nie und nimmer acceptieren würde. Aber auch seitens der übrigen Mächte, wenigstens jener der Triple-Entente, sei vorherzusehen, dass dieselben sich gegen einen katholischen Fürsten aussprechen würden, da zum Beispiel nach russischer Auffassung „katholisch" und „österreichisch" sich decke. Da somit ein katholischer Kandidat nicht in Betracht zu kommen hätte, ein mohammedanischer Fürst — von anderen Gesichtspunkten abgesehen — von den Albanesen selbst nicht gewünscht wird und ein orthodoxer Prätendent aus Russland oder einem der Nachbarstaaten Albaniens bezogen werden müsste, wogegen gleichfalls ernste Bedenken sprächen, ergebe sich von selbst die Wahl eines protestantischen Kandidaten als die zweckmässigste — um nicht zu sagen allein mögliche — Eventualität. Und dies sei, wie der Minister betonte auch der seinerzeitige Vorschlag Euerer Exzellenz gewesen, von welchem Hochdieselben erst in der Folge abgekommen seien. Meine zweite Unterredung mit dem Marchese di San Giuliano schloss damit, dass er sich vorbehielt, noch einmal eingehend sich mit dem Ministerpräsidenten zu beraten und mir dann eventuell noch eine Mitteilung zu machen. Gestern ist mir hierauf ein Schreiben des Ministers des Äussern zugekommen. Klarer und entschiedener, als er es mündlich getan hatte, spricht sich darin Marchese die San Giuliano gegen den Herzog von Urach und den Prinzen Karl von Hohenzollern, für einen englischen oder schwedischen Prinzen und — nur in letzter Linie und unter Reserve — für den Prinzen Wilhelm zu Wied aus. Ich habe das Gefühl, dass man hier— von der Exclusive bezüglich eines katholischen oder gar klerikalen Fürsten abgesehen — mit den Entente-Mächten in der Fürsten-Frage vielleicht schon Fühlung genommen und hiebei den Eindruck gewonnen hat, daß auch die Mächte keinen katholischen und keinen deutschen Kandidaten wünschen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7362. — [b]) Schlußalinea von n. 7232 beginnt mit „Zur weiteren eventuellen Regelung Hochdero Sprache".

Nr. 7287. Tel. nach Sofia Nr. 272 (1), Bukarest Nr. 231 (2) und Rom Nr. 574 (3), 5. Juni 1913 (chiffr. 9 U. 15 M. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Antwort auf Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 507 von gestern, betreffend Durchführung des Petersburger Protokolles. Mit Rücksicht auf Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 498 vom 3. l. M. und mein Telegramm Nr. 269[a]) von gestern halte ich eventuelle Schritte Euer Hochgeboren im Sinne meines Telegrammes Nr. 267 vom 3. l. M. nicht mehr für nothwendig.

2. Inhalt Euer Durchlaucht Telegrammes Nr. 140 vom 3. d. M. Graf Tarnowski mitgetheilt. Im Hinblick auf dieses Telegramm sowie auf Nachricht aus Sofia, wonach Herr Geschoff dem rumänischen Gesandten gegenüber Bereitwilligkeit des Sofioter Kabinets zur sofortigen Ernennung Kommission zur Durchführung an Ort und Stelle des Petersburger Protokolles betonte, telegrafiere ich unter einem an Grafen Tarnowski, daß ich eventuelle Schritte im Sinne meines, Euer Durchlaucht sub Zahl 230 vom

4.[b]) l. M. mitgetheilten Telegrammes für nicht mehr notwendig halte. Vorstehendes zu Euer Durchlaucht Information.

3. Zu meinem Telegramm Nr. 563 vom 3. l. M. Wie Prinz Fürstenberg meldet, hat bulgarischer Gesandter ... *wie n. 7263 mit Korrektur bis „beschäftigen werden“* ... Gleichzeitig meldet Graf Tarnowski, daß Herr Geschoff dem rumänischen Gesandten in Sofia gegenüber Bereitwilligkeit zur sofortigen Ernennung Kommission zur Durchführung an Ort und Stelle des Petersburger Protokolles betonte. Unter diesen Umständen telegrafiere ich an Grafen Tarnowski, daß ich eventuelle Schritte im Sinne meines eingangs zitierten Telegrammes nicht mehr für notwendig halte. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a]) Mit Tel. Nr. 269, 4. Juni 1913 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.) wurde n. 7263 nach Sofia mitgeteilt. — [b]) Richtig 3. = n. 7261.

Tel. nach Sofia, 5. Juni 1913 Nr. 273 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7278.

Nr. 7288. Tel. nach Bukarest, 6. Juni 1913 Nr. 232 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Ich habe das Schlußalinea[b]) Ihres Telegrammes Nr. 139 vom 3. d. M. zur Kenntnis Marquis San Giulianos bringen lassen. Wie mir Herr von Mérey nun telegrafiert, erwiderte der italienische Minister des Äußern auf die diesbezügliche Mitteilung, ... *wie n. 7283 von „es stehe“ bis Schluß* ... Euer Durchlaucht wollen Herrn Majoresco von dem Vorstehenden Mitteilung machen und hinzufügen, es wäre uns unmöglich, ohne die Mitwirkung Italiens mit Erfolg für die Zugehörigkeit der Pinduswalachen zu Albanien einzutreten. Im Interesse einer Lösung dieser Frage im Sinne der Wünsche Rumäniens schiene es mir daher geboten, daß Herr Majoresco das italienische Kabinet ehestens darüber aufkläre, daß Rumänien von seinem ursprünglichen Standpunkte nicht abgegangen sei. Euer Durchlaucht wollen ferner mit Ihrem italienischen Kollegen Fühlung nehmen und auf eine Übereinstimmung in Ihrer beiderseitigen Berichterstattung in diesem Gegenstande hinwirken. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7308. — [b]) Das Schlußalinea von n. 7262 beginnt mit „Minister behauptet“.

Nr. 7289. Tel. aus London, 6. Juni 1913 Nr. 450 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

In Ergänzung meiner gestrigen Telegramme Nr. 444 und 445. Bei gestriger Reunion brachte Sir E. Grey Besprechung des Statuts für Albanien vor, mit der Bemerkung, man könne vorläufig diejenigen Punkte fixieren, über welche, wie er glaube, eine Verständigung möglich sei. Französischer Botschafter sprach sich wieder ziemlich entschieden gegen einen Fürsten aus. Russischer Botschafter unterstützte ihn, hauptsächlich aus praktischen Gründen, wobei aber Graf Benckendorff zugab, daß er gegen eine spätere Einsetzung eines Fürsten kein Bedenken hätte, wenn einmal ein Provisorium durchgemacht sei, das nach seiner Ansicht unumgänglich notwendig sei und aus welchem sich erst ein Definitivum krystallisieren könnte, nachdem man die notwendigen Erfahrungen gemacht hätte. Ich entgegnete, daß wir für Schaffung eines definitiven Regimes seien sowie für Einsetzung eines

Fürsten, was die Albanesen selbst wünschen. Letzterem wurde nicht widersprochen. Ich bemerkte, daß ich es nicht für opportun hielte, heute in eine nähere Diskussion einzugehen, nachdem mein italienischer Kollege und ich Instruktionen unserer Regierungen erwarten. Nur die Gendarmeriefrage wolle ich noch heute wieder vorbringen. Mein Standpunkt bezüglich Offiziere wurde angenommen und Herr Cambon ließ seine Einwendungen und seine früheren Vorschläge bezüglich Offiziere der Großmächte fallen. In weiterer Konversation machte sich der Eindruck geltend, daß nebst Gendarmerie auch bezüglich der Kommission die Gegensätze nicht bedeutend schienen. Wie Euer Exzellenz aus unserer Resolution entnehmen wollen, ist unser Standpunkt bezüglich der Gendarmerieoffiziere vollständig angenommen worden. Auch die Zuziehung eines Vertreters Albaniens (unter dem Ausdrucke albanesisches Element) in die Kommission ist gesichert worden. Es ist alles noch recht undefiniert und es wäre verfrüht, von wirklichem Fortschritt zu sprechen, ich habe aber doch den Eindruck, daß sich die Gegensätze mildern. Herr Cambon, der zwar noch von Oberkommissär sprach, ließ ausdrücklich seinen früheren Vorschlag, daß er ein Albanese sein sollte, fallen. Südgrenze Albaniens wurde nicht besprochen.

[a]) Vgl. n. 7291. Mensdorff.

Nr. 7290. Tel. aus London, 6. Juni 1913 Nr. 451 (eing. 3 U. 30 M. p. m.). [a]) *Entziff.*

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 419 vom 25. Mai und unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 431[b]) vom 26. Mai betreffend Reunionsbeschluss bezüglich wirtschaftlichen Akzesses Serbiens an die Adria. Bei gestriger Reunion brachte französischer Botschafter Angelegenheit vor, indem er sagte, Herr Vesnić habe vor seiner Abreise ihn dringend gebeten, dass in Aussicht gestellte Wiederholung des Beschlusses der Reunion vom 17. Dezember v. J. bald erfolge (mein Telegramm Nr. 403 vom 20. Mai). Ich erklärte (was ich schon nach Empfang Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 431[b]) im Foreign Office mitgeteilt hatte), dass wir Wert darauf legen, dass die Erklärung erst abgegeben werde, wenn man ganz klar über die Interpretation sei, welche dem Reunionsbeschlusse vom 17. Dezember gegeben werden soll. Wir hätten darüber mit Russland einen Gedankenaustausch gehabt und ich sei unter dem Eindruck, dass man auf dem besten Wege sei, sich zu einigen. Uebrigens hätte meine Regierung mir weitere Instruktionen in Aussicht gestellt. Sir E. Grey sprach die Hoffnung aus, dass ich bald in der Lage wäre, ihm unsere Antwort zu erteilen, nachdem ohne Zweifel die Serben an ihn herantreten werden und er in eine schwierige Lage käme, wenn er ihnen keine Antwort geben könne. Die anderen Kollegen haben alle Zustimmung ihrer Regierungen. Ich bitte um Instruktionen, nachdem ohne Zweifel die Angelegenheit sehr bald wieder zur Sprache kommen wird. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7310. — [b]) Mit Tel. Nr. 431, 26. Mai 1913 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.) wurde London angewiesen, Sir E. Grey zu sagen, daß man in Wien Wert darauf lege, daß die beabsichtigte Mitteilung des Reunionsbeschlusses vom 17. Dez. 1912 an Serbien erst dann erfolge, wenn gewisse Unklarheiten in der Fassung des Reunionsbeschlusses klargestellt sein werden. Man sei in Wien bestrebt, zunächst mit Rußland über Wien fraglich erscheinende Interpretationen ins Reine zu kommen.

Nr. 7291. Tel. aus London, 6. Juni 1913 Nr. 452 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

In Ergänzung meiner gestrigen Telegramme Nrs. 444, 445 und 450 von heute. Euer Exzellenz haben diesen Telegrammen entnommen, daß wir in den Punkten der Gendarmerie und der Kontrollkommission Fortschritte gemacht haben. Aus den Diskussionen bei der gestrigen Reunion gewann ich — sowie mein italienischer Kollege — neuerdings den Eindruck, daß wir auf entschiedenen Widerstand stoßen werden, falls wir Versuch machen, welcher so interpretiert werden könnte, als würde sich Österreich-Ungarn und Italien in der künftigen Organisation Albaniens eine besonders bevorzugte Stellung sichern wollen. Auf das europäische Interesse an dem ganzen albanesischen Fragenkomplex und infolgedessen auf internationale Behandlung desselben wird ohne Zweifel großes Gewicht gelegt. Anderseits ist — wenigstens auf englischer Seite — der lebhafte Wunsch vorhanden, auf dem Wege von Kompromissen zu einer Verständigung zu gelangen. Ich habe heute eine eingehende Besprechung mit Marquis Imperiali mit Zuziehung Sektionschefs Ippen gehabt, um die Möglichkeit zu erwägen, wie die bestehenden Gegensätze reduziert und eine Verständigung angebahnt werden könnte. Die in den gestrigen Resolutionen niedergelegten Gedanken könnten vielleicht ausgestaltet werden und es schien uns, daß ungefähr nachstehende Punkte das angestrebte Kompromiß ausmachen könnten. „I° La suzeraineté du Sultan doit être écartée. II° L'Albanie sera constituée en Principauté, le Prince sera nommé par les Puissances. III° En attendant cette nomination, l'organisation détaillée de toutes les branches de l'administration albanaise sera confiée à la commission internationale de contrôle. IV° Pour assurer dans cette période transitoire le fonctionnement régulier du gouvernement du pays, il y aura un chef du pouvoir exécutif qui sera nommé par les Puissances et qui aura à exercer ses fonctions de concert avec la commission de contrôle". — Dieser provisorische Chef der Executive wäre eine unseren Wünschen vielleicht entsprechende Umgestaltung des haut commissaire Herrn Cambons und des Spezialdelegierten des gestrigen Reunionsbeschlusses. Cambon hat sich zwar auch gestern noch gegen jeden Fürsten von Albanien entschieden ausgesprochen. Vielleicht wäre aber das Prinzip eines Fürsten durchzusetzen, wenn man hingegen ein vorläufiges Provisorium konzediert, welches unbefristet wäre und bei Bestellung des Fürsten ein Ende finden würde. Die vorstehend skizzierte Anregung scheint mir unvorgreiflich die Möglichkeit zu bieten, einen Zusammenstoß der Gegensätze zu verhüten und ein Resultat zu erzielen, welches praktikabel wäre und im großen Ganzen im Einklang zu unserem Programm zu stehen scheint. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7302 Anm. b und d, 7533.

Nr. 7292. Bericht aus London, 6. Juni 1913 Nr. 56 A (eing. 9. Juni). Ausfert.

Vertraulich. Aus meiner telegraphischen Berichterstattung[a]) ist es Euer Exzellenz bekannt, dass Sir E. Grey den lebhaften Wunsch hegt, die Arbeiten der Botschafterreunion spätestens im Juli zum Abschlusse zu bringen. Nach seiner Ansicht war der Zweck unserer Reunion vor Allem der, den europäischen Frieden in einer gefahrdrohenden Zeit aufrecht-

zuerhalten, dann gewisse Fragen — wirtschaftlicher Accès Serbiens an die Adria, Statut Albaniens, Delimitation Albaniens und die Zukunft der aegäischen Inseln — zu erledigen. Sobald dies geschehen ist, scheint es ihm richtiger Weise nicht wünschenswert, uns noch andere Fragen aufbürden zu lassen und die Reunion weiter zu verschleppen. Diese Ungeduld des Staatssekretärs halte ich unvorgreiflich für ein günstiges Moment, denn er wird sich eifrig bemühen, jedes Kompromiss zu fördern, welches die noch pendenten Fragen zum Abschluss bringen kann. Er hat ohne Zweifel stark auf den französischen Botschafter eingewirkt, der, wie Euer Exzellenz bekannt, einen etwas übertriebenen graecophilen Standpunkt einnimmt und sich sehr intransigent gezeigt hat. Es scheint beinahe, als hätte sich M. Cambon persönlich zu weit engagiert und als ob unser erfahrener und hochbedeutender französischer Kollege — der heute der Doyen aller aktiven Botschafter Europas ist — daraus eine Frage d'amour propre personnel gemacht hätte. In den allerletzten Tagen scheint er etwas conciliianter zu werden. Von Tyrrell höre ich vertraulich, dass M. Cambon bezüglich der Inseln von Misstrauen gegen Italien und Deutschland erfüllt war. Seitdem man ihm klar gemacht hat, dass Italien Nichts dagegen hat, wenn die von ihm besetzten Inseln schliesslich in griechischen Besitz übergehen, sowie dass Deutschland nicht darauf besteht, dass Chios und Mytilene türkisch bleiben müssen, scheint Herr Cambon etwas weniger schroff zu werden. Meine Hoffnung in eine befriedigende Lösung, bei welcher allerdings noch einige Compromisse gemacht werden müssen, setze ich in Sir E. Grey. Wie sehr seine momentane Abwesenheit gerade zur Zeit, als eine Aktion unsererseits gegen Montenegro notwendig schien, den Fortschritt der Reunion gelähmt hat, brauche ich wohl nicht mehr zu wiederholen. Ich habe aber jetzt die Gewissheit, dass die Opposition gegen eine Beteiligung Englands an einer Landung — wodurch der internationale Charakter unserer eventuellen Aktion gegen Montenegro hätte gesichert werden können — von Sir A. Nicolson ausging. Als Sir E. Grey zurückkehrte, war es wohl zu spät, die Haltung des Unterstaatssekretärs, welche die Genehmigung des Premierministers gefunden hatte, wieder umzustossen. Sir A. Nicolson, der auch nach Rückkehr Sir E. Greys noch weiter bei den Reunionen anwesend war, ist nunmehr auf 14 Tage nach Irland gefahren und hat an unserer gestrigen Versammlung nicht teilgenommen. Mir persönlich kann es nur willkommen sein, wenn er abwesend bleibt, denn es ist jedenfalls für mich nicht besonders günstig, wenn meinem russischen Collegen nebst der werktätigen Unterstützung des Herrn Cambon auch die eines zweiten so hochbedeutenden Diplomaten wie es Nicolson ist, zur Verfügung steht. Und Sir A. Nicolson ist ein überzeugter Russophile, der manche Fragen ganz vom russischen Standpunkte ansieht und überdies sehr stark unter dem Einflusse M. Cambons steht. Sir E. Grey hingegen ist emminent unparteiisch. Aus Allem, was ich von seiner Umgebung höre, haben die Reunionsverhandlungen und die Erfolge, die er in letzter Zeit auf diplomatischem Gebiete erzielt hat, sein Selbstvertrauen befestigt, so dass er heute viel unabhängiger von dem Stabe des Foreign Office ist, als er ehemals war. Mensdorff.

a) Vgl. n. 7231.

Nr. 7293. Bericht aus London, 6. Juni 1913 Nr. 56 B (eing. 9. Juni). Ausfert.

Mit Telegramm 446 vom 4. l. Mts. hatten Euer Exzellenz die Geneigtheit, mir die vom russischen Botschafter in Rom gemachte Anregung mitzuteilen, nach welcher bei der Delimitierung Nordalbaniens gewisse Wünsche Montenegros berücksichtigt werden sollen. Die Frage ist in der Réunion nicht berührt worden. Ob mein russischer College sie bei Sir Edward Grey zur Sprache brachte, ist mir unbekannt. Ich habe aber vertraulich von Tyrrell gehört, dass der montenegrinische Delegierte mit einem ähnlichen Anwurfe an den Staatssecretär herangetreten ist, jedoch ohne jeden Erfolg. Sir Edward Grey hat den Standpunkt vertreten, dass die Nord- und Nordostgrenze definitiv von den Mächten fixiert worden ist und daran nichts mehr geändert werden darf. Sir William Tyrrell versicherte mir, dass sein Chef auch weiterhin an dieser Ansicht festzuhalten gedenkt und dass somit keine Gefahr vorliegt, dass derartige Anregungen bei Sir Edward Grey irgend welchen Anklang finden. Mensdorff.

Nr. 7294. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 6. Juni 1913 Nr. 2736.a) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Geheim. Herzog Avarna hat mich heute aufgesucht und die Annexion von Ada-Kaleh zur Sprache gebracht. Unter Berufung auf einen erhaltenen Auftrag führte der Botschafter aus, es handle sich hier zwar um eine geringfügige Sache und es liege Italien auch fern, uns in dieser Frage Schwierigkeiten zu bereiten. Wir könnten im Gegenteil auf die volle Unterstützung Italiens rechnen, falls dies etwa von anderer Seite versucht werden sollte. Aus prinzipiellen Gründen halte seine Regierung es jedoch für notwendig, auch bei diesem Anlasse ihren Standpunkt zu betonen, dass jede temporäre oder dauernde Okkupation am Balkan unter die Bestimmungen des Artikels VII des Dreibundvertrages falle. Was speziell Ada-Kaleh anbelangt, gab Herzog Avarna selbst zu, dass es strittig sei, ob die Insel zum Balkan gerechnet werden könne, da ja die Donau dessen Grenze bilde. Ich bemerkte hiezu, nach unserer Auffassung sei Ada-Kaleh mit Rücksicht auf seine geographische Lage keinesfalls dem Balkan zu subsumiren, dessen Grenzen übrigens nirgends codificirt erscheinen, daher eine gegenständliche Controverse von vornherein aussichtslos sei. Auf die prinzipiellen Ausführungen des Herrn Botschafters erwiderte ich, ich müsse Wert darauf legen, nochmals auf unsere schon früher vertretene Auffassung hinzuweisen, wonach der Artikel VII sich nicht auf das ganze Gebiet des Balkans beziehe, sondern nur auf jenen Teil, der zum türkischen Reich gehöre. Mein Mitredner versuchte verschiedene Argumente gegen diese Interpretation geltend zu machen, — er verwies unter anderem auf die Einwendungen, die wir während des lybischen Feldzuges gegen eine Ausdehnung der italienischen Operationen unter Berufung auf den Artikel VII erhoben haben — musste aber die Unstichhältigkeit seiner Argumentation anerkennen, als ich ihn darauf aufmerksam machte, dass im fraglichen Artikel ausdrücklich nur von den „côtes et îles Ottomanes" gesprochen werde, womit klar gesagt

sei, dass auf die griechischen Küsten und Inseln der Artikel VII keine Anwendung zu finden habe. Dies beweise, dass für die nichttürkischen Teile der Balkanhalbinsel überhaupt die Stipulationen des Artikels VII nicht gelten. Herzog Avarna hatte hierauf nichts zu erwidern.

[a]) Mit Erlaß, 14. Juni 1913 Nr. 2814 nach Rom zur ausschließlich persönlichen Kenntnisnahme mitgeteilt. Vgl. n. 7051, 7107, 7299.

Nr. 7295. Tel. aus Rom, 6. Juni 1913 Nr. 336 (eing. 7. Juni 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bei Besprechung des russischen Vorschlages hinsichtlich territorialer Zuwendungen an Montenegro am Ostufer des Skutarisees (hohes Telegramm Nr. 573[b]) vom 5. d. Mts.) sagte mir Minister des Äußern, daß auch italienischer Generalkonsul in Skutari Durchführung dieses Antrages aus lokalen Gründen als unmöglich bezeichnet habe. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7264. — [b]) Mit Tel. Nr. 573, 5. Juni 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 7274 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 7296. Tel. aus Rom, 6. Juni 1913 Nr. 337 (eing. 7. Juni 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Hinsichtlich Beratungen gestriger Londoner Reunion releviert Minister des Äußern, daß deutscher Botschafter dem Vorschlag Sir E. Greys betreffs internationaler Kontrollkommission und Spezialdelegierter zugestimmt und auch unsere beiden Botschafter nicht dem einschlägigen Resumé opponiert haben, dessen Fassung besonders im Eingange ihren bisherigen Instruktionen widerspricht, wonach wir kein Provisorium, sondern Etablierung eines definitiven Zustandes in Albanien wünschen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7279, 7280, 7298.

Tel. nach Athen, 7. Juni 1913 Nr. 124 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 7297.

Tel. nach Belgrad, 7. Juni 1913 Nr. 153 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 7297.

Tel. nach Berlin, 7. Juni 1913 Nr. 394 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 7297.

Tel. nach Berlin, 7. Juni 1913 Nr. 395 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7298.

Tel. nach Bukarest, 7. Juni 1913 Nr. 236 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 7297.

Tel. nach Bukarest, 7. Juni 1913 Nr. 237 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7298.

Tel. nach Cetinje, 7. Juni 1913 Nr. 157 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 7297.

Tel. nach Konstantinopel, 7. Juni 1913 Nr. 270 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 7297.

Nr. 7297. Tel. nach London Nr. 455 (1), Berlin Nr. 394 (2), St. Petersburg Nr. 368 (3), Paris Nr. 315 (4), Rom Nr. 588 (5), Konstantinopel Nr. 270 (6), Bukarest Nr. 236 (7), Sofia Nr. 275 (8), Belgrad Nr. 153 (9), Athen Nr. 124 (10) und Cetinje Nr. 157 (11), 7. Juni 1913 (chiffr. 9 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 448 vom 5. l. Mts. erhalten.

2.—11. Graf Mensdorff telegraphiert mir unterm 5. l. Mts., wie folgt: *... wie n. 7282 in extenso ...*

1.—5. u. 7. Ich weise unter einem die k. u. k. Vertreter in Konstantinopel, Sofia, Belgrad, Athen und Cetinje an,

6. u. 8.—11. Euer etc. sind ermächtigt,

1.—11. den von der Réunion in Aussicht genommenen Schritt — si omnes — zu unternehmen.

1. Vorstehendes zur Mitteilung an Sir E. Grey.

2.—5. u. 7. Vorstehendes zu Euer etc. Information

2.—.5. und Regelung Ihrer Sprache.

7. und Verwertung.

8. Noch bevor Euer Hochgeboren diese Démarche tatsächlich ausführen, wollen Dieselben Herrn Geschoff vertraulich von dem Inhalt des vorstehenden Auftrages Mitteilung machen und bemerken, die fragliche Démarche liege nicht im Rahmen jener Politik, die wir ursprünglich in Aussicht genommen hätten. Wenn wir ihr dessenungeachtet zugestimmt haben, so sei dies geschehen, weil wir angesichts des Verhaltens Herrn Geschoffs, der uns auf die gestellte einfache Frage nun schon seit geraumer Zeit die Antwort schuldig geblieben sei, keinen Anlaß haben, uns von den anderen Mächten zu trennen, um für spezifisch bulgarische Interessen einzutreten. In analogem Sinne wollen Euer Hochgeboren sich auch zu Herrn Dobrovič aussprechen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7304, 7305, 7313, 7353, 7369.

Tel. nach London, 7. Juni 1913 Nr. 457 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7298.

Tel. nach Paris, 7. Juni 1913 Nr. 315 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 7297.

Tel. nach Paris, 7. Juni 1913 Nr. 316 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7298.

Tel. nach Rom, 7. Juni 1913 Nr. 588 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 7297.

Nr. 7298. Tel. nach Rom Nr. 590 (1), London Nr. 457 (2), Berlin Nr. 395 (3), Paris Nr. 316 (4), St. Petersburg Nr. 369 (5) und Bukarest Nr. 237 (6), 7. Juni 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 337 von gestern. Ich theile vollkommen die Auffassung Marquis di San Giulianos, daß wir in Albanien kein Provisorium sondern die Etablierung eines definitiven Zustandes wünschen.

2.—6. Herr von Mérey telegraphiert unterm gestrigen wie folgt: ... *wie n. 7296 in extenso* ... Ich antworte dem Herrn Botschafter wie folgt: ... *wie sub 1 von „Ich theile" bis „Zustandes wünschen"* ...

1. u. 3. Vorstehendes zur Mitteilung an die dortige Regierung.

2. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

4., 5., 6. Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information.

6. und Mittheilung an König Carol. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7302, 7307.

Tel. nach St. Petersburg, 7. Juni 1913 Nr. 368 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 7297.

Tel. nach St. Petersburg, 7. Juni 1913 Nr. 369 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7298.

Nr. 7299. Bericht aus St. Petersburg, 25. Mai/7. Juni 1913 Nr. 24 D (eing. 9. Juni).[a]) Ausfert.

Die hiesigen Blätter haben es sich seinerzeit nicht nehmen lassen, anlässlich der Einführung der ungarischen Verwaltung auf der Insel Ada Kaleh einige mehr oder minder gehässige Ausfälle gegen die Monarchie zu machen. Hingegen hat Herr Sazonow mir gegenüber der Angelegenheit lange Zeit überhaupt keine Erwähnung getan und erst gelegentlich unserer letzten Unterredung, am Tage vor seiner Abreise an die Wolga, warf er nur so ganz nebenbei die Bemerkung hin „à propos qu'est ce au fond que cette île d'Ada Kaleh?" Ich benützte diese Gelegenheit um mich dem Herrn Minister gegenüber im Sinne Euer Exzellenz hohen Telegrammes vom 13. v. M. Nr. 343 auszusprechen. Herr Sazonow schien der Sache keine weitere Bedeutung beizumessen und äusserte nur gewisse Bedenken über den durch uns eingeschlagenen Modus procedendi vom völkerrechtlichen Standpunkte aus. Diese Sprache Herrn Sazonows kontrastiert ziemlich auffallend mit dem Proteste, welchen die russische Regierung laut einer Mitteilung des Marquis San Giuliano an Herrn von Mérey in Rom erhoben hat und über den der mir gütigst mitgeteilte Bericht Herrn von Méreys vom 21. v. M. Nr. 35 E[b]) handelt. Insbesondere hat im Gegensatz zu Herrn Krupensky Herr Sazonow mir gegenüber die Annexion Ada Kaleh's in keiner Weise mit seinen Wünschen nach Gewährung territorialer Kompensationen für Montenegro in Verbindung gebracht. Thurn.

[a]) Vgl. n. 7107, 7294. — [b]) Nicht aufgenommen. Wesentlicher Inhalt in n. 7051.

Tel. nach Sofia, 7. Juni 1913 Nr. 275 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 7297.

Nr. 7300. Tel. aus Sofia, 7. Juni 1913 Nr. 511 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 510[b]) von heute nachts. Es besuchte mich soeben Herr Dobrovič, dem ich Mitteilung gemäß hohen Telegrammes Nr. 268 gemacht und damit er nichts vergisst, mehreremale wiederholt habe. Auch habe ich Dobrovič verständigt, dass ich mich bei Herrn Geschoff

schon am 4. d. M. im selben Sinne vernehmen ließ. Mitredner antwortete, er habe Konseilspräsidenten soeben gesehen, der ihm von meiner Eröffnung sprach. Dobrovič hätte sich sofort nach Antwort erkundigt, die mir Herr Geschoff gegeben, Letzterer habe aber erwidert, daß er überhaupt nicht antworten wolle, da er Demission eingereicht, keine Diplomaten mehr sehe und Politik seines Nachfolgers nicht vorgreifen wolle. Herr Geschoff hätte auch mit Herrn Danew von meiner Eröffnung nicht gesprochen, sondern Rückkehr Dobrovič' abgewartet. Dobrovič erklärte mir, er werde über meine Mitteilung sofort König Meldung erstatten und auch Herrn Danew informieren. Dobrovič verstand, daß unsere Eröffnung unverzügliche Antwort erfordere. Aus dem, was mir Dobrovič über Regierungskrise gesagt, ginge hervor, daß diesbezügliche Entscheidung König Ferdinands morgen fallen dürfte. Höchstwahrscheinlich werde Herr Geschoff gleich, das heißt vor Reunion Ministerpräsidenten in Salonik, gehen wollen. Jedenfalls werde Herr Danew sein Nachfolger werden. Über auswärtige Lage sagte Dobrovič, Verständigung mit Verbündeten nicht unmöglich, mit Eventualität Krieges müsse aber gerechnet werden. Es sei zu hoffen, daß, nachdem Aufmarsch bulgarischer Armee in einigen Tagen beendet, Serbien und Griechenland sich Krieg überlegen und nachgeben dürften. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7301, 7326, 7339. — [b]) Mit Tel. Nr. 510, 6. Juni 1913 (eing. 7. Juni 8 U. 30 M. a. m.) wurde aus Sofia gemeldet, es kursiere Gerücht, daß Geschow entschlossen, sich zurückzuziehen. Stambulowistenführer Genadiew sage, im Augenblicke, da Verhandlungen zwischen Verbündeten beginnen würden, werde Aufmarsch der bulgarischen Armee beendigt und deren Übermacht so überwältigend sein, daß Serbien und Griechenland aller Wahrscheinlichkeit nach, ohne daß es zum Kriege komme, einlenken werden.

Nr. 7301. Tel. aus Sofia, 7. Juni 1913 Nr. 512 (eing. 8. Juni 2 U. a. m.).[a]) Entziff.

Nachhang zu meinem Telegramme Nr. 511 von heute. Es ist mir Erleichterung, mich bei Dobrovič Auftrages entledigt zu haben. Bei Unaufrichtigkeit Herrn Geschoffs war es mir direkt unheimlich, so wichtige Eröffnung keinen verläßlicheren Händen anvertrauen zu können. Nunmehr nach Unterredung mit Herrn Dobrovič bin ich wenigstens sicher, daß Mitteilung gewissenhaft zur Kenntnis König Ferdinands gebracht wird. Als rein persönlichen Kommentar habe ich Dobrovič gesagt, ich hätte schon seit längerer Zeit Empfindung und es weder Herrn Geschoff noch Dobrovič verheimlicht, daß Lage wegen evasiver Haltung bulgarischer Regierung unhaltbar und der Moment kommen müßte, wo Wien klare Sprache verlangen würde. Da wir Versicherungen Herrn Geschoffs und Herrn Danews gehabt, daß Bulgarien nach Friedensschluß ganz freie Hand haben würde, hätten wir bis jetzt gewartet. Nachdem Friede unterzeichnet und Herr Geschoff selbst Konversation begonnen, wünsche man sich in Wien — was nur zu begreiflich — (sie)[b]) zu Ende zu führen. Ich fügte hinzu, daß ich Eröffnung, die ich im Namen Euer Exzellenz abgebe, nur so verstehen könnte, daß Hochdieselben, falls bulgarische Regierung auch von dieser, noch immer gebotenen Gelegenheit keinen Gebrauch machen werde, nunmehr auf Antwort länger zu warten nicht gesonnen wären. Meiner Ansicht

nach hätte — meinte ich — Antwort auf Mitteilung, die am 4. d. M. abgegeben, eigentlich bis jetzt bereits erfolgen sollen und schon gestern hätte ich Bedürfnis empfunden, Telegramm nach Wien zu schicken, in dem ich Schweigen Herrn Geschoffs durch Ministerkrise und Abwesenheit Herrn Dobrovič' erklärt hätte. Herr Dobrovič schien Ernst der Frage völlig zu erfassen. Was Lösung Regierungskrise anbelangt, so könne sie laut Dobrovič entweder lediglich darin bestehen, daß Herr Danew Herrn Geschoff als Ministerpräsidenten ersetze und Letzterer Kammerpräsident wird oder könnten auch oppositionelle Parteiführer ins Kabinett aufgenommen werden, wogegen aber bisherige Minister Möglichstes tun. Entscheidung hängt von König Ferdinand ab. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7326. — [b]) Chiffre fehlt.

Tel. nach Athen, 8. Juni 1913 Nr. 125 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 7304.

Tel. nach Belgrad, 8. Juni 1913 Nr. 154 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 7304.

Tel. nach Cetinje, 8. Juni 1913 Nr. 158 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 7304.

Tel. nach Konstantinopel, 8. Juni 1913 Nr. 273 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 7304.

Tel. nach London, 8. Juni 1913 Nr. 460 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 7303.

Nr. 7302. Tel. nach London Nr. 461 (1) und Rom Nr. 595 (2), 8. Juni 1913 (chiffr. 8 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Berchtold).

1. u. 2. Im Nachhange zu meinem Telegramm von

1.: gestern Nr. 457.

2.: heute Nr. 593.[b])

1. Der Réunionsbeschluß vom 5. d. M.[c]) betreffend das albanische Statut erscheint mir aus drei Gründen inakzeptabel. Erstens. Der Eingang: „Sans envisager dès-à-présent l'établissement d'un régime définitif en Albanie" stellt einen unserem Standpunkte diametral entgegengesetzten Grundsatz auf, indem hiedurch in Albanien ein provisorisches Regime geschaffen werden soll, was unseren Intentionen in gar keiner Hinsicht entspricht. Wir müssen daher darauf bestehen, daß dieser Passus vollkommen in Wegfall kommt und das Alinea mit den Worten beginnt: „La Réunion pense ..." Zweitens. Der Ausdruck: „avec l'adjonction d'un élément albanais" müßte ersetzt werden durch die Worte: „avec l'adjonction d'un délégué albanais", nachdem letzterem in der internationalen Kommission ja gleiches Recht und Stimme wie den anderen Delegierten zukommt und die Wahl des Wortes élément zu irrigen Interpretationen Anlaß geben könnte. Drittens. In dem Réunionsbeschlusse erscheint das Mandat der Kontrollkommission unbefristet. Wir müßten die Fixierung einer Frist für die Tätigkeit dieser Kommission verlangen. Was den von Euer Exzellenz und Marquis Imperiali ausgearbeiteten Kompromißvorschlag[d]) anlangt, so

müßten wir aus den eben erwähnten Gründen die Ausscheidung des Punktes IV verlangen. Punkt I erscheint akzeptabel. In Punkt II müßten Bestimmungen über die Souveränität und Neutralität Albaniens sowie über die Erblichkeit der Fürstenwürde aufgenommen werden. Was den Punkt III betrifft, so müßten auch die in meinem Erlasse an Herrn von Mérey vom 29. v. M. Nr. 2528[e] wiedergegebenen Vorbehalte (1—6) und Reserven (1—3) ausnahmslos berücksichtigt werden. Ich teile vorstehende Gesichtspunkte Herrn von Mérey behufs Besprechung mit Marquis di San Giuliano mit. Vorstehendes zur Richtschnur Euer Exzellenz Haltung bei der nächsten Réunion und gegenüber Marquis Imperiali.

2. Ich telegrafiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Der Réunionsbeschluß" bis „Marquis Imperiali".) Vorstehendes zur Besprechung mit Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7303, 7312, 7360. — [b] Mit Tel. Nr. 593, 8. Juni 1913 (chiffr. 8 U. p. m.) wurde n. 7291 nach Rom mitgeteilt. — [c] Vgl. n. 7279. — [d] Vgl. n. 7291. — [e] Richtig 2526 = n. 7198, mit Erlaß Nr. 2527 vom selben Tage nach London mitgeteilt.

Nr. 7303. Tel. nach Rom Nr. 594 (1) und London Nr. 460 (2), 8. Juni 1913 (chiffr. 7 U. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. Graf Mensdorff telegraphiert unterm 4. d. M. wie folgt: ... *wie n. 7275* ... Bezüglich der Einsetzung einer Subcommission zur Berathung der albanesischen Angelegenheiten bin ich nach wie vor der Ansicht, daß dieselbe erst dann opportun erscheint, bis auf der Botschafter-Réunion eine Einigung über die Grundzüge erzielt wird. Es gilt dies nicht bloß von der Frage der Süd- und Südostgrenze, eventuell im Zusammenhange mit der Inselfrage, sondern insbesondere auch vom Statute. Solange auf der Réunion noch immer Verschleppungsversuche gemacht und insbesondere gegen die Schaffung eines Definitivums obstruiert wird, kann auch die Subcommission, welche zu ihrer Thätigkeit einer leitenden Richtschnur bedarf, nichts Gedeihliches leisten. Wir müssen daher meiner Ansicht nach darauf bestehen, daß vor allem auf der Réunion die Hauptpunkte der Süd- und Südostgrenze, eventuell auch der Inselfrage festgelegt und die Schaffung eines Definitivums in Albanien durch Fixierung der Unabhängigkeit und der Neutralität sowie eines principiellen Beschlusses hinsichtlich der Staatsform sichergestellt werde. Über meine einschlägigen Auffassungen werden Euer Exzellenz meinem heutigen Telegramme Nr. 595 Näheres entnehmen. Vorstehendes zur Mitteilung an Marquis di San Giuliano.

2. Ich theile Euer Exzellenz Telegramm Nr. 443 vom 4. d. M. Herrn von Mérey mit folgendem Auftrage mit: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Bezüglich der Einsetzung" bis zum Schluß.) Das letztzitierte Telegramm ist Euer Exzellenz sub Nr. 461 zugekommen. Vorstehendes ist zur Besprechung mit Marquis Imperiali und nach Erzielung eines Einvernehmens mit diesem auch zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber dem Foreign Office bestimmt. Berchtold.

Tel. nach Rom, 8. Juni 1913 Nr. 595 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 7302.

Nr. 7304. Tel. nach Sofia Nr. 276 (1), Konstantinopel Nr. 273 (2), Belgrad Nr. 154 (3), Athen Nr. 125 (4) und Cetinje Nr. 158 (5), 8. Juni 1913 (chiffr. 4 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Berchtold u. Nemes; G. Nemes).*

1.—5. Im Verfolge meines Telegrammes vom 7. d. M. Nr. 275 (beziehungsweise 270, 153, 124 und 157). Ersuche Euer etc. im Falle Ihre Kollegen Instruktionen erhalten, Demarche wegen Demobilisirung auszuführen, mir vor Ausführung der Demarche den diesbezüglich vereinbarten Text telegraphisch zu melden. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7313, 7314, 7348, 7353, 7368.

Nr. 7305. Tel. aus Sofia, 8. Juni 1913 Nr. 515 (eing. 10 U. 55 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Euer Excellenz Telegramm Nr. 275 von heute nachts soeben ein Uhr nachmittags erhalten. Ich bitte um Weisung, ob im vierten Alinea[b] besprochenen vertraulichen Schritt unter allen Umständen machen und zu diesem Zwecke Herrn Geschoff, obwohl er unsere Eröffnung ohne Antwort gelassen, uns seither ignorierte und sein Schweigen nicht einmal mit einfacher, artiger Sprache entschuldigte, speziellen Besuch, den er möglicherweise, da demissioniert, gar nicht empfangen wird, abzustatten versuchen soll, oder ob ich vertrauliche Mitteilung nur in dem Falle, dass auch offizielle Demarche sämtlicher Vertreter der Grossmächte unternommen wird, zu machen habe und zwar zu Anfang des bezüglichen Besuches bei Geschoff oder, wenn dessen Demission angenommen, bei seinem Nachfolger. Was Demobilisierung anbelangt, so hat sich Bulgarien mit einem hier diesfalls gemachten Vorschlage Russlands (mein Telegramm Nr. 401 vom 4. d. Mts.) [c] im Prinzipe einverstanden erklärt und, wenn nur Serbien und Griechenland demobilisieren, würde meiner Ansicht nach auch Bulgarien sehr gerne toute proportion gardée partielle Demobilisierung vornehmen. Ich glaube, in Aussicht genommene Demarche wird bulgarischer Regierung und König Ferdinand, die bulgarische Ziele ohne Krieg erreichen möchten, eher willkommen sein. Heute Sonntag könnte ich weder Geschoff noch Dobrowitsch antreffen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7313. — [b] Viertes Alinea von n. 7297 (nach Sofia Nr. 275) reicht von „Noch bevor Euer Hochgeboren diese Demarche" bis „einzutreten". — [c] Richtig 490 vom 2. = n. 7253.

Nr. 7306. Tel. aus Athen, 9. Juni 1913 Nr. 379 (eing. 12 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Griechisch-serbisches Defensivbündnis. Herr Venizelos teilte meinem deutschen Kollegen zur streng vertraulichen Information seiner Regierung mit, Bündnisvertrag Griechenlands mit Serbien gegen Bulgarien sei abgeschlossen worden mit rein defensiver Tendenz und ausdrücklicher Bestimmung, vor Anwendung Waffengewalt alle irgendmöglichen Hilfsmittel wie Mediation, Schiedsgericht etc. zu erschöpfen. Griechische Regierung habe sich zur Unterzeichnung gezwungen gesehen, weil Gefahr bestand, daß Serbien von Griechenland im Stiche gelassen, sich mit Bulgarien verständige. Da Graf Quadt Äußerungen Herrn Venizelos entnahm, daß dieser zögerte, eine so wichtige streng konfidentielle Mitteilung Euer Exzellenz durch den jungen Wiener Geschäftsträger zu machen, daß er aber ander-

seits Wert darauf lege, Hochdieselben darüber zu informieren, bat Quadt um die Ermächtigung, mir Sache mitteilen zu dürfen, was dankbar mit der Bemerkung angenommen wurde, griechische Regierung lege größten Wert auf gute Beziehungen mit Österreich-Ungarn und möchte daher jeder möglichen mißverständlichen Auslegung des Bündnisses mit Serbien, das ausschließlich ad hoc abgeschlossen wurde, vorbeugen Braun.

[a]) Vgl. n. 7329, 7351, 8434.

Nr. 7307. Tel. aus Berlin, 9. Juni 1913 Nr. 259 (eing. 10. Juni 1 U. a. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm vom 7. d. M. Nr. 395. Staatssekretär sagte mir, er habe Marquis di San Giuliano wissen lassen, dass deutsche Regierung mit dem Wunsche Euer Exzellenz, wonach in Albanien kein provisorischer, sondern ein definitiver Zustand etabliert werden soll, einverstanden sei. Szögyény.

Nr. 7308. Tel. aus Bukarest, 9. Juni 1913 Nr. 143 (eing. 4 U. 50 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Antwort auf Telegramm Nr. 232 Pinduswalachen betreffend. Minister behauptet nach wie vor, von prinzipiellem, in bewußten Instruktionen enthaltenen Standpunkt nicht abgewichen zu sein: wird heute Herrn Diamantidi[b]) Instruktionen zukommen lassen, italienischem Minister des Äussern sich diesbezüglich auszusprechen. Majoresco leugnet mit grösster Entschiedenheit, dass irgendwelche strittigen Fragen zwischen Rumänien und Griechenland bestehen und über dieselben Verhandlungen geführt würden. Er teilte mir streng vertraulich mit, dass gestern griechischer Gesandter bei ihm erschienen und neuerlich in dringender Form Antrag auf Defensivallianz gestellt hätte oder Konvention zum Zwecke Verhinderung übermässigen Anwachsens bulgarischer Machtstellung, hinzufügend, dass russische Regierung eventuell von diesem Antrag verständigt werden könnte. Minister des Äussern verhielt sich nur receptiv und antwortete, dass er, da Seine Majestät der König abwesend, sich erst in 8—9 Tagen über Angelegenheit äussern könne. Italienischer Kollege ist seit 8 Tagen in Sinaia, hoffe, denselben bei morgigem Diplomatenempfange sprechen zu können. Zum rumänischen Gesandten in Athen ist Kabinettschef des Ministers des Äussern, Herr Filodor, in Aussicht genommen und Agrément verlangt. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7263, 7319, 7325 Anm. b. — [b]) Richtig: Diamandi.

Nr. 7309. Tel. aus Bukarest, 9. Juni 1913 Nr. 144 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Herr Majoresco hegt Befürchtungen, dass Kabinettswechsel in Sofia eventuell zur Folge haben könnte, dass Ernennung bulgarischer Kommissionen zur Regelung der Fragen des Petersburger Protokolles sistiert oder auf unbestimmte Zeit verschoben werden könnte. Nachdem zufolge getroffener Abmachungen mit Herrn Geschoff hiesige Kommissionen von Seiner Majestät dem König bereits ernannt sind und morgen publiziert werden, so wäre rumänische Regierung nicht in der Lage, die Änderung und Abweichung von gegebenem Versprechen in Sofia zu akzeptieren oder längere Hinausschiebung der Kommissionsarbeiten zuzugeben, da bereits 4 Wochen von den gegebenen 3 Monaten verflossen sind. Jede Weigerung Bulgariens,

Kommissionen jetzt zu ernennen oder Ernennung von Bedingungen abhängig zu machen, ebenso ungerechtfertigte Hinausschiebung derselben, würde rumänische Regierung zwingen, Silistria und den Drei-Kilometer-Rayon zu besetzen.

[a]) Oe. U. Balkan 306 Nr. 593. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7310. Tel. aus London, 9. Juni 1913 Nr. 454 (eing. 10. Juni 3 U. a. m.).[a]) Entziff.

L'ambassadeur de France ayant proposé de discuter la déclaration à faire au gouvernement serbe relativement au chemin de fer international, Sir E. Grey dit qu'il est nécessaire de confirmer la déclaration adoptée le 17 décembre dernier et que c'est une question de bonne foi pour les Puissances. Ambassadeur d'Autriche-Hongrie dit qu'il est nécessaire d'obtenir des éclaircissements sur certains points qui n'ont pas été définis dans cette déclaration. Après une courte discussion Sir E. Grey suggère que le gouvernement austro-hongrois pourrait dire qu'en adhérant au renouvellement de la déclaration il désire qu'il soit entendu que dans le cas d'une guerre entre la Serbie et l'Autriche-Hongrie cette dernière Puissance (aurait)[b]) le droit d'empêcher par ses forces navales l'importation des munitions de guerre par le port neutre. Ambassadeur d'Autriche-Hongrie annonce qu'il transmettra à son gouvernement cette suggestion et dit que d'après ses instructions il appartiendrait à la réunion des ambassadeurs de se prononcer sur les points visés dans les échanges de vues entre le gouvernement russe et le gouvernement austro-hongrois dont la teneur sera communiquée à la réunion et sur l'interprétation qu'il convient de leur donner. L'ambassadeur de Russie déclare que son gouvernement est également d'avis de consulter la réunion sur certains points. Il est entendu que le Comte Mensdorff et le Comte Benckendorff feront connaître le plus tôt possible à Sir E. Grey et à leurs collègues les différents points qui peuvent donner lieu à une discussion. Sir E. Grey fait observer qu'en tout cas la notification au gouvernement serbe ne peut dépendre de l'accord sur les quelques points qui ne sont pas encore éclaircis.

[a]) Vgl. n. 7290, 7311, 7323. — [b]) Chiffre fehlt. Mensdorff.

Nr. 7311. Tel. aus London, 9. Juni 1913 Nr. 455 (eing. 10. Juni 5 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Zu meinem heutigen Telegramme Nr. 454. Reunion. Bei Beginn heutiger Sitzung brachte französischer Botschafter wieder Frage der Wiederholung des Reunionsbeschlusses vom 17. Dezember an Serbien vor, die er als dringlich bezeichnet, nachdem ja Serbien auf Grund der in Aussicht gestellten Wiederholung dieser Zusicherung sich zur Unterzeichnung Präliminarfriedens entschlossen habe. Gleichzeitig sagte Herr Cambon, er habe Kenntnis von den Verhandlungen, die zwischen Wien und Petersburg bezüglich der Eisenbahn und des neutralen Hafens stattgefunden hätten, und es schiene ihm, daß über beinahe alle Punkte eine Einigung erzielt werden könnte. Ich erklärte, daß meine Regierung Wert darauf lege, daß die Mitteilung an Serbien erst gemacht werde, nachdem die Interpretation dieser Mitteilung auf unserer Reunion klar gestellt und eine Einigung, die auch ich für leicht erreichbar hielte, zustande gekommen sei. Sir E. Grey und

alle Kollegen sind der Ansicht, daß Mitteilung an Serbien nicht weiter aufgeschoben und nicht abhängig gemacht werden kann von Verständigung über die einzelnen Punkte. Grey meinte, wenn wir und Russland uns einigen, würden ohne Zweifel alle anderen Regierungen zustimmen. Es sei aber zwecklos, lange Diskussionen auf der Reunion zu haben. Graf Benckendorff und ich sollten gemeinschaftlich etwas vorbringen, was die anderen annehmen, respektive ihren Regierungen vorlegen könnten (Marquis Imperiali erklärte, er müsse jedenfalls jedes derartige Projekt erst seiner Regierung unterbreiten, worüber wieder viel Zeit vergehen würde). Nachdem im Laufe der Diskussion von mehreren Seiten die Meinung ausgesprochen wird, der einzige wirkliche Differenzpunkt zwischen uns und Russland sei bezüglich der Durchfuhr des Kriegsmateriales in Kriegszeiten, suggerierte Sir E. Grey, die k. u. k. Regierung möge die Reserve machen, daß sie im Falle eines Krieges der Monarchie mit Serbien die Waffeneinfuhr verhindern kann. Herr Cambon meint, dieses Recht würde ja jedenfalls in diesem Falle ausgeübt werden, man könne es aber speziell aussprechen und es wurde diese Suggestion in die Resolution aufgenommen. Im Telegramme Nr. 39[b]) vom 9. Jänner d. J. haben Euer Exzellenz den Standpunkt eingenommen, daß eine ...[c]), wie es die von Grey angeregte wäre, von wesentlichster Bedeutung für Hochderen Stellungnahme zu dieser Frage w[äre]. [I]n der mir heute zugekommenen Weisung vom 7. d. Mts. Nr. 36012/9a[d]) wird ausgesprochen, daß auf ausdrücklicher Festsetzung der Einschränkung (en temps de paix) nicht bestanden würde, soferne durch eine Formel der Transit des Kriegsmateriales in Kriegszeiten ausgeschlossen würde. Ich erlaube mir die Erwägung zu unterbreiten, ob die von Sir E. Grey suggerierte Reserve mit jener gewünschten Formel gleichwertig ist. Eine Entscheidung im bejahenden Sinne würde dem glatten Fortgang der Reunion sehr zustatten kommen. Grey betrachtet sich als verpflichtet, den Serben die Deklaration zu wiederholen, und alle Kollegen bestärkten ihn in dieser Ansicht. Unsere alleinige Opposition würde uns in eine schwierige Situation bringen. Unterdessen werde ich morgen mit Graf Benckendorff beginnen, eine Vereinbarung im Sinne Euer Exzellenz Instruktionen zu versuchen, welche der Reunion vorgelegt werden kann. Sir E. Grey ist heute nicht mehr dafür zu haben, eine Diskussion über Detailfragen in der Reunion herbeizuführen. Im Hinblicke auf Besprechung mit meinem russischen Kollegen wäre ehebaldigste Instruktion sehr erwünscht. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7323, 7332. — [b]) Vgl. n. 5397 Anm. b. — [c]) Chiffre fehlt. — [d]) Mit Erlaß Nr. 36012/9a vom 17. Juni 1913 wurde nach London eine ausführliche Darlegung der Verhandlungen mit der russischen Regierung über die Fassung des Beschlusses über den freien Zugang zum Adriatischen Meere für Serbien, beziehungsweise über die völkerrechtliche Bedeutung der einzelnen Worte (un port albanais libre et neutre. chemin de fer international, Kontrollrechte der Großmächte über die Bahn, Freiheit des Transits mit der Einschränkung „en temps de paix") mitgeteilt. Die Durchführung des Reunionsbeschlusses sollte nach der Ansicht des Ballhausplatzes auf dem Wege eines zwischen den sechs Großmächten, Serbien und Albanien abzuschließenden Staatsvertrages über Bau und Betrieb der Eisenbahn Serbien—albanische Meeresküste erfolgen (vgl. n. 5397 Anm .b). Dies alles soll Grey mitgeteilt werden und, falls er auf die Mitteilung des Reunionsbeschlusses an Serbien Wert legt, soll er vorher die Botschafterkonferenz mit der Klarstellung aller dieser erwähnten Punkte befassen.

Nr. 7312. Tel. aus Rom, 9. Juni 1913 Nr. 340 (eing. 10. Juni 4 U. a. m.).[a] Entziff.

Albanesisches Statut. Minister des Äussern stimmt sämtlichen in dem hohen Telegramm Nr. 595 vom 8. d. M. behandelten Punkten zu und wird Marquis Imperiali analog instruieren. Nur wird es seiner Ansicht nach nicht leicht sein, eine Form zu finden, um den Eingang der (Resolution)[b] der letzten Londoner Reunion nachträglich abzuändern. Gleichzeitig stellte mir Marquis di San Giuliano eine baldige Äußerung über die in dem hohen Erlass vom 29. v. M. Nr. 2526 enthaltene Kritik des Cambonschen Vorschlags in Aussicht. Mérey.

[a] Vgl. n. 7607. — [b] Chiffre verstümmelt.

Nr. 7313. Tel. nach Sofia, 9. Juni 1913 Nr. 280 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 515 vom 8. d. M. erhalten. Wie Euer Hochgeboren aus meinem gestrigen Telegramme Nr. 276 ersehen haben, behalte ich mir vor, den Text der abzugebenden Erklärungen zu überprüfen, bevor die Demarchen im Sinne des Londoner Beschlusses vom 5. d. M. tatsächlich zur Ausführung gelangen. Unter diesen Umständen wollen Euer Hochgeboren von einer vertraulichen Mitteilung an Herrn Geschoff beziehungsweise Herrn Dobrovič (mein Telegramm Nr. 275 vom 7. d.) bis auf weiteres absehen. Berchtold.

Nr. 7314. Tel. aus Sofia, 9. Juni 1913 Nr. 517 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Bis jetzt außer mir nur Ententevertreter mit Instruktionen zur Demarche betreffend Demobilisierung versehen und man wartet, dass deutscher und italienischer Kollege Auftrag erhalten. Französischer und russischer Kollege erhoffen gar keine Wirkung vom Rat der Mächte „de réduire les effectifs de guerre". Herr Nekludow wieder sehr pessimistisch; Herr Panafieu betrachtet Lage als kritisch, hat aber gleich mir unter maßgebenden Bulgaren solche gefunden, die auf Einlenken Serbiens in letzter Stunde rechnen. Serbischer Gesandter ist gestern abends mit Familie nach Serbien abgereist. Ein Kabinettsmitglied, das ich durch Gewährsmann sondieren ließ, erklärte Passivität bulgarischer Regierung in rumänischer Frage damit, dass Bulgarien, falls sich Krieg als unvermeidlich erweise, sich im letzten Momente an Rumänien wenden werde und durch Abtretung von Allem, was Rumänien fordern möge, sich rumänische Neutralität oder auch mehr rasch sichern zu können glaube. Deutscher Kollege sondierte mich heute, ob bulgarische Regierung nicht Versuche mache, sich bei mir unserer wohlwollenden Haltung für den Fall des Krieges mit Serbien zu vergewissern. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7304.

Nr. 7315. Tel. aus Sofia, 9. Juni 1913 Nr. 518 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Ich sprach soeben Finanzminister Theodoroff, der sofort auf meine kürzliche Erklärung an Herrn Geschoff und auf unser ganz unbegründetes

Misstrauen Bulgarien gegenüber zu sprechen kam. Was brauchen wir Deklarationen, — meinte er — sehen wir denn nicht die Wirklichkeit? Krieg mit Serbien kaum zu vermeiden und, sollte er auch vermieden werden, sei für Bulgarien Politik, deren wir es verdächtigen, grundsätzlich ausgeschlossen und in Verträge mit Serbien, wo König und Regierung ihre Unterschriften verleugnen, werde sich keine bulgarische Regierung mehr einlassen. Wir diskutierten unverbindlich. Über Schweigen Herrn Geschoffs sagte Finanzminister, dass, nachdem er demissionär, er mir keine Antwort mehr zu geben hätte und dass ich auch keine von ihm erwarten würde; sonst hätte mich Geschoff gewiss nicht auf Antwort warten lassen. Ich erwiderte, dass meine offizielle Erklärung eine Antwort unbedingt erfordere und, wenn Herr Geschoff, da demissionär, keine meritorische zu geben glaubte, hätte er mir diesen Grund seines Schweigens bis jetzt längst formell erklären sollen. Theodoroff bemerkte, dass die von uns verlangte Erklärung leicht abzugeben sei und, sobald Kabinettskrise gelöst, würde mir Nachfolger Herrn Geschoffs Antwort geben. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7276, 7326.

Nr. 7316. Tel. aus Sofia, 9. Juni 1913 Nr. 519 (eing. 10. Juni 7 U. a. m.). Entziff.

Deutscher Kollege sprach heute abends mit Dobrovič, der sagte, dass Lage verschlechtert und Krieg kaum zu vermeiden. Herr von Below erkundigte sich bei Dobrovič, ob Verhandlungen mit Rumänien zu befriedigendem Resultat gelangt, worauf Dobrovič keine klare Antwort gegeben, zugleich aber wegen Haltung Rumäniens ganz ohne Sorge zu sein schien. Tarnowski.

Tel. nach Berlin, 10. Juni 1913 Nr. 406 (chiffr. 11 U. 35 M. p. m.). Siehe n. 7323.

Nr. 7317. Tel. nach Berlin Nr. 408 (1), Rom Nr. 606 (2) und Bukarest Nr. 241 (3), 10. Juni 1913 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Nemes).

1.—3. Der hiesige rumänische Gesandte hat mir gestern von folgendem an ihn gerichteten Erlaß Herrn Majorescos vom 5. d. M. Kenntnis gegeben: „Autorisé par le vote du Parlament roumain à accepter le Protocole relatif au différend roumano-bulgare, signé à St. Pétersbourg le 26 avril/9 mai de l'année courante par les représentants des Grandes Puissances médiatrices, le Gouvernement Roumain a immédiatement pris les mesures nécessaires pour son exécution bien que le contenu de ce Protocole n'ait pas répondu en tous points aux attentes du pays. Le Parlement et le Gouvernement Roumain ont donné par là une nouvelle preuve du désir de la Roumanie d'agir, autant que ses intérêts le lui permettent, en harmonie avec la direction politique adoptée en commun par les Grandes Puissances de l'Europe. Consciente du rôle que lui imposent sa situation acquise et son essor économique et intellectuel, la Roumanie a été, pendant la crise orientale, un facteur décisif pour la localisation de la guerre et a contribué ainsi à éviter à l'Europe les conséquences d'une conflagration générale. Cependant,

des dissentiments semblent se manifester tout à coup parmi les alliés, en ce qui concerne le partage des régions conquises et la délimitation du nouvel état albanais. Comme ces questions touchent de près aux intérêts reconnus de la Roumanie, je crois devoir signaler dès aujourd'hui au Gouvernement auprès duquel Vous êtes accrédité qu'une aggravation éventuelle de la situation dans les Balkans ne pourrait laisser la Roumanie indifférente. La Roumanie exprime l'espoir que la paix sera promptement assurée, mais elle ne saurait, si son attente à ce sujet était trompée, persévérer dans l'attitude réservée qu'elle a gardée jusqu'ici. Je Vous prie de donner lecture de cette note à Son Excellence le Ministre des affaires étrangères."

1.—2. Vorstehendes zur Besprechung mit
1. Herrn von Jagow.
2. Marquis di San Giuliano.
3. Vorstehendes zu Euer Durchlaucht Information. Berchtold.

Tel. nach Bukarest, 10. Juni 1913 Nr. 241 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 7317.

Nr. 7318. Tel. aus Bukarest, 10. Juni 1913 Nr. 145 (eing. 11. Juni 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Minister des Äußern las mir bei heutigem Diplomatenempfange heute eingelangte Depeschen rumänischer Vertreter in Sofia und Belgrad vor, wonach Kriegsausbruch Frage weniger Tage. Nachdem hiesiger bulgarischer Vertreter noch immer keine irgendwie gearteten Instruktionen behufs Beginn von Unterhandlungen mit rumänischer Regierung erhalten hat, auf Grund deren Ergebnis Rumänien Neutralität bewahren könnte, würde, so äußerte Minister, Regierung bei Kriegsausbruch sich genötigt sehen, Mobilisierung anzuordnen. Herr Majoresco glaubt, daß eventuell diese Maßnahme allein genügen würde, um kriegerische Operationen zum Stillstand zu bringen, ohne für einen der Kriegführenden Partei zu ergreifen. Aus einer Depesche Herrn Ghikas aus Sofia geht hervor, daß Bulgarien sich seitens Türkei vollkommen sicher fühlt und die von Rumänien drohende Gefahr noch immer nicht richtig einschätzt. Es ist aber zu befürchten, daß, wenn Rumänien mobilisiert, Armee und öffentliche Meinung auch gegen den Willen der Regierung diese zwingen wird, gegen Bulgarien ostensibel Front zu machen.

K. E. Fürstenberg.

[a] Oe. U. Balkan 307 Nr. 597. Vgl. n. 7263, 7356.

Nr. 7319. Tel. aus Bukarest, 10. Juni 1913 Nr. 146 (eing. 11. Juni 7 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Italienischer Gesandter sagte mir eben, er habe seine Regierung dahin informiert, dass rumänische Regierung auf Zugehörigkeit Pinduswalachen zu Albanien unbedingt festhalte. Sollte jedoch diese sich als vollkommen unerreichbar erweisen, auf von Grossmächten garantierter Autonomie sämtlicher Kutzowalachen in Griechenland bestehen würde. Über Verhandlungen über rumänisch-griechische Differenzen habe er nicht berichtet.

K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 7308, 7380.

Nr. 7320. Tel. aus Cetinje, 10. Juni 1913 Nr. 206 (eing. 6 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Ich erfahre vertraulich, dass Montenegro im Falle bulgarisch-serbischen Krieges wohl neutral bleiben, aber Vorsichtsmassregeln treffen und die Grenze im Sandschak und Albanien besetzen wird. Zu diesem Zwecke ist gestern nachts Befehl ergangen, welcher für morgen nachmittags Versammlung und Musterung aller Truppenkörper in ihren Bezirken anordnet, wobei die Auswahl der an die Grenzen zu dislozierenden Abteilungen — zirka die Hälfte der verfügbaren Stände, rund 15.000 Mann — erfolgen soll. Es scheint mir nicht ganz ausgeschlossen, dass zwischen Serbien und Montenegro Abmachungen getroffen wurden, nach welchen montenegrinische Truppen auch serbisches Gebiet besetzen würden gegen Versprechen seinerzeitiger Entschädigung, um serbische Armee gegen Bulgarien frei zu machen. In diesem Falle wäre aber Neutralität verletzt. Giesl.

Nr. 7321. Bericht aus Cetinje, 10. Juni 1913 Nr. 60 B (eing. 13. Juni).[a] Ausfert.

Vertraulich. Ich hatte gestern eine längere Unterredung mit dem russischen Geschäftsträger, Herrn Obnorsky, wobei derselbe seine mir grossenteils schon bekannten Ansichten über die von Russland in Montenegro und am Balkan zu verfolgende Politik entwickelte. Mein Mitredner, dessen intime Beziehungen zu Herrn Sasonow und zur höheren russischen Gesellschaft bekannt sind, glaubt mich versichern zu können, dass die entwickelten Leitlinien auch von der russischen Regierung gebilligt und angenommen wurden. Ich erlaube mir hinzuzufügen, dass nach meinen zweijährigen Beobachtungen die Tätigkeit des Herrn Obnorsky seinem politischen Programme vollständig entsprach, er es verstanden hat, auch seinen Chef, Herrn von Giers, in sein Fahrwasser zu bringen, und hier infolge seiner Ideen als Feind der Slaven und speziell der Montenegriner gilt. Der russische Geschäftsträger bezeichnet sich selbst als einen guten Russen und Patrioten, aber abgesagten Feind des Neoslavismus und Panslavismus, wie er jetzt propagiert wird. Er würde es für das grösste Unglück für Russland und das Ende dessen Prestiges bei den Slaven ansehen, wenn sich irgendwo ein slavisches starkes Reich, sei es auf dem Balkan, sei es unter der Herrschaft Österreich-Ungarns, bilden würde. Deshalb bekämpft er ebenso die Konsolidierung des Balkanbundes, wie eine mögliche Vereinigung Serbiens mit den südslavischen Provinzen Österreich-Ungarns. Herr Obnorsky wünscht im Interesse Russlands ein deutsches Österreich und ein ungarisches Ungarn, in welchen die Slaven nur die zweite Rolle zu spielen hätten, damit sich nirgends, sei es in Polen oder in Serbien, starke slavische Zentren bilden können, welche die Prestigepolitik Russlands durchkreuzen. „Divide et impera" entspreche am besten den Interessen seines Landes, weshalb eine Einigung der slavischen Balkanstaaten zu verhindern sei, ebenso wie eine zu starke Hegemonie der einzelnen slavischen Nationen, vornehmlich Bulgariens, über die Anderen. Auch die sich vorbereitende Union zwischen Montenegro und Serbien könne Russland nicht passen, weil dadurch Öster-

reich-Ungarn provoziert, Serbien[b]) von der Karte verschwinden und Bulgarien[c]) zu mächtig werden würde, — mit dem Prestige Russlands wäre es dann definitiv aus. Die einzig richtige Politik bestehe darin, die Kräfte am Balkan auszubalancieren, keinen der Staaten zu stark oder zu schwach werden zu lassen und einen Zuwachs vieler Millionen Slaven an Österreich-Ungarn zu verhindern. Deshalb dürfe auch Russland die Monarchie in der Wahrung ihrer legitimen und bedeutenden Interessen am Balkan nicht hindern, um nicht ein dem gewünschten entgegengesetztes Resultat zu erreichen. Speziell für Montenegro empfiehlt Obnorsky die Fortsetzung einer Prestigepolitik, welche nur den moralischen Einfluss der grossen slavischen Vormacht bei Ausschluss jeder Verhetzung oder feindseliger Spitzen gegen die Monarchie zu erhalten hätte. Montenegro als einen bewaffneten Vorposten gegen die Monarchie zu unterhalten und zu benützen, wie man dies früher gewollt, erklärt mein Mitredner als bornierte, durch die geografischen und strategischen Verhältnisse undurchführbare und die russischen Interessen schädigende Politik. Um den Einfluss Russlands zu wahren und die einzelnen slavischen Völker nicht zu stark und selbständig werden zu lassen, genüge es, die Union Montenegros mit Serbien zu hintertreiben, beide Dynastien aufrechtzuerhalten, Montenegro materiell mässig zu unterstützen und die russischen Instruktoren nicht durch serbische verdrängen zu lassen. Damit würden auch die österreichisch-ungarischen Intentionen, welche ein starkes Interesse an der Selbständigkeit Montenegros hätten, nicht konterkariert. Ich glaubte diese Ausführungen Eurer Exzellenz einberichten zu sollen, weil sie viel gesundes Raisonnement enthalten und aus dem Munde eines russischen Diplomaten mit diesem Freimut selten zu hören sind. Mit einem russischen Vertreter, der diesen Prinzipien anhängt, ist auch ein politisches Zusammenwirken hier möglich. Herr Obnorsky hat zudem seine Tätigkeit immer mit diesen Anschauungen in Einklang gebracht und ging während des Krieges so weit, in seinen Berichten die Siege der Balkanstaaten als eine Niederlage und Schwächung Russlands zu kennzeichnen.[1]) Giesl.

[1]) !

[a]) Vgl. n. 7834, 8952. — [b]) Soll wohl heißen „Montenegro". — [c]) Soll wohl heißen „Serbien".

Nr. 7322. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 10. Juni 1913 Nr. 283 (eing. 11. Juni 5 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Großvezier suchte mich soeben auf und sagte mir, daß laut ihm zugekommenen Nachrichten der Krieg zwischen den Balkanstaaten in einigen Tagen ausbrechen dürfte. Großvezier fügte hinzu, er sei nach wie vor entschlossen, wenn möglich neutral zu bleiben; in der türkischen Armee herrsche jedoch eine solche Gährung, daß die Regierung eventuell gezwungen werden könnte, sich an dem Konflikt direkt zu beteiligen. Die Stimmung in der Armee sei eher gegen Bulgarien. Unter allen Umständen verlange dieselbe, daß die Türkei aus einer eventuellen Konflagration Nutzen ziehe. Ich versuchte Großvezier klar zu machen, daß die Gefahren, welche in Zukunft der Türkei drohen, von Nordost kommen

und daß es eine schlechte Politik wäre, sich in Europa, wo für die Türkei doch nichts mehr zu suchen sei, die Hände zu binden. Mein Mitredner gab dies zu, erwiderte jedoch, er fürchte, die Bewegung könnte ihn gegen seine bessere Einsicht zwingen, derselben nachzugeben. Obige Mitteilung machte Großvezier (auch)[b] meinem deutschen Kollegen. Ich habe den Eindruck, daß sich die Pforte für jene der eventuell kriegführenden Parteien entscheiden wird, welche ihr mehr in Aussicht stellt. Aus sicherer Quelle höre ich streng vertraulich, der Krieg zwischen Bulgarien und Griechenland werde am 18. d. M. ohne vorherige Kriegserklärung ausbrechen. Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 308 Nr. 599. Vgl. n. 7338. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 7323. Tel. nach London Nr. 467 (1), Berlin Nr. 406 (2), Rom Nr. 603 (3) und St. Petersburg Nr. 372 (4), 10. Juni 1913 (chiffr. 11 U. 35 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport u. Peter; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 454 und 455 von gestern. Bei der von Euer Exzellenz in Aussicht genommenen Besprechung mit Grafen Benckendorff über die der Réunion zu machende Mittheilung wollen Hochdieselben bezüglich des Kriegsmaterialtransites erklären, daß wir folgende unbedeutende Modifikation der Greyschen Formel akzeptieren könnten. „Il est entendu que dans le cas d'une guerre l'Autriche-Hongrie aura le droit d'empêcher par ses forces navales l'importation par le port neutre des articles de contrebande de guerre destinés à un de ses adversaires." Die Änderung besteht lediglich aus der im Interesse der Klarheit nöthigen Auslassung der Worte: „il désire que" sowie darin, daß Serbien nicht ausdrücklich als eventueller Gegner der Monarchie genannt werde, was bei den gegenseitigen Machtverhältnissen uns aus Prestigerücksichten nicht wünschenswerth erscheinen würde.

2.—4. Graf Mensdorff telegraphiert unterm 9. d. M. wie folgt: ... *wie n. 7310 in extenso und n. 7311 von „Ich erlaube mir" bis Schluß mit Korrektur* ... Ich antworte Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Bei der von Euer Exzellenz in Aussicht genommenen Besprechung" bis zum Schlusse.)

2.—3. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mittheilung an die dortige Regierung.

4. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und eventueller Regelung Ihrer Sprache gegenüber Herrn Sazonow. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7328, 7335, 7359.

Nr. 7324. Tel. aus London, 10. Juni 1913 Nr. 457 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Die hiesige Friedenskonferenz zwischen der Türkei und den Alliierten ist gestern zum Abschlusse gekommen. Aus dem, was die einzelnen beteiligten diplomatischen Vertreter uns gestern abends bei Hof in nicht immer gleichlautender Weise sagten, geht hervor, dass das Einzige, über das sie sich einigen konnten, das war, dass sie die weiteren Verhandlungen ihren Regierungen überlassen. Osman Nizami Pascha, der mir eben einen Abschiedsbesuch machte, sagte mir, Hauptschwierigkeit sei von Bulgarien

ausgegangen, das sich zwar mit der Türkei zu verständigen bereit ist, aber gewisse Konzessionen für die in den bulgarischen Gebieten vorhandenen Mohammedaner nicht auf die daselbst wohnenden Griechen ausdehnen möchte. Die Situation ist aber die, dass der Präliminarfriede hier geschlossen wurde, alles weitere aber entweder durch direkte Verhandlungen zwischen den Regierungen oder eventuell durch die hiesigen diplomatischen Vertreter der Kriegführenden abgemacht werden soll. Osman Pascha geht morgen nach Paris und will in einigen Tagen nach Wien. Er scheint sehr auf den Wiener Botschafterposten zu aspirieren und hofft hiebei auf Unterstützung Euer Exzellenz, falls, wie er meinte, Hilmi Pascha einen grossen administrativen Posten erhält. Streng vertraulich. Tewfik Pascha sagte mir gestern abends, Serben seien an ihn herangetreten mit Anwürfen, sich den Türken zu nähern im Hinblicke auf Konflikt mit Bulgarien und mit Hinweis auf gemeinschaftliche Interessen gegenüber Bulgarien. Mein türkischer Kollege antwortete, diese Erkenntnis komme etwas zu spät. Die Nachrichten, die Sir E. Grey gestern über die Beziehungen zwischen den Alliierten hatte, waren, wie er uns sagte, sehr ungünstig. Staatssekretär war überhaupt gestern auffallend verstimmt, wozu allerdings die innere Lage beitragen mag. Die neue Entwicklung der Marconi ist für die Regierung sehr unangenehm. Eine Kabinettskrise, die nicht wahrscheinlich, aber immerhin jetzt möglich erscheint, wäre von unserem Standpunkte tief beklagenswert, solange die noch pendenten Fragen von der Reunion nicht bereinigt sind.

[a]) Oe. U. Balkan 307 Nr. 596. Mensdorff.

Tel. nach Rom, 10. Juni 1913 Nr. 603 (chiffr. 11 U. 35 M. p. m.). Siehe n. 7323.

Tel. nach Rom, 10. Juni 1913 Nr. 606 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 7317.

Nr. 7325. Tel. aus Rom, 10. Juni 1913 Nr. 345 (eing. 11. Juni 7 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Pindus-Walachen. Minister des Äußern, dem ich Inhalt hohen Telegrammes Nr. 598[b]) vom 9. d. Mts. mitteilte, erklärte neuerlich, dies sei gewiß der offizielle Standpunkt der rumänischen Regierung. Er wisse aber ganz bestimmt aus Mitteilungen aus Athen, daß trotzdem geheime Verhandlungen stattfinden, welche unter anderem auch die Frage der Bestellung eines eigenen Bischofs für die Kutzowalachen in Griechenland betreffen. Momentan seien diese Verhandlungen abgebrochen, weil in dieser Bischof-Frage der sehr taktlose griechische Gesandte in Bukarest die mit kanonischen Gründen motivierte ablehnende Antwort seiner Regierung in eine besonders schroffe Form gekleidet hätte. Herr Venizelos beabsichtige aber einen eigenen Vertrauensmann zur Fortführung dieser Verhandlungen nach Bukarest zu entsenden. Aus Vorstehendem, das doch nicht völlig erfunden sein kann, schließe ich, daß griechischerseits tatsächlich Verhandlungen mit Rumänien angebahnt worden sind und daß letzteres sich auf diese Pourparlers für den Fall einlasse, als sein offizieller Standpunkt, wonach die Pinduswalachen zu Albanien gehören sollten, nicht siegreich bliebe. Nach meinem heutigen Besuche auf der Consulta hat

rumänischer Gesandter die in dem obzitierten hohen Telegramme signalisierte Demarche ausgeführt. Trotzdem hält auch er die obige Eventualität griechischen Verhandlungsversuches nicht für völlig ausgeschlossen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7283. — [b]) Mit Tel. Nr. 598, 9. Juni 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurde n. 7308 von „Pinduswalachen" bis „geführt würden" nach Rom mitgeteilt.

Tel. nach St. Petersburg, 10. Juni 1913 Nr. 372 (chiffr. 11 U. 35 M. p. m.). Siehe n. 7323.

Nr. 7326. Tel. aus Sofia, 10. Juni 1913 Nr. 522 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Ich habe, seitdem ich Konseilspräsidenten am 4. d. Mts. Mitteilung im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 268 vom 4. d. Mts. gemacht hatte, ihn nicht mehr gesehen. Mein Empfinden war, dass ich seither keine andere Haltung beobachten konnte als die, auf Antwort Herrn Geschoffs zu warten und mich jeden Schrittes zu enthalten, der als Ungeduld oder gar als Schwanken in dem, was ich im Namen Euer Exzellenz Konseilspräsidenten eröffnet hatte, hätte aufgefasst werden können. Eine andere Haltung hätte — abgesehen davon, dass sie meiner offiziellen Stellung nicht ganz würdig gewesen — mich befürchten lassen müssen, dass bulgarische Regierung Eindruck von Schwäche und Impression erhielte, unsere Eröffnung sei nur ballon d'essai gewesen, aus dem wir keine Konsequenzen zu ziehen gewillt. Statt erstrebten Eindruck, dass wir unsere Politik anders orientieren können, hätte ich durch neuerliches Fühlungsuchen mit Konseilspräsidenten oder gar durch Zurückkommen auf Eröffnung gerade Gegenteil erreichen müssen. Nachdem ich auch von Dobrovič, dem ich am 7. d. Mts. gleiche Eröffnung wie Herrn Geschoff gemacht (meine Telegramme Nr. 511 und 512), seither kein Lebenszeichen erhalten und aus denselben Gründen wie mit Konseilspräsidenten auch mit ihm mich nicht neuerlich einlassen zu sollen glaubte, habe ich gestern einflussreichem Finanzminister mit mir zu sprechen Gelegenheit gegeben, um ihm gegenüber zu verwerten, dass langes Schweigen Geschoffs durch latente Kabinettskrise, während der er offenbar Geschäfte weiter führt, sich nicht erklären lasse und wenn bulgarische Regierung wünsche zu vermeiden, dass ihr Schweigen in Wien (falsch)[b]) interpretiert werde, hätte mir Konseilspräsident als Grund desselben seine Demission formell erklären sollen. Da es nicht vorauszusehen war, wie lange Kabinettskrise dauern werde, war mir darum zu tun, Herrn Geschoff zu ermöglichen, ohne unseren Standpunkt und mir selbst etwas zu vergeben, Drähte mit mir wieder anzuknüpfen. Soeben wurde ich von Geschoff zum Telephon gebeten, der mir sagte, er hätte mit Bedauern vom Finanzminister erfahren, dass ich über sein Schweigen befremdet. Er sei überrascht und habe geglaubt, ich würde nach seiner Demission keine Antwort von ihm erwarten und auch meine Regierung entsprechend informieren. Ich erwiderte, Konseilspräsident hätte mich entsprechend aufklären sollen, indessen habe er meine offizielle Erklärung offiziell zur Kenntnis genommen und mir Antwort binnen einigen Tagen in Aussicht gestellt, weswegen ich unmöglich Demission als wahren Grund Schweigens ansehen und Euer Exzellenz angeben könnte. Herr Geschoff sagte, es sei Missverständnis, ersuchte, seine Erklärung sofort

Euer Exzellenz zu melden und fügte hinzu, dass sein Nachfolger auf meine Eröffnung antworten werde. Er, Geschoff, ziehe sich definitiv zurück und Herr Danew sei heute nachts mit Bildung Kabinettes betraut, die vermutlich schon morgen perfekt wird. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7315, 7339. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 7327. Tel. aus Sofia, 10. Juni 1913 Nr. 523 (eing. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Heute morgens zirkulieren vage Gerüchte von einem energischen Schritte Russlands zur Verhinderung Krieges. Finanzminister sagte mir diesbezüglich, König Ferdinand habe gestern abends Telegramm[b]) von russischem Kaiser erhalten mit dringender Empfehlung, Streit mit Serbien Arbitrage Kaiser Nikolaus' zu unterwerfen. König Ferdinand hätte geantwortet, dass Bulgarien Schiedsspruch annehme. In welcher Form diese Annahme erfolgte, konnte mir Finanzminister nicht ganz verständlich erklären, ich hatte aber eher Eindruck, dass in Antwort König Ferdinands von Beschränkung Schiedsspruchs auf strittige Zone keine Erwähnung gewesen. Finanzminister meinte nämlich, dass Kaiser Nikolaus als arbitre nur im Sinne des Vertrages entscheiden könnte und es sohin ausgeschlossen wäre, dass Serbien mehr als strittige Zone zugesprochen werde. Analoges Telegramm sei von russischem Kaiser nach Belgrad gegangen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7340. — [b]) Polit. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 246.

Nr. 7328. Tel. aus Berlin, 11. Juni 1913 Nr. 263 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 406 von gestern betreffend serbischen Adriahafen. Staatssekretär billigt vollkommen die von Euer Exzellenz vorgeschlagene kurze Modifizierung der Greyschen Formel. Szögyény.

Nr. 7329. Tel. nach Bukarest, 11. Juni 1913 Nr. 242 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Wie ich aus ganz sicherer griechischer Quelle[b]) erfahre, ist dieser Tage zwischen Athen und Belgrad ein Bündnisvertrag zustande gekommen. Da ich seinerzeit der königlich rumänischen Regierung durch Euer Durchlaucht von den Versuchen Serbiens, einen engeren Anschluß an Griechenland herbeizuführen, Kenntnis gegeben habe, ersuche ich Euer Durchlaucht, Herrn Majoresco von dem nunmehr erfolgten Abschlusse dieses Allianzvertrages streng vertrauliche Mittheilung zu machen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7343. — [b]) Vgl. n. 7306.

Nr. 7330. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 11. Juni 1913 Nr. 285 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Es wird mir soeben gemeldet, daß heute Attentat auf Grossvezier verübt worden ist. Mahmud Schefket Pascha schwer verwundet, sein Adjutant getötet. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 7331.

Nr. 7331. Tel. aus Konstantinopel-Therapia, 11. Juni 1913 ohne Nummer (eing. 12. Juni 1 U. a. m.).[a] Entziff.

Grossvezier seinen Wunden erlegen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 7330, 7357, 7417.

Nr. 7332. Tel. aus London, 11. Juni 1913 Nr. 458 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Unter Bezugnahme auf Weisung Nr. 36012 9 a[b] vom 7. d. M. und im Nachhang zu meinem vorgestrigen Telegramm Nr. 455 betreffend wirtschaftlichen Accès Serbiens an die Adria. Ich habe heute mit meinem russischen Kollegen, Sektionschef Ippen und Petrajew konferiert zu dem Zwecke, eine Einigung anzustreben, welche die Grundlage eines vor die Reunion zu bringenden Projektes wäre, wodurch die Auslegung des Reunionsbeschlusses vom 17. Dezember v. J. klargestellt würde. Über die im gedachten Erlasse sub 2 und 3 erörterten Punkte ist ein mit den Ausführungen Euer Exzellenz sich deckendes Einvernehmen konstatiert worden. Über Punkt 1 ist unser Verlangen auf Fallenlassen der Worte „et neutre" von russischer Seite mit folgendem Vorschlag beantwortet worden: Si la neutralité de la future Albanie admet l'établissement de fortifications pour la défense du pays, le port commercial desservi par le chemin de fer international devrait être soumis à un régime spécial imposant l'obligation de ne pas fortifier cette place. Si ce régime est adopté de commun accord, l'emploi du qualificatif „neutre" après le mot port dans la résolution de la réunion du 17 décembre de l'année passée n'est plus nécessaire. Über Punkt 4 ist nach längerer Besprechung zwischen Ippen und Petrajew die nachstehende Formel zur Vorlage an unsere respektiven Regierungen aufgesetzt worden: Transit des munitions de guerre. La liberté de transit des matériaux de guerre ne soulevant pas d'objection en principe, le droit de visite de tous les bateaux de commerce à l'entrée du port desservi par le chemin de fer international devrait être reconnu aux Etats belligérants. Bericht folgt mit heutiger Post. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7358, 7359. — [b] Vgl. n. 7311 Anm. d.

Nr. 7333. Tel. aus London, 11. Juni 1913 Nr. 459 (eing. 12. Juni 2 U. a. m.).[a] Entziff.

Réunion d'aujourd'hui: „Sur la proposition des ambassadeurs d'Autriche-Hongrie et d'Italie relative à la délimitation sud de l'Albanie Sir E. Grey dit qu'il ne peut participer à aucun accord sans être prêt à se joindre à des mesures de nature à l'imposer et sans examiner s'il peut être imposé à la Grèce par la force. Ce serait une très sérieuse décision à prendre et il doit consulter à ce sujet le premier ministre et ses collègues du cabinet. Il désire être en situation de déclarer d'une façon positive si, en recommandant l'acceptation d'un accord des Puissances à la Grèce, la Grande-Bretagne pourrait ajouter, s'il le faut, que la Grèce doit envisager les conséquences de son refus d'accepter cet accord ou au contraire si la Grande-Bretagne devrait déclarer qu'elle ne peut participer à l'accord proposé.

L'ambassadeur de France dit que ses instructions ne lui permettent pas d'adhérer à la proposition des ambassadeurs d'Autriche-Hongrie et d'Italie, notamment en ce qui concerne l'attribution de Koritza à l'Albanie. Il se réserve de consulter son gouvernement. Les ambassadeurs d'Autriche-Hongrie et d'Italie se déclarent dans l'impossibilité de modifier leur proposition." Mensdorff.

a) Vgl. n. 7334, 7345, 7346, 7371.

Nr. 7334. Tel. aus London, 11. Juni 1913 Nr. 460 (eing. 12. Juni 2 U. a. m.).a) Entziff.

Ergänzung zu heutigem Telegramm Nr. 459. Bei heutiger Reunion proponierte Sir E. Grey zunächst, ob über Südgrenze — und damit in Verbindung Inselfrage — Fortschritt gemacht werden könnte. Marquis Imperiali verlas Reserve seiner Regierung bezüglich der von Italien okkupierten Inseln; ließ aber durchblicken, daß italienische Regierung einer eventuellen Zuwendung derselben an Griechenland nicht opponieren würde. Fürst Lichnowsky machte eine eher schwache Erklärung, daß seine Regierung prinzipiell noch für die Beibehaltung von Chios und Mytilene bei der Türkei sei, jedoch eventuell ihrer Einverleibung in Griechenland unter gewissen Bedingungen zustimmen würde. Ich beschränkte mich zu erklären, unsere Haltung bezüglich der Inseln würde sehr beeinflußt sein von der Lösung der südalbanesischen Grenzfrage. Über diese Linie entspann sich Diskussion, wobei Marquis Imperiali und ich wieder den Standpunkt vertraten, daß Cap Stylos und Koritza für uns „Säulen des Herkules" Albaniens seien. Herr Cambon ist Hauptgegner, besonders was Koritza anbetrifft. Sir E. Grey erklärte, es werfe sich nun die Frage auf, was die Mächte tun sollten, wenn Giechenland sich der Entscheidung der Mächte nicht fügen würde. Entweder müßten die Mächte gemeinsam Pression, das heißt Gewalt, anwenden, oder einzelne Mächte, oder endlich die schlimmste Eventualität, daß einzelne Mächte Gewalt anwenden und andere opponieren würden. Marquis Imperiali und ich vertraten den Standpunkt, daß die Delimitation Albaniens Aufgabe der Mächte sei; wenn Griechenland sie nicht annehme, man Zuspruch der Inseln Griechenland verweigern könne. Sir E. Grey bemerkte, Griechenland sei in Okkupation nicht nur eines großen Teiles des Gebietes, das nach unserem Vorschlag zu Albanien gehen soll, sondern auch fast sämtlicher Inseln, so daß es vorziehen könnte, den jetzigen faktischen Besitzstand beizubehalten, statt sich einer anderweitigen Entscheidung der Mächte zu unterwerfen. Staatssekretär meinte, er möchte nicht einem Arrangement zustimmen, welches er nicht auch bei Griechenland durchzusetzen bereit wäre. Pressionsmittel gegen Griechenland würde man hier nur sehr ungern ergreifen und nur in dem Falle, als man das Übereinkommen der Mächte über die Grenze als so billig ansehen könnte, daß man die Annahme desselben von Griechenland gerechterweise fordern könnte. Dies sei eine sehr ernste Entscheidung und jedenfalls müsse er das Kabinett konsultieren. Nachdem andere Minister des Aeußern dasselbe tun müßten, proponierte er, nächste Reunion erst nächsten Mittwoch abzuhalten. Mein persönlicher Eindruck ist, daß französischer

Botschafter bezüglich des Cap Stylos nachgeben wird, in günstigstem Falle vielleicht über Koritza, dabei aber jedenfalls noch erhebliche Konzessionen auf der übrigen Grenzlinie fordern wird. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7345, 7346, 7371.

Nr. 7335. Tel. aus Rom, 11. Juni 1913 Nr. 351 (eing. 12. Juni 5 U. a. m.). Entziff.

Die laut Telegramm vom 10. d. M. Nr. 603 amendierte Formel Sir E. Greys hinsichtlich der im Kriegsfall zulässigen Verhinderung der Einfuhr von Konterbande über den serbischen Adriahafen gab dem Minister des Aeussern nur zu der Bemerkung Anlass, dass er eventuell durch Marquis Imperiali eine analoge Erklärung auch für Italien abgeben lassen werde. Die Formel, beziehungsweise das darin konstatierte Recht gelte nämlich nicht nur für uns, sondern eigentlich für jeden Staat im Kriegsfalle mit Serbien. Mérey.

Nr. 7336. Tel. aus St. Petersburg, 11. Juni 1913 Nr. 208 (eing. 12. Juni 12 U. 10 M. a. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow äußerte sich sehr besorgt über den Konflikt zwischen den Balkanalliierten und sagte mir, russische Regierung tue das Menschenmögliche, um den Ausbruch eines Krieges zwischen den um die Beute streitenden Verbündeten, der denkbarst unmoralisch und geradezu ein Verbrechen wäre, zu verhindern. Auch Kaiser Nikolaus habe persönlich eingegriffen und dieser Tage an die Könige von Bulgarien und Serbien telegraphiert,[b] um sie auf die Gefahren aufmerksam zu machen, denen sie sich durch einen solchen Krieg aussetzen würden. Minister, der sehr deprimiert war, scheint aber nicht recht an den Erfolg dieser Bemühungen zu glauben. Thurn.

[a] Oe. U. Balkan 309 Nr. 602. Vgl. n. 7213, 7355 Anm. b, 7406, 7430. — [b] Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 246.

Nr. 7337. Tel. aus St. Petersburg, 11. Juni 1913 Nr. 209 (eing. 11 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Herr Sazonow beklagte mir gegenüber schleppenden Verlauf der Arbeiten Londoner Botschafterreunion, die speziell was die südliche Abgrenzung Albaniens anbelangt, auf einen toten Punkt gelangt zu sein scheinen. Nach seinen Informationen sei Sir E. Grey schon ganz disgustiert und habe sich zu Grafen Benckendorff geäußert, er könne unmöglich ganzen Sommer fortfahren, den unfruchtbaren Konferenzen zu präsidieren. Thurn.

Nr. 7338. Tel. nach Sofia, 11. Juni 1913 Nr. 284 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Markgraf Pallavicini telegraphiert mir unterm 10. d. M. wie folgt: *... wie n. 7322 mit Korrekturen ...* Ich stelle es Euer Hochgeboren anheim, Vorstehendes in Ergänzung, beziehungsweise Richtigstellung Ihrer früheren Mitteilungen (Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 500 vom 3. d. M.) bei Herrn Dobrovič streng vertraulich zu verwerten. Berchtold.

Nr. 7339. Tel. aus Sofia, 11. Juni 1913 Nr. 527 (eing. 12. Juni 2 U. a. m.).[a] Entziff.

Gestern begegnete ich Herrn Dobrovič auf der Strasse, blieb aber — wie ich sonst zu tun pflege — nicht stehen, sondern grüsste, ohne mit ihm zu sprechen. Herr Dobrovič besuchte mich soeben. Er sagte, dass er schon früher bei mir vorsprechen wollte, wurde aber dermassen in Anspruch genommen, dass keine Zeit gehabt. Nach seiner letzten Unterredung mit mir (mein Telegramm Nr. 511 vom 7. d. M.) habe er meine Mitteilung dem König gemeldet; Seine Majestät hätte Ernst derselben erfasst und Dobrovič beauftragt, mit Herrn Geschoff zu sprechen und ihm zu empfehlen, mich nicht ohne Antwort zu lassen. Nachdem Herr Geschoff unter Hinweis auf seine Demission Erteilung baldmöglichster ...[b] durch ihn als unmöglich bezeichnet, habe sich Dobrovič an Herrn Danew gewendet, der aber keine offizielle Eigenschaft zu haben glaubte, mit mir zu sprechen. Ich erwiderte, dass ich Schweigen Herrn Geschoffs bedauere, da es sich gerade darum gehandelt habe, dass er klar rede und ich befürchten musste, dass längeres Schweigen in Wien verstimmen könnte und ungünstig interpretiert werden würde. Herr Geschoff und Herr Danew hätten geglaubt, — meinte Dobrovič — dass Demission des Kabinettes mir Schweigen erklärlich machen würde. Ich antwortete, dass Herr Geschoff sich erst gestern auf Demission formell berufen habe. Ich hoffe, dass Demission als genügende Erklärung für Schweigen angesehen werde, wüsste dies aber nicht sicher; jedenfalls habe ich gestrige Mitteilung Herrn Geschoffs sofort nach Wien gemeldet, da ich bereits Anzeigen schlechten Eindruckes am Ballplatze gehabt. Dobrovič dankte für meine guten Absichten. Über Regierungskrise sagte er, dass Herr Danew einigen Schwierigkeiten bei Bildung Konzentrationskabinettes begegne. Radoslavow, der sich offen gegen Politik Danews ausgesprochen, weigere sich nämlich, in dessen Kabinett einzutreten. Sollte Radoslavow auch nach Audienz, die er heute bei König haben werde, auf seinem Refus beharren, müsste Gedanke Konzentrationskabinettes fallen gelassen und ein Kabinett nur aus Partei Herrn Geschoffs und Herrn Danews unter Führung des Letzteren gebildet werden. Frage dürfte längstens bis morgen entschieden werden. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7326. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 7340. Tel. aus Sofia, 11. Juni 1913 Nr. 529 (eing. 12. Juni 2 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 523 vom 10. d. M. über Telegramm Kaiser Nikolaus' an König Ferdinand. Daraus, was mir Herr Dobrovič heute gesagt, geht hervor, dass Information, die mir Finanzminister gestern gegeben, nicht ganz richtig. Die Antwort auf Telegramm russischen Kaisers soll nämlich noch nicht abgegangen sein. Sie soll heute abgehen und werde dahin lauten, dass Bulgarien längst erklärt hätte, Schiedsspruch russischen Kaisers, wie im Vertrag vorgesehen, anzunehmen und es auch jetzt bereit sei, sich Arbitrium bezüglich strittiger Zone formell zu unterwerfen. Dobrovič betonte, dass Schiedsspruch nur strittige Zone betreffen dürfe und dass Serbien vorher übrige Gebiete räumen müsste. Äusserungen

Dobrović' war zu entnehmen, dass Telegramm Kaiser Nikolaus, welches mahnend gelautet, hier nicht ganz angenehm überrascht hat. Dobrović bemerkte, dass es genügt hätte, wenn russischer Kaiser nur König Peter antelegraphiert hätte, da es bloss Serbien sei, das russische Arbitrage bis jetzt nicht angenommen. Antwort Serbiens auf Telegramm Kaiser Nikolaus' sei hier noch unbekannt, mit Rücksicht auf Stimmung in Belgrad, auf Interview serbischen Kronprinzen und so weiter müsse man aber zweifeln, ob Serbien einlenken werde, zumal Herr von Hartwig, entgegen seinen offiziellen Instruktionen, zweideutige Rolle spiele. Wenn es zum Kriege komme, werde nur er dafür verantwortlich. Herr Dobrović bemerkte, dass in der Depesche russischen Kaisers auch von Demobilisierung die Rede gewesen und anknüpfend erwähnte Mitredner analoge Demarche, die hier von sämtlichen Grossmächten unternommen werden soll. Dobrović fügte hinzu, dass Bulgarien, wenn nur Serbien und Griechenland demobilisieren, jederzeit bereit, dasselbe zu tun, selbstredend nur proportionell. Vorläufig sei Serbien daran, Konzentrierung seiner Armee zu beenden und Bulgarien konzentriere seine Truppen. Ich weiss, dass es Herr Nekludoff ist, der hier ihm verhassten Herrn von Hartwig für alles verantwortlich macht, wobei er betont, dass Letzterer offiziellen Instruktionen zuwider handle, wodurch russischer Kollege in Augen der Bulgaren russische Politik in günstiges Licht stellt. Tarnowski.

Nr. 7341. Tel. aus Belgrad, 12. Juni 1913 Nr. 354 (eing. 8 U. p. m.).[a] Entziff.

Russische Intervention. Herr von Hartwig hat vorgestern im Auftrage seiner Regierung König Peter ein Telegramm des Zaren[b] überreicht, worin von einem Kriege mit Bulgarien eindringlichst abgeraten worden sein soll. Russischer Gesandter verwendete sich mit grossem Nachdrucke für Demobilisierung. Serbische Regierung erklärte, hiezu geneigt zu sein, wenn Bulgarien dasselbe tun wolle, sie würde nur 70.000 bis 80.000 Mann in den besetzten Gebieten belassen wollen. Gleichzeitig hat russischer Gesandter in Sofia ein identisches Telegramm[b] König Ferdinand überreicht. Bulgarien soll ebenfalls geneigt sein zu demobilisieren, wenn Serbien alle Truppen aus den vertragsmässig Bulgarien zukommenden Gebieten zurückziehen werde; die strittige Zone (Kumanova, Üsküb etc.) müsste bis zur Entscheidung des Konfliktes von beiden Staaten durch gleiche Truppenzahl besetzt bleiben. Auf diese Bedingungen wird Serbien nicht eingehen können. Die aus dem hiesigen Pressbureau stammende Nachricht, wonach hier ein analoger Allerhöchster Schritt aus Wien signalisiert wurde, dürfte auf eine unabsichtliche oder absichtliche Verwechslung mit dem obgemeldeten Faktum zurückzuführen sein. Ugron.

[a] Vgl. n. 7352, 7366. — [b] Polit. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 246.

Nr. 7342. Tel. nach Berlin, 12. Juni 1913 Nr. 418 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Herzog Avarna hat mir auftragsgemäß den unten folgenden Text der Erklärung mitgeteilt, den Marquis Imperiali in der Londoner Réunion

bezüglich der ägäischen Inseln abgeben wird und mich um Bekanntgabe meines Standpunktes ersucht: „Le Gouvernement de Sa Majesté, lié comme il est par les dispositions du traité de Lausanne, est tenu à garder à la disposition du Gouvernement ottoman les îles occupées depuis un an par les troupes royales. Le Gouvernement de Sa Majesté ne croit pas, par conséquent, prendre part à la discussion entre les Puissances sur le sort des îles susdites ni s'associer aux démarches éventuelles que les Puissances feront auprès de la Sublime Porte pour lui notifier la décision qui aura été prise. Etant donné l'intérêt de toutes les Puissances au maintien de l'intégrité de l'Empire ottoman et à la sécurité de ses provinces de la Turquie asiatique, le Gouvernement du Roi ne doute pas que les Puissances, au moment de régler le sort général des îles de la Mer Egée, partageront son point de vue sur la nécessité de sauvegarder le plus possible l'intérêt et le prestige de la Turquie." Bevor ich diese Anfrage beantworte, würde ich Wert darauf legen, den diesbezüglichen Standpunkt des deutschen Kabinetts, dem jedenfalls eine analoge Mitteilung zugekommen ist, kennen zu lernen. Euer Exzellenz wollen sich hierüber bei Herrn von Jagow informieren und mir telegrafisch berichten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7354, 7370.

Nr. 7343. Tel. aus Bukarest, 12. Juni 1913 Nr. 148 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 242, griechisch-serbischen Vertrag betreffend, mitgeteilt. Minister dankt für Information und sagte, serbischer Gesandter habe ihn beim letzten Diplomatenempfange verständigt, dass Serbien mit Griechenland und Montenegro Akkord zur Verteidigung ihrer Interessen gegen Bulgarien geschlossen hätten. Habe Eindruck gewonnen, dass, falls Bulgarien nicht umgehend mit hiesiger Regierung in Besprechung über ihre zukünftige Haltung eintritt, Rumänien andere Verbindung eingehen wird. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7344. Tel. aus London, 12. Juni 1913 Nr. 461 (eing. 10 U. 30 M p. m.)[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 469[b]) vom 11. d. M. Bezüglich montenegrinischer Post in Skutari und Evakuierung Albaniens. Ich habe beide Angelegenheiten in der Reunion vorgebracht. Bezüglich des Postdienstes wünschte Sir E. Grey eine Notiz für Foreign Office, die ich ihm übersende; ich denke, er wird Admiral Burney darüber instruieren. Was Evakuation betrifft, so meinte Grey, er fände, Montenegro hätte sich durch sein korrektes Verhalten in der letzten Phase der Friedensverhandlungen ein gewisses Recht auf Mitleid und Sympatnie erworben. Es schiene ihm, dass, wenn man eine neuerliche Aufforderung zur Evakuierung an Montenegro richte, man gleichzeitig damit ihm etwas Konkretes über die ihm in Aussicht gestellte finanzielle Beihilfe und über ein Projekt zur Regulierung Bojanas und des Skutarisees mitteilen sollte. Bezüglich der Evakuierung serbischer Truppen meinte Grey, wenn man eine

diesbezügliche Demarche in Belgrad mache, sollte man jedenfalls auch gleichzeitig die von Serbien erwartete und ihm in Aussicht gestellte Wiederholung Reunionsbeschlusses über accès commercial machen können. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 309 Nr. 603. Vgl. n. 7358. — [b]) Mit Tel. Nr. 469 nach London, 607 nach Rom und 409 nach Berlin, 10. Juni 1913 (chiffr. 11. Juni 1 U. 30 M. a. m.) erfolgte eine Weisung nach London, beziehungsweise deren Mitteilung nach Rom und Berlin, dahingehend, daß das montenegrinische Post- und Telegrafenamt in Skutari sofort geschlossen und die innerhalb der Nord- und Nordostgrenzen verbliebenen montenegrinischen und serbischen Truppen zurückgezogen werden sollen. Zu letzterem Zwecke könnten, „insoferne es sich um von Skutari entfernte Punkte handelt, auch Demarchen in Cetinje und Belgrad unternommen werden, um den dortigen Regierungen die einschlägigen Entscheidungen in peremptorischer Weise in Erinnerung zu bringen".

Nr. 7345. Tel. aus London, 12. Juni 1913 Nr. 462 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. In Ergänzung meiner gestrigen Telegramme Nr. 459 und 460 über Reunion. Aus einer vertraulichen Unterredung mit Tyrrell empfange ich den Eindruck, dass das Motiv der gestrigen Haltung Sir E. Greys folgendes war. Staatssekretär will es den Mächten, welche extreme griechische Wünsche unterstützen, klar machen, was die Folgen werden könnten, wenn ein Kompromiss über die Südgrenze und die Inseln nicht zustandekomme. Er will es auch feststellen, dass wenn ein Kompromiss einmal zustandegekommen ist, es unbedingt durchgeführt werden muss, so dass keine Macht sich der Durchführung entziehen kann, respektive denjenigen Mächten, welche die Durchführung durchsetzen, Opposition entgegensetzen könnte. (Im Falle der Flottendemonstration wegen Skutaris hatte Sir E. Grey bekanntlich große Schwierigkeiten, Frankreich zur Teilnahme zu bringen.) Es ist also zu erwarten, dass Staatssekretär sich auch weiter bemühen wird, ein Kompromiss herbeizuführen, das alle Mächte annehmen können und das von Griechenland akzeptiert werden muss. Herr Cambon ist noch immer der Hauptverfechter griechischer Interessen; wie es scheint, persönlich noch mehr als seine Regierung. Von anderer, nichtamtlicher Seite höre ich, Herr Cambon wolle Entscheidung hinausziehen, bis Griechenland sich Besitz Saloniks gesichert hat, weil es dann Herrn Venizelos leichter wäre, in Albanien sich nachgiebig zu zeigen. Ich kann nicht beurteilen, ob dies richtig ist. Mein deutscher Kollege sagte mir, er habe nach der Reunion gestern Sir E. Grey gesagt, Deutschland stehe in der albanesischen Frage auf Seite seiner Alliierten. Bei der Reunion musste er seinen Instruktionen gemäß eine etwas vage Sprache führen, da ihm vorgeschrieben war, formell noch etwas für türkischeWünsche in Inselfrage einzutreten. Ich hielte es für zweckmäßig, wenn die deutsche Regierung in ganz klarer Weise hier und womöglich auch in Petersburg und Paris erklären ließe, dass sie mit uns und Italien in albanesischer Frage solidarisch ist. Wie Euer Exzellenz bekannt, hat sich Kaiser Wilhelm wiederholt und sehr unumwunden stark griechenfreundlich ausgesprochen und die Besorgnis Italiens bezüglich der Benutzung des Kanals von Korfu als navale Basis gegen die Adriamächte für ganz unbegründet erklärt. Bei der jüngsten Monarchenbegegnung in Berlin hat der deutsche Kaiser ohne Zweifel sich in ähnlichem Sinne ausgelassen. Dies dürfte allen Kabinetten bekannt

sein, und von der Überzeugung ausgehend, „in Deutschland gilt nur der Kaiser", dürfte überall der Eindruck bestehen, dass wir und Italien nur auf eine laue Unterstützung Deutschlands rechnen können. Eine Erklärung, welche die Solidarität der Dreibundmächte ganz deutlich macht, schiene somit absolut notwendig, wenn unser Standpunkt in der albanesischen Frage durchgefochten werden soll. Sonst wird es schwer werden, den Eindruck zu beseitigen, dass der französische Philhellenismus im Einklang mit den dynastischen Sympathien der Höfe von London, Petersburg und auch Berlin steht. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7371.

Nr. 7346. Tel. nach Rom, 12. Juni 1913 Nr. 619 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Ich ersuche Euer Exzellenz, Marquis di San Giuliano zu fragen, welche Stellung derselbe zu der gestrigen Réunions-Verhandlung über die südalbanische Grenze[b]) einnimmt, nachdem ich nach wie vor den größten Wert darauf lege, in dieser Frage im Einvernehmen mit Italien vorzugehen und Graf Mensdorff mit den gleichen Instruktionen zu versehen, welche italienischerseits Marquis Imperiali erteilt werden sollen. Zur Regelung Ihrer Sprache, beziehungsweise vertraulichen Mitteilung an den Herrn Minister möchte ich meinen ersten Eindruck über diese Réunionssitzung dahin zusammenfassen, daß sie einen Verlauf genommen hat, der mit dem Zwecke der Londoner Beratungen einigermaßen im Widerspruche steht. Die Tendenz, die Festsetzung der Süd- und Südostgrenze von Albanien davon abhängig zu machen, ob der betreffende Beschluß von Griechenland freiwillig akzeptiert wird, legt die Entscheidung dieser den Mächten vorbehaltenen Frage eigentlich in die Hände Griechenlands und weicht daher von den bisher als feststehend angesehenen Prinzipien wesentlich ab. Die Kabinette von Wien und Rom müßten sich da wohl die Frage vorlegen und eventuell auch in London offen erklären, daß, wenn die Réunions-Verhandlungen diesen Charakter annehmen, es eigentlich viel vorteilhafter wäre, jedenfalls aber einen geringeren Zeitaufwand erfordern würde, durch direkte Auseinandersetzungen mit der Athener Regierung sei es im Wege eines Arrangements sei es in jenem einer peremptorischen Erklärung zu der in Rede stehenden Delimitierung zu gelangen. Der Wunsch der beiden Regierungen, im Konzerte zu verbleiben und die Réunion nicht zu sprengen, müßte wohl seitens der Tripelententemächte dadurch honoriert werden, daß sie auf dem gesamteuropäischen Standpunkte stehen bleiben und sich nicht zu bloßen Anwälten der Prätensionen der Athener Regierung hergeben, welche nach dem Nationalitätenprinzipe auch nicht die geringste Spur innerer Berechtigung aufweisen.

[a]) Vgl. n. 7371, 7374. — [b]) Vgl. n. 7333, 7334.

Nr. 7347. Tel. aus Sofia, 12. Juni 1913 Nr. 530 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Bildung Konzentrationskabinettes ist am Refus Radoslawows, in eine Regierung Danew einzutreten, gescheitert. Seit gestern abends versuchte Danew, den seiner und Geschows Partei in auswärtiger Politik am

nächsten stehenden Demokratenführer Malinow zum Eintritt ins Kabinett zu bewegen, jedoch, wie ich soeben höre, bis jetzt ohne Erfolg. Das Scheitern Konzentrationskabinetts unter Führung Danews, welches — wie ich höre — Wunsch König Ferdinands war, ist für König Verlegenheit, die noch grösser wird, wenn Demokraten endgiltig Mitwirkung verweigern. König wünschte offenbar russophile Etiquette und zum Teil auch Richtung und zugleich starke, aus allen und zumindest aus mehreren Parteien gebildete Regierung. Was geschehen wird, wenn Malinow definitiv refüsiert, ist unsicher; ein Kabinett nur aus Geschowisten und Danewisten unter Führung stark diskreditierten Herrn Danews hätte noch weniger Autorität als bisherige Regierung. Ein Kabinett Radoslawow oder stambulowistisches würde von russischer Regierung nicht gerne gesehen, mit der König Ferdinand offenbar ...[b] rechnen zu sollen glaubt. Auffallend ist aktive, auch nach aussenhin sichtbare Beteiligung russischen Gesandten an Bemühungen Danews um Bildung eines Kabinettes. Man hilft sich offenbar gegenseitig, um einerseits russischen Einfluss hierzulande und anderseits russophile Partei Danews vor Krach zu retten. Danew dürfte formelle Zusage Russlands haben und russischerseits wird in diesem entscheidenden Moment gewiss nichts unterlassen, um hier Boden nicht zu verlieren. Nachgiebigkeit Serbiens würde dieser Politik Erfolg sichern. Herr Spalajković ist soeben aus Belgrad hier eingetroffen, man weiss aber noch nicht, was er bringt. Sollte Danew Kabinett bilden oder überhaupt russophiler Kurs erhalten bleiben, könnten wir direkt wünschen, dass sich Lage so kritisch als nur möglich für Bulgarien gestalte. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7350. — [b] Chiffre verstümmelt.

Nr. 7348. Tel. aus Sofia, 12. Juni 1913 Nr. 531 (eing. 10 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 276 vom 8. d. M. Alle Kollegen mit Instruktionen versehen und wurde nachstehende Erklärung an bulgarische Regierung verabredet: „D'ordre de son gouvernement le ministre de ... a l'honneur d'inviter le gouvernement Royal à réduire immédiatement les effectifs de guerre." Ich habe Kollegen gesagt, dass morgen antworten werde, ob mit diesem Texte einverstanden. Tarnowski.

Nr. 7349. Tel. aus Sofia, 12. Juni 1913 Nr. 532 (eing. 11 U. p. m.)[a] Entziff.

Erfahre vertraulich aus guter Quelle, dass heute aus Belgrad zurückgekehrter Herr Spalajković keine Antwort auf Serbiens Vertragsrevisionsverlangen von bulgarischer Regierung zu fordern hat. Er hat bloss die partielle Demobilisierung der bulgarischen Armee zu fordern, wobei er erklären soll, dass auch Serbien proportionell demobilisieren würde. Herr Spalajković soll diese Demarche noch heute unternehmen und morgen wieder auf Urlaub abreisen. Spalajković, der angeblich besorgt und nervös, soll meinem Gewährsmanne gesagt haben, dass Stimmung in Belgrad unnachgiebig; nur er und Herr Pašić wären konziliant. Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 310 Nr. 605.

Nr. 7350. Tel. aus Sofia, 12. Juni 1913 Nr. 533 (eing. 13. Juni 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Laut mir zugehender Information ist Herr Danew im Begriffe, Kabinett bloß aus seinen Parteigängern und Geschowisten zu bilden und dürfte dasselbe sehr bald zusammengestellt werden. Erbitte Instruktion, wie mich Danew gegenüber, der außer Präsidium auch Äußeres übernehmen würde, zu verhalten habe, und zwar ob ich von ihm auf im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes 268 vom 4. d. M. Herrn Geschoff und Dobrovič abgegebene Erklärung Antwort bei erster Begegnung ausdrücklich verlangen oder nur warten soll, bis er von selbst antwortet und welche Attitude meinerseits Danew gegenüber Wünschen Euer Exzellenz entsprechen wird, solange neuer Premier keine Antwort erteilt haben wird. Geneigte ehetunlichste Instruktion erwünscht, da mit Rücksicht auf Demobilisierungsdemarche und Orientbahnenangelegenheit gleich nach Konstituierung des Kabinettes mit Herrn Danew in Kontakt werde treten müssen. Was Art anbelangt, in der eventuelle Antwort Danews aufnehmen werde, so vermute, dass es Intentionen Euer Exzellenz entsprechen wird, wenn ich, ohne mich in Diskussion einzulassen, mich nur rezeptiv verhalte und dem notorisch Russophilen, was immer er für eine Erklärung abgeben mag, zuerst bloß antworten werde, dass Euer Exzellenz referieren werde. Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 310 Nr. 604. Vgl. n. 7347, 7364, 7365.

Nr. 7351. Tel. aus Athen, 13. Juni 1913 Nr. 388 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Resumé heutiger Äusserungen Herrn Venizelos' mir gegenüber. I. Er sagte, sein bisheriger Optimismus bezüglich der Lage habe sich in letzter Zeit in entschiedenen Pessimismus verwandelt. Krieg scheine vor der Tür dank der Haltung Bulgariens, welches Lösung verschleppe, um Truppenkonzentrierungen zu vollenden. Griechische Regierung habe bisher unverbrüchlich daran festgehalten, dass alle friedlichen Mittel erschöpft werden müssten, bevor Armee in Aktion tritt. Auch jetzt noch bestehe feste Absicht, sich rein defensiv zu verhalten, obwohl dies ein politischer und namentlich auch ein militärischer Fehler sei, da Bulgarien täglich stärker werde. Dies werde unablässig von griechischem Hauptquartier hervorgehoben und er hoffe nur, dass dem gegenüber griechische Regierung ihre bisherige Haltung bis zuletzt werde behaupten können, weil sie Odium kriegerischen Angriffes perhorresziere. Auch Seine Majestät der König, Höchstwelcher voraussichtlich demnächst Salonik zurückkehre, sei ganz und gar nicht kriegerisch gesinnt, vielmehr mit der friedlichen Haltung Höchstseiner Regierung durchaus einverstanden. II. Über die Frage, ob auf bulgarische und serbische Regierung das Telegramm des Zaren an die beiden respektiven Könige den beabsichtigten Effekt gehabt und ob dort das Schiedsgericht Russlands akzeptiert würde, sei er noch ohne Nachricht. Herr Venizelos schien darüber skeptisch zu denken. Er betonte, dass in Athen kein analoger Schritt des Zaren gemacht wurde, dass aber Petersburger Kabinett hier seit langem in pazifischem Sinne wirkte. III. Bezüglich der Entsendung des Prinzen

Nikolaus von Griechenland nach Petersburg (Höchstderselbe gestern von hier abgereist) behauptet Venizelos, derselbe habe keine Mission der Regierung — ob eine solche des Königs, wisse er nicht. IV. Über seine Verhandlungen in Salonik äusserte sich Venizelos ungünstig. Von politischen Verhandlungen könne kaum gesprochen werden, sie hätten sich fast ausschliesslich auf die Fixierung einer Demarkationslinie (nicht neutralen Zone, die Bulgarien ablehnte) beschränkt. Herr Venizelos bestätigt Inhalt Telegrammes Nr. 376[a]) vom 7. d. Mts. bezüglich bulgarisch-griechische Verhandlungen über Demobilisierung. V. Über das Bündnis mit Serbien äusserte er sich ähnlich, wie sub Telegramm vom 9. d. Mts. Nr. 379 gemeldet. VI. Beziehungen Griechenlands zur Türkei wären undefinierbar. Es sei eine Ungerechtigkeit, dass die Pforte dem siegreichen Griechenland nicht formell den Status vor dem Kriege zugestehen wolle. Er hoffe, dass die Mächte, welche eine solche Pression auf die Balkanstaaten zwecks Friedensschlusses ausübten, sich gerechter Weise bewogen fühlen werden, jetzt auch in Konstantinopel entsprechend einzuwirken. Ad infinitum könne Griechenland jetzigen Zustand vis-à-vis der Türkei nicht ertragen. Trotzdem de jure Kriegszustand zwischen beiden herrscht, wolle Griechenland bezüglich droit de visite im Interesse Neutraler large sein und denke vorläufig nicht an Wiedereinführung desselben. VII. Geheime Pourparlers Griechenlands mit der Türkei leugnet Herr Venizelos, gab aber schliesslich zu, dass Vehib Bey in Konstantinopel „gesprochen" habe. Über alle speziell uns tangierenden, in London verhandelten Fragen, wie südalbanische Grenzen, Pinduswalachen, Inselfrage und so weiter vermied ich Gespräch und Herr Venizelos ergriff diesfalls keine Initiative. Alles in allem zeigte er sich ganz gegen seine Gewohnheit ausserordentlich deprimiert und fast hoffnungslos. Braun.

[a]) Mit Tel. Nr. 376, 7. Juni 1913 (eing. 4 U. 50 M. p. m.) wurde aus Athen gemeldet, daß Venizelos' Verhandlungen in Salonik wegen Demobilisierung resultatlos blieben, weil Bulgarien keine bestimmte Ziffer der abzurüstenden Truppen angeben wollte.

Tel. nach Belgrad, 13. Juni 1913 Nr. 158 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7363.

Nr. 7352. Tel. aus Belgrad, 13. Juni 1913 Nr. 358 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Englische und russische Bemühungen. Englischer Gesandter scheint sich zu bemühen, serbische Regierung zu bewegen, sich dem russischen Schiedsgericht vorbehaltlos zu unterwerfen, wozu man aber hier nicht recht disponiert ist. Herr von Hartwig ist sehr besorgt, dass der Antrag des Zaren nicht die gewünschte Aufnahme finden wird. Er befürchtet, dass Herr Pašić dem allgemeinen Drängen keinen weiteren Widerstand wird entgegensetzen können und eventuell sich gezwungen sehen wird, zu demissionieren, in welchem Falle, nach meiner Meinung, bestimmt die Kriegspartei an das Ruder kommt, was unberechenbare Folgen haben würde. Er führt diese Sprache offenbar, um die öffentliche Meinung für die konziliante Politik Herrn Pašić' zu gewinnen. Ugron.

[a]) Vgl. n. 7341, 7366.

Nr. 7353. Tel. aus Belgrad, 13. Juni 1913 Nr. 359 (eing. 7 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Demarche betreffend Demobilisierung. Nachdem alle Kollegen entsprechende Instruktionen erhalten haben, haben wir Demarche wegen Reduzierung des Kriegsstandes heute vorgenommen. Herr Pašić gab folgende Antwort: „Le gouvernement Royal serbe désirant se tenir aux moyens pacifiques dans le règlement de tous les différends entre les Alliés, a déjà remis au gouvernement bulgare une note par laquelle il exprime l'espoir que l'on suspendra immédiatement toute concentration nouvelle de l'armée bulgare à la frontière serbe et propose que des deux côtés on procède immédiatement et simultanément à la réduction à un quart de l'effectif de leurs armées, comme premier pas efficace, et la preuve devant l'alliance et devant l'Europe de leur décision de résoudre pacifiquement tous les différends." Herr Pašić betrachtet Lage sehr sorgenvoll und befürchtet, dass Bulgarien ohne Bedingungen auf Vorschlag nicht eingehen werden. Ugron.

[a] Vgl. n. 7297, 7304, 7369.

Tel. nach Berlin, 13. Juni 1913 Nr. 420 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7358.

Nr. 7354. Tel. aus Berlin, 13. Juni 1913 Nr. 269 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 418 von gestern, ägäische Meer-Inseln. Staatssekretär sagte mir soeben, dass bisher weder der hiesige italienische Botschafter noch der deutsche Botschafter in Rom über die Erklärung, welche Marquis Imperiali in der Londoner Réunion in Angelegenheit der ägäischen Meer-Inseln abgeben soll, hier Mitteilung gemacht haben. Sobald dieselbe erfolge, beabsichtige Staatssekretär zu antworten, dass deutsche Regierung den von Marquis di San Giuliano eingenommenen Standpunkt umsomehr billige, als deutscherseits nach wie vor daran festgehalten werde, dass die Entscheidung über die Frage der von Italien okkupierten Inseln nicht zu Kompetenz der Botschafterreunion gehöre, sondern direkt zwischen Italien und der Türkei geregelt werden müsse. Szögyény.

[a] Vgl. n. 7370.

Nr. 7355. Tel. aus Berlin, 13. Juni 1913 Nr. 270 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 414[b] von gestern, Rußlands Haltung im Balkankonflikt. Ebenso wie Graf Thurn hat Graf Pourtalès telegraphiert, daß Herr Sazonow wegen des Konfliktes zwischen den Balkanalliierten sehr besorgt sei und befürchte, daß das persönliche Eingreifen Kaiser Nikolaus' nicht den gewünschten Erfolg haben werde. Inzwischen scheinen aber den Zeitungsnachrichten zufolge, die Könige von Bulgarien und Serbien, infolge der ernsten Botschaft des Zaren, zu gegenseitigen Konzessionen bereit zu sein. Es sei dies nach Staatssekretär in hohem Grade bedauerlich, da ein kriegerischer Zusammenstoß zwischen Bulgarien und Serbien, der den Zusammenbruch des Balkan-

bundes beschleunigt hätte, vom Standpunkte des Dreibundes betrachtet, sehr erwünscht gewesen wäre. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 7515. — [b]) Mit Tel. Nr. 414, 12. Juni 1913 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.) wurde n. 7336 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 7356. Tel. aus Bukarest, 13. Juni 1913 Nr. 150 (eing. 3 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Auf heute mit Nachdruck geforderte Orientierung über künftige Haltung Rumäniens gab mir Ministerpräsident Erklärung ab, daß, insolange er Minister, Rumänien keine irgendwie gearteten Abmachungen mit Serbien oder Griechenland eingehen werde. Sollte Kriegsausbruch erfolgen, ohne daß Bulgarien sich vorher mit Rumänien geeinigt hätte, so würde Regierung sich gezwungen sehen, teilweise zu mobilisieren und Linie Turtukaia—Balčik zu besetzen, ohne sonst in den Krieg einzugreifen. Die Möglichkeit, mehr als Neutralität von Rumänien zu erhalten, habe sich Bulgarien durch sein neuerliches Zögern, in Verhandlungen einzutreten, verscherzt. Er hoffe noch immer, daß bis zur Montag erfolgenden Rückkehr Seiner Majestät des Königs aus Constantza, an welchem [Tage] definitiver Beschluß gefaßt werden soll, Klärung eintreten und Krieg vermieden sein werde, wozu seine Zirkularnote beitragen soll. Er würde dann wünschen, daß Bulgarien im Laufe des Sommers Rumänien näher trete. Nachlassen hostiler Stimmung im Lande würde ihm dann auch Unterhandlungen erleichtern.

[a]) Vgl. n. 7318. K. E. Fürstenberg

Nr. 7357. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 13. Juni 1913 Nr. 292 (eing. 14. Juni 2 U. a. m.).[a]) Entziff.

Die Polizei hat die Mörder Mahmud Schefket Paschas eruiert. Dieselben hielten sich in einem unter englischem Schutze stehenden öffentlichen Hause auf. Bei ihrer Festnahme entspann sich ein Kampf zwischen ihnen und aufgebotenem Militär und Polizei, welcher längere Zeit dauerte. Schließlich ergaben sich die Mörder unter dem Rufe: „Es lebe die Freiheit!" Bei dem Kampfe wurde der Adjutant des Stadtkommandanten schwer verwundet. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 7331, 7417.

Tel. nach London, 13. Juni 1913 Nr. 476 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7363.

Nr. 7358. Tel. nach London Nr. 477 (1), Berlin Nr. 420 (2) und Rom Nr. 624 (3), 13. Juni 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1. Wie Euer Exzellenz erinnerlich sein dürfte, ist der Réunionsbeschluß vom 22. März d. J. (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 233 vom selben Tag) in Belgrad von den Vertretern der Tripelentente in der Weise zur Ausführung gebracht worden, daß in dem Passus der Erklärung, welcher sich auf den Schutz der Minoritäten bezog, „les Puissances considèrent en même temps qu'il convient de prendre d'urgence des mesures pour assurer

la protection effective des populations catholique, musulmane et albanaise dans les territoires cédés au Monténégro et à la Serbie" an Stelle des in London vereinbarten Ausdruckes „protection" die Worte „la liberté du culte" verwendet wurden. Euer Exzellenz haben diese Modifikation seinerzeit auftragsgemäß bei Sir E. Grey zur Sprache gebracht, der die vorgenommene Änderung zwar bedauerlich fand, aber nicht geneigt schien, auf die Sache näher einzugehen. Der Herr Staatssekretär ist nun, wie ich dem Telegramme Euer Exzellenz Nr. 461 vom 12. d. M. entnehme, der Ansicht, daß bei einem eventuellen Schritte in Belgrad wegen der Evakuierung Albaniens durch die serbischen Truppen der dortigen Regierung von den Mächten nochmals die von ihr gewünschte Erklärung über den accès commercial Serbiens an die Adria abgegeben werden sollte. Wenn diese Demarchen in Belgrad nun tatsächlich zur Ausführung gelangen, würde ich großen Wert darauf legen, daß bei diesem Anlasse die Mächte der serbischen Regierung auch nochmals den Réunionsbeschluß vom 22. März d. J., soweit er sich auf den Schutz der Minoritäten bezieht, und zwar in seiner ursprünglichen Textierung („protection") notifizieren würden. In diesem Sinne wollen Euer Exzellenz sich Sir Edward Grey gegenüber aussprechen, sobald Hochdemselben jene Weisung zugekommen sein wird, die ich demnächst bezüglich des accès commercial in Beantwortung Ihres Telegrammes Nr. 458 vom 11. d. und des darin angekündigten Berichtes an Euer Exzellenz richten werde.

2. u. 3. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 409[b]) respektive 607[b]) vom 10. d. M. Graf Mensdorff telegrafiert mir unterm 12. d. M. unter anderem, wie folgt: ... *wie n. 7344 von „Bezüglich der Evakuierung" bis Schluß* ... Ich telegrafiere an Grafen Mensdorff: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Euer Exzellenz wollen vom Vorstehenden dem dortigen Kabinet vertraulich Mitteilung machen und darauf hinwirken, daß

2. Prinz Lichnowski

3. Marquis Imperiali

2. u. 3. angewiesen werde, Graf Mensdorff zu unterstützen und sich im Gegenstande in analogem Sinne zu Sir E. Grey zu äußern. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7359, 7367, 7373, 7402, 7523. — [b]) Vgl. n. 7344 Anm. b.

Nr. 7359. Tel. aus London, 13. Juni 1913 Nr. 463 (eing. 14. Juni 12 U. 45 M. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 467 vom 11. d. Mts., betreffend serbischen Akzeß. Mein Telegramm Nr. 458 vom 11. d. Mts. hat sich mit obigem Telegramme gekreuzt. Nachdem die in gemeldeter Konversation mit Graf Benckendorff vereinbarte Formel über droit de visite à l'entrée du port weitergehend scheint als die von Euer Exzellenz herabgelangte Modifikation der Sir E. Greyschen Formel, habe ich meinem russischen Kollegen vorläufig nichts weiter gesagt. Ich bitte um Weisung, welche der beiden Formeln Euer Exzellenz erwünschter scheint. Falls die hier von uns vereinbarte Formel in Petersburg nicht genehmigt wird, würde ich jedenfalls die von Euer Exzellenz telegraphierte vorbringen. Mein Bericht vom 11. d. Mts. Nr. 57 B[b]) liegt Euer Exzellenz vor. Es ist für mich von höchster Wichtigkeit,

den Akkord mit Grafen Benckendorff zustande zu bringen und Grey Mitteilung machen zu können. Die Frage der Wiederholung Reunionsbeschlusses vom 17. Dezember an Serbien wird immer wieder und eindringlicher aufgeworfen, Staatssekretär und alle Kollegen drängen darauf. Ein weiteres Hinausschieben unserer Zustimmung dazu bringt uns in eine peinliche und schwierige Situation und erregt Mißtrauen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7358, 7403. — [b]) Mit Bericht Nr. 57 B, 13. Juni 1913 (eing. 13. Juni) wurde aus London eine russische Instruktion für Benckendorff mitgeteilt, die in noch ausführlicherer Weise als das Aide-Mémoire Sazonows vom 28. Dez. 1912 (vgl. n. 5127 zweite Beilage) den russischen Standpunkt in der Frage des wirtschaftlichen Akzesses Serbiens an die Adria behandelt.

Nr. 7360. Tel. aus London, 13. Juni 1913 Nr. 464 (eing. 14. Juni 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Dem in Euer Exzellenz Telegramm vom 9. d. M. Nr. 461 betreffend albanesisches Statut enthaltenen Gesichtspunkte Rechnung tragend, haben Marquis Imperiali und ich Punkte II und III unseres Kompromissvorschlages nachfolgend umgearbeitet: „II. L'Albanie sera constituée en Principauté indépendante et héréditaire par ordre de primogéniture. Le Prince sera nommé par les six puissances. L'Albanie sera neutralisée, sa neutralité sera garantie par les six puissances. III. Dès que la délimitation générale de l'Albanie sera achevée et le pays aura été évacué par les troupes des alliés, une commission internationale de contrôle composée des délégués des six puissances et d'un délégué d'Albanie sera chargée de l'organisation détaillée de toutes les branches de l'administration albanaise. Cette commission présentera aux puissances dans un délai de six mois un rapport sur le résultat de ses travaux ainsi que ses conclusions au sujet de l'organisation administrative et financière du pays. Les pouvoirs de cette commission dureront cinq ans et pourront être renouvelés." Da Euer Exzellenz jedes provisorische Regime ohne Fürsten ausschliessen, so entfällt Punkt IV unseres Kompromissvorschlages. Marquis Imperiali betonte in unserer Besprechung folgende Erwägungen, die mir richtig scheinen, welche er nach Rom meldete: Was die Frage der sofortigen Einsetzung eines Fürsten betrifft, so bestehe Gefahr, dass hierüber die Verhandlungen der Reunion auf einen toten Punkt kommen. Ein Maximum des derzeitig Erreichbaren — wobei auch noch grosse Schwierigkeiten zu überwinden wären — bestände in einer Entscheidung im Prinzipe über Souveränität und Fürstenfrage, wie sie Punkt I und II unseres Kompromissvorschlages enthalten. Um eine solche durchzusetzen, müsste an den französisch-russischen Standpunkt das Zugeständnis gemacht werden, dass mit Durchführung der Entscheidung der Fürstenfrage zugewartet wird. Ein derartiges Zuwarten hat auch der in meinem Telegramme vom 5. d. Mts. Nr. 445 einberichtete Vorschlag Sir E. Greys im Auge: „en attendant l'établissement d'un définitif etc.". Nach meiner Ansicht könnte die Zeit bis zur Einführung des von internationaler Kommission auszuarbeitenden Detail-Statuts dieses Zuwarten ausmachen, was beiläufig sechs bis neun Monate wäre. Selbst wenn bereits ein in Wien und Rom approbierter Kandidat für die albanesische Fürstenwürde vorhanden

wäre, wäre dessen sofortige Einsetzung angesichts der Opposition der anderen Mächte nicht möglich. Da, wie es scheint, ein solcher Kandidat noch nicht gefunden ist, ergibt sich durch die Gewalt der Umstände irgend ein Provisorium von selbst. Provisorium unter heutigen Modalitäten, das ist unter Ismail Kemal Bey, ist nachteilig, weil Albanien faktisch ohne Verwaltung ist. Daher wäre ein Provisorium unter internationaler Kommission vom Standpunkte der Interessen Albaniens vorteilhafter. Es erübrigt dann nur die Frage, wie für den von Sir E. Grey proponierten délégué chargé du pouvoir exécutif eine uns genehme Konstruktion gefunden werden könnte. Mensdorff.

a) Vgl. n. 7383, 7533.

Nr. 7361. Privatschreiben aus Paris, 13. Juni 1913 (eing. 16. Juni). Ausfert.

Vertraulich. In der Anlage beehre ich mich, Euer Excellenz eine nicht uninteressante confidentielle Mittheilung Rachid Moutran Paschas*a)* zu unterbreiten, die einige Informationen enthält, die auch mit den mir zukommenden Nachrichten übereinstimmen.*b)* Nicht für richtig halte ich die Ansicht Moutrans, dass Tittoni mit Poincaré und Iswolsky intriguirt und Serbien zu einem Kriege gegen Bulgarien hetzt. Dies thut auch Iswolsky nicht, der auf die Aufrechterhaltung des Balkanbundes grossen Werth legt. Mein italienischer College, der noch von Racconigi her allerdings mit Iswolsky zu gut befreundet war und sich oft von ihm beeinflussen liess, ist momentan gegen Russland wegen dessen Haltung in der albanischen Frage eher gereizt. In meiner Berichterstattung habe ich öfter erwähnt, dass Herr Poincaré über Herrn Pichon hinweg auf die äussere Politik directen Einfluss nimmt. Speciell die beiden Brüder Cambon in London und Berlin sollen sich sehr wenig um die Ansichten Herrn Pichons kümmern, der es kaum wagt, ihnen Instructionen zu geben, so dass diese beiden Botschafter eigentlich Politik auf eigene Faust machen, dabei aber mit dem Elysée in steter Fühlung sein sollen. Dass Herr Iswolsky viel mit dem Präsidenten der Republik verkehrt, wird mir von verschiedenen Seiten gemeldet. Die Behauptung Moutrans, dass man in London mit der Thätigkeit Iswolskys nicht einverstanden ist, dürfte richtig sein. Sir F. Bertie ist auf unseren russischen Collegen nicht gut zu sprechen. Er sagte mir neulich: „Savez vous pourquoi Iswolsky est toujours encore à Paris? Parce que l'on ne veut pas l'avoir à St. Pétersbourg." Worauf ich antwortete: „et que vous ne voulez pas l'avoir à Londres." Sir Francis lachte und sagte: „Oh, nous préferons beaucoup avoir Benckendorff, qui est un gentleman." Beim Déjeuner, das am Quai d'Orsay zu Ehren der Finanz-Commission stattfand, sass Sir F. Bertie neben Madame Pichon, ihnen gegenüber Iswolsky neben dem Minister. Als diese zwei sehr eifrig conversirten, frug Sir Francis seine Nachbarin: „Croyez-vous qu'Iswolsky est en train de dire la vérité à votre mari?" Madame Pichon antwortete: „Est-ce que vous supposez qu'Iswolsky dit quelque fois le contraire de la vérité?" „Ce n'est pas une supposition, madame, c'est une conviction", war die Antwort des englischen Botschafters. Diese Anecdote hat mir Sir F. Bertie selbst erzählt. Szécsen.

a) Ein in Paris lebender syrischer Politiker. — b) Beilage.

Beilage zu n. 7361.

Poincaré, de plus en plus à la disposition d'Isvolsky dirige la politique extérieure en se passant de Pichon qui se trouve froissé et par conséquent en froid avec l'Elysée. Poincaré poussé par Isvolsky voulait conclure une traité avec la Serbie et la Grèce,[a] mais Pichon s'est opposé. On a envoyé (10)[b] millions à la Serbie et des munitions, disposé à envoyer de nouveau. Tittoni manigance avec Isvolsky et Poincaré! Ils se réunissent toujours et sont d'accord, voulant pousser la Serbie et la Grèce à une guerre contre la Bulgarie croyant le moment propice pour la vaincre, travaillant à unir à la Serbie la Turquie. De plus en plus Poincaré est énervé et devient cassant; il commence à lâcher Barthou pour le remplacer par Clemenceau à qui il fait la cour et Clemenceau se moque de lui, mais désire arriver au pouvoir pour le renverser. La situation est très mauvaise sur tous les points! Si la loi de trois ans sera voté (et il est très impopulaire) on lui adjoin[d]ra des articles qui le rendront embrouillée. Il est probable qu'au mois de Septembre il y aura des événements très graves. En Angleterre on désire voir Isvolsky éloigné, disgracié. Si on ne peut empêcher un conflit entre Serbie et Bulgarie l'Autriche ne peut que profiter cette fois de la situation pour agir et s'étendre. Le Congrès arabe aura lieu le 22 Juin. La Turquie m'a envoyé trois personnages pour me dire qu'elle accepte nous accorder le Self Governement, mais!?

[a] Hier drei Ausrufungszeichen. — [b] Klammern im Text.

Nr. 7362. Tel. nach Rom, 13. Juni 1913 Nr. 620 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. Pogatscher; G. Szápáry. In einem Vorentwurf S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Bericht vom 5. Juni l. J. Nr. 37 E. Obwohl mir die Argumente, mit welchen Marquis di San Giuliano seine ablehnende Haltung gegenüber katholischen Kandidaten auf den Thron von Albanien im allgemeinen und speziell gegenüber dem Herzog von Urach und dem Prinzen Karl von Hohenzollern begründet, nicht ganz einwandfrei erscheinen, so möchte ich mich heute doch darauf beschränken, die drei Eventualitäten, mit welchen der italienische Minister des Äußern seine Ausführungen abschließt, einer näheren Erörterung zu unterziehen und Euer Exzellenz zu ersuchen, in einer neuerlichen Unterredung mit dem Herrn Minister folgende Punkte klarstellen zu wollen: ad 1) Englischer Prinz. Ich würde Wert darauf legen, zu erfahren, welche Persönlichkeit dem Marquis di San Giuliano in dieser Richtung vorschwebt, nachdem ich annehmen muß, daß er in der Lage sein wird, unseren konkreten Anträgen ebensolche entgegenzustellen. Bei dieser Gelegenheit könnten Euer Exzellenz von sich aus die Bedenken zum Ausdruck bringen, die der Kandidatur eines Prinzen des gegnerischen Groupements entgegenstehen, den ungünstigen Eindruck, den es in der öffentlichen Meinung bei uns hervorrufen müßte, wenn wir und Italien uns nicht die Fähigkeit zutrauen würden, einen Prinzen aus einem, unserem Groupement oder wenigstens einer neutralen Macht angehörigen Hause durchzubringen und so weiter. ad 2) Schwedischer Prinz. In dieser Hinsicht möchte ich bemerken, daß ich mich weder mit der Kandidatur

des Herzogs Wilhelm von Södermanland noch mit jener des Herzogs Karl von Westgothland befreunden könnte, da dieselben infolge ihrer Ehen in allzu nahen Beziehungen zur Tripel-Entente stehen, im übrigen aber ebenfalls die dem Herrn italienischen Minister des Äußern vorschwebende Persönlichkeit kennen möchte. ad 3) Prinz Wilhelm zu Wied. Die von Marquis di San Giuliano angeregte Idee, den Prinzen zu einer Unterredung in Wien und Rom zu veranlassen, scheint mir mit Rücksicht auf die Würde des Genannten ohne weitere Feststellung unserer Absichten nicht gut denkbar. Dasselbe könnte eventuell durch eine von den Bukarester Gesandten Österreich-Ungarns und Italiens vorzunehmende vertrauliche Sondierung bei König Carol von Rumänien erreicht werden.

[a]) Vgl. n. 7392, 7405.

Nr. 7363. Tel. nach Rom Nr. 622 (1), London Nr. 476 (2) und Belgrad Nr. 158 (3), 13. Juni 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

1.—3. Herr von Pözel telegraphiert unterm gestrigen, wie folgt: „Man meldet aus Zumbi (am rechten Drinufer, also auf dem Territorium Albaniens gelegen), daß man 20 junge Albanesen aus dem Dorfe aufgefordert, bei sonstiger Gewaltanwendung als Freiwillige in die serbische Armee einzutreten. Aus diesem Anlasse fragen italienischer Vertreter und ich unsere Regierungen, ob nicht wir die Interessen der Bevölkerung jener Gebiete des Amtsbezirkes, welche laut Londoner Beschluß zu Albanien gehören werden, gegen serbische Übergriffe schützen und auch in anderen Angelegenheiten provisorisch offiziell vertreten sollten?“

1. Da ich der Ansicht bin, daß diese Frage auf der Réunion zur Sprache gebracht werden sollte, weise ich Grafen Mensdorff unter einem an, dies zu tun, und hoffe, daß auch die königlich italienische Regierung Marquis Imperiali beauftragen wird, unseren Botschafter diesbezüglich zu unterstützen. Ich wäre der Dringlichkeit halber eventuell auch zu einer direkten Intervention bei der königlich serbischen Regierung bereit, vorausgesetzt, daß die italienische Regierung in dieser Richtung parallel mit uns vorgeht, doch würde ich in diesem Falle es vorziehen, eventuelle Schritte nicht durch unsere Konsularvertreter in Prizren, sondern durch unsere Gesandten in Belgrad ausführen zu lassen. Vorstehendes zur Besprechung mit Marquis di San Giuliano.

2. u. 3. Ich theile Vorstehendes Herrn von Mérey mit und füge bei: (Inseratur Telegramm sub 1. von: „Da ich der Ansicht“ bis „Marquis San Giuliano.“)

2. Euer Exzellenz wollen die im ersten Alinea[b]) des Telegrammes des k. und k. Konsulates Prizren angeführten Übergriffe der serbischen Behörden nach gepflogenem Einvernehmen mit Ihrem italienischen Kollegen im Sinne meiner früheren an Euer Exzellenz in analogen Fällen ergangenen Weisungen auf der Réunion zur Sprache bringen.

3. Vorstehendes vorläufig zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7372, 7376. — [b]) Das erste Alinea reicht bis „in die serbische Armee einzutreten“.

Tel. nach Rom, 13. Juni 1913 Nr. 624 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7358.

Nr. 7364. Tel. nach Sofia, 13. Juni 1913 Nr. 287 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 533 vom 12. d. M. erhalten. Wenn Herr Danew tatsächlich die Regierung übernimmt, wollen Euer Hochgeboren eine Antwort auf die an Herrn Geschoff gestellte Frage nicht urgieren, sondern abwarten, ob Herr Danew auf dieses Thema spontan zu sprechen kommt. Ich bin vollkommen einverstanden, daß Euer Hochgeboren sich, wenn dies der Fall sein und Herr Danew Ihnen Erklärungen über jenen Punkt abgeben sollte, durchaus rezeptiv verhalten, in eine Diskussion nicht eingehen und sich auf die Bemerkung beschränken, Sie würden mir über die erhaltenen Mitteilungen berichten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7408.

Nr. 7365. Tel. aus Sofia, 13. Juni 1913 Nr. 534 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Begegnete Herrn Geschoff, der rosiger Laune, nur an Erholungsreise ins Ausland denkt. Er sagte, neues Kabinett werde bis morgen konstituiert. Geschoff fügte spontan hinzu, Daneff würde mir Antwort auf im Namen Euer Exzellenz Geschoff gemachte Eröffnungen geben. Lage betrachte Geschoff als nicht geklärt: Demobilisierungsvorschlag Serbiens sei Finte, Arbitrage Russlands für Bulgarien nur unter Vorbehalt, dass am Vertrage nicht gerüttelt werde, annehmbar. Laut anderweitiger Information würde bulgarische Regierung serbischen Demobilisierungsvorschlag unter der Bedingung Condominiums, das heisst gemischter bulgarisch-serbischer Besatzungen in von Serben besetzten Gebieten, annehmen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7350, 7385.

Tel. nach Athen, 14. Juni 1913 Nr. 126 (chiffr. 12 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 7368.

Tel. nach Athen, 14. Juni 1913 Nr. 127 (chiffr. 15. Juni 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7369.

Tel. nach Belgrad, 14. Juni 1913 Nr. 159 (chiffr. 12 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 7368.

Tel. nach Belgrad, 14. Juni 1913 Nr. 160 bis (chiffr. 15. Juni 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7369.

Nr. 7366. Tel. aus Belgrad, 14. Juni 1913 Nr. 364 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Arbitrage und Demobilisierung. Im Nachhange zu Telegramm Nr. 358 von gestern. Englischer Kollege teilte mir mit, dass Herr Pašić ihm erklärt habe, Serbien könne sich dem Schiedsspruche des Zaren nur unter der Bedingung unterwerfen, dass Bundesvertrag mit Bulgarien vorerst annulliert werde. Gleichzeitig teilte englischer Gesandter serbischer Regierung mit, er habe aus Sofia Nachricht erhalten, bulgarische Regierung könne serbischen

Demobilisierungsvorschlag nur unter der von mir in meinem Telegramm Nr. 354 vom 12. d. M. erwähnten Bedingung annehmen (beiderseitige militärische Besetzung der strittigen Zone und Räumung serbischerseits des davon südlich gelegenen Gebietes), worauf ihm erklärt wurde, dass sich Serbien hiezu unter keiner Bedingung hergeben könne. Ugron.

Tel. nach Berlin, 14. Juni 1913 Nr. 423 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 7370.

Tel. nach Berlin, 14. Juni 1913 Nr. 424 (chiffr. 15. Juni 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7369.

Tel. nach Berlin, 14. Juni 1913 Nr. 425 (chiffr. 15. Juni 10 U. a. m.). Siehe n. 7371.

Nr. 7367. Tel. aus Berlin, 14. Juni 1913 Nr. 271 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 420 von gestern. Reunionsbeschluss bezüglich der Minoritäten. Staatssekretär wird, wie er mir zusagte, deutschen Botschafter in London anweisen, die Demarche Grafen Mensdorffs in Betreff des Schutzes der Minoritäten (ursprüngliche Textierung des Reunionsbeschlusses vom 22. März) zu unterstützen. Szögyény.

Tel. nach Bukarest, 14. Juni 1913 Nr. 248 (chiffr. 15. Juni 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7369.

Tel. nach Cetinje, 14. Juni 1913 Nr. 161 (chiffr. 12 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 7368.

Tel. nach Cetinje, 14. Juni 1913 Nr. 162 (chiffr. 15. Juni 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7369.

Nr. 7368. Tel. nach Konstantinopel Nr. 281 (1), Sofia Nr. 288 (2), Belgrad Nr. 159 (3), Athen Nr. 126 (4) und Cetinje Nr. 161 (5), 14. Juni 1913 (chiffr. 12 U. 10 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1.—5. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 273 (beziehungsweise 276, 154, 125 und 158) vom 8. d. M. Euer etc. wollen bis auf weiteres sich an einem Schritt bei der dortigen Regierung betreffs Demobilisierung nicht beteiligen und dies Ihren Kollegen gegenüber mit dem Fehlen von Instruktionen motivieren. Zu Euer etc. rein persönlicher Information bemerke ich folgendes: Angesichts des Telegrammes des Zaren an König Peter und König Ferdinand sowie auf[b]) Demobilisierungsvorschlag Serbiens in Sofia würde eine nachträgliche, auf dasselbe Ziel gerichtete Aktion der Mächte diese nur als Statisten erscheinen lassen. Da wir in erster Linie an den Ereignissen am Balkan interessiert sind, möchte ich es vermeiden, an einer solchen Aktion teilzunehmen, und gedenke daher, die Sache dilatorisch zu behandeln. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7369, 7390, 7414. — [b]) So!

Tel. nach Konstantinopel, 14. Juni 1913 Nr. 283 (chiffr. 15. Juni 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7369.

Tel. nach London, 14. Juni 1913 Nr. 480 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 7370.

Nr. 7369. Tel. nach London Nr. 483 (1), Berlin Nr. 424 (2), Rom Nr. 630 (3), St. Petersburg Nr. 376 (4), Paris Nr. 326 (5), Konstantinopel Nr. 283 (6), Bukarest Nr. 248 (7), Sofia Nr. 289 (8), Belgrad Nr. 160 bis (9), Athen Nr. 127 (10) und Cetinje Nr. 162 (11), 14. Juni 1913 (chiffr. 15. Juni 12 U. 30 M. a. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

1.—11. Zu meinem Telegramme vom 7. d. M. Nr. 455 (beziehungsweise 394, 588, 368, 315, 270, 236, 275, 153, 124 und 157).

7.—11. Ich richte an unsere Botschafter bei den Signatarmächten nachstehendes Telegramm:

1.—11. Wir haben dem Beschlusse der Londoner Réunion betreffend eine bei den Kabinetten der kriegführenden Balkanstaaten zu unternehmende Demobilisierungsdemarche zugestimmt und unsere Vertreter in Konstantinopel, Sofia, Belgrad, Athen und Cetinje angewiesen, den von der Réunion in Aussicht genommenen Schritt — si omnes — zu unternehmen, wobei wir den Vorbehalt machten, daß wir den Text der zu überreichenden Note früher zu prüfen wünschen. Wir haben diese neuerliche Aktion der Großmächte als eine Fortsetzung der Mediationsaktion aufgefaßt, welche zuerst den Frieden zwischen der Türkei und dem Viererbunde herbeigeführt hatte, und haben es nur als natürlich angesehen, daß die Mächte nach Herstellung des Präliminarfriedens alle Kriegführenden auffordern, ihre Streitkräfte zu reduzieren. Seitdem wir in diesem Sinne unsere Zustimmung gegeben haben, ist aber ein fait nouveau eingetreten, indem die königlich serbische Regierung in Angelegenheit ihrer speziellen Differenzen mit Bulgarien in Sofia das Verlangen nach einer parallelen Demobilisierungsaktion Bulgariens und Serbiens gestellt hat. Eine Aktion der Mächte in diesem Momente, nach der serbischen Demarche in Sofia, würde nun den Schein erwecken, als sei dieser Schritt der Großmächte nicht eine logische Folge der Mediationsaktion, sondern stehe im Zusammenhange mit den serbisch-bulgarischen Differenzen und zwar in dem Sinne, als würden die Mächte das serbische Verlangen unterstützen, was wir jedenfalls zu vermeiden wünschen. Aus diesem Grunde und wiewohl wir nach wie vor eine freundschaftliche Bereinigung der noch restierenden Streitfragen zwischen allen betheiligten Faktoren wünschen, — unsere Vertreter am Balkan sind auch beauftragt, sich in diesem Sinne vernehmen zu lassen — halten wir die geplante Demarche in den Balkankapitalen im gegenwärtigen Momente für inopportun und haben auch unsere dortigen Vertreter in diesem Sinne instruiert. Infolge mißverständlicher Auffassung unserer Instruktionen hat der k. u. k. Gesandte in Belgrad die in Rede stehende Demarche zwar ausgeführt[b], ehe wir unsere definitive Entschließung gefaßt hatten. Wir erachten es jedoch für nicht opportun, diesen Schritt bei der dortigen Regierung zu desavouieren.

1. Vorstehendes zur Mittheilung an Sir E. Grey.

2. u. 3. Vorstehendes zur Mittheilung an

2. Herrn von Jagow,

3. Marquis di San Giuliano,

2. u. 3. wobei Euer Exzellenz streng vertraulich beifügen wollen, daß für mich außer dem oben erwähnten Momente noch das prononcierte

Auftreten Rußlands und seine, ohne Fühlungnahme mit uns unternommene Sonderaktion ein Grund ist, welcher speziell uns in diesem Augenblicke eine gewisse Reserve auferlegt und unsere Haltung bestimmt.

4.—11. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache

8.—11. gegenüber Ihren Kollegen von den Großmächten.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7368, 7381, 7407, 7432, 7460, 7604. — [b]) n. 7353.

Tel. nach London, 14. Juni 1913 Nr. 484 (chiffr. 15. Juni 10 U. a. m.). Siehe n. 7371.

Tel. nach Paris, 14. Juni 1913 Nr. 326 (chiffr. 15. Juni 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7369.

Nr. 7370. Tel. nach Rom Nr. 628 (1), London Nr. 480 (2) und Berlin Nr. 423 (3), 14. Juni 1913 (chiffr. 8 U. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. u. 2. . . . *wie n. 7342 von Anfang bis „le prestige de la Turquie“* . . .

1. Euer Exzellenz wollen Marquis di San Giuliano sagen, daß wir seinen Standpunkt in der Frage der Ägäischen Inseln vollkommen billigen, da auch wir daran festhalten, daß die Entscheidung über die Frage der von Italien okkupierten Inseln nicht zur Kompetenz der Botschafterréunion gehöre. Ich setze hievon unter einem Grafen Mensdorff in Kenntnis.

3. Zu Euer Exellenz Telegramm Nr. 269 von gestern.

2. u. 3. Ich telegrafiere an Herrn von Mérey wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Euer Exzellenz wollen“ bis „gehöre“.)

2. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

3. Vorstehendes zur Mittheilung an Herrn von Jagow. Berchtold.

Tel. nach Rom, 14. Juni 1913 Nr. 630 (chiffr. 15. Juni 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7369.

Nr. 7371. Tel. nach Rom Nr. 631 (1; chiffr. 15. Juni 1 U. a. m.), Berlin Nr. 425 (2; chiffr. 15. Juni 10 U. a. m.) und London Nr. 484 (3; chiffr. wie 2), 14. Juni 1913.[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. u. 2. Über in meinem gestrigen Telegramme Nr. 625 (respektive 421)[b]) erwähnte vage Sprache, welche Fürst Lichnowsky in der Réunion vom 11. d. M. geführt hat, liegt mir folgende Meldung Grafen Mensdorffs vor: . . . *wie n. 7334 von „Fürst Lichnowsky“ bis „zustimmen würde“* . . . Herzog Avarna hat heute bei mir auftragsgemäß angeregt, daß die Botschafter Österreich-Ungarns und Italiens gemeinsam bei Herrn von Jagow zu dem Zwecke vorstellig werden mögen, um ein engeres Zusammengehen Fürsten Lichnowskys mit seinen Dreibundkollegen, beziehungsweise eine intensivere Unterstützung ihrer Stellungnahme in der südalbanischen Grenzfrage durch den deutschen Botschafter zu erreichen. Ich ersuche

1. Grafen Szögyény unter einem

2. Euer Exzellenz

1. u. 2. sich zu diesem Zwecke mit Herrn Bollati ins Einvernehmen zu setzen

1. und theile ihm zu diesem Zwecke auch mein an Euer Exzellenz gerichtetes Telegramm Nr. 619 vom 12. l. M. mit. Vorstehendes zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano.

2. Zu Euer Exzellenz Orientierung füge ich bei, daß ich am 12. l. M. folgende Weisung an Herrn von Mérey gerichtet habe: ... *wie n. 7346 in extenso* ...

3. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 459, 460 und 462. Ich richte im Gegenstande heute nachstehende Weisung nach Berlin: (Inseratur aus Telegramm sub 2. von „Herzog Avarna" bis zum Schluß.) Vorstehendes ist ausschließlich zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis Imperiali bestimmt.

[a]) Vgl. n. 7378, 7382. — [b]) Mit Tel. Nr. 421 nach Berlin (1) und Nr. 625 nach Rom (2), 13. Juni 1913 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.) wurde n. 7345 in extenso nach Berlin und Rom mitgeteilt.

Nr. 7372. Tel. aus Rom, 14. Juni 1913 Nr. 357 (eing. 15. Juni 6. U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezüglich der in dem hohen Telegramme Nr. 622 vom 13. d. Mts. erörterten Frage der serbischen gewaltsamen Konskription auf künftigem albanesischen Territorium erteilte Minister des Äußern dem Gesandten in Belgrad Auftrag, an einschlägigen Schritten unseres Gesandten teilzunehmen. Für den Fall, als diese Demarche nicht gewünschten Erfolg hätte, erhält Marquis Imperiali schon jetzt Instruktion, eine eventuelle Aufwerfung dieser Frage in der Reunion seitens Grafen Mensdorffs zu unterstützen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7376.

Nr. 7373. Tel. aus Rom, 14. Juni 1913 Nr. 359 (eing. 15. Juni 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Dem in dem hohen Telegramme vom 13. d. Mts. Nr. 624 ausgedrückten Wunsche entsprechend, erklärte sich Minister des Äußern bereit, den Botschafter in London anzuweisen, sich Sir E. Grey gegenüber analog wie Graf Mensdorff dahin auszusprechen, daß anläßlich neuerlicher Erklärung an Serbien hinsichtlich des Zutrittes zur Adria auch der Reunionsbeschluß vom 22. März l. J. über den Schutz der Minoritäten in seiner ursprünglichen Textierung neuerlich in Belgrad notifiziert werde. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7416 Anm. a.

Nr. 7374. Tel. aus Rom, 14. Juni 1913 Nr. 361 (eing. 15. Juni 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Rücksprache mit Minister des Aeussern im Sinne hohen Telegrammes Nr. 619 vom 12. d. Mts. hat ergeben, dass auch er den Eindruck Euer Exzellenz über die letzte Sitzung der Botschafter in London teilt. Marquis di San Giuliano wäre nicht abgeneigt, in der Réunion gegen diese Haltung des Zweibundes mit einer energischer gefassten Erklärung aufzutreten, falls er hiebei der vollen Unterstützung nicht nur von unserer sondern auch von deutscher Seite sicher wäre. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7378.

Nr. 7375. Tel. aus Rom, 14. Juni 1913 Nr. 362 (eing. 6 U. a. m.). Entziff.

Aus spontanen Aeusserungen des Marquis di San Giuliano entnehme ich, dass demselben seitens des Botschafters in London ähnliche Klagen über die matte Unterstützung unseres Standpunktes hinsichtlich der Südgrenze Albaniens seitens Deutschland zugekommen sind, wie die im bezogenen Teile des hohen Telegrammes Nr. 625[a]) vom 13. d. Mts. enthaltenen. Minister des Aeussern hat diesbezüglich eine Demarche in Berlin unternommen und mir gegenüber bemerkt, dass wir bei unseren noch intimeren Beziehungen zu dem deutschen Kabinette auf das letztere entsprechend einwirken sollten. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7371 Anm. b.

Tel. nach St. Petersburg, 14. Juni 1913 Nr. 376 (chiffr. 15. Juni 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7369.

Tel. nach Sofia, 14. Juni 1913 Nr. 288 (chiffr. 12 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 7368.

Tel. nach Sofia, 14. Juni 1913 Nr. 289 (chiffr. 15. Juni 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7369.

Nr. 7376. Tel. nach Belgrad Nr. 162 (1), London Nr. 487 (2) und Rom Nr. 634 (3), 15. Juni 1913 (chiffr. 4 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1. u. 2. Im Gegenstande meines Telegrammes Nr. 158 (respektive 476 vom 13. d. M.) telegraphiert mir Herr von Mérey wie folgt: ... *wie n. 7372* ...

1. Euer Hochwohlgeboren wollen nach vorherigem Einvernehmen mit Ihrem italienischen Kollegen die vom k. u. k. Konsulate in Prisren gemeldeten Übergriffe der serbischen Behörden bei Herrn Pašić zur Sprache bringen und deren Rückgängigmachung verlangen.

2. Ich weise Herrn von Ugron an, im Einvernehmen mit seinem italienischen Kollegen die Übergriffe der serbischen Behörden bei Herrn Pašić zur Sprache zu bringen und deren Rückgängigmachung zu verlangen und behalte mir vor, Euer Exzellenz von dem Ergebnis dieses Schrittes in Kenntnis zu setzen.

3. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 357 vom 14. d. M. erhalten. Ich habe entsprechende Weisungen nach Belgrad und London gerichtet. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7386.

Nr. 7377. Tel. aus Belgrad, 15. Juni 1913 Nr. 365 (eing. 7 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Serbisch-bulgarische Beziehungen. Herr Pašić sagte heute deutschem Gesandten, daß die Entrevue in Salonik höchstwahrscheinlich unterbleiben werde, dafür dürften die vier Ministerpräsidenten sich direkt nach Petersburg begeben, wo die Verhandlungen auf breiterer Basis stattfinden würden, so daß an Stelle Arbitrage voraussichtlich eine Mediation treten wird. Die Reutermeldung erklärte Herr Pašić für falsch, bestätigte, daß König Peter

dem Kaiser Nikolaus geantwortet habe, äußerte sich aber nicht über Inhalt Antwort. Meinen Informationen zufolge soll Antwort nur den Dank für Telegramm und Versicherung der friedlichen Absichten Serbiens enthalten haben mit gleichzeitiger Betonung jedoch, daß Serbien seine vitalen Interessen nicht (aufgeben)[b] könne. Über die Frage der Arbitrage soll das Telegramm keine Bemerkung enthalten haben. Ugron.

[a] Oe. U. Balkan 311 Nr. 608. — [b] Chiffre fehlt.

Tel. nach Berlin, 15. Juni 1913 Nr. 427 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 7378.

Tel. nach London, 15. Juni 1913 Nr. 487 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 7376.

Tel. nach London, 15. Juni 1913 Nr. 488 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 7378.

Tel. nach Rom, 15. Juni 1913 Nr. 634 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 7376.

Nr. 7378. Tel. nach Rom Nr. 635 (1), Berlin Nr. 427[a] (2) und London Nr. 488 (3), 15. Juni 1913 (chiffr. 6 U. p. m.).[b] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 361 vom 14. d. M. Ich bin mit der in diesem Telegramme gemeldeten Absicht Marquis di San Giulianos vollkommen einverstanden. Ich beauftrage unter einem Grafen Szögyény, sich der Unterstützung der kaiserlich deutschen Regierung zu versichern und weise Grafen Mensdorff an, im Einvernehmen mit Marquis Imperiali und Fürsten Lichnowsky vorzugehen. Vorstehendes zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano.

2. u. 3. Zu meinem Telegramm von gestern

2.: Nr. 225.[c]

3.: Nr. 484.

2. u. 3. Herr von Mérey telegraphiert in diesem Gegenstande wie folgt: *... wie n. 7374 korrigiert in extenso ...* Ich antworte dem Herrn Botschafter wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von: „Ich bin“ bis „vorzugehen.“)

2. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich in vorstehendem Sinne an Herrn von Jagow zu wenden.

3. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis Imperiali und Fürsten Lichnowsky. Berchtold.

[a] Im Konzepte irrtümlich 227. — [b] Vgl. n. 7382. — [c] Richtig 425 = n. 7371.

Nr. 7379. Bericht aus Belgrad, 16. Juni 1913 Nr. 129 (eing. 18. Juni). Ausfert.

Streng vertraulich. Gelegentlich einer längeren Aussprache mit dem greisen Führer der Fortschrittler Herrn Stojan Novaković hat mir derselbe heute einige interessante Mitteilungen gemacht. Er sagte mir, dass Herr Pašić seine Demission angeboten habe, weil er von der Militärpartei aber auch von den Altradicalen stark bedrängt wurde, in der bulgarischen Frage

eine Stellung einzunehmen, die seinen Anschauungen nicht ganz entsprach. Nur auf die dringendsten Vorstellungen des Königs und des Herrn von Hartwig hat er sich entschlossen, seine Demission zurückzuziehen. Herr Pašić — meinte mein Mitredner — würde überhaupt die grosse Verantwortlichkeit, die auf seinen Schultern lastet, sehr gerne anderen überlassen, doch würde sich in diesem Augenblick schwer jemand dazu finden. Als ich darauf bemerkte, dass er selbst in Combination stand und diese Lösung sogar grosse Wahrscheinlichkeit für sich gehabt hätte, antwortete Herr Novaković, dass er wisse, dass man eventuell auch jetzt auf ihn zurückgreifen möchte wie in der Annexionskrise; er würde aber nur in dem Falle — und auch dann sehr ungern — an die Spitze eines aus allen Parteien gebildeten Cabinettes treten, wenn absolut kein anderer Ausweg zur Rettung der Situation möglich wäre. In der Annexionskrise sei die Lage eine ganz andere gewesen; die Ereignisse seien damals nicht von der Regierung vorbereitet worden, sie haben das Land überrascht und in eine Situation gebracht, die es ihm zur Pflicht gemacht hätte, alles aufzubieten, um die Gefahr zu beschwören. Die jetzige Lage sei aber durch die Regierungspartei selbst verschuldet worden; sie habe alles im Geheimen gemacht und sich um die Opposition nicht gekümmert. Als im Frühjahr 1912 Herr Milovanović den Vertrag abgeschlossen hat, habe er weder die Skupština noch die Führer der Oppositionsparteien zu Rate gezogen. Ausser Herrn Milovanović hätten nur Herr Pašić, Herr Spalajković und vielleicht drei bis vier Vertrauensmänner und — Herr von Hartwig von der ganzen Angelegenheit Kenntnis gehabt. Fünf bis sechs Personen dürfen aber nicht über das Schicksal und die Zukunft eines ganzen Landes entscheiden, besonders wenn diese Personen nur eine einzige Partei repräsentieren. „Ich nehme es ihnen besonders übel", — fuhr mein Mitredner fort — „dass, als sie gleichzeitig beschlossen haben, den vorjährigen albanesischen Aufstand mit Geldmitteln zu unterstützen, sie mir davon Mitteilung gemacht haben, da hiezu meine Zustimmung als Parteiführer nötig war; aber von ihren wirklichen Plänen, von dem Bundesvertrag, von dem geplanten Krieg etc. haben sie mir auch damals nichts gesagt. Sie gaben lediglich vor, dass eine gewisse Agitation in Macedonien und Albanien für unsere Sache vorteilhaft sei. Ich war dagegen, konnte aber nichts ausrichten. Die Folge hat gezeigt, wie Recht ich hatte. Dieselben Albanesen, die wir unterstützt haben, sind nun unsere bittersten Feinde und die Waffen, die sie von uns bekommen haben, sind gegen serbische Soldaten zur Verwendung gekommen." Diese letztere Äusserung ist von besonderem Interesse, denn sie ist die Bestätigung dessen, was ich schon vor langer Zeit einmal berichtet habe, dass die Serben den Albanesen im Vorjahre Waffen geliefert haben. Die Kritik des Herrn Novaković über die altradicale Partei und speciell über die Person des verstorbenen Herrn Milovanović war eher scharf, was einigermassen im Widerspruch steht mit den Annäherungstendenzen seiner Partei an die Altradicalen, die in letzter Zeit bemerkbar geworden sind und worüber ich schon berichtet habe. Allerdings über die Person des Herrn Pašić hat sich Herr Novaković sehr vorsichtig geäussert, seine hervorragenden politischen Eigenschaften anerkannt und zugegeben, dass er in diesem Momente die geeignetste

Persönlichkeit sei, die Regierung weiterzuführen. Nichtsdestoweniger hat er mir zu verstehen gegeben, dass sie nicht gerade in allen Punkten eines Sinnes seien. Über das Antwort-Telegramm *a)* des König Ferdinand an den Zaren sprach mein Mitredner mit grosser Entrüstung. Von einem Aufgeben Monastirs will auch Herr Novaković nichts wissen, auch er erklärt, dass Bulgarien Serbien von Griechenland nicht trennen könne und behauptet, daß die friedliche Lösung dieser Krise nur durch die Hilfe und Unterstützung Griechenlands möglich sei. Ugron.

a) Pol. Chron. der ö.-u. Mon. 1913, 246.

Nr. 7380. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 16. Juni 1913 Nr. 2881.a) Konz. (S. und G. Berchtold).

Der deutsche Botschafter erschien am 16. Juni bei mir, um mich auf das vollständige Stocken der Verhandlungen bezüglich der südalbanischen Abgrenzung aufmerksam zu machen. Die deutsche Regierung sei bereit, unseren Standpunkt zu unterstützen, möchte aber darüber orientirt werden, ob wir bereit wären, bis zum äußersten zu schreiten, selbst „fechten" zu wollen, um diesen Standpunkt Griechenland gegenüber aufrechtzuerhalten. Man habe in Berlin den Eindruck, daß Italien geneigt wäre, hinsichtlich der Pindus-Walachen den Griechen Entgegenkommen zu zeigen. Sollte dies der Fall sein und wir in der weiteren Folge gleichfalls unsere bisherige Intransigenz aufgeben, so würde durch Hinausschieben der Entscheidung der Dreibund blos seine Stellung in Athen verschlechtern und Griechenland schließlich die von ihm gewünschte Grenze der Triple-Entente zu danken haben. Griechenland würde dadurch vollständig dem gegnerischen Groupement ausgeliefert. Ich entgegnete dem Botschafter, daß wir uns aus zwei Gründen für die Einbeziehung der Pindus-Walachen nach Albanien einsetzten: einerseits, um den diesbezüglichen Wünschen Rumäniens nachzukommen, andererseits im Interesse Albaniens, welches ohnehin bereits stark zugestutzt erscheine. Gerade aus jenen Gegenden, welche Griechenland unter Zugrundelegung einer gefälschten Statistik für sich beanspruche, kämen uns dringende Petita der albanesischen Bevölkerung zu, um keinen Preis in die Einverleibung in Griechenland einzuwilligen. Sollte Rumänien thatsächlich auf die Zugehörigkeit der Pindus-Walachen zu Albanien gegen entsprechende Autonomie-Garantien seitens Griechenlands verzichten, so ließe sich vielleicht eine Compromiß-Grenzlinie nach geographischen, strategischen und anderen Rücksichten festsetzen. Ich hielte es aber für höchst bedenklich, selbst mit einem Anbote an Griechenland heranzutreten, umsomehr, als Griechenland allem Anscheine nach die ägäischen Inseln zugesprochen erhalten werde, so daß von dieser Seite an keine Compensation zu denken sei. Die Folge eines Anbotes der Pindus-Walachen wäre, daß die Triple-Entente-Mächte dies sofort als Verzicht escomptiren und wir unsere Stellung in den Verhandlungen verschlechtern würden ohne irgend welchen greifbaren Vortheil. Daß wir dadurch eine Neuorientirung der griechischen Außenpolitik hervorrufen könnten, hielte ich für ausgeschlossen. Griechenland werde sich bis auf weiteres weder dem Dreibund noch der Triple-Entente anschließen, sondern von Fall zu Fall seine Politik den

momentanen Convenienzen des Königreiches anpassen. Herr vonTschirschky hielt es für angemessen, unter diesen Umständen seiner Regierung nahezulegen, dafür einzutreten, daß die südalbanesische Delimitationsfrage bis auf weiteres in London nicht erörtert werde.

[a]) Vgl. n. 7319, 7389.

Nr. 7381. Tel. aus Berlin, 16. Juni 1913 Nr. 273 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 14. d. M. Nr. 424, Demobilisierung bei den Kabinetten der Balkanstaaten. Staatssekretär würdigt vollkommen die Gründe, derentwegen Euer Exzellenz die geplante Demarche in den Balkanhauptstädten betreffend Demobilisierung infolge der inzwischen erfolgten serbischen Demarche in Sofia im gegenwärtigen Momente für inopportun halten. Staatssekretär versichert mir, er hätte bei rechtzeitiger Bekanntgabe Euer Exzellenz diesbezüglicher Stellungnahme die betreffenden deutschen Gesandten angewiesen, den von der Reunion in Aussicht genommenen Schritt vorerst nicht zu unternehmen. Szögyény.

Nr. 7382. Tel. aus Berlin, 16. Juni 1913 Nr. 274 (eing. 17. Juni 7 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 421,[b]) 425 und 427 vom 13., 14. und 15. d. Mts. Botschafterreunion. Inhalt derselben mit Staatssekretär eingehend besprochen, dessen Eindruck über letzte Sitzung der Reunion nicht so ungünstig ist. Nach telegraphischen Berichten des Fürsten Lichnowsky habe bei den letzten Reunionsverhandlungen über die südalbanesische Grenze Marquis Imperiali erklärt, seine Regierung sei entschlossen, wenn Griechenland nicht nachgeben sollte, zu Exekutivmassregeln zu greifen und, wenn notwendig, die Griechen mit Waffengewalt aus Epirus zu treiben. Sir E. Grey habe darauf geantwortet, dass er die Verantwortung für eine solche Gewaltmassregel nicht übernehmen könne und die Angelegenheit vorerst dem Ministerrat unterbreiten müsse. Herr von Jagow meint, es sei zweifellos, dass der englische Minister des Aeussern Ermächtigung zur Ergreifung einer solchen kriegerischen Massnahme nicht erhalten werde. Auch deutsche Regierung würde sich — dies müsse er mir offen sagen — zu einer derartigen Aktion nicht entschliessen und nötigenfalls mit Rücksicht auf seine Bundesgenossen sich nur damit einverstanden erklären, dass Italien und Oesterreich-Ungarn in der Streitfrage Griechenland gegenüber kriegerisch auftreten. Staatssekretär hat nicht Eindruck, dass in den Reunionsverhandlungen die Tendenz zu Tage getreten sei, die Festsetzung der Süd- und Südostgrenze Albaniens davon abhängig zu machen, dass der betreffende Entschluss von Griechenland akzeptiert werde. Auch nach seiner Ansicht würde dies die betreffende Entscheidung in die Hände Griechenlands legen und im Widerspruch damit stehen, dass die diesbezügliche Entscheidung den Mächten vorbehalten bleibe. Lichnowsky wird — so versicherte mir Staatssekretär — neuerdings angewiesen werden, die Demarchen seines österreichisch-ungarischen und italienischen Kollegen zu unterstützen. Was die Erklärung des deutschen Botschafters in London

betreffe, dass deutsche Regierung prinzipiell für die Beibehaltung von Chios und Mytilene bei der Türkei sei, jedoch eventuell ihrer Einverleibung in Griechenland unter gewissen Bedingungen zustimmen würde, so meint Herr von Jagow, dass dieser Standpunkt Euer Exzellenz Auffassung entspricht, da seines Wissens Hochdieselben sich seinerzeit mit dieser eventuellen Einverleibung äusserstenfalls einverstanden erklärt hätten. Auch in diesem Falle werde aber Deutschland übrigens nach wie vor die türkischen Interessen im Auge behalten. Mein italienischer Kollege hat im Einvernehmen mit mir dem Staatssekretär freundschaftliche Vorstellungen gemacht und betont, wie sehr ein engeres Zusammengehen Fürsten Lichnowskys mit seinen Dreibundkollegen und eine intensivere Unterstützung ihrer Stellungnahme in der südalbanesischen Grenzfrage dringend notwendig wäre.

[a]) Vgl. n. 7389. — [b]) Vgl. n. 7371 Anm. b. Szögyény.

Nr. 7383. Tel. nach London Nr. 492 (1) und Rom Nr. 644 (2), 16. Juni 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 464 von gestern.[b])

2. Fortsetzung zu meinem Telegramme Nr. 643[c]) von heute. Ich antworte Grafen Mensdorff wie folgt:

1. u. 2. Ich bin mit der von Euer Exzellenz und Marquis Imperiali ausgearbeiteten Neuredaktion des Punktes II des Kompromißvorschlages einverstanden, würde jedoch Werth darauf legen, daß im zweiten Alinea der Ausdruck „nommé" womöglich durch „désigné" ersetzt werde. Hiedurch bliebe die Möglichkeit offen, daß der von den Mächten ausersehene Fürst nachträglich noch durch eine Wahl bestätigt würde, was für mich eine notwendige Schonung des Selbstgefühls der albanischen Nation bedeutet. Was die Bemerkung Euer Exzellenz hinsichtlich des Nachtheiles eines Provisoriums unter Ismail Kemal betrifft (vorletztes Alinea[d]) Euer Exzellenz Telegrammes), so kann ich mich zwar deren Richtigkeit nicht verschließen, jedoch finde ich es immerhin besser, diesen Nachtheil vorläufig über uns ergehen zu lassen als das Prinzip zuzugeben, daß ein provisorischer Zustand einreißt. Den von Sir E. Grey proponierten délégué chargé du pouvoir exécutif können wir nicht annehmen, weil derselbe für uns nichts weiter als eine Umschreibung für den Oberkommissär und somit wieder ein Element des von uns so perhorreszierten provisorischen Zustandes bedeutet. Was die im Punkte III behandelten Fragen (internationale Kommission) betrifft, so wollen sich Euer Exzellenz auf den Standpunkt stellen, daß Hochdieselben sich auf eine Erörterung jener Angelegenheit erst dann einlassen können, wenn die Réunion durch integrale Annahme der Punkte I und II die Grundlage für eine definitive Gestaltung der Dinge in Albanien geschaffen haben wird.

1. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis Imperiali.

2. Vorstehendes zur Besprechung mit Marquis di San Giuliano.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7393, 7401. — [b]) Richtig: vorgestern. — [c]) Mit Tel. Nr. 643, 16. Juni 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 7360 nach Rom mitgeteilt. — [d]) Vorletztes Alinea von n. 7360 reicht von „Da wie es scheint" bis „Albaniens vorteilhafter".

Nr. 7384. Tel. aus London, 16. Juni 1913 Nr. 468 (eing. 17. Juni 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe heute Sir E. Grey ganz kurz gesehen. Auf meine Frage, wie es mit der albanesischen Delimitation stehe, sagte er, er bemühe sich irgend etwas zu finden, das eine Lösung herbeiführen könne. Es sei aber sehr schwer, namentlich wegen Koritza, nachdem wir und Italien unbedingt verlangen, daß es albanesisch werde, während Frankreich und Russland ebenso entschieden fordern, daß es griechisch werde. Ich hoffe sehr, daß entschiedene Stellungnahme deutscher Regierung unserem Standpunkte zustatten kommen wird. Ich höre von verschiedensten Seiten, daß die Sprache des deutschen Kaisers die Wirkung gehabt hat, die französische Unterstützung der griechischen Wünsche zu verstärken, nachdem man weder in Paris noch in Petersburg daran glaubt, daß Deutschland in der südalbanesischen Frage auf Seite seiner Alliierten ist. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7398 Anm. a.

Tel. nach Rom, 16. Juni 1913 Nr. 644 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) Siehe n. 7383.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 16. Juni 1913 Nr. 2890. Siehe n. 7392.

Nr. 7385. Tel. aus Sofia, 16. Juni 1913 Nr. 544 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Bin mit Fragen an offizielle Persönlichkeiten bezüglich Verhältnis zu Verbündeten stets vorsichtig und kann ausserdem wegen orthodoxer Pfingsten heute und gestern keine Minister sehen, zumal Herr Danew mir, wie auch übrigen Missionschefs, noch keinen Antrittsbesuch gemacht. Ein verlässlicher Gewährsmann meldet mir soeben, Minister Peef habe sich wie folgt geäussert: Antwort auf serbisches Demobilisierungsverlangen sei gestern durch bulgarischen Gesandten in Belgrad überreicht. Darin sei keine Evakuierung besetzten Gebietes von Serbien verlangt worden, sondern Vorschlag gemacht, Serbien solle sofort zustimmen, in allen bestrittenen Gebieten bulgarische und serbische Garnison in gleicher Stärke einzusetzen, und sollen beide Länder schriftlich sich gegenseitige Erklärungen, wie sie russische Arbitrage auffassen, abgeben, wovon abhängen werde, ob Bulgarien Demobilisierungsvorschlag annehmen würde. An Griechenland, welches hier mit der serbischen identische Mobilisierungsproposition gemacht, sei mit Verlangen geantwortet worden, dass in allen von Bulgaren beanspruchten Gebieten gemeinsame griechisch-bulgarische Garnisonen eingesetzt werden, wonach Bulgarien in direkte Verhandlungen mit Griechenland einzutreten bereit. Sollte Griechenland auf Arbitrage bestehen, würde Bulgarien sich nur Schiedsspruch sämtlicher Grossmächte und nicht bloss Triple-Entente unterwerfen. Antwort auf serbisches Revisionsverlangen werde laut Peeff morgen in Belgrad überreicht werden und entschieden ablehnend sein. Minister Peeff sagte, Herr Danew würde an geplanter Zusammenkunft Ministerpräsidenten in Petersburg nicht teilnehmen, sondern, falls [es] zu russischer Arbitrage kommen sollte, werde Bulgarien seinen Standpunkt durch Petersburger Gesandten vertreten. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7365, 7394, 7412.

Nr. 7386. Tel. aus Belgrad, 17. Juni 1913 Nr. 371 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Gewaltsame Konskribierungen. Ad Telegramm Nr. 162 vom 15. d. M. Generalsekretär erklärt mit Bestimmtheit, dass serbische Behörden nirgends in den besetzten Gebieten Rekrutierungen vorgenommen haben. Es sei umsomehr ganz ausgeschlossen, dass die fraglichen 20 Albanesen aus Zumbi und Prisren zum Militärdienste durch Drohungen herangezogen worden seien. Ugron.

[a] Vgl. n. 7395.

Nr. 7387. Tel. aus Belgrad, 17. Juni 1913 Nr. 372 (eing. 8 U. p. m.).[a] Entziff.

Rückkehr albanesischer Flüchtlinge. Ad Telegramm Nr. 160[b] vom 14. d. M. Generalsekretär erklärt, dass der serbischen Regierung über Fixierung eines 20-tägigen Termines zur Rückkehr der Albanesen bei sonstiger Einziehung des Vermögens nichts bekannt und dies auch höchst unwahrscheinlich sei; er werde aber bei Militärkommando Erkundigungen einziehen. Es sei ihm ein einziger Fall bekannt, in welchem die montenegrinischen Behörden einer Familie aus Ipek den 20. d. M. als Termin für die Rückkehr vorgeschrieben haben. Ugron.

[a] Vgl. n. 7395. — [b] Mit Tel. Nr. 160, 14. Juni 1913 (chiffr. 4 U. 45 M. p. m.) wurde eine Konsularmeldung aus Skutari von 13. Juni 1913 dahingehend, daß den albanesischen Flüchtlingen seitens der serbischen Regierung eine nur zwanzigtägige Frist zur Rückkehr bewilligt wurde, nach deren Ablauf alle Güter der Betreffenden eingezogen würden, nach Belgrad mit der Weisung mitgeteilt, diese Nachricht nachzuprüfen und darüber telegrafisch zu berichten.

Nr. 7388. Tel. aus Belgrad, 17. Juni 1913 Nr. 373 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Demarche in albanesischen Fragen. Generalsekretär hat heute, als ich in mehreren Albanien betreffenden Fragen interveniert habe, gesprächsweise bemerkt, dass die serbische Regierung eigentlich nicht recht wisse, wie sie sich zu ähnlichen Demarchen prinzipiell stellen solle und ließ durchblicken, dass ich keinen Rechtstitel zu denselben hätte. Ich sagte sofort mit Bestimmtheit, dass, da das autonome Albanien durch die sechs Großmächte geschaffen wurde, es einstweilen unter ihrem Schutze stehe und eine jede dieser Großmächte und in erster Linie wir, die am meisten interessiert seien, das Recht beanspruchen können, in allen Albanien betreffenden Fragen zu intervenieren. Generalsekretär hat darauf diese Frage fallen gelassen und ist auf die Besprechung der einzelnen Angelegenheiten eingegangen. Ugron.

[a] Vgl. n. 7395.

Nr. 7389. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 17. Juni 1913 Nr. 2906.[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Der kaiserlich deutsche Botschafter hat mir heute von einer Meldung Fürst Lichnowskys Mittheilung gemacht, wonach Marquis Imperiali in der letzten Réunionssitzung auf die Frage Sir E. Greys, welche Mittel Italien

anzuwenden gesonnen sei, falls Griechenland die von ihm besetzten Teile Albaniens nicht gutwillig räume, geantwortet haben soll, daß man die Griechen dann eventuell mit Waffengewalt werde vertreiben müssen. Anknüpfend daran bemerkte der Herr Botschafter, Fürst Lichnowsky habe den Auftrag erhalten, die Forderungen Österreich-Ungarns und Italiens in der Frage der Süd- und Südostgrenze Albaniens energisch zu unterstützen. Wenn die Frage der Anwendung von Gewaltmaßregeln gegen Griechenland aufgeworfen würde, so solle er (Lichnowsky) sich vorerst enthalten, diesfalls Stellung zu nehmen. Würde sich jedoch eine Erklärung als notwendig erweisen, so hätte er zu sagen, daß Deutschland die bezügliche Exekution der Monarchie und Italien überlassen wissen wolle. Ich habe Herrn von Tschirschky erwidert, daß ich dieses Thema noch nicht als spruchreif ansehe und daher auch der Meinung bin, daß dasselbe womöglich nicht in London zur Sprache gebracht werden sollte. Ich möchte vielmehr in Erwägung ziehen, diese Angelegenheit zusammen mit Italien zum Gegenstande eines direkten Gedankenaustausches in Athen zu machen, wobei die Inselfrage und die Erörterung des künftigen Verhältnisses mit einbezogen werden sollten.

a) Vgl. n. 7380, 7382.

Nr. 7390. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 17. Juni 1913 Nr. 300 (eing. 10 U. p. m.).a) Entziff.

Demobilisierung. Anlässlich meines gestrigen Besuches auf der Pforte sagte mir Grossvezier, er höre, dass ich als Doyen im Namen meiner Kollegen eine Demarche bei der türkischen Regierung in der Frage der Demobilisierung machen werde. Ich antwortete Said Halim Pascha, dass ich bisher keine diesbezüglichen Instruktionen von meiner Regierung habe. Grossvezier war hierüber sichtlich erfreut und bemerkte, Türkei könnte einem solchen Ansinnen nur unter der Bedingung Folge leisten, wenn die übrigen Balkanstaaten gleichzeitig demobilisieren würden. Bei diesem Anlasse sprach sich der Grossvezier auch mit grosser Entschiedenheit dahin aus, dass die Türkei im Falle eines Konfliktes unter den Balkanstaaten nicht neutral bleiben könnte. Grossvezier machte mir gestern einen viel besseren Eindruck als bei meinem ersten Besuch nach seiner Ernennung zum Grossvezier. Er zeigte sich entschlossener und selbständiger. Pallavicini.

a) Oe. U. Balkan 313 Nr. 613. Vgl. n. 7368.

Nr. 7391. Tel. des Vizekonsuls Tibor von Pözel aus Prisren, 17. Juni 1913 Nr. 65 (eing. 18. Juni 9 U. a. m.).a) Entziff.

Serben haben Luma und Drintal gegen Skutari noch nicht evakuiert, sollen an verschiedenen Stellen sogar Feldbefestigungen errichtet haben. Von hier wird niemand in jene Gebiete gelassen, daher keine sicheren Nachrichten. Luma scheinen Serben überhaupt nicht räumen zu wollen. Offiziere sagen, dies wäre mit Rücksicht auf Verteidigung Prisrens ausgeschlossen. In Hassi „Zumbi" keine Garnisonen, jedoch wie in den übrigen von den Serben okkupierten albanesischen Gebieten serbische Verwaltung (Občina), welche requiriert, vornehmlich Albanesen zu robusten Arbeiten für die

Armee zwingt, zum Beispiel Strassenbau, Kriegsmaterialtransport, Geldstrafen einhebt und auf andere Weise Bevölkerung schikaniert. Diesbezüglich wiederholt hieramts Klagen. Es wäre erwünscht, dass provisorische albanesische Regierung oder Admiralsrat ehestens albanesischen Regierungsvertreter für diese Gebiete entsendet, zum Beispiel mit Amtssitz in Luma, Zumbi oder Rogova (nordöstlich Zumbi am Drin), welcher mit dem Prisrener k. und k. Konsularamt und dem italienischen Konsulate in Kontakt stehen könnte. Italienischer Vertreter berichtet im selben Sinne. Gleichlautend Belgrad 40. Pözel.

a) Vgl. n. 7404.

Nr. 7392. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 17. Juni 1913 Nr. 2890.a) Konz. (S. Schreibmaschine nach einem Stenogramm Rappaports, diktiert von Berchtold).

In einer Unterredung, die ich am 16. d. mit Herzog Avarna gepflogen, habe ich Erwähnung getan, daß Marchese di San Giuliano im Namen der italienischen Regierung die Kandidatur des Herzogs von Urach für den albanischen Thron endgiltig abgelehnt habe und auch der Kandidatur des Prinzen Karl von Hohenzollern-Sigmaringen nicht nähertreten wolle. Mit diesem negativen Standpunkte wäre aber die Fürstenfrage nicht weitergebracht und sei es nachgerade dringend notwendig, dieselbe einer positiven Lösung zuzuführen. Herzog Avarna erwiderte mir hierauf, daß er auch von seiner Regierung Informationen über die Angelegenheit der Kandidaturen des Herzogs von Urach und des Prinzen von Hohenzollern-Sigmaringen erhalten habe und daß seine Regierung mit Rücksicht auf die italienische öffentliche Meinung einen Katholiken unter keinen Umständen akzeptieren könnte. Was aber den gleichfalls namhaft gemachten Prinzen zu Wied anbelangt, habe sich Marquis di San Giuliano nicht absolut ablehnend geäußert, wohl aber zu verstehen gegeben, daß er vorerst Aufschluß gewinnen möchte, ob dieser Prinz die persönliche Eignung für ein so schwieriges Amt, ferner das nötige Vermögen besitze und so weiter. Auch hege die italienische Regierung gewisse Bedenken gegen die Nominierung eines deutschen Prinzen, der wohl schwerlich eine günstige Aufnahme bei den anderen Mächten finden würde. Albanischerseits sei die Idee lanciert worden, einen englischen Prinzen zu berufen, was vielleicht weniger Schwierigkeiten bereiten würde. Schließlich hielte man in Rom auch ein Mitglied des schwedischen Königshauses für geeignet, in Erwägung gezogen zu werden. Ich bemerkte dem Herrn Botschafter, daß mir der Prinz zu Wied persönlich unbekannt sei, doch habe ich keine ungünstigen Auskünfte über denselben und dessen Eignung für den albanischen Thron erhalten. Ein Mitglied des Herrscherhauses einer neutralen Macht — wie Schwedens — schiene im Prinzipe annehmbar, doch dürfte der Betreffende nicht, wie es beim Herzog von Södermanland, der mit einer russischen Großfürstin verehelicht sei, der Fall ist, durch Allianz dem Zweibunde nahestehen. Was die Eventualität eines englischen Prinzen anbelange, müsse ich Bedenken wegen der Aufnahme hegen, die eine solche Wahl bei uns und in Deutschland finden würde. Zum Schlusse erklärte ich dem Herrn Botschafter, dessen ängstliche Rück-

sichtnahme auf die Dispositionen der anderen Großmächte gegenüber der Kandidatur eines deutschen Prinzen nicht teilen zu können. Ich dächte, es würde genügen, wenn wir und Italien uns über den betreffenden Kandidaten einigen und denselben sodann durch die einzuberufende albanische Nationalversammlung wählen lassen würden. Angesichts der Übereinstimmung der beiden meistinteressierten Mächte und des manifestierten Willens des Landes würde in einem solchen Falle eine Opposition der Mächte nicht ausschlaggebend in die Wagschale fallen. Der Herr Botschafter versprach, in diesem Sinne seiner Regierung zu berichten.

[a]) Vgl. n. 7362, 7405, 7443 Anm. b, 7656.

Nr. 7393. Tel. aus Rom, 17. Juni 1913 Nr. 366 (eing. 18. Juni 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

In Angelegenheit des Kompromissvorschlages unserer Botschafter in London bezüglich albanesischen Statuts erklärt sich Minister des Äussern mit den in dem hohen Telegramme Nr. 644 vom 16. d. M. enthaltenen Ausführungen und Vorschlägen Euer Exzellenz vollkommen einverstanden und wird Marquis Imperiali entsprechend instruieren. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7607.

Nr. 7394. Tel. aus Sofia, 17. Juni 1913 Nr. 547 (eing. 8 U. 20 M. p. m.).[a]) Entziff.

Sprach heute mit Dobrovič und zwei Ministern. Sie sagten, Lage sei nicht geklärt, da man Inhalt der Antwort König Peters an den Zaren nicht kenne und nicht wisse, ob Serbien an Annahme Arbitrage Bedingungen knüpfe und welche. Dobrovič meinte, russischerseits bezeichne man zwar bulgarische [b]) und serbische Antwort an Kaiser Nikolaus als zufriedenstellend, zugleich scheine man aber Arbitrage vermeiden zu wollen, und Herr Sazonow lade Ministerpräsidenten der Balkanstaaten nach Petersburg ein in Erwartung, dort unter Einfluss Hofes und Regierung direkte Verständigung herbeizuführen, die aber nur dann möglich wäre, wenn Serbien Vertrag einhalten würde. Dobrovič habe von Herrn Danew guten Eindruck; derselbe suche friedliche Lösung, sei aber zugleich entschlossen, Erfüllung Vertrages zu verlangen; nach Petersburg würde Herr Danew nur unter der Bedingung gehen, dass Serbien vorher seinen Standpunkt präzisieren und Giltigkeit des Vertrages anerkennen würde. Minister Peew wiederholte (wie gestern laut meines Telegrammes Nr. 544 vom 16. d. M.), dass Danew sich nach Petersburg nicht begeben werde. Minister Todorow meinte, er würde wünschen, dass Herr Danew Einladung nach Petersburg Folge leiste, nur sollte Russland nicht versuchen, dort eine Konferenz der Ministerpräsidenten der vier oder drei Staaten abzuhalten; eine solche Konferenz sei vom bulgarischen Standpunkte unzulässig. Bulgarien habe einen Vertrag mit Serbien und einen anderen mit Griechenland und wolle mit jedem dieser Staaten separat Angelegenheiten ordnen. Bezüglich bulgarischer Antwort an Serbien in Betreff Demobilisierung und Revision Vertrages wurden mir von Dobrovič und Ministern gestrige Informationen Minister Peews — mein Telegramm Nr. 544 — im wesentlichen bestätigt. Man habe

sich entschlossen, von Serbien keine Evakuierung sondern nur militärisches Kondominium zu verlangen, da dies konzilianter und als Garantie genüge. Was Antwort auf Demobilisierungsvorschlag Griechenlands anbelangt, so wurde mir von allen drei Mitrednern gesagt, dass diese Antwort, die ursprünglich zugleich mit der an Serbien hätte erteilt werden sollen, vorderhand zurückgehalten werde, da Bulgarien, der Tendenz Griechenlands und Serbiens entgegen, Wert darauf lege, keine Kumulierung der beiderseitigen Prätensionen zuzulassen. Sowohl Dobrovič als die Minister meinten, dass Schlüssel der Frage in Belgrad liege und dass ihnen Streitfrage mit Griechenland keine besonderen Sorgen verursache. Aus Äusserungen Minister hatte Eindruck, dass man Saloniker Frage durch Errichtung von Freihafengebieten für Bulgarien und Serbien lösen möchte, nur müsste, wenn Salonik griechisch bleibe, Griechenland die Distrikte von Vodena, Florina und Kostur Bulgarien überlassen. Dobrovič und Todorow bezeichneten Chance, ob Krieg oder Frieden, als gleich. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7406. — [b]) Pol. Chron. der ö.-u. Mon. 1913, 246.

Nr. 7395. Tel. nach Belgrad Nr. 166 (1) und Rom Nr. 656 (2), 18. Juni 1913 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramme Nr. 371, 372 und 373 von gestern. Ich billige vollkommen die von Euer Hochwohlgeboren dem Herrn Generalsekretär gegenüber geführte Sprache und ersuche Sie, bei demselben wieder in einigen Tagen auf die Frage der Rückkehr albanesischer Flüchtlinge (Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 372) zurückzukommen.

2. Zu meinen Telegrammen von heute Nr. 651[a]) und 652.[b]) Herr von Ugron telegraphiert noch unterm gestrigen wie folgt: ... *wie n. 7388 in extenso* ... Ich antworte dem Herrn Gesandten: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Ich billige“ bis „Flüchtlinge zurückzukommen.“) Vorstehendes zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a]) Mit Tel. Nr. 651, 18. Juni 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 7386 nach Rom mitgeteilt. — [b]) Mitteilung von n. 7387.

Nr. 7396. Tel. aus Belgrad, 18. Juni 1913 Nr. 376 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.

Englisch-bulgarische Beziehungen. Hiesiger englischer Gesandter bemüht sich, friedliche Austragung des serbisch-bulgarischen Konfliktes zu ermöglichen, er steht aber mit seinen Sympathien entschieden auf bulgarischer Seite. Ugron.

Nr. 7397. Tel. aus Berlin, 18. Juni 1913 Nr. 278 (eing. 19. Juni 5 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Gewesener griechischer Ministerpräsident und Minister des Aeussern, Herr Theotokis, welcher seit gestern zur Notifizierung der Thronbesteigung König Konstantins hier weilt, hat mir einen langen Besuch gemacht und mich ersucht, die Ansprüche Griechenlands Euer Exzellenz wohlwollender Berücksichtigung wärmstens zu empfehlen. Er führte des längeren aus, wie sehr in Zukunft Oesterreich-Ungarn auf die

entgegenkommende Haltung Griechenlands zählen könne. Ausser Rumänien und Griechenland gebe es wohl auf dem Balkan keine einzige Macht, welche als entsprechendes Gegengewicht gegen die slavische Hochflut (mit Bulgarien an der Spitze) in Betracht gezogen werden könnte. Zum Schlusse versicherte mir Herr Theotokis mit der Bitte um strenge Geheimhaltung seiner Mitteilung, er habe dem Reichskanzler und dem Staatssekretär sowie Kaiser Wilhelm selbst bündigste Erklärung abgegeben, dass ausnahmslos alle massgebenden Faktoren in Griechenland nichts sehnlicher wünschen als dem Dreibund beizutreten. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 7414, 7444, 7452.

Nr. 7398. Tel. aus Berlin, 18. Juni 1913 Nr. 279 (eing. 19. Juni 5 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 430[a]) von gestern; albanesische Delimitation. Staatssekretär sagte mir, er habe deutschen Botschafter in London beauftragt, den von Euer Exzellenz wegen Koritza eingenommenen Standpunkt in der Reunion entschieden zu unterstützen. Streng vertraulich fügte Staatssekretär hinzu, Reichskanzler und er selbst seien von allem Anfang an mit Euer Exzellenz diesbezüglichen Auffassungen ganz einverstanden gewesen, doch sei es keine leichte Aufgabe, Kaiser Wilhelm umzustimmen, Höchstwelcher nach wie vor für die griechischen Wünsche sei. Szögyény.

[a]) Mit Tel. Nr. 430, 17. Juni 1913 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.) wurde n. 7384 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 7399. Privatschreiben des Legationsrates Grafen Alexander Hoyos nach Bukarest, 18. Juni 1913. Eigh. Ausfert.[a])

Ich habe mich aufrichtig gefreut Dir gestern telegrafiren zu können, dass der Minister geneigt ist, Dir vorerst einen 14tägigen Urlaub zu bewilligen. Falls der neue Balkankrieg nicht ausbricht, dürfte auch gegen eine Verlängerung kein Anstand obwalten. Diess ist allerdings noch sehr zweifelhaft und hängt nicht von uns ab. Ich glaube nicht, dass irgendeine Demonstration Deinerseits dem König gegenüber wie etwa die Unterlassung des Ansuchens um eine Abschiedsaudienz in den Intentionen des Ministers gelegen wäre, jedenfalls habe ich ihm Deinen Brief[b]) bei Auslassung der privaten Stellen vorgelesen und er schien die Idee nicht zu goutiren. Du hast eine schwere und unglückliche Zeit hinter Dir und ich bin froh, dass Du Dich nunmehr, wenn auch nur für kurze Zeit, wirst erholen können. Auf Deine Anklagen möchte ich mir vorbehalten, gelegentlich einmal mündlich zu antworten, man darf bei aller Kritik nicht ausserachtlassen, dass unsere Politik seit dem Beginne der Krise auf die Sprengung des Balkanbundes gerichtet gewesen ist und dass wir gerade das Gegentheil mit Bestimmtheit erreicht hätten, wenn wir uns übermässig für rumänische Interessen in Sofia eingesetzt hätten. Allerdings kann man uns vorwerfen, dass wir uns dort in den rumänisch-bulgarischen Streitfall überhaupt zu viel hineingemischt haben, dies hätte vermieden werden können, aber einen Druck auf Sofia zum Nachgeben gegenüber den rumänischen Praetensionen

auszuüben waren wir meiner unmassgeblichen Ansicht nach in keiner Weise verpflichtet und ich begreife noch immer nicht, in welcher Weise wir Rumänien hätten Dienste leisten können, ohne uns in offene Opposition gegen den Balkanbund zu stellen. Unser Freundschaftswechsel an Rumänien kann nur auf Russland lauten nicht aber auf Bulgarien, darüber musste man sich in Bukarest seit Jahren klar sein und wenn man jetzt die ganze dreissigjährige Politik über den Haufen werfen würde, so würde diess wohl in erster Linie darum geschehen, weil immer deutlicher zu Tage tritt, wie diametral unsere Interessen den rumänischen, was Serbien anbelangt, zuwiderlaufen. Dieses Moment bereitet mir viel grössere Sorgen als die Verstimmung in Rumänien und gerade weil die politischen Interessen so verschiedene sind und in der Zukunft nicht mehr paralell laufen dürften, finde ich, dass wir mehr denn je ein Interesse daran haben werden, Bulgarien möglichst stark zu machen. Verzeihe, wenn ich meine Ansicht in etwas cruder Weise ausspreche, ich weiss, dass Du manches dagegen zu reppliziren haben wirst. Hoyos.

[a]) Aus dem Archive der Gesandtschaft Bukarest. — [b]) Liegt nicht bei den Akten.

Tel. nach London, 18. Juni 1913 Nr. 497 (chiffr. 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 7404.

Nr. 7400. Tel. aus London, 18. Juni 1913 Nr. 470 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Bei heutiger Reunion konnte Sir E. Grey nur ganz kurz bleiben, da seine Anwesenheit im Parlament notwendig war. Er sagte uns, betreffs Südgrenze glaube er, dass man darüber einig werden könne, dass die Grenzlinie von der Küste vom Kap Stylos ausginge; es bestünden aber noch ernste Meinungsverschiedenheiten über die Grenzlinie im Hinterland. Er hoffe uns einen Vorschlag bezüglich einer Verständigung zu machen, was er heute noch nicht tun könne. Jedenfalls würde er vorher eingehend mit jedem von uns darüber sprechen. Ich habe den Eindruck, dass er eine Antwort auf irgend einen von ihm gemachten Vorschlag aus Petersburg erwartet. Habe verabredet, Staatssekretär jedenfalls Freitag zu sehen, und werde wieder Erlaubnis des Königs erbitten (da ich diese Woche in Windsor bin), übermorgen abermals nach London zu kommen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7428.

Nr. 7401. Tel. aus London, 18. Juni 1913 Nr. 471 (eing. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 492 vom 17. d. M. über Statut Albaniens erhalten. Da Marquis Imperiali gleiche Weisung hatte, besprachen wir wieder die weitere Vorgangsweise. Um eine Einigung der Reunion anbahnen zu können, erachten wir es für notwendig, Sir E. Grey vorerst vom ganzen Kompromißvorschlag Mitteilung zu machen, auch vom Punkt III (internationale Kommission), wobei wir ihn ersuchen würden, die Mitteilung über den letzteren als vertraulich zu behandeln, da wir in eine Erörterung dieses Punktes erst nach Annahme der beiden ersten Punkte eintreten

können. Nachdem bei einer solchen Besprechung auch der Vorschlag Sir E. Greys betreffs eines délégué chargé du pouvoir exécutif zur Sprache kommen muß, würden wir uns in dem Sinne äußern, daß wir die Sir E. Grey vorschwebende Absicht, eine Transaktion herbeizuführen, nicht verkennen, daß aber gegen einen solchen Funktionär Bedenken bestehen, weil unserseits das Prinzip eines Provisoriums nicht akzeptiert werden kann. Bis zur Bestellung eines Fürsten, was ja noch einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte, könnten nach unserem Dafürhalten die Funktionen jenes délégué durch ein unter der Einwirkung der internationalen Kontrollkommission formiertes albanesisches Ministerium beziehungsweise durch dessen Vorsitzenden ausgeübt werden. Ich bitte um Weisung, ob wir derart vorgehen können. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7438.

Nr. 7402. Tel. aus London, 18. Juni 1913 Nr. 472 (ein g. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 477 vom 14. d. Mts. betreffend Reunionsbeschluß vom 22. März über Schutz der Minoritäten. Ich habe bei heutiger Reunion, als Herr Cambon wieder auf Notwendigkeit der Wiederholung der Zusicherung an Serbien über accès commercial zu sprechen kam, erklärt, daß wir bei diesem Anlasse Wert darauf legen würden, daß auch der Text des Reunionsbeschlusses vom 22. März in seinem hier von uns festgesetzten Text in Belgrad wiederholt werde. Es entspann sich lange lebhafte Diskussion, wobei Graf Benckendorff stark betonte, die von Herrn von Hartwig gebrauchte Textierung sei von der russischen Regierung gebilligt worden, welche nicht dazu zu bewegen wäre, die ursprüngliche Fassung wieder aufzunehmen. Er wendete sich auch energisch dagegen, daß diese Mitteilung mit der Mitteilung bezüglich des accès commercial verquickt werde. Ich betonte mit großem Nachdrucke, daß es sich da nicht um irgend einen gleichgiltigen Resolutionsbeschluß handle, sondern daß derselbe gefasst wurde, als unsere Verzichtleistung auf Djakova erklärt wurde, also in Verbindung mit unserer weitgehendsten Konzession. Nachdem viel diskutiert wurde, wie der betreffende Reunionsbeschluß interpretiert werden könnte, wobei Graf Benckendorff immer betonte, seine Regierung opponiere irgend einer Ingerenz der Mächte in die Souveränitätsrechte Serbiens, schlug Sir E. Nicolson vor (Sir E. Grey war bereits fortgegangen), ob nicht der betreffende Passus des Reunionsbeschlusses in etwas veränderter Redaktion wiederholt werden könnte, und proponierte nachstehenden Text: „Les six puissances pourraient déclarer qu'il est indispensable que les gouvernements serbe et monténégrin prennent d'urgence des mesures pour assurer à toutes les populations sans distinction de religion dans les territoires cédés à la Serbie et au Monténégro la liberté et la protection effective de leurs cultes et de leur enseignement". Ich erklärte, ich wüßte nicht, ob meine Regierung dieser Veränderung zustimmen werde, und könne sie nur vorlegen. Graf Benckendorff machte ähnliche Erklärung. Deutscher und italienischer Kollege unterstützten mich. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7418, 7485, 7588.

Nr. 7403. Tel. aus London, 18. Juni 1913 Nr. 473 (eing. 19. Juni 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 493[b] vom 18. d. Mts. Wirtschaftlicher Akzess Serbiens an die Adria. Habe Inhalt Graf Benckendorff mitgeteilt und telegraphierte derselbe im Gegenstande nach Petersburg. Gleichzeitig hat er mich verständigt, dass bezüglich der Bewachung der Adria-Bahn ein Missverständnis zwischen Wien und Petersburg bestehe. Man hat russischerseits der Anregung Euer Exzellenz, diese Ueberwachung der albanesischen Gendarmerie anzuvertrauen, bisher nicht zustimmen können, da man glaubt, dass Gendarmerie durch andere Aufgaben in Anspruch genommen sein wird. Russischerseits ist man der Ansicht, dass eine eigene Eisenbahnwache zu organisieren wäre, und denkt sich den (Absatz)[c] beiläufig folgendermassen: „La garde du chemin de fer sera confiée à un corps spécial, qui sera sous la direction et le contrôle de l'administration du chemin de fer." Schliesslich melde ich noch, dass Graf Benckendorff die Formel Herrn Cambons, welche auch in Petersburg nicht zu gefallen scheint, folgendermassen modifiziert hat und neuerdings dahin vorlegt: „Reconnaissant qu'en temps de guerre la neutralisation de l'Albanie pourrait favoriser la contrebande de guerre, les grandes puissances se réservent le droit de prendre avant l'entrée du port mais en eaux territoriales les mesures qu'elles prendraient en pleine mer, conformément aux règles du droit international, en vue de reprimer la contrebande de guerre. Cette stipulation ne portera effet qu'au profit de la ou des puissances contractantes, qui seront en situation de belligérantes et pendant qu'elles seront dans cette situation. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7359, 7440, 7481. — [b] Mit Tel. Nr. 493, 17. Juni 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde bezüglich Kontrolle der serbischen Bahn durch Albanien folgende Formel nach London vorgeschrieben: „Le contrôle international sera exercé par une Commission des six Grandes Puissances, de la Serbie et de l'Albanie, à l'instar du contrôle prévu dans l'article 8 de la Convention de Suez 1888 avec les modifications exigées par la difference de la situation." Eine Kontrolle Serbiens über Gendarmerie und Miliz müsse dagegen unbedingt abgelehnt werden, deshalb habe der betreffende Passus zu lauten: „La garde du chemin de fer sera confiée à la gendarmerie, la milice ou toute autre force publique albanaise sous le contrôle des six Grandes Puissances". — [c] Chiffre fehlt.

Nr. 7404. Tel. nach Rom Nr. 654 (1), London Nr. 497 (2) und Valona (Konsul Wenzel Lejhanec) Nr. 19 (3), 18. Juni 1913 (chiffr. 1 U. 20 M. a. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1.—3. Konsulat Prisren telegraphiert unterm gestrigen wie folgt: ... *wie n. 7391 in extenso* ...

1. Ich ersuche Euer Exzellenz, Vorstehendes mit Marquis di San Giuliano zu besprechen und mir über seine gegenständliche Auffassung telegrafisch zu berichten. Zur Regelung Ihrer Sprache füge ich bei, daß auch ich die Entsendung albanesischer Regierungsvertreter in die in Rede stehenden Gebiete für wünschenswert halte, jedoch der Meinung bin, daß diese Entsendung nicht durch den Admiralsrath, sondern nur durch die provisorische Regierung in Valona zu erfolgen hätte, daher durch unsere Konsuln an diesem Orte anzuregen wäre.

2.—3. Ich theile Vorstehendes Herrn von Mérey mit und füge bei: (Inseratur ex Telegramm sub 1. von „Ich ersuche Euer Exzellenz“ bis zum Schlusse.) Vorstehendes

2. vorläufig

2.—3. zu Euer etc. streng vertraulicher Information. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 314 Nr. 617. Vgl. n. 7413, 7419, 7427, 7471.

Tel. nach Rom, 18. Juni 1913 Nr. 656 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7395.

Nr. 7405. Bericht aus Rom, 18. Juni 1913 Nr. 38 B (eing. 20. Juni.).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Vor einigen Tagen hatte ich im Sinne des mir mit dem hohen Telegramm vom 13. l. M. Nr. 620 erteilten Auftrages eine neuerliche Unterredung mit dem Minister des Äussern über die Frage der Wahl des künftigen albanesischen Staatsoberhauptes. Ich relevierte zunächst, was ich übrigens schon bei den früheren Gesprächen getan hatte, dass man italienischerseits gegenüber unseren ganz konkreten Anträgen, von welchen man zwei ohne Weiteres eliminiert habe, bisher nur ganz allgemein die Wahl eines englischen oder schwedischen Prinzen empfohlen habe. Es frage sich nun zunächst, ob hiebei ein bestimmter Prinz und welcher gemeint und was man zu Gunsten desselben anzuführen in der Lage sei. Auf die verneinende Antwort des Ministers machte ich jene Momente geltend, welche Euer Exzellenz gegen einen englischen Prinzen im Allgemeinen und gegen die beiden wohl allein in Frage kommenden schwedischen Prinzen ins Feld geführt hatten. Von mir aus fügte ich noch hinzu, daß mir aus einem Berichte des k. u. k. Gesandten in Stockholm b) bekannt sei, der König von Schweden habe, auf die einschlägigen Gerüchte reflektierend, sich dahin geäußert, dass Prinz Wilhelm absolut keine Neigung habe, auf den Thron von Albanien zu kandidieren, und dass übrigens er — der König — ihm dies auch niemals gestatten würde. Marchese di San Giuliano erwiderte, er habe nur deshalb an einen englischen Prinzen gedacht, weil dieselben im Allgemeinen für derlei exotische Aufgaben, zu welchen sie auch in der Regel sich leichter geneigt fänden, eine spezielle Eignung besäßen, weil der Engländer ferner meistens in politischer und religiöser Hinsicht sich durch eine gewisse Unparteilichkeit auszeichne und weil schließlich durch eine solche Proposition die bisherige Opposition der Triple Entente gegen die Wahl eines Fürsten überhaupt vielleicht zu überwinden gewesen wäre. Er frage sich sonst, wie Euer Exzellenz über dieses Hindernis hinüberzukommen gedächten. Auf die Idee eines schwedischen Prinzen sei er im Hinblick auf die mehr oder minder neutrale oder doch intermediäre Stellung Schwedens zwischen den beiden Mächtegruppen sowie auf den Umstand gekommen, dass Euer Excellenz für die albanesische Gendarmerie auf schwedische Offiziere hingewiesen hätten. Der Minister betonte aber, dass er an diesen Anregungen angesichts der Einwendungen Euerer Excellenz nicht festhalten wolle. Dies umso weniger, als ihm unser dritter Antrag, die Wahl des Prinzen Wilhelm zu Wied, im Grunde ganz acceptabel erschiene.

Seine bisherigen Informationen über denselben seien im Ganzen recht günstig und der Umstand, daß er kein Katholik sei, bilde vom italienischen Standpunkte einen wesentlichen Vorzug. Auch die Suggestion Euerer Exzellenz, im Wege einer Sondierung des Königs von Rumänien durch unsere Gesandten in Bucarest einen Gedankenaustausch mit diesem Kandidaten über seine Ansichten, sein Programm etc. anzubahnen, erschien dem Minister zweckmäßig. Er scheint aber, bevor er den Baron Fasciotti mit diesbezüglichen Aufträgen versieht, vorerst darüber Gewissheit haben zu wollen, ob er nunmehr eine wenigstens prinzipielle Übereinstimmung mit Euerer Exzellenz über die Inaussichtnahme dieses Kandidaten als gegeben ansehen kann. Eine offene und sehr zweifelhafte Frage sei es allerdings, — so hob Marchese di San Giuliano auch in diesem Zusammenhange hervor — ob die Triple Entente überhaupt jetzt auf die Fürstenfrage eingehen und ob sie gegebenen Falles einen deutschen Prinzen acceptieren werde. Anschließend hieran erwähnte der Minister einen von Marchese Imperiali und Graf Mensdorff gemeinsam gestellten Antrag, wonach dermalen nur im Prinzipe die Bildung Albaniens als Fürstentum festgestellt, die Wahl des Fürsten aber auf 5—6 Monate hinausgeschoben werden sollte. Meines unvorgreiflichen Erachtens wird dieses Auskunftsmittel vielleicht unvermeidlich sein, wenn es auch zur Verlängerung der latenten Anarchie beiträgt, die Albanesen nicht befriedigen wird und der Triple Entente Zeit und Möglichkeit zu allerlei Intriguen, eventuell auch zu faits accomplis, bietet. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7392, 7424, 7606. — [b]) n. 6734.

Nr. 7406. Tel. aus St. Petersburg, 18. Juni 1913 Nr. 214 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Ministerpräsident bezeichnete mir gegenüber die heute veröffentlichte Antwort[b]) König Ferdinands auf das Telegramm des Zaren als nicht sehr befriedigend wegen der darin enthaltenen Restriktion, welche die Arbitrage ausdrücklich auf die im Vertrage festgesetzten Grenzen beschränken möchte. Auf die inzwischen an die Ministerpräsidenten der Balkanstaaten ergangene russische Einladung zu einer Konferenz in Petersburg haben, wie mir Herr Neratow sagte, Serbien und Griechenland bereits zustimmend geantwortet, während aus Sofia eine bezügliche Antwort noch ausständig ist, wie Herr Neratow meint, wohl infolge des dortigen Ministerwechsels. Die in der Presse verbreitete Nachricht, welche die fragliche Ministerkonferenz als bereits für die nächsten Tage sichergestellt bezeichnete, ist daher noch verfrüht. Auch der bulgarische Gesandte weiss noch gar nicht, wie sich seine Regierung der in Rede stehenden Einladung gegenüber verhalten wird. Im Allgemeinen aber herrscht in Regierungskreisen die Ansicht vor, dass es schliesslich doch zu den Petersburger Besprechungen kommen wird und dass, wenn die Minister einmal zusammenkommen, es unter dem hiesigen Einflusse sohin gelingen dürfte, eine Einigung herbeizuführen. Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 313 Nr. 615. Vgl. n. 7336, 7394. — [b]) Pol. Chron. der ö.-u. Mon. 1913, 246.

Nr. 7407. Tel. aus St. Petersburg, 18. Juni 1913 Nr. 215 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Herr Neratow, den ich an Stelle des unpässlichen Herrn Sazonow heute aufsuchte, fragte mich, aus welchem Grunde k. und k. Regierung von ihrer auf der Londoner Konferenz bereits erteilten Zustimmung zu der dortselbst beschlossenen Kollektivdemarche, welche die Balkanstaaten zur Demobilisierung auffordern sollte, wieder zurückgekommen sei. In meiner Erwiderung setzte ich dem Herrn Ministergehilfen die Beweggründe der k. und k. Regierung an der Hand der mir mit dem hohen Telegramme Nr. 376 vom 15. d. M. mitgeteilten Konsiderationen auseinander. Herr Neratow erwiderte mir, er bedauere diesen Beschluss Euer Exzellenz sehr, weil die Balkanstaaten hieraus auf eine Meinungsverschiedenheit unter den Mächten, was deren Willen, weiteres Blutvergießen wenn irgend möglich zu verhindern, anbelangt, schließen könnten, wodurch wieder Geneigtheit zu einer friedlichen Verständigung verringert werden dürfte. Thurn.

[a] Vgl. n. 7430.

Nr. 7408. Tel. aus Sofia, 18. Juni 1913 Nr. 554 (eing. 19. Juni 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Anlässlich des heutigen ersten Diplomatenempfanges begrüssten wir uns mit Herrn Danew aufs freundlichste, wonach eine Konversation folgte, während welcher Konseilspräsident sich in ihm eigener weitschweifiger Weise ausliess und ich mich in Gemässheit Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 287 vom 14. d. Mts. auf unentbehrliche Antworten und Bemerkungen beschränkte. Danew besprach zuerst Lage, entwickelte Wesen des Streitfalles mit Serbien, schilderte bulgarischen und serbischen Standpunkt und präzisierte schliesslich Situation, die endgiltiger Wendung nahe wäre: Bulgarien wolle seine Vertragspflichten erfüllen und sei bereit, wenn Serbien Arbitrage annehme, sich dem im Vertrage stipulierten Schiedsspruche [zu] unterwerfen, selbstredend unter Voraussetzung, dass Serbien auf Revision Vertrages verzichte; sollte letzteres nicht der Fall sein, müsste es zum Kriege kommen. Anknüpfend führte Ministerpräsident seine Auffassung aus, wonach Vorgänge am Balkan und Liquidation europäischer Türkei Österreich-Ungarn unmöglich gleichgiltig lassen könnten, woran er Frage knüpfte, ob diese seine Anschauung richtig und ob wir uns für Aufteilung Mazedoniens interessieren. Ich erwiderte kurz, ich hätte bulgarischer Regierung wiederholt offiziell erklärt, dass Monarchie sich für territoriale Regelung Balkan nicht desinteressieren würde, was Mitredner als selbstverständlich bezeichnete, und meinte, dass im entscheidenden Momente wir unserer Politik entsprechende Richtung geben sollten, um eine unseren Interessen und Zielen konforme Liquidierung Balkan herbeizuführen. Herr Danew richtete direkt Frage an mich, ob es unseren Wünschen entsprechen würde, dass Mazedonien bulgarisch werde, und ob wir vorzögen, dass grosser Teil Serbien zufalle. Ich antwortete, dass Herrn Danew wohl bekannt sei, wie wir mit Rücksicht auch von ihm in Budapest betonten Parallelismus unserer

und bulgarischer Interessen Bulgarien seit Ausbruch des Krieges in allen Aspirationen überall unterstützt hätten. Danew bemerkte, es hätte kürzlich jemand zu ihm gesagt, Österreich-Ungarn werde von neuer Ordnung am Balkan nichts profitieren, welche Ansicht Konseilspräsident als unrichtig bezeichnet und hervorgehoben hätte, dass Schaffung Grossbulgariens allein enormer Vorteil für Monarchie wäre. Um sich aber diesen Vorteil zu sichern, sollte Österreich-Ungarn Bulgarien im gegenwärtigen Momente nicht verlassen; es sei möglich, dass es zum Kriege mit Serbien kommen werde. Welches wäre die Attitude Österreich-Ungarns im Falle dieses Krieges, fragte Herr Danew und betonte, Bulgarien würde Krieg lediglich darum führen, um den ihm gebührenden Teil Mazedoniens zu bekommen. Da ich Mitteilungen Herrn Danews nur ad referendum zur Kenntnis nehmen sollte, antwortete ich bloss, dass ich Danews Frage Euer Exzellenz berichten würde. Herr Danew meinte weiter, dass Herr Geschoff bereits gleiche Frage an mich gerichtet und ich ihm mit Forderung geantwortet hätte, gewisse Erklärungen abzugeben, die Geschoff, da in Demission, nicht abgeben, sondern mich an Danew, den Nachfolger im Amte, verwiesen habe. Herr Danew kenne noch nicht Dossiers und möchte genau wissen, worin gewünschte Erklärung zu bestehen hätte. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7409, 7421, 7422, 7423, 7433.

Nr. 7409. Tel. aus Sofia, 18. Juni 1913 Nr. 555 (eing. 19. Juni 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 554. Ich bestätigte, dass Information Herrn Geschoffs richtig; auf Geschoffs Frage hätte ich mit Gegenfrage geantwortet, und ich citierte kurz Inhalt Euer Excellenz Telegrammes Nr. 263 vom 30. v. M. Inhalt des hohen Telegrammes Nr. 268 vom 4. d. M. erwähnte ich gar nicht. Herr Danew hielt längeren Monolog: Erklärungen unscheinbaren[b]) Inhaltes hätten wenig Wert, — meinte er — was würden uns aufrichtigste Versicherungen nützen, wenn Bulgarien in Wirklichkeit Interesse hätte, sich in uns feindliche Politik einzulassen? Man solle doch mit faktischer Situation rechnen, Differenzen zwischen Bulgarien und Serbien seien unüberbrückbar, auch dann, wenn es zu keinem Kriege komme. Wie sei es denn möglich dem vergrösserten, national und territorial saturierten Bulgarien, welches nur konservative Politik führen könnte, Absicht Zusammengehens mit einem Lande wie Serbien, das immer revolutionärer. sein werde, zuzumuten? Was für ein Interesse könnte Bulgarien an einer solchen Politik haben? Und es entspreche auch absolut nicht der politischen Richtung Herrn Sazonows, Bulgarien solche Politik zu empfehlen. Herr Danew hätte alle in Budapest gemachten Zusagen eingehalten und sich stets — obwohl es oft schwer gewesen — für Berücksichtigung unserer ökonomischen Wünsche eingesetzt. Wir machten Fortsetzung unserer bulgarienfreundlichen Politik davon abhängig, ob bulgarische Regierung im gegenwärtigen Momente erklären werde, dass sie freie Hand habe. Bündnis mit Serbien sei, solange Liquidation Macedoniens nicht durchgeführt, in Kraft. Präliminarfriede hätte daran nichts geändert und im

Momente, wo Bulgarien von Serbien Einhaltung Vertrages verlange und seine territorialen Ansprüche darauf stütze, könne es noch nicht mit dem Vertrage unvereinbarliche Erklärungen abgeben. Bulgarien sei stets loyal gewesen und könne sich auch jetzt nicht ins Unrecht versetzen, wenn aber Krieg ausbreche, werde es keinen Vertrag und keine Verpflichtungen mehr geben. Ich vermied Diskussion, liess Herrn Danew reden und nur hier bemerkte ich, ich hätte Herrn Geschoff wiederholt erklärt, dass wir keinen Krieg, sondern nur wünschten, dass Bulgarien auf friedlichem Wege seine Aspirationen verwirkliche, wobei wir selbstredend erwarten, in Bulgarien Freund zu haben. Herr Danew antwortete mit weiteren, wenig sagenden Versicherungen und meinte dann, er hätte unmittelbar vor mir rumänischen Gesandten empfangen und sei mit ihm in medias res eingetreten, indem er ihm direkt erklärte, dass Bulgarien, wenn es zu keinem Kriege komme, von Rumänien nichts zu wünschen hätte, für den Fall des Krieges aber sich wohlwollende Neutralität sichern und wissen möchte, ob und was Rumänien dafür als Gegenleistung verlange. Herr Ghika hätte darauf keine Antwort geben können, Herr Danew sei aber unter ungünstigem Eindrucke des kürzlichen Communiqués der rumänischen Regierung und der Nachrichten aus Bukarest. Ich erwiderte mit einigen Bemerkungen darüber, dass wir es hier an guten Ratschlägen nicht hätten fehlen lassen, bulgarische Regierung aber günstige Gelegenheit, wo Dispositionen in Bukarest ausgezeichnet gewesen, leider verpasst und durch endloses Zögern Stimmung in Rumänien verschlechtert sei. Danew leugnete dies nicht, gab auch spontan zu, dass wir in Bukarest mässigend eingewirkt hätten, und meinte, wir sollten jetzt Druck auf Rumänien üben, dass es keine unerfüllbaren Forderungen stelle. Dies wäre die wertvollste Unterstützung, die wir Bulgarien zu teil werden lassen könnten. Herr Danew deutete an, dass öffentliche Meinung hierzulande uns mit Rumänien gewissermassen identifiziere und dass es unserem Prestige schädlich wäre, wenn Rumänien Erpressungspolitik treiben sollte. Wenn Rumänien für Neutralität unbescheidene Forderungen erheben sollte, könnte ihm Bulgarien nur Rücken kehren, könnte aber in Zwangslage kommen, seine Haltung Serbien und Griechenland gegenüber zu ändern, und es könne doch nicht Österreich-Ungarn versprechen, dass rechtes Vardarufer serbisch werde. Oder, wenn wir auf Rumänien keine Pression üben wollen, möge ich Herrn Danew andere konkrete Gedanken suggerieren, wie Schwierigkeiten mit Serbien nach unserem und Bulgariens Wunsch zu lösen wären. Ich bemerkte, dass ich ohne Instruktion auf keine der Fragen Danews antworten könne, würde aber Euer Exzellenz über Unterredung Meldung erstatten. Mitredner wollte seine Erklärungen und Fragen für Euer Exzellenz bestimmt rekapitulieren, besann sich aber, dass andere Diplomaten auf Empfang warteten, und wir verabredeten uns, morgen Gespräch zu beendigen. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 314 Nr. 616. Vgl. n. 7420, 7421, 7422, 7423, 7425, 7448, 7564. — [b]) Amtsvermerk: sic!

Tel. nach Valona (Konsul Wenzel Lejhanec), 18. Juni 1913 Nr. 19 (chiffr. 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 7404.

Nr. 7410. Tel. aus Athen, 19. Juni 1913 Nr. 403 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Aus heutigen Äusserungen Herrn Coromilas': 1.) Es sei aus ganzer Haltung Bulgariens offensichtlich, dass es auf den Krieg hinarbeite. Trotz grösster Friedensliebe griechischer Regierung müsse Lage, die unhaltbar, bald einer Klärung zugeführt werden, denn Alles hätte seine Grenzen. 2.) Herr Venizelos habe dank seiner Langmut in seiner eigenen Partei an Terrain verloren. 3.) Auf griechischen Demobilisierungsantrag hätte Bulgarien noch nicht geantwortet. 4.) Minister schien zu bezweifeln, ob Herr Danew nach Petersburg gehen werde. 5.) Bei den Zusammenstössen im Pangiongebiet gefangene griechische Soldaten würden von den Bulgaren in erniedrigender Weise im Triumph von Stadt zu Stadt getrieben. 6.) Coromilas, der bisher bezüglich Ausganges eines Krieges mit Bulgarien sich optimistisch äusserte, meinte heute: Resultat werde davon abhängen, auf welcher Seite finanzielle Mittel länger vorhanden. Obwohl er es nicht ausdrücklich sagte, scheint er Krieg für kaum abwendbar zu halten. Braun.

Nr. 7411. Tel. aus Athen, 19. Juni 1913 Nr. 405 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 325 vom 23. d.[a] M. Österreich-Ungarn und Bulgarien. Herr Coromilas wies heute mir gegenüber ironisch darauf hin, dass Bulgarien in seinem seinerzeitigen Vertrage mit Serbien sich dazu verpflichtet hätte, diesem im Falle eines Krieges mit Österreich-Ungarn mit 200 000 Mann zu Hilfe zu kommen. Dieser Umstand scheine aber die jetzt so intimen Beziehungen zwischen Wien und Sofia nicht zu influenzieren. Braun.

[a]) Richtig v[origen] = n. 7123.

Nr. 7412. Tel. aus Belgrad, 19. Juni 1913 Nr. 380 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Serbisch-bulgarische Beziehungen. Im gestrigen Ministerrate wurde beschlossen, bulgarischer Regierung auf ihre Antwortnote in der Demobilisierungsfrage scharfe Replik zu erteilen. Ugron.

[a]) Oe. U. Balkan 315 Nr. 619. Vgl. n. 7385, 7446 Anm. c.

Nr. 7413. Tel. aus Belgrad, 19. Juni 1913 Nr. 383 (eing. 20. Juni 1 U. a. m.).[a]) Entziff.

Evakuierung Albaniens. Laut Berichtes des Vizekonsuls Pözel scheinen Serben Lumagebiet nicht evakuieren zu wollen. Soll ich diesbezüglich bei serbischer Regierung vorstellig werden oder soll eine Kollektivdemarche abgewartet werden? Ugron.

[a]) Vgl. n. 7404, 7583.

Tel. nach Berlin, 19. Juni 1913 Nr. 437 (chiffr. 20. Juni 1 U. a. m.). Siehe n. 7418.

Nr. 7414. Tel. aus Berlin, 19. Juni 1913 Nr. 280 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Kaiser Wilhelm hat heute Früh bei einem Spazierritte im Tiergarten Legationsrat Graf Larisch begegnet und ihn in eine Unterredung gezogen. Seine Majestät ersuchte den Grafen, mir zu melden, dass er vernehme, Euer Exzellenz hätten Absicht, in einem Erlasse an die k. und k. Botschaften gegen die von Kaiser Nikolaus an die Könige von Serbien und Bulgarien gerichteten telegraphischen Sommationen[b] Stellung zu nehmen. Seine Majestät sei der Meinung, dass es angezeigter wäre, vorerst den Erfolg dieses, übrigens auch von Höchstdemselben missbilligten Schrittes des Zaren ruhig abzuwarten und erst, wenn der in Aussicht genommene Schiedsspruch des Kaisers Nikolaus erfolgt, — wobei es jedenfalls einen unzufriedenen, sogar beleidigten Teil geben dürfte — diesen auf unsere Seite zu ziehen. Gestern habe er — Kaiser Wilhelm — eine lange Unterredung mit dem gewesenen griechischen Ministerpräsidenten Theotokis gehabt und hätte neuerlich Überzeugung gewonnen, dass Griechenland für den Dreibund die besten, entgegenkommenden Intentionen hätte; auch strebe es eine weitgehende Verständigung mit der Türkei an. Dass zwischen Griechenland und Serbien bereits eine Vereinbarung bestehe, sei für Kaiser Wilhelm ganz zweifellos. Szögyény.

[a] Vgl. n. 7368, 7397, 7415, 7452. — [b] Pol. Chron. der ö.-u. Mon. 1913, 246.

Nr. 7415. Tel. aus Berlin, 19. Juni 1913 Nr. 281 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Zu meinem Telegramm Nr. 280 von heute. Staatssekretär sagte mir, gewesener griechischer Ministerpräsident Theotokis habe ihm gegenüber zugegeben, dass zwischen Griechenland und Serbien tatsächlich eine Vereinbarung bestehe, doch sei dieselbe nur ad hoc Bulgarien gegenüber geschlossen. Weitergehende Verpflichtungen für die Zukunft habe Griechenland Serbien gegenüber nicht übernommen und werde es auch fernerhin nicht tun. Weiters hätte Theotokis versichert, dass König Konstantin und seine Regierung der ganzen Politik Serbiens kein Vertrauen entgegenbrächten. Szögyény.

Nr. 7416. Tel. aus Berlin, 19. Juni 1913 Nr. 282 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes vom 15. d. M. Nr. 426[a] Staatssekretär mitgeteilt. Betreffend Reunionsbeschluss vom 22. März bezüglich Schutzes der Minoritäten Staatssekretär hätte zwar allgemeine Fassung der in Rede stehenden Erklärung vorgezogen, wird aber, Euer Exzellenz Anregung entsprechend, deutschen Botschafter in London anweisen, sich Sir E. Grey gegenüber wie Graf Mensdorff und Marquis Imperiali auszusprechen, wonach anlässlich der neuerlichen Erklärung an Serbien in Betreff des Zutrittes zur Adria auch der Reunionsbeschluss vom 22. März in Belgrad notifiziert werde. Szögyény.

[a] Mit Tel. Nr. 426, 15. Juni 1913 (chiffr. 1 U. p. m.) wurde n. 7373 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 7417. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 19. Juni 1913 Nr. 34 A (eing. 21. Juni).[a]) Ausfert.

Der Tod Mahmud Schefket Paschas ist für die Türkei ein Verlust, welcher schwer zu ersetzen sein wird. Der verstorbene Grossvezier hat in den wenigen Monaten, während welcher er sozusagen als Diktator die Geschicke seines Landes leitete, Beweise einer hervorragenden staatsmännischen Begabung gegeben. Es war ohne Zweifel ein Fehler, das Kabinett Kiamil Paschas in dem Momente zu stürzen, wo dasselbe nahe daran war, Frieden zu schliessen. Inwieferne Mahmud Schefket Pascha an diesem Fehlgriffe teilgenommen hat, kann heute mit Sicherheit nicht festgestellt werden; so viel ist aber gewiss, dass der verstorbene Grossvezier von dem Momente an, wo er die Leitung der Geschäfte übernommen hatte, mit grosser Geschicklichkeit und staatsmännischer Voraussicht operiert hat. Es ist ihm während dieser kurzen Zeit und unter furchtbar schweren Verhältnissen gelungen, die Beziehungen der Türkei zu den andern Mächten wesentlich zu bessern. Dies gilt vor allem für die Beziehungen dieses Landes zu England. Das Verdienst Mahmud Schefket Paschas ist in dieser Hinsicht umso bemerkenswerter, als gerade in dem Lande dem Kabinette Mahmud Schefket Paschas anfangs ganz besonderes Misstrauen entgegengebracht wurde. Das, was der bekannte Freund Englands, Kiamil Pascha, nicht erreichen konnte, gelang dem verstorbenen Grossvezier. Heute steht die Türkei mit England bedeutend besser, als dies zur Zeit der Regierung Kiamil Paschas der Fall war. Dies ist ohne Zweifel ein persönliches Verdienst Mahmud Schefket Paschas. Seine Politik gieng dahin, sich einerseits mit Österreich-Ungarn und Deutschland möglichst gut zu stellen, andrerseits aber die strittigen Fragen, welche seit langem zwischen der Türkei und England bestanden, auszutragen. Auf diese Weise hätte es Mahmud Schefket Pascha vielleicht mit der Zeit gelingen können, die alten Interessen-Gegensätze, welche zwischen England und Russland auf dem Gebiete des türkischen Reiches von jeher bestanden, wieder anzufachen und England von Russland abzuziehen. Dieses Ziel verfolgte er namentlich in der Frage der armenischen Reformen. Er wollte, wie ich dies Euer Exzellenz wiederholt berichtet habe, die Ausführung dieser Reformen in jenen Gebieten, welche Russland als seine Interessensphäre reklamiert, soviel als möglich in die Hände Englands legen. In St. Petersburg dürfte man diese Taktik durchschaut haben und man beeilte sich daher, die armenische Frage aufs Tapet zu bringen, um zu verhindern, dass das Reformwerk vornehmlich mit englischer Hilfe ins Werk gesetzt werde. Letzteres wäre für die russischen Aspirationen auf den nördlichen Teil Anatoliens von grösster Gefahr gewesen. Es musste daher schnell gehandelt werden, um die Sache den Händen Mahmud Schefket Paschas zu entwinden und, wenigstens dem Anscheine nach, dem Areopag der Mächte zu überweisen, in der sichern Voraussetzung, dass auf diesem Wege nichts praktisches herauskommen werde. Wenn Mahmud Schefket Pascha gelebt und noch länger die Geschicke dieses Landes geleitet hätte, wäre es vielleicht gelungen, auch unter Mithilfe aller Mächte die Reformfrage in einem günstigen Sinne zu lösen. Leider kann man sich kaum der Hoffnung hingeben, dass sein Nachfolger der Mann wäre, um auf dem von Mahmud Schefket

Pascha eingeschlagenen Wege fortzuschreiten. Said Halim Pascha ist, wie Euer Exzellenz schon bekannt, kein selbständiger Charakter, er wird sich, fürchte ich, vollkommen von seiner Umgebung, nämlich dem Komité, leiten lassen; von diesen Leuten ist aber nach den bisher gemachten Erfahrungen eine zielbewusste Tätigkeit nicht zu erwarten. Der Tod Mahmud Schefket Paschas bedeutet, wie ich dies bereits oben angedeutet habe, ein grosses Unglück für die Türkei und sehe ich in diesem Momente wieder mit grösserer Besorgnis der Weiterentwicklung der Dinge in diesem Lande entgegen.

[a]) Vgl. n. 7331, 7357, 9071. Pallavicini.

Nr. 7418. Tel. nach London Nr. 502 (1), Berlin Nr. 437 (2) und Rom Nr. 661 (3), 19. Juni 1913 (chiffr. 20. Juni 1 U. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. Szápáry u. Berchtold; G. Berchtold).

1. Euer Exzellenz Telegramme Nr. 472 vom 18. l. M. habe ich entnommen, daß Graf Benckendorff ausdrücklich erklärt hat, die von Herrn von Hartwig bei der Mitteilung des Réunionsbeschlusses vom 22. März l. J. gebrauchte Textirung sei von der russischen Regierung gebilligt worden. Euer Exzellenz wollen in meinem Namen obige Erklärung Ihres russischen Kollegen bei Sir E. Grey zur Sprache bringen und ihm seine seinerzeitigen Äußerungen (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 266 vom 1. April) im Gegenstande in Erinnerung bringen. Der Herr Staatssecretär habe damals die Vorgangsweise Herrn von Hartwigs als eine bedauerliche bezeichnet, den genannten russischen Gesandten einen Opponenten Herrn Sazonows genannt und bemerkt, am Wesentlichen der Demarche sei glücklicherweise durch die Modifikation des Textes nichts verändert worden. Nach der Erklärung Graf Benckendorffs in der letzten Réunion, wonach die russische Regierung sich entschieden weigere, die ursprüngliche Fassung wieder aufzunehmen, erscheint es wohl außer jedem Zweifel, daß die von Herrn von Hartwig vorgenommene Modifikation doch eine weit wesentlichere sei, als Sir E. Grey dies angenommen habe. Eine neuerliche Mitteilung des Réunionsbeschlusses vom 22. März in Belgrad, und zwar in unverfälschtem Texte, sei eine dringende Notwendigkeit, um die durch das Vorgehen Herrn von Hartwigs geschaffene unklare Situation zu beseitigen und die Komplikationen zu vermeiden, welche jede Verletzung des in London proklamirten Prinzipes des Minoritätenschutzes nach sich ziehen müßte. Nach den seinerzeitigen Äußerungen Sir E. Greys müsse ich annehmen, daß ihn die Sprache Grafen Benckendorffs, die russische Regierung habe die von Herrn von Hartwig gebrauchte Textierung gebilligt, nicht weniger überrascht und peinlich berührt habe, als dies meinerseits der Fall ist. Mit Rücksicht auf die damalige Sprache des Herrn Staatssecretärs, welcher dem eigenmächtigen Vorgehen des russischen Gesandten in Belgrad keine große Bedeutung beilegen zu sollen glaubte, hätte ich auf eine sofortige Desavouirung derselben umsoweniger bestanden, als sich zur Rektificirung der Divergenz bei Beratung der Durchführung des bezüglichen Réunionsbeschlusses von selbst Gelegenheit ergeben mußte. Ich würde aber nach der Kundgebung Grafen Benckendorffs in der letzten Réunion den größten Wert darauf legen, daß Sir E. Grey seinerseits in der Réunion eine Erklärung abgebe, daß die eigenmächtige

Modifikation eines Réunionsbeschlusses bei Ausführung einer von den Mächten vereinbarten Demarche durch die bezüglichen Vertreter unzulässig erscheine. Euer Exzellenz wollen hiebei bemerken, daß es mir für die ganze weitere Tätigkeit der Londoner Réunion höchst bedenklich schiene, wenn eine Erklärung unwidersprochen bliebe, derzufolge eine Regierung die nachträgliche willkürliche Modifikation eines von ihr gutgeheißenen Réunionsbeschlusses durch einen ihrer Vertreter billige. Bei dieser Gelegenheit wollen Euer Exzellenz die Aufmerksamkeit Sir E. Greys auch auf die Bemerkung Ihres russischen Kollegen lenken, „seine Regierung opponiere irgend einer Ingerenz der Mächte in die Souveränitätsrechte Serbiens". Wir seien stets nach Tunlichkeit bestrebt gewesen, alle rein albanesischen Gebiete bei Albanien zu belassen und hätten in dieser Hinsicht nur gegen unsere Überzeugung, zum größten Teile mit Rücksicht auf einen raschen erfolgreichen Abschluß der Londoner Réunion, weitgehendes Entgegenkommen gezeigt. Daß wir unter diesen Umständen aber für die in fremde Staaten inkorporirten Albanesen einen ausreichenden Schutz verlangen mußten, sei nur die natürliche Folge der Loslösung zahlreicher rein albanesischer Gebiete gewesen und sei es uns, abgesehen von dem Falle einer gründlichen Korrektur der Grenze zu Gunsten Albaniens, gänzlich unmöglich, auf den im Zusammenhange mit unserer Nachgiebigkeit in territorialer Hinsicht im Kompromißwege beschlossenen Minoritätenschutz zu verzichten. Im Interesse einer weiteren ersprießlichen Arbeit der Londoner Réunion schiene es mir auch gelegen, daß Sir E. Grey seinen Einfluß dahin geltend mache, daß jedweder Versuch einer Macht unterbleibe, sich in der Réunion auf die Protektoratsmacht des einen oder des anderen Balkanstaates auszuspielen, da ein solches Vorgehen nur dahin führen könnte, daß dann auch wir mit demselben Nachdruck einer Ingerenz der Mächte in die Souveränitätsrechte Albaniens opponiren würden. Ich lege Wert darauf, daß Euer Exzellenz bei Ausführung dieses Auftrages Sir E. Grey überzeugen, daß wir einerseits in vollkommen loyaler Weise an einem Erfolge der Réunion mitarbeiten wollen, daß wir anderseits aber auch verlangen, daß die Durchführung der von den Mächten übereinstimmend gefaßten Beschlüsse von allen Mächten in gleich loyaler Weise gefördert werde. Was den im eingangscitierten Telegramme wiedergegebenen neuredigirten Text anbelangt, wollen Euer Exzellenz denselben in der nächsten Réunion als ganz inakceptabel bezeichnen. Euer Exzellenz wollen an dem Réunionsbeschlusse vom 22. März festhalten und jeden weiteren Modificirungsvorschlag lediglich ad referendum nehmen.

2. u. 3. Fortsetzung zu meinem heutigen Telegramm

2.: Nr. 437[b])

3.: Nr. 661.[b])

2. u. 3. Ich antworte Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Vorstehendes zur Mitteilung an

2. Herrn von Jagow.

3. Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7429, 7470. — [b]) Irrtümlich für Tel. Nr. 436 nach Berlin (1), Nr. 660 nach Rom (2), 19. Juni 1913 (chiffr. 11 U. p. m.), mit denen n. 7402 mitgeteilt wurde.

Tel. nach Rom, 19. Juni 1913 Nr. 661 (chiffr. 20. Juni 1 U. a. m.). Siehe n. 7418.

Nr. 7419. Tel. aus Rom, 19. Juni 1913 Nr. 369 (eing. 20. Juni 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Auf Grund des hohen Telegrammes vom 18. d. M. Nr. 654 habe ich Frage der Entsendung eines albanesischen Regierungsvertreters nach Luma mit Minister des Aeussern besprochen. Marquis San Giuliano befürchtet, dass blosses Erscheinen albanesischen Funktionärs in Luma, den serbischer Kommandant vielleicht nicht einmal anerkennen wird, Situation kaum ändern werde. Abhilfe wäre eher durch irgend einen Schritt der Mächte herbeizuführen. Seine erste Idee, dass die Admirale einen Delegierten entsenden sollten, gab er auf meinen Einwand, dass Wirkungskreis der Admirale sich nur auf Skutari und Umgebung erstrecke, (auf).[b] Er schlägt nun vor, Uebergriffe der Serben zunächst in Londoner Reunion zur Sprache zu bringen. Dann könnte, eventuell nach einer vorgängigen Demarche in Belgrad, Entsendung eines albanesischen Funktionärs ins Auge gefasst werden. Mérey.

[a] Vgl. n. 7442. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 7420. Tel. aus Sofia, 19. Juni 1913 Nr. 559 (eing. 4 U. p. m.).[a] Entziff.

Ich hatte günstigen Eindruck von Aufrichtigkeit, mit der rumänischer Kollege mir seine gestrige Unterredung mit Herrn Daneff (mein Telegramm Nr. 555) erzählte. Haltung Rumäniens könnte eventuell serbisch-bulgarischen Krieg verhindern, was gewissermassen bedauerlich wäre, da aber friedliche Lösung, zu der es in diesem Falle käme, notwendigerweise mit Einlenken Bulgariens verbunden wäre, hielte ich sie für sehr günstig. Ein unbefriedigtes, während jetziger russophiler Regierung durch Alliierte gedemütigtes und dann von Feinden umgebenes Bulgarien kann keine schlechte Lösung darstellen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7445, 7458.

Nr. 7421. Tel. aus Sofia, 19. Juni 1913 Nr. 560 (eing. 4 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge meiner Telegramme Nr. 554 und 555 von heute nachts. Soeben Daneff gesprochen. Er resumierte seine gestrigen Ausführungen im Wesentlichen wie folgt: Bulgarien wünsche friedliche Lösung und, um dieselbe zu erzielen, sei es zu gewissen Opfern, die ihm schiedsrichterlich auf Basis des Vertrages diktiert werden und die es vielleicht um Preis gütlicher Regelung über sich werde ergehen lassen müssen, bereit. Dies wäre keine ideale Lösung, eine bessere sehe aber Daneff nicht. Falls wir eine bessere wüssten, bitte er, ihm dieselbe anzugeben. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7422, 7423, 7433.

Nr. 7422. Tel. aus Sofia, 19. Juni 1913 Nr. 561 (eing. 7 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 560. Es sei damit zu rechnen, dass die von Bulgarien angestrebte friedliche Lösung an Intransigenz Serbiens

und Griechenlands scheitern könnte, in welchem Falle es zum Kriege kommen müsste. Herr Geschoff hätte mich gefragt, welches für diese Eventualität unsere Haltung wäre, worauf ich mit gewissen Gegenfragen geantwortet hätte. Auf diese Gegenfragen bezüglich künftiger Politik Bulgariens habe Danew gestern Antwort erteilt. Was unsere Attitude im Falle serbisch-bulgarischen Konfliktes anbelangt, interessiere sie zwar Danew sehr, er glaube aber, keine näheren und konkreten Fragen an uns richten zu sollen, da er von Voraussetzung ausgehe, dass Monarchie aus Rücksichten, die mit höherer Politik und groupement der Grossmächte verbunden, abgeneigt wäre, sich in Konflikt zwischen kleinen Staaten aktiv einzumischen. Auf unsere wohlwollende Neutralität glaubt Herr Danew unter allen Umständen rechnen zu dürfen; sollte Bulgarien von uns auch mehr als wohlwollende Neutralität erwarten können und sollte vorerwähnte Voraussetzung Danews — nämlich, dass wir nicht geneigt, uns aktiv einzumischen — nicht zutreffen, würde Konseilspräsidenten unser diesfälliger Standpunkt und was wir diesfalls zu sagen hätten, sehr interessieren. Das Wichtigste sei aber für Bulgarien jetzt Haltung Rumäniens, welches offenbar mit Absicht schweige, um Bulgarien dadurch in Verlegenheit zu versetzen und zu zwingen, an Rumänien heranzutreten. Herr Danew habe gestern ersten Schritt gemacht, indem er Konversation mit rumänischem Kollegen eröffnete, der aber rumänischen Standpunkt nicht präzisiert und rumänische Forderungen nicht angegeben. Ungewissheit bezüglich der Absichten Rumäniens sei für bulgarische Regierung paralysierend und Herr Danew fürchte, dass direkte Konversation zwischen Sofia und Bukarest keine genug rasche Klärung bringen werde. Könnten wir nicht zwischen Rumänien und Bulgarien in diesem Falle vermitteln, uns von rumänischer Regierung über ihren Standpunkt Sicherheit verschaffen und bulgarischem Kabinett diese Information erteilen? Heute vermied Herr Danew vollkommen, den Wunsch nach einer Pression unserseits in Bukarest auszusprechen und wünschte bloss, durch unsere Dazwischenkunft Intentionen Rumäniens zu erfahren. Ich verhielt mich durchwegs rezeptiv, liess auch Äusserung Danews, wonach er gestern „unsere Gegenfragen beantwortet hätte", ohne Bemerkung und sagte nur zum Schluss, dass Euer Exzellenz berichten werde. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7408, 7409, 7423, 7425, 7433.

Nr. 7423. Tel. aus Sofia, 19. Juni 1913 Nr. 563 (eing. 20. Juni 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Zu meinen in gehorsamen Telegrammen Nr. 554, 555, 560 und 561 vom 18. und 19. d. M. geschilderten Gesprächen mit Herrn Danew möchte Folgendes bemerken: Herr Danew hat sich verpflichtet gefühlt, auf unsere von Herrn Geschoff unbeantwortet gelassene Fragen bezüglich Politik Bulgariens zu reagieren und, da er sich auch für den Fall Kriegsmöglichkeit Konversation mit uns offen halten will, fand er es notwendig, mir einige Versicherungen und Erklärungen abzugeben, die in Wirklichkeit ganz allgemein und nichtssagend waren. Von Materien, die Herr Danew berührte, bildet eigentlich nur Haltung Rumäniens Gegenstand seiner wirklichen Präokkupation. Bestimmend dafür, was Herr Danew gesagt und was er zu

sagen vermied, war Erwägung, dass je weniger Ersuchen er an uns richten, desto weniger Recht er uns geben wird, von ihm Aufschluss über Politik Bulgariens zu verlangen. Da er sich diesfalls wenigstens jetzt durch keine klare Erklärung engagieren kann oder will, ist er auch in seinen Wünschen entsprechend bescheiden. Sogar in rumänischer Frage, die ihm wirklich Sorgen verursacht, hat er sich offenbar noch seit gestern Sache überlegt und gestern ausgesprochenes Ansinnen, dass wir in Bukarest Druck ausüben, heute nicht mehr wiederholt. Wenn mich Euer Exzellenz fragen würden, welche Konklusion ich aus Vorgesagtem ziehe, würde ich sagen, dass Sprache Herrn Danews nicht verdient, dass wir uns mit Antwort darauf übermässig beeilen und dass es mir jedenfalls opportun schiene, ihm nicht oder wenigstens nicht meritorisch zu antworten, solange Möglichkeit friedlicher Lösung vorhanden und mit Alternative russischer Arbitrage wie auch eventueller Reise Herrn Danews nach Petersburg zu rechnen. Ob Krieg oder Frieden, kann sich in einigen Stunden wie auch erst in einigen Tagen entscheiden.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7433, 7446.

Tel. nach Berlin, 20. Juni 1913 Nr. 442 (chiffr. 21. Juni 1 U. a. m.). Siehe n. 7432.

Unterredung mit dem deutschen Botschafter, 20. Juni 1913 Nr. 2976. Siehe n. 7452.

Nr. 7424. Tel. nach Bukarest Nr. 250 (1) und Rom Nr. 669 (2), 20. Juni 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Rappaport; G. Berchtold).

1. Streng vertraulich. Im Verlaufe eines geheimen Meinungsaustausches, welcher zwischen den Kabinetten von Wien und Rom über die Persönlichkeit des künftigen Fürsten Albaniens gepflogen wurde, wurde in übereinstimmender Weise konstatiert, daß beide Regierungen geneigt wären, der Frage einer Kandidatur des Prinzen Wilhelm zu Wied näherzutreten. Bevor indes die beiden Kabinette einen weiteren Schritt in dieser Angelegenheit unternehmen, beziehungsweise sich mit dem Prinzen selbst in Verbindung setzen, würden dieselben Wert darauf legen, im Wege einer vertraulichen Sondierung festzustellen, ob der genannte Prinz disponiert wäre, gegebenenfalls seine Kandidatur aufzustellen, ferner bejahendenfalls, welches seine diesbezüglichen Ansichten, eventuell auch sein Programm wäre. Die beiden Regierungen sind in übereinstimmender Weise zu der Ansicht gelangt, daß diese vertrauliche Sondierung am besten durch die Vermittlung Seiner Majestät des Königs Carol von Rumänien vorzunehmen wäre und wollen Euer Durchlaucht, sobald Ihr italienischer Kollege eine analoge Instruktion erhält, zu dem oben erwähnten Zwecke um eine Audienz bei Seiner Majestät ansuchen, wobei ich bemerke, daß gegen eine gemeinsame Audienz Euer Durchlaucht und Baron Fasciottis von hier aus zwar kein Bedenken besteht, dieselbe jedoch eventuell mit der nötigen Geheimhaltung nicht ganz vereinbar wäre. Ich teile den Inhalt vorstehenden Telegrammes der italienischen Regierung mit und sehe Euer Durchlaucht telegraphischer Berichterstattung über Ihre Aussprache mit König Carol entgegen.

2. Erhalten Euer Exzellenz Bericht vom 18. d. M. Nr. 38 B. Ich ersuche Euer Exzellenz, Marquis di San Giuliano gegenüber die erfreuliche Übereinstimmung zu konstatieren, welche zwischen unseren beiderseitigen Ansichten hinsichtlich der Kandidatur des Prinzen Wied für den albanischen Fürstenthron besteht. Ich ersuche Euer Exzellenz ferner, dem Herrn Minister streng vertraulich mitzuteilen, daß ich im Hinblicke auf die von ihm in Aussicht genommene Instruktion an Baron Fasciotti heute nachstehendes Telegramm an Prinzen Fürstenberg richte: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 317 Nr. 626. Vgl. n. 7464, 7465.

Nr. 7425. Tel. nach Bukarest, 20. Juni 1913 Nr. 251 (chiffr. 21. Juni 2 U. 45 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Wir haben erfahren, daß Herr Danew den rumänischen Gesandten direkt gefragt habe, was Rumänien als Gegenleistung für seine Neutralität im Falle eines serbisch-bulgarischen Krieges verlangen würde, worauf Herr Ghika jedoch keine Antwort zu geben vermochte.[b]) Hieraus läßt sich schließen, daß man in Sofia bereit wäre, wenn es tatsächlich zu einem Konflikt mit Serbien kommt, für die Neutralität Rumäniens gewisse Konzessionen zu machen. Andererseits geht aus dem Schweigen Herrn Ghikas hervor, daß die rumänische Regierung offenbar aus taktischen Gründen den Augenblick noch nicht für gekommen hält, ihre Forderungen zu präzisieren. Wenn ich dies bis zu einem gewissen Grade auch begreiflich finde, so sollte man meiner Ansicht nach in Bukarest doch nicht übersehen, daß sich Bulgarien durch die Situation schon in der allernächsten Zeit zu entscheidenden Entschlüssen genötigt sehen wird. In welchem Sinne die Entscheidung in Sofia fallen wird, dürfte sehr wesentlich davon abhängen, welche Haltung Rumäniens Bulgarien in sein Kalkul einstellen muß. Völlige Unsicherheit in dieser Hinsicht könnte dazu führen, daß sich die bulgarische Regierung unter dem Drucke der Verhältnisse zu einem Kompromiß mit Serbien entschließt. Ein dilatorisches Verhalten Rumäniens gegenüber der direkten Anfrage Bulgariens schließt daher die Gefahr in sich, daß man in Bukarest den günstigen Augenblick versäumt und eine Lösung herbeiführt, welche die Wünsche Rumäniens unerfüllt läßt. Euer Durchlaucht wollen sich im vorstehenden Sinne zu Herrn Majoresco aussprechen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7422, 7437. — [b]) Vgl. n. 7409.

Nr. 7426. Bericht aus Bukarest, 20. Juni 1913 Nr. 43 (eing. 21. Juni). Ausfert.

Der ehemalige Ministerpräsident Herr Carp hat sich nach seinem jüngsten Vorstoss gegen die Regierung, welcher zwar verpuffte, aber immerhin viel dazu beitrug, dass sich die Regierung gezwungen sah, eine bulgarophobere Richtung als sonst beabsichtigt einzuschlagen, grollend auf sein Gut in der Moldau zurückgezogen und veröffentlicht nun von dort aus seit einigen Tagen gallige Interviews über die innere und äussere Politik Rumäniens. Ich erlaube mir anbei die Ansichten des genannten ehemaligen Führers der Konservativen (sein definitiver Rücktritt von der Parteileitung

wurde vor wenigen Tagen angenommen) über die auswärtige Lage zu unterbreiten. Die Kritik, welche Herr Carp an der Politik seines ehemaligen Jugend- und Busenfreundes Herrn Majoresco übt, ist zwar hart, aber in mancher Beziehung voll berechtigt. Unbedingt richtig ist es, dass Herr Majoresco von der steten Sorge beeinflusst, die bestehende Anlehnung Rumäniens an den Dreibund vor Russland möglichst zu verschleiern, und von dem Bestreben geleitet, sich tunlichst den Beistand beider Mächtegruppen zu sichern, verhindert wurde, klare Stellung zu nehmen; wahr ist es ferner, dass die rumänische Regierung ihre territorialen Forderungen nie bestimmt festgelegt hatte, sondern dieselben je nach Bedürfnis und Lage modifizierte und auch die äusseren politischen Interessen des Landes weniger richtunggebend auf die Haltung der Regierung einwirkten, denn das innerpolitische und auch persönliche Strebertum. Ich habe in meiner ergebensten Berichterstattung mehrfach Gelegenheit genommen, auf diese schweren Gebrechen der rumänischen Politik hinzuweisen, Gebrechen, welche vielleicht einen grösseren Erfolg für Rumänien verhinderten und in dem nervös gewordenen Lande den Schein mitzuerwecken halfen, dass Oesterreich-Ungarn seinen Freund nicht gehörig unterstützte, jedenfalls aber geeignet waren, die Haltung der Monarchie dem rumänisch-bulgarischen Streitfalle gegenüber wesentlich zu erleichtern. Ein offenkundiger Anschluss an den Dreibund und eine bestimmte sich im gleichen Ausmasse bewegende Forderung nach einem genau determinierten Landstriche hätte unbedingt die österreichisch-ungarische Politik auf dem Balkan in unerwünschter Weise beeinflussen müssen. Von diesem Standpunkte aus dürfte man also in Wien die Fehler Herrn Majorescos nicht beklagen, wogegen es aber ausnehmend bedauerlich erscheint, dass die wankelmütige und schwankende Politik des rumänischen Ministerpräsidenten, der sich übrigens öfters vor höheren Entscheidungen beugen musste, wie schon angedeutet, dazu beitrug, Oesterreich-Ungarn in den Augen der rumänischen Oeffentlichkeit zu diskreditieren. Denn zweifelsohne wird die hiesige Regierung es kaum haben vermeiden können, in den öfters eingetretenen Momenten der Hilf- und Ratlosigkeit und in dem Wunsche, die eigenen Fehler zu verdecken, die Schuld an dem mangelnden durchschlagenden Erfolge auf die ungenügende Unterstützung seitens der Freunde Rumäniens, speziell Oesterreich-Ungarns, abzuwälzen. Die besonders in der jetzigen bulgarisch-serbischen Konfliktsphase immer mehr in die Augen springende bulgarophile Haltung des Wiener Kabinetts und die Hetzereien der diesen Umstand ausnützenden Vertreter eines Anschlusses Rumäniens an die Entente-Mächte und die der grossrumänischen Propagandisten haben einen Zustand der Gereiztheit gegen die Monarchie geschaffen, der bisher zwar noch ziemlich weit davon entfernt scheint, eine andere Orientierung der rumänischen Politik hervorrufen zu können, immerhin aber die Eignung besitzt, schädliche und überflüssige Misshelligkeiten zwischen den beiden Nachbarstaaten zu schaffen, welche im Ernstfalle unheilvolle Wirkungen nach sich zu ziehen imstande wären. Die einzige Möglichkeit, welche sich heute noch darbietet, diese Misstimmung zu mildern, das heisst auf das hier sozusagen landesübliche durch das Verhalten der ungarischen Regierung gegen die ungarländischen Rumänen bedingte

Mass herabzudrücken, könnte nur darin erblickt werden, dass Bulgarien eine direkte Verständigung mit Rumänien suchen würde. Die bulgarische Halsstarrigkeit in dieser Beziehung gebrochen zu haben, wodurch der Beweis erbracht wäre, dass man in Wien die Freundschaft Rumäniens höher als die bulgarische bewertet, würde auf unser Gewinnstkonto gebucht werden und würde den Glauben, der sich hauptsächlich in der letzten Zeit festgesetzt hat, zerstören, dass Oesterreich-Ungarn Bulgarien in seinem Streite wider seine Alliierten eine derartige Sicherheit geboten habe, dass man in Sofia auf keine Rückendeckung mehr bedacht zu sein braucht, nachdem dieselbe bereits von der Monarchie, ja selbst gegen Rumänien übernommen worden ist. Gelingt es also nicht, Bulgarien zu bewegen, sich mit Rumänien auszusprechen und dessen Freundschaft durch spontane Hingabe von einem nicht allzu grossen Landesteil zu gewinnen, so wird es vom rumänischen Gesichtspunkte aus als klar erwiesen erachtet werden, dass wir unseren Kredit, den wir doch im Verlaufe der Krise, vornehmlich in den letzten Wochen, in Sofia uns erworben haben mussten, nicht zu Gunsten Rumäniens verwerten wollen. Dadurch werden aber allen unseren Antagonisten in Rumänien in bedauerlicher Weise ein ausschlaggebender Trumpf und ein wirksames Agitationsmittel gegen die Monarchie in die Hand gegeben werden. Spricht man in Rumänien mit Politikern, welche sich eines ruhigen und nüchternen Urteils erfreuen und nicht nach dem Erfolge des Augenblickes haschen oder von grossrumänischen Utopien beeinflusst sind — und diese ersteren dürften doch in der Maiorität sein —, so wird man überall die Erkenntnis finden, dass ein Anschluss Rumäniens an die reinen Slawenstaaten den Anfang des Endes eines freien, unabhängigen Rumäniens bedeuten würde, eine Auffassung, welche sich durch das jüngste Zarentelegramm nicht wenig befestigte, und dass weiters Rumänien zur Sicherung seiner künftigen ruhigen Entwicklung sich nach wie vor im Fahrwasser des Dreibundes bewegen müsse. Besteht also in unserem auswärtigen Amte die Absicht, woran wohl nicht gezweifelt werden darf, auch in fernerer Zukunft Rumänien als einen verlässlichen Faktor in die Politik der Monarchie einzusetzen, so müsste getrachtet werden, im weiteren Verlaufe der kommenden Ereignisse der Weiterentwicklung und Befestigung dieses, der rumänischen Rasse und der geographischen Lage des Landes einzig und allein entsprechenden politischen Leitgedankens nicht dadurch hinderlich in den Weg zu treten, dass man Rumänien zu Gunsten seines gefürchteten und langjährigen Rivalen hintansetzt und den transkarpathischen rumänischen Stammesgenossen den Genuss jener Freiheiten verwehrt, welche im Rahmen der ungarischen Verfassung gelegen sind. K. E. Fürstenberg.

Tel. nach Konstantinopel, 20. Juni 1913 Nr. 294 (chiffr. 21. Juni 1 U. a. m.). Siehe n. 7432.

Nr. 7427. Tel. nach London, 20. Juni 1913 Nr. 507 (chiffr. 21. Juni 1 U. 45 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Zu meinem Telegramm vom 18. d. Mts. Nr. 497. Nach gepflogenem Einvernehmen mit der königlich italienischen Regierung ersuche ich Euer Exzellenz, die in vorstehendem Telegramme geschilderten serbischen Ueber-

griffe im Zusammenhange mit den Hochderselben bereits aus früheren Weisungen bekannten Fällen auf der Réunion zur Sprache zu bringen. Euer Exzellenz wollen verlangen, dass die Réunion ihrem, von allen Kabinetten gebilligten Beschlusse — wonach die Luma zu Albanien gehört — endlich Geltung verschaffe und die Evakuierung dieses Gebietes von den serbischen Truppen sowie die Zurückziehung der dortselbst widerrechtlich fungierenden serbischen Behörden durchsetze. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 316 Nr. 624. Vgl. n. 7442 Anm. b.

Nr. 7428. Tel. aus London, 20. Juni 1913 Nr. 474 (eing. 21. Juni 5 U. a. m.).[a]) Entziff.

In Ergänzung meines Telegrammes Nr. 470 vom 18. d. M. Sir E. Grey teilte meinem italienischen Kollegen und mir heute folgendes mit: Bezüglich der Südgrenze gelinge es ihm nicht, den Widerstand Russlands und Frankreichs — was Koritza betrifft — zu überwinden. Er könne infolgedessen keinen Vorschlag machen. Als mögliche freundschaftliche Suggestion könne er uns nur den Gedanken geben, eine internationale Kommission einzusetzen, welche als Ausgangspunkt der Grenzlinie unbedingt das Kap Stylos annehmen müßte, im weiteren aber nach ethnographischen Gesichtspunkten vorgehen würde. Es müßten die zwei Alternativen offen bleiben, Koritza in Albanien oder außerhalb. Dies sei kein Vorschlag und er werde es auch nicht vor die Reunion bringen, außer wenn unsere beiden Regierungen diesen Gedanken aufnehmen sollten. Es sei nur eine freundschaftliche Anregung, weil er trotz seiner eifrigen Bemühungen kein anderes Mittel gefunden habe, eine Verständigung herbeizuführen. Ich antwortete, daß es mir ausgeschlossen erscheine, daß unsere Regierungen auf einen derartigen Gedanken eingehen. Marquis Imperiali sprach sich in demselben Sinne aus, wobei er wieder betonte, wenn Kap Stylos und Koritza einmal Albanien zuerkannt wären, könnte man leichter über den Rest der Grenzlinie sich verständigen. Ich bemerkte dazu, „daß ich auch da nicht wisse, ob man noch weitere Konzessionen machen würde, nachdem nach Ansicht meiner Regierung alle Konzessionen bereits gemacht seien". Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7484 Anm. a.

Nr. 7429. Tel. aus London, 20. Juni 1913 Nr. 475 (eing. 21. Juni 5 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 502 von heute. Ich habe Sir E. Grey im Sinne erhaltenen Auftrages gesprochen. Grey verschließt sich nicht den Argumenten Euer Exzellenz im Interesse einer Wiederholung des Reunionsbeschlusses vom 22. März in seiner ursprünglichen Form in Belgrad. Er sagte mir, einerseits verlangen Euer Exzellenz das von ihm, anderseits werde er fortwährend gedrängt, weil die in Aussicht gestellte Wiederholung der Zusicherung des accés commercial an Serbien infolge unserer Zurückhaltung noch nicht gemacht sei. Er möchte einen Parallelismus zwischen diesen Fragen herstellen. So wie wir verlangen, daß die Interpretation des accès commercial vorerst klargestellt werde, so könnte man vielleicht die Wiederholung des ursprünglichen Textes über Schutz der

Minoritäten vorschlagen und gleichzeitig sich aber zwischen den Mächten oder zwischen Österreich-Ungarn und Russland darüber verständigen, wie der Passus interpretiert werden soll: „mesures pour assurer la protection effective des populations etc.“. Daß dies nicht so weit gehen könne, daß ihnen eine vollständige Autonomie konzediert würde, sei klar. Wenn Staatssekretär vor der letzten Reunion nicht ins Parlament abberufen worden wäre, so hätte er ähnliche Anregung bei derselben vorgebracht. Er will zunächst mit Grafen Benckendorff darüber sprechen. Ich erwarte starken Widerspruch Benckendorffs gegen die Verquickung der beiden Fragen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7441, 7468, 7470.

Tel. nach Rom, 20. Juni 1913 Nr. 669 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7424.

Tel. nach Rom, 20. Juni 1913 Nr. 673 (chiffr. 21. Juni 1 U. a. m.). Siehe n. 7432.

Nr. 7430. Tel. nach St. Petersburg, 20. Juni 1913 Nr. 381 (chiffr. 21. Juni 2 U. 30 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Berchtold u. Matscheko; V. Nemes; G. Berchtold).

Bezugnehmend auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 215 vom 18 d. M. Wie Euer Exzellenz bekannt, hatte die russische Regierung in London den Gedanken zur Anregung gebracht, durch eine Kollektivdemarche die Balkanstaaten zur Demobilisierung aufzufordern. Noch bevor dieser Réunionsbeschluß von den Mächten sanctionirt worden war, hat sich das St. Petersburger Cabinet veranlaßt gesehen, eine Sonderaktion im Wege des an die Könige Ferdinand und Peter gerichteten Telegrammes und der nachherigen Einladung an die Balkanstaaten zu einer Conferenz in St. Petersburg einzuleiten. Die Inscenirung dieser Sonderaction, wobei das gemeinsame Band des „Slawenthumes“ zum Ausgangspunkte genommen war, hat uns veranlaßt, an der von der Londoner Réunion empfohlenen gemeinsamen Aktion der Mächte unsererseits nicht teilzunehmen. Eine solche Teilnahme hätte nämlich dahin interpretiert werden müssen, als ob wir das von Rußland einseitig und ohne uns zu befragen unternommene Vorgehen unterstützt und damit das für uns inacceptable Prinzip eines russischen Vorzugs- und Schutzrechtes am Balkan anerkannt hätten. Die Sonderaktion Rußlands hat übrigens zu der Euer Exzellenz aus den Zeitungen bekannten Rede[b]) des ungarischen Ministerpräsidenten Anlaß gegeben, worin unsere Stellungnahme zu der Carendepesche zum Ausdruck gekommen ist. Vorstehende Ausführungen, die zu Euer Exzellenz persönlicher Orientierung bestimmt sind, wollen Hochdieselben nur dann verwerten, wenn das Thema Ihnen gegenüber zur Sprache gebracht werden sollte. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7336, 7436, 7508, 7576, 7663. — [b]) Parlament. Chron., Beilage zur Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913 S. 391.

Nr. 7431. Bericht aus St. Petersburg, 7. 20. Juni 1913 Nr. 25 F (eing. 23. Juni). Ausfert.

Gestern kam der Etat des Auswärtigen Amtes zur Verhandlung vor dem Plenum der Duma. Dieselbe stand offenbar ganz unter dem Eindrucke

des soeben erschienenen kaiserlichen Reskriptes an Herrn Sazonow,[a] so dass nicht einmal jene Parteien, welche noch vor einigen Wochen am meisten gegen die Leitung der äusseren Politik gewettert und gezettert hatten, den Mut zu irgend welchen Angriffen gegen Herrn Sazonow fanden. Die ganze Verhandlung trug demnach einen äusserst zahmen Charakter und es hatten sich überhaupt blos 9 Redner zum Worte gemeldet, von denen aber schliesslich nur 5 sprachen. Unter diesen verdienen höchstens die Reden des Kadettenführers Miljukow und des bekannten Nationalisten Grafen Bobrinsky einige Beachtung. Der Kontrast zwischen der gestrigen Dumaverhandlung, die sich in der angedeuteten anodynen Weise unter einem auffallenden Mangel an Interesse vor fast leeren Bänken abspielte, und der allgemeinen Erregung des vergangenen Frühjahrs mit seinen slavischen Demonstrationen und den geradezu masslosen Angriffen gegen die Politik Herrn Sazonows scheint auf den ersten Blick verblüffend und wäre in einem anderen Lande geradezu unerklärlich. Die hiesige deutsche „St. Petersburger Zeitung" schildert diesen auffallenden Widerspruch in recht anschaulicher Weise mit folgenden Worten: „Damals das wild wogende Meer einer politisierenden Volksmasse, gebieterisch fordernde Banneraufschriften, begeisterter Gesang und drohende Protesrufe, heute — eine gähnende Leere auf den Bänken der zur Beurteilung unserer Politik berufenen Körperschaft, ebenso leere Minister- und Zuhörer-Tribünen; eine diplomatisch feine, mehr vorsichtige als aufrichtige Rede Miljukows, ein loyal frisierter Speach des slavischen Tribunen Grafen Bobrinsky und sonst Nichts, gar Nichts!, obgleich die Forderungen der Bannerträger: ‚das Kreuz auf der Hagia Sophia' und ‚Skutari den Montenegrinern' nicht erfüllt worden sind. Nichts von einem flammenden Proteste gegen die Politik Herrn Sazonows, geschweige denn ein Ansatz zu einer demonstrativen Budget-Verweigerung! Das damals schäumende Meer ist ruhig geworden und nicht etwa deshalb, weil sich auf dem Balkan Alles nach Wunsch gestaltet hätte. Im Gegenteil, es steht dort schlimmer, als unsere Slavophilen vor drei Monaten geahnth aben, ein slavischer Bruderkrieg ist im Anzuge und selbst wenn er nicht ausbrechen sollte, so ist doch der Traum eines in sich gefestigten, mit der Kraft und den Ansprüchen einer Grossmacht auftretenden Bundes der Balkanstaaten für lange Zeit ausgeträumt." — Dieser Kontrast beweist besser als Alles Andere, wie wenig Gewicht hier der öffentlichen Meinung beigemessen zu werden braucht und wie sehr es die Regierung, wenn sie nur die volle Unterstützung und das volle Vertrauen des Herrschers besitzt und sich zu der erforderlichen Energie aufzuraffen vermag, in der Hand hat, die öffentliche Meinung im Zaume zu halten und zu lenken. Von dem Moment an, als die Regierung die Gefahr erkannte, die für den europäischen Frieden in einem weiteren Gewährenlassen der nationalistischen Schreier gelegen gewesen wäre, und sie sich demgemäss entschloss, energisch aufzutreten und weitere Kundgebungen und Demonstrationen zu verbieten, haben dieselben auch mit einem Schlage aufgehört. Die jetzige, in dem kaiserlichen Reskript enthaltene eclatante Vertrauenskundgebung des Monarchen Seinem Minister des Äussern gegenüber hat das Übrige getan und zur Folge gehabt, dass nicht einmal die früheren erbittertsten Widersacher des Herrn

Sazonow es gewagt haben, bei der Beratung des Budgets seines Ressorts auch nur die leisesten Angriffe gegen ihn zu richten. Es kam, wie Euer Exzellenz aus dem Vorstehendem ersehen haben werden, nicht einmal zu einer ernsthaften Debatte und der Voranschlag des Ministeriums des Äussern wurde ohne die geringste Abänderung in einer einzigen Sitzung verabschiedet. Thurn.

[a]) Pol. Chron. der ö.-u. Mon. 1913, 241.

Nr. 7432. Tel. nach Sofia Nr. 301 (1), Konstantinopel Nr. 294 (2), Berlin Nr. 442 (3) und Rom Nr. 673 (4), 20. Juni 1913 (chiffr. 21. Juni 1 U. a. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

1.—4. Herr Sallabascheff hat heute unter Hinweis auf den Friedensschluß mit der Türkei bei mir das Ansuchen vorgebracht, den k. und k. Botschafter in Konstantinopel anzuweisen, eine Demarche wegen Demobilisierung der ottomanischen Streitkräfte zu machen. In meiner Antwort habe ich meinen Mitredner darauf aufmerksam gemacht, daß wir uns eben von der von der Réunion angeregten Demobilisierungsdemarche in Konstantinopel und den anderen Balkankapitalen aus dem Grunde zurückgezogen hätten, weil wir den Anschein vermeiden wollten, als ob wir das serbische Verlangen nach Abrüstung in Sofia unterstützen und auf diese Weise Partei für Serbien ergreifen würden.[b]) Ich wies dann dem Herrn Gesandten gegenüber darauf hin, daß wir uns bereits wiederholt in Konstantinopel dahin vernehmen ließen, daß es uns im Interesse der Türkei gelegen schiene, wenn sie sich jetzt ausschließlich ihren inneren Angelegenheiten und der Konsolidierung ihres Besitzes zuwende. Wir seien bereit, auch weiterhin in Konstantinopel in diesem Sinne zu wirken, ich müsse jedoch der Ansicht Ausdruck geben, daß es mir ein sicherer Weg schiene, zum Ziele zu gelangen, wenn sich Bulgarien in diesem Belange direkt mit der türkischen Regierung ins Benehmen setzen würde.

1.—2. Die von Herrn Sallabascheff mit Hilmi Pascha unter, wie es scheint, günstigen Auspicien entrirten Pourparlers über das zukünftige Verhältnis Bulgariens zur Türkei würden hiefür die beste Gelegenheit geben.

1. Euer Hochgeboren wollen sich Herrn Danew gegenüber im gleichen Sinne vernehmen lassen und bemerken, daß ich Markgrafen Pallavicini unter einem neuerlich anweise, bei der Pforte auch weiterhin in dem oben skizzierten Sinne einzuwirken.

2. Vorstehendes zur Verwertung bei der Pforte, wobei Hochdieselben Gelegenheit nehmen wollen, neuerlich in freundschaftlicher Weise in dem oben skizzierten Sinne auf dieselbe einzuwirken.

3. u. 4. Bei Mittheilung dieses Gespräches an Markgrafen Pallavicini füge ich bei: ... *wie sub 2. von „Vorstehendes" bis „einzuwirken"* ... Vorstehendes zur Besprechung mit

3. Herrn von Jagow.
4. Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7450, 7467. — [b]) Vgl. n. 7369.

Nr. 7433. Tel. nach Sofia, 20. Juni 1913 Nr. 302 (chiffr. 21. Juni 1 U. 20 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 554, 560, 561 und 563 vom 18. und 19. d. M. erhalten. Wir haben die Frage über unsere Haltung im Falle eines serbisch-bulgarischen Konfliktes, die Herr Geschoff gestellt und die Herr Danew nun wiederholt hat, mit der Gegenfrage beantwortet, ob Bulgarien nach dem Friedensschluß mit der Türkei noch nach irgend einer Seite hin Verpflichtungen zu einem eventuellen Vorgehen gegen uns besitzen werde. Wir haben mit Absicht von dem Zeitpunkte nach dem Frieden gesprochen, da wir glaubwürdige Nachrichten erhalten haben, daß in dem zwischen Bulgarien und Serbien abgeschlossenen Bündnisvertrag auch eine auf die Monarchie bezügliche Klausel enthalten sei.[b]) Wir konnten aber annehmen, daß der Vertrag mit Serbien und somit diese Klausel nur für die Dauer des Kriegszustandes mit der Türkei Geltung habe. Auch Herr Geschow hat wiederholt gesprächsweise hervorgehoben, daß Bulgarien nach dem Friedensschluß freie Hand haben werde. Umsomehr mußte es uns befremden, daß sowohl Herr Geschoff als nun auch Herr Danew, obwohl inzwischen der Friede zustande gekommen ist, sich gegenüber unserem Verlangen nach einer Wiederholung jener früheren Äußerungen Herrn Geschoffs in der Form einer präzisen Erklärung ausweichend verhalten hat. Solange wir in dieser Hinsicht nicht klar sehen, sei es uns unmöglich, die Konversation mit Sofia, die nach unseren Intentionen nicht allein auf die Erörterung des Konfliktfalles mit Serbien beschränkt bleiben, sondern unsere gegenseitige politische Orientierung überhaupt zum Gegenstand haben sollte, auf der von uns in Aussicht genommenen Grundlage zu führen. Die bulgarische Regierung kann doch nicht erwarten, daß wir einem Lande gegenüber Verpflichtungen eingehen würden, das sich nicht einmal zu der Erklärung herbei läßt, seinerseits in Zukunft keine Engagements zu einem feindseligen Vorgehen gegen die Monarchie zu besitzen. Im übrigen haben wir nicht die Absicht, von unserer wohlwollenden Haltung, die wir Bulgarien gegenüber schon seit langer Zeit eingenommen und auch jetzt während der Krise an den Tag gelegt haben, abzugehen, insolange das tatsächliche Verhalten Bulgariens uns eine solche Politik ermöglicht. Euer Hochgeboren wollen die vorstehenden Ausführungen bei Herrn Danew verwerten und sodann auf das Verhältnis zu Rumänien übergehend bemerken, wir seien stets für eine Verständigung eingetreten und würden auch weiter darauf hinwirken. Hierauf wollen Euer Hochgeboren sich im Sinne meines Telegrammes vom 28. v. M. Nr. 259 aussprechen und hiebei speziellen Nachdruck auf die im letzten Alinea[c]) desselben enthaltenen Gesichtspunkte legen. Abschließend wollen Euer Hochgeboren dem Herrn Konseilspräsidenten sagen, ich hätte mit Befriedigung davon vernommen, daß er an Herrn Ghika die Frage gerichtet habe, was Rumänien für eine neutrale Haltung verlangen würde. Wir könnten nach allem, was wir für Bulgarien in Bukarest getan haben, nicht noch weiter gehen und namentlich keine Pression auf Rumänien ausüben, seien aber gerne bereit, zu einer Verständigung vermittelnd beizutragen. Zu Ihrer persönlichen Information füge ich bei, daß ich keineswegs die Absicht habe, wegen des im Vorjahr

geschlossenen Vertrages in Sofia zu rekriminieren, es handelt sich uns vielmehr um eine Orientierung für die Zukunft. Herr Danew meinte, er könne uns noch nicht die fragliche Erklärung abgeben. Wann würde nach seiner Ansicht der Zeitpunkt hiefür gekommen sein? Wenn Ihre Unterredung mit Herrn Danew eine entsprechende Wendung nimmt, können Euer Hochgeboren ihm eine Andeutung im Sinne dieses letzten Alineas machen. Im übrigen sind Euer Hochgeboren ermächtigt, sich Herrn Danew gegenüber im Sinne jener Instruktionen zu äußern, die Ihre Sprache zu seinem Vorgänger in der letzten Zeit geregelt haben, insoweit sie den gegenwärtigen Umständen noch entsprechen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7448, 7456. — [b]) Vgl. n. 7123. — [c]) Letztes Alinea von n. 7191 beginnt mit „Soweit ich die Situation heute überblicke".

Nr. 7434. Tel. aus Belgrad, 21. Juni 1913 Nr. 391 (eing. 22. Juni 3 U. a. m.).[a]) Entziff.

Drohende Kriegsfahr. Infolge der Antwortnoten Bulgariens Situation ausserordentlich kritisch. Seit heute vormittags Ministerrat unter Vorsitz des Königs in Permanenz behufs Beschlussfassung angesichts der drohenden Kriegsgefahr. Herr von Hartwig verlangt nachdrücklichst, dass Schiedsspruch des Zaren ohne Einschränkung angenommen werde. Öffentliche Meinung mit der unentschiedenen Haltung des Herrn Pašić sehr unzufrieden, man hält Krieg kaum mehr für vermeidlich. Serbischer Sanitätschef hat heute deutschen Gesandten vertraulich gefragt, ob er veranlassen könnte, dass deutsches Rotes Kreuz sofort herkomme, wenn Krieg ausbricht; analoge Anfrage hat man auch an hier weilende italienische Ärzte gerichtet. Die geplante Reise des Herrn Pašić nach Petersburg ist infolge der Ereignisse sehr fraglich geworden. Ugron.

[a]) Vgl. n. 7451.

Nr. 7435. Erlaß nach Berlin, 21. Juni 1913 Nr. 386 C. d. M.[a]) Konz. (S. Kinsky; V. Biegeleben; G. Hoyos).

Ich beehre mich Euer Exzellenz mitzuteilen, dass mir schon seit mehreren Jahren über das wenig freundliche Verhalten des kaiserlich deutschen Konsuls in Belgrad, Dr. Schlieben, gegenüber den österreichisch-ungarischen Interessen in Serbien zahlreiche Informationen vorliegen. In letzter Zeit hat aber die der Monarchie feindliche Haltung des genannten Funktionärs derart greifbare Formen angenommen, dass dieselbe nicht länger mit Stillschweigen übergangen werden kann. So hat Dr. Schlieben zum Beispiel im Herbste v. J., als die Beziehungen der Monarchie zum Königreiche Serbien gespannte waren, ganz offen für letzteres und seine Ambitionen, an der Adria ein territoriales Débouché zu erhalten, Partei ergriffen und für diese seine Auffassung auch in der deutschen Presse Stimmung zu machen versucht. Er stand in diesem Belange ganz auf einer Linie mit dem ihm eng befreundeten russischen Gesandten Herrn von Hartwig. Als am 23. November v. J. König Peter seinen feierlichen Einzug in Belgrad hielt, erregte es Aufsehen, dass unter den auswärtigen Vertretungsbehörden einzig und allein das kaiserlich deutsche Konsulat geflaggt hatte, obgleich

selbst die russische Gesandtschaft nicht beflaggt war. So war auch das deutsche Konsulat die einzige Vertretungsbehörde, die am Abend jenes Tages ihre Fenster beleuchtet hatte. In allerletzter Zeit wurde auch seitens der österreichischen wirtschaftlichen Korporationen über das Vorgehen des kaiserlich deutschen Konsuls in Belgrad Klage geführt, wobei dem gedachten Funktionär zur Last gelegt wurde, dass er in Erfüllung der ihm als kommerziellen Vertreter des deutschen Reiches obliegenden Aufgaben die Grenzen seines Wirkungskreises überschreite. Bei seinen Bemühungen, deutschen Firmen zur Erlangung von öffentlichen Lieferungen in Serbien zu verhelfen, gehe er rücksichtslos vor und begnüge sich nicht damit, durch Beeinflussung der für die Vergebung solcher Lieferungen massgebenden Faktoren die Aussichten reichsdeutscher Bewerber zu unterstützen, sondern verschmähe es auch nicht, sich über die Monarchie und ihre Politik gegenüber Serbien in einer für erstere sehr unvorteilhaften Weise auszulassen. Schliesslich wäre noch zu bemerken, dass von verschiedenen Seiten auf die Haltung Dr. Schliebens während der jüngsten, gegen österreichische und gegen ungarische Waren gerichteten Boykottbewegung in Serbien hingewiesen wurde, bei welcher Gelegenheit er bestrebt gewesen sein soll, zu einer Verschärfung dieser gegen die Monarchie gerichteten Bewegung beizutragen. Ich beehre mich Euer Exzellenz zu ersuchen, Vorstehendes zur Kenntnis der kaiserlich deutschen Regierung bringen und ihr vorstellen zu wollen, dass das bisherige Verhalten Dr. Schliebens geeignet erscheint, in Serbien den Glauben an das einmütige Vorgehen der beiden verbündeten Mächte zu erschüttern. Euer Exzellenz Berichterstattung im Gegenstande entgegensehend, etc. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7567.

Nr. 7436. Tel. aus Berlin, 21. Juni 1913 Nr. 288 (eing. 10 U. 20 M. p. m.).[a]) Entziff.

Die bedeutsamen Erklärungen des Grafen Tisza im ungarischen Abgeordnetenhause über Balkanereignisse und die Haltung der österreichisch-ungarischen Monarchie werden von dem grössten Teile der hiesigen massgebenden Presse sehr anerkennend besprochen, Staatssekretär versicherte mir, dass der Reichskanzler und er selbst die Ausführungen des ungarischen Ministerpräsidenten der Situation ganz entsprechend erachten. Streng vertraulich. Staatssekretär erzählte mir, Graf Pourtalès telegraphiere streng vertraulich, dass nach seinen Informationen beide Telegramme des Zaren an König Ferdinand und König Peter ohne Wissen Herrn Sazonows von Kaiser Nikolaus selbst verfasst und abgeschickt worden seien. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 7430.

Nr. 7437. Tel. aus Bukarest, 21. Juni 1913 Nr. 154 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 251 vom 21. d. M., rumänisch-bulgarische Verhandlungen betreffend. Minister des Äußern Inhalt mitgeteilt. Er gab mir einschlägiges Telegramm Herrn Ghikas zu lesen, das er eben Seiner Majestät dem König unterbreitet hatte, aus dem hervorgeht,

daß Herr Danew die Frage präzis gestellt habe, jedoch in Aussicht des eventuellen Kriegsausbruches. Minister behauptet, Herr Ghika habe deshalb keine eingehenden Instruktionen erhalten, weil bulgarische Regierung entweder durch Spezialdelegierte oder hiesigen Vertreter Verhandlungen zu führen in Aussicht gestellt (hieramtliches Telegramm Nr. 140 vom 3. d. M.). Nach längerer Diskussion, in der ich bei Majoresco mit Nachdruck darauf hinwies, daß Rumänien vielleicht günstigen Augenblick durch dilatorische Behandlung verpassen werde, erklärte er sich bereit, nochmals Angelegenheit vor König zu bringen und Erteilung entsprechender Instruktionen an Herrn Ghika zu beantragen. Herr Majoresco bezeichnete Linie Turtukaia-Balčik als Forderung Rumäniens für Wahrung wohlwollender Neutralität. Auf meine Bemerkung, daß Rückgreifen auf obige, längst aufgegebene Linie Erstaunen und Befremden auslösen müsse und Eindruck erwecken werde, daß rumänische Prätensionen mit bulgarischen Schwierigkeiten wachsen, antwortete Mitredner, bulgarische Regierung habe zu lange gezögert und Mißstimmung in Rumänien Zeit gegeben, sich so weit zu entwickeln, daß Regierung dieser Rechnung tragen muß. Habe Eindruck gewonnen, daß Seine Majestät der König und rumänische Regierung vorziehen würden, gewünschte Linie mit eventueller geheimer oder stillschweigender Zustimmung Bulgariens militärisch zu besetzen, um Popularität der Krone zu erhöhen und erschütterte konservative Partei zu befestigen. Tenor oberwähnten Telegrammes Herrn Ghikas läßt vermuten, daß derselbe Verhandlungen mit Bulgarien nicht sympathisch gegenüberstehe. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7453, 7454.

Nr. 7438. Tel. nach London Nr. 513 (1) und Rom Nr. 679 (2), 21. Juni 1913 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Berchtold).

1. Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 471 vom 18. d. M. Eine für uns akzeptable Version des Kompromißvorschlages bezüglich des Punktes III würde lauten: „Dès que la délimitation générale de l'Albanie sera achevée et le pays aura été évacué par les troupes des alliés, une commission internationale de contrôle composée des délégués des six Puissances et d'un délégué d'Albanie sera chargée d'élaborer un projet d'organisation détaillé de toutes les branches de l'administration albanaise. Quant à l'organisation judiciaire la commission s'inspirera des principes du régime appliqué en Egypte. Cette commission présentera aux Puissances dans un délai de six mois un rapport sur le résultat de ses travaux ainsi que ses conclusions au sujet de l'organisation administrative et financière du pays. Les pouvoirs de cette commission dureront cinq ans et pourront être renouvelés en cas de besoin." Ich habe nichts dagegen, daß Euer Exzellenz hievon im Einvernehmen mit Marquis Imperiali dem Herrn englischen Staatssekretär vertraulich Mittheilung machen, doch wollen Euer Exzellenz bei diesem Anlasse Sir E Grey nicht verhehlen, daß wir nach wie vor auf dem Standpunkte stehen, I. daß wir in eine Erörterung des Punktes III erst nach integraler Annahme der beiden ersten Punkte eintreten könnten, II. daß von einem délégué chargé du pouvoir exécutif aus den in Euer Exzellenz

Telegramme erwähnten Gründen nicht die Rede sein kann, III. daß wir uns hinsichtlich der Dauer des Zwischenstadiums bis zur Bestellung des Fürsten in keinerlei Weise zu binden in der Lage wären, da wir der Ansicht sind, daß diese Übergangszeit auf ein Minimum reduziert werden müsse.

2. Fortsetzung zu meinem heutigen Telegramme Nr. 678.[b]) Ich antworte Grafen Mensdorff: (Inseratur ex Telegramm sub 1. von „Eine für uns akzeptable Version" bis zum Schlusse.) Vorstehendes zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7483, 7621, 8143. — [b]) Mit Tel. Nr. 678, 21. Juni 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 7401 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 7439. Tel. aus London, 21. Juni 1913 Nr. 476 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Mein wiederholt gemeldeter Eindruck, daß in Russland und Frankreich nicht daran geglaubt wird, daß Deutschland in der Frage der Südgrenze Albaniens seine Alliierten ernstlich unterstützt, wird durch Bemerkung des Kabinettschefs Sir E. Greys bestärkt. Tyrell sagte mir vertraulich als seine persönliche Meinung, es wäre sehr wünschenswert, wenn die deutsche Regierung in Petersburg in freundschaftlicher Form eine Erklärung abgeben würde, die keinen Zweifel darüber ließe, daß sie in der südalbanesischen Grenzfrage entschlossen ist, uns und Italien zu unterstützen. Solange man nicht in Petersburg und Paris darüber klar ist, daß Deutschland mit uns geht, sei wenig Aussicht, daß Herr Cambon nachgebe. Fürst Lichnowsky hat zwar den Auftrag, uns auf der Reunion zu unterstützen und tut es auch. So lange aber der Eindruck vorherrscht, daß Kaiser Wilhelm mit den griechischen Wünschen sympathisiert, werden wir, fürchte ich, nicht über den toten Punkt hinwegkommen, auf welchem wir bezüglich der Südgrenze und auch des Statuts Albaniens stehen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7441, 7462 Anm. b.

Nr. 7440. Tel. aus London, 21. Juni 1913 Nr. 478 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 510[b]) von heute bezüglich wirtschaftlichen Akzess hat Sektionschef Ippen mit Herrn Petrajew besprochen. Russischer Botschafter hat aus Petersburg die Verständigung, dass Bestimmung über Bewachung der Bahn in der Fassung Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 493[c]) angenommen wird, wenn in allen übrigen Punkten Einverständnis erzielt ist. Letzteres ist jedoch noch über Transit von Kriegsmaterial ausständig. Russischer Botschafter hat zwar darüber ein Telegramm aus Petersburg erhalten, aber um dessen Wiederholung gebeten, weil es nicht klar war. Russischer Botschafter telegraphierte auch nach Petersburg, dass Euer Exzellenz eventuell auch mit der Cambon-Benckendorffschen Formel einverstanden wären. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7481. — [b]) Mit Tel. Nr. 510, 21. Juni 1913 (chiffr. 8 U. 30 M. a. m.) wurde nach London mitgeteilt, daß in Wien unbedingt an der mit Nr. 493 (vgl. n. 7403 Anm. b) vorgeschlagenen Fassung bezüglich des Überwachungsdienstes an der serbischen Bahn durch Albanien festgehalten werde. — [c]) Vgl. n. 7403 Anm. b.

Nr. 7441. Bericht aus London, 21. Juni 1913 Nr. 61 A (eing. 24. Juni). Ausfert.

Vertraulich. Wie Euer Exzellenz aus meiner telegraphischen Berichterstattung entnommen haben werden, ist die Lage, die sich auf den Botschafterreunionen in der letzten Zeit entwickelt hat, wenig günstig. Bezüglich des Status *a)* von Albanien sowie bezüglich der Südgrenze ist eigentlich ein deadlock eingetreten. M. Cambon will vorläufig von einem Fürsten überhaupt nichts hören und will sich nur zur Schaffung eines Provisoriums verstehen. Gegen eine definitive Regelung ist er bisher absolut hostil.[1] Graf Benckendorff unterstützt ihn hiebei in jeder Beziehung. Ob der Urheber des Widerstandes zu unseren Vorschlägen in Paris oder Petersburg zu suchen ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Eine Errungenschaft, die wir erreicht haben, ist die, dass der französische Botschafter bezüglich der Offiziere für die Gendarmerie seinen Vorschlag, dieselben sollten den Armeen der 6 Grossmächte entnommen werden, fallen liess und unseren Standpunkt akzeptierte. Herr Petrajeff hat in einem Gespräche, welches Sektionschef Ippen heute mit ihm über das Statut Albaniens hatte, sich geäussert, nach seinem Dafürhalten würde man russischerseits die Statuierung im Prinzipe, dass Albanien ein Fürstentum sein soll, gegen dem, dass bis zur wirklichen Einsetzung des Fürsten eine gewisse Wartezeit[2] als Provisorium eingehalten werde, als Kompromiss akzeptieren. Bezüglich der Südgrenze ist M. Cambon griechischer als die Griechen. Sir E. Grey, der diesen Fragen ganz unparteiisch gegenübersteht und nur ein Kompromiss hergestellt zu sehen wünscht, hat sich redlich bemüht, die französische und russische Regierung dazu zu bewegen, weniger intransigent zu sein. Es ist ihm aber nicht gelungen, ihren Widerstand bezüglich Kortschas zu überwinden. Wie Euer Exzellenz meinem gestrigen Telegramm Nr. 475 entnommen haben werden, sagte der Staatssekretär meinem italienischen Kollegen und mir, dass er nur erreichen konnte, dass Kap Stylos als Ausgangspunkt der Grenzlinie an der Küste angenommen werde. Er finde gar kein Mittel eine Verständigung zu erzielen und infolgedessen sprach er uns von der Idee einer internationalen Kommission zur Bestimmung der Grenze, ausdrücklich bemerkend, dass dies kein Vorschlag sei. Es scheint immer sein letztes Auskunftsmittel zu sein, von einer internationalen Grenzbestimmungskommission zu sprechen, wenn alle anderen Versuche fehlschlagen. Auch bei der Nordgrenze war davon die Rede, wie Euer Exzellenz erinnerlich sein dürfte. Bei der französisch-russischen Taktik, sich bezüglich der Küste jetzt nicht ganz so starr zu zeigen wie bezüglich des Hinterlandes, mag immerhin die geheime Absicht mitspielen, zwischen uns und Italien einen kleinen Gegensatz zu konstruieren. Der Hauptgrund für die absolute Unterstützung der hellenischen Wünsche durch Frankreich und Russland ist aber ohne Zweifel darin zu suchen, dass man weder in Paris noch in Petersburg daran glaubt, dass Deutschland in der südalbanischen Grenzfrage uns und Italien ernstlich und rückhaltslos unterstützt. Fürst Lichnowsky hat allerdings den Auftrag, uns auf der Reunion zu unterstützen und er tut es auch. Das genügt aber angesichts der Aeusserungen Kaiser Wilhelms — namentlich in seinen Konversationen mit den Souverainen von Russland und England — nicht. A tort ou à raison

glaubt man, dass Deutschland in diesen Fragen nicht aufrichtig auf unserer Seite ist und dass es jedenfalls an eventuellen Pressionsmassregeln gegen Griechenland nicht teilnehmen würde. Um diesen Eindruck zu verwischen, müsste die deutsche Regierung in Paris, besonders aber in Petersburg, in der freundschaftlichsten Form erklären, dass in der albanischen Frage die Tripel-Allianz solidarisch ist und geschlossen vorgeht. Nachdem wohl weder in Frankreich noch in Russland man es zu einem ernsten Bruche kommen lassen will, schien dies das einzige Mittel, um die genannten Mächte zu einer entgegenkommenden Haltung zu bewegen. Dies ist auch die „persönliche Meinung" Sir Williams Tyrrells, wie ich heute telegraphisch[b]) meldete, der mir nicht zum erstenmale von den „unvorsichtigen" Aeusserungen des deutschen Kaisers sprach, die persönliche Meinung Tyrrells dürfte wohl nicht sehr verschieden von jener Sir E. Greys sein. Der Staatssekretär ist ungeduldig, möchte die Reunion und alle damit verbundenen Fragen zum Abschlusse bringen, wobei er die ganz richtige Ansicht vertritt, dass ein zu langes Hinausziehen unserer Sitzungen dem Erfolge unserer Reunion nur abträglich sein kann. Vielleicht findet er noch irgendein Mittel, um in der albanesischen Frage (Südgrenze und Statut) eine Verständigung herbeizuführen. Bis jetzt haben allerdings die Bemühungen keinen Erfolg gehabt. Mensdorff.

[1]) Er soll seine Ansicht begründen! — [2]) Wozu?
[a]) So! — [b]) n. 7439.

Tel. nach Rom, 21. Juni 1913 Nr. 679 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7438.

Nr. 7442. Tel. aus Rom, 21. Juni 1913 Nr. 376 (eing. 22. Juni 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Dem in dem hohen Telegramme Nr. 671[b]) vom 20. d. Mts. geäusserten Wunsch entsprechend, wird Minister des Aeussern den Botschafter in London anweisen, den von Grafen Mensdorff in der Reunion zu stellenden Antrag, auf der baldigen Evakuierung des Gebietes der Luma von den serbischen Truppen zu bestehen, zu unterstützen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7419. — [b]) Mit Tel. Nr. 671, 20. Juni 1913 (chiffr. 21. Juni 1 U. 45 M. a. m.) wurde n. 7427 nach London mitgeteilt mit dem Ersuchen an Marquis di San Giuliano, den Londoner Botschafter Imperiali anzuweisen, Mensdorff bei diesem Schritte zu unterstützen.

Nr. 7443. Tel. aus Rom, 21. Juni 1913 Nr. 379 (eing. 22. Juni 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herzog Avarna hat über seine den Gegenstand des hohen Telegrammes Nr. 670[b]) vom 20. d. M. bildende Unterredung mit Euer Exzellenz in der albanesischen Fürstenfrage hieher berichtet. Minister des Äußern bemerkte, daß nach seiner Ansicht die Rücksichtnahme auf die anderen Kabinette — für welche übrigens auch Marquis Imperiali und Graf Mensdorff eintreten — aus dem Grunde notwendig sei, weil sonst seitens derselben allerlei Schwierigkeiten in der Grenz- und der Statutsfrage sowie seinerzeit dem Fürsten selbst gegenüber zu befürchten ständen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7455. — [b]) Mit Tel. Nr. 670, 20. Juni 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 7392 von „erklärte ich dem Herrn Botschafter" bis zum Schlusse nach Rom mitgeteilt.

Nr. 7444. Tel. aus Rom, 21. Juni 1913 Nr. 381 (eing. 22. Juni 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich sagte mir Minister des Äußern, Herr Theotokis habe in Berlin sowohl Herrn von Jagow wie Herrn Bollati gegenüber erklärt, griechische Regierung nehme den Eintritt in die Tripelallianz in Aussicht. Marquis di San Giuliano fügte bei, er bringe angesichts der Haltung Griechenlands, sowie dessen finanzieller und militärischer Abhängigkeit von Frankreich diesen Äußerungen keinen Glauben entgegen und halte dieselben für ein Manöver, dazu bestimmt, in den jetzigen Fragen den Dreibund günstiger für Griechenland zu stimmen. Mérey.

[a] Vgl. n. 7397, 7452, 7536.

Nr. 7445. Tel. nach Sofia, 21. Juni 1913 Nr. 306 (chiffr. 8 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Hochgeboren haben in Ihrem Telegramme Nr. 559 vom 19. d. M. und sonst mehrfach den Gedanken ausgesprochen, daß es für uns nur günstig wäre, wenn Bulgarien gerade unter dem heutigen russophilen Kabinet nicht ganz erfolgreich wäre, sondern von seinen Alliierten gedemütigt würde und unbefriedigt bliebe, da es sich dann eher zum Anschluß an die Monarchie veranlaßt sehen würde. Gegenüber dieser Argumentation scheinen mir folgende Erwägungen beachtenswert. Ein Nachgeben Bulgariens hätte einen materiellen und moralischen Erfolg Serbiens und eine Stärkung der serbischen Idee zur Folge, was uns nicht erwünscht sein kann. Es ist desto mehr Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, daß Bulgarien in Gegensatz zu Rußland kommen und Grund zur Anlehnung an uns besitzen wird, je stärker es aus der gegenwärtigen Krise hervorgeht. Bulgarien hat auch unter dem heutigen russophilen Régime Selbständigkeit und Festigkeit gegenüber Rußland und Serbien bewiesen, so daß wir von einem vollen Erfolge dieser Politik wohl keine uns nachteilige Kräftigung der russophilen Richtung in Bulgarien zu befürchten haben. Es hat sich eben gezeigt, daß selbst eine aus der russophilen Partei hervorgegangene Regierung, wenn es die bulgarischen Interessen erfordern, nicht davor zurückschreckt, unabhängig und selbst gegen den ausgesprochenen Willen Rußlands vorzugehen. Es würde mich interessieren, Euer Hochgeboren einschlägige Auffassung kennen zu lernen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7457, 7458, 7511.

Nr. 7446. Tel. aus Sofia, 21. Juni 1913 Nr. 574 (eing. 12 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 563 vom 20. d. M., vorletztes Alinea.[b] Vom Momente, wo Alternative friedlicher Lösung geschwunden, schiene mir selbstredend sofortige Antwort an Herrn Danew erwünscht, durch welche ihm — der er dann freie Hand haben soll und daher vielleicht ganz andere Töne anschlagen könnte — Gelegenheit zum weiteren Meinungsaustausch geboten wird: une amorce. In Euer Exzellenz Telegramm Nr. 299[c] von gestern enthaltene Meldung Herrn von Ugrons betreffend serbische

Replik an Bulgarien in Demobilisierungsfrage könnte sofortige Entscheidung im Sinne des Krieges herbeiführen. Mit Rücksicht darauf wäre es vielleicht wünschenswert, dass ich Antwort an Herrn Danew in Schublade habe, um sie gegebenen Falles ohne Verzug zu erteilen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7456. — [b]) Vorletztes Alinea von n. 7423 beginnt mit „Wenn mich Euer Exzellenz fragen würden ...". — [c]) Mit Nr. 299, 20. Juni 1913 (chiffr. 5 U. p. m.) wurde n. 7412 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 7447. Tel. aus Sofia, 21. Juni 1913 Nr. 576 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Russischer und französischer Gesandter, die bis gestern Hoffnung friedlicher Lösung noch hatten und diese speziell an letzten Passus bulgarischer Antwort auf serbischen Demobilisierungsvorschlag knüpften, worin gesagt wird, dass ausser Vertrag auch vorzulegendes Memorandum Schiedsspruch zugrundegelegt werden könnte, sind seit gestern abends sehr deprimiert. „Il n'y a plus rien à faire", sagte heute Herr Nekludow. Englischer Kollege hofft noch immer, da er nicht glaubt, dass Serbien und Bulgarien Willen Russlands missachten. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7488.

Nr. 7448. Tel. aus Sofia, 21. Juni 1913 Nr. 577 (eing. 22. Juni 8 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 302 vom 21. d. Mts. erhalten und Herrn Danew besucht. Unter Berufung auf letzte Unterredungen sprach ich mich, aufs genaueste wichtigere Stellen besonders betonend, im Sinne des ersten Teiles des obzitierten Telegrammes aus, wonach ich auf Verhältnis zu Rumänien übergehend, mich auch diesfalls laut Euer Exzellenz Auftrages äusserte. Herr Danew reagierte zuerst auf meine Mitteilung betreffend Rumänien, bemerkte, dass er es begreife, dass wir auf den uns eng und seit langer Zeit befreundeten Staat keine Pression üben könnten, und er drückte Dank für Versicherung aus, dass wir, falls eine Verständigung vermittelt (werden soll)[b]), beizutragen gerne bereit wären. Bald verliess Mitredner dieses Thema und ging auf ersten Teil meiner Eröffnung über und bemerkte, unsere Information über serbisch-bulgarischen Vertrag sei unrichtig. Es gebe in diesem Vertrage keine Österreich-Ungarn betreffende Klausel; Monarchie sei darin nicht erwähnt, sondern enthalte Vertragsbestimmung, laut der beide Staaten verpflichtet, sich gegenseitig gegen jeden dritten Staat aktiv zu unterstützen, welcher versuchen würde, die Verbündeten oder einen derselben um Früchte Krieges mit Türkei zu bringen. Konseilspräsident gab zu, dass diese Bestimmung hauptsächlich im Interesse Serbiens aufgenommen, welches befürchten habe können, dass Österreich-Ungarn ihm in Arm fallen könnte. Wie mir Herr Danew bereits anlässlich der letzten Gespräche gesagt, sei Bulgarien, solange Liquidierung nicht durchgeführt, durch Vertrag gebunden, und da es seinen Standpunkt Serbien gegenüber auf Vertrag stütze, könne es denselben auch seinerseits nicht ignorieren. Des weiteren betonte Konseilspräsident, dass er in letzten Konversationen mit mir nicht „ausweichend" gewesen. Herr Geschoff

habe verweigert, meine Fragen zu beantworten und jedwede Erklärung abzugeben, er, Herr Danew, sei aber auf Fragen bezüglich Politik Bulgariens bereitwillig ohne Reserve eingegangen, wobei er, anstatt durch gewisse Formeln zu antworten, mich auf Grund obwaltender Zustände und unter Hinweis auf tatsächliche Situation zu überzeugen gesucht hätte, dass Orientierungspolitik, in der wir Bulgarien nicht sehen möchten, für Königreich ausgeschlossen sei. Herr Danew glaubt, dass seine der Wirklichkeit entnommenen Argumente wertvoller als formelle Erklärungen. Ich wendete ein, dass von uns gewünschte Erklärung nicht ohne Wichtigkeit, und dass es eben die faktischen Zustände seien, welchen Herr Danew mit Recht grösste Bedeutung beimisst, die Konseilspräsident nicht gestatten dürften, sich offen zu erklären. Worum handle es sich? — meinte Mitredner. Es sei uns, so sprach er, darum zu tun, dass sich Bulgarien Serbien nicht anschliesse, um es in etwaiger feindlicher Politik gegen Monarchie zu unterstützen. Dies sei für Bulgarien ausgeschlossen und Herr Danew hätte mir Gründe dafür bereits mitgeteilt. Fortfahrend sprach er wie laut meines Telegrammes Nr. 555 vom 19. d. Mts. über konservative Politik Grossbulgariens, über endgiltigen Riss, der zwischen Bulgarien und Serbien entstanden und so weiter. Sobald ich zum Worte kommen konnte, warf ich ein, dass alle diese Argumente nichts daran änderten, dass Herrn Danew übernommene Verpflichtungen verböten, uns zu erklären, dass er jetzt freie Hand habe und dass Bulgarien in Zukunft keine Engagements zu einem feindseligen Vorgehen gegen Monarchie besitze. Ich fügte hinzu, dass uns ferne läge, wegen im Vorjahre geschlossenen Vertrages zu rekriminieren, sondern handle es sich uns um Orientierung für die Zukunft. Herr Danew erwiderte, er habe Eindruck, dass ich ihn nicht verstehen könne oder wolle; er explizierte, Bulgarien sei in Lage eines Partners, der sich an einem Unternehmen beteiligt habe, welches nach aussen hin zu Ende geführt, zwischen Kompagnons aber nicht liquidiert. Bulgarien habe keine mit diesem Unternehmen verbundene Verpflichtungen mehr dritten gegenüber, mit seinen Kompagnons müsse es aber noch gewisse abwickeln. Ich bemerkte, ich würde nicht unterlassen, Euer Exzellenz alles, was mir Konseilspräsident auf meine heutigen Eröffnungen geantwortet, zu melden. Mitredner merkte Ironie und ersuchte, ihm Fragen, auf die wir Antwort verlangen, genau anzugeben. Ich hatte bei mir Auszug aus Euer Exzellenz Telegramm Nr. 263 vom 30. v. Mts. und las vor: que nous demandons, si la Bulgarie, après la conclusion de la paix avec la Turquie, est engagée, de quelque côté que cela soit, de manière à ce que ces engagements l'obligent, et ne serait-ce que dans certain cas définitif, à procéder d'une manière active contre la monarchie. Konseilspräsident hörte aufmerksam zu und antwortete mit einem „nein". Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7449, 7486, 7564, 7627. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 7449. Tel. aus Sofia, 21. Juni 1913 Nr. 578 (eing. 22. Juni 9 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 577. Ich wiederholte Frage, konstatierte verneinende Antwort Herrn Danews und fragte, ob ich Euer

Exzellenz letztere anzeigen darf. Danew ersuchte mich darum und, seinem Gedankengange folgend, führte er aus, er könne unsere Frage entschieden mit „nein" beantworten, da die Bestimmung des Vertrages, die Bulgarien Pflicht Unterstützung Serbiens gegen dritte Staaten, beziehentlich gegen uns auferlegte, praktischen Wert verloren. Monarchie hätte während des ganzen Krieges nicht aktiv eingegriffen, habe nur albanesische Frage und zwar mit formeller Zustimmung Serbiens geregelt und der Fall, dass Österreich-Ungarn jetzt Serbien erobertes Land abnehmen würde, sei doch undenkbar. Mit Rücksicht darauf könne Konseilspräsident auf oben erwähnte Frage mit „nein" antworten. Wenn Streit mit Serbien friedlich gelöst werde, könnte der Vertrag — bemerkte ich — verlängert werden und Engagement, um das es sich handle, wieder aufleben. Dies sei unmöglich, antwortete Herr Danew, da Vertrag einem bestimmten Zwecke gedient, der erreicht worden. Der Vertrag könnte aber entsprechend modifiziert oder neues Abkommen geschlossen werden, welches Bulgarien in uns hostile Kombination hineinziehen würde — warf ich ein. Konseilspräsident erwiderte, er hätte mir bereits auseinandergesetzt, dass dies ausgeschlossen, wozu ich bemerkte, mir schiene es durchaus nicht unwahrscheinlich, dass Bulgarien um Preis friedlicher Lösung und wenn es beanspruchte Gebiete von Serbien gütlich erhielte, mit diesem Vertrag schliesse, dessen Spitze gegen uns gerichtet wäre; an Suggestionen dazu fehle es nicht,— fügte ich hinzu — es genüge, russische und französische Zeitungen zu lesen. Herr Danew antwortete, Presse sei nicht massgebend, er könne mir nur versichern, dass derartige Propositionen von keiner Seite an ihn gerichtet worden; von Serbien wären sie unter obwaltenden Umständen überhaupt unmöglich und von russischer Seite seien sie Herrn Danew auch nicht gemacht worden, weder von Herrn Sazonow noch von irgend einem anderen russischen Staatsmanne. Ich richtete an Konseilspräsidenten Frage, ob er erklären wolle, dass, solange er Minister des Äussern, Bulgarien sich in keine feindliche Kombination gegen uns einlassen würde und insbesonders bei etwaiger friedlicher Regelung Streites mit Serbien keine Engagements, deren Spitze unter Umständen gegen Monarchie gerichtet wäre, eingehen würde. Nicht nur er, sondern kein anderer Minister, der an seiner Stelle wäre, könnte — antwortete Herr Danew — eine derartige Politik machen. Ich betonte, dass ich diese Versicherung des Konseilspräsidenten Euer Exzellenz melden würde. Zum Schluss Besuches kam Herr Danew noch einmal auf Haltung Rumäniens zurück und erwähnte, er habe aus Paris und sonst Nachrichten, Rumänien wäre entschlossen, im Momente Ausbruches serbisch-bulgarischen Krieges mit drei Divisionen Linie Tutrakan—Baltschik zu besetzen. Ich erwiderte, mir sei von einer solchen Absicht rumänischer Regierung nichts bekannt und wüsste nur, dass diese für Neutralität etwas verlangen wolle, was ich Herrn Geschoff schon vor einiger Zeit mitgeteilt. Ich benützte Anlass, um mich im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 259 vom 28. v. M. auszusprechen. Herr Danew meinte, er habe an Herrn Ghika Frage, ob und was Rumänien für Neutralität verlange, schon vor einigen Tagen gerichtet und warte vergebens auf Antwort. Ich fände, — bemerkte Konseilspräsident — dass bulgarische Regierung gute Gelegenheit verpasst, er (Danew) sei aber

überzeugt, dass es nichts genützt hätte, sich früher mit Rumänien zu verständigen, da dieses unter allen Umständen aus Verlegenheiten Bulgariens Nutzen zu ziehen entschlossen. Ich empfahl Verhandlungen mit Bemerkung, dass Euer Exzellenz vermittelnd zur Verständigung beitragen würden. „Si le besoin se présente, je me permettrai de m'adresser à vous" erwiderte Konseilspräsident. Beim Abschied sagte Herr Danew, er hoffe — nachdem ich seine heutigen Erklärungen Euer Exzellenz gemeldet — bald von mir zu hören. Frage unserer Attitude interessiere ihn lebhaft und überhaupt hoffe er, angefangene Konversation mit mir fortzusetzen. Ob es endgiltige Wendung in Lage ist oder nicht, jedenfalls muss Herr Danew, als er mit mir gesprochen, unter Eindruck gestanden sein, dass Alternative friedlicher Lösung ausgeschlossen. Kurz vor mir empfing er Herrn Spalajković, der ihm Antwort Serbiens auf bulgarische Note betreffend Demobilisierung übergeben. Bulgarische Telegraphenagentur sagte heute abends, dass in serbischer Antwort bulgarische Propositionen zurückgewiesen und Organ Herrn Danews „Bulgaria" schließt Leitartikel mit Bemerken, dass diplomatische Mittel zwischen Serbien und Bulgarien erschöpft und Bulgarien nichts übrig bleibe, als andere, erspriesslichere Mittel anzuwenden. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7486, 7564, 7627.

Nr. 7450. Tel. aus Sofia, 21. Juni 1913 Nr. 579 (eing. 22. Juni 6 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 301 vom 21. d. Mts. erhalten und mich Herrn Danew gegenüber entsprechend geäussert. Mitteilung, dass Markgraf Pallavicini neuerlich angewiesen, im bewussten Sinne auf Pforte einzuwirken, nahm Konseilspräsident mit sichtlicher Befriedigung zur Kenntnis und dankte warm. Tarnowski.

Nr. 7451. Tel. aus Belgrad, 22. Juni 1913 Nr. 392 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Serbisch-bulgarische Beziehungen. Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 391 vom 21. d. Mts. Habe heute Generalsekretär aufgesucht, derselbe war aber bezüglich des Beschlusses der gestrigen Sitzung des Ministerrates, die bis Abends dauerte, gar nicht mitteilsam. Er sagte mir, dass Lage ausserordentlich kritisch sei, wofür ausschliesslich Bulgarien verantwortlich zu machen sei. Diese hochgradige Spannung könne nicht mehr lange andauern und die Entscheidung müsse schon in wenigen Tagen fallen. Reise Pašić' nach Petersburg sei fraglich, dies (hänge)[a]) von der Entscheidung Bulgariens ab. Kronprinz Alexander wollte selbst nach Petersburg fahren, um für die serbische Sache zu plädieren, sei aber davon abgehalten worden. Aus anderer Quelle erfahre ich, dass gestern ausser über die Vorkehrungen angesichts drohender Kriegsgefahr hauptsächlich über dringende Demarche Herrn von Hartwigs, dass Schiedsspruch des Zaren ohne Einschränkung angenommen werde, verhandelt wurde. Aus einer Äusserung des russischen Gesandten ist zu entnehmen, dass Serbien eventuell auf dieses Verlangen eingehen würde, wenn auch Bulgarien erklärt, sich bedingungslos dem Urteilsspruche unterwerfen zu wollen. Man will

aber mit Rücksicht auf die hiesige erregte öffentliche Meinung den Anschein vermeiden, als ob Serbien zuerst in dieser Frage nachgegeben hätte; deshalb wird gestriger Beschluss streng geheim gehalten. Heute hat auch englischer Gesandter der serbischen Regierung erklärt, „dass Sir E. Grey zuversichtlich erwarte, dass Serbien sich ohne Bedingungen russischem Urteilsspruch unterwerfen werde". Französischer Gesandter soll vor wenigen Tagen der serbischen Regierung auftraggemäss mitgeteilt haben, dass Serbien vor der Beilegung des Konfliktes auf weitere Unterstützung seitens des französischen Geldmarktes nicht rechnen könne. Eine analoge Mitteilung soll auch an bulgarische Regierung ergangen sein. In der ganzen Stadt herrscht grosse Nervosität. Ugron.

a) Chiffre fehlt.

Nr. 7452. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters 22. Juni 1913 Nr. 2976.a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold)

Geheim. Herr von Tschirschky hat mir am 20. d. M. die streng geheime Mitteilung gemacht, daß Herr Theotokis, welcher bei Gelegenheit der Notifikation der Thronbesteigung Seiner Majestät König Konstantins bei Herrn von Jagow vorsprach, dem Herrn Staatssekretär gegenüber den Wunsch der griechischen Regierung zum Ausdrucke gebracht habe, unter gewissen Bedingungen im Wege eines Abkommens mit Rumänien einen Anschluß an den Dreibund zu suchen und demselben beizutreten, wobei griechischerseits insbesondere der Wunsch maßgebend sei, auf diese Weise den übertriebenen Expansionsgelüsten Bulgariens entgegenzutreten. Herr Theotokis spezifizierte dieses Ziel dahin, daß Griechenland auf die Ausdehnung seiner Grenzen bis in die Gegend von Seres und Cavalla Anspruch erhebe. Herr von Jagow beantwortete diese Anspielung mit der Gegenfrage, wie man griechischerseits ein solches Ansinnen mit der geplanten Reise Herrn Venizelos' nach St. Petersburg und der Absicht vereinbaren könne, unter russischer Patronanz zu einem Ausgleiche zu gelangen. Hiezu meinte Herr Theotokis, die Annahme der Einladung wäre unausweichlich gewesen, da es sich um eine Zusammenkunft der vier Ministerpräsidenten handle, wozu Griechenland selbst die Anregung gegeben hätte. Es habe sich allerdings zuerst um Salonik gehandelt, nun sei es aber unmöglich gewesen, Petersburg zu refusieren. Herr von Jagow bemerkte abschließend, bevor er zu der Sache Stellung nehme, müsse er die verbündeten Kabinette von Wien und Rom befragen. Als Herr von Tschirschky mir diese Mitteilung machte, bemerkte ich, daß ich mich diesem Schritte Griechenlands gegenüber — welcher hier übrigens nicht erfolgt sei — skeptisch verhalten müsse und zwar nicht nur wegen der projektierten Fahrt Herrn Venizelos' nach Petersburg, sondern insbesondere auch deshalb, weil Griechenland sich mit dem uns feindlich gesinnten Serbien alliiert habe. Ich hätte Eindruck, als ob Griechenland durch die Vorspiegelung, daß es ein engeres Verhältnis zum Dreibunde anstrebe, bloß seine Wünsche bezüglich der südalbanischen Delimitierung und der Inseln durchsetzen wolle, — um nachher dem Dreibunde nicht beizutreten. Die Sprache Herrn Streits bestärke mich in dieser Ansicht, da derselbe mir zwar von dem Wunsche seiner Regierung,

die Beziehungen zum Dreibunde, beziehungsweise Österreich-Ungarn zu bessern, gesprochen habe, jedoch meine Bemerkung, daß sich Griechenland wohl keinem der beiden Gruppensysteme anschließen werde, nicht verneinen konnte. Schließlich bemerkte ich zu dem Herrn deutschen Botschafter, daß ich mir eine definitive Schlußfassung im Gegenstande vorbehalten müsse. Seither ist mir ein Privatschreiben Herrn von Tschirschkys vom 21. d. M. zugekommen, worin mir derselbe nachstehende Mitteilung macht: „Der Herr Staatssekretär hatte gleichzeitig mit der Mitteilung hieher den kaiserlichen Gesandten in Athen beauftragt, sich vertraulich dazu zu äußern, ob nach seiner Ansicht die Erklärungen des Herrn Theotokis den Intentionen der griechischen Regierung entsprächen. Graf Quadt hat darauf Nachstehendes geantwortet: Die Äußerungen des Herrn Theotokis, Ministerpräsident Venizelos beabsichtige, die äußere Politik Griechenlands über Rumänien nach dem Dreibunde hin zu orientieren, entspricht[b]) durchaus, wie ich in vielen Gesprächen mit Herrn Venizelos festgestellt habe, dessen Wunsche und dürfte auch, wie ich Äußerungen des Königs entnommen habe, dessen Absichten entsprechen. Die Äußerungen des Herrn Theotokis, Griechenland beabsichtige dem Dreibunde beizutreten, stehen im Widerspruch mit dem, was mir Herr Venizelos oft gesagt hat. Herr Venizelos wünscht, Griechenland durch Bündnisse nur mit Rumänien und der Türkei zu verbinden und im übrigen Griechenland aus[b]) allen eventuellen Verwicklungen zwischen den Großmächten fernezuhalten. Graf Quadt äußert schließlich, sein persönlicher Eindruck sei der, daß Herr Theotokis, welcher besonders mit dem sehr leidenschaftlichen Minister der auswärtigen Angelegenheiten und weniger mit Herrn Venizelos vor seiner Abreise verkehrt hätte, vielleicht einigen Übereifer gezeigt habe."

[a]) Vgl. n. 7397, 7414, 7444, 7459, 7461, 7502. — [b]) So!

Nr. 7453. Tel. nach Bukarest Nr. 255 (1) und Sofia Nr. 309 (2), 22. Juni 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Berchtold).

1. Nach Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 154 vom 21. d.

2. Nach der in meinem heutigen Telegramme 308[b]) wiedergegebenen Meldung des Prinzen Fürstenberg

1.—2. scheint man sich in Bukarest die Entwicklung der Dinge im Falle eines serbisch-bulgarischen Krieges so vorzustellen, dass Rumänien, ohne dass bindende Abmachungen vorangegangen wären, neutral bleiben, jedoch unter stillschweigender Duldung Bulgariens das als Gegenleistung beanspruchte bulgarische Gebiet militärisch besetzen würde. Ich möchte es heute nicht als ausgeschlossen betrachten, — obwohl mir keine diesbezüglichen Eröffnungen bulgarischerseits gemacht wurden — dass Bulgarien auf eine solche Lösung eingehen und sie einer vertragsmässigen Gebietsabtretung vorziehen könnte. Ebenso wie die rumänische Regierung offenbar aus innerpolitischen Gründen den Anschein einer kriegerischen Eroberung zu erwecken wünscht, dürfte es Herrn Danew, falls er sich überhaupt zu territorialen Konzessionen entschliessen sollte, mit Rücksicht auf die bulgarische öffentliche Meinung vielleicht erwünschter sein, den Eindruck hervor-

zurufen, dass sein Kabinet nicht im Wege diplomatischer Verhandlungen neuerlich bulgarisches Gebiet preisgegeben, sondern sich unter dem Drucke der Umstände einem fait accompli gebeugt hat. Wenn ich auch diesen Gründen, auf welche, wie es scheint, die beiderseitige Abneigung gegen vertragsmässige Vereinbarungen zurückzuführen ist, eine gewisse Berechtigung nicht absprechen will, so müssen sie meiner Ansicht nach doch vor der Erwägung zurücktreten, dass eine solche Vorgangsweise, mag sie auch für den Augenblick entsprechen, auf die künftige und dauernde Gestaltung der rumänisch-bulgarischen Beziehungen nur ungünstig zurückwirken kann. Eine einseitige militärische Aktion Rumäniens könnte, selbst wenn sie nur auf die Okkupation eines bestimmten bulgarischen Gebietsstreifens beschränkt bleibt und Rumänien sich im Übrigen eines jeden Eingreifens zu Ungunsten Bulgariens enthält, hüben wie drüben nur den Eindruck eines hostilen Aktes hinterlassen, ein Eindruck, der die Volksstimmung noch Jahre hindurch beeinflussen würde. Dieser Eindruck könnte jedoch vermieden, derselbe materielle Effekt aber erreicht werden, wenn man in Bukarest wie in Sofia das innerpolitische Moment in den Hintergrund treten liesse und ohne weiteres Zögern eine vertragsmässige Vereinbarung über Leistung und Gegenleistung treffen würde.

1. Euer Durchlaucht wollen sich, sobald sich Ihnen ein passender Anlass bietet, im vorstehenden Sinne zu Herrn Majoresco aussprechen.

2. Euer Hochgeboren wollen, falls von bulgarischer Seite die oben erwähnte Eventualität Ihnen gegenüber erwähnt wird, sich zu Gunsten einer Vereinbarung unter Verwertung der vorstehenden Momente aussprechen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7464, 7477, 7491, 7500, 7539. — [b]) Mit Tel. Nr. 308, 22. Juni 1913 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.) wurde n. 7437 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 7454. Tel. aus Bukarest, 22. Juni 1913 Nr. 155 (eing. 3 U. p. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu gestrigem Telegramm Nr. 154. In hiesigen leitenden Kreisen soll letzter Tage Ansicht Fuß gefasst haben, dass eventuell von Erfolg begleitete Verhandlungen mit Bulgarien dieses veranlassen könnten, mit noch größerem Nachdruck auf seinem Standpunkte gegenüber Serbien zu verharren und kriegerische Lösung seiner Differenzen mit Alliierten nach erfolgter Rückendeckung zu forcieren. Glaube annehmen zu können, dass russischer und französischer Kollege, denen rumänisch-bulgarischer Ausgleich nicht wünschenswert erscheint, Regierung in diesem Sinne nicht ohne Erfolg beeinflussen. Das in die Augen springende mauvais vouloir, mit Bulgarien in Verhandlungen jetzt einzutreten, dürfte darauf zurückzuführen sein. Agitation in hiesiger, auch Regierung nahestehender Presse gegen Monarchie und für Serbien stark zunehmend. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7463.

Nr. 7455. Tel. nach Rom, 22. Juni 1913 Nr. 686 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Rappaport; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 379 vom 21. d. M. Ich kann mich den Gründen nicht anschließen, welche Marquis di San Giuliano

Hochdenselben gegenüber für eine Rücksichtnahme auf die anderen Mächte in der Fürstenfrage ins Treffen geführt hat. Der Gang der Verhandlungen der Londoner Réunion ist ein derart schleppender und die Schwierigkeiten, welche uns in der Grenz- und Statutfrage bereitet werden, tragen einen derart willkürlichen und odiosen Charakter, daß eine Verschärfung dieser Obstruktion, welche in dem Cambonschen Vorschlage ihren Höhepunkt erreicht hat, kaum denkbar erscheint, es sei denn, daß man es auf die Sprengung der Réunion ankommen lassen will. Wenn wir auch in der Fürstenfrage denselben Weg wie bisher einschlagen, das ist unsere gemeinsamen Beschlüsse a priori dem Gutachten Europas unterwerfen wollten, so würde dies wohl überhaupt niemals zu einem greifbaren Resultate führen, da dieselben Mächte, welche jetzt dem Prinzipe der Einsetzung eines Fürsten obstruieren, sodann ihre Verschleppungstaktik auf die Designierung des Fürsten übertragen und auf diese Weise die für uns unannehmbare provisorische Lösung des Oberkommissärs zu erzwingen trachten würden. Andererseits drängen die Zustände in Albanien und insbesondere die durch Essad Paschas Prätentionen geschaffene Lage nach einer definitiven Entscheidung, wenn wir es nicht darauf ankommen lassen wollen, daß im Lande eine volle Anarchie einreisse und Zwischenfälle eintreten, die uns nötigen könnten, entweder à deux oder gemeinsam mit den anderen Mächten militärisch zu intervenieren, was meinen Absichten und, wie ich annehmen zu können glaube, auch jenen Marquis di San Giulianos zuwiderliefe. Ich sehe unter diesen Umständen einen Ausweg aus der unerquicklichen Situation nur in der Weise, daß durch ein geschlossenes und energisches Auftreten Österreich-Ungarns und Italiens in den anderen Mächten die Überzeugung wachgerufen werde, daß sie vor die Wahl gestellt sind, entweder hinsichtlich der Schaffung eines definitiven Zustandes in Albanien mit den beiden Adriamächten zusammenzugehen oder das Schicksal dieses Landes diesen beiden Mächten zu überlassen. Ich erblicke gerade in der Fürstenfrage das geeignete Mittel, um bei den anderen Mächten diese Idee wachzurufen, und würde mir die Vorgangsweise etwa so vorstellen, daß nach erfolgter Einigung der beiden Kabinette über den Kandidaten den Albanesen dessen Proklamierung nahegelegt und, sobald dieselbe erfolgt ist, die beiden Regierungen den anderen Mächten notifizieren, daß sie im Begriffe stehen, den Fürsten anzuerkennen, jedoch den übrigen Großmächten vorher noch Gelegenheit geben wollen, diese Anerkennung gleichzeitig auszusprechen. Ich bin überzeugt, daß eine solche Vorgangsweise nicht nur die Fürstenfrage raschestens zur Lösung bringen, sondern dann auch die Londoner Beratungen sofort ein beschleunigteres Tempo einschlagen würden, da es die anderen Mächte sicherlich nicht auf die Gefahr ankommen lassen könnten, sich aus Albanien gänzlich ausgeschaltet zu sehen. Indem ich schließlich die Hoffnung ausspreche, daß die auch von mir geteilten Bedenken Marquis di San Giulianos gegen ein Kondominium Österreich-Ungarns und Italiens in Albanien sich wohl nicht auch darauf erstrecken werden, die Besorgnis der anderen Mächte vor einem solchen Kondominium als taktisches Mittel zur endlichen Herbeiführung eines Definitivums in Albanien zu verwenden, ersuche ich Euer Exzellenz, sich im vorstehenden Sinne dem Herrn

italienischen Minister des Äußern gegenüber aussprechen und mir dessen Rückäußerung telegraphisch einberichten zu wollen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7482.

Tel. nach Sofia, 22. Juni 1913 Nr. 309 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7453.

Nr. 7456. Tel. aus Sofia, 22. Juni 1913 Nr. 581 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Anlässlich meines gestrigen Besuches bei Herrn Danew fand ich Konseilspräsidenten in jener Verfassung, in der ich ihn laut meines Telegrammes Nr. 574 vom 21. d. M. für meine diesmalige Konversation finden wollte. Unsere Unterredung war weder erschöpfend, noch auch seine Erklärungen vollkommen präzis, ich konnte aber nicht noch mehr insistieren und scheint mir übrigens russophiler Führer weiter gegangen, als man erwarten konnte. Sollte sich Lage, die Danew zu dieser Haltung zwingt, nicht in der Weise ändern, dass er auf friedliche Lösung wieder hoffen können wird, dürften wir Konversation mit ihm — vielleicht sogar im Sinne vierten Alineas[b]) Euer Exzellenz Telegrammes 302 vom 21. d. M. — erfolgreich fortsetzen können und ihn zur präzisierenden Ergänzung seiner Erklärungen bringen. Sollte Möglichkeit friedlicher Verständigung wieder in den Vordergrund rücken (Reutermeldung über Druck der Mächte in Belgrad), so würde ich befürchten, dass Danew, aus Verlegenheit befreit, sich wieder weniger mitteilsam zeigen könnte. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7486. — [b]) Viertes Alinea von n. 7433 reicht von „Solange wir in dieser Hinsicht“ bis „gegen die Monarchie zu besitzen“.

Nr. 7457. Tel. aus Sofia, 22. Juni 1913 Nr. 584 (eing. 23. Juni 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 306 von heute nachts beehre ich mich wie folgt zu antworten. Seit Anfang Krieges bestand Haltung bulgarischer Regierung darin, trotz zahlreicher Schwierigkeiten, die sich solcher Richtung in Weg legten, von bisheriger Politik der Intimität mit Russland sich nicht zu entfernen. Der dem Ziele zugrunde liegende Gedanke, dass serbisch-bulgarisches Bündnis dauernd erhalten bleibe und einerseits in Russland Beschützer hat, andererseits aber einen Faktor bilde, auf den Russland gegebenenfalls rechnen könnte, war ohne geringsten Zweifel auch Gedanke leitender bulgarischer Staatsmänner. Deswegen blieben unsere tausendfachen Versuche, uns Bulgarien näher zu bringen, erfolglos und Abneigung Bulgariens, auf unsere Avancen zu reagieren, ist besonders symptomatisch und für unsere Bemühungen entmutigend geworden, als sie auch dann Haltung bulgarischer Regierung kennzeichnete, als Ziele bulgarischer Politik durch Zwistigkeiten mit Verbündeten durchkreuzt wurden und Bulgarien sich mit seinem Gravitieren zu Russland im Widerspruche befand. Auch dann blieb Herr Geschoff evasiv, bis er schliesslich, da er bei Russland keine Stütze gegen Serbien und Griechenland gefunden und da er sich in unser Fahrwasser, die wir Antagonisten seines Werkes, nämlich

des Balkanbundes, sind, nicht begeben wollte, demissioniert hat. Es folgte ihm Herr Danew, von dem, da er noch ausgesprochener russophil, mit Sicherheit zu erwarten stand, dass er alles in Bewegung setzen wird, um ohne unsere Hilfe und ohne sich uns gegenüber zu engagieren, Schwierigkeiten zu überwinden und bulgarische Interessen wahrzunehmen. Einem von diesen Intentionen in seiner Politik geleiteten Bulgarien kann ich unmöglich vollen Erfolg wünschen; mir ist vielmehr darum zu tun, dass Bulgarien, solange es auf Russland baut und slavische Solidarität hoch hält, seine Aspirationen nicht gänzlich erfüllt sieht. Russophile Lenker hiesiger Politik möchten — soweit es ihnen öffentliche Meinung erlaubt — auch Opfer nicht scheuen, um ja nur Fäden zwischen Petersburg und Sofia nicht zu zerreissen. Ich möchte, dass Fäden gelockert werden, und aus diesem Grunde wünsche ich, dass Bulgarien in solche schwierige Lage gerate, in der es nolens volens zur Einsicht kommen wird, dass nicht in Anlehnung an Russland und Entente — wie man hier um jeden Preis möchte — sondern im Anschluss an uns und Dreibund Gewähr für vollkommene Verwirklichung bulgarischer Aspirationen zu finden. Die atomes crochus zwischen Bulgarien und Russland sind zu zahlreich, als dass ich — was an meinem Vertrauen in künftig immer grössere Selbständigkeit bulgarischer Politik nichts ändert — unsere Chancen nur auf Gegensatz bauen würde, zu dem es zwischen Russland und Grossbulgarien kommen würde. An Widerstreit bulgarischer und russischer Interessen in Zukunft glaube ich zwar (das geht aus meiner Berichterstattung hervor), möchte aber — da möglicherweise entfernte Zukunftsmusik — die Reibungen zwischen Russland und Grossbulgarien nicht als eskomptablen Wert in Rechnung stellen, sondern möchte ich,[b]) dass schon früher Bulgarien vor Notwendigkeit, bei uns Rückhalt zu suchen, gestellt und dank diesem zum Grossbulgarien wird. Von dem Momente an, wo Bulgarien Beziehungen aufrichtiger politischer Freundschaft mit uns anknüpft, werde dem Herrn Danew alles gönnen und kein unbefriedigtes Bulgarien mehr wünschen. Solange dies nicht der Fall und solange Möglichkeit friedlicher Lösung unter Aegide Russlands nicht ganz geschwunden, kann ich nur für Bulgarien Zwangslage wünschen, in der es, ob es will oder nicht, zu uns kommen müssen wird. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7458. — [b]) So!

Nr. 7458. Tel. aus Sofia, 22. Juni 1913 Nr. 585 (eing. 23. Juni 9 U. a. m.). Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 584. Als sich zwischen Verbündeten Lage zugespitzt, so dass zum ersten Mal auch Alternative Krieges in Betracht zu ziehen war, habe ich mich (mein Telegramm Nr. 429 vom 19. v. M.) dahin ausgesprochen, dass ich in erster Linie serbisch-bulgarischen Krieg und, falls Streit friedlich geregelt werden sollte, nur solche Lösung wünschte, die dank dem Einlenken Bulgariens und nicht jenem Serbiens zustande kommen würde. Gründe, warum ich kein durch russischen Schiedsspruch zufriedengestelltes Bulgarien will, sind zu selbstverständlich, als dass sie ausführen sollte. Solange Bulgarien sich nur auf Russland stützen will und sich weigert, Anschluss an uns und Rückhalt bei uns zu suchen, könnte

ich Bulgarien — wie ich das in meinem Berichte vom 23. v. M. Nr. 37 A ausgeführt — auch im Krieg gegen Serbien kein besonderes Glück und keine zu leichten Erfolge wünschen, auf die man hier sicher rechnet. In meinem, in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 306 berufenen Telegramme Nr. 559 habe ich rumänische Prätensionen im Auge gehabt, gegen die wir schwerlich Stellung nehmen könnten, und meinte, dass Haltung Rumäniens Krieg — was gewissermassen bedauerlich wäre — verhindern könnte, welch letztere Eventualität aber nicht ungünstig wäre, da wir in diesem Falle mit einem unbefriedigten und gedemütigten Bulgarien zu tun hätten. Ich dachte hiebei an Situation, in welcher Bulgarien, da vor zu hohe Forderungen Rumäniens gestellt, sich mit Verbündeten friedlich verständigen und notwendigerweise auf Teile Mazedoniens, die bulgarisch, verzichten würde. Wenn ich ein unbefriedigtes und gedemütigtes Bulgarien als günstige Lösung bezeichnete, so war es deswegen, da ich fest überzeugt, dass dies keine bleibende Regelung des Balkanproblems und keine dauernde Kräftigung serbischen Elementes darstellen, sondern nur Aufschiebung der Abrechnung zwischen dem lebenskräftigsten und zur Hegemonie am Balkan prädestinierten Bulgarentum und den Serben, respektive Griechen bedeuten würde. Abgesehen von der Haltung Rumäniens, die unser Verhältnis zu Bulgarien trüben kann, würde Bulgarien für jede Schädigung, die ihm durch Serbien und gewissermassen auch Griechenland zugefügt wäre, Russland verantwortlich machen und wäre nicht nur aus diesem Grunde, sondern auch deswegen zu uns gedrängt, da es in beständiger Spannung mit Serbien leben und Krieg gegen letzteres vorbereiten würde. Was bulgarisch-rumänisches Verhältnis anbelangt, so zweifle ich nicht, dass Gebiet, welches Bulgarien an Rumänien abtreten wird, — ob grösser oder kleiner — ein Elsass-Lothringen bilden wird, es wäre denn dass Krieg Wendung nimmt, in der auch eigentliches Serbien angetastet würde, in welchem Falle Losreissung von Teilen Serbiens durch Bulgarien und Rumänien gemeinsam zur festen Grundlage der Freundschaft dieser Staaten werden könnte. Solange ich diesen Ausgang nicht in Betracht ziehe, muss ich mit einer unsere Beziehungen zu Bulgarien erschwerenden und bleibenden Verstimmung zwischen Rumänien und Bulgarien rechnen und sagen, dass mit Rücksicht auf dieselbe wir uns Bulgarien nur umsomehr verpflichten müssen. Da uns dies nur mit einem unbefriedigten Bulgarien möglich sein kann, wünsche ich ein solches nicht als endgiltiges Ziel, sondern als Mittel zum Zweck. Meine Auffassung über Situation und mögliche Alternative kann von Lücken nicht frei sein, da mir unbekannt, welche Haltung wir unter gewissen Umständen, insbesondere wenn es zum serbisch-bulgarischen Kriege kommt, einnehmen würden. Tarnowski.

Nr. 7459. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem griechischen Staatsmann Zaimis, 23. Juni 1913 Nr. 2975.[a]) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Herr Zaimis hat am 22. Juni nach dem Hof-Diner in Schönbrunn Anlaß genommen, mir zu sagen, daß er den Auftrag erhalten hatte, mir bei sich ergebender Gelegenheit den Wunsch seiner Regierung mitzutheilen, die Beziehungen zum Dreibunde und speziell zu Österreich-Ungarn zu

verbessern. Ich entgegnete Herrn Zaimis, daß ich bereits von Berlin gehört habe, Herr Theotokis sen. hätte sich daselbst in gleichem Sinne vernehmen lassen. Was Österreich-Ungarn anbelange, sei es auch für uns von Werthe, gute Beziehungen zu Griechenland zu unterhalten, und könne ich von diesem Standpunkte die mir verdolmetschten Intentionen seiner Regierung nur freudig begrüßen. So viel ich aber gehört, würde es sich für Griechenland nicht darum handeln, dem Dreibunde beizutreten, sondern sei blos beabsichtigt, mit den Mächten der Tripelallianz ähnliche vertrauensvolle Beziehungen herzustellen, wie es bisher mit den Mächten des anderen Groupements der Fall war und ohne die letzteren aufzugeben. Auf eine zustimmende Äußerung Herrn Zaimis wiederholte ich unser aufrichtiges Bestreben, mit Griechenland in ein möglichst gutes Verhältnis zu treten, wobei ich jedoch nicht unterließ, den griechischen Staatsmann darauf aufmerksam zu machen, daß uns nur bei dieser Orientierung durch den Umstand gewisse Grenzen gezogen sind, daß Griechenland mit einem uns traditionell feindseligen Elemente am Balkan kürzlich ein Allianzverhältnis eingegangen sei. Herr Zaimis verkannte nicht die heikle Situation, die dadurch für unser momentanes Verhältnis zu Griechenland geschaffen sei, betonte aber nachdrücklich, es handle sich nur um eine vorübergehende, durch die momentane Zwangslage Griechenlands gegenüber Bulgarien bedingte Configuration, die übrigens keinerlei Spitze gegen die Monarchie beinhalte. An einer solchen habe sich Griechenland nie beteiligt und erscheine dies auch für die Zukunft völlig ausgeschlossen.

[a]) Vgl. n. 7452, 7461, 7513, 8510.

Tel. nach Berlin, 23. Juni 1913 Nr. 449 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7468.

Tel. nach Berlin, 23. Juni 1913 Nr. 451 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7463.

Nr. 7460. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter, 23. Juni 1913 Nr. 2979.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Herr von Tschirschky teilte mir heute auftragsgemäß den Inhalt eines Telegrammes des kaiserlich deutschen Gesandten in Bukarest über dessen kürzliche Audienz bei König Carol von Rumänien streng vertraulich mit: Wie hieraus hervorgeht, hat sich Seine Majestät über die Balkanpolitik Österreich-Ungarns, die Rumänien nicht mitmachen könne, sehr ungünstig geäußert. Rumänien könne ebensowenig das Zustandekommen eines Groß-Bulgarien wie Österreich-Ungarn jenes eines Groß-Serbien wünschen; während Rumänien den Frieden wolle und sich hierin sowohl mit Rußland als auch mit der Botschafterréunion im Einklang befinde, sei unser Bestreben auf das Gegenteil gerichtet, wie schon daraus hervorgehe, daß wir die kürzliche Demobilisierungsdemarche nicht mitgemacht hätten.[b]) Die Stimmung in der Provinz sei dieselbe wie in Bukarest. Sollte es zum Kriege kommen, so könnte Rumänien trotz aller Bemühungen unmöglich neutral bleiben. Es wolle zwar nicht mit Serbien zusammengehen, werde aber mobilisieren

und bulgarisches Gebiet (die Linie Turtukai-Baltschik) besetzen. Die Bulgaren müßten kämpfen oder sich mit Rumänien verständigen. Letzteres käme ihnen aber dann teuerer zu stehen als jetzt. In Wien überwiege die Unzufriedenheit mit der dominierenden Stellung Rußlands am Balkan. Wenn die vier Ministerpräsidenten nach Petersburg gehen und daselbst kein Einvernehmen zustande kommen könnte, würde eine russische Division in Varna gelandet werden und Bulgarien zum Einlenken nötigen. Bulgarien sei übrigens nur so hartnäckig, weil es von Österreich-Ungarn unterstützt werde. Es werde aber der Monarchie keinen Dank wissen. Herr Danew sei ein beschränkter und eigenmächtiger Mensch, der überall alle Sympathien verloren habe und nur von den Panslavisten unterstützt werde. Während Rußland und Rumänien wünschen, daß Griechenland und Serbien eine gemeinsame Grenze erhielten, sei Österreich-Ungarn dagegen. König Carol habe sichere Nachrichten über Meutereien in der bulgarischen Armee erhalten. Höchstderselbe habe am Schlusse seiner Ausführungen nochmals darauf hingewiesen, daß Rumänien und Rußland gegenwärtig zusammengehen.

[a]) Vgl. n. 7466, 7516. — [b]) Vgl. n. 7369.

Nr. 7461. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter, 23. Juni 1913 Nr. 2980.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Nemes, Rappaport u. Berchtold; G. Berchtold).

Geheim. Herr von Tschirschky hat heute mir gegenüber die in dem gestrigen Tagesbericht[b]) niedergelegten Mitteilungen wiederholt und mir den Inhalt einer weiteren Konversation zwischen Herrn Theotokis und Herrn von Jagow zur Kenntnis gebracht. Anläßlich der Befürchtungen, welche sein Mitredner bezüglich des griechisch-bulgarischen Interessengegensatzes ausgesprochen, habe der Herr Staatssekretär die ihm aus Athen zugekommene Meldung über die Haltung der griechischen Regierung erwähnt und dahin konkludiert, daß Griechenland keinen direkten Anschluß an den Dreibund anstrebe, sondern bloß ein engeres Verhältnis zu Rumänien einzugehen wünsche. Ein solches mit den Großmächten anzubahnen, liege nicht in den Absichten des Athener Kabinettes, welches in deren eventuelle Konflikte nicht hineingezogen werden wolle. Herr Theotokis habe erwidert, die Dinge hätten sich inzwischen geändert und müsse er beharrlich die Ansicht aufrechthalten, daß Griechenland sich dem Dreibunde anschließen würde. Auf die Bemerkung des Herrn Staatssekretärs, daß hiezu erst nach Abschluß der Petersburger Verhandlungen oder nach Beendigung des Krieges der Moment gekommen sein werde, meinte Herr Theotokis, es sei dies richtig, da Griechenland nur den Wunsch hege, daß, falls es siegreich bliebe, seine Ansprüche Unterstützung fänden. Die Konversation habe mit der Bemerkung Herrn von Jagows ihren Abschluß gefunden, daß man die Bestätigung der oberwähnten Absichten der Athener Regierung abwarten müsse und übrigens eine Stellungnahme zu denselben derzeit nicht erforderlich erscheine.

[a]) Vgl. n. 7459. — [b]) n. 7452.

Nr. 7462. Tel. aus Berlin, 23. Juni 1913 Nr. 292 (eing. 10 U. 20 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 445[b] von gestern. Haltung Deutschlands in der südalbanesischen Grenzfrage. Staatssekretär wird, wie er mir heute sagte, neuerdings deutsche Botschafter in Petersburg und Paris beauftragen, bei jeder sich ihnen bietenden Gelegenheit zu erklären, dass deutsche Regierung nach wie vor unseren Standpunkt in der südalbanesischen Grenzfrage teile. Szögyény.

[a] Vgl. n. 7509. — [b] Mit Tel. Nr. 445, 22. Juni 1913 (chiffr. 23. Juni 12 U. 40 M. a. m.) wurde n. 7439 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 7463. Tel. nach Bukarest Nr. 256 (1) und Berlin Nr. 451 (2), 23. Juni 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher u. Berchtold; G. Berchtold).

1. Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 155 vom 22. d. M. erhalten. Euer Durchlaucht wollen Herrn Majoresco sagen, Sie hätten den Eindruck, daß von französischer und russischer Seite ihm von Verhandlungen beziehungsweise Vereinbarungen mit Bulgarien abgeraten werde, mit der Motivierung, daß das letztere dann, nach der rumänischen Seite hin gedeckt, mit noch größerem Nachdrucke auf seinem Standpunkte Serbien gegenüber verharren könnte. Wenn solche Vorstellungen in Bukarest von Rußland und Frankreich tatsächlich erhoben werden, so sei das Ziel dieser beiden Mächte, welche in Petersburg jeder über Silistria hinausgehenden Gebietsabtretung Bulgariens den absolutesten Widerspruch entgegengesetzt hätten, auch heute offenbar nicht das, Rumänien eine Haltung zu empfehlen, die seine Aussichten auf weitere Kompensation von Seite Bulgariens erhöhen würde. Das wahre Motiv zu solchen Ratschlägen sei vielmehr der Wunsch, durch die Ungewißheit über die Absichten Rumäniens Bulgarien zu einem Kompromiß mit Serbien zu veranlassen, wobei es Rußland wie Frankreich natürlich vollkommen gleichgiltig bliebe, daß Rumänien in diesem Falle ganz leer ausginge, obwohl Bulgarien auch dann einen bedeutenden Gebietszuwachs erhalten würde.

2. Ich beantworte das Euer Exzellenz mit meinem heutigen Telegramme Nr. 446[b] mitgeteilte Telegramm des Prinzen Fürstenberg wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Euer Durchlaucht wollen Herrn Majoresco sagen" bis „ganz leer ausginge.") Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an Herrn von Jagow. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7476, 7503. — [b] Mit Tel. Nr. 446, 23. Juni 1913 (chiffr. 6 U. p. m.) wurde n. 7454 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 7464. Tel. aus Bukarest, 23. Juni 1913 Nr. 156 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 255 von heute, rumänisch-bulgarische Verhandlungen betreffend. Bei heute in Angelegenheit Kandidatur des Prinzen Wied[b] stattfindender Audienz werde nach Besprechung dieser Angelegenheit vorerst Seiner Majestät dem König Frage stellen, ob rumänische Regierung mit Bulgarien in Verhandlungen eintritt und ob sie

im Falle bulgarisch-serbischen Krieges keine weiteren militärischen Unternehmungen im Auge habe als Besetzung Linie Turtukaia—Balčik. Werde Mitteilungen über Euer Exzellenz obzitiertes Telegramm von königlicher Antwort abhängig machen, da sonst entschieden befürchtet werden muss, dass Verhandlungen begonnen oder so geführt würden, dass dieselben resultatlos verlaufen. Wie von absolut vertrauenswürdiger Seite erfahre, basiert Opposition eines Teiles des Ministeriums und auch anderer höherer Faktoren gegen eine bulgarophile Politik auf der Meinung, dass man sich dem Diktate Österreich-Ungarns allein in dieser Beziehung nicht zu beugen brauche, da es offenes Geheimnis sei, dass Monarchie in ihren bulgarophilen Bestrebungen in Berlin und Rom auf kein Verständnis stosse. Werde dementsprechend meine Dreibund-Kollegen während morgigen Diplomaten Empfanges (ersuchen),[c] Minister des Äussern auf Eingehen in bulgarische Verhandlungen und Moderierung rumänischer Forderungen einzuraten. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 7466, 7490. — [b] Vgl. n. 7424. — [c] Chiffre verstümmelt.

Nr. 7465. Tel. aus Bukarest, 23. Juni 1913 Nr. 157 (eing. 24. Juni 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 250 von heute,[b] Kandidatur des Prinzen Wied betreffend. Bei heutiger Audienz Seiner Majestät dem König Angelegenheit vorgebracht. Höchstderselbe erklärte sich bereit, Prinzen Wilhelm Wied über eventuelle Annahme albanesischen Throns und dessen Bedingungen und Programm zu sondieren. Seine Majestät teilte mir mit, er habe diesbezüglich bereits privatim mit seinem Neffen gesprochen und sehr wenig Disposition bei ihm vorgefunden. Der Prinz hält es für die Stellung eines albanesischen Herrschers für unentbehrlich, eine kleine Armee zu erhalten und Steuer einheben zu können. Seine Privatmittel seien auch vollkommen unzureichend. K. E. Fürstenberg.

[a] Oe. U. Balkan 319 Nr. 630. Vgl. n. 7466, 7613. — [b] Richtig vom 20. = n. 7424.

Nr. 7466. Tel. aus Bukarest, 23. Juni 1913 Nr. 158 (eing. 24. Juni 5 U. a. m.).[a] Entziff.

Fortsetzung des heutigen Telegrammes Nr. 157, Audienz bei König Karl betreffend. Betreffs Verhaltens Rumäniens im Falle bulgarisch-serbischen Krieges zeigte sich Seine Majestät der König vollkommen intransigent. Trotz meiner einstündigen Bemühungen, König Karl zu einer Aenderung der Auffassung zu bewegen, beharrte Höchstderselbe auf folgenden Prinzipien: Ein Vertrag mit Bulgarien, rumänische Neutralität zusichernd, würde Bulgarien veranlassen, Krieg zu führen und möglicherweise Serbiens Vernichtung herbeiführen, was Rumänien nicht dulden könne. Ein Bulgarien, welches ganz Mazedonien und Thrazien umfasse, würde eine ewige Gefahr für Rumänien darstellen. Auch würde ein neuerlicher Sieg bulgarischer Waffen, Bulgarien zu erster Militärmacht am Balkan machen, was Rumänien ebenfalls nicht zugeben dürfe. Festlegen könne Rumänien heute sein Verhalten noch nicht, wahrscheinlich würde es aber bei Kriegsausbruch mobilisieren, Linie Turtukaia—Balčik besetzen und eventuell in Kampf eingreifen, um übermässige bulgarische Erfolge zu verhindern. Verhandlungen mit

Daneff erklärte Seine Majestät der König für wertlos, da er überzeugt sei, dass dieser Abmachungen nicht einhalten und übrigens auch bald gestürzt werde. Auf meinen Anwurf, dass durch diese Politik Rumänien sich in das Lager unserer Feinde begebe, antwortete der König, dass er dies sehr bedauere, er jedoch berufen sei, die Interessen seines Landes zu wahren, man (müsse)[b] in Wien seit jeher gewusst haben, dass er ein übermächtiges Bulgarien nicht gestatten könne. Schliesslich stellte ich Seiner Majestät vor, dass sich die streitenden Teile einigen, Bulgarien trotzdem Thrazien und Mazedonien erhalten könnte und Rumänien mit seinen Ansprüchen durchfiele, was eine Steigerung der Animosität, Wettrüsten und baldigen Krieg zur Folge haben müsste. König Karl antwortete, dass er lieber auf jeden Gebietszuwachs verzichte, als das Odium auf sich zu laden, nicht alles versucht zu haben, um Bulgarien an seiner Expansion zu verhindern. Schliesslich machte ich Seine Majestät darauf aufmerksam, dass diese Politik entschiedenes Parteiergreifen für Serbien darstelle, welches dadurch zu einem Kriege gegen Bulgarien angeeifert werden muss, was diametral dem geäusserten Wunsche Rumäniens, Frieden zu erhalten, entgegen laufe.

[a] Vgl. n. 7460, 7464, 7477, 7505. — [b] Chiffre fehlt. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7467. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 23. Juni 1913 Nr. 313 (eing. 24. Juni 2 U. a. m.). Entziff.

Mit Bezug auf mein heutiges Telegramm Nr. 312.[a] Grossvezier sagte mir heute, türkische Regierung habe bisher wegen Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Bulgarien noch keine Entscheidung getroffen. Seiner Ansicht nach müsste Bulgarien vorerst das türkische Territorium räumen. Vorläufig seien aber die Tschataldja-(Linie)[b] und Rodosto bulgarischerseits besetzt. Im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 294 vom 21. d. M. erwiderte ich Grossvezier, dass es meiner Ansicht nach angezeigt (wäre)[c], sich bezüglich Demobilisierung etc. direkt mit Bulgarien zu verständigen, was leichter geschehen könnte, wenn Bulgarien hier einen Vertreter hätte. Ich wiederholte hiebei die von Euer Exzellenz dem bulgarischen Gesandten in Wien gegenüber geführte Sprache. Grossvezier war heute so präokkupiert, dass ich den Eindruck gewann, er wäre überhaupt nicht meinen Ausführungen (gefolgt)[c]. Ich suchte daher den Minister des Innern Talaat auf, dessen Einfluss im Kabinett massgebend ist. Derselbe zeigte auch mehr Verständnis für das, was ich ihm sagte und erwiderte mir, seiner Ansicht nach müsste die Türkei entweder demobilisieren oder aber möglichsten Nutzen aus der Situation ziehen. Als meine rein persönliche Ansicht sagte ich dem Minister, dass im letzteren Falle die Pforte sich mit Bulgarien abfinden sollte. Mein Mitredner ging auf diesen Gedanken ein, ich glaube aber, dass die jetzigen Machthaber in der Türkei, wenn es zu einem neuen Balkankrieg kommen sollte, sich jenem Teil anschliessen würden, der ihnen mehr bieten kann. Pallavicini.

[a] Mit Tel. Nr. 312, 23. Juni 1913 (eing. 10 U. 30 M. p. m.) wurde aus Konstantinopel gemeldet, Herr von Giers habe am 21. Juni bei der Pforte um Agrément für Herrn Frangia als zukünftigen bulgarischen Gesandten in Konstantinopel angesucht, bis 22. Juni abends aber keine Antwort erhalten. — [b] Chiffre fehlt. — [c] Chiffre verstümmelt.

Nr. 7468. Tel. nach London Nr. 518 (1), Berlin Nr. 449 (2) und Rom Nr. 692 (3), 23. Juni 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger und Schreibmaschine; V. Rappaport; G. Berchtold).

1. Zu Euer Exzellenz Telegramm vom 20. d. M. Nr. 475. Ich habe auf Grund der in Euer Exzellenz Bericht vom 28. Februar l. J. Nr. 19 D[b]) enthaltenen Vorschläge die in der Frage des Minoritätenschutzes von uns anzustrebenden Garantien in folgende acht Punkte zusammenfassen lassen: I. Les Albanais qui continueront à habiter les territoires assignés à la Serbie et au Monténégro y conserveront leurs propriétés et y jouiront invariablement avec leurs familles d'une sécurité parfaite. II. La différence de religion ou de nationalité ne pourra être opposée aux Albanais comme un motif d'exclusion ou d'incapacité en ce qui concerne l'usage des droits civils et politiques, l'admission aux emplois publics, fonctions et honneurs ou l'exercice des différentes professions et industries. III. La liberté et la pratique extérieure du culte catholique et musulman sont assurées à tous et aucune entrave ne pourra être apportée à l'autonomie et à l'organisation hiérarchique de ces communions ni à leurs rapports avec leurs chefs spirituels (y compris le St. Siège et le Cheïkh-ul-Islamat), ni enfin à l'administration des fonds et des immeubles qui leur appartiennent. IV. L'existence légale de la nationalité albanaise est expressément reconnue par la Serbie et le Monténégro. Les Albanais tant musulmans que catholiques seront libres d'avoir des écoles où l'enseignement se fera dans leur langue. Il est expressément entendu que le maintien de ces écoles pourra être assuré par des contributions pécuniaires provenant des connationaux et correligionnaires, habitant l'étranger. En général aucune atteinte ne sera portée au libre usage de la langue albanaise ni aux livres ou publications périodiques imprimés dans cette langue. V. La Serbie et le Monténégro accorderont aux habitants albanais (catholiques ou musulmans) des territoires cédés qui désireraient quitter le territoire serbe ou monténégrin un délai de trois ans pour sortir librement du pays. Ceux qui émigreront dans ce délai jouiront du bénéfice stipulé dans l'article suivant en faveur des propriétaires établis hors du Royaume. VI. Les propriétaires albanais (catholiques ou musulmans) établis hors de la Serbie et du Monténégro et possédant des immeubles dans les territoires cédés ne pourront être privés de leurs propriétés; ils ne pourront être forcés à vendre leurs biens aux cultivateurs ou à des tiers ni à leur céder une partie; mais ils seront libres à affermer leurs immeubles ou à les faire administrer par des tiers. L'expropriation ne sera admise que pour cause d'utilité publique dûment constatée dans les cas et de la manière établie par la loi, moyennant une juste et préalable indemnité. De même une modification dans les rapports des propriétaires établis hors de la Serbie et du Monténégro et des cultivateurs ne pourra être introduite que par une loi générale également applicable à toute l'étendue et tous les habitants du Royaume de Serbie respectivement du Monténégro. VII. Les habitants de l'Albanie qui ont depuis longtemps la coûtume d'envoyer leurs troupeaux dans les montagnes, pacages, pâturages et prairies des territoires cédés à la Serbie et au Monténégro ainsi que dans les fermes situées sur ces territoires continueront à jouir de ces avantages comme par le passé sans aucune entrave

et sans avoir à payer de taxes ou droits quelconques. VIII. Les mesures de désarmement prises par le Gouvernement serbe respectivement monténégrin devront s'étendre à toute la population et ne pourront en aucun cas s'appliquer exclusivement aux Albanais. — Ich stelle es Euer Exzellenz anheim, Sir E. Grey hievon schon jetzt Kenntnis zu geben, um darzuthun, daß es uns hiebei nicht um eine vollständige Autonomie zu thun ist. Vorstehendes ist auch zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Ihren Dreibundkollegen und für den Fall bestimmt, als die Frage des Minoritätenschutzes auf der Réunion zur Verhandlung käme.

2. u. 3. Fortsetzung zu meinem heutigen Telegramme

2. Nr. 448.*c*)

3. Nr. 691.*c*)

2. u. 3. Ich antworte Grafen Mensdorff unter einem: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Ich habe" bis Schluß.) Euer Exzellenz wollen von Vorstehendem

2. Herrn von Jagow

3. Marquis di San Giuliano

2. u. 3. mit dem Beifügen Mittheilung machen, daß ich um eine Unterstützung Grafen Mensdorffs durch seinen

2. deutschen

3. italienischen

2. u. 3. Kollegen und daher um eine ehestthunliche entsprechende Instruierung

2. Fürsten Lichnowskys

3. Marquis Imperialis

2. u. 3. ersuchen lasse. Berchtold.

a) Vgl. n. 7480, 7494, 7495, 7711 Anm. c. — *b*) Mit Bericht Nr. 19 D, 28. Feb. 1913 (eing. 3. März) wurde aus London eine vom Sektionschef Ippen gemachte Zusammenstellung jener für den Schutz religiöser und nationaler Minoritäten bestimmten Bestimmungen vorgelegt, welche in früheren Verträgen über territoriale Änderungen zwischen der Türkei und den Balkanstaaten stipuliert worden sind. — *c*) Mit diesen Telegrammen (chiffr. 24. Juni 12 U. 5 M. a. m.) wurde n. 7429 nach Berlin und Rom mitgeteilt.

Nr. 7469. Tel. aus London, 23. Juni 1913 Nr. 479 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Réunion d'aujourd'hui. En notifiant aux gouvernements serbe et monténégrin la déclaration proposée par la réunion le 22 mars dernier, la réunion pense que cette déclaration doit être interprétée dans ce sens que dans les territoires acquis par la Serbie et le Monténégro à la suite de la guerre les mesures à prendre par les gouvernements de Belgrade et de Cettigné devront avoir pour objet de garantir la liberté des cultes et de l'enseignement, la protection des églises, monastères, mosquées et établissements religieux de toute nature ainsi que des droits des propriétaires contre des actes résultant de la guerre et de nature à les léser. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 319 Nr. 631. Vgl. n. 7470, 7480, 7494, 7495, 7523.

Nr. 7470. Tel. aus London, 23. Juni 1913 Nr. 480 (eing. 24. Juni 1 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 502 vom 20. d. M. und im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 475 vom 20. l. M. Bei Beginn der heutigen Reunion brachte Sir E. Grey Frage der Mitteilung des Reunionsbeschlusses vom 22 März l. J. in Belgrad betreffend Schutz der Minoritäten vor. Auf seine Frage erklärte ich, meine Regierung könne die in letzter Reunion von Sir A. Nicolson vorgeschlagene Veränderung nicht akzeptieren. Staatssekretär meinte, auch er sei der Ansicht, dass ein Reunionsbeschluss nicht verändert werden sollte. Es handle sich aber nur darum, unserer damaligen etwas unklaren Redaktion die richtige Interpretation zu geben, sowie bezüglich des accès commercial an die Adria jetzt die richtige Interpretation zwischen Österreich-Ungarn und Russland festgesetzt werde.[b] Es entspann sich Diskussion, wobei Meinung durchdrang, es sei am besten, wenn die Reunion durch einen neuen Beschluss die Interpretation feststelle. Herr Cambon und Graf Benckendorff wollten nur von Schutz von Kultus und Schule sprechen; ich bestand darauf, dass auch Eigentumsrechte genannt werden müssten, um die Besitzer gegen Expropriationen etc. zu schützen. Die in meinem heutigen Telegramme Nr. 479 gemeldete Resolution kam zustande, die, wie ich hoffe, zufriedenstellend erscheinen wird. Das Faktum, dass die Erklärung in Belgrad in der ursprünglichen Form wiederholt werden soll, scheint jedenfalls — wenn Russland zustimmt — eine Errungenschaft. Ich bitte um Weisung, ob Euer Exzellenz die Resolution genehmigen. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7480, 7494, 7495, 7588. — [b] Amtsvermerk: sic!

Nr. 7471. Tel. aus London, 23. Juni 1913 Nr. 482 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Telegramm Nr. 497 vom 19. d. M. betreffend Serben im Bezirke Luma. Ich habe Angelegenheit vor Reunion gebracht und angeregt, dass Evakuation verlangt werde. Es wurde mir wieder erwidert, dass dies gemacht werden könne, sobald die Wiederholung der Zusicherung des accès commercial in Belgrad erfolgt sein wird. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 320 Nr. 632.

Nr. 7472. Tel. aus London, 23. Juni 1913 Nr. 483 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Fürst Lichnowsky sagte mir, er habe in seiner letzten Konversation mit Sir E. Grey demselben ganz klar gesagt, dass Deutschland in der Frage der Südgrenze Albaniens unbedingt auf Seite seiner Alliierten stehe. Heute wurde auf der Reunion nicht von Südgrenze und Statut Albaniens gesprochen und ich sehe auch momentan nicht, wie wir über den toten Punkt in diesen zwei Fragen hinweg kommen können. Sir E. Grey wird mit Herrn Poincaré und Herrn Pichon im Laufe dieser Woche über diese Fragen sprechen. Mir sagte Staatssekretär heute, für den Augenblick seien die Fragen in den Hintergrund getreten angesichts Kriegsgefahr zwischen den Alliierten. Ich sagte Sir E. Grey, ich habe einem Telegramme Euer Exzellenz entnommen, dass

Hochdieselben auf die Idee einer internationalen Grenzbestimmungskommission nicht eingehen dürften. Mein italienischer Kollege hatte noch keine Antwort diesbezüglich aus Rom erhalten. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7534.

Tel. nach Rom, 23. Juni 1913 Nr. 692 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7468.

Nr. 7473. Tel. aus Sofia, 23. Juni 1913 Nr. 588 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 308[a]) vom 23. d. M. erhalten. Eindruck des Prinzen Fürstenberg, dass Herr Ghika Verhandlungen mit Bulgarien nicht sympathisch gegenüber steht, ist richtig. Ich spreche rumänischen Kollegen täglich und habe selbe Impression wie auch die, dass er gegen Bulgarien montiert. Stimmung Ghikas dürfte sich nach dem in Bukarest wehenden Winde richten. „Ils nous ont fait poser, mais ils le paieront", war eine seiner Äusserungen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7453 Anm. b.

Nr. 7474. Tel. aus Sofia, 23. Juni 1913 Nr. 589 (eing. 24. Juni 6 U. a. m.). Entziff.

König empfing gestern russischen Kollegen, der eindringlich verlangt haben soll, dass Bulgarien mit Eröffnung der Feindseligkeiten noch eine kurze Weile warte, da Russland Aussicht hätte, Serbien zum Einlenken zu bringen. Russischer Gesandter soll auch konkrete Propositionen bezüglich künftiger bulgarisch-serbischer Grenze gemacht haben. Nach Audienz Herrn Nekludows fand Kronrat unter Vorsitz Seiner Majestät des Königs statt, in dem General Savow Demission angedroht haben soll, falls die Entscheidung länger als bis übermorgen, Mittwoch, hinausgeschoben wäre. Standpunkt Savows soll im Kronrat durchgedrungen sein, wonach Herr Danew russischem Gesandten mitgeteilt hätte, dass nur noch zwei Tage gewartet würde. Ein Kabinettsminister, den ich heute abends sondieren liess, sagte nur, dass schwache Hoffnung vorhanden wäre, da Russland stärksten Druck in Belgrad übe. Sollte Serbien bis übermorgen nicht nachgeben, würde Bulgarien ohne Kriegserklärung an Besetzung ihm vertragsmässig zufallender Gebiete schreiten. Tarnowski.

Nr. 7475. Tel. aus Belgrad, 24. Juni 1913 Nr. 397 (eing. 6 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.

Kabinettskrise. Im Nachhange zu Telegramm Nr. 396[b]) von heute. In einer soeben stattgehabten Ministerratssitzung wurde folgender Beschluss gefasst: Das Kabinett zieht seine Demission provisorisch zurück. Für übermorgen wird die Skupschtina einberufen. Herr Pašić wird erklären, serbische Regierung sei für eine bedingungslose Anerkennung des russischen Schiedsspruches, sowie für Entsendung Ministerpräsidenten nach Petersburg. Finde dieser Standpunkt nicht die Approbation der Skupschtina, hält Kabinett Demission aufrecht. Stellungnahme der Skupschtina ist trotz

lebhafter Agitation Herrn Pašić und Herrn von Hartwigs nicht vorauszusehen, da auch entgegengesetzte Strömungen sich bemerkbar machen. Griechische Regierung erklärt sich mit der serbischen Regierung solidarisch und nimmt russischen Schiedsspruch bedingungslos an, verlangt aber, dass früher vier Ministerpräsidenten versuchen, über die gemeinschaftlich erzielten Kriegserfolge untereinander schlüssig zu werden. Komme es nicht zu einer Einigung, habe der Zar zu entscheiden. Ugron.

[a]) Oe. U. Balkan 320 Nr. 633. — [b]) Teilt folgendes mit: „Kabinettskrise noch immer unentschieden. Herr von Hartwig gibt sich allergrösste Mühe, Herrn Pašić zu bewegen, Demission auch diesmal zurückzuziehen. Gestern dauerte Beratung den ganzen Tag, doch bisher resultatlos. Lage ausserordentlich verworren und kritisch."

Nr. 7476. Tel. aus Berlin, 24. Juni 1913 Nr. 293 (eing. 25. Juni 12 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 446[b]) und 451 von gestern. Haltung Rumäniens im serbisch-bulgarischen Konflikt. Staatssekretär teilt Euer Exzellenz Ansicht, dass das eigentliche Motiv der russischen und französischen Ratschläge in dem Wunsche zu suchen sei, Bulgarien zu einem Kompromiss mit Serbien zu veranlassen. Nach den hier eingetroffenen Nachrichten sei aber die rumänische Regierung bisher keineswegs geneigt, diesen Ratschlägen Gehör zu schenken. Über die Haltung und Absichten Rumäniens im Falle eines Krieges zwischen Bulgarien und Serbien ist man auch hier in Ungewissheit. Soviel sei jedoch sicher, dass Rumänien fortwährend in der Furcht lebe, von einem Grossbulgarien einerseits und von Russland anderseits erdrückt zu werden. Trotzdem werde sich Rumänien nach Ansicht des Staatssekretärs in einem eventuellen serbisch-bulgarischen Krieg doch nicht auf serbische Seite stellen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 7515. — [b]) Vgl. n. 7463 Anm. b.

Nr. 7477. Tel. aus Bukarest, 24. Juni 1913 Nr. 159 (eing. 5 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern Inhalt gestrigen Gespräches[b]) mit Seiner Majestät dem König mitgeteilt. Herr Majoresco sagte mir, er sei von tiefstem Misstrauen gegen Bulgarien, speziell Herrn Danew, erfüllt, befürchtet, dass Anknüpfung von Pourparlers mit Sofia dort zu Unnachgiebigkeit und Beginn Kriegsoperationen beitragen könnte. Er habe jedoch Herrn Ghika angewiesen, Herrn Danew zu befragen, was bulgarische Regierung für rumänische Neutralität bieten würde. Teile Minister Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 255 von gestern betreffend Besetzung Linie Turtukaia-Balčik mit, den er mit sichtlicher Befriedigung zur Kenntnis genommen. Minister glaubt, dass diese Lösung in der heutigen ungemein gespannten Situation die einzig mögliche für beide Teile sei, bezeichnete weitere militärische Aktionen gegen Bulgarien als rumänischen Interessen zuwiderlaufend und versprach, sich bei seinem höchsten Herrn mit dem ganzen Gewicht dafür einzusetzen, dass Rumänien im Kriegsfalle nach stillschweigend geduldeter Besetzung der gewünschten Linie sich von jeder weiteren militärischen Operation fern

halte. Meine Argumente, dass ein gegenteiliges Verhalten Serbien unbedingt zum Krieg gegen Bulgarien aufstacheln müsste, Rumänien sich jedenfalls unsere Freundschaft dadurch verscherzen würde, aber auch wahrscheinlich die Russlands, schienen Eindruck zu machen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7491, 7504. — [b]) Vgl. n. 7466.

Nr. 7478. Tel. aus Cetinje, 24. Juni 1913 Nr. 218 (eing. 25. Juni 6 U. a. m.). Entziff.

Minister des Äussern erklärte gestern dem aus Sofia zurückkehrenden bulgarischen Gesandten, dass im Kriegsfalle Montenegro sich unbedingt auf Seite Serbiens stellen würde. Mir bestätigte Minister des Äussern heute indirekt diese Äusserung, indem er sagte, dass zwar noch keine Entscheidung getroffen sei, die Interessen und Sympathien aber auf serbischer Seite wären und es für Montenegro sehr schwer sein würde, sich neutral zu verhalten. Giesl.

Nr. 7479. Bericht des Militärattachés in Cetinje, 24. Juni 1913 Res. Nr. 299 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 28. Juni Nr. 3035 am 1. Juli). Abschrift.

Seine Majestät König Nikolaus liess mich heute morgens bereits um 6 Uhr zu sich rufen, um mit ihm zu frühstücken. Im Verlaufe des einstündigen Gespräches erwähnte der König, dass ihm der latente Konflikt zwischen Bulgarien und Serbien sehr nahe gehe, und dass er eine „hoffentlich friedliche Entscheidung" bis längstens Sonntag (29. Juni) erwarte. „Wie Sie ja wissen" — fuhr er fort — „haben wir vorerst 13.000 Mann mit einigen Batterien mobilisiert, welche jetzt schon in der Gegend von Ipek sind. Die Serben wollen noch weitere Unterstützungen und so werden wir noch einige 1000 Mann einberufen. Mehr kann ich nicht zugeben, weil sonst alle Feldarbeiten eingestellt werden müssten und wir haben ohnehin nicht mehr viel zum leben." Weiters erklärte König Nikolaus, dass der General Vučinić (hat an Stelle des über Belgrad nach Petersburg abgegangenen Kriegsministers, Generals Janko Vukotić, das Kommando der nach Ipek dirigierten Spezialmission übernommen) nicht über Mitrovitza vordringen werde. Auf meine Frage, ob nicht auch die wehrfähigen Männer aus den neuerworbenen Gebieten herangezogen werden, erwiderte der König, dass darunter sehr viele Mohammedaner seien, die man erst allmählich an die neuen Untertanenpflichten gewöhnen könne. Aus dieser Ursache ist es bisher auch nicht möglich gewesen, ein positives Projekt der Vermehrung des Heeres ins Auge zu fassen. König Nikolaus, welcher von meinem bevorstehenden Abgehen auf Urlaub und zur Truppendienstleistung Kenntnis hatte, beauftragte mich — im Falle, als ich zu einer Allerhöchsten Audienz befohlen werden sollte — Seiner Majestät, unserem Allergnädigsten Monarchen, den Ausdruck seiner unwandelbaren hohen Verehrung zu Füssen zu legen mit der Bitte, Seine Majestät möge Ihr Allerhöchstes Wohlwollen Montenegro in Zukunft wieder zuzuwenden geruhen.

Hubka.

Nr. 7480. Tel. aus London, 24. Juni 1913 Nr. 484 (eing. 25. Juni 4 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 518 von heute betreffend Minoritätenschutz, das sich mit meinen gestrigen Telegrammen Nr. 479 und 480 gekreuzt hat. Ich glaube, in allgemeiner Form ist in unserer gestrigen Resolution für den Schutz Vorsorge getroffen. Wenn ich mit den detaillierten acht Punkten an Sir E. Grey herantrete, wird er uns ohne Zweifel nahelegen, uns darüber mit der russischen Regierung ins Einvernehmen zu setzen, nachdem er schon gestern in der Reunion den Gedanken anregte, die Regierungen von Oesterreich-Ungarn und Russland sollten die Interpretation gemeinschaftlich festsetzen. Im Laufe der Diskussion neigte man dann allgemein zur Ansicht, es wäre besser, wenn die Reunion gleich sich über die Interpretation ausspreche. Eine längere Diskussion über unsere acht Punkte würde die von Euer Exzellenz gewünschte Wiederholung der Deklaration vom 22. März in ihrer Ursprünglichkeit gefährden oder doch jedenfalls verzögern. Es scheint mir unvorgreiflich ausgeschlossen, dass unsere acht Punkte in ihrer weitgehenden Form ohne sehr wesentliche Modifikationen und langwierige Einholung von Instruktionen von der Reunion angenommen werden könnten. Unter diesen Umständen glaube ich vorläufig von einer Mitteilung an Sir E. Grey absehen zu sollen und abzuwarten, ob Euer Exzellenz sowie die übrigen Regierungen die gestrige Resolution genehmigen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7495.

Nr. 7481. Tel. aus London, 24. Juni 1913 Nr. 486 (eing. 25. Juni 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 478 vom 21. d. M. Serbischer Akzess. Russische Regierung hat für Punkt über Waffentransit die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 481[b]) beantragte Formel mit dem Amendement „avant leur entrée dans le port", aber ohne den Beisatz „conformément au droit international en vigueur" angenommen. Aus sprachlichen Gründen ist ferner „saisie" gesagt statt „prise". Mein russischer Kollege hat jetzt sich in Petersburg die Autorisation erbeten, bezüglich der Bewachung der Bahn die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 493[c]) enthaltene Formel annehmen zu dürfen, wozu die prinzipielle Bereitwilligkeit, wie in meinem Telegramme Nr. 478 gemeldet, ausgesprochen worden war. Wir dürften Donnerstag in der Lage sein, das Einvernehmen über den Wortlaut der Interpretation zu der Resolution über accès commercial zu konstatieren, und Graf Benckendorff und ich werden dann diesen Wortlaut Sir E. Grey und den anderen Botschaftern mitteilen. Auf Grund der in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 481[b]) vom 14. d. Mts. erteilten Ermächtigung würde ich dann erklären, dass, wenn seitens der Botschafterreunion diesem Wortlaute zugestimmt wird, Euer Exzellenz nichts dagegen einzuwenden haben, dass Konferenzbeschluss vom 17. Dezember v. J. neuerdings Serbien mitgeteilt werde. Ich halte dies für umso ...[d]), als Sir E. Grey immer wieder darauf zurückkommt, diese Wiederholung der Erklärung als eine Ehrenpflicht gegenüber

Serbien ansieht und alle meine Vorschläge betreffs Evakuation Albaniens immer der Einwendung begegnen, „wenn wir einmal den Serben die Erklärung über den accès commercial wiederholt haben werden". Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7535. — [b]) Mit Tel. Nr. 481, 14. Juni 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde eine etwas modificierte Formel bezüglich des Kriegsmaterial-Transportes auf der durch Albanien zu erbauenden serbischen Bahn nach London mitgeteilt, die nun folgendermaßen zu lauten hätte: Transit de munition de guerre. La liberté de transit de matériaux de guerre ne soulevant pas d'objections en principe, le droit de visite et de prise à l'égard de tous les bateaux de commerce à l'entrée du port desservi par le chemin de fer international est reconnu aux Etats belligérants. — [c]) Vgl. n. 7403 Anm. b. — [d]) Chiffre fehlt.

Nr. 7482. Tel. aus Rom, 24. Juni 1913 Nr. 387 (eing. 25. Juni 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Heutige Unterredung mit dem Minister des Äussern über die Modalitäten der Einsetzung eines Fürsten von Albanien, wobei ich mich im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 686 vom 22. d. Mts. aussprach, ergab günstiges Resultat. Marquis di San Giuliano gibt sich davon Rechenschaft, daß die von Euer Exzellenz empfohlene Vorgangsweise sowohl in der Fürstenfrage wie bezüglich des Ganges der übrigen Verhandlungen ersprießlich sein könnte, falls — wie er nochmals betonte — der Fürst der richtige Mann und nicht etwa seine persönlichen Mängel die Anarchie in Albanien verschärfen. Frankreich und Russland würden vielleicht anfänglich den Fürsten nicht anerkennen, doch sei dies ein voraussichtlich mit der Zeit zu überwindender Übelstand. Im Prinzipe ist also der Minister mit dem Vorschlag Euer Exzellenz einverstanden. Marquis di San Giuliano bemerkte neuerlich, über den Prinzen zu Wied günstige Auskünfte erhalten zu haben. Der Gesandte in Bukarest habe über die ihm aufgetragene Sondierung noch nichts berichtet. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7558.

Nr. 7483. Tel. aus Rom, 24. Juni 1913 Nr. 388 (eing. 25. Juni 8 U. a. m.). Entziff.

Statut Albaniens. Minister des Äußern, welcher die drei im Telegramm Nr. 679 vom 21. d. M. entwickelten Reserven billigt, beauftragte Marquis Imperiali, sich der Demarche des Grafen Mensdorff bei Sir E. Grey anzuschließen. Mérey.

Nr. 7484. Tel. aus Rom, 24. Juni 1913 Nr. 389 (eing. 25. Juni 8 U. a. m.). Entziff.

Hinsichtlich der Süd- und Südostgrenze Albaniens (hohes Telegramm Nr. 680[a]) vom 21. d. M.) konstatiert Minister des Aeussern, dass die Verhandlungen der Londoner Reunion auf einen toten Punkt gelangt seien. Sir E. Grey, dessen bona fides ausser jedem Zweifel stehe, suche vergebens eine transaktionelle Lösung. Frankreichs und Russlands Opposition erzeuge die Gefahr, dass die Griechen ihre Okkupation in Südalbanien teils ausdehnen, teils — durch deren Dauer begünstigt — propagandistisch ausnützen. Marquis di San Giuliano will in nächster Zeit einen relativ ruhigen

Moment benützen, um Situation zu überdenken und eine Modalität zu erwägen, unserem Standpunkte zum Siege zu verhelfen. Er scheint hiebei auch ein energisches Auftreten nicht auszuschliessen. Mérey.

[a]) Mit Tel. Nr. 680, 21. Juni 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 7428 nach Rom mit dem Bemerken mitgeteilt, Graf Mensdorff sei gesagt worden (Nr. 514 vom 21. Juni 1913, chiffr. 10 U. p. m.), daß die von ihm geführte Sprache in Wien vollkommen gebilligt werde.

Nr. 7485. Tel. aus St. Petersburg, 24. Juni 1913 Nr. 220 (eing. 25. Juni 3 U. a. m.).[a]) Entziff.

Betrifft Sicherstellung des Kultus- und Minoritätenschutzes in den von den Balkanstaaten eroberten ehemaligen türkischen Gebieten. Sazonow brachte mir gegenüber die in Sitzung vom 17. oder 18. d. Mts. der Londoner Reunion besprochene Frage des Schutzes für die nationalen und religiösen Minoritäten in den neu eroberten Gebieten der Balkanstaaten zur Sprache.[b]) Er las mir betreffendes Sitzungsprotokoll vor und sagte mir, dass er gegen die schliesslich von Sir A. Nicolson proponierte Formulierung keine Einwände hätte. Ich bemerkte, dass ich über den Gegenstand gar nicht informiert sei, dass aber erwähnte Formulierung meiner persönlichen Meinung nach keine genügende Garantie zu bieten scheine. Das Ziel, welches der k. u. k. Regierung, soviel ich wisse, vorschwebt, sei für die kulturellen und nationalen Minoritäten wirklichen und wirksamen Schutz zu garantieren. Eine solche Garantie schiene mir aber durch die Annahme Nicolsonschen Kompromissvorschlages nicht gewährleistet. Sazonow erwiderte, dass auch er ganz auf dem Standpunkte stehe, dass den Minoritäten kulturelle und nationale Entwicklung gesichert werden sollte. Das Einzige, dem man nicht zustimmen könne, wäre, dass dies auf dem Wege eines Protektorates oder einer sonstigen, die Souveränität der in Betracht kommenden Länder beeinträchtigenden Ingerenz durch eine fremde Macht erfolge. Er hätte aber gar nichts dagegen einzuwenden, dass in den definitiven Friedensvertrag ein Passus aufgenommen werde, in welchem Serbien und Montenegro sich ausdrücklich verpflichten würden, den Schutz der Minoritäten in kultureller und nationaler Beziehung zu garantieren. Hiedurch würden alle Signatarmächte des Vertrages das Recht erwerben, von den Staaten, welche diese, einen Teil des Friedensvertrages bildende vorerwähnte Bestimmung etwa nicht einhalten sollten, die Respektierung derselben, ebenso wie die eines jeden anderen Vertragspunktes zu fordern und gegebenenfalls entsprechende diplomatische Vorstellungen zu erheben. Sollte also k. u. k. Regierung die protection des cultes im obigen Sinne auffassen, so wäre seiner Meinung nach eine Einigung nicht schwer zu erzielen. Herr Minister ersucht mich, Vorstehendes zu Euer Exzellenz Kenntnis zu bringen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 7495, 7562. — [b]) Vgl. n. 7402.

Nr. 7486. Tel. nach Sofia, 24. Juni 1913 Nr. 312 (chiffr. 2 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Szápáry).

Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 577, 578 und 581 vom 21. und 22. d. M. erhalten. Euer Hochgeboren wollen Herrn Danew aufsuchen

und sich in meinem Namen folgendermaßen aussprechen: Ich habe mit Befriedigung von der Erklärung des bulgarischen Konseilspräsidenten Akt genommen, wonach Bulgarien heute tatsächlich nach keiner Seite hin mehr verpflichtet ist, unter bestimmten Voraussetzungen aktiv gegen Österreich-Ungarn aufzutreten. Auch die weitere Deklaration Herrn Danews, daß eine Verlängerung oder ein Wiederaufleben des bulgarisch-serbischen Vertrages auf jeden Fall ausgeschlossen sei, da der im Vertrag vorgesehene Zweck erreicht wäre, sowie ferner, daß weder er selbst, noch seiner Ansicht nach einer seiner Nachfolger sich in eine gegen die Monarchie gerichtete politische Kombination einlassen werde, hat mich mit lebhafter Genugtuung erfüllt. Ich betrachte es als ein erfreuliches Moment, daß in Bulgarien die Einsicht zum Durchbruch gelangt, eine wenn auch nur indirekt gegen die Monarchie gerichtete Politik würde nicht den wahren Interessen Bulgariens entsprechen, die mit jenen Österreich-Ungarns in keinem Punkte kollidieren, sondern im Gegenteile mit ihnen in so vielfacher Hinsicht parallel laufen. Die Erkenntnis dieses Parallelismus hat schon seit Jahren die Richtschnur unserer Politik dem Königreiche gegenüber — ich verweise nur auf die Ereignisse der Jahre 1908 und 1909 — gebildet und auch bestimmend auf unser Verhalten während des eben beendeten Krieges gegen die Türkei eingewirkt. Wir sind entschlossen, die gleiche Richtlinie auch in Zukunft zu verfolgen, solange die bulgarische Politik sich von den von Herrn Danew entwickelten Grundsätzen leiten läßt und auch auf unsere Interessen gebührend Rücksicht nimmt. Was nun unsere konkrete Haltung in den einzelnen künftigen Eventualitäten anbelangt, so kommt hier vor allem ein kriegerischer Zusammenstoß Bulgariens mit Serbien und mit Griechenland in Betracht. Angesichts der offenkundig hostilen Haltung Serbiens uns gegenüber würde eine weitere materielle und moralische Erstarkung Serbiens auf Kosten Bulgariens unserem Interesse durchaus widersprechen. Bulgarien[b)] kann daher in diesem Falle nicht nur auf unsere Sympathien, sondern, wenn die Umstände jene uns unerwünschte Entwicklung befürchten ließen, auch auf unsere aktive Unterstützung rechnen, das letztere allerdings nur unter der Voraussetzung, daß Bulgarien sich den Wünschen Rumäniens in einem Maße entgegenkommend zeigt und für die rumänische Neutralität solche Kompensationen bietet, daß es uns möglich ist, in Bukarest mit einer gewissen Berechtigung und mit Erfolg für eine Verständigung auf dieser Basis einzutreten.[b)] Herr Danew hat selbst anerkannt, daß wir dem uns seit Jahrzehnten eng befreundeten Rumänien gewisse Rücksichten schulden und wird daher Verständnis dafür besitzen, daß uns ein aktives Eingreifen zu Gunsten Bulgariens kaum möglich wäre, wenn die Verhandlungen über die neutrale Haltung Rumäniens ergebnislos geblieben wären. Was das Ausmaß der rumänischen Forderungen anbelangt, so fehlen uns hierüber offizielle Informationen; die uns zugekommenen besagen lediglich, daß Rumänien im Falle eines neuerlichen Krieges am Balkan nicht ohne weiters neutral bleiben könnte. Dagegen liegen uns, ebenso wie Herrn Danew, anderweitige Nachrichten vor, denen zufolge in Bukarest als bulgarische Gegenleistung das Gebiet bis zur Linie Baltschik-Tutrakan in Aussicht genommen wird. Eine völlige Klarstellung der rumänischen

Absichten kann nur im Wege direkter Verhandlungen zwischen Sofia und Bukarest erfolgen und wir können Herrn Danew nur empfehlen, energisch auf eine Präzisierung des Standpunktes Rumäniens hinzuwirken. Wir sind natürlich gerne bereit, in dieser Frage zu vermitteln. Wir werden auch, so wie bisher, unseren Einfluß in Bukarest in mäßigendem Sinne geltend machen und, ohne eine Pression auszuüben — was Herr Danew selbst begreiflich fand — namentlich darauf hinarbeiten, daß die von Rumänien verlangten Konzessionen neben den mazedonischen Interessen Bulgariens nicht ins Gewicht fallen. Selbstverständlich werden wir es auch weiterhin nicht an den ernstesten Vorstellungen fehlen lassen, um Rumänien von einem aktiven Zusammengehen mit Serbien abzuhalten. Auch wenn die zweite Alternative eintritt, wenn es nämlich Bulgarien gelingt, die Differenzen mit Serbien und Griechenland auf friedlichem Wege zu bereinigen, — was wir natürlich nur begrüßen könnten — würden wir an der bisherigen bulgarophilen Richtung festhalten. Wir gehen hiebei von der Voraussetzung aus, daß sich die Voraussage Herrn Danews erfüllt und daß auch in diesem Falle das Vertragsverhältnis mit Serbien nach dem definitiven Frieden mit der Türkei sein Ende findet. Denn in einem etwaigen weiteren Verbleiben Bulgariens in dem bisherigen Allianzverhältnis zu Serbien, müßten wir, da dieses Bündnis nach der fast gänzlichen Verdrängung der Türkei aus Europa nach dieser Richtung hin keine raison d'être mehr besäße, einen gegen die Monarchie gerichteten unfreundlichen Akt erblicken, der uns zu einer grundlegenden Änderung unserer Haltung gegenüber Bulgarien nötigen würde. Nach den Erklärungen Herrn Danews sind wir jedoch zur Erwartung berechtigt, daß diese Eventualität nicht eintreten und Bulgarien eine rein bulgarische Politik verfolgen wird. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7498, 7539, 7540, 7564, 7579, 7629. — [b]) Die mit „Bulgarien kann daher" beginnende und mit „auf dieser Basis einzutreten" schließende Zusicherung laut Aktennotiz Graf Szápárys zu n. 7539 von Kaiser Franz Josef gebilligt.

Nr. 7487. Tel. aus Sofia, 24. Juni 1913 Nr. 592 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Laut Äusserungen, die mehrere Kabinettsminister heute morgens meinen Gewährsmännern gegenüber gemacht, hätte bulgarische Regierung Mitteilung aus Petersburg, dass russische Regierung Arbitrage im auseinandergesetzten Rahmen übernehme. Auch wäre bereits formelle Aufforderung Russlands eingelangt, Bulgarien solle Memorandum betreffs strittiger Zone unverzüglich vorlegen, wozu bulgarische Regierung angeblich bereit wäre. Hiesige Regierung hätte nunmehr Eindruck, dass Serbien im Begriffe nachzugeben und, falls serbische Militärpartei nicht Oberhand bekomme, Krieg vermieden werde. Einlenken Serbiens — welches ich zu befürchten nie aufgehört habe — wäre, nach meiner in meiner Berichterstattung wiederholt ausgesprochenen Anschauung, von unserem hiesigen Standpunkte die ungünstigste Lösung. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7488.

Nr. 7488. Tel. aus Sofia, 24. Juni 1913 Nr. 593 (eing. 6 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Russischer Kollege sagte heute, letzten Samstag habe er Hoffnung bereits ganz aufgegeben gehabt (mein Telegramm Nr. 576 vom 21. d. M.), nunmehr rechne er mit Möglichkeit friedlichen Ausganges. Russland nehme Arbitrage auf Grund Vertrages an, werde aber dessenungeachtet auf gewisser Nachgiebigkeit beider Teile bestehen müssen. Serben müssten gehörig Wasser in ihren Wein giessen und Bulgaren, die im Falle Krieges rumänische Forderungen zu befriedigen und vielleicht auch mit Überraschungen seitens der Türkei zu rechnen hätten, würden schliesslich auch etwas nachgeben. Hauptsache sei, dass Reunion der vier Ministerpräsidenten zustandekomme; wenn man nur diese nach Petersburg bekomme, sei Sache gewonnen. Serbien werde auf letzte bulgarische Note betreffend Vertragsrevision nicht direkt, sondern durch Russland antworten; nach dieserAntwort werde — so hofft Herr Nekludow — Herr Danew sich zur Reise nach Petersburg entschliessen. Aus Äusserungen des russischen Gesandten geht hervor, dass Entente hier rumänische Forderungen als Argument ausspielt und betont, dass dieselben im Falle Krieges noch anschwellen würden, weswegen ratsam, um Preis friedlicher Lösung eher Serbien kleine Konzessionen zu machen.

Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7487, 7490 Anm. c, 7504 Anm. b.

Nr. 7489. Tel. aus Belgrad, 25. Juni 1913 Nr. 401 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Kandidatur Herrn Spalajković' für Auswärtiges Amt. In mehreren Zeitungen wird Herr Spalajković als Kandidat für das Ministerium des Aeußern genannt. In einem Kabinett Pašić hätte er meiner Ansicht nach keine Chancen, da man aber auch mit einem Regierungswechsel rechnen muß, ist es immerhin möglich, daß man bei einem intransigenten Kurs auf ihn zurückgreifen würde. Aus dem Grunde erlaube ich mir, meine im Vorjahre mit Telegramm Nr. 40 vom 1. Juli gestellte Anfrage zu wiederholen, welche Stellung ich im gegebenen Falle gegen Kandidatur oder Ernennung einnehmen soll. In letzter Zeit suchte Herr Spalajković durch wiederholte Aeußerungen (vide Telegramm Nr. 222 vom 17. November v. J. und Bericht Nr. 58 A vom 14. März l. J.) den Verdacht der Gehässigkeit gegen die Monarchie von sich abzulenken; nichtsdestoweniger würde seine Berufung uns höchst ungelegen sein. Sollte ich nicht eventuell, wenn die Kandidatur aktuell wird, ipso facto darauf hinweisen, daß die bestandenen, mehr wie gespannten Beziehungen der Gesandtschaft, die sogar jeden Verkehr mit Herrn Spalajković unter Grafen Forgách eingestellt hatte, ein ersprießliches Zusammenarbeiten mit ihm als Minister des Aeußern äußerst erschweren würden?

Ugron.

[a] Vgl. n. 7514.

Nr. 7490. Tel. nach Berlin, 25. Juni 1913 Nr. 455 (chiffr. 26. Juni 1 U. a. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Prinz Fürstenberg telegraphiert mir unterm 23. d. M., er erfahre von absolut vertrauenswürdiger Seite, daß die ... *wie n. 7464 von „Opposition“*

bis „Verständnis stoße“ ... Die Schwierigkeiten, auf welche unsere Bemühungen um eine rumänisch-bulgarische Verständigung in Bukarest stoßen — in Sofia bestehen in dieser Richtung nicht ungünstige Dispositionen und Herr Danew hat vor kurzem an den rumänischen Gesandten die direkte Frage gerichtet, was Rumänien für seine Neutralität im Kriegsfalle verlangen würde — sind uns höchst unerwünscht, da Österreich-Ungarn, falls es zum Kriege zwischen Serbien und Bulgarien kommen sollte, unter gewissen Voraussetzungen genötigt wäre, aktiv in den Konflikt einzugreifen, um ein übermäßiges Erstarken Serbiens auf Kosten Bulgariens zu verhindern. Um die Gefahr eines ernsten Gegensatzes zwischen uns und Rumänien auszuschließen, erscheint eine möglichst baldige Verständigung Rumäniens mit Bulgarien dringend notwendig. Ich würde es daher mit Dank begrüßen, wenn die deutsche Regierung, um dem vom Prinzen Fürstenberg gemeldeten Eindruck entgegenzutreten, uns in Bukarest unterstützen und zu Verhandlungen mit Bulgarien auf billiger Grundlage raten würde. Es ist für die Situation höchst charakteristisch, daß, wie Euer Exzellenz aus meinen Telegrammen Nr. 446 *b)* vom 23. d. M. und Nr. 454 *c)* von heute entnommen haben, die Triple-Entente in Bukarest wie in Sofia ihren Einfluß aufbietet, um eine Verständigung zu hintertreiben. Es schiene mir sehr bedauerlich, wenn der Anschein entstünde, daß Deutschland im Gegensatz zu uns und zu Italien die Tendenzen der Ententemächte, wenn auch nur durch ein passives Verhalten, unterstützt. Der Eindruck der Disharmonie innerhalb des Dreibundes müßte die Ententemächte ermutigen, nicht nur am Balkan, sondern in allen Fragen des nahen Orients ihre Ziele ohne Rücksicht auf die Interessen der Dreibundmächte mit größter Hartnäckigkeit zu verfolgen. Euer Exzellenz wollen sich im vorstehenden Sinne ehestens Herrn von Jagow gegenüber aussprechen. Berchtold.

a) Vgl. n. 7515, 7516. — *b)* Vgl. n. 7463 Anm. b. — *c)* Mit Tel. Nr. 454, 25. Juni 1913 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.) wurde der letzte Satz von n. 7488 nach Berlin mitgeteilt.

Tel. nach Berlin, 25. Juni 1913 Nr. 458 (chiffr. 26. Juni 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7495.

Unterredung mit dem deutschen Botschafter, 25. Juni 1913 Nr. 3055. Siehe n. 7502.

Nr. 7491. Tel. nach Bukarest, 25. Juni 1913 Nr. 259 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 159 vom 24. d. M. erhalten. Herrn Majoresco scheint entgangen zu sein, worauf in den ihm von Euer Durchlaucht im Sinne meines Telegrammes Nr. 255 vom 22. d. M. gemachten Mitteilungen das Hauptgewicht gelegt wurde. Der Gedankengang dieser Mitteilungen ging nämlich nicht dahin, daß mir eine Okkupation eines Gebietsstreifens im Kriegsfall unter stillschweigender Duldung Bulgariens empfehlenswert schiene, sondern im Gegenteil, daß ein solches Vorgehen einen für das künftige Verhältnis der beiden Länder höchst nachteiligen hostilen Charakter besitzen würde. Falls Bulgarien sich daher überhaupt — worüber ich nicht orientiert bin — zu einer territorialen Gegenleistung für

die Neutralität Rumäniens entschließen sollte, so wäre es im beiderseitigen Interesse gelegen, hierüber möglichst bald zu einer vertragsmäßigen Vereinbarung zu gelangen. Euer Durchlaucht wollen Gelegenheit suchen, Herrn Majoresco hierüber aufzuklären und bei diesem Anlaß darauf hinweisen, daß durch die direkte Frage Herrn Danews an Herrn Ghika Bulgarien nun die Initiative zu einer Verständigung ergriffen hat, wozu unsere nachdrücklichen Vorstellungen in Sofia sicherlich viel beigetragen haben. Gleichzeitig wollen Euer Durchlaucht auf die jüngsten Äußerungen König Carols zurückkommen und zu Herrn Majoresco bemerken, Seine Majestät habe uns indirekt vorgeworfen, daß wir Ihm eine Politik empfehlen, welche den Interessen Rumäniens, die Er sich allein vor Augen halten müsse, nicht entspricht. Dies sei aber durchaus nicht der Fall. Wir seien der Ansicht, daß es für Rumänien auf keinen Fall vorteilhaft sein könne, gegen jene Entwicklung Bulgariens anzukämpfen, die als das natürliche Ergebnis des Zusammenbruches der europäischen Türkei seit jeher vorauszusehen war, und daß es daher eine wahrhaft rumänische Politik wäre, sich mit Bulgarien gut zu stellen und aus der Freundschaft des starken Nachbarreiches Nutzen zu ziehen. Auch ausschließlich vom rumänischen Standpunkt aus betrachtet, vermag ich absolut nicht einzusehen, weshalb ein großes und mächtiges Serbien einem national befriedigten Bulgarien vorzuziehen wäre, da doch das erstere auf absehbare Zeit zweifellos ein weit gefügigeres Werkzeug Rußlands und einen viel intensiveren Exponenten der slawischen Idee darstellen wird als das Letztere. Endlich wollen Euer Durchlaucht bemerken, die Superiorität Rumäniens über die Balkanstaaten, von denen es sich seit jeher abgehoben habe, beruhe nicht auf der Proportion der Bevölkerungszahl und des Territoriums, sondern auf seiner kulturellen und politischen Zugehörigkeit zu Westeuropa, sowie auf der Stetigkeit und Verläßlichkeit seiner auswärtigen Politik. Berchtold.

a) Vgl. n. 7503, 7504, 7544.

Tel. nach London, 25. Juni 1913 Nr. 526 (chiffr. 26. Juni 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7495.

Nr. 7492. Tel. aus London, 25. Juni 1913 Nr. 487 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Nach gestrigem Hofdiner hatte ich Konversation mit Herrn Poincaré und Herrn Pichon. Beide Staatsmänner sprachen mit Anerkennung vom Wirken der Botschafterreunion, dank welcher sehr schwierige Momente ohne Friedensstörung überwunden worden sind. Die noch zu regelnden Differenzen schienen nicht so gefahrdrohend für die Beziehungen der Grossmächte, wie es die Frage von Skutari war. Im Laufe Gespräches mit dem Präsidenten ergab sich von selbst für mich die Bemerkung „que j'avais compris le rôle de la réunion surtout comme devant empêcher une guerre européenne et aussi pour éviter que les groupements des Puissances se trouvent opposés l'un à l'autre. Il s'agissait d'affirmer un concert européen etc." Monsieur Poincaré répondit: „C'est tout à fait mon avis, du reste vous avez entendu ce que je viens de dire dans mon discours à table". En

parlant de l'Albanie, Monsieur Poincaré dit: „Nous sommes obligés appuyer certaines revendications grecques pour la frontière du sud.“ Je répondis: „Si les Grecs obtiennent les îles, ils pourraient bien se montrer plus accommodant pour l'Albanie.“ Le Président: „Mais il faudrait alors les grands îles près de l'Asie Mineure et Rhodes, tout excepté les deux îles devant l'entrée des Dardanelles.“ Dans le courant de la conversation j'ai dit que nous désirions une (Albanie)[a] viable et des arrangements permanents, plus de provisoires. Monsieur Poincaré de même que Monsieur Pichon déclaraient qu'ils étaient de cet avis et qu'il était nécessaire d'arriver à des solutions permanentes. (Parlant des îles, Monsieur Pichon touchait aussi la question de Samothrace que le Roi Ferdinand semblait personellement désirer si vivement). Ich habe nicht ausdrücklich vom Statut gesprochen, da zu einer eingehenden Konversation keine Gelegenheit vorlag; beide Herren haben sich aber entschieden für permanente Lösungen ausgesprochen, was anders klingt, als Herrn Cambons Standpunkt, dass man in Albanien nur einen provisorischen Zustand schaffen könne. Mensdorff.

[a] Chiffre fehlt.

Tel. nach Rom, 25. Juni 1913 Nr. 703 (chiffr. 26. Juni 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7495.

Nr. 7493. Tel. nach Rom Nr. 704 (1) und Sofia Nr. 315 (2), 25. Juni 1913 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Pogatscher; G. Berchtold).

1. Die zwischen Bulgarien und Serbien eingetretene Kontroverse in der Frage der Auftheilung der eroberten Gebiete weist einen Punkt auf, welchem nach meinem Dafürhalten für uns und Italien vom Standpunkte unseres gemeinsamen Interesses an Albanien eine tiefere Bedeutung zukommt. Ich glaube nämlich, daß es für uns und für Italien nicht gleichgiltig sein kann, in welchem Sinne die Frage der gemeinsamen Grenze zwischen Bulgarien und Albanien gelöst werden wird. Von Serbien, Montenegro und Griechenland wissen wir, daß sie dem Gedanken eines albanischen Staates in allen Phasen der gegenwärtigen Entwicklung am Balkan direkt hostil gegenübergestanden sind und daß sie immer noch Aspirationen auf albanisches Territorium haben. Wir wissen auch, daß in dieser Richtung bereits eine Verständigung zwischen ihnen besteht und daß sie nur einen günstigen Moment abwarten, um das Gebiet des neuen Staates nach einem vereinbarten Modus unter sich aufzutheilen. Es ist daher im eminenten Interesse Albaniens gelegen, daß dieses nicht allein an feindselig gesinnte Staaten stoße, sondern auch einen Nachbarn erhalte, welcher dem jungen Staate Wohlwollen entgegenbringt. Ein solcher Nachbar ist aber Bulgarien, welches sich bekanntlich vom Anfang an der Idee der Schaffung eines unabhängigen Albaniens sympathisch gegenüberstellte. Aus dem Vorhergesagten kann ich wohl folgern, daß wir im Interesse Albaniens wünschen müssen, daß dieses mit Bulgarien eine gemeinsame Grenze und zwar eine solche von möglichst großer Ausdehnung erhalte. Es würde mich interessieren zu erfahren, ob das Kabinet von Rom diese meine Auffassung theilt.

2. Die zwischen Bulgarien und Serbien eingetretene Kontroverse in der Frage der Auftheilung der eroberten Gebiete weist auch einen Punkt auf, welchem vom Standpunkte unseres Interesses an Albanien eine tiefere Bedeutung zukommt. Es kann nämlich für uns nicht gleichgiltig sein, in welchem Sinne die Frage der Grenznachbarn Albaniens gelöst werden wird. (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Von Serbien, Montenegro" bis „gegenüberstellte"), eine Haltung, die wir mit großer Befriedigung konstatiert haben und die für uns auch mit eine Konsideration war, welche uns bei der Festsetzung der albanischen Grenzen zum Verzichte auf Ochrida für Albanien unter der Voraussetzung bewog, daß dieser Platz Bulgarien zufalle. Wir sollten aber meinen, daß auch das Sofioter Kabinet ein gewichtiges Interesse in einer möglichst ausgedehnten gemeinsamen Grenze mit Albanien sieht und zwar nicht allein vom Standpunkte des Vortheiles eines Auseinanderhaltens Serbiens und Griechenlands, sondern auch von jenem eines direkten territorialen Kontaktes mit einem befreundeten Albanien. Ich glaube daher, daß hier wieder ein Punkt gegeben ist, wo unser Interesse mit jenem Bulgariens von selbst parallel läuft und wäre ich gerne bereit, in einen bezüglichen Gedankenaustausch mit dem Sofioter Kabinete einzutreten. Vorstehendes zur Verwerthung bei Herrn Danew. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7527, 7629.

Nr. 7494. Tel. aus Rom, 25. Juni 1913 Nr. 390 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Mit Beziehung auf die hohen Telegramme vom 23. d. M. Nr. 691[b]) und 692. Schutz der Minoritäten. Zunächst bemerke ich, dass in dem hohen Telegramme Nr. 692 die Nummer 7 zweimal erscheint, nämlich vor „l'expropriation" und vor „les habitants"[c]). Minister des Aeussern findet zwar den Inhalt der acht Punkte grösstenteils theoretisch richtig, hält aber den ganzen Vorschlag praktisch für kaum opportun, weil 1). er viel zu sehr ins Detail ginge, daher endlose Verhandlungen nötig und eine Verschleppung der damit verknüpften Frage der Adriabahn zu befürchten wäre; 2). weil auf eine strikte und loyale Ausführung aller dieser Bestimmungen seitens Serbiens und Montenegros gewiss nicht gerechnet werden könne; was somit kontinuierliche Reibungen zur Folge hätte; 3). weil einzelne Bestimmungen auch die Souveränität dieser Staaten tangieren würden. — Meiner Vermutung nach spielt bei der ablehnenden Haltung hiesiger Regierung gegen diese Punkte die Befürchtung eine wesentliche Rolle, dass wir uns auf dieser Grundlage auch in Serbien und Montenegro ein katholisches Kultusprotektorat arrogieren könnten. Marquis di San Giuliano zeigte mir schliesslich eine in einem Telegramm des Marquis Imperiali reproduzierte, von demselben und Grafen Mensdorff entworfene kurze Formel,[d]) welche ihm viel entsprechender erschien. Ich erwiderte, dass eine so allgemeine vage Formel entweder gar nichts bedeute oder erst vollends den Anlass zu beständigen Differenzen gebe. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7495. — [b]) Vgl. n. 7468 Anm. c. — [c]) Chiffrierfehler im Tel. nach Rom; vgl. n. 7495. — [d]) Vgl. n. 7469, 7470.

Nr. 7495. Tel. nach St. Petersburg Nr. 383 (1), London Nr. 526 (2), Rom Nr. 703 (3) und Berlin Nr. 458 (4), 25. Juni 1913 (chiffr. 26. Juni 1 U. 30 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 220 vom 24. d. M. Der von Herrn Sazonow erwähnte Réunionsbeschluß vom 23. d. M. lautet: ... *wie n. 7469* ... Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Herrn Minister des Äußern mitzutheilen, daß ich mit seinen Ausführungen in der Frage des Minoritätenschutzes in den an Serbien und Montenegro kommenden Landestheilen insoferne übereinstimme, als ich die Erreichung dieses Schutzes keineswegs auf dem Wege eines Protectorates oder einer sonstigen, die Souveränität des betreffenden Staates beeinträchtigenden Ingerenz einer fremden Macht anstrebe. Mir schwebt vielmehr ebenso wie Herrn Sazonow der Gedanke vor, daß in den definitiven Friedensschluß Bestimmungen aufgenommen werden, welche Serbien und Montenegro den Schutz der nationalen und religiösen Minoritäten auferlegen und so im Falle einer Verletzung dieser Bestimmung allen Theilnehmern an dem Friedensvertrage, beziehungsweise der Londoner Réunion das Recht diplomatischer Vorstellungen im Gegenstande einräumen. Gerade zu diesem Zwecke erscheint mir aber der oben wiedergegebene Londoner Beschluß viel zu vag gefaßt. Graf Mensdorff ist nun im Besitze eines präciseren und daher meiner Ansicht nach zweckentsprechenderen Entwurfes, welcher folgendermaßen lautet: ... *wie n. 7468 Punkt 1 bis inklusive Punkt 8* ... Ich würde großen Werth darauf legen, wenn Euer Exzellenz diesen Entwurf mit Herrn Sazonow besprechen und darüber zu einer Einigung gelangen könnten, was die Erledigung dieser Frage auf der Réunion im hohen Grade zu fördern geeignet wäre.

2. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 479 und 480 vom 23. und Nr. 484 vom 24. d. M. Einer Meldung Grafen Thurns entnehme ich, daß der hierortige Standpunkt in der Frage des Minoritätenschutzes in den an Serbien und Montenegro kommenden Landestheilen von jenem Herrn Sazonows keineswegs so stark abweicht, als bisher angenommen wurde, indem russischerseits bloß ein Protectorat oder eine Einschränkung der localen Souveränität durch eine fremde Macht abgelehnt, hingegen keine Einwendung dagegen erhoben wird, daß in den definitiven Friedensschluß Bestimmungen aufgenommen werden, welche Serbien und Montenegro den Schutz der nationalen und religiösen Minoritäten auferlegen und so im Falle einer Verletzung dieser Bestimmung allen Theilnehmern an dem Friedensvertrage, beziehungsweise an der Londoner Réunion das Recht diplomatischer Vorstellungen im Gegenstande einräumen. Ich benütze diese Disposition des Petersburger Kabinetes dazu, um an Stelle des zu obigem Zwecke allzu vag gefaßten Réunionsbeschlusses vom 23. d. M. den in meinem Telegramm Nr. 518 enthaltenen, in acht Punkten formulirten Entwurf zur Annahme zu bringen und habe Grafen Thurn mit der Einleitung einer diesbezüglichen Konversation mit Herrn Sazonow betraut. Ich theile Vorstehendes nach Berlin und Rom mit und würde Werth darauf legen, daß Euer Exzellenz nach Erzielung eines Einvernehmens mit Petersburg auf die Annahme des erwähnten Entwurfes hinzuwirken trachten. Schließlich bemerke ich, daß ich für den Fall der Erzielung eines Einver-

ständnisses in dieser Frage auf den Fortbestand des Junctim zwischen der in Belgrad und Cetinje abzugebenden Erklärung betreffs des accès commercial und dem Minoritätenschutze keinen weiteren Werth legen würde. Wohl aber bliebe dieses Junctim bezüglich der Evacuirung Albaniens durch die Montenegriner und Serben aufrecht.

3. Die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 390 vom 25. d. M. relevierte Wiederholung der Nummer 7 beruht auf einem Chiffrierfehler. Die erwähnte Nummer gehört nur vor: Les habitants. Die vom Marquis di San Giuliano erwähnte Formel dürfte mit folgendem Londoner Réunionsbeschluß vom 23. d. M. identisch sein: ... *wie n. 7469* ... Ich richte im Gegenstande nachstehendes Telegramm an Grafen Mensdorff: (Inseratur aus Telegramm sub 2. von „Einer Meldung Grafen Thurns" bis zum Schluß.) Wie Euer Exzellenz hieraus ersehen, theile ich vollkommen die von Euer Exzellenz Marquis di San Giuliano gegenüber geäußerte Ansicht, daß der Londoner Réunionsbeschluß viel zu vag gefaßt ist. Auch bin ich überzeugt, daß es Hochdenselben an der Hand der aus meinem Telegramme an Grafen Mensdorff ersichtlichen Argumente und insbesondere der Dispositionen des Petersburger Kabinetes gelingen wird, die Bedenken Marquis di San Giulianos gegen die in meinem Telegramm Nr. 692 vom 23. d. M. wiedergegebenen 8 Punkte zu zerstreuen und ihn zur Unterstützung unseres Standpunktes zu bewegen.

4. Im Gegenstande Euer Exzellenz Telegramm Nr. 295[b] vom 24. d. M. ist mir nachstehendes Telegramm Grafen Mensdorffs vom 23. d. M. zugekommen: ... *wie n. 7469* ... Ich richte heute nachstehende telegrafische Weisung an Grafen Mensdorff: (Inseratur aus Telegramm sub 2. von „Einer Meldung Grafen Thurns" bis zum Schluß.) Vorstehendes zur Verwerthung beim Herrn Staatssekretär behufs Erwirkung der weiteren Unterstützung des deutschen Kabinets für die Annahme der in meinem Telegramm Nr. 449 vom 23. d. M. wiedergegebenen 8 Punkte. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7494, 7523, 7524, 7532, 7549, 7561, 7588. — [b] Mit Tel. Nr. 295, 24. Juni 1913 (eing. 25. Juni 12 U. 50 M. a. m.) meldete Szögyény, daß Jagow dem Wunsche Berchtolds entsprechend bezüglich des Minoritätenschutzes entsprechende Instruktionen an Lichnowsky erteilen werde.

Nr. 7496. Tel. aus St. Petersburg, 25. Juni 1913 Nr. 221 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Betrifft Südgrenze Albaniens. Minister des Äußern erwähnte, daß Verhandlungen betreffend Südgrenze Albaniens insoferne einen gewissen Fortschritt aufweisen, als es den Anschein habe, daß Griechenland sich mit Kap Stylos als Ausgangspunkt der Südgrenze Albaniens begnügen dürfte; hingegen scheine es ihm unmöglich, von Griechenland auch den Verzicht auf Koritza zu verlangen. Letzterer Ort sei nämlich geradezu ein kulturelles griechisches Zentrum; so werden dort für die Erhaltung griechischer Schulen und Anstalten jährlich 250.000 Francs aufgewendet, welche zum großen Teile aus Stiftungen reicher Griechen stammen. Herr Sazonow ersuchte mich, vorstehende Details, die Euer Exzellenz vielleicht nicht bekannt und geeignet sein könnten, Hochderen bezügliche Entschließung zu beeinflussen, Hochdenselben zu melden. Thurn.

[a] Vgl. n. 7507.

Tel. nach Sofia, 25. Juni 1913 Nr. 315 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 7493.

Nr. 7497. Tel. aus Sofia, 25. Juni 1913 Nr. 595 (eing. 10 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Herr Danew sagte mir heute gesprächsweise folgendes: Lage sei ungeklärt. Skupschtina soll sich morgen zu ausserordentlicher Session versammeln und entscheiden, ob Serbien Arbitrage im Rahmen Vertrages annehme oder nicht. Frühestens morgen werde man wissen, welche Wendung erwartet. Da nicht zu erwarten, dass Serbien im Falle Annahme Arbitrage besetzte Gebiete sofort räumt, werde Bulgarien vor Fällung Schiedsspruches nicht demobilisieren. Truppen seien bereits — was begreiflich — sehr ungeduldig und möchten entweder vorwärts oder entlassen werden, einige Tage würden sie sich aber noch halten lassen. Bulgarische Regierung wünsche und hoffe, dass Arbiter binnen weniger Tage Entscheidung fällen würde. Von direkten Verhandlungen, die übrigens — da Bulgarien entschlossen, nicht nachzugeben — zwecklos wären, könne keine Rede mehr sein und mit Rücksicht darauf sei Frage, ob Herr Danew nach Petersburg gehen werde oder nicht, nebensächlich; sollte er hingehen, so wäre es nur aus Deferenz für Arbiter, um seine Sentenz entgegen zu nehmen. Sollte gelingen, Streit mit Serbien friedlich zu lösen, würde Bulgarien schwaches Griechenland allein nicht bekriegen, sondern Verständigung suchen, vielleicht mit Hilfe Mediation aller Mächte. Würde es zum Krieg mit Serbien kommen, müsste derselbe auch automatisch mit Griechenland ausbrechen. Herr Danew erkundigte sich nach Auffassung Deutschlands bezüglich Saloniks; er könne Tod Herrn von Kiderlen-Waechters nicht genug bedauern, der in verschiedenen wichtigen Fragen einen noch entschiedeneren, für Bulgarien günstigen Standpunkt gehabt hätte als wir. Tarnowski.

Nr. 7498. Tel. aus Sofia, 25. Juni 1913 Nr. 596 (eing. 26. Juni 1 U. a. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 312 vom 24. d. M. gestern abends. erhalten und Herrn Danew heute besucht. Ich sagte Konseilspräsidenten, dass ich über meine letzte Unterredung mit ihm Euer Exzellenz berichtet und Auftrag erhalten, ihm im Namen Hochderselben Eröffnungen zu machen. Bevor ich mich instruktionsgemäss geäussert, habe ich Mitredner kurz an seine Sprache und Erklärungen erinnert. Er bestätigte alles als richtig und hörte dann meinen Ausführungen aufmerksam zu, ohne mich durch irgend eine Bemerkung zu unterbrechen. Als ich geendet, ersuchte er, ihm — wenn zulässig — kurzen Auszug aus meiner Mitteilung zu geben, welchen er für Archiv haben möchte. Ich antwortete, dass ich mir überlegen müsste, ob ich diesem Wunsche entsprechen dürfe, da meine Instruktion nur auf mündliche Äusserung gelautet. Herr Danew meinte, er begreife meine Bedenken, jedenfalls hätte aber Eröffnung grösseres Gewicht, wenn ich Konseilspräsidenten Notiz darüber überlassen würde. Dann bemerkte Mitredner, er wolle mit mir ganz aufrichtig sprechen: Haltung Rumäniens schaffe für Bulgarien eine sehr ernste Lage, die auch uns nicht gleichgiltig sein könnte. Herr

Danew habe für reale Politik Verständnis und würde einsehen, wenn rumänische Regierung Gelegenheit ausnützen wollte, um Grenzregulierung zu erlangen. Konseilspräsident habe ja, sobald er Amt übernommen, selbst Frage an rumänischen Gesandten gerichtet, was Rumänien für Neutralität fordere. Rumänische Regierung gebe keine Antwort, was schon allein im gegenwärtigen Momente unfreundlichen Absichten entspringende Attitude sei. Was immer Rumänien verlangen wolle, sollte es sich direkt an Bulgarien wenden und in keinem Falle seine aggressiven Intentionen der Welt verkünden, als ob man in Bukarest Wert darauf legte, dass Serbien und Griechenland nicht zweifelten, Rumänien werde, wenn Krieg ausbreche, bulgarisches Gebiet militärisch besetzen. Herr Majoresco habe sogar einigen fremden Vertretern offen gesagt, Rumänien würde Linie Tutrakan—Baltschik bei Ausbruch Krieges okkupieren, wovon auch wir inoffiziell Kenntnis hätten. Davon, dass Bulgarien auf dieses Gebiet und eventuell auf in Nähe von Varna gelegenes Baltschik je verzichte, könnte keine Rede sein. Von Kompensationen in Mazedonien könne auch nicht gesprochen werden, da Bulgarien dort vertragsmässige Ansprüche besitze. Selbst wenn es zum Kriege mit Serbien kommen und Rumänien erwähnte Gebiete besetze, werde es Bulgarien daran nicht hindern können, versöhnen werde sich aber hierzulande damit niemand; sollte Streit mit Serbien friedlich geregelt werden — und Haltung Rumäniens sei ein Grund, aus dem Bulgarien sogar um Preis gewisser Konzessionen zu solcher Regelung neigen müsste — würde jetzt feindliche Haltung Rumäniens auch dann bulgarischerseits nie vergessen werden. Bulgarien werde nunmehr damit zu rechnen haben, dass Rumänien nur auf Gelegenheit lauert, um ein Stück bulgarischen Bodens an sich zu reissen. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7499, 7511, 7525, 7540, 7564.

Nr. 7499. Tel. aus Sofia, 25. Juni 1913 Nr. 597 (eing. 26. Juni 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 596. Herr Danew wolle uns aufmerksam machen, dass gegenwärtige Haltung Rumäniens — die Konseilspräsidenten übrigens unerklärlich wäre — auf weitere Orientierung bulgarischer Politik rückwirken könnte, was uns, da wir mit Rumänien intim befreundet und zwischen diesem und Bulgarien Annäherung herbeiführen und letzteres an uns heranziehen möchten, nicht indifferent lassen könnte. Wie wäre es möglich, dass sich in Beziehungen zwischen Monarchie und Bulgarien die von uns gewünschte Evolution — die Herr Danew sonst für möglich und sogar natürlich hielte — ungestört vollziehe, wenn rumänisch-bulgarisches Verhältnis kein freundliches. Rumänien sollte eigentlich Brücke zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien bilden; statt dessen werde es aber Beziehungen zwischen uns und Bulgarien nur trüben und vergiften. Herr Danew wisse, dass es nicht wir seien, die Rumänien zu der unfreundlichen Politik Bulgarien gegenüber ermutigten und er zweifle nicht, dass wir in Bukarest mässigend einwirken, die bulgarische öffentliche Meinung aber könne feindliche Haltung Rumäniens mit Freundschaft Österreich-

Ungarns nicht vereinen und sei im Vertrauen auf die letztere erschüttert. Sogar in ernsten politischen Kreisen mache sich hier Misstrauen gegen unsere Politik bemerkbar und man finge an Verdacht zu haben, dass uns Haltung Rumäniens konveniert, da durch dieselbe Serbien intransigent gestimmt werde, wodurch serbisch-bulgarischer Krieg, den wir, wie man vielfach glaube, wünschten, hervorgerufen werden könnte. Ich machte entsprechende Einwendungen, worauf Mitredner erwiderte, dass er, der es verstünde, dass wir an dem Krieg zwischen Serbien und Bulgarien kein Interesse hätten, oberwähntes Misstrauen nicht teile, die Allgemeinheit aber müsse sich, und zwar mit Recht sagen, dass Rumänien, wenn es auf uns nicht rechnen würde, nie wagen würde, das Spiel zu treiben, in dem es sich gefalle. Auch diese Äusserung liess ich nicht ohne Einwendung, auf die Herr Danew antwortete, dass er keine Pression, die Rumänien brüskieren würde, verlange, dass wir aber seiner Ansicht nach als Grossmacht in Lage sein sollten, unseren kleinen Freund vor Folgen seiner Haltung ernst zu warnen, zumal Rumänien durch seine Politik unsere Beziehungen zu anderen Staaten trübe. Konseilspräsident könne sich nicht erklären, wieso es möglich sei, dass wir zusammen mit Berlin uns kein Gehör in Bukarest verschaffen könnten, und falls wir wirklich nicht vermöchten, Rumänien zu veranlassen, dass es auf unsere Politik Rücksicht nehme, so würden wir nichts verlieren, wenn wir Rumänien ganz lachierten. Dann würde Bulgarien wissen, woran es uns und woran es Rumänien gegenüber sei, wenn letzteres Attitude nicht ändern würde. Monarchie mache ihre Freundschaft für Bulgarien davon abhängig, dass sich bulgarische Regierung verpflichte, Bündnis mit Serbien nicht zu erneuern, obwohl doch ein nahes Verhältnis Bulgariens mit Serbien möglich wäre, ohne dass es Spitze gegen Österreich-Ungarn hätte. Es sei für einen Staat immer schwer, seine Politik ändern zu müssen und für Bulgarien, welches mit Serbien Bündnis gehabt und erwartet hätte, dieses Verhältnis zu erhalten, sei es auch hart umschwenken zu müssen. In Anbetracht zwingender Umstände habe aber Herr Danew nicht gezögert, sich mit uns in Konversation über Serbien einzulassen. Wie wir mit Bulgarien Meinungsaustausch über Serbien gewünscht hätten, glaube Konseilspräsident mit uns unser Verhältnis zu Rumänien besprechen zu können, da, wie unserseits von Serbien, bulgarischerseits von Rumänien gute Beziehungen zwischen Monarchie und Bulgarien abhingen. Herr Danew bemerkte, Bulgarien hätte vielleicht Lösung seiner Kontroverse mit Serbien in ganz anderer Weise envisagiert und hätte eventuell Rumänien dafür interessiert, wenn dieses andere Haltung eingenommen hätte. Im Verlaufe der Unterredung liess Konseilspräsident Bemerkung fallen, nach seiner Auffassung wäre es vom Standpunkt künftiger Beziehungen zwischen Monarchie und Bulgarien sehr erwünscht, dass sich zwischen uns und Russland ein freundliches Verhältnis entwickle. Über eventuellen Krieg mit Serbien sagte Herr Danew, Bulgarien möchte, soweit militärisch möglich, Operationen auf Besetzung der ihm zufallenden Gebiete beschränken. Konseilspräsident brachte vorstehende Considerationen nicht etwa im Affekt, sondern ruhig räsonnierend im freundlichsten Tone vor. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7511, 7540, 7564, 7568.

Nr. 7500. Tel. aus Sofia, 25. Juni 1913 Nr. 598 (eing. 26. Juni 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf hohes Telegramm Nr. 309 vom 23. d. M., betreffend rumänisch-bulgarische Angelegenheiten. Im Verlaufe heutiger Unterredung mit Herrn Danew sagte er klar, daß er es nicht vorziehen würde, vor ein fait accompli gestellt zu werden, sondern zu verhandeln wünschen würde und zwar persönlich hier und nicht durch Kalinkoff, dem er keine Vollmacht erteile. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7503.

Nr. 7501. Tel. aus Sofia, 25. Juni 1913 Nr. 599 (eing. 26. Juni 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Danew fing heute spontan von Insel Samothrake zu sprechen an, auf deren Besitz Bulgarien und speziell König Ferdinand großen Wert lege. Ich erklärte, daß wir uns diesfalls bereits in Petersburg zu Gunsten Bulgariens bemüht hätten und, als Frage in Botschafterreunion aufs Tapet kam, Graf Mensdorff ebenfalls für Bulgarien gestimmt. Konseilspräsident ersuchte, Euer Exzellenz Angelegenheit zu empfehlen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6829, 7522.

Tel. nach Berlin, 26. Juni 1913 Nr. 459 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7507.

Nr. 7502. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 26. Juni 1913 Nr. 3055.[a] Konz. (S. Berchtold).

Streng geheim. Der deutsche Botschafter hat mich am 25. Juni aufgesucht, um mir im Auftrage des Staatssekretärs von Jagow eine Depesche des Grafen Quadt aus Athen zur Verlesung zu bringen, deren Inhalt sich in Nachstehendem resümieren läßt: Herr Venizelos hätte sich dem deutschen Gesandten dahin ausgesprochen, daß sich gewisse Mißverständnisse aus den Konversationen Herrn Theotokis in Berlin ergeben hätten. Venizelos hätte vor der Abreise Herrn Theotokis' nach Berlin mit demselben eine Unterredung gepflogen, in deren Verlaufe Theotokis die Aeußerung fallen gelassen hätte: „Qu'est-ce que vous en diriez si l'Allemagne se déclarerait disposée d'assurer la Grèce contre la Bulgarie?" Herr Venizelos hätte sich darauf beschränkt, auf die Wichtigkeit einer solchen Eventualität hinzuweisen, welche jedenfalls in Erwägung gezogen werden müßte. Herr Theotokis habe somit keine Vollmacht gehabt, im Namen der griechischen Regierung in Berlin zu sprechen. Weiters hätte Herr Venizelos erwähnt, daß König Constantin ihm den Wunsch geäußert habe, dem Dreibunde beizutreten. Demgegenüber hätte Herr Venizelos geltend gemacht, eine solche Politik aus dem Grunde nicht vertreten zu können, weil er den Vertretern der Tripelentente bereits die Richtlinien seiner Politik in anderer Weise dargestellt habe. Er sei jedoch bereit, seinen Abschied zu nehmen und würde dann die vom König intentierte Dreibundpolitik als Parteiführer im Parlamente unterstützen. Kurz nach dieser Unterredung des Grafen Quadt mit Venizelos sei ersterer zum König berufen worden, Höchstwelcher ihm

seinen Wunsch, dem Dreibunde beizutreten, wiederholte. Mit Rücksicht auf die bisherige Haltung Herrn Venizelos' gegenüber den Vertretern der Tripelentente sei es allerdings schwer möglich, daß Venizelos diesen Kurs einschlage. Es könnte aber Zaimis oder Theotokis das Portefeuille des Aeußern erhalten, um die fragliche Politik zu inaugurieren. Venizelos werde sicherlich dann in Bälde wieder die Regierung übernehmen können. Auf die Frage des Königs, was Graf Quadt von der Lage hielte, hätte letzterer es als ein Unglück für Griechenland bezeichnet, wenn Herr Venizelos aus der Regierung scheiden würde. Im übrigen hätte er betont, daß sich Deutschland jedenfalls vorerst mit seinen Alliierten ins Einvernehmen setzen müßte. Auch dürfte es nicht in die Politik des Berliner Kabinettes passen, in die Balkanangelegenheiten hineingezogen zu werden. Der König hätte daraufhin bemerkt, daß er dies begreiflich fände. Die Allianz würde aber auch Deutschland Vorteile bieten, nämlich Stützpunkte für die deutsche Flotte und überdies dürfte die griechische Armee in absehbarer Zeit auf 250.000 Mann in der ersten Linie gebracht werden können.*b)* Im weiteren Verlaufe der Unterredung hätte Graf Quadt den König gefragt, was er im Falle des Anschlusses an den Dreibund von Deutschland erwarte. Der König hätte dies dahin präzisiert, daß der Dreibund Griechenland die Grenzen garantieren sollte, die es besetzt halte, das heißt die Grenze östlich des Strumaflusses bis zum Uebergange an der Orliisho-Brücke, von dort nach Westen bis südlich Gevgeli am Wardar; von da würde Griechenland seine Grenzen mit Serbien regeln. Bezüglich Epirusgrenze sollte Koritza griechisch werden, dann die Grenze bis südlich Premeti gehen; Argyrokastro könnte albanesisch bleiben, ebenso der Küstenstrich bis Kap Stylos. Alle Inseln mit Ausnahme von Imbros und Tenedos müßten an Griechenland kommen.*c)* Der König hätte bei diesem Anlasse der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, das Land werde die neue Richtung der Politik gut aufnehmen, da eine starke Strömung für den Anschluß an Deutschland bestehe. Zum Schlusse hätte der König besonderen Wert auf strengste Geheimhaltung mit Rücksicht auf Tripelentente gelegt.

Nachdem mir Herr von Tschirschky das Telegramm des Grafen Quadt verlesen hatte, bemerkte ich dem Botschafter, der Umstand, daß Griechenland vor kurzem ein Allianzverhältnis mit Serbien abgeschlossen, werde unsere Stellungnahme zu der griechischen Proposition wesentlich erschweren. Auch das griechischerseits gestellte Verlangen wegen Garantierung des beanspruchten Besitzstandes in Koritza erscheine der Sache nicht förderlich, da die Zugehörigkeit Koritzas zu Albanien für uns ein noli me tangere bilde. Aber auch abgesehen hievon schiene es mir nicht opportun, im Momente, wo sich Griechenland anschicke, der Einladung nach St. Petersburg zu folgen, um sich dort unter den Auspizien Rußlands mit den Verbündeten auszugleichen, in eine Konversation von solch weittragender Bedeutung mit der griechischen Regierung einzutreten. Schließlich behielt ich mir vor, die Angelegenheit reiflich zu überdenken, um bei nächster Gelegenheit dem Botschafter gegenüber darauf zurückzukommen. Am 26. Juni ist mir in gleichem Gegenstande ein Schreiben des deutschen Legationsrates von Bethmann-Hollweg — in Abwesenheit des Botschafters —

zugekommen, worin mir derselbe von Nachstehendem auftraggemäß Mitteilung macht: „Der Herr Staatssekretär hat im Einverständnis mit Seiner Majestät dem Kaiser den kaiserlichen Gesandten in Athen beauftragt, Seiner Majestät dem König Constantin die nachfolgenden Gesichtspunkte mitzuteilen: 1. Der kaiserlichen Regierung würde der Rücktritt des Herrn Venizelos, der für Griechenland und die Dynastie in diesem kritischen Moment verhängnisvoll werden könnte, gegenwärtig als ein Unglück erscheinen. 2. Eine nachträgliche Absage, nachdem Griechenland die Ladung zu den Verhandlungen in Petersburg bereits angenommen habe, müßte den Zaren tief verletzen und dem König Constantin die direkte Gegnerschaft Rußlands zuziehen. In die Petersburger Verhandlungen könnten wir aber nicht eingreifen. 3. Der Dreibund würde entgegen seiner bisher im Interesse des europäischen Friedens beobachteten Reserve durch die Uebernahme einer Garantie für griechische Gebietsansprüche in kriegerische Verwicklungen auf dem Balkan hineingezogen werden. Für uns aber sei eine materielle Unterstützung unmöglich. 4. Die Auffassung des Herrn Venizelos, daß der richtige Weg für Griechenlands Politik über Bukarest gehe, teilten wir. 5. Seine Majestät der Kaiser würde eine Orientierung der griechischen Politik nach dem Dreibunde an sich freudig begrüßen, der Frage eines direkten Anschlusses aber erst nach Beendigung der jetzigen Krise praktisch nähertreten können."

[a]) Vgl. n. 7452, 7536, 8428. — [b]) Im Konzept folgt an dieser Stelle folgender, später durchgestrichener Absatz: Einer Äußerung des Königs, daß er einen deutschen Offizier als Instruktor wünschen würde, habe Graf Quadt entgegengesetzt, daß er gegen Entsendung einer Militärmission zur Organisierung der Armee Bedenken hätte, da dies ein gewisses Odium gegen Deutschland in der Armee wachrufen müßte. — [c]) Im Konzept folgt an dieser Stelle folgender, später durchgestrichener Satz: Der König hätte bei diesem Anlaß seinem Bedauern Ausdruck gegeben, sich von Venizelos trennen zu müssen ...

Nr. 7503. Tel. nach Bukarest, 26. Juni 1913 Nr. 260 (chiffr. 8 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Im Verfolg meiner Telegramme Nr. 256 vom 22. d.[b]) und Nr. 259 vom 25. d. Graf Tarnowski telegraphiert mir unterm 25. d. M.: ... *wie n. 7500* ... Euer Durchlaucht wollen Vorstehendes bei Herrn Majoresco vertraulich verwerten und hiezu bemerken, während Herr Geschoff der von uns empfohlenen Idee einer direkten Aussprache mit Bukarest wenig Verständnis entgegengebracht habe, scheine sein Nachfolger, wie aus seiner Frage an Herrn Ghika sowie aus den obigen Äußerungen zu Grafen Tarnowski geschlossen werden könne, in dieser Beziehung günstigere Dispositionen zu besitzen. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 321 Nr. 635. Vgl. n. 7521. — [b]) Irrtümlich statt 23. = n. 7463.

Nr. 7504. Tel. aus Bukarest, 26. Juni 1913 Nr. 161 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramme Nr. 258[b]) und 259, rumänisch-bulgarische Verhandlungen betreffend. Habe sowohl Seiner Majestät dem König als

Minister des Äussern gegenüber wiederholt darauf hingewiesen, dass fortgesetzte rumänische Ansprüche zu Ausgleich serbisch-bulgarischen Konfliktes beitragen und Rumänien schliesslich leer ausgehen wird. Habe ebenso bei beiden Stellen darauf aufmerksam gemacht, dass Erreichung einer befriedigenden Abmachung auf dem Verhandlungswege einzige Möglichkeit biete, Freundschaftsverhältnis mit Bulgarien anzubahnen, worauf mir übereinstimmend geantwortet wurde, dass mit Herrn Danew noch so präzise Vereinbarung wertlos, nachdem sich dieser als vollkommen unzuverlässig erwiesen und gegebenenfalls, wenn es ihm passen würde, durch Demission alles wieder über den Haufen werfen könnte. Hauptgrund, möglichst Pourparlers mit Bulgarien zu vermeiden, ist in Befürchtung gelegen, dass das Bestehen von Verhandlungen von Bulgarien zu Druck auf Serbien ausgenützt werden könnte. Durch Erteilung von Instruktionen an Herrn Ghika ist Faden nicht abgerissen (hieramtliches Telegramme Nr. 159). K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7517. — [b]) Mit Tel. Nr. 258, 25. Juni 1913 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.) wurde der letzte Satz von n. 7488 nach Bukarest mitgeteilt.

Nr. 7505. Bericht aus Bukarest, 26. Juni 1913 Nr. 44 A (eing. 30. Juni). Ausfert.

Geheim. Zum näheren Verständnisse der heutigen Mentalität Seiner Majestät des Königs, über dessen schroffe Auffassung der Lage Euer Excellenz durch mein gehorsamstes Telegramm Nr. 158 unterrichtet wurden, möchte ich hervorheben, dass der Hauptgrund zu der in den letzten Wochen bei dem Herrscher zutage getretenen Bestrebung nach Erreichung eines äusserlichen Erfolges darauf zurückzuführen ist, dass König Carol im Laufe der letzten Krise eine furchtbare Enttäuschung erlitt, indem Höchstderselbe vor dem Eintritt der akuten Balkan-Wirren und dadurch verursachten politischen Spannung in Rumänien in der Überzeugung lebte, dank Seiner nahezu fünfzigjährigen, reich gesegneten Regierungszeit zu einem wirklich populären Herrscher geworden zu sein. Nun erfuhr aber der König im Verlaufe der letzten neun Monate die bittere Enttäuschung, dass im ganzen Lande eigentlich kein Mann treu und ehrlich an Seiner Seite stand, geschweige denn sich eine Partei als wirklich königstreu erwiesen hätte (vide hieramtlicher Bericht vom 10. Februar 1913, Nr. 16 B).[a]) Carp und seinen Anhang hatte Sich der Herrscher zu Todfeinden gemacht, indem Er den Führer der Altkonservativen von der Regierung im Momente der äusseren Gefahr — als er sich einer Fusion mit den konservativen Demokraten widersetzte — mit Energie entfernte und dadurch der Bojarenpartei ein Zeugnis der Unfähigkeit ausstellte. Diese rächte sich nun, indem sie eine äusserst heftige Campagne inszenierte, welche der Form nach das Ergebnis der königlichen Politik, nämlich den Petersburger Botschafterbeschluss bekämpfte, im Grunde genommen aber nichts anderes darstellte, als eine antidynastische Hetze. Diese Campagne hatte zwar nicht den Erfolg, die Nichtannahme der Petersburger Entscheidung zu erzwingen, erreichte aber immerhin, dass das Land gegen den König in noch nicht dagewesener

Weise Stellung nahm und Diesem[b)] und Seiner[b)] Regierung zu einer viel intransigenteren Haltung gegen Bulgarien bewog, als beabsichtigt war. Die konservativen Demokraten mit dem Herrn Take Jonescu an der Spitze stellen ein Element dar, welches aus moralisch minderwertigen Schichten zusammengesetzt nur die Loyalität seiner eigenen Tasche gegenüber kennt, sonst aber von keiner anderen Loyalität beseelt ist, es wäre denn, sie trüge was ein. Heute ist diese Partei monarchisch gesinnt, weil diese Gesinnung allein sie an die Regierungskrippe führen kann; sie wäre aber morgen rotrepublikanisch, wenn es ihr Interesse erheischte. In der liberalen Partei, welche sich meist aus der Geschäfts- und Handelswelt rekrutiert, geniesst der Herrscher wohl ein grosses Ansehen, fast als Einer ihresgleichen, da Er einer der grössten Industriellen und Latifundienbesitzer im Lande ist; diese Partei ist auch insoweit monarchisch gesinnt, als besagtes Regime ihnen geeignet erscheint, die grösstmöglichste, zu lukrativen Geschäften nötige Stabilität im Lande zu erhalten. Als Vertreter des Nationalismus und Chauvinismus können jedoch die Liberalen es dem Könige nicht verzeihen, dass Er Ausländer ist, und wittern hinter dem König stets den Einfluss Österreich-Ungarns oder Deutschlands, zeihen Ihn ungenügender rumänischer Gefühle oder gar des Vaterlandsverrates. So stand denn in der ganzen langen Krise eigentlich nur ein Mann an des Herrschers Seite, der dem Anscheine nach dem Könige ein treuer Diener war, und dies war Herr Maioresco. Er war der einzige im ganzen Königreiche, welcher bereit war, bis zu einem gewissen Grade die Person des Königs zu decken, jedoch ebenfalls nicht aus lauteren Loyalitätsgefühlen, sondern weil er durch die Verteidigung der Krone seine eigene Politik schützte; doch auch diese Haltung war durch den offensichtlichen Willen begrenzt, weder sich noch seine Partei irgendwie blosszustellen oder zu kompromittieren. Statt dass sich nun die Regierungspartei in der Stunde der Gefahr um den Thron geschart hätte, wie es der König erwartete, begann, sobald die äussere Lage bedrohlich sich gestaltete, im Innern des Landes der schonungslose Kampf Aller gegen Alle. In unerhörter Weise, auf gemeinen persönlichen und innerpolitischen Motiven beruhend, wurde die Krone und ihre Politik angegriffen, jeder Hieb gegen den vermeintlichen Verräter Oesterreich-Ungarn stellte einen versteckten Angriff auf den König dar, und im ganzen Lande fand sich eigentlich niemand, der den Mut aufgebracht hätte, für den Herrscher und Seine Politik einzutreten. So stand denn eines Tages König Carol allein, ungenügend gestützt von Seinem Ministerpräsidenten, sonst von Allen verlassen, verhöhnt, ja sogar des Hochverrates beschuldigt, umgeben von einer innerlich verfaulten, depravierten konservativen Partei, der gegenüber eine geschlossene Opposition stand, welche den Krieg gegen Bulgarien auf ihr Programm geschrieben hatte, die Demokratisierung des Wahlrechtes verlangte und offen erklärte, in Hinkunft keine autokratische Lenkung der äusseren Politik durch die Krone mehr zugeben zu können. In diesem Momente dürfte vielleicht dem Herrscher der Zweifel gekommen sein, ob Er bisher nicht doch einen falschen Weg eingeschlagen habe und ob Er nicht durch einen Akt der Energie jene Popularität und jenes Ansehen zurückgewinnen könne, welche Er in den letzten Monaten verloren zu haben meinte,

die Er aber in Wirklichkeit in dem geglaubten Ausmasse nie besessen hatte. Deshalb die Sucht und Suche nach einem äusseren eklatanten Erfolg, einem grand geste, der es verhüten könnte, dass das Volk von Ihm sage, Er habe in den letzten Jahren Seiner Regierung aus Schwäche, aus Nachgiebigkeit gegen fremde Faktoren, die von Rumänien innegehabte Hegemonie im Südosten Europas verloren und durch Seine Schuld wäre dieselbe an den langjährigen Rivalen Bulgarien gefallen. Dieser Gedanke dürfte bei dem Herrscher einen solchen überwiegenden Einfluss gewonnen haben, dass dadurch Sein sonst klarer und nüchterner politischer Blick verschleiert wurde. Als ich letzthin Herrn Maioresco in einer Diskussion vorhielt, dass die Politik Rumäniens schwankend sei, von einem Extrem in das andere falle, dass die rumänisch-bulgarischen Verhandlungen eine Farce darstellten und die Petersburger Botschafterkonferenz eine Komödie, wenn Rumänien stets die Absicht gehabt hätte, Bulgarien an jeder Expansion zu hindern, antwortete mir der Minister wörtlich: „Was wollen Sie, die Politik hängt nicht allein von mir ab; in einem parlamentarischen Lande muss sie sich nach der öffentlichen Meinung richten und dann, in jedem Souverain il y a quelque chose d'un cabotin!!“ So steht nun heute die Situation, und ich hielt meine Wahrnehmungen über die Entwicklung der moralischen Verfassung König Carols für wichtig genug, um dieselbe Euer Excellenz einzuberichten, da sich daraus so manches erklärt, was unklar und unverständlich erscheint. Ich neige jedoch der Ansicht zu, dass, falls die äusseren Wirren sich bald beruhigen sollten und der König zur Einsicht gelangt, dass Bulgarien nicht über Nacht Seinem Lande über den Kopf wachsen kann und ferner, dass Seine Autorität weniger erschüttert ist, wie es den Anschein hat, eine Entnüchterung [b] und Rückkehr zum Gleichgewichte bei dem Höchsten Herrn eintreten wird und eine richtige Einschätzung der realen Werte. Aus dem Obgesagten ergibt sich mit Gewissheit, dass die grosse Intransigens [b], welche Seine Majestät den König in der bulgarischen Frage zu beherrschen scheint, nicht vom Beginne der Krise an bestand, sondern erst schrittweise durch die Gestaltung der inneren Verhältnisse hervorgebracht wurde. Unendlich viel zu dieser tiefgehenden Misstimmung trug aber auch das ewige Zögern Bulgariens bei, ein Abkommen mit Rumänien zu treffen; ebenso auch die jüngst erfolgte Ernennung Herrn Danews zum Ministerpräsidenten, der der bestgehassteste Mann in Rumänien ist und die in Wien ostentativ zur Schau getragene Bulgarophilie. Ich bin von der Überzeugung durchdrungen, wenn es der Monarchie geglückt wäre, durch einen Druck auf Bulgarien zu erzielen, dass sich dieses während der Londoner Pourparlers im Dezember oder noch während der St. Petersburger Botschafterverhandlungen zu einem Opfer entschlossen hätte, ein Opfer, welches weder Silistria, geschweige denn Turtukaia-Balčik einbegriffen haben würde, schon längst, wenn nicht ein vollkommen freundschaftliches Verhältnis rumänischerseits zu Bulgarien bestünde, so doch ein solches, das eine auskömmliche Lage geschaffen hätte. Dadurch wäre jedenfalls die tiefgehende Gefährdung der Stellung der Monarchie in Rumänien vermieden worden.

K. E. Fürstenberg.

[a] n. 5740. — [b] So!

Tel. nach London, 26. Juni 1913 Nr. 528 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7507.

Tel. nach Rom, 26. Juni 1913 Nr. 711 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7507.

Nr. 7506. Erlaß nach Rom, 26. Juni 1913 Nr. 3009.a) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Streng vertraulich. Aus Euer Exzellenz interessantem Berichte Nr. 37 A vom 5. d. M. konnte ich zu meiner Befriedigung entnehmen, daß Marquis di San Giuliano meine Ansichten über die gegenüber den einzelnen Balkanstaaten zu befolgende Politik im großen und ganzen teilt. Nur auf zwei Punkte, die im Laufe Ihrer Unterredung mit dem italienischen Minister berührt wurden, möchte ich im folgenden speziell zurückkommen. Der eine betrifft die Bemerkungen Marquis di San Giulianos über unser Verhalten Serbien gegenüber, auf die mir eine eingehendere Erwiderung erforderlich erscheint, der andere seine Frage, welche Aufnahme die Darlegungen über unsere Balkanpolitik beim deutschen Kabinette gefunden haben, eine Frage, auf die Euer Exzellenz mangels diesbezüglicher Informationen vorläufig keine Antwort erteilen konnten. Den Vorwurf des Herrn Ministers, wir hätten schon seit einiger Zeit und insbesondere in der gegenwärtigen Krise Serbien drangsaliert, bedroht und wirtschaftlich eingeschnürt und seien auf diese Weise selbst die Urheber der jenseits der Save gegen die Monarchie bestehenden Gehässigkeit gewesen, kann ich keineswegs als gerechtfertigt gelten lassen. Marquis di San Giuliano geht von einer Auffassung aus, die — Euer Exzellenz haben ihm gegenüber bereits kurz darauf verwiesen — Ursache und Wirkung verwechselt. Ein flüchtiger Rückblick auf unser Verhältnis zu Serbien im letzten Jahrzehnte genügt, um dies zu beweisen. Bis zu dem Zeitpunkte, da die radikale Partei zur Macht gelangte, hatte sich Serbien sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht eng an Oesterreich-Ungarn angeschlossen, eine Politik, die in der Erinnerung an unser energisches Eintreten für Serbien nach Slivnitza und in der geographischen Lage des Königreiches ihre Erklärung findet. Von dem vorbezeichneten Augenblicke an begannen sich die ersten Anzeichen eines Umschwunges auf serbischer Seite und zwar zunächst auf wirtschaftlichem Gebiete zu zeigen. Es ergaben sich jene — gewiß bedauerlichen — handelspolitischen Differenzen, von denen Marquis di San Giuliano gesprochen hat. Unsere Bemühungen waren und blieben jedoch darauf gerichtet, eine Zuspitzung dieser Differenzen und namentlich eine Rückwirkung derselben auf unsere politischen Beziehungen zu Serbien zu verhüten. Als sich Oesterreich-Ungarn aber wenige Jahre darauf genötigt sah, zur Annexion der bosnischen Provinzen zu schreiten, zeigte es sich, — was ja in Wien nicht unbekannt geblieben war und zu den hier gefaßten Entschlüssen sehr wesentlich beigetragen hatte — daß die Stimmung in Serbien inzwischen auch in rein politischer Hinsicht einen der Monarchie höchst feindseligen Charakter angenommen hatte. Die Annexion, welche doch in keiner Weise eine Provokation Serbiens, sondern nur den formalen Abschluß einer im Wesen längst entschiedenen Frage darstellte, hat in der serbischen öffentlichen Meinung eine alles Maß übersteigende Erregung und Erbitterung gegen Oesterreich-

Ungarn ausgelöst. Es ist damals klar zutage getreten, daß weite Kreise des serbischen Volkes — ob und inwieweit hiebei fremder Einfluß im Spiele gewesen ist, mag dahingestellt bleiben — sich seit längerer Zeit daran gewöhnt hatten, die Okkupation der bosnischen Provinzen durch Oesterreich-Ungarn als ein Provisorium zu betrachten, an dessen Stelle in absehbarer Zeit deren definitive Vereinigung mit Serbien treten würde. Ja die Wirkung der Annexion auf die serbische Oeffentlichkeit läßt sich nur durch die Annahme voll erklären, daß es sich da offenbar nicht bloß um vage Träume und Zukunftshoffnungen handelte, sondern daß man in Serbien für die Verwirklichung jener Pläne bereits in sehr konkreter Weise gearbeitet und Opfer gebracht hatte. Daß alle jene, die sich solchen Illusionen hingaben und an derartigen Machenschaften beteiligt waren, von vorneherein nicht von freundlichen Gefühlen für die Monarchie erfüllt sein und die Realisierung ihrer Aspirationen nur von einer aggressiven Politik gegen Oesterreich-Ungarn erwarten konnten, liegt auf der Hand. Es hieße demnach historische Tatsachen in ihr Gegenteil verkehren, wollte man in der Annexion die Ursache der serbischen Gehässigkeit erblicken. Richtig ist vielmehr, daß unter dem Eindrucke unserer Maßregel, welche die gegen die Monarchie gerichteten Umtriebe im Nerv getroffen hatte, die wahre Gesinnung Serbiens uns gegenüber sich unwillkürlich in vollem Umfange manifestiert hat. Trotz dieser offenkundigen Feindseligkeit hat die Monarchie Serbien auch weiterhin das größte Maß von Entgegenkommen gezeigt und ist darin bis an die äußersten Grenzen gegangen, die ihr von ihren vitalen Interessen und ihrer eigenen Würde gezogen sind. In der Annexionskrise haben wir uns auf die unumgänglichsten Abwehrmaßregeln beschränkt und Serbien, sobald es eingelenkt und unseren bescheidenen Forderungen entsprochen hatte, die Möglichkeit zu einer Annäherung und zur Herstellung freundnachbarlicher Beziehungen geboten. Auch unsere Haltung in der jüngsten Balkankrise war keineswegs a priori von feindlichen Gefühlen gegen Serbien bestimmt. Sonst hätten wir wohl nicht ruhig zugesehen, wie die serbischen Truppen in den Sandschak eingerückt sind und das Kossovo und den größten Teil Mazedoniens besetzt haben. Gegen das Vorrücken auf albanisches Gebiet mußten wir allerdings unsere warnende Stimme erheben und gegen die dauernde Besitzergreifung Albaniens und der Adriaküste durch Serbien den allerentschiedensten Einspruch einlegen. Wenn in diesem Widerstande gegen ein Uebergreifen Serbiens auf fremdnationales Gebiet, das in weiterer Folge auch das Gleichgewicht an der Adria gestört hätte, ein Akt der Feindseligkeit zu erblicken wäre, so müßte sich der gleiche Vorwurf auch gegen Italien richten, mit dem wir in dieser ganzen Frage in so erfreulicher Uebereinstimmung vorgegangen sind. Unsere politische Orientierung Serbien gegenüber läßt sich dahin zusammenfassen, daß wir keine aggressiven Absichten gegen unseren südöstlichen Nachbar hegen, daß wir aber, solange die serbische Politik als letztes, wenn auch nicht offen eingestandenes Ziel die Losreißung gewisser Gebiete von der Monarchie anstrebt und solange sie sich als willenloses Werkzeug in den Dienst der von Rußland direkt oder indirekt patronisierten panslavistischen Idee stellt, in Serbien einen Gegner erblicken und unser Verhalten darnach einrichten müssen. Von diesem Gedanken bin

ich auch, wie Euer Exzellenz bekannt, in meinem Meinungsaustausche mit dem Berliner Kabinett über die durch die Balkankrise geschaffene Situation ausgegangen. Meine Darlegungen gipfelten in der Konklusion, daß wir, angesichts unseres gespannten Verhältnisses zu Serbien, als Gegengewicht zu diesem ein starkes Bulgarien wünschen müssen. Ich konnte mich in diesem Belange darauf berufen, daß man in Berlin zur Zeit, da die Leitung der deutschen Politik noch in den Händen Herrn von Kiderlens lag, allseits von derselben Auffassung ausgegangen ist und dieselbe auch Dritten gegenüber vertreten hat. Zu meinem aufrichtigen Bedauern mußte ich konstatieren, daß in den Ansichten der deutschen Regierung, speziell was Bulgarien anbelangt, seit dem letzten Herbste eine Wandlung eingetreten ist. Es hat sich ergeben, daß die maßgebenden Faktoren Deutschlands, insbesondere Kaiser Wilhelm, einer bulgarophilen Politik durchaus abgeneigt sind. Dies wird mit der Unverläßlichkeit der bulgarischen Politik sowie mit der Vermutung motiviert, daß Bulgarien durch geheime Abmachungen Rußland zur Gefolgschaft verbunden sei. Die eigentliche Ursache der heutigen Anschauungen des Berliner Kabinettes möchte ich aber weniger in diesen jedenfalls sehr diskutabeln politischen Erwägungen als in der Sympathie Kaiser Wilhelms für die rumänische und die griechische Dynastie und Höchstdessen Antipathie gegen die Person König Ferdinands erblicken. Namentlich die Rücksicht auf Griechenland hat seit dem Thronwechsel in Athen auf die deutsche Politik sichtlich erhöhten Einfluß gewonnen. Es ist mir in meiner mündlichen Aussprache mit Herrn von Jagow gelegentlich seines letzten Aufenthaltes in Wien immerhin gelungen, eine gewisse, wenn auch nicht durchgreifende Modifikation des deutschen Standpunktes herbeizuführen. Die Konzession, die mir der Staatssekretär machte, bestand in der Erklärung, daß das Berliner Kabinett unserer Politik in Sofia keine Hindernisse in den Weg legen werde, wobei er das Ansuchen stellte, über die Ausgestaltung unserer Beziehungen zu Bulgarien im laufenden erhalten zu werden. Meiner Ansicht nach können die Dreibundmächte nur dann auf einen Erfolg gegenüber der Tripelentente hoffen, wenn ihre Politik sowohl in ihren Zielen als in dem taktischen Vorgehen durchaus übereinstimmt. Der Herbeiführung eines vollen Einverständnisses innerhalb des Dreibundes kommt daher eine geradezu primordiale Bedeutung zu. Ich habe es mit lebhafter Befriedigung begrüßt, daß meine und Marquis di San Giulianos Ansichten über das Balkanproblem im allgemeinen und unsere Haltung Bulgarien gegenüber im besonderen vollkommen parallel laufen. Was speziell Bulgarien anbelangt, so fällt für uns wie für Italien, die wir beide gemeinsam auf die Schaffung eines lebensfähigen Albaniens hinarbeiten, noch die Tatsache ins Gewicht, daß Bulgarien als der einzige von den Balkanstaaten nicht nur kein Gegner Albaniens ist, sondern ebenso wie wir selbst an dem Entstehen und dem Fortbestand eines selbständigen Staatswesens in jenen Gebieten ein natürliches Interesse besitzt. Zur tatsächlichen Realisierung unserer übereinstimmenden Ziele am Balkan ist es jedoch unerläßlich, daß Deutschland nicht abseits steht, sondern in der gleichen Richtung aktiv mitwirkt. Es wäre mir daher in hohem Maße erwünscht, wenn Marquis di San Giuliano, so wie dies im Laufe der Pour-

parlers über die rumänisch-bulgarische Frage nicht ganz ohne Erfolg geschehen ist, in Berlin nochmals die leitenden Gesichtspunkte der italienischen Balkanpolitik bekanntgeben und insbesondere auf eine Modifikation der Haltung Deutschlands Bulgarien gegenüber hinwirken wollte. Die Stellung des Dreibundes zu Bulgarien ist im gegenwärtigen Augenblicke jedenfalls eine der aktuellsten Fragen. Wenn es unseren vereinten Bemühungen gelingt, das deutsche Kabinett für unsere Auffassung zu gewinnen, so würde dies zweifellos auch von der günstigsten Rückwirkung auf andere Fragen wie zum Beispiel die der südlichen Abgrenzung Albaniens begleitet sein, in denen wir, infolge des wenig entschiedenen Verhaltens Deutschlands, bisher keinen Fortschritt erzielen konnten. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich Marquis di San Giuliano gegenüber im Sinne der vorstehenden Ausführungen aussprechen und mir über das Ergebnis telegraphisch berichten zu wollen.

[a]) Vgl. n. 6862, 7538, 7566, 7605.

Nr. 7507. Tel. nach St. Petersburg Nr. 384 (1), Rom Nr. 711 (2), London Nr. 528 (3) und Berlin Nr. 459 (4), 26. Juni 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a])
Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 221 vom 25. d. M. Ich würde Werth darauf legen, daß Euer Exzellenz den nächsten sich ergebenden Anlaß benützen, um Herrn Sazonow in freundschaftlicher Weise die Gründe auseinanderzusetzen, welche es mir unmöglich machen, auf die Zugehörigkeit Koritzas zu Albanien zu verzichten. Die genannte Stadt stellt das Centrum dar, von welchem die nationale Bewegung der Albanesen ihren Ausgang genommen hat. Aus Koritza und Umgebung stammen die meisten Mitglieder der albanesischen Kolonien Rumäniens, Ägyptens und Nordamerikas, welche fortgesetzt ein reges Interesse an der nationalen Sache bekunden. Sowohl aus diesen Kreisen als auch aus Albanien selbst sind in der letzten Zeit zahlreiche Protestdepeschen gegen die griechischerseits prätendierte Losreißung Koritzas von Albanien an Seine k. u. k. Apostolische Majestät gelangt und kann mich der Eindruck, den diese Kundgebungen hier hervorgerufen haben, selbstverständlich in meiner Stellungnahme zugunsten der Belassung Koritzas bei Albanien nur bestärken. Hiezu kommt noch, daß wir — um den russischen Wünschen entgegenzukommen — bei Bestimmung der Nord- und Nordostgrenze Albaniens eine ganze Reihe bedeutender Städte, wie Ipek, Djakova, Prisren und Dibra, geopfert haben, was die wirtschaftlichen Interessen Albaniens und dessen Lebensfähigkeit so sehr beeinträchtigt, daß es gänzlich unmöglich wäre, analoge Konzessionen auch im Süden zu machen. Griechenland besitze übrigens eine genügende Anzahl städtischer Centren, und zwar sowohl in seinem bisherigen Gebiete, als in den ihm voraussichtlich zufallenden Neuerwerbungen. Was die von Herrn Sazonow hervorgehobenen griechischen Propaganda-Institutionen in Koritza betrifft, so ist deren Existenz hierorts zwar bekannt, ich kann hierin jedoch kein Argument für die künftige Zugehörigkeit der Stadt zu Griechenland erblicken. Vor allem muß bemerkt werden, daß die türkische Herrschaft der Etablirung albanesischer Schulen die größten Schwierigkeiten

entgegengestellt hat, was griechischen Schulanlagen gegenüber nicht der Fall war. Hievon ist auch griechischerseits der weitgehendste Gebrauch zu Propaganda-Zwecken gemacht worden. Während der seinerzeitigen macedonischen Reformaction ist wiederholt und insbesondere seitens russischer Organe das eigentümliche Vorgehen der griechischen Propaganda relevirt worden, welche die eigenen Stammesgenossen culturell vernachlässigt, hingegen fremden Elementen mit enormen materiellen Opfern die hellenische Nationalität künstlich aufzudrängen versucht. Während in wirklich griechischen Gegenden kaum die nöthige Zahl von Elementarschulen unterhalten wurde, hat man es für gut befunden, Macedoslaven, Kutzowalachen und Albanesen mit kostspieligen griechischen Anstalten (Gymnasien, Syllogen und dergleichen) zu betheilen, wobei man die patriarchistische Geistlichkeit als nationales Propaganda-Organ mißbrauchte. Es ist nicht lange her, daß russischerseits diese künstliche Aktion der Griechen gegenüber den Balkanslaven mit Recht gebrandmarkt und ihr energisch entgegengetreten wurde. Herr Sazonow wird daher gerechterweise zugeben müssen, daß diese Propaganda auch den Albanesen gegenüber weder eine Existenzberechtigung hat, noch als Argument für die Zugehörigkeit eines so wichtigen Punktes, wie Koritza, zu Griechenland gebraucht werden kann.

2.—4. Graf Thurn telegraphiert mir unterm 25. d. M. wie folgt: ... *wie n. 7496* ... Ich antworte Grafen Thurn wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Ich würde Wert darauf legen" bis zum Schlusse.) Vorstehendes zur eventuellen Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7550, 7560, 7575 Anm. b.

Nr. 7508. Tel. aus St. Petersburg, 26. Juni 1913 Nr. 224 (eing. 27. Juni 1 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 381 vom 21. d. M.[a]) Da Herr Sazonow, mit dem ich eine längere Unterredung hatte, mir gegenüber unsere Nichtteilnahme an dem von der Londoner Reunion vorgeschlagenen, auf die Demobilisierung der Balkanstaaten hinzielenden Kollektivschritte mit keinem Wort erwähnte und auch die Rede des ungarischen Ministerpräsidenten nicht zur Sprache brachte, habe auch ich es instruktionsgemäss vermieden, diesen Gegenstand ihm gegenüber zu berühren. Dem deutschen Botschafter gegenüber kam jedoch Herr Neratow vorgestern auf diese Angelegenheit zu sprechen, indem er unter Betonung des russischen Bestrebens, den Frieden zwischen den Balkanstaaten wenn irgend möglich aufrechtzuerhalten, bemerkte, die Monarchie scheine leider nicht von gleicher friedlicher Intention getragen zu sein; wenigstens mache die Rede des Grafen Tisza diesen Eindruck. Mein deutscher Kollege trat, wie er mir sagte, dieser Auffassung entschieden entgegen, und habe der Herr Adjoint schliesslich zugeben müssen, dass die Rede des Grafen Tisza eine solche Interpretation nicht zulasse. Graf Pourtalés hat aber den Eindruck gewonnen, dass die fragliche Rede hier einen sehr starken Eindruck gemacht hat, der, wenn er auch der Natur der Sache nach durchaus kein angenehmer sein konnte, doch insoferne ein heilsamer sein dürfte, als die russische Regierung daraus habe ersehen müssen, dass sich die Monarchie nicht aus den Balkanfragen

ausschalten lassen und im Einklang mit seinen Verbündeten es nicht zugeben könnte, dass sich Russland dort eine Art Protektorat anmasse. Thurn.

[a]) n. 7430.

Nr. 7509. Tel. aus St. Petersburg, 26. Juni 1913 Nr. 225 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Mein deutscher Kollege hat den Auftrag erhalten, der hiesigen Regierung ausdrücklich zu erklären, daß Deutschland auch, was die Süd- und Südostgrenze Albaniens anbelangt, mit seinen Verbündeten vollkommen solidarisch ist und deren Auffassung auch in dieser Beziehung vollinhaltlich teilt und unterstützt. Dieses Auftrages hat sich Pourtalès, wie er mir sagte, vorgestern Herrn Neratow gegenüber entledigt. Thurn.

[a]) Vgl. n. 7462.

Nr. 7510. Tel. aus Sofia, 26. Juni 1913 Nr. 603 (eing. 27. Juni 3 U. a. m.).[a]) Entziff.

Rumänischer Gesandter sagte mir, er habe bis jetzt keine Instruktionen zu Verhandlungen mit Herrn Danew erhalten; gestern sei Herrn Ghika eine Depesche aus Bukarest zugegangen, in der Standpunkt rumänischer Regierung geschildert und die damit schließt, que la Roumanie ne causera plus avec la Bulgarie. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7515, 7517, 7526, 7539.

Nr. 7511. Privatschreiben aus Sofia, 26. Juni 1913.[a]) Entziff.

Ich sehe, daß die Herren im Ministerium mit meiner Auffassung nicht einverstanden sind, daß uns ein unbefriedigtes, das heißt ein solches Bulgarien, das, auf unsere Unterstützung angewiesen, sich mit uns einlassen müßte, erwünscht wäre.[b]) Den wichtigen Gründen, aus welchen wir unbedingt ein sofort erfolgreiches Bulgarien zu brauchen und kein anderes vertragen zu können scheinen, verschließe ich mich nicht, kann aber nicht umhin, für unsere hiesige Politik die Umstände zu bedauern, die es uns nicht gestatten, ein vorübergehend unbefriedigtes Bulgarien zu wünschen. In meiner Anschauung, daß wir von einem durch russischen Schiedsspruch zufriedengestellten oder im Kriege gegen Serbien dank nur eigener Kräfte leicht siegreichen Bulgarien nichts Gutes erwarten können, hat mich die gestrige Sprache Herrn Danews (meine Telegramme Nr. 596 und 597) noch bekräftigt. Nur eine — leider kaum zu erwartende — arge Enttäuschung, die Bulgarien durch russischen Schiedsspruch erfahren würde, könnte hier eine günstigere Atmosphäre schaffen, was aber kaum genügen dürfte, um nur über Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, die sich infolge der Haltung Rumäniens unserer hiesigen Politik entgegenstellen werden. Den Erklärungen Herrn Danews bezüglich Serbiens scheint nur schwer größerer Wert beizumessen. Kaum hatte er sie abgegeben, als er schon gestern auf wahrscheinlichere Unmöglichkeit der von uns gewünschten Orientierung bulgarischer Politik hinwies und von eventueller Annäherung Bulgariens an Serbien sprach, die nach seiner Ansicht nicht unbedingt gegen Monarchie gerichtet sein müßte.

Eigentlich erwartet Danew von uns nur das, was wir ihm nicht gewähren können, nämlich Druck auf Rumänien. Ohne noch Wünsche zu hegen, von denen ich mich überzeugt, daß sie mit jenen der Zentrale nicht übereinstimmen, möchte ich bloß meiner Ansicht dahin Ausdruck geben, daß der sicherste Weg, auf dem wir hier politische Erfolge erzielen könnten, ein für Bulgarien mit Echecs verbundener Krieg gegen Serbien wäre. In diesem Falle könnten wir eventuell den Bulgaren aktiv unter die Arme greifen und in Lage kommen, Bedingungen zu stellen, wie auch Gang der Ereignisse zu bestimmen, wobei sich Möglichkeit ergeben könnte, auf Kosten Serbiens aufrichtige Verständigung zwischen Bulgarien und Rumänien herbeizuführen. Solange Bulgarien nicht in Zwangslage kommt, sich uns zuzuwenden und dadurch von Rußland bis zu einem gewissen Grade zu entfernen, müssen wir meiner Überzeugung nach auf unangenehme Überraschungen seitens Danews gefaßt sein. Tarnowski.

[a]) Adressat (im Ministerium des Äußern) aus den Akten nicht festzustellen. — [b]) Vgl. n. 7445.

Nr. 7512. Tel. aus Athen, 27. Juni 1913 Nr. 419 (eing. 6 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Herr Streit hat hieher gemeldet, daß sich unser Allergnädigster Herr kürzlich ihm gegenüber in dem Sinne ausgesprochen hätte, Griechenlands Platz wäre eigentlich an der Seite des Dreibundes. Haltung Euer Exzellenz wäre aber sehr reserviert. Ich erhielt diese Nachricht von meinem deutschen Kollegen, der sie aus dem Munde des Königs hat. Braun.

[a]) Vgl. n. 7513, 8510.

Nr. 7513. Tel. aus Athen, 27. Juni 1913 Nr. 427 (eing. 28. Juni 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Aeussern scheint günstigen Bericht von den Herren Zaimis und Streit erhalten zu haben, denn er äusserte sich zu mir befriedigt über unsere Sprache und Haltung, die „endlich" anfange, weniger antigriechisch zu sein, als bisher. Braun.

[a]) Vgl. n. 7459, 7512, 8510.

Nr. 7514. Tel. nach Belgrad, 27. Juni 1913 Nr. 171 (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 401 vom 25. d. M. Es erschiene mir nicht angezeigt, daß Euer Hochwohlgeboren irgend eine Aktion unternehmen, welche zum Zwecke hätte, die uns gewiß nicht sympathische Kandidatur Spalajković für das Ministerium des Äußern zu konterkarrieren. Denn einerseits besteht die Gefahr, daß bei der jetzigen exaltierten und monarchiefeindlichen Stimmung in Belgrad Ihre Stimme ungehört verhalle, — was uns in eine noch schwierigere Situation versetzen würde — andererseits ist zu erwarten, daß Herr Spalajković — der, wie Euer Hochwohlgeboren selbst bemerken, in der letzten Zeit etwas Wasser in seinen Wein gegossen zu haben scheint — evitieren wird, uns zu brüsquieren. Ich halte daher dafür, daß wir die Entwicklung dieser Angelegenheit

ohne einzugreifen abwarten sollten. Würde jedoch von irgend einer Seite die Anfrage an Euer Hochwohlgeboren gerichtet werden, wie Sie sich zur Wahl des Herrn Spalajković verhalten, so wollen Euer Hochwohlgeboren sich darauf beschränken, zu bemerken, daß die Antezedentien dieses Herrn nicht solche sind, welche die Anbahnung guter Beziehungen Serbiens zur Monarchie erleichtern könnten. Würde schließlich Herr Spalajković in das Auswärtige Amt einziehen, so wollen Euer Hochwohlgeboren sich demselben gegenüber kühl und reserviert verhalten, ohne die ihm als Minister des Äußern gebührenden Rücksichten zu verletzen und abwarten, welche Haltung er der k. und k. Gesandtschaft und der Monarchie gegenüber einnehmen wird. Berchtold.

Nr. 7515. Tel. nach Berlin, 27. Juni 1913 Nr. 461 (chiffr. 28. Juni 12 U. 5 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. Matscheko und Berchtold; G. Berchtold).

In meinem Telegramm Nr. 455 vom 25. l. M. habe ich Euer Exzellenz Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß die Triple-Entente in Bukarest dahin zu wirken bemüht ist, eine Verständigung zwischen Rumänien und Bulgarien zu hintertreiben. Wie mir Prinz Fürstenberg meldet,[b]) haben russischer und französischer Gesandte Herrn Majoresco informiert, daß infolge provokatorischen Vorgehens Bulgariens Abbruch bulgarisch-serbischer Verhandlungen erfolgt sei und Kriegsausbruch imminent bevorstehe. Infolge dieser Mitteilung wäre Mobilisirung rumänischer Armee für heute oder morgen zu erwarten. Einer weiteren Meldung des k. und k. Gesandten in Bukarest[c]) zu Folge, habe rumänische Regierung gestern abends Mitteilung an bulgarische Regierung ergehen lassen, daß Rumänien im Falle des Kriegsausbruches in Aktion treten werde. Aus diesen Meldungen ist ersichtlich, daß die Bemühungen der Triple-Entente in Bukarest nicht erfolglos geblieben sind und die rumänische Regierung am besten Wege ist, das russische Spiel am Balkan im Gegensatze zur Dreibundpolitik und zu seinem eigenen Schaden zu spielen. Die selbständige und dem russischen „Protektor" gegenüber wenig gefügige Haltung Bulgariens versucht das Petersburger Kabinett dadurch zu paralysiren, daß es Rumänien zu einer drohenden Haltung gegen Bulgarien aneifert, welche allein schon genügen könnte, letzteres den russischen Plänen gefügiger zu machen und einen kriegerischen Zusammenstoß zwischen Bulgarien und Serbien zu verhindern. Ein solcher wäre aber, wie Herr von Jagow laut Euer Exzellenz Telegramm Nr. 270 vom 13. l. M. selbst so treffend bemerkt hat, vom Standpunkt des Dreibundes sehr erwünscht gewesen. Die natürliche Folge der drohenden Haltung Rumäniens wird nicht allein die sein, daß der im Interesse des Dreibundes gelegene Zusammenstoß der beiden slawischen Balkanstaaten unterbleibt, sondern daß Bulgarien sich notgedrungen unter dem Protektorate Rußlands an Serbien anschließen würde, ein Bund, welcher seine Spitze vornehmlich gegen Österreich-Ungarn richten würde. Dieser Balkanbund wird aber — selbst wenn Griechenland demselben ferne bleiben wollte und könnte — einen militärisch nicht zu unterschätzenden Faktor in den Händen der Triple-Entente bilden, dem gegenüber Rumänien auch im

Vereine mit Griechenland kein Äquivalent zu bieten vermag. Rumänien wird aber dann, durch Bulgariens Gegnerschaft lahmgelegt, in einem europäischen Konflikte seiner Aufgabe, einen Teil der russischen Streitkräfte zu binden, nicht mehr gerecht werden können. Wenn Rumäniens Haltung einerseits den Interessen des Dreibundes abträglich ist, so birgt dieselbe andererseits in der Zukunft noch große Gefahren für Rumänien selbst. Seine Situation zwischen Rußland und einem starken, feindlich gesinnten Bulgarien wird eine ungünstige und selbst gefährliche sein. Das einzige Mittel, diese Gefahr, welche Rumänien (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 293 vom 24. l. M.) selbst zu befürchten scheint, abzuwenden, wäre meiner Ansicht nach nur in einer dauernden Verständigung Rumäniens mit Bulgarien zu suchen, in welchem Sinne wir uns in Bukarest seit langem nachdrücklichst, leider aber erfolglos, ausgesprochen haben. Auch die von Herrn von Jagow laut Euer Exzellenz letztzitiertem Telegramme ausgedrückte Ansicht, Rumänien werde sich in einem eventuellen serbisch-bulgarischen Kriege nicht auf Seite Serbiens stellen, scheint sich insoferne nicht zu bestätigen, als ein hostiles Auftreten Rumäniens gegen Bulgarien in diesem Momente factisch ein Zusammengehen mit Serbien involvirt. Ich müßte dies umsomehr bedauern, als, wie dem Berliner Kabinette bekannt, Österreich-Ungarn, welches das Entstehen eines Großserbiens keinesfalls dulden könnte, im Falle einer entscheidenden Niederlage Bulgariens dem siegreichen Serbien in den Arm fallen müßte. Euer Exzellenz wollen sich im vorstehenden Sinne beim Herrn Reichskanzler, bezw. Staatssecretär vernehmen lassen und hinzufügen, daß wir — trotz der eingangs erwähnten Nachrichten aus Bukarest — doch annehmen müßten, daß es in Rumänien nicht ohne Eindruck bleiben könnte, wenn unsere beiderseitigen Vertreter in nachdrucksvoller Weise sich in ganz gleichem Sinne unter Verwertung der Rumänien betreffenden, in den zwei letzt vorangehenden Alineas[d]) enthaltenen Konsiderationen vernehmen ließen. Hiebei wäre auch auf die ernste Gefahr hinzuweisen, daß ein hostiles Auftreten in diesem Momente Bulgarien gegenüber die Beziehungen zu demselben auf die Dauer kompromittiren und einen Konflikt mit demselben, wenn nicht jetzt, so doch später unvermeidlich machen würde. Falls Rumänien in dieser Richtung hartnäckig weiterschreiten und auf diese Art einem Konflikte mit Bulgarien zutreiben sollte, so könnte es nicht erwarten, daß der Dreibund das Königreich vor den ernsten Gefahren einer solchen Politik, vor der wir jetzt so eindringlich warnen, schützen würde. Gleichzeitig möchten wir aber der Erwartung Ausdruck geben, daß die rumänische Regierung doch Bedenken tragen werde, eine Haltung einzunehmen, welche sie notwendigerweise in einen Gegensatz zur Politik ihrer Verbündeten bringen müßte, und eine von dem bisherigen traditionellen Wege abweichende Richtung einzuschlagen, die uns nicht ohne Gefahren für das Königreich zu sein scheint. Ich erhalte soeben Euer Exzellenz Telegramm vom 27. d. M. Nr. 297. Zu den darin wiedergegebenen Meldungen Herrn von Waldthausens wollen Euer Exzellenz bemerken, daß laut Meldung Grafen Tarnowskis, ihm Herr Danew und Herr Ghika übereinstimmend mitgeteilt hätten, daß der bulgarische Konseilspräsident sich mit der direkten — gewiß sehr entgegen-

kommenden — Frage an den rumänischen Gesandten gewendet habe, was Rumänien für seine Neutralität verlange Diese Frage ist von rumänischer Seite unbeantwortet geblieben und Herr Ghika hat Grafen Tarnowski mitgeteilt,[e] er habe am 25. d. M. eine Depesche seiner Regierung erhalten, wonach Rumänien mit Bulgarien nicht verhandeln wolle. Von einem Entgegenkommen Rumäniens könne bei dieser Sachlage demnach nicht die Rede sein. Da somit die Voraussetzungen, von denen Herr von Jagow bei seiner ablehnenden Haltung gegenüber einer Demarche in Bukarest ausgegangen ist, nicht zutreffen, wollen Euer Exzellenz die vorliegende Weisung zur Ausführung bringen und nachdrücklich darauf hinwirken, daß die von mir gewünschten Instruktionen an den deutschen Gesandten in Bukarest erlassen werden. Euer Exzellenz wollen hiezu bemerken, daß ich Prinzen Fürstenberg unter einem im selben Sinne anweise.[f] Berchtold.

[a] Vgl. n. 7516, 7518, 7528. — [b] n. 7519. — [c] n. 7520. — [d] Die zwei letzt vorangehenden Alineas beginnen mit „Wenn Rumäniens Haltung" und „Auch die von Herrn von Jagow"; das letztere schließt mit „in den Arm fallen müßte". — [e] Vgl. n. 7510. — [f] n. 7518.

Nr. 7516. Tel. aus Berlin, 27. Juni 1913 Nr. 297 (eing. 3 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 455 vom 25. d. M. Rumänisch-bulgarische Verhandlungen. Staatssekretär behauptet, dass die Euer Exzellenz zugekommene Nachricht, wonach betreffs einer rumänisch-bulgarischen Verständigung in Sofia nicht ungünstige Dispositionen bestünden, nach den Berichten deutschen Gesandten in Bukarest den Tatsachen nicht entspreche. Herr von Waldthausen melde, König Karl habe ihm vertraulich mitgeteilt, dass Verhandlungen zwischen Herrn Danew und dem rumänischen Gesandten in Sofia zu gar keinem Resultate geführt hätten; Herr Danew habe sich nicht dazu bewegen lassen, auf die sehr entgegenkommenden Vorschläge rumänischer Regierung einzugehen und die Besprechungen zwischen ihm und dem rumänischen Gesandten seien eigentlich nichts anderes als „ganz allgemein gehaltene Causerien" gewesen. Unter diesen Umständen — so erklärte König von Rumänien in sehr aufgebrachtem Ton — sei er nicht mehr in der Lage, Verhandlungen mit Bulgarien fortzusetzen. Bei dieser Sachlage, meinte Staatssekretär, könne es deutsche Regierung nicht auf sich nehmen, Rumänien zu einer Verständigung mit Bulgarien zu drängen, da sonst Gefahr bestehe, Rumänien von uns, Österreich-Ungarn und Deutschland, ganz zu entfremden. Es handle sich nicht darum, dass, wie von mancher Seite in Bukarest behauptet werde, die bulgarophilen Bestrebungen Österreich-Ungarns in Berlin auf kein Verständnis stossen; dies sei in dieser Form keineswegs richtig. Deutsche Regierung lege nach wie vor auf die Erhaltung des bundesfreundlichen Verhältnisses Rumäniens zu Deutschland und Österreich-Ungarn das allergrösste Gewicht und sei bestrebt, in diesem Sinne in Bukarest entsprechend einzuwirken und bestehende Missverständnisse auszugleichen. Dass die Tripleentente in Bukarest und Sofia sich bemühe, eine Verständigung zu hintertreiben, scheine richtig zu sein; doch

könne passives Verhalten Deutschlands in dieser Hinsicht keineswegs so gedeutet werden, dass es die Tendenzen der Ententemächte unterstütze. Nach der kategorischen Erklärung König Karls wäre es nach Ansicht des Staatssekretärs ein Fehler, Rumänien noch weiterhin zu Verhandlungen mit Bulgarien zu drängen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 7460, 7515, 7528.

Nr. 7517. Tel. nach Bukarest, 27. Juni 1913 Nr. 261 (chiffr. 5 U. p. m.). Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

Graf Tarnowski telegrafiert unterm 26. d. M. ... *wie n. 7510 in extenso* ... Vorstehende Meldung ist nicht im Einklange mit Euer Durchlaucht Tel. Nr. 161 von gestern und würde ich Wert darauflegen, dass Euer Durchlaucht den Sachverhalt aufklären. Berchtold.

Nr. 7518. Tel. nach Bukarest, 27. Juni 1913 Nr. 263 (chiffr. 12 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Nemes).

Aus Euer Durchlaucht telegraphischen Meldungen geht hervor, ... *wie n. 7515 von „daß die Bemühungen der Triple-Entente in Bukarest" bis „zwischen Bulgarien und Serbien zu verhindern"* ... Diese Haltung Rumäniens scheint uns große Gefahren für das Königreich selbst mit sich zu bringen. ... *wie n. 7515 von „Seine Situation zwischen Rußland" bis „erfolglos ausgesprochen haben"* ... Wenn auch Rumänien nach dem Ausspruche Herrn Majorescos nicht mit Serbien zu kooperieren vorhat, so würde doch ein feindseliges Vorgehen gegen Bulgarien im gegenwärtigen ... *wie n. 7515 von „Momente factisch ein Zusammengehen" bis „in den Arm fallen müßte"* ... Ein hostiles Auftreten Rumäniens gegen Bulgarien im gegenwärtigen Momente würde ferner die Beziehungen zu demselben auf die Dauer kompromittieren und einen Konflikt, wenn nicht jetzt, so doch später, unvermeidlich machen. ... *wie n. 7515 von „Falls Rumänien in dieser Richtung" bis „schützen würde"* ... Ich möchte aber ... *wie n. 7515 von „der Erwartung Ausdruck geben" bis „für das Königreich zu sein scheint"* ... Euer Durchlaucht wollen sich im Sinne des Vorstehenden nachdrücklichst zu Herrn Majoresco aussprechen. Zu Ihrer Information füge ich hinzu, daß ich mich unter einem an das deutsche Kabinett wende, damit Herr von Waldthausen zu einer analogen Demarche beauftragt werde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7519, 7544, 7570.

Nr. 7519. Tel. aus Bukarest, 27. Juni 1913 Nr. 162 (eing. 1 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Wie mir gestern abends mein russischer und französischer Kollege mitteilten, wäre, ihren Informationen zufolge, durch provokatorisches Vorgehen Bulgariens Abbruch bulgarisch-serbischer Verhandlungen erfolgt und Kriegsausbruch imminent. Nachdem sie Majoresco darüber informiert, wäre Mobilisierung rumänischer Armee für heute oder morgen zu erwarten, falls nicht in letzter Stunde Einlenken Bulgariens erfolgt. Halte hiesige Mobilisierung für grosse Gefahr, da, abgesehen von sofortiger Besetzung gewünschter Linie, es schwer halten wird, weiteres aggressives Vorgehen

zu verhindern. Das systematische Vorenthalten einer jeden aktuellen Information über jeweiligen Stand der eintretenden Krise macht es dem hiesigen k. u. k. Vertreter, hauptsächlich im jetzigen Augenblick, fast unmöglich, im Interesse Allerhöchsten Dienstes zu wirken, besonders im Hinblick darauf, daß französischer und russischer Gesandter täglich über Lage in Sofia und Belgrad im Laufenden gehalten werden und dadurch in die Lage gesetzt sind, hiesige Regierung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7515, 7518.

Nr. 7520. Tel. aus Bukarest, 27. Juni 1913 Nr. 163 (eing. 1 U. p. m.).[a]) Entziff.

Wie ich erfahre, hat rumänische Regierung gestern abends Depesche nach Sofia gerichtet, worin Mitteilung an bulgarische Regierung enthalten, dass Rumänien im Falle des Kriegsausbruches in Aktion treten werde.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7515.

Nr. 7521. Tel. aus Bukarest, 27. Juni 1913 Nr. 165 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 260 von heute. Rumänisch-bulgarische Verhandlungen. Wie heute Situation hier steht, handelt es sich nicht darum, welche Lösung Herr Danew vorzieht, sondern bulgarische Regierung müßte, wenn sie sich rumänische Neutralität mit einiger Wahrscheinlichkeit sichern will, diese sich mit direktem Angebot Linie Turtukaia—Balčik erkaufen.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 321 Nr. 637.

Nr. 7522. Tel. nach London Nr. 531 (1) und Sofia Nr. 319 (2), 27. Juni 1913 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Bezug mein Telegramm Nr. 450 vom 5. d. M. Graf Tarnowski telegraphiert unterm 25. d. M.: ... *wie n. 7501 in extenso* ... Euer Exzellenz wollen die Frage von Samothrake in der Réunion zwar nicht selbst aufs Tapet bringen, aber einen von anderer Seite gestellten bezüglichen Antrag, welcher diese Insel Bulgarien zuweisen würde, unterstützen. Dem dortigen bulgarischen Gesandten gegenüber wollen sich Euer Exzellenz — falls er auf diese Frage zu sprechen käme — wie bei der früheren Gelegenheit dahin äußern, daß wir bulgarische Wünsche stets nach Möglichkeit unterstützen und ihm auch von Ihren gegenwärtigen, Samothrake betreffenden Instruktionen Mittheilung geben.

2. Zu Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 599 vom 25. d. M. und meinem Telegramme Nr. 273 vom 5. d. M. Ich theile Inhalt erstzitierten Telegrammes Grafen Mensdorff mit und füge bei: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Euer Exzellenz wollen die Frage von Samothrake" bis Schluß.) Vorstehendes zur Verwerthung bei Herrn Danew.

Berchtold.

Nr. 7523. Tel. aus London, 27. Juni 1913 Nr. 489 (eing. 28. Juni 12 U. 10 M. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 526. Bezüglich der Interpretation über die Resolution betreffend accès commercial für Serbien habe

ich Einigung mit russischem Botschafter erzielt, der nur noch ein Telegramm aus Petersburg abwartet. Sobald dieses eingetroffen ist, werden Graf Benckendorff und ich den vereinbarten Text der Interpretation Sir E. Grey und den Kollegen mitteilen. Voraussichtlich dürfte diese Interpretation bei der nächsten Reunion angenommen werden, wobei mit noch größerer Insistenz auf die Wiederholung der Erklärung an Serbien gedrungen werden wird, welcher alle anderen Mächte schon ausdrücklich zugestimmt haben. Indem ich Euer Exzellenz Zustimmung hiezu erkläre, werde ich verlangen, daß die Serben auch neuerdings aufgefordert werden, das Albanien zugesprochene Gebiet zu räumen. Im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 477 vom 14. d. M. haben wir erreicht, daß bezüglich des Minoritätenschutzes die Resolution vom 22. März l. J. in ihrer ursprünglichen Form wiederholt werde. Der diesbezügliche neuerliche Reunionsbeschluß vom 23. d. M. (mein Telegramm Nr. 479) über die Interpretation dürfte von allen Mächten angenommen werden. Graf Benckendorff hat hiezu bereits die Ermächtigung. Ich hielte es für sehr bedauerlich, wenn die Ausführung dieses letzten Reunionsbeschlusses vom 23. Juni, in welchem unser Standpunkt angenommen wurde, dadurch in Frage gestellt würde, daß ich die vorherige Diskussion über die von Euer Exzellenz gewünschten acht Punkte verlange. Es ist wohl nicht zu erwarten, daß bis nächsten Montag eine Einigung zwischen Wien und Petersburg über diese acht Punkte erzielt sein wird. Ich würde unvorgreiflich meinen, daß es wichtig wäre, daß die Wiederholung des Reunionsbeschlusses vom 22. März in der ursprünglichen Form in Belgrad und Cetinje jetzt erfolgen sollte — was ja unser Verlangen war. Ich könnte gleichzeitig in der Reunion erklären, daß bezüglich näherer Definierung des Minoritätenschutzes die k. u. k. Regierung mit Petersburg in Verbindung steht und sich vorbehalte, nach Erzielung eines Einvernehmens darüber den anderen Mächten ein ...[b] vorzulegen, in welchem die Interpretation des Minoritätenschutzes näher ausgeführt wird, als dies in unserem Reunionsbeschluß vom 23. d. M. der Fall war. Ich glaube aber nicht, daß dadurch die Wiederholung des Reunionsbeschlusses vom 22. März in seiner ursprünglichen Form in Belgrad und Cetinje verzögert werden sollte, da wir dadurch riskieren, daß die Wiederholung überhaupt wieder in Frage gestellt werde. Ich bitte um telegraphische Weisung, ob die von mir vorstehend beantragte Vorgangsweise die Genehmigung Euer Exzellenz findet.

[a]) Vgl. n. 7532. — [b]) Chiffre fehlt. Mensdorff.

Nr. 7524. Tel. aus Rom, 27. Juni 1913 Nr. 392 (eing. 7 U. a. m.). Entziff.

Schutz der Minoritäten. Bei Aussprache auf Grund hohen Telegrammes Nr. 703 vom 25. d. M. bemerkte Minister des Äussern vor allem neuerlich, dass die in der Reunion vom 23. d. M. beschlossene Formel vom Grafen Mensdorff gemeinsam mit seinem italienischen Kollegen entworfen worden sei. Marquis San Giuliano wird nunmehr den Marquis Imperiali anweisen, unsere 8 Punkte zu unterstützen, falls tatsächlich keine heftige Opposition der anderen Mächte eintritt und Junctim mit der Adria-Bahn entfällt. Mérey.

Tel. nach Sofia, 27. Juni 1913 Nr. 319 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 7522.

Nr. 7525. Tel. aus Sofia, 27. Juni 1913 Nr. 607 (eing. 28. Juni 4 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Im Laufe der Unterredung, die soeben mit Herrn Danew hatte, sagte er spontan, er habe heute Besuch Herrn Ghikas empfangen, der ...[b] Antwort auf Frage Bulgariens, ob Rumänien und um welchen Preis zur wohlwollenden Neutralität bereit wäre, Konseilspräsidenten mitgeteilt hätte, dass „Rumänien im Falle serbisch-bulgarischen Krieges mobilisieren würde". Herr Danew hätte mit rumänischem Gesandten Explikation gesucht, habe aber blos Phrasen zu hören bekommen. Konseilspräsident äusserte sich zu mir über Attitude Rumäniens mit grösster Erbitterung; gute Antwort habe er von rumänischer Regierung nicht erwartet, dass sich aber Rumänien direkt auf Seite Serbiens und Griechenlands stelle, hätte er nicht gedacht. Mitredner wiederholte einige seiner Bemerkungen, wie in meinem Telegramme Nr. 596 vom 25. d. Mts. über rumänische Haltung. Ich bemerkte bloss, Danew könne sich vorstellen, wie unsere Rolle zwischen den beiden uns befreundeten Staaten (Rumänien und Bulgarien) unangenehm und schwierig. Ich fügte hinzu, dass ich Euer Exzellenz mein letztes Gespräch mit Herrn Danew berichtet hätte und sobald etwas in Konseilspräsidenten am Herzen liegender Angelegenheit erhalte, ihm mitteilen würde. Danew dankte.

[a]) Vgl. n. 7526, 7539, 7564. — [b]) Ein Wort fehlt. Tarnowski.

Nr. 7526. Tel. aus Sofia, 27. Juni 1913 Nr. 608 (eing. 28. Juni 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 607 von heute. Rumänischer Kollege besuchte mich und teilte mir spontan mit, seit Depesche, von der er mir gestern gesprochen (mein Telegramm Nr. 603 vom 26. d. Mts.), sei ihm Auftrag zugegangen, Herrn Danew zu eröffnen, daß Rumänien im Falle Krieges mobilisieren werde. Herr Ghika hätte sich dieser Demarche bereits entledigt. Auf meine Frage nach Eindruck, den Demarche auf Herrn Danew gemacht, antwortete rumänischer Kollege, er glaube, Impression sei sehr schwach gewesen, was selbstverständlich, da man hier friedlicher Lösung so gut wie sicher wäre. Herr Ghika schien Schritt, den er ausgeführt, für ganz inopportun zu halten. Rumänischer Kollege weiß noch nicht, daß mir Herr Danew von seiner Demarche gesprochen. Ich will hoffen, fürchte aber, es ist eitle Hoffnung, daß unter allen Umständen bedauerliche Haltung Rumäniens zumindest nicht Versöhnlichkeit Bulgariens oder gar beider Teile zur Folge haben, sondern nur Intransigenz Serbiens hervorrufen wird.

[a]) Vgl. n. 7539, 7541. Tarnowski.

Nr. 7527. Tel. aus Sofia, 27. Juni 1913 Nr. 610 (eing. 28. Juni 11 U. a. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 315 von gestern erhalten. Betreffend Albanien. Ich habe mich Herrn Danew gegenüber im aufgetragenen Sinne ausgesprochen, glaubte nur, vorbehaltlich Euer Exzellenz Zustimmung,

vorläufig Inhalt des dritten Alineas[a] bloss durch (allgemeine)[b] Bemerkung andeuten zu sollen, da ich befürchtete, sonst Danew in Meinung zu bekräftigen, dass alle übrigen Balkanstaaten unserer Politik hostil und dass wir daher auf Bulgarien angewiesen, welche hier ohnehin verbreitete Anschauung unsere Stellung schwächt. Eröffnungen schienen Herrn Danew wirklich zu interessieren und er ersuchte, Euer Exzellenz zu danken. Er bestätigte, dass Bulgarien Albanien mit Sympathie betrachte und bemerkte, es sei bekannt, dass wir Ochrida in Voraussetzung ausgeschieden hätten, dass dieser Ort Bulgarien zufallen würde. Danew freue sich, dass uns möglichst lange bulgarisch-albanesische Grenze entsprechen würde, da Bulgarien denselben Wunsch habe. Südlicher Teil der an Albanien anstossenden Gebiete (und zwar)[b] von der Gegend des Prespa-Sees südwärts mit Florina und Kastoria sei von Griechen besetzt. Bulgarien beanspruche diese von Bulgaren bewohnten Gebiete mit Ausnahme von Korča, welches albanisch bleiben würde. Konseilspräsident nehme dankbar zur Kenntnis, dass wir obenerwähnte, von Griechen besetzte Territorien in bulgarischen Besitz übergehen lassen möchten, und er werde mit mir auf Frage zurückkommen. Nordöstlicher Teil der an Albanien anstossenden Gebiete, nämlich vom Prespa-See angefangen, Ochrida, Struga bis Dibra sei von Serben besetzt. Bulgarien wünsche auch dieses Gebiet ganz zu bekommen. Da Gebiet Struga—Dibra in strittige Zone falle, über die Russland als Arbiter entscheiden solle, könne Konseilspräsident darüber vorläufig mit uns nicht verhandeln, sondern müsse abgewartet werden, ob es zur Arbitrage kommen werde. Auf meine Frage, ob das Gerücht wahr, welches ich hier kürzlich gehört, nämlich dass Bulgarien um Struga und Dibra zu besitzen, sich bereit erklärt habe, südliche Grenze strittiger Zone im Osten noch weiter südlich zu verlegen, antwortete Herr Danew, dass Bulgarien tatsächlich grössten Wert auf Besitz von Struga und Dibra lege und Russland bereits nahegelegt habe, dass man es hier sehr hart empfinden möchte, wenn Arbiter diese Gegend Serbien zusprechen würde. Es sei wahr, dass Bulgarien sich bereit erklärte, auf andere Ortschaften zu verzichten, wenn es Dibra und Struga bekomme, diese Kompensationen seien aber nur in Gegenden der strittigen Zone gedacht. Dass Bulgarien auf kleinstes Stück Land ausserhalb strittiger Zone verzichte, sei ausgeschlossen; Bulgarien erwarte, dass ihm Arbiter einen Teil strittiger Zone zuspreche und habe Wunsch ausgesprochen, dass dieser Teil eben Struga und Dibra umfasse. Zu dieser letzteren Äusserung Herrn Danews möchte bemerken, dass sie für sehr wichtig und, insoferne Bulgarien an dem Standpunkte, dass es einen Teil strittiger Zone haben muss, festhalten wird, für erfreulich halte, da daraus für Schiedsrichter Schwierigkeiten entstehen könnten. Tarnowski.

[a] Drittes Alinea von n. 7493 reicht von „Inseratur aus Telegramm sub 1“ bis „Bulgarien zufalle“. — [b] Chiffre verstümmelt.

Tel. nach Berlin, 28. Juni 1913 Nr. 463 (chiffr. 29. Juni 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7529.

Tel. nach Berlin, 28. Juni 1913 Nr. 464 (chiffr. 29. Juni 3 U. a. m.). Siehe n. 7532.

Nr. 7528. Tel. aus Berlin, 28. Juni 1913 Nr. 302 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 461 von gestern, betreffend rumänisch-bulgarischen Konflikt. Auftraggemäß habe ich mich mit Verwertung von Euer Exzellenz Argumenten bemüht, Staatssekretär zu überzeugen, wie sehr es in unserem beiderseitigen Interesse und in dem von Rumänien selbst liegen würde, wenn Deutschland sich unserer Demarche in Bukarest anschlösse. Staatssekretär ersuchte um eine gegenständliche Aufzeichnung und versprach, nach gründlicher Prüfung und Beratschlagung mit dem Reichskanzler, morgen definitive Antwort zu geben. Zu seinem lebhaften Bedauern müsse er aber schon jetzt konstatieren, daß die deutsche Regierung kaum in der Lage sein werde, von ihrer Auffassung (vide mein Telegramm Nr. 297 von gestern) abzugehen und Euer Exzellenz Wünschen zu entsprechen. Nach einem soeben eingetroffenen Telegramm des deutschen Gesandten in Bukarest habe König Karl diesem versichert, daß der bulgarische Ministerpräsident sich zwar tatsächlich an Herrn Ghika mit der Frage gewendet habe, was Rumänien für seine Neutralität verlangen würde, nach der erhaltenen Antwort desselben aber, wonach er — Ghika — in dieser Beziehung noch keine Instruktionen hätte, das Einlangen derselben nicht weiter abgewartet und alle weiteren Verhandlungen abgebrochen hätte. Im Laufe der Unterredung, welche Herr von Waldthausen mit dem König von Rumänien hatte, habe Seine Majestät neuerdings versichert, daß er in einem eventuellen serbisch-bulgarischen Krieg sich auf keinen Fall auf Seite Serbiens stellen werde. Szögyény.

[a] Vgl. n. 7542, 7564 Anm. b.

Nr. 7529. Tel. nach Bukarest Nr. 269 (1) und Berlin Nr. 463 (2), 28. Juni 1913 (chiffr. 29. Juni 12 U. 30 M. a. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1. Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 167 vom 28. d. M. erhalten. Ich bin darüber erfreut, daß Herr Majoresco das Spiel Rußlands und Frankreichs richtig durchschaut. Daß diese beiden Mächte Rumänien so nachdrücklich zu einer drohenden Haltung gegen Bulgarien noch vor dem Kriegsausbruche zu verleiten trachten, beweist klar, daß es ihnen nicht um einen rumänischen Gebietszuwachs zu tun ist, der vor wenigen Monaten in Petersburg auf friedliche Weise durch die einfache Annahme unserer Vorschläge hätte erreicht werden können, sondern daß sie nur das eine Ziel verfolgen, den Konflikt zwischen Serbien und Bulgarien durch eine auf das letztere von Seiten Rumäniens ausgeübte Pression zu verhüten und den Fortbestand des Balkanbundes zu sichern. Es ist klar, daß, falls dieser Plan in Erfüllung geht, Rumänien nicht nur keinen weiteren territorialen Gewinn erwarten kann, sondern daß Bulgarien dann im Bunde mit Serbien ein weit mächtigerer und gefährlicherer Nachbar für Rumänien wäre, als selbst nach einem siegreichen Kriege gegen Serbien. Das Bündnis mit Serbien würde die von Rumänien perhorreszierte Erstarkung Bulgariens in einem weit höheren Maße herbeiführen, als der Zuwachs an Gebiet

und Bevölkerung, der aus einer kriegerischen Auseinandersetzung resultieren kann, nach welcher Bulgarien auf absehbare Zeit mit der Gegnerschaft Serbiens zu rechnen hätte. Euer Durchlaucht wollen Vorstehendes bei Herrn Majoresco verwerten.

2. Prinz Fürstenberg telegraphiert mir unterm 28. d. M.: ... *wie n. 7530 in extenso* ... Ich antworte darauf wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Ich bin darüber erfreut" bis zum Schlusse.) Vorstehendes zur Mitteilung an Herrn von Jagow. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7539, 7542, 7556.

Nr. 7530. Tel. aus Bukarest, 28. Juni 1913 Nr. 167 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Wie vermutete, scheint sich Ansturm russischen und französischen Gesandten auf hiesige Regierung als Bluff zu erweisen. Wie mir Minister des Äußern eben mitteilt, seien im Laufe der letzten zwei Tage meine beiden Ententekollegen jeder zweimal im Tage bei ihm gewesen, um zur Mobilisierung vor Kriegsausbruch zu veranlassen, da eine solche nachher zu spät käme. Minister, dem dieser Eifer verdächtig vorkam, versprach mir, Gesandte in Sofia und Belgrad anzuweisen, bekannte Zirkularnote an Großmächte jetzt offiziell betreffenden Regierungen bekanntzugeben und nötige Maßnahmen zu treffen, um Mobilmachung vorzubereiten. Ministerpräsident stimmte mit mir überein, daß verborgene Absicht vorliege, Rumänien im Interesse der Zarentelegrammpolitik auszuspielen und womöglich Faktum zu schaffen, das jede Anbahnung zukünftigen guten Verhältnisses zu Bulgarien verhindern müßte. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7529.

Nr. 7531. Bericht des Militärattachés in Konstantinopel an den Chef des Generalstabs, 28. Juni 1913 Res. Nr. 181 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 1. Juli 1913 Nr. 3075 am 5. Juli). Abschrift.

Wie ich nunmehr von verlässlicher Seite höre, planen die Jungtürken sowie die Regierung für den Fall des Ausbruches eines Krieges zwischen Bulgarien und Serbien-Griechenland nichts weniger als die Wiedereroberung von Adrianopel und von ganz Thrazien bis an die Maritza. Mahmud Schefket Pascha hat zwar sowohl mir wie auch dem Herrn k. u. k. Botschafter ausdrücklich erklärt, daß er weder Adrianopel noch Kirkkilisse annehmen möchte, selbst wenn man ihm diese Städte schenken würde. Ebenso betrachtete er eine Verschiebung der neuen Grenze bis an den Ergene-Fluß als für die Türkei wertlos und deshalb auch nicht anstrebenswert. Es ist daher klar, daß für die Änderung dieser Absichten in 1. Linie innere parteipolitische Rücksichten maßgebend waren und Erwägungen der äußeren Politik bei denselben nur in 2. Linie mitgesprochen haben können. Daß die Wiedergewinnung von Adrianopel dem tiefgesunkenen osmanischen Selbstgefühl sehr schmeicheln und das Prestige des Khalifats in der islamitischen Welt wieder etwas heben würde, steht wohl außer Frage. Es wird ferner geltend gemacht, daß die Sicherheit von Konstantinopel

den Besitz von Adrianopel dringend erfordert. Man möchte alle Mohammedaner aus Mazedonien nach Thrazien ziehen, dort ansiedeln und so diese Provinz zu einem rein türkischen Gebiet machen. Die größte Bedeutung hätte aber die Wiedereroberung von Adrianopel für die jungtürkische Partei. Dieselbe könnte dann auf einen Erfolg hinweisen, hiemit den Umsturz vom 24. 1. und den Tod Nazim Paschas rechtfertigen und so ihre Position entscheidend befestigen ... *Folgen Erwägungen über die Nachteile und Schwierigkeiten eines Wiedererwerbes von Adrianopel.* ... Pomiankowski.

Nr. 7532. Tel. nach London Nr. 533 (1), St. Petersburg Nr. 385 (2), Rom Nr. 718 (3) und Berlin Nr. 464 (4), 28. Juni 1913 (chiffr. 29. Juni 3 U. a. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).

1. Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 489 vom 27. l. M. Ich halte selbstverständlich daran fest, daß, nach der zu gewärtigenden Einigung Euer Exzellenz mit Grafen Benckendorff, die Cabinete von Belgrad und Cetinje gleichzeitig mit der Wiederholung des Beschlusses über accès commercial neuerdings zur Evakuirung Albaniens aufgefordert werden. Was den Réunionsbeschluß vom 23. d. M. betrifft, so hege ich gegen die Ausführung desselben das Bedenken, daß der vage Commentar zu der Resolution vom 22. März die Tragweite der letzteren in den Augen der Serben und Montenegriner abschwächen würde. Dieses Bedenken fiele weg, wenn der ursprüngliche Beschluß vom 22. März entweder ohne Commentar oder lediglich mit dem Bemerken wiederholt würde, daß sich die Mächte vorbehalten, hiezu demnächst eine authentische Interpretation zu liefern (wozu die bekannten 8 Punkte das Substrat liefern würden). Im Falle eines Einverständnisses über das Inaussichtstellen dieser nachträglichen Interpretation sind Euer Exzellenz ermächtigt, das Junctim zwischen Minoritätenschutz und accès commercial fallen zu lassen.

2.—4. Im Gegenstande meines Telegrammes

2. Nr. 383

3. Nr. 703

4. Nr. 458

2.—4. vom 25. d. M. telegraphiert mir Graf Mensdorff unterm 27. d. M., wie folgt: ... *wie n. 7523* ... Ich ertheile Grafen Mensdorff nachstehende Antwort: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Ich halte selbstverständlich daran fest" bis zum Schluß.)

2. Vorstehendes zur eventuellen Regelung Ihrer Sprache.

3. u. 4. Vorstehendes zur Mittheilung an das dortige Kabinett.

[a]) Vgl. n. 7562, 7573. Berchtold.

Nr. 7533. Tel. aus London, 28. Juni 1913 Nr. 490 (eing. 29. Juni 3 U. a. m.).[a]) Entziff.

Italienischer Botschafter und ich haben heute Sir E. Grey vertraulich die drei Punkte unseres Kompromissvorschlages[b]) für das albanesische Statut mitgeteilt, wobei wir betonten, dass wir in eine Diskussion des dritten Punktes erst eingehen könnten, wenn die zwei ersten Punkte angenommen sind. Sir E. Grey meinte, es schiene ihm möglich, den dritten Punkt in

Einklang mit den Ansichten der anderen Mächte zu bringen, gerade bezüglich des Punktes 1 befürchte er heftigen Widerstand seitens Russlands und Frankreichs, weil dadurch ein bereits von der Reunion angenommenes Prinzip (sous la souveraineté ou suzeraineté du Sultan) rückgängig gemacht werde. Wir betonten, dass damals dieser Punkt aus Rücksicht für die Türkei aufgenommen worden war; die Türkei selbst aber nicht mehr darauf hält. Uns schiene, dass mit Aufrechterhaltung eines auch nur nominellen Bandes mit der Türkei die Gefahr bestünde, dass die Nachbarstaaten nach einiger Zeit das als Vorwand benützen könnten, wieder einen Befreiungskrieg anzuzetteln; wir wollten permanente geregelte Zustände schaffen etc. Gegen das von uns verfochtene Prinzip machte Sir E. Grey keine ausdrückliche Einwendung; er befürchtete nur, dass die Eliminierung der ursprünglich niedergelegten Suzeränität des Sultans Widerstand und langwierigen Aufschub verursachen. Wir baten Sir E. Grey, unser Elaborat zu studieren und zu sehen, ob er dessen Annahme nicht befürworten und durchsetzen könne. Staatssekretär teilte uns sein vorgestriges Telegramm an Sir F. L. Cartwright mit, worin er hervorhebt, dass bezüglich Gendarmerie Euer Exzellenz Standpunkt angenommen wurde und dass der permanenten Organisation Albaniens durch eine provisorische Regierung nicht präjudiziert würde. Mensdorff.

a) Vgl. n. 7621. — b) Vgl. n. 7291, 7360.

Nr. 7534. Tel. aus London, 28. Juni 1913 Nr. 491 (eing. 29. Juni 3 U. a. m.).[a] Entziff.

Sir E. Grey teilte Marquis Imperiali und mir ein Telegramm von vorgestern an Sir F. L. Cartwright mit, in welchem er wieder von der Grenzbestimmungskommission spricht. Staatssekretär meinte, nachdem seine mir diesbezüglich gemachte Anregung von Euer Exzellenz nicht angenommen wurde, frage er jetzt, ob Euer Exzellenz nicht Bedingungen angeben könnten, unter welchen eine Kommission annehmbar wäre. Er sagte hiebei: „Sagen Sie uns lieber unannehmbare Bedingungen als die Verwerfung pure et simple der Kommission". Ich betonte, daß bei Besetzung des Landes durch griechische Truppen und dem griechischerseits angewendeten Terrorismus die Aufgabe einer Kommission illusorisch sein müßte. Sir E. Grey wendete ein, Griechen könnten die geographischen Verhältnisse, die auch wichtig sind, nicht verändern. Im übrigen würde englischer Delegierter die ausdrückliche Weisung erhalten, daß jede Konstatierung von Terrorismus als Argument gegen Griechenland dienen müßte. Ich vermag nicht zu beurteilen, ob Euer Exzellenz eventuell geneigt wären, Bedingungen, unter welchen Grenzkommission möglich wäre, zu nennen wie zum Beispiel: Evakuierung der von uns für Albanien verlangten Zone durch griechische Truppen und Verwaltungsbehörden, eventuell Besetzung dieser Zone durch internationale Detachements; strenge Überwachung der in griechischem Solde stehenden Geistlichen und Schullehrer, wozu Entsendung unserer Konsuln nach Argyrokastro und Koritza, eventuell anderen Orten, notwendig wäre; Entfernung aller Griechen des Königreiches aus dieser Zone. Mensdorff.

a) Vgl. n. 7472, 7548.

Nr. 7535. Bericht aus London, 28. Juni 1913 Nr. 63 B (eing. 30. Juni).[a] Ausfert.

Im Verfolge meines ergebensten Telegrammes vom 24. d. Mts. Nr. 486 beehre ich mich Euer Exzellenz den vom Grafen Benckendorff und mir vereinbarten Wortlaut der Interpretation zu der den Accès commercial beinhaltenden Resolution der Reunion vom 17. Dezember v. J. ergebenst vorzulegen.[b] Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 323 Nr. 640. Vgl. n. 7571, 7601 Anm. b, 8103, 8114. — [b] Beilage.

Beilage zu n. 7535.

Un accès commercial sera reservé à la Serbie par un port Albanais libre et neutre desservi par un chemin de fer international, sous le contrôle Européen, et mis sous la garde d'une force spéciale internationale, avec liberté de transit pour toutes les marchandises y compris les munitions de guerre. (Résolution prise à la réunion des Ambassadeurs du 17 décembre 1912).

Interprétation.

1° Neutralisation spéciale du port. Si la neutralité de la future Albanie admet l'établissement de fortifications pour la défense du pays, le port commercial desservi par le chemin de fer international devrait être soumis à un régime spécial imposant l'obligation de ne pas fortifier cette place. 2° Chemin de fer international et liberté de transit. Les six Grandes Puissances ainsi que la Serbie et l'Albanie participeront par leurs capitaux à la création d'une Compagnie Internationale pour la construction et l'exploitation du chemin de fer en question concessioné par le Gouvernement Albanais; elles jouiront d'un droit d'ingérence relevant de ce fait sur l'entreprise. Le libre usage de ce chemin de fer ainsi que du port est garanti par les Grandes Puissances Signataires à tous les Etats d'une manière égale, sous les mêmes conditions et en tout temps. 3° Contrôle et garde du chemin de fer. Le contrôle international sera exercé par une commission composée des représentants des six Grandes Puissances, de la Serbie et de l'Albanie, à l'instar du contrôle prévu dans l'article 8 de la Convention de Suez 1888, avec les modifications exigées par la différence de la situation. La garde du chemin de fer sera confiée à la gendarmerie, la milice ou à toute autre force publique Albanaise, sous le contrôle Européen (six Grandes Puissances). 4° Transit des munitions de guerre. La liberté de transit des matériaux de guerre ne soulevant pas d'objections en principe, le droit de visite et de prise à l'égard de tous les bateaux de commerce, avant leur entrée dans le port desservi par le chemin de fer international, est reconnu aux Etats belligérants.

Tel. nach Rom, 28. Juni 1913 Nr. 718 (chiffr. 29. Juni 3 U. a. m.). Siehe n. 7532.

Nr. 7536. Tel. aus Rom, 28. Juni 1913 Nr. 394 (eing. 29. Juni 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Einer konfidenziellen Mitteilung des Ministers des Äussern zufolge hätte ihm heute deutscher Botschafter mitgeteilt, König Konstantin habe neuerlich Kaiser Wilhelm wissen lassen, dass Griechenland

nach Abschluß der Balkankrise sich dem Dreibund anschließen werde. Diese Politik werde entweder mit Herrn Theotokis oder Herrn Zaimis gemacht werden. Herr Venizelos käme hiefür als allzusehr nach der anderen Seite engagiert nicht in Betracht, werde aber in der Kammer als Parteichef die neue Orientierung der Regierung unterstützen. Inzwischen möge aber deutsches Kabinett den jetzigen Wünschen Griechenlands nicht entgegentreten. Auch dieser Mitteilung gegenüber bewahrt Marquis di San Giuliano seine Skepsis,[b] wobei er speziell auf den Schluss der obigen Message verweist. Mérey.

[a] Vgl. n. 7502. — [b] Vgl. n. 7444.

Nr. 7537. Tel. aus Rom, 28. Juni 1913 Nr. 397 (eing. 29. Juni 7 U. a. m.). Entziff.

Vertraulich. Hinsichtlich der Differenzen zwischen den Balkanstaaten findet Minister des Äussern die optimistische Auffassung der Presse noch immer nicht gerechtfertigt. Während bisher die Meldungen des Gesandten in Sofia ungleich ernster klangen als jene des Geschäftsträgers in Belgrad, sei momentan das Umgekehrte der Fall. Dies erklärt sich durch ein neues Moment in der Situation: Die Haltung Rumäniens, welche Bulgarien beunruhige, Serbien aber indirekt ermuntere. Russischer Botschafter schilderte mir heute ausführlich die sehr lebhafte, aber erfolgreiche Unterredung zwischen Herrn Sazonow und dem bulgarischen Geschäftsträger. Das bis dahin auch Russland gegenüber so hochmütig auftretende Bulgarien habe danach eingelenkt, Einsendung seines Memorandums zugesagt und Gesandten in Belgrad nicht abberufen. Dagegen habe Serbien sich noch nicht definitiv geäussert. Herr Krupensky kommt somit, ohne Rumänien zu erwähnen, zu einer analogen Beurteilung der Situation wie Marquis di San Giuliano. Mérey.

Nr. 7538. Tel. aus Rom, 28. Juni 1913 Nr. 398 (eing. 29. Juni 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Auf Grund des heute eingetroffenen hohen Erlasses vom 26. d. M. Nr. 3009 hatte ich lange Unterredung mit dem Minister des Aeussern über die Balkanpolitik. Marquis di San Giuliano sagte mir zu, in Kiel in dem von uns gewünschten und von ihm gebilligten Sinne zu versuchen, auf die Haltung Deutschlands gegenüber Bulgarien einzuwirken. Mérey.

[a] Vgl. n. 7566, 7605.

Tel. nach St. Petersburg, 28. Juni 1913 Nr. 385 (chiffr. 29. Juni 3 U. a. m.). Siehe n. 7532.

Nr. 7539. Tel. nach Sofia, 28. Juni 1913 Nr. 324 (chiffr. 29. Juni 1 U. 30 M. a. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. Szápáry u. Berchtold; G. Berchtold).

Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 607 und 608 vom 27. d. M. erhalten. Prinz Fürstenberg telegraphiert mir heute, daß der authentische Text der Instruktionen an Herrn Ghika mit den Worten ende: „conversations vagues sont superflues, Monsieur Danew doit faire des propositions précises et obligatoires“.[b] Dies klingt ganz anders, als die Äußerung Herrn Ghikas

(Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 603 vom 26. d. M.). Euer Hochgeboren wollen Herrn Danew von dem Inhalte der obigen Meldung des Prinzen Fürstenberg Mitteilung machen und hiezu Folgendes bemerken: Ich entnehme aus dieser Instruktion an den rumänischen Gesandten, daß man in Bukarest noch immer zu Verhandlungen mit Bulgarien bereit ist, aber von Herrn Danew konkrete Anträge erwartet. Wir haben schon vor langer Zeit in Sofia eindringlich zu Pourparlers mit Rumänien und zu einem gewissen Entgegenkommen geraten. Unser Rat wurde leider nicht befolgt, was zur natürlichen Folge hatte, daß Rumänien, durch das Zögern Bulgariens verstimmt, nun dessen schwierige Situation dazu zu benützen trachtet, sich möglichst große Vorteile zu sichern. Bei der jetzigen Stimmung der öffentlichen Meinung Rumäniens ist es uns schwer, in Bukarest mäßigend einzuwirken. Dessenungeachtet haben wir dort neuerlich ernste Vorstellungen gegen eine tatsächliche Kooperation mit Serbien erhoben.*c)* Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß es zu einer friedlichen Regelung der Aufteilung der neuerworbenen Gebiete kommen und es Bulgarien dadurch erspart bleiben werde, die Neutralität Rumäniens im Kriegsfalle durch territoriale Opfer zu erlangen. Es ist uns jedoch andererseits auch ernstlich daran gelegen, daß die berechtigten Ansprüche Bulgariens voll befriedigt werden. Sollte Bulgarien daher befürchten, daß infolge der Haltung Rumäniens eine friedliche Regelung seiner Kontroverse mit Serbien die Gefahr einer bedeutenden Schmälerung seiner mazedonischen Interessen involviren würde und deshalb geneigt sein, für eine Verständigung mit Rumänien annähernd die in Bukarest verlangten Opfer zu bringen, so sind wir gerne bereit, zu einem solchen Akkord vermittelnd beizutragen. Wir haben Herrn Danew bereits vor einiger Zeit wissen lassen,*d)* daß nach unseren — allerdings nicht offiziellen — Nachrichten Rumänien das Gebiet bis zur Linie Tutrakan—Baltschik als Gegenleistung für seine Neutralität in Aussicht nimmt. Diese Nachrichten scheinen sich nun zu bestätigen. Wir müssen es Bulgarien überlassen, darüber schlüssig zu werden, ob es, um seine mazedonischen Ansprüche voll durchsetzen zu können, gewillt ist, Rumänien in der angedeuteten Weise abzufinden. Jedenfalls wäre es notwendig, wenn man eine Verständigung mit Rumänien erzielen will, rasch zu handeln und mit einer konkreten Proposition — sei es direkt oder durch unsere Vermittlung — an die rumänische Regierung heranzutreten. Bei der Erwägung der Vor- und Nachteile möge man in Sofia nicht außeracht lassen, daß wir, wie wir dies bereits erklärt haben (mein Telegramm Nr. 312 vom 24. d. M.), unter der Voraussetzung, daß eine rumänisch-bulgarische Verständigung zustande kommt und daß Herr Danew selbstverständlich an den Euer Hochgeboren über die künftige Politik Bulgariens abgegebenen Erklärungen festhält, es nicht zulassen würden, daß ein serbisch-bulgarischer Konflikt mit einer weiteren Erstarkung Serbiens, verbunden mit einer Schwächung Bulgariens, abschließe.*e)*

Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 322 Nr. 638. Vgl. n. 7552, 7553, 7564. — *b)* Tel. Nr. 166, 28. Juni 1913 (eing. 1 U. p. m.) aus Bukarest hat nur diesen Inhalt. — *c)* n. 7529. — *d)* n. 7453. — *e)* Beiliegend Aktennotiz Szápárys: Schlußalinea ist konform den im beiliegenden, von Seiner Majestät gebilligten Telegramme vom 24. d. M. Nr. 312 *(n. 7486)* enthaltenen Zusicherungen.

Nr. 7540. Tel. nach Sofia, 28. Juni 1913 Nr. 325 (chiffr. 29. Juni 2 U. 30 M. a. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. Szápáry u. Berchtold; G. Berchtold).

Zu Euer Hochgeboren Telegrammen Nr. 596 und 597 vom 25. d. M. Euer Hochgeboren können Herrn Danew gegenüber, falls Sie dies nach der momentanen Situation für opportun halten, auf seinen Wunsch, eine schriftliche Notiz über die ihm im Sinne meines Telegrammes Nr. 312 vom 24. d. gemachten Mitteilungen zu erhalten, zurückkommen und sich folgendermaßen aussprechen: Die Haltung, die wir in Sofia für den Fall eines serbisch-bulgarischen Krieges in Aussicht gestellt haben, hat, wie wir ausdrücklich betont haben, zur Voraussetzung, daß die bulgarische Politik sich im Geleise jener Erklärungen bewege, die Herr Danew uns abgegeben hat und die wir zur Kenntnis genommen haben (3. und 4. Alinea[b] meines Telegrammes Nr. 312). In einer schriftlichen Aufzeichnung über unsere diesbezüglichen Mitteilungen müßten daher auch jene Erklärungen Herrn Danews fixiert werden, mit denen sie in engem Zusammenhang stehen. Hierauf müssen wir umsomehr Gewicht legen, als Herrn Danews jüngste Äußerungen von jenen, wenige Tage vorher abgegebenen Erklärungen differieren. Während er damals erklärte, das Bündnis mit Serbien werde keinesfalls erneuert werden, da der Zweck desselben erreicht sei, ein Zusammengehen mit Serbien sei bei der Verschiedenheit der beiderseitigen politischen Ziele undenkbar und es sei ausgeschlossen, daß Bulgarien sich in eine gegen die Monarchie gerichtete Kombination einlasse, hat der Herr Konseilspräsident am 25. d. M. in seiner Unterredung mit Euer Hochgeboren von einer weiteren Kooperation und dem Fortbestande der Allianz mit Serbien wie von einer erwünschten und nicht unwahrscheinlichen Eventualität gesprochen. Den Einwand, daß dieses Bündnis sich nicht notwendigerweise gegen die Monarchie richten müßte, kann ich nicht gelten lassen, da nach Herrn Danews eigenen Worten dessen bisheriger Zweck, die Bekämpfung der Türkei, erfüllt und weggefallen ist. Gegen welchen anderen Gegner als gegen die Monarchie sollte also Bulgarien in einem neuen Bundesvertrage Serbien seine Unterstützung zusichern? Meine prinzipielle Zustimmung zu einer schriftlichen Niederlegung der von Euer Hochgeboren gemachten Mitteilungen muß ich demnach davon abhängig machen, daß Herr Danew seine uns abgegebenen Erklärungen voll aufrecht erhält und daß sie in die abzufassende Aufzeichnung gleichfalls, und zwar derart aufgenommen werden, daß die zeitliche Folge und der innere Zusammenhang der beiderseitigen Eröffnungen zum Ausdrucke kommt. Falls Herr Danew sich hiemit einverstanden erklärt, sind Euer Hochgeboren ermächtigt, gemeinsam mit ihm eine diesbezügliche Notiz zu verfassen. Vor der endgiltigen Feststellung des Textes derselben wollen Euer Hochgeboren jedoch meine Genehmigung einholen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7579. — [b] Drittes Alinea von n. 7486 beginnt mit „Ich habe mit Befriedigung", viertes Alinea mit „Auch die weitere Deklaration" und reicht bis „Genugtuung erfüllt".

Nr. 7541. Tel. aus Sofia, 28. Juni 1913 Nr. 613 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 608 vom 28. d. M. Daraus, was mir rumänischer Kollege auf präzisere Fragen heute antwortete, geht hervor, dass er Herrn Danew nicht nur von eventueller Mobilisierung Rumäniens gesprochen, sondern direkt angekündigt hat, dass Rumänien im Falle Krieges in Aktion gegen Bulgarien treten würde. Wir besprachen unverbindlich Haltung Rumäniens und Herr Ghika hat keine andere Erklärung für dieselbe gegeben als Verstimmung, die Bulgarien durch seine Unaufrichtigkeit und untolerablen Versuche, Rumänien zum Narren zu halten, in Bukarest hervorgerufen. Man sei in Rumänien zur Überzeugung gekommen, dass Bulgarien sich bloss für den Fall Krieges mit Serbien mit Rumänien einlassen möchte, sonst aber feindlich gegen Rumänien gesinnt sei und dass dauernde Freundschaft mit Bulgarien unmöglich. Da gute Beziehungen ohnehin ausgeschlossen, habe man durch gestrige Demarche nichts verderben können und unter dem neuen unangenehmen Eindruck des chicanösen Vorgehens der bulgarischen Kommission in Silistria on a dit aux Bulgares qu'on en avait assez. Persönlich bedauere Herr Ghika, dass Demarche nicht früher erfolgte; nunmehr werde Schritt Rumäniens, wenn auch in Belgrad bekannt, kaum mehr auf dortige Dispositionen rückwirken. Erster rumänischer Sekretär sagte gestern gesprächsweise dem k. u. k. Militärattaché, Interessen Rumäniens am Balkan seien mit jenen Russlands identisch. Deutscher Kollege spricht mir oft von ihm unverständlicher Haltung Rumäniens, die Krieg verhindern müsse. Herr von Below wolle Rumänien nicht verdächtigen, dasselbe scheine ihm aber Spiel Russlands zu treiben. Gewährsmänner zeigen heute an, in bulgarischen Regierungskreisen sei Ansicht verbreitet, dass rumänisch-serbische Militärkonvention perfekt.

[a] Vgl. n. 7554. Tarnowski.

Nr. 7542. Tel. aus Berlin, 29. Juni 1913 Nr. 303 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 302 von gestern. Rumänisch-bulgarischer Konflikt. Staatssekretär bittet mich, Euer Exzellenz zu melden, dass er nach neuerlicher Erwägung der Sachlage und in vollem Einvernehmen mit dem Reichskanzler von dem von ihm eingenommenen Standpunkt, wonach deutscherseits unsere neuerliche Demarche in Bukarest nicht unterstützt werden könne, nicht abzugehen vermöge. Im Laufe der letzten Zeit habe die deutsche Regierung wiederholt in Bukarest Rat erteilt, die Verhandlungen mit Bulgarien fortzusetzen. Ebenso sei in Sofia der gleiche Rat gegeben worden und noch vor kurzem sei auch der hiesige bulgarische Gesandte aufgefordert worden, seine Regierung über die diesbezügliche Auffassung der deutschen Regierung zu informieren. Zu seinem grossen Bedauern könne aber deutsche Regierung nunmehr, nach der so entschiedenen Erklärung des Königs Karl, die Verhandlungen nicht weiter fortsetzen zu wollen, keinen weiteren Druck in Bukarest ausüben. Euer Exzellenz Telegramm von gestern Nr. 463 betreffend denselben Gegenstand habe ich erst nachträglich erhalten und werde dasselbe Staatssekretär morgen mitteilen.

[a] Vgl. n. 7585. Szögyény.

Nr. 7543. Tel. aus Bukarest, 29. Juni 1913 Nr. 170 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Minister des Äußern gab mir von gestern datierte Depesche Herrn Ghikas zu lesen, worin Konversation mit Herrn Danew wiedergegeben ist. Er brachte bulgarischem Ministerpräsidenten zur Kenntnis, daß Rumänien im Konfliktsfalle in Aktion treten werde, ohne jedoch zu präzisieren, welche Form Aktion annehmen werde. Dagegen hatte er Herrn Danew mitzuteilen, daß betreffs Anfrage Neutralitätswahrung man von Bulgarien des propositions précises et obligatoires erwarte. Minister nahm davon Kenntnis, beklagte drohende Haltung Rumäniens und erklärte, daß, bevor Propositionen zu machen, er Ministerrat konsultieren müsse. Diese Antwort bestärkt hier im Glauben, daß Herr Danew neuerlich dasselbe Spiel des Hinhaltens und Andernaseherumführens treiben will, wie bei den vorhergegangenen Verhandlungen. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 7577 Anm. b.

Nr. 7544. Tel. aus Bukarest, 29. Juni 1913 Nr. 171 (eing. 9 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Bezug auf Telegramme Nr. 259 vom 26. d. M. und 263 vom 28. d. M., rumänisch-bulgarisches Verhältnis betreffend. Minister des Äussern, dem ich Inhalt mitteilte, ersuchte mich mit Nachdruck bei Euer Exzellenz darauf hinzuweisen, dass er seit Beginn der Krise bereit war, mit Bulgarien freundschaftliches Verhältnis anzubahnen, und dass er die Schuld des Nichtzustandekommens mit größter Entschiedenheit von sich abwälzen müsse. Einzig und allein Bulgarien sei dafür verantwortlich, welches stets geflissentlich dilatorisch vorgegangen sei in offenbar hinterhältiger Absicht und nie den kleinsten Beweis eines Wunsches nach rumänischer Freundschaft gegeben hätte. In Betreff des letzten Alineas des Telegrammes Nr. 259[b] stimmt er vollkommen mit Euer Exzellenz überein. Minister bedauert, dass Bulgarien warte, bis ihm das Messer an die Kehle gesetzt werde, um mit Rumänien sich auseinanderzusetzen. Die Aspirationen auf die gewünschte Grenze werde Rumänien nie aufgeben und konfliktsschwere Atmosphäre am Balkan werde Rumänien Gelegenheit geben, wenn nicht heuer so nächstens, dieselbe zu erwerben, da für jeden Kenner der Verhältnisse eine abermalige Zusammenschweissung des Balkanbundes ausgeschlossen sei. In Betreff des letzten Alineas des Telegrammes Nr. 263[c] bemerkte Herr Majoresco, dass es doch scheine, als wenn Deutschland mit Griechenland Extratour machen wolle. Minister teilte mir weiters mit, er habe bereits gestern in langer Audienz bei Seiner Majestät dem König darauf hingewiesen, dass 1. übergroßes Serbien Gefahr auch für Rumänien darstellen könne; 2. Rumänien, wenn es in Grenzfrage befriedigt, sich nicht in Balkanstreitigkeiten über Gebietsverteilung einmischen dürfe; 3. Balkangleichgewicht nicht von einigen Tausend Quadratkilometern abhänge, die ein oder das andere Land gewonnen, sondern von Machtfaktoren, die hinter den Balkanstaaten stünden. Rumänien, welches auf Dreibund angewiesen sei, könne daher nicht das Spiel der Gegner machen. Ministerpräsident glaubt, dass Seine Majestät, Höchstwelcher durch

alle möglichen Einflüsse in auswärtiger Politik schwankend geworden ist, durch gestrige Audienz wieder in ein richtiges und stetigeres Geleise gebracht wurde.[1] K. E. Fürstenberg.

[1] Ausgezeichnet.

[a] Vgl. n. 7555, 7568. — [b] Letztes Alinea von n. 7491 beginnt mit „Endlich wollen Euer Durchlaucht bemerken". — [c] Letztes Alinea von n. 7518 beginnt mit „Zu Ihrer Information füge ich hinzu".

Nr. 7545. Tel. aus Bukarest, 29. Juni 1913 Nr. 172 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Aus Bemerkungen Seiner Majestät des Königs und Mitteilungen Ministerpräsidenten schließe ich, dass man hier Verdacht hegt, dass Monarchie Bulgarien Versprechen gegeben hat, Rumänien von jedem aggressiven Vorgehen unbedingt zurückzuhalten. Darauf wird die (sonst)[b] unverständliche Haltung Bulgariens, welches rumänische Drohungen nicht ernst nimmt und Verhandlungen hinausschieben will, zurückgeführt. Bestärkt wird Regierung in dieser Meinung durch die in gleichem Sinne lautende Berichterstattung Herrn Ghikas und neuerlich auch durch Bericht Herrn Filalitis, wonach Herr von Ugron sich in selbem Sinne geäußert habe. Dieser Verdacht trägt zur Erhöhung der Misstimmung gegen uns in hohem Maße bei und verschärft Situation gegenüber Sofia. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 7555, 7568. — [b] Chiffre verstümmelt.

Nr. 7546. Tel. nach London Nr. 534 (1), St. Petersburg Nr. 386 (2), Berlin Nr. 465 (3), Rom Nr. 719 (4) und Paris Nr. 340 (5), 29. Juni 1913 (chiffr. 12 U. 15 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. Nemes u. Szápáry; G. Berchtold).

1. K. u. k. Generalkonsulat Salonik telegraphiert unterm 27. l. M. wie folgt: „Unter den russischen Mönchen am Mont Athos bestehen infolge Bildung einer neuen Sekte seit längerem große Zwistigkeiten. Da die verschiedenen Spezialmissionen zur Herstellung des Friedens, zuletzt die Delegierung eines russischen Bischofs, erfolglos geblieben sind, ist ein russisches Kriegsschiff entsendet worden, aus welchem 150 bewaffnete Matrosen in das Kloster Panteleion zur Verhaftung der ketzerischen Mönche ausgeschifft wurden."

Dieses Vorgehen Rußlands steht mit den theils in London, theils von Kabinet zu Kabinet geführten Pourparlers über die Athosfrage in Widerspruch, indem einerseits das Erscheinen des russischen Kriegsschiffes in den Küstengewässern der Halbinsel das von Rußland zugestandene Verbot des Befahrens dieser eaux territoriales durch Kriegsfahrzeuge, andererseits die Landung des Matrosendetachements die Autonomie und Neutralität der Mönchsrepublik verletzt. Euer Exzellenz wollen daher in der Réunion vom 1. Juli auf der Klarstellung der völkerrechtlichen Stellung des „Heiligen Berges" beziehungsweise dieses Zwischenfalles bestehen und einen Beschluß zu provociren trachten. Ich lege nämlich Werth darauf, constatirt zu sehen, ob die Athosfrage als geregelt zu betrachten ist und ob die sich aus den eingangserwähnten Pourparlers ergebenden gegenseitigen Engagements der Mächte noch zu Recht bestehen.

2.—5. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.)

2. u. 5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und eventueller Regelung Ihrer Sprache.

3. u. 4. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an das dortige Kabinet.

[a]) Vgl. n. 7624. Berchtold.

Nr. 7547. Tel. nach London Nr. 535 (1) und Rom Nr. 721 (2), 29. Juni 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).[b])

1—2. L'Ambassadeur d'Italie m'a donné connaissance à la daté du 27 juin d'un télégramme adressé par le Marquis di San Giuliano au Marquis Impériali à Londres au sujet de la délimitation de l'Albanie du sud. Aux termes de ce télégramme le Marquis Impériali a été informé que ni l'Italie ni l'Autriche-Hongrie ne pouvaient consentir à ce que la discussion au dit sujet fut interrompue. Un procédé pareil devrait nécessairement prolonger l'occupation grecque de territoires albanais et causer un grand danger au point de vue des intérêts de l'Albanie. Aussi l'Italie et l'Autriche-Hongrie se réservent-elles dans ce cas-là entière liberté d'action. Une autre attitude ferait croire que l'Italie et l'Autriche-Hongrie s'arrêteraient devant l'opposition d'autres Puissances. En ce qui concerne la question des îles de la Mer Egée l'Italie ne pourrait jamais consentir à ce que cette question fut traitée avant la discussion sur la délimitation. Si Korica et Cap Stylos étaient assurés à l'Albanie, il paraîtrait que l'Italie et l'Autriche-Hongrie devraient accepter la commission internationale pour le restant de la frontière. Il serait entendu, que tout ce qu'on concéderait à la Grèce outre la frontière proposée par l'Italie et l'Autriche-Hongrie devrait être compensé par des concessions moindres dans la question des îles, qu'il est opportun de résoudre autant que possible en faveur de la Turquie. — J'ai approuvé le point de vue formulé par le Marquis di San Giuliano en tant qu'il se rapporte à la tactique à adopter vis-à-vis de la réunion de Londres. D'autre part je n'ai pas caché à l'Ambassadeur mes appréhensions relativement à l'idée de confier à la commission internationale une partie de la délimitation. Ceci ne pouvait se faire utilement tant que les territoires en question se trouvent occupés par les troupes grecques. J'ai aussi appelé l'attention de l'Ambassadeur sur le fait que cette délimitation devait nécessairement s'occuper du pays habité par les Valaques du Pinde et que la Roumanie n'avait pas renoncée jusqu'ici à l'adjudication de ce pays à l'Albanie. Enfin j'ai observé qu'il m'était impossible de me prononcer sur la question de la compensation du côté des îles, vu qu'il n'était pas dit de quelles îles il s'agissait. Fortsetzung folgt. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7548. — [b]) Der diesem Telegramme zugrundeliegende Tagesbericht vom 28. Juni von Berchtold eigenhändig.

Nr. 7548. Tel. nach London Nr. 536 (1) und Rom Nr. 722 (2), 29. Juni 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. u. 2. Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 535/721.

1. Sir Fairfax Cartwright hat mir gestern auftragsgemäß nachstehendes Aide-Mémoire überreicht: „Sir Edward Grey ne croit pas qu'il soit possible

pour la réunion des Ambassadeurs de se mettre d'accord sur l'organisation permanente de l'Albanie avant les vacances. Il propose donc que le Gouvernement provisoire soit accepté et qu'un Etat neutre soit prié de fournir des officiers pour la gendarmerie. Sir Edward Grey croit devoir constater que le point de vue du Comte Berchtold a été finalement accepté sur cette dernière proposition quoiqu'il y ait eu une différence d'opinions entre les Ambassadeurs. L'établissement d'un Gouvernement provisoire de l'Albanie ne nuirait en rien à l'élaboration de l'organisation permanente, tandis que l'expérience et les suggestions du Gouvernement provisoire seraient d'une grande valeur dès que l'organisation permanente viendrait à être étudiée. Il paraît qu'à Vienne une crainte existe que la proposition française visant un Gouvernement provisoire ne soit qu'un subterfuge pour échapper à l'établissement d'un Gouvernement définitif pour l'Albanie; mais cette crainte est, selon Sir Edward Grey, sans fondement, et il est d'avis que la nomination d'un Gouvernement provisoire est pour le moment la seule démarche possible. Quant à la frontière de l'Albanie du sud, Sir Edward Grey croit toujours que la démarcation de la frontière par une commission sur des bases ethnographiques et géographiques offrirait la meilleure solution de cette question, et Sir Edward Grey ne croit pas pouvoir trouver d'autre expédient. Le Comte Mensdorff a informé Sir Edward Grey que le Gouvernement austro-hongrois n'accepterait pas la création d'une commission sur les lignes que l'on vient de mentionner. Sir Edward Grey prie l'Ambassadeur d'Angleterre de demander au Comte Berchtold s'il ne pourrait pas suggèrer des conditions sous lesquelles la démarcation de la frontière par une commission lui serait acceptable; sans quoi il semble à Sir Edward Grey qu'on marche vers un impasse." Über meine Stellungnahme zu den in dieser Pièce enthaltenen Gedanken wollen Euer Exzellenz sich Sir Edward Grey gegenüber in folgendem Sinne vernehmen lassen: Abgesehen von dem principiellen Standpunkte, daß wir in der Statutfrage auf der Schaffung eines Definitivums bestehen müssen, sei auch nicht einzusehen, warum eine rationelle und den Interessen Albaniens Rechnung tragende Lösung leichter in einer provisorischen als in einer definitiven Form acceptirt werden sollte. Von jenen Seiten, von welchen alle Schwierigkeiten in der albanischen Frage kommen, würden auch beim Versuche, ein Provisorium zu schaffen, inacceptable Propositionen gemacht, oder die Sache mit arrière-pensées behandelt werden, worauf wir nicht eingehen könnten. Sollte die Réunion vor definitiver Lösung der albanischen Statutfrage auseinandergehen, so bliebe in dieser Frage der status quo insolange bestehen, als die Erfordernisse der Situation in Albanien uns nicht veranlassen, im Einvernehmen mit Italien dem weiteren Verlaufe der Dinge gegenüber eine andere Haltung einzunehmen. Für diesen Fall müßten sich allerdings die beiden Mächte ihre volle Handlungsfreiheit vorbehalten. Was die südalbanische Grenzfrage anbelangt, so halten wir nach wie vor an folgenden drei Punkten fest: I. Die albanische Küste hat bis Phtelia zu reichen. II. Korča samt Gebiet ist Albanien zuzusprechen. III. Der Réunion, in welcher die Entscheidung über die Pinduswalachen getroffen wird, ist ein Vertreter Rumäniens zuzuziehen. — Solange diese drei Voraussetzungen nicht integral erfüllt erscheinen,

ist es zwar verfrüht, von den Bedingungen zu sprechen, an welche ich meine Zustimmung zur Einsetzung einer internationalen Kommission zur Bestimmung des übrigen Verlaufes der Grenze knüpfen würde, doch nehme ich keinen Anstand — um dem Wunsche Sir Edward Greys entgegenzukommen — zu bemerken, daß nach Erfüllung obiger drei Voraussetzungen diese Bedingungen darin bestehen würden, daß solide Garantien dafür geschaffen werden, daß I. für jedes Zugeständnis an Griechenland, welches auf Kosten der von Österreich-Ungarn und Italien aufgestellten Minimalgrenze erfolgen würde, griechische Konzessionen in der Inselfrage geboten werden müßten; II. daß die internationale Kommission ausschließlich solche Gebiete Griechenland zuweisen dürfe, welche von einer griechischen Bevölkerungsmajorität bewohnt sind; daß sie bei Konstatierung der Majorität nach dem rein ethnographischen Prinzipe der Feststellung der Muttersprache zu verfahren und auf kleinere griechische Enklaven keine Rücksicht zu nehmen habe; III. daß jede Pression der Griechen auf die Landesbevölkerung noch vor Beginn der Tätigkeit der Kommission eliminiert werde; IV. daß der Kommission ein Termin zum Zusammentritte sowie zur Beendigung ihrer Arbeiten gestellt werde; V. daß noch vor Zusammentritt der Kommission die Stadt Korča samt Gebiet, die Küste nördlich von Phtelia und die Insel Sasseno von den Griechen evakuiert werden; VI. daß parallel mit den zonenweise zu fassenden Entscheidungen der Kommission auch sofort die Räumung der übrigen Albanien zugesprochenen Gebiete seitens der griechischen Truppen erfolge. — Ich beauftrage Herrn von Mèrey, vorstehendes Telegramm zur vertraulichen Kenntnis Marquis di San Giulianos zu bringen.

2. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Sir Fairfax Cartwright" bis inkl. „Truppen erfolge.") Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an Marquis di San Giuliano.

[a]) Vgl. n. 7534, 7559, 7574, 7622, 7762, 7829, 8102, 8165, 8171, 8186.

Tel. nach Rom, 29. Juni 1913 Nr. 721 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 7547.

Tel. nach Rom, 29. Juni 1913 Nr. 722 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7548.

Nr. 7549. Tel. aus St. Petersburg, 29. Juni 1913 Nr. 226 (eing. 30. Juni 12 U. 20 M. a. m.).[a]) Entziff.

Betrifft Schutz der Minoritäten am Balkan. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 383 vom 25. d. M. Nachdem Herr Sazonow, der noch immer nicht ganz hergestellt ist, zur Erholung in Zarskoeselo weilt und auch in den nächsten Tagen nicht sichtbar sein dürfte, habe ich die mir im vorerwähnten Telegramme aufgetragene Mitteilung vorläufig Herrn Neratow gemacht und ihm Text der durch Graf Mensdorff der Londoner Reunion vorzuschlagenden bezüglichen Formulierung mitgeteilt. Neratow nahm meine Mitteilung bloß ad referendum, bemerkte aber als seine persönliche Ansicht, daß, wenn auch gegen das diesem Vorschlage zu Grunde liegende Prinzip nichts einzuwenden sein dürfte, es ihm doch fraglich vorkomme, ob so weit ins Detail eingehende Bestimmungen zweckmäßig seien. Da

alle vorkommen könnenden Eventualitäten doch nicht vorherzusehen sind, schiene es ihm persönlich besser, sich auf die Festlegung der allgemeinen Prinzipien zu beschränken, die dann für alle Eventualitäten die Richtschnur abzugeben hätten. Sobald es mir möglich sein wird, Herrn Sazonow zu sehen, werde ich Angelegenheit eingehend mit ihm besprechen und hierüber telegraphisch berichten. Thurn.

a) Vgl. n. 7550.

Nr. 7550. Tel. aus St. Petersburg, 29. Juni 1913 Nr. 227 (eing. 30. Juni 1 U. a. m.).a) Entziff.

Betrifft Korica. Da Herr Sazonow derzeit nicht zu sprechen (vide mein heutiges Telegramm Nr. 226), habe ich die für Zuweisung Koricas an Albanien sprechenden Argumente im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 384 vom 27. d. M. bei Herrn Neratow verwertet. Adjoint versprach, Herrn Sazonow von meinen Ausführungen Mitteilung machen zu wollen, bemerkte aber hiebei, daß seiner Ansicht nach unsere Argumentierung Herrn Sazonow kaum zu unserem Standpunkte bekehren dürfte. Wenn auch Korica seinerzeit Wiege der albanesischen nationalen Bewegung gewesen sein mag, so habe heute dort griechische Regierung entschieden Oberhand gewonnen, so daß selbst die meisten dort wohnhaften Albanesen sich gegenwärtig fast ausschließlich der griechischen Sprache bedienen. Die Zuweisung dieses Ortes zu Albanien würde seiner Ansicht nach griechische Propaganda nicht zum Aufhören bringen und wären stete nationale Reibereien zu befürchten. Über meine Bemerkung, daß dieses Argument noch viel mehr in umgekehrter Richtung gelte, glitt Herr Neratow hinweg. Da mir ein weiteres Argumentieren mit dem Herrn Adjoint zwecklos schien, behalte ich mir vor, diese Frage bei meiner nächsten Unterredung mit Herrn Sazonow nochmals eingehend zur Sprache zu bringen. Thurn.

a) Vgl. n. 7560.

Nr. 7551. Tel. an den Generalkonsul Adolf Ritter von Zambaur in Skutari, 29. Juni 1913 Nr. 80 (chiffr. 10 U. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Geheim. Aus vertraulicher Quelle erfahre ich, daß Kardinal Agliardi an Mgre. Sereggi und Mgre. Docchi Briefe gerichtet hat, in welchen er ihnen den albanischen Thronkandidaten Herzog von Urach anempfiehlt. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, Gelegenheit zu suchen, sich den beiden genannten Kirchenfürsten gegenüber — jedoch ohne die vorstehende Mittheilung zu erwähnen — dahin vernehmen zu lassen, daß wir mit dieser Kandidatur nichts zu thun haben. Berchtold.

Nr. 7552. Tel. aus Sofia, 29. Juni 1913 Nr. 619 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 324 vom 29. d. M. erhalten. Habe mich im aufgetragenen Sinne Herrn Danew gegenüber ausgesprochen, woran sich längeres Gespräch knüpfte, worüber ich separat telegraphiere. Am Schlusse der Unterredung machte ich Konseilspräsidenten aufmerksam, daß er sich gar nicht geäußert, ob er — nachdem er von mir erfahren, daß

Rumänien laut Euer Exzellenz Eindruck zu Verhandlungen noch bereit wäre — das Nötige zur Eröffnung der Konversation tun würde. Herr Danew antwortete, er habe auf diesen Teil meiner Mitteilung nicht reagiert, da er nach der letzten rumänischen Demarche und in Anbetracht der Nachrichten, die er seither aus Bukarest erhalten, annehmen müßte, daß Rumanien gar nicht mehr verhandeln wolle. Ich erwiderte, ich hätte Konseilspräsidenten Mittel zum Anknüpfen der Verhandlungen angegeben und möchte wissen, ob er von denselben Gebrauch machen und rumänischer Regierung konkreten Antrag, der den Prätensionen Rumäniens nahe kommen würde, stellen wolle. Herr Danew erwiderte, er könne an rumänische Regierung nicht herantreten, ohne zu wissen, daß sie verhandeln werde. Ich insistierte noch und schließlich ersuchte mich Konseilspräsident, Euer Exzellenz zu melden, daß, wenn er durch uns Versicherung erhalte, Rumänien werde in Pourparlers eingehen, er bereit wäre, rumänischer Regierung konkreten Vorschlag zu machen, das heißt zu erklären, was er für wohlwollende Neutralität geben würde. Konseilspräsident bat noch, ihm diese Informationen baldmöglichst zu verschaffen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7553, 7563, 7564.

Nr. 7553. Tel. aus Sofia, 29. Juni 1913 Nr. 621 (eing. 30. Juni 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 324 und mein Telegramm Nr. 619 vom 29. d. M. Anlässlich heutigen Besuches bei Herrn Danew kam er gleich auf Rumänien zu sprechen, wobei er unter anderem Bemerkung fallen liess, dass rumänische Regierung zu verhandeln verweigere und durch ihre komminatorische Haltung Serbien zum Widerstand ermutigen und Bulgarien einschüchtern wolle. Ich entgegnete, dass laut einer mir zugegangenen Instruktion es nicht ganz sicher wäre, ob Rumänien mit sich nicht sprechen liesse, wenn Herr Danew ernsten Versuch machen würde. Mitredner ersuchte, ihm meine Information bekanntzugeben, worauf ich ihm ganzen Inhalt obzitierten hohen Telegrammes mitteilte. Zu der Meldung Prinzen Fürstenbergs bemerkte Herr Danew, Herr Ghika habe ihn nie zu präziseren Propositionen aufgefordert, sondern ihm deutlich zu verstehen gegeben, dass Rumänien nicht verhandeln wolle. Dann hörte Konseilspräsident meinen Ausführungen zu und als ich beendet, äusserte er sich wie folgt: „Vous me dites que votre gouvernement désirerait une solution pacifique qui permettrait à la Bulgarie de se passer de la neutralité roumaine qu'elle ne pourrait avoir que moyennant cession d'une partie de son territoire. Tout en exprimant ce désir, vous envisagez la possibilité que l'attitude roumaine pourrait obliger la Bulgarie à faire d'exorbitantes concessions aux Serbes et pour nous épargner ces concessions, votre gouvernement serait prêt à offrir ses bon offices en vue de faire aboutir un accord entre la Bulgarie et la Roumanie qui assurerait à cette dernière la réalisation de ses prétentions ou à peu près. Je tiens à vous dire que cette unique éventualité dans laquelle vous seriez disposés à intervenir ne peut pas se produire, vu qu'il n'y a que deux alternatives possibles: Ou la Serbie acceptera l'arbitrage en vertu du traité et le litige sera réglé par l'arbitre ou la Serbie refusera d'accepter

l'arbitrage prévu dans le traité et alors c'est la guerre. L'alternative envisagée par vous, c'est à dire celle que la Bulgarie se trouve dans la nécessité de faire aux Serbes des sacrifices au delà du traité, ne se produira en aucun cas; l'attitude roumaine ne forcera pas la Bulgarie à renoncer aux territoires qui lui reviennent de droit. La situation est difficile, mais nous trouverons un moyen de nous en tirer." Herr Danew äusserte sich in dieser Weise ein wenig erregt und, um ihn nicht zu reizen und das gewisse Misstrauen, welches aus seinen Worten sprach, nicht zu verstärken, vermied ich, das zu relevieren, was in seinem etwas anzüglichen Räsonnement hinkend war. Wohl um Eindruck seiner Erregtheit und Misstrauens bei mir nicht aufkommen zu lassen, ergänzte Konseilspräsident seine Äusserungen durch Bemerkung, wonach er überzeugt sei, dass wir, wenn wir auch gerne möchten, dass Rumänien nicht leer ausginge, rumänische Regierung in ihrer Haltung nicht ermutigen. Ich betonte, dass wir tatsächlich stets das Gegenteil getan hätten, uns um Verständigung und Schaffung guter Beziehungen bemüht haben und nur bedauern könnten, dass Dinge solche Wendung genommen. Kein vernünftiger Mensch könnte uns für neueste Attitude Rumäniens verantwortlich machen, die in keiner Weise dem von uns seit Anfang des Krieges konsequent verfolgten Ziele entspreche. Herr Danew meinte, er verstünde es wohl, dass uns neueste Haltung Rumäniens nicht konvenieren könnte; Rumänien verfolge eine spezifisch rumänische Politik, wie es auch unrichtig wäre — wie man das vielfach tue — mit russischen Absichten aus dem Grunde in Zusammenhang zu bringen, da Russland Krieg vorbeugen (möchte)[b] und Attitude Rumäniens Krieg verhindern könnte.[c] Rumänien verfolge sein eigenes Ziel und zwar das, Bulgarien unter allen Umstanden, also auch im Falle friedlicher Regelung, eine territoriale Konzession zu erpressen. Rumänien hoffe sein Trinkgeld zu bekommen und zugleich den Krieg zu verhindern, da es fürchte, dass Bulgarien aus dem Konflikt mit Serbien grösser und stärker hervortreten würde, als es Rumänien wünsche. Unterredung endete, wie mit gehorsamstem Telegramm Nr. 619 gemeldet. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7555, 7564. — [b] Chiffre fehlt. — [c] So!

Nr. 7554. Tel. aus Sofia, 29. Juni 1913 Nr. 622 (eing. 30. Juni 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Hatte freundschaftliches Gespräch mit rumänischem Kollegen. Da ich vermeiden will, mich verschlossen zu zeigen, habe ich ihm mit entsprechender Färbung einiges über meine letzten Besuche bei Herrn Danew erzählt: Herr Ghika scheint nach seiner letzten Demarche Möglichkeit Verhandlungen zwischen Sofia und Bukarest auszuschliessen. Ihm (Ghika) wäre nach Erklärung, die er Herrn Danew auftraggemäss abgegeben, kaum möglich, mit diesem noch zu sprechen. Rumänischer Kollege lässt es dahingestellt, ob Haltung, zu der man sich in Bukarest entschlossen, überhaupt glücklich. Jedenfalls hätte letzte Erklärung um 14 Tage früher hier abgegeben werden sollen. Jetzt sei Kriegsstimmung beiderseits gewissermassen abgeflaut und Gefahr vorhanden, dass sich Serbien und Bulgarien verständigen.

[a] Vgl. n. 7541. Tarnowski.

Nr. 7555. Tel. nach Bukarest, 30. Juni 1913 Nr. 276 (chiffr. 9 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Ich habe den Inhalt Euer Durchlaucht Telegrammes Nr. 166[b] vom 28. d. M. Herrn Danew durch Grafen Tarnowski mitteilen und ihn darauf aufmerksam machen lassen, daß hienach Rumänien noch immer zu Verhandlungen mit Bulgarien bereit sei, aber von diesem konkrete Anträge erwarte. Wie mir Graf Tarnowski unterm 29. d. telegrafierte,[c] habe Herr Danew auf diese Mitteilung geantwortet, daß er nach der letzten rumänischen Demarche und in Anbetracht der Nachrichten, die er seither aus Bukarest erhalten, annehmen müßte, daß Rumänien gar nicht mehr verhandeln wolle. Nach längerer Diskussion erklärte Herr Danew schließlich, daß er, falls er durch uns die Versicherung erhielte, daß Rumänien in Pourparlers eingehen werde, bereit wäre, der rumänischen Regierung konkrete Vorschläge zu machen, das heißt, bekanntzugeben, was er für die wohlwollende Neutralität Rumäniens im Kriegsfalle bieten würde. Bald nach dem Einlangen der vorstehend wiedergegebenen Meldung des Grafen Tarnowski ist mir Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 173 von heute zugekommen. Ich teile unter einem das zweite und dritte Alinea[d] dieses Telegrammes Grafen Tarnowski mit dem Auftrage mit, Herrn Danew hievon unverzüglich in Kenntnis zu setzen und hinzuzufügen, daß hieraus die Geneigtheit Rumäniens zu Verhandlungen mit voller Klarheit hervorgehe und daß wir erwarteten, die bulgarische Regierung werde nun, wie Herr Danew dies für diesen Fall in Aussicht genommen habe, mit konkreten Propositionen hervortreten. Wir seien auch bereit, falls Herr Danew es nicht vorziehen sollte, Herrn Sarafoff zum Zwecke einer direkten Aussprache von Silistria nach Bukarest zu entsenden, die Vermittlung zu übernehmen und die bulgarischen Propositionen der rumänischen Regierung mitzuteilen. Euer Durchlaucht wollen von dem Vorstehenden Herrn Majoresco ehestens in Kenntnis setzen, wobei darauf Bedacht zu nehmen wäre, etwaige Divergenzen zwischen der Berichterstattung Herrn Ghikas und den Äußerungen Herrn Danews nicht zu kraß hervortreten zu lassen. Ich behalte mir vor, auf Inhalt Euer Durchlaucht Telegramme Nr. 171 und 172 vom 29. d. noch zurückzukommen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7544, 7545, 7556, 7563, 7569. — [b] Vgl. n. 7539 Anm. b. — [c] n. 7553. — [d] Zweites Alinea von n. 7556 beginnt mit „Aus Konversation", drittes mit „Eventuell könnte".

Nr. 7556. Tel. aus Bukarest, 30. Juni 1913 Nr. 173 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Inhalt hohen Telegrammes Nr. 269 von gestern Minister des Äußern mitgeteilt und hinzugefügt, es sei jedenfalls zu befürchten, daß bei allfälligem Arrangement zwischen Serbien und Bulgarien beide sich gegen das nichtslavische, rumänische ...[b] am Balkan wenden könnten. Aus Konversation mit Minister des Äußern ersehe, daß Disposition zu Unterhandlungen mit Bulgarien zunimmt. Minister suggerierte Gedanken, ob nicht dritte Macht Verhandlungen in die Hand nehmen könnte, nachdem ein günstiges Resultat durch Besprechungen zwischen Danew und Ghika wegen persönlicher Animosität nicht zu erwarten ist und Herr Kalinkoff Vertrauen

seiner Regierung nicht zu genießen scheint. Monarchie wäre jedenfalls zu diesem Freundschaftsdienste am berufensten. Eventuell könnte auch Herr Sarafoff aus Silistria, das nur vier Stunden von Bukarest entfernt, und der Instruktionen besitzt, herkommen. K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 7555, 7563. — b) Chiffre verstümmelt.

Nr. 7557. Tel. aus Paris, 30. Juni 1913 Nr. 129 (eing. 4 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Albanesisches Statut. Herr Pichon sagte mir gestern, er habe in London konstatieren können, dass der Vorschlag Cambons das albanesische Statut betreffend (Telegramm Euer Exzellenz vom 23. Mai Nr. 289)a) missverstanden wurde. Derselbe bezwecke keineswegs, definitive Organisation Albaniens zu verzögern, sondern wolle nur für kurze Zeit ein Organ schaffen, das den Mächten nötige Informationen und Vorschläge unterbreiten würde, auf deren Basis definitives Statut festgesetzt werden könnte. Aus den ziemlich unklaren Äusserungen des Ministers hatte ich den Eindruck, dass derselbe einer Modifikation des Cambonschen Vorschlages nicht abgeneigt ist. Pichon meinte, man müsse vermeiden, definitive Beschlüsse zu fassen, die sich dann als unausführbar erweisen. Es gebe bei uns (Pichon nannte speziell Herrn von Ippen), in Italien und auch in Frankreich Funktionäre, die die albanesischen Verhältnisse gut kennen. Dieselben sollten an Ort und Stelle Vorschläge ausarbeiten, über welche die Mächte dann schlüssig werden könnten. Minister erwähnte, daß morgige (Reunion)b) in London sich mit der Frage befassen dürfte. Als meine persönliche Meinung betonte ich, daß man vermeiden sollte ...b) Statut nach europäischem Muster zu schaffen, man müsse aber einen Rahmen schaffen, welchem sich die bestehenden Institutionen und die Landesgewohnheiten anpassen könnten. Szécsen.

a) Mit Tel. Nr. 289, 23. Mai 1913 (chiffr. 6 U. 10 M. p. m.) wurde n. 7085 nach Paris mit dem Bemerken mitgeteilt, daß Berchtold sich eine Beschlußfassung bis nach dem Einvernehmen mit der italienischen Regierung vorbehalten müsse. — b) Chiffre verstümmelt.

Nr. 7558. Tel. aus Rom, 30. Juni 1913 Nr. 399 (eing. 1. Juli 5 U. 30 M. a. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 387 vom 24. d. M. Laut der Consulta zugekommenen Berichtes des Gesandten in Bukarest habe König Carol es übernommen, den Prinzen Wilhelm zu Wied zu sondieren. Vorläufig habe der König sich dahin ausgesprochen, dass seines Wissens der Prinz gewisse Garantien in finanzieller und militärischer Hinsicht (nämlich, über welche militärische Kräfte er zur Sicherung seiner Autorität verfügen werde) verlangen dürfte. Mérey.

a) Vgl. n. 7606.

Nr. 7559. Tel. aus Rom, 30. Juni 1913 Nr. 402 (eing. 1. Juli 11 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Hiesige Regierung ist mit den von Euer Exzellenz in dem hohen Telegramme Nr. 722 vom 29. d. M. fixierten drei Postulaten hinsichtlich der

albanesisch-griechischen Grenzfrage sowie den in sechs Punkte gefaßten Bedingungen unserer Zustimmung zur Einsetzung einer internationalen Kommission für den übrigen Grenzlauf durchaus einverstanden. Marquis Imperiali erhält entsprechende Instruktion. Mérey.

Nr. 7560. Tel. aus St. Petersburg, 30. Juni 1913 Nr. 229 (eing. 1. Juli 1 U. a. m.).[a] Entziff.

Betrifft Korica. Ich habe Herrn Sazonow gegenüber heute alle Argumente in nachdrücklicher Weise vorgebracht, welche mir Euer Exzellenz mit Telegramm Nr. 384 vom 27. d. M. an die Hand gegeben haben und die für die Zuweisung Koricas an Albanien sprechen. Der Minister des Äussern zeigte sich für in Rede stehende Angelegenheit wenig zugänglich und legte Hauptgewicht darauf, dass bei der Ungewissheit, welche derzeit darüber besteht, welche Gebiete schließlich an Griechenland fallen werden, es unmöglich sei, für dasselbe auf Korica zu verzichten, wolle man nicht in Griechenland geradezu eine exasperierte Stimmung erzeugen. Übrigens sei gerade Frage von Korica nicht von Russland in erster Linie aufgeworfen worden, sondern durch Frankreich. Wenn wir daher Zustimmung dieses letzteren zu einem albanesischen Korica fänden, so würde er, Herr Sazonow, in dieser Frage auch weiter keine Schwierigkeiten machen, nur müsste aber dann Sicherheit bestehen, dass Griechenland nicht auch bezüglich der von Italien besetzten Inseln den Kürzeren ziehe. Thurn.

[a] Vgl. n. 7550, 7575 Anm. b.

Nr. 7561. Tel. aus St. Petersburg, 30. Juni 1913 Nr. 230 (eing. 1. Juli 6 U. 40 M. a. m.).[a] Entziff.

Betrifft Minoritätenschutz. Ich hatte heute Gelegenheit, mit Herrn Sazonow den in acht Punkten formulierten Vorschlag zu besprechen, welchen Graf Mensdorff beauftragt ist, in der Londoner Konferenz vorzubringen. Zunächst konstatierte Sazonow mit Befriedigung, daß über die allgemeinen Prinzipien des den Minoritäten in den durch Serbien und Montenegro annektierten Gebieten zu gewährenden kulturellen Schutzes volle Übereinstimmung zwischen seiner und der Auffassung Euer Exzellenz bestehe. Er betonte nochmals, daß er ganz damit einverstanden wäre, daß im definitiven Friedensschluß Bestimmungen aufgenommen werden, welche Serbien und Montenegro den Schutz dieser Minoritäten auferlegen, und daß dann im Falle einer Verletzung dieser Bestimmungen jeder der an dem Friedensvertrage, beziehungsweise an Londoner Konferenz teilnehmenden Mächte das Recht diplomatischer Vorstellungen im Gegenstande zukomme; nur finde Herr Sazonow, daß in jedem Falle, wo eine der in Betracht kommenden Mächte von diesem Rechte Gebrauch machen würde, sie verpflichtet sein sollte, hievon auch den anderen beteiligten Mächten Mitteilung zu machen. Was die vorerwähnten acht Punkte anbelangt, so findet der Herr Minister dieselben viel zu sehr ins Detail eingehend, was seiner Ansicht nach stets ein Fehler sei und auch den modernen Tendenzen in der Gesetzgebung nicht entspreche, und außerdem erhebe er gegen einige Punkte prinzipielle Einwendungen, insbesonders gegen Punkt vier und sieben, während er andere

als nur selbstverständliche und unbestrittene Forderungen für überflüssig hält. Ich konnte den Herrn Minister nicht zu einer detaillierten und eingehenden Besprechung der einzelnen Punkte bringen, da derselbe darauf hinwies, er müsse sie vorerst von seinen Rechtssachverständigen prüfen lassen; er versprach jedoch, in einigen Tagen seine Bemerkungen, in einem Memorandum zusammengefasst, mir zukommen zu lassen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 7495, 7562, 7626.

Nr. 7562. Tel. aus St. Petersburg, 30. Juni 1913 Nr. 231 (eing. 1. Juli 6 U. 40 M. a. m.).[a]) Entziff.

Betrifft Schutz der Minoritäten. Euer Exzellenz hatten die Güte, mir mit Telegramm Nr. 384[b]) vom 29. d. M. eine Meldung des Grafen Mensdorff sowie an denselben ergangene Instruktionen betreffend Wiederholung Reunionsbeschlusses vom 22. März mitzuteilen. Diesbezüglich scheint mir irgendein Mißverständnis vorzuliegen, da Herr Sazonow anläßlich heutiger Konversation bemerkte, russischer Botschafter habe den Reunionsbeschluß vom 22. März bloß ad referendum genommen, doch habe dieser Beschluß nicht die Billigung russischer Regierung gefunden, weil die Formulierung qu'il est indispensable de prendre d'urgence des mesures pour la protection effective des populations etc. die Deutung zuließe, daß es sich um ein auswärtiges Protektorat handeln solle, was den übereinstimmenden Intentionen sowohl russischer als auch k. u. k. Regierung nicht entspräche. Hingegen habe er (Herr Sazonow) den in der Reunion vom 23. d. M. durch Sir Arthur Nicolson vorgeschlagenen Kompromißtext, von welchem er mir schon einmal gesprochen hatte (vide mein Telegramm Nr. 220 vom 24. d. M.) angenommen, welcher folgenden Wortlaut hat: Les 6 puissances pourraient déclarer qu'il est indispensable que les gouvernements de la Serbie et du Monténégro prennent d'urgence des mesures pour assurer à toutes les populations sans distinction de religion dans les territoires cédés à la Serbie et au Monténégro la liberté et la protection effective de leurs cultes et de l'enseignement. Da mir über diesen Kompromißvorschlag und insbesondere über die Stellungnahme Euer Exzellenz zu demselben nichts bekannt war, enthielt ich mich, auf diesen mit Herrn Sazonow des Näheren einzugehen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 7561, 7588. — [b]) Richtig 385 = n. 7532.

Nr. 7563. Tel. nach Sofia, 30. Juni 1913 Nr. 334 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Zu Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 619 vom 29. d. M. Bevor ich noch in der Lage war, dem von Herrn Danew geäußerten Wunsche entsprechend, mich in Bukarest dessen zu vergewissern, daß die rumänische Regierung in Verhandlungen einzugehen bereit sei, erhalte ich soeben nachstehende Meldung des Prinzen Fürstenberg: ... *wie n. 7556 von „Aus Konversation" bis Schluß* ... Euer Hochgeboren wollen Herrn Danew von dem Inhalte dieser Meldung unverzüglich in Kenntnis setzen und hinzufügen, da aus den Äußerungen Herrn Majorescos die Geneigtheit Rumäniens zu Pourparlers mit Sofia mit voller Klarheit hervorgehe, erwarteten wir nun, daß die bulgarische Regierung, wie Herr Danew es für diesen

Fall in Aussicht gestellt hat, mit einer konkreten Proposition hervortrete. Falls man es in Sofia nicht vorziehen sollte, die von Herrn Majoresco ins Auge gefaßte Modalität zu wählen und Herrn Sarafoff zum Zwecke einer direkten Aussprache von Silistria nach Bukarest zu entsenden, seien wir gerne bereit, die Vermittlung zu übernehmen und die bulgarischen Vorschläge in Bukarest mitzuteilen. Jedenfalls schiene es uns aber dringend geboten, daß man in Sofia keine Zeit verliere und die Verhandlungen ehestens tatsächlich eingeleitet werden. Euer Hochgeboren können hinzufügen, daß ich Prinz Fürstenberg unter einem anweise,[b] die rumänische Regierung von dem Inhalte der vorstehenden Instruktion in Kenntnis zu setzen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7577, 7589. — [b] n. 7555.

Nr. 7564. Tel. aus Sofia, 30. Juni 1913 Nr. 627 (eing. 1. Juli 11 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Man bedient sich hier zweifacher Methode, um mich durch rumänische Haltung zu impressionieren. Die eine besteht darin, dass man Monarchie für Politik Rumäniens verantwortlich und mich auf Folgen aufmerksam macht, die daraus für uns erwachsen müssten, die andere darin, dass man Attitude Rumäniens auf Einflüsterungen Russlands zurückzuführen und bei mir Eindruck Unaufrichtigkeit Rumäniens uns gegenüber hervorzurufen sucht. Herr Danew bediente sich kürzlich (mein Telegramm Nr. 555 vom 19. d. M.) ersteren Mittels, Dobrovič spielte anlässlich seines heutigen spontanen Besuches bei mir das letztere aus. Was soll die Haltung Rumäniens bedeuten, meinte er, Rumänien sei doch mit uns und Dreibund gegangen und jetzt schwenke es plötzlich zur Entente um und lasse sich Attitude, die mit unserer Politik im Widerspruche, von Russland und Frankreich diktieren. Man habe hier Beweise, daß es Russland und Frankreich seien, die rumänischer Regierung ihre letzte Stellungnahme geraten, um Bulgarien am Krieg zu verhindern. Bulgarien hätte von Serbien Nachgiebigkeit verlangt oder Krieg erklärt und Serbien vernichtet, was doch uns gepasst hätte. Nun stellt sich aber Rumänien auf Seite Serbiens, da es ähnlich Russland kein starkes Bulgarien zulassen wolle. Rumänien sei offenbar — wofür Mitredner einige andere Anzeichen anführte — russischem Einfluss zugänglich und habe sich mit Serbien eingelassen. Bulgarische Regierung möchte die ohnehin diskreditierte russophile Richtung ganz aufgeben und von Russland nichts mehr hören wollen. Was suche Rumänien? Es wolle offenbar auch bei friedlicher Lösung bulgarischen Streites mit Serbien Trinkgeld bekommen; dies sei ausgeschlossen. Bulgarien könnte den Rumänen nur im Falle siegreichen Krieges mit Serbien etwas geben. Krieg gegen drei Fronten sei aber für Bulgarien unmöglich, es wäre denn, dass wir Bulgarien gegen Serbien und Rumänien aktiv unterstützen oder letzteres in Schach halten würden. Ich liess Dobrovič schwätzen und reagierte wenig auf seine einfältige Sprache. Er dürfte zu mir von König oder Herrn Danew geschickt worden sein und hat offenbar den ihm soufflierten Gedankengang nicht vollkommen erfasst. Ich machte nur meinem Mitredner, als er auf Entente zwischen Rumänien und Serbien anspielte, eine Andeutung im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 327[b] vom 30. d. M. und als Dobrovič

endigte, wies ich auf meine, ihm übrigens nicht unbekannten Unterredungen mit Konseilspräsidenten (meine Telegramme Nr. 577 und 578 vom 22. d.M., Nr. 596 und 597 vom 25. d. M., Nr. 607 vom 27. d. M., Nr. 619 vom 29. d. M. und Nr. 621 vom 30. d. M.) in Kürze hin und verwertete dann entsprechend Inhalt Euer Exzellenz Telegramme Nr. 312 vom 24. d. M. und Nr. 324 vom 29. d. M. Zum Schlusse meinte Dobrovič, er glaube eigentlich an Absicht Rumäniens, Bulgarien anzugreifen, nicht; Rumänien würde bloss Gebietsstreifen okkupieren. Dobrovič verabschiedete sich, scheidend bemerkend, er würde König meine Darlegungen über Rumänien melden. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7592. — [b]) Mit Tel. Nr. 327, 29. Juni 1913 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.) wurde Schlußsatz von n. 7528 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 7565. Tel. aus Belgrad, 1. Juli 1913 Nr. 419 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Rumänische Hilfeleistung. Geheim. Ich erfahre aus ganz zuverlässiger Quelle, daß rumänische Regierung durch dortigen serbischen Gesandten Herrn Pašić habe verständigen lassen, daß Serbien nicht unter allen Umständen auf die rumänische Unterstützung rechnen soll; dieselbe werde bestimmt ausbleiben, wenn Serbien sich der bedingungslosen Arbitrage nicht unterwerfe. Ugron.

Unterredung mit dem deutschen Botschafter, 1. Juli 1913 Nr. 3119. Siehe n. 7584.

Nr. 7566. Privatschreiben nach Berlin, 1. Juli 1913 Nr. 3117.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Szápáry u. Berchtold; G. Berchtold).

Vor einiger Zeit habe ich Gelegenheit genommen, durch Herrn von Mérey eine Aussprache mit Marquis di San Giuliano über unsere Balkanpolitik herbeizuführen, um zu einer möglichsten Uebereinstimmung der beiderseitigen Auffassungen und Maßnahmen auf diesem Gebiete zu gelangen. Diese Aussprache ergab in den wesentlichsten Punkten, die zur Erörterung gelangten, ein befriedigendes Resultat, wobei ich hervorheben möchte, daß insbesondere meine Auffassung über das Verhältnis des Dreibundes zu Bulgarien die Zustimmung Marquis di San Giulianos fand. Im Hinblick auf die bevorstehende Anwesenheit des italienischen Ministers des Aeußern bei der Monarchenentrevue in Kiel habe ich Marquis di San Giuliano nahelegen lassen, er möge bei diesem Anlasse unserer übereinstimmenden Auffassung auch Herrn von Jagow gegenüber Ausdruck geben. Wie mir Herzog v. Avarna heute mitteilte, hat Marquis di San Giuliano seither eine eingehende Aussprache mit Herrn von Flotow über denselben Gegenstand gepflogen, wobei letzterer die Anschauung der deutschen Regierung vertrat, daß die gegenwärtige nach allen Richtungen im Flusse befindliche Balkansituation die weitestgehende Reserve in Bezug auf die Balkanstaaten geboten erscheinen lasse. Insbesondere sollte vermieden werden, durch vorzeitige Stellungnahme nicht wieder gutzumachende Verhältnisse zu schaffen, wodurch Beziehungen für die Zukunft kompromittiert werden könnten. Dieser Auffassung habe auch Marquis di San Giuliano beigepflichtet.

Ich würde Wert darauf legen, daß Euer Exzellenz Gelegenheit finden, noch vor Abreise Herrn von Jagows zur Kieler Entrevue dem Herrn Staatssekretär einige Gesichtspunkte zur Kenntnis zu bringen, welche geeignet wären, einer mißverständlichen Auffassung unserer Balkanpolitik in dem Sinne vorzubeugen, als ob unsere bisherige Stellungnahme zu den Balkanwirren zu dem obigen, von der deutschen Regierung aufgestellten und von Marquis di San Giuliano gutgeheißenen Prinzipe im Widerspruche stünde und auf diese Weise den Anschein zu verhindern, daß unsere politischen Ziele mit jenen Deutschlands und Italiens im Gegensatze stehen. Wie dem deutschen Kabinett bekannt ist, war unsere Haltung gegenüber den Balkanereignissen von Anbeginn an eine zuwartende. Diese Haltung hat sich bis heute nicht geändert, da wir in voller Uebereinstimmung mit dem erwähnten, von der deutschen Regierung in Rom zur Sprache gebrachten Standpunkt der Ansicht waren, daß sich die Entwicklung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel nicht genügend vorhersehen lasse, um schon in deren bisherigen Stadien weitergehende Konsequenzen für unsere Politik ableiten zu können. Diese zuwartende Haltung konnte aber angesichts unserer Stellung als einzige benachbarte und nächstinteressierte Großmacht auf dem Balkan keineswegs den Charakter einer völligen Passivität annehmen, umsomehr als gewisse natürliche Interessengegensätze und Parallelismen gegenüber den einzelnen Balkanstaaten nicht verfehlen konnten, als politische Tatsachen auf unsere Stellungnahme bestimmend einzuwirken. Ohne daß wir die Absicht haben, aus dem gegenwärtigen Stadium der Evolution am Balkan Elemente zur Schaffung engerer Beziehungen zu einem oder dem anderen der Balkanstaaten schon jetzt herauszusuchen, müssen wir einerseits die Gefahr im Auge behalten, welche für uns die Entstehung eines Großserbiens an unserer Südgrenze bedeuten würde, anderseits die Tatsache in Erwägung ziehen, daß Bulgarien mit uns das gleiche Interesse hat, einer Vergrößerung Serbiens auf Kosten der Mazedobulgaren entgegenzuarbeiten. Zu diesem Parallelismus der Tendenzen Oesterreich-Ungarns und Bulgariens kommt noch der Umstand, daß es keinen Punkt gibt, in welchem die Interessen Oesterreich-Ungarns mit jenen Bulgariens in irgend welchem Gegensatze stünden. Wenn sich somit für unsere Politik die natürliche Folge ergibt, daß die Lösung der gegenwärtigen Streitfragen nicht zu ungunsten Bulgariens auszufallen hätte, so ist damit keineswegs gesagt, daß wir unsere Bemühungen irgendwie dahin richten würden, Bulgarien für einen direkten Anschluß an den Dreibund zu gewinnen. Es wäre auch gründlich verfehlt, wenn man uns die Absicht imputieren wollte, durch unsere Haltung Bulgarien auf Kosten Rumäniens zu begünstigen. Es wäre dies geradezu im Widerspruch mit unserer bisherigen Politik und lege ich Wert darauf, daß sich auch Herr von Jagow davon überzeuge, daß wir nach wie vor an der Konservierung unseres engeren Bundesverhältnisses zu Rumänien festhalten und uns darüber vollkommen im klaren sind, daß eine Besserung unserer Beziehungen zu Bulgarien, die in dem eben erwähnten Interessen-Parallelismus begründet wäre, nur darauf abzielen würde, daß Bulgarien in die Lage komme, eine rein bulgarische Politik zu machen und sich nicht gezwungen sähe, an einer Kombination teilzunehmen, welche ihre

Spitze gegen uns und sohin auch gegen den Dreibund richten würde. Keineswegs ist aber unser Bestreben darauf gerichtet, Bulgarien auch nur eine ähnliche Stellung dem Dreibunde gegenüber zu geben, wie sie Rumänien einnimmt, dessen geographische Lage und politische Reife es schon seit Jahren zu einer wertvollen Stütze unserer Mächtegruppe gemacht hat. Die Gründe, welche für uns dafür maßgebend sind, daß wir keine Angliederung Bulgariens an den Dreibund anstreben, liegen auf einem analogen Gebiete wie dies für die Haltung Deutschlands hinsichtlich der betreffenden Anbiederungen Griechenlands der Fall ist: Auch wir halten es als weder in unserem noch in unserer Alliierten Interesse gelegen, uns in eine Kombination mit Staaten einzulassen, deren Interessen sich auf Gebiete erstrecken, welche Mitteleuropa viel zu ferne liegen, als daß es geboten wäre, zu deren eventueller Verteidigung das Risiko einer europäischen Konflagration zu tragen. Wir stehen im Prinzipe den Freundschaftswerbungen Griechenlands ungefähr ebenso wie jenen Bulgariens gegenüber und sind überzeugt, daß es beiden gegenwärtig ausschließlich um die Begünstigung ihrer Sonderinteressen am Balkan zu tun ist, ohne daß sich jetzt bereits ein Urteil über die künftige Orientierung dieser beiden Königreiche abgeben läßt. Wir dürfen aber nie und nimmer übersehen, daß in einem wichtigen Punkte eine Uebereinstimmung unserer und der bulgarischen Tendenzen vorhanden ist, das ist in dem beiderseitigen vitalen Interesse an der Verhütung des Zustandekommens eines Großserbiens, einer Entwicklung, welcher wir gegebenen Falles nicht untätig zusehen könnten.

[a]) Vgl. n. 7506, 7538, 7584, 7596.

Nr. 7567. Bericht aus Berlin, 1. Juli 1913 Nr. 22 C (eing. 3. Juli).[a]) Ausfert.

In Entsprechung der hohen Weisung vom 21. v. Mts. Nr. 386 C. d. M. habe ich nicht verfehlt, das wenig freundliche Verhalten des kaiserlich deutschen Konsuls in Belgrad, Dr. Schlieben, gegenüber den österreichisch-ungarischen Interessen in Serbien dem Staatssekretär gegenüber zur Sprache zu bringen. Herr von Jagow sagte mir in bereitwilliger Weise zu, den Fall des Dr. Schlieben untersuchen lassen zu wollen und bemerkte gleichzeitig vertraulich, dass der mehrgenannte Konsul sich hier im Auswärtigen Amte keines guten Rufes erfreue und nicht gut angeschrieben wäre; er — der Staatssekretär — wolle daher Mittel und Wege finden, Dr. Schlieben von seinem gegenwärtigen Dienstesposten ehestens abzuberufen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 7849.

Nr. 7568. Tel. nach Bukarest, 1. Juli 1913 Nr. 278 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Zu Euer Durchlaucht Telegrammen Nr. 171 und 172 vom 29. v. M. Was den ersten Teil des Telegrammes Nr. 171, die Rekriminationen Herrn Majorescos über die einer Verständigung abgeneigte Haltung Bulgariens anbelangt, so möchte ich bemerken, daß wir in Sofia stets zu Entgegenkommen gegenüber Rumänien geraten haben. Die bulgarischen Staatsmänner haben sich diesem Rat gegenüber keineswegs prinzipiell ablehnend verhalten, aber versucht, Rumänien die Schuld an den Mißverständnissen

zuzuschieben, die das Zustandekommen eines Akkords bisher verhindert haben. So hat beispielsweise Herr Danew sich vor kurzem zu Grafen Tarnowski bedauernd geäußert,[b]) Rumänien könnte, wenn es ein anderes Verhalten zeigen würde, für Bulgarien die Brücke zum Dreibund bilden und es wäre in diesem Falle der bulgarischen Regierung auch möglich, eine Lösung der Kontroverse mit Serbien in ganz anderer Weise ins Auge zu fassen und Rumänien hiefür vielleicht zu interessieren. Die weiteren Mitteilungen Herrn Majorescos über den Gedankengang seines Vortrages bei König Carol erfüllen mich mit aufrichtiger Befriedigung. Wie ich hieraus mit Freude ersehe, verschließt sich Herr Majoresco nicht der Einsicht, daß wir bei der in Bukarest empfohlenen Politik nicht von selbstsüchtigen Motiven geleitet wurden, sondern uns die Interessen Rumäniens in der durch unser dreißigjähriges enges Freundschaftsverhältnis gebotenen Weise vor Auge gehalten haben, wenn wir dabei auch manchmal Ansichten vertreten mußten, die mit der in Rumänien unter dem Eindrucke der Tagesereignisse herrschenden Stimmung nicht im Einklang standen. Euer Durchlaucht wollen sich im vorstehenden Sinne zu Herrn Majoresco aussprechen und in diesem Zusammenhange auch dem Verdacht entgegentreten, daß die Monarchie Bulgarien zugesagt hätte, Rumänien von jedem aggressiven Vorgehen unbedingt zurückzuhalten (Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 172). Man weiß in Sofia allerdings sehr gut, daß zwischen der Monarchie und Bulgarien insoferne eine gewisse Interessengemeinschaft besteht, als wir das Entstehen eines großserbischen Reiches auf Kosten Bulgariens nicht zulassen könnten. Man weiß dort aber ebensogut, daß wir Rumänien Rücksichten schulden und seine Interessen weder ignorieren können noch wollen. Herr Danew hat volles Verständnis gezeigt, als wir ihm erklärten, nicht in der Lage zu sein, auf Rumänien eine Pression auszuüben. Er hat es auch begriffen, daß wir auf eine dauernde Verständigung Bulgariens mit Rumänien den allergrößten Wert legen, da diese von entscheidender Rückwirkung auf unsere Politik Bulgarien gegenüber sein muß. Allerdings erwarten wir auch von der rumänischen Regierung, daß sie in den Verhandlungen mit Sofia, die jetzt vielleicht in Fluß geraten werden, im Interesse des Zustandekommens eines Akkords ihre Forderungen in solchen Grenzen hält, daß ihre Erfüllung nicht geradezu unmöglich wird oder daß es für Bulgarien nicht immer noch vorteilhafter ist, sich mit Serbien zu vergleichen und dauernd zu verbinden. Daß die letztere Eventualität den rumänischen Interessen durchaus nicht entsprechen würde, brauche ich wohl nicht nochmals zu wiederholen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7599. — [b]) n. 7499.

Nr. 7569. Tel. aus Bukarest, 1. Juli 1913 Nr. 174 (eing. 11 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Bezugnehmend auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 267[b]) von heute, rumänisch-bulgarische Verhandlungen. Minister in entsprechender Weise mitgeteilt, der sich erfreut zeigte und Wunsch aussprach, daß mit Hinblick auf ernsteste Situation bulgarische Vorschläge, womöglich über Wien, baldmöglichst gemacht würden. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7589. — [b]) Irrtümlich statt 276 = n. 7555.

Nr. 7570. Tel. aus Bukarest, 1. Juli 1913 Nr. 175 (eing. 8 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Minister teilt mir mit, daß Seine Majestät der König beschlossen habe, trotz alarmierender Nachrichten über Kriegsausbruch insolange nicht zu mobilisieren, als nicht von rumänischen Balkangesandten offiziell Kriegszustand gemeldet wird. Griechischer Gesandter brachte eben Minister des Äußern Depesche seiner Regierung zur Kenntnis, wonach durch Angriff Bulgariens Krieg ohne Erklärung ausgebrochen sei und griechische Armee Befehl zum Vormarsch erhielt. Gleiche Mitteilung machte auch deutscher Gesandter, der im Auftrage seiner Regierung analoge Meldung Grafen Quadts Minister des Äußern übermittelte. Auf meine Frage, was deutscher Kollege mit dieser Mitteilung bezweckte, bemerkte Minister, „vermeintlich, daß wir losgehen." Mit Telegramm Nr. 263 vom 28. v. Mts. angekündigte deutsche Demarche ist noch nicht erfolgt, dagegen hatte Herr von Waldthausen in letzten Tagen zwei Audienzen bei Seiner Majestät dem König, über deren Zweck sich derselbe mir gegenüber sehr reserviert zeigte.

K. E. Fürstenberg.

[a] Oe. U. Balkan 326 Nr. 646. Vgl. n. 7585.

Nr. 7571. Tel. aus London, 1. Juli 1913 Nr. 492 (eing. 2. Juli 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Réunion d'aujourd'hui: „Sur la déclaration relative au chemin de fer international et au port neutre de l'Adriatique que les puissances ont pris l'engagement de faire officiellement au gouvernement serbe, la réunion décide que Sir E. Grey sera chargé de confirmer au nom des six puissances au chargé d'affaires de Serbie la résolution prise à la réunion des ambassadeurs le 17 décembre de l'année passée et ainsi conçue: (Texte de la résolution du 17 décembre). Sir E. Grey ajoutera la remise d'un mémorandum interprétatif de cette déclaration et agréé par les six puissances. Ce mémorandum est ainsi conçu: (Texte arrêté par Benckendorff et moi, soumis à Votre Excellence par mon rapport 63 B du 28 juin). En même temps Grey rappellera au chargé d'affaires de Serbie la communication qui lui a été faite le 11 mars dernier et qui a été réitérée le 29 mars à Belgrade, en insistant sur la nécessité de procéder sans délai à l'évacuation des territoires attribués à l'Albanie. Une communication identique sera faite au gouvernement monténégrin. Grey propose qu'en faisant cette communication, les représentants des puissances à Cettigné fassent observer que le concours promis pour la question des irrigations et pour assistance financière est subordonné à l'évacuation des territoires attribués à l'Albanie.

Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 325 Nr. 645. Vgl. n. 7573, 7601, 7687.

Nr. 7572. Tel. aus London, 1. Juli 1913 Nr. 493 (eing. 2. Juli 12 U. 50 M. a. m.).[a] Entziff.

Réunion d'aujourd'hui concernant la protection des minorités. „Le Comte Mensdorff dit que son gouvernement trouve la résolution du 23 juin incomplète et présente un projet détaillé qui, dit-il, fait actuellement l'objet d'une discussion entre Vienne et Pétersbourg. La Réunion pense qu'il y

a lieu d'attendre le résultat de cette discussion. Sir E. Grey fait observer que, si un accord s'établit sur l'interprétation détaillée de la résolution du 23 juin, elle doit prendre la forme d'une addition à cette résolution." Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 325 Nr. 644. Vgl. n. 7573.

Nr. 7573. Tel. aus London, 1. Juli 1913 Nr. 494 (eing. 2. Juli 3 U. a. m.).a) Entziff.

In Ergänzung meiner heutigen Telegramme Nr. 492 und 493. Betreffs Minoritätenschutzes erklärte ich in heutiger Reunion, daß Euer Exzellenz die Resolution vom 23. Juni unvollständig finden und versuchte die Wiederholung des Beschlusses vom 22. März ohne Kommentar herbeizuführen. Graf Benckendorff erklärte, es scheine ihm ganz ausgeschlossen, daß seine Regierung der Wiederholung des ursprünglichen Textes zustimme, wenn nicht eine Interpretation beigefügt werde. Sir E. Grey bemerkte, es sei ein ganz analoger Fall wie bezüglich des accès commercial, den die k. u. k. Regierung nicht ohne Interpretation wiederholt sehen wollte. Man könne es also diesmal auch der russischen Regierung nicht verwehren, die Feststellung einer Interpretation zu provozieren, bevor sie der Wiederholung des Reunionsbeschlusses vom 22. März zustimme. Mein deutscher und italienischer Kollege hatten Auftrag, mich zu unterstützen, wenn ich die acht Punkte vorbringe. Ich gab demnach der Reunion von den acht Punkten Kenntnis mit der Bemerkung, daß man darüber zwischen Wien und Petersburg verhandle. Graf Benckendorff schien namentlich über die „ausdrückliche Anerkennung einer albanesischen Nationalität" große Bedenken zu hegen. Sir E. Grey machte die Anregung als Kompromiß, daß man die detaillierte Interpretation, was immer sie sein möge, dem Resolutionsbeschlusse vom 23. Juni über die Interpretation beifügen sollte. Ich befürchte sehr, daß diese acht Punkte, wenn Euer Exzellenz nicht sehr bald die Zustimmung des Petersburger Kabinettes dazu erhalten, Gegenstand langwieriger Verhandlungen bilden und die so wünschenswerte Wiederholung des Reunionsbeschlusses vom 22. März in Frage stellen werden. Ich habe Sir E. Grey nachher vertraulich gesagt, daß ich nicht sicher bin, ob ich die Ermächtigung hätte, der Wiederholung des Beschlusses über accès commercial an Serbien zuzustimmen, bevor eine Einigung über den Minoritätenschutz hergestellt ist. Er bat mich dringend, Euer Exzellenz zu ersuchen, die gedachte Wiederholung an Serbien, mit welcher wir schon die Erneuerung des Evakuationsverlangens in Verbindung gebracht haben, nicht dadurch hinauszuschieben, daß wir sie in Konnex mit der Erklärung über Minoritätenschutz bringen. Italienischer Botschafter hat auch Instruktion, mich in Frage Minoritätenschutzes nur zu unterstützen, insoweit dadurch die Erneuerung der Erklärung an Serbien betreffs accès commercial nicht hinausgeschoben wird. Ich würde befürchten, daß, wenn wir jetzt versuchen, ein Junktim zwischen den zwei Fragen aufrecht zu erhalten und die Mitteilung an Serbien hinauszuschieben, die Situation sehr schwierig würde und wir mit einer gewissen Irritation sämtlicher Regierungen zu rechnen hätten. Mensdorff.

a) Vgl. n. 7532, 7602.

Nr. 7574. Tel. aus London, 1. Juli 1913 Nr. 495 (eing. 11 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 536 vom 30. v. Mts. betreffend Mitteilung englischen Botschafters. Ich habe heute Sir E. Grey vor der Reunion die Antwort Euer Exzellenz darauf mitgeteilt. Staatssekretär sprach sich nicht darüber aus, wird aber ohne Zweifel bei einer nächsten Konversation mit mir darauf zurückkommen. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7622.

Nr. 7575. Erlass nach Paris, 1. Juli 1913 Nr. 3106.[a] Konz. (S. Berger; G. Szápáry).

In der Anlage erhalten Euer Exzellenz eine Korrespondenz mit der k. u. k. Botschaft in St. Petersburg, welche die Frage von Korica betrifft.[b] Wie Euer Exzellenz aus dem Antworttelegramme Grafen Thurns entnehmen wollen, werden der Zuweisung dieses Gebietes an Albanien weniger von russischer als vielmehr von französischer Seite Schwierigkeiten bereitet. Ich ersuche daher Euer Exzellenz, sich bei Herrn Pichon unter Verwertung der in meinem Telegramme an Grafen Thurn enthaltenen Argumente in nachdrücklichster Weise vernehmen zu lassen.

[a] Vgl. n. 7637. — [b] Es wurden Abschriften von n. 7507 und n. 7560 beigelegt.

Nr. 7576. Tel. nach Sofia, 1. Juli 1913 Nr. 336 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Falls in Sofia Nachrichten von irgend einer gegen Bulgarien gerichteten militärischen Demonstration Rußlands auftauchen und Ihnen gegenüber zur Sprache gebracht werden sollten, wollen Euer Hochgeboren unter Betonung, daß Sie nur Ihre persönliche Ansicht aussprechen, bemerken, aus der Rede des Grafen Tisza[b] gehe klar hervor, welche Haltung Österreich-Ungarn einnehmen würde, falls sich diese Nachrichten bewahrheiten, da der Herr ungarische Ministerpräsident die volle Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Balkanstaaten unter Ausschluß einer Bevormundung durch irgend eine Großmacht als das leitende Grundprinzip unserer Politik proklamiert habe. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7592. — [b] Vgl. n. 7430 Anm. b, n. 7624 Anm. b.

Nr. 7577. Tel. aus Sofia, 1. Juli 1913 Nr. 628 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 333[b] und 334 von gestern erhalten und mich bei Herrn Danew entsprechend ausgesprochen. Konseilspräsident dankt für Information und für Euer Exzellenz Bereitwilligkeit, zu vermitteln. Unsere Vermittlung wäre, meint Herr Danew, mit dem großen Vorteil verbunden, daß wir zugleich mäßigend und versöhnend wirken würden. Direkter Verkehr eventuell durch Herrn Sarafow wäre viel rascher. Konseilspräsident werde Ministerrat konsultieren und mir nachmittag antworten. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7580, 7589, 7592, 7599 Anm. a. — [b] Mit Tel. Nr. 333, 30. Juni 1913 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.) wurde n. 7543 von Anfang bis „konsultieren müsse" nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 7578. Tel. aus Sofia, 1. Juli 1913 Nr. 629 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Auf meine Frage, was von den Engagements, zu denen es zwischen bulgarischen, serbischen und griechischen Truppen gekommen sein soll, zu denken wäre, ob dieselben fortdauern und ob ernste Folgen zu erwarten, antwortete Herr Danew, daß Serben Kämpfe provoziert hätten. Mit Griechen sei es nur zu geringen Zusammenstößen gekommen; die Engagements mit Serben aber, und zwar bei Gevgeli und Ištib, seien bedeutender und noch nicht ganz aufgehalten worden. Bulgarien wolle keinen Krieg und wenn auch serbischerseits das Nötige zur Vermeidung des Krieges getan werde, würden Kämpfe aufhören und sich auch nicht erneuern. Was man sonst über Stand und Umfang Engagements hört, ist widersprechend. Einerseits wird gesagt, daß größere Operationen im Zuge, die nicht mehr aufzuhalten wären, andererseits verlautet, daß Kämpfe so gut wie beendet. Über Umstände, unter denen zu Kämpfen gekommen, und über deren Ursache sind Ansichten auch verschieden. Vorwiegend heißt es, Regierung sei vom Generalstab überrumpelt. Tarnowski.

Nr. 7579. Tel. aus Sofia, 1. Juli 1913 Nr. 631 (eing. 5 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 325 vom 29. v. M. betreffend Wunsch Herrn Danews, ihm Mitteilung im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 312 schriftlich zu geben. Habe seit Erhalt Konseilspräsidenten zweimal gesprochen, ihn präokkupiert und ungeduldig gefunden, so daß zwecklos gewesen wäre, bewußte Frage zu berühren. Auch was Meritum anbelangt, scheint mir Moment, wo Lage noch so unsicher, nicht geeignet. Sobald sich passende Gelegenheit ergeben wird, werde im aufgetragenen Sinne mit Herrn Danew sprechen. Tarnowski.

Nr. 7580. Tel. aus Sofia, 1. Juli 1913 Nr. 633 (eing. 2. Juli 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 628 von heute. Es erschien bei mir heute abends im Auftrage Herrn Danews Generalsekretär im Auswärtigen Amte und sagte, Konseilspräsident, der durch Ministerrat abgehalten, lasse mir mitteilen, daß Regierung unseren Rat, an Rumänien konkrete Vorschläge zu richten, annehme und daß Herr Sarafow, der morgen früh aus Silistria in Sofia eintreffe, mit der betreffenden Mission betraut sein werde. Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 328 Nr. 652. Vgl. n. 7589, 7592, 7599 Anm. a, 7680.

Nr. 7581. Tel. aus Sofia, 1. Juli 1913 Nr. 635 (eing. 2. Juli 9 U. a. m.). Entziff.

Lage hat sich seit heute morgens nicht geklärt. Wie sich Regierung zu heute abends eingetroffenen Nachrichten über Erklärung Herrn Pašić' und Beschluß Skupschtina[a] stellt, ist noch unbekannt. Was militärische Situation anbelangt, so wird zwar von neuen Zusammenstößen zwischen serbischen und bulgarischen Truppen gesprochen und es herrscht Erregung wegen Entwaffnung der bulgarischen Besatzung in Salonik, der allgemeine Eindruck ist aber heute abends eher der, daß Feindseligkeiten aufhören. Tarnowski.

[a] Vgl. Pol. Chron. der ö.-u. Mon. 1913, 251 und n. 7591.

Nr. 7582. Tel. aus Belgrad, 2. Juli 1913 Nr. 427 (eing. 3. Juli 4 U. a. m.).[a] Entziff.

Bulgarische Demarchen. Bulgarischer Gesandter hat gestern auftragsgemäß eine Note serbischer Regierung übersendet, in welcher vorgestriger Protest wegen Beginn der Feindseligkeiten wiederholt und gleichzeitig Verlangen gestellt wird, daß sofort beiderseits Befehle zu der unverzüglichen Einstellung der Feindseligkeiten erlassen werden, damit kein Hindernis zur friedlichen Beilegung des Konfliktes vorhanden sei. Eine Stunde später hatte er schon die Antwort, in welcher die Schuld des Angriffes mit aller Energie auf die Bulgaren zurückgeschoben, über die Einstellung der Feindseligkeiten aber kein Wort gesagt wird. Heute übersendet bulgarischer Gesandter über neuerlichen Auftrag eine analoge, aber viel dringendere Note, in der nachdrücklichst gesagt wird, wenn die Serben auf Vorschlag innerhalb 24 Stunden nicht eingehen, werden sie für alle Folgen verantwortlich gemacht. Auch auf diese Note kam schon nach einer Stunde eine der gestrigen gleiche, ausweichende Antwort. Im Auftrage Herrn Danews hat bulgarischer Gesandter Herrn von Hartwig gestern ersucht, sich bei der serbischen Regierung zu verwenden, damit im Interesse Vermeidung eines Bruderkrieges die Einstellung der Feindseligkeiten sofort angeordnet werde. Heute hat er dieses Ansuchen wiederholt. Russischer Gesandter erklärte Bereitwilligkeit zu intervenieren, doch auch seine Demarche hat nicht das gewünschte Resultat ergeben und die Serben haben sich über den fraglichen Punkt noch immer nicht geäußert. In dieser Insistenz der Bulgaren erblicke ich ein sehr schlechtes Zeichen und ich befürchte, daß Serben bedeutende Erfolge erlangt haben. Bulgarischer Gesandter erklärt zwar hier kursierende Siegesnachrichten für falsch, er ist aber selbst sehr deprimiert und besorgt. Er rechnet damit, daß er in einigen Tagen abreisen wird. Er selbst findet, daß er hier nichts mehr zu suchen hat. Ugron.

[a] Oe. U. Balkan 327 Nr. 651. Vgl. n. 7751.

Nr. 7583. Tel. aus Belgrad, 2. Juli 1913 Nr. 428 (eing. 3. Juli 4 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff. Telegrafenamtliche Wiederholung u. Ergänzung.

Evakuation Albaniens. Ad Telegramm Nr. 176[b] von heute. Italienischer Geschäftsträger sowie auch ich haben aufgetragene Démarche heute ausgeführt. Generalsekretär erklärte, daß keine serbischen Truppen in den fraglichen albanesischen Gebieten sich befinden, infolgedessen können auch Nachrichten nicht wahr sein. Er werde übrigens bei der Kriegsverwaltung Erkundigungen einziehen. Ugron.

[a] Vgl. n. 7413, 7603, 7611. — [b] Lautet folgendermaßen: „Consulat Durazzo telegrafirt unterm 29ten v. M.: ‚Soeben Nachricht erhalten, daß die Serben die seit Kriegsschluß von den Matianern verlassenen Schanzen bei Tritnomur Seldioven [?] mit Infanterie und Maschinengewehren besetzten. Seit 26-ten d. M. kämpfen Arnauten mit Serben.‘ Laut Mitteilung des Herzogs von Avarna ist der Consulta seitens des kgl. ital. Consuls in Durazzo eine analoge Meldung zugekommen und wurde ihr Geschäftsträger beauftragt, diesbezüglich bei Herrn Pašić zu reclamieren. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren sich mit dem dortigen italienischen Vertreter ins Einvernehmen zu setzen und seine Démarche zu unterstützen“.

Nr. 7584. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 2. Juli 1913 Nr. 3119.a) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Herr von Tschirschky hat mir auftraggemäß am 1. Juli 1913 den Standpunkt des deutschen Kabinettes hinsichtlich unserer Anregung gekennzeichnet, in Bukarest auf die Haltung der rumänischen Regierung gegenüber Bulgarien parallel mit uns einzuwirken. Den Ausführungen des deutschen Botschafters zufolge hatte das Berliner Kabinett, meinem bereits zu einem früheren Zeitpunkte ausgesprochenen Wunsche Rechnung tragend, dazumal in Bukarest den Rat erteilt, sich mit Bulgarien auszugleichen, doch ohne den angestrebten Erfolg zu erzielen, indem die rumänische Regierung erklärte, sich freie Hand vorbehalten zu müssen. Nach den seither mit besonderem Nachdrucke abgegebenen Erklärungen König Carols, nicht weiter mit Sofia verhandeln zu wollen, könne sich Herr von Jagow nicht veranlaßt finden, weiter im bewußten Sinne zu insistieren. König Carol erscheine übrigens, im Hinblicke auf die früheren vergeblichen Versuche, mit König Ferdinand zu verhandeln, vollkommen berechtigt, Bulgarien zu mißtrauen. Wenn es Bulgarien ernst gewesen wäre, so hätte es, da es der gefährdete Teil ist, Versprechungen machen sollen; statt dessen habe Herr Danew sich Herrn Ghika gegenüber auf keine positive Erörterung eingelassen. Abgesehen hievon sei die Auffassung König Carols, daß Rumänien kein übermächtiges Bulgarien als Nachbar haben wolle, ganz gerechtfertigt: zwischen das gewaltige Rußland und ein starkes Bulgarien eingezwängt, müßte Rumänien vollkommen paralysiert werden. Wenn König Carols Haltung zufällig den Eingebungen Rußlands und Frankreichs entsprochen hat, mag dies bedauerlich sein, es könne dies aber keinen Grund bilden, Rumäniens vitale Interessen Oesterreich-Ungarns Werben um Bulgarien zum Opfer zu bringen. Bulgarien gegenüber habe der Dreibund keine Verpflichtungen, wohl aber Rumänien. Man könne von letzterem nicht verlangen, daß es eine gegen seine eigenen Lebensinteressen gerichtete Politik verfolge. Die Bündnisverbindlichkeiten Rumäniens seien begrenzt und können nicht bis zur Selbstaufopferung ausgedehnt werden, nur damit eine Harmonie hergestellt werde zwischen der Haltung Rumäniens und der von einem seiner Bundesgenossen einem dritten Staate gegenüber geführten Politik. Bei Eingehen auf die suggerierte Politik würde man nur erreichen, daß sich die in Bukarest bereits wahrnehmbare Mißstimmung gegen den Dreibund noch vertiefen werde. Indem ich Herrn von Tschirschky für seine Mitteilung dankte, sprach ich ihm mein Bedauern aus, daß sich das Berliner Kabinett in der Appreciation unserer Politik gegenüber Rumänien und Bulgarien offenbar in einem Irrtume befangen finde. Unsere Besorgnis vor einem aggressiven Vorgehen Rumäniens ist keineswegs auf Sentimentalitäten gegenüber Bulgarien, auf bewußte oder unbewußte „Bulgarophilie" oder auf Werben um bulgarische Freundschaft zurückzuführen, sondern beruht auf der Logik der realen Verhältnisse, die uns angesichts der Neuordnung am Balkan einen unüberlegten Vorstoß Rumäniens höchst bedenklich erscheinen läßt und zwar ebenso sehr für unsere Lebensinteressen wie für die Zukunft Rumäniens. Wenn auf der einen Seite ein militärisches Eingreifen Rumäniens geeignet erscheine, Serbien die Möglichkeit zu bieten, seine bekannten

Aspirationen nach Schaffung eines Großserbiens zu verwirklichen, so darf auf der anderen Seite nicht übersehen werden, daß sich Rumänien durch eigenmächtige Besetzung eines bulgarischen Territoriums die unversöhnliche Feindschaft seines südlichen Nachbarn zuziehen müßte. Während somit unsere vitalen Interessen in einer Weise tangiert würden, die uns gegebenen Falles zwingen könnte, einzugreifen, um unsere südslavischen Provinzen vor künftiger ständiger Bedrohung zu schützen, würde Rumänien sich der Gewißheit aussetzen, bei der ersten Komplikation im Norden mit dem Einsetzen einer bulgarischen Revanche zu rechnen zu haben, was nicht nur für das Königreich zu einer Existenzfrage werden könnte, sondern auch für uns und den Dreibund den Wert der rumänischen Freundschaft vollkommen illusorisch machen würde. Es liegt uns ferne, den Verpflichtungen, die wir bundesmäßig Rumänien gegenüber übernommen haben, nicht voll und ganz nachzukommen. Eine Politik Rumäniens aber, durch welche das Königreich unsere Interessen gleichzeitig mit jenen des Dreibundes kompromittieren würde, wäre außerhalb der Vorsehungen des Vertrages gelegen und könne unmöglich unter dieselben subsumiert werden. Das deutsche Kabinett möge übrigens versichert sein, daß es uns nicht beifalle, Rumänien in den Arm fallen zu wollen, wenn es trotz unserer Ratschläge sich zu einem aktiven Vorstoße gegen Bulgarien bestimmt finden sollte. Unsere diplomatische Tätigkeit beschränke sich vielmehr darauf, dem uns nunmehr von rumänischer Seite selbst geäußerten Wunsche, mit Bulgarien zum Ausgleiche zu gelangen, Rechnung zu tragen und einen letzten Versuch zu machen, zwischen dem Bukarester und Sofioter Kabinette zu vermitteln. Sollte dieser Versuch zu keinem Resultate führen, würden wir den Dingen freien Lauf lassen, namentlich auch der Besetzung des convoitierten Gebietsstreifens durch Rumänien kein Hindernis in den Weg legen, allerdings mit dem Vorbehalte, durch den Verlauf der Kriegsereignisse eventuell gezwungen werden zu können, aus unserer Reserve den Kriegführenden gegenüber hervortreten zu müssen.

[a]) Vgl. n. 7566, 7596.

Nr. 7585. Tel. nach Bukarest, 2. Juli 1913 Nr. 282 (chiffr. 9 U. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 175 vom 1. d. M. erhalten. Bezug auf letztes Alinea.[a]) Herr von Jagow hat Grafen Szögyény auf eine diesbezügliche Démarche am 29. v. M. mitgeteilt,[b]) die deutsche Regierung habe in der letzten Zeit in Bukarest wiederholt den Rat erteilt, die Verhandlungen mit Bulgarien fortzusetzen. Zu ihrem großen Bedauern könne sie aber nunmehr, nach den so entschiedenen Erklärungen König Carols, die Verhandlungen nicht fortsetzen zu wollen, keinen weiteren Druck in Bukarest ausüben. Vorstehendes zu Euer Durchlaucht rein persönlicher Orientierung mit dem Bemerken, daß die Motivierung der ablehnenden Haltung des Berliner Kabinettes durch inzwischen kundgegebene Bereitwilligkeit Rumäniens zu Pourparlers mit Sofia überholt ist, daß wir aber nach wie vor damit rechnen müssen, aus Gründen, die mit den verwandtschaftlichen Beziehungen

zwischen dem deutschen und griechischen Hofe zusammenhängen, in Berlin keine Unterstützung unserer, auf eine rumänisch-bulgarische Verständigung abzielenden Bemühungen zu finden, während wir in dieser Beziehung mit dem italienischen Kabinet übereinstimmen. Berchtold.

[a]) Letztes Alinea von n. 7570 beginnt mit „Mit Telegramm Nr. 263". — [b]) Vgl. n. 7542.

Nr. 7586. Tel. aus Bukarest, 2. Juli 1913 Nr. 178 (eing. 7 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Mit Hinblick auf immer kriegerischer lautende Nachrichten und stärkeres Einsetzen russisch-französischer Aktion, um Rumänien zum militärischen Eingreifen zu bewegen, halte ich nächstens eintretende Mobilisierung der Armee für wahrscheinlich. In diesem Falle müßte aber damit gerechnet werden, daß abgesehen von Besetzung gewünschter Linie, direktes Eingreifen in den Krieg, eventuell Vormarsch gegen Sofia von militärischen Kreisen und chauvinistischen Politikern auch gegen Widerspruch Minister des Äußern bei Seiner Majestät dem König durchgesetzt werden könnte. Baldmöglichste unbedingte Abtretung Linie Turtukaia—Balčik könnte eventuell diese Gefahr noch abwenden. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7597, 7608.

Nr. 7587. Tel. aus Bukarest, 2. Juli 1913 Nr. 179 (eing. 11 U. 55 M. p. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern telegraphierte heute nachmittags an rumänische Gesandte bei den Balkanstaaten, um betreffende Regierungen zu fragen, ob sie sich als im Kriegszustande befindlich betrachten. Von den Antworten wird hiesige Mobilisierung abhängen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 326 Nr. 648. Vgl. n. 7598.

Nr. 7588. Tel. nach St. Petersburg, 2. Juli 1913 Nr. 389 (chiffr. 10 U. 10 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Nemes).

Antwort auf Telegramm Nr. 231 vom 30. vor. Mts. Auf Grund des Réunionsbeschlusses vom 22. März wurde von den Vertretern sämmtlicher Großmächte in Belgrad und Cetinje bei den dortigen Regierungen Démarchen im Interesse des Schutzes der Minoritäten ausgeführt, wobei die Sprache der Dreibund-Gesandten dem Londoner Texte entsprach, während jene der Tripleententevertreter von dem vereinbarten Texte abwich (mein Telegramm Nr. 241 vom 30. März). Die von Herrn Sazonow irrthümlich Sir A. Nicolson zugeschriebene Fassung vom 23. d. Mts. stammt nicht von Letzterem. Vielmehr hatte Sir A. Nicolson bereits in der Réunion vom 18. v. Mts.[b]) den von Euer Exzellenz gemeldeten Kompromißtext vorgeschlagen. Diese Redaktion wurde dann in der Réunion vom 23. v. Mts.[c]) — auch von Sir E. Grey — fallen gelassen. Die weitere Entwicklung ist Hochderselben bekannt — mein Telegramm Nr. 383 v. 25. d. Mts. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7626. — [b]) Vgl. n. 7402. — [c]) Vgl. n. 7470.

Nr. 7589. Tel. nach Sofia, 2. Juli 1913 Nr. 337 (chiffr. 1 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 628 und 633 vom 1. l. M. bulgarisch-rumänische Verhandlungen betreffend, deren Inhalt ich unter einem Prinzen Fürstenberg zur Mitteilung an rumänische Regierung weitergebe. Mit Bezug auf die ihm laut meinem Telegramme Nr. 334 vom 30. v. M. erteilte Instruktion meldet mir nun der k. u. k. Gesandte in Bukarest wie folgt: ... *wie n. 7569 von „Minister" bis Schluß* ... Vorstehendes zur Mitteilung an dortige Regierung. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7593.

Nr. 7590. Tel. aus Sofia, 2. Juli 1913 Nr. 637 (eing. 7 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Herr Dobrovič, über Lage von mir befragt, äußerte sich, wie folgt: Die hier vom griechischen Gesandten abgegebene Erklärung, wonach griechische Armee Befehl zum Vorrücken erhalten habe, sei eine Kriegserklärung und könne von bulgarischer Regierung nur als solche aufgefasst werden. Trotzdem habe bulgarische Regierung auf diese Erklärung mit einer Note geantwortet, die Griechenland noch immer Möglichkeit gebe, endgiltigem Kriegsausbruch vorzubeugen. Ob seit Austausch dieser Erklärungen irgendwelche Engagements zwischen Griechen und Bulgaren stattfinden, habe man hier noch keine Kenntnis und man wisse bloß von Kämpfen, zu denen es in Salonik anläßlich der Entwaffnung bulgarischen Bataillons gekommen. Was Serbien anbelangt, so hätte dasselbe nach den Scharmützeln letzter Tage hier Vorstellungen erhoben, wonach bulgarischerseits sofort Befehl an Armee ergangen, Operationen einzustellen, welche Ordre gestern Früh befolgt worden sei. Die Serben hätten aber ihrerseits nicht gleichen Befehl an ihre Armee erteilt und Angriffe serbischer Truppen hätten sich gestern tagsüber wiederholt. Über momentane Lage an der Front bulgarischer und serbischer Armeen hat man noch keine genauen Meldungen und wisse nicht, ob Engagements im Zuge, sicher sei nur, dass beiderseits größere Truppenbewegungen stattfinden. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7591, 7594.

Nr. 7591. Tel. aus Sofia, 2. Juli 1913 Nr. 638 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 637. Heute abends werde man sicher wissen, wie Dinge stehen. Herr Dobrovič glaubt, daß Krieg de facto begonnen und sich kaum mehr aufhalten lassen dürfte; es seien ja bereits hunderte von Toten und Verwundeten und Herr Dobrovič zweifle nicht, daß Serben und Griechen sich verabredet hätten, um Krieg zu provozieren. Seit einiger Zeit schon hätten griechische und serbische Vorposten Zwischenfälle planmäßig hervorgerufen, bis bulgarische Truppen kürzlich Gegenangriffe unternommen, wonach griechischerseits die gestrige Kriegserklärung erfolgt und seitens Serbiens Krieg zwar nicht erklärt, de facto aber begann. Auf meine Frage, wie bulgarische Regierung sich zu der letzten Erklärung

Herrn Pašić'[b]) stelle, antwortete Herr Dobrovič, dieselbe sei zweideutig, unaufrichtig und nicht befriedigend. Auf weitere Frage, ob Herr Danew auf diese Erklärung Herrn Pašić' hin Zusammenkunft der Ministerpräsidenten in Petersburg für möglich halte, antwortete Dobrovič, daß Konseilspräsident, der bis gestern hoffnungsvoll gewesen, seit gestern abends an Möglichkeit der Abwendung des Krieges nicht mehr glaube. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 327 Nr. 649. Vgl. n. 7581, 7594. — [b]) Es handelt sich augenscheinlich um die von Pašić am 30. Juni in der Skupschtina abgegebene Erklärung zu den eingebrachten Interpellationen über die auswärtige Lage. Vgl. Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 251.

Nr. 7592. Tel. aus Sofia, 2. Juli 1913 Nr. 639 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Anläßlich der heutigen Unterredung mit Dobrovič informierte ich ihn über meine gestrige Mitteilung an Conseilsprasidenten in rumänischer Frage (mein Telegramm Nr. 628 vom 1. d. M.) und über Antwort, die ich von Herrn Danew erhielt (mein Telegramm Nr. 633 von gestern.) Dobrovič dankte mit Bemerken, daß König auf solche Informationen von mir Wert lege, um zu kontrollieren, ob das, was Ministerpräsident berichte, wahrheitsgetreu. Dobrovič hätte Herrn Danew gestern abends gesehen und dieser habe ihm übereinstimmend mit meinen Angaben meine Mitteilung und seine Antwort geschildert. Mitredner erwähnte, daß er König Ferdinand über seine vorgestrige Konversation mit mir Meldung erstattet (mein Telegramm 627 vom 1. d. M. nachts). Ich fragte, ob Dobrovič genau wiedergegeben, was ich ihm über unsere Auffassung und Haltung in Betreff rumänischer Attitude und bezüglich Serbiens eröffnet. Dobrovič antwortete bejahend und fügte hinzu, er habe laut dessen, was ich ihm gesagt, Seiner Majestät angezeigt, daß wir in Bukarest ebenfalls jetzt für Verständigung mit Bulgarien eintreten und ohne Pression zu üben mäßigend wirkten und daß Bulgarien unter der Bedingung, daß es sich mit Rumänien verständige, eventuell auf unsere aktive Unterstützung gegen Serbien rechnen könnte. Ich erwiderte, daß dies dem Wesen der Eröffnungen, die ich Herrn Dobrovič und Herrn Danew gemacht, entspreche. Bulgarische Regierung solle, ohne Zeit zu verlieren und ohne Tergiversationen Rumänien konkreten Vorschlag machen und sich, so billig es gehe, einigen; wir unserseits würden ausgleichend wirken. Wenn sich Bulgarien Neutralität Rumäniens gesichert haben werde, werde es im Bedarfsfall auf unsere aktive Unterstützung gegen Serbien rechnen können, dessen Stärkung auf Kosten Bulgariens wir nicht zulassen wollen. In der weiteren Konversation spielte ich auf gestrige Démarche Rußlands und Frankreichs an (mein Telegramm Nr. 634[a]) vom 2. d. M.), erwähnte Gespräche, die ich mit bulgarischen Politikern gehabt hatte, die Befürchtungen ausgesprochen hätten, daß Entente energischere materielle Mittel anwenden könnte, um Aktionsfreiheit Bulgariens zu behindern und im Zusammenhange damit kam ich auf Rede des Grafen Tisza zu sprechen, wobei ich mich nur in meinem Namen aber dessenungeachtet im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 336 von heute geäußert. Tarnowski.

[a]) Mit Tel. Nr. 634, 1. Juli 1913 (eing. 2. Juli 10 U. a. m.) wurde aus Sofia gemeldet, daß die Entente-Vertreter dort scharfe Vorstellungen wegen Eröffnung der Feindseligkeiten erhoben haben.

Nr. 7593. Tel. aus Sofia, 2. Juli 1913 Nr. 640 (eing. 3. Juli[a] 7 U. a. m.).[b] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 337 vom 2. d. M. 8 Uhr abends erhalten und sofort versucht, Daneff zu sprechen. Er war unauffindbar und meine wiederholten Versuche ihn seither telephonisch zu erreichen, blieben erfolglos. Werde trachten, Konseilspräsidenten morgen früh zu sprechen. Tarnowski.

[a]) Eingangstag fehlt, kann aber nur 3. Juli sein. — [b]) Vgl. n. 7609.

Nr. 7594. Tel. aus Sofia, 2. Juli 1913 Nr. 641 (eing. 3. Juli 9 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Die in meinen Telegrammen Nr. 637 und 638 vom 2. d. M. geschilderte Sprache Dobrovič' machte schon den Eindruck, daß Herr Danew trotz tatsächlicher Eröffnung der Feindseligkeiten Brücken nicht abbrechen will. Im Wege zahlreicher Unterredungen habe ich mich seither überzeugt, Regierung und Anhang haben Hoffnung, daß es formell zu keinem Krieg kommen wird, nicht aufgegeben. Diplomatische Beziehungen sind nicht abgebrochen und wenn nur Griechen und Serben Feindseligkeiten einstellen, wird Arbitrage und Konferenz der Ministerpräsidenten in Petersburg in Vordergrund treten. Vielfach wird gesagt, daß Herr Danew trotz der unbefriedigenden Erklärung Herrn Pašić' nach Petersburg reisen würde. Die oppositionellen Leaders, mit denen ich heute gesprochen, fand ich sehr aufgebracht. Nach allen, was vorgefallen, darf Herr Danew — so äußerten sie sich — nicht wagen, nach Petersburg zu fahren. Haltung Danews sei Landesverrat. Diese Politik könne König den Kopf kosten. Russischer Gesandter, dessen Verkehr mit Herrn Danew sehr rege, heute gedrückt, aber nicht hoffnungslos; erwartet, daß Armeen morgen aufgehalten werden und wenn nur dies gelingen würde, wäre Situation gerettet. Von konfidentieller Seite wird mir soeben gemeldet, von Oppositionschefs gepreßt, hätte Danew heute als letzte Rettung telegraphischen Appell an Kaiser von Rußland gerichtet, Serbien und Griechenland zur Einstellung der Feindseligkeiten binnen 24 Stunden zu bewegen. Diese Frist soll morgen ablaufen. Die über Kämpfe heute zirkulierenden Gerüchte widersprechend und unkontrollierbar. Man spricht von bedeutenden Verlusten der Bulgaren bei Istib und Gevgeli. Es verlautet, daß größere Schlacht in der Nähe Saloniks im Zuge. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 327 Nr. 650.

Nr. 7595. Tel. aus Athen, 3. Juli Nr. 447 (eing. 5 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Heutige Situation bis Mittag stellt sich folgendermaßen dar: Diplomatische Beziehungen noch nicht abgebrochen. Vielmehr hat bulgarischer Gesandter erst gestern abends eine Beschwerdenote über „griechische Provokationen" an die Regierung gerichtet, was Empörung bei ihr hervorrief. In morgen zusammentretender Kammer wird Regierung eine auf den „Kriegszustand ohne Kriegserklärung" bezügliche Deklaration abgeben und darlegen, daß einzig und allein Bulgarien Schuld an der kriegerischen Entwicklung der Ereignisse sei. Braun.

Tel. nach Belgrad, 3. Juli 1913 Nr. 180 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7603.

Tel. nach Berlin, 3. Juli 1913 Nr. 472 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7601.

Tel. nach Berlin, 3. Juli 1913 Nr. 474 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7602.

Nr. 7596. Privatschreiben aus Berlin, 3. Juli 1913 (eing. 4. Juli). Ausfert.

Wie ich Euerer Excellenz gestern telegraphisch zu melden die Ehre hatte, habe ich das hohe Privatschreiben vom 1. d. M. erst gestern Mittag erhalten, zu welcher Zeit Herr von Jagow bereits zur Monarchenentrevue nach Kiel abgereist war. Den Inhalt Euer Excellenz Schreibens habe ich sofort dem Unterstaatssekretär Zimmermann mitgeteilt und demselben auf Wunsch eine Abschrift des Schreibens zur Verfügung gestellt, damit er Euer Excellenz' interessante Ausführungen noch bei Zeiten dem Staatssekretär zukommen lassen könne. Ich glaube zwar, dass Herr von Jagow einerseits nicht daran zweifelt, dass wir bei der jetzigen Lage der Dinge eine Angliederung Bulgariens an den Dreibund nicht anstreben, andererseits jedoch einsieht, dass wir einem eventuellen Zustandekommen eines Gross-Serbiens nicht untätig zusehen können; trotzdem halte ich es für ganz angezeigt, dass dieser Standpunkt dem Staatssekretär noch vor dessen Besprechungen mit Marquis di San Giuliano neuerdings präcisiert werde. Aus der mit heutiger Kurierexpedition mir zugekommenen Aufzeichnung[a] über Euer Excellenz Unterredung mit Herr von Tschirschky ersehe ich, dass Hochdieselben dem deutschen Botschafter auf seine auftragsgemäss vorgebrachten Auseinandersetzungen eine sehr entsprechende Antwort erteilt hätten. Herr von Jagow wird derselben mit Beruhigung entnehmen, dass es uns nicht beifalle, Rumänien in den Arm zu fallen, auch wenn es sich trotz unserer Ratschläge zu einem activen Vorstoss gegen Bulgarien bestimmt finden sollte, und dass wir auch der eventuellen Besetzung des strittigen Gebietsstreifens durch Rumänien kein Hindernis in den Weg legen wollen. Sehr richtig haben Euer Excellenz in Hochdero Herrn von Tschirschky gegebenen Antwort hinzugefügt, dass Hochdieselben sich vorbehalten, durch den Verlauf der Kriegsereignisse möglicherweise aus der beobachteten Reserve den Kriegführenden gegenüber herauszutreten. Nach den heute hier eingetroffenen Nachrichten scheint die Hoffnung des Staatssekretärs, dass die Bulgaren aus dem geführten Kampfe siegreich hervorgehen, sich vorläufig wenigstens nicht zu bestätigen. Soeben sprach der serbische Geschäftsträger bei mir vor und erzählte mir, er hätte heute nachts aus Belgrad eine Depesche erhalten, laut welcher die Ergebnisse der letzten Zusammenstösse der Serben mit den Bulgaren viel bedeutender gewesen wären, als bisher angenommen wurde. Szögyény.

[a] n. 7584.

Tel. nach Bukarest, 3. Juli 1913 Nr. 285 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7601.

Tel. nach Bukarest, 3. Juli 1913 Nr. 287 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7602.

Nr. 7597. Tel. nach Bukarest, 3. Juli 1913 Nr. 288 (chiffr. 8 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 178 vom 2. d. M. erhalten. Ich habe den Inhalt dieser Meldung Grafen Tarnowski mit dem Auftrage mitgeteilt,[b] die bulgarische Regierung hievon vertraulich zu verständigen. Aus Ihrer Meldung geht nicht hervor, ob die Ansicht, daß die Gefahr eines direkten Eingreifens Rumäniens durch die Abtretung des Gebietes bis zur Linie Turtukaja—Balčik abgewendet werden könnte, Ihren persönlichen Eindruck oder den Standpunkt Herrn Majorescos darstellt. Ich würde Wert darauf legen, hierüber ehestens informiert zu werden, da wir nur dann in Sofia mit einiger Aussicht auf Erfolg für die Zession jenes Gebietes eintreten könnten, wenn uns die rumänische Regierung vorher die bindende Erklärung abgegeben hätte, falls Bulgarien in diese Zession einwilligt oder die Okkupation durch rumänische Truppen stillschweigend zuläßt, sich in die kriegerischen Ereignisse weiter nicht einzumischen. Euer Durchlaucht wollen Vorstehendes bei einer eventuellen Anfrage bei Herrn Majoresco verwerten. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7616. — [b] n. 7608.

Nr. 7598. Tel. aus Bukarest, 3. Juli 1913 Nr. 180 (eing. 1 U. 10 M. p. m.).[a] Entziff.

Nachdem rumänische Balkanvertreter übereinstimmend effektiven Kriegszustand gemeldet, dürfte Mobilisierung rumänischer Armeen heute angeordnet werden. K. E. Fürstenberg.

[a] Oe. U. Balkan 330 Nr. 656. Vgl. n. 7587.

Nr. 7599. Tel. aus Bukarest, 3. Juli 1913 Nr. 181 (eing. 1 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 279[a] von gestern. Rumänisch-bulgarische Verhandlungen. Inhalt noch gestern abends Minister des Äußern mitgeteilt, der dankend zur Kenntnis nahm, jedoch Befürchtung aussprach, daß abermals höchst bedauerliche Verzögerung eintreten könnte, nachdem aus Sofia kommenden Nachrichten zufolge, Herr Danew Demission angeboten habe. Minister würde ebenso wie Herr Danew unsere Vermittlung vorziehen. Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 278 Herrn Majoresco ebenfalls mitgeteilt. Gestern abends vor königlichem Palais Demonstration für den Krieg. K. u. k. Gesandtschaft polizeilich bewacht.

K. E. Fürstenberg.

[a] Mit Tel. Nr. 279, 2. Juli 1913 (chiffr. 1 U. 30 M. p. m.) wurden n. 7577 u. n. 7580 auszugsweise nach Bukarest mitgeteilt.

Tel. nach Konstantinopel, 3. Juli 1913 Nr. 312 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7601.

Tel. nach Konstantinopel, 3. Juli 1913 Nr. 314 (chiffr. 11 U. p. m.) Siehe n. 7602.

Nr. 7600. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 3. Juli 1913 Nr. 326 (eing. 11 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Großvezier suchte mich heute früh auf und sagte mir, er sehe in den auf der Balkanhalbinsel stattfindenden Kämpfen mehr ein selbständiges Vorgehen der betreffenden Armeen als einen tatsächlichen Kriegszustand zwischen den fraglichen Staaten. Er fürchte, daß auch türkische Armee selbständig vorgehen könnte. Auf meine Frage, ob die Regierung die Armee nicht in der Hand habe, erwiderte Said Halim Pascha, dies sei wohl der Fall, immerhin müsse aber die Regierung mit der Stimmung in der Armee ernstlich rechnen. Aus den weiteren Ausführungen des Großveziers konnte ich nicht entnehmen, ob er an eine Aktion gegen oder mit Bulgarien denke. Meiner Impression nach dürfte aber das erstere der Fall sein. Ich unterließ nicht, meinen Mitredner auf die Gefahr aufmerksam zu machen, welche der Türkei in Asien seitens Russlands drohen könnte, wenn sie sich in irgend welche kriegerische Aktionen einlassen würde. Großvezier schien dies einzusehen, trotzdem ließ unsere Unterredung bei mir Eindruck zurück, daß er sich nicht als Herr der Situation fühle. Pallavicini.

Nr. 7601. Tel. nach London Nr. 545 (1), Berlin Nr. 472 (2), Rom Nr. 743 (3), Paris Nr. 345 (4), St. Petersburg Nr. 392 (5), Konstantinopel Nr. 312 (6) und Bukarest Nr. 285 (7), 3. Juli 1913 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 492 vom 1. d. Mts. Zum Projekte Sir E. Greys muß ich bemerken, daß — soweit wenigstens die Monarchie inbetracht kommt — ein Versprechen an Montenegro hinsichtlich Entwässerungsarbeiten oder finanzieller Zuwendungen nicht erfolgt ist. Die von uns in diesem Belange eingenommene Haltung ist vielmehr — wie Euer Exzellenz bekannt — stets die gewesen, daß wir vor Allem die vollständige Evakuierung Albaniens seitens Montenegros verlangen. Erst dann könnte unsererseits der Frage der Gewährung einer wirtschaftlichen Zwecken dienenden finanziellen Beihilfe an Montenegro nähergetreten werden. Vorstehendes zur Mittheilung an Sir E. Grey und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Ihren Kollegen von der Réunion.

2.—7. Fortsetzung zu meinem heutigen Telegramme Nr.
2. 471.[b]
3. 742.[b]
4. 344.[b]
5. 391.[b]
6. 311.[b]
7. 284.[b]

2.—7. Ich antworte Graf Mensdorff wie folgt: (Telegramm 1. von „Zum Projekte“ bis Schluß). Was unsere Zustimmung zu der Serbien abzugebenden Erklärung in der Frage des accès commercial betrifft, so haben wir dieselbe noch nicht ertheilt, weil die Angelegenheit des Minoritätenschutzes noch nicht geregelt erscheint (über letztere Frage geht Euer etc. ein separates Telegramm zu).[c]

2.—3. Vorstehendes zur Mittheilung an
2. Herrn von Jagow.
3. Marquis di San Giuliano.
4.—7. Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulichen Information.
7. und Mittheilung an König Carol. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 330 Nr. 657. — b) Mit diesen Telegrammen vom 3. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.) wurde die Beilage zu n. 7535 von „Interprétation" bis zum Schlusse mitgeteilt. — c) n. 7602.

Nr. 7602. Tel. nach London Nr. 546 (1), Berlin Nr. 474 (2), Rom Nr. 745 (3), Paris Nr. 347 (4), St. Petersburg Nr. 394 (5), Konstantinopel Nr. 314 (6) und Bukarest Nr. 287 (7), 3. Juli 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).a) Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

1. Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 494 vom 1. d. M. Ich ersuche Euer Exzellenz nachstehende Ausführungen in nachdrücklichster Weise bei Sir E. Grey vorzubringen. Zwischen unserem Verlangen in der Frage des Minoritätenschutzes und dem russischen Begehren in jener des accès commercial (2. Alinea b) Euer Exzellenz Telegrammes) besteht keineswegs die von Sir E. Grey behauptete Analogie. Es liegt vielmehr ein ganz wesentlicher Unterschied und zwar insoferne vor, als es sich in dem einen Falle (accès commercial) darum handelt, einen bereits textuell mitgeteilten Beschluß noch einmal zu wiederholen, während im anderen Falle (Minoritätenschutz) ein von den Vertretern der Triple-Entente nicht, beziehungsweise nicht im verabredeten Texte mitgeteilter Beschluß der Réunion nunmehr im richtigen Wortlaute bekanntgegeben werden soll. Was die Anregung des Herrn Staatssekretärs betrifft, die detaillierte Interpretation dem Resolutionsbeschlusse vom 23. Juni beizufügen (3. Alinea) c), so habe ich nichts dagegen einzuwenden. Hinsichtlich der von uns aufgestellten acht Punkte möchte ich nur bemerken, daß die ausdrückliche Anerkennung der albanischen Nationalität einen integrierenden Bestandtheil unseres Vorschlages bildet. Jeder Versuch, die legale Existenz dieser Nation zu leugnen, müßte von uns dahin gedeutet werden, daß man unsere ganze Aktion zugunsten Albaniens und der Albanesen bewußt durchkreuzen will. Eine englischerseits erfolgende Duldung solcher Bestrebungen in der Réunion müßte bei uns daher berechtigterweise das größte Befremden erzeugen. Bei diesem Anlasse können Euer Exzellenz Sir E. Grey gegenüber auch bemerken, daß nicht wir es sind, welche die Tätigkeit der Réunion seit Monaten unterbinden, sondern jene, die bereits gefaßte Beschlüsse nachträglich stets anders zu interpretieren versuchen und bei erzielten Kompromissen das eigene Aktivum zwar buchen, sich um die notwendigerweise gewährte Gegenleistung aber herumzudrücken bestrebt sind. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Staatssekretär auch sagen, daß ich ebenso wie er der raschesten Ausführung der Resolutionen hinsichtlich des accès commercial und der Evakuierung Albaniens das größte Interesse entgegenbringe, daß ich jedoch hiebei voraussetze, daß er auch ein gleiches Interesse für die ehestbaldige Regelung der Frage des Minoritätenschutzes zeige, welcher von uns — wie ihm erinnerlich — aus rein humanitären Gründen mit der Hingabe von Djakova erkauft wurde.

Ich muß daher von seiner, in der bisherigen Leitung der Londoner Verhandlungen stets bewiesenen Loyalität und Unparteilichkeit erwarten, daß er auch dafür ebenso warm eintreten werde. Persönlich. Zu der Befürchtung Euer Exzellenz, daß die von uns vorgeschlagenen acht Punkte langwierige Verhandlungen im Gefolge haben könnten, möchte ich nur noch bemerken, daß dies nur dann der Fall wäre, wenn eben von irgendeiner Seite die uns im Kompromiß zugestandene Konzession des Minoritätenschutzes illusorisch gemacht werden wollte.

2.—7. Fortsetzung zu meinem Telegramm von heute Nr.

2. 473.*d)*

3. 744.*d)*

4. 346.*d)*

5. 393.*d)*

6. 313.*d)*

7. 286.*d)*

2.—7. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Ich ersuche" bis „werden wollte".)

2. u. 3. Vorstehendes, mit Ausnahme der persönlichen Bemerkung, zur Mittheilung an

2. Herrn von Jagow.

3. Marquis di San Giuliano.

4. u. 5. Vorstehendes, bis auf die persönliche Bemerkung, zur eventuellen Regelung Ihrer Sprache bei der dortigen Regierung.

6. u. 7. Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information

7. und Mittheilung an König Carol. Berchtold.

a) Vgl. n. 7601. — *b)* Alinea 2 von n. 7573 reicht von „Betreffs Minoritätenschutzes" bis „Bedenken zu hegen". — *c)* Alinea 3 von n. 7573 reicht von „Sir E. Grey machte" bis „beifügen sollte". — *d)* Mit diesen Telegrammen vom 3. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 7573 von „Betreffs Minoritätenschutz" bis „bringen" mitgeteilt.

Nr. 7603. Tel. nach London Nr. 547 (1), Belgrad Nr. 180 (2) und Rom Nr. 747 (3), 3. Juli 1913 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. K. und k. Generalkonsul in Skutari[b] telegraphiert unterm 1. d. M. wie folgt: „Gestern sind acht Mirditenchefs unter Führung des Kapetan Marka Gioni bei Admiral Burney erschienen und haben in heftigster Weise gegen serbische Besatzungen in Mirdita und Puka protestiert. Sir Cecil Burney versprach Abhilfe und erbat sich von Kommission Zustimmung, in Angelegenheit nach London zu telegraphieren." Vorstehendes wollen Euer Exzellenz verwerten, um die Dringlichkeit der Evakuirung Nordalbaniens darzutun; hiebei bemerke ich jedoch zur Regelung Ihrer Sprache, daß eine Ausdehnung der Kompetenz des Admiralsrates über die unmittelbare Umgebung der Stadt Skutari (10 km-Zone) hinaus weder in meinen Intentionen noch in jenen der italienischen Regierung gelegen ist.

2. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 428 vom 2. d. M. Gegenüber der seitens des Generalsecretärs versuchten Ableugnung der

Anwesenheit serbischer Truppen in den Albanien zugesprochenen Gebieten wollen Euer Hochwohlgeboren nachstehende Meldung aus Skutari vom 1. l. M. verwerten: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Gestern sind“ bis „zu telegraphieren“.)

3. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Da laut einer Meldung des k. und k. Gesandten in Belgrad man im serbischen Ministerium des Äußern gegenüber der in meinem Telegramm Nr. 732 *c)* vom 1. d. M. behandelten Reklamation die Anwesenheit serbischer Truppen in den fraglichen Gebieten abzuleugnen versucht, teile ich obiges Telegramm aus Skutari auch Herrn von Ugron zur Verwerthung mit. Vorstehendes zur Mittheilung an die dortige Regierung. Berchtold.

a) Vgl. n. 7611, 7619, 7620, 7632. — *b)* Adolf Ritter von Zambaur. — *c)* Mitteilung des in Anm. b zu n. 7583 wiedergegebenen Telegrammes nach Belgrad, 1. Juli 1913 Nr. 176, mit dem Ersuchen um Verständigung San Giulianos.

Tel. nach Paris, 3. Juli 1913 Nr. 345 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7601.

Tel. nach Paris, 3. Juli 1913 Nr. 347 chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7602.

*Nr. **7604.** Tel. aus Paris, 3. Juli 1913 Nr. 131 (eing. 4 U. 15 M. p. m.). Entziff.*

In hiesigen Zeitungen wird anläßlich des Konfliktes unter den Balkanalliierten darauf hingewiesen, daß gemeinsame Demarche der Mächte zugunsten einer Demobilisierung durch unseren Widerstand verhindert ward (Euer Exzellenz Telegramm vom 15. Juni l. J. Nr. 326). Verhältnisse haben sich seither zwar sehr geändert, es schiene mir aber vielleicht nützlich, dieser Darstellung entgegenzutreten. Szécsen.

Tel. nach Rom, 3. Juli 1913 Nr. 743 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7601.

Tel. nach Rom, 3. Juli 1913 Nr. 745 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7602.

Tel. nach Rom, 3. Juli 1913 Nr. 747 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7603.

*Nr. **7605.** Bericht aus Rom, 3. Juli 1913 Nr. 41 A (eing. 5. Juli).[a] Ausfert.*

Streng vertraulich. Der hohe Erlass vom 26. v. M. Nr. 3009 über die den einzelnen Balkanstaaten gegenüber zu befolgende Politik ist am 28. v. M. hier eingetroffen. Wie ich mit meinem Telegramme vom 28. v. M. Nr. 398 Euer Exzellenz zu melden in der Lage war, hatte ich noch am selben Tage eine ausführliche Aussprache mit dem Minister des Äussern über diesen Gegenstand. Im Prinzipe und insoweit es sich um eine absehbare Zukunft handelt, zeigte sich Marchese di San Giuliano auch diesmal mit den Auffassungen Euerer Exzellenz einverstanden und überdies in jenen Punkten, wo bisher eine Meinungsverschiedenheit bestand, wie zum Beispiel bezüglich Serbiens, bereit, seine Ansicht bis zu einem gewissen Punkte zu korrigieren. Bulgarien betrachtet der Minister nach wie vor als

das stärkste und aussichtsvollste Element auf dem Balkan. Es werde auch in seinem gesunden, wenngleich brutalem Egoismus voraussichtlich vor allem bulgarische Politik machen und sich kaum als Werkzeug des Panslavismus verwenden lassen. Aus diesen Gründen und da überdies sich mangels bulgarischer Angehöriger der Monarchie auch kein Irredentismus gegen dieselbe entwickeln könne, erscheine es richtig, wenn der Dreibund im Ganzen seine Sympathien Bulgarien zuwende. Griechenland sei nun einmal für die nächste Zukunft politisch, militärisch und finanziell dermassen an die Triple-Entente und speziell an Frankreich gekettet, dass es, auch ohne formellen Beitritt zu dieser Mächtegruppe, doch sich mehr in deren Fahrwasser bewegen werde. In späteren Zeiten sei es immerhin möglich, dass auch Griechenland gegenüber dem drohenden Heranrücken der marée slave sich dem Dreibunde zuwenden werde, aber dies sei vorläufig noch entfernte Zukunftsmusik. Bezüglich Serbiens dürfte es mir diesmal bis zu einem gewissen Grade gelungen sein, die bisherige Auffassung des Ministers des Äussern zu modifizieren und ihn wenigstens an der Hand der von Euer Exzellenz skizzierten Entwicklungsgeschichte dieses Prozesses teilweise davon zu überzeugen, dass die Initiative zur Verschlechterung unserer Beziehungen zu diesem Lande nicht von uns ausgegangen ist. Allerdings will Marchese di San Giuliano dies höchstens in rein politischer Hinsicht gelten lassen. Er wies neuerlich darauf hin, dass Serbien durch seine geographische Lage wirtschaftlich auf uns angewiesen gewesen sei. Dies hätte die Monarchie ausnützen und Serbien in ökonomischer Beziehung möglichst begünstigen und an sich heranziehen sollen. Das Weitere hätte sich dann von selbst ergeben und die wirtschaftliche Zufriedenheit und Prosperität hätte in Serbien aggressive politische Pläne gegen uns nicht aufkommen lassen. Unser handelspolitisches Vorgehen gegen Serbien habe aber schon zu einer Zeit, als König Milan noch eine der Monarchie durchaus freundliche Politik machte, das serbische Volk gegen uns aufgebracht. Die Grenzsperren, Zollkriege, ungünstigen Handelsverträge und so weiter hätten Serbien allmählig gezwungen, sich nach anderen Handelswegen und Absatzgebieten umzusehen. Mindestens ein Teil der in Serbien gegen uns herrschenden Erbitterung habe also in diesen ökonomischen Reibungen seinen Ursprung und ziehe auch dermalen — vielleicht auch in der Zukunft — hieraus seine Nahrung. Mehr als in der in meinem Berichte vom 5. v. M. Nr. 37 A wiedergegebenen Unterredung hat der Minister diesmal betont, dass man sich erst nach Ablauf der dermaligen Balkankrise ein klares Bild der dort eingetretenen neuen Situation werde machen können. Hiemit war der Übergang auf Rumänien und dessen jetziges Auftreten gegeben, welches auch hier als einer der bedeutsamsten Momente der gegenwärtigen Konstellation beurteilt wird. An seiner Ansicht über Bulgarien und die künftige freundliche Stellungnahme des Dreibundes zu demselben festhaltend, hob Marchese di San Giuliano doch hervor, dass es ihm nicht angezeigt erscheine, im gegenwärtigen Momente diese Stellungnahme schon allzu deutlich zu markieren. Das würde nicht nur den Grössenwahn der Bulgaren sehr steigern und dahin führen können, dass dieselben eher uns ins Schlepptau zu nehmen trachten würden als umgekehrt, sondern es würde

dies die bereits sehr merkbare Gefahr erzeugen, dass wir uns Rumänien entfremden und somit für einen sicheren Freund einen unsicheren eintauschen. Allerdings stehe dermalen noch unser Vertrag mit Rumänien in Geltung, aber abgesehen davon dass derselbe sich nicht auf die jetzige Situation beziehe, verliere eine Allianz an Wert, wenn sie mit der Stimmung der Bevölkerung des einen Vertragteiles sich im Widerspruch befinde. Nach den Berichten des Gesandten in Bukarest sei dort die Stimmung nachgerade eine recht bedenkliche. Die Erregung gegen Bulgarien, welche sich schon bei Beginn des Balkankrieges manifestiert und in der Folge, besonders nach dem unbefriedigenden Ausgange der Grenzregulierungs-Verhandlungen, sehr gesteigert habe, sei dermalen eine allgemeine und tiefgehende. Die Empörung über die Intransigenz und Rückhältigkeit der bulgarischen Staatsmänner trete jetzt fast in den Hintergrund gegenüber einer weit wichtigeren Frage, nämlich jener des Gleichgewichtes auf dem Balkan, beziehungsweise der Besorgnis vor einer Hegemonie Bulgariens. Hierüber sei Alles in Rumänien einig, wenn auch die Konservativen mehr für eine Aktion eingenommen zu sein, die Liberalen eher für eine von Bulgarien teuer zu bezahlende Verständigung mit diesem Lande zu plädieren scheinen. Angesichts dieser Konstellation hält also Marchese di San Giuliano dafür, dass man zum Mindesten nicht offenkundig die Partei Bulgariens ergreifen solle. Dies umso weniger, als schon dermalen in Rumänien sich eine gewisse Enttäuschung über die Resultate des Zusammengehens mit uns bemerkbar mache. Was die Auffassung des Berliner Kabinetts über die Balkanpolitik anlangt, so konstatierte der Minister, dass noch im vorigen Jahre die deutsche Regierung über Bulgarien günstiger geurteilt und dass Kaiser Wilhelm ausgesprochene Sympathien für König Ferdinand gehabt habe. Die Griechenliebe Deutschlands sei also recht rezenten Datums und erkläre sich ausser dem Umstande, dass die Griechen keine Slaven seien, wohl auch durch dynastische Rücksichten. Als politische Kombination für die Zukunft halte der Minister — wie schon wiederholt ausgeführt — dies für kaum richtig und habe sich schon häufig in diesem Sinne dem hiesigen deutschen Botschafter gegenüber ausgesprochen. Er werde auch anlässlich der bevorstehenden Kieler Entrevue gerne, dem Wunsche Euer Exzellenz entsprechend, für diese Auffassung eintreten. Allerdings sei er wenig zuversichtlich hinsichtlich des Erfolges seiner Bemühungen. Zunächst schon aus dem Grunde, weil unser Einfluss in Berlin doch grösser sei als jener Italiens. Dann aber auch, weil gerade im gegenwärtigen Augenblicke das Auftreten Rumäniens das deutsche Kabinett noch in seiner bisherigen Auffassung bestärken dürfte. Abermals betonte hiebei der Minister, dass seine mit der unseren übereinstimmende Beurteilung der künftigen Balkan-Politik des Dreibundes sich auf die Zeit nach Ablauf der jetzigen Krise und nicht auf den Augenblick beziehe und dass man dermalen sich nach keiner Seite hin engagieren sollte: „Là-bas les évènements sont encore en cours et on ne saurait guère prévoir l'assiette définitive des Balcans. Dans ces conditions il vaudrait mieux observer une grande réserve, ne s'engager d'aucune façon et ne pas prendre parti pour tel ou tel pays au risque d'être désavoué par les évènements et de devoir plus tard regretter sa propre

attitude." Wenn mir selbst eine Meinung zu äussern gestattet ist, so hielte ich dieses Rezept im Grossen und Ganzen für richtig, nur seine Anwendung für Österreich-Ungarn ungleich schwieriger als für Italien. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7671.

Nr. 7606. Bericht aus Rom, 3. Juli 1913 Nr. 41 C (eing. 5. Juli).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Seit meinem Berichte vom 18. v. M. Nr. 38 B hat die Frage des künftigen albanesischen Staatsoberhauptes immerhin in zweifacher Hinsicht einen kleinen Fortschritt gemacht. Zunächst hat eine meiner letzten Unterredungen mit dem Minister des Äussern dahin geführt, dass derselbe seine früheren Bedenken gegen eine Brusquirung der Triple-Entente in dieser Frage bei Seite stellte und der Auffassung Euerer Exzellenz beipflichtete, wornach nach erfolgter Einigung der Kabinette von Wien und Rom über einen Kandidaten, dessen Proklamierung von den Albanesen vorgenommen und sodann von uns und Italien den anderen Mächten mit der Einladung notifiziert zu werden hätte, die Anerkennung des gewählten Fürsten gleichzeitig mit uns auszusprechen. Leicht ist dem Marchese di San Giuliano diese Zustimmung allerdings nicht gefallen. Seine Skrupel, dass durch einen solchen Vorgang nicht nur dem künftigen Fürsten die Gegnerschaft der Entente-Mächte erwachsen werde, sondern dass die Letzteren auch in den anderen albanesischen Angelegenheiten nur umso intraitabler werden dürften, sind nicht völlig beseitigt. Speziell betonte er auch den Vorbehalt, dass der von Euer Exzellenz vorgezeichnete Weg wol nur dann mit Zuversicht beschritten werden könne, wenn man die Überzeugung gewonnen habe, dass der betreffende Kandidat die für seine künftige Stellung nötigen Eigenschaften besitze. Wäre dies nicht der Fall und der Kandidat seiner schwierigen Aufgabe nicht gewachsen, dann würde nicht nur die Anarchie in Albanien ungleich ernstere Formen annehmen, sondern auch die in Rede stehende Form seiner Einsetzung der Triple-Entente die Handhabe bieten, dortselbst ganz unhaltbare Zustände hervorzurufen. Im Zusammenhange hiemit erwähnte übrigens der Minister mit einer gewissen Absichtlichkeit, dass die ihm bisher über den Prinzen Wilhelm zu Wied zugekommenen Informationen durchwegs günstig lauten.[1]) Ich gewann hieraus wie aus ein paar hingeworfenen Bemerkungen des Marchese di San Giuliano den Eindruck, als ob derselbe innerlich nicht vollkommen davon überzeugt wäre, dass wir es mit der Kandidatur dieses Prinzen ernst meinten, zum Beispiel etwa in dem Sinne, dass wir bereits dermalen ein Scheitern dieser Kandidatur aus irgend einem Grunde vorhersähen und uns eventuell vorbehielten, dann wieder auf den Herzog von Urach oder irgend einen anderen katholischen Kandidaten zurückzukommen. Ein weiterer Fortschritt besteht darin, dass wie ich Euerer Exzellenz mit meinem Telegramme vom 30. v. M. Nr. 399 zu melden die Ehre hatte, mir der Minister seither mitteilte, der Gesandte in Bukarest habe in einer Audienz bei König Carol — die Audienz des Prinzen Fürstenberg soll vorausgegangen sein — sich des ihm hinsichtlich der Sondierung des Prinzen Wilhelm zu Wied erteilten Auftrages entledigt. Der König habe sich bereit erklärt,

diesbezüglich zu intervenieren und vorläufig von sich aus nur bemerkt, der Prinz dürfte vor Allem sich gewisser Garantien in finanzieller Hinsicht sowie bezüglich der militärischen Kräfte, auf welche er sich gegebenen Falles werde stützen können, zu versichern wünschen. Ich darf annehmen, dass König Carol sich auch unserem Gesandten gegenüber analog ausgesprochen hat.[2] Mérey.

[1]! — [2] Ist ihm das nicht mitgeteilt worden?
[a] Vgl. n. 7613.

Nr. 7607. Bericht aus Rom, 3. Juli 1913 Nr. 41 E (eing. 5. Juli). Ausfert.

Im Verfolge meines Berichtes vom 5. v. M. Nr. 37 D beehre ich mich Euer Exzellenz in der Anlage Abschrift[a] der nach wiederholten Urgenzen mir nunmehr zugekommenen Antwort des Ministers des Äussern auf unsere Kritik des Cambonschen Entwurfes eines albanesischen Organisations-Statutes zu unterbreiten. Dieselbe ist durchaus zustimmend gehalten und schlägt nur die eventuelle Verlängerung des als zu kurz befundenen dreimonatlichen Termines vor, innerhalb dessen die internationale Kontrollkommission das organische Statut für die innere Verwaltung und für jene der Finanzen auszuarbeiten hätte. Die in dem letzten Alinea[b] enthaltene Bemerkung soll, wie mir Marchese di San Giuliano mündlich auseinandersetzte, der nach seiner Meinung illusorischen Annahme entgegentreten, als könnten etwa in Albanien dort seit Jahrhunderten tief eingewurzelte Missbräuche, zum Beispiel die Blutrache, mit einem Federstriche beseitigt und durch europäische Rechtsformen ersetzt werden. Wie ich schon in meinem eingangs zitierten Berichte erwähnte, findet ja der Minister in dem auf den Ausschluss europäischer Verwaltungs-Methoden in Albanien bezüglichen Teile des Cambonschen Vorschlages einen richtigen Kern. Was den von Graf Mensdorff und Marchese Imperiali ausgearbeiteten Kompromiss-Vorschlag hinsichtlich der ersten drei Artikel des albanesischen Statuts betrifft, so haben Euer Exzellenz aus meiner telegraphischen Berichterstattung[c] entnommen, dass Marchese di San Giuliano ausnahmslos sämmtlichen Amendements Euer Exzellenz zugestimmt und den Botschafter in London mit den entsprechenden Instructionen versehen hat. Mérey.

[a] Beilage. — [b] Letztes Alinea (nachfolgender Beilage) beginnt mit „Quant à supprimer". — [c] Vgl. n. 7312, 7393.

Beilage zu n. 7607. Schreiben des italienischen Ministers des Äußern an Herrn von Mérey, Rom, 28. Juni 1913. Abschrift.

J'ai reçu l'Aide-Mémoire que vous m'avez remis le 3 courant concernant les observations de votre Gouvernement aux propositions dernièrement formulées par M. Cambon à la Conférence des Ambassadeurs à Londres au sujet de l'organisation de l'Albanie. Je partage entièrement l'avis du Comte Berchtold sur les différents points traités dans l'Aide-Mémoire susdit. Je trouve cependant que le terme de trois mois pour l'élaboration du Statut Administratif etc, dont au numéro 3, est trop court et par conséquent tout en acceptant le délai suggéré par le Comte Berchtold, je pense

que l'on pourrait en prévoir éventuellement une prorogation. Quant à supprimer les usages locaux, en matière de justice, je dois observer qu'il faut procéder avec la plus grande prudence, ne pouvant pas s'attendre du peuple albanais qu'il puisse supporter une transformation trop rapide du droit coutumier qui est encore dans toute sa vigueur.

Tel. nach St. Petersburg, 3. Juli 1913 Nr. 392 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7601.

Tel. nach St. Petersburg, 3. Juli 1913 Nr. 394 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7602.

Nr. 7608. Tel. nach Sofia. 3. Juli 1913 Nr. 342 (chiffr. 11 U. 30 M. a. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Prinz Fürstenberg telegraphiert unter dem gestrigen wie folgt: ... *wie n. 7586 in extenso* ... Euer Hochgeboren wollen Vorstehendes raschestens zur Kenntnis Herrn Danews bringen und beifügen, daß ich Prinz Fürstenbergs Auffassung teile. Angesichts der in Bukarest wegen der zögernden Politik Herrn Danews vorherrschenden Mißstimmung erscheine es mir nicht mehr möglich, der russisch-französischen Aktion erfolgreich entgegenzutreten und sehe auch ich die einzige Möglichkeit, zu der von uns seit langem angestrebten rumänisch-bulgarischen Verständigung zu gelangen, in einem sofortigen Anbote Bulgariens, Rumänien durch Abtretung der Linie Turtukaia-Balčik zu befriedigen. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 329 Nr. 655. Vgl. n. 7597, 7610, 7628, 7639.

Nr. 7609. Tel. aus Sofia, 3. Juli 1913 Nr. 642 (eing. 1 U. 10 M. p. m.). Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 640 von heute nachts. Konseilspräsident verständigt, der dankend bemerkte, er würde Ministerrat sofort informieren. Tarnowski.

Nr. 7610. Tel. aus Sofia, 3. Juli 1913 Nr. 646 (eing. 4. Juli 3 U. a. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 342 von heute erhalten und Inhalt Konseilspräsidenten mitgeteilt. Er bemerkte, seine Haltung sei nicht zögernd gewesen; er hätte erst vor drei Tagen erfahren, daß Rumänien zum Verhandeln überhaupt bereit, er habe sofort Herrn Sarafow als Unterhändler bestellt und Mitteilung, daß Herr Majoresco bulgarische Proposition ohne Verzug durch Wien erhalten möchte, sei Herrn Danew nur heute morgens zugegangen. Auch von Herrn Kalinkoff habe Konseilspräsident Meldung erhalten, daß Herr Majoresco zu Verhandlungen bereit, allerdings sei seither Nachricht aus Bukarest gekommen, daß rumänische Mobilisierung bereits angeordnet. Rumänien wolle Pression üben, was umsoweniger gerechtfertigt, als Krieg nicht ausgebrochen, sondern einige Zusammenstöße stattgefunden, die weder Bulgarien noch auch Serbien zur Kriegserklärung veranlaßt hätten. Herr Danew werde meine Mitteilung Seiner Majestät dem König berichten und Befehle Seiner Majestät einholen. Tarnowski.

Nr. 7611. Tel. nach Belgrad Nr. 183 (1), London Nr. 553 (2) und Rom Nr. 753 (3), 4. Juli 1913 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Macchio).

1.—3. Hiesiger englischer Botschafter hat heute hier nachstehende Notiz übergeben: „L'Amiral Burney, commandant le détachement international à Skutari, a informé Sir Edward Grey que des troupes serbes se trouvent toujours dans les villes albanaises d'Orosh, Mihaina et Pouka. Sir Edward Grey a chargé le Ministre d'Angleterre à Belgrade de prier le Gouvernement serbe de rétirer les troupes en question le plus tôt possible, afin d'éviter des rencontres avec les tribus albanaises. Sir Edward Grey espère que le Gouvernement austro-hongrois enverra des instructions analogues à son représentant à Belgrade."

1. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, die Démarche Ihres englischen Kollegen — unabhängig von den von Ihnen bereits im gleichen Gegenstande gemachten Schritten (Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 428 vom 2. d. M.) — zu unterstützen.

2. u. 3. Ich beauftrage Herrn von Ugron die Démarche seines englischen Kollegen zu unterstützen.

2. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Sir E. Grey.

3. Vorstehendes zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano.

Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 332 Nr. 662. Vgl. n. 7603, 7619, 7620, 7632, 7662.

Nr. 7612. Tel. nach Berlin Nr. 478 (1) und Rom Nr. 749 (2), 4. Juli 1913 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Angesichts der sich überstürzenden Ereignisse im Osten Europas, welche den Ausbruch des Krieges zwischen Bulgarien und Serbien — den Alliierten von gestern — heute schon fast unvermeidlich erscheinen lassen, ist es schon jetzt wohl an der Zeit, die Aufmerksamkeit auf den eventuellen Ausgang und die Folgen einer solchen Konflagration zu richten. Herr von Jagow hat zu wiederholten Malen in einer meinem Gedankengang vollkommen entsprechenden Form hervorgehoben, daß ein in diesem Kampfe unterliegendes Serbien in unserem politischen Saldo jedenfalls einen Aktivposten bedeuten würde. Nun müssen wir aber, so sehr wir auch auf die militärische Ueberlegenheit Bulgariens hoffen, doch immerhin auch die Möglichkeit eines Unterliegens dieses letzteren und eines Sieges der serbischen Waffen in Betracht ziehen. Eine solche Entwicklung würde aber vitale Interessen der Monarchie berühren, nachdem ein entscheidender Sieg Serbiens nicht nur eine beträchtliche moralische und materielle Stärkung dieses uns traditionell feindlich gesinnten Nachbars bedeuten würde, sondern auch ein nicht zu unterschätzendes Anwachsen der großserbischen Idee und Propaganda zur Folge haben müßte. Einer solchen Entwicklung, welche auf das Entstehen einer für die Monarchie direkt abträglichen Situation hinausliefe, könnten wir aber nicht mit verschränkten Armen zusehen. Wir wären gezwungen, aktiv einzugreifen, um eine übermäßige Stärkung Serbiens zu verhindern. Nun ist es unleugbar im Interesse unserer beiden Alliierten und

insbesondere auch des mit uns im Bundesverhältnisse stehenden Rumänien gelegen, die Notwendigkeit eines solchen Eingreifens unsererseits im Hinblick auf dessen eventuelle Konsequenzen aus der Welt zu schaffen, was am richtigsten und einfachsten wohl dadurch geschähe, daß diese Mächte unserer Gruppe dem Entstehen einer solchen uns zum Eingreifen nöthigenden Eventualität vorbeugen. Die Haltung Rumäniens in dieser Frage ist aber leider eine diesem scheinbar einfachen Gedanken gänzlich zuwiderlaufende. Wenn das Bukarester Kabinett auch — wie wir wissen — mit der Belgrader Regierung nicht kooperiert, so ist doch der Druck, den es auf Bulgarien ausübt, ein solcher, daß es Serbien damit direkt in die Hände arbeitet. Die in den allerletzten Stunden erfolgte Mobilisierung der gesamten rumänischen Armee halten wir für ein überaus gefährliches Vorgehen des Bukarester Kabinettes. Denn hätte Rumänien nur schwächere Streitkräfte in Stand gesetzt, welche doch genügt hätten, die von ihm angestrebten bulgarischen Landstriche zu besetzen, so wäre es der Bukarester Regierung auch ein Leichtes gewesen, den eventuell auf ein Weitergehen gerichteten Volkswillen zurückzudämmen. So aber ist zu befürchten, daß eben diese Strömung Rumänien weiterträgt, als es jetzt vielleicht wirklich will. Dies müßte aber entweder ein Zusammenklappen Bulgariens und ein Flüchten desselben unter die Fittiche des russischen Adlers zur Folge haben oder zu einem militärischen Niederringen dieses Staates führen, zwei Eventualitäten, von denen die erstere den Interessen und Zielen des Dreibundes in höchstem Maße zuwiderlaufen, letztere aber unser gewiss nicht willkommenes Eingreifen geradezu provozieren würde. Diese Einmischung der Monarchie, welche wohl nur eine selbstverständliche Abwehr wäre, könnte wiederum Rußland veranlassen, die passive Rolle eines Zuschauers aufzugeben und auf diese Weise den Dreibund und Rumänien selbst in einen Krieg mit Rußland verwickeln, der alle Gefahren und Folgen einer grossen europäischen Konflagration in sich bergen würde. Daß hiebei die militärische Situation des nach zwei Fronten hin engagierten Rumäniens eine eher prekäre wäre, braucht keine weitere Erklärung. Nun haben wir in der letzten Zeit unsere warnende Stimme wiederholt in Bukarest vernehmen lassen in der Annahme, daß sich das Königreich, welches nach unserer bisherigen Auffassung eine Ostmark westeuropäischer Kultur bildet, in der ruhigen und blühenden Entwicklung einer stabilen und darum verläßlichen Politik gefällt. Unsere Sprache hat aber in Bukarest nicht den erwarteten Wiederhall gefunden und zeigt das gegenwärtige Vorgehen der dortigen Regierung, daß man sich jedenfalls nicht der Tragweite und der eventuellen Folgen desselben bewußt ist. Da es aber hoch an der Zeit ist, die leitenden rumänischen Kreise über die möglichen Konsequenzen ihrer Haltung aufzuklären, ersuche ich Euer Exzellenz, vorstehende Konsiderationen in ernster und eindringlicher Weise beim Herrn Reichskanzler und bei Herrn von Jagow vorzubringen und beiden Staatsmännern zu sagen, daß diese Aufklärung Rumäniens nach meinem Dafürhalten nunmehr je früher je besser durch die kaiserlich deutsche Regierung erfolgen sollte. Über Ihre Gespräche mit Herrn von Bethmann und dem Herrn Staatssekretär wollen Euer Exzellenz telegraphisch berichten.

2. Ich telegraphiere an Grafen Szögyény wie folgt: (Inseratur ex Telegramm sub 1. vom Anfang bis „erfolgen sollte.") Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an die dortige Regierung. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7633, 7645, 7646, 7658, 7670, 7676, 7747, 7748, 7754, 8028.

Tel. nach Berlin, 4. Juli 1913 Nr. 479 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7618.

Nr. 7613. Erlaß nach Berlin, 4. Juli 1913 Nr. 3166.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Nemes u. Szápáry; G. Berchtold).

Geheim. Im Verlaufe eines geheimen Meinungsaustausches, welcher zwischen den Kabinetten von Wien und Rom über die Persönlichkeit des künftigen Fürsten von Albanien gepflogen worden ist,[b]) wurde in übereinstimmender Weise konstatiert, daß beide Regierungen geneigt wären, der Frage einer Kandidatur des Prinzen Wilhelm von Wied näherzutreten. Um festzustellen, ob der genannte Prinz disponiert wäre, gegebenenfalls seine Kandidatur aufzustellen, ferner bejahenden Falles, welche seine diesbezüglichen Ansichten eventuell auch sein Programm wäre, bin ich mit Marquis di San Giuliano dahin übereingekommen, eine vertrauliche Sondierung durch die Vermittlung Seiner Majestät des Königs Carol von Rumänien vornehmen zu lassen und hat Höchstderselbe Prinz Fürstenberg und Baron Fasciotti gegenüber seine Bereitwilligkeit hiezu ausgesprochen. König Carol, welcher diesbezüglich bereits mit seinem Neffen in Fühlung getreten zu sein scheint, hat vorläufig bemerkt,[c]) daß der Prinz für die Stellung eines albanesischen Herrschers das Recht der Erhaltung einer kleinen Armee und der Einhebung von Steuern für unentbehrlich halte und diesbezüglich gewisse Garantien verlangen wird. Da mir seither keine weitere Nachricht aus Bukarest zugekommen ist und es nicht recht angängig erscheint, bei König Carol mit Rücksicht auf dessen gegenwärtige politische Sorgen auf diese Angelegenheit zurückzukommen, bin ich angesichts der Dringlichkeit einer Lösung der albanesischen Herrscherfrage, bezüglich welcher ich mit Marquis di San Giuliano ganz eines Sinnes bin, zu dem Entschlusse gelangt, eine direkte Sondierung bei Prinz Wilhelm Wied vornehmen zu lassen. Ich ersuche Euer Exzellenz daher, den k. u. k. Legationsrat Grafen Larisch oder einen anderen, mit dem Prinzen Wied persönlich bekannten Botschaftsfunktionär zu demselben zu entsenden und ihm in vertraulicher und unverbindlicher Form die Frage vorzulegen, ob er zur eventuellen Aufstellung seiner Kandidatur geneigt wäre und, falls er diese Frage bejahen sollte, welche seine diesbezüglichen Absichten und Wünsche wären. Zur Behebung der von König Carol angedeuteten Bedenken des Prinzen könnte demselben bedeutet werden, daß nach den festen Absichten der Kabinette von Wien und Rom, welche schließlich unbedingt zum Durchbruche gelangen müßten, Albanien als eine souveräne erbliche Monarchie gedacht ist, deren Neutralität die Ausübung der vollen Herrscherrechte auch in militärischer Beziehung ebensowenig beeinträchtigen könne, als dies beispielsweise in Belgien der Fall sei. Dasselbe gilt auch bezüglich der Einhebung der Steuern und sonstigen Finanzfragen, in welch letzterer Hinsicht Albanien

auf die Unterstützung der beiden Adriamächte zählen könne. Sollte der Prinz — was mir durchaus wünschenswert wäre — ernstlich geneigt sein, die Frage der Aufstellung seiner Kandidatur in Erwägung zu ziehen, so würde es sich empfehlen, daß derselbe eine Reise nach Wien und Rom unternehme, um sich mit den dortigen Kabinetten sowohl über die zur Aufstellung seiner Kandidatur geeignete Vorgangsweise als auch über die ihm seitens der Adriamächte zu gewährende moralische und finanzielle Unterstützung ins Einvernehmen zu setzen. Indem ich Euer Exzellenz telegraphischer Berichterstattung über das Resultat dieser Sondierung entgegensehe, bemerke ich, daß eine Verständigung der deutschen Regierung von diesem Schritte gegenwärtig noch nicht in meinen Intentionen gelegen ist, sondern es natürlich dem Prinzen Wied überlassen bleiben muß, ob er deren direkte Vornahme für angezeigt hält oder nicht.

[a]) Vgl. n. 7685, 7686, 7755 Anm. b. — [b]) Vgl. n. 7606. — [c]) Vgl. n. 7465.

Nr. 7614. Tel. aus Berlin, 4. Juli 1913 Nr. 310 (eing. 5. Juli 4 U. a. m.). Entziff.

Vertraulich. Unterstaatssekretär erzählte mir, es sei heute ein Telegramm des Herrn von Tschirschky eingetroffen über eine Unterredung, die er gestern mit Euer Exzellenz hatte. Hochdieselben hätten dem Botschafter bei dieser Gelegenheit neuerdings erklärt, daß, wenn aus den jetzigen kriegerischen Ereignissen am Balkan die Serben als entschiedene Sieger hervorgingen und somit die Gefahr eines Großserbien näher rückte, Österreich-Ungarn genötigt wäre, in die kriegerischen Ereignisse einzugreifen. Euer Exzellenz hätten hiebei sogar von der Möglichkeit eines Einmarsches in Serbien und einer Besetzung von Belgrad gesprochen. Herr Zimmermann ist von Hochdero scharfer Sprache sehr impressioniert und wiederholte mir, daß nach der festen Überzeugung der deutschen Regierung kein Grund vorliege, die bisher beobachtete zuwartende Haltung Österreich-Ungarns aufzugeben. Er bleibe dabei, daß trotz der gewiß sehr übertriebenen Siegesnachrichten aus Belgrad Bulgarien doch den Sieg schließlich davontragen werde. Unterstaatssekretär hält es nicht nur für möglich, sondern sogar für wahrscheinlich, daß inzwischen unter dem Druck der rumänischen Mobilisierung Bulgarien zum Schluß die von Rumänien verlangten Konzessionen gewähren werde. Über die gestrige österreichfeindliche Demonstration in Bukarest hat der dortige deutsche Gesandte in sehr besorgtem Tone hieher Meldung erstattet. Herr von Jagow, der Kiel bereits verlassen hat, wird nach einer kurzen Besuchstournée erst anfangs nächster Woche wieder nach Berlin zurückkehren. Szögyény.

Nr. 7615. Tel. nach Bukarest, 4. Juli 1913 Nr. 299 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Graf Tarnowski telegraphiert mir heute: ... *wie n. 7627 mit Korrekturen* ... Ein weiteres Telegramm Grafen Tarnowskis lautet: ... *wie n. 7628 von „Was ich über Absetzung" bis „bringen zu können" mit Korrekturen* ... Vorstehende Meldungen werfen ein eigentümliches Licht

auf die russischen Umtriebe, deren Spiel Rumänien zu fördern Gefahr läuft. Euer Durchlaucht wollen daher diese Schilderung der Vorgänge in Sofia bei den rumänischen Staatsmännern in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise verwerten, sich jedoch eines Kommentars tunlichst enthalten, damit diese aus Eigenem die Konsequenzen ziehen können, welche sich aus einer russophilen Politik für Rumänien ergeben könnten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7647.

Nr. 7616. Tel. aus Bukarest, 4. Juli 1913 Nr. 185 (eing. 5 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 288 von heute, rumänisch-bulgarische Verhandlungen betreffend. Eventuelle Abwendung direkten rumänischen Eingreifens durch Cession Turtukaia—Balčik war meine Ansicht, welche sich heute bereits als überholt darstellt. Die Nichtentsendung Herrn Sarafows und Unnachgiebigkeit der bulgarischen Silistria-Kommission haben hier womöglich Erbitterung gegen Bulgarien noch gesteigert. Mit jedem Tage wird Entrüstung größer und wenn nicht, insolange begonnene Mobilisierung nicht vollendet, also in den allernächsten Tagen, weitgehendste bindende Vorschläge seitens Bulgariens gemacht werden, ist mit unbedingtem direkten Eingreifen Rumäniens zu rechnen. Ob Regierung auch bei Abschluss eines Abkommens, wenn Mobilisierung einmal durchgeführt, trotz eventuellen bindenden Versprechens Macht haben wird, Eingreifen zu verhüten, möchte ich bezweifeln. Geheime Absicht rumänischer Armee und weiter politisch einflussreicher Kreise dürfte dahin gehen, Vergrösserung militärischer Machtstellung Bulgariens zu vereiteln. K. und k. Militärattaché, der meine Ansicht teilt, erfuhr durch Generalstabschef, dass russische Regierung rumänische Aktion gegen Bulgarien nicht behindern wird. Beabsichtigt österreichisch-ungarische Regierung eine aktive Teilnahme Rumäniens am Balkankriege mit einiger Aussicht auf Erfolg zu verhüten, so müssten nicht durch bulgarische Unterhändler sondern durch Wiener Kabinett weitgehende bulgarische Propositionen hier in den allernächsten Tagen gemacht werden. Verhandlungen mit bulgarischen Delegierten würden voraussichtlich resultatlos verlaufen, da hier berechtigtes Misstrauen gegen Herrn Danew herrscht und vermutet würde, er trachte nur Zeit zu gewinnen und Rumänien zu immobilisieren. K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 331 Nr. 660. Vgl. n. 7640 Anm. b.

Nr. 7617. Tel. aus Bukarest, 4. Juli 1913 Nr. 186 (eing. 7 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Entnehme aus mir vorgelesenen Meldungen Herrn Ghikas aus Sofia, daß seiner Meinung nach auch rumänische Mobilisierung ungenügend sein werde, um Bulgarien zur Abtretung Grenzlinie zu bewegen, nur direktes Eingreifen in den Krieg könnte Bulgarien zum Nachgeben zwingen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 331 Nr. 659.

Nr. 7618. Tel. nach London Nr. 552 (1), Rom Nr. 752 (2) und Berlin Nr. 479 (3), 4. Juli 1913 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1.—3. Wie mir Herzog Avarna gestern mittheilte, hat Herr Sazonow in einer kürzlichen Konversation mit dem italienischen Botschafter über den Zusammentritt der nordalbanischen Abgrenzungskommission die Ansicht geäußert, daß es vorzuziehen wäre, wenn das Resultat der Verhandlungen über die Südgrenze abgewartet und dann die ganze albanische Grenze abgesteckt würde. Da ich mit dem Herrn Botschafter in der Anschauung übereinstimme, daß die Auffassung des russischen Ministers des Äußern mit dem Londoner Réunionsbeschluß im Widerspruche steht und die Durchführung dieses Beschlusses dringlich erscheint, sagte ich Herzog Avarna, ich hätte die Absicht,

1. Euer Exzellenz

2. u. 3. Grafen Mensdorff

an alle: zu beauftragen, in der nächsten Réunion mit Rücksicht auf die vorgerückte Jahreszeit auf die Notwendigkeit des schleunigen Zusammentrittes der Kommission hinzuweisen und beizufügen, der österreichisch-ungarische Delegierte werde sich schon demnächst an Ort und Stelle begeben, um das Eintreffen seiner Kollegen von den anderen Mächten abzuwarten.

1. Euer Exzellenz wollen sich bei der nächsten Réunion im Einvernehmen mit den Dreibundkollegen im vorstehenden Sinne aussprechen, deren Regierungen ich unter einem um Unterstützung der Hochdenselben aufgetragenen Démarche ersuchen lasse.

2. u. 3. Ich erteile Grafen Mensdorff die entsprechende Weisung und ersuche Euer Exzellenz, bei der dortigen Regierung einen analogen Auftrag an den

2. italienischen

3. deutschen

2. u. 3. Botschafter in London zu erwirken. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7634, 7661, 7675.

Tel. nach London, 4. Juli 1913 Nr. 553 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 7611.

Nr. 7619. Notiz für die englische Botschaft, 4. Juli 1913 Nr. 3174.[a] Konz. (S. Berger; G. Macchio).

Le Ministère Impérial et Royal des Affaires Étrangères, informé par le Consulat Impérial et Royal à Durazzo[b] que des troupes serbes se trouvent encore sur le territoire albanais, avait déjà donné ordre au Ministre Impérial et Royal à Belgrade de demander à Monsieur Pachitch l'évacuation de cette contrée par les troupes serbes. Vu que Sir E. Grey a chargé le Ministre d'Angleterre à Belgrade de s'adresser dans ce même but au Gouvernement Royal de Serbie le Ministère Impérial et Royal invite son représentant dans cette capitale d'appuyer — indépendamment de sa reclamation antérieure — la démarche de son collègue anglais.

[a] Vgl. n. 7611. — [b] n. 7603.

Nr. 7620. Tel. aus London, 4. Juli 1913 Nr. 498 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Ich habe am 2. d. M. im Foreign Office neuerdings über die Evakuierung Albaniens durch serbische Truppen gesprochen und eine Notiz zurückgelassen, in welcher die besetzten Orte aufgezeichnet waren. Nach Aussage des Referenten hatte das Foreign Office betreffs Oroschi, Mihajna und Puka gleiche Nachrichten. Soeben teilt mir Referent mit, daß englischer Gesandter in Belgrad angewiesen wurde, auf Zurückziehung der betreffenden serbischen Truppendetachements zu dringen und daß die englischen Botschafter bei den interessierten Mächten den Auftrag erhalten, die Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, zu ersuchen, gleiche Instruktionen ihren Gesandten in Belgrad zu erteilen. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 332 Nr. 661. Vgl. n. 7603, 7611.

Nr. 7621. Tel. aus London, 4. Juli 1913 Nr. 499 (eing. 5. Juli 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 513 vom 22. v. M. und im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 490 vom 28. v. M. Sir E. Grey a fait appeler Marquis Imperiali et moi aujourd'hui pour nous communiquer ses observations en forme de mémorandum au sujet de notre proposition transactionelle relative à l'organisation de l'Albanie. Il nous a dit avant tout que, considérant comme exclusivement confidentielle notre communication, il s'était borné à en donner connaissance verbalement aux collègues de France et de Russie. Il a ajouté que les observations formulées dans le mémorandum qu'il nous a remis étaient le résultat de ses propres réflexions ainsi que de ses conversations avec M. Cambon et Comte Benckendorff. Sir E. Grey a raison de croire qu'en cas d'acceptation de notre part de ses amendements à notre proposition, une entente ne serait pas difficile à établir. Sir E. Grey ne prévoit pas de difficulté au sujet du point I de notre projet supprimant la suzeraineté du Sultan. Au point II il trouve que le mot „indépendance" ne s'accorde pas avec la résolution originale du 20 décembre „autonomie de l'Albanie garantie et controlée exclusivement par les six Puissances." Il propose pourtant de substituer au mot „indépendance" les mots „autonomie garantie et controlée exclusivement par les six Puissances." A notre avis on pourrait tenir compte de l'observation de Sir E. Grey en donnant au point II la rédaction suivante: „L'Albanie sera constituée en principauté autonome et héréditaire par ordre de primogéniture. Le prince sera désigné par les six Puissances. L'autonomie de l'Albanie sera garantie et controlée exclusivement par les six Puissances". Sur le point III Sir E. Grey fait observer qu'une des objections possibles à l'évacuation immédiate de l'Albanie consiste en ce qu'il n'y a pas de gouvernement prêt à remplacer les troupes occupantes. La meilleure réponse à cette objection serait selon lui la nomination de la commission de contrôle laquelle de fait hâtera l'évacuation. Il semble donc peu désirable de subordonner à l'évacuation préalable la nomination de la commission qui devra être instituée le plus tôt possible. Il lui paraît douteux que le régime de l'Égypte puisse s'adapter à l'Albanie

et il ne lui semble pas désirable de lier la commission à ce sujet. La commission, dans son rapport sur l'organisation future, ne devra pas perdre de vue le contrôle des Puissances. Pour tous ces motifs, l'article III devra être dans la pensée de Sir E. Grey modifié ainsi que suit: „En attendant la désignation du prince, l'administration de l'Albanie sera confiée à une commission internationale de contrôle composée des délégués des six Puissances et d'un délégué de l'Albanie. La commission sera chargé d'élaborer un projet d'organisation détaillé de toutes les branches de l'administration de l'Albanie. Cette commission présentera aux Puissances dans un délai de six mois un rapport sur le résultat de ses travaux ainsi que ses conclusions au sujet de l'organisation administrative financière du pays, et de l'organisation du contrôle des Puissances. Les pouvoirs de cette commission dureront cinq ans et pourront être renouvelés en cas de besoin." Nous avons fait remarquer à Sir E Grey qu'il nous était impossible d'accepter la phrase „en attendant la désignation d'un prince" nos gouvernements nous ayant déjà fait connaître leur opposition à toute mesure concernant le principe provisoire. Nous avons ajouté que nous pourrions seulement recommander cette rédaction à nos gouvernements si l'article III commençait par les mots „le prince sera nommé dans un délai de six mois au plus tard. En attendant son installation, l'administration de l'Albanie etc." Sir E. Grey n'a pas soulevé d'objection. Sir E. Grey considère nécessaire de décider qui serait le président de la commission de contrôle. Nous avons répondu que nous consulterions les vues de nos gouvernements. (Analogie de commission financière d'Athènes conseillerait présidence alternative d'après l'ordre alphabetique). Sir E. Grey finit son mémorandum par l'observation que notre projet ne mentionnait pas l'organisation de la gendarmerie, un point à son avis de la plus haute importance pour assurer l'ordre en Albanie et sur lequel le principe recommandé par le Comte Berchtold a été accepté. Nous avons répondu que nous étions sûrs que nos gouvernements seraient tout prêts procéder à l'organisation de la gendarmerie dès maintenant. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7635, 7636, 7712, 7721.

Nr. 7622. Tel. aus London, 4. Juli 1913 Nr. 500 (eing. 5. Juli 7 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 536 vom 30. d. M. und im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 495 vom 1. d. M. Sir E. Grey sagte Marquis Imperiali und mir heute, er (hoffe)[b]), mir in wenigen Tagen seine Gegenbemerkungen zu geben auf meine Mitteilung, unter welchen Bedingungen Euer Exzellenz der Einsetzung einer Grenzbestimmungskommission zustimmen könnten. Staatssekretär versucht, auch in dieser Frage auf ein Kompromiss hinzuarbeiten, wie er es in der Frage des Statuts für Albanien tut. Kommen diese Kompromisse zustande, so möchte Grey die Botschafterreunion mit Ende dieses Monats vertagen. Kommen keine Kompromisse zustande, so meint er, dass es zwecklos sei, sich weiter zu versammeln, wenn man sich nicht einigen kann. Er würde also auch in diesem Falle vorschlagen, die Reunion zu vertagen Er würde es Vertagung nennen, aber mit der Absicht, dass diese Vertagung gleichbedeutend sei mit Abschluss

der Botschafterreunion. Keinesfalls möchte er unsere Sitzungen in den August hinein ausdehnen. Die gegenwärtigen Ereignisse am Balkan machen es für den Moment unmöglich, bestimmte Pläne zu machen. Staatssekretär scheint aber entschlossen zu sein, jedenfalls Ende Juli die Reunion abzuschließen, sei es, dass wir auf dem Kompromisswege zur Einigung gelangt sind, sei es, dass es sich herausstellt, dass eine Verständigung bezüglich Südgrenze und Statuts nicht zu erzielen ist. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7654. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 7623. Bericht aus London, 4. Juli 1913 Nr. 65 A (eing. 7. Juli). Ausfert.

Sir Edward Grey hat meinem deutschen Kollegen gestern bezüglich der Situation gesagt, die englische Regierung sei mit der französischen Regierung darüber einig, dass es wünschenswert sei, dass die Mächte sich in die gegenwärtigen Wirren am Balkan nicht einmischen. Der Staatssekretär sprach die Hoffnung aus, dass auch die anderen Kabinette diese Ansicht teilen würden. Fürst Lichnowsky hatte den Eindruck, dass Sir Edward Grey vielleicht eine leichte Besorgnis darüber hätte, dass die k. und k. Regierung Bulgarien etwas ermutige. Er sprach es aber nicht aus; es war nur ein persönlicher Eindruck des Fürsten Lichnowsky. Auch über Kleinasien und die armenischen Reformen sprach Sir Edward Grey mit Fürst Lichnowsky und erklärte ihm, er sei ebenfalls mit Frankreich darüber einig, dass von einer Aufteilung der asiatischen Türkei keine Rede sei. Im Gegenteil, man solle die Türkei dortselbst unterstützen. Das Wort Syrien sei überhaupt während des französischen Besuches nicht ausgesprochen worden. Sir Edward Grey hatte meinen deutschen Kollegen zu sich gebeten, um ihm diese Erklärungen abzugeben, offenbar in der Absicht, ihm zu beweisen, dass während des Aufenthaltes des Herrn Poincaré keine neuen Abmachungen geschlossen worden sind. Fürst Lichnowsky hat, wie er mir sagte, seinerseits dem Herrn Staatssekretär erwähnt, dass der Ton aller bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden ihn sehr angenehm berührt hätte, nachdem kein Wort darin vorkam, das nach irgend einer Seite verletzen könnte. Wie ich Euer Exzellenz bereits gemeldet habe, ist das Wort „Triple Entente" überhaupt nicht genannt worden, und wenn von entente cordiale die Sprache war, stets etwas beigefügt wurde, wodurch dokumentiert wurde, dass dieselbe keine Spitze gegen irgend eine andere Macht enthalte. Mensdorff.

Nr. 7624. Privatschreiben aus London, 4. Juli 1913 (eing. 7. Juli). Eigh. Ausfert.

Ich lasse meinen Kurier fast leer abgehen, da mein ganzes Personal durch Chiffrieren und Déchiffrieren in Anspruch genommen ist und heute beinahe Alles so dringend ist, daß man es telegraphisch melden muß. Deinen telegraphischen Weisungen entnehme ich, daß man am Ballplatz mit dem Gang der Ereignisse überhaupt und mit Rußland insbesondere nicht zufrieden ist. Deine peremptorische Weisung,[a]) bezüglich des Mont Athos scharf und intraitable zu sein, läßt mich vermuten, daß Du triftige Gründe haben mußt, auch in einer uns nicht direct berührenden Frage Rußland

entgegenzutreten, während wir gerade bezüglich der Frage des Minoritätenschutzes mit Kußland in Verhandlungen stehen. Bezüglich dieser letzteren Frage steht Grey wieder auf dem Standpunkte „arrangiert Euch zwischen Wien und Petersburg, ich akzeptiere alles, worüber Ihr Euch einigen könnt." Grey möchte noch immer über das Statut Albaniens und die Südgrenze ein Compromiß zustande bringen und bemüht sich redlich darum. So oder so will er uns aber Ende Juli auf Urlaub schicken und selbst fortgehen. Kommen Compromisse zustande, desto besser, wenn aber nicht, so findet er, daß es keinen Zweck hätte, länger zu discutiren, wenn man einmal sieht, daß man sich nicht verständigen kann. Ich glaube unvorgreiflich, daß, wenn wir ein Statut Albaniens, das Princip eines Fürsten, die Elimination der türkischen Suzerainität und die Gendarmerie unter Offizieren eines Kleinstaates erreicht haben, wir schließlich nicht erfolglos waren! Mehr als das dürfte nicht durchzusetzen sein. Im Laufe einer ganz privaten Unterredung mit Grey sprachen wir von der Irritation, die sich jetzt an verschiedenen Orten bemerkbar macht. Er meinte, sie bestehe unzweifelhaft, schiene ihm jedoch nicht exakt genug, um wirkliche Gefahren heraufzubeschwören. In Wien habe der Brief des Kaisers Nicolaus an die Könige Ferdinand und Peter irritiert, in Petersburg wieder die Rede Tiszas.[b]) An manchen Stellen hätte auch unsere Hinneigung zu Bulgarien gewisse Besorgnisse erweckt und so weiter. Grey bleibt immer kühl und unparteiisch, hat aber eigentlich die ganze Sache schon satt. Der jetzige Krieg zwischen den Alliierten scheint ihn eher zu degoutieren, was übrigens auch der Eindruck im hiesigen Publikum ist. Der Nimbus der Balkanländer und die Sympathien für die heldenmütigen Christen ist jedenfalls stark im Schwinden begriffen. Der Besuch Poincarés ist gut abgelaufen. Starke Freundschaftsbeteuerungen, aber nirgends ein Wort, das in Berlin oder anderswo übel vermerkt werden könnte. Im Gegenteil, es wurde immer das Zusammenwirken mit den anderen Cabinetten im Interesse des Friedens betont.

Mensdorff.

[a]) n. 7546. — [b]) Vgl. n. 7430 Anm. b, 7576 Anm. b, 7629 Anm. b.

Tel. nach Rom, 4. Juli 1913 Nr. 749 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 7612.

Tel. nach Rom, 4. Juli 1913 Nr. 752 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7618.

Tel. nach Rom, 4. Juli 1913 Nr. 753 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 7611.

Nr. 7625. Bericht aus St. Petersburg, 21. Juni/4. Juli 1913 Nr. 26 A (eing. 7. Juli). Ausfert.

Wie Euer Exzellenz aus meiner einschlägigen telegraphischen Berichterstattung[a]) ersehen haben werden, habe ich sowohl beim Herrn Minister des Äussern als bei dessen Adjoint wiederholt die Frage der Ernennung eines russischen Delegierten für die auf der Londoner Réunion vereinbarte Delimitierungskommission urgiert, die sich mit der faktischen Absteckung der Nordostgrenze Albaniens zu befassen hätte. Ich konnte, wie Euer Exzellenz

wissen, bisher von Herrn Sazonow nicht mehr als allgemeine prinzipiell zustimmende Äusserungen erreichen, die aber immer so verklausuliert waren, dass die Absicht diese Angelegenheit zu verschleppen, deutlich erkennbar wurde. Dieser Tage hat nun über meine Instigation auch mein italienischer Kollege Gelegenheit genommen, diese Frage bei Herrn Sazonow zur Sprache zu bringen und auf die Dringlichkeit derselben hingewiesen. Auch Marquis Carlotti wurde mit den gleichen vagen und verklausulierten Zusicherungen prinzipieller Geneigtheit abgespeist. Wie er mir erzählte, habe ihm Herr Sazonow geantwortet, „qu'en principe il n'avait pas d'objections à faire à ce que la Commission Internationale de délimitation pour la frontière du Nord et Nordest de l'Albanie se constitue dès à présent. Néanmoins il trouverait plus pratique que cette Commission ne commence ses travaux que quand toutes les frontières de l'Albanie auront été fixées." Diese meinem italienischen Kollegen gegenüber getane Äusserung Herrn Sazonows zeigt ebenso wie die Antworten, die ich auf meine wiederholten bezüglichen Anfragen erhalten habe und die Euer Exzellenz aus meiner telegraphischen Berichterstattung bekannt sind, dass die russische Regierung bisher noch keinerlei Schritte unternommen hat, um den einschlägigen Réunionsbeschluss zu realisieren und auch vorläufig gar nicht daran zu denken scheint, den russischen Delegierten in die Grenzabsteckungskommission zu ernennen. Die Erklärung für diese Verschleppungstaktik dürfte meiner unmassgeblichen Ansicht nach wohl darin zu suchen sein, dass man hier diese Frage einerseits als Pressionsmittel benützen möchte um uns bezüglich der Südgrenze nachgiebiger zu machen, andererseits aber könnte doch auch der Hintergedanke hier mitspielen, im gegebenen Momente vielleicht doch noch die eine oder die andere Grenzmodifikation zu Gunsten Montenegros durchzusetzen, wozu aber durch eine vorherige definitive Grenzabsteckung der Weg abgeschnitten würde. Unter diesen Umständen glaube ich, dass wenig Aussicht besteht, die russische Regierung in absehbarer Zeit zur Nominierung ihres Delegierten in die Grenzabsteckungskommission bewegen zu können. Thurn.

[a]) Vgl. n. 7212.

Nr. 7626. Bericht aus St. Petersburg, 21. Juni/4. Juli 1913 Nr. 26 B (eing. 7. Juli).[a]) Ausfert.

Das mir von Herrn Sazonow in Aussicht gestellte Promemoria, in welchem er den Standpunkt der russischen Regierung in der Frage des den Minoritäten in den durch die Balkanstaaten eroberten Ländern zu garantierenden Schutzes und insbesondere den von Euer Exzellenz vorgeschlagenen 8 Punkten gegenüber präzisieren wollte, ist mir gestern zugekommen und erlaube ich mir Euer Exzellenz dieses Schriftstück[b]) in der Anlage ganz ergebenst zu unterbreiten. Nachdem im Eingange hervorgehoben wird, dass die beiden Regierungen darüber einig sind, dass der in Rede stehende Schutz nicht durch eine die Souverainität der in Betracht kommenden Staaten beeinträchtigende Ingerenz seitens einer Auswärtigen Macht erfolgen solle, hebt das Aide-Mémoire hervor, dass es sich eigentlich um zweierlei verschiedene Sachen handle: Einerseits um eine sofort zu ergreifende

provisorische Massregel, nämlich die Wiederholung des seinerzeitigen Réunionsbeschlusses vom 22. März, und andererseits um dauernde Garantieen, welche in den endgiltigen Friedensvertrag zu inserieren wären. Was den ersteren Teil anbelangt, so würde, wie aus dem Aide-Mémoire hervorgeht, die russische Regierung, welche nunmehr über die Bedeutung des in dem Réunionsbeschluss vom 22. März, vorkommenden Wortes „Protection" beruhigt ist, der Wiederholung dieses von ihr seinerzeit nicht vollinhaltlich angenommenen Textes zustimmen, wenn sie von der unlängst in London vorgeschlagenen Interpretation begleitet wäre. Aus dem Aide-Mémoire geht nicht hervor, welche Interpretationsformel damit gemeint ist, und auch eine bezügliche Rücksprache mit Herrn Neratow brachte darüber keine Klarheit; doch dürfte, da laut Euer Exzellenz Telegramm vom 3. d. Mts. Nr. 389 der mir von Herrn Sazonow als Nicholsonscher Kompromissvorschlag bezeichnete Text in der Réunion vom 23. wieder fallen gelassen wurde, Herrn Sazonow wohl die in der letztbezeichneten Sitzung redigierte Formel vorschweben, gegen welche Euer Exzellenz wegen ihrer zu vagen Fassung Bedenken erhoben hatten. Was nun den zweiten Teil, nämlich die in den Friedensvertrag aufzunehmenden Garantien anbelangt, so führt das Promemoria aus, dass man in dieser Beziehung den Berliner Vertrag zum Muster nehmen sollte und schlägt einen ganz allgemeinen Text vor, in dem nur die Garantien der Artikel 27, 30, 35 und 39 des Berliner Vertrages, in welchen die Gleichberechtigung der Kulte und die Wahrung der Besitzrechte stipuliert erscheinen, auf den gegenwärtigen Fall ausgedehnt werden. Am Schlusse wird darauf hingewiesen, dass die von Euer Exzellenz vorgeschlagenen 8 Punkte eine eingehende Diskussion erheischen würden, die sich ad infinitum in die Länge ziehen könnte, weshalb es besser scheine eine allgemeine Fassung zu wählen. Gegen einzelne der 8 Punkte werden sodann besondere Bedenken vom Standpunkte der Souverainitätsrechte der Balkanstaaten erhoben. Ich nahm gestern eine Gelegenheit wahr, um das mir soeben zugekommene Aide-Mémoire mit Herrn Neratow zu besprechen. Ich fand auch bei dieser Gelegenheit eine sehr dezidierte Abneigung vor, in irgend welche Details einzugehen, und wiederholte mir Herr Neratow immer wieder, es könnten doch nicht alle möglichen Eventualitäten vorausgesehen werden und somit sei es besser, eine allgemeine prinzipielle Formulierung zu finden, die alles decke. Was das Meritum der 8 Punkte anbelangt, so konnte ich neuerdings feststellen, dass es besonders die auf die Unterstützung albanischer Schulen aus dem Auslande bezüglichen Bestimmungen des Entwurfes, sowie jene über die Aufrechterhaltung des Weiderechtes waren, gegen die hier auch sachlicher Widerspruch erhoben wird. Was speziell die Frage des Weiderechtes anbelangt, gab Herr Neratow übrigens schliesslich zu, dass sie auch privatrechtlichen Charakter trage und dass, wenn sie mithin auch unter die durch Artikel XXX und XXXIX des Berliner Vertrages vorgesehenen allgemeinen Schutzbestimmungen subsumiert werden könne, vielleicht trotzdem irgend eine dieselbe regelnde Übereinkunft notwendig werden könnte. Eine solche aber sollte nach Ansicht Herrn Neratows, separat, eventuell gelegentlich der seinerzeitigen Grenzabsteckung erfolgen, wobei aber auch eventuell umgekehrt bestehende

Rechte der Bewohner der zu Serbien, beziehungsweise Montenegro fallenden Gebiete auf Weiden, welche in dem künftigen Albanien liegen würden, berücksichtigt werden müssten. In den künftigen Friedensvertrag aber dürften Bestimmungen, welche geeignet seien, entweder die Souverainitätsrechte der Balkanstaaten zu schmälern, wie die Bestimmungen über die Schulen, oder deren berechtigte Susceptibilitäten zu verletzen, wie die Bestimmungen über die Sicherheit des Privateigentums und dergleichen, die in einem Rechtsstaat, für den man Serbien hier zu halten scheint, selbstverständlich und deren ausdrückliche Stipulierung daher verletzend sei, nicht aufgenommen werden. Angesichts dieser Haltung, die sowohl in den Äusserungen Sazonows als seines Adjoints zum Ausdruck kommt, ist wohl kaum eine Aussicht vorhanden, dass es gelingen könnte, die russische Regierung zu bewegen, dass sie dem zustimmen würde, dass von Serbien und Montenegro die Aufnahme detaillierter Garantien in den Friedensvertrag gefordert werde. Hingegen könnte vielleicht mit einiger Aussicht auf Erfolg versucht werden, die Zustimmung Herrn Sazonows zu einer ausserhalb des Vertrages gelegenen, gewissermassen offiziösen Interpretation der in ersteren aufzunehmenden allgemeinen, sich an jene des Berliner Vertrags anlehnenden Bestimmungen zu erlangen, wobei die mehrerwähnten acht Punkte als Grundlage dienen könnten. Dieser Versuch würde aber auch im besten Falle sehr zeitraubend sein und auch nur bezüglich jener Punkte irgend eine Chance des Gelingens an sich tragen, gegen die Herr Sazonow nicht prinzipiellen Widerspruch erhebt, wie speziell bezüglich jenes der Schulen. Wenn daher die Wiederholung des Réunion-Beschlusses von einem vorherigen Einvernehmen über eine detaillierte Interpretation abhängig gemacht werden soll, so ist allerdings eine Verschleppung dieses Schrittes leider sehr wahrscheinlich, umsomehr als es auch nicht den Anschein hat, als wollte Herr Sazonow dem Eventualvorschlag Euer Exzellenz zustimmen, den Réunionbeschluss vom 22. März — sei es ganz ohne Kommentar, sei es mit dem Hinweis auf eine seinerzeitige detaillierte Interpretation — zu wiederholen. Ich bitte Euer Exzellenz um eine hochgeneigte Weisung über die Antwort, die ich Herrn Sazonow auf sein Promemoria geben soll sowie über die hohen Entschliessungen, zu denen Hochdieselben auf Grund dieser Enunciation, sowie meiner vorstehenden ergebensten Ausführungen gelangt sein werden.

[a]) Vgl. n. 7561, 7588. — [b]) Beilage. Thurn.

Beilage zu n. 7626. Aide-mémoire der russischen Regierung; St. Petersburg, 19. Juni (2. Juli) 1913. Ausfert.

Le Ministère Impérial des Affaires Etrangères n'a pas manqué de soumettre à l'examen le plus attentif l'aide-mémoire que l'Ambassade Impériale et Royale a bien voulu lui faire parvenir en date du 15/28 Juin a. c. Le Ministère Impérial se plait tout d'abord à constater une parfaite solidarité de vues avec le Cabinet de Vienne quant à la question que toute ingérence d'une Puissance Etrangère portant atteinte à la souveraineté des Etats Balcaniques devra être évitée. Une fois que les deux Gouvernements les plus intéressés au maintien de la paix aux Balcans conviennent chacun de son côté de l'absolue nécessité de proclamer ce principe, le Gouvernement Impérial ne

saurait ne pas voir dans cette identité de vues la garantie la plus solide de ce que les évènements dans les Balcans ne pourront mettre en danger la paix de l'Europe. En partant de ce principe, le Ministère Impérial croit devoir établir une distinction entre deux catégories de garanties que le Cabinet de Vienne voudrait obtenir des Gouvernements de Serbie et du Monténégro: 1. La formule proposée à la séance de la réunion du 9/22 Mars avait en vue de déclarer aux dits Gouvernements „qu'il est indispensable de prendre d'urgence des mesures pour assurer la protection effective des populations catholique, musulmane et albanaise dans les territoires cédés au Monténégro et à la Serbie". Il s'agit donc des mesures d'ordre administratif et découlant de l'état de choses créé par la guerre. Le Gouvernement Impérial est prêt à accepter cette formule, si sa notification à Belgrade et Cettigné est accompagnée de l'interprétation dernièrement proposée à la réunion et qui, tout en spécifiant les intérêts réclamant la protection des Gouvernements Serbe et Monténégrin, établirait le principe de non-ingérence des autres Puissances, au sujet duquel l'Autriche-Hongrie paraît être en parfait accord avec la Russie. 2. Dans la notice du 15/28 Juin il est question, en outre, des garanties durables qui seraient insérées dans le traité de paix définitif. — En désirant aller dans cette question au devant du désir du Gouvernement Impérial et Royal pour faciliter la tâche d'une entente entre les Puissances, le Ministère Impérial ne soulèverait pas d'objection de sa part pour introduire dans le nouveau traité de paix certaines garanties qui auraient le caractère d'obligation pour les Gouvernements Balcaniques. Il s'inspire en cela de l'esprit et de la lettre du traité de Berlin contenant certains articles pour garantir la liberté des cultes et certains droits inamovibles des citoyens sans distinction de race et de religion. Le Ministère Impérial croit devoir établir sa conviction profonde qu'il croit du reste être partagée par le Cabinet de Vienne, qu'on ne saurait imposer aux Gouvernements Balcaniques des obligations plus étendues que celles qui ont été reconnues suffisantes par les Puissances lors du traité de Berlin. L'expérience des 35 années qui se sont écoulées est là pour attester que les Gouvernements Balcaniques n'ont pas donné un motif suffisant pour modifier la portée des ces garanties et imposer de nouvelles obligations aux Gouvernements Balcaniques. Le Gouvernement Impérial ne verrait pas d'inconvénient à insister pour que dans le futur traité de paix il soit confirmé que les garanties prévues par les articles 27, 30 (les deux premiers alinéas), 35 et 39 (premier alinéa) du traité de Berlin restent en vigueur. Il pourrait être stipulé que „le Gouvernement de Serbie (Monténégro) accordera protection à ses citoyens sans distinction de race et de religion sur la base des garanties prévues par les articles (susmentionnés) du traité de Berlin qui restent en vigueur." Tel est le point de vue du Ministère Impérial. Pour les raisons ci-dessus développées, il croit que le texte de la formule en huit points exposée dans la notice de l'Ambassade Impériale et Royale demanderait tout d'abord une discussion qui risquerait de se prolonger indéfiniment. En outre, certains de ces points seraient susceptibles de créer des obligations incompatibles avec les droits souverains des Etats en question. Les libertés qui sont projetées en faveur des Albanais dépassent en certains points celles qui sont admises pour les minorités dans les pays les plus civilisés et par

rapport aux groupes nationaux d'un état d'une culture bien supérieur à celui des Albanais. D'autre part, les droits de pâturage etc. en Serbie et au Monténégro stipulés pour les Albanais n'habitant pas ces pays auraient crée de vraies servitudes au détriment de la Serbie et du Monténégro. Pour toutes ces raisons, le Ministère Impérial croit qu'il serait préférable de s'en tenir aux garanties générales ci-dessus exposées. Il semblerait que de cette manière on pourrait concilier les deux points émis par l'Ambassade Impériale et Royale dans sa notice à savoir la non-ingérence des Puissances étrangères et en même temps le droit des Puissances signataires du futur traité de faire des représentations diplomatiques dans le cas d'infraction d'un article quelconque de ce traité ayant reçu la sanction de leurs signatures. Le Ministère Impérial se plait à espérer que le Cabinet de Vienne voudra bien reconnaître le caractère amical et conciliant qu'il a mis dans l'examen de ces questions, ainsi que son désir sincère d'une entente aussi prompte que possible entre les Puissances.

Nr. 7627. Tel. aus Sofia, 4. Juli 1913 Nr. 647 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

General Savow wurde von Stelle des Oberkommandierenden und Gehilfen des Generalissimus enthoben und durch General Radko Dimitriew ersetzt. Von authentischer Seite gibt man mir als Grund dieser Maßregel Folgendes an: General Savow habe sich Wünschen Herrn Danews bezüglich Einstellung der Kämpfe nicht genug gefügig gezeigt; als dann anfängliche Misserfolge der Bulgaren (Gefangennahme eines und Vernichtung eines anderen Regimentes) eintraten, habe Regierung Savow Vorwürfe gemacht, er hätte zu wenig Truppen bei der Hand gehabt. Savow habe geantwortet, er hätte Armee so aufmarschieren lassen, wie es ein Krieg gegen Serbien erfordere. Auf Einwendung seitens Herrn Danews, es dürfe kein Krieg gegen Serbien geführt werden, sondern lediglich die von Bulgarien beanspruchten mazedonischen Gebiete besetzt werden, erklärte Savow, er könne eine solche militärisch undurchführbare Aufgabe nicht verantworten. Hierauf habe Seine Majestät der König den in Petersburg beliebten General Radko Dimitriew zum Oberbefehl berufen in Absicht, so vor Rußland gerechtfertigt zu sein, wenn der Krieg über den bisherigen Rahmen der Besetzung der mazedonischen Gebiete hinausgehen wird, trotzdem russophilste Minister an Spitze des Kabinetts und russophilste bulgarische Generale Oberbefehlshaber der Armee. Aus Angst aber, sich nicht ganz mit gebundenen Händen diesen beiden extremen Russophilen auszuliefern, habe König ein politisch nichtssagendes Kabinett mit vier Generälen vorgeschwebt, die lediglich Werkzeuge in der Hand Königs Ferdinand gewesen wären. Zum Eintritte in dieses Kabinett sind auch Parteichefs eingeladen worden, die aber, da sie, wie sie mir es selbst bestätigten, nicht Rolle von Statisten spielen wollten, abgelehnt haben. So ist denn Herr Danew zur Stunde Ministerpräsident und soll mit Hilfe des Generals Radko Dimitriew Krieg nach Diktat Petersburgs, das heißt in der Weise führen, daß keine in Zukunft unheilbaren Risse zwischen Balkanstaaten entstehen. Ob dieser Erklärungen, die uns Herr Danew laut meiner Telegramme Nr. 577 und 578 vom 22. v. M. abgegeben,

in eigentümlichem Licht erscheinen lassende Plan mit Rücksicht auf Faktum des ausgebrochenen Krieges gelingen kann, ist selbstredend fraglich, diese Tendenz aber zusammen mit nur aus Deferenz vor Petersburg erfolgter Absetzung siegreichen Feldherrn sind für die von König Ferdinand gedeckte Richtung bezeichnend genug. Obwohl, was mir auch Dobrović bestätigt, neben vielen anderen kriegerischen Ereignissen eine ganze serbische Division gefangen genommen wurde, sagte mir heute Danew, daß es zwischen Serbien und Bulgarien keinen Krieg gebe und dieser wurde noch immer nicht erklärt, da es im Telegramme des Zaren an König Ferdinand hieß, daß dies Verbrechen gegen slavische Sache wäre. Vor Varna liegt ein russisches Kriegsschiff, mit dem Danew mit russischen Gesandten heute oder morgen reisen sollte, um sich zur Konferenz nach Petersburg zu begeben. Ich weiß, daß bis heute sowohl Danew als Nekludow noch Hoffnung dieser Reise hätten.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7615, 7628, 7629.

Nr. 7628. Tel. aus Sofia, 4. Juli 1913 Nr. 649 (eing. 6 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Habe heute morgens Dobrović besucht und ihm Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 342 vom 3. d. M. mitgeteilt. Er sagte, Herr Danew hätte gestern abends im selben Sinne König berichtet, nur erwähnte er nicht russisch-französische Aktion. Dobrović bemerkte, Rumänien habe zur Tripleentente abgeschwenkt; gestern hätten in Bukarest anläßlich Mobilisierung Illumination und Demonstrationen stattgefunden, wobei „Nieder mit Österreich und Bulgarien“ und „Hoch Serbien“ gerufen. Wie sich Bulgarien zur rumänischen Mobilisierung stellen werde, darüber sei noch keine Entscheidung gefallen. Über Krieg sagte Dobrović, General Ivanoff halte sich derzeit gegen Griechen auf der Defensive und habe alle Angriffe zurückgeschlagen. Gegen Serben kämpfe man erfolgreich (eine serbische Division sei gefangen), einen entscheidenden Schlag könne man aber nicht führen, solange Armeegeneral Kovačeff keine Verstärkung bekomme, da im Raume Ištib—Veles ihm Gros serbischer Armee gegenüberstehe. Dobrović bestätigte mir, was ich mit meinem Telegramme Nr. 647 von heute nachts über Absetzung General Savows und von Danew gewünschter Kriegführung gemeldet. Anfangs war er reserviert, allmählich animierte er sich aber und kritisierte scharf Kabinett Danew, der entschlossen, Krieg nicht zu erklären, was zur Folge hat, daß das Gros bulgarischer Armee, die die serbische Grenze nicht passieren dürfe, brach gehalten werde. Herr Danew hofft noch immer Feindseligkeiten zum Stillstand bringen zu können, was laut Ansicht Herrn Dobrović' und, wie er sagte, der ganzen Opposition unverantwortlich wäre. Man braucht nur die ganze bulgarische Armee in Aktion treten lassen und binnen zehn Tagen wären Serben und Griechen vernichtet. Danew habe gestern wieder von seiner Demission gesprochen, ganz klar sagte er es aber dem König nicht; Seine Majestät habe Oppositionschefs konsultiert, da eventuell Konzentrationskabinett berufen würde; vertraulich sagte zum Schluß Mitredner, er fürchte, Danew werde doch bleiben. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7615, 7629.

Nr. 7629. Tel. aus Sofia, 4. Juli 1913 Nr. 650 (eing. 7 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Bezug auf meine Telegramme Nr. 647 und 649 von heute. Ein Oppositionschef, der an gestrigem Kronrate teilgenommen, besuchte mich heute und erzählte, er und andere Parteiführer seien für andere Politik Österreich-Ungarn gegenüber eingetreten. Herr Danew hätte seinen Standpunkt aufs entschiedenste dahin präzisiert, daß Bulgarien gar keinen Grund habe, sich mit Russland zu verderben und Annäherung an Monarchie zu suchen, von der es nichts zu erwarten habe. Österreich-Ungarn trachte nur Verständigung mit Rumänien herbeizuführen und rate Abtretung Linie Tutrakan—Baltschik. Dazu brauche Bulgarien Österreich-Ungarn nicht und um Preis solcher Opfer könne es sich ohne Hilfe der Monarchie mit Rumänien einigen. Sonst hätte Österreich-Ungarn Bulgarien bloß eventuelle Intervention à la Khevenhüller, nur umgekehrt, für den Fall, daß Serbien siegreich sein sollte, in Aussicht gestellt. Da Sieg Serbiens ausgeschlossen, habe diese Zusage wie auch Freundschaft Österreich-Ungarns keinen praktischen Wert für Bulgarien. Über sonstigen Verlauf des Kronrates sagte mir mein Besuch, Danew und noch viel energischer der Finanzminister hätten sich für Lokalisierung und möglichste Einstellung der Feindseligkeiten eingesetzt. Man sollte Serbien strittige Zone mit Struga abtreten, Frieden schließen und Danew würde zur Konferenz der Ministerpräsidenten nach Petersburg reisen. Seine Majestät der König hätte jeden um seine Ansicht gefragt, ohne sich selbst zu äußern. Oppositionelle Parteichefs sind von mir über unsere Politik und Erklärungen, die ich Danew abgegeben, informiert. Zu meinem Besuche habe ich mich diesfalls noch einmal deutlich ausgesprochen, wobei ich Euer Exzellenz Telegramme Nr. 312 und 315 vom 24. und 26. v. M. verwertete, in entsprechender Weise auf Rede Grafen Tiszas[b] anspielte und überhaupt unseren Entschluß, keiner für Bulgarien ungünstigen Teilung am Balkan zuzustimmen, betonte. Ich werde heute wieder alle Parteichefs sehen.

[a] Vgl. n. 7630, 7642. — [b] Vgl. n. 7624 Anm. b. Tarnowski.

Nr. 7630. Tel. aus Sofia, 4. Juli 1913 Nr. 652 (eing. 11 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Seit meinem heutigen Telegramme Nr. 650 habe ich weitere Führer der Opposition gesehen, von denen erfahre, daß Herr Danew seine Demission formell eingereicht, dieselbe aber vom König nicht angenommen. Entscheidung soll heute fallen und Politiker, die ich gesehen, glauben, daß Seine Majestät Herrn Danew halten wird, es wäre denn, daß Überschreiten bulgarischer Grenze durch serbische Truppen Entschlüsse Königs ändern würde. Aus Unterredungen habe mich noch weiter überzeugt, daß Danew im gestrigen Kronrat unsere Haltung in rumänischer Frage tendenziös geschildert und zwar so, als ob wir uns seit langer Zeit für Abtretung Tutrakan—Baltschik hier verwendet und Bulgarien nie Gelegenheit gehabt hätte, sich durch unsere Vermittlung billiger zu verständigen. Meine Mitredner waren zwar bereits durch mich von früher her informiert, habe sie aber noch eingehend über unsere Haltung und meinen Verkehr mit Danew unterrichtet.

Einer der Oppositionschefs sollte unmittelbar nach Gespräch mit mir bei König in Audienz erscheinen. Tarnowski.

Nr. 7631. Tel. aus Sofia, 4. Juli 1913 Nr. 657 (eing. 5. Juli 8 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Ich habe mit einigen bulgarischen Politikern heute abends gesprochen, die mir sagten, daß Regierungskrise gelöst und zwar bleibe Kabinett Danew. Ob Kriegserklärung erfolgen wird, war aus Äußerungen nicht klar zu entnehmen; alle, mit denen ich gesprochen, sagten mir aber übereinstimmend, daß Krieg gegen Serbien von nun an auf der ganzen Linie geführt wird. Bestimmend für Beibehaltung Danews war meiner Überzeugung nach rumänische Mobilisierung. Abgesehen davon, daß wohl kein Parteichef, zur Regierung berufen, Abtretung Linie Tutrakan—Baltschik auf sich genommen hätte, was ich auch aus Gesprächen mit Oppositionsführern konstatierte, erwartet man, daß Russland nie gestatten würde, daß Rumänien ein Bulgarien, namentlich wenn es unter russophilstem Regime steht, allzusehr schädige. Hiezu kommt noch Erwägung, daß man von uns Aufhalten Rumäniens nicht erwartet und auch weiß, daß wir unsere aktive Unterstützung gegen Serbien, deren Notwendigkeit man übrigens bis jetzt gar nicht ins Auge gefaßt, nur in dem Falle der ...[b] als unmöglich betrachteten bulgarisch-rumänischen Verständigung eintreten ließen. Heute schon kommt mir zu Ohren, es gäbe bereits Verhandlungen zwischen hier und Russland, denen zufolge dafür, daß Bulgarien sich verpflichten würde, Territorium heutigen Serbiens nicht zu schmälern und auf Teile bestrittener Zone trotz siegreichen Krieges zu verzichten, Russland Bulgarien gewisse Garantien gegen allzu große rumänische Prätensionen geben würde. Obwohl bei stündlich sich ändernder Situation unmöglich, Urteil abzugeben, und obwohl ich, wie Euer Exzellenz meiner Berichterstattung entnommen, nie Pessimismus mich hingegeben, kann ich doch Befürchtung nicht unterdrücken, daß durch rumänische Haltung hier russischer Einfluß nur gestärkt wird. Ist man auch jetzt hier noch von unserer Loyalität in rumänischer Frage überzeugt, so wird man doch nach Resultaten und nicht Intentionen urteilen und uns schließlich für jeden von rumänischer Politik kommenden Schaden verantwortlich machen. Dafür werden schon Danew und dessen Parteigänger sorgen. Das Verbleiben Danews ist für mich deutlicher Beweis, daß man hier jetzt Russland und nicht uns zu brauchen glaubt. Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 331 Nr. 658. Vgl. n. 7650 Anm. b. — [b] Chiffre verstümmelt.

Nr. 7632. Tel. aus Belgrad, 5. Juli 1913 Nr. 444 (eing. 9 U. 50 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Evakuation Albaniens. Ad Telegramm Nr. 176[b] vom 2. d. M., respektive Nr. 180 vom 4. d. M. und Nr. 183 von heute. Habe die vom englischen Gesandten ausgeführte Demarche heute unterstützt. Generalsekretär erklärte, daß schon vor einigen Tagen bestimmte Ordres zur Rückberufung aller serbischen Truppen aus Albanien erlassen wurden; dieser Befehl wurde gestern dringend wiederholt. Ugron.

[a] Oe. U. Balkan 333 Nr. 663. Vgl. n. 7770. — [b] Vgl. n. 7583 Anm. b.

Nr. 7633. Tel. aus Berlin, 5. Juli 1913 Nr. 312 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 478 von gestern. Balkankonflagration. Reichskanzler wird erst heute abends und Staatssekretär voraussichtlich nächsten Mittwoch hieher zurückkehren. Inzwischen habe ich Unterstaatssekretär Euer Exzellenz Konsideration in eindringlicher Weise zur Kenntnis gebracht. Herr Zimmermann sagte mir als seine persönliche Meinung, — welche aber nach seiner Überzeugung Reichskanzler und Staatssekretär jedenfalls teilen dürften — daß die von Euer Exzellenz angeregte Demarche deutscher Regierung in Bukarest bei der großen dort herrschenden Aufregung von keinem Nutzen sein würde. Nach seiner Ansicht wäre für jetzt eine Verständigung zwischen Rumänien und Bulgarien von entscheidender Bedeutung. Zufolge hier eingelangter Nachrichten sei es zu hoffen, daß dieselbe zustandekomme. In dieser Beziehung wäre eine erneuerte, von Wien ausgehende Einwirkung in Sofia sehr angezeigt. Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz lauteten nach wie vor widersprechend, doch habe man hier noch immer Eindruck, daß Serbien im Endkampf unterliegen werde. Im Laufe morgigen Tages werde ich Reichskanzler sprechen können und über die mit ihm gehabte Unterredung Euer Exzellenz sofort telegraphisch Bericht erstatten. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 7645.

Nr. 7634. Tel. aus Berlin, 5. Juli 1913 Nr. 313 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 479 von gestern, betreffend nordalbanesische Abgrenzungskommission. Unterstaatssekretär wird deutschem Botschafter in London entsprechende telegraphische Weisung geben. Szögyény.

Nr. 7635. Tel. nach London, 5. Juli 1913 Nr. 557 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; G. Macchio).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 499 von gestern. Euer Exzellenz wollen Sir E. Grey ersuchen, die Frage des Statutes Albaniens noch nicht bei der montägigen Réunion zur Sprache zu bringen, da die von ihm diesbezüglich gemachten Propositionen bei uns noch einem genaueren Studium unterzogen werden müßten. Euer Exzellenz wollen beifügen, daß für die nächste Sitzung ohnehin noch eine Reihe dringender Fragen wie zum Beispiel jene des Berges Athos und der Südgrenze Albaniens vorhanden wären. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7712.

Nr. 7636. Tel. aus London, 5. Juli 1913 Nr. 502 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

In Ergänzung meines gestrigen Telegrammes Nr. 499, betreffend Statut Albaniens. Sir E. Grey sagte Marquis Imperiali und mir, nachdem Mitteilung unseres transaktionellen Vorschlages vertraulich war, seien seine Gegenbemerkungen es auch, so daß, wenn man sich nicht einige, dieser

ganze Gedankenaustausch als non avenu angesehen werden kann. Sir E. Grey möchte möglichst bald Gendarmerie- und Kontrollkommission ins Leben treten lassen. Bezüglich Gendarmerie stimmte ich ihm lebhaft zu und sprach persönliche Meinung aus, man könne Schaffung der Gendarmerie und Berufung ausländischer Offiziere in die Hand nehmen, auch bevor die übrigen Fragen alle geregelt sind. Mensdorff.

Nr. 7637. Tel. aus Paris, 5. Juli 1913 Nr. 132 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Koritza. Bezug auf Erlaß vom 1. d. M. Nr. 3106. Mit Herrn Pichon im gewünschten Sinne gesprochen. Er sagte mir, französische Regierung habe mit großer Mühe Griechenland bewogen, Kap Stylos als Ausgangspunkt der Grenze zu akzeptieren und Argyrocastro bei Albanien zu lassen. Er habe gehofft, daß Griechenland als Kompensation Koritza belassen werden könnte. Angesichts unseres Widerstandes hat er vorgestern Herrn Tittoni vorgeschlagen, Österreich-Ungarn und Italien mögen den von ihnen bisher abgelehnten Vorschlag Sir E. Greys, eine internationale Grenzregulierungskommission betreffend, unter der Bedingung akzeptieren, daß Grenze von Kap Stylos ausgehend, Argyrocastro und Koritza bei Albanien lassend, durch Kommission fixiert werde. Falls ein solcher Vorschlag durch uns und Italien in London gemacht würde, würde er demselben nicht entgegentreten. Szécsen.

[a]) Oe. U. Balkan 334 Nr. 667. Vgl. n. 7655, 7702.

Nr. 7638. Bericht aus Paris, 5. Juli 1913 Nr. 65 B (eing. 7. Juli).[a] *Ausfert.*

Der heutige „Temps" hatte die Nachricht gebracht, dass die französische Regierung bei den Cabineten eine Initiative ergriffen hätte, um dieselben angesichts der neuen Balkanwirren zu einer „déclaration de non-intervention" zu bewegen. Herr Pichon brachte diese Angelegenheit mir gegenüber spontan zur Sprache und sagte mir, dass die Informationen des „Temps" den Sachverhalt nicht richtig wiedergeben. Er habe keinen derartigen Antrag bei den Mächten gestellt. Der Minister sagte mir, er habe in London die Situation mit Sir E. Grey eingehend besprochen, wie sie sich durch einen Conflict der Balkan-Staaten untereinander gestalten könnte. Angesichts dieser neuen Situation seien Sir E. Grey und er zu der übereinstimmenden Ansicht gelangt dass: 1°. Alle Beschlüsse der Mächte, die bereits tatsächlich acceptirt erscheinen, unbedingt aufrecht erhalten werden müssen und nicht neuerlich in Discussion gezogen werden können. 2°. Dass es erwünscht wäre, wenn die Mächte übereinkommen würden, in dem neuen Conflict nicht activ zu interveniren. — Diese Gesichtspunkte hat Herr Pichon den französischen Botschaftern bei den Grossmächten mit dem Auftrage mitgeteilt, sie zur Kenntnis der Regierung, bei der sie beglaubigt sind, zu bringen, aber keinerlei Vorschlag daran geknüpft. Er habe aus verschiedenen Hauptstädten, darunter auch aus Berlin, die Nachricht erhalten, dass seine Auffassung gebilligt werde. Ich sagte Herrn Pichon, dass nach meiner Ansicht keine Macht Lust haben dürfte, in das balkanische Wespen-

nest zu greifen und dort zu interveniren, dass mir aber eine feierliche déclaration de non-intervention der Mächte nicht am Platze schiene, weil eine solche die Balkan-Staaten direct zu gewissen Übergriffen einzelnen Mächten gegenüber oder gegen die Beschlüsse der Mächte verleihen könnte, was mit dem von ihm selbst aufgestellten Principe, dass diese Beschlüsse unbedingt aufrecht zu erhalten seien, im Widerspruche stehen würde. Die Grossmächte könnten unmöglich erklären, dass sie auf jede Intervention verzichten, wenn zum Beispiel Montenegro Scutari wieder besetzen wollte. Herr Pichon stimmte dieser Auffassung bei und sagte mir, er habe eben deshalb keine derartige Erklärung in Vorschlag gebracht, aber es läge ihm daran, zu constatiren, dass nach seiner und Sir E. Greys Ansicht die Grossmächte es vermeiden müssten, in den Conflict activ einzugreifen. Lächelnd fügte er hinzu: „Je n'ai pas du tout l'intention de renouveler la formule de désintéressement de Mr. Poincaré, car on a toujours des intérêts à défendre." Ich weiss nicht, ob Herr Dumaine in der Sache bereits mit Euer Excellenz gesprochen hat und welche Antwort ihm zu Teil ward. Nach meiner unmassgeblichen Ansicht würde es aber hier einen günstigen Eindruck hervorrufen, wenn wir der französischen Anregung zustimmen und Herrn Pichon mit einer allgemeinen Phrase darüber beruhigen könnten, dass wir keine Interventions-Absichten hegen. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 7660, 7670, 7676.

Nr. 7639. Tel. aus Sofia, 5. Juli 1913 Nr. 659 (eing. 12 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Danew besuchte mich soeben. Über Konversation folgt Telegramm. Konkretes Ersuchen Konseilspräsidenten war folgendes: Ministerrat hätte sich heute mit meinen letzten Eröffnungen (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 342 vom 3. d. M.) beschäftigt. Ich hätte Ministerpräsidenten geraten, sofort mit Anbot Abtretung Linie Turtukaia-Balčik an Rumänien heranzutreten, wodurch rumänischer Mobilisierung vorgebeugt werden könnte. Schon am selben Tage sei bulgarischer Regierung Mobilisierung Rumäniens notifiziert worden, so daß von Vorbeugen derselben keine Rede. Nun handle es sich aber darum, inwiefern bereits angefangene Mobilisierung neue Lage geschaffen. Was sei meine Ansicht? Ich erwiderte, daß seit Information, die ich Danew auf Grund Meldung k. u. k. Vertreters Bukarest vorgestern gemacht (Telegramm 342), ich keine Informationen über Stimmung in Rumänien erhalten, persönlich aber zur Ansicht neige, daß Mobilisierung Situation verschärft und erschwert haben dürfte. Danew möchte mich bitten, wenn möglich sicheres darüber zu erfahren. So schwer es sei, würde sich bulgarische Regierung zu einer territorialen Zession entschließen, möchte aber ohne Handel, für den keine Zeit, durch eine Proposition, die angenommen würde, Verhältnis zu Rumänien regeln. Ohne Sicherheit, daß Anbot angenommen werde, wolle es bulgarische Regierung nicht machen. Gewisse Nachrichten aus Bukarest ließen befürchten, daß dort Militärpartei Oberhand gewinne, die überhaupt durch keine vernünftige Zession befriedigt wäre, sondern unter allen Umständen Krieg gegen Bulgarien wünsche. Konseilspräsident wäre Euer Exzellenz sehr verbunden, wenn wir sondieren

und feststellen möchten, ob Propositionen überhaupt noch von Rumänien angenommen werden und welche Konzession genügen würde, damit Rumänien Mobilisierung einstelle und sich zur Neutralität verpflichte. Wenn Prätentionen Rumäniens zu groß, wäre ihre Erfüllung unmöglich und bliebe Bulgarien nichts anderes übrig, als sich um Rumänien überhaupt nicht zu kümmern. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7640, 7641, 7649, 7666, 7680.

Nr. 7640. Tel. aus Sofia, 5. Juli 1913 Nr. 661 (eing. 6. Juli 9 U. 15 M. a. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 346[b]) von heute nachts, Rumänien betreffend, nach Absendung meines Telegrammes Nr. 659 von heute erhalten. Ich hielte nicht für opportun, Danew oder Dobrović eine Andeutung im Sinne Anschauung Prinzen Fürstenbergs spontan zu machen, da man uns gleich beschuldigen würde, dass wir noch weitergehende Forderungen Rumäniens vertreten. Bei der hier herrschenden Suszeptibilität und der mala fides russophilen Kabinetts muss größte Vorsicht beobachten. Ich werde mich darauf beschränken, sobald hohe Antwort erhalten, Danew seine mit meinem Telegramm Nr. 659 gemeldete Frage zu beantworten. Unmittelbar nach Besuch Danews sprach bei mir deutscher Kollege vor und sagte, er habe erneuerten Auftrag, bulgarischer Regierung noch einmal Verständigung mit Rumänien zu empfehlen und diesbezüglich einvernehmlich mit mir vorzugehen. Herr von Below erkundigte sich, was mir über hiesige Dispositionen bekannt und was mir Danew gesagt. Ich informierte deutschen Gesandten, dass Danew mir mitgeteilt, bulgarische Regierung wäre zu einem Anbot bereit, wenn ich ihr Gewissheit darüber verschaffen könnte, dass Rumänien Proposition empfangen wird, wie auch positive Information über Umfang Vorschlages, der genügen würde, um von Rumänien akzeptiert zu werden. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 333 Nr. 664. — [b]) Mit Tel. Nr. 346, 4. Juli 1913 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.) wurde n. 7616 auszugsweise zur allfälligen Verwertung nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 7641. Tel. aus Sofia, 5. Juli 1913 Nr. 664 (eing. 6. Juli 5 U. 50 M. a. m.). Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 659 von heute. Das im obzitierten Telegramme gemeldete Ersuchen sprach Herr Danew erst zum Schlusse der Konversation aus. Zuerst erzählte er beendete Regierungskrise, deren Grund — was natürlich nicht wahr — in innerer Politik gelegen wäre. Des weiteren bemerkte Konseilspräsident, er habe seinen ersten Besuch nach Krise bei mir abgestattet, da er seinen bisherigen Meinungsaustausch mit mir über rumänische Politik fortsetzen möchte. Was meinte ich, fragte Mitredner, von den anti-österreichischen Demonstrationen, die in Bukarest stattgefunden; hielte ich dies für ein ernstes Symptom oder für eine mit Absicht inszenierte Komödie? Ich antwortete, daß mir über fragliche Demonstrationen, zumal keine Post und Zeitungen, gar nichts bekannt. Konseilspräsident fuhr fort, es würde ihn interessieren, meine Meinung über

rumänische Politik zu hören, und zwar ob ich an Abschwenken Rumäniens von uns glaube? Herrn Danew schiene dies wenig wahrscheinlich, immerhin gebe ihm Intimität rumänischer Regierung mit Entente-Mächten zu denken und so fort. Ich hatte gleich Eindruck, daß dieses Geschwätz nur Zweck habe, mit mir nach Regierungskrise wieder formell anzuknüpfen und gewissermaßen vertraulichen Ton anzuschlagen, wonach es Herrn Danew, der kein reines Gewissen uns gegenüber hat, leichter fiele, dann das im eingangsbezogenen Telegramme gemeldete Ersuchen vorzubringen. Ich quittierte Fragen Mitredners mit allgemeinen vorsichtigen Bemerkungen, wonach er sich, wie mit obzitiertem Telegramme angezeigt, ausgesprochen. Tarnowski.

Nr. 7642. Tel. aus Sofia, 5. Juli 1913 Nr. 665 (eing. 6. Juli 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Erfahre von einem Parteiführer, der vorgestern Kronrat beigewohnt, dass Danew dort bei Besprechung rumänischer Frage Standpunkt vertreten hat, Verständigung mit Rumänien nicht durch unsere, sondern durch Vermittlung Russlands anzustreben, welcher Gedanke wegen Opposition anwesender Parteichefs nicht durchgedrungen. Einem Vertrauensmann sagte heute ein Kabinettsminister, Danew habe telegraphische Anfrage an Sazonow gerichtet, wie sich Russland zur rumänischen Mobilisierung zu stellen gedenke. Indem ich Vorstehendes anzeige, liegt mir Absicht fern, gegen unsere bisherige Politik Stimmung zu machen und möchte ich nur, dass Euer Exzellenz über Richtung des dermaligen Chefs bulgarischer Regierung informiert sind. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7629.

Nr. 7643. Tel. aus Sofia, 5. Juli 1913 Nr. 667 (eing. 6. Juli 9 U. a. m.). Entziff.

Hiesige Stimmungen ändern sich jetzt beständig und werden vom Gange der Kriegsereignisse abhängen. Für momentane Beurteilung hier rumänischer Frage sind folgende Äußerungen bezeichnend: Ein Oppositionschef sagte mir, man werde Verhandlungen anknüpfen und hinziehen, bis Krieg mit Serben und Griechen beendet. Im Palais maßgebende Persönlichkeit meinte, man solle Rumänien Verlangtes nur abtreten; in ein paar Jahren könne man es wieder zurücknehmen. Auch hörte von ernster Seite Ansicht, man könne Rumänien alles versprechen, halten brauche man es nicht. Ein ehemaliger Ministerpräsident äußerte sich zu mir, man könne Rumänien außer Silistria keine Städte abtreten. Tarnowski.

Nr. 7644. Tel. an den Thronfolger Erzh. Franz Ferdinand (Graf Artstetten) in Blankenberghe, 5. Juli 1913 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. u. G. Kinsky).*

Nachrichten über kriegerische Operationen widersprechen einander, bulgarischer Vorteil jedoch ausser Zweifel. Russophile Stimmung in Sofia dauert an. Danew, dessen Demission nicht angenommen wurde, soll sich bei vorgestrigem Kronrat für Lokalisierung und möglichste Einstellung der Feindseligkeiten gegen Serbien sowie eventuelle Teilnahme an Konferenz

der Ministerpräsidenten in Petersburg eingesetzt haben. Mithin ungünstige Aussichten für Verständigung zwischen Rumänien und Bulgarien. Für uns ergibt sich daher Notwendigkeit, Bulgarien gegenüber grössere Reserve zu beobachten und unsere Stellungnahme tunlichst zugunsten Rumäniens zu modificieren. Berchtold.

a) Vgl. n. 7669.

Tel. nach Berlin, 6. Juli 1913 Nr. 484 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 7655.

Nr. 7645. Tel. aus Berlin, 6. Juli 1913 Nr. 314 (eing. 4 U. 40 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Vertraulich. Zu meinem Telegramme Nr. 312 von gestern Unterredung mit Reichskanzler. Gestern abends hatte ich mit dem Reichskanzler lange Unterredung, bei welcher Gelegenheit ich mir größte Mühe gab, ihn zu überzeugen, wie sehr es nicht nur im Interesse Österreich-Ungarns sondern auch Deutschlands, des Dreibundes und Rumäniens liege, daß die deutsche Regierung in Bukarest ehestens ihre Stimme erhebe, um die dortigen maßgebenden Faktoren auf die Folgen der jetzigen Konflagration auf dem Balkan aufmerksam zu machen. Herr von Bethmann Hollweg erwiderte, daß er große Bedenken gegen ein solches Vorgehen habe, bei der jetzigen bedauerlichen, in hohem Grade aufgeregten Stimmung in Rumänien würde dort ein derartiger Schritt Deutschlands nicht nur keinen Erfolg haben, sondern geradezu bestehende feindselige Stimmung erhöhen. Meine Bemerkung, daß es sich in diesem Falle nur um wohlwollende Aufklärung der rumänischen Regierung und um Hinweis auf die von uns befürchteten Konsequenzen der gegenwärtigen Haltung rumänischer Regierung handle, wollte Reichskanzler nicht gelten lassen. Er behauptete, daß eine solche Demarche rumänischerseits als eine direkte Drohung aufgefaßt werden müßte und Rumänien „in die Arme Russlands werfen" würde. Fortsetzung folgt. Szögyény.

a) Vgl. n. 7612, 7646.

Nr. 7646. Tel. aus Berlin, 6. Juli 1913 Nr. 315 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Vertraulich. Fortsetzung des Telegrammes Nr. 314 von heute. Im weiteren Verlaufe unserer Unterredung führte Reichskanzler sehr weitläufig aus, dass Österreich-Ungarn mit den bisherigen Ergebnissen seiner Politik allen Grund habe zufrieden zu sein. Österreich-Ungarn habe von Anfang an erklärt, dass es auf dem Balkan keine territoriale Eroberungspolitik befolge, hiebei aber entschlossen sei, seine eigenen vitalen Interessen in entschiedener Weise zur Geltung zu bringen. Nunmehr sei es sichergestellt, dass Serbien nur einen kommerziellen Zugang an das Adriatische Meer erhalte, — die zukünftige Selbständigkeit Albaniens sei beschlossen — in der Skutarifrage hätten wir ebenfalls einen Sieg davongetragen und der jetzige blutige Bruderzwist zwischen den Balkanalliierten, sowie die darauf folgende Schwächung der Kriegführenden könne für uns nur vorteilhaft sein. Unter diesen Umständen, meinte Herr von Bethmann, wäre die einzig

richtige Politik für Österreich-Ungarn, den Ereignissen gegenüber eine weitere, ruhige, zuwartende Haltung einzunehmen. Zugleich sollten wir unsere dringenden Ratschläge in Sofia zum Zwecke einer Vereinbarung mit Rumänien fortsetzen. Auch deutscherseits werde dies getan und sozusagen täglich bemühe sich deutsche Regierung, in dieser Richtung auf Bulgarien einzuwirken. Reichskanzler glaubt sicher zu sein, dass Rumänien sich begnügen werde, das Gebiet Turtukaia-Balčik zu besetzen und dann mit Bulgarien über seine weiteren Forderungen friedlich zu verhandeln. Im bulgarischen Interesse würde es liegen, rumänischen Forderungen gegenüber entgegenkommend zu sein, um eine Rückendeckung zu gewinnen. Auf unsere Besorgnisse des Zustandekommens eines Großserbien meinte Reichskanzler, dass dieselben übertrieben seien. Er gibt sich der Hoffnung hin, dass ein direktes Eingreifen Österreich-Ungarns in den Balkankonflikt vermieden werden könne, was auch, nach seiner Ansicht, eine europäische Konflagration zur Folge haben würde. Sollte aber Österreich-Ungarn dennoch zu einer aktiven Einmischung gezwungen werden, so bittet Reichskanzler Euer Exzellenz, ihn hievon beizeiten verständigen zu wollen.

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 7612.

Nr. 7647. Tel. nach Bukarest, 6. Juli 1913 Nr. 305 (chiffr. 11 U. 15 M. a. m.).[a]) *Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).*

Wie aus den letzten, Euer Durchlaucht mitgeteilten Meldungen des Grafen Tarnowski[b]) hervorgeht, ist die Situation in Sofia durch das Bestreben gekennzeichnet, alles zu tun, um sich die Gunst des St. Petersburger Kabinettes nicht ganz zu verscherzen, da man mit Bestimmtheit erwartet, Rußland werde Bulgarien nicht ganz fallen lassen und, falls es durch das Vorgehen Rumäniens in eine kritische Situation geraten sollte, im gegebenen Momente zu seinen Gunsten eingreifen. Nach den dem Grafen Tarnowski zugekommenen Nachrichten scheinen sogar bestimmte Abmachungen hierüber vorbereitet zu werden. Diese Umstände würden es erklärlich machen, daß man in Sofia bisher nicht Miene gemacht hat, mit konkreten Vorschlägen bezüglich Konzessionen an Rumänien hervorzutreten oder Herrn Sarafow nach Bukarest zu entsenden, namentlich da man Grund hat anzunehmen, daß eine Verständigung mit Rumänien nur unter sehr bedeutenden Opfern zu erreichen wäre. Solange in Sofia die gegenwärtigen Dispositionen bestehen, die nur in der sicheren Hoffnung auf die schließlich doch nicht ausbleibende Hilfe Rußlands ihren Grund haben können, dürften die Aussichten für ein Entgegenkommen Bulgariens Rumänien gegenüber nur gering sein. Wenn wir es Rumänien angesichts dieser Umstände auch überlassen müssen, seine Interessen nach eigenem Gutdünken wahrzunehmen, so möchten wir das verbündete Königreich doch auf die vorstehenden Momente aufmerksam machen, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob die von Rumänien eingeschlagene Politik angesichts der zweideutigen Haltung Rußlands zu dem erhofften bedeutenden Gewinn für Rumänien führen wird. Euer Durchlaucht wollen sich im vorstehenden Sinne zu Herrn Majoresco aussprechen.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7648, 7649. — [b]) Vgl. n. 7615, 7650 Anm. b.

Nr. 7648. Tel. in Claris nach Bukarest, 6. Juli 1913 o. Nr. (exped. 1 U. 20 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).*

Ersuche Euer Durchlaucht, Auftrag heutigen Telegrammes Nr. 305 vorläufig nicht ausführen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7649.

Nr. 7649. Tel. nach Bukarest, 6. Juli 1913 Nr. 306 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Matscheko; V. Nemes u. Szápáry; G. Berchtold).*

Im Verfolge meines heutigen Claris-Telegrammes und meines Telegrammes Nr. 305. Graf Tarnowski telegraphiert mir vom 5. d. M. wie folgt: ... *wie n. 7639 vom Anfang bis „als seinen Weg unbekümmert fortzusetzen“* ... Euer Durchlaucht wollen Herrn Majoresco von dem Inhalte vorstehender Meldung unverzüglich in Kenntnis setzen und hinzufügen, daß wir, obwohl uns der Standpunkt Rumäniens, welches von Bulgarien ein konkretes Anbot erwartet, bekannt ist, doch von der Demarche Herrn Danews in Bukarest à titre d'information Mitteilung machen und daß wir selbstverständlich bereit wären, eine eventuelle Antwort Rumäniens an die bulgarische Regierung weiterzuleiten. Falls Rumänien eine Proposition zu machen geneigt wäre, wollen Euer Durchlaucht, was das Ausmaß der rumänischen Forderungen anbelangt, bemerken, daß auch nach unserer Ansicht zu einem „Handel“ keine Zeit mehr sei und daß wir daher glauben, daß es sich empfehlen würde, nicht mit einem Vorschlag, der lediglich als erste Verhandlungsbasis zu dienen hätte, hervorzutreten, sondern sofort jene Forderungen zu formulieren, die nach rumänischer Auffassung als genügende und zugleich erreichbare angesehen werden. Unter Verwertung jener Konsiderationen meines Telegrammes Nr. 305 von heute, die durch die letzte Demarche Herrn Danews nicht überholt sind, wollen Euer Durchlaucht sodann von einer übermäßigen Höhe der rumänischen Forderungen, die zum Scheitern der Verständigung führen müßte, abraten. Auch die letzte Bemerkung Herrn Danews (Schlußsatz des Telegrammes aus Sofia) bestätige unseren Eindruck, daß man in Sofia offenbar begründete Aussicht hat, Rußland werde Bulgarien, falls eine Vereinbarung mit Rumänien an allzuweitgehenden Prätentionen des letzteren scheitern sollte, nicht im Stich lassen. Euer Durchlaucht wollen Herrn Majoresco in diesem Zusammenhange von sich aus auch auf die Sprache der über die Intentionen des Petersburger Kabinetts stets gut informierten und von diesem häufig als Sprachrohr benützten Pariser Presse aufmerksam machen, laut welcher man Bulgarien allzugroße Konzessionen an Rumänien nicht zumuten könne. Zu Euer Durchlaucht ausschließlich persönlicher Information füge ich bei, daß ich Herrn Danew durch Grafen Tarnowski verständigen lasse,[b] es wäre im Interesse der Sache gelegen, wenn er uns mitteilen wollte, zu welchen Konzessionen sich Bulgarien für eine neutrale Haltung Rumäniens bereit finden würde, damit wir in die Lage kommen, in Bukarest zu sondieren, ob daselbst eine Verständigung auf dieser Basis erreichbar wäre. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7652, 7715. — [b] n. 7666.

Nr. 7650. Tel. aus Bukarest, 6. Juli 1913 Nr. 191 (eing. 7. Juli 2 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 303[b] von heute. Russische Umtriebe in Sofia. Russischer Kollege teilt mir mit, daß er hiesigen bulgarischen Gesandten auf gefahrdrohende Situation aufmerksam gemacht hätte, bemerkt, daß, wenn Sofioter Regierung sich nicht in den nächsten Tagen mit hiesiger Regierung über Abtretung gewünschter Grenzlinie einige, Einmarsch rumänischer Armee in Bulgarien unabwendbar; russische Regierung werde dies nicht verhindern. Herr Schebeko fragte mich vertraulich, ob bei einer Einstellung der Feindseligkeiten in den nächsten Tagen Rumänien dies als genügenden Erfolg seiner Aktion betrachten und auf Grenzlinie verzichten würde. Antwortete, daß dies mit Hinblick auf maßlose Gereiztheit auch der höchsten Kreise gegen Bulgarien nicht für möglich halte. Weiters fragte mich Schebeko, ob bei Zession Grenzlinie und Fortgang des Krieges weiteres Eingreifen Rumäniens verhindert werden könnte. Antwortete, daß dies vielleicht noch möglich sei, so lange rumänischer Aufmarsch nicht vollendet. Nachher wäre dies aber vollkommen ausgeschlossen. Rumänien werde dann bestimmt Abtretung der Linie und Einstellung der Feindseligkeiten fordern. Vertraulich. Halte es nicht für ausgeschlossen, daß rumänische Regierung auch im Auge hat, gegebenenfalls Autonomie Mazedoniens zu fordern, hauptsächlich wenn Bulgarien kein Entgegenkommen hier bewiesen hat. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 7673, 7692 Anm. b. — [b] Mit Tel. Nr. 303, 5. Juli 1913 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.) wurde n. 7631 auszugsweise nach Bukarest mitgeteilt.

Nr. 7651. Tel. aus Bukarest, 6. Juli 1913 Nr. 192 (eing. 7. Juli 2 U. a. m.). Entziff.

Habe gleich nach hiesigen monarchiefeindlichen Demonstrationen gegen dieselben bei Ministerpräsidenten protestiert. Minister entschuldigte sich und veröffentlichte in offiziösen Blättern Verurteilung dieser Vorgänge gegen eine befreundete Macht, welche Rumänien stets unterstützte. Da sich aber gleichartige Vorkommnisse in vielen Provinzstädten wiederholten, legte ich bei Minister des Innern heute entschiedenst Verwahrung gegen dieselben ein, hervorhebend, dass ich mich mit kleinlichen Mitteln, wie Zeitungsartikel, nicht mehr begnügen könne und verlangte: 1.) Dass Regierung unsinnigem Gerücht, dass Rumäniens Mobilisierung gegen Monarchie, welche Reserven einberufe, gerichtet sei, mit grösstem Nachdruck entgegentrete. 2.) Dass sämtliche Präfekturen des Landes angewiesen werden, Manifestationen gegen Monarchie nicht mehr zu dulden.

Minister, der behauptete, bereits gestern abends Zirkular in diesem Sinne erlassen zu haben, und sehr besorgt schien, dass Kundgebungen auf die Haltung Oesterreich-Ungarns zurückwirken könnten, gab vor mir die entsprechenden telephonischen und telegraphischen Befehle. Minister ist der Ansicht, dass Manifestationen gegen uns viel mehr innerpolitischen Gründen entspringen als ausserpolitischen und derartige Umtriebe würden insolange vorkommen, als kein Konzentrationsministerium aller Parteien gebildet sein werde. Uebrigens dürfte nächster Tage Belagerungszustand über ganzes Land verhängt werden. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7652. Tel. aus Bukarest, 6. Juli 1913 Nr. 196 (eing. 7. Juli 4 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 306 von heute, rumänisch-bulgarische Verhandlungen betreffend. Brachte Inhalt desselben zur Kenntnis Herrn Majorescos. Nach längerer Diskussion, in welcher Ministerpräsident vorbrachte, er würde weder von Seiner Majestät dem König noch von seinen Ministerkollegen es erreichen können, daß Rumänien in diesem leider so vorgeschrittenen Momente noch Vorschläge macht und sich gegenüber Bulgarien neuerlich prostituiert, kamen wir überein, daß ich nachstehenden Privatbrief an ihn richte, welcher ihm als Rückendeckung gegen jene Faktoren dienen könnte, welche ihm vorwerfen würden, dass er versteckte Propositionen an Bulgarien richte. „Wie mir Graf Berchtold mitteilt, gehen die Meldungen des k. u. k. Gesandten in Sofia dahin, daß die bulgarische Regierung gesonnen ist, im Prinzipe territorialen Forderungen Rumäniens zu entsprechen. Ich bin soeben von Grafen Berchtold beauftragt worden, Euer Exzellenz zu ersuchen, ihm eine Mitteilung zukommen zu lassen, welchen Inhalt die bulgarischerseits an die königlich rumänische Regierung zu richtende bindende Proposition haben müßte, um die königlich rumänische Regierung zu veranlassen, dieselbe zu akzeptieren und die Neutralität im gegenwärtigen Konflikte Bulgariens zu bewahren. Selbstverständlich müßte ich Euer Exzellenz ersuchen, daß über diesen Schritt die strengste Geheimhaltung geübt wird." Ich betonte, daß meine Regierung hoffe, daß die Wünsche Rumäniens sich im Rahmen des Erreichbaren bewegen würden und daß wir selbstverständlich nur ehrliche Makler sein und keine Garantie Annahme rumänischer Wünsche übernehmen könnten. Minister stellte mir für morgen abends sichere Antwort in Aussicht. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl n. 7698.

Nr. 7653. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 6. Juli 1913 Nr. 334 (eing. 8. Juli 9 U. a. m.). Entziff.

Mein deutscher Kollege sagte mir, Großvezir habe ihm gegenüber gestern geäußert, die Pforte hätte bulgarische Regierung aufgefordert, das noch von bulgarischen Truppen besetzte Territorium zu räumen und ihre Delegierten für die Vornahme ...[a] Delimitationskommission zu entsenden. Vertraulich fügte Said Halim Pascha hinzu, türkische Armee werde, falls die Antwort nicht befriedigend ausfalle, die in besagtem Territorium befindlichen bulgarischen Truppen mit Gewalt entfernen. Heute nachts wurde (von)[b] der Agence ottomane ein Communiqué des Inhaltes ausgegeben, die türkische Regierung wünsche in dem Konflikt der Balkanstaaten die Neutralität zu bewahren. In der öffentlichen Meinung und in der Armee herrscht jedoch eine solche Gährung, welcher die Regierung kaum steuern könnte, wenn ihre Rechte in billiger Weise nicht anerkannt werden würden. Pallavicini.

[a] Chiffre verstümmelt. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 7654. Tel. nach London Nr. 558 (1) und Rom Nr. 760 (2), 6. Juli 1913 (chiffr. 6 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 500 vom 4. d. M. Ich kann die Absicht Sir E. Greys der Ausarbeitung eines Kompromisses in der Frage der Grenzabsteckung nur begrüßen, da ich die Überzeugung gewonnen habe, daß wir selbst mit derartigen Vermittlungsvorschlägen nicht mehr hervortreten dürfen, sondern dies den anderen überlassen müssen. Denn, wie Euer Exzellenz wissen, haben wir mit der Ausarbeitung solcher Kompromisse die schlechtesten Erfahrungen gemacht, indem dieselben von anderer Seite als taktisches Mittel zur Verschleppung benützt wurden und auch dazu gedient haben, um unsere Konzessionen festzunageln und dann auf Basis unserer verminderten Ansprüche neuerliche Nachgiebigkeit von uns zu verlangen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Kenntnisnahme. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Staatssekretär sagen, daß wir erwarten, daß sein Kompromißvorschlag unserem Wunsche nach Belassung Korčas bei Albanien und dem italienischen Begehren hinsichtlich des Ausgangspunktes der Grenze an der Küste Rechnung trage und auch die von uns verlangten Garantien bezüglich der Absteckungskommission, wenn auch nicht textuell, so doch dem Wesen nach enthalte. Denn nur unter diesen Bedingungen ließe sich von einer Diskussion derselben ein Erfolg versprechen. Was die Frage des Statutes anlangt, so wollen Euer Exzellenz Sir E. Grey sagen, daß wir uns jetzt — wo diese Frage infolge des Cambonschen Vorschlages in eine Sackgasse gerathen ist — fragen, ob man nicht auf die ursprüngliche Absicht der Réunion, die Ausarbeitung des Organisationsprojektes der Monarchie und Italien zu überlassen (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 140 vom 17. Dezember v. J.), zurückgreifen sollte. Diese Ausarbeitung könnte — wie von anderer Seite angeregt wurde — an Ort und Stelle geschehen. Wir glauben sogar, daß darin eine Garantie für eine raschere Arbeit liegen würde, nachdem — wie der Herr Staatssekretär selbst zugeben muß — schon die jetzige, von den Mächten noch nicht anerkannte provisorische Regierung eine friedlicher Arbeit günstige Atmosphäre geschaffen hat, die im wohlthuenden Gegensatz zu jenen Teilen des Landes steht, wo sich noch serbische und montenegrinische Besatzungen befinden.

2. Fortsetzung zu meinem Telegramm von heute Nr. 759.[b] Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Ich kann die Absicht“ bis Schluß.) Vorstehendes zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7671, 7689. — [b] Mit Tel. Nr. 759, 6. Juli 1913 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.) wurde n. 7622 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 7655. Tel. nach London Nr. 561 (1), Berlin Nr. 484 (2) und Rom Nr. 763 (3), 6. Juli 1913 (chiffr. 6 U. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Um in der Frage der Südgrenze von Albanien rascher vorwärts zu kommen, haben wir diesbezüglich eine Konversation mit St. Petersburg eingeleitet, welche ergeben hat, daß das französische Kabinett speziell was

Korča anbelangt einen intransigenteren Standpunkt einnimmt als jenes in St. Petersburg. Wir haben daraufhin Grafen Szécsen beauftragt, diese Angelegenheit bei der dortigen Regierung zur Sprache zu bringen.[a] Der k. u. k. Botschafter in Paris telegraphiert hierauf unterm gestrigen wie folgt: ... *wie n. 7637* ... Vorstehendes zur Besprechung mit Ihren Dreibundkollegen.

2. u. 3. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Vorstehendes zur Mittheilung an

2. Herrn von Jagow.

3. Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a] n. 7575.

Nr. 7656. Tel. nach London, 6. Juli 1913 Nr. 563 (kein Chiffrierdatum).[a] *Abschrift (kein Konzept vorhanden).*

Geheim. Graf Szécsen meldet, daß Ihre kaiserliche und königliche Hoheit die Frau Erzherzogin Marie Therese die Absicht ausgesprochen habe, eventuell Herrn Carnegie auf seinem englischen Landsitze aufzusuchen, um dessen finanzielle Beihilfe für politische Zwecke in Albanien, namentlich zur Förderung der Kandidatur des Herzogs von Urach zu erwirken. Graf Szécsen hat Ihre kaiserliche und königliche Hoheit aufmerksam gemacht, daß Herr Carnegie vielleicht geneigt sein könnte, für humanitäre Zwecke in Albanien Spende zu machen, daß er aber stark bezweifle, ob dies auch für politische Zwecke der Fall sein dürfte. Ferner hat Graf Szécsen bemerkt, ein von einem amerikanischen Milliardär subventionierter albanesischer Herrscher würde, falls die Sache bekannt werden sollte, im Lande selbst und in Europa so ziemlich unmöglich sein. Schon der Versuch, eine solche Subvention zu erlangen, erscheine geeignet, dem Kandidaten sehr zu schaden. Euer Exzellenz wollen sich, falls sich die höchste Frau in dieser Angelegenheit an Sie wenden sollte, in gleichem Sinne äußern und hinzufügen, daß wir bei der ablehnenden Haltung des römischen Kabinetts gegen die Kandidatur des Herzogs von Urach[b] von derselben absehen müßten und es nach Euer Exzellenz Ansicht dringend wünschenswert wäre, in dieser Frage die größte Vorsicht zu beobachten, um nicht das Mißtrauen der italienischen Regierung zu erwecken und dadurch unsere Kooperation mit derselben schwer zu kompromittieren. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7657. — [b] Vgl. n. 7392.

Nr. 7657. Tel. nach Paris, 6. Juli 1913 Nr. 351 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Berchtold).*

Bezugnehmend auf Euer Exzellenz Privatschreiben[b] vom 3. d. M. Nachdem italienische Regierung Candidatur des Herzogs von Urach abgelehnt hat, haben auch wir von derselben abgesehen und stehen etwaigen Versuchen, für denselben Stimmung zu machen, völlig ferne. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7656. — [b] Liegt nicht bei den Akten.

Tel. nach Rom, 6. Juli 1913 Nr. 760 (chiffr. 6 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 7654.

Tel. nach Rom, 6. Juli 1913 Nr. 763 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 7655.

Nr. 7658. Tel. aus Rom, 6. Juli 1913 Nr. 405 (eing. 4 U. 10 M. a. m.). Entziff.

Geheim. Ich habe Inhalt hohen Telegrammes vom 4. d. M. Nr. 749 über unsere Auffassung der Balkanlage unter Betonung seines streng vertraulichen Charakters Generalsekretär mitgeteilt. Derselbe wird entsprechendes Resumé dem heute abends in Stockholm eintreffenden Minister telegraphieren. In ganz persönlicher und unverbindlicher Weise äußerte Herr de Martino schwere Bedenken über unsere Stellungnahme und vollends gegen unsere eventuelle militärische Aktion gegen Serbien. Mérey.

Nr. 7659. Tel. aus Rom, 6. Juli 1913 Nr. 406 (eing. 4 U. 10 M. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Nach einer Konfidenz Herrn de Martinos verbreitet mein russischer Kollege in seinen Gesprächen die Auffassung, daß wir durch Ermutigung Bulgariens den jetzigen Balkankrieg provoziert hätten. Mir selbst gegenüber äußerte sich Herr Krupensky gestern in wesentlich reservierterer Art, allerdings unter scharfer Kritik unserer Politik sowie jener Bulgariens. Mérey.

Nr. 7660. Tel. aus Rom, 6. Juli 1913 Nr. 407 (eing. 4 U. 10 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Französischer Geschäftsträger hat heute auf der Consulta Vorschlag seiner Regierung mitgeteilt, wonach Großmächte sich in den dermaligen Konflikt zwischen den Balkanstaaten nicht einmischen sollten. Herr de Billy fügte hinzu, es handle sich um keine Proposition der Triple-Entente, wohl aber könne er sagen, daß sich Rußland und England derselben angeschlossen hätten. Vorläufige hiesige Antwort beschränkte sich darauf, daß man Vorschlag dem Minister nach Stockholm telegraphieren werde. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7638, 7703.

Nr. 7661. Tel. aus Rom, 6. Juli 1913 Nr. 408 (eing. 5 U. 10 M. a. m.). Entziff.

Dem in dem hohen Telegramm vom 4. d. M. Nr. 752 ausgedrückten Wunsch entsprechend, erhält Marquis Imperiali Auftrag, in der Reunion Antrag des Grafen Mensdorff auf schleunigen Zusammentritt der nordalbanesischen Abgrenzungskommission zu unterstützen. Bei diesem Anlasse melde ich, daß der hiesige Vertreter in jener Kommission (Oberst Marafini) nicht von einem Adjutanten begleitet sein wird. Mérey.

Nr. 7662. Tel. aus Rom, 6. Juli 1913 Nr. 409 (eing. 4 U. 14 M. a. m.). Entziff.

Hiesige Regierung, welche alle unsere bisherigen Demarchen in Belgrad bezüglich Evakuierung Albaniens seitens der Serben durch ihren dortigen Geschäftsträger unterstützen ließ, hat letzteren auch beauftragt, sich dem einschlägigen Schritte des englischen Gesandten (hohes Telegramm Nr. 753 vom 4. d. M.) anzuschließen. Bei Mitteilung des Vorstehenden las mir Generalsekretär ein Telegramm aus Skutari vor, wonach Kämpfe zwischen Mirditen und Serben begonnen hätten. Mérey.

Nr. 7663. Tel. aus St. Petersburg, 6. Juli 1913 Nr. 235 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Russische Regierung scheint vorläufig Schlappe, welche sie durch die vollkommene Nichtbeachtung der Zarentelegramme erlitten hat, dadurch verschleiern zu trachten, dass sie erklärt, es durchaus nicht zu bedauern, dieses äusserste Mittel versucht zu haben, da sie sich jetzt mit gutem Gewissen sagen könne, alles in ihrer Macht Gelegene getan zu haben, um, wenn möglich, Bruderkrieg zu verhindern. Habe dies auch bisher leider keinen Erfolg gehabt, so brauche sie sich wenigstens keine Vorwürfe zu machen. Herr Neratow, den ich heute sprach, steht noch immer auf dem formellen Standpunkt, dass ein wirklicher Kriegszustand zwischen den Balkanstaaten noch nicht bestehe, da die diplomatischen Beziehungen noch nicht abgebrochen seien. Es sei daher auch noch nicht alle Hoffnung aufzugeben und Russland setze seine Bemühungen in den Balkanstädten fort. Aber auch nach eventuellem Beginn formellen Kriegszustandes schiene es Herrn Neratow nicht ganz ausgeschlossen, dass es den vereinten Bemühungen der Mächte gelingen könnte, sehr bald einen Waffenstillstand herbeizuführen, welcher die Möglichkeit zur Wiederaufnahme von Verhandlungen bieten würde. Nach einer Äußerung Herrn Bobtschews wäre bisherige Aufrechterhaltung diplomatischer Beziehungen nur dem Umstande zuzuschreiben, dass mit Rücksicht auf die in Zarendepesche enthaltene Drohung keiner der Balkanstaaten damit den Anfang machen wolle. Thurn.

[a] Vgl. n. 7430.

Nr. 7664. Tel. aus St. Petersburg, 6. Juli 1913 Nr. 237 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Der bulgarische Gesandte teilte mir vertraulich mit, er habe heute auftraggemäß im hiesigen Auswärtigen Amte die Erklärung abgegeben, Bulgarien sei trotz der Ereignisse der letzten Tage noch immer bereit, die Feindseligkeiten sofort einzustellen, wenn Russland die Rolle des Schiedsrichters auf der Basis des Vertrages übernehme. Es sei ihm jedoch geantwortet worden, daß Russland heute das Schiedsrichteramt auf dieser Grundlage nicht mehr annehmen könnte. Herr Bobtcheff, der in äußerst deprimierter Stimmung war, beklagte sich bitter über die russische Politik, welche ihm „seit einem Monat mit der rumänischen ...[a] drohe" und jetzt auch noch das Gespenst eines höchstwahrscheinlichen türkischen Angriffes vormale. Herr Neratow habe ihm heute eröffnet, es lägen Nachrichten aus Konstantinopel vor, laut welchen ein türkisches Ultimatum an Bulgarien zwecks Evakuierung Rodostos und einiger anderer Plätze unmittelbar bevorstehe. Thurn.

[a] Chiffre fehlt.

Nr. 7665. Tel. aus St. Petersburg, 6. Juli 1913 Nr. 238 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Die vielfach gehegte Vermutung, daß der Entschluß Rumäniens zur Mobilisierung seiner Armee von den Ententemächten encouragé worden sei, wird in bemerkenswerter Weise durch eine Äußerung beleuchtet, welche

dieser Tage einem Mitglied der hiesigen französischen Botschaft im Gespräch mit einem Dreibunddiplomaten entschlüpfte. Der Betreffende hatte, in der Absicht ihn auszuholen, seinem Kollegen vorgehalten, eine wie verkehrte Wirkung die seitens der Tripleentente, allerdings in der Meinung, damit dem Frieden zu dienen, erfolgte Aufmunterung Rumäniens zu einer aktiven Kundgebung gezeitigt habe. Französischer Diplomat erwiderte hierauf: „Maintenant cela crève les yeux, mais alors on ne pouvait pas prévoir." Thurn.

Nr. 7666. Tel. nach Sofia, 6. Juli 1913 Nr. 349 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 659 vom 5. d. M. erhalten. Euer Hochgeboren wollen Herrn Danew folgendes mitteilen: Obwohl Rumänien auf dem in Sofia offiziell bekannt gegebenen Standpunkte steht, daß es an Bulgarien sei, konkrete Vorschläge zu machen, die als Basis einer Verständigung dienen könnten, habe ich die rumänische Regierung von dem Wunsche des bulgarischen Konseilspräsidenten, die Forderungen Rumäniens kennen zu lernen, à titre d'information in Kenntnis setzen lassen und mich bereit erklärt, die eventuelle Antwort nach Sofia weiterzuleiten. Ebenso wie Herr Danew verhehle ich mir aber nicht, daß die Situation sich infolge der inzwischen angeordneten Mobilisierung der rumänischen Armee wesentlich schwieriger gestaltet hat. Daß man sich in Sofia auch jetzt nicht entschließen konnte, dem rumänischen Standpunkte Rechnung zu tragen und die in Aussicht gestellten konkreten Propositionen zu formulieren, kann nicht dazu beitragen, die Chancen einer Verständigung zu erhöhen. Es schiene mir daher im Interesse der Sache gelegen, wenn Herr Danew uns mittheilen wollte, zu welchen Concessionen sich Bulgarien für eine neutrale Haltung Rumäniens bereit finden würde, damit wir in die Lage kommen, in Bukarest zu sondiren, ob daselbst eine Verständigung auf dieser Basis erreichbar wäre. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7649, 7680, 7682.

Nr. 7667. Tel. aus Sofia, 6. Juli 1913 Nr. 672 (eing. 7. Juli 1 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Ein Mitglied des diplomatischen Korps macht mir mit Bitte, nicht genannt zu werden, und unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit folgende Mitteilungen: Der hier bei Seiner Majestät auf Besuch weilende ehemalige Koburger Hofmarschall Baron Epinghofen hat über Befehl des Königs oberwähnten, einer Dreibundvertretung angehörenden Gewährsmann, der auch lange Zeit in Rumänien dienstlich tätig war, zunächst über rumänische Armee und spezielle Chancen eines bulgarisch-rumänischen Krieges etz. sowie über hiesige Stimmungen gestern morgens ausgeholt. Resultat dieser Unterredung war, dass Seine Majestät noch gestern durch meinen Mitredner Herrn Ghika verständigen ließ, er würde sein Möglichstes tun, um ihn (Ghika), wovon Danew keine Kenntnis hat und haben darf, zu empfangen, um Grundlage Ausgleiches mit Rumänien zu suchen. König Ferdinand habe auch Ghika sagen lassen, und Mitredner habe sich

Auftrages entledigt, König persönlich denke an Abtretung Streifens Turtukaia—Dobrič—Kavarna. König meint, dass Rumänien sich mit Gebietsabtretung in diesem Umfange (ohne Balčik) und eventuell einem Landstreifen im Norden Serbiens, die Kraina (Negotin), befriedigt zeigen könnte. Baron Epinghofen, der den Gewährsmann auch heute besucht hat, sagte ihm weiter, es schwebe Seiner Majestät vor, wenn er Gewissheit hätte, dass die oberwähnten Konzessionen Rumänien genügen, Herrn Danew zu entlassen und ein neues Ministerium unter der Bedingung zu ernennen, dass es die oberwähnten Abtretungen vor dem Lande vertrete. Baron Epinghofen gab dem Gewährsmanne zu verstehen, dass König einen schweren inneren Kampf durchmache; Seine Majestät wäre sich bewusst, dass es mit russophiler Richtung nicht mehr gehe, andererseits falle es ihm hauptsächlich aus Angst vor Russland und russischen Intriguen (Attentaten) schwer, mit bisheriger Politik zu brechen. Großen Eindruck hätte auf Seine Majestät auch heute nachts im Palais aus Pariser Finanzkreisen eingetroffene Nachricht gemacht, Russland arbeite daran, auch Türkei mit (französischem)[b] Geld gegen Bulgarien aufzustacheln. Baron Epinghofen meinte auch, Entschlüsse des Königs seien fortwährenden Schwankungen unterworfen, die, abgesehen von misstrauischer Natur des Königs, auch mit wechselnden Nachrichten vom Kriegsschauplatz (im Zusammenhang)[b] stehen. Vorstehende Mitteilungen hat mein absolut sicherer Gewährsmann auch meinem deutschen Kollegen gemacht. Seine Majestät der König hat Herrn Ghika bis jetzt nicht empfangen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7668, 7766. — [b] Chiffre verstümmelt.

Nr. 7668. Tel. aus Sofia, 6. Juli 1913 Nr. 674 (cing. 7. Juli 3 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 672 von heute. Rumänischer Gesandter bestätigt, dass ihm Verständigung wie im zitierten Telegramm ausgeführt, zugegangen. Er habe sofort nach Bukarest telegraphiert, um Instruktionen für Entrevue mit König Ferdinand zu bitten. Bis jetzt habe er keinen Wink vom Palais bekommen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7681.

Nr. 7669. Tel. des Thronfolgers Erzh. Franz Ferdinand aus Blankenberghe, 6. Juli 1913 (aufgegeben 6 U. 36 M. p. m., ohne Eingangsdatum).[a] Entziff.

Danke vielmals für Nachrichten. Bin sehr glücklich, dass unsere Stellungnahme zu Gunsten Rumäniens erfolgt. Nachdem Bulgarien in jeder Beziehung unverlässlich, würde grösstes Entgegenkommen gegen Rumänien erneuert empfehlen. Brief folgt.[b] Erzherzog Franz.

[a] Vgl. n. 7644. — [b] Liegt nicht vor.

Nr. 7670. Tel. nach Berlin, 7. Juli 1913 Nr. 487 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Berchtold).

Der französische Botschafter hat im Laufe einer Unterredung am 7. Juli — einem Auftrage Herrn Pichon nachkommend — von einem Gespräche des Staatssekretärs von Jagow mit Herrn Cambon Erwähnung gethan,[b] wonach es opportun erscheinen würde, wenn die Mächte übereinkommen

würden, in dem neuen Balkankonflikte nicht zu intervenieren. Herr Dumaine fügte dieser Mitteilung die Bemerkung bei, daß ein solches Auftreten der Mächte den Balkanstaaten jede Illusion über von außen kommende Unterstützung benehmen würde, was für die rasche Beendigung des Zwistes von großem Vorteile wäre. Es würde Herrn Pichon interessiren, meine Auffassung in Bezug auf die beregte Idee kennen zu lernen. In meiner Erwiederung machte ich den Botschafter aufmerksam, daß es wohl kaum dem angestrebten Zwecke förderlich sein könnte, wenn die kampflustigen Balkanstaaten auf die angegebene Weise Sicherheit gewinnen würden, in ihrem mörderischen Ringen von keiner Seite gestört zu werden. Auch könnten sich dieselben durch eine solche Enthaltsamkeitserklärung der Mächte noch zu Uebergriffen gegen bestehende Institutionen verleitet fühlen, welche, wie das selbständige Albanien, direkt auf Beschlüsse der Mächte zurückzuführen sind. Schließlich erscheine es mir undenkbar, alle Peripetien des ausgebrochenen Kampfes derzeit vorauszusehen und schon jetzt mit ruhigem Gewissen jede Möglichkeit auszuschließen, daß durch die Umwälzung im nahen Osten vitale Interessen der Monarchie gefährdet werden könnten. Im übrigen nahm ich keinen Anstand, dem Botschafter zu versichern, daß es uns ferne liege, an eine Intervention in dem Balkankonflikte zu denken und wir uns der Erwartung hingeben, daß der Kampf unter den Verbündeten in naher Zukunft ein Ende finden werde. Herr Dumaine nahm meine Bemerkungen dankend entgegen, versichernd, daß sein Auftrag blos darin bestanden habe, sich über meine gegenständlichen Anschauungen zu orientieren und dieselben zur Kenntnis Herrn Pichons zu bringen. Nachdem mir durch Grafen Szécsen gemeldet wird,[c]) daß die vorstehende Anregung vom französischen Kabinette ausgeht, erscheint der Hinweis Herrn Dumaines auf die Conversation des deutschen Staatssekretärs mit Herrn Cambon blos als ein Mittel, den Ursprung dieser neuesten Formel für eine Désintéressement-Erklärung einigermaßen zu verschleiern. Ich ersuche Euer Exzellenz Herrn von Jagow von meiner Stellungnahme zu dem Schritte des französischen Botschafters Kenntnis geben zu wollen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7612, 7684, 7690, 7699 Anm. b. — [b]) Mit Tel. Nr. 319, 8. Juli 1913 (eing. 11 U. 50 M. p. m.) wurde aus Berlin berichtet, daß Staatssekretär Herrn Cambon in der Interventionsfrage gar nicht gesprochen, aber nach Ausbruch des Krieges den deutschen Botschaftern bei den Großmächten Instruktionen erteilt, den betreffenden Regierungen zu erklären, daß „nach Lage der Dinge völlige Zurückhaltung seitens der Mächte wünschenswert wäre". — [c]) n. 7638.

Nr. 7671. Tagesbericht über Unterredungen mit dem deutschen und dem ital. Botschafter, 7. Juli 1913 Nr. 3232.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Der deutsche Botschafter hat mir heute auftragsgemäß mitgeteilt, daß, anläßlich der Entrevue von Kiel, Herr von Jagow mit Marquis di San Giuliano in nachstehender Weise über die Balkanangelegenheiten schlüssig geworden seien: 1.) Die Südgrenze von Albanien sollte in der Weise bestimmt sein, daß Phtelia und Koritza unbedingt zu Albanien zu gehören hätten, während die dazwischen liegende Grenzlinie durch eine internationale Kommission festzustellen wäre, wobei auch Konzessionen gemacht werden

könnten; 2.) Die Wahl des Fürsten ebenso wie die Finalisierung des Statutes erscheine verfrüht, insolange die territoriale Grenze nicht definitiv feststehe. Ein jetzt gewählter Fürst, sozusagen in partibus, in einem Lande ohne bestimmte Grenze und ohne Organisation würde eine sehr prekäre Stellung einnehmen. Im übrigen sei die Fürstenfrage Österreich-Ungarn und Italien überlassen; Deutschland werde die getroffene Wahl unterstützen. Gegen die Person des Prinzen Wied werde deutscherseits kein Einwand erhoben; 3.) Der von Österreich-Ungarn als „Drohung" ventilierte Gedanke, gegebenenfalls mit Italien allein das Statut festzustellen, scheine bedenklich. Es sei in diesem Falle ein Protest der Tripelentente zu gewärtigen. Es schiene angezeigter, wenn bis zu der letzten Sitzung der Réunion kein Beschluß erreicht werden sollte, ein Provisorium bis zum 1. Jänner 1914 zu bestimmen. — Indem ich von vorstehenden Äußerungen Kenntnis nahm, bemerkte ich zu Herrn von Tschirschky, daß insoferne ein Mißverständnis vorzuliegen scheine, als von einer Drohung unsererseits nie die Rede war; es handle sich vielmehr darum, bei Sir E. Grey auf die ursprüngliche Idee zurückzukommen, Österreich-Ungarn und Italien die Ausarbeitung des Statutes zu überlassen, eine Anregung, zu der bereits gestern ein telegraphischer Auftrag[b]) meinerseits an Grafen Mensdorff abgegangen sei.

Der italienische Botschafter hat mir heute in derselben Angelegenheit auftragsgemäß folgendes mitgeteilt: Bei der Entrevue von Kiel habe der deutsche Staatssekretär die Besorgnis ausgesprochen, daß die Lage am Balkan eine ungünstige Entwicklung nehme. Nach den Anschauungen des Berliner Kabinettes könne eine befriedigende Lösung nicht gefunden werden, wenn Rumäniens Wünsche nicht Berücksichtigung finden würden. Es müßte demnach Rumänien eine proportionelle territoriale Vergrößerung erhalten, nachdem dasselbe niemals eine Veränderung des gegenwärtigen Machtverhältnisses zwischen Bulgarien und Rumänien zum Nachteile des letzteren zulassen könnte. Die Situation scheine ihm so geartet zu sein, daß es unklug wäre, diesen Aspirationen Rumäniens entgegen zu treten und hiedurch Gefahr zu laufen dasselbe in die Arme Rußlands zu treiben. Im allgemeinen erscheine es als das klügste, angesichts der sehr verworrenen Verhältnisse unter den Balkanstaaten, die größte Reserve zu üben und sich mit keinem dieser Staaten, deren Entschließungen unberechenbar erscheinen, in bindende Verhandlungen einzulassen. Im übrigen hat auch Herzog Avarna im Auftrage seiner Regierung die mir von Herrn von Tschirschky mitgeteilten Anschauungen über das albanische Problem in analoger Weise zu meiner Kenntnis gebracht.

[a]) Vgl. n. 7605, 7697 Anm. a, 7722, 7732. — [b]) n. 7654.

Nr. 7672. Bericht des Marineattachés in Berlin an das Kriegsministerium-Marinesektion, 7. Juli 1913 Res. Nr. 110 (eing. als Einsichtsstück der Marinesektion vom 18. Juli Nr. 3391 am 22. Juli). Auszug.

Während des Diners im kaiserlichen Yachtklub am 30. Juni ließ mir der Kaiser eine eben eingetroffene Depesche zusenden, die die erste Nachricht vom Angriffe der Bulgaren enthielt. Nach Tisch wurde ich zum Kaiser

befohlen, und indem sich Seine Majestät auf die genannte Depesche und auf eine zweite, die er von der Königin von Griechenland erhalten hatte, berief, wies er auf die Perfidie Bulgariens hin, die einen neuen Balkankrieg entfessele. Es sei wirklich höchste Zeit und er hoffe es sehr, daß die Bulgaren ordentlich geschlagen und in die ihnen gebührenden Schranken zurückgewiesen würden und daß sie in ihren ambitiösen Bestrebungen keine Unterstützung finden würden. Seine Majestät schien ziemlich erregt und bediente sich gegenüber den Bulgaren und deren Herrscher der schärfsten Ausdrücke. Der Kaiser sagte dann weiter, die österreichische Politik würde seiner Ansicht nach einen großen Fehler begehen, wenn sie Bulgarien zum Nachtheil Serbiens und Rumäniens unterstützen wollte. Jetzt würde sich wahrscheinlich die beste Gelegenheit ergeben, sich die Serben dauernd zu verpflichten und sich alle gewünschten Vorteile zu sichern und verdiene auch der König von Rumänien wegen seines jahrelangen treuen Festhaltens am Dreibund jede mögliche Rücksicht, während auf die Bulgaren wegen ihrer absoluten Unverläßlichkeit nie zu rechnen sein wird. Von Griechenland erwähnte Seine Majestät weiter kein Wort, doch habe ich aus der nächsten Umgebung des Kaisers gehört, daß das Telegramm seiner Schwester ihn sehr beeinflußt habe, wie solche ähnliche Nachrichten von dieser Seite ihm gewöhnlich einen starken Eindruck machen sollen. Ich hatte die Ehre am folgenden Tage zu einer Regatta auf „Meteor" vom Kaiser eingeladen zu werden. Seine Majestät sprach bei dieser Gelegenheit allerdings kaum von Politik, äußerte sich aber vor seiner ganzen Umgebung wiederholt über Bulgarien in ähnlicher Weise wie tagszuvor, so daß über die momentane Gesinnung des Kaisers Bulgarien gegenüber kein Zweifel bestehen kann.

Nr. 7673. Tel. aus Bukarest, 7. Juli 1913 Nr. 194 (eing. 5 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zum hieramtlichen Telegramme Nr. 191 von gestern. Herr Schebeko äußerste auch große Besorgnis darüber, daß jetzt von Seiten Serbiens und nicht mehr Bulgariens Widerstand gegen Einstellung der Feindseligkeiten gemacht werde. Mein Eindruck geht dahin, daß das Drängen auf entschiedenes Auftreten Rumäniens seitens Ententevertreter den Zweck hatte, Bulgarien einzuschüchtern, jedoch von der Voraussetzung geleitet war, daß Monarchie Rumänien von Offensivvorgehen gegen Bulgarien zurückhalten werde. Dadurch wäre auch erreicht worden, daß freundschaftliches Verhältnis zwischen Monarchie und Rumänien auf ewige Zeiten eine Unmöglichkeit geworden wäre. Nachdem dieser Fall selbstverständlich nicht eintrat, herrscht bei russischem und französischem Kollegen vollkommene Ratlosigkeit und Perplexität. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7674. Tel. aus London, 7. Juli 1913 Nr. 503 (eing. 8. Juli 3 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Réunion d'aujourd'hui. „Sir Edward Grey parle de l'organisation administrative de l'Albanie et de la nécessité de procéder le plus tôt possible à l'institution de la gendarmerie. Le Comte Mensdorff et le Marquis Imperiali disent qu'ils ont déjà soumis au (sous-)[b] secrétaire d'Etat pour les

affaires étrangères les vues de leurs Gouvernements relativement à l'organisation administrative; qu'ils ont transmis à Vienne et à Rome observations de Grey et qu'ils attendent des instructions sur ce point. Quant à la gendarmerie, il sont d'avis d'aborder dès à présent l'examen de la question." Sir E. Grey propose l'avis suivant qui est adopté à l'unanimité: „Une démarche sera faite auprès du Gouvernement de Suède par les six puissances à l'effet d'obtenir la désignation d'un officier supérieur pour l'organisation et le commandement de la gendarmerie en Albanie. Quand cet officier aura été désigné, le Gouvernement de Suède sera invité à choisir un nombre suffisant d'officiers pour l'assister dans l'organisation et le commandement de la gendarmerie. L'officier supérieur désigné sera invité à se rendre en Albanie aussitôt que la commission de contrôle aura été constituée." La réunion pense que les traitements de ces officiers pourront être assurés sur les ressources du pays avec la garantie des puissances. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7688, 7713. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 7675. Tel. aus London, 7. Juli 1913 Nr. 504 (eing. 8. Juli 4 U. a. m.).[a]) Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm von gestern Nr. 552. Réunion d'aujourd'hui. Le Comte Mensdorff et le Marquis Imperiali attirent l'attention de la réunion sur la nécessité de constituer le plus tôt possible la commission de délimitation de la frontière nord et nordest de l'Albanie afin qu'elle puisse procéder à ses opérations pendant la belle saison. La réunion pense que ces opérations devraient commencer au plus tard le premier août et exprime l'avis qu'il convient de désigner immédiatement les officiers qui doivent faire partie de la commission et de les inviter à se réunir à Scutari avant la fin de juillet. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7688.

Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 7. Juli 1913 Nr. 3232. Siehe n. 7671.

Nr. 7676. Bericht aus Rom, 7. Juli 1913 Nr. 42 (eing. 9. Juli).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Dem mir mit dem hohen Telegramme vom 4. l. M. Nr 749 erteilten Auftrage gemäß habe ich vorgestern dem Generalsekretär der Consulta den Inhalt der Weisung mitgeteilt, welche Euer Exzellenz an den k. u. k. Botschafter in Berlin angesichts des Wiederausbruches der Feindseligkeiten auf dem Balkan über unsere Stellungnahme in dem Falle richteten, als etwa die Aktion Serbiens gegen Bulgarien einen durchschlagenden Erfolg hätte. Herr de Martino nahm meine Mitteilungen mit dem Beifügen entgegen, daß er dieselben telegraphisch zur Kenntnis des Marchese di San Giuliano bringen werde, welcher am 5. Abends in Stockholm eintraf. Der genannte Funktionär war von der Eventualität einer militärischen Aktion von unserer Seite gegen Serbien im Falle eines entscheidenden Sieges derselben über Bulgarien stark impressioniert. Gegen seine gewöhnliche ängstliche und bescheidene Reserve gab er seinen Bedenken gegen ein derartiges Auftreten der Monarchie offen Ausdruck, wobei er allerdings

betonte, daß dies nur eine private, unmaßgebliche und freundschaftliche Auseinandersetzung sei. Er wolle — so begann er — über unsere Politik gegenüber Serbien kein Urteil fällen, nicht untersuchen, ob tatsächlich dort eine solche agressive politische Feindseligkeit gegen uns herrsche, ob — wenn dies der Fall sei — derselben nicht mit anderen, friedlichen und vorwiegend wirtschaftlichen Mitteln begegnet werden könnte, und ob vollends der Krieg und eine Niederwerfung Serbiens diesem Zustande ein Ende machen würde, da die serbische Nation doch fortbestände und nicht nur ihre legitimen Aspirationen — zum Beispiel nach freier politischer und wirtschaftlicher Entwicklung — sondern auch erst recht ihren Hass gegen uns beibehielte. Wol aber frage er sich, ob die Vergrößerung Serbiens um das Gebiet von Monastir — denn hierum werde sich in letzter Analyse der jetzige Konflikt zwischen Serbien und Bulgarien drehen — die Stellung Serbiens uns gegenüber irgendwie wesentlich zu beeinflussen geeignet wäre. In politischer Hinsicht bezweifle er es, sei vielmehr der Ansicht, daß die Stärke Serbiens und seine Beziehungen zu uns nicht von der Anzahl von Quadratkilometern seiner Vergrößerung, sondern davon abhänge, ob und inwieweit Russland Serbien gegen uns unterstütze und hetze. In wirtschaftlicher Beziehung gehe er noch weiter und behaupte, es liege in unserem Interesse, daß Monastir nicht Bulgarien zufalle, da wir dann auf der Bahn nach Salonik noch mit diesem dritten Staate zu rechnen hätten, mit seinem Einflusse, seinen Chikanen, mit dem zweimaligen Passieren seiner Grenze etc. Die bulgarische Mentalität habe man seit einem Jahre zur Genüge kennen gelernt und wenn es ein Volk in Europa gebe, welches noch weniger als jedes andere Entgegenkommen, Rücksichten oder gar Dankbarkeit kenne, so seien es die Bulgaren. Ferner liege in der jetzigen Ankündigung unseres Eingreifens in dem erwähnten Falle eine weitgehende Drohung Es scheine ihm, — und er spreche dies als Freund und mit Bedauern aus — daß wir seit einiger Zeit zu oft gedroht hätten, ohne Ernst zu machen, und daß dies unserem Ansehen sehr abträglich gewesen sei. Speziell im Oriente und auf dem Balkan sei nichts dem Prestige eines Staates schädlicher als Drohungen, welche unausgeführt blieben. Als er vor zwei Jahren die interimistische Leitung der Botschaft in Konstantinopel übernommen habe, sei er sofort gewahr geworden, daß Italiens Stellung in der Türkei dadurch so gelitten habe, daß es wiederholt gedroht und diese Drohungen nicht verwirklicht habe. Unsere jetzige Démarche in Berlin scheine ihm aber eine ganze Reihe von Drohungen zu enthalten: zunächst gegen Deutschland hinsichtlich unseres späteren Einschreitens, falls Rumänien nicht nach unserem Sinne zur raison gebracht wird, ferner gegen Rumänien, dem wir die Eventualität ankündigen, uns gegebenen Falles nicht nur in politischer, sondern auch in militärischer Hinsicht im gegnerischen Lager zu befinden, dann gegen Serbien für den Fall seines Sieges über Bulgarien und endlich hiedurch indirekt auch gegen Russland, beziehungsweise gegen alle von einer europäischen Konflagration tangierten Mächte. Für eine „Defensivaktion" gegen eine Vergrößerung Serbiens um Monastir seien dies doch unverhältnismässig weitgehende Konsequenzen und die bloße Ankündigung einer solchen Stellungnahme werde uns wieder ein Meer von Hass eintragen.

Sei das Vorstehende seine Ansicht, wenn er sich auf unseren Standpunkt stelle, so müsse er vom europäischen Standpunkt sagen, daß beim Eintreten der von uns ins Auge gefaßten Eventualität Russland ein militärisches Einschreiten von unserer Seite nicht ruhig hinnehmen würde. Damit sei aber die europäische Konflagration gegeben. Unser Auftreten würde umso weniger verstanden werden, als wir Veränderungen, welche uns viel näher und ernster berührten, die Aufteilung des Sandschaks von Novipazar zwischen Serbien und Montenegro und das Aneinanderrücken dieser beiden Länder, ruhig hingenommen haben. Was endlich Italien betreffe, so müsse mir vor Allem bekannt sein, daß ein sehr erheblicher Teil der italienischen Armee dermalen in Lybien engagiert und Italien daher weniger denn je für einen europäischen Krieg vorbereitet sei. Auch appelliere er an mein Urteil, ob man hierzulande — vollends jetzt, wo seit zwei Jahren das allgemeine Interesse an den Vorgängen der äusseren Politik ein viel lebhafteres als früher geworden sei — einen Krieg führen könne, welcher über die Frage entstände, ob Monastir serbisch oder bulgarisch sein soll, welcher also nicht nur kein italienisches Interesse tangiere, sondern dem hiesigen Publikum unverständlich sein würde. Die Einwirkung auf Rumänien scheine ihm schwierig und verspätet. Nach den Informationen der Consulta — und dasselbe setzte mir in wiederholten Gesprächen der rumänische Gesandte auseinander — sei ja gerade die durch einen Sieg Bulgariens zu befürchtende Hegemonie dieses Staates die Eventualität, welche man in Bukarest perhorrescire, weil man dort in diesem Falle früher oder später die Reihe auch an sich kommen sehe und sich daher für die Zukunft von Bulgarien bedroht fühle. Auch sei dort die öffentliche Meinung durch das ganze Vorgehen Bulgariens, zum Beispiel auch jetzt bei Bestimmung der drei-Kilometer-Zone, exasperiert und scheine der König und die Regierung die Situation nicht mehr vollkommen zu dominieren, sondern von der Volksstimmung fortgerissen zu werden. Schließlich erwähnte der Generalsekretär den neuesten französischen Nicht-Interventions-Vorschlag,[b] welcher wohl von den anderen Mächten angenommen werden dürfte. Ein Punkt, welchen Herr de Martino nicht berührte, welcher aber für mich noch eine ungelöste Frage bildet, ist, wie wir unsere jetzige Stellungnahme, welche ja die Eventualität der allerintensivsten, nämlich militärischen Einmischung in den Konflikt der Ex-Alliierten involviert, mit jenem in der allerletzten Zeit von den beiden Ministerpräsidenten und unserer offiziösen Presse verkündeten Standpunkte vereinigen, wornach die Balkanstaaten in voller Freiheit und Unabhängigkeit die Liquidation der zwischen ihnen schwebenden Fragen austragen sollen. Mérey.

[a] Vgl. n. 7747, 7748, 7754. — [b] Vgl. n. 7638.

Nr. 7677. Tel. aus Sofia, 7. Juli 1913 Nr. 678 (eing. 9 U. 20 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Vertraulich. Die Situation, von deren Eintreten ich in unserem Sinne gewünschte Wirkung auf Politik Bulgariens stets erwartet habe, scheint eingetreten zu sein. Es hat mich heute — wie er sofort betonte, im Auftrage König Ferdinands — Baron Epinghofen besucht, der sagte, er habe

keinen offiziellen Charakter, sei bloß Freund des Königs und Seine Majestät bediene sich seiner, da König sich sonst hier niemandem anvertrauen könne. Das Wesentliche einstündiger Unterredung möchte wie folgt kurz fassen: Die Lage Bulgariens sei kritisch; mit den Griechen gehe es entschieden schlecht, bulgarische Kräfte seien dort zu schwach, hätten Echec erlitten und General Iwanow zöge sich zurück. Der König, der heute morgens für zwei Tage nach dem Kriegsschauplatze abgereist, hätte Mitredner ermächtigt, sich sofort zu mir zu begeben, um in Anbetracht der durch Haltung Rumäniens für Bulgarien geschaffenen sehr kritischen Lage meinen Rat einzuholen. Mitredner erwähnte, dass die von Seiner Majestät durch ihn eingeleitete Aktion ohne Wissen der Regierung vor sich gehe und in ihrer Folge gegen Kabinett Danew gerichtet werden soll. Seine Majestät der König sei schon seit Beginn des Krieges gegen Türkei von der Bulgarien feindlichen Politik Russlands und der Tripleentente überzeugt, habe jedoch aus in politischem Gebiet gelegenen Gründen bisher keine Konsequenzen daraus gezogen. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7678, 7681, 7683.

Nr. 7678. Tel. aus Sofia, 7. Juli 1913 Nr. 679 (eing. 8. Juli 5 U. a. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 678. Ich erwähnte Grundgedanken unserer durchwegs freundlichen Politik Bulgarien gegenüber, wies auf Schwierigkeiten hin, welche sich unter jetziger und voriger Regierung unseren Absichten fortwährend entgegenstellten, die für mich auch dadurch erhöht wurden, daß ich seit einem Jahre König nicht gesehen und seinen Standpunkt nie kennen lernen konnte. Ich konkludierte mit dem Rat, daß König sofortige Verständigung mit Rumänien im Wege der Erfüllung rumänischer Forderungen versuche. Mitredner meinte, König sei überzeugt, Bulgarien müsse nicht nur Verständigung mit Rumänien, sondern engeres Abkommen mit demselben suchen und engsten Anschluß an Österreich-Ungarn bei gleichzeitiger Anlehnung an Dreibund anstreben, wohl vorderhand noch ohne Russland zu froissieren, da Bulgarien dieses in Anbetracht schlechter militärischer Lage Griechen gegenüber bei definitiver Regelung der Verhältnisse dort brauchen könnte. Baron Epinghofen wies auf krankhafte Angst des Königs vor großen Entschlüssen hin, zitierte jedoch Aussprüche Seiner Majestät, die dessen Entschluß, sich politisch Österreich-Ungarn anzuschließen, klar bewiesen, nur könne Seine Majestät der König keine Entscheidung fassen und russophiler Regierung Genick brechen, ohne Sicherheit zu haben, daß Bulgarien auf uns rechnen könne und daß wir speziell König Ferdinand halten würden. Seine Majestät hat Mitredner ermächtigt, mir zu eröffnen, daß er bereit, Rumänien Streifen Landes, den mir Epinghofen auf Karte genau zeigte, abzutreten und zwar: Turtukaia-Dobrič (mit Stadt) bis zu einem Punkte an Küste, der nördlich von Kap Kaliakra gelegen. Mit Abtretung der Spitze Kaliakras könnte man unter keiner Bedingung Bulgarien kommen. Es schwebe König vor, mit Rumänien nicht nur Neutralitätsabkommen sondern Vertrag zu schliessen, demzufolge Rumänien Teil Serbiens, der übrigens schon von bulgarischen

Truppen okkupiert — die Kraina — sich angliedern würde. Baron Epinghofen, der auch mit König Carol seit Jahrzehnten bekannt, erwähnte, er hätte bereits vor einem Monate bei König Ferdinand insistiert, daß Seine Majestät ihn zum König von Rumänien entsende. Krankhafte Scheu des Königs Ferdinand vor Entschlüssen und Rücksicht auf russische Arbitrage hätten König davon abgehalten und erst jetzt haben Zwangsumstände Seine Majestät veranlasst, Baron Epinghofen zu mir zu delegieren. Mitredner sagte mir, er habe Auftrag, sich heute noch zu Herrn Ghika zu begeben, um ihm im Namen des Königs obenangeführtes Anerbieten zu machen. Baron Epinghofen erwähnte, er sei über Befehl Königs zuerst zu mir gekommen, auch deswegen, um sich zu informieren, inwiefern er sich in politischen Meinungsaustausch mit Herrn Ghika einlassen und auf dessen Loyalität rechnen könne, oder ob er sich rumänischem Gesandten gegenüber lediglich auf obiges Angebot König Ferdinands beschränken solle. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7679, 7681, 7683.

Nr. 7679. Tel. aus Sofia, 7. Juli 1913 Nr. 680 (eing. 8. Juli 2 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 679. Im Laufe Unterredung machte noch Mitredner folgende erwähnenswerte Bemerkungen: König Ferdinand hätte Baron Epinghofen instruiert, mir zu sagen, daß im Falle Bulgarien durch Erfolg Griechenlands und Überfall Rumäniens geschwächt werden sollte, König abdizieren würde, wonach ein russischer Prinz bulgarischen Thron besteigen könnte. Mitredner zitierte scharfe Kritiken Königs über Danew, dessen Politik hochverräterisch. Auf meine Bemerkung, daß ich diese Anschauung Königs in Anbetracht kürzlicher Bestätigung Danews im Amt nicht habe ahnen können, erhielt ich Antwort, daß zur Zeit Regierungskrise noch mit Perspektive der russischen Arbitrage gerechnet worden. König sei sich bewußt, daß für mich politischer Verkehr mit Danew unmöglich und wolle diesen entfernen. Baron Epinghofen erwähnte, gegen Serbien sei bulgarische Armee auf ganzer Linie erfolgreich und Serben würden sicher geschlagen werden. Gegen Griechen ginge es ganz schlecht und wäre auch mit griechischer Landung bei Cavalla zu rechnen. Mitredner würde auch deutschen Kollegen besuchen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7681, 7683.

Nr. 7680. Tel. aus Sofia, 7. Juli 1913 Nr. 681 (eing. 8. Juli 5 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Es besuchte mich soeben Herr Sarafow (gewesener Gesandter), der, da ich ihn sehr wenig kenne, sich zuerst eher verlegen zeigte. Er sagte, es hätte ihn zu mir Herr Danew geschickt, damit er, da zur Führung Verhandlungen mit Rumänien ausersehen (mein Telegramm 633 vom 1. d. M.), mit mir in Fühlung trete. Ich versicherte Herrn Sarafow, daß mich sein Besuch sehr freue, ich aber oberwähnten Grund desselben nicht gut begreifen könnte, nachdem Konseilspräsident, als er bei mir vorgestern vorgesprochen,

selbst erklärt hätte (mein Telegramm 659 vom 5. d. M.), daß für Verhandlungen keine Zeit und bulgarische Regierung bloß ein Anbot, qui trancherait la question, machen würde, sobald ich ihr Gewißheit darüber, daß Rumänien Proposition empfangen werde, wie auch über Umfang der letzteren verschafft. Mitredner erwiderte, daß ihm all dies bekannt und Danew nur auf meine Information über rumänische Maximalforderungen wartete, wonach er sein Anbot eventuell durch Herrn Sarafow zu machen gedächte. Ich bemerkte, daß ich fragliche Information, die aber keine Minimal- oder Maximalforderungen, sondern laut Äußerung Danews „das Anbot, das genügen würde" betreffen sollte, noch nicht erhalten. Indessen sei mir eine Depesche zugegangen (Euer Exzellenz Telegramm 349 von heute nachts), auf Grund welcher ich dem Konseilspräsidenten heute eine prealable Mitteilung im Gegenstande machen würde. Mitredner ersuchte ihm diese Mitteilung bekanntzugeben, damit er sie sofort zur Kenntnis Herrn Danews bringen könne. Ich entsprach diesem Wunsche, wonach sich Sarafow mit Bemerkung entfernte, er würde Konseilpräsidenten davon umgehend verständigen. Herr Sarafow ist l'âme damnée Danews und letzterer bediente sich seiner, da ihm nicht recht zu Mute, Schwelle k. u. k. Gesandtschaft zu häufig zu betreten, und Verlegenheit, in der man sich befindet, zu verraten. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7682.

Nr. 7681. Tel. aus Sofia, 7. Juli 1913 Nr. 683 (eing. 8. Juli 10 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Im Verfolge meiner Telegramme Nr. 678 bis 680 von heute. Rumänischer Gesandter sagte mir, Baron Epinghofen habe ihn soeben besucht und ihm gemeldetes Anbot im Namen Königs mit dem Bemerken gemacht, dass Seine Majestät nach Rückkehr Mittwoch Proposition Höchstselbst wiederholen würde. Herr Ghika habe Mitteilung Baron Epinghofens zur Kenntnis genommen und bemerkt, dass er Anbot erst, wenn von König selbst gemacht, als offiziell betrachten könnte. Rumänischer Gesandter will auch seinem Mitredner gegenüber Befürchtung ausgesprochen haben, dass Proposition vielleicht verspätet. (Letzteres)[b]) befürchtet Herr Ghika, wie er mir sagte, wirklich, da er bis jetzt keine Antwort auf sein Ersuchen um Instruktionen erhalten (mein Telegramm 674 vom 6. d. M.). Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7695. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 7682. Tel. aus Sofia, 7. Juli 1913 Nr. 687 (eing. 8. Juli 7 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 349 und mein Telegramm Nr. 681 von heute. Habe Danew begegnet, der mir für Mitteilung, die ihm Herr Sarafow überbracht, dankte. Auf meine Frage, ob Konseilspräsident uns nicht bekanntgeben würde, zu welchen Konzessionen Bulgarien für Neutralität Rumäniens bereit wäre, antwortete Danew, er könne nicht sprechen, solange er nicht wisse, was ungefähr Rumänien verlange. Er möchte nicht ein Anbot machen, welches zu weit unter Forderung Rumäniens bliebe. Tarnowski.

Nr. 7683. Tel. aus Sofia, 7. Juli 1913 Nr. 688 (eing. 8. Juli 7 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Zu meinen Telegrammen Nr. 678, 679 und 680 von heute über Unterredung mit Baron Epinghofen möchte ich ergänzend anzeigen, daß ich letzterem gesagt, seine Konversation mit mir könne kein anderes Resultat haben als dieses, König Ferdinand über meine persönliche Anschauung zu informieren; sollte König auf gewisse Österreich-Ungarn betreffende Anwürfe Baron Epinghofens eine offizielle Antwort zu erhalten wünschen, so schiene mir unbedingt notwendig, daß sich Seine Majestät direkt oder, wenn dies unmöglich, durch sein amtliches Organ, Herrn Dobrović, an mich wende. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7696.

Nr. 7684. Tel. nach Berlin, 8. Juli 1913 Nr. 488 (chiffr. 1 U. 15 M. p. m.). Konz. (S. Hoyos; G. Berchtold).

Ich ersuche Euer Exzellenz, das dritte Alinea meines Telegrammes Nr. 487 von gestern beginnend mit „Im übrigen nahm ich keinen Anstand" bis „Ende finden werde" in Ihrer Mitteilung an den Staatssekretär nicht zu erwähnen.

Nr. 7685. Tel. nach Berlin, 8. Juli 1913 Nr. 490 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).*

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 317[b] von gestern. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich sobald als möglich zu Herrn von Jagow zu begeben und bei ihm in nachdrücklicher Weise unter eindringlicher Verwerthung nachstehender Argumente dahin zu wirken, daß er die Bedenken des Prinzen Wied gegen die Kandidatur auf den albanesischen Thron nicht etwa verstärke sondern, soweit solche vorhanden sein sollten, möglichst zerstreue. Zu diesem Behufe wollen sich Euer Exzellenz dem Herrn Staatssekretär gegenüber wie folgt äußern: Wir haben die prinzipielle Geneigtheit des Prinzen zur Annahme dieser Kandidatur mit Befriedigung begrüßt, weil wir uns hievon eine raschere Lösung der ganzen albanesischen Frage versprechen. Wir haben auch nicht den geringsten Zweifel, daß die Einsetzung des von uns und Italien gemeinsam kandidierten und von Deutschland unterstützten Fürsten früher oder später die Anerkennung sämtlicher Mächte finden muß. Wenn Prinz Wied von der Existenzfähigkeit Albaniens noch nicht ganz überzeugt ist, so läßt sich ihm darauf erwidern, daß diese mit einer raschen Entscheidung in der Fürstenfrage im innigsten Zusammenhange steht. Unsere Auffassung geht nämlich dahin, daß sowohl die Grenz- wie auch die Statutfrage — deren Lösung die Basis für die Lebensbetätigung Albaniens bildet — nur dann eine rasche und für uns günstige Entwicklung nehmen werden, wenn Albanien einen Herrscher besitzt, der an Ort und Stelle im Interesse dieses Landes und damit auch in dem unserigen wirken kann. Was die Grenzfrage anlangt, so sehen wir nicht ein, warum der Umstand, daß ein Teil der Grenze noch nicht fixiert ist, den neuen Herrscher an dem Beginne seiner Tätigkeit hindern sollte. Das Faktum, daß Albanien bereits einen Fürsten besitzt, der für das Wohl des Landes nach außen anders eintreten kann als die provisorische Regierung, würde vielmehr nach unserer

Ansicht der ganzen Delimitierungsangelegenheit einen mächtigen Stoß nach vorwärts geben. Denn die Schwierigkeiten, denen unsere Albanien freundliche Tätigkeit auf Schritt und Tritt begegnet, sind nicht zum geringsten Teil dadurch hervorgerufen, daß dieses Land eben keine entsprechende eigene Vertretung besitzt, was auch unseren Gegnern eine Handhabe bietet, die Lebensfähigkeit Albaniens in Frage zu stellen. Noch weniger erscheint uns eine vorherige definitive Regelung der Statutfrage die nothwendige Voraussetzung für die Erledigung der Fürstenfrage zu bilden. Wir glauben vielmehr, daß eine Bereinigung der letzteren Angelegenheit auf die Lösung der ersteren nur beschleunigend einwirken kann. Bekanntlich besteht ein tiefgehender Unterschied in der Auffassung, welche der Dreibund und die Tripelentente von der Aufgabe der internationalen Kommission haben. Nach unserer Ansicht hätte diese Kommission vor allem den Zweck, den Fürsten unabhängig von dem einheimischen Parteigetriebe zu berathen, insbesondere auch demselben bei seiner ersten organisatorischen Arbeit, nämlich bei der Schaffung des Statutes behilflich zu sein. Die andere Mächtegruppe verfolgt aber mit der Kommission einen wesentlich verschiedenen Gedanken, nämlich den, Albanien zu knebeln und in seiner freien Entwicklung durch Einführung einer möglichst weitgehenden internationalen Kontrole zu behindern. Es ist uns zwar klar, daß Albanien in seinem ersten Entwicklungsstadium auf die Mithilfe Europas angewiesen sein wird und sich infolgedessen eine gewisse Kontrole wird gefallen lassen müssen. Eine solche Einmischung von außen, welche aber nur in einer für den neuen Staat wohlwollenden Weise geschehen sollte, wird voraussichtlich am stärksten in der Statutfrage versucht werden. Da würde nun das Faktum, daß ein Fürst bereits ernannt ist, unter dessen Leitung die Kommission das Statut ausarbeitet, eine Garantie dafür bieten, daß auch in dieser Frage dem Gedankengange des Dreibundes und nicht jenem der Tripelentente Rechnung getragen würde. Ich erwarte von Euer Exzellenz bewährtem Geschicke, daß es Hochdenselben gelingen wird, den Herrn Staatssekretär von der Richtigkeit vorstehender Ausführungen zu überzeugen und bei ihm zu erreichen, daß er den Prinzen Wied in diesem Sinne informiere. Euer Exzellenz wollen Herrn von Jagow auch nicht verhehlen, daß ich es als einen nicht wieder gutzumachenden Nachtheil ansehen würde, wenn die nach überaus schwierigen Pourparlers zwischen Wien und Rom endlich einvernehmlich festgesetzte Kandidatur des Prinzen von Wied, die auch der kaiserlich deutschen Regierung sympatisch sei, in den Sand verliefe, da ich in einem solchen Falle sogar auf den völligen Echec der Dreibund- und auf den Sieg der Tripel-Ententepolitik in der albanesischen Frage gefaßt sein müßte. Ich sehe Euer Exzellenz telegraphischer Berichterstattung über Ihre Konversation mit Herrn von Jagow mit Interesse entgegen.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7613, 7707, 7755 Anm. b. — [b]) Vgl. n. 7686 Anm. b.

Nr. 7686. Bericht aus Berlin, 8. Juli 1913 Nr. 24 A (eing. 9. Juli). Ausfert.

Geheim. Im Verfolge meiner gestrigen telegraphischen Berichterstattung[a]) und in Entsprechung der hohen Weisung vom 4. d. Mts.

Nr. 3166, Geheim, betreffend die eventuelle Candidatur des Prinzen Wilhelm zu Wied auf den Thron von Albanien, beehre ich mich, Euer Excellenz ergebenst zu berichten, dass ich den k. u. k. Legationsrat Grafen Friedrich Larisch, der mit dem Prinzen Wied persönlich gut bekannt ist, mit der bewussten Mission bei demselben betraut habe. Prinz Wied, mit welchem Graf Larisch am gestrigen Abend eine längere Unterredung hatte, ist im Prinzipe nicht abgeneigt, seine Candidatur aufzustellen: er brachte jedoch mancherlei wichtige Bedenken vor, besonders was die Lebensfähigkeit des zukünftigen albanesischen Staates anbelangt, dessen Grenzen im Augenblick noch nicht definitiv festgesetzt seien; auch die finanzielle Frage scheint dem Prinzen, der selbst durchaus kein bemittelter Mann ist, ernste Sorge zu bereiten, da er nicht weiss, inwieweit er auf die finanzielle Unterstützung der Adriamächte rechnen kann. Im Laufe des Gespräches erwähnte der Prinz, dass das Unternehmen auch kein ganz ungefährliches sein dürfte, da nach seinem Vernehmen Essad Pascha sich mit weitgehenden Plänen und kühnen Hoffnungen trage, selbst den Thron von Albanien zu besteigen. Der Prinz ersuchte um eine Bedenkzeit von einigen Wochen, da er unmöglich in einer so wichtigen Frage in kurzer Zeit einen endgiltigen Entschluss fassen könne; er erklärte auch entschieden, dass er vor allem sofort den Staatssekretär von Jagow in der Angelegenheit sprechen und seinen Rat einholen wolle, auch müsse er sich früher mit seiner Familie beraten. Prinz Wied ist eben im Begriffe, wie er dem Grafen Larisch erzählte, eine Reise nach Norwegen anzutreten, von der er erst Mitte August zurückkehrt; es wäre ihm daher nicht möglich, vor dem 20. August nach Wien zu fahren. Trotz der von Prinzen Wied vorgebrachten Bedenken hatte Graf Larisch doch den Eindruck, dass der Prinz sich schon seit längerer Zeit mit der Idee beschäftige und dem Gedanken, seine Candidatur für den albanesischen Thron aufzustellen, durchaus nicht unsympathisch gegenüberstehe; in diesem Entschlusse dürfte er auch von seiner eher ehrgeizigen Gattin, einer geborenen Prinzessin von Schönburg-Waldenburg, bestärkt werden. Den Prinzen Wilhelm zu Wied, welcher im 38. Lebensjahre steht, kenne ich persönlich nur flüchtig, Graf Larisch schildert ihn als eine durchaus gerade, offene und ehrliche Natur; bis vor Kurzem war er im hiesigen Grossen Generalstab tätig und tut nunmehr seit einigen Wochen im 3. Garde Ulanen Regiment in Potsdam als Rittmeister Dienst. Der Ehe mit seiner Frau sind zwei Kinder entsprossen, eine Tochter und ein nur wenige Wochen alter Sohn. Szögyény.

[a]) Tel. Nr. 317 aus Berlin, 7. Juli 1913 (eing. 10 U. p. m.) im vorliegenden Berichte inhaltlich wiederholt und ergänzt.

Tel. nach Konstantinopel, 8. Juli 1913 Nr. 322 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7691.

Nr. 7687. Tel. aus London, 8. Juli 1913 Nr. 505 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 559[b]) vom 7. d. M. und im Sinne desselben Sir E. Grey erklärt, dass wir nicht zugeben können, dass irgendein Versprechen der Monarchie an Montenegro bezüglich finanzieller

Hilfe vorliege. Auf Reunion kam die Sache wieder zur Sprache. Ich erinnerte, dass ich bei jeder Gelegenheit die Reserve gemacht hätte, die k. u. k. Regierung könne die Frage finanzieller Hilfe überhaupt erst erwägen, wenn einmal die Evakuation Albaniens stattgefunden hätte und dass wir deshalb den Ausdruck „Versprechen" im Reunionsbeschlusse vom 1. d. M. nicht akzeptieren könnten. Es entspann sich lebhafte Diskussion, wobei Herr Cambon erklärte, die französische Regierung sowie die meisten anderen hätten Montenegro finanzielle Hilfe ausdrücklich versprochen, sonst hätte Montenegro nicht Skutari evakuiert. Sir Edward Grey suggerierte, das Wort „promis" durch ein anderes zu ersetzen, welches wir annehmen könnten. Herr Cambon und Graf Benckendorff wollten aber einer Aenderung nicht zustimmen. Gedanke, dass Kommunikation der Mächte in Cetinje unserseits mit einer Reserve gemacht werde, wurde auch ventiliert. Schliesslich besprach ich mit Sir Edward Grey, bei Euer Exzellenz anzufragen, ob Hochdieselben es billigen würden, wenn dem Reunionsbeschlusse vom 1. d. M. (mein Telegramm Nr. 492) folgender Satz beigefügt werde: „En adhérant à cette proposition l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie déclare que son gouvernement n'a jamais fait de promesse au sujet d'aide financière et s'est (réservé) *c)* de n'examiner cette question que quand évacuation complète de l'Albanie par le Monténégro aura été effectuée." Sir Edward Grey fragte mich wiederholt, ob ich ermächtigt sei, dem Rest des Reunionsbeschlusses vom 1. d. M. bezüglich Erklärung an Serbien zuzustimmen (auf die immer wieder von allen Kollegen zurückgekommen wird). Ich erwiderte, ich glaubte ja, bitte ihn aber, noch zu gedulden, bis ich bezüglich des Passus über Versprechen an Montenegro Euer Exzellenz Ermächtigung eingeholt hätte. Ich bitte um telegraphische Mitteilung, ob vorgenannter Beisatz unseren Standpunkt richtig präzisiert; im Bejahungsfalle werde ich mich als ermächtigt ansehen, dem ganzen Text des Reunionsbeschlusses vom 1. d. M., der von allen anderen Regierungen angenommen wurde, zuzustimmen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 7711. — *b)* Mit Tel. 559, 6. Juli 1913 (chiffr. 7 U. 15 M. p. m.) wurde nach London zur Mitteilung an Grey die Weisung erteilt, daß Berchtold das Wort „promis" (vgl. im Schlußsatze von n. 7571 „le concours promis") beanständen müsse. Er sei von allem Anfange an stets auf dem Standpunkte gestanden, daß Montenegro zuerst das albanische Territorium von Truppen zu evakuieren habe und er erst dann, ohne irgend ein bindendes Versprechen zu übernehmen, der Frage der finanziellen Unterstützung Montenegros nähertreten könne. Die offensichtliche Mißachtung des Evakuierungsbeschlusses der Londoner Réunion durch Montenegro habe aber die Dispositionen für diesen Staat in Wien nicht günstiger gestimmt. Die Form der von Grey beabsichtigten Mitteilung an Montenegro könnte — abgesehen davon, daß es bezüglich Österreich-Ungarns nicht den Tatsachen entspreche — dort leicht den Eindruck erwecken, daß Europa sich die Evakuation Albaniens jetzt erkaufen wolle. — *c)* Chiffre fehlt.

Nr. 7688. Tel. aus London, 8. Juli 1913 Nr. 506 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

In Ergänzung der Telegramme Nr. 503 und 504 betreffend Reunion. Sir E. Grey, der mich vor der Reunion gefragt hatte, ob ich bezüglich Gendarmerieorganisation einen Vorschlag machen wolle, was ich mit dem

Bemerken verneinte, ich hielte es aber für sehr erfreulich, wenn er es täte, brachte die Sache bei Reunion zur Sprache. Herr Cambon und Graf Benckendorff sprachen viel von der Unmöglichkeit, Gendarmerie von der Frage der ganzen Organisation Albaniens zu trennen, ließen sich aber schließlich überzeugen, als vorbereitende Arbeit Gendarmeriefrage, über die wir ja ziemlich einig sind, vorzunehmen. Gegen die von mir vorgeschlagene Nennung Schwedens keine Opposition. Mein Vorschlag bezüglich Notwendigkeit raschester Einsetzung der Kommission zur Absteckung Nord- und Nordostgrenze Albaniens ebenfalls ohne merklichen Widerspruch durchgedrungen, so daß in beiden Resolutionen unser Standpunkt zum Ausdruck kommt. Mensdorff.

Nr. 7689. Tel. aus London, 8. Juli 1913 Nr. 507 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 558 vom 6. d. M. und Sir Edward Grey erklärt, wir könnten es nur begrüßen, wenn er Kompromiß in Grenzfrage zustandebringe, natürlich auf Basis Belassung Koritzas und Cap Stylos bei Albanien und Berücksichtigung der von uns gewünschten Garantien bezüglich der internationalen Delimitationskommission. Gleichzeitig brachte ich Gedanken vor, bezüglich des Statuts auf ursprünglichen Plan zurückzugreifen, Organisationsprojekt durch Österreich-Ungarn und Italien ausarbeiten zu lassen. Sir E. Grey befürchtet, daß dieser Gedanke nicht durchzusetzen wäre und wieder an manchen Stellen Verdacht einer Teilung Albaniens zwischen Österreich-Ungarn und Italien erwecken könnte. Er hält es im Gegenteil für höchst wünschenswert auf Basis unseres transaktionellen Vorschlages und seiner Gegenbemerkungen weiterzuarbeiten, da er die Hoffnung hege, auf dieser Basis eine Einigung zustande zu bringen. Er bat mich, sobald ich Weisung über Euer Exzellenz Anschauung darüber erhalten, es ihm sofort mitzuteilen. Wenn eine Einigung erzielt werden kann, würde er gleich eine Reunion einberufen, um keine Zeit zu verlieren. Mensdorff.

Nr. 7690. Tel. aus London, 8. Juli 1913 Nr. 508 (eing. 7 U. p. m.).[a] Entziff.

Bei Schluß heutiger Reunion sagte uns Sir E. Grey, er könne uns über die widersprechenden Nachrichten von den Balkanschlachten nichts Positives mitteilen als die Tatsache, daß selbst die Griechen, welche überall erfolgreich waren, ihre Verluste mit der Ziffer von 8000 zugeben. Er mache uns keine Propositionen irgendwelcher Art; aber nach dem Eindrucke, den er von allen Seiten empfangen, bestehe bei allen Kabinetten der Wunsch, den Krieg zu lokalisieren und nicht zu intervenieren. Nachdem in der Öffentlichkeit doch der Eindruck bestehe, daß die Reunion sich mit den Kriegsereignissen bechäftige, lege er uns nahe, bei unseren respektiven Regierungen anzufragen, um eventuell bei der nächsten Reunion eine einmütige Meinungsäußerung auf Basis der „Lokalisierung des Krieges“ und „Nichtintervention“ zustande zu bringen. Fürst Lichnowsky erklärte, Nichtintervention und Lokalisierung entsprechen vollständig dem Stand-

punkte seiner Regierung. Marquis Imperiali und ich sagten, wir glaubten auch, daß unsere Regierungen dieser Ansicht sein dürften, müßten aber jedenfalls noch anfragen. Bitte um Weisung. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7670, 7699.

Nr. 7691. Tel. nach Sofia Nr. 353 (1) und Konstantinopel Nr. 322 (2), 8. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Der hiesige kaiserlich ottomanische Botschafter hat mir heute nachstehendes Aidemémoire übergeben: „Les bulgares ont laissé devant Tchataldja des détachements et continuent ainsi à occuper des territoires devant faire incontestablement retour à l'Empire ottoman. Cet état de choses empêche, d'un côté, de procéder à la démobilisation des troupes ottomanes, et, de l'autre, laisse à la charge du Gouvernement Impérial l'entretien de nombreuses familles, émigrées de ces territoires et se trouvant de ce fait dans la plus grande misère. Un essai de s'aboucher avec les Commandants bulgares n'a pas abouti, étant donné que les Autorités militaires bulgares ont, toutes, quitté ces parages. De même, les démarches indirectes faites à Sophia pour l'envoi à Constantinople d'un fonctionnaire bulgare chargé de régler les questions pendantes, sont restées jusqu'ici sans résultat. Le Gouvernement Impérial ottoman aime à espérer qu'il ne s'agit pas ici d'un manque de bonne volonté de la part du Gouvernement bulgare, mais que ce n'est que le résultat des complications actuelles par suite desquelles le Gouvernement Royal peut être porté à considérer la question comme de second ordre. Toutefois, comme une solution rapide desdites complications n'est pas à prévoir et que la situation devient pour la Turquie de jour en jour plus intolérable, le Gouvernement Impérial se trouvera dans l'obligation absolue d'y mettre fin en poussant le cordon de ses avant-postes jusqu'à la ligne Midia-Enos fixée par les Puissances et acceptée par les Bulgares, en laissant toutefois une zône neutre le long de la ligne-frontière jusqu'à la délimitation définitive de celle-ci par une Commission internationale. La Sublime Porte serait obligée au Gouvernement Impérial et Royal Austro-Hongrois de vouloir bien faire d'urgence à Sophia des démarches en vue du retrait des détachements bulgares se trouvant sur les territoires devant faire retour à l'Empire ottoman. Le Gouvernement Impérial a la ferme intention d'éviter tout incident qui pourrait donner lieu à une fausse interprétation ou amener quelque complication de nature à aggraver la situation présente. C'est précisément cette intention qui inspire la Sublime Porte dans sa démarche actuelle." Hilmi Pascha hat mich auftragsgemäß gebeten, mich bei der königlich bulgarischen Regierung in dem in dieser Aufzeichnung angegebenen Sinne zu verwenden. Der Herr Botschafter hat hiebei betont, daß er persönlich eine große Gefahr in der gegenwärtig in Konstantinopel und bei Tschataldscha herrschenden gereizten Stimmung erblicke, welche leicht die Folge haben könnte, daß die Pforte die Macht über die Armee verliert und daß diese einen coup de tête macht. Ich habe Hilmi Pascha erwidert, daß ich Euer Hochgeboren beauftragen werde, in der freundschaftlichsten und jedweden Eindruck einer Pression vermeidenden Weise

den türkischen Wunsch zur Kenntnis des Sofioter Kabinettes zu bringen. Ich habe dem Herrn Botschafter bei dieser Gelegenheit aber auch wiederholt, daß ich jede Einmischung der Türkei in den gegenwärtigen Balkankonflikt für sehr unklug hielte, da sie doch selbst im Falle von Erfolgen in Thrazien nichts zu gewinnen hätte, nachdem die dortigen Grenzen durch eine internationale Vereinbarung definitiv festgelegt worden seien. Ich ersuche Euer Hochgeboren diese Angelegenheit in dem im Vorstehendem skizzierten Sinne bei der dortigen Regierung zur Sprache zu bringen.

2. Ich telegraphiere an Grafen Tarnowski wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information. In Ihren bezüglichen Gesprächen mit den türkischen Staatsmännern wollen sich Euer Exzellenz dahin aussprechen, daß es ein großer Fehler der Pforte wäre, eventuellen verlockenden Aufforderungen, gegen Bulgarien vorzugehen, zu folgen, da nach meiner Ansicht die eminente Gefahr vorliegen würde, daß Rußland in dem ihm günstig erscheinenden Momente für Bulgarien eintritt und die militärische Bindung der Türkei in Thrazien für seine Zwecke zu einem Vorgehen in Armenien benützt. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 336 Nr. 671. Vgl. n. 7700, 7709, 7714, 7717, 7759, 7788, 7803, 7804, 7821.

Nr. 7692. Tel. aus Sofia, 8. Juli 1913 Nr. 691 (eing. 10 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 351[b]) von heute nachts, betreffend Rumänien, erhalten. Inhalt soeben Herrn Danew mitgeteilt. Ich fand ihn sehr gedrückt, anfangs schweigsam, dann allmählich auftauend zögerte er nicht mehr, mir Lage als höchst kritisch zu bezeichnen. Militärisch gehe es entschieden schlecht. Aus Konstantinopel habe Konseilspräsident Eindruck, daß Attitude der Türkei (unsicher)[c]). Was meine Information betreffend Haltung Rußlands in rumänischer Frage anbelangt, so sei dieselbe richtig: Rußland hätte erklärt, nichts gegen Rumänien unternehmen zu können, da solche Aktion gegen Serbien gerichtet wäre. Konseilspräsident nahm Bemerkungen, die ich ihm über seine Politik und deren Folgen offen gemacht, fast demütig entgegen, bat, meine Meinung über Lage und meinen Rat zu hören. Ich wies auf unsere konsequenten Ratschläge Verständigung mit Rumänien betreffend hin und bemerkte, daß Konseilspräsident auch letzten Rat Euer Exzellenz, mit Anbot an Rumänien heranzutreten, noch immer nicht befolgt. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7693, 7718. — [b]) Mit Tel. Nr. 351, 7. Juli 1913 (chiffr. 9 U. p. m.) wurde aus n. 7650 von „Russischer Kollege" bis „nicht verhindern" nach Sofia mitgeteilt. — [c]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 7693. Tel. aus Sofia, 8. Juli 1913 Nr. 692 (eing. 10 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 691. Konseilspräsident erwiderte, es sei für ihn so furchtbar schwer, Anbot zu machen, da er Umfang jetziger rumänischer Ansprüche nicht kenne; auch habe Majoresco Herrn Kalinkoff vor drei Tagen eröffnet, er würde vor zehn Tagen nicht sprechen. Jetzt,

wo militärische Lage Bulgariens so kritisch und wo Gefahr, neueroberte Länder zu verlieren, ist es für einen Bulgaren noch schwerer, sein eigenes Land freiwillig zu amputieren. Ich bemerkte, daß mir besser scheine, freiwillig Operation sich unterziehen, als Existenz des Landes aufs Spiel zu setzen. Es sei unglaublich, daß Herr Danew noch immer zögere, Opfer Rumänien zu bringen und er begehe wie stets auch jetzt noch Fehler, Wesentliches von weniger Wichtigem nicht zu unterscheiden. Danew anerkannte unsere so loyale Haltung, die er erst jetzt zu würdigen wisse und fügte bei, Hauptsache sei, daß Rumänien nicht zu große Forderungen stelle, Bulgarien sei ja zu jedem Arrangement, welches auch gegen Serbien gerichtet wäre, bereit. Ich bemerkte, die von Tag zu Tag sich verschärfende Situation in Bukarest gestatte mir nicht zu raten, ob und was sich heute noch mit Rumänien machen ließe; ich könne Herrn Danew nichts weiter sagen, als daß ich Unterredung Euer Exzellenz sofort melden werde. Danew erging sich in Gedanken, wie es möglich, daß Rumänien diese, gegen unsere Interessen gerichtete räuberische Politik führe, unser Einfluß in Bukarest wäre doch stark genug, um Rumänien Mäßigung aufzuerlegen. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

a) Vgl. n. 7694, 7718.

Nr. 7694. Tel. aus Sofia, 8. Juli 1913 Nr. 693 (eing. 10 U. p. m.).a) Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 692. Ich antwortete, Rumänien mache — wie dies Herr Danew selbst vor kurzem mir gesagt — seine eigene Politik und ebensowenig wie wir Bulgarien zu rechtzeitigem Ausgleich zu bewegen vermochten, ebensowenig seien wir in Lage, Rumänien zu hindern, Konsequenzen aus dieser Haltung Bulgariens zu ziehen. Herr Danew meinte weiter, ob denn Mächte, die ersten Balkankrieg lokalisiert hätten, jetzt gestatten würden, daß Türkei und Rumänien gegen Bulgarien vorgehen. Auf Frage Herrn Danews, ob ich glaube, daß wir bei endlicher Lösung Balkanproblems auf etwaiger europäischer Konferenz oder sonstwie zugeben würden, daß Serbien und Griechenland sich übermäßig vergrößern, habe geantwortet, daß ihm und Herrn Geschoff gegenüber oft im Namen Euer Exzellenz unseren diesbezüglichen Standpunkt betont hätte, ich jedoch unter gegebenen Umständen mich aber über künftige Haltung meiner Regierung authentisch nicht äußern könnte. Ich könne nur bedauern, daß Herr Danew ernste Lage so spät erkannte, schon seit Anfang des Krieges mit Türkei hätten wir auf Wichtigkeit der Verständigung mit Rumänien beständig hingewiesen. Danew meinte zum Schlusse, er werde alles was möglich zur Verständigung mit Rumänien tun, wisse aber nicht, wie er Schwierigkeit, Anbot zu stellen, ohne rumänische Prätensionen zu kennen, umgehen solle. Er werde Ministerrat konsultieren und mich eventuell nachmittags besuchen. „Nous sommes dans de mauvais draps et le principal pour nous est aujourd'hui, que la Roumanie soit modeste dans ses prétentions visant notre propre territoire et qu'elle s'entende avec nous." Tarnowski.

a) Oe. U. Balkan 335 Nr. 669. Vgl. n. 7695, 7718.

Nr. 7695. Tel. aus Sofia, 8. Juli 1913 Nr. 699 (eing. 9. Juli 11 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Herr Danew hat mich heute nachmittags, wie er dies laut vorletzten Alineas[b] meines Telegrammes Nr. 693 von heute in Aussicht gestellt hatte, nicht aufgesucht. Anderseits sagt mir auch rumänischer Gesandter entrüstet, daß er vom Palais noch keinen Wink erhalten (mein Telegramm Nr. 683); in rumänischer Sache ist also auch heute nichts geschehen. Die fortgesetzt zögernde Haltung Bulgariens könnte bis zu einem gewissen Grade mit dem mir zugekommenen Gerüchte, von dem mir auch deutscher und englischer Kollege sprach, im Zusammenhange (stehen)[c], wonach Herr Danew sich gestern an russischen Gesandten gewendet, um durch Rußland Einstellung der Feindseligkeiten und Ausgleich mit Serbien zu suchen. Bei stündlich sich ändernder Situation und dem offenbar fortdauernden Doppelspiel einerseits des Königs, anderseits der Regierung, ist es äußerst schwierig, jeweilige Lage zu durchblicken. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7706. — [b] Vorletztes Alinea von n. 7694 reicht von „Danew meinte" bis „besuchen". — [c] Chiffre fehlt.

Nr. 7696. Tel. aus Sofia, 8.[a] Juli 1913 Nr. 701 (eing. 9. Juli 7 U. 40 M. p. m.).[b] Entziff.

Es hat mich heute früh Baron Epinghofen in unauffälliger Weise aufgesucht und mitgeteilt, er habe Seiner Majestät gestern über Unterredung mit mir berichtet und glaube, der König würde noch heute mit mir Fühlung suchen. Seither hat mir Herr Dobrovič seinen Besuch für die Mittagszeit angekündigt. Tarnowski.

[a] In der Entzifferung 7., augenscheinlich aber Entzifferungsfehler. — [b] Vgl. n. 7683, 7704.

Nr. 7697. Tel. aus Berlin, 9. Juli 1913 Nr. 320 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 489[a] von gestern. Albanien. Staatssekretär versicherte mir, daß Herr von Tschirschky sich bei der Ausführung des ihm erteilten Auftrages unrichtig ausgedrückt habe, als er behauptete, daß bei Kieler Entrevue er — Jagow — und Marquis di San Giuliano über gewisse Punkte Albanien betreffend „schlüssig" geworden wären. Es habe sich hiebei lediglich um Vorschläge gehandelt, die nur unter Vorbehalt der Zustimmung Österreich-Ungarns in Aussicht genommen worden seien. Bezüglich des Punktes III dieser Vorschläge obwalte tatsächlich ein Mißverständnis seitens des italienischen Ministeriums des Äußern, und Staatssekretär habe gar nie daran gezweifelt, daß von einer „Drohung" unserseits niemals Rede war. Szögyény.

[a] Mit Tel. Nr. 489, 8. Juli 1913 (chiffr. 10 U. 55 M. p. m.) wurde n. 7671 von „Der deutsche Botschafter" bis „abgegangen sei" nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 7698. Tel. aus Bukarest, 9. Juli 1913 Nr. 199 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Nachhang zu meinem Telegramme Nr. 196 vom 7.[b] d. M. Rumänisch-bulgarische Verhandlungen. Minister des Äußern teilt mir mit, daß es ihm

erst möglich sein wird, morgen 10. d. M. nach dem Stattfinden Kronrates Antwort zu geben. Wegen Anwesenheit griechischer Mission war derselbe in den letzten zwei Tagen unmöglich. Minister befürchtet, daß es bereits zu spät sei, um militärisches Eingreifen für Rumänien zu verhüten. Antwortete, daß Krieg nicht Selbstzweck sein und Rumänien denselben nicht ins Blaue hinein führen könne, sondern ein streng begrenztes Ziel im Auge haben müsse, sowohl in territorialer als politischer Hinsicht. Minister bemerkte, darüber werde eben morgen Beschluß gefaßt werden. Er beschwerte sich über im „Mir" jüngst erschienenen Artikel des bulgarischen Kultusministers, welcher von Verachtung für Rumänien strotzt. Große Begeisterung für Krieg, die sich allgemein manifestiert, und anscheinend ungünstige Lage bulgarischer Streitkräfte scheint mir den hiesigen zum Kriege treibenden Kräften starken Rückhalt zu geben. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7715. — [b]) Richtig 6.

Nr. 7699. Tel. nach London, 9. Juli 1913 Nr. 569 (chiffr. 9 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

Frage der Nichtintervention in dem gegenwärtigen Balkankonflikt. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 508 vom 8. d. M., welches sich mit meinem Telegramm Nr. 566[b]) vom gleichen Datum gekreuzt hat. Euer Exzellenz wollen bei Sir E. Grey und in der Réunion die in meinem Telegramm enthaltenen, von mir dem Herrn französischen Botschafter gegenüber gebrauchten Argumente, welche unseren Standpunkt zu diesem Vorschlage präzisieren, verwerten und beifügen, daß wir irgendeine bindende Erklärung in einem Momente für nicht opportun hielten, wo man nicht wisse, welche Entwicklung die Dinge am Balkan nehmen. Sollte bei einer Diskussion dieser Frage unser Verhalten von irgend einer Seite kritisiert werden, so könnten Euer Exzellenz auf die Dehnbarkeit des Begriffes „Nichtintervention" in Balkanfragen und auf die jedenfalls large Interpretation hinweisen, welche dieser Gedanke russischerseits durch die jüngsten Enunziationen in Sofia und Belgrad aus Anlaß der Vertragsstreitigkeiten zwischen beiden Kabinetten erfahren hat. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7765. — [b]) Mit Tel. Nr. 566, 8. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.) wurde n. 7670 nach London mitgeteilt.

Nr. 7700. Aide-Mémoire der englischen Botschaft in Wien, 9. Juli 1913.[a]) Ausfert.

L'Ambassadeur de Turquie à Londres a demandé, par ordre de son gouvernement, que les Puissances proposent au gouvernement bulgare d'évacuer les territoires qui, conformément au traité de paix, doivent être rétrocédés à la Turquie; afin que les réfugiés turcs puissent rentrer chez eux et que le gouvernement ottoman soit soulagé des frais de leur maintien. En attendant la délimitation de la frontière Enos-Midia, le gouvernement ottoman propose qu'une zone neutre soit établie. La Turquie désire démobiliser, mais elle veut que ces questions soient réglées d'abord. Sir Edward Grey a répondu à l'Ambassadeur de Turquie qu'il serait obligé de consulter

les autres Puissances, mais qu'il les informerait que la demande du gouvernement ottoman lui paraissait raisonnable. Sir Edward Grey a chargé l'Ambassadeur d'Angleterre de demander les vues du Comte Berchtold sur cette question.

[a]) Vgl. n. 7691, 7714.

Nr. 7701. Tel. aus Paris, 9. Juli 1913 Nr. 134 (eing. 10. Juli 1 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Pichon sagte mir heute, es sei höchste Zeit, daß die Feindseligkeiten am Balkan ein Ende nehmen, denn sonst dürfte sich Situation bedenklich komplizieren. Er wolle sein Möglichstes tun, um Einstellung der Feindseligkeiten und Friedensschluß herbeizuführen. Er beabsichtige, in Sofia den dringenden Rat zu geben, Bulgarien möge sich an irgendeine Großmacht (offenbar meinte er Rußland) wenden und seine Bereitwilligkeit, Frieden zu schließen, bekanntgeben. Dann könnte Mediation sämtlicher Großmächte stattfinden. Auf meine Frage, auf welcher Basis er Frieden für möglich halte, bezeichnete er Vardar als geeignete serbisch-bulgarische Grenzlinie. Bulgarien stehe militärisch schlecht, sei überdies von Rumänien und der Türkei bedroht; es möchte Frieden schließen, bevor diese Mächte aktiv eingreifen. Rumänien würde sich jetzt noch mit der Linie Turtukaia—Baltschik begnügen, nach einer Kriegserklärung und sehr wahrscheinlichen kriegerischen Erfolgen aber viel mehr verlangen. Serbien sei nach seinen Informationen zum Frieden geneigt und in seinen Ansprüchen nicht übertrieben. Griechenland stelle viel größere Ansprüche und müßte von den Mächten zur Raison gebracht werden, wozu man in Albanien und Inselfrage Pressionsmittel habe. Militärische Situation sei heute noch genug unentschieden, um billigen Ausgleich zu gestatten, ein entscheidender serbisch-griechischer Erfolg würde Ansprüche dieser Länder ungebührlich steigen lassen. Bulgarische Siege würden Intervention Rumäniens nach sich ziehen. Meine Frage, ob nach seiner Ansicht eventuelle Vermittlung der Mächte durch Londoner Reunion erfolgen könnte, beantwortete er ausweichend. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 7731.

Nr. 7702. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 9. Juli 1913 Nr. 3272.[a]) Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Herzog Avarna teilte mir heute den Inhalt einer Unterredung zwischen Herrn Pichon und Herrn Tittoni mit: Herr Pichon sei bereit, in der Frage der südalbanesischen Abgrenzung Entgegenkommen zu zeigen, indem er keine Einwendungen dagegen erheben werde, daß die Grenze von Kap Phtelia ausgehend derartig verlaufe, daß Argyrokastro und Koritza bei Albanien verbleiben. Hingegen verlange er, daß der Verlauf der Grenze durch eine Commission mixte fixiert werde. Auch müßte ein projet transactionel général ausgearbeitet werden, welches nebst der Grenzfrage auch die Inselfrage umfasse. Es scheine hiebei Herrn Pichon vorzuschweben, daß die Lösung der Inselfrage sowie der Frage der Pinduswalachen Kompensationen an Griechenland enthalten könnte für den Verlust der Küste

nördlich von Kap Phtelia und die Preisgabe von Argyrokastro und Koritza. La question des îles devra rester subordonnée aux démarches à faire de la part des Puissances auprès de la Turquie, tandis que la question des valaques du Pinde serait subordonnée à la décision de la commission mixte.

[a]) Vgl. n. 7637.

Nr. 7703. Tel. aus Rom, 9. Juli 1913 Nr. 424 (eing. 10. Juli 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 407 vom 5.[b]) d. M. Hiesige Regierung hat auf den französischen Nichtinterventions-Vorschlag zustimmend geantwortet. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7733. — [b]) n. 7660.

Nr. 7704. Tel. aus Sofia, 9. Juli 1913 Nr. 702 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Hatte soeben Besuch Herrn Dobrovič', der mir sagte, militärische Lage sei ungünstig. Gestern habe sie sich ein wenig gebessert, aber nicht genug, um daraus günstige Wendung zu erwarten. Bulgarien hätte auf Sieg absolut sicher gerechnet, nun komme es aber anders. Es sei unsicher, wie lange sich General Ivanoff gegen Griechen, die man viel zu sehr unterschätzt hätte, halten werde können und von Serben sei Armee General Kovačeffs geschlagen. Die mazedonische Gruppe dieser Armee sei ganz vernichtet und was Schicksal des übrigen Teiles sein werde, sei unsicher, da dem zu Hilfe eilenden General Toscheff noch nicht gelungen, Vereinigung herzustellen. Es gehe schlecht — man werde sich noch einige Tage halten, abgesehen aber von ganz unerwartetem Glücksfall könne kein guter Ausgang erwartet werden. Seine Majestät der König hätte Herrn Dobrovič beauftragt, mir Vorstehendes mitzuteilen und sich auf Erklärungen berufen, die ich hier abgegeben, laut welchen Österreich-Ungarn, falls Bulgarien Niederlage drohen würde, letzterem aktive Unterstützung zuteil werden ließe. Dieser Fall sei eingetreten. Ich erwiderte sofort, daß laut meiner abgegebenen Erklärungen unsere eventuelle Unterstützung von vorheriger Verständigung Bulgariens mit Rumänien abhänge, ich hätte dies nicht nur Herrn Danew, sondern auch Dobrovič selbst wiederholt früher ausdrücklich gesagt und dies auch gestern noch Konseilspräsidenten wiederholt. Dobrovič gab dies rückhaltslos zu, fügte bei, er sei von meiner gestrigen Unterredung mit Danew informiert, auch Seine Majestät begreife sehr gut, daß wir Bulgarien nicht unterstützen könnten, wenn diese Unterstützung gleichzeitig einen Druck auf Rumänien bedeuten würde. Nun sei aber durch ungünstige militärische Situation — „wir sind ja so gut wie geschlagen" — der Fall, wegen dessen Rumänien mobilisiere — Störung Gleichgewichtes durch übergroßes Bulgarien — ausgeschaltet und man könne doch nicht verlangen, daß Regierung jetzt, wo Neuerwerbungen Bulgariens gefährdet, auch noch Stücke alten Bulgariens abtrete. Wenn Krieg günstig verlaufen wäre, hätte König Gebietsstreifen Tutrakan—Dobritsch bis Kap Šabla (abgetreten).[b]) (Von Balčik nicht zu reden, da dies mit Verdrängung Bulgariens vom Schwarzen Meer gleichbedeutend gewesen wäre.) Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7696, 7705, 7706, 7715. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 7705. Tel. aus Sofia, 9. Juli 1913 Nr. 703 (eing. 10. Juli 2 U. a. m.).[a] Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 702. Jetzt aber, wo Kriegsglück gegen Bulgarien sich wende und das von Rumänien gefürchtete Entstehen zu starken Bulgariens ausgeschlossen, falle doch Grund rumänischer Aktion weg und König könnte sich noch allenfalls zu Grenzrektifikation verstehen, das heißt, die zwei in rumänisches Gebiet einspringenden Dreiecke und Küste vielleicht bis Šabla. Ich erwiderte, ich könne in Unkenntnis momentaner Stimmung in Bukarest nichts antworten, hätte Danew schon vor acht Tagen auf die immer gefährlicher werdende Situation wiederholt aufmerksam gemacht und ersuchte Herrn Dobrović, Seiner Majestät zu melden, ich könnte nichts anderes tun, als Schritt, den König durch ihn bei mir unternommen, sofort zur Kenntnis Euer Exzellenz zu bringen. Dobrović fügte bei, Seine Majestät wünschte auch persönlich mich zu sprechen, da ich jedoch meritorische Antwort nicht zu geben in der Lage sei, würde er König empfehlen, mich zu empfangen, bis ich Euer Exzellenz Antwort erhalten, wovon mich Mitredner bat, ihn sofort zu verständigen. Im Verlaufe des Gespräches erwähnte Dobrović auch Äußerung Königs, Politik Rumäniens darauf ausgehend, Serbien und dadurch auch Montenegro Machtzuwachs zu verschaffen, könne uns unmöglich konvenieren. Bevor mich Dobrović verließ, fragte ihn, ob wahr, daß Bulgarien sich an Russland gewendet, um Einstellung der Feindseligkeiten und Art russischer Mediation zu erlangen. Mitredner antwortete bejahend; Herr Danew habe diese Bitte bei russischem Gesandten vorgebracht, der sie zur Kenntnis genommen; auf meine weitere Frage, ob Dobrović sich davon Erfolg verspreche, zuckte Mitredner Achsel, meinte aber, Serben stünden ja auch nicht gar so glänzend und ließ durchblicken, Bulgarien wolle kein Mittel unversucht lassen, um aus kritischer Situation herauszukommen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7706, 7715, 7716.

Nr. 7706. Tel. aus Sofia, 9. Juli 1913 Nr. 705 (eing. 10. Juli 10 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Nachhang zu meinen Telegrammen Nr. 702 und 703 von heute. Dobrović sagte mir auf meine bezügliche Frage, Seine Majestät sei mit rumänischem Gesandten nicht direkt in Fühlung getreten, da zu einem solchen Schritt, in Anbetracht der mir bekanntgegebenen Auffassung des Königs über rumänische Frage, keine Veranlassung. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7695.

Tel. nach Berlin, 10. Juli 1913 Nr. 495 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 7713.

Nr. 7707. Tel. aus Berlin, 10. Juli 1913 Nr. 321 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 490 geheim vom 8. d. M. betreffend Prinzen Wied. Noch vor Rücksprache des Staatssekretärs

mit letzterem hatte ich Gelegenheit, ersterem von Euer Exzellenz Ausführungen Kenntnis zu geben und ihn in eindringlichster Weise darauf aufmerksam zu machen, daß ein Echec der Kandidatur des Prinzen zu einem Siege der Politik der Triple-Entente führen würde. Seither hatte Staatssekretär, wie er mir soeben erzählte, die in Aussicht genommene Unterredung mit Prinz Wied. Letzterer sagte ihm, daß er definitiven Entschluß in dieser Frage erst nach seiner Rückkehr von einer Nordlandsreise und von einem Besuch in Christiania bei seinem dort als Geschäftsträger fungierenden jüngeren Bruder werde fassen können. Er — Jagow — habe dem Prinzen Euer Exzellenz Konsiderationen in zustimmender Weise mitgeteilt, doch gestehe er mir ganz offen, daß er aus rein menschlichen Gründen die Annahme der Kandidatur nicht ganz besonders befürworten könnte. Das Hauptbedenken des Prinzen sei die heute noch nicht definitive Regelung der Grenzfrage. Prinz sei überzeugt, daß er ohne Gefährdung der Interessen des Landes und seiner eigenen nur nach erfolgter Bereinigung dieser Frage Herrschaft in Albanien übernehmen könne. Staatssekretär habe ihm, wie er mir sagte, in dieser Beziehung Recht geben müssen. Wie gesagt, beabsichtigt Prinz noch mit sich selbst zu Rate zu gehen und die diesbezügliche Ansicht seiner nächsten Verwandten anzuhören. Eventuell wäre er bereit, in der zweiten Hälfte August sich nach Wien und auch nach Rom zu begeben. Staatssekretär meinte, daß es unter den gegebenen Umständen das Vernünftigste wäre, nach Rücksprache mit dem Prinzen und mit dessen Einwilligung seine Kandidatur aufzustellen und inzwischen eine provisorische Regierung in Albanien einzusetzen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 7721.

Nr. 7708. Tel. aus Bukarest, 10. Juli 1913 Nr. 201 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äußern teilt mir folgendes mit: Hier eingelaufenen Nachrichten zufolge hat bulgarische Regierung sich vollkommen in die Arme Russlands geworfen und dasselbe ersucht, die Differenzen zwischen Bulgarien und früheren Alliierten auszugleichen. Bulgarische Armee, welche schwere Niederlagen erlitten, soll Befehl erhalten, Feindseligkeiten einzustellen. Gestern abends machte russischer Gesandter ähnliche Eröffnungen, wenn auch nur als persönliche Mitteilung und nicht im Auftrage seiner Regierung. Zufolge dieser Änderung der Sachlage, bei welcher zu erwarten steht, daß friedlicher Ausgleich zwischen heutigen Kriegführenden imminent, unterbreitet Minister des Äußern heute Seiner Majestät dem König zur Genehmigung eine Depesche an bulgarische Regierung des Inhaltes, daß I.) rumänische Regierung beizeiten bulgarische Regierung verständigt hätte, daß sie bei neuerlichem Kriegsausbruche nicht inaktiv bleiben könne, II.), daß Bulgarien Krieg, ohne auf diese Mitteilung zu reagieren, begonnen habe, III.), daß bulgarische Silistriakommission die berechtigten Ansprüche Rumäniens nicht beachtet hätte, infolge dessen Rumänien sich genötigt sehe, zur Wahrung seiner Interessen Linie Turtukaia—Balčik zu besetzen, weiteres Eingreifen jedoch von Gestaltung der Ereignisse abhängig machen werde. Minister fügte hinzu, daß er dagegen sei, daß Rumänien dem agonisierenden

Bulgarien in den Rücken falle, sich jedoch das Recht wahren müsse, bei endgiltiger Regelung der Gebietsfragen ein entscheidendes Wort mitzureden. Er habe russischen Gesandten nach dessen obigen „persönlichen" Mitteilungen gefragt, ob, ebenfalls nach seiner Privatansicht, russische Regierung gegen diese ligne de conduite Rumäniens etwas einzuwenden haben wird, was Herr Schebeko verneinte. Ministerpräsident sprach auch Erwartung aus, daß die Vorgangsweise Rumäniens bei Euer Exzellenz entsprechende Würdigung finden werde, da dieselbe durch den Gang der Ereignisse, der außerhalb des rumänischen Einflusses lag, bedingt wurde und der Politik der Monarchie nicht entgegen laufe. Minister teilt mir auch mit, Seine Majestät der König hätte sich dahin geäußert, dass die letzten Enunziationen in der „Politischen Korrespondenz" und der Leitartikel des „Pester Lloyds" vom Sonntag die bisher so warmen und innigen Beziehungen zwischen der Monarchie und Rumänien wieder vollkommen hergestellt hätten.

[a]) Vgl. n. 7724, 7725. K. E. Fürstenberg.

Tel. nach Konstantinopel, 10. Juli 1913 Nr. 328 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 7713.

Nr. 7709. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 10. Juli 1913 Nr. 347 (eing. 11. Juli 7 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Telegramm Nr. 322 vom 9. d. M. erhalten und Auftrag ausgeführt. Großvezir erwiderte, türkische Regierung sei entschlossen, Territorium bis zu Linie Enos—Midia zu besetzen und eventuellem Widerstand seitens bulgarischer Truppen entgegenzutreten. Großvezir fügte hinzu, die Pforte sei von den friedlichsten Absichten beseelt und verlange bloß die Ausführung Londoner Friedensvertrages. Auf meine Frage, wie sich die Türkei nach Okkupation des besetzten Territoriums verhalten würde, wollte Großvezir mir keine positive Antwort geben und sagte mir, er könne nicht voraussehen, wie sich in der Zukunft die allgemeine Situation gestalten werde. Auf meinen Hinweis auf eventuelle russische Aktion in Asien bemerkte mein Mitredner, daß er sich Gefahr voll bewußt sei und daß türkische Regierung es gewiß vermeiden werde, die Lage noch mehr zu komplizieren. Herr Natschowitsch ist angekommen; ich habe Eindruck, daß derselbe im gegenwärtigen Moment hier nicht viel ausrichten wird. Allgemeine Stimmung ist durchaus bulgarenfeindlich. Es sind hier Nachrichten über bulgarische Massakers gegen die griechische und mohammedanische Bevölkerung in den von den Bulgaren okkupierten Städten am Marmarameer eingetroffen. Großvezier sagte mir, daß der ökumenische Patriarch Aufmerksamkeit der Pforte hierauf gelenkt hätte.

[a]) Vgl. n. 7753, 8440. Pallavicini.

Nr. 7710. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 10. Juli 1913 Nr. 348 (eing. 11. Juli 6 U. a. m.). Entziff.

Wie mir Großvezier sagt, wird der Vormarsch der türkischen Truppen gegen Enos—Midia schon heute oder morgen beginnen. Seit drei Tagen werden Pferde und Zugtiere requiriert. K. und k. Major Wagner, der sich einige Tage im türkischen Lager von Tschataldja aufgehalten hat, sagte mir,

Truppen seien in sehr guter Verfassung und scheinen vollständig schlagfertig zu sein. Pallavicini.

Nr. 7711. Tel. nach London, 10. Juli 1913 Nr. 573 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Berchtold).

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 505 vom 8. d. M. Ich bin damit einverstanden, daß die bei der königlich serbischen und königlich montenegrinischen Regierung vorgesehene Demarche in Angelegenheit der Evakuation Albaniens in Verbindung mit der Zusage eines accès commercial für Serbien und des Beisatzes für Montenegro in der in der Réunion vom 1. d. M. festgesetzten Form wiederholt werde, vorausgesetzt, daß — was Montenegro betrifft — der in Euer Exzellenz eingangs zitiertem Telegramme formulierte Satz: „En adhérant à cette proposition ... und so weiter" beigefügt werde. Ich billige auch, daß die Mittheilung an die königlich serbische Regierung durch Sir E. Grey an den serbischen Geschäftsträger in London erfolge. Die Mittheilung an die königlich montenegrinische Regierung kann aber nach meinem Dafürhalten im Hinblick auf den von uns verlangten Zusatz nicht durch die Gesandten der sechs Großmächte in Cetinje erfolgen, weil der innere Widerspruch, der zwischen der allgemeinen Mittheilung und unserem Zusatze liegt, eine Theilnahme des k. und k. Gesandten an dieser Demarche verhindern müßte. Ich würde daher vorschlagen, daß der Schritt in Cetinje durch den dortigen englischen Vertreter nomine aller ausgeführt werde, wobei derselbe seiner Erklärung den uns betreffenden Beisatz hinzuzufügen hätte. Durch dieses unser neuerliches Entgegenkommen wird selbstverständlich das zwischen den Mittheilungen der Réunionsbeschlüsse betreffend die Evakuierung und den accès commercial von uns aufgestellte Junktim nicht tangiert. Was die Frage des Minoritätenschutzes anlangt, so wären wir bereit, auch in dieser Beziehung eine Konzession zu machen. Wir würden uns begnügen, wenn bei Wiederholung des Réunionsbeschlusses vom 22. März demselben als Interpretation beigefügt würde, daß — wie ein uns durch Grafen Thurn zugekommenes russisches Aide-Mémoire[b] vorschlägt — „dans le futur traité de paix il soit confirmé que les Gouvernements de la Serbie et du Monténégro accorderont protection à leurs citoyens sans distinction de race et de religion sur la base des garanties prévues par les articles 27, 30 (les deux premiers alinéas), 35 et 39 (premier alinéa) du traité de Berlin qui restent en vigueur" und daß diese Bestimmung im Geiste des vorerwähnten Réunionsbeschlusses ergänzt werde durch den Zusatz: „il est expressément entendu que ces garanties impliquent la reconnaissance légale de la nationalité albanaise et le libre usage de la langue albanaise pour l'enseignement scolaire et pour la publication de livres et de périodiques." Wenn Sir E. Grey in der Lage ist, Euer Exzellenz in dieser Richtung eine Zusicherung zu geben, sind Euer Exzellenz ermächtigt, das Junktim zwischen Minoritätenschutz und accès commercial fallen zu lassen. Euer Exzellenz wollen sich bei Sir E. Grey und dann auf der Réunion in vorstehendem Sinne vernehmen lassen. Persönlich. Erhalten Euer Exzellenz Bericht Nr. 65 C[c] vom 4. d. M. Zu der darin besprochenen Auffassung Herrn Petrajeffs über die von uns aufgestellten 8 Punkte möchte ich nur bemerken, daß

ich nicht in der Lage bin, auf die bezüglichen Bedenken Grafen Benckendorffs und des russischen Experten einzugehen und daß ich beabsichtige, mich einzig und allein an das mir durch Grafen Thurn vorgelegte Memorandum der russischen Regierung zu halten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7730, 7930. — [b]) Beilage zu n. 7626. — [c]) Mit Bericht Nr. 65 C, 4. Juli 1913 (eing. 7. Juli) wurden aus London Einwendungen Benckendorffs und Petrajeffs zu den mit n. 7468 übermittelten 8 Punkten betreffend den Schutz der albanischen Minoritäten in Serbien und Montenegro mitgeteilt. Benckendorff erschienen sie viel zu weitgehend, der Passus über die „ausdrückliche Anerkennung der albanischen Minorität" direkt unannehmbar. Unter den zahlreichen Einwendungen Petrajeffs figuriert auch folgende: „Bei einer allgemeinen Fassung werden auch die bulgarischen Elemente in den Serbien zufallenden Gebieten unter diese Bestimmungen fallen. Da anzunehmen ist, daß Serbien die Bulgaren Üskübs und anderer Gebiete jedenfalls serbisieren und ihnen auf kirchlichem und sprachlichem Gebiete keine Konzessionen wird machen wollen, so würden Bestimmungen mit einer allgemeinen Fassung auf starke Opposition Serbiens stoßen."

Nr. 7712. Tel. nach London Nr. 575 (1) und Rom Nr. 779 (2), 10. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger u. Rappaport; G. Berchtold).

1. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 557 vom 5. d. M. Die Bemerkungen Sir E. Greys zu Euer Exzellenz und Marquis Imperialis Kompromißentwurfe bezüglich des albanischen Statutes wurden hier einem eingehenden Studium unterzogen, welches folgendes Resultat ergab: „Da laut Punkt I die Souveränität des Sultans eliminiert erscheint, hat die von Sir Edward Grey vorgeschlagene Ersetzung des Wortes „indépendante" im Punkte II durch „autonome garantie et contrôlée exclusivement par les six Puissances" keine raison d'être mehr. Der diesbezügliche Passus der Resolution vom 20. Dezember v. J. beruhte auf der nunmehr in Wegfall gekommenen Voraussetzung der türkischen Souveränität. Die englischerseits proponierte Fassung könnte unter den gegenwärtigen Umständen zu dem zweifachen Mißverständnisse Anlaß geben, daß Albanien unter der Kollektiv-Souveränität der sechs Mächte stehe und daß die internationale Controle gleich den anderen Bestimmungen des Punktes II (Neutralität, Erblichkeit der Fürstenwürde) eine ständige Einrichtung bedeute. Beides ist aber von unserem Standpunkte inacceptabel. Unserer Auffassung nach wäre die Bezeichnung Albaniens als souveränes Fürstentum überhaupt die natürliche Lösung. Wenn wir statt dessen dem Ausdrucke „indépendante" zugestimmt haben, so ist dies eine Konzession, über die wir nicht hinauszugehen vermögen. Euer Exzellenz wollen daher auf der ursprünglichen Textierung der Punkte I und II des von Hochdenselben und Marquis Imperiali vorgeschlagenen Kompromiß-Entwurfes, sowie darauf bestehen, daß wir erst nach integraler Annahme dieser beiden Punkte in die Discussion des dritten einzutreten vermöchten. Was diesen letzteren betrifft, so erscheint uns eine, wenn auch nur provisorische Betrauung der Kommission mit der Führung der Landesverwaltung unannehmbar. Es müßte daher der erste Satz des Greyschen Textes etwa folgendermaßen umstilisiert werden: „En attendant la désignation du Prince, le fonctionnement des autorités nationales qui administrent le pays provisoirement et de facto, sera contrôlée par une commission internationale composée des délégués des six Puissances et d'un

délégué de l'Albanie." Ferner müßte der Passus „et de l'organisation du contrôle des Puissances" durch den Zusatz „pour la durée du mandat de la commission" ergänzt werden, da wir der Kontrolle als ständiger Einrichtung nicht zustimmen können. (Schließlich bemerke ich zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information, daß ich auf die Feststellung eines sechsmonatigen Termines für die Einsetzung des Fürsten deshalb keinen Wert lege, weil eine solche Bestimmung uns eventuell daran hindern könnte, schon vor Ablauf des Termines zur Installirung des Herrschers zu schreiten.) Was die beiden von Sir Edward Grey laut der letzten Alineas[b]) Euer Exzellenz Telegramm Nr. 494[c]) vom 4. d. M. angeregten beiden Fragen, Kommissionspräsidium und Gendarmerie, anbelangt, erscheint letztere durch den Réunionsbeschluß vom 7. d. M. erledigt, worüber Euer Exzellenz eine separate Weisung zukommt; hinsichtlich des Vorsitzes stimmen wir dem Alternate nach alphabetischer Ordnung unter der Voraussetzung zu, daß die Mandatsdauer des Präsidenten nicht mehr als drei Monate betragen dürfe." Ich theile vorstehende Instruktion Herrn von Mérey mit und lasse das italienische Kabinet um Unterstützung Euer Exzellenz durch Marquis Imperiali ersuchen.

2. Fortsetzung zu meinem heutigen Telegramm Nr. 778.[d]) Ich telegrafiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von: „Die Bemerkungen" bis Schluß.) Ich ersuche Euer Exzellenz, Vorstehendes zur vertraulichen Kenntnis Marquis di San Giulianos zu bringen und um Unterstützung unseres Standpunktes durch den italienischen Botschafter in London zu bitten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7721, 7729, 7734, 7744, 8143. — [b]) Es handelt sich um den Passus „Sir E. Grey considère nécessaire" bis zum Schluß in n. 7621. — [c]) Richtig 499 = n. 7621. — [d]) Mit Tel. Nr. 778, 10. Juli 1913 (chiffr. 12 U. 30 M. p. m.) wurde n. 7621 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 7713. Tel. nach London Nr. 576 (1), Paris Nr. 359 (2), Rom Nr. 780 (3), Berlin Nr. 495 (4), St. Petersburg Nr. 407 (5) und Konstantinopel Nr. 328 (6), 10. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 503 vom 7. d. M. Ich ersuche Euer Exzellenz, Sir E. Grey mitzuteilen, daß ich bereit bin, den Schritt bei der schwedischen Regierung mitzumachen, sobald die Botschafterréunion Punkt I und II unseres Kompromißentwurfes angenommen haben wird.

2.—6. Graf Mensdorff telegraphiert unterm 7. d. M.: . . . *wie n. 7674* . . .

3. Ich antworte dem Herrn Botschafter unter einem: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Ich ersuche" bis „haben wird.")

2., 4., 5., 6. Ich ermächtige unter einem Grafen Mensdorff, Sir E. Grey mitzuteilen, daß ich bereit bin, den Schritt bei der schwedischen Regierung mitzumachen, sobald die Botschafterréunion, unserem Kompromißentwurf entsprechend, das Fallenlassen der Suzeränität des Sultans, die Erblichkeit der albanesischen Fürstenwürde und die Neutralität Albaniens beschlossen haben wird. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7745.

Nr. 7714. Verbalnote an die englische Botschaft in Wien, 10. Juli 1913 Nr. 3273.[a]) Konz. (S. Hohenlohe; G. Macchio).

En réponse à l'aide-mémoire[a]) remis le 9 de ce mois et concernant la demande de l'Ambassadeur de Turquie à Londres en vue d'une démarche des Puissances proposant au Gouvernement bulgare d'évacuer les territoires qui, conformément au traité de paix, doivent être rétrocédés à la Turquie le Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères a l'honneur de porter à la connaissance de l'Ambassade d'Angleterre ce qui suit: Hussein Hilmi Pacha vient de faire ici une démarche analogue à celle de son collègue de Londres. Le Comte Berchtold a répondu à l'Ambassadeur qu'il chargerait le Ministre Impérial et Royal à Sofia d'informer d'une façon tout à fait amicale et en évitant soigneusement tout semblant de pression, le Cabinet de Sofia du désir ottoman. En effet le Comte Tarnowski a reçu les instructions en question.

[a]) Vgl. n. 7691, 7700.

Tel. nach Paris, 10. Juli 1913 Nr. 359 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 7713.

Tel. nach Rom, 10. Juli 1913 Nr. 779 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7712.

Tel. nach Rom, 10. Juli 1913 Nr. 780 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 7713.

Tel. nach St. Petersburg, 10. Juli 1913 Nr. 407 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 7713.

Nr. 7715. Tel. nach Sofia, 10. Juli 1913 Nr. 360 (chiffr. 11. Juli 1 U. 20 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 702 und 703 vom 9. d. M. erhalten. Ich bin mit der Sprache, die Euer Hochgeboren gegenüber Baron Epinghofen, Herrn Danew sowie Herrn Dobrovič geführt haben, durchaus einverstanden und billige es namentlich auch, daß Sie den Letztgenannten sofort daran erinnert haben, wir hätten unsere aktive Unterstützung ausdrücklich von der vorherigen Verständigung mit Rumänien abhängig gemacht. Euer Hochgeboren wollen sich zu Herrn Dobrovič oder, falls König Ferdinand Sie berufen sollte, Seiner Majestät gegenüber im folgenden Sinne aussprechen: Wir haben die bulgarische Regierung niemals darüber im Zweifel gelassen, daß unsere wohlwollende Politik — von der wir auch weiterhin, soweit das Verhalten Bulgariens uns dies ermöglicht, nicht abgehen werden — durch die Rücksichten begrenzt sei, die uns unser langjähriges enges Verhältnis zu Rumänien auferlegt. Wir haben deshalb in Sofia seit Monaten mit steigendem Nachdruck zu einer Verständigung mit Rumänien geraten und noch vor wenigen Tagen haben Euer Hochgeboren Herrn Danew die Abtretung des Gebietes bis zur Linie Turtukaja—Baltschik dringend empfohlen. Unsere Ratschläge wurden nicht gehört und dadurch hat Bulgarien selbst unsere Aktionsfreiheit beschränkt. Andererseits hat das Kabinet Danew sich nicht entschließen können, den Gedanken an eine Fortsetzung

der Balkanbundpolitik, die, wie immer man die Sache darstellen mag, stets eine gegen die Monarchie gerichtete Spitze enthalten hätte, ganz aufzugeben. Um sich diese Möglichkeit offen zu halten und sich die Gunst Rußlands, das jene Kombination patronisiert, nicht zu verscherzen, hat Herr Danew sogar auf den Gang der kriegerischen Operationen Einfluß genommen und von der bulgarischen Heeresleitung eine Berücksichtigung dieser politischen Momente verlangt, der sicherlich zum größten Teile die Schuld an der gegenwärtigen ungünstigen militärischen Situation in Mazedonien beizumessen ist. Was nun die Frage quid faciendum anbelangt, so geht meine Ansicht dahin, daß Bulgarien in seiner heutigen überaus bedrohten Lage vor allem trachten sollte, Rumänien selbst um den Preis schwerer Opfer von einem kriegerischen Vorgehen abzuhalten. König Ferdinand hat die Notwendigkeit, diesen Versuch noch immer zu unternehmen, selbst erkannt und Euer Hochgeboren sowie Herrn Ghika von dem Anbot des Gebietes bis Turtukaja-Dobrič- nördlich Kap Kaliakra durch Baron Epinghofen informieren lassen. Die jüngsten Mitteilungen Herrn Dobrovič' stellen aber eine Zurückziehung dieses Anbotes dar, die damit motiviert wurde, daß die mazedonischen Neuerwerbungen Bulgariens in Frage gestellt seien und damit auch der Grund eines eventuellen Losschlagens Rumäniens, die übermäßige Vergrößerung Bulgariens, weggefallen wäre. Dieser Gedankengang trägt jedoch den tatsächlichen Verhältnissen nicht Rechnung. Rumänien wäre vielleicht vor Kriegsausbruch und vor der Mobilisierung seiner Armee mit relativ geringen Konzessionen zu befriedigen gewesen. Heute, wo die Armee in wenigen Tagen aktionsbereit sein wird, die umfangreiche kostspielige Mobilisierung erfolgt ist und die kriegerische Stimmung des Volkes einen hohen Grad erreicht hat, dürften die Ansprüche Rumäniens sich zweifellos gesteigert haben. Auch militärische Mißerfolge Bulgariens dürften nicht geeignet sein, diese Prätensionen herabzusetzen. Über deren Ausmaß ist uns noch nichts bekannt. Wir haben den Wunsch Herrn Danews, eine diesbezügliche Information zu erhalten, in Bukarest mitgeteilt,[b] eine Antwort wurde Prinzen Fürstenberg aber noch nicht erteilt.[c] Jedenfalls kann nicht davon die Rede sein, daß Rumänien sich heute noch mit jenen geringen Konzessionen begnügt, die Herr Dobrovič erwähnt hat. (Grenzdreiecke und Küste bis Šabla). Unter diesenUmständen können wir nur dazu raten, durch unsere Vermittlung mit einem Anbot an Rumänien heranzutreten, das Aussicht hat, angenommen zu werden. Dies schiene uns umso notwendiger, als Rumänien auf dem — übrigens von Herrn Danew akzeptierten — Standpunkt steht, daß ein konkreter Vorschlag von bulgarischer Seite zu machen wäre. Euer Hochgeboren sind ermächtigt, von den vorstehenden Ausführungen, soweit sie hiezu geeignet erscheinen, auch gegenüber Herrn Danew Gebrauch zu machen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7735, 7749, 7769, 7782, 7816. — [b] n. 7649. — [c] Vgl. n. 7698.

Nr. 7716. Tel. aus Sofia, 10. Juli 1913 Nr. 707 (eing. 11. Juli 8 U. a. m.)[a] Entziff.

Im Zusammenhange mit mir heute von Dobrovič bestätigtem bulgarischen Schritt bei Russland zwecks Einstellung der Feindseligkeiten und

Mediation möchte ich melden, dass mein russischer Kollege, der bis gestern gebrochener Mann, jetzt wieder hoffnungsvoll, was mir dadurch erkläre, dass russische Diplomatie in die Lage gesetzt, wieder Rolle Retters Bulgariens zu spielen. Französischer Kollege sagte einem Gewährsmanne, Österreich-Ungarn würde wohl zu starkes Serbien nicht gestatten, daher könnte Idee europäischer Konferenz zwecks Schaffung autonomen Mazedoniens wieder in Vordergrund treten, was für Bulgarien nach unglücklichem Krieg eine günstige Lösung wäre. Rumänischer Gesandter, der mit französischem und russischem Gesandten auf gutem Fuß und daher von ihnen manche Andeutung bekommt, hat — wie er mir sagt — gestern in Bukarest gewarnt, Rumänien könnte, bevor Mobilisierung noch vollendet, von Einstellung der Feindseligkeiten überrascht werden. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7705, 7719.

Nr. 7717. Tel. aus Sofia, 10. Juli 1913 Nr. 708 (eing. 11. Juli 5 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 353 vom 9. d. M. erhalten und Herrn Danew entsprechend verständigt. Er ersuchte mich, ihm ganzes, Euer Exzellenz vom kaiserlich ottomanischen Botschafter übergebenes Aide-mémoire vorzulesen, und sprach dann Erwartung aus, daß Euer Exzellenz auch so gütig sein würden, bulgarischen Standpunkt Türkei gegenüber zu vertreten. Bulgarien sei nicht nur bereit, — meinte Danew — dem Wunsche der Pforte nach Evakuierung türkischen Gebietes durch bulgarische Truppen zu entsprechen, sondern möchte bulgarische Regierung sogar von der Last, welche Besetzung dieses Gebietes für sie darstellt, so bald als möglich befreit werden. Die türkische Regierung hätte sich diesbezüglich bereits direkt an Bulgarien gewendet und hiebei Wunsch ausgesprochen, daß an die bulgarischen Truppen Befehl erlassen werde, sich bis zur Grenze Enos—Midia zurückzuziehen. Herr Danew hätte darauf geantwortet, daß sofortige Erteilung eines solchen Befehles unmöglich, da Grenze nicht delimitiert und Truppen nicht angewiesen werden könnten, bis wohin sie sich zurückziehen sollten. Bulgarischer Regierung habe unentbehrlich erschienen, vorerst die Grenzlinie, wenn auch nur provisorisch, im Einvernehmen mit der Türkei zu fixieren, und aus diesem Grunde hätte Herr Danew Herrn Natschowitsch nach Konstantinopel delegiert und letzterem Vollmacht erteilt, damit er diese Fragen mit der Pforte regle. Herr Natschowitsch sei der türkischen Regierung bekannt, hätte bereits mit Hilmi Pascha Diskussionen verschiedener Fragen angeknüpft und Danew habe ihn mit Vollmacht versehen, auch über diesen ganzen Komplex von Angelegenheiten mit türkischer Regierung zu verhandeln. Bulgarien sei von freundschaftlichsten Gefühlen für die Türkei erfüllt und wünsche durch gleiche Gesinnung, die es bei der Pforte zu finden hoffe, in allen Punkten Verständigung zu erzielen. Die Grenzlinie könnte provisorisch in beiderseitigem Einvernehmen bestimmt werden, wonach bulgarische Truppen sofort bis an dieselbe zurückgezogen werden würden. Sollte die Pforte, ohne Fixierung provisoricher Grenzlinie abzuwarten, türkische Vorposten sofort vorschieben, so wäre dies ein willkürlicher, durch nichts begründeter feindlicher Akt gegen Bulgarien, welches, wie gesagt,

gegen Evakuierung nicht die geringste Opposition erhebe. Konseilspräsident zeigte sich beunruhigt, sprach Befürchtung aus, que la Turquie veut chercher querelle à la Bulgarie, und ersuchte mich eindringlich, Euer Exzellenz zu bitten, unseren Einfluß in Konstantinopel geltend zu machen, um Bulgarien vor Überraschungen von dieser Seite zu schützen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7753 Anm. b.

Nr. 7718. Tel. aus Sofia, 10. Juli 1913 Nr. 709 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Anläßlich heutiger Unterredung mit Herrn Danew sagte mir auf meine Frage antwortend Konseilspräsident, Situation sei zwar ungünstig, jedoch könne nicht von Niederlage Bulgariens gesprochen werden, da dieses noch intakte Armeen an Grenze und auf serbischem Gebiete habe, welch letztere ihre Operationen in Serbien eingestellt hätten, um zur Verstärkung der Südgruppen herangezogen zu werden. Auf meine Frage, an welche Gefahr Herr Danew gedacht, als er mir gestern von „kritischer Lage" Bulgariens gesprochen (meine Telegramme Nr. 691, 692 und 693 vom 8. d. Mts.), antwortete Konseilspräsident, daß seit Kriegsbeginn Situation Serben und Griechen gegenüber und Aussichten auf Mazedonien sich verschlechtert hätten, und übrigens hätte Konseilspräsident im gestrigen Gespräche in erster Linie an rumänische und türkische Gefahr gedacht, deren Abwendung er nur von unserem Einfluss in Bukarest und Konstantinopel erhoffen könne. Auf meine weitere Frage, ob Bitte um russische Vermittlung richtig, antwortete Herr Danew, bulgarische Regierung habe Krieg nie gewünscht und als derselbe, von Armee hervorgerufen, ausgebrochen, habe Kabinett wiederholt getrachtet, Feindseligkeiten einzustellen, was es auch jetzt umsomehr wünsche, als Kämpfe ungünstige Wendung genommen und überdies mit Rumänien und Türkei zu rechnen. Deswegen habe sich bulgarische Regierung erneuert an Russland gewendet. Es sei in Verhältnissen gelegen, daß Danew sich — wie an uns bezüglich Bukarest und Konstantinopel — an Russland wende, sobald es sich um Einwirkung in Belgrad handle. Russland hätte wiederholt vergeblich versucht, in Belgrad Einstellung der Feindseligkeiten zu erreichen und Herr Danew hätte wenig Hoffnung. Morgen erwarte er Nachricht aus Petersburg und beabsichtige, mir dieselbe gleich bekanntzugeben. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7719.

Nr. 7719. Tel. aus Sofia, 10. Juli 1913 Nr. 711 (eing. 11. Juli 9 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf meine Telegramme Nr. 707 und 709 vom 10. d. M. Deutscher Kollege fand heute russischen Gesandten in bester Stimmung; on s'achemine vers l'armistice, hätte letzterer gesagt. Herr von Below hatte Eindruck, Nekludow empfinde persönliche Genugtuung darüber, dass Bulgarien in Not und, nach frechem Telegramm König Ferdinands an Zaren jetzt aus dem Größenwahn gerissen, zu Kreuz kriechen müsse. Russischer Kollege hätte noch keine Nachricht über Resultat russischer Intervention in Belgrad,

zweifle aber nicht, dass Serben sich zur Einstellung der Feindseligkeiten bewegen lassen würden, car autrement la Russie les lâcherait. Bezüglich territorialer Aspirationen Serbiens bemerkte Herr Nekludow: Il serait impossible de ne pas laisser aux Serbes les villes et territoires qu'ils ont arrosés de leur sang deux fois. Les Bulgares ont les Roumains sur leur dos et devront céder et se contenter de ce qu'on leur donnera. Tarnowski.

Nr. 7720. Privatschreiben des Kabinettsdirektors des Kaisers; Bad Ischl, 10. Juli 1913.[a]) Konz. (S. Schießl).

Anlässlich des in Abschrift hier mitfolgenden Telegrammes,[b]) das Euer Exzellenz wohl auch direkt zugegangen ist, bin ich beauftragt Euer Exzellenz mitzuteilen, dass Seine Majestät angesichts dieser Meldung über die Aufstellung von Grenzschutzabteilungen an der ungarischen Grenze der Ansicht Ausdruck gegeben haben, man könne darüber doch nicht mit Stillschweigen hinwegkommen. Der k. u. k. Militärattaché hat, wie er meldet, deshalb beim Kriegsminister vorgesprochen und unser allerhöchster Herr will hiemit Euer Exzellenz Aufmerksamkeit darauf lenken, ob nicht auch seitens der diplomatischen Vertretung diese militärische Massregel bei der kgl. rumänischen Regierung zur Sprache gebracht werden sollte.

[a]) Aus dem Archiv der Kabinettskanzlei. Vgl. n. 7750. — [b]) Vgl. n. 7723.

Nr. 7721. Tel. nach Berlin, 11. Juli 1913 Nr. 497 (chiffr. 12. Juli 12 U. 20 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Laut Euer Exzellenz Telegramm Nr. 321 vom 10. d. hat sich Herr von Jagow dahin ausgesprochen, dass in Albanien bis zur Installirung des Fürsten eine provisorische Regierung einzusetzen wäre. Ich ersuche nun dem Herrn Staatssecretär mitzutheilen, dass wir nicht in der Lage wären, dem kürzlichen Vorschlage Sir Edward Greys[b]) zuzustimmen, wonach die internationale Kontrolkommission bis zur Designirung des Fürsten mit der Administration Albaniens betraut würde, da es nicht im Interesse der von uns und Italien geförderten albanischen nationalen Sache gelegen sein könne, die einheimische provisorische Regierung durch einen internationalen Apparat zu ersetzen. Wir könnten überhaupt der Idee der Kontrolkommission erst dann nähertreten, wenn vorher in London die Ausschaltung der türkischen Souveränität, die Unabhängigkeit und Neutralität Albaniens, sowie die Erblichkeit der Fürstenwürde formell beschlossen sein wird. Auch dann aber müsste die internationale Kontrole als eine provisorische von 5 zu 5 Jahren zu erneuernde Massregel festgelegt und die selbst interimistische Betrauung der Kontrolkommission mit der Landesverwaltung abgelehnt werden. Bis zur Designirung des Fürsten bestünde die Aufgabe der Kommission darin, wie es in einer gestern abgegangenen Instruktion nach Rom und London[c]) heisst, das Functioniren der nationalen Behörden, welche das Land schon heute provisorisch und factisch verwalten, zu controliren. Euer Exzellenz wollen den Herrn Staatssecretär um Unterstützung dieses unseres Standpunktes durch Fürst Lichnowsky ersuchen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7737. — [b]) Vgl. n. 7621. — [c]) n. 7712.

Tel. nach Berlin, 11. Juli 1913 Nr. 499 (chiffr. 12. Juli 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7731.

Nr. 7722. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 11. Juli 1913 Nr. 3314.a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Rappaport; G. Berchtold).

Geheim. In Ergänzung seiner kürzlichen telegraphischen Mitteilung hat Herr von Jagow dem hiesigen kaiserlich deutschen Botschafter nachstehende weitere Eröffnungen über die Kieler Entrevue gemacht, von welchen mir Herr von Tschirschky heute auftraggemäß Kenntnis gegeben hat. Bei der Unklarheit der gegenwärtigen Situation am Balkan erscheine es für den Moment nicht möglich, zu einer endgiltigen Appreciation zu gelangen, und wird daher bis auf weiteres eine abwartende Haltung angezeigt erscheinen. Auf alle Fälle sollte der Dreibund sein bewährtes Freundschaftsverhältnis zu Rumänien auch für die fernere Zukunft aufrecht erhalten. Marquis di San Giuliano bezeichnete es als wünschenswert tunlichst dahin zu wirken, zwischen Rumänien und Bulgarien freundschaftliche Beziehungen herzustellen und zwar 1. weil Österreich-Ungarn die Entstehung eines Großserbiens nicht zugeben könne und 2. weil Bulgarien das stärkste Element am Balkan darstelle. — Sowohl Marquis di San Giuliano als auch Herr von Jagow haben sich dahin ausgesprochen, daß Rumänien eine Entschädigung zuerkannt werden müsse. Im Norden von Rußland bedroht, könne es keine Übermacht Bulgariens im Süden dulden. Was Griechenland betrifft, wäre die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Sollte es sich im Kriege bewähren, so wäre Griechenland wegen seiner Lage im östlichen Mittelmeere (strategische Position) womöglich an den Dreibund heranzuziehen. Für Albanien erscheint es derzeit dringend, die Festsetzung der Südgrenze zu finalisieren. Als Ausgangspunkt an der Küste hätte Phtelia zu figurieren, im Inneren müßte auf der Zugehörigkeit Koritzas zu Albanien bestanden werden; in dem Raume zwischen diesen Gebieten könnten Konzessionen gemacht werden, falls Phtelia und Koritza fest blieben. Als Weg zur Einigung scheint Sir E. Greys Vorschlag einer internationalen Kommission geeignet, da sonst die Verhandlungen auf einen toten Punkt gelangen würden. Die Voraussetzung hiezu bildet natürlich die Zustimmung Oesterreich-Ungarns. Man sollte hierüber mit tunlicher Raschheit einen Beschluß fassen, da die Designierung des Fürsten und die Festsetzung des Statutes erst dann möglich sind, wenn die Abgrenzung beendet sein wird. Marquis di San Giuliano sprach sich dahin aus, gegen die eventuelle Wahl des Prinzen Wilhelm zu Wied zum Fürsten von Albanien keine Bedenken zu erheben. Herr von Jagow erklärte, daß das Berliner Kabinett die Lösung der Fürstenfrage Oesterreich-Ungarn und Italien überlasse. Es wäre zu trachten, die Fürsten- und Statutfrage noch vor Vertagung der Réunion ins Reine zu bringen. Sollte dies jedoch nicht zustande kommen, dann wäre der Vorschlag Sir E. Greys auf Schaffung eines Provisoriums in ernste Erwägung zu ziehen. Die internationalen Truppen in Skutari sollten bis auf weiteres daselbst belassen werden, da andernfalls Uebergriffe Montenegros zu befürchten wären. Die Inselfrage sollte möglichst wenig mit der albanesischen

Grenzfrage verquickt werden. Die von den Griechen besetzten Inseln mit Ausnahme von Imbros und Tenedos sollten den Griechen belassen werden. Wegen des zu befürchtenden Widerstandes der Tripelentente und eventueller Schwierigkeit der Vertreibung der Griechen von den Inseln scheine ein anderer Ausweg nicht möglich. Für Thasos und Samothrake werde der Ausgang des Krieges entscheidend sein. Die von Italien besetzten Inseln bilden eine bloß Italien betreffende Angelegenheit und kämen hiefür dessen Vereinbarungen mit der Türkei beziehungsweise mit Griechenland in Betracht.

[a]) Vgl. n. 7671, 7732.

Nr. 7723. Tel. nach Bukarest, 11. Juli 1913 Nr. 319 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Laut einer zur hieramtlichen Kenntnis gelangten telegrafischen Meldung des dortigen k. und k. Militärattachés vom 8. d. M. wurden rumänischerseits gegen die ungarische Grenze im Bereiche der Korps I (Crajova) und II (Bukarest) starke Grenzschutzabtheilungen aufgestellt, während dies in den anderen Korps und gegen die russische Grenze nicht der Fall ist. Ich ersuche Euer Durchlaucht, vorstehende Nachricht zu verifizieren und dieselbe — falls sie sich bewahrheiten sollte — bei der dortigen Regierung zur Sprache zu bringen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7720, 7739.

Nr. 7724. Tel. nach Bukarest, 11. Juli 1913 Nr. 320 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 201 vom 10. d. M. erhalten. Euer Durchlaucht wollen sich Herrn Majoresco gegenüber folgendermaßen aussprechen: Ich habe die Eröffnungen des Herrn Ministers zur Kenntnis genommen, hätte aber angesichts des bestehenden engen Bundesverhältnisses erwartet, daß Rumänien Entschlüsse von so großer Tragweite nur nach vorangegangenem Einvernehmen mit der Monarchie und unter gebührender Rücksichtnahme auf unsere hier in Betracht kommenden Interessen fassen würde. Die Vorgangsweise Rumäniens muß den Eindruck erwecken, als ob die rumänische Regierung von der Voraussetzung ausgegangen wäre, daß Österreich-Ungarn die Interessen Rumäniens außer Acht lassen würde. Ich betrachte die von Herrn Majoresco wiedergegebenen Äußerungen König Carols jedoch als ein Symptom besserer Einsicht und als ein offenes Desaveu der in letzter Zeit in Rumänien gegen die Monarchie laut gewordenen Stimmen. Unser Bestreben ging stets dahin, die Interessen der Monarchie und jene Rumäniens, die so vielfach vollkommen identische seien, auch bezüglich derjenigen Punkte in Einklang zu bringen, wo eine gewisse Divergenz zu bestehen schien. Während Rumänien in einem übermäßig vergrößerten und erstarkten Bulgarien eine Gefahr erblickt, würde das Entstehen eines großserbischen Reiches vitale Interessen der Monarchie berühren. Wenn wir auch gerne bereit sind, wie wir es während des ersten Balkankrieges, auf der Conferenz in St. Petersburg und auch jetzt wieder bewiesen haben, dem rumänischen Standpunkte Rechnung zu tragen, so sind wir doch berechtigt, zu erwarten, daß Rumänien seinerseits im Geiste

unseres Bundesverhältnisses vorgehe und nicht Ziele verfolge, die mit unseren Lebensinteressen im Widerspruche stehen. Diese Gesichtspunkte sind es, die für unser Verhalten gegenüber der von Herrn Majoresco angekündigten Aktion Rumäniens maßgebend sein werden. Es entspricht nur unserem seinerzeitigen Eintreten für weitergehende bulgarische Konzessionen an Rumänien, wenn wir auch heute einem, durch die günstigen Umstände ermöglichten bedeutenderen Macht- und Gebietszuwachse Rumäniens sympathisch gegenüberstehen. Wir begrüßen es auch, daß Rußland, welches vor wenigen Monaten gegen jede Vergrößerung des Rumänien zuzuweisenden Gebietes hartnäckig opponierte, nunmehr, wie es scheint, nicht mehr in der Lage ist, an diesem Standpunkte festzuhalten. Allerdings hätten wir es im Interesse der künftigen bulgarisch-rumänischen Beziehungen vorgezogen, wenn die Gebietserweiterung Rumäniens sich im Rahmen einer Vereinbarung mit Bulgarien vollzogen hätte. Aus demselben Grunde können wir dem Entschlusse Rumäniens, nicht kriegerisch gegen Bulgarien vorzugehen, sondern sich auf die Okkupation des beanspruchten Gebietes zu beschränken und sodann eine abwartende Haltung einzunehmen, nur zustimmen. Im Sinne des früher Gesagten rechnen wir aber mit Sicherheit darauf, daß Rumänien sich bei seinem weiteren Verhalten zweierlei vor Augen halten werde: daß bei der heutigen Situation von einem bedrohlichen Anwachsen Bulgariens ohnedies keine Rede sein kann und daß jeder Zoll Bodens, auf den Bulgarien in Mazedonien verzichten muß, einen Machtzuwachs Serbiens bedeutet. Was die Frage der endgiltigen internationalen Regelung der territorialen Verhältnisse am Balkan anbelangt, so sind wir gerne bereit, Rumänien in seinem Bestreben, hierauf Einfluß zu nehmen, zu unterstützen, wobei wir als selbstverständlich voraussetzen, daß Rumänien in Übereinstimmung mit den Dreibundmächten vorgehen werde. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 341 Nr. 681. Vgl. n. 7738, 7740, 7752.

Tel. nach Bukarest, 11. Juli 1913 Nr. 321 (chiffr. 12. Juli 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7731.

Nr. 7725. Tel. aus Bukarest, 11. Juli 1913 Nr. 205 (eing. 4 U. p. m.).a) Entziff.

Minister des Äußern teilt mir mit, daß das Telegramm an die bulgarische Regierung (hieramtliches Telegramm Nr. 201 von gestern) abgegangen ist und circulariter an alle rumänischen Vertreter zur Mitteilung versendet wurde. Auf Wunsch der militärischen Autoritäten, unterstützt von Kriegspartei, wurde in demselben allgemein von Besetzung bulgarischen Gebietes gesprochen und die Fixierung der Linie Turtukaia—Balčik weggelassen. Herr Ghika wurde abberufen; weniger aus politischen als aus persönlichen Motiven, da Seine Majestät der König private Nachrichten über Mangel an Sicherheit in Sofia erhalten habe. Hiesiger bulgarischer Gesandter wurde gestern durch Minister des Äußern persönlich vom Inhalte der Depesche und von Beginn militärischer Okkupationsmaßnahmen verständigt, ebenso von Abberufung Herrn Ghikas. Auf Anfrage erhielt Herr Kalinkoff von seiner Regierung Auftrag, insolange in Bukarest zu bleiben,

als ihm nicht Pässe zugestellt würden. Bulgarische Dobrutschagrenze soll heute früh von rumänischen Truppen überschritten werden. Minister hofft, daß in den nächsten zwei bis drei Tagen Waffenstillstand zwischen Kriegführenden geschlossen werden wird, damit ein Donauübergang überflüssig werde, welcher eine ihm sehr unerwünschte Verschärfung der Situation herbeiführen müßte. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7726, 7738.

Nr. 7726. Tel. aus Bukarest, 11. Juli 1913 Nr. 206 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung hieramtlichen Telegrammes Nr. 205 von heute. Über Verlangen Rumäniens, bei endgiltiger Regelung der Balkan-Territorialfragen mitgehört zu werden, äußerte sich Minister des Äußern nachstehend: Es dürfe am Balkan nichts mehr geschehen, ohne daß Rumänien „voix au chapitre" habe. Es sei Rumänien hauptsächlich darum zu tun, zu verhindern, daß ein dominierender Balkanstaat geschaffen würde. Ein vollkommen saturiertes Bulgarien würde ebenso eine Gefahr sein wie ein saturiertes Serbien. Die rumänischen Interessen erheischen, daß kein Staat eine ecrasante Superiorität erlange, da dieser Staat jeder Einflußnahme sich entzöge. Diese Auffassung glaube er auch im Interesse Österreich-Ungarns gelegen. Ein solcher Zustand könne jedoch nur durch einen europäischen Schiedsspruch erreicht werden, hervorgebracht durch die Einflüsse der dabei zutage tretenden Interessen der Mächtegruppen. Rumänien könne weder eine Regelung der territorialen Fragen seitens der Kriegführenden untereinander, noch durch russischen Schiedsspruch anerkennen. Auf meine diesbezügliche Frage antwortete mir Herr Majoresco, daß, falls Balkan-Ministerpräsidenten nach Waffenstillstand nach Petersburg gingen und Rumänien ebenfalls eine Einladung erhielte, rumänische Regierung dieselbe ablehnen würde und Verlangen stelle, daß Petersburger Regelung nur ein Provisorium darstelle und von europäischer Konferenz, eventuell in London, sanktioniert werde. Minister teilte mir mit, daß mein russischer Kollege, dem er gestern vom Regierungsbeschlusse Kenntnis gegeben hätte, doch sehr betroffen gewesen wäre. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7727, 7738.

Nr. 7727. Tel. aus Bukarest, 11. Juli 1913 Nr. 207 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu hieramtlichem Telegramm Nr. 206 von heute. Minister des Äußern teilte mir mit, daß italienische Regierung ersucht wurde, Schutz rumänischer Interessen in Bulgarien zu übernehmen. Ich konnte aus seinen Ausführungen entnehmen, daß für den Fall einer Donauübersetzung und Vormarsches gegen Sofia heute schon Besprechungen mit serbischem und griechischem Generalstab behufs gemeinsamen Vorgehens im Zuge sind. Ich ersuche Euer Exzellenz um Weisung, wie ich mich hiesiger neugeschaffenen Lage gegenüber verhalten soll, hauptsächlich in Betreff des beabsichtigten Donauüberganges und aktiven Eingreifens in den Krieg. Russischer Kollege findet es bis zu einem gewissen Grade begreiflich, daß

Rumänien vor eventuell eintretendem Waffenstillstand gewünschte Linie besetzt, schien jedoch entrüstet, daß rumänische Regierung trotz gestern abends von ihm offiziell angekündigten bulgarischen Ersuchens um Intervention behufs Friedensvermittlung, noch daran denke, Donau zu überschreiten. Er behauptet, sich in diesem Sinne Herrn Majoresco gegenüber energisch ausgesprochen zu haben. Mir gegenüber bemerkte er, daß alle Großmächte vereint dieses frevelhafte Beginnen verhindern sollten. Herr Schebeko informierte auch hiesige Regierung, daß Bulgarien Besetzung Linie Turtukaia—Balčik keinen Widerstand entgegensetzen werde. Ich vermute, daß es Seiner Majestät dem König und einem Teil hiesiger Politiker aus innerpolitischen Gründen schwer fallen wird, auf Donauübersetzung zu verzichten; Armee wünscht selbstverständlich dieselbe ebenfalls.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7738.

Tel. nach Konstantinopel, 11. Juli 1913 Nr. 329 (chiffr. 12. Juli 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7731.

Tel. nach London, 11. Juli 1913 Nr. 579 (chiffr. 12. Juli 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7731.

Nr. 7728. Tel. aus London, 11. Juli 1913 Nr. 512 (eing. 12. Juli 5 U. a. m.). Entziff.

Unter Bezugnahme auf Telegramme Nr. 566[a]) vom 9. und 569 vom 10. d. M. betreffend Nichtintervention im gegenwärtigen Balkankonflikt. Ich habe Sir E. Grey Standpunkt Euer Exzellenz in dieser Frage mitgeteilt. Staatssekretär erklärte, er habe natürlich so gemeint: „insoweit keine Übergriffe auf Beschlüsse der Mächte stattfinden". Angesichts der heutigen Lage ist es ihm noch nicht klar, in welcher Form er die Frage auf nächster Reunion vorbringen wird, vielleicht nur mit Kenntnisnahme der Antworten der einzelnen Kabinette. Russland und Frankreich hätten seiner Anregung zugestimmt, der deutsche Botschafter von Anfang an sich damit einverstanden erklärt. Sir E. Grey schien übrigens den Standpunkt Euer Exzellenz ganz gut zu begreifen. Nachdem hiesige Regierung in und außer Parlament mit Fragen über Haltung der Mächte in gegenwärtiger Krise bestürmt ist, gibt Sir E. Grey seinen Ministerkollegen diesbezüglich folgende Direktive für ihre Reden: „Solange die Balkanstaaten, die sich jetzt bekriegen, nichts tun, um Beschlüsse der Großmächte umzustoßen, wie zum Beispiel bezüglich Albaniens, hoffen wir, daß keine Großmacht notwendig finden wird, eine Aktion zu unternehmen, welche Schwierigkeiten zwischen den Großmächten verursachen könnte."

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7699 Anm. b.

Nr. 7729. Tel. aus London, 11. Juli 1913 Nr. 513 (eing. 12. Juli 4 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 573[b]) vom 10. d. Mts., albanesisches Statut betreffend. Ich werde abwarten, daß Marquis Imperiali Instruktionen erhält, bevor ich wieder Angelegenheit bei Sir E. Grey zur

Sprache bringe. Ohne noch mit meinem italienischen Kollegen gesprochen zu haben, glaube ich darauf aufmerksam machen zu sollen, daß der Reunionsbeschluß vom 20. Dezember eine europäische Garantie für Albanien bestimmt hat und ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, dieselbe auszuscheiden, da bei verschiedenen Gelegenheiten darauf zurückgekommen wurde; unser Kompromißvorschlag hatte diese europäische Garantie nicht aufgenommen, was Sir E. Grey in seinem Gegenvorschlage bemängelt hat. Ich glaube, um neuen Einwendungen vorzubeugen, ratsam, vielleicht in Punkt II nach primogéniture einzufügen „sous la garantie des six Puissances".

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7742, 7744. — [b]) Richtig 575 = n. 7712.

Nr. 7730. Tel. aus London, 11. Juli 1913 Nr. 514 (eing. 12. Juli 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 573 vom 11. d. M. Ich habe heute mit Sir E. Grey gesprochen. Betreffend Minoritätenschutz erklärte er mir, er würde uns die gewünschte Zusicherung gerne geben, sobald Russland unseren neuesten Vorschlag annehmen würde. Die Frage des Staatssekretärs war, was eigentlich mit „reconnaissance légale de la nationalité albanaise" gemeint ist. Könnte das wie eine Autonomie gedeutet werden? Ich verneinte dies. Er meinte, jeder Rechtskonsulent, der nicht mit den in der Monarchie geläufigen Begriffen und Ausdrücken über Nationalitäten vertraut ist, würde diese Frage aufwerfen. Wenn statt „reconnaissance légale de la nationalité et le libre usage etc." gesagt würde „nationalité albanaise pour, c'est à dire ou embrassant le" und dann die Anführung von Sprache, Schule, Publikationen etc. würde die Sache vielleicht leichter annehmbar werden. Ich glaube unvorgreiflich, dass dieser ausdrücklichen Anerkennung albanesischer Nationalität im Auslande allgemein eine weitergehende Bedeutung beigemessen werden dürfte, als nach dem Sprachgebrauche in Österreich-Ungarn gemeint ist; namentlich in dem Sinne, als ob nebst den erwähnten Rechten für Sprache, Schule, Kirche etc. noch eine Art politischer Autonomie für die Albanesen beabsichtigt wäre. Dieser Eindruck könnte wohl durch die Ersetzung der Worte „et le" nach „nationalité albanaise" durch einen der oberwähnten Ausdrücke beseitigt oder wesentlich vermindert werden. Ich glaube, es wäre im Interesse einer baldigen Einigung sehr wünschenswert, wenn eine Stylisierung gefunden würde, welche diese Bedenken, welche wohl von verschiedenen Seiten aufgeworfen werden dürften, beseitigen könnte. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7743, 7854.

Nr. 7731. Tel. nach Paris Nr. 361 (1), Berlin Nr. 499 (2), Rom Nr. 786 (3), London Nr. 579 (4), St. Petersburg Nr. 410 (5), Konstantinopel Nr. 329 (6) und Bukarest Nr. 321 (7), 11. Juli 1913 (chiffr. 12. Juli 1 U. 30 M. a. m.). Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 134 vom 9. d. M. Ich ersuche Euer Exzellenz, bei Herrn Pichon in ungezwungener Weise auf die

mit ihm gehabte Konversation zurückzukommen und sich etwa in nachstehendem Sinne vernehmen zu lassen: Wie dem Herrn Minister bekannt, sei unsere Politik in allen Balkanfragen auf eine friedliche Lösung gerichtet und würde daher auch jede in diesem Rahmen liegende Aktion auf unsere Unterstützung zählen können. Wenn sich also die gegenwärtig kriegführenden Parteien, sei es direkt, sei es durch eine der Großmächte an die anderen mit der Bitte um Mediation wenden, so wäre die k. und k. Regierung jedenfalls bereit, an den auf die Herstellung des Friedens abzielenden Bestrebungen theilzunehmen. Der von Herrn Pichon geäußerte Gedanke einer Mediation schiene uns auch noch den Vortheil in sich zu bergen, daß dann die Auftheilung der ehemaligen türkischen Gebiete in einer den Wünschen und Interessen aller Großmächte entsprechenden Weise vor sich gienge und vermieden würde, daß die eine oder andere Regierung sich genötigt sehen könnte, gegen eine ohne ihre Mitwirkung und eventuell entgegen ihren vitalen Interessen zustandegekommene Repartition nachträglich Stellung zu nehmen.

2.—7. Graf Szécsen telegrafierte unterm 9. d. M.: ... *wie n. 7701 vom Anfang bis „Großmächte stattfinden“* ... Ich antworte dem k. und k. Botschafter in Paris: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Ich ersuche“ bis Schluß.)

2. u. 3. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mittheilung an

2. Herrn von Jagow.

3. Marquis di San Giuliano.

4. u. 5. Euer Exzellenz sind ermächtigt, sich bei eventuellen ähnlichen Sondierungen

4. Sir E. Greys

5. Herrn Sazonows

4. u. 5. in vorstehendem Sinne zu äußern.

6. u. 7. Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information

7. und Mittheilung an Seine Majestät König Carol. Berchtold.

Tel. nach Rom, 11. Juli 1913 Nr. 786 (chiffr. 12. Juli 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7731.

Nr. 7732. Tel. aus Rom, 11. Juli 1913 Nr. 426 (eing. 12. Juli 9 U. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Mitteilungen des Ministers des Äußern über die Unterredungen in Kiel. Den Kernpunkt der deutschen Auffassung bildet, daß es wichtiger ist, die Freundschaft mit Rumänien zu erhalten, als jene mit Bulgarien herzustellen, dessen Macht man überdies, wie sich zeige, überschätzt habe. Der Wunsch und die Hoffnung Griechenland heranzuziehen, sei so stark, daß man versucht sei, zu glauben, Deutschland besitze hiefür gewisse Garantien. Serbien wünsche man nicht vor den Kopf zu stoßen. Auf König Ferdinand sei Kaiser Wilhelm schlecht zu sprechen und über die bulgarischen Niederlagen entzückt. Hinsichtlich Albaniens sei man skeptisch, aber entschlossen, uns und Italien in allen einschlägigen Fragen zu unterstützen, wobei man aber immer konziliante Lösungen vorziehe.

Für ein zunächst provisorisches Regime sei man bis zu einem gewissen Grade teils im Hinblicke auf die noch im Flusse befindlichen Balkanereignisse, teils deshalb eingenommen, weil man an der Möglichkeit der dermaligen Einführung eines definitiven Zustandes zweifle. In der Fürstenfrage werde man zwar auf den Prinzen von Wied weder positiv noch negativ einwirken, wünsche aber im allgemeinen keinen deutschen Fürsten auf dem albanesischen Thron. Bezüglich der Inselfrage sei es dem Minister nicht gelungen, sich über den deutschen Standpunkt klar zu werden. Vielleicht habe deutsche Regierung selbst diesfalls noch keine definitive Ansicht. Im allgemeinen wolle auch deutsche, ebenso wie italienische Regierung der Balkankonflagration gegenüber vorläufig eine vorsichtige reservierte Haltung einnehmen und keine irreparablen Entschlüsse fassen. In allgemeiner europäischer Beziehung sei das Bestreben erkennbar, das wesentlich gebesserte Verhältnis zu England zu pflegen. Auch trachte man, Spanien wenigstens von dem Eintritt in die Tripleentente abzuhalten. Zwischen Berlin und Wien schienen gewisse Unstimmigkeiten zu bestehen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7671, 7722, 7812.

Nr. 7733. Tel. aus Rom, 11. Juli 1913 Nr. 427 (eing. 12. Juli 7 U. a. m.). Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes vom 9. d. M. Nr. 424. Auf meine Bemerkung an Marquis San Giuliano, Italien scheine mir die einzige Macht zu sein, welche dem französischen Nichtinterventionsvorschlag ohne Reserve zugestimmt habe, erwiderte derselbe, Unterstaatssekretär Prinz Scalea habe in seiner Abwesenheit diese Antwort erteilt, ohne eigentlich hiezu ermächtigt zu sein. Er (der Minister) finde, daß bei der täglich wechselnden und vorläufig noch nicht absehbaren Lage auf dem Balkan nicht unter allen Umständen eine Intervention ausgeschlossen werden könne. Er möchte daher die fragliche Antwort dahin interpretiert sehen, daß auch Italien natürlich eine Intervention nicht als wünschenswert betrachte. Mérey.

Nr. 7734. Tel. aus Rom, 11. Juli 1913 Nr. 428 (eing. 12. Juli 7 U. a. m.). Entziff.

Albanesisches Statut. Marquis di San Giuliano ist mit Ausführungen des hohen Telegrammes Nr. 779 vom 10. d. M., die ersten drei Artikel des Kompromißvorschlages betreffend, durchaus einverstanden und wird den Marquis Imperiali beauftragen unseren einschlägigen Standpunkt zu unterstützen. Mérey.

Tel. nach St. Petersburg, 11. Juli 1913 Nr. 410 (chiffr. 12. Juli 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7731.

Nr. 7735. Tel. aus Sofia, 11. Juli 1913 Nr. 719 (eing. 12. Juli 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 360 vom 11. d. M. erhalten. Ich verständigte Dobrovič, daß ihn sehen möchte, wonach er sofort bei mir vorsprach, und ich teilte ihm Inhalt obzitierten hohen Telegrammes mit.

Meine Eröffnungen entrissen Mitredner keine andere Bemerkung als die, daß es nunmehr zu spät sei, daß alles verloren und man bereits Nachrichten hätte, daß rumänische Kavallerie Grenze zwischen Silistria und Küste überschritten, sich schon 10 Kilometer landeinwärts befinde und Marsch fortsetze. Dobrovič war ganz gebrochen und erging sich in Klagen über Politik Herrn Geschoffs und Herrn Danews, die die glänzende Situation, in der sich Bulgarien noch vor kurzem befunden, verfahren, so daß jetzt Lage verzweifelt. Der wahre Schuldige sei Herr Geschoff, der unsere konsequenten Ratschläge, sich mit Rumänien zu verständigen, nicht befolgte. König Ferdinand sei stets für Verständigung gewesen und Dobrovič, der, wie mir bekannt, auch nur in die hier von mir vertretene Politik Vertrauen gehabt, hätte Geschoff zu Verständigung mit Rumänien beständig zugeredet, worauf letzterer nicht eingegangen. Die Verblendung Russophiler trüge an allem Schuld; sie hätten nicht erkannt, daß Bulgarien momentan nur eine Politik gehabt, und zwar aufrichtigen Anschluß an Österreich-Ungarn und Verständigung mit Rumänien. Es sei ein Abenteuer gewesen, sich in Krieg mit Serbien und Griechenland einzulassen, ohne vorhergegangene Verständigung mit Rumänien, und hätte Herr Geschoff rechtzeitig unseren Rat befolgt, hätte Bulgarien sogar ein Bündnis mit Rumänien haben können und obendrein unsere Unterstützung. Jetzt sei alles verloren; Bulgarien müsse die Schmach ertragen, von Griechen geschlagen zu werden, und wäre es auch gegen Serbien und Griechenland siegreich, so würde ihm doch Rumänien nicht gestatten, aus seinem Siege Nutzen zu ziehen. Es fehle nur noch, daß sich die Türken rühren; es scheint, daß Frankreich — wohl um Russland Dienste zu erweisen — in Konstantinopel aktives Vorgehen gegen Bulgarien rate; die Türken können ja unbehindert Adrianopel zurücknehmen und könnten sogar nach Sofia einmarschieren. Nach so vielen Opfern, Anstrengungen, Siegen und Hoffnungen werde Bulgarien vielleicht noch kleiner als vor dem Kriege — das sei das Werk der Russophilen. Auf meine bezüglichen Fragen und Bemerkungen antwortend, meinte weiter Dobrovič, König Ferdinand hätte gegen Willen Regierung Situation nicht retten können und könnte auch jetzt nichts mehr unternehmen, da Herr Danew nunmehr noch entschiedener denn je nur von Russland Rettung erhoffe. Herr Danew erwartet, daß Russland die Serben und Griechen zur Einstellung der Feindseligkeiten bewegen werde, und er hat sich auch um Schutz gegen Rumänien nach Petersburg gewendet und rechnet auf russische Vermittlung zwischen Bukarest und Sofia. Herr Dobrovič habe Konseilspräsidenten heute gesehen, der nur beständig wiederhole, Russland würde Bulgarien retten. Die Situation des Königs sei, meinte Mitredner, entsetzlich schwierig, gefährlich und bedauernswürdig; die, die das Unglück verschuldet, würden nur einen Gedanken haben, und zwar Verantwortung auf Seine Majestät zu schieben. Mitredner erging sich in Ausdrücken Mitleids für seinen königlichen Herrn und meinte dann, Revolution sei nicht ausgeschlossen. Bis jetzt sei der Armee Wahrheit unbekannt; sobald sie aber Kalamität erfahre, müßte man auf alles gefaßt sein, und Herrn Dobrovič schien Ausbruch Revolution in Sofia mehr als wahrscheinlich. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7756.

Nr. 7736. Privatschreiben des Kabinettsdirektors des Kaisers; Bad Ischl, 11. Juli 1913.[a]) Konz. (S. u. G. Schießl).

Seine Majestät lassen Euer Exzellenz ersuchen, feststellen zu lassen, ob der Kriegsminister in der Tat die Begleitung durch Monitore den Bulgaren in Aussicht gestellt oder zugesagt habe. Seine Majestät glauben, dass diese Begleitung erst recht die Aufmerksamkeit auf das Transportschiff lenken und zu dessen Beschiessung herausfordern wird.

[a]) Aus dem Archiv der Kabinettskanzlei. Vgl. n. 7750.

Nr. 7737. Tel. aus Berlin, 12. Juli 1913 Nr. 325 (eing. 10 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 497 von gestern betreffend provisorische Regierung in Albanien. Staatssekretär wird, wie er mir heute verprach, deutschen Botschafter in London anweisen, sich mit seinen Dreibundkollegen zu verständigen, um die betreffende Demarche des Grafen Mensdorff zu unterstützen. Herr von Jagow glaubt zu wissen, daß Sir E. Grey schon für die Idee gewonnen sei, für die Ausschaltung der türkischen Souveränität, die Unabhängigkeit und Neutralität Albaniens sowie für die Erblichkeit der Fürstenwürde einzutreten. In Betreff der internationalen Kontrollkommission meint Staatssekretär, daß dieselbe jedenfalls nur eine provisorische, kurz befristete sein und als eine Art von Oberbehörde der nationalen Regierung konstituiert werden sollte. Ihre Aufgabe dürfte keinesfalls gar zu stark eingeschränkt werden. Szögyény.

Nr. 7738. Tel. nach Bukarest, 12. Juli 1913 Nr. 323 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Berchtold).

Euer Durchlaucht Telegramme Nr. 205—207 vom 11. d. erhalten. Ich habe aus Ihren Meldungen mit Befriedigung ersehen, dass Herr Majoresco auch in einem saturierten Serbien eine Gefahr erblickt. Ebenso stimme ich der Ansicht des rumänischen Konseilspräsidenten zu, dass die Regelung der territorialen Fragen weder den Kriegführenden allein, noch einem russischen Schiedsspruche überlassen bleiben könne. Euer Durchlaucht wollen sich im vorstehenden Sinne zu Herrn Majoresco aussprechen. Was Ihr Verhalten in der neugeschaffenen Lage, namentlich hinsichtlich der Eventualität eines Donauüberganges und eines aktiven Eingreifens Rumäniens in den Krieg anbelangt, so haben Euer Durchlaucht diesbezüglich bereits mit meinem gestrigen Telegramm Nr. 320, das sich mit Ihrer Anfrage gekreuzt hat, Instruktionen erhalten. Euer Durchlaucht wollen aber überdies Gelegenheit suchen, um Herrn Majoresco daran zu erinnern, dass Rumänien nach der uns abgegebenen Erklärung Bulgarien nicht in den Rücken fallen, sondern sich auf die Besetzung des beanspruchten Territoriums beschränken werde. Herr Majoresco hat selbst die Befürchtung geäußert, dass ein anderes Vorgehen eine höchst unerwünschte Verschärfung der Situation herbeiführen würde. Euer Durchlaucht wollen ihn in dieser Anschauung bestärken, und ohne eine direkte Warnung auszusprechen, darauf hinweisen, dass in diesem Falle die Gefahr einer kategorischen Stellungnahme Russlands nicht ausgeschlossen wäre. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7758.

Nr. 7739. Tel. aus Bukarest, 12. Juli 1913 Nr. 209 (eing. 3 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Antwort auf Telegramm 319. Auf Befragen k. u. k Militärattachés gab königlich rumänischer Kriegsminister kategorische Erklärung, daß Nachrichten über Aufstellungen rumänischer Truppen an ungarischer Grenze vollkommen erfunden. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 7750.

Nr. 7740. Tel. aus Bukarest, 12. Juli 1913 Nr. 210 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Minister des Äußern sprach sich heute mir gegenüber dahin aus, daß hier befürchtet werde, Bulgarien könnte nach dem Waffenstillstande, durch Russland herbeigeführt, sich mit allen Kräften gegen Rumänien wenden. Um dies unmöglich zu machen, werde daher baldiger Donauübergang der rumänischen Armee in Erwägung gezogen. Politisch hätte die Installierung rumänischer Armee auf bulgarischem Ufer den Erfolg, daß Rumänien mit viel mehr Gewicht bei endgiltiger Regelung der Gebietsfrage mitreden könnte. Marsch gegen Sofia sei vorderhand nicht in Aussicht genommen. Minister teilte mir auch mit, Seine Majestät der König hätte seine dahingehenden Ausführungen gebilligt, daß die verschiedenen territorialen Aspirationen (Rumänien wird Turtukaia-Balčik und nicht mehr beanspruchen) vermutlich durch ein Kompromiß gelöst werden würden. In diesem Falle werde Rumänien, welches unbehindert an Dreibund festhält, berufen sein, eine Vermittlerrolle zu spielen und so weit es seine Interessen gestatten, den Standpunkt desselben vertreten. Ich ließ in meiner Antwort dem Minister darüber nicht den geringsten Zweifel, daß wir eine direkte Bevorzugung Serbiens gegenüber Bulgarien, als unseren Interessen diametral entgegenlaufend, niemals gestatten würden. Herr Majoresco hob hervor, daß seinen Nachrichten zufolge die Mißstimmung in Serbien gegen Russland eine solche sei, daß ein Frontwechsel dortselbst nicht ausgeschlossen scheine. Erhalte eben Euer Exzellenz Telegramm Nr. 320 von heute; werde Auftrag morgen ausführen. K. E. Fürstenberg.

[a] Oe. U. Balkan 342 Nr. 683. Vgl. n. 7752.

Nr. 7741. Tel. aus Bukarest, 12. Juli 1913 Nr. 212 (eing. 6 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Russischer Kollege teilt mir mit, dass er 9. d. M. nachmittags rumänische Regierung in nichtoffizieller Form verständigt, daß bulgarische Regierung um russische Friedensintervention ersucht habe. Als er dann am 10. d. M. nachmittags die offizielle Mitteilung machte, daß Sofioter Regierung in Petersburg um Vermittlung gebeten und Verlangen nach Schiedsspruch auf Basis Allianzvertrages aufgegeben hätte, habe Herr Majoresco ihm eröffnet, daß der Einmarschbefehl bereits erteilt und Depesche nach Sofia abgegangen sei. Herr Schebeko glaubt, daß rumänische Regierung fait accompli schaffen wollte, befürchtend, daß plötzlicher Waffenstillstandsabschluß Besetzungsaktion erschweren könnte, was Tatsachen entspricht. Hier macht sich

gewisse Nervosität geltend auf Nachricht russischer Truppenkonzentrierung in Bessarabien. Man befürchtet eine Verhinderung Donauüberganges seitens Rußlands. Sollte eine derartige Absicht in Petersburg bestehen und sich dieselbe auch nur in diplomatischer Demarche äußern, so wäre dies schwerster Schlag für hiesigen russischen Vertreter. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7742. Tel. nach London, 12. Juli 1913 Nr. 580 (chiffr. 9 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 513 vom 11. d. Schlussalinea.[b] Mit den von Euer Exzellenz vorgeschlagenen Varianten würde Punkt II lauten: „L'Albanie sera constituée en principauté indépendante et héréditaire par ordre de primogeniture sous la garantie des 6 Puissances. Le Prince sera designé par les 6 Puissances. L'Albanie sera neutralisée; sa neutralité sera garantie par les 6 Puissances." Obwohl in der dreifachen Erwähnung der sechs Mächte ein Pleonasmus vorliegt, so habe ich auch gegen diese Stylisierung nichts einzuwenden; auf keinen Fall könnte ich aber zugeben, dass in den Punkt II die internationale Kontrole aufgenommen und diese hiedurch zu einer ständigen Einrichtung gemacht werde. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7760. — [b] Schlußalinea von n. 7729 beginnt mit „Ich glaube, um ...".

Nr. 7743. Tel. nach London, 12. Juli 1913 Nr. 581 (chiffr. 10 U. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 514 vom 11. d. M. Ich bin damit einverstanden, daß in dem Passus „reconnaissance légale de la nationalité albanaise et le libre usage etc." das Wort „et" durch „embrassant" ersetzt werde. Den anderen Varianten könnte ich nicht beistimmen. Auf alle Fälle können Euer Exzellenz erklären, daß es uns keineswegs um die Gewährung einer Autonomie an die Albanesen, sondern bloß darum zu tun ist, deren ethnische Existenz gegen serbische Unterdrückungsversuche zu schützen. Berchtold.

Nr. 7744. Tel. aus London, 12. Juli 1913 Nr. 516 (eing. 13. Juli 5 U. a. m.).[a] Entziff.

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 575 vom 11. d. M. und im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 513 vom 11. d. M. Albanesisches Statut betreffend. Ich habe mit italienischem Kollegen gesprochen, der mich sehr in meiner Ansicht bestärkte, daß ohne ausdrückliche Nennung europäischer Garantie für Albanien eine Einigung über Statut nicht durchzusetzen ist. Er ist auch fest überzeugt, daß Sir E. Grey darauf bestehen dürfte, daß irgendwo das Wort „autonome ou bien autonomie" gebraucht werde. Als Transaktion schlägt er vor, dem Punkt II folgende Form zu geben: „L'Albanie est constitué en principauté souveraine, autonome et héréditaire par ordre de primogéniture sous la garantie des six puissances". Es ist zwar ein Pleonasmus, aber dadurch käme man vielleicht über das Bedenken Sir E. Greys hinweg, der stets darauf hinweist, daß ursprünglicher Reunionsbeschluß das Wort Autonomie enthielt. Bezüglich Euer Exzellenz

Bemerkung über Feststellung eines sechsmonatigen Termins für die Einsetzung des Fürsten erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, 1). daß wir vorgeschlagen hatten, längstens sechs Monate, so daß einer früheren Installation eines Herrschers nichts im Wege stünde; 2). daß, wenn kein Termin bestimmt ist, auch nach Ablauf der sechs Monate von gewissen Seiten Schwierigkeiten erhoben und die Einsetzung des Fürsten hinausgeschoben werden könnte. Nach meiner Meinung wäre es unter den gegenwärtigen Verhältnissen und um die immerhin von uns bereits erreichten nicht unwesentlichen Zugeständnisse zu sichern, sehr erwünscht, über das Statut baldmöglichst eine Einigung zu erlangen. Sir E. Grey hat sich sehr bemüht und nicht ohne Schwierigkeiten gewisse Konzessionen, wie Eliminierung der Suzeränität des Sultans, von Russland und Frankreich durchgesetzt. Es wäre sehr bedauerlich, wenn er von seiner Vermittlungsarbeit discouragiert und dieselbe einstellen würde. Es dringen vertrauliche Gerüchte zu mir, nach welchen verbreitet wurde, daß die k. u. k. Regierung und die italienische Regierung mit irgend einer Separataktion die anderen Mächte überraschen wollen. Ich bin überzeugt, daß im Foreign Office diesen Gerüchten kein Glauben geschenkt wird. Jede Trennung von gemeinschaftlicher Aktion würde uns die wertvolle Mitwirkung Sir E. Greys verscherzen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7760.

Nr. 7745. Tel. aus London, 12. Juli 1913 Nr. 517 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 576 vom 11. d. M. betreffend Gendarmerieoffiziere. Ich erlaube mir nachstehende Erwägungen zu unterbreiten. In Gemässheit des Auftrages, der mir mit Telegramm Nr. 408 vom 21 Mai erteilt wurde, „auf die Beschleunigung der Beratung der Gendarmerieorganisation und auf die sofortige Durchführung des betreffenden Beschlusses hinzuwirken", habe ich mich bei jeder Gelegenheit bemüht, die Frage der Berufung schwedischer Offiziere in Fluss zu bringen. Der letzte diesbezügliche Vorschlag Sir E. Greys ist auch teilweise auf meine Anregung zurückzuführen. Ich glaubte die diesbezügliche Beschlussfassung der letzten Reunion als einen Erfolg des von uns vertretenen Standpunktes ansehen zu dürfen. Ich befürchte, dass es eine gewisse Überraschung hervorrufen dürfte, wenn ich jetzt, als der einzige unter den Vertretern, noch unsere Zustimmung zur Demarche bei der schwedischen Regierung an gewisse Bedingungen knüpfe. Ich bitte um Weisung. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7761.

Nr. 7746. Tel. nach Rom, 12. Juli 1913 Nr. 788 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Berchtold).

Geheim. Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 425 vom 12. l. M. Aktives Eingreifen der Monarchie war selbstverständlich nur für den Fall eines bulgarischerseits an uns, nicht aber an Petersburg gerichteten Appells ins Auge gefaßt, wenn beispielsweise Einstellung der Feindseligkeiten vor völliger Niederwerfung nicht anders zu erreichen. Ich bedauere, daß mein

Hinweis auf solche Eventualitäten, der weder als Drohung gemeint war noch als solche verstanden werden konnte, in Rom zum Anlaß einer unerwünschten Erörterung über die Bundespflichten Italiens geführt hat, wobei Marquis di San Giuliano die Bundeshilfe im Falle einer von ihm supponirten, als ganz sichere und sozusagen berechtigte Folge unseres Eingreifens hingestellten europäischen Konflagration von der äußeren Form des Ausbruches des Konfliktes zwischen uns und Serbien abhängig zu machen scheint. Was Marquis di San Giulianos auf Deutschland gesetzte Hoffnungen anbelangt, möchte ich nur hervorheben, daß das deutsche Kabinett es uns stets überlassen hat, unsere vitalen Interessen zu definiren, sowie die Art und den Zeitpunkt für deren Geltendmachung selbst zu wählen, ohne hiemit Konsequenzen in Bezug auf die Leistung der Bundeshilfe zu verknüpfen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7747, 7754, 7779, 8028.

Nr. 7747. Tel. aus Rom, 12. Juli 1913 Nr. 425 (eing. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Meine heutige[b]) lange Unterredung mit dem aus Stockholm zurückgekehrten Minister des Aeußern galt vor allem unserer, in dem hohen Telegramme Nr. 749 vom 4. d. M. angekündigten Stellungnahme gegenüber einer Eventualität des Balkankrieges, welche mittlerweile durch die Niederlagen Bulgariens, dessen Hilferuf nach Petersburg und den Einbruch der rumänischen Armee in Bulgarien eingetreten ist. Marquis San Giuliano, welcher in Stockholm ein Résumé meiner gemachten Mitteilungen an Herrn de Martino erhalten hatte, sprach sich ähnlich wie letzterer (vide meinen Bericht vom 7. d. M. Nr. 42) aus. Unter Berufung auf eine telegraphische Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten erklärte der Minister, ein derartiges Einschreiten von unserer Seite würde nicht nur auf dem Balkan und in ...[c]) schwere Konsequenzen haben, sondern wir würden auch dadurch mit unseren sämtlichen drei Alliierten, Deutschland, Italien und Rumänien, in Gegensatz geraten. Die von mir sehr betonte Darstellung, daß es sich um eine Defensivaktion handeln würde, ließ er nicht gelten. Um aus Defensivgründen eine europäische Konflagration zu provozieren, müßte eine imminente Bedrohung der Monarchie gegeben sein, nicht aber eine vermeintliche Zukunftsgefahr seitens eines Kleinstaates. Unser Eingreifen wäre daher eine ausgesprochene Offensivaktion. Auf diesem Wege könnte Italien der Monarchie nicht folgen, da es mehr denn je entschlossen sei, seine Vertragspflichten gegebenenfalls voll und ganz zu erfüllen, der Dreibund aber einen eminent defensiven Charakter habe.[1]) Trotz dieser sehr ernst und bestimmt vorgebrachten Auseinandersetzung gab mir der Minister teils ausdrücklich, teils indirekt zu verstehen, daß er an die Verwirklichung unserer Drohung nicht glaube, wobei er offenbar auf das enorme Risiko der Unternehmung und auf die Haltung des deutschen Kabinetts zu rechnen scheint. Marquis San Giuliano fährt morgen nach Fiuggi. Mérey.

[1]) Wir wollen ja keine Conflagration provociren, dieselbe könnte aber bei der russischen Auffassungsweise erfolgen und wäre dann eine russische Offensivaktion.

[a]) Vgl. n. 7746, 7748. — [b]) Amtsvermerk: recte 11. Juli. — [c]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 7748. Bericht aus Rom, 12. Juli 1913 Nr. 43 (eing. 19. Juli).[a] Ausfert.

Geheim. Ich benützte die eintägige Anwesenheit des Ministers des Äußern in Rom zwischen seiner Rückkehr von Stockholm und seiner Abreise nach Fiuggi zu einer eingehenden Aussprache mit demselben über die verschiedenen, auf der Tagesordnung befindlichen Fragen. Die aktuellste der letzteren war die momentane Situation auf dem Balkan und unsere einschlägige Stellungnahme, wie sie aus dem hohen Telegramme vom 4. l. M. Nr. 749 hervorgeht, dessen wesentlichster Inhalt dem Marchese di San Giuliano schon auf Grund meiner seinerzeitigen Mitteilungen an Herrn de Martino nach Stockholm telegrafiert worden war. Ähnlich wie der Generalsekretär,[b]) nur in bestimmterer und nachdrücklicherer Form gab auch der Minister seinen schweren Bedenken gegen unser für gewisse — seither eingetretene — Eventualitäten angekündigtes militärisches Einschreiten gegen Serbien Ausdruck. Er habe sich angesichts der weitgehenden Folgen einer solchen Aktion telegrafisch mit dem Ministerpräsidenten darüber auseinandergesetzt und müsse mir erklären, daß Italien der Monarchie auf diesem Wege nicht folgen könnte. Falls man bei uns etwa in diesem Fall darauf rechnete, daß Russland dennoch passiv bliebe, würde man sich seines Erachtens sehr irren. Selbst die Friedensliebe des Czaren und der russischen Regierung würden sich als zu schwach erweisen. Mit dem Eingreifen Russlands wäre aber die europäische Konflagration gegeben. Meine Bemühungen, unsere Aktion als defensiv hinzustellen, blieben fruchtlos. Auch Deutschland fühle sich beständig von Frankreich bedroht[1]) und dennoch greife es den Nachbarstaat nicht an, noch provoziere es irgendwie seinen Angriff. In unserem Falle handle es sich aber überdies nicht um eine imminente Gefahr und vor Allem nicht um eine ernstliche Bedrohung des Bestandes der Monarchie.[2]) Daß Serbien uns bekriegen wolle, sei doch eine ganz indiskutable Annahme. Es handle sich also um vermeintliche Zukunfts-Gefahren, denen man wohl mit anderen Mitteln vorbeugen könne als mit einem Kriege. Unser Angriff auf Serbien wäre also eine Offensiv-Aktion im vollsten Sinne des Wortes[3]) und wir würden vor Europa und der Geschichte die volle Verantwortung für alle Folgen tragen. Es sei undenkbar, den Dreibund für diese Eventualität anzurufen, da derselbe einen ausschließlich defensiven Karakter habe und seit seinem Bestande von allen Staatsmännern der drei verbündeten Reiche auch immer nur in diesem Sinne interpretiert worden sei. Wo bliebe aber der defensive Karakter des Vertrages, wenn es einem der Alliierten frei stünde, den casus foederis durch eine militärische Offensiv-Aktion herbeizuführen, welche eine bestimmt vorhersehbare Gegen-Aktion der anderen Mächte-Gruppe provozieren würde? Als ich — allerdings ohne subjektive Überzeugung von der Richtigkeit meiner Argumentation[4]) — entgegnete, man werde in Wien aus diesen Ausführungen wieder den Eindruck gewinnen, daß Italien hinsichtlich der Interpretation des Dreibundvertrages stets sehr egoistisch vorgehe und denselben nur dann anrufe oder gelten lasse, wenn ein primordiales italienisches Interesse im Spiele sei, trat der Minister dieser Auffassung mit großer Entschiedenheit entgegen. Er könne mir im Gegenteile sagen, daß die

Erfüllung der Bundespflicht Italiens gerade in diesem Jahre den Gegenstand sehr ernster und gründlicher Besprechungen zwischen ihm und Herrn Giolitti gebildet habe.[5] Hiebei habe sich die volle Übereinstimmung darüber ergeben, daß beim Eintritte des casus foederis Italien seiner Pflicht rückhaltlos und nicht etwa in beschränktem Umfange, sondern mit voller Kraft nachkommen und hiebei — vorausgesetzt, daß eine starke Regierung wie die jetzige am Ruder sei — auch seitens der öffentlichen Meinung kein Hindernis zu besorgen haben werde. Auch der kürzliche Abschluß der Marine-Konvention[c] mit uns, infolge deren bereits jetzt gewisse Vorkehrungen in Italien getroffen werden, sei ein Beweis, daß man es mit der Bundespflicht ernst nehme. Nötig sei aber, daß sich der casus foederis klar und loyal im Sinne des Vertrages ergebe. Könne man auf eine klare Vertragspflicht hinweisen, dann werde ganz Italien der Erfüllung dieser Pflicht zustimmen. Des Weiteren führte Marchese di San Giuliano, an seine Eindrücke in Kiel und an einen dem meinigen vorausgegangenen Besuch des rumänischen Gesandten anknüpfend, aus, daß wir uns durch unsere angekündigte Stellungnahme auch von unseren beiden anderen Alliierten, Deutschland und Rumänien, trennen würden.[6] Beide verfolgen ja das dem unsrigen entgegengesetzte Ziel, nämlich eine Schwächung Bulgariens und zum mindesten keine Feindseligkeit gegen Serbien.[7] Sei es denkbar, daß dieselben uns zu Liebe diese Politik in ihr Gegenteil verkehren[8] und hiefür noch eine europäische Konflagration[9] auf sich nehmen werden? Hiemit war der Übergang auf den letzten Teil der Besprechung dieses Themas gegeben, der darin bestand, daß der Minister sich ziemlich deutlich dahin äußerte, er glaube an die Verwirklichung unserer Absicht nicht, beziehungsweise er rechne darauf, daß wir äußerstenfalls von derselben abgehalten werden würden. „On vous retiendra par les pans de votre redingote, si c'est nécessaire."[10] Da ich seit dem eingangszitierten hohen Telegramme keine weitere Mitteilung im Gegenstande erhalten habe und das Fehlschlagen des Appels an die deutsche Regierung wegen der Einwirkung auf Rumänien nur aus den Ereignissen ableite und daher nicht mit Bestimmtheit weiß, ob wir aus dem tatsächlichen Eintritte der damals hypothetisch behandelten Eventualitäten auch wirklich die hiefür angekündigte Konsequenz ziehen werden, habe ich mich nicht für berechtigt gehalten, dem Skeptizismus des Marchese di San Giuliano über den Ernst unserer Entschließungen kategorisch entgegenzutreten. Mérey.

P. S. Zu der oben erwähnten Marine-Konvention[c] gestatte ich mir zu bemerken, daß ich in der letzten Zeit schon mehrmals in die peinliche Lage gekommen bin, über diesen Gegenstand italienischerseits angesprochen zu werden, offenbar in der begreiflichen, aber leider nicht zutreffenden Voraussetzung, ich sei hierüber von meiner Regierung informiert worden. Mérey.

1) Sinnloser Vergleich. — 2) ? — 3) ! — 4) ! — 5) Wozu? Ist doch selbstverständlich. — 6) ! — 7) Das war früher nicht die deutsche Politik. — 8) Aber wir sollen es aus Liebe zu Rumänien und Deutschland. — 9) Rumänien hat sich auch Gefahr einer Europäischen Conflagration ausgesetzt. — 10) Tschirschky sagt das Gegentheil.

a) Vgl. n. 7747, 8245. — b) Vgl. n. 7676. — c) Pribram I 308. Vgl. n. 6832, 8245.

Nr. 7749. Tel. aus Sofia, 12. Juli 1913 Nr. 734 (eing. 13. Juli 6 U. p. m.). Entziff.

Hatte heute Gespräch mit Herrn Danew. Er sagte, er hätte noch keine Nachricht, ob Serben und Griechen auf Waffenstillstand eingehen. Von Herrn Natschowitsch aus Konstantinopel hätte Danew Meldung, daß Türkei auf Evakuation spekuliere; bulgarische Regierung habe Pforte antworten lassen, daß bulgarische Truppen entsprechende Befehle erhalten; da aber Grenze nicht delimitiert, hätte Herr Danew Pforte proponiert, beiderseits Inangriffnahme Delimitierung durch internationale Kommission zu urgieren. Türken scheinen ihre Vorposten noch nicht vorzuschieben. Konseilspräsident hätte nie geglaubt, daß Rumänien Bulgarien Krieg erklären würde und begreife auch nicht Grund, warum rumänische Regierung noch vor Beendigung Mobilisierung Bulgarien überrumpelt. Bulgarien sei hilflos, werde auch nicht geringsten Widerstand Rumänien entgegensetzen und wolle nur auf Gerechtigkeit Großmächte hoffen. Herr Danew sei ohne Nachrichten aus Bukarest und erkundigte sich eindringlich, ob mir wahre Absichten Rumäniens nicht bekannt; wolle Rumänien bloß das beanspruchte Gebiet besetzen oder in Krieg eingreifen, um Bulgarien zu vernichten. Ich sagte, daß ohne Instruktionen, und verwertete nur entsprechend vorletztes Alinea[a] Euer Exzellenz Telegramms Nr. 360 vom 11. d. M. Das Ausmaß der Opfer, welche man Rumänien machen müßte, sei unbekannt — antwortete Mitredner — und es sei unmöglich, wie es auch nunmehr wahrscheinlich zwecklos wäre, mit irgend welchem Anbot an Rumänien heranzutreten. Wir hätten aber stets Interesse an Vergrößerung und Kräftigung Bulgariens gezeigt, Schwächung oder gar Vernichtung Bulgarien könnte uns nichts nützen und Danew erwarte, daß wir etwaige Absichten Rumäniens, die Bulgarien zu stark schädigen würden, vereiteln und Rumänien mäßigen würden. Ich benützte diesen Anlaß, um dem Mitredner einige Wahrheiten auch im Sinne obzitierten hohen Telegrammes über seine Politik zu sagen, wonach ich gemäß selben hohen Telegrammes betonte, daß wir, insoferne das Verhalten Bulgariens uns dies ermögliche, von unserer wohlwollenden Politik nicht abgehen würden. Herr Danew erging sich in Versicherungen über Aufrichtigkeit seiner Haltung uns gegenüber und hob hervor, daß er unseren Ratschlägen nie mißtraut, freiwillige Abtretung eigenen Territoriums wäre aber Ding der Unmöglichkeit; er hätte stets und auch nach Ausbruch der Feindseligkeiten sicher erwartet, daß Krieg mit Serbien und Griechenland vermieden werden würde und deswegen habe er sich zu Zession an Rumänien bis zum letzten Moment nicht entschlossen. Er ersuchte, sobald ich etwas Positives über Dispositionen in Bukarest erfahre, ihm bekanntzugeben. Konseilspräsident klagte noch über Unglück Bulgariens, worauf ich, ohne etwas Greifbares zu sagen, Ton von Sympathie anschlug. Tarnowski.

[a] Vorletztes Alinea von n. 7715 reicht von „Unter diesen Umständen“ bis „zu machen wäre“.

Nr. 7750. Privatschreiben an den Kabinettsdirektor des Kaisers, 12. Juli 1913.[a] Eigh. Ausfert.

In Beantwortung Ihrer beiden sehr geschätzten Schreiben[a] erlaube ich mir Ihnen im Nachstehenden gegenständlich zu referieren. Unser

Gesandter in Bukarest hat uns telegrafisch informirt,[b]) dass der kgl. rumänische Kriegsminister die kategorische Erklärung abgegeben habe, die Nachrichten über Aufstellung rumänischer Truppen an der ungarischen Grenze seien vollkommen erfunden. Was die Angelegenheit des für Bulgarien gecharterten Transportschiffes anbelangt, ist hier vom Kriegsministerium — in Abwesenheit des Ministers — gemeldet worden, dass es sich nicht um Monitore, sondern blos um Patrouillenboote handle und dass Krobatin den bulgarischen Gesandten dahin verbeschieden hätte, es könne sich selbstverständlich nicht um ein Convoyiren des Transportschiffes handeln, was unnötige Aufmerksamkeit verursachen würde. Die Idee des Kriegsministers habe im Auge gehabt, die fraglichen Patrouillenboote zur Zeit des Passirens des Transportschiffes Übungen ausführen zu lassen, welche unauffällig Gelegenheit bieten möchten, das Transportschiff zu bewachen. Ich hoffe den Kriegsminister, der momentan noch abwesend ist, morgen sehen zu können und werde dann Gelegenheit nehmen auf die Sache zurückzukommen. Berchtold.

[a]) Aus dem Archiv der Kabinettskanzlei. Vgl. n. 7720, 7736. — [b]) n. 7739.

Nr. 7751. Tel. aus Belgrad, 13. Juli 1913 Nr. 481 (eing. 14. Juli 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Intervention. Russische Démarche wegen sofortiger Einstellung der Feindseligkeiten wurde durch den französischen Gesandten nachdrücklichst unterstützt; englischer Kollege hatte keinen analogen Auftrag. Diese Démarchen sind durch serbische Regierung gut aufgenommen worden. Herr Pašić zeigte sich unter dem Einflusse Herrn von Hartwigs recht nachgiebig und ist bestrebt, Balkanbund zu erhalten. Serbische Forderungen sollen auch jetzt über das rechte Vardarufer nicht hinausgehen, nur im Norden würde man eventuell die Bregalnitza als Grenzlinie haben wollen. Momentan dauern die Verhandlungen mit den Verbündeten (fort)[b]). Definitive Antwort dürfte erst in den nächsten Tagen erteilt werden. Man wird vor allem sichere Garantien von Bulgarien verlangen, daß es Abmachungen respektieren werde. Ugron.

[a]) Vgl. n. 7582, 7771. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 7752. Tel. aus Bukarest, 13. Juli 1913 Nr. 214 (eing. 8 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Habe Herrn Majoresco eben aufgesucht. Las ihm vorerst mein Telegramm an Euer Exzellenz Nr. 210 von gestern vor, um später vielleicht eintretende Vorschiebung von Mißverständnissen zu verhüten. Minister bekräftigte Inhalt meiner Meldung, bemerkte nur, daß er immer noch hoffe, größere militärische Aktionen hintanzuhalten zu können, sein Einfluß habe jedoch auf Taktik der Operationen des Heeres durch Übernahme des Oberkommandos seitens des Kronprinzen Einbuße erlitten. Weiters las ich Minister des Äußern Euer Exzellenz Telegramm 320 vom 10. d. M. vor. Derselbe akzeptierte vollkommen die darin von Euer Exzellenz entwickelten Gesichtspunkte, betonte neuerlich, daß es Interesse Rumäniens nicht

entspreche, ein Großbulgarien durch ein Großserbien ersetzt zu sehen. Minister nahm es als selbstverständlich zur Kenntnis, daß auf unser künftiges Verhalten gegen Rumänien dessen Verhalten unseren vitalen Interessen gegenüber Einfluß haben wird. Betreffend nichtkriegerisches Vorgehen gegen Bulgarien verwies Minister des Äußern auf seine eingangs erwähnten Ausführungen. Was endgültige internationale Regelung territorialer Balkanverhältnisse betrifft, äußerte sich Ministerpräsident dahin, daß ihm am zweckmäßigsten erscheine, eine Versammlung Balkan- und rumänischer Delegierter, welche untereinander Gebietsaufteilung durchführen würden, anzubahnen. Die Beschlüsse derselben wären eventuell Londoner Réunion zur Gutheißung, auch Rektifikation zu unterbreiten. Rumänien könnte in diesem Falle als am wenigsten interessierter Staat unparteiischere Haltung einnehmen und als porte-voix Österreich-Ungarns auftreten; gegebenenfalls auch bei Gegensatz österreichisch-ungarisch-russischer Auffassungen Vermittlerrolle spielen. Auf den Einwurf, daß Bulgarien diesfalls 1 gegen 4 stünde, daher diese Lösung kaum annehmen dürfte, antwortete Minister, daß Bulgarien auch bei russischem Schiedsspruch kaum ein günstigeres Los erwarten könne als bei den ins Auge gefaßten Beratungen à cinq, wo die Monarchie indirekt Einfluß üben könne. Minister beabsichtigt, über diesen Plan auch Herrn Schebeko zu sondieren. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7753. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 13. Juli 1913 Nr. 355 (eing. 14. Juli 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 330[b] von gestern. Ich glaube, daß eine Einwirkung auf die Pforte in dem von den Bulgaren gewünschten Sinne unter den heutigen Umständen ganz nutzlos wäre, da, wie es scheint, die Verhandlungen Herrn Natschowitschs resultatlos verlaufen sind und der Vormarsch der türkischen Truppen gegen die Linie Enos—Midia wahrscheinlich schon heute früh begonnen haben dürfte.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 7709, 8440. — [b] Mit Tel. Nr. 330, 12. Juli 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 7717 in extenso nach Konstantinopel mitgeteilt.

Nr. 7754. Tel. aus Rom, 13. Juli 1913 Nr. 430 (eing. 14. Juli 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Ich bitte mir die folgenden Ausführungen zum hohen Telegramme vom 12. d. M. Nr. 788 zu gestatten. 1.) Das hohe Telegramm vom 4. d. M. Nr. 749 enthält die jedes Mißverständnis ausschließende Ausführung, daß entscheidende Siege Serbiens eine für die Monarchie abträgliche Situation schaffen würden, welcher wir nicht mit verschränkten (Armen zusehen)[b] könnten, sondern wodurch wir „gezwungen wären, aktiv einzugreifen". Diese Deduktion ist somit ausschließlich auf die künftige Situation zwischen der Monarchie und Serbien basiert. 2). Aus dem erwähnten Telegramme ist weder dort, wo von dem Eingreifen Rumäniens die Rede ist, noch sonst an irgend einer Stelle mit einem Worte zu entnehmen, daß Euer Exzellenz bei Erörterung der Eventualität unseres Einschreitens gegen Serbien von

der wohl äußerst unwahrscheinlichen Annahme eines Appells Bulgariens — und vollends des Kabinettes Danew — an uns ausgingen, sondern das Telegramm stellt sogar ausdrücklich die Voraussetzung der Niederringung Bulgariens und der „Flucht desselben unter die Fittiche des russischen Adlers" auf.[1] Für die Argumentation der hiesigen Regierung[2] wäre übrigens der Umstand irrelevant, ob wir Serbien spontan oder über Bitte Bulgariens angriffen.[3] 3. Die europäische Konflagration als Folge unseres Einschreitens[4] ist nicht etwa nur von Marquis di San Giuliano, sondern in dem fraglichen Telegramme ausdrücklich auch von Euer Exzellenz supponiert. 4) Daß ein Alliierter, dem man die Eventualität einer militärischen Aktion ankündigt, welche nach der eigenen Darstellung eine europäische Konflagration nach sich ziehen kann, seine Situation in diesem Falle erwägt und erörtert, kann wohl nur natürlich erscheinen und jedenfalls nicht vermieden werden. 5). Angesichts der Wichtigkeit des Gegenstandes habe ich den Inhalt des Telegrammes Nr. 749 möglichst getreu — mit der nötigen Rücksicht auf die Wahrung des Chiffregeheimnisses — hier mitgeteilt. Wenn also von einem Mißverständnis die Rede sein kann, hat auch die hiesige Regierung die Sache in gleicher Weise mißverstanden. Selbst eine wörtliche Mitteilung dieses Telegrammes hätte eine andere Interpretation nicht zugelassen. 6). Obgleich aus meinem am 9. d. M. in Wien eingelangten Bericht vom 7. d. M. Nr. 42 schon meine und die hiesige Auffassung unserer Stellungnahme zu ersehen war, ist die Interpretation, welche Euer Exzellenz derselben gegeben wissen wollen, erst am 12. d. M., nach meiner Unterredung mit dem Minister des Aeußern, zu meiner Kenntnis gebracht worden. — Ich darf sonach hoffen, daß der von mir schwer empfundene Vorwurf[5] über die verfehlte Ausführung des mir erteilten Auftrages nicht aufrechterhalten werden kann und bitte ich im Hinblicke auf die Bedeutung der Angelegenheit auch diese meine Rechtfertigung samt den betreffenden Piècen Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn unterbreiten zu wollen. Mérey.

[1] Nicht richtig, blos beim Niederringen ohne Flucht ge[gen] Rußland Eventualität unseres Eingreifens! — [2] Die Stellungnahme der italienischen Regierung kommt erst in Frage, wenn Rußland uns angreift. — [3] Aber nicht für unser Eingreifen. — [4] Könnte Rußland veranlassen. — [5] Kein Vorwurf, nur Polemisierung gegen italienische Auffassung.

[a] Vgl. n. 8028, 10747. — [b] Chiffres fehlen.

Nr. 7755. Tel. aus Rom, 13. Juli 1913 Nr. 432 (eing. 14. Juli 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Antwort auf hohen Erlaß vom 9. d. M. Nr. 3266.[b] Unserem Wunsche entsprechend erhält italienischer Botschafter in Berlin Auftrag, unsere letztere Démarche bei der deutschen Regierung in Angelegenheit der Kandidatur des Prinzen Wilhelm Wied auf den albanesischen Thron zu unterstützen. Mérey.

[a] Vgl. n. 7813. — [b] Mit Erlass Nr. 3266, 9. Juli 1913 wurden n. 7613, Tel. Nr. 317 aus Berlin (vgl. n. 7686 Anm. a) und n. 7685 nach Rom übermittelt, damit sie Marquis San Giuliano mitgeteilt und dieser ersucht werde, den letzten Schritt Österreichs-Ungarns in Berlin durch den italienischen Botschafter zu unterstützen.

Nr. 7756. Tel. aus Sofia, 13. Juli 1913 Nr. 736 (eing. 14. Juli 8 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. In ähnlichem Sinne wie laut meines Telegrammes Nr. 719 vom 11. d. Mts. Herr Dobrovič, haben sich auch einige Politiker ausgesprochen und wie mir Gewährsmänner versichern, finde man hier allgemein dieselbe wachsende Hoffnungslosigkeit und zugleich Auffassung, daß glänzende Aussichten Bulgariens durch russophile Politiker kompromittiert. Während die Regierung, da sie von uns gegen Rumänien keine Hilfe hofft, sich keinen anderen Rat weiß, als sich ganz unter Schutz Russlands zu stellen, wird die von dieser Seite erwartete Rettung vielfach mit größter Skepsis betrachtet, da Russland auf Schwächung Bulgariens ausgehe und sogar Rumänien Bulgarien auf den Hals gejagt hätte. Im Publikum, oft auch in Kreisen, die bis jetzt russophil gewesen und, wie ich sicher weiß, in Armee Erbitterung gegen Russland. In politischen Kreisen Hoffnung auf Großbulgarien in wahren ethnographischen Grenzen ganz aufgegeben. Wahrscheinlicher Verlust reicher Tabakgegend von Cavalla zugunsten Griechenlands wird besonders hart empfunden. Mit Ausbruch innerer Unruhen, sobald Kriegszustand abgeschafft, wird allgemein gerechnet und es wird gesagt, daß Herr Danew, sicher aber König Ferdinand paye les pots cassés. Erfahre, daß Vorsichtsmaßnahmen zum Schutze Hofes bereits getroffen werden. Auch das unbefangenste Urteil kann nur den Kabinetten Geschoff und Danew und dem König die Schuld für das schwere Verbrechen an dem braven Volke und der ausgezeichneten Armee zuschreiben. Zwischen Geschoff und Danew finde ich, was Rumänien anbelangt, ersteren schuldiger, da er wirklich ausgezeichnete Gelegenheiten verpasste. Danew war blind; von derselben Blindheit waren aber alle anderen maßgebenden Staatsmänner befallen und keiner, auch kein oppositioneller hätte — das weiß ich — freiwillig territoriale Zession an Rumänien auf sich genommen. Im letzten Kronrat haben sich alle dagegen ausgesprochen. Herrn Danews schwerstes Verschulden ist, daß er, auf falsche Informationen gestützt und im Glauben an Allmacht Russlands, sich zu lange Illusionen hingegeben, Krieg mit Serben und Griechen auch nach Ausbruch der Feindseligkeiten verhindern zu können, und daß Regierung in dieser falschen Erwartung Kriegsoperationen bulgarischer Armee gestört und Schlappe mitverschuldet. So unbegreiflich die Kurzsichtigkeit, die Verblendung Russland gegenüber und der beschränkte Eigensinn Geschoffs, Danews und ihrer Mitarbeiter, wirkt doch das vollständige Versagen König Ferdinands noch viel überraschender. Die den König treffende Schuld ist umso schwerer, als Höchstdessen Operationen[b] sehr weitgehende und er außerdem seit Krieg mit Türkei und speziell seit Telegramm an Zaren an Prestige und daher Macht gewonnen und nunmehr wohl auch verloren. König Ferdinand, von dem man doch weiteren Blick erwarten konnte, hat nicht nur Situation nicht rechtzeitig erkannt und insbesonders den unerhörten Fehler begangen, Petersburg zu froissieren, ohne sich Wien zu sichern, sondern zur Zeit, als die Situation bereits kritisch zu sein anfing, wo aber König durch rasche Entschlüsse (wie Einsetzung Militärkabinetts), Lage sicher retten konnte, zeigte er sich vollständig rat- und energielos wie auch

seither mesquin in der naiven Zumutung, daß Rumänien nach begonnener Mobilisierung und nach Mißerfolgen bulgarischer Armee sich mit kleiner Grenzrektifikation begnügen würde. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8566. — [b]) Amtsvermerk: sic! wohl richtig „Aspirationen".

Nr. 7757. Tel. aus Sofia, 13. Juli 1913 Nr. 737 (eing. 14. Juli 12 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.

Heute abends erhielt Regierung, wie mir dies auch russischer Kollege bestätigt, Nachricht, daß Türken vorrücken und Linie Enos — Midia bereits überschritten haben. Gleichzeitig kommt auch Meldung, daß Rumänien Dobrič besetzt haben und rumänische Kavallerie sich weiter auf Eisenbahnstation Provadia bewegt. Es herrscht größte Bestürzung; Sobranjesitzung, wo auch regierungsfeindliche Demonstration von militärischen Galeriebesuchern stattgefunden, wurde plötzlich unterbrochen, wonach Minister und Parteiführer sich ins Palais begaben. Ich erhielt heute nachmittags Message des Königs, laut der Aktion Russlands auf seine Entfernung ausgehe; es sollte (Kronprinz)[b]) Thron besteigen. (Sollte)[b]) aber dieser mit Vater Land verlassen zu wollen erklären, würde Russland Großfürsten Nikolaus, der mit montenegrinischer Prinzessin vermählt ist, auf bulgarischen Thron bringen. König stelle seine Person und Dynastie unter Schutz Österreich-Ungarns, bitte aber zugleich bis auf weiteres in hiesige Politik nicht einzugreifen, da König sich von Russland Frieden, Waffenstillstand und territoriale Konzessionen an Rumänien aufoktroyieren lassen wolle. Ähnliche Message erhielt deutscher Kollege. Befürchte gänzliche Unterbrechung telegraphischer Verbindung, wenn Rumänen oberwähnte Eisenbahnstrecke erreichen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7766, 7769, 7782. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 7758. Tel. aus Bukarest, 14. Juli 1913 Nr. 217 (eing. 15. Juli 2 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 323. Inhalt Minister mitgeteilt. Majoresco glaubt, daß Seine Majestät der König morgen abends an die Donau sich begeben wird, um Übergang der Truppen anzuwohnen. In privater Weise von mir auf eventuelle russische Gefahr hingewiesen, bemerkte Minister des Äußern, daß vor acht Tagen Herr Sazonow Herrn Nanu gegenüber sich geäußert hätte, er freue sich, daß Rumänien dem unbotmäßigen Bulgarien seine Faust fühlen lasse. Bisher haben russischer und französischer Kollege sich nur eingehend über Absichten rumänischer Regierung zu informieren gesucht und ihr Unbehagen wegen eventuellen Donauüberganges nicht zu verbergen gewußt, aber konkreter Schritt sei bis heute nicht erfolgt. Seiner Ansicht nach würde ein volte face jetzt schwer zu motivieren sein, nach der vor kurzem gezeigten Haltung der beiden Ententevertreter. Er glaube, eine solche nicht befürchten zu müssen. Ministerpräsident behauptet, bulgarischem Gesandten Pässe selbst zugestellt zu haben, da dieser Zwitterzustand nicht aufrecht zu halten war. Russische Gesandtschaft übernahm Schutz bulgarischer Interessen. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7759. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 14. Juli 1913 Nr. 356 (eing. 15. Juli 10 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Großvezier sagte mir, dass die Besetzung des Territoriums bis zur Linie Enos—Midia von türkischen Truppen in einigen Tagen durchgeführt sein werde; bisher sind dieselben auf keinen Widerstand gestossen. Ich habe nicht verfehlt, im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 322 vom 9. d. M. Said Halim Pascha nochmals darauf aufmerksam zu machen, dass es im Interesse der Türkei liege, sich strenge an den Präliminarfrieden zu halten und die durch die Mächte bestimmte Grenzlinie nicht zu überschreiten. Großvezier antwortete hierauf, türkische Regierung habe nicht Absicht weiter vorzudringen, Situation könne sich aber ändern, so dass man heute mit Bestimmtheit noch nicht sagen könne, welche Entschlüsse in einem späteren Zeitpunkt gefasst werden müssen. Schon jetzt sei die Lage durch die Einnahme Dedeagatschs durch Griechen eine geänderte. Er habe Grund anzunehmen, dass die Griechen von Dedeagatsch nach Adrianopel vordringen werden. Wenn dies der Fall sein sollte, stünden die Türken vor einem neuen Faktum, welches mit den Bestimmungen des Vertragstextes des Präliminarfriedens nicht in Einklang zu bringen wäre, da die Voraussetzung desselben die war, dass die Türkei nur an Bulgarien angrenze, aber nicht ...[b] Aus den obigen Auslassungen Said Halims sowie aus militärischen Vorkehrungen, die man hier trifft, gewinne ich den Eindruck, dass man hier entschlossen ist, eventuell auch die Linie Enos—Midia zu überschreiten und gegen Adrianopel vorzugehen. Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 343 Nr. 685. Vgl. n. 7774. — [b] Chiffres fehlen.

Nr. 7760. Tel. nach London, 14. Juli 1913 Nr. 584 (chiffr. 6 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 516 vom 12. d. M., welches sich mit meinem Telegramme Nr. 580 vom gleichen Datum gekreuzt hat. Ich bin mit der von Marquis Imperiali vorgeschlagenen transaktionellen Redigierung des Punktes II einverstanden. Ich würde auch die Fixierung eines sechsmonatlichen Termines für die Einsetzung des Fürsten akzeptieren, wenn zum Beispiel durch Einfügung der Worte „au plus tard“ die Möglichkeit einer früheren Installation des Fürsten gewahrt würde. Rein persönlich. Was die im letzten Alinea[b] Euer Exzellenz zitierten Telegrammes erwähnten Gerüchte betrifft, bemerke ich, daß mir dieselben keineswegs unerwünscht sind. Ich erhoffe mir vielmehr von der durch dieselben bei Rußland und Frankreich vielleicht hervorgerufenen Furcht vor einem selbständigen Vorgehen von uns und Italien in Albanien ein rascheres Tempo der bezüglichen Verhandlungen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7775. — [b] Letztes Alinea von n. 7744 beginnt mit „Es dringen vertrauliche Gerüchte ...“

Nr. 7761. Tel. nach London, 14. Juli 1913 Nr. 585 (chiffr. 7 U. p. m.). Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Berchtold).

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 517 vom 12. d. M. Die Änderung unseres Standpunktes in der Frage der Gendarmerieorganisation ist nur

eine notwendige Folge der durch die Einbringung des Cambonschen Vorschlages eingetretenen Situation. Wir müssen nämlich einerseits verhüten, daß der Chef der Gendarmerie gewissermaßen die Rolle eines Oberkommissärs, beziehungsweise eines chef du pouvoir exécutif spielt, ehe die Schaffung eines definitiven Regimes in Albanien beschlossen erscheint. Andererseits erscheint es uns aber aussichtslos, in London zu verlangen, daß (etwa durch die Unterstellung des Gendarmerie-Chefs unter die provisorische Regierung) eine Maßnahme zur Verhütung obigen Bedenkens getroffen werde. Berchtold.

Nr. 7762. Tel. aus London, 14. Juli 1913 Nr. 518 (eing. 15. Juli 3 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Grey a dit à Imperiali et à moi que les réunions d'ambassadeurs, qui durent depuis sept mois, devraient prendre fin avant le mois d'août, époque à laquelle il devra s'absenter. Dans ces conditions, il lui semblerait désirable d'arriver au plus vite à une entente sur l'organisation et la délimitation de l'Albanie. A la suite d'une récente conversation avec l'ambassadeur d'Allemagne, qui semble partager ses vues, le secrétaire d'Etat se propose d'aborder la question de l'organisation dans la réunion de demain. Il s'agirait, selon lui, de s'entendre pour un délai dans lequel un prince devra être nommé, et d'assurer pendant cette période transitoire le fonctionnement régulier de l'administration du pays sous le contrôle de la commission. Nous lui avons répondu que nous étions à ce sujet en communication avec nos gouvernements et que nous attendions des instructions. Quant à la délimitation Grey a dit qu'à la suite du conflit actuel dans les Balcans le traité bulgaro-serbe doit être considéré comme déchiré et que, par tant, la Serbie et la Grèce seront limitrophes en Macédoine. Le motif principal de l'opposition russe à l'attribution de Korica à l'Albanie étant ainsi éliminé, Grey pense qu'il serait possible maintenant d'arriver à une entente sur la base Stylos et Korica à l'Albanie en laissant la délimitation du reste de la frontière à une commission internationale. Grey a ajouté qu'il ne s'agirait pas d'une proposition formelle, qu'il échangeait encore des vues avec Paris et St. Pétersbourg, mais que dans les grandes lignes une entente sur ces bases lui semblait possible. Nous lui avons rappelé les conditions[b] auxquelles nos deux gouvernements ont subordonné leur acceptation éventuelle de la commission de délimitation. Sans vouloir discuter ce sujet, Grey a laissé entrevoir que quelques-unes de ces conditions rencontreraient des difficultés. Il a exprimé l'espoir que nous n'insisterions pas au sujet des Koutso-valaques. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7763. — [b] Vgl. n. 7548.

Nr. 7763. Tel. aus London, 14. Juli 1913 Nr. 519 (eing. 15. Juli 7 U. a. m.). Entziff.

Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 518. Als im Laufe unserer vertraulichen und allgemeinen Konversation Sir E. Grey davon sprach, dass der bulgarisch-serbische Vertrag nunmehr als aufgehoben angesehen werden könnte und Serbien und Griechenland eine gemeinschaftliche Grenze erlangen würden, machten sowohl Marquis Imperiali als

ich den Staatssekretär darauf aufmerksam, dass unsere Regierungen ausdrücklich schon zu Beginn der Botschafterreunion die Reserve gemacht hätten, sich das Recht ihrer Zustimmung zur Totalität der territorialen Veränderung vorzubehalten. Wir wiesen auf die unerwartete Vergrößerung hin, die Griechenland nunmehr erlangen dürfte. Marquis Imperiali kam auf die Inseln zu sprechen und bemerkte, daß unter den veränderten Verhältnissen vielleicht billig wäre, wenn der Türkei einige kleine, ganz nahe am kleinasiatischen Festlande gelegene Inseln zugesprochen würden, welche gegenwärtig von Italien besetzt sind. Sir E. Grey meinte, er sei der Ansicht gewesen, alle Inseln mit vorwiegend griechischer Bevölkerung sollten griechisch werden, mit Ausnahme von den den Dardanellen vorliegenden Inseln und Thasos. Er hätte gehofft, dass diese Frage nicht wieder aufgeworfen würde. Marquis Imperiali machte aufmerksam, Griechenland könne jetzt so bedeutend werden, dass es selbst für das Gleichgewicht im Mittelmeer in Betracht komme. Grey schien diese Besorgnis für übertrieben anzusehen, Griechenland werde immer eine Macht zweiten Ranges bleiben etz. Bei Diskussion der Frage, wie Griechenland sich zu den von den Mächten zu bestimmenden Grenzlinien Albaniens stellen würde, erklärte Sir E. Grey, britische Regierung würde zwar für ihren Teil wohl abgeneigt sein, an Koerzitivmaßregeln gegen Griechenland teilzunehmen, doch glaube er bestimmt, dass Griechenland sich fügen würde, wenn alle Mächte über die Grenzen einig sind, weil es dann Griechenland ganz klar sein müsste, dass es bei einem eventuellen Widerstand auf die Unterstützung keiner einzigen Macht rechnen könnte. Mensdorff.

Nr. 7764. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 14. Juli 1913 Nr. 3361.a) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Vertraulich. Herzog Avarna ist heute bei mir erschienen und hat mir von dem Inhalte einer Meldung Herrn Tittonis aus Paris Kenntnis gegeben. Danach hätte der bulgarische Gesandte in Paris Herrn Tittoni aufgesucht und sei ihm gegenüber auf die traurige Lage, in der Bulgarien sich gegenwärtig befindet, zu sprechen gekommen. Der italienische Botschafter habe sich zu Herrn Stanciow dahin geäußert, nach seiner persönlichen Ansicht sollte Bulgarien jetzt nicht eine Politik der kleinen Mittel verfolgen sondern sich bereit finden, seinen Gegnern Konzessionen auf breiter Basis zu machen — worunter er die Abtretung Monastirs und des Gebietes bis zum Vardar an Serbien sowie Salonichs an Griechenland verstehe — und die Mediation der Großmächte anrufen. Herr Stanciow habe hierauf erwidert, daß König Ferdinand der Gedanke vorgeschwebt hätte, zuerst einen eklatanten Sieg über die Serben davonzutragen und sich dann dem Schiedsspruche des Zaren unbedingt zu unterwerfen. Mit dieser Politik sei es nun natürlich vorbei und die Situation Bulgariens verschlechtere sich von Tag zu Tag. Er persönlich könne nur hoffen, daß in Sofia erteilte gute Ratschläge auf fruchtbaren Boden fallen werden. Im weiteren Verlaufe der Konversation habe Herr Stanciow den italienischen Botschafter gebeten, er möge in Rom darauf hinwirken, daß der italienische Gesandte in Sofia beauftragt werde, dort offiziell diejenigen Ratschläge zu erteilen, die Herr Tittoni ihm eben

gegeben habe. Wie mir Herzog Avarna ebenfalls auf Grund von Meldungen Herrn Tittonis erzählte, hat auch Herr Pichon dem bulgarischen Gesandten gegenüber eine analoge Sprache geführt und ihm gesagt, Bulgarien sollte vor allem die Feindseligkeiten einstellen und sodann „se remettre aux Puissances". Bulgarien sollte sich zum Verzichte auf das Gebiet bis Turtukaja—Balčik, auf Monastir und das Gebiet bis zum Vardar sowie auf Salonich zugunsten Rumäniens, Serbiens, beziehungsweise Griechenlands unter der Voraussetzung bereit erklären, daß die Linie Enos—Midia von den Türken nicht überschritten werde und auf dieser Basis um die Mediation der Großmächte ansuchen. Auf die Frage Herrn Stanciows, ob die Grenze Enos—Midia ohne Zustimmung der Mächte überhaupt geändert werden könne, habe der französische Minister ihm geantwortet, daß dies keineswegs der Fall sein könnte. Herrn Tittoni gegenüber habe Herr Pichon hiezu bemerkt, daß das Prinzip der Nichtintervention eine im allgemeinen Interesse und in dem des europäischen Friedens gelegene gemeinsame Aktion der Großmächte durchaus nicht ausschließe. Er habe den französischen Gesandten in Sofia daher beauftragt, der bulgarischen Regierung Ratschläge im obigen Sinne zu erteilen und er würde es für wünschenswert erachten, daß die anderen Mächte sich dort in der gleichen Weise vernehmen lassen. Nach der Sprache der Herren Lahovary und Vesnić glaube Herr Pichon annehmen zu können, daß Rumänien sich mit der Linie Turtukaja—Balčik begnügen und daß auch Serbien keine allzu großen Forderungen stellen werde. Hingegen zweifle er daran, ob es leicht sein werde, die griechischen Aspirationen in Schranken zu halten. Die Sprache des griechischen Gesandten deute auf eine exaltierte Stimmung in Athen hin und speziell König Constantin sei nach den ihm zugekommenen Informationen von der Idee erfüllt, in der Geschichte einst als großer Eroberer genannt zu werden. Die Politik Frankreichs sei bekanntlich graecophil, wenn aber Griechenland exzessive Ambitionen verfolgen sollte, könnte Frankreich dies nicht unterstützen, sondern würde seine Haltung der der übrigen Mächte konformieren. Herzog Avarna schloß seine Mitteilungen mit der Bemerkung, daß Marquis di San Giuliano an den italienischen Gesandten in Sofia einen analogen Auftrag wie Herr Pichon habe ergehen lassen. Auf die Frage des italienischen Botschafters, ob wir geneigt wären, auf die Pforte einzuwirken, damit die türkischen Truppen über die Linie Enos—Midia nicht hinausgehen, habe ich erwidert, daß wir dies bereits getan hätten, daß wir jedoch kein Bedenken trügen, diese Demarche zu wiederholen. Ebenso wäre ich auch bereit, in Sofia einen Schritt zu unternehmen und der bulgarischen Regierung anzuraten, daß sie die Feindseligkeiten einstellen, sich zu Konzessionen herbeilassen und an die Mediation der Mächte appellieren möge.

[a]) Vgl. n. 7778.

Nr. 7765. Notiz für die ital. Botschaft, 14. Juli 1913 Nr. 3354. Konz. (S. Berger; G. Macchio).

Le Comte Mensdorff a reçu ordre[a]) de se prononcer, dans le cas où la question de la non-intervention serait mise en discussion à Londres, d'une manière analogue au langage tenu par le Comte Berchtold à Monsieur

Dumaine. L'Ambassadeur a en outre été instruit que le Gouvernement Impérial et Royal ne jugeait pas, en ce moment, opportune une déclaration dans le sens désiré par le Gouvernement de la République vu qu'on ne saurait prévoir le développement politique dans les Balcans.

[a]) n. 7699.

Nr. 7766. Tel. aus Sofia, 14. Juli 1913 Nr. 738 (eing. 4 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 737 von heute. Dasselbe war wegen mir zugegangener Warnung unmittelbar bevorstehender, gänzlicher Unterbrechung telegraphischer Verbindung in größter Eile abgeschickt. Die Message König Ferdinands ist mir durch denselben Gewährsmann (deutscher Militärattaché), von dem in meinem Telegramme Nr. 672 vom 6. d. Mts. die Rede war, gebracht worden. Letzterer erhielt sie im Auftrage Königs von Baron Epinghofen mit Bitte, sie mir und deutschem Kollegen zugehen [zu] lassen. Das Ersuchen König Ferdinands, daß wir uns Eingreifens in russische Friedensvermittlung enthalten, motiviert Seine Majestät einerseits dadurch, daß unsere Intervention Russland veranlassen könnte, Frieden mit Serben und Griechen absichtlich [zu] vereiteln, und anderseits dadurch, daß sich Russland durch Aufoktroyierung territorialer Zession an Rumänien hierzulande vollkommen diskreditieren werde. Der König ließ mir außerdem noch sagen, daß seine Armee gänzlich demoralisiert und Seine Majestät auf dieselbe nicht mehr rechnen könnte. König könne auch seiner nächsten Umgebung nicht trauen und fühle sich seines Lebens nicht sicher. Vertraulich ließ mich Baron Epinghofen wissen, König hätte ihm gesagt, daß er durchaus wünsche, mich zu empfangen und persönlich zu sprechen, daß aber Seine Majestät nicht wüßte, wie und wo mich begegnen, da er von Spionen umgeben und befürchte, Begegnung mit mir könnte beitragen, Ereignisse zu überstürzen. König befürchte sogar, daß man, um zu hindern, mich zu sehen, eines Attentates gegen seine Person fähig wäre. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7769, 7782.

Nr. 7767. Tel. aus Sofia, 14. Juli 1913 Nr. 740 (eing. 15. Juli 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Von verschiedenen, auch wohlinformierten Seiten geht mir Nachricht zu, Russland habe heute Bedingungen des Waffenstillstandes respektive Friedens hier bekanntgegeben. Serbien bekäme rechtes Vardarufer und sämtliche von serbischen Truppen besetzten Gebiete mit Ištip und Kotschana, Griechenland Seres, nach anderer Version auch Kavalla mit Küste bis Dedeagatsch. Man versichert mir, dass Bulgarien[b]) Bedingungen bereits angenommen; manche wollen wissen, dass Annahme noch nicht erfolgte. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7768. — [b]) Mit Bleistift verbessert aus „bulgarische".

Nr. 7768. Tel. aus Sofia, 14. Juli 1913 Nr. 741 (eing. 10 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Oppositionsführer Tontcheff war soeben bei mir, um mir im eigenen sowie im Namen von zwei anderen Oppositionsführern (Ghenadieff und

Radoslawoff) folgendes zu erklären: Er, Tontcheff, hätte sich schon zur Zeit Stambulows in ähnlichem kritischem Moment an Gesandten Österreich-Ungarns gewendet, um Bulgarien zu retten. Jetzt appelliere Opposition wieder an uns und füge bei, sie haben Mittel und Macht, Änderung gegenwärtiger russophiler Politik, „in die König verrannt", herbeizuführen, Regierung zu übernehmen und andere Politik König aufzudrängen. Sie können jedoch, ohne Risiko Bulgarien in noch schlechtere Lage zu bringen, Regierung nur übernehmen, wenn sie wüßten, ob und in welchem Maße Bulgarien auf Österreich-Ungarns Rücksichtnahme, vornehmlich auf etwaiger europäischer Konferenz oder anders, ernstlich rechnen könnte; welche wäre unsere Haltung gegenüber Serbien, Griechenland und Türkei? Nur wenn darüber informiert, könnte Opposition Lösung rumänischer Frage ins Auge fassen. Es sei möglich, daß Danew (mein Telegramm Nr. 740 von heute) unter russischem Drucke von Rußland diktierte Friedensbedingungen bereits unterzeichnet habe. Vor Übernahme Regierung müßte Opposition wissen, wie weit wir auf endgültige Verteilung Balkans Einfluß zu nehmen, beziehungsweise Erstarkung Serbiens zu verhindern, entschlossen. Vor einigen Tagen hätten Oppositionschefs Seiner Majestät eine von Tontcheff vorgelesene Eingabe überreicht des Inhalts, daß Opposition schon einmal König als Rettung engsten Anschluß an Österreich-Ungarn empfohlen. Jetzt müßten sie denselben Rat noch dringender wiederholen, König auf Gefahren und Folgen des Festhaltens russophiler Richtung für Land und Dynastie aufmerksam machen. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

a) Vgl. n. 7769, 7780.

Nr. 7769. Tel. aus Sofia, 14. Juli 1913 Nr. 742 (eing. 15. Juli 8 U. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 741. Habe Mitredner geantwortet, dass ich offiziell nicht in Lage sei, ihm auf seine Fragen Antwort zu geben. Ich bemerkte im eigenen Namen, dass man sich spät an mich wende; weittragende Ereignisse hätten sich abgespielt, faits accomplis entstanden und ich seit mehreren Tagen ohne jedwede Information aus Wien, so dass Lage nicht gut beurteilen und mich über Haltung meiner Regierung nicht äußern könnte. Ich könnte nur sagen, dass auf ähnliche Fragen Herrn Danews ich vor wenigen Tagen auftraggemäß geantwortet, Bulgarien selbst hätte unsere Aktionsfreiheit dadurch beschränkt, dass es unsere Ratschläge — Verständigung mit Rumänien — nicht befolgte (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 360 vom 11. d. M.). Über eindringliche Bitte Mitredners, Opposition Möglichkeit, Politik Herrn Danews zu bekämpfen, nicht zu benehmen, antwortete ich, nachdem mir Tontcheff auch gesagt, dass baldige Berufung Opposition zur Regierung möglich, ich würde trachten, mir gewünschte Informationen sobald als tunlich zu verschaffen. In ähnlichem Sinne wandte sich heute an mich im geheimen und ganz selbständig der gewesene Ministerpräsident, Armeekommandant General Ratscho Petrow. Dieser glaubt an auf Entthronung König Ferdinands ausgehende Aktion Russlands. Es könnte noch eine entscheidende Schlacht mit Serben versucht werden, wenn Unterstützung Österreich-

Ungarns gesichert wäre. Ich antwortete ähnlich wie Herrn Tontcheff. Gestrige Message des Königs an mich (meine Telegramme Nr. 737 und 738 vom 13. und 14. d. M.), sowie mir heute bekanntgewordene gewisse neue Indizien im Zusammenhalte mit Schritt Herrn Tontcheffs lassen vermuten, dass König Ferdinand — wenn er einerseits Entthronung durch Intriguen Russlands, vielleicht mit Recht, befürchten mag — anderseits sich auch von Seite der Opposition nicht sicher fühlt. Ich frage mich, ob den König momentan nicht die letztere Gefahr mehr präokkupiert, und sollte diese Annahme zutreffen, hätte gestrige Message des Königs an mich unmöglich ganz aufrichtig sein können. In diesem Falle hätte König, indem er die ihm von Russland drohende Gefahr vor uns ausspiele, Garantie für Sicherheit seiner Person und Thron sich von uns zu verschaffen gesucht, gleichzeitig durch gewisse Vorspiegelungen, die bei uns günstigen Eindruck hervorzurufen berechnet, erreichen wollen, dass wir ihn in seiner russophilen Politik nicht behindern und sie ihm nicht verübeln. Furcht vor Russland und Furcht vor den derzeit Opposition ergebenen Mazedoniern sind für jeweilige Haltung König Ferdinands bestimmend. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7780, 7782.

Nr. 7770. Tel. nach Belgrad Nr. 201 (1) und Rom Nr. 794 bis (2), 15. Juli 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

1. Hiesiger serbischer Gesandter ist hier auf seiner Regierung zugekommene Nachrichten zu sprechen gekommen, wonach der bekannte Bandenführer Sandansky sich in Albanien aufhalte und sich bemühe, die Unterstützung der provisorischen albanischen Regierung in Valona zu gewinnen, um durch Einfall von Banden auf serbisches Gebiet Belgrader Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Er (Jovanovitch) hätte den Auftrag, uns zu bitten, auf die provisorische Regierung in dem Sinne einzuwirken, daß sie diesen Einflüsterungen kein Gehör schenke. Es wurde dem Herrn Gesandten erwidert, daß auch uns Nachrichten von dem Eintreffen Sandanskys in Valona vorlägen, zugleich aber auch Meldungen, daß seine Bemühungen bei der dortigen provisorischen Regierung nicht den von ihm gewünschten Erfolg gefunden hätten. Wir hätten übrigens bereits durch unseren dortigen Konsularvertreter bei Ismail Kemal unsere Stimme in warnendem Sinne vernehmen lassen. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, bei der dortigen Regierung die Sprache auf diese Konversation mit Herrn Jovanovitch zu bringen und beizufügen, daß die Neigung zu aufständischen Bewegungen in allen von Albanesen bewohnten Gebieten zum größten Teil darauf zurückzuführen sei, daß die Belgrader Regierung noch immer nicht das Albanien auf der Londoner Botschafterréunion zugesprochene Gebiet geräumt habe und daß, solange dieser Zustand andauere, auch die Gefahr einer aus albanischen Kreisen gegen Serbien gerichteten Aktion fortbestehe.

2. Ich telegraphiere an Herrn von Ugron wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Vorstehendes zur Mitteilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7632, 7846.

Nr. 7771. Tel. aus Belgrad, 15. Juli 1913 Nr. 488 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Österreichisch-ungarischer Standpunkt. Generalsekretär suchte mich heute auszuholen, welchen Standpunkt wohl die Monarchie den erhöhten territorialen Forderungen Serbiens und Griechenlands gegenüber einnehmen werde. Ich erklärte ihm, hierüber absolut nicht orientiert zu sein, fügte aber hinzu, daß ich persönlich annehme, daß einer direkten Austragung des Konfliktes unter den früheren Verbündeten die Monarchie keine Schwierigkeiten in den Weg legen dürfte, solange durch diese Abmachungen unsere eigenen Interessen nicht tangiert werden. Dies ergebe sich auch aus den Enunziationen der Grafen Tisza und Stürgkh.[b] Ugron.

[a] Vgl. n. 7751, 7820. — [b] Parlam. Chron. der ö.-u. Mon. 1913, 361, 391.

Nr. 7772. Tel. nach Berlin Nr. 501 (1), St. Petersburg Nr. 411 (2), London Nr. 586 (3), Paris Nr. 364 (4), Rom Nr. 794 (5) und Bukarest Nr. 328 (6), 15. Juli 1913 (chiffr. 16. Juli 1 U. a. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. Nemes u. Berchtold; G. Berchtold).

1.—5. Bei dem allgemeinen Wunsche nach einer baldigen Wiederherstellung des Friedens am Balkan ergibt sich von selbst die Frage, ob die Großmächte durch eine gemeinsame Aktion zu einer rascheren Herbeiführung dieses Zieles beitragen könnten. Dieser Gedanke wurde bereits mehrfach in unverbindlichen Konversationen erörtert. Speziell in Paris wurde er, ohne die Form einer positiven Proposition anzunehmen, in der Weise formuliert, daß die Mächte in Sofia eine gemeinsame Demarche unternehmen und Bulgarien dringend den Verzicht auf bestimmte Gebiete, die Einstellung der Feindseligkeiten sowie die Anrufung der Mediation Europas anraten sollten. Wenn die k. u. k. Regierung auch ebenso lebhaft wie die anderen Kabinette das Ende der kriegerischen Ereignisse am Balkan herbeiwünscht und gerne bereit ist, an einer hierauf abzielenden Aktion sich zu beteiligen, so kann sie dem vorhin angedeuteten Modus procedendi doch nicht völlig zustimmen. Eine derartige Aktion der Mächte würde nämlich nicht nur auf die Einstellung der Feindseligkeiten abzielen, sondern zugleich auch ein Präjudiz bezüglich der endgiltigen Festsetzung der Gebietsverhältnisse am Balkan schaffen. Ich wäre nicht in der Lage, zu diesen Fragen heute schon definitiv Stellung zu nehmen. Es schiene mir aber auch nicht im Interesse des erforderlichen seinerzeitigen europäischen Einvernehmens gelegen, wenn einzelne Mächte sich durch ein Eintreten für eine konkrete Delimitierung vorzeitig die Hände binden würden. Ich stimme jedoch mit dem erwähnten Gedankengange darin überein, daß auch ich eine diplomatische Aktion zum Zweck der baldigsten Einstellung der Feindseligkeiten im allgemeinen Interesse für dringend geboten halte, nur müßte sie sich vorläufig auf dieses eigentliche Ziel beschränken und die territorialen Fragen, deren Erörterung die Aktion nur aufhalten würde, aus dem Spiele lassen. Aus diesen Gründen schiene es mir angezeigt, daß die Mächte durch ihre Vertreter den Regierungen von Athen, Belgrad und Sofia den dringenden Rat erteilen lassen, die Feindseligkeiten einzustellen und unver-

züglich sei es direkt, sei es durch die Vermittlung der Mächte in Verhandlungen über die Grundlagen eines Friedenschlusses einzutreten. Gleichzeitig wäre die Erklärung abzugeben, daß die Mächte sich vorbehalten, das Ergebnis eventueller direkter Verhandlungen zu überprüfen. Ferner schiene es mir geboten, durch die Botschafter in Konstantinopel die Pforte auffordern zu lassen, von einer Vorrückung der türkischen Truppen über die Linie Enos-Midia abzusehen. Euer Exzellenz wollen sich im Sinne des Vorstehenden zu

1. Herrn von Jagow
2. Herrn Sazonow
3. Sir E. Grey
4. Herrn Pichon
5. Marquis di San Giuliano

1.—5. aussprechen und mir über die Aufnahme Ihres Schrittes telegrafisch berichten.

6. Ich telegrafiere heute an die k. u. k. Botschaften in Berlin, Petersburg, London, Paris und Rom mit dem Auftrage, sich bei den betreffenden Regierungen vernehmen zu lassen, wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Bei dem allgemeinen" bis inklusive „Enos-Midia abzusehen.") Vorstehendes zu Euer Durchlaucht streng vertraulicher Information und Mitteilung an Seine Majestät König Carol. Zur Regelung Euer Durchlaucht Sprache Seiner Majestät gegenüber bemerke ich, daß ich nur von Demarchen in Athen, Belgrad, Sofia und Konstantinopel gesprochen habe und hiebei von dem Gedanken geleitet war, daß Rumänien in Verfolgung seiner Politik in keinerlei Weise eingeschränkt werde. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 343 Nr. 686. Vgl. n. 7790, 7792, 7793 Anm. b, 7798, 7800, 7803, 7806, 7811, 7821, 7833.

Tel. nach Bukarest, 15. Juli 1913 Nr. 328 (chiffr. 16. Juli 1 U. a. m.). Siehe n. 7772.

Nr. 7773. Tel. aus Bukarest, 15. Juli 1913 Nr. 219 (eing. 16. Juli 5 U. a. m.).a) Entziff.

Minister des Äußern teilt eben mit, daß rumänische Streitkräfte sowohl in Dobrutscha als auch nach Donauübergang ihre Vormarschbewegung insolange fortsetzen werden, als nicht Waffenstillstand zwischen Kriegführenden abgeschlossen. Minister des Äußern bemerkte weiter, daß aus Athen und Belgrad einlaufenden Nachrichten zufolge Balkanvertreter sich unter Zuziehung eines rumänischen Delegierten in einer Grenzstadt versammeln sollen, um Frieden respektive Waffenstillstandspräliminarien zu fixieren. Russische Regierung, welche diesen Gedanken propagiert, sei jedoch an rumänische Regierung bisher nicht herangetreten. Vermute, daß rumänische Regierung allfällige diesfällige Einladung annehmen und Bukarest als Versammlungsort vorschlagen dürfte. Einem Gespräche mit russischem Kollegen entnehme, daß er in obiger Sache heute bei Minister des Äußern vorsprechen wird. Minister betonte neuerlich, daß Rumänien nur auf Gebietserweiterung Turtukaia-Balčik reflektiere und weitere

besetzte Gebiete nach Friedensschluß räumen wird. Es ist jedoch anzunehmen, daß Rumänien nach Einigung mit Serbien und Griechenland über die an Bulgarien zu stellenden Bedingungen die besetzten Gebiete erst nach Erfüllung derselben wieder räumen werde. K. E. Fürstenberg.

a) Oe. U. Balkan 344 Nr. 688.

Nr. 7774. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 15. Juli 1913 Nr. 357 (eing. 16. Juli 6 U. a. m.). Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 356 vom 14. d. M. Im Laufe unserer gestrigen Unterredung bemerkte Großvezier, er hätte Grund anzunehmen, daß sich Rumänien nicht mit der Besetzung eines kleinen Teiles bulgarischen Territoriums begnügen werde, sondern es die Absicht habe, gegen Sofia zu marschieren. Wenn mir auch indes sichere Anhaltspunkte fehlen, so habe doch Eindruck, als ob man hier an eine Parallelaktion mit Rumänien denken würde, und zwar vorerst gegen Bulgarien, im Falle aber, als Griechenland in seinen Prätensionen zu weit gehen sollte, eventuell gegen letzteres. Sprache, welche Großvezier gestern mir gegenüber führte, fiel mir besonders durch ihre Entschlossenheit auf. Ich glaube, daß sich Türkei über eventuelle Schritte der Großmächte wegen Respektierung des Londoner Präliminarfriedens einfach hinwegsetzen würde. Bezeichnend ist, daß gestern Großvezier auf meine Frage, ob die internationale Abgrenzungskommission für die Linie Enos-Midia bald zusammentreten könnte, ausweichend antwortete. Heutige Zeitungen melden, daß das Ministerium der Posten und Telegraphen die Post- und Telegraphenbeamten der wieder zu besetzenden Ortschaften Thraziens hieher einberufen hat. Bemerkenswert ist, daß in der Liste dieser Ortschaften auch solche vorkommen, welche jenseits der Linie Enos-Midia liegen wie zum Beispiel Lüle Burgas. Pallavicini.

Tel. nach London, 15. Juli 1913 Nr. 586 (chiffr. 16. Juli 1 U. a. m.). Siehe n. 7772.

Nr. 7775. Tel. aus London, 15. Juli 1913 Nr. 520 (eing. 16. Juli 5 U. a. m.).a) Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm von gestern Nr. 584. Statut Albaniens.

Nachstehendes ist der Text des mit Berücksichtigung unseres transaktionellen Vorschlages formulierten Statutsentwurfes, den Marquis Imperiali und ich heute Sir E. Grey überreicht haben:

L'Albanie est constituée en principauté autonome, souveraine et héréditaire par ordre de primogéniture sous la garantie des six Puissances. Le prince sera désigné par les six Puissances.

Tout lien de suzeraineté entre la Turquie et l'Albanie est exclu.

L'Albanie est neutralisée, sa neutralité est garantie par les six Puissances.

Le contrôle de l'administration civile et des finances de l'Albanie est confié à une commission internationale composée de délégués des six Puissances et d'un délégué de l'Albanie.

Les pouvoirs de cette commission dureront cinq ans et pourront être renouvelés en cas de besoin.

Cette commission sera chargée d'élaborer un projet d'organisation détaillé de toutes les branches de l'administration de l'Albanie. Elle présentera aux Puissances dans un délai de six mois un rapport sur le résultat de ces travaux ainsi que ses conclusions au sujet de l'organisation administrative et financière du pays et de l'organisation du contrôle des Puissances pour la durée du mandat de la commission.

Le prince sera nommé dans un délai de six mois au plus tard. En attendant la désignation du prince le fonctionnement des autorités nationales qui administrent leur pays provisoirement et de fait, sera contrôlé par la commission internationale susmentionnée.

La sécurité et l'ordre public seront assurés par l'organisation internationale de la gendarmerie. Cette organisation sera confiée à des officiers étrangers qui auront le commandement supérieur et effectif de la gendarmerie.

Ces officiers seront choisis dans l'armée de la Suède.

La mission des officiers instructeurs étrangers ne porte pas atteinte ni à l'uniformité du service ni à l'emploi d'officiers, sous-officiers et gendarmerie indigènes.

Les traitements de ces officiers pourront être assurés sur les ressources du pays avec la garantie des Puissances. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7776, 7777, 7807, 7830, 7855, 7900, 7929, 8123.

Nr. 7776. Tel. aus London, 15. Juli 1913 Nr. 521 (eing. 16. Juli 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Pour faire suite à mon télégramme Nr. 520 d'aujourd'hui. On a discuté le projet d'organisation de l'Albanie présenté à Sir E. Grey par le Marquis Imperiali et moi point par point à la réunion des ambassadeurs avec le résultat suivant: Les alinéas 1, 2, 3, 4 sont adoptés. A l'alinéa 5 Comte Benckendorff fait observer que d'après la résolution du 20 il a été convenu que l'autonomie albanaise sera garantie et contrôlée exclusivement par les six Puissances et que ce contrôle des Puissances ne devra pas prendre fin si les pouvoirs de la commission de contrôle ne sont pas renouvelés à l'expiration de cinq années. Sur l'observation du Comte Benckendorff le Marquis Imperiali parlant en son nom personnel, dit qu'on pourrait peut-être, au lieu de s'arrêter à la permanence au sujet des contrôles, substituer la durée de dix ans à celle de cinq ans dans l'alinéa 5. Alinéa 6 adopté, sauf la dernière phrase „et de l'organisation du contrôle des Puissances pour la durée du mandat de la commission". Alinéa 7. Comte Benckendorff dit qu'il préfèrerait un an au lieu de six mois pour des considérations pratiques (mais il donne à entendre qu'il ne croit pas qu'il devra insister absolument là-dessus). Monsieur Cambon propose l'amendement suivant: „En attendant la désignation du prince, la commission de contrôle choisira ses agents d'exécution et procèdera avec le concours des autorités locales." Alinéas 8, 9, 10, 11 adoptés. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7777, 7807, 7830, 7900, 8143.

Nr. 7777. Tel. aus London, 15. Juli 1913 Nr. 522 (eing. 16. Juli 5 U. a. m.).[a] Entziff.

In Ergänzung meiner heutigen Telegramme Nr. 520 und 521. Sir E. Grey empfing Marquis Imperiali und mich vor der Reunion und wir übergaben ihm unseren Vorschlag bezüglich Organisation Albaniens. Er relevierte zwar gleich, daß die Permanenz der europäischen Kontrolle daraus eliminiert erscheine, die nach dem ursprünglichen Reunionsbeschlusse als dauernd gedacht war, er schien aber im ganzen unser Elaborat als eine Grundlage anzusehen, auf welcher man sich verständigen könnte. Wir überließen es ihm, ob er es bei der Reunion zur Sprache bringen wolle, betonten aber, daß wir zur Diskussion nur autorisiert wären, wenn die ersten zwei Punkte angenommen wären. Infolgedessen verfolgte er bei der Reunion die Prozedur, Punkt für Punkt den Vorschlag durchzusprechen und die Zustimmung einzuholen. Die Divergenz der Ansichten zeigte sich zunächst bei Alinea 7, wo Herr Cambon meinte, unsere Redaktion wäre gleichbedeutend mit einer Anerkennung der jetzigen Regierung in Valona. Ich vertrat den Standpunkt, daß dies nicht der Fall sei, daß aber irgendeine de facto-Administration bestehe und daß wir diese ja unter die Kontrolle der Kommission stellen. Herr Cambon proponierte das Amendement, das ich an anderer Stelle melde. Die Fundamentaldivergenz trat aber hervor, als Graf Benckendorff erklärte, er vermisse die Permanenz der europäischen Kontrolle, wie sie im Reunions-(beschlusse)[b] vom 20. Dezember erklärt worden war. Seine Regierung habe stets die permanente europäische Kontrolle als etwas Feststehendes angesehen. Man suchte den damaligen Reunionsbeschluß hervor, der lautet: „Autonomie garantie et contrôlée exclusivement par les six Puissances." Ich betonte, dies hätten wir so aufgefaßt, daß dies auf ein autonomes Land unter Suzeränität des Sultans Anwendung finde. Heute sei die Situation anders, und übrigens sei ja durch die Kontrollkommission das Prinzip der Kontrolle aufrechterhalten mit der Möglichkeit, sie zu verlängern. Es entspann sich sehr lange Diskussion, die den ganzen Nachmittag füllte. Wir suchten alle nach Auswegen und Kompromissen. Graf Benckendorff machte schließlich seine Reserve in einer Form, in welcher das Wort Permanenz der Kontrolle nicht ausgesprochen wurde. Marquis Imperiali suggerierte als ganz persönliche Idee, ob man nicht über die Schwierigkeit hinweg kommen könnte, wenn die Kommission statt auf fünf, auf zehn Jahre instituiert würde. Sir E. Grey schien diesen transaktionellen Vorschlag Imperialis gut aufzunehmen (dem Staatssekretär wäre es offenbar am liebsten, jetzt irgendwie die ganze Organisation ins Leben zu rufen und die endgiltige Fixierung der Zukunft, sei es in fünf oder in zehn Jahren, zu überlassen). Heute stehen wir vor der Schwierigkeit, die prinzipiell und tiefgehend erscheint, daß nämlich Russland und Frankreich auf der permanenten europäischen Kontrolle bestehen dürften, welche wir und Italien nicht wünschen. (Vielleicht ließe sich durch direkte Rücksprache mit Herrn Sazonow ein Ausweg finden). Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7807, 7830. — [b] Chiffre fehlt.

Tel. nach Paris, 15. Juli 1913 Nr. 364 (chiffr. 16. Juli 1 U. a. m.). Siehe n. 7772.

Nr. 7778. Tel. aus Paris, 15. Juli 1913 Nr. 138 (eing. 16. Juli 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Aus Äußerungen des Präsidenten der Republik und Herrn Pichons ersehe ich, daß man hier bisher an Grenzlinie Enos—Midia festhält und auch griechische Prätensionen auf die bisher Bulgarien zugedachte Küste inadmissibel findet. Herr Poincaré sagte mir, es werde schwer sein, Griechenland von Cavalla fern zu halten, doch hält er die diesbezüglichen Ansprüche Griechenlands für ungerechtfertigt. Auch die Zeitungen, die letzter Zeit sehr starke griechische Sympathien zeigten, fangen an, die Wünsche dieses Landes übertrieben zu finden. Ich fürchte, daß bei allgemeinen Verhandlungen Griechenland, je mehr es auf seine Ansprüche gegen Osten wird verzichten müssen, umsoweniger nachgiebig in albanesischer Grenzfrage sein wird, weshalb es vielleicht von Vorteil wäre, wenn letztere Frage unabhängig von Friedensverhandlungen ehestens in London geregelt werden könnte. Szécsen.

[a] Vgl. n. 7764.

Tel. nach Rom, 15. Juli 1913 Nr. 794 (chiffr. 16. Juli 1 U. a. m.). Siehe n. 7772.

Tel. nach Rom, 15. Juli 1913 Nr. 794 bis (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7770.

Nr. 7779. Tel. aus Rom, 15. Juli 1913 Nr. 438 (eing. 7 U. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Mit Bezug auf letztes[b] Alinea des hohen Telegrammes vom 12. d. M. Nr. 788. Mein deutscher Kollege erzählte mir gestern, er habe mit dem Minister des Äußern eine Unterredung über die Eventualität unseres Einschreitens in Serbien gehabt. Marquis di San Giuliano habe diese Idee sehr ernst erörtert, aber eine Erleichterung dadurch gefühlt, daß auch die deutsche Regierung seine Auffassung teile. Herr von Flotow führte sodann aus, daß Deutschland uns auf diesem Wege nicht folgen könnte.[1] Mérey.

[1] 21. Juni *(irrtümlich für „Juli" vgl. n. 7889)* dem deutschen Botschafter gegenüber zur Sprache gebracht. Er sagte, Flotow müsse sich in dieser Weise geäußert haben, um San Giuliano zu beruhigen!!! Machte ihn auf folgenschwere Bedeutung solchen Vorgehens aufmerksam.

[a] Vgl. n. 7889. — [b] Letztes Alinea von n. 7746 beginnt mit „Was Marquis di San Giuliano auf Deutschland ...".

Tel. nach St. Petersburg, 15. Juli 1913 Nr. 411 (chiffr. 16. Juli 1 U. a. m.). Siehe n. 7772.

Nr. 7780. Tel. nach Sofia, 15. Juli 1913 Nr. 367 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 741 und 742 vom 14. d. M. erhalten. Falls sich nochmals eine Gelegenheit zu einer Aussprache mit Herrn Tontscheff oder General Petrow bietet, wollen Euer Hochgeboren zunächst betonen, daß Ihre Ausführungen gegenüber nichtoffiziellen Persönlichkeiten naturgemäß nur einen unverbindlichen Charakter besitzen

können und sich sodann folgendermaßen aussprechen: Von der Überzeugung ausgehend, daß unsere und die wahren Interessen Bulgariens in vielfacher Hinsicht identisch und in keiner Weise entgegengesetzt sind, stehen wir seit langem der Erstarkung und Vergrößerung Bulgariens sympathisch gegenüber. Wir werden an dieser Politik auch weiterhin festhalten unter zwei Voraussetzungen, daß Bulgarien sich in Zukunft nicht durch ein neues Bündnis mit Serbien in den Dienst der panslavistischen Idee stellt und daß es uns durch eine Verständigung mit Rumänien ermöglicht, mit beiden Staaten gute Beziehungen zu pflegen. Obwohl Herr Geschoff wie Herr Danew von diesem unseren Standpunkte in Kenntnis gesetzt worden waren, haben sie weder der einen noch der anderen Bedingung rechtzeitig Rechnung getragen. Diesen Staatsmännern muß man es in Bulgarien zuschreiben, daß die Monarchie in der heutigen Situation über eine diplomatische Unterstützung Bulgariens schwer hinausgehen kann, ohne eigene Interessen wesentlich zu gefährden. Heute ist auch keine bulgarische Regierung in der Lage, uns einen entsprechenden Gegenwert für eine bindende Zusage unsererseits zu bieten. Bulgarien hat die Gelegenheit versäumt, wo wir zu einer Aussprache geneigt waren, die dem Königreiche große Vorteile gesichert hätte. Nun muß Bulgarien darnach streben, die durch die Fehler Geschoffs und Danews geschaffene ungünstige Situation möglichst zu sanieren. Ich möchte annehmen, daß die Fehler der russophilen Richtung bewirken werden, daß in Sofia ein Regimewechsel eintritt und eine Regierung ans Ruder kommt, die eine rein bulgarische Politik zum Programm hat. Dann wird auch der Augenblick kommen, wo einsichtige bulgarische Staatsmänner den Parallelismus zwischen den Interessen der Monarchie und Bulgariens erfassen und ein engeres Verhältnis zu Österreich-Ungarn anbahnen werden. In der gegenwärtigen Krise wird unsere Haltung wesentlich davon abhängen, ob Bulgarien auf die von mancher Seite propagierte Idee eingeht, mit Serbien nicht nur ein Kompromiß, sondern auch neuerlich ein Bündnis zu schließen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7793, 7794.

Nr. 7781. Tel. aus Sofia, 15. Juli 1913 Nr. 744 (eing. 7 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Dobrovič suchte mich soeben auf und gab mir eine eigenhändige Aufzeichnung König Ferdinands zu lesen, die er ersuchte, ihm zurückzustellen. Ich notierte mir Inhalt des Schriftstückes, welcher der folgende ist: Der König fragt sich an, ob Seine Majestät der Kaiser das Schicksal der königlichen Familie ins Auge gefaßt hat. Der jetzige Moment ist für den König ein sehr kritischer. Serbien und Griechenland haben die bulgarische Armee besiegt; von einer Offensivoperation kann nicht mehr die Rede sein und selbst die Defensive ist in Frage gestellt und eine Gefahr für die Hauptstadt ist nicht ausgeschlossen. Russland und Frankreich haben uns außerdem die Rumänen an den Hals gehetzt, deren feiger Triumphzug sich bis jetzt auf Varna, Provadia und gegen Rustschuk erstreckt. Die Türken, denen der hoffnungslose Zustand der bulgarischen Armee nicht entgehen konnte, fordern nicht blos die Rückgabe des Territoriums östlich von Enos—

Midia, sondern sie drohen, auch Adrianopel zurückzuerobern, was ihnen, ohne eine Patrone zu verschießen, leicht gelingen wird. Der aussichtslose Zustand der Armee, verbunden mit dem siegreichen Vordringen der Serben und Griechen, sowie der Raubzug der Rumänen haben die Regierung gezwungen, sich an Russland um Intervention zu wenden. Dieselbe wurde uns unter erdrückenden und die Existenz Bulgariens aufs Spiel setzenden Bedingungen zugesagt. Sie sind: als Grenze zwischen Bulgarien und Serbien die Wasserscheide von Vardar mit Ištib und Kotschana für die Serben und so weiter plus Tutrakan—Balčik an die Rumänen. Eine Reihe von Verlusten, welche die Nation nie und nimmer zu verschmerzen im Stande sein wird. Nicht genug, daß Russland seit der Schlacht von Tschataldja systematisch Bulgarien zu schwächen sucht und den jetzigen grauenhaften Zustand der Dinge heraufbeschworen hat, strebt es nach einem anderen Ziel: die Entthronung des Königs. Alle Wege zur Erreichung dieses alten Lieblingsplanes sind ihm gut genug. Und es ist die bulgarische Armee selbst, die dieses Werk vollbringen kann, wenn die halbverhungerten Horden bulgarischer Soldaten vom Kriegsschauplatze auf Sofia zurückströmen und hier ein Gemetzel anrichten werden, dem zuerst König und seine Familie zum Opfer fallen würden. In dieser tragischen Lage fragt der König Seine Majestät den Kaiser, ob Österreich dem Untergange Bulgariens und seiner Dynastie teilnahmslos zusehen wird und ob Österreich die Übermacht Serbiens (von Belgrad bis Salonik) gleichgiltig hinnehmen und durch seine Indifferenz Bulgarien dazu bringen wird, daß es für ewige Zeiten der westlichen Kulturgruppe sowie seiner koburgischen Dynastie entsagen muß. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7782, 7793, 7797, 7816.

Nr. 7782. Tel. aus Sofia, 15. Juli 1913 Nr. 745 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 744. Dobrovič sagte, König ließe mich ersuchen, Inhalt seines Briefes baldigst nach Wien weiter zu geben. Ich versprach dies und bemerkte dann im eigenen Namen, daß wir wohl keinen Vorwurf der Gleichgiltigkeit Bulgarien gegenüber verdienen und Geschehnisse bloß Folge bulgarischer Politik seien, vor denen wir seit Ausbruch des Krieges mit der Türkei bis vor kurzem unaufhörlich gewarnt hätten. Auch wies ich auf Eröffnung hin, die ich Herrn Dobrovič im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 360 vom 11. d. Mts. kürzlich gemacht, wonach Bulgarien selbst uns unserer Aktionsfreiheit beraube, indem es verweigere, Rumänien zu befriedigen. Ich betonte, daß Bulgarien — wie der König dies selbst sagte — Lösung aller Schwierigkeiten Russland überlassen hätte, was für eine Aktion unserseits keinen Raum ließe. Den Widerspruch zwischen obiger Message König Ferdinands und jener, die mir laut meiner Telegramme Nr. 737 und 738 vom 13. d. Mts. zugegangen, hob ich nicht hervor, da Dobrovič von diesem Schritte des Königs keine Kenntnis haben dürfte. Es muß wohl mit russischer Vermittlung nicht gehen. Dobrovič antwortete, er sei vollkommen meiner Ansicht. König hätte — wie Dobrovič dies beständig geraten — Kabinett Danew entfernen

und durch unsere Vermittlung mit Rumänien Verständigung suchen sollen. Noch heute hätte Dobrović Seine Majestät dringend gebeten, sich von Danew loszusagen und Bulgarien jetzt noch in letzter Stunde unter unseren Schutz zu stellen. Wie ist es möglich, fragte ich vertraulich, daß König, wo doch Gefahr gesehen habe, keine Konsequenzen daraus gezogen. Dobrović meinte, Seine Majestät hätte Energie verloren und in Verzweiflung beginge Fehler. Mitredner fügte hinzu, Situation des Königs sei tatsächlich verzweifelt und es drohten ihm ernsteste Gefahren. Da Disziplinlosigkeit in Armee immer größer und Hungersnot beginne, müßte man für Sofia auf alles gefaßt sein. Mit Einnahme Varnas durch Rumänien sei König von der Welt abgeschnitten. Gestern hoffte noch König Rettung von Russland und sah sich — wie ich vermutete — von Opposition bedroht (mein Telegramm Nr. 742 vom 14. d. Mts.); heute Hoffnung auf Russland geschwunden und König scheint unter Voraussetzung unserer Unterstützung genötigt, Heil bei Opposition zu suchen, wobei er jetzt wieder Gefahren seitens Russlands sieht. Ihre Majestät die Königin lud heute Baron Mittag zu sich und sprach sich zu ihm ungefähr wie König in heutiger Message aus. Königin sieht sehr schwarz, rechnet mit revolutionären Unruhen und glaubt, König erwarte im besten Falle — wenn von uns keine Rettung — Schicksal Battenbergs. K. u. k. Militärattaché will wissen, daß Geist Armee, obwohl alles getan, um sie zu demoralisieren, bei weitem nicht so schlecht, als König schildert und man bei Hof glaubt. Tarnowski.

a) Vgl. n. 7793, 7816.

Nr. 7783. Tel. aus Sofia, 15. Juli 1913 Nr. 746 (eing. 7 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Es besuchte mich ein absolut verläßlicher Gewährsmann, der soeben von Minister Peew ersucht wurde, mir folgende Mitteilungen zu machen: „Obgleich sich Regierung bereit erklärt hätte, auf Wunsch Rußlands Serbien rechtes Vardarufer nebst Kotschane und Ištib und den Griechen Seres, Kavalla und Drama abzutreten, hat Rußland ihre Bitte, sie aus verzweifelter Situation zu retten, abgewiesen. Rumänen sollen überdies bei Rahovo Donauübergang beginnen. Regierung hat Demission gegeben und die Oppositionschefs in Ministerrat berufen, um denselben Antrag zu stellen, Regierung zu übernehmen. Da sich unter den jetzigen Umständen niemand dazu bereit finden wird, ohne Funken Hoffnung zu haben, von Österreich-Ungarn unterstützt zu werden, fragt man bei mir an, ob Österreich-Ungarn Bulgarien vor dem Aufgeteiltwerden retten und das neue Kabinett unterstützen will. Bulgarien sei auf dem Standpunkte, daß es uns um Gnade bitten muß. Man möge Fehler der Regierung vergessen und das Land vor dem Untergange retten. Was an Serbien, Griechenland und Rumänien abgetreten werden muß, wird zediert werden.“ Schritt des Ministers Peew ist blos unoffizielle Sondierung. Wenn Regierung Andeutung von mir bekommt, daß Österreich-Ungarn Bulgarien nicht ganz verlassen und nicht Russland . . . *a)* wird, wird sich dermaliger Chef Kabinetts oder sein Nachfolger an mich wenden. Ich nahm Mitteilung zur Kenntnis. Tarnowski.

a) Chiffre verstümmelt.

Nr. 7784. Tel. aus Sofia, 15. Juli 1913 Nr. 747 (eing. 16. Juli 12 U. 10 M. a. m.). Entziff.

Seine Majestät lässt mir soeben durch Baron Epinghofen wörtlich sagen: „Ministerium Danew gestürzt und ersetzt durch austrophiles Ministerium Radoslavow." Erhalte im Moment diese Nachricht, die noch nicht verifizieren konnte. Tarnowski.

Nr. 7785. Tel. aus Sofia, 15. Juli 1913 Nr. 748 (eing. 16. Juli 12 U. 15 M. a. m.).[a] Entziff.

Ein Kabinettsminister läßt mir durch Gewährsmann sagen, daß Russland Vermittlung abgelehnt und Rat erteilt, Ministerpräsidenten der kriegführenden Staaten sollten sich zwecks direkter Verständigung Nisch treffen, wohin Herr Venizelos angeblich bereits abgereist. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 344 Nr. 687.

Nr. 7786. Tel. aus Bukarest, 16. Juli 1913 Nr. 222 (eing. 7 U. 10 M. p. m.). Entziff.

Aus Anspielungen des Ministers des Äussern, welche er jedoch nicht näher zu präzisieren zu wollen schien, schliesse ich, dass die rumänische Regierung eventuell die Vorwärtsbewegung ihrer (Truppen)[a]) einstellen würde, wenn Bulgarien durch eine befreundete Macht rumänischer Regierung notifizieren würde, dass es in Abtretung strategischer Grenze Turtukaja—Dobrič—Balčik einwillige, sich in irgendeiner Form bereit erkläre, Feindseligkeiten einzustellen und die Berechtigung Rumäniens anerkenne, an Verhandlungen bezüglich der Aufteilung ehemaligen türkischen Territoriums teilzunehmen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Chiffre fehlt.

Nr. 7787. Tel. aus Bukarest, 16. Juli 1913 Nr. 226 (eing. 17. Juli 3 U. 11 M. a. m.).[a] Entziff.

Mein russischer Kollege, der mich eben aufsuchte, äusserte sich besorgt über den militärischen Vormarsch Rumäniens sowohl in der Dobrutscha als nach Donauübergang gegen Sofia. Er behauptet, dass dort eine Art Panik ausgebrochen, da man befürchtet, dass rumänische Truppen in sechs Tagen vor Sofia stehen könnten, nachdem zwischen Donau und Hauptstadt kein bulgarischer Soldat. Herr Schebeko, der heute Minister des Äussern darauf aufmerksam machen wird, dass der rumänische Vormarsch in Petersburg schlechtesten Eindruck hervorruft, versuchte, mich zu ähnlicher Sprache zu bewegen. Ich verhielt mich rezeptiv und wies russischen Gesandten darauf hin, dass nur baldigster Waffenstillstand rumänische Vorwärtsbewegung zum Einstellen bringen könnte, dieser sei aber nur rasch erreichbar, wenn Alliierte Ansprüche gegen Bulgarien mässigen würden. Russland müsse in dieser Hinsicht wirken. Es würde hiesiger Stellung der Monarchie zu grossem Vorteil gereichen, wenn Russland allein die Rolle des Rumänien Zurückhaltenden spielen müsste. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7799.

Nr. 7788. Tel. nach Konstantinopel, 16. Juli 1913 Nr. 337 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Macchio).

Nach einer Mittheilung der hiesigen königlich bulgarischen Gesandtschaft hätten die türkischen Truppen die Enos—Midia Linie überschritten, sich der Ortschaften Lüle-Bourgas, Bounar-Hissar und Visa bemächtigt und marschieren auf Kirkilisse. Euer Exzellenz wollen thatsächlichen Vormarsch und gegenwärtige Position der türkischen Armee soweit dies möglich verifizieren und mir darüber telegrafisch berichten. Bei diesem Anlasse wollen Euer Exzellenz sich neuerlich bei der Pforte im Sinne des letzten Alineas[b] meines Telegrammes Nr. 322 vom 8. d. M. vernehmen lassen.

Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 348 Nr. 697. Vgl. n. 7804. — [b] Letztes Alinea von n. 7691 beginnt mit „In Ihren bezüglichen Gesprächen ...“.

Nr. 7789. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 16. Juli 1913 Nr. 365 (eing. 17. Juli 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Der in meinem Telegramme Nr. 352[b] vom 12. d. Mts. genannte Bevollmächtigte Pavlović hat mich heute aufgesucht. Nach einigen einleitenden Worten über das große Interesse, welches Serbien hätte, sich gut mit der Nachbarmonarchie zu stellen, entwickelte er folgende Idee, welche er als seine rein persönliche bezeichnete: Österreich-Ungarn sollte Serbien behilflich sein, zum Ägäischen Meer zu gelangen. In diesem Falle könnte Serbien seiner Ansicht nach auf das Recht einer Bahn an die Adria verzichten. Pavlović würde sich als zukünftige Grenze Serbiens das Strumatal bis beiläufig Demir Hissar und von dort eine Art Corridor bis an die Bucht von Cavalla denken, so dass Serres auch serbisch würde. Es würde also der Oberlauf der Struma die Ost-Grenze gegen Bulgarien, der Unterlauf die Südwestgrenze gegen Griechenland bilden. Mein Mitredner wies weiter darauf hin, daß Serbien auch in der albanesischen Politik der Monarchie ein nützlicher Faktor werden könnte, wenn letztere dem Königreich dazu verhelfen würde, ans Ägäische Meer zu kommen. Herr Pavlović erklärte mir, er glaube, die maßgebenden serbischen Kreise für seine Idee gewinnen zu können. Ich habe aber den Eindruck, daß er im Auftrage seiner Regierung gesprochen habe. Zum Schlusse betonte er noch, daß die Angelegenheit sehr vertraulich behandelt und daß jedenfalls der serbische Gesandte in Wien aus dem Spiele gelassen werden müsse. Eventuell bot sich Pavlović als Zwischenhändler an. Ich habe mich gegenüber den Äußerungen Pavlović' vollkommen rezeptiv verhalten und ihm nur gesagt, ich würde Euer Exzellenz darüber berichten. Mein deutscher Kollege teilt mir soeben spontan mit, daß Pavlović auch ihm gegenüber sich im obigen Sinne ausgesprochen hat.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 7948. — [b] Mit Tel. Nr. 352, 12. Juli 1913 (eing. 13. Juli 12 U. 50 M. a. m.) wurde aus Konstantinopel gemeldet, Großvesir Said Halim habe deutschem Botschafter streng geheim mitgeteilt, Natschowitsch habe für Bulgarien Türkei die Ergene-Linie, Verzicht auf Kriegsentschädigung und Unterstützung in der Inselfrage, Pavlović für Serbien ganz Thrazien mit Adrianopel und Verzicht auf Kriegsentschädigung angeboten.

Nr. 7790. Tel. aus Paris, 16. Juli 1913 Nr. 139 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Balkanfrieden. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 364 von heute und im Sinne desselben mit Herrn Pichon gesprochen. Letzterer schien mit Auffassung Euer Exzellenz ganz einverstanden; er behauptet, in Sofia nie den Verzicht auf bestimmte Gebiete angeregt zu haben, er habe allerdings gesagt, daß Bulgarien gewisse Opfer werde bringen müssen, aber stets betont, dass diese nur bei Friedensunterhandlungen präzisiert werden könnten und der Zustimmung der Grossmächte bedürfen. Herr Pichon ist über Entwicklung der Situation sehr besorgt. Gestern hat Herr Stancioff im Namen des Königs von Bulgarien einen Appell an Herrn Poincaré gerichtet und erklärt, Bulgarien rufe Mediation sämtlicher Grossmächte an. Heutige amtliche Nachrichten melden, dass türkische Armee Lüle Burgas erreicht habe und gegen Adrianopel marschiere. Rumänische Truppen dringen trotz beruhigender Versicherungen des rumänischen Gesandten in Bulgarien weiter vor, haben Varna und Rustschuk besetzt. Rumänische Kavallerie kann morgen vor Sofia sein. Da Londoner Reunion sich auf Montag vertagt hat und keine Zeit zu verlieren ist, wiederholt Herr Pichon in Athen und Belgrad dringenden Rat, Feindseligkeiten einzustellen, gleichzeitig empfiehlt er telegraphisch in Sofia, man möge sofort Bevollmächtigten nach Nisch entsenden, um dort mit den Herren Pašić, Venizelos und wahrscheinlich hinkommenden Majorescu Friedensbedingung zu besprechen. Französischer Vertreter in Konstantinopel wurde ermächtigt, mit seinen Kollegen Einvernehmen zu pflegen, um dringenden Rat zu erteilen, weiteren Vormarsch einzustellen. Herr Pichon hofft, dass Markgraf Pallavicini gleiche Instruktionen erhalten werde. Der Minister meinte, Serbien sei relativ gemässigt, dafür stelle Griechenland übertriebene Forderungen. Anwendung von Coërcitivmassregeln wie Flottendemonstration gegen Griechenland sei aber ausgeschlossen, da England nicht mittun wolle. Herr Pichon sagte, keine Macht wolle eine Zertrümmerung Bulgariens, er befürchte aber den Ausbruch einer Revolution in Sofia, deren Folgen nicht abzusehen wären. Szécsen.

[a] Oe. U. Balkan 346 Nr. 691. Vgl. n. 7803, 7810, 7887.

Nr. 7791. Tel. aus Rom, 16. Juli 1913 Nr. 441 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Geheim. Generalsekretär gab mir gestern in 2 Telegramme des Gesandten in Sofia Einsicht, welche die Message König Ferdinands an den Dreibund bezüglich der Eventualität seiner von Russland herbeigeführten Abdankung, der Kandidatur Grossfürsten Nikolaus Nikolajewitsch etc. betrafen. Um meine Meinung befragt, äusserte ich als persönlichen Eindruck, dass allerdings derlei Machinationen auf dem Balkan möglich und schon vorgekommen seien, es sich aber auch bei dem Ganzen um eine der beliebten Komödien König Ferdinands handeln könnte, mit welcher er sich wieder auch bei dem Dreibund anbiedern wolle. Mérey.

Nr. 7792. Tel. aus St. Petersburg, 16. Juli 1913 Nr. 249 (eing. 17. Juli 3 U. a. m.).[a] Entziff.

Betrifft Friedensvermittlung. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 411 vom 16. d. M. und Inhalt desselben mit Herrn Sazonow besprochen. Herr Minister ist der Ansicht, daß gegenwärtig zu einer Kollektivdemarche im Sinne Hochderen Vorschlages kein unmittelbarer Anlaß vorliegt, da eben heute Zusammenkunft Herrn Pašić' und Herrn Venizelos' in Nisch stattfindet und er Grund zur Annahme habe, daß auch ein bulgarischer Delegierter sich in den nächsten Tagen dahin begeben werde, um die direkten Verhandlungen zu beginnen. Es sei somit eigentlich das bereits im Zuge, was durch die projektierte Kollektivdemarche erreicht werden sollte. Übrigens halte er nach den bisher in den Balkanstaaten gemachten schlechten Erfahrungen keine großen Stücke auf gemeinsame Demarchen. Hievon abgesehen, teilt Herr Sazonow aber ganz Auffassung Euer Exzellenz. Auch er ist der Ansicht, daß es sich zunächst um das Aufhören der Feindseligkeiten handle und die Details der Delimitation eben den Verhandlungen vorbehalten werden müssen. Wenn diese, was Sazonow lieber wäre, auf direktem Wege zu einem Ergebnis führen sollten, so steht auch er auf dem Standpunkt, daß das Ergebnis, was immer es sei, der Ratifikation durch die Mächte bedürfe, welche es zu überprüfen haben werden. Bezüglich der Haltung der Türkei sagte mir Sazonow, er habe bereits wiederholt der Pforte eindringlichst vorhalten lassen, daß die Linie Enos—Midia unter Mitwirkung der Großmächte festgesetzt worden sei und daher an derselben unter keinen Umständen mehr gerüttelt werden dürfe. Er halte daher eine Kollektivdemarche in diesem Sinne in Konstantinopel nicht mehr für notwendig, umsomehr, als ja auch die Botschafter der meisten übrigen Mächte, soviel er wisse, sich bereits in demselben Sinne hätten vernehmen lassen. Sollte Markgraf Pallavicini noch nicht in der Lage gewesen sein, sich in diesem Sinne zu äußern, so würde Sazonow es allerdings für sehr wünschenswert halten, daß auch er eine dahin gehende Instruktion erhalte, wie sie Euer Exzellenz für den Fall einer gemeinsamen Demarche in Aussicht genommen hätten. Was Rumänien betrifft, so habe er Herrn Schebeko angewiesen, König Karl nachdrücklichst vorzuhalten, Grenzen kluger Mäßigung nicht zu überschreiten, schon um die Gefahr einer gegen die bulgarische Dynastie gerichteten revolutionären Bewegung zu verhüten. Linie Turtukaia-Balčik werde Rumänien nun wohl erhalten müssen, aber darüber hinaus sollte es nicht gehen. Herr Sazonow hob hervor, daß sich gegenwärtig Interessen der Monarchie und Russlands am Balkan vollkommen decken, da beide Erhaltung des Gleichgewichts dortselbst wünschen und eine Erdrosselung Bulgariens nicht zugeben könnten. Thurn.

[a] Oe. U. Balkan 346 Nr. 692. Vgl. n. 7833.

Nr. 7793. Tel. des Sektionschefs Karl Freiherrn von Macchio nach Sofia, 16. Juli 1913 Nr. 371 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. u. G. Macchio).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 744 und 745. Die Wichtigkeit und Tragweite der auf die Message König Ferdinands zu

ertheilenden Antwort bringt es mit sich, daß die Anfrage Euer Hochgeboren nicht sofort beantwortet werden kann. Überdies ist Graf Berchtold heute in Ischl. Die einschlägige erschöpfende Instruktion wird Euer Hochgeboren daher erst nachträglich zukommen. Für die vorläufige Regelung Ihrer Sprache dürfte Euer Hochgeboren das gestrige Telegramm Nr. 367 dienlich sein. Euer Hochgeboren wollen die darin enthaltenen Gedanken — soweit dieselben hiezu geeignet — bei Herrn Dobrović als Ihre persönliche Ansicht verwerten. Aus meinem heutigen Telegramm Nr. 370[b]) werden Euer Hochgeboren ferner ersehen haben, daß wir dafür eintreten, daß die Mächte im gegenwärtigen Momente sich auf die Ertheilung des Ratschlages, die Feindseligkeiten einzustellen, beschränken, territoriale Frage aber aus dem Spiele lassen. Wir wollen damit ein Gebundensein in irgend einer Richtung vermeiden, was unserer Auffassung entspricht, daß die definitive Regelung der Grenzen am Balkan unsere Zustimmung zu derselben erfordert. Diese Stellungnahme kann es ermöglichen, daß wir, die bisher — ohne in Sofia auf das richtige Verständnis zu stoßen — auf ein starkes und vergrößertes Bulgarien hinarbeiteten, jetzt unsere Thätigkeit auf die Verhinderung einer allzugroßen Schwächung des Königreiches richten können.

Macchio.

[a]) Vgl. n. 7814, 7816. — [b]) Mit Tel. Nr. 370, 16. Juli 1913 (chiffr. 6 U. p. m.) wurde n. 7772 von Anfang bis „über die Linie Enos—Midia abzusehen" nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 7794. Tel. aus Sofia, 16. Juli 1913 Nr. 760 (eing. 17. Juli 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 367 vom 15. d. M. erhalten. Seitens General Petrows hat man sich schon heute morgens, als ich obzitiertes Telegramm noch nicht erhalten hatte, mit Frage an mich gewendet, ob ich ihm nichts zu sagen hätte. Herr Toncheff besuchte mich soeben und richtete an mich analoge Frage. Unter ausdrücklicher Betonung unverbindlichen Charakters meiner Ausführungen sprach mich instruktionsgemäss aus. Mitredner bemerkte, dass, was ich ihm über nunmehrige Haltung der Monarchie sage, sich wesentlich davon unterscheide, was er und seine politischen Freunde (Radoslawow) von uns erwartet hätten. Das stärkste Argument Herrn Tonchefs für von ihm präkonisierte radikale Änderung bulgarischer Politik sei das gewesen, dass Bulgarien, wenn es sich mit Rumänien verständigt haben werde, im Falle der Not auf aktive Unterstützung der Monarchie gegen Serbien rechnen könnte. Nun stelle ich aber bloss diplomatische Unterstützung der Monarchie in Aussicht. Dieselbe würde in der gegenwärtigen Lage nicht genügen. Damit Bulgarien Serbien und Griechenland mit Erfolg Widerstand leisten könne, müsste sich Serbien seitens Österreich-Ungarns bedroht fühlen, in welchem Falle Serben nachgiebig sein und die vorsichtigen Griechen ihrem Beispiel sofort folgen würden. Diplomatische Unterstützung, die wahrscheinlich erst anlässlich einer Konferenz, die nicht sofort einberufen werden dürfte, eintreten würde, könnte zu spät kommen. Ich machte Mitredner aufmerksam, dass nicht unsere Schuld, wenn bulgarische Regierung nicht rechtzeitig

auf unsere Ratschläge eingegangen und — dies betonte ich noch einmal — Gelegenheit verpasst, mit uns in Aussprache zu treten, die Bulgarien grosse Vorteile gesichert hätte. Seither hätte sich Lage verändert und wir könnten schwerlich über diplomatische Unterstützung hinaus gehen, ohne unsere eigenen Interessen zu gefährden. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7796, 7815, 7835.

Nr. 7795. Tel. aus Sofia, 16. Juli 1913 Nr. 761 (eing. 17. Juli 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 759[b]) von heute. In der soeben abgehaltenen Reunion sämtlicher Vertreter der Großmächte wurde nach Beratung über Lage sofortige Absendung dringenden Telegrammes nachstehenden Inhaltes an respektive Regierungen einstimmig beschlossen: Die Vertreter der Großmächte werden, ausgenommen gegenteilige Instruktionen ihrer Regierungen, unter allen Umständen, also auch im Falle, daß Hof und Regierung Hauptstadt verlassen sollten, in Sofia bleiben. Die Vertreter der Großmächte lenken Aufmerksamkeit ihrer Regierungen auf Gefahr ernstester, unberechenbarer Folgen und insbesondere blutiger Unruhen, die in Bulgarien, speziell in Hauptstadt, entstehen könnten, wenn Vormarsch rumänischer und türkischer Truppen nicht ehestens zum Stillstand gebracht würde. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7799, 7816, 7906. — [b]) Mit Tel. Nr. 759, 16. Juli 1913 (eing. 17. Juli 6 U. a. m.) wurde aus Sofia gemeldet, daß mit der Möglichkeit gerechnet werde, daß rumänische Kavallerie sich schon am 17. Juli Sofia nähere und daß die Vertreter der Großmächte sich noch am 16. versammeln, um über die zu beobachtende Haltung zu beraten.

Nr. 7796. Tel. aus Sofia, 16. Juli 1913 Nr. 761 a (eing. 17. Juli 5 U. 27 M. a. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 760. Herr Tontcheff schilderte mir Regierungskrise: Herr Danew hätte mit Erklärung, dass sich seine Politik Zusammengehens mit Russland und speziell da Russland rumänischen Vormarsch nicht aufgehalten, als unmöglich erwiesen, seine Demission gegeben. König hätte im gestrigen Kronrat sämtliche Parteiführer konsultiert, die sich, wie auch demissionierte Minister, einstimmig für Verständigung mit Rumänien ausgesprochen und König Ferdinand ersucht hätten, in diesem Sinne an König Karol unverzüglich heranzutreten. Was sonstige Politik Bulgariens anbelangt, so hätten sich Tontcheff und Radoslawoff für sofortige entschiedene und aufrichtige Anlehnung an Monarchie und Dreibund erklärt, wonach Bildung Kabinetts unter Radoslawoff in Betracht gezogen worden sei. Im Verlaufe nachgefolgter Pourparlers seien Bedenken gegen solch eine Regierung mit russophober Etiquette erhoben worden und Demokratenführer Malinoff (der russophile Attachen hat) sei mit Bildung Konzentrationskabinettes betraut worden. Tontcheff und Radoslawoff hätten Mitwirkung verweigert und es sei zweifelhaft, ob Malinoff reussieren werde. Wenn ihm Bildung Kabinettes nicht gelingen sollte, oder auch im gegenteiligen Falle, da seine Regierung sich

nicht lange halten dürfte, bliebe König kein Ausweg, als wieder Radoslawoff und Tontcheff zu berufen. Bevor aber diese letzteren Mission übernehmen könnten, würden sie sich bezüglich unserer Haltung bei mir vergewissern, da sie nur eine Politik sofortiger und offener Anlehnung an Monarchie führen würden, welche Richtung nach dem Bankerott des Russophilismus eine bleibende wäre. Diese Politik könnte unter gegebenen Umständen nur unter der Bedingung inauguriert werden, dass wir Bulgarien gegen Serbien aktive Unterstützung gewähren würden. Ich wiederholte Herrn Tontcheff, dass wir nunmehr über diplomatischen Beistand nicht hinausgehen könnten. Er verabschiedete sich mit Bemerkung, dass er und Radoslawoff jeden Moment, vielleicht heute, vielleicht in wenigen Tagen, Mission zur Bildung Regierung erhalten können und bevor sie sich entscheiden, würden sie jedenfalls bei mir vorsprechen. Im Verlaufe der Unterredung betonte Mitredner, irgend ein Akkord mit Serbien, von Bündnis nicht zu reden, sei absolut ausgeschlossen. Auch zum Schlusse des Gespräches wiederholte ich, dass meine Ausführungen unverbindlich.

Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 348 Nr. 695. Vgl. n. 7815, 7835.

Tel. nach Berlin, 17. Juli 1913 Nr. 504 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7803.

Nr. 7797. Tel. nach Berlin Nr. 505 (1), Rom Nr. 802 (2) und Bukarest Nr. 334 (3), 17. Juli 1913 (chiffr. 18. Juli 1 U. 30 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Hoyos).

1.—3. König Ferdinand hat sich durch die Vermittlung des Grafen Tarnowski mit einer Message an unseren Allergnädigsten Herrn gewendet,[b]) in welcher er unter Hinweis auf die trostlose militärische Situation Bulgariens und die höchst gefährdete Lage der Dynastie an Seine k. und k. Apostolische Majestät appelliert, Bulgarien und seine Dynastie vor dem Untergange zu bewahren. Über Allerhöchste Ermächtigung telegraphiere ich an Grafen Tarnowski wie folgt: ... *wie n. 7814 in extenso* ...

1. u. 2. Euer Exzellenz wollen hievon

1. Herrn von Jagow

2. Marquis di San Giuliano

1. u. 2. umgehend in Kenntnis setzen und sich hiezu folgendermaßen aussprechen: Auch Graf Tarnowski bestätigt mir, daß die Situation König Ferdinands sowie der Dynastie eine höchst kritische und ein Umsturz in Bulgarien keineswegs ausgeschlossen sei. Einer solchen Eventualität, deren Konsequenzen sich heute gar nicht absehen lassen und die auch dem monarchischen Prinzipe höchst abträglich wäre, vorzubeugen, scheint mir im gemeinsamen Interesse Europas, speziell aber des Dreibundes gelegen zu sein. Ich erblicke in dem in Sofia empfohlenen Appell an Rumänien für König Ferdinand den einzigen Ausweg und das geeignetste Mittel, jene Gefahren abzuwenden und ich hielte es für höchst wünschenswert, daß einerseits dieser Rat in Sofia befolgt werde und daß andererseits ein Appell König Ferdinands an den König von Rumänien bei diesem entsprechendes

Gehör finde. Ich teile den Inhalt meines vorstehenden Telegrammes nach Bukarest dem Prinzen Fürstenberg mit dem Auftrage mit, König Carol hievon vertraulich in Kenntnis zu setzen und den Boden für eine günstige Aufnahme des etwaigen Schrittes König Ferdinands vorzubereiten. Es wäre mir sehr erwünscht, wenn die dortige Regierung sowohl in Sofia wie in Bukarest durch ihre Vertreter in analoger Weise auf das Zustandekommen eines bulgarisch-rumänischen Arrangements hinwirken wollte, wobei in Bukarest darauf hingewiesen werden könnte, daß Rumänien nur seinen Erklärungen und seiner bisherigen Politik getreu bliebe, wenn es den Hilferuf des König Ferdinand nicht zurückweist.

3. Euer Durchlaucht wollen von dem Vorstehenden König Carol vertraulich in Kenntnis setzen und bemerken, daß auch nach den mir von Grafen Tarnowski zugekommenen Meldungen die Lage König Ferdinands tatsächlich eine höchst kritische sei. Um der Eventualität eines Sturzes der bulgarischen Dynastie, deren Konsequenzen sich heute nicht absehen lassen und die auch dem monarchischen Prinzip höchst abträglich wäre, vorzubeugen, hätten wir König Ferdinand, wie aus dem obigen hervorgeht, empfohlen, sich hilfesuchend an König Carol zu wenden. Wir seien hiebei von der Erwartung ausgegangen, daß ein solcher Appell in Bukarest umsoweniger ungehört bleiben würde, als Bulgarien gedemütigt zu Boden liegt, Rumänien die gewünschte Gebietserweiterung gesichert wäre und eine völlige Niederwerfung Bulgariens weder den Interessen Rumäniens noch den Traditionen seiner bisherigen Politik entsprechen würde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7822, 7827. — [b]) n. 7781.

Nr. 7798. Tel. aus Berlin, 17. Juli 1913 Nr. 328 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

In Abwesenheit des Staatssekretärs habe ich Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes vom 15. d. Mts. Nr. 501, betreffend eventuelle Vermittlung der Mächte im Balkankonflikt, Unterstaatssekretär mitgeteilt. Herr Zimmermann versicherte mir, dass die deutsche Regierung Euer Exzellenz Auffassung über die französische Anregung vollkommen teile und sich an der französischerseits in Aussicht genommenen Aktion zum Zwecke der Einstellung der Feindseligkeiten am Balkan nur in dem Falle beteiligen würde, wenn in dieselbe territoriale Fragen nicht einbezogen würden. Deutscherseits wäre man gerne bereit, die Vertreter in Athen, Belgrad und Sofia anzuweisen, den betreffenden Regierungen dringenden Rat zu geben, Feindseligkeiten unverzüglich einzustellen und, sei es direkt, sei es durch die Vermittlung der Mächte, in Verhandlungen über die Grundlagen eines Friedensschlusses einzutreten, wobei erklärt werden sollte, dass die Mächte sich vorbehalten, Ergebnis direkter Verhandlungen zu überprüfen. Was die von mehreren Seiten anher gemeldete Nachricht eines Vorrückens türkischer Truppen über Linie Enos—Midia betreffe, sei Baron Wangenheim telegraphisch beauftragt worden, dem Grossvezir gegen dieses Vorgehen ernste Vorstellungen zu machen. Szögyény.

[a]) Oe. U. Balkan 350 Nr. 701. Vgl. n. 7823.

Nr. 7799. Tel. nach Bukarest, 17. Juli 1913 Nr. 330 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Matscheko; V. Nemes u. Macchio; G. Macchio).*

Graf Tarnowski telegraphiert mir unter dem 16. l. M.: ... *wie n. 7795* ... Euer Durchlaucht wollen hievon, ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, Herrn Majoresco in Kenntnis setzen und als Ihre persönliche Ansicht hinzufügen, daß ein weiterer Vormarsch der rumänischen Truppen in Sofia Ereignisse nach sich ziehen könnte, deren Vermeidung schon im Interesse des monarchischen Prinzips sehr wünschenswert erschiene. Ich erhalte soeben Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 226 vom 16. d. M. und pflichte Ihrer Ansicht vollkommen bei, daß wir es Rußland überlassen sollen, Rumänien aufzuhalten, aus welchem Grunde ich auch Wert darauf lege, daß Euer Durchlaucht bei einer Aussprache im obigen Sinne ausdrücklich bemerken, daß Euer Durchlaucht einer rein persönlichen Ansicht Ausdruck verleihen. Macchio.

[a] Vgl. n. 7826.

Tel. nach Bukarest, 17. Juli 1913 Nr. 331 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7803.

Tel. nach Bukarest, 17. Juli 1913 Nr. 334 (chiffr. 18. Juli 1 U. 30 M a. m.). Siehe n. 7797.

Nr. 7800. Tel. aus Bukarest, 17. Juli 1913 Nr. 227 (eing. 4 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 328 vom 16. d. M. Weisung an die k. u. k. Botschafter bei den Signatarmächten Minister des Äussern vorgelesen, der vertretenem Standpunkte vollkommenes Verständnis entgegenbringt. Er teilt mir mit, dass eben französischer und russischer Gesandter bei ihm vorgesprochen und auf Erregung hingewiesen hätten, welche weiterer Vormarsch rumänischer Truppen in Europa hervorrufen wird, auch auf die Möglichkeit von weiteren Komplikationen. Gleichzeitig hätte Herr Schebeko offiziell seitens bulgarischer Regierung eröffnet, dass sie auf strategische Linie Turtukaia—Balčik verzichte und Teilnahme Rumäniens an Regelung Territorialfragen anerkenne. Er habe geantwortet, dass Mobilisierung, die seit 14 Tagen angeordnet, noch immer nicht Erfolg zur Einstellung der Feindseligkeiten gehabt hätte. Daher sei weiterer Vormarsch der Armee nicht aufzuhalten. Rumänien sei jedoch bereit, Vorrückung der Streitkräfte einzustellen, sobald Regierung offiziell Tag und Ort bekanntgeben werde, an welchem Balkandelegierte und rumänische Vertreter zusammenkommen sollen und weiters Einstellung der Feindseligkeiten in bestimmte Aussicht gestellt wird. Falls die Delegierten sich nicht in Bukarest oder, was günstiger, in Sinaia versammeln sollten, würde rumänische Regierung Zusammenkunft auf rumänischem Schiff auf der Donau vorschlagen. Gegen Entsendung rumänischen Vertreters nach Nisch oder anderen serbischen Ort habe sich Seine Majestät der König ausgesprochen. Herr Majoresco teilte mir schliesslich mit, Ententevertreter hätten Besorgnis ausgesprochen, dass Österreich-Ungarn bei Schlussregelung Forderung auf Sandschak oder Trennung Serbiens und Griechenlands durch bulgarischen Gebietsstreifen aufstellen wird. Ich bemerkte, dass ich darüber vollkommen unorientiert. K. E. Fürstenberg.

[a] Oe. U. Balkan 349 Nr. 699. Vgl. n. 7801, 7821, 7825, 7826, 7835.

Nr. 7801. Tel. aus Bukarest, 17. Juli 1913 Nr. 228 (eing. 4 U. 50 M. p.m.). Entziff.

Herr Majoresco hat soeben mitgeteilt, Ihre Majestät die Königin von Bulgarien habe vorgestern der Königin und König Ferdinand gestern dem König in warmen Worten unter Erinnerung an frühere Freundschaft mit der Bitte um Frieden telegraphiert. Minister des Äussern erklärt, die Antwort Seiner Majestät nicht zu kennen, seiner Ansicht nach könnte Vorwärtsbewegung rumänischer Truppen erst dann sistiert werden, wenn alle Kriegsführenden Frieden erklärten (mein heutiges Telegramm Nr. 227).

K. E. Fürstenberg.

Nr. 7802. Note des rumänischen Gesandten, 4./17. Juli 1913 Nr. 745 (eing. 17. Juli).[a] Ausfert.

Conformément aux instructions reçues de mon Gouvernement, j'ai l'honneur de communiquer à Votre Excellence ce qui suit: „En faisant avancer son armée sur le territoire bulgare, la Roumanie ne poursuit ni une politique de conquête, ni l'écrasement de l'armée bulgare. L'action militaire de la Roumanie est due en premier lieu à l'obligation de procurer maintenant à son territoire d'au delà du Danube une frontière assurée. Le conflit actuel entre les Etats balkaniques, et surtout l'origine de ce conflit due à l'intransigeance du Gouvernement bulgare et à l'agression à laquelle il s'est livré contre ses alliés de la veille, ont affermi le Gouvernement roumain dans la conviction qu'une frontière stratégique s'impose, du côté de la Bulgarie, pour rendre possibles à l'avenir des relations pacifiques entre les deux Etats. Cette frontière est la ligne Tourtoukaïa—Dobritch—Baltchik, avec quelques kilomètres à l'ouest et au sud, d'après la conformation du terrain. En outre, les intérêts essentiels de la Roumanie dans la presqu'île balkanique ne lui permettaient pas de rester simple spectatrice devant les tendances à l'hégémonie que manifeste la Bulgarie, au détriment des autres Etats, au lendemain même de la lutte commune pour la libération. Elément constant d'ordre et de paix dans l'Orient européen, la Roumanie a le devoir de participer au règlement définitif de la question qui a, trop longtemps, à ses portes même, menacé, puis troublé la paix générale. Agissant, dans ces conditions, pour aboutir à un arrangement définitif entre les belligérants, la Roumanie ne croit pas seulement contribuer à assurer les intérêts légitimes des parties directement en cause, mais elle a conscience de seconder aussi les efforts pacifiques des Grandes Puissances." Mavrocordato.

[a] Oe. U. Balkan 352 Nr. 705. Vgl. n. 7825.

Nr. 7803. Tel. nach Konstantinopel Nr. 339 (1), Berlin Nr. 504 (2), St. Petersburg Nr. 414 (3), Rom Nr. 799 (4), London Nr. 591 (5), Bukarest Nr. 331 (6) und Paris Nr. 367 (7), 17. Juli 1913 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Macchio).

1. Wie mir Graf Szécsen unterm 16. l. M. telegrafiert,[b] hat die französische Regierung ihren Botschafter in Konstantinopel beauftragt, mit seinen Kollegen das Einvernehmen zu pflegen, um der Pforte den dringenden Rat zu erteilen, den weiteren Vormarsch der türkischen Truppen

gegen Bulgarien einzustellen. Euer Exzellenz sind ermächtigt, falls Ihre Dreibundkollegen analoge Instruktionen erhalten, im Einvernehmen mit ihnen einen Schritt im gleichen Sinne bei der Pforte zu unternehmen.

2.—6. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 501 (411, 794, 586, 328) vom 15. l. M. (Inseratur aus Telegramm sub 1. vom Anfange bis „einzustellen").

7. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 139 vom 16. l. M. erhalten.

2.—7. Ich ermächtige Markgraf Pallavicini im Einvernehmen mit seinen Dreibundkollegen bei der Pforte einen Schritt im gleichen Sinne zu unternehmen. Macchio.

[a]) Oe. U. Balkan 352 Nr. 704. Vgl. n. 7691, 7810, 7821. — [b]) n. 7790.

Nr. 7804. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 17. Juli 1913 Nr. 368 (eing. 18. Juli 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 337 vom 16. d. M. Grossvezier erklärte mir, dass sich türkische Armee diesseits der Linie Enos—Midia befinde. Dasselbe wurde k. u. k. Militärattaché im Kriegsministerium gesagt. Ich habe mich auftragsgemäss nochmals Grossvezier gegenüber im Sinne des letzten Alineas[b]) Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 322 ausgesprochen. Ich sagte ihm auch, die Situation sei für die Türkei meiner Ansicht nach eine günstige, wenn sie auf der Basis des Londoner Friedensvertrages bleibe. Im entgegengesetzten Falle würde sie sich aber in Opposition zu den Beschlüssen Europas bringen und namentlich damit rechnen müssen, dass Russland gegen sie Stellung nehmen könnte. Diese Ausführungen machten sichtlich Eindruck auf meinen Mitredner, nichtsdestoweniger glaube ich, dass sich türkische Regierung lediglich von der Wendung, welche die Dinge in den nächsten Tagen nehmen werden, sowie durch die Stimmung in der Armee leiten lassen dürfte. Hauptquartier seit gestern nach Norden verlegt. Wie ich höre, soll sich auf der Linie Enos—Midia eine Armee von zirka 150.000 Mann befinden. Verpflegung derselben dürfte leichter von statten gehen, als anfangs angenommen wurde, da die Eisenbahnlinie von den Bulgaren nicht zerstört worden ist; nur eine Brücke muss in Stand gesetzt werden, was zirka eine Woche dauern wird. Griechen sollen, wie mir Grossvezier sagte, Dedeagatsch noch nicht besetzt haben. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 7805, 7828. — [b]) Vgl. n. 7788 Anm. b.

Nr. 7805. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 17. Juli 1913 Nr. 369 (eing. 18. Juli 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 368 vom 17. d. M. Die Vertreter Deutschlands, Italiens, Russlands und Englands haben beiläufig gleichlautende Instruktion erhalten wie ich und dieselbe Grossvezier gegenüber bereits ausgeführt. Letzterer antwortete allen analog wie mir, nur dem englischen Geschäftsträger sagte er, die Situation habe sich in den letzten Tagen geändert sowie auch die Stimmung in der türkischen Armee, so dass er heute nicht mehr wie vor einigen Tagen versichern könne, dass

die türkische Armee die Linie Enos—Midia nicht überschreiten werde. Der französische Geschäftsträger erhielt heute von seiner Regierung die Weisung, sich mit den Vertretern der übrigen Mächte zu verständigen und eventuell mit diesen gemeinsam bei der Pforte einen Schritt zu unternehmen, um dieselbe von Überschreitung gedachter Linie zurückzuhalten. Nachdem aber die anderen Vertreter, wie oben erwähnt, bereits bei Grossvezier intervenierten, wird Herr Boppe diesen Schritt morgen allein unternehmen.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 7821.

Tel. nach London, 17. Juli 1913 Nr. 591 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7803.

Nr. 7806. Tel. aus London, 17. Juli 1913 Nr. 527 (eing. 18. Juli 12 U. 10 M. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 586 vom 15. d. M. und im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 526,[b] betreffend Aktion der Mächte zur Wiederherstellung des Friedens am Balkan. Ich habe soeben mit Sir E. Grey gesprochen. Betreffs Vorrückens der türkischen Truppen über die Linie Enos—Midia hat Staatssekretär bereits gestern in Konstantinopel sehr ernste Warnungen erhoben, welche Euer Exzellenz durch Sir F. L. Cartwright, dem sie telegraphiert wurden,[c] mitgeteilt werden. Wenn gewünscht, wäre Grey bereit, diese Warnungen gemeinschaftlich zu wiederholen. Im übrigen meinte der Staatssekretär, dass die Aufforderung zur Einstellung der Feindseligkeiten unfehlbar zur Aufwerfung der territorialen Fragen führen müsste. Serbien und Griechenland würden in ihren Antworten abermals sagen, sie willigten ein in Einstellung der Feindseligkeiten, vorausgesetzt, dass diese und jene von ihren territorialen Aspirationen gesichert sind. Infolgedessen schiene es dem Staatssekretär wünschenswert, wenn die Mächte (und er meint damit vor allem Österreich-Ungarn und Russland) im wesentlichen sich über die Regelung der territorialen Fragen einigen würden. Soviel er wisse, schienen ihm die heute in Wien und Petersburg vorherrschenden Anschauungen keinen unüberbrückbaren (Gegensatz)[d] zu bilden. Die zwei Kardinalpunkte der territorialen Fragen seien: 1.) Gemeinschaftliche Grenze Serbiens und Griechenlands in Mazedonien. 2.) Dass Bulgarien einen Hafen im Ägäischen Meer (wahrscheinlich Kavalla) behalte und somit nicht vom Ägäischen Meer ausgeschlossen werde. Sir E. Grey sagte mir, er glaube, das Petersburger Telegramm der heutigen „Times" stelle die Ansichten der russischen Regierung bezüglich der Grenzen richtig dar. (Demzufolge würde die Grenze zwischen Serbien und Bulgarien, Ištib bei Serbien lassend, im Osten dieses Ortes in nord-südlicher Richtung auf Gevgeli laufen. Die griechische Grenze würde von Gevgeli aus nach Osten über Doiran nach Seres und Orfano am Ägäischen Meer laufen.

Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 351 Nr. 702. Vgl. n. 7831. — [b] Mit Nr. 526, 16. Juli 1913 (eing. 9 U. 40 M. p. m.) wurde aus London gemeldet, daß Mensdorff Sir Edward Grey am 16. Juli nicht sehen konnte und Sir A. Nicolson Notizen entsprechend n. 7772 zurückgelassen habe. — [c] Vgl. n. 7809. — [d] Chiffre fehlt.

Nr. 7807. Tel. aus London, 17. Juli 1913 Nr. 528 (eing. 18. Juli 2 U. 40 M. a. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge meiner Telegramme Nr. 520, 521 und 522 vom 15. d. M. betreffend Organisation Albaniens. Ich habe heute mit Grey gesprochen. Er meinte zwar, er habe es auch so verstanden, dass die ursprünglich erklärte Kontrolle Europas über Albanien nicht aufgehoben werden sollte, er hoffe aber trotzdem, dass noch eine Verständigung zustandekommen könnte. Wenn wir das von Herrn Cambon vorgeschlagene Amendement zu Alinea 7 anerkennen könnten, dürfte es jedenfalls die Verständigung wesentlich erleichtern. Bezüglich der Kontrolle wäre er ferner bereit, „nicht darauf zu bestehen, dass definitiv festgelegt werde, wie die Kontrolle nach Ablauf von fünf Jahren weiterbestehen soll. Vorausgesetzt, dass nichts gesagt werde, was zur Annahme berechtigen könnte, als solle die Kontrolle der Mächte aufhören, wenn die Kontrollskommission ihr Ende erreicht." Dieser Standpunkt schiene mir mit unserer Textierung „les pouvoirs de cette commission dureront cinq ans et pourront être renouvelés en cas de besoin" eigentlich vereinbar. Bezüglich der Südgrenze wird Vorschlag Greys darauf hingehen, dass jetzt, wo Griechenland und Serbien in Mazedonien limitroph werden, die Südgrenze Albaniens mit Kap Stylos und Korica als zu Albanien gehörend gezogen werden könnte. Die nähere Delimitierung wäre einer internationalen Grenzkommission zu überlassen. Ich machte den Staatssekretär auf die Bedingungen aufmerksam, an welche unsere Zustimmung zur Grenzkommission gebunden ist. Grey schien zu glauben, dass eine Einigung über dieselben nicht unmöglich wäre. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7830.

Nr. 7808. Tel. aus London, 17. Juli 1913 Nr. 529 (eing. 18. Juli 6 U. a. m.). Entziff.

Ich habe heute Sir Edward Grey gefragt, wie er sich eigentlich die Vertagung der Botschafterreunion denke, falls wir eine Einigung über Organisation und Südgrenze Albaniens vor Anfang August erzielt haben sollten. Staatssekretär meinte, in diesem Falle müßte man eben die noch nicht geregelten Fragen Verhandlungen auf gewöhnlichem diplomatischen Weg überlassen und er möchte, wenn irgend möglich, vor 1. August schließen. Länger als höchstens 7. August werde er nicht in London bleiben können. Mensdorff.

Nr. 7809. Note des englischen Botschafters, 17. Juli 1913 (eing. 18. Juli).[a] Ausfert.

Urgent. I have the honour to inform Your Excellency, by direction of His Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, that His Britannic Majesty's Chargé d'Affaires at Constantinople received instructions yesterday to urge the Turkish Government not to allow their army to advance beyond the Enos—Midia line. He was instructed at the same time to point out to the Turkish Government that every fresh complication increased the risk of intervention by some Great Power, and that whether such intervention resulted in the breaking up of the European Concert or not, it would in any

case probably raise the whole question of Constantinople, the possession of which had so far been assured to Turkey by the Treaty of Peace signed in London. His Britannic Majesty's Chargé d'Affaires was instructed to add that if Turkey renewed the war she might provoke consequences as disastrous to herself as those which the forward policy of the Bulgarian Government had brought on Bulgaria. Fairfax Cartwright.

a) Vgl. n. 7806.

Tel. nach Paris, 17. Juli 1913 Nr. 367 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7803.

Nr. 7810. Tagesbericht über einen Besuch des französischen Botschafters, 17. Juli 1913 Nr. 3412.a) Konz. (S. Egger; V. u. G. Macchio.)

Der französische Botschafter hat heute hier vorgesprochen und das beiliegende Aide-Mémoire[b] überreicht, in dem die französische Regierung sich bereit erklärt, sowohl einer die Mediation der Großmächte, als auch einer direkte Auseinandersetzungen der Beteiligten bezweckenden Vorgangsweise beizutreten, vorausgesetzt, daß dieselbe die Zustimmung aller Großmächte finde und zur ehebaldigsten Einstellung der Feindseligkeiten führen könne. Gleichzeitig hat der Herr Botschafter sich in ähnlicher Weise ausgesprochen, wie Herr Pichon Grafen Szécsen gegenüber laut dessen Telegramm Nr. 139 vom 16. d. M. und zwar in dem Sinne, daß die französische Regierung 1. in Sofia empfohlen habe, einen Bevollmächtigten nach Nisch zu entsenden, um eine direkte Verständigung mit den anderen Kriegführenden anzubahnen; 2. in Bukarest eindringlich von einem weiteren Vordringen der rumänischen Armee gegen die bulgarische Hauptstadt abgeraten und schließlich 3. den französischen Botschafter in Konstantinopel ermächtigt habe, mit seinen Kollegen das Einvernehmen in dem Sinne zu pflegen, daß der Pforte der Rat erteilt werde, den weiteren Vormarsch der türkischen Truppen einzustellen. — Es wurde Herrn Dumaine für die Mitteilungen gedankt und ihm bekanntgegeben, daß der k. u. k. Botschafter in Konstantinopel schon früher zu ähnlichen freundschaftlichen Ratschlägen an die Pforte ermächtigt war und jetzt neuerdings beauftragt wurde,[c] parallel mit seinen Kollegen sich in diesem Sinne vernehmen zu lassen. Nach dem französischen Botschafter hat Herzog Avarna hier vorgesprochen und auftragsgemäß mitgeteilt, daß der italienische Botschafter in Konstantinopel gleichfalls zu einer Demarche bei der türkischen Regierung betreffs Einstellung des weiteren Vorrückens der türkischen Armee ermächtigt wurde.

a) Vgl. n. 7790, 7821, 7848, 7887. — b) Beilage. — c) n. 7803.

Beilage zu n. 7810.

La France, fidèle à sa politique constante, accepterait et conseillerait volontiers toute mesure permettant de conclure rapidement la paix par l'accord de toutes les Puissances. Elle est donc aussi favorable à une médiation des Puissances qu'à des pourparlers directs poursuivis entre les intéressés. Quelle que soit celle de ces solutions qui soit adoptée, elle aura, pourvu

qu'elle soit admise par toutes les Puissances, l'agrément du Gouvernement de la République qui accepterait celle des deux qui paraîtra devoir conduire le plus promptement possible à la fin des hostilités.

Tel. nach Rom, 17. Juli 1913 Nr. 799 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7803.

Tel. nach Rom, 17. Juli 1913 Nr. 802 (chiffr. 18. Juli 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7797.

Nr. 7811. Tel. aus Rom, 17. Juli 1913 Nr. 444 (eing. 3 U. p. m.).[a] Entziff.

Die Ausführungen des hohen Telegrammes Nr. 794 vom 15. d. Mts. über eine Aktion der Grossmächte bei den Balkanstaaten zum Zwecke der Anbahnung des Friedensschlusses finden die volle Zustimmung des Ministers des Äussern, zu dessen Kenntnis sie Herr de Martino sogleich nach meinen einschlägigen Mitteilungen gebracht hat. Marquis di San Giuliano schliesst sich der Auffassung Euer Exzellenz umsomehr an, als durch die von Hochdenselben proponierte Vorgangsweise die Mächte nicht in die Lage kämen, sozusagen Partei für den einen oder anderen Balkanstaat zu nehmen. Was die Aufforderung an die Pforte anlangt, nicht über die Linie Enos—Midia vorzurücken, so war ein diesbezüglicher Antrag hier schon englischerseits gemacht worden, welchen hiesige Regierung mit der Reserve si omnes angenommen hatte. Mérey.

[a]) Oe. U. Balkan 351 Nr. 703.

Nr. 7812. Bericht aus Rom, 17. Juli 1913 Nr. 44 B (eing. 19. Juli). Ausfert.

Streng vertraulich. Marchese di San Giuliano zeigte sich mir gegenüber sehr befriedigt über den Verlauf der Entrevue in Kiel und über die dort gepflogenen langen und eingehenden Besprechungen. Auch mein deutscher Kollege bestätigt mir, dass die Begegnung in jeder Beziehung gut verlaufen sei und sich auch die beiden Souveräne gut gesprochen hätten. Über den Inhalt seiner Besprechungen mit dem deutschen Reichskanzler und dem deutschen Staatssekretär des Äussern sowie über die Äusserungen Kaiser Wilhelms machte mir der Minister des Äussern streng vertraulich folgende Mitteilung, deren Résumé ich bereits telegraphisch[a]) zu Euerer Exzellenz Kenntnis gebracht habe. Die hauptsächlichste Besorgnis und das vornehmlichste Bestreben der deutschen Regierung sei darauf gerichtet, dass die Politik Rumäniens nicht neue Bahnen einschlage. Vor allem aus diesem Grunde schon wolle man von einer Anbahnung eines freundschaftlichen Verhältnisses des Dreibundes zu Bulgarien Nichts wissen. Es sei ungleich wichtiger, die Freundschaft Rumäniens zu erhalten, als jene Bulgariens anzustreben, wobei man in letzterer Hinsicht des Erfolges nicht einmal sicher sei. Marchese di San Giuliano betonte, dass diese Unterredungen am 3. l. M., somit vor dem gänzlichen Rückzuge Bulgariens und dessen Hilferuf nach St. Petersburg stattgefunden haben und dass man daher heute in Berlin noch viel entschiedener an dieser, durch die Ereignisse bekräftigten Politik

festhalten werde. Speziell bei Kaiser Wilhelm war eine ausgesprochene Abneigung gegen König Ferdinand und eine unverhohlene Freude über die — damals erst begonnenen — Niederlagen der Bulgaren zu konstatieren. Der deutsche Kaiser habe sehr selbstgefällig betont, dass er allein diese Niederlagen vorhergesagt und damit Recht behalten habe, während selbst seine Umgebung an bulgarische Siege geglaubt habe. Was Griechenland anlange, so war Marchese di San Giuliano über den Grad der Sympathie, welche man deutscherseits diesem Lande entgegenbringe, und über die feste Hoffnung, dasselbe allmählig für unsere Gruppe zu gewinnen, überrascht. Während in ersterer Hinsicht gewiss auch dynastische Interessen eine Rolle spielen, sei man in letzterer Hinsicht versucht, anzunehmen, dass die deutsche Regierung gewisse Elemente oder Garantien besitze, welche sie in dieser Überzeugung bestärken. Bezüglich Serbiens weisen auch die deutschen Staatsmänner darauf hin, dass dieses Land nun einmal existiere und in den verschiedenen Phasen des Balkankrieges siegreich war. Mit dieser Tatsache müsse man rechnen und sich abfinden und dürfe daher Serbien weder vor den Kopf stossen noch eine Politik der Nadelstiche, welche eine unhaltbare Situation erzeuge befolgen. Ein ziemlich weitgehender Skeptizismus habe sich hinsichtlich Albaniens, seines Kultur-Niveaus, seiner Lebensfähigkeit und des Tempos seiner Entwicklung zu einem selbständigen Staatswesen gezeigt. Die deutsche Regierung sei entschlossen, uns und Italien in allen albanesischen Fragen zu unterstützen, wobei sie aber immer für konziliante Lösungen eintreten werde. In der Grenzfrage halte man an Ftelia und Koritza fest und empfehle für den Rest des Grenzlaufes ein Kompromiss, etwa im Wege einer internationalen Kommission. Da man ferner an der Möglichkeit zweifle, in der allernächsten Zeit über die Delimitation, die Fürstenfrage und die Organisation schlüssig zu werden, sei man für ein provisorisches Régime, etwa bis Ende des Jahres, eingenommen. Die deutschen Äusserungen in der Fürstenfrage gebe ich an anderer Stelle wieder.[b)] In der Inselfrage behauptet der Minister, den deutschen Standpunkt, falls ein solcher überhaupt schon gefasst sei, nicht feststellen gekonnt zu haben. Mein deutscher Kollege sagt mir hingegen, seine Regierung wolle sich in diese Frage nicht einmischen und betrachte dieselbe als eine Angelegenheit, welche zwischen Italien, Griechenland und der Türkei zu entscheiden sei, wobei man aber gerne sehen würde, wenn Griechenland in Mazedonien reichlich bedacht, die Inseln aber zum grössten Teile der Türkei belassen würden. In Übereinstimmung mit der hiesigen Auffassung wolle man auch deutscherseits, insolange die Differenzen zwischen den Balkanstaaten nicht geschlichtet sind, denselben gegenüber eine grosse Reserve beobachten, sich — Rumänien ausgenommen — nach keiner Seite engagieren und die eigene Stellungnahme nicht vorzeitig präjudizieren. Die armenische Reformfrage und speziell der russische Vorschlag geben der deutschen Regierung zu einiger Präokkupation Anlass. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel berichte darüber in einem recht pessimistischen Sinne. Was die Beziehungen zu den Grossmächten anlangt, so sei vor Allem der Wunsch zu konstatieren gewesen, das wesentlich gebesserte Verhältnis zu England zu kultivieren. In einem dem Marchese di San Giuliano etwas zu optimistisch

scheinenden Maasse, beschäftige man sich auch mit der Frage, ob es gelingen könnte, Spanien an unsere Gruppe heranzuziehen. Der hiesige Minister des Äussern hält an der Ansicht fest, dass Spanien sich in absehbarer Zeit nicht von England trennen und nicht mit Frankreich verfeinden könne. Alles, was zu erreichen sei, wäre also, dass Spanien so wie bisher seine Stellung zwischen den beiden Gruppen beibehalte. Seinerseits könne Italien hiezu dadurch beitragen, dass es trachte einen entsprechenden Handelsvertrag mit Spanien abzuschliessen. Was uns betrifft, so vertraute mir der Minister an, in Kiel aus verschiedenen Bemerkungen entnommen zu haben, dass man in der letzten Zeit mit unserer Politik nicht ganz übereinstimme. Man bedauere auch, dass noch so gut gemeinte Ratschläge in Wien mit einer gewissen Suszeptibilität aufgenommen würden. Von der italienischen Presse ist die Kieler Entrevue mit lebhafter Sympathie begleitet worden. Auffällig war hiebei, dass zum ersten Male auch der „Osservatore Romano" eine Dreibund-Entrevue freundlich besprach, ohne gegen den König von Italien die übliche Verwahrung einzulegen. Der national-katholische „Corriere d'Italia" äusserte sich geradezu enthusiastisch. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7732. — [b]) n. 7813.

Nr. 7813. Bericht aus Rom, 17. Juli 1913 Nr. 44 D (eing. 19. Juli).[a]) *Ausfert.*

Geheim. Wie ich Eurer Exzellenz mit meinem Telegramme vom 13. l. M. Nr. 432 zu melden in der Lage war, habe ich der hiesigen Regierung auftraggemäß die mir mit dem hohen Erlasse vom 9. l. M. Nr. 3266[b]) zugekommene Korrespondenz mit dem k. u. k. Botschafter in Berlin in Angelegenheit der Kandidatur des Prinzen Wilhelm zu Wied mitgeteilt, und hat, unserem Wunsche entsprechend, der italienische Botschafter in Berlin den Auftrag erhalten, unseren letzten einschlägigen Schritt bei der deutschen Regierung zu unterstützen. Tags vorher hatte mir der Minister des Äußern bei Besprechung der Kieler-Entrevue gesagt, er habe dort den Eindruck gewonnen, dass man deutscherseits weder die Kandidatur des Prinzen zu Wied noch überhaupt jene eines deutschen Prinzen sonderlich zu wünschen scheine. Der Grund hiefür sei offenbar das geringe Vertrauen, welches man in die Zukunft Albaniens setze. Der deutsche Kaiser habe die Äußerung gemacht, „que si l'on avait l'honneur de commander un escadron prussien on pouvait bien renoncer à se mettre à la tête de ce fichu pays". Das Äußerste, was Marchese di San Giuliano bei Herrn von Bethmann Hollweg und Herrn von Jagow erreicht habe, sei gewesen, dass man dem Prinzen zu Wied weder zu- noch abraten werde. Aus Äußerungen meines deutschen Kollegen entnehme ich, dass man in Berlin den Prinzen zu Wied sozusagen für zu gut für den Thron Albaniens findet. Der Prinz sei ein sehr feiner, gebildeter Herr mit europäischen Manieren, während nach Albanien ein Mann aus härterem Gusse, mit weniger Kultur-Bedürfnis und starker Faust gehöre. Nach einer gestrigen Mitteilung des Generalsekretärs der Consulta soll Prinz zu Wied mittlerweile eine Nordlandsreise angetreten haben, was nicht gerade auf seine Neigung, seine Kandidatur aufzustellen, schließen lasse. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7812. — [b]) Vgl. n. 7755 Anm. b.

Tel. nach St. Petersburg, 17. Juli 1913 Nr. 414 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7803.

Nr. 7814. Tel. nach Sofia; Bad Ischl, 17. Juli 1913 o. Nr. (chiffr. 2 U. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. Berchtold; G. Hoyos).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 371 von heute.[b] Euer Hochgeboren wollen Herrn Dobrovič ersuchen, Nachstehendes zur Kenntnis König Ferdinands zu bringen: Österreich-Ungarn hat seit jeher Bulgarien gegenüber eine wohlwollende Haltung eingenommen. Von der Überzeugung ausgehend, daß das Interesse Bulgariens eine Verständigung mit Rumänien für den Fall eines Konfliktes mit Serbien und Griechenland dringend erheischt, haben wir in Sofia eindringlich gemahnt, Rumänien durch entsprechende Konzessionen zu befriedigen. Unsere Ratschläge blieben in Sofia ungehört, ja man ist ihnen sogar mit Mißtrauen begegnet. Die heutige so überaus ernste Lage Bulgariens ist vor allem auf die schweren Fehler zurückzuführen, die man in Sofia Rumänien gegenüber begangen hat. Eine weitere Konsequenz dieser verfehlten Politik ist es, daß die Monarchie in ihrer Aktionsfreiheit dadurch beschränkt ist, daß Bulgarien sich heute auch in Konflikt mit Rumänien befindet. Unter diesen Umständen kann Österreich-Ungarn Bulgarien nur den wohlgemeinten Rat erteilen, der gegenwärtigen Situation im weitesten Maße Rechnung zu tragen und sich selbst zu schweren Opfern zu entschließen, um noch in zwölfter Stunde zu einem Akkord mit Rumänien zu gelangen. Der geeignetste Weg hiezu schiene mir ein direkter persönlicher Appell König Ferdinands an König Carol, in welchem die Abtretung des Gebietes Turtukaja—Balčik angeboten und unter Hinweis auf die gefährliche Lage der Dynastie sowie die überaus ungünstige Situation Bulgariens die Frage gestellt würde, ob und unter welchen Voraussetzungen Rumänien bereit wäre, den Vormarsch seiner Truppen einzustellen und seinen Einfluß zugunsten der Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Bulgarien einerseits und Griechenland und Serbien andererseits geltend zu machen. Ich möchte annehmen, daß ein solcher Appell nicht ohne Wirkung auf König Carol bleiben wird, da Rumänien bei seiner Aktion von dem Prinzip des Gleichgewichtes am Balkan ausgegangen ist und ein übermäßiges Anwachsen Serbiens nicht in seinem Interesse gelegen sein kann. Käme auf diese Art ein Arrangement mit Rumänien, welches wir in Bukarest wärmstens befürworten würden, zustande, wäre uns die Möglichkeit geboten, unsere für Bulgarien wohlwollende Politik fortzusetzen. Wir wären dann auch in die Lage versetzt, ohne mit dem befreundeten Rumänien in Gegensatz zu geraten, vielmehr im Einvernehmen mit ihm, bei der Regelung der Gebietsverhältnisse am Balkan, die bekanntlich der Ratifizierung durch die Großmächte bedarf, für eine Modifikation zu Gunsten Bulgariens einzutreten.

[a] Oe. U. Balkan 345 Nr. 690. Vgl. n. 7797, 7825, 7837. — [b] n. 7793.

Nr. 7815. Tel. aus Sofia, 17. Juli 1913 Nr. 766 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Neues Kabinett noch immer nicht gebildet. Gewährsmann meldet mir, in Kreisen liberaler Abgeordneten Enttäuschung darüber, was Tonscheff

(mein Telegramm Nr. 760 und 762[b]) vom 16. d. M.) gestern von mir erfahren. Radoslawow, der prononcierteste Austrophile, soll gesagt haben, wenn Österreich-Ungarn Bulgarien weder Rumänien gegenüber helfe, noch vor Serben schützen wolle, sei unmöglich, Änderung Kurses verantworten und er, Radoslawow, wüsste nicht, ob er Regierung übernehmen könnte.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7865. — [b]) Richtig 761 a = n. 7796.

Nr. 7816. Tel. aus Sofia, 17. Juli 1913 Nr. 768 (eing. 18. Juli 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 371 vom 17. d. M. Dobrovič besuchte mich soeben. Ich sagte ihm, dass ich Euer Exzellenz meine Konversation mit ihm und Message des Königs (meine Telegramme Nr. 744 und 745 vom 15. d. M.) gemeldet und ich ihm darauf noch keine Antwort geben könnte, da Euer Exzellenz von Wien abwesend und ich noch ohne Instruktionen. Jedoch sei ich auf Grund meiner Informationen in der Lage, Dobrovič in meinem eigenen Namen einiges mitzuteilen, was geeignet, zur Beruhigung Seiner Majestät beizutragen. Ich deutete hierauf an, dass wir von der bisher von uns Bulgarien gegenüber beobachteten wohlwollenden Haltung auch ferner nicht abgehen wollten (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 360 vom 11. d. M.), falls Politik Bulgariens uns dies ermöglichen sollte, worauf Mitredner erwiderte, von Eintreten Bulgariens in uns unerwünschte politische Richtung könne keine Rede mehr sein. Wenn auch — fuhr ich fort — bisher von Bulgarien befolgte Politik es uns unmöglich gemacht habe, von uns erwünschtes Grossbulgarien zu realisieren, so könne ich Herrn Dobrovič vertraulich mitteilen (Euer Exzellenz eingangs zitiertes Telegramm), dass wir uns vorbehalten würden, zu definitiver Regelung der Balkanverhältnisse unsere Zustimmung zu geben, wobei wir — immer vorausgesetzt, dass Bulgariens politische Richtung uns dies gestatten würde — unsere Tätigkeit auf die Verhinderung einer allzu grossen Schwächung Bulgariens richten könnten. Ich glaubte zu wissen, dass meine Regierung auf Standpunkt stehe, Mächte sollten sich auf Aktion zur Einstellung der Feindseligkeiten beschränken, territoriale Fragen jedoch aus dem Spiele lassen. Auch informierte ich Dobrovič von gestrigem Telegramm der Vertreter der Grossmächte an ihre respektiven Regierungen (mein Telegramm Nr. 761 von gestern). Mitredner sagte, er werde die ihm von mir gemachten „erfreulichen" Äusserungen Seiner Majestät dem König melden. Über Lage teilte mir Dobrovič mit, Herr Natschowitsch hätte eben aus Konstantinopel telegraphiert, es bestehe keine Gefahr türkischer Vorrückung auf Adrianopel. Türkische Detachements hätten sich Lüle-Burgas genähert, worauf Behörden, durch flüchtende Bevölkerung alarmiert, beunruhigende Meldungen an Sofioter Regierung gerichtet hätten. Haltung Rumäniens sei nicht klar, man wüsste nicht, womit von seiner Seite zu rechnen sei; das von Rumänien besetzte Varna wieder von ihnen geräumt. Mit Griechen gehe es ganz schlecht und seien sie nicht mehr weit von Nevrokop. Militärischerseits seien unverzeihliche Fehler begangen worden; grösster Teil Armee Generals Ivanow seien frisch eingestellte Mazedonier gewesen, die bei ersten

Engagements geflüchtet; Ivanow stehe infolgedessen mit numerisch unzureichenden Truppen aus Königreich Griechen gegenüber, was der letzteren Erfolge erkläre; ausserdem grösste Verpflegungsschwierigkeiten Südarmee. Betreffend Kabinettsbildung sagte mir Dobrović, König hätte mit Parteichefs grösste Schwierigkeiten. Hoffentlich werde gelingen, Ministerium Malinow mit Stambulowistenchef Ghenadiew als Minister des Äussern und Liberalen (ohne Eintritt Parteichefs selbst) zu bilden, wodurch Gewähr gegen russophile Richtung gegeben wäre. Von mir über angebliche Zusammenkunft Herrn Pašić', Herrn Venizelos' und bulgarischen Ministers in Nisch befragt, antwortete Dobrović, dass griechischer und serbischer Ministerpräsident in Nisch zusammengetroffen. In Bulgarien sei Einladung zur Teilnahme noch nicht eingetroffen, dürfte aber kommen, da Russland hier in diesem Sinne Mitteilung gemacht. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7835.

Nr. 7817. Tel. aus Sofia, 17. Juli 1913 Nr. 769 (eing. 18. Juli 7 U. 20 M. a. m.).[a]) Entziff.

Während Pourparlers über Kabinettsbildung unter Malinoff noch im Gange, kam gegen Abend Nachricht über Zusammenstoss mit Rumänen zwischen Vraza und Ferdinandovo, in den Artillerie eingegriffen. Zugleich erhielt man Meldung, dass Türken Uzun-Köprü besetzten und auf Adrianopel marschieren. Auf diese Nachrichten habe Seine Majestät der König Pourparlers über Kabinettsbildung sistiert und Radoslawoff zum Ministerpräsidenten und Ghenadieff zum Minister des Äussern ernannt. Ghenadieff sei sofort zu dem rumänische Interessen vertretenden italienischen Gesandten gegangen, um ihn zu ersuchen, Telegramm an rumänische Regierung zu richten, mit Inhalt, dass Bulgarien zu jeder von Rumänien verlangten territorialen Abtretung sofort bereit sei und wünsche, mit Rumänien auf breitester Basis in Freundschaftsverhältnis zu treten. Auf Telegramm König Ferdinands an König Karl (mein Telegramm Nr. 753[b]) vom 16. d. M.) sei noch keine Antwort eingelangt. Russland gehe auf gänzlichen Untergang Bulgariens aus; da Rumänen Bahn, Telegrafen in Nähe Plevens zerschnitten hätten, sei Eisenbahnverkehr, das heißt Verproviantierung für Armee — er vertraue dies nur mir — unmöglich geworden. Wenn sich Rumänen nicht sofort zurückziehen und Bahnverbindung freigeben, werde bulgarische Armee sehr bald kapitulieren müssen und Bulgarien sei Serben ausgeliefert und verloren. Ghenadieff bitte um Hilfe und Rettung. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 349 Nr. 700. Vgl. n. 7818, 7835, 7839, 7865. — [b]) Mit Tel. Nr. 753, 16. Juli 1913 (eing. 6 U. p. m.) wurde aus Sofia gemeldet, König Ferdinand soll am 15. Juli abends ein Telegramm an König Karol gerichtet haben.

Nr. 7818. Tel. aus Sofia, 17. Juli 1913 Nr. 770 (eing. 18. Juli 6 U. 20 M. a. m.).[a]) Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 769 von heute. Bevor Ghenadieff mir nackte Wahrheit über verzweifelte Lage bulgarischer Armee gesagt, fragte er, was wir für Bulgarien tun könnten, worauf ich mich instruktionsgemäss

ausgesprochen und betonte, dass wir über diplomatische Unterstützung nicht hinausgehen könnten. Nachdem Mitredner wahre Lage geschildert und Bitte um Rettung an mich gerichtet hatte, antwortete ich bloss, dass Gespräch Euer Exzellenz telegraphisch melden würde. Ghenadieff kam zu mir vom Palais und von mir begab er sich wieder zum König. Er vertraute mir an, dass er deutschen Gesandten um Intervention in Bukarest ersuchen wolle. Soeben kommt Nachricht, dass nicht nur Bahnen, Telegraphen, sondern auch Eisenbahnbrücken bei Pleven gesprengt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7835.

Tel. nach Athen, 18. Juli 1913 Nr. 145 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7819.

Nr. 7819. Tel. nach Belgrad Nr. 203 (1) und Athen Nr. 145 (2), 18. Juli 1913 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

1. u. 2. Die gegenwärtige Situation am Balkan hat den berechtigten Wunsch nach einer baldigen Wiederherstellung des Friedens hervorgerufen, einen Wunsch in dem wir uns mit den Kabineten aller übrigen Großmächte begegnen. Diesem Gedanken Rechnung tragend, haben wir daher bereits in Sofia unsere Stimme vernehmen lassen und zu einer möglichst raschen Einstellung der Feindseligkeiten gerathen. Ich ersuche nunmehr Euer etc.,

1. Herrn Pašić
2. Herrn Venizelos

1. u. 2. aufzusuchen und ihm zu sagen, daß wir auch der dortigen Regierung nur den ebenso dringenden wie aufrichtigen Rath zu ertheilen vermöchten, dem gegenwärtigen blutigen Ringen ein Ende zu bereiten. Euer etc. können bei diesem Anlasse durchblicken lassen, daß eine völlige Erdrosselung Bulgariens den Wünschen Österreich-Ungarns nicht entsprechen könnte. Gleichlautend

1. Athen.
2. Belgrad.

Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 355 Nr. 709. Vgl. n. 7820, 7821, 7840, 7845, 7859, 7947.

Nr. 7820. Tel. aus Belgrad, 18. Juli 1913 Nr. 499 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Beschlüsse der Balkanstaaten. Herr Pašić hat als Resultat seiner Besprechung in Üsküb mitgeteilt, dass beschlossen wurde, dass Bulgarien behufs Abschliessung eines Präliminarfriedens an die Balkanstaaten und Rumänien direkt herantreten müsse, worauf die Delegierten der fünf Staaten in Nisch oder in einer anderen Stadt zusammenkommen werden, um über die Verteilung der von der Türkei abgetretenen Gebiete schlüssig zu werden. Der Frieden wird gemeinsam gleichzeitig mit Rumänien abgeschlossen; kein Staat soll Separatabkommen treffen können. Sodann wird Demobilisierung angeordnet. Ugron.

[a]) Oe. U. Balkan 353 Nr. 706. Vgl. n. 7771, 7819.

Nr. 7821. Tel. nach Berlin Nr. 507 (1), Rom Nr. 806 (2), London Nr. 597 (3), Paris Nr. 369 (4), St. Petersburg Nr. 417 (5), Konstantinopel Nr. 342 (6) und Sofia Nr. 376 (7), 18. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

1.—5. Im Nachhange zu meinem Telegramme vom 15. l. Mts. Nr. 6. Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 369 zur Kenntnis genommen und

7. Im Nachhange zu meinem Telegramm vom 16. l. M. Nr.

1. 501
2. 794
3. 586
4. 364
5. 411
7. 370*a)*

1.—7. resumiere ich in Nachstehendem die gegenwärtige Situation:

1.—5. und 7. Nachdem uns Nachrichten von einem Vorrücken der türkischen Armee über die Linie Enos—Midia zugekommen waren, haben wir den k. u. k. Botschafter in Konstantinopel beauftragt,*b)* die Pforte vor einem weiteren aggressiven Vorgehen zu warnen und speziell darauf aufmerksam zu machen, daß die vorerwähnte Grenze durch einen Beschluß der europäischen Kabinete festgelegt wurde, an welchem nicht mehr gerüttelt werden könne. Die Vertreter Deutschlands, Italiens, Rußlands, Englands und Frankreichs in Konstantinopel haben beiläufig die gleichen Instruktionen erhalten und dieselben — mit Ausnahme des französischen Geschäftsträgers, der den bezüglichen Schritt heute nachholen wird — bereits ausgeführt.*c)* Im Hinblick auf diese bereits erfolgten Einzeldémarchen wurde der Frage einer französischerseits angeregten Kollektivdémarche bei der Pforte*d)* nicht nähergetreten.*e)*

1.—7. Was den Konflikt zwischen Rumänien und Bulgarien anlangt, so hat nach unseren Informationen Ersteres seine Forderungen dahin formuliert, daß es von der bulgarischen Regierung den Verzicht auf die strategische Linie Turtukaia—Balčik und die Anerkennung der Theilnahme Rumäniens an der Regelung der Territorialfragen verlange. Die Einstellung des Vorrückens seiner Armee macht Rumänien von der Festsetzung einer Zusammenkunft zwischen Delegierten der Kriegführenden und Rumäniens sowie davon abhängig, daß die Einstellung der Feindseligkeiten in bestimmte Aussicht gestellt werde.*f)* Bezüglich des Konfliktes zwischen Bulgarien einerseits und Serbien-Griechenland andererseits sind alle Großmächte in dem Wunsche nach baldigster Wiederherstellung des Friedens einig. Divergenzen zeigen sich nur in den Ansichten über die Art und Weise, die Einstellung der Feindseligkeiten zu erzielen. Nach den uns vorliegenden Nachrichten sind bereits von einigen Seiten darauf hinzielende Schritte in den einzelnen Balkankapitalen unternommen worden. Was uns betrifft, so haben wir bereits in Sofia zu einer ehesten Einstellung der Feindseligkeiten gerathen.*g)* Auch die k. u. k. Gesandten in Belgrad und Athen sind beauftragt,*h)* den dortigen Regierungen zu sagen, daß wir ihnen nur den ebenso dringenden wie aufrichtigen Rath zu ertheilen vermöchten, dem

jetzigen blutigen Ringen ein Ende zu bereiten. Baron Braun und Herr von Ugron haben bei diesem Anlasse darauf hinzuweisen, daß eine völlige Erdrosselung Bulgariens den Wünschen Oesterreich-Ungarns nicht entsprechen könnte. In der Frage der im Interesse des Friedens zu entfaltenden Thätigkeit der Großmächte stimmen auch die Regierungen von Petersburg und Paris mit der k. u. k. Regierung überein, daß sich eine solche zunächst nur auf das Aufhören der Feindseligkeiten beschränken solle und daß das Ergebnis der zwischen den Kriegführenden verabredeten Delimitierung jedenfalls der Ratifikation der Mächte bedürfe, welche es zu überprüfen hätten.

1.—5. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

6. und 7. Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information.

Berchtold.

a) Vgl. n. 7793 Anm. b. — *b)* n. 7691. — *c)* Vgl. n. 7805. — *d)* Vgl. n. 7810. — *e)* Vgl. n. 7803. — *f)* Vgl. n. 7800. — *g)* Vgl. n. 7835. — *h)* n. 7819.

Nr. 7822. Tel. aus Berlin, 18. Juli 1913 Nr. 330 (eing. 19. Juli 1 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 505 von gestern, betreffend Message König Ferdinands an unseren Allergnädigsten Herrn. Staatssekretär teilt vollkommen Euer Exzellenz Auffassung über die durch die Message König Ferdinands an Seine k. u. k. Apostolische Majestät geschaffene Situation. Zufolge Nachrichten aus Bukarest habe sich König von Bulgarien schon mit einem Telegramme an König Karl gewendet. Inhalt desselben ist hier bisher nicht bekannt; doch glaubt Staatssekretär, dass König der Bulgaren darin der verzweifelten Lage, in welcher er und sein Land sich befinden, Rechnung tragend, selbst zu schweren Opfern sich bereit erklärt habe, um zu einer Verständigung mit Rumänien zu gelangen. Staatssekretär wird gern in dem von Euer Exzellenz gewünschten Sinne in Sofia Schritte unternehmen, doch glaubt er, dass eine Einwirkung auf den König von Rumänien gerade in diesem Augenblicke nicht angezeigt wäre. König Karl werde gewiss in seiner Antwort an König Ferdinand erklären, dass er mit dem Zustandekommen eines rumänisch-bulgarischen Akkords ganz einverstanden sei, jedoch unter der Voraussetzung, dass zu gleicher Zeit eine Verständigung zwischen Bulgarien einerseits und Serbien und Griechenland anderseits erfolge. Laut Nachrichten, die aus Rom und Paris hier einlangten, habe sich König Ferdinand, wie mir Staatssekretär erzählte, auch an König von Italien und Präsidenten der französischen Republik „um Hilfe“ gewendet. Szögyény.

Nr. 7823. Tel. aus Berlin, 18. Juli 1913 Nr. 331 (eing. 19. Juli 1 U. a. m.). Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 328 von gestern, betreffend eventuelle Vermittlung der Mächte im Balkankonflikt. Staatssekretär erzählte mir, dass der hiesige englische Geschäftsträger im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt habe, dass Sir E. Grey mit einer Aktion der Mächte zum Zwecke der Einstellung der Feindseligkeiten ganz einverstanden wäre, jedoch darauf

bestehe, dass in dieselbe auch die territorialen Fragen einbezogen werden. Er, Jagow, könne nicht umhin, Sir E. Grey beizustimmen, da auch seiner Ansicht nach ohne Ordnung der Besitzverhältnisse Beruhigung nicht eintreten würde. Wie Euer Exzellenz aus meinem bezogenen Telegramme ersehen haben, hat Unterstaatssekretär vorgestern entgegengesetzten Standpunkt vertreten. Szögyény.

Nr. 7824. Tel. nach Bukarest, 18. Juli 1913 Nr. 335 (chiffr. 9 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Hoyos).

Graf Hoyos trifft in meinem Auftrag Sonntag 11 Uhr 25 Vormittag in Bukarest ein, um Euer Durchlaucht über meine Auffassung der Lage mündlich zu orientieren. Ich ersuche Euer Durchlaucht dahin zu wirken, dass seine Reise möglichst geheim gehalten werde.

[a] Vgl. n. 7892.

Nr. 7825. Tel. nach Bukarest, 18. Juli 1913 Nr. 336 (chiffr. 19. Juli 12 U. 10 M. a. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Wie Euer Durchlaucht aus der inzwischen bekannt gewordenen Zirkularnote[b] der königlich rumänischen Regierung an die Kabinete der Großmächte ersehen haben werden, hat das Bukarester Kabinet erklärt, daß es sich in seinen territorialen Ansprüchen mit der Abtretung der strategischen Linie Turtukaja—Balčik für befriedigt halten würde. Wir begrüßen diese Haltung Rumäniens mit aufrichtiger Genugthuung als einen neuerlichen Beweis der staatsmännischen und klugen Politik seines Königs. Die in Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 227 vom 17. d. M. wiedergegebene Mittheilung Herrn Majorescos über die Eröffnung Herrn Schebekos hinsichtlich der Bereitwilligkeit Bulgariens zur Zession der erwähnten Linie läßt uns im Zusammenhalte mit der besprochenen rumänischen Emanation auf ein baldiges Ende des rumänisch-bulgarischen Konfliktes hoffen. Aus dem erwähnten Telegramme Euer Durchlaucht habe ich noch entnommen, daß die königlich rumänische Regierung bereit ist, den Vormarsch der Streitkräfte einzustellen, sobald ihr offiziell Tag und Ort für die Zusammenkunft der Balkandelegierten und des rumänischen Vertreters bekanntgegeben werde. Ich kann diese von dem Bukarester Kabinette formulierte Bedingung nur dahin auffassen, daß gefordert wird, daß von bulgarischer Seite alles geschehe, um diese Zusammenkunft zu ermöglichen. Denn es ginge wohl nicht gut an, Schwierigkeiten, welche dieser Entrevue eventuell mit Absicht von serbischer und griechischer Seite bereitet würden, Bulgarien entgelten zu lassen. König Ferdinand hat sich auch an uns mit der Bitte gewandt, ihm und seinem hart bedrängten Lande zu Hilfe zu kommen. Wir haben ihm daraufhin durch den k. u. k. Gesandten in Sofia in unzweideutiger Weise erklären lassen,[c] daß wir ihm nur dann beizustehen vermöchten, wenn bulgarischerseits die territorialen Ansprüche Rumäniens befriedigt und die Bereitwilligkeit zur Entsendung eines Unterhändlers ausgesprochen würde. Nachdem nun diese direkte Auseinandersetzung den Wünschen des Bukarester Kabinetes entspricht, ferner bei der

heutigen prekären Lage Bulgariens wohl die Bedenken gegen eine eventuelle Hegemonie dieses Königreiches am Balkan nicht mehr gelten können und endlich wir uns auf die wiederholten Zusagen Herrn Majorescos verlassen wollen, daß Rumänien keineswegs gewillt sei, sich mit Serbien näher einzulassen, so hoffen wir, daß, wenn unsere Rathschläge in Sofia auf fruchtbaren Boden fallen, König Ferdinand und seine Regierung das gewünschte wohlwollende Entgegenkommen finden werden. Die Lage Bulgariens ist übrigens in strategischer Hinsicht durch das offensive Vorgehen Rumäniens heute eine so schlechte, daß das Königreich jetzt Serbien und Griechenland ausgeliefert ist und ein völliger Niederbruch gewiß nicht im Interesse Rumäniens gelegen sein dürfte. Ich ersuche Euer Durchlaucht, sich bei Herrn Majoresco in vorstehendem Sinne vernehmen zu lassen. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 353 Nr. 707. Vgl. n. 7852. — [b]) n. 7802. — [c]) Vgl. n. 7814, 7835.

Nr. 7826. Tel. aus Bukarest, 18. Juli 1913 Nr. 230 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Ministerpräsident teilt mir eben mit, dass gestern abends russischer Gesandter neuerlich bei ihm erschien und auf Einstellung des Vormarsches der rumänischen Armee drängte, auftragsgemäss darauf hinweisend, dass die Dynastie in Sofia in Gefahr. Herr Majoresco wiederholte seine Ausführungen (hieramtliches Telegramm Nr. 227, 17. d. M.), betonend, dass Ententemächte auf Griechenland, welches exorbitante Forderungen stellt und intransigent scheint, Druck ausüben sollten behufs Moderierung und Einstellung der Feindseligkeiten. Minister erklärte, dass zwar weder mit Serbien noch mit Griechenland eine Abmachung vorliege, Rumänien aber einseitig nicht vorgehen könne. Er sei jedoch bereit, eine Depesche an Belgrader Regierung zu senden, in welcher Rumänien dringendst zu Waffenstillstand einrate, und Kopie derselben zur Mitteilung nach Athen zu expedieren. Minister teilt mir vertraulich mit, dass er nicht beabsichtigt, mit Athener Kabinett in irgendwelche näheren politischen Pourparlers einzutreten, da er befürchte, dass dort Kutzowallachen-Frage mit denselben in Konnex gebracht werden könnte, was er unbedingt vermeiden wolle. Ich machte Minister aufmerksam, dass das stete rasche Vordringen Rumäniens Griechenland in Widerstand bestärken, daher Waffenstillstand immer schwieriger zu erreichen sein wird und weil keiner zu Stande komme, rücke Rumänien vor, daher bilde sich circulus vitiosus. Minister sah dies vollkommen ein und versprach Seiner Majestät, der heute abends eintrifft, vorzutragen, rumänische Armee noch Balkandefilé Vraza, Berkovetz und Roman besetzen zu lassen, was heute geschehen dürfte, und Vorwärtsbewegung dann einzustellen. Minister las mir eigenhändiges Schreiben Seiner Majestät aus Hauptquartier von gestern vor, das hervorhebt, Rumänien habe durch seine am rechten Donauufer befindliche Armee dominierende Stellung am Balkan, könne daher grossmütig sein. Erhalte eben Euer Exzellenz Telegramm Nr. 330 von heute. K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 355 Nr. 710. Vgl. n. 7847, 7850, 7851.

Nr. 7827. Tel. aus Bukarest, 18. Juli 1913 Nr. 232 (eing. 19. Juli 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 334 von heute, Message König Ferdinands betreffend. Dasselbe zur Kenntnis Herrn Majorescos gebracht und Kopie Seiner Majestät dem König zukommen lassen. Minister zeigte sich ungemein dankbar für die König Ferdinand erteilte Antwort und bezeichnete Depesche als höchst wichtiges Dokument. Gleichzeitig gab er mir Kenntnis von einer ihm durch italienischen Gesandten übermittelten Depesche bulgarischen Ministers des Aeußern Genadiew, in welcher derselbe in schwulstigen, nichtssagenden Phrasen den Antrag stellt, den ganzen Komplex der rumänisch-bulgarischen Streitfrage zu diskutieren und Armeevorrückung einzustellen. Minister zeigte sich über diese Demarche neuen bulgarischen Ministers des Aeußern ausnehmend unbefriedigt, da russischer Gesandter bereits die Abtretung strategischer Linie offiziell seitens bulgarischer Regierung zugesichert habe. Minister befürchtet, daß man neuerlich in Sofia versuche, die alten Wege zu betreten und noch immer nicht großen Ernst der Situation erfasse. Minister des Aeußern beabsichtigt, diese Demarche dahin zu beantworten, daß er bulgarische Regierung auffordert, umgehend Waffenstillstand abzuschließen und eine Vereinigung der Balkanvertreter auf (rumänischem)[b] Territorium zu beschicken. Da auch in der Depesche König Ferdinands an König Karl nichts Konkretes stand und derselbe jedenfalls den ihm aus Wien mit Allerhöchster Ermächtigung erteilten Rat nur in der Form, jedoch nicht dem Inhalt nach befolgte, so vermute ich, daß die gestern beabsichtigte Einstellung rumänischen Vormarsches nicht erfolgte, im Gegenteil derselbe beschleunigt werden wird. Dazu tritt noch, daß hier eingelaufenen Nachrichten zufolge, neues bulgarisches Ministerium noch einmal an Waffenglück appellieren will. Bulgarische Regierung sollte darüber klar werden, daß rumänische Armee, unterstützt von einigen politischen Kreisen, unbedingt Kampf sucht und nach Sofia marschieren will, Krone und Regierung nur mit schwerer Mühe dieselbe werden zurückhalten können. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 7850, 7851, 7852, 7859. — [b] Chiffre verstümmelt.

Tel. nach Konstantinopel, 18. Juli 1913 Nr. 342 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 7821.

Nr. 7828. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 18. Juli 1913 Nr. 370 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Mein deutscher Kollege hat heute beim Grossvezier einen analogen Schritt wie ich gestern gemacht. Said Halim Pascha antwortete Baron Wangenheim, dass die türkische Armee Grenzlinie Enos—Midia noch nicht überschritten hätte. Er gab jedoch zu, dass er nicht in der Lage sein werde, Armee noch weiter zurückzuhalten. Geheim. Deutscher Botschafter erhielt Eindruck, dass türkische Regierung Absicht habe, Bulgarien von neuem Krieg zu erklären und zwar mit der Begründung, dass die Bulgaren muselmännische Bevölkerung in den von ihnen okkupierten Territorien syste-

matisch ausrotten wollen. Grossvezier liess in seiner Konversation mit Baron Wangenheim durchblicken, dass er sich damit begnügen würde, etwa jenes Stück Thraziens wiederzuerobern, welches nach dem Projekt Mahmud Schefket Paschas der Türkei verblieben wäre. Schicksal des übrigen Thrazien würde Türkei in die Hände der Mächte legen. Unmittelbar vor Baron Wangenheim war Herr von Giers beim Grossvezier. Russischer Botschafter drohte mit einem Kollektivschritt der Mächte, es gelang ihm aber trotzdem nicht, eine dahin gehende Erklärung vom Grossvezier zu erlangen, dass die türkischen Truppen Linie Enos—Midia nicht überschreiten werden. Unter diesen Umständen scheint mir weitere Demarche in dieser Angelegenheit vollkommen zwecklos zu sein. Ich bin übrigens überzeugt, dass türkische Armee bereits jetzt gegen Adrianopel vorrückt.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 7804.

Nr. 7829. Tel. nach London Nr. 595 (1) und Rom Nr. 803 (2), 18. Juli 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Egger; V. Rappaport; G. Berchtold).

1. Der italienische Botschafter hat heute im Auftrage seiner Regierung meine Aufmerksamkeit auf den Umstand gelenkt, daß unter den Bedingungen, unter welchen wir laut meinem Telegramme vom 29. v. M. Nr. 536 die Feststellung der südalbanesischen Grenze unter den darin erwähnten Voraussetzungen einer internationalen Kommission überlassen würden, die Neutralisation des Kanals von Korfu nicht figuriert. Nachdem auch wir auf diese Neutralisation ebenso großen Wert legen wie Italien, ersuche ich Euer Exzellenz, im Einvernehmen mit Ihrem italienischen Kollegen diese Neutralisation unter die oberwähnten Bedingungen aufzunehmen. Was die Details der Neutralisation betrifft, so behalte ich mir vor, sobald das diesbezügliche italienische Projekt einer Prüfung durch unsere Militärbehörden unterzogen sein wird, Hochdieselben mit genaueren Instruktionen zu versehen.

2. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff unter einem wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Vorstehendes mit Bezug auf mein Telegramm vom 29. v. M. Nr. 722 zur Mitteilung an Marquis di San Giuliano.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7830, 8264.

Tel. nach London, 18. Juli 1913 Nr. 597 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 7821.

Nr. 7830. Tel. nach London Nr. 599 (1) und Rom Nr. 804 (2), 18. Juli 1913 (chiffr. 19. Juli 12 U. 30 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine u. Egger; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme vom 15. d. Nr. 520, 521 und 522 und vom 17. d. Nr. 528. Nachdem durch die Annahme der grundlegenden Bestimmungen über die Souveränität, die Staatsform und die Neutralität Albaniens die Bedingungen erfüllt erscheinen, welche wir an ein

Eingehen in die Diskussion über die Befugnisse der internationalen Kontrollkommission geknüpft haben, wäre ich geneigt, in dieser Frage ein gewisses Entgegenkommen an den Tag zu legen, vorausgesetzt, daß nicht Anforderungen gestellt werden, welche einen zu weit gehenden Eingriff in die Selbstverwaltung des Landes bedeuten. Von diesem Gesichtspunkte könnte ich dem Cambonschen Amendement zum Alinea 7 nicht zustimmen, hingegen würde ich kein Bedenken tragen, der Anregung Marquis Imperialis zufolge die Mandatsdauer der Kommission von 5 auf 10 Jahre zu verlängern unter der Bedingung, daß hinwieder die integrale Annahme unserer Textierung der übrigen Bestimmungen der Alineas 5, 6 und 7 zugestanden werde. Diese Lösung bildet den einzigen Weg zu der von Sir Edward Grey gewünschten raschen Bereinigung der Frage, da wir, falls die Vertreter der anderen Mächte (und insbesondere Herr Cambon auf seinem Amendement) insistieren sollten, an dem fünfjährigen Mandate festhalten und neue Contre-Propositionen erstatten müßten, was natürlich die Sache verschleppen würde.

2. Fortsetzung meines Telegrammes von heute Nr. 803: Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Nachdem durch die Annahme" bis Schluß.) Vorstehendes zur Mitteilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7856, 7872, 8143.

Nr. 7831. Tel. aus London, 18. Juli 1913 Nr. 532 (eing. 11 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramm Nr. 527, betreffend Aktion zur Wiederherstellung des Friedens am Balkan. Sir A. Nicolson sagte mir soeben, Sir E. Grey habe nach seiner gestrigen Konversation mit mir ein Telegramm darüber an Sir F. L. Cartwright gerichtet, das auch nach Berlin, Petersburg, Paris und Rom mitgeteilt wurde. Staatssekretär erwartet nun die Antworten Euer Exzellenz und der übrigen Kabinette. Sir A. Nicolson schien der Ansicht, dass Verständigung zwischen den Mächten auf der von Sir E. Grey gedachten Basis gut möglich sei. Schwierigkeit wäre, wie man einen Beschluss der Mächte bei Griechenland durchsetzen könnte. Meiner Bemerkung „nur durch gemeinsame Aktion aller Mächte" stimmte Unterstaatssekretär zu, allerdings mit dem Beifügen, dass in den meisten Ländern gewisse Abneigung gegen Zwangsmassregeln gegen Griechenland besteht. Hier würde man an höchster Stelle sehr dagegen sein, auch im Publikum, wo gewisser Philhellenismus bestehe und man stark gegen Bulgarien eingenommen sei, namentlich seit Bekanntgabe jüngster Greueltaten durch bulgarische Truppen. Trotzdem wäre es hier wohl durchzusetzen, wenn notwendig, gegen Griechenland vorzugehen. Frankreich aber, wo man allgemein philhellenisch gesinnt, und Deutschland, wo man es neuerdings stark geworden ist, dürften sich gegen Koërzitivmassregeln sträuben. Sir A. Nicolson bezeichnete Nachrichten aus Konstantinopel bezüglich Vormarsches über die Linie Enos-Midia als sehr ungünstig. Mensdorff.

Tel. nach Paris, 18. Juli 1913 Nr. 369 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 7821.

Tel. nach Rom, 18. Juli 1913 Nr. 803 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 7829.

Tel. nach Rom, 18. Juli 1913 Nr. 804 (chiffr. 19. Juli 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7830.

Tel. nach Rom, 18. Juli 1913 Nr. 806 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 7821.

Tel. nach St. Petersburg, 18. Juli 1913 Nr. 417 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 7821.

Nr. 7832. Bericht aus St. Petersburg, 5./18. Juli 1913 Nr. 27 A (eing. 21. Juli).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Bei meinem letzten Besuche fand ich Herrn Sazonow in einer besonders freundlichen Stimmung. Schon mein deutscher Kollege, der unmittelbar vor mir bei ihm gewesen war, sagte mir beim Herauskommen, der Herr Minister habe sich ihm gegenüber sehr befriedigt über die gegenwärtige Entwickelung der Beziehungen zur Monarchie geäussert und hinzugefügt, dass die verschiedenen Differenzen, die noch zwischen den Regierungen von Wien und St. Petersburg schweben, nunmehr allmählich sich zu lösen beginnen und auf dem besten Wege scheinen, eine allseits befriedigende Austragung zu finden. Auch mir gegenüber kam Herr Sazonow, nachdem wir einige konkrete Fragen besprochen hatten, auf denselben Gegenstand zu reden und hob hervor, dass, wenn wir auch im Laufe des Winters mancherlei oft recht unangenehme Differenzen auszufechten gehabt hätten, doch, je weiter sich die Dinge entwickelten, die Tatsache immer mehr zum Durchbruche komme, dass eigentlich auf der Balkanhalbinsel keine unüberbrückbaren Interessengegensätze zwischen Österreich-Ungarn und Russland bestehen. Im Gegenteil decken sich unsere Interessen und die Auffassungen der beiderseitigen Regierungen in vieler Beziehung vollständig. Die russische Politik ziele, ebenso wie unsere, auf eine selbstständige Entwickelung wahrhaft unabhängiger Staaten auf der Balkanhalbinsel hin und die in manchen unserer Blätter immer wiederkehrenden Insinuationen, Russland strebe eine Art Protektorates über die Balkanstaaten an und wolle uns mit deren Hilfe einkreisen, seien in das Gebiet der Fabel zu verweisen. Wenn auf der Balkanhalbinsel endlich Ruhe eintrete, was Russland ebenso dringend erhoffe wie Österreich-Ungarn, so sei der Wunsch des St. Petersburger Kabinets — und auch hierin sei er überzeugt, sich in Übereinstimmung mit Euer Exzellenz zu befinden — kein anderer, als dass sich die Balkanstaaten der so notwendigen inneren Konsolidierung und wirtschaftlichen Ausgestaltung widmen. Dies sei aber umso eher zu erwarten, wenn sie, unter Ausschluss eines überwiegenden Übergewichtes eines derselben über die anderen, sich gegenseitig so ziemlich das Gleichgewicht halten und daher schon durch diesen Umstand von Abenteuern abgehalten werden. Eigentlich sei von Anfang der Balkankrise das von beiden Regierungen angestrebte Ziel das gleiche gewesen, und nur

die Wege, welche beiderseits zur Erreichung desselben eingeschlagen würden, hätten divergiert und hiedurch seien Meinungsverschiedenheiten entstanden, die allerdings zeitweise zu recht unangenehmen Differenzen geführt hätten. Jetzt aber sei, wie er hoffe, der Weg zu einer Verständigung über die noch offenen Fragen allmählich frei geworden. Dies gelte insbesondere von der Delimitation von Südalbanien, die wohl keine Schwierigkeit mehr bieten dürfte. Die russische Regierung habe bisher nur darum auf die Zuweisung Koritzas zu Griechenland Wert gelegt, weil sie vermeiden wollte, dass letzteres aus der grossen Liquidation allzu unbefriedigt ausgehe. Dies sei aber jetzt, wo Bulgarien ihm auf jeden Fall wesentliche Konzessionen werde machen müssen, nicht mehr der Fall, so dass für die russische Regierung keinerlei Grund mehr bestehe, sich wegen Koritzas einzusetzen. Was das albanesische Statut anbelangt, so meinte der Herr Minister, dass ein Kompromiss zwischen unserem beiderseitigen Standpunkte auf dem Wege sei. Ursprünglich habe Russland ein längeres Provisorium von etwa 3 Jahren gewünscht, welches der definitiven Bestellung eines Fürsten von Albanien vorausgehen sollte. Jetzt aber dürfte man sich, wie Herr Sazonow meint, auf ein kürzeres Provisorium von etwa einem Jahr einigen. Auf den zwischen den ehemaligen Verbündeten ausgebrochenen Konflikt übergehend, gab Herr Sazonow der Überzeugung Ausdruck, dass auch in dieser Beziehung die Standpunkte Österreich-Ungarns und Russlands nicht stark divergieren dürften. Bulgarien werde allerdings die Folgen der ganz unglaublich ungeschickten Politik, die es in der letzten Zeit gemacht hat, tragen und gegenüber seinen ursprünglichen Vindikationen ganz wesentliche Konzessionen an seine ehemaligen Alliierten machen müssen; auch Rumänien werde nunmehr die Linie Turtukaya-Baltschik als Grenzlinie erhalten müssen; einer völligen Niederwerfung Bulgariens aber könnte Russland auf keinen Fall zustimmen und müsste dasselbe immer noch einen ganz respektabeln Gebietszuwachs erhalten, damit das Gleichgewicht auf der Balkanhalbinsel nicht — diesmal zum Schaden Bulgariens — gestört werde. Es müssten daher allzuweit gehende Prätentionen seiner Gegner entsprechend im Zaume gehalten werden. Wie Herr Sazonow sich nunmehr die Verteilung der ehemals türkischen Gebiete denkt, sagte er mir nicht, doch geben hierüber gewisse einschlägige Andeutungen, die er meinem deutschen Kollegen machte, einigen Aufschluss: Als Ostgrenze dürfe an der Linie Enos—Midia, welche unter Mitwirkung der Grossmächte definitiv festgestellt wurde, unter keinen Umständen gerüttelt werden. Rumänien müsse nunmehr wohl die ursprünglich von diesem vindizierte Grenzlinie Turtukaya-Baltschik zugebilligt werden, nicht aber darüber hinausgehende Eroberungen, und vor Allem nicht das von den Rumänen bereits besetzte Varna; Griechenland, das sich gegenwärtig sehr intransigent zeige und Bulgarien ganz vom ägäischen Meer verdrängen zu wollen scheine, werde seine Ansprüche wohl stark reduzieren müssen. Ob es aber möglich sein werde, für Bulgarien auch noch Kawalla zu sichern, scheine ihm sehr zweifelhaft; jedenfalls aber müsse Dedeagatsch bulgarisch bleiben. Was Serbien betrifft, so werde sich dieses nunmehr kaum mit der Vardargrenze begnügen und werde man wohl zugeben müssen, dass es etwas über diese Linie hinausgreife. Eine solche Verteilung

würde Bulgarien immer noch eine sehr ansehnliche Gebietserweiterung lassen und so das Gleichgewicht wahren, sie würde nach Meinung Herrn Sazonows wohl auch den Interessen der Monarchie entsprechen, zumal als Serbien hiedurch mehr nach dem Süden abgezogen und dort beschäftigt werden würde. Mir gegenüber ist, wie ich mir bereits zu erwähnen erlaubte, Herr Sazonow nicht in diese Details eingegangen, ich glaubte aber der grösseren Klarheit halber die einschlägige Auffassung desselben, wie sie aus seinen Äusserungen zu meinem deutschen Kollegen resultiert, hier einschalten zu sollen. Der Herr Minister beschränkte sich mir gegenüber vielmehr auf die Bemerkung, er schmeichele sich, auch in Beziehung auf die durch den zweiten Balkankrieg geschaffene Lage, im Einklange mit den Auffassungen Euer Exzellenz sich zu befinden. Jetzt, so setzte der Herr Minister seine Ausführungen fort, denen gegenüber ich mich, um ihn in seinem Redeflusse nicht zu unterbrechen, bloss rezeptiv verhielt, — wo es sich immer mehr herausstelle, wie verhältnismässig gering eigentlich unsere Interessengegensätze seien, müsse man ganz besondere Genugtuung darüber empfinden, dass es gelungen sei, jene kritischen Momente glücklich zu überwinden, deren es im Laufe der verflossenen Monate leider mehrere gab, und in denen es den Anschein hatte, als seien unsere Interessen wirklich ganz disparate. Dass dies möglich gewesen sei, dafür glaubt Herr Sazonow auch sich selbst einen guten Teil des Verdienstes vindizieren zu dürfen, doch müsse er vorbehaltslos anerkennen, dass auch die vorsichtige und konziliante Haltung der k. und k. Regierung nicht wenig dazu beigetragen hat, dieses erfreuliche Ergebnis zu ermöglichen. In dieser Beziehung seien es besonders zwei Momente gewesen, die für die Möglichkeit, den Frieden zu erhalten, von geradezu ausschlaggebender Bedeutung gewesen seien. Das erste sei die weise Zurückhaltung gewesen, die sich die k. und k. Regierung zu Beginn der Krise auferlegt habe, indem sie es unterlassen habe, wie von vielen Seiten befürchtet worden sei, in den Sandschak einzumarschieren. Hiedurch sei ihm, Sazonow, die Möglichkeit geboten gewesen, der damals hier sehr starken Militärpartei erfolgreich entgegenzutreten, die unter Hinweis auf die angeblich vorhandenen aggressiven Absichten der Monarchie ein aktives Eingreifen Russlands gefordert hatten. Ein zweiter ausserordentlich kritischer Moment sei jener gewesen, als nach der Mission des Prinzen Gottfried Hohenlohe die durch dieselbe angebahnte Vereinbarung über die gegenseitige Abrüstung zu scheitern drohte. Wäre es damals nicht gelungen, die Abrüstungskommuniqués schliesslich doch erscheinen zu lassen, welche der russischen Regierung die Hände banden, so wäre angesichts der ungeheueren Aufregung, die das wenige Tage nachher erfolgende Akutwerden der Skutarifrage hier hervorgerufen hat, an die Durchführung der Abrüstung gar nicht zu denken gewesen. Es sträube sich aber seine Einbildungskraft, auch nur daran zu denken, was hätte geschehen können, wenn in jenen so ausserordentlich kritischen Tagen unsere Truppen sich an der Grenze kampfbereit gegenüber gestanden hätten. Es wäre sehr fraglich, ob wir in diesem Falle uns heute in freundschaftlichem Gespräche gegenüber sitzen würden. Es ist nicht ohneweiters klar, was Herrn Sazonow zu dieser, nach den scharfen Differenzen der letzten Monate gewiss auf-

fallenden Sprache veranlasst haben mag, welche fast wie eine Avance in der Richtung auf eine neu anzustrebende Entente klingt. Es dürfte sich in nicht zu langer Zeit zeigen, ob der Stimmungswechsel an der Sängerbrücke den Anfang einer ernst zu nehmenden neuen Orientierung der russischen Politik bedeutet, oder ob wir es lediglich mit einer der bei dem sanguinischen Charakter Herrn Sazonows schon wiederholt beobachteten momentanen Occilationen[b] zu tun haben. Vorgestern stand wohl Herr Sazonow jedenfalls auch unter dem Eindrucke der zu erhoffenden Verständigung über die südalbanesische Abgrenzung, welche im Gefolge des griechischen Kriegsglückes und der hiedurch ermöglichten anderwärtigen Entschädigung Griechenlands ihm nähergerückt schien, wodurch auch die Differenzen mit der Monarchie im Allgemeinen in seinen Augen viel von ihrer früheren Schärfe verloren haben mögen. Die ersterwähnte Möglichkeit — einer prämeditierten Kursänderung — wäre mit Rücksicht auf die allgemeine Konstellation der derzeitigen internationalen Lage aber meines Erachtens doch nicht a priori völlig von der Hand zu weisen, sondern scheint mir immerhin eine ernsthaftere Betrachtung zu verdienen. Ich habe seit Beginn des türkischen Krieges in meiner Berichterstattung wiederholt die Ansicht auszusprechen mir erlaubt, dass die Siege der Balkanstaaten in Europa logischer Weise eine Verminderung des russischen Einflusses am Balkan nach sich ziehen müssen. Diese Vermutung hat sich schneller bewahrheitet, als meine optimistischesten Kalkulationen annehmen konnten. Russland hat vor Beginn des „Bruderkrieges" durch die Tsarentelegramme seinen höchsten Trumpf ausgespielt und sozusagen die Machtfrage seines Einflusses gestellt. Es hat hiebei, sowie seither durch die allen russischen Mahnungen zum Trotze erfolgte Fortsetzung des Krieges Schlappen erlitten, welche wohl in der russischen Balkanpolitik ihres Gleichen nicht finden. Wenn Herr Sazonow auch nach Möglichkeit trachtete, bonne mine à mauvais jeu zu machen, so kann doch kein russischer Politiker die empfindlichen Lehren übersehen, welche für die Zukunft aus dem erhöhten Selbstbewusstsein der Balkanslaven sprechen. Damit wird Russland zu rechnen und seine Orientierung entsprechend einzurichten haben. Ist der russischen Protektionspolitik am Balkan einmal der Faden abgeschnitten, so wird sie ihre Aufgabe wohl oder übel in der Erhaltung der Unabhängigkeit der Balkanvölker zu erblicken haben, und sich hierin mit den Absichten der Monarchie begegnen. Vielleicht wird sich diese Erkenntnis in Russland nur allmählich Bahn brechen. Aber auch abgesehen hievon ist die russische politische Lage momentan so gestaltet, dass es nicht ausgeschlossen erscheint, dass man es hier an der Zeit finden könnte, uns gegenüber wieder einzulenken. Im Vordergrunde des russischen Interesses steht gegenwärtig die armenische Frage. Auch die mongolischen Angelegenheiten sind wieder in ein akutes Stadium getreten (vide mein heutiger gehorsamer Bericht lit. D)[c] und die intimen Beziehungen zu England weisen mehr gefährliche Reibungsflächen auf, als deren ein kühl denkender russischer Politiker mit Bezug auf die Monarchie ausfindig machen dürfte. Persien und Armenien werden einem wirklich vertrauensvollen englisch-russischen Verhältnisse noch recht ernste Hindernisse in den Weg legen. Obwohl ich

annehmen zu können glaube, daß Russland derzeit nicht die Absicht hegt, die Auflösung der asiatischen Türkei zu beschleunigen, so ist aus seiner Taktik doch mit ziemlicher Klarheit zu entnehmen, dass man nun daran gehen will, diejenigen Massnahmen zu treffen, welche die seinerzeitige Anmeldung der russischen Erbschaftsansprüche in Klein-Asien vorzubereiten haben. Wird es unter diesen Verhältnissen und mit Rücksicht auf die gänzlich veränderte Balkanlage nicht die Aufgabe eines vorausblickenden russischen Staatsmannes sein, sich von den traditionellen Balkankonsiderationen zu emanzipieren und mit einer zunehmend aussichtslosen Prestige-Politik zu brechen? Wenn heute ein russisches Hirn hiefür schon aufnahmsfähig sein kann, so ist dies am ehesten bei Herrn Sazonow der Fall, dessen Politik stets einem möglichst guten Verhältnis zur Monarchie zuneigte und der für panslavistische Velleitäten nie zu haben war. Die Zukunft wird lehren, in wieweit der jetzige Stimmungswechsel von Dauer und ob es für uns möglich sein wird, denselben für unsere Interessen auszunützen.

Thurn.

a) Vgl. n. 7858, 7895, 7905, 8108, 9154. — b) So! — c) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 7833. Bericht aus St. Petersburg, 5./18. Juli 1913 Nr. 27 B (eing. 21. Juli). Ausfert.

Dass es Russland nicht gelungen ist, den Ausbruch des Krieges zwischen den ehemaligen Verbündeten zu verhindern, trotzdem es zu den stärksten Mitteln gegriffen hatte und sogar die Person des Tsaren Selbst zu diesem Zwecke ins Treffen geführt worden war, hat hier zweifellos einen nachhaltigen Eindruck gemacht und es scheint sich immer mehr die Überzeugung durchzuringen, dass die alten Methoden in der Behandlung der Balkanstaaten jetzt, wo diese zum erhöhten Bewusstsein ihrer Kraft und ihrer Selbstständigkeit kommen, nicht mehr anwendbar sind. Hat man anfangs insbesondere Bulgarien seine Intransigenz und die Selbstbewusstheit, die in der Antwort Königs Ferdinand auf die Tsarendepesche zum Ausdruck kam, sehr übel genommen, so sieht man jetzt mit lebhaftem Missvergnügen, dass auch in Belgrad nicht jener Grad von Gehorsam gegen die russischen Mahnungen herrscht, den man wenigstens dort voraussetzen zu können glaubte. Als nämlich vor etwa einer Woche die bulgarische Regierung Russland um Hilfe bat und ihre Sache in dessen Hand legen wollte, wurde ihm zwar geantwortet, es möge sich direkt mit seinen Gegnern auseinandersetzen; gleichzeitig wurden aber in Athen und Belgrad seitens der russischen Diplomatie sehr nachdrückliche Schritte unternommen, damit die Feindseligkeiten eingestellt werden und die dortigen Kabinette in ihren Verhandlungen mit Bulgarien eine entsprechende Mässigung an den Tage legen. Die Antworten, die aus diesen beiden Kapitalen eingelangt sind, scheinen aber Herrn Sazonow nicht sonderlich befriedigt zu haben und so scheint bei ihm derzeit wieder ein gewisser Rückschlag zu Gunsten Bulgariens eingetreten zu sein. Wenigstens sagte er mir vorgestern, er sei Anfangs über das Vorgehen Bulgariens, dessen Überfall über die nichts ahnenden Serben und Griechen jetzt nicht mehr zweifelhaft sei, ausserordentlich aufgebracht

gewesen, jetzt aber beginne er mit diesem schwergeprüften Lande doch grosse Kompassion zu empfinden. Die ihm von Bulgarien zugemutete Vermittlung habe er, da dies ein gar zu undankbares Geschäft sei, nicht auf sich nehmen wollen und in Sofia den dringenden Rat erteilt, dem Verlangen seiner Gegner nachzukommen und mit ihnen direkte Verhandlungen anzuknüpfen. Er hoffe auch, dass dieser Rat befolgt werden und dass sich ein bulgarischer Delegierter zu den Verhandlungen mit den Herren Veniselos und Paschitsch nach Nisch begeben wird. Allerdings werde das Ergebnis dieser Verhandlung einer Überprüfung durch die Grossmächte bedürfen, da es diese wohl nicht zulassen könnten, dass die Gegner Bulgariens dessen jetzige hilflose Lage dazu benützen, um es vollständig an die Wand zu drücken. Diese Auffassung Herrn Sazonows scheint sich so ziemlich mit jener zu decken, welche Euer Exzellenz in Hochdero Telegramm vom 16. d. Mts. Nr. 411 zum Ausdrucke zu bringen die Güte hatten, in welchem Hochdieselben mich gleichzeitig beauftragten, bei Herrn Sazonow die Idee einer gemeinsamen Démarche bei den Balkanregierungen im obigen Sinne anzuregen. Der Grund, warum Herr Sazonow, obwohl er mit dem im erwähnten hohen Telegramme zum Ausdrucke gebrachten Standpunkte sich vollständig einverstanden erklärte, doch von der vorgeschlagenen gemeinsamen Démarche nichts wissen wollte, dürfte meiner unmassgeblichen Meinung nach wohl in dem Wunsche zu suchen sein, für Russland wenigstens den Schein zu retten, dass die Balkanstaaten das Aufhören des grausamen „Bruderkrieges" schliesslich doch Russland und nicht einer gemeinsamen Aktion der Mächte zu danken haben sollten. Für die endgiltige Verteilung der ehemals türkischen Territorien möchte aber offenbar Russland doch wieder nicht allein die Verantwortung tragen und besteht daher auf der Notwendigkeit einer Überprüfung der Ergebnisse der erhofften direkten Verständigung (bei welcher aber auch Rumänien beteiligt sein müsse) durch die Mächte. Diese Revision denkt sich Herr Sazonow nach einer von ihm fallen gelassenen Bemerkung wieder auf einer Botschafterkonferenz. Bei meiner letzten Unterredung erwähnte Herr Sazonow auch die Gefahr, die eventuell der bulgarischen Dynastie drohen könnte, wenn Bulgarien allzusehr gedemütigt werden und die öffentliche Meinung in Bulgarien den König für die erlittenen Niederlagen und Verluste verantwortlich machen würde. Dies wäre allerdings nach Ansicht Herrn Sazonows sehr ungerecht, da der König der Einzige gewesen sei, der die Gefahren der von Seiner Regierung befolgten Politik von Anfang an erkannt habe und der stets für eine friedliche Verständigung mit seinen früheren Alliierten gewesen sei. Der einzige Vorwurf, der Ihn in dieser Beziehung treffe, sei der, dass Er nicht die Kraft und die Energie gehabt habe, sich der chauvinistischen Stimmung Seiner Regierung und der Öffentlichkeit erfolgreich zu widersetzen. Jedenfalls wäre es höchst bedenklich, wenn zu allem Überflusse auch noch eine dynastische Krise in Bulgarien ausbrechen würde, umsomehr als dies ein funestes Beispiel für die anderen Balkanländer wäre, wo die Dynastieen auch nicht allzufest sitzen und wo bei einer eventuellen späteren Gelegenheit die jetzt scheinbar sehr verstärkte Autorität der Kronen sehr leicht ins Gegenteil umschlagen könnte. Werde eine der Balkan-

dynastien umgestürzt, so würden die übrigen gewiss bald nachfolgen. Dies zu verhindern liege aber im dringendsten Interesse des Monarchischen Prinzipes und daher vor Allem in dem jener Mächte, bei denen dieses Prinzip noch am tiefsten wurzele, nämlich Österreich-Ungarns und Russlands. Dies sei auch einer der Gründe gewesen, warum er, Sazonow, auf die Nachricht hin, dass Rumänen bereits Varna besetzt hätten, König Karol dringend zur Einhaltung weiser Mässigung habe mahnen lassen (vide mein gehorsames Telegramm vom 16. d. Mts. Nr. 249). Da es jedenfalls auch in unserem Interesse gelegen ist, dass Bulgarien möglichst glimpflich aus der allerdings selbst verschuldeten Sackgasse herauskomme, in die es Dank der unbegreiflichen Politik Herrn Danews geraten ist, glaubte ich Herrn Sazonow darin bestärken zu sollen, dass eine zu weitgehende Schmälerung Bulgariens dort leicht eine antidynastische Bewegung hervorrufen könnte, um hiedurch Herr Sazonow möglichst in der Richtung zu beeinflussen, dass er zu weit gehenden Forderungen Serbiens und Griechenlands entgegentrete.

Thurn.

Nr. 7834. Bericht aus St. Petersburg, 5./18. Juli 1913 Nr. 27 E (eing. 21. Juli). Ausfert.

In der Anlage beehre ich mich den mir gütigst zur Kenntnisnahme mitgeteilten Bericht des Freiherrn von Giessl, d. d. Cetinje, 10. Juni 1913 Nr. 60 B mit ergebenstem Danke in Rückvorlage zu bringen. Wie Freiherr von Giesl bemerkt, sind die Äusserungen Herrn Obnorskys insoweit von Interesse, als sie die Ansichten der leitenden hiesigen Kreise wiederspiegeln. Diesfalls finde ich eine Bestätigung meiner bei verschiedenen Anlässen ausgesprochenen Überzeugung, dass Russlands derzeitige massgebenden Politiker einen übermächtigen Slavenstaat am Balkan mit dem Schwerpunkte in- oder ausserhalb der Monarchie — selbst wenn dieser Staat Serbien heisst — nicht wünschen kann.*a)* Gerade dadurch wurde bei mir auch stets die Überzeugung bestärkt, dass es unter den jetzigen Verhältnissen und trotz der Differenzen während der letzten Krise nicht ausserhalb des Bereiches der Möglichkeit gelegen wäre, mit der Zeit zu einem Einvernehmen mit dem Tsarenreich zu gelangen. Was jedoch die Bemerkungen Herrn Obnorskys über die Frage des Balkanbundes anlangt, so möchte ich bezweifeln, dass er hierin mit den russischen politischen Führern eines Sinnes ist. Der Balkanbund — mit dem man bis vor Kurzem hier noch ernsthaft rechnen konnte — ist ein Schlagwort, dem sich die russische Diplomatie kaum sobald entziehen wird. Dafür sind die panslavistischen Einflüsse zu mächtig und ausserdem wird dieses Ziel deshalb stets hier anstrebenswert bleiben, weil es das sicherste Gegenmittel gegen übermächtige österreich-ungarische Einflüsse sein wird. Die Tsarentelegramme an die beiden slavischen Könige haben hiefür bereits den Beweis geliefert. Ein unter russischer Patronanz creierter und erhaltener Balkanbund, in dem sich die einzelnen Teile so ziemlich die Wagschale halten, fasziniert den russischen Politiker, einen übermächtigen selbständigen Balkanstaat fürchtet er.

Thurn.

a) So!

Nr. 7835. Tel. nach Sofia, 18. Juli 1913 Nr. 375 (chiffr. 19. Juli 1 U. 20 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. Szápáry u. Berchtold; G. Berchtold).

Die von Euer Hochgeboren laut Ihren Telegrammen vom 16. und 17. l. M. geführte Sprache[b]) hat meine volle Billigung gefunden. Die Politik König Ferdinands und Herrn Danews hat es mit sich gebracht, daß Bulgarien sich gegenwärtig in einer Lage befindet, welche sich von derjenigen wesentlich unterscheidet, in der sich das Königreich noch vor Kurzem befand und welche uns eine Politik erlaubt hätte, die auch Bulgarien große Vorteile hätte bringen können. Wir wären damals unter Bedingungen, die heute für Bulgarien als wenig oneröse erscheinen müssen, bereit gewesen, an der Vergrößerung und Erstarkung Bulgariens mitzuwirken. Bei der jetzigen Sachlage könnten wir — selbst bei Hintansetzung unserer eigenen vitalen Interessen — nicht mehr erreichen, als Bulgarien vor allzu großer Schwächung zu bewahren. Keinesfalls könnte es uns aber — und zwar schon allein mit Rücksicht auf das uns befreundete Rumänien — gelingen, Bulgarien jene Grenzen zu verschaffen, welche seine gerechtfertigten Prätensionen, geschweige denn seine ursprünglichen Ambitionen befriedigen könnten. Daß aber Bulgarien gewissermaßen unter unseren Auspicien einen unglücklichen Frieden schließe, kann unseren Interessen eines zukünftigen guten Verhältnisses mit dem Königreiche nicht dienlich sein, da das Odium des entgangenen Gewinnstes uns in die Schuhe geschoben werden würde, während auf eine Dankbarkeit für das Gerettete nicht zu zählen sein wird. Wir würden damit also nur Rußlands Spiel in Sofia machen. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren ausschließlich persönlicher Information. Den bulgarischen Staatsmännern sowie den Vertrauensmännern König Ferdinands gegenüber hätten Euer Hochgeboren sich im folgenden Sinne auszusprechen. Nach wie vor könnten wir Bulgarien nur dringendst raten, ehebaldigst zu einem Einverständnisse mit Rumänien zu gelangen. Wir hätten mit Befriedigung gehört (Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 769), daß Bulgarien sich zu jeder von Rumänien verlangten territorialen Abtretung und zu einem Freundschaftsverhältnis mit diesem auf breitester Basis bereit erklärt habe und dies durch Vermittlung des italienischen Gesandten nach Bukarest habe mitteilen lassen. Unseren Informationen zufolge[c]) begnügt sich Rumänien mit der Linie Turtukaja-Balčik, besteht aber zur Einstellung der Feindseligkeiten darauf, daß die bulgarische Regierung ihm offiziell Tag und Ort bekanntgebe, an welchem die Balkandelegierten und der rumänische Vertreter zusammenkommen könnten. Da mit der Möglichkeit gerechnet werden müsse, daß Serbien oder Griechenland die Einstellung der Feindseligkeiten noch hinauszuschieben trachten werden, schiene es mir von eminenter Wichtigkeit, daß Bulgarien sofort die rumänische Regierung von seiner Bereitwilligkeit verständige, seinen Delegierten an den von Rumänien zu bestimmenden Ort zu entsenden, um auf Grund seiner Nachgiebigkeit sodann von Rumänien verlangen zu können, daß wenigstens dieses den Vormarsch seiner Truppen einstelle. Unsere Bemühungen seien darauf gerichtet, Rumänien zur Annahme der bulgarischen Vorschläge zu bewegen. Rumänien scheine zwar derzeit darauf bestehen zu wollen, seinen Frieden mit Bulgarien nur gemeinsam mit den anderen Krieg-

führenden zu machen. Sollte es sich als unmöglich erweisen, Rumänien von diesem Standpunkte abzubringen, werde Bulgarien wohl nichts übrig bleiben, als ehestens auch in solche Friedensverhandlungen einzutreten und die Korrektur des sich hiebei ergebenden Resultates den Großmächten zu überlassen. Sollte es aber gelingen, Rumänien zum Eingehen auf abgesonderte Verhandlungen auf breiterer Basis zu veranlassen, wäre die Euer Hochgeboren von Herrn Ghenadiew geschilderte verzweifelte Lage Bulgariens als behoben anzusehen, da eine Kapitulation der bulgarischen Armee vermieden und ein Vormarsch der serbischen Armee, falls Bulgarien seine Bereitwilligkeit zur Einstellung der Feindseligkeiten aufrechterhält, auf unseren wie zweifellos auch auf den Widerstand der anderen Großmächte stoßen würde. Obwohl Bulgarien auch im letzteren Falle eine bedeutende Einbuße an den von ihm eroberten Territorium zu gewärtigen habe, werde ihm doch wenigstens die Kapitulation seiner Armee und das Erscheinen des Feindes in der Hauptstadt erspart bleiben. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7821, 7825, 7864, 7866. — [b]) n. 7794, 7796, 7816, 7818. — [c]) Vgl. n. 7800.

Tel. nach Sofia, 18. Juli 1913 Nr. 376 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 7821.

Nr. 7836. Tel. aus Sofia, 18. Juli 1913 Nr. 772 (eing. 19. Juli 1 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

König Ferdinand und Minister des Äussern richten soeben an mich dringendes Ersuchen, in Bukarest zu erwirken, dass telegraphische Verbindung, die rumänische Truppen durchschnitten, so dass nur mehr, nachdem auch Kabel unterbrochen, eine einzige indirekte Telegraphenlinie verfügbar, wieder hergestellt werde. Wenn nur rumänische Militärbehörden es gestatten würden, würden bulgarische Behörden Reparaturen selbst vornehmen. Hatte heute Audienz bei Seiner Majestät, worüber Telegramm folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7837.

Nr. 7837. Tel. aus Sofia, 18. Juli 1913 Nr. 773 (eing. 19. Juli 11 U. 45 M. a. m.).[a]) Entziff.

König Ferdinand hat mich heute morgens wissen lassen, dass er mich sehen möchte, und ich hatte soeben eineinhalbstündige Audienz. Seine Majestät besprach retrospektiv seine Politik und Ereignisse und entwickelte seine Pläne, aus deren Realisierung nur Monarchie Nutzen gezogen hätte. Russland habe seine Pläne vereitelt. Nun sei Bulgarien par terre, bulgarische Armee sei — von Offensive nicht zu reden — auch der Defensive nicht mehr fähig, und wenn Rumänen ihre Aktion nicht sofort einstellen und türkischer Vormarsch nicht zum Stillstand gebracht werde, werde Kapitalution unvermeidlich sein, zumal Griechen im Begriffe, Rest Armee General Ivanoffs gänzlich zu vernichten und Serben seit gestern auch wieder offensiv vorgehen. Ich werde über Unterredung mit Seiner Majestät näher separat telegraphieren und möchte vorläufig nur das Allerwesentlichste melden,

nämlich, König Ferdinand habe heute früh auf sein Telegramm an König Carol Antwort erhalten, die er mir vorgelesen und die in freundlichem Tone gehalten; König von Rumänien erklärt, dass auch er gegenwärtiger Lage Ende zu machen wünsche, dass er aber mit durch Haltung Bulgariens hervorgerufener Erregung im rumänischen Volke zu rechnen hätte; bulgarische Regierung möge mit der rumänischen Verhandlungen sofort anknüpfen, um bekannte Wünsche zu erfüllen. Der erste Schritt sei, sagte König, bereits gestern abends durch Telegramm Ghenadiews an Majoresco gemacht und jetzt bitte nur König Ferdinand, dass Euer Exzellenz Hochderen Einfluss in Bukarest entsprechend geltend machen, damit Rumänien einerseits womöglich nicht mehr als Turtukaia—Balčik verlange und anderseits, dass sich Rumänien Bulgarien aufrichtig freundschaftlich nähere. Ein weiterer Wunsch des Königs sei, dass wir, nachdem wir ihm aktive militärische Unterstützung gegen Serbien verweigern, doch wenigstens einen Druck in Belgrad ausüben und schärfere Sprache im Sinne sofortigen Waffenstillstandes führen. König Ferdinand schiene es sehr wichtig, dass Friedensverhandlungen und Konferenz, betreffend endgiltige Teilung, in Bukarest stattfände, da auf diese Weise noch am leichtesten serbisch-russische Aktion paralysiert, Annäherung zwischen Rumänien und Bulgarien herbeigeführt und für letzteres mit Hilfe Österreich-Ungarns (und)[b] Rumäniens etwas von Mazedonien gerettet werden könnte. Ich sprach mit Seiner Majestät im Sinne meiner Instruktionen und insbesonders auch Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes de dato Ischl vom 17. d. Mts.[c] Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7836, 7838, 7860, 8074. — [b] Chiffre fehlt. — [c] n. 7814.

Nr. 7838. Tel. aus Sofia, 18. Juli 1913 Nr. 779 (eing. 20. Juli 2 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 773 von heute. Ich fand König, den ich seit August vorigen Jahres nicht gesehen, geistig und physisch eigentlich unverändert. Vielleicht war es momentaner günstiger Eindruck soeben erhaltenen Telegrammes König Karls, durch welches König Ferdinand ermutigt war, jedenfalls schien er durchaus nicht gebrochen. König begrüsste mich mit Bemerkung, dass wir uns lange nicht gesehen und dass anlässlich heutiger Begegnung ich Seiner Majestät unangenehme Sachen sagen und Anklagen gegen ihn erheben würde. Ich erwiderte, ich müsse es aufrichtig für Bulgarien bedauern, dass mir Ehre Empfanges erst jetzt und nicht zur Zeit, als meine Ratschläge — wenn befolgt — nützen hätten können, zuteil geworden; was unangenehme Wahrheiten anbelange, fügte ich hinzu, so werde ich mir dieselben nicht erlauben und hielte Rekriminationen für überflüssig, da ich überzeugt, dass Seine Majestät besser als ich die grossen Fehler, die hier begangen, einsähe. Wenn von irgend einer Seite, so verdiene König jedenfalls von uns keine Vorwürfe, — meinte Seine Majestät — er und sein Werk seien von Russland zugrunde gerichtet, da Russland mit Recht verdächtigt hätte, dass Politik Königs und Siege bulgarischer Armee über Türken Österreich-Ungarn zugute kommen würden. König habe sich Russlands bedient, um gegen Türken Krieg führen zu können; nur mit

Hilfe Russlands sei es möglich gewesen, sich die unentbehrliche Kooperation Serbiens und Griechenlands gegen Türkei zu sichern. Der Plan Königs sei der gewesen, nach Besiegung der Türkei mit unserer Hilfe Serbien zu erwürgen und dann Griechen zu schlagen. Im Sommer vorigen Jahres sei dieser Plan, in den König niemanden habe einweihen können, ausgearbeitet und als Seine Majestät im Juli vorigen Jahres in Monarchie geweilt, habe er nur einer hohen Person angedeutet, dass Verdrängung der Türken aus Mazedonien bevorstünde, wonach es notwendig, dass wir eine Feuerspritze in Semlin bereit hielten. Auf meine Frage, wer diese Person war, antwortete Seine Majestät, ein dem Ballplatze Nahestehender. Alle Berechnungen des Königs — so fuhr er fort — hätten gestimmt bis zu verlorener Schlacht von Kotschane. Wie hätte aber Seine Majestät vermuten können, dass wir ihn im Stiche lassen und einzige Gelegenheit nicht benützen würden, um Serbien zu vernichten? Krieg mit Serbien sei auf Befehl des Königs begonnen worden; König hätte Angriffe angeordnet und leider seien die bezüglichen Dokumente in Hände der Serben gefallen. Die Griechen seien auf Befehl Herrn Danews und gegen Willen Königs angegriffen worden; [mit] Griechenland habe König Krieg nicht gewünscht. Letzteres sei ein unverzeihlicher Fehler Danews, eine Infamie gewesen, da acht Tage früher ein Abkommen bezüglich neutraler Zone mit König Konstantin unterzeichnet worden. König Ferdinand hätte es nur auf die odiösen Serben abgesehen, wohl in Hoffnung auf uns. Hier wendete ich ein, dass ich unzähligemale Ministerpräsidenten und Dobrovič erklärt hätte, dass Bulgarien nur nach Verständigung mit Rumänien auf uns rechnen könnte, was bereits jeder Politiker in Bulgarien wüsste. Ich führte meinen Gedanken näher aus und meinte, dass doch König begreifen hätte müssen, dass wir uns in kein rumänienfeindliches Lager begeben würden. Seine Majestät sagte, sein einziger Fehler sei der, dass er rumänische Gefahr nicht richtig beurteilt; er habe König Karl einer Politik wie die Preussens im Jahre 1866 uns gegenüber nicht für fähig gehalten, und auch nach Einmarsch der Rumänen habe König nicht geglaubt, dass Linie Turtukaia—Balčik überschritten und dass ihn König Karl rücklings überfallen und sich dazu hergeben würde, gegen Serbien engagierte bulgarische Armee durch Brückensprengungen und so weiter zu bedrohen. Rumänien mache ja eine Österreich-Ungarn feindliche Politik, die ihm vom russischen und französischen Gesandten souffliert werde; nachdem rumänische Mobilisierung angeordnet worden, habe Herr von Schebeko Majoresco gratuliert und gewünscht, dass es im Interesse Rumäniens und Russlands gelinge, Bulgarien zu schwächen. „On m'a trompé, mais on vous trompe aussi. Comment est-ce possible que Vienne ne saisit pas cette occasion pour en finir avec les Serbes? L'empereur d'Allemagne vous rend un bien mauvais service en vous empêchant de faire la guerre. Un coup de pied suffirait pour assommer la Serbie. Der König hätte gehofft, dass sich Baron Conrad diese Gelegenheit nicht würde entgehen lassen. Und wenn es auch zu einem Krieg mit Russland kommen würde ...! Die Chancen Österreich-Ungarns wären ausgezeichnet, Russland sei nicht vorbereitet. Je später, desto ungünstiger aber unsere Aussichten, da Russen mit jedem Jahr stärker und aggressiver. „Vous laissez

succomber ce pays . . .[b] au moment où grâce au travail du Roi tout le peuple a enfin compris que la Russie est son ennemi." Auf obige Ausführungen König Ferdinands reagierte ich nur wenig, meinte nur, ich könnte nicht begreifen, dass Seine Majestät nach Beendigung Krieges gegen die Türkei uns in seine Pläne nicht eingeweiht, sondern bis gestern Regierung kontrasignierte, deren Politik panslavistisch und gegen uns gerichtet gewesen. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7860, 7868, 8074. — [b] Chiffre verstümmelt.

Nr. 7839. Tel. aus Sofia, 18. Juli 1913 Nr. 780 (eing. 19. Juli 7 U. 10 M. a. m.).[a] Entziff.

Habe heute nachmittags Minister des Aeußern gesehen, worüber Telegramm abgeht. Soeben spricht bei mir Herr Ghenadiew wieder vor und sagt Folgendes: Der italienische Gesandte hat ihm im Momente Antwort Majorescos auf Telegramm Ghenadiews von gestern abends mitgeteilt, welche allgemein gehalten und sich auf Depesche König Carols an König Ferdinand bezieht. Herr Majoresco hätte außerdem italienischem Gesandten mitgeteilt, daß sich Rumänien mit Linie Turtukaia—Balčik begnüge, daß es aber rumänische Truppen von Bulgarien nicht zurückziehen werde, solange Waffenstillstand und Frieden, an dem Rumänien teilnehmen wolle, nicht geschlossen, da Bulgarien nach Rückkehr rumänischer Truppen Krieg gegen Serbien fortsetzen könnte. Durch diese Haltung müsse Rumänien vollständige Niederlage Bulgariens herbeiführen. Bulgarien wünsche selbst Waffenstillstand und sei bereit, gegen Fortsetzung des Krieges Garantien zu geben. Beteiligung Rumäniens an Friedensverhandlungen sei Bulgarien nur erwünscht. Verbleiben rumänischer Truppen in Bulgarien habe aber kein anderes Resultat, als daß Serben und Griechen bulgarische Armee angreifen, wie dies heute der Fall. Wenn rumänische Okkupation und Unterbrechung Bahnverbindungen andauern, sei Kapitulation in wenigen Tagen unvermeidlich. Serben würden nach Sofia kommen und Verantwortung und Odium dafür und für unvermeidliche blutige Unruhen würde auf Stambulowistisches Kabinett fallen. Es handle sich um Existenz Bulgariens, es handle sich auch darum, austrophile Orientierung hiesiger Politik zu ermöglichen, und Herr Ghenadiew bitte dringend zu helfen und rumänische Regierung zu veranlassen, daß sie gegen Zession der Linie Turtukaia—Balčik Truppen wenigstens konditionell zurückziehe. Ich versprach, Euer Exzellenz sofort zu relationieren. Ohne mir Urteil zu erlauben, was wir für Bulgarien tun können und wollen, erachte ich es für meine Pflicht, aus meiner vollsten Ueberzeugung darauf hinzuweisen, daß, wenn Bulgarien als selbständiger Staat weiter existieren soll und wir mit ihm politisch rechnen wollen, es jetzt Moment ist, wo wir demselben Hand reichen sollten. Wenn wir es jetzt, wo Land tatsächlich Russland für Katastrophe verantwortlich macht und von uns Hilfe erwartet, nicht tun, werden wir einzige Gelegenheit, unsere Politik dank austrophiler Regierung hier durchzusetzen, verpasst haben. Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 354 Nr. 708. Vgl. n. 7817, 7850, 7862.

Nr. 7840. Tel. aus Athen, 19. Juli 1913 Nr. 522 (eing. 20. Juli 8 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 145 von gestern und mich im Sinne desselben zwecks Einstellung der Feindseligkeiten bei Herrn Venizelos ausgesprochen. Wesentlichstes aus seiner Antwort: 1). Auch griechische Regierung hege aufrichtig diesen Wunsch und sei bereit, im Einvernehmen mit ihren Alliierten in Verhandlungen mit Bulgarien einzutreten. 2). Diese Verhandlungen müssen direkt, das heißt ohne den Umweg über St. Petersburg, auf Ersuchen Bulgariens, und zwar auf dem Schlachtfeld gepflogen werden. (Seinerzeitige russische Demarche werde demnächst in entsprechender Form in diesem Sinne beantwortet werden). 3). Es könne sich jedoch bei diesen Verhandlungen nicht um einen Waffenstillstand handeln, (da Bulgarien absolut nicht Zeit gegeben werden dürfe, sich militärisch wieder zu stärken), sondern um Abschluß wenigstens eines Präliminarfriedens. (Definitiver Frieden kann auf später verschoben werden). 4). Bedingungen des Präliminarfriedens: a). Festlegung sicherer Garantien im Interesse unter bulgarischer Herrschaft verbleibender Hellenen. b). Kriegsentschädigung und Gutmachung des durch die Greueltaten hervorgerufenen materiellen Schadens. c). Bulgarien müsse auf entsprechende Abrüstung seiner Armee in angemessener Zeit eingehen (Griechenland verpflichtet sich Bulgarien gegenüber hiezu nicht, versichert aber die Mächte, daß es auch seinerseits nachher analog vorgehen werde). d). Erfüllung der territorialen Ansprüche der Alliierten. Ueber die Ausdehnung derselben wollte sich Herr Venizelos nicht prägnant aussprechen, aber er betonte, daß Seres, Drama und Cavalla unbedingt Griechenland zufallen müßten. Bezüglich Dedeagatsch machte er eine Andeutung, daß „er persönlich" für Belassung desselben bei Bulgarien sei. Dies allein, fügte er hinzu, beweise, daß griechische Regierung absolut nicht im Sinne habe, Bulgarien zu erdrosseln. Obwohl er wisse, daß er sich wegen territorialer Preisgabe Thraziens an Bulgarien allerheftigsten Angriffen hierzulande aussetze, aspiriere er auf dieses weder für Griechenland, noch arbeite er dahin, dass Thrazien den Bulgaren von der Türkei abgenommen werde. Denn Griechenland habe mit seinem seinerzeitigen Alliierten gekämpft, um auch Thrazien vom türkischen Joche zu befreien. Allerdings wären Griechen Thraziens bei der Türkei besser aufgehoben als bei Bulgarien. Ein autonomes Thrazien wäre ihm zwar sehr erwünscht, aber auch nach dieser Richtung hin wolle er nichts unternehmen. — Dies alles beweise wohl zur Genüge, daß Griechenland nicht an eine „Erdrosselung" Bulgariens denke. An seinem Hauptgrundsatz, der Etablierung eines Balkangleichgewichts, welches den Frieden auf lange Zeit hinaus (verbürge),[b]) müsse er aber unbedingt festhalten. Dies liege auch im Interesse Europas. Die Mächte müßten nun allerdings einsehen, daß Griechenland dieses „Gleichgewicht" jetzt nach seinem Siege über Bulgarien etwas anders interpretiere als vor demselben. Früher hätte Griechenland nichts dagegen eingewendet, daß Bulgarien unter den Balkanstaaten der stärkste Staat bleibe. Heute könne nicht mehr davon die Rede sein. Bulgarien dürfe aus dem gegenwärtigen Konflikt nicht stärker hervorgehen, als Griechenland oder Serbien. Diese drei Staaten müßten

in Zukunft jeder gleich stark sein. Nur dies biete eine Gewähr für den Balkanfrieden in der Zukunft. Wolle Bulgarien nach direkten Pourparlers auf vorstehende Forderungen eingehen, dann werde Frieden schnell geschlossen sein, wenn nicht, werde Griechenland energisch Krieg fortsetzen und eventuell bis nach Sofia marschieren. Braun.

[a]) Oe. U. Balkan 359 Nr. 713. Vgl. n. 7841. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 7841. Tel. aus Athen, 19. Juli 1913 Nr. 523 (eing. 20. Juli 6 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Österreich-Ungarn und Griechenland. Verfolg Telegrammes Nr. 522 von heute. Herr Venizelos kam dann auf unser Verhältnis zu Griechenland zu sprechen und vertrat mit grösster Wärme Standpunkt näherer gegenseitiger Beziehungen unter der bekannten Motivierung: Auch wir hätten Interesse daran, uns den nichtslavischen Balkanstaaten, Griechenland und Rumänien (mit welch letzterem ersteres ein engeres Verhältnis einzugehen wünsche) zu nähern. Gegenüber meiner Anspielung auf die jetzige Allianz Griechenlands mit Serbien erwiderte Venizelos, Griechenland sei dazu durch die Entwicklung der Verhältnisse „gezwungen" worden, denn, da dessen Versuche, sich „anderweitig" gegen Bulgarien zu versichern seinerzeit misslungen seien, wäre nichts anderes übrig geblieben, um zu verhindern, dass Griechenland von Bulgarien zertrümmert werde. Die Allianz Griechenlands mit Serbien sei aber keine haltbare; über kurz oder lang werde letzteres, als slavischer Staat, doch nach Bulgarien gravitieren. Braun.

[a]) Vgl. n. 7842.

Nr. 7842. Tel. aus Athen, 19. Juli 1913 Nr. 524 (eing. 20. Juli 6 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Verfolg Telegrammes Nr. 522 und 523 von heute. Nach Venizelos begab ich mich zum Minister des Äussern und sprach mich auch ihm gegenüber auftraggemäss aus. Dessen Erwiderung ähnlich wie jene des Ministerpräsidenten, nur temperamentvoller; auch er vertrat mit Insistenz und Wärme Wunsch griechischer Regierung nach einer Annäherung Griechenlands an die Monarchie. Dass auf Bulgarien kein Verlass sei, davon habe sich Österreich-Ungarn wohl jetzt neuerlich überzeugt. König Ferdinand hätte sich ja in den gegenwärtigen Schwierigkeiten doch wieder nach Petersburg gewendet. Braun.

Nr. 7843. Tel. aus Athen, 19. Juli 1913 Nr. 526 (eing. 20. Juli 6 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Verhältnis Herrn Venizelos' zu Herrn Coromilas schlecht. Ersterer äusserte sich zu mir sehr abfällig über den Minister des Äussern und sagte mir, er hätte erst gestern wieder heftige Szene mit ihm gehabt und ihm ins Gesicht gesagt, er sei geradezu ein gefährlicher Mensch. Charakteristisch war, dass, als ich Venizelos nach den Eröffnungen, die ich ihm laut meines heutigen Telegrammes Nr. 522 machte, sagte, ich wolle sie auch dem Minister des Äussern mitteilen, er erwiderte, ich möchte jedenfalls separate Berichte über meine beiden Unterredungen nach Wien erstatten. Braun.

Nr. 7844. Tel. aus Athen, 19. Juli 1913 Nr. 529 (eing. 20. Juli 6 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Rumänien und Griechenland. Rumänischer Gesandter hat kürzlich auch griechischer Regierung auftraggemäss Standpunkt seiner Regierung im gegenwärtigen Konflikte auseinandergesetzt; Rumänien strebt lediglich an: 1.) Jene sichere Grenze gegen Bulgarien, Turtukaia—Dobrič—Balčik, 2.) Mitwirkung an der Regelung der Verhältnisse am Balkan zwecks Etablierung des Gleichgewichtes auf demselben. — Den griechischen Staatsmännern ist zwar einerseits dieses überraschende Vorgehen Rumäniens willkommen, anderseits müssen sie aber damit rechnen, dass letzteres sich in gewisse territoriale Abmachungen zwischen Griechenland und Serbien nachträglich einmische, was ihnen eventuell unbequem werden kann, ganz abgesehen davon, dass Rumänien gegebenenfalls auch gegen zu starkes Beschneiden Bulgariens Stellung nehmen könnte. Braun.

Nr. 7845. Tel. aus Belgrad, 19. Juli 1913 Nr. 501 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Intervention wegen Einstellung der Feindseligkeiten. Herr Pašić hat die mit heutigem Telegramm Nr. 203 aufgetragene Demarche dankend aufgenommen. Er erklärte, dass Serbien selbst das Ende des brudermörderischen Krieges lebhaft wünsche. Regierung erwarte stündlich, dass Bulgarien einleitende Schritte mache und seine Bereitwilligkeit erkläre, die Friedensfrage durch Delegierte oder Ministerpräsidenten der fünf Balkanstaaten (Rumänien inbegriffen) erörtern zu lassen. Serbien denke gar nicht an die Vernichtung Bulgariens und werde in seinen Forderungen maßvoll sein, wenn auch dieselben infolge der großen neuerlichen Siege eine Erweiterung erfahren müssten. Herr Pašić meint, dass die Griechen in ihren Forderungen viel weiter gehen, hofft aber, auf dieselben mäßigend einwirken zu können. Die Hartnäckigkeit Bulgariens macht hier sehr schlechten Eindruck; auch jetzt machen bulgarische Armeen fortwährend, allerdings erfolglos, Versuche neuerlicher Angriffe. Ugron.

[a]) Oe. U. Balkan 360 Nr. 714.

Nr. 7846. Tel. aus Belgrad, 19. Juli 1913 Nr. 503 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Evakuation Albaniens. Habe Inhalt des Telegrammes Nr. 201 vom 16. d. M. Herrn Pašić mitgeteilt, der davon dankend Kenntnis genommen hat. Bezüglich der Evakuierung Albaniens erklärte Herr Pašić, dass serbische Regierung wiederholt Befehle zur sofortigen Rückberufung aller serbischen Truppen aus Albanien erteilt habe. Momentan befindet sich über ausdrücklichen Wunsch der Militärverwaltung nur ein kleines Detachement in der Matja, wo die Bevölkerung außerordentlich unruhig und kampflustig ist. Serbische Regierung habe auch Kommandanten der internationalen Eskader in Skutari notifiziert, dass dieses Detachement zur Erhaltung der Ordnung und zur eigenen Sicherheit dort belassen werden müsse, bis eine

Kommission die Grenzen genau fixiert haben wird oder albanesische Behörden für Aufrechterhaltung der Ruhe daselbst garantieren können. Ugron.

[a]) Oe. U. Balkan 358 Nr. 712. Vgl. n. 7873.

Nr. 7847. Tel. nach Berlin Nr. 509 (1) und Rom Nr. 809 (2), 19. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

1. u. 2. Ich entnehme einer Meldung Prinzen Fürstenbergs,[a]) daß rumänische Regierung bereit wäre, falls ihr seitens Bulgariens die nötigen Garantien für die Erfüllung der bekannten rumänischen Forderungen geboten würden, eine Depesche an die Belgrader Regierung zu senden, in welcher Rumänien dringendst zu Waffenstillstand einrate. Sollte dieser Fall eintreten und ich von der Absendung der fraglichen Depesche Kenntnis erhalten, beabsichtige ich, den rumänischen Schritt in Belgrad in der nachdrücklichsten Weise zu unterstützen und die serbische Regierung darüber aufzuklären, daß jedes weitere Vordringen der serbischen Armee zwecklos wäre.[b]) Euer Exzellenz wollen sich in obigem Sinne

1. Herrn von Jagow
2. Marquis di San Giuliano

1. u. 2. gegenüber aussprechen und mir telegraphisch berichten, ob wir auf die Unterstützung einer solchen Demarche durch den Vertreter der dortigen Regierung in Belgrad rechnen können. Berchtold.

[a]) n. 7826. — [b]) Hier von Berchtold gestrichen: „da wir einem kompletten Niederbruche Bulgariens ebensowenig ruhig zusehen würden, als dies seinerzeit betreffs Serbien der Fall war".

Nr. 7848. Tel. nach Berlin Nr. 510 (1) und Rom Nr. 812 (2), 19. Juli 1913 (chiffr. 20. Juli 12 U. 5 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. u. 2. Der französische Botschafter hat mir nachstehendes Aide-mémoire übergeben: ... *wie Beilage zu n. 7810* ... Vorstehendes zur Mittheilung an

1. Herrn von Jagow.
2. Marquis di San Giuliano.

1. u. 2. Euer Exzellenz wollen hiebei sicherstellen, ob ein analoger Schritt auch seitens des dortigen französischen Botschafters gemacht wurde und gegebenenfalls, welche Stellung die

1. kaiserlich deutsche
2. königlich italienische

1. u. 2. Regierung hiezu eingenommen hat. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 361 Nr. 717. Vgl. n. 7959.

Nr. 7849. Tel. aus Berlin, 19. Juli 1913 Nr. 334 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Zu meinem Berichte vom 1. d. M. Nr. 22 C, betreffend deutschen Konsul in Belgrad. Staatssekretär bittet mich, Euer Exzellenz zu melden, dass Dr. Schlieben, sobald dies durchgeführt werden kann, von seinem jetzigen Posten abberufen werden wird. Szögyény.

Nr. 7850. Tel. nach Bukarest, 19. Juli 1913 Nr. 338 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 232 vom 18. l. M. Graf Tarnowski telegraphiert unter dem gleichen Datum wie folgt: ... *wie n. 7839 bis „konditionell zurückziehe" mit Korrekturen* ... Ich habe Grafen Tarnowski von Euer Durchlaucht eingangscitiertem Telegramme auszugsweise Kenntnis gegeben und zur Regelung seiner Sprache beigefügt: ... *wie n. 7859 von „Ich würde es lebhaft" bis zum Schlusse* ... Euer Durchlaucht wollen aus meiner in Sofia geführten Sprache ersehen, daß ich nach wie vor daran festhalte, daß wir den bulgarischen Hilferufen erst dann wirksamere Folge zu geben bereit sind, wenn ein Einverständnis mit Bukarest erzielt sein wird. Sollte Bulgarien endlich zum Bewußtsein seiner wahren Lage kommen und behufs Erzielung eines Einvernehmens mit Rumänien diesem die gewünschten Garantien bieten, so würde ich es nur mit Freude begrüßen, wenn Rumänien (Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 230 vom 18. l. M.) „großmütig" sein wolle und dadurch die Basis eines späteren besseren Verhältnisses mit seinem Nachbarn schaffen könnte. Sobald die rumänische Regierung in der Lage sein wird, wie dies Herr Majoresco in Aussicht stellte, eine Depesche an die Belgrader Regierung zu senden, in welcher dringendst zu Waffenstillstand eingeraten wird, wollen Euer Durchlaucht mir dies melden, damit ich meinerseits durch den k. und k. Gesandten in Belgrad diese Demarche nachdrücklichst unterstützen könne. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7891.

Nr. 7851. Tel. aus Bukarest, 19. Juli 1913 Nr. 236 (eing. 5 U. 40 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Im Nachhange zum hieramtlichen Telegramm Nr. 232 von heute nachts. Antwort auf die durch italienischen Gesandten unternommene Demarche lautet dahin, dass rumänische Regierung erstaunt sei, dass Herr Ghenadiew die Friedensbedingungen Rumäniens kennen und diskutieren will, nachdem dieselben der bulgarischen Regierung längst bekannt sind und keine Diskussion mehr statthaft sei. Sobald die bekannten Forderungen seitens Bulgariens erfüllt sein werden, auch die des Waffenstillstandes und Bereitwilligkeit, auf einer Konferenz der Balkanstaaten zu erscheinen, wird Rumänien Vormarsch einstellen. Antwort Serbiens und Griechenlands auf hiesige Anregung (hieramtliches Telegramm Nr. 230 von gestern) lautet dahin, dass beide Regierungen bereit sind, Waffenstillstand eintreten zu lassen und Delegierte zu einer Konferenz nach Bukarest respektive nach Sinaia zu entsenden. K. E. Fürstenberg.

[a] Oe. U. Balkan 361 Nr. 716.

Nr. 7852. Tel. aus Bukarest, 19. Juli 1913 Nr. 237 (eing. 5 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 336 von heute. Situation hat durch die einberichtete Demarche Herrn Ghenadiews (hieramtliches

Telegramm Nr. 232) Verschärfung erhalten und es steht zu befürchten, dass, wenn neues bulgarisches Ministerium es tatsächlich auf einen weiteren Kampf auch mit Rumänien ankommen lassen will, Rumänien grössere territoriale Zessionen verlangen wird. Minister des Äussern dementiert mir gegenüber Abschluss Militärkonvention mit Serbien; es hätten nur Besprechungen der Generalstäbe, betreffend eventueller Kooperation der Armeen stattgefunden. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7853. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 19. Juli 1913 Nr. 373 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Gestern erhielt ich vom Minister des Äußern Kopie eines Telegrammes Izzet Paschas zur Kenntnis und Weiterleitung an die hiesigen Botschafter. In demselben meldet Generalissimus, daß fast alle Ufer am Marmara-Meer von bulgarischen Truppen eingeäschert wurden. Längs der Eisenbahnbrücke seien alle mohammedanischen Dörfer beziehungsweise Dorfviertel vollständig zerstört worden, ebenso viele griechische Ortschaften. Meiner Ansicht nach dürfte dieser Mitteilung der Pforte demnächst die Kriegserklärung der Türkei an Bulgarien unter Hinweis auf oberwähnte Fakten folgen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 7871, 7874.

Nr. 7854. Tel. nach London, 19. Juli 1913 Nr. 601 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine u. Egger; G. Berchtold).

Da mir seit Euer Exzellenz Telegramm vom 11. d. M. Nr. 514 keinerlei Nachricht betreffend, den Minoritätenschutz zugekommen ist, so beehre ich mich, Euer Exzellenz Aufmerksamkeit neuerlich auf diesen Punkt zu lenken, wobei ich bemerke, daß diese Angelegenheit mit Rücksicht auf ihre große Wichtigkeit jedenfalls noch vor Vertagung der Botschafterréunion bereinigt werden müßte. Im Hinblicke auf die von uns gezeigte große Konnivenz sollte dies unschwer zu erreichen sein. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7875.

Nr. 7855. Tel. aus London, 19. Juli 1913 Nr. 534 (eing. 20. Juli 1 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 594[b] vom 18. d. M., Artikel 7 albanesischen Statuts betreffend, und konstatiere, daß meine und meiner Unterhändler Instruktionen übereinstimmen. Marquis Imperiali hat jedoch vorgestern seiner Regierung telegraphiert, daß er der Überzeugung ist, daß das dritte Alinea auf der Reunion unmöglich durchzusetzen ist. Ganz abgesehen von russischem Einwand hält er es für ausgeschlossen, daß englische Regierung sich ohne Gegenkonzessionen verpflichte, ein Recht aufgeben zu müssen, sobald es von Österreich-Ungarn und Italien ihr quasi vorgeschrieben wird. Wenn schon das zweite Alinea große Schwierigkeiten hervorrufen würde, so wäre das dritte danach angetan, von uns gewünschte Finalisierung des Statuts nicht nur in weite Ferne zu rücken, sondern eventuell sogar ganz zu vereiteln. Marquis Imperiali ist in seiner Meldung

nach Rom so weit gegangen, seiner Regierung vorzuschlagen, die Einbringung des Artikels 7 gänzlich fallen zu lassen und zu trachten, das Statut auf Basis von ihm und mir am 15. d. M. Sir E. Grey überreichten und von Letzterem in der Reunion vom gleichen Tage zur Diskussion gestellten transaktionellen Entwurfes zu finalisieren. Die Frage der Kapitulation könnte nach Ansicht meines italienischen Kollegen vielleicht leichter und besser durch die Kontrollkommission zu einem späteren Zeitpunkt, wenn das Interesse für albanesische Details nicht so im Vordergrunde steht, gelöst werden. Was die Durchsetzbarkeit der Alineas 2 und 3 betrifft, so kann ich mich der Ansicht Imperialis nur vollinhaltlich anschließen. Mein deutscher Kollege ist der gleichen Ansicht. Es bliebe gegebenen Falles zu erwägen, ob nicht die Aufrechterhaltung der Kapitulationen auf judiziellem und wirtschaftlichem Gebiete in einer für alle Mächte leicht annehmbaren Formulierung als Artikel 7 vorgeschlagen werden könnte, zu welchem Zwecke ich mir erlaube, nachstehenden Text zu suggerieren: „Le régime des capitulations et les privilèges dont jouissent les sujets étrangers en matière de commerce et des institutions commerciales, d'industrie, de navigation, des droits de douane et des impôts ainsi que de leur perception, resteront en pleine vigueur tant qu'ils n'auront pas été modifiés du consentement des parties intéressées. Les concessions spéciales qui ont été accordées en Albanie par le Gouvernement Impérial ottoman à des compagnies ou entrepreneurs étrangers ou bien à des entreprises dans lesquelles le capital étranger est engagé, seront reconnues valables par le Gouvernement albanais." Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6554 zweite Beilage, 7775, 7902. — [b]) Mit Tel. Nr. 594, 17. Juli 1913 (chiffr. 10. U. p. m.) wurde nach London mitgeteilt, daß in Wien aus Entgegenkommen gegen Italien folgende Ergänzung des ersten Absatzes des Artikels 7 des albanischen Statutes angenommen wurde: „Il est entendu que, sous ces rapports, le regime des capitulations — en conformité à l'application qui en a été faite jusqu'à présent dans l'Empire Ottoman — assure aux pays qui jouissent, actuellement de ce regime le traitement de la nation la plus favorisée."

Nr. 7856. Tel. aus London, 19. Juli 1913 Nr. 535 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 599 vom 19. d. M. betreffend Organisation Albaniens. Ich glaube aufmerksam machen zu sollen, dass jedenfalls erwartet werden muss, dass Graf Benckendorff seine Bemerkung zu Alinea 5 über Fortbestand der europäischen Kontrolle bei der nächsten Reunion namens seiner Regierung in irgend einer Form wiederholen dürfte. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7872.

Tel. nach Rom, 19. Juli 1913 Nr. 809 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 7847.

Nr. 7857. Tel. nach Rom, 19. Juli 1913 Nr. 810 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Egger; V. Rappaport; G. Berchtold).

Der italienische Botschafter war heute[b]) bei mir und hat mir Nachstehendes mitgeteilt: Die italienische Regierung meine, daß es jetzt unsere Aufgabe sei, ebenso wie die italienische Regierung, für „le maintien de

l'Empire Ottoman" einzutreten. Die kleinasiatische Frage werde immer gefährlicher und wir beide hätten kein Interesse daran, sie ins Rollen bringen zu lassen. Um die Türkei zu erhalten, sei Italien bereit, den größten Teil der von ihm besetzten Inseln der Türkei wieder zu überlassen, wobei es Italien anheimgestellt werden müsse, über diese Evakuationen schlüssig zu werden (im Sinne des Lausanner Friedens). Was die den Griechen zedierten Inseln anbelangt, so wären Garantien für die Türkei zu verlangen, wie: Neutralisation, Verbot von Befestigungen, Schutz der mohammedanischen Bewohner und anderes. Die Vergrößerung Griechenlands werde Gelegenheit zu Kompensationen für Phtelia und Koritza bieten, berge aber gewisse Gefahren, da der Panhellenismus noch viel weitergehende Ambitionen habe und aus Griechenland die Vormacht im östlichen Mittelmeer machen möchte. Dagegen sprächen aber die Interessen Österreich-Ungarns und Italiens mit Rücksicht auf die Südküste Albaniens. Italien habe eine ganze Küste der Adria und noch ein anderes Meer zu seiner Verfügung, Österreich-Ungarn dagegen besitze am Kanal von Otranto keine der beiden Küsten und reiche auch an kein anderes Meer heran. Im Hinblicke darauf sollte auch unsererseits an der Neutralisation des Kanals von Korfu festgehalten werden. Nach Deutschlands Ansicht solle man Griechenland nicht völlig zurückweisen, weil es für den Dreibund gewonnen werden könnte. Italien stimme dieser Ansicht zwar bei, aber Marquis di San Giuliano meine, daß die Möglichkeit einer solchen Eventualität infolge der letzten Ereignisse (griechische Siege) abgenommen habe. Man müsse sich Rechenschaft darüber geben, ob es opportun wäre, jetzt Demarchen in London oder bei der griechischen Regierung zu unternehmen, oder lieber abzuwarten, bis sich die Londoner Botschafter-Réunion vertagt haben wird. Euer Exzellenz wollen Obiges zum Gegenstande einer unverbindlichen Besprechung mit Marquis di San Giuliano machen und hiebei unsere Geneigtheit hervorheben, mit der italienischen Regierung in eine diesen Fragenkomplex betreffende Konversation einzutreten. Mit Rücksicht auf die teilweise Unklarheit der mir von Herzog von Avarna im Gegenstande gemachten Mitteilungen wäre es erwünscht, wenn Euer Exzellenz die eigentlichen Absichten des Herrn italienischen Ministers des Aeußern bezüglich der in Rede stehenden Fragen festzustellen in der Lage wären. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7960. — [b]) DieUnterredung fand laut Tagesbericht Nr. 3433 vom 18. Juli (inhaltlich gleichlautend mit obigem Telegramm) am 18. Juli statt.

Tel. nach Rom, 19. Juli 1913 Nr. 812 (chiffr. 20. Juli 12 U. 5 M. a. m.). Siehe n. 7848.

Nr. 7858. Privatschreiben aus St. Petersburg, 6./19. Juli 1913 (eing. 21. Juli).[a]) Ausfert.

Zunächst danke ich Dir verbindlichst für Dein freundliches Schreiben vom 11. d. M.,[b]) in welchem Du mir in Aussicht stellst, mir den Namen meines Nachfolgers demnächst mitteilen zu können. Da ich aus den Zeitungen sehe, dass Du dieser Tage in Ischl warst, hoffe ich, dass dies nun bald der Fall sein wird. Die internationale Lage ist allerdings momentan wieder einmal verwickelter denn je und würde ich daher, wenn es dieselbe

gebieterisch erfordert, selbstverständlich zu dem Opfer bereit sein, den meinen Abgang vorbereitenden Urlaubsantritt nach Deinem Ermessen noch etwas hinauszuschieben. Aber vielleicht bewirkt gerade die ausserordentliche Zuspitzung, welche die Lage am Balkan durch das Kesseltreiben gegen Bulgarien erfahren hat und die unmöglich mehr lange fortdauern kann, eine raschere Lösung, als dies bei den bisherigen Ereignissen am Balkan der Fall war, so dass mein ursprüngliches Programm vielleicht doch würde eingehalten werden können! Dass es für uns, angesichts des gänzlichen Versagens Bulgariens und seines so scharfe Formen angenommen habenden Konfliktes mit Rumänien, nicht leicht ist eine entsprechende Ligne de conduite festzusetzen, die bei entsprechender Rücksichtnahme auf die nicht mehr abzuändernde Schwächung Bulgariens und Stärkung Serbiens unsere Interessen am Balkan zur Geltung zu bringen geeignet ist, ist zweifellos. Es will mir aber scheinen, dass auch Russland in dieser Beziehung in nicht geringerer Verlegenheit ist. Vielleicht ist dieser Umstand auch mit eine Ursache für die auffallend freundliche Stimmung, die ich bei Herrn Sazonow gelegentlich meines letzten Besuches uns gegenüber vorgefunden habe, und die den Gegenstand meines einschlägigen heutigen Berichtes[c]) bildet. Seine Ausführungen, in denen er so grosse Emphase darauf legte, dass es sich jetzt immer mehr zeige, wie gering im Grunde genommen unsere Interessengegensätze am Balkan sind, und wie unsere weiteren Absichten dort eigentlich parallel laufen, indem sowohl Petersburg als Wien die freie Entwicklung vollkommen unabhängiger Balkanstaaten wünschen, bei gleichzeitiger nachdrücklicher Ableugnung irgend welcher russischer Vormachts- oder Protektoratsgelüste, hörte sich beinahe so an, wie wenn er uns das Hölzel zu einer neuen Entente werfen wollte. Freilich ist bei Herrn Sazonow immer mit seiner ausserordentlichen Impressionabilität zu rechnen, so dass es schliesslich auch möglich ist, dass wir es nur mit einer momentanen Stimmung zu tun haben. Dies könnte vielleicht nur dadurch hervorgerufen worden sein, dass er jetzt, wo Russland angesichts der Vorteile, die Griechenland auf anderem Gebiete erwirbt, nicht mehr auf der Zuweisung Koritzas an dasselbe bestehen zu müssen glaubt, auf eine rasche und leichte Erledigung der südalbanesischen Delimitation hofft, welchen günstigen Eindruck er — vielleicht unbewusst — verallgemeinert und auf die Lösung aller Differenzen mit der Monarchie ausdehnt. Es wird sich ja bald zeigen müssen, ob wir es nur mit einer momentanen Stimmung oder wirklich mit dem Wunsche der russischen Regierung zu tun haben, wieder bessere Beziehungen mit der Monarchie anzustreben. Jedenfalls glaube ich, dass es gut wäre, wenn wir auch den zweiten Fall ernstlich ins Auge fassen und uns über unsere Ligne de conduite auch für diesen immerhin möglichen Fall schon bei Zeiten ins Klare kommen würden. Bei unserer in Rede stehenden Konversation liess Herr Sazonow auch eine Bemerkung fallen, die ich mir nicht versagen konnte in meinen Bericht aufzunehmen. Er hob nämlich hervor, dass jetzt, wo man immer mehr sehe, dass unsere Interessengegensätze mehr scheinbare als wirkliche seien, es in die Augen springe, welch' grosses Unglück es gewesen wäre, wenn es nicht gelungen wäre, die Krisen des verflossenen Winters in friedlicher Weise zu überwinden. Nachdem er

sich selbst ein grosses Verdienst hieran vindiziert hatte, hob er hervor, dass auch der k. u. k. Regierung ein guter Teil an demselben zukomme. In dieser Beziehung sei es hauptsächlich unsere Zurückhaltung gewesen, nicht in den Sandschak einzumarschieren, die es ihm ermöglicht habe zu Anfang des Balkankrieges die hiesige Militärpartei im Zaume zu halten. Von noch grösserer Bedeutung für die Erhaltung des Friedens sei es aber gewesen, dass Anfangs März das einen Moment schon sehr in Frage stehende Erscheinen der beiderseitigen Abrüstungskommuniqués schliesslich doch ermöglicht worden sei, wenn auch allerdings daran noch unangenehme Missverständnisse geknüpft gewesen wären. Die Hauptsache aber sei doch gewesen, dass sie damals erschienen seien. Schon eine Verzögerung von wenigen Tagen hätte die Durchführung der Abrüstung vereitelt. Wären nämlich der russischen Regierung nicht durch das Erscheinen der Kommuniqués bereits die Hände gebunden gewesen, so dass es[d]) loyaler Weise sich der eingegangenen Verpflichtung nicht mehr hätte entziehen können, so wäre — angesichts der unmittelbar nachher in ein so akutes Stadium getretenen montenegrinischen Krise und des dadurch verursachten Aufschäumens der öffentlichen Meinung, die momentan sogar auf Seine Majestät den Zaren nicht ohne Eindruck geblieben war, — an die Entlassung des bis dahin zurückbehaltenen russischen Reserve-Jahrganges gar nicht mehr zu denken gewesen. Im Gegenteile wären höchstwahrscheinlich sehr weitgehende weitere militärische Massnahmen, zu denen die Militär- und Grossfürsten-Partei drängte, getroffen worden. Welche Entwicklung die Dinge aber dann genommen hätten, sei unberechenbar und es sträube sich geradezu seine Einbildungskraft sich auszumalen, was geschehen wäre, wenn in den damaligen so äusserst kritischen Tagen unsere Truppen sich kampfbereit gegenübergestanden hätten. Diese nachträglichen Ausführungen Herrn Sazonows bestätigen jedenfalls, wie richtig mein damaliges Gefühl war, dass nur ein rasches Erscheinen der Kommuniqués russischerseits die Durchführung der Abrüstung noch zu sichern im Stande wäre. Ob das Fortbestehen der beiderseitigen Rüstungen wirklich die von Herrn Sazonow befürchteten Folgen gehabt hätte, ist natürlich nicht mit Bestimmtheit zu sagen; aber jedenfalls lag die Wahrscheinlichkeit hiezu bei der damaligen Stimmung ungemein nahe. Jedenfalls glaubte ich damals und glaube ich auch heute noch, dass die von mir vollkommen vorausgesehene Verstimmung über den russischen Kommentar[e]) (dessen Erscheinen ich allerdings in anderer Form und an anderer Stelle erwarten musste), gegenüber der grossen Gefahr, die ich in einem weiteren Verzuge erblickte, in den Hintergrund treten müsse. Und in der Tat, welchen dauernden Schaden hat der russische Zusatz, selbst in seiner perfiden Placierung schliesslich gemacht? Wir wurden durch denselben in unserer Entschlussfreiheit in keiner Weise gebunden und die unangenehmen Folgen, die er schliesslich nur für mich persönlich gehabt hat, nehme ich gerne in den Kauf, in der durch den weiteren Verlauf der Dinge immer mehr sich festigenden Überzeugung, damit der Sache des Friedens und auch meinem Vaterlande einen wesentlichen Dienst geleistet zu haben. Ich wäre auf diese Angelegenheit gewiss nicht zurückgekommen, wenn nicht die erwähnten Äusserungen Herrn

Sazonows hiezu den Anstoss gegeben hätten. So aber konnte ich mir nicht versagen, dieselben zu Deiner Kenntnis zu bringen, weil aus ihnen so deutlich hervorgeht, dass meine damaligen Befürchtungen nicht unbegründet waren, was eben in meinen Augen die Rechtfertigung für mein damaliges Vorgehen bildet, welches ja sonst gewiss nicht einwandfrei war und von dem ich im Voraus wusste, dass es mir schwere Unannehmlichkeiten bringen werde. Nun muss ich aber schliessen, um den Brief noch zum Kurierabgang fertigzubringen. Bitte verzeihe die Eile und damit den Mangel an stilistischer Klarheit, mit dem dieser Brief,wie ich leider beim Durchlesen sehe, geschrieben ist. Thurn.

[a]) Vgl. n. 8108. — [b]) Liegt nicht bei den Akten. — [c]) Es handelt sich um n. 7832. — [d]) So! — [e]) Vgl. n. 6120.

Nr. 7859. Tel. nach Sofia, 19. Juli 1913 Nr. 378 (chiffr. 20. Juli 1 U. 30 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Prinz Fürstenberg telegraphiert unter dem 18. l. M. wie folgt: „Herr Majoresco gab ... *wie n. 7827 von „mir Kenntnis von einer ihm durch italienischen Gesandten übermittelten Depesche" mit Korrekturen bis „werden zurückhalten können"* ... Vorstehende Meldung des k. und k. Gesandten in Bukarest wollen Euer Hochgeboren bei Herrn Genadiew, beziehungsweise Dobrovič verwerthen und hiezu folgendes bemerken: Ich würde es lebhaft bedauern, wenn Bulgarien auch den gegenwärtigen Moment noch versäumen sollte, durch eine durchaus entgegenkommende und Vertrauen erweckende Haltung einen Ausgleich mit Rumänien zu bewerkstelligen, ohne dessen Zustandekommen es uns nicht möglich wäre, Bulgarien in seiner prekären Lage werktätig beizustehen. Wir haben bereits in Athen und Belgrad den dringenden Rat erteilt,[b]) dem blutigen Ringen ein Ende zu bereiten und bei den dortigen Regierungen durchblicken lassen, daß eine völlige Erdrosselung Bulgariens den Wünschen Österreich-Ungarns nicht entsprechen könnte. Einen schärferen Druck, wie dies König Ferdinand wünscht, können wir in Belgrad insolange nicht ausüben, als wir nicht eine uns auch von Bukarest bestätigte Meldung darüber haben, daß Bulgarien den von der rumänischen Regierung gestellten Forderungen vollinhaltlich entsprochen habe. Unsere Bemühungen in Bukarest gehen dahin, daß die dortigen Anforderungen nicht allzuweit gehen und auf ein eventuelles Einlenken Bulgariens, wenn dies offiziell und mit den erforderlichen Garantien geschieht, eingegangen werde. Es ist selbstverständlich, daß jeder Versuch Bulgariens, durch eine unklare Sprache den Vormarsch Rumäniens zum Stillstande zu bringen, den gegenteiligen Effekt haben muß und die Schaffung eines künftigen vertrauensvollen Verhältnisses erschwert, wenn nicht auf lange unmöglich macht. Schließlich wollen Euer Hochgeboren bemerken, daß ich hoffe, die laut obigem Telegramme aus Bukarest dort herrschende neuerliche Mißstimmung beruhe auf einem Mißverständnisse, welches dadurch aufgeklärt werden könnte, wenn Herr Ghenadiew sich mittlerweile durch die Vermittlung des italienischen Gesandten bereit erklärt hat, gegen Fortsetzung des Krieges Garantien zu geben. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 360 Nr. 715. Vgl. n. 7850, 7879, 7880. — [b]) Vgl. n. 7819.

Nr. 7860. Tel. aus Sofia, 19. Juli 1913 Nr. 781 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 779. König sprach von Schwierigkeiten, von russischen Intriguen, von denen er umgeben, von seinen an Russland verkauften Ministern und einzelnen Generalen; niemand ahne, womit Seine Majestät zu kämpfen hätte. König habe auch gewollt, was erreicht, dass sich Russophile vollständig diskreditieren, worauf ich — was Seine Majestät zugab — erwiderte, dass dieser Prozess zu lang gedauert und zu teuer bezahlt. König sagte, Lage sei verzweifelt; Griechen hätten schon Küste bis Dedeagatsch besetzt und griechische Armee sei bereits bei Nevrokop und treibe Reste der Truppen Generals Ivanow vor sich, die in gestern begonnener grösserer Schlacht vermutlich ganz vernichtet werden. Griechen hätten ausgezeichnete Artillerie und schlügen sich gegen Bulgaren sehr gut. Die durch Cholera, Hunger und blutige Schlachten dezimierte bulgarische Armee könne sich auch gegen Serben nicht mehr halten. Kronprinz Boris berichte dem König grauenhafte Dinge über Stand der Armee; ganze Divisionen seien verschwunden, es sei ein Beresina, wo Hitze und Cholera das Werk der Kälte verrichten. Truppen bekämen seit Wochen nur ein Viertel Ration Brot, sonst nichts. Wenn — was von dieser Armee zurückbleibt — nach Sofia zurückströmen werde, werde letzte Stunde Königs und Thronfolgers schlagen. Die Tage Seiner Majestät wären gezählt und König hoffe, von uns erwarten zu können, dass wir, wenn König und Thronfolger ermordet, Königin und Kinder unter unsere Protektion nehmen und nicht Gnade Russlands überlassen würden. König erwähnte auch Vorrückung der Türken auf Adrianopel und meinte, jetzt, wo hier austrophile Regierung, werde Russland umsomehr in Konstantinopel hetzen. Des weiteren sprach Seine Majestät die mit meinem Telegramm Nr. 773 von heute gemeldeten Wünsche aus. Seine Majestät deutete an, wenn er Krise überleben werde, wäre seine weitere Politik die der Revanche gegen Serbien. Österreich-Ungarn solle ihn aber jetzt, wo er keinen Soldaten und keinen Groschen mehr habe, nicht verlassen. Das Land werde sich in einigen Jahren erholen, nur müsse verhindert werden, dass Griechen ganze Küste und Serben Mazedonien nehmen.

Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7863, 7868, 7876.

Nr. 7861. Tel. aus Sofia, 19. Juli 1913 Nr. 782 (eing. 10 U. 20 M. p. m.).[a] Entziff.

Ich sprach heute nachmittags Minister des Äussern und dieser sagte mir, dass er, ohne Antwort rumänischer Regierung auf das gestern abends an sie abgesendete Telegramm abzuwarten, heute schon Rumänien Linie Tutrakan—Baltschik angeboten habe und sofortige Einleitung Verhandlungen zu Herstellung wahrhaft freundschaftlichen Verhältnisses mit Rumänien unter der Voraussetzung Zurückziehung rumänischer Truppen hinter Donau und hinter gedachte Linie proponiert. Auch sei rumänische Unterstützung zu friedlicher Beilegung des Konfliktes mit Serben und Griechen erbeten worden. Minister ersuche Euer Exzellenz, in Bukarest auf Annahme

dieser bulgarischen Propositionen hinwirken zu wollen. Mitredner lenkte meine Aufmerksamkeit auf böse Folgen Verbleibens rumänischer Truppen: abgesehen von Behinderung Verpflegung bulgarischer Armee bereits jetzt kleine Ausschreitungen, Erregung in türkischer und tartarischer Bevölkerung; längere Okkupation würde Stimmung im Lande schaffen, welche Herstellung freundschaftlicher Beziehungen erschweren würde. Auf meine Frage, was mit Nischreise, antwortete Ghenadieff, Danew habe Russland plein pouvoir gegeben, was für Bedingungen immer mit Serbien und Griechenland zu unterzeichnen. Jetzige Regierung könne diese von vorigem Kabinett gegebene Vollmacht nicht annullieren und russischer Gesandter habe heute gedroht, wenn Ghenadieff nicht Nisch ginge, würde Herr von Hartwig für Bulgarien Waffenstillstandsbedingungen unterzeichnen. Bulgarischer Delegierter müsse daher Nisch reisen; dadurch würde das von Danew gegebene Mandat hinfällig und werde Zeit zur Durchführung rumänischer Arrangements gewonnen. Unterzeichnen wolle Ghenadieff in Nisch nichts. Minister erwähnte, Bukarest wäre als Sitz Friedensverhandlungen günstig. Er glaube, dies würde rumänische Regierung angenehm berühren und Bulgarien und Rumänien Gelegenheit bieten, in nähere Fühlung zu treten. Falls Euer Exzellenz dieser Idee beipflichten, bitte Ministerium entsprechende diskrete Suggestion in Bukarest, damit von dort Anregung dazu ausgehe. Bezüglich Türken sagte Mitredner, Vorrückung sei langsam, dauere aber an. Zum Schlusse der Unterredung tauschten wir einige allgemeine politische Gedanken aus und betonte Ghenadieff sein absolutes Vertrauen in unsere Politik mit dem Bemerken, dass er nur in Erwartung meiner Unterstützung schwierige Aufgabe übernommen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7870, 7883.

Nr. 7862. Tel. aus Sofia, 19. Juli 1913 Nr. 783 (eing. 11 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Ministerpräsident Radoslawow besuchte mich soeben und äusserte sich im selben Sinne wie laut meinem Telegramm Nr. 780 gestern abends Minister des Äussern. Weigerung Rumäniens, Truppen zurückzuziehen, nachdem Linie Tutrakan—Baltschik zediert worden, nehme dieser Regierung einzige Möglichkeit, Land zu retten. Bulgarien wünsche dringend Waffenstillstand, zu dem auch Serben und Griechen bereit wären, wenn rumänische Okkupation sie nicht ermutigen würde. Wenn dieser Zustand nicht baldigst aufhört, sei Katastrophe unvermeidlich, zumal auch Türken sich nicht abhalten lassen werden, Adrianopel zu nehmen. Ministerpräsident wende sich an mich um Hilfe; er sehe ein, dass unsere Lage zwischen Bulgarien und Rumänien heikel; wenn nicht gegen Rumänien, so könnten wir vielleicht gegen Serbien ein Mittel finden. Tarnowski.

Nr. 7863. Tel. aus Sofia, 19. Juli 1913 Nr. 784 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Schilderung, die mir gestern König Ferdinand vom Zustand der Armee gemacht, war insoferne übertrieben, als trotz grosser Verluste und herrschender Cholera Lage der Armee gegen Serben nicht ungünstig. Laut

dessen, was mir bulgarische Minister selbst sagen und Militärattachés bestätigen, bestehe für bulgarische Armee, die gegen Serben operiert, keine andere Gefahr, als die rumänische Okkupation. Schon heute, zwei Tage nach Brückensprengung, macht sich Verpflegung schwierig; wenn Bahnverkehr nicht sehr bald freigegeben, hält k. u. k. Militärattaché Lage grossen Teiles der bulgarischen Armee für unhaltbar. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7860.

Nr. 7864. Tel. aus Sofia, 19. Juli 1913 Nr. 786 (eing. 20. Juli 12 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Es besuchte mich soeben Dobrovič und sagte im Auftrage des Königs, Bulgarien habe Linie Tutrakan—Baltschik angeboten, habe sich zum Waffenstillstand, den es wie auch Teilnahme Rumäniens an Verhandlungen sehnlichst wünsche, und zu sofortiger Entsendung bulgarischer Delegierten zu Negociationen bereit erklärt und Rumänen weigern sich doch, bulgarisches Territorium zu räumen und rumänische Truppen setzen ihren Vormarsch fort. Rumänien erklärt, es könne Truppen nicht zurückziehen, da Bulgarien sonst Serbien ecrasieren würde. Dies wäre lächerlich, es drohe nur bulgarischer Armee vollständige Ecrasierung. Ich sprach mich aus im Sinne soeben erhaltenen hohen Telegrammes Nr. 375 vom 19. d. M. Dobrovič sagte weiter im Auftrage des Königs, ganz Bulgarien, sogar bisherige russophile Partei selbst, hätte sich von Russland abgewendet und hoffe nur auf Österreich-Ungarn; wenn wir jetzt etwas für Bulgarien tun, würden wir für immer Sympathien bulgarischen Volkes gewinnen. Ich antwortete, dass nicht unsere Schuld, wenn König erst jetzt mit russophiler Richtung breche, wo Umstände so kritisch und für eine Rettungsaktion unsererseits so ausserordentlich ungünstig. Wir seien für Bulgarien unverändert wohlwollend disponiert und wirkten möglichst in Bukarest zu seinen Gunsten.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7869.

Nr. 7865. Tel. aus Sofia, 19. Juli 1913 Nr. 787 (eing. 20. Juli 2 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Aus meinem Telegramme Nr. 767[a]) vom 17. d. Mts. hätten Euer Exzellenz Eindruck gewinnen können, als ob ich Radoslawoff und Tontchef zur Übernahme der Regierung gewissermassen ermutigt. Dies lag mir ferne, da ich mir genau bewusst, dass Bildung eines Stambulowistischen Kabinettes im gegenwärtigen Momente nicht wünschenswert und es von unserem Standpunkte günstiger gewesen wäre, Russophile, die so kritische Situation verschuldet, hätten dieselbe auch liquidiert. Als obgenannte Parteiführer mich am 17. d. Mts. besuchten, war von einem Stambulowistischen Kabinette, das erst im Drange der Ereignisse plötzlich gebildet wurde (mein Telegramm Nr. 769 vom 17. d. Mts.), noch keine Rede. Es handelte sich vielmehr darum, ob Radoslawoff und Tontchef ihren Parteimännern Eintritt in ein damals in Konstitution begriffenes Kabinett Malinow gestatten könnten. Es musste mir unter diesen Umständen daran gelegen sein, durch — wie ich wiederholt Mitrednern gegenüber betonte — inoffizielle

und rein persönliche Aussagen die durchwegs im Gedankengang meiner Instruktionen gehalten waren, jenen ungünstigen Eindruck zu verwischen, den meine erste Unterredung mit Tontchef (mein Telegramm Nr. 766 vom 17. d. Mts.) bei liberalen Parteien hervorgerufen hatte. Im gegenteiligen Falle wäre dies sofort von Russophilen gegen uns ausgenützt worden und es musste mir bei dieser Sachlage erwünscht erscheinen, Impression nicht aufkommen zu lassen, als desinteressierten wir uns gänzlich von Bulgarien und hätten es fallen lassen. Seither ist unerwartet rein liberales Kabinett gebildet worden, das sich von Anfang an mit grösstem Vertrauen und offen stets an mich wendet, und bin ich selbstredend bemüht, mit dem Wenigen, was sagen kann, möglichst sympathischen Eindruck hervorzurufen. Tarnowski.

a) Mit Tel. Nr. 767, 17. Juli 1913 (eing. 18. Juli 2 U. 40 M. a. m.) wurde aus Sofia gemeldet: „Hatte Besuch Radoslawoffs und Tontcheffs und ist mir gelungen, ihre Bedenken zu zerstreuen".

Nr. 7866. Tel. aus Sofia, 19. Juli 1913 Nr. 788 (eing. 20. Juli 6 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Habe soeben Minister des Äussern gesehen und um ihn zu beruhigen und Beweis unseres Interesses zu geben, machte ich einige Äusserungen im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 375 vom 19. d. Mts. und eine Andeutung laut Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 377a) vom gleichen Tage. Ich betonte, wir bemühen uns, Rumänien zu abgesonderten Verhandlungen mit Bulgarien zu bewegen, ohne bisher noch zu wissen, ob uns gelingen wird. Mitredner dankte und meinte, dass es so ungemein wichtig wäre, dass Rumänien mit Bulgarien separat verhandle, da ersteres seiner Überzeugung nach grundsätzlich kein Feind Bulgariens sei und bloss eine Rolle spielen wolle. Im Wege direkter und abgesonderter Aussprache dürfte es gelingen, Rumänien von dessen Interesse am Zusammengehen mit Bulgarien wie auch davon zu überzeugen, dass Vergrösserung Bulgariens in Mazedonien Rumänien nur zugute kommen könnte. Herr Ghenadieff sprach sich heute ein wenig optimistischer betreffs türkischer Gefahr aus. Englischer Gesandter hätte ihm von Demarche gesprochen, die England in Konstantinopel gemacht. Ich sagte, wir hätten seit längerer Zeit und auch jetzt auf Pforte entsprechend eingewirkt. Tarnowski.

a) Mit Tel. Nr. 377, 18. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde nach Sofia der Abgang des zur Delimitierung der türkisch-bulgarischen Grenzlinie Enos-Midia bestimmten österr.-ungarischen Delegierten nach Konstantinopel mitgeteilt.

Nr. 7867. Tel. aus Sofia, 19. Juli 1913 Nr. 789 (eing. 20. Juli 9 U. a. m.).a) Entziff.

Minister des Äußern sagte mir soeben mit dringender Bitte einer sofortigen, energischen Demarche in Konstantinopel, daß Türken vorrücken und daß sie bereits Kuleli-Burgas (Bahnstation) erreicht, wo blutige Kämpfe mit bulgarischem Detachement stattfinden. Türken verüben Massakers und Bevölkerung flüchte massenhaft nach Südbulgarien. In einigen Tagen könnten Türken Adrianopel erreichen. Herr Ghenadieff glaubt, daß es sich

nicht um Vormarsch türkischer Armee auf ganzer Linie handelt, sondern einer Gruppe, die sich losgemacht, weswegen Vorstellungen in Konstantinopel umso energischer sein sollten. Minister fragte mich, ob er sich auch an deutschen Kollegen wenden kann, was ich ihm empfohlen. Ich tat dies umso eher, als ich Herrn von Below letzter Zeit viel bearbeitet und er jetzt in keinem bulgarophoben Sinne berichtet. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7874.

Nr. 7868. Tel. aus Sofia, 19. Juli 1913 Nr. 790 (eing. 20. Juli 11 U. 20 M. a. m.). Entziff.

Zu meinen Telegrammen Nr. 779 und 781 vom 18. d. M. über Gespräch mit König Ferdinand. In Eile habe vergessen, eine Äusserung Seiner Majestät wiederzugeben, die bezeichnend, wie unvollkommen König Ernst der Lage, nicht der seinigen, wohl aber jener des Landes erfasst. Wir sollten — meinte König Ferdinand — dem von Frankreich ausgehenden Gedanken eines autonomen Mazedoniens nicht aufsitzen, worauf ich erwiderte, mir sei von so einem Vorschlag nichts bekannt und ich hätte keine Ahnung, was meine Regierung dazu sagen würde; persönlich schiene mir aber autonomes Mazedonien unter obwaltenden Umständen eine für Bulgarien äusserst günstige Lösung. König Ferdinand erwiderte, ein autonomes Mazedonien würde ihm nicht passen und er wünsche eine albanesisch-bulgarische Grenze. Ich konnte kaum Ohren glauben und sprach Wunsch aus, dass Seiner Majestät Verwirklichung dieser Absicht gelinge. Die Art, wie König im Zusammenhalt mit oberwähnter Äusserung von Annäherung an Rumänien sprach, lässt mir keinen Zweifel, dass Seine Majestät unter Eindruck Telegrammes König Carols sich Hoffnung hingab, Rumänien für seine Politik soweit zu gewinnen, dass dieses Bulgarien gestatten wird, im Einverständnisse mit Rumänien noch mit Waffen gegen Serbien und Griechenland vorzugehen. König Ferdinand dürfte sich wahrscheinlich bald von Unrealisierbarkeit seiner Absichten überzeugen; bezeichnend ist aber, welch leichtsinnige Pläne König spinnen kann, mit welchen er — wie ich aus gewissen Äusserungen der Minister ersehe — diesen Kopf verdreht. Mein Eindruck aus Unterredung mit König ist eher ungünstig; vieles davon, was er gesagt, war unaufrichtig. Je unverlässlicher König Ferdinand, desto notwendiger für uns, Sympathie hiesiger öffentlicher Meinung zu gewinnen. Tarnowski.

Nr. 7869. Tel. aus Sofia, 19. Juli 1913 Nr. 793 (eing. 20. Juli 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern sagte mir, bulgarische Delegierte gehen heute nachts nach Nisch; haben Instruktionen, nichts zu unterzeichnen.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7864, 7879.

Tel. nach Belgrad, 20. Juli 1913 Nr. 207 (chiffr. 21. Juli 1 U. a. m.). Siehe n. 7873.

Tel. nach Berlin, 20. Juli 1913 Nr. 516 (chiffr. 21. Juli 1 U. a. m.). Siehe n. 7873.

Tel. nach Berlin, 20. Juli 1913 Nr. 517 (chiffr. 21. Juli 2 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 7874.

Nr. 7870. Tel. aus Bukarest, 20. Juli 1913 Nr. 240 (eing. 7 U. p. m.).[a] Entziff.

Gestern übergab italienischer Gesandter neuerlich bulgarische Note, in welcher Abtretung Linie nordöstlich von Turtukaia—Balčik angetragen wird unter der Bedingung, daß Rumänien Neutralität wahrt, Bulgarien in seinem Streite unterstützt und seine Armee hinter Donau und obige Linie zurückzieht. Die Antwort rumänischer Regierung auf diese zweite Demarche lautet: „L'offre que la Bulgarie fait par le télégramme daté de Sofia du 5/18 juillet et communiqué par la légation d'Italie à Bucarest le 6/19 courant „de céder à la Roumanie la partie du territoire bulgare situé au nordest d'une ligne partant de Toutrakan et aboutissant à Balčik" a été déjà officiellement faite au nom de la Bulgarie sous une forme plus précise, notamment en attribuant à la Roumanie les villes de Turtucaia — Dobrič — Balčik, et la Roumanie en a pris acte, en ajoutant — bien entendu — le nombre de kilomètres indiqué par la situation topographique à l'ouest et au sud de la ligne spécifiée ci-dessus. Quant à la demande de la Bulgarie que l'armée roumaine arrête sa marche et se retire sur la rive gauche du Danube, elle ne peut être prise en considération, la Roumanie ayant fait avancer son armée pour accélérer la conclusion de la paix entre tous les belligérants. Si la Bulgarie veut arriver à ce même résultat, elle doit en instruire au plus vite la Roumanie et désigner son plénipotentiaire pour la discussion des préliminaires de la paix entre tous les belligérants. En cette discussion la Roumanie s'emploiera dans un esprit de conciliation et d'impartialité." Aus letzten zwei, hier 18. und 19. d. Mts. gemachten bulgarischen Demarchen ist zu schließen, daß man in Sofia nicht versteht, daß Rumänien auf einen Handel bezüglich strategischer Linie sich absolut nicht mehr einlassen und ein Separatabkommen ohne seine heutigen Kampfgenossen mit Bulgarien nicht schließen kann, ferner daß jetzt Hauptzweck Aktion Erzwingung des Friedens ist. Die gestrige Demarche hätte vielleicht vor sechs Wochen gewünschtes Resultat erzielen können. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 7861, 7883.

Tel. nach Konstantinopel, 20. Juli 1913 Nr. 346 (chiffr. 21. Juli 2 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 7874.

Nr. 7871. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 20. Juli 1913 Nr. 376 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Grossvezier schickte mir soeben durch seinen Kabinettschef Kopie einer Zirkulardepesche, welche heute nachts an die Vertreter der Türkei bei den Grossmächten gerichtet wurde. Euer Exzellenz werden bereits vom Wortlaut derselben Kenntnis haben. Gestriger Ministerrat in später Stunde Entschluss gefasst, Bulgarien zwar nicht formell Krieg zu erklären, sondern durch die Besetzung des Gebietes westlich der Maritza einschliesslich

Adrianopels ein fait accompli zu schaffen. Wie mir der erwähnte Kabinettschef sagte, stehe rechter Flügel der türkischen Armee bei Vize, der linke Flügel nördlich von Lüle Burgas. Hier gestern Gerücht verbreitet, dass türkische Kavallerie gestern Adrianopel angelangt wäre. Abgesandter des Grossveziers behauptet, dass man hievon noch keine offizielle Kenntnis habe, immerhin könnte dies heute oder morgen tatsächlich der Fall sein.

Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 362 Nr. 718. Vgl. n. 7853, 7893.

Nr. 7872. Tel. nach London, 20. Juli 1913 Nr. 607 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; V. u. G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 535 vom 19. d.M. Falls Graf Benckendorff auf seine Bemerkung zu Alinea 5 über Fortbestand der europäischen Kontrolle bei nächster Réunion zurückkommen und auf seinem Standpunkte beharren sollte, tritt der in meinem Telegramme Nr. 599 vom 18. d. M. erwähnte Fall ein, daß wir an dem fünfjährigen Mandate festhalten und neue Contre-Propositionen erstatten müßten, was natürlich die Sache verschleppen würde.

Berchtold.

Nr. 7873. Tel. nach London Nr. 608 (1), Berlin Nr. 516 (2), Rom Nr. 819 (3) und Belgrad Nr. 207 (4), 20. Juli 1913 (chiffr. 21. Juli 1 U. a. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Berchtold).

1.—3. Herr von Ugron telegrafiert unterm gestrigen: ...*wien. 7846* ...

4. Im Gegenstande Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 503 von gestern

1.—3. Im gleichen Gegenstande

1.—4. telegrafiert Konsulat Valona unterm 19. d. M.: „Serbischer Kommandant in Ochrida teilte soeben via Elbassan der hiesigen provisorischen Regierung brieflich mit, daß die jüngsten Kämpfe im Mati- und im Dibregebiet keine Spitze gegen den albaensischen Staat haben, sondern lediglich die Besetzung einer strategischen Grenze zwischen den beiden Ländern bezwecken. Diese Grenze gehe über Orosi—Mali, Senit—Mali, Deise—Vali—Cafasai und werde bis zur Festsetzung definitiver Grenzlinie durch die internationale Kommission im serbischen Besitze bleiben. Ismail Kemal Bey protestiert gegen diese widerrechtliche Besetzung albanesischen Territoriums und bittet die beiden Schutzmächte um entsprechende Schritte auf der Londoner Botschafterkonferenz."

1. Ich ersuche Euer Exzellenz, vorstehende Meldungen bei Sir E. Grey, beziehungsweise in der Réunion in folgender Weise zur Sprache zu bringen. Es sei widersinnig, daß serbische Truppen Punkte besetzt halten, welche schon im Innern Albaniens auf einer Distanz von 30—40 km von der in London festgesetzten Grenze gelegen sind. Die Tätigkeit der Delimitierungskommission würde sich überhaupt nicht so weit landeinwärts erstrecken und müsse der Evakuierungsbeschluß der Londoner Réunion jedenfalls dahin interpretiert werden, daß sich die Serben in die unmittelbare Nähe der durch die Lokalkommission noch genauer zu fixierenden Grenzlinie zurückzuziehen haben. Die k. und k. Regierung beantrage daher, durch

einen neuerlichen energischen Schritt in Belgrad dem offenkundigen Willen Europas endlich Geltung zu verschaffen. Zu Euer Exzellenz Information füge ich noch bei, daß ich unter einem die Kabinete von Berlin und Rom um die Unterstützung Hochderselben Antrages durch Fürst Lichnowsky, beziehungsweise Marquis Imperiali ersuchen lasse.

2., 3. u. 4. Ich telegrafiere darüber an Grafen Mensdorff: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Ich ersuche" bis „zu verschaffen.")

2. u. 3. Ich ersuche Euer Exzellenz, Vorstehendes mit

2. Herrn von Jagow

3. Marquis di San Giuliano

2. u. 3. zu besprechen und ihm zu sagen, daß ich um eine Unterstützung Grafen Mensdorffs durch

2. Fürst Lichnowsky

3. Marquis Imperiali

2. u. 3. ersuchen lasse.

4. Gleichzeitig ersuche ich die Kabinete von Berlin und Rom um Unterstützung Grafen Mensdorffs durch Fürst Lichnowsky, beziehungsweise Marquis Imperiali. Vorstehendes vorläufig zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Information. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 363 Nr. 720. Vgl. n. 7933, 7950, 7962, 8055.

Nr. 7874. Tel. nach London Nr. 609 (1), Berlin Nr. 517 (2), Rom Nr. 820 (3), Paris Nr. 374 (4), St. Petersburg Nr. 422 (5), Konstantinopel Nr. 346 (6) und Sofia Nr. 383 (7), 20. Juli 1913 (chiffr. 21. Juli 2 U. 40 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Egger; V. Rappaport; G. Berchtold).

1. Graf Tarnowski telegraphiert mir unter dem 19. d. M. wie folgt: ... *wie n. 7867 von „Minister des Aeußern" bis „erreichen"* ... Gleichzeitig kommt mir nachstehende Meldung Markgrafen Pallavicinis zu: ... *wie n. 7853 in extenso* ... Diesen Meldungen zufolge erscheint eine energische Einwirkung auf die Pforte behufs Verhütung einer weiteren Ausdehnung der Balkankomplikationen dringend erforderlich und geht meine Ansicht dahin, daß die Londoner Réunion das geeignete Forum wäre, um durch eine Kollektivdemarche die Pforte zu veranlassen, die Grenze Enos—Midia, welche von der Botschafterréunion approbiert wurde und demnächst durch eine internationale Kommission abgesteckt werden soll, zu respektieren. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich in diesem Sinne bei Sir Edward Grey, beziehungsweise in der Réunion auszusprechen. Ich ersuche die Kabinette von Berlin und Rom um Unterstützung Ihrer Demarche.

2. u. 3. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. in extenso.) Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an die dortige Regierung mit der Bitte um Unterstützung der Demarche Grafen Mensdorffs.

2. Euer Exzellenz könnten bei diesem Anlasse bemerken, daß ein energischer Druck aller Kabinette auf die Pforte mir als das geeignetste Mittel erscheinen würde, Rußland von einer militärischen Pression in Armenien abzuhalten, woran, wie ich annehme, das Berliner Kabinett ein besonderes Interesse haben dürfte.

4.—5. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Graf Tarnowski“ bis „auszusprechen.“)

6. u. 7. Erhalten Euer etc. Telegramm vom 19. d. M.

6. Nr. 373.

7. Nr. 789.

6. Graf Tarnowski telegrafirt mir im Gegenstande wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Minister des Aeußern“ bis „erreichen.“)

7. Markgraf Pallavicini telegrafirt mir im Gegenstande wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Gestern erhielt“ bis „folgen.“)

6. u. 7. Ich teile diese Meldungen nach London mit folgendem Auftrage mit: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Diesen Meldungen“ bis „Ihrer Demarche.“)

4.—7. Vorstehendes zu Euer etc.

4., 5. u. 7. vertraulicher

6. streng vertraulicher

4.—7. Information

4., 5. u. 7. und eventueller Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 363 Nr. 721. Vgl. n. 7899, 7910, 7919, 7961.

Nr. 7875. Tel. aus London, 20. Juli 1913 Nr. 536 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 561[a]) von heute betreffend Minoritätenschutz. Ich habe wiederholt in den letzten Tagen Sir E. Grey und Sir. A. Nicolson gefragt, ob sie mir sagen könnten, ob eine Einigung über Minoritätenschutz auf Grund unserer veränderten Textierung mit dem Worte „embrassant“ erzielt worden ist. Sie waren aber bisher ohne Nachricht aus Petersburg, wohin Graf Benckendorff den vorgeschlagenen Text gemeldet hatte. Wie bei fast allen der Reunion vorliegenden Fragen handelt es sich auch in diesem Falle darum, eine Einigung zwischen der Wiener und Petersburger Auffassung zustande zu bringen. Sir E. Grey nimmt alles an, worüber die k. u. k. Regierung und die russische Regierung sich verständigen. Mensdorff.

[a]) Amtsvermerk: recte 601 *(n. 7854).*

Tel. nach Paris, 20. Juli 1913 Nr. 374 (chiffr. 21. Juli 2 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 7874.

Tel. nach Rom, 20. Juli 1913 Nr. 819 (chiffr. 21. Juli 1 U. a. m.). Siehe n. 7873.

Tel. nach Rom, 20. Juli 1913 Nr. 820 (chiffr. 21. Juli 2 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 7874.

Tel. nach St. Petersburg, 20. Juli 1913 Nr. 422 (chiffr. 21. Juli 2 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 7874.

Tel. nach Sofia, 20. Juli 1913 Nr. 383 (chiffr. 21. Juli 2 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 7874.

Nr. 7876. Tel. aus Sofia, 20. Juli 1913 Nr. 792 (eing. 3 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng geheim. König Ferdinand hat mir anläßlich gestriger Audienz gesagt, Grund, warum er mich so selten empfängt, ist der, daß Seine Majestät sichere Anzeichen hat, daß meine politische Korrespondenz an Russland ausgeliefert wird. Es müsse jemand hier oder, wie Seine Majestät glaubt, eher in Wien bestochen sein, der russischer Regierung unsere Chiffretelegramme preisgebe. Ich bemerkte, daß dies nicht ernst und undenkbar, König beharrte aber auf seiner Ansicht; er hätte auffallende Indizien dafür, daß meine Korrespondenz in Hände russischer Regierung komme. Herr Iswolsky hätte bulgarischem Gesandten Vorwurf wegen Mitteilungen Königs an mich gemacht. Sache sei durchaus nicht so merkwürdig, bemerkte Seine Majestät und wies auf Fall Redl hin. Meine Vermutung bis auf weiteres ist, daß Indizien, durch die König frappiert, davon stammen, daß Herr Geschoff und Herr Danew alles, was sie von mir hörten, dem russischen Gesandten mitteilten, der es seiner Regierung meldete, wonach Echo im Wege der bulgarischen Gesandten in Petersburg und Paris an König Ferdinand zurückkam. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7860, 7907.

Nr. 7877. Tel. aus Sofia, 20. Juli 1913 Nr. 794 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Italienischer Kollege erhielt heute nachts Telegramm von Baron Fasciotti, worin der letztere Ansicht ausspricht, dass Herr Majoresco in keine abgesonderten Verhandlungen mit Bulgarien eintreten und Vormarsch rumänischer Truppen nicht aufhören dürfte, bis Waffenstillstand gesichert. Italienischer Gesandter teilte hier diese Depesche massgebendenorts mit, was grösste Konsternation hervorgerufen. Man hofft nur noch, dass uns, respektive Dreibund, gelingen wird, Dispositionen in Bukarest zu ändern. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7882.

Nr. 7878. Tel. aus Sofia, 20. Juli 1913 Nr. 797 (eing. 9 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Erhalte soeben von Minister des Äussern folgende Note de dato 19. Juli: „J'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence que le conseil des ministres voulant donner une preuve hautement probante de son désir d'arriver à une solution prompte des conflits actuels et au rétablissement de la paix a décidé dans sa séance d'aujourd'hui d'envoyer sans rétard à la conférence de Nisch deux délégués lesquels partent dans la soirée. Ordre a été donné en même temps à nos troupes d'éviter absolument tout incident avec l'armée roumaine et de ne pas opposer de résistance. Le gouvernement Royal est convaincu que sa bonne volonté manifeste, correspondant aux conseils de l'Europe ainsi qu'aux besoins des peuples balkaniques si cruellement éprouvés, sera appréciée par les Puissances et les aidera dans leur effort de mettre fin aux calamités de la guerre." Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 362 Nr. 719.

Nr. 7879. Tel. aus Sofia, 20. Juli 1913 Nr. 799 (eing. 8 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 378 von heute nachts erhalten und Inhalt, insoferne nicht überholt, Minister des Aeußern mitgeteilt. Ich habe ihm speziell dringend geraten, durch italienischen Gesandten nach Bukarest sofort telegraphieren zu lassen, daß Bulgarien alle von Rumänien gewünschten Garantien gegen Fortsetzung des Krieges zu geben bereit, was er unverzüglich zu tun versprach. Ghenadieff fragte mich, ob glaube, daß Rumänen nach Sofia kommen wollten, worauf antwortete, daß bei Strömungen in rumänischer Armee mit allem zu rechnen und es dringend geboten, daß Bulgarien alles ohne Verzug tue, um dieser Eventualität vorzubeugen. Fragte, ob es — wie mir dies laut meines Telegrammes Nr. 793 von heute nachts Minister vertraulich gesagt — dabei geblieben, daß Delegierte in Nisch nichts unterzeichnen sollten. Minister antwortete, letzte Instruktion, die er unter Druck rumänischer Haltung gegeben, sei die, daß Delegierte versuchen, Waffenstillstand [zu] erzielen, ohne territoriale Konzessionen zu berühren. Wäre dies nicht möglich, so sollen Delegierte Abtretung Territoriums Zoll um Zoll streitig machen, jedoch, lieber als zum Abbruch der Verhandlungen kommen zu lassen, im äußersten Falle jene Konzessionen gewähren, die Herr Danew auf Grund des von ihm Russland erteilten plein pouvoirs in Aussicht gestellt. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7881, 7911.

Nr. 7880. Tel. aus Sofia, 20. Juli 1913 Nr. 800 (eing. 9 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Dobrovič spricht soeben sichtlich alarmiert vor und erkundigt sich, ob keine Nachrichten aus Wien. Ich sprach mich im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 378 vom 20. d. Mts. instruktionsgemäß aus und fügte hinzu, dass Minister des Äussern bereits entsprechend verständigt hatte. Armee-Generalstabschef ersuchte heute k. u. k. Militärattaché, meine Aufmerksamkeit auf drohende Katastrophe zu lenken. Man wolle alle Wünsche Rumäniens erfüllen, man habe auch Truppen Auftrag erteilt, vor Rumänien zurückzuweichen, man sehe von Verteidigung der Hauptstadt ab, man habe Unterhändler nach Nisch delegiert und habe keine andere Sorge mehr, als Armee Kapitulation zu ersparen. Sollten Rumänen den Marsch auf Sofia fortsetzen, müsste Armee — deren strategische Position übrigens nicht ungünstig — binnen wenigen Tagen Waffen niederlegen. Tarnowski.

Nr. 7881. Tel. aus Sofia, 20. Juli 1913 Nr. 803 (eing. 21. Juli 11 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Bezug auf mein Telegramm Nr. 799 von heute. Habe mich bei italienischem Kollegen vergewissert, dass Ghenadieff in von mir empfohlenem Sinne Eröffnung in Bukarest gemacht. Italienischer Gesandter zeigte mir Telegramm, welches er über Wunsch Ghenadieffs nach Bukarest abgeschickt, worin es heisst, „que le Gouvernement bulgare n'a nullement l'intention de profiter de l'entente avec la Roumanie pour continuer la guerre avec la Serbie et la Grèce et qu'il est irrévocablement décidé à conclure la

paix avec ces deux pays. Dans ce but il a accepté formellement la proposition du gouvernement russe d'envoyer des délégués pour négocier la paix et ces délégués sont partis pour la Serbie. D'ailleurs le gouvernement bulgare est prêt à fournir toutes garanties de la sincérité de cette déclaration. Il est prêt à cesser de suite les hostilités, bien entendu si la Serbie et la Grèce en font autant et de procéder de suite à la démobilisation de son armée. Le gouvernement bulgare prie encore une fois le gouvernement roumain d'ordonner l'arrêt de la marche de l'armée roumaine et de laisser libre l'exploitation du chemin de fer Varna-Sophia, l'artère principale de ravitaillement de la capitale etc." Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7883, 7909.

Nr. 7882. Tel. aus Sofia, 20. Juli 1913 Nr. 804 (eing. 21. Juli 7 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Italienischer Kollege gewährte mir Einsicht in eine konfidentielle Depesche Baron Fasciottis, in der Letzterer Ansicht ausspricht, daß sich Rumänien zu abgesonderten Verhandlungen mit Bulgarien überhaupt nicht bewegen lassen wird, da rumänische Regierung laut Überzeugung Baron Fasciottis unter russischem Einfluß mit Serbien Abkommen getroffen, Verhandlungen nur gemeinsam zu führen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7877.

Nr. 7883. Tel. aus Sofia, 20. Juli 1913 Nr. 805 (eing. 21. Juli 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Inhalt heute abends anher gelangter Antwort Majorescos auf Telegramm Ghenadiews vom 18. Juli (mein Telegramm Nr. 782 vom 19. d. M.) dürfte Euer Exzellenz durch k. und k. Gesandten in Bukarest gemeldet worden sein. Für alle Fälle möchte nur das Wesentlichste wiedergeben, und zwar: ... *wie n. 7870 von „Quant à la demande" bis „esprit de conciliation et d'impartialité"* ... Minister des Äussern sagte mir, obige Antwort Majorescos, aus der deutlich hervorgehe, dass Rumänien für abgesonderte Verhandlungen mit Bulgarien nicht zu haben sei, sei nicht erfreulich, man müsse sich aber fügen, um Vormarsch der Rumänen aufzuhalten. Ghenadiew entschloss sich, direkt an Majoresco ein Claristelegramm zu senden, das er mir vorgelesen und in dem er sich auf seine heutige im Wege des italienischen Gesandten übermittelte Mitteilung beruft (mein Telegramm Nr. 803 von heute) und andeutet, dass bulgarische Regierung eventuell bereit, auch anderen von Rumänien etwa gewünschten Verhandlungsort als Nisch anzunehmen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7909.

Nr. 7884. Tel. aus Sofia, 20. Juli 1913 Nr. 807 (eing. 21. Juli 9 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Minister des Äussern sagte mir gesprächsweise, er wolle hoffen, dass, falls Absicht bestand, rumänische Truppen bis Sofia vorrücken zu lassen, seine letzten Eröffnungen an rumänische Regierung diese von obigem

Vorhaben abbringen dürften. Rumänische Truppen seien nur mehr 40 Kilometer von Hauptstadt entfernt und König sei davon (was mir auch Dobrovič bestätigt) schrecklich impressioniert. Seine Majestät haben den Rumänen eine Armee entgegenstellen und eventuell Schlacht liefern wollen, und Ghenadiew hätte grösste Mühe gehabt, König davon abzubringen, was ihm nur nach Androhung Demission gelungen. Militärischer Widerstand hätte, nach Ansicht Ghenadiews, Rumänen anziehen können, wogegen das Lächerliche, in wehrlose Hauptstadt einzuziehen, sie davon abhalten dürfte. König soll reisebereit sein, um eventuell in entlegenes Kloster zu flüchten. Tarnowski.

Nr. 7885. Tel. aus Sofia, 20. Juli 1913 Nr. 808 (eing. 21. Juli 9 U. 10 M. a. m.). Entziff.

Bulgarischer Gesandter in Petersburg meldet, Russland habe sich in Bukarest verwendet, damit Rumänen Zentren wie Varna, Rustschuk und andere nicht besetzen. Minister des Äussern sagte mir, obige Meldung dürfte auf Wahrheit beruhen, da Rumänen tatsächlich besetzt und dann plötzlich geräumt. Tarnowski.

Tel. nach Athen, 21. Juli 1913 Nr. 150 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7888.

Nr. 7886. Tel. aus Athen, 21. Juli 1913 Nr. 546 (eing. 11 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Serbischer Hafen am Ägäischen Meer. Ich erfahre zuverlässig indirekt, daß griechische Regierung darüber befremdet, daß Wiener Kabinett auf die seinerzeitige vertrauliche Mitteilung Herrn Streits bezüglich des Projektes eines serbischen Hafens östlich Cavallas bisher in keiner Weise reagiert hat. Sie glaubte damit eine in Wien umso willkommenere Anregung zu geben, als die Velleitäten Serbiens nach einem Adria-Hafen dadurch eliminiert erschienen. Braun.

[a] Vgl. n. 7948.

Tel. nach Belgrad, 21. Juli 1913 Nr. 208 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7888.

Nr. 7887. Tel. nach Berlin Nr. 518 (1), Rom Nr. 821 (2), Paris Nr. 375 (3), St. Petersburg Nr. 423 (4) und London Nr. 610 (5), 21. Juli 1913 (chiffr. 7 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport u. Hohenlohe; V. u. G. Berchtold).

1. u. 2. Herzog Avarna hat heute hier mitgeteilt, daß die italienische Botschaft in Paris nach Rom gemeldet habe, daß Herr Pichon fünf Aufträge an die französischen Missionen im Auslande erteilt habe. Hiebei wurde konstatirt, daß drei der betreffenden Demarchen identisch sind mit jenen, welche hier durch Herrn Dumaine,[b] beziehungsweise Grafen Szécsen[c] avisirt worden waren; und zwar sind dies 1. eine Demarche in Bukarest zwecks Zurückhaltung Rumäniens vom weiteren Vormarsch, 2. eine Demarche in Sofia mit der Aufforderung, einen Delegirten nach Nisch zu

direkten Verhandlungen mit den anderen Balkanstaaten zu entsenden, 3. eine Demarche in Konstantinopel, um die Türken davon abzuhalten, über die Linie Enos—Midia hinauszugehen. Neu sind die beiden anderen französischen Schritte, nämlich 1. jener, wodurch der französische Botschafter in Petersburg beauftragt wird, auf die russische Regierung einzuwirken, damit sie einen Delegirten zur bevorstehenden Verhandlung der Balkanstaaten entsende, 2. ein Auftrag an den französischen Botschafter in London, die englische Regierung zu veranlassen, diesen französischen Schritt in Petersburg wärmstens zu unterstützen. Es scheint demnach, daß parallel mit den bei allen Mächten erfolgten Anregungen Herrn Pichons auch ein französischer Versuch vorliegt, die Tripelentente-Mächte dafür zu gewinnen, daß bei den Friedensverhandlungen der Balkanstaaten ein Vertreter Rußlands intervenire. Obzwar mir bisher keine weitere Nachricht über die Aufnahme dieser Idee Herrn Pichons in Petersburg und London vorliegt, so halte ich es doch für angezeigt, auf alle Fälle mit den Dreibundkabineten darüber Fühlung zu nehmen, wie gegebenenfalls zu dieser Situation Stellung zu nehmen wäre. Ganz abgesehen von den speciellen Bedenken, welche ich vom österreichisch-ungarischen Standpunkte gegen die neuerliche Prätension einer Sonderstellung Rußlands am Balkan hegen muß, halte ich es auch nicht mit der Würde der Dreibundmächte vereinbar, daß die auch von den drei alliirten Mächten mitgemachten internationalen Demarchen bei den Kriegführenden nur gewissermaßen die Folie zu der von Paris ausgehenden Separataktion zugunsten eines besonderen Hervortretens Rußlands abzugeben hätten. Ich ersuche Euer Exzellenz daher, den Gegenstand mit

1. Herrn von Jagow
2. Marquis di San Giuliano

1. u. 2. zu besprechen und zu sondiren, ob derselbe geneigt wäre, einem geschlossenen Auftreten der Dreibundmächte in dem Sinne zuzustimmen, daß die weitere Theilnahme an den Friedensdemarchen davon abhängig gemacht werde, daß hiebei keiner Großmacht eine besondere Rolle vor den anderen Kabineten zufalle. Ein gleichlautendes Telegramm ergeht unter einem nach

1. Rom.
2. Berlin.

3.—5. Ich telegrafire Nachstehendes nach Berlin und Rom: (Inseratur aus Telegramm sub 1. und 2. vom Anfang bis inklusive: „zufalle.") Vorstehendes ist vorläufig zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information bestimmt. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7890, 7920, 7932, 7958, 8000. — [b]) n. 7810. — [c]) n. 7790.

Nr. 7888. Tel. nach Berlin Nr. 519 (1), Rom Nr. 823 (2), St. Petersburg Nr. 425 (3), London Nr. 614 (4), Paris Nr. 377 (5), Bukarest Nr. 348 (6), Sofia Nr. 386 (7), Belgrad Nr. 208 (8), Athen Nr. 150 (9) und Konstantinopel Nr. 348 (10), 21. Juli 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a])
Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

1.—10. Herzog Avarna hat mir heute mitgeteilt, der serbische Gesandte in Rom habe Marquis di San Giuliano davon in Kenntnis gesetzt, daß zwei

bulgarischen Delegierten, welche um die Einleitung von Verhandlungen über einen Waffenstillstand ersucht hätten, zu diesem Zwecke die Reise nach Nisch, wo diesbezügliche Pourparlers stattfinden sollen, serbischerseits gestattet worden sei. Daran anknüpfend habe der serbische Gesandte sodann die Frage gestellt, ob die italienische Regierung die Absicht habe, gleichfalls einen Vertreter nach Nisch zu entsenden. Die Antwort San Giulianos habe gelautet: ja, si omnes. Der italienische Botschafter richtete auftraggemäß die Frage an mich, wie wir uns in dieser Hinsicht zu verhalten gedenken. Ich erwiderte, daß ein analoger serbischer Schritt in Wien nicht unternommen worden sei, daß ich aber auf dem Standpunkt stünde, an den Verhandlungen in Nisch hätten entweder alle Großmächte oder keine von ihnen teilzunehmen. Herzog Avarna stimmte dieser Anschauung, von welcher er seiner Regierung Kenntnis geben wird, vorbehaltlos zu.

1. u. 2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und zur Verwertung im Auswärtigen Amt.

3.—10. Vorstehendes zu Euer etc. Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7915, 7917, 7925, 7927.

Nr. 7889. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter, 21. Juli 1913. Konz. (S. Berchtold).

Im Laufe eines Gespräches, welches ich am 21. Juli mit dem deutschen Botschafter hatte, ließ ich mit Absicht eine Bemerkung über die Schwierigkeit fallen, Politik zu machen, wenn die eigenen Bundesgenossen die Unterstützung versagen. Auf die Betheuerung Herrn von Tschirschkys, daß Deutschland immer hinter uns stehe und wir keinen Grund hätten, an dessen unbedingter Bundestreue zu zweifeln, verwies ich auf eine telegrafische Meldung Herrn von Méreys, welcher zufolge der deutsche Botschafter mit dem Marchese di San Giuliano die Eventualität eines Einschreitens der Monarchie in Serbien besprochen und die Bemerkung gemacht hatte, daß Deutschland uns auf diesem Wege nicht folgen könnte.[a]) Der Einwendung Herrn von Tschirschkys, daß diese Äußerung Herrn von Flotows wohl nur in der Absicht erfolgt sei, Marchese di San Giuliano zu beruhigen, stellte ich die Überzeugung gerechtfertigter Zweifel in die Verschwiegenheit der italienischen Diplomatie entgegen, daraufhin verweisend, dass unsere Stellung in der gegenwärtigen äusserst schwierigen diplomatischen Campagne vollkommen compromittirt werden müsse, wenn derartige — wie ich hoffen will — unbedachte Bemerkungen deutscher Diplomaten zur Kenntnis der Tripel-Entente kommen. Anschliessend hieran führte ich aus, dass auch abgesehen [von] dieser lokalen Entgleisung die allgemeine Politik des Berliner Cabinets in der letzten Zeit systematisch darauf angelegt schien, die Arbeiten des Zweibundes zu besorgen, so dass auch ohne die ... *(Hier bricht das Konzept ab).*

[a]) Vgl. n. 7779.

Tel. nach Bukarest, 21. Juli 1913 Nr. 348 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7888.

Nr. 7890. Tel. nach Bukarest, 21. Juli 1913 Nr. 349 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).*

Ich telegrafiere wie folgt an Grafen Szögyény und Herrn von Mérey: *... wie n. 7887 vom Anfang bis „nach Rom, Berlin“ ...* Vorstehendes zu Euer Durchlaucht rein persönlicher Information. Herrn Majoresco gegenüber wollen Euer Durchlaucht bemerken, daß nach den uns vorliegenden Informationen eine Aktion im Zuge sein soll, damit an den Verhandlungen der Balkanstaaten in Nisch auch ein Vertreter Rußlands teilnehme. Da dies eine Sonderstellung Rußlands begründen würde, die wir nicht zulassen könnten, erwarten wir von der rumänischen Regierung, daß sie, falls mit einem solchen Ansinnen an sie herangetreten würde, sich ablehnend verhalten und nur dann in Pourparlers eintreten werde, wenn entweder alle Großmächte oder keine von ihnen sich daran beteiligen.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7927, 7983.

Nr. 7891. Tel. aus Bukarest, 21. Juli 1913 Nr. 243 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Heute langte hier ein Telegramm König Ferdinands an König Carol, dann ein Telegramm Herrn Ghenadieffs an Herrn Majoresco ein, nahezu gleichen Inhaltes, in welchen vollkommene Unterwerfung unter die rumänischen Bedingungen angekündigt wird und Garantie geboten, dass bulgarische Regierung keine kriegerischen Absichten gegen die anderen Kriegführenden hege. Italienischer Gesandter ist auch beauftragt, analoge Eröffnung bulgarischer Regierung hier zu machen. Ich vermute, dass auf Grund dieser bulgarischen Haltung heutiger Ministerrat unter Vorsitz Seiner Majestät des Königs Einstellung des Vormarsches der Armee beschliessen wird. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 338 von gestern und brachte es Minister des Äussern zur Kenntnis, welcher sich ausnehmend dankbar für die so wirksame Stellungnahme der Monarchie in Sofia aus sprach, der jedenfalls heutige Unterwerfung Bulgariens zu danken ist.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 364 Nr. 723. Vgl. n. 7922, 7934.

Nr. 7892. Tel. aus Bukarest, 21. Juli 1913 Nr. 244 (eing. 22. Juli 5 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Graf Hoyos bittet mich, Euer Exzellenz nachstehendes zu telegraphieren: „Ich hatte eben eine längere Unterredung mit Herrn Majoresco, welche ich damit einleitete, Zweck meiner Reise nach Bukarest sei gewesen, den Prinzen Fürstenberg über unsere Auffassung der Lage zu orientieren, da Euer Exzellenz im gegenwärtigen Augenblicke das größte Gewicht darauf legten, in engster Fühlungnahme mit rumänischer Regierung vorzugehen und der Ansicht seien, dass es Rumänien nunmehr möglich sein werde, bei Wahrung seiner Interessen auch jene des Dreibundes und insbesondere Österreich-Ungarns im Verlaufe der Friedensverhandlungen zu vertreten.

Ich verwies hiebei auf die von Majoresco dem Prinzen Fürstenberg gemachte Zusage, Rumänien würde bei den bevorstehenden Verhandlungen auch als Sprachrohr Oesterreich-Ungarns fungieren können. Minister des Äussern gab die Richtigkeit dieser Prämissen bereitwilligst zu. Er führte aus, Rumänien, welches mit dem Dreibund verbündet wäre, sei fest entschlossen, diesem engen Freundschaftsverhältnisse Rechnung zu tragen. Die Tatsache, dass das Bündnis ein geheimes sei, zwinge Rumänien jedoch zu einer gewissen Reserve, und es sei aus diesem Grunde nach aussen hin genötigt, bei aller Wahrung der Bundestreue, seine Politik auch den europäischen Notwendigkeiten anzupassen. Mit Rücksicht hierauf hoffe er, dass es uns möglich sein werde, unsere Wünsche, die es nach besten Kräften unterstützen wolle, auch unsererseits, soweit dies möglich, in eine, wie er sich ausdrückte, „europäische Form" zu kleiden. Bezüglich Bulgariens deckten sich unsere beiderseitigen Interessen nunmehr vollkommen, da weder wir noch Rumänien zugeben können, dass Bulgarien vernichtet oder allzusehr eingeschränkt werde, da dies in der Zukunft zu fortgesetzten Unruhen am Balkan führen müsse. Auch bezüglich Griechenlands würden sich keine Schwierigkeiten ergeben, da Rumänien keineswegs gesonnen sei, die weitgehenden griechischen Aspirationen zuzugeben. Schwieriger würde sich die Regelung der serbischen Aspirationen gestalten, hierüber müssten wir beide uns im Wege enger Fühlungnahme verständigen. Vor allem wäre es für Rumänien notwendig zu wissen, eine wie große Vergrößerung Serbiens wir zugeben könnten. Um ganz aufrichtig zu reden, schiene es ihm, dass die Interessen unserer Dreibundverbündeten sich nicht vollständig mit den unseren in dieser Frage decken. Ich erwiderte, es sei selbstverständlich, dass die serbische Frage uns als Nachbarn viel intensiver beschäftige als Rom oder Berlin. Unsere Politik sei seit dem Beginne der Balkankrise vom Bestreben geleitet gewesen, sichere, dauernde Verhältnisse an unserer südöstlichen Grenze zu schaffen. Ich könne mich nicht über das genaue Ausmaß unserer territorialen Wünsche aussprechen. Ein allzustarkes Serbien würde nicht nur zu fortgesetzten Ruhestörungen an unserer Grenze Anlass bieten, sondern auch eine dauernde Gefahr für Albanien darstellen. Ich könne nicht beurteilen, inwieferne eine bulgarisch-albanesische Grenze jetzt noch erreichbar wäre. Mein Mitredner schien unsere spezifischen Interessen in diesem Belange vollkommen einzusehen und betonte nochmals, dass Rumänien uns auch in der serbischen Frage soweit als möglich unterstützen wolle. Ich verwies darauf, dass es nach Ansicht Euer Exzellenz für Rumänien nicht vorteilhaft wäre, sich die territorialen Forderungen Serbiens und Griechenlands bei Abschluss des Präliminarfriedens zu eigen zu machen und Gebietsabtretungen zuzugeben, die später von den Großmächten nicht würden anerkannt werden können. Es scheine Euer Exzellenz auch für Rumänien viel vorteilhafter, die Rolle des Arbiters über alle Balkanstaaten zu behalten und bei den territorialen Verhandlungen auch bulgarische Interessen zu vertreten, insoferne diese berechtigt erscheinen. Minister des Äussern stimmte vollkommen bei. Eben darum habe er, so sagte er, Bukarest als Verhandlungsort für den Präliminarfrieden vorgeschlagen. Er möchte folgende Vorgangsweise durchsetzen. Die militärischen Delegierten der Kriegführenden sollten sofort in Pirot oder

anderweitig am Aktionsterrain zusammentreffen und Einstellung der Feindseligkeiten, sowie näheres über Dislokation der Truppen, deren Verpflegung während der Friedensverhandlungen, insbesonders auch die Verproviantierung der bulgarischen Truppen festsetzen. Hierauf würden Verhandlungen über Präliminarfrieden in Bukarest beginnen. Bisher habe Serbien und auch Griechenland Vorschlag nicht zugestimmt. Serbien habe auf die rumänische Demarche wegen Beginn der Friedensverhandlungen mit der Einladung geantwortet, Rumänien möge einen Delegierten zum Abschluss des Präliminarfriedens nach Nisch oder Pirot entsenden. Dieses habe er ausdrücklich abgelehnt und betont, dass am Schlachtfeld nur militärische Vereinbarungen durch Vertreter der Armee diskutiert werden dürfen, alle politischen und territorialen Fragen müssen aber in Bukarest verhandelt werden. Dem griechischen Gesandten, der ihm heute früh weitgehende griechische Forderungen bekanntgab, habe er sehr scharf geantwortet, Rumänien könne sich auch mit Bulgarien verbünden, wenn man in Athen keine Vernunft annehme. Auf meine Frage, was er zu tun gedenke, wenn man in Serbien und Griechenland auf Abschluss des Präliminarfriedens auf dem Schlachtfelde bestehe und seine Vorschläge nicht annehme, antwortete Minister, er müsse diesbezüglich erst Entscheidung König Carols einholen. Seiner Ansicht nach — und er sei hierin mit seinen Ministerkollegen einig — sollte Rumänien dann sich direkt mit Bulgarien verständigen und es sogar vor weiteren Angriffen schützen. Ich betonte, dass dies unseren Intentionen vollständig entsprechen würde und führte aus, dass es uns überhaupt erwünscht erschiene, wenn Rumänien jetzt, wo Bulgarien sich unterworfen hat, sich als Helfer in der Not für bulgarische Interessen einsetzen und so die Möglichkeit eines dauernden guten Verhältnisses zu Bulgarien in der Zukunft anbahnen würde. Erinnerte meinen Mitredner daran, dass er die Freundschaft mit Bulgarien selbst stets gewünscht habe. Minister antwortete, es liege auch jetzt in seinen Intentionen, den Bulgaren in ihrer Bedrängnis nach Tunlichkeit beizustehen und hoffe auch bestimmt, dass seine Haltung zu einer Annäherung beider Länder führen werde. An das Wiederaufleben des Balkanbundes oder der serbisch-bulgarischen Freundschaft glaube er absolut nicht, wohl aber an eine bulgarisch-rumänische Annäherung. Ich versicherte, dass letzteres allerdings die beste Garantie gegen eine Aussöhnung Bulgariens mit Serbien wäre. Was die türkischen Aspirationen auf Adrianopel betreffe, sei er entschlossen, denselben entschiedenst entgegenzutreten. Auf meine Frage, ob Rumänien eventuell auch geneigt wäre, über eine diplomatische Pression in Konstantinopel etwa auf Grund eines europäischen Mandats hinauszugehen, verneinte er es nicht und betonte, dass die Linie Enos—Midia respektiert werden müsse. Stimmung für uns ist hier wieder günstig und man anerkennt unsere entschiedene Stellungnahme für Rumänien. Herr Majoresco bat mich, Euer Exzellenz seinen und seiner Regierung wärmsten Dank hiefür zu übermitteln. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7824, 7914 Anm. b, 7952, 8945.

Tel. nach Konstantinopel, 21. Juli 1913 Nr. 348 (chiffr. 11 U. p. m.).
Siehe n. 7888.

Nr. 7893. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 21. Juli 1913 Nr. 378 (eing. 22. Juli 4 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 376 vom 20. d. Mts. Türkische Zirkulardepesche. Großvezir sagte mir, Türkei betrachte sich wieder im Kriegszustande mit Bulgarien. Präliminarfriede von London bestehe daher, was Bulgarien anbelange, nicht mehr zu Recht; dies gelte nicht in Bezug auf die anderen Compaciscenten. Mit Serbien und Griechenland werde die Pforte trachten, ins Reine zu kommen, indem der in London mit diesen Staaten unterzeichnete Vertrag entsprechend ergänzt werden würde. Großvezir sagte mir weiter, Türkei werde von Thracien bloß das Stück Maritza, alte bulgarische Grenze und Meeresküste besetzen. Bezüglich der jenseits der Maritza liegenden Teile Thraciens hoffe Türkei, daß dieselben nicht unter die bulgarische Herrschaft kommen, sie überlasse aber die diesbezügliche Entscheidung Europa. Ich machte Großvezir auf das Gefährliche des von Türkei nunmehr eingeschlagenen Weges aufmerksam, ich erhielt aber den Eindruck, daß jede Einwirkung auf die türkische Regierung erfolglos bleiben würde, selbst wenn sie den Charakter eines Kollektivschrittes hätte. Meiner Überzeugung nach könnte türkische Regierung, selbst wenn sie wollte, Armee nicht mehr aufhalten. Auch im Volke würde Regierung auf den größten Widerstand stoßen. Schon jetzt strömt die im Winter geflohene mohammedanische Bevölkerung zu Tausenden nach Thracien zurück. Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 366 Nr. 728. Vgl. n. 7955.

Nr. 7894. Verbalnote der türkischen Botschaft, 21. Juli 1913 Nr. G[l] 39320, Nr. S[l] 43 (eing. 21. Juli).[a] Ausfert.

L'Ambassade Impériale Ottomane, d'ordre de son Gouvernement, a l'honneur de communiquer ce qui suit au Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères: „Malgré l'empressement que le Gouvernement bulgare avait montré pour signer les préliminaires de paix, il a refusé d'évacuer les territoires qui devaient faire retour à l'Empire. Il agissait indubitablement dans le but manifeste de s'assurer une frontière conforme à l'interprétation erronée qu'il entendait donner à la dénomination de la ligne Midia—Enos. C'est seulement lorsque le Gouvernement Ottoman, las d'attendre, a donné à son armée l'ordre de réoccuper ses territoires, que le Gouvernement bulgare s'est décidé à retirer ses troupes. D'autre part, le Gouvernement Impérial Ottoman, soucieux d'avoir la possibilité de défendre la capitale et le détroit des Dardanelles, a de tout temps insisté et démontré que la seule frontière, ayant pour point de départ Enos, devrait être tracée par une ligne remontant vers le nord en suivant la Maritza. Le fait que ce tracé n'a pas été fixé tel qu'il devrait l'être dans le texte du Traité de paix, s'explique, à n'en point douter, par le désir qu'avaient les Puissances d'écarter les difficultés alors soulevées par la Bulgarie et assurer ainsi le plus rapidement possible la réunion des délégués à Londres. Dans cet ordre d'idées, et dans le but principal d'éviter toute complication, le Gouvernement Impérial Ottoman s'est adressé directement au Gouvernement Bulgare pour lui communiquer

les raisons pour lesquelles il est obligé d'insister sur un tracé de frontière suivant la Maritza jusqu'à Andrinople. Le Gouvernement Impérial aurait certes préféré de régler ces questions avec la Bulgarie par voie diplomatique. Malheureusement les horreurs auxquelles les bulgares se livrent dans les territoires occupés, avec une barbarie et un vandalisme indescriptibles, et que leurs exalliés même ont pu constater avec autant d'indignation que les Troupes Impériales, empêchent le Gouvernement Impérial Ottoman d'attendre une solution diplomatique. L'expérience a démontré d'autre part que toutes les négociations entamées avec la Bulgarie, sont condamnées à traîner indéfiniment en longueur. Dans ces conditions, le Gouvernement Impérial Ottoman se voit obligé d'occuper dès maintenant la frontière en question, en s'engageant à fixer, d'accord avec les Puissances, le sort futur de la Thrace. Il s'empresse d'ajouter que, dans son désir de respecter les décisions des Grandes Puissances d'une part, et celui d'établir avec la Bulgarie des relations normales et durables, d'autre part, il considère ledit tracé comme une frontière définitive, en s'engageant à ne la dépasser sous aucun prétexte. Le Gouvernement Impérial Ottoman aime à espérer que les Grandes Puissances voudront bien reconnaître que la guerre actuelle entre les Etats balkaniques, et les combinaisons préconisées pour la Thrace, l'obligent doublement à s'assurer un moment plus tôt une frontière garantissant la sécurité de la capitale et que, tenant compte de la situation toute particulière dans laquelle se trouve la Thrace, Elles donneront de leur côté à la Bulgarie les conseils nécessaires pour assurer une solution rapide et pacifique de la question dans le sens ci-dessus exposé. Le Gouvernement Impérial Ottoman croit devoir rejeter d'ores et déjà sur la Bulgarie toute la responsabilité d'une reprise éventuelle des hostilités."

[a] Oe. U. Balkan 366 Nr. 729. Vgl. n. 8558 Anm. b, 8565.

Tel. nach London, 21. Juli 1913 Nr. 610 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 7887.

Nr. 7895. Tel. nach London, 21. Juli 1913 Nr. 612 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Konz. (S. Egger; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Herzog Avarna hat mir mitgeteilt, daß laut einer Meldung Herrn Tittonis Herr Pichon dem letzteren gegenüber erwähnt habe, Herr Cambon werde in der Réunion wohl noch für die Einverleibung Koritzas an Griechenland eintreten, doch werde er seinen Widerstand gegen die Einverleibung dieser Stadt an Albanien schließlich fallen lassen. Einem Berichte Grafen Thurns[a] entnehme ich, daß ein ernster Widerstand seitens Rußlands bezüglich unseres Vorschlages wegen Koritza nicht zu erwarten sei. Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information. Berchtold.

[a] n. 7832.

Tel. nach London, 21. Juli 1913 Nr. 614 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7888.

Nr. 7896. Tel. aus London, 21. Juli 1913 Nr. 537 (eing. 22. Juli 3 U. 30 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Réunion d'aujourd'hui. Grey exprime l'avis que les Etats belligérants, Roumanie, Serbie, Grèce, Monténégro, Bulgarie, doivent être encouragés à réunir leurs plénipotentiaires afin de mettre un terme aux hostilités et de rechercher les conditions de l'accord pour le rétablissement de la paix. Les arrangements à intervenir seront soumis à l'examen et à l'approbation des Puissances qui s'entendront à cet effet. L'avis de Grey ne soulève aucune objection de la part des ambassadeurs qui le soumettront à l'approbation de leurs gouvernements. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 365 Nr. 724. Vgl. n. 7898, 7914, 7931, 7932, 7994.

Nr. 7897. Tel. aus London, 21. Juli 1913 Nr. 538 (eing. 22. Juli 3 U. 50 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Grey exprime à titre personnel l'opinion que les Puissances ne peuvent se dérober à l'obligation qu'elles ont assumée de délimiter la ligne Enos-Midia pour fixer la frontière turco-bulgare. Le fait de l'avance des troupes turques au delà de cette ligne soulève une question que Grey doit soumettre au cabinet et il désire que les ambassadeurs veuillent bien s'enquérir des vues de leurs gouvernements à ce sujet. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7899, 7928, 7935.

Nr. 7898. Tel. aus London, 21. Juli 1913 Nr. 539 (eing. 22. Juli 3 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramm Nr. 537 über Friedensverhandlungen. Vor der Reunion sagte Sir E. Grey meinem italienischen Kollegen und mir, wir hätten stets das Recht unserer Regierungen reserviert, ihre Zustimmung zur Totalität der territorialen Veränderungen zu geben. Die Anregung, die jetzt von russischer Seite ausgehe, die Friedensverhandlungen zwischen den Kriegführenden zu beschleunigen, trage unserem Standpunkt Rechnung, indem das Ergebnis der Friedensverhandlungen der Prüfung der Mächte vorbehalten bleibe. Bei Reunion brachte Sir E. Grey den Vorschlag ein, der mit obgenanntem Telegramm gemeldet. Ich bitte um Weisung, ob Euer Exzellenz den im Reunionsbeschluss ausgedrückten Standpunkt billigen. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 7914, 7931, 7932.

Nr. 7899. Tel. aus London, 21. Juli 1913 Nr. 540 (eing. 22. Juli 4 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Bezug auf Telegramm Nr. 609 von heute betreffend Balkankrieg. Bei heutiger Sitzung brachte ich auftraggemäß die Frage des türkischen Vormarsches über die Grenze Enos-Midia zur Sprache. Es wurde diskutiert, wie Türken, die bereits in Adrianopel, aufgehalten werden könnten. Allgemeine Meinung ging dahin, dass wenig Hoffnung vorhanden sei, dass dies durch diplomatische Schritte erzielt werden könnte. Russischer Botschafter versuchte von Möglichkeit starker Pression und Flottendemonstration zu sprechen. Fürst Lichnowsky schien letztere als verfrüht anzusehen und

zeigte wenig Lust, diese Eventualität zu diskutieren. Sir E. Grey meinte, es sei eine zu wichtige Frage, als dass er darüber etwas sagen könnte, ohne das Kabinett zu befragen. Vorläufig jedenfalls habe er keinerlei Vorschlag zu machen. Er wäre dankbar, wenn wir ihm bei nächster Sitzung die Ansichten unserer Regierungen mitteilen könnten. Man einigte sich auf Redaktion des mit meinem heutigen Telegramm Nr. 538 gemeldeten Textes.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7928, 7935.

Nr. 7900. Tel. aus London, 21. Juli 1913 Nr. 541 (eing. 22. Juli 3 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Réunion d'aujourd'hui. Le Comte Mensdorff dit que l'amendement de l'Ambassadeur de France à l'alinéa 7[b]) ne paraît pas devoir être accepté par son gouvernement. Il déclare ainsi que le Marquis Imperiali que la prolongation à 10 années des pouvoirs de la commission de contrôle serait acceptée si l'ensemble des propositions était adopté. Grey propose de rédiger l'alinéa 7 de la façon suivante: „Le Prince sera nommé dans un délai de six mois au plus tard. En attendant la désignation du Prince, le fonctionnement de l'administration y compris la gendarmerie sera contrôlé par la commission internationale avec le concours des autorités locales".

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7775, 7901, 7929. — [b]) Vgl. n. 7776.

Nr. 7901. Tel. aus London, 21. Juli 1913 Nr. 542 (eing. 22. Juli 3 U. 50 M. a. m.). Entziff.

Mit Bezug auf mein heutiges Telegramm Nr. 541 über Organisation Albaniens. Ich erklärte bei heutiger Reunion, daß wir Amendement Herrn Cambons nicht annehmen könnten. Lange Diskussion, bei welcher sich alle bemühten, eine Redaktion zu finden, über die man sich einigen könne. Unser ursprünglicher Text des Alineas 7 „autorités nationales" „provisoires[a]) et de fait" wird dahin gedeutet, daß wir die gegenwärtige Regierung und speziell Ismail Kemal Bey konsolidieren wollen, und es ist namentlich deshalb nicht durchzubringen. Es wurde auch releviert, daß, wenn nicht noch ausdrücklich wiederholt wird, daß die Gendarmerie unter Kontrolle der Kommission gestellt wird, sicher von gewissen Seiten Schwierigkeiten erhoben werden. Schließlich nahm ich das vorgeschlagene Amendement zur Unterbreitung an Euer Exzellenz an. Das heutige Amendement ist fast gleichlautend mit dem ursprünglichen Text und ich hoffe zuversichtlich, daß Euer Exzellenz es annehmbar finden werden, wodurch diese schwierige Frage finalisiert würde.

Mensdorff.

[a]) Eigentlich „provisoirement" (vgl. n. 7775).

Nr. 7902. Tel. aus London, 21. Juli 1913 Nr. 543 (eing. 22. Juli 3 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 534 vom 19. d. Mts., betreffend Artikel 7 des Statuts von Albanien. Marquis Imperiali hat heute vertraulich Sir E. Grey sondiert, wie er diesen Vorschlag aufnehmen würde.

Der Staatssekretär antwortete ihm in der unzweideutigsten Weise, daß ein Vorschlag, welcher die Entscheidung über das Aufgeben des Kapitulationsregimes uns und Italien vorbehält, hinreichend wäre, um jede Verständigung zu vereiteln und jede Möglichkeit der Fortsetzung einer Diskussion über Albanien auszuschließen. Der Staatssekretär fügte hinzu, es sei überhaupt nicht möglich, die in dem Artikel enthaltenen Fragen vor der Vertagung der Reunion zu verhandeln. Wenn es darüber zu Meinungsverschiedenheiten käme, wäre es umso bedauerlicher, als gerade jetzt sich eine konziliantere Stimmung geltend mache, welche die Aussicht einer Verständigung über die pendenten Fragen eröffne. Unter diesen Umständen glaube ich mich der Ansicht meines italienischen Kollegen anschließen zu sollen, die Frage der Kapitulationen der Kontrollkommission im Anschlusse an ihre Ausarbeitung eines organisatorischen Entwurfes zu überlassen oder eine Lösung durch direkte Verhandlungen zwischen den Kabinetten zu versuchen.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7929, 8070.

Tel. nach Paris, 21. Juli 1913 Nr. 375 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 7887.

Tel. nach Paris, 21. Juli 1913 Nr. 377 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7888.

Nr. 7903. Tel. aus Paris, 21. Juli 1913 Nr. 142 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Herr Pichon besprach heute die durch die Besetzung Adrianopels durch die Türken geschaffene Lage. Er hat Rifaat Pascha erklärt, daß Europa sich durch kein fait accompli beeinflussen lassen werde und daß die Türkei durch weitere kriegerische Aktion das Vertrauen und die wohlwollende Unterstützung der Mächte, deren sie dringend bedarf, verlieren würde. Er gibt sich aber keinen Illusionen über den Erfolg seiner Ratschläge hin. Pichon meinte, er sehe momentan kein Mittel, um die Türkei von weiterem Vorrücken abzuhalten. Von englischer Seite wäre ein Vorschlag ins Auge gefasst worden, der Türkei zu erklären, daß sie unter solchen Umständen auf keinerlei finanzielle Hilfe bei den Großmächten rechnen könne, doch glaubt der Minister nicht, daß eine solche Drohung in Konstantinopel viel Eindruck machen würde. Russischerseits wäre Idee einer internationalen Flottendemonstration ventiliert worden, doch dürfte eine solche kaum zustande kommen. Pichon ist der Ansicht, man könne jetzt nur zuwarten, wenigstens bis Verhandlungen Bulgariens mit seinen Gegnern zu einem Resultate führen. Frankreich werde unbedingt an gemeinsamer Aktion der Mächte und an dem Prinzipe festhalten, daß definitive Regelung der territorialen Fragen nur mit Zustimmung aller Mächte erfolgen könne. Eine Erdrosselung Bulgariens bezeichnet Pichon als inadmissible. Serbien sei relativ vernünftig, Ansprüche Griechenlands sehr übertrieben. Der Minister hofft, daß die Türkei sich mit Linie Enos-Midia in gerader Richtung zufrieden geben und auf die wieder eroberten Gebiete verzichten wird, wenn sie finanzielle Vorteile, wie Entfallen jeder Kriegsentschädigung, erreicht.

Szécsen.

[a]) Oe. U. Balkan 366 Nr. 727. Vgl. n. 7998.

Tel. nach Rom, 21. Juli 1913 Nr. 821 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 7887.

Tel. nach Rom, 21. Juli 1913 Nr. 823 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7888.

Tel. nach St. Petersburg, 21. Juli 1913 Nr. 423 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 7887.

Tel. nach St. Petersburg, 21. Juli 1913 Nr. 425 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7888.

*Nr. **7904**. Tel. aus St. Petersburg, 21. Juli 1913 Nr. 251 (eing. 22. Juli 4 U. a. m.).[a] Entziff.*

Graf Czernin sprach heute in meiner Vertretung Herrn Sazonow. Minister des Äussern war durch das Vordringen der türkischen Truppen und die Nachricht vom Falle Adrianopels stark impressioniert. Russland könne und werde nie dulden, dass die Türkei von Christen bewohnte und befreite Gebiete zurückerobere, überdies den Londoner Präliminarfrieden verletze. Er hoffe, k. und k. Regierung sei auf demselben Standpunkte, da ja Aufrechterhaltung aller Londoner Beschlüsse ebenso in unserem Interesse gelegen sei. Sazonow sagte, er habe gestern türkischen Botschafter empfangen und sich ihm gegenüber in energischer Weise in obigem Sinne ausgesprochen. Dem Einwurf Turkhan Paschas, dass ja auch Rumänien durch seine jetzige Haltung die Beschlüsse hiesiger Botschafterreunion zerstört habe, sei er damit entgegengetren, dass dies zwar, absolut genommen, zutreffen möge, dass es sich aber im rumänisch-bulgarischen Konflikt um zwei christliche Völker handle, während Russland nie und nimmer türkische Rückeroberung christlichen Landgebietes dulden könne. Turkhan Pascha scheint durch die Haltung Herrn Sazonows stark impressioniert.

Thurn.

[a] Vgl. n. 7955, 8002, 8031.

*Nr. **7905**. Tel. aus St. Petersburg, 21. Juli 1913 Nr. 252 (eing. 22. Juli 4 U. a. m.).[a] Entziff.*

Bei heutiger Unterredung mit Grafen Czernin sagte Herr Sazonow, er würde Wert darauf legen, zu erfahren, welchen Standpunkt k. und k. Regierung bezüglich des endgiltigen Schicksals des ägäischen Hafens von Kavalla einnehme. Russische Regierung sei der Ansicht, dass dieser Hafen Bulgarien zufallen solle, welches einen guten Hafen am Ägäischen Meer brauche und anderweitig grosse Verluste erleiden dürfte. Auch vom Standpunkte des Gleichgewichtes am Balkan sei es notwendig, Bulgarien zu stützen. Griechenland benötige Kavalla aus naheliegenden Gründen durchaus nicht. Er verhehle sich nicht, dass ein eventueller solcher europäischer Beschluss auf ernste Schwierigkeiten stossen werde, da einerseits die Griechen Kavalla besetzt halten und es kaum gutwillig evakuieren dürften, andererseits mehrere Grossmächte für die Zuerkennung Kavallas an Griechenland plädieren. Aus beiden Mächtegruppen (Deutschland und Frankreich) sei ihm dieser letztere Standpunkt mitgeteilt worden. Er hoffe, dass Euer Exzellenz sich dem hiesigen Standpunkte anschliessen und Bulgarien vor

zu grosser Schwächung bewahrt wissen wollen. Mit Abtretung von Seres und Drama an Griechenland wäre russische Regierung einverstanden. Minister des Äussern bat um Mitteilung der diesfälligen Auffassung Euer Exzellenz. Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 365 Nr. 725. Vgl. n. 7832, 8002.

Nr. 7906. Tel. nach Sofia, 21. Juli 1913 Nr. 384 (chiffr. 7 U. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Zu Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 761 vom 16. d. M. Wenn die Regierung Sofia verlassen und ihren Sitz in einer anderen Stadt nehmen sollte, würde ich es für das Richtige halten, daß die diplomatischen Vertreter der Regierung nachfolgen. Falls aber alle Vertreter der Großmächte dessenungeachtet in Sofia zu verbleiben beschließen, bin ich damit einverstanden, daß Euer Hochgeboren sich diesem Vorgehen anschließen. Jedenfalls wollen Euer Hochgeboren sich diesbezüglich mit Ihren Dreibundkollegen ins Einvernehmen setzen. Berchtold.

Nr. 7907. Tel. nach Sofia, 21. Juli 1913 Nr. 385 (chiffr. 10 U. p. m.). Konz. (S. Kinsky; G. Macchio).

Geheim. Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 792 vom 20. d. M. In Ermangelung jeglicher Indizien, welche Verdacht König Ferdinands bestätigen könnten, schliessen wir uns der von Euer Hochgeboren ausgesprochenen Vermutung an, wonach die in Rede stehenden Indiskretionen auf die Herrn Geschoff und Danew zurückzuführen sein dürften.

Tel. nach Sofia, 21. Juli 1913 Nr. 386 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 7888.

Nr. 7908. Tel. aus Sofia, 21. Juli 1913 Nr. 810 (eing. 8 U. p. m.) Entziff.

Ministerpräsident spricht bei mir vor und schildert verzweifelte Lage: Während Gefahr Vormarsches Rumänen auf Hauptstadt noch nicht beseitigt, erhalte Regierung aus verschiedenen Städten Thraciens Meldungen über Erscheinen Türken, das stets von Massakres begleitet. Ob Adrianopel, wo es (nur)[a]) wenig bulgarische Truppen gebe, von Türken besetzt sei, noch unbekannt. Mit Gefahr Eindringens Türken in Königreich müsste gerechnet werden. Tarnowski.

[a]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 7909. Tel. aus Sofia, 21. Juli 1913 Nr. 811 (eing. 8 U. p. m.).[a]) Entziff.

König Ferdinand schickt mir zur Einsicht ein zweites warm gehaltenes Telegramm, welches er heute nachts an König Carol gerichtet und worin ungefähr das gesagt, was laut meiner Telegramme Nr. 803 und 805 vom 20. und 21. d. Mts. Eröffnungen Ghenadieffs an Majoresco enthalten. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7934, 7940.

Nr. 7910. Tel. aus Sofia, 21. Juli 1913 Nr. 812 (eing. 22. Juli 12 U. 20 M. a. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 383 vom 21. d. M. erhalten und Minister des Äussern vertraulich gewarnt, wobei ich unsere Bemühungen erwähnte. Er ahnte nicht so grosse Gefahren, war mir sehr dankbar und will an alle christlichen Mächte Appell richten. Tarnowski.

Nr. 7911. Tel. aus Sofia, 21. Juli 1913 Nr. 815 (eing. 22. Juli 2 U. a. m.).[a] Entziff.

Dobrovič sagt mir, Nordbulgarien sei nach Zurückziehung Armee Kutintschews Serben ausgeliefert, die bereits Kula erreicht und in Richtung Widdin vorrücken. Weiter sagt mir Dobrovič, bulgarische Unterhändler seien in Nisch eingelangt, hätten aber dort weder serbische noch griechische Unterhändler (gefunden).[b] Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7879, 8134. — [b] Chiffre verstümmelt.

Nr. 7912. Tel. aus Sofia, 21. Juli 1913 Nr. 821 (eing. 22. Juli 7 U. a. m.). Entziff.

In parlamentarischen Kreisen kursierte heute abends Gerücht von bevorstehender russischer Flottendemonstration vor Konstantinopel. Diese Nachricht kommt aus russophilen Kreisen, die kein Mittel unversucht lassen, um Öffentlichkeit von Vergeblichkeit anderer als russophiler Politik wie auch davon zu überzeugen, dass, was mit Hilfe Russlands nicht zu erreichen, auch von Österreich-Ungarn nicht zu erwarten. Tarnowski.

Nr. 7913. Tel. aus Sofia, 21. Juli 1913 Nr. 824 (eing. 22. Juli 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Minister des Äussern sagte mir soeben, er richte an Mächte Bitte um Intervention zwecks sofortiger Herbeiführung Waffenstillstandes. Herr Ghenadiew ersuchte mich, seine Démarche bei Euer Exzellenz zu unterstützen und erwähnte, baldigste Einstellung der Feindseligkeiten sei umso dringender erwünscht, als rumänische Kavallerie bereits bei Baba Konak, nicht ganz 30 Kilometer von Eisenbahnstrecke Sofia-Philippopel, und Unterbrechung auch dieser letzten Arterie zu befürchten. Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 364 Nr. 722. Vgl. n. 7937.

Tel. nach Athen, 22. Juli 1913 Nr. 151 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 7917.

Tel. nach Athen, 22. Juli 1913 Nr. 152 (chiffr. 23. Juli 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7914.

Tel. nach Belgrad, 22. Juli 1913 Nr. 209 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 7917.

Nr. 7914. Tel. nach Belgrad Nr. 210 (1), Athen Nr. 152 (2), Cetinje Nr. 191 (3), Bukarest Nr. 356 (4), Sofia Nr. 390 (5), Berlin Nr. 524 (6), Rom Nr. 828 (7), St. Petersburg Nr. 429 (8), Paris Nr. 381 (9), Konstantinopel Nr. 351 (10) und London Nr. 619 (11), 22. Juli 1913 (chiffr. 23. Juli 2 U. 30 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1.—10. Graf Mensdorff telegrafiert mir unterm 21. d. M. wie folgt: *... wie n. 7896 in extenso ...* In der gleichen Angelegenheit hat der bulgarische Gesandte mir heute auftraggemäß mitgeteilt, daß die bulgarischen Delegierten sich nach Nisch begeben hätten. Dort sollten die Bedingungen eines Waffenstillstandes vereinbart werden, während über die Friedenspräliminarien in Sinaia verhandelt werden soll. Da diese letzteren Verhandlungen längere Zeit in Anspruch nehmen dürften, so schiene es wünschenswert, daß die Feindseligkeiten bis zu deren Abschluß eingestellt würden, um die mit den kriegerischen Operationen verbundenen Kalamitäten zu vermeiden. Die bulgarische Regierung stelle daher das Ersuchen, wir mögen darauf hinwirken, daß die Feindseligkeiten bis dahin eingestellt werden, wogegen Bulgarien seinerseits bereit wäre, nicht nur die Waffen ruhen zu lassen, sondern auch sofort zu demobilisieren. Dies stelle einen neuen Beweis der Loyalität der bulgarischen Propositionen dar.

1.—3. Ich ersuche Euer etc., die dortige Regierung von diesem bulgarischen Vorschlag in Kenntnis zu setzen und dessen Annahme dringend zu empfehlen. Gleichzeitig wollen Euer etc. die Erklärung abgeben, daß wir uns vorbehalten, die von den Kriegführenden in Sinaia getroffenen Vereinbarungen zu überprüfen und zu genehmigen.

4. Euer Durchlaucht wollen die dortige Regierung von diesem bulgarischen Vorschlag, der nach den Äusserungen Herrn Majorescos[b]) den rumänischen Intentionen vollkommen entspricht, in Kenntnis setzen und hinzufügen, daß wir in Belgrad, Athen und Cetinje dessen Annahme dringend anraten. Gleichzeitig wollen Euer Durchlaucht die Erklärung abgeben, daß wir uns vorbehalten müßten, die in Sinaia getroffenen Vereinbarungen zu überprüfen und zu genehmigen.

5. Euer Hochgeboren wollen Herrn Ghenadieff mitteilen, daß die vorstehende bulgarische Proposition nach unseren Informationen den Absichten der rumänischen Regierung entsprechen dürfte und daß wir in Belgrad, Athen und Cetinje deren Annahme dringend anraten. Gleichzeitig wollen Euer Hochgeboren ... *wie sub 4. von „die Erklärung abgeben" bis „zu genehmigen"* ...

11. Euer Exzellenz Telegramme Nr. 537 und 539 vom 21. d. M. erhalten. (Inseratur aus Telegramm sub 1.—10. von „In der gleichen Angelegenheit" bis „Propositionen dar.")

6.—11. Der durch obigen bulgarischen Schritt veränderten Situation entsprechend, beauftrage ich die k. und k. Vertreter in Belgrad, Athen und Cetinje, die dortige Regierung von dem Vorschlag Bulgariens in Kenntnis zu setzen und ihr dessen Annahme dringend anzuraten. Die rumänische Regierung lasse ich hievon lediglich informieren, da die bulgarische Proposition nach den mir aus Bukarest vorliegenden Meldungen ihren Intentionen ohnedies vollkommen entspricht. Gleichzeitig lasse ich bei allen beteiligten

Regierungen eine Erklärung im Sinne des letzten Alineas des Réunionsbeschlusses vom 21. d. M. abgeben.

6.—9. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information
6. u. 7. und Mitteilung im dortigen Auswärtigen Amt.
8. u. 9. und Regelung Ihrer Sprache.
10. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information.
11. Vorstehendes zur Mitteilung an Sir E. Grey. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 369 Nr. 734. Vgl. n. 7949, 7977, 7987, 7994, 8004, 8319. — [b]) Hier von Berchtold gestrichen: „zu Graf Hoyos" (vgl. n. 7892).

Nr. 7915. Tel. aus Belgrad, 22. Juli 1913 Nr. 509 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Friedensverhandlungen. Konfusion mit dem Zirkulartelegramm. Im Nachhange zum heutigen Telegramm Nr. 508.[b]) Serbische Regierung hat Alliierte und Rumänien noch gestern abends von der Entsendung des Generals Paprikow behufs Einleitung der Friedensverhandlungen verständigt und um dringende Nominierung von Delegierten sowie um Mitteilung gebeten, ob Verhandlungen in Nisch oder wo stattfinden sollen. Irrtümlich wurde eine solche Depesche auch dem serbischen Vertreter in Rom gesendet, der einen analogen Schritt zur grossen Überraschung des Marquis di San Giuliano heute ausgeführt hat. Italienischer Minister des Äussern soll erklärt haben, im Prinzipe nicht abgeneigt zu sein, einen Delegierten zu den Friedensverhandlungen zu entsenden, obgleich er den Grund hiefür nicht recht eingesehen hat, und fügte hinzu, er werde davon den anderen Kabinetten Mitteilung machen. Inzwischen wurde Irrtum aufgeklärt und italienischer Geschäftsträger dringend ersucht, die Bitte nach Rom zu übermitteln, die Démarche des serbischen Geschäftsträgers als nicht erfolgt zu betrachten. Ugron.

[a]) Vgl. n. 7888, 7917. — [b]) Mit Tel. Nr. 508, 21. Juli 1913 (eing. 6 U. p. m.) wurde aus Belgrad die Ankunft der bulgarischen Bevollmächtigten in Begleitung des Sofiaer russischen Militärattachés in Nisch gemeldet.

Nr. 7916. Bericht aus Belgrad, 22. Juli 1913 Nr. 155 (eing. 24. Juli).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Der hiesige kgl. grossbritannische Gesandte Sir Ralph Paget soll — wie er mir streng vertraulich mitgeteilt hat — demnächst als einer der vier Unterstaatssekretäre in das Londoner Foreign Office einberufen werden. Sir Ralph — dessen Vater Botschafter in Wien und Rom war — hat sich während der ganzen Krise als aufrichtiger Freund der Monarchie gezeigt und kann keineswegs als begeisterter Anhänger der Tripel-Entente bezeichnet werden. Russland und seinem hiesigen Vertreter bringt er gewiß keine Sympathien entgegen, dagegen wünscht er aufrichtig eine Annäherung zwischen England und Deutschland sowie ein recht herzliches und inniges Verhältnis zur Monarchie. Da er bulgarenfreundlich gesinnt ist und aus diesen seinen Gefühlen kein Hehl gemacht hat, war seine Stellung hier nicht sehr angenehm. Sir Ralph ist allerdings kein

bedeutender Staatsmann, ist aber ein ruhiger und besonnener Mann, der den Serben oft seine Meinung offen und gerade herausgesagt hat; er ist vor Allem ein Gentleman durch und durch, der sich in die hiesigen, allerdings sehr unerfreulichen Verhältnisse nie recht hat hineinfinden können. Ugron.

[a]) Vgl. n. 8195.

Nr. 7917. Tel. nach Berlin Nr. 520 (1), Rom Nr. 824 (2), St. Petersburg Nr. 426 (3), London Nr. 615 (4), Paris Nr. 378 (5), Bukarest Nr. 351 (6), Sofia Nr. 388 (7), Belgrad Nr. 209 (8), Athen Nr. 151 (9) und Konstantinopel Nr. 349 (10), 22. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1.—10. Zu meinem Telegramme von gestern Nr.
1. 519.
2. 823.
3. 425.
4. 614.
5. 377.
6. 348.
7. 386.
8. 208.
9. 150.
10. 348.

1.—10. Herzog Avarna hat mir heute mitgetheilt, der serbische Gesandte in Rom hätte neuerlich auf der Konsulta vorgesprochen und erklärt, daß seine frühere Démarche — Entsendung eines italienischen Delegierten nach Nisch — auf einem Chiffrierfehler beruhte. Es läge kein bezüglicher Auftrag seiner Regierung vor und ersuche er daher, den von ihm gemachten Schritt als non-avenu anzusehen. Vorstehendes zu Euer etc. Information.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7915, 7983.

Nr. 7918. Tel. nach Berlin Nr. 521 (1), Rom Nr. 825 (2), London Nr. 616 (3), Paris Nr. 379 (4), St. Petersburg Nr. 427 (5) und Bukarest Nr. 354 (6), 22. Juli 1913 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger u. Egger; G. Berchtold).

1.—6. Herzog Avarna hat mich heute aufgesucht und mir mitgeteilt, daß der russische Geschäftsträger in Rom der Consulta zur Kenntnis gebracht habe, daß die deutsche Regierung die Ansicht des Petersburger Kabinettes über die Opportunität einer Feststellung der Friedenspräliminarien in Bukarest eingeholt habe. Herr Sazonow hätte darauf geantwortet, daß er keinen Anlaß zu einem Einwande habe, insoferne die Kriegführenden damit einverstanden seien. Seiner Ansicht nach würden aber diese „Bases des Préliminaires" der Genehmigung der Großmächte unterliegen, denen daher auch das Recht zustehe, sie einer eventuellen Änderung zu unterziehen. Zu diesem letzteren Behufe sollten sich die Großmächte zu einer Konferenz vereinigen. Prinz Scalea hätte darauf geantwortet, daß eine

Zusammenkunft der Kriegführenden in Bukarest auch ihm nützlich erscheine; auch er halte es für notwendig, daß die Großmächte sich das Recht der Überprüfung wahren. Was aber die Frage der Einberufung einer Konferenz anbelange, könne er keine Entscheidung treffen. Ich habe dem italienischen Botschafter für seine Mitteilungen gedankt und auf seine Frage, wie ich mich im Gegenstande verhalte, geantwortet, daß ich gegen die Unterhandlungen in Bukarest nichts einzuwenden hätte. Was die Konferenzfrage anbelange, so würde ich eine solche lieber vermieden sehen; wenn sie sich aber als unvermeidbar herausstellen sollte, wäre ich für die Wahl eines Zusammenkunftsortes auf neutralem Boden und nicht in einer der Hauptstädte. Vorstehendes zu Euer etc. Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7963, 7980, 7981.

Tel. nach Berlin, 22. Juli 1913 Nr. 522 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 7928.

Tel. nach Berlin, 22. Juli 1913 Nr. 523 (chiffr. 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 7929.

Tel. nach Berlin, 22. Juli 1913 Nr. 524 (chiffr. 23. Juli 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7914.

Nr. 7919. Tel. aus Berlin, 22. Juli 1913 Nr. 339 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm vom 20. d. M. Nr. 517, betreffend Vorrückung türkischer Armee. Staatssekretär sieht vollkommen ein, dass eine energische Einwirkung auf die Pforte behufs Verhütung einer weiteren Ausdehnung der Balkankomplikationen dringend notwendig sei. Deutscher Botschafter in Konstantinopel habe in dieser Beziehung Instruktion erhalten, welche Staatssekretär nochmals wiederholen wird. Den hiesigen türkischen Botschafter hat Herr von Jagow, wie er mir sagt, gestern abermals eindringlich ermahnt, in gleichem Sinne auf seine Regierung zu wirken. Mit einem Kollektivschritt in Konstantinopel ist Staatssekretär jedoch nicht einverstanden. Nach den bisherigen Erfahrungen hätten ähnliche Kollektivdémarchen bei der Pforte nie den gewünschten Erfolg gehabt, sie beleidigten Selbstbewusstsein der Türken und die Grossmächte (würden)[a]) in die unangenehme Lage versetzt, im Falle der Nichtbeachtung ihrer Forderungen mit Gewaltmitteln einschreiten zu müssen. Staatssekretär teilt vollkommen Euer Exzellenz Meinung, dass ein energischer Druck aller Kabinette auf die Pforte ein geeignetes Mittel wäre, Russland von einer militärischen Aktion in Armenien abzuhalten, trotzdem bleibe er dabei, dass eine solche Pression auf die ottomanische Regierung nicht durch eine Kollektivdémarche, sondern durch energische Vorstellungen der einzelnen Mächte zu erfolgen hätte. Auf meine Einwendung, dass die deutsche Regierung mit Kollektivschritten bei den anderen Balkanstaaten wiederholt einverstanden war, gab Staatssekretär dies zu, meinte aber, dass gerade der Pforte gegenüber eine derartige Aktion nicht am Platze wäre. Szögyény.

[a]) Chiffre fehlt.

Nr. 7920. Tel. aus Berlin, 22. Juli 1913 Nr. 340 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 518 von gestern. Von den fünf Aufträgen Herrn Pichons an die französischen Missionen im Ausland waren, wie mir Staatssekretär versicherte, auch hier nur die drei ersten bekannt. Über die zwei letzten Instruktionen wegen Beteiligung Russlands an den Verhandlungen in Nisch habe Baron Schoen erst heute als von einem „on dit" berichtet. Staatssekretär teilt Euer Exzellenz Meinung, dass der französische Versuch, die Tripleententemächte dazu zu gewinnen, dass bei diesen Verhandlungen ein Vertreter Russlands interveniere, von den Dreibundmächten nicht unwidersprochen hingenommen werden könne. Wien und Berlin müssten Standpunkt einnehmen, dass hiebei keiner Grossmacht eine besondere Rolle vor den anderen zufalle. Demzufolge sollten auch nach seiner Ansicht an den weiteren Präliminarfriedensverhandlungen entweder alle Grossmächte oder keine von ihnen teilnehmen. Ersteres schiene ihm durchaus nicht wünschenswert. Nach hier vorliegenden Nachrichten sei man in Athen sehr beunruhigt über die Bestrebung Russlands, den Verhandlungen in Nisch zugezogen zu werden. Staatssekretär stellt Euer Exzellenz zur Erwägung, vertraulich in Athen und allenfalls auch in Bukarest wissen zu lassen, dass die Zuziehung eines russischen Vertreters zu diesen Verhandlungen uns unerwünscht wäre. Szögyény.

Nr. 7921. Tel. aus Berlin, 22. Juli 1913 Nr. 342 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Staatssekretär erzählte mir, er habe Nachricht erhalten, dass der russische Gesandte in Athen in sehr ernster Weise die dortige Regierung auf die Notwendigkeit eines baldigen Friedensschlusses hingewiesen und hinzugefügt habe, dass, wenn sich derselbe sehr verzögern würde, Österreich-Ungarn und Italien zu intervenieren entschlossen seien. Szögyény.

Nr. 7922. Tel. nach Bukarest, 22. Juli 1913 Nr. 350 (chiffr. 11 U. 40 M. a. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 243 vom 21. l. M. Ich habe mit Befriedigung konstatirt, daß die bulgarische Regierung endlich unserem Drängen nachgegeben und eine der gegenwärtigen Situation Bulgariens Rechnung tragende Haltung eingenommen hat. Nachdem Bulgarien den Forderungen Rumäniens nunmehr stattgegeben und demselben die gewünschten Garantien geboten hat, wird es hoffentlich bald zu Verhandlungen zwischen den Balkanstaaten kommen, an welchen auch Rumänien teilnehmen wird. Es erscheint mir begreiflich, daß Herr Majoresco nicht geneigt ist, sich zu Verhandlungen auf serbisches Territorium zu begeben und würde ich es begrüßen, wenn dieselben in Bukarest oder Sinaia stattfinden würden. Da Rumänien, nicht zuletzt dank dem rücksichtsvollen Entgegenkommen der Monarchie gegenüber seinen Interessen, alles Erstrebte erreicht hat, scheint mir der Augenblick gekommen, die Erwartung auszusprechen, daß das Bukarester Kabinett sich die Interessen Österreich-Ungarns vor Augen halten und sich im Sinne der Erklärungen Herrn

Majorescos zum Anwalt des Dreibundes in den bevorstehenden Verhandlungen machen werde. Hiedurch würde Rumänien nicht nur sein Festhalten an dem bisherigen politischen Kurse dokumentieren, sondern auch vermeiden, daß den unter seiner Einflußnahme erzielten Resultaten nachträglich von unserer Seite entgegengetreten werden müßte, falls dieselben mit unseren Interessen unvereinbar wären. Wir würden daher Wert darauf legen, schon jetzt über die Richtlinien vertraulich orientirt zu sein, an die sich Rumänien bei den Friedensverhandlungen zu halten gedenkt. Auch rechnen wir darauf, seitens Rumäniens über den Gang der Pourparlers fortlaufend informirt zu werden, damit uns Gelegenheit geboten sei, der rumänischen Regierung von Fall zu Fall unsere Auffassung bekannt zu geben. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7952.

Tel. nach Bukarest, 22. Juli 1913 Nr. 351 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 7917.

Nr. 7923. Tel. nach Bukarest, 22. Juli 1913 Nr. 352 (chiffr. 23. Juli 1 U. 30 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Egger; V. u. G. Berchtold).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramme Nr. 245, 246, 247 von heute. Die Antwort der rumänischen Regierung auf das bulgarische Friedensanbot enthält einen modus procedendi, der vollkommen unseren Wünschen entspricht. Den uns zugekommenen Nachrichten zufolge ist die Annahme jedoch nicht von der Hand zu weisen, daß Griechenland anstreben wird, exorbitante Forderungen am Schlachtfelde durchzusetzen und sich somit dem in Frage stehenden modus procedendi gegenüber ablehnend verhalten könnte, wodurch auch Serbien gezwungen wäre, Feindseligkeiten fortzusetzen. Da sich aber — wie wir aus Sofia erfahren[b]) — die Lage der bulgarischen Armee infolge Abschneidens der Zufuhren äußerst prekär gestaltet hat und, im Falle Serbien und Griechenland Antwort verzögert, mit Katastrophe gerechnet werden muß, stellen wir an die rumänische Regierung das dringende Ersuchen, jetzt, wo Bulgarien alle rumänischerseits gestellten Anforderungen zu erfüllen sich bereit erklärt hat, nicht nur alle ihr zu Gebote stehenden Mittel für die sofortige Erzielung eines Waffenstillstandes anzuwenden, sondern Serbien und Griechenland auch eine kurze, etwa 24- bis 48stündige Frist zur Beantwortung der rumänischen Proposition zu stellen, widrigens Separatabkommen zwischen Rumänien und Bulgarien geschlossen würde. Wir müssen hierauf umso dringlicher einrathen, als Rumänien die Erzielung der Einstellung der Feindseligkeiten stets als Hauptzweck seiner Aktion bezeichnet und eine Kapitulation der bulgarischen Armee mit allen ihren möglichen Folgen weder dem Interesse Rumäniens entsprechen dürfte, noch mit jenem Österreich-Ungarns vereinbar wäre. Wenn auch der für diesen Fall in Aussicht genommene Einmarsch der rumänischen Armee in Sofia von den besten Intentionen eingegeben sein mag, so ist doch zu befürchten, daß dieses Vorgehen in Bulgarien weit weniger als Rettung denn als Demütigung empfunden werden würde und daß dasselbe — abgesehen von anderen, heute nicht vorherzusehenden Complikationen — das künftige Verhältnis der beiden Länder dauernd trüben müßte. Wenn Rumänien seinen zum Ausdrucke gebrachten Absichten getreu als Retter Bulgariens

auftreten und den Eintritt einer seinen wie unseren Interessen abträglichen Situation vermeiden wolle, bleibe nur der von uns angerathene Weg offen, durch dessen Anwendung der serbisch-griechische Vormarsch von selbst zum Stillstand kommen würde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7924, 7925, 7926, 7936, 7953. — [b]) n. 7940.

Tel. nach Bukarest, 22. Juli 1913 Nr. 354 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7918.

Tel. nach Bukarest, 22. Juli 1913 Nr. 356 (chiffr. 23. Juli 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7914.

Nr. 7924. Tel. aus Bukarest, 22. Juli 1913 Nr. 245 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Inhalt der Antwort rumänischer Regierung auf bulgarisches Friedensangebot. Rumänische Regierung nimmt die von Bulgarien gemachten Zugeständnisse betreffend neue Grenze und Schutz der Kutzowalachen an. Sie wünscht Abschluss des Waffenstillstandes unter Beteiligung aller Kriegführenden und überlässt es den Hauptbeteiligten den Ort hiefür zu (bestimmen).[b]) Dann sollen Friedensverhandlungen folgen, die auf rumänischem Boden stattfinden. K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 369 Nr. 732. Vgl. n. 7923, 7925. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 7925. Tel. aus Bukarest, 22. Juli 1913 Nr. 246 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern teilt mir mit, dass Antwort der rumänischen Regierung auf die letzten bulgarischen Demarchen in dem heute mit hieramtlichem Telegramm Nr. 245 einberichteten Sinne durch Vermittlung des italienischen Gesandten nach Sofia abgesendet wurde. Gleichzeitig wurde an die rumänischen Vertreter in Belgrad und Athen die erteilte Antwort zur Mitteilung mit dem Ersuchen übermittelt, die respektiven Regierungen zur Äusserung aufzufordern, ob sie den rumänischen Vorschlag annehmen, in Nisch oder einem anderen Orte vorderhand nur die militärische Frage zu ordnen, alle politischen und territorialen Fragen jedoch einer Konferenz in Bukarest zu überlassen. Die künftige Haltung Rumäniens wird von den einlaufenden Antworten abhängen. Herr Majoresco ist nicht gesonnen nach Nisch zu gehen, als der Würde Rumäniens nicht entsprechend, möchte infolgedessen erreichen, dass Friedensverhandlungen hier stattfinden, wo Einfluss der Grossmächte möglich. Sollten Antworten Serbiens und Griechenlands ablehnend lauten, so beabsichtigt Majoresco dem König vorzuschlagen, mit Bulgarien eine direkte Verständigung zu suchen und zu Nischer Verhandlungen rumänischen Gesandten in Serbien zu delegieren. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 348 soeben erhalten, Demarche Herzog von Avarnas betreffend. Projekt der Entsendung Grossmächte-Vertreter nach Nisch würde hier deplorablen Eindruck hervorrufen und hiesige, unserem Gedankenkreise sehr entsprechende Vorgangsweise vollständig lahmlegen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7923, 7926, 7927.

Nr. 7926. Tel. aus Bukarest, 22. Juli 1913 Nr. 247 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Minister des Aeussern teilt mir mit, dass er italienischen Gesandten ersuchte, bulgarische Regierung wissen zu lassen, dass Rumänien nicht Absicht habe, in Sofia einzumarschieren und vorläufig rumänische Armee auf ihren Positionen zirka 40 Kilometer vor Sofia stehen bleiben werde. Majoresco fügte hinzu, dass rumänische Truppen Sofia nur in dem Falle besetzen würden, wenn serbische oder griechische Besetzung unausweichlich erschiene. Dies wäre jedoch nicht als feindlicher Akt Rumäniens anzusehen, sondern ein derartiger Beschluss wäre von der Erwägung geleitet, dass rumänische Truppen als die am nächsten stehenden 1.) das Vorrecht hätten, 2.) am raschesten jede revolutionäre Bewegung oder Massaker verhindern könnten, 3.) unter den Kriegführenden, als am wenigsten von Hass erfüllt, zu diesen Maßregeln am geeignetsten erscheinen. Rumänien, das keine Vernichtung Bulgariens wünsche, würde als Retter Bulgariens und seiner Dynastie auftreten. Minister hofft, dass es zu dieser äußersten Eventualität nicht kommen wird und versicherte mir, dass Rumänien, auch eventuell durch Einflussnahme der Krone auf die anderen Souveräne, auf eine Einstellung der Feindseligkeiten dringen werde. Meine Wahrnehmung geht dahin, dass man hier anfängt, über die exorbitanten Forderungen Griechenlands betroffen zu sein und befürchtet, dass von Athen aus Widerstand geleistet wird gegen die hier sehr am Herzen liegende, mit heutigem Telegramm Nr. 246 berichtete Vorgangsweise, welche Rumäniens Prestigezuwachs krönen würde. K. E. Fürstenberg.

[a] Oe. U. Balkan 368 Nr. 731. Vgl. n. 7923.

Nr. 7927. Tel. aus Bukarest, 22. Juli 1913 Nr.248 (eing. 6 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 348 und 349 von heute, Delegiertenentsendung Nisch betreffend. Heute Unterredung mit russischem Gesandten. Stellte fest, dass er von einer beabsichtigten Vertretung der Grossmächte oder Russlands allein bei Versammlung in Nisch nicht informiert ist, da er vollkommen hiesige Pläne (hieramtliches Telegramm Nr. 246 von heute) billige und seiner Regierung dringend geraten habe, nötigen Druck in Belgrad und Athen auszuüben, dass Rumäniens Vorschlag „de conclure à Nisch seulement un armistice sec et puis de traiter" von Kriegführenden angenommen werde. Er scheint es für gefährlich zu halten, dass dort Balkanstaaten allein untereinander politische und territoriale Abmachungen abschliessen, auch sei in materiell praktischer Hinsicht ein derartig abseits gelegener Ort ungeeignet. Er stimmte meiner Ansicht vollkommen bei, dass Serbien dies nur verlange, um sein Prestige zu vermehren. Russischer Kollege befürchtet auch, dass Griechenland die grössten Schwierigkeiten dem einfachen Waffenstillstandsabschluss in Nisch bereiten werde und führte laut ihm zugekommenen Nachrichten diese Intransigenz Athens auf zu starke Unterstützung seitens Deutschlands zurück. Dies hätte dort sogar Besitz Kavallas zugesichert. Er befürwortete in Petersburg, auch in Athen darauf hinzuwirken, dass bereits nach Nisch abgereistem griechischen Zivildelegierten militärischer Beirat nachgesendet werde. K. E. Fürstenberg.

Tel. nach Cetinje, 22. Juli 1913 Nr. 191 (chiffr. 23. Juli 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7914.

Tel. nach Konstantinopel, 22. Juli 1913 Nr. 349 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 7917.

Tel. nach Konstantinopel, 22. Juli 1913 Nr. 350 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 7928.

Tel. nach Konstantinopel, 22. Juli 1913 Nr. 351 (chiffr. 23. Juli 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7914.

Tel. nach London, 22. Juli 1913 Nr. 615 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 7917.

Tel. nach London, 22. Juli 1913 Nr. 616 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7918.

Nr. 7928. Tel. nach London Nr. 617 (1), Berlin Nr. 522 (2), Rom Nr. 826 (3), Paris Nr. 380 (4), St. Petersburg Nr. 428 (5), Konstantinopel Nr. 350 (6) und Bukarest Nr. 355 (7), 22. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 538 und 540, türkischen Vormarsch betreffend. Euer Exzellenz wollen Sir E. Grey sagen, daß ich mich mit seiner Auffassung begegne, wonach die Mächte, welche sich seinerzeit für die Linie Enos—Midia ausgesprochen haben, daran auch festhalten sollten. Zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information: Ich telegrafiere Inhalt Euer Exzellenz eingangs bezogener Telegramme an Grafen Szögyény und Herrn von Mérey behufs Besprechung mit Herrn von Jagow, beziehungsweise Marquis di San Giuliano. Ich füge an beide k. und k. Botschafter bei: Euer Exzellenz wollen hiebei bemerken, daß ich ein geschlossenes Vorgehen des Dreibundes in dieser Frage für dringend erwünscht halte. Ich habe daher Grafen Mensdorff vorläufig wie folgt geantwortet: (Folgt obige Instruktion an Euer Exzellenz.) Um unser weiteres Vorgehen konform mit jenem unserer Bundesgenossen einzurichten, ließe ich die dortige Regierung ersuchen, mir durch Euer Exzellenz ehestmöglich mittheilen zu lassen, wie sie sich zu der russischerseits auf der Réunion vorgebrachten Idee einer „starken Pression" und zu jener einer „Flottendemonstration" zu verhalten gedenkt, ob sie an einer navalen Demonstration — si omnes — theilzunehmen bereit wäre und was sie zu thun beabsichtige, falls etwa von irgendeiner Seite (russischer oder russisch-englischer) ein derartiger Schritt unternommen würde.

2.—7. Graf Mensdorff telegrafiert unterm gestrigen: ... *wie n. 7899 mit Korrekturen und n. 7897 in extenso* ...

2. u. 3. Vorstehendes zur Besprechung mit

2: Herrn von Jagow.

3: Marquis di San Giuliano.

2. u. 3. Euer Exzellenz wollen hiebei bemerken, daß ich ein geschlossenes Vorgehen des Dreibundes in dieser Frage für dringendst erwünscht hielte. Ich habe daher Grafen Mensdorff vorläufig folgendes geantwortet: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Euer Exzellenz wollen" bis „sollten."). (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Um unser weiteres" bis Schluß.)

4.—7. Ich antwortete Grafen Mensdorf: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Euer Exzellenz wollen“ bis „sollten.“) Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information

7. und Mittheilung an König Carol. Berchtold.

a) Vgl. n. 7991, 8012.

Nr. 7929. Tel. nach London Nr. 618 (1), Rom Nr. 827 (2) und Berlin Nr. 523 (3), 22. Juli 1913 (chiffr. 1 U. 20 M. a. m.).a) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 541 und 543 vom 21. d. M. Sir Fairfax Cartwright hat hier nachstehendes Aide-Mémoire überreicht. „Sir Edward Grey désire vivement un accord sur la question de l'organisation de l'Albanie. Il a communiqué à l'Ambassadeur d'Angleterre à titre confidentiel les observations suivantes. Sir Edward Grey fait objections aux mots suggérés au paragraphe 7 du projet austro-italien „le fonctionnement des autorités nationales qui administrent leur pays provisoirement et de fait“, parce que, selon son avis, les intrigues de certains hommes comme par exemple Essad Pacha et Ismail Kemal ont fait naître le soupçon qu'un Gouvernement national albanais a été créé complètement sous l'influence de l'Autriche-Hongrie et de l'Italie. D'autre part Sir Edward Grey suppose que le Comte Berchtold fait objection à l'amendement proposé par l'Ambassadeur de France, parce que les mots „choisira ses agents d'exécution“ donnent lieu à croire que la Commission Internationale a été chargée de ne faire aucun cas des autorités locales ou bien de les remplacer. Sir Edward Grey est d'avis que les deux objections pourraient être écartées par l'adoption des mots suivants qu'il a proposés hier à la réunion des Ambassadeurs: „Le fonctionnement de l'administration y compris la gendarmerie sera contrôlé par la Commission Internationale avec le concours des autorités locales.“ Sir Edward Grey croit que, si cet amendement était accepté, la prolongation des fonctions de la Commission Internationale de cinq à dix ans amènerait un accord sur tous les autres points.“ Meine schriftliche Antwort auf diese Pièce lautet: „En réponse à l'Aide-Mémoire du 22 courant le Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères a l'honneur d'attirer confidentiellement l'attention de l'Ambassade de Sa Majesté britannique sur les points suivants: Tout en partageant le vif désir de Sir Edward Grey d'arriver à un accord sur la question de l'organisation de l'Albanie, le Gouvernement Impérial et Royal croit devoir relever que le fait de la formation d'autorités provisoires nationales en Albanie ainsi que l'ascendant que les Puissances, qui se sont montrées favorables à l'idée nationale albanaise ont pu gagner dans le pays, est la conséquence naturelle des tendances contraires de quelques autres Cabinets auxquelles est également due la prolongation de l'état provisoire en Albanie. Quant à l'influence respective des Puissances en Albanie, le Gouvernement Impérial et Royal croit devoir, du reste, observer incidentellement que l'attitude de l'amiral britannique, Sir Cecil Burney, a fait naître le soupçon que l'évacuation de Scutari par les Monténégrins est due plutôt à l'initiative de la Grande-Bretagne qu'à un acte international. En mettant à part ces considérations générales, le Cabinet

de Vienne, tout en cherchant à trouver une formule, acceptable pour les autres Gouvernements, ne peut cependant consentir à des propositions qui attribueraient à la commission de contrôle des pouvoirs gouvernementaux ou qui tendraient à éliminer les autorités nationales existantes qui ont — malgré tout — le mérite d'avoir assuré l'ordre et la tranquillité au moins dans les régions évacuées par les troupes balkaniques. C'est dans cet ordre d'idées que le Gouvernement Impérial et Royal croit devoir formuler la contreproposition suivante pour le texte de l'alinéa 7: „Le Prince sera nommé dans un délai de 6 mois au plus tard. En attendant sa désignation et la formation du Gouvernement national définitif, le fonctionnement des autorités nationales provisoires, ainsi que de la gendarmerie, formera l'objet du contrôle de la commission internationale." En espérant que cette formule pourrait être généralement acceptée, le Gouvernement Impérial et Royal serait prêt à maintenir son consentement à la prolongation du mandat de la commission de cinq à dix ans, pourvu que sur tous les autres points un accord complet puisse être obtenu dans les termes du projet austro-italien." Mein im vorstehenden skizzierter Vorschlag zur Fassung des Alinea 7 ist zur Regelung Euer Exzellenz Sprache in der Réunion bestimmt, wobei ich bemerke, daß ich die Kabinette von Berlin und Rom unter einem um Unterstützung meines Standpunktes ersuchen lasse.

2. u. 3. Die Discussion der Organisation Albaniens auf der gestrigen Londoner Réunion nahm folgenden Verlauf: ... *wie n. 7900* ... Ich instruire unter einem Grafen Mensdorff, sich im nachstehenden Sinne zu äußern: „Le Cabinet de Vienne, tout en cherchant à trouver une formule acceptable pour les autres Gouvernements, ne peut (inseratur aus Telegramm sub 1. von „consentir à des propositions" bis „projet austro-italien".) Euer Exzellenz wollen vorstehendes zur Kenntnis der dortigen Regierung bringen und dieselbe um Unterstützung unseres Standpunktes ersuchen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7775, 7982, 7995, 7999, 8022, 8052.

Tel. nach London, 22. Juli 1913 Nr. 619 (chiffr. 23. Juli 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7914.

*Nr. **7930.** Tel. aus London, 22. Juli 1913 Nr. 544 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.*

Mein russischer Kollege teilte mir mit, seine Regierung wünsche sehr aufrichtig, über die Frage des Minoritätenschutzes sich mit uns zu verständigen und es scheine ihm auch kein prinzipieller Gegensatz zu bestehen. Er sei autorisiert, mit mir freundschaftlich die Frage zu besprechen. Russisches Bedenken geht hauptsächlich gegen ausdrückliche gesetzliche Anerkennung der albanesischen Nationalität, wobei das Hauptargument ist, daß eine solche Bestimmung die Folge hätte, daß Griechenland das gleiche für die Griechen in Bulgarien verlangen würde (ein erster derartiger Versuch ist bereits von Russland abgewiesen worden) und daß analoges Verlangen von allen Balkannationalitäten für die Konnationalen unter fremder Herrschaft erhoben würde. Nach Ansicht Grafen Benckendorffs wäre gegen die Anerkennung sprachlicher Rechte für Schule und Publikationen der Alba-

nesen in St. Petersburg kein prinzipieller Widerstand zu gewärtigen. Graf Benckendorff denkt sich, daß eine Einigung erzielt werden könnte, wenn der in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 573 vom 11. d. Mts. niedergelegte Text etwas modifiziert würde. Ich sagte meinem russischen Kollegen, meine Instruktion sei, auf Annahme unserer Formel zu beharren, und er möge dies auch nach Petersburg melden. Benckendorff proponierte, die Betonung des Prinzipes der Anerkennung der Nationalität zu unterlassen, aber alle aus demselben sich ergebenden Rechte aufzuzählen, so daß die Formel nach Zitierung der Berliner Vertragsbestimmungen folgendermassen fortfahren würde. „Ces articles ne concernant que les libertés religieuses et des questions de propriété, il est expressément entendu que les garanties s'étendent également au profit des Albanais au libre usage de la langue albanaise pour l'enseignement scolaire et pour la publication de libres et de périodiques". Mensdorff.

a) Vgl. n. 7956.

Nr. 7931. Tel. aus London, 22. Juli 1913 Nr. 545 (eing. 9 U. 20 M. p. m.).a) Entziff.

Im Nachhange zu meinen gestrigen Telegrammen Nr. 537 und 539 betreffend Friedensverhandlungen. Die Anregung Sir E. Greys, die auf einen russischen Vorschlag zurückzuführen ist, wurde vom russischen und französischen Botschafter mit der Bemerkung aufgenommen, dass ihre Regierungen sie gewiss akzeptieren würden. Der deutsche Botschafter erklärte ebenfalls, sie entspreche ganz den Ansichten seiner Regierung. Italienischer Botschafter und ich bemerkten, wir müssten bei unseren Regierungen anfragen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 7932.

Nr. 7932. Tel. aus London, 22. Juli 1913 Nr. 546 (eing. 11 U. 40 M. p. m.).a) Entziff.

Im Verfolge meiner gestrigen Telegramme Nr. 537 und 539 und meines heutigen Telegrammes Nr. 545 über Friedensunterhandlungen. Sir E. Grey sagte mir heute, er habe seine gestrige Anregung in der Reunion gemacht, nachdem er sich russischer Zustimmung vergewissert hatte. Hiemit wäre Standpunkt des k. u. k. Kabinettes betreffend Überprüfung und Sanktionierung der Totalität der territorialen Veränderungen angenommen. Premierminister habe auch in seiner gestrigen Rede in Birmingham diesen Grundsatz ausgesprochen, „die Grossmächte müssen und werden sich ihr Urteil über die Abmachungen der Kriegführenden reservieren." Staatssekretär meinte, er könne sich ganz gut vorstellen, dass in Wien gewisse Bedenken erweckt würden, dass Russland bei dem Friedensschlusse zwischen den Balkanstaaten eine besondere Rolle spielen wollte. Diese Bedenken müssten nun wohl zerstreut worden sein und er hoffe, dass dies auf die Behandlung aller übrigen Fragen einen günstigen Einfluss ausüben werde. Sir E. Grey hat in diesem Sinne an Sir F. L. Cartwright telegraphiert. Mit Rücksicht auf Anerkennung Prinzips des „examen et approbation des Puissances" könnte man meinen, dass die im Telegramme 610 vom 21. d. Mts.

enthaltene Nachricht, dass Herr Pichon Entsendung eines russischen Delegierten zu Balkanfriedensverhandlungen beantragt, überholt ist. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 369 Nr. 733.

Nr. 7933. Tel. aus London, 22. Juli 1913 Nr. 547 (eing. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 608 vom 21. d. M., betreffend Evakuierung Albaniens durch serbische Truppen. Ich habe auftraggemäß mit Sir E. Grey gesprochen und ihm abermals klar gemacht, dass Evakuierung ausdrückliche Bedingung unseres Aufgebens Diakowas war. Ich übergab ihm schriftliche Notiz über Anwesenheit serbischer Truppen in Albanien. Auf der Reunion konnte ich es nicht vorbringen, weil jeder diesbezügliche Vorschlag meinerseits mit der Forderung beantwortet würde, die Wiederholung der Zusicherung des accès commercial zu machen. Ich habe darüber mit Sir E. Grey gesprochen, der ganz bereit ist, in Belgrad energische Schritte wegen Evakuierung zu unternehmen, sobald wir ihn zur Wiederholung der Zusage des accès commercial ermächtigen, die sofort auf der Reunion von Herrn Cambon aufgeworfen würde, wenn wir von (Evakuierung)[b]) sprechen. Auf mein Verlangen hat Grey diese Frage zurückgehalten; wir hofften beide, eine Verständigung über Minoritätenschutz zu erzielen, und auch er würde gerne alle diese Fragen gleichzeitig erledigt sehen. Ein energischer Schritt in Belgrad wegen Evakuierung ist auf der Reunion nicht durchzusetzen, solange wir das Junktim zwischen accès commercial und Minoritätenschutz aufrechterhalten, außer wir haben über letzte Frage eine Einigung zustandegebracht. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 7956. — [b]) Chiffre fehlt.

Tel. nach Paris, 22. Juli 1913 Nr. 378 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 7917.

Tel. nach Paris, 22. Juli 1913 Nr. 379 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7918.

Tel. nach Paris, 22. Juli 1913 Nr. 380 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 7928.

Tel. nach Paris, 22. Juli 1913 Nr. 381 (chiffr. 23. Juli 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7914.

Tel. nach Rom, 22. Juli 1913 Nr. 824 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 7917.

Tel. nach Rom, 22. Juli 1913 Nr. 825 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7918.

Tel. nach Rom, 22. Juli 1913 Nr. 826 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 7928.

Tel. nach Rom, 22. Juli 1913 Nr. 827 (chiffr. 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 7929

Tel. nach Rom, 22. Juli 1913 Nr. 828 (chiffr. 23. Juli 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7914.

Tel. nach St. Petersburg, 22. Juli 1913 Nr. 426 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 7917.

Tel. nach St. Petersburg, 22. Juli 1913 Nr. 427 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 7918.

Tel. nach St. Petersburg, 22. Juli 1913 Nr. 428 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 7928.

Tel. nach St. Petersburg, 22. Juli 1913 Nr. 429 (chiffr. 23. Juli 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7914.

Nr. 7934. Tel. nach Sofia, 22. Juli 1913 Nr. 387 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 811 von heute erhalten. Prinz Fürstenberg telegrafiert mir gleichfalls unterm heutigen,[a] daß die letzten Depeschen König Ferdinands an König Carol sowie Herrn Ghenadiews an Herrn Majoresco in Bukarest eingetroffen sind und anscheinend einen guten Eindruck hervorgerufen haben. Prinz Fürstenberg spricht die Vermutung aus, daß auf Grund dieses letzten Schrittes Bulgariens die Einstellung des Vormarsches der rumänischen Armee beschlossen werden dürfte. Euer Hochgeboren wollen Herrn Ghenadiew hievon in Kenntnis setzen und bemerken, ich hätte mit Befriedigung vernommen, daß Bulgarien, wenn auch verspätet, unseren Ratschlägen nunmehr Gehör geschenkt habe und ich erwartete mir von dieser Haltung auch heute noch eine günstige Beeinflussung der Situation. Berchtold.

[a] n. 7891.

Tel. nach Sofia, 22. Juli 1913 Nr. 388 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 7917.

Nr. 7935. Tel. nach Sofia, 22. Juli 1913 Nr. 389 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Graf Mensdorff telegrafiert unterm 21. d. M. wie folgt: ... *wie n. 7899 auszugsweise mit Korrektur und n. 7897 in extenso* ... Vorstehendes zu Euer Hochgeboren Information. Euer Hochgeboren wollen den Umstand, daß die Diskussion auf der Réunion über den türkischen Vormarsch über unsere Anregung eröffnet wurde, bei der dortigen Regierung entsprechend verwerthen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8004.

Tel. nach Sofia, 22. Juli 1913 Nr. 390 (chiffr. 23. Juli 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 7914.

Nr. 7936. Tel. nach Sofia, 22. Juli 1913 Nr. 392 (chiffr. 23. Juli 1 U. a. m.).[a] Konz. (S. u. G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 827 bis 830. Mit Rücksicht auf die von Herrn Ghenadiew gemachten Mitteilungen über die bulgarische Armee telegrafire ich an Prinzen Fürstenberg wie folgt: ... *wie n. 7923 in extenso* ... Auf den weiteren Inhalt der Telegramme Euer Hochgeboren behalte ich mir vor zurückzukommen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7940, 7966.

Nr. 7937. Tel. aus Sofia, 22. Juli 1913 Nr. 827 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Geheim. Minister des Aeußern besuchte mich soeben, besprach zuerst Lage und sagte dann, im gegenwärtigen Momente handle es sich darum, zu wissen, ob Bulgarien auf uns zählen kann. Für Zustandekommen Waffenstillstandes, der unerläßlich, hatte Minister bereits unsere Unterstützung erbeten (mein Telegramm 824 von heute nachts). Für Frieden und Regelung der territorialen Fragen glaubt Minister des Aeußern mit zwei Möglichkeiten rechnen zu sollen: entweder definitive Regelung durch direkte Pourparlers mit Kriegführenden, in welchem Falle Bulgarien schon bei diesen Verhandlungen unsere Unterstützung unentbehrlich wäre, oder aber Regelung durch Kriegführende, die noch einer Revision durch Mächte unterzogen wäre, welch letztere Modalität Abschluss beschleunigen würde, da Bulgarien, wenn es auf unsere Hilfe bei Revision zählen wird, auch harte Bedingungen leichter unterschreiben könnte. Weiters gibt mir Minister des Aeussern im Namen der Regierung folgende Erklärung ab: Falls Österreich-Ungarn noch Interesse daran fände, Bulgarien durch eine Allianz und formelle Verträge bleibend an sich zu fesseln, so finde bulgarische Regierung hiezu Moment gut gewählt, nicht nur weil hiesige öffentliche Meinung von Russland abgefallen, sondern weil in gegenwärtiger, so schmerzlicher Krise Bulgarien einmal mehr wissen muss, dass sein Heil von Wien kommt. Minister des Aeussern gibt vorstehende Erklärung ab und fragt, ob sich unsere Dispositionen Bulgarien gegenüber angesichts letzter Ereignisse nicht geändert. Bezüglich Art, Form und Modalitäten, wie Vertrag zu schließen, erbittet Minister Propositionen Euer Exzellenz, wobei ihm auch erwünscht wäre, zu erfahren, worauf Bulgarien unter gegebenen Umständen unsererseits rechnen kann. Minister des Aeussern ist der Ansicht, dass eventueller Vertrag mit uns, den er, falls Euer Exzellenz hiezu bereit, so schnell als möglich zu perfektionieren wünscht, unter gleichzeitiger Aufnahme Rumäniens in diese Kombination, geschlossen werden könnte. Mitredner betonte wiederholt, Regierung denke an dauernde, durch Staatsvertrag festgelegte, neue Orientierung bulgarischer Politik (die immer Credo ihrer Partei gebildet) und die in Allianz mit Österreich-Ungarn und Rumänien bestehen würde. Tarnowski.

[a] Vgl n. 7938, 7939, 7940, 7941, 7942, 7946, 7964, 7965, 7967, 8006, 8091, 8157, 8647, 8735, 8781, 8786, 10389 Anm. c.

Nr. 7938. Tel. aus Sofia, 22. Juli 1913 Nr. 828 (eing. 8 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Ausser Eröffnung, die mit meinem Telegramme 827 von heute vorgelegt, sagte noch Minister des Äussern, Waffenstillstand sei für Bulgarien so dringend notwendig, dass er denselben auf Grund heute eingelangter Antwort Herrn Majorescos Rumänien sofort vorschlagen werde und um unsere Unterstützung diesfalls bitte. Er wiederholte auch sein Ersuchen um erneuerte Einwirkung in Belgrad und Athen im Sinne sofortigen Waffenstillstandes. Herr Ghenadieff teilte mir vertraulich mit, russischer Gesandter

hätte sich bei ihm anbötig gemacht, Waffenstillstand mit Serbien zu vermitteln. Dies beweise zwar, dass Lage serbischer Armee ungünstig, nachdem aber jene der bulgarischen infolge durch Rumänien abgeschnittener Verbindungen unhaltbar, blieb bulgarischer Regierung nichts übrig, als auf obige Proposition russischen Vertreters einzugehen, zumal er sich mit Belgrad direkt in Verbindung setzen könne, was Sache zu beschleunigen geeignet. Herr Ghenadiew war besorgt, ob Umstand, dass er von russischer Vermittlung in diesem Falle Gebrauch mache, uns nicht verstimmen werde, worauf ich antwortete, dass er Recht habe, jedes Mittels sich zu bedienen, um Waffenstillstand rasch zu erreichen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7940, 7941.

Nr. 7939. Tel. aus Sofia, 22. Juli 1913 Nr. 829 (eing. 8 U. p. m.).[a]) Entziff.

Nach Besuch Ministers des Äussern sprachen bei mir Ministerpräsident und Finanzminister Tontcheff vor. Sie bezogen sich auf Erklärungen Ghenadiews (mein Telegramm Nr. 827 von heute) und wiesen auf soeben dem Ministerrate erstatteten Bericht des Oberkommandierenden hin, wonach Lage der Armee kritisch und Katastrophe binnen wenigen Tagen unvermeidlich, wenn Serben Abschluss des Waffenstillstandes verzögern sollten. Situation der Südarmee, die sich vor Griechen zurückziehe, noch schlechter und Griechen schienen Feindseligkeiten nicht einstellen zu wollen. Wenn wenigstens mit Serben Waffenstillstand sofort zustande käme, könnte Vordringen der Griechen eher aufgehalten werden. Die Minister sagten, sie begriffen, dass wir gegen Rumänien nichts unternehmen könnten, nachdem aber Bulgarien sämtliche Forderungen Rumäniens erfüllt, hoffen sie, dass wir nach heutiger Erklärung bulgarischer Regierung (mein vorzitiertes Telegramm Nr. 827) Verständigung mit Rumänien rasch vermitteln könnten und sobald dies geregelt, eine entschiedenere Stellung Serbien gegenüber einnehmen und letzteres zur Einstellung der Feindseligkeiten zwingen würden. Wenn Wiener Kabinett heutige (Allianz) Proposition bulgarischer Regierung anzunehmen bereit, wäre es im Interesse neuen Kurses, dass zugleich von Österreich-Ungarn jetzt Hilfe komme und das Land erkenne, dass Monarchie Bulgarien gerettet und ihm demütigende Kapitulation respektive Einmarsch der Serben und Griechen in Sofia erspart.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7940, 7941.

Nr. 7940. Tel. aus Sofia, 22. Juli 1913 Nr. 830 (eing. 8 U. p. m.).[a]) Entziff.

Vor den heutigen Besuchen der Minister, worüber mit meinen Telegrammen Nr. 827, 828 und 829 Meldung erstattet, besuchte mich Dobrovič, um mir im Auftrage König Ferdinands Antwort zu zeigen, die auf gestriges Telegramm Seiner Majestät von König Karl gekommen. Diese Antwort ist sehr freundlich, enthält aber nichts Konkretes und hat König Ferdinand — wie er mir sagen liess — nicht befriedigt. Dobrovič erwähnte die mir auch

durch italienischen Kollegen bekannt gewordene Nachricht aus Bukarest, wonach Rumänien als Ort der Verhandlungen Sinaia oder Bukarest vorschlagen würde, und meinte, dies sei zwar günstig, dass aber, bevor Konferenz zusammentritt, Katastrophe eintreten könnte. Lage der Armee immer kritischer und, wenn Waffenstillstand nicht sofort herbeigeführt, drohe kompletter Zusammenbruch. Dobrovič bemerkte, dass Regierung an alle Mächte Ersuchen gerichtet, sich für Einstellung der Feindseligkeiten zu verwenden und ersuchte mich, im Auftrage des Königs um unsere Intervention im obigen Sinne. Ich sagte, dass dies bereits gestern getan, dass aber über Wunsch Seiner Majestät des Königs erneuert telegrafieren werde. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7909, 7923, 7936, 7941.

Nr. 7941. Tel. aus Sofia, 22. Juli 1913 Nr. 831 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

In Ergänzung meines Telegrammes Nr. 827 und folgender. Fragte Minister des Aeußern, ob Eröffnungen, die er mir gemacht, mit Einverständnis Königs erfolgt. Mitredner antwortete bejahend, meinte nur, König sei noch in Unkenntnis, daß Schritt bei mir bereits gemacht. Regierung habe noch vor Amtsantritt Seiner Majestät schriftlich erklärt, daß ihr Programm enge Anlehnung an Oesterreich-Ungarn. Seither habe Ghenadieff König für diese einzig mögliche Orientierung der äußeren Politik zu gewinnen gewußt und wenn er sich zu Abgabe Erklärungen bei mir nicht spezielle Autorisierung Königs geholt, so habe er dies deswegen vermieden, da periculum in mora und er Unentschlossenheit des Königs befürchte, die Demarche bei mir noch weiter verzögert hätte. Minister des Aeußern betonte wiederholt mit Nachdruck, er stehe dafür ein, Sanktion Königs für alles, was mit uns unterzeichnet werden würde, zu erlangen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7946, 7964.

Nr. 7942. Tel. aus Sofia, 22. Juli 1913 Nr. 832 (eing. 11 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Es ist mir soeben zu Ohren gekommen, dass König Ferdinand Telegramm vom Kaiser von Russland erhalten mit Versicherung, dass Russland Demütigung Bulgariens nicht gestatten würde. Befragt von mir, bestätigte Minister des Äussern Richtigkeit Gerüchtes und sagte: Kabinett Danew hätte, als sich Türken zu rühren anfingen, eine Depesche an Zaren vorbereitet, die König vor einigen Tagen absenden hätte wollen. Da Telegramm in unterwürfigem Tone verfasst gewesen, habe jetzige Regierung eine würdigere Fassung vorgeschlagen und in Absendung eingewilligt. Heute nach dem Besuch, den mir Minister abgestattet, sei Antwort aus Petersburg gekommen, die mir Herr Ghenadieff vorgelesen. Im wesentlichen sagt Telegramm, dass Zar kritische Lage Bulgariens bedauere, Ursachen, die Unglück herbeigeführt, momentan nicht prüfen wolle, sich über Entsendung Delegierter nach Nisch freue, für Bulgarien stets von Wohlwollen erfüllt

sei und dessen Demütigung nicht zulassen werde. Auf meine Frage, ob dieses Telegramm des russischen Kaisers an Absichten bulgarischer Regierung, die mir Herr Ghedanieff heute eröffnet,[a] etwas ändere, antwortete Minister verneinend und bemerkte: „nous cherchons aide partout où nous pouvons la trouver et nous n'aurons qu'à nous féliciter si grâce au télégramme du Roi au Tsar la Russie ne jouera pas double jeu à Constantinople. Quant aux ouvertures que je vous ai faites, la réponse de l'Empereur de Russie n'y change rien. Nous ne voulons plus de politique de balançoire, mais celle d'un rapprochement définitif et aussi étroit que possible à l'Autriche-Hongrie". Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7937, 7946.

Nr. 7943. Tel. aus Sofia, 22. Juli 1913 Nr. 833 (eing. 23. Juli 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Minister des Äussern zeigte mir, von dieser ersten guten Nachricht befriedigt, Telegramm, das er heute von Majoresco im Wege der italienischen Gesandtschaft erhalten. Rumänisches Oberkommando hat Befehl Einstellung Vormarsches erteilt. Zerstörte Eisenbahnbrücken bei Plevna werden wieder hergestellt und Telegraphenleitungen repariert. Waffenstillstand wird in Nisch verhandelt, wohin Rumänien einen General entsendet. Verhandlungen in Bukarest, wohin Rumänien bulgarische Delegierte einladet und wohin Herr Venizelos und Herr Pašić kommen würden. Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 368 Nr. 730. Vgl. n. 7945.

Nr. 7944. Tel. aus Sofia, 22. Juli 1913 Nr. 835 (eing. 23. Juli 7 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Minister des Äussern sagte mir vertraulich, russischer Gesandter hätte ihn heute besucht und ihm mitgeteilt, Majoresco und Take Jonesco hätten Herrn Schebeko verständigt, dass rumänische Regierung Griechenland erklärt habe, letzteres werde, falls es zu hohe Prätensionen erhebe, isoliert bleiben. Herr Nekludow habe Herrn Ghenadieff zu verstehen gegeben, dass Balkanfragen von einem europäischen Kongress geregelt werden würden und redete ihm zu, sich mit Serbien möglichst zu verständigen, so dass beide slavischen Staaten am Kongress bereits solidarisch auftreten. Herr Pašić sei sehr gut disponiert — meinte Nekludow — und Serbien würde Griechenland im Stiche lassen, was Bulgarien ausnützen könnte. Herr Ghenadieff sagte mir, dass er russischem Gesandten für „guten Rat" gedankt. Es sei lächerlich, meinte Mitredner, Bulgarien von Verständigung mit Serbien zu sprechen. Wenn Bulgarien heute so tief gesunken, verdanke es nur Politik Herrn Geschoffs und Herrn Danews, die sich von slavischer Solidarität inspiriert hätten. Er, Ghenadieff, sehe Heil Bulgariens nur in Anlehnung an Monarchie. Russischer Gesandter erklärte auch heute Minister des Äussern, Russland werde von der Türkei Respektierung Grenze Enos—Midia verlangen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7946, 8035.

Nr. 7945. Tel. aus Sofia, 22. Juli 1913 Nr. 836 (eing. 23. Juli 7 U. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern antwortete auf in meinem Telegramme Nr. 833 von heute besprochene Mitteilung Herrn Majorescos im wesentlichen wie folgt: Er konstatiere mit Befriedigung Übereinstimmung bulgarischen und rumänischen Standpunktes in grundsätzlichen Fragen und sprach Zuversicht aus, dass sich auch in Details keine Divergenz finden werde. Bulgarische Delegierte seien bereits in Nisch, um Waffenstillstand zu schliessen. Die Einladung rumänischer Regierung zu Friedensverhandlungen nach Bukarest nehme Bulgarien mit Empressement an und werde seinen Delegierten dorthin entsenden, der je nach Wunsch rumänischer Regierung über Entente mit ihr entweder im Zusammenhange mit sonstigen Präliminarfriedensverhandlungen oder abgesondert nur zwischen Bulgarien und Rumänien verhandeln werde. Ghenadieff sagte mir, er habe Wahl rumänischer Regierung gelassen, würde aber selbstredend letzteres vorziehen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7968.

Nr. 7946. Tel. aus Sofia, 22. Juli 1913 Nr. 837 (eing. 23. Juli 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Zu meinem Telegramme Nr. 831 vom 22. d. Mts. Ich habe heute abends Ministerpräsidenten und Finanzminister Tontcheff gesprochen, die mir mit obzitiertem Telegramme gemeldete Aeußerungen des Ministers des Aeußern voll bestätigten. Sie nehmen es auf sich, für Konvention, die das Kabinett mit uns abschließen würde, Sanktion König Ferdinands zu erlangen und sie zweifeln überhaupt nicht, daß der König nunmehr für politischen Anschluß an Monarchie gewonnen. Die Minister rechneten bloß mit Zaghaftigkeit des Königs und wollen deswegen mit fertiger Sache an Seine Majestät herantreten. Sowohl Ministerpräsident als Tontcheff hätten vor dem König wiederholt Notwendigkeit sofortiger Anlehnung an Oesterreich-Ungarn und Details solcher Politik entwickelt und Seine Majestät hätte diesem Programme völlig beigepflichtet. Die Minister sagten mir, der König habe ihnen auch versprochen, mir anlässlich kürzlicher Audienz seine Absicht bekanntzugeben, Politik Bulgariens im Sinne der Anlehnung an Monarchie zu orientieren und, wenn er es nicht ganz deutlich getan, so läge dies in seiner gewundenen Art sich auszudrücken und in seiner übertriebenen Vorsichtigkeit. Aus den Aeußerungen des Ministerpräsidenten, des Finanzministers und des Ministers des Aeußern, den ich heute abends nochmals gesehen, ging hervor, daß sie bei Lösung Krise von uns keine andere als bloß diplomatische Unterstützung erwarten. Die Minister sind, wie sie mir so oft und auch heute sagten, von Unaufrichtigkeit Russlands überzeugt und hoffen bei Verteilung Balkans durch uns das zu erlangen, was Bulgarien sonst nicht erlangen würde. Unvorgreiflich der Antwort, die Euer Exzellenz auf Allianzantrag bulgarischer Regierung erteilen werden, möchte ich hervorheben, daß, wenn wir im gegenwärtigen, für Bulgarien so entscheidenden und kritischen Moment die Hand, die es uns entgegenstreckt, zurückweisen, die Gelegenheit, das

Königreich dauernd an uns zu fesseln, für unabsehbare Zeit versäumt und dies von weittragenden Folgen begleitet sein könnte. Voraussetzung der Daseinsberechtigung der gegenwärtigen Regierung ist politische Reussite sowie Hilfe. Wird in Rede stehende Proposition von uns abgewiesen, ist nicht nur mehr oder weniger russophiles Kabinett sicher, sondern es besteht auch Gefahr, daß jetzt am Ruder befindliche Partei ihr bisheriges Programm der Annäherung an uns als unrealisierbar fallen lassen muß. Russland, das in letzter Zeit apathisch, beginnt hier jetzt schon wieder zu werben: Telegramm des Zaren an König Ferdinand,[b] russische Preßstimmen und das in meinem Telegramme Nr. 835 von heute Gesagte. Es ist der einzige Moment, Russland hier bleibend aus dem Sattel zu bringen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7937, 7964. — [b] Vgl. n. 7942.

Nr. 7947. Tel. nach Athen Nr. 154 (1), Belgrad Nr. 212 (2), Berlin Nr. 526 (3) und Rom Nr. 832 (4), 23. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

1. und 2. Wie mir Prinz Fürstenberg heute meldet,[b] hat die rumänische Regierung einem von König Ferdinand an König Carol gerichteten Ersuchen entsprechend gestern abend einen militärischen Bevollmächtigten mit dem Auftrage nach Nisch entsendet, dort mit den anderen Vertretern sofort „arrêt des armées et suspension d'armes" zu vereinbaren. Die rumänische Regierung hat Serbien und Griechenland den sofortigen Abschluss dieser Vereinbarung in Nisch und die Fortführung der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen in Bukarest mit dem Bemerken vorgeschlagen, dass eine weitere Fortsetzung des Krieges die Kriegführenden ihrer Ansicht nach in Schwierigkeiten stürzen könnte. Euer etc. wollen bei der dortigen Regierung nachdrücklichst für die Annahme dieser rumänischen Proposition eintreten und darauf hinweisen, dass deren Zurückweisung die Position der beiden verbündeten Staaten nicht verbessern könnte. Wir müssten in der Ablehnung dieses Vorschlages den Beweis erblicken, dass Serbien und Griechenland auf die völlige Niederwerfung Bulgariens, die wir bekanntlich nicht zulassen könnten, ausgehen.

3. und 4. Ich telegraphiere wie folgt nach Belgrad und Athen: (Inseratur Telegramm sub 1. und 2. in extenso.) Euer Exzellenz wollen Vorstehendes

3. Herrn von Jagow

4. Marquis di San Giuliano

3. und 4. mitteilen und daran das Ersuchen knüpfen, in Athen und Belgrad gleichfalls in nachdrücklicher Weise für die Annahme der rumänischen Proposition einzutreten.

[a] Oe. U. Balkan 372 Nr. 739. Vgl. n. 7819, 7974, 7975, 7977, 7984, 8001, 8002, 8010, 8013, 8054, 8060 Anm. b. — [b] n. 7953.

Nr. 7948. Tel. nach Athen, 23. Juli 1913 Nr. 155 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Konz. (S. Egger; V. Nemes u. Berchtold; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 546 vom 21. d. M. Herr Streit hat mir unlängst tatsächlich von dem Projekte eines serbischen Hafens am Ägäischen Meere, und zwar östlich von Kavalla, gesprochen. Ich habe

dem Herrn Gesandten erwidert, daß es mir unmöglich erscheint, mich über diesen Gegenstand auszusprechen, da der ganze Komplex der territorialen Fragen gemeinsam werde zur Behandlung kommen müssen, so daß ein Herausgreifen einzelner Punkte nicht angemessen sei. Im übrigen müsse ich bemerken, daß mir die Konstruktion eines bis östlich von Kavalla reichenden serbischen Territoriums einigermaßen unnatürlich und kaum durchführbar erscheine. Herr Streit hat hierauf eine Bemerkung fallen lassen, daß, seiner Ansicht nach, es sich bloß um einen „accès commercial" an das Ägäische Meer handeln würde, wie dies bezüglich der Adria vereinbart worden sei. Ich habe mich dieser Eventualität gegenüber nicht ablehnend verhalten, ohne jedoch auf diesen Gegenstand weiter einzugehen und bemerke zu Euer Exzellenz vertraulicher Information, daß man im Wege des serbischen Vertreters in Konstantinopel durch Markgrafen Pallavicini[a] schon mit einem ähnlichen Ansinnen an mich herangetreten ist. Ich beabsichtige nicht, mich in eine weitere Konversation über diesen Gegenstand einzulassen, da es sich hier um eine serbische Angelegenheit handelt und ich der Ansicht bin, daß Serbien mit seinen Wünschen direkt an uns herantreten müsse. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und allfälliger Regelung Ihrer Sprache, wobei Hochdieselben bemerken können, daß die der griechischen Anregung offenbar zugrunde liegende, der Monarchie freundliche Absicht bei mir volle Würdigung gefunden hat.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 7789.

Nr. 7949. Tel. aus Athen, 23. Juli 1913 Nr. 558 (eing. 24. Juli 6 U. 40 M. a. m.).[a]) Entziff.

Bulgarischer Vorschlag. Die in Euer Exzellenz Telegramm von gestern Nr. 152 angeordnete Demarche 6 Uhr nachmittags bei Herrn Venizelos ausgeführt. Seine Antwort: Russischer Gesandter hätte heute mittags analogen Schritt gemacht, von welchem sogleich König-Oberkommandant dringend informiert wurde. Er, Venizelos, hätte hiebei angedeutet, daß bulgarischer Vorschlag allenfalls in Erwägung gezogen werden könnte. Von Seiner Majestät sei aber soeben absolut negative Antwort eingetroffen und zwar in einer Form, die eine Art Vorwurf gegen seine, Herrn Venizelos', Anschauungsweise enthielt. Resumé: Kein Waffenstillstand vor unterschriebenem Präliminarfrieden. Herr Venizelos las mir königliches Telegramm teilweise vor. Ablehnende Antwort begründet Seine Majestät mit illoyaler Haltung Bulgariens, von welcher Griechenland schon so viele bittere Erfahrungen gemacht, daß es unverzeihlich wäre, in frühere Fehler nochmals zu verfallen. König fügt hinzu: Sollte Rumänien auf bulgarischen Vorschlag eingehen, so sei es frei zu handeln, wie es ihm beliebe; wenn aber Serbien derlei Velleitäten äußern sollte, so müßte dieses energisch an seine Verpflichtungen gegen Griechenland erinnert werden, nicht einseitig und zwar ohne schriftliche Ermächtigung durch griechische Regierung vorzugehen. Angesichts dieser Stellungnahme Seiner Majestät bat mich Herr Venizelos, Höchstdessen Antwort auf die russische Demarche auch als Beantwortung meines Schrittes, von welchem er übrigens Seiner Majestät

dem König sogleich Kenntnis geben werde, betrachten zu wollen. Ich äußerte kurz mein Bedauern über diese intransigente Haltung Königs, welche jedoch Herr Venizelos im Innern zu billigen scheint, denn er äußerte: Schon in der Tatsache, daß bulgarische Regierung sich bereit erkläre, eventuell sofort zu demobilisieren, liege eine Unaufrichtigkeit, denn sie verspreche etwas Unmögliches, da sie angesichts des Vormarsches der Türken nicht demobilisieren könne. Von der im letzten Alinea[b]) Euer Exzellenz Telegrammes enthaltenen Erklärung nahm Venizelos ohne Kommentar Kenntnis. Braun.

[a]) Oe. U. Balkan 371 Nr. 736. Vgl. n. 7973, 7974, 7985 Anm. b, 8035 Anm. b. — [b]) Vgl. n. 7914 sub 1.—3. von „Gleichzeitig wollen" bis „zu genehmigen".

Tel. nach Belgrad, 23. Juli 1913 Nr. 212 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 7947.

Nr. 7950. Tel. nach Belgrad Nr. 213 (1) und Rom Nr. 835 (2), 23. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. u. 2. Im Verfolge meines Telegrammes
1. Nr. 207
2. Nr. 819
1. u. 2. vom 20. d. M.

1. Euer Hochwohlgeboren wollen im Einvernehmen mit Ihrem italienischen Kollegen, welcher eine analoge Instruction erhält, eine neue Demarche bei der serbischen Regierung behufs Evacuirung des albanesischen Territoriums durch die serbischen Truppen unternehmen. Hiebei wäre dem Belgrader Kabinete mitzutheilen, daß die k. und k. und die königlich italienische Regierung den Valonaer Machthabern wiederholt nahegelegt haben, von der Bildung von Banden Abstand zu nehmen und daß die provisorische Regierung Albaniens dieser Einladung Folge geleistet hat. Bei längerem Verbleiben der serbischen Truppen auf albanesischem Gebiete würde somit die Verantwortung für eventuelle albanesisch-serbische Zwischenfälle ausschließlich die serbischen Behörden treffen.

2. Auf Grund einer Besprechung mit Herzog Avarna richte ich nachstehende telegraphische Weisung an Herrn von Ugron: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Euer Hochwohlgeboren wollen" bis zum Schluß.) Vorstehendes zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 372 Nr. 741. Vgl. n. 7962, 7978, 8055.

Nr. 7951. Tel. aus Belgrad, 23. Juli 1913 Nr. 512 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.

Verhandlungen mit Bulgarien. Die Einleitung der Friedensverhandlungen ist neuerlich etwas hinausgeschoben worden, da Alliierte diesbezüglich noch nicht ganz einig sind. Die Serben möchten in Nisch nur die militärische Frage zur Sprache bringen und über die politische Frage in Bukarest verhandeln, wohin alle vier Minister sich begeben sollten. Man erwartet noch Antwort aus Bukarest und Athen. Ugron.

Tel. nach Berlin, 23. Juli 1913 Nr. 526 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 7947.

Nr. 7952. Tel. aus Bukarest, 23. Juli 1913 Nr. 249 (eing. 5 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 340[b] von gestern, betreffend Vertretung Dreibund-Interessen durch Rumänien. Durch hieramts expedierte telegraphische Berichterstattung Grafen Hoyos' über seine Konversation mit Herrn Majoresco (hieramtliches Telegramm Nr. 244 vom 21. d. M.) findet obiges Telegramm Euer Exzellenz bereits seine Beantwortung. Hoyos, der heute abends in Wien eintrifft, wird in Übereinstimmung mit mir Euer Exzellenz dahin informieren, daß mit Hinblick auf die hiesige Lage es sich äußerst empfehlenswert erwiese, wenn Euer Exzellenz rumänischer Regierung baldmöglichst die Auffassung des Wiener Kabinetts über die Gestaltung der künftigen territorialen Grenzen der Balkanstaaten bekanntgeben würden. Bei einer Informierung der rumänischen Regierung über unsere Wünsche von Fall zu Fall, liegt Gefahr nahe, daß sich dieselbe ohne bösen Willen, aber in Unkenntnis des Wiener Standpunktes in irgendeiner Richtung festlegen könnte, die unseren Interessen nicht entsprechen würde. Es müßte auch vorgebeugt werden, daß man sich hier gegebenenfalls auf Nichtorientiertheit über unsere Auffassung ausrede. Jedenfalls dürfte nebst den Balkanstaaten auch Russland vor Beginn der hiesigen Verhandlungen Rumänien für ihre respektiven Interessen zu gewinnen trachten. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 8016. — [b] Richtig 350 = n. 7922.

Nr. 7953. Tel. aus Bukarest, 23. Juli 1913 Nr. 250.[a] Abschrift.[b]

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 352 von heute, Waffenstillstand betreffend. Minister theilt mir mit, dass gestern Abend durch Vermittlung italienischen Vertreters Telegramm König Ferdinands an König Karl eintraf, in welchem um Abschluss des Friedens im Laufe der Nacht oder heutigen Morgens gebeten wird. Abschluss Friedens stellt in so wenigen Stunden physische Unmöglichkeit [dar], aber um dem Wunsche möglichst entgegen zu kommen, wurde abends 8 Uhr rumänischer, in Belgrad befindlicher Generalstabsofficier beauftragt, sich unverzüglich nach Nisch zu begeben und dort mit Serbischen und Bulgarischen Vertretern „arrêt des armées" oder „suspension d'armes" sofort abzuschliessen. Herr Filiti hat Auftrag, dies serbischer Regierung mit dem Bemerken mitzutheilen, dass nach Ansicht rumänischer Regierung weitere Fortsetzung Krieges Kriegführende in Schwierigkeiten stürzen könnte. Copie dieses Telegrammes wurde auch nach Athen gesendet. Heute Nacht traf aus Athen Depeche ein als Antwort auf gestrige hiesige Proposition, worin derselben zugestimmt, jedoch beantragt wird, Waffenstillstand-Verhandlungen gleichzeitig mit Friedensverhandlungen in Bukarest durch specielle Militärdelegierte zu führen. Minister, der darin nur eine griechische Ausflucht sieht, wird abermals eine Dépeche nach Athen richten, worin er augenblicklichen Abschluss „suspension

d'armes, arrêt des armées" in Nisch vorschlägt, Führung weiterer Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen in Bukarest in Aussicht stellt. Aus Mittheilungen hiesigen serbischen Gesandten glaubt Minister schliessen zu können, dass umgehende „suspension d'armes" und „arrêt des armées" in Serbien angenommen werden wird und griechische Armee allein nicht weiter wird vorgehen können. Sollte dies aber doch eintreten, so ist Herr Maioresco der von Euer Exzellenz in obzitiertem Telegramm ausgesprochenen Ansicht, dass Rumänien in Athen mit umgehend[em] Abschluss Separatfriedens drohen müsste. Minister erklärte mir, dass seine Regierung unter keiner Bedingung einer übermäßigen Vergrösserung Griechenlands zustimmen wird, Kavalla dürfte absolut nicht griechisch werden. Rumänische Armée hat Befehl erhalten jede Vorrückung einzustellen. Minister erklärte zweitens, dass Rumänische Regierung Alles thun werde um Besetzung Sofias durch fremde oder eigene Truppen zu verhindern. Im äussersten Nothfalle würde dieselbe nur als quasi Polizeimassregel erfolgen, um Revolution zu verhindern. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7947, 7984, 8010. — [b]) Gesandtschaftsarchiv Bukarest, Telegrammbuch.

Nr. 7954. Tel. des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 23. Juli 1913 Nr. 249 (eing. 24. Juli 4 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 191 vom 23. d. M. Einstellung der Feindseligkeiten. Demarche ausgeführt. Minister des Äussern versprach, sich sofort mit den verbündeten Kabinetten in Verbindung zu setzen. Er könne aber schon jetzt erklären, dass Montenegro von den besten Intentionen beseelt sei, diesen Krieg zu beendigen. Weinzetl.

[a]) Oe. U. Balkan 371 Nr. 737.

Nr. 7955. Tel. nach Konstantinopel, 23. Juli 1913 Nr. 354 (chiffr. 24. Juli 12 U. 30 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Egger; V. Matscheko; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 21. l. M. Nr. 378. Ich ersuche Euer Exzellenz, den Großvezier neuerlich eindringlich vor einer Fortsetzung der Aktion gegen Bulgarien zu warnen und auf das Zwecklose und die Gefahren dieses Beginnens hinzuweisen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Mächte eine einseitige Modifikation der Bestimmungen des unter ihrer Mitwirkung zustande gekommenen Präliminarfriedens betreffend die bulgarisch-türkische Grenze, nicht zulassen würden. Nach den uns aus Petersburg zugekommenen Nachrichten[b]) steht das dortige Kabinett auf dem Standpunkte, daß speziell Rußland es nie dulden könne, daß die Türkei den Londoner Präliminarfrieden verletze und von Christen bewohnte und befreite Gebiete zurückgewinne. Was die Monarchie anbelangt, so könnte auch sie eine Verletzung der gewissermaßen unter ihrer Garantie geschlossenen Londoner Vereinbarungen nicht ruhig hinnehmen.

Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 373 Nr. 742. Vgl. n. 8002, 8019, 8060 Anm. b. — [b]) n. 7904.

Nr. 7956. Tel. nach London, 23. Juli 1913 Nr. 622 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; G. Berchtold).*

Zu Euer Exzellenz Telegramm von gestern, Nr. 544 und 547. Um endlich ein energisches Vorgehen der Réunion in der Frage der Evakuierung Albaniens zu erzielen, sind wir bereit, hinsichtlich des Minoritätenschutzes — selbstverständlich unter Aufrechterhaltung des zwischen dieser Frage und dem accès commercial von uns aufgestellten Junktims — das Meritum des von Grafen Benckendorff formulierten transaktionellen Textes (letztes Alinea Euer Exzellenz Telegramm Nr. 544), das heisst die Worte „il est expressément entendu" bis „périodiques" zu akzeptieren. Zu einer Annahme des Vordersatzes: „Ces articles" bis „de propriété" könnten wir uns nicht verstehen, nachdem sich aus diesen Worten eine Interpretation der zitierten Berliner Vertragsbestimmungen herauslesen ließe, deren restringierende Wirkung unseren Intentionen diametral zuwiderliefe. Euer Exzellenz wollen sich in vorstehendem Sinne bei Sir E. Grey, Grafen Benckendorff und auch in der Réunion vernehmen lassen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8024, 8085.

Nr. 7957. Tel. aus London, 23. Juli 1913 Nr. 550 (eing. 10 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Sir A. Nicolson zeigte sich heute über das Einrücken der Türken in Adrianopel ziemlich besorgt. Er sieht diese Frage als die ernsteste unter den uns jetzt beschäftigenden an, denn wie werde der Druck der Mächte auf die Türkei ausgeübt werden, wenn diese sich hartnäckig zeige? Im Foreign Office scheint man damit zu rechnen, dass, auch wenn die Türkei dazu gebracht wird, die Enos-Midia-Grenzlinie zu respektieren, sie doch für das Tracé dieser Linie etwas günstigere Bedingungen erreichen dürfte, als es früher der Fall gewesen wäre. Mensdorff.

Nr. 7958. Tel. aus Paris, 23. Juli 1913 Nr. 144 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 21. d. M. Nr. 375. Friedensverhandlungen. Herr Pichon hat allerdings Herrn Tittoni gesagt, nach seiner Ansicht wäre es vorteilhafter, wenn ein Vertreter Russlands Friedensverhandlungen beiwohnen würde, da derselbe auf Serben und Griechen mässigend einwirken könnte; er beabsichtige, diese Idee in Petersburg zur Sprache zu bringen. Nach seitherigen Informationen Herrn Tittonis scheint Herr Pichon diese Absicht aufgegeben zu haben. Eine derartige französische Demarche ist in Petersburg nicht gemacht worden. Über einen in London zu machenden Schritt zur Unterstützung der französischen Suggestion hat Herr Tittoni nie berichtet, diesfalls scheint Irrtum vorzuliegen.
Szécsen.

Tel. nach Rom, 23. Juli 1913 Nr. 832 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 7947.

Tel. nach Rom, 23. Juli 1913 Nr. 835 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 7950.

Nr. 7959. Tel. aus Rom, 23. Juli 1913 Nr. 451 (eing. 24. Juli 5 U. a. m.). Entziff.

Im hohen Telegramme Nr. 812 vom 19. d. M. besprochene französische Demarche ist hier inhaltlich analog, aber nur mündlich gemacht worden. Französischer Geschäftsträger teilte mit, dass bulgarischer Gesandter in Paris im Auftrage König Ferdinands bei Herrn Pichon Mediation der Mächte nachgesucht, Herr Iswolsky dagegen für direkte Verhandlungen zwischen den Kriegführenden plädiert habe. Französischer Regierung sei es nur um baldigen Friedensschluss — durch die eine oder die andere Methode. Hier wurde geantwortet, dass man gleichfalls jeder der beiden Modalitäten zustimme, vorausgesetzt, dass sie bald zum Ziele führe. Mérey.

Nr. 7960. Tel. aus Rom, 23. Juli 1913 Nr. 452 (eing. 24. Juli 5 U. 20 M. a. m.). Entziff.

Die im hohen Telegramme Nr. 810 vom 19. d. M. reproduzierten Ausführungen des Herzogs Avarna hatten — wie ich aus dem heute eingesehenen betreffenden Telegramm an denselben entnahm — hauptsächlich die Inselfrage zum Gegenstande und den Zweck darzulegen, daß angesichts der griechischen Siege und des daraus resultierenden Gebietszuwachses Griechenlands in Mazedonien die Entscheidung über die Inseln nicht nur keinen dringenden Charakter mehr besitze, sondern auch nicht mehr wie früher mit der Südabgrenzung Albaniens verquickt werden brauche. Ausführlicher Bericht durch den Kurier vorbehalten. Mérey.

Nr. 7961. Tel. aus Rom, 23. Juli 1913 Nr. 453 (eing. 24. Juli 5 U. 20 M. a. m.).[a] Entziff.

Türkische Aktion in Thrazien. Hiesige Regierung hat dem Marquis Imperiali die gleiche Instruktion wie die laut des hohen Telegrammes Nr. 820 vom 20. d. M. dem Grafen Mensdorff zugekommene hinsichtlich einer Kollektivdemarche der Mächte in Konstantinopel behufs Respektierung der Grenzlinie Enos—Midia erteilt, würde aber sehr wünschen, daß auch Fürst Lichnowsky eine analoge Weisung erhalte. Mérey.

[a]) Vgl. n. 8044 Anm. b.

Nr. 7962. Tel. aus Rom, 23. Juli 1913 Nr. 457 (eing. 24. Juli 5 U. a. m.).[a] Entziff.

Serbische Truppen in Albanien. Dem in dem hohen Telegramme Nr. 819 vom 20. d. M. geäußerten Wunsche entsprechend wurde Marquis Imperiali angewiesen, Antrag des Grafen Mensdorff hinsichtlich eines neuerlichen energischen Schrittes in Belgrad behufs Rückzuges der serbischen Truppen bis zur Grenzlinie zu unterstützen. Auch italienischer Geschäftsträger in Belgrad besitzt demnach Ermächtigung zu einem derartigen Schritt. Mérey.

[a]) Vgl. n. 7950.

Nr. 7963. Tel. aus St. Petersburg, 23. Juli 1913 Nr. 254 (eing. 24. Juli 5 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow scheint nach gesprächsweisen Bemerkungen, die er gestern Grafen Czernin machte, der Ansicht zu sein, dass sich die kriegführenden Balkanstaaten in kurzer Zeit über die Hauptpunkte einigen dürften, nachher werde aber jedenfalls Europa die Abmachungen zu überprüfen haben. Der Minister des Äussern stellt sich letzteres in Form einer neuerlichen Botschafterreunion vor, die in der Hauptstadt einer weniger interessierten Großmacht stattfinden könnte. Ihm habe London als Reunionsort vorgeschwebt und Frankreich habe sich dieser Ansicht angeschlossen. Da aber Sir E. Grey keine Lust verspüre, einer neuerlichen Botschafterreunion zu präsidieren, so sei, Herrn Sazonows Meinung nach, Paris der geeignetste Reunionsort. Der Minister des Äussern sagte Vorstehendes gesprächsweise und ohne einen formellen Antrag zu stellen.

Thurn.

[a] Vgl. n. 7918, 7980, 8002.

Nr. 7964. Tel. nach Sofia, 23. Juli 1913 Nr. 396 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m).[a] Konz. (S. Matscheko; V. Szápáry u. Berchtold; G. Berchtold).

Geheim. Mit Bezug auf Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 827 vom 22. d. M. und die einschlägigen weiteren Meldungen.[b] Euer Hochgeboren wollen Herrn Ghenadieff mitteilen, daß ich seine Eröffnungen zur Kenntnis genommen hätte und sich sodann im folgenden Sinne aussprechen: Unsere Dispositionen Bulgarien gegenüber haben durch die letzten Ereignisse keine Aenderung erfahren. Wenn wir im Laufe der Balkankrise Bulgarien wohlgemeinte Ratschläge erteilt haben und unsere Politik darauf gerichtet war, an einer Vergrösserung und Erstarkung Bulgariens mitzuarbeiten, so geschah dies in der Erwartung, daß Bulgarien in der Zukunft eine rein bulgarische Politik verfolgen werde, die bei dem Mangel jedes Interessengegensatzes, ja beim Vorhandensein eines gewissen Parallelismus der beiderseitigen Interessen automatisch zu einer politischen Annäherung und zu einem eventuellen Zusammengehen Bulgariens mit der Monarchie führen würde. Da wir diese Politik ungeachtet des Umstandes verfolgt haben, daß ein russophiles Kabinett in Sofia am Ruder war und unsere Ratschläge nicht gehört wurden, ist es selbstverständlich, daß wir auch im jetzigen Augenblicke, wo ein Régimewechsel in Sofia eingetreten und die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines Anschlusses an die Monarchie zum Durchbruche gekommen ist, an unserer wohlwollenden Haltung Bulgarien gegenüber festhalten. Was nun den vom Herrn Minister angeregten Abschluß eines förmlichen Allianzvertrages anbelangt, so stehen wir diesem Gedanken prinzipiell durchaus sympathisch gegenüber und begrüßen es auch, daß die bulgarische Regierung bereit wäre, mit Rumänien in ein engeres Verhältnis zu treten. Ich muß jedoch bemerken, daß Vereinbarungen von solcher Tragweite nicht so rasch wie dies Herrn Ghenadiew vorschwebt, getroffen werden können. Davon abgesehen müßte die k. u. k. Regierung sich auch mit den Kabinetten der beiden anderen Dreibundmächte ins

Einvernehmen setzen, bevor sie bindende Engagements eingeht. Ich behalte mir aber vor, auf das von Herrn Ghenadieff angeschlagene Thema zurückzukommen, wobei ich von der Voraussetzung ausgehe, daß die diesbezüglichen Dispositionen Bulgariens nicht bloß ephemeren Charakter besitzen und durch die augenblickliche Situation hervorgerufen sind, sondern daß sie in der dauernden Einsicht von der Ersprießlichkeit eines Anschlusses an Österreich-Ungarn begründet sind. Jedenfalls wäre es für die Realisierung dieses Projektes von größter Bedeutung und schiene mir auch aus anderen Gründen für Bulgarien heute das Wichtigste, wenn ein voller Akkord mit Rumänien baldigst zustande käme. Nach den mir vorliegenden Nachrichten ist die Stimmung in Bukarest hiefür eine günstige. Eine Verständigung würde nicht nur die gegenwärtige Lage Bulgariens wesentlich verbessern, sie würde auch günstige Vorbedingungen für die Annäherung beider Staaten an die Monarchie und mittelbar an die Dreibundgruppe schaffen. Inzwischen ist die k. u. k. Regierung fortgesetzt bemüht, im Interesse Bulgariens zu wirken und speziell die Einstellung der Feindseligkeiten seitens Serbiens und Griechenlands sowie die Sistierung des Vormarsches der türkischen Armee herbeizuführen. Über die in dieser Hinsicht unternommenen Schritte gehen Euer Hochgeboren abgesonderte Telegramme zu. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8006, 8157. — [b]) Vgl. n. 7941, 7946.

Nr. 7965. Tel. aus Sofia, 23. Juli 1913 Nr. 838 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Geheim. Zu meinem gestrigen Telegramme,[a]) betreffend Allianzvorschlag Bulgariens, möchte noch ergänzend bemerken, daß die Proposition mir spontan gemacht wurde. Ich habe die gegenwärtigen Minister stets an mich herangezogen, sie im Glauben an Aufrichtigkeit unserer Politik wie auch in Ueberzeugung bekräftigt, dass Monarchie sich für ein Bulgarien, welches sich ihr entschieden zuwenden und mit Schaukelpolitik brechen würde, viel intensiver interessieren und es kräftiger unterstützen würde, den Gedanken aber, dass sich Bulgarien jetzt mit fraglicher Proposition an uns wende, habe ich hier in keiner Weise suggeriert. Zu Euer Exzellenz Information möchte auch melden, daß Minister des Aeussern, als er mir laut meines Telegrammes Nr. 827 Vorschlag Allianz mit uns gemacht, von Rumänien nicht spontan gesprochen, sondern nur auf eine von mir fallen gelassene Bemerkung antwortend gemeint hat, daß Rumänien in Kombination aufgenommen werden könnte. Meine Ansicht ist, dass gegenwärtige Regierung aufrichtige Verständigung und intimes Verhältnis mit Rumänien suchen will. Anderseits bin ich aber auch überzeugt, daß dieser Wunsch nur zwingender Notwendigkeit entspringt und daß Rolle, die Rumänien auf Kosten Bulgariens gespielt, ihm hier nicht vergessen wird, es wäre denn daß Rumänien Bulgarien durch wertvolle Dienste oder Vorteile, die letzteres sonst nicht erreichen könnte, sehr reichlich kompensieren würde.

Tarnowski.

[a]) n. 7937.

Nr. 7966. Tel. aus Sofia, 23. Juli 1913 Nr. 839 (eing. 4 U. 50 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 392 von heute nachts. Italienischer Gesandter teilte mir mit, er erhalte soeben Telegramm von Bukarest zur Mitteilung an hiesige Regierung, demzufolge Majoresco auf Grund von König Ferdinand durch Vermittlung italienischer Gesandtschaft gestern an König Carol abgesendeten Telegrammes von höchstletzterem Auftrag erhalten, bei Griechen und Serben sofortigen Waffenstillstand und Einstellung des Vormarsches ihrer Armeen zu verlangen. Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 371 Nr. 738.

Nr. 7967. Tel. aus Sofia, 23. Juli 1913 Nr. 840 (eing. 4 U. 50 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Minister des Aeussern ersucht mich dringend, Euer Exzellenz zu bitten, Herrn Salabascheff vom Inhalt meines Telegrammes Nr. 827 und folgender[b] keine Kenntnis zu geben. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 8315. — [b] Vgl. n. 7964 Anm. b.

Nr. 7968. Tel. aus Sofia, 23. Juli 1913 Nr. 842 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Minister des Äußern sagte mir, er befürchte, daß die Stelle in seiner Depesche (mein Telegramm Nr. 836 von heute nachts), mit der er rumänische Forderungen beantwortet und die lautet, „que les deux gouvernements sont d'accord sur les points principaux et que pour les détails le gouvernement bulgare ne prévoit pas de difficultés d'arriver à une entente définitive", in Bukarest dahin gedeutet werden könnte, als ob zweiter Teil dieser Phrase etwa Hintergedanken enthielte. Minister des Äußern bittet Euer Exzellenz, rumänische Regierung wissen lassen „que la réponse bulgare signifie l'acceptation des conditions roumaines." Minister des Äußern wolle in keiner Detailfrage Restriktionen machen und glaubte bloß, daß genaue und definitive Regelung der Details den Verhandlungen in Bukarest überlassen werden würde. Er habe sich bezüglich Details aus dem Grunde in vorgeschilderter Weise ausgesprochen, weil dieselben in Depesche Herrn Majorescos nicht ganz klar definiert eingelangt, da bezügliches Telegramm an italienische Gesandtschaft Chiffrefehler enthält und da unmöglich, in ein paar Telegrammen ganze Entente erschöpfend redigieren. Bulgarien wünsche Entente mit Rumänien und Detailfragen würden Abschluß nicht verhindern. Tarnowski.

Nr. 7969. Tel. aus Sofia, 23. Juli 1913 Nr. 845 (eing. 24. Juli 7 U.a. m.).[a] *Entziff.*

Dobrovič bringt mir im Auftrage König Ferdinands nachstehendes Telegramm mit dem Ersuchen, es an Allerhöchste Adresse zu leiten: „Sa Majesté Empereur et Roi, Ischl. Les graves circonstances que traverse en ce moment la Bulgarie déjà en état d'hostilités avec la Serbie, la Grèce, le Monténégro et la Roumanie me font un devoir de m'adresser à Votre

Majesté et d'attirer Sa bienveillante attention sur l'invasion turque qui vient de rendre la situation de la Bulgarie encore plus critique. Les pénibles désordres qu'il était permis de craindre à la suite de cette invasion, se sont déjà produits au détriment des malheureuses populations, précédemment si éprouvées. C'est pour cette cause que je viens faire appel aux sentiments de justice de Votre Majesté, afin que le traité, signé à Londres sous l'égide de toutes les Puissances et accepté par la Turquie, soit respecté par elle. Moi et mon gouvernement nous avons le ferme désir de mettre fin au douloureux état des choses dont souffre la Péninsule Balkanique et nous espérons que Votre Majesté voudra bien appuyer nos efforts en vue de la prompte conclusion de la paix et de cessation immédiate des hostilités. Ferdinand, Roi." Dobrovič sagt mir als Erklärung zum obigen Telegramm, dass Situation wegen türkischer Invasion immer kritischer. Türken seien schon auch auf Gebiet des Königreiches eingedrungen und es brennen bereits zahlreiche unweit Grenze gelegene Dörfer und Ortschaften. Inkursion Türken könne nicht aufgehalten werden, da Armee am Kriegsschauplatz. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7970, 7971, 7985, 8057.

Nr. 7970. Tel. aus Sofia, 23. Juli 1913 Nr. 847 (eing. 24. Juli 7 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten soeben folgende Note Ministeriums des Äussern mit Bezeichnung sehr dringend: „Une dépêche reçue au quartier général fait connaître que les troupes ottomanes ont franchi aujourd'hui l'ancienne frontière turco-bulgare et avancent. La population, en proie à la panique la plus folle, fuit vers l'intérieur. En portant ce qui précède à votre connaissance j'ai l'honneur de prier Votre Excellence d'en informer son gouvernement en le priant au nom du gouvernement bulgare de vouloir bien faire sans retard et dans la forme la plus catégorique qui lui paraîtra appropriée les démarches nécessaires auprès de la Porte pour le retrait immédiat des troupes ottomanes. Le gouvernement Royal est convaincu que la marche en avant de ces troupes, surtout dans la forme nouvelle qu'elle revêt, ne saurait laisser indifférent votre gouvernement tant à cause des nouveaux troubles qu'elle est susceptible de provoquer dans la Péninsule balkanique que par l'atteinte qu'elle constitue à un traité de paix conclu sous l'égide et grâce à la bienveillante entremise des Grandes Puissances." Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7969, 7985.

Nr. 7971. Tel. aus Sofia, 23. Juli 1913 Nr. 848 (eing. 24. Juli 8 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Seine Majestät empfing heute nachts Vertreter der Grossmächte und las uns folgenden Appell an Europa um Hilfe gegen türkische Invasion vor: „J'ai tenu à protester devant l'Europe contre l'action inqualifiable de l'armée turque qui, non contente de violer le traité de Londres, est en train d'envahir l'ancien territoire du royaume dans la direction Tyrnovo—Seimen—Jambol et s'y livre à d'épouvantables excès, brûlant les villages, massacrant les habitants et semant la panique dans toute la Thrace. Je ne puis croire

que les Grandes Puissances qui ont attaché leurs noms à un acte diplomatique maintenant foulé aux pieds, considèrent indifféremment ce qui se commet aujourd'hui et restent impassibles devant l'injure, qui leur est faite, et les forfaits dont nous sommes victimes. Dans la détresse dans laquelle se trouve la nation bulgare j'en appelle en son nom aux représentants de la civilisation et je prie l'Europe par votre entremise, Messieurs, de mettre un terme aux souffrances des populations fuyant le retour de leurs anciens oppresseurs". Nach Seiner Majestät ergriff Minister des Äussern das Wort, Details türkischen Einbruchs gebend. Nach Ansprache Ministers des Äussern zog Seine Majestät der König noch jeden einzelnen von uns ins Gespräch, um ihm Schicksal wehrlosen Landes ans Herz zu legen. Tarnowski.

a) Oe. U. Balkan 370 Nr. 735. Vgl. n. 7969.

Nr. 7972. Tel. aus Athen, 24. Juli 1913 Nr. 559 (eing. 9 U. 50 M. p. m.).a) Entziff.

Bevorstehende Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen. Nachdem rumänischer Gesandter schon unlängst griechischer Regierung Bukarest als Friedensverhandlungsort offiziös namhaft gemacht hatte, überbrachte er heute diesbezügliche offizielle Einladung. Gleichzeitig machte er Mitteilung von Entsendung rumänischer Offiziere nach Nisch zu dortigen Pourparlers lediglich militärischer Natur. Wie mir Minister des Äussern soeben sagte, kann griechische Regierung diese Zweiteilung in politische und militärische Verhandlungen wegen der engen Konnexität derselben nicht akzeptieren und vertritt Standpunkt, dass Gesamtheit dieser Pourparlers gleichzeitig und an demselben Orte — nach Wunsch Rumäniens in Bukarest — stattfinde. Sie habe sich aber beeilt, so rasch wie nur irgend möglich Herrn Panas und die übrigen Delegierten zuerst nach Nisch, als dieser Ort in Aussicht genommen war, zu entsenden, und als dann plötzlich Bukarest auftauchte, sie telegraphisch dorthin zu dirigieren. Griechische Regierung habe daher alles getan, um jedwede Verzögerung zu vermeiden. Von dem Prinzipe: Keine Einstellung der Feindseligkeiten ohne Präliminarfrieden könne sie aber nicht abgehen. Braun.

a) Vgl. n. 7974, 8010.

Nr. 7973. Tel. aus Athen, 24. Juli 1913 Nr. 560 (eing. 7 U. p. m.).a) Entziff.

Ich erfahre soeben, dass König von Rumänien auf Ersuchen König Ferdinands an die Könige von Griechenland und Serbien im Sinne der Einstellung der Feindseligkeiten telegraphierte. Es bleibt abzuwarten, ob König Constantin sich dieser Einflussnahme gegenüber nachgiebiger zeigen wird (confer Telegramm von gestern Nr. 558). Braun.

a) Vgl. n. 7974.

Nr. 7974. Tel. aus Athen, 24. Juli 1913 Nr. 565 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).a) Entziff.

Rumänische Proposition sofortiger Pourparlers in Nisch zwecks schleuniger Einstellung der Feindseligkeiten. Euer Exzellenz Telegramm

Nr. 154 von vorgestern[b]) erst heute nachmittags erhalten und sogleich bei Herrn Venizelos auftraggemäss verwertet. Er erwiderte: König Constantin habe, ohne seine Regierung zu befragen, das Telegramm König Carols (vide mein Telegramm Nr. 560 von heute) unter Hinweis auf den bekannten griechischen Standpunkt ablehnend beantwortet (vide Telegramme von gestern Nr. 558 und von heute Nr. 559). Er, Herr Venizelos, müsse übrigens betonen, dass es Rumänien, dessen Forderungen schon so gut wie gesichert seien, recht leicht habe, einen solchen Vorschlag zu machen. Griechenland habe aber bisher keinerlei Gewähr für Erfüllung seiner Petita, die, er wiederholte es feierlich, nicht auf eine Niederwerfung Bulgariens hinzielen und eine solche auch nicht involvieren. Er müsse gegen diese immer wieder hervorgeholte Auffassung energisch um so kräftiger protestieren, als er glaube, schon zur Genüge seinen Standpunkt des Balkangleichgewichtes auseinandergesetzt zu haben. Er müsse, fügte er ironisch hinzu, die Machthaber in Bulgarien bewundern, denen es trotz allem gelungen sei, Österreich-Ungarn und Russland dahin zu bringen, dass sie auf diese Weise für Bulgarien eintreten! Eher wolle sich Griechenland von diesen mächtigen Staaten, den Protektoren Bulgariens, zertrümmern lassen (denn das sei schliesslich keine Schande), als dass es freiwillig die Hand dazu biete, durch eine unangebrachte Nachgiebigkeit gegen das so hinterlistige Bulgarien, von diesem schliesslich zertrümmert zu werden. Herr Venizelos, den ich noch nie so aufgeregt sah und der sich mit Bitterkeit darüber äusserte, dass die loyalen und gerechten Forderungen Griechenlands so blutwenig Verständnis und Entgegenkommen finden, sagte mir schliesslich, meine Mitteilung sei auch in ihren Konklusionen so wichtig, dass er sie selbstverständlich Seiner Majestät dem König melden müsse, Höchstdessen Rückäusserung er mir mitteilen werde. Braun.

[a]) Vgl. n. 7975, 8002 Anm. e, 8007, 8010. — [b]) Richtig gestern = n. 7947.

Nr. 7975. Tel. aus Athen, 24. Juli 1913 Nr. 566 (eing. 25. Juli 2 U. a. m.). Entziff.

Serbien und die rumänische Proposition. Einer Äußerung Herrn Venizelos' zu mir während unserer heutigen Entrevue (vide Telegramm Nr. 565 von heute) konnte ich entnehmen, dass Serbien auf dem besten Wege ist, die rumänische Proposition (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 154 von gestern) zu akzeptieren, was hier natürlich perhorresziert wird und zu ernsten Dissonanzen mit Serbien führen könnte. Ansätze zu solchen schienen mir überhaupt schon vorhanden zu sein. Braun.

Nr. 7976. Tel. aus Athen, 24. Juli 1913 Nr. 567 (eing. 25. Juli 2 U. a. m.). Entziff.

Türkei und Griechenland. Herr Venizelos erzählte mir soeben, Ghalib Bey sei bei ihm erschienen und habe ihm „die gute Nachricht" von der Wiederbesetzung Adrianopels gebracht. Er, Venizelos, habe ihm erwidert, er betrachte dies keineswegs als gute Nachricht, sondern müsse vielmehr lebhaft bedauern, dass die Türkei sich auf diesen Weg begeben habe. Daraufhin habe Ghalib Bey ihm die Vorteile dieser Vorgangsweise seiner Regierung

auseinandergesetzt und ihm schliesslich im Auftrage Grossveziers den formellen Antrag auf Abschluss einer Entente gemacht. Diese bezwecke die Unterstützung der Türkei durch Griechenland zwecks Wiederinkorporierung Thraziens in das Ottomanische Reich, wogegen sich Pforte verpflichtet, Griechenland in allen dessen Forderungen und Interessen zu unterstützen. Herr Venizelos sagte mir, diesen Antrag Ghalib Beys klipp und klar abgelehnt zu haben. Dies sei doch auch ein schlagender Beweis für die Loyalität Griechenlands sowie dafür, dass ihm nichts ferner liege, als eine Erdrosselung Bulgariens anzustreben. Braun.

Nr. 7977. Tel. aus Belgrad, 24. Juli 1913 Nr. 515 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Demarche wegen sofortiger Einstellung der Feindseligkeiten. Da Ministerpräsident gestern den ganzen Tag mit Ministerratssitzungen und Vortrag beim König beschäftigt war, habe ich Euer Exzellenz gestriges Telegramm Nr. 210 gleichzeitig mit dem heutigen Telegramme Nr. 212 heute zur Sprache gebracht. Herr Pašić erklärte auf meine nachdrücklichsten Argumente, dass er lebhaft bedauere, unseren Ratschlägen keine Folge geben zu können, es sei aber Serbien unmöglich, auf einen Waffenstillstand mit Bulgarien einzugehen, bevor der Präliminarfriede nicht unterfertigt ist. Den Versicherungen einer sofortigen Demobilisierung werde kein Vertrauen entgegengebracht, die Bulgaren setzen ihre Angriffe tagtäglich fort, stecken serbische Städte in Brand, verwüsten alle Ortschaften, wohin sie kommen, begehen die unmenschlichsten Greueltaten und suchen nachher die Serben eines gleichen Vorgehens zu beschuldigen. Die öffentliche Meinung sei gegen Bulgarien zu sehr aufgebracht und man könne den bulgarischen Erklärungen keinen Glauben mehr schenken. Serbische Regierung wünsche aufrichtig den Frieden und lege grosses Gewicht darauf, dass derselbe baldmöglichst zustandekomme. Würde Waffenstillstand geschlossen werden, würden Bulgaren Friedensschluss in die Länge ziehen wollen, während so derselbe in vierunzwanzig Stunden zustandekommen kann. Serbien werde keine zu weitgehenden Forderungen stellen, da es die Vernichtung oder Erdrosselung Bulgariens nicht wünsche. Auch auf Griechenland werden die drei anderen Staaten mässigend einwirken können. Serbien wäre nicht abgeneigt, die militärischen Fragen in Nisch zu besprechen, da aber Griechenland sich entschieden dagegen ausgesprochen hat, wird es in Nisch höchstwahrscheinlich gar nicht zu Verhandlungen kommen, die Delegierten würden voraussichtlich schon morgen oder übermorgen nach Bukarest reisen, damit die Friedensverhandlungen unverzüglich ihren Anfang nehmen können. Herr Pašić glaubt, dass er selbst sich hinbegeben werde, Montenegro entsende Ministerpräsidenten Vukotić, Griechenland wird einstweilen wahrscheinlich Herr Panas vertreten, es ist aber möglich, dass auch Herr Venizelos in wenigen Tagen hinreisen werde. Ministerpräsident ersuchte mich, Euer Exzellenz zu versichern, dass er alles aufbieten werde, den allerschnellsten Friedensschluss zu ermöglichen und dass er mässigend auf Alliierte einwirken wolle. Als ich die Mitteilung machte, dass wir uns die Überprüfung und Genehmigung der Friedensbedingungen vorbehalten, wie wir dies übrigens schon seinerzeit im Vorjahre erklärt haben, antwortete mir Herr

Pašić, dass er diese Frage momentan nicht erörtern könne, eine Diskussion darüber könnte erst nach Friedensschluss erfolgen, worauf ich erwiderte, dass ich diese Frage gar nicht diskutieren will, wünschte nur auftraggemäß, den diesbezüglichen Standpunkt meiner Regierung ihm schon jetzt zur Kenntnis zu bringen. Ugron.

a) Oe. U. Balkan 374 Nr. 744. Vgl. n. 8002 Anm. e, 8008, 8010.

Nr. 7978. Tel. aus Belgrad, 24. Juli 1913 Nr. 516 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Evakuation Albaniens. Habe heute die mit heutigem Telegramme Nr. 213 aufgetragene Demarche im Einverständnisse mit italienischem Kollegen ausgeführt. Herr Pašić erklärte, daß Bandenbewegungen in der Matja keineswegs aufgehört haben und von dieser Seite Serbien sich stets gegen Einfälle schützen müsse. Serbische Truppen müßten zur Sicherung der Ordnung dort provisorisch belassen werden, bis die albanesische Regierung imstande sein wird, Bandenbildungen zu verhindern, oder bis die Kommission die Grenzen bestimmt haben wird. Er werde aber Militärkommando neuerlich Auftrag geben, dafür zu sorgen, daß jeder Konflikt vermieden werde und nur an gewissen Punkten bei Oroschi eine kleine Besatzung belassen werde, von wo aus man die Bandenbewegung verhindern kann. Als ich verlangte, daß man diese Besatzung in die Nähe der zukünftigen Grenze zurückziehen soll, erwiderte mir Herr Pašić, daß dies aus militärischen Gründen nicht gehe, man würde viel mehr Truppenteile benötigen, während von Oroschi aus die ganze Gegend beherrscht werden kann. Ugron.

a) Oe. U. Balkan 373 Nr. 743. Vgl. n. 8055.

Nr. 7979. Tel. aus Belgrad, 24. Juli 1913 Nr. 517 (eing. 11 U. p. m.).a) Entziff.

Verstimmung gegen Rumänien. Es fängt an eine ziemlich gereizte Stimmung Rumänien gegenüber zur Geltung zu kommen. Man nimmt die Sonderabmachungen mit Bulgarien übel auf und befürchtet schon, dass künftighin Rumänien die leitende Rolle am Balkan für sich beanspruchen will. Es werden bereits Stimmen laut, die sich gegen die Friedensverhandlungen in Bukarest aussprechen. Ugron.

a) Vgl. n. 8009.

Nr. 7980. Tel. nach Berlin Nr. 530 (1), Rom Nr. 841 (2) und St. Petersburg Nr. 431 (3), 24. Juli 1913 (chiffr. 25. Juli 12 U. 20 M. a. m.).a) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. u. 2. Graf Thurn telegraphiert unter dem 23. l. M. wie folgt: ... *wie n. 7963 in extenso* ... Wenn sich die Notwendigkeit einer Réunion zwecks Überprüfung der von den Kriegführenden getroffenen Abmachungen herausstellen sollte, sollte, wie Euer Exzellenz meinem Telegramme

1. Nr. 521
2. Nr. 825

1. u. 2. vom 22. l. M. entnommen haben werden, meines Erachtens der Zusammenkunftsort auf neutralem Boden und nicht in einer der Haupt-

städte fixirt werden. Da mit der Möglichkeit einer Anregung seitens einer Macht der Tripleentente im Sinne der Bemerkungen Herrn Sazonows an Grafen Czernin gerechnet werden muß, wollen Euer Exzellenz sich bei der dortigen Regierung dahin aussprechen, daß ich die Wahl einer der Hauptstädte der Tripleentente mit dem Ansehen des Dreibundes unvereinbar halte, nachdem im Laufe der Krise bereits London und Petersburg als Réunionsorte gewählt worden waren und die internationale Finanzkommission in Paris tagt. Hochdieselben wollen daher bei der dortigen Regierung anregen, daß dieselbe sich gegebenenfalls gleich uns für die Wahl eines neutralen Ortes ausspreche, und mir über das Ergebnis Ihres Schrittes telegrafisch berichten.

3. Ich habe den Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 254 vom 23. l. M. den k. und k. Botschaftern in Berlin und Rom unter Bezugnahme auf das Euer Exzellenz unter Nr. 427 zugekommene gleichlautende Telegramm mitgeteilt und hinzugefügt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. und 2. von „Wenn sich" bis zum Schluß.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8014.

Nr. 7981. Tel. aus Berlin, 24. Juli 1913 Nr. 343 (eing. 4 U. p. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 22. d. Mts. Nr. 521 betreffend Feststellung der Friedenspräliminarien in Bukarest. Staatssekretär hatte, wie er mir mitteilte, deutschen Botschafter in Petersburg beauftragt, nur in unverbindlicher Weise Meinung Herrn Sazonows einzuholen, ob die russische Regierung einverstanden wäre, dass die Verhandlungen über die Friedenspräliminarien in Bukarest erfolgen sollen. Szögyény.

Nr. 7982. Tel. aus Berlin, 24. Juli 1913 Nr. 344 (eing. 4 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 22. d. M. Nr. 523 betreffend Botschafterreunion, Organisation Albaniens. Staatssekretär wird, wie er mir sagte, deutschen Botschafter in London beauftragen, Proposition Graf Mensdorffs in Betreff des Alineas 7 zu unterstützen. Szögyény.

Nr. 7983. Tel. nach Bukarest, 24. Juli 1913 Nr. 359 (chiffr. 5 U. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Wie Euer Durchlaucht aus meinem Telegramme Nr. 351 vom 22. d. M. ersehen haben, beruhte die Idee einer Teilnahme der Großmächte an den Verhandlungen in Nisch auf einem Mißverständnis und es kann daher diese Eventualität als abgetan betrachtet werden. Falls dieser Gedanke jedoch in der Form wieder auftauchen würde, daß die Mächte oder eine von ihnen sich an den Friedensverhandlungen auf rumänischem Boden beteiligen sollten, würde ich an dem, in meinem Telegramme Nr. 349 vom 21. d. M. entwickelten prinzipiellen Standpunkte natürlich festhalten. Euer Durchlaucht wollen sich gegebenenfalls Herrn Majoresco gegenüber entsprechend äußern.

Berchtold.

Nr. 7984. Tel. nach Bukarest, 24. Juli 1913 Nr. 363 (chiffr. 12 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Nemes).

Ich habe gestern Herrn von Ugron und Baron Braun von der von Euer Durchlaucht gemeldeten rumänischen Proposition (Telegramm Nr. 250 vom 23. d. M.) mit dem Auftrag informiert,[b] bei der dortigen Regierung nachdrücklichst für die Annahme dieses Vorschlages einzutreten, darauf hinzuweisen, daß eine Ablehnung die Position der beiden verbündeten Staaten nicht verbessern könnte und zu erklären, wir müßten darin den Beweis erblicken, daß Serbien und Griechenland auf die völlige Niederwerfung Bulgariens — die wir bekanntlich nicht zulassen könnten — ausgehen. Vorstehendes zur Mitteilung an Herrn Majoresco. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7985, 8017. — [b] Vgl. n. 7947.

Nr. 7985. Tel. nach Bukarest, 24. Juli 1913 Nr. 364 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Wie Euer Durchlaucht aus meinem heutigen Telegramme Nr. 362[b] ersehen, hat die griechische Regierung in Beantwortung einer Demarche Baron Brauns sich auf den Standpunkt gestellt, vor der Unterzeichnung des Präliminarfriedens die Feindseligkeiten nicht einstellen zu wollen. Es ist anzunehmen, daß auch auf die zweite Demarche Baron Brauns (mein heutiges Telegramm Nr. 363) eine ähnliche Antwort erfolgen wird. Andererseits erhalte ich aus Sofia die Nachricht,[c] daß die türkischen Truppen ihren Vormarsch über Adrianopel hinaus fortsetzen und bereits die frühere bulgarische Grenze überschritten haben, ohne daß ihnen von bulgarischer Seite irgend wie Widerstand geleistet werden könnte. Die Situation Bulgariens ist sonach eine höchst bedrohliche und es ist fraglich, ob eine eventuelle Aktion der Mächte noch rechtzeitig mit Erfolg einsetzen wird, um weitgehende Konsequenzen und einen völligen Zusammenbruch Bulgariens hintanzuhalten. Es scheint mir daher der Moment gekommen, wo Rumänien, das ja die Vernichtung Bulgariens weder anstreben noch wünschen kann, tatsächlich, wie dies Herr Majoresco in Aussicht genommen hat, als Retter des Nachbarstaates und seiner Dynastie eingreifen sollte. Abgesehen von sonstigen Konsiderationen hätte ein solches Auftreten für Rumänien auch den Vorteil, daß dies wesentlich dazu beitragen würde, das bulgarische Volk mit dem Gebietsverlust an Rumänien zu versöhnen. Ich möchte daher der rumänischen Regierung dringend empfehlen: 1. Mit Bulgarien unabhängig von Serbien und Griechenland sofort ein Separatabkommen zu schließen. Herr Majoresco hat eine solche Vorgangsweise für den Fall der Ablehnung der rumänischen Propositionen durch Serbien und Griechenland selbst in Aussicht genommen. Die Lage Bulgariens würde sich sofort bessern und die Intransigenz Griechenlands und Serbiens voraussichtlich nachlassen, wenn infolge eines solchen Akkords, der natürlich auf der Basis der rumänischen Forderungen abzuschließen wäre, Rumänien die militärischen Operationen einstellen und die Verproviantierung der bulgarischen Armee ermöglichen würde. 2. Darüber hinaus auch in militärischer Hinsicht eine Haltung einzunehmen, in der zum Ausdruck kommt, daß Rumänien keines-

wegs gesonnen ist, exzessive Forderungen der Verbündeten zu fördern, sondern gegebenen Falles auch solchen entgegentreten könnte. Endlich möchte ich unserer Genugtuung Ausdruck geben, daß Seine Majestät König Carol dem Sultan die Respectirung der Londoner Beschlüsse ans Herz gelegt hat,[d] was hoffentlich die Einstellung des türkischen Vormarsches zur Folge haben wird. Euer Durchlaucht wollen sich im vorstehenden Sinne zu Herrn Majoresco aussprechen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8018, 8035 Anm. c, 8046. — [b] Mit Tel. Nr. 362, 24. Juli 1913 (chiffr. 25. Juli 12 U. 20 M. a. m.) wurde n. 7949 in korrigiertem Auszuge bis „betrachten zu wollen" nach Bukarest mitgeteilt. — [c] n. 7969, 7970. — [d] Vgl. n. 7988.

Nr. 7986. Tel. aus Bukarest, 24. Juli 1913 Nr. 251 (eing. 1 U. p. m.).[a] *Entziff.*

König Karl, der noch gestern König Ferdinands Telegramm in freundschaftlichster Weise beantwortet hatte, richtete heute an griechischen, montenegrinischen und serbischen König Depesche, in welcher mit Hinweis auf Gefahren, die durch Vormarsch der Kriegführenden gegen Bulgarien hervorgebracht werden, dieselben dringendst eingeladen werden, in Nisch Einstellung der Feindseligkeiten und Einhalt der Armeeaktionen zu beschliessen. K. E. Fürstenberg.

[a] Oe. U. Balkan 374 Nr. 745.

Nr. 7987. Tel. aus Bukarest, 24. Juli 1913 Nr. 252 (eing. 5 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Minister des Äussern teilte mir mit, dass laut heute nachts eingelangten Telegrammes aus Belgrad Herr Pašić sich auf griechischen Standpunkt gestellt und alle Verhandlungen, auch über Einstellung der Feindseligkeiten, in Bukarest wünsche, da bulgarische Truppen täglich noch Offensivstösse machen. Antwort auf Telegramm König Carols an Balkankönige noch nicht eingetroffen. Ich brachte Herrn Majoresco Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 356 von gestern zur Kenntnis, mit Nachdruck hervorhebend, dass eventuelle weitere Vorrückung serbisch-griechischer Truppen mit Hinblick auf europäische Überprüfung keinen grösseren Gewinn bringen wird und bulgarische Demobilisierungsversicherung Garantie gegen jede aggressive Absicht gebe. Minister teilt vollkommen meine Ansicht, wiederholte mir, dass rumänischer Vormarsch eingestellt sei und wird mündlich bei griechischem und serbischem Vertreter auf umgehenden Abschluss der Waffenruhe in Nisch drängen. K. E. Fürstenberg.

Nr. 7988. Tel. aus Bukarest, 24. Juli 1913 Nr. 253 (eing. 5 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Laut Mitteilung Herrn Majorescos sondierte auftraggemäss türkischer Gesandter, ob rumänische Regierung gesonnen wäre, türkische Vertreter zu kommenden Verhandlungen zuzulassen. Minister des Äussern lehnte glatt und entschieden ab, bemerkend, dass Frieden mit Türkei unter Einfluss der Grossmächte abgeschlossen, an demselben daher nicht gerüttelt werden könne. König Carol richtete auf diese Demarche hin eine Depesche an Seine

Majestät den Sultan, worin er, sich darauf berufend, dass er auch im italienisch-türkischen Krieg ausnehmend nützliche Ratschläge erteilt habe, Sultan nahegelegt, in seinem eigenen Interesse den Londoner Frieden zu respektieren. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7985.

Nr. 7989. Tel. aus Bukarest, 24. Juli 1913 Nr. 254 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Ministerpräsident gewährte mir heute Einblick in ein interzipiertes Claris-Telegramm König Ferdinands an Dr. Bachrach in Wien, aus dem keinesfalls hervorgeht, dass Seine Majestät der König, königliche Familie oder Bulgarien sich in einer derart verzweifelten Lage befinden, wie König Ferdinand sich bemühe, dieselbe den Souveränen in seinen direkten Telegrammen zu schildern. Durch diese Depesche ist hier Verdacht eines vom König von Bulgarien gespielten Doppelspiels neuerlich rege geworden.
K. E. Fürstenberg.

Nr. 7990. Tel. aus Bukarest, 24. Juli 1913 Nr. 255 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Antworten des Königs der Hellenen und Königs von Serbien lauten dahin, dass sie Einladung nach Bukarest Delegierter zur Festsetzung Waffenstillstandes und Beratung Präliminarien und Friedensschlusses annehmen, jedoch auf Einstellung der Feindseligkeiten nicht eingehen können, insolange Bulgarien nicht Garantien biete für ihre territorialen Forderungen. Ich rate hier bei Minister des Äussern und auch bei Minister des Innern mit grösstem Nachdrucke auf direkten, raschen Abschluss eines Einvernehmens mit Bulgarien. Ablehnung des rumänischen Standpunktes hat hier Ratlosigkeit hervorgebracht, die noch durch türkischen Vormarsch über Adrianopel hinaus vermehrt wird. Man befürchtet, dass Drohung mit einseitigem Friedensschluss mit Bulgarien keinen Eindruck auf Kriegführende ausüben wird und tatsächlich Abschluss eines solchen dieselben nicht am weiteren Vormarsch hindern dürfte, wodurch Rumänien in peinliche Lage käme. Man scheint Gedanken zu erwägen, ob nicht umgehendes Herkommen aller Delegierten beste Lösung wäre, befürchtet aber, dass in den bis zur Vereinigung verfliessenden Tagen irgend ein schwerwiegendes Ereignis eintreten könnte. K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 374 Nr. 746. Vgl. n. 8010, 8015.

Nr. 7991. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 24. Juli 1913 Nr. 381 (eing. 25. Juli 7 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 350 vom 23. d. M. Ich erlaube mir nochmals meine Ansicht dahin auszusprechen, dass eine eventuelle Aktion der Grossmächte, um die hiesige (Regierung)[a]) zu zwingen, ihre Truppen hinter Linie Enos—Midia zurückzuziehen, schwerlich Erfolg haben würde. Eine gewöhnliche Kollektivdemarche bei der Pforte würde gewiss ganz wirkungslos bleiben. Androhung von Gewaltmassregeln könnte hingegen, glaube ich, Situation zu einer sehr gefährlichen machen. Es wäre

in diesem Falle nicht unmöglich, dass sich türkische Regierung, respektive Armee zu weiteren, gewagten Schritten hinreissen liesse, und eventuell zu einem Vormarsch bis über die bulgarische Grenze. Nach allem, was ich höre, ist die Armee jetzt vollkommen aktionsfähig. Die in Thrazien operierenden Truppen dürften 150.000 Mann betragen. Ausserdem werden noch zirka 20.000 Mann aus Asien herangezogen werden. An der Tschataldjalinie und bei Bulair dürften zusammen bei 80.000 Mann stehen. Pallavicini.

[a]) Chiffre fehlt.

Nr. 7992. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 24. Juli 1913 Nr. 382 (eing. 25. Juli 7 U. 50 M. a. m.). Entziff.

Die Pforte hat der serbischen Regierung Vorschlag gemacht, die diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen und sich dann über noch schwebende Fragen zu einigen. Antwort aus Belgrad war gestern noch nicht eingetroffen. Aus Äusserungen, die Herr Pavlović mir gegenüber fallen liess, konnte ich entnehmen, dass man in Belgrad den Londoner Frieden als nicht zu Recht bestehend betrachtet. Dasselbe dürfte auch in Athen der Fall sein. Man steht in Belgrad, wie es scheint, auf dem Standpunkt, dass der eine vertragschliessende Teil, nämlich der Balkanbund, nicht mehr existiert und dass daher Londoner Vertrag hinfällig ist. Herr Pavlović hat, wie er mir sagte, der Pforte, noch bevor der Vormarsch gegen Adrianopel erfolgte, vorgeschlagen, eine Erklärung im obigen Sinne abzugeben, türkische Regierung ging jedoch damals auf diesen Vorschlag nicht ein. Serbische Delegierte behaupten zu wissen, dass zwischen Serbien und Griechenland die Einigung über die Verteilung des eroberten Gebietes schon zustande gekommen. Pallavicini.

Nr. 7993. Tel. aus London, 24. Juli 1913 Nr. 551 (eing. 25. Juli 3 U. a. m.).[a]) Entziff.

Réunion d'aujoud'hui. D'après les réponses de tous les gouvernements à la question qui leur a été posée par les ambassadeurs à la suite de leur dernière réunion, les Puissances sont d'accord pour affirmer la nécessité du maintien du principe posé par le traité de Londres et de l'établissement de la frontière turco-bulgare suivant une ligne partant d'Enos pour aboutir à Midia. Sur la proposition de Sir E. Grey la réunion est d'avis que par une démarche identique les Puissances devraient rappeler le gouvernement ottoman au respect du traité de Londres et notamment de la disposition relative à la ligne Enos—Midia. En même temps le gouvernement ottoman pourra être avisé que dans la délimitation de la frontière les Puissances seraient disposées à prendre en considération les conditions que la Turquie peut estimer indispensables pour assurer la sécurité de cette frontière. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 375 Nr. 747. Vgl. n. 7996, 8010, 8021, 8023, 8050, 8243.

Nr. 7994. Tel. aus London, 24. Juli 1913 Nr. 552 (eing. 25. Juli 2 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 619 vom 23. d. M. betreffend Friedensverhandlungen. Bei heutiger Reunion wurde konstatiert, dass alle

Regierungen übereinstimmen und dass die Resolution von der letzten Reunion betreffs Encouragement der Kriegführenden zu Friedensschluss und Prüfung und Approbierung der getroffenen Abmachungen durch die Mächte (mein Telegramm Nr. 537 vom 21. d. M.) als angenommen angesehen werden kann. Mensdorff.

Nr. 7995. Tel. aus London, 24. Juli 1913 Nr. 553 (eing. 25. Juli 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 618 vom 23. d. M., betreffs Organisation Albaniens. Meldung Sir F. L. Cartwrights über Euer Exzellenz Äußerung im Foreign Office noch nicht eingelangt. Sir E. Grey fordert mich aber auf, unsere letzte Textierung, die ich ihm gezeigt hatte, auf der Reunion ...[b], was ich tat. Russischer und französischer Botschafter stossen sich noch immer an Ausdruck „autorité nationale provisoire". Graf Benckendorff ist überzeugt, man würde ihn in Petersburg nicht annehmen und mit neuen Vorschlägen hervortreten. Nach längerer Diskussion hat Herr Cambon vorgeschlagen, dass statt dessen „autorité existante" gesetzt werde. Alle Anwesenden waren der Ansicht, dass auf Grundlage dieser Redaktion eine Einigung erzielt werden sollte. Ich glaube unvorgreiflich, dass, wenn der Ausdruck „autorité locale" Zweifel übrig lassen konnte, ob nicht dadurch die de facto-Regierung in Valona ausgeschlossen werden sollte, die jetzt proponierte Fassung „autorité existante" nicht bloß die Unterbehörden, sondern auch die Zentraladministration umfasst. „Autorité existante" scheint mir sogar eine günstigere Redaktion als „autorité nationale provisoire". Ich glaube somit, dass wir kein Interesse haben, uns dieser Redaktion zu widersetzen. Eine weitere Konzession zu erreichen, scheint mir ausgeschlossen. Sir E. Grey erklärte, dass, wenn alle Regierungen dieser Fassung zustimmen, wir bei der nächsten Reunion die Frage der Administration Albaniens als abgeschlossen ansehen könnten und dass die Regierungen dann gemeinschaftlich an die schwedische Regierung wegen Wahl der Gendarmerieoffiziere herantreten sowie zur Ernennung der Kontrollkommission schreiten könnten. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 8022. — [b] Chiffres fehlen.

Nr. 7996. Tel. aus London, 24. Juli 1913 Nr. 556 (eing. 25. Juli 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramm Nr. 551 betreffend türkischen Vormarsch. Sir E. Grey hob hervor, es bestünden grosse Schwierigkeiten, sich über Koerzitivmassregeln gegen die Türkei zu einigen. Er führte des Längeren aus, dass bei den grossen Fragen, die jetzt in Thrazien und Mazedonien geregelt werden und die von den Mächten geprüft und sanktioniert werden sollen, sich eventuell die Notwendigkeit ergeben könnte, die Entscheidungen der Mächte den einzelnen Staaten aufzuzwingen. Koerzitivmassregeln könnten nicht gut gegen einen und nicht gegen den anderen Staat angewendet werden. Koerzitivmassregeln könnten nach seiner Ansicht nur angewendet werden, wenn sie gegen alle beschlossen würden. (Dies Alles nur Privatgespräch zur Ausführung seiner Ansichten).

Fürst Lichnowsky und Marquis Imperiali schienen sehr abgeneigt gegen zu scharfes Vorgehen gegen die Türkei, namentlich ersterer sprach sich dagegen aus. Graf Benckendorff schien enttäuscht über die milde Fassung der vorgeschlagenen Demarche in Konstantinopel und befürchtet starke Bewegung der russischen öffentlichen Meinung gegen die Türkei. Ich hielt mich sehr reserviert, ebenso Herr Cambon. Bei Schluss der Reunion erhielt französischer Botschafter Telegramm mit Appell, den König Ferdinand gestern abends an Vertreter der Mächte richtete. Sir E. Grey verschloss sich nicht dem Ernst der Situation, meinte aber, wir könnten auf Reunion heute keine Stellung dazu nehmen. Es müsse jeder Regierung überlassen werden, mit eventueilen Vorschlägen hervorzutreten angesichts der neuen Situation, die durch den Vormarsch der türkischen Truppen in bulgarisches Gebiet geschaffen wird. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8023, 8050, 8186.

Nr. 7997. Tel. aus London, 24. Juli 1913 Nr. 557 (eing. 25. Juli 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Seit den jüngsten Ereignissen und griechischen Erfolgen wird von italienischer Seite wieder stärker akzentuiert, daß die von Italien besetzten Inseln der Türkei zurückerstattet werden müssen, daß Griechenland auf dem Festlande so enorme Gebietserweiterungen erhalte, daß dem gegenüber in der Inselfrage Kompensationen gegeben werden sollten etc. Dieses fortwährende Hervorheben der „der Türkei von Italien zurückzuerstattenden Inseln" hat die Eigenschaft, Sir E. Grey zu irritieren. Er sagt, daß es immer verstanden war, die Inselfrage werde mit der Frage der Südgrenze Albaniens in Verbindung gebracht werden und Griechenland zu eventuellem Nachgeben in Albanien durch die Aussicht auf namhafte Erwerbungen von Inseln bewogen werden, (was auch eigentlich der Fall war). Wenn nun die Inselfrage mit den anderen territorialen Fragen an der Küste des Ägäischen Meeres und dergleichen verbunden wird, so könne logischerweise auch die Frage der Südgrenze Albaniens erst mit dem ganzen übrigen Komplex der Fragen gelöst werden. Ich befürchte nun, daß Sir E. Grey die albanische Grenzfrage verschieben und uns ohne Lösung derselben vertagen könnte. Ich habe ihn heute bereits darauf aufmerksam gemacht, daß wir meiner Ansicht nach dem nicht zustimmen könnten. Mein italienischer Kollege vermag mir keine klare Auskunft über den Standpunkt seiner Regierung zu geben und erwartet Telegramm Marquis di San Giulianos. Ich glaube aber die Aufmerksamkeit Euer Exzellenz auf diese Situation lenken zu sollen. Italien — und ich meine auch Deutschland — scheinen mir darauf hinzuzielen, für die Türkei einige Inseln retten zu wollen. Wenn es sich um ganz kleine, unbedeutende handelt, ließe sich — vielleicht — etwas durchsetzen. Das Mißtrauen wird sich aber gewiß wieder regen, Italien wolle sich schließlich selbst den Besitz einiger Inseln sichern. In dieser Frage ist man in England sehr empfindlich. Sowohl Deutschland als auch Italien wollen die Türkei jetzt in jeder Beziehung schonen und schützen. In der Frage, Bulgarien vor dem Untergange zu retten, scheinen wir uns eher auf einer Linie mit Russland zu befinden, als mit unseren zwei

Bundesgenossen. Anderseits ist man in Deutschland wieder so griechenfreundlich, daß Fürst Lichnowsky mir von Möglichkeit spricht, Cavalla Griechenland zuzusprechen. Angesichts dieser komplizierten Lage, die vielleicht nur das eine Gute haben könnte, daß wir und Russland uns wieder nähern und verständigen könnten, was eine allgemeine Entspannung wesentlich fördern müsste, bitte ich um eine Weisung über Euer Exzellenz Auffassung dieser Fragen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8026.

Nr. 7998. Tel. aus Paris, 24. Juli 1913 Nr. 147 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Balkanfriede. Infolge gestern eingetroffener Nachrichten, dass Serbien und Griechenland rumänischem Vorschlag — Waffenstillstandsverhandlungen in Nisch, Friedensverhandlungen in Bukarest — zustimmen, beurteilt Herr Pichon Situation etwas günstiger, doch äusserte er sich sehr besorgt über türkische Aktion. Er erklärte mit grossem Nachdruck, dass die in London festgesetzte Grenzlinie Enos—Midia aufrechterhalten werden müsse, nur wisse er nicht, wie man (Türkei)[b]) werde zwingen können, sich diesem Beschlusse zu fügen. Finanzielle Pressionsmittel würden die türkischen Staatsgläubiger härter treffen wie die Türkei selbst. Eine einfache Flottendemonstration würde wahrscheinlich wenig Eindruck machen. Beschlagnahme gewisser Zollämter wäre vielleicht, wenn gemeinsam durchgeführt, möglich. Ich erwähnte Zeitungsgerücht eines russischen Einmarsches in Armenien. „Von einer Aktion würden wir in Petersburg auf das Entschiedenste abraten; wir wollen nur eine gemeinsame Aktion aller Mächte", sagte der Minister. Pichon hofft, dass energische diplomatische Einwirkung und gewisse Konzessionen wie tunlichst günstige Delimitation der Linie Enos—Midia, keine Kriegsentschädigungen, in Bulgarien spezielle Garantien für mohammedanische Bevölkerung vielleicht genügen werden, um Türkei zu bewegen, die wiedereroberten Gebiete zu räumen. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 7903. — [b]) Chiffre fehlt.

Tel. nach Rom, 24. Juli 1913 Nr. 841 (chiffr. 25. Juli 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 7980.

Nr. 7999. Tel. aus Rom, 24. Juli 1913 Nr. 458 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Ich habe hiesiger Regierung unseren, in dem hohen Telegramme Nr. 827 vom 22. d. M. entwickelten Standpunkt hinsichtlich des Alinea 7 des albanesischen Statuts mitgeteilt und um Unterstützung desselben durch italienischen Botschafter in London ersucht. Marquis Imperiali erhielt noch gestern abends Instruktionen in diesem Sinne. Mérey.

Nr. 8000. Tel. aus Rom, 24. Juli 1913 Nr. 460 (eing. 25. Juli 7 U. a. m.). Entziff.

Da, wie schon oft gemeldet, Marquis di San Giuliano seit 14 Tagen und noch für mindestens sechs Wochen von Rom abwesend und auch

Generalsekretär seit fast Woche in Fiuggi, habe ich mich vorgestern einem politischen Beamten der Consulta gegenüber bezüglich der eventuellen Intervention eines Vertreters Russlands bei den Friedensverhandlungen im Sinne hohen Telegrammes Nr. 821 vom 21. d. M. ausgesprochen. Die heute an mich vermittelte Antwort des Ministers lautet dahin, dass wir uns durch Anwesenheit des russischen Militärattachés in Konstantinopel[a] bei den Verhandlungen in Nisch bereits vor einem fait accompli befänden. Ich glaubte mich hiemit nicht begnügen, sondern einerseits auf die späteren Verhandlungen in Bukarest hinweisen, andererseits Frage aufwerfen zu sollen, ob wir die vollzogene Tatsache hinzunehmen und nicht etwa daraus Konsequenzen im Sinne unserer Enthaltung von weiteren Friedensdemarchen abzuleiten hätten. Für morgen versprochene Antwort werde ich telegraphieren. Ich zweifle, dass Italien bereit sein wird, sich aus der einschlägigen europäischen Aktion auszuschalten. Mérey.

[a] Irrtum; russischer Militärattaché in Sofia war in Nisch. Vgl. n. 7915 Anm. b.

Nr. 8001. Tel. aus Rom, 24. Juli 1913 Nr. 461 (eing. 25. Juli 7 U. a. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm vom 23. d. M. Nr. 832. Hiesige Regierung hatte schon von sich aus in Athen und Belgrad Annahme rumänischer Propositionen bezüglich Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen nachdrücklich empfohlen und wird die betreffenden Demarchen erneuern. Mérey.

Nr. 8002. Tel. nach St. Petersburg, 24. Juli 1913 Nr. 430 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 251 bis[b] 254 vom 21. und 23. d. M. erhalten. Übereinstimmend mit Herrn Sazonow nehme ich den Standpunkt ein, daß eine Verletzung des Londoner Präliminarfriedens und eine Zurückeroberung der von Bulgarien befreiten Gebiete durch die Türkei nicht geduldet, eine Erdrosselung Bulgariens nicht zugelassen werden kann. Nach den mir vorliegenden Meldungen ist die Lage Bulgariens jedoch eine höchst bedrohliche. Die türkischen Truppen haben ihren Vormarsch über Adrianopel hinaus fortgesetzt und die alte bulgarische Grenze überschritten, ohne daß ihnen irgendwie Widerstand geleistet werden konnte. Andererseits scheint eine Verständigung zwischen Bulgarien und Rumänien im Zuge zu sein. Rumänien hat den Vormarsch seiner Armee sistiert und an Serbien und Griechenland die dringende Aufforderung gerichtet, einen Waffenstillstand sofort abzuschließen und erst dann in Bukarest über den Friedensschluß zu verhandeln. Wie ich erfahre, steht man aber in Athen wie in Belgrad auf dem Standpunkte, über die Einstellung der Feindseligkeiten und den Friedensschluß nur gleichzeitig — in Bukarest — verhandeln zu wollen. Bei dieser Sachlage, die ein allgemeines konzentrisches Vorrücken der türkischen, serbischen und griechischen Truppen erwarten läßt, habe ich mich nicht darauf beschränkt, der Pforte energische Vorstellungen über das Zwecklose und Gefährliche ihres Beginnens machen zu lassen,[c] sondern auch in Belgrad und in Athen Erklärungen des Inhaltes abgegeben,[d] daß eine Annahme der rumänischen Proposition und

die eheste Einstellung der Feindseligkeiten dringend geboten wäre und daß Österreich-Ungarn die gänzliche Niederwerfung Bulgariens nicht zulassen könnte. Eine Antwort auf unsere letzte diesbezügliche Demarche ist uns allerdings bis jetzt nicht zugekommen,[e] allein vorläufig deutet nichts darauf hin, daß die beiden verbündeten Regierungen von ihrem oben erwähnten Standpunkte abgehen wollten. Ich bin gerne bereit, mich mit dem russischen Kabinett über eventuell gemeinsam mit den anderen Mächten in Konstantinopel zu unternehmende nachdrückliche Schritte ins Einvernehmen zu setzen, nur wäre ich der Ansicht, daß in ebenso energischer Weise in Belgrad und Athen behufs sofortiger Einstellung der Feindseligkeiten eingewirkt werden müßte. Ich hoffe, daß es gelingen wird, durch eine entsprechende Pression das angestrebte Ziel auf allen drei Kriegsschauplätzen zu erreichen. Sollte sich dies aber als unmöglich erweisen und sich speziell die russische Regierung veranlaßt sehen, zum Schutze Bulgariens der Türkei gegenüber schärfere Mittel in Anwendung zu bringen, so müßten wir uns vorbehalten, auch unsererseits zu dem gleichen Zweck der Abwendung einer völligen Niederwerfung Bulgariens entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Was die Frage Herrn Sazonows über unsere Stellungnahme bezüglich des künftigen Schicksals des Hafens von Kavalla anbelangt, so scheint es mir verfrüht, gegenwärtig einzelne Angelegenheiten aus dem Komplex der territorialen Fragen herauszugreifen, deren definitive Regelung in einem späteren Stadium dem Spruch der Mächte vorbehalten ist. Euer Exzellenz wollen sich in vorstehendem Sinne ehestens zu Herrn Sazonow aussprechen.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 8011, 8014 Anm. a, 8029, 8042 Anm. b, 8082, 8108. — [b] Tel. Nr. 253 aus St. Petersburg liegt nicht bei den Akten. — [c] n. 7955. — [d] n. 7947. — [e] Vgl. n. 7974 und n. 7977, aber laut Eingangszeit erst nach Fertigstellung obigen Telegrammes dem Minister vorgelegen.

Tel. nach St. Petersburg, 24. Juli 1913 Nr. 431 (chiffr. 25. Juli 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 7980.

Nr. 8003. Tel. aus St. Petersburg, 24. Juli 1913 Nr. 255 (eing. 25. Juli 12 U. 15 M. a. m.). Entziff.

Militärattaché an Chef des Generalstabes[a]: „Englischer Botschafter sagte mir heute, politische Situation sei sehr ...[b], seiner Meinung nach werde man sich russischerseits zu einer Intervention gegen die Türkei entschliessen, die mehr sein werde als eine blosse Demonstration. Auf meine Frage, ob er an eine Unternehmung gegen Kleinasien glaube, sagte er, er hoffe, dass dies nicht der Fall sein werde, doch sei selbst dies nicht unmöglich. Jedenfalls schien mir Botschafter sehr besorgt, schob Schuld der jetzigen Situation auf Rumäniens Intervention. Als ich fragte, wer denn daran Schuld sei, dass Rumänien sich zu bewaffneter Intervention entschlossen habe, sagte er, er habe es hier immer zu verstehen gegeben, dass er es für ein sehr gefährliches Spiel halte, Rumänien zu encouragieren. Bisher konnte ich nichts erfahren, ob militärischerseits Massnahmen gegen die Türkei getroffen wurden. Prinz Hohenlohe."

Thurn.

[a] Amtsvermerk: Wurde direkt mitgeteilt. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 8004. Tel. aus Sofia, 24. Juli 1913 Nr. 850 (eing. 5 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 389 und 390 vom 23. d. Mts. erhalten. Habe mich sowohl Minister des Äussern und Dobrovič als auch gestern Seiner Majestät dem König gegenüber auftraggemäss, insbesonders im Sinne der letzten Alineas[a] der beiden obzitierten Telegramme, ausgesprochen. König Ferdinand meinte, dass er in unsere guten Absichten Vertrauen habe, fürchtet aber wegen Unaufrichtigkeit Russlands Vereitelung jeder Aktion gegen (Türkei)[b]. „Bevor Sie mir helfen werden, wird man mich erwürgen," bemerkte der König. Tarnowski.

[a] Letztes Alinea von Nr. 389 (n. 7935) beginnt mit „Euer Hochgeboren wollen den Umstand", letztes Alinea von Nr. 390 (n. 7914) mit „Gleichzeitig wollen Euer Hochgeboren die Erklärung abgeben". — [b] Chiffre verstümmelt.

Nr. 8005. Tel. aus Sofia, 24. Juli 1913 Nr. 854 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Hatte Besuch Ministers des Aeußern. Er las mir sehr warmes Telegramm vor, das er heute nachts direkt an Majoresco mit Ersuchen gerichtet, Kavalleriedetachement, das sich Hauptstadt genähert, aufzuhalten, worauf er soeben befriedigende Antwort erhalten. Mitredner sagte, mit Rumänien nehmen Dinge gute Wendung. Majoresco hätte auch durch italienischen Gesandten anher bekanntgegeben, daß Rumänien Verpflegung Armee und Hauptstadt via Pleven gestatten werde. Dies sei von größter Wichtigkeit, da türkische reguläre Kavallerie bereits so weit landeinwärts eingedrungen, daß sie jeden Moment südliche Bahnstrecke (Tundja-Brücke) zerstören könne, was bulgarische Armee dem Hunger preisgeben müßte. Auch würden Serben und Griechen, wenn sie auf diese, der bulgarischen Armee drohende Gefahr rechnen würden, Waffenstillstand nicht schließen wollen. Waffenruhe sei jetzt umso dringender, als sich türkische Invasion immer mehr ausdehne, ohne daß Türken irgendein Widerstand geleistet werden könnte. Wenn nur Waffenruhe geschlossen, werde man einige Regimenter nach Südbulgarien detachieren können, um Türken aufzuhalten, was selbstredend nur in dem Falle gelingen würde, wenn auch Mächte durch entsprechenden Druck (respektive Flottendemonstration) Türkei zum Einlenken bringen würden, sonst müßte Bulgarien nach Beseitigung aller anderen Gefahren der türkischen zum Opfer fallen. Im Verlaufe des Gespräches betonte Minister, Hauptzweck seiner Politik bilde Ausgestaltung freundschaftlichen Verhältnisses mit Rumänien, um auf dieser Basis zu einer Allianz mit demselben zu gelangen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 8015.

Nr. 8006. Tel. aus Sofia, 24. Juli 1913 Nr. 856 (eing. 25. Juli 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 396 von heute erhalten. Habe Minister des Aeussern im Ministerrat besucht und Mitteilung in Gegenwart des Ministerpräsidenten und Finanzministers gemacht. Sie waren von dem Eröffneten angenehm impressioniert und von Versicherung,

dass wir Proposition im Prinzipe durchaus sympathisch gegenüberstehen, sichtlich befriedigt. Sowohl Minister des Aeussern als auch die zwei anderen versicherten unter Anführung zahlreicher Argumente, dass ihr Wunsch nach Anschluss an Monarchie nicht ephemer und nicht wegen momentaner Situation entstanden, sondern sei dies stets Credo ihrer Politik gewesen, die, wenn befolgt, Bulgarien längst zur Verwirklichung aller Aspirationen verholfen hätte. Von Parallelismus bulgarischer und unserer Interessen seien Minister überzeugt und hätten, falls am Ruder, nach Idee Stambulows nie andere als austrophile Politik gemacht. Den gegenwärtigen Moment, wo Land so tief von Russland getäuscht, betrachten sie als außerordentlich günstig, um neuen Kurs zu inaugurieren. Dass Verständigung mit Rumänien integrierender Teil und eine Vorbedingung des Anschlusses an Monarchie und Dreibund bilde, seien sich die drei führenden Minister völlig bewußt; die Regierung hätte bereits zu diesem Ende ihr Möglichstes getan, glücklicherweise auch einige Fortschritte bereits gemacht und sei ihrerseits fest entschlossen, alles aufzubieten, um nicht nur zur Verständigung, sondern zu einer Allianz mit Rumänien zu gelangen. In dieser Hinsicht müsse Regierung um unsere wertvolle Unterstützung und annähernde Vermittlung bitten, damit auch von rumänischer Seite alles, was baldige Entente ermöglichen kann, geschehe. Minister des Aeussern und Ministerpräsident betonten hier, wie ungemein wichtig es wäre, dass, nachdem Waffenruhe geschlossen und mit Demobilisierung angefangen worden sein werde, die Evakuation rumänischer Armee in der Weise durchgeführt werde, dass Zwischenfälle vermieden werden, wozu dringend geboten, dass rumänische Truppen abziehen, bevor bulgarische vom Kriegsschauplatz zurückkehren. Es werde auch Sympathien öffentlicher Meinung für Monarchie erhöhen, wenn Regierung darauf werde hinweisen können, dass weitere Schwierigkeiten mit Rumänien dank Oesterreich-Ungarn vermieden. Der Minister des Aeussern begreife sehr gut, dass unmöglich, im Handumdrehen Abkommen von solcher Tragweite zu treffen, und gegenwärtige Regierung, die keine andere Politik zulasse, würde auf Perfektionierung des Vertrages warten, solange notwendig, andererseits sei ihr aber doch sehr daran gelegen, dass Bulgarien in europäischer Konferenz, die Balkanfragen regeln werde, bereits offizielle Freunde habe und dort zusammen mit Rumänien als zur Dreibundgruppe gehörig auftrete. Die Minister drückten Hoffnung aus, dass, sobald — wobei wir sehr helfen könnten — mit Rumänien Entente erzielt, Bulgarien — sollte auch Konvention mit uns noch nicht formell unterzeichnet sein — nicht in Ungewissheit gelassen werde, dass es in Dreibundgruppe aufgenommen und von dieser unterstützt werde. Ich richte auch heute vertrauliche Frage an Minister, ob sie seitens König Ferdinands keine Schwierigkeiten befürchten; König werde wie immer zögern, auf Gefahr von Russland (hinweisen)[b], — meinten Mitredner — es werde aber bloß Frage einiger Stunden sein, König zu überzeugen und zur Sanktion der Politik der Regierung zu veranlassen. Alle drei Minister versicherten kategorisch, sie seien sicher, dass seitens des Königs keine Opposition kommen werde, die sie nicht überwinden würden. Ich möchte noch erwähnen, die Minister schienen ein wenig zu befürchten, Deutsch-

land würde wegen augenscheinlicher Turkophilie Gedanken des Anschlusses Bulgariens an Dreibund vielleicht nicht sympathisch betrachten. Die Minister verabschiedeten sich von mir mit dem Bemerken, sie hofften sehr, dass heutiger Tag ein historischer. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7937. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 8007. Tel. aus Athen, 25. Juli 1913 Nr. 574 (eing. 26. Juli 4 U. a. m.). Entziff.

Verfolg Telegrammes von gestern Nr. 565. Rumänische Proposition Nischer Pourparlers. Herr Venizelos war vorhin bei mir, um mir die Antwort Seiner Majestät des Königs zu überbringen. Höchstderselbe befiehlt ihm, mir „tranquillement mais fermement" zu eröffnen, dass er aus den bekannten wohlbegründeten Ursachen von seinem Standpunkt — keine Einstellung der Feindseligkeiten vor vollzogenem Präliminarfrieden — nicht abgehen könne. Seine Majestät gebe aber Höchstseine Zustimmung zu Pourparlers in Nisch über die militärischen Fragen (Waffenstillstand, Verpflegung, Stellung der Truppen etz.). Nur müssten diese Nischer Pourparlers gleichzeitig und parallel mit den Bukarester Friedensverhandlungen stattfinden. Herr Venizelos sagte mir hiezu: Besser wäre es wohl gewesen, wenn die Gesamtheit aller Fragen in Nisch verhandelt worden wäre. Diese Negoziationen könnten schon seit einigen Tagen im Gang sein; da kam die rumänische Proposition wegen Bukarest. Also in Gottes Namen: Ja. Schnell dorthin mit Herrn Panas! Könne man sich mehr beeilen, als die griechische Regierung? Jetzt heissts Zweiteilung: in Nisch sollen die militärischen Fragen, in Bukarest der Frieden verhandelt werden. Herr Venizelos will nun — angeblich auf Grund eines Kompromißantrages Herrn Pašić' — wie folgt vorgehen: Die Bukarester Verhandlungen über den Frieden können vom Standpunkte Griechenlands sofort beginnen. Ist Herr Panas dort nicht sogleich zur Stelle, kann der Bukarester griechische Gesandte einstweilen zu verhandeln anfangen, und zwar mit Herrn Majoresco, seinem serbischen Kollegen und dem Abgesandten Bulgariens. Die Friedensbedingungen der Alliierten können daher sehr rasch, vielleicht schon Sonntag in Sofia bekannt gemacht sein. Lautet die Rückäußerung der bulgarischen Regierung so, dass sich mit einiger Sicherheit voraussehen lässt, dass die Stellungnahme des Kabinetts in Sofia einen Friedensschluss auf Basis Forderungen der Alliierten ermöglicht, dann werden sofort die Nischer militärischen Unterhändler, welche ihrerseits gleichzeitig verhandeln, ermächtigt werden, den Waffenstillstand zu unterzeichnen. „Sie sehen," fügte Herr Venizelos h nzu, „dass ich larger bin, als Seine Majestät der König, der die Unterschrift des Präliminarfriedens als Vorbedingung für den Waffenstillstand bezeichnet, während für mich schon die Chance — allerdings eine begründete — des Friedensabschlusses genügt. Aber das will ich auf mich nehmen!" Stellen sich aber bei den Bukarester Friedensverhandlungen die Divergenzen zwischen den beiderseitigen Standpunkten als so stark dar, dass an eine Überbrückung derselben nicht zu denken ist, dann kommt eben der Waffenstillstand nicht zustande. Die militärischen Operationen gehen während all dieser Verhandlungen selbstverständlich

weiter. Griechenland — so schloss Herr Venizelos, der mich beschwor, dies Alles nochmals Euer Exzellenz zu melden — muss sich vor Bulgarien schützen: jetzt vor dem Frieden vor jeder möglichen Überrumpelung oder Übervorteilung, nach dem Frieden vor der Möglichkeit, dass Bulgarien in den Stand gesetzt werde, früher oder später Revanche zu üben und Griechenland zu zertrümmern; daher dürfe Bulgarien aus dem Kriege nicht stärker hervorgehen als Griechenland oder Serbien. Bulgarien habe mächtige Protektoren, Griechenland niemand, auf den es zählen könne; daher müsse es für seine jetzige und zukünftige Sicherheit selbst sorgen. Diese Sorge involviere aber, er wiederhole es feierlich, keineswegs eine Erdrosselung oder Niederwerfung Bulgariens, an die man nicht denke. Venizelos bittet Euer Exzellenz angelegentlichst, ihm Glauben und Vertrauen zu schenken. Braun.

Nr. 8008. Tel. nach Belgrad, 25. Juli 1913 Nr. 219 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Nemes, Szápáry u. Berchtold; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 515 von gestern. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, sich bei Herrn Pašić, wie folgt, vernehmen zu lassen. Ich begriffe vollkommen die Notwendigkeit für die serbische Armee, vorkommende bulgarische Angriffe fallweise zurückzuweisen. Die Äußerung Herrn Pašić', Serbien wünsche nicht die Vernichtung oder Erdrosselung Bulgariens, hätte ich mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, müsse aber der Erwartung Ausdruck geben, daß die Thaten im Einklang mit den Worten stehen werden und kein weiterer Vormarsch der serbischen Truppen, dem ein defensiver Charakter ja nicht zukommen könnte, in Aussicht stehe. Daß uns — und wir stehen in dieser Auffassung in Europa nicht vereinzelt da — ein weiteres aggressives Vorgehen gegen Bulgarien nicht gleichgiltig sein könnte, sei Herrn Pašić aus Euer Hochwohlgeboren früherer Sprache bekannt. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8015 Anm. b, 8040, 8059 Anm. b.

Nr. 8009. Tel. aus Belgrad, 25. Juli 1913 Nr. 518 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Friedensverhandlungen in Bukarest. Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 517. Trotz gegen Rumänien laut werdender Stimmen hält Herr Pašić an den Friedensverhandlungen in Bukarest fest, wohin er sich übermorgen begeben dürfte. Außer ihm nehmen noch die Gesandten Ristić und Spalajković an den Verhandlungen teil. Ministerpräsident hofft, daß gleich nach Beginn der militärischen Verhandlungen die Feindseligkeiten eingestellt werden können. Griechenland macht aber fortgesetzt Schwierigkeiten. Ugron.

Nr. 8010. Tel. nach Berlin Nr. 535 (1), Rom Nr. 848 (2), Paris Nr. 383 (3), St. Petersburg Nr. 433 (4), London Nr. 628 (5) und Konstantinopel Nr. 359 (6), 25. Juli 1913 (chiffr. 1 U. 50 M. a. m.). Konz. (S. Berger; G. Nemes).

1.—6. Gegenwärtige Situation am Balkan. Die königlich rumänische Regierung hat am Abend des 22. d. M. einen militärischen Bevollmächtigten

mit dem Auftrag nach Nisch entsendet, dort mit den anderen Vertretern „arrêt des armées et suspension des armes" zu vereinbaren. Die königlich rumänische Regierung hat Serbien und Griechenland den sofortigen Abschluß dieser Vereinbarung in Nisch und die Fortführung der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen in Bukarest vorgeschlagen.[a] Wir sind bei den Regierungen von Belgrad und Athen nachdrücklichst für die Annahme dieser rumänischen Proposition eingetreten.[b] Über die Aufnahme, welche der rumänische Schritt in Athen gefunden hat, telegrafiert Freiherr von Braun unterm 24. d. M.: ... *wie n. 7972* ... Die dem k. und k. Gesandten in Athen auf den von ihm ausgeführten Schritt ertheilte Antwort[c] lautete ebenfalls abweislich und bewegte sich im gleichen Gedankengange. Die Meldung Herrn von Ugrons vom 24. d. M. über die ihm aufgetragene Unterstützungsdémarche lautete: ... *wie n. 7977, korrigierter Auszug* ... Über den Erfolg der rumänischen Schritte in Belgrad und Athen telegrafiert mir noch Prinz Fürstenberg unterm gestrigen: ... *wie n. 7990 vom Anfang bis „territorialen Forderungen"*...

1.—5. Was das türkische Vordringen anbelangt, haben wir uns wiederholt durch Markgrafen Pallavicini bei der Pforte vernehmen lassen, daß wir eine Verletzung der gewissermaßen unter unserer Garantie geschlossenen Londoner Vereinbarungen nicht ruhig hinnehmen könnten.

1.—6. Wie Euer Exzellenz aus einem anderen Telegramme von heute bekannt, hat sich die Londoner Réunion in ihrer letzten Sitzung mit der Ausführung einer Démarche in Konstantinopel, welche den türkischen Vormarsch zum Stillstand bringen soll, befaßt.[d]

1. u. 2. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

3.—6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7953. — [b] n. 7947. — [c] n. 7974. — [d] Vgl. n. 7993.

Tel. nach Berlin, 25. Juli 1913 Nr. 536 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 8021.

Tel. nach Berlin, 25. Juli 1913 Nr. 539 (chiffr. 26. Juli 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8022.

*Nr. **8011.** Tagesbericht über eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter, 25. Juli 1913 Nr. 3577.[a] Konz. (S. Egger; V. u. G. Berchtold).*

Herr von Tschirschky war heute bei mir und hat mir nachstehende Mitteilungen gemacht. Fürst Lichnowsky habe nach Berlin telegrafiert, daß ihm Sir Edward Grey nach der gestrigen Sitzung der Botschafterréunion gesprächsweise eröffnet habe, er lasse Herrn von Jagow bitten, die Möglichkeit einer gesonderten Aktion Rußlands in Erwägung zu ziehen. Das Berliner Kabinett möge erwägen, welche Art von Aktion gegen die Türkei im gegenwärtigen Momente Deutschland am unbedenklichsten schiene und die geringste Gefahr für den Weltfrieden involviere (Aktion in Armenien, Débarquement am Festland der europäischen Türkei und andere). Für die englische Regierung wäre eine Aktion in Armenien äußerst

unerwünscht. Fürst Lichnowsky habe Sir Edward Grey hierauf geantwortet, daß dies auch dem deutschen Standpunkte entspräche. Eventuelle Maßnahmen in der europäischen Türkei müßten sich aber im Rahmen des Schutzes Bulgariens bewegen und als Endziel die Aufrechthaltung der Geltung der Bestimmungen des Londoner Präliminarfriedens bezwecken. Herr von Tschirschky schloß seine Mitteilungen an mich damit, daß er mich ersuchte, ihm unsere Ansicht in der in Rede stehenden Frage wissen zu lassen, da Herr von Jagow beabsichtige, Sir Edward Grey hierüber zu informieren. Ich antwortete Herrn von Tschirschky, daß wir die Möglichkeit einer russischen Sonderaktion nach den uns gestern zugekommenen Informationen nicht für ausgeschlossen halten können. Daher hätten wir bereits dem k. u. k. Botschafter in St. Petersburg den Auftrag[b]) gegeben, diesfalls mit Herrn Sazonow Fühlung zu nehmen. Wir giengen hiebei von der Tatsache aus, daß wir uns mit Rußland in diesem Falle auf gleicher Linie, nämlich in dem Wunsche begegnen, Bulgarien vor der Zertrümmerung zu bewahren. Wir hätten Herrn Sazonow gegenüber dies betonen lassen und zugleich darauf hingewiesen, daß wir, wenn Rußland sich zu schärferen Maßnahmen veranlaßt fühlen sollte, auch uns vorbehalten müßten, entsprechende Schritte zu gleichem Zwecke zu tun. Diese Mitteilung nach St. Petersburg verfolge einen zweifachen Zweck. Einerseits werde Rußland dadurch Gelegenheit zu einer Konversation mit uns im Gegenstande gegeben und andererseits sei sie bestimmt, Rußland, wenn möglich, von einseitigen Schritten zurückzuhalten. Meiner Ansicht nach müßten die Bemühungen der englischen Diplomatie darauf gerichtet werden, ein solches Vorgehen Rußlands zu verhindern, da dasselbe unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Vor allem sollte darauf hingewirkt werden, daß der Waffenstillstand zwischen Bulgarien einerseits und Rumänien, Serbien und Griechenland andererseits raschestens zum Abschlusse komme. Dadurch bekämen dann Bulgarien beziehungsweise Rumänien von selbst die Gelegenheit, die Türken aus Eigenem zurückzuwerfen.

[a]) Vgl. n. 8045. — [b]) n. 8002.

Nr. 8012. Tel. aus Berlin, 25. Juli 1913 Nr. 346 (eing. 3 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 22. d. M. Nr. 522, betreffend eventuelle Flottendemonstration gegen die Türkei. Staatssekretär ist ebenfalls der Meinung, daß ein geschlossenes Vorgehen des Dreibundes in der Frage einer eventuellen Aktion gegen die Türkei notwendig wäre, doch sei er sich darüber nicht im klaren, was die russischerseits auf der Réunion in London vorgebrachte Idee einer „starken Pression" praktisch bedeuten solle. An einer „Flottendemonstration" wäre Deutschland infolge der ungünstigen Erfahrungen, die es bei ähnlichen Unternehmungen gemacht, nicht geneigt teilzunehmen. Herr von Jagow ist der Meinung, daß eine solche weder von englischer noch auch von russischer Seite schließlich vorgeschlagen würde. Vertraulich fügte Staatssekretär als rein persönliche Ansicht hinzu, daß, nachdem die Türken nunmehr von Adrianopel Besitz ergriffen hätten, es nicht leicht fallen werde, sie von dort wieder hinaus-

zubringen. Möglicherweise könnte die im Londoner Friedensprotokoll festgesetzte Grenzlinie Enos—Midia zu Gunsten der Türkei etwas geändert und sie dadurch dazu gebracht werden, Adrianopel zu räumen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 8044.

Nr. 8013. Tel. aus Berlin, 25. Juli 1913 Nr. 348 (eing. 3 U. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm vom 23. d. M. Nr. 526, betreffend rumänische Proposition wegen Einstellung Vormarsches der Armeen. Staatssekretär versichert mir, daß er schon bisher nicht ermangelt habe, in Athen und in Belgrad dringenden Rat zu geben, in Nisch ehestens zu vereinbaren, daß die Einstellung Vormarsches der Armeen und die Einstellung der Feindseligkeiten beschlossen werde. Dem Wunsche Euer Exzellenz entsprechend, werde er nochmals diese Ratschläge erneuern. Szögyény.

Nr. 8014. Tel. aus Berlin, 25. Juli 1913 Nr. 349 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme vom 24. und 25. d. Mts. Nr. 529[a]) und 530 betreffend Konferenzidee. Nach den neuesten Nachrichten ist man in Athen und Belgrad fest entschlossen, Einstellung der Feindseligkeiten und Friedensschluß nur gleichzeitig in Bukarest zu verhandeln. Staatssekretär meint, daß die diesbezüglichen Verhandlungen schon in den allernächsten Tagen beginnen werden. Herr von Jagow steht auch auf dem Standpunkt, daß die Ergebnisse der Friedensverhandlungen einer Überprüfung durch die Großmächte zu unterliegen haben; nach seiner Ansicht sollte es aber von Kabinett zu Kabinett geschehen, wie es auch nach der bosnischen Annexionskrise der Fall war. Nach wie vor perhorresziert er eine Konferenz oder Botschafterréunion. Sollte aber einer solchen absolut nicht auszuweichen sein, so teilt Staatssekretär Euer Exzellenz Ansicht vollkommen, daß die Wahl betreffend Zusammenkunftsortes keinesfalls auf eine der Hauptstädte der Tripleentente-Mächte fallen dürfe, sondern auf einen neutralen Ort. Herr von Jagow hofft, daß die Verhandlungen in Bukarest akzeptables Material für eine Nachprüfung der Mächte zustande bringen werden. Die dortigen Vertreter der Dreibundmächte und die vernünftige rumänische Regierung böten wohl eine Gewähr dafür. Szögyény.

[a]) Mit Tel. Nr. 529, 24. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.) wurde n. 8002 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 8015. Tel. nach Bukarest, 25. Juli 1913 Nr. 366 (chiffr. 26. Juli 1 U. a. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

Graf Tarnowski telegrafiert unterm gestrigen: ... *wie n. 8005 mit Korrekturen* ... Vorstehendes zur Besprechung mit Herrn Majoresco, wobei Euer Durchlaucht sich in folgendem Sinne vernehmen lassen wollen: Wir hätten mit Befriedigung von dem Entgegenkommen der königlich rumänischen Regierung vernommen, welches die Verpflegung der bulgarischen Armee und jene Sofias gestatte. Wir hielten dies nicht nur für

eine äußerst humane, sondern auch sehr kluge Entscheidung des Bukarester Kabinettes, nachdem wir überzeugt sind, daß dieses offenkundige Wohlwollen bei der Sofioter Regierung ein berechtigtes Gefühl der Dankbarkeit auszulösen geeignet ist. Wir begrüßen aber vor allem auch die Einstellung des Vormarsches der rumänischen Armee, welche Maßregel es der königlich bulgarischen Regierung ermöglichen kann, dem türkischen Vordringen entgegenzutreten. Letzteres erfolge — wie Herrn Majoresco bekannt — gegen den Willen Europas und können wir uns des Gedankens nicht erwehren, daß jene, welche heute noch gegen Bulgarien aggressiv vorgehen, dem von der Pforte unternommenen Abenteuer Vorschub leisten. Ohne die Beschlüsse König Carols und seiner Regierung beeinflussen zu wollen, glauben wir auch den Gedanken zum Ausdruck bringen zu sollen, daß Rumänien, falls es eine Garantie bezüglich des Schutzes Sofias gegen einen eventuellen Einfall der Serben oder Griechen übernehmen wollte, Bulgarien in die Lage versetzen könnte, durch Détachierung einiger Truppentheile ein weiteres Vordringen des Halbmondes zu erschweren. Da ich Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 255 vom 24. l. M. entnehme, daß die ablehnende Haltung Serbiens und Griechenlands betreffs sofortiger Einstellung der Feindseligkeiten, sowie der Vormarsch der Türken in Bukarest ein Gefühl der Ratlosigkeit hervorgebracht haben, schiene es mir zur Bekräftigung Rumäniens in einer bulgarenfreundlichen Richtung wünschenswert, daß Euer Durchlaucht bei Führung obskizzirter Sprache auch auf unsere Haltung Serbien gegenüber hinweisen, worüber Euer Durchlaucht ein besonderes Telegramm[b]) zugeht. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8065. — [b]) Mit Tel. Nr. 368, 25. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 8008 nach Bukarest mitgeteilt.

Tel. nach Bukarest, 25. Juli 1913 Nr. 367 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 8021.

*Nr. **8016.** Tel. nach Bukarest, 25. Juli 1913 Nr. 369 (chiffr. 26. Juli 2 U. a. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).*

Geheim. Antwort auf Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 249 vom 23. d. M. Im gegenwärtigen Augenblick läßt sich die weitere Entwicklung am Balkan noch nicht übersehen und daher ein festumschriebenes Programm für die Regelung der territorialen Fragen nicht aufstellen. Mit diesem Vorbehalt sowie mit dem Ersuchen, unsere Mitteilungen bis auf weiteres strengstens geheimzuhalten, wollen Euer Durchlaucht Nachstehendes zur Kenntnis Herrn Majorescos bringen. Unsere leitenden Gesichtspunkte sind: 1. Es liegt im allgemeinen Interesse, am Balkan möglichst stabile Zustände zu schaffen, damit einer neuerlichen Friedensstörung für längere Zeit vorgebeugt werde. Zu diesem Zwecke ist es erforderlich, die territorialen Grenzen den gegebenen ethnographischen Verhältnissen möglichst anzupassen und, was speziell Bulgarien anbelangt, zu verhüten, daß das Königreich in seinen Lebensbedingungen und seinen berechtigten nationalen Ansprüchen zu sehr beeinträchtigt werde. 2. Die spezifischen Interessen der Monarchie erheischen es, daß Serbien über den im ersten Balkankrieg unbestritten erreichten Gebietszuwachs hinaus nicht allzusehr vergrößert

werde und daß der serbisch-griechische Ring um Albanien, wenn sich diese Umklammerung nicht mehr vermeiden lassen sollte, wenigstens stellenweise möglichst schmal sei. 3. Der Tatsache der militärischen Erfolge Serbiens und Griechenlands muß natürlich bis zu einem gewissen Grade Rechnung getragen werden. — Auf die künftigen Grenzen Bulgariens, um die es sich ja in erster Linie handeln wird, angewendet, führen diese Grundprinzipien zu der Konklusion, daß Bulgarien aus Mazedonien nicht ganz verdrängt werden darf, daß ihm die Küste und Häfen am Ägäischen Meer sowie eine entsprechende Verbindung des Litorales mit dem Inneren erhalten bleiben muß und daß eine möglichst unveränderte Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Londoner Präliminarfriedens über die türkisch-bulgarische Grenze anzustreben wäre.

Im einzelnen ergibt sich sonach für die Abgrenzung des bulgarischen Gebietes

1. Im Westen: für die Beurteilung der ethnographischen Verhältnisse in diesen Gebieten enthält der vor dem Krieg gegen die Türkei geschlossene serbisch-bulgarische Vertrag Anhaltspunkte. Die Linie, die Serbien als Grenze des unbestrittenen bulgarischen Teiles Mazedoniens anerkannt hat, sollte nicht allzusehr zum Nachteil Bulgariens verschoben werden. Trotzdem die große Mehrheit seiner Bewohner sich als Bulgaren fühlen, wird wohl das Becken von Monastir samt dieser Stadt im Norden an Serbien, im Süden mit Florina an Griechenland fallen. Dagegen müßten wir die Forderung vertreten, daß das Gebiet von Morihovo an Bulgarien komme. Am linken Vardarufer müßte das Bregalnica-Tal samt Ištip und Kočana, ein Gebiet mit fast ausschließlich bulgarischer Bevölkerung noch zu Bulgarien gehören. Eine solche Gebietsverteilung würde auch insoferne gerechtfertigt sein, als hiedurch die in dem serbisch-bulgarischen Vertrag als strittig bezeichnete Zone gänzlich, von der sogenannten unbestrittenen dagegen der wichtigste und fruchtbarste Teil, das Gebiet von Monastir, Serbien zufiele, was einen der militärischen Situation entsprechenden Ausgleich darstellt. Daß Bulgarien im Besitze wenigstens eines Teiles von Zentral-Mazedonien bleibe, scheint mir ebensosehr in unserem wie im Interesse Rumäniens gelegen zu sein, da die künftige Politik Bulgariens in diesem Falle in noch höherem Maße als sonst in Mazedonien engagiert wäre.

2. Im Süden: Ich betrachte es als außer Zweifel stehend, daß das Strumnica- und obere Strumatal (im Süden begrenzt von der Belasica-Planina bis zum Vardar) sowie das ganze östlich von Kavalla zwischen der alten bulgarischen Grenze, dem Meere und der neuen Grenze gegen die Türkei gelegene Gebiet an Bulgarien zu fallen hat. Hier sind auch die ethnographischen Verhältnisse insoferne ganz klare, als die Vorherrschaft des bulgarischen Elementes, abgesehen vom türkischen, unbestritten ist. Schwieriger dürfte sich die Entscheidung über das Schicksal von Kavalla sowie des Gebietes längs der Bahn von Drama über Seres nach Demirhissar infolge der Prätensionen Griechenlands auf dieses reiche Gebiet gestalten. Wir sind der Ansicht, daß Kavalla Bulgarien nicht abgesprochen werden könnte. Hiefür ist die Erwägung maßgebend, daß der Hafen von Kavalla als das natürliche Ausfallstor zum Ägäischen Meer für Bulgarien von größter

Bedeutung ist, daß aber der Besitz dieses Hafens nicht nur wertlos, sondern auch die Verbindung Bulgariens mit den neuerworbenen Gebieten an der Küste vollkommen unterbunden wäre, wenn Bulgarien nicht die Möglichkeit hätte, auf eigenem Territorium durch das Strumatal bei Demirhissar einen Anschluß an die bestehende Jonction-Linie herzustellen. Das unwegsame Hochgebirge längs der alten bulgarischen Grenze schließt jede andere Hauptkommunikation aus dem Inneren Bulgariens an das Meer aus und überdies ist es heute, angesichts des Vorgehens der Türken immerhin fraglich, ob für Bulgarien der Weg über Adrianopel nach Dedeagatsch — an sich schon ein Umweg — offen bleibt. Andererseits wäre das südlich des Angistaflusses und der Bahnlinie bis zur Struma gelegene Territorium Griechenland zu überlassen. In ethnographischer Hinsicht würde die von uns in Aussicht genommene Linie im großen und ganzen mit der Grenze zwischen griechischer und slavischer Bevölkerung übereinstimmen.

3. Im Osten: An der Grenze Enos—Midia wäre mit eventuellen geringfügigen Modifikationen festzuhalten, jedenfalls müßte Bulgarien aber der Besitz Adrianopels gesichert werden. Dies scheint mir im allgemeinen Interesse Europas geboten. Denn wenn Adrianopel der Türkei gelassen würde, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Bulgarien, sobald es sich wieder gekräftigt hat, diese Stadt zurückzuerobern versucht und dann die Frage von Konstantinopel und des Fortbestandes der Türkei aufrollt.

Endlich möchte ich heute schon ausdrücklich hervorheben, daß wir unsere Zustimmung zu der Neuordnung der Gebietsverhältnisse am Balkan an die Bedingung knüpfen müßten, daß uns für die Wahrung unserer wirtschaftlichen Interessen, namentlich jener an der Orientbahn, an der Bahn Salonik—Monastir sowie am Hafen von Salonik entsprechende Garantien geboten werden. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 377 Nr. 753. Vgl. n. 8066, 8088, 8109, 8158, 8371.

Nr. 8017. Tel. aus Bukarest, 25. Juli 1913 Nr. 256 (eing. 4 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äußern hat gestern nachmittags dringende Aufforderung an bulgarische, serbische und griechische Regierung übermittelt, ihre Delegierten umgehend nach Bukarest zu entsenden. Gleichzeitig aber auch serbische und griechische Regierungen eingeladen, gleiches Vorgehen wie Rumänien zu beobachten, das heißt aus eigener Initiative unter Vorschützung militärischer Gründe der Verpflegung oder Nachschübe etc. Operationen auf einige Tage einzustellen, darauf hinweisend, daß weiterer Vormarsch respektive Kämpfe nur äußerst nachteilig wirken, Komplikationen hervorbringen könnten und keine Vorteile brächten. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 363 von heute, betreffend rumänische Proposition. Minister würde für höchst angezeigt halten, wenn Euer Exzellenz die obige letzte rumänische Proposition unterstützen würden, welche dem Gedanken entsprungen sei, daß vielleicht die respektiven Regierungen aus Furcht vor der öffentlichen Meinung Einstellung der Feindseligkeiten ohne vorangegangene Garantien für künftige Grenzen nicht zugestehen wollen. Herr Majoresco teilt mir auch mit, er habe serbischem Gesandten vorsichtig zu

verstehen gegeben, daß auch ein Gegensatz zwischen Rumänien und Serbien sich möglicherweise ergeben könnte, wenn zum Beispiel Serbien auf Widdin aspirieren würde, was Rumänien nicht zugeben könnte. K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 376 Nr. 750. Vgl. n. 8018, 8039.

Nr. 8018. Tel. aus Bukarest, 25. Juli 1913 Nr. 259 (eing. 26. Juli 2 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 362[a]) und 364, rumänische Demarche betreffend. Minister des Äußern mitgeteilt und nochmals nachdrücklichst auf ...[b]) in Telegramm Nr. 364 enthaltene Punkte hingewiesen. Minister des Äußern gibt sich Hoffnung hin, daß gestriger Vorschlag (hieramtliches Telegramm Nr. 256 von heute) von Serbien und Griechenland angenommen werden wird, da man sich dort doch Rechenschaft geben muß, daß wiederholte Ablehnung dasselbe bezweckender rumänischer Vorschläge in Bukarest verstimmen wird und daß Rumänien quasi als europäischer Mandatar auftritt. Drohung mit Separatabkommen mit Bulgarien werde ernstlich in Erwägung gezogen, nur stehe zu befürchten, daß in diesem Falle Alliierte nicht mehr nach Bukarest zu Beratungen kommen würden, was Situation sehr verschlimmern könnte. Rumänische Regierung möchte sich dieses Pressionsmittel für den Augenblick aufsparen, wo hier bei Beratung über Präliminarien sich große, durch unvernünftige Forderungen Alliierter erzeugte Schwierigkeiten ergeben. Gestern serbischerseits erfolgte Aufforderung, da beide Armeen Kontakt genommen, gegen bulgarische Streitkräfte gemeinsam zu operieren, wurde mit Hinweis abgelehnt, daß rumänische Armee vorderhand Operationen eingestellt habe. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7985 Anm. b. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Tel. nach Konstantinopel, 25. Juli 1913 Nr. 359 (chiffr. 1 U. 50 M. a. m.). Siehe n. 8010.

Tel. nach Konstantinopel, 25. Juli 1913 Nr. 360 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 8021.

Nr. 8019. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 25. Juli 1913 Nr. 383 (eing. 26. Juli 4 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 354 vom 24. d. M. Ich habe soeben lange Unterredung mit Großvezier gehabt, in welcher ich auftraggemäß auf die großen Gefahren hinwies, welchen sich die Türkei aussetze, wenn sie auf dem nunmehr betretenen Wege verharren sollte. Ich sagte ihm mit der größten Entschiedenheit, daß die Mächte nicht zugeben könnten, daß man sich über den unter ihrer Ägide zustandegekommenen Frieden hinwegsetze. Ich wies schließlich auf die großen Gefahren hin, welche der Türkei von Russland drohen könnten. Said Halim Pascha hörte meine Ausführungen ruhig an und antwortete: Es sei wohl richtig, dass der Friede speziell mit Bulgarien auch formell zustandegekommen ist, es seien aber seitdem Ereignisse eingetreten, welche niemand voraussah und welche Situation vollkommen änderten. Türkei, fuhr er fort, hätte sich

nicht dazu verpflichtet, sich für alle Zeiten zu binden, sie wäre übrigens schon jetzt mit Bulgarien in einen Ideenaustausch getreten und hätte der bulgarischen Regierung vorgeschlagen, sich über die neue Grenzlinie zu einigen. Im Laufe des Gespräches äußerte sich übrigens Großvezier dahin, dass die Türkei den Londoner Vertrag in Bezug auf die anderen Punkte, wie zum Beispiel Albanien, Inselfrage etz., als zu Recht bestehend ansehe. Ich ermangelte nicht, den Ausführungen meines Mitredners in entschiedener Weise entgegenzutreten, es gelang mir aber nicht, ihn zur Änderung seines Standpunktes zu bewegen. Er sagte mir schließlich ganz offen, türkische Regierung könne nicht mehr Adrianopel aufgeben, es sei denn, dass man sie mit Waffengewalt hiezu zwingen würde. Er ließ dabei durchblicken, dass selbst ein eventueller Einmarsch russischer Truppen nach Armenien nichts daran ändern könnte. Bezüglich der Lage in Adrianopel sagte mir Großvezir, dass die Stadt vollkommen ruhig ist und dass Gerüchte, türkische Armee hätte bulgarische Grenze überschritten, vollkommen aus der Luft gegriffen wären. Pallavicini.

a) Oe. U. Balkan 375 Nr. 749. Vgl. n. 8041.

*Nr. **8020**. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 25. Juli 1913 Nr. 384 (eing. 26. Juli 1 U. a. m.). Entziff.*

Streng vertraulich. Mein deutscher Kollege hat bisher noch keine Instruktionen von seiner Regierung erhalten, bei der Pforte wegen des Vormarsches nach Adrianopel zu intervenieren. Baron Wangenheim sagte mir, er würde, wenn er eine solche Weisung bekäme, vor deren Ausführung seine Regierung darauf aufmerksam machen, daß er jede Verantwortung für die Schädigung deutscher Interessen, die ein solcher Schritt nach sich ziehe, ablehnen müsse. Deutscher Botschafter bemerkte, nach seiner persönlichen Auffassung würde durch eine eventuelle militärische Intervention seitens Russlands Frage der Aufteilung der Türkei akut werden, da dann auch Deutschland gezwungen wäre, seine Interessen in Kleinasien zu wahren. Pallavicini.

Tel. nach London, 25. Juli 1913 Nr. 628 (chiffr. 1 U. 50 M. a. m.). Siehe n. 8010.

*Nr. **8021**. Tel. nach London Nr. 629 (1), Berlin Nr. 536 (2), Rom Nr. 849 (3), Paris Nr. 384 (4), St. Petersburg Nr. 434 (5), Konstantinopel Nr. 360 (6) und Bukarest Nr. 367 (7), 25. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).a) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).*

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm von gestern, Nr. 551. Ich ersuche Euer Exzellenz, Sir E. Grey zu sagen, daß ich mit seiner Auffassung von der Nothwendigkeit einer identischen Demarche in Konstantinopel übereinstimme und bezüglich der Ausführung dieses Schrittes den konkreten Anträgen des Herrn Staatssekretärs entgegensehe.

2.—7. Graf Mensdorff telegraphiert unterm gestrigen: ... *wie n. 7993 in extenso* ... Ich antworte dem k. und k. Botschafter in London: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Ich ersuche“ bis zum Schluß.)

2. u. 3. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache bei
1. Herrn von Jagow.
2. Marquis di San Giuliano.
4.—7. Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information
7. und Mittheilung an König Carol. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 377 Nr. 752. Vgl. n. 8050, 8077, 8110.

Nr. 8022. Tel. nach London Nr. 632 (1), Rom Nr. 852 (2) und Berlin Nr. 539 (3), 25. Juli 1913 (chiffr. 26. Juli 2 U. 30 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 553 vom 24. d. M. Da gegen den Ausdruck „autorité nationale provisoire" Bedenken geltend gemacht werden und Herr Cambon statt dessen „autorité existante" vorschlägt, wäre ich behufs Finalisirung der Discussion nicht abgeneigt, dieser Fassung, jedoch mit der durch Existenz der internationalen Commission in Skutari und die bekannten Velleitäten Sir Cecil Burneys nötig gewordenen Einschiebung des Wortes „national" oder „indigène" zuzustimmen. Es würde sohin: „autorités nationales existantes" oder „autorités indigènes existantes" lauten. Ich ersuche Euer Exzellenz jedoch, diese Variante vorerst als Hochderen persönliche Auffassung entsprechend zur Sprache zu bringen und erst dann in meinem Namen definitiv zu proponiren, wenn sich herausstellt, daß Ihre Kollegen autorisirt sind, nach dieser Modifikation die Statutdiscussion ohne weitere Amendements abzuschließen.

2. u. 3. Im Verfolge meines Telegrammes Nr.
2. 827
3. 523
2. u. 3. vom 23. d. M. Graf Mensdorff telegraphirt unterm 24. d. M. wie folgt: ... *wie n. 7995 mit Korrektur* ... Ich antworte Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Da gegen den Ausdruck" bis zum Schluß.) Vorstehendes zur streng vertraulichen Mittheilung an die dortige Regierung. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8051, 8076.

Nr. 8023. Tel. aus London, 25. Juli 1913 Nr. 558 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinen gestrigen Telegrammen Nr. 551 und 556, Demarche wegen türkischen Vormarsches betreffend. Bei Diskussion über die Demarche in Konstantinopel versuchte es Fürst Lichnowsky wiederholt, auch die Frage der Kriegsentschädigung hineinzubringen, in der Form, daß der Türkei eine Zusicherung gegeben würde, daß sie, wenn sie sich bezüglich der Grenzlinie dem Willen der Mächte füge, jedenfalls keine Kriegsentschädigung an Bulgarien oder die Alliierten zu entrichten haben wird. Obwohl Sir E. Grey ja auch bisher nicht für Kriegsentschädigung war, entgegnete er doch, daß es nicht an den Mächten sei, der Türkei ihre Zustimmung zur Enos—Midia-Linie im gewissen Sinne abzukaufen. Es sei an der Türkei, ihre Forderungen vorzubringen betreffend „conditions indispensables

pour assurer la sécurité de cette frontière". Marquis Imperiali wollte durchaus „de ses frontières" setzen und opponierte dem von Sir A. Nicolson vorgeschlagenen Text „ses frontières en Europe"; schließlich wurde „cette frontière" angenommen. Italienischer Botschafter zeigte ernstlich wieder das Bestreben, die Sicherheit der türkischen Grenzen überhaupt, das heißt die Inselfrage, hineinzumischen, was auf Sir E. Grey entschieden ungünstigen Eindruck machte. Lichnowsky unterstützte Imperiali, ich verhielt mich in dieser Diskussion passiv. Mensdorff.

Nr. 8024. Tel. aus London, 25. Juli 1913 Nr. 559 (eing. 5 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 622 vom 24. d. M., betreffend Minoritätenschutz. Ich habe mit Graf Benckendorff gesprochen, der noch nicht im Besitze der Antwort aus Petersburg auf den Vorschlag seines transaktionellen Textes war. Er urgiert telegraphisch. Wenn, wie zu hoffen, bejahende Antwort eintrifft, würde Graf Benckendorff es auf sich nehmen, den von Euer Exzellenz beanständeten Vordersatz „Ces articles" bis „de propriété" auszulassen, und wir würden sofort uns mit Sir Edward Grey in Verbindung setzen, damit diese Frage gleichzeitig mit accès commercial und Evakuation erledigt werde. Mensdorff.

Nr. 8025. Tel. aus London, 25. Juli 1913 Nr. 560 (eing. 11 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Wie ich soeben im Foreign Office höre, sendet Sir E. Grey eine Zirkulardepesche an britische Botschafter zur Mitteilung an die respektiven Regierungen, welche im wesentlichen folgenden Inhalt hat. Staatssekretär schlägt vor, daß nach Ablauf der nächsten Woche sich Botschafterreunion vertage. Wiederzusammentritt in späterem Zeitpunkt nach Wunsch der Regierungen. Die ernsten Ereignisse am Balkan machen es den Regierungen der Mächte schwer, ihre Hauptaufmerksamkeit den erübrigenden Fragen zu widmen. Es sei in letzter Zeit die Tendenz bemerkbar gewesen, die Reunion mehr mit zahlreichen Fragen von Details als Wesentlichem zu befassen. Fortschritt bezüglich Albaniens sei durch formelle Fragen aufgehalten worden. Er hoffe noch nächste Woche Einigung über Kontrollkommission, schwedische Offiziere für Gendarmerie, sowie Schutz der albanesischen Minoritäten zu erzielen. Italien zeige Tendenz, die Frage der Inseln — jedenfalls der von Italien besetzten — zu reservieren, bis die Forderungen Griechenlands in ihrer Totalität geregelt werden. Dies würde die Entscheidung über Korca und Stylos verzögern. Staatssekretär beantragte daher, daß nach Ablauf nächster Woche alle übrigbleibenden Fragen im gewöhnlichen diplomatischen Wege behandelt werden. Vorstehend ungefähr Inhalt der Zirkulardepesche, die ohne Zweifel morgen Euer Exzellenz vorliegen wird. Ich machte Unterstaatssekretär darauf aufmerksam, daß es mir sehr bedenklich schiene, Reunion zu vertagen, ohne irgendeinen Beschluß über Südgrenze erzielt zu haben. Griechische Okkupation in Albanien werde sich dadurch immer mehr befestigen und ich glaube nicht, daß wir und Italien das zugeben könnten. Sir A. Nicolson meinte, es sei sehr schwer, angesichts

der italienischen Haltung die albanesische Delimitationsfrage von den anderen territorialen Fragen zu trennen. Sir E. Grey habe diesen Beschluß bereits gefaßt und das Telegramm gehe heute ab. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8026, 8053, 8056.

Nr. 8026. Tel. aus London, 25. Juli 1913 Nr. 561 (eing. 26. Juli 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu meinen heutigen Telegrammen Nr. 557 und 560, englische Zirkulardepesche betreffend. Ich habe mit italienischem Botschafter gesprochen, der mir sagt, er habe wiederholt Sir E. Grey Zusicherung gegeben, daß Italien den Grundsatz aufrechterhalte, keine Vorteile für sich aus den jetzigen Wirren gewinnen zu wollen. Marquis Imperiali glaubt, Mißtrauen stamme von Paris. Sir E. Grey habe ihm gesagt, er könne nicht Koritza und Stylos durchsetzen, wenn nicht Inselfrage in einer für Griechenland günstigen Weise gelöst wird. Vielleicht ließe sich noch eine Verständigung erzielen, wenn gegen Zusicherung der Grenzlinie Koritza—Kap Stylos die Dreibundmächte ihre Zustimmung schon jetzt dazu geben würden, daß alle großen Inseln griechisch werden sollen. Nur die kleinen von Italien besetzten Inseln könnten einer späteren allgemeinen Regelung reserviert werden. Ich weiß nicht, ob nicht auf dieser Grundlage Sir E. Grey bewogen werden könnte, die Reunion um einige Tage zu verlängern und die Grenzfrage noch zu erledigen. Staatssekretär ist von der idée fixe besessen, unter keinen Umständen seinen Urlaub im August und September zu opfern. Auch fängt er an, nach so vielen Monaten recht ungeduldig zu werden. Die Diskussionen zwischen uns auf der Reunion über Detailfragen sind ihm unendlich lästig und irritieren ihn. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8086.

Nr. 8027. Tel. des Generalkonsuls Johann Paumgartner aus Odessa, 25. Juli 1913 Nr. 16 (eing. 26. Juli 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Soeben erhaltenen Informationen zufolge soll Geschwader, bestehend aus einem Kreuzer und drei Torpedobooten Ordre erhalten haben, von Sebastopol mit der Bestimmung auszulaufen, unweit Konstantinopel (?) zu kreuzen. Letzter Tage weilte der Kommandierende des Okrug in Sebastopol zwecks Besprechung mit dem Admiral. Gleichlautend Petersburg 14. Paumgartner.

[a]) Vgl. n. 8041.

Tel. nach Paris, 25. Juli 1913 Nr. 383 (chiffr. 1 U. 50 M. a. m.). Siehe n. 8010.

Tel. nach Paris, 25. Juli 1913 Nr. 384 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 8021.

Tel. nach Rom, 25. Juli 1913 Nr. 848 (chiffr. 1 U. 50 M. a. m.). Siehe n. 8010.

Tel. nach Rom, 25. Juli 1913 Nr. 849 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 8021.

Tel. nach Rom, 25. Juli 1913 Nr. 852 (chiffr. 26. Juli 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8022.

Nr. 8028. Erlaß nach Rom, 25. Juli 1913 Nr. 3544.[a]) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Den Intentionen Euer Exzellenz entsprechend habe ich nicht ermangelt, gelegentlich meiner letzten Audienz in Bad Ischl Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn allerunterthänigst Vortrag zu erstatten über die zwischen Euer Exzellenz und mir gewechselten Telegramme in Betreff des hier-ämtlichen Auftrages vom 4. Juli 1913 Nr. 749, dessen einigermaßen comminatorischer Klang bezüglich des Vorgehens der Verbündeten in Italien Besorgnisse erregt hatte. Ich ließ es mir angelegen sein, Seine Majestät auf den Umstand aufmerksam zu machen, daß nach der Fassung des gedachten Telegrammes Euer Exzellenz annehmen konnten, es sei mit einer unmittelbar einsetzenden militärischen Aktion der Monarchie im Falle des Zusammenbrechens Bulgariens sowie den Consequenzen eines solchen Hervortretens in Bezug auf Hervorrufung einer europäischen Conflagration bedingungslos zu rechnen. Auch habe ich geltend gemacht, daß in meinem Telegramme vom 12. d. M. Nr. 788 keinerlei an die Adresse Euer Exzellenz gerichteter Vorwurf gelegen war, daß es sich vielmehr lediglich um eine Polemik gegen die italienische Auffassung handelte. Seine Majestät geruhte von diesen Ausführungen huldvollst Kenntnis zu nehmen. Indem ich glaube, die Angelegenheit hiemit als abgeschlossen betrachten zu können, bitte ich Euer Exzellenz versichert zu sein, daß ich Ihre unter den schwierigsten Verhältnissen geleistete hingebungsvolle Arbeit im Allerhöchsten Dienste unentwegt nach ihrem hohen Werte zu schätzen weiß und auch im vorliegenden Falle eine neuerliche Bestätigung des strengen Pflichtbewußtseins erblicke, welches Ihrem Wirken auf dem von Ihnen versehenen, verantwortungsvollen Posten jederzeit zur Richtschnur gedient hat.

[a]) Vgl. n. 7754.

Tel. nach St. Petersburg, 25. Juli 1913 Nr. 433 (chiffr. 1 U. 50 M. a. m.). Siehe n. 8010.

Tel. nach St. Petersburg, 25. Juli 1913 Nr. 434 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 8021.

Nr. 8029. Tel. aus St. Petersburg, 25. Juli 1913 Nr. 256 (eing. 26. Juli 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 430 von heute, betreffend vorzunehmenden Kollektivschritt in Konstantinopel, Athen und Belgrad. Herr Sazonow teilt vollkommen Euer Exzellenz Standpunkt, dass Rückeroberung der von Bulgarien befreiten Gebiete durch die Türkei nicht geduldet und eine Erdrosselung Bulgariens nicht zugelassen werden kann. Anderseits stimmt er auch darin mit Euer Exzellenz überein, dass auf sofortiger Einstellung der Feindseligkeiten seitens Serbiens und Griechenlands bestanden werden müsse. Er ist auch damit einverstanden, sich einem sowohl in Konstantinopel als auch in Athen und Belgrad sofort vorzunehmenden Kollektivschritt anzuschließen, welcher dem oben angedeuteten Zweck zu dienen hätte und in der eindringlichsten Form auszuführen wäre. Herr Minister sagte

mir, er werde noch heute nach Paris und London telegraphieren, um die Vornahme einer solchen Kollektivdemarche, in welcher Räumung Thraziens jenseits der Linie Enos—Midia, anderseits sofortige Einstellung der Feindseligkeiten seitens der Serben und Griechen zu fordern wäre, dort anzuregen, und er bittet Euer Exzellenz, das Gleiche in Berlin und Rom tun zu wollen. Was speziell Vorgehen der Mächte gegenüber der Türkei anbelangt, so denkt sich Herr Sazonow obige Kollektivdemarche als den ersten Schritt, dem die Ankündigung eines finanziellen Boykotts folgen müsste, welch letztere Maßregel, wenn sie namentlich von Paris aus ernstlich durchgeführt werde, ein sehr empfindliches Druckmittel darstellen würde. Sollte auch dies Türkei nicht zur Räumung der neuerdings von ihr besetzten Gebiete veranlassen, so müssten allerdings ernstere Pressionsmassregeln ins Auge gefasst werden und würde ihm in dieser Beziehung in erster Linie gemeinsame Flottendemonstration an der syrischen und Schwarzen Meerküste vorschweben. Herr Sazonow ließ durchblicken, dass wenn Türkei im Guten den Mahnungen der Mächte nicht folgen und eine gemeinsame Aktion sich zufolge Widerstandes einzelner Mächte nicht durchführen lassen sollte, Russland wohl genötigt werden könnte, ein selbständiges Vorgehen zum Schutze Bulgariens in Erwägung zu ziehen. Welchen Charakter ein solches annehmen würde, könne er heute noch nicht sagen, da er hierüber erst Befehle Kaiser Nikolaus' einholen müsste. Ich benützte diese Gelegenheit, um Sazonow zu sagen, dass auch in dieser Beziehung unsere beiderseitigen Standpunkte analog seien. Denn auch die k. u. k. Regierung müsste sich vorbehalten, falls die Einstellung der Feindseligkeiten nicht anders zu erreichen sei, ebenfalls zu dem gleichen Zwecke der Abwendung einer völligen Niederwerfung Bulgariens entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Diese Perspektive schien Herrn Sazonow zwar nicht besonders angenehm, doch erhob er dagegen keine formellen Einwendungen und meinte nur, dass eine Aktion unserseits, welche sich naturgemäß nur gegen Serbien richten könnte, leicht missverständliche Auslegungen zur Folge haben würde. Es sei denn, dass unserseits bei dieser Gelegenheit formelle öffentliche Erklärung über den Zweck unserer eventuellen Aktion dieselbe begleite. Übrigens sei nach den ihm zugekommenen Nachrichten Serbien nicht der intransigente Teil, sondern wäre zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten bereit, insoferne nur Griechenland, welchem gegenüber es diesbezüglich gebunden sei, seine Zustimmung hiezu gäbe. Thurn.

a) Vgl. n. 8042, 8082, 8090, 8107, 8108.

Nr. 8030. Tel. aus St. Petersburg, 25. Juli 1913 Nr. 257 (eing. 26. Juli 6 U. a. m.).a) Entziff.

Herr Sazonow über die Ersprießlichkeit einer baldigen Verständigung der Mächte über territoriale Fragen am Balkan. Bei heutiger Unterredung sagte mir Sazonow, er würde großen Wert darauf legen, daß unter den Mächten, welche sich bekanntlich Überprüfung der zwischen den Kriegführenden zu treffenden Vereinbarungen vorbehalten hätten, schon vorher ein Meinungsaustausch darüber gepflogen werde, welchen Grenzverände-

rungen dieselben zustimmen könnten. Insbesondere aber würde er großes Gewicht darauf legen, hierüber vor allem mit der k. u. k. Regierung zu einem Einvernehmen zu gelangen. Seien erst Österreich-Ungarn und Russland über diese Fragen einig, würde die dann etwa noch notwendig werdende Konferenz, als deren Vereinigungsort ihm neutrale Stadt wie zum Beispiel Haag ganz recht wäre, eigentlich nur mehr Registrierarbeit zu leisten haben. Sein Standpunkt in dieser Beziehung sei der nachfolgende: Grenze Enos—Midia müsse beibehalten und könnte höchstens kleiner Rektifikation derselben zugestimmt werden; Rumänien hätte die ihm von Bulgarien bereits zugestandene Grenzlinie Turtukaia—Balčik zu erhalten. Was die Grenzlinie für Griechenland anbelangt, so möchte er dieselbe so gezogen wissen, daß Kavalla und die Insel Thasos noch zu Bulgarien kommen. Sollte hiegegen seitens einzelner Mächte ein ernsterer Widerspruch erhoben werden, so würde er jedoch nicht unbedingt darauf bestehen, insolange Bulgarien Rest ägäischer Meerküste erhält. Serbische Grenze wäre etwa vom Dojransee aus auf der Wasserscheide östlich Vardar zu ziehen. Zurückdrängung Serbiens bis an den Vardar selbst halte er für unmöglich. Der Herr Minister bat mich, Meinung Euer Exzellenz über diese ihm vorschwebende Verteilung einzuholen und Hochdieselben um Bekanntgabe eventueller Bedenken hiegegen zu ersuchen, da er es für höchst zweckmäßig hielte, wenn sich Österreich-Ungarn und Russland über diese Frage noch vor Abschluß der Bukarester Friedensverhandlungen einigen könnten. Bei diesem Anlasse betonte der Herr Minister nochmals wie schon vor einigen Tagen, daß durch eine solche, das Gleichgewicht am Balkan wahrende Entwicklung, die Hoffnung auf einen dauernden Frieden in diesen Gegenden gerechtfertigt und was noch wichtiger sei, für die Zukunft jeglicher Grund zu Reibungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland definitiv beseitigt werden würde.

Thurn.

[a]) Vgl. n. 8075, 8088, 8092, 8109, 8131 Anm. e.

Nr. 8031. Tel. aus St. Petersburg, 25. Juli 1913 Nr. 258 (eing. 26. Juli 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Aufnahme der Ermahnungen russischer Regierung auf Respektierung Londoner Grenzdelimitation durch die Pforte. Bezug auf mein Telegramm Nr. 251 vom 21. d. M. Wie ich vertraulich erfahre, hat hiesiger türkischer Botschafter, der die an ihn ergangene ernste Mahnung Herrn Sazonows, die in Londoner Vertrag fixierte Grenzlinie nicht zu überschreiten, an seine Regierung berichtet und auf die Gefahr hingewiesen hatte, welche ein Nichtbeobachten dieser Mahnung zur Folge haben könnte, eine im verweisenden Tone gehaltene Antwort erhalten, in welcher ihm nahegelegt wurde, „dem russischen Bluff nicht aufzusitzen". Lässt dies einerseits darauf schließen, dass man sich [in] Konstantinopel von dem Ernst der Situation keine Rechenschaft gibt, so schiene aus einer Äußerung eines Mitgliedes der türkischen Botschaft anderseits hervorzugehen, dass man sogar eventuelles russisches Einrücken in Armenien riskieren zu sollen glaubt, „da der Regierung Adrianopel wichtiger sei".

Thurn.

[a]) Vgl. n. 8077 Anm. a.

Nr. 8032. Tel. aus Sofia, 25. Juli 1913 Nr. 859 (eing. 4 U. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Ich habe Grund zur Annahme, daß deutscher Kollege, bei dem Turcophilie immer wieder Oberhand gewinnt und der nunmehr „wenigstens Adrianopel" Türken zurückgeben möchte, wieder tendenziös berichtet und sich Argumentes bedient, Bulgarien sei in jeder Hinsicht fertig und für Jahrzehnte quantité négligeable. Unter der Voraussetzung, daß Bulgarien Türken nicht ausgeliefert wird und daß es bei Verteilung nicht leer ausgeht, sondern auch Stück ägeischer Küste bekommt, kann ich nicht genug entschieden dieser Auffassung entgegentreten und bin überzeugt, daß sich kräftiges bulgarisches Element rasch erholen wird. Daß dies auch in militärischer Hinsicht der Fall sein wird, ist Ansicht k. u. k. Militärattachés und auch deutschen Militärattachés, der mir versicherte, er berichte in obigem Sinn an deutschen Generalstab. Tarnowski.

Nr. 8033. Tel. aus Sofia, 25. Juli 1913 Nr. 861 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Minister des Äußern sagt mir, er sei im Wege italienischer Gesandtschaft verständigt worden, daß Serbien Abschluß Waffenstillstandes in Nisch verweigert habe und daß Rumänien Serbien sofortige de facto-Einstellung der Feindseligkeiten vorschlagen werde. Bulgarische Regierung habe Bukarest wissen lassen, daß sie, falls Serbien diesen Vorschlag annehme, ihn auch akzeptiere. Der hier eingelangten Einladung Majorescos, Delegierte sofort nach Bukarest zu entsenden, werde Folge gegeben. Es werden vermutlich Finanzminister Tonchef und General Fitscheff delegiert. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 376 Nr. 751. Vgl. n. 8035.

Nr. 8034. Tel. aus Sofia, 25. Juli 1913 Nr. 862 (eing. 5 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Minister des Äußern zeigte mir Depesche, die er auf ein gestern an Großvezier abgeschicktes Telegramm erhalten. Depesche Großveziers lautet: „que les quelques patrouilles de reconnaissance qui avaient franchi la frontière ont opéré leur retraite par ordre du généralissime". Es sei bis jetzt nicht festgestellt worden, ob Türken Vormarsch wirklich eingestellt, respektive Rückzug vom bulgarischen Territorium begonnen. Man habe bloß Meldungen über weitere von Türken in Brand gesteckte Dörfer und Ortschaften. Tarnowski.

Nr. 8035. Tel. aus Sofia, 25. Juli 1913 Nr. 864 (eing. 26. Juli 5 U. a. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 401[b]) vom 25. d. M. erhalten. Betreffend Refus Griechenlands, Waffenstillstand zu schließen. Habe Inhalt Minister des Äußern vertraulich mitgeteilt. Sowohl er als Ministerpräsident wiesen auf äußerst bedenkliche Folgen, welche Weigerung Griechenlands, Waffenstillstand gleich zu schließen, für Bulgarien haben müßte, speziell deswegen, da Serbien sich von Griechenland nicht trennen wolle. (Laut gehorsamen Telegrammes Nr. 861 von heute) Proposition Waffenruhe ebenfalls

ablehnend. Auf diese Weise sei Bulgarien, da seine Armee gegen Serben gebunden, gegen türkische Gefahr wehrlos und könne auch nicht Vordringen der Griechen aufhalten. Die Minister richteten an mich eindringliche Bitte, daß wir in Belgrad energisch einschreiten und von Serben eventuell durch comminatorische Demarche sofortigen Abschluß Waffenstillstandes verlangen. Ich erwiderte, daß wir in Belgrad bereits interveniert und daß bulgarische Regierung jetzt ohne Verzug Delegierte nach Bukarest schicken und sich mit Rumänien verständigen soll, wodurch Serbien gewiß versöhnlicher gestimmt würde. Auch wies ich auf meine, während derselben Unterredung gemachte Eröffnung im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 400 *c)* von heute. Verhandlungen mit Rumänien werde Regierung sofort anknüpfen, sagten Minister, mit jedem Tag werde aber Situation kritischer und, wenn wir Bulgarien retten wollen, werde sich eine comminatorische Haltung unserseits Serbien gegenüber später unentbehrlich erweisen. Sie wäre wirksamer und würde Bulgarien mehr nützen, wenn wir sie gleich einnehmen und in Belgrad jetzt gleich energisch auftreten würden. Russischer Gesandter rate hier (mein Telegramm Nr. 835 vom 23. d. M.), sich mit Serbien direkt zu verständigen; das wolle Regierung nicht, sondern strebe sie bloß Verständigung mit Rumänien an, wodurch aber türkische und griechische Gefahr nicht beseitigt werde. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8038, 8059. — *b)* Mit Tel. Nr. 401, 24. Juli 1913 (chiffr. 25. Juli 12 U. 20 M. a. m.) wurde n. 7949 auszugsweise mit Korrekturen nach Sofia mitgeteilt. — *c)* Mit Tel. Nr. 400, 24. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.) wurde n. 7985 mit der Bemerkung nach Sofia mitgeteilt, man hielte es für angezeigt, wenn die bulgarische Regierung auch ihrerseits alles aufbieten würde, um mit Rumänien zu einer separaten Verständigung zu gelangen.

Nr. 8036. Tel. aus Sofia, 25. Juli 1913 Nr. 865 (eing. 26. Juli 6 U. a. m.).a) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 400*b)* von heute Minister des Äußern entsprechend mitgeteilt. Er hofft sehr, daß unsere Intervention in Bukarest wirksam sein werde; was bulgarische Regierung anbelangt, so sei ihr hauptsächlicher Wunsch, mit Rumänien zu einer separaten Verständigung zu gelangen. Minister des Äußern und die auch anwesenden Ministerpräsident und Finanzminister besprachen mit mir Frage, wen nach Bukarest zu delegieren. Ich wies auf größte Wichtigkeit Verständigung mit Rumänien hin, wovon Lösung übriger Schwierigkeiten abhinge, und riet, daß Minister des Äußern selbst sich nach Bukarest begebe und zwar unverzüglich. Ministerpräsident und Finanzminister waren meiner Ansicht, Minister des Äußern fand aber, daß er sich jetzt von Sofia unmöglich entfernen könne und daß Finanzminister Toncheff, der in Bukarest bekannt, als erster Delegierter hingehen würde und Genadieff nur eventuell, wenn notwendig, später für einen Tag hinfahren könnte. Finanzminister, der mit einigen anderen Delegierten, die noch nicht definitiv bestimmt, morgen früh abreisen dürfte, ersucht sehr, ihn Prinzen Fürstenberg zu empfehlen und Letzteren informieren, daß er bulgarischen Delegierten mit Vertrauen entgegentreten könne. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8038, 8046. — *b)* Vgl. n. 8035 Anm. c.

Nr. 8037. Tel. aus Sofia, 25. Juli 1913 Nr. 866 (eing. 26. Juli 7 U. 45 M. a. m.). Entziff.

Minister des Äußern sagte mir heute abends, Türken rücken nicht weiter vor, bis jetzt hätten sie aber auch Rückzug nicht begonnen. Nähere Informationen hätte man keine, da es keine bulgarischen Truppen gibt, die Bewegungen der Türken beobachten würden und ganze Bevölkerung geflüchtet. Minister des Äußern scheint wenig Hoffnung zu haben, daß Mächte Türken zur Räumung Thraziens veranlassen. Man befürchtet hier, daß Türken nur vor Waffengewalt weichen würden, die aber Bulgarien unter den gegebenen Umständen nicht anwenden könne. Tarnowski.

Nr. 8038. Tel. aus Sofia, 25. Juli 1913 Nr. 867 (eing. 26. Juli 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Es sprach bei mir spät abends Minister Toncheff vor, der morgen Früh nach Bukarest abreist. Die politischen Verhandlungen wird nur er führen, für das Militärische gehen Generalstabschef Fitcheff und Oberst Stancioff, gewesener Militärattaché in Bukarest. Die Namen der übrigen Delegierten wurden bereits nach Bukarest mitgeteilt. Herr Toncheff sagte mir, er habe sich soeben Instruktionen beim König geholt und auf Grund derselben werde er vor Allem Atmosphäre Vertrauens zu schaffen suchen und dann auf weitgehende politische wie auch ökonomische Entente hinarbeiten, um beiderseitige Interessen möglichst zu verknüpfen, so dass Rumänien in ...[b] seinen eigenen Vorteil sehe. Toncheff und Minister des Äussern hätten jetzigen Anlass benützt, um König Ferdinand wieder nahezulegen, dass, sobald Verständigung mit Rumänien erzielt, Bulgarien trachten müsse, Anschluss an Österreich-Ungarn zu suchen, welchem Gedanken König vollkommen beigepflichtet hätte. Mitredner erwähnte, Minister des Äussern wolle mich morgen früh besuchen, um mich noch einmal zu ersuchen, dass wir Serbien durch komminatorische Haltung zum Abschluss des Waffenstillstandes zwingen. Ich antwortete, dass ich diese Bitte der Minister nach Wien bereits gemeldet (mein Telegramm Nr. 864 vom 25. d. M.), dass ich es aber gegen meine Überzeugung getan, da nach meiner rein persönlichen Auffassung ein direktes Eingreifen in Form einer stärkeren Pression auf einen der Kriegführenden seitens einer Großmacht im gegenwärtigen Moment nicht recht denkbar und Bulgarien eventuell schaden könnte. (Folgt ein längerer indechiffrabler Passus, dessen Wiederholung verlangt wurde.)[c] Mitredner erneuerte sein Ersuchen, ihn Prinzen Fürstenberg zu empfehlen, mit dem er sofort in Kontakt treten möchte. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 8036, 8059. — [b] Chiffre verstümmelt. — [c] Vgl. n. 8071.

Tel. nach Athen, 26. Juli 1913 Nr. 159 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 8054.

Nr. 8039. Tel. nach Athen Nr. 161 (1), Belgrad Nr. 226 (2) und Bukarest Nr. 373 (3), 26. Juli 1913 (chiffr. 27. Juli 1 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Egger; V. Szápáry; G. Berchtold).

1. u. 2. Prinz Fürstenberg telegrafiert mir unter dem 25. d. M. wie folgt: ... *wie n. 8017 vom Anfang bis „Vorteile brächten“* ... Auf Grund

vorstehender Mitteilung wollen Euer etc. die in Rede stehende Demarche der rumänischen Regierung bei dem dortigen Kabinette auf das Nachdrücklichste unterstützen.

2. Bei dieser Gelegenheit wollen Euer Hochwohlgeboren Herrn Pašić gegenüber bemerken, wir hätten von durchaus verläßlicher Seite gehört, daß schon seit mehreren Tagen die Stadt Widdin von den Serben belagert und mit schweren Geschützen beschossen werde. Eine derartige Aktion der serbischen Armee stehe aber nicht im Einklange mit den in diesem Belange abgegebenen Darstellungen Herrn Pašić' und des Generalsekretärs, welche die Offensive als von den Bulgaren ausgehend bezeichneten. Sie erscheine nicht nur bedenklich, da sie sich auf bulgarischem Territorium abspiele, sondern auch zwecklos, da dessen dauernde Besitzergreifung, wie Herr Pašić wissen müsse, ausgeschlossen sei.

3. Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm vom 25. d. M. Nr. 256. Ich weise unter Einem Baron Braun und Herrn von Ugron telegrafisch an, die mit demselben einberichtete Demarche der rumänischen Regierung bei den Kabinetten in Athen, respektive Belgrad auf das Nachdrücklichste zu unterstützen. Weiters erhält Herr von Ugron in Betreff der mir von der Agentie der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft in Widdin mitgeteilten Belagerung dieser Stadt noch nachstehenden Auftrag: (Inseratur aus Telegramm sub 2. von „Bei dieser" bis „ausgeschlossen sei.") Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8062, 8063, 8094, 8115, 8131.

Tel. nach Belgrad, 26. Juli 1913 Nr. 224 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 8054.

Tel. nach Belgrad, 26. Juli 1913 Nr. 225 (chiffr. 27. Juli 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 8055.

Tel. nach Belgrad, 26. Juli 1913 Nr. 226 (chiffr. 27. Juli 1 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8039.

Nr. 8040. Tel. aus Belgrad, 26. Juli 1913 Nr. 520 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Aussprache mit Herrn Pašić. Euer Exzellenz heutiges Telegramm Nr. 219 erhalten und Inhalt desselben Herrn Pašić mitgeteilt. Ministerpräsident erklärte, dass serbische Truppen durch fortgesetzte bulgarische Angriffe zur Offensive gezwungen werden und dieselbe oft aus strategischen Rücksichten unvermeidlich erscheine. Auch heute hätten Bulgaren serbische Truppen an verschiedenen Punkten angegriffen. Ein Vordringen gegen Sofia liege nicht in der Absicht der Armeeleitung. Herr Pašić begibt sich morgen mit montenegrinischem Ministerpräsidenten und Herrn Panas nach Bukarest, Herr Venizelos dürfte in drei Tagen hinkommen. Sobald Verhandlungen beginnen und Bulgaren zu ernsten Friedensverhandlungen Dispositionen zeigen, sollen Feindseligkeiten eingestellt werden. Türkei wollte an Bukarester Verhandlungen teilnehmen, doch haben sich Serbien und Griechenland dagegen ausgesprochen. Ugron.

[a]) Oe. U. Balkan 378 Nr. 755. Vgl. n. 8278.

*Nr. **8041.** Tel. nach Berlin, 26. Juli 1913 Nr. 540 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Macchio).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm von heute Nr. 351. Im gleichen Gegenstande telegraphiert mir Markgraf Pallavicini unterm gestrigen: ... *wie n. 8019 mit Korrekturen* ... Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Herrn Staatssekretär von dieser Relation des k. und k. Botschafters in Konstantinopel Kenntnis zu geben und ihm zu sagen, daß die Verschiedenheit des Tenors dieser Meldung mit seinen Äußerungen mich veranlassen, ihn durch Euer Exzellenz fragen zu lassen, worauf sich seine Meinung stütze, daß die Türkei sich mit einer geringen strategischen Verbesserung der in London beschlossenen Grenze und mit einer Zusicherung, daß von ihr keine Kriegsentschädigung verlangt werden würde, abfinden lassen werde.[b] Euer Exzellenz wollen beifügen, daß ich es jedenfalls für nützlich hielte, wenn die Pforte eine Erklärung in diesem letzteren Sinne abgeben würde, welcher Gedanke ihr vielleicht am besten durch eine ihr befreundete Regierung — ich dächte hiebei an die kaiserlich deutsche — suggeriert werden könnte. Die ehestbaldige Abgabe einer solchen Erklärung erschiene mir sehr opportun mit Rücksicht auf nachstehendes Telegramm des k. und k. Konsulates Odessa vom 25. d. M.: ... *wie n. 8027* ... Angesichts dieser Meldung ließe ich Herrn von Jagow auch nochmals fragen, wie sich das Berliner Kabinet im Falle einer einseitigen Aktion Rußlands zu verhalten gedenkt.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 8077. — [b] Vgl. n. 8044.

Tel. nach Berlin, 26. Juli 1913 Nr. 542 (chiffr. 27. Juli 1 U. a. m.). Siehe n. 8056.

*Nr. **8042.** Tel. nach Berlin Nr. 543 (1) und Rom Nr. 858 (2), 26. Juli 1913 (chiffr. 27. Juli 1 U. 50 M. a. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).*

1. u. 2. Im Verfolge meines Telegrammes

1. Nr. 529[b]

2. Nr. 839[b]

1. u. 2. vom 24. l. M. Graf Thurn meldet mir über die Ausführung des ihm erteilten Auftrages wie folgt: ... *wie n. 8029* ...

1. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes Herrn von Jagow zur Kenntnis bringen und hiezu folgendes bemerken: Da Herr Sazonow meine Erklärung, bereit zu sein, mich mit dem russischen Kabinet über eventuell gemeinsam mit den anderen Mächten in Konstantinopel, Athen und Belgrad zu unternehmende Schritte ins Einvernehmen zu setzen, dahin beantwortet hat, daß er die Vornahme einer Kollektivdemarche in den erwähnten drei Hauptstädten in Paris und London angeregt hat und mich bittet, ein gleiches in Berlin und Rom zu tun, scheint es mir nicht möglich, dieser russischen Aufforderung nicht zu entsprechen, wenn mir auch die Abneigung Herrn von Jagows gegen diese Art von Demarchen bekannt ist. Angesichts des Umstandes, daß im Falle des Nichtzustandekommens einer gemeinsamen Aktion der Mächte oder deren Resultatlosigkeit mit einem selbständigen

Vorgehen Rußlands zum Schutze Bulgariens und mit weiteren, sich daraus ergebenden, nicht unbedenklichen Komplikationen gerechnet werden muß, wollen Euer Exzellenz Herrn von Jagow zu erwägen geben, ob es sich nicht doch empfehlen würde, den Versuch zu machen, der Türkei, Serbien und Griechenland den geschlossenen Willen Europas vorzuhalten; ein Versuch, der umsomehr Aussicht auf Erfolg böte, wenn die betreffenden Regierungen davon überzeugt würden, daß, wenn auch nicht alle, so doch einzelne Mächte ihrem Willen durch kräftigere Mittel Ausdruck zu geben bereit seien. Ich sehe einer ehebaldigsten telegraphischen Berichterstattung über das Resultat Euer Exzellenz Demarche mit Interesse entgegen.

2. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes zur Kenntnis Marquis di San Giulianos bringen und mir telegraphisch berichten, ob derselbe an Kollektivschritten im Sinne der russischen Anregung teilzunehmen bereit wäre. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8069, 8077, 8082. — [b]) Mit Tel. Nr. 529 nach Berlin, Nr. 839 nach Rom, 24. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.) wurde n. 8002 mit Auslassung von „Was die Frage Herrn Sazonows" bis „vorbehalten ist" mitgeteilt.

Nr. 8043. Tel. aus Berlin, 26. Juli 1913 Nr. 350 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Staatssekretär kam im Laufe einer Unterredung, die ich gestern mit ihm hatte, wieder darauf zurück, dass nach seiner Überzeugung Bulgarien mit Russland bestimmt geheime Abmachungen hätte. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 7076.

Nr. 8044. Tel. aus Berlin, 26. Juli 1913 Nr. 351 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 24. d. M. Nr. 528[b]), betreffend türkische Aktion in Thracien. Staatssekretär bleibt dabei, dass Deutschland sich an einer Kollektivdemarche in Konstantinopel wegen Einhaltung der Grenzlinie Enos-Midia nicht beteiligen könne (vide mein Telegramm Nr. 346 vom 25.). Er wiederholte mir, dass die deutsche Regierung auch an einer Flottendemonstration — selbst im Falle si omnes — nicht teilnehmen werde. Staatssekretär ist der Meinung, dass die Türkei sich mit einer geringen strategischen Verbesserung der in London beschlossenen Grenze und mit einer Zusicherung, dass von ihr keine Kriegsentschädigung verlangt werden würde, abfinden lassen werde. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 8041. — [b]) Mit Tel. Nr. 528, 24. Juli 1913 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.) wurde n. 7961 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 8045. Tel. aus Berlin, 26. Juli 1913 Nr. 352 (eing. 4 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Staatssekretär erzählte mir vertraulich, Sir E. Grey habe vor Kurzem eine streng vertrauliche Unterredung mit deutschem Botschafter in London gehabt, in welcher der Minister auf eine eventuelle Aktion Russlands in der europäischen Türkei hinwies und sogar Möglichkeit

erörterte, dass es in Armenien eingreifen könnte. Staatssekretär teilt diese Befürchtung und würde eine russische Aktion in der europäischen Türkei für viel weniger gefährlich halten als eine solche in Asien. Szögyény.

a) Vgl. n. 8011.

Tel. nach Bukarest, 26. Juli 1913 Nr. 371 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 8054.

Nr. 8046. Tel. nach Bukarest, 26. Juli 1913 Nr. 372 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; G. Macchio).

Graf Tarnowski, dem ich mein Telegramm Nr. 364 an Euer Durchlaucht unter Nr. 400a) mitgeteilt habe, telegraphiert unterm 25. d. M.: ... *wie 8036 auszugsweise* ... Ich würde Wert darauf legen, daß Euer Durchlaucht die bulgarischen Delegierten in zuvorkommender Weise aufnehmen und bei aller bulgarischen Staatsmännern gegenüber gebotenen Vorsicht doch bemüht seien, sie in dem Vertrauen in die Politik Österreich-Ungarns zu bestärken. Berchtold.

a) Vgl. n. 8035 Anm. c.

Tel. nach Bukarest, 26. Juli 1913 Nr. 373 (chiffr. 27. Juli 1 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8039.

Nr. 8047. Tel. aus Bukarest, 26. Juli 1913 Nr. 260 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Wie mir Minister des Äußern eben mitteilt, treffen sämtliche in Serbien befindlichen (Delegierten)a) Montag früh hier ein; bulgarischer Delegierter bereits morgen, so daß Montag nachmittags oder Dienstag früh erste Sitzung stattfinden könnte. Russischer Kollege informierte mich dahin, daß serbische Regierung zu viertägiger Waffenruhe Zustimmung erteilte unter der Voraussetzung, daß man auch in Athen zustimmt.

K. E. Fürstenberg.

a) Chiffre fehlt.

Nr. 8048. Tel. aus Bukarest, 26. Juli 1913 Nr. 261 (eing. 9 U. p. m.).a) Entziff.

Aus Äußerungen, welche Herr Majoresco heute vor mir meinem deutschen und englischen Kollegen gegenüber fallen ließ, dahin lautend, daß Rumänien aus eigener Initiative gegen die Türkei nichts unternehmen könnte und auch im Vereine mit seinen heutigen Kriegsgenossen gegebenenfalls in Zukunft nichts unternehmen wolle, haben wir analogen Eindruck gewonnen, daß Rumänien abgeneigt wäre, ein eventuelles europäisches Mandat zur Zurückdrängung der Türkei in Erwägung zu ziehen.

K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 8078.

Nr. 8049. Tel. aus Bukarest, 26. Juli 1913 Nr. 262 (eing. 11 U. 40 M. p. m.).a) Entziff.

Minister des Äussern ersuchte mich ebenso wie meine Kollegen, Vertreter der Großmächte, die weiter unten entwickelten Gesichtspunkte

der rumänischen Regierung in einem, womöglich gleichlautenden Telegramm unseren respektiven Regierungen zu unterbreiten. Diesem Wunsch entsprechend fixierten wir in einer Reunion nachfolgenden Text. Die Richtigkeit der von der rumänischen Regierung dargelegten Ansichten steht über allem Zweifel. „Le ministre des affaires étrangères nous a prié, mes collègues d'Allemagne, d'Angleterre, de France, d'Italie, de Russie et moi, d'appeler l'attention de nos gouvernements sur le fâcheux effet que l'attitude de la Turquie et les opérations de son armée ne peuvent manquer d'avoir sur les travaux de la conférence qui doit s'ouvrir la semaine prochaine à Bucarest. Le gouvernement a lieu de craindre que les résolutions de la conférence ne soient des plus difficiles à préciser si la Bulgarie n'est pas assurée dès maintenant que la Turquie s'en tiendra aux stipulations du traité de Londres et qu'il sera mal aisé de lui demander ou de lui imposer des concessions d'un côté alors qu'elle resterait exposée à abandonner des territoires conquis par elle d'un autre côté. D'autre part si les puissances n'ont pas réussi à faire accepter leur volonté par la Turquie et à lui imposer l'exécution du traité de Londres, il semble au gouvernement roumain qu'il leur sera également difficile d'agir efficacement d'accord avec lui sur la Serbie et sur la Grèce afin de les amener à modérer leurs exigences vis-à-vis de la Bulgarie. Dans cette condition le ministre des affaires étrangères estime que pour assurer le succès de la conférence à Bucarest il y aurait le plus grand intérêt à ce que les puissances emploient toutes leurs influences à Constantinople afin d'obliger la Turquie à faire sans retard revenir ses troupes en deça de la ligne qui a été fixée par le traité de Londres comme frontière avec la Bulgarie. Un télégramme identique à celui-ci a été adressé par mes collègues à leurs gouvernements respectifs." K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 378 Nr. 756. Vgl. n. 8050, 8090 Anm. b.

Tel. nach London, 26. Juli 1913 Nr. 633 (chiffr. 27. Juli 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 8055.

Tel. nach London, 26. Juli 1913 Nr. 634 (chiffr. 27. Juli 1 U. a. m.). Siehe n. 8056.

Nr. 8050. Tel. aus London, 26. Juli 1913 Nr. 563 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 629 von heute, Demarche in Konstantinopel betreffend. Ich habe auftraggemäss im Foreign Office mitgeteilt, Euer Exzellenz stimmten überein, was Notwendigkeit einer identischen Demarche betrifft, und erwarten Anträge des Staatssekretärs. Sir A. Nicolson sagte mir, es sei heute kaum möglich, konkrete Anträge zu stellen; unser letzter Reunionsbeschluss (mein Telegramm Nr. 551) war gefasst, bevor Vordringen türkischer Truppen auf bulgarisches Gebiet bekannt war. Angesichts dieser neuen Situation erscheine die beantragte Demarche etwas anodyn. Bei Schluss unserer letzten Reunion, als Nachricht türkischen Vordringens bekannt wurde, habe Sir E. Grey die Ansicht ausgesprochen, die Regierungen der Mächte mögen mit Vorschlägen angesichts dieser neuen Situation hervortreten (mein Telegramm Nr. 556 vom

24. d. M.). Er las mir die heutige rumänische Mitteilung an die Mächte[b]) vor, die auch erwogen werden müsse. Bitte wenn möglich Instruktionen vor der nächsten Reunion, auf welcher ohne Zweifel Sir E. Grey seine Ansichten aussprechen und die der anderen Mächte zu hören erwarten wird. Vertraulich. Unterstaatssekretär sprach mir von Möglichkeit russischer Aktion, um Türkei aufzuhalten und sprach seine Meinung dahin aus, er würde es vorziehen, wenn russische Aktion in Europa und nicht in Kleinasien stattfände. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8082. — [b]) Vgl. n. 8049.

Nr. 8051. Tel. aus London, 26. Juli 1913 Nr. 564 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 632 von heute, betreffend Organisation Albaniens. Nachdem es gerade der Ausdruck „autorités nationales" ist, gegen den sich die russisch-französische Opposition von Anfang an richtete, halte ich es für gänzlich ausgeschlossen, dass der Zusatz des Wortes „nationales" oder „indigènes" neben „existantes" durchzusetzen wäre. Dies umso weniger, als ich von Grafen Benckendorff weiss, dass er immerzu nach Petersburg telegraphiert, um seine Regierung zu überreden, verschiedene Veränderungen, die auch dort noch am Texte verlangt werden, fallen zu lassen. Wenn wir nun dem letzten Amendement, das dem von uns vorgeschlagenen Texte sehr nahe kommt, nicht zustimmen, so erwarte ich mit Bestimmtheit von Petersburg ablehnende Gegenvorschläge. Bei der jetzigen Stimmung und angesichts der gestrigen Zirkulardepesche Sir E. Greys[b]) würden wir riskieren, selbst die Frage der Organisation Albaniens nicht vor der Vertagung der Reunion zu finalisieren. Ich glaube nicht, dass man den Text „fonctionnement des autorités existantes" in irgend einem Sinne auf den Admiralsrat in Skutari anzuwenden versuchen könnte. Im Gespräche mit Sir A. Nicolson machte ich die persönliche Bemerkung: Unter den existierenden Autoritäten könnte irgend jemand am Ende gar auch den Admiralsrat in Skutari verstehen! Dem Unterstaatssekretär schien dies ganz ausgeschlossen und er sagte, der Admiralsrat sei doch nur eine vorübergehende Einrichtung zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8081, 8084. — [b]) Vgl. n. 8053.

Nr. 8052. Privatschreiben des englischen Botschafters, 26. Juli 1913 (eing. 26. Juli). Ausfert.

I informed Sir Edward Grey of your counter-proposal, communicated to me in the Aide-Mémoire of July 23th, for the text of Paragraph 7 of the Austro-Italian Draft Statute for Albania.[a]) I have just received a Telegram from Sir Edward Grey informing me that he considers that the formula might be accepted with the substitution of the word „existantes" for the words „nationales provisoires". The text of Paragraph 7 would then run as follows: „Le Prince sera nommé dans un délai de six mois au plus tard. En attendant sa désignation et la formation du gouvernement national définitif le

fonctionnement des autorités existantes, ainsi que de la gendarmerie, formera l'objet du contrôle de la commission internationale." As it will be necessary to suspend the réunions of the Ambassadors next week for a time, Sir Edward Grey hopes that Your Excellency will be able to see your way to accepting this verbal alteration, which would enable the Statute for Albania to be agreed upon before the suspension of the meetings. Fairfax Cartwright.

[a]) Vgl. n. 7929.

Nr. 8053. Privatschreiben des englischen Botschafters, 26. Juli 1913 (eing. 26. Juli).[a]) Ausfert.

I have the honour, under instructions from His Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, to bring the following to your notice. The réunions of the Ambassadors in London have now continued practically without intermission for many months and it is essential that the Ambassadors as well as Sir Edward Grey should obtain as much rest as the circumstances will admit. Sir Edward Grey therefore proposes to adjourn the meetings after next week. Whether they are resumed after an interval can be decided by circumstances and the wishes of the Gouvernements concerned. Apart from this, the latest startling developments in the Balkans, while not ripe for final decisions, prevent the various Governments from giving more than a secondary attention to the remaining questions affecting Albania and the Islands, respecting which decisions are necessary to complete the work originally taken up by the réunions of the Ambassadors. There has also of late been a tendency to multiply questions of detail and points of form rather than of substance and the progress as regards the organisation of Albania and the settlement of its southern frontier has been greatly impeded in this way. Sir Edward Grey still hopes that it may be possible next week to agree about the Commission of Control for Albania and to ask the Swedish Government to select officers for the Gendarmerie and to settle some points about the protection of the Albanian minorities. The Italian Government now show a disposition to reserve the question of the Islands, at any rate of those in their occupation, until the claims of Greece are dealt with as a whole; this will delay the decisions about Koritza and Stylos. Sir Edward Grey would therefore suggest that, after next week, all questions that remain should for the present be dealt with through the ordinary channels between the Powers, or in whatever manner the Powers consider most convenient. Fairfax Cartwright.

[a]) Vgl. n. 8025, 8051, 8056, 8086, 8102.

Nr. 8054. Tel. nach Rom Nr. 854 (1), Bukarest Nr. 371 (2), Sofia Nr. 411 bis (3), Belgrad Nr. 224 (4) und Athen Nr. 159 (5), 26. Juli 1913 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe u. Hoyos; G. Nemes).

An alle. Der griechische Gesandte hat heute bei mir vorgesprochen, um mir das Bedauern Herrn Venizelos' darüber auszusprechen, daß es der griechischen Regierung nicht möglich gewesen sei, unserer Demarche[b]) wegen Einstellung der kriegerischen Operationen vor Abschluß des Präliminarfriedens Folge zu leisten. Die griechische Regierung müsse angesichts

der bisherigen Haltung Bulgariens befürchten, daß letzteres, falls die Feindseligkeiten eingestellt würden, in Bukarest den Versuch machen werde, die Bedeutung der schweren Kämpfe und ihres Ausganges herabzumindern, um auf diese Weise den bulgarischen Anspruch auf einen großen Gebietserwerb zu begründen. Durch solche Winkelzüge könnten die Verhandlungen in Rumänien nur eine unliebsame Verzögerung erfahren und Griechenland glaube daher auch der Sache des Friedens zu dienen, indem es die Operationen fortsetze und auf diese Weise die bulgarische Regierung nöthige, die ihr gestellten Friedensbedingungen möglichst rasch anzunehmen. Ich erwiderte dem Herrn Gesandten, daß mir die von ihm für das aggressive Vorgehen seiner Regierung geltend gemachten Beweggründe durchaus nicht stichhaltig erscheinen. Ganz abgesehen davon, daß es bei dem bekannten Friedensbedürfnis Bulgariens durchaus nicht wahrscheinlich sei, daß die bulgarischen Unterhändler sich bei den Verhandlungen intransigent erweisen würden, dürfe man in Griechenland nicht übersehen, daß die Großmächte als Signatarmächte des Berliner Vertrages das Recht für sich beanspruchen müßten, das Ergebnis der territorialen Abmachungen unter den Balkanstaaten zu revidiren und eine allzugroße Beschneidung Bulgariens nicht zugeben könnten. Griechenland treibe ein gefährliches Spiel, welches sehr ernste Folgen nach sich ziehen könne. Durch neue Erfolge am Schlachtfelde würde es nichts mehr gewinnen, wohl aber die Sympathien Europas verscherzen und seine bisherigen Erfolge in Frage stellen. Herr Streit, auf welchen meine Ausführungen sichtlichen Eindruck machten, versprach, dieselben unverzüglich zur Kenntnis seiner Regierung zu bringen. Vorstehendes zu Euer etc. vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8094. — [b]) n. 7947.

Nr. 8055. Tel. nach Rom Nr. 856 (1), Belgrad Nr. 225 (2) und London Nr. 633 (3), 26. Juli 1913 (chiffr. 27. Juli 12 U. 40 M. a. m.).[a]) *Konz. (S. Berger; V. u. G. Macchio).*

3. Im Gegenstande meines Telegrammes Nr. 608 vom 20. d. M. telegraphierte ich unterm 23. d. M. an Herrn von Ugron: ... *wie n. 7950 von „Euer Hochwohlgeboren wollen" bis „Behörden treffen"* ...

1. Zu meinem Telegramm Nr. 835 vom 23. d. M.

1. u. 3. Die Antwort des k. und k. Gesandten in Belgrad vom 24. d. M. lautet: ... *wie n. 7978 mit Kürzungen* ...

1. Vorstehendes zu Besprechung mit Marquis di San Giuliano. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Minister sagen, daß ich mit Rücksicht auf diese Stellungnahme Herrn Pašić' der Ansicht bin, daß unsere beiden Regierungen in Belgrad kategorisch erklären sollten, daß wir ein Recht Serbiens, strategische Positionen zu okkupieren, nur außerhalb und nicht innerhalb der von der Botschafterréunion festgesetzten Grenzen Albaniens akzeptieren könnten. Gleichzeitig wäre auch durch unsere beiderseitigen Vertreter in London dahinzuwirken, daß die Réunion nicht eher auseinandergehe, als bis nicht in Belgrad die Demarche bezüglich der Evakuierung Albaniens erneuert wurde.

2. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 516 vom 24. d. M.

2. u. 3. Ich telegrafiere darüber an Herrn von Mérey: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Vorstehendes" bis Schluß.) Vorstehendes vorläufig zu Euer etc. streng vertraulicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8129.

Nr. 8056. Tel. nach Rom Nr. 857 (1), Berlin Nr. 542 (2) und London Nr. 634 (3), 26. Juli 1913 (chiffr. 27. Juli 1 U. a. m.).[a]) Konz. (S. Egger; V. u. G. Berchtold).

1. u. 2. Graf Mensdorff telegraphiert mir unter dem 25. d. M. wie folgt: ... *wie n. 8025 vom Anfang bis „vorliegen wird"* ... Der englische Botschafter hat die angekündigte Demarche heute bei mir gemacht.[b]) Meiner Auffassung nach wäre Sir Edward Grey zu erwidern, daß uns seine Absicht, die Réunion zu schließen, umsomehr befremdet, als das Programm derselben noch lange nicht erschöpft ist. Es würde uns zwar freuen, wenn es ihm gelingen könnte, vor Schluß der Réunion eine Einigung der Auffassungen bezüglich des albanesischen Statutes zu konstatieren; dieser Resolution würde aber der Mangel anhaften, daß sie nur die Übereinstimmung der Willensmeinung der Kabinette enthalte, aber, mangels von Bestimmungen über die Durchführung und den Geltungsbereich, keinen bindenden Charakter tragen könne. Insbesondere müssen wir darauf aufmerksam machen, daß Maßnahmen wie: Entsendung einer Kontrollkommission nach Albanien oder Engagement der schwedischen Gendarmerieoffiziere, welche aus dem bezüglichen Réunionsbeschlusse abzuleiten wären, keinesfalls ausgeführt werden könnten, bevor nicht eine Einigung über die Südgrenze erzielt sei, da wir nicht zugeben könnten, daß die Tätigkeit der Kommission sowie der Gendarmerie sich nur auf jene Gebiete beschränke, die von den Balkanstaaten nicht besetzt sind. Wir betrachten es als unsere Pflicht, Sir Edward Grey schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß eine unbegrenzte Fortdauer der ungeklärten Verhältnisse in Albanien jeden Moment eine Situation heraufbeschwören könnte, die uns nötigen würde, in unserer unmittelbaren Nachbarschaft für Herstellung definitiver Zustände Sorge zu tragen.

1. Ich ersuche Euer Exzellenz, meinen vorstehenden Standpunkt zur vertraulichen Kenntnis Marquis di San Giulianos zu bringen und ihm mitzuteilen, daß ich den größten Wert darauf lege, mit Italien eine vollständig identische Stellungnahme zu dem Greyschen Vertagungsantrage einzunehmen. Euer Exzellenz wollen streng vertraulich beifügen, daß ich aus der Berichterstattung Grafen Mensdorffs den Eindruck habe, daß außer dem Erholungsbedürfnis des englischen Staatssekretärs bei seinem neuesten Entschlusse auch die Nervosität eine Rolle spielt, welche die Haltung Italiens in der Inselfrage bei dem Kabinette von St. James hervorgerufen zu haben scheint.

2. Ich leite unter einem eine Korrespondenz mit Rom über diese Frage ein und behalte mir vor, nach dem Ergebnis derselben das deutsche Kabinett um Unterstützung des mit Rom vereinbarten Standpunktes zu ersuchen. Vorstehendes zur Mitteilung an den Staatssekretär.

3. Ich teile Euer Exzellenz Telegramm vom 25. d. M., Nr. 560, mit folgendem Auftrage nach Rom mit: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Meiner Auffassung" bis „haben scheint".) Vorstehendes zu Euer Exzellenz ausschließlich persönlicher Information und zur Regelung Ihrer Sprache mit Marquis Imperiali. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8067, 8087, 8122. — [b]) Vgl. n. 8053.

Tel. nach Rom, 26. Juli 1913 Nr. 858 (chiffr. 27. Juli 1 U. 50 M. a. m.). Siehe n. 8042.

Nr. 8057. Tel. nach Sofia, 26. Juli 1913 Nr. 408 (chiffr. 1 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. u. G. Hoyos).

Mit Bezug auf Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 845 vom 23. d. M. Im Allerhöchsten Auftrage ersuche ich Euer Hochgeboren unverzüglich eine Audienz bei König Ferdinand zu erbitten und Seine Majestät die nachstehende Antwortdepesche des Kaisers und Königs zu überbringen. „A Sa Majesté le Roi des Bulgares, Sophia. La dépêche que Votre Majesté m'a fait parvenir par l'entremise du Comte Tarnowski et dans laquelle Elle attire mon attention sur les graves circonstances que traverse en ce moment la Bulgarie m'a vivement emue. Je m'empresse d'exprimer à Votre Majesté en cette situation douloureuse la très-sincère sympathie que j'eprouve tant pour Sa personne que pour Son pays. Mon gouvernement continuera envers la Bulgarie sa politique de bienveillante amitié qu'il a poursuivi depuis le commencement de la crise Balkanique. Il s'est fait avant tout un devoir de se mettre d'accord avec les autres Puissances pour faire respecter par la Porte leur droit de délimiter la frontière entre la Bulgarie et la Turquie. C'est avec une vive satisfaction que j'ai appris le ferme désir de Votre Majesté et de Son gouvernement de mettre fin au triste état des choses dont souffre actuellement la Péninsule Balkanique. Votre Majesté peut compter sur mon appui loyal dans Ses efforts en vue d'amener la cessation immédiate des hostilités. L'attitude conciliante du gouvernement Roumain qui vient d'arrêter la marche de son armée ne peut que contribuer à la prompte conclusion de la paix. Mon gouvernement ne saurait admettre que l'avenir de la Bulgarie dependît uniquement du sort des armes et il ne cesse pas d'exercer en ce sens son influence auprès des belligérants. François Joseph." Sollte es Euer Hochgeboren derzeit nicht möglich sein, eine Audienz bei König Ferdinand zu erwirken, so sind Euer Hochgeboren ermächtigt, diese kaiserliche Message dem König durch Herrn Dobrovič zu übermitteln.

[a]) Vgl. n. 8072.

Nr. 8058. Tel. nach Sofia, 26. Juli 1913 Nr. 410 (chiffr. 6 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Von deutscher wie auch von griechischer Seite sind mir Informationen zugekommen, wonach Herr Theodorow sich in Paris gesprächsweise dahin geäußert hätte, Rußland habe Bulgarien mehrere Millionen zu dem Zwecke zur Verfügung gestellt, um den Hafen von Kavalla

zu einem Kriegshafen auszubauen. Die russische Regierung verfolge hiebei den Zweck, für die eigene Flotte eine Operationsbasis im Ägäischen Meere zu gewinnen. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren streng vertraulicher Information mit dem Ersuchen, mir eventuelle einschlägige Wahrnehmungen einzuberichten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8154.

Tel. nach Sofia, 26. Juli 1913 Nr. 411 bis (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 8054.

Nr. 8059. Tel. aus Sofia, 26. Juli 1913 Nr. 871 (eing. 27. Juli 1 U. a. m.).[a]) Entziff.

Dobrovič im Auftrage König Ferdinands und auch Minister des Äußern und Ministerpräsident sprachen mir heute wieder von dringender Notwendigkeit, Serbien durch „comminatorische" Demarche zum sofortigen Waffenstillstand zu zwingen. Ich teilte Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 403[b]) vom 26. d. Mts. über unsere Schritte in Belgrad mit, erwähnte, daß fragliches Ersuchen bereits gestern gemeldet, wobei ich mich zugleich ähnlich wie laut meines Telegrammes Nr. 864 vom 25. d. Mts. aussprach und auf Ratschläge, die wir im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 400[c]) vom 25. d. Mts. in Bukarest erteilten, hinwies. Mitredner hoben Gefahr hervor, die Bulgarien seitens Griechenland drohe, wenn Feindseligkeiten nicht wenigstens seitens Serbiens sofort eingestellt. Man hat mir auf Karte um wenige Kilometer von bulgarischer Grenze entfernt Punkte (Mehomia und Treskova) gezeigt, die Griechen, da bulgarische Kräfte dort zu schwach, bereits erreicht haben. Minister des Äußern wies darauf hin, daß bulgarische Delegierte in Nisch fünf Tage vergeblich auf griechische und serbische Unterhändler gewartet hätten, was offenbar absichtlich dilatorisch. Minister meinte, wir könnten, nachdem doch alle Mächte Einstellung der Feindseligkeiten wünschen, uns vielleicht europäisches Mandat zum energischen Auftreten in Belgrad verschaffen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8038, 8061. — [b]) Mit Tel. Nr. 403, 25. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 8008 nach Sofia mitgeteilt. — [c]) Vgl. n. 8035 Anm. c.

Nr. 8060. Tel. aus Sofia, 26. Juli 1913 Nr. 872 (eing. 27. Juli 3 U. a. m.).[a]) Entziff.

Dobrovič, der mich im Auftrage König Ferdinands besuchte, Minister des Äussern und Ministerpräsident zeigten sich über türkische Frage sehr besorgt und fragten mich, wie ich dieselbe ansehe. Ich antwortete, dass seit Euer Exzellenz Telegramm Nr. 397[b]) vom 24. d. M. keine neue Information erhalten. Mitredner befürchten, dass mangels Einigkeit der Mächte, hauptsächlich infolge des von ihnen vermuteten Widerstandes Deutschlands, Koerzitivmaßregeln, um Türken aus Thrazien zu entfernen, nicht zustande kommen würden. Dobrovič wird in dieser Ansicht durch ein heute morgens eingelangtes, auf König Ferdinand — wie er mir sagte — decouragierend wirkendes Telegramm Kaiser Wilhelms bestärkt, welches

Antwort auf Protest König Ferdinands gegen Überschreitung Linie Enos-Midia enthielt. Telegramm Seiner Majestät des deutschen Kaisers sage nur, Kaiser Wilhelm freue sich zu erfahren, dass König Ferdinand Frieden erzielen wolle, den auch Europa wünsche. Dobrovič las mir Telegramm bulgarischen Gesandten in Petersburg vor, demzufolge Herr Sazonow geäußert, Entente hätte Koerzitivmittel gegen Türkei vorgeschlagen, jedoch hätten wir und Deutschland uns dagegen ausgesprochen. Mitredner fragten, ob ich Äußerung Sazonows für richtig hielte, worauf ich antwortete, mir sei nur soviel bekannt, dass wir auf Standpunkt Respektierung Londoner Friedens stünden. Minister haben Nachricht erhalten, dass Türken sich gestern abends hinter alte bulgarische Grenze zurückgezogen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8074, 8110. — [b]) Mit Tel. Nr. 397, 23. Juli 1913 (chiffr. 24. Juli 1 U. a. m.) wurden n. 7947 und n. 7955 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 8061. Tel. aus Sofia, 26. Juli 1913 Nr. 873 (eing. 27. Juli 8 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Es besuchte mich soeben Minister des Äußern und las heute abends eingetroffenes Telegramm der italienischen Gesandtschaft in Bukarest vor, welches im Wesentlichen wie folgt lautet: „Le Roi Charles m'a fait communiquer, afin qu'il soit porté à la connaissance du gouvernement bulgare, un télégramme de l'attaché militaire roumain daté d'Uskub d'après lequel armée bulgare attaquerait continuellement sur un certain point l'armée serbe qui se trouverait en mauvaise situation. Roi Charles observe qu'ainsi on ne finira jamais". Minister des Äußern hat auf obiges Telegramm durch Vermittlung des italienischen Kollegen geantwortet im Wesentlichen wie folgt: „Tous les jours les Bulgares sont attaqués par les Serbes sur le front principal. A un seul endroit, dans les environs de Trn, les Bulgares prennent l'offensive. Cela se fait dans l'intérêt de la défensive sur le front principal. Néanmoins, par égard pour Sa Majesté et pour faciliter ses efforts en vue de la cessation des hostilités, les ordres viennent d'être donnés pour que même en cette localité on se tienne sur la défensive à partir de demain dimanche matin. D'ailleurs la Bulgarie est prête à cesser toutes hostilités contre les Serbes dès que les Serbes seront d'accord d'en faire autant. Les délégués bulgares sont restés dans ce but 5 jours à Nisch sans voir personne. Les Serbes attaquent partout où ils se sentent forts, notamment dans les environs de Widdin dégarni par suite de l'approche de l'armée roumaine". Minister des Äußern ersuchte mich, vorstehendes Telegramm zu Euer Exzellenz Kenntnis zu bringen mit Ersuchen, in Bukarest zu versichern, daß Bulgarien dringend und aufrichtig Einstellung der Feindseligkeiten wünsche, daß es aber anderseits unmöglich sei, solange Serben Operationen fortsetzen, vom bulgarischen Armeekommando vollständige Passivität zu verlangen, infolge welcher Lage Armee sich noch mehr verschlechtern müsse. Minister des Äußern wiederholte seine bereits gestern und heute an mich gerichtete Bitte, daß wir von Serben Waffenstillstand kategorisch verlangen, da sonst Türken immer aggressiver sein würden und General Ivanow sich länger als einige Tage gegen Griechen nicht halten könnte. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8059.

Nr. 8062. Tel. aus Athen, 27. Juli 1913 Nr. 587 (eing. 28. Juli 2 U. a. m.). Entziff.

Demarche bezüglich Einstellung der Operationen auf einige Tage zufolge Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 161 von gestern beim Minister des Äussern ausgeführt. Dieser antwortete mir: Diesbezügliche rumänische Anregung sei, da sie eine rein militärische Angelegenheit betreffe, die ausschliesslich von der Entscheidung des Oberkommandos abhänge, diesem unterbreitet und von demselben klipp und klar unter der bekannten Motivierung abgelehnt worden, dass absolut Alles skrupellos hintangehalten werden müsse, was die griechischen Streitkräfte den bulgarischen gegenüber in Nachteil bringen könnte. Tiefstes Misstrauen gegen die Loyalität Bulgariens könne nicht überwunden werden und so weiter. Auch seien die griechischen Truppen in einer ganz anders exponierten Lage als die rumänischen, die eigentlich keinen Feind vor sich haben. Nachdem König-Oberkommandant Sache in dieser Weise entschieden, habe griechische Regierung ablehnende Antwort schon gestern früh erteilt. Minister bedauert, unter diesen Umständen beim Oberkommando nicht mehr auf die Sache zurückkommen zu können. Übrigens begännen die Bukarester Verhandlungen voraussichtlich schon Dienstag und könnten bei gegenseitigem guten Willen rasch gefördert werden, so dass Einstellung der Feindseligkeiten eventuell bald erfolgen kann. Rumäniens Gesandter bestätigt mir bereits erfolgte definitive Ablehnung obigen Vorschlages seiner Regierung durch Griechenland. Braun.

Nr. 8063. Tel. aus Belgrad, 27. Juli 1913 Nr. 523 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Einstellung der Feindseligkeiten. Euer Exzellenz heutiges Telegramm Nr. 226 erhalten und Generalsekretär Inhalt mitgeteilt. Derselbe erwiderte, daß serbische Truppen seit vorgestern mittags keinen Schritt nach vorwärts gemacht hätten. Allerdings könne Militärkommando für nichts gutstehen, da Bulgaren ihre Angriffe fortsetzen; gestern und vorgestern hätten sie serbische Truppen bei Vlasina und heute früh bei Detschani, Kladenac angegriffen. Sie wurden zwar zurückgeschlagen, aber auf Befehl des Oberkommandos nicht verfolgt. Bei Erneuerung des Angriffes müsste eventuell wieder Offensive ergriffen werden. Die Nachrichten über Belagerung und Bombardement Widdins entsprechen nicht der Wahrheit. Operationen wurden in der Umgebung vorgenommen, um Žaječar zu schützen, wie auch Belogradčik nur genommen wurde, um Knjaževac vor bulgarischen Angriffen sicherzustellen. An die Einnahme Widdins werde gar nicht gedacht, wenn nicht Bulgaren durch ihr Vorgehen das serbische Kommando dazu zwingen. Generalsekretär beschwerte sich neuerlich über die bulgarischen Greueltaten und gab die Versicherung, daß Serbien lebhaft wünsche, daß der Friede in wenigen Tagen abgeschlossen werde. Ugron.

Nr. 8064. Tel. aus Berlin, 27. Juli 1913 Nr. 354 (eing. 3 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Im Laufe einer Unterredung, die ich gestern mit dem Staatssekretär hatte, erwähnte er das immer wiederkehrende Gerücht, daß zwischen den

Kabinetten von Wien und Petersburg Verhandlungen gepflogen werden über ein gemeinsames Vorgehen gegenüber der Türkei. Herr von Jagow versicherte mir, daß deutsche Regierung ein derartiges Einvernehmen schon im Prinzipe mit großer Genugtuung begrüßen würde. Szögyény.

Nr. 8065. Tel. aus Bukarest, 27. Juli 1913 Nr. 263 (eing. 6 U. 10 M. p. m.). Entziff.

Minister des Äussern vom Inhalt Euer Exzellenz Telegramme Nr. 366 und 368[a]) von gestern Kenntnis gegeben, betreffend serbische und griechische Garantien für Nichtbesetzung Sofias und Sprache Herrn von Ugrons in Belgrad. Minister stellte in Aussicht, sobald er mit serbischen und griechischen Delegierten in Fühlung treten wird, derartige Garantien zur Sprache zu bringen, welche er für eine glückliche Lösung der Frage der Aufhaltung Kurdeneinfalls in Südbulgarien hält. Möglichkeit erfolgreicher Selbsthilfe Bulgariens gegen die Türkei würde auch für Sofia eine Ablenkung dortiger Spannung bedeuten und allgemeine Lage verbessern. Bulgarischer Delegierter trifft heute mittags ein, serbischer und griechischer morgen früh, Herr Venizelos vermutlich Dienstag. Vorbesprechungen dürften bereits vor dem Eintreffen des Letztgenannten stattfinden, erste offizielle Sitzung jedoch erst Mittwoch. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8015 Anm. b.

Nr. 8066. Tel. aus Bukarest, 27. Juli 1913 Nr. 264 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 369 geheim von gestern, Direktiven über territoriale Abgrenzung betreffend. Herrn Majoresco Telegramm vorgelesen und Abschrift hinterlassen. Minister dankt wärmstens für die bedeutsame Kundgebung und unsere Auffassung, die er einem genauen Studium unterwerfen wird und deren vorläufigen Eindruck er dahin resümiert, dass es keine schwere Aufgabe darstellen werde, wenigstens insoweit er informiert ist, unsere und die russischen Ansichten auf eine gleiche Linie zu bringen, was ihm in Betreff eines auf Serbien und Griechenland auszuübenden Druckes und möglichster Beschleunigung der Arbeiten von allergrößter Bedeutung erscheine. Er hoffe, vom russischen Gesandten ähnliches Elaborat zu erhalten. Ich machte Majoresco darauf aufmerksam, dass selbstverständlich unvorhergesehene Umstände unsere Ansichten modifizieren könnten, und ersuchte um strengste Geheimhaltung.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8092.

Nr. 8067. Tel. aus London, 27. Juli 1913 Nr. 565 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 634 von heute, enthaltend Weisung an Herrn von Mérey bezüglich Vertagung der Reunion. Ich glaube, daß, was immer die Stellungnahme der k. u. k. und der italienischen Regierung zur Vertagungsfrage auch sein mag, es von eminenter Wichtigkeit wäre, daß Deutschland vollständig mit uns gehe. Je mehr deutsche Regierung

in den Vordergrund treten könnte, desto besser wäre es. Jedenfalls müßte Triple-Allianz in dieser Frage absolut geschlossen vorgehen. Ein noch so energisches Auftreten Österreich-Ungarns und Italiens ohne Deutschland wird weniger Eindruck ausüben, als ein weniger entschiedenes Auftreten mit Deutschland. Aus Äußerungen Sir A. Nicolsons glaube ich entnehmen zu können, daß man hier erwartet, in Berlin würde die Vertagung der Reunion nicht ungünstig aufgenommen werden. Mensdorff.

a) Vgl. n. 8086.

Nr. 8068. Bericht aus Paris, 27. Juli 1913 Nr. 74 A (eing. 29. Juli). Ausfert.

Der Türkische Vormarsch in Thracien und die Besetzung Adrianopels durch die Türken haben Herrn Iswolsky sehr aufgeregt, dermassen, dass er mir seine besondere Freude über die zwischen Wien und St. Petersburg bestehende Übereinstimmung der Ansichten aussprach. Er las mir ein Telegramm Herrn Sazonows vor, worin ihm dieser in Beantwortung einer Anfrage mittheilte, eine förmliche Entente bestehe zwar nicht, man habe aber mit Befriedigung die Übereinstimmung der Ansichten unserer beiden Cabinete constatiert. Was die Frage von Adrianopel betrifft, so sagte mir mein russischer College, seine Regierung könnte unter gar keinen Umständen zugeben, dass diese Stadt in Türkische Hände gerathe. Man sei in St. Petersburg fest entschlossen, dies um jeden Preis zu verhindern, und zähle hiebei auf die Mitwirkung der übrigen Grossmächte. Sollte die Mitwirkung derselben nicht zu erreichen sein, so werde Russland, wenn nöthig, auch allein vorgehen. Auf meine Frage, welche Pressionsmittel russischerseits eventuell ins Auge gefasst werden würden, antwortete er mir: „Nous avons toute une gamme de moyens d'action. Notre flotte est prète et notre armée aussi pour agir soit en Europe soit en Asie. Nous appliquerons à fur et à mesure les moyens nécessaires pour obtenir le résultat que nous désirons." Aus den weiteren Äusserungen Herrn Iswolskys hatte ich den Eindruck, dass er eine russische Besetzung der armenischen Vilajets so ziemlich als das äusserste Pressionsmittel betrachte, vor dessen Anwendung verschiedene andere Mittel versucht werden müssten, um die Türkei zum Nachgeben zu bewegen. Herr Iswolsky macht oft Politik auf eigene Faust, ich vermag daher nicht zu beurtheilen, inwieferne seine Äusserungen mit den Intentionen Herrn Sazonows übereinstimmen. Szécsen.

Nr. 8069. Tel. aus Rom, 27. Juli 1913 Nr. 473 (eing. 11 U. 55 M. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Kollektivdemarche bei den Kriegführenden. Inhalt hohen Telegrammes Nr. 858 vom 26. d. M. habe ich sofort zur Kenntnis der Consulta gebracht und Anfrage gestellt, ob hiesige Regierung an Kollektivschritten im Sinne der russischen Anregung teilzunehmen bereit sei. Vorläufige Antwort des Marquis di San Giuliano aus Fiuggi lautet dahin, daß er sich zunächst mit dem Kabinette von Berlin und mit dem Ministerpräsidenten ins Einvernehmen setzen müsse. Seine persönliche Ansicht gehe dahin, daß es besser wäre, alle Kollektivdemarchen zu unter-

nehmen, welche den Zweck erreichen könnten, eine isolierte Aktion sowohl Österreich-Ungarns wie Russlands zu vermeiden. Italien werde sich also an Kollektivschritten, an welchen alle Mächte teilnehmen, gleichfalls beteiligen. Was die Türkei anlangt, werde nach Ansicht des Ministers auch eine Koërzitivaktion nicht genügen, sondern die Gewährung einer Kompensation nötig sein. Mérey.

Nr. 8070. Tel. aus Rom, 27. Juli 1913 Nr. 474 (eing. 28. Juli 4 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. In der Consulta erfuhr ich heute die dort überraschende und enttäuschende Nachricht, daß wir den ganzen Artikel 7 des albanesischen Statutes[b] zurückgezogen hätten (!). Gleichzeitig gab man mir Einsicht in ein Telegramm des Marquis Imperiali, wonach Sir E. Grey die schärfste, weitgehendste Kritik an dem Alinea 3 dieses Artikels geübt und erklärt habe, die darin erkenntliche Tendenz, uns und Italien eine privilegierte Stellung in Albanien zu verschaffen, könnte zur Rückgängigmachung aller bezüglich Albanien geschaffener Vereinbarungen führen. Fürst Lichnowsky habe die Einbringung dieser Vorschläge im gegenwärtigen Momente als „une vraie folie" bezeichnet. Ich habe den Eindruck, daß hiesige Regierung, welche dieses Alinea immer nur uns zuliebe und gegen ihre bessere Überzeugung angenommen hat, sehr bedauert, das einschlägige Odium mit uns zu teilen und dasselbe nach Möglichkeit auf uns, als die Instigateure dieser Proposition, zu überwälzen (trachten)[c] wird. Mérey.

[a] Vgl. n. 7902. — [b] Zweite Beilage zu n. 6554. — [c] Chiffre fehlt.

Nr. 8071. Tel. aus Sofia, 27. Juli 1913 Nr. 874 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Verlangte Wiederholung aus meinem Telegramm Nr. 867 vom 26. d. M. „... Bestes Mittel gegen Serbien schiene mir baldigste Verständigung mit Rumänien. Minister meinte, durch unseren Druck in Belgrad, der Serbien zum Waffenstillstand veranlassen würde, würde man Serbien von Griechenland trennen; früher oder später werde es ohne energische Intervention der Monarchie in Belgrad nicht gehen. Mitredner ..." Tarnowski.

Nr. 8072. Tel. aus Sofia, 27. Juli 1913 Nr. 879 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm vom 26. d. Mts. Nr. 408 erhalten. Verständigt, daß ich ihm eine Depesche unseres Allergnädigsten Herrn zu übergeben habe, empfing mich König Ferdinand sofort. Seine Majestät der König ersucht mich, Euer Exzellenz zu bitten, Folgendes zur Allerhöchsten Kenntnis zu bringen: König sei von den gnädigen, guten und warmen Worten Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät tief gerührt und danke für Telegramm innigst, welches seinem blutenden Herzen so großer Trost. Insbesondere nehme König mit größter Dankbarkeit Akt von dem betreffend bulgarisch-türkische Grenze Gesagten. Von allergrößtem Wert für König Ferdinand sei auch Versicherung, daß er auf Seiner k. und k. Apostolischen

Majestät Beistand bezüglich Herbeiführung der Einstellung der Feindseligkeiten rechnen dürfe: König Ferdinand und seine Regierung hätten wohl alles getan, um König Carol und rumänische Regierung konziliant zu stimmen und gestern noch hätte König durch bulgarischen Delegierten eigenhändiges Schreiben an König von Rumänien gerichtet, ihn bittend, Bulgarien vor dem Zusammenbruche zu retten. König Ferdinand hätte schon vor zirka 14 Tagen vor Europa auf kritische Lage bulgarischer Armee hingewiesen und sofortigen Waffenstillstand erbeten. Seither hätten Griechen und Serben Offensive fortgesetzt. Jetzt verlange man von Bulgarien Einstellung Kämpfe, während serbische und griechische Angriffe fortdauern. Der bulgarischen Armee Widerstand verbieten, hieße von ihr Kapitulation verlangen. Seine Majestät der Kaiser und König werde mit Herzen Obersten Kriegsherrn seiner Armee ermessen können, was es für bulgarische Truppen heißt, mit leeren Munitionsprotzen und hungrigen Soldaten sich gegen zwei vorstoßende Fronten zu wehren und Türken und Rumänen im Rücken zu wissen. Die Griechen seien schon knapp an bulgarischer Grenze; heute werde äußerster Versuch gemacht, griechischen Vormarsch zum Stehen zu bringen und gelinge dieses Wagnis nicht, so sei Vordringen Griechen und Serben auf Sofia unvermeidlich. Da Österreich-Ungarn Bulgarien erhalten und sich Königreich, nach dessen Verständigung mit Rumänien, enge anschließen wolle, was auch Wunsch König Ferdinands sei, bittet Seine Majestät dringendst, falls Waffenstillstand durch rumänische Aktion nicht sofort zu erzielen sein sollte, daß Seiner k. und k. Apostolischen Majestät Regierung, die nicht gestatten wolle, daß die Zukunft Bulgariens nur vom Kriegsglück abhänge, im gegenwärtigen Momente imminenter Gefahr ihren ganzen Einfluß in Athen und Belgrad zur Erzwingung Einstellung der Feindseligkeiten geltend mache. König Ferdinand bitte, seiner Armee, die in Krieg gegen Türken gezeigt, was sie wert, und sich auch jetzt unter unsäglichen Schwierigkeiten heldenmütig schlage, Schande Kapitulation zu ersparen, damit auf sie, die in wenigen Jahren wieder gekräftigt sein werde, Österreich-Ungarn zählen könne. Zum Schluß Audienz drückte König Ferdinand erneuert seine tiefste Dankbarkeit für Gnade Seiner k. und k. Apostolischen Majestät aus. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8073, 8074.

Nr. 8073. Tel. aus Sofia, 27. Juli 1913 Nr. 880 (eing. 28. Juli 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äußern sagte mir soeben, dass Lage der Armee noch dadurch erschwert, dass Soldaten von rumänischer Okkupation bereits Kenntnis hätten und Regimenter aus durch Rumänen besetzten Gegenden sich zu schlagen weigerten. Dies sei laut eben eingetroffener Meldung mit einem Regiment der Fall, das zur Verstärkung der Armee General Ivanows geschickt worden. Sollte Waffenstillstand verzögert werden, bliebe nichts übrig, als Rumäniens Waffenhilfe zum Schutze der Hauptstadt gegen Griechen und Serben anzurufen, was unbedingt vermieden werden müsse, da Einmarsch der Rumänen in Sofia unvermeidlich Abdikation Königs und Entfernung der Dynastie zur Folge haben würde. Auch sei es mit Rück-

sicht auf von Regierung inaugurierte Politik notwendig, dass Hilfe von Monarchie komme. Minister erwähnte, man würde hier ohnehin in Zwangslage kommen, Rumänien um Besetzung Widdins zu bitten, da es sonst von Serben genommen und Bevölkerung massakriert würde. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8072.

Nr. 8074. Tel. aus Sofia, 27. Juli 1913 Nr. 882 (eing. 28. Juli 6 U. a. m.). Entziff.

Geheim. Ergänzung meines Telegrammes Nr. 879 von heute. Meine heutige Audienz bei König Ferdinand dauerte fast zwei Stunden. Da Seine Majestät im Verlaufe seiner Ausführungen mich wiederholt ersucht hatte, verschiedene seiner Äußerungen und Wünsche zur Allerhöchsten Kenntnis zu bringen, bat ich den König zum Schlusse des Gespräches, mir genau anzugeben, was davon für Seine k. und k. Apostolische Majestät bestimmt, worauf sich König Ferdinand in der im obzitierten Telegramme wiedergegebenen Weise resumiert ausgesprochen. Was die sonstigen Ausführungen des Königs anbelangt, so möchte ich erwähnen, daß er sich mit großer Erbitterung über Depesche Kaiser Wilhelms (mein Telegramm Nr. 872 vom 26. d. Mts.) äußerte. Vor wenigen Monaten sei deutscher Kaiser voll Lob für König Ferdinand und bulgarische Armee gewesen, jetzt antworte er auf Hilferuf durch Ironie und Insulten. Es sei niemand anderer als Kaiser Wilhelm am Unglück Bulgariens schuld, da er es sei, der uns hinderte, Serbien anzugreifen, um es auf Krieg mit Russland nicht ankommen zu lassen. Es sei ausgezeichnete Gelegenheit verpasst worden, Serbien von Landkarte verschwinden zu machen. Krieg zwischen Monarchie und Russland sei unvermeidlich und es werde in einigen Jahren zu demselben unter viel ungünstigeren Chancen für uns kommen. König wünsche Anschluß an uns und wolle dazu durch Ausgleich mit Rumänien gelangen. Zweck seines Lebens sei Vernichtung Serbiens, welches zwischen Bulgarien, Österreich-Ungarn und Rumänien geteilt werden müsse, was bereits geschehen hätte können, wenn wir rechtzeitig eingegriffen hätten. Ich machte Seine Majestät aufmerksam, daß seine Politik bis vor kurzem derartige Absichten nicht verriet; erstens habe der König vermieden, sich mit Rumänien rechtzeitig zu verständigen und außerdem habe er, nachdem Krieg gegen Serbien bereits begonnen war, gestattet, über Wunsch russischen Gesandten Operationen aufzuhalten und bulgarischer Armee Befehl zum Verlassen serbischen Bodens zu geben. König Ferdinand meinte, dies seien Verbrechen Danews, für die er nicht verantwortlich gemacht werden könnte. König meinte weiter, es schwebe ihm vor, Bildung eines starken Blockes gegen Russland und zwar Österreich-Ungarn, Bulgarien und Rumänien, nur sei Seine Majestät von Verläßlichkeit Rumäniens nicht recht überzeugt und wie würden wir Bulgarien, wenn Rumänien unsicher und gestärktes Serbien im Rücken, vor Russland schützen? Unter Betonung, daß ich nur meine persönliche Anschauung ausspreche, machte ich einige sich aufdrängende Bemerkungen. König Ferdinand (sagte, er)[a]) zweifle zwar nicht an König Carol, von Fähigkeiten rumänischen Thronfolgers habe er aber keine große Meinung und wisse, daß Kronprinzessin austrophob und

fanatisch russophil. Wenn Monarchie keine andere innere Politik Slawen und Rumänen gegenüber machen werde, werde es nicht gehen. Großer Teil der Ausführungen König Ferdinands waren retrospektive Betrachtungen, die sich mit jenen, die Seine Majestät (laut meiner Telegramme Nr. 773 und 779 vom 18. l. Mts.) anläßlich vorletzter Audienz entwickelte, decken.

Tarnowski.

[a]) Chiffre fehlt.

Nr. 8075. Privatschreiben des Kabinettsdirektors des Kaisers; Bad Ischl, 27. Juli 1913.[a]) Ausfert.

Seine Majestät haben in der heute hier vorliegenden Expedition das beiliegende Telegramm des Grafen Thurn Nr. 257[b]) eingesehen und mich beauftragt, Euerer Exzellenz Aufmerksamkeit darauf zu lenken. Zugleich möchte Seine Majestät wissen, wie Sie diese von russischer Seite gekommene Anregung auffassen und in wie weit Euere Exzellenz darauf einzugehen gedenken. Seine Majestät fassen die Anregung Sazonows als erwägenswert auf, so dass darüber conversiert werden könnte, ohne die Gefahr sich für die Zukunft etwas zu vergeben. Es wäre in dem Falle eines Eingehens auf die Discussion zweckmässig, möglichst klar anzugeben, wie weit wir gehen und was wir acceptieren können. Was die Einzelnheiten anbelangt, die Sazonow angedeutet hat, so sind nach Anschauung Seiner Majestät die für Rumänien, für die Türkei und Bulgarien in Discussion zu ziehenden Grenzlinien im grossen Ganzen übereinstimmend mit dem, was bisher allgemein für tunlich gehalten wurde. Von Griechenland ist eigentlich nur in negativem Sinne die Rede. Was die Grenzlinie zwischen Serbien und Bulgarien betrifft, so enthalten Sich Seine Majestät eines Urteiles darüber, in wieferne der Vorschlag Sazonow's praktisch erscheint. Schießl.

[a]) Vgl. n. 8092. — [b]) Vom 25. Juli = n. 8030.

Tel. nach Berlin, 28. Juli 1913 Nr. 546 (chiffr. 29. Juli 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 8089.

Nr. 8076. Tel. aus Berlin, 28. Juli 1913 Nr. 356 (eing. 5 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Noch vor Erhalt Euer Exzellenz Telegrammes vom 25. d. M. Nr. 539, Londoner Reunion betreffend Statut Albaniens, ist, wie mir Staatssekretär sagt, eine Meldung des deutschen Botschafters in London in betreff Fassung des Alineas 7 des albanesischen Statuts eingetroffen. Fürst Lichnowsky sagt darin, daß in der letzten Sitzung der Reunion ein dahin gehender Vorschlag zur Übermittlung an die Regierungen angenommen wurde, daß die Worte „nationales provisoires" durch „existantes" ersetzt werden. Fürst Lichnowsky bezeichnet diesen Vorschlag nicht nur als einen gangbaren Ausweg, sondern angesichts der Verhältnisse als den einzig möglichen, da sonst mit Sicherheit anzunehmen sei, daß die Verhandlungen sich zerschlagen und überhaupt über das albanesische Statut zu keinem Ergebnisse gelangt werden könne. Ich gab darauf hin Staatssekretär Kenntnis von Inhalt Euer Exzellenz obbezeichneten Telegrammes. Herr von Jagow ersucht mich, Euer Exzellenz

zu bitten, den von deutschem Botschafter angeführten Konsiderationen gütigst Rechnung zu tragen und, da die nächste Sitzung schon morgen, Dienstag, anberaumt wurde, an Graf Mensdorff eventuell dahin Instruktionen dringend zu erteilen. Szögyény.

Nr. 8077. Tel. aus Berlin, 28. Juli 1913 Nr. 357 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme vom 26. d. M. Nr. 540, 541[a]) und 543. Gleich nach der Rückkehr von seinem kurzen Urlaub hat mich Staatssekretär aufgesucht, bei welcher Gelegenheit ich ihm von den Ausführungen Euer Exzellenz obzitierter Telegramme Kenntnis gegeben habe. Was die Demarchen in Belgrad und Athen betrifft, so meint Herr von Jagow, dass dieselben schon überholt seien, da ja nach den neuesten Nachrichten sämtliche Delegierte zu den Verhandlungen in Bukarest dortselbst bereits eingelangt seien. Ein nachträgliches Drängen in Belgrad und Athen scheine ihm demzufolge überflüssig und könnte nur noch dazu von der serbischen und der griechischen Regierung missdeutet werden. Bezüglich des auf die Pforte auszuübenden Druckes der Mächte glaubt Jagow, darauf hinweisen zu sollen, dass die Botschafterreunion in London als das von allen Mächten anerkannte kompetente Forum sich schon für einen identischen Schritt in Konstantinopel ausgesprochen hat und dass die Regierungen wegen Ausführung dieser Demarche nunmehr konkreten Anträgen des englischen Kabinetts entgegensehen (vide auch Euer Exzellenz Telegramm Nr. 536 vom 25. d. M.). Nach Ansicht des Staatssekretärs müsste diese Demarche unternommen werden, bevor an die neuesten Propositionen des Petersburger Kabinetts herangetreten wird. Bei diesem Anlasse wiederholte Herr von Jagow seine bereits bekannten Bedenken gegen einen Kollektivschritt in Konstantinopel; doch habe ich Eindruck, dass die deutsche Regierung, falls Russland auf seinem Vorschlage beharren würde, schließlich nicht als einzige sich von einer Kollektivdemarche ausschließen würde. Auf meine Frage, worauf Meinung des Staatssekretärs basiere, dass die Türkei sich mit einer strategischen Verbesserung der in London beschlossenen Grenze und mit einer Zusicherung, dass von ihr keine Kriegsentschädigung verlangt werden würde, (begnügen würde,)[b]) antwortete er mir, dass er diese Meinungsäußerung nur auf eine allgemeine Appretiation der Sachlage stützte. Die Anregung einer entsprechenden Erklärung seitens der Türkei hält Herr von Jagow für unangebracht, da eine solche bei dem jetzigen Stand der Dinge von der Pforte nicht abgegeben werden könnte. Auch dem deutschen Botschafter in Konstantinopel habe der Großvezier — wie er dies gegenüber dem Markgrafen Pallavicini getan — erklärt, dass die Türken Adrianopel nur in dem Falle aufgeben könnten, wenn sie mit den Waffen von dort vertrieben würden. Auf die von Euer Exzellenz gestellte Frage, wie sich das Berliner Kabinett im Falle einer einseitigen Aktion Russlands verhalten würde, erklärte mir Staatssekretär, eine Antwort nicht erteilen zu können; er sagte mir, dass in dieser Beziehung die Befehle Kaiser Wilhelms eingeholt werden müssten, die jetzt nur schwer erteilt werden könnten, da sich Situation von einem Tag auf den anderen ändere. Bei diesem Anlasse versicherte mir Herr von Jagow neuerdings, wie sehr er ein Zusammengehen Österreich-

Ungarns und Russlands in der Frage eines Vorgehens gegen die Türkei wünsche. Die türkischerseits aufgestellte Behauptung, dass Russland gegenüber Türkei jetzt nur „bluffe", teile er nicht; er glaube zwar nicht, dass Russland die armenische Frage durch ein Einschreiten in Kleinasien aufrollen wolle, neige jedoch der Ansicht zu, dass es in der europäischen Türkei irgend eine Aktion unternehmen wolle. Dies wäre ihm selbstredend auch nicht erwünscht, scheine ihm aber im Vergleiche zu einem Stoss gegen die asiatische Herrschaft der Türkei doch noch das kleinere Übel. Sollte es zu einer militärischen Aktion Russlands in der europäischen Türkei kommen, so könnte eine Parallelaktion Österreich-Ungarns platzgreifen, ein solches Einvernehmen mit Russland würde dann in Konstantinopel gewiss nicht seinen Eindruck verfehlen. Szögyény.

[a]) Mit Tel. Nr. 541, 26. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.) wurde n. 8031 nach Berlin mitgeteilt. — [b]) Chiffres fehlen.

Nr. 8078. Tel. aus Bukarest, 28. Juli 1913 Nr. 265 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 261 vom 26. d. M. Mandat Rumäniens betreffend. Wie aus zuverlässiger Quelle erfahre, würde hiesige Regierung im Falle eines europäischen Mandates, gegen Türkei militärisch vorzugehen, den ...[a]) von der Generalstabspartei vertretenen (Forderungen)[b]) von Bulgarien zu verlangende Gebietsabtretung betreffend nicht Widerstand leisten können. Gewisse chauvinistische liberale Kreise agitieren heute bereits für Annektierung Widdins und Rustschuks mit Anschluß Varnas. Selbstverständlich kann hiesige Regierung, insolange nicht Leistungen zu Gunsten Bulgariens von Rumänien verlangt werden oder solche sich als notwendig erweisen würden, von ihrem bisherigen festgelegten Standpunkt nicht abweichen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Chiffre verstümmelt. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 8079. Tel. aus Bukarest, 28. Juli 1913 Nr. 267 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Empfing eben Besuch Herrn Toncheffs; resümiere mein längeres Gespräch mit ihm dahin: Bulgarischer Minister scheint von der Ansicht auszugehen, daß, falls günstige Einigung hier in Bukarest nicht zu erreichen, es für Bulgarien vorteilhafter und erfolgversprechender wäre, hiesige Besprechungen abzubrechen und ganzen Komplex künftiger Beschlußfassung der Signatarmächte zu unterbreiten. Ebenso glaubte er mit Rumänien, nachdem dieses vollkommen befriedigt und er Herrn Majoresco Wunsch nach Abschluß einer eventuellen Allianz oder Akkordes vorgeschlagen, dieses von anderen Kriegführenden sondern zu können, Separatfrieden zu schließen und dadurch freie Hand gegen Serbien und Griechenland zu erhalten. Indem ich Toncheff versicherte, daß Monarchie bestimmt alles tun werde, einen möglichst günstigen Ausgang der Verhandlungen zu fördern, vertrat ich Standpunkt, daß Bulgarien unbedingt hier zu einem Abschluß gelangen müsse, da es sonst hiesige Sympathien sich verscherzen würde. Überflüssiges Hinausziehen Bukarester Verhandlungen oder gar Abbruch würde

Wiederaufnahme der Feindseligkeiten bedeuten. Rumänien sei Bulgarien aus egoistischen politischen Gründen wohlgeneigt und würde bestimmt alles daran setzen, um eine Linie bei den Alliierten für Bulgarien durchzusetzen, welche als Resultierende aus den österreichisch-ungarischen und russischen Wünschen für Bulgarien sich ergeben würde. Sollten sich im Laufe der Verhandlungen einzelne strittige Punkte ergeben, welche wahre Lebensinteressen Bulgariens darstellen und über welche keine Einigung möglich erscheine, so könne Bulgarien dann beantragen, daß diese genau bestimmten Punkte einer europäischen Konferenz vorbehalten würden, jedoch müsse es die Übereinkunft über den übrigen Teil unbedingt hier unterfertigen. Was einen Separatakkord mit Rumänien anbelange, sei ich der Ansicht, daß ein solcher ungemein schwer zu erlangen sein werde, freie Hand jedoch gegen Serbien und Griechenland werde nie zu erreichen sein. Rumänien wolle erstens, daß hier allgemeiner Friede geschlossen werde und fürchte zweitens, daß Separatabkommen diesen erschweren würde, ebenso auch, daß Bulgarien durch ein solches in Stand gesetzt würde, doch noch heutige Gegner zu besiegen, wodurch diejenige Situation eben geschaffen würde, welche Rumänien durch seinen Einmarsch verhindern wollte. Toncheff schienen meine Ausführungen einzuleuchten, wie die Bemerkung, daß Österreich-Ungarn unmöglich die Fehler hier gutmachen könne, die Herr Danew begangen und daß Monarchie wohl in Athen und Belgrad Pression ausüben könne, es aber fast ausgeschlossen erscheine, daß wir auf festgesetzte äußere Direktiven Rumäniens einen Einfluß ausüben, das ohnehin für die bulgarische Sache, insoweit möglich, gewonnen sei. Ersuche um Instruktion, wie mich von Toncheff ausgedrücktem Wunsche nach Unterstützung einer Linie verhalten soll, welche Kotschana und Ištib einbezieht, ebenso bezüglich Seres und Drama. Habe Eindruck, daß auf erstere zwei Punkte weniger Wert als auf letztere gelegt wird. Es werden beide obige Linien angestrebt, unbedingt aber Erhalten einer von beiden. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8095, 8109.

Nr. 8080. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 28. Juli 1913 Nr. 387 (eing. 29. Juli 4 U. a. m.).[a]) Entziff.

Großvezier sagte mir, dass, wenn türkische Truppen bulgarische Grenze überschritten haben sollten, dies lediglich Kavalleriedétachements sein können, die nur die Aufgabe haben, die Hauptarmee zu sichern. Türkische Regierung bleibe bei ihrem Entschluss, keine Territorien außerhalb der von ihr angegebenen Grenze zu okkupieren. Gegenwärtig steht, wie er mir weiter sagte, ein Korps in Adrianopel, ein anderes in Kirkkilisse, Hauptarmee steht an der Ergenelinie. Ich wollte mich heute in kein meritorisches Gespräch über die Räumung Adrianopels dem Großvezier gegenüber einlassen. Ich konnte aber konstatieren, dass er nach wie vor entschlossen ist, einer eventuellen Pression der Mächte nicht nachzugeben. In Kreisen der hiesigen fremden Kolonien soll man, höre ich, sehr beunruhigt sein, da man für den Fall, als die Türken gezwungen werden sollten, Adrianopel zu räumen, ernsteste Folgen befürchtet. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 8096, 8110.

Nr. 8081. Tel. nach London Nr. 636 (1) und Rom Nr. 860 (2), 28. Juli 1913 (chiffr. 6 U. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine u. Egger; V. Nemes; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 26. l. M. Nr. 564. Im Hinblicke auf die von Euer Exzellenz konstatierte russisch-französische Opposition gegen unseren Vorschlag, in den Ausdruck „autorités existantes" das Wort „nationales" oder „indigènes" aufzunehmen, wäre ich geneigt, unseren Standpunkt dahin zu modifizieren, daß statt dieser beanständeten Ausdrücke das Wort „albanaises" gesetzt werde. Diesen unseren Standpunkt hätten Euer Exzellenz damit zu begründen, daß unserer Ansicht nach eine präcise Textierung aus dem Grunde erforderlich sei, weil der Mangel einer solchen eventuell die Auffassung ermöglichen könnte, als ob der Admiralsrat in Skutari oder die noch auf albanesischem Boden befindlichen serbischen und griechischen Zivilbehörden als solche Stellen (autorités existantes) anzusehen wären, welche durch Einbeziehung in die Tätigkeit der internationalen Kontrollkommission gewissermaßen die Sanktion Europas erhalten würden. Euer Exzellenz hätten, falls auch die Einfügung des Wortes „albanaises" auf Widerstand stoßen und obige Argumentation nicht akceptiert werden sollte, zu verlangen, daß von der anderen Seite entsprechende Gegenargumente vorgebracht werden.

2. Graf Mensdorff telegraphiert mir unter dem 26. d. M. wie folgt: ... *wie n. 8051* ... Ich richte an Grafen Mensdorff unter einem nachstehende telegraphische Weisung: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Im Hinblicke" bis Schluß.) Vorstehendes zur Mitteilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8098, 8106.

Nr. 8082. Tel. nach London, 28. Juli 1913 Nr. 637 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 563 vom 26. d. M. erhalten. Ich habe Grafen Thurn unterm 24. d. M. beauftragt, unsere Auffassung in der bulgarischen Frage Herrn Sazonow gegenüber folgendermaßen zu präzisieren: „Übereinstimmend mit dem Petersburger Kabinett nehme ich den Standpunkt ein, daß eine Verletzung des Londoner Präliminarfriedens und eine Zurückeroberung der von Bulgarien befreiten Gebiete durch die Türkei nicht geduldet, eine Erdrosselung Bulgariens nicht zugelassen werden kann. Bulgarien ist aber heute nicht nur durch den Vormarsch der Türken bedroht, sondern auch in eine prekäre Situation gebracht infolge der Weigerung Serbiens und namentlich Griechenlands, auf die rumänische Proposition einzugehen und die Feindseligkeiten sofort einzustellen. Ich bin daher gerne bereit, ... *wie n. 8002 von „mich mit dem russischen Kabinett" bis „Maßnahmen zu ergreifen"* ... Über seine diesbezügliche Aussprache mit Herrn Sazonow telegrafiert mir Graf Thurn unterm 25. d. M. [b] daß der russische Minister meinen Standpunkt teile und in London und Paris die sofortige Vornahme von eindringlichen Kollektivdémarchen anregen werde, die in Konstantinopel die Räumung Thraziens bis zur Linie Enos—Midia, in Belgrad und Athen die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zum

Gegenstande haben sollten. Herr Sazonow ließ mich ersuchen, die gleiche Anregung in Berlin und Rom vorzubringen. Diesem Ersuchen habe ich entsprochen,[c] bisher aber noch keine definitive Antwort erhalten. Was speziell das Vorgehen gegenüber der Türkei anbelangt, so äußerte sich Herr Sazonow zu Grafen Thurn dahin, daß die in Aussicht genommene Kollektivdémarche der erste Schritt zu sein hätte, dem die Ankündigung des finanziellen Boykotts folgen müßte. Sollte dies nicht genügen, müßten schärfere Pressionsmittel ins Auge gefaßt werden, in erster Linie eine gemeinsame Flottendemonstration an der syrischen und Schwarzen Meer-Küste. Herr Sazonow ließ auch durchblicken, daß Rußland, falls die Türkei den Mahnungen der Mächte nicht folgen oder eine gemeinsame Aktion nicht zustande kommen sollte, ein einseitiges Vorgehen in Erwägung ziehen müßte. Vorstehendes zu Euer Exzellenz persönlicher Information. Fortsetzung folgt. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8083, 8128. — [b] Nr. 256 = n. 8029. — [c] Vgl. n. 8042.

Nr. 8083. Tel. nach London, 28. Juli 1913 Nr. 639 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 637. Der russische Geschäftsträger hat mir soeben nachstehendes Aide-Mémoire überreicht: „Les Puissances paraissent être d'accord pour affirmer la nécessité du maintien des principes posés par le traité de Londres et l'établissement de la frontière turco-bulgare suivant la ligne Enos-Midia. La réunion des Ambassadeurs s'est prononcée sur l'opportunité d'une démarche identique par laquelle les Puissances rappelleraient la Porte au respect du traité de Londres et notamment de la disposition relative à la ligne Enos-Midia. Le Gouvernement ottoman pourrait être avisé en même temps que les Puissances seraient disposées à prendre en considération les conditions que la Turquie peut estimer indispensable pour assurer la sécurité de cette frontière. Le Gouvernement Impérial adhère à cette résolution adoptée par la Conférence des Ambassadeurs. Il espère que les autres Gouvernements aussi feront à Constantinople et dans les Etats balkaniques, en termes identiques, les déclarations les plus catégoriques dans ce sens. Il lui paraît utile de déclarer clairement aux belligérants qu'il n'ont à compter sur aucun secours financier de l'Europe jusqu'à ce que la crise actuelle soit complètement liquidée. Le Gouvernement Impérial estime que ce mode de pression est le plus efficace à la condition d'un désir sincère des Puissances de priver les belligérants de tout moyen de se procurer de l'argent de quelque source que ce soit. Le Chargé d'Affaires de Russie a reçu l'ordre de s'enquérir si le Gouvernement Impérial et Royal est disposé à munir d'instructions dans le sens ci-dessus ses Représentants à Londres, Constantinople et les capitales balkaniques." Falls in der morgigen Réunion Graf Benckendorff mit einem Vorschlag im Sinne dieses Aide-Mémoires hervortreten sollte, wollen Euer Exzellenz sich im allgemeinen einverstanden erklären, jedoch unter Verwertung der einschlägigen Ausführungen meines vorzitierten Telegrammes bemerken, daß die russische Proposition, um den gewünschten Effekt zu erzielen, in der Richtung ergänzt werden müßte, daß in Athen und Belgrad von den Mächten die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu

verlangen wäre. Außerdem wollen Hochdieselben betonen, daß die Ausführung der russischerseits proponierten Démarche in Sofia wohl nur zu dem Zweck zu erfolgen hätte, um die bulgarische Regierung von den anderen Schritten der Mächte zu informieren, da ja Bulgarien ohnedies zur Einstellung der Feindseligkeiten bereit ist. Wenn Graf Benckendorff mit einem Vorschlag nicht hervortreten, das Thema jedoch in der Réunion, zum Beispiel gelegentlich der Besprechung des rumänischen Zirkulars, diskutiert werden sollte, wollen Euer Exzellenz sich in analoger Weise aussprechen. Berchtold.

a) Vgl. n. 8089, 8119, 8128.

Nr. 8084. Tel. aus London, 28. Juli 1913 Nr. 566 (eing. 9 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 564 vom 26. d. M. Organisation Albaniens betreffend. Graf Benckendorff teilt mir mit, daß seine Regierung letzte Redaktion des Alineas 7 mit „autorités existantes" annimmt. Bitte um dringende Weisung, ob nicht auch dem zustimmen darf, da wir dadurch Angelegenheit in morgiger Réunion finalisieren könnten. Mensdorff.

Nr. 8085. Tel. aus London, 28. Juli 1913 Nr. 567 (eing. 11 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Bezug auf Telegramm Euer Exzellenz Nr. 622 vom 24. d. M. Graf Benckendorff teilt mir mit, daß russische Regierung unsere letzte Redaktion betreffend Minoritätenschutz annimmt. Mensdorff.

a) Vgl. n. 8099.

Nr. 8086. Tel. aus London, 28. Juli 1913 Nr. 568 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinen Telegrammen Nr. 561 vom 25. d. M. und 565 vom 27. d. M., englische Zirkulardepesche betreffend. Marquis Imperiali hat eben mit Sir E. Grey gesprochen und italienischen Standpunkt bezüglich der Inseln vorgelegt. (Inseln bis auf die vor Dardanellen sollten an Griechenland gehen mit Ausnahme der von Italien besetzten, die es der Türkei zurückgeben müsse.) Staatssekretär wollte sich nicht prononzieren, erklärte aber, dass er, „ohne übertrieben sanguinisch zu sein", sein möglichstes tun werde, um soviel Fragen als möglich vor der Vertagung zur Regelung zu bringen. Dies würde auch sehr von der Frage der Einigung über Organisation Albaniens abhängen. Sir E. Grey erklärte, er hege kein Misstrauen gegen Italien und vertraue vollkommen den Zusicherungen der italienischen Regierung, dass sie keine der okkupierten Inseln für sich behalten wolle. Bezüglich weiterer Reunionen werde es sehr davon abhängen, ob Aussichten auf Verständigung verlässlich erscheinen. Von diesen heutigen Gesprächen mit Imperiali, Benckendorff und Nicolson empfange ich den Eindruck, dass Grey, falls er Aussicht auf Verständigung über Südgrenze sieht, nicht darauf bestehen dürfte, diese Frage auszuschalten und noch eine oder zwei Sitzungen konzedieren wird. Vielleicht wäre es sogar zweckmässig, fürs erste keine scharfe Haltung zu seiner Zirkulardepesche *a)* zu nehmen, sondern vorerst abzuwarten, ob man nicht stillschweigend darüber hinweg-

gehen und den Versuch machen könnte, mit Fortsetzung der Sitzungen um höchstens eine Woche eine Verständigung über die Grenzfrage zu ermöglichen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8053.

Tel. nach Paris, 28. Juli 1913 Nr. 388 (chiffr. 29. Juli 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 8089.

Tel. nach Rom, 28. Juli 1913 Nr. 860 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 8081.

Tel. nach Rom, 28. Juli 1913 Nr. 866 (chiffr. 29. Juli 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 8089.

Nr. 8087. Tel. aus Rom, 28. Juli 1913 Nr. 479 (eing. 29. Juli 5 U. a. m.). Entziff.

Londoner Réunion. Bei Besprechung des Inhalts hohen Telegrammes Nr. 857 vom 26. d. M. sagte Marquis di San Giuliano, auch er habe sich in Beantwortung englischer Zirkulardepesche gegen die Schließung der Réunion ausgesprochen und hiebei Punkt für Punkt gegen die Behauptung Sir E. Greys argumentiert, als ob Italien und wir an dem unbefriedigenden Verlauf und Ergebnis schuld wären. Der Idee Euer Exzellenz, dass vor Regelung der Grenze und Statutsfrage Kontrollkommission und Gendarmerie in Albanien nicht fungieren sollten, opponierte Minister anfangs. Meine einschlägigen Ausführungen schienen ihn teilweise umzustimmen und versprach er, Sache noch zu überlegen. Mérey.

Nr. 8088. Tel. nach St. Petersburg, 28. Juli 1913 Nr. 437 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) *Konz. (S. Schreibmaschine; V. Rappaport; G. Berchtold).*

Geheim. Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 257 vom 25. l. M. Ich ersuche Euer Exzellenz, Herrn Sazonow zu sagen, daß ich es mit Freude begrüße, mit Rußland in eine Konversation über die schwebenden Abgrenzungsfragen am Balkan einzutreten. ... *wie n. 8016 von „Im gegenwärtigen Augenblick" bis „Sazonows bringen."* ... *weiters von „Unsere leitenden Gesichtspunkte sind" bis „vorgebeugt werde"* ... und freue ich mich, in diesem Punkte eine Uebereinstimmung meiner Auffassung mit jener Herrn Sazonows konstatieren zu können. ... *weiters von „Zu dem erwähnten Zwecke scheint es uns erforderlich" bis „zu sehr beeinträchtigt werde."* ... 2. Das Gleichgewicht auf der Balkanhalbinsel erheischt es, daß Serbien über den im ersten Balkankrieg unbestritten erreichten Gebietszuwachs hinaus nicht allzusehr vergrößert werde. ... *weiters von „3. Der Tatsache der militärischen Erfolge Serbiens" bis „entsprechenden Ausgleich darstellt".* ... *weiters von „2. im Süden" bis „an Bulgarien zu fallen hat."* ... Wir teilen Herrn Sazonows Ansicht, daß Kavalla sowie die Insel Thasos Bulgarien nicht abgesprochen werden sollte. ... *weiters von „Hiefür ist die Erwägung maßgebend" bis „an die bestehende Jonction-Linie herzustellen".* ... *weiters von „Andererseits wäre das südlich des Angistaflusses" bis „entsprechende Garantien geboten werden."* ... Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8092, 8112, 8130, 8137, 8150, 8172, 8356.

Nr. 8089. Tel. nach St. Petersburg Nr. 438 (1), Berlin Nr. 546 (2), Paris Nr. 388 (3) und Rom Nr. 866 (4), 28. Juli 1913 (chiffr. 29. Juli 12 U. 20 M. a. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1. Der russische Geschäftsträger hat mir heute nachstehendes Aide-Mémoire überreicht: ... *wie n. 8083 von „Les Puissances paraissent" bis „capitales balkaniques"* ... Euer Exzellenz wollen Herrn Sazonow sagen, ich sei im Allgemeinen mit diesem Vorschlag einverstanden, nur müßte er, um den von uns und Rußland übereinstimmend angestrebten Zweck der Bewahrung Bulgariens vor einem Zusammenbruch zu erreichen, meiner Ansicht nach dahin ergänzt werden, daß die Mächte in Belgrad und in Athen die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu verlangen hätten. Euer Exzellenz wollen weiters auch bemerken, daß die Durchführung der proponierten, identischen Démarche in Sofia wohl nur den Zweck haben könnte, die bulgarische Regierung über die Schritte der Mächte in Belgrad, Athen und Konstantinopel zu informieren, da Bulgarien ja ohnedies zur Einstellung der Feindseligkeiten bereit sei.

2.—4. Ich telegrafiere an Grafen Thurn wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information 2. u. 4. und Mitteilung im Auswärtigen Amt.

3. und Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8093, 8105, 8107, 8119.

Nr. 8090. Tel. aus St. Petersburg, 28. Juli 1913 Nr. 259 (eing. 29. Juli 1 U. a. m.).[a] Entziff.

Bei heutiger Unterredung mit Herrn Sazonow kam dieser neuerdings auf die dringende Notwendigkeit einer Kollektivdémarche in Konstantinopel zu sprechen und ersuchte mich, Euer Exzellenz um eine ehegütige Mitteilung über die Aufnahme, welche seine gegenständliche Anregung (mein Telegramm Nr. 256 vom 25. d. M.) bei Hochdenselben gefunden hat, zu bitten. Herr Minister kam sodann auf das identische Telegramm zu sprechen, welches die Bukarester Vertreter der Großmächte auf Wunsch rumänischen Ministers des Äussern an ihre Regierungen gerichtet hatten und welches den Gegenstand Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 436[b]) von gestern bildete. Herr Sazonow sagte mir, diese Depesche scheine ihm eine Vermutung Herrn Schebekos zu bestätigen, wonach man es in Bukarest sehr gerne sehen würde, wenn Rumänien mit einem europäischen Mandat betraut werden würde, die Türken im Vereine mit Bulgarien aus Adrianopel zurückzudrängen. Minister fügte hinzu, qu'il ne verrait pas une telle combinaison d'un mauvais oeil. Hiedurch würde wenigstens die Notwendigkeit für Russland entfallen, in eventueller Ermanglung einer Einigung der Mächte über gemeinschaftliche Koerzitivmaßregeln selbständig vorzugehen, eine Eventualität, die die russische Regierung, wie mir Herr Sazonow nachdrücklichst versicherte, durchaus nicht herbeiwünsche und zu der sie sich nur, wenn alle anderen Mittel versagen würden, sehr à contre coeur entschließen würde. Für den Fall, als Sazonow auf die Idee einer Mandatserteilung an Rumänien zurückkommen sollte, wäre ich Euer Exzellenz für

eine gütige Mitteilung Hochderselben einschlägiger Auffassung behufs Regelung meiner Sprache sehr dankbar. Thurn.

[a]) Vgl. n. 8107. — [b]) Mit Tel. Nr. 436, 27. Juli 1913 (chiffr. 6 U. p. m.) wurde n. 8049 nach St. Petersburg mitgeteilt.

Nr. 8091. Tel. aus Sofia, 28. Juli 1913 Nr. 885 (eing. 29. Juli 6 U. a. m.). Entziff.

Minister des Äussern besuchte mich und las mir mehrere Depeschen der bulgarischen Delegierten vor, von welchen er ausgesprochen günstigen Eindruck habe. Herr Toncheff telegraphiert, er hätte bereits mit Majoresco, Jonesco und Margiloman gesprochen und Proposition Separatverständigung auf breitester Basis (politisch und ökonomisch) gemacht. Rumänische Staatsmänner erklärten, sie stünden diesem Vorschlage im Prinzipe durchaus sympathisch gegenüber und Majoresco würde König Karol zu wissen machen, nur müsste man nach Ansicht rumänischer Minister mit bulgarisch-rumänischem Separatabkommen abwarten, bis gemeinsame Verhandlungen aller Kriegführenden beendigt, da Rumänien, wenn es schon jetzt Abmachungen mit Bulgarien treffen möchte, seinen Einfluss auf Serbien und Griechenland verlieren würde und Bulgarien in Negoziationen nicht erfolgreich unterstützen könnte. Toncheff glaubt, Separatverständigung mit Rumänien wäre in dem Falle gleich, das heißt schon während Friedenspourparlers möglich, wenn Serben und Griechen Waffenstillstand nicht schließen wollen oder übertriebene Forderungen stellen und Verhandlungen zu verschleppen suchten. Toncheff hätte auch russischen Gesandten besucht, der ihm Verständigung mit Serbien warm empfohlen. „C'est tout ce qui préoccupe les Russes", meinte Minister des Äussern und bemerkte, er habe Toncheff absichtlich instruiert, mit Schebeko Vertraulichkeit affektieren, pour ne pas éveiller de la méfiance en Russie. Aus Äußerungen Ministers des Äussern geht hervor, dass er auf komplette Trennung Rumäniens von Serbien und Griechenland hinarbeiten wolle und hofft, dass dies und zwar leichter mit Griechenland, gelingen werde. Es handelt sich ihm darum, dass Rumänien und Bulgarien auf europäischer Konferenz bereits geeinigt auftreten. „Dès que l'entente avec la Roumanie sera faite, on pourra", meinte Minister des Äussern, „envisager de plus près le reste de la combinaison politique qu'il nous a proposée."[a]) Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 7937.

Nr. 8092. Privatschreiben an den Kabinettsdirektor des Kaisers in Bad Ischl, 28. Juli 1913.[a]) Konz. (S. u. G. Hoyos).

In Beantwortung des geschätzten Schreibens vom 27. Juli beehre ich mich Euerer Exzellenz mitzutheilen, dass die Erledigung auf das Telegramm des Grafen Thurn vom 25. Juli Nr. 257 betreffend eine Conversation mit Russland über die Gebietsauftheilungen am Balkan heute Abend nach Petersburg abgeht[b]) und eine Abschrift der betreffenden telegrafischen Weisung dem heutigen Kaisereinlauf beigeschlossen wurde. Diese Weisung enthält so ziemlich dasselbe, was wir der rumänischen Regierung bereits vor 2 Tagen über unsere Wünsche hinsichtlich der zukünftigen Abgrenzung

der Balkanstaaten mitgetheilt haben. Wie aus einer dem heutigen Kaisereinlauf ebenfalls beigeschlossenen Depesche des Prinzen Fürstenberg[c]) hervorgeht, scheint Herr Majoresku eine Verständigung zwischen uns und Russland auf Basis dieser Vorschläge nicht für unmöglich zu halten. Sie gipfelt in der Hauptsache in dem Verlangen, dass Bulgarien in Macedonien ein Stück der Eisenbahn nach Salonik mit einem entsprechenden Territorium erhält. Auch ich halte es für sehr richtig, mit Russland diesbezüglich zu einem Einvernehmen zu gelangen, da die Durchsetzung unserer Forderungen Serbien gegenüber sehr erleichtert werden wird, wenn Russland denselben zustimmt. Ich darf Euer Exzellenz bitten, Seiner k. und k. Apostolischen Majestät im Sinne des Vorstehenden in meinem Namen Allerunterthänigst Vortrag zu erstatten.

[a]) Vgl. n. 8112, 8137. — [b]) n. 8088. — [c]) n. 8066.

Nr. 8093. Tel. aus Berlin, 29. Juli 1913 Nr. 360 (eing. 30. Juli 12 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 546 von gestern, betreffend russisches Aide-mémoire. Hiesiger russischer Geschäftsträger hat dem Staatssekretär gestern ein gleichlautendes Aide-mémoire überreicht. Herr von Jagow sagte mir, er habe nunmehr die deutschen Vertreter in Konstantinopel, Athen und Belgrad angewiesen, sich mit ihren betreffenden Kollegen ins Einvernehmen zu setzen und die identische Demarche zu unternehmen. Dieselbe Demarche in Sofia hält auch der Staatssekretär für überflüssig, da Bulgarien ohnehin sich zur Einstellung der Feindseligkeiten bereit erklärt habe. Bei diesem Anlasse versicherte mir Staatssekretär, daß der deutsche Botschafter in Konstantinopel schon beauftragt war, jede Gelegenheit wahrzunehmen, um der türkischen Regierung in der entschiedensten Weise zu erklären, daß Deutschland ebenso wie die anderen Mächte auf der Aufrechterhaltung der Londoner Friedensabmachungen, insbesondere der Verfügung über die türkisch-bulgarische Grenze Enos—Midia bestehe. Ebenso seien die deutschen Vertreter in Belgrad und Athen angewiesen gewesen, sich für die Einstellung der Feindseligkeiten zu verwenden. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 8119.

Tel. nach Bukarest, 29. Juli 1913 Nr. 375 (chiffr. 10 U. 25 M. p. m.). Siehe n. 8109.

Nr. 8094. Tel. aus Bukarest, 29. Juli 1913 Nr. 269 (eing. 3 U. p. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äußern Euer Exzellenz Telegramme Nr. 371 und 373 vom 27. d. Mts., betreffend Gespräch mit griechischem Gesandten und Widdin, mitgeteilt. Herr Majoresco begrüßt dankbar Auslassung Euer Exzellenz, hauptsächlich Auftrag an Herrn von Ugron, serbische Regierung über künftiges Schicksal Widdins nicht im Unklaren zu lassen. Er ersuchte mich, wenn mir möglich, Herrn Pašić bei einer Begegnung den Auftrag Ugrons nachdrücklichst in Erinnerung zu bringen, da hiesigen Informationen zufolge Kampf gegen Widdin fortgesetzt werde. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8115, 8131.

Nr. 8095. Tel. aus Bukarest, 29. Juli 1913 Nr. 270 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Heutige Konversation mit Herrn Tontcheff. Bulgarischer Delegierter scheint von seiner gestrigen Idee zurückgekommen zu sein und entwickelte Ansicht, daß, falls Verhandlungen zu keinem für Bulgarien definitiv annehmbaren Schluß gelangen würden, Bulgarien Gesamtheit hiesiger Beschlüsse mit der Reserve als Provisorium annehmen würde, daß es dieselben der Revision den Großmächten unterbreiten wird. Ich glaube, gegen diese Vorgangsweise keine Bedenken äußern zu sollen. Heute Vereinigung der Vertreter der mit Bulgarien kriegführenden Staaten behufs gemeinsamer Stellungnahme zu Waffenstillstandsabschluß. Vermute, daß sich da zwischen Rumänien und anderen Staaten Meinungsverschiedenheiten ergeben werden. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 8079.

Nr. 8096. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 29. Juli 1913 Nr. 390 (eing. 30. Juli 3 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Wie ich mit meinem Telegramme Nr. 387 vom 28. d. M. gemeldet habe, ließ ich mich gestern mit dem Großvezier in keine meritorische Unterredung betreffs Adrianopel ein. Immerhin benützte ich den Anlaß, um in freundschaftlicher Weise auf Said Halim Pascha einzuwirken und ihm zu sagen, daß vielleicht jetzt Moment für die Türkei günstig wäre, wenn sie sich entschließen würde, den Wünschen Europas, noch bevor eine ernstliche Pression auf sie ausgeübt werden würde, entgegenzukommen. In ähnlichem Sinne sprach auch mein deutscher Kollege mit dem Großvezier; letzterer gab uns ziemlich gleiche Antwort, nämlich, daß es der Türkei nicht möglich sei, Adrianopel zu räumen, selbst wenn es sich um Versprechungen handeln würde, denn die Pforte sei schon gewohnt, daß sie schließlich immer leer ausgehe. Baron Wangenheim sprach dann mit Osman Nizami Pascha. Dieser sagte ihm vertraulich und als seine persönliche Meinung, es gäbe wohl ein Mittel, um die Armee aus Adrianopel herauszubringen, wenn man die Soldaten direkt in ihre Heimat entlassen würde. Dies ginge aber nur dann, wenn die Regierung in die Lage gesetzt werden würde, dem Lande ganz konkrete Errungenschaften vorweisen zu können. Als solche nannte er: 1. gute strategische Grenze, 2. Verzicht der Alliierten auf eine Kriegsentschädigung, 3. eine ganz positive Zusicherung der Mächte bezüglich der 4%igen Zollerhöhung. — Deutscher Botschafter suchte dann nochmals Großvezier auf und erzählte ihm Inhalt seines Gespräches mit Osman Nizami. Diesmal war Saïd Halim viel entgegenkommender, so daß Baron Wangenheim Eindruck gewann, daß man hier, wenn die Mächte ganz konkrete Vorschläge zu machen gesonnen wären, in betreff Adrianopels eventuell nachgeben könnte. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 8243, 8266, 8307.

Nr. 8097. Tel. aus London, 29. Juli 1913 Nr. 569 (eing. 30. Juli 2 U. a. m.).[a] Entziff.

La réunion, s'étant mis d'accord sur l'organisation de l'Albanie et notamment sur les conditions de l'établissement de la commission inter-

nationale de contrôle, pense qu'il y a lieu pour les gouvernements de procéder aux choix de leurs représentants dans cette commission et aux mesures nécessaires pour leur assurer des traitements suffisants. Ces traitements seront assurés aux membres de la commission par leurs gouvernements respectifs et la réunion pense qu'il est désirable que le même traitement soit alloué à chacun d'eux. La réunion est d'avis qu'il convient de s'adresser dès maintenant aux gouvernement de la Suède pour obtenir la designation d'officiers chargés de l'instruction et du commandement de la gendarmerie. Il paraît nécessaire de designer d'abord un officier supérieur qui, d'accord avec la commission de contrôle et d'après les exigences du service, appréciera le nombre des officiers à désigner. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 381 Nr. 759. Vgl. n. 8100, 8122.

Nr. 8098. Tel. aus London, 29. Juli 1913 Nr. 570 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 636 vom 28. d. Mts. Bei heutiger Reunion einigte man sich bezüglich Alineas 7 der Organisation Albaniens auf folgende Redaktion: „Fonctionnement des autorités indigènes existantes." Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8100, 8123, 8126.

Nr. 8099. Tel. aus London, 29. Juli 1913 Nr. 571 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Réunion, protection des minorités. L'ambassadeur de Russie et l'ambassadeur d'Autriche-Hongrie informent la réunion de l'accord de leurs gouvernements relatif à la protection des minorités incorporées à la Serbie et au Monténégro dont ils avaient annoncé la préparation à la séance du 1 er juillet. Cet accord est ainsi conçu. „On répétera aux gouvernements serbe et monténégrin la déclaration décidée à la réunion des ambassadeurs le 22 mars 1913 ainsi conçue: il est indispensable de prendre d'urgence des mesures pour assurer la protection effective des populations catholiques, musulmanes et albanaises dans les territoires cédés au Monténégro et à la Serbie. On ajoutera comme interprétation que dans le futur traité de paix il sera confirmé que les garanties prévues par les articles 27, 30 (les deux premiers alinéas), 35 et 39 (premier alinéa) du traité de Berlin restent en vigueur. Il est expressément entendu que les garanties s'étendent également au profit des Albanais au libre usage de la langue albanaise pour l'enseignement scolaire et pour la publication de libres et de périodiques". La réunion adhère à cette rédaction. Sur la proposition de Grey la réunion est d'avis qu'il y a lieu de faire communiquer par les représentants des Puissances la rédaction ci-dessus aux gouvernements serbe et monténégrin. Sur l'observation de l'ambassadeur de Russie la réunion reconnaît que l'usage des libertés concédées aux minorités est subordonné au droit commun applicable à tous les sujets serbes ou monténégrins. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8085, 8124, 8127.

Nr. 8100. Tel. aus London, 29. Juli 1913 Nr. 572 (eing. 30. Juli 6 U. a. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinen heutigen Telegrammen Nr. 569 und 570 betreffend Reunion, Organisation Albaniens. Grey war auf meinen Vorschlag „autorités albanaises existantes" eingegangen und sprach diesbezüglich mit französischem und russischem Botschafter vor der Reunion. Graf Benckendorff sagte mir, er habe Bedenken gegen das Wort „albanaises", worauf ich antwortete: „Also nehmen wir ein anderes, wenn es Dir lieber ist, zum Beispiel „indigènes", was er akzeptierte, worauf ich sofort Grey und Cambon dazu brachte, dasselbe zu tun. Bei Diskussion über Bestellung der Kontrollkommission und schwedischer Offiziere machte ich darauf aufmerksam, ich glaubte, das alles wäre verfrüht, wenn man nicht über die Delimitation zu irgendeiner Verständigung gelange. Ich wolle aber nicht die Vorbereitungsarbeiten aufhalten, da ich ja hoffe, daß wir auch über die Grenzfrage eine Einigung erzielen werden. Die Frage der Besoldung war von Cambon aufgeworfen worden, der Wert darauf legt, daß dieselbe für alle Mitglieder der Kontrollkommission die gleiche sein sollte. Grey und Nicolson meinten, es würde wahrscheinlich ein Generalkonsul als englischer Vertreter gewählt werden, dessen Bezüge 1200 Pfund Sterling.

Mensdorff.

Nr. 8101. Tel. aus London, 29. Juli 1913 Nr. 573 (eing. 30. Juli 3 U. a. m.).[a] Entziff.

Bei heutiger Reunion wurde Einigung bezüglich Statuts, albanesischen Minoritätenschutzes, Evakuation und kommerziellen Accès Serbiens konstatiert. Gegenwärtige Situation und Schritt in Konstantinopel wurden heute nicht diskutiert. Graf Benckendorff sagte mir, er habe keinen Auftrag, die Sache auf der Reunion zur Sprache zu bringen und er glaube, es werde diese auf gewöhnlichem diplomatischen Wege besprochen werden.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 8147.

Nr. 8102. Tel. aus London, 29. Juli 1913 Nr. 574 (eing. 30. Juli 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Betreffend Fortsetzung oder Vertagung der Reunion. Sir E. Grey meinte, die in seiner Zirkulardepesche genannten Fragen wären eigentlich erledigt, doch sei er bereit, noch zu versuchen, über Südgrenze eine Einigung zu erreichen. Er zitierte die drei Bedingungen,[b] die ich ihm mitgeteilt habe, unter welchen die k. u. k. Regierung der Einsetzung einer Grenzbestimmungskommission zustimmen würde und bemerkte, die Bedingung betreffs Kutzowalachen müsse jetzt wohl wegfallen, nachdem sich die Situation verändert habe. Rumänien sei heute ebenfalls ein kriegführender Staat, so daß, wenn wir rumänischen Vertreter zuziehen, wir nicht ablehnen könnten, auch den griechischen Vertreter über die Frage zu hören. Der Staatssekretär sagte mir und Marquis Imperiali nachher, er wolle morgen mit Herrn Cambon und Grafen Benckendorff eine Besprechung haben, um festzustellen, ob Aussicht vorhanden ist, eine Verständigung in der Frage der Süd-Grenze zu

erzielen. Seine gestrige Konversation mit Marquis Imperiali hat jedenfalls die Anschauung Sir E. Greys bezüglich italienischer Haltung in der Inselfrage in günstigem Sinne modifiziert. Ich glaube, wir dürften noch nächste Woche eine Reunion haben. Herr Cambon und Graf Benckendorff sprachen sich sehr gegen Vertagung der Reunion aus. Hingegen Fürst Lichnowsky sehr eifrig für baldigen Schluß unserer Verhandlungen, wobei er allerdings sich unserer Hoffnung, daß vorher noch Süd-Grenze erledigt werde, anschloß. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8053, 8125, 8146, 8165, 8167. — [b]) Vgl. n. 7548.

Nr. 8103. Tel. aus London, 29. Juli 1913 Nr. 576 (eing. 30. Juli 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Réunion. Evacuation et accès commercial. Sir E. Grey propose de faire rappeler avec insistance au gouvernement serbe par les représentants des Puissances son obligation d'évacuer sans délai le territoire albanais et de respecter les limites frontières nord et nord-est de l'Albanie telles qu'elles ont été établies par les Puissances et communiquées au gouvernement serbe le 15 avril 1913. En même temps les représentants des Puissances renouvelleront et confirmeront par écrit l'engagement des Puissances relatif au chemin de fer et à l'accès commercial à l'Adriatique conformément à la déclaration de la réunion du 1er juillet et au mémorandum de la même date interprétatif de cette déclaration. (Texte soumis à Votre Excellence par mon rapport Nr. 63 B du 28 juin). Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8113.

Nr. 8104. Bericht aus Paris, 29. Juli 1913 Nr. 75 (eing. 31. Juli). Ausfert.

Vertraulich. Herr Paléologue besprach gestern mit mir die Lage im Orient und resumirte die französische Politik dahin, dass man hier auf dem Standpunkt stehe, die Stipulationen des Londoner Friedenschlusses müssten unbedingt aufrechterhalten werden, die zur Geltendmachung dieses Prinzipes eventuell nötigen Maßnahmen müssten aber von sämtlichen Grossmächten gemeinsam getroffen werden. „Le maintien du concert européen", sagte er, „est notre but principal. Je ne vous cacherai point que nous attachons encore plus d'importance au maintien de ce concert qu'á la conservation intégrale de toutes les dispositions du traité de Londres." Aus den weiteren Äusserungen Herrn Paléologues konnte ich ersehen, dass das, was man hier momentan am meisten zu befürchten scheint, eine Separataction Russlands ist. In Übereinstimmung mit den von mir bereits gemeldeten Äusserungen Herrn Pichons wiederholte mir Herr Paléologue, dass man hier das Möglichste tun werde, um Russland von einer solchen Separataction abzuhalten. Ein actives Einschreiten Russlands in Armenien, sagte der Directeur politique, würde nicht nur die ganze kleinasiatische Frage ins Rollen bringen, „mais ce serait aussi la fin de la triple entente". Ich hatte die Impression, dass, falls es in dieser Frage zwischen Russland und England zu einer Meinungsverschiedenheit kommen sollte, Frankreich, unbeschadet seiner Allianz-

Verpflichtungen, in dieser speziellen Frage sich eher dem Standpunkte Englands zuneigen dürfte. Obschon Herr Paléologue wiederholt betonte, dass die Bestimmungen des Londoner Friedens respectirt werden müssten, meinte er doch, Adrianopel sei eigentlich vielmehr türkisch wie bulgarisch. Wenn die Befestigungen geschleift werden, habe die Stadt keine besondere strategische Bedeutung. Auch ohne Adrianopel würde Bulgarien, wenn es die Küste von Enos bis gegen Cavala erhielte (auf letzteren Hafen würden die Griechen wohl nie verzichten), einen Territorialzuwachs erlangen, der eine reiche Entwickelung Bulgariens sichern würde. Szécsen.

Nr. 8105. Tel. aus Rom, 29. Juli 1913 Nr. 482 (eing. 30. Juli 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Mit Beziehung auf Euer Exzellenz Telegramm vom 28. d. M. Nr. 866. Hiesiger russischer Geschäftsträger teilte der Consulta ein wesentlich abgekürztes Aide-mémoire mit, welches außerdem eine strengere Scheidung zwischen der in Konstantinopel und den bei den Balkanstaaten zu machenden Demarche enthält und hauptsächlich Gewicht auf erstere legt. Hiesige Regierung hat zustimmend — si omnes — geantwortet. Mérey.

[a]) Vgl. n. 8119.

Nr. 8106. Tel. aus Rom, 29. Juli 1913 Nr. 483 (eing. 30. Juli 6 U. a. m.). Entziff.

Zu dem hohen Telegramme Nr. 860 vom 28. d. Mts. Albanesisches Statut. Marquis Imperiali hatte Auftrag erhalten, unseren letzten Vorschlag (Einschaltung des Wortes „albanaises“ in „autorités existantes“) zu unterstützen, sofern hiedurch nicht Einvernehmen über Organisation Albaniens vor Auflösung der Reunion gefährdet würde. Mérey.

Nr. 8107. Tel. nach St. Petersburg, 29. Juli 1913 Nr. 439 (chiffr. 9 U. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine u. Egger; V. Nemes u. Berchtold; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 28. d. M. Nr. 259. Über meine Stellungnahme bezüglich einer Kollektiv- beziehungsweise identischen Demarche in Konstantinopel sind Euer Exzellenz aus meinem Telegramm Nr. 438 von gestern informiert. Ich muß deshalb Wert darauf legen, daß nebst einer Demarche in Konstantinopel auch solche in Belgrad und Athen erfolgen, weil mit der weiteren Fortsetzung des siegreichen Vormarsches der Armeen die ohnedies bereits sehr übertriebenen Prätensionen der beiden Königreiche steigen könnten und es den Mächten auf diese Weise noch schwerer gemacht würde, Bulgarien jene Grenzen zu sichern, welche eine ruhige Weiterentwicklung am Balkan gewährleisten könnten. Nach der in Euer Exzellenz Telegramm vom 25. l. M. Nr. 256 einberichteten Sprache Herrn Sazonows hätte ich erwartet, daß er auch Schritte in Athen und Belgrad betreffs sofortiger Einstellung der Feindseligkeiten vorschlagen würde. Die in seiner Zirkularnote angeregte Demarche in den beiden Hauptstädten trägt aber diesem Gedanken keine Rechnung. Was nun die Betrauung Rumäniens mit einem europäischen Mandat zwecks Durchsetzung

der von Europa fixierten türkisch-bulgarischen Grenze anbelangt, so sind auch mir Informationen zugekommen, daß in Bukarester diplomatischen Kreisen die Vermutung besteht, daß die dortige Regierung ein solches Mandat gerne übernehmen möchte. Ich kann nicht umhin, meinem Zweifel Ausdruck zu geben, daß Rumänien die mit einem eventuell notwendig werdenden Kriege gegen die Türkei verbundenen Opfer auf sich nehmen würde, ohne die Erlangung eines greifbaren Vorteiles im Auge zu haben. Da ein materieller Gewinn für Rumänien auf Kosten der Türkei undenkbar erscheint, so scheint mir die Realisierbarkeit dieser Idee zweifelhaft. Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne Herrn Sazonow gegenüber aussprechen.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8029, 8110, 8130.

Nr. 8108. Bericht aus St. Petersburg, 16./29. Juli 1913 Nr. 28 (eing. 4. Aug.).[a]) Ausfert.

Im Nachstehenden möchte ich mir gestatten, nochmals auf meine Unterredung mit Herrn Sazonow zurückzukommen, in welcher ich ihm im Sinne Euer Exzellenz hohen telegraphischen Auftrages vom 25. Juli Nr. 430 Hochdero Standpunkt der durch den zweiten Balkankrieg geschaffenen Lage gegenüber in grossen Zügen auseinandersetzte, und über deren Verlauf ich bisher erst eine kurze telegraphische Meldung (mein gehorsamstes Telegramm vom 25./12. d. Mts. Nr. 256) zu erstatten Gelegenheit hatte. Der Herr Minister war sichtlich darüber erfreut konstatieren zu können, dass sich die einschlägigen Auffassungen der Kabinette von Wien und St. Petersburg darin begegnen, dass einerseits beide die möglichst unveränderte Aufrechterhaltung der in London vereinbarten türkisch-bulgarischen Grenzlinie Enos—Midia für unerlässlich halten und eine Rückeroberung der von Bulgarien befreiten Gebiete durch die Türkei nicht dulden könnten, und dass andererseits die völlige Erdrosselung Bulgariens nicht zugelassen werden könnte, aus welchem Grunde auch die eheste Einstellung der Feindseligkeiten dringend geboten erscheine. Allerdings bezieht sich diese Übereinstimmung der Ansichten vorläufig nur auf die allgemeinen Prinzipien und halte ich es für wahrscheinlich, dass der den beiden Regierungen gemeinsame Gedanke, die völlige Erdrosselung Bulgariens nicht zulassen zu wollen, in der Praxis in St. Petersburg eine etwas andere Auslegung finden dürfte wie in Wien. Immerhin kann es meiner unmassgeblichen Ansicht nach schon als ein erfreuliches Moment angesehen werden, dass wenigstens bezüglich der allgemeinen Richtlinien eine Übereinstimmung der Anschauungen konstatiert werden konnte, und so die Möglichkeit geboten ist, in eine freundschaftliche Konversation mit dem St. Petersburger Kabinett über die Delimitations-Fragen einzugehen. Herr Sazonow erklärte sich denn auch angesichts dieser erfreulichen Übereinstimmung in der prinzipiellen Auffassung ohne Weiteres bereit, sich der Anregung Euer Exzellenz anzuschliessen, dass nicht nur in Konstantinopel, sondern auch in Athen und Belgrad behufs ehester Einstellung der Feindseligkeiten in nachdrücklicher Weise einzuwirken wäre. Er fügte hinzu, er wolle sofort nach Paris und London telegraphieren, um dort den

Vorschlag zu einer einschlägigen gemeinsamen Démarche bei den drei in Betracht kommenden Regierungen zu machen, und er bitte Euer Exzellenz das Gleiche in Berlin und Rom tun zu wollen. Der Herr Minister schien allerdings auch jetzt noch dem Schritt in Konstantinopel weit grössere Wichtigkeit beizulegen als jenem in Athen und Belgrad, da er wiederholt darauf hinwies, dass von Seite der Türkei die grössere Gefahr drohe, da die beiden Verbündeten schliesslich doch leichter zur Beachtung der Wünsche der Mächte zu bringen sein würden als die Türken, zumal auch Rumänien bei den bevorstehenden Verhandlungen in Bucarest ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben werde und alle Anzeichen darauf hindeuten, dass es seinen Einfluss im Sinne einer vernünftigen Mässigung geltend machen dürfte. Was die Türkei anbelangt, so kam der Herr Minister immer wieder darauf zurück, dass derselben ein Vorschieben ihrer Grenzen über die Linie Enos—Midia unter keinen Umständen geduldet werden könne; allerdings könnte nach Ansicht Herrn Sazonows der veränderten Situation insoferne Rechnung getragen werden, als, bei Aufrechterhaltung der beiden Endpunkte, der Türkei jetzt, statt der geraden Linie, eine convexe Grenze, etwa längs des Ergene-Flusses concedirt werden könnte. Herr Sazonow betonte wiederholt, Russland wolle sich in dieser Frage, wenn irgend möglich, nicht von den übrigen Mächten trennen und dränge gerade aus diesem Grunde so sehr darauf, dass zunächst eine die Rückberufung der türkischen Truppen fordernde Kollektiv-Demarche erfolge und dass die Mächte — falls diese Sommation nicht den erwünschten Erfolg habe — sich über geeignete gemeinsame Pressionsmittel verständigen, als welche ihm, Sazonow, in erster Linie die Verhängung eines finanziellen Boykottes und die Vornahme einer internationalen Flottendemonstration vorschweben. Das vorgesteckte Endziel, die Türken aus Adrianopel wieder zu verdrängen, müsse aber unter allen Umständen erreicht werden und wäre es der russischen Regierung ganz und gar unmöglich hierauf zu verzichten. Der Herr Minister liess ganz deutlich durchblicken, dass, wenn gemeinsame Vorstellungen nichts nutzen, und wenn gemeinsame wirksame Pressionsmittel in Folge Widerstandes einzelner Mächte nicht durchführbar wären, Russland sich — wenn auch sehr à contre coeur — genötigt sehen könnte, zur Erreichung des vorgesteckten Zieles eventuell auch selbständig vorzugehen. Welche Gestalt eine solche Aktion — sollte sie unvermeidlich werden — nehmen würde, vermöge er derzeit umsoweniger zu sagen, als er bisher noch nicht in der Lage gewesen sei, die einschlägigen Befehle Seiner Majestät des Tsaren einzuholen. Was immer aber die russische Regierung zu dem angedeuteten Zwecke unternehmen könnte, so werde dies nur der Erreichung des vorgesteckten Zieles dienen, der Gedanke irgend welcher territorialer Erwerbungen liege ihr auf jeden Fall völlig ferne. Dass diese Versicherung Herrn Sazonows ehrlich und aufrichtig gemeint war, halte ich für umso wahrscheinlicher, als nach den verschiedenen Stimmen, die man aus London und Paris hört, auch dort der Gedanke an eine russische Aktion in Kleinasien nichts weniger als sympathisch aufgenommen wird, und man es anscheinend auch von Seiten der Ententefreunde gar nicht gerne sehen würde, wenn jetzt das Problem der asiatischen Türkei aufgerollt werden würde,

was im Falle einer militärischen Aktion Russlands in Kleinasien mehr als wahrscheinlich wäre. Ist somit meiner unmassgeblichen Meinung nach kein begründeter Anlass an der Aufrichtigkeit der vorbesprochenen Erklärung Herrn Sazonows, was seine gegenwärtigen Absichten anbelangt, zu zweifeln, so ist doch immerhin zu bedenken, dass man bei derartigen Aktionen zwar immer weiss, wo sie anfangen, aber nicht, wo sie endigen, und dass die russische Regierung, wenn sie sich einmal zu einem aktiven Eingreifen entschliesst, durch die Macht der Ereignisse leicht viel weiter fortgerissen werden könnte, als sie es jetzt beabsichtigen mag. Ich benützte die sich mir bietende Gelegenheit, um anknüpfend an die vorgeschilderte Andeutung Herrn Sazonows mich des im drittletzten Alinea[b]) des eingangs bezogenen hohen Telegrammes enthaltenen Auftrages zu entledigen, indem ich darauf hinwies, dass auch die k. u. k. Regierung hoffe, es werde gelingen, durch ein gemeinsames Vorgehen der Mächte das angestrebte Ziel auf allen drei Kriegsschauplätzen zu erreichen, dass aber, falls sich dies als unmöglich erweisen und sich speziell Russland veranlasst sehen sollte, zum Schutze Bulgariens, der Türkei gegenüber schärfere Mittel in Anwendung zu bringen, auch die Monarchie sich vorbehalten müsse, zu dem gleichen Zwecke der Abwendung einer völligen Niederwerfung Bulgariens entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Obwohl diese letztere Perspektive dem Herrn Minister durchaus nicht besonders angenehm zu sein schien, vermied er es doch dagegen vom russischen Standpunkt irgendwelche speziellen Einwendungen zu erheben. Er versuchte nur darzutun, dass zu einem aktiven Eingreifen unsererseits, von dem er nach der geographischen Lage annehmen müsse, dass es in erster Linie gegen Serbien gerichtet wäre, wohl kaum ein Anlass vorliegen dürfte. Gerade Serbien sei, den ihm zukommenden Nachrichten zufolge, am wenigsten intransigent und komme der eigentliche Widerstand gegen die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten von Griechenland, während Serbien in dieser Beziehung, nur weil durch den Allianzvertrag gebunden, seinem Verbündeten Heeresfolge leiste. Auch sprach der Herr Minister die Befürchtung aus, dass ein eventuelles aktives Eingreifen der Monarchie gegen Serbien in der öffentlichen Meinung nicht bloss Russlands, sondern auch Frankreichs und Englands leicht Missdeutungen erfahren und ein, wie er persönlich gern zugeben wolle, unbegründetes Misstrauen gegen unsere Politik neuerdings wachrufen könnte. Letzterem Übelstande würde, wie Herr Sazonow nur so nebenher bemerkte, allerdings die Spitze einigermassen abgebrochen werden können, wenn — im Falle einer Aktion unsererseits — gleichzeitig eine der Orientierung und Beruhigung der Öffentlichkeit dienende, das Ziel und die Grenzen einer solchen eventuellen Aktion verkündende Deklaration erfolgen würde. Auf dieses letztere Gebiet konnte ich dem Herrn Minister allerdings nicht folgen und schnitt ich ihm das Wort mit einer kurzen, aber deutlichen Bemerkung ab, welche ihn veranlasste, dieses Thema sofort fallen zu lassen, und die Konversation wieder auf ein Gebiet hinüberzuführen, wo unsere beiderseitigen Standpunkte besser harmonieren. Es ist überhaupt auffallend, — und ich gestatte mir diesbezüglich auf meinen gehorsamen Bericht vom 18./5. d. Mts. Nr. 27 A—F und mein gleichzeitiges ergebenstes

Privatschreiben[c]) hinzuweisen — wie sehr Herr Sazonow seit einiger Zeit bestrebt erscheint, in seinen Konversationen mit mir jene Punkte zu unterstreichen, in denen durch die gegenwärtige Entwicklung der Dinge auf dem Balkan ein gewisser Parallelismus unserer beiderseitigen Interessen zu Tage tritt. Allerdings bleibt abzuwarten, ob, wenn Herr Sazonow in Kenntnis der Details gelangt, wie wir uns die endgültige Regelung der Territorialfragen auf dem Balkan denken, nicht doch finden wird, dass unsere bezüglichen Anschauungen noch starke Divergenzen aufweisen. Diesmal aber kam der Herr Minister wieder darauf zurück, dass die ganze letzte Entwickelung der Dinge am Balkan geeignet sei, die bisher dort zwischen Österreich-Ungarn und Russland bestanden habenden Interessengegensätze immer mehr zu verwischen. Er wies insbesondere darauf hin, dass die letzten Ereignisse, so bedauerlich das neuerliche Blutvergiessen vom humanitären Standpunkte aus auch sei, vielleicht doch, von einem höheren Gesichtspunkte aus betrachtet, ihr Gutes gehabt haben, indem nunmehr auf der Balkanhalbinsel Zustände geschaffen werden dürften, welche die dort bisher zwischen uns bestehende Rivalität, die zu so vielen bedauerlichen Reibungen Anlass gegeben hätte, für die Zukunft endgültig zu beseitigen geeignet seien. Die drei Balkanstaaten würden sich in Zukunft voraussichtlich so ziemlich die Wagschale halten, so dass keiner derselben ein Übergewicht haben und somit auch keiner zu Abenteuern geneigt sein werde. Ausserdem hätten alle — auch die jetzigen Sieger — so bedeutende Verluste an Menschen und Material erlitten, dass sie jahrzehntelanger emsiger Friedensarbeit bedürfen werden, um die durch die Kriege geschlagenen Wunden zu heilen und die neuerworbenen Gebiete wirtschaftlich zu erschliessen und zu regenerieren. Was speziell Serbien anbelange, das den beständigen Zankapfel zwischen uns gebildet habe, so werde dieses einerseits durch seine Ausdehnung nach dem Süden eine andere Orientierung erhalten und mehr nach dem ägäischen Meer hin gravitieren. Hiedurch werde es auch andererseits die ihm so notwendige wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangen und keinerlei Vorwand zur Unzufriedenheit mehr haben. Hiemit würde aber für Russland auch jedweder Grund entfallen, für dieses Land, dessen Schicksal es mit Rücksicht auf das in der Rassen- und Religions-Gemeinschaft begründete Interesse in der hiesigen öffentlichen Meinung nicht gleichgültig lassen konnte, in Hinkunft irgendwie einzutreten, wodurch, wie gesagt, eine der Hauptreibungsflächen mit der Monarchie verschwinden würde. Thurn.

[a]) Vgl. n. 8173. — [b]) Das drittletzte Alinea von n. 8002 reicht von „Ich hoffe, daß ,..“ bis „Maßnahmen zu ergreifen“. — [c]) n. 7858.

Nr. 8109. Tel. nach Sofia Nr. 418 (1) und Bukarest Nr. 375 (2), 29. Juli 1913 (chiffr. 10 U. 25 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Egger; G. Berchtold).

1. Prinz Fürstenberg telegraphiert mir unter dem 28. d. M., wie folgt: ... *wie n. 8079 vom Anfang bis „gewonnen sei“* ... Vorstehendes zu Euer Hochgeboren vertraulicher Information.

2. Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm vom 28. d. M. Nr. 267. Ich billige vollkommen Euer Durchlaucht Sprache zu Herrn Toncheff. Über

die russischen Wünsche betreffs der zukünftigen Grenzen der einzelnen Balkanstaaten bin ich durch ein Telegramm des Grafen Thurn nur insoweit informiert, als Herr Sazonow seinen Standpunkt in dieser Frage in folgender Weise präzisierte: ... *wie n. 8030 von „Grenze Enos—Midia" bis „halte er für unmöglich"* ... Falls Euer Durchlaucht in der Lage sein sollten, von der rumänischen Regierung präzisere Informationen über den russischen Standpunkt zu erhalten, so wollen Euer Durchlaucht das Erfahrene mir einberichten. Was Euer Durchlaucht Ersuchen um Instruktion betreffs Ihres Verhaltens gegenüber dem Ansuchen Toncheffs um Unterstützung einer Kočana—Ištip, respektive Seres—Drama einschließenden Linie anbelangt, ersuche ich Euer Durchlaucht, vorläufig noch für jene weitergehenden Forderungen einzutreten, welche in meinem Telegramme Nr. 369 vom 25. d. M. skizziert sind. Es wird sich in der Folge ohnedies die Notwendigkeit ergeben, in der einen oder der anderen Richtung Konzessionen zu machen, um, wie Euer Durchlaucht im eingangs zitierten Telegramme erwähnen, eine Linie durchzusetzen, welche sich als Resultierende aus den österreichisch-ungarischen und den russischen Wünschen ergeben würde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8131, 8140, 8162.

Nr. 8110. Tel. nach Sofia, 29. Juli 1913 Nr. 419 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 872 vom 26. d. M. Ich ersuche Euer Hochgeboren, Herrn Dobrović zu sagen, daß die Nachricht, wonach sich die Monarchie gegen die Anwendung von Koërzitivmaßregeln gegen die Türkei ausgesprochen hätte, tendenziös erfunden sei und den Thatsachen nicht entspräche. Wir hätten — wie Euer Hochgeboren bekannt — wiederholt in Konstantinopel gegen die Einmischung der Türkei und speziell gegen den Vormarsch der türkischen Truppen nachdrücklichste Vorstellungen erhoben. Unsere bezügliche eindringliche Sprache scheine wenigstens vorläufig und was das Vordringen der türkischen Armee betreffe, insoferne Erfolg gehabt zu haben, als ein Telegramm Markgrafen Pallavicinis vom gestrigen folgendes melde: ... *wie n. 8080 vom Anfang bis „Ergenelinie"* ... Wir hätten auch in London und bei den Kabineten unsere Bereitwilligkeit erklärt,[b]) an einem Kollektivschritt bei der Pforte theilzunehmen. Die Verhandlungen darüber seien gegenwärtig im Zuge. Allerdings gehe unser Standpunkt dahin, daß eine Aktion der Großmächte nicht nur in Konstantinopel, sondern auch in Athen und Belgrad einzusetzen hätte, da es uns im dringendsten Interesse Bulgariens gelegen erschiene, daß die Feindseligkeiten auf der ganzen Linie zum Stillstande gelangen. Wir seien gegenwärtig bemüht, die anderen Kabinete für diese Auffassung zu gewinnen.[c]) Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8135. — [b]) Vgl. n. 8021. — [c]) Vgl. n. 8107.

Nr. 8111. Tel. aus Sofia, 29. Juli 1913 Nr. 892 (eing. 30. Juli 8 U. 20 M. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Aeußern sagte mir, daß rumänische Okkupation — wovon rumänische Regierung wahrscheinlich keine Ahnung habe — Bulgarien

größte Schwierigkeiten verursache und ernster Gefahr aussetze. Rumänische Truppen in Umgebung Sofias verhielten sich ruhig; ein rumänisches Detachement sei aber heute in Panagiuriste erschienen und (habe)[b] dort türkische Gefangene in Freiheit gesetzt. Sollte diese Abteilung weiter gegen Philippopel vordringen und auch dortigen zahlreichen türkischen Kriegsgefangenen Freiheit geben, könnten dieselben Massakers anrichten. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 8142 Anm. b. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 8112. Privatschreiben des Kabinettsdirektors des Kaisers; Bad Ischl, 29. Juli 1913.[a] Ausfert.

Als ich heute das gestrige Schreiben[b] Euerer Exzellenz bei Seiner Majestät zu verwerten in die Lage gekommen war, holte Seine Majestät sofort das an den Grafen Thurn abgegangene Telegramm[c] aus dem Pakete hervor und lies es sich von mir vorlesen. Seine Majestät meinte, das sei ja fast gleichlautend mit dem, was vor einigen Tagen an den Prinzen Fürstenberg mitgeteilt worden ist. Mit dem Telegramme an den Grafen Thurn war Seine Majestät ganz einverstanden und bemerkte dann gesprächsweise, man müsse zwar immer vorsichtig sein, wenn von russischer Seite ein Vorschlag komme, aber es sei immerhin günstig, dass eine Conversation begonnen habe; wenn uns Russland nur nicht in eine Aktion hineinzieht. — Seine Majestät scheint gar nicht gewillt zu sein, in ein Losschlagen hineingezerrt zu werden. Ich habe für Seine Majestät auf meiner Karte die Linien des Telegrammes an Grafen Thurn einzuzeichnen versucht und weiss nicht, ob das als genügend erachtet wird. Es ist das die Karte Artarias mit den alten Grenzen und mit den vor dem Conflikt von den verbündeten Balkanstaaten gewünschten. Wenn in Wien eine derartige Skizze in einem für den hiesigen kleinen Schreibtisch geeigneten Format vorhanden wäre und von vertraulicher Hand die von Euerer Exzellenz namhaft gemachten Linien eingetragen würden, wäre es Seiner Majestät vielleicht willkommen. Schießl.

[a] Vgl. n. 8137. — [b] n. 8092. — [c] n. 8088.

Tel. nach Athen, 30. Juli 1913 Nr. 162 (chiffr. 31. Juli 1 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 8119.

Tel. nach Belgrad, 30. Juli 1913 Nr. 227 (chiffr. 31. Juli 1 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 8119.

Nr. 8113. Tel. nach Belgrad Nr. 229 (1), Berlin Nr. 553 (2), Rom Nr. 871 (3), St. Petersburg Nr. 443 (4), Paris Nr. 391 (5), Konstantinopel Nr. 367 (6), Bukarest Nr. 380 (7), London Nr. 647 (8) und Valona Nr. 56 (9), 30. Juli 1913 (chiffr. 31. Juli 2 U. a. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1.—7., 9. Graf Mensdorff telegraphiert unterm gestrigen: ... *wie n. 8103* ...

1.—7. Fortsetzung folgt.

8. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 576 von gestern. Ich beauftrage Herrn von Ugron, die in Euer Exzellenz Telegramm besprochenen Demarchen in der von Sir E. Grey proponierten Weise zur Ausführung zu bringen. Vorstehendes zur Mittheilung an Sir E. Grey und Regelung Ihrer Sprache.

9. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mittheilung an Ismail Kemal und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Ihrem italienischen Kollegen. Über die gleichzeitigen definitiven Réunionsbeschlüsse bezüglich des albanischen Statutes und des Minoritätenschutzes erhalten Euer Wohlgeboren[b] demnächst weitere Mittheilungen. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 383 Nr. 762. Vgl. n. 8114, 8212, 8238, 8287, 8344, 8352, 8410. — [b] Konsul Wenzel Lejhanec.

Nr. 8114. Tel. nach Belgrad Nr. 230 (1), Berlin Nr. 554 (2), Rom Nr. 872 (3), St. Petersburg Nr. 444 (4), Paris Nr. 392 (5), Konstantinopel Nr. 368 (6) und Bukarest Nr. 381 (7), 30. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Berchtold).

1.—7. Fortsetzung meines Telegrammes von heute Nr.
1. 229.
2. 553.
3. 871.
4. 443.
5. 391.
6. 367.
7. 380.

1. Dès que Vos collègues représentant les Grandes Puissances auront reçu des instructions analogues je Vous prie de Vous rendre chez M. Pašić et de lui dire que Vous êtes chargé de rappeller avec insistance au Gouvernement serbe son obligation d'évacuer sans délai le territoire albanais et de respecter les limites frontière nord- et nord-est de l'Albanie telles qu'elles ont été établies par les Puissances et communiquées au Gouvernement serbe le 15 avril 1913. En même temps Vous ferez verbalement et par écrit au Ministre la communication suivante: „Un accés commercial sera reservé à la Serbie par un port albanais libre et neutre desservi par un chemin de fer international, sous le contrôle européen et mis sous la garde d'une force spéciale internationale, avec liberté de transit pour toutes les marchandises y compris les munitions de guerre“ ... *wie Beilage zu n. 7535 von „Interprétation“ bis Schluß ...*

2.—7. Ich telegraphiere an Herrn von Ugron: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Dès que Vos collègues“ bis „de guerre.“) (Dann folgt die Euer etc. aus meinem Telegramm vom 3. d. M. Nr.
2. 471[b])
3. 742[b])
4. 391[b])
5. 344[b])
6. 311[b])
7. 284[b]) bekannte Interpretation.) Vorstehendes zur
2. u. 3. Mittheilung an die dortige Regierung.
4.—6. Regelung Ihrer Sprache.
7. Mittheilung an König Carol. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8238, 8410. — [b] Vgl. n. 7601 Anm. b.

Tel. nach Belgrad, 30. Juli 1913 Nr. 231 (chiffr. 31. Juli 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8124.

Tel. nach Berlin, 30. Juli 1913 Nr. 550 (chiffr. 31. Juli 1 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 8119.

Tel. nach Berlin, 30. Juli 1913 Nr. 551 (chiffr. 9 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 8120.

Tel. nach Berlin, 30. Juli 1913 Nr. 552 (chiffr. 31. Juli 1 U. a. m.). Siehe n. 8122.

Tel. nach Berlin, 30. Juli 1913 Nr. 553 (chiffr. 31. Juli 2 U. a. m.). Siehe n. 8113.

Tel. nach Berlin, 30. Juli 1913 Nr. 554 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8114.

Tel. nach Berlin, 30. Juli 1913 Nr. 556 (chiffr. 31. Juli 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8124.

*Nr. **8115**. Tel. nach Bukarest, 30. Juli 1913 Nr. 377 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Egger; V. u. G. Berchtold).*

Im Nachhange zu meinem Telegramme vom heutigen Tage Nr. 376.[b] Ich telegraphiere unter einem an Grafen Tarnowski im Gegenstande seines eingangs zitierten Telegrammes wie folgt: ... *wie n. 8131 von „Was Herrn Ghenadieffs" bis „erfolgen könnte"* ... Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 269 vom 29. l. M. Ich bin damit einverstanden, daß Euer Durchlaucht Herrn Pašić gesprächsweise den Ihnen bekannten Auftrag Ugrons bezüglich des künftigen Schicksales Widdins erwähnen. Herrn Majoresco wollen Euer Durchlaucht sagen, daß wir von Rumänien erwarten, daß es die Kraft haben werde, die durch sein Auftreten als Schiedsrichter in dem Balkankonflikte gewonnene Lage auch in dem Sinne zur Geltung zu bringen, Serbien von der Einnahme Widdins zurückzuhalten. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8039, 8142. — [b] Mit Tel. Nr. 376, 30. Juli 1913 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.) wurde Tel. aus Sofia 29. Juli 1913 Nr. 891, das für die Zusammenstellung des Rotbuches „Ö. U. Balkankrieg" ausgehoben wurde und nicht wieder ins Archiv gelangt ist, nach Bukarest mitgeteilt.

Tel. nach Bukarest, 30. Juli 1913 Nr. 378 (chiffr. 31. Juli 1 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 8119.

Tel. nach Bukarest, 30. Juli 1913 Nr. 380 (chiffr. 31. Juli 2 U. a. m.). Siehe n. 8113.

Tel. nach Bukarest, 30. Juli 1913 Nr. 381 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8114.

*Nr. **8116**. Tel. aus Bukarest, 30. Juli 1913 Nr. 271 (eing. 3 U. p. m.).[a] Entziff.*

Minister des Aeussern teilt mir mit, dass bei gestriger Beratung der Ministerpräsidenten ohne den bulgarischen Vertreter auf seinen Antrag auf umgehende Anberaumung einer fünftägigen Waffenruhe (suspension d'armes) eingegangen wurde unter Vorbehalt, Meinung respektiver Generalstäbe einzuholen. In heutiger erster Sitzung der Konferenz wird er diesen

Antrag offiziell stellen und hofft, dass griechischer und serbischer Delegierter auf Grund der eingelaufenen Antworten keine Schwierigkeiten bereiten werden. Nähere Details der Waffenruhe werden Militärkommission überwiesen, in welcher bulgarischer Vertreter vorschlägt, breite neutrale Zone zwischen Armeen zu fixieren, welche von rumänischer Kavallerie besetzt werden würde, um Gefahr von Zusammenstoss zu beseitigen. Herr Majoresco, der Delegierten gegenüber territoriale Fragen noch nicht näher erörterte, gewann Eindruck, dass Frage von Cavalla den schwierigsten Punkt bilden dürfte. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8117.

Nr. 8117. Tel. aus Bukarest, 30. Juli 1913 Nr. 272 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Seine Majestät der König empfing gestern bulgarischen und serbischen ersten Delegierten, heute montenegrinischen und griechischen in Separataudienz. Ich hatte gestern längeres Gespräch mit Herrn Venizelos. Derselbe zeigte sich in Frage von Cavalla vollkommen unnachgiebig. Behauptet, daß ohne Einverleibung Serres', Dramas und Cavallas Frieden für Griechenland unannehmbar. Trotz seiner großen Erfolge würde König der Hellenen, falls diese ganz griechischen Orte nicht Griechenland zufallen, einen außerordentlich schweren Stand haben, Regierung müßte selbstverständlich sich zurückziehen. Ich vorenthielt Mitredner nicht, daß österreichisch-ungarische Regierung auf dem Standpunkte stehe, daß zum mindesten Cavalla an Bulgarien fallen müsse und dieser Standpunkt meines Wissens von den meisten Großmächten geteilt würde. Griechischer Ministerpräsident antwortete, daß in Frage Cavallas Griechenland nur unter Pression der Großmächte, in Gestalt eines Ultimatums, Flottendemonstration etc. werde nachgeben können; im Verhandlungswege wäre dies nicht zu erreichen, da derartige Schwäche vom Land nicht verstanden werden würde und ernste Folgen zeitigen könnte. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8116, 8118, 8174.

Nr. 8118. Tel. aus Bukarest, 30. Juli 1913 Nr. 273 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Radeff suchte mich gestern im Namen des Herrn Tontcheff auf, um mich zu ersuchen, Euer Exzellenz zu veranlassen, einen Schritt in Athen in der Frage Cavallas zu unternehmen. Er verwies auf den austrophilen jähen Umschwung in Sofia, russisches, früherer Regierung gegebenes Versprechen und auf eventuelle Demission heutigen Ministeriums. Ich zeigte mich bereit, dem Wunsche Tontcheffs nachzukommen, nur ersuchte ich Radeff, seine Mitteilung schriftlich zu formulieren, worauf ich heute nachstehendes Exposé erhielt: „Le cabinet Daneff avait reçu avant sa chute l'assurance de la Russie qu'elle n'admettrait pas que Cavalla restât entre les mains de la Grèce. Depuis sa formation le nouveau cabinet n'a pas reçu avis que l'attitude russe ait été modifiée à ce sujet. Mais l'intransigeance que la Grèce manifeste avec une énergie nouvelle pour Cavalla nous fait craindre que le point de vue russe ne soit pas soutenu à Athènes avec la même

fermeté. Si tel est le cas, il deviendra évident que la Bulgarie aura perdu Cavalla pour avoir cherché un appui à Vienne. Ce serait à la fois une perte immense pour la Bulgarie et un échec décisif pour l'orientation austrophile du nouveau cabinet. Dans ces conditions le cabinet actuel n'aurait ni l'autorité morale ni le désir de garder le pouvoir. C'est pourquoi nous prions Monsieur le Comte Berchtold de renouveler ses démarches auprès de la Grèce et de tenter une pression auprès de Sa Majesté le Roi Constantin dans l'entourage duquel prend surtout racine l'intransigeance au sujet de Cavalla." Dem gestern gleichzeitig vorgebrachten Ersuchen Herrn Radeffs, Herrn Venizelos den Standpunkt der Monarchie auseinanderzusetzen, habe ich entsprochen (hieramtliches Telegramm Nr. 272 von heute). Es unterliegt keinem Zweifel, daß es in der bulgarischen Absicht liegt, der Monarchie die Schuld aufzuhalsen, wenn es hier nicht gelingen sollte, den vollkommen verfahrenen bulgarischen Karren, der ganz ohne unser Zutun in diese kaum zu rettende Situation gelangte, wieder herauszufahren. Je intensiver sich Monarchie für Bulgarien in dieser nicht mehr gutzumachenden Lage für dieses allein exponieren würde, desto leichter würde heutige bulgarische Regierung Odium dieses Echecs auf Österreich-Ungarn abladen können.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8139, 8152.

Tel. nach Cetinje, 30. Juli 1913 Nr. 195 (chiffr. 31. Juli 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8124.

Nr. 8119. *Tel. nach Konstantinopel Nr. 365 (1), Athen Nr. 162 (2), Belgrad Nr. 227 (3), Berlin Nr. 550 (4), Rom Nr. 867 (5), St. Petersburg Nr. 441 (6), Paris Nr. 389 (7), London Nr. 640 (8), Sofia Nr. 421 (9) und Bukarest Nr. 378 (10), 30. Juli 1913 (chiffr. 31. Juli 1 U. 40 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).*

1.—3., 9. u. 10. Der russische Geschäftsträger hat mir am 28. d. M. nachstehendes Aide-Mémoire überreicht: ... *wie n. 8083 von „Les Puissances" bis „capitales balkaniques"* ...

1.—3. Ich ersuche Euer etc., sich mit Ihren Kollegen — vor allem jenen des Dreibundes — ins Einvernehmen zu setzen und sich einer identischen Demarche in obigem Sinne — si omnes — anzuschließen.

2. u. 3. Diese Demarche schließt nicht aus, daß Euer etc. den Rath zur Einstellung der Feindseligkeiten bei jeder sich darbietenden Gelegenheit bei der dortigen Regierung in dringender Form wiederholen.

4. u. 5. Zu Euer Exzellenz Telegramm von gestern Nr.

4. 360.

5. 482.

6., 7. und 8. Zu meinem Telegramm vom 28. d. M. Nr.

6. 438.

7. 388.

8. 639.

4., 5., 6., 7., 8., 9. u. 10. Ich theile das russische Aide-Mémoire den k. und k. Missionen in Konstantinopel, Athen und Belgrad mit und füge bei: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Ich ersuche" bis „anzuschließen").

4., 5. u. 6. Vorstehendes zur Mittheilung an die dortige Regierung.
7. u. 8. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.
9. u. 10. Ich telegraphiere noch an Baron Braun und Herrn von Ugron: (Inseratur aus Telegramm sub 2. und 3. von „Diese Demarche“ bis „wiederholen.“) Vorstehendes zu Euer etc. vertraulicher Information und
9. entsprechender Verwerthung.
10. Mittheilung an König Carol. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 384 Nr. 764. Vgl. n. 8164, 8182, 8212, 8219.

Tel. nach Konstantinopel, 30. Juli 1913 Nr. 367 (chiffr. 31. Juli 2 U. a. m.). Siehe n. 8113.

Tel. nach Konstantinopel, 30. Juli 1913 Nr. 368 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8114.

Tel. nach London, 30. Juli 1913 Nr. 640 (chiffr. 31. Juli 1 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 8119.

Nr. 8120. Tel. nach London Nr. 641 (1), Berlin Nr. 551 (2) und Rom Nr. 868 (3), 30. Juli 1913 (chiffr. 9 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1.—3. Anläßlich einer Demarche, die der k. und k. Gesandte in Athen im Einvernehmen mit seinem italienischen Kollegen bei der dortigen Regierung wegen Wiederbeleuchtung des Leuchtturmes von Saseno unternahm, hat sich derselbe dem königlich griechischen Minister des Äußern gegenüber auftragsgemäß auch dahin geäußert, daß die Kabinete von Wien und Rom an der Zugehörigkeit dieser Insel zu Albanien unentwegt festhalten. Die Antwort Herrn Coromilas' auf diese Bemerkung des k. und k. Gesandten lautete: „Was das staatsrechtliche Verhältnis Sasenos betreffe, so werde man ja darüber noch sprechen können, obwohl kraft der Verträge diese Insel zu Griechenland gehöre.“

1. Unter diesen Umständen ersuche ich Euer Exzellenz, die Frage von Saseno auf der Réunion zur Sprache zu bringen und darauf zu bestehen, daß gelegentlich der Fixierung der Südgrenze Albaniens auch die Zugehörigkeit dieser Insel zu dem neuen Staatsgebilde in unzweifelhafter Weise ausgesprochen werde. Ich ersuche unter einem die Kabinete von Berlin und Rom um Unterstützung Ihrer bezüglichen Bemühungen durch Fürst Lichnowsky, beziehungsweise Marquis Imperiali.

2. u. 3. Ich theile Vorstehendes Grafen Mensdorff mit und füge bei: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Unter diesen Umständen“ bis Schluß.) Vorstehendes zur Mittheilung an
2. Herrn von Jagow,
3. Marquis di San Giuliano,
2. u. 3. den ich um eine entsprechende Instruierung
2. Fürsten Lichnowskys
3. Marquis Imperialis
2. u. 3. ersuchen lasse. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8138, 8148.

Nr. 8121. Tel. nach London Nr. 642 (1) und Rom Nr. 869 (2), 30. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Egger; V. Rappaport u. Berchtold; G. Berchtold).*

1. u. 2. Der Herzog Avarna hat mir am 29. d. M. auftragsgemäß mitgeteilt, daß Italien, wenn keine andere Lösung möglich sei, zustimmen könne, daß die Frage der Inkorporierung der von den Griechen besetzten Inseln, mit Ausnahme von Imbros und Tenedos, mit der Frage der Delimitierung Albaniens, respektive einer Kompensation an Griechenland verbunden werde. Die von Italien besetzten Inseln dagegen müßten aus der Verhandlung ausgeschaltet werden, da seine Regierung im Lausanner Frieden diesbezüglich ein Engagement eingegangen sei, das sie einlösen müsse. Italien erkläre formell, keine dieser Inseln zu behalten und sie alle der Türkei zurückzugeben und zwar schon aus dem Grunde, weil es von dem Standpunkte ausgehe, daß keine Großmacht aus den jetzigen Wirren am Balkan einen territorialen Vorteil ziehen dürfe. Auf meinen Einwurf, daß der frühere Standpunkt Italiens ein anderer gewesen sei, da es gerade diese Inseln als Kompensationsobjekte im Auge gehabt habe, erwiderte Herzog Avarna, daß sich die Verhältnisse seit damals sehr geändert hätten. Griechenland habe sich stark vergrößert, die Türkei sei auf einem „Raubzuge" begriffen, als dessen Ergebnis sie irgendwelche Kompensationen erwarte und außerdem erscheine die Gefahr der Aufrollung des kleinasiatischen Problemes nähergerückt, welcher unerwünschten Entwicklung gegenüber an der Erhaltung des türkischen Besitzstandes in den betreffenden Inseln festzuhalten wäre. Herzog Avarna schloß seine Ausführungen mit der Bitte um unsere Unterstützung für den italienischen Standpunkt in London. Hierauf entgegnete ich, daß wir niemals der Auffassung opponirt hätten, die Frage der Rückgabe der in Rede stehenden Inseln an die Türkei habe unter die Satzungen des Lausanner Friedens zu fallen und sei daher in erster Linie zwischen Italien und der Türkei auszutragen. Das seinerzeitige Anbot Italiens, die Inseln Griechenland gegenüber als Kompensationsobjekt zu verwerten, sei spontan von Seite der italienischen Regierung erfolgt. Gegenwärtig könne ich somit nur von der diesfalls veränderten Intention der italienischen Regierung Kenntnis nehmen und werde sich unsere Stellungnahme in London dieser Sachlage anpassen.

1. Euer Exzellenz sind ermächtigt, den sich aus Vorstehendem ergebenden Standpunkt der italienischen Regierung zu unterstützen.

2. Ich ermächtige unter einem Graf Mensdorff, den sich aus vorstehendem ergebenden Standpunkt der italienischen Regierung zu unterstützen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8144.

Nr. 8122. Tel. nach London Nr. 643 (1), Berlin Nr. 552 (2), Rom Nr. 870 (3), Paris Nr. 390 (4) und St. Petersburg Nr. 442 (5), 30. Juli 1913 (chiffr. 31. Juli 1 U. a. m.).[a] *Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Berchtold).*

1. Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 569 vom 29. d. M. Wir sind damit einverstanden, daß die Mächte sich nunmehr mit der Wahl ihrer

Vertreter in der internationalen Kontrolkommission und mit deren Besoldung befassen und halten ebenfalls dafür, daß diese letzteren Gebühren paritätisch bemessen sein sollten. Wir behalten uns vor, unsere diesbezüglichen Entscheidungen, beziehungsweise Anträge seinerzeit bekanntzugeben. Wir machen jedoch darauf aufmerksam, daß wir die endgiltige Lösung dieser Fragen wie auch die von der Réunion noch in Aussicht genommene Beanspruchung von Gendarmerieoffizieren seitens der königlich schwedischen Regierung nach wie vor von der in meinem Telegramme Nr. 634 vom 26. d. M. aufgestellten Forderung abhängig machen müssen, daß vordem eine Einigung über die Südgrenze Albaniens erzielt werde. Daß diese Forderung gerechtfertigt ist, geht auch aus folgendem Umstande hervor. Laut des letzten Alineas[b]) Euer Exzellenz eingangs zitierten Telegrammes hat die Réunion die vorläufige Entsendung eines Oberoffiziers vorgesehen, welcher sich vorerst über die Erfordernisse des Dienstes und über die nothwendige Anzahl der Gendarmerieoffiziere zu orientieren haben wird. Es ergibt sich da die natürliche Frage, wie dieser Emissär zu dem gewünschten Urtheile gelangen soll, wenn er mangels einer Grenzbestimmung im Süden nicht einmal den Umfang des Gebietes kennt, für welches er Vorsorge treffen soll. Vorstehendes zur Regelung Euer Exzellenz Sprache.

2.—5. Graf Mensdorff telegraphiert unterm gestrigen: ... *wie n. 8097 in extenso* ... Ich antworte dem k. und k. Botschafter in London wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Wir sind damit einverstanden" bis Schluß.) Vorstehendes

2. u. 3. zur Mittheilung an die dortige Regierung.

4. u. 5. zur Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 381 Nr. 759. — [b]) Das letzte Alinea von n. 8097 beginnt mit „Il paraît nécessaire".

Nr. 8123. Tel. nach London, 30. Juli 1913 Nr. 644 (chiffr. 31. Juli 12 U. 30 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 570 von gestern. Zur Vermeidung von Mißverständnissen ersuche ich Euer Exzellenz um telegraphische Meldung, ob die Alineas 1—4 und 8—11 des Statutes (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 520 vom 15. d. M.) unverändert geblieben sind und ob die Alineas 5—7 inklusive dieses Statutes nunmehr folgendermaßen lauten: „Les pouvoirs de cette commission dureront dix ans et pourront être renouvelés en cas de besoin. Cette commission sera chargée d'élaborer un projet d'organisation détaillé de toutes les branches de l'administration de l'Albanie. Elle présentera aux Puissances dans un délai de six mois un rapport sur le résultat de ces travaux ainsi que ses conclusions au sujet de l'organisation administrative et financière du pays et de l'organisation du contrôle des Puissances pour la durée du mandat de la commission. Le Prince sera nommé dans un délai de six mois au plus tard. En attendant sa désignation et la formation du Gouvernement national définitif, le fonctionnement des autorités indigènes existantes, ainsi que de la gendarmerie, formera l'objet du contrôle de la commission internationale." Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8143, 8147.

Nr. 8124. Tel. nach London Nr. 646 (1), Berlin Nr. 556 (2), Rom Nr. 874 (3), St. Petersburg Nr. 446 (4), Paris Nr. 394 (5), Belgrad Nr. 231 (6) und Cetinje Nr. 195 (7), 30. Juli 1913 (chiffr. 31. Juli 12 U. 30 M. a. m.).[a] Konz. (S. Egger; V. Rappaport; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 29. Juli Nr. 571.

2.—7. Graf Mensdorff telegraphiert mir unter dem 29. d. M., wie folgt: ... *wie n. 8099 in extenso* ...

1.—5 Ich weise unter einem die k. und k. Vertreter in Belgrad und Cetinje an, im Einvernehmen mit den Gesandten der anderen Großmächte die von der Réunion beschlossene Erklärung bei den betreffenden Regierungen abzugeben.

6. u. 7. Euer etc. wollen im Einvernehmen mit Ihren Kollegen von den anderen Großmächten die in dem obzitierten Telegramme des Grafen Mensdorff enthaltene Erklärung bei der

6. serbischen
7. montenegrinischen
6. u. 7. Regierung abgeben. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 382 Nr. 761. Vgl. n. 8149, 8212, 8238, 8287, 8321, 8344, 8410.

Tel. nach London, 30. Juli 1913 Nr. 647 (chiffr. 31. Juli 2 U. a. m.). Siehe n. 8113.

Nr. 8125. Tel. aus London, 30. Juli 1913 Nr. 577 (eing. 7 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 574, betreffend Fortsetzung oder Vertagung der Reunion. Fürst Lichnowsky hat gestern noch nach der Reunion mit Sir Edward Grey gesprochen und sagte mir, der Staatsekretär stimme mit ihm überein, daß, wenn irgend möglich, über die Südgrenze Albaniens und die Inseln (immer mit Ausnahme der von Italien besetzten) eine Einigung erzielt werde und dann die Reunion „sine die" vertagt werde, wobei die ...[a] offen gehalten würde, sich gegebenenfalls im Herbst wieder zu versammeln. Bei gestriger Sitzung hatte Herr Cambon den Vorschlag gemacht, von Graf Benckendorff unterstützt, die Reunion solle sich nur „ajourner à quinzaine", wenn sie sich auch nur viel später als in 14 Tagen wieder versammeln würde. Er meinte, eine wirkliche Vertagung würde Beunruhigung erwecken, könnte auf die kleinen Staaten und die Bukarester Konferenz ungünstig wirken, weil sie annehmen könnten, sie stünden dann weniger unter Kontrolle der Großmächte etc. Grey schien wenig geneigt, den Standpunkt Cambons anzunehmen. Mensdorff.

[a] Chiffre fehlt.

Nr. 8126. Tel. aus London, 30. Juli 1913 Nr. 578 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 570, betreffs albanesischen Statuts. Mandatsdauer der Kontrollkommission wurde mit zehn Jahren festgesetzt. Mensdorff.

Nr. 8127. Tel. aus London, 30. Juli 1913 Nr. 579 (eing. 7 U. p. m.).[a] *Entziff.*

In Ergänzung meines gestrigen Telegrammes Nr. 571, Minoritätenschutz. Betreffend letztes Alinea[b] des Telegrammes. Graf Benckendorff hatte den Auftrag, bei der Reunion zu erklären, er verstehe unter Minoritätenschutz natürlich, daß nicht etwa ein Albanese, der in Wort oder Schrift auf albanesisch ein Vergehen begehe, welches, von einem Serben auf serbisch begangen, strafbar wäre, von einer gerichtlichen Verfolgung geschützt sein sollte. Dieser eigentlich selbstverständliche Grundsatz wurde in das Resumé der Reunion — nicht in die Resolution — im letzten Alinea[c] aufgenommen.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 8149. — [b] Letztes Alinea von n. 8099 beginnt mit „Sur l'observation". — [c] Vgl. n. 8099 von „On ajoutera" bis „periodiques."

Nr. 8128. Tel. aus London, 30. Juli 1913 Nr. 581 (eing. 10 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramme Nr. 637 und 639 vom 29. d. Mts., betreffend Pression auf Türkei und eventuellen finanziellen Boykott. Aus Gespräch mit Sir A. Nicolson empfange ich Eindruck, daß russische Anregung, die Türkei unter keinen Umständen finanziell zu unterstützen, auf französischen Widerstand stößt. Man scheint diesen Boykott nicht für wirkungsvoll durchführbar zu halten und er wäre gegen das Interesse der französischen „détenteurs de la dette ottomane."

Mensdorff.

Tel. nach Paris, 30. Juli 1913 Nr. 389 (chiffr. 31. Juli 1 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 8119.

Tel. nach Paris, 30. Juli 1913 Nr. 390 (chiffr. 31. Juli 1 U. a. m.). Siehe n. 8122.

Tel. nach Paris, 30. Juli 1913 Nr. 391 (chiffr. 31. Juli 2 U. a. m.). Siehe n. 8113.

Tel. nach Paris, 30. Juli 1913 Nr. 392 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8114.

Tel. nach Paris, 30. Juli 1913 Nr. 394 (chiffr. 31. Juli 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8124.

Tel. nach Rom, 30. Juli 1913 Nr. 867 (chiffr. 31. Juli 1 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 8119.

Tel. nach Rom, 30. Juli 1913 Nr. 868 (chiffr. 9 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 8120.

Tel. nach Rom, 30. Juli 1913 Nr. 869 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 8121.

Tel. nach Rom, 30. Juli 1913 Nr. 870 (chiffr. 31. Juli 1 U. a. m.). Siehe n. 8122.

Tel. nach Rom, 30. Juli 1913 Nr. 871 (chiffr. 31. Juli 2 U. a. m.). Siehe n. 8113.

Tel. nach Rom, 30. Juli 1913 Nr. 872 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8114.

Tel. nach Rom, 30. Juli 1913 Nr. 874 (chiffr. 31. Juli 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8124.

Nr. 8129. Tel. aus Rom, 30. Juli 1913 Nr. 486 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Mit Beziehung auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 856 vom 26. d. Mts Italienischer Geschäftsträger in Belgrad ist ermächtigt, gemeinsam mit unserem Vertreter eine neuerliche Demarche wegen Evakuierung Albaniens zu unternehmen. Mérey.

Tel. nach St. Petersburg, 30. Juli 1913 Nr. 441 (chiffr. 31. Juli 1 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 8119.

Tel. nach St. Petersburg, 30. Juli 1913 Nr. 442 (chiffr. 31. Juli 1 U. a. m.). Siehe n. 8122.

Tel. nach St. Petersburg, 30. Juli 1913 Nr. 443 (chiffr. 31. Juli 2 U. a. m.). Siehe n. 8113.

Tel. nach St. Petersburg, 30. Juli 1913 Nr. 444 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8114.

Tel. nach St. Petersburg, 30. Juli 1913 Nr. 446 (chiffr. 31. Juli 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8124.

Nr. 8130. Tel. aus St. Petersburg, 30. Juli 1913 Nr. 260 (eing. 31. Juli 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 439 von heute. Da Herr Sazonow, der gestern zum Vortrage nach Peterhof gereist war, auch heute nicht in der Stadt war, habe ich Herrn Neratow die Auffassung Euer Exzellenz auseinandergesetzt, dass es unerlässlich erscheine, neben der Kollektivdemarche in Konstantinopel auch solche in Athen und Belgrad zu machen, in denen die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten gefordert werden würde. Ich fügte hinzu, dass ich erstaunt sei, dass Sazonow, der mir gegenüber sein Einverständnis mit diesem Vorschlag bereits vor einigen Tagen kundgegeben habe, diesem Gedanken in seiner Zirkularnote keine Rechnung getragen habe. Herr Neratow erwiderte, er sei über die diesbezügliche Auffassung des Ministers nicht informiert; er persönlich aber hätte gegen eine solche Demarche im Prinzipe nichts einzuwenden. Hierin knüpfte er aber eine Reihe von, seiner Meinung nach, der Ausführung derselben im Wege stehenden Bedenken, welche mir den Verdacht nahelegten, dass, wie so oft, es auch diesmal Neratow war, der durch nachträglich vorgebrachte Bedenken Herrn Sazonow von einer bereits gemachten Zusage abbrachte. Diese Bedenken fasste Herr Neratow mir gegenüber dahin zusammen, dass auf eine gleiche Demarche bereits eine abschlägige Antwort erfolgt sei und es nicht angenehm wäre, sich einer solchen ein zweitesmal auszusetzen. Anderseits hätten die Verhandlungen in Bukarest bereits begonnen, so dass eher ein Druck auf schleunigen Abschluss des Friedens am Platze schiene. Demarchen in Athen und Belgrad, wo die leitenden Minister abwesend seien,

hätten auch voraussichtlich keine besondere Wirkung. Was die bei eventueller weiterer Vorrückung der Truppen zu befürchtende Steigerung der Ansprüche anbelangt, meinte Herr Neratow, „sei irrelevant", da die Bukarester Vereinbarungen ohnehin der Überprüfung durch die Mächte unterliegen und die Ansprüche der Alliierten auch heute schon solche seien, dass sie eine wesentliche Reduktion durch die Mächte erfahren dürften. Ich werde hoffentlich morgen Herrn Sazonow sehen und diese Frage bei ihm nochmals zur Sprache bringen und Euer Exzellenz sodann seine Antwort telegraphieren. Den mir mit Telegramm Nr. 437 von gestern erteilten Auftrag betreffend vertrauliche Besprechung der künftigen Delimitierung zwischen den Balkanstaaten werde ich auch erst morgen[b] zur Ausführung bringen können.

Thurn.

[a] Vgl. n. 8151. — [b] Vgl. n. 8150.

Tel. nach Sofia, 30. Juli 1913 Nr. 421 (chiffr. 31. Juli 1 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 8119.

Nr. 8131. Tel. nach Sofia, 30. Juli 1913 Nr. 422 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Egger; V. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm vom 29. d. M., Nr. 891.[b] Ich habe am 26. l. M. Herrn von Ugron beauftragt,[c] sich bei der serbischen Regierung dahin vernehmen zu lassen, daß mir Nachrichten zugekommen seien, denen zufolge die Stadt Widdin von den Serben belagert und mit schweren Geschützen beschossen werde. Weiters solle er die Bemerkung daran knüpfen, daß eine derartige Aktion der serbischen Armee mit den abgegebenen Darstellungen des Herrn Pašić, welcher bei allen Operationen die Offensive als von den Bulgaren ausgehend bezeichnete, nicht im Einklange stehe. Sie erscheine nicht nur bedenklich, da sie sich auf bulgarischem Territorium abspiele, sondern auch zwecklos, da dessen dauernde Besitzergreifung, wie Herr Pašić wissen müsse, ausgeschlossen sei. Prinz Fürstenberg, der von dieser Demarche verständigt worden ist und Herrn Majoresco hievon Kenntnis gegeben hat, telegraphiert mir im Gegenstande unter dem 29. l. M. wie folgt: ... *wie n. 8094* ... Ich weise unter einem Prinz Fürstenberg[d] an, Herrn Pašić den Auftrag Ugrons in Erinnerung zu bringen und bei Herrn Majoresco zu insistieren, daß Rumänien Serbien die Einnahme Widdins nicht gestatte. Was Herrn Ghenadieffs Frage anbelangt, ob die Beschlüsse der Bukarester Konferenz endgiltig sein oder von einem europäischen Kongresse überprüft und revidiert werden würden, wollen Euer Hochgeboren sich dahin aussprechen, daß wir und die übrigen Großmächte auf dem Standpunkte stehen, daß ihnen das Recht zusteht, die Bukarester Beschlüsse zu überprüfen. Es entspräche jedoch den Intentionen der Großmächte, wenn die in Rede stehenden Entscheidungen zwischen den in Bukarest verhandelnden Staaten zu einem Ergebnisse führen könnten, dessen Approbation oder geringfügige Modifikation im Wege eines Meinungsaustausches zwischen den Kabinetten ohne Einberufung eines Kongresses erfolgen könnte. Während der Verhandlungen in Bukarest wird Prinz Fürstenberg bemüht sein, für Bulgarien günstigere Grenzen zu erreichen als die laut meinem Telegramme vom 26. l. M. Nr. 412[e] russischerseits in Aussicht

genommenen. Wir rechnen auf die Unterstützung Rumäniens, können aber, und dies hat Herr Toncheff laut meinem gestrigen Telegramme Nr. 411*f)* auch eingesehen, auf Rumänien nicht einen unbeschränkten Einfluß in diesem Sinne ausüben. Den Inhalt Euer Hochgeboren eingangs zitierten Telegrammes sowie die gewünschten Informationen teile ich auch, dem Wunsche Herrn Ghenadieffs entsprechend, Prinz Fürstenberg mit.

Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 385 Nr. 765. Vgl. n. 8115, 8153. — *b)* Vgl. n. 8115 Anm. b. — *c)* n. 8039. — *d)* n. 8115. — *e)* Mit Tel. Nr. 412, 26. Juli 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 8030 vom Anfang bis „zustimmen könnten", dann von „Sein Standpunkt" bis „halte er für unmöglich" nach Sofia mitgeteilt. — *f)* Irrtümlich statt 418 n. 8109.

Nr. 8132. Tel. aus Sofia, 30. Juli 1913 Nr. 895 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Dobrovič richtet an mich dasselbe Ersuchen wie laut meines Telegrammes Nr. 891*a)* von heute nachts Minister des Äußern, nämlich, daß wir Rumänien bewegen, Serben Einnahme Widdins nicht zu gestatten. Es sei mit Rücksicht auf Rumänien und damit es zwischen rumänischen und bulgarischen Truppen zu keinem Konflikt komme, daß bulgarische Armee vom Norden zurückgezogen und Widdin entblößt. Nunmehr habe Bulgarien Recht zu erwarten, daß Rumänien Widdin vor Serben beschütze und es eventuell und allein besetzen werde. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8115 Anm. b.

Nr. 8133. Tel. aus Sofia, 30. Juli 1913 Nr. 896 (eing. 8 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Minister des Äußern und Dobrovič sagen mir, laut erhaltenen Nachrichten schiene, daß Herr Venizelos und mit ihm auch Serben fünftägige Waffenruhe vorschlagen würden. Meine Mitredner glauben, daß dieser unerwartete Entschluß griechischen Premiers durch im Zuge befindliche bulgarische Operation gegen griechische Armee (meine Telegramme Nr. 883*b)*, 888*b)* und 893*c)* vom 28., 29. und 30. d. M.), die bis jetzt für Bulgaren günstige Wendung nehme, hervorgerufen. Ich betonte, wie immer dem sei, müsse Bulgarien sehr vorsichtig sein und sich hüten, Vorschlag Waffenstillstandes abzulehnen, da es selbst diesen dringend gewünscht hätte und Rumänien verstimmen könnte. Minister des Äußern sehe dies vollkommen ein und Vorschlag Waffenruhe würde bulgarischerseits nicht abgelehnt, sondern wahrscheinlich Wunsch ausgesprochen werden, daß nicht nur fünftägige, sondern längere Waffenruhe vereinbart werde. Ministerrat und Armeekommando sind eben im Begriffe, darüber zu beraten. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8136. — *b)* Mit Tel. Nr. 883, 27. Juli 1913 (eing. 28. Juli 10 U. a. m.) und Nr. 888, 28. Juli 1913 (eing. 29. Juli 8 U. a. m.) wurde über die Operationen der Bulgaren gegen die griechische Armee aus Sofia Meldung erstattet. — *c)* Mit Tel. Nr. 893, 29. Juli 1913 (eing. 30. Juli 8 U. 20 M. a. m.) wurde aus Sofia gemeldet, Majoresco hätte bulgarischen Delegierten Tontschew gefragt, ob Bulgarien nach Friedensschluß mit Serben und Griechen in der Lage wäre, Türken aus Thrazien zu vertreiben, worauf letzterer geantwortet, Bulgarien wäre jetzt nicht imstande, dritten Krieg gegen Türken zu führen.

Nr. 8134. Tel. aus Sofia, 30. Juli 1913 Nr. 899 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Minister des Äußern sagte mir, die seinerzeit nach Nisch entsendeten bulgarischen Delegierten seien gestern nach Sofia zurückgekehrt. Er äußerte sich mit Erbitterung über Behandlung, die Delegierten seitens Serbiens zuteil geworden, und auch über Rußland, welches Entsendung Unterhändler empfohlen und dann nichts getan hätte, damit dieselben in würdiger Weise behandelt werden. Die Delegierten seien acht Tage ganz umsonst in Nisch geblieben, wo sie vom offiziellen Serbien gänzlich ignoriert worden; direkte Korrespondenz mit bulgarischer Regierung sei ihnen verboten und auch jene, die russische Gesandtschaft übernommen, durch Serbien nicht erleichtert worden. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 7911.

Nr. 8135. Tel. aus Sofia, 30. Juli 1913 Nr. 900 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 419 vom 30. d. M. erhalten und mich bezüglich unserer Haltung Türkei gegenüber zu Herrn Dobrović entsprechend ausgesprochen, wodurch ich günstigen Eindruck hervorgerufen. Tarnowski.

Nr. 8136. Tel. aus Sofia, 30. Juli 1913 Nr. 901 (eing. 31. Juli 2 U. 30 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Bezug auf Telegramm Nr. 896 von heute. Dobrović sagte mir soeben, aus Bukarest langte Nachricht ein, daß fünftägige Waffenruhe geschlossen, die morgen mittags beginnen soll. Bulgarischer Delegierter habe instruktionsgemäß längeren Waffenstillstand vorgeschlagen, dann aber fünftägigem zugestimmt. Mitredner fügte hinzu, daß von rein militärischem Standpunkt Waffenruhe ungelegen komme, da gegen Griechen sehr günstig begonnene Operation nicht zu Ende geführt werden könne. Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 384 Nr. 763.

Tel. nach Valona, 30. Juli 1913 Nr. 56 (chiffr. 31. Juli 2 U. a. m.). Siehe n. 8113.

Nr. 8137. Privatschreiben an den Kabinettsdirektor des Kaisers in Bad Ischl, 30. Juli 1913.[a] *Konz. (S. u. G. Hoyos).*

In Beantwortung des geschätzten Privatschreibens vom 29. d. Mts. beehre ich mich, Euer Exzellenz in der Anlage zwei Karten der Balkanhalbinsel, in welchen die von uns angestrebten Grenzen im Sinne der an den Grafen Thurn ergangenen Weisung eingezeichnet sind, mit der Bitte zu übersenden, dieselben Seiner k. und k. Apostolischen Majestät in meinem Namen Alleruntertänigst unterbreiten zu wollen.

[a] Vgl. n. 8088, 8092.

Tel. nach Belgrad, 31. Juli 1913 Nr. 234 (chiffr. 11 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 8149.

Tel. nach Berlin, 31. Juli 1913 Nr. 557 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).
Siehe n. 8149.

Nr. 8138. Tel. aus Berlin, 31. Juli 1913 Nr. 361 (eing. 11 U. p. m.).
Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 551 von gestern. Zugehörigkeit Insel Saseno zu Albanien. Staatssekretär wird, wie er mir zusagte, sofort deutschem Botschafter in London Auftrag geben, betreffende Demarche des Grafen Mensdorff zu unterstützen. Szögyény.

Nr. 8139. Tel. nach Bukarest, 31. Juli 1913 Nr. 383 (chiffr. 11 U. p. m.).
Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 273 vom 30. d. M. Ich theile vollkommen die darin skizzierte Auffassung Euer Durchlaucht. Hochdieselben wollen sich den dortigen bulgarischen Delegierten gegenüber dahin aussprechen, daß wir auch weiterhin bemüht sein werden, dem Königreiche eine möglichst große Küste am ägäischen Meere und speziell den Besitz von Kawalla zu retten. Eine bezügliche Démarche in Athen erschiene mir aber aussichtslos und auch unangebracht, da die Entscheidung über das definitive Schicksal der eroberten Gebiete doch in den Händen der Großmächte liegt. Wir werden nicht aufhören, bei den einzelnen Kabineten unsere Stimme zugunsten Bulgariens vernehmen zu lassen und insbesonders auch in Bukarest einer thunlichsten Unterstützung der bulgarischen Grenzwünsche das Wort sprechen. Berchtold.

Nr. 8140. Tel. aus Bukarest, 31. Juli 1913 Nr. 276 (eing. 6 U. p. m.).[a]
Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 375 von gestern, Grenzlinie betreffend. Herr Toncheff übermittelt mir eben folgendes Schreiben: „La délégation bulgare vous prie de vouloir bien adresser à Monsieur le Comte Berchtold la dépêche suivante: La conférence devant aborder dès demain la discussion des conditions de la paix, les délégués bulgares considèrent qu'il est pour eux d'une importance essentielle de savoir, quel est la ligne de frontière minimum que le cabinet de Vienne croit pouvoir obtenir pour la Bulgarie. Cette réponse leur paraît nécessaire avant qu'il n'aient formulé leurs prétentions au sein de la conférence". Ich habe dem bulgarischen Delegierten geantwortet, dass wir ...[b] Linie im Auge haben, deren Lauf ich ihm in grossen Zügen bereits bekanntgegeben hätte. Minimallinie könne nicht festgesetzt werden, da Rumänien es übernommen hätte, eine aus unseren und russischen Forderungen resultierende Kompromißlinie zu ziehen, welche nach Kenntnisnahme der Standpunkte der übrigen Kriegführenden konstruiert werden wird. Wir hatten unsere Linie eben so gross gezogen, zum Beispiel das Gebiet Morichovo, welches am rechten Vardarufer liegt, damit das Kompromiß möglichst günstig für Bulgarien ausfalle. Ich wollte durch diese Antwort, welche den Minister übrigens vollkommen zu befriedigen schien, vermeiden, dass er auf Tracierung einer Minimallinie bestehe, unter welche wir allenfalls doch noch heruntergehen müssten, was

mir unerwünscht schiene. Werde heute Herrn Majoresco über russische Linie interpellieren; gestern äusserte er sich dahin, dass dieselbe von der unseren nicht allzu weit abweiche, jedoch nur in allgemeinen grossen Zügen gehalten sei. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8160. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 8141. Tel. aus Bukarest, 31. Juli 1913 Nr. 277 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Majoresco sprach heute Ansicht aus, daß er auf Grund eines Gespräches mit Herrn Venizelos Eindruck gewonnen habe, daß Griechenland in Frage Cavallas nicht freiwillig im Verhandlungswege nachgeben könne, jedoch einer Pression der Signatarmächte weichen würde, welche König Konstantin und Venizelos gegen öffentliche griechische Meinung decken würde. Herr Majoresco glaubt, daß Friedensschluß in wenigen Tagen möglich, wenn Frage Cavallas umschifft werden könnte. Dies könnte seiner Meinung nach dadurch erreicht werden, daß Bulgarien seitens aller Großmächte Superrevision hiesigen Vertrages in sichere Aussicht gestellt würde, bei welcher Cavalla Bulgarien zugesprochen würde. Gleichzeitig müßten Großmächte sich über eine nach stattgefundener Vertragsüberprüfung in Athen zu machende energische Demarche einigen. Dadurch könnte erreicht werden, daß Bulgarien hier den ganzen Vertrag unterschreiben könne, dessen Schlußpassus den Wunsch Bulgariens nach einer Superrevision zum Ausdruck bringe. Minister des Äußern wird sich mit gleicher Suggestion an alle Großmächte-Vertreter wenden. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8161.

Nr. 8142. Tel. aus Bukarest, 31. Juli 1913 Nr. 278 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramme Nr. 337[a]) und 339[b]) von heute. Angelegenheit Widdins ist durch heute Mittag eintretende Waffenruhe vorläufig geregelt; überdies verständigt Herr Majoresco serbische Regierung, daß Rumänien Besetzung Widdins durch Serbien nicht würde zugeben können. Befehl an rumänische Okkupationsarmee bereits erlassen, weitere Besetzung bulgarischer Ortschaften nicht vorzunehmen und keine türkischen Gefangenen mehr zu befreien. K. E. Fürstenberg.

[a]) Richtig 377 = n. 8115. — [b]) Richtig 379. Mit Tel. Nr. 379, 30. Juli 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 8111 nach Bukarest mitgeteilt.

Tel. nach Cetinje, 31. Juli 1913 Nr. 196 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 8149.

Tel. nach London, 31. Juli 1913 Nr. 649 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 8149.

Nr. 8143. Tel. aus London, 31. Juli 1913 Nr. 582 (eing. 11 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 644 von heute, betreffend Statut Albaniens. Alinea 1 bis 4 und 8 bis 11 unverändert geblieben. Alinea 5 bis 7 inklusive lauten, wie in Euer Exzellenz Telegramm wieder-

gegeben bis auf die Auslassung in Alinea 6 der Worte: „et de l'organisation du contrôle des puissances pour la durée du mandat de la commission." Diese Auslassung wurde bereits mit meinem Telegramme Nr. 521 vom 15. d. M. gemeldet. Da Euer Exzellenz Antworttelegramm Nr. 599 vom 19. d. M. diese Auslassung nicht erwähnte, so wurde sie offenbar von Euer Exzellenz nicht beanständet. Euer Exzellenz werden sich erinnern, daß in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 513 vom 22. Juni das betreffende Alinea den jetzt ausgelassenen Schlußsatz nicht enthält. Sir Edward Grey wünschte seinerzeit die Aufnahme der Worte: „et de l'organisation du contrôle des puissances", worauf Euer Exzellenz mit Telegramm Nr. 575 vom 11. d. M. die Ergänzung vorlegten: „pour la durée du mandat de la commission". Jetzt ist dieser Zusatz fallen gelassen worden und dadurch der Text nach der Fassung Euer Exzellenz gemäß dem Telegramme Nr. 513 vom 22. Juni wiederhergestellt. Authentischer Text, vom Foreign Office geschickt, wird mit Kurier vorgelegt.[a] Mensdorff.

[a] Vgl. n. 8147.

Nr. 8144. Tel. aus London, 31. Juli 1913 Nr. 583 (eing. 1. Aug. 3 U. a. m.).[a] Entziff.

Betreffend Südgrenze Albaniens. Sir E. Grey beschied Marquis Imperiali und mich gemeinschaftlich zu sich und erklärte uns, er habe sich bemüht, eine Möglichkeit zur Verständigung über die Süd-Grenze zu finden. Was er uns mitteile, habe er auch dem französischen und russischen Botschafter gesagt, die aber noch keine Instruktionen darüber von ihren Regierungen hätten. Er glaube, eine Einigung wäre nur auf nachstehender Basis zu erzielen: „Eine internationale Grenzkommission werde die Süd- und Südostgrenze Albaniens festsetzen und die Instruktion erhalten, daß Koritza und Kap Stylos in Albanien inbegriffen sein müssen. (Als ich einwarf, ebenso Insel Sasseno und Sicherung der Neutralisierung des Kanals von Corfu, nahm Staatssekretär dies an). Vorstehendes unter der Bedingung, daß die von Griechenland okkupierten Inseln mit Ausnahme von Tenedos, Imbros, Thasos bei endgiltiger Entscheidung Griechenland belassen werden, daß, wenn Koritza und Stylos unter die albanesische Regierung gestellt werden, Italien seine Okkupation von ihm besetzter Inseln nicht fortsetze, sondern dieselben der Türkei zurückgeben werde, daß die endgiltige Bestimmung über die letztgenannten Inseln der Entscheidung der Mächte überlassen ist". Mein italienischer Kollege erklärte sogleich, daß keine italienische Regierung nur 24 Stunden im Amte bleiben könnte, wenn sie ein derartiges Arrangement annehmen würde. Zum mindesten müsse bei der Bestimmung, „seine Okkupation der Inseln nicht fortsetze", beigefügt werden, „wenn die Bestimmungen des Vertrages von Lausanne erfüllt sind". Marquis Imperiali sprach viel von öffentlicher Meinung Italiens, die über Frage von Tripolis und Cyrenaica sehr empfindlich sei, die Belassung zahlreicher türkischer Truppen daselbst, welche türkische Regierung abzuberufen keine Miene mache etc. Staatssekretär meinte mit Recht, daß ein Vertrag mit der Türkei wahrscheinlich nie vollständig erfüllt sein werde; es müßte also wohl eine präzisere Fassung gefunden

werden. Es scheint mir unvorgreiflich, daß eine Lösung am ehesten erzielt werden könnte, wenn man ungefähr sagen würde: „sobald Tripolis und die Cyrenaica im Sinne der Bestimmungen des Vertrages von Lausanne geräumt sind". Marquis Imperiali war sehr aufgeregt, erklärte mir, dies sei die delikateste aller Fragen und berief sich auf die allgemein bekannten, veröffentlichten Bestimmungen des Lausanner Vertrages. Es scheint von der allergrößten Wichtigkeit, daß die italienische Regierung möglichst rasch eine Formel finde, die annehmbar ist, da sonst die Reunion (ohne)[b] Bestimmung Süd-Grenze auseinandergehen müßte. Man ist hier, besonders aber in Paris, mißtrauisch über italienische Velleitäten in Bezug auf Inseln.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 8121, 8165, 8167, 8170, 8171. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 8145. Tel. aus London, 31. Juli 1913 Nr. 584 (eing. 1. Aug. 5 U. a. m.).[a] Entziff.

Refus der schwedischen Regierung, Offiziere für Albanien zu geben, ist Euer Exzellenz durch Sir F. L. Cartwright mitgeteilt worden. Sir E. Grey schien zu glauben, dass man sich jetzt vielleicht am besten an die Schweiz wenden könnte.

Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 386 Nr. 767. Vgl. n. 8168.

Nr. 8146. Tel. aus London, 31. Juli 1913 Nr. 585 (eing. 1. Aug. 12 U. 45 M. a. m.).[a] Entziff.

Betreffend Vertagung der Reunion. Sir E. Grey sagte mir und Marquis Imperiali heute, er sei bereit, nächste Woche noch eine oder, wenn notwendig, zwei Sitzungen abzuhalten. Zu Beginn der darauf folgenden Woche müsse er eine Rede über die auswärtige Lage im Unterhaus halten, wahrscheinlich am 13., und dann werde er abreisen, so daß nach der nächsten Woche keine Reunion mehr stattfinden könnte. Wenn wir in der nächsten Woche zu einer Einigung über die Südgrenze gelangen können, so würde er dann erklären, die Reunionen haben die Aufgaben, die ihnen gestellt waren, im Wesentlichen erfüllt. Nachdem er — und namentlich auch einige Botschafter — jetzt etwas Urlaub nehmen würden, vertage er die Reunion. Die Frage der Wiederversammlung unserer Reunion würde offen gelassen werden und er würde erklären, daß gegebenenfalls die Reunion sich wieder vereinigen würde, wenn solche Fragen aufgeworfen werden, die in ihre Kompetenz gehören. Dies scheint mir unvorgreiflich ein procédé, dem alle Regierungen zustimmen können.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 8102.

Nr. 8147. Bericht aus London, 31. Juli 1913 Nr. 70 B (eing. 4. Aug.).[a] Ausfert.

Ich beehre mich Euer Exzellenz im Anbuge den Text des Organisations-Statutes[b] für Albanien zu unterbreiten, wie er in der Botschafter-Reunion vom 29. d. M. zur Annahme gelangt ist. In dem mir vom Foreign Office übermittelten Exemplar sind die einzelnen Alineas mit arabischen Ziffern numeriert, weshalb ich auch in den hieramtlich erliegenden

Exemplaren, der Gleichförmigkeit halber, die Ziffern gleichfalls beigesetzt habe. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 379 Nr. 758. Vgl. n. 8101, 8123, 8143. — [b]) Beilage.

Beilage zu n. 8147.

Confidentiel. Organisation de l'Albanie.

1. L'Albanie est constituée en principauté autonome, souveraine et héréditaire par ordre de primogéniture, sous la garantie des six Puissances. Le Prince sera désigné par les six Puissances.

2. Tout lien de suzeraineté entre la Turquie et l'Albanie est exclu.

3. L'Albanie est neutralisée; sa neutralité est garantie par les six Puissances.

4. Le contrôle de l'administration civile et des finances de l'Albanie est confié à une commission internationale composée des délégués des six Puissances et d'un délégué de l'Albanie.

5. Les pouvoirs de cette commission dureront dix ans, et pourront être renouvelés en cas de besoin.

6. Cette commission sera chargée d'élaborer un projet d'organisation détaillé de toutes les branches de l'administration de l'Albanie. Elle présentera aux Puissances, dans un délai de six mois, un rapport sur le résultat de ses travaux, ainsi que ses conclusions au sujet de l'organisation administrative et financière du pays.

7. Le Prince sera nommé dans un délai de six mois au plus tard. En attendant sa désignation et la formation du Gouvernement national définitif, le fonctionnement des autorités indigènes existantes ainsi que de la gendarmerie formera l'objet du contrôle de la commission internationale.

8. La sécurité et l'ordre public seront assurés par l'organisation internationale de la gendarmerie. Cette organisation sera confiée à des officiers étrangers qui auront le commandement supérieur et effectif de la gendarmerie.

9. Ces officiers seront choisis dans l'armée suédoise.

10. La mission des officiers instructeurs étrangers ne portera pas atteinte ni à l'uniformité du service, ni à l'emploi d'officiers, sous-officiers et gendarmes indigènes.

11. Les traitements de ces officiers pourront être assurés sur les ressources du pays avec la garantie des Puissances.

Tel. nach Paris, 31. Juli 1913 Nr. 395 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 8149.

Tel. nach Rom, 31. Juli 1913 Nr. 879 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 8149.

Nr. 8148. Tel. aus Rom, 31. Juli 1913 Nr. 488 (eing. 1. Aug. 5 U. a. m.). Entziff.

Dem im hohen Telegramm Nr. 868 vom 30. d. M. ausgedrückten Wunsche gemäß erhält Marquis Imperiali Auftrag, in morgiger — eventuell letzter — Sitzung der Reunion Antrag des Grafen Mensdorff bezüglich Zugehörigkeit der Insel Saseno zu Albanien zu unterstützen. Mérey.

Nr. 8149. Tel. nach St. Petersburg Nr. 447 (1), London Nr. 649 (2), Berlin Nr. 557 (3), Rom Nr. 879 (4), Paris Nr. 395 (5), Belgrad Nr. 234 (6) und Cetinje Nr. 196 (7), 31. Juli 1913 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

1., 3.—7. Graf Mensdorff telegraphiert mir in Ergänzung des Schlußalineas seiner in meinem gestrigen Telegramme Nr. 446 (bezw. 646, 556, 874, 394, 231, 195) wiedergegebenen Meldung wie folgt: ... *wie n. 8127 von „Graf Benckendorff hatte" bis zum Schluß ...*

1. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes bei Herrn Sazonow mit dem ausdrücklichen Bemerken zur Sprache bringen, daß wir dies als eine autentische Interpretation der in das Résumé der Réunion aufgenommenen Bemerkung Graf Benckendorffs ansehen und letztere aus diesem Grunde widerspruchslos zur Kenntnis genommen haben.

2. Ich teile Euer Exzellenz Telegramm Nr. 579 vom 30. l. M. Graf Thurn mit folgendem Auftrage mit.

3.—7. Vorstehendes teile ich Grafen Thurn mit folgendem Auftrage mit.

2.—7. (Inseratur ex Telegramm sub 1. von „Euer Exzellenz wollen" bis zum Schluß.) Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

Nr. 8150. Tel. aus St. Petersburg, 31. Juli 1913 Nr. 261 (eing. 1. Aug. 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Territoriale Fragen am Balkan. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 437 vom 29. d. M. und Inhalt auftraggemäß mit Herrn Sazonow besprochen, dem ich auch eine kurze Aufzeichnung hinterließ. Er versprach mir, unsere Proposition zu studieren und mir sobald als möglich eine eingehende Antwort zu geben. Ich konnte aus der Aufnahme, die meine Ausführungen bei ihm fanden, aber schon ersehen, dass er der Ansicht ist, dass es unmöglich sein dürfte, Bulgarien auch noch am rechten Vardarufer ein Territorium zu lassen. Mit den übrigen Punkten schien er so ziemlich einverstanden zu sein, nur bemerkte er, dass die Grenze beim Bregalnicathal wohl so gezogen werden müßte, daß Ištib noch zu Serbien falle. Bezüglich der Südgrenze meint Herr Sazonow, dass sie so verlaufen müsste, dass sie westlich Cavalla beginne, dann ein Stück nördlich gehe und dann in der Weise westlich abbiege, dass Drama und Seres noch zu Griechenland kämen. Herr Minister sprach seine lebhafte Befriedigung darüber aus, dass Euer Exzellenz auf seinen Vorschlag, uns zunächst untereinander über die territorialen Fragen zu besprechen, so bereitwillig eingegangen seien, und hofft, dass es gelingen werde, zu einer Einigung zu gelangen. Insbesonders zeigt er sich befriedigt über die volle Gleichheit der Auffassungen, was die Notwendigkeit der Grenze Enos—Midia anbelangt. Sobald ich die mir in Aussicht gestellte ausführliche Antwort Herrn Sazonows erhalten habe, werde ich telegraphieren. Thurn.

[a] Vgl. n. 8130, 8172, 8210, 8220, 8221.

Nr. 8151. Tel. aus St. Petersburg, 31. Juli 1913 Nr. 262 (eing. 1. Aug. 6 U. a. m.). Entziff.

Kollektivdemarche in Konstantinopel und den Balkanhauptstädten. Nachhang zu meinem Telegramme Nr. 260 von gestern. Ich habe Herrn

Sazonow gegenüber mein Befremden darüber ausgedrückt, daß, während er mir vergangenen Freitag ausdrücklich seine Zustimmung dazu erklärt hatte, daß auch in Athen und Belgrad gemeinsame Demarchen unternommen werden, in denen vor allem die Einstellung der Feindseligkeiten zu erlangen wäre, in dem vom russischen Geschäftsträger in Wien übergebenen Aide-mémoire von der Einstellung der Feindseligkeiten bei den in den Balkankapitalen in Aussicht genommenen Demarchen nicht die Rede sei. Herr Sazonow versicherte mir, er habe bei dieser Demarche gerade die Einstellung der Feindseligkeiten im Auge gehabt und sei die Redaktion des Aide-mémoire des Geschäftsträgers eine unklare gewesen, indem darin der Zweck der Demarche in Athen und Belgrad überhaupt nicht präzisiert und nur mit den Worten: „dans ce sens" angedeutet worden sei, eine Redaktion, die gar keinen Sinn habe, da nach derselben der in Rede stehende Schritt sich auf die Grenzlinie Enos—Midia beziehen würde, was Serbien und Griechenland ja nichts angehe. Übrigens sei diese Frage jetzt durch die Ereignisse überholt worden, da, wie er eben erfahre, in Bukarest über Antrag Herrn Venizelos', der früher am meisten gegen die Einstellung der Feindseligkeiten gewesen sei, ein vorläufig fünftägiger Waffenstillstand abgeschlossen worden sei. Thurn.

Nr. 8152. Tel. nach Sofia, 31. Juli 1913 Nr. 425 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; V. Nemes u. Berchtold; G. Berchtold).*

Aus der Berichterstattung Euer Hochgeboren in den letzten Tagen habe ich entnommen, daß die leitenden bulgarischen Kreise auf eine kräftigere Unterstützung des Königreiches durch die Monarchie drängen. Ich kann nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß es uns angesichts der durch die militärischen Ereignisse geschaffenen Situation nicht möglich sein wird, den ohne unser Zuthun und trotz unserer Rathschläge verfahrenen bulgarischen Karren — wenigstens vorläufig — unbeschädigt aus der Grube zu bringen. Unsere Hilfe kann nur die durch die selbstverschuldete Lage des Königreiches leider bedingten Verluste möglichst vermindern. Es würde daher wenig politische Einsicht verrathen, wenn die Schuld für jede territoriale Einbuße Bulgariens — natürlich kann es sich hiebei nur um entgangenen Gewinn handeln — auf unser Konto überwälzt würde. Es ist unzweifelhaft unseren Bemühungen und unserem Einflusse in Bukarest und gewiß dem, wenn auch verspäteten Eingehen Bulgariens auf unsere Ratschläge gutzuschreiben, wenn die diesem Lande von Rumänien drohende Gefahr nicht nur aufgehalten wurde, sondern das Sofioter Kabinet in Bukarest auch eine nicht zu unterschätzende Unterstützung seiner Politik gegenüber den anderen Kriegführenden gefunden hat. Es scheint mir daher in der Macht der bulgarischen Staatsmänner zu liegen, welche — wenn sie es aufrichtig meinen — ein Interesse haben, die bulgarische öffentliche Meinung von den Vortheilen der politischen Orientierung des gegenwärtigen Kabinettes zu überzeugen, unsere bulgarophile Haltung in einer der Öffentlichkeit mehr in die Augen springenden Weise hervorzustreichen. Nachdem ich einer Meldung Prinzen Fürstenbergs[b] entnehme, daß sich die bulgarischen Delegierten in Bukarest an ihn mit der Bitte wandten,

wir möchten für den Verbleib von Kawalla bei Bulgarien eintreten, muß ich noch folgendes bemerken. Das Sofioter Kabinet kann versichert sein, daß unsere Bemühungen darauf gerichtet sein werden, für Bulgarien eine möglichst ausgedehnte Küste am Ägäischen Meere und deshalb, wenn möglich, auch den Besitz von Kawalla zu retten. Wir müssen jedoch darauf hinweisen, daß für die Entscheidung dieser Fragen auch die Haltung der anderen Kabinete maßgebend sein wird und daß eine Enttäuschung, die Bulgarien in dieser Richtung erleben würde, einzig und allein auf die für das Land so unselige Politik Danews zurückzuführen wäre. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache, beziehungsweise Verwerthung bei der dortigen Regierung und Herrn Dobrovič. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8192. — [b]) n. 8118.

Nr. 8153. Tel. aus Sofia, 31. Juli 1913 Nr. 903 (eing. 1. Aug. 7 U. a. m.). Entziff.

Hatte Besuch Ministers des Äussern, während dessen ich mich im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 422 vom 31. d. M. äußerte und, da Mitredner auf Grund der ihm speziell von Bukarest zugegangenen Informationen Lage besprach, war ich auch in dem Falle, unter Betonung unseres Bestrebens, möglichst viel für Bulgarien zu retten, die Unmöglichkeit, dass wir unerhörte Fehler Herrn Geschoffs und Herrn Danews jetzt gut machen können, zu betonen und zu erklären. Aus Äußerungen Herrn Ghenadiews ging hervor, dass er zur vollen Erkenntnis der unrettbar kompromittierten Aussichten Bulgariens nunmehr gelangt ist und einsieht, dass bulgarischer Regierung nichts übrig bleibe, als sich in Zwangslage zu fügen und Bedingungen, die in Bukarest gestellt werden, im großen Ganzen anzunehmen. Minister des Äussern sehe keinen Ausweg und frage sich schon jetzt, was geschehen würde, wenn vor Ablauf fünftägiger Waffenruhe keine Einigung bezüglich Friedenspräliminarien erzielt sein sollte, da Bulgarien Krieg nicht fortsetzen könne und insbesondere auch mit unsicherer Haltung der Türkei zu rechnen habe. Ohne an unseren besten Absichten zu zweifeln, befürchte Minister des Äussern, dass Erfolg unserer Unterstützung weit hinter dem, was man hier noch vor Kurzem gehofft, zurückbleiben würde. Er empfinde dies umsomehr, als er eigentlich nur auf unseren aufrichtigen Beistand ganz zähle. Von Rumänien erwarte er Unterstützung gegen Prätensionen Griechenlands, befürchte aber, dass bezüglich serbischer Ansprüche Rumänien eher russischen Standpunkt berücksichtigen würde. Mitredner sprach viel von Cavalla und meinte, nachdem ganze Provinzen unwiderruflich für Bulgarien verloren, möchte er wenigstens diesen Küstenpunkt mit reicher Gegend retten. Deutschland und Frankreich sollen aber laut Information Herrn Ghenadiews in Frage Cavallas mit Griechenland sympathisieren, England und Italien sollen unentschlossen sein und Russland würde Bulgarien nur flau unterstützen. Minister des Äussern ersuchte, dass wir in diesem Punkt unseren Einfluss energisch einsetzen und auf Rumänien einwirken, dass es sich bezüglich Cavallas entschieden auf Seite Bulgariens stelle. Ghenadiew fragte auch, ob wir Italien und England nicht in demselben Sinne beeinflußen könnten. Tarnowski.

Nr. 8154. Tel. aus Sofia, 31. Juli 1913 Nr. 904 (eing. 1. Aug. 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 410 vom 20. d. M. erhalten. Davon, dass Russland Bulgarien einige Millionen für Ausbau Cavallas zum Kriegshafen in Erwartung zugesagt, dass russische Kriegsflotte dort Operationsbasis finden würde, hatte ich bis jetzt nichts gehört. Nach Erhalt obzitierten Telegrammes habe ich durch verlässlichen Vertrauensmann, dem ich bloß gesagt, dass hier vage Gerüchte im bewussten Sinne zu meinen Ohren gekommen, ein Mitglied Kabinette[s] Geschoff und Danew sondieren lassen, das in unzweideutiger, meinen Gewährsmann überzeugender Weise Gerücht in Abrede gestellt. Außerdem habe ich im Verlaufe einer Unterredung mit dem Minister des Äussern erwähnt, jemand hätte mir hier kürzlich erzählt, dass er von einem der Majorität der Regierung Geschoff, respektive Danew angehörenden Deputierten gesprächsweise Behauptung im fraglichen Sinne vernommen hätte. Ghenadiew antwortete, dass russophiles Kabinett, welches nicht gezögert, Russland carte blanche zur Regelung aller territorialen Fragen mit Griechenland, Serbien und Rumänien zu geben, zwar jeder Abmachung mit russischer Regierung fähig gewesen, dass aber Mitredner oberwähntes Gerücht doch ganz unglaubwürdig erscheine, zumal er sich erinnere, dass Herr Danew, als er Gründe seiner Demission im Kronrat anführte, nicht sicher gewesen, ob Cavalla auf Grund von Russland vergebens versuchter Teilung Mazedoniens Bulgarien zufallen würde. Hätte Russland irgendein Arrangement bezüglich Cavallas mit Herrn Geschoff oder Danew getroffen, so hätte es daran festgehalten, dass dieser Hafen bulgarisch werde. Jetzt stehe zwar Herr Sazonow wieder auf diesem Standpunkte, vor einigen Wochen sei dies aber nicht der Fall gewesen. Ich bemerkte, dass dieses Raisonnement nicht überzeuge, da es sich damals um Verhinderung Krieges gehandelt, und Russland habe vielleicht nicht umhin können, Cavalla Griechen zuzusprechen. Es sei nicht ausgeschlossen, — erwiderte Minister des Äussern — dass Herr Danew in seinen vielen Konversationen mit Russen ihnen unter Bedingung, dass Russland als Arbiter alle Ansprüche Bulgariens erfülle, Kompensationen in Aussicht gestellt habe und dass man irgendein Arrangement bezüglich Cavallas in Betracht gezogen. Jedenfalls könnte es nur mündlicher Meinungsaustausch gewesen sein, da Herr Ghenadiew nicht die geringste Spur von Indossierungen gefunden, und übrigens wäre alles, was Geschoff oder Danew etwa mit Russland, wäre es auch schriftlich, abgemacht haben mag, infolge nicht zu Stande kommender Arbitrage und infolge des Krieges hinfällig. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 8358.

Nr. 8155. Bericht des Konsuls Maryan von Heimroth aus Üsküb, 31. Juli 1913 Nr. 95 (eing. 7. Aug.). Ausfert.

Streng vertraulich. Der Gerent des hiesigen englischen Konsulates, Herr Peckham, erzählte unlängst gesprächsweise, selbstverständlich ganz vertraulich, Folgendes: Höhere serbische Offiziere hatten ihm gegenüber der Überzeugung Ausdruck verliehen, dass der Krieg zwischen Serbien und

der Monarchie längstens in fünf bis sechs Jahren zum Ausbruch kommen werde. Die Serben würden dann nicht allein sein, sondern sie rechneten auf die werktätige Unterstützung Rumäniens, das von seinen Aspirationen auf die rumänischen Gebiete Transleithaniens geleitet, mit Serbien Seite an Seite gegen die Monarchie im Felde stehen werde. Ein Oberstleutnant des Generalstabes, sein Tischnachbar, bemerkte, über die österreichische Armee herrsche eine viel zu hohe Meinung. Die Artillerie insbesondere stehe auf derselben Stufe wie die türkische. Gelegentlich der Besprechung des Falles Redl seien von den serbischen Offizieren alle höheren österreichischen Generalstäbler als leicht käuflich hingestellt worden. Man könne im übrigen vollkommen sicher mit einem sofortigen Überlaufen der slavischen, speziell der südslavischen Regimenter zu Serbien rechnen. Die seit Jahren eingeschlagene österreichische Politik „der Unterdrückung der Süd-Slaven" sei für die Serben nur förderlich, von österreichischen Standpunkte aus aber ein heute nicht mehr gutzumachender Fehler, denn für Zugeständnisse sei es heute bereits zu spät. Serbien liege es besonders daran, dass die Monarchie es während der jetzt folgenden Zeitperiode nicht angreife, die es zur Konsolidierung des Landes und Wiederinstandsetzung seiner Armee braucht. Selbstverständlich würden sie selbst während der Zeit bis zum Ausbruch des Krieges ihre nationale Propaganda, vornehmlich in Bosnien, Kroatien, Slavonien und Dalmatien in vollem Umfang fortsetzen. Wenn aber der Augenblick des Krieges herangekommen sei, würde das Vorrücken bis Wien ein Spaziergang sein. Man will sogar schon die Person bestimmt haben, die dann zum Stadtkommandanten Wiens ernannt würde. Solche und ähnliche Ansichten seien hier allgemein die Meinung der leitenden Kreise. — Gleichlautend nach Belgrad sub Nr. 49, Konstantinopel 20.

Heimroth.